ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK VON DER BOSNISCHEN KRISE 1908 BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MINISTERIUMS DES ÄUSSERN

VIERTER BAND

ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN LEIPZIG

V.4
JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 1001424L

The Woman's College
University of North Carolina

The LIBRARY

DB
46
A5
1930
v.4

This book must
not be taken
from the building

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER KOMMISSION FÜR NEUERE GESCHICHTE ÖSTERREICHS
22.

ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK

VON DER BOSNISCHEN KRISE 1908 BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE
DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MINISTERIUMS
DES ÄUSSERN

AUSGEWÄHLT VON
LUDWIG BITTNER, ALFRED FRANCIS PRIBRAM,
HEINRICH SRBIK UND HANS UEBERSBERGER

BEARBEITET VON
LUDWIG BITTNER UND HANS UEBERSBERGER

Austro-Hungarian Monarchy. Ministerium des
K. und K. Hauses und des äussern

ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN UND LEIPZIG
1930

COPYRIGHT 1930 BY
ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN UND LEIPZIG

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

DB
46
A5
1930
v.4

DRUCK DER ÖSTERREICHISCHEN STAATSDRUCKEREI IN WIEN

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MINISTERIUMS DES ÄUSSERN

4. BAND

19. FEBRUAR BIS 30. NOVEMBER 1912

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/osterreichungarn0004ludw

Nr. 3303. Tel. nach Berlin Nr. 14 (1), St. Petersburg Nr. 19 (2), Paris Nr. 14 (3), London Nr. 6 (4) und Rom Nr. 19 (5), 19. Feb. 1912 (chiffr. 9 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Müller).

1—5. Markgraf Pallavicini telegraphiert unterm 18. d. M. wie folgt: ... *wie n. 3302* ... Die in diesem Telegramme angekündigte Demarche ist heute hier erfolgt. Außer den von Assim Bey mitgeteilten Punkten macht die von Mavroyeni Bey überreichte Note Italien für die der Pforte aufgenötigten Ausnahmsmaßregeln verantwortlich und wird die k. u. k. Regierung ersucht, in Rom Schritte zu tun, um eine Flottenaktion gegen die europäischen und asiatischen Küsten der Türkei hintanzuhalten. Eine Antwort wurde noch nicht erteilt.

1.—4. Ich ersuche Euer Exzellenz, mir zu telegraphieren, welche Aufnahme der türkische Schritt bei der dortigen Regierung gefunden hat.

5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information mit dem Bemerken, daß ich die Botschafter bei den Signatarmächten zur Berichterstattung über die Aufnahme des türkischen Schrittes auffordere.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 3306, 3307, 3308, 3309.

Tel. nach St. Petersburg, 19. Feb. 1912 Nr. 19 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 3303.

Nr. 3304. Tel. aus St. Petersburg, 19. Feb. 1912 Nr. 31 (eing. 3 U. p. m.).[a] Entziff.

Zu meinem Berichte vom 17. d. M. No. 5 B.[b] Mein deutscher Kollege, welchem Herr Sazonow einschlägiges Telegramm des Grafen Benckendorff in extenso vorgelesen, bestätigte mir, dass die Antwort der englischen Regierung auf den zweiten russischen Mediationsvorschlag in der vom Londoner russischen Botschafter einberichteten Fassung genau so lautet, wie sie mir Herr Sazonow mitgeteilt hatte. Es muss daher entweder Graf Benckendorff die ihm von Sir E. Grey gegebene Antwort ungenau wiedergegeben haben oder der englische Staatssekretär seine Antwort russischem Botschafter gegenüber schliesslich anders formuliert haben, als er sie Grafen Mensdorff[c] skizziert hatte.

Thurn.

[a] Vgl. n. 3275, 3290, 3305. — [b] Berichtet u. a.: „Die englische Regierung habe laut einem Tel. Benckendorffs an Sasonow angeregt, die Mächte sollten zunächst durch eine Anfrage in Constantinopel festzustellen trachten, unter welchen Bedingungen die Pforte zu Unterhandlungen geneigt wäre." — [c] Vgl. n. 3300.

277856

Nr. 3305. Tel. aus St. Petersburg, 19. Feb. 1912 Nr. 33 (eing. 20. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Zu meinem Telegramm No. 31. von heute. Ich habe nunmehr feststellen können, dass es tatsächlich Graf Benckendorff war, der die ihm mitgeteilte englische Antwort auf den letzten russischen Mediationsvorschlag ungenau wiedergegeben hat. Das Missverständnis ist gelegentlich der Rückäusserung Herrn Sazonows (vide meinen Bericht vom 17. d. M. 5 B)[b] zu Tage getreten und hat seither Graf Benckendorff die ihm seinerzeit gewordene Antwort des englischen Kabinettes nochmals wiedergegeben und deckt sich nun dieser neue Bericht des russischen Botschafters vollkommen mit der von Grafen Mensdorff einberichteten Fassung. Herr Sazonow hat nunmehr der englischen Regierung geantwortet, er sei zwar im Prinzipe mit deren Gegenvorschlag, an die Pforte mit dem Antrage heranzutreten, „de s'en remettre aux Puissances", einverstanden, doch halte er es nach wie vor für angezeigt, dass die Mächte, bevor sie in dem erwähnten Sinne an die Pforte herantreten, sich an italienische Regierung wenden sollten, um zunächst deren Meinung über die äussersten Zugeständnisse zu erlangen, zu welchen sich Italien verstehen könnte. In obigem Sinne hat Herr Sazonow nunmehr nach London geantwortet und erwartet zunächst die Rückäusserung dortigen Kabinettes, um, im Falle von dessen Einverständnis, auch an die übrigen Mächte heranzutreten. Thurn.

[a] Vgl. n. 3307. — [b] Vgl. n. 3304 Anm. b.

Nr. 3306. Tel. aus London, 20. Feb. 1912 Nr. 11 (eing. 21. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 6 vom 19. d. M. Unterstaatssekretär sagte mir, dass keine türkische Demarche erfolgte. Als türkischer Botschafter ihn gestern besuchte, fragte er ihn ganz en passant am Schlusse ihrer Unterredung, ob er Gerücht von neuer italienischer Aktion gehört hätte, was Sir A. Nicolson verneinte. Darauf sagte Tewfik Pascha: „Ich rate meiner Regierung, den Gerüchten der telegraphischen Agentien nicht zu viel Glauben zu schenken und nichts zu tun, was Handel stören könnte." Das war alles und Unterstaatssekretär hat es so wenig als offizielle Demarche angesehen, dass er nicht einmal Sir E. Grey darüber berichtete. Vertraulich, so meint Sir A. Nicolson, hat Tewfik Pascha wieder einmal seinen Auftrag stark abschwächen wollen und seiner eigenen Regierung Rathschläge ertheilt.

[a] Vgl. n. 3307, 3315. Mensdorff.

Nr. 3307. Bericht aus Rom, 20. Feb. 1912 Nr. 15 A (eing. 23. Feb.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Am 17. l. M. hatte ich Gelegenheit, dem Minister des Äussern gegenüber den Inhalt des hohen Telegrammes Nr. 15[b] zu verwerten. Der Minister nahm unsere ihm von mir skizzirte Antwort auf die letzte russische Démarche in der Friedensfrage ohne Bemerkung zur Kenntniß. In derselben Unterredung kam Marchese di San Giuliano auf die Kriegslage zu sprechen, was mir, ohne eine direkte Frage zu stellen, die Möglichkeit bot, die von einigen Zeitungen gebrachte Nachricht über eine

bevorstehende italienische Flotten-Aktion im aegaeischen Meere zu erwähnen. Der Minister stellte eine solche Absicht in Abrede. Vor einigen Monaten sei er der Ansicht gewesen, dass eine solche Aktion den Friedensschluss beschleunigen würde. Er sei aber von dieser Ansicht abgekommen und zweifle, dass die Besetzung von Inseln oder selbst das Erscheinen der italienischen Flotte vor Constantinopel unbedingt jenen Erfolg herbeiführen würde. Meinem Eindrucke nach würde der Minister des Äussern doch kaum die Eventualität einer Flottenaktion in derart motivirter Weise dementirt haben, wenn eine einschlägige Absicht bestände. Ich halte daher an meinen zuletzt in meinem Berichte vom 14. l. M. Nr. 12 B[c]) ausgesprochenen Zweifeln an dem Bevorstehen einer Flotten-Aktion, insolange nicht ein neues drängendes Moment hinzutritt, fest, wenn dies auch nicht mit den Mitteilungen meines deutschen Kollegen stimmt. Ein weiteres Argument für meine Skepsis gegenüber den eine solche Aktion ankündigenden Nachrichten, welche laut des hohen Telegrammes Nr. 19 in Constantinopel auch diesmal wieder ernst genommen zu werden scheinen, bildet der Umstand, dass man sich italienischerseits — wohl mit einigem Rechte — aus der kritischen Situation in Arabien eine arge Verlegenheit für die Türkei erhofft. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3305, 3306, 3308, 3318, 3333. — [b]) Mitteilung von n. 3284. — [c]) Wurde nicht abgedruckt.

Nr. 3308. Tel. aus St. Petersburg, 21. Feb. 1912 Nr. 34 (eing. 22. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm vom 19. d. M.[b]) Auf den türkischen Schritt, der hier in identischer Weise wie in Wien erfolgte, hat Herr Sazonow Nachstehendes geantwortet: Behandlung friedlicher Einwohner als Kriegsgefangene würde gegen alle Prinzipien des Völkerrechtes verstossen und Türkei jegliche Sympathie rauben; Sperrung der Dardanellen würde in erster Linie Russland schädigen und daher Türkei in den schärfsten Interessenkonflikt mit diesem bringen. Was das türkische Ansuchen um eine Intervention in Rom betreffe, die bezweckte Aktion gegen die europäischen oder asiatischen Küsten der Türkei hintanzuhalten, so wäre russische Regierung nicht in der Lage, demselben Folge zu geben, weil sie sich dadurch mit den Prinzipien der Neutralität in Widerspruch setzen würde. Möglich wäre nur unter gewissen Umständen Mediation der Mächte, wenn die Pforte um eine solche ansuche. Anknüpfend hieran legte Herr Sazonow es dem türkischen Botschafter nahe, dass es für die Türkei vorteilhaft wäre, de s'en remettre aux bons offices des Puissances, welche ein solches Ansuchen gewiss günstig aufnehmen würden. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3307, 3309. — [b]) Nr. 19. Vgl. n. 3303.

Nr. 3309. Tel. aus St. Petersburg, 21. Feb. 1912 Nr. 35 (eing. 22. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow sagte mir soeben, er werde morgen ein neues Zirkular an die russischen Botschafter bei den Grossmächten ergehen lassen, in dem

er, anknüpfend an die ihm auf seinen letzten Vorschlag zugekommene Antwort der englischen Regierung, beantragen werde, dass sich Mächte nun zunächst an Italien wenden, um von diesem in authentischer Weise das Maximum der Zugeständnisse zu erfahren, zu welchen dieses geneigt sei, um sodann mit dieser Kenntnis bereits versehen im Sinne des Sir E. Greyschen Gegenvorschlages in Konstantinopel anzuregen, ob die Pforte nicht geneigt wäre, den Mächten ein Vermittlungsmandat zu geben. Die letzte türkische Demarche[b]), aus der doch eine gewisse Besorgnis vor den Folgen eines schärferen italienischen Vorgehens spreche, könnte vielleicht zu dem ins Auge gefassten Schritte eine gute Gelegenheit bieten. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3308, 3310, 3311. — [b]) Vgl. n. 3303.

Nr. 3310. Aide Mémoire des russischen Ministers des Äußern für den englischen Botschafter in St. Petersburg; St. Petersburg, 8./21. Feb. 1912 Nr. 77 (vom russischen Geschäftsträger übergeben am 25. Feb.).[a]) Abschrift.

Sir E. Grey, répondant à une communication de l'Ambassadeur de Russie à Londres au sujet du procédé à adopter par les 5 Grandes Puissances Neutres pour le cas d'une intervention amicale entre la Turquie et l'Italie, expose l'opinion du Gouvernement Britannique à ce sujet dans le sens suivant:

L'unanimité de principe quant à l'opportunité d'une pareille intervention une fois établie entre les Puissances, celles-ci s'adresseraient amicalement à la Turquie l'invitant de remettre l'affaire de la paix aux mains des 5 Puissances, qui, après s'être concertées et avoir confidentiellement consulté l'Italie, élaboreraient les conditions d'une cessation d'hostilités et en conseilleraient l'acceptation à la Porte.

En s'associant entièrement à cette manière de procéder qui, équivalant à une médiation, permettrait aux Puissances d'éluder la délicate question du décret d'annexion rendu par l'Italie, le Gouvernement Impérial y voit cependant un inconvénient à éviter. Cet inconvénient consiste dans la possibilité pour la Porte de mettre à son acceptation de la médiation quelques conditions préalables de nature à faire avorter toute action pacificatrice ultérieure.

C'est pourquoi le Gouvernement Impérial serait d'avis de faire précéder l'ensemble des démarches ci-dessus indiquées par un échange de vues entre les Puissances et l'Italie qui serait invitée à leur communiquer le minimum des conditions auxquelles elle subordonnerait l'acceptation d'une intervention des Puissances.

La connaissance préalable de ces conditions offrirait la possibilité de faire entrevoir à Constantinople dès le début des conversations quelques avantages qui pourraient servir de compensation au retrait éventuel des troupes turques des provinces africaines, tels par exemple que la levée du blocus des côtes de l'Arabie et le retour au status quo ante bellum par rapport aux forces navales italiennes dans la Mer Rouge, avantages qui pourraient être de nature à disposer la Porte à remettre ses intérêts entre les mains des Puissances.

[a]) Vgl. n. 3309, 3314, 3320.

Nr. 3311. Bericht aus Berlin, 22. Feb. 1912 Nr. 11 A (eing. 23. Feb.).[a] Ausfert.

Streng geheim. Während der Unterredungen, die ich in letzter Zeit mit dem Staatssekretär hatte, kam er wiederholt auf die Möglichkeit einer italienischen Aktion im ägäischen Meere oder in den Dardanellen zu sprechen und versicherte mir, wie ich dies telegrafisch bereits zu melden die Ehre hatte, dass nach seiner Ansicht es nicht richtig wäre, wenn österreichisch-ungarischerseits gegen ein derartig kriegerisches Vorgehen mit Hinweis auf Art. VII des Dreibundvertrages ein Veto eingelegt würde. Was diesen Artikel betreffe, so gebe dessen Inhalt tatsächlich eine starke Waffe in Euer Excellenz Hand, um gegen die Ausdehnung des Kriegsschauplatzes ausserhalb Tripolitaniens Einspruch zu erheben. Trotzdem halte er, der Staatssekretär, es unter den gegebenen Verhältnissen für nicht angezeigt gegen eine „occupation temporaire" — eine „occupation permanente" sei ja nie in Frage gewesen — Einspruch zu erheben. Schon aus dem Grunde nicht, weil die italienische Regierung nach seiner, — Kiderlens — fester Überzeugung diese Aktion gar nicht unternehmen möchte und nur gern in die Lage käme, eventuellen Interpellationen im Parlamente und überhaupt der öffentlichen Meinung des Landes gegenüber sich dahin auszureden, dass sie infolge des Einspruches der Mächte, unter welchen — wenn auch ungenannt — in erster Linie doch Österreich-Ungarn verstanden würde, nicht im Stande gewesen wäre, die beabsichtigte Aktion der Flotte, um „die Türkei ins Herz zu treffen", auszuführen. Herr von Jagow meldet, so sagt mir der Staatssekretär, dass in der Consulta eine äusserst gedrückte Stimmung herrsche. Nahezu fünf Monate dauere der Krieg und man sehe nicht, wie in Afrika eine Entscheidung herbeigeführt werden könne, da ein Zug ins Innere vorläufig „wahnsinnig" wäre. Marquis di San Giuliano werde mit leeren Händen vor die Kammer treten und diese werde die italienische Diplomatie der Unfähigkeit beschuldigen. Im Lande sei nun die Meinung, dass es nur durch eine energische Aktion im ägäischen Meere anders werden könnte. Eine dem italienischen Minister des Äussern nahestehende massgebende Persönlichkeit habe sich Herrn von Jagow gegenüber folgendermassen ausgesprochen: „Schon die Besetzung einer bedeutenderen türkischen Insel würde genügen, um die Türken aus ihrem Immunitätstraume zu wecken, in den sie sich durch die zaudernde Haltung der Grossmächte hätten wiegen lassen. Wenn dem Herzen der Türkei Gefahr drohe, werde sie sich beeilen, Frieden zu schliessen. Russland dürfte eine derartige in massvollen Grenzen gehaltene Aktion billigen. Auch England und Frankreich würden keine ernstlichen Einwendungen machen; die einzige Schwierigkeit liege bei Österreich-Ungarn. Hoffentlich werde Letzteres sich trotz des Artikels VII des Dreibundvertrages mit einer Aktion einverstanden erklären, die den Krieg mit Sicherheit beenden und sich ja ferne vom Adriatischen Meere abspielen würde. Für den Dreibund, an dem Italien mit voller, ehrlicher Überzeugung festhalte, bilde die Beschränkung des Kriegsschauplatzes eine bedenkliche Belastungsprobe." Der Staatssekretär meint, diese Ausführungen des Gewährsmannes des deutschen Botschafters seien nicht ganz aufrichtig; doch hält er es für nicht unwahrscheinlich, dass in dem im Laufe der nächsten

Tage wieder zusammentretenden Parlamente der italienischen Regierung wegen der, der europäischen Türkei gegenüber bewahrten Enthaltsamkeit ernste Vorwürfe würden gemacht werden. Die etwaige Antwort, dass man durch Rücksichten auf andere Mächte gebunden sei, würde im ganzen Lande Unwillen erregen und jedermann würde annehmen, dass hiebei Österreich-Ungarn gemeint sei. Herr von Kiderlen bleibt dabei, dass das Wiener Kabinett Italien im ägäischen Meere und gegen die Dardanellen freie Hand geben sollte. Der Gedanke auf einen Angriff auf Salonik sei zufolge wiederholter Versicherungen der italienischen Regierung ganz ausgeschlossen, und was die Behauptung betreffe, dass Russland, England und Frankreich gegen eine eventuelle italienische Flottenaktion nicht remonstrieren würden, sei entweder eine Selbsttäuschung oder eine beabsichtigte Irreführung. Er — der Staatssekretär — sei vom Gegenteile überzeugt. Wenn übrigens von österreich-ungarischer Seite ein Widerspruch nicht erhoben würde, so dürfte Italien es sich doch noch zweimal überlegen, einen Angriff auf die Dardanellen zu wagen. Und falls es sich auch wirklich zu einer kriegerischen Aktion im ägäischen Meere entschliessen sollte, so würde es damit doch kaum etwas erreichen, da die Besetzung einer Insel nur neue Verlegenheiten für Italien hervorrufen und die Forcierung der Dardanellen kaum Aussicht auf Erfolg versprechen würde. Nach Ansicht des deutschen Botschafters in Rom, die Herr von Kiderlen vollkommen zu teilen scheint, würde das Umsichgreifen der Überzeugung, dass die Niederwerfung der Türkei und eine rasche Beendigung des Krieges nur an dem Veto Österreich-Ungarns scheitere, in ganz Italien eine nationale Erregung gegen Österreich-Ungarn auslösen, die umso bedauerlicher wäre, da hiedurch alle bisherige Arbeit zur Besserung der Beziehungen der Monarchie zu Italien umsonst getan wäre. Der Staatssekretär hält es für nicht unwahrscheinlich, dass man italienischerseits die Forderung nach freier Hand gegen die Türkei nicht zum Wenigsten deshalb erhebe, um nachher sagen zu können: „Ihr habt uns gehindert, den Krieg mit der Waffe zu beendigen, nunmehr ist es Euere Pflicht, durch einen Druck in Constantinopel die Türken zum Frieden zu zwingen!“ Durch ein Gewährenlassen würde man nach Ansicht Herrn von Kiderlens, Italien ad absurdum führen und es wo möglich zwingen, in Betreff der Friedensbedingungen eine weniger intransigente Haltung einzunehmen. Ich habe die Ausführungen des Staatssekretärs angehört und ihm versprochen, dieselben Euer Exzellenz zur Kenntnis zu bringen. Nach meiner unvorgreiflichen Ansicht scheinen dieselben in mancher Beziehung berücksichtigungswert. Szögyény.

a) Vgl. n. 3292, 3309, 3314, 3315, 3406.

Nr. 3312. Bericht aus Berlin, 22. Feb. 1912 Nr. 11 C (eing. 23. Feb.).[a] *Ausfert.*

Vertraulich. Wie ich Euer Excellenz telegrafisch[b] zu melden die Ehre hatte, hat der montenegrinische Minister des Äussern Herr Gregovitsch im Auftrage seines königlichen Herrn bei mir vorgesprochen und mir Höchstdessen aufrichtigstes Beileid anlässlich des Hinscheidens des Grafen

Aehrenthal zum Ausdruck gebracht. Bei dieser Gelegenheit versicherte mir der Minister, dass der Besuch König Nikolaus in St. Petersburg in jeder Beziehung befriedigend ausgefallen sei. Im Laufe der Unterredungen, die der König und er — Gregovitsch — mit Herrn Sazonow hatten, hätten sie sich überzeugt, dass der russische Minister des Äussern befürchte, dass wenn der italienisch-türkische Krieg nicht bald beendigt werde, Complikationen am Balkan entstehen könnten. Er, Gregovitsch, teile ebenfalls diese Befürchtungen. Von Seite Montenegros werde gewiss Alles aufgeboten werden, damit die Ruhe und Ordnung auf dem Balkan aufrechterhalten bleibe. Dies könne auch für die allernächste Zeit angenommen werden. Sollte aber im Laufe der nächsten 2—3 Monate der Friede zwischen der Türkei und Italien nicht zu Stande kommen, so könne Niemand garantieren, dass ernste Verwicklungen am Balkan eintreten[c]. Hauptsächlich von Seite der Albanesen befürchtet der montenegrinische Minister Unruhen, die infolge der Nachbarschaft auch auf Montenegro eine sehr unangenehme Rückwirkung ausüben müssten. Über die Zustände in Albanien äusserte sich Herr Gregovitsch sehr pessimistisch; alles was über pazifikatorische Bestrebungen oder gar Erfolge der Pforte gefaselt werde, sei seiner Ansicht nach kaum der Rede wert. König Nikolaus und Seine Regierung, so führte Herr Gregovitsch des Weiteren aus, werden es sich, wie diess bisher auch der Fall war, zur Pflicht machen, die Ratschläge des k. u. k. Cabinettes nach Tunlichkeit zu befolgen. Glücklicherweise seien ja die Beziehungen Montenegros zur mächtigen Nachbarmonarchie die allerbesten, wozu die Tätigkeit des jetzigen k. u. k. Gesandten nicht wenig beitrage. Freiherr von Giesl habe sich als ein aufrichtiger Freund Montenegros bewährt und sei bei König Nikolaus und dessen Regierung persona gratissima. Der König von Montenegro hat nach Seiner Rückkehr von Neu-Strelitz bei mir Seine Karte abgegeben und ist — wie ich höre — von hier direkt nach Cetinje gereist. Szögyény.

[a] Vgl. n. 3247, 3296, 3335, 3522. — [b] Tel. aus Berlin, 19. Feb. 1912 Nr. 26 und 27 (eing. 4 U. 20 M. p. m.). Kurzer Vorbericht, nicht aufgenommen. — [c] So!

Nr. 3313. Tel. aus St. Petersburg, 24. Feb. 1912 Nr. 38 (eing. 3 U. p. m.).[a] Entziff.

Gestrige „Nowoje Wremja“ bringt fulminanten Artikel gegen Baron Haymerle, dessen Ernennung nach Petersburg sie erfährt und dem sie vorwirft, in der Wassitsch-Affaire eine hervorragende Rolle gespielt zu haben. Da, obwohl Baron Haymerle erst im November 1909 nach Belgrad gekommen ist, sein Name — wenn ich mich recht erinnere — trotzdem im Zusammenhange mit den späteren Phasen der Affaire von Wassitsch erwähnt wurde, steht eine ähnliche Kampagne zu befürchten, wie sie gelegentlich der beabsichtigten Anhersendung des Legationssekretärs Baron Franz hier erfolgte, insbesonders da diesmal Herr von Hartwig hinter derselben stecken könnte, mit dem, wie ich erfahre, Baron Haymerle auf sehr kühlem Fusse steht. Thurn.

[a] Vgl. n. 2535.

Nr. 3314. Tagesbericht über einen Besuch des russischen Geschäftsträgers, 25. Feb. 1912.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Szápáry).

Der russische Geschäftsträger sprach heute bei mir vor und übergab mir ein Aidemémoire,[b]) mittelst welches die russische Regierung den Vorschlag macht in Rom anzufragen, unter welchen Minimalbedingungen die italienische Regierung sich bereit finden würde, die Intervention der Mächte zu akzeptieren. Diese russische Proposition stellt sich als die Antwort auf einen englischen Vorschlag dar, wonach die Mächte sich zuerst an die Türkei mit der Aufforderung zu wenden hätten, die Friedenssache den 5 Mächten anzuvertrauen. Ich nahm von dem Memorandum Kenntnis und sagte Herrn Krupensky, daß ich im Prinzipe jede Aktion, die darauf ausgehe die italienisch-türkischen Differenzen zum Abschlusse zu bringen, mit Sympathie begrüße und daher auch bereit sei, an einer diesfälligen von allen 5 Mächten geführten Diskussion teilzunehmen. Im vorliegenden Falle hätte ich jedoch, soweit ich die Sache auf den ersten Blick beurteilen könne, das Bedenken, daß eine Anfrage in Italien keine andere Antwort provozieren würde als die Aufstellung der Bedingung der Annexion von Tripolis und der Cyrenaika, eine Bedingung, die die Türkei im gegenwärtigen Momente wohl kaum akzeptieren würde. Der russische Geschäftsträger machte dem gegenüber geltend, daß seinem Dafürhalten nach die Frage der Annexion nicht berührt werden würde und daß bloß die Bedingungen zur Sprache kommen würden, unter welchen Italien die Blockade der arabischen Küste aufheben und die seit Ausbruch des Krieges nach dem Roten Meere entsendeten Schiffe zurückbeordern würde. Nach der Darstellung Herrn Krupenskys scheint man russischerseits ins Auge zu fassen, daß die Türkei als Gegenwert für die obigen italienischen Konzessionen auf die Zurückziehung der türkischen Truppen aus Tripolis und der Cyrenaika eingehen könnte, womit de facto der Zustand der italienischen Herrschaft in den beiden Provinzen eintreten würde, ein Zustand, welcher sodann, ohne daß die Annexion dieser Länder proklamiert oder ausdrücklich anerkannt werden müßte, dauernden Charakter annehmen könnte.

[a]) 3311, 3320. — [b]) Vgl. n. 3310.

Nr. 3315. Tel. aus London, 26. Feb. 1912 Nr. 12 (eing. 27. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

In Ergänzung meines Telegrammes Nr. 11. Ich habe eben Unterstaatssekretär gesprochen, der gerade vor mir türkischen Botschafter empfangen hatte, welcher ihm Protest der Pforte gegen Beschluss des italienischen Parlamentes betreffend Annexion übergeben hatte. Sir A. Nicolson meint, dass jetzt, nach den eben stattgefundenen Vorgängen in Beirut, es sich empfehlen würde, dass die Mächte von der italienischen Regierung Zusicherung erwirken, Italien werde sich jeder Aktion in den Dardanellen „et dans ces parages" enthalten, worauf hin Mächte von der Türkei erwirken würden, dass sie keine Minen lege und keine Vorkehrung treffe, welche internationalen Handel und Schiffahrt gefährde. Schliessung der Dardanellen wäre für

Russland sehr empfindlich und in etwas geringerem Masse auch für andere neutrale Mächte. Andererseits sei es schwer, Türkei zu verhindern, Defensivmassregeln zu treffen. Unterstaatssekretär glaubt, derartige Erklärung wäre von Italien zu erlangen, umsomehr, als er von französischer Regierung höre, Italien habe neuerdings in Wien erklärt, sich jeder Aktion im Adriatischen und Ägäischen Meere zu enthalten. Sir A. Nicolson wollte Sir E. Grey nahelegen, Mitteilung mit obzitierter Anregung an die Regierungen der neutralen Signatarmächte zu richten. Es dürfte somit morgen oder übermorgen englische Demarche bei Euer Exzellenz gemacht werden.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3311, 3316, 3319, 3331, 3332.

Tel. nach Berlin, 27. Feb. 1912 Nr. 21 (chiffr. 3 U. p. m.). Siehe n. 3320.

Tel. nach Konstantinopel, 27. Feb. 1912 Nr. 39 (chiffr. 3 U. p. m.). Siehe n. 3320.

Nr. 3316. Tagesbericht über eine Mitteilung des türkischen Botschafters, 27. Feb. 1912.[a]) Konz. (S. Seidl; V. u. G. Müller).

Der türkische Botschafter teilte heute hier auftraggemäß mit, daß die Pforte beschlossen habe, die in den Vilajeten von Beirut, Syrien und Aleppo sowie im Mutessarifat von Jerusalem befindlichen Italiener mit 14tägiger Frist zur Abreise auszuweisen.

[a]) Vgl. n. 3315, 3318.

Nr. 3317. Privatschreiben aus Konstantinopel, 27. Feb. 1912 (eing. 1. März).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. In Betreff der von dem türkischen Minister des Äussern ausgehenden Anregung einer Entente zwischen Österreich-Ungarn, Rumänien, eventuell Deutschland und der Türkei zwecks Erhaltung des Status Quo auf der Balkanhalbinsel, auf welchen Gegenstand sich der seinerzeitige Ministerialerlass vom 21. December des Vorjahres Nr. 3307 streng vertraulich, sowie die Privatschreiben des Grafen Aehrenthal vom selben Datum und vom 10. v. M., endlich meine an Grafen Aehrenthal gerichteten Privatschreiben vom 28. December v. J. und vom 10.[b]) Jänner bezogen, hatte ich zuletzt mit dem an zweiter Stelle erwähnten Privatschreiben Grafen Aehrenthals den Auftrag erhalten, meinerseits eine Berührung dieses Themas Assim Bey gegenüber absolut zu vermeiden und mich auf die Entgegennahme der diesbezüglichen Äusserungen des ottomanischen Ministers des Äussern beziehungsweise des Grossveziers zu beschränken. Ich hatte mir hiebei allerdings vor Augen zu halten, dass der Faden der bezüglichen Conversation nicht abgeschnitten werde. Vor einigen Wochen kam Assim Bey mir gegenüber wieder einmal auf dieses Thema zu sprechen, indem er mir den Entwurf eines Vertrages zeigte, wie er sich einen solchen vorstelle. Der Entwurf lief in der Hauptsache darauf hinaus,

dass Österreich-Ungarn und Rumänien einerseits und die Türkei andererseits sich verpflichten würden, im Falle Angriffe Dritter auf ihre Balkanbesitzungen sich gegenseitig militärische Unterstützung zu leihen. Ein Angriff gegen die Türkei seitens Griechenlands wäre im Abkommen nicht inbegriffen. In Gemässheit des obencitierten Auftrages beschränkte ich mich darauf, die Ausführungen Assim Beys entgegenzunehmen und bemerkte bloss, dass mir mit Rücksicht auf die Krankheit des Grafen Aehrenthal der Moment nicht geeignet schiene, denselben neuerlich mit der Sache zu befassen. Vor Kurzem berührte nun Assim Bey abermals dieses Thema, was ich Euerer Excellenz hiemit einzuberichten mir erlaube. Auch diesmal vermied ich ein weiteres Eingehen auf den Gegenstand, indem ich darauf hinwies, dass Euere Excellenz erst ganz kürzlich Ihr hohes Amt angetreten hätten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3217 Anm. e, 3509. — [b]) Irrtümlich statt 5. Jan., vgl. n. 3195.

Tel. nach London, 27. Feb. 1912 Nr. 9 (chiffr. 3 U. p. m.). Siehe n. 3320.

Tel. nach Paris, 27. Feb. 1912 Nr. 19 (chiffr. 3 U. p. m.). Siehe n. 3320.

Tel. nach Rom, 27. Feb. 1912 Nr. 25 (chiffr. 3 U. p. m.). Siehe n. 3320.

Nr. 3318. Tel. nach Rom., 27. Feb. 1912 Nr. 27 (chiffr. 8 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Euer Exzellenz Berichte vom 20. d. M. Nr. 15 A, vertraulich, entnehme ich, daß Marquis San Giuliano die Eventualität eines Erscheinens der italienischen Flotte vor Konstantinopel Euer Exzellenz gegenüber selbst in motivierter Weise dementiert hat. Geheim. Wie ich aus einer zuverlässigen Quelle in streng geheimer Weise erfahre, läßt Herr Barrère[b]) es sich angelegen sein, in Rom die Nachricht zu verbreiten, daß die italienische Regierung eine ins Auge gefaßte Operation zur See abermals und zwar infolge Einspruches der k. u. k. Regierung fallen gelassen habe.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3316, 3319. — [b]) Vgl. n. 3340.

Nr. 3319. Tel. nach Rom, 27. Feb. 1912 Nr. 28 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Graf Mensdorff telegraphiert unter dem 26. d. M., wie folgt: ... *wie n. 3315* ... Sollte die angekündigte englische Demarche bei mir erfolgen, werde ich Euer Exzellenz hievon Mitteilung machen. Bezüglich der Äußerung Sir A. Nicolsons über die von französischer Seite stammende Nachricht einer angeblichen Erklärung Italiens in Wien verweise ich auf mein heutiges Telegramm Nr. 27. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3320, 3333.

Nr. 3320. Tel. nach St. Petersburg Nr. 22 (1), Berlin Nr. 21 (2), London Nr. 9 (3), Paris Nr. 19 (4), Konstantinopel Nr. 39 (5) und Rom Nr. 25 (6), 27. Feb. 1912 (chiffr. 3 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Szápáry).

1. Der russische Geschäftsträger hat mir vorgestern auftraggemäß eine Abschrift des Aide-Mémoire überreicht, welches am 21. l. M. der englischen Botschaft in Petersburg seitens des dortigen auswärtigen Amtes zugemittelt worden ist. Laut diesem Schriftstücke geht das russische Kabinett im Prinzipe auf den englischen Vorschlag ein, die Pforte solle aufgefordert werden, die Vertretung ihrer Interessen bezüglich der Wiederherstellung des Friedens den fünf Großmächten in die Hände zu geben, schlägt aber vor, die letzteren sollten vorher noch in einen Gedankenaustausch mit Italien eintreten und dieses zur Bekanntgabe des Minimums seiner Forderungen einladen. Ich habe Herrn Krupensky gesagt, daß ich keinen Anstand nehme, in einen von allen fünf Mächten geführten Gedankenaustausch einzutreten, der der Sache des Friedens dienen soll. Indessen habe ich den russischen Geschäftsträger darauf aufmerksam gemacht, daß mir eine nähere Formulierung der in Rom beziehungsweise Konstantinopel vorzunehmenden Demarchen wünschenswert schiene. Auch müsse ich angesichts der italienischerseits erfolgten Erklärung, auf der Anerkennung der Annexion beziehungsweise Souveränität zu bestehen, die Aussichten für die Erzielung eines Erfolges deshalb gegenwärtig als geringe bezeichnen, weil man in Konstantinopel heute noch nicht das Gefühl haben dürfte, eine derartige Einbuße an Prestige und Macht erlitten zu haben, welche ein Aufgeben der beiden Provinzen vor der öffentlichen Meinung rechtfertigen würde. Dasselbe schiene mir auch auf die Eventualität eines Waffenstillstandes auf Grund der Zurückziehung der türkischen Truppen aus Tripolitanien Anwendung zu finden. Euer Exzellenz wollen sich Herrn Sasonow gegenüber in gleichem Sinne vernehmen lassen, beifügend, daß ich von der Voraussetzung ausgehe, die in Aussicht genommene Friedensaktion werde sich im Rahmen des von uns eingenommenen Neutralitätsstandpunktes bewegen und mit dem Begriffe einer Mediation nicht im Widerspruche stehen.

2.—6. Ich telegraphiere unter dem heutigen an Grafen Thurn wie folgt: (Inseratur aus Telegramm ad 1 von „Der russische Geschäftsträger" bis inklusive „Anwendung zu finden.")

2. Euer Exzellenz wollen den Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär von Vorstehendem streng vertraulich in Kenntnis setzen und sich darüber informieren, welche Stellung die kaiserlich deutsche Regierung dem russischen Vorschlag gegenüber einzunehmen gedenkt.

3.—6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Kenntnisnahme.

[a]) Vgl. n. 3314, 3319, 3322, 3323, 3325, 3344. Berchtold.

Nr. 3321. Tel. nach Berlin, 28. Feb. 1912 Nr. 23 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Die Botschafter Frankreichs, Englands und Italiens haben mir am 26. d. M. dem Wortlaute nach fast identische Aide-mémoires überreicht, in welchen rücksichtlich der Gefahr eines türkisch-griechischen Konfliktes im Falle des Eintreffens kretensischer Deputierter in Athen sowie mit

Hinsicht auf den Beschluß der kretensischen Regierung, die Kapitulationen abzuschaffen und dem Konsularkorps die Entgegennahme von Gerichtsstücken zu verweigern, der Eintritt des Wiener und Berliner Kabinettes in einen Gedankenaustausch mit den Kretamächten als wünschenswert bezeichnet wird. Am selben Tage hat mir auch der russische Geschäftsträger ein Aide-mémoire überreicht, welches sich von den oberwähnten nur durch Weglassung des auf die Kapitulationen und die Verweigerung der Entgegennahme von Gerichtsstücken betreffenden passus unterscheidet. In meiner vorläufigen mündlichen Antwort habe ich den Vertretern der Kretamächte gegenüber betont, daß ich an den im Jahre 1898 von dem Wiener Kabinette abgegebenen Erklärungen festhalte und mich nur dann an den Beratungen und Beschlüssen der Kretamächte wieder beteiligen würde, wenn in der völkerrechtlichen Lage der Insel ein Changement fondamental eintreten würde. Dies sei gegenwärtig nicht der Fall und da ich auch nicht glaube, daß eine Unterstützung der Démarchen der Kretamächte unsererseits irgendwelchen Einfluß auf die Lösung der Frage der Entsendung der kretischen Abgeordneten nach Athen ausüben würde, schiene mir kein Anlaß zu einer Intervention der k. u. k. Regierung vorzuliegen. Die Tatsache, daß die kretensische Regierung die Aufhebung der Kapitulationen einseitig beschlossen habe, welche mir übrigens durch keinerlei Konsularberichte bestätigt wurde, sei eine interne kretensische Angelegenheit und sei es Sache der Kretamächte, diesbezüglich Ordnung zu schaffen. Ich habe den Vertretern der vier Mächte weiters bemerkt, daß das Wiener Kabinett in speziellen Fällen seine Hilfeleistung nicht versagt habe und auf das Vorgehen des Oesterreichischen Lloyd hingewiesen, dessen Schiffe erst unlängst über Ersuchen der Kretamächte die Beförderung der kretensischen Abgeordneten nach Athen verweigert hatten. Auch hätte Oesterreich-Ungarn seine Zustimmung zu einer zwischen der Pforte und den Schutzmächten getroffenen Vereinbarung nie verweigert. Einzelne Vertreter der Kretamächte haben in ihrer Erwiderung hervorgehoben, daß es sich bei ihrer Démarche nicht um ein Verlangen des Eintrittes Oesterreich-Ungarns und Deutschlands in eine Aktion handle, sondern nur um einen Meinungsaustausch. Speziell der französische Botschafter hat geltend gemacht, daß ein solcher Meinungsaustausch sich nicht auf Kreta beziehen würde, sondern auf die Abwendung der drohenden Gefahr eines Konfliktes zwischen der Türkei und Griechenland. Ich habe hiezu bemerkt, daß der Fall eines Konfliktes noch nicht vorliege und mir die Sache daher noch nicht von imminenter Bedeutung zu sein scheine; somit hielte ich auch die Zeit für einen Meinungsaustausch noch nicht für gekommen. Da es mir daran gelegen ist, auch in diesem Falle, wie bisher, in engem Einvernehmen mit der deutschen Regierung vorzugehen, ersuche ich Euer Exzellenz, dem Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär von Vorstehendem Kenntnis zu geben und daran das Ersuchen um Bekanntgabe der Absichten des Berliner Kabinettes behufs Erteilung einer möglichst identischen definitiven Antwort zu knüpfen. Ich sehe einer bezüglichen telegraphischen Berichterstattung mit Interesse entgegen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 3085, 3328, 3336.

Nr. 3322. Tagesbericht über einen Besuch des türkischen Botschafters, 28. Feb. 1912.[a]) Konz. (S. Seidl; V. u. G. Müller).

Der türkische Botschafter erwähnte heute hier, daß laut Informationen seiner Regierung das Londoner Kabinett den übrigen neutralen Mächten Schritte vorzuschlagen im Begriffe stehe, durch welche einerseits Italien zu einem Verzichte auf eine Flottenaktion gegen die europäischen und asiatischen Küsten der Türkei einschließlich der Dardanellen veranlaßt, und anderseits die Türkei von der Sperrung dieser Meerengen abgehalten werden sollen. Hieran anknüpfend erkundigte er sich auftraggemäß, ob die bezügliche englische Démarche hier bereits erfolgt sei, was verneint wurde. Bei diesem Anlasse bemerkte schließlich Mavroyeni Bey, seine Regierung habe ihm mitgeteilt, daß sie auf die von Italien als Basis eventueller Friedensverhandlungen aufgestellte Anerkennung der Annexion von Tripolis und der Cyrenaika absolut nicht eingehen werde.

[a]) Vgl. n. 3320, 3323.

Nr. 3323. Tel. aus Rom, 28. Feb. 1912 Nr. 24 (eing. 29. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Gestern suchte mich der erste Sekretär ...[b]), heute deutscher Botschafter, auf, um mir mitzuteilen, dass sie beide von ihren Regierungen ermächtigt seien, si omnes, im Sinne russischen Aide-mémoires (dessen Text meine Kollegen bereits seit gestern besitzen) Mediation der fünf Mächte italienischer Regierung anzubieten und dieselbe zur Bekanntgabe Minimums hiesiger Forderungen (nicht wie es früher hiess, Maximums hiesiger Konzessionen) einzuladen. Französischer und englischer Botschafter sollen analoge Ermächtigung besitzen. Da heute erhaltenes hohes Telegramm Nr. 25 mich zu keinerlei Démarche autorisiert, sondern noch Gedankenaustausch mit anderen Mächten vorsieht und nähere Formulierung der Démarche als nötig bezeichnet, erscheinen wir als einziges Hindernis dieser Aktion der Mächte. Initiative und Einigkeit der Triple-Entente wird bereits von hiesiger Presse gefeiert und auf Deutschlands und unser Zögern hingewiesen. Herr von Jagow sagte mir, er habe dies nun nach Erhalt seiner Instruktionen bezüglich Deutschlands richtig stellen lassen. Umsomehr wird unser isoliertes Zurückbleiben befremden und von Gegnern ausgenützt werden können. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3322, 3324, 3352, 3359. — [b]) Amtsvermerk: Name der Botschaft fehlt.

Nr. 3324. Tel. aus Berlin, 29. Feb. 1912 Nr. 45 (eing. 1. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Staatssekretär teilt mir mit, dass der englische Geschäftsträger heute bei ihm vorgesprochen und im Auftrage seiner Regierung die Anfrage gestellt hat, ob die deutsche Regierung bereit wäre, sich in Konstantinopel einer etwaigen Erklärung der Grossmächte anzuschliessen, dass Italien die Dardanellen nicht forcieren werde. Herr von Kiderlen-Waechter hat noch keine Antwort erteilt und wäre — da dieselbe Demarche gewiss auch in Wien gemacht worden ist — Euer Excellenz sehr dankbar,

wenn Hochdieselben ihm womöglich umgehend mitteilen liessen, ob Euer Excellenz damit einverstanden wären, wenn vorerst die italienische Regierung durch die deutsche und österreichisch-ungarische Regierung vertraulich von dieser Demarche benachrichtigt und ihr gesagt würde, dass die beiden Mächte entschlossen seien, diesem Ansinnen nicht zu entsprechen, es wäre denn, dass die italienische Regierung mit der Abgabe einer solchen Erklärung in Konstantinopel einverstanden wäre. Staatssekretär nimmt an, dass die englische Demarche nach vorhergegangener Beratschlagung mit Russland gemacht sei. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3323, 3325, 3329.

Nr. 3325. Tel. aus London, 29. Feb. 1912 Nr. 13 (eing. 1. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm No. 9 vom 27. d. M. Sir E. Grey sagte mir, er habe auf neuesten russischen Vorschlag geantwortet, er sei ganz bereit, auch an Italien in dem von Herrn Sazonow gewünschten Sinne heranzutreten, wenn die anderen Mächte dasselbe tun und man sich über die Vorgangsweise einigt. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3324, 3326.

Nr. 3326. Notiz der englischen Botschaft, 29. Feb. 1912 (eing. 29. Feb.).[a]) Ausfert.

L'Ambassade de Sa Majesté Britannique a été chargée par Sir Edward Grey de porter à la connaissance du Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères la proposition suivante. Il est certain que le commerce international subirait des pertes très considérables dans le cas où le gouvernement ottoman se déciderait, dans sa propre défense, à fermer les Dardanelles par moyen de mines. Sir Edward Grey est donc désireux de savoir si le gouvernement austro-hongrois jugerait utile que les Puissances s'adressent au gouvernement italien en lui demandant s'il serait disposé à donner des assurances qu'aucune opération militaire ne sera entreprise aux Dardanelles ou dans les eaux voisines.

[a]) Vgl. n. 3325, 3327, 3329, 3331, 3333, 3340, 10747.

Nr. 3327. Tel. aus Paris, 29. Feb. 1912 Nr. 33 (eing. 8 U. p. m.).[a]) Entziff.

Da der „Matin", offenbar um in Italien Stimmung zu machen, mit Insistenz berichtete, die Triple-Entente-Mächte seien bereit, im Interesse des Friedens in Konstantinopel eine gewisse Pression auszuüben, während man sich in Wien und Berlin weigere, an einer solchen Aktion teilzunehmen und hiesige Regierung diese Nachricht nur sehr flau im „Temps" dementierte, habe ich bei gestrigem Diplomatenempfang Herrn Poincaré darauf aufmerksam gemacht, dass ein Accreditieren dieser Darstellung die intransigente Haltung der Türkei nur fördern und die gemeinsame Aktion der neutralen Mächte im Interesse des Friedens behindern würde. Der Minister stimmte dieser Ansicht zu und sagte mir, er möchte es vermeiden, durch ein neuer-

liches Dementi die Diskussion über diese Frage wieder anzufachen. Er werde aber dafür sorgen, dass man in Konstantinopel genau über die Sachlage informiert werde. Er lege das grösste Gewicht auf einvernehmliches Vorgehen aller neutralen Mächte. Eine freundschaftliche Intervention wäre nach Ansicht des Ministers nur dann möglich, wenn sämtliche Signatarmächte sich daran beteiligen, dieselbe müsste simultan in Rom und Konstantinopel erfolgen; allerdings verspreche er sich unter den heutigen Verhältnissen von einer solchen Demarche wenig Erfolg, doch sei er bereit, an einer solchen teilzunehmen. Von grosser Wichtigkeit sei aber, dass der Kontakt zwischen den neutralen Mächten aufrechterhalten werde, um die erste günstige Gelegenheit zu freundschaftlicher Intervention gleich benützen zu können. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 3326, 3329, 3347.

Nr. 3328. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem griechischen Gesandten, 1. März 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Herr Streit hat mich heute aufgesucht und mir auftraggemäß ein Aidemémoire überreicht, in welchem die Lage der Kretenser in düsteren Farben geschildert und der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, alle Mächte würden etwas unternehmen, um die kretischen Aspirationen ihrer Verwirklichung wenigstens um einen Schritt näher zu bringen. Ich habe dem griechischen Gesandten geantwortet, daß seine Regierung am Besten thäte, sich nach Constantinopel zu wenden, um diese Angelegenheit im Einverständnisse mit der Pforte ins Reine zu bringen. Für das Wiener Kabinett läge kein Anlaß zu einer Stellungnahme in der kretischen Frage vor, da Österreich-Ungarn aus der Reihe der Schutzmächte ausgeschieden sei und keinen Grund habe, aus seiner bisherigen Reserve wieder herauszutreten. Was die Frage der Entsendung der kretischen Abgeordneten nach Athen betreffe, so würde auch eine Stellungnahme des Wiener Kabinettes an der Sachlage wenig ändern und sei es wohl Sache der griechischen Regierung, den kretischen Abgeordneten, falls es ihnen gelänge — gegen den Willen der Schutzmächte — nach Athen zu kommen, den Zutritt in die Kammer zu verwehren. Über die Gefahren, welche daraus resultiren sollten, daß die griechische Regierung das Erscheinen der kretischen Abgeordneten in der griechischen Kammer nicht zu verhindern vermöchte, schon jetzt zu diskutieren, schiene mir verfrüht.

[a]) Vgl. n. 3321, 3336.

Nr. 3329. Tel. nach Berlin, 1. März 1912 Nr. 26 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 45 vom 29. v. M. Englische Botschaft hat gestern auftragsgemäß hier ein Aidemémoire überreicht, dessen Wortlaut wie folgt lautet: ... *wie n. 3326 von „Il est certain" bis zum Schlusse* ... Diese englische Demarche unterscheidet sich wesentlich von der in Euer Exzellenz obzitiertem Telegramme enthaltenen Version über den Inhalt der in Berlin gemachten Anfrage. Ich

beabsichtige, dem englischen Botschafter zu antworten, daß ich allen Grund zur Annahme habe, die italienische Regierung werde zur Abgabe einer solchen Erklärung ihre Zustimmung nicht geben wollen; andernfalls würde ich mich bereit finden, in einen diesbezüglichen Gedankenaustausch mit den übrigen Kabinetten einzutreten. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär von Obigem Kenntnis geben und streng vertraulich beifügen, daß ich den Eindruck habe, die italienische Regierung würde ein Ansinnen, wie Sir E. Grey es vorschlägt, als einen wenig freundlichen Schritt auffassen, weshalb ich mich an einem solchen nur dann beteiligen würde, wenn ich auf Grund einer vorherigen vertraulichen Sondierung die Gewißheit erlangt hätte, daß die italienische Regierung mit der Abgabe einer solchen Erklärung der fünf Mächte in Konstantinopel einverstanden wäre. Nachdem laut Euer Exzellenz Telegramme auch dem Herrn Staatssekretär der Gedanke einer Sondierung in Rom vorschwebt, so weise ich Herrn von Mérey unter einem an, bei der italienischen Regierung diesbezüglich streng vertraulich anzufragen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3327, 3330.

Nr. 3330. Tagesbericht über einen Besuch des türkischen Botschafters, 1. März 1912.[a]) Konz. (S. Gröschl; G. Müller).

Der türkische Botschafter erwähnte heute hier die bereits annoncierte englische Demarche, wonach Italien zur Erklärung veranlaßt werden sollte, gegen die Dardanellen und in deren Umgebung keine Flottenaktion unternehmen zu wollen, und meinte hiebei, Italien hätte ja ohnedies schon Zusagen in diesem Sinne gemacht. Da Mavroyeni Bey dabei auch so tat, als hätte Italien diese Zusagen der k. u. k. Regierung gemacht, wurde dem türkischen Botschafter erwidert, es sei hier von solchen Erklärungen Italiens nichts bekannt; das einzige, was in dieser Beziehung vorliege, seien die in den Interpellationsbeantwortungen des österreichischen und des ungarischen Ministerpräsidenten[b]) wiedergegebenen, jedoch nur das adriatische und das jonische Meer betreffenden Erklärungen Italiens.

[a]) Vgl. n. 3329, 3331. — [b]) Vgl. n. 2786.

Nr. 3331. Tel. nach London, 1. März 1912 Nr. 10 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Die in Euer Exzellenz Telegramme Nr. 12 vom 26. v. M. angekündigte Demarche ist gestern durch englische Botschaft erfolgt. In dem hier hinterlassenen Aide-mémoire heißt es: ... *wie n. 3326 von „Il est certain" bis zum Schlusse* ... Ich beabsichtige dem englischen Botschafter zu antworten, daß ich allen Grund habe anzunehmen, die italienische Regierung werde zur Abgabe einer solchen Erklärung ihre Zustimmung nicht geben wollen; andernfalls würde ich mich bereit finden, in einen diesbezüglichen Gedankenaustausch mit den übrigen Kabinetten einzutreten. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache Sir E. Grey gegenüber. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3330, 3332, 3342, 10747.

Nr. 3332. Bericht aus London, 1. März 1912 Nr. 11 B (eing. 4. März).[a] *Ausfert.*

Mit Telegramm Nr. 12 vom 26. Februar konnte ich Euer Exzellenz melden, dass Sir Arthur Nicolson beabsichtigte, Sir E. Grey folgendes vorzuschlagen. Es wäre bei den neutralen Signatarmächten anzuregen, ob es sich nicht empfehlen würde, von Italien die Zusage zu erwirken, dass es sich jeder Aktion in den Dardanellen „et dans ces parages" enthalte, worauf man von der Türkei verlangen könne, die Dardanellen nicht zu sperren, keine Minen zu legen und Nichts zu tun, was den internationalen Handel und die Schiffahrt gefährde. Eine diesbezügliche Depesche ist vorgestern an die britischen Botschafter abgegangen. Sir Edward Grey sprach mir gestern davon und meinte, seine Anfrage bezwecke nur, die Meinung der anderen Kabinette einzuholen; es wäre aber jedenfalls erwünscht, wenn man Alles verhüten könne, was den Handel und die Schiffahrt der Neutralen schädige. Andererseits könne man aber auch nicht von der Türkei verlangen, keine Defensivmassregeln zu ergreifen. Auf meine Anfrage, ob er meine, Italien werde eine derartige Erklärung abgeben, sagte mir Sir Edward, er höre, die italienische Regierung habe neuerdings Euer Exzellenz Zusicherungen erteilt, welche den Schauplatz der italienischen Operationen einschränken. Ich konnte nur antworten, dass ich keine Mitteilung über neue italienische Erklärungen erhalten hätte. So viel ich im Foreign Office höre, ist die diesbezügliche Meldung über Paris — eine Depesche Croziers — hierher gelangt. Was die Sazonoffschen Vorschläge anbetrifft, so scheint mir Sir E. Grey etwas indifferent, Sir A. Nicolson skeptisch, und beide Herren erklären nach wie vor, die englische Regierung sei bereit, an Allem teilzunehmen, was das Ende des Krieges herbeiführen könne und über das sich die anderen Mächte geeinigt haben würden. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 3331, 3333, 3355.

Nr. 3333. Tel. nach Rom, 1. März 1912 Nr. 35 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Streng vertraulich. Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 28 vom 27. v. M. Angekündigte englische Demarche ist gestern hier durch Abgabe eines Aide-mémoires erfolgt, dessen Wortlaut wie folgt lautet: ... *wie n. 3326 von „Il est certain" bis zum Schlusse* ... Ich beabsichtige dem englischen Botschafter zu antworten, daß ich allen Grund habe anzunehmen, die italienische Regierung werde zur Abgabe einer solchen Erklärung ihre Zustimmung nicht geben wollen; andernfalls würde ich mich bereit finden, in einen diesbezüglichen Gedankenaustausch mit den übrigen Kabinetten einzutreten. Euer Exzellenz wollen Marquis San Giuliano von Obigem in streng vertraulicher Weise in Kenntnis setzen und beifügen, daß ich mich an dem von Sir E. Grey vorgeschlagenen Schritte nur dann beteiligen würde, wenn ich auf Grund einer vorherigen vertraulichen Äußerung des römischen Kabinettes die Gewißheit erlangt hätte, daß die italienische Regierung mit der Abgabe einer solchen Erklärung der fünf Mächte in Konstantinopel einverstanden sein sollte. Euer Exzellenz wollen dem Minister des Äußern

bei dieser Gelegenheit sagen, daß wir, zumal nach seinen in dem Berichte vom 20. v. M., Nr. 15 A vertraulich, gemeldeten Äußerungen, überzeugt sind, daß Italien an eine Flottenaktion in oder bei den Dardanellen nicht denke und zwar schon mit Rücksicht auf die sich daraus eventuell ergebenden Rückwirkungen auf den Balkan, wo die Erhaltung des status quo gefährdet werden könnte. Von dem Gedanken ausgehend, daß Italien ein Interesse daran habe, die Pforte in der Ungewißheit und in der Furcht vor dem Erscheinen der italienischen Flotte am goldenen Horne zu belassen, hätten wir es aber sorgsam vermieden, die türkischen Staatsmänner von dieser unserer Annahme irgendwie in Kenntnis zu setzen und seien bereit, auch weiters dieselbe Zurückhaltung zu befolgen. Berchtold.

[a]) Oe. U. Italien 205 Nr. 8. Vgl. n. 3332, 3334, 3340, 3341.

Nr. 3334. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 2. März 1912 Nr. 67 (eing. 3 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Mein deutscher Kollege sagte mir gestern, er hätte Grund anzunehmen, dass die italienische Flotte demnächst die Dardanellen angreifen werde. Bei diesem Anlasse sprach sich Baron Marschall auch dahin aus, dass er an einen praktischen Erfolg einer eventuellen Mediation der Mächte in Konstantinopel auch heute nicht glaube; mein französischer Kollege, der vor einigen Tagen aus Paris hieher zurückgekehrt ist, teilt Meinung Baron Marschalls. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3333, 3337.

Nr. 3335. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 2. März 1912 Nr. 69 (eing. 5 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Wie ich aus nichttürkischer sicherer Quelle, welche mich um strenge Geheimhaltung bat, erfahre, wurden die verschiedenen Nachrichten über einen Einmarsch unserer Truppen in den Sandjak von Novibazar[b]) von italienischer Seite in Umlauf gesetzt. Die italienische Regierung habe auch bei der Verbreitung der Nachrichten hierorts ihre Hand im Spiele. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3312, 3369. — [b]) Vgl. n. 2986.

Nr. 3336. Tel. nach London Nr. 11 (1), Paris Nr. 21 (2), St. Petersburg Nr. 26 (3) und Rom Nr. 36 (4), 2. März 1912 (chiffr. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1.—4. Die Vertreter der Kretamächte haben mir am 26. v. M. auftragsgemäß Aide-mémoires überreicht, in welchen rücksichtlich der Gefahr eines türkisch-griechischen Konfliktes im Falle des Eintreffens kretensischer Deputierter in Athen der Eintritt des Wiener und Berliner Kabinettes in einen Gedankenaustausch mit den Kretamächten als wünschenswert bezeichnet wird. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Minister des Äußern in Beantwortung obiger Demarche in meinem Auftrage ein Aide-mémoire folgenden Wortlautes unterbreiten: „Le Gouvernement Impérial et Royal maintient son attitude vis-à-vis de la Crète telle qu'il l'a fixée en 1898 ainsi

que dans ses communications ultérieures. Le Gouvernement Impérial et Royal ne saurait s'occuper des affaires crétoises que dans le cas où il s'agirait d'une modification fondamentale dans la situation internationale de l'île. Le Gouvernement Impérial et Royal ne se refusera pas, dès que les évènements pourraient le nécessiter à prendre part à des échanges de vue entre les Puissances qui ne viseraient que le maintien de la paix entre la Grèce et la Turquie." Eine gleichlautende Weisung ergeht auch an die k. u. k. Vertreter bei den übrigen Kretamächten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3321, 3328, 3365.

Tel. nach Paris, 2. März 1912 Nr. 21 (chiffr. 4 U. 30 M. p. m). Siehe n. 3336.

Nr. 3337. Tagesbericht über einen Besuch des französischen Botschafters, 2. März 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Müller).

Herr Crozier hat mich heute aufgesucht und die Sprache auf den jüngsten Vorschlag Herrn Sazonows gebracht. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß eine vermittelnde Demarche von allen fünf Mächten gemeinsam und in Rom und Konstantinopel gleichzeitig ausgeführt werden müsse; auch dürfe gegen keine der beiden kriegführenden Mächte zugunsten der anderen parteiisch vorgegangen werden. Ich habe dem Botschafter erwidert, ich könne ihm über die definitive Antwort, welche das Wiener Kabinett auf die russische Anregung erteilen werde, deshalb noch keine Auskunft geben, weil ich noch einer präziseren Mitteilung seitens des Petersburger Kabinettes entgegensehe, vor deren Einlangen jede Äußerung meinerseits unkorrekt wäre. So viel könne ich ihm jedoch auch jetzt schon sagen, daß auch ich den Standpunkt vertrete, daß es sich bei jedem Schritte in Rom oder Konstantinopel nur um eine médiation nicht aber um eine intervention handeln müsse.

[a]) Vgl. n. 3334, 3338, 3348.

Tel. nach Rom, 2. März 1912 Nr. 36 (chiffr. 4 U. 30 M. p m.). Siehe n. 3336.

Nr. 3338. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 2. März 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; V. Berchtold; G. Müller).

Herzog Avarna hat mich heute aufgesucht und mich um meine Ansicht über folgenden Vorschlag befragt: Italien solle die Zusage geben, seine maritimen Operationen auf das Mittelländische Meer zu beschränken, wogegen die Türkei ihre Truppen aus Tripolitanien zurückzuziehen hätte. Selbstverständlich sei dies so zu verstehen, daß die italienische Zusage sich nur auf den Fall beziehen könnte, als die Zurückziehung der Truppen faktisch erfolgt sei, da erfahrungsgemäß türkische Truppenbefehle nicht immer eingehalten werden und daß weiters die italienischen Kriegsschiffe zur Verhinderung der Contrebande im Roten Meere verbleiben würden. Letzteres sei schon aus dem Grunde unerläßlich, um zu verhindern, daß die Araber auf diesem Wege neuerlich einen Sukkurs durch türkische Truppen oder

Waffen- und Munitionssendungen erhielten. Ich habe dem Herrn Botschafter zunächst gesagt, daß ich mich nicht für berufen fühle, mich in diesem Belange offiziell auszusprechen. Als meine persönliche Ansicht könne ich ihm aber sagen, daß ich es durchaus nicht für wahrscheinlich hielte, daß die Türkei auf einen solchen Vorschlag eingehen würde. Ganz akademisch gesprochen, könne ich es begreifen, daß man italienischerseits darauf bestehen wolle, daß die Zurückziehung der türkischen Streitkräfte aus Tripolitanien auch de facto durchgeführt sei, bevor Italien sich durch eine Zusage gebunden fühle, die maritimen Operationen auf das Mittelmeer einzuschränken. Ich bemerkte weiters, es sei aus seinen Angaben nicht zu ersehen, worin diese Einschränkung bestehen würde, daß ich aber den Eindruck habe, eine solche Zusage werde insbesondere, wenn sie nicht die Reduzierung der im Roten Meere befindlichen italienischen Kriegsschiffe auf den Stand vor der Kriegserklärung einbegreife, kein genügendes Äquivalent für die Zurückziehung der türkischen Truppen vom Kriegsschauplatze bilden können. Auf meine Frage, ob die in Rede stehende Vereinbarung als ein Waffenstillstand gedacht sei, erwiderte Herzog Avarna, dies sei nicht der Fall, da Italien den Kampf gegen die Araber in Tripolitanien doch werde fortsetzen und überdies Schiffe zur Abhaltung der Einfuhr türkischer Waffen und Munition in Bereitschaft halten müssen.

[a]) Vgl. n. 3337, 3340.

Tel. nach St. Petersburg, 2. März 1912 Nr. 26 (chiffr. 4 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3336.

Nr. 3339. Bericht aus St. Petersburg, 18. Feb./2. März 1912 Nr. 7 A (eing. 4. März).[a]) Ausfert.

Das Verhalten, welches anlässlich des Ablebens des Grafen Aehrenthal sowohl von den hiesigen offiziellen Kreisen als von der Tagespresse beobachtet wurde, hat wieder einmal recht deutlich in die in den weitesten Kreisen gegenüber der Monarchie herrschenden Gefühle hineingeleuchtet. Dass die in ihrer grossen Mehrheit nationalistische und chauvinistische Presse dem Staatsmanne, der den russischen Widerstand gegen die Annexion Bosniens und der Herzegovina durch seine überlegene Staatskunst zu überwinden verstanden hatte, eine gewisse Rancune bewahrt hat und dass diese auch in den Nachrufen dieser Blätter zum Ausdrucke kam, ist füglich nur natürlich. Bemerkenswerter ist aber das Misstrauen und Übelwollen, welches bei dieser Gelegenheit in den meisten der gegenständlichen Artikel gegenüber der gegenwärtigen und zukünftigen Politik der Monarchie zum Ausdrucke kam und das in dem Fiasko des auch von ihnen als ungeschickt bezeichneten Iswolski'schen Régimes keine genügende Erklärung findet. Der letzte Grund für diese so deutlich zu Tage getretene Animosität scheint mir viel tiefer zu liegen und dürfte in dem russischen Volkscharakter selbst zu suchen sein, dem ein grosses Mass nationaler Sensitivität innewohnt. Es wäre gewiss verfehlt, wollte man alle Russen zu Panslavisten stempeln, aber ein gewisser Grad slavischen Solidaritätsgefühles wohnt doch in jedem derselben. So erklärt es sich, dass man hier in Österreich-Ungarn, welches

selbst eine grosse Zahl slavischer Einwohner besitzt, die aber — je mehr die Monarchie erstarkt — desto mehr dem russischen Einflusse entzogen sind, und welches Kraft seiner geographischen Situation bei der Gestaltung der künftigen Lage der Balkanslaven ein gewichtiges Wort mitzureden haben wird, einen die innersten nationalistischen Aspirationen störenden und daher hostilen Faktor erblickt. Hiezu kommt, dass man sich nicht abgewöhnen kann, die Monarchie gewissermassen als einen gegen den Balkan vorgeschobenen Vorposten Deutschland's zu betrachten, welches ja, wie Euer Exzellenz wissen, trotz der alten „turmhohen Freundschaft" und auch jetzt trotz „Potsdam", im Grunde hier noch viel unpopulärer ist, als wir. Diese Umstände, die Vielen vielleicht nicht einmal so recht klar zu Bewusstsein kommen, werden es meiner unmassgeblichen Meinung nach noch auf lange hinaus schwer machen, mit Russland zu einem wirklich freundschaftlichen und vertrauensvollen Verhältnis zu gelangen, selbst wenn eine zeitweilige Identität der nächsten Interessen die beiden Mächte — wie dies ja schon wiederholt geschehen ist — zu einem gemeinsamen Vorgehen in konkreten Fragen veranlasst. Dies scheint mir auch durch die Geschichte unserer Entente-Politik erwiesen zu sein, die in dem Augenblicke in die Brüche gieng, wo Russland ihrer nicht mehr zu benötigen glaubte. Ob und wann einmal der Zeitpunkt eintreten wird, wo die dynastischen und konservativen Interessen, welche Russland mit den beiden grossen Nachbarmonarchien gemeinsam hat, so stark in den Vordergrund treten werden, um über die nationalistisch-chauvinistischen Strömungen dauernd derart das Übergewicht zu gewinnen, um ein Wiederaufleben des gewiss als anstrebenswertes ideales Ziel zu bezeichnenden alten Dreikaiser-Bündnisses zu ermöglichen, lässt sich heute wohl nicht vorhersagen. Jedenfalls liegt dieser Zeitpunkt aber selbst im besten Falle noch in weiter Ferne. Die massgebenden Leiter der russischen auswärtigen Politik lassen sich im Gegensatze zur Presse und unverantwortlichen Politikern gewiss mehr von den realen Bedürfnissen ihres Landes als von den weiter oben erwähnten Gefühlsregungen leiten, was schon durch das insbesondere seit dem Amtsantritte Herrn Sazonow's deutlich zum Ausdrucke gekommene Bestreben derselben dokumentiert wird, den abgerissen gewesenen Faden wieder anzuknüpfen und im Nahen Oriente parallel mit uns vorzugehen; aber ganz können auch sie sich nicht den populären Strömungen entziehen. Für letztere Behauptung scheint mir das Benehmen einen Beweis zu liefern, welches die offiziellen Persönlichkeiten, mit einer einzigen rühmlichen Ausnahme, gelegentlich des Hinscheidens des Grafen Aehrenthal an den Tag gelegt haben. Von sämmtlichen Ministern, Staatsmännern, Hofchargen, Militärs etc., welche den verewigten Minister während seiner langjährigen Petersburger Wirksamkeit gekannt haben und von denen viele seinerzeit eng mit ihm befreundet waren, hat mit alleiniger Ausnahme des Ministerpräsidenten Kokowzow kein einziger sich veranlasst gesehen, mir gegenüber irgend ein Zeichen der Teilnahme zu bekunden. Herr Kokowzow allein hat mir sofort nach Bekanntwerden der Trauernachricht eine Kondolenzkarte gelassen und hat bei der nächsten Gelegenheit, bei der ich ihn traf, in den wärmsten Worten des Verewigten gedacht. An der durch

mich in der Botschaftskapelle veranstalteten Seelenmesse nahm wohl auch er nicht Teil, entschuldigte aber wenigstens sein Fernbleiben mit dringenden Arbeiten in der Duma. Sonst beteiligten sich an der erwähnten Trauerfeier, zu der ich allerdings keine Einladungen hatte ergehen lassen, die aber in mehreren Blättern verlautbart worden war, ausser zahlreichen Mitgliedern der Kolonie, nur die gesamte deutsche und italienische Botschaft und von Russen bloss eine alte Madame Schebeko und der gewesene Hausarzt des Grafen Aehrenthal, Dr. Bertenson! Herr Sazonow erwähnte des Hinscheidens des Grafen Aehrenthal mir gegenüber, auch als ich ihn das nächste Mal sah, nur mit einigen flüchtigen Worten der Teilnahme für die Familie; sprach aber dann allerdings seine besondere Freude über die Berufung Euer Exzellenz aus und erwähnte der vorzüglichen persönlichen Beziehungen, welche er mit Hochdenselben jederzeit unterhalten hat. Dieses ausserordentlich kühle Verhalten Herrn Sazonow's anlässlich des Todes eines Staatsmannes, dessen Verdiensten um die Aufrechterhaltung des Friedens er unmöglich sich verschliessen konnte, und mit dem er namentlich in der letzten Zeit wiederholt einen durchaus freundschaftlichen Gedankenaustausch gepflogen hatte, ist umso befremdender, als Herr Sazonow erst noch vor ganz kurzer Zeit meinem deutschen Kollegen gegenüber geäussert hatte, er würde es lebhaft bedauern, wenn Graf Aehrenthal, in dem er eine Stütze des Friedens erblicke, sich zum Rücktritte gezwungen sehen würde. Angesichts dessen ist es schwer, für das Verhalten Herrn Sazonow's eine Erklärung zu finden, wenn man darin nicht eine Konzession an die nationalistisch-chauvinistische Öffentliche Meinung erblicken will, und vielleicht auch eine Art Reaktion gegenüber der in unserer Presse in der letzten Zeit leider viel zu laut angeschlagenen Note von der Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland. Eine solche wird gewiss von Herr Sazonow gewünscht, aber es mag ihm mit Rücksicht auf die hiesige Öffentliche Meinung, welche hiefür noch nicht das genügende Verständnis zeigt, nicht angenehm sein, wenn zuviel davon gesprochen oder gar wenn ihm eine Initiative in dieser Richtung imputiert wird. Er wird eine solche, wenn die russischen Interessen es erheischen, sicher ergreifen, wie er es ja schliesslich schon bei mehreren Anlässen, wenn auch einstweilen nur erst zögernd und vorsichtig, getan hat. Aber sobald man hier sieht oder zu sehen glaubt, dass das Interesse an der Annäherung auf unserer Seite stärker betont wird, wird man wieder misstrauisch und weicht zurück. Es dürfte daher, gerade weil wir eine allmähliche Wiederannäherung mit Befriedigung begrüssen würden, das Gebot einer richtigen Taktik sein, uns dieses Interesse möglichst wenig anmerken zu lassen und wie Euer Exzellenz es auch in Hochdero Privatschreiben vom 24. d. M.[b]) ausführen, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen, jedoch jedes, auch geringfügiges Entgegenkommen verständnisvoll aufzunehmen. Dieses System freundlicher Reserve, wobei wir jeden Anschein des „Nachlaufens" sorgfältig vermeiden und die Russen an uns herantreten lassen, welches auch Graf Aehrenthal bereits inauguriert hatte, hat bisher recht günstige Ergebnisse gezeitigt und verdanken wir es zweifellos ihm, wenn russischerseits in den letzten Monaten wiederholt verschiedene Schritte in der Rich-

tung einer Wiederannäherung erfolgt sind, welche, bei uns freundlich aufgenommen, zu den gegenwärtig herrschenden, zwar noch etwas reservierten, aber durchaus freundlichen Beziehungen geführt haben. Der Umstand, dass gerade Euer Exzellenz zum Nachfolger des Grafen Aehrenthal ausersehen wurden, wird gewiss dazu beitragen, hier manche aus der Vergangenheit noch zurückgebliebene Rancune leichter vergessen zu machen und manches Misstrauen abzuschwächen; aber die vorerwähnten in der russischen, slavischen Mentalität liegenden tieferen Ursachen, die einem wirklich guten Verhältnisse zwischen uns meiner Meinung nach heute noch entgegenstehen, werden auch die unverhohlenen Sympathien, die man hier der Person Euer Exzellenz entgegenbringt, nicht völlig zu überwinden im Stande sein. Dies lässt sich auch aus den durchwegs sympathischen, aber doch von einer gewissen Reserve nicht freien Artikeln herausfühlen, mit welchen die Presse aller Schattierungen den Amtsantritt Euer Exzellenz begleitete. ... *Pressestimmen.* ... Thurn.

[a]) Vgl. n. 3301, 3394 Anm. f. — [b]) Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 3340. Tel. nach Rom, 3. März 1912 Nr. 40 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 35 vom 1. d. M.: Sir F. Cartwright hat mich gestern aufgesucht und die durch Abgabe des Aide-mémoires[b]) erfolgte Demarche mündlich wiederholt. Ich habe dem Botschafter gesagt, meine Ansicht gehe dahin, die italienische Regierung werde auf das Ansinnen einer Erklärung, keine kriegerische Operation in den Dardanellen und benachbarten Gewässern unternehmen zu wollen, nicht eingehen und sei es unsere Pflicht als Neutrale, alles zu vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, als wollten wir eine der beiden kriegführenden Parteien in ihrer Aktionsfreiheit behindern. Zur Unterstützung der ihm aufgetragenen Demarche richtete Sir F. Cartwright die Frage an mich, ob denn Italien nicht bereits in einem früheren Zeitpunkte dem Wiener Kabinette eine Erklärung abgegeben habe, welche sich im Wesen mit jener decke, welche die fünf Mächte nach dem Vorschlage Sir E. Grey's jetzt von Italien verlangen sollen. Ich habe dem Botschafter erwidert, daß ich von einer solchen italienischen Erklärung nie etwas gehört hätte. Die Frage des englischen Botschafters läßt mich vermuten, daß die in Rede stehende englische Anregung vielleicht auf Gerüchte zurückzuführen sein könnte, die Herr Barrère zu verbreiten ein Interesse hat.[c]) Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und allenfallsigen Verwertung Marquis San Giuliano gegenüber, wobei Hochdieselben aber bemerken wollen, daß meine Aussprache Sir F. Cartwright gegenüber nichts an dem von Graf Aehrenthal eingenommenen Standpunkte ändert, an welchem auch ich festzuhalten entschlossen bin. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3338, 3341, 3355. Auszugsweise gedruckt in Oe. U. Italien, S. 208 Nr. 9 als Zirkular. Es liegt jedoch nur das Konzept eines Tel. nach Rom vor mit einer Anweisung für die Kanzlei, je eine Abschrift nach Berlin, Konstantinopel, London, Paris u. St. Petersburg zu senden. — [b]) Vgl. n. 3326. — [c]) Vgl. n. 3318.

Nr. 3341. Tel. aus Rom, 3. März 1912 Nr. 27 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Minister des Äussern, welchem ich Inhalt der hohen Telegramme Nr. 26[b] und 35 mitteilte, erklärte kategorisch, dass italienische Regierung eine Zusage im Sinne des englischen Aide-mémoires durchaus nicht abzugeben in der Lage sei, sich vielmehr mit Ausnahme des freiwilligen Verzichtes auf Operationen im adriatischen und jonischen Meere volle Aktionsfreiheit vorbehalten müsse. Marquis San Giuliano behauptet, von dieser englischen Demarche bisher keine Kenntnis gehabt zu haben, was mir Gedanken nahelegt, dass dieselbe vielleicht nur in Wien unternommen wurde und sich als ein neuerliches Manöver der Triple-Entente darstellt, uns in dieser Frage Italien gegenüber vorzuschieben. Geheim. Aus weiteren Äusserungen des Ministers gewann ich abermals Eindruck, dass Italien ernstere maritime Aktionen im ägäischen Meere und speciell Forcierung der Dardanellen vorläufig nicht beabsichtigt, aber sowohl Türkei wie eigener öffentlicher Meinung gegenüber Freiheit seiner Entschliessungen demonstrieren und dieselbe mit Rücksicht auf unvorhergesehene weitere Phasen des Krieges auch tatsächlich aufrechterhalten will.

Mérey.

[a] Vgl. n. 3340, 3342, 3351. — [b] Mit Tel. Nr. 26, 27. Feb. 1912 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.) wurde nach Rom mitgeteilt, die Zeitungsnachricht, dass Pallavicini der Pforte erklärt hätte, Italien werde die Dardanellen nicht forcieren, beruhe selbstverständlich auf reiner Erfindung. Pallavicini habe im Gegenteil dem türkischen Minister des Äußern eindringlichst abgeraten, die seitens der türkischen Regierung angedrohten Verfügungen gegen die in der Türkei lebenden Italiener sowie die sofortige Sperrung der Dardanellen durchzuführen.

Nr. 3342. Tel. aus London, 4. März 1912 Nr. 15 (eing. 5. März 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Bezug auf Telegramm Nr. 10 vom 1. dieses Monats. Unterstaatssekretär sagte mir, dass englische Anregung bezüglich Erwirkung italienischer Erklärung keine Operationen bei Dardanellen vorzunehmen, überall sehr kühl aufgenommen wurde, mit Ausnahme von Paris. Selbst in Petersburg sei man ablehnend gewesen. „Wir haben eine kalte Douche erhalten, aber da wir keinen amour-propre d'auteur haben, macht es nichts." Sir A. Nicolson sprach Hoffnung aus, dass trotzdem Italien nichts bei den Dardanellen unternehmen werde, das Situation noch komplizieren würde, und schien im übrigen ziemlich skeptisch was Mediation zur Beendigung des Krieges betrifft.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 3341, 3344, 3355.

Nr. 3343. Bericht aus London, 4. März 1912 Nr. 12 A (eing. 7. März).[a] *Ausfert.*

Vertraulich. Ich hatte gestern Gelegenheit, mit Lord Haldane zum erstenmale seit seiner Rückkehr von Berlin zusammenzutreffen und eine längere Unterredung mit ihm zu haben. Nachdem wir im Laufe der Jahre häufig über die bedauerliche Entwicklung gesprochen hatten, welche die

deutsch-englischen Beziehungen zu nehmen drohten, war es natürlich, dass unsere Konversation sich sogleich seiner Berliner Mission zuwandte. Lord Haldane begann damit, mir seine vollste Befriedigung über den Verlauf seiner Gespräche mit den deutschen Staatsmännern zu erklären. Es sei unmöglich, offener und rückhaltsloser sich auszusprechen, als er es mit Herrn von Bethmann Hollweg getan hätte. Der deutsche Reichskanzler flösst ihm das allergrösste Vertrauen ein und hat auf ihn einen ganz vorzüglichen Eindruck gemacht. Auch die langen Unterredungen mit Kaiser Wilhelm haben den britischen Kriegsminister sehr befriedigt. Er gibt sich vollständig Rechenschaft darüber, dass sowohl der Kaiser als der Reichskanzler im eigenen Lande mit grossen Schwierigkeiten zu rechnen haben, wenn es sich um eine Verständigung mit England handelt. Aber „der Wille ist hüben wie drüben vorhanden und wir haben schon eine bessere Atmosphäre geschaffen." Dies sei zunächst das Wichtigste, und die konkreten Fragen könnte man nur langsam nach und nach aufnehmen, um sie im Geiste des gegenseitigen Vertrauens zu erwägen und zu lösen. Von Rüstungen, Einschränkungen derselben etc. dürfe nicht gesprochen werden, weil sonst gleich wieder auf beiden Seiten ein gewisses échauffement hervorgerufen werden könnte, das der guten Sache schade. Was die grösste aller Schwierigkeiten, die Flottenvermehrungen betrifft, so hofft Lord Haldane aufrichtig, dass die deutsche Regierung innerhalb des Rahmens des bestehenden Flottengesetzes verbleiben wird. England würde darauf mit einer gewissen Verlangsamung des Tempos reagiren und so wäre zu hoffen, dass man nach und nach zwar nicht zu einer Verminderung aber doch zu einer Verhütung der Steigerung der Flottenbudgets gelange. Der englische Marinevorschlag wird in diesem Jahre vor dem deutschen eingebracht werden. Lord Haldane sagte mir, er werde so gehalten sein, dass eine nachträgliche Steigerung möglich bleibe, falls — was hoffentlich nicht geschehen wird — das deutsche Marinebudget es notwendig erscheinen liesse. Lord Haldane glaubt, dass es ihm gelungen ist, die massgebenden Faktoren in Berlin davon zu überzeugen, dass ein englischer Angriff auf Deutschland im vergangenen Sommer nicht geplant worden ist. Die hier ergriffenen Massnahmen waren rein defensiv, weil wieder in England das Märchen einer deutschen Aggression verbreitet wurde. „Wir haben nie etwas gegen Deutschland im Schilde geführt; nur wollen wir nicht, dass Frankreich ganz zermalmt werde. Eine Gefahr, an die ich übrigens nicht glaube, denn Deutschland will ja heute nichts von Frankreich nehmen. Die beängstigende Situation war nur durch die unbegründete Furcht hervorgerufen, die man gegenseitig vor einander hatte." Der Herr Kriegsminister tadelte auf das schärfste einen Teil der englischen Publizisten — wie Maxse und dgl. — sowie diejenigen deutschen Pressorgane, welche den Interessen Krupps und anderer grosser Industrieller oder Schiffrheder dienen, die von dem erhöhten Flottenbau eine Vermehrung ihrer Produktion erhoffen. Mit grösstem Nachdrucke wiederholte mir Haldane, dass das ganze Kabinett inklusive Sir E. Grey die Détente zwischen hier und Berlin aufrichtig wünsche. (Die Redewendung Winston Churchills[b]) über Notwendigkeit und Luxus der Flotte für England und für Deutschland bezeichnete er als eine sehr bedauerliche oratorische Entgleisung.) Ich

erlaubte mir darauf hinzuweisen, dass es für Sir Edward Grey vor Allem notwendig sei, die Legende[1]) von seiner Germanophobie zu zerstören. Lord Haldane sieht das vollständig ein, glaubt aber, dass es nicht schwer sein werde, diesen nach seiner Überzeugung ganz ungerechtfertigten Ruf des Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten richtigzustellen. Lord Haldane gibt sich auch vollkommen Rechenschaft darüber, dass das Foreign Office als Departement und die englischen Diplomaten im Auslande eine starke Voreingenommenheit gegen Deutschland zeigen und dass dieser „état d'esprit" des britischen Auswärtigen Dienstes bekämpft werden müsse. (Ich hatte über diesen Punkt mit Lord Haldane ganz offenherzig gesprochen.) Auch darin meinte er, sei alle Schuld nicht auf dieser Seite und die deutsche Diplomatie habe manchmal eine ziemlich schwere Hand gezeigt. Auf meine Frage, wie die Führer der Opposition, Lord Lansdowne und dessen Kollegen, eine Annäherung an Deutschland aufnehmen würden, antwortete Lord Haldane, darüber könne man ganz beruhigt sein. Die Opposition wünsche eine Détente beinahe ebensosehr wie die Regierungspartei. Die Majorität des Landes sei unbedingt einig mit dem Kabinett in dessen Bestreben, eine Besserung der deutsch-englischen Beziehungen herbeizuführen, und was König Georg betrifft, so sei es unmöglich, ein wärmeres Interesse dem Gelingen der friedlichen Bemühungen der Regierung entgegenzubringen als es Seine Majestät getan hätte. Es handle sich natürlich auch darum, die französischen Empfindlichkeiten zu schonen. (Ich glaube, diese Erwägung dürfte bei einigen Kollegen des Kriegsministers eine grosse Rolle spielen.) Lord Haldane meinte aber, dass im Allgemeinen „die Franzosen sich recht verständig (quite reasonable) zeigen." Sie haben ja selbst ein grosses Interesse an einer allgemeinen Beruhigung. Russland, das sich mit Deutschland gut stellt, kann gewiss nichts dagegen einwenden, und dass man bei uns in Österreich-Ungarn eine Besserung des anglo-deutschen Verhältnisses gerne sehen würde, davon ist Lord Haldane überzeugt. So glaubt er wirklich, dass eine gewisse Hoffnung für die so sehr ersehnte allgemeine Détente vorhanden sein kann. Er sieht keine Frage, welche zwischen den Grossmächten auftauchen könnte, und machte dabei die Bemerkung, die schwierigste Stellung aller europäischen Minister scheine ihm diejenige Euerer Exzellenz zu sein, weil man in Wien am empfindlichsten von allen unberechenbaren Ereignissen am Balkan berührt werde. Lord Haldane zeigte auch volles Verständnis für eine von mir eingeworfene Erwägung, welche sich gerade durch den jetzigen Kohlenstrike aufdrängt, dass nämlich mit Rücksicht auf die internationale Organisation gewisser subversiver Elemente es von Wichtigkeit wäre, wenn die „pouvoirs constitués" sich verständigen und die Regierungen der Grossmächte sich nicht fremd oder feindselig gegenüberstehen. Bei dem heute stattgefundenen ersten Levées dieses Jahres kam mir auf der Treppe ein anderes Kabinettsmitglied, der Lord Chancellor Lord Loreburn, nach, um mir zu sagen, er denke an die Konversation, die wir voriges Jahr in Balmoral über anglo-deutsche Beziehungen hatten und freue sich über die Besserung. Die Mission seines Kollegen Haldane, für die er sich lebhaft interessirt und eingesetzt hätte, erfülle ihn mit der Hoffnung, dass man bei vorsichtiger und nicht überstürzter Handlung einer wirklichen

Détente entgegengehe. Es sei dies sein lebhaftester Wunsch und er glaube derjenige der grossen Mehrheit seiner Landsleute. Die Zuversicht, welche nicht nur der überzeugte Deutschenfreund Lord Haldane, sondern auch Lord Loreburn an den Tag legt, ist jedenfalls ein erfreuliches Symptom, umsomehr als auch — wie ich mit Bericht Nr. 7 B vom 16. Februar zu melden mir erlaubte — der Premierminister und Sir Edward Grey mir in ähnlichem Sinne gesprochen hatten. Mensdorff.

1) ?
a) Vgl. n. 3374. — b) Vgl. n. 3289.

Nr. 3344. Tel. aus St. Petersburg, 4. März 1912 Nr. 46 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).a) Entziff.

Antwort auf Telegramm No. 28b) von gestern. Ich hatte bereits vor einigen Tagen Gelegenheit, mich Herrn Sazonow gegenüber in dem gleichen Sinne vernehmen zu lassen, wie Euer Excellenz dies dem russischen Geschäftsträger gegenüber in Beantwortung des von diesem überreichten Memorandums getan haben. Bei Wiedergabe des mir im letzten Alineac) des bezogenen Telegrammes aufgetragenen Zusatzes musste ich mich allerdings etwas vage fassen, da mir eine genaue Definition „des Rahmens des von uns eingenommenen Friedensstandpunktes",d) in welchem sich die Friedensaktion zu bewegen hätte, nicht zur Verfügung steht. Hingegen betonte ich deutlich den Wunsch Euer Excellenz, dass die ins Auge gefasste Aktion den Charakter einer Mediation streng einhalte. Herr Sazonow ging auf meine Mitteilung nicht weiter ein, weshalb ich mich bisher einer Meldung über diese Konversation enthalten habe. Thurn.

a) Vgl. n. 3342, 3345. — b) Betreibung von n. 3320. — c) Das letzte Alinea von n. 3320 beginnt mit: „Euer Exzellenz wollen sich Herrn Sasonow". — d) Amtsvermerk: sic!

Nr. 3345. Tel. aus St. Petersburg, 4. März 1912 Nr. 47 (eing. 5. März 9 U. a. m.).a) Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 46 von heute. Herr Sazonow kam heute auf die durch Euer Exzellenz dem russischen Geschäftsträger erteilte Antwort zurück und frug mich, ob Euer Exzellenz dem k. u. k. Botschafter in Rom bereits Instruktionen im Sinne seiner Anregung erteilt hätten. Ich antwortete, dass ich dies bezweifle, da Euer Exzellenz in Ihrer Antwort an den russischen Geschäftsträger vorerst den Wunsch nach einer näheren Präzisierung der in Rom und Konstantinopel zu ergreifenden Schritte geäussert hätten. Der Herr Minister erwiderte, er denke sich den Schritt in Rom in Form einer ganz allgemein gehaltenen Frage, zu welchen Konzessionen italienische Regierung äussersten Falles geneigt wäre, wobei ihm als solche die Gewährung einer entsprechenden Geldentschädigung, Aufhebung des Blocus der Roten Meerküste und Aufrechterhaltung der geistigenb) Suprematie des Sultans vorschwebe. Die näheren Modalitäten, wie die Anfrage zu stellen sei, möchte Herr Sazonow einer Vereinbarung der Botschafter in Rom überlassen. Der als zweite Etappe gedachte Schritt in Konstantinopel hätte sich im Einklang mit dem englischen Vorschlag auf

die Einladung zu beschränken, „de remettre leur cause entre les mains des Puissances", wobei die Türkei in vertraulicher Weise auf die Gefahr einer Fortdauer des Krieges gegen Vorteil, welchen die Vermittlung der Mächte böte, aufmerksam gemacht werden könnte. Über die Chancen des Gelingens dieser Aktion seien die Meinungen verschieden; auch er selbst hege keine allzu sanguinischen Hoffnungen, doch scheine es immerhin eines Versuches wert. Das Bedenken, die Pforte werde nicht in eine Anerkennung der Annexion beziehungsweise der italienischen Souveränität willigen, scheine nicht stichhältig, da sein Vorschlag ja gerade die Notwendigkeit einer ausdrücklichen Anerkennung zu umgehen bezwecke. Die ganze Aktion würde auch nach seiner Intention strenge im Rahmen einer Mediation bleiben, was auch dem Standpunkte der meisten anderen Mächte entspreche, die — England an der Spitze — jede Pression perhorreszieren. Herr Sazonow bat mich, bei Euer Exzellenz dahin zu wirken, dass Herr von Mérey ehestens Instruktionen erhalte, mit den anderen Botschaftern gemeinsam vorzugehen, und verwies darauf, dass auch deutsches Kabinett bereits entsprechende Weisungen an Herrn von Jagow erlassen habe. Falls es nicht den Anschein erwecken soll, als wollten gerade wir russischen Vorschlag contrecarrieren, was Euer Exzellenz Intention nicht entsprechen dürfte, schiene ein Mitmachen der Anfrage in Rom trotz der geringen Aussichten auf Erfolg kaum zu vermeiden. Erbitte Weisung, welche Antwort ich Herrn Sazonow geben soll. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3346, 3348, 3349 Anm. b, 3350 Anm. b. — [b]) So!

Tel. nach Berlin, 5. März 1912 Nr. 28 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 3347.

Tel. nach Berlin, 5. März 1912 Nr. 30 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3348.

Tel. nach Konstantinopel, 5. März 1912 Nr. 42 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 3347.

Tel. nach Konstantinopel, 5. März 1912 Nr. 44 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3348.

Nr. 3346. Tel. aus Konstantinopel, 5. März 1912 Nr. 71 (eing. 3 U. 55 M. p. m.).[a]) Entziff.

Anlässlich des gestrigen Diplomatenempfanges hat mir Assim Bey gesagt, es wären ihm von verschiedenen Seiten Nachrichten zugekommen, laut welcher die Mächte die Absicht hätten, in Konstantinopel und in Rom im Interesse des Friedens Schritte zu unternehmen. Der Minister fügte hinzu, er müsse schon jetzt erklären, dass die türkische Regierung nicht in der Lage wäre, sich auf Grund eines Vermittlungsvorschlages, bei welchem die effektive Souveränität des Sultans über Tripolis und die Cyrenaika nicht gewahrt würde, auf Verhandlungen einzulassen. Assim Bey liess hiebei durchblicken, dass, wenn die Mächte die Annexion als Basis ihrer Schritte in Konstantinopel akzeptieren würden, die Türkei hierin ein Abweichen von der bisherigen neutralen Haltung derselben erblicken müsste.

Unter diesen Umständen scheint mir eine Aktion der Mächte, soweit Konstantinopel in Betracht kommt, vorläufig nicht bloss aussichtslos, sondern vom Standpunkte der Erhaltung der Ruhe auf der Balkanhalbinsel sogar bedenklich zu sein. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3345, 3347.

Tel. nach London, 5. März 1912 Nr. 12 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 3347.

Tel. nach London, 5. März 1912 Nr. 14 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3348.

Nr. 3347. Tel. nach Paris Nr. 23 (1), Rom Nr. 41 (2), Berlin Nr. 28 (3), St. Petersburg Nr. 30 (4), London Nr. 12 (5) und Konstantinopel Nr. 42 (6), 5. März 1912 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 33 vom 29. v. Mts. Herr Crozier hat mich am 2. l. Mts. aufgesucht und die Sprache auf den jüngsten Vorschlag Herrn Sazonows gebracht. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß eine vermittelnde Demarche von allen fünf Mächten gemeinsam und in Rom und Konstantinopel gleichzeitig ausgeführt werden müsse; auch dürfe gegen keine der beiden kriegführenden Mächte zugunsten der anderen parteiisch vorgegangen werden. Ich habe dem Botschafter erwidert, ich könne ihm über die definitive Antwort, welche das Wiener Kabinett auf die russische Anregung erteilen werde, deshalb noch keine Auskunft geben, weil ich noch einer präziseren Mitteilung seitens des Petersburger Kabinettes entgegensehe, vor deren Einlangen jede Äußerung meinerseits unkorrekt wäre. So viel könne ich ihm jedoch auch jetzt schon sagen, daß auch ich den Standpunkt vertrete, daß es sich bei jedem Schritte in Rom oder Konstantinopel nur um eine médiation, nicht aber um eine intervention handeln müsse. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache dem Herrn Minister des Äußern gegenüber.

2. Im Verfolge meines Telegrammes No. 33[b]) vom 1. l. Mts. (Inseratur aus Erledigung sub 1 von „Herr Crozier hat mich" bis „handeln müsse"). Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information.

3.—6. (Inseratur aus Erledigung sub 1 von „Herr Crozier hat mich" bis „handeln müsse"). Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3346, 3348, 3349, 3350, 3352. — [b]) Mitteilung von n. 3327 zur vertraulichen Information des Botschafters.

Tel. nach Paris, 5. März 1912 Nr. 25 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3348.

Tel. nach Rom, 5. März 1912 Nr. 41 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 3347.

Tel. nach Rom, 5. März 1912 Nr. 43 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3348.

Tel. nach St. Petersburg, 5. März 1912 Nr. 30 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 3347.

Nr. 3348. Tel. nach St. Petersburg Nr. 31 (1), Paris Nr. 25 (2), Rom Nr. 43 (3), Berlin Nr. 30 (4), London Nr. 14 (5) und Konstantinopel Nr. 44 (6), 5. März 1912 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 47 von gestern und im Verfolge meines Telegrammes Nr. 30 von heute. Euer Exzellenz wollen Herrn Sazonow sagen, daß ich im Prinzipe bereit bin, Herrn von Mérey die Ermächtigung zu geben, die in Rede stehende Demarche im Vereine mit seinen Kollegen von Rußland, Deutschland, Frankreich und England mitzumachen, vorher aber die Aufmerksamkeit des Petersburger Kabinettes auf eine Aussprache Herrn Croziers lenken möchte, der mir eröffnet hat, seine Regierung sei der Ansicht, daß eine vermittelnde Demarche der fünf Mächte in Rom und Konstantinopel gleichzeitig ausgeführt werden sollte. Ich ersuche Euer Exzellenz, Herrn Sazonow zu sagen, daß ich dieser Auffassung des Pariser Kabinettes, welche dem allen Mächten gemeinsamen Standpunkt der Neutralität am besten Rechnung zu tragen scheint, sympathisch gegenüberstehe und vor der Hinausgabe einer Instruktion an Herrn von Mérey eine Äußerung des Herrn russischen Ministers des Äußern darüber mit Freude begrüßen würde, wie er sich zu diesem zweifellos auch ihm bekanntgegebenen französischen Gedanken stelle. Hiebei wollen Euer Exzellenz — aber ohne sich auf einen Auftrag zu berufen — Herrn Sazonow auch fragen, wie sich die englische Regierung zu seiner Anregung, respektive zu der in Rede stehenden französischen Idee verhalte.

2.—6. Im Verfolge meiner Telegramme Nr. 23 (beziehungsweise 41, 28, 12, 42) und Nr. 24,[b] (beziehungsweise 42,[b] 29,[b] 13,[b] 43[b]) von heute. Ich telegraphiere wie folgt an Grafen Thurn: „(Inseratur Telegramm nach St. Petersburg Nr. 31 von „Euer Exzellenz wollen" bis zum Schlusse.)"

2. Euer Exzellenz wollen Obiges sowie Inhalt meiner eingangs zitierten Telegramme Herrn Poincaré vertraulich mitteilen.

3. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

4. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Mitteilung an den Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär bei gleichzeitiger Mitteilung des Inhaltes meiner eingangs zitierten Telegramme.

5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information mit dem Bemerken, daß ich Wert darauf legen würde, Euer Exzellenz Wahrnehmungen über die gegenständliche Auffassung der englischen Regierung kennen zu lernen.

6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 3337, 3349, 3350, 3352, 3354, 3361. — [b] Mitteilung von n. 3345.

Nr. 3349. Tel. aus London, 6. März 1912 Nr. 17 (eing. 7. März 9 U. a. m.)[a] Entziff.

Bezug auf Telegramme Nr. 12, 13[b] und 14. Im Auswärtigen Amte erfahre ich, dass französische Regierung aus Deferenz für den Wunsch Herrn

Sazonows ihren Vorschlag (gleichzeitige Demarche in Rom und Konstantinopel) fallen gelassen. Englischer Botschafter in Rom ist angewiesen worden, die Demarche bei der italienischen Regierung gemeinsam mit seinen Kollegen zu machen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 3348, 3350, 3353, 3361. — b) Mitteilung von n. 3345.

Nr. 3350. Tel. aus Paris, 6. März 1912 Nr. 36 (eing. 7. März 9 U. a. m.).a) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 23, 24b) und 25, deren Inhalt ich Herrn Poincaré vertraulich mitteilte. Letzterer bat mich, Euer Exzellenz speziell zu danken für Rücksichtnahme auf die von ihm angeregte Gleichzeitigkeit der Demarchen in Rom und Konstantinopel. Er hält diese Vorgangsweise auch jetzt noch für die richtigere, hat aber angesichts des sehr lebhaften Drängens des Herrn Sazonow, der zuerst nur in Rom anfragen will, sich der russischen Ansicht angeschlossen, nachdem er sich überzeugt, dass auch England bereit, ein Gleiches zu tun. Herr Barrère ist bereits ermächtigt worden, sich mit seinen Kollegen in Rom betreffs des im Sinne der Proposition Herrn Sazonows zu unternehmenden Schrittes ins Einvernehmen zu setzen. Bedingung ist, dass alle fünf Mächte einvernehmlich vorgehen und es sich nur um eine freundschaftliche Mediation ohne jede Pression handeln darf. Was zweiten Teil des russischen Vorschlages, Demarche in Konstantinopel, betrifft, so hat französische Regierung noch nicht zugestimmt. Poincaré hält diesbezüglich neuerlichen Gedankenaustausch der Mächte nach Erhalt der Antwort Italiens für nötig. Der englische Vorschlag, den Sazonow sich zu eigen gemacht, könnte leicht dahin interpretiert werden, dass die Mächte eine Art von Schiedsrichteramt ausüben sollen, was natürlich mit Neutralität unvereinbar wäre. Der vertrauliche Hinweis auf die Gefahren bei Fortdauer des Krieges könnte eventuell als Pression der Mächte auf die Türkei ausgelegt werden. Herr Poincaré lehnt den zweiten Teil des russischen Vorschlages keineswegs ab, hält aber einen diesbezüglichen Meinungsaustausch und einvernehmliche Präzisierung der in Konstantinopel zu unternehmenden Schritte für nötig. Hiesiger türkischer Botschafter hat heute dem Minister mitgeteilt, dass im Falle der Bedrohung der Dardanellen türkische Regierung gezwungen wäre, dieselben mit Minen zu sperren, nächtliche Durchfahrt wurde bereits verboten. Herr Poincaré hat geantwortet, dass er italienischen Angriff auf Dardanellen für wenig wahrscheinlich halte. Szécsen.

a) Vgl. n. 3349, 3351, 3356. — b) Mitteilung von n. 3345.

Nr. 3351. Tel. nach Rom, 6. März 1912 Nr. 44 (chiffr. 8 U. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Graf Szögyény telegraphiert mir unterm 5. d. M. wie folgt: „Herr von Jagow meldet, daß die italienische Regierung mit der Abgabe einer Erklärung der fünf Mächte in Konstantinopel im Sinne der englischen Anregung durchaus nicht einverstanden wäre. Marquis di San Giuliano hat dem Berliner Kabinett dafür danken lassen, daß es von Anfang an einen

Standpunkt einnahm, der kaum einen Zweifel über die ablehnende Haltung Deutschlands dieser Anregung gegenüber aufkommen ließ.“ In einem auffallenden und nicht recht erklärlichen Gegensatz zu dieser dankbaren Anerkennung der Haltung des deutschen Kabinettes stehen die mir im Telegramm vom 3. d. M. Nr. 35[b]) gemeldeten Äußerungen Marquis di San Giulianos zu Euer Exzellenz, aus denen ich keineswegs den Eindruck gewonnen habe, als ob unser dem deutschen ganz analoges Vorgehen vom italienischen Minister entsprechend gewürdigt worden wäre. Marquis di San Giuliano scheint übersehen zu haben, daß wir zwar in der Frage der eventuellen Aktion der italienischen Flotte an unserem bisherigen Standpunkt im Hinblick auf die Erhaltung des status quo am Balkan festhalten, daß wir aber in freundschaftlicher Rücksichtnahme auf die Interessen Italiens unsere Zustimmung zum englischen Vorschlag von der vorherigen Einwilligung Italiens, die wir gleichzeitig als unwahrscheinlich bezeichneten, abhängig gemacht haben. Es wäre mir erwünscht, wenn Euer Exzellenz Gelegenheit fänden, diesen Sachverhalt Marquis di San Giuliano gegenüber, ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, in das richtige Licht zu stellen.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3350, 3352, 3358. — [b]) Wohl irrtümlich für Nr. 27, siehe n. 3341.

Nr. 3352. Tel. aus Rom, 6. März 1912 Nr. 30 (eing. 7. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich bestätige Empfang der hohen Telegramme bis einschliesslich Nr. 43. Heute erhielt ich Aufforderung, um 6 Uhr an einer Besprechung der fünf Botschafter bei dem Doyen, Herrn Barrère, behufs Festsetzung der Modalitäten der auf Grund des russischen Vorschlages bei der hiesigen Regierung zu unternehmenden Mediations-Démarche teilzunehmen. Ich erwiderte, dass ich bisher noch keine Ermächtigung meiner Regierung zur Beteiligung an jener Démarche besässe. Besprechung wurde infolge dessen verschoben. Von englischem Botschafter und russischem Botschaftsrat, welche ich seither sprach, erfuhr ich, dass alle anderen Botschafter sich — si omnes — zu der fraglichen Démarche ermächtigt halten, sowie dass französische Regierung den im Telegramme Nr. 41 behandelten Vorschlag fallen gelassen hat, was man bei mir als bekannt voraussetzte. Nach wie vor (vide mein Telegramm Nr. 24)[b]) constatiere ich in den hohen telegraphischen Mitteilungen, dass bei Besprechung der an die hiesige Regierung zu richtenden Anfragen bald von dem Minimum der Forderungen, bald wieder von dem Maximum der Konzessionen Italiens die Rede ist, was selbstverständlich nicht dasselbe ist. Da meine Kollegen nun auf meine Teilnahme an der Demarche warten und ich politische und publizistische Ausnützung unseres Zurückbleibens befürchten muss, bitte ich um möglichst baldige Instruktion. Vielleicht könnten Euer Exzellenz mich vorläufig wenigstens autorisieren, an einer Botschafter-Konferenz über die Démarche à titre d'information und vorbehaltlich definitiver Ermächtigung zu der Demarche selbst teilzunehmen.

Mérey.

[a]) Vgl. n. 3351, 3353, 3359, 3360. — [b]) Vom 28. Feb.

Nr. 3353. Tel. nach St. Petersburg, 6. März 1912 Nr. 33 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berchtold).

Wie mir der englische Botschafter heute mittheilte hat sich Englische Regierung dem französischen Standpunkte angeschlossen, wonach eventuelle Mediation zwischen kriegführenden Mächten simultan in Constantinopel und Rom einzusetzen hätten. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und gesprächsweisen Verwertung.

[a] Vgl. n. 3349, 3352, 3354, 3357, 3361.

Nr. 3354. Tel. aus St. Petersburg, 6. März 1912 Nr. 49 (eing. 7. März 9 U a. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Telegramm No. 31 von gestern. Herr Sazonow, dem gegenüber ich mich im Sinne des bezogenen Telegrammes äusserte, sagte mir, dass Frankreich in der Tat den Euer Exzellenz durch Herrn Crozier bekanntgegebenen Vorschlag gemacht, denselben aber sofort zurückgezogen und die von ihm, Sazonow, beantragte Vorgangsweise (erst Rom und dann Konstantinopel) endgiltig akzeptiert habe. Nunmehr hätten mit Ausnahme Österreich-Ungarns alle Mächte, auch England, seinem Vorschlage zugestimmt. Angesichts der einstweilen prinzipiellen Zustimmung Euer Exzellenz, für welche er mich ersuchte, Hochdenselben seinen besten Dank auszusprechen, hofft Herr Sazonow nach obiger Darlegung der Sachlage, dass Euer Exzellenz nunmehr Herrn von Mérey mit entsprechenden Instruktionen versehen werden. Diesbezüglich bitte ich um Weisung. Französischer Geschäftsträger bestätigte mir Zurückziehung des französischen Amendements und fügte hinzu, seine Regierung habe, da sie mit ihrer Anregung nicht durchgedrungen sei, sich in dem Bestreben, Herrn Sazonow, dem die Sache sehr ans Herz gewachsen sei, nicht zu contrecarrieren, dessen Wünschen gefügt, obwohl sie geringe Hoffnung auf ein Gelingen setzte. Thurn.

[a] Vgl. n. 3353, 3355, 3361.

Tel. nach Berlin, 7. März 1912 Nr. 31 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 3361.

Tel. nach Konstantinopel, 7. März 1912 Nr. 46 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 3361.

Tel. nach London, 7. März 1912 Nr. 15 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 3361.

Nr. 3355. Erlaß nach London, 7. März 1912 Nr. 996.[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Euer Exzellenz Berichte Nr. 11 B vom 1. d. M. habe ich entnommen, daß Sir E. Grey eine Nachricht erhalten habe, derzufolge die italienische Regierung in Wien neuerdings Zusicherungen betreffs Einschränkung des Schauplatzes der italienischen Operationen erteilt hätte und daß diese Meldung dem Foreign Office aus Paris zugekommen sei. Euer Exzellenz haben Sir E. Grey sehr richtig geantwortet, daß Hoch-

dieselben keine Mitteilung über eine ähnliche neue italienische Erklärung erhalten hätten und ersuche ich Euer Exzellenz, bei sich darbietender Gelegenheit Sir E. Grey gegenüber zu bemerken, daß die ihm diesbezüglich zugekommene tendenziöse Nachricht ganz aus der Luft gegriffen ist. Dem Euer Exzellenz abschriftlich mitgeteilten Telegramme Nr. 40, welches ich am 3. d. M. an Herrn von Mérey gerichtet habe, werden Hochdieselben entnommen haben, daß ich in Herrn Barrère den geistigen Urheber dieser Nachricht suche. Der von dem französischen Botschafter in Rom verfolgte Zweck ist offenbar, seine respektive Frankreichs in Rom etwas erschütterte Stellung auf unsere Kosten wieder zu heben, und dürfte er es gewesen sein, der in Rom die Nachricht verbreitet hat, Italien könne die von vielen Seiten als so wünschenswert bezeichnete Flottenaktion im ägäischen Meere nur deshalb nicht zur Ausführung bringen, weil es durch eine Zusage an Österreich-Ungarn gebunden sei. Ich habe den Eindruck, daß diese, auch von anderen französischen Botschaftern weiter verbreitete falsche Nachricht Sir E. Grey zu seinem Vorschlage, Italien zur Abgabe einer Erklärung bezüglich Unterlassung eines Angriffes auf die Dardanellen zu bewegen, veranlaßt habe, welcher Vorschlag — wie Euer Exzellenz im Telegramm Nr. 15 vom 4. d. M. bemerken — mit Ausnahme von Paris überall sehr kühl aufgenommen worden ist, was in London wie eine kalte Douche empfunden wurde.

[a]) Vgl. n. 3354, 3356.

Tel. nach Paris, 7. März 1912 Nr. 26 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 3361.

Nr. 3356. Tel. nach Paris, 7. März 1912 Nr. 27 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 36 vom 6. d. M., welches sich mit meinem Telegramm Nr. 26 von heute gekreuzt hat. Euer Exzellenz werden demselben entnommen haben, daß ich, nachdem die französische und englische Regierung, dem Drängen Herrn Sasonows nachgebend, den Gedanken einer Simultandemarche in Rom und Konstantinopel aufgegeben haben, nunmehr gleichfalls Herrn von Mérey mit bezüglichen Instruktionen versehen habe. Ich teile vollkommen die von Herrn Poincaré ausgesprochene Ansicht, daß, was die weitere eventuelle Aktion in Konstantinopel betrifft, ein neuerlicher Gedankenaustausch zwischen den Mächten unerläßlich sei, umsomehr als bei der Formulierung dieses zweiten Schrittes ganz besonders darauf geachtet werden müsse, daß derselbe nicht etwa den strikten Charakter einer médiation einbüße und als eine Pression der Mächte ausgelegt werden könnte. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne bei Herrn Poincaré vertraulich vernehmen lassen und dabei bemerken, daß ich die Übereinstimmung in den beiderseitigen Auffassungen in Betreff des Charakters der Friedensaktion mit Freude begrüße und daß mir ein reger Gedankenaustausch während der eventuellen weiteren Phasen dieser Aktion mit ihm besonders wünschenswert schiene. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3355, 3357, 3361.

Nr. 3357. Tel. nach Rom, 7. März 1912 Nr. 45 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Calice; G. Müller).

Wie n. 3353 bis „Information". Berchtold.

[a] Vgl. n. 3356, 3358, 3360.

Nr. 3358. Tel. nach Rom, 7. März 1912 Nr. 46 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes vom 6. d. M. Nr. 44. Herzog Avarna hat hier heute im Namen Marquis di San Giulianos für unsere ablehnende Haltung gegenüber der englischen Anregung gedankt. Euer Exzellenz können daher davon absehen, auf dieses Thema in der im obzitierten Telegramme angedeuteten Weise dem Herrn Minister gegenüber zurückzukommen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 3357, 3359.

Nr. 3359. Tel. nach Rom, 7. März 1912 Nr. 47 (chiffr. 9 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 30 vom 6. d. M. Entgegen der in meinem heutigen Telegramme Nr. 45 wiedergegebenen Mitteilung Sir F. Cartwrights haben laut mir aus London und Petersburg zukommenden Meldungen französische und englische Regierung den Vorschlag einer gleichzeitigen Demarche in Rom und Konstantinopel fallen gelassen und ihre Botschafter in Rom angewiesen, die russischerseits vorgeschlagene Demarche mit ihren Kollegen bei der italienischen Regierung mitzumachen. Ich ermächtige Euer Exzellenz nunmehr an den Besprechungen der Botschafter behufs Festsetzung der Modalitäten der auf Grund des russischen Vorschlages bei der italienischen Regierung zu unternehmenden Demarche teilzunehmen, mit welcher Italien eingeladen werden soll, den fünf Großmächten das Minimum seiner Forderungen bekanntzugeben. Soweit eine eventuell in den Botschafterbesprechungen beschlossene Demarche sich im Rahmen des Obgesagten hält und vor allem den eventuell in Konstantinopel weiter zu unternehmenden Schritten zur Wiederherstellung des Friedens nicht präjudiziert, sind Euer Exzellenz schon jetzt ermächtigt, sich an derselben — si omnes — zu beteiligen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 3323, 3358, 3360, 3361, 3363.

Nr. 3360. Tel. aus Rom, 7. März 1912 Nr. 31 (eing. 8. März 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 30. Da Absage der Besprechung nicht mehr gelang, hat gestern nachmittags Konferenz der Botschafter Russlands, Frankreichs, Englands und Deutschlands stattgefunden. Dieselben konstatierten übereinstimmend, ermächtigt zu sein, si omnes im Sinne russischen Aide-mémoires vom 21. Februar Anfrage an hiesige Regierung zu richten. Es wurde vereinbart, dass sobald ich analoge Ermächtigung erhielte, an demselben Tage zuerst russischer

Botschafter und dann die vier anderen Botschafter Demarche bei Minister des Aeussern unternehmen und um schriftliche Antwort ersuchen würden. Die mit dem hohen Telegramme Nr. 45 mir bekanntgegebene Mitteilung des englischen Botschafters in Wien steht allerdings mit den Erklärungen meiner hiesigen Kollegen, wonach französischer Gegenvorschlag aufgegeben sei, in vollem Widerspruche. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3359, 3361, 3362.

Nr. 3361. Tel. nach St. Petersburg Nr. 34 (1), London Nr. 15 (2), Paris Nr. 26 (3), Berlin 31 (4) und Konstantinopel Nr. 46 (5), 7. März 1912 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 49 vom 6. d. M., welches sich mit meinem Telegramm Nr. 33 gekreuzt hat. Ich telegraphiere unter einem an Herrn von Mérey wie folgt: ... *wie n. 3359 von „Ich ermächtige Euer Exzellenz" bis „si omnes — zu beteiligen."* ... Euer Exzellenz wollen Vorstehendes zur Kenntnis des Herrn Sazonow beringen.

2. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 17 vom 6. d. M. Ich telegraphiere unter einem an Herrn von Mérey wie folgt: (Inseratur aus Telegramm ad 1 von „Ich ermächtige" bis „zu beteiligen".) Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information.

3. Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 25 vom 5. d. M. Laut mir aus London und Petersburg zugekommenen Meldungen haben französische und englische Regierung den Vorschlag einer gleichzeitigen Demarche in Rom und Konstantinopel fallen gelassen und ihre Botschafter in Rom angewiesen, die russischerseits vorgeschlagene Demarche mit ihren Kollegen bei der italienischen Regierung mitzumachen. Ich telegraphiere unter einem an Herrn von Mérey wie folgt: (Inseratur aus Telegramm ad 1 von „Ich ermächtige" bis „zu beteiligen".) Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information.

4. Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 30 vom 5. d. M. (Inseratur aus Telegramm ad 3 von „Laut mir" bis inklusive „Vorstehendes zu Euer Exzellenz) Information und Mitteilung an den Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär.

5. Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 44 vom 5. d. M. (Inseratur aus Telegramm ad 3 von „Laut mir" bis inklusive „Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlicher Information"). Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3356, 3360, 3362.

Nr. 3362. Tel. nach Berlin, 8. März 1912 Nr. 34 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Streng vertraulich. Noch vor Erhalt meiner Euer Exzellenz mit Telegramm Nr. 31 vom 7. l. M. mitgeteilten Instruktion telegraphiert mir Herr von Mérey unterm 7. l. M. wie folgt: ... *wie n. 3360 von „Gestern nachmittags" bis „Antwort ersuchen würden."* ... Der von den vier Botschaftern in Abwesenheit Herrn von Méreys vereinbarte Modus entspricht meiner Auffassung nach keineswegs dem Begriffe einer von den fünf Mächten gemeinsam gemachten Demarche; eine solche hätte vielmehr von allen fünf

Botschaftern kollektiv ausgeführt werden müssen, wobei allenfalls dem Doyen der Vortritt hätte gelassen werden können. Ich hätte es auch vorgezogen, wenn der Wortlaut der von den Botschaftern gestellten Anfragen im voraus vereinbart worden und die Demarche durch Überreichung von identischen Mitteilungen erfolgt wäre. Wenn die im Telegramme Herrn von Méreys erwähnte Vorgangsweise in Rom tatsächlich beobachtet worden sein sollte, worüber mir noch keine Meldung vorliegt, so bin ich durchaus nicht gewillt, darin in formeller Beziehung ein Präzedenz zu erblicken für den als zweite Etappe von Herrn Sasonow gedachten Schritt in Konstantinopel. Schon mit Rücksicht auf unsere zukünftige Stellung in Konstantinopel scheint es mir nämlich in unserem ebenso wie in Deutschlands Interesse gelegen zu sein, daß am goldenen Horn nicht der Eindruck erweckt werde, als ob wir in Rußlands Gefolgschaft aufträten. Meine Zustimmung zu dem Vorschlage Herrn Sasonows bezog sich übrigens vorläufig nur auf die gemeinsame Demarche in Rom. Es bleibt einer weiteren einverständlichen Beschlußfassung der Kabinette vorbehalten, auf Grund der Antwort, die die italienische Regierung erteilen wird, über die Form und den Inhalt des eventuell in Konstantinopel zu unternehmenden Schrittes zu entscheiden. Jedenfalls müßte ich das größte Gewicht darauf legen, daß der Wortlaut der an die Pforte zu richtenden Mitteilung von den Kabinetten vorher einvernehmlich festgestellt werde. Euer Exzellenz wollen sich in obigem Sinne dem Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär gegenüber streng vertraulich vernehmen lassen und der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß das Berliner Kabinett sich der Stichhältigkeit der angeführten Konsiderationen nicht verschließen werde. Euer Exzellenz einschlägigen Meldung sehe ich mit Interesse entgegen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 3363, 3364.

Nr. 3363. Tel. aus Rom, 8. März 1912 Nr. 34 (eing. 9. März 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Euer Excellenz Telegramm Nr. 47 erhalten. Vorsichtshalber fand heute nochmals Botschafterbesprechung statt, an der ich teilnahm. Übereinstimmenden Instruktionen gemäss wurde beschlossen, dass morgen zuerst russischer Botschafter, darnach die Vertreter von Frankreich, England, Deutschland und ich an hiesigen Minister des Äussern Anfrage nach Wortlaut des Schlusses des vierten Alineas des russischen Memorandums vom 21. v. Mts. richten und um schriftliche Antwort ersuchen werden, um Differenzen und Nuancen bei Wiedergabe derselben zu vermeiden. Statt des dem Charakter der Demarche nicht entsprechenden Ausdruckes „intervention" wird „médiation" gebraucht werden. Falls Minister des Äussern nähere Aufklärung über den gleichfalls als wenig glücklich anerkannten Ausdruck „minimum des conditions" verlangen sollte, wird derselbe als „maximum des concessions" (nicht als Minimum der Forderungen) präzisiert werden, da sich diese Interpretation logischer Weise aus dem folgenden Alinea des Memorandums („avantages") ergibt. Mérey.

[a] Vgl. n. 3362, 3364, 3366, 3368.

Nr. 3364. Tel. nach St. Petersburg, 8. März 1912 Nr. 36 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Ich telegraphiere an Grafen Szögyény wie folgt: ... *wie n. 3362 bis Schluß* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Kenntnisnahme, jedoch wollen Hochdieselben eine Gelegenheit suchen, um Herrn Sasonow darauf aufmerksam zu machen, daß unsere Zustimmung zu einer gemeinsamen Anfrage der fünf Mächte in Rom noch nicht unsere Zustimmung zu einer darauffolgenden Demarche in Konstantinopel involviere und daß ein Gedankenaustausch zwischen den Mächten nach Einlangen der italienischen Antwort unerläßlich sei. Berchtold.

[a] Vgl. n. 3363, 3365.

Nr. 3365. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. März 1912 Nr. 72 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Der rumänische Gesandte sagte mir gestern, Assim Bey habe ihn vor zwei Tagen zu sich gebeten und ihm eine Depesche der türkischen Gesandtschaft in Athen vorgelesen, in welcher eine Erklärung Herrn Venizelos des Inhaltes einberichtet wird, die griechische Regierung wolle im Falle einer tatsächlichen Entsendung kretensischer Abgeordneter ins griechische Parlament einen speziellen Gerichtshof einsetzen, welcher die Frage der Validität ihrer Mandate zu entscheiden haben werde. Der türkische Minister des Äussern bemerkte hiezu, dass, wenn die griechische Regierung an diesem Entschlusse festhalten und denselben gegebenenfalls zur Ausführung bringen sollte, dies türkischerseits mit dem Einmarsch der ottomanischen Truppen in Thessalien beantwortet werden müsste. Hieran anknüpfend fragte Assim Bey Herrn Mişu, wie sich seiner Ansicht nach in einem solchen Falle Bulgarien und in der Folge Rumänien verhalten würden. Herr Mişu erwiderte, er persönlich glaube nicht, dass Bulgarien auch bei Eintritt dieser Eventualität von seiner derzeitigen friedlichen Politik abgehen und die Türkei angreifen würde. Was Rumänien anbelange, antwortete der rumänische Gesandte mehr ausweichend, indem er im allgemeinen auf die bekannte, auf die Erhaltung des status quo gerichtete Politik Rumäniens und der Zentralmächte sowie auf die voraussichtlich ebenso neutrale Haltung Bulgariens hinwies. Bei derselben Gelegenheit sagte Assim Bey Herrn Mişu noch, es wäre nicht ausgeschlossen, dass es zu einer Aktion Italiens gegen die Dardanellen komme und dass es hiebei möglicherweise den Italienern doch gelingen könnte, die Passage zu erzwingen. Er befürchte nun, dass in einem solchen Falle Russland unter dem Vorwande, der Türkei beizustehen, die Absicht haben könnte, seine Flotte in den Bosporus zu schicken. Dies könnte türkischerseits keineswegs zugegeben werden, die russischen Schiffe würden vielmehr am Einlaufen mit Gewalt gehindert und von den Festungen beschossen werden. Der rumänische Gesandte beschränkte sich darauf, Assim Bey zu bemerken, dass er, falls türkischerseits tatsächlich die erwähnte Absicht bestehen sollte, seiner Ansicht nach gut daran täte, in der Sache zunächst mit Herrn Tscharykow eine vertrauliche Rücksprache zu pflegen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3336, 3364, 3366, 3369.

Nr. 3366. Tel. aus Rom, 9. März 1912 Nr. 35 (eing. 10. März 9. U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe heute nachmittags ebenso wie meine Kollegen Demarche im Sinne meines gestrigen Telegrammes Nr. 34 ausgeführt. Minister des Äussern stellte schriftliche Antwort um die Mitte nächster Woche in Aussicht, wobei er vertraulich zu verstehen gab, dass ihm mit Rücksicht auf bevorstehende Wahlen in der Türkei besondere Eile nicht gerade am Platze schiene.

Mérey.

[a] Vgl. n. 3365, 3367, 3368, 3376.

Nr. 3367. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 11. März 1912.[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Herzog Avarna hat mich heute aufgesucht und das Gespräch auf die Friedensbedingungen gebracht, wie sie nach der Ansicht seiner Regierung zu lauten hätten. Der Herr Botschafter äußerte sich in folgender Weise: 1.) Italien solle die Anerkennung seiner vollen Souveränitätsrechte über Tripolis und die Cyrenaika seitens der Türkei nicht verlangen, sich vielmehr mit der Anerkennung seitens der übrigen Mächte begnügen. Herzog Avarna bemerkte hinzu, es entspräche einer bisher seitens der Türkei gepflogenen Gewohnheit, den tatsächlichen Verlust von Provinzen nicht ausdrücklich anzuerkennen und zitierte als Beispiel hiezu Algier, dessen Abtretung türkischerseits nie ausgesprochen worden sei. 2.) Italien werde die geistige[b] Oberhoheit des Sultans über die Mohammedaner Tripolitaniens zu Recht bestehen lassen und bezüglich der Justizhoheit, des Zoll- und Postwesens ein Abkommen mit der Türkei — nach Analogie des von derselben mit Österreich-Ungarn nach der Annexion Bosniens abgeschlossenen — vorschlagen. 3.) Italien müsse darauf bestehen, daß die türkischen Truppen aus den beiden annektierten Provinzen faktisch zurückgezogen werden, sei aber bereit, den Arabern, soweit sie in diesem Stadium der Okkupationsoperation darum ansuchen, eine Amnestie zu gewähren und den Kampf nur gegen jene fortzusetzen, die von einem solchen Anerbieten keinen Gebrauch machen. 4.) Die Türkei müsse, soweit italienische Interessen in Frage kommen, die Wiederherstellung des status ante bellum zusagen, speziell die Rückkehr der ausgewiesenen Italiener zulassen und die Wiedereröffnung der italienischen Schulen, Posten und sonstigen Anstalten zugestehen. — Auf die Frage des Herzogs Avarna um meine Ansicht über diese italienischen Bedingungen, habe ich dem Herrn Botschafter ausweichend geantwortet; ich bemerkte, daß ich mich zu einer Diskussion über den Wert der italienischerseits angebotenen Konzessionen nicht für kompetent erachte, jedoch so viel sagen könne, daß nach meinen Informationen die Stimmung in Konstantinopel heute noch zu einem Nachgeben nicht reif zu sein scheine. Auf die Frage der Khalifatsrechte zurückkommend, erwähnte Herzog Avarna, die dem Sultan zuzugestehenden Rechte würden italienischerseits nicht als Konzessionen sondern als Friedensbedingungen angesehen. Seiner Ansicht nach müsse die Pforte sich wohl mit jenem begnügen, was ihr seinerzeit bezüglich Bosniens und der Herzegowina gewährt worden sei.

Ich habe den Herrn Botschafter darauf aufmerksam gemacht, welche Opfer die Monarchie an Geld und Blut für die Eroberung der beiden Länder gebracht hätte und daß die Annexion erst erfolgt sei, nachdem diese Provinzen durch eine dreißigjährige Arbeit auch kulturell erobert worden waren.

[a]) Vgl. n. 3366, 3368. — [b]) So!

Nr. 3368. Tel. nach Konstantinopel Nr. 48, Paris Nr. 30 und London Nr. 16, 12. März 1912 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Müller).

Laut telegraphischen Meldungen aus Rom[a]) wurde in der Botschafterbesprechung vom 8. d. M. beschlossen, daß zuerst russischer Botschafter, darnach die Vertreter der übrigen Mächte an den italienischen Minister des Äußern Anfrage nach Wortlaut des russischen Memorandums richten, um schriftliche Antwort ersuchen und hiebei statt des dem Charakter der Demarche nicht entsprechenden Ausdruckes „intervention" das Wort „médiation" gebrauchen werden. In diesem Sinne hat Herr von Mérey ebenso wie seine Kollegen die Demarche am 9. d. M. ausgeführt. Marquis di San Giuliano stellte schriftliche Antwort um die Mitte dieser Woche in Aussicht, wobei er vertraulich zu verstehen gab, daß ihm mit Rücksicht auf bevorstehende Wahlen in der Türkei besondere Eile nicht gerade am Platze schiene. Hiezu möchte ich folgendes bemerken: Meine Zustimmung zu dem Vorschlage Herrn Sazonows bezog sich vorläufig nur auf die gemeinsame Demarche in Rom. Es bleibt einer weiteren einverständlichen Beschlußfassung der Kabinette vorbehalten, auf Grund der Antwort, die die italienische Regierung erteilen wird, über die Form und den Inhalt des eventuell in Konstantinopel zu unternehmenden Schrittes zu entscheiden. Jedenfalls müßte ich das größte Gewicht darauf legen, daß der Wortlaut der an die Pforte zu richtenden Mitteilung von den Kabinetten vorher einvernehmlich festgestellt werde. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Orientierung. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3363, 3366, 3367, 3369.

Nr. 3369. Bericht aus Konstantinopel, 12. März 1912 Nr. 18 B (eing. 15. März).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Anschliessend an seine Bemerkungen zum Thema der Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und Italien (mein heutiger Bericht lit. A[b])) gab mir Assim Bey beim gestrigen Diplomatenempfang auf der Pforte in kurzen Worten ein Bild seiner Auffassung über die sonstige äussere derzeitige Lage der Türkei. Der Minister begann, indem er bemerkte, die Kretafrage bilde einen schwarzen Punkt. Sollte die griechische Regierung an dem Beschlusse, einen Gerichtshof zur Entscheidung der Frage, ob kretensische Abgeordnete im griechischen Parlamente sitzen können oder nicht, einzusetzen, festhalten und denselben seinerzeit ausführen, so würde dies die Türkei als einen Kriegsfall betrachten (siehe mein Telegramm No. 72 vom 9. l. M.). Sie könne unmöglich zugeben, dass ein griechisches

Gericht über eine solche Frage urtheile. Der Minister fügte hinzu, dass die türkische Regierung von dieser ihrer Auffassung die Mächte in Kenntnis gesetzt habe. Assim Bey kam sodann auf Montenegro *c)* zu sprechen. Die Pforte habe derzeit keinen Grund zur Unzufriedenheit mit der Haltung des Königreiches. Die Erklärungen König Nikolaus' lauten ganz correct. Derselbe habe kürzlich den Wunsch kundgegeben, die Grenzregulierungsfragen endlich finalisiert zu sehen. Diesem Wunsche wolle der Minister nachkommen; die betreffenden Arbeiten würden in Bälde in Angriff genommen werden. Das Verhältnis Serbiens zur Türkei, fuhr der Minister fort, biete zu keiner Bemerkung Anlass. Es gebe zwischen den beiden Ländern derzeit keine politische Pendenz; die demnächst zur Austragung gelangende Frage gewisser Waldnutzungsrechte an dem Grenzverlaufe entbehre der politischen Bedeutung. Auch über das Verhalten Bulgariens habe Assim Bey derzeit im Allgemeinen keinen Grund zu klagen. Was die Verhandlungen in der Vakuffrage anbelange (vergl. meinen heutigen Bericht lit. D)*d)*, so giengen dieselben allerdings sehr langsam vor sich und begegneten die berechtigtesten türkischen Ansprüche bulgarischerseits grossem Widerstande. Unter diesen Umständen wäre es der Türkei schwierig, bulgarischen Wünschen — der Minister spielte auf die Bahnanschlussfrage an — entgegenzukommen. ... *Türkisch-persische Beziehungen.* ...

Pallavicini.

a) Vgl. n. 3368, 3371, 3376, 3438. — *b)* Mit Bericht Nr. 18 A, 12. März 1912 (eing. 15. März) wurden aus Konstantinopel Äußerungen Assim Beys über die Unannehmbarkeit der italienischen Friedensbedingungen mitgeteilt. Die einzige mögliche Verhandlungsbasis sei die Anerkennung der türkischen Souveränität über die beiden afrikanischen Provinzen. Solange Italien in diesem Punkte nicht nachgeben wolle, werde weitergekämpft. — *c)* Vgl. n. 3335, 3407. — *d)* Wurde nicht aufgenommen.

Tel. nach London, 12. März 1912 Nr. 16 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3368.

Tel. nach Paris, 12. März 1912 Nr. 30 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3368.

*Nr. **3370.** Erlaß nach Berlin, 13. März 1912 Nr. 1125.a) Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).*

Streng geheim. Der von uns und der kaiserlich deutschen Regierung seiner Zeit der königlich italienischen Regierung vorgelegte Entwurf des Zusatzprotocolls zum Dreibundvertrag hat bekanntlich nicht deren Beifall gefunden. Marquis di San Giuliano hat vorläufig im mündlichen Verkehr mit Herrn von Mérey mehrfache Bedenken dagegen geltend gemacht und sich seine weiteren Entschliessungen vorbehalten. Wir waren nun der Ansicht, dass er beabsichtige, uns und dem Berliner Cabinet eine ihm genehme Redaction des fraglichen Protocolls mitzuteilen. Es scheint nun aber, dass Staatssecretär von Kiderlen es anlässlich seiner Anwesenheit in Rom übernommen hat, eine Formulirung auszuarbeiten, die den italienischen Wünschen besser entsprechen würde, denn Herr von Tschirschky hat mir soeben einen

Entwurf übergeben, welcher folgenden Wortlaut hat: „Il est entendu que le statu quo visé par les articles IX et X du présent traité serait pour la Tripolitaine et la Cyrénaïque celui existant à la date de l'entrée en vigueur du traité." Ich beehre mich Euer Exzellenz zu ersuchen den Herrn Staatssecretär davon zu benachrichtigen, dass ich mit dieser Textirung vollkommen einverstanden bin und dass ich daher Herrn von Mérey anweisen werde, sich behufs gleichzeitiger Übergabe dieses neuen Textes an Marquis di San Giuliano mit dem k. deutschen Botschafter in Verbindung zu setzen, welcher deutscherseits mit einer analogen Instruktion zu versehen wäre.

[a]) Vgl. n. 3293, 3372.

Nr. 3371. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 13. März 1912 Nr. 73 (eing. 14. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Die unerwartete Abberufung Herrn Tscharykows hat hier sowohl in türkischen wie in den fremden diplomatischen Kreisen einen grossen Eindruck gemacht. Die in den mir bisher bekannt gewordenen Stimmen unserer sowie der deutschen Presse zutage tretende Auffassung, wonach die russische Regierung mit dieser Massregel ihre absolut friedlichen Intentionen dokumentieren wollte, scheint mir nicht das Richtige zu treffen. Die Gründe für die Abberufung des russischen Botschafters dürften meiner Ansicht nach vielmehr in der Erkenntnis zu suchen sein, dass die von Herrn Tscharykow vertretene Politik einen Misserfolg erlitten hat. Derselbe kam bekanntlich mit dem Programm hieher, das jungtürkische Regime möglichst zu stützen und, wenn schon nicht gerade den Balkanbund, so doch eine Annäherung der slawischen Balkanstaaten an die Türkei unter russischer Patronanz herbeizuführen. Der nächste Grund dürfte aber wohl in der Haltung Herrn Tscharykow's in Angelegenheit der ...[b]) zu erblicken sein. Ich glaube daher, dass die Abberufung meines russischen Kollegen als ein Zeichen für eine neue, eher türkenfeindliche Richtung der russischen Politik zu deuten ist. Das Vorgehen Russlands in der Mediationsfrage selbst sowie auch gewisse weitere Momente, welche ich in meiner morgen in Wien eintreffenden Berichterstattung[c]) erwähne, wären weitere Anzeichen dafür.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3280, 3387. — [b]) Chiffre fehlt. — [c]) Vgl. n. 3369.

Nr. 3372. Tel. aus Berlin, 14. März 1912 Nr. 66 (eing. 15. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Erhalten Euer Exzellenz streng geheimen Erlass Nr. 1125. Staatssekretär hat mir gestern den Entwurf des auf die Artikel 9 und 10 bezüglichen Textes des Zusatz-Protokolles, der mit dem Euer Exzellenz von Herrn von Tschirschky übergebenen gleichlautend ist, mitgeteilt. Auftragsgemäss habe ich Herrn von Kiderlen-Waechter heute bekanntgegeben, dass Euer Exzellenz mit dieser Textierung vollkommen einverstanden sind. Herr von Jagow wird nunmehr angewiesen, im Einverständnisse mit seinem österreichisch-ungarischen Kollegen den neuen Text dem italienischen Minister des Aeussern zu übergeben. Zugleich ersuchte mich Staatssekretär

Euer Exzellenz zu melden, dass gelegentlich seines Besuches in Rom der italienische Minister des Aeussern ihm die Frage vorgelegt habe, ob deutscherseits gegen die Aufnahme des österreichisch-ungarisch-italienischen Balkan-Abkommens vom November 1909[b]) in den Dreibund-Vertrag etwas einzuwenden wäre. Herr von Kiderlen-Waechter wollte den Grafen Aehrenthal während seiner Krankheit nicht mit der Sache befassen, obwohl ihm aus früheren Aeusserungen des Ministers bekannt war, dass auch er, Graf Aehrenthal, das in Rede stehende Abkommen als einen den Artikel 7 des Dreibundvertrages erläuternden Apparat betrachtet und daher wohl gegen den Wunsch italienischen Ministers des Aeussern keine Bedenken gehabt haben würde. Da italienischerseits grosser Wert auf die Erfüllung dieses Wunsches gelegt werde und es sehr erwünscht wäre, wenn nun bald die Erneuerung des Dreibundes in Fluss käme, würde Staatssekretär es dankbar begrüssen, wenn Euer Exzellenz, falls Hochdieselben die Auffassung Ihres Amtsvorgängers teilen, den Gegenstand mit Herzog von Avarna besprechen wollten.

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3373, 3379, 3380, 3383. — [b]) Vgl. n. 1849.

Nr. 3373. Tel. nach Rom, 14. März 1912 Nr. 51 (chiffr. 3 U. 30 M. p. m.).[a]) Abschrift. (Konz. unauffindbar).

Streng geheim. Nachdem unser Entwurf des Protokolls zum Dreibundvertrag die Zustimmung der italienischen Regierung nicht gefunden hatte, hat es Herr von Kiderlen anläßlich seiner Anwesenheit in Rom übernommen, eine andere Formulierung auszuarbeiten. Herr von Tschirschky hat mir nun diese neue Redaktion übergeben, welche folgenden Wortlaut hat: „Il est entendu que le statu quo visé par les articles IX et X du présent traité serait pour la Tripolitaine et la Cyrénaïque celui existant à la date de l'entrée en vigueur du traité." Ich bin mit diesem Texte einverstanden und ersuche Euer Exzellenz, sich mit Herrn von Jagow, welcher eine analoge Instruktion erhalten dürfte, wegen gleichzeitiger Mitteilung desselben an Marquis di San Giuliano in Verbindung zu setzen. Über den Vollzug dieses Auftrages wollen Euer Exzellenz telegraphisch berichten.

[a]) Vgl. n. 3372, 3375, 3377, 3384, 3536.

Nr. 3374. Bericht aus London, 15. März 1912 Nr. 14 C (eing. 18. März).[a]) Ausfert.

Seit meinem Berichte Nr. 12 A vom 4. l. Mts., mit welchem ich über meine Unterredung mit Lord Haldane ausführlich Meldung erstattete, habe ich den Herrn Kriegsminister wiedergesehen. Derselbe sagte mir nichts weiteres Neues, machte mir aber wieder den Eindruck, der weiteren Entwicklung der anglo-deutschen Beziehungen mit einem gewissen Vertrauen entgegenzusehen. Weniger optimistisch scheint mir sein Kollege Mr. Winston Churchill zu sein, der im Laufe dieser Woche bei mir dinirte und die alten oft gebrauchten Phrasen über die deutschen Flottenrüstungen vorbrachte. So zum Beispiel „wenn die Deutschen uns zur See ebenbürtig werden wollen, so ist es eine Bedrohung, die wir nicht hinnehmen können" und dergleichen

mehr. Ich erklärte dem ersten Lord der Admiralität, er müsse sehr gut wissen, dass kein vernünftiger Mensch in Deutschland daran denke, eine der englischen gleich starke Flotte zu bauen, und bemerkte, er möge doch auf das deutsche Marinebudget warten, bevor er eine derartige Sprache führe. Mr. W. Churchill antwortete, vom Standpunkte seines Departements müsste er eigentlich wünschen, eine möglichst grosse Vermehrung der deutschen Flotte zu sehen, denn dann könnte er hier „alles was er wolle" erreichen. Ich erwiderte, er müsse nicht nur an die Admiralität und an sein Ressort denken, sondern auch als Staatsmann an die allgemeine politische Situation. Er gab das zu, scheint mir aber momentan ganz hypnotisirt von seiner Aufgabe, die englische Flottenmacht zu stärken und die Suprematie zur See zu sichern. Er soll mit viel Geschick und grossem organisatorischen Talent vorgehen und hat bereits manche Reformen eingeführt, welche den Beifall massgebender Admirale finden. Die Opposition — im Parlamente und in der Presse — bringt ihm mehr Vertrauen entgegen, als seinem Vorgänger, und nachdem Winston Churchill stets vor allem an sich selbst, an seine persönliche Stellung und an seine Popularität denkt, so kann man immerhin erwarten, von ihm noch manche Manifestationen zu hören, welche mehr geeignet sind, den Beifall des Publikums zu erwecken als das von dem Kabinett Asquith unternommene Werk einer Verständigung mit Deutschland zu fördern. Das Marine-Budget ist am vorigen Dienstag eingebracht worden mit der Einleitung, es sei festgesetzt worden, auf der Basis der Annahme, dass die existirenden Flotten-Programme anderer Mächte nicht vermehrt werden. Sollten solche Vermehrungen stattfinden, so würde es notwendig werden, weitere Voranschläge einzubringen. Hiemit hat es sich die Regierung offen gelassen, im Falle einer deutschen Flottenvermehrung mit einer entsprechenden Erhöhung der hiesigen Vorlage zu antworten. Die Londoner Blätter bringen Telegramme aus Berlin mit sehr abfälligen, teilweise heftigen Kommentaren der deutschen Presse über diese Einleitung des englischen Flotten-Budgets. Bis jetzt habe ich noch keine gehässige Erwiderung in den hiesigen Zeitungen gesehen. Von dem deutschen diesjährigen Marine-Budget wird es jetzt hauptsächlich abhängen, ob die so wünschenswerte Détente weitere Fortschritte machen kann oder neuerdings Recriminationen zwischen hier und Berlin beginnen. Mensdorff.

[a)] Vgl. n. 3394 Anm. c, 3401.

Nr. 3375. Privatschreiben an einen nicht genannten Empfänger (wohl an Mérey in Rom), 15. März 1912.[a)] Unvollendetes Konz. (S. Berchtold).

Streng geheim. Lieber Freund! Von Berlin aus wird seit einiger Zeit mit einem gewissen Hochdruck auf die Erneuerung des Dreibundvertrages hingearbeitet, wobei mit einem gewissen System auf angebliche italienische Initiative verwiesen wird. Ich habe den Gang der diesfälligen bereits von Aehrenthal geführten Verhandlungen, sowie die betreffenden bis auf 1882 zurückreichenden Vorakten durchstudirt und muss mein Befremden über einige unsererseits gegen Italien eingegangene Verpflichtungen aussprechen. Namentlich ist mir der Art. 2 des eigentlichen Dreibundvertrages nicht

einleuchtend, wodurch wir verpflichtet werden — mit Deutschland — Italien im Falle eines französischen Angriffs mit allen Mitteln beizustehen, ohne gleichwertige Gegenverpflichtung Italiens. Im nächstfolgenden Artikel ist der casus foederis gegenseitig für den Fall vorhergesehen, als Einer der beiden Staaten in Conflikt geraten sollte mit 2 oder mehreren Nichtsignatarmächten. Letzteres ist einleuchtend, da auf Reciprocität beruhend, Art. 2 hat vollkommen leoninisches Gepräge. Abgesehen hievon wurde im J. 1909[b]) zwischen meinem Vorgänger und Guicciardini Erklärung ausgetauscht, wonach Art. 7 des Dreibundvertrages dahin präcisirt wird, dass eine abermalige Besetzung Novibazars durch Österreich-Ungarn nur nach vorgängigem Accord zwischen Österreich-Ungarn und Italien auf Grund des Compensations-Prinzipes erfolgen könne. Dies nimmt sich wie ein an Italien in Aussicht gestelltes Geschenk aus, da wir früher Novibazar ohne italienische Compensation occupiert hatten und unser Rückzug aus diesem Gebiete doch nur eine Concession an die Türkei für die Annexion Bosniens und der Herzegowina gewesen ist. Im selben Abkommen ... *(hier bricht das Konzept ab).*

[a]) Vgl. n. 3373, 3377. — [b]) Vgl. n. 1849.

Nr. 3376. Tel. aus Rom, 15. März 1912 Nr. 40 (eing. 16. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Heute nachmittags übergab Minister des Äussern jedem der fünf Botschafter die Antwort der italienischen Regierung auf die Demarche vom 9. d. M.[b]) Dieses Schriftstück sieht nach einer längeren Einleitung Einstellung der Feindseligkeiten ohne nachfolgenden Friedensvertrag mit der Türkei vor. Anerkennung der vollen italienischen Souveränität über beide Provinzen braucht nicht von der Türkei, sondern nur von den Mächten ausdrücklich zu erfolgen. Türkei müsste Offiziere und Truppen aus Afrika zurückziehen und bezüglich italienischer Untertanen auf türkischem Gebiete Situation vor dem Kriege wiederherstellen. Italien würde Retorsionszölle auf türkische Waren aufheben. Als Konzessionen werden angeboten: Anerkennung der religiösen Oberhoheit des Kalifen, Verpflichtungen bezüglich türkischer Zollerhöhung und Monopole sowie italienischer Postämter und hinsichtlich Kapitulationen (all dies nach Analogie der Artikel 4, 6, 7 und 8 unseres Annexionsabkommens mit der Türkei[c])), Entschädigung für den türkischen Staatsbesitz in den beiden Provinzen, Garantie der einschlägigen Interessen der türkischen Staatsschuld, schiedsgerichtliche oder anderweitige Regelung der Reklamationen italienischer Untertanen gegen die Türkei, Amnestie für die Eingebornen in den beiden Provinzen, denen ein liberales und ihren Gebräuchen entsprechendes Regime zugesichert wird, Stipulation mit den anderen Mächten über territoriale Integrität der Türkei. Eventuelle weitere von den Mächten vorgeschlagene Konzessionen würden versöhnliche Erwägung finden. Bei Fortdauer des Krieges würde hiesige günstige Disposition abnehmen. Italienische Regierung wird nur Tatsache der Übergabe der Antwort, nicht deren Inhalt Presse mitteilen. Ich sende Antwort samt Bericht heute abends mit Depeschenkasten. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3369, 3378. — [b]) Vgl. n. 3366. — [c]) Bittner, Chron. Verz. der österr. Staatsverträge III 599 n. 5336.

Nr. 3377. Tel. aus Rom, 15. März 1912 Nr. 41 (eing. 16. März 9 U. a. m.)[a] Entziff.

Streng geheim. Mit Beziehung auf gestriges Telegramm Euer Excellenz Nr. 51. Nach vorheriger Rücksprache mit meinem deutschen Kollegen, welcher analoge Instruktion erhalten hatte, habe heute nachmittags ich und nach mir Herr von Jagow dem Minister des Aeussern die neue Redaktion des Zusatzprotokolles zum Dreibundvertrage mitgeteilt. Marquis San Giuliano behielt sich Prüfung desselben vor, gab aber zu verstehen, dass hiesige Regierung Einwendungen dagegen erheben dürfte. Deutscher Botschafter erhielt gleiche Antwort. Mérey.

[a] Vgl. n. 3375, 3379, 3380, 3383, 3384.

Nr. 3378. Bericht aus Rom, 15. März 1912 Nr. 22 (eing. 17. März).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Im Verfolge meines gestrigen Berichtes No. 21 A[b] beehre ich mich, Euerer Excellenz in der Anlage[c] die heute Nachmittags mir und meinen Kollegen von Deutschland, England, Frankreich und Russland von dem Minister des Äussern, welcher uns einzeln zu sich gebeten hatte, übergebene Antwort der italienischen Regierung in der Mediationsfrage zu unterbreiten. Der Minister betonte den streng vertraulichen Charakter dieses Schriftstückes und fügte bei, er werde der Presse lediglich die Thatsache seiner Übergabe an die Botschafter, nicht aber den Inhalt, bekanntgeben. Im Ganzen enthält die Antwort wohl kaum Etwas, was nicht vorhergesehen werden konnte. Auf Grund meiner rapiden ersten Lektüre stellte ich an den Minister des Äussern zwei Fragen, nämlich ob im Falle des Rückzuges der türkischen Offiziere und Truppen auch Italien, was nicht ausdrücklich in dem Schriftstücke gesagt ist, alle Feindseligkeiten einstellen, somit seine Schiffe aus dem ägäischen Meere zurückziehen, die Blokade im roten Meere aufheben würde, und so weiter, und ob die Anerkennung der italienischen Souveränität seitens der Mächte der eventuellen Vereinbarung mit der Türkei voranzugehen habe oder nicht. Auf beide Fragen antwortete mir Marchese di San Giuliano sehr unklar und ausweichend. Das Alles werde sich erst im weiteren Verlaufe der Pourparlers ergeben, und die italienische Regierung sei selbst hierüber noch zu keinem Entschlusse gekommen. Zu Punkt 7 bemerkte der Minister, man habe hier aus den Mitteilungen Salems[d] entnommen (vide meinen Bericht vom 28. v. M. Nr. 16 D), dass man in der Türkei auf eine derartige Zusage Wert legen würde. Der türkische Besitzstand sei übrigens seit langen Jahren wiederholt von den Mächten vertragsmässig garantirt worden, was allerdings die successiven Modificationen desselben nicht verhindert hätte. Nachdruck legte der Minister auch auf die am Schlusse des vorletzten Alineas ausgedrückte Bereitwilligkeit, eventuelle weitere Konzessionen, welche die Mächte in Vorschlag bringen würden, im versöhnlichen Geiste in Erwägung zu nehmen. Meinem ersten Eindrucke nach liegt der Schwerpunkt der Antwort in der Geneigtheit, den Krieg auch ohne förmlichen Friedens-Vertrag mit der Türkei und ohne Anerkennung der vollen Souveränität

Italiens über Tripolitanien und die Cyrenaica seitens der Pforte zu beenden, falls diese Anerkennung seitens der Mächte erfolgt oder doch wenigstens ausdrücklich — nach vorheriger Einigung über Aufhebung der Kapitulationen, über Zoll-Régime etc. — zugesagt würde. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3376, 3381, 3390. — [b]) Wurde nicht aufgenommen. Vgl. n. 3368. — [c]) Beilage. — [d]) Italienischer Staatsangehöriger und Advokat in Saloniki (Bericht aus Rom, 28. Feb. 1912 Nr. 16 D wurde nicht aufgenommen).

Beilage zu n. 3378. Notiz des ital. Ministeriums des Äußern für den Botschafter in Rom, ohne Datum (bei der Botschaft eingelangt 15. März 1912).[a]) Ausfert.

Les Gouvernements de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la France, de la Grande Bretagne et de la Russie ont exprimé le désir de connaître le minimum des conditions auxquelles l'Italie subordonnerait l'acceptation d'une médiation des Puissances à l'effet de la cessation des hostilités entre l'Italie et la Turquie. Le Gouvernement Royal apprécie à sa juste valeur l'esprit amical qui a inspiré cette démarche des Grandes Puissances et le but hautement humanitaire qu'elles se proposent. Obéissant aux devoirs qui lui étaient imposés par sa dignité de Grande Puissance et par la nécessité de sauvegarder ses intérêts politiques et économiques dans la Méditerranée, l'Italie s'est vue contrainte à déclarer la guerre à la Turquie; guerre que l'attitude du Gouvernement Ottoman avait rendue inévitable et qui a été constamment appuyée par le consentement unanime du Parlement et du pays. L'Italie n'a cependant pas d'intérêt à amoindrir la situation internationale de l'Empire Ottoman. Par conséquent, tout en poursuivant la guerre avec tous les moyens à sa disposition, l'Italie est également disposée, la réalisation de ses fins une fois assurée, à mettre un terme à l'état de guerre et à seconder, avec esprit de conciliation, les efforts des Puissances tendant au rétablissement de la paix. La cessation des hostilités signifie en effet la constitution d'un état de fait, équivalant à la paix, sans l'existence d'un traité qui en contienne la stipulation formelle. La cessation des hostilités doit avant tout avoir comme base la souveraineté pleine et entière de l'Italie sur la Tripolitaine et la Cyrénaique, telle qu'elle a été solennellement proclamée par la loi du Royaume du 27 février 1912. La reconnaissance de cette souveraineté, une fois explicitement admise par les Puissances, ne serait pas demandée à la Turquie. Il suffirait d'obtenir la certitude de sa renonciation pratique, qui serait donnée en premier lieu par le retraite définitive de tous ses officiers et de toutes ses troupes des deux provinces. La Turquie devrait pareillement rétablir le „statu quo ante bellum" pour tout ce qui concerne la situation des sujets italiens dans son territoire (régime des capitulations, relations commerciales, bureaux de poste, écoles, hôpitaux etc. etc.). L'Italie supprimerait, en échange, bien entendu, les surtaxes établies à l'entrée des produits turcs dans le Royaume. Les concessions que l'Italie ferait de son côté pourraient se rapporter aux points suivants: I° reconnaissance de l'autorité religieuse du Calife, sous une forme analogue aux dispositions de l'article IV du protocole austro-turc du 26 février 1909,[b]) pour autant qu'elles seraient appliquables aux usages et aux conditions locales, et

à la condition qu'elles se maintiennent sur le terrain religieux, de manière à exclure tout ce qui pourrait constituer une immixtion politique ou y donner prétexte. Il ne faut pas laisser subsister, en effet, une source de conflits perpétuels, ce qui ne serait certes pas dans l'intérêt de l'Italie, ni des Puissances, ni de la Turquie elle-même; 2° engagements relatifs à l'élévation des droits de douane, à l'établissement de monopoles, aux bureaux de poste italiens et au régime des capitulations dans l'Empire Ottoman, pareillement sous une forme analogue aux dispositions des articles VI, VII et VIII du protocole austro-turc susmentionné; 3° remboursement, dans un montant à établir, de la valeur des biens immeubles de diverse nature, que l'Etat Ottoman possédait en Tripolitaine et en Cyrénaïque; 4° confirmation de la déclaration déjà émise par le Gouvernement Italien relativement à la garantie des intérêts représentés par le Conseil de la Dette Publique Ottomane, en ce qu'ils se rapportent aux revenus de la Tripolitaine et de la Cyrénaique; 5° réglement des réclamations privées des sujets italiens en Turquie, en les déférant au Tribunal de la Haye, ou en adoptant telle autre solution qui serait proposée par les Puissances: réglement sur ces mêmes bases, ou solution proposée par les Puissances, de toutes les réclamations concernant les dommages infligés par la Turquie aux ressortissants italiens, à leur commerce et aux institutions italiennes, pendant la guerre. Le droit des particuliers de faire valoir leurs raisons envers le Gouvernement Ottoman par la voie judiciaire devrait cependant demeurer intact; 6° déclaration de renoncer à l'application de toute punition aux populations arabes de la Tripolitaine et de la Cyrénaïque pour tous les faits survenus jusqu'à la date de la cessation des hostilités entre l'Italie et la Turquie: expression, de la part du Gouvernement Royal, de son intention d'appliquer aux dites populations un régime largement libéral, faisant droit aux us et coûtumes de leur race; 7° accords à prendre avec les autres Grandes Puissances en vue d'une déclaration ou stipulation répondant au principe du maintien de l'intégrité territoriale de la Turquie d'Europe. — Le Gouvernement Royal, dans ses échanges de vues avec les Puissances, a déjà eu maintes fois l'occasion de mentionner quelques unes des conditions sus-énoncées, en ayant soin d'ajouter qu'elles répondaient à la situation du moment, et qu'elles auraient dû subir des limitations considérables par suite de la prolongation de l'état de guerre. Cependant, et pour déférer au désir exprimé par les Grandes Puissances, le Gouvernement Royal est toujours disposé à maintenir ces conditions. Le Gouvernement Royal est convaincu que les Grandes Puissances reconnaîtront l'esprit de conciliation auquel s'inspirent les conditions qu'il propose. Si toutefois, dans le but de donner satisfaction aux intérêts et aux sentiments de la Turquie, les Grandes Puissances présentaient quelques autres propositions, le Gouvernement Royal est disposé à les examiner avec le même esprit de conciliation, en restant naturellement hors de discussion le point relatif à la souveraineté pleine et entière de l'Italie sur la Tripolitaine et la Cyrénaïque. Les dispositions du Gouvernement Royal deviendraient naturellement moins favorables à la Turquie si la guerre devait se prolonger.

[a] Vgl. n. 3567, 3606. — [b] Bittner, Chron. Verz. der österr. Staatsverträge III 599 n. 5336.

Nr. 3379. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 16. März 1912.[a] Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Berchtold).

Streng geheim. Der kaiserlich deutsche Botschafter hat mich heute aufgesucht und bei diesem Anlasse von dem von Graf Szögyény bereits gemeldeten[b] und bei der königlich italienischen Regierung angeblich bestehenden Wunsche Erwähnung gethan, dass das österreichisch-ungarische-italienische Balkanabkommen vom Jahre 1909[c] in den Text des Dreibundvertrages aufgenommen werde. Dem gegenüber habe ich constatirt, dass ein solches Verlangen sich mit dem von allen drei Mächten acceptirten Principe, dass am Texte des Vertrages keine Änderungen vorgenommen werden sollen, nicht vereinbaren lasse. Beginne man einmal damit, am Vertragstexte zu rühren, so sei ein Ende der Verhandlungen nicht abzusehen und es könnten dann auch wir dazukommen, diesen Text vom Standpuncte unserer Interessen einer genauen Prüfung zu unterziehen. Denn ich könne nicht verhehlen, dass der Vertrag auch Bestimmungen enthalte, die mir für uns nicht vorteilhaft zu sein scheinen. So lege uns z. B. Artikel 2 eine Verpflichtung auf, der ein ersichtlicher Gegenwert nicht gegenüberstehe. Übrigens sei mir der von Italien ausgedrückte Wunsch auch schon deshalb nicht verständlich, weil das Abkommen vom 19. December 1909[c] ausdrücklich vorsehe, dass sein Bestand zeitlich mit der Dauer des Dreibundes zusammenfalle und dass es also mit der Erneuerung des letzteren implicite auch erneuert werde. Herr von Tschirschky, auf welchen der blosse Gedanke an die Eventualität einer Modificirung des Textes des Dreibundvertrages consternirend zu wirken schien, hat daraufhin die Vertretung des italienischen Desideratums nicht weiter fortgesetzt. Er glaubte blos — „ganz vertraulich" — bemerken zu sollen, daß, seiner Ansicht nach, der Grund, warum Italien diesen Anspruch erhebe, wohl in der Anschauung liegen dürfte, daß es der Regierung seinerzeit leichter fallen würde, die Erneuerung des Dreibundes vor dem Parlamente zu vertreten, wenn sie nicht sagen müsse, dass er tel quel erneuert worden sei, somit die Deutung zulässig erscheinen würde, dass sie es verstanden habe, sich gewisse über die bisherigen Bestimmungen hinausgehende Vorteile zu sichern. Ich schloss die Unterredung mit der Bemerkung, dass dies ein Grund mehr für mich sei, an dem bisherigen Vertragstext festzuhalten, da wir selbstverständlich kein Interesse daran hätten, den Anschein aufkommen zu lassen, als enthielte der Vertrag neue einseitig zu Gunsten Italiens aufgenommene Veränderungen.

[a] Vgl. n. 3377, 3380. — [b] n. 3372. — [c] n. 1849.

Nr. 3380. Tel. nach Berlin, 18. März 1912 Nr. 41 (chiffr. 4 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).

Streng geheim. Telegramm Nr. 66 erhalten. Herr von Mérey telegrafirt wie folgt: ... *wie n. 3377* ... Herr von Tschirschky hat mir am 16. d. M.[b] von dem in Ihrem Telegramme Nr. 66 erwähnten angeblichen Wunsche Italiens gesprochen. Ich habe demgegenüber festgestellt, dass alle drei Mächte sich auf das Princip geeinigt hätten, am Texte des Drei-

bundvertrages keine Änderungen vorzunehmen und dass ich umsoweniger Anlass hätte, von diesem Grundsatz abzugehen, als das Balkanabkommen vom Jahre 1909[c]) ohnehin an die Dauer des Dreibundes geknüpft sei und mit seiner Erneuerung implicite ebenfalls erneuert werde. Überdies hätte ich schon deshalb keinen Grund, gegenüber dem italienischen Botschafter das Thema der Erneuerung des Dreibundvertrages zur Sprache zu bringen, weil die italienische Regierung jetzt am Worte ist, da sie sich nach dem Telegramme des Herrn von Mérey vorbehalten hat, gegen die neue Redaction des Zusatzprotocolls Einwendungen zu erheben. Ich ersuche Euer Exzellenz sich in diesem Sinne dem Herrn Staatssecretär gegenüber aussprechen zu wollen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3383, 3386. — [b]) Vgl. n. 3379. — [c]) Vgl. n. 1849.

Nr. 3381. Tagesbericht über einen Besuch des türkischen Botschafters, 18. März 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Der türkische Botschafter ist heute bei mir erschienen und hat mir auftraggemäß mitgeteilt, daß Herr Sazonow sich Turchan Pascha gegenüber in der Mediationsangelegenheit in folgendem Sinne ausgesprochen habe. Man würde sich nach Erhalt der Antwort Italiens freundschaftlich und ohne irgend welchen Druck auszuüben, an die Pforte mit dem Vorschlage wenden, ob sie nicht zum Zwecke einer Friedensvermittlung ihre Interessen den Mächten anvertrauen wolle. Im bejahenden Falle meine er, Herr Sazonow, würde der nächste Schritt in dem Ratschlage bestehen, die Feindseligkeiten einzustellen und zwar in der Form, daß Italien die Blockade aufheben und die Verwendung seiner Flotte auf die Gewässer bei Tripolis beschränken, die Türkei aber ihre Truppen zurückziehen solle. Gegenüber dieser Eröffnung Herrn Sazonows präzisierte mir Mavroyeni Bey den Standpunkt seiner Regierung in folgender Weise. Wenn die Mächte sich darauf beschränken, der Pforte die italienischen Friedensbedingungen mitzuteilen und um Bekanntgabe der türkischen zu ersuchen, so hätte seine Regierung nichts dagegen einzuwenden, behalte sich aber volle Freiheit bezüglich der zu erteilenden Antwort vor. Sollte die Demarche jedoch nach dem obskizzierten Vorschlage Herrn Sazonows erfolgen und sollten die italienischen Vorschläge die Anerkennung der Annexion zur Basis haben, so wäre eine solche Demarche nach Ansicht seiner Regierung mit den von den Mächten abgegebenen Neutralitätserklärungen unvereinbar. Der Widerspruch ihrer Handlungsweise wäre in diesem Falle umso flagranter, als einer der kriegführenden Teile einfach befragt, der andere aber aufgefordert würde, die Wahrung seiner Interessen den Mächten anzuvertrauen. Der türkische Botschafter schloß mit der Bemerkung, der Standpunkt seiner Regierung betreffs des italienischen Annexionsdekretes sei den Mächten bereits bekannt und hege die Pforte die Überzeugung, daß die Mächte mit einer so unbilligen Zumutung nicht an sie herantreten würden. Ich habe dem Herrn Botschafter erwidert, daß ich bis jetzt zu der Frage einer Demarche in Konstantinopel noch keine Stellung genommen habe und daß

eine solche noch den Gegenstand eines Gedankenaustausches zwischen den Kabinetten werde bilden müssen. Was seine Mitteilung über die seiner Regierung von Turchan Pascha einberichteten Eröffnungen Herrn Sazonows anbelangt, so könne ich mich hiezu nicht äußern; es handle sich hiebei um eine Aussprache des Herrn russischen Ministers des Äußern zu dem türkischen Botschafter in St. Petersburg, über welche mir eine Verständigung seitens des russischen Kabinettes nicht zugekommen sei. Übrigens sei ich überzeugt, daß, wenn Herr Sazonow eine Demarche in Konstantinopel in der von ihm, Mavroyeni Bey, wiedergegebenen Formulierung vorgeschlagen habe, er dies gewiß in der Überzeugung getan hätte, damit eine für die Pforte sehr freundliche Form gewählt zu haben. Ich habe dem Herrn türkischen Botschafter weiters gesagt, daß ich seinen Mitteilungen entnehme, die Pforte würde nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Mächte ihr die italienischen Bedingungen zur Kenntnis bringen und sie zur Bekanntgabe der ihrigen auffordern würden. Auf mein Bemerken, daß in der von Italien gegebenen Antwort von einer Anerkennung des Annexionsdekretes seitens der Türkei keine Erwähnung geschähe, erwiderte Mavroyeni Bey, daß dies wohl zutreffe, daß aber darin das Verlangen nach Zurückziehung der türkischen Truppen aus Tripolitanien gestellt werde, worauf die Pforte schon mit Rücksicht auf ihre zahlreichen arabischen Untertanen nicht eingehen könne. Die türkisch-arabischen Streitkräfte in Tripolitanien seien nicht besiegt worden und werde Italien die beiden Provinzen nie zu unterwerfen vermögen. Italien könne fortfahren, unbefestigte Städte zu beschießen, es könne eventuell auch die eine oder die andere Insel besetzen, wenn es aber versuchen wollte, die Dardanellen anzugreifen, so würde dies sicher zu einer Katastrophe führen.

[a]) Vgl. n. 3378, 3382, 3385.

Nr. 3382. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 18. März 1912 Nr. 79 (eing. 19. März 9 U. a. m.). Entziff.

... *Gleichartig wie n. 3381.* ... Euer Excellenz dürften wohl durch den türkischen Botschafter in Wien vom Obigen bereits Kenntnis erhalten haben, doch bat mich Assim Bey ausdrücklich, Hochdenselben gegenüber auf diese Angelegenheit zurückzukommen und hervorzuheben, dass die Pforte unter keiner Bedingung auf einen Mediationsantrag der Mächte, welcher auf die Annexion hinauslaufe, eingehen könnte, da, selbst wenn keine formelle Anerkennung von derselben verlangt würde, die Zurückziehung der türkischen Truppen aus Tripolitanien — ihrer Ansicht nach — eine tatsächliche Anerkennung der Annexion durch Italien involvieren würde. Auch bei diesem Anlasse wiederholte Assim Bey, dass wenn die italienische Flotte alle Inseln und die Dardanellen besetzen, ja sogar vor Konstantinopel erscheinen sollte, die Türkei nicht nachgeben würde. Aus Äusserungen, die Assim Bey bei diesem Anlasse fallen liess, konnte ich entnehmen, dass er an das Bestehen eines russisch-italienischen Abkommens in Angelegenheit Tripolitaniens glaubt. Pallavicini.

Nr. 3383. Tel. nach Rom, 18. März 1912 Nr. 53 (chiffr. 4 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).*

Streng geheim. Telegramm No. 41 erhalten. Graf Szögyény telegrafirt am 14. d. M. wie folgt: ... *wie n. 3372 von „Der Staatssekretär ersuchte mich, Euer Exzellenz zu melden," bis „mit Herzog Avarna besprechen wollten"* ... Ich habe wie nachstehend geantwortet: ... *wie n. 3380 von „Herr von Tschirschky" bis Schluß* ... Vorstehendes zu Ihrer ausschliesslich persönlichen Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3384.

Nr. 3384. Bericht aus Rom, 18. März 1912 Nr. 24.[a]) *Ausfert.*

Streng geheim. Das hohe Telegramm Nr. 51 ist am 14. l. M. abends hier eingelangt. Bereits zwei Tage vorher hatte mir der deutsche Botschafter gesagt, er habe die Instruction, welche auch mir zukommen werde, erhalten, der hiesigen Regierung gleichzeitig mit mir die neue Redaction des Zusatz-Protocolles zum Dreibund-Vertrage mitzuteilen. Da wir am 15. l. M. nachmittags ohnedies den Minister des Äussern behufs Entgegennahme der Antwort der hiesigen Regierung in der Mediations-Frage aufsuchen mussten, kamen mein deutscher College und ich überein, ihm bei diesem Anlasse die in Rede stehende Mitteilung zu machen. Über die Ausführung dieses Schrittes habe ich Euerer Excellenz mit meinem Telegramme Nr. 41 Meldung erstattet. Marchese di San Giuliano bemerkte zunächst, dass ihm diese neue Redaction schon aus einem Telegramme des Botschafters in Berlin bekannt sei. Er müsse dieselbe gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten noch sehr reiflich überlegen. Vorläufig erscheine ihm auch diese Formulierung nicht ganz entsprechend. Die Sache habe für die italienische Regierung eine capitale Bedeutung. Die Tripolis-Frage, welche seit dreissig Jahren den roten Faden in der äusseren Politik Italiens gebildet habe und die Erklärung für die vielfachen Schwankungen derselben in diesem Zeitraum bilde, müsse nun gründlich und definitiv gelöst werden. Das sei dermalen eine Lebensfrage für Italien und zugleich eine Garantie dafür, dass in Hinkunft an Stelle der Schaukelpolitik der klare und feste Anschluss des Landes an seine Alliierten erfolge. Ich glaubte auf Grund meiner Instructionen auch diesmal nicht insistieren zu sollen, wenn ich auch nach wie vor unter dem Eindrucke stehe, dass die italienische Regierung, insolange der Conflict mit der Türkei nicht beigelegt ist, bezüglich der Erneuerung des Dreibundes zu temporisieren bestrebt sein wird. In dieser Beziehung kann ich auch heute nur auf das in meinem Telegramme vom 23. December v. J. Nr. 213, sowie in meinem Privatschreiben vom 26. December v. J. und in meinem Berichte vom 2. Jänner l. J. Nr. 1 Gesagte verweisen. Herr von Jagow gegenüber sprach sich der Minister des Äussern in gleicher Weise aus und betonte speciell noch seine Zweifel hinsichtlich der Geheimhaltung der Vertragserneuerung. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3383, 3386.

Nr. 3385. Tel. nach St. Petersburg Nr. 45 (1), Berlin Nr. 43 (2), Paris Nr. 33 (3), London Nr. 19 (4), Rom Nr. 54 (5) und Konstantinopel Nr. 55 (6), 19. März 1912 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S Nemes; G. Berchtold).

1.—6. ... *Mit sprachlichen Änderungen wie n. 3381 von „Der türkische Botschafter" bis „zwischen den Kabinetten werde bilden müssen."* ...

1. ... *wie n. 3381 von „Was seine Mitteilung" bis „freundliche Form gewählt zu haben."* ...

1.—6. ... *wie n. 3381 von „Ich habe den Herrn türkischen Botschafter" bis „nicht eingehen könne"* ... Die türkisch-arabischen Streitkräfte in Tripolitanien fühlen sich noch keineswegs besiegt und sehe die Türkei ohne Besorgnis italienischen Angriffen, sei es auf die Dardanellen, sei es auf andere Küstenpunkte entgegen.

1. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache Herrn Sazonow gegenüber.

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information mit dem Ersuchen, dem Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär hievon Kenntnis zu geben und zu bemerken, daß ich besonderen Wert darauf legen würde, darüber informiert zu sein, ob und in welcher Form das Berliner Kabinett angesichts der offenbar auch dort bekanntgegebenen Stellungnahme der Pforte eine Demarche der fünf Mächte in Konstantinopel für zweckentsprechend halte.

3.—4. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information. Da ein ähnlicher Schritt der Türkei auch bei der dortigen Regierung erfolgt sein dürfte, würde ich Wert darauf legen, deren Auffassung über eine eventuell in Konstantinopel zu unternehmende Kollektivdemarche kennen zu lernen.

5.—6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information.

[a] Vgl. n. 3388, 3389, 3391.

Nr. 3386. Tel. aus Berlin, 20. März 1912 Nr. 73 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng geheim. Inhalt Euer Excellenz Telegramm Nr. 41 vom 18. dieses Monats dem Staatssekretär mitgeteilt, bei welchem Anlasse Herr von Kiderlen-Wächter mir sagte, Herr von Jagow habe bisher nicht gemeldet, dass italienische Regierung gegen die neue Redaktion des Zusatzprotokolles zum Dreibundvertrage Einwendungen zu erheben beabsichtige. Szögyény.

[a] Vgl. n. 3384, 3397, 3405.

Nr. 3387. Bericht aus Konstantinopel, 20. März 1912 Nr. 22 A (eing. 23. März).[a] Ausfert.

Vertraulich. Die Abberufung des Herrn Tscharykow ist sowohl ihm selbst, als auch den hiesigen politischen und diplomatischen Kreisen ganz überraschend gekommen. Der Eindruck, den diese Massnahme des Petersburger Cabinetts hier gemacht hat, war ein umso grösserer, als man sich

sagen musste, dass man in Petersburg in Bezug auf die Türkei eine andere Politik verfolgen wolle, als dies in den letzten Jahren der Fall war. Herr Tscharykow hatte sich, wie bekannt, zur Aufgabe gemacht, das Verhältniss Russlands zur Türkei möglichst gut zu gestalten, um auf diese Weise hier seine Zwecke zu erreichen. Es handelte sich nicht etwa um neue Ziele der russischen Politik, sondern vielmehr um eine gewisse Methode. Die Abberufung Herrn Tscharykows scheint jedenfalls darauf hinzuweisen, dass man in Petersburg mit seiner Methode nicht zufrieden war und eine andere anwenden will. Herr Tscharykow sagte mir selbst, als er mir heute seinen Abschiedsbesuch machte, dass sein Nachfolger vielleicht angewiesen werden dürfte, in gewissen Dingen „schneller vorzugehen", also in anderen Worten eine mehr drängende Taktik zur Anwendung zu bringen. Schon der Echec, den Herr Tscharykow in der Meerengenfrage gehabt hat, mag der erste Grund gewesen sein, dass man mit der von ihm befolgten Vorgangsweise unzufrieden war. Dass er diese Angelegenheit auf eigene Faust in Angriff genommen hätte, scheint mir vollkommen ausgeschlossen zu sein. Er hat gewiss im vollen Einvernehmen mit dem damaligen Leiter des Ministeriums des Äussern, Herrn Neratow, gehandelt. Herr Sasonow sah aber unmittelbar nach seiner Rückkehr vom Urlaub, dass die Sache dermalen in der von Herrn Tscharykow initiierten Weise undurchführbar ist und desavouierte in einer allerdings drastischen Weise den Botschafter. Hiezu kam der Umstand, dass gleichzeitig die persische Frage in ein acutes Stadium getreten war. Letztere Frage ist aber von einer solch eminenten Wichtigkeit für Russland, dass die Fragen, welche sich auf den Balkan beziehen, ja sogar die Meerengenfrage, momentan für dasselbe in den Hintergrund treten mussten. Auch in dieser für Russland so wichtigen Angelegenheit gelang es Herrn Tscharykow bei der von ihm angewendeten Methode nicht, die von seiner Regierung angestrebte Zurückziehung der türkischen Garnisonen aus der Provinz Azerbeidjan zu erreichen. Es scheint mir sogar, dass dieser Umstand die Hauptursache war, warum Herr Tscharykow seinen hiesigen Posten verloren hat. Für die russische Politik in Persien ist es gewiss von der grössten Wichtigkeit, hiebei die Türkei als mitsprechenden Factor auszuschalten. Schon an und für sich das Factum, dass sich in der Flanke der gegen Süden vorrückenden russischen Macht ein Staat befindet, welcher über eine starke kriegstüchtige Armee verfügt und welcher im vorigen Jahre successive 560.000 Mann unter den Fahnen hielt, muss, wie immer man auch über die Zukunft der Türkei denken mag, von jedem russischen Staatsmanne sehr ernstlich in Rechnung gezogen werden. Dies umsomehr, als es ja nicht ausgeschlossen ist, dass Russland früher oder später über die persische Frage auch mit England in Conflict gerathen könnte. Es ist daher natürlich, dass Russland die rasche Entwicklung des türkischen Heeres mit einer gewissen Sorge verfolgt. Das Verhalten Herrn Sasonows in dem italo-türkischen Conflicte und sein Mediationsantrag scheint mir eben auf diesen Gedanken zurückzuführen [zu] sein, nämlich auf jenen, dass Russland, soweit es kann, trachten müsse, zu verhindern, dass die türkische Armee mit einem, wenn auch nur moralischen Erfolge, aus dem jetzigen Kriege hervorgehe. Meiner Auffassung nach könnte demnach zwischen der Abberufung Herrn

Tscharykows, den militärischen Vorkehrungen an der kaukasisch-türkischen Grenze und schliesslich der Haltung des russischen Cabinetts in dem italo-türkischen Conflicte ein gewisser innerer enger Zusammenhang bestehen, zu welchem eben die russischen Absichten in Bezug auf Persien den Schlüssel geben würden. Es drängt sich ferner von selbst die Analogie mit der Situation vor dem russisch-japanischen Kriege auf, wo Russland seine Politik auch ganz einem Ziele, nämlich dem Vorgehen in der Mandschurei, untergeordnet hat. So wie damals, scheint Russland auch jetzt darauf bedacht zu sein, sich in Europa den Rücken zu decken und Alles aufzubieten, damit, während es in Asien beschäftigt ist, in Europa Nichts geschehe, was dessen hiesigen Interessen präjudicieren könnte. Ob aber auch die Türkei in der persischen Frage dieselbe Rolle spielen werde, wie die Japaner in der ostasiatischen, erscheint mit vorläufig wohl fraglich. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3371, 3394 Anm. d.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 20. März 1912. Siehe n. 3390.

Nr. 3388. Tel. aus London, 21. März 1912 Nr. 19 (eing. 22. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 19 vom 19. d. M. Türkischer Botschafter hat im Foreign Office dieselben Erklärungen abgegeben, wie Mavrogeni bei Euer Excellenz. Sir A. Nicolson ist persönlich der Ansicht, Mächte sollten entweder in Konstantinopel bei Mitteilung italienischer Friedensbedingungen gleichzeitig fragen, unter welchen Modalitäten türkische Regierung bereit wäre, Frieden zu schliessen, oder einfach die Frage stellen, ohne die Mitteilung zu machen. Unterstaatssekretär hat noch nicht mit Sir E. Grey darüber sprechen können, der vollauf von Krise wegen Kohlenstreik in Anspruch genommen ist, wird aber Vorstehendes seinem Chef vorschlagen. Nach seiner Ansicht müsste die Demarche einverständlich von allen Mächten gemacht werden, wobei er Initiative gerne Russland überlassen möchte, nachdem die ganze Aktion von Herrn Sazonow stamme. England ist zu besonderer Reserve verpflichtet wegen mohammedanischer Untertanen, unter welchen sich Beunruhigung fühlbar macht, England könne ...[b]) zu sehr gegen Türkei Stellung nehmen. (Ein Umstand, den Unterstaatssekretär mit Berufung auf indische Nachrichten heute stärker zu betonen schien als sonst). Sir A. Nicolson meint, Türkei werde nicht darauf eingehen „de confier ses intérêts aux Puissances," und schien zu bedauern, dass französischer Vorschlag fallen gelassen wurde, gleichzeitig in Konstantinopel und Rom die Anfrage zu stellen, was dem Grundsatze der Neutralität besser entsprochen hätte. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3393. — [b]) Chiffre fehlt offenbar.

Nr. 3389. Tel. aus Paris, 21. März 1912 Nr. 42 (eing. 5 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 33. Türkischer Botschafter hat sich hier im gleichen Sinne wie Mavroyeni Bey in Wien ausgesprochen.

Die Antwort, die Herr Poincaré ihm erteilte, deckt sich beinahe ganz mit jener, die Euer Exzellenz dem türkischen Botschafter gegeben. Der Ministerpräsident hat ferner darauf hingewiesen, dass die türkische Regierung die Mitteilungen Herrn Sazonows an Turkhan Pascha nicht richtig zu interpretieren scheine, wenn sie in der vom russischen Minister des Aeussern vorgeschlagenen Demarche eine Verletzung der Neutralität erblicke, da Herr Sazonow ausdrücklich bemerkte, dass es sich nur um freundschaftliche Anfrage ohne jede Pression handle. Was weitere Behandlung der Frage betrifft, sagte mir Herr Poincaré, dass er baldigen Gedankenaustausch der fünf Mächte betreffs der in Konstantinopel zu machenden Schritte für erwünscht halte. Nach seiner Ansicht sollten die Mächte die italienischen Bedingungen der türkischen Regierung vertraulich mitteilen und dieselbe in freundschaftlicher Form einladen, ihrerseits die Bedingungen bekannt zu geben, unter denen sie zu Friedensschluss bereit wäre. Der Minister gibt sich keinen Illusionen darüber hin, dass damit eine Basis für den Frieden geschaffen werden könnte, besten Falls würde sich eine Möglichkeit für weitere Verhandlungen ergeben. Man müsste den Schritt in Konstantinopel jedenfalls machen, wenn man ihn auch als aussichtslos betrachtet, denn eine Unterlassung dieser Demarche könnte leicht den Anschein erwecken, als ob die Mächte selbst die italienischen Bedingungen als indiscutable bezeichnen würden. Jedenfalls sollte man, nachdem man Italien befragt hat, auch der Türkei die Gelegenheit geben, sich zu äussern. Herr Poincaré bedauert, dass die ursprünglich von Frankreich und uns akzeptierte Idee Simultanschrittes in Rom und Konstantinopel nicht zur Ausführung gelangte.

Szécsen.

[a]) Vgl. n. 3390, 3393.

Nr. 3390. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 21. März 1912.[a]) Konz. (S. Rappaport; V. und G. Berchtold).

Beim gestrigen Diplomatenempfange befragte mich der königlich italienische Botschafter um meine Ansicht über die den Kabinetten mitgeteilte Stellungnahme seiner Regierung zu der kürzlichen Mediationsdemarche der in Rom akkreditierten Botschafter der Großmächte.[b]) In meiner Erwiderung wies ich vor allem auf den Umstand hin, daß zwar die Antwort der italienischen Regierung von einer Anerkennung der Souveränität Italiens über Tripolitanien und die Cyrenaika durch die Pforte absehe, daß es mir aber höchst unwahrscheinlich schiene, dieses Entgegenkommen könne die Türkei zum Nachgeben veranlassen. Die italienische Regierung habe bereits mit dem die Annexion proklamierenden Dekrete wie seither noch durch das Votum der Kammern ihre Stellungnahme urbi et orbi verkündet und bezeichne dieselbe auch nun in dem mir zugekommenen Schriftstücke als unabänderlich feststehend. Bei dieser Sachlage muß die Pforte darüber im klaren sein, daß eine Zurückziehung ihrer Truppen aus Lybien einem Verzichten auf die Herrschaft in diesem Gebiete und Preisgeben desselben an Italien gleichkäme. Hiezu würde sich die Pforte derzeit sicherlich nicht bereit finden. Auf meine Frage, ob die Anerkennung der Annexion seitens der Mächte, von welcher in der italienischen Antwortnote die Rede sei,

den Verhandlungen der Kabinette mit der Türkei voranzugehen hätte, wußte der Herr Botschafter keinen Bescheid. In Bezug auf die den arabischen Einwohnern Tripolitaniens und der Cyrenaika in Aussicht gestellte Amnestie habe ich Herzog Avarna aufmerksam gemacht, daß diese Konzession die von der Pforte gehegten Bedenken wegen Preisgabe der gedachten Elemente nicht zu verscheuchen imstande sein dürfte. Tatsächlich handle es sich für die Türkei darum, die gegen eine fremde Okkupation mit Einsatz des Lebens ankämpfende Bevölkerung nicht einer Fremdherrschaft auszuliefern, was eine gefährliche Rückwirkung auf die sonstigen arabischen Untertanen des Sultans ausüben müßte. Wie könnte eine Amnestie diesem Bedenken die Grundlage benehmen? Schließlich sagte ich dem Botschafter, daß es mir mit Rücksicht auf das Gesagte derzeit zwecklos erscheine, die übrigen Punkte der italienischen Antwort näher zu besprechen.

[a]) Vgl. n. 3389, 3391. — [b]) n. 3378.

Nr. 3391. Tel. aus Berlin, 22. März 1912 Nr. 79 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 43 vom 19. d. M. Hiesiger türkischer Botschafter hat hier die gleiche Mitteilung gemacht wie Mavrogeny Bey in Wien. Staatssekretär sagte mir, er habe Nizami Pascha erwidert, dass deutsche Regierung sich mit der Frage einer Demarche in Konstantinopel bisher nicht beschäftigt habe. Die Initiative zu der Demarche in Rom habe Russland ergriffen und demzufolge müsste auch für den korrespondierenden Schritt in Konstantinopel die Initiative dieser Macht überlassen werden. Prüfung der etwaigen russischen Vorschläge behalte sich deutsche Regierung vor. Nach dem bisherigen Verhalten Deutschlands könne die Türkei versichert sein, dass das Berliner Kabinett keine sie demütigende Demarche mitmachen würde. Herr von Kiderlen-Wächter glaubt bestimmt annehmen zu dürfen, dass diese Antwort Euer Exzellenz Auffassung vollkommen entspricht. Zu Euer Exzellenz rein persönlicher Kenntnisnahme fügte der Staatssekretär Folgendes hinzu: Es erscheine ihm sehr zweifelhaft, ob es nützlich sei, der Türkei, welche die italienische Antwort ohnehin kenne, diese noch amtlich mitzuteilen. Sollte dies aber von den anderen Mächten gewünscht werden, so werde Deutschland keine Schwierigkeiten machen, damit der üblichen Verleumdung vorgebeugt werde, dass Deutschland sich von einer Erfolg versprechenden Aktion der Mächte ausgeschlossen und diese zum Scheitern gebracht habe. Er halte diese ganze Aktion für absolut aussichtslos und sei mit der russischen Initiative aus dem Grunde einverstanden, damit der hauptsächliche Anteil an dem Misserfolge Russland zufalle. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3390, 3393.

Tel. nach Berlin, 23. März 1912 Nr. 46 (chiffr. 9 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 3393.

Unterredung mit dem deutschen Kaiser in Schönbrunn, 23. März 1912. Siehe n. 3394.

Tel. nach Konstantinopel, 23. März 1912 Nr. 58 (chiffr. 9 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 3393.

Tel. nach London, 23. März 1912 Nr. 21 (chiffr. 9 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 3393.

Nr. 3392. Tel. aus Madrid, 23. März 1912 Nr. 8 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Minister des Äussern sagte mir gestern, dass Seine Majestät der König sowie die spanische Regierung Euer Exzellenz im höchsten Grade für die von Hochdenselben dem spanischen Botschafter zugesagte Einwirkung in Paris in der Marokko-Angelegenheit verbunden seien. Seine Majestät habe ihn beauftragt, mir dies mit dem Ausdrucke Seines persönlichen Dankes bekanntzugeben. Wydenbruck.

[a] Vgl. n. 3196, 3396.

Nr. 3393. Tel. nach Paris Nr. 34 (1), London Nr. 21 (2), Berlin Nr. 46 (3), St. Petersburg Nr. 47 (4), Rom Nr. 58 (5) und Konstantinopel Nr. 58 (6), 23. März 1912 (chiffr. 9 U. 10 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 42 vom 21. d. M. Ich habe mit Befriedigung konstatiert, daß die den türkischen Botschaftern in Paris und Wien erteilten Antworten fast völlig übereinstimmen. Bezüglich der weiteren Behandlung der Mediationsangelegenheit bin ich zwar der Ansicht, daß eine Demarche in Konstantinopel derzeit wenig Aussicht auf Erfolg bietet, teile aber die Auffassung Herrn Poincarés, daß deren Unterlassung in Rom den Anschein erwecken könnte, als ob die Mächte selbst die italienischen Bedingungen als indiskutable bezeichnen wollten. Über die Form und den Inhalt einer bei der Pforte zu machenden Kollektiv-Demarche der fünf Mächte, scheint mir ein Gedankenaustausch zwischen den Kabinetten wünschenswert und hätte hiezu — meiner Ansicht nach — die Initiative von St. Petersburg auszugehen. Da die Türkei schwerlich darauf eingehen wird „de confier ses intérêts aux puissances" und die uns bekanntgegebenen italienischen Friedensbedingungen für eine offizielle Mitteilung an die Pforte nicht bestimmt zu sein scheinen, hielte ich es für das Zweckmäßigste, die türkische Regierung zu einer Äußerung darüber einzuladen, unter welchen Modalitäten sie bereit wäre Frieden zu schließen. Auf diese Weise würde der Faden der Konversation nicht gänzlich abgerissen werden. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache Herrn Poincaré gegenüber.

2. Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 19 vom 21. d. M. Die Aussprache Sir A. Nicolsons betreffs der Friedensvermittlungsaktion deckt sich im allgemeinen mit meiner Auffassung. Bezüglich deren weiterer Behandlung bin ich zwar der Ansicht, daß eine Demarche in Konstantinopel derzeit wenig Aussicht auf Erfolg bietet, daß deren Unterlassung aber ... *wie 1 von „in Rom den Anschein" bis „abgerissen werden"* ... Euer Exzellenz wollen sich in streng vertraulicher Weise Sir E. Grey gegenüber im vorstehenden Sinne aussprechen.

3. Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 79 vom 22. d. M. ... *wie 2 von „Bezüglich der weiteren Behandlung" bis „abgerissen werden"*... Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an den Herrn Staatssekretär, wobei Euer Exzellenz bemerken wollen, daß ich die Antwort Herrn von Kiderlen-Wächters an Nizamy Pascha, welche meiner Auffassung vollkommen entspricht, dankend zur Kenntnis genommen habe.

4. bis 6. ... *wie 2 von „Bezüglich der weiteren Behandlung" bis „abgerissen werden"* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3394 Anm. b.

Tel. nach Rom, 23. März 1912 Nr. 58 (chiffr. 9 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 3393.

Tel. nach St. Petersburg, 23. März 1912 Nr. 47 (chiffr. 9 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 3393.

*Nr. **3394**. Tagesbericht über eine am 23. März 1912 in Schönbrunn geführte Unterredung mit dem deutschen Kaiser Wilhelm II., 24. März 1912.[a]) Konz. (S. Berchtold).*

Seine Majestät Kaiser Wilhelm hat mich gelegentlich Seines Aufenthaltes in Wien auf der Durchreise nach Korfu am 23. März im Schönbrunner Schlosse in Audienz empfangen. Nach einigen einleitenden Aeußerungen, mit welchen der höchste Herr Seiner Freude über das vorzügliche Aussehen unseres Allergnädigsten Herrn zum Ausdrucke brachte und des herzlichen Empfanges gedachte, der Ihm hier zuteil geworden, wobei Er Sich auch anerkennend über die Begrüßungsartikel der Wiener Presse vernehmen ließ, ging Seine Majestät auf das politische Thema über. Im italienisch-türkischen Konflikte,[b]) welchem Kaiser Wilhelm noch eine lange Dauer prognostiziert, sieht Seine Majestät die Folge eines bedauerlichen Fehlgriffes der italienischen Politik. König Viktor Emanuel hätte nie die Initiative zur Annexion Tripolitaniens und Cyrenaikas ergriffen, Höchstderselbe habe sogar ausdrücklich erklärt, Seine Hand hiezu nicht bieten zu wollen; nachträglich sei Er aber von der Volksstimmung zu diesem Abenteuer getrieben worden und habe der Strömung nicht Widerstand zu leisten vermocht. Nun befände sich Italien inmitten einer kostspieligen Aktion, deren Ende nicht abzusehen sei. Für Oesterreich-Ungarn und Deutschland könne übrigens diese Sachlage nicht von Nachteil sein. Italien renne sich nun fest im Norden Afrikas, komme dadurch mit Frankreich — sowohl im Mittelmeere wie am afrikanischen Festlande — in Interessengegensatz und erscheine dauernd von der Adria abgezogen. Die Abkühlung der Beziehungen zu Frankreich, für deren engere Knüpfung Herr Barrère zehn Jahre hindurch mit erlaubten und unerlaubten Mitteln gekämpft, um alle seine Bemühungen nun Schiffbruch leiden zu sehen, müßten notwendig eine festere Anlehnung Italiens an Oesterreich-Ungarn und Deutschland zur Folge haben. Tatsächlich habe König Viktor Emanuel Herrn von Kiderlen erklärt, daß Er unbedingt zum Dreibunde halte und dessen Erneuerung dringend wünsche. Meine Bemerkung, daß Italien durch die tripolitanische Expansion wohl nur vorübergehend von der Adria abgelenkt werde, schien

nicht ganz nach dem Geschmacke Kaiser Wilhelms zu sein, Höchstwelcher auf einen nach Ansicht des höchsten Herrn ziemlich markanten Umschwung in der Stimmung der Apenninischen Halbinsel hinwies, wo in jüngster Zeit in mehreren ernsteren Organen die Eventualität eines zukünftigen Zusammenwirkens der österreichisch-ungarischen und der italienischen Flotte besprochen worden sei. Auf die Marokkokrise übergehend, betonte Kaiser Wilhelm mit lebhaftem Nachdrucke, daß Er die Verhandlungen von Anfang an als rein geschäftliches Negotium angesehen habe. In Paris seien zwei Bankkonsortien einander gegenüber gestanden, wovon das eine für Marokko, das andere für den Kongo interessiert war und beide mit der Regierung Ballspiel trieben. Die „Ehre Deutschlands" sei bei diesem Handel in keiner Weise engagiert gewesen. Diese Anschauung habe Er durch die ganze Krise festgehalten, wie lärmend und johlend sich auch die öffentliche Meinung in Deutschland geriert habe. Das Publikum stelle oft die ungereimtesten Ansprüche, überlasse aber anderen die Verantwortung. Deutschland habe nichts daran verloren, daß es Frankreich die marokkanische Nuß überlassen, in der sich nun die Franzosen die Zähne brechen sollen. Die Mission Lord Haldanes *c)* nach Berlin bezeichnete Seine Majestät als einen mißglückten Versuch einer englisch-deutschen Annäherung, die aber damit noch nicht als begraben betrachtet werden müsse. Dem höchsten Herrn schwebt der Gedanke vor, an Stelle einer Verständigung über die Rüstungen zu Wasser und zu Lande eine solche auf politischem Terrain treten zu lassen. Die erstere sei ausgeschlossen, da Er erklärt habe, Sich in Armee- und Flottenfragen nichts dreinreden lassen zu wollen. Eine Aussprache über politische Fragen schiene Ihm aber wohl im Bereiche der Möglichkeit gelegen. England habe in der Welt weit ernstere Rivalen als Deutschland. Es seien dies Japan und Amerika. Da ließe sich eine Interessensolidarität finden, die es Deutschland ermöglichen könnte, England auf seine Seite und damit der Triple-Allianz näher zu bringen. Wenn aber eine politische Entente gelingen sollte, entfiele jede Velleität einer Einschränkung oder Limitierung der Rüstungen. Seine Majestät habe jedenfalls die Absicht, dem Gedanken näher zu treten. Ob aber mit den gegenwärtigen englischen Staatsmännern, die größtenteils Lawyers, daher schlechte Politiker seien, etwas anzufangen sein werde, scheine allerdings fraglich. Mit einem konservativen großzügigen Staatsmanne wie es Salisbury gewesen, wäre die Sache leichter. Vorläufig habe der Kaiser Lord Haldane mit Seinen Anschauungen vertraut gemacht. Zu Seiner großen Ueberraschung sei von London angefragt worden, ob eventuell auch Frankreich einbezogen werden könnte, was der höchste Herr zustimmend beantwortet habe. „Die tollen Köpfe in Paris würde ich gerne sehen", meinte Seine Majestät, „wenn England mit einer solchen Proposition an sie herantritt!" Uebrigens ist Frankreich nach Ansicht Kaiser Wilhelms der englischen Bevormundung einigermaßen überdrüssig und würde sich vielleicht dazu herbeilassen einer auf breiterer Basis angelegten Kombination beizutreten. Es wäre dadurch der europäische Friede für lange Jahre gesichert und könnte sich Europa geeint den großen Problemen des Fernen Ostens zuwenden. In eingehender Weise besprach Kaiser Wilhelm hierauf die Verhältnisse in China und die Gefahr der wirtschaftlichen und

politischen Penetrierung des Reiches der Mitte durch Japan. „Was nützen uns Ost- und Westafrika", so sprach sich der höchste Herr aus, „mit einer Negerbevölkerung ohne kulturelle Bedürfnisse, ohne Ansprüche an unsere moderne Technik, ohne Kaufkraft für unsere Industrie." Ganz anders sei es mit China, das von Jahr zu Jahr ein aufnahmsfähigerer Markt für alle Artikel der Neuzeit werde, das Eisenbahnen und Kanäle baue, eine nach hunderten von Millionen zählende entwicklungsfähige Bevölkerung habe und im Verjüngungsprozesse seiner alten Zivilisation stehe. Wenn es Japan gelingen sollte sich China wirtschaftlich und vielleicht auch politisch zu erobern, werde Europa die Zeche zu bezahlen haben. Die Lage im nahen Orient beurteilt der deutsche Kaiser in optimistischer Weise.*d)* Rußland habe keine Lust das Balkanproblem aufzurollen. Schon die Furcht vor Wiederausbruch der Revolution schließe eine solche Politik aus. Die weisen Ratschläge, welche der König von Montenegro in St. Petersburg erhalten, seien auf fruchtbaren Boden gefallen und damit erscheine ein Element der Unruhe von der Halbinsel ausgeschaltet. Rußland habe überdies im fernen und mittleren Osten vollauf zu tun. Längs der mongolischen Grenze würden kostspielige Befestigungswerke aufgeführt und strategische Kommunikationsmittel hergestellt. In Nordpersien seien Truppen konzentriert, um den bis Urmia vorgedrungenen Türken den Vormarsch zu verwehren. Wie könnte da Rußland imstande sein auf dem Balkan beunruhigend auftreten zu wollen? In der jüngst erfolgten Abberufung Herrn Tscharykows vom Botschafterposten in Konstantinopel sieht Seine Majestät eine Bestätigung dieser Auffassung. Anschließend an die Betrachtung über die Politik Rußlands seit dem japanischen Kriege gedachte Kaiser Wilhelm des „schönen Momentes" der Annexion Bosniens und der Herzegowina. Es sei dies ein erhebendes Schauspiel gewesen, welches in der ganzen Welt die dem Dreibunde innewohnende Lebenskraft dokumentiert und gezeigt habe, wie — nach einem Worte Bismarcks — „die Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie zusammenstehen, wenn sich einmal Kaiser Franz Joseph aufs Pferd setze." Zum Schlusse der Audienz verabschiedete mich Seine Majestät in herzlichster Weise mit den Worten: „Ich hoffe wir werden gut miteinander auskommen. Was mich betrifft können Sie auf mich zählen!" Im Anschlusse hieran sei noch einer kurzen Unterredung gedacht, die ich am Abende desselben Tages nach der Allerhöchsten Hoftafel im Schönbrunner Schlosse mit dem den deutschen Kaiser begleitenden Gesandten Freiherrn von Jenisch hatte, in deren Verlaufe vielleicht mehr als es die Sprache Seiner Majestät erkennen ließ, die Gedankenrichtung der maßgebenden Faktoren in Berlin zutage trat. Der genannte deutsche Diplomat richtete mir die wärmsten Grüße des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg und des Staatssekretärs von Kiderlen-Wächter aus, beifügend, er sei betraut, mir die formellste Versicherung zu geben, daß in Potsdam*e)* keine Vereinbarung zwischen der deutschen und der russischen Regierung geschlossen worden sei, die nicht auch dem Wiener Kabinette bekanntgegeben worden sei. Man hoffe daher, daß keinerlei Mißstimmung in Wien wegen der Potsdamer Entrevue bestehe, wofür nach dem Gesagten nicht der geringste Anlaß gegeben sei. Noch deutlicher wurde Freiherr von Jenisch in seinen Bemühungen auf den

Strauch zu schlagen, als er daraufhin versicherte, die „Verhandlungen“ betreffs Herstellung eines Einvernehmens zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland*f)* seien gewiß freudig zu begrüßen; einen besonderen Wert würde aber wohl ein daraus resultierendes Abkommen haben, wenn auch Italien miteinbezogen würde, wo dann bei Meinungsverschiedenheit zwei Seiten der dritten gegenüber stehen würden! In meiner Entgegnung beschränkte ich mich darauf Herrn von Jenisch zu bemerken, daß das von ihm aufgestellte Rechenexempel im gegebenen Falle auch eine andere Lösung zulassen könnte, als ihm im gegenwärtigen Momente vorzuschweben scheine.

a) Mit Erlaß vom 27. März 1912 Nr. 1298 nach Berlin zur ausschließlich persönlichen Kenntnisnahme mitgeteilt. — *b)* Vgl. n. 3393, 3397. — *c)* Vgl. n. 3295, 3374, 3401. — *d)* Vgl. n. 3387, 3400. — *e)* Vgl. n. 3095 Anm. c, 3633 Anm. b. — *f)* Vgl. n. 3339, 3495.

Nr. 3395. Bericht aus Konstantinopel, 25. März 1912 Nr. 24 A (eing. 28. März). Ausfert.

Vertraulich. Gelegentlich des jüngsten Besuches des Herrn Mişu fand ich durch dessen Auslassungen meine wiederholt einberichtete Beobachtung bestätigt, dass in hiesigen Regierungskreisen uns gegenüber ein gewisses Misstrauen platzgreift. Wie der Herr Gesandte meinte, wird hier befürchtet, dass zwischen der Monarchie und Russland eine Entente bestehe, derzufolge unrerseits — parallel mit einer etwaigen russischen Aktion gegen die Türkei — eine solche gegen Salonik erfolgen würde. Diesen Eindruck gewann Herr Mişu aus seinem Gespräche mit Assim Bey und Äusserungen anderer Politiker. Dafür, dass ein Misstrauen uns gegenüber hier tatsächlich vorhanden ist, sprechen auch gelegentliche Bemerkungen der türkischen Presse bei Behandlung der Abberufung Herrn Tscharykows, Bemerkungen, in denen die Befürchtung zum Ausdrucke gelangt, dass die österreichisch-ungarisch-russische Politik aus der Zeit vor 1908 reaktiviert werde, was dem Aufrollen des mazedonischen Problems gleichzuhalten wäre. Bei derselben Gelegenheit fand ich in den Ausführungen des Herrn Gesandten auch eine weitere Beobachtung bestätigt, nämlich die, dass man hier gegen Deutschland ebenfalls misstrauisch geworden ist und einen grossen Teil der Sympathien, die man für diese Macht genährt hatte, auf England zu übertragen im Begriffe steht. Was die Gründe dieses Gefühlswechsels betrifft, so dürften dieselben allem Anscheine nach in der pénétration pacifique Deutschlands in Kleinasien und der hierzulande empfundenen Enttäuschung über die Haltung dieser Macht in Angelegenheit des italienisch-türkischen Konfliktes zu suchen sein. Die systematische Infiltration der Deutschen in Kleinasien hat seit längerer Zeit allgemein — auch in Militärkreisen — und namentlich Mahmud Chefket Pascha unliebsam berührt. Als nun zu Beginn des italienisch-türkischen Krieges Stimmen laut wurden, welche gegen Deutschland den Vorwurf erhoben, dass dasselbe nichts getan habe, um die italienische Aktion gegen Tripolis zu verhindern, fanden dieselben auch in diesem Milieu einen starken Widerhall, welcher zusammen mit dem ersterwähnten Momente den Anstoss zur besagten Gefühlsschwenkung gab. Pallavicini.

Nr. 3396. Erlaß nach Paris, 27. März 1912 Nr. 1295.[a] Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Bei dem letzten Diplomatenempfange hat mir der königlich spanische Botschafter die hier beiliegenden Aufzeichnungen[b] übergeben, welche sich auf die zwischen Frankreich und Spanien in Discussion stehende territoriale Abgrenzung ihrer Einflußsphären in Marocco beziehen und Angaben über den Verlauf der beiderseitigen Prätensionslinien enthalten. Marquis de Herrera hat bei dieser Gelegenheit zu erkennen gegeben, daß seine Regierung es wärmstens begrüßen würde, wenn wir in Paris auf eine die spanischen Ansprüche möglichst befriedigende Ausgleichung der, wie es scheint, noch sehr bedeutenden Differenzen hinzuwirken vermöchten. Ich ersuche Euer Exzellenz demnach, sich gelegentlich bei Herrn Poincaré über den Stand der betreffenden Verhandlungen erkundigen zu wollen und dabei gesprächsweise die Bemerkung fallen zu lassen, daß wir deren Verlauf mit Interesse verfolgen und die Erzielung eines billigen Ausgleiches mit besonderer Genugthuung zur Kenntnis nehmen würden. Indem ich Euer Exzellenz Berichterstattung über die bei der französischen Regierung diesfalls bestehenden Dispositionen entgegensehe, erneuere ich etc.

[a] Vgl. n. 3392, 3398, 3404, 3416. — [b] Wurde nicht abgedruckt.

Nr. 3397. Bericht aus Rom, 27. März 1912 Nr. 25 C (eing. 29. März).[a] Ausfert.

Die Reise des deutschen Kaisers nach Corfu und deren einzelne Etappen haben begreiflicher Weise der hiesigen öffentlichen Meinung reichlichen Anlass zur Discussion geboten. Kaiser Wilhelm geniesst in Italien eine grosse und allgemeine Popularität und sein heuriger, wenn auch kurzer Besuch ist besonders willkommen. Wohl noch zu keinem früheren Zeitpunkte war der Dreibund hierzulande volkstümlicher, als eben jetzt, und man erblickt in den Begegnungen des deutschen Kaisers mit den beiden andern alliierten Monarchen eine erwünschte Bekräftigung des Bundesverhältnisses. Da aber dermalen in Italien alle anderen Erwägungen durch das Interesse für den Krieg und dessen Ausgang in den Hintergrund gedrängt werden, sucht man auch zwischen dieser Frage und der Entrevue Kaiser Wilhelms mit dem König Victor Emanuel eine Verbindung herzustellen. Die verbreitetste Meinung ist, der deutsche Kaiser werde dank seinem Einfluss in Constantinopel in der Lage sein, statt der voraussichtlich mit einem Misserfolge endenden russischen Initiative die Basis für eine Beilegung des Conflictes zu finden. Von nationalistischer Seite wird dagegen befürchtet, Kaiser Wilhelm werde trachten, auf seinen kriegführenden Alliierten im Sinne eines Verzichtes auf eine energische Flotten-Action einzuwirken. Nach dem ursprünglichen Programme hätte der hiesige Minister des Äussern seinen Souverän nach Venedig begleiten sollen. Erst wenige Tage vor der Entrevue wurde beschlossen, hievon Umgang zu nehmen. Wie ich vertraulich erfuhr, hat man nämlich deutscherseits den Wunsch geäussert, der König von Italien möge sich von keinem Minister begleiten lassen, um der Entrevue ihren intimen Character zu wahren und all den Combinaitonen

über wichtige politische Discussionen, welche in Venedig stattfinden würden, den Boden zu entziehen. Die hiesige Regierung hat ferner die officiöse Presse angewiesen, in Bezug auf jene Entrevue so zurückhaltend wie möglich zu sein und jede zu weit gehende Interpretation der politischen Bedeutung des Tages zurückzuweisen. Man befürchtet nämlich mit Recht, dass die öffentliche Meinung dem deutschen Kaiser hinsichtlich des italo-türkischen Krieges Missionen zuweisen könnte, welche er nicht zu erfüllen in der Lage ist, und dass dann aus der Enttäuschung Misstimmungen erwachsen. Die Entrevue selbst ist in den üblichen Formen und — soweit bisher bekannt — ohne relevante Details verlaufen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3386, 3394 Anm. b, 3399, 3405.

Nr. 3398. Tel. aus Paris, 28. März 1912 Nr. 45 (eing. 6 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Mein spanischer Kollege hat mich in den letzten Tagen mehrmals gefragt, ob ich nicht von Euer Exzellenz Auftrag erhalten hätte, neuerlich bei Herrn Poincaré im Interesse Spaniens zu intervenieren, wie ihm dies aus Madrid in Aussicht gestellt wird. Ich habe Herrn Perez Caballero gesagt, dass mir diesbezüglich in letzter Zeit keine Instruktionen zugekommen seien. Die französische Regierung wisse aber aus früheren wiederholten Mitteilungen, dass das k. u. k. Kabinett sich lebhaft für eine baldige beiderseits befriedigende Beilegung der spanisch-französischen Differenzen betreffs Marokkos interessiere, und haben sowohl Herr Poincaré wie seine Vorgänger erklärt, dass die französische Regierung bestrebt sein werde, in dieser Angelegenheit das grösstmöglichste Entgegenkommen zu beweisen. Der spanische Botschafter betrachtet die Situation gegenwärtig sehr pessimistisch. Er befürchtet einen Abbruch der Verhandlungen. Wenn das französische Protektorat ohne vorheriges Einvernehmen mit Spanien installiert wird, so dürfte dies in Marokko zu Konflikten zwischen den französischen und spanischen Besetzungstruppen führen, die leicht den Krieg zur Folge haben können. Herr Poincaré sieht die Situation keineswegs in so düsteren Farben; er beklagt die übertriebenen spanischen Forderungen, meint aber, schliesslich müsse es doch zu einem Einvernehmen kommen. Sir Francis Bertie ist auch dieser Ansicht; er sagte mir, sowohl Frankreich wie Spanien müssten noch sehr viel Wasser zu ihrem Wein giessen; zu einem Konflikt werde es aber nicht kommen.[1]) Szécsen.

[1]) Szécsen telegr[afieren] wann Erlaß abgegangen und telegr[afische] Berichterstattung über Resultat vorlegen.

[a]) Vgl. n. 3396, 3404.

Nr. 3399. Bericht aus St. Petersburg, 15. 28. März 1912 Nr. 13 B (eing. 30. März).[a]) Ausfert.

... *Belanglose Unterredung mit Sazonow über Balkan, Kreta und Urmia* ... Herr Sazonow berührte auch die Frage der Mediation im italo-türkischen Kriege und sagte mir, er beabsichtige demnächst an die Mächte

wieder heranzutreten. Er sei eben auf der Suche nach einer Formel, welche den türkischerseits geäußerten Bedenken entsprechen würde und die aber doch auf dem Terrain des englischen Vorschlages bliebe. Vielleicht könnte man den in Konstantinopel zu machenden Schritt in die Form kleiden, daß man die Pforte nicht, wie der englische Vorschlag laute, einlade ihre Angelegenheit den Händen der Mächte anzuvertrauen, sondern dieselbe frage, unter welchen Voraussetzungen sie dies zu tun bereit wäre. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3397, 3403.

Nr. 3400. Bericht aus Belgrad, 29. März 1912 Nr. 28 B (eing. 31. März).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Der königlich grossbritannische Gesandte in Sofia, Sir Henry Bax-Ironside, kam unlängst in Begleitung des dortigen serbischen Gesandten Spalajković nach Belgrad, wo er drei Tage blieb und seitens der serbischen offiziellen Kreise auffallend gefeiert wurde. Er hatte eine längere Konferenz mit dem Ministerpräsidenten, wurde vom König — obgleich Er noch immer leidend war — in Audienz empfangen. Kronprinz Alexander gab ihm zu Ehren ein Diner, zu dem der russische und bulgarische Gesandte, der hiesige englische Geschäftsträger, mehrere serbische Minister, der Generalstabschef etc. etc. eingeladen waren. Solche Aufmerksamkeiten seitens des hiesigen Hofes gehören aber zu den allergrössten Seltenheiten. Auch mit Herrn von Hartwig — den er von früher her nicht gekannt hat — hat er lebhaften Verkehr gepflogen. Herr Spalajković war immer und überall an seiner Seite und gab sich die allergrösste Mühe ihm den Aufenthalt in Belgrad ganz besonders angenehm zu gestalten. Selbstverständlich hat dies hier sofort zu allerlei Kombinationen Anlass gegeben. Die Zeitungen sprachen von einer geheimen politischen Mission und hochwichtigen Abmachungen; in diplomatischen Kreisen wollte man etwas von einem anglo-serbischen Heiratsprojekt wittern. Es wurde als ganz besonders auffallend bezeichnet, dass Sir Henry während der Abwesenheit seines hiesigen Kollegen und zwar unmittelbar vor seiner Rückkehr von einem nahezu viermonatlichen Urlaube (Sir Ralph Paget wird für morgen zurückerwartet) seinen Besuch gemacht und mit hiesigen massgebenden Kreisen Fühlung gesucht hat. Der hiesige englische Geschäftsträger sucht den Besuch als ganz harmlosen Touristenaufenthalt darzustellen. Ich meinerseits glaube wirklich nicht, dass dabei weitergehende positive Ziele verfolgt worden seien. In meinem Berichte vom 24. Jänner l. Js. Nro. 6[b]) habe ich schon Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, dass England den Vorgängen in Serbien erhöhtes Interesse entgegenbringt. Auch seither habe ich an und für sich vielleicht ganz belanglose Beobachtungen gemacht, die mich in dieser meiner Überzeugung bestärkt haben. Der englische Gesandte in Sofia soll aber mit grosser Vorliebe grosse Politik betreiben, die über die Grenzen des Landes, wo er akkreditiert ist, hinausreicht. Dazu kommt es, dass Herr Spalajković, der seinerseits ein sehr unruhiger Geist ist und in der serbischen auswärtigen Politik eine leitende und massgebende Rolle

spielen will, schon seit einiger Zeit einen engeren Anschluss Serbiens an England zu fördern sucht. Nun soll es ihm gelungen sein, sich mit Bax-Ironside eng zu befreunden und ich nehme an, dass er durch diesen Besuch denselben für seine Ideen zu gewinnen suchte, umsomehr als der hiesige englische Gesandte Sir Ralph Paget eher eine passive Natur ist und wenig geneigt sein dürfte, eine Initiative in der von Herrn Spalajković gewünschten Richtung zu ergreifen. Eine weitere Bedeutung als Stimmungmachung in englischen Kreisen für ein Interesse für Serbien, dürfte meiner Ansicht nach dieser ganze Besuch nicht gehabt haben. Ugron.

[a]) Vgl. n. 3394 Anm. d, 3435, 3492, 3493, 4202. — [b]) Wurde nicht aufgenommen.

*Nr. **3401.** Bericht aus London, 29. März 1912 Nr. 19 B (eing. 1. April).*[a]) *Ausfert.*

Streng vertraulich. Bezüglich der durch die Mission Lord Haldanes angebahnten détente zwischen London und Berlin scheint momentan hier die Ansicht vorzuherrschen, dass die Chancen einer Besserung der Beziehungen davon abhängen, ob in Deutschland Herr von Bethmann-Hollweg oder Admiral von Tirpitz die Oberhand erringen. Allgemein wird hier angenommen, dass ein starker Konflikt zwischen den zwei genannten Persönlichkeiten besteht. In den Reichskanzler und in die von ihm vertretene friedliche und konziliante Richtung setzt man unbedingtes Vertrauen. König Georg sprach mir vorige Woche davon — ich hatte die Ehre, zum Déjeuner allein mit dem Königspaare befohlen zu werden — und erzählte mir, Herr von Bethmann Hollweg habe Sir W. Goschen erklärt, er würde jede Kritik über die von ihm befolgte Politik ruhig über sich ergehen lassen, wenn er nur die Befriedigung haben könnte, zu einer Entspannung zwischen seinem Vaterlande und England beigetragen zu haben. Nach Ansicht des Königs sei es sehr schwer für den deutschen Kaiser, sich zwischen dem Reichskanzler und dem Admiral zu entscheiden. Seine Majestät zweifelt nicht, dass Sein Kaiserlicher Vetter mit den Bemühungen Herrn von Bethmann Hollwegs sympatisirt und denselben gerne unterstützen würde. Aber Admiral von Tirpitz ist eine sehr bedeutende Persönlichkeit, Kaiser Wilhelm kann sich seinem Einflusse nicht entziehen und hält es wohl auch nicht für richtig, einen so ausserordentlichen Fachmann für seine Flotte zu entbehren. „Tirpitz ist eine Kapazität ersten Ranges" — meinte der König — „ein Mann in der Art, wie es unser Fisher war, verbissen in seiner Entschlossenheit, die Flottenrivalität mit England weiterzuführen." In Folge davon schien mir der König nicht sehr hoffnungsvoll auf eine baldige Besserung der Beziehungen zwischen den zwei Reichen. Seine Majestät erklärte mir wieder auf das allerentschiedenste, es sei Seiner Regierung niemals eine aggressive Politik gegen Deutschland im vorigen Herbst — wie man ihr zuschrieb — in den Sinn gekommen. „Nur können wir Frankreich nicht écrasieren lassen." Der König, der sonst gewöhnlich nicht besonders historisch dokumentirt ist, griff zurück auf die preussische Politik vor 1866 und 1870 und die unmoralischen Seiten derselben und schien nicht ganz

frei von einem gewissen Argwohn gegen Berlin. Ich erlaubte mir, mit Berufung auf das Ruhebedürfnis aller europäischen Staaten, auf die Solidarität monarchischer Interessen und die Gefahr der fortschreitenden radikalen und sozialistischen Treibereien Seiner Majestät dringend nahezulegen, den Versuch einer Besserung der Beziehungen mit Deutschland — was immer auch geschehen möge — nicht aufzugeben. Der König stimmte lebhaft ein „Ich werde es niemals aufgeben und immer bereit sein, mich mit Deutschland zu verständigen." Der König ist sich vollkommen bewusst, wie notwendig eine Besserung der Beziehungen aus mannigfachen Gründen erscheint. Die Rede Winston Churchills bei Einbringung des Marinebudgets, in dem der erste Lord der Admiralität das Flottenverhältnis genau definirte, billigte Seine Majestät vollständig. Seine Wendung in der Glasgower Rede über „Notwendigkeit und Luxus" der respektiven Flotten für England und Deutschland tadelte Seine Majestät mit dem Beifügen, dass „niemand diesen lapsus mehr bedauert hat als Winston selbst." Ein Vertrauensmann des Königs, Sein Privatsekretär Lord Stamfordham, sprach mir unlängst etwas découragiert von dem Haldaneschen Versuch. Er fürchtet, die Regierung sei — obwohl mit Frankreich absolut keine Allianz bestehe — nach und nach dazu gelangt, der entente cordiale eine Deutung geben zu lassen, welche einer Allianz sehr nahe kommt und England ganz in den Dienst der französischen Politik stellt. Lord Stamfordham, der konservative Sympatien hegt, befürchtet auch, dass ein Regierungswechsel darin keine Änderung herbeiführen würde, und Lord Lansdowne ebenso unter französischem Einflusse stehen würde, wie Sir Edward Grey. (Ich halte das für richtig und habe, wie Euerer Exzellenz bekannt, mir stets mehr Erfolg von einer détente mit Deutschland unter einem liberalen als unter einem unionistischen régime versprochen.) Lord Stamfordham, der mit Sir A. Nicolson von Kindheit an eng befreundet ist, will diesem oft Vorwürfe über die Voreingenommenheit des Foreign Office gegen Deutschland gemacht haben, welche der Unterstaatssekretär ableugnet. Die Mitglieder des Kabinetts, die ich sprach, scheinen mir noch immer hoffnungsvoll, was die Besserung der Beziehungen mit Berlin betrifft. Vor Allem Lord Haldane selbst, der Dienstag auf der Botschaft dinirte und mir abermals versicherte, Sir Edward Grey sei ganz eines Sinnes mit ihm in dem Wunsche, eine détente herbeizuführen. Man müsse nur langsam und behutsam vorgehen. Seine Hoffnung setzt auch der Herr Kriegsminister allerdings hauptsächlich auf den Reichskanzler. Der Kolonialminister Mr. Harcourt sagte mir neulich, er sei ebenfalls ein überzeugter und enthusiastischer Anhänger der Politik einer Verständigung mit Deutschland und er sei glücklich, einem Departement vorzustehen, das bei eventuellen Verhandlungen mit Berlin eine Rolle zu spielen berufen ist. Ich bitte um Euerer Exzellenz gütige Nachsicht, wenn vorliegender Bericht etwas à bâtons rompus geschrieben erscheint. Ich wollte Euerer Exzellenz in Kürze melden, was ich über die deutsch-englische détente in den letzten Tagen gehört habe, ohne Hochdero kostbare Zeit über Gebühr in Anspruch zu nehmen.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 3374, 3394 Anm. c, 3468.

Nr. 3402. Bericht aus Belgrad, 30. März 1912 Nr. 29 B (eing. 2. April).[a] *Ausfert.*

Vor kurzem ist der erste offizielle Bericht, den die „Narodna Odbrana" seit ihrem Bestehen veröffentlicht hat und den ich Euer Exzellenz in der Anlage in Vorlage zu bringen mir erlaube,[b] erschienen. Derselbe enthält die Entstehungsgeschichte dieser Organisation, die in der Annexionskrise eine hervorragende Rolle gespielt hat. Damals war sie eine rein militärische Organisation, berufen zur Verteidigung des Vaterlandes mit den Waffen in der Hand. Nach der Beendigung der Krise hat sich auch ihr Charakter ändern müssen, wie dies aus dem Organisationsstatut vom Frühjahr 1909 — das in der Broschüre ebenfalls veröffentlicht ist — ersichtlich erscheint. Heute ist sie eine Organisation, die sich zum Zwecke gemacht hat in erster Linie den Haß gegen Österreich-Ungarn zu schüren und das Niveau der serbischen Jugend in physischer und intellektueller Beziehung zu heben, um im gegebenen Momente den Kampf gegen die Monarchie aufzunehmen. Schützenvereine, Sokolvereinigungen und Olympische Klubs sollen die Jugend wehrkräftiger machen. Eine Agitation wurde auch eingeleitet, um die Regierung zu veranlassen, daß die staatliche Unterstützung der Schützenvereine gesetzlich geregelt werde. Durch Vorträge soll der kriegerische Geist der serbischen Jugend wach gehalten werden, dabei soll ihr stets vorgehalten werden, daß der Erzfeind Serbiens Österreich-Ungarn sei, mit dem man früher oder später doch abrechnen muss. Ugron.

[a] Vgl. n. 3270, 3673. — [b] Es handelt sich um die Broschüre „Narodna Odbrana." Beograd 1911, Nova Štamparia Davidović."

Nr. 3403. Tel. nach Berlin Nr. 48 (1), Paris Nr. 35 (2), London Nr. 22 (3), Rom Nr. 60 (4) und Konstantinopel Nr. 63 (5), 30. März 1912 (chiffr. 9 U. p. m.).[a] *Konz. (S. und G. Nemes).*

1.—5. Graf Thurn berichtet mir, Herr Sazonow habe ihm gegenüber die Absicht geäußert, demnächst in Angelegenheit der Mediation wieder an die Mächte heranzutreten. . . . *wie n. 3399 von „Er sei eben" bis „tun bereit wäre."* . . .

1. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an den Herrn Staatssekretär.

2. u. 3. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information. Es wäre für mich von Interesse zu erfahren, ob russischerseits diesbezüglich ein Meinungsaustausch mit dem dortigen Kabinette eingeleitet wurde und wie sich letzteres zu der Herrn Sazonow vorschwebenden Idee zu verhalten gedenkt.

4. u. 5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information

Berchtold.

[a] Vgl. n. 3409, 3410, 3411.

Tel. nach Konstantinopel, 30. März 1912 Nr. 63 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 3403.

Tel. nach London, 30. März 1912 Nr. 22 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 3403.

Tel. nach Paris, 30. März 1912 Nr. 35 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 3403.

Nr. 3404. Bericht aus Paris, 30. März 1912 Nr. 10 D (eing. 1. April).[a] *Ausfert.*

Der hohe Erlass Euerer Exzellenz vom 27. l. M. No. 1295 (Streng vertraulich), hat sich mit meinem gehorsamen Chiffre Telegramme vom 28. l. M. Nr. 45 gekreuzt. Ich werde nicht ermangeln mich Herrn Poincaré gegenüber im Sinne des mir gewordenen Auftrages auszusprechen, wobei ich aber bemerken möchte, dass ich in Folge der mir mit dem hohen Chiffre-Erlass vom 5. Januar l. J. Nr. 72 erteilten Weisungen, in meinen Konversationen mit Herrn Poincaré zu wiederholten Malen unser Interesse an der tunlichsten Berücksichtigung der spanischen Wünsche und an einem baldigen, beiderseits befriedigenden Übereinkommen zwischen Frankreich und Spanien zu betonen in der Lage war. Herr Poincaré äusserte sich stets sehr entgegenkommend. In Madrid findet man aber trotzdem, wahrscheinlich mit Recht, dass Frankreich, speziell in territorialer Hinsicht, zu hohe Forderungen stellt. Es muss aber wohl als ausgeschlossen bezeichnet werden, dass wir uns in die Détails der einschlägigen Verhandlungen einmengen. Der Abschluss eines französisch-spanischen Übereinkommens betreffs Marokkos bildet die nötige Ergänzung des deutsch-französischen Vertrages, mittels welchem verschiedene Bestimmungen der Algésiras-Akte abgeändert werden. Spanien hat dem Berliner Abkommen noch nicht zugestimmt, es könnte sich formell auf den Standpunkt stellen, dass die ganze Algésiras-Akte noch zu Recht besteht und für alle Staaten die sie unterzeichnet haben, bindende Kraft hat. Ohne Zustimmung sämmtlicher Signatar-Mächte könne dieselbe nicht modifiziert werden. In unserer Adhäsions-Erklärung vom 28. Dezember v. J.[b] zum deutsch-französischen Abkommen, haben wir ausdrücklich erklärt, „que les droits découlant pour l'Autriche-Hongrie de son traité de commerce avec le Maroc du 19 mars 1830 et de l'acte d'Algésiras, lui restent intégralement assurés." Implicite setzt dies voraus, dass Frankreich zu einem Einvernehmen mit Spanien gelangen muss, das uns, auch in dem in die spanische Einflusszone fallenden Teile Marokkos, die oberwähnten Rechte sichert. Ebenso haben wir in der erwähnten Adhäsions-Erklärung hinsichtlich der eventuellen Aufhebung der Konsular-Gerichtsbarkeit die Reserve gemacht, dass wir in die Aufhebung unserer Konsular-Jurisdiktion nur „après entente avec les Puissances intéressées" (zu denen Spanien jedenfalls auch gehört) einwilligen werden. Eine Verständigung zwischen Frankreich und Marokko ist somit in einem gewissen Sinne die Vorbedingung für die praktische Betätigung des Berliner Abkommens vom 4. November v. J. Auch unsere Adhäsions-Erklärung hat, wenn sie dies auch nicht expressis verbis ausspricht, die Voraussetzung, dass sämmtliche Signatarmächte dem deutsch-französischen Vertrage zustimmen. Denn ein doppeltes Régime, halb Berliner Abkommen, halb Algésiras Akte, ist nicht möglich! Gegenwärtig hielte ich es nicht für angezeigt diese Gesichtspunkte der französischen Regierung gegenüber zur Sprache zu bringen, denn die Verhandlungen in Madrid dauern fort und Herr Poincaré versichert, dass er sein Möglichstes tun wolle, um den spanischen Interessen Rechnung zu tragen. Ich habe dies nur für den Fall erwähnt, wenn die Madrider Verhandlungen sich definitiv zerschlagen sollten, und die französische Regierung auf eigene

Faust und allein die Situation in Marokko regeln wollte. Sir Francis Bertie hat kürzlich mir gegenüber die Hoffnung ausgesprochen, dass die Verhandlungen in Madrid schliesslich doch zu einem zufriedenstellenden Ergebniss führen werden. „Il faut que les Espagnols, et les Français de même, mettent beaucoup d'eau dans leur vin. De l'eau de la Tamise, nous en fournirons tant qu'il en faudra." Wie die Verhältnisse liegen, ist die englische Regierung tatsächlich die einzige die in der Lage ist mit Aussicht auf Erfolg vermittelnd und beschwichtigend, hier und in Madrid, zu intervenieren. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 3416. — [b]) Vgl. n. 3167.

Tel. nach Rom, 30. März 1912 Nr. 60 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 3403.

*Nr. **3405**. Tel. aus Rom, 30. März 1912 Nr. 43 (eing. 5 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Streng vertraulich. Mein gestern aus Venedig zurückgekehrter deutscher Kollege sagte mir, dass die dortige Entrevue in jeder Beziehung sehr befriedigend verlaufen sei. Beide Monarchen seien diesmal einander näher gekommen, wozu besonders die ruhige, bescheidene, vertrauensvolle Art König Victor Emanuels viel beigetragen habe. Derselbe habe keinerlei auf den Frieden oder eine Intervention in Konstantinopel bezüglichen Wunsch vorgebracht, wohl aber — wie man deutscherseits vorhergesehen habe — eine freundschaftliche Einwirkung in Wien erbeten, damit unsere seinerzeitige Einsprache gegen eine Flottenaktion im ägäischen Meere, welche eventuell im Laufe der Zeit notwendig werden könnte, angesichts des Schwindens der Gefahr einer Balkankonflagration, nicht mehr aufrechterhalten werde. Kaiser Wilhelm scheint einen bezüglichen Auftrag an Herrn von Tschirschky zugesagt zu haben. König Victor Emanuel habe ferner mit grossem Nachdruck seinen Wunsch kundgegeben, den Dreibund zu erneuern, welcher dermalen in Italien auch in breiten Schichten des Volkes populär zu werden beginne. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3386, 3397, 3406, 3414.

Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 1. April 1912. Siehe n. 3408.

*Nr. **3406**. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 1. April 1912 Nr. 15 A (eing. 3. April).[a]) Ausfert.*

Streng vertraulich. Aus den Äusserungen des Staatssekretärs ersehe ich, dass König Victor Emanuel gelegentlich Seiner Begegnung mit S. M. Kaiser Wilhelm in Venedig das Bedürfnis für Italien hervorhob, durch die Ermöglichung einer energischen Aktion — diesmal war ausschliesslich von den Dardanellen die Rede — eine Entscheidung im jetzigen Kriege herbeizuführen. Wie seinerzeit Herr Giolitti und Marquis di San Giuliano es Herrn von Kiderlen gegenüber getan, so erwähnte auch der König S. M. dem deutschen Kaiser gegenüber die Befürchtung, dass seitens der k. und k. Regierung ein Einspruch gegen eine solche kriegerische Aktion erhoben würde.

Aus der einschlägigen Berichterstattung des Herrn Botschafters geht schon hervor, welch' grosses Interesse der Staatssekretär für diese Frage bekundet, und wie sehr es ihm daran liegen würde, wenn seitens des Wiener Kabinettes das erlösende Wort gesprochen würde. Mir gegenüber führte Herr von Kiderlen wieder alle jene Argumente ins Treffen, die er bereits seinerzeit dem Herrn Botschafter vorgebracht, und die Graf Szögyény zu Euer Excellenz Kenntnis gebracht hat. Der leitende Gedanke des Staatssekretärs ist, „überall da mitzutun", wo eine Absentierung oder ein Refus uns ein Odium aufladen könnte, und wo das eventuelle Misslingen dann auf das Konto Anderer kommt. Er bat mich Euer Excellenz daran zu erinnern, wie er im Dezember vorigen Jahres in der Dardanellenfrage — trotz der Kassandrarufe Freiherrn von Marschalls — den Russen gegenüber sich coulant gezeigt habe, wohl wissend, dass England mit seinem Veto nicht zögern würde. Tatsächlich hätte Herr Sazonow damals, dies wisse er aus ganz sicherer Quelle, von Paris aus, bevor er noch sein Amt wieder übernommen hatte, direkt an Tscharikow telegraphiert, die Frage sofort fallen zu lassen. Graf Benckendorff sei zu jener Zeit aus London nach der französischen Hauptstadt gekommen und hätte dem russischen Minister des Äussern erklärt, die Entente mit England gienge in die Brüche, wenn Russland die Sache weiter verfolgen würde! Herr von Kiderlen ist der Ansicht, ein Angriff auf die Dardanellen würde der Türkei keinen Schaden bringen. Der jetzige Krieg hätte die Türkei tatsächlich in keiner Weise geschwächt und, solange die türkischen Armeekorps in den europäischen Provinzen des Reiches intakt stünden, könne er auch keine Gefahr für den Balkanfrieden sehen. Was könne Italien selbst durch die Forcierung der Dardanellen erreichen? Nichts! Und dabei sei es noch sehr fraglich, ob Russland und die Westmächte es ruhig gewähren lassen würden. Im Übrigen würde der Krieg in Tripolitanien ja noch weiter geführt werden. In der öffentlichen Meinung Italiens hätte sich in letzter Zeit ein überraschender Umschwung zu Gunsten des Dreibundes vollzogen. Der Zwischenfall mit der „Manouba" hätte für den Dreibund so glückliche Folgen gehabt, dass es höchst bedauerlich wäre, wenn man diese guten Dispositionen sich nicht zu Nutzen machen würde. Wie schon oben bemerkt, erwähnte der Staatssekretär, dass diesmal italienischerseits ausschliesslich von einem Angriffe auf die Dardanellen gesprochen werde, von der Besetzung einer Insel im ägäischen Meere oder dergleichen werde nicht mehr Erwähnung getan; nach wie vor bliebe natürlich ein Angriff der Italiener auf Salonik ausgeschlossen. Was aber die Italiener eigentlich vorhaben, weiss auch der Staatssekretär nicht zu sagen; es scheint noch immer näherliegend, dass sie eine Aktion im ägäischen Meere einer solchen gegen die wohlbefestigten Dardanellen vorziehen würden. König Victor Emanuel hat eine Flottenaktion als nicht in Seinen Wünschen gelegen bezeichnet und nur als Maxime aufgestellt, Italien müsse sich darauf berufen können, dass ihm seitens seiner Bundesgenossen „freie Hand" gelassen werde. Herr von Jagow scheint nicht ganz davon überzeugt zu sein, dass man italienischerseits von einer Flottenaktion absehen werde. Er äusserte sich, so erzählt mir der Staatssekretär, dahin, dass, seitdem der „verschlafene" Admiral Aubry im Oberkommando ersetzt sei, man eher ein „temperament-

volles" Vorgehen von der italienischen Flotte erwarten könne. Der Unterstaatssekretär, den ich heute sprach, hob auch seinerseits mir gegenüber hervor, dass er es für sehr wünschenswert hielte, wenn Italien von Seite der Verbündeten die Möglichkeit zu einer kriegerischen Aktion gegen die Dardanellen oder im ägäischen Meere gewährt würde. Was den Standpunkt anlange, den seinerzeit Graf Ährenthal in der Sache eingenommen, so sei derselbe nicht nur zweifellos berechtigt, sondern damals sei er ihm auch deshalb richtig erschienen, weil eine Aktion, wie sie die italienische Regierung ins Auge gefasst hatte, zu jener Zeit nicht ungefährlich für den Frieden am Balkan hätte werden können. Bei der heutigen Lage der Dinge, wo eine Komplikation am Balkan geradezu ausgeschlossen sei, dürfte diese Erwägung wohl kaum mehr in Anschlag kommen.[1)] Herr Zimmermann hat übrigens den Eindruck, dass die italienische Regierung das „Gewährenlassen" Deutschlands und Österreich-Ungarns auch dazu verwerten möchte, um — opportunistisch wie sie eben sei — Stimmung für die Erneuerung des Dreibundes im Lande zu machen. Schliesslich hob auch der Unterstaatssekretär das von Herrn Kiderlen wiederholt vorgebrachte Bedenken hervor, Italien könnte, wenn man ihm nicht in dieser Frage „freie Hand" gebe, schliesslich mit der Motivierung, dass man es an der Beendigung des Krieges gehindert, an die Verbündeten die Forderung stellen, in Konstantinopel einen Druck auszuüben, um den Frieden herbeizuführen. Flotow.

[1)] ?

[a)] Vgl. n. 3277, 3311, 3405, 3407, 3408, 3469.

Nr. 3407. Privatschreiben aus Berlin, 1. April 1912.[a)] Konz.[b)] (S. Flotow).

Nach den im Auswärtigen Amte eingelaufenen Nachrichten ist die Begegnung Kaiser Wilhelms mit König Victor Emanuel in Venedig sehr befriedigend verlaufen. Seine Majestät der deutsche Kaiser hätte es, so erzählt mir Herr von Kiderlen, besonders angenehm berührt, dass der König „so ganz aus Sich herausgetreten sei", so dass die gegenseitige Aussprache — eigentlich zum ersten Male — einen ungezwungenen, wirklich freundschaftlichen Charakter getragen hätte. Einigermassen überrascht hätte es, dass der König von Italien, von Höchstwelchem man zu wissen glaubte, dass Er gegen Seinen Willen zum „tripolitanischen Abenteuer" getrieben wurde, mit beredten Worten die Nothwendigkeit des italienischen Vorgehens darlegte und für das ganze Unternehmen mit anscheinend voller Ueberzeugung eintrat. Von der Erneuerung des Dreibundes sei, so versichert mir der Staatssekretär, während der Entrevue nicht gesprochen worden. König Victor Emanuel hätte hauptsächlich das Thema erörtert, dass die beiden Verbündeten Italien „freie Hand" lassen sollten zu einer kriegerischen Aktion gegen die Dardanellen. Seine Majestät der König habe in sehr klarer, nüchterner Sprache auseinandergesetzt, dass Er selbst eine Flottenaktion nicht wünsche, Er müsse nur den grössten Werth darauf legen, dass gegen eine solche seitens der Verbündeten keine Einsprache erhoben werde. Er verlange durchaus nicht eine Pression auf die Türkei. Italien brauche nur „freie Hand". Im Lande hätte sich die Legende gebildet, die Verbündeten hinderten Italien an einer energischen Aktion gegen die Türkei. Er sage

jedem, der Ihm gegenüber diese Frage berühre, dass dem nicht so sei; aber er begegne nur ungläubigen Blicken. Ueber die Aussichten auf Erhaltung des Friedens am Balkan[c]) sprach Sich König Viktor Emanuel sehr optimistisch aus. Seine Majestät versicherte dort keinerlei Complikationen zu fürchten. König Ferdinand von Bulgarien sei an und für sich friedliebend, und wolle Sein 25jähriges Regierungsjubiläum in Frieden feiern. Von Seinem gegenwärtigen Ministerium werde Er darin aufrichtig unterstützt. König Nikolaus von Montenegro, über Höchstwelchen der königliche Schwiegersohn sehr offen sprach, hätte von allen Seiten so energische Mahnungen empfangen, dass Er sich hüten werde, Unruhe stiften zu wollen. Auch von Albanien her drohe jetzt keine Gefahr. Ueber Serbien und Griechenland wäre es müssig in diesem Zusammenhange ein Wort zu verlieren.

[a]) Vgl. n. 3406, 3408. — [b]) Aus dem Archive der Berliner Botschaft. — [c]) Vgl. n. 3369 Anm. c.

Nr. 3408. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 2. April 1912.[a]) Konz. (S. Berchtold).

Am 1. April 1912 ist der deutsche Botschafter bei mir erschienen, um namens seiner Regierung nachstehende Eröffnungen zu machen. Schon seit längerer Zeit sinne man in Italien nach einem wirksamen Mittel, um den langwierigen Waffengang mit der Türkei zu einem raschen Abschlusse zu bringen. Die Situation scheine für das Königreich immer kritischer zu werden, die öffentliche Meinung dränge immer lauter nach einer energischen Aktion, die militärischen Kreise fordern immer eindringlicher eine Ausdehnung der Flottenaktion auf die Gewässer der europäischen Türkei und der König werde auf die Dauer diesen stürmischen Forderungen nicht standhalten können. Allgemein heiße es, das Wiener Kabinett sei das alleinige Hindernis, daß der Krieg sich so lange hinziehe, Unsummen verschlingend und die Flotte zwecklos abnützend, ohne daß es zu einer Entscheidung kommen könne. Es würde sich der italienischen Regierung nicht um eine Aktion im Ägäischen Meere handeln, sondern bloß (sic) um eine solche in den Dardanellen. Sollen wir, die Verbündeten, Italien daran hindern, wo doch diese Arbeit sicherlich von England in letzter Linie besorgt werden würde, welches dann das ganze Odium des Vetoeinlegens auf seine Schultern laden müßte? Streng vertraulich und ausschließlich persönlich könne mir der Botschafter erwähnen, daß Seine Majestät König Viktor Emanuel sich bei der jüngsten Monarchenbegegnung in Venedig Seiner Majestät Kaiser Wilhelm gegenüber in dieser Angelegenheit ausgesprochen und dieselbe in dringlicher Weise dem Interesse des Deutschen Kaisers anempfohlen habe. Ich erwiderte Herrn von Tschirschky, daß ich mich bereits mit dieser Frage theoretisch ziemlich eingehend befaßt habe, jedoch zu anderen Konklusionen gekommen sei als er, beziehungsweise seine Regierung. Italien habe uns seinerzeit die militärische Expedition nach Lybien mit der Versicherung notifiziert, die Aktion auf das Mittelmeer und die nordafrikanische Küste beschränken und den status quo der europäischen Türkei nicht antasten zu wollen. Nur im Hinblicke auf diese Erklärung hätten wir dem italienischen Eroberungszuge keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Wenn Italien

nun das Aktionsfeld in die Dardanellen verlegen wolle, müsse dies zu ernsten Besorgnissen Anlaß geben. Der Vorstoß in die Meerengen könne nicht Selbstzweck sein, da er die Türkei keinesfalls zum Nachgeben zwingen würde. Die italienische Flotte werde sich auch nicht damit begnügen, vor Konstantinopel zu erscheinen, um dort etwa Salutschüsse abzugeben. Eine militärische Aktion in Konstantinopel werde aber zu den weitesten Folgen führen. Die unmittelbare Konsequenz würde die Mobilisierung Bulgariens sein, welcher — sozusagen automatisch — jene Rumäniens folgen müßte. Seine Majestät König Carol habe dies in unzweideutiger Weise zu verstehen gegeben und Höchstseine Besorgnisse vor einer solchen Eventualität zum Ausdruck gebracht. Könnte dann Serbien zurückgehalten werden, in Altserbien einzufallen und Griechenland verhindert werden, die Kretafrage mit Waffengewalt auszutragen? Der Orient würde in Flammen stehen. Diese Gefahr scheint mir aber eine zu große, als daß wir uns auf den eventuellen Widerstand einer Macht verlassen könnten, die, wie England, in ihrer Außenpolitik steten Schwankungen unterworfen ist. Aus Unterredungen mit einzelnen englischen Staatsmännern hätte ich den Eindruck gewonnen, daß speziell auch in Bezug auf die Dardanellenfrage die englische Politik nicht auf die Dauer unverrückbar festgelegt erscheine. Wenn daher Italien an mich mit dem Ansinnen herantreten sollte, namens Österreich-Ungarns die Zustimmung zu der geplanten Aktion zu geben, müßte ich eine solche Verantwortung entschieden ablehnen. Unsere Politik sei im Oriente eine konservative, erhaltende, den Bestand der Türkei schützende seit Metternichs Zeiten bis auf den heutigen Tag. Die Gründe, die hiefür maßgebend seien, dürften in Berlin bekannt sein. Die deutsche Regierung habe sich zur gleichen Politik bekannt und dieser Politik sei es zu danken, wenn Deutschland und wir eine führende Rolle in Konstantinopel einnehmen konnten und können. Auch hätte ich es gerne gesehen, mit dem Berliner Kabinette eben auch in Bezug auf den italienisch-türkischen Konflikt in enger Fühlung dahin zu wirken, daß durch zielbewußte Fortführung unserer Politik am goldenen Horne dem sich in letzter Zeit stark vordrängenden Einflusse Englands ein Riegel vorgeschoben werde. Offen gesprochen verstünde ich nicht, wie so sich jetzt Deutschland für eine italienische Politik einsetzen könne, die mit der von uns bisher beobachteten Politik in diametralem Widerspruche stehe. Sollte sich eine umstürzende Wandlung in den Auffassungen des Berliner Kabinettes vollzogen haben? Der deutsche Botschafter protestierte lebhaft, meinte aber, es liege seiner Regierung unendlich viel daran, Italien im Dreibunde zu erhalten. Dieser Erwägung gegenüber trete die Frage der Vormachtstellung in Konstantinopel, die übrigens gewiß nicht aufgegeben werde, relativ in den Hintergrund. Übrigens werde England mit seiner Mittelmeerflotte stets einen präponderierenden Einfluß auf die Pforte haben, was immer man dagegen ausspielen könne. Ich verwies Herrn von Tschirschky darauf, daß der Dreibund namentlich zu dem Zwecke geschlossen worden sei, den status quo im nahen Oriente zu erhalten und es an Italien wäre zu zeigen, ob es seine Bundespflichten ernst nehme. Übrigens könne es mir nicht wahrscheinlich vorkommen, daß Italien bei dem Interessengegensatze, in welchen es nun mit Frankreich geraten sei, Neigung verspüren könnte, sich ohne weiteres der

anderen Mächtegruppierung anzuschließen. Der deutsche Botschafter nahm von einer weiteren Vertretung der ihm anvertrauten Mission Abstand.

[a]) Vgl. n. 3406, 3407, 3409, 3412, 3413, 3415.

Nr. 3409. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 2. April 1912 Nr. 85 (eing. 3 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Staatssekretär, dem ich Inhalt des hohen Telegrammes Nr. 48 vom 30. v. M. zur Kenntnis brachte, ersuchte mich, Euer Excellenz für die freundliche Mitteilung seinen besten Dank zu übermitteln. Er sagt mir, Baron Marschall telegrafiere aus Konstantinopel, der türkische Minister des Äussern hätte ihn gebeten, er — Marschall — möge darauf hinwirken, dass mit der etwa geplanten Mediation der Mächte in Konstantinopel noch sechs Wochen zugewartet werde, das ist bis zum Zeitpunkte, da die türkische Kammer wieder zusammengetreten ist. Der deutsche Botschafter hätte Assim Bey geantwortet, da Herr Sazonow die Leitung in der Sache übernommen habe, möge er sich doch diesbezüglich mit dem russischen Vertreter am goldenen Horn in Verbindung setzen. Flotow.

[a]) Vgl. n. 3408, 3410.

Nr. 3410. Tel. aus London, 2. April 1912 Nr. 21 (eing. 3. April 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 22 vom 30. vorigen Monats. Sir A. Nicolson sagte mir heute, er habe von Petersburg in letzter Zeit gar nichts erhalten, Buchanan habe nichts telegraphiert, so dass offenbar Herr Sazonow über den weiteren Schritt in Konstantinopel nicht wieder mit dem englischen Botschafter gesprochen hätte. Unterstaatssekretär bemerkte, er höre, russische Regierung habe in Berlin dieses Thema wieder berührt. Ich erwähnte, ich hätte nur Allgemeines durch Mitteilung von Depeschen meines Petersburger Kollegen gehört und sei in das Foreign Office gekommen, um etwas zu erfahren. Als ich wieder die Idee, die Türkei möge die Angelegenheit den Mächten anvertrauen, erwähnte, sagte Sir. A. Nicolson abermals entschieden, dieser Plan sei vollständig begraben, davon sei keine Rede mehr. Ich glaubte daraufhin nichts von der von Herrn Sazonow Grafen Thurn gegenüber gemachten Anspielung, nach welcher man doch in gewissem Sinne auf die Idee zurückgreifen würde, sagen zu sollen, nachdem russischerseits hier offenbar nichts davon erwähnt wurde. Im Laufe unserer allgemeinen Konversation war Sir A. Nicolson wieder skeptisch über Mediationsaussichten, hofft, Italien werde keine weitgehenden Aktionen unternehmen, und scheint noch immer die Initiative Herrn Sazonows in der ganzen Sache dem Einflusse Herrn Tittonis und Herrn Iswolskys zuzuschreiben. Über Lage am Balkan für Frühjahr ist Unterstaatssekretär nicht pessimistisch. Gewisse Unruhen in Albanien, aber verhältnismässige Ruhe in Macedonien. Rechnet auf korrekte Haltung Bulgariens und Montenegros. Situation in Griechenland und Creta scheint ihm durch starke Majorität, die Herr Venizelos erzielt hat, gebessert. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3409, 3411.

Nr. 3411. Tel. aus Paris, 2. April 1912 Nr. 46 (eing. 3 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm No. 35. Aus Mitteilungen Herrn Iswolskys entnehme ich, dass russischer Vorschlag betreffs Demarche in Konstantinopel hier noch nicht formell gemacht wurde, doch wird über Textierung desselben verhandelt. Russischer Botschafter bemerkte, dass Herr Poincaré jeden Anschein einer Pression auf die Türkei zu vermeiden wünsche, man dürfte aber demnächst über den Text einig werden. Ich hatte die Impression, dass russischer Vorschlag leichten Druck in Konstantinopel involvierte und dass Herr Poincaré mildere Form beantragt hat. Letzteren dürfte ich erst morgen sehen können. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 3410, 3422.

Nr. 3412. Erlaß an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 3. April 1912 Nr. 1410. Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

... Mitteilung von n. 3408. ...

Nr. 3413. Tel. nach Konstantinopel Nr. 66 und Rom Nr. 61, 3. April 1912 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

... Mitteilung von n. 3408 im Auszug. ... Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3414, 3417, 3426.

Tel. nach Rom, 3. April 1912 Nr. 61 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3413.

Nr. 3414. Bericht aus Rom, 4. April 1912 Nr. 26 A (eing. 6. April).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Mit meinem Telegramme Nr. 43[b]) war ich in der Lage, Euer Excellenz den Succus jener Mitteilungen zu melden, welche mir der deutsche Botschafter über den Verlauf der Entrevue in Venedig machte. Mein deutscher College bemerkte vor allem, dass sich die Entrevue schon in äusserlicher Beziehung unter sehr befriedigenden Umständen vollzogen habe. Der Empfang der beiden Souveräne seitens der Bevölkerung sei geradezu ein enthusiastischer gewesen, und während des Hofdiners im königlichen Palaste habe die Menge fast unaufhörlich „Viva il Re" „Viva l'Imperatore", „Viva la Triplice" gerufen. Um den ganz privaten Karakter der Zusammenkunft zu unterstreichen, habe man auch von Toasten und officiellen Communiqués abgesehen. Kaiser Wilhelm sei ursprünglich besorgt gewesen, König Victor Emanuel würde ihm etwa irgendwelche Wünsche bezüglich einer Friedensvermittlung oder einer Einwirkung auf die türkische Regierung vorbringen, eine Besorgnis, welcher Herr von Jagow in richtiger Kenntnis der Natur des Königs zu zerstreuen auf sich nahm. In der That habe auch der König keine derartige Zumutung an den deutschen Kaiser gestellt. Er habe vielmehr über die ganze Situation vertrauensvoll und zuversichtlich, ernst und sachlich gesprochen und durch seine bescheidene, aber zugleich würdige und ruhige Art den besten Eindruck auf seinen kaiserlichen Gast gemacht. Nur ein Anliegen, welches mein deutscher College

vorhergesehen haben will, habe er vorgebracht, und dies habe die Eventualität einer Flottenaction im ägäischen Meere betroffen. König Victor Emanuel habe ausgeführt, dass eine solche Action schon lange vom ganzen Lande, auch von den ernsten Politikern, verlangt werde. Um nicht einen Sturm der Entrüstung hervorzurufen, sei er und die Regierung genötigt, auf bezügliche Anfragen von Abgeordneten stets die Lüge zu gebrauchen, dass kein Veto des Auslandes vorliege. Seinerzeit habe aber Graf Aehrenthal Einsprache gegen derartige Operationen erhoben. Über die hiefür geltend gemachten Argumente liesse sich einigermassen discutieren, er — der König — wolle aber gerne annehmen, dass damals vor allem die ehrliche Befürchtung massgebend gewesen sei, eine energische maritime Action gegen die Türkei könnte die befürchtete Balkan-Conflagration beschleunigen. Seither sei aber die kritische Jahreszeit herangerückt, und dermalen könne man die Gefahr einer ernsteren Complication auf dem Balkan wohl nicht mehr als bevorstehend betrachten. Hiemit sei somit das einzige stichhältige Motiv unseres Einspruches entfallen. Auch gegenwärtig sei eine Flottenaction noch nicht definitiv ins Auge gefasst, es könne aber im Laufe der Zeit und bei Fortdauer des Krieges eine solche sich als notwendig erweisen. Damit sich nun Italien in diesem Falle nicht unserem Einspruche gegenüber befinde, legte König Victor Emanuel dem deutschen Kaiser nahe, seinen freundschaftlichen Einfluss auf das Wiener Cabinett im Sinne eines Verzichtes auf diesen Widerstand zu machen. Kaiser Wilhelm, welcher dem Eindrucke meines deutschen Collegen zufolge über die Détails dieser ganzen Frage nicht eingehend informiert gewesen sei (?), habe die Darlegungen des Königs zutreffend gefunden und sich geneigt gezeigt, dessen Wunsche zu willfahren. Im weiteren Verlaufe der Unterredungen hätte der König sich scharf und aigriert über Frankreich und dessen Haltung gegenüber Italien geäussert. Schliesslich hätte der König seinen Wunsch, den Dreibund-Vertrag erneuert zu sehen, abermals mit Nachdruck zu erkennen gegeben. Sobald die Tripolis-Frage, welche auch in diesem Vertrage für alle Zukunft eine einwandfreie Lösung finden müsse, erledigt sein werde, werde kein Hindernis mehr dagegen obwalten, dass der Dreibund auch in dem Bewusstsein und im Gefühle der breiten Schichten des italienischen Volkes Wurzel fasse, was des Königs lebhafter Wunsch sei, und wofür sich schon dermalen vielversprechende Anzeichen zeigten. Herr von Jagow fasste seine Eindrücke dahin zusammen, dass sich die beiden Monarchen sehr gut verstanden und einander diesmal entschieden näher gekommen seien. Mein deutscher College trifft im Laufe der nächsten Woche mit dem aus Corfu zurückkehrenden Reichskanzler in Ravenna zusammen. Der Minister des Aeussern, welchen ich einige Tage später sah, gieng nicht in Détails der Entrevue ein, sondern beschränkte sich darauf, deren Verlauf als durchaus günstig zu bezeichnen. Er schien sein Fernbleiben von der Zusammenkunft noch nicht ganz verschmerzt zu haben, da er nachdrücklich bemerkte, dass nach der Verfassung der König bei Auslandsreisen oder Entrevues stets von dem competenten Minister begleitet sein sollte, und ein häufiges Abgehen von dieser Regel die Gefahr mit sich bringen könnte, im Falle des Eintrittes nachfolgender Ereignisse den König mit einer ihm nicht zustehenden Ver-

antwortung zu belasten. Die öffentliche Meinung hat im Ganzen die Entrevue ruhig besprochen und trotz der suggestiven Artikel der französischen Presse keine merkliche Enttäuschung über das Ausbleiben eines concreten greifbaren Ergebnisses verraten. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3413, 3415, 3426, 3439. — [b]) Vom 30. März.

Nr. 3415. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 6. April 1912.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Berchtold).

Am 6. April ist der deutsche Botschafter bei mir erschienen, um sich eines aus Berlin erhaltenen Auftrages zu entledigen. Der Herr Reichskanzler hätte von meinem Einspruche gegen eine Ausdehnung der italienischen Flottenaktion in die Dardanellen Kenntnis genommen und im Anschlusse hieran seiner Besorgnis Ausdruck geliehen, daß bei fortgesetzter Behinderung Italiens in der Ausübung solcher Kriegsoperationen, die einen raschen Abschluß ermöglichen könnten, eine Mißstimmung in Italien gegen Österreich-Ungarn platzgreifen möchte, die den Dreibund in Frage stellen würde. Deutschland müsse aber den größten Wert darauf legen, daß der Dreibund, welcher den Grundpfeiler des Friedens bilde, erhalten bleibe. Eine Entfremdung sei zwischen Italien und Frankreich infolge der anscheinend geringfügigen Manouba-Affaire über Nacht erfolgt. Die deutsche Regierung könne sich nicht der Befürchtung verschließen, daß die Volksstimmung in Italien, die ja der spiritus agens der Regierung sei, in ihrer gegenwärtigen Empfindlichkeit eine Behinderung der militärischen Aktionsfreiheit im Kampfe gegen die Türkei den Verbündeten zur Last legen würde. Die Regierung möchte sich dann aber eventuell genötigt sehen, die Konsequenzen daraus mit Bezug auf den Dreibund zu ziehen. Es falle dem Reichskanzler nicht im entferntesten ein, sich irgendwie in die Frage einmengen zu wollen, ob und welche Interessen Österreich-Ungarns durch diese oder jene italienische Flottenaktion berührt werden könnten. Es wäre aber immerhin möglich, daß man italienischerseits auch einen weniger drastischen Vorstoß wie jenen in die Dardanellen in Erwägung ziehen könnte, welcher vielleicht von unserem Standpunkte keinen ernsten Bedenken begegnen würde. Im Hinblicke auf eine solche Eventualität und in Berücksichtigung der geschilderten Gefahren für den Dreibund schiene es der deutschen Regierung äußerst wünschenswert, wenn der Faden des Meinungsaustausches über diesen Gegenstand nicht abgerissen würde. Ich erwiderte Herrn von Tschirschky, daß ich nicht einsehe, warum sich der italienische Botschafter als Repräsentant einer verbündeten Macht nicht direkt mit mir ins Einvernehmen setze. Ich würde mich gewiß nicht einer gegenständlichen freundschaftlichen Erörterung entziehen, selbstverständlich unter unbedingter Aufrechterhaltung meines unlängst klar und deutlich auseinandergesetzten Standpunktes[b]) in Betreff der Eventualität einer Aktion in den Dardanellen. Herr von Tschirschky nahm hiervon mit dem Bemerken Kenntnis, seine Regierung werde es gewiß freudig begrüßen, wenn eine direkte Aussprache in dieser Angelegenheit zwischen Wien und Rom erfolgen würde.

[a]) Vgl. n. 3414, 3417, 3420, 3421, 3449, 10747. — [b]) Vgl. n. 3408.

Nr. 3416. Bericht aus Paris, 6. April 1912 Nr. 11 B (eing. 8. April).[a] *Ausfert.*

Ich habe nicht unterlassen mich beim letzten Diplomaten-Empfang Herrn Poincaré gegenüber im Sinne der hohen Weisungen Euerer Exzellenz vom 27. v. M. Nr. 1295 auszusprechen. Der Minister-Präsident nahm meine Démarche sehr freundlich auf und versicherte mich, er tue sein Möglichstes um Spanien entgegen zu kommen und seinen versöhnlichen Sinn zu beweisen. Er müsse aber leider konstatieren, dass spanischerseits einer freundschaftlichen Verständigung noch immer grosse Hindernisse in den Weg gelegt werden, wenn auch in letzter Zeit hinsichtlich gewisser Punkte eine Annäherung stattgefunden habe. Die leitenden spanischen Staatsmänner, sagte Herr Poincaré, sehen wohl ein, dass wir bereits grosse Konzessionen gemacht haben, und dass gewisse Ansprüche Spaniens einigermassen übertrieben sind, die öffentliche Meinung in Spanien ist aber sehr empfindlich und erblickt in jedem Frankreich zu machenden Zugeständnis eine Frage der nationalen Ehre und Herr Canalejas fühlt sich nicht stark genug und hat nicht genug Autorität, um dieser übertriebenen Empfindlichkeit seiner Landsleute entgegen zu treten. Nichtsdestoweniger hofft Herr Poincaré, dass es in nicht zu ferner Zeit gelingen wird die Verhandlungen in Madrid zu einem befriedigenden Abschlusse zu bringen. ... *Einzelheiten der französisch-spanischen Verhandlungen.* ... Szécsen.

[a] Vgl. n. 3404.

Nr. 3417. Tel. nach Rom, 6. April 1912 Nr. 63[a] *(chiffr. 10 U. p. m.).*[b] *Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).*

Geheim. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 61 vom 3. l. M. Euer Exzellenz wollen Gelegenheit suchen, Marquis di San Giuliano zu sprechen und ihm gegenüber — ohne sich auf einen Auftrag zu berufen — bemerken, Hochdieselben hätten den hierortigen Mitteilungen entnommen, der Umstand, daß Herr von Tschirschky beauftragt worden sei, im Namen seiner Regierung die im eingangs zitierten Telegramme besprochene Sondierung vorzunehmen, habe bei mir einiges Befremden hervorgerufen. Ich hätte angesichts des Bundesverhältnisses und meines bisher Italien gegenüber bekundeten Entgegenkommens eine direkte Aussprache für natürlicher und zweckentsprechender gehalten. Bei diesem Anlasse wollen Euer Exzellenz durchblicken lassen, daß ich aus naheliegenden Gründen an dem von meinem Vorgänger bezüglich einer eventuellen Ausdehnung der italienischen Aktionssphäre eingenommenen prinzipiellen Standpunkte festhalten müsse. Wenn nun Herr von Tschirschky bei mir ganz speziell eine italienische Aktion gegen die Dardanellen zur Sprache gebracht habe, so sei die Besorgnis nur zu begreiflich, daß eine solche einen Widerhall in Konstantinopel und am Balkan finden könnte, dessen heute noch unberechenbare Folgen der von Italien ebenso wie von Österreich-Ungarn befolgten Status quo-Politik zuwiderlaufen würden. Sollte die italienische Regierung es aber für unerläßlich halten, den Schauplatz ihrer kriegerischen Operationen auszudehnen, so schiene wohl eine bezügliche direkte Aussprache das natürlichste. Ohne

von mir eine bestimmte Zustimmung zu erhalten, welche gewissermaßen eine Teilnahme unsererseits an der Verantwortung für weitere Folgen involvieren würde, könnte sich Italien für den Fall einer geplanten vorübergehenden kriegerischen Aktion in Gebieten, die für eine Rückwirkung auf den Balkan nicht gefährlich erscheinen, unseres stillschweigenden passiven Verhaltens vergewissern. Unter allen Umständen müsse ich mir aber — und dies werde Marquis San Giuliano wohl selbst einsehen — meine volle Aktionsfreiheit für den Fall bewahren, als durch eine italienische Aktion eine Veränderung des Status quo am Balkan hervorgerufen würde. Berchtold.

[a]) Eigenhändige Bemerkung Kaiser Franz Josephs auf einer für ihn angefertigten Abschrift: sehr gut. F[ranz Joseph]. — [b]) Vgl. n. 3415, 3418, 3420, 3426, 10747.

Nr. 3418. Tel. nach Rom, 7. April 1912 Nr. 64 (chiffr. 11 U. 45 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Berchtold).

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 63. Im Falle, dass Marquis di San Giuliano versuchen sollte, sich auf Erörterung irgend einer speziellen italienischen Operation einzulassen, wollen Euer Exzellenz das Gespräch mit dem Bemerken ablenken, dass Hochdieselben eine solche Besprechung für untunlich erachten. Es wäre in der Tat jeder Anschein zu vermeiden, als ob eine bestimmte kriegerische Aktion unsere vorgängige Zustimmung erhalten hätte.

[a]) Vgl. n. 3420, 3426, 10747.

Nr. 3419. Note an das österreichische Ministerium des Innern Nr. 1487 (1), das ungarische Ministerium des Innern Nr. 1488 (2), die kroatisch-slawonisch-dalmatinische Landesregierung Nr. 1489 (3) und an das gemeinsame Finanzministerium Nr. 1490 (4), 8. April 1912.[a]) Konz. (S. Vesque; V. u G. Oppenheimer).

1.—4. Vertraulich, dringend.

1.—4. Wie der k. u. k. Gesandte in Belgrad berichtet,[b]) entfaltet der frühere Belgrader Universitätsprofessor und gegenwärtige Direktor der serbischen Staatsdruckerei, Živojin Dačić, welcher während der Annexionskrise eine hervorragende Rolle in der „Narodna Odbrana" gespielt und eine heftige Agitation gegen die österreichisch-ungarische Monarchie betrieben hat, gegenwärtig eine eifrige Tätigkeit im Interesse des Sokolwesens. In seinen öffentlichen Vorträgen tritt Dačić, mit stets mehr oder weniger versteckten Ausfällen gegen die Monarchie, für die Wehrfähigkeit des serbischen Volkes und damit zusammenhängend für die sportliche Erziehung der serbischen Jugend ein, damit dieselbe den Kampf gegen die Nachbarmonarchie aufnehmen könne.

1.—3. Der Genannte begibt sich — dem erwähnten Bericht zufolge — häufig nach Österreich und dem Gebiete der Länder der ungarischen heiligen Krone und hat schon wiederholt Vorträge in Wien, Budapest und Agram gehalten. Vor kurzem soll Dačić infolge einer aus Agram an ihn ergangenen Einladung abermals nach dieser Stadt gereist sein, um daselbst öffentlich

in dem oberwähnten Sinne zu sprechen. Zeitungsmeldungen zufolge hätte sich der Genannte jüngst auch nach Gabos (Slavonien) begeben, wo er über Einladung des dortigen landwirtschaftlichen Vereines einen öffentlichen Vortrag zu halten beabsichtige. Im Hinblicke auf die Antezedentien und die uns notorisch feindselige Gesinnung Dačić dürfte es angezeigt sein, denselben während seines Aufenthaltes in der Monarchie unauffällig überwachen zu lassen. Das Ministerium des Äussern beehrt sich das (die) löbliche etc. zu ersuchen, diesfalls die erforderlichen Verfügungen treffen und etwaige, im Gegenstande gemachte Wahrnehmungen zur hieramtlichen Kenntnis bringen zu wollen. Eine analoge Zuschrift ergeht an

1. das kgl. ungarische Ministerium des Innern und die kroatisch-slavonisch-dalmatinische Landesregierung

2. das k. k. Ministerium des Innern und die kgl. kroatisch-slavonisch-dalmatinische Landesregierung

3. das k. k. und das kgl. ungarische Ministerium des Innern.

4. Der genannte Agitator, welcher dem erwähnten Berichte zufolge, häufig nach Österreich und Ungarn kommt, um daselbst Vorträge in dem oberwähnten Sinne zu halten, soll sich demnächst zu demselben Zwecke auch nach Brčka begeben. Im Hinblicke auf die Antezedentien und die uns notorisch feindliche Gesinnung Dačić dürfte es sich empfehlen, denselben während seines Aufenthaltes in Bosnien und der Hercegovina unauffällig überwachen zu lassen. Das Ministerium des Äussern beehrt sich das löbliche k. u. k. gemeinsame Finanzministerium in Angelegenheiten Bosniens und der Hercegovina zu ersuchen, diesfalls die erforderlichen Verfügungen treffen und über eventuelle im Gegenstande gemachte Wahrnehmungen eine Mitteilung anher gelangen lassen zu wollen.

[a]) Vgl. n. 3451, 3512. — [b]) Berichte vom 26. März 1912 Nr. 27 (eing. 28. März) und vom 1. April 1912 Nr. 30 (eing. 2. April). Nicht aufgenommen, da ihr Inhalt oben fast wörtlich wiedergegeben erscheint. Im erstgenannten Bericht wird Dačić in folgender Weise charakterisiert: „Dačic, der im Rufe eines großen serbischen Patrioten steht, und auch persönlich Beziehungen zum König unterhält."

Nr. 3420. Tel. nach Rom, 9. April 1912 Nr. 65 (chiffr. 7 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Im Nachhange zu meinen Telegrammen Nr. 63 und 64 vom 6. respektive 7. d. M. Herr von Tschirschky hat mich im Auftrage seiner Regierung nochmals aufgesucht[b]) und ist auf das Verhalten des Wiener Kabinettes zu einer eventuellen Ausdehnung der italienischen Flottenaktion zurückgekommen. Der Herr Botschafter sagte mir, es wäre immerhin möglich, daß man italienischerseits auch einen weniger drastischen Vorstoß wie jenen in die Dardanellen in Erwägung ziehen könnte, welcher vielleicht von unserem Standpunkte keinen ernsten Bedenken begegnen würde. Im Hinblicke auf eine solche Eventualität und in Berücksichtigung der geschilderten Gefahren für den Dreibund schiene es der deutschen Regierung äußerst wünschenswert, wenn der Faden des Meinungsaustausches über diesen Gegenstand nicht abgerissen würde. Ich erwiderte Herrn von Tschirschky, daß ich nicht einsehe, warum sich der italienische Botschafter

als Repräsentant einer verbündeten Macht nicht direkt mit mir ins Einvernehmen setze. Ich würde mich gewiß nicht einer gegenständlichen freundschaftlichen Erörterung entziehen, selbstverständlich unter unbedingter Aufrechthaltung meines unlängst klar und deutlich auseinandergesetzten Standpunktes in Betreff der Eventualität einer Aktion in den Dardanellen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Berchtold.

[a]) Oe. U. Italien 206 Nr. 10. Vgl. n. 3426. — [b]) Vgl. n. 3415.

Tel. nach Berlin, 10. April 1912 Nr. 51 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3423.

Nr. 3421. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 10. April 1912 Nr. 52 (chiffr. 8 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Macchio).

Streng geheim. Das heutige Abendblatt der „Neuen Freien Presse" veröffentlicht eine aus Berlin von heute datirte Nachricht folgenden Inhalts: „Ihr Korrespondent erfährt von massgebender Seite, daß zwischen den Regierungen von Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien über die Erneuerung des Dreibundes ein principielles Einverständnis herrscht. Das Zustandekommen der Erneuerung gilt bereits als gesichert." Laut bei der Redaktion der „Neuen Freien Presse" eingeholten vertraulichen Auskünften stammt diese Mittheilung thatsächlich vom Berliner Korrespondenten des genannten Blattes. Obwohl ich keinen Augenblick daran zweifle, daß eine Indiskretion einer massgebenden Berliner Stelle ausser jeder Frage steht, möchte ich es vermeiden, einer sich auf Berliner amtliche Stellen berufenden Mittheilung von hier aus offiziell entgegenzutreten, umsomehr als dies auch kaum von einem entsprechenden Effekte begleitet wäre. Euer Hochwohlgeboren wollen daher ohne Verzug den Herrn Staatssekretär unter Hinweis auf Vorstehendes fragen, ob er nicht geneigt wäre, für Dementirung dieser Nachricht von Berlin aus Sorge zu tragen, bevor dieselbe durch Übergang in andere Journale eine die Geheimhaltung und den ruhigen Gang der Erneuerungsverhandlungen gefährdende Diskussion hervorrufen könne. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3415, 3428, 3429.

Nr. 3422. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 10. April 1912 Nr. 86 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Unterstaatssekretär[b]) teilt mir mit, russischer Geschäftsträger hätte gestern bei ihm vorgesprochen und angefragt, ob die deutsche Regierung sich an einer auf Grundlage des nachfolgenden Textes zu unternehmenden Demarche der Mächte in Konstantinopel beteiligen würde: ... *wie n. 3423 von „Les Puissances" bis „hostilités"* ... Staatssekretär[b]) sagte mir, er halte diesen Text für unbedenklich und habe russischem Geschäftsträger geantwortet, deutscher Botschafter in Konstantinopel würde angewiesen werden — si omnes — sich an der Demarche seiner Collegen zu beteiligen. Flotow.

[a]) Vgl. n. 3411. — [b]) Amtsvermerk: sic!

Tel. nach Bukarest, 10. April 1912 Nr. 15 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3423.

Nr. 3423. Tel. nach Konstantinopel Nr. 69 (1), London Nr. 24 (2), Paris Nr. 37 (3), Berlin Nr. 51 (4), St. Petersburg Nr. 51 (5), Rom Nr. 66 (6) und Bukarest Nr. 15 (7), 10. April 1912 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Calice; V. Nemes; G. Berchtold).

1. Der russische Botschafter hat mir gestern im Auftrage seiner Regierung folgenden Text einer von den Vertretern der Signatarmächte in Konstantinopel an die Pforte zu richtenden Anfrage[b] vorgeschlagen: „Les Puissances, ayant pu constater que dans certaines conditions l'Italie serait disposée à admettre une intervention amicale des Puissances en vue d'arriver à la cessation des hostilités, s'adressent dans le même esprit d'amitié à la Sublime Porte pour la prier de leur communiquer les conditions auxquelles elle accepterait leur médiation en vue d'arriver à la cessation des hostilités". Euer Exzellenz sind ermächtigt, sich einer Kollektiv-Demarche behufs Mitteilung vorstehenden Textes anzuschließen, sobald Ihre Kollegen von Deutschland, England, Frankreich und Rußland im Besitze der gleichen Ermächtigung sein werden. Hiebei möchte ich zu Euer Exzellenz vertraulicher Orientierung bemerken, daß ich Wert darauf lege, daß jener Schritt tatsächlich auch die äußere Form einer Kollektiv-Demarche an sich trage.

2.—5. Ich telegraphiere an Markgrafen Pallavicini: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso). Vorstehendes zu Euer etc. vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache.

6.—7. Ich telegraphiere an Markgrafen Pallavicini: (Inseratur Telegramm sub 1 von: „Der russische Botschafter" bis „sein werden".)

6. Euer Exzellenz sind ermächtigt, Marquis di San Giuliano hievon in streng vertraulicher Weise in Kenntnis zu setzen.

7. Vorstehendes zur streng vertraulichen Kenntnisnahme und Mitteilung an Seine Majestät den König. Berchtold.

[a] Vgl. n. 3422, 3424, 3427, 3430, 3431, 3432, 3434. — [b] Notiz des russischen Botschafters, 9. April 1912. Ausfert. Nicht aufgenommen.

Nr. 3424. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 10. April 1912 Nr. 93 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Assim Bey sagte mir gestern, dass nach den Nachrichten der Pforte die Mächte in den nächsten Tagen die Anfrage an die Pforte richten sollen, unter welchen Bedingungen die Türkei geneigt wäre, mit Italien den Frieden zu schließen. Der Minister bemerkte hiezu, dass die Pforte nach wie vor auf dem Standpunkte stehe, dass sie in der Annexionsfrage nicht nachgeben könne, von einem Zurückziehen der Truppen könnte demnach auch nicht die Rede sein. Aus weiteren Bemerkungen Assim Bey's gewann ich immerhin den Eindruck, dass die Antwort der türkischen Regierung recht konziliant sein dürfte; der Minister sagte mir nämlich unter anderem, der Grossvezir suche eifrigst nach einer „geeigneten" ...[b] damit die „Brücke nicht ganz abgebrochen werde." Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3423, 3425. — [b] Amtsvermerk: Wort fehlt.

Tel. nach London, 10. April 1912 Nr. 24 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3423.

Nr. 3425. Tel. aus London, 10. April 1912 Nr. 23 (eing. 11. April 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe heute Sir Edward Grey gesehen, der nächste Woche auf vierzehn Tage nach Schottland fährt und Leitung des Foreign office seinem Minister-Collegen Lord Morley für diese Zeit übergeben wird. Bezüglich Mediation sagte mir Staatssekretär, er habe von Russland noch nicht den Text der in Konstantinopel zu machenden Demarche erhalten, doch handle es sich darum, türkische Regierung einfach zu fragen, unter welchen Bedingungen sie bereit wäre, Feindseligkeiten einzustellen. Sir Edward Grey scheint sich nicht viel Erfolg davon zu versprechen, hätte es aber für einen Fehler gehalten, italienische Bedingungen in Konstantinopel mitzuteilen, da man in diesem Falle sicher eine ganz ablehnende Antwort erhalten hätte. Seine Anregung „remettre ses intérêts aux puissances" habe Sir Edward Grey in dem Sinne gemeint, dass sie gemacht werden sollte, bevor in Rom die Anfrage gestellt worden wäre. Jetzt sei seine damalige Anregung gegenstandslos. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3424, 3427, 3431.

Tel. nach Paris, 10. April 1912 Nr. 37 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3423.

Tel. nach Rom, 10. April 1912 Nr. 66 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m). Siehe n. 3423.

Nr. 3426. Bericht aus Rom, 10. April 1912 Nr. 28 A (eing. 13. April).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Ich habe die Ehre gehabt, die hohen Telegramme Nr. 61, 63, 64 und 65 zu erhalten und mich durch dieselben vor eine einigermassen schwierige Aufgabe gestellt gesehen. Ich sollte dem Minister des Äussern gegenüber das für ihn dermalen actuellste, wichtigste und zugleich heikelste Thema: jenes einer italienischen Flotten-Action im ägäischen Meere, anschneiden und zwar aus eigener Initiative und, ohne mich auf einen Auftrag zu berufen, — ich sollte ferner bei dieser Unterredung das eventuelle Eingehen des Ministers auf einzelne Actions-Eventualitäten verhindern, und ich sollte schliesslich dem Marchese di San Giuliano einen leisen Vorwurf darüber machen, dass man italienischerseits in dieser Frage, statt den Weg der unmittelbaren Verständigung mit Wien zu wählen, sich des Umweges über Berlin bedient hat, und ihm eine directe Aussprache mit dem k. u. k. Cabinette nahelegen. Die — übrigens augenfälligen — Schwierigkeiten der Ausführung dieser Aufträge bestehen im folgenden. Vor allem musste und muss ich es bezweifeln, ob Marchese di San Giuliano — ein wie alle Italiener nichts weniger als glaubensseliger Herr — mir Glauben geschenkt hat,[1]) als ich die mit ihm auf Grund jener hohen Telegramme gehabte Unterredung damit einleitete und motivierte, ich hätte aus den „Mittheilungen" meines Ministeriums ersehen, dass dort die Démarche

des deutschen Botschafters Befremden erregt hätte. Die italienische Regierung hatte mir ja bekanntlich (vide meinen Bericht vom 4. l. Mts. Nr. 26 A) von dem betreffenden Wunsche, welchen König Victor Emanuel dem Kaiser Wilhelm in Venedig vorgebracht hatte, und von dem dadurch provocierten Schritte des deutschen Cabinettes in Wien keine Mitteilung gemacht. Der Minister des Äussern dürfte daher in dem Umstande, dass ich nunmehr von ihm mir gegenüber nicht berührte Thema zur Sprache brachte und ihm den durch jene Démarche in Wien erzeugten Eindruck schilderte, doch wahrscheinlich die Ausführung eines Auftrages erblickt haben. Einer weiteren Schwierigkeit sah ich mich dadurch gegenüber, dass ich, sobald der Minister sich in Erörterungen irgendwelcher specieller italienischen Flotten-Operation einlassen würde, das Gespräch ablenken und die einschlägige Diskussion als untunlich bezeichnen sollte.[2]) Ich frage mich, ob Euer Excellenz, wenn ein Botschafter einen bestimmten, für Hochdieselben besonders wichtigen Gegenstand von sich aus aufs Tapet bringt, es dann ihm überlassen, das Mass zu bestimmen, bis zu welchem die Mitteilungen und Ausführungen Euer Excellenz zu gehen haben. Unter Collegen lässt sich eine derartige Begrenzung einer Conversation durchführen, dem Minister des Äussern gegenüber erscheint sie mir kaum tunlich, besonders wenn man selbst die Initiative zur Unterredung genommen hat. Man kann sich selbst jeder Äusserung enthalten und betonen, aber wohl kaum dem Minister des Aeussern das Wort abschneiden oder ihn an Mitteilungen, die er Einem machen will, hindern. Endlich erblicke ich einen gewissen Widerspruch darin, die hiesige Regierung in der Frage der Flotten-Action auf die directe Conversation mit Wien zu verweisen, in einem Athem aber anzukündigen, dass concrete Operationen nicht erörtert werden können, und dass aber nichts destoweniger gewisse concrete Operationen, zum Beispiel die Forcierung der Dardanellen, unserem entschiedenen Veto begegnen würden.[3]) Ich frage mich, worin die Conversation bestehen soll, wenn keine specielle Operation zur Sprache kommen darf, und wenn überdies — eigentlich im Widerspruche hiemit [4]) — gegen gewisse Operationen eine Einsprache von unserer Seite erfolgen würde, welche Einsprache ja eben die italienische Regierung sich nicht ausdrücklich holen will,[5]) theils, weil sie selbst ihre Berechtigung nicht anerkennt, theils weil sie ihrer öffentlichen Meinung gegenüber, um unsere Beziehungen zu Italien nicht zu compromittieren, eine solche Einsprache stets ableugnen können will. Ich habe mir weidlich Mühe gegeben, trotz aller dieser Schwierigkeiten die Conversation mit dem Minister des Äussern in dem mir vorgeschriebenen Rahmen zu halten und glaube, dass mir dies wenigstens der Hauptsache nach gelungen ist. Bezüglich des Umwegs über Berlin erklärte mir Marchese di San Giuliano rundweg, er habe denselben für durchaus angezeigt gehalten, da er hiedurch am ehesten eine Friction zwischen Rom und Wien zu vermeiden glaubte. Italien habe die von Graf Ährenthal in Gesprächen mit dem Herzog von Avarna entwickelte Interpretation des Artikels VII des Dreibundvertrages niemals als stichhältig anerkannt und sich wiederholt auch uns gegenüber ausdrücklich die volle Actionsfreiheit vorbehalten (vide meine Telegramme Nr. 173 und 174 vom 20. und 21. October v. J.).

Nur hinsichtlich der ottomanischen Küsten des adriatischen und des jonischen Meeres habe man aus specieller Rücksicht für uns eine restrictive Verpflichtung eingegangen, zu einer sonstigen Beschränkung der maritimen Operationen habe sich Italien weder am Beginne noch während des Krieges engagiert. Solange die Entwicklung der Dinge auf der Balkanhalbinsel nicht vorhergesehen werden konnte, hatte das Argument der möglichen Repercussion einer Flotten-Action auf dem Balkan noch eine gewisse Berechtigung. Heute seien aber alle Regierungen darüber einig, dass diese Gefahr nahezu vollständig geschwunden ist. Eine förmliche Einsprache Österreich-Ungarns müsste also, wenn sie hier bekannt würde, vollends zu einer Zeit, wo die Erneuerung des Dreibundes in Frage komme, in Italien einen Sturm der Entrüstung hervorrufen und die erfreuliche Besserung unserer Beziehungen mit einem Schlage zunichte machen. In einer solchen heiklen Frage sei es also zwischen zwei befreundeten Mächten ebenso wie im Privatleben zwischen zwei Freunden nicht unnatürlich, dass man sich, um peinliche Auseinandersetzungen zu vermeiden, vertrauensvoll der Vermittlung eines gemeinsamen Freundes bediene. Der Minister des Äussern zeigte sich aber schließlich, auf meine einschlägigen Gegenbemerkungen hin, geneigt, auch auf eine directe Aussprache einzugehen, schien aber in begreiflicher Verlegenheit darüber, worauf sich diese Unterredung eigentlich erstrecken könnte, da concrete Operationen nicht erörtert werden sollten, er bei der im Kriege naturgemäss steten Veränderungen unterworfenen Situation irgendein bestimmtes Engagement auch nicht zu übernehmen vermöchte und überdies auch seinerseits den Anschein vermeiden müsste, als hole er zu irgendeiner Operation gleichsam unsere Erlaubnis ein. Der Minister ergieng sich dann in Ausführungen darüber, dass keine Macht — am allerwenigsten aber ein Alliierter[6]) — einem Krieg führenden Staate die Hände binden dürfe. Ein Krieg sei kein deutsches Studentenduell, bei welchem nur gewisse ungefährliche Hiebe geführt werden dürfen. Die Neutralität könne nicht in einen einseitigen Schutz der einen kriegführenden Macht ausarten. Dass der Krieg — nämlich der Krieg gegen die Türkei, nicht der Guerilla-Krieg gegen die Araber — nicht in Afrika entscheiden werden könne, sei heute bereits aller Welt klar.[7]) Könne man nun Italien zumuten, diesen Krieg jahrelang fortzuführen, und entspreche dies den Interessen der neutralen Mächte? Ohne irgendeine energische Flottenaction werde es also ein Ende des Krieges nicht geben. Italien habe durch bald 7 Monate alle erdenkliche Rücksicht für die Neutralen gehabt und nur deshalb den mühevollen und kostspieligen Krieg auf Afrika beschränkt. Endlos könne aber dieser Zustand doch nicht fortdauern. Auf seine wiederholte und immer eindringlicher gestellte Frage, ob wir uns denn im Rechte glauben, Italien vollständig am Gebrauche seiner Flotte zu verhindern, erwiderte ich, betonend, dass ich damit nur meine ganz persönliche und daher unmassgebliche Ansicht wiedergebe, wir könnten zwar niemals ausdrücklich irgendeiner Flottenaction zustimmen, ich hielte aber dafür, dass eine Action, welche in keiner Weise den bestehenden Verträgen widerspräche und ausserdem in ihren Folgen den Status quo im Orient und auf der Balkanhalbinsel in keinerlei ernster Weise zu erschüttern geeignet sei, vielleicht unsere

stillschweigende Toleranz finden könnte. In dieser, allerdings sehr weit gefassten Formel scheinen mir nämlich unsere, mir übrigens selbst nicht durchwegs bekannten und klaren Einwendungen gegen gewisse Flottenactionen zusammengefasst zu sein. Anknüpfend hieran machte der Minister einige, wohl mit Absicht recht unklar gehaltene Äusserungen, welche ich dahin interpretierte, dass dermalen — vielleicht in Berücksichtigung unserer Stellungnahme — weniger die Forcierung der Dardanellen, als etwa die Besetzung einer oder mehrerer Inseln in Erwägung stehe, mit dem Hintergedanken, hiedurch den Friedensschluss, beziehungsweise die Zurückziehung der türkischen Truppen aus Lybien, in der Weise zu fördern, dass ein Parallelismus mit dem Rückzuge der italienischen Truppen von den occupierten Inseln hergestellt und dadurch der türkischen Regierung die ihr zugemutete Massregel erleichtert werden könnte. Ich betonte auch bei diesem Anlasse nachdrücklich, dass ich — und voraussichtlich auch Euer Excellenz — in eine Discussion bestimmter Actionen nicht eingehen könnte. Zum Schlusse versicherte mich der Minister wiederholt, man werde die Operationen zu dosieren wissen und auf keinen Fall eine Action unternehmen, durch welche katastrophale Folgen herbeigeführt werden könnten. „Nous sommes au moins aussi statuquoistes que vous autres," aber man müsse endlich daran gehen, der Türkei „les maux de la guerre" fühlen zu lassen, und das sei nur ausserhalb Lybiens möglich. Er werde sich noch mit dem Ministerpräsidenten besprechen und dann voraussichtlich den italienischen Botschafter in Wien zu einer, wenn auch nur generellen Aussprache mit Euer Excellenz über die Flottenactionsfrage ermächtigen.

Mérey.

[1]) Was sich der Minister darüber denkt, ist gleichgiltig, es handelt sich nur um die Sicherstellung des privaten Characters des Gespräches. — [2]) Auf diese Weise war dem Minister unser Standpunkt klar zu machen und ist auch vom Minister ganz richtig verstanden worden. — [3]) Weil speciell diese Operationen vom deutschen Botschafter ohne unser Zutun aufs Tapet gebracht worden sind. — [4]) (?) — [5]) Wozu dann die Anfrage durch die deutsche Diplomatie? — [6]) Der Allierte hat auch Interessen, auf deren Berücksichtigung er Anspruch erheben kann. — [7]) Italien hat es aber zu Beginn selbst erklärt!

[a]) Vgl. n. 3444.

Tel. nach St. Petersburg, 10. April 1912 Nr. 51 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3423.

Nr. 3427. Privatschreiben an den russ. Botschafter, 10. April 1912 Nr. 1525.[a]) Konz. (S. Calice; G. Berchtold).

A la suite de notre conversation d'hier au sujet de la proposition de Monsieur Sazonow, je viens d'autoriser le Marquis Pallavicini à se joindre à la démarche collective en question aussitôt que ses Collègues y auront été également autorisés par leurs Gouvernements respectifs. La Communication à faire à la Porte par les Représentants des cinq Puissances collectivement serait la suivante: ... *wie n. 3423 von „Les Puissances" bis „hostilités".* ...

[a]) Vgl. n. 3425, 3430.

Nr. 3428. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 11. April 1912 Nr. 87 (eing. 4 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng geheim. Bezug auf Telegramm Nr. 52 von gestern. Staatssekretär lässt die in Rede stehende Meldung der „Neuen Freien Presse" in dem Sinne dementieren, dass der Dreibund noch längere Zeit läuft, die verbündeten Regierungen daher noch keinen Anlass gehabt hätten, sich mit der Frage der Erneuerung zu beschäftigen. Das Dementi geht zuerst an ein hiesiges Blatt, um dann von Wolffs Bureau übernommen zu werden.

Flotow.

[a]) Vgl. n. 3429.

Nr. 3429. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 11. April 1912 Nr. 17 A (eing. 12. April).[a] Ausfert.

Streng geheim. Der Staatssekretär ist heute früh wieder in Berlin eingetroffen. Als ich vormittags im Auswärtigen Amte vorsprach, um mich des mir telegraphisch erteilten hohen Auftrages[b]) wegen Dementirung der von der „Neuen Freien Presse" aus Berlin gebrachten Meldung, betreffend die Erneuerung des Dreibundes, zu entledigen, war diese Nachricht weder dem Staatssekretär, noch dem Unterstaatssekretär, noch auch dem Geheimrat Hammann, dem Leiter des Pressbureaus, bekannt, obwohl das betreffende Telegramm der „Neuen Freien Presse" bereits in das heutige Morgenblatt des „Berliner Tageblattes" übernommen worden war, und die „Tägliche Rundschau" es schon mit dem Commentar aus Wien gebracht hatte, dass dessen Inhalt dort (in Wien) glaubhaft erscheine. Der Staatssekretär, der sich durch den Vorfall peinlich berührt zeigte, traf, wie ich Euer Excellenz bereits telegraphisch zu berichten mir erlaubte, sofort die Verfügung, dass ein Dementi an eine hiesige Zeitung gegeben werde (Geheimrat Hammann telephonirte mir später, dasselbe erscheine in der „Vossischen Zeitung"), in dem darauf hingewiesen wird, dass der Dreibundvertrag noch längere Zeit laufe, die verbündeten Regierungen daher noch keinen Anlass gehabt hätten, sich mit der Frage der Erneuerung zu beschäftigen. Herr von Kiderlen meinte hiezu, er halte es für richtiger, das Dementi zuerst in einer hiesigen Zeitung erscheinen und dasselbe dann vom Wolff-Bureau übernehmen zu lassen, als es direkt an Wolff zu geben. Dieser Vorgang scheine ihm eher dazu geeignet, die Sache in nicht zu auffälliger Weise aus der Diskussion zu bringen. Der Staatssekretär bezeichnete es als beinahe unglaubhaft, dass der hiesige Vertreter der „Neuen Freien Presse" die nach Wien gegebene Nachricht im Auswärtigen Amte erhalten habe. Im Pressbureau, so versicherte er mich, wüsste niemand, auch nicht Geheimrat Hammann, etwas über die im Zuge befindlichen Verhandlungen. Es könnte sich da höchstens um eine Combinirung ganz belangloser Aeusserungen handeln, die der Correspondent im Pressbureau aufgefischt und sich zurecht gerichtet haben mag. Der Staatssekretär sagte mir, er werde der Sache nachgehen. Der Vertreter des gegenwärtig von Berlin abwesenden ständigen hiesigen Correspondenten der „Neuen Freien Presse", Dr. Alexander Redlich, war inzwischen auf der Botschaft erschienen, wo er vom Legationsrat Grafen Larisch empfangen

wurde und diesem die Frage vorlegte, ob auf der k. und k. Botschaft Détails zu der von ihm gemeldeten Nachricht über das erzielte prinzipielle Einverständnis zur Erneuerung des Dreibundes bekannt seien! Bei diesem Anlasse erzählte Dr. Redlich, er hätte im Pressbureau die vom „Spectator Germanicus" in den „Süddeutschen Monatsheften" gegen Italien, als Mitglied des Dreibundes, geführte Campagne zur Sprache gebracht, worauf ihm der betreffende Beamte geantwortet hätte: Vor einigen Wochen noch wären uns solche Presstreibereien sehr unangenehm gewesen, jetzt, wo zwischen den Regierungen der drei Verbündeten ein grundsätzliches Einverständnis über die Erneuerung des Dreibundes herrscht, lassen sie uns ganz kühl! Auf die direkte Frage, welcher Beamte des Auswärtigen Amtes ihm gegenüber diese Aeusserung getan hätte, antwortet der Correspondent mit der Bitte um Geheimhaltung aus professionellen Rücksichten, es sei dies Legationsrat Esternaux gewesen! Ich möchte noch beifügen, dass Dr. Redlich selbst dem Grafen Larisch gegenüber die Mitteilung als überraschend bezeichnete, da ja, wie er ausführte, der Dreibundvertrag noch bis zum Jahre 1914 laufe! Er sei zwar nicht ausdrücklich ermächtigt worden, sie weiterzugeben, sie sei ihm aber in einer so positiven Form gemacht worden, dass er sich bemüssigt glaubte, sie seinem Blatte einzuberichten.

Flotow.

[a]) Vgl. n. 3428, 3436. — [b]) Vgl. n. 3421.

Nr. 3430. Tel. nach Konstantinopel, 11. April 1912 Nr. 70 (chiffr. 8 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Im Nachhange zu meinem Telegramme No. 69 von gestern. Wie Euer Exzellenz aus dem Texte der bei der Pforte zu unternehmenden Kollektivdemarche der Mächte entnommen haben werden, unterscheidet sich dieser Schritt im Wesen nicht von der vor kurzem an das italienische Kabinett gerichteten Anfrage; damit erscheint der Grundsatz eines gleichartigen Vorgehens in Rom wie in Konstantinopel gewahrt. Bekanntlich war ursprünglich eine Vorgangsweise in Aussicht genommen, die diesem Gedanken nicht durchaus Rechnung getragen hätte. Wir waren von allem Anfang an sowohl in den Pourparlers mit den Mächten als auch im Wege der Presse bemüht, einer differentiellen Behandlung der beiden Kriegführenden entgegenzuwirken und haben unsere Zustimmung zu einer gemeinsamen Anfrage an die Pforte erteilt, da aus ihrer Formulierung alles eliminiert war, was als eine Pression auf die Türkei und eine Verletzung des Prinzipes der Neutralität hätte aufgefaßt werden können. Es wäre mir erwünscht, wenn Euer Exzellenz Gelegenheit fänden, die türkischen Staatsmänner auf diese Momente aufmerksam zu machen.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3427, 3431, 3434.

Nr. 3431. Tel. aus London, 11. April 1912 Nr. 24 (eing. 12. April 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 24 und im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 23 von gestern. Unterstaatssekretär sagte mir eben, dass er

russischen Text der Demarche in Konstantinopel erhalten und heute mit Sir E. Grey diskutiert hätte, worauf die Weisung an englischen Botschafter in Konstantinopel ergehe, sich der Demarche seiner Kollegen anzuschliessen. Vertraulich. Sir A. Nicolson sagte mir, er habe persönlich etwas Bedenken gegen russische Redaktion gehabt, weil immerhin zu besorgen ist, dass, wenn man der türkischen Regierung von den italienischen Bedingungen überhaupt spricht, sie vielleicht Bekanntgabe derselben durch die Mächte verlange und dann ablehne. Nachdem er heute früh von französischer Regierung hörte, dass sie bereits zugestimmt hätte, habe er Sir E. Grey geraten, dasselbe zu tun, was nun geschieht. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3430, 3432.

Nr. 3432. Tel. aus St. Petersburg, 11. April 1912 Nr. 66 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow erzählte mir gestern, er habe nunmehr seinen Vorschlag über die in Konstantinopel zu unternehmende Demarche den Mächten mitgeteilt. Inzwischen habe er ein Telegramm des russischen Botschafters in Rom erhalten, wonach die italienische Regierung wünschen würde, dass der angeregte Schritt in Konstantinopel erst nach Zusammentritt der türkischen Kammer erfolge, weil dann eher eine halbwegs günstige Antwort zu erhoffen wäre, und fügte hinzu, diesem Wunsche könnte seiner Meinung nach, wohl entsprochen werden, da die Sache keine besondere Eile habe. Wie ich von einem meiner Kollegen erfahre, scheint übrigens in Konstantinopel der gleiche Wunsch zu bestehen, da Assim Bey sich geäussert haben soll, er hoffe, der angekündigte Vermittlungsschritt werde erst nach Parlamentseröffnung erfolgen. Die Antwort werde natürlich auch dann negativ lauten, könnte aber wenigstens in eine verbindliche Form gekleidet werden.

Thurn.

[a]) Vgl. n. 3423, 3431, 3434.

Nr. 3433. Bericht aus St. Petersburg, 29. März/11. April 1912 Nr. 14 B (eing. 13. April). Ausfert.

Streng vertraulich. Gelegentlich einer ganz privaten Konversation mit Herrn Sazonow kam das Gespräch unter Anderem auch auf die vor einiger Zeit mit auffallender Insistenz aufgetretenen Mobilisierungsgerüchte und deren unleugbare Rückwirkung auf die Börse, welchen Gegenstand ich in meiner ergebenen Berichterstattung bereits wiederholt zu berühren Gelegenheit hatte. Herr Sazonow erzählte mir, er sei eines Tages aus den Kreisen der Haute-Finance über diese Gerüchte interpelliert und direct gefragt worden, was denn daran Wahres sei. Der Herr Minister habe seinem Fragesteller sofort mit einem kategorischen Dementi und der Bemerkung geantwortet, diese Gerüchte seien barer Unsinn. Immerhin habe es ihn, wie er mir weiter erzählte, interessiert, der Sache auf den Grund zu gehen und so habe er den Kriegsminister um Aufklärung ersucht, ob vielleicht irgend welche dem Auswärtigen Amt unbekannte, von militärischer Seite getroffene

Verfügungen vorliegen, welche den Ausgangspunkt der in Rede stehenden Gerüchte hätten bilden können. General Sukhomlinow habe erwidert, dass mit Ausnahme der allgemein bekannten verhältnismässig geringfügigen Truppenverstärkungen in Transkaukasien, die zudem schon längst beschlossen worden seien, keinerlei Truppenbewegungen stattgefunden hätten. Hingegen habe man, wie alljährlich im Frühjahr, die verschiedenen Mobilisierungs-Elaborate einer Revision unterzogen. Auf die weitere Frage Herrn Sazonow's, was es aber dann mit den angeblichen Urlaubseinschränkungen für eine Bewandtnis habe, von denen ebenfalls gemunkelt worden sei, hätte der Kriegsminister erwidert, dass alle jene Offiziere, die bei der erwähnten Revision beschäftigt seien — und diese seien ziemlich zahlreich, — naturgemäss während der Dauer dieser Arbeit auf ihren Posten sein mussten. Obige Schilderung entspricht so ziemlich der Beurteilung der Sachlage, welche ich mir schon früher gebildet hatte und die ich mir auch erlaubt habe, in meiner ergebenen Berichterstattung wiederholt zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube an dieser Auffassung auch jetzt noch festhalten zu sollen. Auch meine ich unmassgeblichst, dass selbst gewisse mehr oder weniger alarmierend lautende Meldungen einzelner Euer Exzellenz auch directe zugegangener Konsularberichte ein Abgehen von derselben nicht hinreichend motivieren würden, zumal sie doch nicht alle auf volle Authentizität Anspruch erheben können. Letzteres gilt zum Beispiel bezüglich der vom Gerenten des k. u. k. Konsulates in Kiew unterm 2. d. Mts.[a] gemeldeten Verfügung, wonach den Angestellten der Südwest-Bahnen der Wink erteilt worden sei, bis auf Weiteres keine Urlaubsgesuche einzubringen. Auf meine Einladung, diese Nachricht, die — wenn richtig — doch symptomatisch gewesen wäre, auf ihre Quelle und Authentizität nachzuprüfen, berichtet mir nunmehr Herr Dinter, dass sie von einem mit der Bahndirektion in Verbindung stehenden Lieferanten stamme, der aber auf eine neuerliche Anfrage seine erste Mitteilung bedeutend einschränkte und zugeben musste, dass es sich eigentlich nur um eine Einschärfung der bestehenden Urlaubsvorschriften gehandelt hat. Thurn.

[a] Nicht aufgenommen. Wesentlicher Inhalt oben wiedergegeben.

Nr. 3434. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 12. April 1912 Nr. 99 (eing. 9 U. 55 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten hohe Telegramme Nr. 69 vom 10. d. M. und 11. d. M. Nr. 70. Ich habe gestern mit Baron Marschall, welcher gleich dem englischen Botschafter bis dahin noch keine Instruktion seiner Regierung bezüglich der Kollektivdemarche erhalten hatte, eine Unterredung gehabt, im Laufe welcher wir uns in der Anschauung begegneten, dass der bei der Pforte zu unternehmende Schritt äusserlich in der möglichst gleichen Form zu unternehmen wäre, wie dies in Rom geschehen ist. Der russische Geschäftsträger, den ich gleichfalls sprach, teilt diese Meinung. Baron Marschall dürfte demnach, sobald er und Sir G. A. Lowther im Besitze der Instruktionen sein werden, in seiner Eigenschaft als Doyen an Assim Bey mit dem

Ersuchen herantreten, eine Stunde zu bestimmen, zu welcher er die fünf Vertreter der Mächte einzeln empfangen werde. Was die Reihenfolge dieser Besprechungen mit dem Minister anbelangt, so besteht die Absicht, sich diesfalls nicht an die Anciennetät zu halten, die Vertreter würden vielmehr, je nach dem Zeitpunkte ihres Eintreffens auf der Pforte, bei dem Minister vorsprechen. Der russische Vertreter, der zwar persönlich nicht darauf halten würde, so wie es in Rom der Fall war, als erster empfangen zu werden, beabsichtigt aber, um auch in dieser Beziehung die in Rom beobachtete Vorgangsweise einzuhalten, den Kollegen vorzuschlagen, dass er quasi zufällig als erster auf der Pforte eintreffe. Die Demarche dürfte frühestens Sonntag erfolgen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3432, 3435, 3442.

Nr. 3435. Bericht aus Paris, 13. April 1912 Nr. 13 C (eing. 15. April).[a]) *Ausfert.*

Vertraulich. Die Zeitungs-Gerüchte über ein angeblich vor kurzem abgeschlossenes italienisch-russisches Balkan-Abkommen[b]) werden natürlich auch in der hiesigen Presse vielfach erörtert. Sir Francis Bertie, der in letzter Zeit anfängt, stark türkenfreundlich — oder vielleicht richtiger, antiitalienisch — zu werden, sagte einem Bekannten von mir, er halte die Nachricht für richtig. Herr Tittoni und Herr Iswolsky, meinte der englische Botschafter, können noch immer nicht vergessen, dass sie einst beide Minister des Äussern waren, und wollen noch immer die Politik ihrer Länder leiten. Das fragliche Abkommen wäre, nach Ansicht Sir Francis Berties, das Resultat von Besprechungen zwischen den Herren Iswolsky und Tittoni, es sei aber nicht sicher, ob man in St. Petersburg und Rom dieses Arrangement gutheissen werde. Ich glaube, dass Sir Francis sich in diesem Falle etwas von der Antipathie, die er gegen seine Kollegen von Russland und Italien hegt, beeinflussen lässt. Herr Tittoni ist seit mehr als einem Monat von Paris abwesend, und wenn er auch ganz gerne zu verstehen giebt, dass er einen massgebenden Einfluss auf die auswärtige Politik Italiens ausübt, so ist es doch sehr unwahrscheinlich, dass er auf eigene Faust und ohne Vorwissen seiner Regierung bindende Verabredungen mit Herrn Iswolsky treffen würde, welch letzterer sich auch vor Augen halten dürfte, dass Herr Sazonow eine all zu grosse Unabhängigkeit der russischen Diplomaten nicht gerne sieht. Die diesfällige Auffassung Sir Francis Berties erscheint mir daher nicht recht wahrscheinlich. Dass zwischen St. Petersburg und Rom schon seit der Entrevue von Racconigi recht intime Beziehungen bestehen, ist aber wohl unzweifelhaft. Vor wenigen Tagen interpellierte der italienische Geschäftsträger Herrn Iswolsky in meiner Gegenwart über die in Konstantinopel zu machende gemeinsame Démarche der neutralen Mächte. Er frug, offenbar auf frühere Konversationen Bezug nehmend, ob der Text der abzugebenden Erklärung irgendwie modifiziert ward? Herr Iswolsky gab ihm einige kurze Erläuterungen und schloss mit den Worten: „Du reste votre Gouvernement est parfaitement renseigné, le texte de la déclaration a été communiqué à Rome.“ Ich hatte den Eindruck, dass Herr Sazonow

die vorherige Zustimmung Italiens zu dem in Konstantinopel beabsichtigten Schritt eingeholt hat. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 3434, 3436, 3439. — [b]) Vgl. n. 3400, 3487.

Nr. 3436. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 13. April 1912.[a]) Konz. (S. Berchtold).

Der italienische Botschafter ist am 13. April 1912 im Laufe einer Unterredung, die er mit mir in Betreff der in Konstantinopel zu unternehmenden Mediationsdemarche hatte, wie er sagte, ohne Auftrag und in rein privater Weise, auf die Frage der Ausdehnung der italienischen Flottenaktion zu sprechen gekommen. Der Herzog von Avarna ging davon aus, daß er die Absicht seiner Regierung vorbrachte, eine „kleine und für die Ruhe am Balkan ganz ungefährliche Operation" im ägäischen Meere ausführen zu lassen. Auf mein Bemerken, daß er damit einen sehr heiklen Punkt berühre, wiederholte der Botschafter nachdrücklich, daß er noch keine gegenständliche Instruktion erhalten habe, wohl aber in einigen Tagen mit einer solchen versehen werden dürfte. Vorläufig wolle er bloß „entre amis" der Sache Erwähnung tun und seine Meinung dahin formulieren, daß es sich wohl nur um eine Aktion in Betreff einer der Inseln der asiatischen Küste des ägäischen Meeres handeln dürfte. Graf Aehrenthal hätte in den Konversationen, welche er seinerzeit diesfalls geführt, zwar nicht seine ausdrückliche Zustimmung zu einer Operation in jenen Gebieten erteilt, immerhin zu verstehen gegeben, daß er einer eventuellen Ausdehnung der Aktion an die asiatische Küste und die vorgelagerten Inseln keine Schwierigkeit entgegenstellen würde. Ich entgegnete dem Botschafter, daß ich jenen stillschweigenden Konsens Aehrenthals auf die Mittelmeerküste, nicht aber auf die Küste des ägäischen Meeres bezogen hätte, wogegen Avarna mit allem Nachdrucke Einwand erhob, betonend, es habe sich speziell auch um die Küste des ägäischen Meeres gehandelt. Es entspreche dies auch dem Geiste des Dreibundvertrages, welcher letztere nur den Status quo der europäischen Türkei zum Gegenstande gehabt hätte. Dieser Auffassung gegenüber verwies ich den italienischen Botschafter auf den Wortlaut des Artikel VII des Dreibundvertrages, wo Eingangs von „maintien du statu quo en Orient" im allgemeinen die Rede sei und weiters das Geltungsgebiet als „régions des Balcans et des côtes et îles ottomanes de l'Adriatique et la Mer Egée" genau präzisiert erscheine. Von einer Unterscheidung der europäischen und asiatischen Küste beziehungsweise der betreffenden Inseln hätte ich im Vertrage nichts gefunden und auch im Geiste dieses Abkommens könne eine solche Interpretation keine unbestrittene Begründung finden. Nach längerer, in freundschaftlichstem Tone gehaltener, rein akademischer Besprechung dieser Frage, wobei der Botschafter von keiner bestimmten Flottenaktion Erwähnung tat und nur vorübergehend bemerkte, daß eine asiatische Insel wie Lesbos doch schwerlich in unseren Interessenkreis fallen könne, schloß unsere Konversation mit der Konstatierung, daß bis auf Weiteres die von Rom in Aussicht gestellten Weisungen abzuwarten sein werden.

[a]) Vgl. n. 3429, 3435, 3437, 3441, 3443, 10747.

Nr. 3437. Privatschreiben des ital. Ministers des Äußern, Marchese di San Giuliano, an den Botschafter in Rom, 14. April 1912 (eing. mit Bericht aus Rom, 18. April 1912 Nr. 31 A am 20. April).[a] Ausfert.

Je vous envoye ci-joint un aide-mémoire[b] exposant les considérations du Gouvernement du Roi au sujet de la formule proposée par les Gouvernements alliés pour un protocole additionnel relatif aux articles 9 et 10 du traité de la Triple Alliance. Je vous serai très reconnaissant de vouloir bien transmettre le dit aide-mémoire au Gouvernement Impérial et Royal, et me faire connaître sa manière de voir sur le contenu de ce document.

San Giuliano.

[a] Vgl. n. 3436, 3438, 3441, 3448, 3536. — [b] Beilage.

Beilage zu n. 3437. Aide Mémoire des ital. Ministers des Äußern, Marchese di San Giuliano, ohne Datum.[a] Ausfert.

Les Gouvernements d'Italie, d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie ayant décidé de renouveler le plus tôt possible le traité de la Triple Alliance, au cours des pourparlers qui ont été entamés à cet effet, les ambassadeurs d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie ont bien voulu, au nom de leurs Gouvernements respectifs, présenter au Gouvernement Italien le projet d'une formule à insérer dans un protocole additionnel, concernant les articles 9 et 10 de cet acte international. Le Gouvernement Royal a déjà eu l'occasion d'exposer les motifs pour lesquels, au lieu de la signature d'un protocole additionnel, il lui eût paru préférable de donner aux susdits articles 9 et 10 une rédaction différente, répondant plus exactement aux altérations subies par l'état de choses qui y est visé. Tout en croyant fondée cette préférence, le Gouvernement Royal est cependant disposé à examiner, dans l'esprit le plus amical, toute autre solution proposée, par les Gouvernements alliés; il a donc soumis à une étude approfondie la formule dont il a été dernièrement saisi et qui est ainsi conçue: „Il est entendu que le statu-quo visé par les articles 9 et 10 du présent traité serait, pour la Tripolitaine et la Cyrénaïque, celui existant à la date de l'entrée en vigueur du traité." Le Gouvernement Royal a dû constater tout d'abord que la situation actuelle de l'Italie, en ce qui concerne la Tripolitaine et la Cyrénaïque, dans ses rapports avec les autres Puissances, est de nature à rendre très difficile la rédaction d'une formule pouvant répondre aux objections éventuelles de chacune des trois parties contractantes. Le décret royal du 5 novembre 1911, devenu depuis une loi de l'Etat italien, ne saurait permettre au Gouvernement Royal de souscrire à une stipulation concernant la Tripolitaine et la Cyrénaïque et faisant abstraction du principe, solennellement proclamé, de la souveraineté de l'Italie sur les dites provinces. Le Gouvernement Royal a la ferme confiance que des changements se produiront bientôt dans la situation de fait des deux provinces africaines, lesquels rendront plus facile aux Gouvernements alliés l'acceptation d'une formule répondant aux intérêts de l'Italie et aux buts que l'Italie est irrévocablement décidée à atteindre à tout prix. Il est cependant possible que, au cours des évenements, la situation de fait

des deux provinces africaines ne soit pas encore entièrement conforme — à la date de l'entrée en vigueur du nouveau traité — à ces intérêts et à ces buts de l'Italie. Cette situation, tout en étant d'une nature essentiellement transitoire, recevrait dès lors une sanction définitive par la formule insérée dans le protocole additionnel. C'est là une éventualité qu'il importe d'éviter. C'est pour ces motifs que le Gouvernement Royal croit devoir soumettre à la haute appréciation des Gouvernements alliés, pour la formule en question, le texte suivant: „Il est entendu que le statu-quo visé par les articles 9 et 10 du présent traité, en ce qui concerne la Tripolitaine et la Cyrénaïque, est celui qui a été crée par la loi du Royaume du 27 février 1912, étendant la souveraineté de l'Italie sur les deux provinces". Le Gouvernement Royal est convaincu que par l'adoption d'une rédaction comme celle ci-dessus, il lui sera plus facile d'atteindre ce qui a été constamment et demeure toujours un des buts essentiels de sa politique. L'Italie attache le plus grand prix à pouvoir suivre, sans interruptions et sans réserves, dans toutes les questions internationales et aussi dans les questions se rapportant à la Méditerranée, une ligne de conduite en parfaite harmonie avec celle qui serait suivie par ses alliés, et de nature à écarter la possibilité de tout malentendu et de tout désaccord avec eux. Ce résultat ne saurait être obtenu que par la création d'un état de choses assurant une protection efficace à la situation nouvellement établie par l'Italie dans le bassin de la Méditerranée: et la consécration d'une semblable protection dans un traité doit contribuer puissament à consolider la Triple Alliance et rendre plus intimes les rapports entre les trois Pays alliés. Pour prévenir l'objection éventuelle que l'adoption de la formule proposée ci-dessus, impliquant de la part des Gouvernement de l'Allemagne et de l'Autriche-Hongrie la reconnaissance de la souveraineté de l'Italie sur la Lybie, serait en contradiction avec les devoirs de la neutralité pendant la guerre actuelle, le Gouvernement Royal se borne à faire remarquer que, le texte du nouveau traité devant demeurer absolument secret, la formule dont il s'agit ne serait jamais rendue publique et qu'elle ne pourrait produire ses effets visibles que le jour où les deux Puissances auraient procédé à un acte ultérieur affirmant leur volonté dans ce sens. On pourrait répliquer, il est vrai, en alléguant la difficulté de maintenir le secret absolu au sujet de cet acte international. Le Gouvernement Royal a la confiance que ce secret continuera à être respecté comme il l'a été jusqu'ici, mais il se permet d'observer que les inconvénients dérivant d'une divulgation éventuelle seraient beaucoup plus considérables si l'on adoptait la formule proposée par les Gouvernement alliés. Par son acceptation, le Gouvernement Royal se mettrait en contradiction avec une loi votée par le Parlement italien et avec le sentiment unanime du pays, et surtout il mettrait la Couronne, qui a apposé à cette loi son auguste signature, dans une situation difficile vis-à-vis du Parlement et du pays; situation dont les éléments hostiles au principe monarchique ne manqueraient pas de profiter; d'autant plus qu'il s'agit d'une loi d'une importance absolument exceptionelle au point de vue national et qui a été votée à l'unanimité par le Sénat et par tous les partis monarchiques de la Chambre des Députés. Un pareil contraste, entre la volonté nationale et les dispositions d'une convention internationale, ne pourrait qu'influer

d'une manière défavorable sur les sentiments du pays à l'égard du traité: tandis qu'il est de la plus haute importance que la Triple Alliance soit toujours plus profondément sentie et appréciée par le pays tout entier et que les progrès considérables qui ont été heureusement réalisés dans ce sens, non seulement ne soient pas compromis, mais qu'ils soient, par contre, consolidés et développés. Il fait ajouter que si, dans ses rapports avec les Puissances alliées, l'Italie adhérait à passer outre à la loi proclamant sa souveraineté sur la Lybie et à règler ses relations internationales au sujet de la Lybie comme si la dite loi n'existait pas, elle affaiblirait considérablement sa situation dans ses rapports avec les autres Puissances non alliées, qui pourraient à plus forte raison demander aussi à rouvrir la discussion sur un point qui doit demeurer irrévocablement acquis: la souveraineté de l'Italie sur la Tripolitaine et la Cyrénaïque. Aucune Puissance ne méconnaît aujourd'hui qu'il est impossible à l'Italie de déroger sous aucune forme au principe sanctionné par la loi du 27 février 1912: cette situation serait dangereusement atteinte par une convention internationale mentionnant la Lybie sans reconnaître la souveraineté de l'Italie. Le Gouvernement Royal a cru devoir soumettre aux Gouvernements de l'Allemagne et de l'Autriche-Hongrie les considérations qui précèdent, tout en se déclarant disposé à prendre en examen, avec le plus vif désir d'une solution satisfaisante pour les trois Puissances alliées, les nouvelles propositions qui lui seraient communiqués de leur part. Le Gouvernement Royal croit, finalement, devoir appeller l'attention des Gouvernements alliés sur l'opportunité de stipuler un protocole additionnel au nouveau traité de la Triple Alliance, contenant les accords secrets spéciaux existant actuellement entre l'Italie et l'Autriche-Hongrie, et dont communication a été donnée, en son temps, au Gouvernement Allemand, à savoir: 1° l'accord concernant l'Albanie, consigné dans l'échange de notes Visconti Venosta-Goluchowski du 20 décembre 1900—9 février 1901;[b] 2° l'accord concernant le sandjak de Novi-Bazar et l'interprétation de l'article 7 du traité, consigné dans l'échange de notes Guicciardini-Lützow du 19 décembre 1909.[c] — Le Gouvernement Royal prie les Gouvernements d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie de lui faire connaître leur manière de voir à ce sujet.

[a] Vgl. n. 3448 Anm. c. — [b] Pribram, a. a. O. I 83; Martens, N. R. G. 3. S. X 68. — [c] Ebda. 99.

Nr. 3438. Bericht aus Konstantinopel, 15. April 1912 Nr. 32 C (eing. 18. April).[a] Ausfert.

Dieser Tage hatte ich Gelegenheit, mit dem Kriegs-Minister ein längeres Gespräch zu führen. Gleich zu Beginn desselben erwähnte Mahmud Chevket Pascha des italienisch-türkischen Konfliktes und der bevorstehenden Démarche der Vertreter der fünf Mächte, wobei er bemerkte, dass die Antwort der türkischen Regierung auf dieselbe nur im Sinne ihres bekannten Standpunktes ausfallen könne. Die Türkei sei nicht in der Lage, in der Souveränitätsfrage nachzugeben und wären die Erfolge der Italiener auf dem Kriegsschauplatze auch nicht derart, dass sie eine Nachgiebigkeit der türkischen Regierung der Bevölkerung gegenüber zu rechtfertigen vermöchten. Am

Ende unserer Unterredung, welche sich auch auf verschiedene andere Fragen bezog, kam der Kriegsminister nochmals auf den Krieg zu sprechen und bemerkte, dass — seiner rein persönlichen Ansicht nach — die Türkei sich hinsichtlich Tripolis vielleicht in Verhandlungen einlassen könnte, falls Italien sich entschliessen würde, auf Benghasi und das tripolitanische Hinterland zu verzichten. Im Verlaufe unseres Gespräches brachte Mahmud Chevket Pascha die Rede auch auf Griechenland beziehungsweise die Kretafrage[b] und frug mich, wie ich diese Angelegenheit im gegenwärtigen Stadium beurteile. Ich erwiderte hierauf, dass der diesfällige Standpunkt der k. u. k. Regierung bekannt sei, dass wir aber die Entwicklung dieser Angelegenheit mit grösstem Interesse verfolgen. Im übrigen, meinte ich, könne man froh sein, wenn sich diesfalls der gegenwärtige Status festhalten lasse. Der Kriegsminister stimmte mir zu, bemerkte jedoch, dass Griechenland im Grenzgebiete gegenwärtig — angeblich zu Manöverzwecken — Truppen konzentriere, diese Erklärung indessen in Anbetracht der Jahreszeit merkwürdig anmute. Auf die russische Truppenkonzentration im Kaukasus übergehend, sagte Mahmud Chevket Pascha, dass man hinsichtlich derselben nunmehr beruhigt sei, aber die türkischen Garnisonen aus den zwischen Persien und der Türkei strittigen Grenzgebieten nicht zurückziehen werde. Auf meine Frage, ob es richtig sei, dass, wie ich hörte, die türkische Regierung in der Gegend um Erzerum bedeutende militärische Kräfte zusammenziehe, erklärte mir der Kriegsminister, dass es sich diesfalls blos um eine neue Dislokation der Truppen handle. Erzinghian sei bisher zu stark belegt gewesen, daher werde eine der beiden dortigen Divisionen (30te u. 31te), die 30te, nach Baiburt verlegt, während die 29te aus diesem Orte nach Erzerum bestimmt würde, wo nur ein ganzes Korps (28. und 29. Division) stehe. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3437, 3440, 3442, 3450. — [b] Vgl. n. 3369, 3524.

Nr. 3439. Bericht aus Konstantinopel, 15. April 1912 Nr. 32 G (eing. 18. April).[a] Ausfert.

Dieser Tage hat mir der neue montenegrinische Geschäftsträger, Herr P. Plamenatz, seinen Antrittsbesuch abgestattet. Herr Plamenatz macht einen entschieden günstigeren Eindruck als seine Vorgänger, Popović und Gregović, deren letzterer — nun Minister des Äussern in Cetinje — als Typus des südslavischen Intriganten gelten kann. Nachdem Herr Plamenatz längere Zeit als montenegrinischer Konsul in Skutari tätig war, kamen wir naheliegenderweise auf die albanesischen Verhältnisse zu sprechen. Der Herr Geschäftsträger sagte mir diesfalls, dass er Skutari bereits vor Monatsfrist verlassen, damals jedoch den Eindruck gehabt hätte, dass die Lage in Albanien — gegenüber früher — eine Besserung erfahren habe, so dass Unruhen für das Frühjahr nicht zu erwarten seien. Er fügte überdies hinzu, dass ihm zwar über den Effekt, den die Reise Hadji Adil Beys in Skutari erzielt habe, nichts näheres bekannt sei, er indessen Grund zur Annahme besitze, dass dieselbe zur weiteren Besserung der Verhältnisse beitragen werde, da der Minister vielen Bitten um materielle Unterstützung

gerecht wurde und die türkische Regierung so manche ihrer vorjährigen Versprechungen eingelöst habe. Auch hätte die Suspendierung des vor kurzem ernannten Vali durch den Minister des Innern unter den Albanesen einen sehr guten Eindruck gemacht, nachdem derselbe, unfähig und unverlässlich, es verstanden habe, sich in kürzester Zeit unbeliebt zu machen. Der neue Vali, namens Riza Bey, wäre dagegen ein fähiger und tüchtiger Mann. Im weiteren Verlaufe unseres Gespräches meinte Herr Plamenatz, dass seines Erachtens die allgemeine Lage zurzeit ebenfalls eine günstigere sei, und er dies hauptsächlich dem Einflusse beziehungsweise der beruhigenden Einwirkung der Monarchie und Russlands zuschreibe. Ohne auf diesen Anwurf weiter einzugehen, bemerkte ich, dass die Türkei heute eine etwa 200.000 Mann starke aktionsfähige Armee in Mazedonien stehen habe, weshalb sich die Balkanstaaten hüten müssten, irgendetwas zu unternehmen, was den Frieden zu stören geeignet wäre. Herr Plamenatz stimmte dieser meiner Bemerkung zu und meinte, man wäre in Montenegro davon überzeugt, dass Bulgarien im Falle eines Zusammenstosses mit der Türkei von Letzterer niedergerungen würde. Doch, fügte er hinzu, stünde die Sache im Falle eines kombinierten Angriffes der Kleinstaaten auf die Türkei wohl anders. Ich erwiderte hierauf, dass — meiner Ansicht nach — die Türkei selbst dieser Eventualität gewachsen sein dürfte. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3414, 3435, 3445.

Nr. 3440. Tel. nach Rom, 15. April 1912 Nr. 72 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Geheim. Herzog Avarna hat heute bei Betonung des Umstandes, daß er ohne Auftrag spreche, die Frage einer eventuellen Ausdehnung der maritimen Operationen Italiens mir gegenüber berührt. Ich habe in meiner Antwort zunächst darauf hingewiesen, daß ich der Ansicht sei, eine italienische Flottenaktion außerhalb des nordafrikanischen Kriegsschauplatzes könne nur dann zum Ziele führen, wenn dieselbe einen Effekt in Konstantinopel hervorrufen sollte, dessen Widerhall sich am Balkan fühlbar machen müßte. Eine solche Rückwirkung könne aber uns, den Alliierten Italiens, nicht gleichgiltig lassen. Eine Aktion von geringerer Bedeutung und Rückwirkung würde Italien seinem Ziele um nichts näher bringen, bei uns aber doch ein Gefühl des Mißbehagens hervorrufen, wenn der Schauplatz dieser Aktion in jenen Gebieten liegen sollte, auf welche sich der Artikel VII des Bundesvertrages bezieht. Weiters habe ich zu dem Herrn Botschafter bemerkt, ich könne zu keinerlei Aktion dieser Art meine ausdrückliche Zustimmung, die Herzog Avarna auch nicht verlangt hätte, geben und müsse die Verantwortung für deren Folgen Italien überlassen. Schliesslich habe ich dem Botschafter gegenüber betreffs jener Gebiete, auf welche sich der obenzitierte Vertrags-Artikel bezieht, folgende drei Punkte zum Gegenstande spezieller Vorbehalte gemacht. 1.) Die Vornahme einer auch nur temporären Okkupation, durch welche der status quo der „côtes et îles ottomanes de l'Adriatique et la Mer Egée" eine Änderung erfährt. 2.) Die Durchführung von kriegerischen Operationen, von denen eine Rückwirkung auf den Balkan zu besorgen ist. 3.) Jeder

Vorgang, durch welchen Interessen unserer Staatsangehörigen in Mitleidenschaft gezogen würden. — Bezüglich der Inseln Rhodus, Karpathos und Stampalia habe ich bemerkt, daß ich deren Zugehörigkeit zu den Inseln des ägäischen Meeres als fraglich ansehe, worauf Herzog Avarna mir erwiderte, er sei überzeugt, seine Regierung würde uns für den Fall einer Besetzung derselben ausdrücklich zusichern, daß diese Besetzung nur einen temporären Charakter trage. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und zur Regelung Ihrer Sprache nur für den Fall, als Marquis di San Giuliano Hochdenselben gegenüber auf den Gegenstand zu sprechen kommt. Berchtold.

[a]) Oe. U. Italien 207 Nr. 11. Vgl. n. 3438, 3441, 3443, 3444, 3525, 3587, 3594, erste Beilage zu n. 3596, 10747.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 15. April 1912. Siehe n. 3443.

Nr. 3441. Tel. aus Rom, 15. April 1912 Nr. 47 (eing. 6 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Minister des Äussern hat mir gestern abends ein ausführliches aide-mémoire[b]) geschickt, welches unter Hinweis auf das mittlerweile Gesetz gewordene sogenannte Annexionsdekret vom 5. November verflossenen Jahres die von uns proponierte Redaktion des Zusatzprotokolles zum Dreibundvertrag als untunlich bezeichnet und statt dessen folgende Formulierung vorschlägt: „Il est entendu que le statu quo visé par les articles 9 et 10 du présent traité, en ce qui concerne la Tripolitaine et la Cyrénaïque, est celui qui a été créé par la loi du Royaume du 27 février 1912,[l]) étendant la souveraineté de l'Italie sur les deux provinces." Weiters wird beantragt, unsere geheimen Abkommen mit Italien über Albanien vom Jahre 1901 und über den Sandschak von Novibazar und die Interpretation des Artikels 7 des Dreibundvertrages (vom Jahre 1909) in ein Zusatzprotokoll zum Vertrage aufzunehmen. Mérey.

[l]) In internationalen Verträgen unmöglich, da wir auf zustandekommen oder abrogieren keinen Einfluß.

[a]) Vgl. n. 3436, 3440, 3448. — [b]) n. 3437.

Nr. 3442. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 16. April 1912 Nr. 105 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge meines ergebensten Telegrammes No. 102 vom 13. d. M.[b]): Die Vertreter der fünf Grossmächte haben sich heute vormittags um 11 Uhr im Hause des Ministers des Äussern versammelt, um die Kollektivdemarche in Angelegenheit des italo-türkischen Konfliktes zu unternehmen. Der russische Geschäftsträger traf etwas früher ein, da er dem Übereinkommen gemäss als erster empfangen werden sollte. Baron Marschall und die anderen Botschafter folgten nach deren Anciennetät. Jeder der fünf Vertreter las dem Minister des Äussern die von den Mächten diesfalls vereinbarte Formel vor. Nachdem ich Assim Bey meinerseits die aufgetragene Mitteilung gemacht hatte, antwortete er mir, dass die türkische Regierung diesen Schritt, bei welchem sich die Mächte von humanitären Rücksichten leiten liessen,

als einen Beweis für deren Wohlwollen der Türkei gegenüber ansehe und für denselben dankbar sei. Er werde über die Kollektivdemarche dem Ministerrate Bericht erstatten und die Angelegenheit Seiner Majestät dem Sultan vortragen. Sodann stellte der Minister des Äussern eine schriftliche Antwort auf die Mitteilung in Aussicht und fügte hinzu, dass er dieselbe, die ja in Anbetracht der grossen Wichtigkeit der Angelegenheit wohl erwogen werden müsse, mit Rücksicht auf die bevorstehende Eröffnung des Parlamentes und den Empfang des neuen russischen Botschafters erst in einigen Tagen zu erteilen in der Lage sei. Assim Bey deutete mir in der Folge mit ziemlicher Bestimmtheit an, dass die Pforte in der Frage der Souveränität über die beiden Provinzen an ihrem bisherigen Standpunkte festhalten werde. Es schien mir indessen, dass der Herr Minister trachten wolle, die Antwort auf die Demarche unter Bedachtnahme darauf zu formulieren, dass dieselbe die Diskussion nicht ganz abbräche. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3434, 3438, 3474. — [b]) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 3443. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 16. April 1912.[a]) Konz. (S. Berchtold).

Am 15. April 1912 erschien der königlich italienische Botschafter abermals[b]) bei mir, diesmal bereits im Besitze der kürzlich als in Aussicht stehend bezeichneten Instructionen seiner Regierung. Herzog Avarna begann seine diplomatische Demarche damit, daß er sagte, seine Regierung sei zur Einsicht gekommen, daß ein längeres Hinausschieben der seit Monaten geplanten Erweiterung der Flottenaktion nicht mehr möglich sei. Mit Rücksicht auf die von uns in den Vordergrund gestellten Bedenken wegen eventueller Rückwirkung solcher militärischer Operationen auf den Balkan könne jedoch die nachdrückliche Versicherung gegeben werden, daß die betreffende Flottenaktion mit allen Cautelen umgeben und in solch begrenztem Rahmen gehalten werden solle, daß jede Gefahr einer Reperkussion auf die Halbinsel von vornherein ausgeschlossen erscheine. Ich erwiderte dem Botschafter, daß mir eine Kritik der italienischen Maßnahmen ferne liege, daß ich aber von einem solchen eng umschriebenen See-Manöver keinen durchschlagenden Effekt erwarten könne, andererseits eine auf großem Fuße angelegte Flottenoperation wohl nicht ohne unseren Einspruch durchzuführen wäre. Mein Mitredner ging auf dieses Thema ein, fühlte sich jedoch veranlaßt, die Bemerkung vorauszuschicken, daß es ihm ferne liege, mich um die Zustimmung der österreichisch-ungarischen Regierung zu irgend einer bestimmten Aktion zu bitten. Auch könne er über die angeschnittene Frage bloß in ganz privater Weise sprechen. Ich quittierte diese Reserven des Botschafters mit dem Bedeuten, daß sich diese Auffassung des Charakters unserer Konversation vollkommen mit meiner Anschauung decke, daß ich zu keiner wie immer gearteten Operation meine antizipative Zustimmung geben könne. Herzog Avarna brachte hierauf die Eventualität der Besetzung einer Insel des ägäischen Meeres — oder auch mehrerer — durch die italienische Flotte zur Erörterung. Es würde sich nicht um die Küste und die Inseln der europäischen Türkei handeln, bezüglich welcher

die italienische Regierung einsehe, daß eine unerwünschte Ausbreitung des Konfliktes zu besorgen wäre. Anders verhielte es sich aber — nach Auffassung des römischen Kabinetts — wenn die Besetzung einer asiatischen Insel der Türkei versucht werden möchte, eine Eventualität, die doch keinerlei Interessen Österreich-Ungarns berühren und auch unmöglich eine Rückwirkung auf die europäische Türkei ausüben würde. Ich entgegnete dem Botschafter, daß, meiner Anschauung nach, der Text des Dreibund-Vertrages,[c] laut welchen sich Österreich-Ungarn und Italien für Erhaltung des Status quo im nahen Oriente verpflichtet hätten, für die Beurteilung dieser Frage maßgebend erscheine. Im Dreibundvertrage sei aber kein Unterschied zwischen europäischen und asiatischen Inseln aufgestellt worden; es heiße daselbst nur ganz im Allgemeinen „Küsten und Inseln des ägäischen Meeres". Würde nun Italien eine dieser Inseln okkupieren, so läge hierin nach dem Buchstaben des Abkommens offenbar eine Verletzung des Status quo. Dieser Einwand gab Anlaß zu einer längeren Erörterung der Frage, wie der Artikel VII des Dreibundvertrages auszulegen sei. Der Botschafter vertrat die Ansicht, daß nach dem Geiste des Vertrages angenommen werden müsse, daß nur bezüglich der europäischen Inseln eine wechselseitige Bürgschaft geleistet würde, wogegen ich, mich auf den klaren Wortlaut des Vertrages berufend, das Gegenteil zu beweisen in der Lage war. Nachdem im gedachten Belange keine prinzipielle Einigung erzielt werden konnte, präzisierte ich dem Botschafter unsere Stellungnahme wie folgt: Sollte die geplante Flottenaktion derart angelegt sein, daß sie entweder eine Rückwirkung auf den Balkan ausüben oder den Status quo auf den Küsten und Inseln des adriatischen oder ägäischen Meeres verändern oder österreichisch-ungarische Kolonien zu Schaden bringen würde, so müßten wir uns die Freiheit unserer Stellungnahme reservieren. Herzog Avarna nahm diese Erwägungen, welche seinem Geschmacke nicht ganz zu entsprechen schienen, mit dem Bemerken entgegen, daß es auch Inseln gäbe, die — wie Rhodus — gar nicht mehr im ägäischen sondern im mittelländischen Meere gelegen seien. Nachdem die letzterwähnten Inseln nicht nur ganz außerhalb unserer Interessensphäre gelegen erscheinen und auch nach der strengsten Interpretation des Artikels VII des Dreibundvertrages dem letzteren nicht subsumiert werden können, gab ich dem Botschafter zu verstehen, daß wir im Falle, als sich die Aktion gegen eine der am südlichen Ausgange des ägäischen Meeres beziehungsweise im Mittelmeere gelegenen Inseln Rhodos, Karpathos oder Astropalia [richten sollte], wohl keinen Einspruch erheben würden. Vorsichtshalber glaubte ich aber beifügen zu sollen, daß es in einem solchen Falle Sache der italienischen Regierung wäre, uns Garantien dafür zu bieten, daß die eventuelle Besetzung bloß temporären Charakter haben und die betreffende Insel nach Beendigung des Konfliktes an die Türkei restituiert werden würde. Herzog Avarna stellte die Berechtigung dieses Ansinnens nicht in Abrede und bemerkte abschließend, sich in dieser Richtung mit seiner Regierung in Verbindung setzen zu wollen.[d]

[a] Vgl. n. 3440, 3444, 10747. — [b] Vgl. n. 3436. — [c] Pribram, a. a. O. I 94; Martens N. R. G. 3. S. X 94. — [d] Beilage.

Beilage zu n. 3443. Aufzeichnung. Konz. (S. Berchtold).[a]

Le traîté de la Triple Alliance a été conclu principalement dans le but du maintien de la paix en Europe. Parmi les Affaires internationales susceptibles à mettre en danger les intentions et les efforts pacifiques des états signataires de la Triple Alliance la question d'Orient tient le premier rang. C'est à cette raison que l'Autriche-Hongrie, l'Italie et l'Allemagne se sont mutuellement engagés de prévenir tout ce qui pourrait compromettre le statu quo en Orient. Il est vrai que dans l'article 7 le cas est prévu où l'une des puissances pourrait être tenue à occuper temporairement un térritoire ottoman. Mais ce cas est soumis à la condition que le maintien de l'ordre éxistant était devenu impossible et qu'un accord entre les signataires eût en lieu basé sur le principe d'une compensation réciproque. Or, dans le cas présent il n'est question ni de 'une ni de l'autre de ces conditions. Le statu quo en Orient n'est en effet aucunement ébranlé ni est il lieu de songer à un accord basé sur le principe de compensation, puisque nous n'avons aucune intention de toucher à l'ordre existant. Dans ces conditions, l'Italie ne saurait sans se départir des prévisions de notre traîté d'alliance procéder une action qui toucherait au statu quo dans les régions des Balcans ou des côtes d'îles ottomanes de l'Adriatique ou de la Mer Egée. Ceci posé je veux aborder la question de la nécessité pour l'Italie d'étendre son action navale. Sans vouloir m'immiscer dans une affaire qui est du ressort des autorités militaires de l'Italie, je crois pourtant devoir observer qu'une action navale ne pourrait être efficace que dans le cas où elle serait de nature à mettre en péril la paix des Balcans, — situation que nous ne pourrions admettre. Dans toute autre éventualité l'action navale me paraît non-seulement vouer d'avance à rester sans effet mais aussi à contribuer à l'irritation des Turcs et à la force de leur résistance. Si, malgré ces considérations l'Italie se voyait amenée à étendre ses opérations navales, je tiens à fixer mon point de vue de la sorte que nous ne pourrions pas pour des raisons compréhensibles donner notre assentiment préalable à n'importe quelle action spéciale. Toutefois nous serions disposés à observer une attitude tacitement passive si l'action navale 1) ne toucherait pas au statu quo dans les régions des Balcans ni des côtes et îles dans la Mer Egée; 2) ne serait pas de nature à provoquer une répercussion sur l'ordre existant dans les Balcans; 3) ne lèserait pas d'intérêts de nos conationaux.

[a] Es handelt sich wohl um eine für die in n. 3443 wiedergegebene Unterredung angefertigte Aufzeichnung des Ministers.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 17. April 1912. Siehe n. 3447.

Nr. 3444. Privatschreiben nach Rom, 17. April 1912 Nr. 1579.[a] *Konz. (S. Schreibmaschine; V. Nemes; G. Berchtold).*

Streng vertraulich. Meinem Telegramme Nr. 72 vom 15. d. M. werden Euer Exzellenz entnommen haben, daß der direkte Gedankenaustausch zwischen Rom und Wien über eventuelle Absichten der italienischen Regierung, den Kriegsschauplatz auf das Aegäische Meer auszudehnen, nunmehr in einer Form angebahnt ist, welche meinen Wünschen entspricht.

Es gereicht mir zu besonderem Vergnügen konstatieren zu können, daß die Erreichung dieses Zieles zu großem Teile auf die Geschicklichkeit zurückzuführen ist, mit welcher Hochdieselben die großen Schwierigkeiten überwunden haben, mit welchen — laut Euer Exzellenz Bericht Nr. 28 A vom 10. d. M. — die Durchführung meiner Instruktionen Hochdenselben verbunden zu sein schien. Einige im Laufe der in dem zitierten Berichte gemeldeten Konversation gefallenen Aeußerungen Marquis San Giulianos lassen es mir wünschenswert erscheinen, Euer Exzellenz für den Fall, als der Minister dieselben in einem späteren Zeitpunkte wiederholen sollte, meine diesbezügliche Auffassung zu entsprechender Verwertung bekanntzugeben. Es ist allerdings richtig, daß die italienische Regierung nur hinsichtlich der ottomanischen Küsten des Adriatischen und Jonischen Meeres eine ausdrückliche restriktive Erklärung abgegeben und im übrigen wiederholt erklärt hat, sich volle Aktionsfreiheit vorzubehalten, doch schiene es mir nicht logisch, daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, als ob Italien bei der Wahl des Schauplatzes seiner Kriegsoperationen von den Interessen seines Alliierten gänzlich absehen und der im Bundesvertrage festgelegten Status quo-Politik zuwiderhandeln könne. Ich stimme mit dem Herrn italienischen Minister des Äußern darin überein, daß die Gefahr einer Reperkussion des italienisch-türkischen Krieges auf den Balkan heute weniger drohend erscheine, doch suche ich die Erklärung hiezu gerade in dem Umstande, daß Italien es bis jetzt verstanden hat, bei der Wahl der Schauplätze seiner kriegerischen Operationen jene Gebiete zu vermeiden, wo das Erscheinen der italienischen Flagge allein das Aufflammen von — dem Erhalt des status quo gefährlichen — Aspirationen der Balkanvölker zur Folge haben könnte. Es muß aber meiner Ansicht nach auch heute noch ebenso wie zuvor mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß eine in den im Artikel VII des Bundesvertrages erwähnten Gebieten erfolgende Operation der italienischen Waffen die gefährlichsten Rückwirkungen nach sich ziehen könnte. Unter diesen Umständen muß ich auch weiters daran festhalten, daß Italien, wenn es den Konflikt mit der Türkei nicht zu lokalisieren vermag, die Verantwortung für eine Balkankrise auf sich laden würde und die Monarchie in diesem Falle sich die Freiheit wahren müßte, ihre Haltung je nach der Entwicklung der Dinge einzurichten. Es besteht aber ein wesentlicher Unterschied — und dies scheint Marquis di San Giuliano sich nicht vor Augen zu halten — zwischen einem Hinweis auf die Bundespflichten und auf die dem Alliierten geschuldete Rücksichtnahme und einer förmlichen Einsprache, welch letztere allerdings in Italien einen Sturm der Entrüstung hervorzubringen geeignet wäre. In Berücksichtigung eben dieses Umstandes hat — wie Euer Exzellenz bekannt — Graf Aehrenthal seine Erklärungen vor den Delegationen[b]) den von der italienischen Regierung geäußerten Wünschen angepaßt und von demselben Gedankengange ausgehend, habe ich seinerzeit die Anregung einer dritten Macht, eine Erklärung Italiens betreffend Lokalisierung des Kriegsschauplatzes zu provozieren, zurückgewiesen. Von unserer Seite ist bisher alles geschehen, um den Anschein zu meiden, als ob die Beschränkung, die sich Italien bisher glücklicherweise aufgelegt hat, auf die Haltung der Monarchie zurückzuführen

sei und muß es wohl der italienischen Regierung überlassen bleiben, ihr dem Bundesvertrage entsprechendes Verhalten in der ihr geeignet erscheinenden Form vor der Oeffentlichkeit zu motivieren. Daß dies der italienischen Regierung gelingen werde, hoffen wir schon mit Rücksicht auf die Erneuerung des Dreibundes, welche wir nicht weniger als Italien selbst — aufrichtig wünschen. Diese — wie gesagt — nur zu Euer Exzellenz persönlicher Orientierung bestimmten Argumente sollen nicht dazu dienen, eine Polemik hervorzurufen, sondern es Euer Exzellenz ermöglichen, bei eventuellen Konversationen mit italienischen Staatsmännern den Gesichtspunkt deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß der Bundesvertrag nicht Oesterreich-Ungarn allein, sondern auch Italien Verpflichtungen und Rücksichten auferlege.

[a]) Vgl. n. 3443, 3445, 3448. — [b]) Wohl vom 28. Dez. 1911. Pol. Chron. der ö.-u. Mon. 1911. Beilage: Parlament. Verhandl. S. 1043.

Nr. 3445. Bericht aus Bukarest, 18. April 1912 Nr. 18 B (eing. 21. April).[a]) *Ausfert.*

Mit dem fortschreitenden Frühjahre scheinen sich die Befürchtungen, welche der König von Rumänien für die Erhaltung der Ruhe am Balkan hegte, langsam aber stetig abzuschwächen. Während meiner jüngsten Audienz fand ich Seine Majestät mit mehr Zuversicht in die Zukunft blickend, wenn Er auch selbstverständlich sowohl in den Ereignissen, welche der türkisch-italienische Krieg noch zeitigen könnte, und in dem ungeregelten Zustande Kretas eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Erhaltung des allgemeinen Friedens erblickt. Eine Forcierung der Dardanellen seitens der italienischen Flotte scheint Seiner Majestät dem Könige zwar nicht wahrscheinlich, doch im Bereiche der Möglichkeit gelegen, hauptsächlich nach einer eventuellen vorhergehenden Verständigung mit Russland. Seiner Ansicht nach dürfte es der italienischen Flotte unter Preisgabe einiger Einheiten bestimmt gelingen, die Einfahrt in den Bosporus zu erzwingen. In diesem Falle müßte die Türkei ihre Flotte bis in das Schwarze Meer zurückziehen, um dem Feinde allen Grund zu benehmen, Konstantinopel respektive den Hafen zu beschießen. Sollte die italienische Flotte dann doch noch ein Bombardement eröffnen, so würde das ganze Odium eines der krassesten Verletzungen des Völkerrechtes auf Italien zurückfallen. Ein beruhigendes Moment für die Stabilität der türkischen Regierung im Innern erblickt König Carol in den eklatanten jungtürkischen Wahlsiegen, doch dürften keinesfalls die Friedenschancen durch dieselben eine Förderung erfahren haben. In der grossen momentanen Popularität Venizelos und seiner erdrückenden Majorität in der Kammer glaubt Seine Majestät keine dauernde Bürgschaft zu erblicken, dass nicht in Griechenland oder in Kreta un coup de tête erfolge. Über die Situation in Albanien äusserte sich der Höchste Herr entschieden beruhigter, zumal Seine Informationen dahin lauteten, dass die Ministerreise und die geldspendende Tätigkeit der Kommission nicht ohne Erfolg verlaufen sei. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 3439, 3444, 3446, 3490.

Nr. 3446. Tel. nach Rom, 18. April 1912 Nr. 73 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Streng vertraulich. Während bisher alle mir aus der Türkei zugekommenen Nachrichten darin übereinstimmten, daß die kriegerische Stimmung daselbst noch ungeschwächt andauere, meldet mir ein wohlunterrichteter Saloniker Gewährsmann, daß sich bei den leitenden Persönlichkeiten des jungtürkischen Zentralkomitees ein Umschwung zu vollziehen scheine. Man beginne sich mit dem Gedanken eines baldigen Friedensschlusses zu befreunden und dessen Möglichkeit mehr als bisher in Erwägung zu ziehen. Euer Exzellenz sind ermächtigt, Marquis di San Giuliano obige Information unter aller Reserve und bei Betonung des streng vertraulichen Charakters derselben mitzuteilen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 3445, 3447.

Nr. 3447. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 18. April 1912.[a] *Konz. (S. und G. Nemes).*

Gelegentlich des gestrigen Diplomatenempfanges hat mir Herzog Avarna mitgeteilt, daß er die von mir bezüglich einer Ausdehnung der italienischen Flottenoperationen geäußerten Ansichten Marquis di San Giuliano einberichtet habe. Sein Minister habe ihn nunmehr beauftragt, sich mir gegenüber in nachfolgendem Sinne auszusprechen. Marquis di San Giuliano habe in einer von ihm, Herzog Avarna, am 12. Oktober vorigen Jahres überreichten Notiz den Standpunkt der italienischen Regierung dahin formuliert, daß von einer Aktion an den Küsten des Adriatischen und des Jonischen Meeres abgesehen werden würde, daß sich Italien gleichzeitig aber im übrigen seine volle Aktionsfreiheit reserviere. Graf Aehrenthal hätte diese Erklärung zunächst unerwidert gelassen und sei erst in einem späteren Zeitpunkte mit Einwendungen hervorgetreten. Der Herr italienische Minister des Äußern stehe aber auch heute noch auf dem damals von ihm eingenommenen Standpunkte. Was die von mir in meinem jüngsten Gespräche mit ihm, Herzog Avarna, vertretene Auffassung anbelange, so wolle Marquis di San Giuliano auf meinen Standpunkt Rücksicht nehmen und im Sinne meiner Ausführungen von einer Flottenoperation im eigentlichen Ägäischen Meere bis auf weiteres Abstand nehmen. Eine eventuelle italienische Aktion würde somit vorläufig auf die von mir bezeichneten Inseln Rhodus, Karpathos und Stampaglia beschränkt bleiben. Indessen, fügte der Herr Botschafter hinzu, müsse er noch der Besorgnisse Marquis di San Giulianos Erwähnung tun, welche dahin gingen, daß mit der bevorstehenden warmen Jahreszeit der Waffenschmuggel noch schwunghafter als bisher betrieben werden würde. Einem solchen werde italienischerseits aber nur dann mit Erfolg entgegengetreten werden können, wenn die Operationen der Flotte auch nördlich von der von mir bezeichneten Zone in das eigentliche Ägäische Meer ausgedehnt würden. Wenn sich eine solche Notwendigkeit ergeben sollte, würde er, Marquis di San Giuliano, sich aber jedenfalls vorher noch mit mir ins Einvernehmen setzen, um diese Frage d'une manière amicale zu erörtern. Bezüglich der von mir verlangten Garantien betreffs des temporären

Charakters eventueller Besetzungen von Inseln, sei der Herr italienische Minister des Äußern bereit, meinem Begehren zu entsprechen und ließe mich um eine Mitteilung bitten, in welcher Form ich diese Garantie zu erhalten wünsche. Ich habe dem Herrn italienischen Botschafter erwidert, daß es mir darum zu tun sei, eine bündige Zusicherung zu erhalten, daß die eventuelle Besetzung von Inseln nur einen temporären Charakter haben und mit Einstellung der Feindseligkeiten ihr Ende nehmen werde und daß ich Wert darauf lege, von einer bezüglichen Erklärung auch vor den Delegationen Gebrauch machen zu können. Bezüglich letzteren Umstandes konnte mir Herzog Avarna seine Bedenken nicht verhehlen und wies auf den Umstand hin, daß es Italien eben darum zu tun sei, bei der Pforte den Glauben zu erwecken, daß es sich für sie um den definitiven Verlust der besetzten Inseln handle; nur auf diese Weise könne dem erstrebten Ziele des Friedensschlusses nähergekommen werden. Zum Schlusse der Unterredung habe ich dem Herrn Botschafter gegenüber bemerkt, daß mir der gegenwärtige Zeitpunkt für die Besetzung einer oder mehrerer Inseln besonders unglücklich gewählt zu sein scheine, da ich eben heute aus Konstantinopel die Nachricht erhalte, daß daselbst die von den Botschaftern der fünf Großmächte im Interesse einer Vermittlungsaktion unternommene Demarche nicht ungünstig aufgenommen worden sei. Die Pforte habe unserem Botschafter eine Antwort für die nächste Zeit in Aussicht gestellt. Meines Erachtens nach müsse aber erwartet werden, daß die Pforte durch eine Aktion, wie Italien sie jetzt im Auge habe, in eine gereizte Stimmung versetzt werde, welche der eingeleiteten Friedensaktion gewiß nicht förderlich sein könne. Herzog Avarna schien sich der Richtigkeit dieser meiner Auffassung nicht zu verschließen und erklärte, diese sofort nach Rom einberichten zu wollen. Er hoffe, so schloß der Botschafter, daß seine Meldung noch rechtzeitig eintreffe, bevor eventuelle an die Flotte bereits ergangene Befehle zur Ausführung gebracht seien.

[a]) Vgl. n. 3446, 3449, 3455, 3594.

Nr. 3448. Bericht aus Rom, 18. April 1912 Nr. 31 A (eing. 20. April).[a]) *Ausfert.*

Streng geheim. Mit dem anverwahrten Schreiben vom 14. l. M.[b]) hat mir der Minister des Aeussern das gleichfalls beiliegende Promemoria[c]) übersandt, welches die von uns und Deutschland proponierte Fassung des Zusatzprotocolles zu dem zu erneuernden Dreibundvertrage zum Gegenstande hat. ... *im wesentlichen wie n. 3441* ... Ohne der massgebenden Entscheidung Eurer Excellenz über die italienischen Propositionen irgendwie vorgreifen zu wollen, kann ich doch nicht umhin, meinen persönlichen Eindruck dahin zusammen zu fassen, dass mir gegen die Aufnahme der beiden letzt erwähnten Abkommen in ein Zusatzprotocoll kein wesentliches Bedenken obzuwalten schiene, dass ich dagegen die Annahme der beantragten Formulierung des Zusatzprotocolles zu den Artikeln 9 und 10 für kaum tunlich erachte, insolange die ganze Stellung Italiens in den beiden Provinzen militärisch, politisch und diplomatisch eine so wenig fundierte ist. Es

drängt sich die Frage auf, ob nicht auch dieser Vorschlag, auf dessen Annahme die italienische Regierung kaum rechnen kann, dem in meiner einschlägigen Berichterstattung seit Monaten supponierten Zweck dienen soll, die Erneuerung des Dreibundes bis zum Ende des Krieges hinauszuschieben. Da ich aber andererseits annehmen darf, dass die baldige Erneuerung des Dreibundes auch in unserem Interesse gelegen ist, und dass es sich daher empfehlen dürfte, bald zu einer Verständigung über die Redaction dieses Zusatzprotocolles zu gelangen, habe ich meinerseits eine Formulierung ausgesonnen, welche mir ebenso dem italienischen principiellen Standpunkte wie unseren voraussichtlichen berechtigten Bedenken gegen die jetzige italienische Proposition Rechnung zu tragen scheint. Die betreffende Fassung, welche ich hiemit Eurer Excellenz hohen Erwägung zu unterbreiten mir gestatte, würde lauten: „Il est entendu que le statu quo visé par les Articles 9 et 10 du present traité, en ce qui concerne la Tripolitaine et la Cyrenaïque, est celui que les Cabinets de Berlin, de Vienne, de Londres, de Paris et de St. Pétersbourg auront expressément reconnu." Mérey.

[a]) Vgl. n. 3444, 3455. — [b]) Vgl. n. 3437. — [c]) Beilage zu 3437.

Nr. 3449. Erlaß an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 19. April 1912 Nr. 1593.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Streng vertraulich. Wie Euer Hochwohlgeboren aus der zu Ihrer streng vertraulichen Kenntnisnahme hier angeschlossenen Pièce[b]) entnehmen wollen, hat in der Frage der geplanten Aktion der italienischen Flotte eine weitere Aussprache zwischen mir und Herrn von Tschirschky stattgefunden, in deren Verlaufe konstatiert wurde, daß es am natürlichsten wäre, wenn Italien als Verbündeter sich mit uns diesbezüglich direkt ins Einvernehmen setzen würde. Das italienische Kabinett hat tatsächlich wenige Tage später die Konversation über dieses Thema, die seit den einschlägigen Unterredungen des Grafen Aehrenthal mit Herzog Avarna, das ist seit November v. J., geruht hatte, wieder aufgenommen. Diese Besprechungen, welche in der Form eines privaten Gedankenaustausches zwischen mir und dem hiesigen italienischen Botschafter stattfinden, haben bisher zu dem nachstehenden Ergebnis geführt: Ohne den von uns eingenommenen prinzipiellen Standpunkt zu verlassen und ohne einer konkreten militärischen oder maritimen Aktion Italiens meine vorgängige Zustimmung zu erteilen, habe ich mich doch insoferne den italienischen Wünschen gegenüber entgegenkommend verhalten, als ich die Zugehörigkeit der Inseln Rhodus, Karpathos und Stampalia zum Ägäischen Meer als diskutierbar bezeichnete und Herzog Avarna zu verstehen gab, daß wir gegen eine Aktion Italiens, die sich gegen diese Inseln richtet, wohl keinen Einspruch erheben würden. Gleichzeitig habe ich aber betont, daß wir im Falle einer solchen Aktion von Italien Garantien dafür erhalten müßten, daß eine eventuelle Besetzung selbst dieser Inseln bloß temporären Charakter tragen und das besetzte Gebiet nach Beendigung des Konfliktes an die Türkei restituiert werden würde. Hinsichtlich dieses Ansinnens, zu dem sich das italienische Kabinett übrigens nicht ablehnend verhält, sind die

Pourparlers noch nicht abgeschlossen. Schließlich habe ich in meiner letzten Unterredung mit Herzog Avarna auch darauf hingewiesen, daß mir gerade im gegenwärtigen Momente eine Aktion der italienischen Flotte nicht opportun erschiene. Nach den letzten Meldungen aus Konstantinopel habe die Pforte den auf eine Vermittlungsaktion abzielenden Schritt der Botschafter der fünf Großmächte nicht ungünstig aufgenommen und dem k. u. k. Botschafter eine Antwort für die allernächste Zeit in Aussicht gestellt. Meines Erachtens müsse aber erwartet werden, daß die Pforte durch eine Aktion, wie sie Italien jetzt im Auge habe, in eine gereizte Stimmung versetzt werden würde, die der eingeleiteten Friedensaktion gewiß nicht förderlich sein könnte. Euer Hochwohlgeboren wollen sich im Sinne der vorstehenden Ausführungen, die im übrigen zu Ihrer rein persönlichen Kenntnisnahme bestimmt sind, nur in dem Falle aussprechen, daß der Herr Reichskanzler oder Herr von Kiderlen Ihnen gegenüber auf die Sache zu sprechen kommt.

[a]) Vgl. n. 3447, 3450, 3524. — [b]) Vgl. n. 3415.

Nr. 3450. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 19. April 1912 Nr. 111 (eing. 20. April 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Mahmud Schefket Pascha, der mich soeben besucht hat, sagte mir, dass nach den bisher eingetroffenen Nachrichten die italienische Flotte sich von den Dardanellen zurückgezogen habe und nicht weiter in Aktion getreten sei. Der Kriegsminister glaubt, dass italienische Flotte überhaupt und namentlich nach den bei der gestrigen Beschiessung der am Eingange der Dardanellen gelegenen schwächeren Forts gemachten Erfahrungen nicht den Versuch machen dürfte, die Dardanellen zu forcieren. Gestern seien italienischerseits über zweihundertvierzig Schüsse abgegeben worden, ohne dass die Forts irgend einen namhafteren Schaden erlitten hätten. Mahmud Schefket Pascha meint, dass der Zweck der italienischen Aktion der gewesen sei, hier zu impressionieren und zu zeigen, dass Italien seitens der Grossmächte vollkommen freie Hand habe. Hiefür spräche auch der Angriff auf die unter dem Schutze der Mächte stehende Insel Samos. Andererseits glaubt der Kriegsminister, und diese Ansicht teile auch ich, dass die Beschiessung der Dardanellenforts den Zweck hatte, die Türken zur Sperre der Dardanellen zu veranlassen und auf diese Art die Grossmächte zu zwingen, auf die Pforte einzuwirken, damit dieselbe auf die jüngste Demarche eine möglichst entgegenkommende Antwort erteile. Den weiteren Auslassungen Mahmud Schefket Paschas konnte ich entnehmen, dass die Türkei auch jetzt fest entschlossen sei, nicht nachzugeben, es sei denn, dass ihr akzeptable Bedingungen gestellt würden. Hiebei spielte Mahmud Schefket Pascha auf die in meinem ergebensten Berichte Nr. 32 C vom 15. d. M. erwähnte Modalität an und sagte, dass die Pforte, wenn ein derartiger Vermittlungsvorschlag gemacht werden sollte, vielleicht ihren offiziellen Standpunkt bis zu einem gewissen Grade modifizieren könnte. Auf meine Frage, ob die Zeitungsnachrichten, nach welchen die Italiener aus Konstantinopel ausgewiesen wurden, richtig seien, antwortete der Kriegsminister, dass diesbezüglich noch kein Beschluss gefasst wurde. Ich machte Mahmud

Schefket Pascha darauf aufmerksam, dass eine solche Massnahme einen odiosen Charakter hätte, der Türkei aber keinerlei Nutzen brächte. Der Kriegsminister schien diese Ansicht zu teilen. Die Bevölkerung Konstantinopels ebenso wie die Regierung ist vollkommen ruhig. Das einzige, was die türkischen Staatsmänner zu präoccupieren scheint, ist die Frage, wie sich Russland verhalten werde. Man fürchtet augenscheinlich, dass zwischen Petersburg und Rom ein Geheimabkommen bestehe. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3449, 3453, 3499.

Nr. 3451. Tel. nach Belgrad, 20. April 1912 Nr. 10 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Nemes).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 20 vom 20. l. M. Nachdem der demonstrative Charakter, den der Besuch der Agramer Studenten unter den gegenwärtigen Umständen annehmen mußte, laut Euer Hochwohlgeboren Bericht Nr. 32 vom 6. l. M.[b] Herrn Milovanovics klar sein mußte, hat mich der offizielle Empfang, der durch das Auftreten des Königs noch besonders hervorgehoben wurde, im höchsten Grade befremdet. Ich nehme an, daß Euer Hochwohlgeboren sich durch Herrn Milovanovics vergewissert haben, daß sich der Hof und die serbischen Behörden im weiteren Verlaufe des Studentenbesuches die gebotene Reserve auferlegen werden. Euer Hochwohlgeboren wollen für alle Fälle dem Minister des Äußern gegenüber den peinlichen Eindruck hervorheben, den die von Euer Hochwohlgeboren gemeldeten Vorfälle hier hervorgerufen haben. Ich sehe einer weiteren telegraphischen Berichterstattung im Gegenstande entgegen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 3419, 3452, 3456, 5457, zweite Beilage von n. 3621, Beilage zu n. 10654 Anm. d. — [b] Mit Bericht Nr. 32 vom 6. April 1912 (eing. 10. April) wurde von Ugron gemeldet, daß er aus Besorgnis eventueller monarchiefeindlicher Demonstrationen beim Massenbesuche der Agramer Hochschüler in Belgrad sich zum Minister des Äußern Milovanović begeben und ihn ersucht habe, Vorkehrungen zu treffen, damit es nicht zu unliebsamen Incidenzfällen komme. Dieser erwiderte, er hätte es auch lieber gesehen, wenn der Besuch der Agramer Studenten hinausgeschoben würde. Es sei aber zu spät gewesen, den Besuch zu verschieben, ohne nicht Anlaß zu allerlei Angriffen und Kommentaren in der Presse zu geben.

Nr. 3452. Tel. aus Belgrad, 20. April 1912 Nr. 20 (eing. 3 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Agramer Studenten gestern angekommen. Am Bahnhofe feierlicher Empfang mit Militärmusik. Als Zug am königlichen Palais vorbeiging, erschien König mit Prinz Paul auf dem Balkon und wurde lebhaft akklamiert. Führer der Studenten küsste vor ihm serbische Fahne. Stadt beflaggt. Bis jetzt keine Ausschreitungen. Ugron.

[a] Vgl. n. 3451, 3457, 3560.

Nr. 3453. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 20. April 1912 Nr. 89 (eing. 11 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Unterstaatssekretär, den ich soeben sprechen konnte, sagte mir, von Baron Marschall liege nur eine telegrafische Meldung vor, wonach Assim

Bey ihm, wie den anderen Botschaftern, die Mitteilung von dem italienischen Angriff auf die Dardanellenforts, sowie dem Bombardement von Samos mit den inzwischen offiziell veröffentlichten Details gemacht hätte; türkischer Minister des Äussern gab daran anschliessend bekannt, dass die Dardanellen nunmehr für den Handel gesperrt seien. Geheim. Unterstaatssekretär äusserte sich mir gegenüber sehr ärgerlich über das Vorgehen der italienischen Flotte und meinte, nachdem die Italiener nun vor hätten, einige kleinasiatische Inseln zu besetzen, erscheine ihm der gegenwärtige Angriff auf die Dardanellen ganz unverständlich, es sei ihm nicht klar, was damit bezweckt. Flotow.

[a]) Vgl. n. 3450, 3454, 3461.

Nr. 3454. Tel. aus London, 20. April 1912 Nr. 25 (eing. 21. April 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Italienische Aktion vor Dardanellen wird hier ungünstig beurteilt als ungeschickt, inopportun und nicht geeignet, Türkei zu impressionieren. Unterstaatssekretär sagte mir, in hiesigen kommerziellen Kreisen sei man durch Schliessung der Meerengen sehr unangenehm berührt und das Foreign Office erhalte zahlreiche Anfragen aus Handels- und Schiffahrtskreisen. Im Schwarzen Meere sollen hundertfünfzig englische Schiffe sein und Cerealien im Werte von zehn Millionen Pfund Sterling, welche auf Verschiffung warten. Sir A. Nicolson hat von Petersburg noch nichts gehört, wie man dort Situation auffasse. Er hofft, dass türkische Regierung es ermöglichen wird, Durchfahrt wieder zu eröffnen, doch könne man Türkei nicht verbieten, Vorsichts- und Verteidigungsmassregeln zu ergreifen. Über italienische Aktion sprach er sich recht abfällig aus. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3453, 3455, 3465.

Nr. 3455. Tel. nach Rom, 20. April 1912 Nr. 75 (chiffr. 5. U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Streng vertraulich. Gelegentlich des Diplomatenempfanges am 17. d. Mts.[b]) habe ich eine neuerliche Aussprache über eine eventuelle Ausdehnung der italienischen Flottenoperationen mit Herzog Avarna gehabt, welcher sich diesmal auf einen Auftrag Marquis di San Giulianos berief. Der italienische Botschafter hat allerdings bei diesem Anlasse neuerlich betont, dass Italien an dem schon zu wiederholten Malen enuncierten Standpunkte festhalte, dass es sich — von den türkischen Küsten des Adriatischen und Jonischen Meeres abgesehen — volle Aktionsfreiheit reserviere. Jedoch war der Umstand, dass die unserem Bundesverhältnisse entsprechend durchaus freundschaftliche Konversation sich vornehmlich um die Frage der Okkupation der Inseln Rhodus, Karpathos und Stampaglia und der uns zu gebenden Garantien für den temporären Charakter dieser Besetzungen bewegte, geeignet, bei mir den Eindruck hervorzurufen, dass italienische Flottenoperationen in der allernächsten Zeit nur in jenen Gewässern zu erwarten seien, welche die obbezeichneten Inseln umspülen. Dieser Eindruck konnte durch eine Bemerkung Herzog Avarnas nur verstärkt werden,

die dahin gieng, die italienische Flotte werde mit Einbruch der dem Waffenschmuggel günstigeren warmen Jahreszeit möglicherweise genötigt sein, ihre Operationen auch in nördlichere Teile des aegaeischen Meeres auszudehnen und würde Marquis di San Giuliano die Frage einer allenfalls notwendig erscheinenden Besetzung einer nördlich gelegeneren Insel jedenfalls vorher noch mit mir erörtern. Umso grösseres Befremden musste somit die Nachricht bei mir hervorrufen, dass bereits an dem der Unterredung folgenden Tage italienische Kriegsschiffe vor dem Dardanelleneingang erschienen und auch die am europäischen Ufer gelegenen Befestigungen beschossen. Da die jüngsten italienischen Flottenaktionen bisher keine Rückwirkung auf den Balkan ausgeübt haben, auch von einer Veränderung des status quo auf den Küsten und Inseln des aegaeischen Meeres nicht die Rede sein kann und mir weiters von einem einer der oesterreichischen oder ungarischen Kolonien direkte zugefügten Schaden nichts gemeldet wurde, habe ich auch nicht die Absicht, der italienischen Regierung gegenüber mit Remonstrationen hervorzutreten. Indessen würde ich Wert darauf legen, dass Euer Exzellenz Marquis di San Giuliano gegenüber mein Befremden darüber zum Ausdruck bringen, dass die Ausdehnung der italienischen Flottenoperationen bis an den Dardanelleneingang in einem Augenblicke erfolgte, wo Herzog Avarna mir auftragsgemäss über geplante Aktionen im südlichsten Teile des aegaeischen Meeres sprach. Auch wollen Euer Exzellenz, gegenüber der von Herzog Avarna auftragsgemäss neuerlich betonten Wahrung der Aktionsfreiheit Italiens darauf hinweisen, dass ich die ernstesten Besorgnisse hege, eine Ausdehnung der kriegerischen Operationen im Archipel könnte zu schwerwiegenden Komplikationen am Balkan führen, weshalb auch ich, meinerseits, von dem von meinem Vorgänger eingenommenen diesbezüglichen Standpunkte nicht abzugehen vermöchte und Italien die volle Verantwortung für eventuelle Folgen überlassen müsste. Schliesslich ersuche ich Hochdieselben noch zu erwähnen, dass die Wahl des Zeitpunktes für die Aktion der italienischen Flotte im aegaeischen Meere unmittelbar nach der Vermittlungsdemarche der Mächte in Constantinopel mich überrascht hat und mir nicht geeignet erscheint, auf den Erfolg derselben günstig einzuwirken. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3448, 3454, 3458, 3469, 3491, 3508. — [b]) Vgl. n. 3447.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 20. April 1912. Siehe n. 3461.

Nr. 3456. Tel. aus Belgrad, 21. April 1912 Nr. 21 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 10. Herr Milovanović war gestern wegen der Wahlen in der Provinz, deshalb konnte ich ihn erst heute sprechen. Ich habe ihm in sehr ernster Form unser Befremden über den vorgestrigen Empfang ausgedrückt und erwähnt, dass derselbe sehr peinlichen Eindruck in Wien gemacht hat. Er drückte sein tiefstes Bedauern aus und versicherte mich, die Regierung habe alles versucht, um unliebsame Zwischenfälle hintanzuhalten. Sie hätte alles aufgeboten, um Demonstrationen zu ver-

hindern und die Jugend zu beruhigen. Bezüglich der Militärmusik erklärte er, dass dies den hiesigen Gepflogenheiten bei ähnlichen Anlässen entspricht und darin nichts Besonderes erblickt werden kann. Das Erscheinen des Königs mit dem Prinzen erklärt er durch Zufall, da der König nur der Akklamation Folge gebend auf dem Balkon erschienen war. Er soll selbst peinlich überrascht gewesen sein, als er bemerkte, zu welcher Demonstration sein Erscheinen Anlass gegeben hat. Tatsächlich blieb er nahezu zehn Minuten auf dem Balkon. Herr Milovanović versicherte mich, dass Regierung und Hof in der Folge die weitgehendste Reserve beobachten würden und dass er schon Befehl nach Kragujewatz, Semendria und Schabatz, welche Orte die Studenten noch besuchen werden, hat ergehen lassen, damit nirgends unliebsame Demonstrationen stattfinden. Gestern hatte ich lange Aussprache mit zwei Agramer Universitätsprofessoren, die die Studenten begleiten. Bis jetzt haben keine weiteren ärgerlichen Incidenzfälle stattgefunden. Dienstag Abreise nach Kragujewatz. Ugron.

[a]) Vgl. n. 3457, 3463.

Nr. 3457. Bericht aus Belgrad, 21. April 1912 Nr. 38 (eing. 23. April.).[a]) *Ausfert.*

Streng vertraulich. Im Nachhange zu meiner gestrigen respektive heutigen Depesche Nr. 20 und 21 beehre ich mich Euer Exzellenz ergebenst zu berichten, daß circa 150 Agramer Universitätsstudenten vorgestern hier angekommen sind. Zum feierlichen Empfange am Bahnhof waren die ganze Belgrader Studentenschaft, die Sokol- und Gesangsvereine etc. etc. mit ihren Fahnen und zahlreiche Zuschauer erschienen. Die Zahl des schaulustigen Publikums wird von den Zeitungen auf 10.000 geschätzt, in Wirklichkeit dürften 2—3000 anwesend gewesen sein. Bei der Einfahrt des Zuges spielte zuerst eine Militärkapelle die kroatische Hymne, darauf sangen die Gesangsvereine patriotische Lieder. Auf eine begeisterte Ansprache des Belgrader Studenten Saša Pelivanović antwortete der Führer der Kroaten, der Präsident des Agramer Universitätsvereines Janko Boričević mit einer leidenschaftlichen Rede. Zum Schlusse küsste er die serbische Fahne, die er in seiner Rechten hielt. Beide Reden wurden wiederholt durch begeisterte Zwischenrufe „Hoch Kroatien, nieder mit Österreich, nieder mit Ungarn“ unterbrochen. Darauf setzte sich der ganze Zug mit der Militärmusik an der Spitze und unter Vorantragung zahlreicher Fahnen — unter denen man auch die zu diesem Anlasse kombinierte serbo-kroatische Flagge sah — in Bewegung und kam auf langen Umwegen vor das königliche Palais, wo man stehen blieb und so lange Živio rief, bis der König mit dem Kronprinzen Alexander und dem Prinzen Paul auf einem Balkon des ersten Stockwerkes erschien und mit freundlichem Kopfnicken sich für die Manifestation bedankte. Während man früher auch Ausrufe „Es lebe die slavische Republik“ hörte, wurden jetzt vereinzelte Rufe „Es lebe der südslavische König“ hörbar. Wieder küsste der Führer Janko Boričević mit einer theatralischen Geste die serbische Fahne. Der König blieb mit den Prinzen circa 10 Minuten auf dem Balkon; als er sich zurückzog, setzte

sich der Zug wieder in Bewegung und löste sich bald in vollster Ordnung auf. Der gestrige und der heutige Tag verliefen ganz ruhig. Die Gäste haben auf der hiesigen bürgerlichen Schießstätte einem Festschießen beigewohnt und auch die Militärakademie besucht, wo ihnen ein sehr herzlicher Empfang bereitet wurde. Gestern war im Theater eine Galavorstellung, doch auch dort kam es zu keiner Demonstration. Morgen sollen verschiedene Fabriken besucht werden, und Dienstag wird die Reise nach Kragujevać, Mittwoch nach Semendria und Donnerstag nach Schabatz fortgesetzt. Wie mir Herr Milovanović mitgeteilt hat, haben die Studenten ein grosses öffentliches Meeting abhalten wollen, was ihnen nicht gestattet wurde. Auch eine Bitte um Audienz soll vom König abschlägig beantwortet worden sein. Wie ich höre, sollen in der Aula der Universität, allerdings bei geschlossenen Türen und mit Ausschluß der Öffentlichkeit, Reden gehalten worden sein, in denen man in der allerheftigsten Weise über die Monarchie loszog. Aber öffentlich — mit Ausnahme der beim Empfange telegrafisch gemeldeten Vorgänge — hat bis jetzt der Besuch einen ruhigen und ganz anständigen Verlauf genommen. Damit sich aber die Vorkommnisse des ersten Tages nicht wiederholen, wollte ich schon gestern mit Herrn Milovanović eine ernste Aussprache haben, da er aber wegen der heutigen Stichwahlen auf kurze Zeit verreist war, konnte ich ihn erst heute sehen. Inzwischen habe ich auch Euer Exzellenz hohes Telegramm Nr. 10 erhalten, und so konnte ich ihm gleichzeitig auch mitteilen, welch' peinlichen Eindruck die Vorfälle beim vorgestrigen Empfang in Wien hervorgerufen haben. Wie immer in solchen Fällen, wusch Herr Milovanović seine Hände in Unschuld. Er sei ganz verzweifelt über die Vorkommnisse; man dürfe die Schreier, die „Abzug mit Österreich" und „Abzug mit Ungarn" oder „Hoch der südslavische König" gerufen haben, nicht ernst nehmen; das sind vereinzelte, unverantwortliche Individuen, die aber keinesfalls die Volksstimmung repräsentieren. Worauf ich bemerkt habe, dass es aber besonders unangenehm berühren muss, daß bei einer Gelegenheit, wo solche Ausrufe laut werden, die serbische Militärmusik dazu gleichsam den Tusch spielt. Herr Milovanović meint, dass das Heranziehen der Militärmusik bei ähnlichen Anlässen den hiesigen Gewohnheiten entspreche und häufig vorkomme. Wie ich mich informieren liess, hat die Militärmusik hier allerdings nicht jene Bedeutung wie bei uns; bei ähnlichen feierlichen Empfängen bedeutet sie immerhin eine besondere Aufmerksamkeit, ist aber nichts Außergewöhnliches. Besonders unangenehm scheint den Herrn Ministerpräsidenten die Anwesenheit der königlichen Familie auf dem Balkon berührt zu haben. Er wollte sie dem Zufall zuschreiben und behauptete, dass der König durch das laute Živiorufen hinausgelockt wurde, ohne die Bedeutung seiner Handlung zu überlegen und selbst sehr frappiert war, als er sah, welchen Enthusiasmus sein Erscheinen hervorgerufen hat. In diesem Punkte muss ich gestehen, dass ich der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten nicht vollen Glauben schenken kann. Ich glaube, dass das Erscheinen des Königs im Programm war, umsomehr, weil er die angesuchte Audienz verweigert hat. Allerdings ist es möglich, dass die Regierung selbst dem Auftreten des Königs keine größere Bedeutung beigelegt hat,

was nicht unwahrscheinlich ist, wenn man bedenkt, welche unbedeutende Rolle derselbe hier spielt. Herr Milovanović hat seine ganze Überredungskunst aufgeboten, um mich zu überzeugen, dass die Regierung nicht nur keine Demonstration gegen uns hervorrufen wollte, dass sie vielmehr tief bedauert, wenn die Vorgänge auf uns diesen Eindruck machen können. Er bat mich Euer Exzellenz hievon zu versichern. Er teilte mir auch mit, dass er gleich, nachdem die Details des vorgestrigen Empfanges ihm bekanntgeworden sind, schon aus eigener Initiative Instruktionen erteilt hat, daß alles vermieden werden soll, was zu Demonstrationen Anlaß geben könnte. Er hat in dieser Beziehung auch nach Kragujevac, Semendria und Schabatz telegrafieren lassen. Er befürchte ganz besonders, dass die Bevölkerung im letztgenannten Orte sich zu unüberlegten Demonstrationen wird hergeben wollen. Gleichzeitig mit den Agramer Studenten sind auch 2 Universitätsprofessoren, Rector Dr. Heinz und Dr. Miler, hergekommen; sie nehmen nicht an der Excursion selbst teil, sind aber von der kroatischen Regierung beauftragt, quasi als Kontrollorgane die Reise mit zu machen. Sie haben vorgestern ihre Karten bei mir abgegeben. Ich liess sie darauf gestern zu mir bitten und hatte eine lange, ganz befriedigende Aussprache mit ihnen. Sie versprachen mir, die Jugend in beruhigendem Sinne zu beeinflussen und sie von allen unüberlegten Handlungen abzuhalten. ... *Pressestimmen.* ... Ugron.

[a]) Vgl. n. 3452, 3463, 3464.

Nr. 3458. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 21. April 1912.[a]) Konz. (S. Berchtold; G. Szápáry).

Der deutsche Botschafter hat am Samstag den 20. und Sonntag den 21. von Berlin erhaltene Weisungen bei mir verdolmetscht, welche die jüngste italienische Flottendemonstration vor den Dardanellen zum Gegenstande hatten. Die erste dieser Weisungen ging von dem in Berlin verbreiteten Gerüchte aus, wir hätten einen Protest gegen die fragliche Operation in Rom erhoben. Herr von Tschirschky habe den Auftrag erhalten, anzufragen, ob diese Nachricht den Tatsachen entspreche, gleichzeitig auf den hohen Wert hinzuweisen, den die Deutsche Regierung darauf lege, daß diese Angelegenheit zu keinen tiefgehenden Weiterungen zwischen uns und Italien führe. In meiner Erwiderung konnte ich dem deutschen Botschafter die beruhigende Mitteilung machen, daß kein Protest von hier nach Rom gegangen und die Einlegung eines solchen nicht beabsichtigt sei. Gleichzeitig mußte ich aber auch auf das Unpassende, Inopportune und Zwecklose der fraglichen italienischen Aktion verweisen und die Erwartung aussprechen, daß sich dieselbe nicht wiederholen werde. In der zweiten von Berlin an Herrn von Tschirschky ergangenen Weisung wurde eine Unterredung des deutschen Botschafters in Rom mit dem Marchese San Giuliano wiedergegeben, in deren Verlaufe der italienische Minister-Präsident ausführte, die italienische Eskader habe den strikten Befehl erhalten, weder auf die türkischen Forts zu schießen noch die Meerengen zu forcieren. Auch seien die Schiffe unverrichteter Dinge wieder nach

Italien zurückdirigiert worden. Ursache hievon wäre unser Widerstand gegen eine solche Aktion gewesen, da dies der einzige Wiederstand sei, den Italien ernst nehme. Selbst Englands Protestkundgebungen lege man in Rom keine andere als platonische Bedeutung bei. Wie Herr von Tschirschky bei dieser Gelegenheit neuerlich betonte, bedauere man in Berlin aufs lebhafteste die zutage tretenden österreichisch-ungarisch-italienischen Differenzen, welche geeignet erscheinen, in weiterer Folge auch die Kabinette von Berlin und Rom einander zu entfremden. Ich entgegnete dem deutschen Botschafter, daß diese Meldung Herrn von Jagows mir insoferne Recht gebe, als ich stets in die behauptete Gewißheit von Englands Abwehr einer eventuellen Forcierung der Dardanellen durch die italienische Flotte Zweifel setzte. Im übrigen schiene es nun an Italien zu liegen, nicht mehr in den begangenen Fehler zurückzufallen. Wir würden gewiß nichts anderes wünschen, als daß es zu keinen Weiterungen zwischen uns und Italien kommen möge.

[a]) Vgl. n. 3455, 3459, 3460.

Nr. 3459. Tel. aus Bukarest, 21. April 1912 Nr. 23 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Eben erschien der Minister des Äussern bei mir und ersuchte mich im Auftrage des gestern nach Sinaia abgereisten Königs, mit der Bitte an Euer Exzellenz heranzutreten, Höchstdenselben, wenn möglich über Dero Auffassung der durch die letzte italienische Flottenaktion geschaffenen Situation Aufklärungen zukommen lassen zu wollen. Seine Majestät, der eine vorher stattgehabte Verständigung Italiens mit Russland und England für möglich hält, erblickt in dem italienischen Vorgehen nicht nur eine äusserst ernste Schädigung rumänischer Interessen sondern auch den eventuellen Anstoss zu bedrohlichen Komplikationen am Balkan. König Karl würde eine Orientierung über die Auffassung und künftige Haltung der k. u. k. Regierung mit Interesse und Dank begrüssen, um sich dieselbe als Direktive zu nehmen. Seine Majestät richtete ein ähnliches Ersuchen nach Berlin. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 3458, 3460, 3471.

Nr. 3460. Tel. aus Bukarest, 21. April 1912 Nr. 24 (eing. 4 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu hieramtlichem Telegramm Nr. 23. Gestrige[b]) im höchsten Auftrage erfolgte Demarche Herrn Majorescos erweckt bei meinem deutschen Kollegen und mir den Eindruck, dass man hier an leitender Stelle hauptsächlich darüber eine Direktive wünscht, wie das Verhalten Rumäniens gegenüber einem eventuellen aktiven Vorgehen Russlands in der Dardanellenfrage geregelt werden soll, sowohl für den Fall, als die russische Regierung gegen die italienische Aktion protestiert als auch für die Eventualität eines gemeinsamen Handelns genannter Mächte. Mangels einer Direktive seitens der beiden Zentralmächte könnte befürchtet

werden, dass die rumänische Regierung bei ihrer grossen Interessengemeinschaft mit Russland für freie oder ungehinderte Dardanellen-Durchfahrt bei letzterem Rat oder Anlehnung suchen würde. Deutscher Gesandter berichtet ähnlich nach Berlin. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 3458, 3461, 3471. — [b]) Amtsvermerk: sic!

Nr. 3461. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 21. April 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Herzog Avarna hat mich gestern aufgesucht und mir über Auftrag seiner Regierung nachstehende Aufklärungen über die jüngste italienische Flottenoperation im Ägäischen Meere gegeben. Die italienische Eskader habe nicht den Auftrag gehabt, eine Aktion gegen die Dardanellen zu unternehmen, sondern lediglich eine kurze Kreuzung auszuführen, mit welcher folgende Zwecke erreicht werden sollten. Vor allem sollte der Türkei klar vor Augen geführt werden, daß Italien in seiner Aktionsfreiheit nicht beschränkt und die Türkei somit auch in diesen Gewässern gegen italienische Angriffe nicht geschützt sei. Zugleich sollte der Türkei die Superiorität der italienischen Flotte gezeigt werden. Weiters sollte die Türkei die mit einem Kriege verbundene Beängstigung und Unruhe zu fühlen bekommen. Die italienische Regierung habe auch auf den aus allen Häfen des Reiches nach Lybien stattfindenden Waffenschmuggel einschüchternd und desorganisierend einwirken wollen. Schließlich hätte man versucht, die türkische Flotte aus ihrem Zufluchtsort herauszulocken, um dieselbe zu zerstören oder aber der Bevölkerung zu beweisen, daß sie den sicheren Schutz zu verlassen sich nicht getraue. Nachdem die italienische Flotte ihre obskizzierte Aufgabe erfüllt hat, sei sie wieder nach Italien zurückgekehrt. Die Beschießung der Dardanellenforts sei nicht vorgesehen gewesen und wäre auch nicht erfolgt, wenn die Flotte nicht, von den Forts beschossen, das Feuer hätte erwidern müssen. Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß die besprochene italienische Flottenoperation hier einen sehr üblen Eindruck hervorgerufen habe. Die von ihm angeführten Gründe für deren Notwendigkeit könne ich nicht als stichhältig ansehen. Es werde in der Türkei wohl niemand an der Aktionsfreiheit Italiens gezweifelt haben und die Behauptung, daß es notwendig gewesen sei, die Türkei von der Minderwertigkeit ihrer Flotte gegenüber der italienischen zu überzeugen, scheine mir vollends jeder ernsten Grundlage zu entbehren. Ich machte Herzog Avarna auch auf den Umstand aufmerksam, daß wohl unmöglich angenommen werden konnte, das Erscheinen der italienischen Flotte vor dem Dardanelleneingange würde eine andere Wirkung haben, als deren Beschießung seitens der türkischen Forts zu provozieren. Unter solchen Umständen könne ich auch die Bezeichnung der fraglichen Aktion als eine „kurze Kreuzung" nicht zutreffend finden. Meiner Ansicht nach sei die Demonstration zwecklos gewesen, weil sie auf die Pforte keinen Eindruck gemacht habe, ich müsse sie aber weiters auch als inopportun bezeichnen, weil sie nur geeignet war, die Empfindlichkeit der neutralen Mächte wachzurufen. Was speziell den Eindruck in der Monarchie, sowohl bei der

Regierung als in der öffentlichen Meinung, anbelangt, so sei die Rückwirkung eine für unsere Beziehungen zu Italien durchaus nicht glückliche gewesen. Es habe das Wiener Kabinett speziell peinlich berührt, daß die Flottenaktion eben zu einer Zeit ausgeführt wurde, wo wir in einen freundschaftlichen Gedankenaustausch eingetreten waren und auf Grund seiner — Avarnas — Erklärungen annehmen mußten, daß eine eventuelle maritime Operation vorläufig auf die am südlichen Eingange des Ägäischen Meeres gelegenen Inseln beschränkt bleiben würde. Ich müsse, um künftigen Mißverständnissen vorzubeugen, unseren Standpunkt dahin präzisieren, daß wir — falls die italienische Regierung sich in der Zukunft über unsere Bedenken hinwegsetzen sollte — gezwungen wären, uns die Freiheit unserer Entschließungen vorzubehalten. Der italienische Botschafter nahm hievon Akt und versprach, meine Ausführungen tel quel seiner Regierung mitzuteilen. Im weiteren Verlaufe der Unterredung verdolmetschte mir Herzog Avarna den Wunsch seiner Regierung, meinem Begehren nach einer Sicherstellung des temporären Charakters der Besetzung der von mir bezeichneten drei Inseln Rechnung tragen zu wollen. Marquis di San Giuliano sei bereit, mir jede gewünschte Zusicherung zu geben, daß die in Rede stehende Besetzung mit Einstellung der Feindseligkeiten ihr Ende erreichen werde; er lege jedoch Wert darauf, daß der geheime Charakter dieser Zusicherung gewahrt bleibe, da seiner Ansicht nach nur in diesem Falle der mit der Besetzung bezweckte Eindruck auf die Pforte erzielt werden könnte. Auf meinen Einwand, daß mir die absolute Geheimhaltung der erhaltenen Zusicherung diese wertlos machen würde, daß sich aber vielleicht eine Formulierung finden ließe, die vor unserer Öffentlichkeit die Erhaltung des status quo außer Zweifel setzen würde, ohne einen ausdrücklichen Hinweis auf die erhaltene Zusicherung notwendig zu machen, versprach mir Herzog Avarna diesbezüglich seiner Regierung Meldung zu erstatten.

[a]) Vgl. n. 3453, 3460, 3462, 3465, 3567 Anm. d.

Nr. 3462. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 21. April 1912 Nr. 71 (eing. 22. April 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Ich erstattete heute Herrn Kokowzow wie üblich meinen Besuch. Im Laufe desselben kam Ministerpräsident aus eigenem Antriebe auf Matin-Nachricht, nach welcher russische Flotte nach dem Bosporus abgehen würde, und überhaupt auf angeblich russisch-italienische Kooperation zu sprechen. Herr Kokowzow war empört, dass man Russland, welches Initiative zur Beilegung italienisch-türkischen Krieges in loyaler Weise ergriffen, solche Absichten imputiere. Ministerpräsident betrachtet Inzident bei Dardanellen als blosse, vielleicht aus innerpolitischen Gründen erfolgte Manifestation, ist aber für Zukunft wegen möglicher Überraschungen besorgt, wenn er auch Situation jetzt weniger pessimistisch als früher beurteilt und Erhaltung der Ruhe am Balkan hofft. „Hauptsache sei, dass Österreich-Ungarn und Russland eines Sinnes seien, was mehrmals wiederholt worden." Vorgehen Italiens bezeichnet er als unglaublich und zwecklos, wenn man nicht annehmen wolle, dass Zweck der italienischen Regierung

sei, der ganzen Welt zu zeigen, wie wenig sie sich um diese Welt kümmere. Es würde aber doch vielleicht Moment kommen, wo Europa satt haben würde, von Italien fortwährend in Aufregung gehalten zu werden. Ministerpräsident sagte, russischer Handel (leide)[b] am meisten durch Sperrung der Dardanellen, man werde darauf insistieren müssen, dass diese Massnahme aufgehoben werde. Szilassy.

[a] Vgl. n. 3461, 3483. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 3463. Tel. aus Belgrad, 22. April 1912 Nr. 23 (eing. 7 U. p. m.).[a] Entziff.

Gestern fand ein Schauturnen des Sokol-Vereines statt, dem die Agramer Studenten programmässig beigewohnt haben. Auch Kronprinz Alexander war anwesend. Ich hatte diesbezüglich heute lange und ernste Aussprache mit Herrn Milovanović, der gestern kurz vor dem Schauturnen die Versicherung abgegeben hatte, die Regierung und der Hof würden sich die weitgehendste Reserve auferlegen. Er entschuldigte sich, dass er gestern keine Zeit mehr hatte, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Schauturnen hatte übrigens ruhigen, normalen Verlauf ohne irgend welche Demonstration. Ugron.

[a] Vgl. n. 3456, 3457, 3464.

Nr. 3464. Bericht aus Belgrad, 22. April 1912 Nr. 39 (eing. 24. April).[a] Ausfert.

Vertraulich. Im Nachhange zu meinem ergebenen Berichte Nr. 38 und mit Bezug auf meine heutige Depesche Nr. 23 beehre ich mich Euer Excellenz gehorsamst zu melden, dass ich nicht wenig überrascht war, als mir heute gemeldet wurde, Kronprinz Alexander habe gestern einem vom hiesigen Sokolverein veranstalteten Schauturnen, zu dem die Agramer Studenten programmässig eingeladen waren, beigewohnt. Kaum 3 Stunden früher hat mir der Herr Ministerpräsident ganz kategorisch erklärt, er werde dafür sorgen, dass der Hof und die Regierung den Agramer Gästen gegenüber aus der gebotenen Reserve nicht hervortreten. Ich habe ihn auch heute sofort aufgesucht und meinem grössten Befremden Ausdruck gegeben, dass er sein Versprechen nicht gehalten hat. Herr Milovanović entschuldigte sich mit der Kürze der Zeit, da er keine Möglichkeit mehr gehabt hätte, den Hof von meinem gestrigen Schritte zu verständigen. Übrigens fügte er hinzu, die Anwesenheit des Kronprinzen könne gar nicht als eine gegen uns gerichtete Demonstration aufgefasst werden, da derselbe den Sokolvereinen das grösste Interesse entgegenbringt und sehr häufig ihrem Schauturnen beiwohnt. Es hätte sich auch gestern dabei gar nichts ereignet, was als eine Demonstration gegen uns hätte aufgefasst werden können, was mir allerdings auch von anderer Seite bestätigt wird. Ich erwiderte ihm, dass es blos einem glücklichen Zufall zuzuschreiben sei, dass dieser Anlass von der seit 3 Tagen durch die serbo-kroatische Verbrüderung berauschten Jugend nicht benützt wurde, um ihrem Unmut Ungarn gegenüber lauten Ausdruck zu geben. Da dies sehr leicht möglich gewesen wäre, war jedenfalls der Platz des zukünftigen Königs von Serbien nicht dort, was Herr Milovanović selbst ganz offen zugab. Ich fügte hinzu, dass, nachdem der ganze

Besuch den Charakter einer Manifestation gegen die Monarchie angenommen hat, die blosse Anwesenheit eines Mitgliedes der königlichen Familie als eine Sympathiekundgebung des Hofes mit dieser Strömung angesehen werden kann, was unser Befremden hervorrufen muss. Herr Milovanović wollte dies entschieden in Abrede stellen und suchte den Nachweis zu erbringen, dass der Besuch schon lange, bevor die Verfassungsgarantien in Kroatien suspendiert worden sind, geplant wurde und nur den Charakter eines Verbrüderungsfestes zwischen der Agramer und Belgrader Universitätsjugend haben sollte, wobei die Stellung zu Ungarn eigentlich gar keine Rolle gespielt hat. Dies war ursprünglich tatsächlich der Fall; nachher aber — wie ich es dem Herrn Ministerpräsidenten sagte — nahm der Besuch einen ganz anderen Charakter an und stellte sich als eine grosse Manifestation gegen die Monarchie, speziell gegen Ungarn dar. Das wenigste also, was wir von der Regierung und vom Hof erwarten konnten, war ein absolut passives Verhalten. Dass die serbische Regierung der allgemeinen Stimmung, angesichts der im Zuge befindlichen Wahlen, Rechnung tragen wollte, ist für uns keine Entschuldigung, und noch viel bedauerlicher ist es, wenn der Hof seine Popularität auf unsere Unkosten vermehren will. Beides wurde von Herrn Milovanović auf das Entschiedenste in Abrede gestellt, und doch glaube ich ist in diesem Umstande die einzige Erklärung ihres Verhaltens zu suchen. Übrigens muss ich mit Nachdruck hervorheben, dass die Agramer Studenten sich von allen lauten, unerfreulichen Manifestationen fern gehalten haben und mir ihrerseits kein Faktum, worüber ich Klage führen müsste, bis jetzt bekannt geworden ist. Hätten nicht die Umstände diesem Besuche einen besonderen Charakter gegeben, und würde derselbe nicht in seinem Wesen als eine Demonstration gegen Ungarn aufgefasst werden müssen, so hätten wir auch gegen das Verhalten des Hofes und der Regierung eigentlich keine Einwendung erheben können, und würde der den Agramer Studenten bereitete Empfang und die Aufführung der letzteren, mit Ausnahme einzelner, im Überschwunge der Begeisterung ausgebrachten Redewendungen — zu keinerlei Klage Anlass geben können. Wie aber die Verhältnisse liegen, hätten wir von der serbischen Regierung wohl verlangen können, etwas zur Dämpfung der künstlich aufgebauschten Begeisterung der Gasse beizutragen, was ich Herrn Milovanović ganz offen gesagt habe. Ugron.

a) Vgl. n. 3466.

Nr. 3465. Tel. nach Berlin Nr. 54 (1), St. Petersburg Nr. 53 (2), London Nr. 25 (3) und Paris Nr. 41 (4), 22. April 1912 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1.—4. Herzog Avarna hat mich am 20. d. M. aufgesucht, ... *im Wesentlichen wie n. 3461 bis „die Empfindlichkeit der neutralen Mächte wachzurufen“* ... Ich habe den Eindruck, daß es sich bei der fraglichen Flottenoperation um eine auf innerpolitische Gründe zurückzuführende Manifestation gehandelt habe und lege derselben umso weniger Bedeutung bei, als dieselbe bisher keine Rückwirkung auf den Balkan ausgeübt hat. Indessen schien es mir im Interesse des Weltfriedens nützlich, die italienische

Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß eine Ausdehnung der kriegerischen Operationen im Archipel zu schwerwiegenden Komplikationen am Balkan führen könnte. Was die Schließung der Dardanellen anbelangt, so muß ich diese Maßnahme vom Standpunkte unserer kommerziellen Interessen als sehr beklagenswert bezeichnen, doch kann es — meiner Ansicht nach — der Türkei nicht verboten werden, zum Schutze der Hauptstadt Vorsichts- und Verteidigungsmaßregeln zu ergreifen.

1. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information und ausschließlicher Mitteilung an den Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär.

2. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren rein persönlicher Information und nur insoferne zur Regelung Ihrer Sprache Herrn Sazonow gegenüber, als meine Anschauungen mit jenen Herrn Kokowzews (vide Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 71 vom 21. d. M.) übereinstimmen.

3. Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein vertraulicher Information. Euer Exzellenz wollen Sir E. Grey beziehungsweise Sir A. Nicolson gegenüber erwähnen, daß sich meine Anschauungen mit der im zweiten Alinea Hochderen Telegrammes Nr. 25 vom 20. l. M. einberichteten Äußerung des Unterstaatssekretärs deckt.

4. Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information. Euer Exzellenz sind ermächtigt Herrn Poincaré gegenüber zu bemerken, daß unsere Auffassung mit der des Londoner Kabinettes darin übereinstimmt, daß die Türkei an der Ergreifung von Vorsichts- und Verteidigungsmaßregeln zum Schutze der Hauptstadt nicht gehindert werden könne.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3454, 3467, 3477, 3488 Anm. b.

Nr. 3466. Tel. aus Belgrad, 23. April 1912 Nr. 24 (eing. 3 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Agramer Studenten heute nach Kragujewatz abgereist. Ugron.

[a]) Vgl. n. 3464, 3489.

Nr. 3467. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 23. April 1912 Nr. 92 (eing. 24. April 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Staatssekretär erzählte mir, einer Meldung aus Konstantinopel zufolge hätte russischer Botschafter der Pforte eine Note übergeben, in der die Wiedereröffnung der Dardanellen sehr kategorisch verlangt wird. Aus London liege die Nachricht vor, Sir E. Grey hätte sich bei Besprechung der letzten italienischen Flottenaktion italienischem Geschäftsträger gegenüber in eher unfreundlicher Form dahin geäussert, die italienische Regierung solle doch auf die Interessen der Neutralen mehr Rücksicht nehmen. Herr von Kiderlen-Waechter findet diese auch in den englischen Blättern zum Ausdrucke kommende Nervosität sehr bezeichnend, sie bestätigt seiner Ansicht nach die Voraussagungen, die er stets an eine italienische Aktion gegen die Dardanellen geknüpft. Flotow.

[a]) Vgl. n. 3465, 3469.

Nr. 3468. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 23. April 1912 Nr. 18 A (eing. 25. April).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Die Frage der Wehrvorlagen hat, wie Euer Excellenz bekannt, seinerzeit einen Schatten auf das gute Verhältnis zwischen Kaiser Wilhelm und Seinem Kanzler geworfen. Es wird kaum von der Hand zu weisen sein, dass hiebei die wohl verschieden bewertete Rücksichtnahme auf die Beziehungen zu England stark mitgesprochen hat. Deshalb mag der Kanzler für die spätere Einbringung der Vorlage eingetreten sein. Hätte es sich nur um die Deckungsfrage gehandelt, so wäre nicht ersichtlich, warum der Staatssekretär von Kiderlen damals im Freundeskreise ganz offen auch seinen Rücktritt in Aussicht stellte. Dass die auf eine Détente zwischen Deutschland und England hinzielenden Bestrebungen Herrn von Bethmann-Hollwegs und des Staatssekretärs des Äussern durch das in die Vorlagen aufgenommene Flottengesetz nicht gefördert würden, liegt wohl klar. Die Rede, die der Reichskanzler gestern zur Begründung der Wehrvorlagen im Reichstage hielt, war besonders darauf gestimmt, auch im Auslande beruhigend zu wirken und den Vorlagen jede aktuelle Schärfe zu nehmen. Über die deutsch-englischen Verhandlungen dringt nichts in die Öffentlichkeit. Herr von Kiderlen versicherte mich aber unlängst, sie seien durchaus nicht abgebrochen, sie bedürften aber einer besonders ruhigen und behutsamen Behandlung. Als Lord Haldane von seiner Mission in Berlin nach London zurückkehrte, sei die Aussicht auf eine Verständigung wirklich greifbar gewesen. Leider hätten in England wieder französische Einflüsse die Oberhand gewonnen. Es sei zu erkennen, wie von französischer Seite die im Foreign Office gegen Deutschland herrschende Voreingenommenheit dazu ausgenützt werde, den auf eine Besserung der Beziehungen zwischen Berlin und London gerichteten Bemühungen immer wieder entgegenzuwirken. Hier in Deutschland, so meinte der Staatssekretär, herrsche in neuester Zeit eine gewisse Gier nach Kolonialbesitz, und werde die Frage der Annäherung der beiden Nationen vielfach nur von diesem Gesichtspunkte aus beurteilt. Kolonialabmachungen mit England müssten aber seiner Ansicht nach eine cura posterior sein. Das, worum es sich ihm vor Allem handle, wäre eine Einigung darüber zu erzielen, dass die beiden Länder sich nicht dort entgegentreten, wo der eine oder der andere keine eigenen Interessen wahrzunehmen hätte. Dies sei bekanntlich bisher nicht der Fall gewesen. Herr von Kiderlen schloss mit der Bemerkung, er hege noch immer die Hoffnung, dass es zu entsprechenden Abmachungen kommen werde. Flotow.

[a] Vgl. n. 3295, 3401, 3490 Anm. c.

Nr. 3469. Privatschreiben des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 23. April 1912.[a] Abschrift (Ausfert. nicht vorhanden).[b]

Geheim. Unlängst kam Herr von Kiderlen mir gegenüber wieder darauf zu sprechen, dass die Verbündeten Italien für eine kriegerische Action gegen die Dardanellen freie Hand lassen sollten. Seine Argumentation

ist Euer Excellenz bekannt und obwol ich nicht verfehlt habe, ihm der mir gütigst erteilten Ermächtigung[c]) entsprechend Euer Excellenz' Standpunkt in dieser Frage zu praecisieren, schien er mir doch von seinen bezüglichen Ansichten nicht abgehen zu wollen. „Wir müssen, so fuhr der Staatssekretär seinen Gedankengang weiter ausspinnend fort, vor Allem auf die Erneuerung des Dreibundes das grösste Gewicht legen und die Gründe, die uns hiebei leiten, will ich Ihnen so wie sie mir persönlich vorschweben, auseinandersetzen: Wenn es einmal zum Kriege mit Frankreich kommen sollte, muss Oesterreich-Ungarn an seiner südwestlichen Grenze entlastet sein. Oesterreich-Ungarn wird nach Serbien einmarschieren und mit dem Gros der Armee gegen Russland Aufstellung nehmen. Deutschland wird mit einem Teil seiner Streitkräfte ebenfalls gegen Russland aufmarschieren, mit der Hauptmacht aber mit aller Wucht über Frankreich herfallen. Ich glaube nun nicht, dass Italien den Dreibundvertrag einfach zerreissen wird, dagegen bietet doch schon die Persönlichkeit Seiner Majestät des Königs einige Garantie. Ich glaube vielmehr, Italien wird langsam mobilisieren und gewissermassen zuwarten. Wenn dann der erste entscheidende Schlag gegen Frankreich zu Gunsten Deutschlands geführt ist, so wird Italien gegen Frankreich mittun. Sollte allerdings Frankreich einen ersten grösseren Erfolg erzielen, so könnte die Attitude Italiens möglicherweise eine für uns kritische werden. Einen ersten Sieg der deutschen Waffen vorausgesetzt, halte ich es für wahrscheinlich, dass Russland, dessen Mobilisierung ohnehin sehr langsam von statten gehen wird, den Franzosen sagen wird, es halte es für richtiger, sich neutral zu erklären, um dann beim Friedensschlusse im Vollbesitz einer ungeschwächten Armee sein Wort in die Wagschale legen zu können." Von grösster Wichtigkeit werde es sein, so entwickelte der Staatssekretär seine Ansichten weiter, dass Frankreich den Krieg erkläre und nicht Deutschland. In diesem Falle würde, seiner Meinung nach, England sich am Krieg nicht direct beteiligen. England werde unter dem Motto, die Neutralität Belgiens zu wahren, eine Flotte nach Antwerpen senden und dort wol auch Truppen landen. Dies werde ja immerhin für Deutschland eine Behinderung bedeuten, da die deutsche Armee sohin in der Flanke nicht gesichert wäre. Diese Art Neutralität werde England, wenn der Krieg zu Ungunsten Frankreichs ausfallen würde, bis zum Schlusse des Krieges wahren (Herr von Kiderlen fügte hier ein, England sei deshalb so aufgebracht gegen die holländischen Seebefestigungen in Vlissingen, weil ihm dadurch das gleiche Spiel mit Holland verwehrt sei!).

Zum Schlusse drückte aber der Staatssekretär seine feste Ueberzeugung aus, dass sowohl die französische Regierung wie die französische Bourgeoisie den Krieg nicht wolle. Letztere hätte unter allen Umständen nur zu verlieren: Werde Frankreich geschlagen, so sei das Elend da, und hätte es Siege zu verzeichnen, so werde der siegreiche General eine Militär-Dictatur einsetzen, bei der die reichgewordenen bourgeois auch nicht ihre Rechnung finden würden. Zweifellos nehme der Chauvinismus gegenwärtig in Frankreich zu und er werde auch scheinbar von der Regierung gefördert. Nun dürfe man es zwar nicht laut sagen, tatsächlich benütze aber die Regierung den Chauvinismus nur um den Anti-Militarismus zu bekämpfen

und das militärische Gefühl der jungen Leute zu heben. Es sei schauderhaft, welch' desolate Zustände in der französischen Armee und Marine herrschten. Gefährlich könne dieser Chauvinismus nur werden, wenn die Franzosen sich den Deutschen in einem gegebenen Moment ueberlegen glaubten, wenn sich zum Beispiel die Überzeugung bei ihnen festigte, dass sie eine Luftschifferflotte und so weiter hätten, die Frankreich einen erdrückenden Vorteil Deutschland gegenüber bringe. Darin würde eine wirkliche Gefahr für den Frieden liegen. Flotow.

a) Vgl. n. 3406, 3455, 3467, 3471, 3513. — b) Die vorliegende Abschrift wurde laut Amtsvermerk (Pirquet) am 22. Feb. 1915 von Baron Flotow aus Berlin beschafft. — c) n. 3412.

Nr. 3470. Privatschreiben des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 23. April 1912.a) Konz.b) (S. Flotow).

Streng vertraulich. Der Staatssekretär, mit dem ich vor einigen Tagen bei Larisch speiste, zog mich nach dem Essen in ein längeres Gespräch, das sich beinahe ausschliesslich um das Thema Tschirschky drehte. Er bezeichnete seine bezüglichen Äusserungen als mir gegenüber rein persönlich gemacht und bat mich dieselben als solche zu behandeln. Herr von Kiderlen begann die Unterhaltung damit, sich darüber zu beklagen, dass es ihm so schwer gemacht sei an Euer Exzellenz Messagen gelangen zu lassen, deren richtige Übermittlung einer feineren doigté bedürfte. Bei Herrn von Tschirschky habe er immer das Gefühl, dass er „sich wenig geschickt" solcher Aufträge entledige. Er meint, es würde ihn interessieren, zu erfahren, wie Euer Exzellenz mit dem deutschen Botschafter auskämen. Herr von Tschirschky hätte auf jeden Fall versucht — und es anscheinend auch erreicht — Kaiser Wilhelm zu überzeugen, dass es nur die persönliche Animosität des Grafen Aehrenthal war, die ihm seinerzeit seine Stellung in Wien so erschwerte. Aus Anlass des letzten Kaiserbesuches in Schoenbrunn hätte der Botschafter an den Reichskanzler einen Privatbrief gerichtet, aus dessen suffisanten Tenor herauszulesen sei, dass er seinem kaiserlichen Herrn gegenüber „sich wieder ordentlich mit Oel gesalbt hätte". So schreibe er, Seine Majestät Kaiser Wilhelm sei mit ihm, Tschirschky, sehr gnädig gewesen und er hätte mit grosser Befriedigung aus den Äusserungen des Kaisers entnommen, dass des Reichskanzlers Verbleiben im Amte wieder gesichert sei! Er erzählte in dem Briefe, dass Kaiser Wilhelm ihm zweimal den Auftrag ertheilt hätte, Euer Exzellenz Höchstdemselben vorzustellen. Als dann die Begegnung mit Euer Exzellenz erfolgte, hätte Kaiser Wilhelm Euer Exzellenz scherzweise gefragt „hat er — Tschirschky — auch schon gegen Sie intriguirt?" Herr von Kiderlen sagte mir, er sei fest überzeugt, dass Tschirschky thatsächlich gegen Grafen Aehrenthal intriguirt hätte; es müsse eigentlich thöricht erscheinen, wenn ein fremder Botschafter gegen den leitenden Staatsmann — noch dazu einer so befreundeten Macht — intriguire, aber für „gescheidt" hätte er den Botschafter nie gehalten, dagegen immer für einen grossen Intriganten. Derselbe Tschirschky sei es, der jetzt gegen ihn, Kiderlen, intriguire. Die Nachricht von seinem (Kiderlens) Rücktritte sei zuerst in der „Wiener Allgemeinen Zeitung" gestanden und

daraus erst von der „Germania“ übernommen worden. Er sei überzeugt, dass diese Nachricht vom Wiener Botschafter inspirirt sei. (Merkwürdiger Weise hat Herr von Kiderlen unlängst eine ähnliche Anspielung auch meinem französischen Collegen gegenüber gemacht.) Der Staatssekretär gestand offen zu, dass er Tschirschky nichts anhaben könne; wenn man ihm freie Hand liesse, wäre es ihm ein Leichtes ihn von Wien wegzubringen. Der Reichskanzler hätte aber nicht die Energie dazu, da der Botschafter von Kaiser Wilhelm gehalten werde, Höchstwelchem er unter anderem glauben zu machen wusste, dass er bei Seiner k. u. k. Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Franz Ferdinand persona gratissima sei! Bei dieser Gelegenheit warf der Staatssekretär einige historische Reminiscenzen ein, über die Ernennung Herrn von Tschirschkys zum Staatssekretär und zum Botschafter in Wien, die mir des Interesses nicht zu entbehren scheinen, weil sie das Verhältnis des Botschafters zu seinem kaiserlichen Herrn anschaulich machen. Nach dem Tode Richthofens, so hub Herr von Kiderlen an, wollte der damalige Reichskanzler Fürst Bülow die Kandidatur Tschirschkys, der als besonderer Günstling des Kaiser schon bekannt war, aus verschiedenen Gründen eliminiren und liess auch in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die Nachricht einrücken, die Besetzung des Staatssekretärspostens werde sehr rasch erfolgen. Der Fürst konnte es aber doch nicht verhindern, dass Kaiser Wilhelm ihm Tschirschky aufdrängte. Es folgte die Entfernung Holsteins, und Fürst Bülow fühlte, dass die Intriguen seines Staatssekretärs nun auch gegen ihn begannen. Der Reichskanzler inscenirte darauf die Blamage Tschirschkys vor dem Reichstage, durch die er sich als Staatssekretär unmöglich machte. Daraufhin hätte Fürst Bülow in seiner bekannten schlauen Art Tschirschky gesagt: „Ich möchte Sie als Botschafter nach Wien schicken, legen Sie es doch selbst Seiner Majestät nahe.“ Der Reichskanzler hätte vorausgesetzt, der Umstand, dass Frau von Tschirschky aus der sogenannten zweiten Gesellschaft in Wien stamme, werde diesen angeblichen Wunsch nie zur Thatsache werden lassen. Kaiser Wilhelm hätte aber die Anregung Tschirschkys mit Lebhaftigkeit aufgegriffen und ihn „als Seinen Mann“ zum Botschafter in Wien gemacht. Seine Majestät halte Tschirschky für „Seinen Botschafter-Candidaten für Wien“, daher werde es sehr schwer halten, ihn von dort wegzubringen. Dass Fürst Bülow Herrn von Tschirschky zum Botschafter in Wien ernennen liess, um ihm „den Hals zu brechen“, ist eine hier sehr verbreitete Version; neu war mir aber die Darstellung, die Herr von Kiderlen ihr giebt. Über sein eigenes Verbleiben im Amte sagte mir der Staatssekretär, er denke gegenwärtig nicht daran es aufzugeben, obwohl er den Moment kommen sehe, wo ihn die Unstätigkeit in seinem Dienste, die sich für ihn aus dem Temperament seines kaiserlichen Herrn einerseits und der oft nerveusen Zaghaftigkeit des Reichskanzlers andererseits ergebe zum Rücktritt bringen werde. Es ist bekannt, dass Herr von Kiderlen den sehnlichen Wunsch hat, als Botschafter nach Cospoli zu gehen, und ich möchte meinen, dass, wenn Freiherr von Marschall sich einmal von seinem Posten zurückzieht, für den Staatssekretär dieser „Moment“ gekommen sein wird. Dass die Frage seines Rücktrittes in der hiesigen Presse so vielfach erörtert wird,

fasse ich nur als ein Zeichen dafür auf, dass Herr von Kiderlen in den deutschen journalistischen Kreisen nicht viele Freunde hat; was bei seiner bekannten, wenig soignirten Art mit diesen Herren umzuspringen, nicht Wunder nehmen kann.

[a]) Vgl. n. 3297. — [b]) Aus dem Archive der Berliner Botschaft.

Nr. 3471. Tel. nach Bukarest, 23. April 1912 Nr. 16 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Erhalten Euer Durchlaucht Telegramme Nr. 23 und 24 vom 21. l. M. Euer Durchlaucht wollen Seiner Majestät dem Könige in streng vertraulicher Weise zur Kenntnis bringen lassen, daß ich ein vorheriges Einverständnis Italiens mit Rußland und England betreffs der jüngsten Flottenoperation am Dardanelleneingange durchaus nicht für wahrscheinlich halte. Die türkischereits verfügte Sperrung der Dardanellen involviert nicht nur eine sehr bedeutende Schädigung der rumänischen und russischen Handelsinteressen, sondern auch jener anderer Mächte, worunter auch Österreich-Ungarns. Bezüglich dieser Verfügung stehe ich auch weiterhin auf dem von meinem Vorgänger eingenommenen Standpunkt (vide Erlaß Nr. 3065 vom 1. Dezember v. J.), daß der Türkei bei der Ergreifung der gebotenen Defensivmaßnahmen keine Hindernisse bereitet werden können. Selbstverständlich wird sich die Türkei in ihren Ausnahmsmaßregeln auf das unumgänglich Notwendige beschränken müssen, da bei einer willkürlichen Ausdehnung der Dauer und des Umfanges derselben sowohl die Schwarze-Meer-Staaten als auch die übrigen interessierten Mächte berechtigt wären, bei der Pforte Vorstellungen zu erheben. Ich glaube mich mit Rumänien in der Auffassung zu begegnen, der von uns im gegenwärtigen Kriege beobachtete Neutralitätsstandpunkt bringe es mit sich, daß eventuelle Vorstellungen dieser Art in freundschaftlicher Weise zu erfolgen hätten. Euer Durchlaucht wollen schließlich — aber gleichfalls in streng vertraulicher Weise — Seine Majestät wissen lassen, daß mir bisher zwar keine Informationen vorliegen, wonach die jüngste italienische Flottenoperation eine Rückwirkung auf den Balkan hervorgebracht hätte, daß ich aber das römische Kabinett verständigen ließ, ich hege die ernstesten Besorgnisse, eine Ausdehnung der kriegerischen Operationen im Archipel könnte zu schwerwiegenden Komplikationen am Balkan führen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3469, 3472.

Nr. 3472. Tel. nach Konstantinopel, 23. April 1912 Nr. 74 (chiffr. 6 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Ich habe in der letzten Zeit wiederholt vertrauliche Besprechungen mit Herzog Avarna bezüglich eventueller italienischerseits geplanter Besetzungen von Inseln im ägäischen Meere gehabt. Hiebei habe ich vor allem meinen Standpunkt dahin präzisiert, daß ich zu keinerlei Aktion im Archipel meine ausdrückliche Zustimmung — die auch von mir nicht verlangt wurde — geben könne und die Verantwortung für deren

Folgen Italien überlassen müsse. Im Speziellen habe ich die Aufmerksamkeit der italienischen Regierung auf unser Interesse gelenkt, daß keine Operationen in diesen Gebieten zur Durchführung gelangen, welche eine Rückwirkung auf den Balkan ausüben könnten, eine Veränderung des status quo auf den Küsten und Inseln des ägäischen Meeres zur Folge hätten oder einer der österreichisch-ungarischen Kolonien direkten Schaden zufügen würden. Um unserem Verbündeten ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen, habe ich bezüglich der Inseln Rhodus, Karpathos und Stampalia bemerkt, daß ich deren Zugehörigkeit zu den Inseln des ägäischen Meeres als fraglich ansehen wolle, jedoch für den Fall der Besetzung einer derselben eine Garantie zu erhalten wünsche, daß die Okkupation nur einen temporären Charakter haben würde. Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information. Da der durch die jüngste italienische Flottenoperation am Dardanelleneingange bei der Pforte hervorgerufene Eindruck den italienischerseits daran geknüpften Hoffnungen nicht entsprochen haben dürfte und Italien zwecks ausgiebigerer Unterdrückung des Waffenschmuggels die Besetzung einer nördlich gelegeneren Insel des ägäischen Meeres ins Auge fassen könnte, würde ich Wert darauf legen, Hochdero Ansicht darüber zu kennen, ob bei Besetzung einer solchen Insel, etwa Lesbos oder Tenedos, eine für die Ruhe am Balkan gefährliche Rückwirkung oder mit Rücksicht auf die Nähe der Dardanellen eine sonstige internationale Komplikation zu erwarten steht. Auch wollen Euer Exzellenz sich darüber äußern, ob die Okkupation einer im nördlichen Teile des ägäischen Meeres gelegenen Insel Hochdero Ansicht nach die Aussichten auf einen baldigen Friedensschluß wesentlich fördern würde. Es wäre für mich auch von Interesse, die bezügliche Auffassung Ihres deutschen Kollegen in vertraulicher Weise kennen zu lernen. Ich sehe einer baldigen telegraphischen Berichterstattung im Gegenstande mit Interesse entgegen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3471, 3473, 3480.

Nr. 3473. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 23. April 1912 Nr. 114 (eing. 24. April 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Äussern teilt mir soeben mit, dass der russische Botschafter gestern der Pforte eine Note übergeben hat, in der — allerdings in sehr freundschaftlicher Weise — das Begehren gestellt wird, dass die Sperrung der Dardanellen aufgehoben werde, sobald die imminente Gefahr eines italienischen Flottenangriffes auf dieselben nicht mehr zu gewärtigen ist. Note füge hinzu, dass die russische Regierung sich für den Fall, als eine solche Gefahr ihres Erachtens nicht mehr bestünde, die Dardanellen jedoch trotzdem gesperrt blieben, das Recht vorbehielte, für den dem russischen Handel und der Schiffahrt aus diesem Zustande erwachsenden Schaden Ersatz zu verlangen. Der Unterstaatssekretär betonte in der Folge nochmals, dass Herr von Giers sich dieser Demarche in sehr freundschaftlicher Weise entledigt habe, und fügte hinzu, dass die Pforte die Frage der Wiedereröffnung der Dardanellen neuerdings in Erwägung ziehen werde und dass dieselbe anlässlich des heutigen Ministerrates wahr-

scheinlich in dem Sinne entschieden werde, dass mit der Beseitigung der letztgelegten Minen in den nächsten Tagen vielleicht schon begonnen werde. Die Arbeiten dürften vier bis fünf Tage in Anspruch nehmen und träte sodann derselbe Zustand wie unmittelbar vor dem italienischen Angriffe wieder ein. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3472, 3474, 3475, 3478, 3479, 3483.

Nr. 3474. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 23. April 1912 Nr. 115 (eing. 24. April 9 U. a. m.). Entziff.

Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Äussern überbrachte heute den fünf Botschaftern in Form einer schriftlichen Aufzeichnung die Antwort der Pforte auf die Collectiv-Demarche der Mächte vom 16. d. M.[a]) Das ziemlich lange Schriftstück[b]) beginnt mit dem Ausdrucke des Dankes für die Schritte, welche die befreundeten Mächte bei beiden Kriegführenden Parteien zum Zwecke der Herbeiführung einer Mediation unternommen haben. Nach Konstatierung des Umstandes, dass die Türkei vom Anfange des Krieges (soll wohl richtiger heissen des Konfliktes) ihre Friedfertigkeit durch das Angebot der mit ihrem Souveränitätsrechte und territorialer Integrität vereinbaren Konzessionen an Italien bewiesen habe, folgt sodann ein Rückblick auf die Schritte, welche die türkische Regierung behufs Hintanhaltung des Krieges noch in letzter Stunde bei den Mächten unternommen haben will sowie auf ihre letzten (bereits nach Erhalt des italienischen Ultimatums) unternommenen Schritte in Rom. Es heisst dann weiter, dass die Pforte den Kampf nach dem Scheitern dieses letzten Versuches und angesichts der Ereignisse in Tripolis zur Verteidigung ihrer Rechte und ihrer Integrität aufnehmen habe müssen. Italien aber, welches geglaubt habe, seine Blicke auf ein mit dem übrigen türkischen Reiche nur lose zusammenhängendes Glied desselben zu richten und welches daher vom Anfange an die Worte „Eroberung“ und „Annexion“ lancierte, hatte nicht geahnt, dass „die ottomanischen Herzen in den beiden Provinzen gerade so hoch schlügen wie im übrigen Reiche“ und dass die Zumutung an die Türkei, auf diese beiden zu verzichten, jener des Selbstmordes gleichkäme. Infolge des durch tausend Schwierigkeiten bewerkstelligten Zuflusses ottomanischer Kämpfer seien die italienischen Truppen heute in den von ihnen vor sieben Monaten besetzten Orten belagert. Die italienische Regierung dürfte wohl selbst zur Überzeugung gelangt sein, dass die Abtrennung der beiden Provinzen vom Reste des türkischen Reiches unmöglich sei und auch nicht von der Macht irgend einer Partei oder dem Vorhandensein irgend eines Regimes in der Türkei abhänge. Ein Aufgeben der Provinzen und ihrer Verteidigung wäre keiner ottomanischen Regierung möglich. Ein solcher Akt würde einen Umsturz in diesem Reiche hervorrufen, der nicht nur dessen inneren Frieden kompromittieren, sondern die internationale Situation komplizieren müsste und dann einen solchen Verzicht ipso facto nichtig machen würde. Er würde daher gerade dem Zwecke, welchen die Mächte verfolgen, nämlich die Erhaltung des allgemeinen Friedens, direkt zuwiderlaufen. Solange daher Italien darauf besteht, die beiden Provinzen occupieren und diese faktisch nicht eroberten Provinzen annektieren zu

wollen, sei es der türkischen Regierung unmöglich, ihrerseits eine Lösung des „peinlichen Problemes" zu finden. Nach einem Appell nach der richtigen Einschätzung der Sachlage seitens Italiens heisst es sodann wörtlich: Toujours conscient de son besoin de paix et en même temps désireux de prouver sa déference aux voeux exprimés par les Puissances, le Gouvernement Impérial accepte leur médiation; mais il doit déclarer dès maintenant et pour éviter tout malentendu qu'il le lui serait pas possible d'entrer dans des négociations qui n'auraient pas pour base et point de départ le maintien effectif et intégral des droits souverains de Sa Majesté le Sultan, la renonciation formelle par l'Italie à l'annexion des provinces ottomanes de Tripoli et de Bengazi et l'engagement préalable de sa part d'en retirer ses troupes." Im letzten Alinea wird dann noch hervorgehoben, dass diese Bedingungen durch die Kraft der Dinge gegeben und jede andere Lösung weder anwendbar noch geeignet wäre, die Einstellung der Feindseligkeiten herbeizuführen. Das Schriftstück schliesst mit der Hoffnung, dass sowohl die Mächte, wie Italien anerkennen würden, dass die Pforte mit dieser nach reiflicher Überlegung erteilten Antwort auf die ...[c] Mitteilung der Mächte nur in der klaren Erkenntnis der Notwendigkeiten der Situation gehandelt und sich von keinerlei, wenn auch an sich gerechtfertigter Animosität gegen ihren Angreifer habe leiten lassen. Der Staatssekretär bemerkte, dass die Pforte diese ihre Mitteilung als vertraulich bezeichne, da dieselbe nur für die Mächte bestimmt sei; auch gedenke Pforte, dieselbe vorläufig nicht zu veröffentlichen. Fortsetzung folgt. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3442, 3473, 3476. — [b] Eing. mit Bericht aus Konstantinopel, 25. April 1912 Nr. 36 am 28. April (Ausfert.). Nicht aufgenommen. — [c] Chiffre verstümmelt.

Nr. 3475. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 23. April 1912 Nr. 116 (eing. 24. April 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Mit Bezug auf mein heutiges Telegramm No. 114. Herr von Giers bestätigte mir gegenüber die Mitteilung des Unterstaatssekretärs. Er hätte im Auftrage seiner Regierung eine allerdings mit Numero versehene Notiz auf der Pforte übergeben, welche in durchaus freundschaftlichem Tone gehalten sei. Was den Passus der Notiz über die eventuelle Schadenersatzforderung anbelangt, machte Herr von Giers mir hiebei die von der Mitteilung Ohannes Beys abweichende Angabe, wonach darin erklärt würde, dass, falls für die Dardanellen keine Gefahr mehr vorhanden wäre, dieselben aber dennoch gesperrt blieben, die „Interessenten" genötigt wären, Ersatzansprüche zu stellen. Russischer Botschafter sagte mir des Ferneren, er nehme an, dass seine Regierung (vielleicht auch die anderen) in Angelegenheit Dardanellensperre auch in Rom Schritte unternommen haben dürfte. Herr von Giers hatte gestern auch mit Said Pascha eine Unterredung, im Laufe welcher Grossvezir an ihn die Frage richtete, ob Russland eine Garantie dafür übernehmen könne, dass Italien keinen weiteren Angriff auf die Dardanellen unternehmen werde. Russischer Botschafter antwortete, dass Russland dies wohl nicht tun könne; Türkei müsse sich in dieser Beziehung auf ihre eigene Kraft verlassen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3476, 3479.

Nr. 3476. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 23. April 1912 Nr. 117 (eing. 24. April 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 115. Nach Lekture des Schriftstückes habe ich Ohannes Effendi speziell auf den Passus desselben aufmerksam gemacht, in welchem eine vorherige Erklärung der italienischen Regierung betreffend Zurückziehung ihrer Streitkräfte verlangt wird und ihn gefragt, wie dieser Passus zu verstehen sei. Unterstaatssekretär antwortete, Italien hätte vor Eintritt in die Verhandlungen bloss zu erklären, dass es unter gewissen Bedingungen bereit wäre, seine Truppen zurückzuziehen. Auf meinen Einwurf dass ein solches Verlangen, meiner Ansicht nach, eine weitere Vermittlungsaktion unmöglich zu machen geeignet sei, bemerkte Ohannes Effendi, dass mein russischer Kollege ihm ganz denselben Einwand gemacht hätte.

Vertraulich. Ich hatte seither Gelegenheit, mit Herrn von Giers zu sprechen. Er sagte mir, er habe im Hinblicke auf oberwähnten Passus Unterstaatssekretär gefragt, ob er seiner Regierung melden solle, dass die Antwort der Pforte als ein fin de non-recevoir zu betrachten sei, worauf derselbe ihn bat, dies nicht zu tun, da seines Wissens die Pforte keineswegs Absicht hätte, weiteren Mediationsverhandlungen den Boden zu entziehen. Mit Rücksicht auf diese Äusserung des Unterstaatssekretärs glaubte Herr von Giers, seiner Regierung raten zu sollen, die Konversation nicht fallen zu lassen, sondern dieselbe fortzusetzen, da seiner Überzeugung nach die Dinge über kurz oder lang ohnehin eine Wendung nehmen würden, welche beide kriegführende Teile nötigen dürfte, die guten Dienste der Mächte in Anspruch zu nehmen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3477.

Nr. 3477. Tel. aus London, 23. April 1912 Nr. 26 (eing. 24. April 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Erhalten Euer Excellenz Telegramm von gestern Nr. 25. Ich habe heute Sir A. Nicolson gesprochen und erwähnt, dass Euer Excellenz Auffassung mit der seinen betreffs italienischer Aktion übereinstimmt. Unterstaatssekretär sagte mir, er habe in freundschaftlichster Weise in Konstantinopel Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass Schliessung der Meerengen englischen Handel berührt. Da man Türkei nicht hindern könne, sich zu verteidigen, sei dies in diskretester Weise geschehen. Er hofft, dass Passage bald ermöglicht wird. Italienischer Geschäftsträger hat hier nur in Konversation die italienische Aktion mitgeteilt. Wie mir scheint, hat er keine oder nicht so ausführliche Aufklärungen abgegeben, wie Herzog von Avarna bei Euer Excellenz. Nicolsons Antwort beschränkte sich auf die Bemerkung, er bedauere ein Vorgehen, wodurch englische Handelsinteressen geschädigt wurden. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 3476, 3478, 3479.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 23. April 1912. Siehe n. 3482.

Nr. 3478. Tel. nach Berlin Nr. 55 (1), Paris Nr. 42 (2), London Nr. 26 (3) und Rom Nr. 77 (4), 24. April 1912 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1.—4. Markgraf Pallavicini telegraphiert unter dem 23. l. M. wie folgt: ... *wie n. 3473 bis „Schaden-Ersatz zu verlangen“* ...

1. Vorstehendes zur Mitteilung an den Staatssekretär mit dem vertraulichen Bemerken,

2. u. 3. Euer Exzellenz wollen sich über die einschlägige Auffassung des dortigen Kabinettes zu informieren trachten und bemerken,

4. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information. Zu Euer Exzellenz rein persönlicher Kenntnisnahme füge ich bei,

1.—4. daß der erwähnten russischen Demarche eine Auffassung zugrunde zu liegen scheint, welche sich in Übereinstimmung mit den Ideen des Wiener Kabinettes über die Neutralitätspflichten befindet. Berchtold.

[a] Vgl. n. 3477, 3479.

Nr. 3479. Tel. nach Konstantinopel, 24. April 1912 Nr. 76 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 114 und 116 vom 23. l. M. Laut einer telegraphischen Meldung Graf Mensdorffs[a] hat englische Regierung in freundschaftlichster Weise in Konstantinopel die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß Schließung der Meerengen englischen Handel berühre. Angesichts der mir vorliegenden Reklamationen heimischer Interessenten wollen Euer Exzellenz in freundschaftlicher Weise die Rückwirkung der Dardanellensperre auf unsere Schiffahrt zur Sprache bringen. Zugleich wollen Euer Exzellenz der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Maßnahme, sobald keine imminente Gefahr für die Dardanellen mehr vorhanden sein wird, aufgehoben und so der Stellung von Ersatzansprüchen die Grundlage entzogen werde. Berchtold.

[a] Vgl. n. 3477, 3478, 3486.

Nr. 3480. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 24. April 1912 Nr. 118 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Telegramm Nr. 74 vom 23. d. M. empfangen. Die Besetzung einer im nördlichen Teile des ägäischen Meeres gelegenen Insel, wie Lemnos, Tenedos oder selbst Lesbos (Mytilene) könnte insoferne für Ruhe am Balkan gefährliche Rückwirkung haben, als man in dieser Besetzung eine Vorbereitung für die italienischerseits eventuell geplante Forcierung der Dardanellen erblicken müsste. Der von Italien geltend gemachte Vorwand, dass die Besetzung dieser Inseln den Zweck hätte, den Waffenschmuggel zu unterdrücken, dürfte hier kaum ernst genommen werden. Die Besetzung obgenannter Inseln würde auch insoferne von grosser Bedeutung sein, als die Pforte sich dadurch veranlasst sehen könnte die Sperrung der Dardanellen für internationalen Schiffsverkehr neuerlich vorzunehmen. Bezüglich der Frage, ob die Occupation einer im nördlichen Teile des

ägäischen Meeres gelegenen Insel die Aussichten auf den baldigen Friedensschluss wesentlich verbessern würde, möchte ich meine Ansicht ganz entschieden dahin zum Ausdrucke bringen, dass dies nicht der Fall wäre. Mein deutscher Kollege teilt ohne Zweifel diese Auffassung, ich werde ihn übrigens heute aufsuchen und über unsere Unterredung telegraphisch berichten.
Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3481.

Nr. 3481. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 24. April 1912 Nr. 120 (eing. 25. April 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 118 von heute. Baron Marschall teilt vollkommen meine Anschauung. Er ist gleichfalls der Meinung, dass die Besetzung der Inseln in der Nähe der Dardanellen auf die Balkanstaaten, namentlich aber auf Bulgarien, eine sehr bedenkliche Rückwirkung haben könnte. Er sagte mir, was ich übrigens auch von anderer Seite höre, dass schon der Angriff auf die Aussenforts der Dardanellen in Sofia einen sehr bedeutenden Eindruck gemacht habe und hätte sich hiesiger bulgarischer Gesandter einem Diplomaten gegenüber dahin vernehmen lassen, dass das Erscheinen der italienischen Flotte vor Konstantinopel für die bulgarische Armee das Signal zum Angriff auf die Türkei sein würde. Der deutsche Botschafter ist ausserdem der Ansicht, dass eine Besetzung der vor den Dardanellen liegenden Inseln durch Italien einer versteckten Blockade der Meerengen gleichkommen würde, da es der Türkei in diesem Falle unmöglich wäre, dieselben der Schiffahrt zu öffnen. Wie ich soeben erfahre, soll sich heute Mahmud Schefket Pascha im Gegensatze zu den von mir einberichteten Äusserungen des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amte dahin haben vernehmen lassen, die Pforte könne im Hinblicke darauf, dass die italienische Flotte sich noch immer in der Nähe der Dardanellen aufhalte, vorläufig die Sperre derselben nicht aufgeben. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3482.

Tel. nach London, 24. April 1912 Nr. 26 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3478.

Tel. nach Paris, 24. April 1912 Nr. 42 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3478.

Tel. nach Rom, 24. April 1912 Nr. 77 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3478.

Nr. 3482. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 24. April 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Herzog Avarna hat mich gestern aufgesucht und ist zunächst wieder auf die jüngste italienische Flottenaktion zu sprechen gekommen. Nach seiner Darstellung hätte die italienische Regierung die Nachricht erhalten, die türkische Flotte werde am Tage der Parlamentseröffnung auf einige Stunden aus den Dardanellen ausfahren, eine Gelegenheit, welche italienischerseits zur Vernichtung der feindlichen Flotte hätte ausgenützt

werden sollen. Der Kommandant der italienischen Eskadre hatte nicht den Auftrag, die türkischen Forts zu beschießen. Sein Bericht sei noch ausständig, jedenfalls habe er weder die feindliche Flotte energisch angegriffen noch auch Küsten oder Inseln in jenen Teilen des ägäischen Meeres, wo eine Rückwirkung auf den Balkan zu befürchten stand. Eine solche Rückwirkung sei auch nicht eingetreten. Die Zurückhaltung Italiens und die Rückbeorderung der Flotte möge als ein Freundschaftsbeweis für Österreich-Ungarn angesehen werden. Einen Versuch des italienischen Botschafters, mir nachzuweisen, daß die Haltung der übrigen Mächte eine freundschaftlichere gewesen sei als die Österreich-Ungarns, habe ich als unrichtig abgewiesen und Herzog Avarna auf den Umstand aufmerksam gemacht, daß wir am Balkan Nachbarn der Türkei seien und an der Aufrechterhaltung der Ruhe daselbst am meisten interessiert seien. Die italienische Regierung könne aber darauf rechnen, daß wir auch in Zukunft an unserem freundschaftlichen Verhalten festhalten werden, soweit unsere Stellung als neutrale Macht dies nur zuließe und daß wir uns gleich allen übrigen Mächten an den Bestrebungen beteiligen, die zu einem Ende des Krieges führen sollen. Im weiteren Verlaufe der Unterredung wiederholte mir Herzog Avarna, Marquis San Giuliano sei bereit, mir die gewünschten Garantien wegen des temporären Charakters der vorzunehmenden Okkupation von Inseln im ägäischen Meere zu geben, doch könne er nicht seine Zustimmung geben, daß ich von einer bezüglichen Erklärung vor den Delegationen Gebrauch mache. Die Geheimhaltung sei notwendig, da die Türkei sonst die Gewißheit hätte, in den Wiederbesitz der Inseln zu gelangen, was den Zweck der Besetzung illusorisch machen würde. Auch wäre dies für die Pforte von Nachteil, da diese sich dann den Türken gegenüber nicht auf einen diplomatischen Erfolg berufen könnte, wenn sie für den Verzicht auf Lybien die Rückstellung der Inseln erhalten würde. Marquis San Giuliano hat sich indessen durch Herzog Avarna bereit erklären lassen, mit mir in einen Gedankenaustausch über eine Formel zu treten, welche ich bezüglich der Aufrechterhaltung des status quo vor den Delegationen zu verwerten gedenke und sprach den Wunsch aus, es möge hiebei der Ausdruck „europäisch" oder „am Balkan" gewählt werden. Dies würde auch den Erklärungen entsprechen, die die italienische Regierung zu Beginn des Krieges abgegeben habe.

[a]) Vgl. n. 3481, 3483, 3502.

Nr. 3483. Tel. an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 24. April 1912 Nr. 54 (chiffr. 3 U. p. m.).[a]) *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Markgraf Pallavicini telegraphiert unter dem 23. l. M. wie folgt: ... *wie n. 3473 bis „Schaden Ersatz zu verlangen"* ... Euer Hochwohlgeboren wollen sich, ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, bei Herrn Sazonow zu vergewissern trachten, ob die Mitteilung des türkischen Unterstaatssekretärs die russische Demarche richtig wiedergibt. Im bejahenden Falle wollen Euer Hochwohlgeboren dem Minister gegenüber bemerken, daß die dem Neutralitätsgedanken Rechnung tragende Haltung des Peters-

burger Kabinettes mit der Euer Hochwohlgeboren bekannten hierortigen Auffassung übereinstimmt. Bei Ihrer nächsten Zusammenkunft mit Herrn Kokowzow sind Euer Hochwohlgeboren ermächtigt, mit Bezug auf die in Ihrem Telegramme Nr. 71 vom 21. l. M. wiedergegebene Äußerung des Ministerpräsidenten zu bemerken, daß auch ich behufs Erhaltung der Ruhe am Balkan das größte Gewicht darauf lege, daß Österreich-Ungarn und Rußland eines Sinnes seien. Gegebenenfalls wollen Euer Hochwohlgeboren beifügen, daß auch der eingangs erwähnten russischen Demarche in Konstantinopel eine Auffassung zugrunde zu liegen scheint, welche sich in erfreulicher Übereinstimmung mit unseren Ideen befindet. Berchtold.

a) Vgl. n. 3482, 3484.

Nr. 3484. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 25. April 1912 Nr. 122 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Russischer Botschafter hat mir gestern gesagt, er erfahre aus sicherer Quelle, dass türkische Regierung mit der Entfernung der letztgelegten Minen in den Dardanellen bereits begonnen habe. Herr von Giers fügte hinzu, er habe von fachmännischer Seite gehört, dass man beiläufig drei Stunden benötige, um die Minen wieder zu placieren, so dass im Falle eines neuerlichen Angriffes auf die Dardanellen die Sperre sofort wieder herzustellen wäre, was man der Türkei nicht verwehren könnte. Der russische Botschafter ist daher der Ansicht, dass die italienischen Schiffe sich ausserhalb eines Rayons aufhalten müssten, welcher von dem Eingange der Dardanellen mindestens drei Stunden entfernt wäre. In denselben würden die Inseln Lemnos und Tenedos fallen, Mytilene nicht mehr. Herr von Giers teilt meine Ansicht, dass eine Okkupation der am Eingange der Meerengen liegenden Inseln eine sehr gefährliche Rückwirkung auf die Balkanländer ausüben müsste, da man darin eine Vorbereitung für die Forcierung der Dardanellen erblicken würde. Hiebei sprach sich Herr von Giers auch dahin aus, dass ein eventuelles Erscheinen der italienischen Flotte vor Konstantinopel ohne Zweifel das Signal für einen Angriff der kleinen Nachbarstaaten auf die Türkei bilden würde. Niemand wäre dann im Stande, dieselben, namentlich Bulgarien, zurückzuhalten. Mein russischer Kollege ist sich also, ebenso wie meine anderen Kollegen, darüber klar, dass ein Angriff auf die Dardanellen eine ernste Gefahr für den europäischen Frieden bilden würde. Meinerseits möchte ich auf die Gefahren hinweisen, welchen die hiesigen fremden Kolonisten im Falle des Erscheinens der italienischen Flotte vor Konstantinopel ausgesetzt wären. Abgesehen von den Gefahren eines eventuellen Bombardements muss auch mit der Gefahr gerechnet werden, dass hier in wenigen Tagen infolge Absperrung aller Zufuhrsstrassen Hungersnot ausbrechen müsste, was dann Aufruhr, Massacres etc. zur Folge haben könnte. Angesichts dieser grossen Gefahren sind die hiesigen diplomatischen Kreise in der Auffassung einig, dass die Regierungen der Grossmächte eine schwere Verantwortung auf sich laden würden, wenn sie nicht alles aufböten, um Italien von einem neuerlichen Angriff auf die Dardanellen abzuhalten. Pallavicini.

a) Vgl. n. 3483, 3485, 3486.

Nr. 3485. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 25. April 1912 Nr. 123 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Ohannes Effendi teilt mir soeben vertraulich mit, dass Mahmud Schefket Pascha sich gestern dem deutschen Militärattaché gegenüber geäussert habe, der englische Botschafter hätte sich in einer Weise ausgesprochen, die darauf schliessen lässt, dass England einen Angriff auf die Dardanellen nicht zugeben werde. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3484, 3486.

Nr. 3486. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 25. April 1912 Nr. 124 (eing. 26. April 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Telegramm Nr. 76 vom 24. d. M. erhalten. Nachdem Minister des Äussern noch unwohl, habe ich beim Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes die mir aufgetragene Erklärung abgegeben. Ohannes Effendi antwortete mir, die Pforte sei sich dessen wohl bewusst, dass die Sperre der Dardanellen wichtige Interessen Neutraler schädige, sie werde daher, sobald dies die Umstände erlauben, sofort Vorsorge treffen, damit die Durchfahrt wieder freigegeben werde. Aus dieser Antwort geht hervor, dass die mit meinem Telegramm Nr. 122 gemeldete, von meinem russischen Kollegen stammende Information nicht richtig war. Aus weiteren Äusserungen Unterstaatssekretärs konnte ich entnehmen, dass die türkische Regierung, nachdem die italienische Flotte alle Telegraphenkabel mit den Inseln abgeschnitten hat, über den gegenwärtigen Aufenthalt derselben vollkommen unorientiert ist. Ausserdem ist man sich hier, wie es scheint, auch darüber nicht klar, wie viel Zeit man zur Durchführung einer eventuellen neuerlichen Sperre benötigen würde. Ich höre ferner, dass die zur Hebung der Minen nötigen Maschinen fehlen und erst beschafft werden müssen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3485, 3487.

Nr. 3487. Bericht aus Konstantinopel, 25. April 1912 Nr. 36 C (eing. 28. April).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Euerer Excellenz dürfte bekannt sein, dass sich der Legationsrath der vormaligen königlich italienischen Botschaft in Constantinopel, Herr Garbasso, seit Beginn des Krieges bei der hiesigen kaiserlich deutschen Botschaft in Zutheilung befindet, wo ihm die Behandlung der laufenden Angelegenheiten seiner in der Türkei lebenden Connationalen obliegt. Wie mir Baron Marschall streng vertraulich mittheilt, hat Herr von Giers gedachten Legationsrath kürzlich zu sich bitten lassen und demselben gesprächsweise unter Anderem gesagt, er hoffe, dass die italienische Action gegen die Dardanellen das Zustandekommen des geplanten Accords zwischen Russland und Italien[b] nicht stören werde. Der russische Botschafter, den ich in der Folge zu sprechen Gelegenheit hatte, bestätigte mir, dass er mit Herrn Garbasso vor einigen Tagen eine Unterredung hatte, und dass ihm letzterer unter Anderem gesagt habe, dass seines Wissens die italienische Flotte sich im Süden des Ägeischen Meeres aufhalte und vorläufig nicht die Absicht habe, im nördlichen Theile desselben gelegene Inseln zu occupieren. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3486, 3488. — [b] Vgl. n. 3435, 3492, 3527.

Nr. 3488. Privatschreiben aus Konstantinopel, 25. April 1912 (eing. 28. April).[a] Eigh. Ausfert.

Die ernste Sprache, welche Du, laut Deines mir gestern zugekommenen Telegrammes,[b] dem italienischen Botschafter in Wien gegenüber geführt hast, wird gewiß nicht ohne Wirkung bleiben und Italien abhalten, neue Angriffe auf die Dardanellen zu unternehmen. In meiner offiziellen Berichterstattung weise ich mit Nachdruck darauf hin, wie gefährlich es für den Weltfrieden wäre, Italien in Bezug auf Konstantinopel freie Hand zu lassen. Es scheint mir, daß unsere speziellen Interessen durch einen Angriff auf Konstantinopel nicht weniger gefährdet werden würden, als durch einen Angriff auf die albanesische Küste, welchen wir seinerzeit in so wirksamer Weise zu verhindern wußten. Ich bin mir vollkommen darüber im klaren, daß es sehr schwer wäre, die türkischen Staatsmänner über Deine Stellungnahme zu der Frage weiterer italienischer Operationen im ägäischen Meere zu orientieren. Es wäre aber, meiner Ansicht nach, für unsere hiesige Stellung und für unser Prestige von ungeheurem Werte, wenn ich in die Lage versetzt werden würde, in streng vertraulicher Weise Assim Bey einige ganz vage Andeutungen hierüber machen zu dürfen. Es wäre dies auch insoferne von Nutzen, daß, wenn der italienische Angriff wirklich ausbleiben sollte, was unter den gegebenen Verhältnissen wahrscheinlich ist, die Türken doch nicht sich einbilden könnten, daß sie dies ausschließlich ihrer eigenen Kraft zu verdanken haben. Man muß auch darauf bedacht sein, daß den Türken der Kamm nicht gar zu hoch wachse. Schon jetzt sind sie in gewisser Beziehung schwer zu behandeln; ein Beweis dafür sind die enormen Schwierigkeiten, die ich in der Frage der Bischofs-Berate zu überwinden hatte. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3487, 3490, 3511. — [b] Wohl n. 3465, das nach Konstantinopel wohl in Abschrift mitgeteilt wurde.

Nr. 3489. Bericht aus Belgrad, 26. April 1912 Nr. 42 (eing. 29. April).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Gestern haben die Agramer Studenten nach sechstägigem Aufenthalte Serbien definitiv verlassen und ich atme erleichtert auf. Wie ich Euer Exzellenz sub Nr. 24 bereits telegrafisch zu berichten die Ehre hatte, sind dieselben Dienstag den 23. nach Kragujevac abgereist, wo ihnen ein besonders feierlicher und enthusiastischer Empfang bereitet wurde, wie dies Euer Exzellenz aus dem in Übersetzung beiliegenden Artikel der vorgestrigen Politika[b] hochgeneigtest entnehmen wollen. Schon während der Reise wurden die Gäste fast in allen Stationen lebhaft acclamiert. Eine Deputation der Kragujevacer Bürger kam ihnen mehrere Stationen entgegen. Kanonendonner soll das Herannahen des Zuges signalisiert haben. Bei der Ankunft wurden sie vom Protopresbyter Božić feierlichst begrüsst. Natürlich war eine Militärkapelle anwesend, die die kroatische Hymne gespielt hat. Das serbische Militär hat sowohl hier wie in Kragujevac für den Besuch ein auffallendes Interesse gezeigt und sich an den Empfangsfeierlichkeiten geradezu ostentativ beteiligt. Die oppositionellen Zeitungen bringen sogar die Nachricht, dass in Kragujevac zum Empfang die Truppen ausgerückt

waren. Abends haben die Offiziere im Offizierskasino ein Bankett gegeben. Ich habe Herrn Milovanović heute — in dieser Angelegenheit schon das viertemal — aufgesucht und ihm ganz offen mein Befremden über diese gar nicht motivierte, geradezu ostentative Teilnahme des Militärs ausgedrückt. Der Herr Ministerpräsident erklärte mir, dadurch selbst geradezu peinlich berührt worden zu sein und will schon diesbezüglich früher mit dem Kriegsminister eine sehr ernste Aussprache gehabt haben, der seinerseits durch die Ereignisse in Kragujevac unangenehm überrascht gewesen sein soll und bereits an die verantwortlichen Militärbehörden um Aufklärung telegrafiert haben will. Herr Milovanović fügte noch hinzu, dass er mit grossem Unbehagen dieses unliebsame Hervortreten des Militärs beobachtet hat. Er wünsche selbstverständlich, dass die Armee in politische Fragen nicht hineingezogen werde und sich von allen tendenziösen Demonstrationen fern halte. Es herrsche aber unter der jüngeren Generation der Armee eine gewisse Nervosität und das Bestreben auch in der Politik des Landes eine Rolle zu spielen. Über diese tatsächlich bestehende Strömung habe ich schon die Ehre gehabt in meiner wiederholten Berichterstattung über die Černa Ruka[c]) hinzuweisen. Dieses dem erwähnten Studentenbesuche gegenüber betätigte, ganz unnatürliche Interesse der Militärkreise steht augenscheinlich mit dieser Bewegung tatsächlich in Zusammenhang. Diese politische Betätigung des Militärs ist aber ein Symptom, das auch Herrn Milovanović nicht angenehm sein kann. Von Kragujevac haben sich die Studenten den 24. mit der Eisenbahn zu kurzem Aufenthalt nach Semendria begeben und sind von dort am selben Tage mit Schiff nach Belgrad zurückgekehrt. Programmässig hätten sie den nächsten Tag — gestern — noch Schabatz besuchen sollen, doch wie ich Euer Exzellenz bereits zu melden die Ehre hatte, war die serbische Regierung selbst etwas besorgt, dass man dort mit unangenehmen Inzidenzfällen wird rechnen können, und vielleicht gerade infolge der Vorgänge in Kragujevac ist der Ausflug nach Schabatz ausgefallen und gestern wurde von hier aus die Rückreise nach Agram direkt per Bahn angetreten. Vorgestern abends — nach der Rückkehr von Semendria — ist hier ihnen zu Ehren noch ein Ball veranstaltet worden, zu dem vom diplomatischen Korps ursprünglich nur die russische und bulgarische Gesandtschaften eingeladen worden sind. Ich habe beide Kollegen auf den Charakter der Veranstaltung vertraulich aufmerksam gemacht, worauf sie sofort erklärt haben, selbst fernbleiben zu wollen. Ich habe auch Herrn Milovanović nochmals aufgesucht und sprach meine zuversichtliche Erwartung aus, dass weder der Hof, noch die Regierung sich am Feste beteilige, da der Charakter desselben schon durch den Umstand gekennzeichnet ist, dass der russische und der bulgarische Gesandte eingeladen sind, die k. u. k. Gesandtschaft aber nicht, obgleich es sich doch um die Ehrung unserer Staatsangehörigen handelt. Herr Milovanović versprach mir sofort, dem Hof und seinen Kollegen entsprechende Informationen zukommen zu lassen. Er begnügte sich aber damit nicht; er liess auch — ohne mir hierüber etwas zu sagen — sofort das Arrangierungscomité rufen und hielt ihnen die Unkorrektheit ihres Vorgehens vor. Tatsächlich begaben sich 2 Mitglieder des Comités 2 Stunden vor dem Ball

zu allen Gesandten, um sie noch zum Ballfeste einzuladen; sie waren auch bei mir, haben mich aber glücklicherweise nicht getroffen. Tatsächlich war aber am Balle weder vom Hof, noch von der Regierung oder vom diplomatischen Korps Jemand anwesend. Die Zeitungen haben aber dies — auf höheren Wink — gar nicht kommentiert. Die Studenten sind allerdings weg, aber ihr Besuch hat hier grosse Erregung hervorgerufen. Es hat sich wieder gezeigt, dass die Annexionskrise eigentlich noch immer nicht überwunden ist. Die augenscheinliche Beruhigung war nur eine oberflächliche; in der Tiefe der Volkspsyche kocht und brodelt es von Zorn und verhaltenem Grimme gegen die Monarchie, was bei jeder passenden Gelegenheit zum elementaren Ausbruch kommt. Wie schon öfter hervorgehoben, hat bei all diesen demonstrativen Veranstaltungen die serbo-kroatische Sympathie eine ganz untergeordnete Rolle gespielt; es war nur eine günstige Gelegenheit, den Hass gegen die Monarchie zum Ausdruck zu bringen. Ich habe von verschiedenen Seiten die Bemerkung gehört, dass sogar nüchtern denkende Serben selbst mit dem Übermass an künstlich aufgebauschtem Enthusiasmus, mit dem die Kroaten empfangen wurden, nicht einverstanden sind. Herr Milovanović hat selbst heute dieser Meinung Ausdruck gegeben, und die meisten seiner Kollegen sollen — wie er behauptet — diese Ansicht teilen. Die Presse schwelgt natürlich im Glück; sie ergreift gierig diese Gelegenheit, wieder einmal ihrem Unmute der Monarchie gegenüber Luft zu machen und anderseits durch reissenden Absatz der Zeitungen davon gleichzeitig zu profitieren. Einen charakteristischen Artikel der gestrigen Politika erlaube ich mir Euer Exzellenz in Vorlage zu bringen.[b] Wie ich höre soll demnächst auch aus Bosnien ein korporativer Ausflug hierher geplant werden. Ich glaube, dass es unter den obwaltenden Umständen viel angezeigter wäre, wenn derselbe auf absehbare Zeit hinausgeschoben werden könnte. Es ist nicht in unserem gegenseitigen Interesse, dass sich die Vorgänge der letzten Tage zu oft wiederholen. Ich möchte nur noch erwähnen, dass dem Zimonyer Polizeichef eine Konfidentenmeldung zugekommen ist, wonach die kroatischen Studenten Donnerstag den 21. das königliche Palais besichtigt hätten, bei welcher Gelegenheit ihnen ein Imbiss verabreicht worden und König und Kronprinz erschienen wären und mit den Studenten sich unterhalten hätten. Ausserdem soll der König am 21. in der Nacht 8 Studenten in geheimer Audienz empfangen haben. Ich habe von diesen Vorfällen absolut nichts gehört, und es ist mir auch nicht gelungen zu konstatieren, ob an diesen Gerüchten etwas Wahres sei. Ich bin aber sehr geneigt anzunehmen, ohne aber dafür einstehen zu können, dass es sich lediglich um ein unkontrollierbares Phantasiegebilde eines übereifrigen Konfidenten handelt. Herr Milovanović hat mir auch noch heute mit grösster Entschiedenheit in Abrede gestellt, dass eine direkte Begegnung zwischen dem König und den Studenten stattgefunden hätte. Allerdings spricht dieses bestimmte Dementi des Ministerpräsidenten ebenso wenig gegen, wie die Angaben des Konfidenten für die Wahrheit der wenig wahrscheinlich klingenden Meldung.

Ugron.

a) Vgl. n. 3512, 3517, 3522, zweite bis vierte Beilage zu n. 3621, vierte Beilage zu n. 10227. — [b] Wird nicht abgedruckt. — [c] Vgl. n. 3270.

Nr. 3490. Bericht aus London, 26. April 1912 Nr. 22 B (eing. 29. April).[a] *Ausfert.*

Sir Edward Grey geniesst eine 14tägige Erholung in Schottland und ich habe vor 2 Tagen seinen ehrwürdigen Kollegen Lord Morley besucht, der in Abwesenheit des Herrn Staatssekretärs sein Arbeitszimmer in Downing Street bezogen und nominell die Leitung des Foreign Office übernommen hat, welche de facto in den Händen Sir Arthur Nicolsons ruht. Lord Morley, der von Anfang an den italienischen Krieg — den er als eine Aggression Italiens ansah — missbilligte, schien auch über die Aktion der italienischen Flotte vor den Dardanellen nicht erbaut. Er betrachtet sie als zwecklos und inopportun. Unbequem für die neutralen Mächte, sei diese Aktion nicht geeignet, auf die Türken Eindruck zu machen, welche sie auch noch so darstellen könnten und würden, als hätten sie einen Angriff des Feindes zurückgewiesen. Wir sprachen in ganz akademischer Weise von der allgemeinen politischen Lage und von den möglichen Rückwirkungen des jetzigen Krieges auf den Balkan,[b] die der greise Staatsmann nicht von der Hand wies und mit welchen er immerhin rechnen zu müssen schien. Im Gegensatze zu Sir E. Grey und Sir A. Nicolson, die, wie Euerer Exzellenz aus meiner Berichterstattung bekannt, in letzter Zeit die Nachrichten vom Balkan als relativ günstig und beruhigend bezeichneten, machte Lord Morley einige Bemerkungen, wie ungefähr: „es gibt am Balkan sehr schlaue und intelligente Leute — auch Souveräne — welche im gegebenen Momente die Situation zu ihrem Interesse ausnützen würden, etc." Bewunderung für die Fähigkeiten und Misstrauen in die Verlässlichkeit König Ferdinands schienen das Hauptmotiv der Bedenken Lord Morleys zu sein. Im Verlaufe der Konversation sprachen wir von den deutsch-englischen Beziehungen[c] und ich erinnerte ihn an Gespräche, die wir bei früheren Anlässen, zuletzt vorigen Herbst in Balmoral, über diese wichtigste aller Fragen gehabt hätten. Ich sprach mit Befriedigung von den Bemühungen unseres gemeinschaftlichen Freundes Lord Haldane und Lord Morley zollte seinem Ministerkollegen die wärmste Anerkennung, sowohl was seine Intentionen, seine Ausdauer, als seine hervorragenden Fähigkeiten betrifft — aber mit der Einschränkung: „ich weiss nicht, ob Haldane gerade ein besonders geschickter Diplomat ist!" Als ich von der — hoffentlich — zu erwartenden détente zwischen hier und Berlin sprach, meinte Lord Morley, er wünsche zwar nichts sehnlicher, sei aber etwas skeptisch, denn „wie sollen wir zu einer détente mit Deutschland gelangen, wenn man in Paris gleich nervös wird und wir uns ganz von unseren französischen Freunden beeinflussen lassen?" Ich erwiderte, man habe immer gehofft „que l'un n'empêcherait pas l'autre" und meinte, es wäre sehr zu bedauern, wenn man in Paris der Entente immer mehr den Charakter einer wirklichen Allianz gäbe, wodurch die kriegerischen Stimmungen unter den Franzosen wieder mehr zum Vorschein kämen. Unter diesen Umständen könne es dann weniger Wunder nehmen, wenn auch in gewissen Kreisen in Deutschland die Frage aufgeworfen werde, ob denn England bereit sei, an der Seite Frankreichs in einem Kriege zu kämpfen, der für die Abänderung des Frankfurter Friedensvertrages geführt würde! Lord Morley, der als Altliberaler

einer der überzeugtesten Friedensfreunde ist, führte mir aus, wie er in früheren Jahren fast vereinzelt für eine Verständigung mit Frankreich plädirte, als hier noch — zuletzt zur Zeit der Faschodakrise — die feindseligste Stimmung gegen Paris herrschte. Jetzt wünsche er von ganzem Herzen die Besserung des Verhältnisses zu Deutschland. Er gab mir zu verstehen, er besorge, dass England durch Ententen und Freundschaften zu sehr in den Strudel kontinentaler Gegensätze hineingezogen werde und machte einige melancholische Bemerkungen über die alte Politik der „splendid isolation", die, wie mir schien, seinen Neigungen am besten entsprach. Er schien mir nicht in Allem und Jedem von der Politik des jüngeren Kollegen, den er momentan vertritt, begeistert zu sein. Auch einige retrospektive Betrachtungen über den Herbst 1908 — Lord Morley war auch damals in Balmoral, als ich anfangs Oktober 1908 das Schreiben Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn an weiland König Eduard überbrachte — bestätigten mir abermals den Eindruck, dass auch er die damals uns gegenüber von Sir Edward Grey eingenommene Haltung nicht billigte, oder doch jedenfalls jetzt in ruhiger historischer Betrachtung nicht gutheisst. All' das hat heute nicht viel aktuelle und praktische Bedeutung; ich berichte aber vorstehend in Kürze unsere Unterredung, weil der Doyen des Kabinettes und der liberalen Staatsmänner überhaupt noch immer ohne Zweifel eine der hervorragendsten Kapazitäten des zeitgenössischen England bleibt und deshalb seine Bemerkungen immerhin ein gewisses Interesse verdienen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3488, 3494. — [b]) Vgl. n. 3445, 3492. — [c]) Vgl. n. 3468.

Nr. 3491. Bericht aus London, 26. April 1912 Nr. 22 C (eing. 29. April).[a]) *Ausfert.*

Mein italienischer College hat sich auf 8 Tage hier absentiert, um in Rom seinem Souverän sowie Herrn Giolitti und Marquis San Giuliano seine Aufwartung zu machen. Marquis Imperiali suchte mich nach seiner Rückkehr auf und sprach mir viel von der Stimmung in Italien bezüglich des Krieges, die ja Euer Excellenz hinlänglich aus römischen Berichterstattungen bekannt sein dürfte. Interessant scheint mir nur, dass Marquis Imperiali in entschiedener Weise erklärte, er habe noch niemals sein Vaterland so dreibundfreundlich — und speziell so freundschaftlich für die Monarchie gesehen — wie jetzt. Diese Stimmung sei ziemlich allgemein und er habe von manchen Deputierten die Ansicht aussprechen gehört, das Land beginne sich jetzt der Regierungspolitik hinsichtlich des Dreibundes vollständig anzuschliessen. „Vous devriez en profiter, car cela peut être de la plus grande importance pour l'avenir", wiederholte er immer wieder. Ich erlaube mir diesen Eindruck meines Collegen für alle Fälle einzuberichten, ohne mir ein Urtheil darüber anzumassen, ob wirklich ein hoch erfreulicher und vernünftiger Umschwung in der öffentlichen Meinung Italiens eingetreten ist, oder ob diese Stimmung in dem Sinne aufzufassen ist, dass man in Rom beginnt, die durch den Krieg geschaffene Lage als etwas unbehaglich und unsicher anzusehen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3455, 3513.

Nr. 3492. Bericht des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 26. April 1912 Nr. 28 A (eing. 28. April).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Am 21. d. Mts. fand ein Hofdiner von circa 20 Gedecken statt, an dem die Majestäten, Prinzessin Elisabeth Reuss, die auf der Durchreise befindlichen Prinzen Stolberg und Lynar und von Diplomaten nebst dem belgischen Geschäftsträger nur meine Wenigkeit teilnahmen. Nach Aufhebung der Tafel zog mich Seine Majestät der König in ein nahezu einstündiges Gespräch, in dessen Verlaufe der König auch vielfach politische Gegenstände berührte. Seine Majestät begann die Conversation mit den Worten: „Über Europa liegt gegenwärtig eine schwere, dicke, drückende Luft." ... *Verschiedene belanglose Äußerungen* ... Seine Majestät hätte Seine Söhne auf ihrer „herrlichen" Reise an Bord der „so ausgezeichneten Thalia" so „ungemein gerne" begleitet. Aber wie wäre dies bei den jetzigen „schweren Zeiten" möglich gewesen! „Sie werden sehen, ich habe es immer vorausgesagt, in einem, anderthalb Jahren längstens geht's los, dann sind wir aber Alle dabei." Mit dieser düsteren Prognose schloss Seine Majestät das in ungemein huldvoller Weise geführte Gespräch, das noch an so mancher anderen Stelle, mit deren Wiedergabe — weil weniger prägnant — ich die kostbare Zeit Euer Excellenz nicht in Anspruch zu nehmen wage, sehr pessimistisch gefärbt war. Ich hatte schon öfter Gelegenheit, solche deprimirte Stimmungen bei König Ferdinand zu beobachten. Diesmal sind sie wohl auch zum grossen Teil auf den ungünstigen Gesundheitszustand des Königs zurückzuführen; Seine Majestät leidet seit mehr als zwei Wochen an einem äusserst schmerzhaften Gichtanfall, der diesmal den König deshalb besonders impressionirt, da er auch die rechte Hand ergriff und den sonst rastlos tätigen Herrscher in Seinen Arbeiten hindert; kaum mit einem eigens construirten Bleistift könne der König, äusserte Sich Höchstderselbe zu mir, mit Mühe ein paar Worte schreiben. Aufgefallen ist mir das schlechte Aussehen Seiner Majestät, das wohl nicht nur auf die acuten Schmerzen zurückzuführen ist, denn im Verlaufe von kaum drei Monaten — ich hatte zuletzt anlässlich der Anwesenheit Seiner k. u. k. Hoheit des Durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Karl Albrecht in Sofia Anfang Februar Gelegenheit König Ferdinand in nächster Nähe zu sehen — ist der König auffallend gealtert. Diese Beobachtung machen auch die nächsten Angehörigen Seiner Majestät, wie ich dies aus Äusserungen, die Prinzessin Elisabeth Reuss, die Schwester Ihrer Majestät der Königin, während des Hofdiners zu mir machte, entnommen habe.

Mittag.

[a]) Vgl. n. 3487, 3490 Anm. b, 3493.

Nr. 3493. Privatschreiben des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia an den Gesandten Grafen Albert Nemes, 26. April 1912.[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Erlaube mir, bitte, dass ich in Form dieses vertraulichen Schreibens mit einigen Worten auf den mir mit letztem Kurier gütigst mitgeteilten, streng vertraulichen Bericht Herrn von Ugrons de dato

Belgrad 29. März l. J. zurückkomme. Wir haben von Sofia aus die Reise Sir Henry Bax Ironsides desshalb mit keinem Wort gemeldet, da sie, wie wir wussten, den Zweck hatte, C. Barklay, dem ersten Secretär der englischen Gesandtschaft in Belgrad, der während des bevorstehenden mehrmonatlichen Urlaubs des englischen Gesandten hier als englischer Geschäftsträger fungieren wird, das Haus und den Stall Sir Henrys eben für die Zeit der Geschäftsträgerschaft Barklays, möglichst teuer zu vermieten. Da Barklay, den ich persönlich gut kenne, nur die Rückkehr Sir Ralph Pagets abwartete, um selbst auf Urlaub zu gehen und zu heiraten, erklärt es sich, dass Bax Ironside knapp vor Rückkehr des Belgrader englischen Gesandten auf seinen Posten dort eintraf, um mit Barklay persönlich das „Geschäft" noch abschliessen zu können. Sir Henry ist wegen seiner geradezu krankhaften Geldgier unter den Collegen bekannt und desshalb, so wie auch wegen mancher anderen nicht sympathischen Eigenschaft von dem diplomatischen Corps wenig frequentirt. Dasselbe Los hat auch Spalajkovitch, und so mag denn die beiderseitige Isolierung die beiden Herren gewissermassen zusammengeführt haben. Spalajkovitch brachte auch, wohl um sich für die ihm von Sir Henry erwiesenen Artigkeiten zu revanchieren, den serbischen Kronprinzen bei seinem letzten Aufenthalt in Sofia (aus Anlass der Grossjährigkeits-Erklärung des Kronprinzen Boris) auf die englische Gesandtschaft zum Thee. Das Diner, das Kronprinz Alexander Sir Henry zu Ehren in Belgrad gab, mag wohl die Erwiderung dieses Thees gewesen sein. Sir Henry Bax Ironside ist ein fanatischer Deutschenhasser; und aus diesem Grund mag er wohl auch mit so manchen politischen Ideen Spalajkovitchs sympathisieren. Aber, gleichwie der Herr k. u. k. Gesandte in Belgrad, kann auch von hier nur gemeldet werden, dass die Reise Sir Henrys in eben genannte Stadt einen positiven politischen Zweck oder gar eine bestimmte Mission sicherlich nicht hatte. Bax Ironside war vor ein paar Wochen auch in Constantinopel, um sich, wie er der ganzen Stadt „vertraulich" erzählte, „seine zukünftige Botschaft anzusehen". Ob er wirklich Chancen hat, jemals Botschafter in Constantinopel zu werden, weiss ich nicht; von Seite einiger ehemaliger Mitglieder der englischen Gesandtschaft wurde dies immer stark bezweifelt. Mittag.

[a] Vgl. n. 3400, 3492, 3503, 3549, 3571, 4202.

Tel. nach Konstantinopel, 27. April 1912 Nr. 77 (chiffr. 1 U. 35 M. p. m.). Siehe n. 3494.

Nr. 3494. Tel. nach Rom Nr. 79, Konstantinopel Nr. 77 und St. Petersburg Nr. 56, 27. April 1912 (chiffr. 1 U. 35 M. p. m.).[a] Konz. (S. und G. Nemes).

Streng vertraulich. Graf Mensdorff telegraphiert unter dem 26. l. M.[b] wie folgt: Bezüglich Standes Mediation der Mächte nach Empfang türkischer Antwort meint Sir A. Nicolson, er sehe nicht recht, was weiter geschehen könne. Herr Sazonow habe gestern Buchanan gesprochen von Möglichkeit „einer Pression auf beide Kriegführende und Belassung des Hinterlandes von Tripolis in türkischem Besitz". Nicolson scheint diese Eventualität

wenig wahrscheinlich und schwer tunlich. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information und rein persönlicher Kenntnisnahme.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3490, 3495, 3496, 3497. — [b]) Tel. aus London, 26. April 1912 Nr. 28 (eing. 9 U. p. m.). Entziff. Oben vollständig wiedergegeben.

Tel. nach St. Petersburg, 27. April 1912 Nr. 56 (chiffr. 1 U. 35 M. p. m.). Siehe n. 3494.

Nr. 3495. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 14./27. April 1912 Nr. 18 A (eing. 1. Mai).[a]) Ausfert.

Wie Euer Exzellenz bereits bekannt, hat gestern Herr Sazonow ein längeres Exposé[b]) über die russische auswärtige Politik in der Reichsduma gehalten. Die deutsche Uebersetzung dieser Rede lege ich ergebenst vor. Ich war dabei anwesend und konnte konstatieren, dass das Exposé mit Beifall aufgenommen wurde. Während der Lesung der Rede wurde der Passus über die Beziehungen zu Deutschland von der äusseren[c]) Rechten applaudiert. Ueber die Aufnahme dieser Rede in der Presse berichte ich an anderer Stelle und werde mir gestatten auf den Gegenstand gelegentlich zurück zu kommen. Szilassy.

P. S. Ich entnehme soeben aus dem russischen Texte der Rede des Herrn Ministers des Aeussern, dass die deutsche Uebersetzung in manchen, meist unwesentlichen Punkten, nicht eine vollkommene ist. Ich glaube daher die genaue Uebersetzung des die Beziehungen zur Monarchie betreffenden Teiles des Exposés noch ergebenst unterbreiten zu sollen.[d]) Ut in Litteris. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 3394 Anm. f, 3494, 3496, 3509, 3612 Anm. c. — [b]) Polit. Chron. der ö.-u. Mon. 1912, 171. — [c]) Soll wohl heißen „äußerste Rechte". — [d]) Beilage.

Beilage zu n. 3495.

Wie Ihnen bekannt, meine Herren, sind unsere Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn vor nicht langer Zeit einer Prüfung unterzogen worden. Trotzdem ist es beiden Regierungen angesichts der höchsten Ziele einer Sicherung des Friedens gelungen, einen Boden zur Feststellung allgemeiner leitender Prinzipien zu finden, an die sich Russland und Oesterreich-Ungarn in dem Gebiete halten könnten, in dem sich ihre Interessen berühren. Ich halte es für meine Pflicht, Sie daran zu erinnern, dass beiderseits als diese Prinzipien anerkannt sind: 1. die Aufrechterhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel, 2. die Unabhängigkeit der Erstarkung und friedlichen Entwicklung der kleinen Balkanstaaten, und 3. die Unterstützung und Befestigung der neuen Ordnung des Ottomanischen Reichs, indem zur Grundlage dessen die Gleichberechtigung aller Völkerschaften der Türkei gemacht wird. — Seinerzeit haben wir sowohl die übrigen Kabinette der Grossmächte als auch die öffentliche Meinung im Wege der Presse mit diesen Entschlüssen bekannt gemacht. Der kürzlich verstorbene österreichisch-ungarische

Minister des Aeussern hat seinerseits dieselben vor den Delegationen bestätigt. Wir wissen aus autoritativer Quelle, dass man in Wien auch in Zukunft die genannten Principien aufrecht erhalten will. Der feste Entschluss Oesterreich-Ungarns, auf diesem Boden zu bleiben kann nur einen günstigen Einfluss auf den weiteren Verlauf unserer gegenseitigen Beziehungen haben.

Nr. 3496. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 29. April 1912 Nr. 130 (eing. 30. April 9 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Die Pforte hat der russischen Botschaft heute, und zwar ebenfalls in Form eines Aide-mémoire, die Antwort in Angelegenheit der Dardanellensperre erteilt. Assim Bey hat mir dieses Schriftstück soeben verlesen. Dasselbe weist im Anfange darauf hin, dass die Türkei seit Beginn des Krieges bemüht sei, die Interessen der Neutralen, soweit es nur möglich, zu schonen. Sie habe bereits vor Monaten darauf aufmerksam gemacht, dass falls Italien den Kriegsschauplatz auch in das Ägäische Meer verlegen würde, die Türkei sich genötigt sähe, die Dardanellen zu sperren, habe dies aber dennoch erst getan, als Italien die Meerengen angegriffen hat. Des weiteren besagt die Antwort, dass die Pforte sich niemals vertragsmässig gebunden habe, die Dardanellen im Falle eines feindlichen Angriffes nicht zu verteidigen und daher entschlossen sei, die Meerengen insolange gesperrt zu halten, als die Gefahr eines italienischen Angriffes auf dieselben bestehe; sie bedauere umsomehr an dieser Massregel festhalten zu müssen, als hiedurch ihre eigenen Interessen geschädigt werden. Das Aide-mémoire schliesst mit der Erklärung, dass die Pforte die Durchfahrt durch die Dardanellen unverweilt freigeben werde, sobald die Gefahr eines italienischen Angriffes auf die letzteren nicht mehr bestehe, oder Italien den neutralen Mächten die Versicherung gegeben haben wird, auf die Meerengen keinen Angriff mehr zu unternehmen. Zu dieser Mitteilung bemerkte Assim Bey mir gegenüber, dass die türkische Regierung vorliegende wichtige Angelegenheit reiflich erwogen habe; sie könne unter den gegebenen Verhältnissen Konstantinopel nicht einem feindlichen Angriffe aussetzen, sondern müsse alles tun, was in ihren Kräften stehe, um einen solchen abzuwehren. Bei diesem Anlasse kam der Minister des Äussern auch auf die Rede Herrn Sazonows in der Duma zu sprechen. Dieselbe scheint auf ihn einen äusserst ungünstigen Eindruck gemacht zu haben. Er hob namentlich den Passus hervor, in welchem Sazonow auf die unbefriedigende Lage auf der Balkanhalbinsel hinweist, und erblickt in demselben eine Parteinahme zu Gunsten Italiens.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3494, 3495, 3497.

Nr. 3497. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 29. April 1912 Nr. 77 (eing. 30. April 9 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 56 vom 27. d. M. Ich konnte von Herrn Neratow entnehmen, dass russische Intentionen in Mediationsfrage vorläufig nicht weiter gehen, als in Zirkulartelegramm bekanntgegeben. Da Herr Sazonow bereits Grafen Thurn und mir in rein akademischer Weise

von der Idee einer Pression auf beide Kriegführenden im Sinne, dass Italien Küstengebiet und Türkei Hinterland von Tripolitanien behalten sollten, gesprochen hatte, erwähnte ich dies. Adjoint erwiderte, dass alle derlei Ideen wie eventuelle Konferenz oder Lokalisierung des Krieges in Afrika bloß Gegenstand ganz akademischer und nicht aktueller Gespräche gewesen seien. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 3496, 3498.

Nr. 3498. Tagesbericht über einen Besuch des türk. Botschafters, 30. April 1912.[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Macchio).

Der hiesige türkische Botschafter hat heute hier im Auftrage und im Namen seiner Regierung das Ersuchen gestellt, das k. und k. Kabinet möge bei der italienischen Regierung einen Schritt unternehmen, um eine Garantie für das Unterbleiben weiterer Angriffe gegen die Dardanellen zu erlangen. Erst wenn Italien eine solche Zusicherung erteilt hätte, könnte die Pforte daran denken, die Meerengenpassage freizugeben; es sei der Pforte schon deshalb unmöglich, die Sperre der Dardanellen vor Erhalt einer derartigen Garantie aufzuheben, weil infolge der Zerstörung der Kabellinien auf rechtzeitige Nachrichten über die Bewegungen der italienischen Flotte nicht gerechnet werden könne. Auf Befragen fügte Mavroyéni Bey hinzu, er wisse zwar nicht, ob ein analoger Schritt türkischerseits auch bei den anderen Mächten unternommen werde, halte dies aber für wahrscheinlich. In der Sache selbst wurde dem Botschafter erwidert, daß seine Demarche zur Kenntnis des Herrn Ministers gebracht werden würde, daß aber das türkische Petit jedenfalls zunächst den Gegenstand eines Gedankenaustausches mit den anderen neutralen Kabinetten bilden müsste.

[a]) Vgl. n. 3497, 3499.

Nr. 3499. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 30. April 1912 Nr. 134 (eing. 1. Mai 5 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Im Laufe meiner gestrigen Unterredung mit Assim Bey kam der Herr Minister auch auf die von ihm und Mahmud Schefket Pascha angedeutete Basis zu sprechen, auf welcher etwa eine Vermittlung zwischen der Türkei und Italien versucht werden könnte. Wie ich bereits mit Telegramm Nr. 111[b]) zu melden die Ehre hatte, bestände dieselbe in der Überlassung von Tripolis an Italien, wogegen die Cyrenaica und das tripolitanische Hinterland inklusive Fesan türkisch bliebe. Assim Bey fügte hinzu, dass eine solche Lösung des Konfliktes allerdings sowohl hier wie den Arabern gegenüber nicht leicht vertretbar wäre, man könnte aber schliesslich die Sache, speziell den letzteren, vielleicht mit Hinweis darauf acceptabler erscheinen lassen, dass einerseits das vollständige Herausdrängen der Italiener aus Tripolis unmöglich sei, anderseits die Araber, die nicht unter italienischer Herrschaft leben wollten, immerhin die Möglichkeit hätten, sich entweder in das tripolitanische Hinterland oder in die Cyrenaica zurückzuziehen. Der Minister betonte wiederholt, dass dies seiner Ansicht nach

das Äusserste wäre, das die türkische Regierung der hiesigen öffentlichen Meinung zumuten könnte. Der bezügliche Vorschlag dürfte indessen keineswegs von Russland kommen, sondern müsste von allen Grossmächten gemacht werden, denn als einseitig russischer würde er von der hiesigen öffentlichen Meinung von vornherein abgelehnt werden. Bei einer anderen Gelegenheit machte mich der Minister darauf aufmerksam, dass die Antwortnote der Pforte in der Angelegenheit der Mediation feststellt, dass die türkische Regierung bereit ist, die Vermittlung der Mächte anzunehmen und erst dann deren Bedingungen formuliert. Assim Bey liess hiebei durchblicken, dass die Pforte dadurch den Mächten die Möglichkeit bieten wollte, hieran anknüpfend in ihren Bemühungen um die Mediation fortzufahren.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3498, 3500. — [b]) Vom 19. April.

Nr. 3500. Tel. aus London, 30. April 1912 Nr. 29 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Unterstaatssekretär sagte mir eben, dass, obwohl Tewfik Pascha ihm vor zwei Tagen Öffnung der Dardanellendurchfahrt in Aussicht gestellt, es jetzt bedauerlicherweise so aussehe, als ob nichts geschehen würde. Die englischen Botschafter in Wien und Petersburg sind beauftragt anzufragen, ob Euer Exzellenz und Herr Sazonow geneigt wären, eine Aktion bei italienischer Regierung zu unternehmen, damit wenigstens vorübergehende Öffnung der Passage erreicht werden könne, um gegenwärtige „Kongestion" der Schiffe und des Handels zu beheben. Anfrage wird nur in Wien und Petersburg gestellt, nachdem blos kaiserliche und königliche und russische Regierung nebst der britischen die Frage der Passage in Konstantinopel zur Sprache gebracht haben.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3499, 3501.

Nr. 3501. Aide-Mémoire des englischen Geschäftsträgers, 30. April 1912 (eing. 30. April).[a]) Ausfert. Siehe n. 3502.

[a]) Vgl. n. 3500, 3507.

Nr. 3502. Tel. nach Rom, 30. April 1912 Nr. 80 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

In einer Unterredung, welche ich am 23. l. M. mit Herzog Avarna[b]) über die jüngste italienische Flottenaktion hatte, habe ich nach Zurückweisung der Behauptung des Botschafters, daß die Haltung der übrigen Mächte gegenüber Italien eine freundschaftlichere gewesen sei als die Österreich-Ungarns beigefügt, die italienische Regierung könne darauf rechnen, daß wir auch in Zukunft an unserem freundschaftlichen Verhalten festhalten werden, soweit unsere Stellung als neutrale Macht dies nur zuließe und daß wir uns gleich allen übrigen Mächten an den Bestrebungen beteiligen, die zu einem Ende des Krieges führen sollen. Nach der gestern erteilten negativen Antwort der türkischen Regierung auf die russische Note

dürfte die Minenlegung in den Dardanellen und sohin auch die Stockung der neutralen Handelsschiffahrt kaum in absehbarer Zeit beseitigt werden. Die englische Regierung hat sich nun veranlasst gesehen, mir heute nachstehendes „Aide-mémoire“ überreichen zu lassen: „Le Chargé d'Affaires de Sa Majesté Britannique a été chargé de s'informer auprès de Son Excellence le Comte Berchtold si le Gouvernement Impérial et Royal serait prêt à s'associer avec le Gouvernement de Sa Majesté Britannique en s'adressant au Gouvernement Italien pour savoir si ce dernier serait disposé à donner des assurances de s'abstenir de toute attaque sur les Dardanelles pendant une période suffisante pour mettre fin à la congestion dans le trafic amassé dans le détroit. Sir Edward Grey a adressé une interrogation pareille au Gouvernement russe, puisque selon son information ce Gouvernement aurait déjà fait, ainsi que le Gouvernement Impérial et Royal, des démarches à Constantinople (semblables à celles qu'a fait le Gouvernement de Sa Majesté Britannique) dans le but de faire ouvrir de nouveau les Dardanelles. Dans le cas où le Gouvernement Italien consentirait à donner ces assurances, les trois Gouvernements pourraient ensuite inviter le Gouvernement ottoman à ouvrir le passage sans délai. Dans le cas où les autorités ottomanes ouvriraient le détroit de leur propre initiative dans le cours de la semaine, il ne serait naturellement pas nécessaire de faire aucune démarche à Rome.“ Die englischerseits lanzierte Idee, die Türkei dadurch zu einer vorläufigen Wiedereröffnung der Meerengen zu bewegen, daß Italien zusichere, sich kriegerischer Operationen gegen die Dardanellen während eines Zeitraumes zu enthalten, welcher zur Beseitigung der Schiffahrtsstockung auszunützen wäre, würde es meines Erachtens den an der Schiffahrt im Schwarzen Meere nächstinteressierten Mächten, einschließlich Österreich-Ungarns, gestatten, die berechtigten Interessen ihrer Handelsmarinen zu wahren, ohne sich mit dem (in meiner eingangs wiedergegebenen Erklärung neuerdings betonten) Neutralitätsprinzipe in Widerspruch zu setzen. Falls Italien sich zu der englischerseits angeregten Erklärung verstehen oder, was vielleicht am günstigsten wäre, eine solche — ohne eine Demarche der Mächte abzuwarten — spontan abgeben wollte, so würde hiemit der Zweck der italienischen Flottenaktion keinerlei Einbuße erleiden. Derselbe besteht ja nach den wiederholten Erklärungen Marquis di San Giulianos nicht etwa in einem angriffsweisen Vorgehen im nördlichen Teile des ägäischen Meeres, sondern in der Einschüchterung der Türkei. Gerade letzteres Ziel würde aber insoferne gefördert werden, als das Ablaufen der zur Beseitigung der Schiffahrtsstockung gewährten Frist einen neuerlichen Druck auf die Pforte auszuüben geeignet wäre. Bevor ich indes zu dem englischen Vorschlage definitive Stellung nehme, würde ich Wert darauf legen zu erfahren, welche Aufnahme die proponierte Demarche bei der italienischen Regierung finden dürfte, beziehungsweise ob letztere etwa geneigt wäre, die in Rede stehende Frist spontan zu gewähren. Ich ersuche Euer Exzellenz Vorstehendes mit Marquis di San Giuliano in streng vertraulicher und freundschaftlichster Weise zu besprechen und mir dessen Rückäußerung telegraphisch einzuberichten.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3504, 3507. — [b]) Vgl. n. 3482.

Nr. 3503. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 1. Mai 1912 Nr. 137 (eing. 11 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Rumänischer Gesandter teilte mir mit, dass Assim Bey ihn vorgestern auf die Gefahren aufmerksam machte, welche im Falle eines italienischen Angriffes auf Dardanellen respektive Konstantinopel von Seiten Bulgariens drohen würden. Der Minister fügte hinzu, dass in diesem Falle auch mit einem Angriffe Griechenlands, Serbiens und Montenegros zu rechnen sein würde und es unter diesen Umständen für die Pforte von grosser Wichtigkeit wäre, zu wissen, wie sich Rumänien bei einer solchen Eventualität verhalten würde. Herr Mişu antwortete Assim Bey, er könne ihm nur soviel sagen, dass Rumänien immer eine konservative Politik verfolge und die Erhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel wünsche. Hierauf fragte Minister des Äussern den Herrn Gesandten, ob, nachdem das rumänische Parlament nicht tage, es nicht etwa möglich wäre, dass rumänischerseits in Form eines Communiqués oder Interviews darauf hingewiesen werden würde, dass Rumänien einen Angriff Bulgariens auf die Türkei nicht gleichgiltig hinnehmen könnte. Herr Mişu hat hierüber seiner Regierung Bericht erstattet. Er sagte mir schliesslich, er habe den Eindruck gewonnen, dass Assim Bey auch an mich mit einer ähnlichen Bitte heranzutreten beabsichtige.

Pallavicini.

[a] 3493, 3514, 3515, 3523.

Nr. 3504. Tel. aus Rom, 1. Mai 1912 Nr. 53 (eing. 2. Mai 9 U. a. m.)[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Ich hatte heute im Sinne hohen Telegrammes Nr. 80 Unterredung mit dem Minister des Äussern, welchen kurz vorher englischer Botschafter in derselben Angelegenheit gesprochen hatte. Marquis di San Giuliano sagte mir, er müsse Frage reiflich überlegen und darüber mit Ministerpräsidenten konferieren, werde mir aber in ein bis zwei Tagen definitive Antwort geben. Momentan glaube er, dass eine — wie es scheint — bevorstehende oder vielleicht schon erfolgte stärkere Pression Russlands auf die Pforte dieselbe bewegen werde, die Meerengen ohne Bedingung zu öffnen. Dies schiene ihm aber natürlich viel vorteilhafter. Zunächst für Italien, weil darin eine diplomatische Niederlage der Türkei gelegen wäre, wogegen die Öffnung der Dardanellen infolge der fraglichen italienischen Zustimmung ein diplomatischer Erfolg der Pforte wäre. Aber auch für ganz Europa, welches ein Interesse daran habe, dass bezüglich der andauernden Sperrung der Dardanellen kein Präzedens geschaffen werde. Für den Fall, dass die Einwirkung Russlands auf die Pforte erfolglos bliebe, schiene dem Minister persönlich die Idee Euer Exzellenz, dass Italien spontan erkläre, für einen bestimmten kurzen Zeitraum sich jeder Aktion gegen die Dardanellen enthalten zu wollen, eher diskutierbar, obwohl dieselbe dadurch kompromittiert sei, dass das englische Parlament sich schon mit dem englischen Vorschlag befasst und der Regierungsvertreter denselben ausdrücklich angekündigt habe. Ich drängte auf baldige Antwort, welche ich telegraphieren werde.

Mérey.

[a] Vgl. n. 3505.

Nr. 3505. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 1. Mai 1912 Nr. 78 (eing. 2. Mai 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Herr Sazonow sagte mir, dass Pforte in ihrer Antwort bezüglich der Sperrung der Dardanellen erklärt habe, dass sie Eröffnung nur dann verfügen könnte, wenn italienische Flotte sich entferne und italienische Regierung dafür Garantien gebe, dass kein neuer Angriff auf die Dardanellen unternommen werde. Er habe darauf telegrafisch seinen Protest gegen diese Verfügung, welche gegen alle Verträge verstosse, in Konstantinopel erneuern lassen. Minister berief sich auf sein diesbezügliches Zirkulartelegramm an die Mächte und hofft, dass auch k. u. k. Regierung in Konstantinopel im Sinne der Eröffnung wirken werde. Ich erwähnte unsere Handelsinteressen, vermied es aber, auf prinzipielle Seite einzugehen. Turkhan Pascha hat Herrn Sazonow gesagt, dass, da italienische Flotte nunmehr zwanzig Stunden entfernt von Dardanellen und dass, da Sperrung binnen einer Stunde zu effektuieren sei, kein Grund vorliege, Dardanellen nicht zu eröffnen. Sazonow ist der Meinung, dass jede Pression in Rom, um Garantien zu erlangen, dass italienische Flotte künftighin von den Dardanellen lasse, ganz aussichtslos sei. Sir George Buchanan hat Herrn Sazonow mehrmals im Sinne einer solchen gemeinsamen Demarche in Rom sondiert, doch verhält sich der Herr Minister bisher ablehnend. Szilassy.

[a] Vgl. n. 3504, 3506.

Nr. 3506. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 3. Mai 1912 Nr. 138 (eing. 4. Mai 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Assim Bey sagte mir heute, dass er wegen der Frage der Wiedereröffnung der Dardanellen für den Schiffsverkehr einen schweren Kampf mit Said Pascha hatte, der die Verantwortung der öffentlichen Meinung gegenüber nicht übernehmen wollte. Der Minister fügte hinzu, er habe mit grossem Nachdrucke unter Androhung seiner Demission auf der Wiedereröffnung bestanden und zwar nicht etwa unter dem Einflusse des von Russland kommenden Druckes, sondern mit Rücksicht auf die Interessen der Neutralen und weil er Überzeugung gewonnen habe, dass 1. gegenwärtig Gefahr eines italienischen Überfalles tatsächlich nicht bestehe und 2. gerade Aufrechterhaltung der Sperre dem italienischen Calcul entsprechen dürfte. Pforte hält aber am Prinzipe fest, dass sie in Kriegszeiten das Recht habe, wenn Gefahr drohe, die Dardanellen zu schliessen. Auf meine Frage, ob die russische Botschaft diesfalls neuerlich Demarche unternommen habe, antwortete mir Minister, dass Dienstag der erste Dragoman der russischen Botschaft im Auftrage seines Chefs bei ihm erschienen sei, um ihm mitzuteilen, dass der Botschafter in Angelegenheit der Sperre neuerliche und dringliche Instruktionen erhalten habe. Er, Assim Bey, liess hierauf dem Botschafter sagen, dass die Pforte auf ihrem Standpunkt, die Meerenge insolange gesperrt zu halten, als ihres Erachtens Gefahr eines Angriffes auf dieselbe vorliege, beharre. Bei diesem Anlasse erzählte mir Minister überdies, dass ihm Herr von Giers letzten Montag damit drohte, es könnte, falls die Pforte sich weiterhin weigern würde, Dardanellen

zu öffnen, die Meerengenfrage in ihrem ganzen Umfange aufgerollt werden. Assim Bey will dem Botschafter darauf geantwortet haben, die Frage müsste dann so gelöst werden, dass die Meerengen in Friedenszeiten für die Kriegsschiffe aller Mächte geöffnet würden, worauf Herr von Giers das Thema fallen liess. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3505, 3507.

Nr. 3507. Aide-Mémoire für die englische Botschaft, 4. Mai 1912 Nr. 1833.[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Le Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères a avec un vif intérêt pris connaissance de l'Aide-mémoire que Monsieur le Chargé d'Affaires de Sa Majesté Britannique a bien voulu lui transmettre en date du 30 avril dr.[b] Les intérêts de la navigation et du commerce austro-hongrois ont en effet été considérablement atteints par la fermeture du détroit des Dardanelles. Le Gouvernement Impérial et Royal a donc été heureux d'apprendre qu'à la suite des démarches faites par l'Ambassadeur de Sa Majesté Britannique à Constantinople (semblables à celles entreprises par l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie) la Sublime Porte a décidé la réouverture du détroit pour le commerce international.

[a] Vgl. n. 3506, 3508, 3509. — [b] Vgl. n. 3501 beziehungsweise 3502.

Nr. 3508. Tel. aus Rom, 4. Mai 1912 ohne Nr. (eing. 5. Mai 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Unter dem Schutze einer italienischen Escadre ist heute ein italienisches Besatzungskorps, vorläufig ohne Kampf, auf Rhodus gelandet. Mérey.

[a] Vgl. n. 3455, 3507, 3516.

Nr. 3509. Bericht aus Konstantinopel, 5. Mai 1912 Nr. 39 A (eing. 8. Mai).[a] Ausfert.

Vertraulich. Als ich letzten Donnerstag Assim Bey auf der Pforte meinen Besuch machte, stand er ganz unter dem Eindrucke der Rede, welche Euere Excellenz in der Delegation[b] gehalten haben. Es sagte mir, er habe im letzten Ministerrathe — in welchem die Aufhebung der Dardanellensperre beschlossen wurde — den von der Agence Ottomane veröffentlichten Text des Exposés verlesen und haben die sympathischen Worte, die Euere Excellenz darin der Türkei widmeten, bei seinen Collegen einen förmlichen Enthusiasmus hervorgerufen; aber auch andere Stellen der Rede seien vom Ministerrathe mit lebhaftestem Beifalle begrüsst worden. Es scheint mir, dass das Exposé nicht ohne Einfluss auf die Frage der Wiedereröffnung der Dardanellen gewesen ist, da man in Euerer Excellenz Äusserungen eine Gewähr dafür erblickt, dass kein weiterer Angriff auf die Meerenge erfolgen werde. Der Herr Minister des Äussern, der den bezüglichen Passus der Rede mit besonderer Befriedigung relevierte, war in sehr gehobener Stimmung und betonte wiederholt, wie angenehm ihn Euerer Excellenz Exposé im Gegensatze zu jenem Herrn Sassonows[c] berührte, das hier

einen durchaus schlechten Eindruck gemacht hat. Diese Stimmung brachte Assim Bey auf seinen Lieblingsgedanken, die Idee einer Entente zwischen der Monarchie und der Türkei:*d)* er frug mich nämlich, ob nicht etwa der Moment gekommen wäre, um dem Gedanken einer Entente zwischen den beiden Staaten näherzutreten, — welche bloss den Zweck hätte, den Status quo auf der Balkanhalbinsel zu sichern. Ich erwiderte dem Herrn Minister, dass der Augenblick meines Erachtens hiefür noch nicht gekommen zu sein scheint. Ueberdies hätten sich Euere Excellenz in Hochderselben Rede ohnedies über die Frage des Status quo vor ganz Europa in solenner Weise ausgesprochen. Hierauf liess Assim Bey dieses Thema fallen und kam wieder auf das Exposé zu sprechen, wobei er — wie ich bereits telegraphisch zu melden die Ehre hatte — den Passus über Rumänien relevierte und bemerkte, dass diese Stelle in Bulgarien einen heilsamen Eindruck machen werde. Aus seinen weiteren Äusserungen entnahm ich, dass der Herr Minister hinsichtlich Bulgariens wenig Zuversicht habe, namentlich deshalb, weil er auch wegen des Verhaltens Russlands nicht ohne Sorge ist. Er frug mich nämlich, ob ich glaubte, dass diese Macht gegen die Türkei etwas im Schilde führe? Ich erwiderte hierauf, dass ich für eine derartige Annahme keinen Anhaltspunkt besässe und es mir ausgeschlossen erschiene, dass Russland gegen die Türkei feindlich auftrete, beziehungsweise die Balkanstaaten gegen dieselbe aufhetze. Der einzige etwas bedenkliche Punkt wäre diesfalls eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Türkei und Russland in Angelegenheit des strittigen türkisch-persischen Grenzgebietes, weshalb man — sagte ich dem Herrn Minister — in dieser Beziehung allerdings eine gewisse Vorsicht obwalten lassen müsse. Im weiteren Verlaufe unseres Gespräches deutete mir Assim Bey an, dass Russland aus Anlass der Dardanellensperre Schadenersatzansprüche formulieren könnte, um auf die Türkei einen Druck auszuüben, dass jedoch ein Eingehen auf dieselben türkischerseits vollkommen ausgeschlossen sei. Diese Unterredung mit dem Herrn Minister des Äussern liess in mir den Eindruck zurück, dass Euerer Excellenz Delegationsrede für unsere Beziehungen mit der Türkei von nachhaltender Wirkung sein wird und dass dieselbe, wie ich bereits zu melden in dem Falle war, sich als ein Moment von weittragender politischer Bedeutung darstellt. Infolge Euerer Excellenz Auslassungen wird wohl nicht allein in der Türkei, sondern allgemein kein Zweifel darüber bestehen können, dass die k. u. k. Regierung eine Action Italiens, welche geeignet wäre, den Status quo auf der Balkanhalbinsel zu alterieren, nicht gleichgiltig aufnehmen würde. Dieser Eindruck muss — wie mir scheint — ganz besonders in den kleinen Nachbarstaaten der Türkei zur Geltung kommen und den etwaigen Kriegsvelleitäten Bulgariens sowie Consorten ein Ende machen. Unter diesen Umständen gestaltet sich die allgemeine Situation, meines Erachtens, auch im Hinblicke auf die Wiedereröffnung der Dardanellen bedeutend besser, als dies die letzten Wochen der Fall war. Italien wird — aller Wahrscheinlichkeit nach — nun eine grössere Action einleiten, um einige Inseln im südlichen Theile des Ägeischen Meeres zu occupieren. Eine solche Operation dürfte eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, da einzelne dieser Inseln nicht unbedeutende Garnisonen besitzen.

So hat beispielsweise Rhodus eine Besatzung von etwa 3—4.000 Mann. Wenn also ein derartiges Unternehmen nach mehreren Wochen zu Ende geführt sein wird, dürfte sich — aller Wahrscheinlichkeit nach — herausstellen, dass die Türkei noch ebensowenig gewillt ist, nachzugeben, wie vorher, und wird Italien neuerlich vor der Frage stehen, was nun? Es bliebe dann noch die Besetzung von Inseln im nördlichen Theile des Ägeischen Meeres oder ein neuerlicher Angriff auf die Dardanellen übrig. Da letztere Eventualität indessen nach dem mir bekannten Standpunkte Euerer Excellenz ausgeschlossen zu sein scheint, würde, glaube ich, im gedachten Falle der Moment gekommen sein, wo die Mächte ihre Mediationsaction mit mehr Aussicht auf Erfolg aufnehmen könnten. Im gegenwärtigen Augenblick wäre ein solches Unternehmen aussichtslos, da die vorerwähnte Etappe erst durchgemacht werden muss. Ich glaube daher nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, dass unter diesen Umständen, was den italo-türkischen Conflict anbelangt, die nächsten Wochen wohl nichts bringen dürften, was die Situation wesentlich ändern könnte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 3507, 3510, 3519. — *b)* 30. April 1912. Polit. Chron. der ö.-u. Mon. 1912, Beilage: Parlament. Verhandl. 255. — *c)* Vgl. n. 3495. — *d)* Vgl. 3317, 3585.

Nr. 3510. Bericht aus Konstantinopel, 5. Mai 1912 Nr. 39 B (eing. 8. Mai).a) Ausfert.

Anlässlich eines Besuches, den mir mein russischer Kollege gestern abstattete, sagte er mir: „Ich beglückwünsche Sie zu dem grossen Erfolge, den die Rede des Grafen Berchtold hier erzielt hat — die Rede Herrn Sassonows ist, wie mir scheint, recht ungünstig beurteilt worden.“ Herr von Giers fügte hinzu, er sehe eigentlich nicht recht ein, weshalb man mit derselben hier so unzufrieden sei, da doch Herr Sassonow in seiner Rede der Türkei nichts unangenehmes gesagt, sondern sich dortselbst mit ihr überhaupt nicht näher beschäftigt habe. Übrigens seien die von den Telegraphenagenturen veröffentlichten Texte der Rede überhaupt, namentlich aber die Stelle über die italienische Kriegsführung, nicht richtig. Den weiteren Äusserungen des Herrn Botschafters konnte ich entnehmen, dass in Petersburg eine lebhafte Verstimmung gegen die Türkei platzgreife. Herr von Giers machte aus dem Grunde derselben kein Hehl, sondern gab ganz offen zu, dass dieser in der türkisch-persischen Grenzfrage liege. Der türkische Botschafter in Petersburg gebe, ebenso wie Assim Bey hier, stets die bündigsten Versicherungen, dass die Pforte die Truppen im strittigen Gebiete nicht vermehre, sondern zurückziehe, wogegen der russischen Regierung durch ihre Konsuln bekannt sei, dass die Türkei dort im Gegenteile ihre Truppen verstärke. Die gemischte türkisch-persische Grenzkommission, die zur Zeit hier tagt, werde in 5 Monaten schwerlich zu einem Resultate gelangen, so dass dann die Angelegenheit an das Haager Schiedsgericht überwiesen werden würde. Seiner rein persönlichen Ansicht nach, meinte mein Mitredner, wäre damit für die Türkei der Moment gekommen, ihre Truppen aus dem strittigen Gebiete zurückzuziehen, da das Schiedsgericht zur Entscheidung der Streitfrage gewiss Jahre benötigen werde. Im weiteren Verlaufe des Gespräches konnte ich neuerlich konstatieren, wie sehr man in

Russland in Bezug auf den für die Türkei günstigen Fortgang des italienisch-türkischen Konfliktes beunruhigt ist. Herr von Giers kam nämlich immer wieder auf die Notwendigkeit zurück, dem Kriege je früher ein Ende zu machen, da die Türkei — falls sie aus demselben erfolgreich hervorgienge — ganz intraitabel sein würde. Sehr bedenklicher Natur scheine ihm auch die Bewegung zu sein, die sich infolge des Krieges in der ganzen muselmännischen Welt geltend mache. Ich erwiderte meinem russischen Kollegen, ich stimmte mit ihm darin vollkommen überein, dass das Selbstbewusstsein der Türkei den europäischen Mächten gegenüber durch Erfolge im gegenwärtigen Konflikte unzweifelhaft in unangenehmer Weise gestärkt wird, doch sei ich mir vorläufig nicht darüber klar, wie dem Konflikte ein Ende zu machen wäre; man müsse jedenfalls einen günstigen Augenblick abwarten, um mit der Vermittlungsaktion einsetzen zu können, hiezu scheine mir aber der Moment nicht geeignet. In meiner bisherigen Berichterstattung war ich wiederholt in der Lage, meine Ansicht dahin auszusprechen, dass die Erklärung für die Bemühungen Herrn Sassonows, den Frieden zwischen Italien und der Türkei wiederherzustellen, hauptsächlich in den russischen Befürchtungen zu suchen sein dürfte, dass ein für die Türkei günstiger Ausgang des Krieges hier zu einer bedeutenden Selbstüberschätzung führen würde; obige Auslassungen Herrn von Giers' bestärken mich in dieser Auffassung.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3509, 3511.

Nr. 3511. Privatschreiben aus Konstantinopel, 5. Mai 1912 (eing. 8. Mai).[a] Eigh. Ausfert.

Gestatte mir, daß ich Dich zu dem großen Erfolge Deiner in den Delegationen gehaltenen Rede beglückwünsche. Diese Rede ist ein politisches Ereigniss von weittragender Bedeutung. Die in meinem Briefe vom 25. v. M. enthaltene Anregung ist nunmehr gegenstandslos, da die türkischen Staatsmänner durch Deine Rede genügend über den von uns eingenommenen Standpunkt gegenüber der italienischen Action im ägäischen Meere orientiert sind. Es scheint mir, daß wir einige Wochen relativer Ruhe jetzt haben werden. Die eventuelle Besetzung einiger Inseln im ägäischen Meere wird doch einige Zeit in Anspruch nehmen. Dann dürfte der Moment für neuerliche Vermittlungsversuche gekommen sein. Früher wäre es meiner Ansicht nach nicht praktisch, irgend etwas in dieser Hinsicht zu thun. In diesem Augenblicke macht übrigens die Haltung Rußlands den türkischen Staatsmännern mehr Sorgen, als der Conflikt mit Italien. Es scheint mir auch, daß diese Sorgen nicht ganz grundlose sind. Baron Marschall ist gestern abgereist. Er sagte mir, daß er nächsten Samstag in Karlsruhe vom Kaiser empfangen werden wird. Seine Reise dürfte, wie ich schon telegrafirt habe, mit seiner eventuellen Versetzung nach London in Verbindung stehen. Er selbst aber hat mir hierüber nichts gesagt. Das Verhältniss Marschalls zu Kiderlen-Wächter ist ein ganz unhaltbares geworden. Falls sich also die Nachricht von der Ernennung Marschalls nach London bestätigen sollte, dürfte Kiderlen nicht mehr lange Staatssekretär bleiben.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3510, 3513.

Nr. 3512. Note des Kriegsministeriums, 7. Mai 1912 Präs. Nr. 4295 (eing. 9. Mai).[a] Ausfert.

Das Kriegsministerium beehrt sich beiliegend eine Abschrift des Berichtes des 13. Korpskommandos, die Ausweisung des Živojin Dačić betreffend, zu übermitteln. Wie aus dieser das k. u. k. Ministerium entnehmen wolle, verspricht sich das Korpskommando gar keinen Erfolg von der bereits verfügten Invigilierung des Dačić, befürchtet vielmehr, dass er trachten werde, unbedingt seine staatsgefährliche Tätigkeit auf unserem Gebiete fortzusetzen. Da das Kriegsministerium dieser begründeten Befürchtung des Korpskommandos beipflichten muss, erlaubt es sich, das Ersuchen zu stellen, den kgl. Kommissär in Agram ehestens auffordern zu wollen, gegen die Ausweisung des Živojin Dačić aus Kroatien keine Einwendungen zu erheben. Auch bittet das Kriegsministerium unter Berufung auf den Einsichtsakt Präs. Nr. 4274 von 1912[b] eine entsprechende Mitteilung gefälligst dem k. ungarischen Minister des Innern gleichfalls zukommen zu lassen, damit Dačić gleichzeitig auch aus Ungarn ausgewiesen werde. Auffenberg.

[a] Vgl. n. 3419, 3489, 3517, 3528. — [b] Wurde nicht aufgenommen.

Beilage zu n. 3512. Bericht des 13. Korpskommandos an das Kriegsministerium, 23. April 1912 Nr. 1469. Abschrift.

Der Leiter der serbischen Staatsdruckerei in Belgrad, Živojin Dačić, der auch Mitglied der „Narodna obrana" ist, hält seit vorigem Monat wiederholt Vorträge über die kulturelle Mission Serbiens. Der Schauplatz dieser Vorträge, welche ihre Spitze gegen die Monarchie richten, war bisher erwiesenermassen Karlowitz und Gaboš in Syrmien, möglicherweise auch einige Orte im Banate. Aus weiteren über diesen Gegenstand bekannten Nachrichten geht hervor, dass Dačić im April auch Vorträge im Sandschak Novipazar, dann in den von Serben bewohnten Gebieten der Monarchie abhalten soll. Ein Vertrauensmann, der dem Vortrage des Dačić am 10. d. M. in Karlowitz beiwohnte, berichtet hierüber folgendermassen: Einleitend sagte Dačić, dass er Mitglied einer Vereinigung sei und als solches alles aufs Spiel setze, um im serbischen Volke die Idee zu gemeinsamer Arbeit zu wecken. Er kommt auf das Jahr 1908 zu sprechen und sagt, dass damals die Uneinigkeit der Parteien die Verfolgung des nationalen Gedankens beeinträchtigte. Er empfiehlt daher gemeinsame Arbeit und einheitliches Vorgehen aller Serben, deren Zahl momentan 10 Millionen beträgt, gegen den äusseren Feind. Wer das sei, wissen ohnehin alle, er braucht ihn daher nicht zu nennen. Der jetzige Feind sei entschieden gefährlicher als jener im Jahre 1389 auf Kossovo und es könnte sehr leicht der Fall eintreten, dass man von Serbien sagen werde, es hat einmal existiert. Am Schlusse seiner Rede empfiehlt Dačić die Vermehrung und Vergrösserung der Sokolvereine, denn nur ein physisch kräftiges Volk kann gesunde Ideen fassen. Mit Rücksicht auf die staatsgefährliche Tendenz dieser Vorträge, deren Abhaltung seitens der kgl. Landesregierung infolge mangelhafter Information hierüber nicht verboten wurde, sah sich das Korpskommando veranlasst, die kgl.

Landesregierung um Verfügungen zu ersuchen, dass Dačić im Falle des neuerlichen Auftretens in Kroatien-Slavonien als lästiger Ausländer ausgewiesen werde. Wenngleich Dačić in seinen Vorträgen es vermied, von Österreich-Ungarn als Feind Serbiens direkt zu reden, so war es doch ganz klar, dass sich der Zusammenschluss der Serben gegen diesen Erzfeind richten sollte; übrigens ist die Tendenz der Narodna obrana seit der Annexionskrise hinlänglich bekannt und fand das Korpskommando schon aus diesem Grunde das geschilderte Einschreiten gegen Dačić für gerechtfertigt. Der kgl. Kommissär pflichtete wohl der Ansicht des Korpskommandos über diesen Gegenstand bei, fand sich jedoch nicht veranlasst, die Ausweisung des Dačić anzuordnen, nachdem das k. u. k. Ministerium des Äussern in einer auf das Treiben des Dačić bezüglichen vertraulichen Zuschrift[a]) an den kgl. Kommissär diesen nur um Invigilierung des Dačić ersuchte. Die Rücksichtnahme auf diesen Wunsch des Ministeriums des Äussern bestimmte den kgl. Kommissär, trotz der dringenden Vorstellungen des 13. Korpskommandos, keine weiteren Schritte gegen Dačić — ausser der bereits verfügten jedoch keinerlei Erfolg versprechenden Invigilierung desselben — zu unternehmen. Gerba. G. d. I.

[a]) Wohl n. 3419.

Nr. 3513. Privatschreiben nach Berlin, 8. Mai 1912.[a]) *Konz. (S. Schreibmaschine; V. Berchtold; G. Hoyos).*

Geheim. Deine Rückkehr nach Berlin nehme ich zum Anlasse, diese Zeilen an Dich zu richten. ... *Persönliches* ... Politisch gibt es allerdings Nuancierungen und zwar hauptsächlich in Bezug auf die Stellungnahme zum italienisch-türkischen Konflikte. In Berlin scheint man dieses Drama ausschliesslich nur vom Gesichtspunkte der Erneuerung des Dreibundes aus zu betrachten. Man geht hiebei von der Autosuggestion des Abschwenkens Italiens zu den Westmächten aus, unter gleichzeitigem Hinweise auf die Interessengegensätze, die die tripolitanische Expedition zwischen Italien einer- und Frankreich-England andererseits geschaffen hat! Durch Geltendmachung letzterer Consideration soll uns die Berliner Auffassung mundgerecht gemacht werden, dass Italien auf diese Weise zu einer engeren, aufrichtigeren Anlehnung an uns getrieben und von der weiteren Verfolgung einer austrophoben Adriapolitik abgewendet werde. Wenn diese Auffassung die richtige ist, so frägt man sich, ob denn die Furcht vor einer Abkehr Italiens vom Dreibunde eben im gegenwärtigen Momente logisch begründet sei. Der stete Hinweis auf die italienische Volksstimmung, welche ein Durchsickern der Tatsache unseres Widerstandes gegen eine Flottenaction in den Dardanellen zum Anlasse nehmen würde, gegen die Dreibundpolitik Front zu machen, ruft unwillkürlich einen Zweifel über den praktischen Wert eines Allianzverhältnisses wach, in welchem sich der eine Teil über die eingegangenen Verpflichtungen in dem Zeitpunkte, wo es seinen Konvenienzen entspricht, hinwegsetzen möchte und der andere Teil verhalten werden soll, nur aus dem Grunde zuzustimmen, um diesen unverlässlichen Genossen weiter im Bunde zu erhalten. Deutschland selbst scheint an der Sicherheit

des italienischen Bürgen zu zweifeln, indem Kiderlen unlängst unserem Geschäftsträger,[b] immer unter Betonung, dass Italiens Wünschen freier Lauf gegeben werden solle, die Möglichkeit ventilierte, Italien möchte im deutsch-französischen Kriegsfalle seine endgiltigen Entschliessungen erst von dem Waffenerfolge der Streitteile abhängig machen! In dem Dreibundvertrage von 1882 hat Italien so vorteilhaft abgeschnitten, daß es sich nun zweimal überlegen dürfte, bevor es denselben leichtfertig preisgeben würde. Ich glaube in dieser Richtung bloss daran erinnern zu sollen, dass im Artikel 2 wir Italien im Falle eines französischen Angriffes mit allen unseren Kräften Beistand leisten müssten, wogegen sich Italien nur zu einer wohlwollenden Neutralität uns gegenüber verpflichtete, im Falle wir von dritter Seite angegriffen würden. Es wäre meines Erachtens angezeigt, wenn Du — von Dir aus — die besondere Lage, in welcher sich Oesterreich-Ungarn als unmittelbarer Nachbar der Türkei zu dem in Rede stehenden Probleme befindet, den massgebenden deutschen Factoren auseinanderzusetzen Anlass nehmen wolltest. Aus allen Berichten, die wir aus Constantinopel erhalten, geht hervor, dass die Besetzung einer Insel in der Nähe der Dardanelleneinfahrt (selbst Mytilene) für Bulgarien das Zeichen zum Grenzübertritte abgeben würde. Und diesbezüglich wird von uns verlangt, Italien carte blanche zu geben! Die Besetzung weiter südlich gelegener Inseln aber hätte keinen anderen Werth als den Ausgangspunkt zu unerquicklichen, um nicht zu sagen bedenklichen Auseinandersetzungen zwischen uns und Italien über die Interpretation des Artikels 7 des Dreibundvertrages zu geben. Auf die Türkei bliebe dieses Manöver wirkungslos. Die deutsche Diplomatie würde gut daran tun, Italien vor einem Unternehmen zu warnen, das, wie alle bisher gegen die Türkei angewandten Schachzüge, sich als evidenter Fehlgriff erweisen müsste. Leider scheinen auch die anderen europäischen Mächte sich in diesem Falle zumeist vom Streben leiten zu lassen, Italiens Gunst nicht zu verlieren beziehungsweise zu erobern. Viscount Morleys letzte Enunciation im englischen Parlamente ist in dieser Richtung nicht misszuverstehen. Nach den bisherigen Dispositionen würde ich am 25ten früh in Berlin eintreffen und am 26. wieder die Rückreise antreten. Herr von Tschirschky ist der Ansicht, daß diese Reiseeinteilung den Intentionen Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm entsprechen würde.

[a] Vgl. n. 3491, 3511, 3516, 3518. — [b] n. 3469.

Nr. 3514. Bericht aus Rom, 9. Mai 1912 Nr. 35 F (eing. 11. Mai).[a] *Ausfert.*

Wenn Italien auch bisher an seiner Absicht, der Türkei auf dem Balkan keine Schwierigkeiten zu bereiten, festhält, so wird dieses Prinzip doch nicht immer bis in die äussersten Konsequenzen verfolgt. Was zunächst Griechenland anlangt, so ist seit einiger Zeit ein gewisses Koquettiren mit diesem Lande hier unverkennbar. Die Äusserungen der offiziösen italienischen Presse in der Kreta-Frage differenziren sich mitunter merklich von dem Standpunkte der übrigen Schutzmächte und lassen häufig eine Sympathie für die kretensischen Bestrebungen erkennen, welche einer

Aufmunterung nahekommt. Das — bisher offiziell noch immer nicht eingestandene — Bombardement von Vathy auf Samos war auch darnach angetan, eventuellen griechischen politischen Velleitäten hinsichtlich dieser Insel Vorschub zu leisten. Endlich wird anlässlich der Okkupation der Inseln im Süden des ägäischen Meeres von der hiesigen Presse häufig ein Ton angeschlagen, als handle es sich dabei um die Befreiung der vorwiegend griechischen Bevölkerung dieser Inseln vom türkischen Joche. Alles in Allem zeigt sich also die Tendenz, zwischen Italien und Griechenland anlässlich des jetzigen Krieges einen ähnlichen Parallelismus der Interessen herzustellen oder doch vorzuspiegeln, wie er zwischen Italien und Russland besteht. Interessant war auch die Haltung der hiesigen Regierung als — vor etwa 10 Tagen — die beiden Emissäre der mazedonischen revolutionären Organisation nach Rom kamen. Der Wunsch derselben, von dem Minister des Äussern empfangen zu werden, wurde nicht erfüllt, wohl aber sind sie von einem Funktionär der Consulta, dem Gesandten Contarini, empfangen worden. Derselbe Vorgang ist meines Wissens auch in London, Paris und St. Petersburg jenen Emissären gegenüber beobachtet worden, welche füglich kaum darauf gerechnet haben dürften, hier wirklich eines Empfanges seitens des Ministers des Äussern teilhaftig zu werden. Man hat aber hier doch das Bedürfnis gefühlt, sich aus dieser ganz selbstverständlichen Haltung gegenüber der aufständischen Bewegung in Mazedonien ein Verdienst zu konstruiren und sogar in der „Neuen Freien Presse" die Verweigerung des Empfanges durch den Minister des Äussern betonen zu lassen. Das von mir schon wiederholt signalisirte Bestreben, die Situation auf dem Balkan als prekär hinzustellen und möglichst ungünstige Nachrichten aus diesen Regionen zu verbreiten, hält an. In dieser Beziehung werden neuestens auch die Gerüchte von unseren Rüstungen an der Sandjak-Grenze von der hiesigen Presse ausführlich registrirt. Wenn also Italien auch — und zwar im allereigensten Interesse — dermalen keine Balkan-Konflagration herbeizuführen wünscht, so trachtet es doch, die dortigen latenten Strömungen gegen die Türkei bis zu einem gewissen Grade für seine eigenen Zwecke auszunützen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3503.

Nr. 3515. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 26. April / 9. Mai 1912 Nr. 21 B (eing. 11. Mai).[a]) Ausfert.

Im Laufe meines vorgestrigen Gespräches mit Herrn Neratow berührte derselbe die in Livadia erwartete bulgarische Deputation und bemerkte, dass es sich hiebei um einen blossen Akt der Courtoisie seitens eines Uferstaates handle. Dies erfolge zwar bulgarischerseits das erste Mal, aber der Sultan schicke fast alljährlich eine Abordnung, um Seine Majestät den Kaiser in der Krim zu begrüssen. Die hiesige öffentliche Meinung beschäftigt sich ziemlich viel mit dieser Angelegenheit, welcher sie eine politische Bedeutung beimessen will. Es entzieht sich vorläufig meiner Beurteilung, in wieferne dies der Fall sein kann. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 3503, 3521, 3542.

Nr. 3516. Bericht aus London, 10. Mai 1912 Nr. 25 A (eing. 13. Mai).[a] *Ausfert.*

Sir Edward Grey, den ich Anfang dieser Woche besuchte und nach seinem kurzen Urlaube in Schottland sehr vergnügt fand, sagte mir, die Besetzung von Rhodus durch die Italiener[b] lasse ihn im Vergleiche mit der Schliessung der Dardanellen ganz indifferent. Er sei wegen der Schädigung der englischen Schiffahrt durch die Schliessung der Meerengen so sehr von allen Seiten bestürmt worden, dass es ihm wirklich viel zu schaffen gab. Er hoffe nur, dass die Passage in kürzester Zeit freigegeben sein würde. Über den Krieg selbst, die italienischen Operationen, Mediations-Möglichkeiten etc. sprach er mit einem gewissen resignierten Découragement, als ob eben vorläufig nichts zu machen und nicht viel zu erwarten wäre. Als ich im Laufe der Unterredung erwähnte, ich hätte Gerüchte gehört von der Möglichkeit einer Belassung des Hinterlandes von Tripolis in türkischem Besitze bei Abtretung der Küste an die Italiener, meinte er, man müsste in diesem Falle doch irgend welche Küstenpunkte den Türken lassen, von welchen sie in das Hinterland gelangen könnten, was wieder von Italien nicht acceptiert werden würde. Sir Edward fragte mich, ob ich irgend welche Nachrichten von Mazedonien und Albanien hätte. Ich erwiderte, dass ich nur in einige Konsularberichte Einsicht genommen hätte, die aber nicht beunruhigender lauten, als sonst. Der Herr Staatssecretär hatte auch keine besonderen Nachrichten vom Balkan, wie er mir sagte. Er sprach von Creta und der Aufhaltung der Deputierten und meinte, die Türken wären mit dem Vorgehen der Schutzmächte sehr zufrieden und würden nur wünschen, dass der gegenwärtige Zustand fortdauere. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 3513, 3518. — [b] Vgl. n. 3508.

Nr. 3517. Bericht aus Belgrad, 11. Mai 1912 Nr. 50 (eing. 13. Mai).[a] *Ausfert.*

Seit mehreren Tagen zirkulieren hier Gerüchte über die Demission des Kriegsministers General Stepanović, über dessen tiefgehende Differenzen mit Kronprinzen Alexander ich bereits am 25. 1. 1912, No. 7 Bericht zu erstatten die Ehre hatte. Das Demissionsgesuch — obgleich dies hier vielfach in Abrede gestellt wurde — ist tatsächlich eingereicht worden, und der Kriegsminister soll schon seit mehreren Tagen gar nicht mehr im Amte erschienen sein. Eine Entscheidung über das Gesuch ist noch nicht getroffen worden und sie dürfte auch nicht früher erfolgen, bis das Schicksal des ganzen Kabinetts Milovanović — das sich wieder einmal in einer latenten Krise befindet — hoffentlich im Lauf der nächsten Woche nicht entschieden sein wird. Man spricht momentan auch von der Möglichkeit einer partiellen Rekonstruktion des Kabinetts, aus welchem nebst dem Kriegsminister noch der Minister für Kultus und Unterricht Ljuba Jovanović und — den letzten Gerüchten zufolge — vielleicht auch der Finanzminister Herr Protić ausscheiden würden. Doch sind dies vorläufig nur vage Gerüchte und unkontrollierbare Kombinationen; eine Klärung der Lage dürfte nicht früher eintreten, bis die Skupština im Laufe

der nächsten Woche ihre Sitzungen nicht wieder aufnimmt und die Debatte über die Verifikation der Mandate zeigen wird, mit welcher Situation Herr Milovanović eigentlich rechnen muss. Auch die Fragen, ob die Altradikalen mit den Dissidenten oder den Jungradikalen eine festere Majorität bilden werden, ob das ganze Kabinett sich jetzt gleich zurückziehen oder die Skupština bis zum Herbste vertagen und bis dahin selbst am Ruder bleiben wird, müssen in der nächsten Zeit entschieden werden. Bleibt vorläufig das Kabinett, so ist es immerhin nicht ausgeschlossen, dass auch General Stepanović — der bis jetzt ein Vertrauensmann des Königs war — sein Demissionsgesuch zurückziehen wird, obgleich er vorläufig davon nichts hören will. Der Grund der Amtsmüdigkeit des Kriegsministers ist wieder in einem Konflikte mit dem Kronprinzen und in der Černa Ruka — worüber man seit drei Monaten nichts mehr vernommen hat — zu suchen. Der Kronprinz wünschte die Ernennung des Major Pavlović — eines Verwandten der königlichen Familie — zum Adjutanten; derselbe ist aber bei der Černa Ruka sehr schlecht angeschrieben und aus diesem Grunde hat sich der Kriegsminister dem Wunsche des Prinzen Alexander widersetzt. Dieser Letztere wendete sich nun an Seinen königlichen Vater, der im Interesse Seines Verwandten bei General Stepanović interveniert hat — aber ohne Erfolg. Der Kriegsminister — auf den die Černa Ruka einen heftigen Druck ausgeübt haben soll — wollte nicht nachgeben und sah sich bemüssigt, um seinen Abschied zu bitten. Diese Vorgänge verdienen aus dem Grunde ein größeres Interesse, weil denselben zu entnehmen ist, dass die Černa Ruka (vide Bericht vom 7.[b]) Februar 1912, Nr. 13 C), deren Existenz so oft in Abrede gestellt wurde, nicht nur weiter besteht, sondern sogar ein Machtfaktor geworden ist, mit dem der Kriegsminister rechnen zu müssen glaubt. Sie soll eine Art verschärfter, militärischer Narodna Odbrana geworden sein, die nur die Gelegenheit sucht sich zu betätigen. Es wäre vielleicht nicht fehlgegangen, wenn man die Černa Ruka auch für die allzu demonstrative Teilnahme der serbischen Armee an dem unlängst stattgefundenen enthusiastischen Empfang der kroatischen Studenten (vide Bericht 42 vom 26. v. M.) verantwortlich macht. Es war der erste Versuch des Militärs politisch hervorzutreten und die Černa Ruka soll gerade dieses Ziel verfolgen. Als eventueller Nachfolger des Kriegsministers wird der uns sehr wenig freundlich gesinnte Generalstabschef General Putnik oder Kommandant der Donaudivision Oberst Božanović — der der Černa Ruka sehr nahe stehen soll — genannt. Ugron.

[a]) Vgl. n. 3512, 3552, 3560. — [b]) Richtig: 6.

Nr. 3518. Privatschreiben aus Berlin, 11. Mai 1912 (eing. 13. Mai).[a]) Ausfert.

Geheim. Mit verbindlichstem Dank habe ich Dein gütiges Schreiben vom 8. d. M. erhalten. Noch vor Eintreffen desselben hatte ich mit dem Reichskanzler eine Unterredung, bei welcher Gelegenheit ich ihn darauf aufmerksam machte, dass Oesterreich-Ungarn als unmittelbarer Nachbar der Türkei diesem Lande gegenüber besondere Rücksichten schulde, welche begreiflicher Weise unsere Stellungnahme in dem jetzigen italienisch-

türkischen Conflikte beeinflussen müssten. Herr von Bethmann-Hollweg versicherte mir, dass er diese Auffassung vollkommen teile, doch immer darauf zurückkommen müsse, dass Oesterreich-Ungarn auch im eigenen Interesse den Italienern bei der Ausdehnung ihrer Operationen im ägäischen Meere nicht allzu grosse Schwierigkeiten machen dürfe, da es auf der Hand liege, dass die italienische Regierung sonst uns beschuldigen könnte, die Beendigung des Krieges verzögert zu haben; nach seiner Ansicht wäre es nicht ausgeschlossen, dass in diesem Falle, Italien die Mächte, insbesondere Oesterreich-Ungarn und Deutschland auffordern würde, einen Druck auf die Türkei auszuüben, damit ein den italienischen Wünschen entsprechender Friedensschluss zu stande komme. Dies würde die beiden verbündeten Mächte in eine sehr unangenehme Lage versetzen. Den Staatssekretär habe ich seit meiner Rückkehr nach Berlin erst gestern ganz kurz sprechen können; er war in Dresden gewesen und ist gestern Abends mit Herrn von Bethmann und Baron Marschall zum Vortrage bei Kaiser Wilhelm nach Karlsruhe gefahren. Im Laufe unserer kurzen Unterredung erwähnte ich ihm, dass laut Berichten, die Dir aus Konstantinopel zugehen, die Besetzung einer Insel in der Nähe der Dardanellen-Einfahrt (selbst Mythilene) für Bulgarien das Zeichen zum Grenzübertritte abgeben würde. Herr von Kiderlen behauptet, dass ihm ähnliche Nachrichten keineswegs zugekommen seien. Mit Baron Marschall hatte ich gestern Abends — wie ich Dir telegrafisch zu berichten die Ehre hatte[b)] — eine lange Besprechung. Er ist auch wie Du der Ansicht, dass man in der Wilhelmstrasse den italienisch-türkischen Krieg über Gebühr vom Gesichtspunkte der Erneuerung des Dreibundes aus betrachtet. Von den diesbezüglich geführten vertraulichen Verhandlungen scheint er nicht informiert zu sein und aus diesem Grunde habe ich dieses Thema betreffend mich in unserer Aussprache sehr reserviert verhalten. Baron Marschall ist der Meinung, dass der Dreibundvertrag Italien so bedeutende Vorteile bietet, dass man italienischerseits zu dessen Erneuerung drängen wird, und dass es demzufolge ein grosser Fehler wäre, von uns aus die Erneuerung zu beschleunigen, da ja nach seiner Ansicht Italien uns „kniefällig" bitten werde, die Alliance zu erneuern. Leider seien im Dreibundsvertrage Italien zu viele Vorteile ohne entsprechende Gegenleistungen zugesichert, was aber bedauerlicher Weise nunmehr nicht wieder gutgemacht werden könne. Eine Action Italiens gegen die Dardanellen hält Baron Marschall für vollkommen ausgeschlossen; man wisse in Rom sehr gut, dass Italien bei einem derartigen Vorgehen nur ungünstig abschneiden könnte; nach seiner Ueberzeugung werde Bulgarien sich ganz ruhig verhalten, da man in Sofia genau über die militärische Stärke der Türkei unterrichtet sei. Auch die Haltung Rumäniens in einem eventuellen Conflikte Bulgariens mit der Türkei würde nach der Meinung König Ferdinands für die Interessen seines Landes nur von zweifelhaftem Vorteile sein. Was den weiteren Verlauf des Krieges betreffe, so kann und will Baron Marschall kein Prognostikon stellen. Die Annexionserklärung habe die Situation für Italien derart verschlechtert, dass — wie die Dinge heute liegen — keine Aussicht auf einen Friedensschluss bestehe. Die Türkei habe im Laufe der Zeiten von ihrem Territorium sehr viel

eingebüsst, doch sei hiebei die heikle Frage der Souverainität der Pforte nie in Mitleidenschaft gezogen worden. Bei der Besitzergreifung Algiers, Tunis und Egyptens sei man dieser Frage immer ausgewichen; in ganz unbegreiflicher Selbstüberhebung habe Italien Tripolis betreffend eine ganz andere Methode angewendet und es werde schwer fallen, wenn überhaupt möglich, über diese Klippe hinwegzukommen. Mit der Haltung seines neuen russischen Collegen in Konstantinopel Herrn von Giers' ist Baron Marschall gar nicht einverstanden. Schon Herr von Tscharykow habe während der langen Jahre, die er als Botschafter am Goldenen Horn zubrachte, sehr viel Unfug gestiftet und er (Baron Marschall) befürchte, dass dessen Nachfolger hauptsächlich aus Unkenntnis mit den dortigen Verhältnissen dieselben Fehler begehen werde. Die Rede, die Herr Sazonow in der Duma über auswärtige Politik gehalten hat, habe in Konstantinopel einen sehr deprimirenden Eindruck hervorgerufen; hingegen sei Dein in den Delegationen gehaltenes Exposé in allen massgebenden türkischen Kreisen mit grosser Befriedigung aufgenommen worden. Freiherr von Marschall sieht seinem neuen Wirkungskreise in London mit aufrichtiger Freude entgegen. Als langjährigen Staatssekretär im hiesigen Auswärtigen Amte hatte ich stets mit ihm die besten amtlichen und persönlichen Beziehungen und ich muß gestehen, dass ich sehr erstaunt war zu sehen, mit welchem Enthusiasmus — ich kann keinen anderen Ausdruck finden — er seinen neuen Posten antritt. Ein Mann mit wolgezählten 70 Jahren — wie dies bei Baron Marschall der Fall ist — würde eine Versetzung in ein so schwieriges Milieu wie London kaum so leichten Herzens über sich ergehen lassen wie Baron Marschall. Er gibt sich der Hoffnung hin in England im Interesse seines Vaterlandes ganz Bedeutendes leisten zu können. Im Geheimen schwebt ihm, wie ich dies mit Bestimmtheit konstatiren konnte, der Gedanke vor, nach erfolgreichem Wirken in London das Erbe Herrn von Bethmanns antreten zu können! Mit der bevorstehenden Ernennung Freiherrn von Wangenheims zu seinem Nachfolger in Konstantinopel ist Baron Marschall ganz zufrieden. Er hat gefürchtet, Herrn von Kiderlen-Wächter zum Nachfolger zu erhalten, was nach seiner Kenntnis der Verhältnisse in Konstantinopel und der Persönlichkeit des jetzigen Staatssekretärs nach seiner Ansicht ein grosser Missgriff gewesen wäre. Nun habe er sich aber überzeugen können, dass Herr von Kiderlen bis auf Weiteres in seinem Amte verbleiben wolle und auch für später keine Velleitäten habe, auf einen Botschafterposten ernannt zu werden. Auf Deinen für den 25. d. M. in Aussicht genommenen Besuch in Berlin freue ich mich sehr. Nach Rückkehr Herrn von Bethmann-Hollwegs aus Karlsruhe werde ich mit ihm ein Programm für Deinen kurzen hiesigen Aufenthalt entwerfen und mir erlauben, dasselbe Dir mitzuteilen. . . . *Chinesische Anleihe.* . . .

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3516, 3536. — [b]) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 3519. Tel. nach Konstantinopel, 11. Mai 1912 Nr. 85 (chiffr. 8 U. 40 M. p. m.).[a]) *Konz. (S. Nemes; V. u. G. Macchio).*

Die von Euer Exzellenz laut Hochdero Berichtes Nr. 39 A vom 5. d. M. Assim Bey gegenüber geführte Sprache hat meine volle Billigung gefunden.

Die günstige Aufnahme meines Exposés in Konstantinopel, von welcher Euer Exzellenz sich eine nachhaltende Wirkung auf unsere Beziehungen mit der Türkei versprechen, hat mich durchaus angenehm berührt. Zu den im obzitierten Berichte enthaltenen Ausführungen über Euer Exzellenz Auffassung bezüglich unserer Haltung zu den italienischen Flottenaktionen möchte ich bemerken, daß wir nach wie vor bemüht sein werden, die italienische Kriegsflotte soweit als möglich von den Dardanellen und vom Balkan fernezuhalten. Inwieweit dies möglich sein wird, hängt natürlich nicht allein von uns, sondern auch von der Haltung der übrigen Mächte ab; besonders wird aber auch zu berücksichtigen sein, ob Italien durch die lange Dauer des Krieges nicht in eine Zwangslage gerät, welche das römische Kabinett schließlich sogar zwingen könnte, sich über so manche internationale Rücksichten und Verpflichtungen hinwegzusetzen, für welchen Fall wir uns allerdings die Freiheit unserer Entschließungen vorbehalten haben. Mit Rücksicht auf eine solche Eventualität schiene es mir nicht wünschenswert, daß man sich türkischerseits der Illusion hingebe, Italiens Rücksichtnahme auf uns werde genügen, um die Eventualität eines neuerlichen Angriffes auf die Dardanellen auszuschließen. Eine solche Auffassung der Pforte möchte ich schon aus dem Grunde vermieden sehen, weil die weitere Ausgestaltung der türkischen militärischen Defensivmaßregeln und deren moralische Wirkung auf Italien eine durchaus nicht gering anzuschlagende Unterstützung unserer auf Einschränkung der italienischen Flottenaktion gerichteten Bemühungen darstellt. Endlich wäre, wenn auf uns in Konstantinopel übertriebene Hoffnungen gesetzt würden, zu bedenken, daß im Falle der Nichtrealisierung eine weitgehende Enttäuschung platzgreifen und dies unserem Prestige in der Türkei Abbruch tun könnte. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und rein persönlicher Orientierung. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3520.

Nr. 3520. Tel. aus Rom, 11. Mai 1912 Nr. 60 (eing. 3 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Nach einer gestern vom Minister des Äußern im Gespräche gemachten Andeutung scheint noch die Besetzung der Insel Karpathos beabsichtigt zu sein. Hiesige Preßstimmen über Eventualität definitiver Annexion der okkupierten Inseln bezeichnet der Minister als nicht ernst zu nehmendes Geschwätz. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3519, 3524, 3538.

Nr. 3521. Privatschreiben aus Belgrad, 12. Mai 1912 (eing. 14. Mai).[a]) Eigh. Ausfert.

Die Zeitungsnachrichten über den bevorstehenden offiziellen Besuch der bulgarischen königlichen Familie in Wien haben hier grosses Aufsehen erregt. Es ist sehr leicht möglich, dass dadurch auch die Frage des im Vorjahr unterbliebenen Besuches Königs Peter bei unserem Allerhöchsten Herrn wieder actuell wird. Da ich Euer Excellenz persönlichen Standpunkt in

dieser heiklen Frage nicht kenne, erlaube ich mir die ergebene Bitte zu stellen, mich hochgeneigt wissen lassen zu wollen, wie ich mich zu verhalten haben werde, wenn ich offiziell oder offiziös diesbezüglich neuerlich angegangen werden sollte. Ich hoffe, dass ich Anfang Juni zu ganz kurzem Aufenthalte nach Wien werde fahren können, um mir Euer Excellenz Instructionen bezüglich unserer Serbien gegenüber zu befolgenden Politik zu erbitten. Ugron.

[a]) Vgl. n. 2674, 3515, 3522, 3530.

Nr. 3522. Privatschreiben nach Belgrad, 15. Mai 1912 Nr. 2011. Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Vertraulich. In dem Schreiben vom 12. d. Mts. haben Euer Hochwohlgeboren mit Rücksicht auf den bevorstehenden offiziellen Besuch König Ferdinands von Bulgarien in Wien die Möglichkeit ins Auge gefasst, dass dadurch auch die Frage des im Vorjahr unterbliebenen Besuches König Peters bei unserem Allergnädigsten Herrn wieder zur Sprache gebracht werden könnte. Der Umstand, dass Seine k. und k. Apostolische Majestät über eine Anfrage aus Cettinje auch die Entgegennahme eines Besuches des Königs von Montenegro[a]) im Laufe der ersten Junihälfte Allergnädigst zu genehmigen geruht haben, lässt diese Annahme noch gerechtfertigter erscheinen. Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, dass eine Einladung von Seite unseres Allergnädigsten Herrn an König Peter ergehen werde; eine solche ist auch weder an König Ferdinand noch an König Nikolaus ergangen, sondern beide Majestäten haben Ihre Besuche spontan angesagt und eine Allerhöchste Verfügung bezüglich des Zeitpunktes erbeten. Euer Hochwohlgeboren wollen es unbedingt vermeiden, die Frage eines eventuellen Besuches des Königs von Serbien bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät in irgendwelcher Form anzuregen und sich nur im Falle einer Anfrage von serbischer Seite in nachfolgendem Sinne äussern. Gegenständliche Instruktionen seien Euer Hochwohlgeboren nicht zugekommen, doch dürfe Ihrer persönlichen Ansicht nach der Umstand nicht ausser Acht gelassen werden, dass die unliebsamen Erörterungen der beiderseitigen Presse anlässlich der vor cirka einem Jahre erfolgten Ansage des Königs-Besuches in Budapest für beide Kabinette gleich peinlich waren. Die Wiederholung einer solchen Presskampagne erscheine Euer Hochwohlgeboren wohl kaum wünschenswert. Weiters besorgen Euer Hochwohlgeboren, dass die momentane Stimmung, wie sie durch das Hervortreten des serbischen Hofes anlässlich des jüngsten Besuches Agramer Hochschüler in Belgrad[b]) hier geschaffen worden sei, für einen Empfang König Peters nicht gerade günstig sei. Endlich bemerke ich zu Euer Hochwohlgeboren vertraulichen Orientierung, dass mir die unsichere Position des Kabinettes Milovanović keine genügende Gewähr dafür bietet, ob das Allerhöchste Entgegenkommen, welches in der Entgegennahme eines eventuellen Besuches König Peters gelegen wäre, in Serbien nach Gebühr gewürdigt würde und zur Entwicklung besserer Beziehungen entsprechend beitragen könnte.

[a]) Vgl. n. 3312, 3531. — [b]) Vgl. n. 3489, 3528, 3560.

Nr. 3523. Bericht aus Konstantinopel, 15. Mai 1912 Nr. 42 D (eing. 18. Mai). Ausfert.

Streng vertraulich. In meinem ergebensten Telegramme vom 1. Mai 1912 Nr. 137 habe ich die Ehre gehabt, Euerer Excellenz über ein Gespräch Assim Beys mit dem hiesigen königlich rumänischen Gesandten zu berichten, in dessen Verlauf der Minister des Äussern Herrn Mischu nahelegte, ob es denn nicht möglich wäre, dass seine Regierung die öffentliche Meinung über die Haltung informiere, welche dieselbe im Falle eines Angriffes der benachbarten Kleinstaaten auf die Türkei einnehmen würde. Wie ich gleichzeitig zu melden in dem Falle war, hat der Herr Gesandte hierüber seiner Regierung berichtet. Kürzlich suchte mich nun Herr Mischu wieder auf und gab mir vom Inhalte des Erlasses Kenntnis, den er auf seine vorerwähnte Meldung hin nunmehr aus Bucarest mit dem Auftrage erhalten hatte, denselben Assim Bey vorzulesen. Diese pièce besagt, dass die königlich rumänische Regierung bekanntermassen am Prinzipe der Aufrechterhaltung des status quo am Balkan festhalte und alles vermieden sehen möchte, was denselben zu alterieren geeignet erscheinen könnte. Der Herr Gesandte hat diesen Erlass Assim Bey vorgelesen und bekam den Eindruck, dass der Minister von dieser Mitteilung wenig befriedigt gewesen sei, da er etwas Positiveres erwartet hätte, das für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen wäre.

Pallavicini.

Nr. 3524. Erlaß nach Berlin, 18. Mai 1912 Nr. 2068.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Nemes und Berchtold; G. Berchtold.)

Geheim. Meinem streng vertraulichen Erlasse Nr. 1593 vom 19. v. M. an Freiherrn von Flotow werden Euer Exzellenz entnommen haben, daß ich in einer Aussprache mit Herzog Avarna diesem zu verstehen gegeben habe, daß eine auf die Besetzung der Inseln Rhodus, Karpathos und Stampalia abzielende italienische Aktion auf keinen Widerspruch seitens des k. u. k. Kabinettes stoßen werde. Ich habe mich bei Einnahme dieser konzilianten Haltung von der Erwägung leiten lassen, daß ich den Anschein vermieden sehen wollte, als ob wir Italien hindern wollten, durch einen entscheidenden Schlag dem Kriege ein Ende zu setzen. Durch dieses Zugeständnis an Italien ist auch den deutscherseits geäußerten Wünschen Rechnung getragen worden. Mittlerweile hat sich die Besetzung der am südlichen Eingange des ägäischen Meeres gelegenen Inseln vollzogen; bisher hat jedoch diese Operation keine Anzeichen größerer Nachgiebigkeit seitens der Pforte zutage gefördert. Unter diesen Umständen liegt die Vermutung nahe, Italien werde nunmehr durch den Druck seiner öffentlichen Meinung sich gezwungen sehen, zu neuen, wirksameren Pressionsmitteln zu greifen. Sollte zum Schauplatze einer diesem Ende dienenden Aktion ein Gebiet gewählt werden, dessen geographische Lage eine Rückwirkung auf den Balkan ausschließt, so wäre hiegegen von unserem Standpunkte selbstverständlich nichts einzuwenden. Wir würden einen entscheidenden Erfolg einer solchen Aktion mit Genugtuung begrüßen, halten uns aber nicht für berufen, hinsichtlich der Wahl des Schauplatzes derselben Italien Ratschläge zu erteilen. Anders stünde

die Sache allerdings, wenn Italien daran dächte, der Besetzung von Rhodus, Karpathos und Stampalia diejenige anderer nördlicher gelegener Inseln folgen zu lassen. Ganz ausgeschlossen erscheint diese Eventualität aus dem Grunde nicht, da die italienische Flotte in den letzten Tagen ihre kriegerischen Operationen auch auf Kalymnos, Patmos und so weiter ausgedehnt hat. Die k. und k. Regierung muß daher die Frage erwägen, ob ein Weiterschreiten der italienischen Okkupationen im Archipel nicht etwa gefährliche Rückwirkungen auf den Balkan ausüben könnte. Nun sprechen aber verschiedene Momente dafür, daß schon die Besetzung von Rhodus und dessen Nachbarinseln nicht ohne Eindruck auf das gesamte Griechentum geblieben ist und dies in noch erhöhterem Maße von einer eventuellen Okkupation weiterer Inseln, namentlich im Norden des Archipels, zu gewärtigen wäre. Ich will hiebei von den vertraulichen Nachrichten ganz absehen, wonach dem Kronprinzen von Griechenland von italienischer Seite suggeriert worden wäre, daß der gegenwärtige Moment für die Union Kretas[b]) mit Griechenland besonders günstig sei. Tatsache ist, daß auf den von Italien besetzten Inseln die dortige griechische Bevölkerung der türkischen Herrschaft zeitweise entzogen wird, was einerseits zu einer Verstärkung der panhellenischen Organisation führt, andererseits aber in den Insulanern selbst und vielleicht noch mehr im Königreiche die Hoffnung erwecken muß, daß auch nach Abzug der als „Befreier vom Türkenjoche" enthusiastisch begrüßten Italiener zum mindesten eine Autonomie der Inseln, etwa nach dem Muster von Samos, als dauernde Errungenschaft zurückbleiben wird. Diese Aussicht auf eine Lockerung der türkischen Herrschaft und die dadurch bewirkte Steigerung der panhellenischen Aspirationen dürften aber, falls sie durch die Okkupation weiterer Inseln neue Nahrung finden sollten, zu einer bedrohlichen Bewegung in Griechenland und bei allen unter türkischer Herrschaft stehenden Hellenen führen, was in weiterer Folge, wie die Erfahrung der letzten Jahrzehnte beweist, die alten Balkanrivalitäten aufleben lassen und das mazedonische Problem wieder zu einer aktuellen Frage gestalten müßte. Eine Fortsetzung der Besetzung von Archipelinseln durch Italien könnte daher kaum ohne bedrohliche Rückwirkung auf den Balkan vorübergehen und wäre die Heraufbeschwörung solcher Gefahren durch eine Dreibundmacht mit dem Geiste des Bündnisvertrages unvereinbar, unter dessen wichtigsten Zielen die Erhaltung der Türkei figuriert. Es wäre uns daher äußerst unwillkommen, wenn italienischerseits die Besetzung weiterer Inseln im ägäischen Meere beschlossen werden sollte, umsomehr als wir die Ankündigung, beziehungsweise Durchführung einer solchen Maßnahme mit dem Hinweis darauf beantworten müßten, daß die k. u. k. Regierung sich vorbehalte, in dem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkte von dem ihr zustehenden Kompensationsrechte Gebrauch zu machen. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich ehetunlichst im Sinne des Vorstehenden dem Herrn Reichskanzler beziehungsweise dem Herrn Staatssekretär gegenüber streng vertraulich auszusprechen und hiebei zu bemerken, daß ich es vorziehen würde, wenn es mir erspart bliebe, im gegenwärtigen Momente mich in einer Konversation mit Italien allzusehr auf jenes Recht stützen zu müssen.

[a]) Vgl. n. 3520, 3525, 3529. — [b]) Vgl. n. 3438 Anm. b.

Nr. 3525. Tel. nach Rom, 18. Mai 1912 Nr. 84 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Streng vertraulich. Da die Besetzung von Rhodus, Karpathos und Stampalia italienischerseits vollzogen ist, habe ich heute Herzog Avarna darauf aufmerksam gemacht, daß ich nunmehr die Erteilung der in meinem Telegramme Nr. 72 vom 15. v. M. erwähnten Zusicherung seiner Regierung betreffs des temporären Charakters der fraglichen Okkupationen gewärtige. Der italienische Botschafter zeigte sich im ersten Augenblicke über dieses Verlangen überrascht und bemerkte, er habe geglaubt, daß durch die von ihm auftragsgemäß abgegebene und von mir zur Kenntnis genommene bezügliche Erklärung unseren Wünschen vollauf Rechnung getragen worden sei. Ich erwiderte Herzog Avarna, Italien habe sich nicht auf die Besetzung der drei oberwähnten Inseln beschränkt, sondern noch einige allerdings zur gleichen Gruppe gehörige Eilande okkupiert und auf anderen derselben militärische Operationen vorgenommen. Schon mit Rücksicht auf eine präzisere Fassung würde ich Wert darauf legen, daß der Inhalt der fraglichen Zusicherung in eine schriftliche Form gekleidet werde. Der Botschafter schien sich der Richtigkeit dieser Argumentation nicht zu verschließen und versprach, meinen Wunsch weiterzuleiten, daß seine Regierung uns in schriftlicher Form die Zusicherung gebe, die von Italien besetzten Inseln nach Einstellung der Feindseligkeiten an die Türkei zurückzustellen. Im Laufe des Gespräches erwähnte ich ferner, daß mir die italienischen Operationen im Archipel insoferne gewisse Bedenken einflößen, als dieselben geeignet erscheinen, eine panhellenische Bewegung auszulösen. Da Herzog Avarna diese meine Bedenken nicht verstehen zu können erklärte, verwies ich auf die mir zugekommenen Meldungen über die Hoffnung auf Befreiung vom Türkenjoche, die griechischerseits an die italienische Okkupation der Inseln geknüpft werde. Auch verhehlte ich dem Herrn Botschafter nicht, daß ich davon unterrichtet sei, daß der italienische Militärattaché in Athen sich zum Ausspruche verleiten ließ, der gegenwärtige Moment sei für die Vereinigung Kretas mit Griechenland besonders günstig. Schließlich wies ich darauf hin, daß das Beispiel einer politischen Bewegung unter den ottomanischen Griechen nur zu leicht Nachahmung finden könnte und es gefährlich sei, mit dem Feuer zu spielen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache für den Fall als Marquis di San Giuliano spontan auf den Gegenstand zu sprechen käme. Berchtold.

[a] Vgl. n. 3524, 3529, 3531, 3537, 3538, 3594, erste Beilage zu n. 3596.

Nr. 3526. Tel. aus Berlin, 20. Mai 1912 Nr. 117 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

... Vorbericht wie n. 3529. ... Szögyény.

[a] Oe.-U. Italien 208 Nr. 12.

Nr. 3527. Privatschreiben aus Bukarest-Sinaia, 20. Mai 1912.[a] Eigh. Ausfert.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass in der Anbiederungs-Campagne Russlands an Rumänien System liegt. Seit circa einem Jahre geht die Sache

crescendo weiter, Besuche von Schülern, Lehrern, Officieren, Generalen, Flotte und schliesslich das Fortissimo der Zar selbst. Ohne materielle Grundlage werden diese Versuche, Rumänien zu kirren, fruchtlos bleiben, anders dürfte sich jedoch das Resultat gestalten, wenn seitens des Kaisers Nikolaus dem Könige eine Vergrösserung seines Landes durch die Linie Silistria—Varna für den Fall garantirt würde, dass Bulgarien bei Zerfall der Türkei Macedonien etc. erhielte. Wie bekannt ist dies das Territorium, welches König und Volk in Rumänien bereit sind, auch mit den Waffen in der Hand als Compensation für Bulgarische Expansionen zu erringen. Wenn auch dieses Gebiet meist von Bulgaren bewohnt ist, so würde es wohl dem Zaren keine Schwierigkeiten bieten von Bulgarien diese Concession zu erlangen. Sollte dieser Fall eintreten, dann dürfte die auswärtige Politik Rumäniens andere sich von uns entfernende Wege einschlagen. Um dieser Gefahr zu begegnen, scheint mir das geeignetste Mittel „de prévenir"; die Centralmächte müssten Rumänien nicht wie bisher nur diplomatische Unterstützung für den Fall eines Démembrement der Türkei und Ausdehnung Bulgariens in Aussicht stellen, sondern auch die Verpflichtung übernehmen, Rumänien die gewünschten Compensationen tatsächlich zu beschaffen. Damit wäre das Königreich Rumänien, der grösste politische und wirtschaftliche Factor im süd-östlichen Europa, dauernd an die beiden Centralmächte gefesselt. Der in Aussicht genommene Besuch Euer Excellenz in Sinaia wäre wohl die allergünstigste Gelegenheit zu einer diesbezüglichen Sondirung des Herrschers. Schliesslich will ich nicht unerwähnt lassen, dass König Karol neuerlich Seiner hohen Befriedigung Ausdruck lieh, Euer Excellenz hier im August begrüssen zu können. In Betreff des türkisch-italienischen Krieges bemerkte der König, dass die Besetzung der Inseln des Archipels keinen Eindruck auf die Pforte machen wird, dass jedoch Seiner Ansicht nach eine Verständigung zwischen Russland und Italien[b]) erfolgt sei. Dieselbe gehe dahin, dass Russland zur Wahrung seiner Ansprüche, falls Italien die Dardanellen zu forçiren sich doch gezwungen sehen würde, ebenfalls seine Flotte an den Bosporus entsenden würde.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 2864, 3530, 3533, 3569. — [b]) Vgl. n. 3487 Anm. b.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 20. Mai 1912. Siehe n. 3534.

Nr. 3528. Note an das ungarische Ministerium des Innern Nr. 2079 (1), die kroatisch-slawonisch-dalmatinische Landesregierung Nr. 2080 (2), das Kriegsministerium Nr. 2081 (3), den ungarischen Ministerpräsidenten Nr. 2082 (4) und das gemeinsame Finanzministerium Nr. 2083 (5), 20. Mai 1912.[a]) Konz. (S. Vesque; G. Szápáry).

1.—5. Vertraulich.

1. u. 2. Mit seiner Note vom 8. v. Mts. No. 1488 (1), No. 1489 (2) 1. u. 2. hat das Ministerium des Äussern die Aufmerksamkeit des (der) löbl. etc. auf die agitatorische Tätigkeit des Direktors der Belgrader Staatsdruckerei und eifrigen Förderers der Tendenzen der „Narodna Odbrana"

Živojin Dačić, gelenkt, und die unauffällige Überwachung des Genannten anlässlich der von ihm auf dem Gebiete der Länder der heiligen ungarischen Krone beabsichtigten Abhaltung von Vorträgen angeregt. Aus einem von Seiner Exzellenz dem Herrn königlich ungarischen Minister-Präsidenten anhergeleiteten Berichte des königlichen Polizeikommissariates in Zimony über einen von Živojin Dačić am 10. März l. Js.*b)* in Karlócza gehaltenen Vortrag wurde entnommen, dass die Tendenz desselben offenkundig gegen die österreichisch-ungarische Monarchie gerichtet war, wenn auch Dačić es vorsichtigerweise unterlassen hat, den Feind, gegen welchen er den Zusammenschluss aller Serben empfehlen zu sollen glaubte, ausdrücklich zu bezeichnen. Da es zweifellos im staatlichen Interesse gelegen ist, dass der verhetzenden Tätigkeit des Genannten in den von Serben bewohnten Gebieten der Länder der heiligen ungarischen Krone ein Ziel gesetzt werde, beehrt sich das Ministerium des Äussern der Erwägung des (der) löblichen etc. anheimzustellen, ob nicht gegen Živojin Dačić, falls derselbe neuerlich in analoger Weise das ihm gewährte Gastrecht missbrauchen sollte, mit der sofortigen Ausweisung vorzugehen wäre. Über eine etwaige diesfällige Verfügung erbittet sich das Ministerium des Äussern, welches eine analoge Zuschrift an

1. die königlich kroatisch-slavonisch-dalmatinische Landesregierung,
2. das königlich ungarische Ministerium des Innern

1. 2. richtet, eine gefällige Mitteilung.

3. Mit Beziehung auf die geschätzte Note vom 7. l. Mts. Präs. Nr. 4295 beehrt sich das Ministerium des Äussern dem k. u. k. Kriegsministerium bekanntzugeben, dass gegen die Ausweisung des Živojin Dačić aus dem Gebiete der Länder der heiligen ungarischen Krone, falls derselbe neuerlich in analoger Weise seiner der Monarchie feindseligen Gesinnung öffentlich Ausdruck geben sollte, hieramts kein Bedenken besteht. Hievon werden gleichzeitig das königlich ungarische Ministerium des Innern, das k. u. k. gemeinsame Finanzministerium in Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina, sowie die königlich kroatisch-slavonisch-dalmatinische Landesregierung verständigt.

4. Im Nachhange zu meiner Note vom 19. v. Mts. No. 1616*c)* beehre ich mich Euer Exzellenz die in Angelegenheit der eventuellen Ausweisung des Živojin Dačić aus dem Gebiete der Länder der heiligen ungarischen Krone an das königlich ungarische Ministerium des Innern und an die königlich kroatisch-slavonisch-dalmatinische Landesregierung gleichlautend gerichtete hieramtliche Note vom 20. l. Mts. No. 2079 und 2080 abschriftlich zur geneigten Kenntnisnahme zu übermitteln.

5. Wie einem von Seiner Exzellenz dem Herrn königlich ungarischen Minister Präsidenten anher mitgeteilten Berichte des königlichen Polizeikommissariates in Zimony entnommen wurde, hat der in der hierortigen Note vom 8./4. l. Js. No. 1490 erwähnte serbische Agitator Živojin Dačić am 10. März l. Js. in Karlócza einen offenkundig gegen die österreichisch-ungarische Monarchie gerichteten Vortrag gehalten, in welchem er unter anderen den Zusammenschluss aller Serben gegen den — von ihm vorsichtigerweise allerdings nicht namentlich bezeichneten — Feind empfiehlt.

Aus diesem Anlasse hat das Ministerium des Äussern der Erwägung des königlich ungarischen Ministerium des Innern, beziehungsweise der königlich kroatisch-slavonisch-dalmatinischen Landesregierung anheimgestellt, ob nicht gegen den Genannten, falls derselbe neuerlich in analoger Weise seiner bekannten, der Monarchie feindseligen Gesinnung öffentlich Ausdruck geben sollte, mit der sofortigen Ausweisung vorzugehen wäre. Die Verhängung dieser Massnahme gegen Živojin Dačić wurde übrigens auch seitens des k. und k. Kriegsministeriums, welchem seitens des k. u. k. 7. Korps Kommandos über das Auftreten des erwähnten Agitators in Karlócza berichtet worden war, hieramts als dringend geboten bezeichnet. Das löbliche Ministerium dürfte sich veranlasst finden, seinerseits gegen Dačić die gleiche Verfügung zu treffen, falls derselbe, wie nach den hieramts vorliegenden Informationen anzunehmen ist, es unternehmen sollte, auch Bosnien und die Herzegowina in der oberwähnten Weise zum Schauplatze seiner agitatorischen Tätigkeit zu machen.

[a]) Vgl. n. 3522, 3552. — [b]) Liegt nicht vor. — [c]) Lediglich Rückleitung des in Anm. b bezeichneten Berichtes. Nicht aufgenommen.

Nr. 3529. Bericht aus Berlin, 21. Mai 1912 Nr. 21 A (eing. 23. Mai).[a]) Ausfert.

Geheim. Mit meinem ergebensten Telegramme vom 20. d. M. Nr. 117 habe ich Euer Excellenz zu melden die Ehre gehabt, dass ich gestern mich dem Staatssekretär gegenüber im Sinne Euer Excellenz geheimen Erlasses vom 18. d. M. Nr. 2068 auszusprechen Gelegenheit hatte. Herr von Kiderlen versicherte mir, dass er Euer Excellenz konziliante Haltung in der Frage der italienischen Aktion im Archipel mit Dank anerkenne und sich noch immer der Hoffnung hingebe, dass die italienischen Okkupationen mehrerer Inseln im ägäischen Meere keine gefährlichen Rückwirkungen auf den Balkan ausüben werden. Er habe übrigens wiederholt durch den hiesigen italienischen Botschafter und durch den kaiserlich deutschen Botschafter in Rom die italienische Regierung darauf aufmerksam gemacht, dass sie für die Folgen einer weiteren eventuellen Ausdehnung der Okkupationen im Norden des Archipels allein verantwortlich wäre. Noch unlängst habe ihn Herr Pansa versichert (und auch mir gegenüber tat er es), dass er von Rom aus gar keine Mitteilungen erhalten habe, die auf weitere kriegerische Operationen im nördlichen Teile des ägäischen Meeres schliessen liessen. Nach seiner, Herrn Pansas, Meinung würde es sich höchstens darum handeln, ausser den Inseln Rhodus, Karpathos und Stampaglia einige kleine Eilande, die nahe an Rhodus liegen, durch enge Handelsbeziehungen mit dieser Insel verbunden seien und sozusagen nur wenig bewohnte Felsenriffe darstellen, zu okkupiren. Wie dem auch immer sein mag, so könne nicht geleugnet werden, sagte mir der Staatssekretär, dass die italienische Besetzung der in Rede stehenden Inseln in der Folge manche Unzukömmlichkeiten nach sich ziehen werde. Die dortige griechische Bevölkerung werde, wenn auch nur zeitweilig der türkischen Herrschaft entzogen und bei ihr die Hoffnung erweckt, dass auch nach Abzug der Italiener als dauernde Errungenschaft eine Art von Autonomie der Inseln zurückbleiben werde.

Dies würde für die Integrität der Türkei eine grosse Gefahr bedeuten, was auch italienischerseits zugegeben werde; doch glaube man in Rom, dass eben diese Gefahr die türkischen Machthaber bestimmen könnte, den italienischen Wünschen entsprechend baldmöglichst den Frieden zu schliessen. Die Versicherungen der Italiener, dass alle diese Besetzungen nur einen temporären Charakter hätten, seien gewiss ganz ernst gemeint und würden auch eingehalten werden, doch lege man in Rom grossen Wert darauf, dass von diesen Zusagen nichts verlautbare, damit die Türkei angesichts der drohenden Gefahr zu grösserer Nachgiebigkeit veranlasst werde. Von der Nachricht, wonach dem Kronprinzen von Griechenland von italienischer Seite suggeriert worden wäre, dass der jetzige Augenblick für eine Union Kretas mit Griechenland besonders günstig sei, ist dem Staatssekretär nichts Positives bekannt; ähnliche Ausstreuungen seien wol auch ihm zugekommen, doch seien diese nichts weiter als unkontrolirbare Gerüchte. Die Geltendmachung der Österreich-Ungarn zustehenden Compensationsrechte sei nach dem Artikel VII des Dreibundvertrages ganz zweifellos, doch stimmt Herr von Kiderlen Euer Excellenz vollkommen zu, wie sehr es wünschenswert sei, dass Hochdieselben nicht gezwungen werden, Italien gegenüber dieses Recht bis auf Weiteres besonders zu betonen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3525, 3533, 10747.

Nr. 3530. Bericht aus Bukarest-Sinaia, 21. Mai 1912 Nr. 26 A (eing. 23. Mai).[a]) Ausfert.

Geheim. Am Tage nach der Übersiedlung der k. und k. Vertretung nach Sinaia wurde meiner Frau und mir die hohe Ehre zuteil, von Ihren Majestäten zum Tee befohlen zu werden. Bei dieser Gelegenheit geruhte mir Seine Majestät der König einige Mitteilungen politischen Inhalts zu machen, welche ich glaube Euer Excellenz sofort einberichten zu sollen. Seine Majestät leitete das Gespräch mit dem Bemerken ein, Er habe ein streng vertrauliches Schreiben Herrn von Kiderlen-Wächters erhalten, in welchem derselbe zu Seiner Kenntnis bringt, daß absolut zuverläßigen Nachrichten zufolge, Bulgarien und Serbien in der letzten Zeit zur russischen Regierung in ein enges Verhältnis getreten seien,[b]) welches im Ernstfalle einem Anschluße Rumäniens an den Dreibund das Gleichgewicht bieten soll. Anknüpfend daran ließ der König die Bemerkung fallen, daß der Kaiser von Russland im nächsten Frühjahre jedenfalls eine Reise nach Bulgarien unternehmen werde und beabsichtige derselbe, wie Ihm zu Ohren gekommen sei, (diese Mitteilung möge ich aber als streng geheim betrachten) auch Ihm bei dieser Gelegenheit eine Visite abzustatten. Der neue russische Gesandte dürfte sofort nach seiner Antrittsaudienz diese Angelegenheit zur Sprache bringen. Seine Majestät führte dann weiter aus, daß Ihn dieser Besuch keineswegs überrasche, da der Czar Ihn seit jeher besonders ins Herz geschloßen habe; gespannt sei Er jedoch auf den Ausweg, welcher seitens der russischen Regierung gefunden werden wird, um das Nichterscheinen des Czaren in Belgrad zu begründen, da Er nicht annehmen könne, daß der russische Herrscher den serbischen Hof werde besuchen

wollen. Auf eine eingehendere Würdigung des zu erwartenden Czarenbesuches ließ sich König Carol nicht ein, doch schien es Ihm eine große Befriedigung zu bereiten, daß der Beherrscher aller Reußen bei einer Reise nach Bulgarien nicht anders könne, als auch Rumänien seine hohe Wertschätzung durch einen Besuch zu bezeugen. Dieses Gefühl dürfte in diesem Augenblicke bei Seiner Majestät umso stärker zutage treten, als die in Russland zur Feier der Angliederung Bessarabiens (hieramtlicher Bericht vom 6. Mai 1912, No. 22 A)[c] geplanten Feste eine alte Wunde im Herzen aller Rumänen wieder aufgerissen haben. Wenn auch das ursprüngliche diesbezügliche Programm in der letzten Zeit, vielleicht unter Einwirkung der rumänischen Protestkundgebungen, eine starke Einschränkung erfuhr, so wird die Tatsache der Feier selbst in ganz Rumänien als ein Beweis der Geringschätzung des Königreiches seitens des gewaltigen Nachbars schmerzlich empfunden. Bei der großen Eitelkeit des rumänischen Volkes und der Überzeugung, unter den östlichen Kleinstaaten eine Sonderstellung einzunehmen, wird der Besuch des Kaisers nicht nur die Erinnerung an die Verletzung des Nationalstolzes vollkommen verwischen, sondern auch die Empfindungen für Russland, welche bis heute nur bei einigen der Tripelentente zuneigenden liberalen Politikern bestanden, bis zu einem gewissen Grade verallgemeinern. Der Grund für die von Zeit zu Zeit sich wiederholenden offiziösen Komplimente vor dem Czarenreiche, dürfte bisher nur in dem ehrfurchtsvollen Schauer zu suchen sein, welchen der slavische Koloß hier allenthalben einflößt, dessen kleinste Geste genügen würde, um Rumäniens Lebensnerv zu unterbinden, es nämlich von der Donaumündung und deren Häfen abzusperren. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 3521, 3527, 3531, 3532, 3533. — [b] Vgl. n. 3540 Anm. d. — [c] Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 3531. Bericht aus Bukarest-Sinaia 21. Mai 1912 Nr. 26 B (eing. 23. Mai).[a] Ausfert.

Im weiteren Verlauf des Gespräches, welches ich mit Seiner Majestät jüngst zu führen Gelegenheit hatte und welches den Gegenstand des hieramtlichen Berichtes vom Heutigen Nr. 26 A bildete, kam Höchstderselbe auf die in Wien erwarteten Besuche der Könige von Montenegro und Bulgarien zu reden. Über den ersteren zeigte sich der Höchste Herr ungemein erfreut, betonend, daß es nach wie vor in den Händen König Nikitas liege, dem albanesischen Aufstande eine ernstere Wendung zu geben oder nicht. Da er in Wien jedenfalls heilsame Ermahnungen erhalten werde, so sei zu hoffen, dass sich in Albanien bald eine Détente bemerkbar machen werde. Aus den wenigen Worten, welche mein Höchster Mitredner dem offiziellen Besuche des bulgarischen Königspaares widmete, glaubte ich entnehmen zu können, daß, wenn auch das bisher herrschende Misstrauen König Carols gegen jeden Sympatiezuwachs zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien eine Modifikation erfuhr, eine sich öffentlich dokumentierende größere Intimität zwischen den beiden genannten Staaten bei König Carol kein sympatisches Echo wecken würde. Den Grund dafür glaube ich weniger

in der Besorgnis sehen zu sollen, welche diese bei Seiner Majestät selbst auslösen würde, als vielmehr darin, daß der Monarch nicht mit Unrecht befürchtet, die öffentliche Meinung in Rumänien würde in einer Annäherung Bulgariens an die Monarchie eine Schwächung der eigenen Position und einen Echec der auswärtigen Politik des Herrschers erblicken.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 3522, 3525, 3532, 3539, 10486.

Nr. 3532. Bericht aus Bukarest-Sinaia, 21. Mai 1912 Nr. 26 C (eing. 23. Mai).[a]) Ausfert.

Geheim. Meiner heutigen Berichterstattung werden Euer Excellenz entnommen haben, daß Seine Majestät König Carol den Besuch des Kaisers von Russland für das künftige Frühjahr erwartet. Es ist dies ein Ereignis von nicht zu unterschätzender Bedeutung, wenn auch mit größter Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, daß dasselbe eine Änderung in der auswärtigen Politik des rumänischen Staates, das ist des Königs, nicht herbeiführen wird. Immerhin wird das Erscheinen des Czaren einen tiefen Eindruck auf die Öffentlichkeit hervorbringen, welcher vor Allem günstig auf die Stellung des Herrschers im Lande wirken dürfte. Dem rumänischen Volke wird vor Augen geführt werden, welch hochgeachtete Stellung König Carol unter den Souveränen zukommt und welchen bedeutenden Rang, dank der Weisheit seines Königs, Rumänien einnimmt, wenn der Czar, trotz Rumäniens Zugehörigkeit zu einer andern Mächtegruppe, bei einem Besuche der slavischen Balkanstaaten Rumänien nicht umgehen zu können glaubt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich Russland weder unter den breiten Schichten des Volkes noch in der Armee, noch in der national gesinnten Intelligenz irgendwelcher bedeutenderer Sympatien erfreut, und wenn sich die Blicke gewisser liberaler Politiker und eines Teiles der Handelswelt Russland zuwenden, so geschieht dies nur aus reinem Angstgefühl vor dem riesigen Koloße, der in greifbarer Nähe der großen Handels- und Verkehrszentren des Landes stehend, im Ernstfalle Handel und Wandel in kürzester Zeit vernichten könnte. Andernteils gebietet der Selbsterhaltungstrieb, sich nicht in den Rachen des Löwen zu begeben und einen mächtigen Rückenschutz zu suchen gegen die gleichzeitig von drei Seiten drohende slavische Invasion. Da der Czarenbesuch hierzulande jedenfalls als ein schwerwiegender Freundschaftsbeweis aufgefaßt werden wird, so könnte angenommen werden, daß das russische Gespenst etwas von seiner Furchtbarkeit verlieren und das Dienern vor Russland eine Verminderung erfahren werde. Ich glaube daher nicht, daß die Visite Kaiser Nikolaus' eine abträgliche Wirkung auf die Stellung der Zentralmächte in Rumänien ausüben wird und würde ich sogar zur Meinung hinneigen, daß Seine Majestät der König, aus derselben ein noch erhöhteres Ansehen schöpfend, mit noch größerer Autorität Seine traditionelle auswärtige Politik wird befolgen können. Nur in einem Falle würde ich mit wohlbegründeter Besorgnis der künftigen Gestaltung der Dinge entgegenblicken, und das wäre, wenn der russische Herrscher König Carol dasjenige anbieten würde, wornach Sein größtes Begehren steht und was Er bisher fruchtlos von den Zentralmächten

erstrebte, nämlich die bindende Zusicherung einer territorialen Kompensation im Falle einer bulgarischen Gebietserweiterung.[b]) Eine absolute Sicherheit in dieser Richtung als Vermächtnis Seinen Tronerben hinterlassen zu können, dafür dürfte dem König von Rumänien kaum ein Opfer zu groß sein.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 3217 Anm. f, 3530, 3531, 3539, 3540 Anm. e, 3569. — [b]) Vgl. n. 3142.

Nr. 3533. Tel. aus London, 21. Mai 1912 Nr. 40 (eing. 22. Mai 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Im Foreign Office hörte ich heute, dass nach den vorliegenden Nachrichten in Konstantinopel starke Beunruhigung über Haltung Russlands vorherrsche. Mr. Tyrrell meinte als seine persönliche Ansicht, dass er die Wünsche und Absichten Russlands nicht recht verstehe. Offenbar wolle Russland Popularität in Italien erhalten. Im Übrigen zweifle er, dass Russland weitgehende Aktionen und Aufwerfung grosser Fragen beabsichtige. Es scheint ihm, als ob russische Regierung sich selbst nicht ganz klar darüber wäre, was sie vorhat. Vielfach werde angenommen, dass Herr Iswolsky russische Politik wieder leite oder stark beeinflusse. Mein Mitredner erwähnte auch die Gerüchte eines Umschwunges der deutschen Politik zugunsten Italiens. Persönlich glaube er nicht, dass Deutschland die Pflege der türkischen Freundschaft, diesen Grundpfeiler der deutschen Politik, so leicht aufgeben werde. Vorstehendes alles persönliche Meinung Mr. Tyrrells. Ich verhielt mich zumeist rezeptiv und deutete nur an, dass eventuelle Aufwerfung neuer Fragen die Interessen unserer beiden Regierungen wieder näher bringen könnte. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3527, 3529, 3530, 3534, 3544.

Nr. 3534. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 21. Mai 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; V. Berchtold; G. Nemes).

Geheim. Herzog Avarna hat mir gestern mitgeteilt, daß seine Regierung auf die Besetzung der Insel Kos großen Wert legen würde. Auf meine Bemerkung, diese Insel liege ganz im ägäischen Meere und falle somit unter die Bestimmung des Artikels VII des Dreibundvertrages, versuchte der Botschafter, mir zu beweisen, daß Kos nicht im ägäischen Meere, sondern im Archipel gelegen sei. Ich erwiderte ihm, daß Archipel und ägäisches Meer als identisch anzusehen sind, worauf der Botschafter hervorhob, daß Kos eine ganz kleine unbedeutende Insel sei. Der Botschafter teilte mir weiters die Namen jener Inseln mit, von welchen die Italiener die türkischen Garnisonen und Behörden entfernt haben; es seien dies: Symi, Piskopi, Nissyro, Kalymnos, Leros, Lipsos und Patmos. Um den von mir geäußerten Bedenken über das weitere Schicksal der von Truppen und Behörden entblößten Inseln Rechnung zu tragen, beabsichtige die italienische Regierung nunmehr, dieselben mit Gendarmerie zu besetzen. Ich erwiderte dem Herzog Avarna, es liege da ein Mißverständnis vor, denn die Vornahme dieser Besetzungen hieße noch einen Schritt weiter zu gehen, wo es doch gegen

unsere Abmachungen verstoße, daß Italien den Kreis seiner Aktionen über die drei ursprünglich genannten Inseln ausdehne. Der Herr Botschafter war nun bemüht, mir die Notwendigkeit der Besetzung der in Rede stehenden Inseln damit zu motivieren, daß es Italien unmöglich sei, die von denselben entfernten türkischen Funktionäre wieder zu reinstallieren, daß aber andererseits das Nichtvorhandensein irgend welcher Autorität unleugbare Gefahren in sich schließe. Es würde somit Italien nichts anderes übrig bleiben, als die türkischen Funktionäre durch italienische Garnisonen zu ersetzen, welche nun in Vertretung der türkischen Behörden für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen werden. Einem bezüglichen Anwurf Herzog Avarnas begegnete ich mit dem Bemerken, es schiene mir doch etwas zu viel verlangt, daß ich entscheiden solle, was auf den Inseln nach der Entfernung der türkischen Funktionäre zu geschehen habe, welche die italienische Regierung eigenmächtig ohne vorheriges Einvernehmen mit uns verfügt hatte. Wenn seine Regierung aber zu dem Schlusse komme, daß die Situation nicht anders saniert werden könne, als durch eine italienische Okkupation, so müsse dies bei mir den Eindruck erwecken, als ob die Entfernung der türkischen Funktionäre nur zu dem Zwecke erfolgt sei, um eine italienische Besetzung der Inseln notwendig zu machen. Herzog Avarna verwahrte sich entschieden gegen diese Insinuation und beteuerte, daß eine solche Absicht der italienischen Regierung gänzlich ferne gelegen gewesen sei; die von ihr angeordnete Aktion der Entfernung der türkischen Funktionäre sei eine Notwendigkeit gewesen, um der Spionage und dem Waffenschmuggel mit Erfolg entgegentreten zu können. Nach einer langen unfruchtbaren Diskussion ersuchte mich Herzog Avarna inständigst, irgend einen Ausweg zu finden, den er nach Rom melden könne. Ich entgegnete dem Botschafter, daß ich die weiteren Entschließungen seiner Regierung überlassen müsse, jedoch gezwungen sei, meinen Standpunkt neuerdings klar zu präzisieren. Derselbe sei der, daß die Besetzung dieser oder anderer Inseln im ägäischen Meere ohne vorheriges Einvernehmen mit uns den Bestimmungen des Artikels VII des Dreibundvertrages zuwiderlaufe und daß wir uns, wenn wir von dem Rechte Kompensationen zu verlangen, auch jetzt nicht Gebrauch machen, doch für einen späteren Zeitpunkt dieses Recht reservieren müßten. Herzog Avarna versuchte hierauf mich zu bewegen, die italienische Interpretation des fraglichen Artikels zu akzeptieren, wonach derselbe nur im Falle der Änderung des Status quo durch das Vorgehen einer dritten Macht zur Anwendung zu kommen habe. Dieses Ansinnen habe ich rundweg abgelehnt und mich auf den Wortlaut des Artikels berufen, der ausdrücklich besage, „à la suite d'une action d'une tierce puissance ou autrement". Diesem meinem Bemerken gegenüber mußte sich der Botschafter darauf beschränken zu erklären, er fühle sich nicht kompetent, ein Urteil über die Interpretation des Vertrages abzugeben, da dies nur seiner Regierung, aber nicht ihm zustehe. Zum Schlusse der Konversation bat mich der Botschafter dringend, heute noch keine definitive Entscheidung in dieser hochwichtigen Angelegenheit zu treffen und zu bedenken, daß die Frage unserer Stellungnahme zu der Besetzung oder Nichtbesetzung einiger unbedeutender Inseln von den bedenklichsten Folgen für das weitere

Verhältnis zwischen den Kabinetten von Wien und Rom sein könnte. Ohne hiezu ermächtigt zu sein, wolle er mir als seine persönliche Meinung zugeben, daß der Besetzung einzelner Inseln, wie zum Beispiel Mytilenes, eine gewisse Bedeutung zuzusprechen sei und stelle er sich mir persönlich gerne zur Verfügung, wenn ich ihm jene Inseln bezeichnen wollte, bezüglich deren Besetzung ich eine Gefahr erblicken würde.

[a]) Vgl. n. 3533, 3535, 3596 insbesondere zweite Beilage, 10747.

Nr. 3535. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 22. Mai 1912.[a]) Konz. (S. Berchtold).

Geheim. Herzog Avarna hat am 22. d. M. die Unterredung des vorhergegangenen Tages wieder aufgenommen, indem er das Ergebnis unserer gestrigen Auseinandersetzung resumierte. Er gab hiebei seinen Bedenken, insbesondere in der Richtung Ausdruck, daß unsererseits anläßlich der Besetzung einiger unbedeutender Inseln durch die italienischen Truppen (gemeint waren die Insel Kos sowie jene Eilande, von welchen zuerst die türkischen Funktionäre weggeschafft worden waren) so schwerwiegende Entschließungen in Aussicht gestellt waren, Entschließungen, von welchen er fürchten müsse, daß sie die tiefste Mißstimmung in Italien hervorzurufen geeignet erscheinen. Ich entgegnete dem Botschafter, daß ich ihn dahin verstanden hätte, die fraglichen Okkupationen seien bevorstehend, aber noch nicht durchgeführt. Es ändere dies übrigens nichts an unserer Stellungnahme, die sich meines Erachtens lediglich auf die Konstatierung eines tatsächlich bestehenden Rechtsverhältnisses beschränke, von welcher Stellungnahme ich allerdings nicht abgehen könne. Auf die Bemerkung des Botschafters, daß es ihn eigentümlich berühren müsse zu sehen, wie in ganz Europa, Deutschland mitinbegriffen, bloß wir, die Alliierten Italiens, demselben die größten Schwierigkeiten bei Verfolgung seines Zweckes, den Krieg zu raschem Abschlusse zu bringen, bereiten, verwies ich darauf, daß wir uns im gegebenen Falle in einer doppelten Sonderstellung befänden und zwar einerseits dadurch, daß wir mit Italien bilaterale Abmachungen in dem in Betracht kommenden Belange eingegangen hätten, andererseits infolge des Umstandes, daß wir die Grenznachbarn der Türkei, somit die Zunächstinteressierten seien. Übrigens könne ich seine Apprehensionen insoferne nicht begreifen, als von einem „Proteste" gegen die fraglichen Inselbesetzungen nicht die Rede gewesen sei. Wir müßten aber unseren legitimen Anspruch bei dieser Gelegenheit präzisieren, um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen. Der Botschafter erging sich in langen Betrachtungen über das wiederholt besprochene Thema und nahm schließlich die Fixierung unseres Standpunktes behufs Weitergabe nach Rom in der nachstehenden Weise zur Kenntnis. Wir seien von der Nachricht der Besetzung weiterer Inseln durch die italienischen Truppen peinlich berührt gewesen und könnten wegen der besorgten Folgen solcher Aktionen nur die schwersten Bedenken geltend machen. Gleichzeitig müßten wir konstatieren, daß nach unserer Auffassung die fraglichen Okkupationen gegen Artikel VII des Dreibundvertrages verstößen und uns das Recht gäben, unsererseits Kompensationen

zu fordern. Wir wollten allerdings vorläufig hievon nicht Gebrauch machen, müßten jedoch nachdrücklich feststellen, daß, im Falle Italien auf dem betretenen Pfade weiterschreiten sollte, die Verantwortung hiefür Italien überlassen bliebe, indes wir uns das Recht auf Kompensationen zu reservieren genötigt wären, von welchem es uns freistünde, nach eigenem Ermessen Gebrauch zu machen.

Pro domo: Unter dieser Reserve ist zu verstehen, daß, wenn die Ordnung am Balkan nicht aufrechtzuerhalten wäre und wir uns gezwungen sehen würden, einzuschreiten, ein solches Vorgehen ohne Einvernehmen mit Italien erfolgen könnte.

[a]) Vgl. n. 3534, 3537, 3596 insbesondere zweite Beilage.

Nr. 3536. Amtsaufzeichnung über den Stand der Bündnisverhandlungen mit Italien, 22. Mai 1912.[a]) Konz. (S. Biegeleben).

Streng geheim. In einem der k. u. k. Botschaft am königlich italienischen Hofe am 14. April d. J. übergebenen Promemoria[b]) schlägt die königlich italienische Regierung für das die Artikel IX und X des Dreibundvertrages erläuternde Schlussprotocoll den nachfolgenden Wortlaut vor: „Il est entendu que le statu quo visé par les articles IX et X du présent traité, en ce qui concerne la Tripolitaine et la Cyrénaïque, est celui qui a été crée par la loi du Royaume du 27 Février 1912 étendant la souveraineté de l'Italie sur les deux provinces." Wir sind der Ansicht, dass es untunlich ist, sich in einem internationalen Vertrag auf ein nationalitalienisches Gesetz zu beziehen, auf dessen Zustandekommen und fernere Schicksale den beiden anderen vertragschliessenden Theilen ein Einfluss nicht zusteht. Die hier anverwahrten, im Einvernehmen mit der kaiserlich deutschen Regierung der italienischen Regierung proponirten zwei Formulirungen dieses Protocolls[c]) haben ihre Zustimmung nicht gefunden und wir schlagen nunmehr den nachfolgenden Text vor, der die Anerkennung der durch das italienische Annexionsgesetz geschaffenen Sachlage präcis und unzweideutig zum Ausdruck bringt: „Il est entendu que le statu quo visé par les articles IX et X du présent traité est, en ce qui concerne la Tripolitaine et la Cyrénaïque, celui crée par le fait que l'Italie a étendu sa souveraineté sur ces deux provinces." Eine notwendige und selbstverständliche Voraussetzung der Zulässigkeit dieser eine Neutralitätsverletzung unzweifelhaft involvirenden Formel ist deren absolute Geheimhaltung, auf die wohl unbedingt gerechnet werden darf. Auf den in demselben Promemoria ohne nähere Begründung vorgebrachten Wunsch der italienischen Regierung, den Notenaustausch betreff Albaniens vom 20. December 1900/9. Februar 1901 und den Notenaustausch vom 19. December 1909 betreffend den Sandschak und die Interpretation des Art. VII in einem Additionalprotocoll dem Vertrage anzuschliessen, wäre nicht einzugehen, weil er dem allseitig anerkannten Princip, den Vertrag tel quel zu erneuern, widerspricht, weil es angesichts des Vorgehens Italiens im gegenwärtigen Kriege nicht angemessen erscheint, uns in Albanien für eine Reihe von Jahren vertragsmässig die Hände zu binden und weil endlich der Accord in Betreff des Sandschaks ohnehin in organischer

Verbindung mit dem Dreibundvertrag steht, da er nach seinem Wortlaute mit dessen Erneuerung implicite ebenfalls erneuert wird.

[a] Vgl. n. 3518, 3840. — [b] Beilage zu n. 3437. — [c] Diese liegen hier nicht bei. Es handelt sich wohl um die in der zweiten Beilage zu n. 3052 und in n. 3373 wiedergegebenen Fassungen.

Nr. 3537. Tel. nach Rom, 23. Mai 1912 Nr. 88 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; V. und G. Macchio).*

Geheim. Die Frage der Besetzung von Inseln im ägäischen Meere seitens der Italiener hat seit der Euer Exzellenz mit Telegramm Nr. 84 vom 18. d. M. bekanntgegebenen Konversation mit Herzog Avarna noch zu wiederholten Malen den Gegenstand eines Gedankenaustausches mit dem italienischen Botschafter gebildet. Letzterer war hiebei bemüht, mich von der Notwendigkeit der Besetzung von Kos und jener kleineren Inseln zu überzeugen, von welchen die türkischen Garnisonen und Funktionäre entfernt worden waren und auf welchen füglich irgend eine Autorität für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen müßte. Die Besetzung dieser Inseln sei übrigens auch eine unerläßliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Auftreten gegen die Spionage und den Waffenschmuggel gewesen. Um meine stillschweigende Zustimmung zu den in Frage stehenden Okkupationen zu erlangen, wies Herzog Avarna auf den Eindruck hin, der in ganz Italien hervorgerufen werden müßte, wenn es irgendwie bekannt würde, daß entgegen der Haltung ganz Europas, Deutschland inbegriffen, gerade wir demselben die größten Schwierigkeiten bei Verfolgung seines Zweckes, den Krieg zu raschem Abschlusse zu bringen, bereiten. Ich habe dem Botschafter entgegnet, daß wir uns eben in einer doppelten Sonderstellung befänden, und zwar einerseits dadurch, daß wir mit Italien bilaterale Abmachungen in dem in Betracht kommenden Belange eingegangen hätten, andererseits infolge des Umstandes, daß wir die Grenznachbarn der Türkei, somit die Zunächstinteressierten seien. Ich habe schließlich unseren Standpunkt in der Frage in nachstehender Weise präzisiert: ... *wie n. 3535* von *„Wir seien von der Nachricht der Besetzung“ bis „Gebrauch zu machen.“* ... Was die in meinem eingangs zitierten Telegramme erwähnte Zusicherung der italienischen Regierung betreffs des temporären Charakters der fraglichen Okkupationen anbelangt, habe ich Herzog Avarna um eine schriftliche Mitteilung in nachstehender Formulierung ersucht: Il est entendu que dans la pensée du Gouvernement Italien l'occupation des îles de Rhodes, Karpathos et Stampalia ainsi que toute autre occupation d'îles de la mer Egée (Archipel) a un caractère purement provisoire et qu'après la cessation des hostilités entre l'Italie et la Turquie le statu quo ante sera rétabli par la restitution des îles à la Sublime Porte dont la souveraineté pleine et entière sera intégralement maintenue. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache für den Fall, als Marquis di San Giuliano spontan auf den Gegenstand zu sprechen käme. Berchtold.

[a] Oe.-U. Italien 208 Nr. 13. Vgl. n. 3535, 3538, 3540 Anm. c, Beilage zu n. 3562, 3567.

Nr. 3538. Bericht aus Rom, 23. Mai 1912 Nr. 39 D (eing. 25. Mai).[a] Ausfert.

Vertraulich. Mit meinem Berichte vom 9. l. Mts. Nr. 35 B,[b] sowie mit meinen Telegrammen vom 10.,[b] 11. (Nr. 60), 13.[b] und 14. l. Mts.[b] habe ich Euer Excellenz die Operationen der Italiener gegen die Inseln Rhodus, Karki, Karpathos, Kasos, Episkopi, Niseros, Calimnos, Leros und Patmos gemeldet. In den letzten Tagen wurden diese Operationen auch auf die Inseln Lipsi, Simi und Kos ausgedehnt. Mit der am Beginne der Action occupirten Insel Stampalia sind es somit 13 Inseln, welche Italien temporär der Herrschaft der Türkei entrissen hat. Auf den grösseren Inseln landeten die Italiener Besatzungstruppen, auf den kleineren beschränkten sie sich darauf, die minimalen türkischen Garnisonen, welche sich ergaben, und die Civilbehörden gefangen zu nehmen. Letzteren Umstand habe ich von mir aus vor einiger Zeit dem Minister des Äussern gegenüber releviert und Zweifel an der Berechtigung und an der Opportunität dieser Massregel geäussert. Marchese di San Giuliano erwiderte, in der Türkei bestehe keine scharfe Unterscheidung zwischen militärischen und civilen Funktionären, ferner hätten gerade die Civilbehörden auf den Inseln die Contrebande-Zufuhr organisiert und schliesslich halte die Türkei harmlose italienische Staatsbürger, wie zum Beispiel die Mitglieder der im Vorjahre nach Tripolitanien entsendeten geologischen Mission, gefangen. Italien habe also ein Interesse daran, im gegebenen Augenblicke den wechselseitigen Austausch der Gefangenen vorschlagen zu können. Auf Rhodus ist es dem General Ameglio gelungen, durch eine geschickte Umzinglung des Gegners und durch einen concentrischen Angriff mit an Zahl weit überlegenen Streitkräften die türkische Garnison nach längerem Kampfe zur Kapitulation zu zwingen. Da es sich nicht um Araber, sondern um reguläre türkische Truppen handelte, tun sich die Italiener auf diesen Sieg besonders viel zugute. In Wirklichkeit war es eine geschickt vorbereitete und durchgeführte Action, aber schliesslich angesichts der bedeutenden numerischen und artilleristischen Übermacht der Italiener und der antitürkischen Gesinnung der Bevölkerung kein Heldenstück. Verstärkt wurde die Genugthuung über diesen Erfolg durch manche vorhergegangene Artikel der ausländischen Presse, so den Artikel Friedjungs in der „Vossischen Zeitung", worin er ein Gelingen des Kampfes auf Rhodus als den Prüfstein der italienischen militärischen Tüchtigkeit bezeichnet hatte, und die von der „Neuen Freien Presse" und anderen Journalen verbreiteten falschen Nachrichten über eine schwere Niederlage des Generals Ameglio. Ausser den Operationen im südlichen Archipel wurde italienischerseits auch am 18. l. Mts. die türkische Kaserne und das Waffen- und Munitions-Dépôt in Marmaritza, am Festlande gegenüber von Rhodus, durch ein Bombardement zerstört. Der Minister des Äussern erklärte die Notwendigkeit dieser Vorkehrung damit, dass die italienischen Kriegschiffe bei hohem Seegange nicht in den Häfen von Rhodus verbleiben können, sondern im Golf von Marmaritza ankern müssen, was die Zerstörung der dortigen türkischen militärischen Etablissements erheischte. Ich hatte gestern Gelegenheit, den Minister des Äussern länger zu sprechen und mich speciell über die

Frage zu vergewissern, ob die Flottenaction im ägäischen Meere fürs erste abgeschlossen sei oder noch eine Fortsetzung erfahren solle. Die — begreiflicherweise vertrauliche — Antwort des Marchese di San Giuliano lautete dahin, dass — von etwaigen unwesentlichen oder accidentellen Operationen abgesehen — vorläufig an weitere Actionen im Archipel nicht gedacht werde. Es habe sich um die Occupation von Stampalia, Rhodus, Karpathos und Kos gehandelt, die Actionen gegen die übrigen benachbarten kleinen Inseln seien unwesentliches aber wegen deren geografischer Lage unvermeidliches Beiwerk gewesen. Falls die italienische Regierung, so fügte der Minister ausdrücklich bei, in einem späteren Zeitpunkte die Besetzung nördlicher gelegener Inseln ins Auge fassen sollte, so würde dies nicht geschehen, ohne sich vorerst mit uns ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Nach diesen Äusserungen des Ministers muss ich also annehmen, dass Operationen in dem, ich möchte sagen, in politischer und strategischer Hinsicht heikleren Teile des ägäischen Meeres vorläufig nicht in Aussicht genommen sind. Bei diesem Anlasse kam der Minister spontan auch auf Conversationen Euer Excellenz mit dem Herzog von Avarna sowohl über verschiedene Friedensprojecte als auch über die in dem hohen Telegramme Nr. 84 behandelten Fragen zu sprechen, wobei ich meinerseits mich streng im Rahmen der Gesichtspunkte Euer Excellenz hielt. Was die Zusicherung betreffs des temporären Karakters der Insel-Occupationen anlangt, so sagte Marchese di San Giuliano, dass er keinen Anstand nehme, diese Zusicherung in schriftlicher Form zu erteilen. Es dürfte also, vorbehaltlich des Einvernehmens über die Formulierung des betreffenden Schriftstückes, diese Frage einer für uns befriedigenden Lösung zugeführt werden können. Die Bedenken Euer Excellenz hinsichtlich der Wirkung der italienischen Action im südlichen Archipel auf die Bevölkerung des letzteren sowie auf panhellenistische Kreise, konnte ich umso eindringlicher vertreten, als ich mich schon mehrmals von mir aus in diesem Sinne dem Minister des Äussern gegenüber ausgesprochen hatte. Ich konnte aber, hieran anknüpfend, auch neuerlich den bedenklichen Umstand relevieren, dass fast die gesammte italienische Presse, die officiöse nicht ausgenommen, mit dem Gedanken der definitiven Annexion der occupierten Inseln coquettirt oder zum mindesten eine moralische Verpflichtung Italiens construiert, seinerzeit beim Verlassen der Inseln die einheimische griechische Bevölkerung derselben, welche die italienische Occupation so freudig begrüsst habe, nicht den türkischen Repressalien auszusetzen und zu diesem Zwecke für diese Inseln ein privilegiertes Régime, etwa nach dem Muster von Samos, zu erwirken. Mit Vorliebe wird im Zusammenhange mit diesem Thema ein seinerzeit von Lord Salisbury verfochtener Grundsatz citiert, wornach in dem Falle, als ein unter türkischer Herrschaft stehendes Territorium in die Gewalt einer europäischen Grossmacht gelangt, dasselbe nicht mehr unter die türkische Souveränität zurückversetzt werden dürfte. Auf dem Berliner Congresse ist, nebenbei bemerkt, Lord Salisbury dieser seiner Theorie offenbar untreu geworden, da er sonst den Russen, welche bis nach San Stefano gelangt waren, den Besitz der von ihnen eroberten Gebiete nicht hätte streitig machen können. Marchese di San Giuliano trachtete,

alle diese Bedenken einerseits mit der Versicherung der seinerzeitigen Rückstellung der Inseln an die Türkei, andererseits mit dem Hinweise darauf zu zerstreuen, dass Italien ernstlich bemüht sei, panhellenistischen Velleitäten aus diesem Anlass vorzubeugen. Die italienische Regierung habe sich zu diesem Zwecke durch ihre Gesandtschaft in Athen mit der griechischen Regierung ins Einvernehmen gesetzt, welche auch ihrerseits bemüht sei, durch ihre Verbindungen mit der griechischen Bevölkerung des türkischen Archipels und Macedoniens auf dieselbe calmierend einzuwirken und gegen jede Manifestation, wie Meetings und dergleichen, zugunsten eines Anschlusses an Griechenland abzuwinken. Persönlich bin ich nicht völlig darüber beruhigt, dass nicht, wenn anders man die italienische Presse weiter in der erwähnten Richtung gewähren lässt, allmählig ein „mouvement irrésistible" für irgend eine dauernde Fussfassung Italiens im südlichen ägäischen Meere entsteht. Von dieser Besorgnis ausgehend möchte ich mir daher unvorgreiflicherweise erlauben, es als wünschenswert zu bezeichnen, eine solche Redaction der italienischen Zusicherung hinsichtlich der blos temporären Occupation der Inseln anzustreben, dass damit nicht nur deren seinerzeitige Rückstellung an die Türkei garantiert, sondern auch irgendwelche Postulate nach einer Änderung des Régimes der Inseln, einer Beschränkung der türkischen Souveränität oder vollends einer sei es italienischen, sei es griechischen, sei es europäischen Schutzmachtstellung über dieselben ausgeschlossen seien. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3537, 3554. — [b]) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 3539. Bericht aus Sofia, 23. Mai 1912 Nr. 36 (eing. 28. Mai).[a]) *Ausfert.*

Die Pflege der guten Beziehungen zu Russland bildet einen so wesentlichen Teil der auswärtigen Politik Bulgariens und es erscheint so selbstverständlich, dass die Bulgaren es vermeiden müssen, Petersburg zu verstimmen, dass ich von dem Momente an, wo König Ferdinand Seinen Besuch in Wien angesagt hat, auf eine freundliche Demonstration Bulgariens an die russsiche Adresse gefasst war und eine solche erwartete. Die vor Kurzem absolvirte bulgarische Mission, welche unter der Führung des Kammerpräsidenten Herrn Daneffs sich nach Livadia begeben hat, um den dort weilenden Kaiser Nikolaus im Namen König Ferdinands und der Bulgaren zu begrüssen, hat mich daher nicht nur in keiner Weise impressionirt, sondern wäre es für mich eine Überraschung gewesen und gewissermassen ein Grund zum Misstrauen, wenn Bulgarien sich unter den gegebenen Umständen einer Freundschaftsbezeugung an Russland enthalten hätte und somit seiner bisherigen „politique de bascule" zwischen Wien und Petersburg in diesem Falle untreu geworden wäre. Eine solche Attitude wäre neu, unverständlich und im Widerspruche mit der bisherigen Methode, laut welcher jeder Schritt Bulgariens in der Richtung Wien von einer bulgarischen Attention an Russland und jede Freundlichkeit für die Russen von einer ähnlichen Manifestation an unsere Adresse begleitet werden musste. Wie consequent an diesem System hier festgehalten wird, habe ich mich während

meines kurzen Aufenthaltes in Sofia bereits überzeugen können und möchte in der Hinsicht an die im Herbst vorigen Jahres stattgefundene Reise des Prinzen Boris nach Kiew erinnern. So begreiflich es auch war, dass Bulgarien bei der feierlichen Enthüllung des Kiewer Monumentes des Zar Befreiers nicht unvertreten bleiben konnte, hat doch König Ferdinand die Vorsicht beobachtet, mir über den anodinen Charakter dieser Reise Seines Sohnes beruhigende Versicherungen geben zu lassen und kurz nachher hat Er mich auch wegen Seines officiellen Besuches in Wien sondirt, der nur auf unseren Wunsch bis jetzt verschoben wurde. In der bulgarischen Mission nach Livadia darf ebenfalls nichts anderes als eine Betätigung jener politischen Richtung erblickt werden, die in der Erhaltung guter Beziehungen zugleich mit uns und mit Russland ihr Ziel hat. Diese Politik macht mitunter und zwar speciell in der Art, wie sie König Ferdinand führt, den Eindruck von Intrigen, tatsächlich gibt es aber an derselben kaum etwas unaufrichtiges, und jedenfalls nichts unaufrichtiges uns gegenüber, nachdem Bulgarien bis jetzt immer näher Russland als uns stand und in der auswärtigen Politik durch keinerlei Engagements der Monarchie verpflichtet ist. Die bulgarischen Politiker haben mir wiederholt ganz offen davon gesprochen, dass „es für Bulgarien derzeit eine absolute Notwendigkeit ist, sowol mit Österreich-Ungarn als auch mit Russland gut zu stehen und keiner dieser Freundschaften vor der anderen den Vorzug zu geben". Auch Herr Daneff selbst — obwol ausgesprochen russophil[1]) — als er vor einiger Zeit die Grundsätze seines politischen Credos vor mir entwickelte (vide gehorsamsten Bericht vom 14.[b]) Februar l. J. Nr. 8 C.), sprach sich im ähnlichen Sinne aus und bemerkte, dass es ein Fehler und für Bulgarien äusserst gefährlich wäre, sich nur an Petersburg oder nur an Wien gänzlich anzuschliessen. Es wäre glaube ich, eine Verkennung der Ziele und der Möglichkeiten unserer Politik Bulgarien gegenüber, wenn wir wegen der zu Tage tretenden Symptome der russisch-bulgarischen Intimität uns enttäuscht fühlen oder gar die Conclusion daraus ziehen würden, dass es vergebene Mühe sei, die Bulgaren freundlich und wohlwollend zu behandeln. Wir haben doch nie auf ein dauerndes Bündniss mit Bulgarien hingearbeitet, haben die Bulgaren nie darüber im Zweifel gelassen, dass wir bessere und wertvollere Freundschaften haben als die Bulgariens und unter diesen Umständen konnte auch unsere hiesige Politik unmöglich das auch sonst wahrscheinlich utopische Ziel anstreben, Bulgarien dem ihm religions- und rassenverwandten und durch historische Erinnerungen verbundenen Russland zu entfremden. Der viel bescheidenere Zweck, den wir hier verfolgten, war das von früherher gegen uns bestehende Misstrauen zu zerstreuen, uns nach Möglichkeit die Sympathien der Bulgaren zu erwerben, durch unsere consequent wohlwollende Haltung Bulgarien dem ausschliesslichen russischen Einflusse zu entrücken und im Zusammenhange damit das steigende nationale Selbstbewusstsein dieses Volkes zu kräftigen, wozu nichts in dem Masse beiträgt als das Bewusstsein der Bulgaren, dass sie zwischen uns und Russland wählen können und nicht allein auf das letztere angewiesen sind. Die Fortschritte, die in obbesagter Hinsicht und zwar besonders in der letzten Zeit gemacht wurden, gestatten nicht unsere bisherigen Bemühungen als verloren anzusehen.

Die entgegenkommende Haltung, die wir seit einigen Jahren Bulgarien gegenüber beobachten, hat hier eine vertrauensvollere Stimmung für uns geschaffen und den Glauben verbreitet, dass ein starkes, einer selbständigen äusseren Politik fähiges Bulgarien in die Rechnung Österreich-Ungarns passt und dass wir, wenn die Stunde der grossen Entscheidungen am Balkan schlagen wird, die Cooperation Bulgariens annehmen und ihm dafür die Verwirklichung seiner nationalen Aspirationen gestatten würden.[2] Die notwendige Folge einer solchen Stimmung ist einerseits die Schwächung des russischen Prestiges und die für uns so wichtige Stärkung des nationalen Selbstbewusstseins der Bulgaren und andererseits die Tatsache, dass man hier auf unsere Freundschaft einen umso grösseren Wert legt und bestrebt ist sich dieselbe zu erhalten, was uns in vieler Hinsicht zu Gute kommen muss und was uns speciell vor Kurzem den Abschluss des Handelsvertrages ermöglicht hat. Es soll nicht vergessen werden, dass die Bulgaren mit ihrer türkischen Nachbarschaft eigentlich stets sur le qui vive leben und dass die Frage, wer bei der Lösung der Balkanprobleme der unentbehrliche mächtige Partner des kleinen Königreiches sein wird, den Gegenstand der beständigen Sorge der bulgarischen Politiker bildet. Die fortgesetzt gute Behandlung, die wir Bulgarien zu Teil werden liessen, hat — wie erwähnt — dem Glauben an die Möglichkeit unserer Partnerschaft Raum gemacht. Sollten wir in der Zukunft uns um unsere guten Beziehungen zu Bulgarien weniger kümmern und uns ihm weniger wohlwollend zeigen oder es gar als quantité négligeable behandeln, so würde eine solche Änderung in unserer Haltung auf die so empfindliche öffentliche Meinung des seinen Aspirationen nicht gewachsenen Staates sofort ihre Rückwirkung üben und fast automatisch hierzulande den russischen Einflüssen wieder Thür und Thor öffnen. Wir hätten zwar die Satisfaction, dass Bulgarien dabei nichts profitiren würde und ohne uns unter den gegenwärtigen Verhältnissen nichts unternehmen könnte, für uns würde aber eben so wenig ein Vorteil daraus erwachsen und ich muss sagen, dass ich keinen einzigen Grund zu finden vermag, warum wir durch das Aufgeben unserer bisherigen Politik es auf eine solche Eventualität ankommen lassen sollten. Abgesehen von den guten Seiten dieser Politik, auf die ich bereits hingewiesen, ist auch mit derselben im Falle internationaler Complicationen nicht das geringste Risico für uns verbunden und keine Enttäuschungen möglich, da wir erstens das gute Verhältnis zwischen Bulgarien und Russland kennen und die bulgarische „Freundschaft" richtig einschätzen und da ausserdem nicht wir, die Starken, an das kleine Bulgarien, sondern gegebenen Falles die Bulgaren an uns angewiesen sein würden, wie wohl auch nicht die Bulgaren uns, sondern eventuell wir Bulgarien im Stiche lassen könnten. Der einzige heikle Punkt unserer freundschaftlichen Haltung Bulgarien gegenüber könnte nur darin gefunden werden, dass uns dieselbe eventuell mit den sonstigen Principien unserer auswärtigen Politik in Collision bringen könnte. Diese Gefahr zu vermeiden hängt aber nur von uns ab und sie kann auch sicher vermieden werden, wenn wir nur unentwegt daran festhalten, dass wir den Bulgaren zu Lieb auch nicht ein Jota an den Grundlinien unserer Politik ändern und speciell keine Gefährdung unseres Verhältnisses zu

Rumänien gestatten. Solcher Opfer wäre die bulgarische Freundschaft nicht wert. Wir haben sie um den billigen Preis einiger kleiner Geschenke erworben und darf uns auch ihre Erhaltung nicht teuerer zu stehen kommen. Unter dieser Bedingung und in diesen Grenzen sind, glaube ich, unsere guten Beziehungen zu Bulgarien der weiteren Pflege wert, nur muss ich betonen, dass es in dieser Hinsicht nicht genügt, unsere Aufmerksamkeit bloss der öffentlichen Meinung dieses Landes zuzuwenden, sondern, dass mit Rücksicht auf den entscheidenden Einfluss, den König Ferdinand auf die auswärtige Politik Bulgariens übt, es auch notwendig ist durch entsprechende Behandlung Ihn möglichst an uns zu ziehen. Die grenzenlose Eitelkeit und der (nach Wien strebende) Snobismus König Ferdinands sind Schwächen, die, wenn von uns erkannt und berücksichtigt, uns Mittel geben müssen, durch welche wir zweckmässig wirken können und zwar um so eher, als der König — wenn auch gewiss unverlässlich und wankelmütig — doch andererseits in Seinem Inneren, nach Seinen Sympathien, Seinem Geschmacke und nach Allem, was zu Seinem Gemüte spricht, Sich nach Wien hingezogen fühlt.[c]) Wie jeder Bulgare instinctiv mit Russland sympathisirt und der bulgarischen Freundschaft für Österreich-Ungarn bloss die Vernunft zu Grunde liegt, so neigt König Ferdinand instinctiv zu uns und Russophilie übt Er nur deswegen, da Er es nicht anders kann.

Tarnowski.

[1]) Russe! — [2]) Dazu müssten Garantien geschaffen werden.
[a]) Vgl. n. 3531, 3532. — [b]) Richtig vom 9. — [c]) Vgl. n. 3549.

Nr. 3540. Aufzeichnung über die in Berlin in der Zeit vom 24. bis 26. Mai 1912 geführten Unterredungen, ohne Datum.[a]) Konz.[b]) (S. Schreibmaschine; V. Berchtold).

Der zweitägige Aufenthalt, den ich in Berlin genommen, um Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm meine Aufwartung zu machen und den leitenden Staatsmännern meinen Antrittsbesuch zu erstatten, gab mir willkommene Gelegenheit, wiederholte politische Aussprachen mit den massgebenden Faktoren zu pflegen, wovon die wesentlichsten Momente hier wiedergegeben werden sollen. Es war mir vor allem daran gelegen, den vom Wiener Kabinette in Bezug auf den italienisch-türkischen Krieg eingenommenen Standpunkt sowie den Verlauf unserer diesfälligen Auseinandersetzungen mit der römischen Regierung[c]) klar zu kennzeichnen, und zwar einerseits um einem Anwachsen des rege gewordenen Misstrauens des deutschen Verbündeten zu begegnen, anderseits zwecks Sicherstellung, inwieweit Italien auf moralischen Sukkurs unserem Standpunkte gegenüber in der Wilhelmstrasse rechnen könne.

Als positives Ergebnis dieser Aussprache und Sondierung kann betrachtet werden: 1. dass die leitenden deutschen Staatsmänner meiner von Italien bekanntlich nicht akzeptierten Interpretation des Artikels VII des Dreibundvertrages, wonach sämtliche Inseln des Aegäischen Meeres demselben zu subsumieren seien, vollkommen beipflichten; 2. dass man in Berlin nicht nur keine Bedenken gegen die Schlussphase meiner Pourparlers mit dem Herzog Avarna geltend macht, sondern die von mir dem italienischen

Botschafter präzisierte Stellungnahme der prinzipiellen Feststellung eines Anspruches auf Kompensation nebst Wahrung der freien Hand als richtigsten Gegenzug gegen die italienischen Übergriffe bezeichnete; 3. dass man sich der Erwägung, das Vorgehen Italiens könne bedenkliche Rückwirkungen auf den Panhellenismus ausüben, nicht verschliesst, wenn auch in dieser Richtung eine gewisse Differenz der Auffassung insoferne besteht, dass in Berlin eine solche Folgeerscheinung erst für den Zeitpunkt der seinerzeitigen Rückgabe der Inseln an die Türkei besorgt wird, wogegen wir bekanntlich die Tatsache der Inselbesetzung allein schon für geeignet erachten, das Griechentum in Bewegung zu bringen.

Die im Zusammenhange mit dem Gesagten theoretisch zur Erörterung gebrachte Eventualität einer Aktion Italiens vor oder in den Dardanellen lieferte mir den Beweis, dass die deutsche Diplomatie zur Erkenntnis gelangt sei, in dem Bestreben uns von der Unbedenklichkeit der Zustimmung zu einer solchen Operation zu überzeugen, seinerzeit einen schlechten locus standi gewählt zu haben; damals hiess es, man solle England das Odium des Polizeidienstes überlassen, nun, wo England zu versagen scheint, wird argumentiert, Italien dürfte sich hüten, je von einer solchen Gewährung Gebrauch zu machen!

Daß England infolge seiner germanophoben Politik als Vormacht im Mittelmeere ausgespielt hat und seine Interessen im gegenwärtigen Konflikte nicht mit dem gehörigen Nachdrucke zu wahren imstande ist, weckt die unverhüllte Schadenfreude der massgebenden Faktoren des Deutschen Reiches, namentlich auch Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm. Für uns jedoch, die wir dadurch mehr als es in früheren Orientkrisen der Fall war, auf uns selbst angewiesen sind und nicht darauf rechnen können, dass England neben den eigenen auch unsere Kastanien aus dem Feuer ziehen werde, liegt wohl geringer Anlass vor, diese Schadenfreude zu teilen. Ebensowenig vermochte ich für das glänzende Zukunftsbild, das mir in Berlin und Potsdam von der Machtstellung der verbündeten österreichisch-ungarischen und italienischen Flotte im Mittelmeere entworfen wurde, besonderes Verständnis zu finden!

Im Laufe meiner Unterredungen mit dem Staatssekretär kamen auch die jüngsten Phasen der russischen Friedensvermittlungsaktion zur Sprache, wobei wir uns in der Auffassung begegneten, dass die zwischen den Kriegführenden bestehenden Gegensätze derzeit so weitgehende seien, dass der Moment zu einer erfolgreichen Vermittlung wohl noch nicht gekommen sei. Unter den von fremder Seite gemachten Friedensvorschlägen enthalte die Proposition Herrn Tittonis wegen Erhaltung der geistlichen Souveränität des Sultans in Lybien und der Bestimmung einer Annuitätenzahlung an die Türkei entwicklungsfähige Anregungen, es wäre aber mit Rücksicht auf die bisherige Intransigenz der Pforte nicht ratsam, diesen Vorschlag voreilig in Antrag zu bringen. Was die namentlich in Frankreich viel besprochene Frage einer Konferenz zur Beendigung des Krieges anbelangt, so stimmte Herr von Kiderlen ganz mit mir darin überein, dass weder Österreich-Ungarn noch Deutschland ein Interesse an dem Zustandekommen einer solchen Konferenz haben, auf welcher wir eventuell einer starken, geschlossenen

Opposition gegenüber zu stehen kämen, die, wie in Algeciras, ihr möglichstes tun würde, Italien auf ihre Seite zu bringen und uns nötigen könnte, die Konferenz mit Gewalt zu sprengen.

An die Gefahr einer Reperkussion der Kriegserscheinungen auf den eigentlichen Balkan will man in Berlin nicht glauben. Staatssekretär von Kiderlen teilte mir im strengsten Vertrauen mit, er sei kürzlich in den Besitz eines interzeptierten Geheimdokumentes[d] gelangt, wonach Bulgarien und Serbien vor einigen Wochen unter russischer Patronanz ein Abkommen geschlossen hätten zwecks gemeinsamer Abwehr im Falle eines Angriffes auf einen der beiden Staaten. Dieses Abkommen sei rein defensiver Natur und erscheine in einer Geheimklausel die ausdrückliche Verpflichtung gegenüber Russland niedergelegt, keine Offensivmassnahmen zu treffen. Es ginge hieraus hervor, dass es Russland gegenwärtig nicht passen würde, diesen Ländern Beistand zu leisten, ein selbständiges Vorgehen derselben aber dem Petersburger Kabinette deshalb nicht konvenieren möchte, da ein eventueller Erfolg nicht auf russischen Kredit zu setzen wäre, ein Misserfolg aber dem russischen Einflusse zum Schaden gereichen müsste.

Hinsichtlich unseres Verhältnisses zu Rumänien hielt ich es für angezeigt, die von Prinzen Fürstenberg gemeldeten Versuche Russlands, das Nachbarkönigreich zu ködern,[e] zur Sprache zu bringen. Herr von Kiderlen hegt keine Besorgnis, dass diese Werbungen zu einer Abschwenkung Rumäniens vom Dreibunde führen könnten. Vor allem bürge die Persönlichkeit Seiner Majestät des Königs Karol dafür, dass in dem bisherigen Verhältnisse keine Änderung Platz greifen werde. Auch vom Kronprinzen Ferdinand, welcher sich immer prononcirter als überzeugter Anhänger des gegenwärtigen Kurses bekenne, könne ein Wechsel nicht gewärtigt werden. Meritorisch sei aber eine Anlehnung Rumäniens an Russland schon aus dem Grunde höchst unwahrscheinlich, weil die Aspirationen des Königreichs sich einerseits auf das russische Bessarabien, anderseits auf die bulgarische Dobrutscha richten, welch letztere grösstenteils von Bulgaren bewohnt werde und daher wohl kaum unter russischer Mitwirkung an einen nichtslawischen Staat ausgeliefert werden könnte. Auch schiene es nicht unbedenklich, sich den unvorhergesehenen Wechselfällen eines, wenn auch verhältnismässig consolidirten Balkanstaates bindend auszuliefern.

Einen breiten Raum in meinen Gesprächen mit den deutschen Staatslenkern nahm selbstverständlich das Verhältnis Deutschlands zu England ein. Die Genesis der Entfremdung wird auf die Epoche zurückgeführt, wo Frankreich in Faschoda vor England zurückweichen musste. Damals sei für England der Beweis erbracht worden, dass es von Frankreich nichts zu fürchten habe. Die Folge sei der Frontwechsel gegen Deutschland gewesen und das Ausspielen des ersteren gegen das letztere. Im vorigen Jahre sei es nun umgekehrt gewesen. Anlässlich der Marokko-Affäre habe Frankreich versucht, England gegen Deutschland auszuspielen. In Berlin habe man das Manöver durchschaut und den „Panther" nach Agadir geschickt, um England zu zwingen, Farbe zu bekennen. Man sei damals gefasst gewesen, dass England Kriegsschiffe nach Marokko senden werde. Es habe jedoch vorgezogen, Frankreich im Stiche zu lassen. Dies sei der psychologische

Moment gewesen, mit Frankreich zu einer Vereinbarung zu gelangen und mit England anzuknüpfen. Jetzt stehe man mit dem Inselreiche so gut, wie es seit zwölf Jahren nicht der Fall gewesen. Eine auf konkrete Zwecke eingestellte politische Annäherung werde aber viel Zeit und Geduld erfordern. Man spreche jetzt allerorts von einer speziellen Mission des neuernannten Botschafters Marschall. Dies sei ebenso unrichtig wie bedenklich, denn einerseits habe Marschall keine spezielle Mission erhalten, anderseits könne der generellen Instruktion, die Beziehungen zu verbessern, durch nichts von vorneherein mehr geschadet werden als durch eine derartige Ausbreitung.

Die Schwierigkeiten Frankreichs in Marokko beurteilt man in Potsdam und in der Wilhelmstrasse mit der gleichen Schadenfreude wie die prekäre Stellung Englands im Mittelmeere. Frankreich habe sich in dem wilden Berberlande ordentlich festgerannt und werde lange an dem Brocken zu kauen haben. Eine Verwendung der „armée noire" in Europa, welche jenseits der Vogesen ursprünglich in ernste Erwägung genommen worden sei, wäre vollkommen ausgeschlossen. Die Einheimischen würden in Marokko selbst aufgebraucht werden müssen, soferne sie nicht meutern und die Waffen gegen die neuen Herren ergreifen würden. An eine Aufhebung der diplomatischen Vertretung Deutschlands in Marokko werde ebensowenig gedacht, wie an den Verzicht auf die Kapitulationen. Marokko werde auf lange Zeit hinaus keinen Machtzuwachs, sondern ein Element der Schwäche für die Republik bedeuten.

Wenn ich meine in Berlin gewonnenen Eindrücke resumieren darf, so möchte ich dahin konkludieren, dass, so stark und überzeugend auch die Interessengemeinschaft zwischen uns und Deutschland in vieler Richtung neuerdings konstatiert werden konnte, so fest und nachdrücklich die Übereinstimmung der beiderseitigen Aussenpolitik in allen Variationen betont werden mochte, doch einige deutscherseits nicht eingestandene und vielleicht gar nicht erfasste Differenzen in Bezug auf die internationale Politik bestehen, auf welche in unseren Calcüls Rücksicht zu nehmen wäre. Es ist dies in erster Linie das Bestreben, England durch diplomatische Mittel in eine prekäre Situation zu bringen, die es den deutschen Annäherungsversuchen gefügiger zu machen geeignet wäre. Daher die Förderung der italienischen Mittelmeerpolitik, die systematische Ignorierung der austro-italienischen Interessengegensätze in der Adria, ferner gehört hierher die allen Berechnungen der deutschen Aussenpolitiker zum Ausgangs- und Schlusspunkte dienende Eventualität eines Zusammenstosses mit Frankreich, eine Eventualität, auf welche die deutsche Diplomatie sozusagen ihr ganzes Combinationstalent aufwendet, die aber bei uns bei dem Mangel eines realen politischen Interessengegensatzes zwischen uns und Frankreich keinem Verständnis begegnen kann.

Schliesslich sei erwähnt, dass ich nicht verabsäumt habe, im Laufe meiner Unterredungen mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Innern, auf die vielfachen Klagen hinzuweisen, die von den galizischen Feldarbeitern wegen differenzieller Behandlung im Deutschen Reiche geltend gemacht werden und deren tunlichste Berücksichtigung der Aufmerksamkeit Herrn von Bethmann Hollwegs wie Herrn Delbrücks zu empfehlen. Ich

gebrauchte hiebei die Motivierung, dass die numerisch ausschlaggebende Polenfraktion des österreichischen Reichsrates nur unter der Voraussetzung für die Dreibundpolitik eintreten könne, wenn ihren Konnationalen im Deutschen Reiche die gleiche Rücksicht zu Teil würde wie den übrigen Einwanderern. Der Reichskanzler sowohl wie auch der Staatssekretär führten mir in longum et latum die in sozialen und ökonomischen Verhältnissen begründeten Vorkehrungen der preussischen Regierung gegenüber den fremdländischen Saisonarbeitern aus, versicherten jedoch zum Schlusse, ihr Möglichstes tun zu wollen, um analogen Beschwerden für die Zukunft thunlichst den Boden zu entziehen.

[a]) Mit Privatschreiben vom 7. Juni 1912 Nr. 2355 und 2356 im Auszug nach Paris, London, St. Petersburg, Konstantinopel und (zur streng vertraulichen Mitteilung an den König von Rumänien) nach Bukarest mitgeteilt. Vgl. n. 3569. — [b]) Hiezu liegt ein von Hoyos und Berchtold geschriebenes, von Hoyos mit der Genehmigungsklausel versehenes Konz. vom 28. Mai vor. Die Reinschrift dieses Konzeptes wurde von Berchtold jedoch neuerlich mit Änderungen und Verbesserungen versehen. In dieser also nach dem 28. Mai entstandenen Fassung wurde das Stück oben abgedruckt. — [c]) Vgl. n. 3537, 3543. — [d]) Vgl. n. 3530, 3542, 3549 Anm. c. — [e]) Vgl. n. 3532, 3569.

Nr. 3541. Bericht aus Paris, 25. Mai 1912 Nr. 20 B (eing. 27. Mai). Ausfert.

Am 17. l. M. hat der „Echo de Paris" die Nachricht gebracht, Herr Iswolsky habe die Abberufung des französischen Botschafters in St. Petersburg, Herrn Louis, verlangt. An diese Information knüpfte die erwähnte Zeitung einige sensationelle Commentare, die seither in der europäischen Presse reichlichen Widerhall fanden. Angesichts des Aufsehens, den derselbe erregte, haben sowohl die französische wie die russische Regierung offiziöse Erklärungen veröffentlicht. Die französische und die russische Darlegung differieren wesentlich von einander. Seither will diese Frage, wie Euer Exzellenz aus den Zeitungen ersehen haben werden, nicht zur Ruhe kommen und werden die weitgehendsten Kombinationen daran geknüpft. Die franco-russische Allianz gehe in die Brüche, Herr Iswolsky sei in Paris unmöglich und so weiter. Die in einigen Zeitungen erschienenen wenig glücklich verfassten Beschwichtigungs-Artikel haben bisher nur dazu beigetragen, die Confusion zu vermehren. Nach den mir zugänglichen Informationen haben sich die Dinge auf folgende Weise abgespielt. Herr Iswolsky scheint tatsächlich die umlaufenden Gerüchte über ein bevorstehendes diplomatisches Revirement dazu benützt zu haben, um Herrn Poincaré wissen zu lassen, dass man in St. Petersburg einen Personen-Wechsel auf der französischen Botschaft ganz gerne sehen würde. Diese Démarche scheint Herrn Poincaré nicht gerade angenehm berührt zu haben, doch wäre dem russischen Wunsche mit der Zeit wohl Rechnung getragen worden. Durch eine bedauerliche Indiscretion, wie sie hier so häufig vorkommen, gelangte die Angelegenheit, die wahrscheinlich im Minister-Rat besprochen ward, zur Kenntnis des „Echo de Paris", der sie sofort veröffentlichte. Durch diese Indiscretion und wahrscheinlich mehr noch durch die seine Person betreffenden unfreundlichen Kommentare sehr aufgebracht, hat Herr

Iswolsky in scharfer Weise bei Herrn Poincaré Reclamationen erhoben. Schliesslich kam man überein, die bereits oben erwähnten offiziösen Communiqués zu veröffentlichen. Herr Louis kehrt auf seinen Posten zurück, es wird aber schon jetzt zugegeben, dass er aus Gesundheitsrücksichten nicht mehr lange in Petersburg wird bleiben können. Es scheint unzweifelhaft, dass dieser Inzidenzfall, wenn auch vielleicht nicht zwischen den Regierungen, so doch zwischen Herrn Iswolsky und Herrn Poincaré zu einer gewissen Verstimmung geführt hat, die durch die noch immer fortdauernde Zeitungs-Campagne verschärft wird. Die Gegner des Ministerpräsidenten benützen natürlich die Gelegenheit, um Herrn Poincaré anzugreifen. Einerseits wird ihm vorgeworfen, dass er die Würde Frankreichs nicht zu wahren wisse und dem russischen Botschafter gestatte, sich in interne französische Angelegenheiten, wie die Wahl eines Botschafters, einzumischen, andererseits wird ihm wieder zum Vorwurf gemacht, dass durch seine Vorgangsweise die Allianz mit Russland sich lockern könnte. Es ist nicht zu leugnen, dass die blinde Begeisterung für diese Allianz, wie sie noch vor wenigen Jahren in Frankreich bestand, entschieden nachgelassen hat. Man ist mit der Zeit darauf gekommen, dass der russische Alliierte für den Revanche-Krieg gegen Deutschland nicht leicht zu haben sein dürfte. Die Willfährigkeit, mit der man sich hier in der allgemeinen Politik allen Wünschen Russlands anbequemte, ward von Russland französischen Wünschen gegenüber nicht im gleichen Masse gezeigt. Die kolossalen Summen, die der französische Geldmarkt dem russischen Creditbedürfnisse zur Verfügung stellte, genügten nicht, um, wie vielfach gehofft ward, der französisschen Regierung einen präponderierenden Einfluss in Russland zu sichern. Man könnte beinahe sagen, dass das Gegenteil hievon eingetreten ist. Es sind so grosse französische finanzielle Interessen in Russland engagiert, dass man zur Wahrung derselben gezwungen ist, dem Alliierten gegenüber besonders rücksichtsvoll zu sein. Der Misserfolg Russlands während der Annexionskrise, die Potsdamer Entrevue, die Sorge, dass man in St. Pëtersburg die Dardanellen-Frage aufs Tapet bringen könnte, was Frankreich mit Rücksicht auf seine Beziehungen zu England unangenehm wäre, alle diese Factoren haben hierzulande eine gewisse Ernüchterung hervorgerufen. Hiezu kommt noch ein anderer Factor. Man fürchtet sich in Frankreich jetzt weniger vor Deutschland als noch vor einem Jahre. Die riesigen Fortschritte der französischen Aviatik, deren militärischen Wert man, glaube ich, stark überschätzt, haben in der Armee und in der öffentlichen Meinung ein grosses, vielleicht nicht ganz gerechtfertigtes militärisches Selbstbewusstsein hervorgerufen. Noch vor wenigen Jahren war man hier ziemlich allgemein der Ansicht, dass es nur der russischen Allianz zu danken sei, dass Deutschland nicht über Frankreich herfällt, um es zu zerstückeln. Jetzt tut man wenigstens dergleichen, zu glauben, dass man sich auch selbst gegen einen deutschen Angriff verteidigen könnte. Es wäre, glaube ich, verfehlt, all' diesen Symptomen eine übertriebene Bedeutung beizumessen. Frankreich wird in absehbarer Zeit von seiner traditionellen Politik nicht abweichen. Herr Poincaré beabsichtigt, im Laufe des Sommers einen Besuch in Russland zu machen und wird dort sicher sehr gut empfangen werden und die momentane Miss-

stimmung, die der Zwischenfall vielleicht verursacht hat, dürfte bald vergessen sein. Es ist aber immerhin interessant, zu konstatieren, dass die turmhohe Freundschaft zwischen Russland und Frankreich solche Inzidenzfälle nicht verhindern kann. Die persönliche Stellung Herrn Iswolskys in Paris wird hier als stark erschüttert betrachtet. Sogar in Kreisen, die mit meinem russischen Kollegen sehr befreundet sind, habe ich das Bedauern darüber ausgesprochen[a] gehört, dass derselbe nicht auf dem hiesigen Posten wird bleiben können. Diese Besorgnis mag wohl übertrieben sein, in Paris vergisst man schnell, jedenfalls hat das Prestige Herrn Iswolskys einigermassen gelitten. Szécsen.

[a] So!

Nr. 3542. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 12./25. Mai 1912 Nr. 23 C (eing. 27. Mai).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Es scheint, wie ich Euer Exzellenz bereits zu berichten die Ehre hatte, dass ein Hauptzweck des jüngsten Aufenthaltes des russischen Ministers des Aeussern in Livadia darin bestand, seinem Kaiserlichen Herrn über die allgemeine Lage und speziell über den Stand der Mediationsfrage Bericht zu erstatten. Ich selbst habe vermieden, diesbezüglich irgend eine Neugierde an den Tag zu legen, Herr Kokowzow hat aber einem hiesigen Diplomaten gesagt, dass Herr Sazonow bei dieser Gelegenheit von mehreren Beamten aus obigen Gründen begleitet wurde und auch, weil er de facto die Leitung seines Ressorts während seiner Abwesenheit behielt. Herr Sazonow hat dem deutschen Botschafter gesagt, dass Herr Danew auf ihn den besten Eindruck gemacht habe, dass er sich aber die Gelegenheit nicht entgehen liess, ihn eindringlichst auf die Notwendigkeit eines korrekten Verhaltens Bulgariens zu mahnen; eine Mahnung, welche sodann durch bündige Versicherungen beantwortet worden sei. Herr Danew weilt übrigens noch in Petersburg. Graf Pourtalès ist abgeneigt, dem in Rede stehenden bulgarischen Besuche — schon wegen der Zusammenstellung der Deputation — eine grössere oder aktuellere politische Bedeutung beizumessen. Vorläufig habe ich auch keine Anhaltspunkte, welche eine solche Annahme rechtfertigen würden. Selbst der türkische Botschafter erscheint über diese Angelegenheit nicht beunruhigt, was bei seiner sonstigen Veranlagung eher auffallen muss. Turkhan Pascha meinte, es erschiene ihm nicht unmöglich, dass neben einem Akt der Courtoisie die gedachte Deputation in der Krim eine Sondierung bezüglich einer eventuellen Ehe zwischen dem bulgarischen Kronprinzen und Einer der kaiserlichen Töchter beabsichtigt habe. Über dieses Thema ist, wie Euer Exzellenz wissen, schon verschiedentlich gesprochen worden. Ich erfahre aus guter Quelle aber, dass, als Kaiser Nikolaus gegenüber eine solche Möglichkeit noch vor einiger Zeit erwähnt wurde, Seine Majestät energisch gegen diese Eventualität Einspruch erhob. Allerdings könnte die Politik darin auch ihr Wort zu sprechen haben, und der Inhaber des festesten Balkanthrones wäre vielleicht doch keine unwürdige Partie für eine Zarentochter. Szilassy.

[a] Vgl. n. 3515, 3540 Anm. d, 3549 Anm. b.

Nr. 3543. Tel. aus Rom, 28. Mai 1912 Nr. 65 (eing. 29. Mai 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Vertraulich. Aus einer Unterredung mit dem Minister des Äussern entnahm ich, dass Herzog von Avarna Auftrag erhielt, Einvernehmen mit Euer Exzellenz über Frage der Besetzung der Insel Chios anzustreben. Es scheint, dass man (vermutlich vor allem Ministerpräsident Herr Giolitti) diese Operation sowohl angesichts der italienischen öffentlichen Meinung über die Massen-Ausweisung als auch deshalb ins Auge fasst, um auf Türkei weiteren Druck auszuüben und sie, vollends nach jener odiosen und für Italien demütigenden Massregel, nicht in dem Glauben zu lassen, dass in der italienischen Aktion jetzt ein Stillstand eingetreten sei. Ich habe meinerseits alle Argumente erschöpft, welche gegen eine Fortsetzung der italienischen Aktion im ägäischen Meere sprechen, aber dabei neuerlich Eindruck erhalten, dass italienische Regierung, welche mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit, in Lybien entscheidende Schläge zu führen, auf die Gefahren des afrikanischen Sommers für die italienischen Truppen, auf die gereizte und ungeduldige Stimmung der öffentlichen Meinung und auf das durch eine Verlängerung des Krieges leidende Prestige Italiens das Ende des Krieges herbeisehnt, kein anderes Mittel zur Herbeiführung dieses Zieles sieht. Auch scheinen Nachrichten aus dem Oriente über erhebliche Wirkung der Insel-Besetzungen auf die Pforte vorzuliegen. Mérey.

[b]) Vgl. n. 3540 Anm. c, 3546, 3554.

Nr. 3544. Tel. aus Paris, 29. Mai 1912 Nr. 68 (eing. 6 U. 50 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Heutiger „Temps" bringt eine Korrespondenz aus angeblich guter Quelle über italienisch-russische Beziehungen. In demselben wird erzählt, dass in Racconigi[b]) die beiden Regierungen die Identität ihrer politischen Interessen am Balkan anerkannt und gleichzeitig konstatiert haben, dass dieselben in direktem Gegensatz zu den Interessen Österreich-Ungarns und mittelbar Deutschlands stünden. Russland und Italien hätten sich daher, zwar ohne speziellen Vertrag, im allgemeinen darüber verständigt, wie sie ihre gemeinsamen Interessen am Balkan gegen die Übergriffe Österreich-Ungarns und Deutschlands wahren könnten. Herr Tittoni hat mich gleich heute morgens aufgesucht, um diesen Artikel zu besprechen, dessen Inhalt er als ganz unrichtig bezeichnete. Graf Aehrenthal sei damals direkt und vertraulich von den Resultaten der Entrevue in Racconigi unterrichtet worden. Von einem Gegensatze zwischen unseren und den italienischen Interessen am Balkan sei dort nie die Rede gewesen, vielmehr habe Herr Tittoni darauf hingewiesen, dass Italien, Russland und wir eigentlich dasselbe wünschten, nämlich die Aufrechterhaltung des status quo, und eine Verständigung in diesem Sinne wünschenswert wäre, die aber Herr Iswolsky aus persönlichen Gründen als unmöglich bezeichnete. Herr Tittoni hat Artikel des „Temps" telegraphisch in Rom signalisiert und Marquis San Giuliano gebeten, entsprechendes Dementi zu veröffentlichen. Italienischer Botschafter glaubt nicht,

dass Herr Iswolsky den Artikel inspiriert hat. Die meisten hiesigen Zeitungen sind bestrebt, Misstrauen zwischen Wien und Rom zu säen; es scheint diesbezüglich eine Art mot d'ordre zu bestehen. Italienischer Botschafter bat mich, Euer Excellenz über unsere Unterredung Bericht zu erstatten. Er meinte, es wäre vielleicht gut, in unserer Presse auf die systematische Verhetzungs-Campagne der französischen Zeitungen hinzuweisen und zu sagen, dass derartige tendenziös falsche Nachrichten das gegenseitige Vertrauen zwischen Wien und Rom nicht erschüttern können. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 3533, 3616. — [b]) Vgl. n. 1785.

Nr. 3545. Tel. aus Paris, 29. Mai 1912 Nr. 69 (eing. 30. Mai 9 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Herr Poincaré erzählte mir heute ganz vertraulich, dass der serbische Gesandte eine Démarche bei ihm gemacht hätte, um seine Aufmerksamkeit auf die „bedrohlichen Ansammlungen unserer Truppen an der Grenze des Sandschaks von Novibazar" zu lenken. Herr Poincaré will ihm geantwortet haben, dass ihm von solchen Truppenbewegungen nichts bekannt sei, und hat überdies auf die wiederholten friedlichen Erklärungen sowohl Graf Aehrenthals wie Euer Excellenz hingewiesen. Der Minister vermutet, dass serbische Vertreter auch bei anderen Mächten ähnlichen Schritt gemacht haben dürften. Ich habe Herrn Poincaré, obschon er an seine Mitteilung keine Frage knüpfte, gesagt, dass auch mir von besonderen Truppenbewegungen in jenen Gegenden nichts bekannt sei, und habe den Verdacht ausgesprochen, dass das seit den Wahlen sehr geschwächte serbische Ministerium vielleicht durch Verbreitung solcher Gerüchte seine innerpolitische Lage verbessern will. Szécsen.

Unterredung mit dem türkischen Botschafter, 31. Mai 1912. Siehe n. 3546.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 31. Mai 1912. Siehe n. 3548.

Nr. 3546. Tagesbericht über einen Besuch des türk. Botschafters, 1. Juni 1912.[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Macchio).

Der hiesige türkische Botschafter hat hier gestern auftraggemäß die Erklärung abgegeben, daß sich die Pforte genötigt sehen würde, die Dardanellen neuerlich zu sperren, wenn Italien weitere Inseln des Archipels okkupieren würde, namentlich aber, wenn die italienische Flotte zur Besetzung von Mytilene schreiten sollte. Heute ist Mavroyeni Bey neuerlich hier erschienen, um mitzuteilen, nach einer in Konstantinopel eingelangten Meldung Rifaat Paschas habe Herr Poincaré dem ersteren gegenüber bemerkt, daß auch die Besetzung von Mytilene der Türkei nicht das Recht geben würde, die Dardanellen neuerlich für die Durchfahrt neutraler Handelsschiffe zu schließen. Im Anschluß daran gab der Herr Botschafter im Auftrag der Pforte die Erklärung ab, sie habe zwar die Auffassung des

französischen Ministerpräsidenten zur Kenntnis genommen, müsse aber an ihrem Standpunkte festhalten, wonach ihr unbedingt das Recht zustehe, falls die italienische Flotte sich wieder den Dardanellen nähern und diese bedrohen sollte, die notwendigen Defensivmaßnahmen zu ergreifen und die Meerenge zu sperren.

[a]) Vgl. n. 3543, 3547.

Nr. 3547. Erlass an den Legationsrat Franz Kolossa in Konstantinopel, 1. Juni 1912 Nr. 2284.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Streng vertraulich. Dem Berichte vom 15. v. M. Nr. 42 C[b]) entnehme ich, daß Said Pascha sich dahin ausgesprochen habe, eine baldige Beendigung des Krieges scheine ihm ebenso im Interesse der Kriegführenden als der Neutralen gelegen. Auch unsere Informationen gehen dahin, daß die neutralen Großmächte den übereinstimmenden Wunsch hegen, dem Kriege baldigst ein Ende bereitet zu sehen. Was die Türkei anbelangt, dürfte derselben eine weitere Fortsetzung der Campagne aus mehrfachen Gründen zum Nachteile gereichen. Vor allem wäre zu besorgen, daß der bekanntlich von mancher Seite ventilierte und dann erfreulicherweise wieder zurückgestellte Gedanke einer europäischen Pression auf die Pforte wieder aufs Tapet gebracht und diese uns wenig zusagende Form der Friedensvermittlung mit Rücksicht auf das wachsende Interesse Europas an der Beendigung des Krieges diesmal in intensiverer Weise vertreten werden könnte. Weiters wäre zu befürchten, daß die längere Dauer des Krieges noch andere Gefahren für die Türkei herbeiführen und vor allem nicht ohne Rückwirkung auf die Ruhe am Balkan bleiben könnte. Für letztere Annahme spricht die Aufnahme, welche die italienische Aktion im Archipel seitens der panhellenischen Kreise gefunden hat, sowie die Unruhen in Albanien und so weiter. Bei dieser Sachlage bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß die Frage, ob der Moment für den Abschluß eines ehrenvollen Friedens nicht gekommen sei, von der Pforte ernstlich zu erwägen wäre. Dem Telegramme Nr. 163[c]) vom 20. v. M. entnehme ich übrigens, daß sich hiezu türkischerseits bereits eine gewisse Neigung bemerkbar macht. Unter den verschiedensten Kombinationen, welche zu diesem Ziele führen sollen, scheint mir die im Nachstehenden skizzierte Idee vielleicht am ehesten geeignet, beiden Teilen mit einiger Aussicht auf Erfolg vorgelegt zu werden. Der Sultan überträgt dem Khediven von Egypten das Mutessariflik von Benghasi als erbliches Lehen gegen Zahlung eines jährlichen Tributes und ladet denselben ein, die türkischen Truppen, welche Benghasi verlassen, durch ägyptische Truppen zu ersetzen. In analoger Weise wird der Bey von Tunis mit Tripolis belehnt. Die beiden bezüglichen kaiserlichen Firmane werden einer neutralen Macht (eventuell Österreich-Ungarn) übergeben, welche sie den Kabinetten von Rom und London respektive Paris zur Kenntnis bringt. England würde sodann in Vertretung der ägyptischen, Frankreich der tunesischen Regierung die vom Khediven respektive vom Bey von Tunis

erworbenen Rechte an Italien abtreten, welch letzteres die auf den beiden Provinzen lastende Jahresschuld übernimmt. Von dem durch Vermittlung Englands respektive Frankreichs zustandegekommenen Arrangement zwischen Italien einerseits und Aegypten und Tunis andererseits würde der Pforte eine offizielle Verständigung nicht zugehen. Italien würde der vermittelnden Großmacht eine Erklärung abgeben bezüglich der religiösen Rechte des Khalifen in Tripolitanien und der Cyrenaika, weiters betreffs der den Einwohnern zu erteilenden Amnestie und der Leistung der militärischen Ehren an die Nordafrika verlassenden türkischen Truppen. Selbstverständlich müßte auch italienischerseits die Räumung der besetzten Inseln des ägäischen Meeres zugestanden werden. Wenn eine Einigung über die verschiedenen abzugebenden gegenseitigen Zusagen erzielt ist, richten die Pforte und Italien eine Note an die vermittelnde Macht, in welcher die Einstellung der Feindseligkeiten und die Wiederaufnahme der Beziehungen wie vor dem Kriege zugesagt werden; hiebei könnte die Pforte einerseits das prinzipielle Festhalten an der Souveränität über Tripolitanien und die Cyrenaika in ihre Note aufnehmen, während Italien andererseits seine Souveränitätsrechte laut dem Novemberdekrete zum Ausdruck bringt. Ich würde Wert darauf legen, Euer Hochwohlgeboren Ansicht darüber kennen zu lernen, ob Sie diese gegebenenfalls nach den beiderseitigen Wünschen weiter auszubauende Kombination vom türkischen Standpunkte als Basis für einen weiteren Gedankenaustausch für akzeptabel erachten. Im bejahenden Falle wollen Euer Hochwohlgeboren dieselbe zum Gegenstande einer streng vertraulichen Sondierung bei Assim Bey machen und hiebei hervorheben, daß wir diesbezüglich weder mit Rom noch mit den anderen Kabinetten Fühlung genommen haben. Auch wollen Euer Hochwohlgeboren bemerken, daß ich großen Wert darauf lege, daß der entwickelte Gedanke nicht als ein Mediationsvorschlag Österreich-Ungarns angesehen werde; es handle sich hiebei nur um eine Anregung, die nach unserer Anschauung den türkischen Interessen Rechnung zu tragen schiene. Einer telegraphischen Berichterstattung über die Aufnahme, welche diese Kombination bei dem türkischen Minister des Äußern finden wird, sehe ich mit Interesse entgegen.

[a] Vgl. n. 3546, 3548, 3556, 3573, 3575, 3577, 3580, 3588, 3604. — [b] Mit Bericht Nr. 42 C 15. Mai 1912 (eing. 18. Mai) wurde aus Konstantinopel über eine Unterredung mit dem Großvezier Said Pascha gemeldet, wobei der Großvezier sagte, er glaube die Türkei könnte eventuell ihre Zustimmung zum Friedensschlusse geben, wenn das ganze Tripolitanische Hinterland und überdies in der Cyrenaika und in Tripolis je zwei Häfen türkisch blieben. Said Pascha scheine für seine Person den Frieden sehnlichst herbeizuwünschen, besitze aber nicht die nötige Energie, um seinen Landsleuten gegenüber eine weitergehende Nachgiebigkeit zu vertreten. — [c] Mit Tel. Nr. 163 20. Mai 1912 (eing. 21. Mai 9 U. a. m.) wurde aus Konstantinopel über eine Unterredung mit Mahmud Schefket berichtet, der Befürchtungen wegen der Besetzung von Mytilene durch die Italiener und der dadurch von neuem notwendigen Sperrung der Dardanellen äußerte. Eine Attacke der Dardanellen würde nach seiner Meinung in Hinsicht auf das Verhalten der kleinen Balkanstaaten die bedenklichsten Folgen nach sich ziehen. Auch der Minister des Äußern machte Pallavicini gegenüber Bemerkungen, die ihm den Eindruck machten, man werde sich in Konstantinopel einem von den Mächten ausgehenden Vermittlungsvorschlage gegenüber doch nicht so ganz ablehnend verhalten.

Nr. 3548. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 1. Juni 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Geheim. Herzog Avarna hat mich gestern aufgesucht und die Konversation mit dem Bemerken eröffnet, daß die von der Pforte ergriffene Maßnahme der Ausweisung aller Italiener aus der Türkei die Situation völlig verändert habe. Er bezeichnete das türkische Vorgehen als einen Akt der Ungerechtigkeit und der Unmenschlichkeit, der geeignet sei, in ganz Europa ein Gefühl der Empörung gegenüber der Türkei auszulösen. In Italien sei die öffentliche Meinung derart aufgebracht, daß sie die Regierung zu Gegenmaßnahmen und entscheidenden Aktionen dränge. Um der allgemeinen Volksstimmung Rechnung zu tragen, beabsichtige die italienische Regierung, die Ausweisung ihrer Konnationalen mit der Besetzung der Insel Chios zu beantworten. Er, der Botschafter, sei beauftragt, mit mir über diese Absicht seiner Regierung Rücksprache zu pflegen. In meiner Antwort habe ich Herzog Avarna zunächst an der Hand eines mir kurz vorher von Mavroyeni Bey übergebenen Schriftstückes die Gründe bekanntgegeben, welche die Pforte als für ihren Beschluß, die Italiener auszuweisen, ausschlaggebend anführt. Ich erwähnte als solche besonders das angeblich parteiische Vorgehen der Italiener auf den besetzten Inseln, wo Türken — nur weil sie Mitglieder des Komitees „Union et Progrès" waren — gefangen genommen worden seien, wo der christlichen Bevölkerung im Gegensatze zu der mohammedanischen eine bevorzugte Behandlung zuteil wurde und wo die letztere in abgesonderte Stadtteile verwiesen wurde, sowie die Kriegführung der Italiener, welche laut der türkischen Proteste durch Bombenwerfen aus Luftfahrzeugen etc. den durch das Völkerrecht allgemein anerkannten Gebräuchen zuwiderhandle. Was im speziellen die eventuelle Besetzung der Insel Chios anbelangt, bemerkte ich zu dem Botschafter, daß ich aus den ihm bekannten Gründen zu einer solchen nicht meine Zustimmung erteilen könne. Wenn seine Regierung sich dessenungeachtet entschließen sollte, diese Insel zu besetzen, so werde dies eben ohne unsere Zustimmung und ohne vorherige Vereinbarung über allfällige Kompensationen geschehen; dann werde die italienische Regierung sich von den mit uns bestehenden Abmachungen losgesagt haben, was zur weiteren Folge haben müsse, daß auch wir — gegebenenfalls — uns nicht an dieselben zu halten verpflichtet fühlen würden. Der Botschafter meinte zu dieser meiner Sprache, dieselbe enthalte zwar kein formelles Veto, doch komme es im Grunde genommen auf ein solches heraus. Hieran knüpfte Herzog Avarna, auf meine Italien von Berlin aus bekannt gegebene Aussprache mit Herrn von Kiderlen anspielend, die Frage, was ich unter „liberté d'action" verstehe und ob ich damit meine, daß wir uns berechtigt fühlen, gegebenenfalls ohne vorheriges Einverständnis mit Italien zu einer Besetzung zu schreiten, oder ob damit gesagt sein solle, daß wir Italien dann keinen Anspruch auf Kompensationen zuerkennen wollen. Ich bemerkte dem Botschafter, wir würden eben nur in derselben Weise vorgehen, wie Italien es jetzt tue, das heißt gleichfalls ohne vorheriges Einverständnis und bei Beiseitelassung der Kompensationsfrage. Durch meine sehr entschiedene Sprache sichtlich impressioniert, versuchte der Botschafter sich über meine Gedanken Klarheit

zu verschaffen und ließ eine Anspielung auf das Abkommen von 1909 fallen, worauf ich bemerkte, daß das Gesagte auch auf dieses Bezug haben könnte. Herzog Avarna, der augenscheinlich von seiner Regierung beauftragt war, sich über unsere eventuellen Zukunftspläne zu orientieren, insistierte mit seiner Fragestellung, betonend, daß mir wohl der Gedanke vorschwebe, es könne bei einer Veränderung des status quo am Balkan durch Zusammenschluß Montenegros mit Serbien ein Großserbisches Reich im Süden der Monarchie entstehen, was „natürlich" von Österreich-Ungarn nicht geduldet werden und Anlaß zu einem Einschreiten bieten könnte. Hiezu müsse er aber bemerken, daß die Situation dann eine ganz andere wäre als die gegenwärtige, wo Italien sich zu einer temporären Besetzung türkischer Gebietsteile genötigt sehe, während in dem von ihm vorausgesehenen Falle Österreich-Ungarn wohl zu einer dauernden Okkupation schreiten würde. Diesen Anspielungen gegenüber habe ich mich ganz ablehnend verhalten und dem Botschafter versichert, daß ich bei meiner durch unsere Abmachungen diktierten Sprache keine bestimmte Eventualität im Auge habe, aber auf meinem prinzipiellen Standpunkt bestehen müsse.

[a]) Vgl. n. 3547, 3550, 3593.

Nr. 3549. Aufzeichnung über eine am (1.—3.)[a]) Juni 1912 zu Wien mit dem König Ferdinand von Bulgarien geführte Unterredung, ohne Datum.[b]) Konz. (S. Berchtold).

Bei seiner kürzlichen Anwesenheit in Wien hat König Ferdinand von Bulgarien Anlass genommen, mich in ein längeres politisches Gespräch zu ziehen. Seine Majestät ging von dem Gedanken aus, dass sein Besuch in Wien den besten Beweis liefere sowohl von seinen friedlichen Intentionen wie von dem Vertrauen, welches er in die nächste Zukunft setze. Er sei hierhergekommen, um Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn seine grenzenlose Verehrung und unerschütterliche Ergebenheit zum Ausdrucke zu bringen und hege die feste Zuversicht, dass seine Bestrebungen, die Ruhe und Ordnung am Balkan zu erhalten, bei uns Verständnis und Rückhalt finden werden. In seiner phrasenreichen Rhetorik befleissigte sich der König, den hohen Werth eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien zu preisen. Die Erinnerungen seiner Jugend seien mit Wien verschmolzen, alle Traditionen seiner Familie mit dem Allerhöchsten Kaiserhause verbunden. Dies bilde ein werthvolles Unterpfand gegenseitigen Vertrauens, welches er sich angelegen sein lasse, auch für die Zukunft zu sichern. Zu diesem Zwecke habe er seine Söhne in die Kapuzinergruft geführt und am Sarge der Kaiserin Maria Theresia ein Gebet verrichten lassen, wobei er ihnen einprägte, dass die grosse Kaiserin auch ihre Stammmutter sei. Die ausserordentlich gnädige Aufnahme, welche er und die Seinigen bei Seiner Majestät gefunden, werde die Gefühle der Anhänglichkeit und Zugehörigkeit nur noch bestärken, indess in Bulgarien dieser Sympathiebeweis aufrichtigen Widerhall hervorrufen dürfte. Auf die innerpolitischen Verhältnisse der Balkanhalbinsel übergehend, sprach sich sodann König Ferdinand in kraftvollen Accenten über die Misstände

der türkischen Verwaltung aus, welche Höchstderselbe als hydraulische Presse bezeichnete, die die Knochen und Seelen der Unterthanen zermalme. Unter dem neuen Regime seien die Albaner besonders hart getroffen, ein glaubensstarkes, culturfähiges Volk von drei Millionen, welches von dem Untergange gerettet werden sollte. Die derzeitige Uneinigkeit sei nur eine scheinbare, die Intelligenz halte zusammen und unter ihrer Führung liesse sich eine einheitliche Culturnation heranziehen. „Ich bin dadurch nicht getroffen" — so drückte sich Seine Majestät aus — „Bulgarien hat nichts in Albanien zu suchen, aber um des albanischen Volkes willen, in Ansehung der großen Eigenschaften, die in diesem tapferen Bergvolke stecken, empfehle ich dieses Land Ihrer besonderen Aufmerksamkeit und Fürsorge." Es klang dies wie ein Teilungsvorschlag der Interessensphären auf der Balkanhalbinsel, wobei Serbiens keine Erwähnung getan wurde. Meine Zweifel an der Durchführbarkeit des vom Könige aufgestellten Problems konnten den höchsten Herrn nicht von seinen Zukunftshoffnungen abbringen. „Es müsste ein ausländischer Fürst an die Spitze des autonomen Albaniens gestellt werden, ein Fürst, der die nötige Intelligenz und Energie hätte, ein zersplittertes Volk zu einigen und zu führen." Die Leitung der deutschen Politik scheint nicht nach dem Geschmacke des Königs Ferdinand zu sein. C' est une politique mesquine sans grandes conceptions, une politique à horizon étroit, pas une politique mondiale." Den Einwand, dass dies durch deutsch-englischen Antagonismus verschuldet sei, welcher Deutschland von der Orientpolitik notgedrungen abziehe, liess Seine Majestät nur bedingt gelten. Einem Ausgleiche des bestehenden Gegensatzes sollte seiner Ansicht nach von Berlin aus mehr guter Wille bezeigt werden. Ueber das Verhältnis Bulgariens zu Serbien und Griechenland haben mir gewisse Andeutungen, die Ihre Majestät die Königin Eleonore in den Conversationen fallen liess, mehr Aufschluss gegeben als die Unterredung mit König Ferdinand. Die höchste Frau sprach sich dahin aus, dass die ethnographischen Verhältnisse in Makedonien genügend stabil seien, um eine Demarcation der verschiedenseitigen Ansprüche — Bulgaren, Serben, Griechen — zuzulassen. Insbesondere hob Ihre Majestät bei diesem Anlasse hervor, dass die Griechen ein Element bildeten, mit denen man sich leicht verständigen könne und die griechische Herrscherfamilie in Sofia Sympathien geniesse. Seither ist uns auf geheimem Wege die Information über das Bestehen eines bulgarisch-griechischen Uebereinkommens zugegangen. Ueberdies wäre, nach Andeutungen des Berliner Cabinetes, zwischen Bulgarien und Serbien eine Convention defensiven Characters abgeschlossen worden. Die bulgarisch-griechische Abmachung scheint der russischen Regierung bisher nicht mitgetheilt worden zu sein, während die bulgarisch-serbische Uebereinkunft unter russischer Patronanz getroffen worden wäre.[c] Diese Nachrichten deuten darauf hin, dass im gegebenen Momente, das ist wenn die Zustände in der Türkei unhaltbar würden, die kleinen Balkanstaaten für den Anfang geschlossen vorgehen möchten.

[a] In dieser Zeit weilte König Ferdinand in Wien. Polit. Chron.d. ö.-u. Mon. 1912, 233. — [b] Vgl. n. 3493, 3539, 3542, 3563, 3607, 3678. — [c] Vgl. n. 3540 Anm. d, 3571.

Nr. 3550. Tel. nach Berlin Nr. 68 (1) und Rom Nr. 91 (2), 2. Juni 1912 (chiffr. 3 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. und G. Nemes).

1. und 2. Geheim. Herzog Avarna hat mich vorgestern aufgesucht und die Konversation ... *wie n. 3548 bis „auszuweisen, ausschlaggebend anführt."* ... Was im speziellen ... *wie n. 3548 von „die eventuelle Besetzung der Insel Chios" bis „im Grunde genommen auf ein solches heraus"*... Hieran knüpfte Herzog Avarna

1: ... *wie n. 3548 von „auf meine Italien von Berlin aus" bis Schluß* ... Euer Exzellenz wollen den Inhalt der vorstehenden Depesche, die im übrigen als geheim zu behandeln ist, dem Reichskanzler, beziehungsweise Staatssekretär streng vertraulich zur Kenntnis bringen.

2. die Frage, ob wir uns somit berechtigt fühlen, gegebenen Falles ohne vorheriges Einverständnis mit Italien zu einer Besetzung zu schreiten ... *wie n. 3548 von „oder ob damit gesagt sein solle," bis Schluß* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Marquis di San Giuliano gegenüber wollen Euer Exzellenz sich nur dann informiert zeigen, falls derselbe spontan auf den Gegenstand zu sprechen kommen sollte. Berchtold.

[a] Vgl. n. 3551, 3553, 3554, 3574, 3593, 3599.

Nr. 3551. Mémoire über die durch die italienischen Inselbesetzungen im ägäischen Meere geschaffene Lage, 3. Juni 1912.[a] Konz. (S. Berchtold).

Geheim. Es unterliegt keinem Zweifel, daß mit der Besetzung türkischer Inseln im ägäischen Meere durch die italienische Flotte ein Wendepunkt im italienisch-türkischen Kriege nicht nur in strategischer sondern auch in politischer Beziehung eingetreten ist. Wenn bis dahin die Chancen der beiden Streitteile sich die Wagschale in einer Weise hielten, daß ein langer Krieg vorauszusehen war, so ist mit fortschreitender Terraingewinnung seitens der Italiener im Archipel die Annahme einer rascheren Austragung des Konfliktes, und zwar nicht zu Gunsten der Türkei, begründet. Nicht nur daß der Übergang einer Insel nach der anderen in italienischen Besitz eine progressive Verbesserung der italienischen Position bedeutet, es ist auch zu gewärtigen, daß die schließliche Besetzung der den Dardanellen vorgelagerten Inseln die Türkei zur abermaligen Sperrung der Meerengen zwingen würde, was in weiterer Konsequenz die in ihren Handelsinteressen schwer bedrohten neutralen Mächte veranlassen müßte, eine Pression auf die Pforte im Sinne der Einlenkung auf die italienischen Forderungen auszuüben. Für uns, die wir in der ersten Phase dem Kriege gelassen zusehen konnten mit dem Bewußtsein, daß eine je längere Dauer des Zweikampfes unseren Interessen nur förderlich sein könne, hat sich der Standpunkt infolge der Verlegung beziehungsweise Ausdehnung des Kriegsschauplatzes wesentlich geändert. Abgesehen von den Gefahren, die durch die unvermeidliche Anfachung des griechischen Chauvinismus und die möglichen Folgeerscheinungen in Mazedonien heraufbeschworen werden, muß für uns namentlich die Konsideration ins Gewicht fallen, daß je mehr Pfandobjekte auf dem eingeschlagenen Wege Italien zufallen, desto leichter und

vorteilhafter dem römischen Kabinette ein Friedensschluß gestaltet wird, dessen Unkosten naturgemäß die Pforte zahlen müßte. Angesichts dieser Sachlage ist für uns als allgemeine Richtschnur das Bestreben maßgebend gewesen, die italienischen Aktionen im Archipel tunlichst zu lokalisieren und haben wir daher von vorneherein dem Artikel VII des Dreibundvertrages, welcher uns zu der intendierten diplomatischen Aktion eine wirksame Waffe in die Hand gab, die weitestmögliche Interpretation gegeben, indem wir feststellten, daß sämtliche Küsten und Inseln des ägäischen Meeres von den Bestimmungen des zitierten Artikels getroffen werden. Unserer Auffassung nach konnte eine auch nur temporäre Besetzung türkischer Inseln von Italien nur einvernehmlich mit uns und nach dem Kompensationsprinzipe erfolgen. Das römische Kabinett wollte zwar diese Auslegung nicht zugeben, hat aber in praxi sich derselben insoferne anzubequemen gewußt, als parallel mit den Inselbesetzungen gegenständliche diplomatische Pourparlers von der italienischen Regierung mit uns geführt wurden. Um der verbündeten Regierung ein gewisses Entgegenkommen zu bezeigen, haben wir uns bereit erklärt, die am südlichen Ausgange des ägäischen Meeres gelegenen, geographisch eigentlich ins Mittelmeer fallenden Inseln Rhodos, Karpathos und Kasos sowie den den Kykladen vorgelagerten Felsenriff Stampalia (Astropalia) auszunehmen und gegen deren Okkupierung keinen Einwand zu erheben. Hiebei haben wir jedoch nicht versäumt, von Italien die Zusicherung der seinerzeitigen Rückgabe der Inseln an die Türkei zu verlangen, welche uns auch, allerdings nur mündlich, gegeben wurde. Hätte sich Italien auf dieses Aktionsfeld beschränkt, würde, unserer Ansicht nach, der Hauptzweck, welchen das römische Kabinett mit der Inselbesetzung verfolgte, ein Pfand- und Tauschobjekt für die Friedensverhandlung zu gewinnen, erreicht worden sein, ohne daß von jenen fernen Inseln aus eine Reperkussion auf den Balkan ernstlich zu befürchten und auch von der fraglichen militärischen Maßnahme noch keine wesentliche Beschleunigung des Friedensschlusses zu gewärtigen gewesen wäre. Italien hat jedoch trotz unserer Warnungen eine Reihe weiterer Inseln besetzt (bis zur Höhe von Samos) und zur Begründung dieses Vorgehens auf die Notwendigkeit verwiesen, dem Waffenschmuggel und Spionagewesen Einhalt zu tun. Wir unsererseits haben demgegenüber konstatiert, daß, nach unserer Auffassung, die fraglichen Okkupationen gegen den Artikel VII des Dreibundvertrages verstößen und uns das Recht gäben, Kompensationen zu fordern. Vorläufig wollten wir hievon keinen Gebrauch machen, müßten uns jedoch dieses Recht für die Zukunft reservieren. Als dann am 31. Mai der italienische Botschafter die Absicht seiner Regierung verdolmetschte, die Insel Chios besetzen zu lassen, wurde ihm erklärt, daß wir hiezu unsere Zustimmung nicht geben könnten: sollte Italien sich trotzdem genötigt sehen, die genannte oder eine andere bisher nicht okkupierte türkische Insel zu besetzen, werde dies ohne den im Artikel VII vorgesehenen Accord und ohne diesbezüglich vereinbarte Kompensation erfolgen, wogegen wir uns das Recht vorbehalten müßten, gegebenenfalls in derselben Weise — das ist ohne Einvernehmen mit Italien und ohne Kompensationsbestimmung — vorzugehen. Dies würde bedeuten, daß wir, im Falle sich in der Folge Komplikationen am

Balkan einstellen sollten, nicht gebunden wären, uns mit Italien über eine von uns zu unternehmende Aktion zu verständigen, sondern freie Hand hätten, ohne Rücksicht auf Italien unsere Interessen zu wahren. Hiemit scheint die letzte Etappe in der Richtung erreicht, die uns die Politik des Verzögerns und Einschränkens der italienischen Operationen im ägäischen Meere vorgewiesen hat. So wünschenswert es wäre, wenn sich das römische Kabinett durch unsere Stellungnahme von weiterer Fortsetzung seiner bisher eingeschlagenen Taktik abhalten ließe, so muß doch mit der Möglichkeit, um nicht zu sagen Wahrscheinlichkeit, gerechnet werden, daß die Consultà, von der Volksstimmung gedrängt, sich schließlich auch zur Okkupierung der nördlichen Inseln des ägäischen Meeres verleiten lassen könnte. In diesem Falle stünden uns verschiedene Wege offen. Wir könnten der türkischen Regierung eine Gewähr dafür in Aussicht stellen, daß die Dardanelleneinfahrt nicht von der italienischen Flotte bedroht werde, wenn uns von der Pforte die Besetzung der dem Hafen von Kawala vorgelagerten Insel Thasos freigegeben würde. Auf diese Weise würden wir einen Flottenstützpunkt an einem für unsere Handelsinteressen wichtigen Punkte gewinnen und überdies auf den Dank der Pforte Anspruch erheben können. Eine solche Aktion wäre aber gleichbedeutend mit einem Abgehen von dem bisher eingenommenen Neutralitätsstandpunkte und würde den Charakter einer an die Adresse Italiens gerichteten Herausforderung an sich tragen. Bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnisse der beiden in Betracht kommenden Flotten, der großen Entfernung des eventuellen Aktionsfeldes von den heimatlichen Häfen und der ungewissen Haltung der Westmächte im Konfliktsfalle muß diese Eventualität als abenteuerlich umsomehr beiseite geschoben werden, als in der gegenwärtigen Phase des Waffenganges keine vitalen Interessen der Monarchie auf dem Spiele stehen. Eine andere, der gegebenen Sachlage angepaßte Vorgangsweise wäre die Suggerierung eines Mediationsvorschlages, der, im gegenwärtigen Momente von uns ausgehend, der türkischen Regierung einen schätzenswerten Dienst erweisen würde, indem die Friedensbedingungen für dieselbe weniger ungünstig ausfallen möchten, als es in einem späteren Zeitpunkte der Fall wäre, was unserer Stellung in Konstantinopel nur zum Vorteile gereichen könnte. Dieses Auskunftsmittel haben wir schon jetzt gleichsam präventiv anzuwenden versucht, doch muß es als zweifelhaft bezeichnet werden, ob die Einsicht der Pforte genügend gereift ist, um einem solchen Vorschlage näher zu treten. Im Falle der Versuch, dem Gange der Ereignisse durch Anregung eines Ausgleichsmodus Einhalt zu tun, erfolglos bliebe, wird ein reserviert-beobachtendes Verhalten bis auf weiteres wohl unseren Interessen am angemessensten sein, ein „Zuwarten auf freiem Standpunkte", wie es der alte Metternich zur Zeit des Ausbruches des Krimkrieges seinem Schüler Buol anempfohlen hat, allerdings ohne von dem letzteren gehört zu werden. Das Lossagen von den Italien gegenüber eingegangenen Verpflichtungen würde uns dann im gegebenen Falle die Möglichkeit bieten, für unser etwaiges aktives Hervortreten nur die eigenen Interessen zu Rate zu ziehen.

[a] Vgl. n. 3550, 3553.

Nr. 3552. Bericht des Militärattachés in Belgrad, 5. Juni 1912 Res. Nr. 104 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 9. Juni Nr. 2399 am 21. Juni).[a] Auszug.

Der Einfluss der Verschwörer auf die Person des Königs und durch ihn auf die Ereignisse in der Armee ist unleugbar und in der letzten Zeit wieder in verstärktem Masse hervorgetreten. Auch die crna ruka bedeutet nichts anderes als eine Neuorganisation eines Teiles der Verschwörer-Offiziere, um ihren Einfluss aufzufrischen. Und dass die crna ruka ein Faktor ist, mit dem man hier rechnet, dies hat die Niederlage des Kronprinzen im Konflikte mit diesem Geheimbunde im letzten Herbste deutlich bewiesen. Auch in der Armee ist der Endzweck alles Parteiwesens die Wahrung persönlicher Vorteile; da die Verschwörer ihren Einfluss in dieser Richtung in vollem Masse ausnützen, ist es begreiflich, dass die Erbitterung im Offizierskorps in stetem Zunehmen begriffen ist. Gellinek.

[a] Vgl. n. 3264, 3517, 3528, 3555, 3590.

Nr. 3553. Bericht aus Berlin, 5. Juni 1912 Nr. 23 A (eing. 6. Juni).[a] Ausfert.

Geheim. Staatssekretär von Kiderlen-Wächter ist — wie Euer Excellenz bereits aus meiner gestrigen telegrafischen Berichterstattung[b] bekannt — mit der entschiedenen Sprache, welche Hochdieselben dem Herzog von Avarna gegenüber geführt haben, ganz einverstanden und hofft, dass dieselbe nicht verfehlen wird, auf die italienische Regierung einen entsprechenden Eindruck auszuüben. Aus einem soeben eingetroffenen Telegramme des kaiserlich deutschen Botschafters in Wien ersehe er, dass der dortige italienische Botschafter die Bedeutung Euer Excellenz Ausführungen richtig erfasst und, wie er seinem deutschen Collegen streng vertraulich mitteilte, seiner Regierung von einer weiteren Besetzung türkischer Inseln dringend abgeraten hätte. Auch der hiesige italienische Botschafter — so sagt mir der Staatssekretär — teile die Meinung seines Collegen in Wien und habe hier noch unlängst versichert, dass er die Consulta wiederholt von der Fortsetzung der unglückseligen Occupationspolitik gewarnt und darauf hingewiesen hätte, dass nach seiner Ansicht das Vorgehen der italienischen Regierung sogar den Bestand des Dreibundes gefährden könnte. Es sei anzunehmen, dass die Ratschläge der bei den Alliierten Italiens wirkenden italienischen Botschafter die Machthaber in Rom impressionieren werde, obwol sehr zu befürchten sei, dass Herr Giolitti, der im italienischen Cabinett das entscheidende Wort zu sprechen habe, auch weiterhin die von ihm geschaffene Situation nicht vom internationalen Standpunkte aus, sondern nur mit Rücksicht auf die Stimmungen im italienischen Parlamente und auf die öffentliche Meinung, auf welche er sich so gerne berufe, beurteilen werde. Sehr bezeichnend sei es, dass die italienischen Botschafter in Wien und auch in Berlin so sehr bestrebt seien herauszubringen, was Euer Excellenz unter „liberté d'action" verstünden; er, Herr v. Kiderlen, habe auf die versuchten Ausholungen Herrn Pansas ausweichend geantwortet und ihm

nur so viel gesagt, dass nach seiner Meinung Euer Excellenz ganz recht hätten beizeiten darauf hinzuweisen, Österreich-Ungarn wolle und werde die ihm durch Artikel VII des Dreibundvertrages gewährleisteten Rechte gegebenenfalls entsprechend geltend machen. Nach Ansicht des Staatssekretärs sei es sehr angezeigt, sich mit der italienischen Regierung in dieser Beziehung über die weiteren Eventualitäten nicht des Näheren auszusprechen. Auch die deutsche Regierung habe während der schwierigen Marokko-Verhandlungen Frankreich gegenüber die gleiche Taktik befolgt, und zwar mit Erfolg. In den Unterredungen, die der Staatssekretär mit dem italienischen Botschafter hatte, stellte Herr Pansa die Behauptung auf, dass das k. u. k. Cabinett den Artikel VII des Dreibundvertrages nur „künstlich" interpretire, da ja in demselben zwar auch von einer temporären Besetzung die Rede sei, es sich aber gegenwärtig eigentlich nicht einmal darum, sondern nur um eine Demonstration handle. Herr von Kiderlen hat Herrn Pansa erwidert, dass er für solche feine Distinktionen kein rechtes Verständnis habe und nur konstatieren wolle, dass die bisherigen Occupationen türkischer Inseln einesteils den gewünschten Zweck am Goldenen Horne nicht erreicht hätten und anderesteils die Gefahr mit sich brächten, dass die seinerzeitige Rückgabe der besetzten türkischen Gebietsteile mit grossen Schwierigkeiten und Verzögerungen verbunden wäre, was die Herstellung eines Friedensschlusses zwischen Italien und der Türkei offenbar nur erschweren müsse. Die türkische Circularnote, in welcher die Ausweisung von italienischen Untertanen mitgeteilt und begründet wird, hat der Staatssekretär einfach zur Kenntnis genommen. Zum Schlusse möchte ich noch bemerken, dass Herr von Kiderlen, der — wie Euer Excellenz bekannt — auf Herrn von Tschirschky schlecht zu sprechen ist, es für sonderbar hält, dass der Herr Botschafter nicht getrachtet hat, sich über Euer Excellenz Unterredung mit dem Herzog von Avarna bei Hochdemselben zu informieren, sondern sich damit begnügt habe, die, allerdings den Tatsachen entsprechenden Mitteilungen seines italienischen Collegen entgegenzunehmen und hierher zu berichten. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3550, 3551, 3554, 3586. — [b]) Tel. aus Berlin, 4. Juni 1912 Nr. 124 (eing. 8 U. p. m.). Entziff. Nicht aufgenommen, nur Vorbericht zu obigem Bericht.

Nr. 3554. Bericht aus Rom, 5. Juni 1912 Nr. 42 B (eing. 7. Juni).[a]) *Ausfert.*

Geheim. In einer Unterredung, welche ich am 28. v. Mts. mit dem Minister des Äussern hatte und über welche ich Euer Excellenz mit meinem Telegramme Nr. 65[b]) zu referieren mir gestattete, führte Marchese di San Giuliano die Notwendigkeit aus, angesichts der hochgradigen Entrüstung der öffentlichen Meinung in Italien über die Massenausweisungen der Italiener in der Türkei die kriegerischen Actionen nicht zum Stillstande zu bringen und daher an die Besetzung der Insel Chios zu schreiten. Er habe den italienischen Botschafter in Wien beauftragt, sich hierüber mit Euer Excellenz ins Einvernehmen zu setzen, obwohl eigentlich nach seiner innersten Überzeugung der Artikel VII des Dreibundvertrages kaum seinem

Wortlaute und noch weniger seinem Sinne und seiner Tendenz nach auf derartige rein militärische und durchaus provisorische Occupationen zutreffende Anwendung finde. Ich entgegnete zunächst auf letzteres Raisonnement, dass eine Unterscheidung zwischen „temporärer" und „provisorischer" Occupation mir allzu spitzfindig erscheine, besonders da sich die effective Dauer der provisorischen Besetzung dermalen noch nicht absehen lasse. Auch erinnerte ich den Minister daran, dass er mir vor kaum einer Woche (vide meinen Bericht vom 23. v. Mts. Nr. 39 D) gesagt hatte, man denke vorläufig an keine weiteren Actionen im ägäischen Meere. Schliesslich wies ich neuerlich auf alle die Gefahren und den problematischen Nutzen der Besetzungen nördlicherer Inseln hin. Warum solle, wenn die Occupation von 13 Inseln vergeblich gewesen sei, die 14. Insel den Ausschlag geben? Und wenn dies nicht der Fall sei, werde man dann in einem Monate Mytilene occupieren und etwa wieder die Sperrung der Dardanellen forcieren? Marchese di San Giuliano machte dem gegenüber, ausser gewissen optimistischen Hoffnungen bezüglich der Wirkung der Besetzung von Chios, die Notwendigkeit geltend, den Krieg nicht versumpfen zu lassen, sowie die Unmöglichkeit, in Lybien — vollends im Sommer — irgendwelche das Ende des Conflictes beschleunigende Operationen durchzuführen. Auch würde die öffentliche Meinung Italiens es nicht verstehen und jene der Türkei es missdeuten, wenn auf die demütigende Massregel der Ausweisungen nicht reagiert würde. Aus dem hohen Telegramme Nr. 91 habe ich den Verlauf der Unterredung entnommen, welche Euer Excellenz über diese Frage mit dem italienischen Botschafter hatten. Da der Minister des Äussern, als ich ihn vorgestern sah, auf den Gegenstand nicht zu sprechen kam, habe ich meinerseits mich enthalten, dieses Thema zu berühren. Nur hinsichtlich der uns zu erteilenden schriftlichen Zusicherung über den provisorischen Karakter der Insel-Besetzungen sagte mir der Minister spontan, er wundere sich, von dem Herzog von Avarna, dem er am 27. v. Mts. telegrafisch den modificierten Text der betreffenden Erklärung mitgeteilt habe, noch keine Antwort erhalten zu haben. Ausser italienischen Zeitungsmeldungen über den idyllischen Zustand, welcher sich auf den von Italien occupierten Inseln entwickelt habe, liegt keine Nachricht von Bedeutung aus dem Archipel vor. Kürzlich war der Viceadmiral Presbitero in Rom. Es verlautet, derselbe sei ad audiendum verbum citiert gewesen, da er auf der Insel Kalymnos gewisse Autonomie-Bestrebungen der Einwohner wohlwollend aufgenommen und deren Realisierung in Aussicht gestellt hätte. Während in der italienischen Presse seit Beginn der Action im ägäischen Meere ein Parallelismus der Interessen Italiens und Griechenlands construiert worden war, erschienen in der letzten Zeit mehrmals Artikel in italienischen Blättern, welche sich gegen die „inopportunen Regungen des Hellenismus" bezüglich des Archipels wendeten. Man beginnt hier offenbar — allerdings etwas spät und vermutlich zum Missvergnügen der griechischen Regierung — einzusehen, dass das anfängliche Kokettieren mit den griechischen Velleitäten der Archipel-Bevölkerung ernste Complicationen im Gefolge haben kann. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3553, 3556, 3567. — [b]) Vom 28. Mai.

Nr. 3555. Tel. in Ziffern des 7. Korpskommandos, 6. Juni 1912 (eing. beim Kriegsministerium am 7. Juni 1912, 12 U. 35 M. a. m.; vom Kriegsministerium eing. unter Präs. Nr. 5650 am 9. Juni).[a] Abschrift.

Konfident aus Belgrad meldet unverbürgt: Ein älterer Serbe soll unter einer Maskierung in nächsten Tagen Wien Attentat gegen den Erzherzog Franz Ferdinand planen. Attentäter soll angeblich an den Präsidenten des serbischen Vereins Zora in Wien gewiesen worden sein.

Auf Befehl: Boog.

[a] Anmerkung (des Kriegsministeriums): Abschriften dieses Telegramms werden dem k. k. Ministerium des Innern und dem k. und k. Ministerium des Äussern übermittelt. Die Polizeidirektion Wien ist verständigt. — Amtsvermerk des Ministeriums des Äussern: Mit Rücksicht auf die bereits erfolgte Informierung der k. k. Polizeidirektion Wien und des k. k. Ministeriums des Innern hierorts nichts weiter zu veranlassen. Ad acta 10. Juni. Oppenheimer. — Vgl. n. 3552, 3572.

Tel. nach Berlin, 7. Juni 1912 Nr. 69 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 3557.

Nr. 3556. Tel. an den Legationsrat Franz Kolossa in Konstantinopel, 7. Juni 1912 Nr. 103 (chiffr. 7 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 186[b] vom 5. l. M. Euer Hochwohlgeboren wollen, ohne ad hoc eine Zusammenkunft mit Assim Bey zu verabreden, unter einem passenden Vorwand eine Unterredung mit dem Minister herbeiführen, bei welcher die im Erlasse vom 1. l. M. Nr. 2284 ausgeführte Idee gesprächsweise vorzubringen wäre. In Berücksichtigung der in Ihrem obzitierten Telegramme geäußerten Bedenken bemerke ich nachdrücklichst, daß es sich lediglich darum handelt, die fragliche Idee bei Assim Bey zu lancieren und daß ich eine sofortige positive Antwort seinerseits nicht erwarte. Ich würde indessen Wert darauf legen zu erfahren, ob der Minister Ihnen gegenüber eventuell spontan eine Weiterspinnung dieses Gedankens als wünschenswert bezeichnet. Euer Hochwohlgeboren wollen sich bei Vermeidung jeder direkten Fragestellung auf eine vorsichtige Sondierung beschränken und über deren Aufnahme telegraphisch berichten.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 3554, 3557, 3561. — [b] Mit Tel. Nr. 186, 5. Juni 1912 (eing. 8 U. 30 M. p. m.) wurde aus Konstantinopel im Anschluß an Äußerungen Assim Beys gemeldet, daß man türkischerseits sich mit dem Gedanken an einen Verlust der beiden afrikanischen Provinzen in ihrer Gänze noch nicht vertraut gemacht habe. Dasselbe gelte in noch erhöhtem Maße für die hiesige öffentliche Meinung. Assim Bey dürfte sonach zu der ihm mit Erlaß Nr. 2284 vom 1. l. M. übermittelten Anregung wenigstens augenblicklich keine meritorische Stellung nehmen.

Nr. 3557. Tel. nach St. Petersburg Nr. 67 (1), Berlin Nr. 69 (2), London Nr. 41 (3), Paris Nr. 52 (4), Rom Nr. 94 (5) und Konstantinopel Nr. 104 (6), 7. Juni 1912 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1.—6. Beim vorgestrigen Diplomatenempfang habe ich mich zu den erschienenen Missionschefs, welche die Idee einer Konferenz zum Zwecke

der Beilegung des italienisch-türkischen Konfliktes zur Sprache brachten, im folgenden Sinne geäußert: Bisher sei noch keine Macht mit einem auf eine Konferenz bezüglichen Vorschlag hervorgetreten und die Frage sei daher nicht aktuell. Meine Auffassung gehe im Allgemeinen dahin, daß eine Konferenz nur dann zu einem positiven Resultat führen könnte, wenn — schon früher — eine Kompromißformel zwischen den entgegengesetzten Standpunkten Italiens und der Türkei gefunden worden wäre; in diesem Falle könnte aber das angestrebte Ziel — die Beendigung des Krieges — auch ohne Konferenz erreicht werden. Andererseits bestehe die Gefahr, daß auf einer Konferenz nebst der tripolitanischen noch andere Fragen aufs Tapet gebracht werden und sich Gegensätze manifestieren könnten, so daß die Konferenz, statt der Sache des Friedens zu dienen, Anlaß zu neuen Kontroversen bieten würde. Vorstehendes zu Euer etc. Information und Regelung Ihrer Sprache.

5. Zu Euer Exzellenz rein persönlicher Orientierung: Herr von Kiderlen teilt meine Anschauung, daß Deutschland und wir uns bei einer Konferenz einer starken Opposition gegenüber befinden dürften, die ihr Möglichstes tun würde, Italien auf ihre Seite zu bringen und uns unter Umständen nötigen könnte, die Konferenz zu sprengen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 3556.

Nr. 3558. Bericht aus Paris, 8. Juni 1912 Nr. 21 E (eing. 10. Juni).[a] *Ausfert.*

Ich weiss nicht, wie weit die englische öffentliche Meinung die zuerst von der „Morning-Post" lancierte Idee einer anglo-französischen Allianz ernst genommen hat; in der französischen Presse hat dieses Project eine sehr begeisterte Aufnahme gefunden, die bei den ernsteren Blättern nur durch die Erwägung gedämpft ward, dass die Sache „zu schön" wäre, um wahr werden zu können. Mit Hinblick auf das Allianz-Verhältnis Frankreichs zu Russland müsste eine anglo-französische Allianz notwendiger Weise zu einer englisch-russischen Allianz führen, wozu in London und vielleicht auch in St. Petersburg wenig Geneigtheit vorhanden sein dürfte. Die französischen Blätter haben auch hervorgehoben, dass eine solche Allianz nur dann von wirklichem Wert wäre, wenn England über eine starke Landarmee verfügt. Eine Vorbedingung der Allianz wäre daher die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England, worauf in absehbarer Zeit kaum zu rechnen wäre. Die russische Allianz hat die in chauvinistischen Kreisen an sie geknüpften Hoffnungen nicht ganz erfüllt. Ein Angriffskrieg Russlands gegen Deutschland, von welchem Frankreich profitieren könnte, ist wenig wahrscheinlich. Jetzt hoffen die Revanche dürstenden Franzosen auf einen Conflict Englands mit Deutschland, der ihnen wahrscheinlicher dünkt. Die Regierung hat sich nach der Sprache der ihr nahestehenden Journale zu urteilen, diesem Allianz-Rummel gegenüber ziemlich passiv verhalten, es wurde in der Regierungspresse weder gehetzt noch abgewiegelt. Jetzt scheint die Bewegung nach und nach im Sande zu verlaufen. Wie ich

vertraulich erfahre, soll man sich in gewissen hiesigen finanziellen Kreisen mit der Idee einer anglo-französischen „finanziellen Allianz“ beschäftigen. Nach den mir zugekommenen Informationen würde es sich um eine Art von Trust der grösseren englischen und französischen Finanz-Institute handeln, die auf diese Weise einen entscheidenden Einfluss auf den Anleihe-Markt gewinnen könnten und denselben dann auch in politischem Sinne ausbeuten würden. Nähere Daten über dieses Projekt sind mir nicht zugekommen und scheinen auch noch keinerlei Schritte gemacht worden zu sein, um dasselbe practisch zu verwirklichen. Immerhin glaubte ich aber doch, die Sache erwähnen zu sollen. Szécsen.

[a] Vgl. n. 3559.

Nr. 3559. Privatschreiben aus Paris, 8. Juni 1912 (eing. 10. Juni).[a] Eigh. Ausfert.

Vertraulich. An die Zeitungs Campagne wegen einer anglo-französischen Allianz hat sich sofort eine Erörterung der Journale über die nothwendige Vorherrschaft Frankreichs im Mittelmeer angeschlossen, die sicher der Aufmerksamkeit Euer Excellenz nicht entgangen ist. Sir F. Bertie sprach mir kürzlich mit einer gewissen Ungeduld von diesen Zeitungs-Nachrichten. England sei ganz gut im Stande, seine Interessen im Mittelmeer selbst zu wahren und werde den Schutz derselben nicht einer dritten Macht anvertrauen. Die Allianz Gerüchte bezeichnete mein englischer College als sinnloses Gerede. „Wir denken nicht daran“, sagte er, „eine solche Allianz abzuschliessen; aber auch ohne Bündnis-Vertrag werden wir nie zugeben, dass Deutschland Frankreich vernichte (annihilate).“ Szécsen.

[a] Vgl. n. 3558, 3570.

Nr. 3560. Bericht des Legationssekretärs Emmerich von Pflügl aus Belgrad, 10. Juni 1912 Nr. 59 (eing. 12 Juni).[a] Ausfert.

Vertraulich. Das Attentat, welches auf den königlichen Kommissär Herrn von Cuvaj in Agram verübt wurde,[b] hat grosses Aufsehen erregt und ist in den Blättern, wenn auch ohne viel Kommentare in der hier einmal stereotypen Weise besprochen worden. Unerwähnt blieb dabei, dass Luka Jukić, wie ich durch das hiesige k. u. k. Konsulat vollkommen verlässlich erfahre, den soviel gefeierten Besuch der kroatischen Studenten in Belgrad[c] im Monate April mitgemacht hat, was ich par acquit de conscience melden zu sollen glaubte. Pflügl.

[a] Vgl. n. 3517, 3618, 3656, vierte Beilage zu n. 10227, Beilage zu n. 10654 Anm. f. — [b] Am 8. Juni. Polit. Chron. der ö.-u. Mon. 1912, 255. — [c] Vgl. n. 3452, 3522.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 10. Juni 1912. Siehe n. 3562 und n. 3563.

Nr. 3561. Tel. des Legationsrates Franz Kolossa aus Konstantinopel-Jeniköj, 11. Juni 1912 Nr. 193 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Ich hatte beim gestrigen Diplomatenempfange Gelegenheit, mich des hohen telegrafischen Auftrages vom 7. d. M. Nr. 103 zu entledigen. Vom Krieg sprechend, wies der Herr Minister des Äussern unter anderem wieder auf die Unmöglichkeit hin, auf Grund des Annexionsdekretes den Frieden zu schliessen. Die Gelegenheit ergreifend, liess ich im Gespräche die Bemerkung einfliessen, dass die Schwierigkeit ja eben die sei, eine Formel zum Ausgleiche der beiden entgegengesetzten Standpunkte zu finden. Diesbezüglich sagte ich weiter sei mir unlängst unter anderem von einer Idee gesprochen worden, die dahin ginge, dass ein Ausweg vielleicht dadurch gefunden werden könnte, dass man sich des Dazwischentretens eines Dritten bediene, indem die Türkei mit den Provinzen, respektive mit Teilen derselben, Egypten, beziehungsweise Tunis belehnen könnte und sich dann darum, was mit denselben weiter geschähe, nicht kümmern würde. Der Herr Minister sagte: „An wen sollen die Provinzen abgetreten werden?" Worauf ich wiederholte: „Zum Beispiel an Egypten." Einen Moment nachdenkend fragte dann Assim Bey: „Was soll Egypten damit machen? Sie an Italien abtreten? Nein!" Im Sinne des hohen Auftrages, welcher eine vorsichtige Sondierung vorschrieb, glaubte ich hierauf dem Gespräche wieder eine andere Wendung geben zu sollen. Kolossa.

[a] Vgl. n. 3562.

Nr. 3562. Erster Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 11. Juni 1912.[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Geheim. Der italienische Botschafter hat gestern bei mir vorgesprochen und mir davon Erwähnung getan, daß er seiner Regierung von meinen Einwendungen bezüglich der Besetzung weiterer Inseln im ägäischen Meere seitens Italiens Meldung erstattet habe. Es sei ihm hierauf die Antwort aus Rom zugekommen, daß man dort angesichts dieser meiner Stellungnahme die Fortsetzung der Inselbesetzungen für unmöglich gemacht ansehe. Herzog Avarna bemerkte, daß schon jetzt Zeitungsstimmen (Tanin) laut würden, die von einem Dazwischentreten Österreich-Ungarns berichten, welches Italien an der Okkupation weiterer Inseln hindere. Seine Regierung sei vorderhand noch bestrebt, eine Verbreitung dieser Nachricht tunlichst hintanzuhalten, doch werde dies auf die Dauer unmöglich sein. Wenn die öffentliche Meinung in Italien aber zu dem Bewußtsein des von Österreich-Ungarn geleisteten Widerstandes gelangt sein werde, dann stehe zu befürchten, daß sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung unfreundlich zum Bundesverhältnisse stellen werde. Andererseits, so meinte der Botschafter weiter, höre man, daß die Türkei infolge unseres Verhaltens noch intransigenter geworden sei und in Konstantinopel die Partei, welche für einen hartnäckigen Widerstand eintrete, erhöhten Einfluß gewonnen habe. Ziemlich unvermittelt frug mich Herzog Avarna sodann, ob der türkische Botschafter bei mir über die Absichten der italienischen Regierung bezüglich weiterer Inselbesetzungen sondiert habe. Ich antwortete dem

Botschafter, daß dies allerdings der Fall gewesen sei, daß ich jedoch Mavroyeni Bey zu verstehen gegeben hätte, hierüber nicht informiert zu sein. Ich hätte dies aus dem Grunde getan, um nicht die italienische Taktik, die Pforte in der Ungewißheit zu erhalten, zu durchkreuzen. Der italienische Botschafter bemerkte hiezu, daß die von mir beobachtete Haltung sich aus dem Neutralitätsstandpunkte ergebe, den wir bei Ausbruch des Krieges verkündet und seither wiederholt betont hätten.

a) Vgl. n. 3561, 3564, 3565, 3583.

Beilage zu n. 3562. Erster ital. Entwurf einer Erklärung betreffend die Besetzung von Inseln im ägäischen Meere, ohne Datum (vom ital. Botschafter am 10. Juni 1912 übergeben).a) Ausfert.

Il est entendu que dans la pensée du Gouvernement italien l'occupation effectuée jusqu'à ce jour ou qui pourrait s'effectuer dans la suite des îles de la Mer Egée (Archipel) a un caractère provisoire et que les dites îles seront restituées à la Turquie après la cessation des hostilités entre l'Italie et la Turquie, et, par conséquent, après l'évacuation de la Tripolitaine et de la Cyrénaïque de la part des troupes et des officiers ottomans et aussitôt que la réalisation des conditions indiquées dans la note italienne du 15 Mars 1912 aux Grandes Puissances aura été obtenue. Il est également entendu que la présente déclaration, qui découle des dispositions de l'article VII du traité de la triple alliance, sera considérée par le Gouvernement austro-hongrois, ainsi que par le Gouvernement italien, comme strictement secrète et confidentielle: car si elle était connue par la Turquie elle n'atteindrait pas le but commun aux deux Puissances, qui est de hâter et de faciliter la paix.

a) Österreichischer Entwurf in n. 3537. Vgl. n. 3565, 3566, 3567, 3583.

Nr. 3563. Zweiter Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 11. Juni 1912.a) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Anläßlich seines gestrigen Besuches frug mich der italienische Botschafter, ob ich mit dem König von Montenegro über Politik zu sprechen Gelegenheit gefunden habe; es interessiere ihn zu wissen, welche Seine Stellungnahme mir gegenüber gewesen sei, insbesondere ob Er mir Zusicherungen gegeben habe, daß Montenegro sich ruhig verhalten werde. Auf Grund meiner Unterredungen mit dem Könige konnte ich den Botschafter versichern, daß die Sprache des Königs eine durchaus korrekte Politik voraussetzen lasse und daß Seine Majestät mir gegenüber betont habe, Er werde Sein Möglichstes tun, damit die Ruhe am Balkan nicht gestört werde. Lächelnd und mit der Bitte um streng vertrauliche Behandlung bemerkte Herzog Avarna hierauf, König Nikolaus habe Sich zu ihm in ganz anderem Sinne ausgesprochen. Der König habe unter anderem Vorwürfe gegen die italienische Regierung erhoben, weil diese gleich zu Beginn des Krieges mit der Türkei den Standpunkt eingenommen und verkündet habe, den status quo am Balkan nicht stören zu wollen. Er,

der König, habe gehofft, Gelegenheit zu finden, das Kreuz von Savoyen, das er am Halse trage, Sich auf dem Schlachtfelde nachträglich auch verdienen und Salonik erobern zu können. Italien habe Ihn durch seine Haltung daran gehindert, was Er aufrichtig bedauere. Herzog Avarna bemerkte hiezu: „Vraiment Il n'est pas à prendre au sérieux; c'est un fanfaron."

[a] Vgl. n. 3549.

Nr. 3564. Erlaß nach Rom, 11. Juni 1912 Nr. 2394.[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Geheim. Anläßlich des letzten Diplomatenempfanges ist Herzog Avarna auf die Frage der Inselbesetzungen seitens Italien zurückgekommen. Der Botschafter bemerkte, nach Auffassung seiner Regierung hätten die Bestimmungen des Artikels VII des Dreibundvertrages über die temporäre Besetzung türkischen Gebietes nur dann in Kraft zu treten, wenn die Besetzung infolge einer stattgehabten Veränderung des status quo vorgenommen wird, nicht aber, wenn sie ohne Zutreffen dieser Voraussetzung lediglich einem speziellen Zwecke zu dienen hat, wie im gegenwärtigen Falle, wo die tripolitanische Frage dadurch einer Lösung zugeführt werden soll. Wenn das Wiener Kabinett diesem Artikel eine andere, engere Auslegung geben wolle, so müsse die italienische Regierung die Erwartung aussprechen, daß Österreich-Ungarn in einem eventuellen analogen Falle diese restriktive Auslegung auch seinerseits zur Anwendung bringen werde. Es schiene ihm, so fuhr der Herr Botschafter fort, im Interesse der Vermeidung späterer Mißverständnisse wünschenswert, daß die bezügliche Auffassung des Wiener Kabinettes schriftlich niedergelegt werde. Ich erwiderte dem Herzog, daß es sich meiner Ansicht nach keineswegs um eine restriktive Auslegung des Artikels VII durch das Wiener Kabinett handle; dieser Artikel spreche nicht ausdrücklich von einem ursächlichen Zusammenhange zwischen der Veränderung des status quo und der Besetzung türkischen Territoriums, sondern erwähne nur das Faktum der Veränderung des status quo, welche im gegenwärtigen Falle durch Italien selbst herbeigeführt worden sei. Was aber eine schriftliche Aufzeichnung über unsere Interpretation des Artikels VII anbelange, so käme dies einer Wiederholung des Wortlautes desselben gleich, da wir den Boden dieses Artikels nicht verlassen hätten. Hingegen würde aber eine solche Erklärung zur Annahme führen, daß Italien an der Loyalität des Wiener Kabinettes betreffs der Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen Zweifel hege. Herzog Avarna verwahrte sich gegen eine solche Annahme und ließ das Gespräch über diesen Gegenstand fallen. Im weiteren Verlaufe der Konversation beklagte der Botschafter die Situation, in welcher Italien sich angesichts der Stellungnahme des Wiener Kabinettes befinde. Wenn Italien die Besetzung weiterer Inseln unmöglich gemacht würde, dann meinte Herzog Avarna, bliebe seiner Regierung nichts übrig, als etwas „Anderes" ausfindig zu machen, wodurch der Türkei ein „coup mortel" beigebracht würde. Um der Unterredung einen Abschluß zu geben, bemerkte ich, man müsse trachten, zu einer Lösung zu kommen, welche, ohne der Türkei den Todesstoß zu versetzen, die Kriegführenden einander

näher bringen würde, wobei aber jede Erörterung der Souveränitätsfrage zu eliminieren wäre. Der Botschafter entgegnete hierauf, daß, wenn dies gelingen könnte, Italien damit ein großer Dienst erwiesen würde. Vorstehendes ist zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Orientierung bestimmt.

[a]) Vgl. n. 3562, 3565.

Nr. 3565. Privatschreiben des ital. Botschafters, 11. Juni 1912. Eigh. Ausfert.

Je me réfère à l'entretien que j'ai eu l'honneur d'avoir hier avec vous.[a]) Du moment que vous trouvez que la phrase de San Giuliano „aussitôt que la réalisation des conditions etc" peut donner lieu à des équivoques, il me semble, ainsi que je me suis permis de mes le dire, qu'elle pourrait être substituée par la phrase „et après que les Puissances auront reconnue l'état des choses créé dans ces provinces par la loi italienne du 27 février 1912." Cette phrase n'est au fond que la réproduction de ce qui est contenue dans la note du 25 mars dernier aux puissances. Je vous prie toutefois de considérer cette idée comme tout à fait personnelle à moi, car j'ignore complétement les instructions du M[is] de San Giuliano. Avarna.

[a]) Vgl. n. 3562, 3564, 3566.

Nr. 3566. Tel. nach Rom, 12. Juni 1912 Nr. 96 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Geheim. Für die uns von der italienischen Regierung abzugebende schriftliche Erklärung über den provisorischen Charakter der Inselbesetzungen hat mir Herzog Avarna einen Gegenentwurf übergeben, welcher wie folgt lautet: ... *wie n. 3562 Beilage* ... Der Passus bezüglich der Geheimhaltung scheint mir — als selbstverständlich — akzeptabel; hingegen habe ich mich Herzog Avarna gegenüber dahin ausgesprochen, daß ich auf der namentlichen Anführung der Inseln Rhodus, Karpathos und Stampalia bestehen müsse und daß ich auf der Aufnahme einer Zusicherung betreffs der seinerzeitigen unveränderten Wiederherstellung des status quo ante auf den Inseln beharre. Weiters habe ich die Erwähnung der eventuellen Okkupation weiterer Inseln beanständet und schließlich vorgeschlagen, die Worte „cessation des hostilités" in unserem Entwurfe durch „reprise des relations diplomatiques et commerciales" zu ersetzen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vorläufigen Information. Ein ausführlicher Erlaß im Gegenstande folgt per morgigen Kurier. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3565, 3567.

Nr. 3567. Erlaß nach Rom, 13. Juni 1912 Nr. 2443.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Nemes u. Berchtold; G. Berchtold).

Geheim. Herzog Avarna hat mir am 10. d. M. den in Euer Exzellenz Bericht vom 5. d. M. Nr. 42 B, Geheim, erwähnten modifizierten Text der uns von der italienischen Regierung abzugebenden schriftlichen Erklärung[b]) über den provisorischen Charakter der Inselbesetzungen über-

reicht. Wie Euer Exzellenz dem mit Telegramm Nr. 96 vom 12. l. Mts. mitgeteilten Wortlaute dieses Entwurfes entnommen haben werden, unterscheidet sich dieser in sehr wesentlichen Punkten von der von uns in Aussicht genommenen Textierung[c] sowie von den von Herzog Avarna auftraggemäß abgegebenen mündlichen Erklärungen. Vor allem spricht der italienische Gegenentwurf nur im allgemeinen von Inseln des Ägäischen Meeres (Archipel), während in unserem Texte die Inseln Rhodus, Karpathos und Stampalia nominatim aufgezählt und die übrigen unter der Bezeichnung „îles de la Mer Egée (Archipel)" zusammengefaßt sind. Die namentliche Aufzählung der drei oben genannten Inseln ist für uns deshalb unerläßlich, weil nach den stattgehabten Konversationen es keineswegs als ganz feststehend betrachtet werden kann, daß der Ausdruck „Inseln des Ägäischen Meeres" auch nach italienischer Auffassung Rhodus, Karpathos und Stampalia umfaßt. Nun ist aber gerade bezüglich der Besetzung dieser drei Inseln italienischerseits (mein Telegramm vom 22. April l. J., Nr. 76)[d] die Zusicherung gegeben worden, daß uns betreffs des temporären Charakters dieser Okkupation jede gewünschte Garantie erteilt würde. Ebensowenig könnte ich den italienischen Zusatz zu unserem Entwurfe: „ou qui pourraient s'effectuer dans la suite" akzeptieren, da die Annahme eines solchen Passus unsererseits vom italienischen Kabinett nachträglich dahin ausgelegt werden könnte, als hätten wir unsere Vorbehalte bezüglich eventueller weiterer Inselbesetzungen fallen gelassen. Weiters enthält der italienische Entwurf bezüglich der Rückstellung der Inseln an die Türkei keinerlei Garantie dafür, daß die seinerzeitige Rückgabe der Inseln an die Türkei unter voller Wahrung der türkischen Souveränität erfolgen werde. Mit Rücksicht darauf, daß in der Presse bereits die Idee einer den Inseln zu gewährenden Autonomie aufgetaucht ist, muß ich auf die Aufnahme einer Klausel Wert legen, worin uns Italien im Sinne des Dreibundvertrags die volle Wiederherstellung des status quo ante zusichert. Was endlich den Zeitpunkt der Rückstellung der Inseln anbelangt, enthält die italienische Textierung eine Modifikation, beziehungsweise Ergänzung, die uns nicht akzeptabel erscheint. Während unser Entwurf als Voraussetzung der Räumung lediglich „la cessation des hostilités entre l'Italie et la Turquie" bezeichnet, kompliziert die italienische Fassung diese Bestimmung durch folgenden Zusatz: „et par conséquent après l'évacuation de la Tripolitaine et de la Cyrénaïque de la part des troupes et des officiers ottomans et aussitôt que la réalisation des conditions indiquées dans la note italienne du 15 mars 1912[e] aux Grandes Puissances aura été obtenue." Nach dieser Formulierung würde die Verpflichtung zur Rückgabe der Inseln nicht mit dem Aufhören des Kriegszustandes zwischen der Türkei und Italien eintreten, sondern es könnte zu einem Aufschube auf unbestimmte Zeit dadurch kommen, daß etwa türkische Truppen in Tripolis oder der Cyrenaika den Widerstand auf eigene Faust fortsetzen oder daß eine der neutralen Mächte mit der Anerkennung der italienischen Souveränität über Lybien zögert. Mit Rücksicht auf die vorstehenden Konsiderationen habe ich Herzog Avarna eröffnet, daß von den vom italienischen Kabinett vorgeschlagenen Modifikationen nur die auf die Geheimhaltung bezügliche Klausel mir — als ohnedies selbstver-

ständlich — annehmbar erscheint. Weiters habe ich dem italienischen Botschafter gesagt, daß ich auf der namentlichen Anführung der Inseln Rhodus, Karpathos und Stampalia sowie auf einer Textierung beharren müsse, welche die seinerzeitige unveränderte Wiederherstellung des status quo ante auf den derzeit von Italien besetzten Inseln gewährleistet; ferner daß die Erwähnung der eventuellen Okkupation weiterer Inseln meinem, dem Herzog Avarna bekannten Standpunkte widerspreche und daher zu unterbleiben hätte. Was den Zeitpunkt der Rückstellung der Inseln betrifft, habe ich zu Herzog Avarna bemerkt, daß ich die komplizierte italienische Textierung nicht akzeptieren könne, jedoch bereit wäre, die Worte „cessation des hostilités" in unserer Formel durch „reprise des relations diplomatiques et commerciales" zu ersetzen. Euer Exzellenz wollen sich in demselben Sinne, wie ich es zu Herzog Avarna getan habe, dem Herrn italienischen Minister des Äußern gegenüber aussprechen und hiebei darauf hinweisen, daß es sich nur um eine schriftliche Wiederholung der uns von Herzog Avarna namens seiner Regierung vor der Besetzung von Rhodus, Karpathos und Stampalia mündlich erteilten bündigen Zusicherungen handle.

[a]) Vgl. n. 3566, 3568, 3576. — [b]) Vgl. n. 3562 Beilage. — [c]) Vgl. n. 3537. — [d]) Mit Tel. Nr. 76, 22. April 1912 (chiffr. 8 U. 50 M. p. m.) wurde n. 3461 auszugsweise nach Rom mitgeteilt. — [e]) Vgl. n. 3378 Beilage.

Nr. 3568. Privatschreiben nach Rom, 13. Juni 1912.[a]) Abschrift der eigh. Ausfertigung.

Streng vertraulich. Meiner heutigen Depesche Nr. 2443 will ich nachstehende erläuternde Bemerkungen hinzufügen: Avarna versuchte mir begreiflich zu machen, daß die italienischerseits vorgeschlagene Textierung „l'occupation effectuée jusqu'à ce jour, ou qui pourrait s'effectuer dans la suite, des îles de la Mer Egée" auch Rhodus etc. umfasse, was aber nach dieser Stilisierung bezweifelt werden muß, da sich das „occupation effectuée jusqu'à ce jour" ebenso wie die zukünftige Inselbesetzung bloß auf die Inseln des Ägäischen Meeres zu beziehen scheint, Rhodus etc. aber nach italienischer Auslegung außerhalb des Archipels gelegen sind. Bezüglich des Passus „ou qui pourrait s'effectuer dans la suite" wollte mir Avarna beweisen, daß in unserer Textierung „toute autre occupation" dasselbe besage. Als ich dies bestritt, stellte er mir die verfängliche Frage: „Alors Vous déclarez que Vous ne comprenez sous cette désignation que les occupations effectuées dans le passé"? Ich replizierte darauf verweisend, daß unsere Bezeichnung im allgemeinen von den Inselbesetzungen Erwähnung tue ohne zeitlichen Unterschied. Eine ausdrückliche Erwähnung zukünftiger Inselbesetzungen sei — zum Unterschiede gegen den italienischen Text — deshalb vermieden, um nicht den falschen Anschein zu wecken, daß wir zu einer solchen unsere vorgängige Zustimmung gegeben hätten. Die Sicherung der seinerzeitigen Rückstellung der Inseln unter die volle Souveränität der Pforte müßte in irgend einer Form zum Ausdrucke gebracht werden, entweder in der von mir gewählten Form oder in einer anderen; verhütet soll werden, daß Italien Autonomie-Zusicherungen erteile, die dann die Wiedereinsetzung der

türkischen Herrschaft erschweren, wenn nicht vereiteln würden. Mit großer Zähigkeit verteidigte Avarna die Aufnahme der Bedingungen, unter welchen die Einstellung der Feindseligkeiten zu erfolgen hätte, in die Textierung der Erklärung. Ich suchte ihm verständlich zu machen, daß dies mit der Erklärung über die Rückgabe der Inseln nichts zu tun habe, da wir und Italien darüber einig seien, daß die Rückstellung nach der „cessation des hostilités" zu erfolgen habe, die Voraussetzungen der letzteren aber nur Italien angehen. Warum Avarna auf diesen Punkte nicht verzichten wollte, ist mir nicht recht klar. Vielleicht will die italienische Regierung auf diese Art eine Pression auf uns ausüben, daß wir unsere Zustimmung zur Annexion geben und auch die anderen Staaten dazu bringen, die italienische Souveränität anzuerkennen. Mir scheint jedoch ein Ausgleich zwischen Italien und der Türkei wohl denkbar, ohne daß sämtliche neutrale Mächte zugestimmt hätten. Dasselbe gilt bezüglich der italienischerseits aufgenommenen Bedingung der durchgeführten Evakuation Tripolitaniens von den türkischen Truppen. Ich stelle mir vor, daß wir, falls von der italienischen Regierung auf einer unannehmbaren Textierung bestanden werden sollte, erklären könnten, uns an die seinerzeitige mündliche Zusicherung halten zu wollen, welche keine Restriktionen enthielt. Oder aber könnten wir unsere künftige Anerkennung der Annexion von einer akzeptablen Formulierung der Erklärung bezüglich der Rückstellung der Inseln abhängig machen. Für den Moment hat es den Anschein, als ob die eventuelle Lossagung von den Bestimmungen des Artikels VII des Dreibundvertrages (beziehungsweise der diesfälligen Ergänzung aus dem Jahre 1901) die italienische Regierung von weiteren Inselbesetzungen abgeschreckt hätte. Wenn in Rom stets mit der öffentlichen Meinung gedroht wird, die uns die Hindernisse verübeln werde, welche wir der Ausbreitung der Kriegsoperationen entgegenstellen, so muß dem gegenüber festgestellt werden: 1. daß unsere öffentliche Meinung durch das rücksichtslose Vorgehen Italiens im nahen Oriente gleichfalls irritiert ist, 2. daß ich mit Hochdruck daran arbeite, diese wahre Stimmung nicht in der Presse auflodern zu machen, 3. daß die Besetzung griechischer Inseln nicht nur den Panhellenismus wecken muß und schon geweckt hat, sondern auch die Wiederherstellung türkischer Herrschaft im christlichen Gebiete ernste Schwierigkeiten hervorrufen wird, 4. daß die Aufrechthaltung des status quo im Ägäischen Meere bereits kompromittiert erscheint und von einer weiteren Störung desselben die ernstesten Gefahren besorgt werden müssen, 5. daß ein einseitiges Vorgehen Italiens im nahen Oriente unserem Prestige Eintrag tun muß, von einer englischen oder französischen Abwehr aber nicht die Spur zu merken ist, 6. bei den engen Beziehungen, welche derzeit zwischen Athen und Sofia bestehen, ein Übergreifen der panhellenischen Bewegung auf Bulgarien in den Kreis der Wahrscheinlichkeit gezogen werden muß. — Es ist mir gewiß daran gelegen, Italiens Freundschaft nicht leichtfertig preiszugeben. Auch finde ich in der unerquicklichen Aufgabe, mit Avarna täglich Auseinandersetzungen über dieses leidige Thema haben zu müssen, wenig Genugtuung. Der Streit um dünn bewohnte Felsenriffe und um anscheinend nichtssagende Worte mag, von ferne betrachtet, kleinlich, pedantisch, bureaukratisch oder dergleichen vorkommen, in Wirklich-

keit darf aber nicht übersehen werden, daß große Interessen auf dem Spiele stehen, in erster Linie unsere eigenen, in zweiter Linie Weltinteressen und daß wir unseren obersten und heiligsten Verpflichtungen schlecht entsprechen würden, wenn wir dieselben preisgeben wollten, um einer verfehlten Politik Giolittis zum Siege zu verhelfen! Italien soll nicht vergessen, daß der Dreibund geschlossen wurde, um den status quo im nahen Oriente zu erhalten und daß unsere ganze diplomatische Tätigkeit in diesem Falle einzig und allein darauf gerichtet ist, diesem Prinzipe Geltung zu verschaffen. Der Volksstimmung gegenüber steht der italienischen Regierung die Möglichkeit und die Verpflichtung zu, auf die Gefahren zu verweisen, die eine Erschütterung der Ordnung und Ruhe im nahen Oriente nach sich ziehen müßte. Es wäre ein frevelhaftes Beginnen, uns dafür verantwortlich machen zu wollen und dadurch die bundesmäßigen Beziehungen aufs Spiel zu setzen, welche derzeit zwischen uns bestehen! Selbstverständlich sind diese Auslassungen im großen und ganzen nur zu Deiner persönlichen Kenntnisnahme bestimmt. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3573, 3576.

Nr. 3569. Privatschreiben aus Bukarest-Sinaia, 14. Juni 1912 (eing. 17. Juni).[a]) Ausfert.

Geheim. Für das hohe Privatschreiben vom 7ten l. M.[b]) — geheim — erlaube ich mir Euer Excellenz meinen gehorsamsten Dank zu unterbreiten und werde ich nicht ermangeln, den Inhalt desselben, insoweit er dazu bestimmt, Seiner Majestät dem König Carol bei meiner in den nächsten Tagen stattfindenden Audienz zur Kenntnis zu bringen. Es gereicht mir zur ausserordentlichen Befriedigung, dass ein so gewiegter Kenner der rumänischen Verhältnisse, wie Herr von Kiderlen-Wächter, der von mir noch in der jüngsten Zeit vertretenen Ansicht huldigt, dass sowohl König Carol als auch Kronprinz Ferdinand als verläßliche Stützen der traditionellen auswärtigen rumänischen Politik zu betrachten sind, und teile auch ich die Meinung, dass sowohl der jetzige als auch der künftige Herrscher Rumäniens heute wohl kaum eine andere Orientierung derselben vor Augen haben. Die meritorischen Gründe, welche nach Ansicht Herrn von Kiderlen-Wächters gegen eine Anlehnung Rumäniens an Russland sprechen, möchte ich aber nicht ohne weiters gelten lassen. Vor allem möchte ich bemerken, dass die Aspirationen Rumäniens sich keineswegs allein auf Bessarabien richten, sondern vielmehr auf alle Gebiete, welche von Rumänen bewohnt werden, so naturgemäss auch auf diejenigen, welche in das Gebiet der k. u. k. Monarchie fallen. Ich möchte sogar behaupten, dass die geheimen Hoffnungen, welche in dem Busen eines jeden rumänischen Patrioten ruhen, viel mehr auf die von Rumänen bewohnten Gebiete Österreich-Ungarns gerichtet sind als auf Bessarabien, zumal hier niemand mit einem Verfalle oder einer totalen Impotenz Russlands rechnet, im Hinblick jedoch auf die den Ausländer verwirrenden inneren Verhältnisse unseres Vaterlandes, eine vollkommene Zerrüttung desselben hier allenthalben nicht für vollkommen ausgeschlossen gehalten wird. Trotzdem fand aber Rumänien den Anschluss

an Österreich-Ungarn! Richtig ist, dass in der Dobrudscha der überwiegende Teil der Bevölkerung der bulgarischen Nationalität angehört; in Mazedonien jedoch wohnen die von hier aus zu politischen Zwecken künstlich gezüchteten und erhaltenen Kutzowalachen. Würde bei einer Liquidierung der europäischen Türkei Bulgarien der Besitz ganz Mazedoniens garantiert werden, so würde es wohl gern auf die wenigen Hunderte Quadratkilometer der Dobrudscha verzichten samt den dort wohnenden 100.000 Bulgaren; für die abgetretenen Brüder würden die Kutzowalachen das Kompensationsobjekt bilden. Alle diese Kombinationen haben selbstverständlich zur Voraussetzung, dass der Czar bei seinem Besuche am rumänischen Hofe den oberwähnten Handel zur Sprache brächte, und meine Befürchtungen gehen nun dahin, dass derselbe hier nicht abgeschlagen werden würde, nachdem — wie allgemein bekannt — der sehnlichste Wunsch des rumänischen Königs dahin geht, sich nicht allein für seine Kompensationsbestrebungen, bei einer Vergrößerung Bulgariens, platonische diplomatische Unterstützungen zu sichern, sondern vielmehr für dieselben eine Garantie zu erlangen, und zwar seitens eines Faktors, welcher befähigt ist, die eingegangenen Verpflichtungen auch einzuhalten, das heisst effektiv zur Durchführung zu bringen. Sollte ein derartiges Geschäft zwischen Russland und Rumänien zustandekommen — was meiner Ansicht nach immerhin im Bereiche der Möglichkeit liegt — so würde der Abschluss desselben wohl kaum eine rasche Lösung der langjährigen politischen Verbindungen Rumäniens bedeuten, jedoch allmählich vorerst in wirtschaftlicher und dann erst in politischer Beziehung in Erscheinung treten. Naturgemäß würde dann auch das Interesse Rumäniens an einer starken konsolidierten Türkei und an einer Aufrechterhaltung des status quo am Balkan immer mehr schwinden. Schließlich möchte ich noch bemerken, dass ich keine Gefahr darin erblicken kann, wenn die ohnehin eng geknüpften Bande, welche die Zentralmächte mit Rumänien verbinden, noch um einen Knoten fester geknüpft würden. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 3527, 3532, 3602, 4909. — [b]) Vgl. n. 3540.

Nr. 3570. Tel. aus Paris, 15. Juni 1912 Nr. 71 (eing. 4 U. 35 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Streng vertraulich. Aus journalistischer sonst gut unterrichteter Quelle erfahre ich, dass Sir A. Nicolson vor einigen Tagen im geheimen hier war und mit Herrn Poincaré, dem Kriegsminister und Marineminister verhandelt hat. Von förmlicher Allianz soll nicht die Rede gewesen sein, wohl aber von einer genau umschriebenen Entente, die Verteidigung des Mittelmeeres betreffend. Auch soll England über französischen Wunsch gewisse Verpflichtungen betreffend Ausgestaltung seiner Landarmee eingegangen sein. Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wäre aber nicht beabsichtigt. Schliesslich wären Balkanfragen eingehend besprochen und diesbezüglich volles Einvernehmen erzielt worden. Mein Gewährsmann versichert mich, dass diese Nachrichten ganz verlässlich seien, doch war ich bisher nicht in der Lage, sie zu kontrollieren. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 3559, 3581.

Nr. 3571. Bericht des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 15. Juni 1912 Nr. 40 A (eing. 17. Juni).[a] Ausfert.

Vertraulich. Der türkische Gesandte suchte mich gestern auf und sagte mir, wenn er auch nach wie vor den Gerüchten über eine serbisch-bulgarische Annäherung keinen Glauben schenke, so sei er über dieselben doch auf Grund von Nachrichten der türkischen Botschafter, die man ihm mitgeteilt habe, präoccupirt. Nabi Bey las mir unter anderen pièces eine Depesche des türkischen Botschafters in Berlin vor, nach der der dortige Correspondent der „Westminster Gazette" gar erfahren haben will, dass im Februar eine Militär-Convention zwischen Serbien und Bulgarien abgeschlossen worden sei. Weniger weitgehend, aber viel affirmativer war eine Depesche des türkischen Pariser Botschafters, Rifaat Pascha, „qui apprend indirectement par un haut fonctionnaire du Quai d'Orsay, qu'un accord existait entre la Serbie et la Bulgarie. Légation de Serbie à Paris" — so heisst es in dem erwähnten Telegramme Rifaat Paschas weiter — „dément entente, mais vu source de mes renseignements, je n'attache aucune foi à ce démenti." Dem entgegen darf ich mir gestatten, eine Äusserung des hiesigen italienischen Gesandten anzuführen, der gestern abend spontan mir gegenüber auf das Thema der serbisch-bulgarischen Annäherung zu sprechen kam. Graf Bosdari meinte „tout cela n'est qu'un bluff russe, lancé à l'aide de Paris." Meinerseits kann ich Euer Excellenz nur in Gemässheit meines ergebensten Berichtes Nr. 39 B[b] vom 6. l. Mts. neuerdings gehorsamst melden, dass für eine schon an sich an innerlicher Unwahrscheinlichkeit krankende serbisch-bulgarische Annäherung hier nach wie vor nicht das geringste Anzeichen zu constatiren ist. Der stellvertretende Minister des Äussern, Herr Jablanski, hat vielmehr gestern die Redakteure der hiesigen Blätter zu sich gebeten, um ihnen zu erklären, dass die in Rede stehenden Gerüchte jeder Grundlage entbehren und die Regierung den Bestrebungen lediglich privater Personen, eine wirtschaftliche Annäherung zwischen den beiden Nachbarstaaten herbeizuführen, vollkommen ferne stehe. Mittag.

[a]) Vgl. n. 3493, 3549, 3579 Anm. c, 3601. — [b]) Mit Bericht Nr. 39 B, 6. Juni 1912 (eing. 8. Juni) wurde aus Sofia gemeldet, daß der Ministerpräsident Baron Mittag gegenüber selbst irgendwelche Vorbereitungen zum Abschluß auch nur eines bulgarisch-serbischen Handelsvertrages in Abrede gestellt habe. Baron Mittag bemüht sich außerdem nachzuweisen, daß von einer serbisch-bulgarischen Annäherung keine Rede sei und die Stimmung der bulgarischen Regierung Annäherungstendenzen gegenüber „eisig kühl" bliebe.

Nr. 3572. Note des Kriegsministeriums, 15. Juni 1912 Präs. Nr. 5876 (eing. 16. Juni).[a] Ausfert.

Vertraulich. Im Nachhange zu dem unter Präs. Nr. 5650 am 8. d. M. übermittelten Telegramm des 7. Korpskommandos[a]) beehrt sich das Kriegsministerium die Abschrift eines auf konfidentiellem Wege beschafften Briefes,[b]) der scheinbar ebenfalls über ein gegen Seine k. u. k. Hoheit den durchlauchtigsten Erzherzog-Thronfolger gerichtetes Attentat handelt, wie die Abschrift einer hier eingelangten konfidentiellen Meldung zu über-

mitteln. Die Quelle, aus welcher der Brief stammt, ist unverlässlich, doch wird sie mit Rücksicht auf die eminente Bedeutung der Angelegenheit mitgeteilt. Gleichlautende Mitteilungen lässt das Kriegsministerium dem k. u. k. Ministerium des Äussern, dem k. k. Ministerium des Innern und dem k. ung. Minister des Innern zukommen. In Vertretung des Ministers:

Krobatin.

[a]) Vgl. n. 3555, 3590. — [b]) Beilage.

Beilage zu 3572.

19. Mai 1912, Belgrad.

Herr Stevo!

Das, was wir gestern abends besprochen will ich Dir nach dem, was ich eben erhielt, ergänzen. Sage dem Lazar Antić, dass ihn der Minister Marko gut kennt und sowohl auf seine Befähigung als auch auf seine Opferwilligkeit fürs Vaterland baut. Er hat ja seinerzeit diesbezüglich schon Beweise geliefert. Er wird einen Begleiter und die zur Reise nach Wien nötigen Mittel erhalten und für seine Familie ist der Betrag von 100.000 Dinars sichergestellt. Der Minister meint, dass Lazar für diese Sache auch aus dem Grunde gut sei, da er schon alt ist und nun die Gelegenheit hat sich fürs Vaterland zu opfern und seine Familie zu beglücken. Gelingt die Sache nicht und wird Lazar belangt, so kann er das Leben retten und dann die Sache vollführen. Du musst ihm das übermitteln, da ich es nach der allgemeinen Sachlage nicht tun kann. Er wird wohl auch verstehen, dass er bei diesem Unternehmen nicht vereinsamt ist, sondern dass hinter ihm die Narodna Odbrana und einige Regierungsmitglieder stehen. Für ihn ist dies eine Ehre und Ruhm und für seine Familie ein Glück. Sage ihm, dass ihn mein Detektiv Nicola Marburović unter falschem Namen begleiten wird und dass Lazar mehrere Masken für die Vollbringung der Tat mit sich nehmen soll. Der Präsident des serbischen Vereines Zora in Wien ist angewiesen, ihm an die Hand zu gehen, um ihn in die örtlichen Verhältnisse zwecks leichterer Begegnung mit dem österr. Thronfolger einzuweihen. Der Präsident kennt aber den Zweck der Mission nicht und darf ihn von Lazar auch nicht erfahren, dieser muss alles — wie er es auch versprochen hat — auf sich nehmen und ja keinen Serben kompromittieren.

Mit Gruß Dein

?Rajić.
Mitglied der Leitung

Zu Händen des Herrn Stefan Miličević.??

Konfidentielle Mitteilung: [a]) Als Reserve und zur Sicherung des Attentates auf den Thronfolger wurde nach Wien ein gewisser Jovan Puljo gesendet. Dieser hat sich in Ujvidek (Neusatz) als Mädchen photographieren lassen und unter Beischluß der Photographie ein Gesuch an den Thronfolger unter dem Namen Zorka Veljičeva gesendet. Er bittet um eine Audienz und wird bei dieser das Attentat durchführen.

[a]) Auf Rückseite dieser Beilage.

Nr. 3573. Tel. nach Konstantinopel, 17. Juni 1912 Nr. 110 (chiffr. 7 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Im Nachhange zu unserer mündlichen Besprechung über den Inhalt des Erlasses Nr. 2284 vom 1. d. M. lenke ich Euer Exzellenz Aufmerksamkeit darauf, daß es mir weniger darum zu tun ist, eine Vermittlung auf Basis des in jener Weisung skizzierten Gedankens herbeizuführen, als die Pforte schon jetzt, und zwar in durchaus freundschaftlicher Weise auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche meiner Ansicht nach eine längere Dauer des Krieges für sie im Gefolge haben dürfte. Weiters würde ich Wert darauf legen zu erfahren, ob die Richtigkeit dieser meiner Besorgnisse der Pforte bereits zum Bewußtsein gekommen ist? Der speziell entwickelte Vermittlungsgedanke hätte nur den Zweck, eine türkische Stellungnahme zu demselben zu provozieren, welche es eventuell erlauben würde, den Faden der Mediation wieder aufzunehmen. ... *Frage der Belehnungsfirmane (n. 3547).* ... Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3568, 3574, 3575.

Nr. 3574. Bericht aus Berlin, 18. Juni 1912 Nr. 24 A (eing. 20. Juni).[a]) Ausfert.

Geheim. Wie ich Euer Excellenz telegrafisch zu melden die Ehre hatte, teilte mir der Staatssekretär mit, dass bei einem Besuche, welchen der deutsche Botschafter in Rom dem Minister des Äussern abstattete, Letzterer ihm gegenüber auf die Unterredung zu sprechen kam, welche Euer Excellenz unlängst mit dem Herzog von Avarna hatten. Euer Excellenz Bemerkung, dass die Occupation der Insel Chios, falls sie ohne unsere Zustimmung beschlossen werden sollte, nach Hochdero Auffassung ein Lossagen Italiens von den bestehenden Abmachungen bedeuten würde, hat nach der Berichterstattung Herrn von Jagows auf Marquis San Giuliano einen sehr peinlichen Eindruck gemacht. Letzterer habe den italienischen Botschafter in Wien daher aufgefordert ihm zu berichten, ob er Euer Excellenz Worte ganz richtig verstanden habe und ob Hochdieselben tatsächlich Sich dahin ausgesprochen hätten, dass eine ohne vorherige Vereinbarung mit Österreich-Ungarn erfolgte Besetzung der Insel Chios zur weiteren Folge haben müsste, dass auch die österreichisch-ungarische Regierung sich nicht an die diesbezüglichen Bestimmungen des Dreibundvertrages zu halten verpflichtet fühlen würde. Insbesondere sei Herzog von Avarna beauftragt worden zu melden, ob Euer Excellenz Erklärungen nicht so zu verstehen seien, dass Hochdieselben sich nur in dem Falle von den eingegangenen Verpflichtungen lossagen würden, wenn die in Rede stehende Besetzung „noch ein weiteres Nachspiel haben sollte". Der italienische Botschafter hat hierauf geantwortet, dass Euer Excellenz unzweideutig das Faktum selbst der Occupation der Insel Chios, wenn dieselbe ohne unsere Einwilligung erfolgen würde, im direktem Widerspruche mit unseren Abmachungen erklärt hätten. Unter diesen Umständen, so fügte Herzog von Avarna seinem Berichte hinzu, wäre der Weiterbestand und die Erneuerung des Dreibundes in hohem Grade gefährdet. Marquis San Giuliano — so meldet Herr von Jagow — sei infolge dieses Berichtes des Botschafters sehr bestürzt und versicherte unter

wiederholter Berufung auf die öffentliche Meinung des Landes, dass es ihm kaum möglich sein werde, auf eine weitere Aktion im ägäischen Meere, trotz Euer Excellenz Einspruches, zu verzichten. Der Herr Minister ersuchte seinen Mitredner, ohne selbstverständlich eine Intervention Deutschlands in Wien zu erbitten, um freundliche Ratschläge der kaiserlich deutschen Regierung. Der deutsche Botschafter hat Marquis San Giuliano geantwortet, dass nach seiner Ansicht das Cabinet von Berlin der italienischen Regierung wol keine anderen Ratschläge erteilen könnte, als die möglichste Berücksichtigung des von Euer Excellenz eingenommenen Standpunktes. Herr von Jagow habe auch keine neueren Instructionen erbeten und sich darauf beschränkt, den Inhalt der gehabten Konversation nach Berlin einzuberichten. Herr von Kiderlen wiederholte mir, dass nach seiner Meinung Euer Excellenz Stellungnahme eine vollkommen richtige war; es sei ganz natürlich gewesen, die italienische Regierung im Unklaren zu lassen, welche eventuelle Schritte Euer Excellenz im Falle der Besetzung von Chios und anderer Inseln im ägäischen Meere zu unternehmen gedenken und nur soviel zu versichern, dass der im Archipel unternommenen italienischen Aktion — sollte sie weiter ausgedehnt werden — österreich-ungarischerseits nicht zugestimmt werden könnte, da dieselbe im direkten Widerspruche zu Artikel VII des Dreibundvertrages stünde. Allerdings müsse anerkannt werden, dass die italienische Regierung sich unter den gegebenen Umständen in einer äusserst schwierigen Lage befinde und er — der Staatssekretär — hoffe, Euer Excellenz werden ihm zustimmen, wenn er den Wunsch ausspricht, dass den Italienern gegenüber der Bogen nicht allzu straff gespannt werde. Aus diesem Grunde würde er es Euer Excellenz anheimgeben, die Konversation über eine eventuelle Besetzung von Inseln mit dem italienischen Botschafter fortzusetzen und hiebei der Regierung in Rom nahe zu legen, sich schriftlich zu verpflichten, die besetzten Inseln im ägäischen Meere sofort nach erfolgtem Friedensschlusse der Türkei wiederzugeben. Zugleich müsste Italien jedenfalls die Erklärung abgeben, vor der Rückgabe der occupierten Inseln die türkische Verwaltung dort wiederherzustellen. Mit einem auf eine Konferenz bezüglichen Vorschlag ist bisher hier keine der Mächte hervorgetreten; dennoch scheint in dieser Frage ein Gedankenaustausch zwischen den Entente-Mächten gepflogen zu werden. Der hiesige französische Botschafter, der unlängst von einem kurzen Urlaube aus Paris zurückgekehrt ist, hat dem Staatssekretär und auch mir versichert, dass seine Regierung zu dieser Frage noch gar keine Stellung genommen habe, dass aber nach seiner persönlichen Meinung die Beendigung des Krieges ohne Konferenz kaum in Aussicht stehe. Herr von Kiderlen teilt Euer Excellenz Ansicht, dass noch vor dem Zusammentritte einer Konferenz eine Kompromiss-Formel zwischen den bisher schroff entgegengesetzten Standpunkten Italiens und der Türkei gefunden werden müsste, wozu aber bis jetzt wenig Aussicht bestehe. Ausserdem dürfe nicht vergessen werden, dass die grosse Gefahr bestehe, es würden auf einer Konferenz nebst der tripolitanischen auch noch andere Fragen aufs Tapet gebracht werden, die leicht zu den unangenehmsten Kontroversen führen könnten.

[a]) Vgl. n. 3550, 3573, 3575, 3586. Szögyény.

Nr. 3575. Tel. aus Konstantinopel-Jenikőj, 18. Juni 1912 Nr. 200 (eing. 19. Juni 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Ich habe gestern sowohl mit dem Minister des Äussern als auch mit dem Kriegsminister längere Unterredungen gehabt. Der Eindruck, den ich aus denselben gewann, war der, dass die türkischen Staatsmänner in Bezug auf den türkisch-italienischen Konflikt heute ganz auf demselben Standpunkt stehen wie vor drei Wochen, das heisst, dass die Türkei auf Tripolitanien insolange nicht verzichten könne, als es den Italienern nicht gelingt, diese Provinz der (Türkei)[b] zu erobern. Beide Minister sprachen sich in dieser Beziehung mit grosser Entschiedenheit aus. Ich versuchte namentlich Assim Bey darauf aufmerksam zu machen, dass meines Erachtens die Lage jetzt durch die Besetzung der Inseln gegenüber früher eine für die Türkei ungünstigere ist; man müsse sowohl mit der Tatsache, dass sich bereits eine Anzahl von Inseln in der Gewalt Italiens befände, als auch mit der Eventualität weiterer Okkupationen dieser Art rechnen. Der Minister des Äussern erwiderte hierauf, (falls)[b] Italien die Insel Chios besetze, dies die Lage nicht wesentlich ändern würde, bei einer Okkupation Mytilenes dagegen die Türkei neuerlich an die Schliessung der Dardanellen schreiten müsste. Ich unterliess es nicht, Assim Bey darauf aufmerksam zu machen, dass eine Wiederholung dieser Massnahme auf die Mächte einen schlechten Eindruck machen und die Türkei dieses Moment ebenfalls in ihr Kalkül aufnehmen müsste. Ich wies auch auf die Möglichkeit hin, dass die Italiener länger auf den Inseln bleiben könnten, worauf mir der Minister mit ziemlicher Sicherheit erwiderte, dass die Türkei sich vor dieser Eventualität nicht fürchte. Ebenso, sogar mit mehr Bestimmtheit, sprach sich diesbezüglich Mahmud Scheffket Pascha aus, so dass ich die Empfindung hatte, die Türkei habe im Gegenstande von irgendeiner Seite Zusicherungen erhalten. Bei Erörterung der Frage, auf welcher Basis schliesslich der Friede geschlossen werden könnte, sagten mir beide Minister, dass, ihrer Ansicht nach in dieser Hinsicht wohl der bekannte Plan einer Teilung Tripolitaniens zwischen der Türkei und Italien (Cyrenaika—Tripolis) ernstlich in Betracht kommen könnte. Alle anderen Projekte — sagte mir speziell Assim Bey — seien ohne jede augenfällige Bedeutung. Trotz dieser Behauptung sprach mir indessen der Minister von einer Idee, die, wie er sagte, ihm im Laufe unseres Gespräches kam und welche er als eine rein persönliche bezeichnete. Dieselbe bestünde darin, dass die Türkei die beiden Provinzen für ein unabhängiges Land erkläre, welches von einem arabischen Bey zu regieren wäre; sodann müssten sowohl die italienischen als die türkischen Truppen zurückgezogen werden und wäre im Lande eine Miliz zu formieren. Italien könnte sodann mit dieser Regierung ein Abkommen treffen, welches ihm in Tripolitanien eine ähnliche Rolle wie jene Frankreichs in Tunis sichern würde. In der Folge betonte Assim Bey nochmals, dass dies bloss ein Gedanke von ihm sei und dass es vielleicht möglich wäre, diese an und für sich vage Idee, die modifiziert werden könnte, als Basis für Verhandlungen zwischen Italien und der Türkei zu nehmen, da durch dieselbe die Frage der Souveränität von beiden Seiten aus dem Spiele bleibe. Im Laufe unseres Gespräches erwähnte Mahmud Scheffket Pascha, dass er bei Smyrna

50—60000 Mann konzentriert habe; er glaube zwar nicht, dass die Italiener einen Angriff auf das Festland planen, doch könne er nicht die Verantwortung übernehmen, für einen solchen Fall nicht Vorsorge getroffen zu haben. Die Konzentrierung sei in der Weise durchgeführt, dass durch dieselbe der Stand der militärischen Kräfte in der europäischen Türkei nicht berührt werde. Soeben erhalte ich das hohe Telegramm Nr. 110 vom 17. d. Mts. Wie Euer Excellenz dem Vorstehenden entnommen haben werden, habe ich mich Assim Bey und dem Kriegsminister gegenüber bereits gestern im Sinne bezogener hoher Weisung vernehmen lassen. Ich habe bei diesem Anlasse auch den im hohen Erlasse Nr. 2284 skizzierten Gedanken streifen, jedoch konstatieren können, dass Assim Bey denselben als ganz indiskutierbar betrachtet, so dass ich es für opportun hielt, nicht weiter zu insistieren. Im Zusammenhange hiemit erwähnte der Minister seine vorgedachte rein persönliche Idee. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3574, 3576, 3577, 3580, 3592, 3604. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 3576. Tel. aus Rom, 19. Juni 1912 Nr. 69 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. In Angelegenheit italienischer Erklärung über den provisorischen Charakter der Inselbesetzungen hatte ich gestern auf Grund hohen Erlasses vom 13. dieses Monats Nr. 2443 und Euer Exzellenz Privatschreibens vom gleichen Tage eingehende Diskussion mit dem Minister des Äussern. Hiebei konstatierte ich, dass in einer schon am 15. dieses Monats an den Herzog Avarna abgegangenen ausführlichen Depesche, welche mir Marquis di San Giuliano vorlas, an den hier gewünschten Modifikationen unserer Textierung festgehalten und gegen die betreffenden Einwendungen Euer Exzellenz polemisiert wird. Unsere Unterredung schloss dennoch damit ab, dass Minister des Äussern, ohne momentan noch eine förmliche Zusage zu machen, und mit der Reserve, den Ministerpräsidenten konsultieren und dem König Vortrag erstatten zu müssen, sich geneigt zeigte, zuzustimmen, dass in der fraglichen Erklärung 1.) die Inseln Rhodus, Karpathos und Stampalia ausdrücklich aufgeführt, 2.) hinsichtlich der anderen Inselbesetzungen unter Verzicht auf die italienische Modifikation unser ursprünglicher Text (ainsi que toutes autres occupations d'îles de la Mer Egée [Archipel]) beibehalten, 3.) das in dem italienischen Text vor „provisoire" ausgelassene Wort „purement" wiederhergestellt, 4.) die seinerzeitige unveränderte Wiederherstellung des status quo in der von uns beantragten Weise (von „le statu quo" bis „maintenu") gewährleistet werde. Dagegen war der Minister nicht zu bewegen, auch unserem letzten Wunsche Rechnung zu tragen und auf den Zusatz bezüglich des Zeitpunktes der Rückstellung der Inseln zu verzichten. Nebst anderen Argumenten wies Marquis di San Giuliano darauf hin, dass der Krieg voraussichtlich nicht mit einem Schlag, sondern etappenweise zu Ende gehen werde, die Einstellung der Feindseligkeiten oder die Wiederaufnahme der Beziehungen zur Türkei dabei aber nicht notwendigerweise die letzte Etappe sein müsse. Man könne daher Italien nicht die Naivität zumuten, etwa das Pfand schon zu einem

Zeitpunkte herauszugeben, in welchem seine beiden unerlässlichen Forderungen (Evacuation Lybiens und Anerkennung italienischer Souveränität durch die Mächte) eventuell noch nicht erfüllt seien. Ausführlicher Bericht durch morgigen Kurier.[b] Mérey.

[a] Vgl. n. 3575, 3577, 3582. — [b] Nr. 45 B vom 20. Juni. Da nur eine ausführliche Paraphrase obigen Telegramms, wurde dieser Bericht nicht aufgenommen.

Nr. 3577. Erlaß nach Rom, 20. Juni 1912 Nr. 2551.[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. In der Anlage erhalten Euer Exzellenz Abschrift eines streng vertraulichen Erlasses, welchen ich am 1. d. M. sub Nr. 2284 an den k. u. k. Geschäftsträger in Konstantinopel gerichtet habe. Euer Exzellenz werden dieser Pièce entnehmen, daß schon seit einiger Zeit meine Bestrebungen darauf gerichtet sind, einem Friedensschlusse zwischen Italien und der Türkei die Wege zu ebnen und daß ich zu diesem Zwecke die Pforte — wenn auch in durchaus freundschaftlicher Weise — auf die Gefahren aufmerksam machen ließ, welche meiner Ansicht nach eine längere Dauer des Krieges für sie im Gefolge haben könnte. Ohne mich einer Täuschung darüber hinzugeben, durch den im beigeschlossenen Erlasse entwickelten Gedanken etwa schon eine Basis für einen zukünftigen Friedensschluß gefunden zu haben, war es mir darum zu tun, eine Stellungnahme Assim Beys zu meinem Vorschlage zu provozieren, welche es eventuell erlauben würde, den Faden der Mediation wieder aufzunehmen. Markgraf Pallavicini meldet mir nunmehr, daß er sowohl mit dem Minister des Äußern als auch mit dem Kriegsminister längere Unterredungen bezüglich des türkisch-italienischen Konfliktes gehabt habe. Der Herr Botschafter hat hiebei den Eindruck gewonnen, daß die türkischen Staatsmänner in dieser Frage heute noch ... *mit stilistischen Änderungen wie n. 3575 von „ganz auf demselben Standpunkt" bis „von beiden Seiten aus dem Spiele bleibe"* ... Wenn ich mir nun auch darüber im Klaren bin, daß der Vorschlag Assim Beys in obstehender Form für Italien nicht annehmbar ist, so kann er doch als ein Beweis dafür angesehen werden, daß auch der türkische Minister des Äußern sich heute bereits mit dem Gedanken abgefunden hat, daß der Besitz der beiden nordafrikanischen Provinzen für die Türkei dauernd verloren gegangen sei. Es frägt sich nun, ob die Idee, welche Assim Bey selbst als modifizierbar bezeichnet, nicht zum Gegenstande eines weiteren Gedankenaustausches verwendet werden könnte. Speziell, was das für Italien ganz inakzeptable Begehren der Zurückziehung der italienischen Truppen anbelangt, ließe sich vielleicht ein Vermittlungsvorschlag in dem Sinne finden, daß von der Unabhängigkeitserklärung der beiden Provinzen die von Italien besetzten Küstenpunkte ausgenommen würden. Ebenso ließe sich wohl auch bezüglich des Abkommens Italiens mit dem von der Pforte zur Regierung berufenen arabischen Bey eine dem römischen Kabinette annehmbar scheinende Modalität finden. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes, dessen streng vertrauliche Behandlung schon mit Rücksicht auf die Bemerkung Assim Beys, die von ihm entwickelte Idee sei eine rein persönliche, notwendig ist,

Marquis San Giuliano in der Hochdenselben geeignet erscheinenden Form zur Kenntnis bringen, wobei ich es ganz Euer Exzellenz Ermessen überlasse, ob und inwieweit der in der Beilage ausgeführte Vermittlungsvorschlag zu erwähnen sei. Hingegen würde ich Wert darauf legen, daß der Herr italienische Minister des Äußern aus Hochdero Mitteilungen ersehe, daß wir ernstlich bestrebt sind, eine Basis für eine Friedensvermittlung zu finden und, wie aus der Instruktion an Herrn Kolossa zu ersehen ist, auf die Türkei in dem Sinne einwirken, ihr den Ernst ihrer Lage vor Augen zu führen und eine Fortsetzung des Widerstandes als gefahrvoll darzustellen. Euer Exzellenz wollen weiters besonders betonen, daß Markgraf Pallavicini den türkischen Staatsmännern gegenüber eine Sprache führt, welche der italienischen Taktik Rechnung trägt, nämlich die Pforte bezüglich eventueller weiterer Inselbesetzungen, des Schicksals der okkupierten Inseln, sowie der Stellungnahme der Mächte gegenüber einer eventuellen neuerlichen Sperre der Meerengen zu beunruhigen. Schließlich glaube ich Euer Exzellenz besondere Aufmerksamkeit noch auf den Umstand lenken zu sollen, daß Markgraf Pallavicini im Gespräche mit Mahmud Scheffket Pascha den Eindruck gewonnen hat, daß die Pforte bezüglich weiterer Inselbesetzungen durch die Italiener von irgend einer Seite Zusicherungen erhalten habe.

[a]) Vgl. n. 3576, 3578, 3584, 3588.

Nr. 3578. Bericht aus Rom, 20. Juni 1912 Nr. 45 D (eing. 22 Juni).[a]) *Ausfert.*

Als im verflossenen Winter als Folge der bekannten Zwischenfälle eine Trübung des Verhältnisses zwischen Italien und Frankreich eintrat, war vorherzusehen, dass es an Anstrengungen nicht fehlen werde, diesen Beziehungen wieder ihren früheren freundschaftlichen Karakter zu verleihen. In der Tat zeigen sich insbesondere in der letzten Zeit auf französischer Seite ganz offenkundige Bemühungen in dieser Richtung. Herr Barrère, unterstützt von Herrn Luzzati, trachtet auf verschiedene Politiker einzuwirken. Der langjährige Botschaftsrat der hiesigen französischen Botschaft, welcher nach den erwähnten Zwischenfällen, während welcher er als Chargé d'Affaires fungiert hatte, nach Paris zitirt worden war und als Opfer der Manouba-Affaire nunmehr in Disponibilität versetzt wurde, ist dermalen zur Auflösung seines hiesigen Haushaltes nach Rom gekommen und bemüht sich im Vereine mit dem ersten Secretär Laroche, die italienische Presse für Frankreich günstig zu stimmen. Der Erfolg dieser Aktion ist selbst in klerikalen Journalen, wie dem „Corriere d'Italia", und andererseits sogar in den letzten „Stampa"-Artikeln des stets dreibundfreundlichen Publizisten Cirmeni zu konstatiren. Am 4. Juli findet ferner in der Pariser Sorbonne eine von der franco-italienischen Freundschafts-Liga veranstaltete Feier statt, bei welcher Herr Poincaré und Herr Tittoni sprechen werden. Alles dies geht Hand in Hand mit der immer wieder vorgebrachten Behauptung, dass die Mächte der Triple-Entente für die volle Freiheit Italiens hinsichtlich seiner maritimen Aktionen und für eine Friedensaktion im Sinne Italiens seien, der Widerstand in beiden Richtungen aber von Wien und Berlin

ausgehe. Andererseits hat der auf den Krieg bezügliche Passus der letzten Parlamentsrede des französischen Ministerpräsidenten hier trotz der Freundschaftsversicherungen an die Adresse Italiens einiger Kritik begegnet. Insbesondere die Phrase von Frankreich als „muselmanischen Staat" und die hier als hochmütig empfundene Konstatierung, dass seit den Zwischenfällen vom Februar kein französisches Schiff mehr von der italienischen Kriegsmarine molestiert worden sei, haben hier unangenehm impressionirt. Man kann also auf die Pariser Veranstaltung vom 4. Juli mit den — wie es heisst — von dem Ministerrate in Paris, beziehungsweise Rom, genehmigten Reden der Herren Poincaré und Tittoni einigermassen gespannt sein. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3577, 3580.

Nr. 3579. Privatschreiben aus London, 21. Juni 1912.[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Mit Telegramm Nr. 47[b]) vom 15. l. Mts. habe ich Euer Exzellenz einige Äusserungen des Privatsekretärs Sir E. Greys gemeldet. Es war nach dem Diner im Foreign Office zur „official celebration of the King's Birthday" als Mr. Tyrrell mir sagte, er höre von Wien, Markgraf Pallavicini sei beordert worden, schleunigst noch am Tage der Hochzeit seines Sohnes nach Constantinopel zurückzureisen, was darauf schliessen lasse, dass am Ballplatz die Situation als etwas ernst beurteilt werde. Auch sonst höre er, dass viel von bulgarischen Plänen[c]) gesprochen werde. Er selbst glaube zwar nicht, dass König Ferdinand sich in Abenteuer hineindrängen lassen würde, doch könnten die Ereignisse und namentlich die Ungeduld seiner Untertanen stärker sein als die Klugheit des Königs usw. Daran anknüpfend sagte mir Mr. Tyrrell, „Sie können versichert sein, dass Sir Edward in Allem, was Ihre Regierung im Interesse der Erhaltung des status quo eventuell zu unternehmen wünschte, Sie auf das wärmste unterstützen würde." Ich antwortete darauf, „ja, dann sollte er es mir sagen" worauf Tyrrell „take it from me and act accordingly", dass Grey sehr gerne bereit wäre, mit der k. u. k. Regierung zusammen zu wirken, wenn sie im Interesse des status quo vorgeht. Weder Grey noch Nicolson haben mir jetzt etwas darauf bezügliches gesagt, und ich sah keine Veranlassung, dieses Thema anzuschlagen und werde mich hüten es zu tun, wenn Grey nicht selbst beginnt oder Euer Exzellenz mich dazu beauftragen (Da ich diese Woche für die Ascot Rennen als Gast Ihrer Majestäten in Windsor Castle bin, habe ich auch seit Montag keine Gelegenheit gehabt, irgend Jemanden im Foreign Office zu sehen). Es muss offenbar eine Meldung von Cartwright eingetroffen sein, welche den sehr klugen Vertrauensmann Sir E. Greys veranlasste, so mit mir zu sprechen. Vielleicht lag ihm auch daran, mir zu versichern, dass sein Chef zu einer Kooperation mit uns bei sich darbietender Gelegenheit gern bereit wäre, weil ich einige Tage vorher in einer streng privaten Konversation mit ihm über die ganze Haltung Greys uns gegenüber gesprochen hatte, wobei ich — absichtlich — ein etwas übertriebenes découragement zeigte. Ich hielt Tyrrell vor, wie schwer es mir falle, an der von mir meiner Regierung gegenüber stets vertretenen Theorie festzuhalten, dass das gegenwärtige britische Kabinett auch noch auf dem Stand-

punkte der traditionellen Freundschaft mit uns stehe. Ich führte aus, ich hörte selten etwas von Grey, das ich in Wien als einen Beweis verwerten könnte, auch er wünsche die Beziehungen, welche Lord Salisbury, Lord Rosebery und auch noch Lord Lansdowne mit uns pflegte, in derselben Weise zu erhalten. Ich wolle ganz von der Annexionszeit absehen, da ich die unglücklichen Missverständnisse dieser Periode als der vergangenen Geschichte angehörend betrachte. Aber auch sonst fände ich leider, seitdem Grey im Foreign Office regiert, kaum je einen Anlass, den ich bei meiner Regierung als ein Symptom des Wunsches des Herrn Staatssekretärs, sich uns freundschaftlich zu erweisen, hervorheben könne. Mr. Tyrrell wollte dies nicht gelten lassen und warf ein, dies könnte nur durch Mangel einer Gelegenheit, nicht durch Mangel des Wunsches seines Chefs, sich uns angenehm zu erweisen, erklärlich sein. Ich zitierte die ablehnende Haltung eben jetzt in der Frage unserer Beteiligung an der chinesischen Anleihe, worauf mir Mr. Tyrrell lebhaft einwarf, Sir E. Grey habe sich aufrichtig bemüht, unserem Wunsche entgegenzukommen, es sei aber an dem Widerstande der anderen Mächte und der Bankgruppen gescheitert. Ich beklagte mich weiter darüber, dass meine bei ihm (Tyrrell) und Nicolson privatim wiederholt vorgebrachten Wünsche unserer Regierung bezüglich Cartwrights noch immer unberücksichtigt geblieben sind, was gewiss nicht als ein besonderes Entgegenkommen angesehen werden könne. Mr. Tyrrell sagte mir, die Angelegenheit Cartwright sei durchaus nicht vergessen worden, bereite ihm aber viel Sorgen. Cartwright wolle nicht zugeben, dass er krank sei, habe keine Ahnung, dass er sich unbeliebt gemacht habe „and a social failure" sei, und glaube, er sei „a great success". Unglücklicherweise habe erst vor kurzem wieder Herr Szeps vom Fremden-Blatt Herrn Crozier erzählt, Euer Exzellenz hätten sich sehr anerkennend über den britischen Botschafter ausgesprochen, was diesen, von seinem intimen Freunde Crozier wieder gebracht, ganz glücklich gemacht hätte, so dass er Theo Russell nahelegte, es nach London zu schreiben, weil er nicht selbst sein eigenes Lob singen wollte. Tyrrell sagte mir, er wünschte manchmal, das Foreign Office würde mit seinen Botschaftern nach preussischem Muster vorgehen, es sei aber furchtbar schwer, einen Botschafter loszuwerden, der nicht fort will und sehr interessante Berichte schreibt. Dass er in Wien sich politisch unliebsam und sozial à peu près unmöglich gemacht hat, weiss man jedenfalls jetzt hier bei Hofe und im Foreign Office, und es ist somit zu hoffen, dass man schliesslich doch den passenden Moment finden wird, sich seiner zu entledigen. Lord Rosebery, der auch in dieser Woche Gast Ihrer Majestäten in Windsor ist, bestätigte mir, er habe schon vorigen November, nach seiner Rückkehr aus Wien, Grey, der ihn zu sprechen wünschte, unumwunden gesagt, er finde es höchst wünschenswert, Cartwright von Wien abzuberufen. Lord Rosebery hat aber den Eindruck, dass der Staatssecretär für Personalfragen ebenso indifferent ist wie es seiner Zeit Lord Salisbury war. Lord Rosebery gegenüber habe ich auch streng vertraulich darauf hingewiesen, dass Graf Aehrenthal Seiner Majestät dem Kaiser und König von der Notwendigkeit einer Abberufung oder Versetzung des britischen Botschafters Meldung erstattet hätte, so dass es beinahe wie ein Mangel an Rücksicht

für unseren Allergnädigsten Herrn gedeutet werden könnte, wenn der Wunsch des Vorgängers Euer Exzellenz noch lange unberücksichtigt bliebe. Wie ich in letzter Zeit höre, wird im Foreign Office jetzt viel von der schlechten Gesundheit Cartwrights gesprochen, was hoffentlich als eine Vorbereitung zu seiner Abberufung angesehen werden kann. Man möchte eben nur, dass er selbst sie verlange, und bedauerlicher Weise scheint er bis jetzt nicht die geringste Geneigtheit dazu zu verspüren. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3297, 3632, 3633, 3634, 3635. — [b]) Der Inhalt des Tel. Nr. 47, 15. Juni 1912 (eing. 6 U. p. m.) wird im vorliegenden Berichte ausführlich wiederholt. — [c]) Vgl. n. 3571, 3601.

Nr. 3580. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 22. Juni 1912 Nr. 204 (eing. 23. Juni 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich habe soeben eine längere Unterredung mit dem Grossvezir gehabt und die Gelegenheit wahrgenommen, demselben die Schwierigkeiten der Situation, wie sie sich namentlich durch die Okkupation der Inseln im ägäischen Meere durch Italien gestaltet hat, darzulegen. Ich sagte ihm, die Türkei müsse mit dem Faktor rechnen, dass Italien mehrere Punkte der tripolitanischen Küste, sowie einige türkische Inseln tatsächlich besetzt halte. Saïd Pascha gab zu, dass die Situation eine ernste ist, er trachtete aber, in mir den Eindruck zu erwecken, als ob die türkische Regierung Grund habe anzunehmen, Frankreich und England würden eine definitive Annexion Tripolitaniens schliesslich doch nicht anerkennen. Auf meine Frage, ob die Türkei irgendwelche Zusage in dieser Beziehung habe, konnte er nicht antworten und sagte, es sei bloß ein persönlicher Eindruck, den er gewonnen habe und gab mir zu, dass es an der Zeit wäre, auf Mittel zu sinnen, um den Frieden wieder herzustellen. Hiebei kam er auf den bekannten Plan der Teilung Tripolitaniens zwischen Italien und der Türkei zu sprechen. Ich erwiderte, dass Italien, wie ich die Situation kenne, auf diese Kombination nicht eingehen würde. Ich benützte sodann Gelegenheit, um das im Erlasse vom 1. d. M. Nr. 2284 enthaltene Projekt als eine Idee, von der ich gehört habe, mitzuteilen. Saïd Pascha bezeichnete dieselbe sofort als praktisch undurchführbar. Im weiteren Verlaufe des Gespräches erwähnte ich den in meinem Telegramm Nr. 200 vom 18. d. M. einberichteten Gedanken und sagte ihm, nachdem ich konstatiert hatte, dass derselbe ihm nicht bekannt wäre, er stamme von Assim Bey. Diesen Plan bezeichnete der Grossvezir als eher durchführbar, namentlich wenn er von Seite der Grossmächte kommen würde. Der Eindruck, den ich aus dem obigen Gespräche erhielt, war der, dass Saïd Pascha vollkommen die Notwendigkeit des Friedensschlusses einsieht. Er steht aber ohne Zweifel einerseits unter dem Einflusse seiner Ministerkollegen, die von einem Entgegenkommen bis jetzt nichts wissen wollen, anderseits fürchtet er, dass ein Abgehen von dem bisherigen intransigenten Standpunkte bedenkliche Folgen in den arabischen Provinzen hervorrufen könnte. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3578, 3582, 3588 Anm. b, 3604.

Nr. 3581. Bericht aus Paris, 22. Juni 1912 Nr. 22 D (eing. 24. Juni). Ausfert.

Mit meinem gehorsamen Chiffre-Telegramme vom 15. l. M.[a] war ich in der Lage, Euer Exzellenz eine mir von sonst gut unterrichteter journalistischer Seite zugekommene Meldung einzuberichten, wonach Sir Arthur Nicholson im Geheimen in Paris gewesen wäre, um mit Herrn Poincaré und einigen anderen Ministern vertrauliche Verhandlungen zu pflegen. Es ist mir seither nicht gelungen, die Richtigkeit dieser Nachricht zu verifizieren und vermied ich es natürlich, diesbezüglich mit einer direkten Frage an meinen englischen Kollegen oder an Herrn Poincaré heranzutreten. Englische Zeitungs-Korrespondenten, die auch von dem Gerüchte gehört hatten, erhielten auf der englischen Botschaft die Auskunft, dass die Nachricht nicht richtig sei, was aber, wenn es sich wirklich um einen geheimen Besuch Sir Arthurs handeln sollte, natürlich nicht viel beweist. Dafür wird mir von verschiedenen Seiten bestätigt, dass zwischen Paris und London tatsächlich lebhafte Verhandlungen wegen der Mittelmeer-Frage stattfinden sollen. Auch die Zeitungen bringen verschiedene diesbezügliche Informationen. Alle diese Gerüchte dürften auf die jüngst in Malta stattgefundenen militärischen Beratungen zurückzuführen sein. Ohne positive diesfällige Nachrichten zu besitzen, neige ich, nach allem was ich gehört habe, der Ansicht zu, dass wahrscheinlich die verschiedenen Möglichkeiten, durch Kooperation der englischen und französischen Marine die Vorherrschaft dieser Länder im Mittelmeer-Becken zu sichern, erörtert worden sind, dass es aber bisher nicht zu konkreten, bindenden Verabredungen gekommen ist.

Szécsen.

[a] Nr. 71; vgl. n. 3570.

Nr. 3582. Tel. aus Rom, 22. Juni 1912 Nr. 70 (eing. 2 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Mit Bezug auf meinen Bericht Nr. 45 B.[b] Vorgestern abends schickte mir Minister des Äussern den gleichzeitig auch an Herzog von Avarna behufs Mitteilung an Euer Exzellenz telegraphierten Text der Erklärung über provisorischen Charakter der Inselbesetzung. Da in diesem Texte der Passus „dont la souveraineté pleine et entière sera intégralement maintenue" fehlt, habe ich dies gestern in der Consulta releviert. Herr Bollati erklärte mir im Namen des im Parlament zurückgehaltenen Ministers, dass der Ministerpräsident sich aus folgenden Gründen gegen diesen Passus ausgesprochen hat: I° weil die mündlichen Zusagen, welche der Herzog von Avarna Euer Exzellenz anlässlich der Inselbesetzung gemacht hat, sich nicht auf diesen Punkt erstreckt hätten, II° weil die hiesige Regierung ohnedies unserem Antrage gemäss die Wiederherstellung des status quo in die Erklärung aufgenommen hat, III° weil man es hier nicht für opportun hält, in die Frage der staatsrechtlichen Stellung der Inseln einzugehen, schon deshalb nicht, weil in dem leider nicht ausgeschlossenen Falle, dass diese Frage seinerzeit von den Mächten aufgeworfen wird, ein einseitiges Engagement Italiens doch keinen Wert hätte.

Mérey.

[a] Vgl. n. 3580, 3583, 3584, 3587. — [b] Im Wesentlichen gleichen Inhalts wie n. 3576.

Nr. 3583. Zweiter[a]) ital. Entwurf einer Erklärung betreffend die Besetzung von Inseln im ägäischen Meere, ohne Datum (vom ital. Botschafter am 22. Juni 1912 mitgeteilt).[b]) Abschrift.[c])

Il est entendu que dans la pensée du Gouvernement italien l'occupation des îles de Rhodes, Karpathos et Stampalia, ainsi que toute autre occupation d'îles de la Mer Egée (Archipel) a un caractère purement provisoire et que le statu quo ante[1]) sera rétabli par la restitution des îles à la Sublime Porte après le rétablissement des relations diplomatiques et commerciales entre l'Italie et la Turquie et par conséquent après l'évacuation de la Tripolitaine et de la Cyrénaïque de la part des troupes[2]) et des officiers ottomans et après que les Grandes Puissances auront reconnu l'état de choses créé dans ces deux provinces par la loi italienne du 27 Février 1912.[3]) Il est également entendu que la présente déclaration sera considérée par le Gouvernement austro-hongrois, ainsi que par le Gouvernement italien comme strictement secrète et confidentielle, car si elle était connue par la Turquie, elle n'atteindrait pas le but commun aux deux puissances qui est de hâter et faciliter la paix.

[1]) Von Berchtold nach ante eingefügt: politique et territorial. — [2]) Von Berchtold nach troupes eingefügt: régulières de l'armée turque. — [3]) Berchtold fügte nach „des officiers ottomans" ein „en activité" und tilgte den darauffolgenden Passus von „et après" bis „27. Février 1912". Vgl. n. 3584.

[a]) Vgl. n. 3562 Beilage. — [b]) Vgl. n. 3582, 3584. — [c]) Aufschrift (S. Hoyos): Zweiter italienischer Vorschlag. Vgl. n. 3596.

Nr. 3584. Tel. nach Rom, 23. Juni 1912 Nr. 101 (chiffr. 6 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 70 vom 22. d. M. Herzog Avarna hat mir gestern den angekündigten Text der Erklärung über den provisorischen Charakter der Inselbesetzung mitgeteilt.[b]) Derselbe trägt in mehreren Punkten meinen Wünschen nicht Rechnung. Ich habe, um der italienischen Regierung einen neuerlichen Beweis meines Entgegenkommens zu bringen, Herzog Avarna nunmehr folgenden Text vorgeschlagen: „Il est entendu que dans la pensée du Gouvernement italien l'occupation des îles de Rhodes, Karpathos et Stampalia, ainsi que toute autre occupation d'îles de la Mer Egée (Archipel), a un caractère purement provisoire et que le statu quo ante politique et territorial sera rétabli par la restitution des îles à la Sublime Porte après le rétablissement des relations diplomatiques et commerciales entre l'Italie et la Turquie et par conséquent après l'évacuation de la Tripolitaine et de la Cyrénaïque de la part des troupes régulières de l'armée turque et des officiers ottomans en activité. Il est également entendu que la présente déclaration sera considérée par le Gouvernement austro-hongrois, ainsi que par le Gouvernement italien, comme strictement secrète et confidentielle, car si elle était connue par la Turquie, elle n'atteindrait pas le but commun aux deux Puissances qui est de hâter et faciliter la paix." Bezüglich der Aufnahme der Bedingung der erfolgten Anerkennung des italienischen Februargesetzes seitens der Großmächte habe ich mich Herzog Avarna gegenüber auch weiterhin ablehnend verhalten. Ich habe

dem Botschafter diese meine Haltung unter anderem auch damit motiviert, daß wir — ohne den von uns eingenommenen Neutralitätsstandpunkt zu verlassen — die Souveränität Italiens über Lybien nicht anerkennen können, insolange der italienisch-türkische Konflikt nicht auf irgend eine Weise zu einem Abschlusse gelangt ist. Da die Besetzung der Inseln nach den wiederholten Äußerungen der italienischen Regierung hauptsächlich als Mittel dazu dienen soll, den Abschluß des Krieges herbeizuführen, so würde ein circulus vitiosus entstehen, wenn ihre Rückstellung an die Türkei von der vorangehenden Anerkennung der italienischen Souveränität durch die Mächte, welche — wie gesagt — erst nach der Beendigung des Konfliktes erfolgen könnte, abhängig gemacht würde. Ich habe Herzog Avarna weiters darauf aufmerksam gemacht, daß in der mündlichen Zusicherung, die er mir seinerzeit im Auftrage seiner Regierung abgegeben hat, von dem italienischen Februargesetze keine Erwähnung gemacht worden ist und ich daher von ihm und seiner Regierung erwarte, daß diese Erwähnung auch in der schriftlichen Wiederholung dieser Zusage unterbleibe. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne auch Marquis San Giuliano gegenüber vernehmen lassen und bemerken, daß unsere stillschweigende Zustimmung zu der Besetzung der Inseln Rhodus etc. an die mündlich abgegebene Zusicherung gebunden war. Sollte die italienische Regierung diese Zusicherung nicht aufrechterhalten, so fällt auch unsere Zustimmung. Ich würde Wert darauf legen, daß Euer Exzellenz bei dieser Gelegenheit dem italienischen Minister des Äußern gegenüber nachdrücklichst betonen, daß wir mit der schließlichen endgiltigen Erwerbung der beiden nordafrikanischen Provinzen seitens Italiens, als einer außer allem Zweifel stehenden Tatsache rechnen. Hochdieselben könnten hiebei auch auf unsere Sprache in Konstantinopel (Erlaß vom 20. l. M. Nr. 2551), verweisen, welche als ein Beweis unserer bundesfreundlichen Gesinnung anzusehen ist und Marquis San Giuliano zu einer entgegenkommenden Haltung veranlassen könnte.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3586, 3589. — [b]) Vgl. n. 3583.

Nr. 3585. Privatschreiben aus Konstantinopel-Jeniköj Nr. 1, 25. Juni 1912 (eing. 28. Juni).[a]) Ausfert.

Geheim. Wie vorauszusehen war, hat Assim Bey bei unserer ersten Begegnung nach meiner Rückkehr vom Urlaube seine Lieblingsidee, die einer Entente Österreich-Ungarns und Rumäniens einerseits und der Türkei andrerseits, neuerlich zur Sprache gebracht. Auf seine Frage, ob ich Euere Exzellenz über diese Angelegenheit gesprochen hätte, antwortete ich, dass in den Unterredungen, die ich mit Eurer Exzellenz in Wien hatte, auch dieser Gegenstand berührt wurde. Ich sagte ferner, dass, wie er wisse, das Prinzip der Erhaltung des Status quo am Balkan eine der Grundlagen Hochderselben Orient-Politik ist und es daher natürlich sei, dass Euere Exzellenz allem, was diesem Prinzipe beziehungsweise Ziele dienen könne, sympathisch gegenüberstünden. Wie er begreifen werde, sei aber jetzt nicht der Moment, um einer solchen Idee näher zu treten, sondern müsste hiezu wohl die Wieder-

herstellung normaler Beziehungen zwischen der Türkei und Italien abgewartet werden. Ich fügte hinzu, dass die Türkei sich zur Zeit in einer schweren Krise befinde und daher — um klarer in die Zukunft blicken zu können — selbstverständlich zugewartet werden müsse, bis das Reich dieselbe überwunden haben werde. Assim Bey schien dies vollkommen einzusehen und erklärte mir, dass er sich mit meiner vorläufigen Antwort zufrieden gebe. Am Tage nach meiner Begegnung mit Assim Bey brachte der „Tanin" einen Artikel über die Frage der Annäherung der Türkei an eine der beiden Mächte-Gruppen. Derselbe gelangt zum Schlusse, dass die Türkei sich vorderhand keiner der beiden Gruppen zuzuwenden hätte. Ihr Eintritt in die Entente sei unmöglich, weil Russland in derselben sei, und Frankreich sowie England schon infolge ihrer geographischen Situation nicht in der Lage wären, die Türkei gegen einen eventuellen Angriff der Zentralmächte zu schützen. Aber auch ein Anschluß der Türkei an die Dreibund-Mächte sei für dieselbe mit den grössten Schwierigkeiten verbunden, da sich Frankreich in diesem Falle zur Türkei feindlich stellen und derselben seine finanzielle Hilfe entziehen würde. Die Richtigkeit dieser Argumentation liegt auf der Hand und ist auch kein Zweifel darüber möglich, dass ein Anschluss der Türkei an die Dreibund-Mächte für erstere tatsächlich die grössten Schwierigkeiten mit sich bringen würde; andrerseits böten aber allerdings gerade diese Schwierigkeiten eine Gewähr dafür, dass die Türkei, wenn ein solches Geheim-Abkommen zustande käme, dasselbe in ihrem eigensten Interesse wirklich geheim halten müsste, welcher Umstand vielleicht geeignet erschiene, jene Bedenken zu entkräften, die namentlich König Karl gegen ein geheimes Abkommen mit der Türkei hegt.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3509 Anm. d, 3661.

Nr. 3586. Erlaß nach Berlin, 26. Juni 1912 Nr. 2622.[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Geheim. Euer Exzellenz geheimem Berichte vom 18. d. M. Nr. 24 A habe ich entnommen, daß Herr von Kiderlen sich Hochdemselben gegenüber dahin ausgesprochen hat, er halte meine Stellungnahme zu den italienischen Inselbesetzungen im ägäischen Meere für eine vollkommen richtige und sehe es als zweckdienlich an, die italienische Regierung darüber im Unklaren zu lassen, wie ich mich im Falle weiterer Besetzungen zu verhalten gedenke. Diese Bemerkung des Herrn Staatssekretärs stimmt auch mit jener Äußerung desselben überein, welche Euer Exzellenz mit dem Berichte Nr. 23 A, geheim, vom 5. d. M. einberichtet haben und wonach es Herrn von Kiderlen sehr angezeigt zu sein schiene, daß ich mich mit der italienischen Regierung in der gegenständlichen Frage über die weiteren Eventualitäten nicht des Näheren ausspreche. Andererseits muß ich aber einen augenscheinlichen Widerspruch zwischen diesen Enunziationen des Herrn Staatssekretärs und dessen Bemerkungen konstatieren, worin er den Wunsch ausspricht, daß den Italienern gegenüber der Bogen nicht allzu straff gespannt werde, beziehungsweise er es mir anheimgibt, die Konversa-

tion über eine eventuelle Besetzung weiterer Inseln mit Herzog Avarna fortzusetzen. Ich bin der Ansicht, Italien schon dadurch ein großes Entgegenkommen gezeigt zu haben, daß ich bezüglich der Inseln Rhodus, Karpathos und Stampalia dem italienischen Botschafter zu verstehen gegeben hatte, ich würde gegen deren Besetzung keinen Einspruch erheben, vorausgesetzt, daß das italienische Kabinett mir eine Zusicherung über den bloß temporären Charakter der Okkupation geben werde. Als in der Folge Italien ohne vorheriges Einvernehmen mit dem Wiener Kabinette an die Besetzung weiterer Inseln geschritten war, habe ich mich damit begnügt, darauf hinzuweisen, daß dieses Vorgehen nicht im Einklange mit den Vertragsbestimmungen stehe und daß wir uns, wenn wir von dem Rechte, Kompensationen zu verlangen, auch jetzt nicht Gebrauch machen, doch für einen späteren Zeitpunkt *b)* dieses Recht reservieren müßten. Wenn die italienische Regierung es mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung des Landes für unerläßlich hält, an weitere Aktionen im ägäischen Meere zu schreiten, so scheint es mir doch ein zu weitgehendes Verlangen zu sein, mir zumuten zu wollen, ich solle hiezu meine ausdrückliche Zustimmung geben oder auch nur stillschweigend zugeben, daß Italien sich über die Bestimmungen des Dreibundvertrages hinwegsetze. Ich halte es nur für recht und billig, das römische Kabinett darüber nicht im Unklaren zu lassen, daß es die volle Verantwortung für die Folgen seines Vorgehens im ägäischen Meere selbst tragen müsse und daß es — wenn es sich an die bestehenden Abmachungen nicht halte — von uns nicht verlangen könne, daß wir uns in einem gegebenen Falle an dieselben gebunden fühlen. Was nun die Bemerkung Herrn von Kiderlens anbelangt, wir sollten von dem römischen Kabinette eine schriftliche Zusicherung betreffs der seinerzeitigen Rückgabe der besetzten Inseln verlangen, so bemerke ich, daß ich im Gegenstande zur Zeit in Verhandlungen mit der italienischen Regierung stehe. Bedauerlicher Weise ist es mir aber bis heute noch nicht gelungen, von der italienischen Regierung eine annehmbare schriftliche Bestätigung der mir seinerzeit von Herzog Avarna bezüglich Rückstellung der Inseln Rhodus, Karpathos und Stampalia erteilten bündigen Zusicherung zu erhalten, eine Zusicherung, die sich selbstverständlich auch auf die nachträglich und ohne unsere Zustimmung besetzten Inseln zu erstrecken hätte. Herzog Avarna hat mir zwar den Text einer solchen Zusicherung vorgelegt, doch war es mir nicht möglich, denselben zu akzeptieren, da er in einigen wichtigen Punkten von der von mir geforderten Erklärung abwich. Ich habe auch bei Behandlung dieser Angelegenheit den italienischen Wünschen tunlichst entgegenzukommen getrachtet, doch ist es mir nicht möglich, mich der Auffassung Marquis di San Giulianos bezüglich des Zeitpunktes der Rückstellung der Inseln an die Türkei anzubequemen. Der Herr italienische Minister des Äußern will, entgegen der seinerzeitigen mündlichen Zusicherung Herzog Avarnas, die Räumung der Inseln nicht allein von der Einstellung der Feindseligkeiten oder, wie ich es später vorschlug, von der Wiederaufnahme der diplomatischen und kommerziellen Beziehungen abhängig machen, sondern stellt als unerläßliche Forderung für die Rückgabe der Inseln unter anderem auch die vorherige Anerkennung der italienischen Souveränität über Lybien durch die Großmächte auf. Die

Wiederherstellung des durch das italienische Vorgehen gestörten status quo im ägäischen Meere würde somit durch das Zögern einer Großmacht, die durch das italienische Februargesetz geschaffene Lage anzuerkennen, ad indefinitum hinausgeschoben werden können. Ich habe in diesem Belange Herzog Avarna darauf aufmerksam gemacht, daß die Mächte — ohne den Neutralitätsstandpunkt zu verlassen — die Souveränität Italiens über Lybien nicht anerkennen können, insolange der italienisch-türkische Konflikt nicht auf irgend eine Weise zu einem Abschlusse gelangt ist. Da die Besetzung der Inseln nach den wiederholten Äußerungen der italienischen Regierung hauptsächlich als Mittel dazu dienen soll, den Abschluß des Krieges herbeizuführen, so würde ein circulus vitiosus entstehen, wenn ihre Rückstellung an die Türkei von der vorangehenden Anerkennung der italienischen Souveränität durch die Mächte, welche — wie gesagt — erst nach der Beendigung des Konfliktes erfolgen könnte, abhängig gemacht würde. Euer Exzellenz wollen von Vorstehendem, das im übrigen nur zu Hochdero streng vertraulichen Information dient, dem Herrn Reichskanzler, Staatssekretär, beziehungsweise Unterstaatssekretär Kenntnis geben und beifügen, daß mich das Vorgehen des römischen Kabinettes in dieser Angelegenheit auf das Unangenehmste berührt. Wenn Marquis di San Giuliano noch weiters zögern sollte, die seinerzeitige mündliche Zusicherung seines hiesigen Botschafters schriftlich zu bestätigen, so würde ich nicht weiter darauf bestehen und mich an die mündliche Zusicherung halten, an welche meine stillschweigende Zustimmung zu der Besetzung der Inseln Rhodus etc. gebunden war. Sollte die italienische Regierung diese Zusicherung nicht aufrechterhalten, so fällt eben auch unsere erwähnte Zustimmung.

[a]) Vgl. n. 3584, 3587, 3591, 3599. — [b]) Der Passus „für einen späteren Zeitpunkt" wurde durch Tel. nach Berlin Nr. 72 vom 27. Juni 1912 (chiffr. 6 U. 45 M. p. m.) korrigiert in „für den Fall weiterer Inselbesetzungen".

Nr. 3587. Erlaß nach Rom, 26. Juni 1912 Nr. 2623.[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Wie ich dem Berichte vom 20. d. M. Nr. 45 B[b]) entnehme, hat Marquis di San Giuliano im Laufe seiner Unterredung mit Euer Exzellenz die Bemerkung gemacht, der Zweifel darüber, ob die Inseln Rhodus, Karpathos und Stampalia im ägäischen Meere gelegen seien, wäre nicht von italienischer, sondern von unserer Seite ausgegangen. Dies entspricht nun durchaus nicht den Tatsachen, vielmehr war es Herzog Avarna, welcher mir gegenüber wiederholt darauf hinwies, einige der Inseln, die in Frage kämen, wie zum Beispiel Rhodus, lägen gar nicht mehr im ägäischen, sondern im mittelländischen Meere. Um Italien, ohne unseren prinzipiellen Standpunkt zu verlassen, ein gewisses Entgegenkommen beweisen zu können, habe ich mich in meiner Unterredung mit Herzog Avarna vom 15. April l. J. (deren Verlauf in dem Telegramme an Euer Exzellenz vom selben Tage Nr. 72 zum Teile wiedergegeben ist) auf den Standpunkt gestellt, daß bezüglich der Zugehörigkeit der Inseln Rhodus, Karpathos und Stampalia zum ägäischen Meere immerhin Zweifel möglich wären und dem Botschafter

zu verstehen gegeben, daß wir gegen eine italienische Aktion gegen diese 3 Inseln unter den bekannten Voraussetzungen keinen Einspruch erheben würden. Die vorstehenden Ausführungen sind nur zu Euer Exzellenz persönlicher Information bestimmt, da ich eine weitere Besprechung dieses Punktes mit dem italienischen Kabinett möglichst vermeiden möchte. Sollte Marquis di San Giuliano jedoch auf dieses Thema neuerlich zu sprechen kommen, so sind Euer Exzellenz ermächtigt, sich, ohne in eine langwierige Diskussion einzugehen, im obigen Sinne auszusprechen.

[a]) Vgl. n. 3582, 3586, 3588. — [b]) Vgl. n. 3582 Anm. b.

Nr. 3588. Tel. aus Rom, 26. Juni 1912 Nr. 72 (eing. 27. Juni 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Ich habe — in entsprechender Adaptierung — Inhalt des hohen Erlasses Nr. 2551 am 23. und jenen des hohen Telegrammes Nr. 100[b]) gestern zur Kenntnis des Ministers des Äussern gebracht und hiebei die den Interessen Italiens förderliche Sprache unseres Botschafters in Konstantinopel sowie die Bemühungen Euer Exzellenz, eine Friedensbasis zu finden, in das gebührende Licht gestellt. Marquis di San Giuliano, welcher mich heute aufsuchte, bat mich zunächst im eigenen Namen und jenem des Ministerpräsidenten, Euer Exzellenz hiefür seine warme Erkenntlichkeit auszusprechen. Auch der König sei hievon sehr angenehm impressioniert. Wenn etwa je wirklich durch Vermittlung der Monarchie der Frieden zustande käme, so wäre dies die idealste, folgereichste Lösung und für ihn — den Minister — die glänzendste Bestätigung und ein Triumph seiner ganzen bisherigen Politik. Was die verschiedenen Projekte betrifft, so sei — wie auch Markgraf Pallavicini bereits konstatierte — jenes der Aufteilung der beiden Provinzen zwischen Italien und der Türkei ganz ausgeschlossen. Ebenso erscheine auch ihm gleichwie der türkischen Regierung die im Erlasse nach Konstantinopel Nr. 2284 skizzierte, übrigens schon vor Monaten ventilierte Idee als undurchführbar. Dagegen erblickt er in der Idee Assim Beys einen, wenn auch nicht neuen, so doch brauchbaren Kern, nämlich den Gedanken, à travers la déclaration d'indépendance des deux provinces zu einem Arrangement mit der Türkei zu kommen und dann — sei es durch gütliche Auseinandersetzung, sei es durch Waffengewalt — mit den Arabern fertig zu werden. Von der Zurückziehung der italienischen Truppen könne natürlich keine Rede sein und die Einsetzung eines arabischen Beys, dessen Autorität anerkannt würde, könne er sich nicht recht denken. Er sei aber bereit, diesen Faden weiter zu spinnen und konkrete und diskutable Vorschläge auf dieser Basis entgegenzunehmen. Zusicherungen an die Pforte von irgendwelcher Seite hinsichtlich Dauer oder Limitierung der Inselbesetzungen im ägäischen Meere hält der Minister für ausgeschlossen und erblickt in der diesfälligen Sicherheit der türkischen Minister entweder ein Manöver oder das Ergebnis eines subjektiven Raisonnements.

Mérey.

[a]) Vgl. n. 3587, 3589. — [b]) Chiffr. 23. Juni 4 U. 30 M. p. m. Enthält Mitteilung von n. 3580 zur Verwertung bei Marchese di San Giuliano.

Nr. 3589. Tel. aus Rom, 26. Juni 1912 Nr. 73 (eing. 27. Juni 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Minister des Äussern, dem ich, da er dieser Tage wegen Kammer- und Senatssitzungen kaum zugänglich ist, den im hohen Telegramme No. 101 enthaltenen, ihm übrigens bereits durch Herzog von Avarna bekannten Text der Erklärung über den provisorischen Charakter der Inselbesetzungen mitteilte, sagte mir heute nach Rücksprache mit Herrn Giolitti, dass er an seinem letzten Text festhalten müsse. I. Einschaltung von „politique et territorial" nach „statu quo ante". Italien wolle beileibe die Frage der Privilegien der Inseln nicht aufwerfen, könne aber weder das Odium auf sich nehmen, dass diese Privilegien eventuell nach der Rückstellung der Inseln von der Pforte noch weniger als bisher beachtet werden, noch riskieren — seinen ganzen Traditionen entgegen — im Falle des Aufwerfens dieser Frage von anderer Seite zu Gunsten der Missachtung dieser Privilegien eintreten zu müssen. II. Änderung des Passus über die türkischen Truppen und Offiziere ... (Dies)[b] sei absolut unannehmbar, da sonst Italien la dupe de la Turquie werden könnte, welche (ebenso wie Griechenland vor mehreren Jahren bezüglich der griechischen Offiziere auf Kreta) einfach diese Truppen und Offiziere pour la circonstance aus dem aktiven Kader streichen oder in die Reserve versetzen könnte. III. Weglassung des Passus über die Souveränitätsanerkennung seitens der Grossmächte. Auf dieser Anerkennung — wenn schon nicht auf jener seitens der Pforte — müsse Italien bestehen und vor derselben sei eine effektive Rückstellung der Inseln nicht möglich. Argumentation ad II erscheint mir zutreffend. Gegen jene ad I und III führte ich alle Gegenargumente ins Feld, auch jenes, dass eine Rücksichtnahme auf die Inselprivilegien, somit auf den status quo von 1835, im Wesen eine Änderung des dermaligen status quo bedeuten würde. Marquis di San Giuliano schien mir schliesslich persönlich geneigt, hinsichtlich Punkt I nachzugeben und bezüglich Punkt III eine andere Formulierung des Zusatzes zu suchen. Gesprächsweise meinte der Minister, man könnte statt „les Grandes Puissances" vielleicht „L'Autriche-Hongrie et l'Allemagne", was ich als inakzeptabel bezeichnete, oder „trois Grandes Puissances" sagen, was ich persönlich für zulässig hielte. Nach nochmaliger Konsultierung des Ministerpräsidenten stellte mir der Minister für morgen oder übermorgen definitive Antwort in Aussicht. Mérey.

[a] Vgl. n. 3588, 3591, 3593, 3594. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 3590. Denkschrift des serbischen Sektionschefs d. R. Th. Stefanović-Vilovsky, 27. Juni 1912.[a] Ausfert.

„Die Schwarze Hand".

Ueber dieses Kapitel ist viel geschrieben worden, namentlich im verflossenen Winter, als es zu lebhaften Erörterungen zwischen dem Kronprinzen Alexander und den Führern der obengenannten Vereinigung der Offiziere der Belgrader Garnison kam. Doch hat es die Regierung, der es nicht in den Kram paßte, die wundeste Stelle serbischen Staatslebens vor dem Auslande zu enthüllen, verstanden, die Angelegenheit entweder

ganz zu vertuschen oder ihr den Charakter völliger Harmlosigkeit aufzudrücken. Die Sache ist jedoch weniger harmlos denn je und es ist gerade das radikale Regierungssystem, das triftige Gründe hat, sich vor den Machenschaften der malkontenten Offiziere zu fürchten, namentlich in einem Lande, in dem man sich seit einiger Zeit an gewisse prätorianische Gelüste der Armee gewöhnt hat.

Die Maßregelung der Verschwörer aus dem Jahre 1903.

Bekanntlich gelang es in den Jahren 1905 und 1906 dem Kabinett Pašić, dem Drucke des Auslandes nachgebend, die Hauptverschwörer aus dem Jahre 1903 aus dem aktiven Dienste zu entfernen und damit dem unleidlich gewordenen Kampfe zwischen den Verschwörern und Gegenverschwörern in der Armee ein Ziel zu setzen. Die Führer der Verschwörer gegen Alexander und Draga: Oberst Alexander Mašin (seither verstorben), Oberst Peter Mišić (ein Verwandter des Königs Peter), Oberst Damjan Popović und Major Ljuba Kostić (Kommandant der Garde König Alexanders) wurden damals pensioniert und haben infolgedessen an Ansehen und Einfluß stetige Einbuße erlitten. Dem altradikalen Klub gelang es in der Folge, Mišić für die radikale Politik zu gewinnen und ihm ein Abgeordnetenmandat zu verschaffen. Es schien fast, als ob die Macht der Verschwörer auf immer gebrochen wäre. Sowohl die unfreundliche Haltung der fremden Höfe, als auch die Mißliebigkeit, über die sich die Verschwörer im eigenen Lande zu beklagen hatten, trugen nicht wenig dazu bei, daß die Verschwörerfrage von der Tagesordnung der öffentlichen Diskussion gestrichen wurde und daß man im Lande den noch aktiven jüngeren Mitgliedern der ehemaligen Verschwörung kaum irgendwelche Beachtung schenkte.

Die fortdauernden Beziehungen des Königs zu den Verschwörern.

Nur König Peter schien noch Beziehungen zu ihnen zu unterhalten. Die Veränderungen in der Armee, insbesonders das Avancement der Offiziere, wie es viele Beispiele bewiesen haben, waren noch immer nicht ihrem Einflusse entzogen. Auch konnte die Nominierung des Kriegsministers, die sich der König vorbehalten hatte, nicht ohne Wissen und Willen der Verschwörer vollzogen werden. Die nun folgende Annexionskrise lenkte die Aufmerksamkeit der politischen Kreise auf ein anderes Gebiet. Das radikale Regime erstarkte dermaßen, daß in den Jahren 1909—11 die Koalitionsregierung Pašić-Prodanović allen politischen und militärischen Gegnern trotzen konnte.

Maßregeln der Koalitionsregierung gegen die Verschwörer.

In dieser Zeit geschah es, daß das Ministerium Pašić-Prodanović, von der koalierten Mehrheit unterstützt, daran ging, unter den übriggebliebenen Verschwörern aufzuräumen. Man versuchte, sie aus Belgrad zu entfernen und an ihre Stelle Offiziere zu setzen, die als Antiverschwörer, „zumindesten aber als neutral" galten, während man gleichzeitig deren ehemalige Führer, die Obersten Mišić, Mašin und Damjan Popović durch Lieferungs- und Konzessionierungsgeschäfte (Gewehr- und Munitionsbestellungen) an die radikale Partei zu fesseln trachtete. Das letztere gelang zum Teil; das erstere mißlang aber gänzlich.

König Peters Widerstand gegen die völlige Entfernung der Verschwörer.

Der König hielt noch immer an den jüngeren Verschwörern, in deren Händen die Belgrader Garnison lag, fest. Kriegsminister General Stepanović war ihr Mann; überdies wurde zum Kommandanten der Belgrader Truppendivision und Platzkommandanten (in diesem Falle Garnisonskommandanten)

der Genieoberst Božanović (derselbe, der 1903 den Verschwörern das nötige Dynamit aus der Kragujevacer Pulverfabrik verschaffte) ernannt. Pašić, der sich indessen der alten Führer, namentlich des Mišić, versichert hielt (Mašin war indessen gestorben), drängte nun in den König, die jüngeren Verschwörer ins Innere zu versetzen. Der König konnte sich aber hiezu noch immer nicht entschließen.

Nachgeben des Königs in dieser Frage und Beginn der Feindseligkeiten zwischen dem König und den Verschwörern.

Erst als es ihm im verflossenen Jahre gelang, seine Tochter Prinzessin Helene an einen russischen Fürsten zu verheiraten, fühlte er sich sicherer. Ueberdies stellte ihn Pašić vor eine Alternative. Er knüpfte nämlich an die Votierung der Mitgift der Prinzessin Helene, der Apanagen der beiden Prinzen, sowie der ungeheueren Reisespesen des Königs (die im Lande böses Blut machten), die Forderung: daß mit den Verschwörern, die dem radikalen Regime unangenehm zu werden begannen, endlich aufgeräumt werde und daß die höheren Kommandostellen in Belgrad mit Offizieren zu besetzen seien, die nicht der Verschwörergruppe angehören. Unter solchen Umständen blieb dem König nichts übrig, als sich in das Unvermeidliche zu fügen. Er willigte in die Versetzung der Verschwörer in das Innere des Landes ein, stellte aber gleichzeitig die Bedingung, daß diese Maßregel ohne jede auffällige Hast und nur sukzessive durchgeführt werden dürfe. Die jüngeren Verschwörer, zu denen fast sämtliche Offiziere der Belgrader Garnison gehörten, wurden von diesem Vorhaben durch den Kriegsminister vorzeitig verständigt. Ihr ganzer Unwille kehrte sich nun gegen den König, der sie, wie sie sich ausdrückten, ohne weiters opferte. Sofort schritten sie zur Organisierung einer Vereinigung, deren Zweck es sein sollte, das Vorhaben der Regierung zu hintertreiben und den König von dem geplanten Schritte abzuhalten, eventuell alles zu tun, um die Belgrader Garnison intakt zu erhalten. Um die Haltung der Verschwörer zu verstehen, muß man sich deren Stellung in der Armee und im Lande gegenwärtig halten. Solange sie in der Hauptstadt beisammen sind, haben sie keinerlei Grund sich vor politischen Ueberraschungen zu fürchten. Durch ihre Versetzung ins Innere ist nicht nur die Karriere eines jeden einzelnen gefährdet, sondern sie alle laufen Gefahr, eines Tages, sollte sich der Unwille des Volkes gegen sie kehren, insgesamt vor das Kriegsgericht gestellt zu werden. Da sie zum König kein Vertrauen haben und davon überzeugt sind, daß er sie in einem solchen Falle der Strömung opfern werde, sind sie bestrebt, ihre Stellung selbst gegen den Machtspruch des Königs mit allen gebotenen Mitteln zu verteidigen. Von diesem Standpunkt aus betrachtet ist der Kampf, den die Verschwörergruppe gegenwärtig führt, nicht so sehr ein Ringen nach der Herrschaft, als vielmehr ein Kampf um die Existenz.

Die Organisation der neuen Verschwörung gegen König Peter.

Da inzwischen der König auf ausdrückliches Verlangen des Pašić auch seine persönlichen Beziehungen zu seinen dynastischen Freunden und Verwandten abbrechen mußte und vielen derselben, zum Teile aus Ersparnis, die ihnen gewährten Subventionen aus der Zivilliste entzog, kehrte sich alles, was erst kurz vorher dem König huldigte und ihn im Triumph nach Belgrad führte, gegen ihn. Der ehemalige Minister Genčić, der die Verschwörung gegen König Alexander seinerzeit angezettelt hat, dessen Schwiegervater, der reiche Advokat Aca Novaković, der ebenso

reiche Großhändler Hadži Toma und viele andere, sind heute im Lager der neuen Offiziersvereinigung, die sich die Schwarze Hand nennt, und wünschen nichts sehnlicher als einen radikalen Umschwung der Verhältnisse. So gelang es den Offizieren der jüngeren Verschwörergruppe, den Kreis ihrer Gesinnungsgenossen auszudehnen und die Zahl derselben bedeutend zu verstärken.

Die Beziehungen der „Schwarzen Hand" zum Kronprinzen.

Die Vereinigung aller dieser Unzufriedenen lenkte im verflossenen Winter ihre Blicke auf den Kronprinzen Alexander, der Anlagen zu selbständigem Handeln zeigte. Die Stimmung im Kreise der jüngeren Verschwörer war für ihn besonders günstig, weil man ihn dem gemütsrohen und unverläßlichen Prinzen Georg vorzog und weil man durch die vorzeitige Ausrufung Alexanders zum König die Kandidatur des ersteren, der sich noch immer mit dem Gedanken trägt, seinem Bruder den Thron streitig zu machen, zu verhindern trachtete. Der Kronprinz, dem die von den Offizieren angeführten Gründe einzuleuchten schienen, setzte sich ohne weiteres Bedenken mit ihnen in Verbindung. Inwieweit die Verabredungen zwischen ihm und den Offizieren gediehen waren und was alles zwischen beiden Teilen besprochen und festgesetzt worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis, da beide Teile darüber strenges Stillschweigen beobachten.

Konflikt zwischen dem Kronprinzen und den Verschwörern.

Daß es aber in der zweiten Hälfte des Monats November 1911 zu irgend einem Unternehmen hätte kommen sollen und daß dieses durch die Zaghaftigkeit des Kronprinzen vereitelt wurde, geht schon aus dem plötzlichen Umschlag in der Gesinnung der Verschwörer gegen die Person des Kronprinzen hervor, den man in eingeweihten Kreisen des Treubruches zu zeihen begann. Es schien mehr als sicher, daß der Kronprinz im kritischen Momente versagte. In seiner Verlegenheit oder vielmehr in seiner Angst, das Geheimnis seiner Beziehungen zu den Verschwörern verraten zu sehen, verfiel er in den Fehler, alles Wissenswerte der Regierung mitzuteilen, indem er sich damit entschuldigte, daß man ihn zu einem Staatsstreich gegen seinen Vater verführen wollte. Um den Beweis dafür zu erbringen, drang der Kronprinz in einige seiner Getreuen aus der Verschwörergruppe, darunter Oberstleutnant Barjaktarović und Major Živković, Zeugenschaft gegen ihre Kollegen abzulegen und gegen sie die Anklage wegen des Verbrechens gegen die Majestät zu erheben. Indessen rechnete der Kronprinz dabei nicht mit der tatsächlichen Macht jener Offiziere, die der Vereinigung der „Schwarzen Hand" angehören. Diese selbst waren es nun, die eine Untersuchung der Angelegenheit forderten, wohl wissend, daß sie zu ihren Gunsten ausfallen müsse. War ja doch der Kriegsminister ihr Mann. Auch hatten sie in dem Divisionskommandanten Božanović als ihrem zuständigen Gerichtsherrn, einen mächtigen Bundesgenossen. Als es vor dem Disziplinargerichte zu den Depositionen kam, erklärten sämtliche Offiziere: sie seien von einem solchen Unternehmen, wie es ihnen von Denunzianten in die Schuhe geschoben werde, vollkommen ferne geblieben und sie hätten, als sie wahrgenommen hatten, daß der Kronprinz nach der Krone seines Vaters strebe, diesem ernste Vorstellungen gemacht und ihm davon abgeraten. Als dem König das Protokoll des Disziplinar-

gerichtes durch den Divisionskommandanten unterbreitet wurde und der Kriegsminister demselben beistimmte, erklärte der Monarch, seinen Offizieren vollen Glauben schenken zu wollen. Die Offiziere aber, von welchen die Anklage ausging und die als die Vertrauensmänner des Kronprinzen galten, wurden trotz des heftigsten Widerspruches des letzteren, strafweise ins Innere versetzt; der Kronprinz selbst mußte für einige Zeit von Belgrad plötzlich abreisen, um dem Spotte derjenigen zu entgehen, die ihn in diese mißliche Lage gebracht haben. Die Niederlegung der Würde eines Armeeinspektors war dann die weitere Folge der Situation, in die er ebenso durch die eigene Unvorsichtigkeit, wie auch durch die Perfidie seiner ehemaligen Gesinnungsgenossen geraten war. Damit war die Niederlage des Kronprinzen besiegelt, der Sieg der wieder zur Macht gelangten Verschwörer evident!

Aenderung der Taktik in der Verschwörergruppe und deren Hervortreten als politischer Faktor.

Nunmehr änderte die Verschwörergruppe ihre Taktik. Vor allem suchte sie ihre Tätigkeit so darzustellen, als ob sie nur das Wohl und Wehe des Landes im Auge hätte: nach innen forderten sie die Niederringung des pseudodemokratischen Radikalismus, der sich auf Börsen- und Bankgeschäfte verlegt hat und das Volk mit Steuern und sonstigen Lasten heimsucht; nach außen die Propagierung der großserbischen Idee, deren Realisierung Serbien zu seiner Existenzsicherung bedarf. Sie gründeten das Blatt „Piemont", das den Zweck hat, die politischen Ideen der „Schwarzen Hand" zu verbreiten und die Bildung einer neuen neutralen Partei vorzubereiten, deren Grundsätze konservativ sein würden und die vor allem berufen wäre, dem schädlichen Radikalismus den Todesstoß zu versetzen. Das Blatt ist, nebenbei erwähnt, stark verbreitet, gut fundiert und wird mit Vorliebe gelesen, da man sich im Publikum sehr dafür interessiert, was die Verschwörer über diese oder jene Angelegenheit sagen. Es gehört in Belgrad sogar zur Mode, mit den Mitgliedern der Schwarzen Hand auf gutem Fuß zu stehen. Ja man trachtet jetzt schon ihre Gunst zu erringen, um dereinst von ihnen beschützt und protegiert zu werden. Ueberdies ist der geistige Leiter der Vereinigung der „Schwarzen Hand", einer der hervorragendsten unter den jüngeren Verschwörern aus dem Jahre 1903, der Generalstabsmajor Dragutin Dimitrijević, allgemein unter dem Namen „Apis" bekannt. Mut und sympathisches, einnehmendes Wesen sichern ihm auf lange die Führerschaft in dieser eigentümlichen Vereinigung. Weil der Radikalismus bis nun sein Möglichstes getan hat, um den einsichtsvolleren Teil der Bevölkerung von der Schädlichkeit des radikalen Regierungsprinzips zu überzeugen und weil Pašić, dem sonst staatsmännische Geschicklichkeit nicht abgesprochen werden kann, in der jüngsten Zeit, jedenfalls im Gefühle schwindender Macht, nur zu sehr dem Bank- und Konzessionierungsschwindel freie Hand gelassen und auch sich selbst in auffallender Weise bereichert hat, so kann es nicht Wunder nehmen, wenn der Appell der Verschwörer williges Gehör bei allen Unzufriedenen findet, deren Zahl von Tag zu Tag größer wird. Den Leuten, die ohne Anstellung bleiben und keinerlei Karriere vor sich sehen, wird es nachgerade zu lange, auch weiter auf einen Wechsel in der politischen Lage zu warten. Weil der König, dank seiner energielosen Haltung, den Radikalismus fördert, statt ihn zu

bekämpfen oder ihn zu temperieren, hat sich die Ansicht verbreitet, daß den Radikalen, die schon fast 10 Jahre im Lande rücksichtslos herrschen, auch weiter auf legalem Wege nicht beizukommen ist. Die Aussichtslosigkeit daher, irgend jemals oder zu mindesten für absehbare Zeit zu Macht, Einfluß und Herrschaft zu gelangen, erzeugt in jedem einzelnen, sowie auch bei den Parteien ein Gefühl der Verzweiflung, das in der Hoffnung Trost findet, daß eines Tages nur ein Gewaltstreich, von welcher Seite er auch immer kommen möge, dieser unerträglichen Lage ein Ende bereiten könne. Dies die psychologische Erklärung für die stets intensiver werdende Tätigkeit der „Schwarzen Hand" und die immer größer werdende Zahl ihrer Mitglieder. Die „Schwarze Hand" ist dadurch ein Faktor im öffentlichen Leben geworden, wiewohl man von ihr nichts Positives weiß. Sie ist überall und hat Beziehungen zu Hoch und Nieder, zu Soldaten und Zivilisten. Im Besitze aller Kommandos in der Hauptstadt, haben sich die Offiziere dieser Vereinigung ein Ansehen erworben, das sie über den Kriegsminister, ja sogar über den König stellt. Ueberdies hatten sie den unerwarteten Erfolg, daß sich Leute mit ihnen befreunden, die einst ihre heftigsten Gegner waren und daß fast die gesamte ehemalige Gefolgschaft der Obrenović zu ihnen hält. Dieser Umstand ist es vorzugsweise, der die Offiziere, die zu dieser Vereinigung gehören, zu einer Macht gestaltet, die nicht zu unterschätzen ist.

Das Verhältnis der „Schwarzen Hand" zum König und zum Kronprinzen.

Man kann vorderhand nicht behaupten, daß Ziel und Zweck der Vereinigung der „Schwarzen Hand" eine Thronumwälzung wäre, da sich ihre Tätigkeit hauptsächlich gegen die Mißwirtschaft der Radikalen richtet. Wie es scheint, ist man in den genannten Offizierskreisen sogar bestrebt, einen Thronwechsel aus der Zahl der Möglichkeiten gänzlich auszuschalten, indem man behauptet: „es werde im gegebenen Momente an den König der Wunsch gestellt werden, der radikalen Mißwirtschaft ein Ende zu bereiten und man hoffe, daß der König klug genug sein werde, diesem gerechtfertigten Wunsche zu willfahren". Darüber aber, wie dieser Wunsch geäußert werden soll und was zu geschehen habe, wenn der König ihn nicht akzeptieren sollte, verlautet ebensowenig, wie über das gegenwärtige Verhältnis der Offiziere zum Kronprinzen. Man kann nicht sagen, daß letzteres sich gebessert hätte. Die mitunter immer heftiger werdenden Angriffe der vom Kronprinzen inspirierten „Tribuna" gegen das von den Verschwörern geleitete Journal „Piemont" und die ebenso leidenschaftlichen Entgegnungen des letzteren lassen sogar auf ein recht schlechtes Verhältnis zwischen beiden schließen. Anderseits sind Anzeichen vorhanden, wonach man schließen könnte, daß die Differenzen, die noch vor etlichen Monaten bestanden haben, ausgeglichen worden sind. Allgemein fällt es auf, daß die Gesinnungen des Kronprinzen, insoferne sie das radikale Regime betreffen, mit denjenigen der Offiziere übereinstimmen und daß eine Anzahl von politischen Persönlichkeiten, die im Lager des Kronprinzen stehen, auch in demjenigen der Schwarzen Hand zu finden sind. Auch ist es bezeichnend, daß sowohl „Tribuna" als auch „Piemont" der Bildung einer neuen konservativen, staatserhaltenden Partei das Wort reden und daß beide Journale von der Notwendigkeit, das radikale Regime durch ein

Regime der Ordnung zu ersetzen, überzeugt sind. Ja, es gibt sogar Politiker — ich führe dies nur der Vollständigkeit wegen an — die behaupten, daß zwischen dem Kronprinzen und der Offiziersvereinigung der „Schwarzen Hand" ein stilles Einverständnis bestehe, das aus Gründen der Klugheit und Zweckmäßigkeit vorderhand totgeschwiegen wird. Mag man noch so sehr gewillt sein, das Bestehen der „Schwarzen Hand" von romanhafter Seite zu nehmen und mag man den Erscheinungen, die sich an dasselbe knüpfen, so wenig als möglich Bedeutung zumessen, so darf man eines nicht vergessen, daß in Serbien mitunter selbst die ernstesten Unternehmungen eines gewissen theatralischen Charakters nicht entbehren. Jedenfalls hat das radikale Regierungssystem, haben Pašić und seine Getreuen von dieser Seite mehr zu fürchten, als von der gesamten Opposition in der Skupschtina, die, ihrer Haltung nach zu urteilen, die nächste große politische Entscheidung weder von der Skupschtina, noch von den Wahlen, sondern von Ereignissen erwartet, die überhaupt mit dem Parlamentarismus nichts zu tun haben.

[a]) Vgl. n. 3552, 3572, 3598, 3680.

Nr. 3591. Tel. aus Berlin, 28. Juni 1912 Nr. 133 (eing. 8 U. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Erhalten geheimen Erlass vom 26. Juni.[b]) Inhalt Reichskanzler und Unterstaatssekretär zur Kenntnis gebracht. Herr Zimmermann versichert, dass er über Euer Exzellenz Verhandlungen mit italienischer Regierung betreffs einer schriftlichen Zusicherung der seinerzeitigen Rückgabe der besetzten Inseln bisher nur durch vertrauliche Mitteilung hiesigen italienischen Botschafters unterrichtet sei. Herr Pansa hat auch mir vertraulich davon gesprochen. Die Forderung Marquis di San Giulianos, dass vor der Rückgabe der okkupierten Inseln die italienische Souveränität über Tripolis von den Grossmächten anerkannt werden müsse, hält auch der Unterstaatssekretär für ganz unakzeptabel und hat dies dem italienischen Botschafter nicht verhehlt. Herr Pansa ist heute — wie er behauptet in privater Angelegenheit — auf kurzen Urlaub via Kissingen zum Besuche Herrn von Kiderlen-Waechters nach Italien abgereist. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3589, 3592, 3599. — [b]) n. 3586.

Nr. 3592. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 28. Juni 1912 Nr. 213 (eing. 29. Juni 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Commendatore Volpi war 27. v. M. bis 16. d. M. in Konstantinopel. Wie ich auf indirektem Wege streng vertraulich erfahre, überbrachte er den türkischen Staatsmännern nachstehende Proposition: Pforte solle Rückkehr ausgewiesener Italiener autorisieren und gleichzeitig Waffenstillstand auf ganzer Linie abgeschlossen werden, während dessen je zwei türkische und zwei italienische Delegierte auf ausländischem Boden zusammentreten und Friedensmodalitäten beraten sollten. Ob diese Proposition von

italienischer Regierung selbst ausgeht oder anderer Initiative entspringt, konnte ich noch nicht feststellen. Volpi war auch bei Assim Bey und könnte der mir von letzterem ausgesprochene in meinem Telegramme Nr. 200 vom 18. d. M. erwähnte Gedanke einer Unabhängigkeitserklärung Tripolitaniens damit zusammenhängen. Streng vertraulich erfahre ich auch, daß man türkischerseits den jüdischen Deputierten von Salonik, Karasso, als einen der Delegierten, und Luzern als Ort der Unterhandlung ins Auge gefasst hat. Man scheint also der Sache näher getreten zu sein, doch ist sie durch die kritischen Ereignisse in der Armee momentan ausgeschaltet.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3591, 3593, 3608, 3615.

Nr. 3593. Tel. nach Rom, 28. Juni 1912 Nr. 103 (chiffr. 29. Juni 12 U. 45 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. Szápáry u. Berchtold).

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 73 vom 26. d. M. Ich hatte heute betreffs der italienischerseits abzugebenden schriftlichen Erklärung über den provisorischen Charakter der Inselbesetzungen eine neuerliche Unterredung mit Herzog Avarna, welche folgenden Verlauf nahm: ... *Auszug von n. 3594 unter fast wörtlicher Wiedergabe des Schlusses von „Am Schlusse unserer Unterredung" bis „dieser Inseln an die Türkei geltend zu machen"* ... Ich ersuche Euer Exzellenz, sich zum Marquis di San Giuliano zu begeben und demselben die vorstehende Erklärung zu wiederholen. Um Mißverständnisse zu vermeiden, wollen Euer Exzellenz im Anschlusse an diese Erklärung Marquis di San Giuliano in geeigneter Weise zu verstehen geben, daß sich dieselbe nur auf die bisherigen Inselbesetzungen bezieht und daß für den Fall weiterer Okkupationen im Archipel meine Antwort aufrecht bleibt, welche ich Herzog Avarna am 31. v. Mts.[b]) erteilt hatte, als er mir die Absicht einer Besetzung von Chios ankündigte (Telegramm vom 2. l. Mts. Nr. 91). Zu Euer Exzellenz rein persönlichen Richtschnur bemerke ich, daß ich Wert darauf lege, diese ebenso fruchtlose als unerquickliche Diskussion nunmehr in freundschaftlicher aber auch endgiltiger Weise beendet zu sehen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3592, 3597, 3599, 10747. — [b]) Vgl. n. 3548.

Nr. 3594. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 28. Juni 1912.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Geheim. Herzog Avarna erschien heute bei mir und versuchte, die aus dem Telegramme aus Rom Nr. 73 vom 26. d. M. bekannten Einwendungen der italienischen Regierung gegen die von mir vorgeschlagene Redigierung der italienischerseits abzugebenden schriftlichen Erklärung über den provisorischen Charakter der Inselbesetzungen Punkt für Punkt mit großem Aufwande an Scharfsinn und Beredsamkeit zu verdolmetschen und zu begründen. Italien könne sich nicht verpflichten, den „statu quo ante territorial et politique" bei Räumung der Inseln wiederherzustellen, da der Regierung dadurch die Hände für die Zukunft in einer Weise gebunden

würden, daß sie, im Falle sich Garantien gegen türkische Repressalien zum Schutze der christlichen Inselbewohner als notwendig erweisen sollten, dieselben zu verweigern genötigt wäre. Marquis di San Giuliano schlage daher vor, entweder das Wort „politique" einfach wegzulassen, was dem Texte des Artikels VII des Dreibundvertrages entsprechen würde, oder die Bezeichnung „statu quo ante territorial et de droit" zu wählen, wonach die Privilegien der Inselbewohner wieder in Kraft zu treten hätten, welche denselben 1835 verliehen und nachher ungerechtfertigter Weise von der Pforte wieder entzogen worden seien. Ich entgegnete, daß in ersterer Beziehung unter die bloße Bezeichnung „statu quo ante territorial" auch die Eventualität fallen würde, daß den Inselbewohnern eine Autonomie in Aussicht gestellt werde, wozu wir schon mit Rücksicht auf unsere neutrale Stellung, dann aber auch wegen der damit verbundenen politischen Bedenken nicht von vorneherein unsere Zustimmung geben könnten. In Bezug auf die andere italienische Alternative aber müsse ich darauf verweisen, daß die im Jahre 1835 den Inselbewohnern verliehenen Privilegien mit der im Jahre 1869[b]) erfolgten Einführung des türkischen Vilajetsgesetzes außer Kraft gesetzt worden seien, abgesehen davon, daß sie für die Inseln Rhodus und Kos überhaupt nie bestanden hätten. Über dieses Thema entspann sich eine längere Kontroverse, in deren Verlaufe ich den Botschafter auf die Unfruchtbarkeit und Zwecklosigkeit dieser Auseinandersetzungen aufmerksam machen zu sollen glaubte. Herzog Avarna ging dann auf die Bemänglungen seiner Regierung betreffs des Punktes der Evakuierung Lybiens durch die „regulären" türkischen Truppen über und meinte, Italien könne sich nicht der Gefahr aussetzen, daß die Pforte ihre Truppen zum Scheine congediere, wodurch sie nominell zu Irregulären würden, ohne es de facto zu sein. Im gegebenen Falle würde Italien gewiß nicht die Räumung der Inseln infolge des etwaigen Zurückbleibens versprengter Irregulärer in Lybien verzögern, es müsse sich jedoch hierüber die Beurteilung vorbehalten. Meinerseits vertrat ich den Standpunkt, daß sich die einzelnen Fälle nicht vorhersehen ließen und besser zur gegebenen Zeit zur Erörterung zu gelangen hätten. Jedenfalls könnten wir uns nicht in einer Weise binden, die es der italienischen Regierung frei ließe, in der Zukunft nur nach eigenem Gutdünken den Zeitpunkt der durchgeführten Evakuierung festzustellen. Bezüglich des dritten und letzten Punktes, des Verlangens Italiens, die Anerkennung der italienischen Souveränität durch die Mächte in die Erklärung aufzunehmen, bemühte sich Herzog Avarna, mir den Beweis zu liefern, daß ich durch das seinerzeitige Einlegen eines Vetos gegen die italienischen Inselbesetzungen über die Grenzen der Neutralität hinausgegangen sei. Damals habe es sich um türkische Interessen gehandelt. Nun, wo italienische Interessen am Spiele stünden, beriefe ich mich auf die Rücksichten des strikten Neutralitätsstandpunktes. Er glaube, daß der Verbündete dieselbe Behandlung beanspruchen könne, wie eine nicht im Allianzverhältnisse stehende Macht. Ich erwiderte Herzog Avarna, meine Haltung in der Frage der Inselbesetzungen ergebe sich aus dem Wortlaute und Geiste des Dreibundvertrages; ein Hinwegsetzen über die Postulate des letzteren, beziehungsweise ein Preisgeben der darin eingegangenen wechselseitigen Stipulationen

zugunsten Italiens wäre meines Erachtens eine Neutralitätsverletzung gegenüber der Türkei gewesen. Die Forderung, daß diese Stipulationen eingehalten werden, könne ich unmöglich als Neutralitätsverletzung gegenüber Italien betrachten. Andererseits machte ich geltend, daß das Verlangen Italiens hinsichtlich der Aufnahme des Passus, betreffend die Anerkennung der italienischen Souveränität über die beiden Provinzen, schon deswegen für uns unannehmbar sei, weil dadurch die Besetzung der Inseln, welche von der italienischen Regierung ursprünglich als Faustpfand im Kriege gegen die Türkei hingestellt worden war, nunmehr gegen uns unter dem Anscheine eines Pressionsmittels ausgespielt würde. Am Schlusse unserer Unterredung erklärte ich dem Botschafter, daß ich zur Überzeugung gelange, der bisherige Gang der Verhandlungen über diese Frage lasse es als aussichtslos erscheinen, zu einem befriedigenden Resultate zu kommen,[c] ja es sei zu besorgen, daß die vorhandenen Divergenzen im weiteren Verlaufe der Diskussionen die zutage getretenen Gegensätze nur noch vertiefen würden. Unter diesen Umständen möchte ich es vorziehen, von einer schriftlichen Erklärung der italienischen Regierung abzusehen und bloß die mündliche Zusicherung in Geltung zu lassen, welche mir Herzog Avarna anläßlich der Besetzung von Rhodus, Karpathos und Stampalia ohne Verklausulierung erteilt[d] und deren Abgabe er mir wiederholt und insbesondere noch am 18. v. M. bestätigt hatte.[e] Ich fügte bei, daß ich bezüglich der anderen Inselbesetzungen, nämlich der ohne vorheriges Einvernehmen mit uns erfolgten Okkupation von Kos und der übrigen kleineren Inseln, den seinerzeit dem Botschafter mitgeteilten Standpunkt aufrechthalte, daß ich mir jedoch vorbehalten müsse, das uns unzweifelhaft zustehende Kompensationsrecht im Falle der Nichtzurückstellung dieser Inseln an die Türkei geltend zu machen. Herzog Avarna versprach mir, meine oben wiedergegebene Erklärung zur Kenntnis seiner Regierung zu bringen.[f]

[a] Vgl. n. 3593, 3596, 3599, 3606. — [b] Vgl. G. Young, Corps de droit Ottoman I (Oxford 1905) S. 36, 156. — [c] Erste Beilage zu n. 3596. — [d] Vgl. n. 3440. — [e] Vgl. n. 3447, 3525. — [f] n. 3595, 3596.

Nr. 3595. Privatschreiben an den ital. Botschafter, 28. Juni 1912.[a] Konz. (S. Rappaport; G. fehlt.)[b]

Je me permets de Vous restituer ci-joint le texte du télégramme que Vous avez l'intention d'adresser à Votre Gouvernement au sujet de notre entretien d'aujourd'hui,[c] ainsi les autres pièces[d] que Vous m'avez transmises. Je Vous proposerais d'éliminer le passage: „à cause de l'impossibilité de préciser d'une façon exacte nos points de vues respectifs" et de modifier la conclusion de la manière suivante: „a ajouté que dans le cas que nous ne restituerions pas à la Turquie après la cessation des hostilités les îles en question, il ne pourrait que se réserver le droit aux compensations, dont il m'avait fait mention dans l'entretien susdit."

[a] Vgl. n. 3594, 3596. — [b] Amtsvermerk (S. Rappaport): mundiert und expediert. 28. 6. 912 abends. — [c] Vgl. erste Beilage zu n. 3596. — [d] Es liegt nur ein Stück und zwar zweite Beilage zu n. 3596 vor.

Nr. 3596. Privatschreiben des ital. Botschafters, 28. Juni 1912.[a] Eigh. Ausfert.

Je me permets de vous adresser ci-joint le texte des declarations que vous m'avez faites tantôt[a] et que je vous serai très obligé de me restituer avec vos modifications. Je me permets aussi adresser ci-joint, avec prière de restitution, le texte des declarations que vous m'avez faites dans l'entretien du 22 mai dernier[b] et dont le Comte Hoyos a pris copie.[c] Avarna.

[a] Vgl. n. 3583, 3594, 3595, 3597. — [b] Vgl. n. 3534, 3535. — [c] Ein Pare dieser Aufzeichnung liegt nicht vor. Die zweite Beilage zu obigem Privatschreiben entspricht inhaltlich im großen und ganzen n. 3534 und n. 3535.

Erste Beilage zu n. 3596. Ital. Fassung der dem ital. Botschafter in der Unterredung vom 28. Juni 1912 abgegebenen Erklärungen. Abschrift.

Le Comte Berchtold m'a dit qu'en présence de la difficulté de pouvoir concorder une formule relative à la restitution des îles (à cause de l'impossibilité de préciser d'une façon exacte nos points de vue respectifs) il lui semblait plus convenable, dans l'intérêt commun, de ne rédiger aucune déclaration,[a] mais de se tenir à la déclaration verbale que je lui avais faite, au nom de Votre Excellence, dans l'entretien du 15 Avril[b] suivant laquelle la restitution des îles serait subordonnée à la cessation des hostilités. A ce propos le Comte Berchtold a observé que cette déclaration avait été faite par moi en prévision de l'occupation de notre part des îles de Rhodes, Karpathos et Astropalie et qu'elle ne pouvait dès lors que se référer à ces îles mêmes.[c] Nous avions depuis occupé d'autres îles, dont il ne se rappelait pas le nom. En se référant à la déclaration qu'il m'avait faite, à la suite de cette occupation, dans l'entretien du 22 Mai dernier,[d] le Comte Berchtold a ajouté que dans le cas que nous ne restituerions pas à la Turquie, après la cessation des hostilités, les îles en question, il ne pourrait que se réserver le droit aux compensations,[e] dont il m'avait fait mention dans l'entretien susdit.

[a] Vgl. n. 3594. — [b] Vgl. n. 3440. — [c] Vgl. n. 3525, 3594. — [d] n. 3534, 3535. — [e] n. 3594.

Zweite Beilage zu n. 3596. Aufzeichnung über die dem ital. Botschafter am /21. und/ 22. Mai 1912 abgegebenen Erklärungen. Abschrift.

Le Comte Berchtold m'a fait connaître que, malgré son désir, de se montrer condescendant envers l'Italie, il lui était toutefois impossible de ne pas tenir compte des intérêts spéciaux de la Monarchie, tendant à empêcher toute complication dans les Balcans, ainsi que tout changement du statu quo territorial dans les territoires ottomans visés par l'article VII. Il devait pourvoir, en même temps, à la tutelle des colonies austro-hongroises en Orient. Il n'aurait partant pu admettre que l'Italie — contrairement aux engagements pris avec l'article VII du traité-fasse des opérations contre les côtes européennes ottomanes et les îles de la mer Egée, opérations qui auraient pu donner occasion aux complications et aux changements du statu quo susdits, qu'il estimait nécessaire d'éviter à cause de la responsabilité qui

lui incombait. Le Ministre Impérial et Royal a ajouté que sous la dénomination d'îles de la mer Egée dont il est question, dans l'article VII susdit, on devait, d'après lui, comprendre indistinctement toutes les îles qui se trouvaient dans les eaux de cette mer, soit qu'elles fussent considérées européennes ou asiatiques. Au cours de la conversation tout-à-fait personnelle, que j'ai eu avec le Comte Berchtold, ce dernier m'a laissé comprendre qu'il n'aurait soulevé aucune objection contre une opération navale que nous aurions faite, le cas échéant, contre les îles de Rhodes, Carpathos ou Astropalie, ni contre leur occupation de notre part attendu que ces îles ne se trouvaient pas vraiement dans la mer Egée.

Nr. 3597. Tel. aus Rom, 30. Juni 1912 Nr. 74 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Ich habe mich gestern abends dem Minister des Äussern gegenüber des mir mit dem hohen Telegramme Nr. 103 erteilten Auftrages entledigt. Marquis San Giuliano nahm von meiner Erklärung Akt und gab auf me nen Rat seine Absicht auf, Euer Exzellenz neue Formulierungen der kontroversen Teile der italienischen Erklärung über den temporären Charakter der Inselbesetzungen vorzuschlagen. Minister fügte bei, dass man italienischerseits mit oder ohne schriftliche Erklärung die Inseln sobald als nur möglich und jedenfalls sobald man loyalerweise den Kriegszweck als erreicht betrachten könne zurückstellen werde und Frage der Inselprivilegien nicht nur keineswegs aufzuwerfen, sondern, wenn nur irgend tunlich, deren Aufrollung von dritter Seite vermieden zu sehen wünsche. Mérey.

[a] Vgl. n. 3596, 3599.

Nr. 3598. Tel. aus Belgrad, 1. Juli 1912 Nr. 40 (eing. 2. Juli 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Es heisst, dass der Gesandte in Sofia, Herr Spalajković, bereits telegraphisch hieher berufen worden sei, woraus man schliessen will, dass er bei Besetzung des Auswärtigen Amtes in Kombination gezogen wird. Obgleich ich diesen Gerüchten keinen besonderen Glauben schenke, bitte ich angesichts seiner gegen Grafen Forgách und die k. u. k. Gesandtschaft betätigten grossen Gehässigkeit und mit Rücksicht auf den diesem Amte zugekommenen, jeden Verkehr mit Spalajković untersagenden Erlass No. 467 vom 2. März v. J. dringend um Instruktion, ob ich gegen seine Ernennung vorstellig werden und welchen Standpunkt ich einnehmen soll, wenn gemeldete, vorläufig unkontrollierbare Nachrichten sich bewahrheiten sollten. Ugron.

[a] Vgl. n. 3590, 3618, 7489.

Nr. 3599. Tel. nach Berlin, 2. Juli 1912 Nr. 73 (chiffr. 6 U. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. Berchtold; G. Szápáry).

Geheim. Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 133 vom 28. v. M. Ich hatte inzwischen betreffs der italienischerseits abzugebenden Erklärung über den provisorischen Charakter der Inselbesetzung am 28. v. M.

eine neuerliche eingehende Unterredung mit Herzog Avarna. Da es sich hiebei neuerdings zeigte, daß eine Einigung über den Text jener Pièce nicht zu erreichen sein würde, ich aber andererseits — insbesondere im Hinblicke auf die momentane innerpolitische Situation in der Türkei — Wert darauf legen muß, diese ebenso fruchtlose als unerquickliche Diskussion in freundschaftlicher, aber auch endgiltiger Weise beendet zu sehen, ... *mit stilistischen Änderungen wie n. 3594 von „erklärte ich dem Botschafter", bis „geltend zu machen"* ... Gleichzeitig wies ich Herrn von Mérey an, ... *mit stilistischen Änderungen wie n. 3593 von „sich zum Marquis di San Giuliano" bis „(Telegramm vom 2. v. M., Nr. 91)"* ... Über den Vollzug dieses Auftrages meldet Herr von Mérey unter dem gestrigen, ... *mit stilistischen Änderungen wie n. 3597 von „Marquis San Giuliano" bis „zu sehen wünsche"* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlicher Information und streng vertraulicher Mitteilung an den Reichskanzler beziehungsweise Herrn von Kiderlen.

[a]) Vgl. n. 3586, 3604.

Nr. 3600. Bericht aus Berlin, 2. Juli 1912 Nr. 25 B (eing. 4. Juli).[a]) *Ausfert.*

Streng vertraulich. Der Reichskanzler begibt sich heute nach Danzig und wird sich im dortigen Hafen auf der Kaiserlichen Jacht „Hohenzollern" einschiffen, um in Begleitung Kaiser Wilhelms zur Entrevue in Baltischport zu fahren. Vor seiner Abreise hatte ich gestern Gelegenheit Herrn von Bethmann Hollweg zu sprechen; über die bevorstehende Begegnung der beiden Kaiser äusserte sich der Reichskanzler ganz im gleichen Sinne wie unlängst Herr von Kiderlen. Es sei ganz ausgeschlossen, dass irgend welche Abmachungen getroffen werden; die Zusammenkunft sei nur eine natürliche Folge des letzten Besuches Zar Nikolaus' in Potsdam; da in der Suite des Kaisers von Russland sich auch Sein Ministerpräsident und Sein Minister des Äussern befinden werden, habe Kaiser Wilhelm es für richtig befunden, auch Seinen Kanzler dieser Entrevue beizuziehen. Herr von Bethmann kennt Herrn Sasonow von dessen Besuche in Potsdam und Berlin, Herrn Kokowzow wird er erst jetzt kennen lernen. Dass bei diesem Anlasse nahezu alle aktuellen Fragen der Politik besprochen werden, sei wol selbstverständlich, doch ist der Reichskanzler der Meinung, dass diese Unterhaltungen nur einen akademischen Charakter haben werden. Die wichtige Frage des italienisch-türkischen Krieges werde gewiss einen breiten Raum in den Besprechungen der beiden Kaiser und ihrer Ratgeber einnehmen. Herr von Bethmann Hollweg beabsichtigt den Standpunkt einzunehmen, dass, wenn auch die ehetunlichste Beendigung des kriegerischen Konfliktes ein europäisches Interesse bilde, und insbesondere von Deutschland und gewiss auch von Russland lebhaft gewünscht werde, ein allzugrosses Drängen unter den gegebenen Verhältnissen nicht angezeigt erscheine. Die seinerzeit unternommenen Démarchen der russischen Regierung, so will sich der Reichskanzler den russischen Staatsmännern gegenüber äussern, hätten jedenfalls wesentlich dazu beigetragen, das Solidaritätsgefühl der Mächte in diesem

Belange zu heben; wenn auch diese Schritte bisher zu keinem greifbaren Resultat geführt hätten, so werde doch hiedurch das Bestreben der Mächte, gemeinschaftlich vorzugehen, aufrechterhalten bleiben. Dem italienischen Botschafter gegenüber, der unlängst auf kurzen Urlaub in seine Heimat reiste, hat sich der Kanzler — wie er mir erzählte — im gleichen Sinne ausgesprochen, jedoch hinzugefügt, dass, wenn auch sämtliche Mächte bereit seien, für die ehetunlichste Beendigung des Kriegszustandes einzutreten, es dennoch vor allem notwendig wäre, dass die beiden Gegner auf irgend eine Art und Weise sich direkt zu verständigen suchen. Bei den jetzigen Verhältnissen am Goldenen Horn, dem Aufstande in Albanien, den Unstimmigkeiten im türkischen Cabinett und dem möglichen Wechsel im Grossvezirate wäre eine solche Verständigung gewiss keine leichte Aufgabe; den Nachrichten aus Constantinopel zufolge scheine man aber dort gerade im jetzigen Augenblicke für wolgemeinte Ratschläge empfänglicher zu sein als dies bisher der Fall war. Auch die deutsch-englischen Beziehungen werden, insbesondere von den zwei Herrschern, erörtert werden. Er, der Reichskanzler, wolle sich in dieser Beziehung sehr reserviert verhalten. Baron Marschall, der erst vor einigen Tagen auf seinem Londoner Posten eingetroffen ist, habe bisher nur über den Verlauf seines Antrittsbesuches bei Sir Eduard Grey berichtet, mit welchem er in jeder Beziehung zufrieden war. Im weiteren Verlaufe unserer Unterredung kam Herr von Bethmann Hollweg wieder auf den italienisch-türkischen Krieg zurück und bemerkte, dass nach verschiedenen Nachrichten, die ihm zugekommen wären, zwischen Rom und St. Petersburg diesbezüglich vertrauliche Pourparlers gepflogen würden, von denen er jedoch keine autentischen Mitteilungen erhalten hätte. Ganz eigentümlich sei es, dass trotz der Entente zwischen Russland und England, Herr Sasonow — wie dies aus Berichten des Grafen Pourtalès hervorgehe — die missliche Situation, in welcher sich England in seiner Mittelmeer Politik befindet, mit einer gewissen Genugtuung und Schadenfreude verfolge. Als der Reichskanzler bei diesem Anlasse mich zu überzeugen versuchte, wie es im Interesse Österreich-Ungarns gelegen wäre, diese italienische Mittelmeer-Politik sympathisch zu beurteilen, habe ich nicht verfehlt ihn zu ersuchen, die österreich-ungarisch-italienischen Gegensätze in der Adria, welche durch ein übergrosses Erstarken der Mittelmeer-Macht Italiens nur verschärft würden, nicht aus dem Auge zu lassen. Herr von Bethmann versicherte mir, dass er unsere diesfälligen Bedenken vollkommen verstehe und würdige, jedoch der Ansicht sei, dass gerade diese bestehenden Interessengegensätze durch die Ausbreitung des italienischen Wirkungskreises im Mittelmeer nur gemildert würden. Hiebei entwarf er ein Zukunftsbild von der Machtstellung der verbündeten österreich-ungarischen und italienischen Flotte im Mittelmeere. Wie ich aus Euer Excellenz Mitteilungen zu entnehmen in der Lage war, haben sich die deutschen massgebenden Persönlichkeiten während Hochdero Aufenthalt in Berlin Euer Excellenz gegenüber in ganz gleichem Sinne ausgesprochen. Obwol diese Äusserungen mir ebenso wie Euer Excellenz von sehr problematischen Werte erscheinen, habe ich bei dem jetzigen Anlasse es doch für nicht angezeigt erachtet, mich in einer Discussion über dieselben einzulassen. Nach der Entrevue in Baltischport

wird sich der Reichskanzler nach St. Petersburg und Moskau begeben; er versichert mir, dass es ihm hiebei nur um eine Vergnügungsreise handle; er wolle die günstige Gelegenheit benützen, um das ihm bisher völlig unbekannte grosse Nachbarreich mit eigenen Augen kennen zu lernen. Graf Pourtalès, ein alter Freund und Verwandter Herrn von Bethmanns, wird ihm bei seiner kurzen Turnée dort von grosser Hilfe sein; ausserdem begleitet ihn der vortragende Rat im Auswärtigen Amte Graf Mirbach-Harff, der durch mehrere Jahre der deutschen Botschaft in St. Petersburg zugeteilt war. Szögyény.

a) Vgl. n. 3605, 3609, 3613, 3629.

Nr. 3601. Bericht aus Sofia, 3. Juli 1912 Nr. 45 (eing. 5. Juli).a) Ausfert.

Anlässlich meines letzten Aufenthaltes in Wien sind dort Gerüchte über eine politische Annäherung zwischen Bulgarien und Serbien zu meinen Ohren gekommen und auch Euer Excellenz hatten die Güte diese Frage gesprächsweise mit mir zu streifen. Es ist mir auf Grund von verlässlichen Informationen gelungen, eine mir vollkommen überzeugend erscheinende Erklärung für das Entstehen der erwähnten Gerüchte zu finden und zugleich zu constatieren, dass es an denselben doch einen Brocken Wahrheit gab. Bald nach dem Ausbruche des italienisch-türkischen Krieges soll zwischen dem hiesigen serbischen Gesandten und Herrn Geschoff ein mündlicher Meinungsaustausch stattgefunden haben, in welchem in Anbetracht der Gefahr einer grösseren Conflagration der beiderseitige Wunsch nach Erhaltung des status quo am Balkan zum Ausdruck gekommen wäre. Der Gedanke zu diesem Meinungsaustausche soll von dem serbischen Gesandten, dessen Rührigkeit und Intriguanten-Natur bekannt sind, ausgegangen sein. Ob Herr Spalaikovitch ganz selbständig oder mit Unterstützung der russischen Diplomatie die bulgarische Regierung zu dem gedachten Meinungsaustausche bewogen hat, lässt sich nicht feststellen. Sichere Anzeichen und gewisse Äusserungen des hiesigen russischen Gesandten sprechen aber jedenfalls dafür, dass er, wenn nicht von vornherein, so doch als erster in das Geheimnis eingeweiht wurde und dass Russland mit der Sache ganz einverstanden war und sogar gewünscht hat, dass die ausgetauschten Gedanken zu Papier gebracht worden wären. Längere Zeit hindurch hat hier, abgesehen von dem russischen Gesandten, niemand von dem besagten Meinungsaustausche Kenntnis gehabt, bis vor ungefähr sechs oder acht Wochen das Geheimnis meinem französischen Collegen anvertraut wurde, welcher in seiner Berichterstattung die Erklärungen, die sich Herr Spalaikovitch und Herr Geschoff abgegeben haben, als „entente passive" bezeichnet hat. Die Meldung von einer serbisch-bulgarischen entente passive hat, wie es scheint, am Quai d'Orsay Eindruck gemacht und ein dortiger Funktionär verständigte davon den türkischen Botschafter, was begreiflicherweise genügt hat, um in ganz Europa das Gerücht von einer zwischen Serbien und Bulgarien geschlossenen Entente zu verbreiten. Mein türkischer College, der in Folge des durch den Pariser türkischen Botschafter geschlagenen Allarmes von der

Pforte aufgefordert wurde hier die Wahrheit zu erfahren, erhielt von Herrn Geschoff die formelle Versicherung, dass Bulgarien keine militärische oder irgend eine andere Convention mit Serbien geschlossen hätte „et que ce deux états auraient seulement en présence du conflict italo-turc constaté par un échange de vues oral que leurs intentions étaient pacifiques et qu'ils tenaient au status quo". Wie mir mein türkischer College versichert, hätte ihm der serbische Gesandte dieselbe Zusicherung erteilt und die Gesandten von Frankreich und Russland beruhigten ihn ebenfalls, dass es sich um keine Militärkonvention sondern um die harmlose mündliche Feststellung, dass Serbien und Bulgarien an dem Status quo festhielten, handelte. Herr Nekludow soll auch dem Türken gesagt haben, dass der Meinungsaustausch „était une chose excellente et que son Gouvernement l'aurait autorisé a dire aux Bulgares qu'il n'avait rien contre à ce que les vues echangées oralement fussent formulées par écrit." Nabi Bey fühlt sich durch die ihm zu Teil gewordenen Versicherungen ganz beruhigt; er hätte von Anfang an eine Verständigung zwischen Bulgarien und Serbien für unmöglich gehalten und er sei ausserdem überzeugt, dass König Ferdinand Sich nie durch ein formelles Engagement binden würde. Nabi Bey zweifelt nicht, dass der Meinungsaustausch nur mündlich und ganz anodynen Charakters war. Ich teile diese Anschauung und die Eindrücke meines türkischen Collegen. Disselben decken sich ja mit der Auffassung, die ich bereits in Wien vor Euer Excellenz auszusprechen die Ehre hatte, indem ich — als ich das erste Mal von den fraglichen Gerüchten Kenntnis erhielt — sagte, dass es sich in diesem Falle entweder um eine Erfindung oder um ein nur ganz harmloses Arrangement handeln dürfte, nachdem einer wirklichen Entente von größerer politischer Tragweite unbedingt eine Verständigung über die serbischen und bulgarischen Interessen-Sphären in Macedonien hätte vorangehen müssen, eine solche Einigung aber — zu der übrigens bei den Bulgaren keine Neigung bestünde — ein sehr schwieriges Problem sei, welches nur nach langwierigen Verhandlungen, die hier nie geführt worden wären, zu Stande hätte kommen können. So harmlos auch, wovon ich — wie gesagt — überzeugt bin, der serbisch-bulgarische Meinungsaustausch war, halte ich ihn doch für symptomatisch und es würde mich interessieren die zwischen Herrn Spalaikovitch und Herrn Geschoff ausgetauschten Gedanken, wie auch den Zeitpunkt, wann dies geschehen ist, ganz autentisch und nicht nur aus den Mitteilungen meines türkischen Collegen zu kennen, der zwar mir gegenüber sehr aufrichtig, möglicherweise aber selbst falsch unterrichtet ist. Ich dachte schon daran Herrn Geschoff gesprächsweise und freundschaftlich zu erwähnen, dass ich von dem fraglichen Meinungsaustausche gehört habe, glaubte aber dann ohne Euer Excellenz Ermächtigung, es nicht tun zu sollen. Der Conseils-Präsident müsste mir jedenfalls eine Antwort geben und sollte auch dieselbe reserviert oder nicht aufrichtig sein, so wäre sie doch — schon dieser eventuellen Reserve halber — bezeichnend. So wenig ich daran zweifeln kann, dass es Serbien war, welches aus Angst vor der Türkei und, wie ich glaube, noch mehr Angst vor uns, den Meinungsaustausch — und zwar wahrscheinlich viel inhaltsreicher, als er dann ausgefallen ist — gewünscht und angeregt hat, so bedauere ich doch bezüglich der Frage, wie

sich Bulgarien zu diesen serbischen Avancen verhalten hat, das heisst ob es auf die Proposition gern oder nur zögernd und ob mehr aus slavischer Solidarität — vielleicht unter dem Einflusse Russlands — oder mit Rücksicht auf die Türkei zu seiner eigenen Sicherheit eingegangen ist, nur auf Vermutungen angewiesen zu sein. Diese meine — leider unbefriedigte Neugierde — entspringt zwar nicht irgend einem ernsteren Verdachte oder der Befürchtung, dass Bulgarien oder etwa gar König Ferdinand von der bisherigen Politik der freien Hand jetzt abschwenken könnten, immerhin aber freut es mich nicht, wenn zwischen den Serben und Bulgaren, wenn auch harmlose, so doch vertrauliche Meinungsaustausche stattfinden, von welchen nur der Russe Kenntnis hat und die ihm den Eindruck einer „chose excellente" machen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3571, 3579, 3603, 3607, 3703, 3764.

Nr. 3602. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 5. Juli 1912 Nr. 57 B (eing. 8. Juli).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Der rumänische Gesandte erzählt mir vertraulich, dass der englische und der russische Geschäftsträger in Bukarest vor kurzem in ihren Gesprächen mit dem interimistischen Leiter des rumänischen Ministeriums des Äussern, Herrn Cretzianu, die Frage einer Annäherung Rumäniens an Bulgarien berührt hätten. Herr Mischu fügte hinzu, Herr Cretzianu hätte den beiden Geschäftsträgern geantwortet, dass seiner Ansicht nach von einer solchen Annäherung keine Rede sein könne und hätte dies in eigentümlicher Weise motiviert, indem er sagte, dass der König von Rumänien ein von ganz Europa anerkannter „Gentleman" ist, König Ferdinand wäre hingegen bekanntlich vollkommen unzuverlässig, so dass ein engeres Verhältnis zwischen diesen beiden Souveränen kaum denkbar wäre. Der Grund, warum mir Herr Mischu obige Mitteilung machte, dürfte auch darin gelegen sein, dass er befürchtet, die Antwort, die Herr Cretzianu dem englischen und dem russischen Geschäftsträger gegeben hat, namentlich aber die hiebei gebrauchte eigentümliche Motivierung, könnte in weiteren Kreisen bekannt werden und Anstoss erregen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3569.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 5. Juli 1912. Siehe n. 3606.

Nr. 3603. Bericht aus Belgrad, 6. Juli 1912 Nr. 67 (eing. 8. Juli).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Es fangen bereits an unkontrollierbare Gerüchte über das plötzliche Ableben des Herrn Milovanović zu zirkulieren. Schon in Zimony wurde andeutungsweise von einer Vergiftung gesprochen und gestern hat man meinem Vertrauensmanne in der russischen Gesandtschaft mit grösster Bestimmtheit gesagt, dass Herr Milovanović nicht eines natürlichen Todes gestorben sei. Auch dort wurde Vergiftung als Todesursache angegeben. Es wurde behauptet, dass der gewesene Ministerpräsident eine

starke Dosis Strychnin genommen hätte und davon gestorben sei. Allerdings scheint dies nicht ganz ausgeschlossen zu sein, da er zur Hebung der Herztätigkeit als stimulierendes Mittel Strychninpulver genommen haben soll. Es würde sich aber in diesem Falle die Frage aufwerfen, ob aus Versehen oder absichtlich ein viel zu grosses Quantum von diesem Pulver genommen wurde, da ein verbrecherischer Anschlag nicht recht angenommen werden kann. In der grossen Öffentlichkeit wird über den angeblich unnatürlichen Tod des Herrn Milovanović noch nicht gesprochen, aber es werden schon Stimmen laut, die behaupten, dass die Ärzte über die Todesursache nicht im Klaren sind und sich in ihrer Diagnose (Urämie) geirrt hätten. Sehr viel wird auch über die Vorkehrungen der Regierung gesprochen, damit der schriftliche Nachlass, die Aufzeichnungen und eventuelle, im Besitze des Verstorbenen gewesene wichtige Dokumente, nicht in die Hände von Unberufenen kommen. Man spricht insbesondere von einer schriftlichen geheimen Konvention mit einer fremden Macht[a] (man meint darunter wohl Russland), die sich im Nachlasse befinden soll und der ein ganz besonderes Gewicht beigelegt wird. Tatsächlich wurde der Schreibtisch des Herrn Milovanović sowohl im Ministerium des Äussern wie auch in der Privatwohnung sofort amtlich versiegelt, wobei es zwischen dem Chef der Sicherheitspolizei und dem Kreispräfekten zu einem heftigen Konflikt kam, da ein jeder das Recht der Versiegelung für sich in Anspruch nahm und sich auf erhaltene spezielle Ordres berief. Der neuernannte Minister des Äussern Herr Jovanović ist mit der Durchsicht der zurückgelassenen Papiere betraut und hat die Arbeit bereits in Angriff genommen. Ugron.

[a] Vgl. n. 3194, 3601, 3607, 3689.

*Nr. **3604**. Tel. nach Konstantinopel, 6. Juli 1912 Nr. 122 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).*

Streng vertraulich. Herr von Mérey, welcher den Inhalt Euer Exzellenz Telegramme Nr. 200 vom 18. v. M. und Nr. 204 vom 22. v. M. bei Marquis San Giuliano verwertet hat, meldet mir, wie folgt: Was die verschiedenen in den Vordergrund gestellten Friedensprojekte betrifft, so sei jenes der Aufteilung der beiden Provinzen zwischen Italien und der Türkei ganz ausgeschlossen. Ebenso erscheine auch ihm gleichwie der türkischen Regierung die im hierortigen Erlasse Nr. 2284 skizzierte Idee als undurchführbar. Dagegen erblickt er in der Idee Assim Beys einen, wenn auch nicht neuen, so doch brauchbaren Kern, nämlich den Gedanken, à travers la déclaration d'indépendance des deux provinces zu einem Arrangement mit der Türkei zu kommen und dann — sei es durch gütliche Auseinandersetzung, sei es durch Waffengewalt — mit den Arabern fertig zu werden. Von der Zurückziehung der italienischen Truppen könne natürlich keine Rede sein und die Einsetzung eines arabischen Beys, dessen Autorität anerkannt würde, könne er sich nicht recht denken. Er sei aber bereit, diesen Faden weiter zu spinnen und konkrete und diskutable Vorschläge auf dieser Basis entgegenzunehmen. Die vorstehenden Auslassungen des Marquis di San Giuliano sind darum von Wert, weil sie uns die Möglichkeit bieten, der —

wie es den Anschein hat — bedrängten Tagen entgegensehenden Türkei mit diplomatischen Mitteln beizustehen und den für die derzeitigen Gleichgewichtsverhältnisse im nahen Oriente drohenden Gefahren Einhalt zu tun. Ich muß es jedoch angesichts der krisenhaften Zustände im Schoße der türkischen Zentralregierung dem Ermessen Euer Exzellenz überlassen, den richtigen Moment zu wählen, um die begonnene Konversation mit den türkischen Staatsmännern fortzusetzen. Hiebei wäre namentlich von Wichtigkeit festzustellen, ob Assim Bey einen arabischen Bey namhaft machen könnte, der ihm geeignet erschiene, die Regierung über die von der Pforte unabhängig zu erklärenden Provinzen zu übernehmen und mit der italienischen Regierung wegen Abschlusses eines Abkommens in Verbindung zu treten. Was die Zurückziehung der italienischen Streitkräfte anbelangt, von welcher nach Marquis San Giulianos Ansicht keine Rede sein könne, schwebt mir der Gedanke vor, daß die Unabhängigkeitserklärung sich nicht auf die bereits von Italien militärisch besetzten und als bereits in seinem Besitze zu betrachtenden Küstenplätze zu erstrecken hätte und daß somit die beiderseitige Erklärung der Zurückziehung der Truppen nur für das eigentliche Kampfgebiet und das Hinterland zur Anwendung kommen würde. Zu Euer Exzellenz persönlicher Information möchte ich beifügen, daß ich die eventuell von Euer Exzellenz in der angedeuteten Richtung beigebrachten Daten nur unter der Voraussetzung zu weiteren diplomatischen Sondierungen verwerten würde, daß die Lage der Dinge in der Türkei einen baldigen Friedensschluß vom Standpunkte unserer Interessen erstrebenswert erscheinen ließe.

[a]) Vgl. n. 3599, 3605, 3606, 3610, 3615, 3653.

Nr. 3605. Bericht aus Paris, 6. Juli 1912 Nr. 27 C (eing. 8. Juli).[a]) *Ausfert.*

Herr Paléologue sagte mir heute, dass man im Auswärtigen Amte noch keine näheren Nachrichten über die Entrevue von Baltisch-Port[b]) habe. Nach den Mitteilungen, die vorhergehend den französischen Botschaftern in St. Petersburg und Berlin gemacht wurden, erwarte man aber hier keine sensationellen Resultate von dieser Zusammenkunft. Was speziell die momentan wichtigste Frage, den türkisch-italienischen Krieg betrifft, so sei weder von St. Petersburg noch von Berlin die Initiative einer Separat-Action zu befürchten. Nach Ansicht Herrn Poincarés könne die Friedensfrage nur im vollen Einvernehmen sämtlicher neutraler Grossmächte gelöst werden, und könnte Frankreich in dieser Angelegenheit nur an einer gemeinsamen Action aller Mächte teilnehmen. Freiherr von Schoen sprach mir kürzlich mit sichtlicher Befriedigung von der Haltung, die Herr Poincaré in der Vermittlungs-Frage einnimmt. Ich glaube, sagte der deutsche Botschafter, wir können ganz beruhigt darüber sein, dass Frankreich sich nicht durch Russland zu einer Separat-Action in der Friedensfrage wird verleiten lassen. Allein aber wird Russland eine solche Action kaum unternehmen wollen.

Szécsen.

[a]) Vgl. n. 3604, 3606, 3609. — [b]) Vgl. n. 3600.

Nr. 3606. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 6. Juli 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Herzog Avarna hat mich gestern aufgesucht und mir gesagt, er habe aus Rom den Auftrag erhalten, in Entsprechung des von mir geäußerten Wunsches die Konversation über eine schriftliche Wiederholung der mir von ihm seinerzeit erteilten mündlichen Zusicherung betreffs Rückstellung der Inseln fallen zu lassen. Er wolle mir aber bei dieser Gelegenheit seine damalige Zusicherung wiederholen und mich bitten, überzeugt zu sein, daß seine Regierung in loyalster Weise an ihrem Engagement festhalten werde. Um jedem Mißverständnisse vorzubeugen, müsse er mir jedoch sagen, daß er bei der Wahl des Audruckes „après la cessation des hostilités" es als ganz selbstverständlich vorausgesetzt habe, daß darunter jener Zeitpunkt gemeint sei, wenn Italien den Kriegszweck erreicht haben werde, nämlich die Zurückziehung der türkischen Streitkräfte aus Lybien und die Anerkennung der Souveränität Italiens über die beiden nordafrikanischen Provinzen seitens der Großmächte. Dies entspräche der im Monate März erfolgten italienischen Mitteilung an die Vertreter der Großmächte in Rom, weshalb er, Avarna, bei Erteilung der seinerzeitigen mündlichen Zusicherung dies neuerlich zu präzisieren nicht für notwendig befunden habe. An diese Bemerkung anschließend, wiederholte mir der italienische Botschafter, daß seine Regierung mit den Inselbesetzungen gewiß keine anderen Ziele verfolge; auch wolle sie den territorialen status quo im Oriente aufrecht erhalten sehen und alles vermeiden, was zu Komplikationen oder Rückschlägen auf den Balkan führen könnte. Seine Regierung sei weiters bestrebt, die Bande der Freundschaft und des Bundesverhältnisses zu der Monarchie immer enger zu gestalten. Ich habe dem Botschafter erwidert, daß ich diese seine letzte Bemerkung gebührend einzuschätzen wisse und in dem namens seiner Regierung ausgesprochenen Wunsche meine eigenen Anschauungen widergespiegelt sehe. Was jedoch die Auslegung der von ihm seinerzeit gebrauchten Worte „après la cessation des hostilités" anbelange, so sei mir die dadurch zum Ausdruck gebrachte italienische Auffassung aus unseren Gesprächen der letzten Zeit ohnedies bekannt; ich könne jedoch von seiner bezüglichen Erklärung aus den ihm seinerzeit mitgeteilten Gründen nicht Akt nehmen. Ich hielte, wie er wisse, den von seiner Regierung eingenommenen Standpunkt für Italien nicht für praktisch und für uns unannehmbar; auch müsse ich ihn bitten, über diesen Gegenstand nun nicht weiter zu sprechen und könne nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir in der Zukunft durch die Gestaltung der Dinge nicht gezwungen würden, uns über diesen Gegenstand noch weiter auseinander zu setzen. Herzog Avarna erwiderte, daß er meinem Wunsche willfahre, der sich auch mit seinen letzten Instruktionen decke; indessen könne er aber nicht verhehlen, daß er, für seine Person, es lieber gesehen hätte, wenn es zu einer klaren Aussprache und einer schriftlichen Festlegung derselben hätte kommen können. Ich stimmte dem Botschafter im Prinzipe zu, bemerkte aber, daß es in praxi vielleicht doch besser sei, eine kleine, offen eingestandene Meinungsdifferenz nicht durch zwecklose Debatten zu vergrößern, sondern bei dem bekannten beiderseitigen guten Willen auf die

Zukunft zu vertrauen, die hoffentlich jede Spur dieses Mißverständnisses verwischen werde.

[a]) Vgl. n. 3378 Beilage, 3594, 3604, 3605, 3608, 10747.

Nr. 3607. Privatschreiben aus Sofia, 6. Juli 1912 (eing. 8. Juli).[a]) Ausfert.

Streng geheim. Euer Excellenz hatten die Güte, mir vor ungefähr drei Wochen anlässlich meines letzten Aufenthaltes in Wien „zu meiner Orientierung vertraulich" bekannt zu geben, dass Hochdieselben aus sicherer Quelle die Meldung erhalten haben, laut welcher zwischen Bulgarien und Griechenland eine politische Annäherung in der Form einer nicht näher definierten Allianz zu Stande gekommen wäre. Als ich über diese mir wenig glaubwürdig erschienene Nachricht meinen Zweifeln Ausdruck zu geben anfing und zugleich bemerkte, dass meines Wissens nur von einer — in meiner Berichterstattung wiederholt erwähnten — Besserung der Beziehungen, speciell auch der Griechen und Bulgaren in Macedonien, nicht aber von einer so weit gehenden politischen Annäherung der beiden Königreiche, dass dieselbe ein Bündnis darstellen würde, die Rede sein könnte, erwiderten Euer Excellenz, dass es sich in diesem Falle um kein Gerücht, sondern um eine ganz positiv lautende Anzeige handelte. ... *Folgen Ausführungen, warum eine griechisch-bulgarische Allianz unwahrscheinlich. Ministerpraesident Geschow habe Tarnowski gegenüber alle diese Nachrichten über ein serbisch-bulgarisches oder griechisch-bulgarisches Bündnis als „nouvelles enfantines" bezeichnet, die „ne valent pas la peine d'être dementies".* ... Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3549, 3601, 3603, 3614, 3703, 3764, 4065.

Nr. 3608. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 7. Juli 1912 Nr. 227 (eing. 8 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Mit Bezug auf vorletztes Alinea meines ergebensten Telegrammes Nr. 213[b]) vom 28. vorigen Monats: Ich höre aus derselben Quelle, dass nicht Deputierter Carasso, sondern Staatsratspräsident Prinz Said Halim Pascha, ein Verwandter des Khedive, nach Luzern entsendet werden soll. Italienischerseits wird angeblich ein Deputierter (ehemaliger Minister) mit dieser Mission betraut. Vorläufig soll der Zweck der Zusammenkunft bloss der sein, eine Basis für weitere Verhandlungen ausfindig zu machen. Die ganze Angelegenheit wird streng geheim gehalten. Ich glaube kaum, dass man unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu einem praktischen Resultate gelangen könnte, da die jetzige Regierung weniger denn je in der Lage ist, in der prinzipiellen Frage nachzugeben. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3606, 3610, 3615, 3620. — [b]) Vorletztes Alinea von n. 3592 reicht von „Streng vertraulich" bis „gefaßt hat".

Nr. 3609. Tel. des deutschen Kaisers Wilhelm II. an Kaiser Franz Josef I., ohne Datum (eing. durch deutsche Botschaft 8. Juli 1912, an die Kabinettskanzlei des Kaisers nach Ischl weitergegeben, chiffr. 8. Juli 2 U. p. m).[a]) Entziff.

Eile, Dir mitzuteilen, dass Ich, für uns beide, von Meiner Entrevue mit dem Zaren durchaus befriedigt bin. Fand den Zaren aufgeräumt und

mitteilsam, die Kaiserin in sichtlich gebesserter Gesundheit. Die jungen Grossfürstinnen sämtlich blühend und frische Mädchen. Die Munterkeit und das kräftige Aussehen des Thronfolgers bestes Dementi der über sein Befinden kursierenden ungünstigen Gerüchte. Ich sowohl als auch der Reichskanzler hatten eine Reihe eingehender Gespräche mit dem Zaren wie auch mit den Ministern Herrn Kokowzow und Herrn Sazonow. Beide machen vortrefflichen und Vertrauen erweckenden Eindruck. Nehme erfreuliche Überzeugung mit, dass Russland, welche Wendung auch immer der italienisch-türkische Krieg nehmen möge, sich nicht zu einer Politik der Überraschungen und der Unruhe verleiten lassen wird. Auch die Bereitwilligkeit, auf eventuelle kriegerische Velleität der kleinen Balkanstaaten bremsend einzuwirken, hat erneuten bestimmten Ausdruck gefunden. Alles in allem anscheinend ehrlich empfundenes Friedensbedürfnis, welches unserer beider Friedenspolitik nur zu gut kommen kann, was die Hauptsache.

Wilhelm.

[a]) Vgl. n. 3600, 3605, 3611, 3613, 3629, 3714.

Nr. 3610. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 8. Juli 1912 Nr. 229 (eing. 9. Juli 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 122 vom 6. d. M. erhalten. Angesichts der Lage, in der sich die türkische Regierung heute befindet, ist es, meiner Ansicht nach, zur Zeit unmöglich, die in der Frage des italo-türkischen Konfliktes begonnene Konversation mit den türkischen Staatsmännern irgendwie fortzusetzen. Es muss jedenfalls der Ausgang der aller Wahrscheinlichkeit nach bevorstehenden Krise abgewartet werden, da gerade die jetzige Schwäche der Regierung es derselben unmöglich machen würde, sich in der tripolitanischen Frage in beliebiger Weise nachgiebig zu zeigen. Hilmi Pascha, mit dem ich gestern sprach, sagte mir übrigens, dass in dieser Angelegenheit jede türkische Regierung denselben Standpunkt einnehmen müsste, da es diesfalls überhaupt nicht von deren Willen abhänge, die italienische Auffassung zu akzeptieren. Selbst wenn die Türkei die Araber Tripolitaniens aufgebe, so fänden dieselben bei Stammverwandten Unterstützung, was für Mächte, die auch mit einer arabischen Bevölkerung zu rechnen haben, noch weitere Verwicklungen nach sich ziehen könnte. Was speziell die Idee Assim Beys anbelangt, möchte ich nur jetzt bemerken, dass die schwache Seite derselben im Ausfindigmachen eines Beys liegt, der den Arabern gegenüber die erforderliche Autorität besässe. Dies gestand mir übrigens kürzlich Assim Bey selbst. Eine weitere grosse Schwierigkeit, über die man bei einer solchen Lösung hinweg kommen müsste, sei die, dass die Türkei den Anschein vermeiden muss, als wenn sie die Araber im Stiche gelassen und an Italien ausgeliefert hätte. Wenn die Dinge sich hier einigermassen geklärt haben werden und ich den richtigen Moment als (gekommen)[b]) erachte, um die angebahnte Konversation fortzuspinnen, werde ich von Euer Exzellenz hoher telegraphischer Ermächtigung Gebrauch machen.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3608, 3612, 3615. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 3611. Tel. aus St. Petersburg, 8. Juli 1912 Nr. 114 (eing. 9. Juli 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow sagte mir heute, er sei mit dem Verlauf der Entrevue in Baltisch-Port ausserordentlich zufrieden, da diese in ihrem ganzen Verlaufe einen ungewöhnlich herzlichen Charakter trug. Irgend welche bestimmte Abmachungen seien, wie der Herr Minister hinzufügt, nicht getroffen worden und auch bezüglich des Krieges — wie nicht anders zu erwarten — keine neuen Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen oder gefunden worden. Reichskanzler habe ich bisher noch nicht gesehen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3609, 3613, 3616.

Nr. 3612. „Protokoll des, zu Wien, am 8. und 9. Juli 1912 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten, unter dem Vorsitze des Ministers des k. u. k. Hauses und des Äussern Grafen Berchtold. K. Z. 46, G. M. C. P. Z. 494". Konz. (S. Schreibmaschine; V. Günther und Berchtold; G. Berchtold) und Ausfert.

Gegenwärtige: Der königlich ungarische Ministerpräsident von Lukács, der k. k. Minister des Innern Dr. Freiherr von Heinold als Vertreter des k. k. Ministerpräsidenten, der k. u. k. Kriegsminister G. d. I. Ritter von Auffenberg, der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Ritter von Biliński, der k. k. Finanzminister Ritter von Zaleski, der königlich ungarische Finanzminister Dr. Teleszky, der k. u. k. Marinekommandant Admiral Graf Montecuccoli, der k. u. k. Chef des Generalstabes F. M. L. Schemua.

Protokollführer: Hof- und Ministerialrat Ritter von Günther.[a])

Gegenstand: Der gemeinsame Voranschlag für das Jahr 1913.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um $^1/_2$11 Uhr vormittags mit einem allgemeinen Exposé über die äussere Lage, worin er darauf hinweist, dass die übersichtliche Darstellung, welche Graf Aehrenthal in der Ministerkonferenz vom 6. Dezember 1911 entworfen habe, sich hauptsächlich mit dem italienisch-türkischen Kriege sowie mit dem deutsch-englischen Antagonismus und den von dem letzteren zu besorgenden künftigen Krisen befasste. Seit jener Zeit habe der Konflikt zwischen Italien und der Türkei[b]) nicht nur keinen Abschluss gefunden; die Aussichten für dessen weiteren Verlauf seien überdies heute wesentlich ungünstiger, als es damals der Fall gewesen. Die über russische Initiative eingeleitete Friedensaktion habe wegen der zu Tage getretenen unüberbrückbaren Divergenzen namentlich hinsichtlich der Souveränitätsfrage einen kompletten Misserfolg erlitten. Italien sei durch das Gesetz über die Souveränitätserklärung gebunden, die Türkei könne anderseits auf die Oberhoheit über die beiden Provinzen nicht verzichten, ohne Gefahr zu laufen, Aufruhr im eigenen Lande, und zwar sowohl in türkischen wie in arabischen Gebieten wachzurufen. Eine Fortsetzung der Mediationsversuche sei unter diesen Umständen aussichtslos gewesen, umsomehr, als die russische Initiative die Mediation von vorneherein in den Augen der türkischen Regierung odios gemacht hätte. Mit dem Versagen der Vermittlungsaktion habe die Ausbreitung der italienischen Flottenoperationen auf das Ägäische Meer koinzidiert, wodurch der Krieg in ein

ernsteres Stadium getreten sei. Mit Rücksicht auf die Gefahren, welche aus dieser Aktion für die Ruhe am Balkan erwachsen konnten, habe die k. u. k. Regierung ihr Bestreben darauf gerichtet, die italienische Regierung dazu zu bewegen, die militärischen Operationen Italiens im Ägäischen Meere tunlichst einzuschränken und von einer Besetzung der nördlichen Inseln des Archipels sowie von einer Aktion gegen die Dardanellen abzusehen. Die für die letzten zwei Eventualitäten der italienischen Regierung gegenüber formulierten Reserven hätten die gewünschte Wirkung nicht verfehlt. Man habe bis auf weiteres die geplante Aktion zurückgestellt und dafür die kriegerischen Operationen in Lybien wieder aufgenommen. In Italien sei aber in letzter Linie die Volksstimmung entscheidend; man könne sich daher der Besorgnis nicht verschliessen, dass die Fortsetzung der Aktion im nahen Osten der italienischen Regierung in einem gegebenen Augenblicke auch gegen ihren Willen aufgedrängt werden könnte. Schon durch die bisherige Besetzung der von Christen bewohnten Inseln sei insoferne eine schwierige Lage geschaffen, als dadurch der Panhellenismus geweckt worden sei und die seinerzeitige Rückstellung dieser Gebiete ein dorniges Problem bilden werde. Eine Fortsetzung der italienischen Aktion würde aber nach aller Voraussicht zu den verhängnisvollsten Konsequenzen führen. Ein Erscheinen der italienischen Truppen auf den nördlichen Inseln oder die Forcierung der Dardanellen durch die italienische Flotte könnte leicht das Signal zu einer allgemeinen Erhebung am Balkan geben. Die in den letzten Tagen in Form von Meutereien zu Tage getretenen inneren Gebrechen der türkischen Armee schienen geradezu darnach angetan, die Aktionslust der Balkanstaaten zu wecken. Für die österreichisch-ungarische Monarchie würde sich im Falle einer Balkankonflagration die Notwendigkeit ergeben, die Stände an der Grenze zu vermehren, um auf diese Weise als Machtfaktor auftreten zu können und um so zu verhindern, dass Dispositionen über die ihr zunächst liegenden Gebiete wirtschaftlicher Expansion, ohne dass sie befragt werde, getroffen werden. Auf die deutsch-englischen Beziehungen übergehend, bemerkt Graf Berchtold, dass der Gegensatz zwischen den beiden Ländern in den letzten Monaten keine wesentliche Veränderung erfahren habe. Der Versuch Lord Haldanes, einen Ausgleich in betreff des Flottenprogrammes herbeizuführen, habe fehlgeschlagen. Die Rüstungen würden beiderseits mit dem gleichen Übereifer fortgesetzt. Bei den tiefgehenden Rivalitäten der beiden Nationen seien die Chancen des Gelingens der von Kaiser Wilhelm unterstützten Idee, die Verständigung mit England auf einem anderen, dem politischen Terrain anzubahnen, sehr gering. Viel wahrscheinlicher sei es, dass der auch von dem Grafen Aehrenthal prognostizierte Konfliktsfall nicht zu vermeiden sein werde. Besonders ungünstig werde die weitere Ausgestaltung der deutsch-englischen Beziehungen durch den Umstand beeinflusst, dass die öffentliche Meinung in Frankreich seit der vorjährigen Marokkokrise in einem Masse gegen Deutschland aufgebracht sei, wie es seit den 70er Jahren nicht mehr der Fall gewesen. In der vorjährigen Ministerkonferenz habe der königlich ungarische Ministerpräsident den Wunsch ausgesprochen, dass sich die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland[c)] möglichst

vertrauensvoll gestalten mögen. Diesfalls könne Graf Berchtold die Versicherung abgeben, dass es auch sein Bestreben sei, die Fühlungnahme mit dem St. Petersburger Kabinette tunlichst zu vertiefen. Hiebei möge ihm ein gewisses Kapital an persönlichem Vertrauen zu Nutze kommen, das sich aus dem Freundschaftsverhältnisse ergebe, in welchem er zu den leitenden russischen Staatsmännern stehe. Auf der anderen Seite sei jedoch nicht zu verkennen, dass diesem Streben ernste Schwierigkeiten im Wege stehen. Es seien dies namentlich die von der Monarchie in neuerer Zeit verfolgte Ruthenenpolitik und die von Russland traditionell betriebene Balkanpolitik. Er sehe vollkommen ein, dass es eine Unmöglichkeit sei, 4 Millionen ruthenischer Staatsangehöriger die Prinzipien der Gleichberechtigung und die Elemente nationaler Kultur vorzuenthalten, nur weil Russland bei sich in der Niederhaltung des gleichen Volksstammes ein Postulat der Staatsraison erblicke. Man müsse aber damit rechnen, dass nach russischer Auffassung infolge der hier betriebenen Ruthenenpolitik 30 Millionen russischer Ruthenen in Auflehnung gegen die russische Zentralregierung gebracht werden und dadurch an den Grundfesten des heutigen russischen Staatswesens gerüttelt werde. Dass diese Verhältnisse nicht nur eine Annäherung derzeit verhindern, sondern auch leicht entzündlichen Brennstoff in sich bergen, brauche wohl keine nähere Begründung. Was die russische Balkanpolitik anbelange, könne man allerdings momentan in dem Gedanken einige Beruhigung finden, dass Russland eine Komplikation ebenso perhorresziere wie Österreich-Ungarn. Im Falle jedoch eine solche gegen den Willen Österreich-Ungarns eintreten sollte, würde Russland — darüber dürfe man sich keiner Illusion hingeben — in erster Linie die eigenen traditionellen Interessen zum Leitstern seines Handelns nehmen, die mit jenen der Monarchie bekanntlich nicht parallel liefen. Das Gesagte möchte Graf Berchtold dahin resumieren, dass auf dem Horizonte der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns mehrere schwarze Punkte wahrzunehmen seien, vor denen das Auge zu verschliessen Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit wäre. Es seien dies namentlich: 1. der weitere Verlauf des italo-türkischen Krieges; 2. die deutsch-englische Rivalität, verschärft durch den Antagonismus: Frankreich gegen Deutschland; 3. die innen- und aussenpolitischen Hindernisse, die einer Annäherung Österreich-Ungarns an Russland im Wege stehen. Ein jedes dieser Momente könne die Monarchie im gegebenen Augenblick vor die Notwendigkeit stellen, zur ultima ratio greifen zu müssen, sei es um die eigenen vitalen Interessen zu schützen, sei es um ihren Allianzpflichten nachzukommen. Aufgabe der Diplomatie werde es natürlich sein, tunlichst zu verhüten, dass es zu einem solchen Unheile komme. Die Diplomatie sei aber zur Ohnmacht verurteilt, wenn sie keinen Rückhalt habe in einer adäquaten Wehrmacht, einem schlagfertigen Heere und einer kriegsbereiten Marine. Es könnte dann die Monarchie leicht vor die peinliche Alternative gestellt werden: entweder die Stirne zu bieten mit dem Risiko, sich einem Konflikte auszusetzen, der zu einem Kataklysma führen kann, oder zurückzuweichen mit der Gewissheit, damit als selbständiger Machtfaktor zu abdizieren und im Wettbewerbe der Grossmächte unterzugehen. Er müsse daher den dringenden Appell an die beiden

Regierungen richten: die von der Kriegsverwaltung und dem Marinekommando angesprochenen Kredite möglichst vollinhaltlich gutheissen zu wollen.

... Beratung über Voranschlag sowie über die Ausgestaltung von Heer und Flotte. ... Berchtold. Günther, Protokollführer.

Auf der Ausfertigung: Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Bad Ischl, den 7. Sept. 1912. Franz Joseph.

[a]) Die Teilnehmer an der Konferenz haben die Einsichtnahme in das Protokoll durch ihre Unterschrift bestätigt. — [b]) Vgl. n. 3610, 3615. — [c]) Vgl. n. 3495.

Nr. 3613. Tel. nach Berlin, 9. Juli 1912 Nr. 74 (chiffr. 6 U. p. m.).[a]) Konz. (S. u. G. Hoyos).

Im Allerhöchsten Auftrage ersuche ich Euer Exzellenz das nachfolgende, an Seine Majestät den Deutschen Kaiser und König von Preussen gerichtete Telegramm unseres Allergnädigsten Herrn umgehend an seine Bestimmung gelangen zu lassen: „Empfange Meinen herzlichsten Dank für die guten, erfreulichen Mitteilungen, die Du Mir durch Dein gestriges Telegramm über Deine Wahrnehmungen bei der Entrevue mit dem Zaren zu machen die Güte hattest. Ich sehe darin einen neuen Beweis Deiner freundschaftlichen Gefühle und Unseres innigen Bundesverhältnisses. Herzlich erfreut über die gute Stimmung des Zaren und den günstigen Gesundheitszustand seiner Familie, bin Ich lebhaft befriedigt durch Deine und des Reichskanzlers Eindrücke aus den Unterredungen mit den beiden Ministern. Deine Überzeugung, dass Russland eine Friedenspolitik verfolgen wird und auf die kleinen Balkanstaaten beruhigend einzuwirken bereit ist, gereicht mir zur angenehmen Kenntnis, da eine solche Haltung Russlands Unserer Friedenspolitik in der Tat nur förderlich sein kann. Franz Joseph." Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3609, 3611, 3629, 3714.

Nr. 3614. Tel. aus Berlin, 10. Juli 1912 Nr. 141 (eing. 9 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Unterstaatssekretär ersucht mich, Euer Exzellenz zu melden, er habe eben ein Telegramm des Reichskanzlers aus Petersburg erhalten, laut welchem Herr Sazonow Herrn von Bethmann Hollweg mitgeteilt hat, daß nach den neuesten aus Konstantinopel eingetroffenen Nachrichten die republikanische Bewegung in der türkischen Armee fortwährend zunehme und daß infolgedessen in Sofia große Aufregung herrsche. Herr Sazonow, welcher den russischen Vertreter in Sofia beauftragte, auf die dortige Regierung beschwichtigend einzuwirken, habe an den Reichskanzler das Ansuchen gestellt, daß die deutsche Regierung ihrerseits in Sofia das Gleiche tue. Herr Zimmermann hat im Auftrage des Reichskanzlers dem dortigen deutschen Vertreter entsprechende Instruktionen zukommen lassen. Im Laufe unserer Unterredung erzählte mir der Unterstaatssekretär, daß

deutscher Gesandter in Cetinje telegraphisch meldet, daß auch König Nikolaus wegen der Vorkommnisse in der Türkei außerordentlich beunruhigt ist. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3607, 3629.

Nr. 3615. Erlaß nach Konstantinopel, 10. Juli 1912 Nr. 2863.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramm vom 8. d. M. Nr. 229 habe ich erhalten und möchte zu den Ausführungen desselben vor Allem bemerken, daß es uns gegenwärtig sicherlich nicht um die Eröffnung förmlicher Friedensverhandlungen zu tun ist, sondern daß wir nur die Konversation über eine von Assim Bey selbst vorgebrachte Idee durch die Mitteilung der italienischen Stellungnahme zu diesem Projekte an die Pforte fortzusetzen wünschen. Daß die Pforte dem Gedanken eines Ausgleiches und den Bemühungen, eine Basis hiefür ausfindig zu machen, nicht ablehnend gegenübersteht, geht nicht nur daraus hervor, daß Assim Bey eben jene Anregung Euer Exzellenz gegenüber zur Sprache brachte; für diese Annahme spricht auch der Umstand, daß die Pforte die Absicht hat, von sich aus zum Zwecke geheimer Pourparlers mit einem italienischen Agenten einen Vertreter nach Luzern zu entsenden. (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 227 vom 7. d. M.) Ich verkenne nicht, in welchem Maße die innere Lage des Reiches das sorgenvolle Interesse der türkischen Staatsmänner in Anspruch nimmt. Da aber das zeitliche Zusammentreffen der Bewegung in Albanien und in der Armee mit dem italienischen Krieg gewiß kein rein zufälliges ist und die Situation durch Hinzutreten finanzieller Calamitäten immer schlechter zu werden droht, so dürften die maßgebenden Faktoren in Konstantinopel einen Ausweg aus der prekären Lage darin erkennen, einen Gedankenaustausch fortzusetzen, der zu einer Beseitigung oder Verminderung der äußeren Schwierigkeiten führen kann. Aus diesen Gründen würde ich Wert darauf legen, wenn Euer Exzellenz eine Gelegenheit fänden, sich im Sinne meines Telegrammes vom 6. d. M. Nr. 122 gegenüber den türkischen Staatsmännern auszusprechen.

[a]) Vgl. n. 3592, 3612 Anm. b, 3617, 3619, 3620.

Unterredung mit dem Banus von Kroatien und dem österreichischen Minister des Innern, 10. Juli 1912. Siehe n. 3618.

Nr. 3616. Tel. aus St. Petersburg, 11. Juli 1912 Nr. 117 (eing. 12. Juli 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Reichskanzler, den ich gestern abends vor dessen Abreise nach Moskau sah, sagte mir, wie auch Herr Sazonow (mein Telegramm Nr. 114 vom 8. dieses Monates), dass er mit dem Verlaufe der Entrevue ausserordentlich zufrieden sei und dass namentlich der Verkehr der beiden Monarchen ein ungemein herzlicher gewesen sei. Herr von Bethmann Hollweg fügte hinzu, irgendwelche spezielle Vereinbarungen seien nicht getroffen worden und gebe das veröffentliche Communiqué ein ganz richtiges Bild der statt-

gehabten Besprechungen. Aus diesem Grunde habe er die feste Überzeugung gewonnen, dass die massgebenden russischen Staatsmänner derzeit auf keinerlei abenteuerliche Politik ausgehen und nichts sehnlicher wünschen, als die Ruhe erhalten zu sehen. Aus dem Grunde hätte Russland auch ein lebhaftes Interesse daran, den italo-türkischen Krieg möglichst bald beendigt zu sehen. In diesem Wunsche begegnen sich aber wohl alle Mächte. Irgendwelche neue Vermittlungsvorschläge oder dergleichen seien von keiner Seite erfolgt. Was das Verhältnis Russlands zu Italien[b] anbelangt, haben sowohl Herr Kokowzow als Herr Sazonow dem Reichskanzler die bündigsten und bestimmtesten Versicherungen gegeben, dass keinerlei besondere Abmachungen bestehen, und er habe keinen Grund, diesen spontan und so nachdrücklich abgegebenen Erklärungen zu misstrauen. Der Reichskanzler sprach sich sehr anerkennend über Kokowzow aus, den er erst jetzt kennen gelernt und der auf ihn einen vorzüglichen und vertrauenerweckenden Eindruck gemacht habe. Im weiteren Verlaufe des Gesprächs sagte der Reichskanzler, er wisse recht gut, dass Deutschland in weiteren Kreisen der hiesigen öffentlichen Meinung nicht populär sei, aber dies sei kein Grund, wenn sich die Möglichkeit dazu biete, wenigstens das Verhalten zwischen den beiden Monarchen und den Regierungen so gut als möglich zu gestalten. Dies sei nach seiner Meinung eine gesunde Realpolitik, die den bestehenden Allianzen und Ententen nicht den geringsten Abbruch zu verursachen brauche. Er habe es auch nicht unterlassen, in aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, dass er nicht im entferntesten daran denke, Russland seinen Alliierten und Freunden abspenstig zu machen. Herr von Bethmann Hollweg erwähnte unter anderem auch, Herr Sazonow habe sich ihm gegenüber mit grosser Befriedigung über die günstige Entwicklung ausgesprochen, welche die Beziehungen Russlands zur Monarchie genommen haben und die jetzt sehr gute seien; dies von Sazonow zu hören, habe ihn, den Reichskanzler, sehr gefreut. Thurn.

[a] Vgl. n. 3624, 3664. — [b] Vgl. n. 3544.

Nr. 3617. Tel. aus Berlin, 12. Juli 1912 Nr. 143 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Unterstaatssekretär teilt mir mit, der italienische Geschäftsträger habe im Laufe der letzten Tage wiederholt bei ihm vorgesprochen und ihn darauf aufmerksam gemacht, dass laut den der Consulta zugekommenen Nachrichten Herr Poincarè entschlossen sei, in Betreff der Beilegung des Krieges in Konstantinopel Vorstellungen zu machen. Herr Bompard habe bereits entsprechende Instruktionen erhalten. Italienischer Geschäftsträger habe hinzugefügt, es wäre sehr bedauerlich, wenn die Initiative zu ähnlichem Schritte von den Mächten der Triple-Entente und nicht von Deutschland oder Österreich-Ungarn ausginge. Herr Zimmermann sagte mir, er glaube kaum an die Richtigkeit dieser Nachricht und habe von keiner anderen Seite die Bestätigung derselben erhalten.

Szögyény.

[a] Vgl. n. 3615, 3619, 3623.

Nr. 3618. Tagesbericht über eine am 10. Juli 1912 geführte Unterredung mit dem königlich ungarischen Kommissär für Kroatien und Slawonien und dem österreichischen Minister des Innern, 12. Juli 1912.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Berchtold).

Über Ersuchen des kgl. ungarischen Ministerpräsidenten habe ich am 10. d. M. eine Unterredung mit dem Banus und kgl. ungarischen Regierungscommissär in Agram, Herrn von Cuvaj, gepflogen in Betreff des gegen den Attentäter Luka Jukić geführten Strafprocesses, zu welcher ich auch den Minister des Innern, Baron Heinold, zugezogen habe. Unterrichtsminister Hussarek wohnte der Besprechung nicht bei.

Herr von Cuvaj führte an der Hand dokumentarischer Belege aus, dass im Laufe der anlässlich des erwähnten Attentates gepflogenen Erhebungen die Fäden eines nach Serbien, Bosnien, Dalmatien, Istrien u. s. w. reichenden Geheimbundes aufgedeckt worden seien, welcher die Schaffung einer südslavischen Republik zum Gegenstand hätte. Diese Bewegung habe dermalen, wie es scheint, hauptsächlich unter den Mittel- und Hochschülern ihre Anhänger und stelle sich als Phantasterei unreifer Leute und Produkt einer Verhetzung dar. Immerhin müsse derselben insoweit eine gewisse Gemeingefährlichkeit zugeschrieben werden, als die betreffenden jungen Männer heranwachsen und ihre Ideen mit ins öffentliche Leben bringen werden. Es müsse daher seitens der kroatischen Landesregierung getrachtet werden, der Verbreitung dieser jede Autorität und Disziplin untergrabenden Ideen in Kreisen der Jugend energisch entgegenzutreten. Der Banus beabsichtigt daher, in Kroatien folgende Massnahmen zu ergreifen: 1.) Einschränkung des Besuches der Mittelschulen durch strenge Auswahl unter den sich zum Eintritte meldenden Bewerbern, um mangelhaft erzogene und disziplinlose Elemente fern zu halten und die Entstehung eines halbgebildeten Proletariates zu verhindern. Fremde, störende Elemente sollen von den Mittelschulen ferngehalten werden. Diese Massregel würde mit Raummangel an den bestehenden, tatsächlich überfüllten Anstalten begründet werden. 2.) Fallweise Ergreifung polizeilicher Massregeln, um fremde störende Elemente von der Agramer Hochschule, deren Besuch Fremden nach den Bestimmungen ihres Statutes allgemein nicht gehindert werden könne, zu entfernen. Speziell die dalmatinischen Hochschüler seien vielfach als störende Elemente anzusehen, welche die an sich gute kroatische Jugend schlecht beeinflussen. Der Banus erklärt sich daher auch gegen die Anregung der Reziprozität der Agramer Universität und Cisleithanischer Hochschulen. 3.) Alle an Hochschüler verliehenen Landesstipendien, von denen viele auch Besucher auswärtiger Hochschulen (Prag) geniessen, sollen mit Ende des Schuljahres eingezogen und die Stipendisten verhalten werden, sich neuerlich um die Verleihung derselben zu bewerben. Bei Neuverleihung könnte dann strenge ausgewählt werden. Insbesonders würde für Studierende in Prag, das als Sitz einer Zweigorganisation besonders gefährlich sei, kein Stipendium mehr verliehen werden. 4.) Aufhebung aller Organisationen an den Mittel- und Hochschulen als die Hauptstützpunkte der Propaganda und der Verbreitung subversiver, jede Autorität untergrabender Schriften, z. B. der Zeitschrift „Val". 5.) Untersagung

der Beteiligung der Mittelschuljugend an den Sokolvereinen, welche sich ebenfalls als Sitz politischer Bewegungen darstellen. 6.) Einschränkung des Theaterbesuches durch Mittelschüler ohne Erlaubnis der Professoren. 7.) Strenge Überwachung der Lektüre der Jugend. Hinsichtlich polizeilicher Vorkehrungen hat der Banus 8.) übrigens bereits ein Verbot des Waffentragens erlassen, da sich herausstellte, dass selbst viele Mittelschüler Browningpistolen besitzen. Die Durchführung dieser Massregeln 1—7 soll, wie Herr von Cuvaj am Schlusse bemerkte, nur erfolgen, wenn auch die österreichische Regierung beistimme. Er verstehe darunter nicht eine Vereinbarung, sondern meine damit nur, dass er diese Massnahmen tunlichst unterlassen würde, wenn diese für Österreich nachteilige Folgen hätten. Er ersuche daher um Mitteilung, ob bei Durchführung der erwähnten Massnahmen ein Rückschlag für Cisleithanien zu befürchten wäre.

Baron Heinold gab zunächst eine Übersicht über das Ergebnis der bisher in Cisleithanien polizeilich und seitens der Staatsanwaltschaften eingeleiteten Schritte, die sich auf den Bestand einer die Lostrennung von Dalmatien, Kroatien und Bosnien und die Schaffung einer südslavischen Republik bezweckenden Verbindung von Studenten in Österreich beziehen und verwies darauf, dass das gesamte Aktenmateriale sich bereits in den Händen der Staatsanwaltschaften befinde, welche die weiteren Schritte unter Kontrolle des Justizministeriums in gewissenhaftester Weise durchführen werden. Er fügte bei, dass der Statthalter in Zara selbst die Bewegung, wie sie sich dermalen in Dalmatien darstellt, mehr als eine auf Verführung beruhende phantastische Verirrung der Jugend betrachte. Übergehend auf die einzelnen für Kroatien in Aussicht genommenen Massregeln, bemerkte Baron Heinold, dass ein gleichartiges Vorgehen in Österreich nicht denkbar sei. Eine Einschränkung des übermässigen Besuches der Mittelschulen, so sehr selbe auch in Cisleithanien wünschenswert wäre, sei mit Rücksicht auf die politische Entwicklung in Österreich nicht durchführbar, zumal die Mittelschulen gewissermassen als politischer Besitzstand der nationalen Parteien betrachtet werden. Diese wäre nur als Glied in der Lösung des grossen Problems der Hinüberleitung der studierenden Jugend aus den Mittelschulen in zu schaffende Gewerbe-, Handels- und Landwirtschaftsschulen denkbar. Hinsichtlich der kroatischen Hochschüler in Prag könne nur eine polizeiliche Überwachung platzgreifen, die ohnehin erfolge. Was die Frage der Rückwirkung der geplanten Massregeln auf Cisleithanien betrifft, so würde insbesondere die Durchführung der sub 1—5 erwähnten Massnahmen zweifellos die politischen Verhältnisse in den südslavischen Ländern der Monarchie nachteilig beeinflussen und die durch die Verhältnisse in Kroatien hervorgerufene oppositionelle Haltung der kroatischen Abgeordneten im Parlamente und den Delegationen wesentlich verschärfen. Wir stehen überhaupt vor einer kroatisch-slovenischen Obstruktion im Herbste, falls nicht eine Änderung bezüglich des Ausnahmszustandes in Kroatien eintreten sollte. Die österreichische Regierung würde mit Rücksicht auf die Entwicklung der politischen Lage in den südslavischen Ländern besonderen Wert darauf legen, wenn in Kroatien so bald als möglich, der verfassungsmässige Zustand wieder hergestellt würde.

Herr von Cuvaj erwiderte, dass die kroatische Regierung schon aus Staatsraison trachten werde, so viel als möglich zu vermeiden, der österreichischen Regierung Schwierigkeiten zu machen. Auch er wünsche, dass der Ausnahmszustand in Kroatien bald möglichst beseitigt werde und hoffe, dass es gelingen werde, in nicht zu ferner Zeit den verfassungsmässigen Zustand wieder herzustellen.

Ich machte geltend, dass, nachdem die Fäden der Conspiration auch nach Serbien führen, angenommen werden könne, die Bewegung nehme daselbst ihren Ausgangspunkt. Es würde mir daher von Wichtigkeit sein, in den Besitz einer zusammenfassenden Darstellung des gegenständlichen Materials zu gelangen, von welcher ich die geeigneten Daten eventuell der serbischen Regierung im diplomatischen Wege mittheilen würde. Was den Strafprocess anbelange, möchte ich der Ansicht Ausdruck geben, dass zu vermeiden wäre, einen Hochverratsprocess daraus zu construieren, da bei einem solchen ein Freispruch durch die Geschworenen gewärtigt werden müsste und nur eine allgemeine Verbitterung als Residuum zurückbliebe.

Herr von Cuvaj stimmte mir in letzterer Beziehung vollkommen zu und stellte die Übermittlung eines Memorandums in Aussicht.

Zum Schlusse ersuchte Baron Heinold noch einmal, alles zu unterlassen, was irgendwie nachteilig auf die politischen Verhältnisse in Österreich einwirken würde. Jede Massnahme, die als Persekution aufgefasst würde, müsste in diesem Sinne auf Österreich wirken.

[a]) Vgl. n. 3560, 3598, 3621.

Tel. nach Berlin, 13. Juli 1912 Nr. 75 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 3619.

Nr. 3619. Tel. nach Konstantinopel Nr. 128 (1), Rom Nr. 105 (2), Berlin Nr. 75 (3), Paris Nr. 63 (4), London 45 (5) und St. Petersburg Nr. 75 (6), 13. Juli 1912 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

1.—6. Streng vertraulich.

1., 2., 4.—6. Graf Szögyény telegraphiert unter dem 12. l. M. wie folgt: ... *wie n. 3617 bis „Österreich-Ungarn ausginge“* ...

1. Es ist zwar nicht in meiner Absicht gelegen, in Konstantinopel irgend welche Schritte bezüglich der Beilegung des Krieges zu unternehmen, welche türkischerseits als eine Pression ausgelegt werden könnten, doch schiene es mir insbesondere angesichts eventueller Demarchen Herrn Bompards im Sinne obiger Meldung wünschenswert, daß Euer Exzellenz Ihre Konversationen mit Assim Bey, allenfalls bei Ausführung der Weisung vom 10. l. Mts. Nr. 2863 dazu benützen, um demselben neuerlich in eindringlicher Weise die Gefahren vor Augen zu führen, welche aus einer Fortsetzung des Krieges für die Türkei resultieren könnten.

2. Vorstehende Meldung wollen Euer Exzellenz zum Anlaß nehmen, um bei der dortigen Regierung zu bemerken, daß wir schon seit Längerem bestrebt sind, die Pforte durch Markgraf Pallavicini auf die der Türkei aus einer Fortsetzung des Krieges drohende Gefahr aufmerksam zu machen

und erst unlängst unseren Botschafter wieder mit Instruktionen versehen haben, welche auf eine Herbeiführung einer Verständigung zwischen den beiden Kriegführenden hinzielen.

3. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 143 vom 12. l. M. Ich kann die Ansicht des Unterstaatssekretärs nicht teilen, welcher an der Richtigkeit der Nachrichten über die an Herrn Bompard ergangene Instruktion, in Betreff der Beilegung des Krieges in Konstantinopel Vorstellungen zu machen, zweifelt. Es scheint mir vielmehr wahrscheinlich, daß Frankreich, welches finanziell in der Türkei sehr stark engagiert ist und auch aus anderen Gründen wünschen muß, daß Komplikationen im nahen Oriente vermieden bleiben, in Konstantinopel einer nachgiebigeren Haltung Italien gegenüber das Wort redet. Weiters scheint es mir plausibel, daß Herr Poincaré Wert darauf lege, durch eine abmahnende Sprache in Konstantinopel sich Italien gefällig zu zeigen. Euer Exzellenz wollen Herrn Zimmermann unter Ausdruck meines Dankes für seine Mitteilung diese meine Auffassung bekannt geben und dabei bemerken, daß Markgraf Pallavicini seit Längerem beauftragt ist, bei Vermeidung jedweder Pression, der Pforte nahezulegen, einen Ausgleich zu suchen und neuerlich angewiesen wurde, Assim Bey auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche der Türkei aus einer Fortsetzung des Krieges drohen.

4. Euer Exzellenz wollen, ohne die Quelle zu nennen, bei Herrn Poincaré in Erfahrung zu bringen trachten, ob und welche bezügliche Instruktionen an Herrn Bompard ergangen sind. Hochdieselben können bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß Markgraf Pallavicini schon seit Längerem beauftragt ist, bei der Pforte in dem Sinne sich auszusprechen, daß eine Fortsetzung des Krieges für die Türkei Gefahren in sich schließen könnte.

5., 6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3622, 3623, 3627, 3630.

Tel. nach London, 13. Juli 1912 Nr. 45 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 3619.

Tel. nach Paris, 13. Juli 1912 Nr. 63 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 3619.

Tel. nach Rom, 13. Juli 1912 Nr. 105 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 3619.

Nr. 3620. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 13. Juli 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Den heutigen Besuch Herzog Avarnas habe ich dazu benützt, ihm verstehen zu geben, daß mir Informationen über geheime Besprechungen zugekommen seien, welche zwischen italienischen und türkischen Vertrauensmännern stattfinden sollen. Herzog Avarna zeigte sich über meine Mitteilung erstaunt und versicherte, von solchen direkten geheimen Verhandlungen nur soviel zu wissen, daß Commendatore Volpi in Konstantinopel gewesen sei und dort mit türkischen Staatsmännern über die Frage der Rückkehr der

ausgewiesenen Italiener gesprochen habe. Ich bemerkte dem Botschafter, daß, nach meinen Informationen eine Fortsetzung der in Konstantinopel begonnenen Konversation vereinbart worden sei und daß diese nunmehr in Lausanne von je zwei italienischen und türkischen Vertrauensmännern weitergeführt werden solle. Meines Wissens seien italienischerseits die Herren Fusinato und Bartolini nach Lausanne geschickt worden; von den türkischen Vertrauensmännern hätte ich nur Said Halim Pascha, einen Verwandten des Khedive, nennen gehört.[b] Herzog Avarna gab an, er sei hierüber von seiner Regierung nicht benachrichigt worden und müsse mir ganz offen gestehen, daß es ihm eigentümlich erscheine, daß eine solche Nachricht dem Alliierten nicht zuerst direkte aus Rom, sondern auf anderem Wege zugekommen sei. Er, der Botschafter, werde seine Regierung auf diesen Umstand aufmerksam machen. Was das Meritorische der Sache anbelange, so meinte der Botschafter, daß ihm der Weg der direkten Aussprache nicht ungeeignet scheine, zum gewünschten Ziele zu führen. Im Verlaufe des Gespräches erwähnte Herzog Avarna, er sei durch ein Telegramm seiner Regierung verständigt worden, daß der türkische Botschafter in Petersburg die Friedensfrage zur Sprache gebracht habe. Derselbe hätte Herrn Sasonow ein Memorandum vorgelesen; da in demselben aber die Aufrechterhaltung der türkischen Souveränitätsrechte Erwähnung fand, habe Herr Sasonow den türkischen Botschafter an dieser Stelle mit dem Bedeuten unterbrochen, daß eine Verständigung auf dieser Basis ein Ding der Unmöglichkeit sei.

[a] Vgl. n. 3615, 3628 Anm. b. — [b] Vgl. n. 3608.

Tel. nach St. Petersburg, 13. Juli 1912 Nr. 75 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 3619.

Nr. 3621. Note des königlich ungarischen Kommissärs für Kroatien und Slawonien; Agram, 13. Juli 1912 Nr. 130 Res. (eing. 15. Juli).[a] Ausfert.

Mit Bezug auf meine in der Strafangelegenheit des Luka Jukić Euer Excellenz gemachten Mittheilungen,[a] beehre ich mich dem hohen Wunsche zu entsprechen und Euer Excellenz in der Anlage zur eventuellen Gebrauchnahme vorzulegen: 1/ den Bericht der Agramer kön. Oberstaatsanwaltschaft vom 13. Juni 1912 über die Beweggründe und den Ursprung des gegen meine Person verursachten Attentates;[b] 2/ den Bericht des Leiters der Staatspolizei in Semlin vom 23. Juni 1912 ad Zahl 81 Pr.[c] über die Umtriebe im benachbarten Königreiche Serbien aus Anlass des Studienausfluges der kroatischen Universitätshörer nach Belgrad und über die Verbindungen der sogenannten „Narodna Odbrana“ (nationaler Widerstand oder nationale Verteidigung) mit der Agramer Studentenschaft, mit je einem Exemplar der Broschuren „Smrt jednog heroja“ (Tod eines Heroen, womit der Student Žeraić gemeint ist, welcher in Sarajevo auf Fzm. Varešanin schoss) und „Narodna Odbrana“ (über die Aufgaben des sogenannten nationalen Wiederstandes). 3/ den Bericht der Agramer Oberstaatsanwaltschaft vom 4. Juli 1912[d] über die Ergebnisse der polizeilichen Erhebungen und bisherigen

strafgerichtlichen Untersuchung in der Affaire Jukić; 4 Ein vertraulicher Bericht des kön. Polizei-Commissäriates in Agram vom 20. Juni 1912 Zahl 3 Res.*e)* über die weiteren Haranguen gegen meine Person in Belgrad und die Verbindungen dreier Studenten aus Croatien und Dalmatien mit serbischen offiziellen Kreisen; 5/ eine Übersetzung des der ganzen Bewegung südslavischer Studenten zu Grunde liegenden revolutionären Statuts.*f)* Cuvaj.

a) Vgl. n. 3618, 3656, 3883, 10227. — *b)* Nicht abgedruckt weil durch dritte Beilage überholt. — *c)* Vgl. zweite Beilage. — *d)* Vgl. dritte Beilage. — *e)* Vgl. vierte Beilage. — *f)* Diese fünfte Beilage trägt die Aufschrift: Erste Redaktion des allgemeinen Programms des Jugend-Klubs „Narodno-Ujedinjenje" (Nationale Einigung). Wurde nicht abgedruckt. Die deutsche Übersetzung entspricht wortwörtlich der serbokroatischen Originalfassung bei O. Tartaglia, Veleizdajnik S. 61—64.

Erste Beilage zu 3621. Siehe n. 3621 Anm. b.

Zweite Beilage zu n. 3621. Bericht des Leiters der Staatspolizei in Semlin an den königlich ungar. Kommissär für Kroatien und Slawonien, 23. Juni 1912 ad Z. 81/Pr.

Die Propaganda Belgrads und Serbiens in den einzelnen Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie hat eigentlich ihren allerersten Ursprung schon in der Thronbesteigung König Peters, welcher zwar an und für sich politisch und militärisch eine Null ist, doch welchen die radicale Parthei, welche nach Ermordung König Alexanders ans Ruder kam, als Etiquette ihrer nun zur vollen Geltung kommenden Politik ausnützte. Durch die Thronbesteigung Peters kam die ganze öffentliche Gewalt in die Hände jener Politiker, welche unter Milan und Alexander vollkommen an die Wand gedrückt waren, von welchen auch der grösste Theil das Regieren sehr zum schamlosen Ausbeuten der Staatsquellen zu eigenem Vortheile ausnützte, in Folge dessen auch einzelne, wie zum Beispiel Pašić, in circa 8 Jahren von vermögenslosen Leuten Millionäre geworden sind. Einen weiteren Einfluss auf die Politik haben die Verschwörerofficiere, welche — unter einander solidarisch — auch gar nicht zurückscheuen vor Gewalthandlungen, wenn sie in ihren Interessen getroffen werden. So haben dieselben vor nicht langer Zeit, den früheren Kriegsminister General Stjepanović gezwungen, die bereits vom König unterfertigten Dekrete, durch welche ein Theil von denselben in das Innere Serbiens versetzt werden sollte, zurückzuziehen. Einestheils die radicalen Politiker, und anderntheils die Verschwörerofficiere beeinflussen vollkommen den bereits alternden und vollkommen unselbstständigen König.

Im Laufe der Annexions Krise wurde durch diese beiden Gruppen die „Narodna Odbrana" gegründet. Das ist ein Verein mit direkt irredentistischen Tendenzen. Die Organisation ist aus beiliegendem Hefte zu ersehen. Dieser Verein hat seine Centrale in Belgrad, seine Filialen im ganzen Land, in seinem Comités sind vielfach active Officiere, der Centralsekretär des Vereines war lange Zeit hindurch Hauptmann Milan Pribičević, ehemaliger Officier unserer Armee, Bruder des Svetozar, Adam und Valerijan Pribičević.

Hauptaufgaben des Vereines sind: erstens: Erziehung der Jugend in Serbien zum Waffendienst, daher werden mit der Schuljugend Schiessübungen vollführt und werden die Sokolvereine, welche in Serbien „Dušan Silni" heissen, vom Staat unterstützt, allen Sokolvereinen an der Spitze ist der active Generalstabs-Oberstleutnant Vojislav Živanović, eine grosse Anzahl activer Officiere und Unteroffiziere sind auch active Mitglieder einzelner Sokolvereine.

Zweitens „Aufklärung" des serbischen Volkes in Ungarn, Croatien, Slavonien, Bosnien, im Sandžak, Alt-Serbien und Mazedonien, durch Vorträge und geheime Geldsammlungen für den Verein. Hauptarbeiter dieser Gruppe ist Živojin Dačić, Director der Staatsdruckerei, welcher bereits eine Unzahl von solchen Vorträge abgehalten hat, bis endlich das Verbot derselben erschien. Ein weiteres sehr tätiges Mitglied ist Universitätsprofessor Dr. Jovan Skerlić.

Drittens: Durchführung der nationalen Vereinigung der Serben und Croaten; Hauptmitarbeiter dafür ist Milan Pribičević und dessen Brüder. Hauptsächlich diesem Zwecke dienen die Tagesblätter „Politika", „Pijemont" und die politische Wochenschrift: „Slovenski Jug".

Als voriges Jahr im Juni der X. slavische Journalistencongress in Belgrad tagte, versuchte die „Narodna Odbrana" das erste mal mit Erfolg das Belgrader Publikum für die Kroaten ganz besonders zu erwärmen. Während Bulgaren, ja selbst Russen verhältnismässig kühl empfangen wurden, wurden die slavischen Journalisten aus der Monarchie, insbesondere aber die croatischen mit demonstrativer und ostentativer Auszeichnung behandelt. Die Stadt Belgrad kann anlässlich solch eines Massenbesuches nicht alle Teilnehmer in seinen Hotelen unterbringen, da nur drei Hotele gut sind und alle anderen für besseres Publikum nicht geeignet erscheinen. Deshalb haben sehr viele angesehene Privatleute den einzelnen Journalisten ihre Wohnungen zur Verfügung gestellt und abermals zeigte sich, dass die besten Wohnungen die Kroaten bekamen. Die genaueren Details dieser Festlichkeiten wurden mit Berichten vom 10., 11., 14. Juli 1911, alle Zahl 75 praes.[a]), gemeldet, hier soll nur betont werden, dass die Journalisten auch der militärischen Parade der neuen Fahnenverteilung und einer Soirée im officiers casino beiwohnten.

Knapp darnach war im vorigen Spätsommer das croatische Opernpersonal in Belgrad und wieder zeigte sich, wie unendlich warm das Belgrader Publikum die Künstler der kroatischen Oper empfieng. Als dann der Landtag mit allerhöchstem Rescript im Herbst vorigen Jahres geschlossen wurde, haben fast alle Blätter, welche in Belgrad erscheinen, allen voran wieder die „Politika" und von dem ersten Tage seines Erscheinen der „Pijemont" offen den Standpunkt der kroatisch-serbischen Coalition vertreten, denselben zum eigenen gemacht, offen und allgemein die Regierung, deren Anhang und Arbeit als unpatriotisch, nationalfeindlich und fremden Interessen dienend erklärt, hingegen den Standpunkt der Coalition als patriotisch, gut und südslavische Interessen fördernd hervorgehoben. Ungefähr bis zu Anfang des Jahres 1912 wurden ausser der croatischen Regierung und dessen Parthei auch die sogenannter Starčevićianer in allen diesen Blättern beschimpft,

als dies plötzlich wie auf Commando aufhörte und wurden nun seit dem Momente des Wahlpactes der Rechtspartei mit der Coalition nun auch erstere als gute Patrioten behandelt. Ja es geschah das Unglaubliche: der „Pijemont" in seiner Nummer 96 vom 7. April a. St. hat das Portrait des grössten Serbenfeindes, des Dr. Ante Starčević, gebracht. Aber seit dem Journalisten-congress galt es als Princip, die coratische Frage dürfte aus den Spalten der Belgrader Blätter, welche sich früher oft monatelang mit Kroatien und Slavonien nicht befassten, nicht mehr schwinden und wurde dieselbe zu einem feststehenden Verhandlungs-Thema der Belgrader Blätter.

Dann kam der Wechsel auf dem Banusplatz. All dies, was an Beschimpfungen und Unflätigkeiten gegen den bisherigen Banus geleistet wurde, wurde sofort inventarisch auf den neuen Banus übertragen, obwohl Sr. Excellenz, der jetzige Banus, dem Belgrader Publikum und seiner Journalisten gegenüber ein vollkommen neuer Mann war, man wartete nicht einmal auf die ersten Handlungen desselben, sondern verurtheilte ihm sofort, weil er nicht mit Anhängern der Coalition auf gutem Fusse Stand und hielt die „Narodna Odbrana" gegen denselben sogar eine separate Volksversammlung am 17. März a. St. auf dem Theaterplatz unter dem Monument des Fürsten Michael mit der Tagesordnung: gegen die Unterdrückung „des armen croatischen Brudervolkes" zu protestieren. Da in Serbien solche Volksversammlungen nur mit Genehmigung des Ministers stattfinden können, so ist es schon daraus, dass sie abgehalten wurde, klar, dass die serbische Regierung, unter dem Einfluss der „Narodna Odbrana" stehend, nicht nur einverstanden war mit dieser Versammlung, sondern dieselbe sogar poussiert hat, denn es würde sonst schon aus internationalen Rücksichten eine derartige Volksversammlung bestimmt verboten worden sein, wenn man nicht geradezu gewollt hätte, sich unfreundlich zu zeigen gegenüber der Nachbarmonarchie. Bei dieser Volksversammlung, welche genau ein Monat vor dem Besuch der croatischen Studentenschaft in Belgrad stattfand und bei welcher selbstverständlich alle Resolutionen gegen Sr. Excellenz den Banus, dann gegen Ungarn und Österreich gerichtet waren, hat sich das erstemal der Agramer Hochschüler August Ujević, einer von den bewussten drei Studenten, bemerkbar gemacht, indem er auch eine Rede hielt, in welcher er dann mit grossen Pathos folgendes sagte: „Wir fürchten uns nicht, so lange Ihr und Eure Armee an unserer Seite seid."

Dann kam der Besuch der kroatischen Studentenschaft[b]) und Ujević soll ihn vorbereitet haben. Eigentlich waren die meisten Studenten darunter aus Bosnien, Dalmatien und Istrien, dann waren ein grosser Teil darunter auch keine Croaten, es passte jedoch den Veranstaltern dieses Besuches, sie alle als „croatische Studenten" zu bezeichnen, um die südslavische Solidarität besser zur Geltung zu bringen und die nationale Einheit besser betonen zu können. Die einzelnen Details dieses Empfanges wurden ausführlich berichtet, hier sollen nur jene Momente besonders erwähnt werden, welche als ganz besonders carakteristisch hervorgehoben werden müssen, da sie die Tendenz offenbaren, welche der ganzen Angelegenheit eigentlich innewohnt. Mehr als die Hälfte aller Fest-Programmnummern dieses Besuches haben die Studentenschaft in directe Verbindung zu dem Officiers-

corps Serbiens gebracht und das war berechnet. Officiere halten in gewissermassen freundlicher Absicht den vom Bahnhof in die Stadt zu Fuss gehenden Festzug, wie ganz zufälligerweise, vor dem Königlichen Konak auf, und es wird solange „Živio" gerufen, bis der König am Balkon erscheint. Im Beisein des Kronprinzen Alexander veranstalten Offiziere in der Belgrader Festung Turn- und Exerzier-übungen den croatischen Studenten zu Ehren: Infanterie mit Maschinengewehren und Artillerie im Trab wird vorgeführt, ein Unterofficier besteigt eine Kanone und declamiert ein selbstgedichtetes Gelegenheits Lied die Kanone wird abgeprotzt und wie zufälligerweise gegen Semlin gerichtet. Der Kommandant der Militärakademie, General Živković, der die berühmte Rede während der Anexionskrise gehalten hat; „er werde in Peterwardein „zu Mittag essen"; sodann die Lehrer und Professoren der Akademie geben den Studenten ein Frühstück, die Zöglinge producieren sich, der General hält eine zündende Rede, in welcher unter anderen auch betont wurde, wie wichtig es sei, dass die croatischen Studenten im „Piemont des Serbenthums erschienen". Im Officierskasino bewirtheten Officiere die Studenten und als sie sie mit Champagner betäubten, sugerierten sie ihnen den Ruf „Es lebe Peter, der kroatische König", welchen Ruf die Officiere mit „Auf Wiedersehen im freien Croatien" quittierten. Die ganze Garnison mit Militärmusik und Fahne erwartet die Studenten in Kragujevac, als sie dahin reisten, und endlich der Festungskommandant und seine untergeordneten Officiere erwarten sie in Smederevo (Semendria), um sich die ganze Zeit des Aufenthaltes der Studentenschaft zu widmen. Das alles sind Tatsachen, welche beweisen, dass die wahre Tendenz des Besuches — mag sie auch möglicherweise in Agram als ganz unschuldig bezeichnet worden sein — darin bestand, die croatischen Studenten zur Bewunderung zu zwingen, wie gross die Macht der Armee in Serbien ist. Veranstalter waren wieder die „Narodna Odbrana" und die Verschwörerofficiere (siehe genaue Berichte vom 20., 24., 26. und 27. April l. J. — alle Zahl 45 Praes). Der bereits erwähnte croatische Student August Ujević mit noch zwei anderen Kameraden: Krešimir Kovačić und Svetozar Bastaić blieben auch nach dem Besuch der Studentenschaft in Belgrad, inscribierten sich auf der Belgrader Universität und leben von einer regelmässigen Unterstützung der „Narodna Odbrana", die monatlich nach Confidentenmeldung pro Mann 150 Dinars ausmacht. Da alle drei Söhne ganz armer Eltern sind, in Belgrad jedoch verhältnissmässig gut leben, vom Hause und aus dem Mutterlande erwiesenermassen keine Unterstützung bekommen, ist es klar, dass sie in Belgrad unterstützt werden müssen. Ihre Hauptbeschäftigung ist das Unterhalten einer ständigen Verbindung zwischen der Studentenschaft in Agram und den Belgrader „Odbrana"-kreisen; die ersten zwei, Ujević und Kovačić, befassen sich ausserdem mit Schreiben von Hetzartikeln gegen die Monarchie in Tagblatt „Pijemont" und in der politischen Wochenschrift „Slovenski Jug" welcher das anerkannte Organ des politischen Klubs Slovenski Jug ist, dasselbe was auch die „Narodna Odbrana".

Nun kam das Attentat. Da es erwiesen erscheint, dass der Attentäter Jukić nach Belgrad reiste am 24. oder 25. April l. J. in Gesellschaft eines anderen Bosniaken namens Ignjad Kobac, also nachdem die croatische

Studentenschaft schon Serbien wieder verlassen hat, da sehr verlässliche Confidentenmeldungen berichten, dass er vordem schon in Šabac in Verbindung war mit den leitenden Männern der „Narodna Odbrana“ und nachdem es notorisch bekannt ist, dass gerade die „Narodna Odbrana“ in Šabac die tätigste ist, so kann nicht anders concludiert werden, als dass eben die „Narodna Odbrana“ der Anreger des Attentates war. Es bekräftigt mich in dieser meiner Ansicht der Umstand umsomehr, als unter den führenden Leuten der Narodna Odbrana in Šabac, der berüchtigte Bezirkspräfect Tucaković ist, welcher während der Anexionskrise nicht nur die Organisation der Komitadschis auf der Grenze, gegenüber unserer Monarchie durchgeführt hat, sondern auch während der Anexionskrise hiesige Unterthanen auf die brutalste und roheste Weise vexiert hat, weiter weil die Šabacer Filiale wegen ihrer relativen Nähe ständige Verbindungen mit den bosnischen Malcontenten hat und das Landvolk in der Mačva — (so heißt die Gegend um Šabac herum) so verwandt mit dem Volke in der Gegend von Bjelina in Bosnien ist, dass beide sogar genau dieselbe Nationaltracht haben; was mir alles aus eigener Anschauung bekannt ist. Es ist auch die Nähe von Šabac zur bosnischen Grenze — abgesehen von der Save, welche in Folge ihrer Windungen fast das dreifache der Entfernung ausmacht — eine derart geringe, dass sie in der Luftlinie kaum 30 Kilometer ausmacht, daher der Verkehr sehr erleichtert ist zwischen Šabac und Bosnien, umsomehr als auch die Strassen ganz gut erhalten sind. Nachdem nun Jukić — wenn ich recht informiert bin — auch aus jenem Theil Bosniens stammt, welcher unweit zur serbischen Grenze liegt, dessen Begleiter Ignjat Kobac aber bestimmt aus dieser Gegend entstammt, ist die Verbindung mit Šabac mehr als wahrscheinlich. Vom Tage des Attentates wird in fast allen Belgrader Blättern, hauptsächlich aber im „Pijemont“ und in der „Politika“ Jukić als Nationalheros gefeiert, genau so, wie man es auch mit dem Attentäter auf Seine Exzellenz den General Freiherr von Varešanin namens Žerajić gethan, dessen Andenken beiliegende Flugschrift gewidmet ist. — Der „Pijemont“ in No. 146 vom 29. Mai l. J. (a. St.) eben am Todestage König Aleksanders zählt unter die Nationalhelden der serbo-croatischen Nation: Miloš Obilić, Zrinjski und Frankopan, die Verschwörer vom 29. Mai, Žerajić und Jukić.

Dr. Vuković, Bezirksvorstand.

[a]) Liegt nicht vor. — [b]) Vgl. n. 3451, 3489.

Dritte Beilage zu n. 3621. Bericht der Agramer Oberstaatsanwaltschaft an den königlich ungar. Kommissär für Kroatien und Slawonien, 4. Juli 1912 ohne Nr. Ausfert.

Betreffs des Straffprocesses contra Luka Jukić, beehre ich mich über Auftrag Euerer Excellenz folgenden Bericht in Hinsicht einiger wichtiger Tatsachen zu unterbreiten, die durch den Lauf des Processes zu Tage getreten sind. Aus den bisjetzigen Verhören, deren Prüfung auf Wahrheit allerdings noch ausstäht, scheint sich schon seit dem Jahre 1908 bei der lernenden Jugend eine gewisse Bewegung bemerkbar zu machen, die nicht nur die Universitätshörer (Hochschüler) erfasste, sondern sich auch auf

die Mittelschulen erstreckte. Es wurden Organisationen ins Leben gerufen mit der angeblichen Tendenz einer „Kulturellen Einigung der Südslaven", die aber in Wirklichkeit nur rein politische Ziele verfolgen. Gesagte Organisationen wurden „Organisation der Kroatisch-Serbischen fortschrittlichen Jugend" oder „Organisation der Südslavischen fortschrittlichen Jugend" benannt, und erstreckten sich ausser auf Croatien auch auf Dalmatien, Bosnien, das Königreich Serbien und auf Prag. Die solchermassen organisierte Jugend trachteten verschiedene Factoren auf fantastische Ideen zu bringen, wie unter anderen gewissenlosen Agitatoren z. B. ein gewisser Vladimir Čerina aus Dalmatien durch seine Schreibweise in Blatte „Val", so dass gesagte Organisationen plötzlich einen quasi revolutionären Charakter annahmen. Das Programm, nach welchem diese Organisationen nun zu arbeiten anfangen sollten, bestand in dem hauptsächlichsten Punkten darin, dass sich ein Volk in zwei Staaten unmöglich Kulturell entwickeln könne. Demgemäss müsse man in erster Linie Organisationen unter der studierenden Jugend und nachfolgend im Volke gründen, damit die Einigung der Kroaten und Serben befestigt werde, die Konigreiche Kroatien, Slavonien und Dalmatien aus dem Ramen der Monarhie losgelöst, dem Konigreiche Serbien angegliedert und eine Südslavische Republick auf demokratischer Grundlage mit Angliederung der Slovenen proklamiert werde. Diese Grundgedanken sollten entweder auf Friedlichem Wege oder mit Gewalt ausgeführt werden. Letzteres auf Art und Weise, dass man die einzelne Staatsoberhäupter ermordet und sobald das Volk für die erwähnten Programatischen Ideen gewonen wäre, ein allgemeiner Aufstand erhoben werde. Revolutionäre Organisationen auf Grund dieses Programmes bestehen in Agram, Zara, Sarajevo, Semlin, Sofia und Belgrad, mit den Hauptsitzen einerseitz in Belgrad und anderseitz in Spalato. In letzterer Stadt sind, als die Führer dieser revolutionären Bewegung Vladimir Čerina, Oscar Tartaglia und Dr. Mate Koščina zu nennen. Alle oben genannten Organisationen stehen miteinander so wie mit jener in Prag in Verbindung. Als Beweis dient die Correspondenz und insbesondere ein Brief des Vladimir Čerina an den Mitangeklagten Cesarec, in welchem — laut Aussage des Angeklagten Bublić — die Zaraer der Agramer Organisation zu wissen gibt, es sei genügend traurig, dass in Agram nichts geschehe; dass sich keine Desperados finden, die im Stande wären Alles und auch das Aergste zu unternehmen, während sie in Dalmatien zu Allem bereit wären. Gleichzeitig wird in diesem Briefe hervorgehoben es wäre an der Zeit mit dem Zerstören anzufangen und sie in Dalmatien werden mit der Ermordung des Staathalters den Anfang machen, worauf sich die Bewegung auf Sarajevo, Semlin, Belgrad und Sofia erstrecken wird. Die Verbindung dieser Organisation mit Belgrad beweist das mit Cyrillischen Lettern gedruckte Statut, welches von Belgrad an die hiesigen Studenten gesandt wurde und den Titel: „Programm für den Club der Jugend. Nationale Vereinigung" führt. In diesem Statute sind hervortretend die Ideen über Gründung einer Südslavischen Republick, zu welcher Kroatien, Slavonien, Dalmatien, Bosnien, die Hercegovina, Serbien und die Slovenen gehören würden. Gleichzeitig ist auch das Program skizziert, auf dessen Grundlage so gearbeitet werden müsse, dass es

auch zur Realisierung dieser Ideen komme. Die gleiche Verbindung beweist auch der Aufruf der Prager Studenten, in welchem sie ihre Kameraden zu einem Attentat auf den Konigl. Commisär auffordern. Endlich entnimmt man ganz klar die Verbindungen untereinander aus dem Umstande, dass der genannte Vladimir Čerina vor dem Attentate in Agram weilte, mit jenen Studenten, die wegen des Attentates auf Euere Excellence verhandelten, verkehrte und nach seiner Rückkehr nach Dalmatien und knapp vor dem Attentate ein Student aus Zara nach Agram kam um sich nach Weisung des Čerina zur Ausübung desselben anbot, was aber Jukić, mit der Begründung er werde das Attentat selber ausführen, nicht zuliess.

Einen wirklich ernsten Charakter nahmen diese Organisationen erst nach Rückkehr der Studenten von dem bekannten Ausfluge nach Belgrad[a]) an. Damals erst kam unter ihnen das erste Mal die Sprache auf Attentate. Wie bekannt reisten dieses Frühjahr an die 150 Studenten nach Belgrad. Diese Reise hatte angeblich keinen politischen Charakter und der grössere Teil der daran teilnähmenden Studenten reiste auch tatsächlich nur zu ihrem Vergnügen nach Belgrad. Denn — nach Aussage der jetzt verhörten Studenten — kamen die meisten von ihnen erst in Belgrad darauf, dass dieser Ausflug aus rein politischen Gründen unternommen wurde und eigentlich eine Demonstration gegen unsere Monarchie bedeutet. Laut Aussage dieser Schüler ist zu ersehen, dass bei jeder Gelegenheit von Seiten der Serben gegen unsere Monarhie und Dinastie gesprochen und unser Allergnädigster Herrscher beschimpft wurde. Bei den militärischen Übungen wurden die Kanonen gegen Semlin gerichtet und im Gegensatze zu diesen demonstrativen Ausfällen wurden Serbien und der serbische Konig als Konig der Südslaven gefeiert etc. etc. Unsere dort zu Besuch weilende studierende Jugend umgaben in viel grosserer Zahl die serbischen Offiziere als die serbischen Studenten. Die ersteren — und unter ihnen der Bekannte Milan Pribičević — sprachen über die politische Einheit des Südslavischen Staates, über die Revolution, die zur Tat werden müsse und ähnliches Aufreizendes mehr. Ein gewisser General Živković soll den Studenten eine Rede gehalten haben in desen Verlauf er auch folgendes sagte: „ich rauche nicht und ich trinke nicht nur damit ich länger leben und einige Geschosse gegen Oesterreich abfeuern könne." Auch das schon höher oben erwähnte Statut wurde unter unsere Studenten verbreitet. Das ganze Benehmen der Serben machte auf unsere Jugend den Eindruck, dass man sich in Serbien im Bürger wie auch in Militär kreisen lebchaft mit dem Gedanken befasse einen Südslavischen Staat zu schaffen in welchem Serbien ein „Piemont" wäre.

Diese und ähnliche Geschehnisse in Serbien scheinen dennoch auf einen Teil unserer Schuljugend einen schlechten Einfluss ausgeübt zu haben, denn gleich nach Rückkunft aus Belgrad nahmen die Eingangs erwähnten Organisationen einen ernsten Charakter an. Wie nämlich die Beschuldigten Cvijić und Bublić aussagten — hielten von dieser Zeit an die Studenten unter sich Zusammenkünfte ab, bei welchen es zur Sprache kam, es müsse ein Attentat gegen den Kongl. Commissär Cuvaj ausgeführt und durch das Los derjenige bestimmt werden, der die Ausführung übernehmen solle.

Bis zur Auslosung kam es aus dem Grunde nicht, da sich Jukić bereit erklärte, sich opfern und das Attentat selbst ausführen zu wollen. Nach Aussage des Mitbeschuldigten Camillo Horvatin soll eine in Sinn und Tendenz fast den Anarchistischen Vereinen gleichkommende Organization der studierenden Jugend bestehen, deren Zweck es wäre Attentate in Croatien, Bosnien etc. auszuführen und deren Führer Jukić sein soll. Die tiefste Geheimhaltung diser Organisation und ihrer Zwecke und Ziele sollen die Mitglieder derselben auf Revolver beschworen haben, aber näheres sei ihm, Horvatin, darüber nicht bekannt. Unter den Schülern der Mittelschulen war Jukić der Hauptpropagator der revolutionerer Ideen; obwohl er sonst vorwiegend mit den Universitätshorern verkehrte. Jukić reiste zu öfteren Malen nach Belgrad, wo er auch zur Zeit des dortigen Besuches der Agramer Universitätsschüler weilte. Ausserdem stand er mit den Redactionen der Blätter „Pokret" und „Slobodna riječ" in Verbindung, welche Redactionen er auch besuchte, in was aber diese Verbindung bestand, ist bis jetzt noch nicht festgestellt worden; Bublić sagt nur so viel aus, dass ihm Jukić erzählte es gäbe bei der „Slobodna riječ" einen jungen Mann, der für die revolutionäre Idee sehr eingenommen wäre.

Als Jukić aus Belgrad zurück kam — äusserte er sich zu wiederholten Malen gegenüber seinen Kameraden es wäre an der Zeit Bombenattentate auszuführen; er könne jetzt Bomben fabrizieren, da er dies in Kragujevac erlernte und er hätte sogar Sprengstoffe von dort mitgebracht. Jukić selbst bekennt, dass er in Belgrad eine Bombe von einem Major erhielt und diese sowie auch einen Revolver von dort mitbrachte. Die Bombe versteckten er und seine Kameraden in der Höhlung eines Baumes mit dem Vorsatze, dieselbe bei der Frohnleichnamprocession zu verwenden. Diese Bombe wurde inzwieschen durch Zufall von der Polizei entdeckt.

Charakteristisch ist, dass das oben citierte, aus Serbien hieher gesandte Statut sich dem Inhalte nach in der Hauptsache mit dem sogenannten revolutionären Statut, welches seinerzeit im Agramer Hochverratsprocesse eine grosse Rolle spielte, von Milan Pribičivić aber verfasst und aus Belgrad hergesandt wurde, vollkommen deckt. Der Zweck des damaligen Programms der Serben war, Kroaten für die Idee einer Vereinigung erst zu gewinnen, aus welchem Grunde in dem seinerzeitigen revolutionären Statut Gross-Serbien nicht erwähnt ist, trotzdem man de facto darnach strebte. Die Kroaten hätten sich nähmlich für die Idee Gross-Serbien nicht erwärmt und darum wurde nur von einem zu schaffenden Südslavischen Staate gesprochen. Nach alle dem scheint es aber, dass der wirkliche Plan der Serben nun doch eine erfolgreiche Wirkung ausgeübt hat, indem er bei der Studentenschaft Wurzel fasste, die sich ansonsten nicht zu Serben bekennt.

Alles hier Hervorgehobene ergiebt sich einerseitz aus dem Bekenntnissen der Angeklagten, anderseitz aus der Zeugenaussage. Wenn auch angenommen werden muss, dass das Programm dieser Schülerorganisationen von politischem Standpunkte aus eine ganz ungefährliche und an sich gar nicht ernsthafte jugendliche Träumerei ist, so darf dennoch der zweifellos ernsthafte Umstand nicht unberücksichtigt gelassen werden, dass unsere

so organisirte Jugend, durch gewisse Factoren missbraucht, zu Taten gedrängt wird, die die grösste Rohheit bekunden. Es ist tief zu bedauern, dass bei unserer heutigen lernenden Jugend ein für die Zukunft sehr gefährlicher Geist herrscht, da diese Schüler mit der Zeit Professore, Lehrer, Kaufleute etc. werden. Aus diesem Grunde wäre es angezeigt in den Mittelschulen wie auch an der Universität strengere Massregeln einzuführen, damit bei zeiten einer solcherartigen Erziehung unserer Jugend entgegengearbeitet und mit allen Mitteln danach getrachtet werde der Jugenderziehung eine andere Richtung zu geben.

Kongl. Oberstaatsanwalt: i. V. Accurti.

[a]) Vgl. n. 3489.

Vierte Beilage zu n. 3621. Bericht des Leiters des Polizeikommissariats für die Stadt Agram an den königlich ungar. Kommissär für Kroatien und Slawonien, 20. Juni 1912 Z. 3 res. Abschrift der Übersetzung.

Im Auftrage Euer Exzellenz verhörte ich ausführlich unseren Confidenten aus Belgrad und beehre mich angesichts seiner wichtigen Aussagen folgenden Bericht zu unterbreiten: Die Vorbereitungen zum Besuch der kroatischen Universitätshörer in Belgrad[a]) wurden vom Hörer der Philosophie Prodanović geführt, welcher der Sohn des gewesenen serbischen Ministers für nationale Wohlfahrt und Volksbildung Prodanović ist. Vor dem Besuche wurden nach Belgrad die Studenten Krešimir Kovačić und Ujević berufen um die Journalistenkreise vorzubereiten, dass der Empfang je imposanter wird. Mit diesen Studenten kamen auch die Filosofen Paul Bastaić und Kovačić. Der Vertrauensmann nimmt an, dass die Idee vom Attentate in Belgrad entstanden sei. In Belgrad war zu dieser Zeit auch Jukić, mit welchem Kovačić gut befreundet ist.

Krešimir Kovačić, welcher sich jetzt in Belgrad befindet, wurde im Jahre 1888 in Agram geboren und ist der Sohn des verstorbenen Dr. Anton und Milka Kovačić. Seine Mutter Milka Kovačić ist aktive Lehrerin in Glina, Kovačić, Bastaić und Ujević studieren auf der Belgrader Universität und jeder einzelne erhält von der serbischen Regierung, Abteilung für die Propaganda, einen Monatsbetrag von 100 Dinar.

Paul Bastaić ist am 12. Mai 1890 in Perna bei Topusko geboren, griechisch-orientalischer Religion und studiert Philosophie. Am Gymnasium in Sriemski Karlovci, wo er voriges Jahr maturierte, unterstützte ihn nach der Aussage des Konfidenten, der Delegat am gemeinsamen Reichstage Bude Budisavljević und in letzterer Zeit der aus dem Hochverratsprozesse bekannte Valerian Pribičević. Unser Vertrauensmann ist mit Bastaić befreundet, da beide aus Glina gebürtig sind. In Belgrad hatten sie öfters Zusammenkünfte und so haben sie sich auch am Vorabend des Frohnleichnamstages im Kaffee Moskva getroffen, wo Bastaić zu unserem Vertrauten sagte: „Landsmann, jetzt zu Frohnleichnam wird es einen blutigen Zusammenstoss in Agram geben." Auf die Frage: „Was wird sein" antwortete Bastaić: „die Sozialisten werden sich en masse versammeln und wir haben unseren Menschen, welcher jenen Hund Cuvaj tödten wird."

Als unser Vertraute dies hörte, meldete er es sofort dem Polizeivorstand in Semlin.

Am Samstag, nach der Ausführung des Attentates, wurde die Nachricht von der Ausführung desselben noch am Nachmittage um halb drei Uhr in Belgrad verbreitet.

Sonntag nach dem Attentate ist wieder unser Vertraute im Kaffee Moskva mit Kovačić, Ujević und Bastaić zusammengekommen und als dieselben unseren Vertrauten erblickt hatten, erhoben sie sich von ihren Plätzen und sagten mit ausgebreiteten Händen „A Boga mu, dass er ihn nicht traf!" Im weiteren Verlaufe des Gespräches über das Attentat sagte Ujević: „was nicht war, muss geschehen", worauf der Vertraute antwortete: „Kinder passt auf, was ihr tut."

Montag nach dem Attentate hat der Confident den Bastaić begegnet, welcher ihn an der Hand fassend sagte, er habe mit ihm sehr wichtiges zu sprechen. Sie sind ins Kaffee Attila gegangen, wo sie Kaffee getrunken haben. Im Gespräche sagte Bastaić: „Landsmann, ich bin arm, nach mir wird niemand trauern und, wenn Jukić nicht gewusst oder nicht verstanden hat, es auszuführen, so werde ich es ausführen, worauf ihm der Vertrauensmann antwortete: „Landsmann für solche Thaten kommt man auf den Galgen." Bastaić aber meinte: „Es ist einerlei, was nachher geschieht." Der Confident sagte noch: „Du bist ein Serbe und die Serben werden dann verfolgt", Bastaić aber antwortete: „Was diese kroatischen Feiglinge!" Damit war das Gespräch beendet. Denselben Tag nachmittags hat unser Confident im Kaffee Kovačić, Bastaić und Ujević getroffen, bei welcher Gelegenheit ihm Kovačić gesagt hat: er möchte es gewiss thun, wenn es ihm nicht leid wäre um seine Mutter, welche Lehrerin ist, da sich aber niemand anderer aus den elenden Bürgerkreisen findet, der ein so heiliges und für die Rettung Kroatiens nützliches Werk vollführen würde, so müssen wir Studenten dieses Opfer bringen. Der Vertrauensmann hat das ganze Gespräch dem Polizeichef in Semlin gemeldet.

Montag nach dem Attentate ist Valerian Pribičević nach Belgrad gekommen, welchen der Confident Montag, Dienstag und Mittwoch getroffen hat. Nach Belgrad ist auch Milan Pribičević aus Niš gekommen, in deren Gesellschaft sich dann noch Bastaić befand. Nach den Aussagen des Confidenten hat derselbe an Valerian die Frage gestellt: „Haben Sie gesehen, was man in Agram treibt," worauf Milan geantwortet hat: „Das hat auch müssen sein, nur war niemand da, der es ausgeführt hätte, wie es ausgeführt sein müsste." Da hat Valerian Pribičević bemerkt: „Solange sich nicht am Markusplatz vier bis fünf Banusköpfe wälzen werden — wird es kein Recht und keine Ordnung geben." Darauf hat Hauptmann Milan Pribičević den anwesenden Bastaić am Arm gefasst und gesagt: „das ist unser Landsmann, er hat Courage und wird nicht fehlen." Der Confident hat noch beiläufig bemerkt: „Es ist alles gut, aber, wenn es schon sein soll, hätte ich es viel lieber, dass der Banus nicht von serbischer Hand fällt, weil dann wieder die Serben leiden und Verfolgungen ausgesetzt sein werden." Valerian Pribičević war darauf auch dieser Meinung und sagte: „Ich hätte es auch lieber, wenn diese Kroaten in diesen sauern Apfel beissen möchten." Dieses

Gespräch, welches beiläufig fünf einhalb Stunden währte, wurde in einem Gasthause geführt.

Dienstag nach dem Attentate hat der Confident Bastaić vor der Universität getroffen, von wo dann beide zu Fuss bis zum Hof gingen und in das Kaffee „Zdravinjak" einkehrten. Hier hat Bastaić zu dem Confidenten gesprochen: „Landsmann ich habe mich entschlossen und werde auch mein Wort halten und nachher soll geschehen, was Gott gibt." Auf die Frage des Confidenten, wieso er dies alles aus Belgrad ausführen wird, antwortete Bastaić: „Landsmann, Sie wissen, dass ich arm bin, ich gehe nach Agram, um den Kommissär um eine Unterstützung zu bitten und wenn er mich empfängt, so ist er in diesem Moment todt (zevnuo), wenn mir aber mein Vorhaben nicht gelingt, werde ich es auf der Eisenbahn, oder in Budapest oder in Wien ausführen, und wenn ich auch auf das Ende der Welt gehe, aber meiner Hand entgeht er nicht." Bastaić fügte noch hinzu, er bekäme einen besonderen Kavallerierevolver mit einer Bombe von Milan Pribičević.

Alle diese Auskünfte gab der Confident nach seiner Information, er könne dieselben aber wegen seiner persönlichen Sicherheit und wegen seiner Familie nicht vor dem Gerichte wiederholen, da er schon in Belgrad 15 Jahre lebt und dadurch seine und seiner Familie Existenz gefährdet wäre. Den Bericht des Confidenten halte ich als vollkommen glaubwürdig aus dem Grunde, da schon sein erster Bericht, den er der Polizei in Semlin betreffs des am Frohnleichnamstage auszuführenden Attentates gab, vollkommen der Wahrheit entsprochen hat: was aus der Ausage des Jukić und seiner Mitschuldigen hervorgeht, ferner weil es der Wahrheit entspricht, dass Bastaić und Jukić in einem gewissen Verhältniss stehen, was aus der Voruntersuchung in der Sache des verübten Attentates hervorgeht und weil Jukić noch jetzt der Meinung ist, dass Bastaić die Explosivgegenstände fortgetragen hat, welche Jukić aus Serbien mitbrachte, schliesslich aus dem Grunde, weil Bastaić und seine Kollegen Kovačić, Ujević von der serbischen Regierung für die Propaganda besonders unterstützt und alle drei sind nur als exaltierte junge Menschen bekannt, von denen ich glaube, dass sie im Stande sind so ein Werk zu verüben. Nach diesem Bericht, den ich vom Confidenten erhalten habe, wendete ich mich sofort an die Semliner Polizei mit der chiffrierten Bitte, dass man Bastaić, Kovačić und Ujević sofort nach der Übertretung der Grenze verhaften soll. Nachher verfügte ich, dass der Confident in Belgrad auf alle drei aufzupassen hat, ihnen auf jeden Schritt folgen soll und wenn dies auch ausserhalb des Territoriums des Königreiches Serbien ist; und er möge mich sofort auf besondere Art, die wir verabredeten — davon benachrichtigen. Aus diesem Anlasse gab ich dem Confidenten einen Vorschuss von 500 K. Da ich ferner dafür halte, dass die getroffenen Sicherheitsmassregeln nicht die Möglichkeit einer andauernden und ständigen Sicherheit geben, so bitte ich Euere Exzellenz, dass man auch im diplomatischen Wege gewisse Schritte unternimmt, um diese Gefahr ganz zu beseitigen. Schliesslich bitte ich Euer Exzellenz mein Verfahren zu genehmigen und meinen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Sporčić.

[a]) Vgl. n. 3489.

Nr. 3622. Tel. aus Paris, 14. Juli 1912 Nr. 82 (eing. 15. Juli 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Excellenz Telegramm Nr. 63. Herr Poincaré, den ich soeben sah, sagte mir, dass von einem Schritte Herrn Bompard's zwecks Beilegung des Krieges keine Rede sei. Minister hält jedes separate Einschreiten einer Macht in Konstantinopel für aussichtslos und ist, wie er mir schon öfters sagte, der Ansicht, dass nur gemeinsames Eingreifen der fünf neutralen Grossmächte im geeigneten Momente vielleicht von Erfolg sein könnte. Jetzt sieht er noch keine mögliche Friedensbasis. Sollte er glauben, eine solche gefunden zu haben, so würde er behufs gemeinsamen Vorgehens sich an die Kabinette wenden, jedenfalls ohne Vorwissen der Mächte keine Separat-Aktion unternehmen. Diese Ansicht wird, wie er mir sagte, in London und Petersburg ganz geteilt. Herr Bompard hat des öfteren, wie wohl die meisten seiner Kollegen, in akademischen Privatgesprächen mit türkischen Staatsmännern die Friedensmöglichkeiten erörtert, konnte bisher aber nur die Unvereinbarkeit der türkischen Auffassung mit der italienischen konstatieren. In letzter Zeit scheine in Konstantinopel etwas mehr Nachgiebigkeit sich zu zeigen, da Herr Bompard melde, dass man sich türkischerseits mit einem italienischen Protektorate über die zwei Provinzen vielleicht befreunden würde, doch meint Herr Poincaré, dass Italien hierauf nie eingehen werde. Szécsen.

[a] Vgl. n. 3623.

Nr. 3623. Tel. nach Berlin, 15. Juli 1912 Nr. 77 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 75 vom 13. l. Mts. Graf Szécsen telegraphiert unter dem 14. l. M. wie folgt: ... *wie n. 3622* ... Die sehr reservierte Aussprache Herrn Poincarés vermag mich von meiner im obzitierten Telegramme ausgesprochenen Ansicht nicht abzubringen. Der Umstand, daß der französische Minister des Äußern seine erste Behauptung, von einem Schritte Herrn Bompards zwecks Beilegung des Krieges sei keine Rede, im weiteren Verlaufe damit ergänzt, daß der Botschafter in Konstantinopel die Friedensmöglichkeiten erörtert und dort etwas mehr Nachgiebigkeit konstatiert hat, bestärkt mich in der Annahme, daß die von Euer Exzellenz einberichteten Mitteilungen des italienischen Geschäftsträgers an den Unterstaatssekretär[b] der Wahrheit nahe kommen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Verwertung bei dem Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär. Berchtold.

[a] Vgl. n. 3625, 3626. — [b] Vgl. n. 3617.

Nr. 3624. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 15. Juli 1912 Nr. 61 B (eing. 18. Juli).[a] Ausfert.

Die Kaiserzusammenkunft in Baltisch-Port hat hier im ersten Augenblicke eine grosse Beunruhigung ausgelöst. Nunmehr scheint man indessen zur Überzeugung gelangt zu sein, dass bei dieser Entrevue nichts vorgefallen sei, was die Lage der Türkei ungünstig zu beeinflussen vermöchte. Wie ich

erfahre, hat hier sowohl die kaiserlich deutsche, als auch die kaiserlich russische Botschaft über die Kaiser-Zusammenkunft gewisse Erklärungen abgegeben, welche beruhigend gewirkt haben. Bei meiner letzten Begegnung mit Assim Bey streifte der Herr Minister diesen Gegenstand ganz flüchtig und meinte, er habe kaum Grund anzunehmen, dass in Baltisch-Port etwas vorgefallen sei, was die türkischen Interessen nachteilig beeinflussen würde; er wisse sogar, fügte er hinzu, dass die russische Regierung seither in Sophia zur Ruhe gemahnt und betont habe, dass die Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan dringend gewünscht werde. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3616, 3629.

Nr. 3625. Bericht aus Paris, 15. Juli 1912 Nr. 28 B (eing. 18. Juli).[a]) *Ausfert.*

Die von einer englischen Zeitung lancierte Nachricht, wornach Frankreich, England und Italien kürzlich ein Übereinkommen betreffend die Aufrechterhaltung des status quo im Mittelmeer abgeschlossen hätten, wurde bereits, wie Euer Exzellenz gesehen haben werden, im Temps dementiert. Herr Paléologue, mit dem ich dieses Gerücht besprach, sagte mir, es sei kein wahres Wort daran und sei es ihm ganz unerklärlich, wie dasselbe entstehen konnte, nachdem zwischen den erwähnten drei Cabinetten gar keine diesbezüglichen pourparlers stattgefunden haben und die Idee eines solchen Abkommens überhaupt nicht ventiliert ward. Die bestehenden mehr oder weniger geheimen Conventionen, die England Egypten, Frankreich Marokko und Italien die Anwartschaft auf Lybien sichern, seien ja ziemlich allgemein bekannt. Durch diese verschiedenen Verträge hatten sich die drei Staaten allerdings schon früher verpflichtet, diesen status quo an der nordafrikanischen Küste zu respectieren, und läge gar kein Anlass vor, diesfalls ein neues Übereinkommen zu treffen. Auch dürfe man nicht ausser Augen lassen, dass der Krieg zwischen Italien und der Türkei noch andauere und dass ersterer Staat bisher nur einen Teil der von ihm beanspruchten afrikanischen Gebiete occupiert habe. Die Pflichten der Neutralität würden daher England und Frankreich jedenfalls gehindert haben, ein solches Übereinkommen abzuschliessen; ganz abgesehen davon, dass es sinnlos wäre, betreffs Lybiens einen noch nicht bestehenden status quo vertragsmässig festzulegen. Wie ich aus weiteren Mitteilungen Herrn Paléologues entnehmen konnte, scheinen zwischen dem Cabinett von Paris, London und Rom Konversationen betreffend das Schicksal der von Italien besetzten türkischen Inseln stattgefunden zu haben. Mein Mitredner sagte mir, man betrachte hier das künftige Schicksal dieser Inseln als eine Frage, die nicht ohne das Zuthun der europäischen Grossmächte geregelt werden könne. Im gegenwärtigen Moment könne Italien sich natürlich nicht offiziell verpflichten, die Inseln beim Friedensschluss an die Türkei zurückzugeben, weil es dadurch auf jedes Pressionsmittel verzichten würde. Man habe aber hier Grund anzunehmen, dass Italien nicht die Absicht hat, die Inseln zu behalten.

Szécsen.

[a]) Vgl. n. 3623, 3627, 3631.

Nr. 3626. Tel. nach Berlin, 16. Juli 1912 Nr. 78 (chiffr. 8 U. 50 M. p. m.). Konz. (S. Calice; G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 77 vom 15. l. M. Herr von Mérey telegraphiert, ... *wie n. 3627 im Auszug* ... Berchtold.

Nr. 3627. Tel. aus Rom, 16. Juli 1912 Nr. 76 (eing. 3 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Herr Bollati erwiderte auf meine im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 105 gemachten Bemerkungen, es scheine ihm vor allem ein Irrtum (vielleicht Chiffre-Fehler) vorzuliegen, da italienischer Geschäftsträger in Berlin selbstverständlich von Initiative dortiger Regierung und nicht Österreich-Ungarns gesprochen habe, dessen einschlägige Bemühungen der Consulta ohnedies bekannt seien. Übrigens scheint gedachter Geschäftsträger seine Instruktionen etwas überschritten und die in Wirklichkeit sehr matten Ratschläge Frankreichs in Konstantinopel in der Wilhelmsstrasse greller dargestellt zu haben. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3625, 3626, 3628, 3630.

Nr. 3628. Tel. aus Rom, 16. Juli 1912 Nr. 77 (eing. 3 U. 35 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Gestern sprach mir Herr Bollati spontan von der mir mit hohem Telegramm Nr. 106[b]) sowie von Herzog von Avarna der Consulta telegraphisch mitgeteilten Unterredung. Er betonte, dass es sich in Lausanne um rein offiziöse, formlose Pourparlers zum Zwecke der wechselseitigen Orientierung über die obwaltende Auffassung handle und schon Rücksicht auf den anderen Partner Geheimhaltung gebiete. Italienischerseits seien die Abgeordneten Bertolini und Fusinato sowie Commendatore Volpi, türkischerseits Said Halim Pascha und an Stelle Botschaftsrates Blacque Bey ein anderer Vetrauensmann, dessen Namen er noch nicht wisse, erschienen. Die erste Besprechung habe gestern stattgefunden. Er persönlich zweifle an einem praktischen Ergebnis dieser Zusammenkunft, da Said Halim Pascha wenig Autorität zu besitzen scheine und vorläufig türkische Vorschläge, wonach die Cyrenaica der Türkei verbleiben, in Tripolitanien der italienische Besitz nur hinsichtlich der okkupierten Punkte anerkannt, die ganze übrige Provinz aber unter einem arabischen Bey unabhängig werden sollte, ganz indiskutabel seien. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3620, 3627, 3648, 3707. — [b]) Auf Tel. Nr. 106, 13. Juli 1912 (chiffr. 13. Juli 10 U. p. m.) wurde n. 3620 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 3629. Bericht aus Berlin, 17. Juli 1912 Nr. 28 A (eing. 19. Juli).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Herr von Bethmann Hollweg hat sich nach seiner Rückkehr aus Russland einen Tag in Berlin aufgehalten und von hier auf sein Gut Hohenfinow begeben. Er liess mich bitten ihn aufzusuchen. Wie er mir versicherte, wollte er mir vor Allem über die „zwei Kaiser-Zusammenkunft" in Baltischport noch Einiges erzählen; er hatte zwar noch von

St. Petersburg aus Herrn von Tschirschky telegrafisch angewiesen, Euer Excellenz über den Verlauf dieser Begegnung in Kenntnis zu setzen und Graf Thurn werde auch gewiss nach einer längeren Unterredung mit ihm Euer Excellenz Bericht erstattet haben. Ausserdem sei auch das Euer Excellenz bekannte Communiqué veröffentlicht worden, dessen Wortlaut im Einverständnisse mit Herrn Sazonow redigiert worden sei. Dasselbe entspreche in jeder Hinsicht den Tatsachen und enthalte — wenn auch in aller Kürze — so doch eine erschöpfende Darstellung der Ergebnisse. Der Reichskanzler wiederholte mir, dass er mit dem ganzen Verlaufe der Entrevue in jeder Beziehung vollkommen zufriedengestellt war; deutscherseits wollte man in keiner Hinsicht irgend welche Vorschläge machen und nur constatiren, dass man auch weiterhin eine friedliche Politik zu verfolgen beabsichtige und sich der sicheren Hoffnung hingebe, dass dies auch in Russland der Fall sei. Aufrichtig gesagt, habe er befürchtet, dass die russische Regierung in Angelegenheit des italienisch-türkischen Krieges die Idee einer Konferenz ventiliren könnte; dies sei aber erfreulicher Weise nicht geschehen und Kaiser Nikolaus ebenso, wie seine beiden Minister, hätten in der entschiedensten Weise erklärt, dass sie von allem Anfange an von einer Konferenz nichts wissen wollten und auch weiterhin aus bekannten Gründen an diesem Standpunkte festzuhalten entschlossen seien. Aus allen Unterredungen zwischen den beiden Kaisern und zwischen ihm und den beiden Staatsmännern, habe er die Überzeugung gewonnen, dass die russische Regierung tatsächlich für die Aufrechterhaltung des Friedens eintreten werde. Er könne, so fügte er hinzu, sich allenfalls irren, doch hoffe er, nach den ihm gegebenen Versicherungen bestimmt, dass dies nicht der Fall sein werde. Dass die russische Regierung auch weiterhin auf die Balkanstaaten „bremsend" einzuwirken gesonnen sei, beweise auch die von ihr unlängst in Sofia unternommene Démarche (vide mein ergebenes Telegramm Nr. 141 vom 10. Juli), welche sich zwar nachträglich als überflüssig erwiesen hat, jedoch Zeugnis von der russischen Friedensliebe ablege. Mit ganz besonderem Nachdrucke hätten Kaiser Nikolaus, Herr Kokowzow und Herr Sazonow betont, welch' grossen Wert sie nicht nur auf die Fortdauer der vertraulichen Beziehungen zwischen St. Petersburg und Berlin, sondern auch auf die Wiederherstellung derselben zum Wiener Cabinette legten. In dieser Hinsicht sei, so sagten ihm die russischen Minister, in letzter Zeit ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen; hoffentlich werde diese erfreuliche Wendung anhalten, wozu die russische Regierung ihrerseits alles beizutragen entschlossen sei. Die Aussprachen Herrn von Bethmanns mit dem Czaren haben ihn sehr befriedigt; Kaiser Nikolaus scheine zu ihm, dem Kanzler, Vertrauen gefasst zu haben. Herr Kokowzow, den er erst jetzt kennen lernte, habe einen sehr günstigen Eindruck auf ihn gemacht, und die gute Meinung, die er schon früher von Herrn Sazonow gehabt, hätte sich diesmal nur noch vertieft. Mit Grafen Thurn, den Herr von Bethmann bereits aus der Zeit dessen hieramtlicher Zuteilung kannte, hatte er, wie oben erwähnt, eine längere Besprechung. Nach allen Nachrichten, die ihm in Petersburg zukamen, habe der K. u. K. Botschafter es verstanden, sich dort eine ausgezeichnete Stellung zu machen. Im weiteren

Verlaufe unserer Unterredung kam der Reichskanzler auch auf die letzte, grosse Rede Sir Eduard Greys[b] zu sprechen und äusserte sich dahin, dass man deutscherseits mit den Ausführungen des englischen Ministers ganz zufriedengestellt sein könne. Mit auffallendem Selbstbewusstsein bemerkte der Reichskanzler hiebei: „Sie werden sehen, dass, wenn nicht alle Anzeichen trügen, es mir mit gehöriger Geduld und Ausdauer gelingen wird, ein ganz erträgliches und beide Teile befriedigendes Verhältnis zwischen Berlin und London herzustellen und aufrecht zu erhalten." Auch mit der Rede des türkischen Ministers des Äussern in der Kammer[c] war der Kanzler im Grossen und Ganzen einverstanden; es habe aus dessen Rede — so sagte er mir — ein anderer Ton herausgeklungen, als es bei früheren Anlässen in Kospoli der Fall war; Assim Bey habe zwar versichert, dass das türkische Kabinett entschlossen sei im Kriege zu verharren, doch habe er, wenn auch nur indirekt, auf die Möglichkeiten eines Friedensschlusses hingewiesen. Zum Schlusse erwähnte Herr von Bethmann den Depeschenwechsel zwischen Seiner K. u. K. Apostolischen Majestät und seinem Allergnädigsten Herrn aus Anlass der Begegnung in Baltischport[d] und erzählte mir nachträglich, dass nach der Erledigung der Wehrvorlagen in Budapest und Wien, Kaiser Wilhelm ein Glückwunsch-Telegramm an unseren Allergnädigsten Herrn gerichtet habe, welches Allerhöchstderselbe in herzlichster Weise dankend beantwortet hätte. Für das Vorgehen des Grafen Tisza fand der Reichskanzler nur Worte der Anerkennung, fügte aber allerdings hinzu, dass im gouvermentalen Interesse eine Aussöhnung mit dem nüchterner denkenden Teile der Opposition dringend notwendig wäre. Szögyény.

[a] Vgl. n. 3600, 3613, 3624, 3636, 3638, 3643. — [b] Polit. Chron. der ö.-u. Mon. 1912, 295. — [c] Ebda. 307. — [d] Vgl. n. 3609.

Nr. 3630. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 17. Juli 1912 Nr. 247 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Mit Bezug auf Euer Excellenz Telegramm Nr. 128 vom 14. d. M. Ich habe meinen französischen Kollegen über die vom italienischen Geschäftsträger in Berlin stammende Nachricht, dass Herr Bompard von seiner Regierung Instruktion erhalten hätte, in der Friedensfrage auf die türkische Regierung einzuwirken, in vorsichtiger Weise ausgeholt. Aus seinen Äusserungen entnahm ich, dass er bis jetzt keine derartigen Weisungen erhalten hat. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3627, 3631.

Nr. 3631. Bericht aus Rom, 17. Juli 1912 Nr. 49 D (eing. 20. Juli).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Als kürzlich die im „Daily Graphic" von Lucien Wolff lancierten Gerüchte über Verhandlungen zwischen England, Frankreich und Italien behufs Regelung der Machtverhältnisse und Erhaltung des Status quo im Mittelmeere die Runde durch die europäische Presse machten, habe ich in einem Gespräche mit dem Generalsecretär der Consulta auch dieses Thema berührt. Ich sah mich hiezu umsomehr veranlasst, als der Leitartikel des „Popolo Romano" vom 11. d. Mts. — und zwar nicht

zum ersten Male — den Gedanken ausgeführt hatte, dass solche eventuelle Accords ganz zulässig seien, insoferne sie nicht mit den politischen Hauptverträgen im Widerspruche stünden und nur eine wechselseitige Garantie des colonialen Besitzstandes im Mittelmeere beträfen. Auch war mir ein bemerkenswerter Artikel des „Echo de Paris" (vom 9. l. Mts.) — bekanntlich eines der Organe des Herrn Poincaré — unter die Augen gekommen, worin von Besprechungen zwischen Sir E. Grey und Herrn Paul Cambon und von dem Plane die Rede war, Italien im Mittelmeere von seinen Alliierten unabhängig zu machen, ihm dort gratis jenen Schutz zu gewähren, welchen ihm die Tripelallianz nur gegen die Übernahme beträchtlicher Lasten bieten würde, und es derart in die englische Mittelmeer-Politik hineinzuziehen. Ausserdem hatte die jüngste Rede Sir E. Greys erkennen lassen, dass England den Schutz seiner Interessen im Mittelmeer nicht Frankreich zu überlassen, sondern seine dortige maritime Position zu verstärken beabsichtige. Herr Bollati, welcher tagszuvor bei dem Minister in Anticoli gewesen war und — wie er mir sagte — mit demselben auch diese Gerüchte erörtert hatte, erklärte mir mit Bestimmtheit, dass nicht nur von keinen neuen Accords mit den Westmächten, sondern nicht einmal von einschlägigen Conversationen die Rede sei. Das im „Popolo Romano" enthaltene Raisonnement sei eine persönliche Lieblingsidee des Chefredacteurs desselben und nicht etwa von der Regierung inspiriert. Herr Bollati war aber auch ermächtigt, mir zu sagen, dass Italien in Hinkunft derartige Accords nicht abschliessen würde, ohne sich mit seinen Alliierten zu verständigen. Die Äusserungen Herrn Bollatis, welcher zum Unterschiede von so vielen seiner Landsleute es mit der Wahrheit eher genau zu nehmen pflegt, klangen so decidiert und rückhaltlos, dass ich schon nach dieser Unterredung die Existenz solcher Verhandlungen, insoweit Italien in Betracht kommt, als ausgeschlossen betrachten musste. Einige Tage darauf hatte ich ein Gespräch mit dem für 24 Stunden nach Rom gekommenen Minister des Äussern. Derselbe war über meine Conversation mit Herrn Bollati informiert und nahm dieselbe zum Anlass, um näher auf dieses Thema einzugehen. Er begann damit, mir neuerlich auseinanderzusetzen, wie sich die ganze Politik Italiens in den letzten Decennien und speciell seine Accords mit den Westmächten durch seine tripolitanischen Pläne erklärten. Diese Accords, welche ein secret de polichinelle und speciell auch den Alliierten Italiens bekannt seien, bezögen sich lediglich auf die nordafrikanische Küste. Anregungen zu neuen Accords oder auch nur diesfällige Conversationen hätten bisher nicht stattgefunden. Auf die bezüglichen Zeitungsgerüchte hin habe er die Botschafter in London und Paris beauftragt, der Sache auf den Grund zu gehen. Marchese di San Giuliano las mir nun die Originaltelegramme der beiden Botschafter vor. Herr Tittoni meldet unterm 13. l. Mts., Herr Poincaré habe kurz und trocken erklärt, von solchen Accords sei keine Rede, die französische Regierung habe nicht die Absicht, an Italien mit derartigen Vorschlägen heranzutreten und er — Poincaré — wüsste auch nicht, auf was sich ein solches Abkommen erstrecken sollte. Sir A. Nicolson sagte, laut des Telegrammes des Marchese Imperiali vom 11. l. Mts., im Wesen dasselbe, bestritt auch, dass zwischen England und Frankreich Verhand-

lungen über Mittelmeerfragen im Zuge seien und bemerkte, L. Wolff scheine diese Nachricht in die Welt gesetzt zu haben, „pour faire plaisir à ses coreligionnaires sur le Continent". Der Minister des Äussern führte weiter aus, er sehe den Nutzen solcher eventueller Accords mit England und Frankreich nicht ein. Vor allem seien die bestehenden Accords noch durchaus nicht gegenstandslos geworden. Die Eroberung von Marocco und Lybien werde noch geraume Zeit in Anspruch nehmen, ausserdem ergäben sich durch die Nachbarschaft allerlei Fragen: Grenzbestimmungen, Behandlung der wechselseitigen Untertanen, Capitulationsfragen etc., bei deren Lösung die bestehenden Accords noch immer gute Dienste leisten könnten. Darüber hinaus aber könne er sich ein Abkommen über weitere Mittelmeerprobleme zwischen Italien und den Westmächten nicht gut denken, schon deshalb nicht, weil er sich nicht vorstellen könne, was Italien diesen Mächten bieten könnte. Die italienische Presse hat fast ausnahmslos jene Gerüchte als haltlos beurteilt und keine Begeisterung für die Idee des Abschlusses neuer Abkommen mit Frankreich und England an den Tag gelegt. Wenn ich den vorstehenden Meldungen ein persönliches Raisonnement anfügen darf, so möchte ich der Ansicht Ausdruck geben, dass zwar gewiss dermalen keinerlei Verhandlungen zwischen Italien und den Westmächten über Mittelmeerfragen laufen, dass aber in dieser Materie heute noch nicht das letzte Wort gesprochen worden ist. Trotz der Äusserungen Herrn Poincarés und Sir A. Nicolsons halte ich nämlich dafür, dass zwischen England und Frankreich gegenwärtig das Mittelmeerproblem Gegenstand eifriger Erörterung ist, wobei in dem Calcul dieser beiden Cabinette auch die künftige Haltung Italiens eine Rolle spielen dürfte. Vielleicht waren die Artikel des „Daily Graphic" und des „Echo de Paris" ballons d'essai, vielleicht reservieren sich auch die Westmächte, in einem späteren Zeitpunkte mit Anwürfen an die hiesige Regierung heranzutreten. Dieser Eventualität und der für dieselben von hier aus zu reclamierenden Handlungsfreiheit zu präludieren, könnte der Zweck der Ausführungen des „Popolo Romano" sein. Es ist nachgerade evident, dass, solange der Krieg dauert, Italien nach keiner Seite hin neue Engagements eingehen wird, schon um nicht die Gegenseite zu verstimmen. Es wird bis dahin den Dreibund nicht erneuern und auch kein Abkommen mit den Westmächten schliessen. Nach Beendigung des Krieges wird aber Italien in politischer Beziehung sein Haus bestellen, und wenn dann die Westmächte mit Vorschlägen hier auftreten werden, wird es von dem Grade des Vertrauens, welches Italien in die Tripel-Allianz hinsichtlich der Wahrung seiner bisherigen und seiner neuen Interessen setzen wird, abhängen, welche Aufnahme das hiesige Cabinett solchen Anwürfen bereiten wird. Mérey.

[a] Vgl. n. 3625, 3630, 3633 Anm. c, 3640, 3641.

Nr. 3632. Tel. aus London, 18. Juli 1912 Nr. 53 (eing. 7 U. 20 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng geheim. Privat. Tyrell sagte mir im strengsten Vertrauen, er glaube mir sagen zu können, die Affaire Sir F. L. Cartwrights sei im

Prinzipe erledigt, nur bitte er mich, noch einige Zeit zu gedulden und absolut keinen Gebrauch von seiner Mitteilung zu machen. Die geringste Indiskretion könnte Sir E. Grey — bei seiner übertriebenen Loyalität für seine Untergebenen — wieder bewegen, den britischen Botschafter in Wien zu belassen. Tyrell meinte, nach meiner Rückkehr vom Urlaube könnten wir die eventuelle Nachfolgerschaft besprechen. Ich denke, die Veränderung am Wiener Posten dürfte gegen Ende des Jahres beim Schlusse des Urlaubes Sir F. L. Cartwrights eintreten. Ich bitte dringend, Vorstehendes als absolut streng vertraulich zu behandeln, da das geringste Gerücht über die bevorstehende Veränderung den Erfolg einer diesbezüglichen Aktion wieder in Frage stellen könnte. Tyrell bat mich sogar, vorläufig noch nichts Euer Exzellenz zu melden. Ich halte es aber für meine Pflicht, es dennoch zu tun, damit Euer Exzellenz schon jetzt informiert sind und nicht eine neuerliche Aktion zur Entfernung Cartwrights ins Auge fassen, welche unter den obwaltenden Umständen nicht opportun sein könnte. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3579, 3635.

Nr. 3633. Erlaß nach London, 20. Juli 1912, Nr. 2970.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).[1])

Streng vertraulich. In der Stellung der Mächte zur Frage der Erhaltung des status quo im nahen Oriente hat sich in der letzten Zeit, seit etwa anderthalb Jahren, eine wesentliche Veränderung vollzogen. Bis zu diesem Zeitpunkte galt die möglichste Erhaltung der bestehenden Verhältnisse am Balkan und in Konstantinopel als Axiom der Politik aller Dreibundmächte und unter diesen war es namentlich Deutschland, auf dessen Freundschaft und Schutz die Türkei, falls ihre Interessen bedroht würden, in besonderem Maße zu zählen berechtigt schien. Auch Rußland, welches dem ihm von Geschichte und Tradition gewiesenen Ziel seiner Politik, der Aenderung der Macht- und Rechtsverhältnisse am Eingange des schwarzen Meeres, niemals ganz entsagt, war damals, nach den Niederlagen in der Mandschurei und den schweren Erschütterungen der Revolutionszeit, noch zu sehr mit seiner inneren Sammlung und Kräftigung beschäftigt, um für die nächste Zukunft ernstlich an die Realisierung der überlieferten Aspirationen denken oder überhaupt im nahen Oriente eine aktive Politik treiben zu können. Eine Prüfung der heutigen Situation ergibt ein wesentlich anderes Bild.

Was zunächst Deutschland anbelangt, so sprechen verschiedene Symptome dafür, daß sich in der Haltung, die das Berliner Kabinett gegenüber der Türkei und dem orientalischen Probleme überhaupt einnimmt, eine merkliche Wandlung vollzogen hat. Der Beginn dieser Schwenkung fällt zeitlich mit der Entrevue von Potsdam[b]) zusammen und sie ist erst vor kurzem in der Abberufung Baron Marschalls, des eifrigsten Vertreters und Förderers der deutsch-türkischen Freundschaft, von seinem Posten in bezeichnender Weise zum Ausdruck gekommen. In Konstantinopel und in der türkischen Oeffentlichkeit hatte man schon kurz nach Potsdam den Eindruck gewonnen, daß die Türkei auf das Berliner Kabinett, welches

bis dahin als ihr Beschützer aufgetreten war, die hiefür beanspruchten Gegenleistungen aber inzwischen eingeheimst hatte, nicht mehr in der bisherigen Weise werde rechnen können, ein Eindruck, der sich seither immer mehr verstärkt und zu einer fühlbaren Abkühlung der türkischen Sympathien für Deutschland geführt hat. Tatsächlich konnten auch wir bei verschiedenen Anlässen die Wahrnehmung machen, daß das Berliner Kabinett weit weniger als früher geneigt war, für die Erhaltung des territorialen oder vertragsrechtlichen status quo im nahen Oriente und für die Interessen der Türkei einzutreten.

Die Wandlung, die in der Stellung der deutschen Regierung zur Türkei zu erkennen ist, hängt zweifellos mit der Annäherung Deutschlands an Rußland zusammen, welche durch die Potsdamer Entrevue angebahnt wurde. Hiezu kommt noch, daß Rußland selbst heute der orientalischen Frage anders gegenübersteht als noch vor nicht allzulanger Zeit. Im Innern wieder einigermaßen konsolidiert, militärisch wie finanziell in fortschreitendem Erstarken begriffen und in seinen ostasiatischen Hoffnungen ernüchtert, ist Rußland heute entschlossen, seine Blicke wieder mit erhöhter Aufmerksamkeit den Vorgängen im nahen Oriente zuzuwenden und seine dortigen Interessen zielbewußt wahrzunehmen. Dies hat Herr Sazonow in seiner letzten Dumarede klar erkennen lassen und hievon zeugt auch, trotz des späteren Desaveus und der nachfolgenden Ungnade, der Vorstoß, den Herr Tscharykow in der Dardanellenfrage gegen Ende des vergangenen Jahres in Konstantinopel unternommen hat. Das Verhalten und die Sprache des deutschen Kabinetts bei diesem Anlasse ließe fast vermuten, als ob Deutschland in der Meerengenfrage nicht mehr ganz freie Hand hätte. Sollte Rußland den ergebnislos gebliebenen Versuch wiederholen — wozu wohl nur der günstige Moment abgewartet wird — so ist es zumindest fraglich, ob die deutsche Regierung zu denjenigen Mächten zählen würde, die sich für die Aufrechterhaltung des bestehenden Rechtszustandes einsetzen werden. Was den territorialen Besitzstand der Türkei anbelangt, scheint Rußland derzeit allerdings keine aggressiven Absichten im Schilde zu führen. Daß aber nach der ganzen Konzeption der russischen Politik jede Schwächung der Türkei von Rußland als ein Aktivum betrachtet wird, bedarf wohl keiner längeren Beweisführung. Die russische Patronanz der slavischen Balkanstaaten kommt hiefür ebenso in Betracht, wie die Sorge um die strategische Stellung Rußlands an der kleinasiatischen Grenze. Es kann daher keineswegs erwartet werden, daß Rußland sich für die Erhaltung des unverminderten Besitzstandes der Türkei besonders exponieren wird.

Der Kriegszustand, in dem sich Italien[c]) gegenwärtig mit der Türkei befindet, hat, wenn auch erst in seinen weiteren Konsequenzen, die Haltung unseres Verbündeten in den Fragen des nahen Orients modifiziert. Zwar hat die italienische Regierung zu Beginn des Krieges erklärt, den status quo am Balkan durch ihre Aktion keineswegs stören zu wollen. Sie hegt auch wohl heute noch den aufrichtigen und wohlmotivierten Wunsch, daß das Balkanproblem wenigstens insolange nicht aufgerollt werde, als die Kraft Italiens sowohl finanziell wie militärisch in so hohem Maße in Tripolitanien gebunden ist. Allein die Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, wie

bald Italien sich veranlaßt gesehen hat, das von ihm proklamierte Prinzip des status quo — vorläufig allerdings nur durch provisorische Inselbesetzungen im Aegäischen Meere — zu durchbrechen und hart bis an jene Grenzlinie heranzugehen, deren Ueberschreitung wohl automatisch das ganze orientalische Problem ins Rollen bringen oder wenigstens die Meerengenfrage auf die Tagesordnung setzen müßte. In der italienischen Aktion im Aegäischen Meere ist allerdings gegenwärtig ein Stillstand eingetreten. Sollte es aber Italien in absehbarer Zeit nicht gelingen, die Pforte zum Verzicht auf Tripolitanien zu bewegen, so könnte es wohl versucht und durch Rücksichten auf sein Prestige und seine Stellung als Großmacht auch genötigt sein, die Beendigung des Krieges auf einem Wege anzustreben, der zu Umwälzungen am Balkan führen muß, — selbst auf die Gefahr hin, bei der eventuellen Neuregelung der Dinge im nahen Oriente seine Stimme nicht mit vollem Gewicht in die Wagschale werfen zu können.

Während sich somit der Standpunkt Deutschlands und Italiens in der Frage des status quo im Laufe der letzten anderthalb Jahre wesentlich modifiziert hat und Rußland sich heute im nahen Oriente jedenfalls weniger Zurückhaltung auferlegen muß als damals, ist unsere Haltung in dieser Hinsicht unverändert geblieben. Wir sind nach wie vor bemüht, insoweit wir in diesem Bestreben von anderen Mächten unterstützt werden, die bestehenden politischen Verhältnisse an unserer südöstlichen Grenze vor Störungen und Erschütterungen nach Möglichkeit zu bewahren, Konflikte hintanzuhalten und wenn dies nicht gelingt, sie möglichst zu begrenzen und ihre Wirkungen abzuschwächen. Insbesondere seit der definitiven Regelung der völkerrechtlichen Stellung der bosnischen Provinzen können wir uns mit voller Unbefangenheit und Aufrichtigkeit zu einer konservativen Politik am Balkan bekennen. Da Verschiebungen in den maritimen Kräfteverhältnissen im Mittelmeere, wie sie sich aus einer eventuellen Modifikation der Meerengenverträge ergeben würden, auf unsere Stellung am Balkan und in der Adria ungünstig zurückwirken könnten, so halten wir auch an dem unveränderten Fortbestand jener Verträge fest, die wir übrigens wohl mit Fug und Recht als zum politischen status quo gehörig betrachten. Nach dem Gesagten können wir in unserem Streben, den status quo im nahen Oriente zu erhalten, nicht mit Bestimmtheit auf die Unterstützung Italiens und Rußlands, ja mit voller Sicherheit nicht einmal auf jene Deutschlands rechnen. Es bleibt somit zu untersuchen, wie sich die Westmächte zu den Orientfragen verhalten und ob wir etwa auf eine Mitwirkung von dieser Seite zählen können.

Was zunächst Frankreich anbelangt, so ist es als Hauptgläubiger der Türkei an der friedlichen Entwicklung am Balkan und an dem ruhigen Fortbestand des türkischen Reiches aus wirtschaftlichen Gründen stark interessiert. Angesichts des französisch-russischen Bundesverhältnisses ist aber kaum anzunehmen, daß es in Fragen des nahen Orientes zum Beispiel in der Meerengenfrage eine Haltung einnehmen würde, die es in direkten Gegensatz zu seinem Alliierten brächte.

Der traditionelle Standpunkt, den England Jahrzehnte hindurch als Antagonist Rußlands in den Orientfragen eingenommen hat, ist allerdings

heute, wo der Gegensatz zu Deutschland die englische Politik beherrscht und das Kabinett von St. James zu einer Entente mit Petersburg veranlaßt hat, gewiß wesentlich modifiziert. Es genügt jedoch der Hinweis auf Aegypten und Indien, auf den Suezkanal und die Millionen mohammedanischer britischer Untertanen, um erkennen zu lassen, daß England auch heute wohl schwerlich der Zertrümmerung der Türkei gleichgiltig zusehen und eine Modifikation der Meerengenverträge, wie sie Rußland wünscht, kaum als den eigenen Interessen entsprechend ansehen dürfte. Es scheint mir sonach die Erhaltung des status quo im nahen Orient jener Punkt zu sein, wo sich unsere und Englands Interessen begegnen. Diese Annahme findet ihre Bestätigung in den von Euer Exzellenz in Ihrem Privatschreiben vom 21. v. M. gemeldeten Bemerkungen Mr. Tyrrells, mit denen dieser — offenbar im Auftrage Sir E. Greys — uns dessen Mitwirkung und Unterstützung bei allen auf die Erhaltung des status quo gerichteten Bemühungen zusicherte. Eine gleiche Uebereinstimmung unserer Interessen möchte ich aus den Erklärungen herauslesen, die der Staatssekretär kürzlich im Unterhause über die künftige Verteilung der englischen Seestreitkräfte abgegeben und in denen er betont hat, England sei nicht gesonnen, als Mittelmeermacht zu resignieren.*d)* Durch diese Erklärung klingt, wenn er auch nicht ausdrücklich ausgesprochen wurde, der Wunsch durch, das bestehende maritime Kräfteverhältnis im Mittelmeere unverändert aufrecht zu erhalten, ein Wunsch, den, wie früher erwähnt, auch wir hegen. Bei dieser Sachlage kann es für uns nur von Nutzen sein, wenn wir von der Bereitwilligkeit Sir E. Greys, mit uns zum Zwecke der Erhaltung des status quo zusammenzuwirken, Akt nehmen und unter Konstatierung der Gemeinsamkeit der Ziele, die wir und England in dieser Hinsicht verfolgen, uns sympathisch zu einer solchen Anregung stellen. Es ist nicht ganz klar, ob der Herr Staatssekretär sich etwa nur durch momentane beunruhigende Meldungen über kriegerische Velleitäten des einen oder anderen Balkanstaates zu der Message an Euer Exzellenz veranlaßt sah und unter Bemühungen um die Erhaltung des status quo vielleicht in erster Linie eine Einwirkung in Sofia, Athen oder Cetinje verstanden hat, oder ob ihm hiebei die allgemeine Orientierung der beiderseitigen Politik auf der Basis des status quo vorgeschwebt hat. Auch im ersteren Falle würde selbst eine ganz allgemeine und akademische Konversation zwischen uns und dem Londoner Kabinette sowie die bloße Konstatierung unseres beiderseitigen Interesses an der Erhaltung des status quo am Balkan die Grundlage schaffen, auf der im gegebenen Momente weitere Besprechungen aufgebaut werden könnten. Bei dem gegenwärtigen labilen Zustande des südöstlichen Europa und der oben skizzierten allgemeinen Lage, stellt ein Kontakt mit dem englischen Kabinett und die Möglichkeit, die Konversation jederzeit auf einem bereits vorbereiteten Terrain fortsetzen zu können, einen Sicherheitskoeffizienten dar, den wir keineswegs außer Acht lassen dürfen. Eine besondere Bedeutung würde aber einer solchen Fühlungnahme dadurch zukommen, daß auf diese Weise dem in der Luft liegenden Mittelmeerabkommen zwischen den Westmächten und Italien von vorneherein die Spitze abgenommen würde und wir unserem italienischen Verbündeten,

dessen Interessen in der Adria mit den unsrigen bekanntlich keineswegs kongruieren, den Rang ablaufen möchten. Im Laufe eines solchen Gedankenaustausches könnte sich die Gelegenheit bieten, nicht nur die Richtungen, auf welche sich die englische status quo-Politik im nahen Orient erstreckt, sondern auch das Maß festzustellen, in dem sie voraussichtlich wirksam werden dürfte. Wir könnten — mit anderen Worten — vielleicht darüber wertvolle Aufschlüsse erlangen, ob England auch gegen Störungen, die von Rußland oder Italien ausgehen, aufzutreten entschlossen ist und wie weit eine solche Opposition Englands eventuell gehen würde beziehungsweise wo die Grenze des Entgegenkommens liegt, das England gegenüber Wünschen Rußlands oder Italiens zu beweisen bereit ist. Damit eine solche Aussprache mit dem Londoner Kabinett tatsächlich den beabsichtigten Effekt eines engeren Kontaktes zwischen den beiden Regierungen habe und nicht durch Mißverständnisse und Enttäuschungen die gegenteilige Wirkung erzielt werde, müssen wir jedoch die englischen Staatsmänner darüber nicht im Zweifel lassen, daß wir, wenn wir auch eine Interessengemeinschaft in gewissen Fragen konstatieren und zu einem diesbezüglichen Zusammengehen bereit sind, hiebei auf dem Boden vollster Gegenseitigkeit stehen. Wir dürfen in London nicht den falschen Eindruck erwecken, als ob wir uns in den hier in Betracht kommenden Fragen die Unterstützung unserer Interessen durch England einseitig sichern wollten und etwa bereit wären, uns auf einem anderen Gebiete England erkenntlich zu zeigen. Unsere Gegenleistung kann nur darin bestehen, daß wir unsererseits für die in diesen Fragen mit den unseren identischen Interessen Englands eintreten. Einer eingehenderen Aussprache müßten wir daher eine Erklärung vorangehen lassen, die diesen Standpunkt klar festlegt und zugleich hervorhebt, daß unsere Fühlungnahme mit dem englischen Kabinett keineswegs so gedeutet werden darf, als wollten wir unsere Stellung in der gegenwärtigen Gruppierung der Mächte ändern und von den bewährten Grundlagen unserer Bündnispolitik abgehen. Es ist anzunehmen, daß Sir E. Grey das richtige Verständnis für eine solche Haltung unsererseits besitzen dürfte, da er ja selbst in seiner jüngsten Rede im Unterhause die Entrevue Kaiser Wilhelms und des Zaren in Baltisch-Port von einem ganz analogen Standpunkte aus beurteilt hat, wobei er bemerkte, die Teilung der europäischen Großmächte in zwei Gruppen müsse keineswegs zur notwendigen Folge haben, daß sie sich in entgegengesetzten diplomatischen Lagern gegenüberstehen. Vorstehendes ist zu Euer Exzellenz ausschließlich persönlicher Information bestimmt, wobei ich es jedoch Hochdero Ermessen überlasse, im Laufe der Konversationen, welche sich im Anschlusse an die Ausführung des Euer Exzellenz gleichzeitig zukommenden Erlasses ergeben könnten, von den obigen Darlegungen den opportun erscheinenden Gebrauch zu machen. Selbstverständlich wollen Euer Exzellenz hiebei ganz spezielle Rücksicht auf unser enges Verhältnis zu Deutschland nehmen.

1) Randbem. K. Franz Josefs auf einer Abschrift: Ausgezeichnet.
a) Vgl. n. 3579, 3634, 3635, 3639. — *b)* Vgl. n. 3394 Anm. e. — *c)* Vgl. n. 3631, 3637. — *d)* Polit. Chron. der ö.-u. Mon. 1912, 296.

Nr. 3634. Erlaß nach London, 20. Juli 1912 Nr. 2971.[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Die in Euer Exzellenz Privatbrief vom 21. v. M. wiedergegebenen Aeußerungen Mr. Tyrrells über die Geneigtheit Sir E. Greys, mit uns zum Zwecke der Erhaltung des status quo zusammen zu wirken, sind bei der gegenwärtigen internationalen Lage, über welche Hochdenselben gleichzeitig eine besondere orientierende Weisung zukommt, von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Aus den in der eben zitierten Weisung des näheren entwickelten Gründen würde ich daher Wert darauf legen, daß Tyrrell auf seine unzweifelhaft als Avance aufzufassenden Mitteilungen eine Antwort erhalte, aus der zu entnehmen ist, daß wir für die etwaige Tendenz der englischen Regierung, dem bestehenden Parallelismus zwischen unseren und den englischen Orientinteressen Rechnung zu tragen, Verständnis besitzen. Ich ersuche Euer Exzellenz daher, Mr. Tyrrell mitzuteilen, daß seine Aeußerungen, die Euer Exzellenz mir einberichtet hätten, bei mir eine sympathische Aufnahme gefunden haben, da wir es nur mit Genugtuung begrüßen könnten, wenn der in der Vergangenheit schon so oft zum Vorteil beider Reiche zum Ausdruck gekommene Parallelismus unserer Interessen im nahen Orient auch in Zukunft wieder wirksam werden würde. In diesem Zusammenhange hätten wir auch das von Sir E. Grey angekündigte Wiedererscheinen der englischen Flotte im östlichen Mittelmeere mit Befriedigung begrüßt, da wir in dieser Maßnahme eine Verstärkung jener Faktoren erblicken, die in derselben Richtung wie wir auf die Erhaltung des status quo im nahen Osten und im östlichen Mittelmeer hinwirken. Euer Exzellenz sind ermächtigt, sich auch Sir Edward Grey und Sir A. Nicolson gegenüber in analogem Sinne auszusprechen, falls diese Hochdenselben hiezu durch ähnliche Aeußerungen, wie jene Mr. Tyrrells, Anlaß bieten.

[a]) Vgl. n. 3633, 3635, 3639.

Nr. 3635. Privatschreiben nach London, 20. Juli 1912.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Hoyos; G. Berchtold).

Das interessante Privatschreiben Euer Exzellenz vom 21. v. M. hat in zwei heute an Hochdieselben abgehenden Erlässen[b]) eine eingehende Beantwortung erfahren. — Ueber die mögliche Abberufung Sir Fairfax Cartwrights vom hiesigen Posten, welche Euer Exzellenz in diesem Schreiben noch als ziemlich unsicher hingestellt hatten, bin ich seither durch das streng geheime Privattelegramm Nr. 53 näher orientiert worden und bin darüber angenehm berührt, daß bei der englischen Regierung die Geneigtheit zu bestehen scheint, unseren berechtigten Wünschen in dieser Hinsicht Entgegenkommen zu zeigen. Die Ansicht Cartwrights, daß er mit mir die besten Beziehungen unterhalte und auch sonst in hiesigen maßgebenden Kreisen eine ausgezeichnete Stellung innehabe, kann ich meinerseits nicht teilen. Ich vermute, daß der nicht ungünstige Eindruck, den ich aus meiner ersten, wenig ausführlichen Unterredung mit ihm über seine Persönlichkeit gewann und der seither eine wesentliche Abschwächung erfahren hat, ihm von befreundeter Seite in sehr verschönerter Weise wiederholt wurde. Ganz abgesehen davon, daß das zerstreute, wortkarge Naturell des englischen

Botschafters jede eingehende politische Diskussion mit ihm sehr schwierig gestaltet, bin ich auch angesichts der germanophoben Gesinnung Cartwrights und des geringen Vertrauens, welches ich in seine Diskretion setze, genötigt, mir in unseren Unterredungen die allergrößte Reserve aufzuerlegen und auch die leisesten Andeutungen über meine politischen Absichten zu vermeiden, da ich befürchten muß, daß er daraus weitgehende Schlüsse ableiten und meine Worte in einseitiger Weise interpretieren würde. Im gegebenen Momente, wo ich eben im Begriffe bin, die Aeußerungen Mr. Tyrrells über einen möglichen Parallelismus unserer Bestrebungen zur Erhaltung des status quo am Balkan in freundlich entgegenkommender Weise zu beantworten und wo ich großen Wert darauf lege, daß sich durch die auf diese Weise begonnene Konversation eine vertrauensvollere Atmosphäre für die Weiterentwicklung unserer Beziehungen zu England entwickle, ist die Aussicht auf einen in absehbarer Zeit bevorstehenden Wechsel in der Person des britischen Botschafters am Allerhöchsten Hoflager doppelt erfreulich. Die bisherige politische Haltung Sir Fairfax Cartwrights läßt eine vertrauliche Fühlungnahme mit ihm über die gemeinsamen Interessen der beiden Regierungen fast unmöglich erscheinen und es ist daher ebenso im Interesse Englands wie dem unseren gelegen, einen anderen Diplomaten als Botschafter nach Wien zu entsenden, der die allgemeine Politik und insbesondere unsere Allianzverhältnisse nicht in so einseitiger Weise vom Gesichtspunkte des deutsch-englischen Gegensatzes beurteilt. Ich habe sehr bedauert, daß Euer Exzellenz genötigt waren, den Beginn Ihrer Kur in Tarasp hinauszuschieben und noch einige Tage in London zu verbleiben, um das Eintreffen der eingangs erwähnten Erlässe abzuwarten. Ich mußte aber angesichts der Wichtigkeit der darin enthaltenen Aufträge Wert darauf legen, daß Hochdieselben unsere Konversation mit der englischen Regierung zum mindesten einleiten und dann noch einige Tage in London verweilen können, um zu sehen, ob und in welcher Weise man im Foreign Office geneigt ist, diesen Faden fortzuspinnen. Die mir aus der Türkei zukommenden Nachrichten lauten recht ungünstig und ich halte es daher für sehr wichtig, die Fühlungnahme mit dem englischen Kabinette je eher in die Wege zu leiten.

[a]) Vgl. n. 3639. — [b]) n. 3633, 3634.

Nr. 3636. Bericht des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Paris, 20. Juli 1912 Nr. 29 C (eing. 22. Juli).[a]) Ausfert.

Die Europareise des Fürsten Katsura und insbesondere dessen Besuch in Petersburg wird in den hiesigen politischen Kreisen mit lebhaftem Interesse verfolgt. Man scheint sich darüber klar zu sein, dass entgegen anderweitigen Behauptungen er nicht den Zweck habe, eine engere russisch-japanische Allianz anzubahnen oder sogar abzuschliessen; man konstatiert aber mit Befriedigung, dass der Besuch geeignet ist, die Beziehungen der beiden Reiche in günstiger Weise zu beeinflussen und klarer, vertrauensvoller auszugestalten. Diese, unter Anderen auch vom „Temps“ vertretene Auffassung dürfte sich soweit ich es bis jetzt feststellen konnte, mit jenen der hiesigen massgebenden politischen Faktoren decken. Die russische

auswärtige Politik scheint mir in neuerer Zeit, insbesondere mit Bezug auf das Verhältnis zum verbündeten Frankreich mit Geschick und Glück zu operieren. Um den unvorteilhaften Eindruck, welchen die Entrevue in Baltisch-Port hier verursachen konnte und zweifellos auch verursacht hat, die Wagschale zu halten, sind die obersten militärischen Befehlshaber, zuletzt auch noch der russische Kriegsminister, hierhergeeilt und haben sich in jeder Weise bemüht, aimable und zugleich unentbehrlich zu erscheinen. Das Entente-Verhältnis Russlands zu England, dessen Freundschaft zu Italien, seine in so erfreulicher Weise gebesserten Beziehungen zu uns, und nun, infolge des Besuches des Fürsten Katsura, die zu erhoffende Anbahnung eines aufrichtigen Einvernehmens mit dem früheren Feind und Besieger, Japan, sichern Russland im Konzern der Mächte eine vorteilhafte, geradezu starke Stellung. Dass der Wert des Bundesverhältnisses hiedurch nur gewinnen kann, ist selbstverständlich; und trotz des allem Anscheine nach geminderten Vertrauens in die Verlässlichkeit Russlands — besonders für den Fall eines Konflikts mit Deutschland — dürfte die öffentliche Meinung Frankreichs durch die Ereignisse der letzten Zeit in ihrer bisherigen Beurteilung über den Nutzen und die Notwendigkeit des Bündnisses eher bestärkt als geschwächt worden sein. Russland aber wird fortfahren können, dem grossen verbündeten Geldgeber gegenüber mit immer wachsendem Selbstvertrauen, um nicht zu sagen mit Arroganz, aufzutreten. Dies ist, wie man sagt, der sicherste Modus, um mit den Gläubigern gut auszukommen. Somssich.

[a]) Vgl. n. 3629, 3643, 3664.

Unterredung mit dem türk. Botschafter, 22. Juli 1912. Siehe n. 3637 u. 3638.

Nr. 3637. Tagesbericht über einen Besuch des türk. Botschafters, 23. Juli 1912.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Szápáry).

Gestern ist der hiesige türkische Botschafter hier erschienen und hat auftraggemäß mitgeteilt, daß die türkische Regierung trotz der jüngsten Aktion der italienischen Torpedoboote von einer Sperrung der Dardanellen vorläufig absehe; die Pforte müsse aber schon heute erklären, daß im Falle eines neuerlichen Angriffes die gänzliche Schließung der Dardanellenstraße vorgenommen werden müsste. Auf diese Mitteilung wurde bemerkt, daß wir schon im Hinblick auf die großen internationalen Schwierigkeiten, welche die seinerzeitige Schließung der Meerenge im Gefolge hatte, den Entschluß der türkischen Regierung, die Durchfahrt der neutralen Schifffahrt solange als irgend möglich offen zu halten, nur begrüßen könnten. Der Herr Botschafter stellte sodann die Frage, ob nach unseren Informationen ein neuerlicher Angriff der italienischen Flotte auf die Dardanellen oder weitere Inselbesetzungen im ägäischen Meer in der nächsten Zeit zu erwarten seien. Mavroyeni Bey wurde hierauf erwidert, wir seien über die Absichten der italienischen Regierung nicht orientiert, da diese begreiflicherweise über etwa geplante weitere militärische Operationen keine Mitteilungen mache.

[a]) Vgl. n. 3633 Anm. c.

Nr. 3638. Tagesbericht über einen Besuch des türk. Botschafters, 23. Juli 1912.[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Szápáry).

Der hiesige türkische Botschafter hat gestern im Auftrage der Pforte hier mitgeteilt, daß diese die von den Balkanstaaten bisher beobachtete korrekte Haltung, die in erster Linie wohl auf Ratschläge der neutralen Kabinette zurückzuführen sei, anerkenne. Angesichts der schwierigen Lage, in welcher sich die Türkei gegenwärtig befinde, hielte es die Pforte im Interesse der Erhaltung des Friedens am Balkan jedoch für dringend erwünscht, daß die Großmächte an die Regierungen von Griechenland, Bulgarien, Serbien und Montenegro die deutliche Mahnung richten, sich jeder unfreundlichen Maßnahme gegen die Türkei unter allen Umständen zu enthalten. Es wurde Mavroyeni Bey hierauf erwidert, daß, wie er selbst bemerkt habe, die Haltung der Balkanstaaten eine korrekte sei und somit ein konkreter Anlaß für eine solche Demarche der Mächte gegenwärtig nicht vorliege. Der Botschafter frug hierauf, ob wir geneigt wären, unseren Einfluß im beruhigenden Sinne geltend zu machen, falls die Haltung der Balkanstaaten uns hiezu eine Veranlassung bieten sollte; diese Frage wurde im bejahenden Sinne beantwortet.

[a]) Vgl. n. 3629, 3647.

Nr. 3639. Tel. aus London, 23. Juli 1912 Nr. 55 (eing. 24. Juli 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Privatbrief und streng vertrauliche Weisungen vom 20. d. M. No. 2970 und 2971. Habe auftraggemäss Mr. Tyrrell sympathische Aufnahme seiner seinerzeitigen Äusserungen und Erklärungen mitgeteilt, sowie Hochderen Ansicht über Parallelismus unserer Interessen und Rolle englischer Flotte im östlichen Mittelmeer wie in zweitgenannter Weisung niedergelegt. Die in ersterer Weisung enthaltenen Ausführungen verwertend, habe ich Tyrrell nahegelegt, dass eine allgemeine Unterredung mit Sir E. Grey über unsere gemeinschaftlichen Interessen am Status quo zumal jetzt opportun wäre, wo ich auf zwei Monate verreise und Euer Excellenz sehen würde. Natürlich nur wenn Staatssekretär dazu geneigt wäre, ich würde ihn nicht überrumpeln und ihm keine Konversation aufzwingen. Tyrrell wiederholte mir Sir E. Greys Festhalten am territorialen Status quo der Türkei, dessen Wunsch, in den Balkanfragen alle Mächte gemeinschaftlich vorgehen zu sehen; betonte aber die bei seinem Chef stark ausgeprägte charakteristisch englische Abneigung, Hypothesen oder Eventualitäten zu diskutieren. Wenn ein Fall eintritt, eine Frage entsteht, wird er zu Verhandlungen bereit sein. Die russische Haltung bezüglich der Meerengen habe sich — so könne er mir versichern — in letzter Zeit sehr modifiziert und sei neuer russischer Vorstoss kaum zu erwarten. Ich erwiderte, dass ich auch nicht momentan daran glaube, doch wisse er so gut wie ich, dass bei passend scheinender Gelegenheit Russland seinen Wunsch betreffend Meerengen wieder vorbringen werde. Darum handle es sich auch nicht zunächst und wolle ich nicht Hypothesen diskutieren, doch angesichts des Krieges, der heutigen Lage in Konstantinopel und am Balkan müsse man

auf Eventualitäten gefasst sein, die zu besprechen mir nützlich schiene. Deshalb schiene mir aus verschiedenen Gründen ein Gedankenaustausch zwischen Wien und London opportun, doch stehe es mir nicht zu, ihn zu provozieren, wozu ich auch nicht ermächtigt sei. In unserer durchaus freundschaftlichen und vertrauensvollen Konversation betonte ich die Punkte, in welchen sich unsere Interessen mit den englischen und mit den von Sir E. Grey wiederholt erklärten Standpunkten decken. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3644, 3645.

Nr. 3640. Tel. nach Rom, 23. Juli 1912 Nr. 112 (chiffr. 7 U. 10 M. p. m.).[a]) *Konz. (S. Matscheko; G. Nemes).*

Euer Exzellenz Bericht vom 17. d. M. Nr. 49 D erhalten. Herzog Avarna hat heute mir gegenüber die in der Presse verbreiteten Nachrichten über ein angebliches englisch-französisch-italienisches Mittelmeerabkommen zur Sprache gebracht und bemerkt, er sei von seiner Regierung verständigt worden, daß dieselben keineswegs auf Wahrheit beruhen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3641.

Nr. 3641. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 23. Juli 1912.[a]) *Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).*

Herzog Avarna hat heute mir gegenüber die in der Presse verbreiteten Nachrichten über ein angebliches englisch-französisch-italienisches Mittelmeer-Abkommen zur Sprache gebracht und bemerkt, er sei von seiner Regierung verständigt worden, daß dieselben keineswegs auf Wahrheit beruhen. Auf meinen Einwurf, daß ein solches Abkommen bereits seit 1902 zwischen den drei Mächten ohnedies bestehe, erwiderte der Botschafter, er habe wohl auch von der Existenz eines derartigen Abkommens gehört, kenne dasselbe aber nicht; er glaube übrigens, daß sich ein solches nur auf Tripolitanien beziehen konnte. Herzog Avarna frug mich sodann, ob mir irgend welche Meldungen über das erwähnte neue Abkommen zugekommen seien. Ich erwiderte dem Botschafter, daß mir nur die zirkulierenden Gerüchte als solche, aber nichts Positives einberichtet worden sei. Ich hätte den Eindruck, daß unlängst Besprechungen über Mittelmeerfragen zwischen England und Frankreich stattgefunden hätten, was bei der Intimität der beiden Mächte durchaus nicht Wunder nehmen könnte. Was mir aber bezüglich der Einbeziehung Italiens in die gegenständliche Konversation berichtet wurde, könnte ich im gegenwärtigen Momente nur für grundlose Kombinationen halten.

[a]) Vgl. n. 3631, 3640.

Nr. 3642. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 23. Juli 1912.[a]) *Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).*

Anläßlich seines heutigen Besuches ist Herzog Avarna mir gegenüber auch auf die jüngste Aktion der italienischen Torpedoboote in den Dardanellen zu sprechen gekommen. Der Botschafter suchte die Aktion der

italienischen Flotte damit zu erklären, daß der Kommandant der königlichen Seestreitkräfte im Ägäischen Meere Nachrichten erhalten habe, wonach türkische Kriegsfahrzeuge die Dardanellen zu Rekognoszierungszwecken verlassen hätten. Um sich von der Richtigkeit dieser Meldungen, respektive von dem wirklichen Aufenthaltsorte der türkischen Flotte zu überzeugen, hätten einige italienische Torpedoboote eine Rekognoszierungsfahrt unternommen, welche sie zur Erfüllung des Zweckes bis in die Dardanellen geführt hätte. Die italienischen Schiffe seien bis in die Nähe des Standortes der türkischen Flotte vorgedrungen, um dann wieder umzukehren und ins südliche Ägäische Meer zurückzufahren. Derzeit befänden sich keine italienischen Schiffe im nördlichen Archipel. Herzog Avarna war bei seiner Erzählung sichtlich bestrebt, den Charakter der Rekognoszierung zu unterstreichen und den Glauben an eine beabsichtigte ernstere Aktion nicht aufkommen zu lassen. An diese Schilderung anknüpfend, bemerkte Herzog Avarna, eine Schließung der Dardanellen seitens der Türkei infolge der jüngsten italienischen Rekognoszierungsfahrt wäre keineswegs gerechtfertigt. Es hätte sich eben bei diesem Anlasse gezeigt, daß die italienischen Torpedoboote infolge ihres geringen Tiefganges über die Minen hinwegkommen könnten. Eine Sperrung der Dardanellen durch Minenlegung, welche die Einstellung der neutralen Schiffahrt zur Folge hätte, wäre bloß ein Schutz gegen die größeren Schiffstypen; es sei aber marinetechnisch erwiesen, daß die Minenlegung in 40 bis 50 Minuten erfolgen könnte, in welcher Zeit wiederum die größeren Schiffe vom Dardanelleneingang bis zur Minenlinie nicht vordringen könnten. Ich habe dem Botschafter bemerkt, daß diese Kombinationen gegenstandslos seien, da die Pforte erklärt habe, die Dardanellen vorderhand nicht schließen zu wollen.

[a]) Vgl. n. 3648.

Nr. 3643. Erlaß nach Berlin, 24. Juli 1912 Nr. 3018.[a]) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Mit dem Berichte Nr. 28 A-F vom 17. Juli, haben Euer Exzellenz unter anderem die Äußerungen des Reichskanzlers über die Kaiserentrevue von Baltisch-Port wiedergegeben. Obwohl ich bereits durch eine im Auftrage Herrn von Bethmann Hollwegs erfolgte mündliche Mitteilung Herrn von Tschirschkys sowie im Wege der Berichterstattung Grafen Thurns über dessen Gespräch mit dem Reichskanzler gegenständlich informiert war, haben die Euer Exzellenz gegenüber getanen Äußerungen des leitenden deutschen Staatsmannes für mich ein besonderes Interesse. Ich konnte im speziellen daraus entnehmen, daß die russische ebenso wie die deutsche Regierung rücksichtlich des italienisch-türkischen Krieges den auch von uns eingenommenen Standpunkt sich zu eigen gemacht haben, die Idee, eine Konferenz zur Beilegung des Konfliktes zu mißbilligen und diesem Gedanken weder gegenwärtig noch in Hinkunft nähertreten zu wollen. Ein weiteres erfreuliches Moment in den Darlegungen Herrn von Bethmann Hollwegs bildet die Konstatierung, daß das russische Kabinett die eingetretene Besserung in den Beziehungen zwischen uns und Rußland zu

schätzen weiß und auf eine weitere Ausgestaltung dieses befriedigenden Verhältnisses großen Wert zu legen erklärt. Es ist dem Reichskanzler nicht unbekannt, daß diese guten Dispositionen vollkommen den Grundprinzipien der von mir verfolgten monarchischen Politik entsprechen, somit die Bemühungen der russischen Staatsmänner meinen Bestrebungen auf halbem Wege entgegenkommen. Nicht mindere Genugtuung hat mir die vom Reichskanzler zum Ausdruck gebrachte Zufriedenstellung über die Rede Sir Edward Greys gewährt. Ein beiden Teilen zusagendes Verhältnis zwischen Deutschland und England kann auch uns, den Alliierten Deutschlands, die wir mit England keine konkreten Interessengegensätze haben, vielmehr im Mittelmeere auf ein gutes Auskommen mit der führenden Seemacht angewiesen sind, nur willkommen sein. Euer Exzellenz wollen sich im vorstehenden Sinne Herrn von Bethmann-Hollweg gegenüber vernehmen lassen und hiebei auch meiner aufrichtigen Freude erneuert Ausdruck geben, den Reichskanzler sowie dessen Gemahlin in der ersten Septemberhälfte in Buchlau begrüßen zu können.

[a]) Vgl. n. 3636, 3657.

Nr. 3644. Tel. nach London, 24. Juli 1912 Nr. 49 (chiffr. 7 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. u. G. Hoyos).

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 55 und 56[b]) erhalten. Aus den Unterredungen Euer Exzellenz mit Mr. Tyrrell und Sir Edward Grey ersehe ich, daß die englischen Staatsmänner in analoger Weise wie wir an der Erhaltung des status quo im nahen Oriente interessiert sind und großen Wert darauf legen mit uns in Fühlung zu bleiben. In eventuelle Diskussionen über Hypothesen oder Eventualitäten uns einzulassen lag ebensowenig in unserer Absicht, wie es derzeit mangels eines bestimmten Substrates auch vom Londoner Kabinett nicht angestrebt zu werden scheint. Es war uns vorläufig nur daran gelegen, die von Euer Exzellenz gemeldeten Anwürfe Mr. Tyrrells nicht ohne sympathische Erwiderung zu lassen und dadurch den Boden vorzubereiten, um vorkommenden Falls die Möglichkeit zu haben, mit den maßgebenden Faktoren in Gedankenaustausch zu treten.

[a]) Vgl. n. 3654. — [b]) Vgl. n. 3645, wo die im Tel. Nr. 56 gemeldete Unterredung mit Sir Edward Grey ausführlich dargestellt wird, weshalb das Tel. Nr. 56 nicht abgedruckt wurde.

Nr. 3645. Bericht aus London, 24. Juli 1912 Nr. 35 A (eing. 26. Juli).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Ich erlaube mir, meine gestrige telegrafische Berichterstattung im Nachstehenden zu ergänzen. ... *Im Wesentlichen wie n. 3639* ... Als ich nun gestern Nachmittag bei Sir E. Grey vorsprach, hatte ihm Tyrrell von unserer Konversation Bericht erstattet, und der Staatssekretär war offenbar bestrebt, mir zu zeigen, dass er keineswegs abgeneigt sei, die Lage mit mir zu besprechen. Er begann mit der Frage, ob ich Euer Exzellenz während meines Urlaubes sehen würde und fuhr gleich fort. „Eigentlich kann ich Ihnen wenig sagen. Ich glaube, Graf

Berchtold besitzt mehr Informationen als ich über das, was am Balkan vorgeht, so dass ich mehr von Ihnen hören könnte als Sie von mir." Das Gespräch kam sehr bald auf unser gemeinschaftliches Interesse an der Erhaltung des status quo. Bei der Lage in der Türkei, die er als unsicher und ungünstig ansieht, scheint ihm die Gefahr für den status quo mehr von Innen als von Aussen zu drohen. Im Falle die Situation in Constantinopel immer schlechter würde, und ein Zusammenbruch stattfände, wäre es von höchster Wichtigkeit, dass die zunächst interessierten Grossmächte sich nicht brouillieren (that the most directly interested powers should not fall out). Mit den most interested powers meint er Österreich-Ungarn und Russland. Ich bemerkte, dass wohl hoffentlich diese Gefahr nicht bestehen würde, dass übrigens alle Mächte an den Vorgängen in der Türkei stark interessiert seien. Italien, Frankreich als Hauptgläubiger der Türkei, endlich England als Mittelmeermacht. Darauf warf er ein, Balkanfragen wie Bulgarien oder dergleichen seien keine Mittelmeerfragen. Ich erwiderte, es handle sich jetzt wohl nicht um Bulgarien, sondern um die Türkei, worauf er erklärte, „ja die Türkei berührt die Mittelmeerfrage, ebenso wie Griechenland. Ich meinte nur, Bulgarien und Donaufragen seien nicht Mittelmeerfragen". Ich bemerkte, dass aber andererseits jede Veränderung im Mittelmeer, jede Schwächung der Türkei eine Reperkussion am Balkan haben müsse, somit ein Konnex zwischen diesen Fragen nicht abzuleugnen sei. Von dem kam das Gespräch von selbst auf die Meerengen. Sir Edward sprach mit einer gewissen Bestimmtheit die Erwartung aus, dass seit der Desavouierung Herrn Tscharykoffs die russische Regierung nicht daran denke, die Meerengenfrage wieder aufzuwerfen. Alles, was er bezüglich des russisch-türkischen Verhältnisses höre, beziehe sich auf die persische Grenze und die Urmiafrage. Darüber habe er mehrfache Mitteilungen der russischen Regierung erhalten, aber gar kein Anzeichen, dass ein Vorstoss in der Dardanellenfrage zu gewärtigen sei. Dass dieselbe aber bei sich darbietender Gelegenheit wieder aufs Tapet gebracht werden könnte, stellte er keineswegs in Abrede. Doch hat sowohl Sir Edward Grey als Mr. Tyrrell mit solcher Zuversicht die Gefahr einer nahe bevorstehenden Aufwerfung dieser Frage durch Russland in Abrede gestellt, dass es mir nicht ganz ausgeschlossen scheint, das Foreign Office habe darüber vom Petersburger Kabinett gewisse Zusicherungen erhalten. (Diese Annahme ist nur ein Eindruck und ich besitze keine anderen Indizien dafür). Bei Besprechung des politischen status quo der Verträge meinte Sir Edward, Verträge seien nicht ewig und die meisten würden im Laufe der Jahre modifiziert. Dies könne nur durch Einwilligung aller Mächte geschehen, man könne verhandeln und prüfen. Es bestünde also nicht dieselbe Gefahr wie bei plötzlichen Veränderungen des territorialen status quo durch militärische Operationen. Hier kam das Gespräch von selbst auf den türkisch-italienischen Krieg. Ich bemerkte, ich sei überzeugt, Italien würde nach Beendigung des Krieges für seine Erklärungen bezüglich des status quo am Balkan einstehen. Während des Kampfes sei natürlich die Versuchung sehr gross, Umwälzungen, welche die Türkei schwächen, zum Mindesten nicht zu verhindern. Sir Edward meinte, wenn einmal Friede geschlossen ist, wird

Italien wohl für den status quo — mit Beibehaltung von Tripolis — eintreten, es werde also nicht der status quo ante sein. Die Besetzung der Inseln eröffne sehr schwierige Fragen (raises great difficulties). Italien habe keine formelle Erklärung gemacht, jedoch zu verstehen gegeben, dass es die Inseln nur besetze, um bei Friedensschluss ein Objekt in Händen zu haben, dass es zurückgeben könne. Die italienische Politik während des Krieges, den Fehler des Annexionsdekretes und so weiter beurteilt der Staatssekretär, wie Euer Exzellenz bekannt, andauernd ungünstig. Es scheine ihm übrigens in allerletzter Zeit bei beiden Kriegführenden mehr Geneigtheit als bisher zum Frieden zu bestehen, doch wisse er absolut nicht, auf welche Weise man demselben näher kommen könnte. Zum Schlusse unserer Unterredung sagte mir Sir Edward, ich könne Euer Exzellenz sagen, dass er stets geneigt sei, über alle Fragen mit uns in Gedankenaustausch zu treten. Er lege den grössten Wert darauf, mit uns in Fühlung zu bleiben. Wenn er mir heute nicht mehr zu sagen habe, so müsse ich es nicht etwa so deuten, als ob er einer Discussion aus dem Wege gehen wolle. Es lägen aber eben momentan keine bestimmten Fragen vor, die sich zu näheren Erörterungen eignen, — was übrigens eher ein gutes als ein schlechtes Zeichen sei. Sir Edward kam auf seine letzte Parlamentsrede, in welcher er wieder von den „getrennten, aber nicht entgegengesetzten Gruppen der Mächte" gesprochen hat, zurück und meinte, er erblicke einen Beweis für die Richtigkeit seiner Ansicht darin, dass selbst der italienisch-türkische Krieg keine Verschiebung der Mächtegruppierung zur Folge hatte. Ich benützte dies, um ihm zu sagen, dass sein Ausspruch „von getrennten, nicht entgegengesetzten Gruppen" ganz den in Wien vertretenen Ansichten entspreche, und meine Regierung sich darin mit ihm begegne. Eben deshalb erscheine uns jede freundliche Aussprache zwischen Staaten der verschiedenen Gruppen für die Allgemeinheit vorteilhaft — mit Beibehaltung aller Treue zu Allianzen und Ententen. Dies ist ein Standpunkt, der bei Sir E. Grey stets Verständnis und Sympathie finden wird. Ich glaube, unsere gestrige Unterredung im Ganzen als günstig auffassen zu können. Sir Edward ist jedenfalls darauf eingegangen, die allgemeine Lage zu besprechen und hat seine Bereitwilligkeit erklärt, bei jeder auftretenden Frage mit uns in Fühlung zu bleiben und in einen Gedankenaustausch zu treten, so dass wir in der Lage sind, bei erster sich darbietender Gelegenheit den Faden weiterzuspinnen. Falls in der Zwischenzeit nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, dürfte vielleicht der beste Anlass dazu vorliegen, wenn Sir Edward Anfang Oktober nach London zurückkehrt, und ich ihn wiedersehe, nachdem ich den Vorzug gehabt haben werde, Euer Exzellenz gesprochen zu haben. Über die Meerengenfrage allerdings scheint mir hier vorläufig keine Geneigtheit zu bestehen, in eine Discussion einzutreten. Ich bin überzeugt, dass ein neuerliches Aufwerfen dieser Frage durch Russland hier sehr unangenehm empfunden würde, und es scheint mir nicht unwahrscheinlich, dass man sich heute noch nicht darüber klar ist, welche Haltung man einnehmen wird. Ich fürchte aber, dass sie gewiss nicht so ablehnend sein wird, wie ehemals. Man dürfte sich Russland freundschaftlich zeigen, dabei aber wahrscheinlich Sicherungsmassregeln schaffen wollen, Kompromisse anstreben, und jedenfalls erfreut sein, wenn ein rus-

sischer Vorstoss am Widerstande einer nicht zu schwachen Türkei scheitert. Ich habe vorigen Sonntag auf dem Lande mit dem Pariser Botschafter Sir Francis Bertie über die Meerengenfrage gesprochen. In seiner gewohnten abrupten Weise sagte er: „Natürlich werden wir und auch Sie uns schliesslich der Öffnung der Meerengen nicht widersetzen. Wir sollten aber etwas schaffen, das einer Neutralisierung gleich käme, wie im Suez Kanal oder dergleichen." Dass man hier irgend einen Modus suchen würde, wodurch man den Russen entgegenkommen könnte, ohne ihre Wünsche vollständig zu erfüllen, scheint mir nicht unwahrscheinlich. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3646, 3674.

Nr. 3646. Privatschreiben aus London, 24. Juli 1912 (eing. 26. Juli).[a]) Ausfert.

Mit meinem heutigen Berichte No. 35 A-B melde ich Euer Excellenz meine gestrige Conversation mit Sir Edward Grey. Ich glaube, sie im Allgemeinen als günstig ansehen zu dürfen. Wenn Grey auch heute nicht auf eine allgemeine Besprechung aller Eventualitäten eingeht und namentlich eine nähere Discussion der Meerengenfrage momentan nicht zu wünschen scheint, so zeigt er doch die Bereitwilligkeit, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit mit uns in einen Gedankenaustausch zu treten, und wir haben aus seinem eigenen Munde die Zusicherung, dass er hohen Werth darauf legt, mit uns in Fühlung zu bleiben. Entsteht nun eine Krise, tritt eine ernste Frage auf, so sind wir in der Lage, sogleich den Faden aufzunehmen, und ich habe das Gefühl, dass meine gestrige Conversation ihn eher sympathisch berührt hat und vielleicht für die Zukunft gute Früchte tragen wird. Mehr ist für den Moment nicht zu erwarten. Grey ist reserviert und sehr ehrlich. Er wird uns keine Zusicherung geben, die er nicht einzuhalten bereit ist. Sollte alles ruhig bleiben und in der Türkei und am Balkan keine Umwälzungen eintreten, so dürfte eine Wiederaufnahme dieser Conversation kaum vor Anfang Oktober am Platze sein. Entsteht hingegen eine Krise, so würde ich Euer Excellenz bitten, mich auch von Tarasp zurückzuschicken, um Besprechungen mit dem Staatssecretär zu führen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3654.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 24. Juli 1912. Siehe n. 3651.

Nr. 3647. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Juli 1912 Nr. 253 (eing. 26. Juli 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Habe soeben die erste Unterredung mit dem Grossvezir und dem Minister des Äussern gehabt. Nachdem ich Ghazi Mukhtar Pascha zur Übernahme der Regierung beglückwünschte, sagte er mir, dass er auf die Unterstützung der Mächte, namentlich aber auf jene der Monarchie rechne. Er hoffe, dass es ihm vor allem gelingen werde, in Albanien die Ordnung herzustellen und mit der Zeit auch mit Italien Frieden zu schliessen. Er wäre, bemerkte er, vom Anbeginn des Konfliktes für die friedliche Lösung desselben eingetreten. Meine Besprechung mit Gabriel Effendi war eine ein-

gehendere. Der Minister des Äussern sagte mir, er habe Grund anzunehmen, dass die Offiziere nunmehr die Lösung der schwierigen inneren Fragen ganz der Regierung überlassen werden. Es handle sich nur noch darum, was mit der Kammer zu geschehen hätte. Wenn es gelänge, dieselbe zu bewegen, das Budget en bloc anzunehmen, würde man sie vertagen können, um Zeit zu gewinnen. Bezüglich der Lage in Albanien und der aus Mitrovitza sowie Priština noch heute eingelangten schlechten Nachrichten meinte Gabriel Effendi, dass der Ministerwechsel in jenen Gegenden noch nicht bekannt sein dürfte. Heute abends werde übrigens die Kommission zur Feststellung der albanesischen Wünsche abreisen und morgen in Uesküb eintreffen. Der Minister fügte noch hinzu, dass die Regierung entschlossen sei, den Albanesen gegenüber den Weg einer friedlichen Verständigung anzubahnen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3638, 3649, 3655.

Nr. 3648. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Juli 1912 Nr. 264 (eing. 26. Juli 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Bei meiner heutigen Besprechung mit dem Minister des Äussern kam die Rede auch auf den italo-türkischen Konflikt. Gabriel Effendi sagte mir, der Ministerrat habe sich bisher mit dieser Angelegenheit nicht beschäftigt, er persönlich sei aber der festen Überzeugung, dass es gelingen werde, den Frieden in absehbarer Zeit herzustellen. Auf meine Frage, ob er diesbezüglich einen konkreten Plan habe, erwiderte der Minister, dass dies wohl noch nicht der Fall sei, ihm aber die Idee vorschwebe, dass die beiden Provinzen autonom erklärt werden könnten und dass dies den Ausgangspunkt weiterer Verhandlungen zu bilden vermöchte. Er beschäftige sich überdies mit der Frage, ob es nicht möglich wäre, eine doppelte Souveränität zu etablieren. Jedenfalls müsste die türkische öffentliche Meinung entsprechend vorbereitet werden, wozu selbstredend erforderlich wäre, dass die italienische Regierung ihrerseits eine gewisse Nachgiebigkeit an den Tag lege. Dieser Standpunkt der neuen Minister kann gegenüber jenem der früheren Regierung als ein bedeutender Fortschritt bezeichnet werden. In Bezug auf die inoffiziellen Verhandlungen in Lausanne[b]) sagte mir Gabriel Effendi, dass dieselben eigentlich mehr durch das Comité initiiert wurden, dessen Wünsche für die jetzige Regierung nicht massgebend sein können; seines Wissens hätten dort übrigens bisher keine meritorischen Besprechungen stattgefunden. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3642, 3650, 3653, 3655, 3707. — [b]) Vgl. n. 3628.

Nr. 3649. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Juli 1912 Nr. 63 G (eing. 28. Juli).[a]) Ausfert.

Aus Anlass der Einziehung von Erkundigungen nach dem Sachverhalte des im hohen Telegramme vom 20. l. M. No. 133[b]) erwähnten Zwischenfalles an der türkisch-montenegrinischen Grenze erfuhr das betreffende Botschaftsmitglied auf der Pforte, dass König Nikolaus durch den hiesigen montenegrinischen Geschäftsträger bei der türkischen Regierung

auf die sofortige Durchführung des bekannten Arzanika-Jezero-Arrangements dringen soll und hätte hiebei der genannte Vertreter — nach Aussage des General-Direktors der politischen Angelegenheiten im hiesigen Ministerium des Äussern — sogar von einer diesbezüglichen viertägigen Frist gesprochen. Zufällig besuchte mich den nächsten Tag Herr Plamenac. Als ich ihn nach dem angeblichen Ultimatum fragte, versicherte mir der Geschäftsträger, dass hievon keine Rede sein könne, er habe allerdings von seiner Regierung den Auftrag erhalten, die Erledigung des Arzenica-Abkommens hier zu betreiben, es läge aber Montenegro ferne, den letzten Grenzzwischenfall mit der erwähnten Frage in Verbindung bringen zu wollen. Trotz diesen Versicherungen des Herrn Plamenac gewann ich den Eindruck, dass die montenegrinische Regierung, wenn die türkische Krise nicht in der bekannten Weise zur Lösung gekommen wäre, kaum diese Gelegenheit unbenützt gelassen hätte, um in der Frage der Grenzregulierung auf die Türkei eine Pression auszuüben. Auch die übrigen hiesigen Vertreter der kleinen Nachbarstaaten fühlen sich, wie ich höre, durch die Wendung, welche die Dinge hier in den letzten Tagen genommen haben, unangenehm enttäuscht.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3647, 3650. — [b]) Würde nicht aufgenommen.

Nr. 3650. Tagesbericht über einen Besuch des französischen Botschafters, 25. Juli 1912.[a]) Konz. (S. und G. Hoyos).

Der französische Botschafter hat heute hieramts vorgesprochen, um mitzuteilen, daß seine Regierung wegen der ihr aus Petersburg zukommenden Nachrichten über die Haltung Montenegros gegenüber den Unruhen in Albanien besorgt sei. König Nikolaus habe in Petersburg wissen lassen, daß es ihm auf die Dauer nicht möglich sein werde, sich den Ereignissen in Albanien gegenüber passiv zu verhalten. Anknüpfend hieran erkundigte sich Herr Dumaine, ob der k. u. k. Regierung von Seite des Königs eine analoge Mitteilung zugekommen sei und ob sie daraufhin in Cetinje eine beschwichtigende Demarche unternommen hätte. Der Herr Botschafter wurde dahin aufgeklärt, daß unsere Bemühungen beständig darauf gerichtet seien, das Verhältnis Montenegros zur Türkei günstig zu gestalten. In diesem Sinne hätten wir wiederholt in Cetinje zur Ruhe gemahnt und auch in Konstantinopel unseren Einfluß dafür eingesetzt, daß man Montenegro gegenüber in der Frage der seit langer Zeit pendenten Grenzregulierung Entgegenkommen zeige. Eine Mitteilung wie jene, welche König Nikolaus in Petersburg gemacht haben sollte, sei uns nicht zugekommen und wir hätten auch keine Anhaltspunkte dafür, daß die friedlichen Absichten des Königs in den letzten Tagen eine Aenderung erfahren hätten. Der französische Botschafter kam im Laufe der weiteren Unterredung auch auf die Aussichten des Friedensschlusses zwischen Italien und der Türkei zu sprechen und erwähnte hiebei, daß der als persönliche Ansicht Assim Beys lancierte Gedanke, die lybischen Provinzen unter einem arabischen Bey unabhängig zu erklären, ihm beachtenswert erschiene und es ihn interessieren würde zu erfahren, ob diese Idee weitere Fortschritte gemacht habe. Auf diese

Bemerkung wurde dem französischen Botschafter bedeutet, daß der erwähnte Gedanke angesichts der von der Türkei bisher an den Tag gelegten Intransigenz wenig Aussicht habe, eine Form zu gewinnen, die für Italien annehmbar wäre. Es sei vor allem zweifelhaft, ob die Türkei sich dazu verstehen werde, die Cyrenaika, welche die fruchtbarste der lybischen Provinzen wäre, aufzugeben. Zum Schlusse bemerkte Herr Dumaine, daß die Türkei vielleicht eine Pression der Mächte zu Gunsten des Friedens gerne sehen würde, da sie ihre Nachgiebigkeit auf diese Weise gegenüber der mohammedanischen Welt leichter rechtfertigen könnte. Es erschiene ihm aber fast aussichtslos, daß die Mächte sich über eine solche gemeinsame Aktion in Konstantinopel jemals einigen könnten.

[a]) Vgl. n. 3648, 3649, 3651, 3660.

Nr. 3651. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 25. Juli 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Der italienische Botschafter hat mich gestern aufgesucht und mir den Wunsch seiner Regierung mitgeteilt. Markgraf Pallavicini möge angewiesen werden, bei der neuen türkischen Regierung sich im gleichen Sinne vernehmen zu lassen, wie er dies im Interesse eines baldigen Friedensschlusses den Mitgliedern des früheren Kabinettes gegenüber getan hatte. Ich habe Herzog Avarna geantwortet, daß mir der Moment noch nicht gekommen zu sein scheint, um unserem Botschafter einen bezüglichen neueren Auftrag zukommen zu lassen. Man müsse vor allem abwarten, wie sich die Verhältnisse am Goldenen Horn weiterentwickeln und dem neuen Kabinette Zeit lassen, sich zu konsolidieren. Dann erst werde man seine Sprache in dem von Italien gewünschten Sinne mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg erheben können.

[a]) Vgl. n. 3650, 3652.

Nr. 3652. Tel. nach Konstantinopel Nr. 140 (1) und Rom Nr. 114 (2), 26. Juli 1912 (chiffr. 5 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Bei Besprechung der durch den jüngsten Kabinettswechsel in Konstantinopel geschaffenen Lage und den seiner Ansicht nach daraus resultierenden günstigeren Friedensaussichten frug mich Herzog Avarna,[b]) ob ich nicht geneigt wäre, Euer Exzellenz zu beauftragen, sich den neuen Machthabern am Goldenen Horne gegenüber im gleichen Sinne vernehmen zu lassen, wie dies Said Pascha und Assim Bey gegenüber geschehen war. Der italienische Botschafter bemerkte speziell, es wäre vielleicht wünschenswert, wenn eine solche Aussprache erfolgen könnte, bevor die neue Regierung mit einer den intransigenten Standpunkt vertretenden und ihr die Hände bindenden Erklärung vor die Öffentlichkeit tritt. Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß ich den Moment für eine solche Demarche noch nicht für gekommen erachte und daß dem neuen türkischen Kabinette Zeit gelassen werden müsse, sich vorerst zu konsolidieren. Dann erst werde man in Konstantinopel seine Stimme mit Aussicht auf Erfolg erheben können.

Indem ich bemerke, daß die Euer Exzellenz zugekommenen Weisungen über die Assim Bey gegenüber im Sinne der Nachgiebigkeit zu führende Sprache auch auf die neuen Regierungsmänner Geltung behalten, muß ich es Hochdero Ermessen überlassen, den — insbesondere mit Rücksicht auf unsere eigene Stellung am Goldenen Horne — geeignet erscheinenden Moment zu wählen, um bei der Pforte auf die Gefahren einer längeren Dauer des Krieges hinzuweisen.

2. Ich telegraphiere unter dem heutigen an Markgrafen Pallavicini wie folgt: (Inseratur Telegramm ad 1 in extenso.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulichen Information und Regelung Ihrer Sprache Marquis San Giuliano gegenüber, wobei Hochdieselben sich aber bezüglich des an Markgrafen Pallavicini erteilten Auftrages darauf beschränken wollen, zu erwähnen, daß ihm die Wahl des geeignet erscheinenden Zeitpunktes überlassen werden mußte. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3653, 3655. — [b]) Vgl. n. 3651.

Nr. 3653. Tel. nach Konstantinopel, 26. Juli 1912 Nr. 141 (chiffr. 8 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 264 vom 25. l. Mts. habe ich entnommen, daß sich die Gedanken des neuen türkischen Ministers des Äußern bezüglich der Modalitäten einer Beilegung des italo-türkischen Konfliktes so ziemlich in denselben Kreisen bewegen, wie jene Assim Beys. Unter diesen Umständen schiene es mir wünschenswert, daß Euer Exzellenz bei der nächsten sich darbietenden Gelegenheit an die mit zitiertem Telegramme gemeldete erste Besprechung mit Gabriel Effendi anknüpfend, demselben von Hochdero einschlägigen Konversationen mit Assim Bey Kenntnis geben. Euer Exzellenz wollen hiebei auf die Aufnahme hinweisen, welche die von uns nach Rom weitergeleitete Idee seines Vorgängers bei Marquis di San Giuliano gefunden hat und weiters trachten, im Sinne meines Telegrammes vom 6. l. Mts. Nr. 122 den Faden, welcher zu einem Gedankenaustausch zwischen Konstantinopel und Rom über Wien führte, wiederaufzunehmen. Bei den bezüglichen Konversationen mit dem Minister des Äußern dürfte es jedoch ratsam sein, den Umstand, daß schon Assim Bey die Idee, die beiden nordafrikanischen Provinzen autonom zu erklären, ausgesprochen hatte, in einer der Suszeptibilität Gabriel Effendis Rechnung tragenden Weise vorzubringen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3652, 3655.

Nr. 3654. Tel. aus London, 26. Juli 1912 Nr. 58 (eing. 27. Juli 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezugnehmend auf Euer Exzellenz Telegramm vom 24. d. M. Nr. 49. Ich habe Sir Edward Grey soeben gesehen und ihm gesagt, ich hätte Euer Exzellenz kurz über unsere letzte Unterredung berichtet; dass Euer Exzellenz befriedigt sind, Geneigtheit seinerseits zu konstatieren, mit uns in Fühlung zu bleiben, dass es sich nicht uns darum handle, jetzt Eventualitäten

zu diskutieren, sondern hauptsächlich, Kontakt mit ihm zu erhalten, um gegebenenfalls mit britischer Regierung in Gedankenaustausch zu treten. Sir Edward Grey sagte mir darauf, ich möge Euer Exzellenz mitteilen, dass er diese Gefühle und Ansichten Euer Exzellenz vollkommen erwidere (reciprocate). Ich werde meinen Urlaub Dienstag 30. d. M. antreten.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3646, 3670.

Tel. nach Rom, 26. Juli 1912 Nr. 114 (chiffr. 5 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 3652.

Nr. 3655. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 27. Juli 1912 Nr. 272 (eing. 9 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 140 und 141 erhalten. Ich habe bereits im Laufe meiner neulichen Unterredungen mit Gabriel Effendi an den Gedanken Assim Beys anknüpfend durchblicken lassen, dass dieser Gedanke in Rom als eine mögliche Basis für weitere Verhandlungen in der Friedensfrage angesehen werden dürfte. Hierauf setzte mir Gabriel Effendi seine Ansicht auseinander, welche im Wesen mit jener Assim Beys übereinstimmt. Hiebei erwähnte er auch den Gedanken einer doppelten Souveränität, welcher indessen sein rein persönlicher ist und über den er sich mir gegenüber schon vor Wochen flüchtig geäussert hatte, ohne sich, wie es scheint, darüber klar zu sein, wie diese Idee in praxi zu verwirklichen wäre. Ich werde nächsten Montag Gelegenheit haben, dem Minister im Sinne des hohen Telegrammes No. 141 in präciserer Form zu verstehen zu geben, dass der von uns nach Rom weitergeleitete Gedanke, die beiden Provinzen autonom zu erklären, bei Marquis San Giuliano eine gute Aufnahme gefunden hat und werde trachten, denselben weiterzuspinnen. Bei den Unterredungen, die ich mit Gazi Mukhtar Pascha und dem Minister des Äussern hatte (Telegramme Nr. 263 und 264) konnte ich konstatieren, dass die jetzigen türkischen Minister in der Friedensfrage ohnedies die besten Intentionen haben und sich über das Friedensbedürfnis der heutigen Türkei klar sind, so dass eine Einwirkung auf dieselbe in diesem Sinne meines Erachtens nicht notwendig erschiene.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3658.

Nr. 3656. Erlaß an den Legationssekretär Emmerich von Pflügl in Belgrad, 29. Juli 1912 Nr. 3090.[a]) Konz. (S. Calice; V. Nemes; G. Berchtold).

Anläßlich der Untersuchung über das vor circa zwei Monaten gegen den königlichen Commissär von Cuvaj verübte Attentat sind mir seitens der königlichen Landesregierung in Agram eine Anzahl Berichte der Staatsanwaltschaft beziehungsweise Polizeibehörden zur Einsicht zugekommen. Aus diesen Akten entnehme ich, daß nach den Aussagen einer Anzahl von Mittelschülern, die mit dem Attentäter in regem Verkehre gestanden waren, an der Universität wie auch an den Mittelschulen Organisationen bestehen, welche die Einigung der Kroaten und Serben mit dem phantastischen

Zukunftideal anstreben, aus den südslavischen Ländern der Monarchie zusammen mit dem Königreiche Serbien eine südslavische Republik zu bilden. Als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes soll die Ermordung einzelner Landeschefs vorgesehen sein. Solche Organisationen bestünden außer in Agram, noch in Sarajevo, Zara, Semlin, Belgrad und Sofia. Die Staatsanwaltschaft in Agram ist überzeugt, daß unter der Studentenschaft faktisch eine revolutionäre Bewegung im Zuge ist und daß das Attentat gegen Herrn von Cuvaj nicht ein Produkt der politischen Verhältnisse in Croatien, sondern den Anfang einer revolutionären Action darstelle, die vom Königreiche Serbien ausgehend, unter der studirenden Jugend Croatiens Fuß gefaßt hat. Der bekannte Besuch der kroatischen Studentenschaft in Belgrad soll zur Anknüpfung solcher Beziehungen benützt worden sein, auch wurde ein aus Serbien stammendes „Programm des Jugendklubs Narodno Ujedinjenje" unter den Hoch- und Mittelschülern Croatiens verbreitet. Dieses deckt sich im wesentlichen mit dem sogenannten „revolutionären Statut", welches seinerzeit im Agramer Hochverratsprozesse eine große Rolle spielte. Wenn auch, wie die Staatsanwaltschaft ausdrücklich hervorhebt, das Programm dieser Schülerorganisationen an und für sich eine nicht ernst zu nehmende Träumerei ist, so ist doch das Vorhandensein einer solchen Organisation von nicht zu unterschätzender symptomatischer Bedeutung und das Attentat des notorisch mit Belgrader Kreisen in Verbindung stehenden Jukić hat gezeigt, daß diese Bewegung bedenkliche Früchte zu tragen imstande ist. Indem ich Vorstehendes Euer Wohlgeboren zu deren persönlicher Orientierung mitteile, ersuche ich Sie, mir über die Ihnen allfalls betreffs der großserbischen Propaganda unter unserer südslavischen Schuljugend zukommenden Informationen Bericht zu erstatten.

[a]) Vgl. n. 3560, 3621, 3665, 3673.

Nr. 3657. Bericht aus Berlin, 30. Juli 1912 Nr. 30 A (eing. 1. Aug.).[a]) *Ausfert.*

Streng vertraulich. Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der mir in einem liebenswürdigen Schreiben sein Bedauern darüber ausdrückte, mich vor Antritt meines Urlaubes hier nicht mehr sehen zu können, da er vorderhand nicht nach Berlin zu kommen gedenke, lud mich zugleich in sehr herzlicher Weise ein, ihn auf seinem in der Nachbarschaft liegenden Familiensitz zu besuchen. Dieser freundlichen Einladung habe ich gestern entsprochen und den Nachmittag im Kreise der Familie Herrn von Bethmann Hollwegs in Hohenfinow zugebracht. Während eines längeren Spazierganges, den wir in dem zwar nicht sehr grossen aber schattigen Schlossgarten unternahmen, kam der Reichskanzler auf die wichtigsten actuellen politischen Fragen zu sprechen. Bei diesem Anlasse habe ich nicht verfehlt Herrn von Bethmann Hollweg gegenüber, Euer Excellenz Bemerkungen dem im Sinne Hochdero Erlasses vom 24. Juli Nr. 3018 entsprechend zu verwerten.[b]) Der Reichskanzler versicherte mir, dass, wenn auch die allgemeine Lage in der ganzen Welt keineswegs befriedigend sei, nachdem so viele wichtige Fragen ungelöst seien, er dennoch mit entschiedenem Optimismus der nächsten

Zukunft entgegensehe. Das Friedensbedürfnis sei ein derart allgemeines, dass alle Welt sich vor unbesonnenen Schritten hüten werde, die zu einer Katastrophe führen könnten. Insbesondere zeige sich dies bei der Behandlung des Schmerzenskindes der europäischen Politik, der orientalischen Frage. Alle Mächte Europas — in erster Linie Russland — seien sich, da es in ihrem Interesse liege, darüber einig, dass die türkische Herrschaft in Europa so lange als möglich aufrechterhalten werden müsse. Ob es dem neuen Régime in Konstantinopel gelingen könne, eine verhältnismässige Ordnung und Ruhe wiederherzustellen, werde wol schon die nächste Zukunft zeigen. Er — der Reichskanzler — gebe sich der Hoffnung hin, dass das neue türkische Kabinett im Stande sein werde, die revolutionären Umtriebe in der Armee niederzuschlagen und Albanien zu pacificiren. Freiherr von Wangenheim, der soeben seinen neuen Posten angetreten habe, sei derselben Meinung und vertrete die Ansicht, dass die europäische Journalistik ein viel zu düsteres Bild von der Situation in der Türkei entwerfe. Es sei hiebei, so fügte Herr von Bethmann Hollweg hinzu, nicht zu übersehen, dass der grösste Teil der europäischen Presse, insbesondere die deutsche (wie zum Beispiel die „Frankfurter Zeitung", die fortgesetzt von Allarmnachrichten aus Konstantinopel strotze) in Judenhänden sich befinde, die in fortwährender Verbindung mit den jungtürkischen Elementen es sich zur Aufgabe gestellt habe, die neue Wendung der Dinge am Goldenen Horn böswillig herunterzusetzen. Trotz alledem verhehle er sich nicht, dass die Situation in der Türkei eine sehr ernste sei, und er müsse zugeben, dass die Nachrichten, die während seines letzten Aufenthaltes in Petersburg ihm von Herrn Sasonow mitgeteilt wurden, wonach die revolutionäre, oder wie sich der russische Minister des Äussern ausdrückte „republikanische" Bewegung in der türkischen Armee gefahrdrohende Dimensionen angenommen hätte, sich als den Tatsachen entsprechend erwiesen haben. Glücklicher Weise könne hingegen konstatiert werden, dass die Befürchtung Herrn Sasonows, Bulgarien werde diese Gelegenheit benützen, um aus seiner bisherigen Ruhe herauszutreten, sich nicht bewahrheitet hätte. Die Bestrebungen zu einem Frieden zwischen der Türkei und Italien zu kommen, hätten infolge der Ministerkrise in Konstantinopel keinerlei Fortschritt gemacht, obwol nach den Nachrichten, die aus Rom und Konstantinopel eingelangt seien, ein baldiges Ende des Krieges auf beiden Seiten lebhaft gewünscht werde. Wenn es dem gegenwärtigen türkischen Cabinette, welches als England freundlich gilt und dies auch tatsächlich ist, gelinge, unter der Ägyde Englands den Frieden zu schliessen, könnte dies Deutschland und gewiss auch Österreich-Ungarn ganz recht sein. Auf die deutsch-englischen Beziehungen übergehend, sagte mir Herr von Bethmann Hollweg, dass er keineswegs gesonnen sei, seine Bemühungen zur Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Ländern aufzugeben. Freiherr von Marschall habe sich in ganz richtiger Weise bisher darauf beschränkt, das Terrain in London zu sondiren. Seine bisherigen Impressionen seien ziemlich zufriedenstellend. Nach einem Diner, welches das englische Königspaar zu Ehren des deutschen Botschafters und seiner Gattin zu geben die Gnade hatte, habe Freiherr von Marschall mit König Georg eine längere Unterredung gehabt, die sich aber nur in

Allgemeinheiten bewegt habe. Doch hatte der Botschafter den Eindruck, dass dem Könige — ebenso wie dies in Deutschland der Fall sei — sehr am Herzen liege, eine Verständigung herbeizuführen. In seinem Berichte breite sich Freiherr von Marschall auch über die inneren, äusserst ungünstigen Verhältnisse Englands aus. Die immer mehr gesteigerten staatlichen Ausgaben, eine für die besitzende Klasse allzu drückende soziale Gesetzgebung und noch andere Umstände, hätten eine Misstimmung geschaffen, die in ganz England nicht unberechtigte Besorgniss hervorrufe. Die in Aussicht genommenen grossen, neuen Flottenausgaben würden wol ohne grosse Schwierigkeiten genehmigt werden. Aus patriotischen Gründen, da das Schreckgespenst eines Krieges mit Deutschland den Engländern immer vorschwebe (wobei man jetzt merkwürdiger Weise auch noch die Möglichkeit eines Eingreifens der beiden anderen Triple Alliance Mächte in Rechnung ziehe), werde das englische Volk nicht schwer dazu zu haben sein, immer weiteren Anforderungen auf dem Gebiete der Landesverteidigung nachzukommen. Unter diesen Umständen sei es gewiss keine leichte Aufgabe ein gutes Verhältnis mit England herzustellen; in der Vergangenheit seien in dieser Beziehung schwere Fehler begangen worden; das Krüger-Telegramm, verschiedene aufreizende Reden des Fürsten Bülow im Reichstage und die Bagdadbahnverhandlungen hätten nicht unwesentlich dazu beigetragen, die Situation zu verschärfen, was jetzt sanirt werden müsse. Nächsten Montag begibt sich Herr von Bethmann zur Begrüssung Kaiser Wilhelms nach Swinemünde, um in der Begleitung Seiner Majestät zur Centenarfeier der Firma Krupp nach Essen zu fahren. Am 10. August gedenkt der Reichskanzler in Bad Gastein einzutreffen und freut sich sehr nach dieser Badecur in Begleitung seiner Frau Euer Excellenz in Buchlau aufsuchen zu können. Zum Schlusse frug mich der Reichskanzler, ob die ihm zugekommene Nachricht, derzufolge Euer Excellenz Anfangs kommenden Monats den rumänischen Majestäten einen Besuch in Sinaia abzustatten gedenken, mir bekannt sei. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3664, 3714. — [b]) So!

Nr. 3658. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 30. Juli 1912 Nr. 280 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 272 vom 27. d. M. Anlässlich meiner gestrigen Unterredung mit dem Minister des Äussern kam auch die Friedensfrage zur Sprache. Ich sagte Gabriel Effendi auftraggemäss, dass wir die Idee Assim Bey's seinerzeit der italienischen Regierung mitgeteilt haben und dass Marquis San Giuliano dieselbe nicht ungünstig aufnahm. Diese Eröffnung schien Gabriel sehr zu interessieren. Wir besprachen fragliche Idee diesmal eingehender und konstatierten, dass dieselbe in ihrer ursprünglichen Form allerdings den Ausgangspunkt eventueller Verhandlungen bilden könnte, in ihrer späteren Formulierung indessen, weil für Italien inacceptabel, unpraktisch sei. Der Minister des Äussern selbst bemerkte, dass man etwas vorschlagen müsse, was für den Gegner annehmbar ist. Bei diesem Anlasse konnte ich neuerlich feststellen, dass das gegen-

wärtige Kabinett in der Friedensfrage viel entgegenkommender ist, als das frühere und dass dasselbe den Standpunkt der souveraineté effective seines Vorgängers fallen gelassen hat. Seinen Gedanken der souveraineté mixte konnte Gabriel Effendi auch diesmal nicht präcisieren. Ich persönlich halte sowohl die Idee Assim Beys als jene Gabriel Effendis als praktisch schwer zu verwerten, meiner unmassgeblichen Meinung nach könnte jedoch beim heutigen Stande der Frage ein Ausweg in folgender Weise gefunden werden: 1. Beide Staaten erklären den Kriegszustand zwischen ihnen für beendigt; 2. die Türkei zieht ihre Streitkräfte aus Tripolis, Italien die seinigen — bei gleichzeitiger Rückgabe der besetzten Inseln — von den letzteren zurück. Auf diese Art würde die Frage der Souveränität überhaupt nicht erörtert, was meines Wissens Italien bereits zugestanden. Allerdings müsste die Türkei, um die Fiktion der türkischen Souveränität pro foro interno aufrechtzuerhalten, auf jede Entschädigung verzichten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3663.

Nr. 3659. Erlaß nach Tokio, 31. Juli 1912 Nr. 3148. Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Geheim. Als Freiherr von Call, der Vorgänger Euer Exzellenz[a]) auf dem Posten eines österreichisch-ungarischen Botschafters in Tokio, vor ungefähr 4 Jahren zum ersten Mal japanischen Boden betrat, stand die europäische Öffentlichkeit noch unter dem Eindrucke des gewaltigen Kampfes, der wenige Jahre vorher zwischen der asiatischen Vormacht und dem japanischen Inselvolke ausgetragen worden war und der mit der Hemmung des russischen Vordringens und mit der Anerkennung der japanischen Großmachtstellung geendet hatte. Damals schien es noch, als müßte man den russisch-japanischen Gegensatz in jede politische Zukunftsrechnung als einen sicheren Faktor einstellen können und die zukünftige Entwicklung der japanisch-russischen Beziehungen wurde nur mit Rücksicht auf die größere oder geringere Wahrscheinlichkeit und Nähe einer neuerlichen Konflagration besprochen und beurteilt. Tatsächlich schien es ebenso wenig wahrscheinlich, daß Rußland die Entscheidung des Feldzuges von 1907[b]) ohne den Versuch einer Revision dieses historischen Prozesses akzeptieren würde, wie es anderseits wenig glaublich war, daß sich Japan auf absehbare Zeit damit begnügen sollte, sich mit dem niedergeworfenen Gegner in die Herrschaft der Mandschurei zu teilen. Euer Exzellenz finden den Niederschlag dieser politischen Auffassung in der geheimen Instruktion vom 13. Jänner 1909,[c]) die Graf Aehrenthal an Baron Call gerichtet hat und deren politische Voraussetzung auf europäischem Boden die Mißstimmung war, die sich aus der Annexionscampagne zwischen der Monarchie und Rußland herausgebildet hatte. Der politische Aspekt, den die Situation in Ostasien dem aufmerksamen Beobachter heute darbietet, ist nun grundverschieden von jenem, der der Beurteilung der Verhältnisse im Jahre 1909 zu Grunde lag und das Horoskop, das man damals zu stellen sich berechtigt meinte, hat in der Entwicklung der letzten Jahre keine Bestätigung erhalten. Das Verhältnis zwischen Rußland und Japan hat in der Tat eine Wandlung erfahren, die, wenn man

auch ihre Bedeutung für eine fernere Zukunft nicht zu hoch einschätzen will, jedenfalls für die Gegenwart und den nächsten vor uns liegenden politisch noch eskomptablen Zeitraum nach Gebühr gewürdigt werden muß. Zwischen den erbitterten Gegnern von 1907[b]) hat eine unverkennbare Annäherung stattgefunden und es will manchmal scheinen, als ob diese Annäherung auch noch den Keim intimerer politischer Beziehungen in sich berge. Die verschiedensten Momente und Ereignisse haben in den letzten Jahren dazu beigetragen, um diese neue Konstellation, deren Konturen schon anläßlich des Abschlusses des japanisch-russischen Vertrages von 1910, dann in der einvernehmlichen Haltung der beiden Mächte anläßlich der Internationalisierungsbestrebungen Amerikas und jüngst bei der Verhandlung über die chinesische Reorganisationsanleihe zutage traten, herbeizuführen und zu begünstigen. Zunächst war es wohl die Erkenntnis von einer gewissen Gemeinsamkeit und Identität der Interessen, die eine politische Fühlungnahme zwischen Petersburg und Tokio herbeiführte. Gegenüber den Westmächten — wenn in dieser Bezeichnung auch Amerika verstanden werden kann — verband Rußland und Japan die gemeinsame Stellung als territoriale Mächte und das Bestreben, eine fremde wirtschaftlich-koloniale Ingerenz in jenen Gebieten auszuschließen, auf die sie ihre Territorialhoheit auszudehnen beanspruchen. Zu dieser sich immer deutlicher entwickelnden Disposition kam auf Seite Japans eine allmählich steigende Abkühlung seinem englischen Verbündeten gegenüber, die am markantesten anläßlich der Aufnahme der Schiedsgerichtsklausel in das erneuerte englisch-japanische Abkommen zutage trat. Man begann in Japan, als das Moment der geschmeichelten Eitelkeit ausgeschaltet war, den Wert eines Bündnisses zu kritisieren, das dem verhaßten und gefürchteten Amerika gegenüber unwirksam geworden war. Charakteristisch für die vollkommen divergierenden Tendenzen, von denen die Politik Englands und Japans im fernen Osten im Grunde beherrscht sind, waren gerade in der jüngsten Vergangenheit die vergeblichen Versuche Japans, England zu einer gemeinsamen Intervention in China zu bewegen, eine Intervention, zu der es Japan allem Anscheine nach gelüstete, die es aber auf Grund des Bündnisvertrages ohne Mitwirkung seines englischen Alliierten nicht unternehmen konnte. Es ist anzunehmen, daß Japan, stünde es bereits im Bundesverhältnisse zu Rußland, für seine Interventionsabsicht in Petersburg ein viel willigeres Gehör gefunden hätte. Die Unzufriedenheit mit dem Ergebnisse und der gegenwärtigen Gestalt des Bundesverhältnisses zu England brachte es mit sich, daß man in Japan begann, die kritische Sonde auch an die ganze bisherige Entwicklung der japanischen Außenpolitik zu legen. Es wurden in Japan gewichtige Stimmen laut, die es als von vorneherein verfehlt bezeichneten, daß man sich von England dazu hatte verleiten lassen, die Frage des russisch-japanischen Kondominiums in der Mandschurei durch einen blutigen, unermeßliche finanzielle Opfer erheischenden Krieg zu lösen, statt auf dem Wege der Verhandlungen zu beharren, der schließlich, kraft des Druckes der im Grunde identischen russisch-japanischen Interessen doch zu einem befriedigenden Resultat hätte führen müssen. Den Staatsmännern der Kriegsepoche wird von angesehenen Organen der japanischen öffentlichen Meinung der Vorwurf nicht erspart,

daß Japan im Jahre 1907[b]) hauptsächlich die Geschäfte Englands besorgt habe, das sich kurz nach dem Frieden von Portmouth beeilt hätte, mit dem geschwächten und willig gewordenen Rußland erst das asiatische Abkommen abzuschließen und dann die Entente von Reval einzugehen. Zu den Wirkungen dieser politischen Erwägungen, deren Berechtigung hier nicht weiter untersucht werden soll, gesellt sich in Japan nach der frohen Stimmung der gewaltigen politischen und militärischen Erfolge ein Gefühl der Ernüchterung angesichts der mißlichen finanziellen und wirtschaftlichen Lage des Inselreiches. Man beginnt sich zu fragen, ob der Zuwachs an Macht, Gebiet und Ruhm, die Anerkennung der Großmachtstellung nicht zu teuer erkauft seien mit der Zerstörung der Kaufkraft, der Steigerung aller Preise, der ungesunden, auf Kosten der Landwirtschaft erfolgenden Industrialisierung des Landes und den bei einem kapitalsarmen Lande doppelt erschreckenden Perspektiven eines nach europäischem Muster anwachsenden militärischen Budgets. Waren somit auf Seite Japans sozusagen die psychischen Vorbedingungen für eine Verständigung mit Rußland gegeben, so war Rußland seinerseits, wie es sich herausstellte, keineswegs abgeneigt, dem Gedanken einer solchen Verständigung näher zu treten. Das intensivere Interesse, das Rußland an den Begebenheiten im nahen Orient nimmt, die Notwendigkeit einer gründlichen Reorganisation von Heer und Flotte waren wohl von vorneherein als Faktoren zu buchen, die zu Gunsten des politischen Kalküls sprachen, das ostasiatische Problem zunächst im Wege friedlicher Auseinandersetzungen mit dem einstigen Rivalen zu behandeln; auch die gemeinsame Abneigung gegen die koloniale Regsamkeit der Westmächte mag hier mitgespielt haben; wichtig und bedeutsam für die Möglichkeit einer aufrichtig gemeinten Verständigung mit Japan war ein akzidentielles Moment: die innerpolitische Umwälzung in China und deren unmittelbare Konsequenz, die Abbröckelung der chinesischen Außenländer, und zwar vor allem der Mongolei. Bekanntlich gehört der Gedanke einer Durchquerung und Penetration der Mongolei zu den ältesten Requisiten in der politischen Rüstkammer des russischen Auswärtigen Amtes und nur die Besitzergreifung des Hafens von Kiao-Tschau durch Deutschland hat Rußlands Aspirationen nach der Mandschurei abgelenkt. Rußland hat aber die Mongolei nie aus dem Auge verloren und Japan hat sich bereits in dem russisch-japanischen Vertrage von 1907 bereit gefunden, Rußland eine bevorrechtete Stellung in der Mongolei zuzuerkennen. Die offiziösen Kundgebungen des russischen Auswärtigen Amtes leugnen zwar noch, daß Rußland die Verlegenheit Chinas zu seiner Gelegenheit machen und die erfolgte Autonomie-Erklärung der äußeren Mongolei in seinem Interesse ausnützen werde, es kann aber kaum einem Zweifel unterliegen, daß dies doch geschehen wird und die ersten vorbereitenden Handlungen in diesem Sinne sind auch bereits wahrnehmbar. Eine Festsetzung Rußlands in der Mongolei muß aber notwendigerweise eine Entspannung in der Mandschurei, ein gewisses Nachlassen des russischen Interesses an den dortigen Begebenheiten zur Folge haben und somit in letzter Analyse der russisch-japanischen Annäherung zugute kommen. Unsere eigene Stellung zu Japan ist durch die im vorstehenden geschilderte politische Wandlung insoferne berührt, als wir für absehbare Zeit nicht

mehr — wie dies in der Instruktion an Baron Call geschehen ist — damit rechnen können, bei einer Balanzierung der Kräfte zwischen uns und Rußland den japanischen Faktor zu unseren Gunsten einstellen. Diese vom allgemein politischen Standpunkte aus nicht gerade willkommene Erkenntnis ist für uns aber deshalb weniger empfindlich, weil auch in unserem Verhältnis zu Rußland die gegenwärtige Situation nicht mehr den Voraussetzungen des Erlasses von 1909c) entspricht. Seit dem Ausscheiden Herrn Iswolskis haben sich die Stürme der Annexionskrise gelegt, unsere Beziehungen zu Rußland bewegen sich in normalen Geleisen und die Möglichkeit einer politischen Fühlungnahme mit dem Zarenreiche ist wieder hergestellt. Wenn wir sonach Japan nunmehr politisch vollkommen unbefangen gegenüberstehen, so können unsere Beziehungen zu dem Inselreiche andererseits günstig durch den Umstand beeinflußt werden, daß die in Japan unter der Vorherrschaft des englischen Einflusses entstandene Antipathie gegen die europäischen Zentralmächte mit der Minderung dieses Einflusses eine Abschwächung erfahren dürfte. Es ist Euer Exzellenz bekannt und wir haben auf diese Tatsache des öfteren hingewiesen, daß wir in China und in Ostasien überhaupt keinerlei, sei es territoriale, sei es koloniale oder sonstige politische Aspirationen verfolgen. Wir wünschen in Ostasien lediglich uns die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Betätigung auf dem gleichen Fuße wie die übrigen Mächte zu sichern, unsere Stellung als europäische Großmacht anerkannt zu sehen und unsere Rechte als Vertragsmacht zu wahren. In diesem Sinne haben wir, als das erwachende Interesse unserer finanziellen Kreise an einer Betätigung auf dem ostasiatischen Markte die hiefür notwendige Voraussetzung schuf, unsere Teilnahme an dem jüngst verhandelten Sechs-Mächte-Anlehen bei den betreffenden Kabinetten und also auch in Tokio angemeldet. Die Kabinette haben sich mit unserer Beteiligung zwar prinzipiell einverstanden erklärt, dieselbe ist aber schließlich nicht zustande gekommen, wobei teils finanztechnische Schwierigkeiten, teils die Abneigung der Bankgruppen, einen neuen Konkurrenten in ihre Mitte zuzulassen, eine wesentliche Rolle spielten. Wir sind nun keineswegs gewillt, unsere Nichtbeteiligung an dem Sechs-Mächte-Anlehen als ein Präjudiz für die Zukunft gelten zu lassen und haben den Anlaß des Abschlusses der Anlehenverhandlungen wahrgenommen, um unter anderem auch in Tokio erklären zu lassen, daß wir an dem Grundsatze der offenen Tür in Ostasien unbedingt festhalten, eine Monopolstellung des Banksyndikates keineswegs anerkennen könnten und an allen internationalen wirtschaftlichen, Ostasien betreffenden Abmachungen teilzunehmen wünschten. Was speziell Japan anbelangt, so mußte es uns eigentlich in Erstaunen setzen, daß es unserem Wunsche, dem internationalen Chinasyndikate beizutreten, keine wärmere Unterstützung zuteil werden ließ. Vom japanischen Standpunkte aus kann es ja doch nur als ein Vorteil betrachtet werden, wenn in den Kreis der Mächte, die sich an ostasiatischen Angelegenheiten interessieren, als ausgleichender Faktor eine große europäische Militärmacht eintritt, die — allein von allen — politisch vollkommen desinteressiert ist, keinerlei territoriale oder koloniale Aspirationen besitzt und der es ausschließlich um die Möglichkeit freier wirtschaftlicher Betätigung zu tun ist. Für diese Tatsache das entsprechende

Verständnis in Japan zu wecken und im allgemeinen alle Gelegenheiten wahrzunehmen, um die Aufmerksamkeit der maßgebenden Kreise auf die Großmachtstellung, die mannigfaltigen Ressourcen der Monarchie zu lenken, wird nicht den wenigst dankenswerten Teil der Tätigkeit Euer Exzellenz in der japanischen Hauptstadt bilden. Euer Exzellenz können überzeugt sein, daß wir Ihre bezüglichen Bemühungen mit dem regsten Interesse verfolgen und daß wir Ihren etwaigen Anträgen, wenn sie sich unter anderem etwa auf eine Vertiefung der in Japan bereits eingeleiteten Einwirkung auf die Presse beziehen sollten, nach Tunlichkeit entsprechen werden ... *Handelspolitische Fragen. ...*

[a]) Seit März 1912 Botschafter Ladislaus Freiherr von Müller. — [b]) So! — [c]) Vgl. n. 883.

Nr. 3660. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus Bukarest-Sinaia, 1. Aug. 1912 Nr. 38 C (eing. 3. Aug.).[a]) Ausfert.

Herr Maioresco sagte mir beim letzten Diplomatenempfang, Herr von Kiderlen-Wächter habe seinen Kabinettschef, den rumänischen Legationsrat Herrn Filodor, in Kissingen getroffen und ihm erzählt, König Ferdinand habe in Berlin sehr ernste Mahnungen zur Ruhe erhalten. Der König der Bulgaren habe entgegnet, Balkankönige hätten unter Umständen mit der Volksstimmung zu rechnen, da ihre Trone nicht auf Felsen gebaut seien. Darauf hätte Herr von Kiderlen auf Rumänien als Beispiel hingewiesen, wo die Orientierung der äussern Politik dem Parteigetriebe entrückt und daher stabil sei. Herr Maioresco meint, der Hinweis auf Rumänien dürfte wohl bei König Ferdinand als Nadelstich gewirkt haben. Daran anknüpfend bemerkte der Herr Ministerpräsident, es sei ein Glück, daß momentan in Bulgarien die vernünftigsten und ruhigsten Politiker am Ruder seien (Geschoff und Daneff). Auch hier merke man in den Beziehungen den Einfluss Herrn Geschoffs. Seit der Übernahme der Regierung durch diesen Letzteren seien fast alle Reibungsflächen, die früher künstlich vermehrt worden seien, verschwunden. Die Gefahr eines Balkanbrandes im Zusammenhang mit den krisenhaften Zuständen in der Türkei nehme — wie Herr Maioresco meint — im Verhältnisse ab, als der Sommer fortschreite. Ich gewann den Eindruck, daß der Herr Ministerpräsident die allgemeine politische Lage nicht allzu pessimistisch ansehe. Er stand unter dem Eindrucke eines optimistischen Berichtes der rumänischen Gesandtschaft in Konstantinopel. Als Zeichen des abnehmenden Einflußes der jungtürkischen Partei erwähnte Herr Maioresco die ihm gerüchtweise zugekommene Nachricht, der hiesige türkische Gesandte Sefa Bey, ein ergebener Anhänger der Jungtürken, solle von hier abberufen und durch einen höheren Beamten des türkischen Ministeriums des Äussern ersetzt werden. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 3650, 3664.

Nr. 3661. Tel. nach Konstantinopel, 1. Aug. 1912 Nr. 142 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. und G. Berchtold).

Von den kürzlich in der türkischen Kammer abgegebenen Regierungserklärungen[b]) hat jene über die auswärtige Politik auf mich keinen günstigen

Eindruck gemacht. Nach den bezüglichen Blättermeldungen hätte sich der Großvezier dahin vernehmen lassen, daß „von neuem und in verstärktem Maaße die Politik befolgt werden solle, welche sogleich nach Änderung des alten Regimes inauguriert und bis Ende des Jahres 1325 mit vielem Erfolge fortgesetzt wurde". Nachdem die Epoche, auf welche sich Ahmed Mukhtar Pascha beruft, mit der Zeit des feindseligen Kurses der türkischen Politik gegenüber der Monarchie coincidirt, muß diese Enunziation, falls darin keine Spitze gegen Österreich-Ungarn zu sehen ist, zumindest als unglücklich gewählt bezeichnet werden. Ich würde Werth darauf legen, wenn Euer Exzellenz die erwähnte Erklärung zu einer offenen Aussprache mit den maßgebenden türkischen Staatsmännern benützen und hiebei feststellen wollten, ob wir darauf rechnen können, daß das Verhalten der türkischen Regierung gegenüber der Monarchie und die Rücksichtnahme der Pforte auf unsere speciellen politischen und wirthschaftlichen Interessen auch in Hinkunft unserer freundschaftlichen Gesinnung für die Türkei und den weitgehenden Freundschaftsdiensten volle Rechnung tragen werde, welche wir dem ottomanischen Reiche wiederholt und namentlich in der letzten Zeit geleistet haben. Auch könnten Euer Exzellenz in der Ihnen geeignet scheinenden Weise den competenten Faktoren nahelegen, bei sich ergebender Gelegenheit durch eine der Werthschätzung unserer guten Beziehungen Ausdruck gebenden Kundgebung den üblen Eindruck abzuschwächen, welchen die fragliche Erklärung bei uns hervorgerufen hat. Indem ich Euer Exzellenz Berichterstattung über die einschlägigen Gegenäußerungen der türkischen Staatsmänner mit Interesse entgegensehe, bemerke ich zu Hochderen streng vertraulicher Information, daß eine Änderung in dem Verhalten der Pforte gegenüber der Monarchie mich selbstverständlich vor die Notwendigkeit stellen würde, auch unsere Politik, soweit das Verhältnis zur Türkei in Betracht kommt, einer Revision zu unterziehen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3585, 3662, 3669. — [b]) Polit. Chron. der ö.-u. Mon. 1912, 311.

Nr. 3662. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 2. Aug. 1912 Nr. 285 (eing. 3. Aug. 9 U. a. m.). Entziff.

Ich werde wahrscheinlich morgen, spätestens Montag, Gelegenheit haben, mich den türkischen Staatsmännern gegenüber im Sinne Euer Exzellenz Telegramms Nr. 142 vom 1. dieses Monats zu (äussern).[a]) Ich erlaube mir aber, meine persönliche Auffassung schon jetzt dahin auszusprechen, dass der im Regierungsprogramm über die auswärtige Politik vorkommende, hohen Orts relevierte Passus nicht in dem Sinne aufzufassen ist, als wenn die jetzige Regierung die Absicht hätte, der türkischen Politik eine der Monarchie gegenüber minder freundliche Richtung zu geben. Das gegenwärtige Kabinett präconisiert die in der fraglichen Periode verfolgte auswärtige Politik schon aus dem Grunde, weil deren damalige Leiter heute seine Mitglieder sind. Meines Erachtens richtet sich der erwähnte Passus des Programmes übrigens gegen das Saidsche Prinzip, dass sich die Türkei an eine der beiden Mächtegruppen anschliessen sollte. Bekanntlich

hatte aber Said Pascha damals hauptsächlich die Ententemächte und insbesonders England im Auge. Erst später trat die Idee einer Annäherung an die Monarchie auf und zwar speziell bei Assim Bey, der Said Pascha für dieselbe niemals ganz gewinnen konnte. Es darf auch nicht übersehen werden, dass die damaligen minder guten Beziehungen der Türkei zur Monarchie lediglich eine Folge der Annexion bildeten deren Nachwehen zu jener Zeit noch nicht, sowie dies jetzt der Fall ist, überwunden waren.

Pallavicini.

[a]) Chiffre fehlt.

Nr. 3663. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 2. Aug. 1912 Nr. 288 (eing. 3. Aug. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Anläßlich meiner heutigen Unterredung mit dem Grossvezir kam auch der italo-türkische Konflikt zur Sprache. Ghazi Mukhtar Pascha wiederholte auch diesmal, dass er ernstlich entschlossen sei, mit Italien Frieden zu schliessen, dass er sich aber mit dieser Frage erst dann eingehend beschäftigen könne, wenn es ihm gelinge, die Ruhe im Innern bis zu einem gewissen Grade wiederherzustellen. Ich bemerkte dem Grossvezir, dass meines Erachtens diese Angelegenheit sich nicht in die Länge ziehen lasse; die italienische Regierung scheine jetzt allerdings eine zuwartende Haltung einnehmen zu wollen, doch dürfe man nicht damit rechnen, dass diese allzu lange dauern werde. Diese Bemerkung schien auf Ghazi Mukhtar Pascha nicht ohne Eindruck geblieben zu sein. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3658, 3664.

Nr. 3664. Bericht aus St. Petersburg, 20. Juli/2. Aug. 1912 Nr. 28 B (eing. 5. Aug.).[a]) Ausfert.

In Ergänzung der von mir gehorsamst einberichteten Mitteilungen, welche mir Herr von Bethmann Hollweg selbst über die Entrevue in Baltisch-Port gemacht hatte, erzählte mir Graf Pourtalès, der Reichskanzler sei sehr erfreut gewesen, bei seinen Besprechungen mit den russischen Staatsmännern zu constatieren, dass die hiesige Regierung der Ansicht sei, die derzeit von den Italienern besetzten Inseln müssten beim künftigen Friedensschluss unbedingt wieder unter die Souverainität der Türkei zurückkehren, und zwar ohne dass für dieselben eine besondere Autonomie, etwa nach Muster von Samos oder gar von Creta stipuliert werde. Allerdings habe Herr Sazonow hiebei bemerkt, es werde nötig sein, dass die Pforte den Mächten gegenüber sich ausdrücklich verpflichte, den griechischen Einwohnern der Inseln ihre seinerzeitige Stellungnahme für Italien nicht vergelten zu lassen. Dies sei aber schliesslich eine nicht unberechtigte Forderung. Inter Parenthesyn möchte ich mir zu erwähnen gestatten, dass diese Auffassung nicht vollständig mit einer Äusserung Herrn Neratows übereinstimmt, der mir gegenüber vorgestern zwar auch die Notwendigkeit der Rückkehr der Inseln unter türkische Souverainität betonte, hiebei aber doch von der Zweckmässigkeit der Gewährung eines gewissen Grades der Autonomie sprach, wobei er gerade die Stellung von Samos als Beispiel citierte. Ob sich in

der diesbezüglichen Auffassung Herrn Sazonows seit Baltisch-Port eine Wandlung vollzogen hat, oder ob die vorerwähnte Äusserung Herrn Neratows nur die persönliche und daher nicht ausschlaggebende Meinung dieses Letzteren wiedergiebt, bin ich derzeit zu beurteilen nicht in der Lage. Mein deutscher College, der Herrn Sazonow bei dessen letzter kurzer Anwesenheit in Petersburg zu begegnen Gelegenheit hatte, erzählte mir ferner, der Herr russische Minister des Äussern habe sich ihm gegenüber über die Lage in der Türkei recht pessimistisch geäussert, dabei aber hervorgehoben, es sei ein grosses Glück, dass gegenwärtig in den Fragen des europäischen Orientes die Grossmächte alle in dem aufrichtigen Wunsche der Erhaltung der Ruhe und des Status quo einig wären und sich in dieser Beziehung keine Trennung nach Gruppen bemerkbar mache. Von Frankreich und England wisse er dies, bezüglich Deutschlands habe sich erst wieder in Baltisch-Port die Übereinstimmung der diesfälligen Auffassungen der beiden Cabinette gezeigt, und was Österreich-Ungarn betreffe, so habe er volles Vertrauen in die wiederholten Erklärungen der K. u. K. Regierung, dass auch die Monarchie die Ruhe und die Erhaltung des Status quo am Balkan ernstlich wünsche und fördere. Dem gegenüber möchte ich aber auf eine Bemerkung Herrn Neratows hinweisen, die doch wieder das Vorhandensein eines gewissen Mistrauens gegen unsere Politik durchfühlen lässt. Der Herr Gerent sagte mir nämlich, Herr von Giers habe unlängst Gelegenheit gehabt, die durch die Unruhen in Albanien[b]) geschaffene Lage mit Euer Excellenz zu besprechen. Dieselbe biete schon deshalb ernste Gefahren, weil sie auch in den Nachbarländern eine gewisse Aufregung und Nervosität auslöse. Allerdings sei um diese zu beruhigen nichts wirksamer, als die Überzeugung, dass alle Grossmächte in dem Wunsche nach Aufrechterhaltung des Status quo einig seien. Herr Neratow bemerkte sodann, dass namentlich in Serbien sich eine grössere Nervosität zeige, und liess durchblicken, dass dies aber nicht allein durch die Zustände in Albanien, sondern auch durch gewisse Vorgänge jenseits seiner nördlichen Grenze hervorgerufen zu sein scheine, wo unsererseits militärische Vorbereitungen getroffen werden, welche Serbien naturgemäss beunruhigen müssen. So seien nach den in Belgrad eingelaufenen Nachrichten am nördlichen Save- und Donau-Ufer verschiedene Befestigungsarbeiten aufgeführt und Batterie-Stände errichtet worden. Ich erwiderte dem Herrn Gerenten, dass mir hierüber nichts bekannt sei, dass aber — selbst wenn seine Nachrichten richtig sein sollten — es sich doch nicht um besorgniserregende offensive Massregeln handeln könne, wobei ich scherzend hinzufügte, dass man bei einem etwa beabsichtigten Vormarsche doch solche Befestigungen nicht mitnehmen könne! Es könne sich daher doch im schlimmsten Falle nur um Massregeln des Grenzschutzes handeln, die niemanden zu beunruhigen brauchen. Über die letzte Action der Italiener in den Dardanellen scheint man hier, nach den Bemerkungen zu urteilen, die Herr Sazonow meinem deutschen Collegen und Herr Neratow mir gegenüber fallen liessen, nichts weniger als erbaut zu sein. Namentlich Herr Sazonow scheint sich nach der Schilderung des Grafen Pourtalès in sehr scharfen Worten der Misbilligung über das italienische Vorgehen ausgesprochen zu haben. Auch

hat mein deutscher College aus den Worten des Ministers den Eindruck gewonnen, dass dieser sich auf Grund von ihm seinerzeit gewordenen italienischen Erklärungen zu der Erwartung berechtigt glaubte, Italien würde sich nunmehr ähnlicher, für die Ruhe und den Frieden am Balkan gefährlicher Unternehmungen enthalten, so dass ihn der Raid der italienischen Torpedoboote in den Dardanellen auch als eine Nichteinhaltung von allerdings vielleicht nicht formell gegebenen Zusicherungen besonders verstimmte. Diese Verstimmung kam auch darin zum Ausdruck, dass er die italienischerseits als besonderes Heldenstück gefeierte Unternehmung mit recht abfälligen Worten kritisierte und hervorhob, dass sie eigentlich gar keinen Erfolg gehabt habe. Thurn.

[a] Vgl. n. 3616, 3636, 3657, 3663, 3667, 3668. — [b] Vgl. n. 3660, 3666.

Nr. 3665. Erlaß an den Legationssekretär Emmerich von Pflügl in Belgrad, 3. Aug. 1912 Nr. 3203.[a] Konz. (S. Matscheko; G. Macchio).

Ich beehre mich, Euer Wohlgeboren anverwahrt die deutsche Übersetzung eines Artikels zu übersenden, den die Belgrader Zeitung „Piemont" anlässlich des Besuches der bosnischen Studenten veröffentlicht hat und auf welchen meine Aufmerksamkeit gelenkt wurde.[b] Die aufreizende Sprache dieses Artikels übersteigt das Mass von Feindseligkeit und Gehässigkeit, an das wir bei serbischen Pressäusserungen nachgerade gewohnt sind. Ich möchte es Euer Wohlgeboren daher anheimstellen, bei einer passenden Gelegenheit den Herrn Minister des Äussern auf diesen Ausfall des „Piemont" von sich aus aufmerksam zu machen. Ohne mir über den praktischen Erfolg eines solchen Winkes Illusionen zu machen, hielte ich es doch für angezeigt, den Herrn Minister darüber nicht im Zweifel zu lassen, dass derartige Pressangriffe hier nicht unbemerkt bleiben und einen Eindruck hervorrufen, der der Entwicklung normaler Beziehungen Serbiens zur Nachbarmonarchie keineswegs förderlich ist. Macchio.

[a] Vgl. n. 3656, 3673, 3690. — [b] Beilage.

Beilage zu n. 3665. Übersetzung aus dem Belgrader „Piemont" Nr. 177 vom 29. Juni a. St. (11. Juli 1912). Abschrift.[a]

„Die Jugend aus dem Lande der Trauer".

In unserer Mitte, im freien Serbien weilt unsere Jugend aus den Sklavenländern Bosnien und Herzegowina. Indem wir sie als unsere Hoffnung für bessere Tage begrüssen, müssen wir ihnen sagen, dass sie im Kampfe um die Freiheit ihres unterjochten Volkes viel energischer und kühner sein müssen. Sie dürfen sich durch den Oportunismus der Politiker, Parlamentarier und der Parteiführer nicht verleiten lassen. Sie müssen unterrichtet sein, dass die Geschichte keinen Fall aufweisen kann, wo ein Volk durch den Parlamentarismus und durch Parteigänger zur wahren Freiheit gelangt wäre. Sie müssen wissen, dass selbst die ökonomischen und kulturellen Kämpfe für die Erlangung der Freiheit nicht genügen. Wenn alle diese Mittel erschöpft sind, dann bleibt nur noch ein radikales und sicheres Mittel — das Mittel der Revolution und des Krieges, welches

Mittel zum Schlusse alle Völker zur Befreiung aus den Sklavenketten anwenden mussten. Von allen Völkern, welche heute ihre nationale Freiheit besitzen, hat sich kein einziges auf eine andere Art der Sklavenketten entledigt. Selbst der legale Bismarck sagt im II. Buche, Hauptstück XXI — seiner Memoiren: „Im Kampfe gegen fremde Feinde, die stärker sind als wir, muss man zu den revolutionären Mitteln greifen." Dies soll sich die Jugend aus den Sklavenländern gut einprägen und in diesem Sinne die Massen aneifern. Unsere Schuljugend hat drei Wege vorgezeichnet: den Weg des Gjorgjo Nastić, den des bureaukratischen Strebers, des Scharlatans und Zuträgers und schliesslich den Weg des Žerajić und des Jukić. Rückhaltslos raten wir unserer Jugend diesen dritten Weg, den Weg des Žerajić und des Jukić; dieser Weg ist der würdigste der hochintelligenten, moralischen Jugend eines Volkes, das noch die Sklavenketten trägt und das für seine Befreiung und Vereinigung Vorbereitungen bedarf. Wir schlagen ihnen diesen Weg vor, weil für alle anderen nationalen Arbeiten genügend Arbeiter vorhanden, wogegen für den Weg Žerajić-Jukić viele berufen, aber wenige auserkoren sind. Demzufolge sollen Žerajić und Jukić als Ideal der heutigen Generationen unserer Jugend dienen. Wir sind uns vollkommen bewusst, dass diese unsere offene Schreibweise jemandem Schaden bringen kann, ja sogar gewisse Opfer verlangen wird und gerade das wollen wir. Die Vorbereitungen für grosse, edle Opfer zwingen uns zu dieser Taktik. Im Nationalkampfe fordern wir scharfe, gleiche und offene Stimmen. In der Praxis hat es sich gezeigt, dass diese Methode einen besseren Erfolg zeitigt. Demzufolge fürchten wir auch nicht, wenn diese jungen Leute aus unserem engeren Vaterlande bei der Rückkehr in die Heimat des Hochverrates angeklagt werden. Es hat sich gezeigt, dass solche Anklagen unsere Nationalseelen stählen, daher wünschen wir, sie mögen nicht vereinzelt dastehen und je strenger sein. Denn wo Žerajić durch Selbstmord endigt, sagt Jukić: „Ich will keinen Selbstmord begehen, ich will, dass ihr mich hängt." Wir übergehen auch die Bemerkungen, die man uns von gewisser Seite machen wird, dass wir die Revolution provozieren. Denjenigen, welche in dieser, unserer Taktik nur dies sehen, geben wir zur Antwort, dass sie die Sachen nur von auswärts und oberflächlich betrachten. Als Gegner von Mysterien gewisser geheimer Konspirationen etc. sprechen wir eben offen. Man muss die Revolution der Seelen hervorrufen und ihren metallischen Zustand auf die philosophische Wage des nationalen Lebens stellen; hat man dies erreicht, dann kommt der Akt der nationalen Revolution von sich selbst.

a) Aus dem Archiv der Belgrader Gesandtschaft.

Nr. 3666. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 3. Aug. 1912 Nr. 53 (eing. 12. Aug.).[a]) Ausfert.

Geheim. Gelegentlich eines Gespräches, das ich unlängst mit dem türkischen Gesandten hatte, kam die Rede auch auf die Haltung Montenegros zur albanesischen Bewegung. Rustem Bey bemerkte, dass keinerlei Anzeichen für ein Eingreifen des Königs in die albanesischen Unruhen vorlägen und fügte hinzu, dass abgesehen von der Aussichtslosigkeit eines eventuellen

agressiven Vorgehens Montenegros, sein Herrscher auch sonst allen Grund habe, sich die Sympathien der Türkei nicht zu verscherzen. Der Herr Gesandte gab mir zu verstehen, dass die Pforte, welche vor kurzem den Sommersitz der montenegrinischen Gesandtschaft in Emirghian am Bosporus (ein Cadeau des Sultans Abdul Hamid), einem dringenden Wunsche König Nikolaus' Rechnung tragend, für 500.000 Francs käuflich erworben habe, Seiner Majestät in sehr delikater Weise angedeutet hätte, dass sie auf der Übergabe der Eigentumspapiere (Hodjets), die der König verlegt zu haben angab, durchaus nicht bestehe und die Auszahlung der ersten Rate von 200.000 Francs an den Gospodar veranlasst habe. Rustem Bey deutete ferner an, dass diese Raten möglicherweise auch über den Kaufpreis hinaus jährlich weiter gezahlt würden. Als ich fragte, warum man den König, dessen Gegnerschaft man angeblich nicht befürchte, dennoch auf diese Weise zu gewinnen suche, antwortete mein Mitredner, es geschähe dies, um ihn von einem coup de tête abzuhalten. Rustem Bey fügte aber sogleich bei, dass die Wahrscheinlichkeit eines solchen bei dem hohen Alter des Gospodars täglich allerdings geringer würde. Der türkische Vertreter bemerkte noch in diesem Zusammenhange, dass ihm Prinz Mirko, der zweite Sohn des Königs, der von Sultan Abdul Hamid eine kleine Subvention bezogen hatte, zu verstehen gegeben habe, dass ihm eine solche auch unter dem neuen Regime nicht unwillkommen wäre. Er verhalte sich aber ablehnend, da der genannte Prinz keinen Einfluss auf seinen königlichen Vater hätte. Eher würde er eine Subventionierung des Kronprinzen, dessen Wort beim König viel gelte, befürworten. Es sei ihm jedoch von dieser Seite keine wie immer geartete Anspielung gemacht worden. Weinzetl.

[a]) Vgl. n. 3664 Anm. b, 3675.

Nr. 3667. Bericht des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 3. Aug. 1912 Nr. 30 A (eing. 5. Aug.).[a]) Ausfert.

Der gestrige „Temps" bringt folgende offiziöse Notiz: „Convention Navale Franco-Russe. Nous croyons savoir qu'une importante négociation a été conduite au cours des dernières semaines par les gouvernements français et russe. On sait que le traité d'alliance signé le 22 Août 1891 a été depuis lors complété, en 1892, par une convention militaire conclue à Saint-Pétersbourg par le général de Boisdeffre. Cette convention a été la base depuis lors de la collaboration des deux armées. Par contre, aucune convention navale n'avait été signée à ce moment. C'est cette lacune que les deux gouvernements ont voulu combler. Les instruments diplomatiques dont se compose l'alliance franco-russe comprendront donc désormais le traité d'alliance proprement dit, la convention militaire et la convention navale. On se souvient que l'amiral Prince de Lieven, chef d'état-major général de la marine russe, a fait le mois dernier un séjour à Paris." Es scheint jedoch, dass diese Nachricht in der vorstehenden Form nicht vollständig richtig ist, indem das darin erwähnte maritime Abkommen vorläufig erst im Prinzipe feststeht, formell aber wohl nur während des Besuches des Herrn Poincaré in Petersburg abgeschlossen, beziehungsweise unter-

fertigt werden dürfte. Darauf lässt unter Anderem auch der Umstand schliessen, dass Herr Iswolski sich während des Aufenthaltes des russischen Marinechefs, Fürsten Lieven, nur vorübergehend in Paris aufhielt, jetzt aber den Herrn französischen Ministerpräsidenten auf seiner Reise begleitet. Nach meinem unmassgeblichen Dafürhalten ist an dem maritimen Abkommen, welches sich als eine natürliche Folge, sozusagen als ein integrirender Bestandteil des Bundesverhältnisses darstellt, nur Eines merkwürdig: dass es nämlich nicht schon längst abgeschlossen war. Nichtsdestoweniger gibt der Zeitpunkt des Abschlusses jedenfalls zu ernsten Erwägungen Anlass. Während der Kaiserbegegnung in Baltischport, währenddem gegenseitige russisch-deutsche Freundschaftsversicherungen in die Welt posaunt wurden, werden in Paris die Grundlagen eines maritimen Bündnisses niedergelegt und kurz nachher wird die Tatsache veröffentlicht: das Gleichgewicht erscheint ganz beträchtlich zu Gunsten der Triple-Entente verschoben. Wenigstens vor den Augen der Welt; — denn bei einem seit nunmehr zwanzig Jahren bestehenden Bundesverhältnis erscheint, wie ich eben zu bemerken mir erlaubte, ein maritimes Abkommen als eine selbstverständliche Konsequenz und im Falle eines eventuellen Konflikts Frankreichs mit Deutschland hätte die russische Flotte, auch ohne einen solchen Accord, der französischen vermutlich beigestanden. Ich glaube deshalb, dass man, bei aller Würdigung der grossen Wichtigkeit des neuen Abkommens, keinen Grund hat, dasselbe mit allzu grosser Besorgnis zu betrachten. Das Kabinett Poincaré aber und Frankreich überhaupt, ist stolz auf den Erfolg und der neue Vertrag wird vermutlich dazu beitragen, die Stellung der Regierung zu festigen. Somssich.

[a]) Vgl. n. 3664, 3671.

Nr. 3668. Tagesbericht über eine Mitteilung der englischen Botschaft, 4. Aug. 1912.[a]) Konz. (S. Walterskirchen; V. u. G. Macchio).

Seitens der englischen Botschaft wurde heute hier die mündliche Mitteilung gemacht, es seien ihrer Regierung Nachrichten zugekommen, nach welchen die Besetzung der Insel Chios durch die Italiener unmittelbar bevorstünde und wurde hieran die Frage geknüpft, ob dem k. u. k. Ministerium des Äußern auch ähnliche Meldungen zugekommen wären. Es wurde der englischen Botschaft geantwortet, daß allerdings vor längerer Zeit solche Gerüchte verbreitet gewesen wären, daß aber in der letzten Zeit hieramts keine Nachrichten eingelaufen wären, welche auf die fragliche Absicht Italiens hindeuten würden. Im Gegenteile hätte es den Anschein, daß Italien von einer Aktion solange absehen wolle, bis nicht eine Klärung der verworrenen Verhältnisse in Konstantinopel eingetreten sei.

[a]) Vgl. n. 3664, 3670.

Nr. 3669. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 6. Aug. 1912 Nr. 294 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Nachdem gestriger Diplomatenempfang wegen der Vorgänge in der Kammer entfiel, habe ich mich im Sinne der telegrafischen Weisung vom

1. d. M. Nr. 142 Unterstaatssekretär im Ministerium des Äussern gegenüber ausgesprochen. Ohannes Effendi erwiderte mir, dass der bewusste Passus der Programmrede des neuen Kabinetes keinesfalls so aufgefasst werden dürfe, als ob die Regierung hiemit sagen wollte, dass sie eine minder freundliche Politik der Monarchie gegenüber befolgen wolle. Hiebei betonte er, dass das Bewusstsein der Interessengemeinschaft zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn hier immer mehr an Terrain gewinne. Ohannes Effendi fügte noch hinzu, er werde dem Minister von meiner Demarche Meldung erstatten und er zweifle nicht, dass der letztere Mittel finden werde, um das Misverständnis aufzuklären. Pallavicini.

Nr. 3670. Tel. an den Legationsrat Grafen Karl Trauttmansdorff in London, 6. Aug. 1912 Nr. 52 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Ein Sekretär der englischen Botschaft hat am 4. l. M. hierorts auftraggemäß mitgeteilt, es seien dem Londoner Kabinette *... wie n. 3668 von „Nachrichten zugekommen" bis „Italiens hindeuten würden"* ... Möglicherweise hängt diese Anfrage, welche bei der sonstigen Zurückhaltung der dortigen Regierung etwas auffällig erscheint, mit den kürzlichen Konversationen Grafen Mensdorffs mit den englischen Staatsmännern beziehungsweise der von letzteren geäußerten Absicht zusammen, in Fragen des nahen Ostens — sobald sich ein konkreter Anlaß ergibt — mit uns Fühlung zu nehmen. Ich ersuche Euer Hochgeboren daher, bei der nächsten Gelegenheit im Foreign Office die eingangs erwähnte Anfrage der hiesigen englischen Botschaft zur Sprache zu bringen und die hier erteilte Antwort durch die vertrauliche Mitteilung zu ergänzen, daß unseres Erachtens eine solche Erweiterung der kriegerischen Aktion im Ägäischen Meere im gegenwärtigen Momente im hohen Grade geeignet wäre, die ohnehin recht heikle Situation zu komplizieren und den status quo auf der Balkanhalbinsel zu gefährden. Ich würde auch nicht ermangeln, dem Kabinette von Rom, falls dasselbe bei mir diesen Gegenstand zur Sprache bringen sollte, von meiner Auffassung Kenntnis zu geben und darauf hinzuweisen, daß eine Besetzung von Chios mir kaum als das richtige Mittel erschiene, das neue türkische Kabinett in seinen friedlichen Dispositionen zu bestärken. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3654, 3672, 3700.

Nr. 3671. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 7. Aug. 1912 Nr. 158 (eing. 5 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Wie mir Unterstaatssekretär erzählte, hat er gestern meinen russischen Kollegen gesprächsweise gefragt, ob er etwas über den Abschluss einer russisch-französischen Marinekonvention wisse. Russischer Geschäftsträger habe dieses verneint. Herr Zimmermann habe ihm daraufhin seine Verwunderung durchblicken lassen, indem er erwähnte, die Nachrichten einiger (Zeitungen)[b]), wonach Deutschland russischerseits hievon in Baltisch Port verständigt worden sei, soweit er informiert, seien unrichtig. (Weiters)[c]) sagte Unterstaatssekretär, er habe erwartet, durch

den russischen Geschäftsträger eine entsprechende Mitteilung zu erhalten und beabsichtige die Sache in Petersburg zur Sprache zu bringen, obwohl er stark daran zweifle, dass man dort die Wahrheit antworten werde. Er fügte hinzu, er habe obige Zeitungsnachrichten nicht dementieren lassen, weil er nicht wünschte, dadurch gewissermassen öffentlich eine Erklärung der russischen Regierung zu provozieren! Flotow.

[a]) Vgl. n. 3667, 3681, 3683. — [b]) Chiffre fehlt. — [c]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 3672. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 7. Aug. 1912 Nr. 60 (eing. 8. Aug. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Ich hatte heute Gelegenheit, Sir E. Grey zu sprechen und mich ihm gegenüber im Sinne Euer Excellenz Telegrammes Nr. 52 von gestern auszusprechen. Staatssekretär dankt Euer Excellenz für Mitteilung. Er stimmt mit Euer Excellenz vollkommen überein, dass Besetzung der Insel Chios Situation sehr bedeutend komplizieren würde, was England durchaus nicht wünsche. Er ist gleich Euer Excellenz der Meinung, dass eine solche Erweiterung der kriegerischen Operationen im Ägäischen Meere ungünstigste Rückwirkung in Konstantinopel haben müsste, wo gewisse Anzeichen, so auch schon Ernennung eines Christen zum Minister des Äussern, für friedliche Dispositionen sprechen. Sollte in Rede stehende Aktion, was bisher nicht geschehen sei, ihm gegenüber italienischerseits berührt werden, werde er seine Meinung nicht verhehlen und entschieden von einem solchen Schritte abraten. Trauttmansdorff.

[a]) Vgl. n. 3674, 3700.

Nr. 3673. Bericht des Legationssekretärs Emmerich von Pflügl aus Belgrad, 8. Aug. 1912 Nr. 75 (eing. 9. Aug.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Mich auf den hohen Erlass vom 29. Juli l. J. Nr. 3090 beziehend beehre ich mich Euer Exzellenz ein mir unlängst zugekommenes Elaborat,[b]) welches die Organisation der Narodna Odbrana betrifft ergebenst vorzulegen. Dasselbe beruht auf einer Unterredung, welche der Gerent des hiesigen k. u. k. Konsulates Vize-Konsul Dr. Adamkiewicz durch Vermittlung des Bezirksvorstandes und Leiters des Polizeikommissariates in Zimony, Dr. von Vukovič, daselbst mit dem Herausgeber des in Laibach früher erschienenen Blattes Jutro, Herrn Milan Plut auf dessen Ersuchen hatte. Dieser Journalist hat sich wie hieramts bekannt, vor 1909 durch mehrere Jahre in Belgrad aufgehalten, war in der Annexionskrise Korrespondent des „Slovenski narod" und soll auch die Korrespondenz Herzog bedient haben. Er wurde im Herbst 1909 auf Einflussnahme der Herrn Milovanović-Spalajković als auswärtiger Korrespondent des hiesigen Pressbureaus angestellt und liess sich in Laibach nieder. Wegen tendenziöser und verlogener Berichterstattung über den Agramer Hochverratsprozess wurde er seinerzeit auf 3 Jahre aus Kroatien ausgewiesen. Plut ist, während er Herausgeber und Eigentümer des serbenfreundlichen Jutro war, wiederholt in Belgrad gewesen und es bestand die Vermutung, dass sich sein Blatt nicht ohne fremde Unterstützung halten könnte. Gelegentlich des slavischen

Journalistenkongresses im vorigen Jahre in Belgrad, erhielt Plut als Sekretär der slovenischen Gruppe den St. Sava Orden IV. Klasse. Ich halte die Angaben dieses Journalisten im Allgemeinen für richtig, werde aber gewiss die gebotene Vorsicht in jeder Beziehung walten lassen. Pflügl.

[a]) Vgl. n. 3402, 3665, 3679, 3680. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 3673.

Ich beehre mich ergebenst zu melden, dass ich mich in Entsprechung einer an mich ergangenen schriftlichen Einladung des Bezirksvorstandes Dr. von Vukovič heute nach Zimony begeben habe, wo ich mit dem früheren Herausgeber des in Laibach erschienenen Blattes „Jutro", gegenwärtigen Mitglied der Narodna Odbrana Milan Plut eine längere Unterredung hatte. Seine Ausführungen, welche die Zusammensetzung, Tätigkeit sowie die politischen Ziele der gegenwärtig in Belgrad bestehenden Südslavischen Propaganda-Organisation zum Gegenstande hatten, erlaube ich mir im folgenden wiederzugeben. Zunächst erklärte Plut, er habe während der letzten 3 Wochen in Belgrad geweilt, wo er als Mitglied der revolutionären Organisation „Narodna Odbrana" mit den hervorragenderen Persönlichkeiten dieser Verbindung in Fühlung gestanden sei. Gegenwärtig sei er auf der Rückreise nach Laibach begriffen, wo er als auswärtiges Organ der genannten Verbindung tätig sei. Er — Plut — sei jedoch gewillt, aus der Organisation auszutreten, er wolle sich als verheirateter Mann den mit seiner gegenwärtigen Stellung verbundenen Gefahren nicht weiter aussetzen, auch habe er angesichts der Unzulänglichkeit der der Organisation zur Verfügung stehenden Mittel das Vertrauen in den Ernst ihrer Tätigkeit und die Erreichbarkeit ihrer Ziele verloren. Allenfalls sei er bereit zum Scheine auch fernerhin der Verbindung anzugehören, um ihre Tätigkeit überwachen und hierüber zweckdienliche Informationen zu geben. Von seinen Rücktrittsabsichten hätten indessen die übrigen Mitglieder der Vereinigung keinerlei Kenntnis. Betreffs der Organisation der „Narodna Odbrana" teilte Plut mit, dass als Präsident des Zentralausschusses (Središni Odbor Narodne Odbrane) General Janković fungiert, doch sei dieser ein blosser Figurant und hauptsächlich deswegen gewählt worden, um die Gegner der Verschwörer und die Fortschrittler für die Sache zu gewinnen. Die Organisation bestehe daher auch tatsächlich aus Vertretern aller Parteirichtungen. Derselben gehören unter anderen an: der fortschrittliche Abgeordnete Voja Marinković, der Chef der Staatsdruckerei Živojin Dačić, der Nationalist Rafailović, der Belgrader Bürgermeister Davidović, der Unterrichtsminister Ljuba Jovanović, der Apotheker Karić und wahrscheinlich auch Universitäts-Professor Dr. Boža Marković und Luka Čelović. Der eigentliche Spiritusrector des Ganzen sei jedoch der frühere österreichisch-ungarische Hauptmann Milan Pribičević, der als Sekretär der „Odbrana" fungiert und vermöge seiner besonderen Befähigung die faktische Leitung der Organisation und die Vermittlung des Verkehres zwischen den einzelnen Organen derselben und dem Zentralausschusse in Händen habe. Da er sich gegenwärtig behufs Ablegung der Majorsprüfung in Nisch aufhalte, sei eine gewisse, momentane Abflauung der Propagandatätigkeit zu

bemerken. Er werde jedoch im Oktober l. J. nach Belgrad zurückkehren. Während seiner Abwesenheit vertrete ihn Major Milan Vasić, welcher zu diesem Zwecke eigens beurlaubt wurde, in den Funktionen eines Vereinssekretärs. Überhaupt sei erwähnenswert, dass die Sekretärsstelle bei der „Narodna Odbrana" regelmässig einem beurlaubten Offizier übertragen werde. Die Organisation sei entstanden, um das Ministerium des Äussern zu entlasten, aus dessen Dispositionsfonds sie eine ständige Subvention und ausserdem ausserordentliche Zuwendungen beziehe. Über die Höhe dieser Subvention vermochte Plut keine präzisen Angaben zu machen. Andere ordentliche Einkünfte beziehe die Organisation nicht, es sei denn, dass fallweise Sammlungen zu ihren Gunsten veranstaltet werden. Die unter der Bezeichnung „Vidardanski darak" bekannten Zuwendungen seien ausschliesslich dazu bestimmt, um einen Fonds von 1 Million Francs zu bilden, dessen Zinsen für die Zwecke der Vereinigung verwendet werden sollen. Zwischen der Regierung und der Narodna Odbrana bestehe ein ausserordentlich enges Verhältnis. So arbeite die Regierung in Macedonien und Altserbien nicht auf eigene Faust, sondern ausschliesslich durch Vermittlung der genannten Organisation. Die „Narodna Odbrana" ist in 2 Sektionen geteilt, von denen die erste als Betätigungsgebiet die Türkei, wo bereits faktisch gearbeitet wird, die zweite Österreich-Ungarn, wo eine Aktion erst vorbereitet wird, zugewiesen erhalten hat. Diese letztere Sektion richtet speziell ihr Augenmerk auf Bosnien, Dalmatien, Kroatien-Slavonien, Südungarn und das slovenische Sprachgebiet. Aufgabe dieser Organisation ist es vor allem, im Verlaufe mehrerer Jahre eine wirksame Propaganda in Militär- und Zivilkreisen zu entwickeln, um auf diese Art die Revolution vorzubereiten, eventuelle Mobilisationen zu stören, Paniken und Revolten hervorzurufen, den Nachrichtendienst zu unterbrechen und so weiter. Seitens der Leiter der Vereinigung werde hiebei bestimmt mit einem in einigen Jahren zu gewärtigenden Kriege mit Österreich-Ungarn gerechnet. Die Organisation verfüge über zahlreiche Verbindungen in der Monarchie, und zwar speziell in Sarajevo, Zombor (Professor Staić), Ragusa (Journalist Miodragovich), Laibach (Milan Plut selbst). Aufgabe aller dieser Organe der Narodna Odbrana sei eine stille Propaganda von Mann zu Mann und die Gewinnung von möglichst zahlreichen Anhängern. So sei Plut mit der Mission betraut, an den wichtigeren strategischen Punkten, und zwar in Triest, beim Viadukt von Borovnica?, an Eisenbahnknotenpunkten wie Steinbrück, in Marburg, Oberkrain, an der Brücke bei Windgar?, an der Isonzobrücke bei Solzano (Görz) je 2—3 Leute, womöglich Eisenbahner zu werben, welch letztere wieder derart unter der Bevölkerung Stimmung zu machen haben, dass sie im Stande sind, im geeigneten Moment die zur Durchführung erhaltener Weisungen geeigneten Personen auszuwählen. Ähnliche Instruktionen haben auch die übrigen auswärtigen Organe der Narodna Odbrana erhalten. Als politisches Ideal schwebe den Leitern der Organisation die Vereinigung von Serben, Kroaten und Slovenen — mit vorläufiger Ausschliessung der Bulgaren — zu einem südslavischen Staatenbunde vor. Die Narodna Odbrana bekenne sich sonach zur südslavischen, im Gegensatze zur grosserbischen Idee. Unter ihren Mitgliedern befinden

sich auch mehrere republikanische Elemente, zu denen der aus der Herzegovina stammende Dimitrije Dimitrinović zähle. Die geheimen politischen Ziele der Organisation werden jedoch vor dem Gros besonders der Provinzmitglieder geheim gehalten. Diesen letzteren gegenüber werden vorwiegend kulturelle Zwecke vorgeschützt. Eine schriftliche Korrespondenz zwischen den Mitgliedern der Odbrana findet nicht statt. Der Verkehr wird durch persönliche Fühlungnahme bewerkstelligt. So komme er — Plut — alle 3 Monate nach Belgrad. Der Zentralausschuss selbst halte nur selten Sitzungen ab. Als Mitglieder werden weniger Politiker, denen gegenüber ein gewisses Misstrauen besteht, als vielmehr junge Leute, Arbeiter, Eisenbahner, welche in der Lage sind, in ihrer Umgebung eine Propagandatätigkeit zu entfalten, bevorzugt. Publikationen werden, mit Ausnahme des sehr nüchtern gehaltenen Geschäftsausweises, von der Narodna Odbrana nicht herausgegeben, doch sei die Vereinsleitung der Verbreitung der kürzlich in Belgrad erschienenen Broschüre „Hrvacka u borbi za slobodu" (Kroatien im Kampfe um die Freiheit) wohl nicht ferne gestanden. Zwischen der Narodna Odbrana und der sogenannten Schwarzen Hand bestehen keine Beziehungen. Auch durch ihren Wirkungskreis sind sie von einander getrennt, indem die Erstere das Ziel ihrer Tätigkeit vornehmlich im Auslande sucht, die Letztere auf den Umsturz in Serbien selbst hinarbeitet, indem sie für den Fall eines Vordringens Österreich-Ungarns in Alt-Serbien den Sturz der Regierung, die Einsetzung einer Militärdiktatur und die Kriegserklärung anstrebt. Im übrigen decken sich die Bestrebungen beider Organisationen. Zur schwarzen Hand gehören hauptsächlich Verschwörer-Offiziere, sowie einige zur republikanischen Idee hinneigende Phantasten, welche den Aufbau des ihnen vorschwebenden südslavischen Bundesstaates auf republikanischer Grundlage ersehnen. Als Chef der Schwarzen Hand fungiert der Herausgeber der Zeitung Piemont Ljuba Jovanović.

Nr. 3674. Erlaß an den Legationsrat Grafen Karl Trauttmansdorff in London, 8. Aug. 1912 Nr. 3255.[a]) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Streng vertraulich. Den Bericht des Grafen Mensdorff von 24. Juli 1912 Nr. 35 A über die bei Mr. Tyrrell und Sir Edward Grey ausgeführten Sondierungen sowie die einschlägigen telegraphischen Meldungen des Herrn Botschafters habe ich erhalten und mit Interesse zur Kenntnis genommen. An der Hand dieser Relationen möchte ich Euer Hochgeboren zu Ihrer Orientierung nachstehende Eröffnungen zukommen lassen. Mit der Demarche des Grafen Mensdorff war vor allem bezweckt, auf die Versicherung Mr. Tyrrells, daß Sir Edward Grey behufs Erhaltung des status quo im nahen Oriente mit uns zusammenzuwirken geneigt sei, zu reagieren und hiebei sicherzustellen, inwieweit es der englischen Regierung mit dieser Phrase ernst sei: ob diese Formel nur zur Verhüllung des Gedankens gewählt wurde, sich unseres Festhaltens an der Status quo-Politik versichern zu wollen oder ob England bereit wäre, auch Mächten gegenüber, die mit ihm im „Entente-" oder „intimen Freundschaftsverhältnisse" stehen, für diese Politik einzutreten. In dieser Richtung lassen die Aeußerungen der

konsultierten englischen Staatsmänner, wenn aus deren diplomatischen Redewendungen der Kern herausgeschält wird, dahin konkludieren, daß die erhaltende Politik des dreieinigen Königreichs sozusagen auf Widerruf geführt wird und daß der Widerruf seinerzeit in Anwendung kommen dürfte, wenn hiedurch die Freundschaft einer im Groupement der Triple-Entente befindlichen Macht erhalten werden könnte. Daß die englischen Politiker klug genug sind, um im gegebenen Momente auch ein Accommodement mit den Prinzipien der Status quo-Politik zu finden, wenn auf diesem Wege eine nicht innerhalb des Entente-Verhältnisses stehende Macht der gedachten Gruppierung näherzubringen wäre, läßt sich leicht präsumieren. Der andere Zweck, den wir mit der Aufnahme einer wenn auch nur akademischen Aussprache mit dem Londoner Kabinette verfolgten, ist darin zu sehen, daß wir es uns angelegen sein lassen wollen, die in England eingewurzelte Legende, unsere Außenpolitik werde in Berlin gemacht, aus der Welt zu schaffen. Es soll den Staatsmännern an der Themse allmählich begreiflich gemacht werden, daß wir — natürlich ohne den Rahmen unserer Allianzverhältnisse zu verlassen — bei Festlegung der Richtlinien für unser Verhältnis zu den einzelnen Großmächten zuvörderst unsere eigenen Interessen zu Rate zu ziehen gesonnen sind. Dies hat, in parenthesi gesagt, speziell für unsere Mittelmeerpolitik große Bedeutung. Deutschland wird sich für unsere dortigen Interessen schwerlich exponieren und können wir besten Falles nur eine sekundäre und indirekte Unterstützung unserer legitimen Ansprüche im Adriatischen, Jonischen und Aegäischen Meere seitens unseres deutschen Verbündeten in unser Kalkül einstellen. Auf eine erst in den Anfangsstadien langsamer Entwicklung befindliche Flotte angewiesen, einem konkurrierenden, expansionslüsternen, von beispiellosem Patriotismus getragenen Italien gegenüber, dabei — zum Unterschiede gegen letztere Macht — bisher ohne jede Fühlungnahme mit den maritimen Vormächten des Mittelmeeres — ist unsere diplomatische Stellung als Seemacht die denkbarst ungünstige. Eine direkte Verständigung mit England, aus welcher sich ein vertrauensvolleres Verhältnis zur führenden Seemacht entwickeln könnte, schiene geeignet, hierin einigermaßen Wandel zu schaffen. Was diese Seite der von uns ins Auge gefaßten Politik anbelangt, möchte ich in der sympathischen Aufnahme, die — wie es scheint — unsere freundschaftliche Stellungnahme zu den Aeußerungen Mr. Tyrrells in London gefunden hat, eine gute Vorbedeutung erblicken, wenn ich auch diesfalls die Schwierigkeiten nicht verkenne, welche einer psychischen Umstimmung der in dem Glauben an die Infeodierung unserer Außenpolitik in jene der Wilhelmstraße eingelebten englischen Staatsmänner entgegenstehen. Es hat übrigens den Anschein, als wenn in England das Bestreben rege würde, das Terrain in der angedeuteten Richtung zu rekognoszieren. Kürzlich brachte, wie Euer Hochgeboren bemerkt haben dürften, der „Pester Lloyd" einen Artikel, welcher die uns beschäftigende Frage in die Formel einer englischerseits zu gebenden Zusicherung, die österreichische Küste nicht anzugreifen, gegen unserseitigen Verzicht auf Fortsetzung der maritimen Rüstungen zu bringen suchte. Es war dies — wie wir in Erfahrung zu bringen in der Lage waren — ein von Paris ausgestreckter

englischer Fühler, der aber das ganze Problem auf ein für uns unannehmbares Terrain — der Limitierung der Ausgestaltung unserer Seemacht — stellen wollte. Diesem publizistischen Ballon d'Essai gegenüber haben wir uns veranlaßt gesehen, im „Neuen Wiener Tagblatt" (Abendblatt vom 31. v. M.) erklären zu lassen, daß die obenerwähnten Ausführungen des „Pester Lloyd" in keiner Weise die hier herrschenden Ansichten wiedergeben. Es sei zur Genüge bekannt, daß unsere bescheidenen Flottenrüstungen sich nicht gegen eine bestimmte Macht kehren und lasse sich in der ganzen auf die österreichisch-ungarische Marinepolitik bezüglichen Presse und Tagesliteratur kaum ein Hinweis darauf finden, daß die Ausgestaltung unserer Seemacht im Hinblicke auf einen zu gewärtigenden britischen Angriff erfolge. Selbe habe ausschließlich den wirksamen Schutz unserer Küsten vor Augen und stelle eine Notwendigkeit dar, an welcher auch die allerfriedlichste Konstellation und die beruhigendsten Erklärungen welcher Macht immer nichts zu ändern vermögen. Eine Ergänzung dieses Dementis und den Abschluß der bezüglichen Diskussion bildet ein am 1. l. M. erschienener zweiter Artikel des „Pester Lloyd", welcher aus redaktioneller Feder stammt und im Einklange mit der offiziösen Enunziation des „Neuen Wiener Tagblattes" den Zweck verfolgt, die mißverständlichen Ausführungen des ersten Artikels und namentlich die noch weitergehenden Deduktionen zu berichtigen, zu welchen derselbe dem Pariser Korrespondenten des Blattes Anlaß gegeben hatte. Für die Zukunft wollen sich Euer Hochgeboren vor Augen halten, daß es bis auf weiteres nicht in unserer Absicht gelegen ist, derzeit nicht in Diskussion stehende konkrete Fragen der Orientpolitik in theoretischer Weise anzuschneiden. Im besonderen gilt dies auch von der Meerengenfrage. Bezüglich dieses Themas haben wir umsomehr Grund zu vollkommener Reserve, als den von Grafen Mensdorff wiedergegebenen Andeutungen einzelner englischer Staatsmänner, namentlich des englischen Botschafters in Paris, entnommen werden kann, daß England nicht mehr auf dem Standpunkte unbedingten Festhaltens an den einschlägigen Errungenschaften des Pariser Friedens steht. Wir werden uns dann im gegebenen Momente vor die Frage gestellt sehen, ob es nicht klüger wäre, aus der Not eine Tugend zu machen und direkt mit St. Petersburg zu verhandeln. Wenn sohin spezielle Zukunftsfragen der Orientpolitik vorläufig aus Ihren Besprechungen mit den maßgebenden Persönlichkeiten des Foreign Office auszuschalten wären, so möchte ich es andererseits dem Ermessen Euer Hochgeboren anheimstellen, bei sich ergebender Gelegenheit nicht unbemerkt zu lassen, das in London gegen unsere maritimen Pläne vorwaltende Mißtrauen zu zerstreuen, wobei Euer Hochgeboren zu verstehen geben könnten, daß wir nicht als Exponenten anderer Interessen im Mittelmeere auftreten, sondern unsere Flotte nur zum Schutze unserer eigenen Interessen benötigen, die bekanntlich mit jenen Englands in keiner Weise kollidieren. Je mehr Verständnis diese Auffassung maßgebenden Ortes in London finden wird, desto leichter wird es uns fallen, in der Zukunft der Lösung des in Erwägung gezogenen Problemes näher zu treten. Eine solche ließe sich auf der Basis denken, daß ebenso wie England bereit zu sein scheint, jedes aggressive Vorgehen gegen uns von vorneherein auszuschließen,

ebenso auch wir uns zu einem gleichen Verhalten gegenüber England bekennen könnten. Ich zweifle nicht, daß Euer Hochgeboren in Ihren Konversationen mit den leitenden Staatsmännern den richtigen Ton finden werden, um, ohne sich auf einen erhaltenen Auftrag zu berufen und ohne einen definitiven Schritt zu tun, den Boden allmählich für das von uns verfolgte Ziel aufnahmsfähig zu machen, wobei selbstverständlich alles vermieden werden müßte, was den irrtümlichen Anschein erwecken könnte, als läge es in unserer Absicht, aus dem Allianzverhältnisse, dem wir gegenwärtig angehören, auszuscheiden.

[a]) Vgl. n. 3672, 3768.

Nr. 3675. Tel. nach St. Petersburg, 8. Aug. 1912 Nr. 80 (chiffr. 7 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Ich ersuche Euer Exzellenz, bei der nächsten sich darbietenden Gelegenheit die Situation am Balkan zum Gegenstande einer Aussprache mit Herrn Sazonow zu machen und Ihren Ausführungen folgende Gesichtspunkte zu Grunde zu legen. Mit der Auflösung der türkischen Kammer habe die Lage zweifellos eine Detente erfahren, von der zu erwarten sei, daß sie auch die Situation in Albanien günstig beeinflussen und insbesondere auf die in Priština versammelten Arnautenchefs eine calmirende Wirkung ausüben werde. Umsomehr sei es zu bedauern, daß sowohl seitens Serbiens als auch seitens Montenegros eine aufreizende Agitation unter den Albanesen betrieben werde. Es kommt uns nämlich von verschiedenen Seiten die übereinstimmende Nachricht zu, daß die serbische Regierung die Anwesenheit einiger albanischer Beys in Belgrad benützt habe, um durch Beistellung von Geld und Waffen die Insurrection zu schüren. Besonders aufgefallen sei es mir auch, daß man in Belgrad die Söhne des Isa Boletinac mit Ehren und Geschenken überhäuft hat, nachdem der genannte Häuptling bekanntlich im Jahre 1903 bei den der Ermordung des russischen Konsuls Schtscherbina vorangegangenen Wirren eine traurige Rolle gespielt habe. Diese agitatorische Haltung stehe wohl am allerwenigsten der Belgrader Regierung zu, welche keine Gelegenheit versäume, um unsere, einzig und allein auf die Erhaltung der Ruhe am Balkan gerichtete Politik zu verläumden und uns — ohne auch nur den Schein eines Beweises vorbringen zu können — solche Machinationen unter den Albanesen zuzuschreiben, wie sie nun tatsächlich von Belgrad aus betrieben werden. Was Montenegro betrifft, so wird dessen Einwirkung die auffallende Tatsache zugeschrieben, daß die katholischen Malissoren, welche bisher der albanischen Bewegung gegenüber eine reservierte Haltung eingenommen hatten, ebenfalls zu den Waffen gegriffen haben. Wir hören, daß als Albanesen verkleidete Montenegriner die türkische Grenze überschritten haben. Zu Euer Exzellenz vertraulicher Information bemerke ich, daß der Zweck Ihrer Konversation mit Herrn Sazonow darin bestehen würde, einerseits wiederum in einer Balkanfrage mit Rußland in Fühlung zu treten, anderseits gegen allfällige Verdächtigungen unserer Politik von serbischer und montenegrinischer Seite das Prävenire zu spielen. Schließlich füge ich zur eventuellen Regelung

Ihrer Sprache bei, daß meines Erachtens die türkisch-montenegrinischen Grenzdifferenzen keinen akuten, sondern einen chronischen Charakter tragen und daß dies insbesondere von den Kämpfen bei Mojkovać gilt. Letztere stellen eine mit größerer oder geringerer Intensität alljährlich wiederkehrende Erscheinung dar und ist es wohl dem Übereifer des ottomanischen Gesandten in Cetinje zuzuschreiben, wenn sich diese Frage diesmal durch ein paar Tage zuzuspitzen schien. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3666, 3676.

Nr. 3676. Tagesbericht über einen Besuch des russischen Geschäftsträgers, 9. Aug. 1912.[a]) Konz. (S. Berchtold).

Fürst Koudacheff hat sich am 8. August in seiner Eigenschaft als kaiserlich russischer Geschäftsträger vorgestellt und bei dieser Gelegenheit im Auftrage seiner Regierung den türkisch-montenegrinischen Inzidenzfall zur Sprache gebracht. Nach Angabe des russischen Geschäftsträgers hat dessen Regierung durch ihren Gesandten in Cetinje dem König Nikolaus von Montenegro den dringenden Rat zukommen lassen, kaltes Blut zu bewahren und den Grenzkonflikt nicht aufzubauschen. Auch habe die russische Regierung durch ihre diplomatischen Vertreter in Sofia, Belgrad und Athen den betreffenden Regierungen bedeuten lassen, daß sie fraglichem Konfliktsfalle bloß lokale Bedeutung zumesse und den Wunsch hege, daß derselbe auch von den gedachten Regierungen in gleicher Weise aufgefaßt werde und keine Reperkussion in den dortigen Ländern hervorrufe. Es wurde dem Fürsten Koudacheff für seine Mitteilung gedankt und ihm versichert, die Vorgangsweise der russischen Regierung entspreche vollkommen unserer Anschauungsweise, die dahin gehe, einem Weitergreifen von Grenzkonfliktsfällen am Balkan tunlichst vorzubeugen und auf diese Weise zu verhüten, daß die gegenwärtige verworrene Lage in eine allgemeine Konflagration ausarte. Der russische Geschäftsträger konstatierte hiebei die Übereinstimmung der Tendenzen der Kabinette von Wien und St. Petersburg in Bezug auf die momentane Krise, indem er hervorhob, daß es auch der Wunsch der russischen Regierung sei, einem Brande am Balkan vorzubeugen, gegebenen Falles aber einen solchen tunlichst zu lokalisieren.

[a]) Vgl. n. 3675, 3677.

Nr. 3677. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 10. Aug. 1912 Nr. 59 (eing. 13. Aug.).[a]) Ausfert.

Im Verfolge meiner einschlägigen telegrafischen Berichterstattung beehre ich mich Euerer Exzellenz in der Anlage die Note, mit welcher die montenegrinische Regierung in der Grenzregulirungsfrage an die Intervention der Signatarmächte des Berliner-Vertrages appellirt, im Originale ergebenst vorzulegen. Heute Vormittags, unmittelbar nach Erhalt dieser Pièce hatte ich eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten, in welcher

ich unter anderem auf die, wie es mir schiene, folgenschwere Fassung des Schlusspassus dieser Note, welche hiedurch bis auf die mangelnde Fixirung der Frist einem Ultimatum verzweifelt ähnlich sehe, hinwies. General Martinović antwortete mir, dass ihm soeben der Doyen Baron Squitti eine ähnliche Bemerkung gemacht hätte. Montenegro sei sich indessen der Tragweite seines Schrittes wohl bewusst. Es wäre unmöglich, die durch die türkische Misswirtschaft an der Grenze geschaffene Situation länger zu ertragen. Eine Hauptschuld an den beklagenswerten Verhältnissen trüge der, übrigens den Vertretern der Mächte als auch der Pforte gegenüber so oft vorgehaltene Umstand, dass die Besatzung der türkischen Grenzblockhäuser aus an Ort und Stelle angeworbenen Baschibozuks bestehe, welche mit den montenegrinischen Grenzbewohnern sehr oft in Blutrache leben und jede Gelegenheit benützen, um die Menschen, Wohnhäuser und Herden jenseits der Grenze zum Zielpunkt ihrer Gewehre zu machen. So seien in kurzer Zeit in der Region von Velika-Jezero an 30 Frauen und Kinder in ihren Holzhäusern selbst von feindlichen Kugeln getötet oder verwundet worden. Die den Blockhäusern benachbarten montenegrinischen Hütten seien von Kugelschüssen förmlich durchsiebt. Hiezu komme, dass jene Baschibozuks von dem allerschlechtesten Unteroffiziers- und Offiziersmaterial befehligt würden. Mein Mitredner schloss mit einem Appell an die Grossmächte, diesen unhaltbaren Zuständen, denen das von der Grenzregulierungskommission ausgearbeitete, von der türkischen Regierung aber bisher nicht anerkannte Protokoll einen Riegel vorgeschoben hätte, ein Ende zu machen. Nach dieser Unterredung hatte ich ein Gespräch mit dem Chef der türkischen Grenzkommission Oberst Ali Riza Bey, der eben von einer Audienz bei König Nikolaus zurückkehrte. Er hätte, wie er mir sagte, von der Pforte, an die er sich nach der Abreise Rustem Beys um Instruktionen gewendet, die Weisung erhalten in Cetinje zu verbleiben, da die türkische Kommission nicht aufgelöst sei. Er habe dies dem König mitgeteilt und bemerkt, dass er die durch die montenegrinische Regierung veranlasste Auflösung der Grenzkommission (vergleiche Bericht vom 3. August l. J. No. 52)[b] für einen übereilten Schritt halte.

Weinzetl.

[a] Vgl. n. 3676, 3678, 3694 Anm. c. — [b] Wurde nicht aufgenommen.

Beilage zu n. 3677. Note des montenegrinischen Ministerpräsidenten an den Generalkonsul Rudolf Weinzetl in Cetinje, 28. Juli (10. Aug.) 1912 Nr. 2355. Ausfert.

A la suite des tristes évenements qui se sont déroulés tout dernièrement dans la Zéta, ainsi qu'à la suite du grave incident de Prjichté (Polia), le Gouvernement Royal ne voit pas d'autre moyen d'éviter des conséquences fâcheuses entre le Monténégro et la Turquie, que de s'adresser aux Puissances, signataires du Traité de Berlin, pour ce qui suit: La ligne frontière turco-monténégrine a été tracée par la commission internationale, réunie après le Traité de Berlin, sans tenir suffisamment compte sur certains points de la nature et des accidents du terrain et des besoins matériels de la population

en rapport à l'exercice du droit de propriété rurale et de sa jouissance. Sur certains endroits de la frontière et en violation du territoire du Monténégro, les Turcs ont construit des fortins et des retranchements, d'où les soldats ont tiré trop souvent; pas pour rétablir l'ordre, mais par provocation. Impressioné de cet état de choses, le Gouvernement Royal proposa à la Sublime Porte un arrangement à l'amiable; on nomma des commissions, on se rendit sur les lieux, on discuta, mais on ne réussit malheureusement pas à s'entendre. Du côté ottoman, on a toujours porté sur chaque point, de minime importance, une intransigeance si absolue, que la meilleure volonté du côté monténégrin d'arriver à un accord a constamment échoué. En 1908 une commission mixte, réunie à Constantinople, a dû reconnaître la nécessité d'un échange de territoire (Rjanitza contre Djamia et Yézéro) et les deux Gouvernements s'étaient engagés à présenter aux Chambres, les projets de loi relatifs à cet échange. Le Gouvernement Royal s'empressa de faire ratifier par la Skoupchtina cet arrangement, mais le Gouvernement Ottoman ne le présenta même pas devant son Parlement, et l'accord resta lettre morte. L'été dernier, soit 1911, une autre commission turco-monténégrine nommée dans le même but dû se séparer sans rien conclure. En attendant, les incidents se sont répétés avec une fréquence allarmante et dans des circonstances qui ont mis à une dure épreuve la patience du Gouvernement monténégrin. Des soldats turcs n'ont pas hésité à tirer plus souvent qu'auparavant du côté de Velika sur des paisibles agriculteurs et bergers, en les tuant et blessant à l'intérieur même de leurs propres maisons. Le Monténégro a supporté tout cela, en cherchant cependant par tous les moyens de s'entendre avec la Turquie. Mu par ce désir le Gouvernement Royal a obtenu, en insistant, une nouvelle commission qui cette fois tomba d'accord sur presque tous les points en litige. Contre toute attente, la Sublime Porte, cette fois encore, s'est abstenue de sanctionner les conclusions de ses propres délégués. En vous exposant ce qui précède, je tiens à faire connaître à Votre Excellence qu'au Gouvernement Royal, se trouvant à bout de ressources pour arriver à une entente directe et amiable avec la Turquie, il ne reste qu'à faire appel aux Grandes Puissances, signataires du Traité de Berlin, Les suppliant de prendre en bienveillante considération la situation intolérable, dans laquelle il se trouve, par suite des circonstances brièvement exposées ci haut, — pour trouver un moyen radical, qui mettrait fin à l'état de choses existant qui n'a que trop duré au détriment de son progrès économique et pacifique. Le Monténégro appreciant hautement les bienfaits de la paix, dont il a besoin pour se consacrer entièrement à son developpement et à son progrès, est toujours animé de ce même sentiment. Il en donne, avec empressement, une nouvelle preuve en s'adressant à la bienveillance et à l'équité des Puissances, pour Leur demander dans leur haute sagesse le concours le plus urgent et puissant, afin de pouvoir continuer à vivre en bon et loyal voisin avec la Turquie et demeurer un élément de paix et d'ordre sur les Balkans pour répondre ainsi aux conseils constants et amicaux des Grandes Puissances. Dans le cas peu probable, que le désir légitime du Monténégro, — de voir les Puissances intervenir efficacement dans cette affaire, — ne venait pas à être réalisé sans retard, il se verait, contraint par la force des choses,

de défendre sa cause quelques sacrifices, que cela puisse lui coûter. Je vous prie, Monsieur le chargé d'affaires, de vouloir bien porter ce qui precède à la connaissance de votre Haut Gouvernement et d'agréer etc.

General Mitar Martinovitch.

Nr. 3678. Erlaß nach Sofia, 10. Aug. 1912 Nr. 3284.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

In dem Zeitraume von über einem Jahre, der seit der Berufung Euer Hochgeboren auf Ihren gegenwärtigen Posten und seit dem Ergehen der Ihnen von meinem Vorgänger erteilten allgemeinen Direktiven verflossen ist, hat sich das Bild der politischen Lage am Balkan sowie unserer Beziehungen zu Bulgarien einigermaßen verändert. Ich halte es daher für angezeigt, Euer Hochgeboren in Ergänzung der Instruktionen des Grafen Aehrenthal im Nachfolgenden über meine diesbezüglichen Ansichten und Intensionen kurz zu informieren. Die heutige Situation unterscheidet sich insoferne von jener des letzten Sommers, als infolge des türkisch-italienischen Krieges, des neuerlichen, diesmal aber viel ausgedehnteren Aufstandes in Albanien, sowie des Sturzes des jungtürkischen Régimes die Möglichkeit einer tiefgehenden Umgestaltung am Balkan um einiges näher gerückt erscheint. In dem Maße, als dies der Fall ist, gewinnt die Gestaltung unseres Verhältnisses zu Bulgarien an aktuellem Interesse, da dieses Land wohl unter allen Balkanstaaten in erster Linie berufen ist, beim Eintritte jener Eventualität eine aktive Rolle zu spielen. Umso erfreulicher ist es, konstatieren zu können, daß unsere Beziehungen zum Königreiche sich in der letzten Zeit schrittweise immer freundlicher gestaltet haben. Nach außen hin sind die Etappen dieser Entwicklung — ausgehend von unserer vor allen anderen Großmächten ausgesprochenen Bereitwilligkeit zur Aufhebung der Kapitulation — durch den Abschluß des Handelsvertrages,[b]) durch unser Entgegenkommen gegenüber den bulgarischen Wünschen in der Frage der Donaukommission und schließlich durch den jüngsten Besuch König Ferdinands in Wien markiert. Daß auch an der maßgebenden bulgarischen Stelle die Ausgestaltung unserer beiderseitigen Beziehungen gewünscht und angestrebt wird, bewies mir der Verlauf eines längeren politischen Gespräches, welches König Ferdinand während Seines Wiener Aufenthaltes mit mir führte.[c]) Seine Majestät hob mit warmen Worten den hohen Wert hervor, den ein freundliches Verhältnis zur Monarchie für Bulgarien besitze und versicherte mich, daß der herzliche und auszeichnende Empfang, der Ihm hier bereitet worden sei, in Bulgarien einen sympathischen Widerhall finden werde. Vielleicht noch mehr Bedeutung kommt weiteren Äußerungen des Königs zu, die sich zwar zunächst auf Albanien bezogen, aber eigentlich eine Art Zukunftsprogramm enthielten. Unter ausdrücklicher Betonung des Umstandes, daß Bulgarien in Albanien nichts zu suchen habe, empfahl Seine Majestät das albanische Volk, das unter dem Drucke der jungtürkischen Verwaltung besonders schwer zu leiden habe, meiner speziellen Aufmerksamkeit und Fürsorge; Er verwies hiebei auf die Tüchtigkeit und Entwicklungsfähigkeit der Albanesen und sprach die Ansicht aus, daß sie unter der Führung eines umsichtigen und energischen Fürsten geeint und

zu einer Kulturnation herangebildet werden könnten. Diese zweifellos wohl überdachten Ausführungen König Ferdinands klangen in einer Weise, als wollte Er eine Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären anregen und andeuten, daß Er Albanien von vorneherein als in die unsere fallend anerkenne. Trotz des heutigen krisenhaften Zustandes der Türkei halte ich es jedoch weder für notwendig noch für ersprießlich, im gegenwärtigen Momente auf einen derartigen Meinungsaustausch einzugehen. Unser Bestreben geht ja nach wie vor dahin, den Status quo im Oriente nach Möglichkeit zu erhalten und liegt es uns ferne, entgegengesetzte Tendenzen auch nur indirekt durch eine vorzeitige Erörterung solcher Zukunftspläne zu ermutigen und zu unterstützen. Andererseits kann es uns aber nicht in den Sinn kommen, den Gang eines historischen Entwicklungsprozesses gewissermaßen mit unserem eigenen Leibe aufhalten zu wollen; wenn daher wieder einmal eine Schicksalsstunde für die Türkei geschlagen hat, dann wird allerdings der Moment gekommen sein, uns mit Bulgarien über das Balkanproblem auseinanderzusetzen. Daß eine solche Auseinandersetzung zu einer Verständigung auf gütlichem Wege führen dürfte, dafür spricht vor allem die schon von Graf Aehrenthal hervorgehobene Tatsache, daß Bulgarien nicht nur innerhalb des Gebietes der Monarchie keine nationalen Aspirationen verfolgt, sondern auch in Mazedonien Entwicklungsziele im Auge hat, welche mit unseren Interessen nicht kollidieren. Unsere Politik Bulgarien gegenüber muß es sich daher zur Aufgabe machen, ohne das Königreich zu einem aktiven Vorgehen anzueifern, für jenen in näherer oder fernerer Zukunft zu erwartenden Moment vorzuarbeiten; wir müssen trachten, die Erkenntnis, daß zwischen unseren und den bulgarischen Interessen kein Gegensatz besteht, sondern sich beim Eintritt ernster Ereignisse am Balkan vielmehr ein gewisser Parallelismus manifestieren wird, sowohl beim König als in den leitenden Kreisen zu festigen und andererseits müssen wir zu verhindern suchen, daß Bulgarien durch fremde Einflüsse von der gegebenen natürlichen Richtung, welche die Politik König Ferdinands gegenwärtig verfolgt, auf einen Weg abgedrängt werde, auf dem sich unsere Interessen kreuzen würden. In diesem Sinne wird es Euer Hochgeboren Aufgabe sein, in Sofia auf die Erhaltung und Pflege vertrauensvoller Beziehungen zur Monarchie hinzuwirken. In Uebrigen wollen Sie auch weiterhin eine vorsichtig beobachtende Haltung einnehmen und Ihr besonderes Augenmerk dem Verhältnisse Bulgariens zu den Mächten sowie den Abmachungen zuwenden, die es, wie immer wieder auftauchende Nachrichten melden, mit anderen Balkanstaaten — Serbien und Griechenland — getroffen haben soll. Zum Schlusse möchte ich noch die von König Ferdinand — wie es scheint infolge von Petersburger Einwirkungen — unterstützten Bestrebungen erwähnen, eine vom Exarchat losgelöste autokephale bulgarische Landeskirche zu schaffen. Ein positives Ergebnis dieser Betrebungen wäre nicht nur darnach angetan, den russischen Einfluß auf Kosten der Einheit der bulgarischen Nationalkirche zu stärken, sondern auch den ohnedies gelockerten Zusammenhang Bulgariens mit seinen Stammesgenossen in der Türkei noch weiter zu schmälern und auf diese Art die bulgarischen Aspirationen von ihrem naturgemäßen Objekt abzulenken. Da eine Realisierung dieser

Bestrebungen sohin wohl den russischen, keineswegs aber unseren Interessen entsprechen würde, wollen Euer Hochgeboren, falls sich Ihnen hiezu eine passende Gelegenheit bietet, von der Gründung einer autokephalen Kirche abraten, indem Sie auf die Vorteile hinweisen, welche die bestehende kirchliche Einheit mit den ottomanischen Bulgaren dem Königreiche bietet.

a) Vgl. n. 3677, 3679, 3734, 3742. — *b)* Volkswirtschaftliche Chronik der ö.-u. Mon. 1912, S. 125, 204, 282, 459. — *c)* Vgl. n. 3549.

Nr. 3679. Bericht des Legationssekretärs Emmerich von Pflügl aus Belgrad, 11. Aug. 1912 Nr. 77 A (eing. 13. Aug.).[a]) Aufgef.

Vertraulich. Die durch das Bombenattentat in Kočana und dessen Folgen hier hervorgerufene Bewegung ist sehr heftig gewesen. Es hat sich dabei wieder gezeigt, dass alle Augen auf Bulgarien gerichtet sind. An die Rückkehr König Ferdinands werden weitgehende Kombinationen geknüpft und die sehr heftige Sprache des hiesigen bulgarischen Gesandten scheint ihnen einen gewissen Rückhalt zu geben. Was weder die Albanesischen Erfolge, der Zwiespalt in der türkischen Armee, der Sturz der Jungtürken, noch das Vorgehen Montenegros vermocht hatten, scheint der Aktion der bulgarisch-macedonischen Organisation leicht gelungen zu sein: die latente Hoffnung auf eine sofortige Balkan-Liquidation wachzurufen. Die Regierung verharrt in ihrer korrekten Haltung, was ich nicht nur eventuellen russischen Ratschlägen, sondern der Erkenntnis zuschreibe, dass Serbien kein Interesse an einer Beschleunigung der Ereignisse hat. Das Verhältnis zu den Albanesen dürfte es gelungen sein, seit dem mehr oder weniger offenen Anschluss des serbischen Elements im Aufstandsgebiete, zu einem guten zu gestalten. Das scheint durch die vorübergehende Anwesenheit dreier Söhne Issa Boletins, des serbischen Abgeordneten in der türkischen Kammer Nedjib Dragas aus Mitrowitza und die Waffen- und Munitionslieferungen verbürgt. Wenn es also auch zu einzelnen Verbrechen an Serben im Kossovo bisher gekommen ist, dürften diese auf albanesische Banditen zurückzuführen sein. Dass solche im grösseren Maasse durch Provokation der Türken herbeigeführt würden, wie es in Kočana von den Bulgaren vielleicht beabsichtigt war, glaube ich nicht. Dazu ist die Narodna Odbrana[b]) zu gut in der Hand der Regierung und diese scheint entschlossen, falls noch jetzt gesprochen werden sollte, Bulgarien das erste Wort zu lassen. Leider fehlt mir ein wichtiger Masstab fast ganz: das sind die militärischen Vorsorgen. Äusserlich wahrnehmbare, wie Truppenverschiebungen, die bei den geringen Distanzen auch überflüssig wären, finden keine statt. Der Ukas aus dem Monate Juli ist aber noch in Kraft, womit das Kriegsministerium ermächtigt worden war, die Reserve-Jahrgänge im Laufe des Sommers nach dem Bedarfe der Ausbildung auf 6 Wochen heranzuziehen. Eine so allgemeine Weisung lässt jede beliebige Massregel zu. Resumierend möchte ich mir gestatten zu melden, dass seit Kočana die Aktionslust, trotzdem die schwersten Momente in der Türkei überwunden schienen, zugenommen hat, ohne jedoch konkrete Erscheinungen zu zeigen. Pflügl.

a) Vgl. n. 3678, 3680, 3682. — *b)* Vgl. n. 3673.

Nr. 3680. Bericht des Legationssekretärs Emmerich von Pflügl aus Belgrad, 11. Aug. 1912 Nr. 77 B (eing. 13. Aug.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Im Zusammenhange mit meinem ergebensten Berichte No. 77 A von heute und im Nachhange zu meinem ergebensten Berichte vom 8. August l. J. Nr. 75 möchte ich mir nachstehend gestatten, Euer Exzellenz über die Rolle, die man der Narodna Odbrana in einem eventuellen Balkankonflikte hier zudenkt, die — soweit es bei der diesbezüglich beobachteten grossen Zurückhaltung möglich war — gewonnenen Eindrücke ergebenst einzuberichten. Wie aus dem sehr interessanten Elaborat, in welches Euer Exzellenz mir gnädigst Einsicht gewährten,[b] hervorgieng, ist die crna ruka, in Übereinstimmung mit der hier üblichen Auffassung, eine Art Verschwörung, welche ihre eigenen Ziele unabhängig oder gegen die jeweilige Regierung verfolgt. Die Narodna Odbrana hingegen ist gewissermassen der Ausdruck des seit einigen Jahren in eine gewisse Richtung gehetzten Volkswillens, ihre, allgemein populären Ziele sind die fast der gesamten Intelligenz und besonders Halb-Intelligenz des Landes und ihre Organisation, soweit eine solche besteht, steht jeder Regierung zur Verfügung, auf die sie ihrerseits einen sehr starken Druck im Wege der öffentlichen Meinung und vielleicht auch noch durch andere Mittel ausübt. Hätte Serbien in einen macedonischen Konflikt hineingerissen werden sollen — ich sage so, weil ich annehme, dass der Augenblick für heuer vorbei ist — so rechnete man nicht mit der gegenwärtigen Regierung, der nur die Aufgabe zu obliegen schien, bis zuletzt die korrekte Attitude zu wahren. Was den Namen Herrn Pašić' für diesen Fall in aller Leute Mund legte, war sein mehr gefühlter als offenkundiger Zusammenhang mit der Narodna Odbrana. Durch diese giengen bisher die Waffen- und Munitions-Sendungen an die Albanesen, vermutlich auch die Verhandlungen, und ihre Aufgabe wäre gegebenenfalls die Provokation eines Serben-Massacres gewesen. General Janković, der nominell an der Spitze steht, wurde nur wegen seiner vergangenen Tätigkeit im Bandenwesen dazu gewählt und die wahren Macher in Alt- und Süd-Serbien sind grösstenteils unter den designierten Banden-Chefs zu suchen. Ihre Stärke liegt in der Volkstümlichkeit ihrer äusseren Ziele. Es klingt vielleicht paradox, aber es dürfte sich richtig erweisen, dass die deutlich erkennbare und auch bezüglich des Jukić Attentates erhärtete Zunahme der Tätigkeit der Narodna Odbrana in den slavischen Ländern der Monarchie darauf zurückzuführen ist, dass ein vielleicht auf indirektem Wege aus Russland kommendes mot d'ordre ihre Aktion in Alt-Serbien vorübergehend lähmt. Aus diesem Grund habe ich mir erlaubt schon in meiner früheren Berichterstattung die vielerwähnten und erwarteten Überraschungen skeptisch aufzufassen. Pflügl.

[a] Vgl. n. 3690, 9216. — [b] Wohl n. 3590.

Nr. 3681. Bericht des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 11. Aug. 1912 Nr. 31 A (eing. 14. Aug.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Bei dem Besuche, den ich gestern dem politischen Direktor, Herrn Paléologue, machte, brachte ich die Sprache unter Anderem

auch auf das von der hiesigen Presse gemeldete französisch-russische Marine-Abkommen. Herr Paléologue bestätigte meine bereits gemeldete Annahme, dass dieses Abkommen tatsächlich noch nicht unterzeichnet sei, wenngleich es natürlich „tout comme" betrachtet werden könne, da die Hauptmomente bereits fest geregelt seien. Es sei — so meinte er — eine natürliche Ergänzung des Bundesvertrags und wenngleich es erst jetzt zu Papier gebracht werde, so habe es im Prinzipe bereits längst bestanden. Der formelle Abschluss des Vertrags werde an dem seit 20 Jahren bestehenden faktischen Zustand nichts ändern; es sei darin keine gegen wen immer gerichtete Spitze zu erblicken, — umso weniger, so fügte der politische Direktor lachend hinzu, da ja eine russische Flotte einstweilen erst am Papier besteht und noch Jahre vergehen dürften, bis sie zu einem in Betracht zu ziehenden Faktor erstarkt sein wird. Wie von selbst kam das Gespräch bei diesem Punkte auf die Meldung der Londoner Agence Havas, wonach zwischen den Entente-Mächten bezüglich der Orientfragen ein Akkord abgeschlossen worden wäre. Herr Paléologue stellte einen derartigen Akkord — ohne natürlich dessen Bestehen zuzugeben — nicht in Abrede, er erklärte aber mit einer gewissen Wärme, sowohl bezüglich dieser Frage, wie auch bezüglich des vorhergehenden Abkommens, dass die französische Regierung keine Verträge abgeschlossen habe noch auch abzuschliessen gedenke „qui ne viseraient pas le maintien de l'intégrité de la Turquie et qui ne seraient pas empreints du respect des traités en vigueur." Die französische Regierung verfolge eine Politik des Friedens und jede Bestrebung, das europäische Gleichgewicht zu stören, läge ihr ferne. Wenn sie mit den beiden Ententemächten wegen der Balkanangelegenheiten einen Meinungsaustausch pflege, so habe dieser stets die Aufrechterhaltung des status quo und insbesondere der Integrität der Türkei zur Grundlage. Diese friedfertige Politik Frankreichs sei zur Genüge bekannt, deshalb musste es ihn Wunder nehmen, wenn sich gewisse Kreise, besonders aber die deutsche Presse, teilweise auch die unserige, über die Meldungen bezüglich eines Marine-Abkommens mit Russland und sogar über die Reise des Herrn Poincaré über Gebühr erhitzen. Ich habe im Laufe des gestrigen Tages feststellen können, dass Herr Paléologue sich auch meinem deutschen Kollegen gegenüber (welcher bei seinem Besuche am Quai d'Orsay ziemlich nervös gewesen sein soll) sowie dem türkischen Botschafter und dem rumänischen Gesandten gegenüber in ganz ähnlichem Sinne geäussert hat. Die beiden Letztgenannten sagten mir, dass die Erklärungen, die ihnen der Herr directeur politique gemacht hat, vollkommen beruhigend geklungen haben. Dem Gesandten Lahovary sagte Herr Paléologue sogar, dass Frankreich stets bereit sein werde, auf den russischen Bundesgenossen einen entsprechenden Druck auszuüben, falls dieser Velleitäten hegen sollte, den Status quo am Balkan zu stören, doch würde es hiezu ohnehin nicht kommen, da derartige Velleitäten eben nicht bestehen. Somssich.

a) Vgl. n. 3671, 3683, 3783.

Tel. nach Berlin, 13. Aug. 1912 Nr. 85 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 3687.

Nr. 3682. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 13. Aug. 1912 Nr. 31 C (eing. 15. Aug.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Ich nahm heute Veranlassung mit dem Herrn Unterstaatssekretär die in den Blättern auftauchenden Nachrichten von der Existenz eines bulgarisch-serbischen beziehungsweise bulgarisch-griechischen Defensiv-Bündnisses zu besprechen. Herr Zimmermann sagte mir, das Vorhandensein eines bulgarisch-serbischen Bündnisses, das unter der Patronanz Russlands zustandegekommen sei, werde heute kaum mehr geheim gehalten. Über das Bestehen eines bulgarisch-griechischen Bündnisses hätte er Positives noch nichts in Erfahrung bringen können, doch möchte er ein solches beinahe mit Bestimmtheit annehmen. Der leitende russische Gedanke hiebei sei wol der Iswolskysche des Balkanbundes geblieben. Dass es sich nur um Defensivbündnisse handle, könne er eigentlich nicht glauben. Er meine, es sei wol auch der Fall ins Auge gefasst, wo beim Zerfall der europäischen Türkei die Balkanstaaten gemeinsam vorgehen sollen. Nun würden aber gerade dann die bulgarischen und serbischen Ansprüche — um nur von diesen zu reden — zweifellos zur heftigsten Rivalität dieser beiden Staaten führen; daher sei ihm die russische Politik in diesem Punkte, wo sie gar keine Aussicht auf praktischen Erfolg habe, nicht klar! Der Unterstaatssekretär streifte schliesslich den Gedanken, diese ganze Mache könne etwa auf das Bestreben Russlands zurückzuführen sein, die Hand möglichst mit im Spiele zu behalten, aus Angst vor einer Wendung, die Österreich-Ungarn einen Vorteil bringen könnte. Dies würde zwar der russischen Mentalität entsprechen, hätte aber mit Realpolitik wenig zu tun. Flotow.

[a] Vgl. n. 3679, 3684.

Nr. 3683. Privatschreiben des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 13. Aug. 1912 (eing. 15. Aug.).[a] Ausfert.

Der Staatssekretär ist zwar vom Urlaube zurückgekehrt, hat aber wie gewöhnlich, den heutigen Diplomatenempfang in letzter Stunde abgesagt, so dass ich ihn bisher nicht sprechen konnte. Vom Unterstaatssekretär erfahre ich, dass man russischerseits hier wissen liess, dass die Nachricht vom Abschlusse einer französisch-russischen Marine-Konvention nicht zutreffend sei. Es seien allerdings zwischen den Spitzen der beiderseitigen Marinen periodische Besprechungen vereinbart worden, in der Art, wie sie beim Landheer bereits bestünden. Herr Zimmermann meinte, man werde ja bei der Durchführung des russischen Flottenprogrammes kontroliren können, inwieweit Russland hiebei unbeeinflusst arbeite. Die Unterredungen Herrn Poincarés mit den russischen Staatsmännern in Petersburg, so fuhr der Unterstaatssekretär fort, würden wol keine Überraschung bringen. Zweifellos werde der französische Ministerpräsident Russland besonders die Unterstützung Frankreichs in Ostasien zugesichert haben; auch sei mit einer baldigen russischen Anleihe in Frankreich zu rechnen. Herr Zimmermann erwähnte die Anwesenheit der Kommandeure dreier preussischer Cawallerieregimenter, deren Chef Seine Majestät der

Czar beziehungsweise Ihre Majestät die Czarin ist, bei den militärischen und Hoffestlichkeiten, zu denen auch der französische Ministerpräsident zugezogen war, und verwies hiebei mit sichtlicher Befriedigung auf einige französische Presstimmen, die darin eine Beeinträchtigung des intimen Charakters des Ministerbesuches erblicken. Nach Baltischport kam die Nachricht von den — nennen wir sie — französisch-russischen Marine-Abmachungen wol sehr unerwartet, und Euer Excellenz konnten aus den in meinem gehorsamen Telegramme vom 7. d. M. Nr. 158, wiedergegebenen Äusserungen des Unterstaatssekretärs ersehen, wie wenig erbaut man in der Wilhelmstrasse darüber war. Dass man der in einigen Blättern wiedergegebenen Version, wonach Deutschland in Baltischport über diese Abmachungen unterrichtet war, nicht mit einem Dementi entgegentrat, lässt sich wol noch auf andere Gründe als darauf zurückführen, dass man — wie mir Herr Zimmermann damals versicherte — die russische Regierung nicht öffentlich zu einer Erklärung provociren wollte. Man tröstet sich hier mit der Überzeugung, dass französischerseits in der Sache etwas zu derb aufgetragen wurde, und dass die Petersburgreise Herrn Poincarés schliesslich auf einen russischen „Pump" hinauslaufen werde. Der Unterstaatssekretär kommt immer wieder darauf zurück, dass Russland ein derartiges Friedensbedürfnis habe, dass es sans phrase noch für Jahre ein sicheres Element des Friedens darstellen werde. Russischerseits, so sagt mir mein Mitredner, hätte man die Versicherung gegeben, dass bei den russisch-französischen Marinebesprechungen die Dardanellenfrage nicht hereingezogen worden sei. Herr Zimmermann gibt aber zu, dass mit Rücksicht auf Englands neueste Mittelmeerpolitik, nachdem nicht mehr mit Sicherheit vorauszusetzen sei, dass es den Russen den Weg durch die Dardanellen auch weiterhin verlegen würde, die Dardanellenfrage ein anderes Gesicht bekommen könnte! Wie mit einem Stosseufzer schloss der Unterstaatssekretär: „Man kann nur wünschen, dass der unselige türkisch-italienische Krieg bald sein Ende findet und, dass die Türkei wieder stark genug wird, um in der Dardanellenfrage etwaigen Pressionen nicht nachzugeben!"

Flotow.

a) Vgl. n. 3681, 3685, 3714.

Tel. nach Bukarest, 13. Aug. 1912 Nr. 28 (chiffr. 9. U. 40 M. p. m.). Siehe n. 3687.

Tel. nach Konstantinopel, 13. Aug. 1912 Nr. 152 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 3687.

Tel. nach London, 13. Aug. 1912 Nr. 54 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 3687.

Tel. nach Paris, 13. Aug. 1912 Nr. 65 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 3687.

Tel. nach Rom, 13. Aug. 1912 Nr. 129 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 3687.

Nr. 3684. Bericht aus Rom, 13. Aug. 1912 Nr. 56 E (eing. 15. Aug.).[a]
Ausfert.

Die ersten Nachrichten über den jüngsten türkisch-montenegrinischen Grenzconflict erhielt ich in der Consulta, wo mir Generalsecretär Bollati die einschlägigen Telegramme vorlas. Man war hier von dem in Cetinje übergebenen türkischen Ultimatum sehr impressioniert und schien anfangs geneigt zu sein, dahinter die Absicht einer Diversion seitens der Türkei in ihren inneren und äusseren Nöten zu vermuten. Die Besorgnis der italienischen Regierung wandte sich hiebei weniger dem montenegrinischen Königshause, für welches man ja hierzulande nur recht laue Sympatien hegt, als vielmehr der Eventualität ernster Complicationen auf dem Balkan und speciell an der für Italien so wichtigen Ostküste des adriatischen Meeres zu. Man hat von hier aus nach Möglichkeit auf die montenegrinische Regierung calmierend einzuwirken getrachtet und erleichtert aufgeatmet, als die Lösung des Conflictes eintrat. Der Wunsch, die Türkei von allen möglichen Schwierigkeiten bedrängt zu sehen, geht doch nicht so weit, dass man darüber das eminente italienische Interesse vergässe, während der Kriegsdauer keinerlei wichtige Ereignisse oder Veränderungen auf der Balkanhalbinsel eintreten zu sehen. ... *Zeitungsnachrichten.* ...

Mérey.

[a] Vgl. n. 3682, 3687.

Nr. 3685. Bericht aus Rom, 13. Aug. 1912 Nr. 56 F (eing. 15. Aug.).[a]
Ausfert.

Die französische Regierung hat in den letzten Wochen verstanden, die öffentliche Aufmerksamkeit in ganz besonderem Maasse auf sich zu lenken. Die Lancirung der Nachricht von den erfolgreichen Verhandlungen über eine französisch-russische Marine-Konvention und die Kommentare, mit welchen die französische offiziöse Presse die Reise des Conseils-Präsidenten nach St. Petersburg begleitete, verrieten eine mise en scène, welche vielleicht in einem gewissen Missverhältnisse zu der reellen Bedeutung dieser beiden Ereignisse stehen dürfte. Was zunächst die Marine-Konvention anlangt, so muss man annehmen, dass, nachdem zwischen den beiden Staaten seit 20 Jahren eine militärische Allianz besteht, eine Kooperation der beiden Flotten im Kriegsfalle auch ohne specielle Abmachungen stattgefunden hätte. Daraus folgt, dass die fragliche Konvention offenbar nur den Zweck haben kann, diese Kooperation im Detail und für bestimmte Eventualitäten zu regeln. Da aber die russische Kriegsflotte dermalen noch keinen nennenswerten Faktor darstellt und ein solcher nach allgemeinem Urteil auf Grund der projektirten Schiffsbauten erst in etwa fünf Jahren wieder werden kann, erhält die so sensationell angekündigte Marine-Konvention schon hiedurch für diesen Zeitraum einen einigermassen platonischen Charakter. Aber auch für eine spätere Epoche muss man sich fragen, welchen Nutzen Russland von einer solchen Konvention hätte, insolange die Durchfahrt durch die Dardanellen für die russischen Kriegs-

schiffe versperrt bleibt. Einen Angriff seitens Deutschlands hat Russland wohl kaum zu besorgen. Im Norden bedarf es also der Hülfe Frankreichs nicht. Es erklärt sich daher auch der relative Gleichmut, mit welchem in Deutschland die Nachricht von dem Abschlusse der Konvention aufgenommen wurde. Wohl aber würde der Eintritt russischer Kriegsschiffe in das Mittelmeer es für die beiden Alliirten wünschenswert erscheinen lassen, sich dort auch maritim die Hände reichen zu können. Eine erhebliche Bedeutung, auch für uns, würde also die Konvention nur dann erlangen, wenn Russland die freie Durchfahrt durch die Dardanellen erreichte. Die italienische Presse war im Allgemeinen geneigt, anzunehmen, dass die Konvention das Vorspiel der Dardanellen-Eröffnung — etwa unter gleichzeitiger Neutralisirung der Meerenge nach dem Muster des Suez-Kanales — sei, und daraus die Folgerung abzuleiten, dass Italien in diesem Falle seine Flotte umsomehr verstärken müsste, als der Dreibund ihm in Mittelmeer-Fragen keinen oder geringen Schutz bietet. In den dem Einflusse der Regierung zugänglichen Blättern fand sich allerdings vorwiegend die Ansicht vor, es handle sich bei der ganzen Sache nur um einen bluff zum Zwecke der Wiederbelebung der in letzterer Zeit etwas anämisirten französisch-russischen Allianz. Auch die Reise Herrn Poincarés nach St. Petersburg wird trotz allen darauf verwendeten Apparates hier im Ganzen eher skeptisch beurteilt. Man anerkennt, dass die Tripel-Entente seit einiger Zeit mit Erfolg bemüht ist, ihre Vitalität und Kohäsion zu verstärken, man zweifelt aber, ob wirklich das so reichhaltige, nicht nur die europäischen Fragen sondern auch jene Kleinasiens und des äussersten Ostens umfassende Programm, welches der offiziöse „Echo de Paris" für die St. Petersburger Besprechungen aufgestellt hat, in seinem ganzen Umfange erledigt werden wird. Auch betreffs der Italien am meisten interessirenden Frage, des Friedensschlusses mit der Türkei, setzt man in diese Unterredungen wenig Hoffnung. Mérey.

[a] Vgl. n. 3683, 3704.

Nr. 3686. Bericht aus Rom, 13. Aug. 1912 Nr. 56 K (eing. 15. Aug.). Ausfert.

Im vergangenen Winter und Frühjahre war in einem Teile unserer Presse, speziell in der „Zeit", wiederholt die Behauptung zu finden, es habe sich anlässlich der Ende September v. J. für die Tripolis-Aktion erfolgten Einberufung des italienischen Reserve-Jahrganges 1888 erwiesen, dass Italien während der bosnisch-herzegovinischen Annexionskrise eine Mobilmachung, welche sich naturgemäss nur gegen uns hätte richten können, vorbereitet habe. Diese Annahme, welche auch in der österreichischen Delegation gestreift wurde, stützte sich auf den, vermutlich von Konfidenten beobachteten, aber nicht ergründeten äusseren Umstand, dass auf den betreffenden Einberufungsmanifesten die Stelle, wo der mobilisierte Jahrgang bezeichnet wurde, überklebt war, der aufgeklebte Zettel die Jahreszahl 1888 aufwies, während bei dessen Ablösung darunter die Jahreszahl 1884 gedruckt erschien. Für den oberflächlichen Beurteiler ergab sich daraus

der Schluss, dass diese Manifeste aus dem Jahre 1908 herrühren und damals für eine bevorstehende Mobilisirung gedruckt worden sein müssen. Bald nach dem ersten Auftauchen dieser Annahme habe ich dieselbe gesprächsweise dem Minister des Äussern gegenüber erwähnt und hiebei absichtlich die Geneigtheit verraten, der Sache Glauben zu schenken. Marchese di San Giuliano erwiederte mir, er sei zwar zur Zeit der Annexionskrise nicht Minister des Äussern sondern Botschafter in London, aber doch über den Gang der italienischen Politik genügend informiert gewesen, um es als ganz ausgeschlossen bezeichnen zu können, dass man damals an eine Mobilisierung gegen uns gedacht habe. Bezüglich der technischen Details der Einberufungs-Manifeste müsse er seine volle Inkompetenz erklären, werde aber darüber den Kriegsminister interpelliren. Bald darauf sandte er mir das in deutscher Übersetzung anverwahrte, mit einem Muster jener Manifeste versehene Schreiben des Kriegsministers vom 15. Jänner l. J.[a] Aus demselben geht hervor, dass derartige grüne Manifeste, wie sie im September vorigen Jahres zur Verwendung kamen, lediglich zur Einberufung eines Reserve-Jahrganges dienen und von den für eine allgemeine Mobilisierung benützten Manifesten in Farbe, Form und Inhalt verschieden sind. Da ferner in Italien aus Gründen der inneren Ordnung — Strikes, partielle Revolten, etc. — die Einberufung eines Reserve-Jahrganges schon wiederholt erfolgt ist und diese Eventualität immer vorgesehen sein muss, werden die grünen Manifeste in Zwischenräumen von wenigen Jahren gedruckt, an die Verwaltungsbehörden hinausgegeben und die Jahreszahl des gegebenen Falles einzuberufenden Reservejahrganges in den dem Drucke folgenden Jahren durch den nächsten Jahrgang ersetzt, was durch Aufkleben von zu diesem Zwecke gleichfalls bereits gedruckten kleinen Zettel geschieht. Erhält schon hiedurch die Manipulation des Überklebens eines früher zur Einberufung bestimmt gewesenen Jahrganges seine natürliche Erklärung, so muss die an diesen Umstand geknüpfte Annahme, Italien habe im Jahre 1908 die Mobilisierung gegen uns vorbereitet, auch aus der weiteren Erwägung als hinfällig bezeichnet werden, weil diese grünen Manifeste ausschliesslich der Einberufung eines Reserve-Jahrganges dienen, und eine italienische Mobilmachung gegen uns auf der Basis der Einberufung bloss eines Jahrganges wohl undenkbar wäre. Der Militär-Attaché dieser Botschaft, welcher seinerzeit gleichfalls von sich aus dieser Angelegenheit auf den Grund gegangen ist, hat an der Hand eingehender Erhebungen und authentischer Informationen, welche er aus der Einsichtnahme in die betreffenden Original-Akten des hiesigen Kriegs-Ministeriums schöpfte, die volle Bestätigung der Angaben des Generals Spingardi gefunden und hierüber den abschriftlich beiliegenden detaillirten Bericht vom 28. Februar l. J. an den Chef des k. u. k. Generalstabes[a] erstattet. Da ich es für nicht ausgeschlossen erachte, dass die in Rede stehende tendenziöse Behauptung etwa wieder einmal von italienfeindlicher Seite in den Delegationen zur Sprache kommt, glaubte ich Euer Exzellenz durch den vorstehenden Bericht in die Lage setzen zu sollen, derselben entgegentreten zu können. Mérey.

[a] Nicht abgedruckt, da der wesentliche Inhalt in dem vorliegenden Bericht wiedergegeben ist.

Nr. 3687. Tel. nach St. Petersburg Nr. 84 (1), Berlin Nr. 85 (2), London Nr. 54 (3), Paris Nr. 65 (4), Rom Nr. 129 (5), Konstantinopel Nr. 152 (6) und Bukarest Nr. 28 (7), 13. Aug. 1912 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Rappaport; G. Berchtold).

1.—5. Übereinstimmenden Nachrichten zufolge scheint seit der Bildung des Kabinettes Ghazi Moukthar Pascha in der inneren Krise in der Türkei ein gewisser Stillstand eingetreten zu sein und ist die neue ottomanische Regierung mit einiger Aussicht auf Erfolg bestrebt, durch entsprechende Konzessionen der Aufstandsbewegung in Albanien ein Ziel zu setzen. Diesen günstigen Momenten steht allerdings die wenig erfreuliche Beobachtung gegenüber, dass sich an verschiedenen Punkten des Balkans Erscheinungen zu manifestieren beginnen, die in ihrer weiteren Folge zu Störungen des status quo von Aussen her führen könnten. Zu diesen Erscheinungen wären die türkisch-montenegrinischen Grenzdifferenzen, das Auftauchen griechischer Banden im Epirus und vor allem die Aufregung zu zählen, welche sich der öffentlichen Meinung in Bulgarien infolge des Gemetzels von Kočana bemächtigt hat und die die friedliebende Politik des Kabinets Geschoff einigermassen zu erschweren droht. Diese Stimmung in Bulgarien dürfte — wie übrigens wahrscheinlich auch die griechische Bandenbildung im Epirus — von der Idee beeinflusst sein, dass die Pforte die Absicht habe, den Albanesen eine Art Autonomie zu verleihen, beziehungsweise deren Territorium in einer den Interessen der anderen Balkannationalitäten zuwiderlaufenden Weise abzugrenzen. Bulgarischer- und griechischerseits scheint man einer solchen Eventualität zuvorkommen, vielleicht auch dieselbe nur vorschützen zu wollen, um die nationalen Aspirationen der eigenen Stammesgenossen zu propagieren und liegen auch Anzeichen dafür vor, dass die Serben in dieser Richtung nicht zurückzubleiben gedenken. Gegenüber dieser Auffassung der Balkannationen über die türkischerseits den Albanesen zu machenden Zugeständnisse gehen unsere Informationen dahin, dass man sich auf der Pforte keineswegs mit der Gewährung autonomistischer Privilegien an die Albanesen, noch mit irgend einer territorialen Umschreibung ihres Gebietes befasst, sondern dass es sich ausschliesslich um die Wahrung althergebrachter Prärogative und um die Gleichberechtigung der albanischen Sprache handle. Unserer Auffassung nach liegt hierin zwar nichts, was die Interessen der anderen Balkanvölker schädigen oder sie beunruhigen könnte. Sämmtliche Nationalitäten Rumeliens haben vielmehr allen Grund, diese erste Äusserung der dezentralistischen Verwaltungsmethode in der Türkei willkommen zu heissen. Sobald nämlich die Pforte mit dem starren Zentralismus der Jungtürken gebrochen hat, unter dem nicht nur die Albanesen, sondern auch alle übrigen ottomanischen Nationalitäten zu leiden hatten, steht diesen allen der friedliche Weg zur Geltendmachung ihrer legalen Wünsche offen und wäre es daher in ihrem eigensten Interesse gelegen, dass die Tätigkeit der neuen Regierung in Konstantinopel nicht durch äussere Einflüsse gestört, sondern derselben Zeit gelassen werde, auf dem Wege der individualisierenden Behandlung der einzelnen Völkerschaften fortzufahren. Es wäre dies auch im Interesse der Erhaltung der Ruhe am Balkan und sohin

des europäischen Friedens gelegen. Das Wiener Kabinet, welches nach wie vor die Politik verfolgt, die ruhige und friedliche Entwicklung aller Balkanvölker zu fördern, würde sohin Wert darauf legen, mit den Kabinetten der anderen Grossmächte in einen Meinungsaustausch darüber einzutreten, ob dieselben geneigt wären, einerseits durch freundschaftliche Einwirkung auf die Pforte, dieselbe in ihren neuen dezentralistischen Prinzipien zu bestärken, andererseits den Balkanstaaten nahezulegen, dass es im Interesse ihrer eigenen Stammesgenossen in der Türkei gelegen wäre, dem Kabinette Moukthar Pascha zur Betätigung seiner individualisierenden Verwaltungsmethode Zeit zu lassen und zu diesem Zwecke alles zu vermeiden, was die Ruhe am Balkan gefährden und sohin die Pforte von ihrer Beschäftigung mit den inneren Angelegenheiten ablenken könnte. Euer etc. wollen sich dem Herrn

1. 2. 4. 5. Minister des Äussern

3. Staatssekretär

1.—5. gegenüber im vorstehenden Sinne aussprechen und über die Aufnahme berichten, welche dieser Schritt bei demselben gefunden hat.

6.—7. Ich telegrafiere heute wie folgt an die k. u. k. Botschaften bei den Signatarmächten: (Inseratur Telegramm sub 1.—5.)

6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information.

7. Vorstehendes zur vertraulichen Mittheilung an Seine Majestät König Karol.[1] Berchtold.

[1] Auf einer dem Kaiser vorgelegten Abschrift dieses Telegrammes bemerkt Berchtold: Zweck: 1.) Anläßlich der Balkanwirren (Sturz des jungtürkischen Regimes, bulgarische Effervescenz infolge Kočana-Affäre, montenegrinisch-türkischer Grenzconflikt, albanisch-griechische Feindseligkeiten) als nächstinteressirte Macht Initiative ergreifen zu Feststellung der Richtlinien gleichmäßigen Vorgehens gegenüber Regierungen der Balkanstaaten. 2.) Stärkung der Türkei in ihren Bemühungen durch Einführung eines decentralisirenden Regimes Ruhe und Ordnung herbeizuführen. 3.) Stärkung der Balkanstaaten in ihrem Widerstande gegen die Elemente, welche durch Selbsthilfe ihre Aspirationen verwirklichen wollen. 4.) Die Einheit der Großmächte dokumentieren in ihrem Bestreben, den Status quo am Balkan und die Integrität der Türkei zu erhalten. 5.) Den angeblich zwischen den Entente-Mächten bezüglich der orientalischen Angelegenheiten geschlossenen Accord gegenstandslos machen. 6.) Das gegen unsere Balkanpolitik an vielen Stellen genährte Mistrauen in eklatanter Weise zu zerstreuen, gleichzeitig aber die führende Rolle in der Orientpolitik zu übernehmen.

[a] Oe. U. Balkan 1 Nr. 1. Vgl. n. 3684, 3688, 3691, 3692, 3693, 3695, 3697, 3699, 3702, 3714, 3717 Anm. b, 3723 Anm. b, 3729, 3744.

Nr. 3688. Tel. nach Sofia, 13. Aug. 1912 Nr. 70 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. und G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 134 vom 12. d. M.[b] Nach unsern Informationen befasst man sich auf der Pforte keineswegs mit der Gewährung autonomistischer Privilegien an die Albanesen, noch mit irgend einer territorialen Umschreibung ihres Gebietes, sondern handelt es sich ausschliesslich um die Wahrung althergebrachter Prärogative und um die Gleichberechtigung der albanischen Sprache. Unsrer Auffassung nach liegt hierin nichts, was die Interessen der Macedo-Bulgaren schädigen

könnte, vielmehr haben dieselben ebenso wie die anderen Nationalitäten Rumeliens allen Grund, diese erste Äusserung der decentralistischen Verwaltungsmethode in der Türkei willkommen zu heissen. Da nun einmal mit dem starren Centralismus der Jungtürken gebrochen wird, unter dem nicht nur die Albanesen, sondern auch alle übrigen Nationalitäten zu leiden hatten, steht den mazedonischen Bulgaren der friedliche Weg zur Geltendmachung ihrer legalen Wünsche offen und wäre es in deren eigensten Interesse gelegen, daß die Aufregung, welche die Vorfälle von Kočana begreiflicherweise im Königreiche hervorgerufen haben, bald einer ruhigen Beurtheilung der Situation im obigen Sinne Platz mache. Was Östreich-Ungarn betrifft, so verfolgt dasselbe nach wie vor die Politik, die ruhige und friedliche Entwicklung aller Balkanvölker zu fördern und wäre es durchaus irrig anzunehmen, dass unser Wolwollen in höherem Masse den Albanesen als irgend einer anderen Volksindividualität, insbesondere den Bulgaren, gewidmet sei. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren vertraulichen Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Herrn Geschoff.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3687, 3689, 3697, 3706. — [b]) (eing. 13. Aug. 9 U. a. m.), Entziff. Danach habe Geschow in einer am 12. August mit dem Gesandten geführten Unterredung erwähnt, „daß die Eventualität Gewährung Autonomie an Albanesen, mit der hier gerechnet wird, zu der allgemeinen Aufregung in der hiesigen öffentlichen Meinung wesentlich beitrage". Besonders die Gewährung autonomistischer Privilegien für die Albanesen in den Vilajeten Üsküb und Monastir würde „die gleichen Forderungen bulgarischerseits provozieren". Man schreibe „Förderung autonomistischen Albaniens" vielfach Österreich-Ungarn zu.

Nr. 3689. Bericht des Legationssekretärs Emmerich von Pflügl aus Belgrad, 14. Aug. 1912 Nr. 78 B (eing. 16. Aug.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Gestern hatte ich Gelegenheit sowohl den Herrn serbischen Minister des Äussern wie den Herrn bulgarischen Gesandten über die von Petersburg lancierte Nachricht eines zwischen beiden Ländern bestehenden Vertrages zu hören. Beide dementierten auf das lebhafteste. Der Herr Minister des Äussern gieng weiter: Er wies auf alle der Perfektionierung eines solchen Instrumentes entgegenstehenden Hindernisse und auf die erforderlichen langwierigen Verhandlungen hin und liess seine Äusserungen darin culminieren, dass er eine provisorische Regierung wie die gegenwärtige für überhaupt nicht berechtigt erklärte, einen solchen Staatsvertrag abzuschliessen, den nur eine sehr starke Regierung in Serbien zu vertreten im Stande sein würde. Dass die Erfüllung des russischen Wunsches nach einer Entente mit Bulgarien in der Richtung der serbischen Politik liege, gab der Herr Minister zu. „Was aber würde damit für den gegenwärtigen Moment erreicht sein? Serbiens Beziehungen zu Bulgarien seien die besten, ebenso zur Türkei, worauf immer der grösste Wert gelegt werden würde, schon um sich den so wichtigen Import- und Exportweg über Saloniki offen zu halten. Auch mit dem albanesischen Element, dessen Stern im Aufgehen begriffen sei, unterhalte das Königreich die freundlichsten Beziehungen und seien keine Drangsalierungen für die Connationalen in Alt-Serbien zu befürchten. Trotzdem also Serbien in der gegenwärtigen Situation

die korrekteste Haltung bewahre, sähe es seine Intentionen in der Gegenwart in der Monarchie verkannt und sich durch deren Attitude jeder Hoffnung auf Verwirklichung seiner „berechtigten nationalen Aspirationen" in der Zukunft beraubt! In solcher Lage müsse es die Möglichkeit wahren, sich im gegebenen Moment an Freunde zu schliessen, wo es eben solche finde."

Pflügl.

[a]) Vgl. n. 3194, 3603, 3688, 3691, 3873.

Nr. 3690. Bericht des Legationssekretärs Emmerich von Pflügl aus Belgrad, 14. Aug. 1912 Nr. 78 C (eing. 16. Aug.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Die Verkündigung des Urteils im Prozesse wegen des Attentates auf den königlichen Kommissär in Agram[b]) hat nicht nur einen Sturm in den hiesigen Blättern erregt, sondern auch erneuten Anlass zu jenen Auswüchsen der Publizistik gegeben, für welche man sich hier leicht abstumpft. Indem ich mir gestatte ein von der Politika anlässlich des Urteilsspruches herausgegebenes Extra-Blatt,[c]) sowie deren heutigen Leitartikel[d]) in auszugsweiser Übersetzung deshalb vorzulegen, weil dies die Schreibweise eines der angesehensten und vielgelesensten Pressorgane darstellt, habe ich dies zum Anlass genommen, heute den Herrn Minister des Äussern auch auf den mir hochgeneigtest mit Erlass N. 3203 vom 3. l. M. übermittelten Artikel des „Piemont" aufmerksam zu machen. Herr Jovanović, der sich über die Haltung der Presse sichtlich unangenehm berührt zeigte, ergieng sich in einer Wiederholung der bekannten Klagen über den Mangel eines entsprechenden Pressgesetzes, über die Unmöglichkeit ein solches gegenwärtig durchzubringen, über die Angriffe, denen König und Regierung hier täglich ausgesetzt seien, und bat schliesslich um nachsichtige Berücksichtigung dieser Sachlage. Bei der Auffassung, die der gegenwärtige Herr Minister des Äussern hiebei zeigte, wird es vielleicht angezeigt sein, hieramts jetzt öfters auf die Schreibeweise der serbischen Presse zurückzukommen, wenn es auch kaum in der Macht der Regierung steht, einen durchgreifenden Einfluss zu nehmen.

Pflügl.

[a]) Vgl. n. 3680. — [b]) Am 12. Aug. Pol. Chron. der ö.-u. Mon. 1912, 333. — [c]) Wurde nicht aufgenommen. — [d]) Beilage.

Beilage zu n. 3690. Leitartikel der „Politika" vom 13. Aug. 1912. Auszug der Übersetzung.

Gestern wurde innerhalb dreier Jahre abermals in Agram ein Monstreurteil gefällt. Mit Blumen, welche ihnen das Publikum zugeworfen hatte, geschmückt, hörten die Angeklagten die Verkündigung ihres Urteils an, welches die zitternden Lippen des Richters verkündeten und sie selbst mit Hochrufen auf Kroatien aufnahmen. Aber auch derjenige, in dessen Namen das Urteil gesprochen wurde, hat gezittert. Denn Wien hat die Gefahr der südslavischen Bewegung erfasst und deshalb hat die habsburgische Dynastie die hochkulturellen Bestrebungen eines Volkes als „Hochverrat, als südslavische Verschwörung, als revolutionäre Propaganda" aufgefasst, welche Märchen man noch durch die Erfindung eines „südslavischen Königs"

gelegentlich des Besuches der kroatischen Studenten in Belgrad zu bekräftigen trachtete. So wurden denn alle Skandalaffairen der letzten Jahre „konstruiert". Man erinnere sich nur an den Hochverratsprozess in Agram, wo sich sogar die Gesandtschaft in Belgrad nicht entblödete, Dokumentenfälschungen zu diesem Zwecke zu begehen. Auf diese Weise sind die unmöglichsten Dinge in Kroatien möglich geworden. Man konnte den Ausgang des Jukićprozesses schon von dem Augenblicke mit Bestimmtheit vorhersagen, als zwei Regierungsärzte ihr Gutachten über den Geisteszustand dieses exaltierten, von glühender Vaterlandsliebe begeisterten Jünglings abzugeben berufen wurden. So geschah auch diese Ungeheuerlichkeit. In Kroatien kann man alles erwarten — aber auch Österreich muss sich auf alles gefasst machen.

Nr. 3691. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 14. Aug. 1912 Nr. 62 (eing. 15. Aug. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 54 von gestern. Ich habe mich im Sinne der hohen Weisung beim Hilfs-Unterstaatssekretär ausgesprochen, welcher Sir Edward Grey, der sich auf dem Lande befindet, Mitteilung machen und mich Antwort ehetunlichst wissen lassen wird. Ohne Staatssekretär vorgreifen zu wollen, sprach Mallet Ansicht aus, dass Euer Exzellenz Auffassung über die Lage am Balkan vollkommen der Politik des Kabinettes von London entspricht. Auch dem Foreign Office vorliegende Informationen gehen dahin, dass Pforte in Albanien ausschliesslich Wahrung althergebrachter Prärogativen und Gleichberechtigung albanesischer Sprache im Auge habe. Mallet sagte mir, dass laut Meldung englischen Geschäftsträgers in Konstantinopel französischer Botschafter und deutscher Botschafter der Pforte in ...[b] Weise geraten hätten, bulgarischen Wünschen zwecks Beilegung der Schwierigkeiten aus Anlass Gemetzels von Kočana möglichst entgegenzukommen. Englischer Geschäftsträger habe sich ohne Auftrag aus London aus eigener Initiative im gleichen Sinne ausgesprochen.

Trauttmansdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 2 Nr. 2. Vgl. n. 3689, 3692, 3717 Anm. b. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 3692. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 14. Aug. 1912 Nr. 89 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Da Herr Poincaré von seiner Reise nach Russland noch nicht zurückgekehrt ist und sein Stellvertreter, Herr Briand, sich mit dem Ministerium des Äussern nur theoretisch aber nicht praktisch beschäftigt, habe ich mich des mittelst Telegrammes vom 13. dieses Monats Nr. 65 erhaltenen Auftrages dem politischen Direktor im Ministerium des Äussern Herrn Paléologue gegenüber entledigt. Derselbe nahm meine Mitteilung mit grossem Interesse entgegen; besonderen Eindruck schien auf ihn die Erklärung zu machen, dass das Wiener Kabinett gesonnen sei, nach wie vor die Politik zu verfolgen, die friedliche Entwicklung der Balkanvölker zu fördern. Paléologue wird dem Ministerpräsidenten gleich nach seiner Rückkehr von meiner Démarche

Bericht erstatten und mir nachher eine definitive Antwort zukommen lassen. Er hält sich aber schon jetzt zu folgender Erklärung berechtigt, welche er mich bat, Euer Exzellenz zu melden: „Le gouvernement de la République examinera avec intérêt la suggestion de Monsieur le Comte Berchtold. La politique du gouvernement français en Orient s'inspire en effet des deux principes: La conservation de la paix générale et le maintien du statu quo dans les Balkans." Der politische Direktor fügte hinzu, dass auch er der Ansicht sei, dass die Mächte Interesse daran haben, das gegenwärtige türkische Kabinett zu unterstützen. Somssich.

[a]) Oe. U. Balkan 3 Nr. 3. Vgl. n. 3691, 3693, 3704, 3722.

Tel. nach Athen, 15. Aug. 1912 Nr. 29 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 3697.

Tel. nach Belgrad, 15. Aug. 1912 Nr. 18 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 3697.

Nr. 3693. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 15. Aug. 1912 Nr. 159 (eing. 2 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Herr von Kiderlen-Wächter, dem gegenüber ich mich im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes vom 13. dieses Monats Nr. 85 ausgesprochen, ersuchte mich, Euer Exzellenz zu melden, dass die deutsche Regierung — si omnes — gerne bereit sei, Hochderen Anregung zu entsprechen und sich in der angedeuteten Richtung in Konstantinopel und bei den Balkanstaaten zu verwenden ...[b]) Staatssekretär teilt vollkommen Euer Exzellenz Auffassung, dass es wünschenswert wäre, Balkanstaaten darauf aufmerksam zu machen, dass es im höchsten Interesse ihrer Stammesgenossen gelegen wäre, dem gegenwärtigen türkischen Ministerium bei der Durchführung einer dezentralistischen Verwaltungsmethode keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten. Auch eine Bestärkung der Pforte in ihrer jetzigen Pazifizierungsmethode scheint ihm ganz angebracht, nur müsste dabei mit Vorsicht vorgegangen werden, um das so leicht zu erregende Misstrauen der Pforte nicht zu wecken. Flotow.

[a]) Vgl. n. 3692, 3694, 3698, 3714, 3737. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 3694. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 15. Aug. 1912 Nr. 70 C (eing. 18. Aug.).[a]) Ausfert.

Der montenegrinische Geschäftsträger hat dieselbe Démarche, welche er bei mir gemacht hat, und über die ich Euer Excellenz mit meinem ergebensten Telegramme vom 13. l. M.[b]) zu berichten in dem Falle war, auch bei den hiesigen Vertretern der anderen Grossmächte unternommen. Herr Plamenatz scheint hiebei im Auftrage seiner Regierung vorgegangen zu sein, da er sowohl mir als meinen Collegen eine Reihe von Telegrammen, die er aus Cetinje erhalten hatte, vorlas. Dieselben schildern die jüngsten Vorfälle an der Grenze und verfolgen den Zweck, nachzuweisen, dass alle Schuld an diesen blutigen Vorkommnissen auf türkischer Seite gelegen sei. Der Herr Geschäftsträger las mir bei dieser Gelegenheit auch ein Telegramm

vor, das von der Note[c]) handelt, welche seine Regierung den dortigen Vertretern der Grossmächte übergab. Am Schlusse derselben befindet sich ein unzweideutiger Hinweis darauf, dass wenn die Grenzfrage nicht bereinigt werden sollte, Montenegro sein Verhalten nach eigenem Ermessen einrichten würde. Auf die Ausführungen Herrn Plamenatz' erwiderte ich, dass die Grenzzwischenfälle jedenfalls sehr bedauerlich seien, und dass es nothwendig wäre, diesem Übelstande ein Ende zu machen, doch verhehlte ich ihm nicht, dass man sich hiebei auch das Princip „audiatur et altera pars" vor Augen halten müsse. Was die Drohung anbelangt, Montenegro werde seine Interessen unter Umständen mit den Waffen in der Hand vertreten, machte ich den Herrn Geschäftsträger auf die Gefahren aufmerksam, welchen sich das Königreich in einem solchen Falle aussetzen würde, indem die türkische Armee einem äusseren Feinde gegenüber gewiss einig bliebe, und im gegebenen Momente auch eine Diversion der stets mehr oder weniger bewaffneten mohammedanischen Albanesen gewärtigt werden müsse. Herr Plamenatz gab mir hierauf zu verstehen, es sei für einen solchen Fall wohl unzweifelhaft damit zu rechnen, dass auch Bulgarien losschlage. Das Meritum der Frage anlangend, dass ich mich nämlich bei der türkischen Regierung verwenden möge, erwiderte ich dem Geschäftsträger — wie ich dies Euer Excellenz bereits telegraphisch zu melden die Ehre hatte — dass ich im Gegenstande ohne Instructionen sei und daher nichts thun könne. Aus den weiteren Auslassungen Herrn Plamenatz' vermochte ich zu constatieren, dass es der montenegrinischen Regierung gegenwärtig eigentlich bloss darum zu thun ist, die türkische Krise auszunützen. Mein Mitredner gab dies auch zu, indem er meinte, wenn die Sache jetzt nicht gelänge, käme es später überhaupt nicht mehr zu einer Regelung derselben. Mein russischer College, mit dem ich kurz nach der Unterredung mit Herrn Plamenatz zusammentraf, schien mir dem Gedanken einer Pression der Mächte auf die Pforte nicht abgeneigt. Er meinte nämlich, dass wenn die Grossmächte dies mit Erfolg thäten, deren Action in Cetinje erleichtert werden würde. Herr von Giers bezeichnete es in der Folge als seine rein persönliche Meinung, wenn er glaube, dass es etwa gelingen könnte, die Pforte zu veranlassen, das Protokoll der Grenzregulierungscommission gegen dem sofort zu ratificieren, dass dessen nachträgliche Ausführung auf einen späteren, fix zu bestimmenden Termin verlegt würde. Wie ich mir in meinem vorbezogenen Telegramm zu erwähnen erlaubte, bin ich der Ansicht, dass einer Collectivdémarche in dieser Angelegenheit entschieden zu widerrathen wäre. Dieselbe bliebe nämlich aller Wahrscheinlichkeit nach erfolglos, indem die Pforte einen solchen Schritt zwar höflich, aber dahin beantworten dürfte, dass sie die Nothwendigkeit, vorliegende Frage auszutragen, selbst einsehe, aber zuwarten müsse, bis die Situation sich wieder geklärt haben werde. Von dieser Erwägung ganz abgesehen, glaubte ich von einer solchen Action auch deshalb abrathen zu sollen, weil dieselbe eine gefährliche Waffe in der Hand der Gegner der jetzigen Regierung bilden könnte, und daher nicht im Interesse der ruhigen Entwicklung der Dinge in diesem Lande gelegen wäre. Wenn ich mich daher auch gegen eine Collectivdémarche in Angelegenheit der türkisch-montenegrinischen Grenzfrage aussprechen muss,

so vermöchte ich andererseits in etwaigen freundschaftlichen Rathschlägen, welche der Pforte im Gegenstande seitens der einzelnen Vertreter der Grossmächte mündlich und ganz formlos ertheilt würden, kein Bedenken zu erblicken. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3693, 3695. — [b]) Die mit Tel. Nr. 311, 13. Aug. 1912 (eing. 14. Aug. 9 U. a. m.) aus Konstantinopel erstattete Meldung wird in vorliegendem Berichte ausführlich wiederholt. — [c]) Vgl. n. 3677.

Nr. 3695. Tel. aus Rom, 15. Aug. 1912 Nr. 95 (eing. 1 U. 45 p. m.).[a]) Entziff.

Gestern habe ich bei dem Kabinettschef, dem einzigen dermalen in Rom befindlichen höheren Funktionär der Consulta, die mir mit dem hohen Telegramme Nr. 129[b]) aufgetragene Démarche gemacht. Derselbe übernahm es, meine Ausführungen dem Minister nach Vallombrosa zu telegraphieren und dessen Antwort mir zu vermitteln. Zur Sache bemerkte Herr De Martino zunächst mit Recht, dass Italien dermalen nicht in der Lage sei, Schritte in Konstantinopel zu unternehmen. Dagegen nehme er an, dass Marquis di San Giuliano gerne bereit sein werde, auf die Regierungen der Balkanstaaten in dem von Euer Exzellenz suggerierten Sinne einzuwirken, da dies völlig der von Italien konsequent befolgten Politik entspreche. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3694, 3696, 3701, 3738. — [b]) Vom 13. Aug.

Nr. 3696. Tel. aus Rom, 15. Aug. 1912 Nr. 96 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 95. Kabinettschef teilt mir im Auftrage des Ministers des Äussern mit, dass derselbe mit dem zweiten, die Einwirkung auf die Balkanstaaten betreffenden Teile des Vorschlages Euer Exzellenz (der erste auf Konstantinopel bezügliche Teil sei für Italien gegenstandslos) vollkommen einverstanden. Marquis San Giuliano wirft gleichzeitig die Frage auf, ob er schon jetzt die betreffenden Weisungen an die italienischen Vertretungen in Cetinje, Belgrad, Sofia und Athen ergehen lassen soll, oder ob es sich nach den Ideen Euer Exzellenz um eine noch genauer zu definierende, eventuell simultane Aktion der Grossmächte handelt. Da das hohe Telegramm Nr. 129[b]) zunächst von einem „Meinungsaustausch" spricht, habe ich von sofortiger Erteilung der Weisungen abgeraten und bitte ich Euer Exzellenz um diesfällige Instruktionen. Mérey.

[a]) Oe. U. Balkan 3 Nr. 4. Vgl. n. 3697, 3701. — [b]) Vom 13. Aug.

Nr. 3697. Tel. nach Sofia Nr. 71 (1), Belgrad Nr. 18 (2) und Athen Nr. 29 (3), 15. Aug. 1912 (chiffr. 9 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Macchio).

1. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 70 vom 13. l. M.

1.—3. Ich habe unterm 13. d. M. die k. u. k. Botschaften bei den Signatarmächten[b]) angewiesen, die Aufmerksamkeit der Kabinette darauf zu lenken, daß gewisse Erscheinungen in den Balkanstaaten die Befürchtung

erwecken, die auf dezentralistischer Basis inaugurierte beruhigende Aktion des Kabinettes Ghazi Moukthar Pascha könnte von dieser Seite her Störungen erfahren. Zu diesen Erscheinungen seien die Erregung in Bulgarien über das Massacre von Kočana sowie über angeblich weitgehende türkische Zugeständnisse an die Albanesen, ähnliche Stimmungen in Serbien und Griechenland, sowie auch die Aufrollung der Grenzfrage seitens Montenegros zu zählen. Entgegen dieser Auffassung der Balkannationen über die von der Türkei ins Auge gefaßten Konzessionen an die Albanesen, seien wir dahin informiert, daß man sich auf der Pforte keineswegs mit der Gewährung autonomistischer Privilegien an die Albanesen mit irgend einer territorialen Umschreibung ihres Gebietes befasse, sondern daß es sich ausschließlich um die Wahrung althergebrachter Prärogative und um die Gleichberechtigung der albanischen Sprache handle. Unter Hinweis auf die allen Balkanvölkern gleich wohlwollende Politik der Monarchie und auf die Vorteile, die ihnen allen aus dem Abgehen der neuen türkischen Regierung von dem starren Zentralismus des jungtürkischen Régimes erwachsen müßten, habe ich bei den Kabinetten angeregt, durch eine freundschaftliche Vorstellung die Pforte in ihren dezentralistischen Prinzipien zu bestärken, andererseits aber den Balkanstaaten nahezulegen, daß es im Interesse ihrer eigenen Stammesgenossen in der Türkei gelegen wäre, dem Kabinett Moukthar Pascha zur Betätigung seiner individualisierenden Verwaltungsmethode Zeit zu lassen und sohin alles zu vermeiden, was die Ruhe am Balkan gefährden und die Pforte von der Beschäftigung mit den inneren Angelegenheiten ablenken könnte. Vorstehendes zu Euer etc. Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3696, 3698, 3723. — [b]) Vgl. n. 3687.

Nr. 3698. Tel. aus Berlin, 16. Aug. 1912 Nr. 160 (eing. 17. Aug. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Staatssekretär, der mich heute gleich nach meiner Rückkehr auf meinen Posten zu sich bitten liess, ersuchte mich, Euer Exzellenz zu melden, dass er, nach weiterer reiflicher Überlegung der letzten Anregung des Wiener Kabinettes (vide hieramtliches Telegramm Nr. 159 von gestern), Euer Exzellenz die Erklärung abgeben wolle, dass die deutsche Regierung nicht nur si omnes, sondern auch in dem Falle, wenn nicht alle anderen Mächte Euer Exzellenz Démarche zustimmen sollten, gern bereit wäre, im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung in dem von Euer Exzellenz ins Auge gefassten Sinne einerseits freundschaftlich auf die Pforte, andererseits auf die Balkanstaaten einzuwirken. In der deutschen Presse habe er verbreiten lassen, dass Euer Exzellenz Démarche hier freundschaftlich aufgenommen wurde. Bisher, so sagte mir Herr von Kiderlen-Wächter, habe er über die Aufnahme der Démarche bei den anderen Grossmächten noch keine Nachricht. Aus Zeitungsnachrichten sehe er, dass die französische Presse hinter der Démarche eine Instigation Österreich-Ungarns zur eventuellen Verleihung der Autonomie an Albanien wittere. Auch italienischer Geschäftsträger habe sich in diesem Sinne ihm gegenüber ausgesprochen. Selbstredend habe er dem Geschäftsträger gesagt, dass er dies

für ganz ausgeschlossen halte; er glaube aber, Euer Exzellenz anheimgeben zu sollen, mit Rücksicht auf die Verbreitung derartiger Nachrichten eventuell in offiziöser Form diesem Gerede entgegenzutreten. Morgen vormittags fahre ich in Begleitung sämtlicher Herren nach Wilhelmshöhe, wo ich um 5 Uhr nachmittags eintreffe. Da auch Staatssekretär dort anwesend sein wird, bitte ich, eventuelle Aufträge mir dorthin zu erteilen. Ich nehme Chiffre mit. Im Laufe des 19. dieses Monats kehre ich nach Berlin zurück, um am 20. dieses Monats meinen Urlaub weiter fortzusetzen. Szögyény.

[a]) Oe. U. Balkan 4 Nr. 5. Vgl. n. 3697, 3699, 3705, 3714, 3737.

Nr. 3699. Tel. nach Konstantinopel, 16. Aug. 1912 Nr. 155 (chiffr. 7 U. 10 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. und G. Macchio).

Der türkische Botschafter ist heute hier erschienen, um Informationen über die Euer Exzellenz aus meinem Telegramme Nr. 152 vom 13. d. M. bekannte Initiative der k. u. k. Regierung — von welcher er durch die Tagespresse Kenntnis erhalten hatte — einzuholen. Hierauf wurde ihm erwidert, der Schritt des Wiener Kabinettes gehe von der sympathischen Beurteilung, welcher die neue dezentralistische Verwaltungsmethode der Pforte bei uns begegnet sei, aus und bezwecke, daß der Türkei die zur Anwendung dieser Methode nötige Zeit gelassen werde. Hieraus ergebe sich, daß es sich um eine entsprechende aufklärende Einwirkung auf die Balkanstaaten handeln werde. Es wurde auch betont, daß ein Eingehen in Detailfragen der ottomanischen Administration nicht beabsichtigt sei, am allerwenigsten eine Rückkehr zur Interventionspolitik. Mavroyéni Bey nahm vorstehende Aufklärung dankend zur Kenntnis und sprach seine persönliche Ansicht dahin aus, daß die Haltung der k. u. k. Regierung eine sympathische Würdigung seitens der Pforte finden werde. Als rein persönliche Bemerkung fügte er bei, seine einzige Besorgnis ginge dahin, die Balkanstaaten könnten, wenn später wieder einmal ein Systemwechsel in Konstantinopel erfolge, aus einem sodann zu gewärtigenden Abgehen von der seitens der Mächte gebilligten Politik des heutigen türkischen Kabinettes ein Recht zu Recriminationen ableiten. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß der Fall eines so durchgreifenden Systemwechsels, wie ihn das Fehlschlagen des jungtürkischen Zentralismus nöthig gemacht habe, sich wohl nicht so bald wiederholen dürfte und daß übrigens die Recriminationen und politischen Ansprüche der Balkanstaaten nicht absolut maßgebend seien, sondern der rectificierenden Einflußnahme der Großmächte unterliegen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3698, 3701.

Nr. 3700. Bericht des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 16. Aug. 1912 Nr. 40 B (eing. 19. Aug.).[a]) Ausfert.

Meine telegrafische Erledigung[a]) des hohen Telegrammes vom 6. lfs. M. Nr. 52 über die eventuelle Intention Italiens, die Insel Chios zu besetzen, möchte ich noch mit Nachstehendem ergänzen. Nachdem der

Staatssekretär mir, wie ich Euer Exzellenz zu melden die Ehre hatte, seine volle Übereinstimmung mit der Auffassung Euer Exzellenz über eine in jeder Beziehung höchst unerwünschte weitere kriegerische Operation im Ägäischen Meere mitgeteilt hatte, stellte ich an ihn die Frage, ob er irgendwelche Anhaltspunkte habe, welche darauf schließen liessen, dass die italienische Regierung die Besetzung der Insel Chios im Schilde führe. Sir E. Grey antwortete mir, dass eine Meldung aus Rom diese Befürchtung ausgesprochen hätte, er habe damals auch Marquis Imperiali gefragt, der ihn jedoch versicherte, dass die italienische Regierung nicht daran denke. Freilich beweise dies nicht viel — so fuhr der Staatssekretär fort — von der Einfahrt der Torpedoflotille in die Dardanellen hatte der Herr italienische Botschafter vorher auch keine Ahnung, wie ja überhaupt begreiflicher Weise die Botschafter im Auslande über bevorstehende kriegerische Aktionen nicht unterrichtet würden. In diesem Zusammenhange erwähnte mir Sir E. Grey, dass Sir A. Nicolson, bei welchem Marquis Imperiali tags nach der Einfahrt der italienischen Torpedoflotille in die Dardanellen vorsprach, diesen in freundschaftlicher aber sehr entschiedener Weise auf den ungünstigen Effekt aufmerksam gemacht habe, welchen diese Aktion sowohl bei den anderen Mächten als auch in Konstantinopel gemacht haben müsse. Ich habe in den letzten Tagen Gelegenheit gehabt, einige Herrn im Foreign Office zu sprechen. Gesprächsweise erzählte mir ein Referent im Departement des Nahen Ostens, Sir F. Cartwright habe in einem Berichte über eine Konversation mit Euer Exzellenz gemeldet, Hochdieselben hätten die eventuelle Möglichkeit einer neuerlichen kriegerischen Operation der Italiener im Ägäischen Meere erwähnt; als nun aus Rom die anscheinend unwahre fragliche Meldung über eine bevorstehende Besetzung von Chios eingelangt sei, habe man im Foreign Office geglaubt, dass Euer Exzellenz vielleicht eine ähnliche Meldung vorliege, und habe man aus diesem Grunde die bewusste Anfrage gestellt. Nach Allem, was ich Äusserungen von Mitgliedern des Foreign Office entnehmen kann, ist man hier — wie es wohl nicht anders zu erwarten ist — über die zukünftige Lösung der Frage der gegenwärtig von den Italienern besetzten Inseln bis zu einem gewissen Grade beunruhigt. „Wir haben mit einem Creta genug" sagte mir neulich der Referent im Departement des nahen Ostens, und dass der Gedanke, die Italiener könnten, wenn sich der Krieg noch weiter in die Länge zieht, doch vielleicht eine der Inseln behalten wollen, sich immer wieder aufdrängt, liegt auf der Hand.

Trauttmansdorff.

[a]) Vgl. n. 3672, 3707.

Nr. 3701. Tel. nach Rom, 16. Aug. 1912 Nr. 134 (chiffr. 4 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Andrian; V. Rappaport; G. Macchio).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 95 und 96 vom 14. und 15. l. M. Unser Vorschlag an die italienische Regierung ist in derselben Textierung wie der an die übrigen Mächte ergangen, weil wir die verbündete Macht genau auf demselben Fuße behandeln wollten, der den anderen Signatarmächten gegenüber angewendet wurde. Selbstverständlich wurde

unsererseits angenommen, daß infolge des Krieges der erste Teil des Vorschlages für Italien dermalen gegenstandslos ist. Bezüglich des Zeitpunktes für die Erteilung der Weisungen an die italienischen Vertreter in Cetinje, Belgrad, Sofia und Athen bin ich mit der von Euer Exzellenz Herrn De Martino gegenüber geführten Sprache vollkommen einverstanden. Nach Einlangen der noch ausständigen Antworten einiger Kabinette werde ich Euer Exzellenz neuerliche Mitteilungen im Gegenstande zukommen lassen.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3699, 3702, 3705.

Nr. 3702. Tel. aus St. Petersburg, 16. Aug. 1912 Nr. 125 (eing. 17. Aug. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow, dem ich heute den Vorschlag Euer Excellenz übermittelte, mit den Kabinetten der Grossmächte in einen Gedankenaustausch darüber einzutreten, ob dieselben geneigt wären, einerseits die Pforte in ihren dezentralistischen Prinzipien zu bestärken, anderseits den Balkanstaaten nahezulegen, dem neuen türkischen Kabinette zu dieser Betätigung Zeit zu lassen, hat diese Anregung sehr günstig aufgenommen. Er sagte mir, er sehe darin einen neuen Beweis, dass die Grundlagen der Orientpolitik Österreich-Ungarns unentwegt dieselben bleiben, auf welchen seinerzeit die Übereinstimmung mit jenen Russlands konstatiert wurde, und begrüsste die Anregung Euer Excellenz als ein neues Zeichen der vollkommenen Identität der Ziele der Balkanpolitik Österreich-Ungarns und Russlands. Was die von Euer Excellenz vorgeschlagenen Demarchen anbelange, so halte er zunächst die in Konstantinopel zu unternehmende für sehr nützlich. Er sei aber durch seinen Botschafter in Konstantinopel erst kürzlich darauf aufmerksam gemacht worden, dass Alles, was einer Kollektivdémarche ähnlich sehe, die Empfindlichkeit der neuen Regierung ausserordentlich verletzen und daher seinen Zweck a priori verfehlen würde, da das neue Regime es unter allen Umständen vermeiden wolle, sich — wie in der Hamidischen Aera — einem äusseren Drucke gegenüber nachgiebig zu zeigen, den die Jungtürken von sich fernzuhalten gewusst hätten. Herr Sazonow ist daher der Meinung, dass die in Rede stehende freundschaftliche Einwirkung die Form einer Kollektivdemarche sorgfältig vermeiden und in die Gestalt von einzelnen Ratschlägen gekleidet werden sollte. Was die Demarche bei den Balkanstaaten anbelange, so ist Herr Sazonow zwar auch der Meinung, dass es sehr zeitgemäss wäre, sie wieder einmal in einer Form zur Ruhe zu mahnen, aus der sie deutlich sehen würden, dass alle Grossmächte in diesem Wunsche einig sind. Er glaube aber nicht, dass irgend eine Aussicht bestehen würde, sie davon zu überzeugen, dass durch blosses ruhiges Abwarten eine individualisierende Behandlung ihrer eigenen Stammesgenossen zu erzielen wäre, doch gab der Herr Minister zu, dass diese Begründung die den Hauptzweck der Demarche bildende Mahnung zur Ruhe vielleicht in eine verbindlichere Form kleide und erklärte sich daher zum Schlusse auch mit dieser Vorgangsweise einverstanden.

Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 4 Nr. 6. Vgl. n. 3687, 3701, 3703, 3705, 3709, 3725.

Nr. 3703. Bericht aus Sofia, 16. Aug. 1912 Nr. 60 (eing. 22. Aug.).[a] *Ausfert.*

Unlängst ist in der Londoner Times eine angeblich aus Petersburg stammende ganz confus gehaltene Meldung erschienen, in der von einem serbo-bulgarischen Defensivbündnisse die Rede war. Diese Nachricht wurde von zahlreichen anderen europäischen Blättern aufgegriffen, und es gesellten sich ihr bald speciell auch in der Wiener Presse weitere Meldungen darüber, dass Serbien und Bulgarien eine Allianz abgeschlossen hätten respective über den Abschluss einer solchen unter dem Patronate Russlands in Verhandlungen stünden. Alle diese Nachrichten wurden seither im Wesentlichen dementirt. Es ist nicht das erste Mal, dass derartige Gerüchte auftreten, und als sie vor ungefähr zwei Monaten im Umlauf standen, hatte ich die Gelegenheit mich mit denselben zu beschäftigen und Euer Excellenz über meine diesfälligen Wahrnehmungen und Anschauungen am 3. Juli l. Js. ad Nr. 45 zu berichten. Ich habe in dieser Meldung auf die wichtigen Considerationen, die gegen die Möglichkeit einer politischen Verständigung zwischen Serbien und Bulgarien sprechen, hingewiesen und zugleich auf Grund glaubwürdiger Informationen, constatirt, dass die damaligen Gerüchte von einem serbo-bulgarischen Bündniss falsch gewesen seien, und dass blos zwischen Herrn Spalajkovitch und Herrn Geschoff über Anregung des ersteren ein Meinungsaustausch stattgefunden hätte, in welchem die beiden Cabinette mit Rücksicht auf den italienisch-türkischen Krieg an dem status quo und dem Frieden festhalten zu wollen erklärten. Ich sehe keinen Grund, der die Annahme rechtfertigen würde, dass die Schwierigkeiten, die mir damals einer serbo-bulgarischen Entente im Wege zu stehen schienen, seither beseitigt worden wären. Diese in den mit einander collidirenden nationalen Interessensphären der beiden Staaten wie auch in der ganzen politischen Richtung Bulgariens und in anderen Considerationen liegenden Schwierigkeiten scheinen vielmehr nach wie vor zu bestehen, und wie damals erscheint es auch jetzt unbegreiflich, warum die um so viel stärkeren und so viel günstigere Aussichten habenden Bulgaren sich zu einer Abmachung mit Serbien hergeben sollten, die, mögen sich die Serben noch so entgegenkommend zeigen, doch nur im Wege gegenseitiger Concessionen, sohin nicht ohne Concessionen bulgarischerseits, möglich sein würde. Dass aber Serbien und Bulgarien eine Allianz schliessen könnten ohne sich zuvor über ihre nationalen Ansprüche in Macedonien, wo die beiden Staaten directe Rivalen sind, zu verständigen, muss — glaube ich — als ganz ausgeschlossen angesehen werden. Infolge der neoslavischen Strömungen und der mit denselben verbundenen Besuche und Veranstaltungen in Belgrad und in Sofia haben sich die Beziehungen zwischen Bulgarien und Serbien letzter Zeit allerdings freundlicher gestaltet, wozu auch die unermüdliche Tätigkeit des hiesigen serbischen Gesandten gewiss und der russische Einfluss vielleicht das Ihrige beigetragen haben. Von dieser platonischen und eher kulturellen Annäherung ist der Weg zu einer politischen Intimität ein noch sehr weiter, und nicht einmal auf handelspolitischem Gebiete ist es der in Betracht kommenden Propaganda gelungen, die beiden Staaten einander viel näher zu bringen. Ich möchte beinahe glauben, dass die — wie

sich die Bulgaren darüber äussern — fast „zudringliche“ Art, in welcher sich die Serben bei jeder Trübung des politischen Horizontes am Balkan in die Arme Bulgariens werfen wollen, die hiesigen Realpolitiker wenn möglich noch vorsichtiger und zurückhaltender stimmt. Andererseits darf es nicht wundern, wenn man hier die serbischen Avancen nicht in brüsker Weise abweist; abgesehen davon, dass dies eine schlechte Diplomatie wäre, abgesehen von den Rücksichten auf Russland und die Ideale der slavischen Bruderschaft, kann es den Bulgaren und zwar besonders in kritischen Zeiten wie die jetzigen, nur angenehm sein umworben zu werden und die Welt unter dem Eindrucke der serbo-bulgarischen Intimität zu lassen. In der Liebenswürdigkeit für Serbien dürfte man hier aber massgebenden Ortes kaum darüber hinausgehen, dass man Herrn Spalajkovitsch, der den bulgarischen Politikern beständig in den Ohren liegt, geduldig anhört, seine Anerbietungen mit höflichen Freundschaftsversicherungen quittirt, und dass man äussersten Falles wenig sagende Erklärungen über die Interessengemeinschaft und die friedlichen Absichten der beiden Staaten oder über Eventualitäten, die unter gewissen Umständen ohnehin automatisch eintreten müssten, austauscht. Mir fehlt der Glaube daran, dass König Ferdinand Seiner Regierung gestattet hätte, einen Meinungsaustausch mit Serbien zu Papier zu bringen. Sollte es dennoch etwas Geschriebenes geben, so ist darin kein Engagement zu finden, welches die Bewegungsfreiheit Bulgariens in irgendwelcher Richtung hemmen könnte. Herr Spalajkovitch soll — wie ich von Personen, die mit ihm gut stehen, vielfach höre — mit dem bisherigen Erfolge seiner hiesigen Tätigkeit durchaus nicht zufrieden sein. Ich müsste mich wundern, wenn es anders wäre, da ich nicht glauben kann, dass Bulgarien, solange es mit der Eventualität der Liquidierung der Türkei rechnet, seine nationalen Aspirationen im Süden nicht aufgibt und — was ich besonders betonen möchte — in Österreich-Ungarn keinen Gegner einer eventuellen Verwirklichung der bulgarischen Ansprüche sieht, sich zu einer Einschränkung dieser Aspirationen oder zu bindenden Engagements einem schwächeren Rivalen gegenüber entschliessen würde. Als die eingangs erwähnten Zeitungsnachrichten über ein serbo-bulgarisches Bündniss kürzlich wieder auftauchten, erwähnte ich sie gelegentlich Herrn Geschoff. Vous n'allez pas me dire — erwiderte der Conseilspräsident — que vous prenez au sérieux ces enfantillages; ce sont des fables comme celles qu'on se racontait il y a quelque temps sur l'alliance bulgaro-grécque. Mein türkischer und rumänischer College sagten mir beide, dass sie den in Rede stehenden Gerüchten, „die absichtlich in Belgrad und in Petersburg lancirt werden,“ gar keine Bedeutung beimessen und an dieselben nicht glauben. In derselben Weise sprachen sich auch zu mir zwei führende bulgarische Politiker der Opposition aus, die prononcirte Russophobe sind und stets die Neigung zeigen, die jetzige Regierung zu verdächtigen. Eine Verständigung mit Serbien bezeichneten sie als a priori ausgeschlossen und meinten, dass heute bereits auch die russophile Partei die Unmöglichkeit und Zwecklosigkeit einer politischen Entente mit Serbien erkannt hätte.

Tarnowski.

a) Vgl. n. 3607, 3702, 3730, 3764.

Tel. nach Berlin, 17. Aug. 1912 Nr. 86 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 3705.

Nr. 3704. Privatschreiben des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 17. Aug. 1912 (eing. 19. Aug.).[a] Eigh. Ausfert.

... *Persönliches* ... Der anfängliche Jubel über das neue Marine-Abkommen mit Russland hat stark abgeflaut; in einem meiner heutigen Berichte[b] führe ich den Gedanken aus, dass die Veröffentlichung dieses an und für sich überflüssigen Abkommens als eine geschickte Einleitung der zu gewärtigenden Riesenanlehen zu betrachten ist. Von allem Anfange hat der neue Accord auf mich den Eindruck gemacht, der mit dem ungarischen dicton: „nesze semmi fogd meg jól" so gut ausgedrückt wird. Die russische Diplomatie operiert wirklich mit viel Glück und Geschick, seitdem Sazonow die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen hat. Sie versteht es, sich mit den Mächten der Tripelallianz auf den besten Fuss zu stellen und sich zugleich in der Tripelentente unentbehrlich zu machen. Während dessen wird der reiche Bundesgenosse, der ohnehin nicht weiss, was mit seinem Gelde anzufangen, unentwegt mit immer gewaltigeren Summen angepumpt. Frankreich wird auf diese Weise derartig an Russland gefesselt, dass, wenn je die Verhältnisse eine Lösung der Allianz als wünschenswerth erscheinen lassen sollten, die in Russland investierten französischen Milliarden dies ausserordentlich erschweren, wenn nicht ganz unmöglich machen werden. Meine in Deinem Auftrage bei Herrn Paléologue ausgeführte Démarche[c] betreffs des Balkans hat bei diesem eine sehr günstige Aufnahme gefunden. Auch die Presse beurtheilt die von Dir ins Auge gefasste Aktion durchaus günstig — theilweise wohl auch aus Widerspruchsgeist gegen die reichsdeutsche Presse, deren angeblich wenig freundliches Verhalten hier, mit Recht oder Unrecht, betont wird. Vereinzelnten Auffassungen, wonach wir die Absicht hätten, bezüglich des Balkans das Concert européen quasi als Vormundschaftsbehörde walten zu lassen, wie zu Zeiten Abd ul Aziz', werde ich in meinen Gesprächen am Quai d'Orsay entgegenzutreten Gelegenheit nehmen. ... *Persönliches.* ... Somssich.

[a] Vgl. n. 3685, 3711. — [b] Bericht Nr. 32 C nicht aufgenommen, weil der wesentliche Inhalt oben wiedergegeben erscheint. — [c] Vgl. n. 3692, 3705.

Tel. nach Rom, 17. Aug. 1912 Nr. 136 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 3705.

Nr. 3705. Tel. nach St. Petersburg Nr. 87 (1), Berlin Nr. 86 (2) und Rom Nr. 136 (3), 17. Aug. 1912 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. Rappaport; G. Macchio).

1. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 125 vom 16. d. M. erhalten. Ich ersuche Euer Exzellenz, Herrn Sazonow in meinem Namen zu sagen, daß ich über die zustimmende Aufnahme, welche mein Vorschlag bei ihm gefunden hat, sehr erfreut sei und die bei diesem Anlaß neuerlich bestätigte Identität der Ziele unserer beiderseitigen Balkanpolitik auch meinerseits mit

lebhafter Genugtuung begrüße. Ich behielte mir vor, sobald mir die Antworten sämtlicher Kabinette auf meine Anregung vorliegen würden, mit weiteren Vorschlägen hinsichtlich der Durchführung an die Regierungen heranzutreten. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Minister zugleich andeuten, daß meine Intentionen, was die Form der zu unternehmenden Aktion anbelangt, mit den seinen vollkommen übereinstimmen, daß ich mich aber hierüber natürlich erst dann bestimmter werde aussprechen können, sobald ich im Besitze der Antworten aller Mächte sein werde.

2. Telegramme Nr. 159 und 160 vom 15. und 16. d. M. erhalten. Euer Exzellenz wollen Herrn von Kiderlen für seine Erklärung, sich an einer Aktion im Sinne meiner Anregung auch in dem Falle beteiligen zu wollen, wenn nicht alle anderen Mächte daran teilnehmen würden, in meinem Namen danken und bemerken, daß ich mir vorbehalte, sobald mir die Antworten sämtlicher Kabinette zugekommen sein würden, mit weiteren Vorschlägen hinsichtlich der Durchführung an die Regierungen heranzutreten.

3. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 134 vom 16. d. M. Euer Exzellenz wollen Marquis di San Giuliano wissen lassen, daß ich über die zustimmende Aufnahme, die meine Anregung bei ihm gefunden hat, sehr erfreut sei und mir vorbehielte, sobald mir die Antworten sämtlicher Kabinette vorliegen würden, mit weiteren Vorschlägen hinsichtlich der Durchführung an die Regierungen heranzutreten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3706, 3710, 3714 Anm. e.

Nr. 3706. Tel. aus Sofia, 17. Aug. 1912, Nr. 137 (eing. 18. Aug. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Feier in Tirnova programmässig ohne Zwischenfall verlaufen. Protestmeetings in Provinz dauern fort, ebenso wie Erregung im Lande. Regierung nach wie vor ruhig; entschlossen, sich von öffentlicher Meinung nicht beeinflussen zu lassen. Stimmung scheint mir vorderhand ungefährlich, jedoch könnte bei Wiederholung Vorfälle wie Kotschana, nicht mehr dasselbe sagen. Herr Geschoff hat meine Ausführungen im Sinne Euer Excellenz Telegrammes Nr. 70 vom 13. d. M. mit Dank und Befriedigung aufgenommen. Seit gestern beschäftigt hiesige massgebende Kreise die durch Blättermeldungen bekannt gewordene Initiative Euer Excellenz zur Aussprache der Signatarmächte über Situation in Türkei. König ist, wie mir Herr Dobrovitch sagt, angesichts der Lage und letzter Zeit heftigen Pressangriffe gegen seine Auslandsreisen unentschlossen, ob er, wie beabsichtigt, sofort Karlsbad abreisen soll. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3705, 3708, 3712.

Nr. 3707. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 18. Aug. 1912 Nr. 319 (eing. 19. Aug. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern hat mir gestern zum ersten Mal von den im Zuge befindlichen Friedensverhandlungen mit Italien gesprochen.[b]) Er

sagte mir, diese Verhandlungen werden streng geheim geführt. Er habe Grund anzunehmen, dass sie zum Ziele führen werden, in der Natur der Sache liege es aber, dass dies noch einige Zeit in Anspruch nehmen werde. Ich liess die Bemerkung fallen, dass an und für sich das Bekanntwerden der Tatsache, dass zwischen den kriegführenden Parteien Verhandlungen schweben, eine Detente der gegenwärtig sehr gespannten Lage nach sich führen müsse, worauf Gabriel Effendi versicherte, er werde sich die Sache noch überlegen und vielleicht etwas diesbezüglich verlautbaren lassen.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3700, 3708 Anm b, 3780. — [b]) Vgl. n. 3628, 3648.

Nr. 3708. Bericht aus St. Petersburg, 5./18. Aug. 1912 Nr. 30 A (eing. 21. Aug.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Wie ich Euer Exzellenz heute bereits telegraphisch zu melden die Ehre hatte, fand anlässlich des Allerhöchsten Geburtsfestes unseres Allergnädigsten Herrn in Peterhof ein Galadéjeuner statt, zu dem ich mit den Herren der Botschaft Einladungen erhalten hatte. Vom Hofe waren ausser Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus noch die Grossfürsten Michael Alexandrowitsch, Nikolaus Nikolajewitsch, Serge Michailowitsch und Boris Wladimirowitsch, sowie Prinz Johann Konstantinowitsch anwesend. Nachdem Kaiser Nikolaus Seine wärmsten Glückwünsche anlässlich des heutigen Festes ausgesprochen hatte, erkundigte Er Sich angelegentlichst nach dem Befinden unseres Allergnädigsten Herrn und war sehr erfreut, als ich Ihm über dasselbe die besten Nachrichten geben konnte. Im Laufe des Déjeuners konversierte Kaiser Nikolaus mit mir zunächst in liebenswürdigster Weise über allerlei unpolitische Themata, kam aber mit der Zeit auch auf die Lage am Balkan zu sprechen. Seine Majestät erwähnte der grossen Fehler, die das jungtürkische Régime aufgehäuft hatte und die zu der jetzigen schwierigen Situation geführt haben. Ich erlaubte mir hier die Bemerkung einzuschalten, dass zu hoffen sei, das jetzige türkische Kabinett, welches aus den besten und erfahrensten Männern bestehe, über welche die Türkei verfüge, werde aus den Fehlern seiner Vorgänger gelernt haben. Uebrigens liessen die bisherigen Schritte des Kabinettes Mukhtar Pascha die Hoffnung berechtigt erscheinen, dass dieses in der Behandlung der verschiedenen, die europäische Türkei bewohnenden, Völkerschaften eine glücklichere Hand haben und dass das, wie es scheine, von ihm inaugurierte System einer individualisierenden Behandlung und einer weniger zentralistischen Administration gute Früchte tragen werde. Kaiser Nikolaus erwiderte, es sei hiebei jedoch zu hoffen, dass die Pforte den Albanesen nicht zu grosse Zugeständnisse machen werde, da dies ein sehr schlechtes Beispiel für die anderen Nationalitäten geben würde. Ich bemerkte hiezu, dass die türkische Regierung wohl gewiss bestrebt sein werde, in den zu gewährenden Konzessionen nicht zu weit zu gehen, und dass nach den uns vorliegenden Nachrichten speziell von der Absicht der Gewährung einer Autonomie nicht die Rede sein könne. Im weiteren Laufe des Gespräches erwähnte Seine Majestät, die Hauptsache sei, dass nun alle Mächte

in dem Wunsche nach Erhaltung des Friedens und der Ruhe am Balkan einig seien, und dass man es dort unten auch wisse. Dadurch habe die Gefährlichkeit der Lage viel von ihrer Schärfe verloren. Uebrigens sei bisher die Haltung der Balkanstaaten eine korrekte gewesen. Insbesondere, was Bulgarien anbelangt, so könne man in die Regierung des Herrn Geschow Vertrauen haben. Allerdings wäre eine Wiederholung von Vorfällen wie jener von Kotschana immer sehr gefährlich. Bezüglich des italo-türkischen Krieges[b]) meinte Seine Majestät, die Italiener hätten, wenn sie schon diesen Krieg vom Zaune brechen wollten, ganz anders vorgehen müssen. Ihre Vorbereitungen seien weder was die Aktion in Tripolis selbst anbelangt noch in Bezug auf die Tätigkeit der Flotte entsprechend gewesen. Wenn sie gleich zu Anfang einen Angriff auf die Dardanellen gemacht und dieselben, was damals möglich gewesen wäre, forciert hätten, so hätten sie vor Konstantinopel erscheinen und vielleicht in 14 Tagen den Krieg beenden können. Ihre jüngste Unternehmung gegen die Dardanellen aber habe keinen anderen Effekt gehabt als in Italien selbst grosse Begeisterung hervorzurufen, was vielleicht auch der Hauptzweck der Übung war; überall anders, auch bei den Türken, habe der Raid der Torpedoboote nur ein Lächeln ausgelöst. Leider sei ein Ende des Krieges gegenwärtig noch nicht abzusehen. Ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die sich einem Friedensschlusse überhaupt entgegen stellen, werde übrigens da auch noch das Schicksal der von den Italienern zurückzugebenden Inseln eine nicht leicht zu lösende Frage bilden. Es sei offenbar unmöglich, dass dieselben wieder unter türkische Herrschaft zurückkehren, ohne dass gewisse Garantien für eine gerechte Behandlung der christlichen Einwohner gegeben würden. Freilich müsse man acht geben, dass man sich dadurch nicht eine Reihe von Kretafragen auf den Hals lade. Vielleicht könnte aber, so meinte Kaiser Nikolaus, das Beispiel von Samos den Weg zu einer geeigneten Lösung weisen. Auch die Lage in China berührte Kaiser Nikolaus und sagte, Er könne Sich gar keine rechte Vorstellung über die weiteren Folgen der dortigen Umwälzung machen. Wenn die Revolution im Laufe der Zeit eine Loslösung einzelner Teile des himmlischen Reiches zur Folge haben sollte, was Ihm, speziell bezüglich des Südens, wo gegen die Pekinger Machthaber doch grosses Misstrauen herrsche, nicht unmöglich erscheine, so könnte sich Europa nur dazu gratulieren, weil hiedurch die sogenannte gelbe Gefahr in weitere Ferne gerückt würde. Alles dürfte wohl davon abhängen, ob in China eine kraftvolle Persönlichkeit die Oberhand gewinne. Ob Juanschikai hiezu das Zeug in sich habe, scheine Ihm aber doch zweifelhaft. Dass es in China früher oder später zu einer Reaktion kommen werde, hält Kaiser Nikolaus für sehr wahrscheinlich, da Er nicht glauben kann, dass ein Volk, in dem das dynastische Prinzip so tiefe Wurzeln in den weiten Schichten des Volkes geschlagen habe und welches gewohnt war, seinem Herrscherhause einen fast göttlichen Ursprung zuzuschreiben, sich auf die Dauer mit einer Republik befreunden könne. Zum Schlusse möchte ich mir noch ergebenst zu bemerken erlauben, dass der von Kaiser Nikolaus gesprochene Toast, den Seine Majestät in sehr warmen und herzlichem Tone vorbrachte, von jenem des Vorjahres nur dadurch abwich, dass er heuer lautete: „Je bois

à la santé de mon cher frère et ami", während Er vergangenes Jahr nur auf das Wohl „de mon frère et ami" trank. Ob diese Nuance eine beabsichtigte war und eine weitere Besserung in den gegenseitigen Beziehungen marquieren sollte, vermag ich nicht zu beurteilen. Jedenfalls aber war der ganze Ton der Ausführungen des Kaisers ausserordentlich freundlich und gnädig. Auch die anwesenden Grossfürsten, deren Haltung meist ein Barometer für die an Höchster Stelle herrschende Stimmung zu sein pflegt, waren sowohl für mich als die Herren der Botschaft ausnehmend liebenswürdig und freundlich. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3706, 3709. — [b]) Vgl. n. 3707, 3739.

Nr. 3709. Bericht aus St. Petersburg, 5./18. Aug. 1912 Nr. 30 C (eing. 21. Aug.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Wie ich Euer Exzellenz bereits unter dem 3. d. Mts.[b]) telegrafisch zu melden die Ehre hatte, nahm Herr Sazonow Euer Exzellenz Anregung, einerseits die Pforte durch freundschaftliche Ratschläge in ihren jetzigen dezentralistischen Prinzipien zu bestärken und andererseits den Balkanstaaten vorzuhalten, dass sie im eigensten Interesse die Pforte nicht in der Ausgestaltung dieser Prinzipien stören und dem Cabinette Muktar Pasha zur Durchführung derselben Zeit lassen mögen, ganz besonders gut aufgenommen. Wie ich Euer Exzellenz des Weiteren bereits telegrafisch zu melden die Ehre hatte, machte Herr Sazonow aber bezüglich des in Constantinopel zu unternehmenden Schrittes die Reserve, dass der Anschein einer Collectiv-Démarche vermieden werde. Er begründete dies mit dem Hinweis auf einen Bericht des russischen Botschafters in Constantinopel, der darauf aufmerksam gemacht habe, dass das gegenwärtige Cabinet Allem gegenüber, was wie ein Druck des Auslandes aussehe, ganz besonders empfindlich sei. Die neue Regierung wolle nämlich unter allen Umständen vermeiden, dass die Jungtürken ihm[c]) den Vorwurf machen können, es müsse sich eine Einmischung des Auslandes wieder, so wie zur hamidischen Zeit, gefallen lassen, was den Jungtürken selbst abzuschütteln gelungen sei. Was den bei den Balkanstaaten zu unternehmenden Schritt anbelangt, so meinte der Herr Minister, dass es gewiss sehr zeitgemäss wäre, dort wieder einmal energisch zur Ruhe zu mahnen und namentlich zu zeigen, dass alle Mächte in dem Wunsche Ruhe zu haben vollständig einig seien. Er meinte aber, dass der Hinweis auf das eigene Interesse der Balkanstaaten dem gegenwärtigen Cabinete zur Durchführung seines individualisierenden dezentralistischen Verwaltungsystems Zeit zu lassen, bei ihnen nicht viel Erfolg haben würde, da sie in Bezug auf türkische Reformen durch die gemachten Erfahrungen viel zu misstrauisch geworden seien um zu glauben, dass ihre Connationalen durch blosses Zuwarten irgend etwas profitieren könnten. Schliesslich gab aber der Herr Minister zu, dass auch bei dieser Form die zu unternehmende Démarche schliesslich auf eine Mahnung zur Ruhe hinauslaufe und vielleicht sogar so in ein für die Balkanstaaten verbindlicheres Gewand gekleidet erscheine, so dass er zum Schlusse auch zu dieser von Euer Exzellenz in Aussicht genommenen Formulierung

seine Zustimmung gab. Die sichtliche Befriedigung, welche der Herr Minister über den Vorschlag Euer Exzellenz empfand, kann nach dem Vorstehenden somit nicht so sehr auf den meritorischen Inhalt der Anregung Euer Exzellenz gesetzt werden, als vielmehr darauf, dass Herr Sazonow in dem Factum, dass eine auf die Wahrung des Status quo hinzielende Anregung gerade vom Wiener Cabinet ausgegangen sei, ein besonders erfreuliches Symptom erblickte, zumal auch in der Begründung derselben der Wunsch der Monarchie zum deutlichen Ausdruck kam, die freie Entwicklung der Balkanvölker bei Erhaltung des Status quo zu fördern. Wenn dieser uns so selbstverständlich erscheinende Umstand bei Herrn Sazonow eine so grosse Befriedigung auslösen konnte, so liegt eben der Grund darin, dass man hier in den weitesten Kreisen sich noch immer nicht von dem Verdacht losmachen kann, dass die Monarchie im geheimen doch besondere Ziele am Balkan verfolge, ein Misstrauen, von dem, wie ich wiederholt feststellen konnte, auch Herr Sazonow unter dem Einflusse gewisser hiesiger Kreise von Zeit zu Zeit angesteckt wird. Herr Sazonow sagte mir, die Ausführungen Euer Exzellenz, mit denen Hochdieselben Ihren Vorschlag einbegleiten, decken sich vollkommen mit seinen eigenen Anschauungen und entsprechen genau jenen drei Punkten, welche seinerzeit zwischen den beiderseitigen Cabineten vereinbart wurden, als nach einer bedauerlichen Spannung die gegenseitigen Beziehungen wieder in das normale Geleise gebracht wurden. Der Herr Minister fügte hinzu, er habe nie an der Aufrichtigkeit der damaligen Erklärungen des Grafen Aehrenthal sowie an jenen Euer Exzellenz im geringsten gezweifelt, aber es sei doch für ihn erfreulich im gegenwärtigen Schritte Euer Exzellenz eine neue Bestätigung der Übereinstimmung der beiderseitigen Standpunkte zu sehen. Was Russland betreffe, so sei es ebenfalls aufrichtig und ernstlich bemüht den Status quo am Balkan zu erhalten. Russland habe allerdings in einer früheren Zeitepoche wiederholte Kriege gegen die Türkei geführt und habe die Balkanslaven von der türkischen Herrschaft befreit. Jetzt sei aber diese Periode abgeschlossen und Russland suche nichts mehr am Balkan. Dies sollte die Türkei wissen und anerkennen. Es sei daher umso törichter von derselben, dass sie durch ihr Vorgehen im Urmiagebiete alles thue, um sich die Gewogenheit Russlands zu verscherzen. Dieses Vorgehen, in dem Russland eine ernstliche Bedrohung seiner Interessen erblicke, und das, wie er nicht verhehlen wolle, im vergangenen Winter zu einer gefährlichen Complication zu führen drohte, sei der hauptsächlichste Grund, warum von Anfang des italo-türkischen Krieges an die Sympathien Russlands so sehr zu Italien hingeneigt haben. Diesen letzten Excurs auf das Gebiet der russisch-türkischen Beziehungen mit Rücksicht auf die Urmiafrage gestatte ich mir aus dem Grunde hier besonders zu erwähnen, weil die Worte des Herrn Ministers meine schon wiederholt einberichtete Auffassung bestärkt hat, dass Russland in dieser Beziehung keinen Spass verstehe und dass die Türkei gut thun werde, dort keine Unvorsichtigkeiten zu begehen.

Thurn.

[a]) Vgl. n. 3708, 3710. — [b]) Augenscheinlich ein Irrtum. Es handelt sich um n. 3702. — [c]) So!

Nr. 3710. Bericht aus St. Petersburg, 5. 18. Aug. 1912 Nr. 30 D (eing. 21. Aug.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Ich habe das hohe Telegramm von gestern Nr. 87 unmittelbar vor der Abreise nach Peterhof erhalten, so dass ich in der Lage war, den Inhalt desselben noch während der Fahrt dahin Herrn Neratow (Herr Sazonow hat seinen nur für den Empfang des französischen Ministerpräsidenten unterbrochenen Urlaub wieder angetreten) mitzuteilen. Bei dieser Gelegenheit besprach ich mit dem Herrn Gerenten nochmals die von Euer Exzellenz ergriffene Initiative. Herr Neratow war ebenso wie der Minister selbst (vide mein gehorsamster heutiger Bericht L. C) mit der Tendenz und den Zielen der geplanten Aktion vollkommen einverstanden, meinte aber, dass bezüglich der Modalitäten der Ausführung doch noch Einiges zu überlegen wäre. Dies gelte namentlich von dem bei den Regierungen der Balkanstaaten zu unternehmenden Schritte. Neratow meint, man sollte es vermeiden, bei den Regierungen der Balkanstaaten die Meinung zu erwecken, dass man sich nur für die Albanier interessiere und sie mit dem Rate, ruhig die Entwicklung der Dinge in der Türkei abzuwarten, nur ad calendas graecas hinhalten wolle. Wenn türkischerseits für Albanien ein System der individualisierenden Behandlung und der Dezentralisation eingeführt werde, so sollte doch für die verschiedenen christlichen Einwohner Mazedoniens auch etwas geschehen! Es schwebt Herrn Neratow, wenn ich seine nicht sehr klaren Ausführungen richtig verstanden habe, der Gedanke vor, ob nicht gelegentlich des in Konstantinopel zu unternehmenden Schrittes auch in irgend einer Form, aber unter sorgfältiger Vermeidung des Anscheines, als wolle man in die Interventions-Politik der Hamidschen Aera zurückfallen, der Pforte nahe gelegt werden könnte, das für Albanien inaugurierte System, welches sich dort gewiss bewähren würde, auch in Mazedonien in Anwendung zu bringen. Könnte man in dieser Beziehung irgend eine Äusserung oder Zusage der Pforte erlangen, so könnte man dann viel eher und mit mehr Nachdruck den Balkanstaaten den Rat zum geduldigen Zuwarten geben, weil dann wirklich eine gewisse Aussicht vorhanden wäre, dass die Lage ihrer Konnationalen in Mazedonien eine bessere werden würde. Herr Neratow meint übrigens, dass seine vorstehend skizzierten Ideen ganz gut in den Rahmen des Gedankenganges Euer Exzellenz Anregung hineinpassen, da ja auch Hochdenselben, als Folge der Inaugurierung der dezentralistischen Richtung in Albanien, die Möglichkeit vorschwebe, dass dann auch die Bewohner Mazedoniens ihre berechtigten Aspirationen in friedlicher Weise zur Geltung bringen könnten. Die Aufnahme, welche der Initiative Euer Exzellenz, die an dem Tage, an welchem ich Herrn Sazonow davon Mitteilung machte, bereits ihren Weg in die Presse gefunden hatte, in den hiesigen Tagesblättern bereitet wurde, ist von der, welcher sie an kompetenter Stelle begegnete, sehr verschieden und legt für die mauvaise foi der russischen Presse der Monarchie gegenüber beredtes Zeugnis ab. Wie Euer Exzellenz aus den einschlägigen Ausführungen meines heutigen ergebensten Pressberichtes entnehmen wollen, verdrehen die meisten Blätter völlig die Absichten Euer Exzellenz und suchen hinter Hochdero Schritt verborgene macchiavellistische Pläne! Thurn.

[a] Vgl. n. 3712, 3720.

Nr. 3711. Bericht aus St. Petersburg, 5./18. Aug. 1912 Nr. 30 E (eing. 21. Aug.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Der französische Ministerpräsident und Minister des Äussern Herr Poincaré hat am 3./16. d. M. Petersburg wieder verlassen. Nachdem dieser Besuch in allen Blättern des In- und Auslandes während einer Woche zum prädominierenden Thema ihrer Ausführungen geworden war und namentlich Anfangs zu den weitgehendsten und sensationellsten Schlussfolgerungen geführt hatte, will ich versuchen, in Nachstehendem die tatsächliche Bedeutung und das wirkliche Ergebnis der Anwesenheit Herrn Poincarés in Russland einer möglichst concisen Würdigung zu unterziehen. Die Blätter haben jeden Schritt, den Herr Poincaré auf russischem Boden getan hat, und jede Unterredung, welche er mit den hiesigen Staatsmännern hatte, so ausführlich registriert, dass ich über diesen rein äusserlichen Teil der Entrevue wohl zunächst hinweggehen darf. Allerdings haben die Zeitungen sich nicht auf die Feststellung dieser Begleitumstände der Entrevue beschränkt, sondern wussten auch über den Zweck der Reise, den Inhalt der verschiedenen Besprechungen und deren Ergebnis alle möglichen Details anzugeben, die zum grössten Teil auf reiner Combination beruhten und deren tendenziöser Zweck auf der Hand lag. Diese Nachrichten möchte ich auf Grund der mir nach und nach zugekommenen authentischen Informationen auf ihr richtiges Mass zurückzuführen versuchen. Über die Veranlassung, weshalb der französische Ministerpräsident sich nach Petersburg begeben hat, braucht man wohl nicht viele Combinationen anzustellen, da er in der Natur des Bundesverhältnisses beider Staaten seine natürliche Erklärung findet, ganz abgesehen davon, dass Herr Poincaré dem russischen Minister des Äussern einen Gegenbesuch schuldig war. Die Art und Weise aber, wie seine Reise von den französischen Blättern eingeleitet wurde, legt die Vermutung nahe, dass es der französischen Regierung, welcher die durch die Begegnung in Baltisch-Port documentierte Annäherung Russlands an das Deutsche Reich doch nicht so ganz genehm war, darum zu tun gewesen sein dürfte, die Gelegenheit des Besuches Herrn Poincarés zu benützen, um den Eindruck der vorangegangenen Kaiserbegegnung möglichst zu verwischen und durch eine recht auffallende Inszenierung der Öffentlichkeit das ungeschwächte Bestehen des Allianz-Verhältnisses wieder in drastischer Weise vorzudemonstrieren. Inwieweit hiebei in Frankreich auch Erwägungen innerer Politik mitgespielt haben, entzieht sich von hier aus meiner Beurteilung, doch scheint es mir nicht unmöglich, dass man sich in Paris hievon auch eine Kräftigung der nicht allzustarken Stellung des jetzigen Ministeriums erwartete. Diesem Bestreben dürfte wohl auch die zu Beginn der Reise Herrn Poincarés lancierte Nachricht von dem Abschlusse einer Marineconvention gedient haben, wenn gleich nach gewissen mir zugekommenen Nachrichten diese Bombe früher geplatzt ist, als die Arrangeure beabsichtigt hatten, da eigentlich der Plan bestanden hätte, mit dieser Nachricht erst nach der Abreise Herrn Poincarés aus Petersburg hervorzutreten, um sie als grosses und erfreuliches Ergebnis seines russischen Besuches hinstellen zu können. Dass seitens der russischen Regierung, die nicht das gleiche Interesse wie Frankreich daran haben konnte, unmittelbar

nach der Entrevue in Baltisch-Port deren Wirkung zu verwischen und dem Besuche des französischen Ministers eine gegen Deutschland gerichtete Spitze andichten zu lassen, den Nachrichten über die famose Marineconvention und insbesondere den an dieselben geknüpften Commentaren der französischen Presse die auch in den nationalistischen Zeitungen des eigenen Landes ein bereitwilliges Echo fanden, so lange nicht entgegengetreten wurde, erscheint vielleicht auf den ersten Blick befremdend, findet aber meiner Meinung nach eine Erklärung darin, dass man einerseits den französischen Gast, wie Herr Kokowtzew meinem deutschen Collegen gegenüber bemerkte, nicht mit einer „douche d'eau froide" empfangen wollte und man vielleicht auch den hiesigen populären, chauvinistischen und nationalistischen Strömungen eine Concession machen zu müssen glaubte. So liess man es denn zunächst ruhig gewähren, dass aus den Meldungen und Commentaren der hiesigen und französischen Blätter im Auslande alle möglichen falschen Schlüsse gezogen wurden, die geeignet waren, in der öffentlichen Meinung Europas eine ziemlich tiefgehende Beunruhigung zu erregen. Erst als diese gar zu grosse Dimensionen anzunehmen drohte, kamen nach und nach einzelne Dementis nachgehinkt. Als erste wurde die Nachricht dementiert, dass es sich in den Besprechungen mit Herr Kokowtzew um die Vorbereitung einer neuen grossen Anleihe gehandelt habe. Diesem, nur dem russischen Interesse dienenden Dementi folgte etwas später die Erklärung, dass die russische Regierung nicht daran denke, die Meerengenfrage gegenwärtig aufzurollen. Endlich kam die bedeutsame Mitteilung des Chefs des russischen Admiralstabes Fürsten Lieven an einen Correspondenten der Kölnischen Zeitung, die auch die Legende von dem Abschlusse einer Marineconvention, die so viel Lärm und Aufregung verursacht hatte, zerstörte. Hiedurch wurde wohl der französischen Blätter-Campagne, die dem Besuche eine so tendenziöse Färbung zu geben versucht hatte, der Boden abgegraben und Poincarés Reise, die mit lauten Fanfaren eingeleitet worden war, endete unter dem Schalmei-Klange des offiziösen Communiqués, das sich darauf beschränkt, die Intimität des Bundes-Verhältnisses und die Übereinstimmung der Anschauungen der beiden Regierungen in warmen Worten hervorzuheben, nicht ohne den, auch in dem nach Baltisch-Port herausgegebenen Communiqué aufgenommenen, Hinweis auf das europäische Gleichgewicht zu enthalten, welches eine wertvolle Friedensbürgschaft biete. Dies der Verlauf und das Ergebnis des Besuches Herrn Poincarés soweit sie aus den öffentlich bekannt gewordenen Enunziationen zu erkennen sind!

Aber auch die Äusserungen Herrn Sazonows, die er mir gegenüber bei den zwei Gelegenheiten machte, wo ich ihn während der Anwesenheit des französischen Ministerpräsidenten sprechen konnte, bestätigen die sich aus dem Resumé der nunmehr allmählich allgemein bekannt gewordenen Vorgänge ergebenden Schlüsse. Schon als ich Herrn Sasonow am 13. d. M. das erste Mal sprach, machte er mir gegenüber einige Bemerkungen, aus denen ich ersehen konnte, dass die damaligen Zeitungs-Commentare, die aus der Anwesenheit Herrn Poincarés durchaus eine Spitze gegen Deutschland herausconstruieren wollten, keineswegs den Tatsachen entsprechen.

Der Herr Minister sagte mir, spontan auf seinen französischen Collegen zu sprechen kommend, dass dieser ihm je mehr er von ihm sehe, umso besser gefalle. Er sei ein Mann von hervorragendem Intellecte und einer grossen Willensstärke, der genau wisse was er wolle. Eine Bemerkung, die ihm hiebei entschlüpfte und in der er Herrn Poincaré als manchesmal sogar „très têtu" bezeichnete, liesse darauf schliessen, dass die seither constatierte völlige Übereinstimmung der Ansichten doch auch gewisse Ausnahmen zulasse, wobei ich allerdings nicht weiss, auf welche Gebiete sich diese anfänglichen Meinungsverschiedenheiten bezogen haben mögen. Nach gewissen seither in die Presse durchgesickerten Meldungen könnten sie vielleicht am ehesten bei Besprechungen der chinesischen Anleihe-Frage zum Ausdrucke gekommen sein. Herr Sasonow erwähnte sodann, ohne dass ich dieses Thema angeregt hätte, die in den Zeitungen gerade damals so aufgebauschten Nachrichten über den Abschluss einer Marineconvention. „Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, dass die von den Zeitungen an diese Nachricht geknüpften Schlussfolgerungen ganz aus der Luft gegriffen sind und dass es sich bei den Besprechungen des Fürsten Lieven mit seinem französischen Collegen nur um eine zwischen Verbündeten ganz natürliche Aussprache über technische Details gehandelt habe, die gegen Niemanden, insbesondere auch nicht gegen Deutschland irgend eine Spitze haben." Im weiteren Verlaufe unseres Gespräches erwähnte Herr Sasonow noch, er habe selbstverständlich mit Herrn Poincaré auch die Lage am Balkan sowie die durch die Fortdauer des italo-türkischen Krieges geschaffene Situation besprochen. Was letztere betreffe, so habe man leider neuerdings constatieren müssen, dass es auch heute noch an einer geeigneten Grundlage für eine Friedensvermittlung fehle. Aus einer weiteren Bemerkung des Herrn Ministers konnte ich aber entnehmen, dass er den Gedanken nicht aufgegeben hat, falls sich im Laufe der Zeit eine günstige Gelegenheit ergeben sollte, im gegebenen Augenblick mit neuen Vermittlungs-Vorschlägen hervorzutreten.

Bei meiner zweiten Unterredung, in welcher ich Herrn Sasonow zunächst den jüngsten Vorschlag Euer Excellenz bezüglich einer in Constantinopel und bei den Balkanstaaten zu unternehmenden Demarche mitteilte, war der Herr Minister besonders mitteilsam und offenherzig. Er war offenbar durch den Schritt Euer Excellenz, in dem er einen neuen Beweis des ernsten Willens der K. u. K. Regierung erblickt, den status quo und die Ruhe am Balkan mit allen Mitteln zu erhalten, in eine besonders günstige Stimmung versetzt. Der Herr Minister war eben aus Kronstadt zurückgekehrt, wo er sich von seinem Gaste verabschiedet hatte und so war es ganz natürlich, dass sich unser Gespräch zunächst diesem Besuch und dessen Ergebnissen zuwendete. Herr Sasonow betonte ganz besonders, dass bei diesem Besuche, der neuerdings die volle Übereinstimmung der beiden Regierungen in allen Fragen der internationalen Politik in erfreulicher Weise ergeben habe, auch die Identität des beiderseitigen Wunsches nach Erhaltung des europäischen Friedens und, im Zusammenhange damit, nach Sicherung der Ruhe und Ordnung am Balkan sowie der Erhaltung des status quo daselbst zum deutlichen Ausdrucke gelangt sei. Wenn auch die

Lage in der Türkei derzeit zu ernsten lokalen Besorgnissen Anlass gebe, so müsse er doch sagen, dass er die allgemeine europäische Lage schon lange nicht für so günstig gehalten habe als gerade jetzt, denn es bestehe derzeit „une indentité de vues et d'interêt de toutes les Puissances". Er wiederholte mir dann noch mit besonderem Nachdruck, dass in den Unterredungen mit Herrn Poincaré garnichts vorgekommen sei, was irgend eine Spitze gegen wen immer haben könnte und dass selbstverständlich alle an die Vereinbarung der sogenannten Marineconvention geknüpften Vermutungen gewisser Blätter ganz und gar aus der Luft gegriffen seien. Insbesondere denke er gar nicht daran die Meerengenfrage aufs Tapet zu bringen. Er wolle absolut nichts tun, was der Pforte irgendwelche Schwierigkeiten bereiten und den so erwünschten Gesundungsprocess in der Türkei stören könnte. Er habe dies übrigens der Pforte in aller wünschenswerten Deutlichkeit wissen lassen. Ich benützte den Umstand, dass gerade in den Blättern desselben Tages die Erklärung des Fürsten Lieven bezüglich der Marineconvention erschienen war, um den Herrn Minister zu fragen, was es denn eigentlich damit für eine Bewandtnis habe, dass erst die bezügliche Nachricht so lange unwidersprochen blieb, um nun plötzlich vollkommen abgeleugnet zu werden. Ich betonte aber hiebei ausdrücklich, dass meine Frage durchaus nicht durch irgend eine Besorgnis vor einer russisch-französischen Marineconvention eingegeben sei, die ich bei dem bestehenden Bundesverhältnis nur natürlich fände. Herr Sasonow erwiderte, der Sachverhalt sei genau der folgende: Wie ich wohl wissen dürfte, bestehe schon längst die Gepflogenheit, dass die beiderseitigen Chefs der Generalstäbe periodisch zusammentreffen um über verschiedene technische Details sich zu besprechen. Nun sei vereinbart worden, dass in Hinkunft auch die beiderseitigen Chefs der Admiralitäts-Stäbe sich periodisch zu gleichem Zwecke begegnen. Dieses Übereinkommen sei schriftlich abgefasst und unterschrieben worden. Wenn man das eine Marineconvention nennen wolle, so bestehe nunmehr eine solche. Weiteres enthalte sie aber nicht. Welchen Sinn hätte übrigens, so fuhr der Minister fort, auch eine Convention zwischen einer bestehenden und einer nicht bestehenden Marine? Auch auf anderen Gebieten seien zwischen ihm und Herrn Poincaré keine speziellen Vereinbarungen getroffen worden, zu denen übrigens auch keine Notwendigkeit vorlag, wie denn überhaupt, abgesehen von dem allgemeinen sehr befriedigenden Meinungsaustausch, zwischen Russland und Frankreich jetzt garnichts neues sich zugetragen habe.

In einem ganz ähnlichen Sinne hat sich sowohl Herr Kokowtzew als Herr Sasonow meinem deutschen Collegen gegenüber ausgesprochen, wie Euer Excellenz aus meinem gehorsamen gleichzeitigen Berichte Litt. F b) entnehmen wollen, in welchem ich die bezüglichen Mitteilungen des Grafen Pourtalès wiederzugeben mir gestatte.

Ich glaube also das Gesamtergebnis des Besuches Herrn Poincarés dahin resumieren zu können, dass er den Zweck, die ungetrübte Festigkeit des Zweibundes zu documentieren, erfüllt hat, dass aber bei demselben nichts vorgefallen ist, was für die Mitglieder der anderen Mächte-Gruppe zu irgend einer besonderen Besorgnis Anlass geben könnte. Wenn russischer-

seits dem französischen Bedürfnis, aus der Entrevue noch mehr Kapital zu schlagen nicht entsprechend entgegengetreten, ja dieser Tendenz in mancher Beziehung — wie zum Beispiel durch Zuziehung des englischen Botschafters zu den Herrn Poincaré zu Ehren veranstalteten Festen — auch noch besonders Vorschub geleistet wurde, so glaube ich, dass die hiefür zu Anfang dieses ergebensten Berichtes versuchte Motivierung eine genügende Erklärung bieten dürfte. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3704, 3714. — [b]) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 3712. Bericht aus Sofia, 18. Aug. 1912 Nr. 61 B (eing. 22. Aug.).[a]) *Ausfert.*

Wie Euer Excellenz meinem gehorsamsten Telegramme von gestern No. 137 geneigtest entnehmen konnten, habe ich bereits die Gelegenheit gehabt, mich Herrn Geschoff gegenüber im Sinne der hohen telegrafischen Weisung vom 13. d. Mts., Nr. 70 auszusprechen und ihm die Auffassung Euer Excellenz bekannt zu geben, die geeignet war die Beunruhigung, mit welcher man hier etwaige Prärogativen, die Albanien erhalten könnte, betrachtete zu zerstreuen. Meine Ausführungen, die der Conseilspräsident als ein Zeichen Euer Excellenz wohlwollenden Gesinnung für Bulgarien auffasste, haben ihm den besten Eindruck gemacht. Er dankte mir und äusserte die Absicht, meine Eröffnung seinem königlichen Herrn zur Kenntnis zu bringen. Als ich Herrn Geschoff — seit dieser vorgestern stattgehabten Conversation — gestern wieder begegnete, fing er sofort von den soeben nach Sofia gelangten Pressnachrichten zu sprechen an, laut welcher Euer Excellenz die Initiative zu einem Meinungsaustausche der Signatarmächte über die Verhältnisse in der Türkei ergriffen hätten. Graf Berchtold würde — so sprach der Conseilspräsident — durch einen solchen Schritt einen eklatanten Beweis seiner Freundschaft für die Türkei geben, der man keinen besseren Dienst erweisen könnte, als dass man sie zu einem decentralistischen Régime bekehrt. Meiner Bemerkung, dass bei einer Decentralisation wohl auch die christlichen Nationalitäten profitiren würden, stimmte der Ministerpräsident zu, kam aber wieder gleich auf seinen Gedanken zurück, wonach Euer Excellenz der Retter der Türkei wären, da dieselbe mit ihrem jetzigen Régime einerseits des Parlamentarismus und andererseits der Unterdrückung und versuchten Turcificierung von 20 Millionen anderer Nationalitäten durch nur 5 Millionen Türken dem sicheren Untergange entgegenginge. Von dem Interesse, welches man hier der mehrerwähnten Initiative Euer Excellenz entgegenbringt, habe ich mich auch dadurch überzeugt, dass mich gestern Herr Dobrovitch besucht und ersucht hat, ihm Näheres darüber zu sagen. Herr Geschoff hätte ihm von einer Unterredung, die er mit mir über Euer Excellenz Auffassung betreffend die inneren türkischen Angelegenheiten gehabt hätte, Mitteilung gemacht und bevor er (Dobrovitch) dem König darüber berichten werde, möchte er sich noch bei mir im Gegenstande informiren. (Herr Dobrovitch ist selbstredend im Auftrage König Ferdinands zu mir gekommen.) Ich erzählte ihm genau den Verlauf meiner in Betracht kommenden Conversationen mit dem Minister-

präsidenten und über Euer Excellenz Anregung bei den Signatarmächten äusserte ich mich unter Hinweis, dass meine Informationen nur ganz allgemein wären, möglichst kurz und vorsichtig. Herr Dobrovitch zeigte viel Neugierde und wollte auch etwas über die Aufnahme Euer Excellenz Schrittes bei den anderen Cabinetten erfahren, ich musste ihn aber diesfalls auf die Zeitungen mit dem Bemerken verweisen, dass bis jetzt auch ich meine Kenntnisse nur in der Presse schöpfte. Anlässlich des Besuches, den mir Herr Geschoff heute am 18. August abstattete, kam er wieder auf Euer Excellenz Anregung zu sprechen und sagte, dass dieselbe hier den allerbesten Eindruck hervorrufe. Ich müsste mich wundern, wenn der heutige günstige Eindruck nicht noch in andere Impressionen umschlagen würde. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3710, 3714 Anm. e.

Nr. 3713. Privatschreiben des Staatssekretärs des deutschen Auswärtigen Amtes von Kiderlen-Wächter; Berlin, 19. Aug. 1912.[a]) Ausfert.

Ich komme soeben vom Hoflager Seiner Majestät in Wilhelmshöhe zurück, wo wir mit Graf Syögyényi und den Herren Ihrer Botschaft den Geburtstag Ihres Allergnädigsten Herrn in der gewohnten aufrichtigen Anteilnahme gefeiert haben. Seine Majestät der Kaiser insbesondere gaben Allerhöchst Seiner lebhaften Genugtuung und Freude darüber Ausdruck, Ihren allverehrten Souverän in so beneidenswerter Frische und Rüstigkeit das neue Lebensjahr beginnen zu sehen. Es freut mich aufrichtig, Ihnen, hochverehrter Herr Graf, mit dieser Mitteilung zugleich meine herzlichsten Glückwünsche zu der hohen Auszeichnung auszudrücken, die Ihnen Ihr Allergnädigster Herr zu Seinem diesjährigen Geburtstage verliehen hat. Diese wohlverdiente Auszeichnung hat auch hier aufrichtige Genugtuung hervorgerufen. Auf Ihrer bevorstehenden Reise nach Bukarest begleiten Sie meine besten Wünsche, Sie werden dort einen Souverän von hoher staatsmännischer Weisheit und liebenswürdigstem Charakter kennen lernen, dem ich aus der langen Zeit, die ich an seinem Hofe verweilen durfte, hohe Verehrung und treue Anhänglichkeit bewahrt habe. Kiderlen.

[a]) Vgl. n. 3721.

Nr. 3714. Privatschreiben aus Berlin, 19. Aug. 1912 (eing. 21. Aug.).[a]) Ausfert.

Während und nach der gestrigen Galatafel im Schlosse Wilhelmshöhe, hatte Seine Majestät, Kaiser Wilhelm, die Gnade mich wiederholt ins Gespräch zu ziehen. Vorerst berührte Seine Majestät die Entrevue in Baltischport und erwähnte, die mir bereits bekannte Tatsache, dass Höchstderselbe gleich nach der Begegnung mit dem Zarenpaare, ein Telegramm[b]) an seine K. u. K. Apostolische Majestät, unseren Allergnädigsten Herrn gerichtet habe, worauf Er eine huldvolle Antwort[c]) erhielt, aus der Er mit Genugtuung ersehe, dass Seine Berichterstattung an Seine K. u. K. Apostolische Majestät, so drückte Sich Kaiser Wilhelm aus, über seine Besprechungen mit dem Kaiser von Russland und den russischen Staats-

männern Allerhöchstdenselben befriedigt habe. Tatsächlich habe Er in Seinem Telegramme, wenn auch nur in knappen Worten, alle Seine dortigen Besprechungen résumirt. Das nachträglich erschienene hochofficiöse Kommuniqué beider Regierungen vervollständige Sein Telegramm. Es konstatire bekanntlich, dass von Specialabmachungen keine Rede gewesen sei, und gipfle darin, dass beide Regierungen fest entschlossen seien in ihrer durchaus friedliebenden Politik zu verharren. Seine Majestät habe neuerdings Sich in Seiner Überzeugung bekräftigt gesehen, dass der Zar und seine Ratgeber fest entschlossen seien dieser Friedenspolitik unter allen Umständen treu zu bleiben. Im weiteren Verlaufe unserer Unterredung versicherte mich Kaiser Wilhelm, dass die Persönlichkeit des russischen Ministerpräsidenten Kokowzeff und alle seine politischen Äusserungen auf Ihn den möglichst günstigen Eindruck gemacht hätten. Herr Kokowzeff scheine genau zu wissen, was er wolle, und Seine Majestät glaube, dass er das volle Vertrauen seines Kaiserlichen Herrn geniesse. In einer längeren Auseinandersetzung habe der Minister Ihm dargelegt, wie sehr Russland, mehr als alle anderen Mächte, mit Rücksicht auf seine eigenen Interessen, für eine lange Reihe von Jahren auf den Frieden angewiesen sei. Herr Kokowzeff habe hiebei besonders auf die riesigen ungehobenen Bodenwerte im Osten des grossen Reiches hingewiesen, die zur Geltung gebracht werden müssten, wozu lange Zeit nötig sei. Dieses Friedensbedürfnis Russlands erheische die Aufrechterhaltung der traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland und, wie Herr Kokowzeff wiederholt versicherte, auch ein gutes Verhältnis zu Österreich-Ungarn. Über die Notwendigkeit für Russland mit Österreich-Ungarn auf bestem Fusse zu stehen, habe auch Kaiser Nikolaus Ihm — Kaiser Wilhelm — gegenüber Sich beinahe mit denselben Worten, wie der Ministerpräsident geäussert. Auf das Wiederaufleben des Dreikaiserbündnisses habe Kaiser Nikolaus zwar nicht direkt angespielt, doch habe Er aus den Worten des Czar entnehmen können, dass der Kaiser von Russland, ebenso wie Er — Kaiser Wilhelm — mit Sich darüber im Reinen sei, dass es in absehbarer Zeit dazu kommen müsse. Die durch die Blätter verbreitete Nachricht von einer Marinekonvention zwischen Russland und Frankreich streifte Seine Majestät nur ganz flüchtig und meinte, Seinen Informationen zufolge sei von einer formellen Konvention keine Rede. Auf das Verhältnis Deutschlands zu England übergehend, bemerkte Seine Majestät nur so viel, dass auch nach den Meldungen Baron Marschalls Zeit und Geduld benötigt werde, um die gewünschten besseren Beziehungen herzustellen. Trotz der Parlamentsreden und anderweitigen Äusserungen des Marineministers Churchill und anderer gleichgesinnter englischer Politiker, hege Er die Überzeugung, dass man in England ein wirklich gutes Verhältnis zu Deutschland aufrichtig wünsche. Der neue Botschafter in London habe sich vernünftiger Weise bisher darauf beschränkt, das schwierige Terrain in England zu sondiren, und vorerst versucht, gute Beziehungen dort anzuknüpfen. In letzterer Hinsicht habe der etwas behäbige und nicht mehr junge Mann in der heurigen Londoner Season ganz Unglaubliches geleistet, indem er mit Frau und Tochter unermüdlich an den gesellschaftlichen Veranstaltungen teilnahm. Mit Euer Excellenz jüngster

Démarche bei den Berliner Signatarmächten[d]) hat Sich Kaiser Wilhelm mir gegenüber einverstanden erklärt, jedoch bemerkt, dass nach Seiner Ansicht bei den in Konstantinopel zu unternehmenden Schritten grosse Vorsicht geboten sei, da bei dem bekannten Misstrauen der Pforte es nahe liege, dass man dort hinter der Démarche etwas unfreundliches für die Türkei wittere, was jedenfalls vermieden werden müsste, da es ja Österreich-Ungarn ebenso wie Deutschland sehr daran liege, die besten Beziehungen mit der Türkei aufrecht zu erhalten. Auch Herr von Kiderlen empfiehlt grosse Vorsicht bei den zu erteilenden Ratschlägen in Konstantinopel und wiederholte mir bei diesem Anlasse nachdrücklichst, dass Deutschland das gleiche Interesse wie Österreich-Ungarn daran habe, dass das freundschaftliche Verhältnis zur Türkei in keiner Weise gefährdet werde. Ich habe dem Staatssekretär Euer Excellenz telegrafischem Auftrage entsprechend, Hochderen Dank übermittelt, für die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung sich an einer Aktion im Sinne Euer Excellenz Anregung auch in dem Falle zu beteiligen, wenn die anderen Grossmächte daran nicht teilnehmen würden.[e]) Sehr gewünscht hätte der Staatssekretär, wie er mir ganz freundschaftlich sagte, dass bei dem intimen Bundesverhältnis, in dem wir stehen, Euer Excellenz von der beabsichtigten Démarche, bevor sie bei den anderen Mächten gemacht wurde, hier Mitteilung hätten machen lassen. Gesprächsweise berührte Herr von Kiderlen den im Gegenstande am 14. d. M. publicirten Leitartikel der „Neuen Freien Presse" und machte hiebei die Bemerkung, dass zwar bekannt sei, dass dieses Blatt kein officiöses Organ sei, dass es aber doch unleugbar gewisse Beziehungen zum k. u. k. Ministerium des Äussern habe. Aus diesem Grunde habe es ihn unangenehm berührt, dass in diesem Artikel behauptet werde, einzig und allein sei die österreichisch-ungarische Monarchie selbstlos in ihrer der Türkei gegenüber befolgten Politik, während sogar Deutschland infolge seiner grossen Interessen an der Bagdadbahn in der Türkei selbstsüchtige Zwecke verfolge. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3657, 3683, 3693, 3698, 3711, 3721, 3736, 3771, 3838. — [b]) n. 3609. — [c]) Vgl. n. 3613. — [d]) Vgl. n. 3687. — [e]) Vgl. n. 3705, 3712, 3715, 3718.

Nr. 3715. Tagesbericht über einen Besuch des türkischen Botschafters, 19. Aug. 1912.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Rappaport; G. Macchio).

Der türkische Botschafter ist heute hier erschienen, um im Auftrage seiner Regierung unter Hinweis auf die Zeitungsmeldungen von der an die Mächte gerichteten Anregung der k. und k. Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß in den Verhandlungen der Pforte mit den Führern der Albanesen weder von einer Autonomie Albaniens noch von einer Dezentralisation die Rede gewesen sei. Mavrojeny Bey wurde hierauf erwidert, auch wir hätten in unserer letzten Anfrage bei den Mächten es als unrichtig bezeichnet, daß die Pforte die Gewährung einer Autonomie an Albanien ins Auge fasse. Wenn wir bei diesem Anlasse von einer Dezentralisation gesprochen haben, so hätten wir damit nur das System der neuen türkischen Regierung im Gegensatze zum Zentralismus der Jungtürken gemeint.

[a]) Vgl. n. 3714 Anm. e, 3716.

Nr. 3716. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 19. Aug. 1912 Nr. 320 (eing. 3 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Aus vertraulichen Mitteilungen, die Kriegsminister gestern dem k. u. k. Militärattaché gemacht hat, geht hervor, dass die türkische Regierung weitgehende militärische Massnahmen getroffen hat. Man will allen Eventualitäten gegenüber, also auch für den Fall eines bulgarischen Angriffes militärisch bereit sein. Wie ich von anderer Seite erfahre, ist Nazim entschlossen, falls Albanesen binnen vierundzwanzig Stunden nicht nachgeben, auch gegen sie militärisch vorzugehen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3715, 3717.

Nr. 3717. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 19. Aug. 1912 Nr. 65 (eing. 20. Aug. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 64[b]) vom 17. d. M. Mr. Mallet hat mir heute nachstehende Antwort des Staatssekretärs mitgeteilt: Sir Edward Grey hat die Ausführungen Euer Exzellenz über die Situation am Balkan sehr sympathisch aufgenommen und ist jederzeit bereit, im Sinne Euer Exzellenz Anregung in einen Meinungsaustausch einzutreten. Mallet hat heute Tewfik Pascha gesehen, welcher über die Initiative Euer Exzellenz und die an dieselbe geknüpften weitgehenden Presskommentare sehr beunruhigt scheint. Er sprach Befürchtung aus, dass ein Druck der Mächte auf die Pforte Stellung der türkischen Regierung gegenüber Komitee bedeutend erschweren müsste, unter dessen Regime Einmischung der Mächte in türkische Angelegenheiten ausser Gebrauch gekommen war. Mallet trachtete, türkischen Botschafter zu beruhigen, indem er ihm versicherte, dass der Initiative Euer Exzellenz die friedlichsten Absichten zu Grunde liegen und dass aus dieser Überzeugung Sir Edward Grey Hochderselben Anregung zustimmend aufgenommen hätte. Streng vertraulich. Mr. Tyrrell, der heute auf einige Stunden in London war und dem ich begegnete, sprach Ansicht aus, ob es sich nicht im Interesse der Aktion empfehlen würde, mit Rücksicht auf Eindruck in Konstantinopel und eventuell auch an anderer Stelle ehetunlichst unzweideutig zu erkennen zu geben, dass Euer Exzellenz nicht ein Druck der Mächte auf die Türkei, sondern freundschaftliche Ermahnungen vorschweben. Trauttmansdorff.

[a]) Oe.-U. Balkan 5 Nr. 70. Vgl. n. 3716, 3718, 9516. — [b]) Mit Tel. aus London, 17. Aug. 1912, Nr. 64 meldet Trauttmansdorff, daß von dem abwesenden Staatssekretär Sir E. Grey im Foreign Office noch immer keine Antwort auf die Anregung Berchtolds (vgl. n. 3687 und n. 3691) eingegangen sei.

Nr. 3718. Tel. aus Berlin, 20. Aug. 1912 Nr. 163 (eing. 21. Aug. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Herr v. Kiderlen-Wächter liess mich heute vor meiner Abreise nach Ungarn zu sich bitten, um mir folgende Mitteilungen zu machen: 1) Der deutsche Geschäftsträger in Paris melde, in Paris werde einerseits mit hämischer Befriedigung hervorgehoben, dass die Berliner Regierung erst gleichzeitig mit den Mächten der Entente von der letzten

Démarche Österreich-Ungarns Kenntnis erhielt,[b] anderseits mit Behagen versichert, dass die drei Entente-Mächte erst nach gemeinsamer Verständigung unter einander zu dieser Démarche Stellung nehmen werden. Zugleich benütze fast die gesamte französische Presse die Gelegenheit, um Österreich-Ungarn allerlei Artigkeiten zu sagen, wobei offenbar das Bestreben vorliege, dem guten deutsch-russischen Verhältnis ein Gegenstück in besonders herzlichen französisch-österreichischen Beziehungen gegenüber zu stellen. 2) Deutscher Botschafter in Konstantinopel telegrafiere, dass nach zahlreichen übereinstimmenden Nachrichten Euer Excellenz Démarche im türkischen Volke Mißstimmung gegen Deutschland und Österreich-Ungarn hervorrufe und sowohl in der Türkei wie in den Balkanstaaten starke Beunruhigung errege; man nehme an, dass durch Euer Excellenz Anregung eine neue Aera der Interventionen eingeleitet werden solle. Staatssekretär kam darauf zurück, wie sehr nach seiner Ansicht eine Richtigstellung der wahren Bedeutung Euer Exzellenz Demarche durch die österreichische Presse angezeigt wäre. Dem deutschen Botschafter in Konstantinopel habe er geantwortet, er möge seinerseits aufklärend auf die Pfortenkreise einwirken, indem er die ihm bekannte wahre Bedeutung der Démarche Euer Excellenz hervorhebe. Szögyény.

[a] Vgl. n. 3717, 3719, 3721. — [b] Vgl. n. 3714 Anm. e.

Nr. 3719. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 20. Aug. 1912 Nr. 325 (eing. 21. Aug. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Mein französischer Kollege sagte mir, dass er bei seiner gestrigen Unterredung mit dem Minister des Äussern konstatieren konnte, dass derselbe durch die von Euer Excellenz ergriffene Initiative stark impressioniert ist. Gabriel Effendi fürchte augenscheinlich, dass die (Grossmächte)[b] wieder zur Interventionspolitik zurückkehren könnten. Meiner Ansicht nach würde, wenn diese Befürchtung hier tiefer Wurzel fasst, mit der Eventualität zu rechnen sein, dass die jetzigen türkischen Machthaber ihre bisherige konziliante Haltung den Albanesen gegenüber ändern könnten.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3718, 3720. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 3720. Tel. aus St. Petersburg, 21. Aug. 1912 Nr. 130 (eing. 22. Aug. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Gelegentlich meiner heutigen Unterredung mit Herrn Neratow erwähnte derselbe, dass nach den ihm zugekommenen Nachrichten alle Mächte die Anregung Euer Exzellenz bezüglich eines Meinungsaustausches sehr sympathisch aufgenommen haben. Was das Meritum der anzustrebenden Entwicklung in den europäischen Vilajeten betrifft, meinte Herr Neratow, dass, nachdem die den Albanesen zu gewährenden Konzessionen sich auf die ganzen vier von Albanesen bewohnten Vilajete erstrecken sollen, dahin gewirkt werden sollte, dass auch die anderen in diesen Vilajeten wohnhaften Nationalitäten, namentlich auf dem Gebiete der Sprache, Schule und Kirche derselben Konzessionen teilhaftig werden, die den Albanesen selbst gegeben

würden. Dies scheine ihm mit der nötigen Erhaltung der Zentralgewalt ganz vereinbar und würde doch eine Beruhigung der verschiedenen christlichen Nationalitäten bringen. Bewähre sich dieses System, so brauche es bloss mehr auf das fünfte Vilajet, Salonik (Macedonien), ausgedehnt zu werden. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3710, 3719, 3721, 3724, 3732.

Tel. nach Athen, 22. Aug. 1912 Nr. 30 (chiffr. 5 U. p. m.). Siehe n. 3723.

Tel. nach Belgrad, 22. Aug. 1912 Nr. 20 (chiffr. 5 U. p. m.). Siehe n. 3723.

Nr. 3721. Privatschreiben an den Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes von Kiderlen-Wächter, 22. Aug. 1912.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

... *Persönliches* ... Ich beabsichtige morgen auf mein Gut nach Ungarn und von dort am 23. d. M. mit meiner Frau nach Sinaia zu fahren, um Seine Majestät König Karl, für dessen staatsmännische Weisheit auch ich seit langer Zeit die aufrichtigste Bewunderung hege, meine Aufwartung zu machen. Mit besonderer Freude sehe ich dem Besuche Herrn von Bethmann Hollwegs in Buchlau entgegen, der mir Gelegenheit bietet, die allgemeine Lage und die Verfolgung unserer gemeinsamen Ziele mit dem Reichskanzler eingehend zu besprechen. Ich möchte bei diesem Anlasse der Hoffnung Ausdruck geben, dass es mir in nicht ferner Zukunft vergönnt sein wird, auch Sie in Buchlau als meinen Gast begrüssen zu können. Die Bedeutung meiner jüngsten Initiative in Balkanangelegenheiten ist in der europäischen Presse vielfach überschätzt und auch unrichtig interpretiert worden. Namentlich der phantasievolle Redacteur der Neuen freien Presse hat wieder einmal stark über das Ziel geschossen. Ich brauche Ihnen wohl nicht zu versichern, dass die Auslassungen dieses Journalisten meinen Intentionen in keiner Weise entsprochen haben und dass mir nichts ferner gelegen hat, als eine Rückkehr zur Interventionspolitik in Vorschlag zu bringen. Es war lediglich meine Absicht, zu bewirken, dass den türkischen Staatsmännern, welche von den besten Absichten beseelt sind, Zeit gelassen werde, ihre Versöhnungsaction durchzuführen. Die mir heute aus Albanien zugekommenen Nachrichten lauten viel beruhigender und man kann nunmehr hoffen, dass ein Modus vivendi zwischen der Pforte und den revoltierenden Bergstämmen zustandekommen wird, bevor sich andere in den Streit einmengen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3713, 3714, 3718, 3720, 3722.

Tel. nach Cetinje, 22. Aug. 1912 Nr. 50 (chiffr. 5 U. p. m.). Siehe n. 3723.

Nr. 3722. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 22. Aug. 1912 Nr. 96 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 13. dieses Monats No. 65. Herr Paléologue teilt mir soeben mit, dass sich der heutige Ministerrat

mit Euer Exzellenz Proposition befassen werde. Die Antwort der französischen Regierung werde zustimmend lauten und Euer Exzellenz durch Herrn Dumaine zukommen. Wie ich aus einer Bemerkung des politischen Direktors entnehme, dürfte in dieser Antwort eine Reserve bezüglich der den Albanesen zu gewährenden Zugeständnisse enthalten sein, von welchen man hier anscheinend keine offizielle Bestätigung besitzt. Herr Paléologue erzählte mir auch unter anderem, daß nach seinen Informationen die Aufnahme unserer Proposition in Petersburg zu einiger Besorgnis Anlaß gegeben habe. Auch seine eigene Sprache schien mir mit Bezug auf den möglichen Erfolg unserer Aktion weniger zuversichtlich, als sie bei früheren Gelegenheiten war. Da Herr Paléologue kurz vor meinem Besuche eine lange Unterredung mit Herrn Poincaré hatte, ist es wahrscheinlich, daß diese um eine Nuance geänderte Auffassung jene des Ministerpräsidenten wiedergegeb

Somssich.

[a]) Vgl. n. 3692, 3721, 3723, 3743.

Nr. 3723. Tel. nach Sofia Nr. 72 (1), Belgrad Nr. 20 (2), Athen Nr. 30 (3) und Cetinje Nr. 50 (4), 22. Aug. 1912 (chiffr. 5 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Rappaport; G. Macchio).

1—4. Im Verfolge meines Telegrammes vom 15. d. M. Nr. 71 (1)[b]), Nr. 18 (2)[b]), Nr. 29 (3)[b]), Nr. 44 (4)[b]).

1—4. Die Ziele und der Inhalt meiner Anregung bei den Mächten und namentlich in den Balkanstaaten und in der Türkei vielfach mißverstanden und entstellt worden. Aus diesem Grunde möchte ich meine diesbezüglichen Intentionen hier nochmals dahin präzisieren, daß es sich mir keineswegs um eine Pression auf die Pforte und ebensowenig um eine Einmischung der Mächte in die inneren Angelegenheiten der Türkei handelt. Eine Konferenz der Mächte über Balkanfragen herbeizuführen, liegt mir durchaus fern, ebenso bezweckt mein Vorschlag keineswegs die Autonomisierung oder territoriale Abgrenzung der nationalen Besitzstände der einen oder anderen Balkanvölker oder die Erhöhung des Maßes von Zugeständnissen, welches die Pforte den einzelnen Nationalitäten zu gewähren gesonnen ist. Ich halte nach wie vor an der traditionellen Politik der Monarchie fest, welche den Frieden, die Erhaltung des status quo am Balkan anstrebt und die ruhige Entwicklung aller Balkanvölker in gleicher Weise vor Augen hat. Es ist mir in erster Linie darum zu tun, dem neuen türkischen Kabinett durch die Zustimmung der Mächte zu dem von ihm inaugurierten System, welches einen Bruch mit den doktrinären jungtürkischen Unifikationsbestrebungen bedeutet, einen moralischen Rückhalt zu geben; andererseits soll, um die Durchführung der versöhnlichen Aktion des Kabinettes Moukhtar Pascha nach Möglichkeit vor äußeren Störungen zu bewahren, den Balkanstaaten der einheitliche Wunsch Europas, den Frieden und den status quo am Balkan zu erhalten, ausgesprochen und diese Mahnung durch den Hinweis darauf unterstützt werden, daß das gegenwärtige türkische Regime eine Richtung eingeschlagen habe, welche erwarten lasse, die auf einem künstlichen Schema beruhende zentralistische Gewaltpolitik der Jungtürken

werde verlassen und es werde durch eine individualisierende Verwaltungsmethode mehr als zuvor auf die bestehenden realen Verhältnisse Rumeliens Rücksicht genommen werden. Nur in diesem Sinne ist der Ausdruck „Dezentralisation" zu verstehen, welcher in der Presse und sonst zu Mißverständnissen Anlaß gab und daher nunmehr zu vermeiden sein wird. Vorstehendes dient in erster Linie zu Ihrer Information. Der dortigen Regierung gegenüber wollen Euer etc. diesbezüglich bis auf weiteres die möglichste Reserve beobachten. Sollte sich jedoch eine Konversation absolut nicht vermeiden lassen, so wollen sich Euer etc. auf möglichst genaue Verwertung vorstehender Ausführungen beschränken. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 5 Nr. 8. Vgl. n. 3722, 3724, 3728, 3740, 3746, 3757. — [b]) Mitteilung von n. 3687 und der Zustimmung zu einem russischen Vorschlage, „daß die Mächte der Pforte zu einer konzilianten Haltung gegenüber Montenegro in der Grenzfrage raten sollen" unter der Bedingung, daß eine analoge Mahnung auch nach Cetinje gerichtet werde.

Nr. 3724. Tel. des Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio nach Bukarest-Sinaia, 23. Aug. 1912 Nr. 31 (chiffr. 9 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. und G. Macchio).

Geheim. Für Seine Exzellenz den Herrn Minister[b]): Die heute durch den hiesigen französischen Botschafter mitgeteilte Antwort des Pariser Kabinettes lautet: ... *wie n. 3726* ... Die französische Antwort weist eine auffallende Ähnlichkeit mit einer Äußerung auf, welche Herr Neratow am 21. d. M. Grafen Thurn gegenüber fallen ließ. Der betreffende Passus in dem Telegramme aus Petersburg lautet wie folgt: ... *wie n. 3720 von „Was das Meritum betrifft" bis „ausgedehnt zu werden"* ... So unerwünscht es erscheinen mag, daß es der russischen Politik gelungen ist, Frankreich vorzuschieben, um ihren Wunsch nach Zugeständnissen für die mazedonischen Nationalitäten, das heisst speziell Serbien in den Vordergrund zu stellen, glaube ich, um diesen Coup zu parieren, bei der schon jetzt zu redigirenden, nach Euer Exzellenz Rückkehr zu expedirenden Rückäußerung an die Kabinette folgende Argumentation verwerten zu können: Man könnte vor allem darauf hinweisen, daß es sich überhaupt nur um der Initiative der Pforte entspringende Zugeständnisse handle und daß jedes Eingehen in Detailfragen eine Rückkehr zur Interventionspolitik bedeuten würde, welche ja keineswegs in den Intentionen der Kabinette liege. Noch wichtiger sei aber die Erwägung, daß die Hindernisse gegen Zugeständnisse an einzelne Nationalitäten Rumeliens weit weniger in dem Widerstande der Türkei, als in den Rivalitäten der Völkerschaften selbst zu suchen sind. Daher sei die größte Vorsicht am Platze, um nicht von neuem die Rassenkämpfe von 1904—1908 zu entfesseln und hätten sich die Mächte daher wohl nur ganz im allgemeinen auf eine Bestärkung der Pforte in ihrem neuen Kurse zu beschränken, das Eingehen in Details hingegen — schon im Hinblicke auf die hieraus erwachsende schwere Verantwortung — zu vermeiden und diese Fragen der Initiative der Pforte zu überlassen. Macchio.

[a]) Vgl. n. 3723, 3725, 3726, 3732. — [b]) Graf Berchtold weilte damals in Sinaia.

Nr. 3725. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 23. Aug. 1912 Nr. 333 (eing. 24. Aug. 1 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten mit heute eingetroffenem Kurier die Abschrift des Telegrammes des k. u. k. Botschafters in Petersburg vom 16. d. M. Nr. 125 betreffend die Unterredung mit Herrn Sazonow über Euer Exzellenz Anregung in Sachen türkischer Krise. Mein russischer Kollege las mir vor einigen Tagen das ihm von Herrn Neratow über denselben Gegenstand zugekommene Telegramm flüchtig vor. Dasselbe weicht in einigen wesentlichen Punkten von der telegrafischen Meldung des Grafen Thurn ab. Es lautet beiläufig folgendermassen: Herr Sazonow habe dem Herrn k. u. k. Botschafter geantwortet, das Petersburger Kabinett stimme insoferne der vorgeschlagenen Demarche in Konstantinopel zu, als es sich bei den dezentralistischen Tendenzen der jetzigen türkischen Regierung nicht etwa um eine Autonomisierung einzelner Provinzen der Türkei handle. In Bezug auf die bei den Balkanstaaten zu unternehmenden Schritte teilte Herr Neratow Herrn von Giers mit, Herr Sazonow habe gesagt, die russische Regierung mache ohnehin fortwährend ihren Einfluss im beantragten Sinne geltend, es dürfe aber diesfalls namentlich in Sofia nicht zu weit gegangen werden, da ein zu grosses Insistieren dem Kabinette Geschoff Schwierigkeiten bereiten könnte. Die von Grafen Thurn an erster Stelle gemeldeten Aussprüche Herrn Sazonows in Betreff der Grundlagen der Orientpolitik Österreich-Ungarns wurden in der Depesche Herrn Neratows erst am Schlusse zum Ausdruck gebracht. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3724, 3726.

Nr. 3726. Tagesbericht über einen Besuch des französischen Botschafters, 23. Aug. 1912.[a] Konz. (S. Rappaport; V. und G. Macchio).

Der französische Botschafter ist heute hier erschienen und hat auftraggemäß folgende Mitteilung gemacht: Die Regierung der Republik habe die Anregung des Wiener Kabinettes betreffs eines Meinungsaustausches mit den Regierungen der Vertragsmächte mit Vergnügen zur Kenntnis genommen. Unter der Voraussetzung, daß die hohe Pforte aus eigener Initiative den Albanesen Zugeständnisse gemacht habe, worüber dem Pariser Kabinette allerdings noch keine Informationen vorlägen, sei letzteres bereit, in einen Gedankenaustausch darüber einzutreten, in welcher Weise der ottomanischen Regierung nahegelegt werden könnte, jene Zugeständnisse auch auf die Griechen, Bulgaren und Serben auszudehnen. Diese Mitteilung Herrn Dumaines wurde mit dem Bemerken entgegengenommen, daß dieselbe zur Kenntnis Seiner Exzellenz des Herrn Ministers gebracht werden wird.

[a] Vgl. n. 3724, 3725, 3727.

Nr. 3727. Tel. nach Sofia, 23. Aug. 1912 Nr. 73 (chiffr. 6 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Macchio).

Baron Giesl hat Grund zur Annahme, daß der bulgarische Gesandte in Cetinje, welcher dieser Tage nach Sofia gereist ist, seine Regierung behufs

Cooperation mit Montenegro sondieren soll. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren streng vertraulicher Information mit dem Ersuchen um telegrafische Berichterstattung über allfällige Wahrnehmungen im Gegenstande.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3726, 3728, 3730, 3733, 3745.

Nr. 3728. Tel. aus Sofia, 23. Aug. 1912 Nr. 138 (eing. 9 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Euer Excellenz Anregung beschäftigt hier nach wie vor die massgebenden Kreise und die öffentliche Meinung. Anfangs begrüsste man dieselbe — wie bereits gemeldet — sympathisch und schien Hoffnungen daran zu knüpfen, was kalmierend auf Stimmung wirkte. Nunmehr fängt man an, enttäuscht zu sein: die Regierungs- und Hofkreise machen Eindruck einer gewissen Präokkupation, die öffentliche Stimmung ist wieder unruhiger, weitere Demonstrationen werden geplant und seit gestern fehlt es in Presse nicht an Kritiken und Verdächtigungen. Zustände in Mazedonien könnten nicht unverändert bleiben, Europa müsse etwas für die Bulgaren tun, sagen die Blätter und laut gewisser Anzeichen scheinen auch Regierungskreise in der Befürchtung, dass Euer Excellenz Anregung erfolglos bleibt, sich mit Gedanken zu tragen, irgend einen Schritt zu unternehmen. Herr Geschoff, den ich vorgestern sah, sagte mir bis jetzt nichts, was auf eine solche Absicht schliessen lassen würde; er sprach nur Besorgnis aus, dass Anregung Euer Excellenz kein Resultat haben könnte; er erkundigte sich wieder, ob ich nichts Näheres wüsste, worauf ich wie stets antwortete, dass ich nur aus Presse meine Informationen schöpfe. Der hier weilende bulgarische Pariser Gesandte, Herr Stanciow, — der das Ohr König Ferdinands hat — knüpfte mit mir gestern politisches Gespräch an und meinte, man müsse für Herrn Geschoff etwas tun, da ihm sonst Bewegung über den Kopf wachsen werde; man fürchte durchwegs, dass nur Albanesen gut davon kommen werden, bulgarische Regierung müsste an Europa appellieren.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3723, 3727, 3729.

Nr. 3729. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 24. Aug. 1912 Nr. 338 (eing. 25. Aug. 3 U. p. m.).[a]) Entziff.

Als ich heute beim Minister des Äussern war, liess mich Grossvezir zu sich bitten. Er sagte mir in Gegenwart Gabriel Effendis, er erfahre aus den Zeitungen von einem Zirkular des Wiener Kabinettes an die Mächte[b]) in Bezug auf die Lage in der Türkei und bitte mich, ihn über die Sache aufzuklären. Ich antwortete, ich hätte wohl keinen Auftrag, in der Angelegenheit mich zu äussern, könne ihm aber soviel sagen, dass das Wiener Kabinett tatsächlich mit den anderen Kabinetten in einen Meinungsaustausch treten will, um einerseits zu konstatieren, dass die jetzige türkische Regierung sich in Bezug auf die Behandlung der inneren Fragen auf dem richtigen Wege befinde, anderseits aber, um auf die Nachbarstaaten dahin

zu wirken, dass sie das gegenwärtige türkische Kabinett in dieser seiner Tätigkeit nicht behindern. Ghazi Mukhtar Pascha erwiderte mir darauf, wenn sich die Sache so verhalte, so könne er in dem Schritte Euer Excellenz nur ein Zeichen der Freundschaft Österreich-Ungarns für die Türkei erblicken. Es sei ihm jedoch in den betreffenden Zeitungspublikationen das Wort „Dezentralisation" aufgefallen. Es wäre ihm angenehm gewesen, wenn dieses Wort nicht gefallen wäre, denn das jetzige Kabinett stehe in dieser Beziehung ganz auf demselben Standpunkte wie die früheren türkischen Kabinette, nämlich, dass von einer dezentralistischen Tendenz in der Türkei nicht die Rede sein könne. Man habe den Albanesen gewisse Konzessionen gemacht, die man auch den anderen Völkerschaften in der Türkei gewähren werde, aber weiter könne man unter keiner Bedingung gehen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3728, 3731, 3740, 3766 Anm. b, 3790. — [b]) Vgl. n. 3687.

Nr. 3730. Tel. aus Sofia, 24. Aug. 1912 Nr. 139 (eing. 4 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf hohes Telegramm Nr. 73 von gestern. Bulgarischer Gesandter in Cetinje gestern Sofia eingetroffen, angeblich um seine reconvalescente Frau, die hier erkrankt war, abzuholen. Laut unkontrollierbarer Konfidentenmeldung wäre Herr Koluscheff über Berufung hiesiger Regierung zur persönlichen Berichterstattung nach Sofia gekommen. Werde weiter nachforschen, es wird aber kaum möglich sein, Inhalt der Unterredungen des genannten Diplomaten mit Herrn Geschoff zu erfahren. Prinzipiell schiene Annäherung Bulgariens an Montenegro — mangels kollidierender Interessen — wahrscheinlicher als Entente mit Serbien und Griechenland. Auch wäre Montenegro, wenn Bulgarien an Krieg dächte, ein nicht zu unterschätzender Partner. Bis heute fehlt es hier aber vollkommen an Anzeichen, als ob Bulgarien sich anschicken würde, friedliche Haltung zu verlassen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3703, 3733, 4065.

Nr. 3731. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Aug. 1912 Nr. 72 A (eing. 28. Aug.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Ich habe nicht verfehlt, Euer Excellenz in Kürze schon telegraphisch über den Eindruck zu unterrichten, den die von uns im Hinblicke auf die Krise in der Türkei ergriffene Initiative in türkischen, sowie in hiesigen diplomatischen Kreisen hervorgerufen hat. Die Türken sind wie alle Orientalen von Natur aus misstrauisch veranlagt. Wenn man sie auch noch so sehr versichert, nur ihren Vortheil im Auge zu haben und sie zu einem thatsächlich in ihrem eigensten Interesse gelegenen Vorgehen zu vermögen trachtet, so findet man nur selten Glauben und Verständniss und erreicht viel eher das Gegentheil. Nicht anders ist es auch diesmal unserem Vorschlage ergangen. Wenn gleich anfangs der volle Wortlaut unseres Communiqués an die Mächte allgemein bekannt geworden wäre,

so würde unsere Démarche hier vielleicht eine minder ungünstige Aufnahme gefunden haben. So aber hatte die hiesige Öffentlichkeit von der Action erst durch mehr minder ungenaue Presscommentare Kenntniss erhalten, und es war unter diesen Umständen trotz aller nachträglichen Zeitungsenuntiationen, Dementis und Aufklärungen kaum zu vermeiden, dass Regierung und öffentliche Meinung alarmiert und misstrauisch geworden waren und hinter der Démarche Euer Excellenz die Absicht einer Rückkehr zu der so sehr perhorrescierten Interventionspolitik witterten, jener Politik, die nach landläufiger Auffassung früher oder später die Autonomisierung der europäischen Provinzen der Türkei zur letzten Consequenz hat und nach der Überzeugung aller türkischen Staatsmänner auf den schliesslichen Verlust dieser Provinzen hinausläuft. Die heute in Constantinopel am Ruder befindliche Regierung befürchtete aber auch noch weiters, dass diese unerwartete Initiative des Wiener Cabinetts von ihren Gegnern sofort ausgenützt und zu einer Waffe gegen sie geschmiedet werden könnte. Und in der That sind in der unionistischen Presse Constantinopels auch schon Stimmen laut geworden, die auf den Contrast in der dermaligen und früheren Haltung der Mächte der Türkei gegenüber hinweisen und constatieren, dass die fremde Interventionspolitik, die unter dem jungtürkischen Régime als glücklich überwundener Standpunkt gegolten hatte, mit dem Zurückdrängen der Comitépartei wieder auflebt und Europa sich anschickt, sich neuerlich dem System der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei zuzuwenden. Aus diesen Considerationen heraus scheint es der Herr türkische Minister des Äussern bis jetzt absichtlich vermieden zu haben, mir gegenüber die Sache zur Sprache zu bringen. Und nachdem Euer Excellenz sich vorbehalten hatten, mir im Gegenstande noch Instructionen zukommen zu lassen, glaubte ich auch meinerseits das Thema dem Minister gegenüber nicht berühren zu sollen. Ähnlichem Misstrauen, wie mir solches übereinstimmend von den verschiedensten Seiten über die Auffassung in türkischen Kreisen gemeldet wurde, begegnete ich leider auch in diplomatischen Cirkeln. Ganz besonders mein französischer und russischer College verhehlten mir nicht, dass sie in dem Schritte Euer Excellenz die Tendenz erblicken, die türkische Regierung dahin zu drängen, den Albanesen noch weitere Concessionen zu machen, um schliesslich zu einer Autonomie dieser Provinzen zu gelangen. Ich erklärte meinen Collegen an der Hand des Communiqués, dass sie sich in einem gewaltigen Irrtume befänden und dass es sich für uns um nichts anderes handle, als das jetzige türkische Cabinett, das unserer Ansicht nach die falschen Methoden der früheren Machthaber aufgegeben hat, zu stützen und gleichzeitig zu verhindern, dass es von den unruhigen Balkanstaaten in der Ausführung seiner guten Vorsätze behindert werde. Ich hatte schliesslich das Bedauern, sogar bei meinem deutschen Collegen kein rechtes Verständniss für den Vorschlag Euer Excellenz und selbst bei ihm die irrige Annahme zu finden, dass es sich doch um weitgehendere Pläne handle. Soweit die Grossmächte; was die Vertreter der kleineren Staaten anbelangt, so hat man ursprünglich auch auf der uns stets loyal gegenüberstehenden rumänischen Gesandtschaft unsere Absichten nicht richtig erfasst und glaubte sich die Démarche Euer

Excellenz nur mit anderen tieferen Zwecken erklären zu können. Ich erwähne nur des Curiosums halber die bei dieser Gelegenheit zu Tage getretene Ansicht, unser Schritt habe in letzter Linie überhaupt nur bezweckt, das Petersburger Cabinett zu veranlassen, sich wieder einmal mit uns über Balkanangelegenheiten zu abouchieren. Über die Aufnahme des Communiqués bei den Gesandten der drei slavischen Balkanstaaten, die auf der einen Seite in jedem Zugeständnisse an die Albanesen ein ihren Nationalen zugefügtes Unrecht erblicken wollen, andererseits aber doch nicht ihre Schadenfreude über den ihrer Ansicht nach durch unsere Initiative auf die Türkei beabsichtigten Druck verbergen und Vortheile für Macedonien herausschlagen zu können hoffen, glaube ich nicht viele Worte verlieren zu brauchen. Ich könnte nur zum Beschlusse beifügen, dass der serbische Gesandte, der seit sechs Jahren hier ist und gute Verbindungen in Comitékreisen haben soll, sich dahin vernehmen lässt, dass die in zwölfter Stunde seitens der türkischen Regierung den Albanesen gegenüber doch noch angeschlagene schärfere Tonart nicht in letzter Linie auf unsere Vorschläge, respective die Besorgnis vor einer fremden Intervention, zurückzuführen gewesen wäre. Pallavicini.

P. S. Wie ich Euer Excellenz bereits telegraphisch zu melden die Ehre hatte, hat die türkische Regierung schliesslich doch das Bedürfnis empfunden, sich über Inhalt und Absichten unseres Communiqués an die Mächte authentisch zu vergewissern und auch ihren Standpunkt zum Ausdrucke zu bringen. Ich war gerade beim Minister des Äussern, als der Grossvezier diesen und mich zu sich bitten liess, um mir in Anwesenheit Gabriel Effendis jene Erklärungen abzugeben, die den Gegenstand meines Telegrammes Nr. 338 gebildet haben. Im Résumé lautete, wie Euer Excellenz bereits bekannt, der türkische Standpunkt dahin, dass die jetzige Regierung, was die innere Politik anbelangt, im Wesen dasselbe Regierungssystem befolgen wird, wie ihre Vorgänger. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3741, 3766 Anm. b.

Nr. 3732. Tel. aus St. Petersburg, 26. Aug. 1912 Nr. 135 (eing. 3 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Es wird mir streng vertraulich hinterbracht, dass sich Herr Sazonow italienischem Geschäftsträger gegenüber ziemlich abfällig über den Vorschlag Euer Excellenz geäussert haben soll, den er mir gegenüber so freundlich aufgenommen hatte. Herr Minister hätte danach allerdings an dem Meritum des Vorschlages (weniger)[b]) auszusetzen gefunden als daran, dass die Initiative hiezu gerade von Wien ausgegangen sei. Ob diese angebliche Aeusserung nur speziell für den italienischen Geschäftsträger berechnet war, oder ob Sazonow, vielleicht beeinflusst durch die gegen die Ziele Euer Excellenz in der hiesigen Presse ausgestreuten Verdächtigungen, jetzt wirklich so denkt, vermag ich derzeit nicht zu beurteilen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3720, 3724, 3737, 3752. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 3733. Tel. aus Sofia, 26. Aug. 1912 Nr. 141 (eing. 27. Aug. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge des gehorsamen Telegrammes Nr. 139 vom 24. d. M. Der türkische und der italienische Gesandte haben von ihren Regierungen über Reise nach Sofia des bulgarischen Gesandten in Cetinje ähnliche Verständigungen wie ich erhalten. Der erstere sagte mir, er wisse nur, dass Herr Koluscheff hier sei, sonst habe er nichts erfahren können. Graf Bosdari habe Herrn Geschoff gestern begegnet und direkt gefragt, ob Koluscheff Proposition Bündnisses gebracht hätte, was Conseilspräsident kategorisch in Abrede stellte. Italienischer Gesandter neige zur Ansicht, dass ihm Herr Geschoff Wahrheit gesagt hätte, übrigens würde König Ferdinand gewiss keinen Cooperationsvorschlag annehmen. Gestern kursierten in der Stadt Gerüchte, wonach der bulgarische Gesandte in Cetinje mit Bündnisvorschlag Montenegros gekommen wäre, den bulgarische Regierung abgelehnt hätte. Herr Dobrović bezeichnet mir diese Gerüchte als absolut falsch. Er hätte Koluscheff gesprochen und wisse, dass letzterer nur zu seiner Familie für einige Tage gekommen wäre. Herrn Geschoff konnte ich weder gestern noch heute sehen. Sein Kabinettschef sagte mir, es sei zu erwarten gewesen, dass an Reise Koluscheffs Commentare geknüpft würden, derselbe sei aber ohne jedwede politische Message gekommen. Koluscheff wollte dringend kurzen Urlaub haben und Herr Geschoff habe ihm erlaubt, für einige Tage Cetinje zu verlassen. Von Konfidenten erfahre ich nichts Auffälliges über hiesigen Aufenthalt Koluscheffs; er besuchte Herrn Geschoff, bei König Ferdinand soll er keine Audienz gehabt haben. Wurde heute um Laissez-passer für Rückreise Koluscheffs ersucht. Ich habe vom Inhalte hohen Telegrammes Nr. 73 vom 23. d. M. niemand Erwähnung getan.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3735, 3745, 4065.

Nr. 3734. Bericht aus Sofia, 26. Aug. 1912 Nr. 64 (eing. 28. Aug.). Ausfert.

Geheim. Ich bitte Euer Excellenz für die mir mit der hohen Weisung vom 10. l. Mts. No 3284 gütigst erteilten allgemeinen Instructionen meinen verbindlichsten Dank genehmigen zu wollen. Auf dem hiesigen für den k. u. k. Vertreter so verfänglichen Terrain, wo alles zur Vorsicht mahnt, wäre es ungemein schwierig, sich ohne genaue Richtschnur zu bewegen, und könnte man nur zu leicht in übertriebene Reserve verfallen. Eine solche zu weit gehende Befolgung der sonst bewährten Regel dans le doute abstiens toi würde hier bald auffallen und zu Interpretationen Anlass geben, was eventuell nachteilige Folgen haben könnte. Russland, dessen Rolle in Sofia wegen der vielen atomes crochus, die es mit Bulgarien gemein hat, ohnehin in vieler Hinsicht dankbarer ist als die unsrige, zeigt sich — wie verschiedene Anzeichen dafür sprechen — durchaus nicht karg mit Mitteln, Argumenten und Versprechungen, die auf die Bulgaren eine Wirkung zu üben geeignet sind und die jedenfalls uns feindliche Ziele — wie insbesonders die russischerseits geförderte Verständigung der Balkanvölker — verfolgen. Ich bin — wie ich dies wiederholt in meiner Berichterstattung hervorgehoben habe — über-

zeugt, dass Bulgarien, in der Erkenntnis, dass seine und unsere Interessen nicht collidiren und in der Hoffnung auf unsere einstige Unterstützung der bulgarischen Aspirationen, sich bis jetzt von seiner Politik der freien Hand und zugleich der Geduld hat nicht ablenken lassen. Ich würde aber nicht wagen, zu behaupten, dass Bulgarien auch dann dieser Richtung treu bleiben, sich anderen Einflüssen unzugänglich zeigen oder sich schliesslich nicht zu Concessionen, welche den Ententen mit Serbien und Griechenland die Wege ebnen könnten, entschliessen würde, wenn es an unser aufrichtiges Wohlwollen und unsere Partnerschaft in der Stunde der endgiltigen Entscheidungen zu glauben aufhören sollte. Eine solche Stimmung der Unsicherheit hier hervorzurufen, schiene mir gefährlich und besonders in erregten Zeiten, wie die jetzigen, ist es — wie mir das Euer Excellenz zur allgemeinen Aufgabe machen — besonders geboten, der Erhaltung des erst im vergangenen Jahre gekräftigten Vertrauens der Bulgaren in unsere Politik unsere volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und nicht zuzulassen, dass sich Bulgarien über sein Verhältniss zu uns desorientiert fühlt. Mit Rücksicht darauf ist es für mich von unschätzbarem Werte über die Absichten und Intentionen Euer Excellenz genau unterrichtet zu sein und zu wissen, dass ich weiterhin hier eine Sprache führen darf, die der Pflege der vertrauensvollen Beziehungen zu Bulgarien zu Gute kommen kann.

Tarnowski.

Nr. 3735. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 27. Aug. 1912 Nr. 33 B (eing. 29. Aug.).[a]) Ausfert.

Der Staatssekretär sagte mir heute gelegentlich des Diplomatenempfanges der Konflikt zwischen der Türkei und Montenegro hätte ihn, — obwol in einem gegebenen Momente hier recht allarmierende Nachrichten aus Constantinopel und Cettinje vorlagen, die allerdings wenige Stunden darauf wieder abgeschwächt wurden, — nicht ernstlich beunruhigt; dagegen hätte ihm die schwankende Haltung, die die bulgarische Regierung infolge der leidenschaftlichen Stellungnahme der öffentlichen Meinung des Landes und besonders des mazedonischen Komités, einen Augenblick einzunehmen schien, aufrichtige Besorgnis eingeflösst. Nicht als ob er geglaubt hätte, dass die bulgarische Regierung sich einfach durch die Volksstimmung hinreissen lassen würde; dies halte er für weniger gefährlich, als den Terror, den das Komité auf die Regierungsmitglieder auszuüben im Stande wäre. Auf jeden Fall sei es als ein Glück zu bezeichnen, dass Bulgarien sich gegenwärtig in einer sehr precären finanziellen Lage befinde. Schon vor einiger Zeit hätte die bulgarische Regierung mit einer Pariser Finanzgruppe ein Anlehen verabredet. Die Sofioter Regierung hätte daraufhin vor einigen Monaten eine kleine à conto Zahlung sich erwirkt, weil sie absolut Geld brauchte. Gegen die etwaige Effektuirung des Anlehens hätte nun die französische Regierung mit Rücksicht auf die Gefahr des Augenblickes bei den Pariser Banken ihr energisches Veto eingelegt. Die betreffenden Informationen seien ihm — Kiderlen — von hiesigen Finanzinstituten zugekommen, die eine Unterbeteiligung an dem Anleihegeschäft hätten. Flotow.

[a]) Vgl. n. 3733.

Nr. 3736. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 27. Aug. 1912 Nr. 33 D (eing. 29. Aug.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Das Ergebnis der jüngsten Reise Herrn Poincarés nach Russland wird in der öffentlichen Meinung Deutschlands — und darin ist unschwer die von der Wilhelmstrasse gegebene Parole zu erkennen — mit Absichtlichkeit als ein recht mässiges hingestellt. Dass es zu einer Art „Auffrischung des Zweibundes" gekommen, will man zugeben; solange aber Russlands in Baltischport wiederholte Versicherung gelte, dass es jede aggressive Politik verwerfe, könne man über Marineabkommen oder dergleichen ruhig hinwegsehen. Es lässt sich in der hiesigen Presse die Tendenz wahrnehmen, mehr die Geschicklichkeit der russischen, wie den Erfolg der französischen Diplomatie hervorzukehren. Mit klugem Raffinement, so sagte ein vielgelesenes hiesiges Blatt ganz witzig, hätte die russische Diplomatie Poincaré mit dem Schatten Bethmann Hollwegs geschreckt und Bethmann Hollweg durch Poincarés Erfolge gereizt, und umsichtig lege sie auf jede Wunde gleich ein Pflaster und auf jeden Vorteil die Hand! Die Ungeniertheit, mit der Russland seine günstige Position ausnützt, hat in der Wilhelmstrasse zweifellos etwas verärgert, man lässt es sich aber nicht gerne merken. Nun verzeichnen die hiesigen Blätter mit Befriedigung die officiös verbreitete Nachricht, dass Seine Majestät Kaiser Nikolaus nach der Abreise Herrn Poincarés den deutschen Botschafter in Audienz empfangen und mit ihm „in sehr vertraulicher Weise alle aktuellen Fragen der Politik berührt und auch die Ergebnisse der Reise des französischen Ministerpräsidenten mit einem Hinweis auf die tendentiösen Darstellungen der Pariser Presse erwähnt habe". Man wird hier unwillkürlich an das erinnert, was Herr von Kiderlen unlängst in seinem Interwiew „kleine Politik" nannte. Der Staatssekretär sagte mir heute, die Reise des französischen Ministerpräsidenten nach Petersburg erwähnend, dieselbe sei schon beschlossen gewesen, bevor die Entrevue von Baltischport fixirt war; letztere hätte bei den Franzosen natürlich keine grosse Freude erweckt und eifersüchtig auf die guten Beziehungen, die zwischen Deutschland und Russland bestünden, sei es ihnen ganz gelegen gekommen, gewissermassen als Trumpf den Besuch des Ministers auf die Kaiserbegegnung folgen zu lassen. Der Zar, so fuhr Herr von Kiderlen fort, hätte sich dem Grafen Pourtalès gegenüber lächelnd über die Übertreibungen geäussert, mit denen der Besuch Herrn Poincarés von französischer Seite umgeben wurde. Auf den Besuch Marquis Katsuras in St. Petersburg zu sprechen kommend, meinte der Staatssekretär, dieser habe wol zu einer Abmachung darüber geführt, in welche chinesische Provinzen sich Russland und Japan im gegebenen Falle teilen wollen.

Flotow.

[a] Vgl. n. 3714.

Nr. 3737. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 27. Aug. 1912 Nr. 33 F (eing. 29. Aug.).[a] Ausfert.

Auf Euer Excellenz Anregung zu einem Gedankenaustausch der Berliner Signatar-Mächte im Sinne einer Fortsetzung der Politik der Rücksichtnahme auf die Nationalitäten in der Türkei ging, wie Euer Excellenz

durch die einschlägige telegrafische Berichterstattung[b]) bekannt, der Staatssekretär gleich anfänglich freundschaftlich aber bedingt ein; wenige Tage später erklärte er sich — „nach weiterer reiflicher Überlegung" — zu weitgehendster Unterstützung derselben auch für den Fall bereit, als nicht alle anderen Mächte ihr zustimmen sollten. Mir ist durch die Mitteilungen von Kollegen bekannt, dass Herr von Kiderlen seither in seinen Gesprächen mit hiesigen fremden diplomatischen Vertretern Euer Excellenz Aktion auf das Wärmste vertritt. Den Staatssekretär leiten in Ansehung derselben sichtlich zwei Gesichtspunkte: Erstens die volle Unterstützung, die Euer Excellenz Anregung bei der deutschen Regierung gefunden, deutlich zum Ausdruck zu bringen und dadurch die Innigkeit unseres Bündnisses zu dokumentiren, und zweitens sich der Türkei als aufmerksamer Freund zu erweisen. Hiezu gibt die folgende Darstellung eine gute Illustration. Als man bezüglich der Annahme Euer Excellenz Anregung in Paris hier in der Wilhelmstrasse den Eindruck zu gewinnen glaubte, als ob der Schritt des Wiener Kabinetts von einem Teile der französischen Presse hauptsächlich deshalb sympathisch aufgenommen wurde, weil man eine Berliner Verstimmung wegen der Démarche witterte, liess man es an energischen Zurechtweisungen nicht fehlen. Nachher schien aber in den Pariser Blättern eine merkliche Abneigung gegen den Vorschlag der K. u. K. Regierung hervorzutreten; es wurde namentlich die Behauptung aufgestellt, dass sowol Russland wie England ihm feindlich gegenüber stünden; und auch der Charakter unserer Démarche wurde vielfach absichtlich entstellt, indem man ihr fälschlich unterstellte, auf die Gewährung der Autonomie hinauszulaufen. Gegen diese Presseäusserungen nahm man deutscherseits wieder sehr decidirt Stellung. In einem officiös inspirirten Berliner Telegramme der „Kölnischen Zeitung" hiess es da: „Nicht die österreichische Balkanpolitik, sondern die Kräfte, die hinter derartigen Auslassungen stehen, sind verantwortlich für die Beunruhigung, die durch das Schlagwort Autonomie in der Türkei angerichtet wird. Es fällt auf, dass dieses Treiben gerade in der französischen Presse so lebhaft ist, während die französische Regierung sich officiell durchaus freundlich zu der Berchtoldschen Anregung stellt." Diese officielle Stellungnahme entspricht auch durchaus den bedeutenden Interessen, die Frankreich in der Türkei hat, während man das von der Haltung der französischen Presse, die sonst in auswärtigen Fragen der Regierung gern zu folgen pflegt, nicht wol sagen kann. Man fragt sich also, wessen Geschäfte die Franzosen mit dieser antiösterreichischen Campagne besorgen müssen, die mit ihren eigenen Interessen und der Haltung der eigenen Regierung in Widerspruch steht. Wie mir der bayerische Geschäftsträger sagt, hat sich der Staatssekretär, der ihn ausdrücklich auf dieses Zeitungstelegramm verwies, ihm gegenüber beinahe mit denselben Worten geäussert. Nachdem nun der „Temps" der deutschen Auffassung entgegentritt, dass ein wesentlicher Teil der französischen Presse sich zu den Vorschlägen Euer Excellenz unfreundlich stelle, und behauptet, die Gesamtheit der französischen Presse habe im Gegenteil eine äusserst wolwollende Haltung eingenommen, glaubt nun die „Kölnische Zeitung" in einem ebenfalls officiösen Telegramm den Schluss ziehen zu

können, dass man sich in der Pariser Presse nachträglich zu einer anderen Auffassung bekehrt habe. Hieraus wird die Hoffnung auf befriedigende Aussichten für die nunmehr von allen Mächten angenommenen Besprechungen geschöpft. Daran anschliessend erhebt das Blatt seine Stimme dafür, dass bei den bevorstehenden Aussprachen nicht etwa gewissermassen nach politischen Gruppen vorgegangen werde. „Vom Dreibunde und von der Entente haben wir in letzter Zeit genug gehört. Wie wäre es, wenn einmal Europa sprechen oder noch besser handeln liesse?" (Derselbe Gedankengang war schon vorher in einem officiösen Entrefilet des „Berliner Lokalanzeigers" ausgeführt worden.) Herr von Kiderlen erwähnte mir heute ein einige Tage zurückliegendes Reuter Telegramm, in dem sichtlich gegen das Vorgehen des Wiener Kabinetts Stimmung zu machen gesucht und behauptet werde, es würden schliesslich nur zwei Möglichkeiten übrig bleiben, dass nämlich Bulgarien der Türkei den Krieg erkläre, oder dass man Mazedonien die Autonomie gewähre. Der Staatssekretär meinte, es sei darin vielleicht ein Anzeichen zu erblicken, nach welcher Seite hin die englische Regierung ihren Standpunkt orientiren werde. Wie immer, wenn neue Fragen der internationalen Politik auftauchen, hat die deutsche Presse sich anfangs auch dem Vorschlage Euer Excellenz gegenüber reservirt verhalten, bis ihr die Richtung vom Auswärtigen Amte gegeben wurde; in der Folge hat sie ihn beinahe ausnahmslos sympathisch begrüsst. Sogar frondirende Blätter, wie das „Berliner Tageblatt" meinte, er verdiene die ernsteste Erwägung, und es verstehe sich von selbst, dass die deutsche Regierung ihm volles Wohlwollen entgegenbringe. Flotow.

[a]) Vgl. n. 3732, 3738. — [b]) Vgl. n. 3693, 3698.

Nr. 3738. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 27. Aug. 1912 Nr. 60 C (eing. 29. Aug.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Dem Telegramm Herrn von Méreys vom 15. l. Mts.[b]) haben Euer Excellenz entnommen, dass die königlich italienische Regierung mit dem für sie in Betracht kommenden Teile des Actionsvorschlages Euer Excellenz, nämlich einer Einwirkung auf die Balkanstaaten im Sinne der Erhaltung der Ruhe in der europäischen Türkei vollkommen einverstanden ist. Marquis di San Giuliano hat dementsprechend die ihm auf Grund des hohen Telegrammes vom 17. l. Mts. Nr. 136[c]) gemachte Mitteilung, dass Euer Excellenz ihm für seine Zustimmung dankten und sich weitere Vorschläge für den Zeitpunkt vorbehielten, in welchem die Antworten sämtlicher zum Eintritt in den Meinungsaustausch eingeladenen Grossmächte vorliegen würden, ohne Gegenbemerkung zur Kenntnis genommen. Desgleichen wurde in der Consulta die im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 139[d]) unauffällig erwähnte Nachricht, dass die Cabinette von Berlin und St. Petersburg Euer Excellenz Anregung im Princip zustimmend aufgenommen hätten, mit Interesse angehört. Die königlich italienische Regierung hat somit in der bisherigen ersten Phase dieser Action — bei welcher selbstredend ihre Einwirkung auf die Türkei gegenstandslos ist — Euer Excellenz Gefolgschaft geleistet. Sie ist aber auch weiter gegangen, indem

sie dafür gesorgt hat, dass alle ihrem Einflusse zugänglichen Tagesblätter einen mit dem Vorschlage sympathisierenden Ton anschlugen, und daher der erste Eindruck, welchen die Action Euer Excellenz in Italien hervorrief, als ein im Ganzen durchaus günstiger bezeichnet werden konnte (hieramtliches Telegramm vom 17. August l. J., Nr. 99*e*)). Seither hat sich allerdings in der Beurteilung des Vorschlages ein mässiger aber unbestreitbarer Wechsel im Sinne einer weniger freundlichen Bewertung desselben vollzogen. Die ungünstigeren Äusserungen lassen sich in drei Kategorien teilen: Die Blätter irredentistischer Richtung (Veneto, Idea Nazionale, Grande Italia, Nuovo Giornale, Luce) welche grundsätzlich jede aus Wien kommende Initiative ablehnen, die Journale, welche die practische Durchführbarkeit des Vorschlages bezweifeln (Corriere della Sera und Stampa) und die Zeitungen, welche das Desinteressement der Orientpolitik Euer Excellenz in Frage stellen. In diese Gruppe gehörten von allem Anfang an die Blätter Secolo, Messaggero und Giornale d'Italia. Seit einigen Tagen ist auch der vielgelesene Corriere della Sera in die letztere Gruppe übergegangen. Nahezu in allen Blättern ist der Hinweis enthalten, dass eine nähere Ausführung des Programms Euer Excellenz abzuwarten ist, bevor ein abschliessendes Urteil darüber gefällt werden kann. Trotz dieser selbstverständlichen Reserve glaube ich die Haltung der nichtofficiösen Presse Italiens dahin characterisieren zu müssen, dass in derselben das tiefeingewurzelte Misstrauen gegen uns allmählig in steigendem Masse zu Tage tritt. Hiebei ist die Vermutung nicht abzuweisen, dass die Haltung der Presse Frankreichs und Englands vielleicht auch die hiesige Vertretung der französischen Republik dazu beigetragen haben mag, das Misstrauen gegen uns zu schüren. In dieser Richtung hat namentlich der Artikel des Temps, in welchem Österreich-Ungarn als „Arbitre des Balcans" bezeichnet wurde, den Finger auf offene Wunden gelegt, welche bei der augenblicklichen militärischen Lage Italiens ohnmächtiges Zähneknirschen hervorriefen. Dass übrigens das Misstrauen der italienischen öffentlichen Meinung nicht auf die Kreise der Presse beschränkt ist, vermochte Herr von Mérey auch aus einer anderen Quelle zu entnehmen. Der hiesige bulgarische Gesandte machte dem Herrn Botschafter die vertrauliche Mitteilung, dass nach der Ansicht einiger italienischer Parlamentsmitglieder die Action Euer Excellenz ihrem Wesen nach ein verkappter, aber sehr geschickter Schachzug gegen Italien sei. (!) Die Tendenz desselben gehe nämlich dahin, durch die bevorstehenden Verhandlungen über eine Politik der Decentralisation der Verwaltung der europäischen Türkei die Aufmerksamkeit der Pforte von den Friedensverhandlungen abzulenken. Die Action bezwecke daher die Verlängerung des Krieges und damit die Schwächung Italiens. Es ist anzunehmen, dass Herr Rizoff diese Beurteilung der Action aus jenen parlamentarischen Kreisen schöpft, in welchen „in italo-slavischer Freundschaft gemacht wird". Hiefür spricht wenigstens der Herrn Rizoff angeblich von derselben italienischen Seite her gemachte Vorwurf, dass Bulgarien uns gegenüber viel zu gefügig, und König Ferdinand nichts anderes, als ein österreichischer Agent sei. (!) Meines Erachtens wird sich die italienische Regierung durch die Presse des Landes nicht aus ihrer Euer Excellenz

Vorschlag gegenüber eingenommenen Haltung drängen lassen und zwar dies schon aus dem Grunde, weil das Programm Euer Excellenz, soweit es in seinen allerwichtigsten Grundzügen bekannt ist, auch den Interessen Italiens vollkommen entspricht. Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 3737, 3740. — [b]) 3695. — [c]) Tel. Nr. 136, 17. Aug. 1912 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.) nach Rom enthält nur das oben Angeführte. — [d]) Tel. Nr. 139, 19. Aug. 1912 (chiffr. 8 U. p. m.) nach Rom enthält nur das oben Erwähnte. — [e]) Mit Tel. Nr. 99 aus Rom vom 17. Aug. 1912 (eing. 18. Aug. 9 U. a. m.) wurde nur ein kurzer Bericht über die Haltung der italienischen Presse zum Vorschlage Berchtolds erstattet.

Erlaß nach Berlin, 29. Aug. 1912 Nr. 3565. Siehe n. 3744.

Erlaß nach Bukarest, 29. Aug. 1912 Nr. 3570. Siehe n. 3740.

Nr. 3739. Tel. nach Konstantinopel Nr. 178 (1) und Rom Nr. 142 (2), 29. Aug. 1912 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

1. u. 2. Herzog Avarna hat mir beim gestrigen Diplomatenempfang auftraggemäß mitgeteilt, man habe in Rom den Eindruck, daß die Pforte sich darüber noch immer nicht genügend Rechenschaft gebe, wie ausgeschlossen es für Italien sei, auf einer anderen Basis als auf der durch das Annexionsdekret umschriebenen den Frieden zu schließen. Die italienische Regierung hielte eine Aufklärung der türkischen Staatsmänner in dieser Richtung für sehr wünschenswert und wäre dankbar, wenn der k. u. k. Botschafter in Konstantinopel sich in solchem Sinne auf der Pforte aussprechen würde. Ich erwiderte hierauf, daß ich dem Wunsche der Consulta in dieser Form zwar nicht entsprechen könne, daß ich aber bereit sei,

1. Euer Exzellenz
2. Markgrafen Pallavicini

1. u. 2. von der einschlägigen Auffassung der italienischen Regierung zu informieren und demselben freizustellen, sich in dem gewünschten Sinne zu äußern, falls von türkischer Seite die Rede auf die Voraussetzungen eines Friedensschlusses gebracht würde.

1. Euer Exzellenz wollen demnach unter der Voraussetzung, daß Ihrerseits kein Bedenken vorliegt, in dem eben bezeichneten Falle Ihrer Ansicht dahin Ausdruck geben, daß ein Abgehen Italiens vom Prinzipe der Annexion pure et simple wohl nicht zu erwarten sei.

2. Eine in diesem Sinne gehaltene Weisung ergeht unter einem nach Konstantinopel. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren Information und Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3708 Anm. b.

Nr. 3740. Erlaß nach Konstantinopel Nr. 3569 (1), Bukarest Nr. 3570 (2) und Sofia Nr. 3571 (3), 29. Aug. 1912.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Rappaport; G. Berchtold).

1. Vertraulich.
2. 3. Streng vertraulich.

1.—3. (Inseratur Text der Zirkulardepesche an die Missionschefs in St. Petersburg, Berlin, London, Rom I. und Paris, de dato Wien, 29. August 1912, Nr. 3564—3568.)

1. Indem ich Vorstehendes Euer Exzellenz zu Ihrer vertraulichen Information mitteile, füge ich bei, daß ich mit der Sprache, die Hochdieselben laut Ihres Telegrammes vom 24. d. M. Nr. 338 dem Großvezier sowie Noradunghian Effendi gegenüber hinsichtlich des Charakters und der Ziele meiner Anregung bei den Mächten geführt haben, durchaus einverstanden bin.

2. Ich ersuche Euer Hochgeboren, den Inhalt der vorstehenden Instruktion bei sich ergebender Gelegenheit Seiner Majestät dem König in streng vertraulicher Weise zur Kenntnis zu bringen.

3. Die vorstehende Instruktion ist vorläufig zu Euer Hochgeboren vertraulicher und rein persönlicher Information bestimmt. Da meine Anregung jedoch in Bulgarien, nachdem sie anfänglich günstig aufgenommen worden war, späterhin irrigen Auffassungen und einem gewissen Mißtrauen in meine Absichten begegnet ist, — wobei wohl äußere Einflüsterungen mit im Spiele gewesen sein dürfen — wollen Euer Hochgeboren eine Gelegenheit suchen, Herrn Geschoff gegenüber unter eventueller Verwertung der Ausführungen meines Telegrammes vom 22. d. M. Nr. 72 zu betonen, daß uns nichts ferner liege, als auf eine einseitige Bevorzugung des albanesischen Elementes vor dem bulgarischen oder überhaupt vor den anderen Nationalitäten in der Türkei hinzuarbeiten. In voller Würdigung der korrekten Haltung der bulgarischen Regierung, welche trotz der durch die Vorfälle von Kotschana und durch die türkische Krise in Bulgarien hervorgerufenen Erregung an einer durchaus friedlichen Politik unbeirrt festhält, sei ich bemüht, alles zu vermeiden, was dem Kabinett Geschoff die Beibehaltung der bisherigen Richtung erschweren könnte. Nicht zuletzt dieser Gesichtspunkt sei es gewesen, welcher mich bestimmt habe, in meinen Pourparlers mit den Kabinetten die Frage anzuregen, ob die Pforte nicht in ihrer Tendenz bestärkt werden sollte, die Abkehr von dem bisherigen System durch eine möglichst einwandfreie und unbeeinflußte Durchführung der bevorstehenden Neuwahlen deutlich zu dokumentieren. Denn dies würde den bulgarischen Bevölkerungsschichten in Mazedonien angesichts ihrer politischen Bildung und Organisation zweifellos eine ihrer Zahl und Bedeutung entsprechende Vertretung im türkischen Parlamente sichern, ihnen die Möglichkeit bieten, ihre Wünsche und Beschwerden auf legalem Wege zum Ausdruck zu bringen und dadurch eine Entspannung herbeiführen, die in letzter Linie den friedlichen Zielen des Kabinettes Geschoff nur förderlich sein kann. Sollten Euer Hochgeboren eine unauffällige Gelegenheit finden, um mit Seiner Majestät König Ferdinand dieses Thema zu besprechen, so wollen Euer Hochgeboren sich gleichfalls im vorstehenden Sinne äußern. Bei Erwähnung unseres gleichmäßigen Wohlwollens für alle Balkanvölker können Euer Hochgeboren überdies darauf hinweisen, daß nach den Äußerungen, die Seine Majestät mir gegenüber während Seines letzten Aufenthaltes in Wien getan hat (mein Erlaß vom 10. d. M. Nr. 3284) Er selbst wohl auch der Ansicht zu sein scheint, es bestehe kein

unüberbrückbarer Gegensatz zwischen den Aspirationen Bulgariens und den Interessen der Albanesen.

a) Vgl. n. 3738, 3741, 3744, 3746, 3753, 3757, 3763, 3765, 3777.

Nr. 3741. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 29. Aug. 1912 Nr. 348 (eing. 8 U. p .m.).a) Entziff.

Vertraulich. Gabriel Effendi hat sich kürzlich in Bezug auf den Vorschlag Euer Exzellenz meinem französischen Kollegen gegenüber folgendermassen ausgesprochen: „Nous sommes convaincus que le cabinet de Vienne était inspiré des meilleures intentions pour le gouvernement turc en faisant cette proposition. Mais malheureusement cette proposition a eu l'effet contraire. Elle nous a fait beaucoup de tort et a aidé à nos adversaires politiques. Il nous sera aussi difficile de continuer dans la voie des concessions à faire aux Albanais et aux autres nationalités parceque nous aurions l'air d'agir sous la pression des puissances." Diese Worte erklären die vom Grossvezir einem französischen Journalisten gegenüber vor einigen Tagen gemachte scharfe Auslassung bezüglich der in Rede stehenden Initiative. Ghazi Moukhtar Pascha wollte augenscheinlich der Komiteepartei dadurch die Waffe aus der Hand nehmen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 3731, 3740, 3742.

Nr. 3742. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 29. Aug. 1912 Nr. 353 (eing. 30. Aug. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Ich habe heute Kiamil Pascha besucht. Er bezeichnete die äussere Lage, als nicht mehr beunruhigend. Die montenegrinische Regierung habe befriedigende Erklärungen abgegeben. Die Grenzregulierungsfrage könne zwar momentan nicht finalisiert werden, dürfte aber auch bald einer Lösung zugehen. Bezüglich Bulgariens sei, solange Herr Geschoff am Ruder sei, nichts zu befürchten. Über die innere Situation äusserte sich Kiamil Pascha dahin, dass vorderhand Ghazi Mukhtar Pascha bleiben dürfte; er verhehlte mir aber nicht seine Befürchtung, dass die Komiteepartei bei den Wahlen die Majorität erlangen könnte, zumal man mit dem Wechsel der Generalgouverneure, seiner Ansicht nach, zu schonend vorgehe. Vorläufig glaube er aber, noch im Kabinette verbleiben zu sollen. Kiamil Pascha brachte auch die Initiative Euer Exzellenz zur Sprache. Nachdem ich ihm ihre wirkliche Bedeutung auseinandergesetzt hatte, sagte er mir, unter diesen Umständen betrachte er den Vorschlag als ein Zeichen unseres freundschaftlichen Interesses, doch könne, wie er mit grösstem Nachdrucke hinzufügte, von einem dezentralistischen System in der Türkei nicht die Rede sein. Pallavicini.

a) Vgl. n. 3741, 3743.

Erlaß nach London, 29. Aug. 1912 Nr. 3566. Siehe n. 3744.

Erlaß nach Paris, 29. Aug. 1912 Nr. 3568. Siehe n. 3744.

Nr. 3743. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 29. Aug. 1912 Nr. 98 (eing. 8 U. p. m.).[a] Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 96 vom 22. d. M. Herr Poincaré äusserte sich mir gegenüber über den Vorschlag Euer Excellenz betreffend die Balkanangelegenheiten eher sympathisch, aber reserviert. Ohne Kenntnis des detaillierten Programmes könne man nicht darüber urteilen. Nach seinen Informationen stehe die Pforte der Dezentralisationstheorie nicht freundlich gegenüber, wenngleich sie gesonnen sei, den christlichen Bewohnern des Balkans Begünstigungen einzuräumen. Somssich.

[a]) Vgl. n. 3742, 3744, 3749.

Tel. nach Rom, 29. Aug. 1912 Nr. 142 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3739.

Erlaß nach Rom, 29. Aug. 1912 Nr. 3567. Siehe n. 3744.

Nr. 3744. Erlaß nach St. Petersburg Nr. 3564 (1), Berlin Nr. 3565 (2), London Nr. 3566 (3), Rom Nr. 3567 (4) und Paris Nr. 3568 (5), 29. Aug. 1912.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. und G. Berchtold).

1.—5. Ich richte heute nachstehende Weisung an die k. u. k. Botschaften bei den fünf Mächten: Es liegen mir nunmehr die Antworten sämtlicher Kabinette auf die in meiner Zirkulardepesche vom 13. August d. J.[b]) enthaltene Anregung vor. Das deutsche und das italienische Kabinett hat meinem Vorschlage ohneweiters zugestimmt, das letztere mit dem selbstverständlichen Beisatz, daß Italien sich nur an Vorstellungen bei den Balkanstaaten beteiligen könne. Die russische Regierung hat sich mit dem proponierten Vorgehen unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß die beabsichtigte freundschaftliche Einwirkung auf die Pforte die Form einer Kollektivdemarche vermeide und in Gestalt von einzelnen Ratschlägen der Botschafter erfolge. Was das englische Kabinett anbelangt, so hat Sir Edward Grey meine Ausführungen sympathisch aufgenommen und sich bereit erklärt, über meine Anregung in einen Meinungsaustausch einzutreten. Die französische Regierung ließ durch den hiesigen Botschafter erklären, sie sei — unter der Voraussetzung, daß die Pforte aus eigener Initiative den Albanesen Zugeständnisse gemacht habe, worüber in Paris noch keine Informationen vorlägen — bereit, in einen Meinungsaustausch darüber einzutreten, in welcher Weise der ottomanischen Regierung nahegelegt werden könnte, jene Zugeständnisse auch auf die Griechen, Bulgaren und Serben auszudehnen. Um den Zweck und den Charakter meiner Anregung näher zu präzisieren und gleichzeitig gewissen Mißverständnissen zu begegnen, welche ich namentlich in der publizistischen Beurteilung meiner Initiative wahrzunehmen Gelegenheit hatte, muß ich vor allem hervorheben, daß mir bei dem von mir proponierten Meinungsaustausche mit den Mächten keineswegs die Absicht vorschwebte, für die Monarchie eine führende Rolle in der Orientfrage oder gar auf einer europäischen Konferenz zu vindizieren, zu welch letzterer die gegenwärtige Situation ja keinerlei Anlaß bietet. Der Beweggrund meines Vorgehens lag vielmehr einzig und allein in dem durch die allbekannte Friedensliebe unseres Allergnädigsten Herrn

und durch die geographische Lage Österreich-Ungarns bedingten lebhaften Interesse der k. u. k. Regierung an der Erhaltung des status quo und der Ruhe am Balkan, sowie in unserem traditionellen Wohlwollen für die Balkanvölker, deren ruhige Entwicklung wir, und zwar für alle in gleicher Weise, seit jeher zu fördern bestrebt sind. Was den Modus der Durchführung meiner Anregung betrifft, so möchte ich schon an dieser Stelle vorausschicken, daß auch ich, ganz ähnlich wie dies seitens anderer Kabinette und insbesonders seitens der russischen Regierung angedeutet worden ist, den größten Wert darauf lege, die Empfindlichkeit der Pforte zu schonen und zu vermeiden wünsche, deren Mißtrauen zu erwecken, wobei auch in Betracht kommt, daß jeder Schritt, der dem Versuche einer Bevormundung der türkischen Regierung gleichkäme, die Stellung der letzteren erschweren müßte und uns vom angestrebten Ziele entfernen würde. Die Einleitung von Kollektivdemarchen in Konstantinopel liegt demnach nicht in meinen Absichten und es kann daher billigerweise auch von solchen Schritten bei den Balkanstaaten nicht die Rede sein, sondern erscheint der in den letzten Tagen in Cetinje angewendete modus procedendi völlig am Platze. Sowohl die Rücksichtnahme auf die Pforte, als auch die Erfahrungen, welche in den Jahren 1904—1908 mit der sogenannten Interventionspolitik gemacht wurden, lassen heute unter gänzlich veränderten Verhältnissen eine Rückkehr zu jener Methode als wenig opportun erscheinen. Heute kann es sich wohl lediglich nur darum handeln — und dies ist der wahre Sinn meines Vorschlages — durch eine einmütige Kundgebung der Mächte darzutun, daß Europa nach dem Fehlschlagen des jungtürkischen Systems aus dem in der öffentlichen Meinung der Türkei eingetretenen Umschwunge und aus dem hieraus entspringenden neuen Kurse der Pfortenpolitik die Hoffnung schöpft, daß hiedurch die Ruhe am Balkan erhalten bleiben wird. Hieraus ergibt sich, daß es sich nur um eine moralische Unterstützung von türkischen Initiativentschlüssen, nicht aber darum handeln kann, solche zu provozieren. Die in der französischen Antwort gemachten Vorbehalte sind unterdessen dadurch gegenstandslos geworden, daß die den Albanesen gewährten Zugeständnisse amtlich kundgemacht wurden und deren Ausdehnung auf die anderen Nationalitäten Rumeliens seitens des Großveziers dem k. u. k. Botschafter in Konstantinopel in Aussicht gestellt worden ist. Hierin und in dem bereits deutlich erkennbaren kalmierenden Effekte der Demarchen in Cetinje auf die montenegrinische Regierung liegt zweifellos ein erster nicht zu unterschätzender Erfolg der zutage getretenen Einmütigkeit der Mächte. Nach den uns zugekommenen Informationen hat das Bekanntwerden unserer Initiative und deren freundliche Aufnahme seitens der Cabinete auch in anderen Balkanstaaten die Position der einer aggressiven Politik abgeneigten Regierungen gegenüber der Erregung der öffentlichen Meinung gestärkt und dadurch eine détente herbeigeführt. Was das Weitere betrifft, so geht die mir vorschwebende Absicht, die Pforte in ihrem neuen Kurse zu bestärken, von der Idee aus, daß die nunmehrige Richtung der türkischen Politik allen ottomanischen Balkanvölkern und jedem in seiner Art zugute kommen und ihnen die Möglichkeit bieten will, am öffentlichen Leben teilzunehmen. In dieser Richtung möchte ich als aktuelles

Beispiel die Erneuerung des ottomanischen Parlamentes durch unparteiisch durchgeführte Wahlen erwähnen und die Anwendung desselben Grundsatzes auf die Bildung der „Conseils Généraux" in den Vilajeten. Die mißbräuchliche Durchführung der Wahlen stellte bekanntlich den Hauptgrund der allgemeinen Unzufriedenheit mit den Jungtürken dar, welche in der jüngsten Krise zum Ausdrucke kam. Sowohl die Türken als alle anderen Balkannationalitäten haben das größte Interesse daran, in dem neuen Parlamente eine den faktischen ethnischen Verhältnissen entsprechende Vertretung zu besitzen; und für Europa wie für die Balkanstaaten ist es von ausschlaggebender Wichtigkeit, daß die Pforte den Anlaß der Neuwahlen benütze, um allen Elementen in der Türkei, die in den beiden ersten ottomanischen Parlamenten nur unvollkommen oder gar nicht vertreten waren, die Wohltaten des neuen Kurses ad oculos zu demonstrieren und sie in die Lage zu versetzen, ihre Interessen und Wünsche — statt wie bisher durch mehr oder minder revolutionäre Mittel — auf parlamentarischem Wege geltend machen zu können. Wenn beispielsweise die Vorgänge von Kotschana eine energische Interpellation einer der Bedeutung des ottomanischen Bulgarentums entsprechenden Abgeordnetengruppe im Konstantinopeler Parlamente hätten auslösen können und auf diese eine korrekte Regierungsantwort erteilt worden wäre, so hätte, wie sich mit Sicherheit annehmen läßt, die Erregung in Bulgarien nicht jenen Grad erreicht, wie es derzeit der Fall ist. Angesichts der an diesem Beispiele illustrierten Wichtigkeit der unparteiischen Durchführung der Neuwahlen und der für die individualisierende Behandlung der Völkerschaften nicht minder wichtigen verfassungsmäßigen Rekonstituierung der provinzialen „Generalräte" schiene es der Erwägung wert, inwieweit sich die Bestärkung der Pforte in ihrem neuen Kurse speziell auch durch wohlmeinende Ratschläge in Bezug auf das Thema der Neuwahlen bethätigen könnte. Bezüglich der eventuellen Kundgebungen der Mächte wäre ich der Ansicht, daß es sich nur um freundschaftliche Einzelvorstellungen der Botschafter und Gesandten handeln könnte, welche bei jedem passenden Anlasse zu erneuern wären und so den konstanten einmütigen Willen Europas zum Frieden am besten zum Ausdrucke brächten. Was insbesondere die Balkanstaaten betrifft, so ist es wohl selbstverständlich, daß die Vorstellungen der Gesandten der Mächte der jeweiligen Situation und Haltung der betreffenden Regierung anzupassen wären, jedoch mit Rücksicht auf die unterdessen eingetretene détente erst dann zu erfolgen hätten, wenn sich wieder an einem Punkte des Balkans eine den Frieden bedrohende Erregung kundgeben sollte. Euer etc. wollen sich dem

1. 4. 5. Herrn Minister des Äußern

2. 3. Herrn Staatssekretär

1.—5. gegenüber genau im Sinne vorstehender Ausführungen, jedoch jedenfalls nur mündlich, aussprechen und mir seinerzeit dessen Rückäußerung einberichten.

[a] Oe. U. Balkan 6 Nr. 9. Vgl. n. 3740, 3743, 3750, 3755, 3756, 3758, 3769, 3776 Anm. b, 3782. — [b] Vgl. n. 3687.

Erlaß nach Sofia, 29. Aug. 1912 Nr. 3571. Siehe n. 3740.

Nr. 3745. Tel. aus Sofia, 29. Aug. 1912 Nr. 142 (eing. 30. Aug. 9. U. a. m.).[a]) Entziff.

Im Laufe der Unterredung, die ich heute mit Herrn Geschoff hatte, bemerkte ich, dass hier Gerüchte über politische Mission des bulgarischen Gesandten in Cetinje, welcher kürzlich hier eingetroffen, kursiert haben. Conseilspräsident antwortete, er hätte davon gehört, könne mich aber versichern, dass Koluscheff keinerlei Message Montenegros gebracht habe. Allerdings habe er erzählt, dass Stimmung König Nikolaus' kriegerisch sei. Herr Koluscheff sei auf eigenen Wunsch mit kurzem Urlaub nach Sofia gekommen und habe sich bereits gestern auf seinen Posten zurückbegeben. Herr Koluscheff ist tatsächlich gestern mit Familie abgereist. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3727, 3733, 4065.

Nr. 3746. Tel. aus Sofia, 29. Aug. 1912 Nr. 143 (eing. 30. Aug. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Hatte heute Unterredung mit Herrn Geschoff. Kurz resumiert lauteten seine Aeusserungen wie folgt: Regierung tue Möglichstes, um Agitation einzudämmen; Conseilspräsident wolle hoffen, dass dies vielleicht allmählich gelingen würde, vorderhand habe aber Kabinett grösste Schwierigkeiten. Die durch einige Blätter kürzlich lanzierte Nachricht von Kriegsvorbereitungen bulgarischerseits habe Herr Geschoff offiziell kategorisch dementieren lassen. Regierung wolle den Frieden, was sie wiederholt in offiziöser Presse betont habe; sie halte treu an dem Verhältnis zu Österreich-Ungarn, um dessen Besserung sich Herr Geschoff mit gutem Erfolge sosehr bemüht hätte. Hier berief sich Conseilspräsident auf Unterredungen, die er einmal mit Grafen Aehrenthal und wiederholt mit mir über Mangel an Gegensätzen zwischen beiderseitigen Interessen gehabt hätte. Regierung habe auch Euer Exzellenz Anregung gut aufgenommen; ich möge mich diesbezüglich durch Kritiken hiesiger Presse nicht irre leiten lassen; Regierung sei Euer Exzellenz dankbar, da sie überzeugt, dass Hochdieselben von guten Absichten für Bulgarien geleitet. Leider kämen aus Konstantinopel Nachrichten über ablehnende Haltung der Türkei. Auf Meritum der Frage brauchte ich im Sinne des hohen Telegrammes No. 72 vom 22. d. M. nicht einzugehen. Eine im Laufe obigen Gespräches von Herrn Geschoff mir streng vertraulich gemachte Aeusserung berichte mit Privatschreiben, das morgen Depeschenkasten abgeht. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3740, 3747.

Nr. 3747. Bericht aus Sofia, 29. Aug. 1912 Nr. 66 A (eing. 2. Sept.).[a]) Ausfert.

Wie Euer Excellenz meinem gehorsamen Telegramme Nr. 143 von heute geneigtest entnommen haben, hat sich Herr Geschoff über das Verhältniss Bulgariens zu Österreich-Ungarn mit Wärme zu mir ausgesprochen und mich zugleich spontan versichert, dass die Anregung Euer Excellenz in den hiesigen massgebenden Kreisen eine sympathische und dankbare Aufnahme finde. Ich glaube nicht, dass der Conseilspräsident diesen überaus

freundlichen Ton nur deswegen angeschlagen hat, um dadurch seiner in meinem gehorsamen Privatschreiben von heute[b] enthaltenen Mitteilung mehr Relief zu verleihen. Der Umstand, dass in dem Regierungsorgane „Mir" dieser Tage wiederholt auffallend freundliche Enunciationen für Österreich-Ungarn veröffentlicht wurden, spricht vielmehr dafür, dass die Sprache Herrn Geschoffs in der bei der Regierung tatsächlich jetzt bestehenden Stimmung ihren Ursprung hat. Der günstige Eindruck der Initiative Euer Excellenz, von dem Herr Geschoff sprach, war nicht die ganze Zeit hindurch ein solcher. Nicht nur die vielen Ministerconseils, die in der vergangenen Woche abgehalten wurden und in welchen — wie mir bekannt — die Initiative Euer Excellenz debattirt wurde, sondern auch der wechselnde Ton, in dem diese letztere von der officiösen Presse besprochen wurde, beweisen, dass man sich hier erst allmählich über die zu der Anregung Euer Excellenz einzunehmende Haltung klar und schlüssig wurde. Es hat einen Moment gegeben, in dem ich nicht ganz frei von der Befürchtung war, dass die zur grösseren Hälfte rein russophile Regierung sich den aus Russland und Serbien kommenden Strömungen und Verdächtigungen nicht werde ganz verschliessen können und dass auf unsere Beziehungen zu Bulgarien ein Schatten fallen könnte. Ich zweifle nicht, dass es der Einfluss König Ferdinands war, dem die nunmehrige vernünftige Auffassung der Regierung im hohen Masse zu verdanken ist, die darin besteht, dass die Absichten Euer Excellenz nicht mehr verdächtigt werden, sondern, dass man — wie mir Herr Geschoff sagte — Euer Excellenz für den glücklichen Gedanken dankbar sei, aus dem, wenn es Europa wollen werde, etwas Gutes entstehen könnte. Ob und wie lange die hiesigen Regierungskreise bei dieser Auffassung bleiben werden und ob es nicht noch zu einer Missstimmung kommen wird, hängt von zu vielen Umständen und Eventualitäten, die in Betracht gezogen werden müssen, ab, als dass man diesbezüglich etwas voraussehen könnte. Immerhin ist es ein erfeuliches Symptom, dass das Vertrauen Bulgariens in unsere Politik die Proben der letzten Zeit allem Anscheine nach glücklich bestanden hat. Aus dem, was mir heute Herr Geschoff über das Verhältniss Bulgariens zu Österreich-Ungarn gesagt hat und speciell aus den in dem — in meiner Meldung heutigen Datums Nr. 66 B[c] resumierten — bemerkenswerten Artikel des Regierungsorganes „Mir" enthaltenen Ausführungen scheint hervorzugehen, dass die Erkenntniss des in gewisser Hinsicht bestehenden Parallelismus zwischen den Interessen der Monarchie und Bulgariens sich hier festigt. Es wäre denn, dass gegen jede Wahrscheinlichkeit sowohl die Äusserungen Herrn Geschoffs als auch die Sprache der Regierungspresse nur dazu dienen sollten, die wahren Absichten Bulgariens zu maskiren. Dann bliebe aber doch immer für Bulgarien die Unmöglichkeit, sich von der Überzeugung zu trennen, dass es ohne oder gegen uns am Balkan nichts unternehmen könne. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 3748. — [b] Nicht abgedruckt. Meldet eine Äußerung des bulgarischen Ministerpräsidenten, es kränke ihn „tief zu wissen, daß die Bulgaren im Markgrafen Pallavicini einen so decidierten Feind hätten". Nach Meldungen des bulgarischen Gesandten in Konstantinopel, Sarafow, hätte Pallavicini geäußert, daß die Bulgaren auch an dem „Massaker von Kotchane" schuld wären. — [c] Nicht abgedruckt. Enthält Mitteilungen verschiedener Pressestimmen.

Nr. 3748. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 30. Aug. 1912 Nr. 359 (eing. 31. Aug. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Der rumänische Gesandte sagte mir heute, dass die türkische Regierung wegen Haltung Bulgariens besorgt sei. Minister des Äussern hätte ihn wiederholt aufgefordert in Bukarest anzufragen, wie sich die rumänische Regierung im Falle eines Angriffes Bulgariens auf die Türkei verhalten würde. Herr Mişu habe ausweichend geantwortet, jedoch die gewünschte Anfrage an seine Regierung gerichtet. Bisher ist noch keine Antwort hierauf eingelangt.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3747, 3767.

Nr. 3749. Bericht des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 31. Aug. 1912 Nr. 34 A (eing. 2. Sept. 1912).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Anlässlich des letzten Diplomatenempfanges äusserte sich der Ministerpräsident über die Proposition Euerer Exzellenz im Grossen und Ganzen sehr sympatisch, jedoch mit einer gewissen Reserve, welche Reserve teilweise wohl in seinem Charakter gelegen ist, zum Teile auch darin begründet gewesen sein mag, dass er wegen der marokkanischen Angelegenheiten überhaupt nicht bester Laune war, schliesslich aber auch darin, dass er unsere Initiative, noch unter dem frischen Eindruck seines Petersburger Besuches, in russischer Beleuchtung betrachtet. Herr Poincaré sagte, die französische Regierung habe die Aufforderung zum Gedankenaustausch umso bereitwilliger angenommen, als nach seiner Ansicht die Balkanfragen nur im Einvernehmen sämmtlicher Grossmächte geregelt werden könnten. Heute liesse sich allerdings ohne Kenntnis des detaillierten Programmes kein Urteil abgeben, nur so viel könne er sagen, dass nach seinen Informationen die Türkei dem Plane einer Dezentralisation nicht freundlich gegenüberstehe, wenngleich die türkische Regierung gesonnen sei den christlichen Bewohnern gewisse Begünstigungen einzuräumen. Euere Exzellenz werden jedenfalls besser als ich beurteilen können, in wie ferne diese Information richtig ist; auf mich machte sie den Eindruck, dass sie weniger auf Konstantinopler Botschaftsberichten, als auf den mündlichen Mitteilungen des hiesigen türkischen Botschafters, Rifaat Pascha, basiert ist, welcher sich auch mir gegenüber in ähnlichem Sinne ausgelassen hat. Ich habe Herrn Poincaré gegenüber auch die Haltung der hiesigen Presse zur Sprache gebracht, welche, wie Euerer Exzellenz bekannt, unsere Initiative anfänglich überaus freundlich beurteilt hatte, später aber eine erheblich gemässigtere Tonart angeschlagen hat. Ich sagte ihm, dass ich insbesondere das stellenweise zu Tage tretende Misstrauen gegenüber dem Vorschlage Euerer Exzellenz nicht begreifen könne, da ja das Faktum, dass wir die Mächte zu einem Meinungsaustausch eingeladen haben, genügen sollte, um ein eventuelles Misstrauen, wenn ein solches bezüglich unserer Balkanpolitik bestehen konnte, zu zerstören, aber auf keinen Fall ein solches hervorzurufen geeignet sein könne. Wenn wir selbstsüchtige Ziele verfolgen würden, so würden wir doch nicht ganz Europa zum Zeugen anrufen. Herr Poincaré meinte, er habe auf der hohen See keine Zeitungen gelesen und wisse nicht,

was diese geschrieben haben, die französische Regierung stehe unserer Proposition gewiss nicht misstrauisch gegenüber. Die Ausrede war nicht ganz glücklich gewählt, da die unfreundlichen Kommentare erst nach der Rückkehr des Herrn Poincaré einsetzten und die Koinzidenz sogar sehr auffallend war, doch habe ich vorgezogen nicht zu insistieren. Somssich.

[a]) Vgl. n. 3743, 3751.

Nr. 3750. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 31. Aug. 1912 Nr. 105 (eing. 1. Sept. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich habe den mir mit Erlaß No. 3687[b]) erteilten Auftrag bei Marquis di San Giuliano ausgeführt. Er antwortete mir, daß er es auf das lebhafteste begrüßen würde, wenn die türkische Regierung die Bahnen der Euer Exzellenz vorschwebenden Politik einer individualisierenden Behandlung der Nationalitäten des ottomanischen Reiches betreten würde. Er habe diese Politik von jeher als die einzige angesehen, welche im Stande sei, den Fortbestand des türkischen Reiches in Europa zu ermöglichen, an welchem Italien trotz seines Krieges im höchsten Maße interessiert sei. Dementsprechend habe er schon als Botschafter in London, als ganz England sich für die türkische Konstitution begeisterte, die Centralisierungspolitik der Jungtürken streng verurteilt. Gegenwärtig sei ihm natürlich eine Einwirkung auf die Pforte unmöglich. Incidentaliter erwähnte er, daß ihm aus Sofia heute Nachrichten zugekommen seien, welche die dort eingetretene Detente bestätigen. Ambrózy.

[a]) Oe. U. Balkan 8 Nr. 10. Vgl. n. 3752. — [b]) Wohl irrig für n. 3744.

Nr. 3751. Bericht aus St. Petersburg, 18. 31. Aug. 1912 Nr. 31 B (eing. 2. Sept.).[a]) Ausfert.

Ich hatte unlängst Gelegenheit zu einer Aussprache mit Herrn Kokowzew. Die Konversation kam zunächst auf die Zustände am Balkan. Der Herr Ministerpräsident meinte, dass wenn man nur nach den von dort einlaufenden Nachrichten urteilen wollte, die Situation nicht anders als höchst bedenklich aufgefasst werden könnte. Dem gegenüber lasse aber ein anderer, im allgemeinen sehr verlässlicher Barometer, auf den er als Finanzmann besonders grosse Stücke halte, doch hoffen, dass die gegenwärtige Krise sich allmählich in friedlicher Weise lösen werde: Es sei dies die Börse, wo trotz aller beunruhigender Nachrichten aus den Balkanländern eine ruhige Tendenz bei günstigen Kursen herrsche. Auf den Vorschlag Euer Exzellenz übergehend sagte Herr Kokowzew, er scheine ihm schon deshalb mit Sympathie zu begrüssen zu sein, weil eine ruhige gegenseitige Besprechung immer geeignet sei, eine jede Frage zu klären und das gegenseitige Vertrauen der Teilnehmer zu befestigen. Was aber das Meritum des Vorschlages Euer Exzellenz anbelangt, so sei ihm die Idee einer Autonomie weder für Albanien noch für Mazedonien sympathisch, da er in einer solchen ernste Gefahren für die ruhige Entwicklung am Balkan erblicken

müsse. Ich suchte den Herrn Minister darüber aufzuklären, dass Euer Exzellenz den Gedanken einer Autonomie gerade so perhorreszieren würden, wie er selbst, und dass von einem solchen in Hochdero Anregung mit keinem Worte die Rede war. Herr Kokowzew sagte mir, er sei erfreut dies zu hören, und bedauerte, dass die Absichten Euer Exzellenz offenbar vielfach missverstanden worden seien. So habe zum Beispiele auch Herr Poincaré geäussert, dass er der Anregung Euer Exzellenz zu einem Gedankenaustausche im Prinzipe sympathisch gegenüberstehe, aber Bedenken bezüglich der Autonomie hege, „qui pourrait s'en suivre." Auch der Reise Euer Exzellenz nach Sinaia tat Herr Kokowzew Erwähnung. Wenn er auch meinte, dass dieselbe vielleicht beitragen könnte, Bulgarien vor unüberlegten Schritten zurückzuhalten, so war doch zu erkennen, dass er über dieses in die Augen fallende Zeichen des intimen zwischen der Monarchie und Rumänien bestehenden Verhältnisses nicht gerade besonders erfreut war. Die innere Situation Russlands bezeichnete der Herr Ministerpräsident als sehr befriedigend, wozu der gute Ausfall der heurigen Ernte das Seine beitrage. *... Das Folgende betrifft Äußerungen des russischen Ministerpräsidenten über die bevorstehenden Dumawahlen und Persönliches. ...* Thurn.

[a]) Vgl. n. 3749.

Nr. 3752. Bericht St. Petersburg, 18./31. Aug. 1912 Nr. 31 C (eing. 2. Sept.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Gelegentlich eines Besuches, den ich vor einigen Tagen dem eben von seinem Urlaub zurückgekehrten Herrn Minister des Äussern machte, kam unter anderem die Rede auch auf den Vorschlag Euer Exzellenz betreffend den zwischen den Mächten zu pflegenden Gedankenaustausch. Herr Sazonow sagte mir, er könne mir nicht verhehlen, dass diese Anregung in Constantinopel keine sehr günstige Aufnahme gefunden habe. Nach den ihm von dort zugekommenen Informationen scheine man sich zu fürchten, dass die Seitens Euer Exzellenz propagierte Dezentralisation in ihrer weiteren Ausgestaltung zu dem Verlangen nach Autonomie führen könnte. Ausserdem könnte die Dezentralisation, auf Mazedonien angewendet, leicht den Effekt haben, dass es statt eines Mazedoniens deren fünf geben würde. Ich erwiderte, dass — soweit mir bekannt sei — die türkische Regierung die für die Türkei durchaus wohlwollende Absicht Euer Exzellenz ganz richtig erkannt und eingeschätzt habe und dass daher die durch Herrn Sazonow angeführten türkischen Bedenken wohl nur bei nicht informierten und auch nicht massgebenden Kreisen herrschen können, die ihre Nachrichten lediglich aus der Presse schöpfen. Herr Sazonow widersprach dem aber nachdrücklichst, indem er behauptete, dass ihm diese Bedenken gerade aus türkischen Regierungskreisen zu Ohren gekommen seien und dass diese auch in der Sprache des hiesigen türkischen Botschafters einen Widerhall fänden. Inwieweit diese Behauptung Herrn Sazonows richtig ist, kann ich nicht beurteilen, da eine authentische Information über die Aufnahme, welche Euer Exzellenz Vorschlag bei den anderen Kabinetten gefunden, in den mir gütigst übermittelten politischen Mitteilungen nicht enthalten ist. Ich

benützte nichtsdestoweniger diesen Anlass, um Herrn Sazonow nochmals den Gedankengang auseinanderzusetzen, der Euer Exzellenz bei Hochdero Anregung geleitet hatte. Ich legte das Gewicht namentlich auch darauf, dass Euer Exzellenz jeder Gedanke nach einer Autonomie völlig ferne liege und dass die lokale dezentralisierende und individualisierende Tendenz in der Administration, welche ja von der gegenwärtigen türkischen Regierung selbst spontan inauguriert worden sei und auf deren Kräftigung der Vorschlag Euer Exzellenz abziele, gerade den Effekt haben dürfte, eine Beruhigung der christlichen Bewohner der europäischen Vilajete anzubahnen, ohne sich auf das gefährliche Gebiet der Autonomie-Gewährung zu begeben. Wenn von einer Dezentralisation gesprochen werde, so sei darunter vor Allem der Gegensatz zu der von den Jungtürken in so unglücklicher Weise eingeschlagenen Politik einer übertriebenen Zentralisation gemeint, welche ohne Rücksicht auf die tiefgehenden Verschiedenheiten der Verhältnisse in den einzelnen Provinzen alles über einen Leisten zu schlagen versuchte. Herr Sazonow erwiderte, er wisse Euer Exzellenz Absicht vollkommen zu würdigen, doch sei anderseits nicht zu leugnen, dass sie vielfach missverstanden worden sei. Es wäre, so meinte der Herr Minister, von diesem Gesichtspunkte aus vielleicht besser gewesen, wenn der Ausdruck „Dezentralisation" vermieden worden wäre. Was ihn selber betreffe, so habe er, wie ich wisse, die Anregung Euer Exzellenz von allem Anfange an freudig begrüsst, weil er in derselben einen neuen Beweis der ehrlichen Absichten der k. u. k. Regierung und ein Unterpfand ihrer loyalen, durch keine eigennützigen Hintergedanken beeinflussten Haltung erblicke. Er habe, seit die Anregung Euer Exzellenz zu seiner Kenntnis gelangt sei, noch keine Gelegenheit zu einem Vortrage bei Seiner Majestät Kaiser Nikolaus gehabt, werde aber bei seinem nächsten, tagsdarauf erfolgenden Vortrag Seiner Majestät in diesem Sinne berichten. Diese Sprache Herrn Sazonows bietet vielleicht eine Erklärung für den scheinbaren Widerspruch, der darin liegt, dass er mir gegenüber seinerzeit die Anregung Euer Exzellenz mit so sichtlicher Befriedigung aufgenommen hatte, und dann — wie ich mit meinem Telegramm vom 13./26. d. M. Nro. 135 zu melden die Ehre hatte, sich dem italienischen Geschäftsträger gegenüber eher abfällig über dieselbe geäussert haben soll. Er erblickt gewiss auch heute noch in dem Faktum des erfolgten Vorschlages und seiner Begründung ein für ihn erfreuliches Symptom unseres ehrlichen, ernsten Bestrebens — im Gegensatze zu den perfiden Unterstellungen der Presse —, den Status quo im Oriente mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten. Hingegen scheint es doch, dass er durch die unfreundlichen Kommentare der hiesigen Blätter und vielleicht auch durch Nachrichten aus Paris, London und Constantinopel nicht ganz unbeeinflusst geblieben ist und jetzt an der Durchführbarkeit der durch Euer Exzellenz in Aussicht genommenen Schritte in Constantinopel und bei den Balkanregierungen, welche er im ersten Augenblicke fast ohne Einwendung annehmen zu wollen schien, zweifelt. Im Übrigen sieht Herr Sazonow, wie er mir sagte, weiteren Eröffnungen Euer Exzellenz im Gegenstande mit Interesse entgegen. Thurn.

a) Vgl. n. 3750, 3753.

Nr. 3753. Tel. aus Sofia, 31. Aug. 1912 Nr. 144 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Dobrovič besuchte mich heute morgens und fragte, ob nichts Neues, worauf ich antwortete, dass mir bis jetzt keine frischen Informationen zugegangen, dieselben aber bald kommen dürften, da Euer Excellenz nach Wien zurückgekehrt und Mächte vermutlich Antwort auf Anregung gegeben. Man agitiere hier fort weiter, sagte Mitredner, und greife König an. König, der, ohne Früchte 25jähriger Arbeit aufs Spiel zu setzen, nur mit friedlichen Mitteln Vorteile für Bulgarien erlangen möchte, entschlossen, sich nicht beeinflussen zu lassen. Seine Lage aber sehr schwierig und er könne sich nicht noch mehr exponieren. Herr Geschoff würde sich nicht halten können, wenn für Bulgarien gar nichts geschehe. Es sei ihm nur mit Not gelungen, einen Teil der Regierung, der einen Schritt bei Mächten sofort verlangt hätte, zur Geduld zu bewegen. Über Eindruck der Anregung sagte Dobrovič, dass sich derselbe wiederholt geändert. Gegenwärtig fasse Regierung Initiative günstig auf, es gebe aber noch immer Unvernünftige, die verdächtigten. Da ich sicher, dass Dobrovič im Auftrage zu mir gekommen, habe im Sinne meiner allgemeinen Instruktionen einige Bemerkungen gemacht, von welchen ich höchstenorts beruhigende und nützliche Impression erwarte. Hoffe auch, dass Sprache laut mir seither mit hohem Reskript Nr. 357[b] zugegangenen Auftrages günstigen Eindruck machen werde. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 3752. — [b] Soll wohl heißen Nr. 3571, vgl. n. 3740.

Nr. 3754. Tagesbericht über einen Besuch des englischen Geschäftsträgers, 2. Sept. 1912. Konz. (S. Matscheko; G. fehlt[a]).

Der englische Geschäftsträger hat heute hier vorgesprochen und auftraggemäß mitgeteilt, daß seine Regierung alarmierende Nachrichten über die Situation des gegenwärtigen bulgarischen Kabinettes erhalten habe. Herr Geschoff hätte dem englischen Geschäftsträger in Sofia gesagt, daß es ihm angesichts der zunehmenden Agitation im Lande immer schwerer werde, der kriegerischen Strömung entgegenzuarbeiten. Von London sei daher der Auftrag an den englischen Chargé d'Affaires in Sofia ergangen, sich neuerlich eindringlich für die Erhaltung des Friedens einzusetzen. Diese Mitteilungen wurden mit dem Bemerken zur Kenntnis genommen, daß auch nach unseren Informationen die Position des Kabinettes Geschoff eine schwierige sei, daß wir aber auf Grund von Aeußerungen Herrn Geschoffs zu Grafen Tarnowski auch weiter zuversichtlich hoffen, Bulgarien werde von seiner bisherigen friedlichen Haltung nicht abgehen. Der k. und k. Gesandte in Sofia sei übrigens im Sinne seiner allgemeinen Instruktionen bestrebt, im beruhigenden Sinne zu wirken und die friedlichen Tendenzen Herrn Geschoffs zu unterstützen.

[a] Das Stück wurde jedoch laut Amtsvermerk für den Kaiser abgeschrieben.

Nr. 3755. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 2. Sept. 1912 Nr. 99 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Der politische Direktor liess mich heute zu sich bitten, um mir von der Unterredung, die Herr Dumaine dieser Tage mit Euer Excellenz gehabt

hat, und von der dem Botschafter gesandten Instruktion Mitteilung zu machen. Ich habe ihm bei der Gelegenheit vom Inhalte der Weisung vom 29. v. M. Nr. 3568, welche ihm bereits in grossen Zügen bekannt war, umsomehr Kenntnis geben zu sollen geglaubt, da er von Herrn Poincaré die telegrafische Weisung erhalten hatte, einen eventuelle Mitteilung in seinem Namen entgegenzunehmen. Der politische Direktor bat mich, Euer Excellenz einstweilen zu melden, dass die französische Regierung die Message mit grossem Interesse und viel Sympathie zur Kenntnis nehme. Die französische Regierung halte an der Ansicht fest, dass die Orientfrage nur im Einvernehmen mit sämtlichen Mächten geregelt werden könne und begrüsse deshalb mit Befriedigung die Initiative Euer Excellenz. Herr Dumaine habe eine analoge Instruktion erhalten. Unsere Unterredung hat vorläufig nur einen öffiziösen vertraulichen Charakter gehabt. Da Herr Poincaré morgen vom Lande zurückkehrt, werde ich ihm die offizielle Mitteilung erst im Laufe des morgigen Tages machen können. Somssich.

[a]) Vgl. n. 3760.

Nr. 3756. Tel. aus St. Petersburg, 2. Sept. 1912 Nr. 139 (eing. 3. Sept. 9 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Ich habe Herrn Sazonow heute Mitteilung der im Erlasse Nr. 3564 enthaltenen Ausführungen gemacht, wobei ich dem Herrn Minister wichtige Stellen im Urtexte vorlas. Eindruck, welchen Eröffnungen Euer Excellenz auf denselben machten, war denkbar günstigster und unterbrach er mich abermals durch lebhaft zustimmende Äusserungen. Ich musste mehrere Stellen öfters wiederholen, wobei er sich einige Notizen machte, doch ersuchte er mich schliesslich, Euer Excellenz zu bitten, mich zu ermächtigen, ihm auszugsweise Abschrift interessanter Ausführungen zu geben, die doch etwas zu lang wären, als dass er sie vollständig im Gedächtsnisse behalten könnte. Da er hierauf grosses Gewicht legte, diskreteste Behandlung versprach und betonte, dass er hiefür ganz besonders dankbar wäre, bitte ich, mir Ermächtigung zu der mir ganz unbedenklich erscheinenden Erfüllung seines, ohne ihn zu verstimmen, kaum abzuweisenden Wunsches zu erteilen. Herr Sazonow resumierte seinen Eindruck ungefähr wie folgt: „Dites au Comte Berchtold que son intéressant exposé dissipe tous les doutes que la rédaction moins précise de sa première communication ainsi que les commentaires de la presse auraient pu laisser sur ses intentions et notamment sur la portée du terme „décentralisation", doutes que, du reste, je n'ai jamais partagés. Dites-lui encore que les lignes de la politique de la Monarchie ébauchées dans sa présente communication portent dans une direction où il peut être certain de se trouver toujours en accord parfait avec la Russie dont les buts et intentions — en ce qui concerne question balkanique — sont absolument identiques à ceux exposés par le Comte Berchtold." Bezüglich der in concreto zu machenden Schritte machte der Herr Minister allerdings einige Vorbehalte. So meinte er, dass Euer Exzellenz neuem Kurs in Konstantinopel vielleicht zu viel Kredit gewähren und dass es sich erst erweisen werde, ob der eingetretene Umschwung auch tatsächlich

so tiefgehend und nachhaltig ist, wie zu wünschen wäre. Was die Äusserungen des Grossvezirs dem k. u. k. Botschafter gegenüber betrifft, worin er die Ausdehnung der den Albanesen gewährten Zugeständnisse auf die anderen Nationalitäten Rumeliens in Aussicht stellte, sagte mir Herr Sazonow, Russland habe im Einvernehmen mit England und Frankreich Versuch gemacht, Pforte dazu zu bewegen, diese Absicht offiziell auszusprechen, um dies anderen Balkanstaaten zu deren Beruhigung mitteilen zu können; es scheint somit hier eine kleine Separataktion der Triple-Entente vorzuliegen, die, ich weiss nicht von welcher Seite angeregt, vielleicht Zweck hatte, Euer Excellenz' Aktion etwas Wind aus den Segeln zu nehmen. Gedanke, dass durch Durchführung unparteiischer Wahlen ein Boden geschaffen werden sollte, auf dem sich auch die christlichen Elemente in der Türkei auf parlamentarischem Wege geltend machen könnten, bezeichnete Minister als ausgezeichnet, „cela pourrait nous donner un sursis de dix à quinze ans"; er bezweifle aber, dass es uns gelingen werde, Frankreich und England zu Vorstellungen in diesem Sinne zu bewegen, weil diese hierin vielleicht doch gewisse Einmischung in innere türkische Angelegenheiten erblicken könnten, in welcher Beziehung diese beiden Mächte jetzt besonders vorsichtig seien; gelänge es uns aber, so wäre er der erste, welcher diesem Vorschlage Euer Excellenz mit Vergnügen zustimmen würde. Was die eventuellen Vorstellungen bei den Balkanstaaten betrifft, meinte Minister, dass der Vorschlag Euer Excellenz eigentlich nichts anderes enthalte, als was in der letzten Zeit ohnehin von allen Seiten getan wurde. Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 9 Nr. 11. Vgl. n. 3762.

Nr. 3757. Tel. aus Sofia, 2. Sept. 1912 Nr. 145 (eing. 3. Sept. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Habe mich heute im Sinne des mit hoher Weisung Nr. 3571 erteilten Auftrages unter Verwertung des hohen Telegrammes Nr. 72 Herrn Geschoff gegenüber ausgesprochen. Conseilspräsident hatte sympathischen Eindruck; sagte, er sei Euer Excellenz für gute Absicht und ganz besonders für Rücksicht dankbar, mit der Hochdieselben alles vermeiden wollten, was friedliche Haltung des Kabinettes erschweren würde. In der Hinsicht schien ihn Eventualität gerechter Durchführung nächster türkischer Wahlen zu interessieren. Herr Geschoff meinte aber gleich, dass beste Intentionen Euer Excellenz und auch aller Mächte nichts nützen würden, wenn Türkei ablehnend. Conseilspräsident fragte, ob mir nicht bekannt, wie sich Pforte Euer Excellenz Anregung gegenüber verhalte, und als ich antwortete, dass ich keine offiziellen Informationen hätte, erwiderte Herr Geschoff, dass ihm zugegangene Nachrichten aus Konstantinopel sehr schlecht lauteten: sogar Kiamil Pascha, der doch jungtürkisches Ottomanisierungssystem stets verpönt hätte, solle jetzt aus Angst vor Jungtürken umgesattelt und Euer Exzellenz Initiative als für Türkei absolut unannehmbar bezeichnet haben. Es stünde — meinte Conseilspräsident — von einer türkischen Regierung, die sich Jungtürken gegenüber schwach fühle und in der jungtürkische Elemente vertreten seien, nichts zu erwarten. Ein Mittel, Türkei zur

Befolgung der Ratschläge, die ihr die Mächte erteilen würden, zu zwingen, gebe es nicht und es gebe sohin keine Hoffnung auf Besserung in Macedonien. Ich möge versichert sein, — fügte Herr Geschoff hinzu — dass es keine Übertreibung, wenn er sage, dass seine und Herrn Daneffs turkophile Politik hierzulande vollkommen diskreditiert und dass Stellung der Regierung schrecklich schwierig und jene des Königs, der für alles verantwortlich gemacht werde, ebenfalls. Wenn Initiative Euer Excellenz resultatlos bliebe, wüsste Herr Geschoff wirklich nicht, was Regierung anfangen sollte. Conseilspräsident war heute sichtlich deprimiert. Habe Dobrović gesprochen, da aber König am Lande, weiss noch nicht, ob mich wird sehen wollen. Sollte mich König Ferdinand empfangen, wird er sich, fürchte ich, sehr neugierig zeigen und mich mit Fragen überschütten, die ich derzeit laut Euer Excellenz Instruktion nicht beantworten darf. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3763, 4064.

Nr. 3758. Notiz des deutschen Geschäftsträgers, ohne Datum (am 3. Sept. 1912 übergeben). Ausfert.

Der k. u. k. Geschäftsträger in Berlin hat dem Herrn Staatssekretär von dem Inhalt einer längeren Depesche,[a]) betreffend die von Seiner Exzellenz dem Herrn Grafen Berchtold in Constantinopel und bei den Balkanstaaten geplante Demarsche Kenntnis gegeben. Wenn der Herr Staatssekretär Seine Exzellenz den Herrn Minister richtig verstanden hat, so beabsichtigt er, weder bei den Türken noch bei den Balkanstaaten eine Kollektivdemarsche, jedoch eine gleichmäßige Regelung der Sprache der Vertreter der Mächte. Es soll in Constantinopel darauf hingewiesen werden, daß das gewaltsame Vorgehen bei den letzten Wahlen der Hauptgrund der Unzufriedenheit gewesen sei. Daher liege es im Interesse der Türkei selbst, Sorge dafür zu tragen, daß jedes Bevölkerungs-Element entsprechend seiner Bedeutung im nächsten Parlament vertreten sei, damit es statt auf revolutionärem, auf parlamentarischem Wege seine Wünsche und Beschwerden geltend machen könne. Bei den Balkanstaaten, auf die die letzten Ermahnungen der Mächte beruhigend eingewirkt hätten, solle eine gleichmäßige Sprache der Mächte erst bei etwa erneut sich zeigender Erregung eintreten. Die Kaiserliche Regierung ist bereit, dieses Programm mitzumachen in Gemeinschaft mit den übrigen Mächten, sowie unter der Voraussetzung, daß in der Ausführung, über die noch das Einverständnis mit den anderen Mächten herbeizuführen wäre, der Anschein eines Druckes auf die Türkei vermieden wird.

[a]) Vgl. n. 3744. Vgl. auch n. 3687.

Nr. 3759. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 3. Sept. 1912 Nr. 364 (eing. 4. Sept. 9 U. a. m.). Entziff.

Geheim. Mein deutscher Kollege teilt mir mit der ausdrücklichen Bitte, dass diese Nachricht nicht weitergegeben werde, streng vertraulich mit, Gabriel Effendi habe ihm gestern gesagt, dass der russische Botschafter vor zwei Tagen der Pforte eine Note überreicht hat, mit welcher die sofortige

Zurückziehung der türkischen Truppen von der persischen Grenze verlangt wird. Der Minister sagte Baron Wangenheim, er gedenke hierauf zu antworten, dass die türkische Regierung über diese Frage mit Persien in Verhandlungen stehe und daher nicht begreife, wieso Russland dazu komme, jene Forderung zu stellen. Der deutsche Botschafter gab Gabriel Effendi den Rat, eine solche Antwort nach Petersburg nicht zu erteilen, sondern alles zu versuchen, um mit Russland eine Verständigung anzubahnen. Pallavicini.

Nr. 3760. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 3. Sept. 1912 Nr. 101 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf mein gestriges Telegramm Nr. 99. Ich habe mich soeben des mittels Erlasses vom 30. v. M. Nr. 3599[b] erhaltenen Auftrages beim Ministerpräsidenten entledigt. Herr Poincaré lässt Euer Exzellenz für die Mitteilung verbindlichst danken. Er ist der Ansicht, dass es für die Erhaltung des Friedens am Balkan von eminenter Wichtigkeit ist, dass die Mächte in stetem Kontakt bleiben und im Einvernehmen vorgehen. Aus diesem Grunde begrüsse die französische Regierung die Vorschläge Euer Exzellenz mit Sympathie und Befriedigung. Bezüglich der am Schlusse der Mitteilung erwähnten détente in den Balkanstaaten bemerkte Herr Poincaré, dass die neuesten Nachrichten aus Bulgarien und Serbien recht unerfreulich lauteten und es deshalb geboten erschiene, die Ratschläge zur Mässigung bei diesen beiden Regierungen zu wiederholen. Er selbst habe heute Instruktionen in diesem Sinne an die dortigen französischen Vertreter gesendet. Was die Integrität der Wahlen und die Rekonstruktion der Provinzialräte anbelangt, so teilt Herr Poincaré die Ansicht Euer Exzellenz, dass es nützlich wäre, diesbezüglich Ratschläge der Pforte zu erteilen; allerdings müsste bei diesem heiklen Thema die äusserste Vorsicht und viel Takt angewandt werden: natürlich könne hiebei von keiner Aenderung des türkischen Wahlgesetzes die Rede sein. Ich bemerkte, dass dies in der mir zugekommenen Instruktion mit keinem Worte gesagt sei und gewiss auch nicht in den Intentionen Euer Exzellenz gelegen sei. Die Aufnahme unserer Mitteilung bei Herrn Poincaré war eine erheblich sympathischere als es jene unserer ersten Einladung zur Konversation war. Er stimmte mir bei, dass sie geeignet ist, alle missdeutigen Auffassungen, welche gegen unser Projekt bestehen konnten, zu zerstören. Somssich.

[a] Oe. U. Balkan 9 Nr. 12. Vgl. n. 3761. — [b] Mit Erlass Nr. 3599, 30. Aug. 1912 wurde nach Paris eine Meldung Pallavicinis aus Konstantinopel vom 29. August 1913 dahingehend, daß man sich in Belgrad wegen Zwischenfalles in Senitza beruhigt habe, als Zeichen der Entspannung mitgeteilt.

Nr. 3761. Tagesbericht über einen Besuch des französ. Botschafters, 4. Sept. 1912.[a] Konz. (S. Matscheko; V. und G. Berchtold).

Der französische Botschafter hat beim heutigen Diplomatenempfang bemerkt, er sei ohne Nachrichten aus Paris und frage sich daher bei mir an, ob ich bei seiner Regierung eine weitere Démarche unternommen habe und was das Ergebnis gewesen sei. Ich antwortete bejahend mit dem Beifügen, daß unser Schritt sympathisch aufgenommen worden sei. Herr Poincaré

habe die Ralliierung der Mächte auf Grund des Wunsches, den Frieden zu erhalten, begrüßt und sich auch mit den der Pforte zu erteilenden Ratschlägen hinsichtlich der Integrität der Wahlen für das Parlament und für die Generalräte einverstanden erklärt. Was den letzten Punkt anbelangt, habe Herr Poincaré nur die Reserve gemacht, daß hiebei „mit äußerster Vorsicht und viel Takt" vorgegangen werden müßte. Auch ich könnte letzterer Ansicht nur zustimmen, da wir nichts mehr perhorreszieren würden, als durch irgend einen Druck auf die Pforte die Situation des gegenwärtigen türkischen Kabinetts unhaltbar zu machen. Die Ratschläge könnten im Wege diplomatischer Konversation in Konstantinopel selbst oder in den Hauptstädten der Signatarmächte unauffällig und vorsichtig erteilt werden. Auf diese Art möchte der Pforte die übereinstimmende Ansicht der Mächte über den von ihr einzuschlagenden Weg zur Kenntnis gebracht werden, ohne daß der Eindruck ausländischer Intervention erweckt würde. Übrigens habe schon die Tatsache eines Gedankenaustausches zwischen den Mächten, in dessen Verlauf ihre Einmütigkeit zutage getreten sei, eine anspornende Wirkung auf die Pforte ausgeübt. Herr Dumaine bestätigte dies, indem er beifügte, auch in den Balkanstaaten hätte unser Vorschlag, wie ihm der hiesige bulgarische Geschäftsträger mitgeteilt habe, günstig gewirkt und eine Détente herbeigeführt. Auf die Frage des Herrn Botschafters, ob nicht dieselben Vorteile, die den Albanesen gewährt worden seien, auch für die anderen Nationalitäten in der europäischen Türkei zu erreichen wären, verwies ich Herrn Dumaine auf die Meldung des Markgrafen Pallavicini, wonach die türkische Regierung in Aussicht gestellt habe, die den Albanesen bewilligten Konzessionen auch den anderen Nationalitäten zu gewähren. Herr Dumaine bemerkte hierauf, auch der französische Botschafter in Konstantinopel habe wiederholt im gleichen Sinne berichtet; es sei aber zu befürchten, daß es nach der bekannten türkischen Methode beim bloßen Versprechen bleiben werde. Sodann ging Herr Dumaine die einzelnen Zugeständnisse an die Albanesen der Reihe nach durch und erwähnte speziell, daß es doch nur gerecht wäre, wenn das Waffentragen auch den anderen Volksstämmen gestattet werden würde, da sie sonst den Albanesen gegenüber im Nachteil wären. Wenn regelrechte Verhandlungen mit den undisziplinierten und zersplitterten Albanesen von der Pforte geführt werden konnten, so scheine es relativ leicht durchführbar, mit den anderen Völkerschaften ein Abkommen zu treffen, die einerseits in den Spitzen ihrer kirchlichen Organisation die berufensten Vertreter besäßen und andererseits in den betreffenden Balkanstaaten einen Stützpunkt hätten. Schließlich bemerkte der Botschafter, daß er bis auf weiteres den bisher noch fehlenden Informationen seiner Regierung über diesen Gegenstand entgegensehe.

[a]) Vgl. n. 3760.

Nr. 3762. Bericht aus St. Petersburg, 22. Aug./4. Sept. 1912 Nr. 32 (eing. 9. Sept.). Ausfert.

Ich benütze eine mir sich unerwartet bietende Gelegenheit, um meinem gehorsamsten vorgestrigen Telegramme Nr. 139 noch einige ergänzende

Bemerkungen folgen zu lassen. Schon aus meiner telegrafischen Darstellung werden Euer Exzellenz ersehen haben, dass Herr Sazonow die Eröffnungen, die ich über die Euer Exzellenz bei Hochdero Anregung zu einem Meinungsaustausche zwischen den Mächten vorschwebenden Beweggründe und Ziele machen konnte, ausserordentlich gut aufgenommen hat. Der Grund hiefür scheint mir, ebenso wie jener für den günstigen Eindruck, den schon die erste allgemein gehaltene Mitteilung über Hochdero Initiative im Gegenstande auf Herrn Sazonow zunächst gemacht hatte, gar nicht so sehr in der Natur und der Art der Euer Exzellenz vorschwebenden Demarchen begründet, hinsichtlich welcher er ja verschiedene Reserven machte, als viel mehr vor Allem darin, dass das blosse Faktum, dass seitens des Wiener Kabinettes ein entschieden offenbar auf die Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan hinzielender Schritt unternommen wird, für Herrn Sazonow eine grosse Beruhigung bedeutet. Wie ich in meiner Berichterstattung wiederholt hervorzuheben mir erlaubt habe, begegne ich hier, selbst bei so ruhigen und überlegten Politikern wie Herrn Kokowzew und Sazonow, mitunter Anzeichen eines gewissen Misstrauens gegen die Ziele unserer Politik, der man hier trotz der wiederholten, von massgebendster Stelle gekommenen Erklärungen, nicht recht traut, obwohl dieselben in unserer konsequenten loyalen Haltung für jeden Unbefangenen eine über alle Zweifel erhabene Bekräftigung finden müssten. Es ist schliesslich vielleicht nicht zu verwundern, dass auch sonst vernünftige Leute manchesmal etwas irre werden, wenn sie Tag für Tag in den hiesigen sowie oft genug auch in den englischen und französischen Blättern von den macchiavellistischen Plänen lesen, die in Wien geschmiedet werden und zu deren Vorbereitung von dort aus Aufstände auf der Balkanhalbinsel geschürt, die dortigen Unruhestifter mit Waffen beteilt werden und dergleichen ungereimtes Zeug mehr! Wenn nun auch Herr Sazonow mir bei jeder Gelegenheit versichert, er hege volles Vertrauen zu den loyalen Absichten Euer Exzellenz, deren Person er noch in der Zeit Hochdero Hierseins hochzuschätzen gelernt habe, so ist er doch von allen den erwähnten Pressäusserungen, zu denen sich wohl auch noch Einflüsterungen unserer verschiedenen hiesigen Feinde gesellen mögen, nicht immer ganz unbeeinflusst, und da mag er es gewissermassen als eine persönliche Erleichterung empfinden, wenn er einen positiven Beweis dafür findet, dass er sich in dem Vertrauen, das er zu der Politik Euer Exzellenz gerne hätte, dem er sich aber doch nicht ganz hinzugeben wagte, nicht getäuscht hat. In diesem psychologischen Momente ist, glaube ich, der Hauptgrund für die auffallende Wärme, ja Freude zu suchen, mit der Herr Sazonow die Anregung Euer Exzellenz im Prinzipe aufgenommen hat. Dem entspricht auch die Antwort, welche mir der Herr Minister gab und die ich Euer Exzellenz ausführlich zu telegraphieren mir erlaubte: Russlands Absichten und Ziele seien mit den von Euer Exzellenz dargelegten vollkommen identisch. Wir könnten daher immer sicher sein, auf der seitens der k. u. k. Regierung in ihrer gegenwärtigen Aktion eingeschlagenen Bahn Russland in der gleichen Richtung marschierend anzutreffen. In Bezug auf die Details der jetzt vorgeschlagenen Aktion ist Herr Sazonow allerdings nicht in Allem vollständig der Meinung Euer Exzellenz. Dies ist

vor Allem schon bezüglich der Beurteilung der Euer Exzellenz bei der ganzen Aktion zu Grunde liegenden Voraussetzung der Fall. Herr Sazonow zeigte sich nämlich hinsichtlich der an den Umschwung in der Türkei seitens Euer Exzellenz geknüpften Hoffnungen recht skeptisch und meinte, es sei doch recht zweifelhaft, ob ein solcher allgemeiner Umschwung wirklich stattgefunden habe, wenigstens in dem Masse, um darauf dauernde Hoffnungen setzen zu können. Er fürchte sehr, dass Euer Exzellenz in dieser Beziehung noch Enttäuschungen erleiden werden. Hingegen war Herr Sazonow sehr einverstanden mit der in den Ausführungen Euer Exzellenz zu Tage tretenden Tendenz, die Empfindlichkeiten der Türkei zu schonen, die namentlich in der Bemerkung zum Ausdrucke kommt, es könne sich nur um die Bestärkung der Pforte in der Ausführung von aus deren eigener Initiative ins Auge gefassten Massregeln, nicht aber um die Suggerierung neuer handeln. Der Gedanke, dass es sich zunächst empfehlen würde, der Pforte die Durchführung unparteiischer Wahlen zu empfehlen, damit auch die christlichen Völkerschaften der Türkei einen Boden für eine friedliche, parlamentarische Betätigung ihrer Bedürfnisse bekämen, leuchtete dem Herrn Minister als sehr richtig ein. Wie Euer Exzellenz aber aus meinem einschlägigen gehorsamsten Telegramme ersehen haben werden, hat er nicht viel Hoffnung, dass Frankreich und England auf diesen Plan eingehen werden. Es scheint, dass diese beiden Mächte jetzt besonders darauf bedacht sind, sich die Sympathien der Türken nicht zu verscherzen, was ja wohl mit Rücksicht auf ihre zahlreichen mohamedanischen Untertanen erklärlich wäre. Herr Sazonow liess durchblicken, dass er persönlich keine solche übermässige Rücksichten auf die Pforte nehmen würde und begründete dies mit dem Ärger und den Unannehmlichkeiten, die die Türkei fortfahre Russland durch ihr Verhalten in der Urmiafrage zu verursachen. Trotzdem würde er sich aber von den beiden anderen Ententemächten wohl auch in dieser Beziehung nicht trennen wollen. Aus einer Bemerkung, die Herr Sazonow im Laufe des Gespräches fallen liess, wäre sogar darauf zu schliessen, dass die Mächte der Triple-Entente eine kleine Separat-Aktion in Konstantinopel eingeleitet hätten. Als ich nämlich erwähnte, der Grossvezier habe dem k. u. k. Botschafter die Ausdehnung der den Albanesen gewährten Zugeständnisse auch auf die anderen nicht türkischen Bewohner der europäischen Vilajete in Aussicht gestellt, sagte mir der Herr Minister: „Ja dasselbe hat der türkische Minister des Äussern auch Herrn von Giers gesagt; aber nur unverbindlich und als seine persönliche Meinung. Wir möchten aber, ebenso wie Frankreich und England, die Pforte dazu bringen, dass sie das offiziell erkläre, damit wir dies den anderen Balkanstaaten mitteilen könnten, was dann wesentlich zu deren Beruhigung beitragen würde.“ Von wem die Idee hiezu ausgegangen ist, habe ich aus der kurzen, dem Herrn Minister entschlüpften Bemerkung nicht entnehmen können und wollte ich auch auf diesen Gegenstand nicht insistieren. Es sieht aber doch sehr danach aus, als ob der Zweck dieser kleinen Intrigue der gewesen wäre, der Aktion Euer Exzellenz etwas Wind aus den Segeln zu nehmen und sich selbst als die besonderen und wirksamen Beschützer der Balkanvölker aufzuspielen. In der Absicht, den Gedankengang Euer Exzellenz möglichst genau wiederzugeben und jedem

Missverständnis vorzubeugen, habe ich mir erlaubt einige Stellen aus dem einschlägigen hohen Erlasse,[a] namentlich jene, in welchen Euer Exzellenz in so klarer, prägnanter Weise die Voraussetzungen schildern, von welchen Hochdieselben bei der gegenwärtigen Anregung ausgehen, sowie die Ziele präcisieren, auf welche dieselbe gerichtet ist, Herrn Sazonow, der sehr gut deutsch versteht, im Urtexte vorzulesen und fanden, wie ich bereits gemeldet habe, gerade diese letzteren seinen besonderen Beifall. Dem seitens des Herrn Ministers geäusserten Wunsche nach Überlassung einer auszugsweisen Abschrift der Ausführungen Euer Exzellenz konnte ich mit Rücksicht auf den formellen Auftrag, mich auf mündliche Mitteilungen zu beschränken, nicht entsprechen. Ich konnte es aber andererseits Herrn Sazonow auch nicht abschlagen, Euer Exzellenz um die Ermächtigung zu bitten, seinem vorerwähnten Ersuchen zu entsprechen. Er versicherte mich seiner strengsten Diskretion, kam dann auf die eigenmächtige Veröffentlichung des Schriftenwechsels in der Lemberger Demonstrationsaffaire des vergangenen Frühjahres zu sprechen, indem er sein damaliges Vorgehen, das Euer Exzellenz ihm leider etwas übel genommen hätten, nochmals zu entschuldigen versuchte und war sichtlich bestrebt, mich zu überzeugen, dass sein damaliges Verhalten keinen Anlass gebe, an seiner Diskretion und Vertrauenswürdigkeit für die Zukunft zu zweifeln. Übrigens, meinte Herr Sazonow, „que même si tout ce que vous me dites de la part du Comte Berchtold serait publié, vous auriez une excellente presse dans tous les pays."

Thurn.

P. S. Nach Fertigstellung dieses Berichtes ist mir Euer Exzellenz hohes Telegramm Nr. 101[b] zugekommen, und habe ich heute einen im Sinne dieser Weisung adjustierten französischen Auszug Herrn Sazonow übermitteln lassen. Ich musste mich zu diesem Zwecke der Vermittlung seines Kabinetts-Chefs Baron Schilling bedienen, da der Herr Minister wegen einer leichten Erkältung vorsichtshalber das Bett hütet, um morgen zu den Jubiläumsfeierlichkeiten nach Borodino und Moskau fahren zu können. Herr von Schilling hat es auch übernommen, Herrn Sazonow Euer Exzellenz Message zu überbringen, welche im Schlusspassus des oben erwähnten Telegrammes enthalten war. Thurn.

[a] Vgl. n. 3744. — [b] Mit Tel. nach St. Petersburg, 4. Sept. 1912 Nr. 101 (chiffr. 4 U. p. m.) erhält Thurn die Ermächtigung, Sazonow einen genau vorgeschriebenen Auszug aus der Zirkulardepesche vom 29. Aug. 1912 Nr. 3564—68 zu übergeben und ihn zu versichern, Berchtold sei über die günstige Aufnahme seiner Zirkulardepesche durch ihn hocherfreut und sehe in der Übereinstimmung der Balkanpolitik Österreich-Ungarns und Russlands eine wertvolle Bürgschaft für die friedliche Entwicklung der Dinge auf der Balkanhalbinsel.

Nr. 3763. Bericht aus Sofia, 4. Sept. 1912 Nr. 68 A (eing. 8. Sept.). Ausfert.

Aus meinem gehorsamen Telegramme vom 3. d. Mts. Nr. 145 haben Euer Excellenz geneigtest ersehen, dass die Mitteilung, zu der mich Hochdieselben mit der hohen streng vertraulichen Weisung vom 29. August l. J. Nr. 3571 ermächtigt hatten, insoferne es sich um Euer Excellenz Inten-

tionen handelt wie auch wegen der besonderen Rücksicht auf die Bulgaren und die bulgarische Regierung dem Conseilspräsidenten einen günstigen Eindruck gemacht hat. Die Impression, unter der der Conseilspräsident und somit auch die hiesigen massgebenden Kreise stehen, ist die, dass während das übrige Europa, ohne sich um die Ursachen des Übels zu kümmern, sich nur auf das Wachen über die Ruhe in Bulgarien beschränkte, Euer Excellenz allein den Gedanken hatten, nach einem Mittel zu suchen, durch welches bei gleichzeitiger Besserung des Loses der Nationalitäten in der europäischen Türkei sohin auch des Loses der Bulgaren neue Bedingungen für die friedliche Entwicklung sowohl der Türkei als der übrigen Balkanstaaten gesichert würden. Dieser gute Eindruck und seine Wirkung auf die hiesige Gesinnung für uns wären zwar ganz anders, wenn die bulgarische Regierung sich aus der Anregung Euer Excellenz auch praktische Folgen in Macedonien versprechen würde, dafür aber, dass Herrn Geschoff der Glaube daran fehlt, macht er doch, wie das aus seinen Worten deutlich hervorging, nicht uns sondern die Türkei verantwortlich. Der Conseilspräsident schien sehr enttäuscht und betrübt, als er — wie ich das bereits in meinem gehorsamen obbezogenen Telegramme gemeldet hatte — von Zeitungsmeldungen und den ihm aus Constantinopel zugehenden Nachrichten sprach, laut welcher „Kiamil Pascha sich zu der Initiative Euer Exzellenz entschieden ablehnend verhalten würde." Ohne den guten Willen der Türkei würde sich nichts machen lassen und wenn derselbe nicht einmal bei Kiamil — meinte Herr Geschoff — zu finden sei, müsste jede Hoffnung aufgegeben werden. Anknüpfend an diese „letzte Enttäuschung" erwähnte Herr Geschoff, welch' decidirter Turcophile er stets gewesen wäre und wie aufrichtige Erwartungen er nach der türkischen Revolution an das neue Regime geknüpft hätte, welche Erwartungen trotz der unverändert concilianten Haltung Bulgariens consequent in grossen und kleinen Fragen stets enttäuscht worden wären, so dass schliesslich heute auch die Besonnensten hier desorientirt seien und sich fragen, ob das — in der öffentlichen Meinung übrigens discreditirte — turcophile Programm das zweckmässige gewesen sei. Der Ministerpräsident führte dann einige Beispiele „der Härten und Ungerechtigkeiten" des türkischen Regimes dem bulgarischen Elemente gegenüber an, erwähnte mehrere Fälle der „systematisch chicanösen" Vorgangsweise der Pforte im Verkehre mit dem gegenwärtig so entgegenkommenden und so turcophilen bulgarischen Cabinette und wies unter erneuerten Ausdrücken seines Missmutes auf Schwierigkeiten, die den König und die Regierung und auf die trübe Zukunft hin, die Bulgarien erwarte, wenn in Macedonien Alles beim Alten bleiben sollte. Ohne sich grossen Illusionen hinzugeben, knüpfte offenbar Herr Geschoff doch einige Erwartungen an die Anregung Euer Excellenz und es fällt ihm schwer sich von dieser Hoffnung, in der er durch die angebliche ablehnende Haltung Kiamil Pachas erschüttert wurde, trennen zu müssen. Es ist dem Conseilspräsidenten nicht nur um seine ministerielle Haut zu tun, die jetzt, nachdem die Agitation abgeflaut ist und die grössten Verlegenheiten überwunden sein dürften, nicht mehr in so hohem Masse bedroht erscheint, als sich dies Herr Geschoff unter dem Eindrucke einiger Reibungen im Schosse des

Cabinettes und vielleicht auch der ihm zugegangenen anonymen Drohbriefe vorstellt, sondern empfindet der Conseilspräsident auch die begreifliche patriotische Sorge, ob für sein Land je eine von periodischen Convulsionen freie Ära ruhiger Entwicklung beginnen wird, wenn Europa auch die ihm von Euer Excellenz gebotene Gelegenheit unausgenützt vorübergehen lassen sollte. Bei einigen anderen Mitgliedern der Regierung habe ich dieselbe gedrückte und sorgenvolle Stimmung wie beim Conseilspräsidenten gefunden. Nous n'avons pas d'autre ambition que de travailler paisiblement à notre développement — sagte mir ein bulgarischer Minister und fuhr fort wie folgt: nous ne sommes pas des fous pour risquer notre existence dans une guerre et pour vouloir trancher une question qui est au delà des nos forces et qui ne peut être résolue que par les grandes puissances. Nous ne réclamons que notre droit consacré par l'article 23 du traité de Berlin. Tant que les conditions déplorables en Macédoine ne changeront pas et qu'en dehors des abus méthodiques commis par les Turcs nous devrons à chaque moment nous attendre à des troubles, des massacres ou des cas d'anarchie comme actuellement, notre malheureux pays, tenu sur le qui vive, continuera à s'épuiser en armement et à s'exténuer en crises périodiques. Nous nous accrochons au geste généreux du Comte Berchtold comme à une planche de salut. Tarnowski.

Nr. 3764. Bericht aus Sofia, 4. Sept. 1912 Nr. 68 B (eing. 8. Sept.).[a] *Ausfert.*

Seit dem ich mich mit den angeblichen politischen Tändeleien zwischen Bulgarien, Griechenland und Serbien beschäftigt und die Beziehungen Bulgariens zu den beiden anderen Staaten in meinem Privatschreiben vom 6. Juli l. J. und in meinen gehorsamsten Meldungen vom 3. Juli l. J. Nr. 45 und vom 16. August l. J. Nr. 60 eingehend geprüft hatte, sind Gerüchte über abgeschlossene oder abzuschliessende geheime Vereinbarungen zwischen den oberwähnten Balkanländern wiederholt aufgetaucht und ungeachtet zahlreicher Dementis noch immer nicht verstummt. Trotz der grössten Aufmerksamkeit, die ich diesen Angelegenheiten zuwende, ist es mir bis jetzt nicht gelungen, einen greifbaren Anhaltspunkt zu entdecken, auf den ich mich stützen könnte, um eine sichere Behauptung im positiven oder negativen Sinne aufzustellen. Nach wie vor bin ich in dieser unerquicklichen Frage auf Vermutungen angewiesen und kann nur glauben oder zweifeln beziehungsweise verdächtigen. Zu Verdächtigungen habe ich insoferne einen neuen Grund, als mir meine Confidenten vor einiger Zeit über einen auffallend regen Verkehr, der zwischen Herrn Geschoff und dem griechischen Gesandten stattgefunden hätte, und dieser Tage über ungewöhnlich häufige Besuche des serbischen Gesandten im Auswärtigen Amte berichtet haben und zugleich meldeten, dass Herr Spalajkovich schon wieder eine Reise nach Belgrad unternommen hätte und dass auf der russischen Gesandtschaft — was ich auch selbst gemerkt habe — letzter Zeit grosse Geschäftigkeit herrschte. Es sind dies zwar sehr vage Indicien und es mögen insbesondere der auswärtigen Politik fernliegende Gründe gewesen sein, die den lebhafteren

Verkehr Herrn Geschoffs mit Herrn Panas veranlasst haben, immerhin liegt aber die Vermutung nahe, dass den Gegenstand dieser Conversationen die vor Kurzem kritische Lage in der Türkei und die albanesische Bewegung gebildet haben dürften. Wie mit Serbien schiene mir auch mit Griechenland ein mündlicher Meinungsaustausch Bulgariens nicht unmöglich, in welchem während des akuten Stadiums der türkischen Krise im Hinblicke auf gewisse Eventualitäten ein paralleles Vorgehen in Betracht gezogen wurde, ohne dass hiebei bulgarischerseits bindende Verpflichtungen übernommen worden wären. Was die häufigen Conferenzen anbelangt, die in den letzten Tagen Herr Spalajkovich mit Herrn Geschoff gehabt hätte, so wird dieses Symptom wie auch die rege Tätigkeit der russischen Vertretung mit einer neuen Version in Zusammenhang gebracht, laut welcher Bulgarien und Serbien eine Einigung erzielt hätten oder zu erzielen im Begriffe stünden, dahingehend, dass diese Staaten unter vorläufiger Zurücksetzung ihrer unüberbrückbaren nationalen Aspirationen gemeinschaftlich durch friedliche und diplomatische Mittel die Autonomie für Macedonien anstreben würden. Eine solche Verständigung könnte zwar — sagt man — nur ephemerisch sein und hätte keine grössere Bedeutung, sie würde aber doch den ersten Schritt zu dem serbischerseits gewünschten und von Russland geförderten Zusammengehen Bulgariens mit Serbien bilden. Ob es an allen diesen Gerüchten etwas Wahres gibt und was, lässt sich nicht controlliren, dass aber gearbeitet und intrigirt wird, ist schwer zu zweifeln und man kann sich der Befürchtung nicht verschliessen, dass dieser beständige, durch serbische Avancen und angebliche russische Einflüsterungen geförderte Verkehr, trotz bestehender Schwierigkeiten, den Boden, wenn auch nicht für Bündnisse, so doch für vertrauensvollere Beziehungen vorbereiten wird, aus den sich allmählich eine grössere Intimität entwickeln könnte. Rumänischerseits, obwohl man dort bezüglich der russischen Intrigen am Balkan und des Verhältnisses Bulgariens zu den anderen Staaten masslos empfindlich und misstrauisch ist, wird unentwegt an der Ansicht festgehalten, dass die Verständigung der Serben, Bulgaren und Griechen ein Ding der Unmöglichkeit sei und dass die diesbezüglichen Gerüchte von Belgrad und Petersburg absichtlich lancirt werden. In ähnlichem Sinne hat sich zu mir unlängst mein italienischer College ausgesprochen, indem er sagte „que ce n'étaient que des chimères", dass aber die Balkanstaaten keine Allianzen und Verständigungen brauchten, da sie, wenn nur Bulgarien den Krieg wünschen würde, ohnehin alle über die Türkei herfallen und sich über eine solche kriegerische Aktion binnen 24 Stunden einigen würden. Graf Bosdari las mir auch eine Depesche des Herzogs von Avarna vor, in der eine Äusserung des griechischen Gesandten Streit enthalten war, die der letztere vor Kurzem dem italienischen Botschafter gegenüber gemacht hätte und die ungefähr folgendermassen lautete: „Quoique les rapports entre la Grèce et la Bulgarie soient beaucoup meilleurs, aucun accord spécial n'a pas été conclu en vue d'une action dans les Balcans. Il n'est pas vrai non plus qu'entre la Grèce et la Bulgarie seraient intervenues des ententes du genre de celles que Milovanovitch aurait voulu établir entre la Serbie et la Bulgarie. Il a ajouté qu'étant donnés les intérêts opposés que les deux états avaient en Macédoine

il n'était pas le cas, de parler de la stipulation d'un accord véritable entre eux; mais que leur union ainsi que celle des autres états balcaniques aurait pû se produire naturellement si l'un d'eux avait été attaqué par la Turquie."

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4064, 4065.

Nr. 3765. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus Bukarest-Sinaia, 5. Sept. 1912 Nr. 43 A (eing. 8. Sept.). Ausfert.

Streng vertraulich. Ich hatte gestern die Ehre von Seiner Majestät dem König in Audienz empfangen zu werden und Höchstdemselben den Inhalt des hohen Erlasses vom 29. August 1912 Nr. 3570 mitzuteilen. Nachdem Seine Majestät mich zu beauftragen geruht hatte, Euer Excellenz zu melden, daß beide Majestäten Sich mit großem Vergnügen an Hochderen Besuch erinnern und nur bedauern, daß derselbe nicht noch mehr ausgedehnt werden konnte, nahm Höchstderselbe den Inhalt des hohen Erlasses mit größtem Interesse zur Kenntnis. Besonderen Beifall Seiner Majestät des Königs fanden die Passagen der Weisung, in denen von der Notwendigkeit der Einmütigkeit der Großmächte bei allen Démarchen sowohl in Konstantinopel als gegebenenfalls bei den Balkanstaaten die Rede ist. Hierin erblickt Seine Majestät den Schwerpunkt der politischen Lage. Eine günstige Wirkung der Initiative Euer Excellenz sei bereits in Bulgarien wahrzunehmen, wo durch dieselbe der Friedenspolitik Herrn Geschoffs gegenüber den unruhigen Elementen eine starke Stütze geliehen wurde. Es sei zweifellos, daß in Konstantinopel seitens gewisser Mächte in Befolgung selbstsüchtiger Ziele gegen die Absichten der Monarchie Mißtrauen gesät werde; gelänge es bei künftigen Démarchen am Goldenen Horn eine völlig identische Sprache zu erzielen, so werde dies am sichersten zum Ziele führen. Die Türkei rechne offenbar mit einer nicht völligen Einmütigkeit der Mächte, aus welchem Zustande sie für ihre Bewegungsfreiheit Vorteil zu ziehen hoffe. Sehr eingehend geruhte Seine Majestät über das, wie Höchstderselbe sagte, ganz „unverständliche" Mißtrauen der Türkei gegenüber der Monarchie zu sprechen. Bereits zur Zeit der Anwesenheit Euer Excellenz in Sinaia habe hierüber Herr Mişu aus Konstantinopel berichtet und die an die rumänische Adresse gerichtete Anfrage der Pforte gemeldet, wie sich Rumänien im Falle kriegerischer Verwicklungen am Balkan und speziell im Falle eines bulgarischen Angriffes auf die Türkei verhalten würde. Seine Majestät habe darauf in Konstantinopel in kategorischer Weise Folgendes erklären lassen: Die Initiative Euer Excellenz sei eine eminente Beruhigungsaktion, bezwecke keine Ingerenz auf die inneren türkischen Angelegenheiten, sondern habe einzig und allein die Stärkung der türkischen Macht gegen eventuelle sie schädigende Ereignisse vor Augen. Die Türkei würde ihre eigensten Interessen kraß verkennen, wenn sie der Anregung Österreich-Ungarns nicht mit vollstem Vertrauen begegnete. Was die Eventualität eines bulgarischen Angriffes und die Haltung Rumäniens in diesem Falle anlange, so sehe Seine Majestät derzeit mit Rücksicht auf eben die jüngste Initiative Euer Excellenz und die korrekte Haltung der bulgarischen Regierung keinen Anlaß, eine solche Eventualität

in Betracht zu ziehen. Mit besonderem Nachdrucke habe Seine Majestät in Konstantinopel zu verstehen gegeben, daß Ihm das Mißtrauen gegen die Monarchie höchst bedauerlich und unbegründet erscheine und daß man sich auf der Pforte darüber nicht täuschen solle, daß eine Fortdauer dieses Zustandes auch auf die rumänisch-türkischen Beziehungen nur nachteilig wirken könne, da Rumänien unter allen Umständen an seiner Freundschaft zu Österreich-Ungarn als Grundpfeiler seiner äußern Politik festzuhalten entschloßen ist. Seine Majestät verspricht sich von letzterem deutlichen Wink eine nachhaltige Wirkung in Konstantinopel. Es sei erstaunlich, welch phantastische Legenden in türkischen Regierungskreisen Glauben fänden. So habe der hiesige türkische Gesandte erst in den letzten Tagen Seiner Majestät mitgeteilt, die türkische Regierung habe Kenntnis von geheimen österreich-ungarisch-bulgarischen Abmachungen für einen eventuellen Kriegsfall und die serbische Aufregung werde durch die Monarchie künstlich genährt. Seine Majestät der König habe Sefa Bey gegenüber selbstverständlich die Absurdität beider Ausstreuungen auf das Entschiedenste unterstrichen. ... *Frage der Aufnahme eines Delegierten Bulgariens in die Europäische Donaukommission.* ... Otto Czernin.

Nr. 3766. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 5. Sept. 1912 Nr. 74 A (eing. 8. Sept.). Ausfert.

Streng vertraulich. In dem Privatschreiben, welches Euer Excellenz unter dem 29. v. M.*a)* an mich zu richten die Güte hatten, bemerkten Hochdieselben unter Anderem, dass meine Berichterstattung vom 24. d. M.*b)* „den Stempel eines schwarzen Pessimismus" trage. Es war nicht in meiner Absicht gelegen, diesen Eindruck, was die allgemeine Lage in der Türkei anbelangt, hervorzurufen; ich bin im Gegentheil nach wie vor der Meinung, dass der Höhepunkt der Krise glücklich überstanden ist. Mein Pessimismus hat lediglich die zwischen der Monarchie und der Türkei bestehenden Beziehungen zum Gegenstande. In dieser Hinsicht muss ich offen sagen, dass die Dinge nicht gut stehen. Bekanntlich bringt man uns von jeher in der Türkei ein grosses Misstrauen entgegen, welches augenblicklich abermals ganz besonders hervortritt. Den Grund hiezu gab die falsche Interpretation, welche dem letzten Vorschlage Euer Excellenz an die Mächte hierzulande gegeben worden ist. Durch Zeitungsartikel bekannt geworden wurde dieser Vorschlag sofort dahin interpretiert, dass wir die Autonomie Albaniens anstreben. Dieser Gedanke hat sich hier festgesetzt, bevor ich noch Gelegenheit gehabt hätte, ihm entgegenzutreten. Nachdem ich die Instruction hatte, die von Euer Excellenz in Aussicht gestellten weiteren Weisungen abzuwarten, konnte ich mich den türkischen Ministern gegenüber erst dann aussprechen, als sie selbst diese Sache mit mir zur Sprache brachten. Meine Erklärung wurde wohl dankend entgegengenommen, aber das Misstrauen blieb bestehen; umsomehr als dasselbe von allen Seiten und nicht zuletzt von mehreren meiner Collegen geschürt wurde. Letztere liessen sich natürlich die gute Gelegenheit nicht entschlüpfen, um, wie ja dies so oft der Fall ist, hier gegen uns zu hetzen. Unter diesen Umständen

war es schwer, sich Gehör zu verschaffen; die Türken waren von Haus aus voreingenommen und die Collegen liessen sich nicht überzeugen, weil es ihnen eben gar nicht passte, sich überzeugen zu lassen. Hiezu kam noch der Umstand, dass sich auch die Opposition der Sache bemächtigte und aus derselben gegen die Regierung Capital schlug. Letztere kam dadurch in eine schwierige Lage und musste schon aus diesem Grunde gegen unsern Vorschlag Stellung nehmen, bevor man noch überhaupt an sie herangetreten war. Das Wort „Decentralisation" stand hiebei im Vordergrunde. Dasselbe spielte hier seit Einführung der Constitution eine gewisse Rolle, wurde aber in ganz verschiedenem Sinne gebraucht. Wie Euer Excellenz bemerken, kommt es in der türkischen Verfassung selbst vor; die jungtürkische Regierung hat sogar auf Grundlage dieses Princips ein neues Vilayetgesetz ausgearbeitet. Unter Decentralisation verstand man aber damals nichts Anderes, als die Gewährung grösserer Bewegungsfreiheit an die Generalgouverneure, respective die Generalräthe. An eine Decentralisation in dem Sinne, dass hiedurch den einzelnen Nationalitäten besondere Rechte und Privilegien gegeben würden, dachte man unter dem jungtürkischen Régime wohl nicht. Die Entente Libérale, sowie die jetzige Regierung standen allerdings von Haus aus auf einem liberaleren Standpunkte und waren geneigt, den Nationalitäten in mancher Hinsicht entgegenzukommen. Ohne Zweifel ist dies auch jetzt noch der Fall; man scheut sich aber den Anschein zu erwecken, als würde man hiezu vom Auslande gedrängt. Eine noch so gelinde Pression, wenn sie auch nur in der Form von Rathschlägen zur Geltung kommt, wird als Einmischung in die inneren Angelegenheiten angesehen und gibt der Opposition eine Handhabe, um selbst die besten Intentionen der Regierung zu paralysieren. Gerade diese Angst hat die jetzige Regierung bewogen, so decidiert aufzutreten und auf diese Art eventuellen gemeinsamen Schritten der Mächte vorzubeugen. In meiner Berichterstattung habe ich oft darauf hingewiesen, dass unter den heutigen Verhältnissen in der Türkei gemeinsame Schritte aller Mächte nie zum Ziele führen. Der Grund dieser Erscheinung liegt nahe: man weiss eben hier sehr gut, dass dem Einvernehmen der sechs Mächte nur sehr enge Grenzen gezogen sind. Eine oder zwei Mächte, wenn dies auch paradox klingen mag, erreichen hier mehr, als das europäische Concert. Die öffentliche Meinung in der Türkei sträubt sich gegen solche gemeinsame Démarchen in was immer für einer Form. Wenn man daher die Regierung in ihrer Absicht, den Nationalitäten entgegenzukommen, bestärken will, so müsste man, meiner Ansicht nach, einen Modus finden, um die früher angedeutete Susceptibilität der hiesigen öffentlichen Meinung so viel als möglich zu schonen. ... *Es folgt die Mitteilung eines Interviews eines Mitgliedes der Regierung im „Jeune Turc"* ... Bei diesem Anlasse möchte ich mir erlauben, auch darauf hinzuweisen, dass es ein Irrthum wäre, vorauszusetzen, die jungtürkische Partei hätte hier vollkommen abgewirtschaftet. Der Wind kann plötzlich wieder umschlagen. Überhaupt muss man sich bei der Beurtheilung hiesiger Verhältnisse hüten, die Dinge nach europäischen Begriffen einzuschätzen und aus gewissen Vorfällen, die in anderen Ländern allerdings grosse Bedeutung hätten, zu weit gehende Schlüsse zu ziehen. Beispiele hiefür sind

die letzten Vorgänge in der Armee und der Aufstand in Albanien. Zustände, wie sie heute noch zum Beispiel in Mitrovitza herrschen, wo Issa Boletinatz einerseits die Macht vollkommen in Händen hat, während gleichzeitig in der nächsten Nähe der Stadt zwei Divisionen reguläre Truppen stehen, sind nach europäischen Begriffen Dinge, welche zu den grössten Besorgnissen Anlass geben müssten; hierzulande darf man selbst solche Anormalien nicht zu ernst nehmen und nicht nach jenem Masstabe messen, den man in Europa anzulegen gewöhnt ist. Man wird sich sonst immer Überraschungen aussetzen. Den Italienern zum Beispiel ergieng es so bei der Beurtheilung der Widerstandskraft der Türkei und der Verhältnisse in Tripolitanien. Vor einem Jahre hätte wohl niemand in Italien gedacht, dass der Krieg 11 Monate dauern werde. Man unterschätzte also einerseits die Widerstandskraft dieses Reiches und gab sich andererseits der Illusion hin, dass die Araber, weil sie Gegner der Jungtürken waren, gegen den gemeinsamen äusseren Feind nicht kämpfen würden. Ganz dieselbe Erfahrung würde man bei einem Angriffe auf die europäischen Provinzen der Türkei machen. Die Albanesen, wenigstens ganz bestimmt die Mohammedaner, würden gegebenenfalls genau dieselbe Rolle spielen, wie heute die Araber in Tripolis. Pallavicini.

[a]) Liegt nicht bei den Akten. — [b]) Vermutlich ein Schreibfehler. Es handelt sich augenscheinlich um den 25. August und den Bericht 72 A, vgl. n. 3731. Im Tel. 338 aus Cospoli vom 24. August 1912, vgl. n. 3729, ist nichts enthalten, was den Stempel eines „schwarzen Pessimismus" an sich trägt.

Nr. 3767. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 5. Sept. 1912 Nr. 74 G (eing. 8. Sept.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Wie mit meinem ergebensten Telegramme vom 30. v. M. Nr. 359 gemeldet, war der Herr kgl. rumänische Gesandte von Gabriel Effendi Noradunghian aufgefordert worden, in Bukarest anzufragen, welche Haltung Rumänien bei einem Angriffe Bulgariens auf die Türkei einnehmen würde. Herr Mischu hat mich gestern aufgesucht und mir beiliegende Abschrift eines ihm in Beantwortung dieser Anfrage von Herrn Maioresco zugegangenen Schreibens ddo. Sinaia 17./30. August d. J.[b]) zur Verfügung gestellt, dessen Inhalt er Gabriel Effendi Noradunghian dieser Tage mittheilen wird. Mit besonderer Wärme wird in diesem Schreiben der mit Euer Excellenz gepflogenen Aussprache gedacht und zweifle ich auch nicht, dass die darin ausgesprochene Appreciation der von Euer Excellenz initiierten Démarche einen günstigen Eindruck auf die Pforte nicht verfehlen wird. Herr Mischu erwähnte mir auch, dass mein russischer College kürzlich von der von der Pforte intendierten Rückbeorderung des türkischen Gesandten nach Bukarest mit dem Beifügen gesprochen habe, dass selber dem Vernehmen nach den Auftrag hätte, türkisch-rumänische Vereinbarungen für den Fall eines türkisch-bulgarischen Krieges anzubahnen. Herr von Giers habe die persönliche Qualification des betreffenden Diplomaten für eine so wichtige Aufgabe in Zweifel gezogen, und nebenbei die Bemerkung fallen lassen, Rumäniens Interesse wäre es wohl eher, sich mit Bulgarien für solche Eventualitäten zu verständigen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3770. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 3767. Privatschreiben des rumänischen Ministers des Äußern an den rumänischen Gesandten in Konstantinopel; Sinaia, 17./30. Aug. 1912. Abschrift.

Ayant pris les ordres de S. M. le Roi je réponds à votre lettre et au rapport Nr. 967 du 7/20 c. La question de S. E. Noradounghian Effendi sur „ce que la Roumanie ferait dans le cas d'un conflit auquel la Bulgarie prendrait part" est très naturelle et la réponse que vous avez donnée est conforme aux vues du Gouvernement roumain. Nous sommes fermement décidés à contribuer de toutes nos forces au maintien du statu-quo dans les Balkans, étant les partisans les plus fervents de la paix. Nous avons donné en maintes occasions des preuves évidents de cette attitude qui nous est dictée autant par l'intérêt du pays que par notre constante amitié pour la Turquie. En travaillant aussi de notre côté au maintien de la paix dans la presqu'île balcanique, nous espèrons que des conflits graves pourront être évités, d'autant plus que la politique vage du nouveau Gouvernement Impérial se montre disposée à introduire pour les populations de ces contrées les améliorations indiquées par les circonstances. La visite récente du Comte Berchtold et l'échange de vues qui a eu lieu à cette occasion nous a affermis dans cet espoir. S. M. le Roi a de nouveau acquis la conviction que la politique actuelle de l'Autriche-Hongrie par rapport à la Turquie est parfaitement loyale. La démarche du Comte Berchtold mérite d'être envisagée par la Sublime Porte avec une entière confiance, et S. E. Noradounghian Effendi est un homme d'état trop expérimenté pour se laisser influencer par les fausses interprétations de certains journaux et de certains agents. Vous pourrez faire part à S. E. le Ministre Impérial des Affaires Etrangères du contenu de cette lettre. Maioresco.

Nr. 3768. Notiz, 5. Sept. 1912. Konz. (S. Hoyos) und Ausfert.

Seine Exzellenz der Herr Minister hat heute ein Privatschreiben[a]) an den Grafen Trauttmansdorff gerichtet, worin er diesen darauf aufmerksam machte, daß es nicht in seiner Absicht gelegen habe, daß Graf Trauttmansdorff im Hinblick darauf, daß er die Geschäfte der Botschaft nur während der Abwesenheit des k. u. k. Botschafters leite, sich Sir Edward Grey gegenüber in Konversationen über den Inhalt der hieramtlichen Weisung vom 8. v. M. Nr. 3255 einlasse und die Möglichkeiten einer Annäherung unserer Politik an jene Englands mit dem Staatssekretär schon jetzt in eingehender Weise bespreche. Die an den Grafen Trauttmansdorff gerichtete Instruktion habe vielmehr den Zweck verfolgt, diesen im allgemeinen über die Ziele unserer Politik zu orientieren und ihn so in die Lage zu versetzen, sich in vorsichtiger Weise bei Privatgesprächen im Sinne dieser Instruktion zu äußern, dieselbe allenfalls auch in seinen Unterredungen mit Mr. Tyrrell zu verwerten. Auf seine jüngste Aktion in Balkanangelegenheiten übergehend, hat Graf Berchtold sich dahin geäußert, daß der Hauptzweck derselben, die Einigkeit unter allen Großmächten in orientalischen Fragen anzubahnen, von Erfolg begleitet zu sein scheine. Unser Bestreben müsse darauf gerichtet sein, das einmütige Vorgehen der Mächte auch in Hin-

kunft zu erhalten. Möglicherweise werde es gar nicht zu einer Demarche in Konstantinopel kommen, da die Pforte, angesichts des vereinten Willens Europas, sich spontan zu Konzessionen und einer versöhnlichen Politik entschließen dürfte. In Konstantinopel habe der Vorschlag des Grafen Berchtold großes Mißtrauen erregt und es wird jetzt notwendig sein, die türkischen Politiker davon zu überzeugen, daß die Initiative der k. u. k. Regierung in ihrem eigensten Interesse erfolgte. A. Hoyos.

[a]) Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 3769. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 5. Sept. 1912 Nr. 63 A (eing. 7. Sept.). Ausfert.

Meinem gehorsamsten Telegramme vom 31. v. Mts. Nr. 105[a]) werden Euer Excellenz die Antwort entnommen haben, welche mir Marquis San Giuliano erteilte, als ich mich des mit der hohen Depesche vom 29. August l. J. Nr. 3567 erhaltenen Auftrages entledigte. Ich möchte mir nun noch erlauben, meiner telegrafischen Meldung einige Einzelheiten nachzutragen. Um dem Wunsche Euer Excellenz zu entsprechen, die Ausführungen der Depesche genau wiederzugeben, die mir aufgetragene Démarche aber mündlich auszuführen, hatte ich mir ins französische übersetzte Notizen aus der Depesche mitgenommen, in welchen ich zeitweise nachsah. Marquis San Giuliano ergriff gleich, als ich zu sprechen angefangen hatte, einen Bleistift und machte sich eifrigst Notizen, was mich, da der Herr Minister seines gichtischen Leidens halber nur schwer und unter Schmerzen schreiben kann veranlasste, zeitweise Pausen in meinem Vortrage eintreten zu lassen. Als ich bei dem Teile der Depesche angelangt war, in welchem von der Notwendigkeit, die Empfindlichkeit der Pforte zu schonen, die Rede ist, bemerkte er, dies sei sehr richtig. Beim Erwähnen des Themas der unparteischen Wahlen murmelte er vor sich hin, ceçi sera bien difficile. Als ich meinen Vortrag mit dem Beifügen geschlossen hatte, ich hätte den Auftrag, Euer Excellenz seine Rückäusserung zu melden, ergriff er das Wort, um in lebhaftem Tone zu sagen, dass er ausserordentlich erfreut wäre (je serais enchanté), wenn die Pforte die Bahnen der Euer Excellenz vorschwebenden Politik einschlagen würde. Er sei schon seit der Zeit, in welcher er sich journalistisch mit der orientalischen Frage beschäftigt habe, zu der Ansicht gelangt und habe an derselben stets festgehalten, dass der Fortbestand des ottomanischen Reiches in Europa daran geknüpft sei, dass die Pforte gegenüber den Balcannationalitäten eine individualisierende, ihren nationalen Eigentümlichkeiten mehr als bisher Rechnung tragende Politik befolge. Er schaltete hier ein, dass er den Ausdruck „individualisierende" Politik für glücklicher gewählt halte, als den einer Politik der „Decentralisation". Auch als Botschafter in London zu einer Zeit, als ganz England sich für die türkische Constitution und das jungtürkische Régime begeisterte, habe er gegenüber den Engländern und der Consulta seine Ansicht nicht verhehlt, dass die centralisierende Politik der Jungtürken für die Türkei verhängnisvoll sei. In der jetzigen heiklen Lage Italiens könne er natürlich nichts tun, denn eine Einwirkung auf die Türkei sei ihm unmöglich, und

Euer Excellenz selbst hielten für den Augenblick Ratschläge an die kleinen Balcanstaaten angesichts der dort eingetretenen Détente nicht mehr für nötig. A ce propos habe er eben ein Telegramm aus Sophia erhalten, welches die Euer Excellenz zugekommenen Nachrichten über die Beruhigung der Gemüter in Bulgarien vollkommen bestätigte. Ich resumierte hierauf seine Antwort, wobei er, als ich die Worte „Fortbestand der europäischen Türkei" aussprach, einschaltete, dass Italien an den Fortbestand der Türkei lebhaft interessiert sei und dringend wünschen müsse, dass die Conflagration des Balcans vermieden werde. Der Umstand, dass Italien gegenwärtig mit der Türkei Krieg führe, ändere nichts an diesem fundamentalen Interesse Italiens. Der Herr Minister machte hierauf noch einige Notizen und las mir dann die Worte vor, in welche er die mir erteilte Antwort kurz zusammengefasst hatte. Als Résumé der Unterredung ergibt sich, dass die italienische Regierung wegen des Krieges auf die Pforte nicht einwirken kann. Sie ist daher nicht in dem Falle, die Mittel, mit welchen Euer Excellenz die Action verwirklichen wollen, anzuwenden und unterlässt es — vielleicht nicht unabsichtlich — zu diesen Mitteln Stellung zu nehmen. Mit den Zielen der Action ist sie aber vollkommen einverstanden, da deren Verwirklichung den Interessen Italiens entspricht. Ambrózy.

[a]) Wurde nicht aufgenommen, weil in dem vorliegenden Bericht ausführlich wiedergegeben.

Nr. 3770. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 6. Sept. 1912 Nr. 368 (eing. 7 U. 10 M. p. m.). Entziff.

Geheim. Zu meinem morgen in Wien eintreffenden Bericht Nr. 74 G von gestern. Rumänischer Gesandter schreibt mir soeben, er habe gestern Antwort auf türkische Anfrage Minister des Äussern mitgeteilt. Gabriel Effendi dankte und gab Hoffnung Ausdruck, dass es den vereinigten Kräften der friedensliebenden Staaten gelingen werde, über die jetzigen Balkanschwierigkeiten hinauszukommen. Was die Versicherung König Karls in Bezug auf die österreichisch-ungarische Politik der Türkei gegenüber und die Demarche Euer Excellenz anbelangt, erwiderte der Minister, dass die Versicherungen Seiner Majestät des Königs für die Pforte sehr wertvoll seien. Er selbst zweifle nicht an der Aufrichtigkeit der Absichten Euer Excellenz. Der Vorschlag des Wiener Kabinettes hätte Pforte im ersten Augenblick deshalb beunruhigt, weil derselbe gerade in einem Moment gemacht wurde, als in Albanien vom katholischen Klerus unter der katholischen albanesischen Bevölkerung Propaganda für die Autonomie Albaniens gemacht worden sei. An dieser Propaganda sollen sogar angeblich die k. u. k. Konsuln beteiligt gewesen sein. Auf die Frage des Herrn Mișu, ob er Beweise für diese Behauptung habe, antwortete der Minister, er besitze wohl keine ganz sicheren Beweise hiefür; die diesbezüglichen Nachrichten stammen teils aus Kreisen türkischer Beamter, teils aus fremder Quelle. Schliesslich sagte Gabriel Effendi, er persönlich stünde diesen Gerüchten viel skeptischer gegenüber, als dies bei seinen Kollegen der Fall sei. Die Versicherungen des Königs trügen übrigens zur Überzeugung bei, dass die österreichisch-ungarische Politik eine durchaus aufrichtige ist. Pallavicini.

Nr. 3771. Aufzeichnung über die Unterredung mit dem deutschen Reichskanzler von Bethmann Hollweg in Buchlau am 7. und 8. Sept. 1912.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Berchtold; G. Hoyos).

Geheim. Die politischen Gespräche, die ich im Laufe des zweitägigen Séjours des deutschen Reichskanzlers in Buchlau mit demselben führte, nahmen ihren Ausgangspunkt von der gegenwärtigen Lage am Balkan. Ich setzte dem leitenden Staatsmanne des verbündeten Reiches die Gründe auseinander, welche mich bewogen haben, an die anderen Mächte mit einer Anregung heranzutreten, die eine gemeinsame Stellungnahme hinsichtlich der Balkankrise zum Gegenstande hatte. Insbesondere legte ich Gewicht darauf, zu betonen, daß die sich überstürzenden Ereignisse an der türkisch-montenegrinischen Grenze wie im Königreiche Bulgarien und in Südalbanien ein rasches Zugreifen umso angezeigter erscheinen ließen, als von Tag zu Tag das Hervortreten einer Macht der Tripleentente mit Initiativanträgen zu gewärtigen war, was uns, die meistinteressierte Macht, in eine sekundäre Stellung gebracht hätte. Dies war auch die Veranlassung, weshalb wir die Einladung zu einem Gedankenaustausche nicht zuerst dem Berliner Kabinette, sondern gleichzeitig allen Signatarmächten zugesandt haben. Der Reichskanzler, welcher sich durch diese Auskünfte befriedigt zeigte, machte seinerseits geltend, daß es wünschenswert wäre, wenn wir auch in diesem Belange enge zusammenhalten würden. Insolange die Einmütigkeit aller Großmächte erhalten werden könnte, wäre dies allerdings in erster Linie anzustreben. Bis auf weiteres wolle er der Zukunft mit einem gewissen Optimismus entgegensehen. In Baltisch-Port habe er den Eindruck gewonnen, daß Rußland auf Jahre hinaus friedliche Ziele verfolgen werde. Herr Kokowzow habe es sich zur Aufgabe gestellt, große wirtschaftliche Projekte zu verwirklichen. Dabei sei der russische Premier von den Gefahren überzeugt, die äußere Komplikationen bei der sozialen Lage in Rußland nach sich ziehen würden. Diese zwei Faktoren verwiesen Rußland auf die Bahnen einer vernünftigen konservativen Politik. Auf meine Bemerkung, daß zwischen den russischen Interessen und jenen der Westmächte schwer zu vereinende Gegensätze bestünden und es doch anscheinend nicht möglich sei, Rußland auf unsere Seite herüberzubekommen, bemerkte der Reichskanzler, daß sich das Zarenreich derzeit im Verbande der Tripleentente in einer so außerordentlichen günstigen Lage befinde, daß es keinen Grund habe, eine Änderung anzustreben. Frankreich und England wetteiferten im Bemühen, sich Rußland gefällig zu erweisen, ersteres befriedige alle finanziellen Bedürfnisse des Verbündeten und England lasse ihm in Mittelasien und Persien den tunlichst weiten Spielraum unter Zurücksetzung der eigenen Interessen und Traditionen. Den Begleiterscheinungen von Baltisch-Port — russisch-französische Marinekonvention und Akkord über die Orientpolitik — mißt Herr von Bethmann Hollweg keine besondere Bedeutung zu: Erstere hält er für einen selbstredenden Ausfluß der Allianz, letzteren für eine der gewohnten Manifestationen Frankreichs, sich den Anschein geben zu wollen, über den Orient zu verfügen. Einen Grund zur Besorgnis will der Reichskanzler darin nicht erblicken. Ich verwies meinen deutschen Kollegen auf die vor wenigen

Wochen verbreitete Nachricht eines franko-englischen Marineübereinkommens, dem eventuell Italien beitreten könnte und gab zu verstehen, daß uns diese bloße Möglichkeit nicht gleichgiltig lassen könne. Herrn von Bethmann Hollweg schien dieses Thema nicht zu behagen, was mich veranlaßte, abzulenken. Die obige Bemerkung wird ihm aber Stoff zum Nachdenken namentlich in der Richtung geben, daß unser Bundesverhältnis allein nicht imstande ist, für alle Eventualitäten die wünschenswerten Garantien zu gewähren. In Bezug auf die türkisch-italienischen Friedensverhandlungen glaubt der Reichskanzler nicht an ein unmittelbares Bevorstehen des Friedensschlusses. Er frug mich, wie wir uns zu der Angelegenheit der Ägäischen Inseln stellen würden. Meine Erwiderung lautete dahin, daß ich diese Frage als eine zwischen der Türkei und Italien zu verhandelnde Sache betrachte, unter der Voraussetzung, daß keine der Inseln bei Italien verbleibe. Letzteres könnten wir selbstverständlich nicht zugeben, da dies eine Machtverschiebung im nahen Oriente bedeuten würde. Herr von Bethmann Hollweg stimmte diesem Gedanken rückhaltlos bei. Über die Orientpolitik im allgemeinen gab ich dem Reichskanzler spontan die bündigste Versicherung, daß unser oberstes Interesse in der Erhaltung des status quo bestehe, da wir aus keiner wie immer gestalteten Änderung einen Vorteil für Österreich-Ungarn erkennen könnten. Wenn es aber einmal gegen unseren Willen zu einer Liquidation in der Türkei kommen sollte, würden wir einer solchen nicht ganz teilnahmslos gegenüberstehen, namentlich in Bezug auf das albanesische Problem. Wir hätten daselbst, wie bekannt, seit den Friedensschlüssen von Karlowitz und Passarowitz ein Schutzrecht über den katholischen Teil der Bevölkerung, welches Protektorat die Verpflichtung in sich schließe, diese Katholiken nicht ihrem Schicksale gegenüber feindselig gesinnten Mohammedanern zu überlassen. Ferner hätten wir ein hohes Interesse daran, daß die Ostküste der Adria nicht in offener oder versteckter Form in den Machtbereich Italiens gelange. Wir hätten, wie ihm bekannt, ein Abkommen mit Italien, wonach, im Falle die Türkei Mazedonien verlieren würde, Albanien entweder privilegierte Provinz unter türkischem Schutze oder unabhängiges Fürstentum werden sollte. Es liege aber der Gedanke nahe, daß keine der beiden Möglichkeiten realisierbar wäre. In diesem Falle würden wir einem italienischen Versuche, sich an diese Küste festzusetzen, entgegenwirken müssen. Herr von Bethmann Hollweg beschränkte sich darauf zu bemerken, es sei dies ein sehr schwierig zu lösendes Problem, nachdem Albanien wirtschaftlich wohl kaum auf eigenen Füßen stehen könnte. Besonderes Interesse bekundete der Reichskanzler in Bezug auf unser Verhältnis zu Serbien. Ich bezeichnete das seinerzeitige Milanische Régime als das für Österreich-Ungarn günstigste Verhältnis. Es wäre jedenfalls de la bonne politique, sich mit Serbien so freundschaftlich als möglich zu stellen und auf diese Weise das Land in ein Abhängigkeitsverhältnis von uns zu bringen. Bei der derzeitigen Stimmung der öffentlichen Meinung in Serbien, wo es keine austrophile Partei im Lande gebe, scheine mir jedoch eine solche Politik bis auf weiteres undurchführbar. Selbst die jüngst zutage getretene heftige Gegnerschaft der liberalen Opposition gegen die herrschende radikale

Partei in Bezug auf die von der letzteren verfolgte äußere — antiösterreichische — Politik, gebe keine Anhaltspunkte für die Möglichkeit der Anknüpfung besserer Beziehungen, da sich diese Gegnerschaft weniger auf die Austrophobie der Radikalen als auf deren Turkophilie, die nun Schiffbruch erleidet, bezieht. An der Hand der uns zugekommenen Informationen über Bündnisverhandlungen der kleinen Balkanstaaten unter einander mit der Spitze gegen die Türkei gab ich dem deutschen Staatsmanne meiner Besorgnis Ausdruck, daß aus diesen Verabredungen ein Konflikt entstehen könnte, der zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse am Balkan führen müßte. Unsere Stellungnahme einer solchen Eventualität gegenüber, die natürlich mit allen diplomatischen Mitteln zu bekämpfen wäre, schiene mir dadurch gegeben, daß es unsere Aufgabe wäre, die Mahnung ergehen zu lassen, den status quo zu respektieren, dessen Verletzung den Intentionen der Mächte widerspräche. Sollte trotzdem eine Konflagration nicht aufzuhalten sein, müßte, unter Verstärkung der Stände an der Grenze, den kleineren Balkanstaaten zu verstehen gegeben werden, daß eine territoriale Veränderung nicht ohne unsere Zustimmung erfolgen könnte. Der deutsche Reichskanzler, der diese Darlegungen unwidersprochen ließ, machte den Eindruck, sich einem Probleme gegenüber gestellt zu sehen, über dessen Lösung er sich noch keine Ansicht zurechtgelegt hat. Abgesehen von diesem Belange, konnte ich auch aus meinen übrigen Gesprächen mit dem leitenden deutschen Staatsmanne nicht den Eindruck gewinnen, daß sich derselbe im bisherigen Verlaufe seiner Kanzlerschaft in den diplomatischen Beruf eingearbeitet hätte. Er zeigte sich mit Detailfragen — wie die Entwicklung der Rechtslage auf den Ägäischen Inseln — nicht vertraut und vermied es, in manchem eine persönliche Meinung abzugeben. Als unsere Unterredungen schließlich einen vertrauensvolleren und weniger formellen Charakter annahmen, gestand mir auch Herr von Bethmann Hollweg, kein Diplomat von Profession, daher auch mit diplomatischen Redensarten nicht vertraut zu sein. Diesem Umstande will der Reichskanzler die Entfremdung in seinen anfänglich ausnehmend guten Beziehungen zu Grafen Aehrenthal zuschreiben. Offenbar vom Wunsche beseelt, ein etwaiges Residuum aus der damaligen Zeit zu verwischen, gab mir der Reichskanzler eine Darstellung des bekannten Briefwechsels zwischen ihm und meinem Vorgänger betreffs der Entrevue von Potsdam. Er bedauere nun nachträglich, damals mit großer Offenheit die Aussprache mit Herrn Sasonow bezüglich des Charakters unserer Orientpolitik wiedergegeben zu haben, da Graf Aehrenthal an diese Äußerungen den Maßstab diplomatischer Redekunst gelegt und mehr darin gesucht habe, als faktisch der Fall gewesen. Meine Entgegnung, dies gehöre der Vergangenheit an und bilde kein Hindernis gegen ein ferneres vertrauensvolles Verhältnis der beiden Kabinette, nahm der Reichskanzler mit sichtlicher Befriedigung entgegen. Wenn auch diese Entrevue nichts wesentlich Neues ergeben hat, so ist doch die Übereinstimmung der zwei verbündeten Mächte in den wichtigsten Fragen hiebei neuerlich festgestellt und gleichzeitig beiderseits die Absicht ausgesprochen worden, fernerhin in steter vertrauensvoller Fühlungnahme zu bleiben. Die naheliegenden Zweifel in die Hinlänglichkeit der deutschen Allianz hinsichtlich der Mittelmeer-

und speziell Adria-Probleme der Monarchie konnten hiebei allerdings nicht aus der Welt geschafft werden.

a) Das Stück ist undatiert, trägt aber den Vermerk: kopiert 12. Sept. 1912. Vgl. n. 3714.

Nr. 3772. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 7. Sept. 1912 Nr. 372 (eing. 8. Sept. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Anlässlich meiner heutigen Unterredung mit dem Minister des Äussern sagte mir derselbe, er hätte beunruhigende Nachrichten aus Bulgarien. Man schicke sich an, grössere Banden auszurüsten und sie teilweise auch in türkischer Uniform über die Grenze zu schicken, und zwar um Massakers zu provozieren. Auch die Äusserungen Herrn Danews scheinen hier beunruhigend zu wirken. Gabriel Effendi machte mir den Eindruck, ernstlich besorgt zu sein, und verhehlte mir nicht, dass die türkische Regierung die Streitkräfte in Macedonien, welche er auf über 200.000 Mann beziffert, noch verstärken werde. Er fügte jedoch ausdrücklich hinzu, dass die Türkei, welche Europa gegenüber als ein Element des Friedens gelten will, unter keiner Bedingung irgend etwas tun werde, was als Provokation gedeutet werden könnte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 3774, 3775.

Nr. 3773. Aufzeichnung über die anfangs Sept. 1912 in Sinaia geführten Unterredungen 9. (?) Sept. 1912.a) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Mein zweitägiger Aufenthalt in Sinaia gab mir wiederholt Gelegenheit, sowohl mit Seiner Majestät dem König, als mit Herrn Majorescu einen politischen Gedankenaustausch zu pflegen. Seine Majestät ist bekanntlich der persönliche Leiter der auswärtigen Politik Seines Landes. Wie mir Sein Außenminister darlegte, sind alle Parteien Rumäniens in der Überzeugung einig, daß die auswärtige Politik in keinen besseren Händen ruhen könnte, als in jenen Seiner Majestät selbst. Der jeweilige Minister des Äußern vermeidet es, diesem Ressort eine persönliche Note zu geben, einesteils, weil der König dies kaum zulassen würde, andererseits, weil ein jeder sich hiezu relativ inkompetent fühlt. Der Umstand, daß der Monarch nun schon seit zwanzig Jahren unter kluger Einschätzung der bestehenden Verhältnisse eine konstante Richtlinie in der auswärtigen Politik einhält, hat Ihm eine im In- und Auslande unbestrittene Autorität gegeben. Im Lichte dieser Darstellung, welche sich übrigens mit der allgemeinen Appreciation der Persönlichkeit König Carols vollkommen deckt, gewinnen die Äusserungen des rumänischen Herrschers erhöhten Wert. Seine Majestät ging in Seinen Betrachtungen von der großen Bewunderung und Verehrung aus, welche Er für die erhabene Person unseres Monarchen empfinde, in Dessen treuer Freundschaft für Rumänien Er ein sicheres Unterpfand der Aufrechterhaltung des Friedens und speziell der ruhigen Fortentwicklung der Dinge am Balkan erblicke. Rumänien habe keine Expansionspläne: das

Interesse des Landes liege in seiner inneren Entwicklung, in der Erschließung und Exploitierung seiner Naturprodukte und in der Hebung des Kulturniveaus seiner Bevölkerung. Ein Umsturz der Dinge am Balkan könnte hierin nur störend wirken, denn was könnte Rumänien dabei gewinnen? Was die gegenwärtige Situation anbelangt, meinte der König, daß weder von Mazedonien noch von Albanien her Seiner Ansicht nach eine ernste Gefahr drohe. Ohne König Ferdinand ein unbedingtes Vertrauen schenken zu können, glaube Er doch, daß die notorische Friedensliebe des bulgarischen Herrschers die Oberhand behalten und im Verein mit der Zaghaftigkeit des Ministerpräsidenten Geschoff das Land vor Abenteuern bewahren werde. Die von mir initierte Aktion könne in dieser Richtung nur wohltuend wirken und habe wohl schon jetzt eine Détente herbeigeführt. Weniger gefalle Ihm die Sachlage in Konstantinopel, welche auf Schwäche und Ohnmacht der Regierung hindeutet. Der Schlüssel der Situation liege Seiner Ansicht nach am Goldenen Horn; der fortwährende Ministerwechsel könne jedoch nur als ein ungünstiges Symptom aufgefaßt werden. Einen sichtlichen Eindruck hat sowohl auf den König, als auch auf den Minister des Äußern die eben aus Konstantinopel eingetroffene Nachricht ausgeübt, wonach der dortige rumänische Gesandte formell gefragt worden sei, wie sich Rumänien im Falle, als der Friede nicht zu erhalten wäre, stellen würde. Der König hat auf diese Anfrage, welche, wie Er bemerkte, niemals zuvor in so formeller Weise an Ihn gerichtet worden sei, noch nicht geantwortet, doch verhehle Er mir nicht, keine Lust zu haben, auf diese Anregung näher einzugehen. Er wolle der Pforte zu verstehen geben, daß der vorgesehene Fall noch nicht eingetreten sei und daß es daher Zeit wäre, sich hierüber zu besprechen, wenn die ins Auge gefaßte Eventualität sich verwirklichen sollte. Im gleichen Sinne sprach sich auch Herr Majorescu mir gegenüber aus, indem er beifügte, daß in diesem Falle wohl auch Österreich-Ungarn Stellung nehmen würde — eine Anspielung, auf welche zu reflektieren ich mich nicht veranlaßt sah. Das gegenwärtige Regime in der Türkei betrachtet König Carol als Vorspiel des Wiedererstarkens des englischen Einflusses am Bosporus. Rumänien gegenüber habe sich dasselbe insofern in unliebsamer Weise fühlbar gemacht, als durch 14 Tage das das Land mit Konstantinopel verbindende Kabel nicht funktioniert hätte, wodurch alle Nachrichten aus der türkischen Hauptstadt erst mit beträchtlicher Verspätung eingelangt seien. Für die Zukunft sei die einseitige Begünstigung der englischen wirtschaftlichen Interessen durch die Pforte zu erwarten. Bezeichnend sei das Auftauchen der allerdings unverbürgten Nachricht, Lord Kitchener solle als Nachfolger des minderbefähigten Lowther als Botschafter nach Konstantinopel entsendet werden; von dessen Zusammenwirken mit Kiamil Pascha vermag sich der König jedoch keine günstigen Konsequenzen zu versprechen. Aus den Äußerungen König Carols wie aus denen Seines Ministers konnte ich ersehen, daß von den Balkanstaaten Serbien derjenige ist, mit dem Rumänien in den letzten Jahren noch die relativ vertrauensvollsten Beziehungen unterhalten hat. Nach der Annexionskrise hat beispielsweise König Peter Sich persönlich an den König von Rumänien gewendet und Seinen Rat darüber erbeten, ob Er den Ihm von Iswolski zugekommenen

Eingebungen folgen solle, die auf die Einschlagung einer Revanchepolitik hinausliefen. König Carol habe daraufhin geantwortet: „Mache keine Dummheiten, wenn es zur Entscheidung kommt, wird Dich Iswolski sicher im Stiche lassen." Seither habe Sich König Peter für diesen Rat bedankt und dessen Richtigkeit zugegeben. Ohne daß die Beziehungen zu Serbien einen herzlichen oder gar intimen Charakter trügen, scheint den maßgebenden rumänischen Faktoren doch der Gedanke vorzuschweben, daß die Interessen Rumäniens mit den serbischen nicht kollidieren; wenigstens läßt darauf der Umstand schließen, daß man in Bukarest das Fehlen eines tiefgehenden Gegensatzes zu Serbien betont, während man eine weitere Expansion Bulgariens fürchtet und als unvereinbar mit den rumänischen Interessen bezeichnet. Auch in wirtschaftlichen Fragen scheint König Carol nüchterne Interessenpolitik zu treiben, was namentlich bezüglich der Verwirklichung des Donau-Adriabahnprojektes zum Ausdruck kommt: in dieser Frage tritt Rumänien dem Drängen einerseits der bulgarischen, andererseits der serbischen Regierung, deren Wünsche miteinander im Widerspruche stehen, temporisierend entgegen. Resumierend möchte ich die in Sinaia gewonnenen Eindrücke dahin zusammenfassen, daß Rumänien ein Element der Ruhe und Ordnung in der orientalischen Politik bedeutet und daß wir unter der Regierung des gegenwärtigen Königs auf dessen Freundschaft unbedingt zählen können. Falls der Friede am Balkan nicht aufrecht erhalten werden könnte, wird von Bukarest aus zweifellos der Versuch gemacht werden, mit uns in nähere Fühlung zu treten.

[a]) Das Stück ist undatiert, trägt aber den Vermerk: kopiert 9. Sept. 1912.

Nr. 3774. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 9. Sept. 1912 Nr. 374 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bulgarischer Gesandter hat mich gestern aufgesucht und die Lage in Bulgarien als beunruhigend bezeichnet. Er wollte mich augenscheinlich impressionieren, da er, wie ich aus einigen seiner Bemerkungen ersehen konnte, der Meinung ist, dass zwischen den Kabinetten infolge der Anregung Euer Exzellenz ein Meinungsaustausch über die der Pforte zu machenden Vorschläge stattfinde. Es scheint mir, dass auch die der hiesigen Regierung zukommenden Nachrichten über kriegerische Absichten Bulgariens dieselbe Tendenz verfolgen. (Vide mein ergebenstes Telegramm vom 7. d. M. Nr. 372.). Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3791.

Nr. 3775. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 9. Sept. 1912 Nr. 377 (eing. 10. Sept. 9 U. a. m.). Entziff.

Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 372 vom 7. d. Mts. Gabriel Effendi hat sich heute über die Beziehungen zu Bulgarien beruhigender ausgesprochen. Er glaubt, dass es sich eigentlich mehr um einen Bluff handelt. Allerdings machen ihm die bulgarischen Banden Sorge, da er befürchtet, dieselben könnten trotz aller Vorsicht von türkischer Seite Unruhen provozieren. Pallavicini.

Nr. 3776. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 9. Sept. 1912 Nr. 67 (eing. 10. Sept. 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Zu meinem Berichte vom 4. d. M. Nr. 43.[b] Mr. Mallet hat mir heute als Antwort im Nachstehenden wiedergegebene Aufzeichnungen des Staatssekretärs vorgelesen. Sir E. Grey hat die Ausführungen Euer Exzellenz mit grosser Sympathie aufgenommen und stimmt mit den von Hochdenselben verfolgten Hauptzielen vollkommen überein. Er begrüsst mit grösster Befriedigung die Absicht der türkischen Regierung, auf dem eingeschlagenen Wege mit den Reformen fortzuschreiten, und stimmt Euer Exzellenz zu, dass bei Vermeidung von Kollektivschritten der Pforte eine moralische Unterstützung zu geben wäre und sie durch Einzel-Vorstellungen der Mächte in Konstantinopel in ihrem neuen Kurs bestärkt werden soll. Sir E. Grey hat übrigens bereits wiederholt in Konstantinopel seine Befriedigung mit der gegenwärtigen Regierungsmethode zum Ausdruck bringen lassen. Staatssekretär ist ganz Euer Exzellenz Ansicht über die Nützlichkeit der Durchführung unparteiischer Wahlen, sowie einer den tatsächlichen Verhältnissen mehr entsprechenden Vertretung der Nationalitäten im Parlament und hält es zur Erreichung dieses Zieles für das Beste, Gelegenheit wahrzunehmen, um in Konstantinopel eine solche Politik, ohne irgendwie Entschlüsse zu suggerieren, zu befürworten und mit Nachdruck zu erörtern. Sir E. Grey hat bereits selbst einmal gelegentlich Tewfik Pascha gegenüber der Befriedigung Ausdruck gegeben, welche eine solche Politik der Pforte hervorrufen würde. Staatssekretär würdigt vollkommen Euer Exzellenz Anregung, über dieses Thema in einen Meinungsaustausch zu treten. Sir E. Grey ist für ein vollständiges Zusammenwirken der Kabinette, damit im Falle irgendwelcher Eventualitäten im Vorgehen der Mächte Einmütigkeit herrsche. Trauttmansdorff.

[a] Oe. U. Balkan 10 Nr. 13. Vgl. n. 3778. — [b] In dem Berichte Nr. 43 aus London vom 4. Sept. 1912 (eing. 8. Sept.) meldet Trauttmansdorff nur die Übermittlung der Weisung Nr. 3566 an den Assistant-Undersecretary Mr. Mallet und dessen unverbindliche Bemerkungen. Vgl. n. 3744.

Nr. 3777. Bericht aus Sofia, 9. Sept. 1912 Nr. 69 A (eing. 13. Sept.). Ausfert.

Im Schlussalinea der hohen streng vertraulichen Weisung vom 29. v. Mts. Nr. 3571 erteilten mir Euer Excellenz eine besondere Instruction für den Fall, dass ich eine unauffällige Gelegenheit zu einer Unterredung mit Seiner Majestät König Ferdinand finden sollte. Gleich nachdem ich den obbezogenen hohen Erlass erhalten hatte, suchte ich Herrn Dobrovitch auf und — ohne um eine Audienz zu bitten — erwähnte ich, dass mir neue Informationen die Anregung Euer Excellenz betreffend zugegangen sind, die vielleicht den König interessieren könnten. König Ferdinand, Höchstwelcher Sich jetzt meistens am Lande aufhält, liess mir — als Er vorgestern nach Sofia kam — durch Dobrovitch danken und sagen, es würde Ihn interessiren mich zu sprechen, Er fürchte aber, dass mein Besuch, wenn auch unauffällig, doch bekannt werden und sogleich zu Commentaren in der Presse führen könnte, die Seine Majestät in dem gegenwärtigen Momente

vermeiden möchte. Vor einigen Tagen wäre — liess mir König Ferdinand sagen — Seine Hoheit Prinz Philipp von Koburg auf eines der hiesigen königlichen Jagdschlösser gekommen, wovon trotz des strengsten incognito die Zeitungen gleich Wind bekommen und die unsinnigsten Combinationen an die Reise des Bruders des Königs geknüpft hätten. Es würde — fügte Herr Dobrovitch hinzu — Seine Majestät sehr freuen, mich zu empfangen, aber nicht jetzt, sondern ein wenig später. Tarnowski.

Nr. 3778. Tagesbericht über einen Besuch des englischen Botschafters, 11. Sept. 1912. Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).

Der englische Botschafter hat mich heute aufgesucht und sich im Namen Sir E. Greys über meine letzte Anregung bei den Mächten in gleichem Sinne ausgesprochen wie Mr. Mallet zu Graf Trauttmansdorff (vide Telegramm Nr. 67 vom 9. l. M.). Im Laufe der Konversation trat Sir Fairfax hiebei wiederholt mit der Anfrage hervor, ob ich mich mit einer weiteren Mitteilung an die Mächte zu wenden beabsichtige. Ich habe dem Herrn Botschafter erklärt, daß dies für den Augenblick nicht in meiner Absicht gelegen sei. Ich hätte es mit Freude begrüßt, daß meine Aufforderung zu einem Gedankenaustausch bezüglich eines einheitlichen Vorgehens der Mächte allseits eine entgegenkommende Aufnahme gefunden habe, und ich begnüge mich damit, den Faden der allgemeinen Konversation wieder angesponnen zu haben. Sollten die Ereignisse in der Türkei ein einmütiges Auftreten der Mächte notwendig erscheinen lassen, wäre dadurch die Fortsetzung der Konversation erleichtert. Ich müsse übrigens konstatieren, daß eben Sir E. Grey meine Intentionen völlig richtig verstanden habe und daß unsere Gedanken betreffend Stellungnahme zu dem neuen Régime in der Türkei sich in gleichem Fahrwasser bewegen. Von der Bedeutung, welche unserer und auch der englischen Auffassung nach einem einverständlichen Auftreten der Großmächte zukomme, sprechend, wies Sir Fairfax auf die beunruhigenden Nachrichten aus Sofia hin. Ein Konflikt auf dem Balkan, in den Rußland durch seine öffentliche Meinung hineingedrängt werden könne, bedeute seiner Ansicht nach eine große Gefahr für die Aufrechterhaltung der Einheit unter den Mächten. Augenscheinlich von der Absicht geleitet, mich zu einer Aussprache über unsere Pläne Serbien gegenüber zu bewegen, erörterte der Herr Botschafter in eingehender Weise die Möglichkeiten, welche sich aus einem Vorgehen Bulgariens gegen die Türkei ergeben könnten. Wenn die ersten kriegerischen Erfolge auf der Seite der Türkei wären, was England offenbar mit Freude begrüßen würde, aber nach Ansicht des Botschafters wenig wahrscheinlich erscheint, so könnte Rußland sich damit begnügen, den Türken in den Arm zu fallen und Bulgariens bisherigen Besitzstand zu retten. Im entgegengesetzten Falle würde aber die öffentliche Meinung in Rußland die Regierung zwingen, an die Seite Bulgariens zu treten und zumindest die Autonomie für Macedonien zu verlangen. Die in Frankreich stark vertretene russo-serbische Strömung würde dann das ihrige beitragen, um das Pariser Kabinett zu einer Unterstützung dieser Politik zu treiben. Serbien ebenso wie Griechenland und Montenegro würden, dem Beispiele der Bulgaren folgend, auch in den Kampf

für ihre Konnationalen eintreten. Wenn aber Serbien sich an dem Kampfe mit der Türkei beteiligt, dann würde — so meinte Sir Fairfax — Österreich-Ungarn wohl nach Belgrad gehen. Wo bliebe aber dann die Einheit Europas? Ich habe es, trotz aller Versuche des Botschafters, vermieden, auf das Thema einer eventuellen Teilnahme Serbiens an einem Kriege mit der Türkei einzugehen und mich darauf beschränkt, auf die öffentliche Meinung in Rußland anspielend, meinen Mitredner zu fragen, wie sich wohl die öffentliche Meinung in seinem Lande verhalten würde. Sir Fairfax machte zwar von der in letzterer Zeit seitens der englischen Regierung stark hervortretenden turcophilen Gesinnung kein Hehl, meinte aber, das Gros der öffentlichen Meinung, namentlich der in seinem Einflusse nicht zu unterschätzende Klerus, würde mit seinen Sympathien für die christlichen Völker nicht zurückhalten.

Nr. 3779. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 12. Sept. 1912 Nr. 380 (eing. 6 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Ich höre aus verläßlicher Quelle, daß der Frieden zwischen der Türkei und Italien in den nächsten Tagen tatsächlich geschlossen werden soll. Mit einer Verlautbarung dieses factums würde jedoch mit Rücksicht auf die bevorstehenden türkischen Wahlen noch zugewartet werden. Die Friedensbedingungen sollen, wie ich weiter höre, keine formelle Anerkennung der Annexion seitens der Türkei enthalten. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3781.

Nr. 3780. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Geschäftsträgers, 12. Sept. 1912.[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Im Namen seiner Regierung hat mir der italienische Geschäftsträger heute mitgeteilt, daß die in Lausanne[b] geführten Besprechungen zu nachstehenden Ergebnissen geführt haben. Der Friedensschluß zwischen Italien und der Türkei solle dadurch ermöglicht werden, daß die Türkei sich entschließe, die Autonomie Lybiens durch einen unilateralen Akt auszusprechen und daß andererseits Italien, gleichfalls in einem unilateralen Akte, den Arabern vorteilhafte Bedingungen in Aussicht stelle. Sollten Letztere auf diese eingehen, würde der Kampf eingestellt werden; im gegenteiligen Falle würden die italienischen Truppen die Bekämpfung der Araber fortsetzen. Die italienische Regierung — so fuhr Herr Cerruti fort — spräche die Erwartung aus, daß die Mächte die Souveränität Italiens über Lybien anerkennen werden, wodurch der Friedensschluß erleichtert würde. Der italienischen Regierung wäre auch sehr daran gelegen, wenn seitens des Wiener Kabinettes in Konstantinopel der Rat erteilt würde, die in Aussicht genommene einseitige Erklärung in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise abzufassen, damit die Pforte sich für die Zukunft das „sich ins unvermeidliche fügen" nicht selbst erschwere. Ich habe mich auf die Frage der Anerkennung der italienischen Souveränität nicht näher eingelassen und mit Bezug auf die in Konstantinopel zu erteilenden Ratschläge bemerkt, daß es mir aus zwei Gründen schwer fallen würde, diesem Ansuchen zu

entsprechen. Erstens würden wir dadurch den eingenommenen Standpunkt strikter Neutralität verlassen; zweitens scheine mir die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Pforte ein Eingehen auf dieses Thema verweigern könnte. Ich müßte mich daher darauf beschränken, Markgraf Pallavicini von dem italienischen Ansinnen zu informieren. Auf meine Frage, was mit den türkischen Truppen in Lybien geschehen werde und was bezüglich der besetzten Inseln im ägäischen Meere vorgesehen sei, erklärte Herr Cerruti, weder über den einen noch den anderen Punkt informiert zu sein.

[a]) Vgl. n. 3781, 3796. — [b]) Vgl. n. 3707.

Nr. 3781. Tel. nach Konstantinopel Nr. 188 (1) und Rom Nr. 147 (2), 13. Sept. 1912 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. u. 2. Streng vertraulich.

1. ... *wie n. 3780 bis „zu informieren“* ... Ich erhalte soeben Euer Exzellenz Telegramm Nr. 380 vom 12. l. M. und überlasse es Hochdero Ermessen — falls man türkischerseits auf den Gegenstand zu sprechen kommen sollte — den italienischen Wünschen soweit entgegenzukommen, als Euer Exzellenz sich hievon nach der auf der Pforte herrschenden Stimmung eine günstige Wirkung versprechen.

2. Ich telegraphiere unter einem an Markgraf Pallavicini wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Vorstehendes ist zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information, zur Verwertung Marquis di San Giuliano gegenüber aber nur für den Fall bestimmt, als der Minister Ihnen gegenüber auf diesen Gegenstand zu sprechen kommen sollte.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3788, 3795.

Nr. 3782. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 14. Sept. 1912 Nr. 89 (chiffr. 5 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. und G. Berchold).

Geheim. Der Gedankengang, welchen ich in meiner Zirkularweisung vom 29. v. M.[b]) entwickelt hatte, hat bei allen Kabinetten die günstigste Aufnahme und allseitige Zustimmung gefunden. Alle Mächte haben die Wichtigkeit der unparteiischen Durchführung der Wahlen in der Türkei rückhaltlos anerkannt, wie nicht minder die Nützlichkeit, in diesem Sinne Ratschläge der Pfortenregierung zu erteilen. Die einzige Reserve, welche bei diesem Anlasse formuliert worden ist, geht auf den Wunsch zurück, hiebei die Empfindlichkeit der Pforte tunlichst zu schonen. Da ich diese durchaus berechtigte Auffassung vollkommen teile, uns andererseits von Konstantinopel Informationen zukommen, wonach die Pforte selbst eine den Nationalitäten Rechnung tragende Reformaktion eingeleitet hat, glaube ich, daß es sich für den Moment empfehlen würde, eine zuwartende Haltung einzunehmen und etwaige Ratschläge in der oben angedeuteten Richtung erst dann eintreten zu lassen, wenn der Zeitpunkt der Wahlen eingetreten sein wird und die Gemüter sich bis dahin nicht beruhigt haben. Euer Hochwohlgeboren wollen dem Herrn Staatssekretär hievon streng vertraulich

mit dem Beifügen Kenntnis geben, daß unsere, aus geheimer Quelle stammenden Informationen, nicht nur von Sofia, sondern auch von den anderen Balkanzentren recht beunruhigend lauten. Soweit wir sicherstellen konnten, scheinen die Balkanstaaten bereits seit längerer Zeit in engeren Wechselbeziehungen zu einander zu stehen und einen gemeinsamen Aktionsplan gegenüber der Türkei in Aussicht genommen zu haben. Mit Rücksicht auf unsere traditionelle Politik, welche nach wie vor an der Erhaltung des türkischen Reiches das größte Interesse hat, beabsichtige ich meinerseits vorderhand die Pfortenregierung aufmerksam zu machen, daß sie wohl angesichts der wachsenden Erregung am Balkan am klügsten beraten wäre, wenn sie aus eigener Initiative Maßnahmen vorsehen würde, welche geeignet erscheinen könnten, kalmierend auf die öffentliche Meinung zu wirken und ihren Feinden den Wind aus den Segeln zu nehmen. Da es mir daran gelegen ist, auch in dieser Angelegenheit in vertrauensvoller Fühlungnahme mit dem deutschen Kabinette vorzugehen und die Auffassung des letzteren kennen zu lernen, ersuche ich Euer Hochwohlgeboren um telegraphische Meldung über das Ergebnis Ihrer gegenständlichen Unterredung mit dem Herrn Staatssekretär.

[a]) Oe. U. Balkan 10 Nr. 14. Vgl. n. 3793. — [b]) Vgl. n. 3744.

Nr. 3783. Bericht des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 14. Sept. 1912 Nr. 37 A (eing. 16. Sept.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Da Herr Poincaré seinen letzten Empfang abgesagt hat, habe ich, um den Kontakt mit dem Ministerium des Äussern aufrecht zu erhalten, vorgestern Herrn Paléologue aufgesucht. Ich begann die Konversation mit einem Kompliment zur Einnahme von Marakesch und zur Befreiung der dort gefangen gewesenen französischen Untertanen, über deren Schicksal man hier bis zum letzten Moment sehr besorgt gewesen ist. Der Herr politische Direktor dankte mir in warmen Worten für diesen kleinen Höflichkeitsakt, welcher ihn, wie er sagte, umso angenehmer berühre, als er — er liebt es, sich auf den Leiter der französischen auswärtigen Politik auszuspielen — das allergrösste Gewicht auf die freundschaftlichen Beziehungen zu Österreich-Ungarn lege und ihm eine aus meinem Munde kommende Sympathiekundgebung deshalb doppelt erfreulich sei. Er ergieng sich hierauf in langatmigen Phrasen über den grossen Wert unserer Freundschaft, welche Frankreich so manchen wertvollen Dienst geleistet hätte. Ich versicherte dem Herrn politischen Direktor, dass man auch in Österreich-Ungarn in allen Kreisen für Frankreich nur die freundschaftlichsten Gefühle hege. Deshalb berühre es uns manchmal recht peinlich, wenn, sobald wir mit irgend einem konkreten Wunsche hervortreten, gewöhnlich einem Refus ausgesetzt sind. Er wisse es sehr wohl, dass Frankreich uns seine Erkenntlichkeit für unsere guten Dienste hauptsächlich auf finanziellem Gebiete zu beweisen in der Lage wäre, und doch hätten alle Bemühungen, unsere Anlehen hier zu placieren oder unsere Werte hier einzuführen, beinahe immer unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnet. Wir stellten ja sonst wahrlich gar keine Forderungen an Frankreich,

welches für die kleinsten Balkanstaaten oder für die entlegensten Länder des Erdballs so viel Geld hergebe, als diese nur wollten, und nur uns, die wir doch mehr Garantie zu bieten vermöchten, als viele andere, seine Kapitalien versage. Herr Paléologue meinte, dass es ein notwendiges Gebot der französischen Politik sei, dem Verbündeten Deutschlands (sic) nicht die finanziellen Mittel zur Verstärkung seiner Macht zur Verfügung zu stellen, worauf ich bemerkte, dass nach meinem Dafürhalten ökonomische Beziehungen eher als eine Gewähr des Friedens betrachtet werden müssten, wie dies unter Anderem auch das Beispiel Russlands zeigte, wo die grossen finanziellen Interessen Frankreichs im Endresultate zu einem Bündnis geführt hätten. Mein Mitredner anerkannte, dass diese Betrachtung sehr diskutabel wäre. Da ich dieses Thema ohne einen speziellen aktuellen Grund, hauptsächlich als Entgegnung auf die mit meinem Höflichkeitsakt in keinem Verhältnisse stehende Überschwänglichkeit des Herrn Paléologue angeschlagen habe, hatte ich keinen Grund, dasselbe weiter auszuführen. Ich lenkte vielmehr die Konversation auf die kürzlich bekannt gewordene Konzentrierung beinahe der gesamten französischen Seemacht im Mittelmeer und bemerkte, dass auch diese Verfügung auf die öffentliche Meinung Österreich-Ungarns voraussichtlich keinen angenehmen Eindruck machen und wahrscheinlich als eine Konsequenz des französisch-russischen Marineabkommens werde ausgelegt werden. Der politische Direktor gab mir die Antwort, welche ich bereits telegrafisch einzuberichten die Ehre hatte,[b] dass er nämlich von der betreffenden Massnahme des Marineministers erst aus der Tagespresse erfahren habe, dass dieselbe schon aus diesem Grunde jeglichen politischen Hintergrunds entbehre und es übrigens noch gar nicht feststehe, ob dieselbe auf die Dauer aufrechterhalten bleibt. (In Brest herrscht schon jetzt eine ziemliche Agitation wegen des Abgangs der dort stationierten Escadre.) Was nun das französisch-russische Marineabkommen betrifft, so habe ich es überhaupt nur erwähnt, um von Herrn Paléologue eine entschiedene diesbezügliche Erklärung zu hören zu bekommen. Er hat auch diesmal nicht in Abrede gestellt, dass ein derartiges Abkommen besteht, obwohl er auf der anderen Seite solches auch nicht behauptete. Jedenfalls hätten, so sagte der Herr directeur politique, zwischen dem Fürsten Lieven und den hiesigen Leitern der französischen Marine wichtige Besprechungen stattgefunden; ob dieselben zu einem formellen Abkommen geführt hätten, könne er mir nicht sagen. Herr Paléologue wollte mich offenbar in dem Glauben belassen, dass die Marine-Konvention wirklich besteht; er konnte auch schwer anders, wenn er nicht mit seinen früheren Äusserungen (vergleiche meinen gehorsamen Bericht vom 11. August d. J. Nr. 31 A) in Widerspruch geraten wollte. Ich für meinen Teil habe die Impression, dass die ganz unerwartete Konzentrierung der französischen Seemacht im Mittelmeer schwerlich als eine Folge von Vereinbarungen mit Russland, sondern, insoferne sie überhaupt einen politischen Hintergrund haben sollte, eher als eine Massnahme zu betrachten ist, welche einer Forderung Englands Rechnung trägt. Somssich.

[a] Vgl. n. 3826. — [b] Tel. aus Paris, 12. Sept. 1912 Nr. 102 (eing. 9 U. p. m.) wurde nicht aufgenommen.

Nr. 3784. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 14. Sept. 1912 Nr. 119 (eing. 15. Sept. 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Wie ich von verlässlicher Seite höre, ist Eindruck der Verstärkung der französischen Mittelmeerflotte in den ernsten politischen Kreisen Italiens viel stärker, als aus der Haltung der Presse ersichtlich wird. Der in französischen Blättern erhobene Anspruch auf Vorherrschaft im Mittelländischen Meer habe tief verletzt und dränge auch solche Politiker in den Gedanken der Notwendigkeit des Dreibundes, die bisher nicht viel von ihm wissen wollten. Auf der Consulta wird angeblich in dem Sinne gewirkt, übertriebene Kommentare hintanzuhalten. Herr de Martino äusserte sich mir gegenüber dahin, dass die Sache sehr ernst sei und Österreich-Ungarn und Italien in gleichem Masse und in gleicher Weise nahe gehe. Seine ganz persönliche Ansicht sei, dass unsere beiden Regierungen nunmehr über die Entwicklung ihrer Seemacht Einvernehmen zu pflegen hätten, um künftigen Eventualitäten gewachsen zu sein. Ich habe den Eindruck, dass die Triple-Entente der Sache des Dreibundes nicht leicht grösseren Dienst hätte erweisen können, als durch diesen neuesten Schachzug.

Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 3807, 3840.

Nr. 3785. Privatschreiben des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 1./14. Sept. 1912 (eing. 18. Sept.). Ausfert.

Streng geheim. Der vor Kurzem aus Berlin hier eingetroffene deutsche Geschäftsträger sagte mir dieser Tage unter dem Siegel des strengsten Geheimnisses, dass die von der russischen Regierung gegenüber der hiesigen und französischen Presscampagne — betreffend den jüngsten Besuch des Herrn Poincaré in St. Petersburg und die Frage der Marine-Convention — beobachtete Haltung in der Wilhelmstrasse sehr verstimmt habe. Man habe es dort als eine grosse Taktlosigkeit empfunden, dass Herr Sazonow, trotz abermaligen Angehens, nichts Effektives habe machen wollen, um den Gerüchten, welche die Bedeutung der Kaiserentrevue in Baltisch Port zu mindern geeignet waren, entgegenzutreten. Von diesen Erwägungen geleitet, habe Herr von Kiderlen meinen Kollegen persönlich instruiert von nun an eine kühle Reserve der russischen Regierung gegenüber zu beobachten und auch bezüglich der Frage des bevorstehenden Besuches Herrn Sazonows in Berlin keine Initiative zu ergreifen und keinen besonderen Enthusiasmus diesbezüglich an den Tag zu legen. Nach Herrn von Kiderlen bezeugten diese Ereignisse nochmals, dass die einzige vernünftige Politik für Deutschland in dem engsten Anschlusse an Österreich-Ungarn liege. Mit der Wahl Herrn Sverbejews ist man, wie mir Herr von Lucius sagt, in Berlin zufrieden. Er sei nicht remuant. Er habe auf den Reichskanzler den Eindruck eines gutmütigen, aber nicht sehr begabten Herrn gemacht. Dies werde aber — hofft man in Berlin — den ungeheuren Vorteil haben, dass Kaiser Wilhelm nicht mit ihm viel über Politik reden werde!!

Szilassy.

Nr. 3786. Tel. aus Sofia, 14. Sept. 1912 Nr. 151 (eing. 3 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Es ist mir aufgefallen, daß mein russischer Kollege, der bis jetzt Unmöglichkeit Reformen in Türkei betonte und Rückkehr zum Hamidischen System als Ideal bezeichnete, mir jetzt wiederholt von dringender Notwendigkeit von Reformen sprach. Herr Nekludow, der mitunter geschwätzig, vertraute mir an, er berichte in diesem Sinne an seine Regierung und betone, daß bulgarisch-türkischer Krieg — wovon er, Nekludow, überzeugt wäre — im Frühjahre unvermeidlich, wenn keine Reformen. Diese Haltung Herrn Nekludows und auch gewisse andere Indizien lassen vermuten, dass bulgarische Regierung von Rußland Erweiterung Euer Exzellenz Initiative anstrebt und daß hiesiger russischer Gesandter sich Petersburg verwendet, daß Rußland uns Wind aus den Segeln nehme.

Tarnowski.

[a] Vgl. n. 3842.

Nr. 3787. „Protokoll des, zu Wien, am 14. Sept. 1912 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze des Ministers des k. u. k. Hauses und des Äussern Grafen Berchtold. K. Z. 51, G. M. K. P. Z. 495." Konz. (S. Günther; G. Berchtold) und Ausfert.

Gegenwärtige: Der k. k. Ministerpräsident Graf Stürgkh, der königlich ungarische Ministerpräsident Dr. von Lukács, der k. u. k. Kriegsminister G. d. I. Ritter von Auffenberg, der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Ritter von Biliński, der k. u. k. Marinekommandant Admiral Graf Montecuccoli.

Protokollführer: Hof- und Ministerialrat Ritter von Günther.[a]

Gegenstand: Die bevorstehende Delegationssession.

... *Vorbereitung der bevorstehenden Tagung der Delegationen* ... Graf Berchtold führt nun mit der Bitte um strengste Geheimhaltung folgendes aus: „Es ist uns schon seit längerer Zeit bekannt gewesen, dass zwischen Bulgarien und Serbien ein Allianzverhältnis defensiver Natur unter russischer Patronanz hergestellt worden ist, dessen Ursprung wohl auf die seinerzeitigen, das ist nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina in Erscheinung getretenen russischen Bemühungen zur Bildung eines Balkanbundes zurückzuführen ist. Im Laufe dieses Sommers hat sich überdies — nach unseren Informationen — eine Annäherung Griechenlands an Bulgarien ergeben, bei welcher jedoch Russland seine Hand nicht im Spiele hatte. Der Sturz des Jungtürkentums und der Schwächezustand der derzeitigen türkischen Regierung hat die Wechselbeziehungen zwischen diesen Balkanstaaten, denen sich auch Montenegro zugesellt hat, wesentlich gefördert und inniger gestaltet und ihnen einen konkreten Inhalt gegeben, der geeignet ist, Besorgnis für die Erhaltung des Friedens am Balkan zu wecken. Soweit wir Einblick in die einschlägigen Verhältnisse gewinnen können, scheint für gewisse Eventualitäten ein einmütiges Vorgehen dieser Staaten gegen die Türkei vorgesehen zu sein. In welcher Weise der Stein

ins Rollen gebracht werden wird, lässt sich heute allerdings nicht mit Sicherheit feststellen. Es kann aber eventuell schon in nächster Zukunft die Frage an uns herantreten, welche Stellung wir zu den Ereignissen nehmen werden. Meines Erachtens wäre es unsere oberste Aufgabe, dem Ausbruche eines Konfliktes, bei welchem wir nichts zu gewinnen hätten, tunlichst vorzubeugen, wenn dies aber nicht gelingen sollte, die Konflagration nach Möglichkeit zu lokalisieren. Zwei Wege werden uns im gegebenen psychologischen Momente offen stehen: Entweder nach vergeblicher Mahnung zur Ruhe die Erklärung abzugeben, dass wir die Verantwortung für das Vorgehen den Balkanstaaten überlassen und von vorneherein erklären müssten, keine Veränderung des status quo ohne unsere Zustimmung zuzulassen, oder die energischere, daher vielleicht wirksamere, aber auch ein grösseres Risiko in sich bergende Alternative — darin bestehend, in Belgrad zu verstehen zu geben, dass wir ein Überschreiten der türkischen Grenze durch die serbischen Truppen nicht zugeben könnten und uns für diesen Fall die Freiheit unserer Entschliessungen vorbehalten müssten. Nachdem hier die Eventualität weittragender Entschlüsse in Frage kommt, würde ich Wert darauf legen, die Auffassung der Chefs der beiden Regierungen sowie des Herrn Kriegsministers über die erwähnten Alternativen der Orientierung unserer Aussenpolitik in einem gegebenen Momente zu vernehmen."

Die Rede des Vorsitzenden gibt zu längerer Diskussion Anlass, in deren Verlaufe der Kriegsminister über Befragen hervorhebt, dass eine militärische Aktion, welche Aussicht auf Erfolg haben soll, nur über Serbien, also durch das Morava-Tal vor sich gehen müsste; alle anderen Richtungen wie zum Beispiel jene durch den Sandjak, kämen für grössere Körper nicht in Betracht oder wären von so vielen anderen Bedingungen abhängig, dass ihre Realisierung kaum möglich wäre. Darunter ist speziell eine — öfters ventilierte — Aktion von der Seeseite her gegen Albanien zu verstehen. Im allgemeinen aber wären Aktionen, welche zu grossen Konflagrationen führen könnten, lieber zu vermeiden, angesichts der wenig günstigen Verfassung des Heeres hinsichtlich belangreicher materieller Ausgestaltungen.

Der k. k. Ministerpräsident ist der Meinung, dass die eine Drohung enthaltende Alternative eine grosse Gefahr beinhalte, denn Drohungen führen leicht zum Kriege. Er möchte sich Zeit erbitten, um sein Votum abzugeben.

Beide Ministerpräsidenten geben der Hoffnung Raum, dass es zu keinem Kriege kommen werde, der riesige Opfer kosten würde und wobei, wie Dr. von Lukács hinzufügt, nichts zu gewinnen sei. Der Vorsitzende schliesst hierauf um $^1/_2$6 Uhr die Sitzung. Berchtold.

Günther, Protokollführer.

Auf der Ausfertigung: Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien am 3. Oktober 1912. Franz Joseph.

a) Die Teilnehmer an dem Ministerrat haben die Einsichtnahme in dieses Protokoll durch ihre Unterschrift bestätigt.

Nr. 3788. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 15. Sept. 1912 Nr. 381 (eing. 4 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Mit Bezug auf hohes Telegramm Nr. 188 vom 13. d. M. Deutscher Botschafter hat ähnliche Mitteilung, respektive Weisung, seiner Regierung erhalten. Auch er beabsichtigt bei jetzigem Stande italo-türkischer Friedensverhandlungen sich jeder Einflussnahme auf Pforte zu (enthalten).[b] Baron Wangenheim teilt mir weiter streng vertraulich mit, dass Italien der Türkei erklärt habe, bis morgen Montag abends zuzuwarten, und wenn bis dorthin keine Entscheidung erfolge, Pourparlers abzubrechen. Die beiderseitigen Standpunkte scheinen, wie mir der deutsche Botschafter ferner sagt, noch ziemlich entfernt von einander zu sein. Italien verlangt, dass Pforte Lybien autonom und unabhängig (erkläre)[b]; türkische Regierung hingegen möchte einen Scheikh ernennen, welcher sodann mittelst kaiserlichen Firmans als autonomer Herrscher anerkannt würde. Mein deutscher Kollege meint, Pforte werde eine solche Antwort geben, durch welche, ohne die italienischen Propositionen anzunehmen, doch Abbruch der Verhandlungen vermieden werden könnte. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3795. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 3789. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 15. Sept. 1912 Nr. 78 A (eing. 18. Sept.). Ausfert.

Die Krise, welche nun schon seit nahezu drei Monaten in der Türkei herrscht, weist fast jede Woche ein anderes Krankheitsbild auf. Es treten fortwährend neue Schwierigkeiten zu Tage, welche aber immer wieder und verhältnissmässig rasch überwunden werden. Zu Anfang war es die Bewegung in der Armee, welche die grösste Beunruhigung hervorrief. Selbst die optimistischesten Beobachter der hiesigen Verhältnisse, zu denen auch ich mich zähle, sahen in der obigen Erscheinung eine grosse Gefahr. Man musste sich fragen, was geschehen würde, wenn die Basis, auf der dieses Reich ruht, ins Wanken käme. Die weitere Entwicklung der Dinge hat jedoch gezeigt, dass diese Befürchtungen grundlos waren. Denn was war schliesslich das eigentliche Endresultat dieser ganzen Bewegung? Der Sturz eines bereits im Wanken befindlichen Cabinets und die Auflösung einer Kammer, welche auf anormalem Wege zu Stande gekommen war. Nicht einmal die gänzliche Vernichtung der Comité-Partei wurde erreicht; und heute schon muss mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass diese Partei in absehbarer Zeit wieder ans Ruder kommt. Von der in den Zeitungen damals so viel erwähnten Militärliga ist nichts mehr zu hören und hat dieselbe scheinbar aufgehört, eine Rolle zu spielen. In engem Zusammenhange mit der Bewegung in der Armee stand die Revolution in Albanien. Auch in dieser Beziehung gab man sich grossen Irrthümern hin. Man sah bereits die albanesischen Scharen in Saloniki einziehen, den Ex-Sultan befreien und ihn wieder auf den Thron einsetzen. Von All' dem geschah aber nichts und heute ist Albanien, wenn auch die dortigen Verhältnisse noch anormale sind, beiläufig wieder in demselben Zustande wie früher. Eine Folge des Aufstandes in Albanien war dann die Spannung

zwischen Montenegro und der Türkei. Auch diese Schwierigkeit scheint nunmehr beigelegt zu sein und zwar nicht so sehr durch die Einwirkung der Grossmächte in Cetinje und Constantinopel, als vielmehr in erster Linie durch die Macht der Thatsachen; nämlich durch das Aufhören der Revolution in Albanien. Jetzt stehen wir einer neuen Gefahr gegenüber, nämlich der bulgarischen, jedoch auch diese Wolke dürfte sich verziehen. In Bulgarien weiss man ganz genau, dass die Türkei eine Armee von über 200.000 Mann in Rumelien stehen hat, welche sie binnen kürzester Zeit auf 300.000 erhöhen kann und dass die türkische Regierung ausserdem gegen einen äussern Feind auch noch über die Albanesen verfügt. Auf Grund der Erfahrungen, welche man in der letzten Zeit hier machen konnte, glaube ich, dass man schliesslich auch über die vielen inneren Schwierigkeiten hinwegkommen wird, doch wäre es ein Irrthum, zu viel auf die von der Pforte in Aussicht gestellten Concessionen und Reformen zu rechnen. Die den Albanesen gemachten Zugeständnisse, welche nun auch auf die anderen Nationalitäten ausgedehnt werden sollen, dürften wahrscheinlich im Grossen und Ganzen zur Durchführung gelangen; dieselben werden aber, meiner Ansicht nach, nicht viel an der Situation ändern. Eins der wirksamsten Mittel, durch welches die Verhältnisse in der Türkei bis zu einem gewissen Grade saniert werden könnten, wäre der Bau von Strassen und Eisenbahnen, da es auf diese Weise möglich wäre, einerseits die Wohlfahrt der Bevölkerung zu heben und sie hiedurch der Civilisation näher zu bringen, und andererseits der Staatsgewalt auch in den entlegeneren Provinzen Geltung zu verschaffen. Ferner wäre meiner Ansicht nach eine der wichtigsten Aufgaben die zweckmässige Regelung der Agrarfrage in Macedonien. Pallavicini.

Nr. 3790. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 15. Sept. 1912 Nr. 78 B (eing. 18. Sept.).[a]) Ausfert.

Anlässlich meiner letzten Unterredung mit dem Minister des Äussern kamen wir auch auf den Vorschlag Euer Excellenz an die Mächte zu sprechen. Ich konnte hiebei constatieren, dass das anfängliche Misstrauen, welches man dem Schritte Euer Excellenz entgegengebracht hat, nunmehr vollkommen im Schwinden begriffen ist. Gabriel Effendi erklärte mir, zuerst hätte das Wort Decentralisation, welches bekanntlich seinerzeit als Devise einer unter dem Prinzen Sabbah Eddin stehenden Partei diente, hier gewisse Befürchtungen wachgerufen, als könnten sich durch die Wiederaufnahme dieses Gedankens für die Regierung Schwierigkeiten ergeben. Unter diesem Eindrucke habe sich auch der Grossvezier mir und mehreren Zeitungscorrespondenten gegenüber in so bestimmter Form gegen den Vorschlag ausgesprochen. Er, Gabriel Effendi, bedauere lebhaft, dass Mukhtar Pascha dies gethan habe, bevor er selbst Gelegenheit gehabt hätte, mit mir hierüber zu sprechen und meine diesbezüglichen Erklärungen entgegenzunehmen. Hiebei liess der Minister auch durchblicken, dass er dem Grossvezir gegenüber kein Hehl aus dieser seiner Ansicht gemacht habe. Ich benützte diese Gelegenheit, um Gabriel Effendi noch eingehender als

bisher über Zweck und Bedeutung der Initiative Euer Excellenz aufzuklären. Er erwiderte mir hierauf, dass er durch einen Bericht Mavrogheni Beys über eine mit Euer Excellenz gehabte Unterredung sich davon habe überzeugen können, dass Hochderen Auffassung in jedem Punkte mit den von mir gegebenen Aufklärungen übereinstimme. Scheinbar hat sich der Minister des Äussern auch meinem deutschen Collegen gegenüber in demselben Sinne geäussert und ihm gesagt, die türkische Regierung beabsichtige demnächst ein Communiqué zu publicieren, in welchem der Entschluss angekündigt werden soll, die für Albanien in Aussicht genommenen Reformen unter gehöriger Berücksichtigung der localen Eigenarten auch auf die übrigen Landestheile auszudehnen. Die Taktik der türkischen Regierung ist also offenbar die, auf diese Weise etwaigen Rathschlägen, die die Mächte ertheilen könnten, zuvorzukommen. Ob die Reformen thatsächlich auch zur Durchführung gelangen werden, das wird erst die Zukunft lehren. Immerhin bin ich der Ansicht, dass man der jetzigen Regierung eine gewisse Zeit lassen muss, um constatieren zu können, inwieferne ihre Versprechungen auch ehrlich gemeint sind. Mein russischer College sagte mir neulich, dass er es gewesen sei, welcher dem Minister des Äussern die Idee suggeriert hätte, ein solches Communiqué zu publicieren. Er dränge auch darauf, dass dies sobald als möglich geschehe. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3729.

Nr. 3791. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 15. Sept. 1912 Nr. 78 E (eing. 18. Sept.).[a]) Ausfert.

Der hiesige bulgarische Gesandte hat mich im Laufe der letzten Tage zweimal besucht. Das erste Mal, gerade heute vor einer Woche, war seine Sprache sehr kriegerisch,[b]) während ich gelegentlich seiner zweiten gestrigen Visite eine wesentlich ruhigere Auffassung der Lage bei ihm constatieren konnte. Ein Grund für die gemässigtere Sprache Herrn Sarafows dürfte wohl in dem Umstande zu suchen sein, dass das letzte Bombenattentat bei Saloniki ohne Massacre türkischerseits abgelaufen ist, wodurch ihm der Hauptvorwand für seine gewohnten heftigen Incriminationen über barbarisches Vorgehen der Türken fehlte. In erster Linie glaube ich jedoch den Umschwung in der Stimmung des genannten Diplomaten darauf zurückführen zu sollen, dass sich in der allerletzten Zeit die Ideen über die Tendenz der Initiative Euer Excellenz geklärt zu haben scheinen. Am Sonntage noch hatte Herr Sarafow zweifellos die Absicht, durch seine kriegerische Haltung auf mich Eindruck zu machen und meine Berichterstattung an Euer Excellenz und hiedurch die, wie er meinte, mit den anderen Mächten im Zuge befindlichen Pourparlers zu beeinflussen. Er wies hiebei wiederholt auf den Inhalt des Artikels 23 des Berliner Vertrages hin und schien meinen damaligen Erklärungen keinen rechten Glauben schenken zu wollen, dass es sich beim Vorschlage Euer Excellenz keineswegs um ein der Pforte aufzudrängendes Programm und daher auch nicht um die Anwendung der Bestimmungen des besagten Artikels handeln könne. Bei seinem gestrigen Besuche hingegen gieng er viel mehr auf meine

diesbezüglichen weiteren Erläuterungen ein und gab selbst zu, dass die von Euer Excellenz ins Auge gefasste Methode die einzig richtige sei, durch eine stete Einwirkung auf die türkischen Kreise für die verschiedenen Nationalitäten ein möglichst grosses Entgegenkommen zu sichern. Auch in Sofia scheinen sich die Ansichten geändert zu haben und man zu der Überzeugung gekommen zu sein, dass man mit Kriegsdrohungen nichts ausrichten könne; denn vor einer Woche drohte Herr Sarafow noch mit einem möglichen Rücktritte des Ministeriums Geschow, während er gestern diese Eventualität nicht erwähnte. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4064. — [b]) Vgl. n. 3774.

Nr. 3792. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 16. Sept. 1912 Nr. 90 (chiffr. 9 U. p. m.). Konz. (S. Nemes; G. Berchtold.)

Der italienische Geschäftsträger hat mir vor einigen Tagen im Namen seiner Regierung im Zusammenhange mit den Lausanner Friedensverhandlungen die Erwartung ausgesprochen, daß die Mächte die Souveränität Italiens über Lybien anerkennen würden, wodurch der Friedensschluß erleichtert würde. Ich habe damals ein Eingehen auf diesen Gegenstand unter Hinweis auf unseren Neutralitätsstandpunkt abgelehnt. Herr Cerruti ist nun auf diese Frage zurückgekommen und bemerkte, er wisse nicht, ob meine damalige Aeußerung ... *wie n.3796 von „dahin interpretiren solle," bis „Schwierigkeiten bereiten"* ... Euer Hochwohlgeboren wollen Vorstehendes zur streng vertraulichen Kenntnis des Herrn Staatssekretärs bringen und festzustellen trachten, wie sich Berliner Kabinett zu obiger Frage verhält. Berchtold.

Nr. 3793. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 16. Sept. 1912 Nr. 171 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 89 vom 12.[b]) d. M. Staatssekretär, der Euer Exzellenz Mitteilung mit dem Ausdrucke des verbindlichsten Dankes entgegennahm, teilt vollkommen Euer Exzellenz Auffassung, dass vorderhand der Pforte gegenüber eine zuwartende Haltung einzunehmen wäre, und stimmt bezüglich der ihr in der bekannten Richtung etwa zu erteilenden Ratschläge Hochderen Conclusionen bei. Direkte Nachrichten vom Balkan, die besonders alarmierend wären, liegen Herrn von Kiderlen-Waechter nicht vor, dagegen eine Meldung von Petersburg, wonach Herr Sazonow sich sehr beunruhigt über die Lage auf dem Balkan geäussert hätte und bereits davon spreche, dass die Grossmächte dahin wirken werden müssen, dass der Krieg lokalisiert bleibe. Dies würde, so äussert sich Staatssekretär, sich als selbstverständlich ergeben. Auch der italienische Botschafter hat Herrn von Kiderlen-Waechter mitgeteilt, dass der russische Minister des Äussern sich dem italienischen Geschäftsträger gegenüber in sehr besorgtem Tone über die Möglichkeit eines Krieges auf dem Balkan ausgesprochen habe. Auf die von Euer Exzellenz erwähnte Absicht, die Pforte darauf aufmerksam zu machen, dass sie angesichts

wachsender Erregung auf dem Balkan am ehesten durch Ergreifen geeigneter Massnahmen calmierend wirken könnte, ging Staatssekretär nicht näher ein; er meinte aber, es frage sich, ob unter den gegebenen Verhältnissen nicht eine Demarche der Mächte bei den in Frage kommenden christlichen Balkanstaaten angebrachter wäre. Flotow.

[a]) Vgl. n. 3794. — [b]) Richtig 14. Sept.

Nr. 3794. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 16. Sept. 1912 Nr. 172 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Italienischer Botschafter teilt mir mit, aus einer ihm zur Kenntnis gebrachten Depesche des italienischen Geschäftsträgers in Petersburg gehe hervor, dass Herr Sazonow sich durch die Berichterstattung des russischen Vertreters in Sofia sehr beunruhigt zeigte und meinte, der Krieg schiene ihm beinahe unabwendbar; wenn nicht mehr in diesem Herbst, so würde er wohl im Winter ausbrechen. Die Mächte müssten dann zusehen, dass er lokalisiert bleibe. Verschärfend auf die Lage wirke der Ministerwechsel in Serbien. Russischer Minister des Äussern sprach schliesslich Hoffnung aus, der Friede zwischen Italien und der Türkei werde bald zustandekommen, wodurch Lage auf dem Balkan günstig beeinflusst werden würde. Flotow.

[a]) Vgl. n. 3793.

Nr. 3795. Tel. nach Konstantinopel, 16. Sept. 1912 Nr. 191 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 381 vom 15. l. M. Herr Cerruti kam heute auf Gegenstand meines Telegrammes Nr. 188 vom 13. l. M. zurück und sagte mir, Herr von Kiderlen habe dem italienischen Geschäftsträger in Berlin, der mit einer identischen Demarche beauftragt war, zugesagt, daß er Freiherrn von Wangenheim von der fraglichen Demarche informieren werde und zwar mit dem Auftrage, den italienischerseits vorgebrachten Wunsch kräftigst zu fördern und in diesem Sinne bei Gabriel Effendi einzuwirken. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3796, 3799, 3805.

Nr. 3796. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Geschäftsträgers, 16. Sept. 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Der italienische Geschäftsträger hat mich heute aufgesucht und mir gesagt, er sei beauftragt, meine Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die von der „Neuen Freien Presse" reproduzierten Äußerungen des italienischen Abgeordneten Cirmeni über den Stand der Friedensverhandlungen dem wahren Sachverhalte durchaus nicht entsprechen. Marquis San Giuliano bitte mich, die Mitteilungen, die er mir durch ihn, Cerruti, am 12. d. M.[b]) über diesen Gegenstand habe zukommen lassen, allein als den gegenwärtigen Sachverhalt genau wiedergebende anzusehen. Herr Cerruti kam sodann auf das mir gleichfalls am 12. d. M. übermittelte Ansinnen seiner Regierung — die in Konstantinopel zu erteilenden Ratschläge betreffend — zu sprechen. Er bemerkte hiezu, sein Kollege in Berlin, der einen identischen

Auftrag erhalten habe, hätte sich zunächst an den Reichskanzler gewendet. Herr von Bethmann Hollweg hätte in seiner Antwort bemerkt, daß man in Berlin ein Zustandekommen des Friedens zwischen Italien und der Türkei mit aufrichtiger Freude begrüßen würde, und zwar umsomehr, als man darin ein geeignetes Mittel zu einer Besserung der Lage am Balkan erblicke. Der Herr Reichskanzler habe sich jedoch auf eine meritorische Entscheidung über das italienische Verlangen nicht eingelassen, sondern den italienischen Geschäftsträger an den Staatssekretär verwiesen. Herr von Kiderlen habe seinerseits dem italienischen Geschäftsträger zugesagt, daß er Freiherrn von Wangenheim von der fraglichen Demarche informiren werde und zwar mit dem Auftrage, den italienischerseits vorgebrachten Wunsch kräftigst zu fördern und in diesem Sinne bei Gabriel Effendi einzuwirken. Auf die Frage Herrn Cerrutis, ob auch ich Markgraf Pallavicini eine diesbezügliche Weisung habe zukommen lassen, antwortete ich dem Geschäftsträger, daß ich den Botschafter informirt und es ihm überlassen habe, die italienischerseits vorgebrachten Wünsche nach Thunlichkeit zu vertreten. Markgraf Pallavicini habe sich mit Baron Wangenheim in Verbindung gesetzt, der ihm eröffnet hat, daß er sich im gegenwärtigen Augenblicke jeder Einflußnahme auf die Pforte zu enthalten beabsichtige. Herr Cerruti kam schließlich auf die Frage der Anerkennung der italienischen Souveränität über Lybien seitens der Mächte zu sprechen und bemerkte, er habe meine in unserem Gespräche vom 12. d. M.[b]) gemachte Äußerung nach Rom gemeldet. Er wisse nun aber nicht, ob er diese dahin interpretiren solle, daß wir die italienische Souveränität nur dann anerkennen würden, wenn dies auch seitens der Türkei geschehen sei; da dies von der Pforte nicht zu erreichen sein werde, würde ein Hinausziehen des Krieges auf unabsehbare Zeit notwendig werden. Ich antwortete dem Geschäftsträger, daß wir auf dem Boden der Deklaration vom Jahre 1902 stünden, das heißt Italien keine Schwierigkeiten bei seiner Aktion zur Erlangung Tripolitaniens bereiten würden, daß wir uns aber, so lange der Krieg mit der Türkei fortdauere, mit der Anerkennungsfrage nicht beschäftigen können, ohne den Standpunkt der strikten Neutralität zu verlassen. Sobald ein den Kriegszustand zum Abschluß bringender modus procedendi gefunden sein werde, würden wir, wie es alle anderen Mächte thun dürften, Italien keine weiteren Schwierigkeiten bereiten.

[a]) Vgl. n. 3792, 3795. — [b]) Vgl. n. 3780.

Nr. 3797. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 3./16. Sept. 1912 Nr. 34 (eing. 18. Sept.). Ausfert.

Vertraulich. Gleich nach seiner Rückkehr von den Moskauer Feierlichkeiten, vorgestern, empfing mich der Herr russische Minister des Äussern und hatte ich mit ihm über die Balkan-Situation ein längeres Gespräch. Der Herr Minister sagte mir rein privatim, dass er an den besten Intentionen Euer Exzellenz nie gezweifelt habe, dass aber Hochdero erste Demarche vielfach leider missverstanden wurde, da Teile der bezüglichen Mitteilung zu falschen Interpretationen Anlass gegeben. Herr Sazonow

liess mir ziemlich klar durchblicken, dass auch er mit dieser ersten Mitteilung nicht ganz einverstanden gewesen. Desto mehr aber, betonte mein Mitredner, sei er über die zweite Mitteilung Euer Exzellenz erfreut gewesen, welche vollständig seinem eigenen Gefühle entspreche. Nun erging sich der Minister in Klagen über die schwierige Stellung Russlands am Balkan. Allseits sei er von den dortigen christlichen Staaten angefleht, sie doch nicht jetzt im Stiche zu lassen. Die Verhältnisse hätten sich aber seit San Stefano geändert und Russland könne dort mit Profit für sich heute nicht intervenieren. Seine historischen Schulden habe es mit Strömen von Blut reichlich bezahlt. Um aber Ruhe zu haben, wäre für Russland das Fortbestehen der Türkei — da man nicht wisse, was an deren Stelle zu setzen — vorläufig das Beste. Und da die von Euer Exzellenz präkonisierten, von der Pforte zu gebenden Reformen die einzige Garantie für dieses Fortbestehen lieferten, so müsse er der Proposition Euer Exzellenz rückhaltslos beipflichten. Herr Sazonow fürchtet indessen, das die Türkei es mit den in Rede stehenden Reformen nicht ernst meint. Selbst den guten Willen der Pforte voraussetzend, halte er sie hiezu nicht für fähig. „Les Turcs ne comprennent pas que pour durer il faut se transformer." Daher sieht Herr Sazonow die Zukunft — vielleicht in den nächsten Jahren schon — der Türkei sehr finster und er hoffe nur vorläufig, dass der Balkankrieg wenigstens vor dem Winter nicht ausbricht. Der Herr Minister meint, dass, wenn die Pforte sofort eine Erklärung veröffentlichen liesse, worin allen Rajas Konzessionen gewährt werden, dies am Besten noch den Krieg verhindern könnte. Zwar würde die Türkei ein solches Versprechen wahrscheinlich auch nicht halten, aber dann hätte man wenigstens für dieses Jahr Ruhe. Den dunkelsten Punkt erblickt natürlich Herr Sazonow in der Erregtheit der bulgarischen öffentlichen Meinung; wenn er auch an des Königs und der Regierung loyalen Absichten nicht zweifeln will, so befürchtet er, dass la poussée de l'opinion sie zu einem Angriff auf die Türkei drängen wird. Der Minister fügte hinzu, was sich mit obigem nicht ganz reimt, dass die „Bulgaren" — vermutlich General Paprikow — jetzt fort an ihn appellierten und ihm klar zu machen versuchten, dass, wenn das Königreich diese Gelegenheit zur Befreiung Mazedoniens nicht ergreift, eine solche sich lange nicht wieder ergeben wird. Hierauf antwortete er aber stets: „Oui, mais le jour après que Vous aurez traversé la frontière turque, la paix sera faite entre la Porte et l'Italie et alors que ferez-vous?" Übrigens glaubt mein Mitredner, dass, wohl in Folge der kritischen Lage am Balkan selbst, die Aussichten auf einen Friedensschluss zwischen den Kriegführenden sich jetzt günstiger gestalten. Dem letzten russisch-türkischen Inzidente an der persischen Grenze legt Herr Sazonow keine grosse Bedeutung bei; er finde aber das ganze Verhalten der Türkei im Urmiagebiete eine gefährliche und unsinnige Politik. Eine Zeit lang schien es, als ob die Türken dort ruhig geworden, in letzterer Zeit hätten sich aber wieder die Konflikte vermehrt. Der Herr Minister ging soweit zu behaupten, dass die italienischen Sympathien Russlands im gegenwärtigen Kriege lediglich auf diesen Umstand zurückzuführen seien! Auf die zwischen der Monarchie und Russland bezüglich der Balkanlage herrschende Einigkeit kam Herr Sazonow mehrmals

zurück. „Toutes les Grandes Puissances sont d'accord; au moins Vous et nous, ce qui est l'essentiel", meinte mein Mitredner. Als ich die Gelegenheit ergriff, die in einem so ernsten Momente gegenüber unserer Politik beobachtete gewissenlose und perfide Haltung der russischen Presse zu erwähnen und namentlich mein Befremden darüber ausdrückte, dass ein Blatt, wie „Golos Moskwy" — das offizielle Organ der Oktobristen — sinnlos gegen Österreich-Ungarn zum Kriege hetze, sagte mir Herr Sazonow, der Redakteur dieser Zeitung habe dafür eine Geldbusse von 500 Rubeln bezahlen müssen. Wenn auch, wie ich nicht zweifle, die Strafe in erster Linie wegen Angriff auf die russische Regierung erfolgte, so ist es doch anerkennenswert, wenn diese Regierung einmal offen wagt, sich mit der Friedenspolitik der Monarchie zu identifizieren und sprach ich hierüber dem Minister meine Befriedigung aus. Seine Ausführungen resumierend, möchte ich sagen, dass Herr Sazonow schon die nähere Zukunft der Türkei als hoffnungslos ansieht, aber die Hoffnung, dass der Balkanbrand nicht in diesem Herbste noch ausbricht, nicht aufgegeben hat. Wenn auch seine sehr offenen Worte nicht alle au pied de la lettre genommen werden können, so konnte ich mit Vergnügen konstatieren, dass er nun volles Vertrauen der k. u. k. Diplomatie entgegenbringt, und sich offenbar der Hoffnung hingibt, dass, wenn auch der Krieg jetzt ausbrechen sollte, er doch am Balkan lokalisiert bleiben wird.

Szilassy.

Nr. 3798. Tel. aus Cetinje, 17. Sept. 1912 Nr. 91 (eing. 18. Sept. 9 U. a. m.). Entziff.

Geheim. Ich glaube Anhaltspunkte zu haben, dass Montenegro zum Kriege mit der Türkei treibt und dass binnen Wochenfrist Klärung der Lage in diesem Sinne erfolgen könnte. Seit vorgestern werden umfassende Kriegsvorbereitungen getroffen, aber mit allem Geheimnis umgeben. König hat es seit seiner Rückkehr von Antivari vermieden, mich zu sprechen; es ist mir aber bekannt, daß er infolge des Ausbleibens der Antwort der Großmächte auf seine Note sich als von allen Verpflichtungen entbunden erachtet und sich gegen alle Gewohnheit über seine weiteren Absichten in ein mysteriöses Schweigen hüllt. Die aktive und auch ausgiebige Teilnahme von Seite Montenegriner an den Kämpfen der Malissoren ist erwiesen und es scheint bei Berane ein neuerlicher Konflikt vorbereitet zu werden. Hauptsächliches Motiv für eine Aktion bleibt dabei immer die schlechte finanzielle Lage. Erbprinz ist gestern von Antivari unbekannt wohin, in die Adria, möglicherweise nach Italien abgereist; geheim erfahre ich, daß diese Reise durch den als wahrscheinlich angenommenen Krieg verursacht wurde. Geld ist noch von unserer Hypothekenanleihe circa $1^1/_4$ Millionen bar vorhanden; außerdem soll einer noch nicht bestätigten vertraulichen Information zufolge mit dem reichen griechischen ex-Deputierten Mavromichali, der dieser Tage bei dem König war, eine Anleihe von 3 Millionen vereinbart worden sein. Ich fürchte, daß Friede in Gefahr, und kann nicht umhin zu glauben, dass derselbe voraussichtlich nur durch eine starke und in ihren Zielen überzeugende Einwirkung aller Mächte erhalten werden wird. Eine einfache, wenn auch energische Mahnung dürfte Wirkung verfehlen. Giesl.

Nr. 3799. Tel. nach Konstantinopel, 17. Sept. 1912 Nr. 193 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 191 vom 16. d. M. Herr Cerruti kam heute mit dem Bemerken, daß Baron Wangenheim mit entsprechenden Instruktionen seiner Regierung bereits versehen sein müsse, auf das Ansinnen seiner Regierung zurück. Der italienische Geschäftsträger sagte, seine Regierung habe aus verläßlicher Quelle erfahren, daß zwischen der Entente libérale und der Partei Union et progrès ein Einvernehmen erzielt worden sei, demzufolge beide Teile sich verpflichten, die im nationalen Interesse gelegene Friedensfrage nicht zu Wahlzwecken oder zur Opposition gegen die Regierung auszunützen. Dieses Faktum scheine der italienischen Regierung geeignet, eine Demarche unsererseits in Konstantinopel zu erleichtern, auch dürfte ihrer Ansicht nach ein Schritt Österreich-Ungarns und Deutschlands der türkischen Regierung im gegenwärtigen Momente nicht unerwünscht sein, zumal Italien genötigt wäre, die Verhandlungen abzubrechen und die militärischen Operationen nachdrücklicher und in weiterer Ausdehnung zu verfolgen, wenn die Pforte sich auf ein nutzloses Temporisiren einlassen wollte. Euer Exzellenz wollen sich mit Ihrem deutschen Kollegen ins Einvernehmen setzen und, wenn sich die obigen italienischen Informationen als richtig herausstellen, im selben Sinne wie Baron Wangenheim bei der Pforte vernehmen lassen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3805.

Nr. 3800. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 17. Sept. 1912 Nr. 121 (eing. 18. Sept. 9 U. a. m.). Entziff.

Marquis San Giuliano ist über die von den Zeitungen gebrachten Nachrichten, dass die türkischen Delegierten zur Einholung mündlicher Instruktionen nach Konstantinopel gereist seien, nichts bekannt. Er bemerkte mit einer Nuance von Bitterkeit, dass zu seinem Bedauern keine Regierung weder in der türkischen Hauptstadt noch in den anderen Hauptstädten der Pforte sagen lasse, dass Italien der Türkei kein Element der Souveränität über Lybien lassen könne. Den ottomanischen Delegierten in der Schweiz sei dies schon klar gemacht worden. Er bezweifle aber, dass es denselben gelingen wird, hievon türkische Regierung zu überzeugen und sie zu bewegen, hieraus Konsequenzen zu ziehen. Ambrózy.

Nr. 3801. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 17. Sept. 1912 Nr. 148 (eing. 18. Sept. 9 U. a. m.). Entziff.

Herr Sazonow liess mich heute zu sich kommen und gab mir russischen Text seiner heutigen Circulardepesche[a]) zu lesen. Letztere resumiert seine zwei letzten Konversationen mit General Paprikoff und Turkhan Pascha, erwähnt heftige Sprache des ersteren, nach welcher eventueller Angriff Bulgariens auf die Türkei nicht zu Eroberungszwecken geschehen würde, sondern nur um unerträgliches Los Macedoniens zu bessern, und seine eigenen Vorstellungen an beide Vertreter. Sodann proponiert Minister getrennten Schritt in Konstantinopel, um Pforte zu bewegen, als letztes

Heilmittel in Macedonien unverzüglich Reformen einzuführen. Sazonow sagte mir, er habe mir aus zwei Gründen von dieser Demarche unverzüglich Mitteilung machen wollen. (Ich habe in der Tat keinen Anhaltspunkt, dass er sie heute anderen Vertretern mitgeteilt habe.) Einmal möchte er jedes Missverständnis zwischen dem Wiener und Petersburger Kabinett vermeiden. Seine Demarche sei gerade wie die von Euer Excellenz durch die dringende Not diktiert, sie bilde nur eine Folge, eine Ergänzung letzter Demarche Euer Excellenz. Hoffe, dass Euer Excellenz sie in diesem Sinne auffassen würden und in keiner Weise wie eine rivalisierende Demarche. Ich glaubte, bemerken zu sollen, dass Euer Excellenz sich in der Tat hätten bewogen gefühlt, jene Demarche zu machen, dass aber Monarchie nicht daran dächte, Initiative in Balkan-Sachen für immer zu monopolisieren. Sodann sagte mir der Herr Minister, seine Depesche sei zwar auch an die anderen Mächte gerichtet, „weil er es tun musste", sie sei aber „für Wien bestimmt". Alles hänge nun von der Haltung der zwei am meisten interessierten Grossmächte, Österreich-Ungarns und Russlands, ab. Seine Depesche sei eigentlich eine Einladung an die k. u. k. Regierung, mit Russland in dieser kritischen Zeit zusammenzugehen und mit ihm einen Gedankenaustausch über die zukünftige Gestaltung der Dinge am Balkan einzuleiten. Dies sei erforderlich im Interesse der ganzen Welt vor dem Ausbruche eines Balkanbrandes. Minister appelliert an meine freundschaftlichen Gefühle (sic!), damit seine Demarche im richtigen Lichte interpretiert werde. Ich dankte für seine offene Sprache und versprach, seinem Wunsche nachzukommen. Szilassy.

[a]) Oe. U. Balkan 11 Nr. 15. Vgl. n. 3802, 3808, 3809, 3810, 3812, 3816.

Nr. 3802. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 17. Sept. 1912 Nr. 149 (eing. 18. Sept. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Zu meinem Telegramme Nr. 148 von heute. Herr Sazonow scheint wenig Hoffnung auf Erhaltung des Friedens zwischen Türkei und Bulgarien zu hegen. Aus seinen Worten konnte ich entnehmen, dass General Paprikoff bei ihm mehrmals für die Erlaubnis, Türkei anzugreifen, plaidiert habe. „Es sei einzige Gelegenheit und öffentliche Meinung Bulgariens verlange sie," meinte Gesandter. Minister des Äussern glaubt, dass König Ferdinand, möglicherweise um eigenes Leben zu retten, sich von der öffentlichen Meinung wird hinreissen lassen und dass Warnungen nicht mehr helfen werden. Russischer Gesandter in Sofia glaubt, dass bulgarische Armee erste Tage Oktober n. St. Operationen gegen Türkei anfangen werde. Herr Sazonow sagte mir, er habe nach Belgrad, Athen und Cetinje telegrafiert, um alle Verantwortung abzuwälzen, wenn diese Regierungen bei einem eventuellen bulgarischen Coup mitmachen wollten. (Er glaubt übrigens, dass in diesem Falle Türkei sofort Frieden mit Italien machen und Griechenlands Neutralität durch Kreta oder sonst erkaufen wird.) Minister ist offenbar sehr präokkupiert und erregt, glaube ich, er hat seine Depesche auch nach Rom gerichtet, was er selbst nicht recht erklären konnte. Beteuert sein volles Vertrauen in Euer Exzellenz Politik

und verurteilt scharf diesbezügliches hierländisches Misstrauen; „russische Regierung und alles, was noch über derselben steht," teile nicht dieses Misstrauen und glaube im Gegenteile an die Loyalität der Monarchie. Ich glaube an seine volle Aufrichtigkeit und dass er lediglich durch Sorge für den Weltfrieden inspiriert ist. Glaube daher, dass letzteres Moment bei ihm jetzt so stark ist, dass er vielleicht nun bereit wäre, in einen intimen Gedankenaustausch über die Balkan-Eventualitäten mit der k. u. k. Regierung einzugehen. Minister fährt morgen abends nach London und wird durch Herrn Neratow vertreten werden. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 3808, 3809.

Nr. 3803. Auszug[a]) aus einem Privatschreiben des Grafen Berchtold an König Karl von Rumänien, 18. Sept. 1912.[b]) Abschrift.

Gleichzeitig sei es mir erlaubt, für die aufklärenden Worte, welche der rumänische Gesandte über Befehl Euer Majestät in Konstantinopel in Bezug auf den Charakter unserer Anregung fallen liess, meinen ganz speziellen tiefergebensten Dank auszusprechen. Diese wohlintentionierte Dazwischenkunft wird gewiss ihren Zweck nicht verfehlen und dazu beitragen, das Residuum von Misstrauen, welches am Goldenen Horn zurückgeblieben sein mochte, zu zerstreuen. Abgesehen hievon ist bedauerlicher Weise die Lage am Balkan andauernd ungeklärt. Die kleinen Balkanstaaten sind nach wie vor schwer im Zaume zu halten und zeigen wenig Verständnis für die von den Mächten präkonisierte Status quo- und Friedenspolitik. Sie würden, wenn sie den ihnen zugehenden Ratschlägen zuwiderhandeln möchten, ein leichtfertiges Spiel treiben, da die respektable türkische Armee sich gewiss dem äusseren Feinde gegenüber einig zeigen würde und überdies der Vorteil rascherer Mobilisierung den Bulgaren in diesem Falle, wo ein beträchtlicher Teil der türkischen Armee bereits mobilisiert ist, nicht zustatten käme. Von St. Petersburg höre ich, dass sich Herr Sazonow zwar bestrebt, Bulgarien von kriegerischen Velleitäten zurückzuhalten, jedoch mit der Eventualität rechnet, dass ihm dies nicht gelingen und der Konflikt gegen seinen Willen ausbrechen könnte, in welchem Falle der Krieg nach Möglichkeit zu „lokalisieren" wäre. Wir wollen hoffen, dass diese Erwägungen allzu pessimistischer Natur sind: Sollten sie aber durch die Ereignisse Bestätigung finden, so müssten wir nach wie vor unsere Bemühungen darauf richten, den status quo aufrechtzuhalten und mit den anderen Mächten diesfalls tunlichst im Einvernehmen zu bleiben. Indem ich mir schliesslich erlaube, der Hoffnung Raum zu geben, dass es Euer Majestät möglich sein werde, die projektierte Reise nach Wien in absehbarer Zeit zur Ausführung zu bringen, bitte ich etc. ... Berchtold.

[a]) In den Akten liegt nur dieser Auszug vor. — [b]) Vgl. n. 3839.

Nr. 3804. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 18. Sept. 1912 Nr. 386 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern sagte mir heute, es hätten sich in den Verhandlungen mit Italien in den letzten Tagen einige Schwierigkeiten ergeben,

trotzdem seien dieselben nicht abgebrochen. Ich habe diese Angelegenheit sowie auch meinen Besuch beim Grossvezier dazu benützt, um ganz im Allgemeinen darauf hinzuweisen, wie nötig es wäre, mit Italien endlich ins Reine zu kommen. Beide Staatsmänner sagten mir, sie seien von der Notwendigkeit eines Friedensschlusses durchdrungen, es sei aber leider bis jetzt unmöglich gewesen, über die Klippe der Souveränitätsfrage hinweg zu kommen. Gerade in den letzten Tagen seien von arabischer Seite neuerliche Manifestationen für die Weiterführung des Krieges erfolgt. Auch liesse sich das Problem der Zurückziehung der ottomanischen Truppen aus Tripolitanien schwer lösen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 3805, 3827 Anm. a.

Nr. 3805. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 18. Sept. 1912 Nr. 387 (eing. 19. Sept. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Mit Bezug auf Euer Excellenz Telegramm Nr. 191 vom 16. d. M. Baron Wangenheim sagte mir, dass die ihm zugekommene Instruktion folgendermassen gelautet hätte: Sie sind ermächtigt, bei einer sich darbietenden Gelegenheit die italienische Proposition zu unterstützen. Deutscher Botschafter hat dies bisher nicht getan, da am letzten Montag der Diplomatenempfang auf der Pforte ausfiel. Er beabsichtigt jedoch, heute mit dem Minister des Äussern im Sinne seiner Instruktion zu reden. Gleichzeitig teilte mir aber mein deutscher Kollege mit, er hätte aus guter, vertraulicher Quelle erfahren, dass die Pforte die italienische Proposition, Lybien autonom zu erklären, bereits definitiv abgelehnt hat. Türkische Regierung habe hiebei auf die ihr während der Beiramfeste aus den arabischen Provinzen zugekommenen zahlreichen, teils drohenden, teils bittenden Manifestationen hingewiesen, in der Souveränitätsfrage nicht nachzugeben. Schliesslich habe jedoch Pforte der italienischen Regierung Hoffnung aussprechen lassen, letztere würde mit Rücksicht auf die schwierige Lage, in welcher man sich hier gegenüber dem arabischen Elemente befinde, einen neuen Vorschlag machen. Soeben erhalte ich hohes Telegramm Nr. 193 vom 17. d. Die italienischen Informationen bezüglich eines zwischen der Entente libérale und der Partei Union et Progrès zustande gekommenen Einvernehmens scheinen mir vollkommen aus der Luft gegriffen zu sein. Laut meiner telegrafischen Meldung Nr. 386 habe ich bereits gestern getrachtet, auf Gabriel Effendi im Sinne der Instruktion Euer Excellenz einzuwirken. Mein deutscher Kollege tut dies, wie aus Vorstehendem ersichtlich, heute. Baron Wangenheim teilt übrigens meine Überzeugung, dass weitere Demarchen unserseits ganz erfolglos bleiben müssten, da es Pforte keineswegs an gutem Willen fehlt, Frieden zu schliessen. Wenn es sich um eine Pression handeln sollte, welche eventuell der türkischen Regierung gelegen kommen könnte, so müsste dieselbe meiner Ansicht nach von allen Mächten ausgehen. Hiebei käme mit Rücksicht auf den arabischen Charakter der Frage vor Allem England in Betracht.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 3806, 3815.

Nr. 3806. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 18. Sept. 1912 Nr. 392 (eing. 19. Sept. 2 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng geheim. Zu meinem Telegramme Nr. 387 von heute. Ich höre streng geheim Nachstehendes: Obwohl die türkische Regierung den italienischen Vorschlag abgelehnt hat, scheinen die beiderseitigen Standpunkte sich doch bedeutend genähert zu haben. Türkischerseits wünscht man Libyen zu einer Art Egypten, aber ohne erbliche Dynastie unter einem vom Sultan auf fünf Jahre zu ernennenden Gouverneur zu machen. Tatsächlich würde jedoch Italien die Herrschaft dort ausüben. Italien hingegen steht noch immer auf dem Standpunkte, dass Libyen von der Türkei als autonome Provinz erklärt werde, die italienische Regierung ist aber insoferne den türkischen Wünschen entgegengekommen, als sie einen Gouverneur, welcher von Italien vorgeschlagen und von Sultan auf fünf Jahre ernannt werden würde, konzediert. Die italienische Behauptung, dass die Entente libérale und die Partei Union et Progrès sich in Bezug auf die Friedensfrage geeinigt hätten, ist in dieser Form nicht richtig. Tatsächlich besteht jedoch zwischen einzelnen Führern der Komiteepartei und der Regierung in dieser Beziehung eine gewisse Fühlung. Mein deutscher Kollege hat heute den Auftrag seiner Regierung dem Minister des Äussern gegenüber ausgeführt. Baron Wangenheim ist jedoch so wie ich überzeugt, dass derartige Ratschläge, wenn sie von uns beiden ausgehen, wenig Wirkung auf die türkischen Staatsmänner ausüben. Er bekam aber bei seiner heutigen Unterredung mit Gabriel Effendi den Eindruck, dass in kurzer Zeit zwischen den Kriegführenden ein Einvernehmen erzielt werden dürfte. Der deutsche Botschafter hat den Eindruck, dass ein noch weiteres Entgegenkommen Italiens der Türkei gegenüber nicht ausgeschlossen sei. Pallavacini.

[a] Vgl. n. 3811, 3815.

Nr. 3807. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 18. Sept. 1912 Nr. 124 (eing. 19. Sept. 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Marquis San Giuliano, welchen ich heute betreffs seiner Ansichten über die Verstärkung der französischen Seekräfte im mittelländischen Meere sondierte, sagte mir, dass er dieser Massnahme angesichts der geringen Qualität der sechs Panzerschiffe vom militärischen Standpunkte aus keine Bedeutung beimessen könne. Er glaube, dass Herr Poincaré damit der öffentlichen Meinung Frankreichs einen Tribut zollen wollte. Die Wichtigkeit der Massnahme, welche übrigens, soviel er wisse, erst im Jänner kommenden Jahres zur Ausführung gelangen soll, liege darin, dass sie als eine Wirkung der kriegerischen Stimmung in der französischen Republik anzusehen sei und ein neuerliches Zeichen dafür bilde, dass sein französischer Kollege in der Geschichte seines Landes eine markante Rolle spielen zu wollen scheine. Der Herr Minister schwächte sodann diese Einschätzung mit dem Bemerken ab, dass er an einen grossen Weltkrieg zwischen den zwei verbündeten Gruppen der europäischen Grossmächte nicht glaube. Bericht durch den Kurier. Ambrózy.

[a] Vgl. n. 3784, 3840.

Nr. 3808. Tel. an Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 18. Sept. 1912 Nr. 106 (chiffr. 8 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramme Nr. 148 und 149 vom 17. l. M. Ich bin mit Euer Hochwohlgeboren Sprache Herrn Sazonow gegenüber vollkommen einverstanden und ermächtige Sie, falls Herr Neratow auf die Befürchtung eines Mißverständnisses zu sprechen kommen sollte, diesem zu sagen, daß ich die russische Demarche, die mir bisher nur durch Euer Hochwohlgeboren Meldung bekannt ist, keineswegs als eine rivalisierende, sondern als eine Ergänzung der meinigen ansehe. Euer Hochwohlgeboren können, falls sich ein Anlaß dazu ergibt, Herrn Neratow schon jetzt sagen, daß ich der russischen Einladung, unseren Gedankenaustausch über die Lage am Balkan fortzusetzen, bereitwilligst Folge leisten werde.

[a] Oe. U. Balkan 11 Nr. 16. Vgl. n. 3812, 3817.

Nr. 3809. Privatschreiben des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 5./18. Sept. 1912. (eing. 22. Sept. 1912).[a] Ausfert.

Aus meiner gestrigen telegraphischen Berichterstattung[b] werden Euer Exzellenz entnommen haben, dass ich den Worten Herrn Sazonows, wonach seine gegenwärtige Aktion nur durch Sorge für den Weltfrieden inspiriert worden, Glauben schenke. Dies scheint mir durch folgende Umstände erwiesen: (I) Seine positiven schlechten Nachrichten aus dem Balkan; (II) seine energische Stellungnahme gegenüber Bulgarien. Er sagte mir, er habe vorgestern General Paprikow „pour la 25-ème fois" gemahnt, und dann ernstlich gewarnt, dass wenn Bulgarien losschlage, es auf Russland nicht mehr zählen könne. Er hat dahin gewirkt, dass Bulgarien in Frankreich keine Anleihe erhalte; (III) seine ernsten Warnungen in Belgrad, Cettinje und Athen gegen die Unterstützung eines bulgarischen Coup de tête; (IV) seine Sprache mir gegenüber; die Euer Exzellenz schon bekannte Berührung unserer gemeinsamen Interessen und die offene Art, wie er mir Details seiner Warnungen wiedergab. „Serbien sei ganz unsicher, es wäre eine Folie für die montenegrinische Armee anderswo als in ihren Bergen zu kämpfen" etc. etc. — Die Sorge der russischen Regierung wegen eventueller Änderungen des status quo am Balkan erscheint mir aber nicht nur in den dortigen Umständen, sondern auch in der speziellen internationalen Konstellation ihre Erklärung zu finden. Es wäre ja immerhin denkbar, dass, wenn die Türkei nicht mehr aufrecht zu erhalten ist, die Monarchie sich mit einem an ihre leitende Stelle tretenden verstärkten Bulgarien abfindet. Für Russland liegt die Frage heute — meiner unmassgeblichen Meinung nach — anders. Wenn ich nicht irre, ist die Zeit längst vorbei, wo Russland und die Monarchie am Balkan positive Territorialinteressen haben konnten. Das Nationalitätenprinzip, welches die Balkanslaven selbstständig gemacht, hat die Monarchie mit Slaven „saturiert". Heute ist, glaube ich, die „Orientalische Frage", was uns und Russland anbelangt, territorial eine negative: positiv ist sie nur, wenn ich mich so ausdrücken darf, als eine „Wasserfrage".

Russland will heraus aus dem Schwarzen Meere, wir, dass man uns die Adria nicht sperre. Identische Interessen, bedroht durch identische Hindernisse, die eigenen Freunde, die Westmächte und Italien. Identische Palliativmittel nützen temporär, eine schwache Herrschaft in Albanien und auf den Dardanellen. Nun erscheint eine Ausdehnung Bulgariens in Rumelien und Mazedonien ohne eine Regelung der Konstantinopler Frage kaum denkbar. Russland aber kann heute trotz Tripleentente-Flottendemonstration, im Mittelmeer und anderswo eine günstige Regelung der Dardanellenfrage mit Zugeständnis Englands kaum erhoffen. Wenn die russische Regierung prinzipiell auch sehr wohl eine Verstärkung des orthodoxen Bulgarentums genehmigen könnte, so hat es allen Grund zu verhindern, dass diese nur durch Änderung des status quo mögliche Verstärkung jetzt geschehe. Ein bulgarisch-türkischer Krieg stellt das Zarenreich vor das schwere Dilemma entweder passiv zu bleiben, seine historischen Klienten im Stich zu lassen und seine eigenen grössten Interessen zu vernachlässigen, oder aber durch eine Intervention sein ganzes Allianzsystem zu vernichten. „Le monde entier sera contre l'aggresseur quel qu'il soit," sagte mir Herr Sazonow und fuhr fort parodisierend „les Turcs peuvent être des barbares, mais si la Turquie n'existait pas, il faudrait l'inventer dans l'intérêt de la Russie." Er hätte hinzufügen können „de la Russie de 1912 alliée à ses ennemis de 1854". Wenn eine Änderung des Status quo am Westbalkan der Monarchie Verlegenheiten bereiten möchte, so ist diese Aussicht für Russland am Ostbalkan da. Herr Sazonow will aber Ruhe haben, Ruhe à tout prix, welche ihn nicht zwingt, in dieser delikaten Sache Stellung zu nehmen. Wie ich telegraphisch andeutete, war er nicht weit entfernt, Euer Exzellenz die Initiative der mazedonischen Reform — welche seiner Meinung nach allein die Lage noch retten kann — zu überlassen, ein Angebot, auf das ich nicht eingehen zu können glaubte. Ob nun die Lage in Sofia wirklich so schwarz ist, vermag ich, in Ermangelung direkter Nachrichten, nicht zu beurteilen. Dass aber Herr Sazonow sie so schwarz sieht, steht für mich fest, ebenso wie, dass seine Aktion nur durch diese Sorge diktiert ist. Freilich dürfte, wenn diese Aktion gelingen sollte, die Rolle eines „Befreiers Mazedoniens" ihm nur zusagen. Ich glaube aber gar nicht, dass sein Verhalten durch solche Ambitionen in diesem ernsten Momente geleitet wird. Dies ist schliesslich der psychologische Moment. Mein deutscher Kollege, welcher vor einigen Tagen den Minister sprach, teilt vollauf meine Auffassung. Ich erlaube mir Euer Exzellenz gütige Nachsicht für diese allzulangen Erörterungen zu erbitten, durch welche ich die gegenwärtige Attitude der russischen Regierung besser charakterisieren zu können glaubte. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 3818, 3867. — [b]) Vgl. n. 3801, 3802.

Nr. 3810. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 19. Sept. 1912 Nr. 394 (eing. 20. Sept. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr von Giers teilt mir mit, dass der bulgarische Vertreter in Petersburg Herrn Sazonow erklärt habe, bulgarische Regierung könne keine weitere

Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens übernehmen, wenn die Pforte nicht schleunigst den in Macedonien herrschenden Zuständen ein Ende zu machen trachte. Herr Sazonow habe hierauf General Paprikoff ernstlich zur Ruhe gemahnt, gleichzeitig aber auch den türkischen Botschafter auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, in Macedonien wirksame Reformen einzuführen. Wie mir Herr von Giers weiter sagt, hat der russische Minister des Äussern die russischen Vertreter bei den Grossmächten beauftragt, den Kabinetten den Vorschlag zu machen, in Konstantinopel analoge freundschaftliche Ratschläge, aber nicht in Form gemeinsamer Demarche, zu erteilen. Mein russischer Kollege beabsichtigt, in diesem Sinne schon übermorgen Samstag mit türkischem Minister des Äussern zu sprechen. Herr von Giers, glaube ich, wird hauptsächlich darauf drängen, dass die Pforte eine bindende Erklärung abgebe, die den Albanesen gemachten Versprechungen auch auf die anderen Nationalitäten in der europäischen Türkei anzuwenden. Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 12 Nr. 18. Vgl. n. 3801, 3820, 3821, 3822, 3850.

Nr. 3811. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 19. Sept. 1912 Nr. 395 (eing. 20. Sept. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Zu meinem Telegramme von gestern Nr. 392. Ich höre aus derselben Quelle folgendes: Türkische Regierung beabsichtige, ein Mitglied des Kabinettes (vielleicht Gabriel Effendi oder Reschid Pascha) zu entsenden. Man hofft, auf diese Art einerseits Verhandlungen zu beschleunigen, andererseits aber die italienischen Staatsmänner von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass die Türkei die Susceptibilitäten des arabischen Elementes berücksichtigen muss. Man glaubt hier, das italienische Kabinett überzeugen zu können, dass es auch vom Standpunkte Italiens kein Vorteil wäre, wenn es zu einer Trennung Kalifates kommen würde, da ein arabisches Kalifat doch schliesslich mehr oder weniger in die englische Machtsphäre käme. Ich muss die in meinem obzitierten Telegramme enthaltenen Informationen dahin berichtigen, dass Italien nicht einen „Gouverneur", sondern vielmehr einen „Delegierten" des Sultans zu konzedieren bereit wäre, dessen Wirkungskreis sich eigentlich bloss auf Angelegenheiten, die mit der Religion in Verbindung stehen, als zum Beispiel Vakuf etc., beschränken würde. Der türkische Standpunkt hingegen geht dahin, dass eine Persönlichkeit einen Firman vom Sultan erhalte, laut welchem dieselbe als autonomer Herrscher der Provinz eingesetzt wird. Diese Persönlichkeit könnte sich dann mit den Italienern ins Einvernehmen setzen und die faktische Herrschaft letzteren übergeben, selbst jedoch bloss zur Aufrechterhaltung der Fiktion der Souveränität des Sultans in der Provinz verbleiben. Aus Vorstehendem geht hervor, dass sich die türkische Regierung mit dem Faktum der Annexion Libyens abgefunden hat und dass sie nur mehr den Schein quasi einer doppelten Souveränität in Tripolis wahren will. Mein Gewährsmann bittet mich dringend, Obiges streng geheim zu behandeln. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3815.

Nr. 3812. Tagesbericht über einen Besuch des russischen Geschäftsträgers, 19. Sept. 1912.a) Konz. (S. Nemes; V. Berchtold).

Der russische Geschäftsträger hat mir heute im Auftrage seiner Regierung das beiliegende Aide-mémoire überreicht.b) Bei der Entgegennahme dieses Schriftstückes habe ich Fürst Koudacheff gesagt, daß mir dasselbe bereits von unserem Geschäftsträger signalisiert worden sei und ich es jedenfalls sympathisch begrüße, daß sich die russische Regierung — ganz im Sinne meiner seinerzeitigen Einladung zu einem Gedankenaustausche — in dieser Angelegenheit mit uns in vertrauensvolle Verbindung setze. Ich sei bereit, das Memorandum eingehend zu studieren und würde sodann eine Antwort der russischen Regierung im Wege unserer Botschaft in Petersburg zukommen lassen, ihn aber mündlich von deren Inhalte verständigen. Weiters habe ich dem Geschäftsträger gesagt, daß es mir bei der ersten oberflächlichen Prüfung und im Vergleiche mit der einschlägigen Meldung Herrn von Szilassys über dessen gegenständliche Unterredung mit Herrn Sazonow auffalle, daß der russische Vorschlag nicht auf einen in allgemeiner Form gehaltenen Ratschlag an die Türkei, den Wünschen der christlichen Bevölkerungen Rechnung zu tragen, abziele, sondern weit mehr in Details eingehe, als ich mir erwartet habe. Ein Herantreten an die Pforte mit so konkreten Vorschlägen ginge wohl über das Maß eines wohlgemeinten Ratschlages hinaus und würde von der Pforte als eine Intervention in die inneren Fragen des Reiches aufgefaßt und aller Wahrscheinlichkeit nach als solche zurückgewiesen werden. Hiebei lenkte ich die Aufmerksamkeit meines Mitredners auf den Umstand, daß die Mehrzahl der Mächte anläßlich des unlängst von mir angeregten Gedankenaustausches in unzweideutigster Form den Wunsch zu erkennen gegeben haben, die Suszeptibilitäten der Pforte auf jeden Fall zu schonen, einen Standpunkt, dem auch ich nur beipflichten könne. Unter diesen Umständen schiene es mir wenig wahrscheinlich, ein gemeinsames Vorgehen der Mächte im Sinne des russischen Vorschlages zu erzielen, der die Stellung des gegenwärtigen türkischen Kabinettes erschüttern und den Bestand eines lebensfähigen Régimes am goldenen Horn überhaupt in Frage stellen könnte. Ich wies besonders auf die Haltung Frankreichs und Englands hin. Fürst Koudacheff, der mir nicht widersprechen konnte, meinte hiezu, von Deutschland sei vielleicht noch in erhöhtem Maße dieselbe Haltung zu erwarten. Es schiene ihm jedoch, daß eine identische Demarche von Österreich-Ungarn und Rußland auch ohne Beteiligung der anderen Mächte Eindruck auf die Pforte zu machen imstande wäre, vielleicht sogar mehr, als wenn sich alle Mächte beteiligen würden. In letzterer Beziehung komme ihm die Vorgangsweise der Türkei im Jahre 1876 in den Sinn, wo sich dieselbe über die einstimmigen Vorstellungen der Mächte hinweggesetzt hatte. Übrigens glaube er nicht, daß Herr Sazonow besonderes Gewicht darauf legen werde, daß die von ihm in Vorschlag gebrachten drei Punkte unverändert beibehalten und bei der Pforte vertreten werden. Im Verlaufe der Konversation entwickelte der Geschäftsträger an der Hand einer Aufzeichnung die im Telegramme Herrn von Szilassys (Telegramm Nr. 148 vom 17. l. M.) enthaltenen Reflexionen, mit Ausschluß der Bemerkung, das vorgelegte Aide-mémoire sei eine Ein-

ladung der russischen Regierung zu einem Zusammengehen in dieser kritischen Zeit und zu einem Gedankenaustausche über die zukünftige Gestaltung der Dinge am Balkan. Da auch Fürst Koudacheff von der vorliegenden russischen Aktion als einer Ergänzung meiner letzten Demarche sprach, bemerkte ich hiezu, daß zwischen beiden ein Unterschied bestehe, insoferne meine Anregung die Suggerierung einer Reformaktion bei der Türkei aus deren eigener Initiative zum Gegenstand hatte und eben in diesem Endziele die allgemeine Zustimmung fand, während der gegenwärtige Vorschlag seiner Regierung den Charakter einer der Pforte aufzunötigenden Reformaktion hätte, geeignet, die innere Lage der Türkei zu compromittieren. Im übrigen könne ich nur erneut meiner Befriedigung Ausdruck geben, mit der russischen Regierung hierüber Gedankenaustausch zu pflegen, umsomehr, als meines Wissens die Absichten der russischen Politik wie der unsrigen in diesem Falle dieselben seien, nämlich die Verhütung des Krieges und die Erhaltung der Integrität der Türkei. Ich wolle hoffen, daß wir angesichts dieser erfreulichen Tatsache uns auch über die Mittel werden einigen können, die zu den angestrebten Zielen führen sollen.

[a]) Vgl. n. 3808, 3816. — [b]) Vgl. n. 3813.

Nr. 3813. Aide-Mémoire des russischen Geschäftsträgers in Wien, 19. Sept. (neuen Stils) 1912 (überreicht 19. Sept.).[a]) Ausfert.

Selon toutes les informations qui parviennent au Gouvernement Impérial, à moins que des réformes ne soient promulguées à bref délai pour la Macédoine en conformité avec les stipulations de l'article XXIII du traité de Berlin, un conflit armé entre la Bulgarie et la Turquie paraît inévitable. Le Ministre des Affaires Etrangères de Russie n'a pas manqué de faire part à l'Ambassadeur Ottoman à St. Pétersbourg de ses appréhensions à ce sujet, en le pressant d'enjoindre d'urgence à son Gouvernement de ne plus tarder à prendre en mains des réformes en Macédoine qui puissent assurer à la population chrétienne la garantie de leurs personnes et de leurs biens, l'égalité devant la loi et une participation proportionnée à sa composition ethnographique à l'organisation de l'administration. Désireux d'épuiser tous les moyens possibles pour prévenir le danger d'une conflagration sur la presqu'île Balcanique, le Gouvernement Impérial a donné l'ordre au Chargé d'Affaires de Russie de s'enquérir auprès du Gouvernement Impérial et Royal, s'il ne considérerait pas opportun de faire de son côté à la Sublime Porte, par le canal de son Ambassadeur à Constantinople, des représentations amicales dans le sens des explications susmentionnées que le Ministre des Affaires Etrangères de Russie a eues avec l'Ambassadeur Ottoman à St. Pétersbourg, sans qu'une pareille démarche revêtisse les formes d'une action commune.

[a]) Oe. U. Balkan 12 Nr. 17. Vgl. n. 3812, 3814, 3816, 3820, 3821.

Nr. 3814. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Geschäftsträgers, 20. Sept. 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).

Der deutsche Geschäftsträger hat mir heute im Auftrage seiner Regierung das beiliegende Schriftstück übergeben.[b]) Bei dessen Entgegen-

nahme habe ich dem Prinzen Stolberg gesagt, daß ich die darin enthaltene Anregung Herrn von Kiderlens sympathisch begrüße. Die in dem Schriftstück erwähnte russische Demarche sei in analoger Weise auch in Wien erfolgt, nur vielleicht in einer etwas konkreteren Form. Während Herr von Kiderlen von vagen Reformvorschlägen Herrn Sasonows spreche, habe ich in dem mir überreichten Aide-Mémoire[c] das Vorhandensein von drei Detailvorschlägen konstatiert. Über die Aufnahme, welche die russische Demarche bei mir gefunden hat, sagte ich dem deutschen Geschäftsträger, lich hätte seinem russischen Kollegen erklärt, daß ich gerne bereit sei, den Gedankenaustausch fortzusetzen, umsomehr als meines Wissens die Absichten der russischen Politik wie der unsrigen in diesem Falle dieselben seien, nämlich die Verhütung des Krieges und die Erhaltung der Integrität der Türkei. Weiters hätte ich zu Fürst Koudacheff bemerkt, ich wolle hoffen, daß wir angesichts dieser erfreulichen Tatsache uns auch über die Mittel werden einigen können, die zu dem angestrebten Ziele führen sollen. Im Übrigen hätte ich dem russischen Geschäftsträger gegenüber auf die Schwierigkeiten hingewiesen, der Pforte irgendwelche Reformen aufoktroyieren zu wollen, ein Vorgang, durch welchen die Stellung des gegenwärtigen türkischen Kabinettes erschüttert und der Bestand eines lebensfähigen Regimes am goldenen Horne überhaupt in Frage gestellt werden könnte. Auf solche Weise würde aber dem Ausbruche des Krieges nicht vorgebeugt, im Gegenteile ein solcher fast mit Sicherheit provoziert werden. Was den Vorschlag Herrn von Kiderlens anbelange, den ich jedenfalls in wohlwollende Erwägung ziehen wolle, müsse ich seine, Prinz Stolbergs, Aufmerksamkeit auf den Umstand lenken, daß derselbe eine „Lokalisierung" des Krieges im Auge habe, während wir in erster Linie eine „Verhütung" desselben anstreben. Die jüngste Demarche Herrn Sasonows müsse als ein letzter Versuch, dieses Ziel zu erreichen, angesehen werden, weshalb ich auch — unter gewissen Kautelen — der Anregung Herrn Sasonows Folge zu geben beabsichtige. Ich fühle mich darin auch durch die Erwägung bekräftigt, daß ein seitens Bulgariens — bloß auf Erlangung von Reformen — abzielender Krieg unfehlbar zu dem Verlangen nach territorialen Verschiebungen führen würde, welche die Monarchie nicht gleichgiltig lassen könnten. Schließlich habe ich dem deutschen Geschäftsträger eine Antwort auf seine Demarche im Wege unserer Botschaft in Berlin in Aussicht gestellt und ihm eine gleichzeitige Verständigung versprochen.

[a] Vgl. n. 3820. — [b] Vgl. Beilage. — [c] Vgl. n. 3813.

Beilage zu n. 3814. Notiz. (Vom deutschen Geschäftsträger übergeben am 20. Sept. 1912.) Ausfert.

Der russische Geschäftsträger in Berlin hat gestern bei Herrn von Kiderlen eine Demarsche bezüglich Bulgariens gemacht. Danach scheint Herr Sazonow aus einer Unterredung mit dem bulgarischen Gesandten Paprikow die Überzeugung gewonnen zu haben, daß Bulgarien unbedingt losschlagen werde, wenn die Türkei nicht umgehend Reformen im Sinne des Artikels 23 des Berliner Vertrages verspreche. Die russische Regierung

schlägt deshalb vor, daß die Mächte gemeinschaftliche Ratschläge nach dieser Richtung in Constantinopel erteilen sollen. Der Herr Staatssecretär hat sich seine Antwort bis zu einer Verständigung mit unseren Bundesgenossen vorbehalten und dabei bemerkt, es schiene ihm dies umsomehr geboten, als ja auch auf der anderen Seite in letzter Zeit eine doppelte Gruppierung der Mächte schärfer accentuiert worden sei. Als seine persönliche Ansicht hat Herr von Kiderlen bezeichnet, daß der kaiserlichen Regierung beunruhigende Nachrichten aus Bulgarien zwar nicht zugegangen seien, daß er jedoch an der Richtigkeit der der russischen Regierung zugegangenen Informationen nicht zweifle. Er könnte sich aber von der vorgeschlagenen Demarsche in Constantinopel keinen Erfolg versprechen. Mit den macedonischen Reformen habe man bisher wenig Glück gehabt; auch sei der Begriff „Reformen" vage. Eine solche Demarsche, die in den Balkanstaaten natürlich bekannt werden würde, dürfte nur dazu angetan sein, den Appetit der macedonischen Schreier zu reizen. Auch schienen ihm solche Ratschläge unangebracht, nachdem die Türkische Regierung soeben die Einführung der den Albanesen gemachten Konzessionen in allen Provinzen offiziell zugesagt hätte. Herr von Kiderlen hat aber an eine Äußerung Herrn Sazonows angeknüpft, welcher dem kaiserlichen Geschäftsträger in St. Petersburg kürzlich gesagt hat, der Krieg schiene ihm unvermeidlich, er hoffe aber, daß er lokalisiert werde. Der Herr Staatssecretär hat ferner unverbindlich gesagt, daß eine Verständigung der Mächte über eine Begrenzung des Kriegsschauplatzes für alle Fälle vielleicht das sicherste sein würde. Die Kaiserliche Regierung würde, wenn dies seitens einer der Mächte angeregt würde, gern in einen Gedankenaustausch darüber eintreten.[1])

[1]) Anfrage ob wir geneigt wären im Sinne der persönlichen Äusserung des Herrn von Kiderlen-Wächter mit der Deutschen Regierung zusammen offiziell auf den russischen Vorschlag zu antworten.

Nr. 3815. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 20. Sept. 1912 Nr. 397 (eing. 8 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Die in meinen Telegrammen 387, 392, und 395 vom 18. und 19. d. M. enthaltenen geheimen Informationen verdanke ich meinem deutschen Kollegen. Neben den türkisch-italienischen Pourparlers in der Schweiz finden auch hier zwischen Gabriel Noradunghian Effendi und Herrn Nogara Verhandlungen statt. Nachdem die deutsche Botschaft den Schutz der Italiener in der Türkei übernommen hat, kam sie, namentlich durch den ihr zugeteilten italienischen Konsularbeamten, mit Herrn Nogara in Fühlung. Auf diese Art wird Baron Wangenheim au courant der hier stattfindenden Verhandlungen gehalten, ohne dass die türkische Regierung hievon eine Ahnung hätte. Mein deutscher Kollege bewahrt überhaupt das strengste Geheimnis bezüglich jener Informationen. Er hat, wie er mir sagte, nur für mich eine Ausnahme gemacht, da er es im Interesse der Sache gelegen erachte, dass wir beide im Einvernehmen handeln und dieselbe Linie einhalten. Baron Wangenheim hat mir gestern auch einige Berichte und Telegramme, die er in der Angelegenheit an seine Regierung gerichtet hat, vorgelesen. Er vertritt darin die Ansicht, dass Italien, nachdem es nunmehr

wirklich seinen Zweck erreicht hat, nachgeben sollte, umsomehr, als es sich jetzt nur mehr um etwas handelt, was für die Italiener keine reelle Bedeutung hätte, jedoch die Stellung der türkischen Regierung gegenüber dem arabischen Elemente wesentlich erleichtern würde. Mein deutscher Kollege scheint der Ansicht zu sein, dass ein gelinder Druck in Rom (jetzt)[a] zum Ziele führen könnte. Meiner Meinung nach wäre es unter den gegenwärtigen kritischen Verhältnissen von grösster Bedeutung, wenn der Friede so schnell als möglich geschlossen werden könnte. Es würde dies auch zur Entwirrung der Lage auf der (Balkanhalbinsel)[a] weit mehr beitragen als alle Versprechungen der Türkei, in Mazedonien Reformen einzuführen. Pallavicini.

[a]) Chiffre fehlt.

Nr. 3816. Tel. an Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 20. Sept. 1912 Nr. 108 (chiffr. 1 U. a. m.).[a]) Konz. (S. und G. Nemes).

Streng vertraulich. Der russische Geschäftsträger hat mir heute im Auftrage seiner Regierung die in Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 148 vom 17. l. M. erwähnte Zirkulardepesche[b]) überreicht. ... *wie n. 3812* ... Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren rein persönlicher Information. Ich würde Wert darauf legen, Euer Hochwohlgeboren persönlichen Eindruck darüber zu erfahren, ob Herr Sazonow mit der im vorletzten Alinea[c]) Euer Hochwohlgeboren mehrzitierten Telegrammes wiedergegebenen Phrase über seine Absicht einen Gedankenaustausch einzuleiten, seine Bereitwilligkeit kundgeben wollte, auch über andere als die in der Zirkulardepesche enthaltenen Dinge mit uns in eine Konversation einzutreten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3817, 3818, 3824, 3828, 4062. — [b]) Hier liegt offenbar ein Irrtum vor. Der russische Geschäftsträger hat am 19. Sept. 1912 nicht die in n. 3801 wiedergegebene Zirkulardepesche Sazonows vom 17. Sept. 1912 überreicht, sondern das Aide mémoire n. 3813. Der Tagesbericht vom 19. Sept. 1912 (n. 3812), auf Grund dessen obiges Tel. verfaßt wurde, besagt auch ausdrücklich: „Der russische Geschäftsträger hat mir heute ... das beiliegende Aide-mémoire überreicht." Die russische Zirkulardepesche vom 17. Sept. liegt im Politischen Archiv des Ministeriums des Äußern nicht vor. Vgl. auch n. 3820, 3821, 3824. — [c]) Vorletztes Alinea von n. 3801 reicht von „Sodann sagte mir" bis „interpretiert werde".

Nr. 3817. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 20. Sept. 1912 Nr. 152 (eing. 21. Sept. 9 U. a. m.). Entziff.

Euer Excellenz Telegramme vom 18. d. M. Nr. 106 und vom 20. d. M. Nr. 108 erhalten. Da Herr Neratow mir heute über meine neuliche Konversation mit Herrn Sazonow zu sprechen anfing, glaubt ich ihm bemerken zu sollen, dass ich Kenntnis habe, dass Euer Excellenz gegenwärtige russische Demarche in keiner Weise als eine mit Hochderselben letzter Aktion rivalisierende auffassen und dass Euer Excellenz bereitwilligst Einladung zum weiteren Gedankenaustausch annehmen. Neratow hatte angeblich noch keine Nachricht von Fürst Kudascheff, noch von anderen Vertretern und wollte mich in puncto unserer meritorischen Auffassung sondieren. Ich glaubte mich noch nicht informiert zeigen zu sollen und bemerkte nur später incident, — als Gerent sagte, dass Einführung Reformen in Macedonien einziges

Heilmittel wäre — dass der Umfang dieser, wenn auch gross genug, um christliche Bevölkerung zu beruhigen, jedoch nicht so gross sein sollte, dass er die Stellung der türkischen Regierung untergraben würde, was ganz gegen das angestrebte Ziel wäre. Mein Mitredner meinte, diese Auffassung sei eine vollständig richtige. Anderseits hatte er auch ganz akademisch von der Eventualität einer noch weitergehenden als diplomatischen Intervention in ganz allgemeinen Worten gesprochen, jedoch ohne eine konkrete Idee zu äussern. Szilassy.

Nr. 3818. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 20. Sept. 1912 Nr. 153 (eing. 21. Sept. 9 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Euer Excellenz Telegramm Nr. 107[a] von heute. Die mir von Herrn Sazonow zur Einsicht gegebene Zirkulardepesche umfasst bloss $2^1/_4$ Halbseiten; von weitgehenden Reformen in Mazedonien im Sinne des Berliner Vertrages war allerdings dort Rede, Punkte waren aber nicht aufgezählt. Möglicherweise ist aber der Text später geändert worden. Genaueres Resumé glaubte ich in der Annahme, dass die Depesche bereits nach Wien abgegangen wäre, nicht wiedergeben zu sollen und enthielt ich mich von einem Kommentar Herrn Sazonow gegenüber, da ich hiedurch Euer Excellenz Intentionen — besonders in Anbetracht des Entgegenkommens des Ministers mir gegenüber — am besten nachzukommen glaubte. Ich habe Eindruck, dass „Einladung" Herrn Sazonows an die k. u. k. Regierung, mit ihm in einen Gedankenaustausch zu treten, von seiner grossen Besorgnis diktiert wurde. Minister glaubt wohl an die Aufrichtigkeit der k. u. k. Regierung, lebt aber in einer ihr gegenüber skeptischen Athmosphäre; es wird daher ihm angenehm gewesen sein, in diesem kritischen Moment nochmals beruhigt zu werden. Er wird sodann sich daran erinnert haben, dass die Monarchie mit Russland in der Frage nächst interessiert ist, dass wenn auch unsere Einstimmigkeit im Prinzipe feststeht, es von Vorteil sein müsste, Details, Lage und die zukünftigen Möglichkeiten im Vereine mit uns vor der Katastrophe am Balkan zu besprechen. Allerdings dürfte ihm im gegebenen Moment jede Eventualität der Störung des status quo im höchsten Grade unerwünscht sein (mein Privatschreiben von vorgestern).[b] Ich glaube, dass, wenn Herr Sazonow so umfangreichen Plan von Reformen für Mazedonien ins Auge fasst, er das tut, weil er darin einzige Möglichkeit erblickt, Frieden zu retten. Unter solchen Umständen und unter dem Eindrucke grosser Sorge muss ihm, der wohl Identität unserer wirklichen Interessen einsieht, enger Gedankenaustausch über Balkanangelegenheiten im Allgemeinen mit k. u. k. Regierung erwünscht sein und ich glaube, dass seine neulichen Worte in diesem largeren Sinne gemeint waren. Ich würde aus einer heutigen Bemerkung Herrn Neratows unbedingt darauf schliessen, aber in Anbetracht persönlichen Moments scheint mir letzteres kein genügender Beweis. Wirklich enger Gedankenaustausch zwischen Österreich-Ungarn und Russland müsste zu einer engeren Annäherung führen und Euer Excellenz wissen Triebkräfte, welche Herrn Sazonow bis jetzt von einer solchen abhalten. Möglicherweise werden die Einflüsse, welche auf ihn in

London, Paris und Berlin wirken werden, hier Rolle spielen. Von entscheidender Wichtigkeit dürfte Entwicklung der Lage in den nächsten Tagen sein und infolgedessen, ob er mehr oder weniger besorgt wird. Ganz präzise Antwort auf Euer Excellenz Frage könnte ich daher bis vor Rückkehr Herrn Sazonows nicht unterbreiten. Inzwischen würde ich mir aber die ganz ergebenste Suggestion erlauben, ob Euer Excellenz gelegentlich, als sich auf diese „Einladung" des Herrn Ministers zu einem Gedankenaustausch berufend, nicht irgend eine Proposition minderer Wichtigkeit dem Fürsten Kudascheff zu machen geneigt wären. Bei deren Beantwortung würde russisches Kabinett gezwungen werden, Farbe zu bekennen, ob nämlich es einen allgemeinen Gedankenaustausch mit Monarchie wünsche oder ob es nur im gegebenen Falle unter dem Eindrucke der Angst handle. Ich werde mich dieser Tage bei Herrn Kokowzow anmelden und trachten, in vorsichtiger Weise seine Stimmung zu ergründen.[c] Szilassy.

[a] Richtig Nr. 108. — [b] n. 3809. — [c] Vgl. n. 3847.

Nr. 3819. Tel. aus Sofia, 20. Sept. 1912 Nr. 153 (eing. 21. Sept. 9 U. a. m.). Entziff.

Italienischer Kollege sagte mir heute, er habe Telegramm aus Wien erhalten, laut dessen dortigem italienischen Geschäftsträger am Ballplatz mitgeteilt worden wäre, dass Euer Exzellenz ungeachtet günstiger Antworten sämtlicher Mächte auf Anregung weitere Konversation nicht mehr aufgenommen hätten, da die Türkei ohnehin aus eigenem Antriebe an Reformen dächte. Graf Bosdari meint, dies bedeute wohl Aufgeben der Initiative und unter hiesigen Diplomaten kursiert bereits Version, dass Anregung fallen gelassen wurde. Erachte es als meine Pflicht zu melden, dass von dieser Nachricht ungünstige Rückwirkung auf hiesige Stimmung und auf Vertrauen, welches wir uns hier erworben, zu befürchten. Habe Herrn Geschoff, der mich mit Fragen bestürmt, absichtlich seit zehn Tagen nicht besucht, kann aber schwerlich bei Diplomatenempfang nächsten Montag fehlen. Tarnowski.

Nr. 3820. Erlaß an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 21. Sept. 1912 Nr. 3888.[a] Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).

Streng vertraulich. In der Anlage erhalten Euer Hochwohlgeboren zu Ihrer vertraulichen Information Abschrift eines am 19. l. M. hier überreichten russischen Aide-mémoires,[b] betreffend einen an die Pforte zu richtenden Reformvorschlag Herrn Sazonows, sowie eine Aufzeichnung über meine Unterredung mit Prinz Stolberg, welcher mir am 20. l. M. das hier ebenfalls abschriftlich mitfolgende Schriftstück[c] über denselben Gegenstand auftraggemäß übergeben hat. Aus meiner Sprache zu dem deutschen Geschäftsträger werden Euer Hochwohlgeboren die Gründe entnommen haben, welche mich bewegen, der russischen Anregung soweit entgegenzukommen, als dies mit den allgemeinen, auf die Aufrechterhaltung des status quo gerichteten Grundzügen meiner Politik und mit meinem, von allen Kabinetten geteilten Wunsche vereinbar ist, die Empfindlichkeit

der Pforte soweit als möglich zu schonen. Da ich nun einer telegraphischen Meldung Markgrafen Pallavicinis[d]) entnehme, daß dessen russischer Kollege bereits im Begriffe steht, sich im Sinne der Zirkulardepesche Herrn Sazonows bei der Pforte auszusprechen, habe ich den k. u. k. Botschafter in Konstantinopel beauftragt, sich parallel mit der Demarche Herrn von Giers in nachstehendem Sinne bei der Pforte vernehmen zu lassen. ... *wie n. 3821 von „Die zunehmende Erregung" bis „der türkischen Regierung zu berufen"* ... Vorstehendes wollen Euer Hochwohlgeboren Herrn von Kiderlen mit dem streng vertraulichen Bemerken mitteilen, daß in meine Instruktion an Markgrafen Pallavicini die seitens aller Kabinette günstig beurteilte Idee einer unparteiischen Durchführung der Wahlen deshalb aufgenommen wurde, um hiedurch die Möglichkeit einer Fortsetzung des Gedankenaustausches unter den Kabinetten zu bieten, deren Einmütigkeit mir behufs Verhütung eines Balkankrieges von eminenter Bedeutung zu sein scheint. Das Interesse der Monarchie gebiete mir nämlich, kein diplomatisches Mittel unversucht zu lassen, um zu verhindern, daß in unserer unmittelbaren Nachbarschaft ein Brand entstehe, dessen weitere Folgen sich überhaupt nicht absehen lassen. Auch will ich die Hoffnung vorläufig nicht aufgeben, daß die noch vor kurzem über meine Anregung zutage getretene Einmütigkeit Europas vielleicht doch noch imstande wäre, den Ausbruch des Krieges am Balkan zu verhüten. Erst wenn sich diese Hoffnung als trügerisch herausstellen sollte, schiene mir der Moment gekommen, in einen Gedankenaustausch mit Mächten der anderen Gruppe über eine Lokalisierung des Krieges einzutreten, wobei wir uns vorbehalten müßten, bei der schließlichen Regelung gewisse, die vitalsten Interessen Österreich-Ungarns betreffende Gesichtspunkte zu formulieren. Für den Augenblick seien wir nur in der Lage, mit dem Berliner Kabinette über diese Eventualität zu sprechen und begrüßen mit aufrichtiger Sympathie die hierauf gerichtete Anregung des Herrn Staatssekretärs.

[a]) Vgl. n. 3814, 3821, 3838, 3850. — [b]) n. 3813. — [c]) Vgl. Beilage zu n. 3814. — [d]) n. 3810.

Tel. nach Bukarest, 21. Sept. 1912 Nr. 33 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3824.

Nr. 3821. Tel. nach Konstantinopel, 21. Sept. 1912 Nr. 197 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 394 vom 19. l. M. Russischer Geschäftsträger hat mir gestern ein Aide-mémoire[b]) überreicht, welches sich im wesentlichen mit den Mitteilungen deckt, die Herr von Giers Euer Exzellenz gemacht hat. Der Inhalt der Aussprache Herrn Sazonows zu Turkhan Pascha wird in dieser Pièce wie folgt resumiert: „... de ne plus tarder à prendre en mains des réformes en Macédoine qui puissent assurer à la population chrétienne la garantie de leurs personnes et de leurs biens, l'égalité devant la loi et une participation proportionnée à sa composition ethnographique à l'organisation de l'administration." Zur Regelung Euer Exzellenz Sprache zu Herrn von Giers bemerke ich, daß ich mich in folgendem

Sinne zu dem russischen Geschäftsträger ausgesprochen habe: Ich hätte die russische Anregung als eine Fortsetzung meiner Aktion sympathisch begrüßt, könne ihm aber nicht verhehlen, daß dieselbe meiner Ansicht nach über den Rahmen eines in allgemeiner Form gehaltenen Ratschlages hinausgehe und in so detaillierter Form in Konstantinopel vorgebracht, von der Pforte als eine Intervention in innere Fragen aufgefaßt und somit zurückgewiesen werden könnte. Da es mir jedoch daran gelegen ist, der Anregung Herrn Sazonows gegenüber keine ablehnende Haltung einzunehmen, ermächtige ich Euer Exzellenz, sich parallel mit der Demarche Ihres russischen Kollegen bei der Pforte in folgendem Sinne vernehmen zu lassen. Die zunehmende Erregung, welche sich an den verschiedensten Punkten der europäischen Türkei in jüngster Zeit geltend macht und die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes mit den Nachbarstaaten naherückt, ist nicht zum geringen Teile auf bedauerliche Mißgriffe behördlicher Organe zurückzuführen. Euer Exzellenz könnten in dieser Hinsicht auf die Vorfälle in Kotschana und die Militärausschreitungen bei Skutari hinweisen. Unserer Ansicht nach wäre es im Interesse der Pforte gelegen, spontan Maßregeln zu ergreifen, durch welche die herrschende Aufregung beschwichtigt werde. Beispielsweise schienen eine unparteiische Durchführung der Wahlen und Maßnahmen für die Sicherheit des Lebens und Eigentums der Bevölkerung, was ohnehin den heutigen Intentionen der Pforte entsprechen dürfte, geeignet, um den Wünschen der Nationalitäten entgegenzukommen und bei strikter Einhaltung der gemachten Zusagen die drohende Gefahr zu beschwören. Schließlich wollen Euer Exzellenz darauf hinweisen, daß eine kalmierende Einwirkung bei den Balkanstaaten nur dann mit einiger Aussicht auf Erfolg unternommen werden könnte, wenn die Pforte vorher spontan ihren Willen, den Wünschen der unzufriedenen Bevölkerungsschichten Rechnung zu tragen, unzweideutig manifestiert oder uns in die Lage versetzt hätte, sich den Balkanstaaten gegenüber auf diesfällige bindende Erklärungen der türkischen Regierung zu berufen. Euer Exzellenz sind ermächtigt, den Botschaftern der Signatarmächte von dem Inhalte des Hochdenselben aufgetragenen Schrittes bei der Pforte vertraulich Kenntnis zu geben, wobei jedoch der auf die Militärausschreitungen bei Skutari bezügliche Passus zu entfallen hätte. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3816, 3820, 3824, 3828, 3832, 3843. — [b]) Vgl. n. 3813.

Nr. 3822. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 21. Sept. 1912 Nr. 398 (eing. 8 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Herr von Giers hat sich gestern mir gegenüber sehr besorgt über die Lage ausgesprochen und hiebei namentlich auf die Situation in Bulgarien hingewiesen. Der russische Botschafter äusserte sich mir in den letzten Tagen wiederholt in diesem Sinne. Ich habe daher den Eindruck, dass dies mit Absicht geschieht.. Herr von Giers hat sich soeben auf die Pforte begeben und wird heute den in meinem Telegramme Nr. 394 vom 19. d. M. signalisierten Schritt im Ministerium des Äussern ausführen. Meiner Überzeugung nach verfolgt hiebei das Petersburger Kabinett einen

doppelten Zweck; Erstens will man der von Euer Excellenz bei den Kabinetten angeregten Aktion zuvorkommen, um nicht aus der Rolle des Beschützers der Balkanslaven zu fallen und zweitens dürfte man die Gelegenheit zu benützen trachten, um die Schwierigkeiten, in welchen sich die türkische Regierung jetzt befindet, noch zu vermehren, um sie dann in der persisch-türkischen Grenzfrage nachgiebiger zu stimmen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3823.

Nr. 3823. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 21. Sept. 1912 Nr. 399 (eing. 22. Sept. 9 U. a. m.)[a]) Entziff.

Mit Bezug auf mein Telegramm von heute Nr. 398. Herr von Giers teilte mir über seine heute auf der Pforte ausgeführte Demarche folgendes mit: Er hat den Minister des Äussern auf Ernst der Lage aufmerksam gemacht und ihn im Allgemeinen aufgefordert, die in Aussicht gestellten Reformen baldigst auszuführen. Speziell wies der Botschafter auf die Nothwendigkeit hin, die den Albanesen versprochenen Konzessionen auch auf die christlichen Nationalitäten auszudehnen. Er erwähnte sodann die Kotschana-Affaire und die Ratifizierung des türkisch-montenegrinischen Grenzprotokolles. Schliesslich sagte er auch, dass es wünschenswert wäre, nicht nur türkische sondern auch christliche Verwaltungsbeamte anzustellen. Gabriel Effendi versprach dem russischen Botschafter, dass die Pforte in ihrem offiziellen Organ sofort verlautbaren lassen werde, dass die den Albanesen zugestandenen Konzessionen auch auf die anderen Nationalitäten ausgedehnt werden sollen. Betreffs des Inzidenzfalles in Kotschana, sagte der Minister, er werde darauf drängen, dass das Kriegsgericht unverweilt die Schuldigen bestrafe. In Bezug auf die montenegrinische Grenzfrage erklärte er Herrn von Giers, er werde unverzüglich durch die türkischen Vertreter bei den Grossmächten mitteilen lassen, dass die Pforte das Protokoll ratifizieren werde, die Durchführung werde, sobald es die Verhältnisse erlauben, in Angriff genommen werden. Schliesslich versprach er Herrn von Giers, dass der Minister des Innern bei Besetzung der Verwaltungsbeamtenstellen auch christliche Kandidaten berücksichtigen werde. Der russische Botschafter schien mir mit dem Erfolg seines heutigen Schrittes zufrieden zu sein. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3844, 3862, 3916, 3960.

Nr. 3824. Tel. nach London Nr. 57 (1), Paris Nr. 70 (2), Rom Nr. 154 (3), Bukarest Nr. 33 (4) und Sofia Nr. 74 (5), 21. Sept. 1912 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold.)

1.—3. Vertraulich. In einer an die russischen Botschafter bei den Signatarmächten gerichteten Zirkulardepesche[b]) hat Herr Sazonow behufs Vermeidung eines Krieges zwischen Bulgarien und der Türkei eine Demarche bei der Pforte angeregt, womit derselben die dringende Einführung von Reformen in Mazedonien nahegelegt werden soll. Ich bin geneigt, dieser russischen Anregung soweit entgegenzukommen, als dies mit den allgemeinen, auf die Aufrechterhaltung des status quo gerichteten Grundzügen meiner

Politik und mit meinem, von allen Kabinetten geteilten Wunsche vereinbar ist, die Empfindlichkeit der Pforte soweit als möglich zu schonen. Da ich nun einer telegraphischen Meldung Markgraf Pallavicinis entnehme, daß dessen russischer Kollege bereits im Begriffe steht, sich im Sinne der Zirkulardepesche Herrn Sazonows bei der Pforte auszusprechen, habe ich den k. u. k. Botschafter in Konstantinopel beauftragt, sich parallel mit der Demarche Herrn von Giers in nachstehendem Sinne auf der Pforte vernehmen zu lassen: ... *wie n. 3821 von „Die zunehmende Erregung" bis „der türkischen Regierung zu berufen"* ... Vorstehendes zur Mitteilung im dortigen auswärtigen Amte mit dem vertraulichen Bemerken, daß in meine Instruktion an Markgraf Pallavicini die seitens aller Kabinette günstig beurteilte Idee einer unparteiischen Durchführung der Wahlen deshalb aufgenommen wurde, um hiedurch die Möglichkeit einer Fortsetzung des Gedankenaustausches unter den Kabinetten zu bieten, deren Einmütigkeit gerade in diesem Punkte konstatiert werden konnte, eine Einmütigkeit, die mir behufs Verhütung eines Balkankrieges von eminenter Bedeutung zu sein scheint.

4.—5. (Inseratur Text des Telegrammes sub 1—3 von: „In einer" bis inklusive „berufen.")

4. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an Seine Majestät König Carol mit dem Bemerken, daß in meine Instruktion an Markgraf Pallavicini die seitens aller Kabinette günstig beurteilte Idee einer unparteiischen Durchführung der Wahlen deshalb aufgenommen wurde, um hiedurch die Möglichkeit einer Fortsetzung des Gedankenaustausches unter den Kabinetten zu bieten, deren Einmütigkeit mir behufs Verhütung eines Balkankrieges von eminenter Bedeutung zu sein scheint.

5. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren streng vertraulicher Information. Herrn Geschoff gegenüber sind Euer Hochgeboren ermächtigt, falls derselbe auf den Gegenstand zu sprechen kommen sollte, der falschen Auffassung entgegenzutreten, als ob meine Anregung fallen gelassen wäre, ohne sich auf eine nähere Erörterung in merito einzulassen. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 13 Nr. 19. Vgl. n. 3831, 3833, 3834, 3839, 3856. — [b]) Vgl. Anm. b zu n. 3816.

Nr. 3825. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 21. Sept. 1912 Nr. 68 (eing. 22. Sept. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow ist gestern abends eingetroffen. Sir E. Grey, welcher gestern auf der Durchreise nach Balmoral in die Stadt kam und weiter reisen sollte, hat seine Dispositionen geändert, bleibt heute hier, wird russischen Minister des Äußern empfangen und sich morgen mit ihm nach Balmoral begeben. Premierminister ist gestern bis zum Wiederzusammentritt des Parlaments nach Venedig abgereist. Trauttmansdorff.

[a]) Vgl. n. 3878, 4041.

Tel. nach Paris, 21. Sept. 1912 Nr. 70 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3824.

Nr. 3826. Bericht des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 21. Sept. 1912 Nr. 38 A (eing. 23. Sept.).[a]) Ausfert.

Meine letzte Unterredung mit Herrn Poincaré habe ich mit der Bemerkung eingeleitet, dass ich mit Rücksicht darauf, dass hierseits so oft betont worden war, welchen Wert die französische Regierung auf freundschaftliche Beziehungen zu uns lege, es für meine Pflicht erachte, in freundschaftlicher Weise ihn darauf aufmerksam zu machen, dass die beabsichtigte Konzentrierung der französischen Seemacht im Mittelmeere in der öffentlichen Meinung Österreich-Ungarns, von jener Deutschlands gar nicht zu sprechen, einen nicht erfreulichen Eindruck gemacht habe. Ich sei deshalb gekommen, um von ihm eine Erklärung zu erbitten, hoffend, dass dieselbe darnach angetan sein wird, bei uns beruhigend zu wirken. Herr Poincaré tat ganz erstaunt, obwohl er auf meine Frage gefasst sein musste, und war in seiner Antwort anfänglich auffallend zurückhaltend. Es lag in seinem Benehmen etwas, was in mir die Impression erweckte, als ob ihm die ungünstige Beurteilung des Auslands mehr oder weniger einerlei wäre. Erst später fand er den warmen Ton wieder, welcher sonst unseren Verkehr charakterisierte. Der Ministerpräsident erklärte, dass die besagte Massnahme vorläufig, wenn auch so gut als entschieden, so doch definitiv noch nicht beschlossen sei, dass sie seit Jahren in Aussicht genommen war und jetzt, da der Hafen von Biserta fertiggestellt sei, ausgeführt werden müsste. Er bat mich insbesondere, Euer Exzellenz zu melden, dass alle Kommentare, welche die in Rede stehende Verfügung mit einer vorherigen Verabredung mit den Entente-Mächten oder mit einer derselben in Zusammenhang bringen, vollständig aus der Luft gegriffen seien. Die französische Regierung habe diese, wie gesagt, längst beschlossene Vereinigung der gesamten Seestreitkräfte aus eigenster Initiative, ohne vorhergehendem Einvernehmen mit sei es wem immer, in Aussicht genommen. Die Gründe, welche sie hiezu bestimmten, seien taktischer Natur. Frankreich brauche im Mittelmeere eine starke Seemacht, um seine Verbindung mit den afrikanischen Besitzungen im Notfalle wirksam verteidigen zu können. Die Massnahme habe gewiss keinen aggressiven Zweck und sei insbesondere nicht gegen uns gerichtet. Euerer Exzellenz ist meine Unterredung, welche ich über denselben Gegenstand mit Herrn Paléologue hatte, vielleicht noch in Erinnerung (vergleiche meinen gehorsamsten Bericht vom 14. d. M. Nr. [37] A) und so werden auch Hochdenselben die Abweichungen in den beiden Antworten aufgefallen sein. Es handelt sich nun darum, aus der Dichtung die Wahrheit herauszuschälen. Vor Allem ist es sicher nicht richtig, dass die Verfügung des Marineministeriums ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Ministerium des Äussern getroffen worden wäre. Herr Delcassé ist selbst Minister des Äussern gewesen und es ist ganz unwahrscheinlich, dass er, wohl wissend, dass die Massnahme im Auslande lebhaft kommentiert werden würde, dieselbe ganz aus Eigenem beschlossen hätte. Was nun die Erklärungen des Ministerpräsidenten betrifft, so ist es allerdings schwer, in seine mit besonderem Nachdrucke öfters wiederholte Behauptung, dass nämlich die Konzentrierung der französischen Flotte nicht auf Wunsch einer der Ententemächte oder selbst nach vorhergegangener Verabredung mit denselben

verfügt werden soll, Zweifel zu setzen. Aber auch, wenn wir uns dieser Behauptung gegenüber skeptisch verhalten wollen, so bleibt es immerhin zweifelhaft, ob erstens Russland ein tatsächliches Interesse an der Konzentrierung der französischen Streitmächte im Mittelmeere haben kann, zweitens aber auch, ob es mit dem britischen Stolz ganz vereinbar ist, die Verteidigung englischer Interessen der französischen Flotte anzuvertrauen, von welcher man, wie ich höre, im Inselreiche nichts weniger als eine hohe Meinung hat. Auf deutscher Seite wird, wie Euere Exzellenz gewiss bereits wissen, die These aufgestellt, Frankreich konzentriere seine Flotte im Mittelmeer mit der Absicht, hiedurch auf Italien einzuwirken und es vom Dreibunde abspenstig zu machen. Der vielbemerkte Artikel des „Temps" vom 16. d. M., welcher von Herrn Tardieu geschrieben, aber angeblich von Herrn Barrère, welcher zur Zeit gerade in Paris war, souffliert worden ist, lässt eine derartige Vermutung allerdings zu. Es wird darin die Behauptung aufgestellt, Italien verfolge zweierlei Politik, eine Festlandspolitik, welche es an den Dreibund anschliesse, und eine maritime Politik, welche es zu einem freundschaftlichen Einvernehmen mit der Tripleentente veranlasse. (Gäbe es eine dritte Möglichkeit, würde es nicht zögern, auch diese zu ergreifen!) Auch mein deutscher Kollege, welcher mit Herrn Poincaré wieder einmal boudiert und sich vom letzten Diplomatenempfang ferngehalten hat, ist überzeugt, dass die in Rede stehende maritime Massnahme den Zweck hat, Italien zu impressionieren und ihm gewissermassen die Gefahren vor Augen zu führen, welchen es entgegensteuert, wenn es sich seinen Bundesgenossen zu sehr in die Arme werfen sollte. Den italienischen Blätterstimmen nach zu urteilen ist dieser Plan, wenn er bestanden haben sollte, nicht gelungen; der Effekt scheint sogar ein gegenteiliger gewesen zu sein. Was nun den taktischen Wert der Flottenkonzentrierung betrifft, so dürfte dieser nicht hoch einzuschätzen sein; die sechs Panzerschiffe, aus welchen die III. Eskader besteht, sind insgesammt älterer Konstruktion und repräsentiren für den Ernstfall keinen grossen Wert als Kampfobject. Ihr Wert wird vielmehr — so denke ich — vorzüglich vom Standpunkte des Truppentransportdienstes zu bemessen sein, da im Falle einer eventuellen Kriegsgefahr nicht nur die in Tunis stationierte Truppenmacht, sondern nun auch die in Marokko verwendeten Streitkräfte (gegenwärtig dürften gegen 80.000 Mann dort verwendet sein) von Afrika herüberzutransportieren sein werden. Wenn man nun die Konzentrierung der französischen Flotte von diesem Standpunkt betrachtet, so wird es klar, dass hiemit keinem fremden, sondern eben nur dem französischen Interesse gedient sein sollte. Nichtsdestoweniger glaube ich, dass die nahezu vollkommene Entblössung der atlantischen Küste Frankreichs nicht ohne der, wenn auch nur nachträglichen Zustimmung Englands erfolgen konnte, welchem nun allein die Verteidigung der Nordsee überlassen bleibt. Möglicherweise ist in der Internationalisierung Tangers das hierseits angebotene Kompensationsobject zu suchen. Somssich.

[a]) Vgl. n. 3837.

Tel. nach Rom, 21. Sept. 1912 Nr. 154 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3824.

Nr. 3827. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 21. Sept. 1912 Nr. 130 (eing. 22. Sept. 9 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Ich hatte heute Gelegenheit, Inhalt Euer Excellenz Telegrammes Nr. 152[a]) gegenüber Marquis San Giuliano zu verwerten. Derselbe hatte schon von Hochderen einschlägiger Unterredung mit dem italienischen Geschäftsträger Kenntnis und bat mich, Euer Excellenz seinen Dank zu übermitteln. Zu den Äusserungen der türkischen Staatsmänner an Markgrafen Pallavicini bemerkte er, dass die Souveränitätsfrage auch für die italienische Regierung nicht umschiffbare Klippe bilde: In dieser Richtung fahre er mit dem Bemühen fort, modus procedendi und Formel auszudenken, welche vitale Interessen Italiens mit Prestige der Türkei in Einklang bringen könnten. Was Manifestationen von arabischer Seite zu Gunsten Fortsetzung des Krieges betreffe, frage es sich, was die türkischen Staatsmänner hierunter verstehen; wenn sie dabei an arabische Bevölkerung des ottomanischen Reiches und an Gefahr mohammedanischen Schismas zu denken behaupten, so halte er dies für leeren Vorwand. Denn bei Mangel an Organisation, an Leitern und an Verbindung unter den Stämmen Arabiens könne von gefährlicher Rückwirkung des Friedensschlusses auf Haltung derselben sowie von ernstlichen Gefahren für Kalifat nicht die Rede sein. Sollten dagegen die Herren auf der Pforte ihr Zögern mit dem Wunsche der Araber Libyens nach Fortsetzung des Krieges begründen, so gebe er offen zu, dass Schwierigkeiten vorhanden seien, die sich mit denen der Abberufung der türkischen Truppen verquicken. Er könne aber nicht glauben, dass diese Schwierigkeiten unüberwindlich seien, zumal Pforte wisse, dass die italienische Regierung bereit sei, den Häuptlingen der arabischen Stämme in Libyen günstige Bedingungen (hierunter versteht der Minister reichlichen Bakschisch) zu gewähren. Ambrózy.

[a]) Mit Tel. Nr. 152, 18. Sept. 1912 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.) wurde n. 3804 auszugsweise nach Rom mitgeteilt.

Nr. 3828. Tel. an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 21. Sept. 1912 Nr. 109 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 108 vom 20. l. M. Laut einer Meldung Markgraf Pallavicinis steht sein russischer Kollege im Begriffe, sich bei der Pforte im Sinne der Zirkulardepesche Herrn Sazonows[b]) auszusprechen. Da ich Wert darauf lege, dem Wunsche der russischen Regierung tunlichst entgegenzukommen, habe ich Markgraf Pallavicini beauftragt, sich parallel mit der Demarche Herrn von Giers in nachstehendem Sinne auf der Pforte vernehmen zu lassen: ... *wie n. 3821 von „Die zunehmende Erregung" bis „der türkischen Regierung zu berufen"* ... Vorstehendes zur Mitteilung im dortigen auswärtigen Amte mit dem vertraulichen Bemerken, daß in meine Instruktion an Markgraf Pallavicini die seitens aller Kabinette günstig beurteilte Idee einer unparteiischen Durchführung der Wahlen deshalb aufgenommen wurde, um hiedurch die Möglichkeit einer Fortsetzung des Gedankenaustausches unter den Kabinetten zu bieten, deren

Einmütigkeit gerade in diesem Punkte konstatiert werden konnte, eine Einmütigkeit, die mir behufs Verhütung eines Balkankrieges von eminenter Bedeutung zu sein scheint. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 13 Nr. 19. Vgl. n. 3816, 3835. — b) Vgl. n. 3816 Anm. b.

Tel. nach Sofia, 21. Sept. 1912 Nr. 74 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3824.

Nr. 3829. Tagesbericht über einen Besuch des türkischen Botschafters, 22. Sept. 1912. Konz. (S. Rappaport; V. und G. Macchio).

Der ottomanische Botschafter teilte bei seinem heutigen Besuche mit, die Pforte hätte die Nachricht erhalten, daß das Petersburger Kabinett, welches den Ausbruch eines türkisch-bulgarischen Krieges für unausweichlich ansehe, sich an die kaiserlich deutsche Regierung mit Vorschlägen betreffend die Lokalisierung des Konfliktes gewendet und daß auch das Wiener Kabinett sich dieser russischen Demarche in Berlin angeschlossen habe. Auf die Frage Mavroyeni Beys nach dem dieser Nachricht zugrunde liegenden Sachverhalte wurde dem Herrn Botschafter geantwortet, es sei allerdings richtig, daß Rußland durch die Kriegsgefahr sehr präokkupiert sei und daher möglich, daß das Petersburger Kabinett sich mit Lokalisierungsvorschlägen befasse. Hier walte jedoch eine minder pessimistische Auffassung der Situation vor, da wir nach wie vor an der Erhaltung des status quo und der Ruhe am Balkan festhalten und die Hoffnung nicht aufgeben, daß es zu keiner Störung des Friedens kommen werde. Wir hielten daher eine Lokalisierung des Krieges nicht für aktuell; der Moment, um eine solche ins Auge zu fassen, werde erst dann gekommen sein, wenn sich ein bewaffneter Konflikt durchaus nicht mehr vermeiden lassen sollte. Hieraus gehe hervor, daß die Nachricht, als ob das k. u. k. Kabinett sich dem angeblichen russischen Schritt angeschlossen hätte, den Tatsachen nicht entspricht.

Nr. 3830. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 22. Sept. 1912 Nr. 401 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Ich höre, dass der Pforte gestern sehr beunruhigende Nachrichten aus Bulgarien zugekommen sind. Pallavicini.

Nr. 3831. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 22. Sept 1912 Nr. 131 (eing. 9 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Ich habe mich des mir mit Euer Exzellenz Telegramm Nr. 154 erteilten Auftrages entledigt. Marquis di San Giuliano hatte noch keine Kenntnis von Petersburger Circulardepesche, erwartet aber morgen den in Sorrent weilenden russischen Botschafter. Er antwortete mir, dass Italien gegenwärtig in Konstantinopel keine Demarchen ausführen lassen könne, dass er aber Euer Exzellenz Instruktionen an Markgrafen Pallavicini sehr weise finde und, da er die friedlichen Absichten der russischen Regierung kenne, überzeugt sei, dass diese Instruktionen auch den Tendenzen des Petersburger Kabinettes entsprechen. Ambrózy.

Nr. 3832. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 23. Sept. 1912 Nr. 402 (eing. 24. Sept. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Hohen telegraphischen Auftrag vom 22. d. M. Nr. 197 heute ausgeführt, wobei ich den zur Mitteilung bestimmten Teil des Telegrammes in französischer Übersetzung dem Minister des Äussern vorlas. Derselbe schien mir anfangs etwas misstrauisch, da er offenbar dahinter eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei witterte. Erst nach eingehender Klarlegung des bezüglichen Standpunktes Euer Excellenz liess er sich von dem Ferneliegen dieser Tendenz überzeugen und nahm dann sogar meine Mitteilung mit Dank entgegen. Er erwiderte, dass die türkische Regierung es ohnehin als ihre Pflicht ansehe, die Sicherheit der Person und des Eigentums ihrer Untertanen zu wahren, und bestrebt sei, deren Wünschen möglichst entgegenzukommen; hiebei wies er auf das in meinem Telegramme Nr. 400[b] vom 22. d. M. erwähnte Communiqué hin. Bezüglich der Wahlen sagte mir Minister, dass die jetzige Regierung strengste Unparteilichkeit wahre; seiner Ansicht nach gehe sie hierin sogar vielleicht etwas zu weit. Was den Eindruck in den Balkanstaaten anbelange, bemerkte Gabriel Effendi des weiteren, seine Überzeugung gehe dahin, dass man dieselben niemals befriedigen könne, da sie nur nach Prätexten suchen, um Verwicklungen herbeizuführen. Türkische Regierung sei bereit, den Mächten auch bindende Erklärungen abzugeben, niemals aber werde sie dies den Balkanländern gegenüber tun. In Beziehung auf Bulgarien sprach sich Gabriel Effendi sehr pessimistisch aus und betonte hiebei mehrere Male, dass die Türkei sich auch ihrerseits nicht Alles bieten lassen könne. Auch Montenegros Haltung bezeichnete er als höchst provozierend. Vor einigen Tagen seien zehn katholische Bairaktare in Cetinje vom Könige empfangen worden und hätten dann in einem öffentlichen Lokal in Gesellschaft montenegrinischer Minister die bevorstehende Annexion der Malissia gefeiert. Die türkische Regierung werde sich gezwungen sehen, gegen diese Bairaktare mit grösster Strenge vorzugehen. Anderseits erfahre er, dass die Malissoren sich mit der Absicht trügen, von der Regierung die Autonomie zu verlangen. Im Sinne des letzten Alineas[c] der hohen Weisung habe ich bis jetzt Gelegenheit gehabt, mit meinem deutschen und französischen Kollegen zu sprechen. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 14 Nr. 21. Vgl. n. 3843. — [b] Mit Tel. Nr. 400, 22. Sept. 1912 (eing. 6 U. p. m.) wurde aus Konstantinopel die Kundmachung des Preßbureaus über die Ausdehnung der den Albanesen gemachten Konzessionen mitgeteilt, in der ausdrücklich betont wurde, daß der Ministerrat diese Beschlüsse infolge von Erklärungen gewisser Botschafter sowie einer Relation des türkischen Botschafters in Petersburg gefaßt habe. — [c] Letztes Alinea von n. 3821 beginnt mit „Euer Exzellenz sind ermächtigt".

Nr. 3833. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 23. Sept. 1912 Nr. 70 (eing. 24. Sept. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe heute in Ausführung der telegrafischen Weisung vom 21. d. M. Nr. 57 Instruktion an Markgrafen Pallavicini in Angelegenheit Anregung Herrn Sazonows dem Unterstaatssekretär mitgeteilt. Sir A. Nicolson sagte

mir, er habe Tevfik Pascha in Form einer Konversation auf Gefährlichkeit der Situation und auch darauf aufmerksam gemacht, dass türkische Behörden selbst grosse Schuld an der in der europäischen Türkei herrschenden Erregung tragen. Er habe als Beispiel auch die Vorfälle in Kočana erwähnt. Sir A. Nicolson hat weiters dem türkischen Botschafter gesagt, dass es für eine erspriessliche, kalmierende Einflussnahme auf die Balkanstaaten in hohem Grade wichtig wäre, dass Pforte den Mächten eine Handhabe gebe, mit welcher eine solche Einflussnahme bewerkstelligt werden könnte, und hat in diesem Zusammenhange auf die Notwendigkeit der Einführung von Reformen zu Gunsten der Nationalitäten in Macedonien hingewiesen. Diese Konversation mit Tevfik Pascha sei dem englischen Geschäftsträger in Konstantinopel mitgeteilt worden, seine Sprache in diesem Sinne zu regeln. Dem bulgarischen und dem serbischen Vertreter gegenüber, welche beide Ende voriger Woche bei ihm (Unterstaatssekretär) vorsprachen, habe er nachdrücklichst nahegelegt, dass man Geduld haben und türkischer Regierung, die besten Willen habe, Zeit lassen müsse, ihre guten Absichten in Taten umzusetzen. Sir A. Nicolson hat Vorstehendes Herrn Sazonow, als er ihn Samstag bei sich sah, mündlich mitgeteilt. Derselbe hätte sich mit dieser Erledigung seiner Anregung befriedigt erklärt. Trauttmansdorff.

[a]) Vgl. n. 3854.

Nr. 3834. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 23. Sept. 1912 Nr. 104 (eing. 5 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Den mittelst Telegrammes vom 22. d. M. Nr. 70 erhaltenen Auftrag habe ich heute ausgeführt. Politischer Direktor nahm die Mitteilung dankend entgegen und versicherte, dass die französische Regierung grossen Wert darauf lege, bezüglich der Balkanangelegenheiten mit Euer Excellenz in konstanter Fühlung zu bleiben. Die momentane Lage am Balkan hält Herr Paléologue für eine äusserst bedenkliche und nur das einmütige Vorgehen der Mächte könne möglicherweise noch den Frieden retten. Somssich.

Nr. 3835. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 23. Sept. 1912 Nr. 155 (eing. 24. Sept. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich habe mich heute Euer Exzellenz telegraphischen Auftrages 109 von gestern bei Herrn Neratow entledigt. Gerent bat mich, Euer Exzellenz für diese Unterstützung russischer Demarche seinen Dank zu vermitteln. Er sagte mir, er habe von Berlin noch keine Antwort erhalten, hoffe aber, dass die englische und französische Regierung irgend einen Schritt bei der Pforte unternehmen würden. Jedenfalls, meinte er, würde gleichzeitig erfolgende russische und österreichisch-ungarische Demarche, welche praktisch dasselbe Ziel verfolge, nicht ohne Eindruck auf die Pforte bleiben. Letzte Nachrichten Gerenten aus Sofia sind sehr schlecht und erhoffe er nur von einer Einflussnahme in Konstantinopel zur Erlangung von Reformen Verhinderung Krieges. Szilassy.

[a]) Oe. U. Balkan 14 Nr. 20.

Nr. 3836. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 24. Sept. 1912 Nr. 38 A (eing. 26. Sept.). Ausfert.

Streng vertraulich. Es entspricht geradezu einem System, wenn in der Wilhelm-Strasse beunruhigende Nachrichten aus den christlichen Balkanstaaten stets etwas skeptisch beurteilt werden. Auch heute wiederholte mir der Staatssekretär, es lägen ihm keine direkten Nachrichten aus den Balkanzentren vor, die besonders besorgniserregend lauten würden und die Versicherungen Herrn Geschows, er sehe den Krieg oder Revolution als unvermeidlich, halte er für einen bluff. Von einer Einwirkung auf die Pforte verspricht sich Herr von Kiderlen, wie Euerer Exzellenz bekannt, nicht viel. Ich glaube übrigens, dass der Staatssekretär in seinem Innersten an die Fähigkeit der Türkei nicht glaubt, Reformen durchführen zu können. Im Auswärtigen Amte ist man geneigt anzunehmen, dass die jetzt von Herrn Sazonow vorgeschlagene Démarche in Konstantinopel dem Bedürfnisse entsprungen sei, nach Euer Exzellenz letzter Anregung russischerseits „etwas für die christlichen Balkanstaaten zu tun." Der Herr italienische Botschafter ist der Ansicht, dass infolge des unter der Patronanz Russlands angeblich zustande gekommenen serbisch-bulgarischen Bündnisses und des im Anschlusse daran sich manifestierenden Kontaktes zwischen Sofia, Belgrad, Athen und Cetinje, bei der wachsenden Erregung in den Balkanstaaten, Herrn Sazonow Angst und Bange geworden und er de bonne foi sei, wenn er nun Alles daran setze, die Geister zu bannen, die er — ohne es zu wollen — gerufen. In Cetinje habe der eben dahin zurückgekehrte russische Gesandte kategorisch erklärt, Russland sei gegen jede kriegerische Aktion und warne vor einer solchen; sollte seiner Mahnung nicht entsprochen werden, so wäre es gezwungen, seine Subvention an Montenegro einzustellen. Nicht weniger energisch habe Herr Sazonow sich dem bulgarischen Gesandten in Petersburg gegenüber ausgesprochen und sich in Sofia vernehmen lassen, wo er zu bedenken gab, dass Russland den Krieg nicht wünsche und gegebenen Falles Bulgarien sich selbst überlassen würde. Letzteres hat Sir Arthur Nicolson dem Marquis Imperiali mitgeteilt, wobei der Unterstaatssekretär gleichzeitig bemerkte, es schiene ihm nur fraglich, ob Herr Sazonow auch in der Lage wäre, eine panslavistische Strömung in Russland, die im Falle eines Krieges mit der Türkei zu Gunsten Bulgariens einsetzen würde, zurückzudämmen. Herr Pansa, der viele Jahre seiner Karrière, zuletzt als Botschafter in Konstantinopel, auf dem Balkan zugebracht, glaubt eigentlich nicht an den Ausbruch eines Krieges. Wenn Russland den Krieg auf dem Balkan wollte, wäre er unabwendbar; es sei aber doch auch fraglich, ob die slavischen Balkanstaaten gegen den Willen Russlands losschlagen würden. Die Grossmächte seien sich darüber einig, dass ein Balkankrieg verhütet, sollte er aber ausbrechen, lokalisiert werden müsste. Flotow.

Nr. 3837. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 24. Sept. 1912 Nr. 38 B (eing. 26. Sept.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Nach Ansicht der hiesigen massgebenden Kreise ändert die Zusammenziehung der französischen Flotte im Mittelmeere,

praktisch genommen, nichts an der Weltlage. Für den Fall eines Krieges, so äusserte sich mir gegenüber der Direktor der politischen Abteilung im Auswärtigen Amte, sei es irrelevant, ob die französischen Kriegsschiffe, „die ohne Pulver seien", sich im Mittelmeere oder in der Nordsee befänden. Tatsächlich sei das französische Pulver derart gefährlich, dass man es allenthalben von den Schiffen ausgeladen habe. Wenn es heute zur Mobilisierung käme, hätten die meisten französischen Schiffe kein Pulver. Der Eindruck, den die französische Massnahme auf Italien gemacht, sei aber für den Dreibund ganz günstig; nach dem Friedensschlusse sei nun wohl mit Sicherheit auf die Erneuerung des Dreibundes zu rechnen. Der Gedanke, dass Italien durch die Vereinigung der französischen Geschwader im Mittelmeer an den Dreibund fester gekettet werde, wurde auch in der deutschen Presse vielfach erörtert und hiebei auf die Möglichkeit hingewiesen, dass sich nunmehr Österreich-Ungarn und Italien angesichts der Gefahr einer englisch-französischen Monopolisierung des Mittelmeeres enger als bisher zusammenschliessen würden. Durch die bekannten Artikel des „Temps" und des „Journal des Débats", wurde in die Diskussion eine scharfe Note gebracht, die deutscherseits nicht gemildert wurde. In einem offiziösen Telegramme aus Berlin reflektierte die „Frankfurter Zeitung" darauf, indem sie ausführte: „Es müsse eigentümlich berühren, dass man neuerdings in Frankreich, wie auch in England, die Gewohnheit angenommen, Massregeln im Heer- und Flottenwesen mit Hinweisen auf bestimmte politische Konstellationen und auf bestimmte Mächte zu begründen, gegen die die jeweiligen Neuerungen gerichtet sein sollen. Das sei eine bedenkliche Art, politisch-militärische Betrachtungen anzustellen, bedenklich: denn das entsprechende Echo könne unter solchen Umständen nicht ausbleiben. Dort, wo man die politischen Beziehungen kenne und ruhig beurteile, glaube man nicht, dass Italien sich durch die kaum verblümten Drohungen der beiden inspirierten Blätter werde einschüchtern lassen. Der Wert der italienischen Flotte werde übrigens in Deutschland erheblich höher eingeschätzt als von den beiden Blättern, denen in dem kühnen Fluge ihrer politischen Gedanken ganz entfallen zu sein scheine, dass Frankreich auch Landgrenzen habe. Auffallend sei, dass diese herausfordernde Sprache französischer Blätter sich seit dem Besuche Poincarés in Russland bemerkbar mache". Die italienischen Blätterstimmen, die von den hiesigen Zeitungen wiedergegeben wurden, zeugten von einem starken Eindruck, den die französische Flotten-Konzentration im Mittelmeere in Italien hervorgerufen, und liessen ein stärkeres Hervortreten des Dreibundgedankens wahrnehmen. In der Folge scheint die italienische Presse ihre Äusserungen nach dieser Richtung wieder weniger zu akzentuiren. Der Herr italienische Botschafter sagte mir diesbezüglich, die italienische Regierung sei gezwungen, so lange der italienisch-türkische Krieg dauere, sehr vorsichtig vorzugehen, um sich auch auf der Seite der Tripleentente-Mächte keine Gegner zu schaffen. Die oben erwähnten Artikel des „Temps" und der „Débats" hätten die französische Massnahme auf das Ungeschickteste sekundiert. Es erscheine ihm zweifellos, dass der Dreibundgedanke sich in Italien nun noch fester verankert hätte. Herr Pansa ist der Ansicht, dass die Vereinigung der französischen Geschwader

im Mittelmeere das Ergebnis einer Verständigung zwischen England und Frankreich sei; ein Vertrag bestehe — seiner Überzeugung nach — nicht, da ein solcher den englischen Traditionen zuwider sein würde. Flotow.

[a]) Vgl. n. 3826, 3840.

Nr. 3838. Privatschreiben des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 24. Sept. 1912 (eing. 26. Sept.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Der Staatssekretär war einige Tage unsichtbar und erst gestern abends konnte ich mich ihm gegenüber des mir mit hohem Erlasse vom 21. d. M. Nr. 3888 erteilten Auftrages erledigen. Wie ich Euer Exzellenz bereits telegrafisch[b]) ergebenst zu berichten die Ehre hatte, äusserte er sich sehr betroffen darüber, dass nachdem er, wie er Euer Exzellenz mitteilen liess, sich seine Antwort an den russischen Geschäftsträger bis zu einer Verständigung mit Euer Exzellenz vorbehalten hatte, Hochdieselben nun bereits eine Démarche in Konstantinopel dem Markgrafen Pallavicini aufgetragen hatten, ohne mit dem Berliner Kabinet darüber in Fühlung zu treten. Er werde unter diesen Umständen dem russischen Geschäftsträger antworten, dass die deutsche Regierung nicht beabsichtige, eine Démarche in Konstantinopel zu unternehmen. Ich habe den Staatssekretär darauf aufmerksam gemacht, dass Euer Exzellenz durch die Aufnahme der seitens aller Kabinette günstig beurteilten Idee einer unparteiischen Durchführung der Wahlen in die Instruktion an den k. und k. Botschafter in Konstantinopel die Möglichkeit einer Fortsetzung des Gedankenaustausches unter den Grossmächten gebeten (sic!) hätten. Herr von Kiderlen ging aber darauf nicht näher ein, sondern wiederholte mir die, wie Euer Exzellenz erinnerlich, schon dem Herrn Botschafter gemachte Bemerkung, dass er es sehr gewünscht hätte, wenn Euer Exzellenz seinerzeit von der beabsichtigten Anregung zum bekannten Gedankenaustausch, bevor sie den übrigen Mächten bekanntgegeben wurde, dem Bundesgenossen hätten eine Mitteilung zukommen lassen, da der Umstand, dass dies nicht geschehen sei, von den Ententemächten nicht unbemerkt blieb. Er habe nun, so fuhr der Staatssekretär fort, versucht den intimen Kontakt zum Ausdruck zu bringen, der zwischen den beiden so eng verbündeten Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns bestehe, und deshalb erscheine ihm der Vorfall besonders bedauerlich. Ich habe die mir zur Verfügung stehenden Argumente anzuwenden gesucht, um den Staatssekretär von seiner vorgefassten Meinung abzubringen; er zeigte sich aber absolut „gekränkt" und wollte von seiner Auffassung nicht lassen. Herr von Kiderlen hatte scheinbar gehofft, Euer Exzellenz würden der russischen Anregung nicht Folge geben. Ob er dadurch gerade im gegenwärtigen Augenblick auf die Akzentuirung der Mächtegruppen, wie sie anlässlich Euer Exzellenz Aktion durchzufühlen war, antworten wollte, oder welch' andere Idée ihn dabei leitete, ist schwer festzustellen. Herr von Stumm sagte mir, dem Staatssekretär sei es sehr unangenehm, dass wir nun auch unsererseits in Konstantinopel eine Démarche unternommen hätten; man hätte Russland doch „die Suppe allein auslöffeln" lassen sollen! Ich möchte glauben, dass die nach und nach in

Erscheinung tretenden Folgen des Petersburger Besuches Herrn Poincarés und die gegenwärtigen Besprechungen in Balmoral den Herrn Staatssekretär etwas nervöse gemacht haben, und dass seine grosse Empfindlichkeit uns gegenüber unter diesem Gesichtspunkte zu beurteilen ist. Flotow.

[a]) Vgl. n. 3714, 3850. — [b]) Tel. Nr. 178 wurde in Berlin erst am 25. Sept. 12 U. 31 M. nachts aufgegeben. Sein Inhalt ist hier wiederholt.

Nr. 3839. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus Bukarest-Sinaia, 24. Sept. 1912 Nr. 48 A (eing. 26. Sept.). Ausfert.

Ich hatte gestern die Ehre, vor Seiner Majestät dem König zu erscheinen und Höchstdemselben den Inhalt des hohen Telegrammes vom 21. laufenden Monats Nr. 33 mitzuteilen, welchen der König mit großem Interesse zur Kenntnis nahm. Seine Majestät beauftragte mich, Euer Excellenz Seinen besten Dank für Hochderen Schreiben,[a]) sowie für diese Mitteilung zu vermelden. Aus diesen Nachrichten, sowie aus den Meldungen, die Seine Majestät direkt erhalten habe, habe Er die Überzeugung gewonnen, daß die Lage am Balkan eine sehr ernste, wenn auch nicht hoffnungslose sei. Die Absicht Euer Excellenz, in der Betonung der Notwendigkeit unbeeinflußter Wahlen ein Terrain für eine vollkommen identische Haltung der Mächte zu finden, bezeichnete Seine Majestät als eine sehr glückliche, da es vor Allem darauf ankomme, in Konstantinopel den Eindruck absoluter Einmütigkeit zu erwecken. Auch das Bestreben, die Empfindlichkeit der Pforte nach Tunlichkeit zu schonen, begrüßte der König sehr lebhaft, da Seiner Ansicht nach die Gefahr vorliege, die Konstantinopler Regierung könnte von falschem Stolz geleitet à tout prix den Schein wahren wollen, sich fremden Einfluß unzugänglich zu zeigen. Gerade deshalb habe Er die August-Initiative Euer Excellenz, welche hiemit rechnete, so freudig aufgenommen, und es frage sich, ob die jetzige russische Démarche nicht in Konstantinopel stark verstimmen werde. Es sei interessant zu konstatieren, daß das russische Kabinett noch vor Kurzem augenscheinlich unter dem Einfluß des französischen Ministerpräsidenten sich energisch in Sofia und Cetinje vernehmen ließ, während es jetzt gleichzeitig mit dem Besuche Herrn Sazonows in London umsattle und seine Warnungen in Konstantinopel anbringe. Es sei nicht ausgeschlossen, daß sich hiebei schon der Einfluß des englischen Balkan-Komités äußere, welcher ja immer in der englischen Politik mitspreche. Überhaupt werde von der Orientierung der englischen Politik viel abhängen. Sehr wichtig erscheint dem König nach wie vor die baldige Beendigung des italienisch-türkischen Krieges. Diesfalls sei Er in den letzten Tagen ohne Nachricht. Seine Majestät bemerkte, Er wäre sehr dankbar zu erfahren, ob Euer Excellenz über den Fortgang der Friedensverhandlungen neueste Nachrichten erhalten haben. Sehr zu hoffen sei, daß sich Italien nicht nochmals zu einem Dardanellenangriff entschlöße, dessen Folgen würden die Lage in Bulgarien verschlimmern und wahrscheinlich auch Russland veranlassen, schärfer gegen die Türkei vorzugehen. Auf die einzelnen Balkanstaaten übergehend, sagte Seine Majestät, der bulgarische Gesandte habe Ihm vor zehn Tagen im Auftrage

König Ferdinands die bündigsten Friedensversicherungen gegeben. Seither hätte sich die Kriegsströmung in Bulgarien aber verstärkt; „die Bulgaren sind jetzt kaum mehr zu halten", bemerkte der König. Daß ein bulgarisch-serbisches Übereinkommen für den Kriegsfall bestände, hielt Seine Majestät für ganz sicher. Auch in Montenegro gewinne die Kriegspartei an Stärke. Seine Majestät habe dieser Tage durch Herrn Mişu in „freundschaftlicher Konversationsform" den Rat erteilen lassen, die türkisch-montenegrinische Grenzfrage baldigst zu regeln, da dies eine Détente herbeiführen würde, gleichzeitig habe Er „um das Vertrauen der Pforte zu befestigen" dort wissen lassen, man werde der türkischen Regierung alle irgendwie alarmierenden Maßregeln der Balkanstaaten, die hier bekannt würden, sofort mitteilen. Bis jetzt sei Seine Majestät überzeugt, daß Bulgarien keine wie immer gearteten Kriegsvorbereitungen in Angriff genommen habe. Im Allgemeinen erlaube ich mir die Auffassung Seiner Majestät dahin zusammenzufassen, daß Höchstderselbe die Lage als ernst betrachtet, die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Konflikte am Balkan aber weniger für diesen Herbst als für das nächste Frühjahr fürchtet, falls es bis dahin nicht gelungen sein sollte, ein Abflauen der kriegerischen Strömungen und die Beseitigung deren Ursachen herbeizuführen. Die eventuelle Haltung Rumäniens im Falle eines Angriffs auf die Türkei berührte Seine Majestät mir gegenüber nicht. In hiesigen militärischen Kreisen konnte man in letzter Zeit wiederholt die Ansicht aussprechen hören, daß Rumänien bald in einen Krieg mit Bulgarien verwickelt werden dürfte. Die rumänische Presse zeigt sich nach wie vor den auswärtigen Ereignissen gegenüber sehr indifferent und füllt ihre Spalten mit Parteienhader. Otto Czernin.

[a]) n. 3803.

Nr. 3840. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 24. Sept. 1912 Nr. 68 D (eing. 26. Sept.).[a]) Ausfert.

Geheim. Wie ich Euerer Excellenz unterm 14. l. M. Nr. 119 telegraphisch zu melden die Ehre hatte, ist mir von gut unterrichteter Seite die Nachricht zugekommen, dass der Eindruck, welchen die Verstärkung der französischen Mittelmeerescadre in den ernsten politischen Kreisen Roms gemacht hat, viel stärker ist, als sich dies aus der Presse erkennen liess. Namentlich in gewissen Kreisen, welche — wie sie sagen — die Erneuerung des Dreibundes von genügenden Garantien für die Wahrung der Mittelmeerinteressen Italiens abhängig machen wollten, soll man ganz ausser Rand und Band darüber gewesen sein, dass Frankreich gerade jetzt gegenüber Italien in einer Weise vorgeht, die es letzterem unmöglich macht, zwischen den Gruppen der Mächte zu wählen, die ihm seine Stellung im Mittelmeer garantieren sollten. Man hörte sagen, dass Frankreich durch diesen Schachzug auch solche Politiker in den Dreibund-Gedanken treibe, welche bisher nicht viel dafür übrig hatten. Die Nationalisten, welche seit dem Beginn des Krieges die Prädominanz Italiens im Mittelmeer predigten, seien tief verletzt durch die Aeusserung des Admirals Germinet, dass Frankreich sich diese Vorherrschaft sichern müsse. Die Erregung zittert noch

heute in den Blättern nach, und ich glaube die Richtigkeit meiner Behauptung aufrechterhalten zu können, dass die Mächte der Tripel-Entente dem Dreibundgedanken nicht leicht hätten einen wertvolleren Dienst erweisen können, als durch diesen Schachzug. Inzwischen hat sich aber immerhin eine gewisse Beruhigung und Klärung ergeben, wozu die Einwirkung der italienischen Regierung, die Haltung der französischen Presse, vielleicht auch die unserer Journale beigetragen haben dürfte. Dass die Consulta auf die Blätter beschwichtigend einzuwirken versucht hat, habe ich Euerer Excellenz zu melden die Ehre gehabt. Es konnte der italienischen Regierung, welche das lebhafteste Interesse daran hat, es sich bis zum Friedensschluss mit niemand zu verderben, nicht gelegen kommen, dass sich die italienischen Publicisten in einen frankophoben Taumel hineinschreiben. So wurde dem „Popolo Romano" nahegelegt, die militärische Bedeutung der französischen Massnahme abzuleugnen. Die Gruppe der von Herrn Barrère besoldeten Blätter, an der Spitze der „Messaggero" und der „Secolo", liessen sich, wenn auch nicht ohne massvolle Einwendungen, von der Idee des „Temps" captivieren, dass Italien die bisherige Politik des Lavierens zwischen seinen Verbündeten und seinen Freunden fortsetzen könne, eine Idee, welcher die „Tribuna" entgegentrat. Die Nationalisten, bei welchen bekanntlich Österreich-Ungarn alles eher als beliebt ist, sind ehrlich genug, Frankreich offen zu sagen, dass es ihr Vertrauen verloren habe, und dass sie sich uns nähern müssen. Auf den reinen Standpunkt des Dreibundes stellten sich eigentlich nur die wenig gelesene „Perseveranza", und mit gewissen Reserven der „Corriere della Sera" und die Turiner „Stampa", in welcher aber auch der Gedanke ventiliert wird, dass unser Interesse an der Behinderung des Übergewichtes Frankreichs ebenso gross sei, als das Italiens. Es sei daher weise, zu erwarten, dass wir an Italien herantreten, statt uns mit Vorschlägen entgegenzukommen. Hierin dürfte eine Reflexwirkung des Artikels der „Neuen Freien Presse" zu erblicken sein, welcher dahin concludiert, dass Frankreich nicht darüber staunen dürfe, wenn wir unsere Massnahmen den seinigen anpassen. Meine Unterredungen mit Herrn De Martino und Marquis San Giuliano lassen mich nicht ganz klar erkennen, ob die „Stampa" die Auffassung des Cabinets Giolitti genau widergibt. Ich halte dies aber für möglich. Wie ich Euerer Excellenz (sub Nr. 119) telegrafisch zu melden die Ehre hatte, beurteilt Herr De Martino die Lage, welche sich für uns und Italien aus der neuen Situation ergibt, als sehr ernst und knüpft er daraus die Folgerung, daß wir eine Einigung über unsere Flottenprogramme treffen sollten. Marquis San Giuliano äusserte sich anders. Er schätzt den Wert der sechs französischen Panzerschiffe gering ein, glaubt zu wissen, dass sie erst im Monate Jänner ins Mittelmeer kommen werden und betrachtet den Schachzug Frankreichs nur als ein allerdings wichtiges Symptom für die kriegerische Stimmung der Republik und für die Ambition des Herrn Poincaré, der anscheinend seinen Namen in der Geschichte seines Landes verewigen wolle (Telegramm Nr. 124). Aber auch der Minister des Aeussern scheint sich im Geiste mit irgendwelchen Projecten einer engeren Annäherung an uns zu befassen. Ich habe über dieses Thema deshalb nicht telegrafisch berichtet, weil mir damals die Kenntnis der tatsächlichen Grundlagen der

übrigens sehr nebelhaften Sprache des Ministers vollkommen fehlte. Da seither der k. u. k. Marine-Attaché der Botschaft diese Lücken meiner Informationen ausgefüllt hat, scheint es mir nun umso wichtiger, meinen Bericht in dieser Hinsicht zu ergänzen.: Als Marquis San Giuliano seine Bemerkungen mit der oberwähnten Pointe gegen Herrn Poincaré geschlossen hatte, trat eine kurze Pause ein, worauf er abermals das Wort ergriff, um mich zu fragen, ob mir etwas von dem zwischen uns und Italien bestehenden Marineaccord bekannt sei. Auf meine verneinende Antwort sagte er, er könne sich auch nicht mehr bestimmt erinnern, ob, was er vor sieben Jahren als Minister des Aeussern gelesen habe, ein noch in Kraft stehendes Abkommen oder der Entwurf zu einem solchen sei. Er glaube aber doch das erstere; denn er sei dessen sicher, dass er den Gegenstand mit dem damaligen k. u. k. Botschafter, Grafen Lützow, besprochen und seine Ansicht über das Abkommen mit den Worten „c'est l'accord de la défaite" charakterisiert habe. Soweit er sich erinnern könne, sehe das Abkommen eine vollkommen getrennte Action der beiden Flotten in verschiedenen Meeren voraus, was im Ernstfalle zuerst die Vernichtung der italienischen Flotte und dann die der unseren durch die numerisch sehr überlegene französische Flotte zur Folge hätte. Da ich diesen Ausführungen nur mit Interesse zuhören konnte, bemerkte er schließlich, dass er nicht glaube, diese Details geträumt zu haben, seiner Sache aber nicht sicher sei und gleich nach der Rückkehr des Herrn Bollati vom Urlaub sich den Act vorlegen lasse und studieren werde. Erst einer späteren Mitteilung des Marine-Attachés, Prinzen Liechtenstein, entnahm ich, auf welchen tatsächlichen Grundlagen die unklaren Erinnerungen Marquis San Giulianos beruhten, dass nämlich ein Accord, wie er dem Herrn Minister vorschwebt, tatsächlich geschlossen wurde und noch heute in Kraft steht, und dass ein Vorschlag des Herrn Crispi, dieses Abkommen weiter auszudehnen, vom damaligen k. u. k. Generalstabschef, Baron Beck, in sehr verbindlicher Form abgelehnt wurde. Ich möchte mich jeder Prognose darüber enthalten, ob Marquis San Giuliano in der Sache mit Vorschlägen an uns herantreten oder erwarten wird, ob wir ihm damit entgegenkommen. Es scheint mir aber keinesfalls ausgeschloßen, dass er Euerer Excellenz gegenüber das Thema in San Rossore oder in Pisa zur Sprache bringen wird. Vielleicht mag es Euere Excellenz interessieren, bei diesem Anlaß auch die Aeusserungen zu vernehmen, die dem Prinzen Liechtenstein über die Wirkung der Concentrierung der französischen Flotte im Mittelmeer vom Cabinetschef des hiesigen Marineministeriums gemacht wurden. Die Aeusserungen giengen dahin, dass die Sachlage die italienische Regierung zwingen werde, ihre Flotte entsprechend zu verstärken, und daß an das Parlament namhafte Anforderungen gestellt werden müssten. Bemerkenswert waren auch die in der Tonart einer Prophezeiung gesprochenen Worte, dass wir uns politisch nähern würden, und gewiss schon im nächsten Jahre ein Austausch von Besuchen der alliierten Escadern stattfinden würde! Der k. u. k. Militär-Attaché, den ich ersucht hatte, während der Manöver, zu welchen er eingeladen war, über die Stimmung im italienischen Officierscorps gegenüber Frankreich Sondierungsversuche zu unternehmen, sagt mir, dass einige von ihm in der angedeuteten Richtung gemachte Anspielungen

ohne Erwiderung blieben. Graf Szeptycki fiel es sogar auf, dass der französische Militär-Attaché, Graf Gondrecourt, von den italienischen Cameraden mit ganz der gleichen ausgesuchten Höflichkeit und Zuvorkommenheit behandelt wurde, wie er selbst. Ambrózy.

a) Vgl. n. 3536, 3837, 4180.

Nr. 3841. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Sept. 1912 Nr. 405 (eing. 11 U. p. m.).a) Entziff.

„Agence Ottomane" teilt mit, dass im Vilajete Adrianopel in circa zehn Tagen grosse Manöver stattfinden werden. Grossvezir hat schon vorgestern Baron Wangenheim hierüber gesprochen und gesagt, es würden circa 100.000 Mann konzentriert werden. Der deutsche Botschafter liess hierauf im Kriegsministerium Erkundigungen einziehen, wo man aber angab, hievon nichts zu wissen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 3851.

Nr. 3842. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Sept. 1912 Nr. 79 A (eing. 28. Sept.). Ausfert.

Unter den abschriftlichen Mittheilungen, welche der letzte Courier brachte, fiel mir das Telegramm des k. u. k. Gesandten in Sofia vom 14. d. M. Nr. 151 besonders auf. Graf Tarnowski sagt in demselben, dass sein russischer College, der früher immer die Nutzlosigkeit jeglicher Reform in der Türkei betont hatte, jetzt auf einmal nicht genug über die Unerlässlichkeit der Einführung derartiger Reformen sagen könne und für den Fall des Ausbleibens derselben sogar die Eventualität eines türkisch-bulgarischen Krieges in Combination ziehe. Diese Haltung Herrn Nekludows stimmt auffallend mit jener meines russischen Collegen überein. Herr von Giers war ebenfalls früher der Meinung, dass man durch Reformen in der Türkei nicht viel ändern würde, während in der letzten Zeit auch er der Einführung weitgehender Neuerungen in Macedonien das Wort redet, welche er bis zur Durchführung der Bestimmungen des Artikels 23 des Berliner Vertrages ausgedehnt wissen möchte. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, dass dieser Umschwung in den Ansichten der russischen Diplomatie auf den Vorschlag Euer Excellenz an die Mächte zurückzuführen sein dürfte. In Russland sah man eben in dieser Initiative Euer Excellenz einerseits das Bestreben, für Albanien eine Art Autonomie zu erwirken, während man andererseits befürchtete, dass die hiedurch den christlichen Balkanvölkern eventuell zukommenden Concessionen seinerzeit als ein Verdienst Österreich-Ungarns angesehen werden könnten. Beide Eventualitäten mussten in Petersburg, wie immer auch dort die officielle Aufnahme des Vorschlags Euer Excellenz gewesen sein mag, unangenehm berühren. Man konnte denn auch, namentlich hier in Constantinopel, sofort das Einsetzen einer Gegenaction constatieren. Zu diesem Zwecke wurde vor Allem der beklagenswerthe Vorfall in Kotschana benützt, den man russischerseits trachtete, soviel als möglich aufzubauschen. Es scheint mir auch mehr als wahrscheinlich, dass man die Bulgaren in dieser Richtung etwas encouragiert

haben dürfte, ja ich halte es sogar nicht für ausgeschlossen, dass die erste Anregung zu der von Bulgarien aufs Tapet gebrachten Forderung nach Ausführung der Bestimmungen des Artikels 23 des Berliner Vertrags von Russland ausgegangen sein mag. Einen Beweis für diese Annahme erblicke ich in dem Vorgehen des Petersburger Cabinetts in der kürzlich vom russischen Botschafter in Constantinopel unternommenen Démarche. Die russische Regierung wendete sich damals wohl an die anderen Mächte, indem sie dieselben aufforderte, bei der Pforte parallele Schritte zu machen, geht aber nun ganz selbständig vor, ohne nur das Resultat dieser Einladung abgewartet zu haben und stellt hiebei Forderungen, wie zum Beispiel jene in der montenegrinischen Grenzfrage, mit denen sich die anderen Mächte vielleicht gar nicht identificieren wollen. Auf diese Weise hat der russische Botschafter allerdings auch einen thatsächlichen Erfolg aufzuweisen. Wie ich dies schon so häufig in meiner Berichterstattung zu bemerken mir erlaubte, erreicht man nämlich hier viel mehr, wenn man allein und nicht in Gemeinschaft mit den anderen Mächten vorgeht und wenn man andererseits in der Lage ist, ganz positive Forderungen zu stellen. Herr von Giers kann als Resultat seiner Démarche erstens auf die erfolgte Bekanntmachung der hiesigen Regierung bezüglich der in Macedonien einzuführenden Reformen und dann auch auf die Erklärungen in Betreff der montenegrinischen Grenzfrage hinweisen. Ich bin der festen Überzeugung, dass Russland Alles Mögliche thun würde, um den Ausbruch eines Krieges zwischen der Türkei und den kleinen Mächten am Balkan zu verhindern. Es wird auch gewiss seine oben besprochenen positiven und zweifellosen Errungenschaften in diesem Sinne sowohl in Sofia als auch in Cetinje ausnützen, aber es bleibt seinem Principe treu, dass Alles, was auf der Balkanhalbinsel für die slavischen Völker erreicht wird, aus den Händen Russlands kommen muss. Das jetzige Auftreten des Petersburger Cabinetts erinnert lebhaft an das Vorgehen desselben im Mai v. J., als infolge des damaligen Malissorenaufstandes das Verhältnis zwischen Montenegro und der Türkei ein so gespanntes wurde. Auch damals trat Russland plötzlich und in einer fast brüsken Weise hervor, um die Rolle eines Beschützers der slavischen Interessen spielen zu können. Trotz der sehr gespannten Lage glaube ich noch immer, dass weder Bulgarien noch Montenegro ernstlich den Krieg mit der Türkei herbeiwünschen, es ist jedoch ein sehr gefährliches Spiel, welches diese beiden Länder betreiben und das auch gegen ihren eigenen Willen zum Kriege führen könnte. Namentlich auf die Weise, dass schliesslich der Türkei doch die Geduld reissen und dass dieselbe ihrerseits der Sache ein gewaltsames Ende machen könnte. Dies wäre aber wirklich kein Wunder; denn einerseits verlangt man von der türkischen Regierung, sie solle für die Sicherheit der Person und des Eigenthums ihrer christlichen Staatsangehörigen sorgen und anderseits wird von den Nachbarstaaten und in erster Linie von Bulgarien Alles gethan, um zu verhindern, dass in diesem Lande normale Verhältnisse eintreten. Es ist nicht zu leugnen, dass die Verwaltung in der Türkei eine recht schlechte ist, ja von einer Verwaltung im europäischen Sinne des Wortes kann eigentlich überhaupt kaum gesprochen werden, aber trotzdem würden die hier ansässigen Völkerschaften, welche ja seit

Jahrhunderten an dieses Verwaltungssystem gewöhnt sind, friedlich weiterleben, wenn nicht von aussen her die Beunruhigung fortwährend künstlich unterhalten würde. So zum Beispiel wird die ganz systematische Thätigkeit der Banden zweifellos von Aussen geleitet. Man kann immer constatieren, dass dieselbe mit der jeweiligen politischen Constellation in engem Zusammenhange steht, indem sie jedesmal gerade dann wieder mit grösserer Energie einsetzt, wenn man in Sofia oder Athen der Meinung ist, im Trüben fischen zu können. Was immer man auch in den leitenden Kreisen der beiden eben genannten Hauptstädte sagen mag, ist es doch ganz offenbar, dass die Fäden, welche diese Banden in Bewegung erhalten, bis hinauf an die betreffenden Regierungen reichen. Unter diesen Umständen glaube ich mit Recht sagen zu können, dass man sich in einem circulus vitiosus befindet, indem man einerseits von der türkischen Regierung die Verbesserung des Loses ihrer christlichen Unterthanen fordert, während andererseits durch die fortwährende Agitation von Aussen die Durchführung der wünschenswerthen Reformen unmöglich gemacht und gerade die Sicherheit der Person und des Eigenthums am meisten gefährdet wird. Pallavicini.

Nr. 3843. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Sept. 1912 Nr. 79 B (eing. 28. Sept.). Ausfert.

Mit meinem ergebensten Telegramme Nr. 402 vom 23. d. M. habe ich die Ehre gehabt, Eurer Exzellenz über die Ausführung der hohen telegraphischen Weisung vom 22. d. M. Nr. 197 Bericht zu erstatten. Aus dieser Drahtmeldung haben Euere Exzellenz bereits ersehen, dass der erste Eindruck meiner Mitteilung auf den Minister des Äussern kein guter war. Namentlich der Passus über die Unzulänglichkeit der türkischen Organe sowie die Berufung auf die Vorfälle in Kotschana und Skutari schienen den Minister unangenehm zu berühren. Ferner glaube ich, dass Gabriel Effendi im Anfange hinter unserer so allgemein gehaltenen Démarche eine viel weitergehende Einmischung in die innern Angelegenheiten der Türkei wittern zu sollen glaubte. Es gelang mir, im weiteren Verlaufe unseres Gespräches diesen ersten Eindruck zu verwischen, indem ich darauf hinwies, dass unsere Hauptrolle in der Erhaltung des Friedens liege und dass es uns notwendig erscheine, um in diesem Sinne in Sofia und Cetinje einzuwirken, wenigstens auf den guten Willen der Pforte hinweisen zu können, die hiesigen Verhältnisse zu verbessern. Diese meine Ausführungen nahm dann Gabriel Effendi mit Dank entgegen und sagte mir, er zweifle nicht daran, dass Österreich-Ungarn den Frieden wünsche und von den besten Intentionen für die Türkei erfüllt sei. Wie die Dinge augenblicklich stehen, könne er sich jedoch kaum der Hoffnung hingeben, dass die Lage sich wesentlich ändern würde, was immer auch die Türkei verspräche oder wirklich tue. Sowohl in Bulgarien als in Montenegro suche man lediglich nach Prätexten, um die Sache auf die Spitze zu treiben, ein Gehaben, das allerdings gefährlich werden könnte, da ja doch schließlich die Türkei sich nicht alles bieten lassen könne und auch ihrerseits auf die Wahrung ihrer Würde bedacht sein müsse. Dann gieng der Minister des Äussern auf

unsere Anregungen näher ein und äusserte sich bezüglich der Wahlen, wie bereits telegraphisch gemeldet, dahin, dass die Regierung entschlossen sei, die Freiheit derselben auf das peinlichste zu wahren. Er sei zwar der Meinung, dass man auch in dieser Beziehung die bestehenden Gesetze strenge beobachten müsse, halte es aber andrerseits für unerläßlich, dass die Regierung die Wahlen bis zu einem gewissen Grade leite. Aber selbst Letzteres wolle man, wie es bis jetzt scheint, nicht tun und so befürchte er, dass von dem Resultate nichts Gutes zu erwarten sei. Was die Sicherheit der Person und des Eigentums der türkischen Untertanen anbelangt, so sagte mir der Minister, dass es eine selbstverständliche Pflicht einer jeden Regierung sei, hierüber zu wachen; auch die türkische Regierung sei sich dieser Pflicht vollkommen bewusst, jedoch werde ihre Aufgabe durch Agitation von Aussen sehr erschwert. So denke man, laut seinen Informationen, auf bulgarischer Seite wieder an eine verstärkte Tätigkeit der Banden und daher müsse also in der nächsten Zukunft wieder mit Bomben-Attentaten in den verschiedenen Teilen des Landes gerechnet werden. Auch in der an Montenegro grenzenden Gegend sei es der türkischen Regierung erschwert, normale Verhältnisse herzustellen, denn es könne keinem Zweifel unterliegen, dass Montenegro an allen Punkten seiner Grenze Unruhen zu stiften trachtet. „Eigentlich", so sagte der Minister wörtlich, „sind wir schon heute sozusagen im Kriege mit Montenegro". Im nördlichen Teile sei es die christliche serbische Bevölkerung, welche, von Montenegro aufgehetzt, revoltiert habe, während in der Gegend von Skutari die Malissoren im Kampfe gegen die legale Autorität stünden. Die Türkei werde genötigt sein, unter diesen Umständen in den gefährdeten Landesteilen mit grösserer Macht aufzutreten, um dieser Revolte, coute que coute, ein Ende zu machen. Militärisch sei sie dort stark genug, um sich nötigenfalls auch gegen Montenegro selbst zu wehren. Betreffend der Eventualität eines Konfliktes mit Bulgarien sprach sich der Minister des Äussern wenig beruhigt aus. Er frug mich um meine Meinung, wie sich im Ernstfalle Serbien verhalten dürfte. Ich antwortete, dass man sich bei Ausbruch eines Krieges mit Bulgarien darauf gefasst machen müsse, dass auch Serbien sich gegen die Türkei wenden werde. Deshalb, so fügte ich hinzu, sei es eben im Interesse der Türkei gelegen, alles zu tun, um eine derartige allgemeine Konflagration zu verhindern. Am besten könne dies wohl dadurch geschehen, dass man unseren wohlgemeinten Ratschlägen nachkomme, um uns in die Lage zu versetzen, gegenüber den betreffenden Balkanländern ernstlich für die Aufrechterhaltung des Friedens einzutreten. Diese meine Bemerkung benützte Gabriel Effendi dazu, um mich darüber auszuholen, ob Österreich-Ungarn nicht gesonnen sei, für den Fall, als sich Serbien einer kriegerischen Aktion Bulgariens anschließen wollte, ersteres mit Gewalt daran zu verhindern. Ich erwiderte hierauf, dass ich nicht in der Lage sei, ihm diesbezüglich eine Aufklärung zu erteilen. Im Verlaufe des Gespräches wies der Minister wiederholt auf das kürzlich in den Zeitungen erschienene Kommuniqué hin, in welchem die Regierung die Einführung von Reformen bekannt giebt. Er hob dabei hervor, dass die in Aussicht gestellten Neuerungen von nicht zu unterschätzender Bedeutung seien. So namentlich der Punkt über die Ableistung der Militär-

Pflicht, dann auch der betreffend die Beamten, ganz besonders aber jener, welcher die Vermehrung der „Nahie" vorsehe. Wenn ich den Gesamt-Eindruck zusammenfassen will, welchen ich von meiner vorgestrigen Unterredung mit dem Minister des Äussern hatte, so kann ich denselben als keinen guten bezeichnen. In seinen Äusserungen, die wahrscheinlich die allgemeine Auffassung der hiesigen leitenden Kreise widerspiegeln dürften, war ein fatalistischer Zug zu konstatieren, der dahin gieng, dass es doch früher oder später zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen der Türkei und den kleinen Balkanstaaten kommen müsse, welche durch keinerlei Reformen oder Konzessionen türkischerseits aufgehalten werden könne. Pallavicini.

Nr. 3844. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Sept. 1912 Nr. 79 C (eing. 28. Sept.).[1] *Ausfert.*

Mittelst meines ergebensten Telegrammes vom 21. d. M. Nr. 399 habe ich die Ehre gehabt, Euer Exzellenz über die Démarche Bericht zu erstatten, welche Herr von Giers am letzten Samstag auf der Pforte unternommen hat. Der russische Botschafter teilt mir nunmehr mit, dass ihm der Minister des Äussern schon am Montag nachstehende befriedigende Antwort auf seine Anregungen erteilt habe. Was den ersten Punkt derselben, nämlich die Ausdehnung der den Albanesen zu gewährenden Konzessionen auch auf die andern christlichen Nationalitäten anbelangt, so habe Gabriel Effendi auf das bekannte Zeitungskommuniqué hingewiesen, welches Herrn von Giers befriedigt. Bezüglich des Zwischenfalles in Kotschana erklärte der Minister, dass der Ministerrat noch am selben Tage den Beschluss gefasst habe, einen Offizier mit dem Auftrage dorthin zu entsenden, beim Kriegsgerichte die möglichst baldige Finalisierung des Prozesses zu betreiben. Ferner seien, die türkische-montenegrinische Grenzfrage betreffend, die türkischen Vertreter bei den Grossmächten angewiesen worden, zu erklären, dass man hier gewillt sei, das bezügliche Grenzabkommen zu ratifizieren, sobald die Durchführung der Bestimmungen desselben möglich sein werde. Zu diesem Zwecke habe man den türkischen Geschäftsträger in Cetinje an Ort und Stelle entsendet, um mit den Bewohnern des abzutretenden Gebietes, welche Geldentschädigungen erhalten sollen, in persönliche Verhandlungen zu treten. Was schließlich den vierten Punkt, nämlich die Anstellung christlicher Beamten, anbetrifft, so habe Gabriel Effendi Herrn von Giers mitgeteilt, dass jetzt Listen der geeignet erscheinenden christlichen Persönlichkeiten zusammengestellt würden, aus denen man dann die Auswahl treffen werde. Der russische Botschafter sagte mir Vorstehendes mit dem ausdrücklichen Bemerken, dass er sich vorderhand mit dem Erreichten vollkommen zufriedengebe, dass er aber die Absicht hege, im Verlaufe der Begebenheiten noch mit neuen Anregungen an die Pforte heranzutreten und auf dieselbe weiter in der eingeschlagenen Richtung zu wirken. Was eigentlich Herr von Giers damit gemeint hat und was er für weitere Forderungen zu stellen gedenkt, darüber hat er sich nicht genau ausgesprochen. Mein deutscher Kollege hat mir ein Telegramm seiner Regierung vorgelesen, laut welchem Herr

von Kiderlen dem Berliner russischen Vertreter bezüglich der Anregung des Petersburger Kabinetts geantwortet hat, er müsse sich hierüber erst mit dem Wiener Kabinett ins Einvernehmen setzen. Weitere Weisungen in diesem Belange hat Herr von Wangenheim, wie er mir sagte, nicht erhalten. Er glaubt also, dass die deutsche Regierung nicht die Absicht habe, irgendwie auf die russische Anregung einzugehen. Auch mein französischer Kollege hatte bis vorgestern noch keinen diesbezüglichen Auftrag seiner Regierung.

Pallavicini.

[1]) Kein einverständl. Vorgehen Giers — Balkanstaaten. — Pallavicini aufmerksam machen auf Inhalt russischer Demarche bei uns.

Nr. 3845. Privatschreiben aus Konstantinopel, 25. Sept. 1912 (eing. 28. Sept.). Eigh. Ausfert.

... *Privatangelegenheiten* ... Als ich um den kurzen Urlaub gebeten hatte, waren mir die beunruhigenden Nachrichten aus Bulgarien noch nicht zugekommen. Wenn dies der Fall gewesen wäre, hätte ich überhaupt auch an eine ganz kurze Absentirung von meinem Posten gar nicht gedacht. In solchen Momenten gibt es keine anderen Rücksichten, man muss ausharren. Meine Beurtheilung der Lage war so lange eher eine optimistische, als es sich mehr oder weniger um innere Schwierigkeiten handelte. Wenn dieselben noch so arg aussehen, kommt die Türkei, wie die Erfahrung lehrt, immer über dieselben hinaus. Nun aber hat sich die Situation geändert, denn heute haben wir es vornehmlich mit Schwierigkeiten zu thun, die in das Gebiet der äusseren Politik gehören. Vor Allem kommt hier Bulgarien in Betracht. Seit einigen Tagen hat es den Anschein, dass Bulgarien die Gelegenheit ausnützen und durch Drohungen seine Pläne durchsetzen will. Es treibt da ein gefährliches Spiel; vielleicht verlieren die Türken schliesslich die Geduld. Nicht minder bedenklich ist die Situation an der montenegrinischen Grenze. Wir können es vielleicht recht bald erleben, dass alle katholischen Malissoren in das montenegrinische Lager übergehen und dass es dann zu einem Kampfe der katholischen Albanesen mit ihren mohamedanischen Brüdern kommt. Der letzte Aufstand der Albanesen würde dann zu Consequenzen geführt haben, die niemand voraussehen konnte. Hiebei möchte ich auch auf die Haltung des katholischen Clerus in Albanien hinweisen, welche mir nicht ganz einwandfrei zu sein scheint. Meiner Überzeugung nach kann man mehr oder weniger alles was in dem letzten Jahre in der Türkei geschehen ist, auf den Krieg mit Italien zurückführen. Wenn also diesem Kriege ein Ende gemacht werden könnte, würde, glaube ich, sofort eine Entspannung eintreten. Vielleicht wäre jetzt der Moment für ein energisches Eingreifen der Mächte gekommen. Pallavicini.

Nr. 3846. Tel. des Gerenten des Konsulates in Mitrovica, Ladislaus von Tahy, 25. Sept. 1912 Nr. 54 (eing. 27. Sept. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Angesichts des Skutariner Aufstandes wurden die Redifdivisionen Mitrovitza und Priština, zusammen 20 Bataillone, einberufen. Mobilisierung betrifft Assentjahrgänge 1314—23, welche teilweise auch zur Kompletierung

der Nizamstände verwendet werden sollen. Mannschaft der Division Priština (Albanesen) verweigerte zum Teile Folge zu leisten, angeblich, weil sie gegen Konnationale selbst verschiedenen Glaubens nicht kämpfen will. Einberufung der bosniakischen Mannschaft der Division Mitrovitza, mit Rücksicht auf die Entblössung des Sandjaks von den waffenfähigen Männern trotz serbischer und montenegrinischer Bandenaktion, sehr bedenkliche Massnahme. Gleichlautend Konstantinopel 59. Tahy.

[a]) Vgl. n. 3861.

Nr. 3847. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 25. Sept. 1912 Nr. 156 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Fand Herrn Kokowzow, den ich gestern abends besuchte, sehr pessimistisch gesinnt. Letzte Nachrichten aus Balkanstaaten seien sehr schlecht. Ministerpräsident fürchtet, dass Krieg auch trotz herannahenden Winters ausbrechen wird, welcher, nach Meinung verschiedener Kenner des (Balkans Einmarsch)[b]) nach Rumelien gar nicht hindern würde. Herr Kokowzow sagte mir, es sei im materiellen Interesse der drei Staaten, Türkei anzugreifen, da Einverständnis zwischen Bulgarien, Serbien und Montenegro wohl bestehe und die drei zusammen losschlagen würden. Seiner Ansicht nach dürften diese drei Armeen, bevor türkische Truppen aus Asien eintreffen, über die europäischen Truppen der Türkei Sieg erringen. Was nachher kommen würde, sei unmöglich vorauszusagen. Ministerpräsident glaubt nicht an Zwangslage bulgarischen Herrschers und Regierung. Diese seien sehr klug und überlegend und scheinen sich Vorwandes zu bedienen, um äusserst günstigen Moment zur Eroberung Mazedoniens zu ergreifen. Herr Kokowzow erblickt einzig mögliche Rettung in einer einmütig Pforte zu machenden Deklaration der Grossmächte, wonach unverzüglich ihrerseits weitgehende Reformen im Sinne Artikels 23 des Berliner Vertrages verlangt werden würden. Dass aber Grossmächte nicht einmütig seien — bemerkte Mitredner, betonend, dass er mir offen und nicht diplomatisch rede — sei eben Grund, warum Situation sich nicht bessere. Ich verwies auf unsere mit der russischen gleichzeitig erfolgte Demarche in Konstantinopel, von welcher er nicht wusste, und welche ihn angenehm berührte. Ich setzte aber hinzu, dass eine zu weitgehende Pression auf die türkische Regierung dieselbe zu Falle bringen würde, wodurch noch grösseres Chaos entstehen würde. Einzig günstiges Moment erscheine Minister Geldmangel Bulgariens. Herr Kokowzow resumierte dahin, dass, wenn Krieg ausbricht, jede Grossmacht das ihre tun sollte, um denselben zu lokalisieren. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 3818, 3850, 3867. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 3848. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 25. Sept. 1912 Nr. 159 (eing. 26. Sept. 9 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Herr Neratow sagte heute deutschem Geschäftsträger, dass nun alle Grossmächte ausser Deutschland russische Demarche in Konstantinopel unterstützt hätten. Antrag Herrn von Lucius', in Berlin

Demarche in Konstantinopel neuerlich anzuregen, nahm Gerent an. Mir sagte Neratow, er habe aus London und Paris Nachrichten, dass diese Regierungen russische Demarche unterstützen wollten, ob dies aber geschehen, wisse er nicht. Szilassy.

Nr. 3849. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 25. Sept. 1912 Nr. 160 (eing. 26. Sept. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Nach den letzten Nachrichten Herrn Neratows ist die Balkan-Situation noch immer höchst gefährlich und Gerent meint, dass nur wirkliche Reformen diese Gefahr eliminieren würden. Einem Kollegen gegenüber äusserte er seine Meinung, dass wenigstens Gouverneure europäischer Vilajets Christen sein sollten. Adjoint sagte mir, er fürchte, dass die von Gabriel Effendi für Macedonien in Aussicht genommenen Reformen, welche den den Albanesen gewährten Konzessionen bloss gleichkämen, vollständig ungenügend sein würden. Ernennung Albanesen zum Vali von Janina und eines anderen (wenn sich letzteres bestätigen sollte) zum Vali von Monastir hielt Gerent für sehr bedenkliche Verfügung. Szilassy.

[a] Oe. U. Balkan 15 Nr. 22. Vgl. n. 3866, 4008.

Nr. 3850. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Geschäftsträgers, 26. Sept. 1912. Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).

Als mich der deutsche Geschäftsträger heute aufsuchte, empfing ich ihn mit der Bemerkung, ich hätte soeben ein Privatschreiben Baron Flotows[a] erhalten und daraus entnommen, daß ein bedauerliches Mißverständnis vorliege. Der Meldung des Geschäftsträgers zufolge habe sich nämlich Herr von Kiderlen erwartet, daß ich ihm eine Antwort zukommen lassen würde, bevor ich Markgraf Pallavicini beauftrage, eine Demarche im Sinne der russischen Anregung bei der Pforte zu unternehmen. Ich habe dem Prinzen Stolberg sodann auseinandergesetzt, daß ich in dem fraglichen Schritte Herrn Sazonows einen letzten Versuch erblickt hätte, dem drohenden Kriege zwischen Bulgarien und der Türkei Einhalt zu tun. Da mir bereits eine Meldung unseres Botschafters in Petersburg[b] vorgelegen sei, der zufolge Herr von Giers im Begriffe stand, sich eines Auftrages im Sinne der Sazonowschen Zirkulardepesche bei der Pforte zu entledigen und da mir daran gelegen war, durch eine möglichst gleichzeitige Ausführung der Demarche seitens des k. u. k. und des russischen Botschafters derselben mehr Nachdruck zu verleihen, hätte ich unter gleichzeitiger Mitteilung nach Berlin[c] den bezüglichen Auftrag an Markgraf Pallavicini ergehen lassen. Das Berliner Kabinett werde übrigens mit mir in der Erwägung übereinstimmen, daß ich der russischen Anregung schon aus dem Grunde entgegenkommen mußte, weil dieselbe eine Fortsetzung meiner eigenen Anregung darstellt und ein Nichteingehen meinerseits einer Desavouierung meiner Aktion gleichgekommen wäre. Der Inhalt der Instruktion sei geflissentlich ein derartiger gewesen, wie er mir am geeignetsten schien, den uns bekannten Intentionen des Berliner Kabinettes zu entsprechen. Ich wies hiebei dem

deutschen Geschäftsträger gegenüber ausdrücklich darauf hin, daß Herr von Kiderlen den in der russischen Zirkulardepesche enthaltenen Ausdruck „Reformen" als zu vag bemängelt habe, weshalb ich in meiner Instruktion von diesem Worte Umgang genommen hätte. Andererseits hat unser Botschafter in Konstantinopel den Auftrag erhalten, den von allen Mächten akzeptierten Standpunkt von der Bedeutung der unparteiischen Durchführung der Wahlen zu vertreten. Weiters bemerkte ich zu dem Prinzen, daß aus dem Schreiben Baron Flotows hervorgehe, daß der Staatssekretär — was aus der bezüglichen deutschen Mitteilung nicht so präzise zu ersehen war — einen ganz besonderen Wert darauf gelegt hätte, bei diesem Anlasse die intimen Beziehungen der Dreibundmächte untereinander, der Tripelentente und speziell Rußland gegenüber zu unterstreichen. Wenn mir dieser Wunsch Herrn von Kiderlens klar gewesen wäre, hätte ich hierauf gewiß volle Rücksicht genommen. Im weiteren Verlaufe der Konversation habe ich einer im Laufe eines Gespräches mit Herrn von Szilassy gefallenen Äußerung Herrn Kokowzews[d]) Erwähnung getan, der zufolge der Friede nur durch eine einmütige Einwirkung der Mächte in Konstantinopel im Sinne der Durchführung der Bestimmungen des Artikels 23 des Berliner Vertrages erhalten bleiben könnte. Ich sei übrigens darauf gefaßt, daß Bulgarien nächstens an uns herantreten werde, um unsere Unterstützung zur Erreichung der darin enthaltenen Reformen für ihre macedonischen Stammesgenossen zu erreichen. Ich würde, so fuhr ich fort, großen Wert darauf legen, die bezügliche Auffassung Herrn von Kiderlens kennen zu lernen. Mir schiene es schwer möglich, daß eine solche Anregung die Zustimmung des Berliner Kabinettes finden könnte. Sodann wies ich auf die Wichtigkeit einer psychologischen Einwirkung auf die Balkanstaaten hin, da meiner Ansicht nach das von allen Mächten angestrebte Ziel, die Erhaltung des Friedens, nur dadurch erreicht werden könnte, daß die Nachbarstaaten der Türkei von einem kriegerischen Unternehmen abgeschreckt würden. Zu diesem Zwecke müßten alle Mächte, oder wenigstens die drei Kaisermächte, unzweideutig ihren Willen kundgeben, daß sie einen territorialen Zuwachs irgendwelchen Balkanstaates nicht zugeben würden. Daß das Petersburger Kabinett auf einen solchen Vorschlag eingehen werde, scheine mir aber wenig wahrscheinlich. Wenn man aber zur Verhütung eines Krieges die Sache so anfassen wollte, daß wir erklären, im Falle eines bewaffneten Konfliktes am Balkan gewisse Vorbehalte machen zu müssen, so stünde die gegenteilige Wirkung zu besorgen, daß nämlich die Balkanstaaten darin vielmehr eine Ermunterung erblicken könnten, indem sie die Hoffnung herauslesen, den Krieg mit Aussicht auf territoriale Vorteile führen zu können. Auch mit dem Umstande müsse gerechnet werden, daß Rumänien im Falle eines aggressiven Vorgehens Bulgariens seinerseits zu den Waffen greifen könnte. Dies könnte zu den weitgehendsten Folgen führen und müßte — wenn man den Krieg lokalisieren wolle — um jeden Preis vermieden werden. Ob dies aber möglich sein werde, schiene mir fraglich und könnte eventuell nur so erreicht werden, daß Rumänien die Zusicherung diplomatischer Unterstützung erhielte, um bei dem Friedensschlusse auf Kosten Bulgariens einen territorialen Zuwachs zu erlangen.

Zum Schlusse habe ich Prinz Stolberg vertraulich erwähnt, daß ein Aneinanderschließen der beiden serbischen Schwesterstaaten, Serbien und Montenegro, durch eine Aufteilung des Sandschak große Gefahren für unsere südslavischen Gebiete im Gefolge haben würde, da sich in der Zukunft durch Vereinigung der beiden Reiche ein großserbischer Staat bilden könnte, der eventuell eine republikanische Form annehmen würde. Ein solcher Nachbarstaat müßte aber eine unheilvolle Attraktion auf unsere südslavischen Provinzen (Bosnien, Herzegowina, Dalmatien, Slavonien, Kroatien) ausüben. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3838. — [b]) Irrtum. Gemeint ist wohl Konstantinopel, vgl. n. 3810. — [c]) Vgl. n. 3820. — [d]) Vgl. n. 3847.

Nr. 3851. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 26. Sept. 1912 Nr. 406 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bulgarischer Gesandter teilt mir soeben mit, türkischer Minister des Äussern hätte ihm gestern gesagt, dass Türkei Truppen mobilisieren werde, um in der Gegend von Adrianopel Manöver abzuhalten. Gabriel Effendi machte kein Hehl daraus, was der eigentliche Zweck dieser Mobilisierung sei und meinte, vielleicht werde diese Massregel kalmierend auf die zum Kriege drängenden Parteien in Bulgarien wirken und die bulgarische Regierung in ihrem Widerstande gegen jene Parteien stärken. Herr Sarafow antwortete, dass seiner Ansicht nach Bulgarien genötigt sein werde, auch seinerseits zu mobilisieren. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3841, 3852.

Nr. 3852. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 26. Sept. 1912 Nr. 410 (eing. 27. Sept. 10 U. 45 M. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern sagte mir heute, die türkische Regierung hätte sich unter dem Vorwande von Manövern zu der Konzentrierung grösserer Truppenmassen bei Adrianopel deshalb entschieden, weil ihr sichere Nachrichten zugekommen seien, dass Bulgarien einen Coup plane. Man wisse hier ferner, dass zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland ein Abkommen bestehe und dass sich die Regierungen dieser Länder über ihre respektiven Einflusssphären verständigt haben, für welche sie autonome Regierungsformen durchsetzen wollen. Die Pforte, fügte Gabriel Effendi bei, glaube, der Sache des Friedens eben dadurch zu dienen, dass sie ihre Macht unzweideutig in Erscheinung treten lasse und auf diese Art die Kriegslust der turbulenten Elemente in Bulgarien etwas abkühle und dem König und der Regierung die Möglichkeit biete, gegen dieselben aufzutreten. Vorläufig sollen circa 100.000 Mann konzentriert werden. Der Türkei, sagte der Minister, liege es ferne, irgendwie Bulgarien provozieren zu wollen. Europa wisse, dass das osmanische Reich gar kein Interesse daran habe, einen Krieg vom Zaune zu brechen, er hoffe auch zuversichtlich, dass es nicht dazu kommen werde. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3851, 3857.

Nr. 3853. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 26. Sept. 1912 Nr. 411 (eing. 27. Sept. 10 U. 45 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Minister des Äussern sagte mir streng vertraulich, Reschid Pascha sei mit neuen Instruktionen zu den Friedensverhandlungen mit Italien entsendet worden. Türkische Regierung sei nunmehr den italienischen Wünschen sehr weit entgegengekommen, wenn jedoch auch diese Vorschläge refusiert werden sollten, so werde er mit mir die Angelegenheit mit voller Offenheit besprechen und mich um Rat fragen, was meiner Meinung nach weiter zu geschehen hätte. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3937.

Nr. 3854. Bericht des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 26. Sept. 1912 Nr. 48 B (eing. 30. Sept.). Ausfert.

Vertraulich. Als ich — wie mit meinem ergebensten Telegramm Nr. 70 vom 23. d. Mts. gemeldet — Sir A. Nicolson die Instruktionen Euerer Exzellenz an Markgraf Pallavicini in Angelegenheit der jüngsten Anregung Herrn Sazonows auftragsgemäss mitteilte, hatte ich den Herrn Unterstaatssekretär seit seiner vorige Woche erfolgten Rückkehr vom Urlaube zum ersten Male gesehen. Es ergab sich auf diese Weise von selbst, dass Sir Arthur Nicolson die Initiative Euerer Exzellenz zu einem Meinungsaustausche unter den Mächten im Allgemeinen erörterte. Er sprach die Ansicht aus, dass der einmütige Wille der Mächte auf Erhaltung des Friedens am Balkan in der gegenwärtigen Situation von grösster Wichtigkeit sei. Auch er betonte aber ausdrücklich, dass bei Erteilung von Ratschlägen in Konstantinopel alles vermieden werden müsse, was der Opposition als Waffe in ihren Angriffen gegen die Regierung dienen könnte. Es handle sich — wie er sich ausdrückte — nicht so sehr darum, dass man durch einen starken Druck oder durch eine Intervention, die als Einmischung in innere Angelegenheiten ausgelegt werden könnte, die Regierung beziehungsweise die Türkei in ihren Gefühlen der Selbstständigkeit und Autorität verletzen, sondern dass man die Stellung der Opposition stärken und dadurch das den wahren Absichten der Mächte entgegengesetzte Resultat erzielen würde. Sir Arthur Nicolson hat es nicht ausgesprochen, die Art und Weise, wie er auf die Anregung Herrn Sazonows zu einem Schritte der Mächte in Konstantinopel reagirte, lässt aber deutlich erkennen, dass er mit dieser russischen Anregung nicht einverstanden war. Der Herr Unterstaatssekretär erwähnte weiter die tags darauf beginnende Delegationssession und meinte, es sei mit Bezug auf die Situation am Balkan eine sehr heikle Aufgabe, gerade jetzt ein Exposé über die auswärtige Lage halten zu sollen. Euere Exzellenz würden sicherlich die erfolgreiche Anregung zu einem Meinungsaustausche zwischen den Kabinetten den Delegationen zur Kenntnis bringen, und in dieser Beziehung hätten Hochdieselben einen „strong case“ zu vertreten (ein juridischer Ausdruck für eine beweiskräftige, mit Erfolg vertretbare Streitsache). Als ich im Laufe meiner Darlegungen auf die Vorteile einer unparteiischen Durchführung der Wahlen zu sprechen kam, bemerkte der Herr Unterstaatssekretär, dass er Euerer Exzellenz Gedankengange vollkommen zustimme. Er sollte meinen, dass übrigens die türkische Regierung

die Zweckdienlichkeit und Notwendigkeit einer entsprechenderen Vertretung der verschiedenen Nationalitäten im Parlamente einsehe; den ihm vorliegenden Nachrichten und Äusserungen Tewfik Paschas entnehme er, dass die Regierung auch tatsächlich die Absicht habe, die Wahlen in der europäischen Türkei wenigstens einigermassen unparteiisch durchzuführen. Über den Ausgang der Wahlen scheint Sir Arthur einige Besorgnis zu hegen. Er meinte, dass man nicht vergessen dürfe, dass die Komitépartei die einzige sei, bei welcher von einer tatsächlichen Organisation gesprochen werden könne; auch scheine sie, nach den vorliegenden Nachrichten im ganzen Lande die grössten Anstrengungen zu machen, um möglichst viele Mitglieder der Partei in das Parlament zu bekommen. Er hielte es nicht für ganz ausgeschlossen, dass die Wahlen mit einer Minorität für die Regierung enden. Auf meine Frage, welche Nachrichten er aus Sofia und Bulgarien habe, sagte mir der Herr Unterstaatssekretär, dass diese besonders in der allerletzten Zeit nicht günstig lauten. Das gegenwärtige bulgarische Kabinett sei sicherlich ein starkes, es scheine aber Herr Geschow selbst sich in jüngster Zeit nicht mehr so stark zu fühlen als vorher. Die grösste Gefahr scheint aber Sir Arthur Nicolson darin zu sehen, dass König Ferdinand selbst, falls es zu Drohungen oder eventuellen Gewaltakten seitens der unzufriedenen, aktionslustigen Elemente gegen Seine Person kommen sollte, den Wünschen dieser Letzteren nicht mehr — wie bisher — energischen Widerstand leisten würde. Der Herr Unterstaatssekretär hält die Situation wohl für ernst, ist aber nicht pessimistisch und will nicht an einen bevorstehenden Ausbruch eines bulgarisch-türkischen Krieges glauben. Über die italienisch-türkischen Friedensverhandlungen sagte mir der Herr Unterstaatssekretär, dass dem Foreign Office keine verlässlichen Nachrichten zu Gebote stehen. Äusserungen Tewfik Paschas könne er entnehmen, dass dieser damit rechnet, dass in absehbarer Zeit eine Einigung zustandekommen würde, wenn auch einzelne Punkte vorläufig unüberbrückbare Schwierigkeiten zu bieten schienen, so dass man auf weitere Verzögerungen gefasst sein müsse. Nach Schluss des Friedens, so fügte Sir Arthur Nicolson hinzu, würden zweifellos einzelne Fragen auftauchen, welche den Mächten weitere Arbeit und Mühe machen werden. Er dachte hiebei wohl in erster Linie an die Frage der Stellung der Inseln im ägäischen Meere. „Wir gehen", so resumirte der Herr Unterstaatssekretär, „einer bewegten Zeit am Balkan entgegen, dennoch glaube ich persönlich nicht, dass es zu tatsächlichen ernsten Krisen kommen werde." In diesem Zusammenhange möchte ich mir erlauben Euer Exzellenz eine Bemerkung zu melden, die mir gegenüber der Herr französische Botschafter unlängst machte. Monsieur Cambon ist gleichfalls der Ansicht, dass wir aus Anlass des italienisch-türkischen Friedenschlusses mit der Aufrollung der Frage der Stellung der Griechen auf den Inseln des ägäischen Meeres rechnen müssen. Es scheint ihm in dieser Hinsicht eine Intervention der Mächte in Konstantinopel vorzuschweben, welche zu dem Zwecke notwendigerweise eintreten müsste, dem griechischen Elemente auf diesen Inseln gewisse Garantien zu geben, unter welchen eine Rückkehr der Inseln und deren ferneres Verbleiben unter türkischer Herrschaft ermöglicht würde. Trauttmansdorff.

Nr. 3855. Bericht des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 26. Sept. 1912 Nr. 48 D (eing. 30. Sept.). Ausfert.

Streng vertraulich. Ich habe neulich Sir Alan Johnstone begegnet und ihn durch einige Augenblicke gesprochen. Sir Alan, welcher seinerzeit Botschaftsrat in Wien und dann Gesandter in Kopenhagen war, ist gegenwärtig Gesandter im Haag. Es war dies auf dem Bahnhofe, am Abende, an welchem Herr Sasonow nach Balmoral abreiste. In den wenigen Minuten, die ich Sir Alan sprach, erwähnte er die bevorstehenden Unterredungen des Herrn russischen Ministers des Äussern mit Sir E. Grey, die er einerseits mit Bezug auf die Situation am Balkan und andererseits mit Bezug auf die persische Frage als von weittragendster Bedeutung bezeichnete. Ganz spontan und ohne jede Veranlassung meinerseits sagte mir Sir Alan Johnstone, er glaube kein Geheimnis zu verraten, und ich müsse es ja am besten wissen, dass die englische Regierung in St. Petersburg ihren Standpunkt bezüglich Zusammentrittes einer Konferenz sehr deutlich präzisiert habe. Dieser Standpunkt sei, dass an eine Konferenz in Angelegenheiten des Balkans insolange nicht zu denken sei, als nicht Österreich-Ungarn und Russland sich über das Programm derselben im Detail geeinigt hätten. Ich habe meinem Mitredner nicht verraten, dass ich über diese Auffassung der englischen Regierung oder überhaupt von russischen Konferenzplänen nichts weiss, und fragte ihn nur, ob er glaube, dass Herr Sasonow die Idee einer Konferenz Sir. E. Grey gegenüber vorbringen würde, worauf mir Sir A. Johnstone antwortete, er glaube nicht, dass Herr Sasonow mit einem förmlichen Vorschlag herauskommen würde, dass aber die Frage einer Konferenz gelegentlich des eingehenden Gedankenaustausches jedenfalls auch Gegenstand der Konversation zwischen den beiden Staatsmännern sein werde, halte er für ganz natürlich. Trauttmansdorff.

Nr. 3856. Bericht aus Sofia, 26. Sept. 1912 Nr. 72 B (eing. 28. Sept.). Ausfert.

Das geneigte hohe Telegramm vom 21. September laufenden Jahres Nr. 74, womit mich Euer Excellenz zu ermächtigen die Güte hatten, die Auffassung, als ob die Anregung Hochderselben fallen gelassen worden wäre, zu widerlegen, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Wie ich erwartet hatte, ist Herr Geschoff bei der ersten Begegnung mit mir auf Euer Excellenz Initiative wieder zu sprechen gekommen und meinte, dass über diesbezügliche Pourparlers der Mächte gar nichts mehr verlaute. Ohne auf den Inhalt der eingangs bezogenen telegrafischen Weisung einzugehen, antwortete ich dem Conseil-Präsidenten, dass mir zwar, da ich auf dem Laufenden der Verhandlungen nicht gehalten sei, über das gegenwärtige Stadium derselben nichts bekannt wäre, ich könnte aber mit absoluter Sicherheit sagen, dass die Anregung nicht fallen gelassen wurde. Mit der lakonischen Versicherung, dass die Anregung nicht aufgegeben worden sei, habe ich auch die von einigen anderen Seiten diesfalls an mich gerichteten Fragen beantwortet. Tarnowski.

Nr. 3857. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 27. Sept. 1912 Nr. 414 (eing. 8 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 410. Ich habe in meiner gestrigen Unterredung dem Minister des Äussern unter anderem auch gesagt, dass nach meiner persönlichen Ansicht Bulgarien in der beabsichtigten Konzentrierung von türkischen Truppen bei Adrianopel eine Provokation seitens der Türkei erblicken und wahrscheinlich auch seinerseits ähnliche Massnahme an der Grenze treffen dürfte, was die Situation jedenfalls noch kritischer gestalten müsste. Gabriel Effendi erwiderte mir, dass die türkische Regierung allerdings mit dieser Eventualität rechnen müsse, sie wäre aber bereit, den Mächten sogar schriftlich zu erklären, dass sie keinerlei aggressive Absicht gegenüber Bulgarien hege. Pallavicini.

Nr. 3858. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 27. Sept. 1912 Nr. 415 (eing. 8 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Der griechische Gesandte hat mich aufgesucht, um mich auf die grosse Erregung, welche, wie er mir sagte, jetzt in Griechenland gegen die Türkei herrsche, aufmerksam zu machen. Man habe dort den Eindruck, dass die gegenwärtige türkische Regierung das griechische Element in Epirus zu Gunsten Albaniens systematisch verfolge. Als hauptsächlichstes Gravamen erwähnte Herr Gryparis die Ernennung eines Albanesen zum Gouverneur von Janina. Gegen die Person des betreffenden Vali sei wohl nichts einzuwenden, aber für die griechische Bevölkerung in der Provinz Janina müsste es als Provokation angesehen werden, dass gerade ein Albanese zum Gouverneur ernannt würde. Gegen die Ernennung eines Türken hätte man keinerlei Einwendung erhoben. Ich erwähne die obigen Äusserungen des griechischen Gesandten, weil sie charakteristisch sind und ein Streiflicht auf die bulgarischen Forderungen nach Autonomie werfen. Pallavicini.

Nr. 3859. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 27. Sept. 1912 Nr. 416 (eing. 11 U. p. m.).a) Entziff.

Bulgarischer Gesandter hat mich heute aufgesucht. Er behauptet, noch keine Nachrichten aus Sofia über den Eindruck erhalten zu haben, den dort die türkischen militärischen Massnahmen gemacht haben. Er selbst schien mir sehr besorgt. Ich sagte Herrn Sarafow, dass meiner Ansicht nach nun alles davon abhänge, wie man sich in Sofia verhalten werde. Meiner Überzeugung nach sei keine Gefahr seitens der Türkei zu befürchten, wenn man in Sofia kaltes Blut bewahre und sich nicht zu militärischen Gegenmassregeln hinreissen lasse. Letzteres schiene mir gefährlich. Nach Herrn Sarafow erhielt ich den Besuch des serbischen Gesandten. Letzterer teilte mir sichtlich freudig mit, dass die türkische Regierung den serbischen Kriegsmaterial-Transport in Uesküb freigegeben hat. Herr Nenadović glaubt voraussetzen zu können, dass Herr Pašić dem türkischen Gesandten in Belgrad beruhigende Erklärungen gegeben habe. Herr Nenadović konnte mir nicht ganz ableugnen, dass zwischen Bulgarien und Serbien eine gewisse

Verständigung für eventuelle Fälle bestehe, er betonte aber, dass Serbien gegen den Willen Bulgariens nichts tun werde. Die Mobilisierung der Divisionen in Mitrovitza und Uesküb bezeichnete Herr Nenadović als eine Provokation an die Adresse Serbiens, welches, wie er sagte, der Türkei keinerlei Grund zu Misstrauen gegeben hätte. Er ist übrigens der Meinung, dass Bulgarien es zum Kriege mit der Türkei nicht werde kommen lassen, fürchte jedoch, dass die hiesige Regierung, um aus ihrer schwierigen Lage hinauszukommen, Bulgarien indirekt zum Losschlagen zwingen könnte.
Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3863.

Tel. nach Athen, 28. Sept. 1912 Nr. 32 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3868.

Nr. 3860. Bericht des Legationssekretärs Prinzen Emil Fürstenberg aus Athen, 28. Sept. 1912 Nr. 39 E (eing. 4. Okt.). Ausfert.

Ohne mich auf präzise Tatsachen stützen zu können, habe ich Grund anzunehmen, dass die vorige Woche erfolgte Publikation des neuen Reformprogrammes in Konstantinopel den Anstoss zu einem Gedankenaustausch zwischen den vier Balkanstaaten gab. Der italienische Gesandte teilt meine diesbezügliche Anschauung und will aus gewissen Indizien schliessen, dass die Balkanregierungen, obigen Reformplan als Substrat benützend, eifrig über denselben debattieren und eine gemeinsame Stellungnahme zu vereinbaren bemüht sind. Nach einer mir von anderer Seite zu Ohren gekommenen Version hätten die vier Kabinette sogar die Absicht, eine Kollektivdemarche bei der Pforte zu unternehmen. Es wäre nicht uninteressant in Erfahrung zu bringen, was dieselben eigentlich mit einer derartigen Aktion bezweckten? Indem ich im Voraus die Nachsicht Euer Exzellenz für den Fall in Anspruch nehmen darf, als sich vorstehende Gerüchte, die ich mir immerhin à titre de curiosité einzuberichten gestatte, als aus der Luft gegriffen herausstellen sollten, bitte ich Euer Exzellenz den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht zu genehmigen.
Fürstenberg.

Tel. nach Belgrad, 28. Sept. 1912 Nr. 25 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3868.

Tel. nach Berlin, 28. Sept. 1912 Nr. 95 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3868.

Tel. nach Cetinje, 28. Sept. 1912 Nr. 67 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3868.

Nr. 3861. Tel. nach Konstantinopel, 28. Sept. 1912 Nr. 202 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Ich theile die im Telegramme des k. u. k. Konsulates Mitrovitza vom 25. d. M. Nr. 54 ausgesprochene Ansicht vollkommen, daß die Einberufung der bosniakischen Mannschaft der Division Mitrovitza mit Rücksicht auf

die Entblößung des Sandjaks von den waffenfähigen Männern trotz serbischer und montenegrinischer Bandenaktion eine sehr bedenkliche Maßnahme darstellt. Ich ersuche Euer Exzellenz, bei der nächsten passenden Gelegenheit die Aufmerksamkeit der leitenden türkischen Staatsmänner in vertraulicher Weise auf diesen Umstand zu lenken und hieran die Bemerkung zu knüpfen, daß es türkischerseits verfehlt wäre, sich bezüglich der Vertheidigung des Sandschaks etwa auf Österreich-Ungarn zu verlassen. Wir stünden seit der Zurückziehung der k. u. k. Truppen aus dem Limgebiete bekanntlich auf dem Standpunkte, daß die militärische Wahrung des status quo in jener Gegend Sache der Pforte sei, ein Moment, welches in Konstantinopel bei Behandlung der albanesischen Angelegenheiten entsprechend in Rechnung zu ziehen wäre. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3877.

Nr. 3862. Tel. aus Konstantinopel-Jenikŏj, 28. Sept. 1912 Nr. 420 (eing. 8 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Die türkischen Manöver scheinen meinem russischen Kollegen sehr ungelegen zu kommen. Er sagte mir gestern, er werde sich heute auf die Pforte begeben, um wo möglich diese Massnahme, welche ihm gefährlich zu sein scheine, rückgängig zu machen. Herr von Giers glaubt einerseits, dass Bulgarien militärische Gegenmassregeln treffen werde, anderseits befürchtet er infolge von Konzentrierung türkischer Truppen Ausschreitungen derselben gegen die christliche Bevölkerung. Letztere Befürchtung scheint mir unbegründet zu sein. Der russische Botschafter dürfte, und ich glaube mit vollem Recht, den Eindruck haben, seine vor 8 Tagen erfolgte Demarche[a]) bei Gabriel Effendi sei der eigentliche Anlass zu den von der türkischen Regierung verfügten militärischen Massnahmen. Einerseits ist die Pforte den russischen Forderungen sofort nachgekommen, anderseits aber dürfte gerade der von Herrn von Giers ins Treffen geführte Hinweis auf die bulgarische Gefahr der hauptsächlichste Grund gewesen sein, warum sich die Pforte so rasch zu jener militärischen Massnahme entschlossen hat. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3823.

Nr. 3863. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 28. Sept. 1912 Nr. 421 (eing. 8 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 416 von gestern. Der serbische Gesandte liess mir noch gestern abends mitteilen, dass die 20 Waggons mit Kriegsmaterial neuerlich aufgehalten wurden. Dies stimmt auch mit der telegrafischen Meldung aus Uesküb von gestern. Herr Nenadović sagte mir gestern, dass diese 20 Waggons zu den 300 gehören, deren Durchfuhr die frühere türkische Regierung bereits gestattet hatte. Es handle sich daher um die Zurückziehung einer bereits der serbischen Regierung gemachten Zusage, eine Massregel, welche in Belgrad den schlechtesten Eindruck machen müsse. Ich glaube, der russische Botschafter dürfte heute in der Sache bei der Pforte intervenieren. Pallavicini.

Nr. 3864. Bericht des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 28. Sept. 1912 Nr. 39 B (eing. 30 Sept.).[a] *Ausfert.*

Vertraulich. Mein deutscher Kollege erzählte mir, er habe vor einigen Tagen Herrn Paléologue in äusserst pessimistischer Stimmung gefunden. Es müsse — so hätte der Herr politische Direktor gesagt — irgend eine wirksame Pression unternommen werden, da am Balkan gute Ratschläge schon nicht mehr ausreichend seien, zum Beispiel eine Flotten-Demonstration gegen Griechenland, selbst gegen Bulgarien (!) durch Entsendung von Kriegsschiffen nach Varna. Die Frage der eventuellen Durchfahrt durch die Dardanellen wäre zu lösen, falls alle Mächte einig wären. Die Frage sei nur, wer die Initiative ergreifen solle. Herr Paléologue ist ein Poët; er ist übrigens seit vorgestern mit einem Urlaube von 2—3 Wochen nach Italien abgereist, so dass ich ihn wegen dieses seines Planes nicht zu sondieren vermochte. Wie ich Euerer Exzellenz telegrafisch zu melden die Ehre hatte, herrscht heute am Quai d'Orsay eine optimistischere Auffassung vor.

Somssich.

[a]) Vgl. n. 3964.

Nr. 3865. Bericht des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 28. Sept. 1912 Nr. 39 E (eing. 30. Sept.). Ausfert.

Vertraulich. Der Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz ist der in der Nummer vom 26. d. M. erschienene sehr beachtenswerte Leitartikel der Neuen Freien Presse, welcher den Titel führt „Die Mission Sazonows in London und Balmoral", gewiss nicht entgangen. Der Artikel stammt aus der Feder des Herrn Frischauer, welcher vor einigen Tagen aus Biarritz zurückgekehrt ist, wo er mit Herrn Witte wiederholt zusammengekommen war. Herr Frischauer bittet mich nun, Euerer Exzellenz zu melden, dass er den Artikel nicht allein auf Grund der Mitteilungen des Herrn Witte, sondern direkt auf dessen Wunsch geschrieben habe. Die kaum verhüllte Absicht, hiedurch dem Herrn Iswolski eine Verlegenheit zu bereiten, entspreche ganz den Intentionen des russischen Staatsmannes, welcher — wie es scheint — die Hoffnung hat, in nicht zu weiter Zukunft wieder auf eine einflussreiche Stelle zu gelangen. Herr Witte hat sich Herrn Frischauer gegenüber mit grosser Wertschätzung über die Proposition Euerer Exzellenz ausgesprochen, welche in dem gegebenen Moment eine politische Notwendigkeit war. Er freue sich aufrichtig, dass die Beziehungen Russlands zur Monarchie wieder in ein normales Fahrwasser gelangt seien; er habe es immer für ein eminentes Interesse Russlands erachtet, mit Österreich-Ungarn auf dem möglichst besten Fusse zu stehen, und er werde, wenn er wieder einmal ein Wort mitzureden haben wird, dieser seiner Politik auch weiter treu bleiben. Nach den Äusserungen des Herrn Witte hat Herr Frischauer die Impression gewonnen, dass dieser gegenwärtig bei Seiner Majestät dem Czaren wieder sehr in Gnaden steht.

Somssich.

Nr. 3866. Tel. an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 28. Sept. 1912 Nr. 111 (chiffr. 9 U. 30 p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport, G. Berchtold).

Streng vertraulich. Mit Bezug auf Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 160 vom 25. l. M. Schlußalinea.[b] Sollte russischerseits Euer Hochwohlgeboren gegenüber neuerdings die Ernennung von Albanesen zu Valis abfällig beurteilt oder in anderer Weise die Tendenz kundgegeben werden, das albanesische Element in der europäischen Türkei im Verhältnisse zu den anderen Nationalitäten zurückzusetzen, so wollen Euer Hochwohlgeboren sich dahin vernehmen lassen, daß Ihrer Auffassung nach das Wiener Kabinett von dem Grundsatze der völligen Gleichstellung aller ottomanischen Nationalitäten und Konfessionen ausgehe und unsere Einwirkung auf die Pforte sich immer nur von diesem Prinzipe leiten lassen könne.

[a] Vgl. n. 4008. — [b] Schlußalinea von n. 3849 beginnt mit „Ernennung Albanesen ...“

Tel. nach St. Petersburg, 28. Sept. 1912 Nr. 112 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3868.

Nr. 3867. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 15. 28 Sept. 1912 Nr. 35 A (eing. 30. Sept.). Ausfert.

Streng vertraulich. Der ernste Ton Euer Exzellenz Exposés hat der russischen Presse wieder Anlass gegeben, Verleumdungen gegen die Aufrichtigkeit der k. und k. Diplomatie auszustreuen. Wäre diese Rede optimistisch gehalten gewesen, so hätten sich die hierländischen Zeitungen auch nicht zufrieden gegeben. Diese Frivolität in einem solchen kritischen Momente ist eine bedauernswerte, aber keine wunderliche Erscheinung, zieht man das Niveau und die Tendenzen der russischen Presse in Betracht. Letztere werden übrigens von dem gesunden Teile der öffentlichen Meinung nicht gebilligt werden. In offiziellen Kreisen hatten, so viel ich erfahren konnte, Euer Exzellenz ernste und offene Worte den besten Eindruck gemacht. Zwischen dem hiesigen Ministerpräsidium und dem Palais an der Sängerbrücke sind manchmal Differenzen in den politischen Anschauungen zu verzeichnen; beide begegnen sich aber heute in einer sehr pessimistischen Beurteilung der Balkansituation und beide hegen den aufrichtigsten Wunsch wenn möglich noch den Brand zu verhindern. Das Exposé Euer Excellenz, welches die Lage in seinen wirklichen Farben ohne Verschönerung schildert, musste somit hier richtig eingeschätzt werden. Diesmal hat es sogar fast den Anschein, als ob der bisher dem türkisch-italienischen Kriege gegenüber gewöhnlich ziemlich unparteiisch stehende Ministerpräsident der Türkei gegenüber ein energischeres Auftreten präkonisiert als sein prononciert italophiler, aber diplomatisch geschulter Kollege des Auswärtigen Amtes. Während Herr Sazonow bisher gegen jede Kollektivdemarche in Konstantinopel war, welche nur die türkische Eigenliebe verletze, sagte mir neulich Herr Kokowzow,[a] er erblicke das einzige Heil in einer förmlichen Aufforderung der Grossmächte an die Türkei, die Stipulationen des 23. Artikels des Berliner Vertrages durchzuführen. „Je ne sais pas de que

Mr. Sazonow fera, mais je le lui ai dit avant son départ" setzte der Herr Minister hinzu. Nach diesen Worten erscheine es möglich, dass die letzte russische Aktion auf Anregung Herrn Kokowzows geschehen ist. Wie kritisch die Lage in hiesigen Regierungskreisen beurteilt wird, erhellt schon aus meinen bisherigen telegraphischen Berichterstattungen. Kaum wird eine Hoffnung mehr in den guten Willen der Türkei oder in die Vernunft und den traditionellen Gehorsam der Balkanslaven gesetzt. „Bulgarien will den Krieg, der bisher klassische Balkanwinter wird daran nicht hindern und die anderen Balkanstaaten werden mitmachen". So lautet ungefähr das pessimistische Prognostikon. Auch befürchtet man einen sofortigen Ausbruch. Herr Neratow sagte neulich dem deutschen Geschäftsträger, es wäre erwünscht, dass die Berliner Regierung mit ihrem Schritte in Konstantinopel nicht bis zur Ankunft Herrn Sazonows in der deutschen Hauptstadt warte; bis dann wäre es vielleicht zu spät. Herr Kokowzow geht noch weiter und beklagte mir gegenüber neulich[a)] in bitteren Worten die „Uneinigkeit der Grossmächte", dank welcher die Situation so kritisch geworden und welche ihnen nicht erlaube, einen Ausweg zu finden. Diese Worte waren offenbar allgemein gemeint; der Ministerpräsident war andererseits über Euer Exzellenz Demarche in Konstantinopel sehr erfreut. Nichts aber, meiner Ansicht nach, beweist so sehr die jetzigen Besorgnisse der russischen Regierung, als die offene Weise, mit welcher ihre Staatsmänner das zwischen den Balkanstaaten ihrer Meinung nach ad hoc zu Stande gekommene Übereinkommen mit mir und mit meinem deutschen Kollegen besprechen! Angst erfüllt allein die Seele der hohen Tschinowniks, Angst vor einer Störung des Status quo, welche sie in die grösste Verlegenheit bringen würde. Längst ist der Moment vorbei, wo die russische Diplomatie den türkisch-italienischen Konflikt zu Nebenzwecken auszunützen gedachte, wenn sie aus demselben die Lösung der Meerengenfrage und den Balkanbund heraufbeschwören zu können glaubte. Oder vielmehr hat sich dies Alles gegenwärtig verdreht. Die Lösung der Dardanellenfrage ist wegen der eigenen Freunde nicht möglich und die Balkanklienten sind im Zuge durch einen ad hoc ohne russische Vormundschaft zusammenkommenden Bund eine Lage zu schaffen, wodurch die Dardanellenfrage in der unangenehmsten Art aufs Tapet gebracht werden kann. Diese russische Besorgnis erscheint wohl gerechtfertigt, wie ich in meinem Privatschreiben vom 18./5. d. M. auszuführen trachtete. Hier möchte ich nur noch der ergebenen Meinung auch Ausdruck geben, dass wenn die russische Regierung diese Besorgnis hegt, es nicht nur wegen der ungünstigen Aussichten für die Dardanellenfrage geschieht, noch viel weniger, weil sie befürchtet, dass eine Lokalisierung des Krieges nicht gelingt, aber auch weil sie vorhersehen muss, dass sie nolens volens in die Angelegenheiten ihrer Balkanprotégés wird hereingezogen werden. Wird die Türkei geschlagen werden, so wird sich eventuell die Frage des Loses ottomanischen Gebietes aufdrängen. Wird sie siegreich, was Russland an und für sich perhorreszieren muss, so wird es — trotz aller jetzigen Mahnungen an die Balkanslaven — sie in der Stunde der Not nicht im Stiche lassen können. Da überdies keiner der beiden Fälle und auch nicht die Eventualität eines erfolglosen Kampfes eine günstige

Lösung der Meerengenfrage möglich machen dürfte, erscheint meine damalige ergebenste Bemerkung, dass Russland die Erhaltung des Status quo am Balkan noch mehr als andere Grossmächte wünschen muss, vielleicht begründet. Ob indessen die russische Diplomatie aus letzterem Satze den Schluss ziehen wird, dass sie nun einen engen Anschluss an die identische Interessen habende Monarchie suchen muss, bleibt noch abzuwarten. Momentan könnte man fast diese Frage bejahen, aber die Erfahrung lehrt, dass so viele Triebkräfte hier gegen ein enges Zusammengehen mit Österreich-Ungarn militieren, dass ich vorläufig nichts mehr konstatieren möchte, als dass — wie stets — die Angst die russische Regierung momentan uns näher gebracht hat. Herr Kokowzow war über die agitatorische Tätigkeit des Oktobristenführers Gutschkow empört und sagte, wie er mir erzählte, seinem Bruder: „Voulez — vous nous pousser à une guerre avec l'Autriche pour tirer les marrons du feu pour les Slaves?" Andererseits musste es mir in meiner letzten Unterredung mit dem Ministerpräsidenten auffallen, dass er diesmal nicht, wie früher, unsere Kooperation betonte. Es mag dies teilweise Zufall gewesen sein. Aber hauptsächlich, glaube ich, war das Gefühl der vollständigen Unbeholfenheit und Ratlosigkeit, in welchem er sich befindet, daran schuld. „Enfin nous verrons ce que Mr. Sazonow va nous apporter de son voyage", sagte er ohne Begeisterung, als von einer letzten Hoffnung, in der man kaum hofft, sprechend. In der Tat glaube ich aber, dass für die weitere Attitude Russlands der Monarchie gegenüber, die Rückkehr Herrn Sazonows leicht ein psychologisches Moment abgeben kann. Ich zweifle nicht, dass wie immer die Konversationen in Balmoral, Paris und Berlin abgelaufen sind, der Herr Minister auch weiterhin die Friedenspolitik Euer Exzellenz würdigen und mit der Monarchie parallel im Sinne des Status quo wirken wird. Aber je nach der Attitude seiner Freunde speziellen russischen Interessen gegenüber dürfte er ein mehr oder weniger intimes Verhältnis zu Österreich-Ungarn wünschen. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 3847.

Nr. 3868. Tel. nach Sofia Nr. 75 (1), Belgrad Nr. 25 (2), Athen Nr. 32 (3), Cetinje Nr. 67 (4), St. Petersburg Nr. 112 (5) und Berlin Nr. 95 (6), 28. Sept. 1912 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

1.—4. Streng vertraulich. Der russische Geschäftsträger hat mir heute im Auftrage Herrn Sasonows mitgeteilt, daß die russischen Vertreter in Sofia, Belgrad, Athen und Cetinje die Weisung erhalten haben, ihren Einfluß bei den dortigen Regierungen dahin geltend zu machen, daß von der geplanten Absendung einer gemeinsamen Note der vier Balkanstaaten an die Großmächte Abstand genommen werde. Nach Ansicht seiner Regierung könnte durch eine solche Demarche der Balkanstaaten die Aktion der Großmächte in Konstantinopel erschwert werden. Der Geschäftsträger fügte bei, Herr Sasonow wäre mir dankbar, wenn auch unsere Vertreter bei den vier Balkanstaaten sich in ähnlichem Sinne vernehmen ließen. Vorstehendes ist zu Euer etc. ausschließlich persönlicher Kenntnisnahme bestimmt. Sollte dortige Regierung Euer etc. gegenüber die Absicht einer solchen

gemeinsamen Demarche der vier Staaten zum Ausdruck bringen, wollen Euer etc. ihre persönliche Ansicht dahin aussprechen, daß ein solches Vorgehen keineswegs ratsam erscheine. Euer etc. können sich hiebei der russischerseits gebrauchten Argumentation bedienen.

5.—6. ... *wie 1.—4. „Der russische Geschäftsträger" bis „in ähnlichem Sinne vernehmen ließen"* ... Ich habe dem Fürsten Koudacheff geantwortet, daß ich die Idee Herrn Sasonows im Prinzipe für eine richtige halte, mir meine Stellungnahme indessen schon aus dem Grunde vorbehalten müsse, weil mir über eine solche Absicht der vier Balkanstaaten keine direkte Verständigung zugekommen sei. Ich müsse daher vorerst schlüssig werden, ob und in welcher Form ein Schritt unsererseits erfolgen könnte. Um dem russischen Wunsche wenigstens teilweise Rechnung zu tragen, richte ich unter einem an die k. u. k. Vertreter bei den vier Balkanstaaten folgende Instruktion: (Inseratur aus Telegrammen 1—4 von „Sollte dortige Regierung" bis „gebrauchten Argumentation bedienen.")

5. Vorstehendes zur vertraulichen Information und Regelung Ihrer Sprache im dortigen Auswärtigen Amte.

6. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an den Staatssekretär mit der Anfrage, ob eine analoge russische Demarche in Berlin erfolgt ist und wie sich dortiges Kabinett zu verhalten gedenkt. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3871, 3882, 3895.

Nr. 3869. Denkschrift des Chefs des Generalstabs an den Kaiser, 28. Sept. 1912 Res. Nr. 3832.[a]) Abschrift.

In meiner alleruntertänigst unterbreiteten militär-politischen Studie res. Gstb. Nr. 608/I vom 13. Februar 1912[b]) habe ich die allgemeine politische Situation — soweit sie meinen Wirkungsbereich tangiert — erörtert und die Richtlinien angegeben, nach welchen sich die Ereignisse vollziehen dürften. Seitdem mehrten sich die Tatsachen, die meine Anschauungen bestätigen und zwar in letzter Zeit in beschleunigtem Tempo.

Kurz präzisiert wäre Folgendes anzuführen: 1. Der deutsch-englische Gegensatz hat sich verschärft. (Fehlschlagen der Mission Haldanes in Berlin, Flottenprogramm Churchill, geschäftiges Treiben der Diplomaten und militärischen Funktionäre der Triple-Entente, Zusammenziehung der französischen Flotte im Mittelländischen Meere etc.) 2. Die Initiative des Grafen Berchtold hat bisher nur zu einem rein theoretischen und formalen aber zu keinem praktischen Erfolg geführt. Ein ehrliches, einheitliches Wollen der Mächte zur Ordnung der Balkanverhältnisse ist nicht in Erscheinung getreten, hingegen deuten viele Vorkommnisse auf die Minierarbeit der Triple-Entente und Italiens sowie auf Unterströmungen hin, die nicht offiziell aber de facto Unterstützung finden. Die nach aussen bekundete Friedensliebe verschleiert die Tendenz, Oesterreich-Ungarn durch äussere Komplikationen abzuziehen, um Deutschland zu isolieren und dann niederzuringen. Italien ist und bleibt unverlässlich, wird sanft oder gewaltsam ins andere Lager hinübergezogen. 3. Die Frage der Liquidation der Türkei tritt immer deutlicher in ein akutes Stadium. (Der Krieg mit Italien kommt

zu keinem Abschlusse und letzteres muss zu weiteren Zwangsmitteln greifen; Desorganisation der inneren Politik in der Türkei, Eindringen der Politik in die Armee, anarchische Zustände in den Verwaltungsgebieten, Sinken der staatlichen Autorität, Aufflammen des albanesischen Aufstandes, Bandenbewegung etc.) 4. Eine Abmachung unter den Balkanstaaten für gemeinsames initiatives Handeln unter russischer Patronanz zur Erzwingung von Reformen und wohl auch zur Aneignung türkischer Gebietsteile scheint — trotz der offiziellen Zustimmung Russlands zur Initiative des Grafen Berchtold — getroffen. Montenegro unterstützt die aufständischen Albanesen und hat mobilisiert. Serbien trifft militärische Vorbereitungen an unserer Grenze, beruft Reservisten ein und trifft weitgehende Kriegsvorbereitungen an der türkischen Grenze. Bulgarien. Die Stimmung im Lande drängt zum Kriege, das Kriegsministerium bereitet den Kriegszustand vor und ist eine Mobilisierung zu erwarten. Türkei — ist nicht untätig, um diesen Gegnern Kräfte entgegenzustellen. An der montenegrinischen, serbischen und bulgarischen Grenze (Adrianopel) werden Truppen zusammengezogen.

Aus alledem erhellt, dass die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Konflikte am Balkan sehr gross ist und es ist sehr fraglich, ob eine entschiedene diplomatische Aktion der Grossmächte — selbst wenn ihr Zustandekommen möglich wäre — bei den Balkanstaaten Beachtung finden würde. Die Türkei hat weder Kraft noch Willen noch Zeit, die gewünschten Reformen durchzuführen. Die Erhaltung des status quo auf dem Balkan lässt sich daher kaum mehr als politisches Axiom aufrechterhalten. Für Oesterreich-Ungarn ist es eine gebieterische Notwendigkeit, seine politischen Ziele zu formulieren. Um durch keine wie immer gearteten Ereignisse überrascht zu werden, muss man zuerst geistig vorbereitet sein, das heißt wissen, was man will, um im richtigen Momente ohne Ueberstürzung ruhig, zielbewusst und zweckmässig zu handeln. Jede Veränderung auf dem Balkan ist für uns von imminenter Bedeutung; besonders berührt uns aber eine territoriale Vergrösserung unserer südslavischen Nachbarn, die jetzt schon Exponenten russischen Einflusses sind, sowie die jeden Moment akut werdende Sandschak-Frage. Unser politisches Ziel kann daher nur sein: Die unbedingte Verhinderung einer Machterweiterung dieser Staaten, die Einbeziehung derselben in unsere Machtsphäre; mindestens im Wege von Zoll- und Handelsbündnissen und von militärischen Konventionen und die Besitznahme des Gebietes von Kossovo Polje für den Fall des Zusammenbruches der Türkei, um dauernd die das südslavische Gebiet der Monarchie umspannenden Balkanstaaten Serbien und Montenegro zu trennen und uns den Weg zu dem unbedingt in unsere Machtsphäre gehörenden Albanien zu eröffnen. Albanien frei und unabhängig zu machen haben wir nicht nur eine moralische Verpflichtung, dieses wäre uns auch ein erwünschter Nachbar mit Rücksicht auf Montenegro, endlich machen die ganz unzweifelhaften Aspirationen Italiens auf die Ostküste des adriatischen Meeres die rechtzeitige Heranziehung Albaniens in unsere Einflusssphäre zu einer vitalen Frage für die Zukunft der Monarchie. Bulgariens Tendenz drängt nach dem ägäischen Meere und nach Konstantinopel. Russland dürfte wohl nur dann wider-

streben, wenn es keine Aussicht auf die Freigabe der Dardanellen-Durchfahrt hätte; ganz bestimmt aber müsste Rumänien, dessen staatliche Existenz inmitten dreier grosser Staaten Gefahr laufen würde, einer solchen Erweiterung Bulgariens sich widersetzen. Griechenland wird Südalbanien und Kreta beanspruchen.

Für uns gibt es angesichts der möglichen Konflagration am Balkan, die voraussichtlich den Beginn einer ereignisreichen Epoche der Geschichte einleiten würde, drei verschiedene Wege des Verhaltens: a) Konferenz der Grossmächte, — Auftragen der Beschlüsse an die Türkei; ein Erfolg wäre nur bei vorhergehender voller Uebereinstimmung aller Grossmächte zu erwarten. Die Widersprüche in den Interessen der Grossmächte sind aber zu gross, als dass sobald eine Einigung zustande käme; die Balkanstaaten werden sich nicht fügen, zur Exekution der Beschlüsse wird man weder Kraft noch Geld opfern wollen, daher keine Chance für einen Erfolg. b) Die Ereignisse abwarten und dann erst eingreifen. Man hinkt mit den eigenen Entschlüssen nach, verliert den richtigen Moment des Handelns und gelangt ganz in die Hinterhand, weil man ohne Vorbereitung vor unannehmbare Situationen gestellt wäre und das zweifellose Eingreifen anderer Grossmächte es völlig unmöglich machen würde, dann noch die eigene Stimme und die eigenen Ansprüche zu erheben. Kommt es also jetzt oder demnächst zu einer gewaltsamen Austragung der Balkan-Fragen und verhält sich Oesterreich-Ungarn dabei passiv, so müssten die Konsequenzen dieser Versäumnis klar erkannt und voll getragen werden. Sie sind kurz präsiziert folgende: 1. Endgiltiger Verzicht auf die Grossmachtstellung; 2. Herabsetzung der Bündnisfähigkeit; 3. Dauernde Gefährdung des südslavischen Besitzes der Monarchie durch die erstarkten Balkanstaaten. c) Nach selbständigen Entschlüssen handeln, dieselben zeitgerecht, offen und entschieden bekanntgeben, dabei die Kräfte im richtigen Verhältnisse zum Ziele und in zweckmässiger Richtung verausgaben, — das Gesetz diktieren.

Sei nun der Gang unserer Politik wie immer, unsere militärischen Vorsorgen müssen mit der Möglichkeit rechnen, dass sich Ereignisse zunächst unserer Südgrenze abspielen, die unsere Stellungnahme erfordern. Wir müssen unsere militärischen Kräfte rechtzeitig und in jenem Umfange bereitstellen, um unseren Willen mit Nachdruck durchzusetzen. Es ist nicht anzunehmen, dass die Türkei mit allen ihren Feinden endgiltig aufzuräumen und den status quo wiederherzustellen vermag, — schon die anderen Mächte würden dies nicht zulassen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die früher besprochenen, für unsere Monarchie sich ergebenden positiven Ziele festzulegen und diesen entsprechend kraftvolle Massnahmen zu treffen. Montenegro und Serbien fühlen sich in ihren offensiven Massnahmen gegen die Türkei von uns im Rücken bedroht und sind gewiss veranlasst, uns Schwierigkeiten in den Weg zu legen, — sei es durch Auftreten von militärischen Kräften, sei es durch Agitation in Bosnien und in der Hercegovina. Eine Erhöhung der Truppenstände in Bosnien, der Hercegovina und in Dalmatien auf den Kriegsstand als nächstliegende und mindeste, nur dem Defensivzweck dienende Massnahme muss ich in Erwägung der Kraftverhältnisse Serbiens und Montenegros und in Anbetracht der für uns erforderlichen

Zeit von drei Wochen für die Durchführung nur für den Fall und nur insolange als ausreichend bezeichnen, als es sich darum handelt zu verhüten, dass Serbien und Montenegro uns durch Schwierigkeiten und Agitation im Annexionsgebiete, durch Bandenbildung u. dgl. hindern, unseren Willen entschieden zur Geltung zu bringen. Spätestens in dem Momente, wenn Serbien zu mobilisieren beginnt, wie es Montenegro jetzt schon tut, erachte ich es für unbedingt geboten, sogleich den Kriegsstand in Bosnien, der Hercegovina und in Dalmatien anzunehmen. Sobald aber Serbien tatsächlich zu irgend einer kriegerischen Aktion — in welcher Richtung immer — schreitet, erschiene mir die blosse Annahme des Kriegsstandes in Bosnien, der Hercegovina und in Dalmatien als halbe Massregel. Ich könnte in diesem Falle nur für ganze, entschiedene Massnahmen den Antrag stellen und zwar für die Mobilisierung und Versammlung der für den Kriegsfall „B" designierten Kraft in vollem Umfange. Da aber der Monarchie die Widmung dieser Kräfte für den Kriegsfall „B" nur dann möglich wird, wenn die Diplomatie den Frieden mit den beiden in Betracht kommenden Grossmächten Russland und Italien sichergestellt hat, so ist volle Klarheit in den Zielen als Grundlage für die Kriegsvorbereitungen umsomehr notwendig, als die Ereignisse nach rascher Entscheidung drängen. Schemua.

[a]) Vgl. n. 3928. — [b]) Liegt nicht vor.

Nr. 3870. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 29. Sept. 1912 Nr. 423 (eing. 30. Sept. 9 U. a. m.). Entziff.

Oberst Pomiankowski erfährt folgendes im Kriegsministerium: Die von den Zeitungen bereits gemeldete Einberufung von zehn Redifdivisionen ist richtig. Grosse Manöver werden nicht stattfinden, es werden bloss lokale Manöver abgehalten werden. Die in Aussicht genommene Massnahme dürfte erst in circa acht bis zehn Tagen durchgeführt sein, da es sich, wie ausdrücklich bemerkt, nicht um eine Mobilisierung sondern um eine Einberufung zum Zwecke von Manövern handelt. Vorstehende Informationen bestätigen die ursprüngliche Annahme, dass die türkische Regierung lediglich den Zweck verfolge, eine Pression auf die kleinen Nachbarstaaten, namentlich auf Bulgarien auszuüben. Tuzi soll, wie im Kriegsministerium zugegeben wird, von Insurgenten cerniert und Lage der dortigen Truppen gefährdet sein. Pallavicini.

Nr. 3871. Tel. aus Sofia, 29. Sept. 1912 Nr. 162 (eing. 30. Sept. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Kaum hatte ich heute hohes Telegramm Nr. 75 von gestern erhalten, als mein deutscher Kollege bei mir vorsprach, mir analoge Instruktion seiner Regierung, jedoch mit dem Auftrage einer unbedingt abratenden Demarche, vorlas und sich erkundigte, ob ich ähnliches erhalten. Da obbezogenes hohes Telegramm geheim zu behandeln war, versetzte mich diese Frage in Verlegenheit; ich glaubte aber, in der Hoffnung hohen Intentionen zu entsprechen, für deutschen Gesandten Ausnahme zu machen und ihm nicht mit direkter Unwahrheit antworten zu sollen. Herr von Below hat seither

seine Demarche bei Herrn Geschoff ausgeführt, der ihm gestand, dass Kabinette von Sofia, Belgrad, Athen und Cetinje, was hier bis jetzt wenigstens vor Vertretern der Tripleallianzmächte geheim gehalten wurde, tatsächlich im Begriffe wären, einen gemeinsamen Schritt bei Grossmächten zu erwägen, um Aufmerksamkeit derselben auf Gefahr der Lage am Balkan zu lenken. Der hiesige Besuch des in meinem gehorsamen Berichte Nr. 72 J[b]) vom 26. d. M. genannten Griechen Metaxa — angeblich Adjutant König Georgs — der, wie nunmehr verlautet, einen Brief an König Ferdinand gebracht hätte, könnte mit dieser Frage in Verbindung stehen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3882. — [b]) Mit Bericht Nr. 72 J, 26. Sept. 1912 (eing. 28. Sept.) wurde eine Konsularmeldung aus Burgas mitgeteilt, dahinlautend, daß der griechische Hauptmann Metaxa dort per Schiff eingelangt und sich geäußert, er komme in einer rein militärischen confidentiellen Mission nach Bulgarien.

Tel. nach Athen, 30. Sept. 1912 Nr. 33 (chiffr. 8 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 3882.

Tel. nach Athen, 30. Sept. 1912 Nr. 34 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3875.

Unterredung mit dem griechischen Gesandten, 30. Sept. 1912. Siehe n. 3888.

Nr. 3872. Tel. aus Athen, 30. Sept. 1912 Nr. 82 (eing. 12 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.

Deutsche Regierung hat im Sinne der einschlägigen russischen Anregung hiesigen Geschäftsträger beauftragt, der griechischen Regierung nahezulegen, von projektierter gemeinsam mit anderen drei Balkanstaaten bei Grossmächten zu unternehmender Demarche abzusehen. Durchführung der von Türkei in Aussicht genommenen Reformen würde durch derartigen Schritt nur behindert, Aktion der Mächte in Konstantinopel erschwert und ein unerwünschter Druck auf letztere ausgeübt werden. Deutscher Geschäftsträger entledigte sich gestern Auftrages bei Minister des Äussern. Dieser stellte nicht in Abrede, dass Kollektivdemarche beabsichtigt wäre und versprach Antwort für heute oder spätestens morgen, da er vorerst Ansicht des Ministerrates einholen müsse. Braun.

[a]) Vgl. n. 3887.

Tel. nach Belgrad, 30. Sept. 1912 Nr. 26 (chiffr. 8 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 3882.

Tel. nach Belgrad, 30. Sept. 1912 Nr. 27 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3875.

Nr. 3873. Bericht aus Belgrad, 30. Sept. 1912 Nr. 94 (eing. 2. Okt.).[a]) Ausfert.

In meinem gestrigen Berichte Nr. 93 A—C[b]) habe ich die Ehre gehabt Euer Exzellenz über die ernste Beurteilung der allgemeinen Lage in den Regierungskreisen und seitens des hiesigen diplomatischen Korps Meldung

zu erstatten. Seitdem habe ich Gelegenheit gehabt eine Reihe nicht offizieller Persönlichkeiten zu sprechen, die mir über die unter der Bevölkerung herrschende und nicht weniger ernste Auffassung und Beurteilung der Situation Aufschluss gegeben haben. Es herrscht in ganz Serbien die Überzeugung, dass der Konflikt mit der Türkei kaum zu vermeiden sein wird; das Militär sieht einem Waffengange mit Freuden entgegen, die Handelsleute blicken dagegen mit grosser Besorgnis in die Zukunft. Da aber momentan der ganze Handel vollkommen stockt, würden sie eine baldige Entscheidung durch die Waffen diesem unhaltbaren Zustande allgemeiner Stagnation vorziehen. Die besonneneren Politiker verkennen nicht den Ernst der Lage und sind dessen bewusst, dass ein eventueller Waffengang für das Land ganz unabsehbare Konsequenzen haben kann. Nichtsdestoweniger würden zahlreiche Elemente diese ihnen vielleicht das letzte Mal gebotene Gelegenheit gerne benützen, um die Grundlagen eines grösseren Serbiens zu legen. Die öffentliche Meinung hat sich viel mit der Frage der zukünftigen Gestaltung des Balkans beschäftigt und nach und nach hat sich ein Plan herauskrystallisiert, der heute als anzustrebendes Ideal im Kopfe der Serben herumspuckt. Nach dieser Idee müsste sich ein autonomes Mazedonien von der bulgarischen Grenze bis über den Vardar erstrecken, während Alt-Serbien mit dem Sandjak über Skutari bis an das Adriatische Meer eine autonome Provinz serbischer Zunge bilden würde. Selbstverständlich würde dies nur als Übergangsstadium gedacht, denn in absehbarer Zeit müsste Mazedonien bulgarisch, Alt-Serbien serbisch und Thessalien griechisch werden. Albanien müsste ein autonomes Gebilde bleiben. Salonik wird von den Einen den Türken belassen, von den Anderen aber unserer Monarchie zugedacht. Viele Hitzköpfe ereifern sich für diese Idee und man glaubt, dass jetzt die letzte Gelegenheit zur Verwirklichung derselben sich bietet. Serbien muss demnach diese letzte Karte ausspielen. Man rechnet dabei auf die Mithilfe Russlands, allerdings werden Stimmen hörbar, die behaupten, dass auf die Russen kein grosser Verlass sei. Sollte Russland Serbien auch diesmal im Stiche lassen, so sei es hier mit der russischen Hypnose für ewige Zeiten aus. Serbien müsse sich dann nach einem verlässlicheren Verbündeten umsehen und würde in diesem Falle seine Augen notgedrungen auf Österreich-Ungarn richten. Herr Jovanović hat sich selbst mir gegenüber in diesem Sinne geäussert (vide Bericht vom 29. l. M. Nr. 93 C)*c*), es scheint aber, dass er mit seiner Auffassung nicht vereinzelt dasteht und dass diese Idee langsam anfängt sich Bahn zu brechen. Es ist überhaupt eine kleine Verstimmung gegen Russland zu konstatieren; man findet, dass es in diesen kritischen Zeiten sich der serbischen Interessen nicht genug intensiv annimmt. Man bemerkt auch Symptome, die darauf hinweisen, dass das Land nicht mehr als einfaches russisches Gouvernement behandelt werden will. Neulich ist sogar der Gesandte von Hartwig in den serbischen Zeitungen heftig angegriffen worden, weil er in einem Interview der serbischen Souverenität nicht die entsprechende Rechnung getragen hat. Das Regierungsblatt hat sich sogar veranlasst gesehen, den russischen Gesandten in Schutz zu nehmen und die Vorgangsweise der kritisierenden Blätter sehr scharf zu beurteilen. Natürlich solange die Radikalen am Ruder sind, kann man von

einer tiefgehenderen Wandlung in der öffentlichen Meinung Russland gegenüber nicht sprechen, und es ist auch keine Aussicht vorhanden, dass eine andere Parteigruppierung zur Macht gelange, so dass es für absehbare Zeiten beim alten bleiben wird; immerhin ist es interessant, dass man über die Rolle, die Russland dem Lande gegenüber gespielt hat, anfängt nachzudenken und objektiv zu urteilen. Allerdings wenn ruhige Zeiten kommen werden und Russland dabei nichts mehr riskiert, wird es bestimmt von neuem versuchen, sich auf billige Art auf den Protektor hinauszuspielen und leere Versprechungen zu machen, die es im Ernstfalle neuerlich vergessen wird. Bezüglich des Verhältnisses zwischen Serbien und Bulgarien muss ich eine entschiedene Besserung konstatieren. Trotz der offiziellen Dementis hält man allgemein an der Version fest, dass gewisse Abmachungen[a] im Laufe des Sommers zwischen den Regierungen für den eventuellen Kriegsfall getroffen worden sind. Bulgarien hat sich — angesichts seiner kriegerischen Pläne — nicht mehr so ablehnend Serbien gegenüber verhalten, soll aber doch bestrebt gewesen sein, sich freie Hand zu halten und seine Aktionsfreiheit nicht beschränken zu lassen. Herr Pašić hat unlängst auf einer Eisenbahnfahrt eine geheime Zusammenkunft mit einem leitenden bulgarischen Politiker gehabt (man nennt Herrn Danew), welcher hier grosse Bedeutung beigemessen wird. Bei dieser Gelegenheit soll das einheitliche Vorgehen der beiden Staaten der Türkei gegenüber in den Details beschlossen worden sein. Es soll übrigens ein analoges Einverständnis auch mit Griechenland und Montenegro bestehen. Es heisst, dass am 3. Oktober die Skupština zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammentreten soll. Ugron.

[a]) Vgl. n. 3689, 3969. — [b]) Wurde nicht aufgenommen. Enthält einen Situationsbericht, insbesondere über die durch angebliche türkische Truppenansammlungen bei Adrianopel geschaffene Lage. — [c]) Wurde nicht aufgenommen. Enthält eine mit n. 4827 übereinstimmende Schilderung der Persönlichkeit des Generalsekretärs Jovanović.

Nr. 3874. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 30. Sept. 1912 Nr. 96 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Macchio).

Der deutsche Geschäftsträger hat am 28. l. M. folgenden Auftrag hier ausgeführt: Der bulgarische Geschäftsträger in Berlin habe im Auswärtigen Amte darüber Beschwerde geführt, daß die Türkei an der bulgarischen Grenze eine Anzahl Redifdivisionen einberufen habe. Die bulgarische Regierung fasse dies als eine Provokation auf und wende sich an die Kabinette der Großmächte mit der Bitte, daß bei der Pforte auf die Rückgängigmachung jener militärischen Maßnahme hingewirkt werden möge. Der Herr Staatssekretär habe hierauf dem bulgarischen Geschäftsträger geantwortet, das Berliner Kabinett sei bereit, sich — si omnes — an diesbezüglichen Vorstellungen in Konstantinopel zu beteiligen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß bulgarischerseits nicht bloß Zusicherungen gemacht, sondern Beweise dafür geliefert werden, daß Bulgarien keinerlei aggressive Tendenz verfolge. Herr von Kiderlen ersuche um Antwort, ob eine analoge bulgarische Demarche in Wien erfolgt sei, beziehungsweise welche Stellung

das Wiener Kabinett zu einer solchen einzunehmen gedenke. Eine analoge bulgarische Demarche ist bis heute hier nicht erfolgt, wovon deutscher Geschäftsträger verständigt wurde. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3875.

Tel. nach Berlin, 30. Sept. 1912 Nr. 97 (chiffr. 8 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 3882.

Tel. nach Berlin, 30. Sept. 1912 Nr. 98 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3875.

Tel. nach Bukarest, 30. Sept. 1912 Nr. 35 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3875.

Tel. nach Cetinje, 30. Sept. 1912 Nr. 68 (chiffr. 8 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 3882.

Tel. nach Cetinje, 30. Sept. 1912 Nr. 69 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3875.

Nr. 3875. Tel. nach Konstantinopel Nr. 204 (1), Sofia Nr. 77 (2), Belgrad Nr. 27 (3), Athen Nr. 34 (4), Cetinje Nr. 69 (5), Berlin Nr. 98 (6), St. Petersburg Nr. 114 (7), London Nr. 58 (8), Paris Nr. 71 (9), Rom Nr. 156 (10) und Bukarest Nr. 35 (11), 30. Sept. 1912 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).

1.—5. Die hiesige russische Botschaft verständigte mich heute auftraggemäß, daß das Petersburger Kabinett einerseits bei der Pforte die Notwendigkeit betont habe, keine Truppen an den Reichsgrenzen zu konzentrieren, andererseits bei den Balkanstaaten Schritte unternommen habe, um zu versuchen, sie von einer Mobilisierung abzuhalten. Russische Regierung legt mir analoge Schritte nahe. Laut einer gleichzeitigen Mitteilung des englischen Geschäftsträgers sind die britischen Vertreter in Konstantinopel und bei den Balkanhöfen angewiesen, die russischen Schritte si omnes mitzumachen.

1. Falls die Vertreter der übrigen Signatarmächte im obigen oder ähnlichen Sinne instruiert werden sollten, wollen auch Euer Exzellenz sich bei der Pforte dahin vernehmen lassen, daß die ottomanischerseits ergriffenen militärischen Maßnahmen zu Gegenmaßregeln der Balkanstaaten teils bereits geführt haben teils zu führen drohen und es daher im Interesse eines Erfolges der gleichzeitig bei den Balkanregierungen unternommenen Schritte der Mächte, welche auf Wahrung des Friedens und Einstellung beziehungsweise Rückgängigmachung der ergriffenen militärischen Maßregeln gerichtet sind, gelegen wäre, wenn sich die Türkei im Interesse der Erhaltung des Friedens in ihren militärischen Vorkehrungen die größtmögliche Zurückhaltung auferlegen wollte.

2.—5. Euer etc. wollen sich bei der dortigen Regierung dafür einsetzen, daß dieselbe ihre militärischen Maßregeln einstelle beziehungsweise rück-

gängig mache[1]) und so den Beweis erbringe, daß ihr die Absicht einer aggressiven Tendenz gegen die Türkei fernliege.

6.—11. ... *gleichlautend mit 1.—5.* ... Vorstehendes wurde dem k. u. k. Botschafter in Konstantinopel sowie den Vertretern bei den Balkanstaaten mitgeteilt, und zwar Markgraf Pallavicini mit folgender Instruktion: ... *gleichlautend mit I. von „Falls die Vertreter" bis „Zurückhaltung auferlegen wollte"*... Die gleichzeitige Weisung nach Sofia, Belgrad, Athen und Cetinje lautet: ... *gleichlautend mit 2.—5. von „Euer etc. wollen sich" bis „fernliege."*...

6. Vorstehendes wollen Euer Hochwohlgeboren zur Kenntnis des Herrn Staatssekretärs bringen und vertraulich bemerken, daß ich bei Formulierung der Weisungen an die k. u. k. Gesandten bei den Balkanregierungen dem Gedankengange möglichst Rechnung getragen habe, welchen Herr von Kiderlen kürzlich dem bulgarischen Geschäftsträger gegenüber zum Ausdrucke gebracht hatte. (Vide mein heutiges Telegramm Nr. 96.)

7.—11. Vorstehendes wollen Euer etc. zur vertraulichen Kenntnis

7.—10. der dortigen Regierung

11. Seiner Majestät König Karols und der rumänischen Regierung

7.—11. bringen. Berchtold.

[1]) Kiderlen!

[a]) Oe. U. Balkan 15 Nr. 23. Vgl. n. 3886, 3894, 3898, 3899, 3903, 3909, 3910, 3911, 3916, 3920, 3924.

Nr. 3876. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 30. Sept. 1912 Nr. 425 (eing. 1. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich hatte soeben mit dem Minister des Äussern und dem Grossvezir Besprechungen über die Lage. Gabriel Effendi schien mir die Situation heute eher ruhiger zu beurteilen als vor einigen Tagen. Bis jetzt habe er, so sagte er mir, aus Sofia nur Nachrichten über gewisse militärische Vorbereitungen, zum Beispiel seien mehrere Kavallerieregimenter an die Grenze geschickt worden, von einer eigentlichen Mobilisierung hätte er jedoch noch nichts gehört. Allerdings sollen bis 14. Oktober einige Altersklassen einberufen werden. Auf seine Frage, wie ich die Lage beurteile, erwiderte ich ihm, man müsse jetzt mit grösster Vorsicht vorgehen und ja nichts tun, was noch mehr provozieren könnte. Auch sollte man meiner Meinung nach nicht zögern, die in Aussicht gestellten Reformen so weit als möglich in Angriff zu nehmen. Der Grossvezir machte mir den Eindruck, besorgter zu sein. Auf seine Frage, wie sich Österreich-Ungarn verhalten werde, wenn es zum Bruche käme, erwiderte ich ihm, dass ich nicht in der Lage sei, ihm hierüber Aufschluss zu geben. Soviel könne ich ihm aber sagen, dass meine Regierung vor allem den Frieden zu erhalten wünsche. Aus diesem Grunde hätte ich kürzlich unsere bekannten Ratschläge erteilt. Ghazi Mukhtar Pascha bemerkte hierauf, die türkische Regierung studiere jetzt das Reformprogramm vom Jahre 1880 und er habe konstatiert, dass dasselbe mit gewissen Modifikationen anwendbar wäre. Ich gab dem Grossvezir den Rat, hierüber etwas verlautbaren zu lassen, was meiner Ansicht nach, im

gegenwärtigen Augenblicke bestimmt eine kalmierende Wirkung hätte. In Bezug auf die Friedensverhandlungen mit Italien sprachen sich beide türkischen Staatsmänner heute sehr wenig optimistisch aus. Aus hiesigen diplomatischen Kreisen höre ich, dass sich heute oder morgen unter dem Vorsitze des Königs ein Ministerrat in Sofia versammeln solle, welcher über die Frage der Mobilisierung zu entscheiden haben wird. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3971.

Nr. 3877. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 30. Sept. 1912 Nr. 426 (eing. 1. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 202 vom 29. d. M. Der k. u. k. Militärattaché hat im Kriegsministerium konstatiert, dass die Division Mitrovitza nicht nach Skutari geschickt wird, sondern in Mitrovitza, Berane und Plevlje verbleibe und dort üben wird. Es dürfte jedoch ein Regiment der Division Prisren zur Verstärkung der Division Elbassan nach Skutari abgehen. Unter diesen Umständen habe ich nicht geglaubt, mich im Sinne obigen hohen Telegrammes dem Minister des Äussern gegenüber aussprechen zu sollen; nachdem er jedoch im Laufe unseres heutigen Gespräches spontan an mich die Frage stellte, wie wir uns im Falle eines serbischen Angriffes auf den Sandjak Novibazar verhalten würden, äusserte ich mich in dem mir aufgetragenen Sinne und riet ihm von einem Entblössen des Sandjaks von Truppen ab. Pallavicini.

Tel. nach London, 30. Sept. 1912 Nr. 58 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3875.

Nr. 3878. Tel. aus London, 30. Sept. 1912 Nr. 74 (eing. 1. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Sir A. Nicolson sagte mir heute, Besprechungen zwischen Sir E. Grey und Herrn Sazonow hätten befriedigenden Verlauf genommen. Sie betrafen in erster Linie Persien, Tibet. Es sei kein neues Abkommen getroffen worden, von einer Teilung Persiens — welche in der Presse in unsinniger Weise besprochen wurde — sei keine Rede gewesen und der Ex-Schah werde wieder zur Regierung zugelassen werden. Es handle sich darum, so gut es geht, der persischen Regierung Geld zu beschaffen und die Regierungsmaschine im Gange zu erhalten. Positive Abmachungen wären eigentlich nicht getroffen worden und man erwarte Vorschläge der Gesandten in Teheran. Lage am Balkan wurde natürlich besprochen und das Ergebnis war die Depesche, welche gestern nach Wien, Berlin und Paris gerichtet wurde. Abmachungen über Fragen allgemeiner europäischer Politik hätten sicher nicht stattgefunden. Alles Vorstehende sagte mir Sir A. Nicolson spontan mit dem Bemerken, das Hauptthema der Besprechungen hätten Fragen wie Persien, Tibet und Afghanistan gebildet, für welche wir wohl nur ein akademisches Interesse hätten. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3825.

Nr. 3879. Tel. aus London, 30. Sept. 1912 Nr. 75 (eing. 1. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

M. Sasonow vient de me faire une longue visite. La nouvelle de la mobilisation bulgare qu'il venait de recevoir, rend la situation encore plus sérieuse qu'elle ne l'était. Le pivot de la situation réside à son avis dans conformité de vues existant entre Vienne et St. Pétersbourg. Il a une confiance absolue dans la sagesse et la loyauté de Votre Excellence et me charge de vous dire qu'il compte sur la coopération de Votre Excellence pour empêcher, et s'il est trop tard pour cela, localiser la guerre. Peut-être pourrait-on répéter encore une fois aux Etats balkaniques que n'importe ce qui arrivera, on ne tolérerait pas de changement territorial. Les Gouvernements de Londres, Paris et Berlin sont aussi pacifiques que ceux de Vienne et de St. Pétersbourg et on peut compter sur eux. Sasonow a parlé très énergiquement et sérieusement au représentant serbe à Londres. Il croit qu'il serait important, si possible, d'empêcher que les autres Etats balkaniques suivent l'exemple de la mobilisation bulgare. Si la guerre a lieu „nous ne pourrons qu'attendre et intervenir plus tard, peut-être même en faveur des Bulgares, mais sans tolérer changement territorial." La situation serait très grave à son avis s'il ne se savait pas en accord parfait avec Votre Excellence. Herr Sazonow ist höchst befriedigt über Euer Excellenz Erklärungen in den Delegationen und wiederholte sein absolutes Vertrauen zu Euer Excellenz. Obwohl er zugibt, dass seitens Bulgariens und anderer Balkanstaaten Vieles Bluff und Chantage ist, sei er doch schon seit längerer Zeit pessimistisch gewesen, während man hier und in Berlin Lage nicht als so ernst ansah. Bezüglich eventueller slawischer Sympathien in Russland sagte er mir aufrichtig, dass den Massen in Russland heute bulgarische Interessen ziemlich gleichgültig sind, dass aber gewisse einflussreiche Pressorgane Stimmung machen würden, um Regierung Verlegenheiten zu bereiten und dass man sie nicht ganz würde ignorieren können. Er führte aber aus, dass probulgarische oder grossbulgarische Idee heute nicht mehr den russischen Interessen entspricht. „Wir wollen nicht nach Konstantinopel gehen, wollen aber auch nicht die Bulgaren dort sehen." Herr Sazonow reist Mittwoch früh nach Paris auf zwei—drei Tage, dann auf 24 Stunden nach Berlin. Vielleicht beschleunigt er noch mehr Rückkehr nach Petersburg. Er rechnet darauf, auch weiter mit Euer Excellenz in Fühlung zu bleiben. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 17 Nr. 27. Vgl. n. 3890, 3900, 3921, 3962, 4041, 9487.

Nr. 3880. Note der englischen Botschaft in Wien, 30. Sept. 1912 (eing. 30. Sept.). Ausfert.

Sir Edward Grey has agreed to a proposal made by Monsieur Sasonow that the Turkish Government should be advised not to move their redifs to the frontier if the Balkan States donot mobilize. Sir Edward Grey has instructed His Majestys Chargé d'Affaires at Constantinople to give advice in this sense to the Turkish Government if all his Colleagues receive similar instructions and to add that, if all the Powers concur, representations will be made at Belgrade, Athens, Sofia and Cettinje strongly urging those States

not to mobilize or to move troops to the frontier. His Majestys Chargé d'Affaires has been instructed not to take any steps until his Colleagues are authorized to take similar action. Mr. Russell has been instructed by Sir Edward Grey to inform the Imperial and Royal Government of the above and to enquire whether they would be prepared to send instructions in the above sense to their Representatives.

Tel. nach Paris, 30. Sept. 1912 Nr. 71 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3875.

Tel. nach Rom, 30. Sept. 1912 Nr. 156 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3875.

Tel. nach St. Petersburg, 30. Sept. 1912 Nr. 113 (chiffr. 8 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 3882.

Tel. nach St. Petersburg, 30. Sept. 1912 Nr. 114 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3875.

Nr. 3881. Note des russischen Geschäftsträgers in Wien, 30. Sept. 1912 (eing. 30. Sept.). Ausfert.

En vue de prévenir une aggravation de la situation provoquée par l'appel des rédifs par le Gouvernement Ottoman, le Gouvernement Impérial a d'une part insisté auprès de la Sublime Porte sur la nécessité de ne point concentrer ces troupes sur ses frontières. Il a d'autre part fait des démarches auprès des Gouvernements de Sofia, Belgrad, Cettigné et Athènes pour tâcher de les retenir d'une mobilisation de leurs armées. Des démarches analogues ont été faites par le Gouvernement Britannique. Le Gouvernement Impérial estime que des démarches analogues par le Gouvernement Impérial et Royal seraient de nature à seconder efficacement ses efforts.

Nr. 3882. Tel. nach Sofia Nr. 76 (1), Belgrad Nr. 26 (2), Athen Nr. 33 (3), Cetinje Nr. 68 (4), St. Petersburg Nr. 113 (5) und Berlin Nr. 97 (6), 30. Sept. 1912 (chiffr. 8 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Hoyos).

1. Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 162 vom 29. l. M. Ich billige vollkommen Euer Hochgeboren Haltung gegenüber Ihrem deutschen Kollegen. Ich ersuche Euer Hochgeboren,

2.—4. Im Verfolge meines Telegrammes vom 28. l. M. Nr. 25, (beziehungsweise 32, 67). Mit Rücksicht auf neueingelaufene Informationen über den Meinungsaustausch zwischen den Balkanstaaten ersuche ich Euer etc.,

1.—4. ohne eine Mitteilung der dortigen Regierung abzuwarten, derselben zu erklären, daß die — wie wir erfahren, über griechische Initiative — seitens der Kabinette von Athen, Belgrad, Cetinje und Sofia geplante Kollektivdemarche bei den Großmächten es unserer Auffassung nach der Pforte erschweren würde, den freundschaftlichen Ratschlägen der Mächte zu entsprechen und die in Aussicht genommenen Reformen durchzuführen. Wir müßten daher der dortigen Regierung von der Ausführung dieser Demarche, welche wir in jeder Hinsicht als bedenklich ansehen, abraten.

5. Im Verfolge meines Telegrammes vom 28. l. M. Nr. 112. Ich richte unter einem an die k. u. k. Vertreter bei den vier Balkanstaaten folgende Instruktion:

„Ich ersuche Euer etc. . . . *wie 1.—4.* . . . Vorstehendes zur vertraulichen Information und Regelung Ihrer Sprache im dortigen Auswärtigen Amte.

6. Im Verfolge meines Telegrammes vom 28. l. M. Nr. 95. Da streng vertraulichen Meldungen aus Athen und Sofia zufolge dortige deutsche Vertreter Demarchen im Sinne der russischen Anregung gemacht haben, richte ich unter einem an die k. u. k. Vertreter bei den vier Balkanstaaten folgende Instruktion: . . . *gleichlautend mit 1.—4.* . . . Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information und Mitteilung an den Staatssekretär. Berchtold.

[a] Vgl. n. 3904, 3910.

Tel. nach Sofia, 30. Sept. 1912 Nr. 77 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3875.

Nr. 3883. Note des Kriegsministeriums, 30. Sept. 1912 Präs. Nr. 7656 (eing. 1. Okt.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Das Kriegsministerium erlaubt sich, die Aufmerksamkeit des k. u. k. Ministeriums auf beiliegendes Gutachten zu lenken, aus dem hervorgeht, dass eine im Jukić-Prozess saisierte Bombe höchstwahrscheinlich aus einem militärischen Arsenal, vermutlich aus jenem in Kragujevac, stammt. Die kompetenten militärischen Behörden wurden auf diese Bombenkonstruktion aufmerksam gemacht. i. V. Krobatin.

[a] Vgl. n. 3621.

Beilage zu n. 3883.

Bei der gerichtlichen Untersuchung gegen Luka Jukić und Genossen wegen des am kgl. Kommissär in Agram verübten Attentates wurde eine Sprengbüchse mit Pikrinsäurefüllung saisiert, die in ihrer Ausführung der normierten 1 kg Ekrasitsprengbüchse gleicht. Es fehlen nur der Ölfarbenanstrich und an der Aussenseite die Bezeichnung 1 kg. Es ist wahrscheinlich, dass diese Sprengbüchse aus einem militärischen Arsenal, vermutlich aus jenem von Kragujevac, stammt. Aus diesem Grunde wird die Aufmerksamkeit auf diese Sprengbüchse, die unter Umständen auch anderwärts auftauchen könnte, hingelenkt. Dieser Erlass ergeht gleichlautend an den Armeeinspektor in Sarajevo, das 4., 7., 13., 15., 16. Korpskommando und zur Kenntnis an das k. k. Ministerium für Landesverteidigung und das Technische Militärkomité. i. V. Krobatin.

Nr. 3884. Tel. aus Athen, 1. Okt. 1912 Nr. 88 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Ministerpräsident Venizelos, den ich heute vormittags besuchte, bittet mich, Euer Exzellenz Nachstehendes zu melden: Die Mobilisierung Griechenlands sei lediglich die leider nicht zu umgehen gewesene Folge

der türkischen, übrigens ganz unmotivierten Mobilmachung. Hiesige Regierung sei unentwegt friedlich gesinnt, vollends liegen ihr Eroberungs- und dergleichen Pläne ganz ferne. Was Griechenland einzig und allein anstrebe, sei: den verzweifelten Zustand seiner so zahlreichen Konnationalen im Nachbarreiche zu menschenwürdigem zu gestalten. Angesichts absoluter Aussichtslosigkeit der Einführung wirklicher Reformen durch das jetzige Regime in der Türkei oder durch jenes der wieder stark an Terrain gewinnenden Jungtürken hätte man sich geradezu gezwungen gesehen, mit dem bisher durch Jahrzehnte befolgten System langmütigster Geduld zu brechen. Um einen Krieg zu vermeiden, bleibe also nur der einzige Ausweg übrig, daß die Mächte die Sache in die Hand nehmen, indem sie auf die Türkei eine starke Pression zwecks Einführung radikaler Reformen ausüben und dazu sei wohl in allererster Linie Österreich-Ungarn berufen, welches ja ohnehin die Anregung zu Reformen durch die Propositionen Euer Exzellenz gegeben. Diese — um einige aufzuzählen — beständen in der Ernennung europäischer Valis (Schweizer, Belgier), europäischer Gendarmeriekommandanten, in Gewährleistung der persönlichen Sicherheit der christlichen Bevölkerung, in Zugeständnissen und Verbesserungen auf religiösem und kulturellem Gebiet und so weiter. Solche Reformen müßten aber sofort, das heißt innerhalb zwei bis drei Wochen und zwar unter bestimmten Garantien in die Wege geleitet werden; sonst würde es zu spät sein, eine kriegerische Konflagration zu vermeiden, denn die vier Balkanstaaten könnten den Türken nicht ad infinitum Zeit lassen, sich militärisch zu stärken. Herr Venizelos charakterisierte die Entente Griechenlands mit den drei übrigen Balkanstaaten als hervorgegangen aus einer sie alle bedrohenden gemeinsamen Gefahr. Griechenland sei überdies in besonders schwieriger Lage wegen Kretafrage. Er, Venizelos, stehe heute noch keineswegs auf dem Unionsstandpunkte, allein die Schutzmächte müßten endlich schleunigst daran gehen, diese Frage „auf irgend eine Weise" zu lösen, nicht so sehr wegen Kreta selbst, sondern wegen Griechenlands, das wegen dieser Frage nicht zur Ruhe kommen könne. Braun.

[a]) Vgl. n. 3956.

Nr. 3885. Tel. aus Athen, 1. Okt. 1912 Nr. 89 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Minister des Äussern, Herr Coromilas, sagte mir streng vertraulich, Entente zwischen den vier Balkanstaaten, die ja von einer gemeinsamen Gefahr bedroht wären, sei etwa gleichzeitig mit den seinerzeitigen Propositionen Euer Exzellenz von ihm in die Wege geleitet worden. Die Konversation darüber sei noch im Gange gewesen, als die Türken mobilisierten. Über die Form dieser Entente äusserte sich Minister nicht, er wies aber mit Genugtuung auf das Wesen derselben hin, welches sich in dem glänzenden Resultate manifestiert habe, dass binnen wenigen Tagen volle Übereinstimmung in der Mobilisierung der Streitkräfte dieser Staaten, die auf die türkischen Provokationen hin an demselben Tage erfolgte, erzielt werden konnte.
Braun.

[a]) Vgl. n. 3955, 3958.

Nr. 3886. Tel. aus Athen, 1. Okt. 1912 Nr. 92 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Auf meine in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 34 angeordnete eindringliche Demarche bezüglich Einstellung, beziehungsweise Rückgängigmachung der militärischen Massnahmen antwortete mir der Minister des Äussern achselzuckend, er glaube kaum, dass sich das noch machen liesse. Denn Griechenland fühle sich durch die Türkei, die vielleicht nach einer Diversion suche, um aus den inneren Schwierigkeiten herauszukommen, bedroht, ganz abgesehen davon, dass sich wohl an die sechs türkische Divisionen nahe griechischer Grenze befinden. Aber selbst wenn dies nicht der Fall wäre, würde es für Griechenland genügen, dass einer der vier Balkanstaaten bedroht wäre, um seine Haltung aufrechtzuerhalten. Also volles Solidaritätsgefühl! Ich musste auch bei diesem Anlasse leider konstatieren, dass meine in Ausführung der mir von Euer Exzellenz unlängst mündlich erteilten Instruktionen, hier kalmierend zu wirken, unternommenen Bemühungen keinen Erfolg hatten. Auch mein Hinweis auf die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 35[a]) enthaltene Information, dass es sich bei den türkischen Massnahmen nicht um eine Mobilisierung, sondern nur um lokale Manöver zu handeln scheine, verhallte wirkungslos. Braun.

[a]) Mit Tel. Nr. 35 vom 30. Sept. nach Athen wurde eine Meldung obigen Inhaltes des Militärattachés bei der Botschaft in Konstantinopel, Oberst Pomiankowski, übermittelt.

Nr. 3887. Tel. aus Athen, 1. Okt. 1912 Nr. 94 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.) Entziff.

Auf englische Anregung hin erhielt deutscher Geschäftsträger Auftrag, sich eventuell englischem Vertreter anzuschliessen, welcher seinerzeit beauftragt wurde, hier von etwa beabsichtigter Mobilisierung dringend abzuraten, falls die übrigen Grossmächtevertreter analogen Schritt zu unternehmen angewiesen sein sollten. Wie ich höre, halten englischer und deutscher Geschäftsträger obigen Auftrag für gegenstandslos, da Mobilisierung schon erfolgt, abgesehen davon nicht alle Vertreter der Grossmächte ähnliche Ordre erhielten. Streng vertraulich. Deutscher Geschäftsträger äusserte mir gegenüber Verwunderung, dass er einmal auf russische Initiative (vergleiche mein Telegramm Nr. 82)[a]) und dann jetzt auf englische Anregung hin, Schritte zu unternehmen beauftragt werde, ohne Ordre zu erhalten, mit mir diesbezüglich Fühlung zu nehmen. Es scheint ihm aufzufallen, dass dermalen ein Hand-in-Hand-gehen Deutschlands mit Österreich fehlt. Braun.

[a]) Vom 30. Sept.

Nr. 3888. Tagesbericht über eine Mitteilung des griechischen Gesandten, 1. Okt. 1912. Konz. (S. Schreibmaschine; V. Berchtold; G. fehlt)[a]).

Der griechische Gesandte hat am 30. Mai[b]) mir die Mitteilung gemacht, daß sich seine Regierung an das römische Kabinett gewendet habe, um dahin zu wirken, daß bei dem Friedensschlusse mit Italien den Bewohnern

der von den Italienern besetzten ägäischen Inseln Garantien geschaffen werden gegen türkischerseits zu besorgende Repressalien. Von Rom sei bedeutet worden, daß Griechenland sich diesfalls auch an die anderen Großmächte zu wenden hätte. Dr. Streit wisse, daß er nicht befugt sei, diesfalls offiziell bei mir anzufragen. Er bitte mich aber inoffiziell und vertraulich, das Wiener Kabinett möge sich nicht den Gefahren verschließen, denen die Insulaner ausgesetzt wären, wenn sie den türkischen Funktionären garantielos preisgegeben wären. Es wäre dringend notwendig, daß den Inseln die Privilegien gesichert würden, die ihnen rechtlich zuständen, von der Pforte aber praktisch immer vorenthalten wurden. Ich erwiderte dem Gesandten, daß ich seine Eröffnung nur als private Mitteilung betrachten könne, da ihm nach internationalem Rechte nicht die Qualität zukomme, in dieser Angelegenheit zu intervenieren. In merito könne ich nur betonen, daß ich mir allerdings der Gefahr bewußt bin, bei Rückstellung der Inseln an die Pforte könnten die ottomanischen Autoritäten gewalttätig vorgehen. Diesfalls ließen sich jedoch gewiß Garantien seitens der türkischen Regierung sicherstellen. Was aber die Privilegien anbelange, sei die Frage nicht so einfach, wie sie der Gesandte darstelle. Vor allem seien meines Wissens den verschiedenen Inseln verschiedene Privilegien zuerkannt, später aber im Vilajetsgesetze von 1860 alle türkischen Provinzen einheitlich gestellt worden. Der vielzitierte Hattimayum des Pariser Friedens sei ganz allgemein gehalten gewesen und könne die Rechtslage nicht klarstellen. Überdies dürfe man die Frage der Inseln nicht losgelöst von den übrigen Problemen des nahen Orients beurteilen und zu regeln versuchen. Eine Rückwirkung einer Maßnahme, die sich als lokale Autonomie darstellen würde, auf andere Teile des ottomanischen Reiches sei jedenfalls zu besorgen und müsse in das politische Kalkul eingestellt werden.

[a]) Kanzleivermerk: Im Auftrage S. E. des Herrn Ministers zum Kaisereinlauf. — [b]) So! Wohl 30. Sept.

Nr. 3889. Tel. aus Belgrad, 1. Okt. 1912 Nr. 69 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Russischer Gesandter teilte mir mit, er habe sich bei Ministerpräsident Pašić mit grossem Nachdrucke verwendet, damit die Mobilisierungsarbeiten nicht sehr beschleunigt werden. Er hoffe, dass auf diese Weise den Grossmächten Zeit belassen wird, Mittel zu finden, den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Pašić scheint selbst eine friedliche Lösung des Konfliktes zu wünschen. Ugron.

Nr. 3890. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freihern von Flotow in Berlin, 1. Okt. 1912 Nr. 101 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).

Prinz Stolberg hat mich heute aufgesucht, um mir im Auftrage Herrn von Kiderlens mitzuteilen, daß die deutsche Regierung zu wissen glaube, Rußland sei geneigt, falls die anderen Mächte sich ihm anschließen würden, eine Erklärung abzugeben, dahin gehend, daß es im Falle eines Krieges

territoriale Veränderungen auf dem Balkan nicht zulassen werde. Der deutsche Geschäftsträger leitete die Konversation mit einem Hinweis auf eine Äußerung ein, die ich ihm vor einigen Tagen gemacht hatte, nämlich, daß meiner Ansicht nach der Friede nur dann erhalten werden könnte, wenn die Mächte bei den kleinen Balkanstaaten unzweideutig ihren Willen kundgeben, daß sie einen territorialen Zuwachs irgend eines derselben nicht zugeben würden. Ich hätte, wie Prinz Stolberg bemerkte, damals hinzugefügt, daß das Petersburger Kabinett auf einen solchen Vorschlag kaum eingehen werde. Die Auffassung des Berliner Kabinettes über die Wichtigkeit einer solchen Demarche bei den Balkanregierungen decke sich vollkommen mit der meinigen und glaube Herr von Kiderlen nun damit rechnen zu können, daß das Wiener Kabinett bereit sein würde, sich gegebenen Falles einer unter den Mächten in diesem Sinne zu treffenden Vereinbarung anzuschließen. Ich habe dem Geschäftsträger geantwortet, daß diese Anregung vollkommen meinen Intentionen entspreche, da ich hierin ein Mittel erblicke, eventuell den drohenden Conflikt zu verhüten, daher ich auch bereit wäre, mich gegebenenfalls an der fraglichen Demarche zu betheiligen. Im Anschlusse hieran habe ich dem Prinzen Stolberg sodann gesagt, daß mir heute auch eine Meldung aus London[b]) zugekommen sei, derzufolge H. Sazonow die Nützlichkeit einer eventuellen Erklärung der Mächte, keine territorialen Veränderungen zuzulassen, erwähnt hätte. Im Sinne meiner Aussprache mit Prinz Stolberg habe ich mich auch zu Herrn von Giers, welcher unmittelbar nach dem deutschen Geschäftsträger bei mir vorsprach, geäußert. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an Herrn von Kiderlen.

Berchtold.

[a]) Oe.-U. Balkan 18 Nr. 31. Vgl. n. 3900, 3912, 3914, 9487, 9498, 9509. — b) Vgl. n. 3879.

Nr. 3891. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 1. Okt. 1912 Nr. 102 (chiffr. 12 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berchtold; V. u. G. Szápáry).

Der türkische Botschafter hat heute bei mir vorgesprochen und mich dringend gebeten dahin zu wirken, daß der Friede am Balkan erhalten und zu diesem Zwecke die Demobilisierung bei den Balkanstaaten durchgesetzt werde. Ich führte dem Botschafter gegenüber aus, daß es sich vielleicht erreichen ließe, von den Balkanstaaten in irgend einer Weise einen Beweis zu erlangen, daß sie keine aggressiven Absichten verfolgen; auf der anderen Seite müßten wir aber auch überzeugt werden, daß die Pforte keine kriegerischen Intentionen habe. Maurojeni Bey betonte mit Emphase, daß seine Regierung einen Konflikt perhorrescire und gewiß nicht zögern würde, eine Erklärung im obigen Sinne abzugeben. Da die Balkanstaaten versichert haben, daß sie die Mobilisierung nur aus dem Grunde angeordnet haben, weil sie sich durch die türkische Truppenconzentrierung bedroht fühlten, schiene mir eine türkische Erklärung vorgedachter Art — falls sie wirklich zu erlangen wäre — ein geeigneter Ausgangspunkt, um bei den Mächten eine Einwirkung auf die Balkanstaaten im Sinne der Demobilisierung anzuregen. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, Vorstehendes dem Herrn

Staatssekretär mitzuteilen und sich bei demselben darüber zu informieren, ob die deutsche Regierung, falls sie diesen Weg für gangbar ansehen würde, geneigt wäre, gemeinsam mit uns in Konstantinopel die Abgabe einer im obigen Sinne gehaltenen Erklärung in Anregung zu bringen und gegebenenfalls auf Grund der letzteren an die Mächte heranzutreten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3913.

Nr. 3892. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 1. Okt. 1912 Nr. 182 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Staatssekretär sieht wenig Hoffnung, daß der Krieg auf dem Balkan noch vermieden werden könnte. Einerseits scheint es ihm schwer möglich, daß die Balkan-Mächte, besonders Bulgarien, die kriegerische Erregung eindämmen könnten, ohne auf einen wirklichen Erfolg in Ansehung der Reformen in Mazedonien hinweisen zu können, andererseits könnten Reformen, wie sie heute Bulgarien befriedigen würden, von der Türkei nur durch Coercitivmaßregeln der Mächte erlangt werden und zu solchen werden sie sich wohl nicht hergeben. Angesichts dieser Situation hielte es Herr von Kiderlen für das nötigste, sowohl der Türkei wie den Balkanstaaten zu wissen zu tun, daß die Signatarmächte darin einig seien, territoriale Veränderungen auf dem Balkan infolge des Krieges nicht zuzulassen. Staatssekretär meint, es wäre gut, wenn die Mächte nicht zögerten, in einen solchen Gedankenaustausch zu treten und den einigen Willen Europas am Balkan bald zum Ausdruck bringen würden, deutsche Regierung würde sich einer jeden derartigen Démarche anschließen. Herr von Kiderlen hofft, daß angesichts der drohenden Lage auf dem Balkan es der Pforte eher ermöglicht sei, den Frieden mit Italien zu schliessen. Der italienische Botschafter hegt die gleiche Hoffnung. Flotow.

Nr. 3893. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus Bukarest-Sinaia, 1. Okt. 1912 Nr. 48 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Nach Erhalt der telegrafischen Weisung Nr. 36[a]) über die Mobilisierungsmassregeln der Balkanstaaten sprach ich den Ministerpräsidenten, der gerade auch identische Nachrichten erhalten hatte, die er soeben erst Seiner Majestät dem Könige zukommen liess. Er sagte mir, König und Regierung hätten bis gestern nicht an den Ausbruch der Feindseligkeiten glauben wollen, die nun allerdings kaum mehr zu vermeiden sein würden. Man ist hier überzeugt, dass sich die Balkanstaaten ohne Aufmunterung durch Italien nicht hätten soweit treiben lassen. Mit Rücksicht auf ihre bisherige optimistische Auffassung der Lage habe rumänische Regierung noch keine Beschlüsse über Rumäniens Haltung im Falle des Ausbruches des Krieges gefasst. Seine Majestät der König werde höchstwahrscheinlich morgen die massgebenden Faktoren des Landes um sich vereinigen und die weiteren Beschlüsse fassen. Man scheint hier vorläufig durch absichtliches Schweigen über die Haltung Rumäniens die Wirkung erzielen zu wollen, dass Bulgarien durch die Ungewissheit, in der es belassen wird, mit einem Teil seiner Kräfte in Schach gehalten werde. Durchfuhr-

bewilligung von Kriegsmaterial für die Türkei aus Österreich-Ungarn und Deutschland sei zugestanden, die vom türkischen Gesandten erbetene Ermächtigung zur halbamtlichen Publizierung dieser Erlaubnis jedoch abgelehnt worden, um nicht im Auslande das Bestehen eines formellen Abkommens vermuten zu lassen, welches nicht existiert. Otto Czernin.

a) Mit Tel. Nr. 36 wurden die Meldungen aus den Balkanhauptstädten über Mobilisierung der Balkanstaaten und der Türkei weitergegeben.

Nr. 3894. Tel. aus Cetinje, 1. Okt. 1912 Nr. 101 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Zufolge des hohen Telegrammes Nr. 69 von heute habe ich mich bei der montenegrinischen Regierung neuerdings für die Erhaltung des Friedens eingesetzt. Rückgängigmachung militärischer Maßnahmen habe ich nicht mehr gefordert, weil der König von Montenegro eben Mobilisierungsordre gegeben hatte. Ministerpräsident stand nicht an zu erklären, daß die Mobilmachung vorläufig nur eine Schutzmaßregel bedeute. Giesl.

Nr. 3895. Bericht aus Cetinje, 1. Okt. 1912 Nr. 76 (eing. 5. Okt.). Ausfert.

Streng vertraulich. Die Periode des Zauderns und Zögerns — mir wäre lieber, sagen zu können, der Überlegung — scheint noch anzuhalten. Einfluss auf diese Mentalität, welche immerhin Zeitgewinn zu gunsten der Erhaltung des Friedens bedeutet — und gar zu viel Zeit ist den kriegerischen Aspirationen der Balkanstaaten zu ihrer Entfaltung auch nicht mehr gegeben — scheinen in den letzten Tagen mehrfache Faktoren genommen zu haben. Darunter die Abrüstung und Beurlaubung der bulgarischen Manövertruppen, das Exposé Eurer Exzellenz in den Delegationen über die auswärtige Lage und das demonstrative Zusammengehen Österreich-Ungarns und Russlands in der gegenwärtigen Balkankrise. Die Entlassung der bulgarischen Reserven, deren Bereitstellung in dem Kalkül Montenegros eine Rolle spielte, und auf ein baldiges aktives Vorgehen Bulgariens hoffen liess, hat hier enttäuscht, und hatte ebenso, wie das Exposé, die Wirkung einer kalten Douche. Der König vermied es bisher — so viel ich weiss, auch meinen Kollegen gegenüber — sich über das Exposé auszusprechen, und schliesse ich eben aus diesem Schweigen auf den abkühlenden Eindruck desselben. Anlässlich meiner letzten Audienz bemerkte der König, da gerade eine Depesche über die Delegationsverhandlungen kam, nur mit einer leichten ironischen Nüance, „in den Delegationen geht es ja glänzend". Dass das parallele Vorgehen und die gleiche Auffassung und Tendenz Österreich-Ungarns und Russlands dem Könige sehr in die Quere kommt, und ihm seine alte Taktik, die beiden Mächte immer gegeneinander auszuspielen, verleidet, geht aus zahlreichen Äusserungen des Königs hervor. Mir sagte Seine Majestät, dass der Russe noch „mechanter" sei als ich, und ihm gedroht habe, während er Herrn von Giers gegenüber bemerkte: „eben war der Österreicher da, und ich sehe mit Bedauern, dass jetzt auch Russland österreichische Politik macht." Der König sieht, dass die schönen Tage

der Rivalität zwischen den beiden Mächten, wenigstens dermalen und in dieser Frage, vorüber und diese Erkenntnis mag ihn auch veranlasst haben, nach den Äusserungen der Ungeduld und des Unwillens, an mich in sehr demütigem Tonfalle die Bitte zu richten, die k. u. k. Regierung, welcher er sich im Vorjahre angeboten habe, aber schroff zurückgewiesen worden sei, möge ihn nicht im Stiche lassen. Diese Bitte sollte wohl in erster Linie eine, wenn auch verspätete Antwort auf die montenegrinische Note vom 10. August l. J.*a)* urgieren und das Terrain für eine Unterstützung der über kurz oder lang zu präsentierenden Rechnung Montenegros vorbereiten. Die gestrige Nummer des Amtsblattes „Glas Crnogorca" publiziert zum ersten Male diese Note und nehme ich als Beweggrund für diesen etwas eigentümlichen Vorgang, das Bestreben der Regierung an, sich vor dem Lande zu rechtfertigen, zu beweisen, dass man in der Angelegenheit nicht müssig war, und an das Forum Europas appelliert hat. Vielleicht soll die Publikation auch das Prävenire für künftig zu fassende Entschlüsse spielen, respektive darauf vorbereiten. Nach der Auffassung des Königs und des montenegrinischen Kabinettes, welches ohne Ausnahme der Kriegspartei angehört, hält sich die Regierung durch das Ausbleiben der Antwort auf die Note, ihrer Verpflichtung, die Regelung der Grenzschwierigkeiten nicht selbst in die Hand zu nehmen, für entbunden. Die Erklärung, die mir der General-Direktor im Ministerium des Äussern über die auffallende Publikation der Note gab, — dass bisher kein Platz in den Spalten der Amtszeitung gefunden werden konnte — ist zu naiv, um sich weiter mit ihr zu beschäftigen. Eine halb-offizielle Anregung des Ministeriums des Äussern bei mir und meinem russischen Kollegen, dass sämmtliche Vertreter der Grossmächte sich erneuert, gleichlautend und gleichzeitig an ihre Regierungen wenden mögen, um eine Beantwortung der montenegrinischen Note dennoch zu erreichen, um die Position des Königs gegenüber der Aktionslust der Regierung zu stärken, haben Herr von Giers und ich keine Folge gegeben. In unserer einschlägigen Berichterstattung haben wir diese Möglichkeit der hohen Entschliessung unserer Regierungen unterbreitet, und jetzt keinen Anlass, erneuert auf diese Frage zurückzukommen. Was die streng vertrauliche telegrafische Information über eine zu gewärtigende Zirkular-Note der vier Balkanstaaten an die Grossmächte betrifft, (hohes Telegramm Nr. 67 vom 29. v. Mts. streng vertraulich), so ist diese Absicht bisher hier nicht hervorgetreten und entfällt dermalen auch jede Ingerenz meinerseits. Der deutsche Gesandte zeigte mir gestern spontan ein Telegramm seiner Regierung, welches ihm eine ähnliche Instruktion erteilt. Waren die bisherigen Erwägungen und Einflüsse der Erhaltung des Friedens eher günstig, so muss ich doch auch jener Einwirkungen gedenken, welche geeignet sind, den Glauben an die Erhaltung der Ruhe wieder etwas herabzustimmen. In erster Reihe gehört hiezu das affichierte Objekt des ganzen Streites, die Grenzregulierung. Ich konnte Hochdenselben schon telegrafisch melden, dass die Notifizierung der türkischen Absicht, das Grenzprotokoll zu ratifizieren, durch den russischen Gesandten, Herrn von Giers, der hiezu von seiner Regierung ermächtigt war, auf die montenegrinischen Regierungskreise blutwenig Eindruck gemacht hat. Und dies aus gutem

Grunde. In der Ankündigung fehlt die Angabe des Zeitpunktes, und was diese Auslassung bei den türkischen Versprechen zu bedeuten habe, ist selbst einem objektiven Beobachter, der nicht von dem Hasse und dem Misstrauen der Montenegriner durchtränkt ist, sofort klar, wenn man nur die vierzigjährige Leidensgeschichte der türkisch-montenegrinischen Grenzregulierung, seit dem Berliner Kongresse bis heute, flüchtig durchfliegt. Diese Geschichte zeigt ausnahmsweise das Recht auf Seiten Montenegros und die Vergewaltigung dieses Landes durch die dilatorische Behandlung seitens der Türkei. Die unglückselige Führung der Grenze, welche quer durch die Stämme schneidet, einen Teil derselben zu Montenegrinern, den anderen zu Ottomanen machte, — ohne Rücksicht auf die Familienzusammengehörigkeit und auf die Besitzverhältnisse, muss als ein Hauptgrund der jahrelangen Reibungen und Kämpfe angenagelt werden. Abgesehen von der Erwägung, dass das blosse Versprechen, das Protokoll zu ratifizieren, für Montenegro keinen Erfolg bedeutet, ist noch zu bemerken, dass die Wünsche und Ziele Montenegros bereits seit Wochen darüber hinausgehen und heute die Ratifizierung des Protokolles ohne Geld, das heisst ohne Leistung einer Entschädigung, das Ziel, das sich Montenegro gesteckt hat, nicht mehr erreicht. Auch die praktischen Aussichten und die reelle Basis für eine friedliche Verständigung in dieser Frage sind wieder ungünstiger. Oberst Ali Riza Bey, der das Grenzprotokoll als türkischer Kommissär gezeichnet hat, und sich seit Monaten die redlichste Mühe gibt, eine Verständigung zu erreichen und den Konfliktstoff durch beharrliche Arbeit Stück für Stück aus dem Wege zu räumen, hat bekanntlich eine 14-tägige Tournee gemacht, um durch persönliche Besprechung mit den mohammedanischen Albanesen von Rugovo, Gusinje, Plava etc., deren Zustimmung zum Austausche der Enklave von Aržanica zu erreichen. Er ist selbst mohammedanischer Albanese, sein Ansehen, seine Vergangenheit, die genaue Kenntnis der Vorgänge hüben und drüben, und der beste Wille zu einem Einvernehmen zu gelangen, machten ihn für diese Mission besonders geeignet. Wie mir Oberst Ali Riza Bey gestern vertraulich mitteilte, sind seine Bemühungen ohne Erfolg geblieben. Alle mohammedanischen Albanesen in Kossovo haben eine Bessa geschlossen, dass nicht ein zollbreit albanesischen Bodens, und unter keinen Umständen an Montenegro, abgetreten werden dürfe. Ali Riza Bey hat sich nach Konstantinopel um Instruktionen gewendet und auch angedeutet, dass die Lösung der montenegrinischen Frage unter diesen Umständen mehr denn je auf eine Geldfrage hinausläuft. Gesprächsweise erwähnte mir Ali Riza das ihm ganz unverständliche und gefährliche Vorgehen des Vali von Skutari, Oberst Hassan Riza Bey, welcher nach seinen Informationen, die mohammedanischen Arnauten von Ipek, Djakova, Priština, Prizren, Vučitrn, Gusinje, Plava etc. zur Hilfe gegen die Malissoren gerufen habe. Es wurden an 20.000 Albanesen für diese Expedition vorbereitet, eine „Armee à la Attila", wie Ali Riza Bey meinte. Er habe natürlich mit ganzer Kraft gegen diesen gefährlichen Wahnsinn opponiert, und hoffe, diese Ausführung verhindert zu haben. Das Scheitern der Bemühungen Ali Rizas wird, sobald es hier bekannt wird, nicht eben zur Abschwächung der Kriegs-Agitation beitragen.

Heute sind mir im Rate des Gospodar, und zu seinen Vertrauten zählend, nur zwei Persönlichkeiten bekannt, die unentwegt für den Frieden plaidieren und unverblümt auf die Gefahren einer Aktion hinweisen. Es sind der frühere Ministerpräsident Miušković und der greise Vojvode Plamenac. Miušković hat dieser Tage dem Könige und dem Erbprinzen erklärt, dass im Falle einer erfolglosen Kriegsaktion — und er könne einen Erfolg nicht voraussehen — die Dynastie in ernster Gefahr wäre und die Republik viele Anhänger hätte. Man würde die Dynastie dann nicht nur für die gegenwärtige Misère, sondern auch für den unglücklichen Ausgang des Unternehmens und den Bankrott der Politik der jetzigen Regierung verantwortlich machen. Die militärischen Vorbereitungen Montenegros scheinen bis auf den letzten Appell zur Versammlung der Truppen beendet. Der Ministerpräsident hat gestern meinem italienischen Kollegen erklärt, dass die türkische Mobilmachung auf der ganzen Linie, die Bereitstellung von Dutzenden von Divisionen, auch Montenegro zur Ergreifung von Vorsichtmassregeln zwinge, und darin kann man ihm auch nicht so Unrecht geben. Wir stehen auf der Schneide von Erwägungen, Einflüssen und Entschlüssen, die Zeit drängt, und wahrscheinlich werden schon die nächsten Tage ein Ausschlagen der Wage nach der einen oder anderen Richtung bringen müssen. Giesl.

a) Es betrifft die mit Bericht Nr. 59, 10. Aug. 1912 (eing. 13. Aug.) vorgelegte Note, mit welcher die montenegrinische Regierung in der Grenzregulierungsfrage an die Intervention der Signatarmächte des Berliner Vertrages appelliert.

Nr. 3896. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 1. Okt. 1912 Nr. 428 (eing. 2 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Statim. Laut Nachricht der „Agence de Constantinople" ist gestern in Sofia und Belgrad allgemeine Mobilisierungsordre erlassen worden. Wenn Frieden erhalten werden soll, müsste meiner Ansicht nach rasch und selbständig, ohne erst abzuwarten, bis Einvernehmen zwischen Kabinetten hergestellt, gehandelt werden. Nachdem bulgarische und serbische Mobilisierung eine Folge der Einberufung der türkischen Redifs ist, könnte man vielleicht in Sofia und Belgrad diese Massnahme unter der Bedingung rückgängig machen, dass hier Einberufung der Redifs eingestellt wird. Ich glaube, letzteres dürfte durch starke, von uns ausgehende Pression gelingen, welche natürlich von der Versicherung begleitet sein müsste, dass Bulgarien und Serbien Ruhe halten würden. Es müsste aber jetzt bloss die Frage, ob Krieg oder Frieden, behandelt, die Reformfrage aber als cura posterior vorläufig zurückgestellt werden. Pallavicini.

Nr. 3897. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 1. Okt. 1912 Nr. 430 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Mein russischer Kollege ist der Ansicht, dass Kollektivdemarche der Mächte in Konstantinopel, Sofia, Belgrad und Athen vielleicht doch noch im Stande wäre, den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Er teilt meine Ansicht, dass man sich darauf beschränken müsste, von den betreffenden

Regierungen zu verlangen, dass sie sich jeder feindlichen Handlung enthalten. Die Reformfrage, glaubt auch Herr von Giers, müsse zurückgestellt und erklärt werden, dass die Mächte sich vorbehalten, die Regelung derselben nach Beilegung der gegenwärtigen Krise in die Hand zu nehmen. Der russische Botschafter hat heute in diesem Sinne an seine Regierung telegraphiert. Pallavicini.

Nr. 3898. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 1. Okt. 1912 Nr. 109 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Ich habe Inhalt des Telegrammes Nr. 71 von heute im Auswärtigen Amte mitgeteilt. Zweiter politischer Direktor sagte mir, französische Regierung habe sich russischer Demarche bei der Pforte und den Balkanstaaten angeschlossen. Trotzdem heute auch die Nachricht von der Mobilisierung der montenegrinischen Armee eingetroffen sei, wäre die Lage noch keine hoffnungslose, da nach den Meldungen der französischen Vertreter in Belgrad und Athen weder in Serbien, noch in Griechenland grosse Zuversicht bezüglich des Ausganges eines eventuellen Krieges bestehe, Bulgarien aber in Geldnöten sei und keine Aussicht habe, die nötigen Mittel auf dem hiesigen Markte aufzutreiben. Wie mir Herr Margerie weiters mitteilt, hat er gestern den Gesandten der Balkanstaaten gegenüber in ganz energischer Weise erklärt, dass die Mächte eine territoriale Veränderung des status quo am Balkan in keinem Falle zuzugeben gesonnen seien und dass ihre kriegerischen Velleitäten demnach ganz aussichtslos seien. Somssich.

Nr. 3899. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 1. Okt. 1912 Nr. 136 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Marquis San Giuliano bittet mich, Euer Exzellenz seinen Dank für die ihm im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 156 gemachten vertraulichen Mitteilungen auszusprechen. Die russische Regierung habe ihm zwar keinen Vorschlag gemacht, welcher der uns proponierten Demarche analog wäre. Er sei aber gerne bereit, auf die Regierungen der Balkanstaaten — wie er dies schon seit längerer Zeit fortwährend tue — beruhigend zu wirken. Seiner Ansicht nach sei aber die Lage sehr ernst und gefährlich, wenn sich die Türkei nicht rasch entschliesse, etwas Greifbares für die Nationalitäten des Balkans zu tun und Montenegro die verlangte Grenzrektifikation zu gewähren. Soweit er informiert sei, bestehe wirkliche Kriegslust nur beim bulgarischen Volke und bei König Nikolaus. Serbien und Griechenland würden nur mittun, wenn die beiden anderen Länder vorgehen. Da König von Montenegro durch Russland „qui tient les cordons de la bourse" im Zaume gehalten und Bulgarien durch ausgiebige Konzessionen an Stammesgenossen beruhigt werden könne, scheine ihm Erhaltung des Friedens noch möglich, wenn Pforte sich Vernunftgründen zugänglich erweise. Ambrózy.

[a] Vgl. n. 3924.

Nr. 3900. Tagesbericht über einen Besuch des russischen Botschafters, 1. Okt. 1912. Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Anläßlich des heutigen Besuches des russischen Botschafters kam das Gespräch sofort auf die Nachrichten über die seitens Bulgariens, Serbiens und Griechenlands angeordnete Mobilisierung. Ich habe Herrn von Giers gegenüber betont, daß glücklicherweise zwischen der Mobilisierungsordre und dem Ausbruch der Feindseligkeiten noch ein Schritt liege. Es sei meiner Ansicht nach die Aufgabe der Mächte, diesen Zwischenraum auszunützen, um durch ein gemeinsames Vorgehen das Äußerste zu verhindern. Ein Zusammenhalten der Mächte in diesem Augenblicke schiene mir eine „affaire de conscience" und ich würde es geradezu als „une frivolité" bezeichnen müssen, wenn Dreibund und Triple-Entente jetzt nicht ihre Sonderstellung bei Seite setzen wollten. Jetzt sei der Moment gekommen, wo alle Kabinette durch ein gemeinsames Vorgehen zeigen müßten, daß es ihnen mit den friedliebenden Versicherungen wirklich sehr ernst sei. Auf eine Bemerkung Herrn von Giers', daß sich meine Auffassung völlig mit jener Herrn Sasonows decke, erwiderte ich, daß ich hievon überzeugt sei, und las ihm sodann den Wortlaut der telegraphischen Meldung Graf Mensdorffs (Telegramm Nr. 75 vom 30. v. M.) vor. Daran anknüpfend erwähnte ich den eben vorhergegangenen Besuch des deutschen Geschäftsträgers[a] und dessen Mitteilung, derzufolge Herr von Kiderlen ebenso wie ich mit Herrn Sasonow der gleichen Ansicht sind. Ich bat den russischen Botschafter, Herrn Sasonow telegraphisch mitzuteilen, daß ich bereit sei, in Sofia, Belgrad und Athen mit den anderen Mächten die Erklärung abzugeben, daß wir eine territoriale Veränderung am Balkan nicht zugeben würden. Herr von Giers versprach, seinem Minister umgehend hievon Kenntnis geben zu wollen. Den weiteren Äußerungen des russischen Botschafters konnte ich zwar entnehmen, daß die russische Regierung meiner Person volles Vertrauen entgegenbringe, doch war es auffallend, daß Herr von Giers wiederholt in verschleierten Redewendungen den Gedanken durchblicken ließ, daß man mit unserer Absicht einer Wiederbesetzung des Sandjak rechne. Obwohl Herr von Giers das Wort Sandjak mehrmals fallen ließ, habe ich mich nicht veranlaßt gefühlt, auf dieses Thema einzugehen. Herr von Giers brachte das Gespräch auch auf Rumänien und frug mich um meine Meinung, ob ich glaube, daß König Karol an seiner friedlichen Politik festhalten werde. Ich antwortete dem Botschafter, daß ich keinen Grund hätte, daran zu zweifeln. Zum Schlusse erwähnte Herr von Giers, daß er trachten werde, Herrn Sasonow auf der Rückreise von Paris nach Petersburg wenigstens eine kurze Strecke begleiten zu können, um mit ihm einen direkten Meinungsaustausch pflegen zu können.

[a] Vgl. n. 3890.

Nr. 3901. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 1. Okt. 1912 Nr. 162 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Heutige Zeitungen bringen einen aus Borodino vom 26. August datierten kaiserlichen Befehl bezüglich Probemobilisierung in

Teilen der Gouvernements von Warschau, Wolhynien, Grodno, Kalisch, Lomża, Moskau, Petrokow, Plock und Radom und Communiqué, wonach diese gestern getroffenen Verfügungen mit Lage am Balkan in keinem Zusammenhange stehen. Französischer Kollege erzählt mir, dass Herr Neratow ihm Obiges eben zur Sprache gebracht und hinzugefügt hat, dass schon vor einiger Zeit bestimmt wurde, dass diese Probemobilisierung während des Aufenthaltes des Kaisers in jenen Gebieten stattfinden sollte und dass ganze Uebung nur einige Tage dauern wird. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 3902.

Nr. 3902. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 1. Okt. 1912 Nr. 163 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Neratow hat sich heute über Probemobilisierung in Westrussland deutschem Geschäftsträger gegenüber, welcher ihn darum fragte, genau im selben Sinne, wie er meinem französischen Kollen gegenüber getan, geäussert. Ich vermied, Gerenten hierüber zu befragen. Hoher Beamter des Auswärtigen Amtes sagte mir ganz spontan, es sei sehr bedauerlich, dass diese Probemobilmachung gerade jetzt stattfinde. Es handle sich zwar nur um teilweise und gar nicht umfangreiche Massregel, aber diese habe schon im Auslande in öffentlicher Meinung Erregung hervorgerufen. Man habe Idee Contreordre erwogen; diese wäre aber mit Rücksicht auf Seine Majestät den Kaiser schwer zu veranlassen. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 3901.

Nr. 3903. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 1. Okt. 1912 Nr. 164 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Ich habe Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 114 von heute Herrn Neratow mitgeteilt, welcher für Euer Exzellenz Verfügung in Balkanhauptstädten bestens dankt. Herr Neratow sagte mir, er halte nun Ausbruch Krieges für beinahe unvermeidlich. Bulgarien wolle Krieg, und Serbien, Montenegro machten mit, sowie Griechenland. Letzteren Anschluss hatte er vor kurzem noch für zweifelhaft gehalten und selbst wenn Türkei jetzt Reformen zugestehen würde, würde dies seiner Meinung nach kaum Angriff der vier Kleinstaaten verhindern. (Einem Kollegen soll er gesagt haben, dass die Einführung weitgehendster Autonomie in den macedonischen Vilajeten allein noch den Ausbruch der Feindseligkeiten verhindern könnte). Er schien mir von weiteren Schritten nichts zu hoffen. Ganz akademisch sagte mir Gerent, man müsse sich jetzt mit der Tatsache des Krieges abfinden, an die Zukunft denken und wie die Grossmächte eventuelle Änderung status quo seinerzeit verhindern wollten. Erklärungen vier Balkanstaaten, dass sie keine territorialen Vergrösserungen anstreben, würde seiner Meinung nach für eine solche Aktion der Mächte beste Grundlage bieten. Hierüber habe er sonst nichts Konkretes in Sicht, aber Herr Sazonow dürfte sich mit der Frage befassen. Szilassy.

Nr. 3904. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 1. Okt. 1912 Nr. 165 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Im Laufe meines heutigen Gespräches mit Herrn Neratow fiel Konversation auch auf einen eventuellen Kollektivschritt der Kabinette von Athen, Belgrad, Sofia und Cetinje und teilte ich meinem Mitredner Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 113 von heute mit, welches er mit Dank zur Kenntnis nahm. Herr Neratow will an diese Demarche jetzt nicht mehr glauben, wenigstens nicht an die Adresse der Grossmächte. Er hielte sie aber als eine Art Kollektiv-Ultimatum an Türkei nicht für ausgeschlossen. Szilassy.

Nr. 3905. Tagesbericht über einen Besuch des bulgarischen Gesandten, 1. Okt. 1912. Konz. (S. Matscheko; G. Macchio).

Der bulgarische Gesandte hat heute hier vorgesprochen und auftraggemäß mitgeteilt, seine Regierung habe sich — schon seit einiger Zeit durch militärische Vorbereitungen der Türkei beunruhigt — durch die jüngsten Maßnahmen der türkischen Kriegsverwaltung, welche von türkischen Ministern selbst als die allgemeine Mobilisierung der Truppen der europäischen Türkei bezeichnet worden seien, gezwungen gesehen, zum Schutze des eigenen Staatsgebietes auch ihrerseits mit der Mobilisierung der Armee vorzugehen. Diese Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Nr. 3906. Tel. aus Sofia, 1. Okt. 1912 Nr. 169 (eing. 3 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Melde 1. d. M. mittags Folgendes: Herr Geschoff lässt mir sagen, er wird mich heute empfangen. Von einem anderen Kabinettsminister erfahre soeben Folgendes: Die Balkanstaaten hätten sich über gemeinsames Vorgehen in den allerletzten Tagen geeinigt, wobei beschlossen worden wäre, dass Sandjak mit Rücksicht auf uns militärisch unberührt bleiben müsse. Bulgarische Regierung soll wegen bulgarenfeindlicher Sprache Herrn Sazonows an bulgarischen Gesandten in London empört sein. Bulgarien hätte sich zur Mobilisierung entschliessen müssen, da es sich durch türkische Truppenkonzentrierung an Grenze bedroht fühlte und alle diesbezüglichen Vorstellungen des bulgarischen Gesandten in Konstantinopel von der türkischen Regierung unbeachtet gelassen worden wären. Heute früh kursierten folgende Gerüchte: Blutige Zusammenstösse an Grenze hätten bereits stattgefunden. Eisenbahnzüge mit serbischer Kavallerie hätten heute nachts Sofia passiert. Montenegro mobilisiere auch, bekomme 30.000 Francs täglich von Bulgarien. Vier Balkanstaaten hätten Türkei Ultimatum bereits gestern gestellt. Sobranje soll zusammentreten. König Ferdinand nach Prüfungen letzter Tage jetzt angeblich guter Dinge, soll das Armeeoberkommando selbst übernehmen wollen. In diplomatischen Kreisen wird vielfach geglaubt, England hätte der Türkei Manöver respektive Mobilisierung empfohlen. Tarnowski.

Nr. 3907. Tel. aus Sofia, 1. Okt. 1912 Nr. 170 (eing. 5 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Unter Bezugnahme auf letztes Alinea gehorsamen Telegrammes Nr. 159[a]) vom 29. v. M. beehre ich mich anzuzeigen, dass an aufrichtiger, beruhigender Sprache des russischen Gesandten hier niemand zweifelt; es wird aber vielfach behauptet, russische Politik habe hier zwei Masken. Mit Misstrauen wird Haltung des hiesigen russischen Militärattachés betrachtet, der wenig energischen Gesandten vollkommen ignoriert, dabei ungemein rührig, in Petersburg gut angeschrieben und hier Richtung russischer Militärpartei vertreten will. Beweise für Intriguen hat man selbstredend nicht, nur vage Indizien. Konfidenten warnten mich aber wiederholt und in letzter Zeit sprach mir auch davon deutscher, rumänischer und türkischer Vertreter. Ich betrachtete diese Verdächtigungen mit Skepsis, melde vorstehendes für alle Fälle. Tarnowski.

a) Mit Tel. Nr. 159, 28. Sept. 1912 (eing. 29. Sept. 9 U. a. m.) wurde aus Sofia ein Situationsbericht erstattet. Schlußalinea lautet: „Sowohl mir als meinem deutschen Kollegen sind Meldungen zugegangen, die Frage aufdrängen, ob Rußland mit seinen lauten Mahnungen zur Ruhe ganz aufrichtig."

Nr. 3908. Tel. aus Sofia, 1. Okt. 1912 Nr. 171 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Soeben Herrn Geschoff gesehen. Ich sagte Konseilspräsident, ich habe schon seit mehreren Tagen vergebens versucht, ihn zu sprechen, er wäre in allen wichtigeren Momenten stets mit mir in Kontakt geblieben und in Anbetracht der wichtigen Entscheidungen, die die bulgarische Regierung gefasst hätte, legte ich Wert darauf, ihn zu sehen. Herr Geschoff antwortete, die Ereignisse hätten sich allerdings überstürzt und zwar infolge der herausfordernden Haltung der Türkei. Bulgarien könnte nicht einer aggressiven Politik gegen Türkei beschuldigt werden. Abgesehen von der konstant konzilianten Haltung des Kabinettes habe dasselbe, um Türkei nicht zu beunruhigen, die hiesigen Manöver abgekürzt und Reservisten beurlaubt. In demselben Momente sei aus Konstantinopel Nachricht gekommen, dass Türkei Manöver bei Adrianopel anordne und Truppen dort konzentriere. Herr Sarafow machte türkischen Minister des Äussern aufmerksam, dass dies Bulgarien beunruhigen würde, worauf er ironische Antwort erhalten hätte, Türkei ergreife diese Massregel, um bulgarische Regierung in ihrer friedlichen Politik zu unterstützen. Seither habe Sarafow Vorstellungen ohne Resultat wiederholt und Schritte der Botschafter blieben auch erfolglos. Die türkischen Truppen werden an der bulgarischen Grenze zusammengezogen, der heilige Krieg gegen Bulgarien werde gepredigt und die Militärpartei in Konstantinopel dränge zum sofortigen Überfall Bulgariens. Auf meine Einwendung, dass türkische Manöver meines Wissens sehr reduziert, erwiderte Konseilspräsident, laut authentischer Informationen wäre dies nicht wahr. Bulgarien habe Angriff zu befürchten gehabt und habe sich eiligst vorsorgen müssen. Ich warf ein, dass ich an aggressive Absichten der Türkei nicht glaubte, dass zur Beruhigung hiesiger öffentlicher Meinung einige Massnahmen genügt hätten und vor einem so schwer-

wiegenden Schritte, wie die allgemeine Mobilisierung, hätte doch Bulgarien Grossmächten Gelegenheit geben sollen, ihren Einfluss geltend zu machen. Konseilspräsident antwortete, er verdiene nicht Vorwurf, an die Mächte nicht genug appelliert zu haben. Wie oft hätte er mich auf die Gefahr der Situation und intolerable Lage aufmerksam gemacht. Es sei gerade drei Wochen, dass ich ihm Anregung Euer Exzellenz bekanntgegeben und dieselbe wäre noch immer nicht formuliert. Dass Türken aus eigenem Antriebe etwas machen, sei ausgeschlossen. Bulgarische Regierung hätte geduldig gewartet und trotz unverändert trostloser Nachrichten über Zustände in Mazedonien sei es ihr gelungen, Aufregung hierzulande gewissermassen zu beruhigen, als die Türken durch ihre Mobilisierung Bulgarien gezwungen, zum äussersten Mittel zu greifen. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3909.

Nr. 3909. Tel. aus Sofia, 1. Okt. 1912 Nr. 172 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung von Telegramm Nr. 171 von heute. Auf meine Bemerkung, dass Mobilisierung hoffentlich noch keinen Krieg bedeute, antwortete Herr Geschoff, dass auch er dieselbe Hoffnung hege. Auf weitere Frage, wie ich das zu verstehen hätte, erhielt ich nur zögernde Andeutung, dass Bulgarien und „übrige Balkanstaaten, die ebenfalls mobilisierten" an Mächte herantreten würden. Ob an Türkei Ultimatum gerichtet wurde oder gerichtet wird, konnte nicht erfahren. Ich bemerkte weiter, dass Bulgarien, nachdem es nur zum eigenen Schutze mobilisiere, Türkei nicht angreifen würde, worauf Herr Geschoff antwortete, er wünschte, dass es dazu nicht komme, es handle sich aber darum, dass Balkan ein für allemal pazifiziert werde und Bulgarien könnte nicht jedes Jahr mobilisieren. Die gründliche Beruhigung des Balkans liege auch im Interesse Österreich-Ungarns und Herr Geschoff appelliere an mich, hohe Regierung zu bitten, ihr Wohlwollen Bulgarien nicht zu entziehen. Ich erwiderte Herrn Geschoff, dass ich eben Auftrag erhalten, Bulgarien Rückgängigmachung aggressiver Kriegsvorbereitungen dringend zu raten und wüsste nicht, ob Bedrohung des Friedens, deren sich Bulgarien schuldig macht, gerade wohlwollend stimmen würde. Herr Geschoff wiederholte, dass Bulgarien in Notwehr handle; sollte es zum Kriege — den Bulgarien stets vermeiden wollte — kommen, bitte Konseilspräsident nur darum, dass Monarchie, auf deren Freundschaft Bulgarien rechne, Krieg lokalisiere. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3875.

Unterredung mit König Georg von Griechenland, 2. Okt. 1912. Siehe n. 3929.

Nr. 3910. Tel. nach Belgrad, 2. Okt. 1912 Nr. 30 (chiffr. 1 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Macchio).

Antwort auf Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 68 vom 1. d. M.[b]) Da ich Werth darauf lege, dass wir bei allen Balkanstaaten dieselben Vorstellungen erheben, und dass Herr Paschić auch Euer Hochwohlgeboren

gegenüber die Absicht einer Kollectiv-Demarche bei den Mächten in Abrede stelle, ersuche ich Sie die hierortigen telegrafischen Aufträge vom 30. v. M. Nr. 26 und 27 sogleich auszuführen. Letzterer erscheint übrigens seinem Wortlaute nach auch auf die bereits erfolgte Mobilisierung anwendbar.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3930. — [b]) Mit Tel. Nr. 68 vom 1. Okt. 1912 wurde aus Belgrad gemeldet, daß Pašić dem deutschen Geschäftsträger erklärt habe, daß die Balkanstaaten einen Kollektivschritt bei den Großmächten gar nicht planen. Er werde daher mit aufgetragener Demarche bis zum Eintreffen der neuen auf Kenntnis der erfolgten Mobilisierung erlassenen Instruktionen warten. Vgl. n. 3911.

Nr. 3911. Bericht aus Belgrad, 2. Okt. 1912 Nr. 96 A (eing. 4. Okt.). Ausfert.

Wie ich Euer Exzellenz heute zu telegrafieren[a]) die Ehre hatte, haben gestern die Gesandten Frankreichs, Russlands, Englands und des Deutschen Reiches ganz analoge Instruktionen erhalten, wie solche Euer Exzellenz mit Depesche vom 1. d. M. Nr. 27[b]) mir zu erteilen die Gnade hatten. Obgleich diese Instruktionen durch die Tags vorher angeordnete allgemeine Mobilisierung überholt wurden, waren meine erwähnten Kollegen der Ansicht, dass sie dennoch im Sinne derselben eine den veränderten Verhältnissen angepasste Démarche bei der königlich serbischen Regierung unternehmen sollten; sie begaben sich zu Herrn Pašić und hielten ihm nachdrücklichst vor, dass — wenn auch die Mobilisierung angeordnet worden ist — Serbien sich jedes übereilten Schrittes enthalten solle, der eine direkt gegen die Türkei gerichtete aggressive Tendenz zeigen würde. Namentlich wäre es wünschenswert, dass die angeordnete Mobilisierung mit einer gewissen Verzögerung durchgeführt werde, damit den Grossmächten Zeit und Möglichkeit gelassen werde, den Ausbruch des Krieges im letzten Augenblicke noch hintanzuhalten. Wie ich gestern Euer Excellenz zu telegrafieren die Ehre hatte,[c]) dachte ich den mit Depesche Nr. 27 erhaltenen hohen Auftrag nicht ausführen zu sollen, bis mir nicht neue schon in Kenntnis der erfolgten Mobilisierung erlassene Instruktionen zukommen werden. Als mir aber meine Kollegen mitteilten, dass sie die eben einberichtete Démarche unternehmen werden, glaubte ich ihr Beispiel befolgen zu müssen, damit es ja nicht den Anschein habe, dass wir in dieser Frage nicht in voller Übereinstimmung mit den übrigen Grossmächten vorgehen. Ich habe also Herrn Pašić aufgesucht und im selben Sinne gesprochen, wie es meine Kollegen getan haben. Die Antwort, die wir alle erhielten, gieng darauf hinaus, dass Serbien eigentlich den Krieg nicht wünsche und dass die Regierung sich freuen würde, wenn es den Grossmächten gelingen sollte, den Ausbruch des Krieges hintanzuhalten. Herr Pašić erklärte, er werde auf die schleunige Durchführung der Mobilisierung nicht bestehen, so dass die Grossmächte Zeit und Möglichkeit haben werden einzuschreiten. Um jeden Anschein des Abbruches der diplomatischen Beziehungen zu vermeiden, hat er sofort den Befehl an den königlich serbischen Gesandten in Konstantinopel ergehen lassen, dass er unter keiner Bedingung seinen Posten verlassen darf. Mir sagte noch der Minister-Präsident, dass Serbien auf die Durchführung der Reformen,

welche Euer Exzellenz angeregt haben, bestehen müsse. Sie seien Euer Exzellenz für diese Anregung besonders dankbar. Überhaupt sei der Moment gekommen, wo die Monarchie ihre guten Dispositionen betätigen könne. Würde sie Serbien gegenüber eine wohlwollende Haltung einnehmen, so würde das Land zu ewigem Danke verpflichtet sein und es nie vergessen. Es könnte jetzt ein Wendepunkt in den Beziehungen zwischen der Monarchie und Serbien eintreten und nichts würde mehr den allerherzlichsten Beziehungen im Wege stehen. Ich will dahin gestellt sein lassen, in wie weit diese fast an Liebeswerbung grenzenden Auslassungen des Herrn Minister-Präsidenten aufrichtig sind oder nicht. Sie sind jedenfalls sehr symptomatisch und zeigen, dass Serbien anfängt einzusehen, dass es mit der Monarchie ernstlich rechnen muss. Herr Pašić suchte mich auch glauben zu machen, dass Serbien momentan keine weiteren Ziele verfolge als die Beruhigung und Besserung der Lage der Serben in der Türkei und sagte ausdrücklich, dass das Land an eine Gebietserweiterung nicht denke. Allerdings erlaube ich mir die Aufrichtigkeit des Herrn Minister-Präsidenten auch in dieser Beziehung ein wenig zu bezweifeln. Herr Pašić machte dem deutschen Geschäftsträger Grafen Kanitz gegenüber eine sehr interessante Mitteilung. Er besprach die Gründe, welche die unmittelbare Veranlassung zur Mobilisierung gebildet haben und nannte als solche die Konzentrierung sehr grosser Truppenkontingente in Mazedonien und Alt-Serbien und das Durchfuhrsverbot für nach Serbien bestimmten Kriegsmaterials. Als nun die königlich serbische Regierung die Aufhebung dieses Verbotes verlangte, soll die Türkei erklärt haben, hiezu sofort bereit zu sein, wenn Serbien durch eine schriftliche Note bindend erklären würde, im Kriegsfall der Türkei gegenüber volle Neutralität zu wahren. Auf diese Bedingung konnte und wollte aber Serbien nicht eingehen. Ugron.

[a]) Tel. Nr. 70 vom 2. Okt. 1912 vollinhaltlich im vorliegenden Berichte enthalten. — [b]) Richtig vom 30. Sept. — [c]) Vgl. n. 3910 Anm. b.

Nr. 3912. Tel. an Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 2. Okt. 1912 Nr. 103 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. und G. Nemes).

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 101. Ich habe mich heute Prinz Stolberg gegenüber dahin ausgesprochen, daß ich es für nützlich finden würde, wenn die bei den Balkanstaaten abzugebende Erklärung, daß die Mächte im Falle eines Krieges territoriale Veränderungen nicht zulassen würden, durch den Zusatz ergänzt würde, daß jede — auch nicht territoriale — Veränderung des Status quo an die Zustimmung der Mächte gebunden sei. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an Herrn von Kiderlen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3944.

Nr. 3913. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 2. Okt. 1912 Nr. 184 (eing. 3. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Inhalt Euer Excellenz Telegrammes Nr. 102 von heute dem Staatssekretär bekanntgegeben, der sich definitive Antwort bis

nach Rücksprache mit dem Reichskanzler vorbehielt. Streng vertraulich und als seine persönliche Ansicht äusserte Herr von Kiderlen, er sei nicht überzeugt von der Wirksamkeit des ins Auge gefassten Vorgehens. Wenn aber die Mächte von der Pforte Abgabe einer Erklärung dahingehend verlangen würden, dass sie keine kriegerischen Intentionen habe und den Frieden zu erhalten wünsche, so würde sich deutsche Regierung si omnes wohl an der Demarche beteiligen. Die Euer Excellenz abgegebenen Versicherungen Mavroyeni Beys könnten ja vielleicht zum Ausgangspunkt der Anregung bei den Mächten dienen. Staatssekretär befürchtet nur, dass man leicht in eine Sackgasse geraten könnte, denn die Balkanstaaten würden ihrerseits wohl nur demobilisieren, wenn man ihnen etwas „offerieren" würde; von der Türkei wären aber Reformen in dem Umfange, wie sie heute von den Balkanstaaten verlangt werden, kaum anders als durch Coercitivmassregeln zu erlangen und dazu würden sich die Mächte wohl nicht verstehen. Sowohl von Sofia wie von Belgrad lägen telegrafische Berichte vor, die bekunden, dass nur in dem Falle, als bestimmte Reformen in Macedonien gewährt würden, die ultima ratio nicht eintreten würde. Herr von Kiderlen findet es unter diesen Umständen am nötigsten, dass die Grossmächte dem Kriege selbst gegenüber zu einer einigen Auffassung kommen; von den Versuchen, den Krieg zu verhüten, verspreche er sich, so wie er die Lage heute beurteile, nicht mehr viel. Flotow.

[a]) Vgl. n. 3932.

Nr. 3914. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 2. Okt. 1912 Nr. 185 (eing. 3. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Staatssekretär nahm mit dem Ausdruck verbindlichsten Dankes von der vertraulichen Mitteilung Kenntnis, die ich ihm in Entsprechung Euer Excellenz Telegrammes Nr. 101 überbrachte. Er ersucht mich, Euer Exzellenz zu melden, daß gegründete Aussicht zu bestehen scheint, daß Herr Poincaré mit Herrn Sazonow gelegentlich dessen Pariser Aufenthaltes auch in dem Sinne sprechen werde, daß die Mächte eine Erklärung abgeben sollten, wonach sie keine territoriale Veränderung auf dem Balkan zulassen würden. Streng vertraulich erwähnte mir Herr von Kiderlen, er baue auf die Klugheit und Besonnenheit Herrn Sazonows, dagegen bringe er den Herren Neratow, von Nelidow und so weiter kein großes Vertrauen entgegen. Herr Sazonow wird nächsten Montag hier erwartet. Flotow.

[a]) Vgl. n. 3944.

Tel. nach Bukarest-Sinaia, 2. Okt. 1912 Nr. 38 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 3923.

Nr. 3915. Bericht aus Cetinje, 2. Okt. 1912 Nr. 77 (eing. 5. Okt). Ausfert.

Geheim. Ich habe in dem Augenblicke, in welchem sich die Ereignisse zu überstürzen drohen, kaum die Möglichkeit, meiner ergebensten telegrafischen Berichterstattung eingehende schriftliche Kommentare hinzuzufügen. Der heutige Stand der Dinge, welcher für eine friedliche Lösung

des gesamten Komplexes der Balkanfragen kaum noch eine schwache Hoffnung lässt, war seit vielen Wochen zu befürchten; unvermutet rasch scheint nur das Nachgeben der bulgarischen Regierung gegenüber der Kriegstimmung der Armee erfolgt zu sein, welches in der innerpolitischen Lage seine Begründung finden mag. Dass die gleichzeitige Mobilmachung der Streitkräfte der drei übrigen Balkanstaaten in dem Momente des Bekanntwerdens mit der offiziellen montenegrinischen Mobilmachung beantwortet werden würde, konnte für Niemand zweifelhaft sein. Augen und Ohren der montenegrinischen Regierung waren seit geraumer Zeit nach Sofia gerichtet, und Montenegro hatte in zwei Etappen alle militärischen Vorsorgen, abgesehen von dem letzten Appell, der Einberufung der Mannschaften und der Versammlung der Brigaden, bereits durchgeführt. Der König scheint vollkommen in den Händen der Regierung, das heisst der Kriegspartei zu sein, und ich glaube nicht, dass er, selbst wenn er wollte, noch die Macht hätte, den Frieden gegen den Willen der Regierung zu erhalten. Der Erbprinz ist wohl in seinem Inneren von banger Furcht über den Ausgang der Aktion erfüllt, wagt es jedoch nicht, seine Meinung zur Geltung zu bringen, und hat sich in der ganzen Krise als ein Mann ohne Energie und als Werkzeug, sei es des Königs, sei es der Machthaber, erwiesen. Sonst hätte er vor kurzem nicht die bekannte Mission übernommen, einen Brief des Königs an den Grossfürsten Nikolaus nach Paris zu überbringen, in welchem die Situation als unhaltbar geschildert und die, wenigstens moralische, Hilfe des Zaren erbeten wird. Ich glaube deshalb auch nicht daran, dass sich der Ausbruch der Feindseligkeiten noch hintanhalten lassen wird, schon, weil ich kaum ein Beispiel in der Geschichte kenne, dass Staaten, deren Armeen bereits vollkommen mobilisiert waren, vor Erreichung des Zweckes zurückgewichen wären.[1)] Nur um Zeit zu gewinnen, und um Montenegro die billige Gelegenheit zu nehmen, anlässlich des Vorbeimarsches von türkischen Truppen und Arnauten-Banden knapp an der Grenze, den Kriegsausbruch durch einen überfallartigen Kampf in der Gegend von Selci zu beschleunigen, habe ich mir die Anregung erlaubt, auf die Pforte einzuwirken, solche auch militärisch gefährliche und provozierende, Expeditionen zu unterlassen, welche mit dem Aufmarsche und dem eventuellen Kriege gegen Montenegro nichts gemein haben. Der König, welchen ich gestern Abend zufällig auf der Strasse begegnete, nahm mich in seinen Wagen zu einer Spazierfahrt mit, und nahm Gelegenheit, mir zu versichern, dass er nicht angreifen würde, und wie schwer das Gewicht der Verantwortung auf ihm laste. Er sei nicht ambitiös, suche keinen neuen Kriegsruhm, und werde nur unter dem Zwange der Umstände handeln. Er hätte auch vorgezogen, den Kampf allein mit den Türken auszufechten, als im Schlepptau der übrigen Balkanstaaten mitzutun. Im Gespräche machte er mir den Vorwurf, dass ihn Österreich-Ungarn verlassen und nicht mit steten Ratschlägen unterstützt habe. Ich unterbrach hier Seine Majestät mit der Gegenrede, dass es an Ratschlägen nicht gefehlt habe, leider wären es immer solche gewesen, welche zur Ruhe mahnten und welche der König deshalb nicht gerne hörte. Er hätte sich die Ratschläge, welche ihn in die gegenwärtige Lage gebracht, nicht bei uns geholt, weshalb Österreich-Ungarn

auch nicht ein Schatten der Verantwortung treffen könne. Noch bedeute aber die Mobilmachung nicht den effektiven Krieg, und wenn Seine Majestät die schwere Verantwortung bedrücke, so möge er sich bis zum letzten Momente von diesem Gefühle beherrschen lassen und dem Drängen zum Kriege, welches nur ein Verzweiflungsschritt sei, um aus einer unhaltbaren Lage herauszukommen, nicht nachgeben. Der König blieb ganz stille, trotzdem kann ich nicht hoffen, ihn überzeugt zu haben. Vertraulich höre ich, dass der Direktor der dalmatinischen Landes-Hypothekarbank, Herr Žiška von Troznow, der vor einigen Monaten hier war, um die montenegrinische Hypothekarbank einzurichten, sich erbötig machte, Montenegro eine Anleihe von 2 Millionen Kronen zu verschaffen. De facto sind die Beamten der hiesigen Hypothekarbank, Vojvodić und Hajduković nach Zara abgereist. Es soll sich noch um die Regelung der Provision handeln, die Herr von Žiška für sich verlangt (!). Giesl.

[1]) Kartoffelkrieg.

Nr. 3916. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 2. Okt. 1912 Nr. 433 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Der in dem hohen Telegramme vom 1. d. Mts. Nr. 204 enthaltene Auftrag scheint durch die seither eingetretenen Ereignisse überholt. Bulgarische Truppen marschieren seit gestern an die Grenze, es wäre also nicht blos unnütz, sondern auch sinnlos, den Türken zu raten, keine Truppen ihrerseits an den Reichsgrenzen zu konzentrieren. Überdies hat mein deutscher Kollege und, wie ich glaube, auch mein französischer Kollege fragliche Démarche nicht gemacht. Die Situation ist nunmehr ganz klar; zwischen den drei Balkanstaaten besteht eine Entente und zwar meiner Überzeugung nach mit Willen und Wissen Russlands. Beweis hiefür ist die Démarche Herrn von Giers vom 21. v. Mts.,[a]) die eigentlich den Grund zur Einberufung der Redifdivisionen abgegeben hat. Die Entente der Balkanstaaten ist auf die den Albanesen gewährten Konzessionen und auf die Befürchtung zurückzuführen, daß die drei albanesischen Vilajete autonom werden könnten. Die Initiative Euer Exzellenz hat die Befürchtungen bestärkt, da man sowohl in Petersburg als auch in Belgrad, Sofia und Athen hinter denselben die Tendenz witterte, die albanesische Autonomie vorzubereiten. Unter diesen Umständen scheint mir für die Mächte die Zeit gekommen zu sein, ihre eigenen Interessen zu wahren. Vielleicht wird schon in einigen Tagen jener Teil der Balkanhalbinsel, den wir zu unserer Interessensphäre rechnen, und welchen wir im italo-türkischen Konflikt so erfolgreich zu wahren wußten, von Norden von den Serben, von Süden (vielleicht auch zur See — Salonik—) von den Griechen angegriffen werden. Ich habe Grund anzunehmen, daß Serbien zwar nicht in den Sandschak einmarschieren, sondern gegen Üsküb operieren wird. Ob die Türkei dem konzentrischen Angriff aller ihrer kleinen Nachbarstaaten wird standhalten können, scheint mir sehr fraglich, wenn aber einmal faits accomplis auf militärischem Gebiete geschaffen sind, wird man mit denselben unter allen Umständen rechnen müssen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3823.

Nr. 3917. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 2. Okt. 1912 Nr. 434 (eing. 3. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Minister des Äußern ließ mich heute zu sich bitten. Er sagte mir, der Moment sei ernst und nur das tatkräftige Einschreiten der Mächte — er rechne hiebei hauptsächlich auf Österreich-Ungarn, Russland und England — könnte noch die Situation retten. Wenn Österreich-Ungarn in Belgrad, Russland in Sofia und England in Athen erklären würden, daß sie eine Störung des Friedens nicht dulden, so könnte derselbe noch erhalten werden. Es müßte dies aber mit größter Beschleunigung und unter Androhung von Coercitivmaßregeln geschehen. Einfache Démarchen können jetzt schon nicht mehr zum Ziele führen. Die Türkei, fuhr Gabriel Effendi fort, habe bereits die allgemeine Mobilisierung angeordnet und es könne jeden Augenblick an der Grenze zum Kampfe kommen. Zugleich wies er auch auf die Möglichkeit von Ausschreitungen im Innern hin, die umso größer wären, als die Regierung gezwungen sein würde, alle wehrfähigen Männer — er meinte die Mohammedaner — zu bewaffnen. Einem eventuellen Ultimatum der drei Balkanstaaten gegenüber, so führte Gabriel Effendi weiter aus, werde sich die Türkei ablehnend verhalten, hingegen sei sie bereit, den Mächten die bündigsten Erklärungen über ihre zukünftige Haltung auch betreffend Einführung von Reformen zu geben. In letzterer Beziehung wiederholte mir der Minister, daß man entschlossen wäre, die Reformgesetze vom Jahre 1880 in Anwendung zu bringen. Ferner erklärte er mir, daß die Regierung den Beschluß gefaßt habe, die Zahl der Kammerdeputierten für die einzelnen Nationalitäten bedeutend zu erhöhen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3931.

Nr. 3918. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 2. Okt. 1912 Nr. 435 (eing. 3. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Minister des Äussern sagte mir, es seien schon vorgestern 25.000 Mann serbischer Truppen bei Vranja konzentriert worden. Ausserdem stünden 3000 Mann in Zibeftsche; weiters soll serbische Kavallerie nach Bulgarien zur Kooperation mit der bulgarischen Armee entsendet worden sein. Von anderer Seite erfahre ich, dass hier Überzeugung herrschen soll, Serbien könne nur mit Zustimmung Österreich-Ungarns Türkei angreifen. Pallavicini.

Nr. 3919. Tel. aus Konstantinopel, 2. Okt. 1912 Nr. 437 (eing. 3. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Bei meiner heutigen Unterredung mit dem Minister des Äußern kam derselbe unter anderem auch auf die Friedensverhandlungen mit Italien zu reden. Gabriel Effendi sagte mir, diese Frage werde im heutigen Ministerrat zur Sprache gebracht werden und ließ dabei durchblicken, daß die Verhandlungen vielleicht bald eine günstige Wendung nehmen werden. Von anderer Seite höre ich, daß die Türkei im Gegensatze zu ihrer früheren diesbezüglichen Haltung nunmehr auch eine Geldentschädigung von Italien anstrebe. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3945.

Nr. 3920. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 2. Okt. 1912 Nr. 77 (eing. 3. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Ich habe gestern in Abwesenheit des Grafen Mensdorff in Balmoral Euer Excellenz Telegramm vom 30. v. M. Nr. 58 ausgeführt, und Sir A. Nicolson die von Euer Excellenz an Markgraf Pallavicini einerseits und an die k. u. k. Vertreter bei den Balkanstaaten anderseits gerichteten Instruktionen mitgeteilt. Heute liess mich der Herr Unterstaatssekretär zu sich bitten und sagte mir, er habe heute früh an die britischen Vertreter bei den Balkanstaaten eine generelle Instruktion herausgegeben, mit welcher diese ermächtigt werden, an allen diplomatischen Vorstellungen, mit welchen alle ihre Kollegen der Signatarmächte beauftragt werden und welche auf die Vermeidung des Kriegsausbruches beziehungsweise auf Zurücknahme der Mobilisierungsmassnahmen gerichtet sind, teilzunehmen. Von einer weiteren Instruktion an Sir G. A. Lowther hat Sir A. Nicolson abgesehen, weil mittlerweile Nachricht von der Mobilisierung der türkischen Armee eingetroffen sei und es seiner Ansicht nach schwer sei, heute angesichts der weitgehenden militärischen Massnahmen aller Balkanstaaten der Türkei nahezulegen, ihrerseits von solchen Abstand zu nehmen.

Trauttmansdorff.

Nr. 3921. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 2. Okt. 1912 Nr. 78 (eing. 3. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Sir A. Nicolson sagte mir heute, er wisse von Herrn Sazonow, dass dieser dem Grafen Mensdorff gegenüber gelegentlich der Unterredung, die er mit ihm vorgestern hatte (hieramtliches Telegramm Nr. 75 vom 30. v. Mts.) von der russischen öffentlichen Meinung gesprochen habe, mit welcher er rechnen müsse; er — Sazonow — hätte hinzugefügt, dass es in dieser Beziehung von grösster Wichtigkeit wäre, dass Österreich-Ungarn nichts unternehme, was die öffentliche Meinung in Russland beunruhigen könnte. Der Herr russische Minister des Aeussern hätte ferner ihn — Sir A. Nicolson — gebeten, auch seinerseits dies Grafen Mensdorff gegenüber zu erwähnen und er nehme keinen Anstand, in ganz vertraulicher Weise die Hoffnung auszusprechen, dass Oesterreich-Ungarn sich jeder Aktion enthalten werde, welche auf die russische öffentliche Meinung aufregend wirken könnte. Als ich dem Unterstaatssekretär sagte, dass mir von einer solchen Aeusserung Herrn Sazonows Grafen Mensdorff gegenüber nichts bekannt sei, war dieser im höchsten Grade erstaunt und meinte, ich sollte es unter diesen Umständen vielleicht besser unterlassen, Euer Excellenz von dem Meldung zu erstatten, was er mir gesagt. Unterstaatssekretär fuhr dann folgendermassen fort: Er wolle keine Geheimnisse Sazonows verraten, dessen Gedankengang sei aber folgender. Das Petersburger Kabinett habe die feste Absicht, den Krieg, sollte er schon nicht vermieden werden können, zu lokalisieren und Herr Sazonow sei überzeugt, dass auch Wiener Kabinett gleiche Absicht habe. Die Einmütigkeit zwischen Petersburg und Wien berechtigt zu Hoffnung, dass Lokalisierung auch gelingen werde. Betreffs der zu diesem Zwecke zu ergreifenden Massnahmen hege er aber Befürchtung, es könnte in Wien an eine militärische Demonstration oder

an einen Einmarsch in Serbien gedacht werden, eine Eventualität, welche die öffentliche Meinung in Russland in höchstem Grade beunruhigen und dadurch dem Petersburger Kabinette das einmütige Zusammenarbeiten mit Wien erschweren würde. Sir A. Nicolson glaubt, dass, falls es zum Kriege kommt, eine solche Lokalisierung Wünschen aller Mächte, jedenfalls englischer Regierung, entsprechen würde; er halte deshalb volle Einmütigkeit zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland, als der nächst- und hauptinteressierten Mächte für in höchstem Grade wichtig. Ich erlaubte mir, Sir A. Nicolson zu sagen, dass Euer Excellenz Bemühungen auf Verhinderung des Krieges gerichtet seien, dass, falls dies nicht mehr möglich wäre, es sicherlich Euer Excellenz Intention sein würde, denselben zu lokalisieren und dass ich nicht zweifelte, dass die zu diesem Zwecke von den Mächten zu ergreifenden Schritte den Gegenstand weiteren Meinungsaustausches der Kabinette bilden würden. Trauttmansdorff.

[a] Vgl. n. 3962, 4041.

Nr. 3922. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 2. Okt. 1912 Nr. 110 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 108[b] vom 30. v. Mts. Sowohl der gestern vom Urlaub zurückgekehrte deutsche Botschafter wie auch italienischer Botschafter äußerten mir gegenüber ihre dahin gehende Ansicht, daß die gegenwärtige Situation nur durch eine gemeinsame energische Intervention Österreich-Ungarns und Russlands gerettet werden könne. Wie ich vertraulich erfahre, wird morgen zwischen Herrn Poincaré, Herrn Sazonow, Herrn Iswolsky und Herrn Schoen eine Unterredung stattfinden, welche diese Idee zur Grundlage haben wird. Wie mir deutscher Botschafter erzählte, soll Herr Iswolsky für dieselbe ganz eingenommen sein und erklärt haben, daß er sein bisheriges Mißtrauen unserer Politik gegenüber fallen lassen wolle. Somssich.

[a] Vgl. n. 3936. — [b] Mit Tel. Nr. 108, Paris 30. Sept. 1912 (eing. 1. Okt. 1912, 9 U. 30 M. p. m.) berichtet Somssich über Äußerungen Poincarés, daß der Zeitpunkt für ein energisches Einschreiten der Mächte am Balkan gekommen sei. Ihm schwebe eine gemeinsame Aktion Österreich-Ungarns und Rußlands vor, welche von den übrigen Mächten unterstützt werden würde, und er wolle Sazonow dafür gewinnen.

Nr. 3923. Tel. nach Rom Nr. 160 (1) und Bukarest-Sinaia Nr. 38 (2), 2. Okt. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1.—2. Da deutscher- und russischerseits Geneigtheit bekundet wurde, bei den Balkanregierungen die Erklärung abzugeben, daß die Mächte eine territoriale Veränderung am Balkan nicht zugeben werden, habe ich gestern dem russischen Botschafter und dem deutschen Geschäftsträger gegenüber meine Bereitwilligkeit ausgesprochen, an einer solchen Demarche mit den anderen Mächten teilzunehmen. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an

1. Marquis di San Giuliano.
2. Seine Majestät König Karol.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 3938.

Nr. 3924. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 2. Okt. 1912 Nr. 69 B (eing. 4. Okt.).[a] Ausfert.

Als ich mich des mir mit dem hohen Telegramm Nr. 156 erteilten Auftrages bei Marquis San Giuliano entledigt hatte, antwortete er mir, dass er den russischen Botschafter soeben gesehen habe, derselbe aber keinerlei Interventionsvorschlag bei den Balkanmächten im Sinne der Einstellung ihrer Rüstungen vorgebracht habe. Er habe jedoch allen italienischen Vertretern schon zu wiederholten Malen die Instruktion erteilt, auf die Regierung der Balkanländer beruhigend zu wirken. Auf meine Frage, ob ich Euerer Excellenz dies als Antwort auf Hochderen Message zu vermelden hätte, holte er etwas weiter aus, um mir den bekannten Gedankengang zu entwickeln, dass für Italien der Ausbruch einer Conflagration auf dem Balkan ein sehr ernstes Ereignis wäre. Die italienische Regierung habe daher mit Aufopferung sehr wesentlicher Interessen alles ängstlich vermieden, was zum Ausbruch einer solchen Eventualität führen könne und nicht aufgehört, den Balkanstaaten Ruhe und Mässigung zu predigen. Speciell in Cetinje bediene sich der Gesandte, Baron Squitti, König Nicolaus gegenüber einer Sprache, voisine à la rudesse. Er bitte mich also, Euerer Excellenz seinen Dank für Hochderen Botschaft auszusprechen und beizufügen, dass er gerne bereit sei, seine Instruction an die italienischen Vertreter in Sofia, Athen, Belgrad und Cetinje zu wiederholen. Der Herr Minister teilte mir sodann mit, dass in den drei erst genannten Hauptstädten mobilisiert werde und sich die Lage sehr ernst verschärft habe. Nach seinen Informationen könne aber trotzdem noch die Hoffnung genährt werden, dass der Krieg verhindert wird. Es hänge alles von der Türkei ab, auf welche er natürlich nicht einwirken könne. Allerdings würden sich die Balkanländer nicht mehr mit Versprechungen abspeisen lassen, sondern verlangten greifbare Concessionen für ihre Stammesgenossen. Montenegro werde auf der Grenzrectification bestehen. Die Stimmung in den Balkanländern sei übrigens keineswegs im gleichen Masse kriegslustig. Ernstlich wünsche den Krieg das bulgarische Volk. Im Interesse der Wahrung seines Prestiges und wegen der elenden wirtschaftlichen Lage Seines Landes sei auch König Nicolaus für den Krieg. Die Regierungen von Athen und Belgrad betrachten die heutige Situation nur unter dem Gesichtswinkel einer günstigen Gelegenheit und würden nur mittun, wenn Bulgarien vorgeht. Speciell aus Athen höre er, dass die Meetings, die arrangiert werden, um die Bevölkerung zur Kriegslust anzustacheln, wenig Begeisterung erwecken. Was Montenegro betreffe, so liege der Schlüssel der dortigen Ereignisse in St. Petersburg. Wolle Russland — qui tient les cordons de la bourse — den König Nicolaus im Zaune halten, so würde dies gelingen. Der Schwerpunkt der Situation liege also in Sofia. Wenn die Pforte Vernunftgründen zugänglich ist und den Macedoniern ausgiebige Concessionen gibt, könne der Frieden noch erhalten werden.

Ambrózy.

[a] Vgl. n. 3899.

Nr. 3925. Tel. aus Sofia, 2. Okt. 1912 Nr. 176 (eing. 3 U. p. m.).[a] *Entziff.*

In der an und für sich gefährlichen Lage kann — wenn kein Angriff von türkischer Seite erfolgt — als beruhigendes Symptom angesehen werden, dass, wie von glaubwürdiger Seite höre, strengster Befehl an Grenze ergangen sein soll, Zwischenfälle und Provokationen unbedingt zu vermeiden. Sollte es wahr sein, wie mir ebenfalls versichert wird, dass Ultimatum an Türkei erst Samstag, am Tage Zusammentrittes Sobranje gestellt werden soll, so muss auch dies als friedliche Tendenz und Absicht, Mächten Zeit zu lassen, betrachtet werden. Balkanstaaten, die vor acht Tagen nur an gemeinsamen Schritt bei Mächten gedacht hatten, haben sich seither, dank türkischer Mobilisierung und Zurückhaltung serbischer Munition, über gemeinsame Mobilisierung verständigt, um Reformen in Türkei zu erzwingen. Leitartikel des Regierungsorgans Mir von gestern abends gibt zu verstehen, dass durch rasches Handeln der Grossmächte Katastrophe verhindert werden kann. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 3926.

Nr. 3926. Tel. aus Sofia, 2. Okt. 1912 Nr. 177 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Herr Dobrovič bestätigte mir formell, dass im gehorsamen Telegramme Nr. 176 von heute erwähnter Befehl an Grenze ergangen. Er sagte auch, „er glaube", dass vor Einberufung Sobranje nächsten Samstag Regierung keine Entscheidung treffen werde; ob Ultimatum an Türkei gestellt wird, oder an Grossmächte herangetreten, wisse er nicht. Weiter sagte Dobrovič, Türkei müsse demobilisieren und nachdem infolge türkischer Provokationen Sachen soweit gekommen, werde man nunmehr ernste Reformen verlangen und mit vagen Versprechungen werde man sich nicht begnügen. Auf Eroberung gehe Bulgarien nicht aus. Herr Danew sagte mir, Bulgarien habe Krieg nicht gesucht; herausgefordert von Türkei habe es sich zur Wehr gesetzt und werde jetzt auch vor Krieg nicht zurückweichen. Bulgarien suche keine Eroberungen, nur solche Reformen, die Balkan ein für allemal Frieden sichern. Wir seien friedlich gewesen — fügte Danew hinzu — seien aber nunmehr in Kriegsstimmung. Erhaltung des Friedens sei jetzt nicht unsere Sorge, das sei Sache der Diplomatie. Tarnowski.

Nr. 3927. Tel. aus Sofia, 2. Okt. 1912 Nr. 178 (eing. 3. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Ich sprach heute mit sämtlichen Vertretern der Großmächte. Alle sind sehr pessimistisch, zugleich aber Ansicht, daß vor zirka acht Tagen Krieg nicht ausbrechen dürfte und daß Mächte noch so viel Zeit für ihre Bemühungen um Erhaltung des Friedens haben würden. Was die Bedingungen anbelangt, unter welchen Balkanstaaten demobilisieren würden, so

wird diesbezüglich bulgarischerseits bis jetzt von Demobilisierung der Türkei und allgemein von „reellen Reformen" ohne nähere Bezeichnung gesprochen. Meine Kollegen glauben, daß viel weniger als Autonomie, wenn nur unter Garantie der Mächte, Balkanstaaten befriedigen dürfte. Nicht nur deutscher Kollege, der bis zum letzten Moment nur vom bulgarischen Bluff sprach, sondern auch alle anderen Gesandten von Ereignissen überrascht, die, wie sie behaupten, nicht eingetreten wären, wenn Türkei nicht drei Fehler nacheinander begangen hätte und zwar angebliche Manöver, Zurückhaltung serbischer Munition und Samos. Tarnowski.

Nr. 3928. Denkschrift, 2. Okt. 1912. Konz. (S. Schreibmaschine; V. Hoyos u. Berchtold; G. Hoyos).

Geheim. In seinem Memorandum Res. Gen. Stb. Nr. 3832 vom 28. v. Mts. hat Seine Excellenz der k. u. k. Chef des Generalstabes die verschiedenen Möglichkeiten erörtert, welche sich für unsere auswärtige Politik im Falle des Ausbruches eines Krieges am Balkan ergeben würden. Hiebei hat FML. Schemua eine „entschiedene, nach selbständigen Entschlüssen handelnde" Politik befürwortet, welche für den Fall einer serbischen Mobilisierung sogleich die Annahme des Kriegsstandes unserer Truppen in Bosnien, der Herzegowina und Dalmatien vorsieht und weiters die Mobilisierung und Versammlung der für den Kriegsfall B designierten grossen Streitkräfte im vollen Umfange, sobald Serbien tatsächlich zu irgend einer kriegerischen Action, in welcher Richtung immer, schreite. Am Schlusse des Memorandums erwähnt FML. Schemua, dass der Monarchie die Widmung dieser Streitkräfte für den Kriegsfall B nur dann möglich wird, wenn die Diplomatie den Frieden mit den beiden in Betracht kommenden Grossmächten Russland und Italien sicherstellen kann. Vom Standpunkte meines Ressorts glaube ich, bevor ich die weitgehenden Ausführungen Seiner Exzellenz bespreche, hervorheben zu müssen, dass das Einverständnis Russlands und Italiens zu einer solchen aggressiven Politik der Monarchie meiner Ansicht nach unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu erreichen ist. Wir dürfen uns darüber keiner Illusion hingeben, dass unsere Vorgangsweise bei der Annexion Bosniens und der Herzegowina nicht nur den ersten Anstoß zum Bunde der Balkanstaaten gegeben sondern unvermeidlich auch das Mißtrauen der Staatskanzleien sämtlicher Großmächte gegen die Monarchie geweckt und dadurch ein zuvor nicht bestandenes Band des Einvernehmens unter denselben in Bezug auf die Stellungnahme zu unserer Orientpolitik geschaffen hat. Die Mächte, insbesondere die russische Regierung werden bei Ausbruch eines Balkankrieges voraussichtlich in erster Linie bestrebt sein, den Krieg zu lokalisieren und dessen Ausdehnung auf ein weiteres Gebiet als den Balkan zu verhindern. Anscheinend gehen die Bestrebungen Rußlands und der Westmächte dahin, die endgiltige Lösung des Balkanproblems, falls der Status quo nicht mehr zu erhalten wäre, den Balkanstaaten allein zu überlassen. Eine auf Localisirung des Krieges abzielende russische Anregung, die in London, Paris, Rom und vermutlich auch in Berlin Unterstützung finden würde, hätte wohl in erster

Linie den Zweck, unsere Neutralität sicher zu stellen und uns dazu zu veranlassen, durch unsere Teilnahme einen Beweis für unser Désintéressement zu geben. Es wäre meiner Ansicht nach ein Fehler, einen diesfälligen Gedankenaustausch mit den Mächten a limine zurückzuweisen. Wir müssen uns nur die Möglichkeit wahren, im Verlaufe desselben je nach den Umständen unsere spezifischen Interessen an der Lösung des Balkanproblemes geltend zu machen. Wir würden gegebenenfalls darauf hinweisen, dass wir nach wie vor aus politischen und wirtschaftlichen Rücksichten an der Erhaltung des türkischen Reiches ein grosses Interesse haben und einer Aenderung des status quo nur dann zustimmen könnten, wenn unsere berechtigten Vorschläge hiebei berücksichtigt werden. Wenn wir aber, bevor noch eine Fühlungnahme unter den Grossmächten wegen Lokalisierung des Krieges begonnen hat, durch eine vorzeitige Mobilisierung unserer Streitkräfte aggressive Tendenzen bekunden, so würde ein solcher Schritt von allen Beteiligten als eine Behinderung der auf die Erhaltung des europäischen Friedens gerichteten Action angesehen werden. Eine solche Politik würde uns nötigen, unsere Ziele und Bestrebungen schon zu Anfang des Krieges zu demaskieren und möchte eventuell auch eine Präventivaktion der Mächte provozieren. Sicherlich würde sie einen engeren Zusammenschluß jener Mächte zur nächsten Folge haben, welche unser Vordringen am Balkan verhindern wollen. Wir könnten dann im weiteren Verlaufe der Ereignisse leicht vor die Notwendigkeit gesetzt werden, so weit gehende militärische Maßnahmen zum Schutze unserer eigenen Grenzen zu ergreifen, daß wir infolge Bindung unserer Streitkräfte nicht mehr in der Lage wären, im entscheidenden Momente des Konfliktes am Balkan zur Wahrung unserer Interessen einzuschreiten. Insbesondere müßten die Beziehungen Rußlands zu Italien durch jede voreilige kriegerische Aktion der Monarchie automatisch eine Vertiefung erfahren und könnte sich deren Wechselverhältnis eventuell auch zu einem Bündnisvertrage ausgestalten. Beide Staaten haben das identische Interesse, einer Expansion unsererseits am Balkan entgegenzuwirken, zumal jetzt, wo Italien, anderwärts in Anspruch genommen, sein Gewicht nicht vollwertig in die Wagschale legen könnte und Rußland aus Rücksicht für seinen englischen Partner bis auf weiteres behindert ist, Kompensationsobjekte zu reklamieren. Es ist heute zwar ganz unmöglich, die verschiedenen Phasen eines Balkankrieges mit Sicherheit vorauszusehen, man kann aber mit ziemlicher Gewissheit annehmen, dass jede weitere Wirkung der Ereignisse in internationaler Hinsicht eine bessere Situation für uns ergeben würde, als jene, welche bei Beginne des Krieges vorliegt. Ich möchte hiebei vor allem hervorheben, daß ich der Ansicht des Herrn Chefs des Generalstabes, wonach wir im Falle des Befolgens einer zuwartenden Politik bei dem zweifellosen Eingreifen anderer Großmächte in die Unmöglichkeit versetzt würden, unsere Stimme zu erheben und selbständige Ansprüche geltend zu machen, keineswegs beipflichten kann. Eine active Intervention zu Gunsten der Balkanvölker wäre wohl nur von Russland oder Italien zu besorgen. Schon mit Rücksicht auf ihre geographische Lage müßten beide Staaten, um sich die Flanken zu sichern, vor einem solchen Schritte eine direkte Verständigung mit uns suchen. Dann aber würde

sich von selbst der Moment ergeben, um unsererseits unsere Wünsche in zwingender Weise zur Geltung zu bringen. Auch der vermutliche Verlauf des Krieges am Balkan selbst lässt es wünschenswerth erscheinen, dass wir eine reservierte Stellung beobachten, die Einmütigkeit Europas vorläufig nicht stören und so, ohne Gefahr zu laufen, selbst angegriffen zu werden, den günstigen Moment erwarten, um der Lösung des Balkanproblems näher zu treten. Selbst wenn es den vereinigten Balkanheeren gelingt, die türkische Armee zu vernichten, werden sie noch vor der viel schwierigeren Aufgabe stehen, mit erschöpften Ressourcen die voraussichtlich in hellem Aufruhr befindlichen, von fanatischen bewaffneten Mohamedanern bewohnten Provinzen pacificiren zu müssen. Die Entscheidung hinsichtlich der endgiltigen Liquidierung der Balkanfrage wird von dem Willen jenes Nachbarstaates der Türkei abhängen, der noch am Ende des Balkanbrandes über ein intaktes Heer und über geordnete Finanzen verfügen kann. Ich halte es für nicht unmöglich, dass die Lösung des Problems in einem unseren Interessen entsprechenden Sinne sich vollziehen könnte, ohne dass wir genötigt wären, deswegen einen Krieg zu führen. Heute wäre es für uns nicht einmal möglich, konkrete Desiderata zu formulieren, indem erst die Entwicklung der Ereignisse am Kriegsschauplatze uns darüber Klarheit bringen kann, inwieweit unsere spezifischen Interessen am Balkan durch die Erfolge oder Misserfolge des einen oder anderen Teiles berührt werden. In diesem Belange glaube ich beispielsweise darauf hinweisen zu dürfen, dass ein Vordringen der mohammedanischen Albaner in den von Serben bewohnten Gebietsteilen unseren Interessen vollauf entsprechen würde, ebenso gegebenenfalls auch eine beträchtliche Vergrösserung Bulgariens auf Kosten der serbischen Aspirationen. Im allgemeinen muss die Thatsache im Auge behalten werden, dass die Balkanstaaten derzeit, so lange wir auf der Basis der Erhaltung des Status quo stehen, uns feindlich gesinnt sein müssen, dass aber im Verlaufe des Krieges, wenn wir diese Basis aufgeben sollten, sich Interessengemeinschaften herausbilden können, die dem einen oder anderen Compaciscenten zu unserem natürlichen Bundesgenossen machen würden. Aus den vorstehenden Gründen glaube ich mich gegen die von dem Herrn Chef des Generalstabs befürwortete active und aggressive Politik aussprechen zu müssen. Was die in der Denkschrift des Herrn FML. Schemua erwähnten militärischen Massnahmen anbelangt, halte auch ich es vom Standpunkte der Sicherung unserer Grenzen für geboten, dass eine genügende Erhöhung der Truppenstände in Bosnien, der Herzegowina und Dalmatien erfolge, um jede Möglichkeit einer serbischen Agitation im Annexionsgebiete und in Dalmatien durch Bandenbildung und dergleichen zu verhindern. Die diesbezüglichen Maßnahmen dürften sich aber nur auf das notwendigste beschränken und nicht den Anschein einer Mobilisierung der beiden Korps erwecken, die im Auslande jedenfalls als Provokation angesehen werden würde. Ebenso müßte entsprechende Vorsorge getroffen werden, dass eine serbische Agitation in Croatien und Slavonien im Keime erstickt werde und in diesen Ländern die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unbedingt sichergestellt sei. Abgesehen von den Considerationen politischer Natur wäre auch aus diesem Grunde

die Berufung eines k. u. k. Generals an die Spitze der kroatischen Regierung meines Erachtens dringend angezeigt. Eine aufmerksame Wachsamkeit werden die von der russischen Regierung in der nächsten Zukunft getroffenen militärischen Massnahmen erheischen. Ich halte es nicht für unwahrscheinlich, dass die russische Regierung, ohne aggressive Ziele zu verfolgen, schon jetzt an der rumänischen Grenze und auch an der unsrigen gewisse vorbereitende militärische Massnahmen durchführen könnte. Inwieferne dieselben gegebenen Falles unauffällige Gegenmaßregeln rechtfertigen sollten, wird von der politischen Haltung Rußlands in der nächsten Zeit abhängen. Momentan würde ich sie für verfrüht halten. Resümierend möchte ich meine Auffassung in folgenden Punkten zum Ausdrucke bringen: 1. Im gegenwärtigen Stadium wäre ein Einvernehmen mit den Mächten — wenn auch mit geringer Aussicht auf Erfolg — weiterhin pacificirend zu wirken und unsere Bemühungen, den Ausbruch des Krieges zu verhindern, fortzusetzen. 2. Es muß aller Anschein vermieden werden, als ob wir die Berechtigung der Mobilisirung der kleinen Balkanstaaten im Zusammenhange mit den angestrebten Reformen in Macedonien gutheißen würden, daher wäre erst die Demobilisirung zu verlangen, bevor die Reformfrage weitergesponnen würde. 3. Im gegebenen psychologischen Momente müßte der Gedanke klar und präcis den Mächten gegenüber zum Ausdrucke gebracht werden, daß, im Falle der Status quo nicht aufrechterhalten würde, eine Veränderung desselben nicht ohne unsere Zustimmung beziehungsweise Geltendmachung unserer Interessen erfolgen könnte. 4. Militärische Maßnahmen wären für den Augenblick nur insoweit zu bewerkstelligen, als dies vom Standpunkte der Sicherung im Annexionsgebiete und in Dalmatien, eventuell auch in Croatien-Slavonien, notwendig erscheint. 5. Erhöhte Wachsamkeit wäre den militärischen Vorgängen in Rußland an unserer und der rumänischen Grenze zuzuwenden.

Nr. 3929. Aufzeichnung über eine Unterredung mit König Georg von Griechenland, 3. Okt. 1912. Konz. (S. Schreibmaschine).

Im Verlaufe einer einstündigen Unterredung, die ich am 2. Oktober mit Seiner Majestät dem Könige von Griechenland hatte, nahm der Höchste Herr Anlaß, Seine Ansichten über die Balkankrise zum Ausdrucke zu bringen. Seine Majestät ging davon aus zu betonen, die infolge der Mobilisierung der Balkanstaaten eingetretene gespannte Situation sei im höchsten Grade bedenklich und müsse nach einem Mittel gesucht werden, einen Konflikt zu verhindern. Ein Ausweg wäre vielleicht denkbar, wenn die Großmächte die Wünsche der kleinen Balkanstaaten bei der Pforte zu vertreten geneigt wären, in welchem Falle die Mobilisierung rückgängig gemacht werden könnte. Die verschiedenen Nationen am Balkan ließen sich nicht nach einer Schablone behandeln, sie hätten verschiedene Lebensbedingungen und müssen daher seitens der Pforte individualisiert werden. Die Regierungen der Balkanstaaten wären die berufensten Organe, die betreffenden Desiderata zu formulieren, und sollten somit gehört werden. Ich entgegnete Seiner

Majestät, daß die Balkanstaaten durch die Mobilisierung ihre Stellung wesentlich verschlechtert hätten. Ich könne mir nicht denken, daß sich die Großmächte bereit finden könnten, gleichsam unter dem Drucke dieser Mobilisierungen sich der Sache der Balkannationen anzunehmen, ebensowenig die Pforte geneigt sein dürfte, dieser unverhüllten Drohung zu weichen. Abgesehen von dieser Erwägung mehr formaler Art, müsse ich aber auch darauf hindeuten, daß die Wünsche der Balkannationalitäten in der Gestalt, wie dieselben durch die kleinen Balkanstaaten — beispielsweise Bulgarien — verdolmetscht werden, von der Pforte niemals akzeptiert werden könnten. Wir hätten gewiß Verständnis für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Balkannationalitäten, müßten aber immer von der Voraussetzung der Durchführbarkeit solcher Reformen ohne Gefährdung des Bestandes des türkischen Reiches ausgehen. Die weitgehenden Aspirationen der Balkanstaaten für ihre Konnationalen wären für die Pforte unannehmbar und müßten dieselben in den Krieg treiben, den wir vermieden haben wollten. König Georg berührte auch die Frage der Rückstellung der von Italien besetzten ägäischen Inseln an die Türkei und betonte die Notwendigkeit Garantien zu schaffen, daß die Privilegien derselben seitens der Pforte respektiert werden. Die eventuelle Zusicherung der letzteren, daß den griechischen Einwohnern kein Unrecht geschehen solle, sei ziemlich wertlos, wenn man die Unverläßlichkeit der türkischen Versprechungen in Anschlag nehme. Nur eine autonome Verwaltung unter Garantie der Mächte könnte eine Sicherheit bieten. Ich brachte dem gegenüber dieselben Konsiderationen zum Ausdrucke, die ich dem griechischen Gesandten am vorhergehenden Tage formuliert hatte, worauf Seine Majestät bemerkte, Er hege überhaupt Zweifel, ob Italien die Inseln — speziell Rhodus — auch wieder herausgeben werde. Berchtold.

Nr. 3930. Tel. aus Belgrad, 3. Okt. 1912 Nr. 76 (eing. 4. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Nr. 30 vom 2. d. Mts. Ich habe nicht ermangelt, die mir erteilten hohen Aufträge auszuführen. Herr Pašić erklärte auch mir gegenüber, dass die Balkanstaaten derzeit keine Kollektivdemarche bei den Grossmächten planen. Bezüglich der Truppenansammlungen an der Grenze wiederholte der Herr Ministerpräsident, dass man die Mobilisierung nicht beschleunigen werde. Truppen werden derzeit direkt an die türkische Grenze noch nicht entsendet, obgleich zwei türkische Regimenter bei Zibefdsche an der Grenze stehen. Sollten weitere Ansammlungen türkischerseits erfolgen, würden auch sie mit Gegenmassregeln antworten; er dementiert das Gerücht, dass Serbien ein Ultimatum an die Pforte gerichtet hätte, sowie auch jenes, dass Serbien in einigen Tagen den Krieg erklären wolle. Sie wollen eine abwartende Haltung einnehmen und sich jeden aggressiven Schrittes enthalten, sie würden die Feindseligkeiten nur beginnen, wenn weitere Provokation türkischerseits erfolgen oder wenn sie durch das Vorgehen Bulgariens dazu genötigt würden. Allerdings scheint man dort für den Krieg disponiert zu sein. Ugron.

Nr. 3931. Tel. nach Berlin Nr. 105 (1), Paris Nr. 76 (2), London Nr. 62 (3), St. Petersburg Nr. 120 (4), Rom Nr. 163 (5) und Bukarest Nr. 41 (6), 3. Okt. 1912 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1.—6. Markgraf Pallavicini telegraphiert unter dem 2. d. M. wie folgt: ... *wie n. 3917 von „Minister des Äußern" bis „zum Ziele führen"* ... Mavroyéni Bey hat sich heute mir gegenüber im gleichen Sinne ausgesprochen und hinzugefügt, daß seine Kollegen in London und Petersburg analogen Auftrag erhalten haben. Ich habe mich auf eine Erörterung der uns türkischerseits zugedachten Pression auf Serbien nicht eingelassen. ... *Mit stilistischen Änderungen wie n. 3917 von „Einem eventuellen Ultimatum" bis „bedeutend zu erhöhen"* ... Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an

1.—5. das dortige Auswärtige Amt.
6. Seine Majestät König Karol.

[a] Vgl. n. 3948, 3949, 3952.

Nr. 3932. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 3. Okt. 1912 Nr. 187 (eing. 4. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 184 von gestern. Herr von Tschirschky wurde angewiesen, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß die deutsche Regierung bei aller Anerkennung der Ziele Euer Exzellenz Vorschlages sich diesem kaum werde anschliessen können, solange das Wiener Kabinett nicht seine Absichten im Falle eines Refus der Balkanstaaten genau zu erkennen gegeben haben würde. Deutscherseits wird die Befürchtung ausgesprochen, daß die Doppelanfrage (Österreich-Ungarns und Deutschlands) in Konstantinopel, wenn die nachherige Aktion, wie man hier fürchtet, nicht zum Ziele führen würde, das Odium des Mißerfolges auf beide Mächte laden würde. Die weitläufigen Ausführungen, die sich an diesen Gedankengang knüpfen, decken sich mit den von mir bereits einberichteten Äusserungen des Staatssekretärs. Flotow.

[a] Vgl. n. 3991.

Tel. nach Bukarest, 3. Okt. 1912 Nr. 41 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3931.

Nr. 3933. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus Bukarest-Sinaia, 3. Okt. 1912 Nr. 50 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Ministerpräsident sagte mir soeben, nach hiesiger Auffassung sei Lage umso kritischer, als der bulgarische Pöbel in den bulgarischen Donaustädten eine regelrechte Türkenverfolgung beginne. Besonders in Sistowo und Rustschuk habe der Mob die Türken und ihre Moscheen angegriffen und die Verfolgten flüchteten nach Rumänien, wo ihnen nach Tunlichkeit beigestanden wird. Sefa Bey sei gestern bei Herrn Majoresco erschienen, habe auftraggemäss an die rumänische Freundschaft appelliert und ersucht, rumänische Regierung möge durch irgend welche öffentliche Erklärung der Solidarität mit der Türkei auf Bulgarien einschüchternd wirken. Ministerpräsident wird diese Anregung heute Seiner Majestät dem Könige unter-

breiten, hat dem türkischen Gesandten aber nicht viel Hoffnung auf Erfüllung dieses türkischen Wunsches gemacht. Rumänische Politik werde — wie er mir sagte — zwar vom König bestimmt, doch sei es wahrscheinlich, dass Höchstderselbe Auffassung des Ministerpräsidenten teilen werde, sich vorläufig nach keiner Richtung hin zu binden und die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Auf alle Fälle sei für Rumänien die Richtlinie der Zentralmächte, in erster Linie der Monarchie, massgebend. Sobald man hier wissen werde, wie sich diese Mächte den noch unbestimmbaren weiteren Ereignissen gegenüber verhalten werden, werde sich auch für Rumänien der Nebel lüften. Rumänien fühle sich nicht als Balkanstaat und werde sich daher möglichst lange in der Rolle des Zuschauers gefallen, da es ja klarerweise in seinem Interesse liege, ungeschwächt neben den eventuell Krieg führenden Staaten seine Interessen später mit umso grösserem Nachdrucke wahren zu können. Man hoffe hier vor allem, dass die Monarchie sich mit Russland auf ein paralleles Vorgehen im Falle eines kriegerischen Konfliktes einige, da in diesem Falle auch Rumänien am Besten fahren würde. Alles Vorstehende sagte Ministerpräsident mir und Ähnliches dem deutschen Gesandten vollkommen spontan. Otto Czernin.

Nr. 3934. Tel. aus Cetinje, 3. Okt. 1912 Nr. 102 (eing. 4. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Regierungskreise rechnen, dass die Bereitstellung der Armee bis zum Montag beendigt, und sie erwarten Ausbruch der Feindseligkeiten für die nächste Woche, selbst wenn Bulgarien noch nicht losgeschlagen haben sollte. König von Montenegro scheint mir ganz in den Händen der Kriegspartei; ich kann ihm nicht mehr zutrauen, Kriegsfall aus eigener Machtvollkommenheit zu verhindern, selbst wenn er wollte. Unsere Bemühungen jetzt darauf gerichtet, Montenegro abzuhalten, Konflikt zu provozieren. König hat mir spontan versichert, im Falle Krieges keine Truppen im Sandschak ohne unsere Zustimmung zu verwenden. Giesl.

Nr. 3935. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 3. (?) Okt. 1912 Nr. 438 (eing. 4. Okt. 1 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 208[a]) vom 2. dieses Monats. Ich habe dem Minister des Äußern von dem Inhalte bezogener Weisung Kenntnis gegeben und ihm eine französische Übersetzung jenes Teiles, welcher für die türkische Regierung bestimmt war, gelassen. Nach dieser Besprechung im Ministerium des Äussern hatte ich im Grossvezirate eine längere Konferenz mit Gabriel Effendi, dem Grossvezir und Kiamil Pascha. Die drei genannten türkischen Staatsmänner gaben mir die ausdrückliche Versicherung: I. dass in der Malissia eine Art Militärgrenzsystem eingeführt werden soll, II. dass die Zahlung von Steuern dort vorläufig eingestellt werden wird und zwar unter dem Vorwande der Ausarbeitung eines neuen Steuersystems oder der Herstellung eines Grundbuches, Arbeiten, welche jedenfalls eine ganze Reihe von Jahren in Anspruch nehmen würden, III. dass die Truppen vorläufig jede Feindseligkeit einstellen werden. — Nach dieser

meiner Besprechung wurde sofort ein Ministerrat einberufen, um die bezüglichen Befehle an Kiazim Pascha, Präsidenten der nach Skutari entsendeten Regierungskommission, ergehen zu lassen. Ich glaube somit, dass den Wünschen Euer Exzellenz in vollem Masse entgegengekommen worden ist. Nach Erledigung dieser Angelegenheit richteten die obgenannten drei türkischen Staatsmänner an mich einen dringenden Appell, Euer Exzellenz zu bitten, der Türkei in der schwierigen Lage, in welcher sie sich jetzt befinde, zu Hilfe zu kommen. Die Situation würde sich sofort ändern, wenn Österreich-Ungarn ein ernstes Wort in Belgrad sprechen wollte und dies ohne erst das Zustandekommen eines Einvernehmens aller Mächte abzuwarten. Letzteres würde zu viel Zeit in Anspruch nehmen, da nach den heutigen hiesigen Nachrichten, Bulgarien schon in vier Tagen losschlagen wird. Der Minister des Äussern wäre Euer Exzellenz zu grossem Danke verpflichtet, wenn Hochdieselben ihm eine Antwort auf diese Bitte durch mich zukommen liessen. Die türkischen Minister gaben mir die feierliche Versicherung, dass, wenn Österreich-Ungarn der Türkei jetzt zu Hilfe kommen würde, die Stellung der Monarchie in diesem Lande auf lange Zeit eine ganz exceptionelle werden müsste. Allerdings haben derlei in Not abgegebene Versprechungen keinen besonderen Wert, aber, wie ich dieses Land kenne, müsste ein tatkräftiges und erfolgreiches Eingreifen Österreich-Ungarns im jetzigen schicksalschweren Momente hier einen nachhaltigen Eindruck machen.

Pallavicini.

[a]) Mit Tel. 208 nach Konstantinopel vom 2. Okt. 1912 ersucht Graf Berchtold den Markgrafen Pallavicini mit Rücksicht auf das Interesse der katholischen öffentlichen Meinung der Monarchie für die Malissoren und um letztere vom Anschlusse an Montenegro abzuhalten, der Pforte „in ernster und nachdrücklicher Weise" die Wünsche der Bergstämme vorzutragen. Es seien bloß zwei Postulate, deren Erfüllung für die Türkei keinerlei Nachteile nach sich ziehe: 1. Befreiung von der Militärpflicht durch die Rückkehr zu den alten Privilegien oder durch Konstituierung der Malzia als Militärgrenze und Beschränkung der Einwohner auf den lokalen Landsturmdienst, 2. Steuerbefreiung auf bestimmte Zeit (mindestens 10 Jahre), da das Steuererträgnis bei der Armut der Einwohner keine Rolle spiele. Sollte die Pforte noch in letzter Stunde den Entschluß zu diesen Konzessionen fassen, dann müßte jede Offensivaktion der ottomanischen Truppen, beziehungsweise der mohammedanischen Irregulären eingestellt werden. Der Minister ist dann bereit, durch das Generalkonsulat in Skutari und die Bischöfe den Bergstämmen mit aller Entschiedenheit erklären zu lassen, daß es in deren Interesse sei, auf diese Zusagen hin von jeder aufrührerischen Bewegung oder Kooperation mit Montenegro Abstand zu nehmen.

Tel. nach London, 3. Okt. 1912 Nr. 62 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3931.

Tel. nach Paris, 3. Okt. 1912 Nr. 76 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3931.

Nr. 3936. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 3. Okt. 1912 Nr. 111 (eing. 7 U. 55 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Bezug auf Telegramm Nr. 110 von gestern. Die für heute in Aussicht genommene Konferenz aus mir unbekannten Gründen

vorläufig nicht zu Stande gekommen. Nichtsdestoweniger hatte deutscher Botschafter heute früh eine lange Unterredung mit Herrn Poincaré, über deren Inhalt mir Baron Schoen Folgendes mitteilte: Herr Sazonow hat gestern hier erklärt, dass auch er die Ansicht teile, dass eine energische Intervention Österreich-Ungarns und Russlands bei den Balkanstaaten die Kriegsgefahr noch beschwören könnte. Es müsste hiebei einerseits in nicht misszuverstehender Weise erklärt werden, dass die Mächte eine territoriale Veränderung des Status quo keinesfalls zugeben, anderseits aber auch den Balkanstaaten wenigstens die Versicherung gegeben werden könne, dass die Mächte sich für die in Macedonien durchzuführenden Reformen interessieren. Herr Poincaré ist überzeugt, dass Herr Sazonow volles Vertrauen in unsere Politik hege; nichtsdestoweniger scheint letzterer (wahrscheinlich wegen der damit verbundenen Verantwortlichkeit) Bedenken zu haben, die Initiative zu der geschilderten Demarche zu ergreifen. Herr Poincaré hat Baron Schoen erklärt, dass, falls keine andere Macht diese Initiative auf sich nehmen wolle, er bereit sei, es zu tun. Deutscher Botschafter hat sehr eindringlich die grösstmögliche Eile anempfohlen. Nach meiner Impression scheinen jedoch einstweilen sowohl Sazonow wie Poincaré zu hoffen, dass die Einladung zu der zu unternehmenden Doppeldemarche von Euer Excellenz ausgehen werde. Herr Sazonow bleibt bis Sonntag in Paris.

Somssich.

[a]) Oe. U. Balkan 19 Nr. 33. Vgl. n. 3943, 3944, 3947.

Tel. nach Rom, 3. Okt. 1912 Nr. 163 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3931.

Nr. 3937. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 3. Okt. 1912 Nr. 137 (eing. 4. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Minister des Äußern las mir soeben eingetroffenes Telegramm des Ministerpräsidenten vor, laut dessen Erscheinen Reschid Paschas in der Schweiz[b]) sich als Versuch darstellt, noch etwas von der Souveränität in Libyen zu retten. Da Vorschlag unannehmbar sei und erkennen lasse, daß Pforte nur Komödie spiele, um Zeit zu gewinnen, werde Reschid Pascha geplant gewesene Reise nach Italien nicht unternehmen und lasse Herr Giolitti der Türkei sagen, daß er ihr für weitere Verhandlungen noch Frist von einer Woche gebe. Auf meine Frage, was nach Ablauf dieser Woche stattfinden würde, wenn Pforte nicht einlenkt, antwortete er, daß er auf Friedensschluß hoffe. Mit deutlicher Anspielung fügte er bei, daß ein Wort der Mächte genügen würde, um Türkei zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Kiamil Pascha sei für den Friedensschluß, welchen Scheikh ül Islam bekämpfe. Bis auf Souveränitätsfrage, in welcher Italien nicht nachgeben könne, habe italienische Regierung gegenüber der Türkei in allen anderen Punkten das weitgehendste Entgegenkommen betätigt. Der angebotene Friedensschluß würde in Italien Sturm der Entrüstung hervorrufen.

Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 3950, 3953. — [b]) Vgl. n. 3853.

Nr. 3938. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 3. Okt. 1912 Nr. 138 (eing. 4. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 160. Marquis San Giuliano ist gerne bereit, sich der von Euer Exzellenz im Vereine mit andern Mächten beabsichtigten Démarche anzuschließen, hat aber wenig Hoffnung, daß dieselbe Erfolg haben wird. Angesichts der Erregung in den Balkanländern, der für Mobilisierungszwecke verausgabten Gelder und der Schwäche der Regierungen gegenüber ihrer öffentlichen Meinung glaube er nicht, daß Friede zu erhalten ist, wenn türkischerseits versprochene Reformen nicht tatsächlich verwirklicht und von Europa garantiert werden. Soviel er wisse, sei dies auch die von Herrn Poincaré geteilte Meinung des Herrn Sazonoff. Da innerhalb der der Türkei von Balkanregierungen gegebenen Frist Einführung und Garantie der Reformen durch Grossmächte schwer denkbar und vor allem Pforte damit nicht einverstanden sein dürfte, glaube er an Ausbruch Krieges. Ambrózy.

Tel. nach St. Petersburg, 3. Okt. 1912 Nr. 120 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3931.

Nr. 3939. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 3. Okt. 1912 Nr. 170 (eing. 4. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Einige Zeitungen bringen Nachrichten von angeblicher Mobilisierung in Österreich-Ungarn an serbischer Grenze und in Galizien. Szilassy.

Nr. 3940. Tel. aus Sofia, 3. Okt. 1912 Nr. 181 (eing. 3 U. p. m.). Entziff.

Unfreundliche Stimmung gegen uns, die sich bemerkbar macht, entspringt der Befürchtung, daß wir Bewegungsfreiheit Serbiens hemmen könnten. Gestern scheint sich hier Glaube verbreitet haben, daß wir in Serbien Pression gegen Mobilisierung geübt hätten. Tarnowski.

Nr. 3941. Tel. aus Athen, 4. Okt. 1912 Nr. 107 (eing. 6 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Italienischer Gesandter hat gestern auftraggemäss Demarche hier gemacht, um Mässigung zu empfehlen und vor unüberlegten Schritten zu warnen. Marquis Carlotti sagte mir hiezu, dieser Schritt entspreche vollkommen dem von seiner Regierung zu Beginn des Krieges präzisierten Standpunkte der Aufrechterhaltung des Status quo in der europäischen Türkei und es sei daher auch im italienischen Interesse, dass der Friede erhalten bleibe. Allerdings sei es angesichts der Sachlage für Italien unmöglich, auch in Konstantinopel seine Stimme zu erheben. Mein italienischer Kollege, der sich betreffs der Wirksamkeit der den Balkanstaaten gegebenen Ratschläge nicht Illusionen macht, beurteilt Situation als äusserst ernst. Die späte italienische Demarche wäre wohl kaum erfolgt, wenn die Schritte der Mächte gleich anfangs Erfolg versprochen hätten. Braun.

Nr. 3942. Tel. aus Athen, 4. Okt. 1912 Nr. 109 (eing. 5. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Streng geheim. Kronprinzessin von Griechenland ließ heute deutschen Geschäftsträger rufen, erging sich in lebhaften Klagen über den bevorstehenden Krieg, für welchen Griechenland weder militärisch noch finanziell genügend vorbereitet sei, und ersuchte ihn dringend, nach Berlin um Übersendung eines Kriegsschiffes zu telegraphieren, auf welchem sie eventuell abreisen könne, wenn Revolution hier ausbreche, welche Ihre königliche Hoheit mit Sicherheit zu befürchten scheint, falls Griechenland geschlagen wird. Braun.

Nr. 3943. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 4. Okt. 1912.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine und Berchtold; G. Berchtold).

Der deutsche Botschafter hat mich heute aufgesucht und mir auftragsgemäß von den Konferenzen gesprochen, die in Paris zwischen Herrn Poincaré und Herrn Sazonow stattgefunden hätten. Gleichzeitig setzte er mich von dem Inhalte eines Telegrammes in Kenntnis, das der französische Botschafter in Berlin aus Paris erhalten und Herrn von Kiderlen mitgeteilt habe. Darin habe es unter anderem geheißen: „Poincaré vient d'avoir une conférence avec Sazonow. La Russie serait disposée à faire, soit avec l'Autriche-Hongrie au nom de l'Europe, soit avec toutes les Puissances une démarche auprès des Etats balkaniques, pour faire savoir qu'Elles ne sauraient admettre une rupture de la paix, qu'Elles maintiendront le statu quo, qu'Elles localiseront le conflit et ne laisseront aux Etats qui ont procédé à la mobilisation, aucune espérance de profit territorial." Hiezu bemerkte Herr von Tschirschky, daß Herr von Kiderlen, der Koerzitivmaßregeln nicht in Aussicht nehmen möchte, den obigen Passus „qu'Elles ne sauraient admettre une rupture de la paix" anders redigirt zu sehen wünsche. Laut weiteren Mitteilungen Herrn Cambons in Berlin, so führte Herr von Tschirschky mir gegenüber weiter aus, sei Herr Sazonow jedoch der Ansicht, daß eine solche Demarche nur dann einige Aussicht auf Erfolg besäße, wenn die Großmächte sich gleichzeitig für die Durchführung von Reformen einsetzen würden. Auf meine Frage an den deutschen Botschafter, welcher Art die Reformen seien, um die es sich handle, erwiderte Herr von Tschirschky: Der Herr Staatssekretär sei der Ansicht, die Mächte sollten sich nur im allgemeinen über das Prinzip der Reformen verständigen; dies wäre unbedenklich, dagegen wäre eine Präzisierung der einzelnen Punkte zu vermeiden. Ebenso trüge man in Berlin gegen eine Bindung der Mächte gegenüber den Balkanstaaten, die eben drohend aufgetreten seien, namentlich im Hinblicke auf die Zukunft Bedenken. Nach Ansicht Herrn von Kiderlens sollten nur solche Reformen ins Auge gefaßt werden, welche nicht eine weitere Etappe in der Auflösung der Türkei darstellen. Zu den einzelnen Punkten der proponierten Erklärung machte ich redaktionelle Einwendungen, darauf verweisend, daß die Erklärung in dieser Form uns in allerhand Komplikationen hineinzuziehen geeignet erscheint, was Herr von Tschirschky nicht in Abrede stellte.

[a]) Vgl. n. 3936, 3991.

Nr. 3944. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 4. Okt. 1912 Nr. 189 (eing. 5. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 185 vom 2. d. M. Französischer Botschafter und russischer Geschäftsträger haben gestern dem Staatssekretär als Resultat einer Konversation Herrn Poincarés mit Herrn Sazonow die Idee vermittelt, daß die 5 Mächte oder Österreich-Ungarn und Rußland als die meistinteressierten Mächte oder als die Vertreter beider Mächte-Gruppen bei der Pforte und bei den Balkanstaaten Démarche unternehmen sollen. An der Redaktion der Formel für diese Démarche haben Herr von Kiderlen-Wächter und Herr Cambon gestern bis spät in die Nacht gearbeitet. Euer Exzellenz im Telegramm Nr. 103 vom 2. d. M. niedergelegtem Gedankengang glaubte der Staatssekretär Rechnung zu tragen, indem er den Passus betreffend die unzulässigen territorialen Veränderungen dahin ergänzte, daß auch Autonomie-Forderungen, die zu einem weiteren Démembrement der Türkei führen könnten, ausgeschaltet bleiben sollen. Durch Herrn von Tschirschky wird Euer Exzellenz eine entsprechende Mitteilung zugehen. Heute ist dem Auswärtigen Amt ein Vorschlag der Textierung zugegangen, wie sie Herr Poincaré und Herr Sazonow ausgearbeitet. Darin kommen drei Punkte zum Ausdruck. Premièrement. Les puissances reprouvent toutes mesures susceptibles d'amener la rupture de la paix. Zweitens. Falls der Krieg ausbräche, würden Veränderungen des gegenwärtigen territorialen status quo auf dem Balkan keine zugelassen. Drittens. Die Mächte würden Reformen auf Grund Artikels XXIII des Berliner Vertrages in die Hand nehmen. Flotow.

[a]) Vgl. n. 3936, 3991.

Nr. 3945. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 4. Okt. 1912 Nr. 440 (eing. 5. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Der türkische Ministerrat[b]) hat vorgestern die Präliminarbedingungen für den türkisch-italienischen Friedensschluß im Prinzipe angenommen; es erübrigt noch die Frage der Geldentschädigung, welche die türkische Regierung, wie bereits gemeldet, nunmehr beansprucht, zu erledigen. Man glaubt hier, daß binnen zwei bis drei Tagen der Friede mit Italien tatsächlich zu Stande kommen wird. Pallavicini.

[a]) Vgl. Anm. b zu n. 3975. — [b]) Vgl. n. 3919.

Nr. 3946. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 4. Okt. 1912 Nr. 441 (eing. 5. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich erfahre durch meinen deutschen Kollegen, daß Herr von Giers ihm folgende, wie er sagte, von ihm selbst kommende Idee für eine Entwirrung der Lage mitgeteilt hat. Die Mächte sollen sowohl in Konstantinopel wie in Sofia, Belgrad, Athen und Cetinje erklären, daß sie den Krieg nicht zugeben wollen. Andererseits hätten sie aber den Regierungen der kleinen Balkanstaaten die Versicherung zu geben, daß die Mächte es auf sich nehmen würden, die Pforte zur Durchführung von Reformen in Mazedonien zu

verhalten. Herr von Giers ließ dabei durchblicken, daß es sich um Einführung einer Autonomie für Mazedonien handeln würde. Unter obiger Voraussetzung wäre meiner Ansicht nach nicht darauf zu rechnen, daß die Türkei zur Demobilisierung ihrer Armee sich bewegen ließe. Der kürzlich hier eingetroffene englische Botschafter hat sich einem der hier akkreditierten Gesandten gegenüber dahin vernehmen lassen, England mit Rußland arbeite gemeinsam an einer Aktion zur Erhaltung des Friedens, werde aber leider bis jetzt von den anderen Mächten nicht unterstützt. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3947.

Nr. 3947. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 4. Okt. 1912 Nr. 442 (eing. 5. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 441 von heute. Herr von Giers hat sich mir gegenüber in gleicher Weise ausgesprochen, wie mein deutscher Kollege. Er bemerkte außerdem, daß seiner Ansicht nach die für Mazedonien ins Auge gefaßten Reformen auf Grund des Artikels 23 des Berliner Vertrages aufzubauen wären. Es ist klar, daß dies auch die Ansicht seiner Regierung ist. Das Petersburger Kabinett stellt sich also auf den bulgarischen Standpunkt, so daß auf diese Weise der Zweck, welchen die kleinen Balkanstaaten mit der Mobilisierung erzielen wollten, tatsächlich erreicht wäre. Es scheint mir aber ausgeschlossen, daß die Pforte auf ein derartiges Ansinnen eingehen würde. Der russische Botschafter sagte mir ferner, er habe gestern von Herrn Sazonow ein Telegramm aus Paris erhalten, laut welchem das russische Kabinett bereit wäre, entweder mit allen Signatarmächten das Einvernehmen zu pflegen oder aber mit Österreich-Ungarn allein als Vertreter der Tripelallianz. Die russische Regierung würde hingegen in Vertretung der Entente handeln. Wie die (Dinge)[b]) heute stehen, glaube ich, daß der Krieg früher ausbrechen wird, bevor die Verhandlungen unter den Mächten zu irgend einem Resultate führen könnten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3936. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 3948. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 4. Okt. 1912 Nr. 79 (eing. 5. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm von gestern Nr. 62. Tewfik Pascha hat sich im Foreign Office in gleicher Weise ausgesprochen, wie türkischer Botschafter Euer Exzellenz gegenüber. Sir A. Nicolson hat Mitteilung zur Kenntnis genommen, Frage einer türkischerseits angeregten Pression Englands auf Griechenland aber nicht weiter besprochen. Die Eröffnungen Gabriel Effendis habe ich Unterstaatssekretär streng vertraulich mitgeteilt, welcher Euer Exzellenz für die Mitteilung bestens danken lässt. Sir A. Nicolson ist der Ansicht, dass Kriegsausbruch wohl nicht mehr zu verhindern. In Konstantinopel sei es unter den gegebenen Umständen ausgeschlossen, eine Pression auszuüben und von einer solchen bei den Balkanstaaten verspricht er sich mit Rücksicht auf die anscheinend sehr

grosse Aufregung der Gemüter gar keinen Erfolg. In Bulgarien werde erklärt, dass man keine territorialen Aspirationen hege, eine Erklärung der Mächte, dass diese territoriale Veränderungen nicht zugeben würden, hätte also gegenwärtig wahrscheinlich auch keinen Effekt. Unterstaatssekretär erwähnte hier, dass er an den friedlichen Intentionen König Ferdinands und Herrn Geschoffs nie gezweifelt; haben sich König und Regierung entschliessen müssen, dem Druck der kriegslustigen Elemente nachzugeben, könne man unmöglich erwarten, dass sie nun stark genug wären, um eine Abrüstung ohne vorhergehenden Kampf anzuordnen. Sir A. Nicolson hält es nicht für ausgeschlossen, dass es ohne Ultimatum und ohne formelle Kriegserklärung zum offenen Kampf kommen werde. Trauttmansdorff.

Nr. 3949. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 4. Okt. 1912 Nr. 115 (eing. 5. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe soeben Herrn Poincaré Inhalt des Telegrammes Nr. 76 von heute mitgeteilt. Ministerpräsident läßt Euer Exzellenz für die Mitteiung, deren hohen Wert er sogleich erkannte, bestens danken. Er entwickelte mir sodann seine in meinem Telegramm Nr. 108[b]) gemeldete Idee über eine Intervention Österreich-Ungarns und Rußlands, welche als Mandatare sämtlicher Mächte in Konstantinopel und bei den anderen Balkanstaaten energisch zu intervenieren hätten. Herr Poincaré las mir den Text seiner heute nach Wien gesandten diesbezüglichen Depesche vor und fügte hinzu, daß die darin enthaltene Formel einerseits den Wünschen des Berliner Kabinetts Rechnung trage und anderseits von Herrn Sazonow vollinhatlich gutgeheißen sei. Es erübrige nur noch die Zustimmung Euer Exzellenz, auf welche er rechnen zu dürfen hoffe und jene des englischen Kabinetts, wegen deren er allerdings einige Zweifel zu haben schien. Der Text seiner Formel sei indessen abänderungsfähig, nur sei ein möglichst rasches Einvernehmen im höchsten Grade wünschenswert. Ministerpräsident entschuldigte sich sodann, daß er die Pourparlers über den Gegenstand bis jetzt nur mit Berlin und nicht gleichzeitig auch mit uns geführt habe; eine zufällige Verkettung der Umstände habe ergeben, daß die Konversation gerade mit dem Berliner Kabinett in Fluß geraten sei. Somssich.

[a]) Oe. U. Balkan 20 Nr. 34. Vgl. n. 3964, 3983, 3991, 9474, 9484. — [b]) Vgl. Anm. b zu n. 3922.

Nr. 3950. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 4. Okt. 1912.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Nemes; G. Berchtold).

Herzog Avarna machte mir heute im Auftrage seiner Regierung die Mittheilung, daß die Friedensverhandlungen mit der Türkei ins Stocken gerathen seien. Die Mission Reschid Paschas sei ein Humbug gewesen. Derselbe sei weder mit Vollmachten, noch mit Instructionen versehen gewesen. Die italienische Regierung habe das Gefühl, von der Pforte hingehalten worden zu sein. Sie sei unter diesen Umständen entschlossen, den ottomanischen Unterhändlern eine 8tägige Frist zu stellen; falls bis zum

Ablaufen derselben der Friede nicht geschlossen sei, werde Italien die militärischen Operationen auf ein andres als das bisherige Gebiet verlegen; selbstverständlich würde hiebei unsren seinerzeitigen Einwendungen gegen Operationen an der Küste Albaniens und des Epirus Rechnung getragen werden. Der Botschafter bat mich, Markgraf Pallavicini, wenn möglich, von Vorstehendem zu informiren. Es wäre seiner Ansicht nach im eminenten Interesse der Türkei gelegen, im gegenwärtigen Momente keine weiteren Schwierigkeiten zu machen. Die italienische Regierung wäre bereit, abgesehen von der Souveränitätsfrage, in der sie nach wie vor unbedingt an ihrem Standpunkte festhalten müsse, in allen übrigen Punkten sich der Türkei entgegenkommend zu zeigen. Ich erwiderte, daß ich geneigt sei, Markgraf Pallavicini die gewünschten Mittheilungen zukommen zu lassen, es jedoch für nützlich hielte, wenn Herzog Avarna mir vorerst nähere Daten über die gegenwärtig noch ungelösten, strittigen Punkte verschaffen würde. Der Herr Botschafter stellte mir in Aussicht, sich hierüber noch heute in Rom anzufragen.

[a]) Vgl. n. 3937, 3999.

Nr. 3951. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 4. Okt. 1912 Konz. (S. Schreibmaschine; V. Nemes; G. Berchtold).

Herzog Avarna hat mir im Laufe unserer heutigen Konversation mitgeteilt, der griechische Vertreter in Rom habe an das italienische Kabinett die Bitte gerichtet, bei den Friedensverhandlungen das Schicksal der Bewohner der ägäischen Inseln im Auge zu behalten. Hierauf sei ihm erwidert worden, daß es Italien unmöglich sei, sich in diese Angelegenheit überhaupt einzulassen. Auch habe man dem griechischen Vertreter erklärt, man müsse ihn ersuchen, diesbezüglich die strengste Diskretion zu bewahren, damit bei der Pforte nicht der Eindruck entstehe, daß Italien zur Wiederherausgabe der Inseln entschlossen sei.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 4. Okt. 1912. Siehe n. 3966.

Nr. 3952. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 4. Okt. 1912 Nr. 139 (eing. 5. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Ich habe den mit Euer Exzellenz Telegramm Nr. 163 erteilten Auftrag ausgeführt. Minister des Äußern bezeichnet Absicht der Pforte, Zahl der Kammerabgeordneten nichttürkischer Nationalität bedeutend zu vermehren, als ersten Schritt auf dem richtigen Wege. Er verharrt im übrigen bei seinem Zweifel über Möglichkeit, Balkankrieg zu vermeiden, obwohl er nach wie vor betont, daß weder Serbien noch Griechenland den Krieg wollen. Es vertieft sich bei mir der Eindruck, daß M. San Giuliano mit der ständig zur Schau getragenen Skepsis betreffend Balkanlage auch bezweckt, durch meine Berichterstattung in Euer Exzellenz Wunsch nach baldiger Beilegung des Krieges Italiens mit der Türkei zu verstärken.

Ambrózy.

Nr. 3953. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 4. Okt. 1912 Nr. 140 (eing. 5. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 137. Marquis San Giuliano überrascht mich mit der Mitteilung, daß Reschid Pascha in Ouchy geblieben ist. Heute eingelangten Nachrichten zufolge sei es wahrscheinlich, daß Reschid Pascha Instruktionen erhalten habe, „qui permettent de ne pas enlever l'espoir d'un accord". Ambrózy.

Nr. 3954. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 4. Okt. 1912 Nr. 172 (eing. 5. Okt. 2 U. p. m.). Entziff.

Türkischer Botschafter hat heute bei Herrn Neratow analoge Démarche wie in 3 ersten Absätzen[a]) Euer Exzellenz Telegrammes 120 von gestern unternommen. Gerent sagte mir, er habe türkischen Botschafter erwidert, daß die von der Pforte in Aussicht genommene Démarche ihm zwecklos erschiene. Anders wäre es, wenn türkische Regierung sich noch entschliessen würde, Reformen einzuführen und Großmächte hiefür bündige Zusicherungen geben würden. Aber auch in dem Falle hätte er nur Démarche aller Großmächte bei Balkanstaaten im Auge. Mir gegenüber konstatierte Gerent vor allem mit Befriedigung, daß Euer Exzellenz sich offenbar obigem Vorschlage gegenüber so verhalten hätten wie russische Regierung. Herr Neratow fügte noch bei, daß, da England auch von Pforte angegangen worden, es wohl am besten wäre, irgend eine eventuelle Démarche im Vereine mit allen Großmächten zu unternehmen. Sodann meinte Herr Neratow, daß es ungerecht wäre, eine solche Démarche bei Balkanstaaten zu unternehmen, bevor Türkei Reformen zugesichert hat. Auch sehe er nicht ein, welche Coercitivmittel angewendet werden könnten, Rußland könne man unmöglich eine eventuelle Aktion gegen Bulgarien zumuten. Ich erwiderte, daß auch wir nicht die geringste Lust hätten, gegen Serbien vorzugehen. Was die im vierten Alinea Euer Exzellenz Telegrammes bezeichneten Propositionen der Pforte anbelangt, so war Herr Neratow über meine diesbezügliche Mitteilung — da er davon nichts wußte — sehr interessiert und bezeichnete diese Proposition als „un pas en avant". Er bat um meine Einwilligung, diese türkische Avance Herr Sazonow vertraulich mitzuteilen, welches ich natürlich zusagte und versprach mir, Euer Exzellenz diesbezüglichen Standpunkt russischer Regierung sodann baldmöglichst bekanntzugeben. Szilassy.

[a]) Die drei ersten Absätze von n. 3931 reichen bis „auf Serbien nicht eingelassen", viertes Alinea bis „bedeutend zu erhöhen".

Nr. 3955. Tel. aus Athen, 5. Okt. 1912 Nr. 112 (eing. 6. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Kronprinz sagte mir, er selbst habe als Regent im Mai das „Bündnis" (sic!) (nicht Militärkonvention) zwischen Griechenland und Bulgarien unterzeichnet. (Stimmt nicht ganz mit der selbst gemeldeten Behauptung Herrn Coromilas'; mein Telegramm Nr. 89[a]). Bezüglich des analogen Akkords zwischen Bulgarien und Serbien glaubt Kronprinz nicht, dass

Russland dahinter stecke. Die absolute Aussichtslosigkeit der Gewährung ausreichender Reformen an die christlichen Nationalitäten durch die Türken selbst, sowie das fortwährende Zögern der Mächte, auf die Pforte eine dahin gehende wirksame Pression auszuüben, hätte die vier Balkanstaaten schließlich einander in die Arme getrieben. Die bezüglichen Schlußberatungen seien durch die türkische „Mobilisierung" noch beschleunigt und unter diesem Drucke finalisiert worden. Braun.

[a]) Vom 1. Okt.

Nr. 3956. Bericht aus Athen, 5. Okt. 1912 Nr. 40 A (eing. 12. Okt.). Ausfert.

Streng vertraulich. Die ersten Eindrücke, welche ich hier am 29. v. M., dem Tage meiner Rückkehr vom Urlaube, empfieng, deckten sich völlig mit dem Inhalte der letzten Kourierexpedition von tags zuvor. Mit anderen Worten: ich fand die Situation ersichtlich gespannt, aber kein Mensch schien daran zu denken, dass diese schon am nächsten Tage zur Mobilisierung führen und sich so rasch derart zuspitzen würde. Im Folgenden möchte ich mir gestatten, Euer Exzellenz im allgemeinen über die Konversationen zu berichten, die ich in den ersten Tagen meines Hierseins mit den leitenden griechischen Staatsmännern hatte, sowie über den Eindruck, den ich von ihrer Stellungnahme in der jetzigen Situation hiebei gewann. Die Aufnahme, die meine über Euer Exzellenz Auftrag unternommenen Demarchen fanden, darf ich hiebei wohl übergehen, da die Schritte der Vertreter der Mächte im allgemeinen den Gegenstand meines gleichzeitigen ergebensten Berichtes lit. B bilden. Vor allem war ich in der Lage zu konstatieren, dass Herr Venizelos sich mir gegenüber noch immer im Sinne seines bisherigen politischen Programmes aussprach und dass nicht er es ist, der mit dem Kopf durch die Wand will. Eine immerhin wahrzunehmende Nuance im Tenor seiner Ausführungen war angesichts der wenigen Stunden vor unserer Zusammenkunft verfügten Mobilisierung nur natürlich; er schien von einer gewissen Begeisterung über den für Griechenland historischen Augenblick erfüllt. Die Ansichten des Ministerpräsidenten über die gegenwärtige Krisis, ihre Entstehungsursachen und ihre Ziele sind Euer Exzellenz durch mein Telegramm vom 1. d. M. Nr. 88 bekannt. Was Herrn Coromilas anbetrifft, so war eine starke Abweichung seines Auftretens von dem des Konseilspräsidenten nicht zu verkennen. Ich fand ihn bedeutend aufgepulverter, chauvinistischer, ja mit einem Stich ins Triumphierende darüber, dass alles so glatt abgelaufen, und dass er angeblich eine so wichtige Rolle bei dem Zusammenschluss der Balkanstaaten gespielt habe. Möchte ich auch heute, wo ich die Dinge noch nicht so klar übersehe, noch nicht behaupten, er habe Herrn Venizelos in der äusseren, speziell der Balkanpolitik, influenziert oder gar geführt, — der Ausspruch eines meiner Kollegen lautete direkt „il a tout simplement ‚roulé' Monsieur Venizelos" — so kann ich doch feststellen, dass der gegenwärtige Leiter des Auswärtigen Amtes keineswegs jene pliable Stellung Herrn Venizelos gegenüber einnimmt, wie sie Herr Gryparis einnahm und gar erst in einer so kritischen Lage wie die

jetzige es ist, eingenommen hätte. Mein türkischer Kollege, der übrigens gleich von Anfang an schlecht mit Herrn Coromilas stand, sagte mir zu diesem Kapitel, er sei davon überzeugt, dass die Dinge sich nie derart gestaltet hätten, wenn statt Herrn Coromilas Herr Gryparis das Portefeuille des Äussern in Griechenland innegehabt hätte. Ganz abgesehen von den hochtrabenden Äusserungen des Herrn Coromilas über die Stellung der Balkanstaaten, speziell Griechenlands, Äusserungen, die mir von allen Kollegen bestätigt werden, und die übrigens auch zu einer ziemlich scharfen Kontroverse mit dem französischen Geschäftsträger führten, hatte der Herr Minister des Äussern auch mir gegenüber derlei hochmütige Velleitäten. So meinte er zum Beispiel, Euer Exzellenz könnten eigentlich den vier Balkanstaaten nur dankbar sein, da das Programm, welches sie bei ihrer Aktion verfolgen, so ziemlich dasselbe sei, was Euer Exzellenz mit Ihren bekannten Propositionen beabsichtigt hätten. Ich habe dem Herrn Minister darauf auf das allerdeutlichste erklärt, dass ich ihm da sehr entschieden widersprechen müsse. Ich sagte ihm, diese ganze Art im allgemeinen und speziell manu militari aufzutreten, würde von Euer Exzellenz ganz und gar nicht gebilligt werden, und ich könne ihn nur versichern, dass Euer Exzellenz, wie die Dinge liegen, gewiss „nichts weniger als gut auf ihn zu sprechen" sein würden. Ich wiederholte ihm, da er diese Sprache etwas versteht, letzteren Passus der grösseren Deutlichkeit halber noch auf gut Deutsch. Seiner seither gemässigteren Ausdrucksweise nach zu schliessen, dürften derartige, ihm von verschiedenen Seiten gemachte Bemerkungen, ihn doch zu der heilsamen Überzeugung gebracht haben, dass er gut daran täte, von dem hohen Piedestal, auf das er sich selbst gestellt hat, um einige Stufen tiefer herabzusteigen. Unverständlich ist mir bisher, — ich gestehe dies ganz offen — wieso es kommt, dass der im Grossen Ganzen doch vernünftige, relativ gemässigte, nüchterne und mit gutem politischen Augenmass ausgestattete Herr Venizelos sich zum Minister des Äussern in seinem Kabinett gerade einen Mann ausgesucht hat, aus dessen Antecedentien und Charakter der Schluss gestattet war, dass er nicht von heute auf morgen seinen chauvinistischen ...[a] untreu werden würde. Braun.

[a] Fehlt ein Wort.

Nr. 3957. Bericht aus Athen, 5. Okt. 1912 Nr. 40 B (eing. 12. Okt.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Aus meiner gehorsamen telegraphischen Berichterstattung sind Euer Exzellenz in ausführlicher Weise über die Demarchen orientiert, welche die hiesigen Vertreter der Mächte bei der griechischen Regierung seit Ausbruch der akuten Krise unternommen haben. Ich enthalte mich daher, auf diesen Gegenstand im Detail zurückzukommen und möchte nur bemerken, dass die Tätigkeit der Grossmachtvertreter sich nach zwei Richtungen hin erstreckte. Einerseits handelte es sich darum, Griechenland davon abzuhalten, mit den anderen Balkanstaaten eine gemeinsame Note an die europäischen Mächte zu richten, andrerseits aber die hiesige Regierung vor unüberlegten Schritten im allgemeinen zu warnen und der-

selben mit dem speziellen Hinweis auf die Mobilisierung die diesbezügliche Auffassung der Mächte zur Kenntnis zu bringen. Zu ersterer Kategorie gehöre die bereits vorigen Samstag erfolgte Demarche Russlands, welcher sich die meinige sowie jene des deutschen Geschäftsträgers anschloss. Was die zweite Kategorie anbelangt, welche im Wesen der Erhaltung des Friedens dienen sollte, so traten hier alle sechs Mächte in Aktion und zwar Frankreich, England und die Dreibundvertreter gelegentlich des vorgestrigen Diplomatenempfanges beim Minister des Äussern, während der russische Geschäftsträger seinen Kollegen bereits vorangegangen war und mit Berufung darauf denselben erklärte, er habe sein Pulver bereits verschossen. Der französische Geschäftsträger hielt die schärfste Sprache, während sein englischer Kollege sich damit begnügte, Herrn Coromilas gegenüber mit einigen generellen Phrasen seinem übrigens recht nichtssagenden Auftrag gerecht zu werden, lediglich ut aliquid fecisse videatur. Der ein wenig moquante Ton, den Herr Coromilas anfangs bei den obangeführten Entrevuen mit einem Teil der hiesigen Grossmachtvertreter anzuschlagen für gut befand, wich allmählich einer ruhigeren und würdigeren Sprache des Herrn Ministers. Er nahm sorgfältig Akt von den Erklärungen der Mächte und erklärte stets, dieselben dem Ministerkonseil unterbreiten zu wollen. Die wiederholten, teilweise sehr nachdrücklichen und mit Insistenz betriebenen Vorstellungen der Mächte, welche die Regierung davon überzeugen mussten, dass diese dasselbe Ziel im Auge haben, konnten sie nicht dazu bewegen, von der einmal betretenen Bahn abzugehen, so dass die Schlussfolgerung gestattet ist, dass die Dinge zu weit vorgeschritten waren, um Entschlüsse rückgängig zu machen, welche anscheinend nach der gleichen Richtung hin von den Regierungen der vier Balkanstaaten gefasst worden sind. Braun.

a) Vgl. n. 3956.

Nr. 3958. Bericht aus Athen, 5. Okt. 1912 Nr. 40 D (eing. 12. Okt.). Ausfert.

Streng vertraulich. Wie Euer Exzellenz meinem heutigen geheimen Telegramm Nr. 112 entnommen haben, erscheint der Schleier jetzt so ziemlich gelüftet, der über der Frage einer bulgarisch-griechischen Entente hieng. Diese Frage ist bereits seit Jahr und Tag auf dem Tapet, und insbesondere hat man konstatieren können, dass seit dem Eintreffen Herrn Panas' als griechischer Gesandter in Sofia eine engere Fühlungnahme zwischen beiden Staaten bestand. Es war aber bisher, trotz aller Vermutungen, die man hegen mochte, niemals möglich, etwas Greifbares zu erfahren. Als markante Etappen auf dem Wege zum endlichen Zustandekommen des „Bündnisses" möchte ich die folgenden hervorheben: Zunächst den Besuch des griechischen Thronfolgers in Sofia (Februar), wo Seine königliche Hoheit, wie mir Höchstderselbe selbst versicherte, einen brillanten Empfang gehabt und dabei den Eindruck erhalten hätte, dass dort gute Dispositionen zu einer näheren Fühlungnahme bestünden. Dann ist das „Bündnis" im Mai abgeschlossen und hier vom Kronprinzen als Regenten für Höchstseinen damals in Dänemark weilenden Vater unterzeichnet worden. Die

weiteren Monate vergingen dann wohl mit Verhandlungen de part et d'autre über die weitere Ausgestaltung des Bündnisses. Ein rascheres Tempo ist hierin wohl nach dem Zuge der Albanesen nach Uesküb eingetreten, der für die Aspirationen beider Länder so bedrohlich aussah. Dies war wohl auch der Moment, wo Herr Coromilas aktiver hervorzutreten begann, um sich mit Bulgarien auf Grund des Bündnisses über ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen. Auf diese Tätigkeit dürfte das zurückzuführen sein, was er mir — wie Euer Exzellenz mit Telegramm Nr. 89 vom 1. d. M. gemeldet — über seine Rolle beim Zustandekommen der Entente sagte. Für die beiden anderen Ententemitglieder, Serbien und Montenegro — zumindestens für das erstere — dürfte Bulgarien das Mittelsglied gewesen sein; wenigstens hat hier von direkten griechisch-serbischen Abmachungen bisher nichts verlautet. Alle diese im Gange befindlichen Verhandlungen wurden durch die angesichts der türkischen Manöver entstandene Erregung unterbrochen. In aller Eile verständigten sich die vier Staaten über die gleichzeitige Mobilisierung ihrer Streitkräfte, und in dieser Hinsicht erscheint die Entente gegenwärtig als perfekt. Dass sie es in anderer Beziehung noch nicht ist, glaube ich aus der Äusserung Seiner königlichen Hoheit des Kronprinzen über eine noch mangelnde Einigkeit hinsichtlich der vielbesprochenen Kollektivnote der vier Balkanstaaten an die Pforte schliessen zu können. Dass übrigens die türkischen Manöver bei Adrianopel den Anstoss zu der ganzen Unruhe gegeben hätten, ist nach Mitteilungen, die mir von zuverlässiger französischer Seite zukommen, nicht richtig. Im Gegenteil seien die bulgarischen Vorbereitungen bereits am 20. September recht weit vorgeschritten gewesen. Hiemit stimmt auch eine Äusserung meines türkischen Kollegen überein, der mir sagte, die Türkei habe von diesen bulgarischen Vorbereitungen gewusst und, nur um sich zu schützen, die grossen Manöver für Adrianopel angeordnet. Als diese dann aufgegeben und lokale Manöver in 10 Divisionen angeordnet wurden, fühlte sich Griechenland angeblich durch diese auch gegen sich gerichtete Mobilisierung bedroht. „Zuerst haben sie (die Türken) nur Bulgarien bedroht, dann uns alle," sagte mir heute der Kronprinz. Wie unstichhältig aber die Behauptung ist, Griechenland sei durch die Manöver dieser weit von seiner Grenze dislozierten Garnisonen bedroht, geht schon aus einer anderen Äusserung Seiner königlichen Hoheit hervor, dass gegenwärtig kaum mehr als 6000 bis 8000 Mann türkischer Truppen an der griechischen Grenze stünden. Um die Aufrichtigkeit der griechischen Regierung in dieser Hinsicht auf die Probe zu stellen, fragte einer meiner Kollegen den Minister des Äussern, ob denn Griechenland demobilisieren würde, wenn die Türkei dies täte, ein Vorgang, der, wenn Griechenland nur wegen der Bedrohung durch die türkischen Manöver mobilisiert hätte, gewiss nur logisch wäre. Hierauf blieb der Herr Minister die Antwort schuldig. „Je prends acte de votre silence," sagte ihm dann mein Kollege, „c'est une preuve pour moi que c'est un coup monté par les quatre états balkaniques, et que vos préparatifs sont offensifs et non défensifs." Trotz alledem bleibt man hier unverrückt bei der These: die Balkanländer seien die durch die Türkei Bedrohten. Nichtsdestoweniger ist wohl kaum anzunehmen, dass erstere eine wirkliche Bedrohung abwarten, sondern nach

Möglichkeit offensiv vorgehen werden. Die vier Balkanstaaten erscheinen heute vollkommen solidarisch und die Freiheit des Einzelnen dürfte — wenigstens was ein Nachgeben anbeträfe — sehr beschränkt, wenn nicht ausgeschlossen sein. Für ewige Zeiten wird diese Solidarität freilich nicht dauern. Scheint sich doch auch Seine königliche Hoheit der Kronprinz darüber keine Illusionen zu machen, denn Er sagte mir lächelnd, „schliesslich werden wir uns dann wohl mit den Bulgaren auseinander zu setzen haben". Seine königliche Hoheit schien dabei allerdings nur an die eine der beiden Eventualitäten, deren eine ja vorher eintreten müsste, zu denken, nämlich an die, dass die Verbündeten Sieger bleiben müssten (?). Braun.

Nr. 3959. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 5. Okt. 1912 Nr. 80 A (eing. 8. Okt.).[a]) Ausfert.

In einigen Tagen dürfte der italo-türkische Conflict zu Ende gehen und der Krieg zwischen der Türkei und den Balkanstaaten beginnen. Dies ist die Signatur der heutigen Lage. An einen Erfolg der Action der Mächte, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern, kann ich nicht glauben. Europa hat sich bei der versuchten Vermittlung in dem italo-türkischen Conflikte ohnmächtig erwiesen, dasselbe wird auch jetzt der Fall sein. Unter den Mächten geht leider die Einigkeit nur so weit, als es sich um leere Phrasen, wie um „die Erhaltung des Friedens" oder des status quo handelt. Aus diesem Grunde haben gemeinsame Actionen der Mächte so selten Erfolg. Wenn man die Lage, wie sie sich heute darstellt, richtig beurtheilen will, muss man sich meiner Ansicht nach vor Allem von dem Worte „Reformen" emancipieren. Dieses Wort ist in Bezug auf die Verhältnisse in der Türkei eine grosse Lüge. Niemand glaubt ernstlich an dasselbe, weder die Türken, noch jene, welche Reformen verlangen. Die Türkei ist unaufrichtig, wenn sie Reformen verspricht, aber ebenso unaufrichtig sind diejenigen, welche die Reformen am lautesten begehren. Wenn man bei der Wahrheit bleiben will, so muss man sagen, dass es sich in Wirklichkeit bei den Einen um die Erhaltung, bei den Anderen um die Ausdehnuug des eigenen Machtgebietes handelt, bei keinem aber spielt die Sorge um das Schicksal der Bewohner jener Ländertheile irgend eine Rolle. Wenn man noch Zweifel über die Richtigkeit obiger Behauptung haben könnte, so müssten dieselben durch die Vorgänge der letzten Wochen als vollständig widerlegt betrachtet werden. Als die Türkei den Albanesen „Concessionen" versprach, erhob sich ein Schrei der Entrüstung in Bulgarien, Serbien und Griechenland und nicht in letzter Linie auch in Russland, dass diese Concessionen eine Gefahr für die Christen der Balkanhalbinsel bedeuten würden, da dieselben eine „Autonomie" der vier „albanesischen" Vilajete nach sich ziehen könnten. Der wahre Grund dieser Entrüstung lag aber darin, dass man hinter der angeblichen albanesischen Gefahr Österreich-Ungarn witterte. In der bekannten Démarche des Herrn von Giers auf der Pforte dürfte dies zum Ausdruck gekommen sein. Aber auch die unter der Ägide Russlands stehende Entente der vier Balkanstaaten kann als eine Folge jener Befürchtungen betrachtet werden. Welchen Ausgang der zwischen der

Türkei und den Balkanstaaten eventuell ausbrechende Krieg nehmen wird, kann heute niemand voraussehen. Es ist sehr leicht möglich, dass sich die Türkei mit Erfolg wehren wird. In diesem Falle dürfte nach dem Kriege Alles so ziemlich beim Alten bleiben. Es muss aber auch mit der Eventualität gerechnet werden, dass die Türkei eine vollständige Niederlage erleidet. Wenn dies eintreten sollte, so dürfte man sich meines Erachtens nicht der Illusion hingeben, dass dann die Mächte über das Schicksal jener Länder, die die Türken verlieren müssten, verfügen werden. Sie würden sich dann ebenso ohnmächtig zeigen, als jetzt, weil sie über das militärische fait accompli einerseits nicht zur Tagesordnung übergehen, andererseits sich unter einander schwerlich einigen könnten. Man muss sich daher meiner Ansicht nach schon jetzt die Frage vorlegen, ob dann, wenn eine vollzogene Thatsache vorliegt, es nicht schwieriger sein wird, unsere Interessen zu wahren. Ich verhehle mir jedoch keineswegs die Gefahren, welche ein einseitiges Eingreifen unsererseits mit sich bringen würde. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3961.

Nr. 3960. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 5. Okt. 1912 Nr. 80 B (eing. 8. Okt.).[a]) Ausfert.

Als Herr von Giers seine bekannte Demarche[b]) auf der Pforte unternommen hatte, schien es im ersten Augenblicke, als ob er hiebei einen grossen Sieg davongetragen hätte. Nun stellt sich nachträglich heraus, dass der vermeintliche Erfolg des russischen Botschafters eigentlich nichts anderes war, als leere Versprechungen, die Herr von Giers damals vom türkischen Minister des Äussern erhielt. Euere Exzellenz werden sich erinnern, dass die russischen Forderungen aus 4 Punkten bestanden: der erste Punkt betraf die ehetunlichste Austragung des Vorfalles von Kočana. Abgesehen von dem seitens der Pforte dem russischen Botschafter gemachten Versprechen, die Schuldigen würden sofort der verdienten Strafe zugeführt werden, hörte man bis jetzt nicht, dass im betreffenden Prozesse irgendetwas geschehen wäre. Der zweite Punkt handelte von der Ausdehnung der den Albanesen gemachten Konzessionen auf die übrigen Nationalitäten. Wie Hochdenselben bekannt, erschien allerdings ein diesbezügliches offizielles Kommuniqué, doch fehlte in der vom Amtsblatte gebrachten Verlautbarung gerade das wichtigste der den Albanesen gewährten Zugeständnisse, nämlich die Begünstigung bezüglich der Ableistung der Wehrpflicht. Was die kundgemachten Konzessionen betrifft, so haben dieselben teils für die christlichen Nationalitäten keinen besonderen Wert, teils dürfte es auch hier beim blossen Versprechen bleiben. Der dritte Punkt bezog sich auf die türkisch-montenegrinische Grenzregulierungsfrage. Auch in dieser Beziehung ist weiter nichts geschehen, da konstatiert wurde, dass es unter den jetzigen Verhältnissen nicht möglich wäre, die Bestimmungen der Grenzregulierung auch tatsächlich durchzuführen. Das Protokoll wurde auch deshalb bis heute noch immer nicht ratifiziert. Der vierte Punkt betraf schließlich die Anstellung von christlichen Beamten. Bekanntlich hatte die Pforte bereits vor der russischen Demarche diese Maßnahmen beschlossen; es gebricht

jedoch diesem letzteren Zugeständnisse an einer sicheren Basis, an einem System, weshalb dasselbe nicht sehr ernst genommen werden kann. Aus dem Vorstehenden werden Euere Exzellenz ersehen, dass der Erfolg des russischen Vertreters kein besonders grosser und dauernder war. Hingegen kann der von der türkischen Regierung gefasste Beschluss, die Redif-Divisionen zu mobilisieren, als eine direkte Folge des fraglichen Schrittes angesehen werden, so dass der heutige Zustand als ein unmittelbares Ergebnis der russischen Demarche zu betrachten ist. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3961. — [b]) Vgl. n. 3823.

Nr. 3961. Privatschreiben aus Konstantinopel, 5. Okt. 1912 (eing. 8. Okt.). Eigh. Ausfert.

... *Privatangelegenheiten* ... In Bezug auf die Lage theile ich vollkommen Deine pessimistische Auffassung. Du wirst vielleicht sagen, daß ich zu lange optimistisch war. Mein Optimismus bezog sich aber auf die Erscheinungen im Innern der Türkei. In dieser Hinsicht bleibe ich bei der Auffassung, daß alles glatt abgelaufen wäre, wenn man, wie Du dies übrigens beantragt hattest, der türkischen Regierung einige Zeit Ruhe gelassen hätte. Heute handelt es sich um die Aufrollung der großen europäischen Frage und da hört auch bei mir der Optimismus auf. Wie Du aus einem meiner heutigen Berichte[a]) ersehen wirst, kann von einem Erfolge des russischen Botschafters wohl nicht die Rede sein. Die Pforte machte ihm leere Versprechungen und verfügte gleichzeitig die Einberufung der 10 Redif-divisionen. Dies kann doch nicht als Erfolg bezeichnet werden. In meinem heutigen Berichte[b]) über die Situation bemerke ich unter anderem, daß man sich bei Beurtheilung der Lage nur nicht durch das Wort „Reformen" beeinflussen lassen sollte; dieses Wort wirkt störend. Die Pforte hat überhaupt, meiner Ansicht nach, alle die Démarchen nach Reformen nicht ernst genommen. In Wirklichkeit lassen sich auch solche Reformen nicht einfach von heute auf morgen decretiren und noch weniger verwirklichen. Du forderst mich auf, Dir meine Meinung über die zukünftige Gestaltung der Dinge zu sagen. Ich halte den Krieg für unausweichlich. Das Resultat desselben ist natürlich nicht vorauszusehen. Sollte die Türkei unterliegen, so muß mit einer großen sehr gefährlichen Umwälzung gerechnet werden. Meiner Auffassung nach wären wir in der Lage, noch in 11ter Stunde den Krieg unmöglich zu machen; ich verhehle mir aber nicht die Gefahr, daß auf diese Weise noch weitere Verwicklungen unter den Mächten selbst entstehen könnten. Man muß sich meiner Meinung nach zwei Fragen stellen: 1.) Liegt es in unserem Interesse, die Türkei zu erhalten und 2.) kann die Türkei in Europa erhalten werden? Letztere Frage würde ich auch heute noch, wenn es nicht zum Kriege kommen sollte, bejahen. Alles hängt also von der Beantwortung der ersten Frage ab. Die in Deinem Schreiben[c]) erwähnten 4 Punkte, die für uns unter allen Umständen von Wichtigkeit wären, sind, wie ich mich erinnere, schon von Deinem Amtsvorgänger aufgestellt worden. Ich zweifle, daß sie sich verwirklichen lassen werden, wenn die Türken thatsächlich aus Europa verschwinden sollten und an ihre Stelle

andere Machtfaktoren treten würden. Ich kann mir zum Beispiel nicht recht die Realisierung des Punktes 2: Sicherung eines Handelsweges zum Aegäischen Meere mit Vorzugstarifen für uns vorstellen. Auch Punkt 3: Niederhaltung Serbiens; nach einem siegreichen Kriege gleichfalls schwerer durchzuführen als vor einem solchen. Was den Punkt 1: Fernhalten einer anderen Großmacht von der Ostküste der Adria anbelangt, so könnte ich mir die Sicherung dieses Punktes nur so vorstellen, wenn wir selbst in Albanien an die Stelle der Türken treten würden. Dies alles sind schwere Probleme; ich sehe nicht, wie sie durchgeführt werden könnten, überhaupt kann man sich nicht recht vorstellen, was bei den vielen sich befehdenden Elementen aus diesem Lande werden soll, wenn die Türken verschwinden. Im Übrigen muß ich der Überzeugung Ausdruck geben, daß es gar nicht so leicht sein wird, die Türken tatsächlich aus diesem Lande zu vertreiben. Alles in Allem wäre es meiner Ansicht nach ein großes Glück, wenn es uns möglich wäre, den Krieg zu verhindern. Wenn er ausbricht, so gehen wir einer sehr unsicheren Zukunft entgegen. Pallavicini.

[a]) n. 3960. — [b]) n. 3959. — [c]) Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 3962. Tel. aus London, 5. Okt. 1912 Nr. 81 (eing. 9 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Mit Bezug auf die Bemerkung des Unterstaatssekretärs an Grafen Trauttmansdorff betreffend Wink des russischen Ministers des Äussern, wir sollten alles unterlassen, was russische öffentliche Meinung erregen könnte (Telegramm vom 3.[b]) d. M. Nr. 78) kann ich nur melden, dass alles, was mir Herr Sazonow über die öffentliche Meinung Russlands sagte, in meinem Telegramme No. 75 vom 30. v. M. enthalten war. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3879. — [b]) Richtig 2. Okt.

Nr. 3963. Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 5. Okt. 1912 Nr. 116 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Deutscher Botschafter erzählt mir, Herr Sazonow hätte ihm gegenüber seiner zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck gegeben, dass der zwischen der deutschen und französischen Regierung vereinbarte und von ihm gutgeheissene Text der Note, welcher an die Türkei und die übrigen Balkanstaaten zu richten wäre, die Zustimmung Euer Exzellenz erhalten werde. Herr Sazonow, welcher morgen Paris verlässt, hofft in Berlin hierüber eine Nachricht zu finden. Russischer Minister des Äussern hat sich deutschem Botschafter gegenüber dahin geäussert, dass er in unsere Politik volles Vertrauen setze. Betreffs der oberwähnten Note sagte mir Baron Schoen, dass der im Punkt 3 enthaltene Ausdruck „prendraient en main la réalisation des réformes“ auf Anraten deutschen Botschafters aufgenommen worden ist. Im ursprünglichen, von Herrn Paléologue verfassten Text hiess es: „intéressaient aux réformes etc.“ Im ersten Punkt der besagten Note wollte man hier ursprünglich einen Hinweis auf eventuelle Coercitivmassregeln aufnehmen, doch ist davon in der Folge Abstand genommen worden. Somssich.

[a]) Vgl. n. 3965, 3991.

Nr. 3964. Bericht des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 5. Okt. 1912 Nr. 40 A (eing. 7. Okt.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Ich habe Euerer Exzellenz bereits telegraphisch[b] darüber Meldung erstattet, dass sich Herr Poincaré mir gegenüber entschuldigt hat, dass die Vorbesprechungen betreffs der an die Balkanmächte zu richtenden Note nur mit dem Berliner Kabinett und nicht zugleich mit uns gepflogen worden sind. Das historische Entstehen dieser Note hat mir der Herr Ministerpräsident in folgendem skizziert: Zum ersten Mal habe die Idee einer Intervention bei der Türkei und den übrigen Balkanstaaten in einer Unterredung, welche Herr von Lancken mit Herrn Paléologue gehabt hat, greifbare Formen angenommen (vergleiche meinen gehorsamsten Bericht vom 28. September d. J. Nr. 39 B). Der kaiserlich Deutsche Geschäftsträger habe dem Berliner Auswärtigen Amte von seiner Konversation Meldung erstattet, worauf Herr von Kiderlen mit der Versicherung geantwortet hat, dass ihm der Vorschlag sehr zweckentsprechend vorkomme, wobei er seine Auffassung über die Form der abzugebenden Erklärungen hier mitteilen liess. Gleichzeitig liess der Herr Staatssekretär dem Herrn Poincaré nahelegen, die für die nächsten Tage zu gewärtigende Anwesenheit des Herrn russischen Ministers des Äussern dazu zu benützen, um mit demselben ins Einvernehmen zu gelangen. Die physische Zeit hätte gefehlt — so meinte Herr Poincaré — um die Angelegenheit auch mit dem Wiener Kabinett zu besprechen, da die Ereignisse ein rasches Handeln durchaus geboten erscheinen liessen und es ihm wünschenswert vorkam, über die Redaction der Formel vorerst mit jenem Kabinett ins Reine zu kommen, mit welchem durch die zufällige Verkettung der Umstände die Pourparlers begonnen hätten. Die heutigen Zeitungen bringen bereits Détails über den Vorschlag des Herrn Poincaré. Bemerkenswert scheint mir besonders ein jedenfalls inspirierter Artikel des „Petit Parisien", in welchem es unter anderm heisst: „il y a lieu d'espérer que le comte Berchtold donnera un avis favorable: il ne saurait, au surplus, procéder autrement sans se mettre en contradiction avec l'initiative très généreuse qu'il avait assumée en septembre et que l'Europe a eu tort de ne point soutenir. Schon am vergangenen Mittwoch, am Empfangstage des Herrn Poincaré, habe ich im Wartesalon des Ministeriums des Äussern aus dem Munde von Diplomaten ähnliche Äusserungen vernommen. Somssich.

[a] Vgl. n. 3983. — [b] Vgl. n. 3949.

Nr. 3965. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Ambrózy in Rom, 5. Okt. 1912 Nr. 164 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Der französische Botschafter hat mir im Namen seiner Regierung den Vorschlag gemacht, daß Österreich-Ungarn und Rußland namens der Mächte bei den Balkanstaaten eine Erklärung folgenden Inhaltes abzugeben hätten: 1.) Die Mächte mißbilligen jeden Schritt, der zum Friedensbruche führen könnte. 2.) Auf Grund des Artikels 23 des Berliner Vertrages werden die Mächte die Realisierung von Reformen in der europäischen Türkei

unter Wahrung der Souveränität des Sultans und der territorialen Integrität des osmanischen Reiches in die Hand nehmen. 3.) Sollte es nichtsdestoweniger zum Kriege kommen, so werden bei Ausgang desselben die Mächte keinerlei Änderung des heutigen territorialen status quo auf der Balkanhalbinsel zulassen. — Wir stehen gegenwärtig über obigen Vorschlag in Verhandlungen. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an Marquis di San Giuliano mit dem Bemerken, daß ich Wert darauf lege den Herrn italienischen Minister des Äußern über diese Verhandlungen am Laufenden zu erhalten.

[a]) Vgl. n. 3963, 3973, 3974, 3991. Berchtold.

Nr. 3966. Tagesbericht über ein Gespräch mit dem ital. Botschafter, 5. Okt. 1912. Konz. (S. Calice; G. Berchtold).

Im Laufe eines Gespräches, welches ich gestern mit Herzog Avarna hatte, kam der Herr italienische Botschafter darauf zu sprechen, daß in den letzten Tagen viel von einem österreichisch-russischen Akkord die Rede sei. Ein solcher sei ja bei dem persönlichen vertrauensvollen Verhältnisse zwischen den Ministern beider Reiche vorauszusehen gewesen. Allerdings erinnere er sich eines ihm vor Jahren gemachten Ausspruches des Grafen Aehrenthal: zwischen Österreich-Ungarn und Rußland sei ein Akkord in Balkanfragen unmöglich. Der Herr Botschafter interessierte sich lebhaft für die Frage, wann eine eventuelle Demarche unser- und russischerseits ausgeführt werden würde und ließ die Hoffnung durchblicken, daß dies nicht vor 8 Tagen stattfinden möchte.

Unterredung mit dem russischen Botschafter am 5. Okt. 1912. Siehe n. 3987.

Nr. 3967. Tel. aus Sofia, 5. Okt. 1912 Nr. 199 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Dobrovich suchte mich eben auf und erkundigte sich, wie ich Lage beurteile. Er selbst sagte, dass Aussichten, Frieden zu erhalten, schwinden. Er betonte, dass Balkanstaaten keine Eroberungen suchen, da ja sonst Verständigung derselben ausgeschlossen wäre, und sie sich nur geeinigt hätten, von Türkei Besserung Verhältnisse Mazedoniens zu erlangen. Präzise Formulierung Forderungen würde erst heute oder morgen von Regierung beschlossen werden, sowie auch, ob diesbezüglich an Türkei oder an Mächte herangetreten werde. Sobald Entschluss gefasst, werde mich Dobrovich, falls zu einer Dazwischenkunft meinerseits Anlass wäre, informieren. Dobrovich betonte wiederholt bisherige friedliche Dispositionen Königs und Regierung und sagte, jüngste Ereignisse seien nur durch türkische Truppenkonzentrierungen provoziert worden. Da gegenwärtige Kriegsbegeisterung schwerlich einzudämmen und keine Hoffnung, dass Türkei, ohne dazu gezwungen zu werden, etwas Ernstes für Mazedonien gewähre, habe er eigentlich nur den einen Wunsch, dass, wenn es zum Kriege komme, derselbe lokalisiert werde. Mitredner äusserte sich, dass vor Ende nächster Woche Seine Majestät der König nicht ins Hauptquartier abgehen dürfte und dass es vorher weder hier noch bei anderen Staaten zum Ausbruch der Feindseligkeiten kommen werde. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3968.

Nr. 3968. Tel. aus Sofia, 5. Okt. 1912 Nr. 200 (eing. 6. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Im Verfolge des gehorsamen Telegrammes Nr. 199 von heute. Erfahre, daß Herr Dobrovich heute auch den deutschen und russischen Kollegen besucht hat. Diese Tournée hat er jedenfalls im Auftrage König Ferdinands gemacht. Dem ersteren gegenüber hat sich Dobrovich ungefähr in demselben Sinne wie zu mir ausgesprochen, vielleicht weniger pessimistisch; auch soll er gesagt haben, Bulgarien müßte solche Reformen verlangen, die Ruhe auf „eine Reihe" von Jahren sichern würden. Von Herrn Nekludov ist Inhalt seiner Unterredung mit Dobrovich nicht zu erfahren. Der russische Gesandte spricht aber heute von einem ganz schwachen Hoffnungstrahl. Im Laufe der Konversation, die heute mit Generalstabschef hatte, meinte er, er tue seine Pflicht als Soldat, würde aber aus menschlichen Rücksichten wünschen, daß Krieg vorgebeugt werden könnte. Tarnowski.

Nr. 3969. Bericht aus Belgrad, 6. Okt. 1912 Nr. 100 (eing. 9. Okt.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Gelegentlich einer unlängst stattgehabten Konversation hat der General-Sekretär im königlich serbischen Ministerium des Äussern Herr Jovanović offen zugegeben, dass die Balkanstaaten den ganzen Sommer über an ihrer gegenseitigen Annäherung, respektive an dem gemeinsam gegen die Türkei zu unternehmenden Schritte gearbeitet haben. Wie er behauptet, wurde die Frage territorialer Erwerbungen aus ihrem Programm ganz ausgeschaltet; sie wollen derzeit nur durch festumschriebene administrative Reformen das Loos aller christlichen Völkerschaften am Balkan erleichtern. Allerdings gab er zu, dass, wenn der Waffengang nicht zu vermeiden sein und derselbe für die Verbündeten von Erfolg sein wird, es sich leicht ereignen kann, dass sie durch Reformen sich nicht mehr zufrieden stellen würden. Doch programmässig ist diese Eventualität nicht ins Auge gefasst worden, da man diese heikle Frage, worüber nur schwer eine prinzipielle Einigung zu erzielen gewesen wäre, gar nicht aufwerfen wollte. Da ein einheitliches Vorgehen beschlossen wurde, musste die Mobilisierung gleichzeitig erfolgen und würden im Ernstfall auch die kriegerischen Operationen gleichzeitig beginnen. Heute hat es den Anschein, dass dieselben kaum mehr zu vermeiden sein werden. Vor einiger Zeit wäre dies möglich gewesen, — meinte der Herr General-Sekretär — wenn die Grossmächte sich mit den Balkanstaaten ins Einvernehmen gesetzt und ihre Wünsche bei der Pforte nachdrücklich unterstützt hätten. Die serbische Regierung habe lebhaft bedauert, dass sie nicht rechtzeitig von dem Wesen und den Zielen der von Euer Exzellenz eingeleiteten Anregung offiziell verständigt worden ist. Man war hier nur auf Zeitungsnachrichten angewiesen und man befürchtete darin eine gegen Serbien gerichtete Spitze zu finden. Auch diesmal kam er auf die angeblich schon von Herrn Milovanović gewünschte freundliche Auseinandersetzung mit der Monarchie zu sprechen, worüber ich bereits am 29. v. M. sub Nr. 93 C[b]) zu berichten die Ehre hatte. Eine solche Konversation, meinte er, würde hier sehr befriedigend gewirkt haben. Allerdings sind sie heute in der Frage ihres Vorgehens der Türkei gegenüber an Bulgarien und an die anderen Balkan-

staaten gebunden und können sich nicht mehr zurückziehen. Diese Frage kann nur mehr gemeinschaftlich gelöst werden. Ich habe den Eindruck, dass man hier in den Regierungskreisen anfängt einzusehen, dass man den Bulgaren auf den Leim gegangen ist, obgleich dies selbstverständlich nicht zugegeben wird. Schon seit langer Zeit suchte man hier einen engeren Anschluss an Bulgarien, doch König Ferdinand und auch Herr Geschow waren für diese Idee nicht recht zu haben. Der serbische Gesandte in Sofia Herr Spalajković hat aber alles aufgeboten, um diese Annäherung zu fördern. Ich habe schon am 5. Jänner l. J. sub 2 C über seine häufigen Reisen nach Belgrad und seine Konferenzen mit Herrn von Hartwig und Milovanović, sowie über seine jedesmaligen Audienzen beim König Bericht erstattet und darauf hingewiesen, dass dieselben mit der Frage eines geplanten serbo-bulgarischen Bündnisses im Zusammenhange stehen müssen. Der hiesige bulgarische Gesandte Herr Toscheff, der damals ein ausgesprochener Gegner eines solchen Bündnisses war, wurde diesen Konferenzen — wahrscheinlich gerade aus diesem Grunde — nie zugezogen und er leugnete auch entschieden, damals wie auch später, dass etwas Wahres an den diesbezüglichen Gerüchten sei. Die Verhältnisse haben sich aber im Laufe des Sommers geändert. Die Mazedonische Organisation hat es verstanden, in Bulgarien Kriegsstimmung zu erwecken und die öffentliche Meinung drängte zum Kriege gegen die Türkei. Wollte man aber auch in Sofia kein politisches Bündnis mit Serbien, so schien ihnen eine militärische Unterstützung im Kriegsfalle doch sehr wünschenswert und man hielt sich den Bemühungen des Herrn Spalajković gegenüber nicht mehr so ablehnend. Wäre im Sommer Herr Milovanović noch am Leben gewesen oder wäre Herr Pašić schon damals an der Spitze der Regierung gestanden, so hätten sie — obgleich im Prinzipe beide für einen Balkanbund waren — dennoch die bulgarischen Machenschaften durchblickt und wären ihnen nicht so leicht aufgesessen. Herr Trifković, der nach dem Tode des Herrn Milovanović zum Minister-Präsidenten ernannt wurde, und Herr Jovanović, der damals auf ganz kurze Zeit das Portefeuille des Ministeriums des Äussern übernahm, haben sich wahrscheinlich durch Herrn Spalajković überreden lassen und übernahmen die Verpflichtung, Bulgarien im Kriegsfalle Gefolgschaft zu leisten. Jetzt scheinen sie schon zu begreifen, dass sie hineingefallen sind, aber es ist zu spät und es gibt für sie keine Umkehr mehr. Dass Bulgarien den Anschluss nur ad hoc haben wollte und von einem engeren politischen Bündnis — später nach beendetem Waffengang — kaum wird wissen wollen, fangen sie an einzusehen. Die serbischen Aspirationen auf eine Interessensphäre bezüglich einzelner Teile Mazedoniens wird Bulgarien wohl auch jetzt nicht anerkennen und wenn es je zu einer Territorialveränderung am Balkan kommen sollte, so würden bestimmt die Bulgaren die schlimmsten Gegner der Serben werden. Man ist auch etwas ernüchtert mit Bezug auf die heraufbeschworene Kriegsgefahr. Man sieht schon ein, dass nur Bulgarien den Krieg gewollt hat und dass Serbien mit hinein gezogen worden ist, ohne auf positive Erfolge dabei rechnen zu können. Dabei befürchtet man, dass man russischerseits auch diesmal im Stiche gelassen wird und dass die russische Diplomatie,

die alles aufgeboten hat, um die Balkanstaaten einander näher zu bringen und die an der heutigen kritischen Lage nicht unbeteiligt ist, sich nicht wird exponieren wollen und die Balkanstaaten ihrem Schicksal überlässt. Dass man Russland nicht mehr unbedingtes Vertrauen entgegen bringt, geht aus einer Äusserung des Herrn General-Sekretärs hervor, der mir neulich sagte: „Ob nun unser Krieg mit der Türkei gut oder schlecht ausgeht, eines halte ich für sicher: er bringt uns Österreich-Ungarn näher." Aus den Ausführungen des Herrn Jovanović konnte ich auch entnehmen, dass die Balkanstaaten tatsächlich beabsichtigen, ihre Forderungen der Pforte in der Form eines Memorandums oder eines Ultimatums bekannt zu geben. Der Inhalt des Schriftstückes ist schon beschlossen, man hat sich jedoch über die Textierung noch nicht einigen können. Ugron.

[a]) Vgl. n. 3873, 4202. — [b]) Vgl. Anm. c zu n. 3873.

Tel. nach Berlin, 6. Okt. 1912 Nr. 108 (chiffr. 7. Okt. 1 U. a. m.). Siehe n. 3973.

Tel. nach Bukarest, 6. Okt. 1912 Nr. 44 (chiffr. 7. Okt. 1 U. a. m.). Siehe n. 3973.

Nr. 3970. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus Bukarest-Sinaia, 6. Okt. 1912 Nr. 53 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.

Gestern fand hier unter dem Vorsitze Seiner Majestät des Königs ein Ministerrat statt. Wie mir der Herr Ministerpräsident soeben sagte, halte Seine Majestät den Ausbruch des Krieges nunmehr für unvermeidlich. Es sei neuerlich der Beschluss bekräftigt worden, dass Rumänien den Ereignissen jenseits der Donau gegenüber eine zuwartende, der Richtlinie der Zentralmächte entsprechende Haltung einzunehmen habe, hiebei aber nicht versäumen dürfte, bei Vermeidung aller militärischen Demonstrationsmassregeln im stillen für alle Eventualitäten die Schlagfertigkeit der Armee zu sichern. Solange die Ereignisse keine territorialen Verschiebungen herbeiführen, habe Rumänien keinen Anlass, aktiv einzugreifen, umsomehr, als es aus moralischen Gründen sich nicht sämtlichen christlichen Balkanvölkern feindlich gegenüberstellen könne. Angesichts der äusseren Lage lege Seine Majestät der König besonderes Gewicht auf eine starke Regierung, id est Konzentrierung der konservativen Parteien. Herr Majoresco begibt sich daher morgen nach Bukarest, um Verhandlungen zwischen Herrn Carp und Take Jonesco neuerlich einzuleiten und hofft, dass letzterer das patriotische über das Parteiinteresse stellen werde. Die liberale Partei verfüge über zu wenige Staatsmänner im europäischen Sinne, um im jetzigen ernsten Momente die Regierung zu übernehmen, auch sei sie durch die Erinnerung an das Fiasco von 1878 belastet. Der russische Gesandte habe dieser Tage auftraggemäss die Befriedigung seiner Regierung über die passive Haltung Rumäniens ausgesprochen und ebenso habe sich der bulgarische Gesandte über diese Tatsache erfreut gezeigt, woraus Herr Majoresco schliesst, dass man an diesen beiden Stellen bis jetzt an die Legende einer türkisch-rumänischen Militärkonvention ernstlich geglaubt habe.

Otto Czernin.

Tel. nach Konstantinopel, 6. Okt. 1912 Nr. 215 (chiffr. 7. Okt. 1 U. a. m.). Siehe n. 3973.

*Nr. **3971.** Tel. aus Konstantinopel, 6. Okt. 1912 Nr. 445 (eing. 7. Okt. 12 U. 50 M. p. m.).[a]). Entziff.*

Der französische und russische Botschafter haben sich heute infolge eines aus Paris erhaltenen Auftrages seitens Herrn Poincarés respektive Herrn Sazonows gemeinsam auf die Pforte begeben und hatten eine längere Unterredung mit dem Minister des Äussern. Unmittelbar nachher kam ich auf die Pforte. Gabriel Effendi teilte mir mit, die beiden Botschafter hätten an ihn die Frage gerichtet, bis wohin die türkische Regierung geneigt wäre, in der Reformfrage zu gehen. Der Minister des Äussern antwortete hierauf, man beabsichtige, das Vilajetsgesetz vom Jahre 1880 in Anwendung zu bringen. Die Botschafter schienen durch diese Antwort befriedigt und gaben Gabriel Effendi den Rat, dies den Mächten mitzuteilen. Die Pforte wird heute noch eine bezügliche Zirkulardepesche an ihre Vertreter bei den Grossmächten richten. Ich hatte aus den Mitteilungen, die mir der Minister des Äussern machte, den Eindruck, dass die Dinge eine Wendung zum Besseren nehmen könnten. Euer Exzellenz ist aus meinem Telegramme vom 30. v. M. Nr. 405[b]) bekannt, dass ich dem Grossvezir bereits vor mehreren Tagen den Rat gegeben habe, die Absicht der türkischen Regierung, das Vilajetsgesetz vom Jahre 1880 zur Anwendung zu bringen, in irgend einer Art zu verlautbaren. Leider hat derselbe meinen Rat damals nicht befolgt. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3980. — [b]) Irrtümlich statt Tel. Nr. 425, vgl. n. 3876.

Tel. nach London, 6. Okt. 1912 Nr. 64 (chiffr. 7. Okt. 1 U. a. m.). Siehe n. 3973.

Tel. nach Paris, 6. Okt. 1912 Nr. 78 (chiffr. 7. Okt. 1 U. a. m.). Siehe n. 3973.

*Nr. **3972.** Tel. des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 6. Okt. 1912 Nr. 117 (eing. 7. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Herr Sazonow hat mich heute abends zu sich bitten lassen, um mir zu sagen, wie sehr er über Euer Exzellenz Adhäsion zu der von hier aus vorgeschlagenen Démarche befriedigt sei. Die von Euer Exzellenz vorgenommenen Veränderungen in der in Konstantinopel und bei den Balkanstaaten zu übergebenden Note fänden sowohl seine volle Zustimmung, wie auch jene der französischen Regierung. Russischer Minister des Äußern bezeichnet es als ein Ereignis größter politischer Wichtigkeit, daß es gelungen sei, ein Zusammengehen Österreich-Ungarns und Rußlands zustande zu bringen. Es sei dies ein Verdienst Herrn Poincarés, von welchem die ganze Idee ausgegangen sei. Nichtsdestoweniger erfülle ihn dieses Ergebnis mit großer Freude. Es sei höchste Zeit, daß die Ära der Mißverständnisse, welche zwischen seinem und Euer Exzellenz Vorgänger gewaltet haben, ein Ende nehme, und er lasse Euer Exzellenz dringend bitten, zu glauben, daß, sowie er von Gefühlen der Wertschätzung und Freundschaft für die

Person Euer Exzellenz erfüllt sei, auch seine Politik frei von allen Hintergedanken sei. Herr Sazonow berührte auch die Sprache der Wiener Presse, aus welcher er mit Bedauern ersehe, daß an mancher Stelle ein gewisses Mißtrauen aus diesem Anlasse hervorgetreten sei. Er hoffe indessen zuversichtlich, daß bei Euer Exzellenz ein solches Gefühl nicht obwaltet. Gestern haben Poincaré und Sazonow gemeinschaftlich die hiesigen Gesandten der Balkanstaaten empfangen und haben ihnen, wie mir letzterer versichert, in ganz energischer Weise die volle Aussichtslosigkeit einer eventuellen kriegerischen Aktion vorgehalten. Herr Sazonow äußerte sich schliesslich eher mißmutig darüber, daß die Zustimmung der englischen Regierung noch immer ausständig sei. Die von Euer Exzellenz vorgeschlagene sehr glückliche Formel betreffs der Souveränität des Sultans werde hoffentlich die englischen Bedenken beschwichtigen. Somssich.

[a]) Vgl. n. 3973, 3982.

Nr. 3973. Tel. nach Rom Nr. 166 (1), Berlin Nr. 108 (2), St. Petersburg Nr. 121 (3), London Nr. 64 (4), Paris Nr. 78 (5), Bukarest Nr. 44 (6) und Konstantinopel Nr. 215 (7), 6. Okt. 1912 (chiffr. 7. Okt. 1 U. a. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. Nemes; G. Berchtold).

1. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 164 von gestern:

2.—6. Der französische Botschafter hat mir gestern im Auftrage seiner Regierung ein Schriftstück überreicht, in welchem eine Aktion der Mächte zur Verhütung eines Balkankrieges vorgeschlagen wird.

1.—7. Ich habe dem französischen Vorschlage nach Vornahme einiger kleiner Amendements in der Textierung zugestimmt und lautet diese Pièce in der von mir akzeptierten und Herrn Dumaine mitgeteilten Formulierung folgendermaßen: (Inseratur Text der Beilage.)[b])

1.—4. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an die dortige Regierung.

5. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren vertraulicher Information und zur Regelung Ihrer Sprache nur für den Fall, als Herr Poincaré oder einer der Botschafter der Signatarmächte spontan auf den Gegenstand zu sprechen kommen sollte.

6. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an Seine Majestät König Karol.

7. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und rein persönlicher Orientierung. Sollte der eine oder der andere Ihrer Kollegen von den Signatarmächten Hochdenselben gegenüber spontan auf den Gegenstand zu sprechen kommen, sind Euer Exzellenz ermächtigt, sich informiert zu zeigen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3972, 3981, 3985, 3987, 3989, 3990. — [b]) Vgl. Beilage.

Beilage zu Nr. 3973.

Les Gouvernements Russe et Austro-Hongrois déclareront aux Etats Balkaniques: „1° que les Puissances réprouvent énergiquement toute mesure susceptible d'amener la rupture de la paix; 2° que, s'appuyant sur l'article 23

du traité de Berlin, elles prendront en main, dans l'intérêt des populations, la réalisation des réformes dans l'administration de la Turquie d'Europe, étant entendu que ces réformes ne porteront aucune atteinte à la souveraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan et à l'intégrité territoriale de l'Empire Ottoman: cette déclaration réserve d'ailleurs la liberté des Puissances pour l'étude collective et ultérieure des Réformes; 3° que, si la guerre vient néanmoins à éclater entre les Etats Balkaniques et l'Empire Ottoman, elles n'admettront, à l'issue du conflit, aucune modification au statu quo territorial dans la Turquie d'Europe. Les Puissances feront collectivement auprès de la Sublime Porte les démarches dérivant de la précédente déclaration."

Nr. 3974. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 6. Okt. 1912 Nr. 141 (eing. 8 U. p. m.).[a] Entziff.

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 164. Marquis di San Giuliano hatte gehofft, Euer Exzellenz definitive Stellungnahme zu französischem Vorschlage zu erfahren, da ihm (daran)[b] liegt, genau so zu antworten, wie die Verbündeten, und weil er, da Demarche bei Balkanregierungen für morgen geplant ist, dem französischen Geschäftsträger noch heute antworten muss. Angesichts seiner Unorientiertheit über Euer Exzellenz Stellungnahme, beabsichtigt er Herrn Laroche zu erklären, dass Italien französischem Vorschlag zustimme, wenn alle Signatarmächte damit einverstanden sind. Sollte jedoch auch nur eine Macht Einwendungen erheben, würde er sich durch Zusage der Zustimmung insolange nicht als gebunden erachten, als ihm nicht Gelegenheit gegeben wäre, die fraglichen Einwendungen zu studieren. Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 4005. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 3975. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Armbrózy aus Rom, 6. Okt. 1912 Nr. 142 (eing. 7. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Durch Euer Exzellenz Telegramm Nr. 165[b] sehr erfreut, teilt mir Marquis San Giuliano mit, daß Entschädigungsfrage unmöglich Abschluß des Friedens verhindern werde. Er skizzierte mir sodann Entwurf der Friedensbedingungen: Es würde Geheimakkord geschlossen, nach dessen Unterzeichnung Türkei einseitige Autonomie Libyens erklären und Sultan dahin einen Vertreter ernennen würde, dessen Agenden nicht näher umschrieben wären, der aber keinesfalls den Titel Vali erhalten würde; am darauffolgenden Tage würde hier ebenfalls einseitiges königliches Dekret erfließen, in welchem auf Souveränitätsgesetz Bezug genommen und Rückstellung der Inseln ausgesprochen würde. Tatsache dieses Akkordes würde auch in Hinkunft geheim bleiben. Dann würde ostensibler Vertrag geschlossen werden, durch welchen Zurückziehung der türkischen Truppen und Geldentschädigungsfrage, Kapitulationsangelegenheiten und weitere Details geregelt würden. Hiebei sei noch in der Schwebe, ob der auf Libyen entfallende Beitrag zur türkischen Staatsschuld auch weiterhin jährlich gezahlt oder kapitalisiert würde. Der Herr Minister betonte schließlich, daß strenge Geheimhaltung seiner Mitteilungen sehr wichtig sei und daß

er Herzog von Avarna und Herrn Pansa beauftragt habe, Euer Exzellenz, beziehungsweise Herrn von Kiderlen die gleichen Eröffnungen zu machen.
Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 4029. — [b]) Mit Tel. Nr. 165, 5. Okt. 1912 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 3945 in extenso nach Rom mitgeteilt.

Tel. nach St. Petersburg, 6. Okt. 1912 Nr. 121 (chiffr. 7. Okt. 1 U. a. m.). Siehe n. 3973.

Nr. 3976. Tel. aus Sofia, 6. Okt. 1912 Nr. 203 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Hatte lange Unterredung mit meinem russischen Kollegen, der so wie ich seit gestern Eindruck hat, daß man hier rettende Hand nicht zurückweisen würde, wohl aber nur unter Bedingung reeller Reformen. Da Herr Nekludov zweifelt, dass Mächte in Konstantinopel einmütig nötige Pression üben, sieht er Lage sehr schwarz. Herr Nekludov wisse nicht bestimmt, was Bulgarien verlangen wolle, wahrscheinlich Anwendung Artikels 23 Berliner Vertrages mit christlichen Valis unter Garantie der Mächte. Russischer Kollege fürchte Krieg, der entsetzliche Menschenopfer fordern werde und auch, da er eventuell bei längerer Dauer und wenn Türkei siegreich (sein)[a]) würde, öffentliche Meinung Rußlands so erregen könnte, daß russische Regierung gegen ihren Willen hineingezogen werden könnte. Wären alle Mächte, meinte russischer Kollege, gleich vorbehaltlos auf Anregung Euer Exzellenz eingegangen, hätte man Balkan beruhigen können. Trotz Erregung in Bulgarien hätten König und Kabinett Geschoff Ruhe erhalten und es wäre zur Mobilisierung nie gekommen, wenn man Türkei angebliche Manöver abgeraten hätte.
Tarnowski.

[a]) Chiffre fehlt.

Nr. 3977. Tel. aus Sofia, 6. Okt. 1912 Nr. 204 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Dobrovich war soeben bei mir und sagte, er habe Argumente und Erwägungen, die ich gegen den Krieg vom Standpunkte Bulgariens ihm gegenüber gestern angeführt hatte, dem Könige gemeldet. Seine Majestät hätte Ansicht ausgesprochen, dass Mächte von Türkei nichts erreichen würden, die, da Friede mit Italien bevorstände, eben jetzt Tripolitanien verliere und mit Rücksicht darauf zu keinen Konzessionen in Mazedonien sich hergeben werde. König Ferdinand sei stets Freund diplomatischer Mittel gewesen und hoffte, seinem Lande Krieg ganz ersparen zu können. Es sei nicht seine Schuld, wenn es anders kam. Was könnten Mächte tun, als nur Mahnungen zum Frieden und Versprechungen, die nie in Erfüllung gehen, wiederholen? Der König könne nicht mehr zurück, man möge nunmehr Ereignissen freien Lauf lassen. Seine Majestät liesse mich dringend bitten, von hoher Regierung zu erlangen, dass der Durchfuhr bulgarischer und auch serbischer Munition keine Schwierigkeiten gemacht werden. Ich trachtete dennoch, mit möglichster Eloquenz an Vernunft Mitredners

zu appellieren, der erwiderte, Krieg sei Kalamität für Bulgarien, es gebe aber kaum Möglichkeit noch, ihm vorzubeugen. Über Absichten Regierung sagte er auch heute, er wisse noch nicht, ob an Türkei eine Note oder Ultimatum gerichtet oder ob an Mächte herangetreten würde. Herr Geschoff stünde diesbezüglich wie auch darüber, was für Mazedonien verlangt wird, mit den anderen Balkanstaaten in Pourparlers. Dobrovich betonte im Laufe der Unterredung, Bulgarien wolle keinen Zoll türkischen Territoriums, nur gründliche Besserung der Verhältnisse in Mazedonien. Ich sprach heute auch mit Geschoff. Sinn dessen, was er mir sagte, ist, dass er Krieg nie gewünscht und auch jetzt noch diese schreckliche Katastrophe von Bulgarien abwenden möchte. Herr Geschoff gestand, dass er es als Glück betrachten würde, wenn König und Regierung zurück könnten. Er werde seine Kollegen zur Mässigung mahnen und trachten, dass Grossmächten Gelegenheit zur Intervention gegeben wird. Hoffnung habe er aber kaum noch, da Türkei und auch hiesige Stimmung zu kriegerisch. Meine heutigen Eindrücke ungünstiger: fürchte, dass König und Herr Geschoff Führung aus der Hand komme und dass Stellung Ultimatums an Türkei nicht ausgeschlossen.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4034.

Tel. nach Athen, 7. Okt. 1912 Nr. 39 (chiffr. 5 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3989.

Tel. nach Athen, 7. Okt. 1912 Nr. 40 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 3990.

Tel. nach Belgrad, 7. Okt. 1912 Nr. 37 (chiffr. 5 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3989.

Tel. nach Belgrad, 7. Okt. 1912 Nr. 39 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 3990.

Nr. 3978. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 7. Okt. 1912 Nr. 109 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Geheim. Herzog Avarna hat mich heute aufgesucht und mir auftragsgemäß von einem zwischen Italien und der Türkei abzuschließenden Geheimakkord Mitteilung gemacht. Demselben solle später ein für die Öffentlichkeit bestimmter Friedensvertrag folgen. Eine identische Mitteilung dürfte auch in Berlin erfolgt sein. Herzog Avarna hat es mir bei dieser Gelegenheit als wünschenswert bezeichnet, wenn die im Prinzipe von allen Kabinetten nach Friedensschluß in Aussicht gestellte Anerkennung der italienischen Souveränität über Lybien vor den übrigen Mächten von uns ausgesprochen würde. Ich habe dem Botschafter geantwortet, mich diesbezüglich zuerst mit dem Berliner Kabinette ins Einvernehmen setzen zu wollen. Euer Hochwohlgeboren wollen dem Herrn Staatssekretär von Obigem in streng vertraulicher Weise Kenntnis geben und ihm sagen, daß ich meinerseits Wert darauf legen würde, daß die in Frage stehende Anerkennung seitens Österreich-Ungarns und Deutschlands gleichzeitig erfolge. Wir könnten, wenn dies der dortigen Auffassung entspricht, schon jetzt der

italienischen Regierung zur Kenntnis bringen, daß wir bereit sind, unmittelbar nach den im Geheimakkord vorgesehenen Kundgebungen der beiden Teile die Anerkennung der italienischen Souveränität auszusprechen.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3984, 4011.

Tel. nach Cetinje, 7. Okt. 1912 Nr. 74 (chiffr. 5 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 3989.

Tel. nach Cetinje, 7. Okt. 1912 Nr. 75 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 3990.

Nr. 3979. Tagesbericht über einen Besuch des türkischen Botschafters, 7. Okt. 1912.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. und G. Berchtold).

Der türkische Botschafter hat mich heute aufgesucht und mir im Auftrage seiner Regierung das Nachstehende mitgeteilt: Le Gouvernement Impérial Ottoman a résolu de réaliser dès-à-présent les améliorations qu'il a reconnues nécessaires d'apporter à l'administration des Vilayets de la Turquie d'Europe, en appliquant sur le pied d'une égalité parfaite entre tous les éléments du Pays les réformes édictées dans la loi des Vilayets, loi préparée en 1880 par les commissaires Impériaux avec la Commission internationale de la Roumélie Orientale en exécution de l'article XXIII du Traité de Berlin. Ich dankte Mavroyeni Bey für seine Mitteilung und bemerkte, die Schwierigkeit liege darin, daß die Mächte, um unter Berufung auf diesen Entschluß der Pforte die Balkanstaaten zur Demobilisierung bewegen zu können, gleichzeitig erklären müßten, daß sie für die tatsächliche Durchführung der Reformen Sorge tragen würden. Der Botschafter erwiderte hierauf, daß es sich um eine offizielle Kundgebung der türkischen Regierung handle, die wohl hinreichende Garantie für die Durchführung biete.

[a]) Mitgeteilt nach Konstantinopel mit Tel. vom 7. Okt. 1912 Nr. 219 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).

Nr. 3980. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 7. Okt. 1912 Nr. 449 (eing. 8. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 445 vom 6. d. M. Russischer Botschafter sagt mir, daß er und Herr Bompard die gestrige Démarche auf der Pforte nicht auf Grund eines speziellen Auftrages ihrer Regierungen unternommen haben, sondern mit Rücksicht auf die von Herrn Poincaré den Mächten vorgeschlagenen vier Punkte. Herr von Giers sagte mir weiters, es sei ihm hauptsächlich darum zu tun gewesen, Zeit zu gewinnen. In Bezug auf das von der Pforte gemachte Versprechen, das Vilajetsgesetz vom Jahre 1880 einführen zu wollen, bemerkte mein russischer Kollege, es sei nicht sein Zweck gewesen, diese Zusicherung zu erhalten, da man erst untersuchen müsse, ob dieses Gesetz unter den heutigen Verhältnissen anwendbar und genügend wäre. „Mais j'ai voulu leur arracher l'article 23, qui est, pour ainsi dire, le drapeau sous lequel les pays balkaniques se sont rangés." Es war ...[a]) fügte er hinzu, die türkischen Staatsmänner dazu zu bringen, daß sie in der bezüglichen Publikation (dieselbe erschien in den heutigen

Zeitungen) den Artikel 23 ausdrücklich zitieren. Mein russischer Kollege schien mir von seiner gestrigen Unterredung auf der Pforte nicht so zufrieden zu sein, als ich dies nach den Äußerungen Gabriel Effendis angenommen hätte. Er bemerkte nämlich, daß auf die Zusagen der Pforte nicht viel zu geben sei und daß seiner Ansicht nach früher oder später eine europäische Kontrolle sich als notwendig erweisen werde. Herr von Giers stellt sich also immer mehr auf den bulgarischen Standpunkt. Seiner Überzeugung nach wäre die türkische Regierung im gegenwärtigen Momente unter einem starken Drucke Europas zu allen Konzessionen bereit, namentlich weil es ihr zum Kriegführen vollkommen an Geld fehle. Pallavicini.

a) Chiffre fehlt.

Nr. 3981. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 7. Okt. 1912 Nr. 82 (eing. 8. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm von gestern Nr. 64. Sir E. Grey, der gestern nach London zurückgekehrt, ließ mich zu sich bitten und sagte mir, er habe gestern abends französischen Vorschlag betreffend Aktion der Mächte erhalten (die Textierung ist, wie ich konstatieren konnte, jene von Euer Exzellenz akzeptierte) und nach einigem Zögern noch gestern abends demselben zugestimmt. Seine Bedenken seien gegen die Worte „prendront en main la réalisation des réformes" gewesen, weil er zwar nicht glaube, daß damit eine Durchführung der Reformen durch die Mächte beabsichtigt sei, eine solche Auslegung aber leicht seitens der Balkanstaaten gegeben werden könnte, welche zweifellos, falls die Aktion erfolgreich sein werde, dieselbe publizieren und aus dieser Garantie der Mächte Kapital schlagen werden. Da sich aber Euer Exzellenz mit dieser von der französischen Regierung vorgeschlagenen Textierung einverstanden erklärt hätten, sowie auch Herr Sazonow zugestimmt habe und anderseits keine Zeit zu versäumen sei, wollte er keine Schwierigkeiten machen oder Verzögerung verursachen und habe einen raschen Entschluß zur Zustimmung gefaßt. Die Hauptsache sei für ihn, daß die Kabinette von Wien und Petersburg in ihrer Stellung übereinstimmen, weil er darin eine Bürgschaft sehe, daß Komplikationen, wenn solche schon nicht vermieden werden könnten, auf den Balkan beschränkt bleiben. Heute hat Sir E. Grey französischen Vorschlag betreffs der in Konstantinopel zu machenden Kollektivdémarche der Mächte erhalten. Er hat zugestimmt und Sir G. A. Lowther ermächtigt, Démarche im Sinne desselben zu machen, sobald alle seine Kollegen gleiche Instruktion haben. Staatssekretär betonte ausdrücklich, daß er Gewicht darauf legen möchte, es Türkei so leicht als möglich zu machen, Vorschläge der Mächte anzunehmen. Wenn man von der Türkei bindende Versprechungen verlange, müsse man billigerweise ihr auch ein entsprechendes Quid pro quo bieten. Streng vertraulich. Deutschem Geschäftsträger gegenüber bezeichnete Grey die Textierung des französischen Vorschlages mit Bezug auf Durchführung der Reformen als „panic wording" und übereilt.

Trauttmansdorff.

a) Vgl. n. 4003.

Nr. 3982. Bericht des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 7. Okt. 1912 Nr. 41 A (eing. 12. Okt.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Ich kenne Herrn Sazonow sowie auch Baron Schilling, welcher ihn begleitet, von Rom aus sehr gut. Am Tage nach deren Ankunft in Paris begegnete ich zufällig Baron Schilling und sagte ihm, dass ich, wohl wissend wie sein Minister während seines kurzen Aufenthaltes in Paris beschäftigt sein würde, ihn mit meinem Besuch gar nicht zu behelligen wünsche, dass ich mich ihm aber bestens empfehlen und ihm sagen lasse, dass, falls er mich trotz seiner Inanspruchnahme zu sehen wünsche, ich selbstverständlich zu seiner Disposition stünde. Am 6. morgens traf die telephonische Nachricht bei mir ein, dass Sazonow mich gerne sprechen möchte; wir vereinbarten, dass ich nachmittags $5^3/_4$ Uhr zu ihm ins Hotel kommen würde. Der Minister empfieng mich auf das freundschaftlichste und entschuldigte sich, dass er wegen Zeitmangels nicht hätte zu mir kommen können, dann sagte er mir ungefähr folgendes: Er hätte eine Unterredung mit mir hauptsächlich aus dem Grunde gewünscht, um mir zu sagen, in wie hohem Masse er von unserer Zustimmung zum französischen Vorschlag befriedigt sei. Es sei ein Ereignis von höchster politischer Tragweite, welches sich nunmehr zugetragen habe; es sei höchste Zeit, dass die Ära des Misstrauens und der Missverständnisse, welche unter seinem Vorgänger und Grafen Aehrenthal gewaltet habe, ein Ende nehme. (Ein verhüllter Tadel an die Adresse Herrn Iswolskis klang hier aus seinen Worten heraus.) Der Entschluss Euerer Exzellenz, in Gemeinschaft mit Russland vorzugehen, sei nichts mehr und nichts weniger als der gesicherte Weltfriede. Er, Sazonow, habe von dem Moment an, als er Minister geworden ist, eine Sorge gehabt, nämlich jene, jegliches Misstrauen, welches der russischen Politik gegenüber bestanden hat, zu zerstören. Er lässt Euere Exzellenz dringend bitten, ihm zu glauben, dass, sowie er von den Gefühlen hoher Wertschätzung und aufrichtiger Freundschaft für die Person Euerer Exzellenz beseelt sei, auch seine Politik frei von jedem Hintergedanken sei. Er wäre persönlich in seinen freundschaftlichen Gefühlen verletzt, wenn Euere Exzellenz dieser seiner Erklärung nicht volles Vertrauen entgegenbringen sollten; er hoffe aber zuversichtlich, dass dies nicht der Fall sein werde. (Die unterstrichenen Worte wiederholte Herr Sazonow zu mindest dreimal mit vielem Nachdruck.) In der österreichischen Presse begegne er der Zumutung, dass der sich in der gemeinsamen Mobilisierung offenbarende Balkanbund das Werk der russischen Diplomatie sei: gewiss habe die russische Diplomatie den Balkanstaaten immer wieder anempfohlen, sich unter einander zu verständigen, doch sicherlich nicht zu aggressiven Zwecken, und am allerwenigsten zur Störung des Status quo. Er habe im Gegenteil immer die Erhaltung des Status quo am Balkan als einen elementaren Punkt seiner Politik bezeichnet und habe sich erst am Vorabende meines Besuchs in Gemeinschaft mit Herrn Poincaré den Balkangesandten gegenüber in diesem Sinne ausgesprochen und ihnen sehr energisch die Leviten gelesen. „Vous ne gagnerez pas cela" — und hiebei machte er eine bezeichnende Bewegung mit der Hand — „si vous faites la guerre, qui ne vous coutera que

beaucoup de vies humaines et beaucoup d'argent" — habe er ihnen erklärt. Das sich in Organen wie die „Zeit" und die „Neue Freie Presse" offenbarende Misstrauen sei daher ganz unbegründet und erfülle ihn mit einiger Besorgnis, da er nicht wisse, in wieweit diese Blätter nur ihre eigene Ansicht ausdrückten. Er hoffe aber, wie gesagt, zuversichtlich, dass ein solches Misstrauen an massgebender Stelle nicht obwaltet. Darüber, dass die englische Antwort auf den hiesigen Vorschlag so lange auf sich warten lasse, verhehlte Herr Sazonow seinen Missmut nicht. Er gab indessen seiner Hoffnung Ausdruck, dass die englischen Bedenken durch die Aufnahme des passus über die Souveränität des Sultans beschwichtigt werden würden. Im allgemeinen zollte er den von Euer Exzellenz angeregten Modificationen in der Formulierung der bei den Balkanstaaten zu überreichenden Note volle Anerkennung; auch Herr Poincaré sei — so sagte mir Herr Sazonow — der Ansicht, dass dieselbe sehr zweckentsprechend und zutreffend sei. Herr Sazonow erwähnte schliesslich auch die Eventualität, dass es, wenn es gelungen sei, einen Krieg zu verhüten, zu einer Konferenz kommen werde; da sei es von ganz eminenter Wichtigkeit, dass schon im Voraus zwischen Österreich-Ungarn und Russland aufrichtige Einigkeit bestehe. Der Minister sprach mit sehr viel Wärme, beinahe mit Enthusiasmus. Seine Worte machten auf mich den Eindruck von wahrer Aufrichtigkeit. Ich verhielt mich während beinahe der ganzen Zeit meines halbstündigen Besuchs rezeptiv; selbst wenn ich hätte wollen, hätte ich schwer zu Worte kommen können. Herr Sazonow sieht prächtig aus, man möchte nicht meinen, dass er im Vorjahre am Rande des Todes gestanden hat. Als unser Gespräch auf persönliche Fragen übergieng, bemerkte er unter Anderem, dass er sich freue, in Petersburg Herrn von Szilassy wiederzufinden, dessen eventuelle Versetzung er befürchtet hatte: „C'est un homme sûr," so meinte er von ihm. Somssich.

a) Vgl. n. 3972, 3987.

Nr. 3983. Bericht des Gesandten Grafen Josef Somssich aus Paris, 7. Okt. 1912 Nr. 41 B (eing. 12. Okt.). Ausfert.

Im Temps vom 5. d. M. heisst es unter Anderem: „M. Poincaré a eu hier soir une conversation avec le Comte Somssich au cours de laquelle il a reçu l'impression que les idées de la diplomatie austro-hongroise concordent, dans l'ensemble, avec celles de la France et de la Russie." Die „Neue Freie Presse" hat diese Notiz übernommen. Ich habe Euerer Exzellenz über meine am 4. d. M. stattgehabte Unterredung mit dem Herrn Ministerpräsidenten telegraphisch a) und mittelst meines gehorsamsten Berichtes vom 5. d. M. Nr. 40 A Meldung zu erstatten die Ehre gehabt. Herr Poincaré las mir bei dieser Gelegenheit den Entwurf der an die Balkanstaaten zu richtenden Note vor und erklärte sie mir Wort für Wort. Er frug mich zum Schlusse, ob ich glaube, ob Euere Exzellenz dem Entwurf Hochderen Zustimmung geben würden. Ich antwortete ihm hierauf, dass ich mich darüber selbstverständlicher Weise nicht äussern könne, nur so viel glaube ich sagen zu können, dass Euere Exzellenz schon durch die Proposition vom August d. J. den Beweis erbracht hätten, wie Hochdenselben die Erhaltung des Friedens

am Balkan am Herzen gelegen sei und dass es demzufolge wohl anzunehmen sei, dass Hochdieselben einen derartigen Vorschlag zum Gegenstande einer wohlwollenden Erwägung machen würden. Das hiesige Ministerium des Äussern kargt mit seinen Mitteilungen an die Presse nicht. In der oben bezogenen Unterredung habe ich Herrn Poincaré auftragsgemäss mitgeteilt, dass der türkische Minister des Äussern unserem Botschafter in Konstantinopel bezüglich der Reformen in Mazedonien wichtige Zusagen gemacht habe. Schon am darauf folgenden Morgen brachte der „Matin" die Meldung: „La Turquie a déjà fait savoir qu'elle admettrait l'intervention des Puissances pour la réalisation des réformes." Die beiden Tatsachen erwähne ich nur zum Beweise dessen, dass die Quelle von Indiscretionen zumeist am Quai d'Orsay zu suchen ist. Somssich.

[a]) n. 3949.

Nr. 3984. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 7. Okt. 1912. Konz. (S. Nemes; V. Berchtold; G. fehlt).

Geheim. Herzog Avarna hat mich heute aufgesucht, um mir auftragsgemäß die streng geheime Mitteilung zu machen, daß die Verhandlungen der italienisch-türkischen Unterhändler insoferne zu einem Resultate geführt haben, als sie sich über einen Präliminarfrieden im nachstehenden Sinne einigen konnten. Der Sultan werde Lybien eine „large autonomie" gewähren und einen türkischen Funktionär bestellen, der nicht den Titel „Vali" führen und von der italienischen Regierung gezahlt werden soll. Der Wirkungskreis desselben bliebe auf die geistlichen Agenden, die er als Vertreter des Khalifen ausübt, beschränkt; im übrigen hätte er sich nur mit einigen noch zu regelnden Fragen nebensächlicher Bedeutung zu befassen. Italien werde sodann das königliche Dekret publizieren lassen, mit welchem die Souveränität — pleine et entière — über Lybien ausgesprochen worden war. Bezüglich der im ägäischen Meere besetzten Inseln sei vereinbart worden, daß dieselben der Türkei zurückgestellt werden, wogegen die Pforte eine Amnestie und Garantien für das Schicksal der Inselbewohner verspricht. Der Inhalt dieses Präliminarabkommens werde geheim bleiben. Ein später abzuschließender Friedensvertrag werde für die Öffentlichkeit bestimmt sein. Derselbe wird die Frage der dette publique sowie andere sekundärer Bedeutung regeln. An diese Mitteilungen knüpfte Herzog Avarna die Bemerkung, daß alle Kabinette ihre Zustimmung gegeben hätten, nach erfolgtem Friedensschluß die italienische Souveränität über Lybien anzuerkennen. Er hielte es für sehr wünschenswert, wenn das Wiener Kabinett — die offizielle Anerkennung betreffend — vorangehen wollte. Ich habe dem Herrn Botschafter erwidert, daß ich mich diesbezüglich mit dem Berliner Kabinette[a]) ins Einvernehmen setzen wolle.

[a]) Vgl. n. 3978.

Nr. 3985. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 7. Okt. 1912 Nr. 143 (eing. 8. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 166. Minister des Äussern wäre mit der von Euer Exzellenz amendierten Formulierung des französischen

Vorschlages einverstanden, hat aber offizielle Nachricht erhalten, daß die großbritannische Regierung an dem Ausdrucke „prendront en main" Anstand nimmt. Er glaubt daher Einigung der Mächte über diesen oder anderen Ausdruck abwarten zu müssen, bevor er Entscheidung trifft. Marquis San Giuliano verhehlt sich nicht, daß noch weitere Abschwächungen der abzugebenden Erklärungen die von ihm schon derzeit nicht günstig eingeschätzten Aussichten der Démarchen noch verschlechtern würden. Ambrózy.

Nr. 3986. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 7. Okt. 1912 Nr. 144 (eing. 8. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Italienische Regierung hat aus Ouchy Nachricht erhalten, daß türkische Unterhändler auftragsgemäß neue Forderungen aufgestellt hätten, von welchen einige irrelevant, andere unannehmbar scheinen. Morgen trifft italienischer Vertrauensmann aus der Schweiz hier ein und wird Entscheidung über die neuen türkischen Petita fallen. Marquis di San Giuliano knüpfte an diese Mitteilungen den in seiner gewöhnlichen Art absichtlich vag formulierten Wunsch, es wäre gut, wenn man der Pforte sagen würde, daß Italien nicht gesonnen ist, Frist zu Verhandlungen über den 12. d. M. zu verlängern. Ambrózy.

[a] Vgl. n. 3999.

Nr. 3987. Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem russischen Botschafter, 7. Okt. 1912.[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. Berchtold).

Der russische Botschafter gab mir am 5. Oktober auftraggemäß den Text der französischen Proposition,[b] betreffend die Hintanhaltung des Kriegsausbruches, zur Einsicht. Ich teilte ihm die textlichen Korrekturen mit, welche ich an dem Vorschlage vorgenommen hatte und die er ohne wesentliche Einwendungen zur Kenntnis nahm. Auf seine Bemerkung, daß im Sinne der Proposition Herrn Poincarés entweder alle sechs Mächte oder Österreich-Ungarn und Rußland im Namen der übrigen die Demarche zu machen hätten, erklärte ich mich bereit, im Vereine mit Rußland den Schritt auszuführen. (Ich fühlte mich hiezu bewogen, da sich dadurch ein Weg bot, mit Rußland ein vertrauensvolleres Verhältnis anzubahnen, wogegen der Refus gegenteilig interpretiert worden wäre, ferner in Rücksicht auf die größere Wirksamkeit einer solchen Vorgangsweise gegenüber den Balkanstaaten.) Herr von Giers betonte seine Überzeugung, daß von nun an alles aus der Vergangenheit überkommene Mißtrauen als ausgemerzt betrachtet werden könnte, was ihn, der mit dem Wunsche, die Beziehungen zu Österreich-Ungarn so gut als möglich zu gestalten, hergekommen sei, lebhaft freue. Ich quittierte diese Kundgebung durch einen Händedruck. Auf die weitere Bemerkung des Botschafters, daß es von großer Wichtigkeit sei, auch für die weitere Entwicklung im gegenseitigen Kontakte vorzugehen, namentlich in Bezug auf Lokalisierung des Krieges, entgegnete ich, daß dies gewiß zutreffe, daß aber ein gemeinsames Vorgehen namens Europas sich derzeit

nur auf die besprochene konkrete Demarche beziehe. Was die Lokalisierung anbelange, schiene mir eine solche gleichbedeutend mit einer eventuellen Intervention. Wir dächten aber an keine solche. Herr von Giers, dem vermutlich die Möglichkeit einer Intervention Rußlands für Bulgarien vorschwebte, ließ darauf das Thema fallen.

[a]) Vgl. n. 3982. — [b]) Vgl. Beilage zu n. 3973.

Nr. 3988. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 7. Okt. 1912 Nr. 176 (eing. 8. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Herr Neratow betrachtet Situation immer am pessimistischesten. Gerent sagte mir, daß Balkanarmeen vorgeschritten seien und daß — wenn bis nächsten Sonntag europäischer Diplomatie nicht gelingen sollte, von der Pforte Garantie für die Durchführung von Reformen zu erhalten — er Kriegsausbruch für unvermeidlich halte, dagegen glaubt er an bevorstehenden Friedensschluss zwischen Pforte und Italien. Szilassy.

Nr. 3989. Tel. nach Sofia Nr. 89, Belgrad Nr. 37, Athen Nr. 39 und Cetinje Nr. 74, 7. Okt. 1912 (chiffr. 5 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

... wie n. 3973 von „Der französische Botschafter" bis „Formulierung folgendermaßen" samt Beilage ... Vorstehendes ist bis zum Einlangen weiterer Weisungen zu Ihrer streng vertraulichen Information bestimmt. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 20 Nr. 35. Vgl. n. 3990, 3992, 3993, 3997.

Nr. 3990. Tel. nach Sofia Nr. 90 (1), Belgrad Nr. 39 (2), Cetinje Nr. 75 (3) und Athen Nr. 40 (4), 7. Okt. 1912 (chiffr. 9 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1.—4. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 89 (beziehungsweise 37, 74, 39). Euer etc. wollen sich mit Ihrem russischen Kollegen betreffs der im obzitierten Telegramme besprochenen Demarche ins Einvernehmen setzen. Wenn demselben analoge Instruktionen zugekommen sind, hätten sich Euer etc. gemeinsam mit ihrem russischen Kollegen zu dem dortigen Minister des Äußern zu begeben. Der der Akkreditierung nach Rangsältere hätte sodann im Namen der Signatarmächte eine Erklärung abzugeben, deren Text wortgetreu die in meinem mehrzitierten Telegramme wiedergegebenen drei Punkte zu umfassen hat. Der Wortlaut dieser Erklärung wäre dem Minister des Äußern in Form einer schriftlichen Aufzeichnung zur Verfügung zu stellen. Eine analoge Instruktion ergeht gleichzeitig an die k. u. k. Gesandten bei den drei anderen Balkanstaaten.

Berchtold.

[a]) Mitgeteilt nach Konstantinopel mit Tel. Nr. 218 vom 7. Okt. (chiffr. 10 U. p. m.). Vgl. auch n. 3973, 3992, 3997, 4009.

Nr. 3991. Denkschrift des Sektionschefs Grafen Friedrich Szápáry, 7. Okt. 1912.a) Abschrift.

Geheim. Die gegenwärtige Orientkrise hat auf dem Gebiete der österreichisch-ungarisch-deutschen Beziehungen Erscheinungen gezeitigt, deren höchst bedenklicher Charakter umso grössere Aufmerksamkeit erfordert, als durch Vorgänge dieser Art nicht nur die derzeit am Spiele stehenden wichtigen Interessen der Monarchie gefährdet erscheinen, sondern geradezu die ungeminderte Festigkeit des seit mehr als 30 Jahren die Grundlage der Politik der beiden Reiche bildenden Allianzverhältnisses Schaden leiden könnte. Zur Feststellung der Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinungen ist es nötig, auf die Entwicklung des österreichisch-ungarisch-deutschen Verhältnisses in seiner Beziehung zur Orientpolitik einen Rückblick zu werfen.

Das österreichisch-ungarisch-deutsche Bündnis hatte das Bedürfnis beider vertragschliessenden Teile zum Ausgangspunkt, sich gegenseitig vor den Wirkungen zu schützen, welche die Ergebnisse des Berliner Kongresses auf die Beziehungen beider Reiche zu dem in seinen Aspirationen zurückgedrängten Russland ausgeübt hatten. Es würde zu weit führen, auf die Peripetien einzugehen, welche sich im Laufe der Jahrzehnte im Verhältnis Russlands zu Oesterreich-Ungarn und Deutschland ergeben haben und es genüge an dieser Stelle zu konstatieren, dass der dem Bündnisse zugrunde liegende Gedanke trotz der verschiedenen deutscherseits unternommenen Versuche, die traditionelle deutsch-russische Freundschaft für deutsche Sonderzwecke wieder aufleben zu lassen, in beiden Hauptmomenten, in welchen die Allianz die Probe zu bestehen hatte, das ist im Jahre 1888 und im Jahre 1908—09 voll zur Geltung kam.

Der im Laufe der letzten Jahre mehr und mehr in den Vordergrund tretende deutsch-englische Gegensatz konnte für die auf eine von der heutigen verschiedenen Weltlage aufgebauten europäischen Allianzverhältnisse nicht ohne Rückwirkung bleiben. Die zu Lebzeiten König Eduards VII. zutage getretenen Einkreisungsbestrebungen legten den deutschen Staatsmännern den Gedanken nahe, die seit der Annexionskampagne eingetretene Entfremdung Russlands und Oesterreich-Ungarns auszunützen, der Monarchie in der Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Russland zuvorzukommen und damit für den Fall eines deutsch-englischen Zusammenstosses eine Rückendeckung zu erlangen.

Die Potsdamer Zusammenkunft vom Jahre 1910 führte zu Pourparlers, in deren Verlaufe die deutsche Regierung Russland ohne Oesterreich-Ungarns Vorwissen Erklärungen über dessen Ziele auf dem Gebiete der Orientpolitik abgab, die russische Regierung versicherte, dass Deutschland aggressive Pläne Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan nicht unterstützen würde und überdies erklärte, an keiner Kombination teilnehmen zu wollen, welche eine Spitze gegen Russland hätte. Diese dem Bundesverhältnisse gegebene Umschreibung musste Oesterreich-Ungarn zu einer partiellen Revision seiner Orientpolitik veranlassen, um letztere, dem so störend aufgetretenen deutsch-englischen Gegensatz Rechnung tragend, den Westmächten gegenüber auf eine veränderte Grundlage zu stellen. Die Monarchie musste bemüht sein, die vielfachen Berührungspunkte der englischen, französischen und öster-

reichisch-ungarischen Orientinteressen zum teilweisen Ersatze jenes Rückhaltes heranzuziehen, welcher durch die Potsdamer Interpretation von Seiten Deutschlands für die Zukunft in Frage gestellt schien. Diesem Bestreben entsprechend, liess sich die Monarchie angelegen sein, in dem bald nachher neuerlich akut gewordenen Marokkokonflikt von der ihr infolge des deutschen Vorgehens billigerweise zustehenden Bewegungsfreiheit Gebrauch zu machen. Von einer allzu prononcierten diplomatischen Unterstützung der deutschen Ansprüche absehend, zog sie sich auf den Standpunkt der blossen Geltendmachung der österreichisch-ungarischen Interessen in Marokko zurück und beschränkte sich, gestützt auf ihre guten Beziehungen zur Republik, darauf, eine freundschaftliche Einwirkung auf das Pariser Kabinett zugunsten Deutschlands eintreten zu lassen. Diese Stellungnahme des Wiener Kabinetts wurde von der Berliner Regierung insoferne gewürdigt, als der taktische Vorteil eines solchen Verhaltens für die deutsche Politik nicht in Abrede gestellt wurde. Dessenungeachtet erweckte eine in einem Teile der österreichischen Öffentlichkeit aus innerpolitischen Gründen zur Schau getragene Unzufriedenheit mit dieser Politik auch in gewissen deutschen Kreisen lebhaften Widerhall, wobei der hüben und drüben vorhandene Wunsch nach besonders warmen Beziehungen zwischen den Bundesgenossen vielfach zum Ausdruck kam.

Die neuerliche Begegnung der Monarchen und leitenden Staatsmänner Deutschlands und Russlands zu Baltisch-Port scheint jedoch eine weitere Etappe in der Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen im Sinne des in Potsdam eingeschlagenen Weges bedeutet zu haben, wenn man diesbezüglich aus den Ereignissen der allerjüngsten Zeit einen Schluss ziehen darf.

Als die Vorboten der heute in vollem Umfange ausgebrochenen Orientkrise wahrnehmbar wurden, kam in der deutschen Presse eine gewisse Beunruhigung zum Ausdruck, dass eine Geltendmachung der österreichisch-ungarischen Orientinteressen dem verbündeten Deutschland Verlegenheiten bereiten könnte. Sobald dann die Balkanlage eine entschieden kriegerische Entwicklung zu nehmen schien, tauchte in offiziösen deutschen Blättern zuerst die Wendung auf, dass ein eventueller Balkankrieg „lokalisiert" werden würde und somit zu einer Besorgnis keine Veranlassung bestehe. Während die österreichisch-ungarische Diplomatie noch vollauf damit beschäftigt war, ein Mittel zur Verhütung des Kriegsausbruches ausfindig zu machen, glaubte das Berliner Kabinett bereits mit einem Antrag an Wien herantreten zu sollen, laut welchem die beiden Regierungen gemeinsam mit einem Lokalisierungsvorschlage in Petersburg auftreten sollten, um so „Russland zu zwingen, Farbe zu bekennen." Auf diesen Anwurf wurde österreichisch-ungarischerseits erwidert, dass man in Wien die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens noch nicht aufgegeben habe, jedoch bereit sei, über die „Lokalisierung" eines eventuellen Balkankrieges wohl mit dem deutschen Verbündeten, nicht aber mit einer dem anderen europäischen Allianzsysteme angehörigen Macht in eine Konversation einzutreten. Auf diese Erwiderung erfolgte deutscherseits keine Rückäusserung. Ein in der Folge von Wien ausgegangener Vorschlag, laut welchem die beiden Verbündeten gemeinsam einen, wenn auch wenig Erfolg versprechenden Versuch unternehmen sollten, zur Verhütung des Krieges türkischerseits eine Erklärung betreffend das

Nichtvorhandensein aggressiver Absichten zu erlangen und auf Grund dieser Erklärung mit allen Mächten die Demobilisierung der Balkanstaaten durchzusetzen, wurde unter Hinweis auf dessen Aussichtslosigkeit und mit dem Bemerken abgelehnt, dass die deutsche Regierung ohne Kenntnis der weiteren Absichten des Wiener Kabinetts im Falle des Nichtgelingens der Aktion sich in die Verhandlung über diesen Vorschlag nicht einlassen könne.[b]) Inzwischen kam es zur allgemeinen Mobilisierung auch auf türkischer Seite, so dass dieser Vorschlag durch die Ereignisse überholt erschien und von Wien aus nicht weiter verfolgt wurde.

Fast gleichzeitig traf Herr Sazonow im Verlaufe seiner allerdings schon seit langem anberaumten Reise nach London und Paris, in letzterer Hauptstadt ein. Die französischen Blätter verkündeten triumphierend, dass nun Paris zum Hauptquartier für die diplomatischen Verhandlungen Europas ausersehen sei. In welchem Umfange sich dies bewahrheiten sollte, wurde durch die bald darauf erfolgte publizistische Ankündigung eines Vorschlages der Mächte bestätigt, welcher die Demobilisierung der Streitteile und im Falle des Kriegsausbruches die „Lokalisierung" des Konfliktes zum Ziele haben sollte. Dieser Vorschlag, wurde weiters gemeldet, habe die Aussöhnung der österreichisch-ungarisch-russischen Gegensätze zum Ziele, sei unter Mitwirkung des Berliner Kabinetts ausgearbeitet worden und habe somit dessen volle Billigung gefunden. Oesterreich-Ungarn hatte an den bezüglichen Verhandlungen keinen Anteil. Laut den Meldungen des österreichisch-ungarischen Geschäftsträgers in Paris[c]) nahmen an denselben ausser Herrn Poincaré und Herrn Sazonow die Botschafter Iswolsky und Freiherr von Schoen teil. Aus Berlin meldete die dortige k. und k. Mission,[d]) dass auch Herr von Kiderlen und Herr Jules Cambon eifrig an der zu proponierenden Formel gearbeitet hätten. In der Tat wurde der mehrerwähnte Vorschlag fast gleichzeitig vom kaiserlich deutschen Botschafter[e]) in vertraulicher und vom französischen Botschafter[f]) in offizieller Weise in Wien mitgeteilt. Die Eröffnungen des ersteren enthielten auffallenderweise eine Proposition betreffend die „Lokalisierung" des zu gewärtigenden Konfliktes und einen weiteren Passus, der nicht anders als eine Désinteréssement-Erklärung aufgefasst werden konnte, während die französische Démarche diese Momente vermissen liess.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Monarchie durch den unter deutscher Mitwirkung, wenn nicht gar unter deutscher Aegide, zustande gekommenen Vorschlag, insbesondere in dessen deutscher Formulierung, vor eine schwierige Frage gestellt würde. Soll sie ihre bisher so vorteilhafte politische und strategische Position durch vorzeitige Demaskierung der letzten Ziele ihrer Politik kompromittieren, den Balkanstaaten durch eine Neutralitäts- und Désintéressement-Erklärung einen Freibrief zur Aggression auf die Türkei ausstellen und sich, jeden diplomatischen Rückhaltes beraubt, bedingungslos dem russischen Balkanprogramm unterwerfen? Oder soll sie durch Ablehnung des Lokalisierungsansinnens das Odium scheinbarer aggressiver Absichten auf sich laden und Russland den Vorwand zu vorzeitigen Schutzmassnahmen bieten? Der Lokalisierungsvorschlag ist zur Stunde — sei es, dass die Westmächte auf Oesterreich-Ungarn mehr Rück-

sicht nahmen als sein Bundesgenosse, sei es, dass man die Stellung des Antrages bis nach dem Kriegsausbruch verschieben zu sollen meinte — noch nicht erfolgt. Wie immer dem sei, hat unser Alliierter im Augenblicke, wo der historische Moment gekommen schien, auf welchen sich die Monarchie seit Jahrzehnten diplomatisch und militärisch vorbereitet, den Versuch gemacht, durch eine europäische Aktion unsere Bewegungsfreiheit einzuschränken und uns den Vorteil des uns zukommenden natürlichen Vorsprunges auf der Balkanhalbinsel zu rauben. Wie sich diese im Grossen aus der Theorie ins Praktische übertragene Potsdamer Politik mit den deutschen Orientinteressen in Einklang bringen lässt, wie sich die Schwächung des Bündnisgedankens in einem Momente rechtfertigen lässt, in welchem gerade die entfernte Chance einer maritimen Konkurrenzfähigkeit der Tripelallianz mit den Ententemächten auftaucht, ist Deutschlands Sache. Für uns bedeutet dies ein Versagen der Allianz in Bezug auf ihren Hauptzweck. Der nicht unberechtigten Sorge des Deutschen Reiches, dass ein Balkankonflikt auch den deutsch-englischen nach sich ziehen könnte, hätte man sich auch österreichisch-ungarischerseits nicht verschlossen, aber man war wohl befugt zu erwarten, dass Deutschland sich die nötige Klarheit über unsere ohnehin zur Genüge bekannten Ziele im Orient auf andere Weise verschaffen würde, als durch eine europäische Aktion, welche im Grunde auf eine Knebelung unserer Dispositionsfreiheit hinauslaufen soll. Eine aktive diplomatische Unterstützung in Orientangelegenheiten hat die Monarchie trotz der Uebereinstimmung der beiderseitigen Orientinteressen von Deutschland weder je erwartet, noch erbeten; dass letzteres sich aber beeilen würde, seine Aktivität der Sache des Gegners zu widmen, um hiemit die diplomatische Isolierung Deutschlands auf uns abzuwälzen, ein solches Vorgehen reicht nahe an das Mark des deutsch-österreichisch-ungarischen Verhältnisses und rüttelt an dem Fundament desselben.

Würde deutscherseits in diesem Zusammenhange auf Marokko hingewiesen werden, so müsste sich die Monarchie gegen die Aufwerfung einer Parallele verwahren, welche nur gefunden werden könnte, wenn Graf Aehrenthal im Jahre 1907 *g)* in Ischl mit König Eduard auf das Thema der deutschen Flottenrüstungen eingegangen wäre, statt die bekannte Antwort zu geben, welche uns die Schwierigkeiten des Annexionsjahres eingetragen hat.

Zur Zeit ist dieser wenig erbauliche Hintergrund der Mächtekonversation in der Oeffentlichkeit noch nicht bekannt geworden und es muss gehofft werden, dass dem so bleiben wird. Sonst wäre zu befürchten, dass bei uns wie in ganz Europa das Zusammenstehen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands bei Eintritt des Casus foederis in Zweifel gezogen und durch die Entfesselung der Erbitterung weiter Kreise der Monarchie eine Desorganisation der europäischen Staatengruppierung angebahnt werden könnte. Wohl aber könnte sich andererseits auch in Deutschland, besonders in alldeutschen Kreisen, ein Sturm der Entrüstung erheben, welche die gegenwärtige deutsche Regierung hinwegfegen könnte — wohl nicht zum Schaden der deutschen Reichspolitik und der historischen Interessen der beiden zentral-europäischen Kaisermächte.

a) Vgl. n. 3996, 4022. — *b)* Vgl. n. 3932. — *c)* Vgl. n. 3949, 3963. — *d)* Vgl. n. 3944. — *e)* Vgl. n. 3943. — *f)* Vgl. n. 3965. — *g)* Wohl irrtümlich für 1908. Vgl. n. 55 und die dort zitierten Akten.

Nr. 3992. Tel. aus Athen, 8. Okt. 1912 Nr. 121 (eing. 9. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Demarche wurde genau nach den Instruktionen Euer Exzellenz Telegramme Nr. 39 und 40 von meinem russischen Kollegen und mir heute nachmittags bei Minister des Äußern ausgeführt, wobei ich als Rangsälterer Wort führte. Herr Coromilas nahm von derselben Akt und erwiderte, griechische Regierung könne sich vorläufig nicht darüber selbständig äußern, da dieser Schritt alle vier Balkanstaaten betreffe, weshalb sie sich vorher mit ihnen diesfalls ins Einvernehmen setzen müsse. Minister des Äußern ließ sich von uns wiederholen, daß wir im Namen aller Signatarmächte sprechen und machte hiebei eine Anspielung auf Italien, welches in diesem Falle gleichfalls für die Integrität der europäischen Türkei eintrete, anderseits aber, wie die Dinge liegen, seine Stimme nicht in Konstantinopel erheben könne. Braun.

[a] Oe. U. Balkan 23 Nr. 39. Vgl. n. 4018, 4038 Anm. d, 4048 Anm. b.

Nr. 3993. Tel. aus Belgrad, 8. Okt. 1912 Nr. 85 (eing. 8 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Ad Telegramm Nr. 37. Ich habe soeben erhaltenen Auftrag mit russischem Kollegen ausgeführt. Herr Pašić erklärte, er werde überreichte Erklärung dem Ministerrate vorlegen und sich auch mit Sofia diesbezüglich ins Einvernehmen setzen. Er könne selbstverständlich derzeit keine bindende Erklärung abgeben, er versicherte uns aber, dass er seinerseits alles machen werde, damit der Krieg vermieden werde. Allerdings wird das nicht mehr leicht gehen, umsoweniger, da Montenegro bereits den Krieg erklärt habe. Er wird die Antwort uns zukommen lassen. Französischer Gesandter erhielt Auftrag, unsere Demarche nachdrücklichst zu unterstützen. Deutscher, italienischer, englischer Gesandter haben vorläufig analogen Auftrag noch nicht erhalten. Ugron.

[a] Oe. U. Balkan 22 Nr. 37. Vgl. n. 4038 Anm. d, 4048 Anm. b.

Nr. 3994. Bericht aus Belgrad, 8. Okt. 1912 Nr. 102 (eing. 10. Okt.).[a] Ausfert.

Ich habe bereits in meiner Berichterstattung Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, daß ein gewisser Umschwung zu unseren Gunsten in der öffentlichen serbischen Meinung zu konstatieren ist und Hand in Hand geht damit eine kleine Ernüchterung in der Beurteilung der Beziehungen zu Rußland. Herr Jovanović mag Recht gehabt haben, als er mir neulich sagte, daß die jetzige kritische Zeit einen Wendepunkt im Verhältnis Serbiens zur Monarchie bilden kann. Hiezu mögen die Ereignisse der kommenden Tage das Ihrige beitragen, denn daß Russland mit Österreich-Ungarn als Mandatare der Signatarmächte Schritte zur Hintanhaltung des Krieges mit der Betonung der Erhaltung des Status quo am Balkan unternimmt, muß hier in den kompetenten Kreisen geradezu konsternierend wirken. Herr Jovanović sagte mir noch heute, daß das eine bittere Enttäuschung

für alle bieten müsse, die blindes Vertrauen zu Rußland gehabt haben und mit Gewißheit darauf rechneten, daß sie mit ihren weitgehenden Aspirationen in dieser kritischen Lage in Petersburg kräftige Unterstützung finden werden. Er meinte, er sei neugierig, welche Sprache die serbischen Zeitungen reden werden, sobald die heute vom russischen Gesandten und von mir unternommene Démarche bekannt sein wird. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß einzelne besonders russophile Organe den Umstand benützen werden, um die Démarche als eine weniger bedeutungsvolle Aktion hinzustellen, da sie die Teilnahme Rußlands daran in einem für Serbien günstigen Sinne werden deuten wollen. Uns gegenüber hat sich die serbische Presse in letzter Zeit ungewöhnlich ruhig benommen; ja sogar einzelne Zeitungen haben in ganz objektiven Tone, fast mit einem Anflug von Sympathie über uns geschrieben. Allerdings haben „Politika" und „Mali Žurnal" ihre Gehässigkeiten auch jetzt nicht eingestellt, und ich beehre mich, einen besonders vehementen Artikel der letztgenannten Zeitung in deutscher Übersetzung Euer Exzellenz ergebenst in Vorlage[b]) zu bringen. Ugron.

[a]) Vgl. n. 4020. — [b]) Es war der Artikel „Unsere Antwort auf den Schritt der Großmächte sei die Antwort mit dem Maschinengewehr" in „Mali Zurnal" vom 8. Okt. 1912. Es heißt dort: ... Jetzt versprechen sie gar eine Verbesserung der Lage und Reformen, jedoch aus der Hand des verfluchten Oesterreich. Dem Plane Sazonows nach sollen Rußland und Oesterreich dafür Sorge tragen und die Kontrolle über die Türkei führen, bei Einführung und Durchführung der Reformen in Altserbien und Mazedonien. Mit welchem Rechte hat sich Oesterreich in das Schicksal unseres Volkes am Balkan zu mischen? Oesterreich hat am Balkan weder nach dem internationalen Rechte noch nach dem Willen des Volkes irgend etwas zu suchen. Das, was es wünscht, ist räuberisches Entreissen, und wenn es Europa zur Plünderung zuläßt, so gestatten wir das nicht, denn jene Länder gehören uns und jenes Volk ist Blut von unserem Blute. Oesterreich will den Sandjak von Novi-Pazar. Auf Grund wessen will es dieses Land haben? Auf Grund des internationalen Rechtes hat es keinerlei Grund, auf dasselbe irgend einen Anspruch zu erheben. Vor drei Jahren hat es desselben sogar schriftlich entsagt, wofür es den fetten Bissen „Bosnien und die Herzegovina" — Gott gebe es, es möge bald daran ersticken — von der Türkei erhielt. Den Sandjak von Novi-Pazar wird Oesterreich nie erhalten und kann es auch nicht. ...

Nr. 3995. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 8. Okt. 1912 Nr. 193 (eing. 9. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Ich habe heute den mir seit vielen Jahren bekannten Herrn Sazonow im Hôtel aufgesucht. Russischer Minister des Äussern sagte mir, er sei befriedigt, dass England endlich der von den übrigen Mächten angenommenen Textierung zugestimmt habe. Durch Englands Verhalten hatte aber Europa 48 kostbare Stunden verloren. Er sehe, dass in dem ihm mitgeteilten Texte, der unsererseits der Demarche bei den Balkanstaaten zu Grunde gelegt wird, eine Divergenz vorhanden sei, da wir in einem Falle ein Futurum anwenden, wo russischerseits das Präsens angewendet ist. Er wolle dies aber durchaus nicht relevieren, sondern akzeptiere ohne weiters unseren Text. Der Augenblick sei wirklich zu ernst, um über solche Nebensachen Zeit zu verlieren. Er nehme an, dass die Demarchen unserer Vertreter heute erfolgt seien. Er begrüsse aufrichtig das Zusammengehen Österreich-Ungarns und Russlands. Beide hätten wiederholt erklärt, dass

sie die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan wünschten. Er könne uns immer wieder versichern, dass Russland absolut darin loyal sei und er sei auch von Österreich-Ungarns Loyalität überzeugt. Für Euer Exzellenz hätte er persönlich eine besondere Wertschätzung, er kenne Hochdieselben als einen homme franc et sincère und habe volles Vertrauen in die Aufrichtigkeit und Loyalität Euer Exzellenz Politik. „Tant que vous ne reprendrez pas le sandjak, tout ira au mieux". Graf Thurn hätte ihm aber bereits ausführlich auseinandergesetzt, warum Österreich-Ungarn den Sandjak aufgegeben habe. Damals hätte uns niemand daran hindern können, ihn zu behalten. Es wäre tatsächlich keine leicht verständliche Diplomatie, zuerst etwas aufzugeben, um es dann wieder nehmen zu wollen. Er glaube daher, diesbezüglich beruhigt sein zu können. Er könne nur hoffen, dass die Demarchen den gewollten Eindruck machen. Wenn der Krieg aber ausbräche, so könne man auf ein einiges Europa zählen, daß die Lokalisierung des Krieges erreicht werde. Italienischer Botschafter, der vor mir den russischen Minister des Äussern besucht hatte, erzählte mir, Herr Sazonow hätte gesagt, das gefährliche Moment liege seiner Ansicht nach darin, dass König Ferdinand kaum mehr zurück könne, weil er sonst Leben und Thron riskiere. Herr Sazonow besuchte um 4 Uhr den Staatssekretär, um 6 Uhr den Reichskanzler und dinierte abends in kleinem Kreise bei Herrn von Kiderlen. Herr von Giers, der heute früh hier eintraf und erst morgen abends nach Wien zurückkehren wollte, tritt aus dienstlichen Gründen die Rückreise bereits heute abends an. Flotow.

a) Vgl. n. 4017, 4032.

Nr. 3996. Privatschreiben an den Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes von Kiderlen-Wächter, 8. Okt. 1912.a) Abschrift.

Angesichts der bedrohlichen Wendung, die in der Balkankrise eingetreten ist, habe ich mich genötigt gesehen, Szögyény trotz dessen starker Erkältung aufzufordern, nach Berlin einzurücken. Durch die Bildung des Balkanbundes hat die orientalische Frage ein neues, nicht eben sympathisch anmutendes Gesicht bekommen. Von Tscharykoff und der „Novoje Wremja" seinerzeit concipiert, ist diese im Zeichen der Orthodoxie stehende Verbindung teils mit, teils ohne Zutun des offiziellen Russland zustande gekommen, um für die Zukunft ein verfügbares Werkzeug der russischen Politik gegen alles Nichtrussische im nahen Oriente zu bilden. Unseren Informationen zufolge ist der Bund auf breitester Grundlage geschlossen und ein militärisches Zusammengehen auch für die Zukunft durch alljährliches Zusammentreten der Generalstabschefs der vier Armeen vorgesehen. Der naheliegende Gedanke, dass die territorialen und politischen Ambitionen dieser vier Parvenus dieselben über kurz oder lange übereinanderbringen könnten, bildet diesen Tatsachen gegenüber den Trost der sauern Trauben in der Fabel. Die englische Einkreisungspolitik, verständnisvoll secundiert vom russischen Panorthodoxismus, hat da einen Schritt nach vorwärts gemacht, welcher den Drahtziehern hinter der Bühne alle Ehre macht. Wir haben in den letzten Tagen ein geschäftiges Treiben im Lager der

Tripleentente beobachten können, welches Herrn Poincaré zu einem Augenblickserfolge verholfen, gleichzeitig aber auch den Beweis von dem soliden Zusammenarbeiten unserer Gegner geliefert hat. Ich glaube, wir sollten uns an ihnen ein Beispiel nehmen und die Lebensgeister des Dreibundes nicht kümmern lassen. Andernfalls würde der Dreibund unfehlbar zum Spielball seiner Widersacher werden. Ich zweifle nicht, dass Szögyény Euere Excellenz meine Auffassung über die Lage getreu interpretieren werde und bitte Sie, hochgeehrtester Herr Staatssecretär, die Ausführungen desselben mit freundlicher Gesinnung entgegennehmen zu wollen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 3991, 4022.

Nr. 3997. Tel. aus Cetinje, 8. Okt. 1912 Nr. 108 (eing. 8 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Ich habe mich heute, 11 Uhr vormittags telegrafischer Aufträge Nr. 74 und 75 entledigt. In Abwesenheit des Ministers des Äussern adressierte sich der russische Kollege und ich direkt an den König, welcher seine Abreise zur Armee verzögerte, um uns zu empfangen. Ich verlas meine, mit der Instruktion des russischen Gesandten identische Erklärung und wir fügten hinzu, dass dieselbe im Namen aller Signatarmächte abgegeben sei. Ich sende Kopie des Wortlautes der Erklärung sowie auch der Antwort des Königs mit Kurier ab. Antwort des Königs von Montenegro ist unter Ausdruck des Bedauerns und der Ergebenheit für beide Souveräne und die zwei Kaiserreiche, seine Freunde und Protektoren, negativ; Wortlaut folgt telegrafisch[b]) nach. König reiste unmittelbar nach dieser Audienz zur Armee Podgoritza ab, woselbst noch heute Krieg proklamiert wird. Montenegrinischer Vertreter in Konstantinopel ist beauftragt, Kriegserklärung heute zu übergeben. Hiesiger Vertreter der Türkei hat heute Pässe zugestellt erhalten. Giesl.

[a]) Oe. U. Balkan 21 Nr. 36. Vgl. n. 4038 Anm. c. — [b]) Vgl. n. 3998.

Nr. 3998. Tel. aus Cetinje, 8. Okt. 1912 Nr. 109 (eing. 9. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

König von Montenegro hat dem russischen Gesandten und mir auf unsere Erklärung nachstehende Antwort erteilt: „Je regrette que l'intervention des Puissances se produise un peu tard. Voici 2 mois que la note du gouvernement monténégrin sollicitant cette intervention a été remise. L'Europe est restée muette et je me suis cru oublié. La Turquie nous a causé tant de torts depuis 34 ans et surtout ces dernières annés. Les troupes turques ont occupé notre territoire et y ont établi des retranchements. J'ai protesté à maintes reprises, mais je prêche dans le désert. Depuis longtemps le Monténégro demandait la jonction des routes et le desèchement du lac de Scutari: rien n'a été fait jusqu'ici et plusieurs villages de la Zeta sont inondés. Enfin et surtout les massacres de nos frères chrétiens sur les confins du Monténégro n'ont pas discontinué et m'ont frappé au coeur. En ce moment la situation du Royaume est telle que même si ses alliès se dégageaient vis-à-vis de lui — ce que je ne puis supposer un instant — l'état de l'esprit

de mon peuple m'obligerait à entrer en action. Vous me comprendrez. Je suis profondément peiné de ne pouvoir suivre les conseils des deux empires amis et protecteurs et surtout de leurs gracieux Souverains qui ont été toujours si bons pour moi." Giesl.

[a]) Vgl. n. 3997.

Nr. 3999. Tel. nach Konstantinopel Nr. 220 (1) und Rom Nr. 167 (2), 8. Okt. 1912 (chiffr. 10 U. p. m.). Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Berchtold).

1. Herzog Avarna hat mir vor einigen Tagen[a]) auftragsgemäß die Mitteilung gemacht, daß seine Regierung entschlossen sei, den ottomanischen Unterhändlern eine am 12. l. M. ablaufende Frist zu stellen. Falls der Friede bis dahin nicht geschlossen wäre, würde Italien die militärischen Operationen auf ein anderes als das bisherige Gebiet verlegen. Der Herr Botschafter fügte hinzu, es wäre seiner Ansicht nach im eminenten Interesse der Türkei gelegen, im gegenwärtigen Moment keine weiteren Schwierigkeiten zu machen; Italien wäre, abgesehen von der Souveränitätsfrage, in der ein Nachgeben ausgeschlossen sei, in allen anderen Punkten zu Entgegenkommen bereit. Einem Telegramme Baron Ambrózys vom 7. d. M.[b]) zufolge sollen die türkischen Unterhändler in Ouchy neue Forderungen, darunter einige unannehmbare, gestellt haben. Marquis di San Giuliano hat sich diesbezüglich zu Baron Ambrózy dahin geäußert, daß Italien nicht gesonnen sei, die Frist über den 12. d. M. zu verlängern. Euer Exzellenz wollen das Vorstehende in der geeigneten Form auf der Pforte verwerten und hinzufügen, daß auch nach meiner Ansicht die Türkei angesichts der schwierigen Situation gut daran täte, möglichst rasch zu einer Verständigung mit Italien zu gelangen.

2. Euer Hochwohlgeboren Telegramm vom 7. d. M., Nr. 144, erhalten. Euer Hochwohlgeboren wollen Marquis di San Giuliano sagen, daß ich, seinem Wunsche entsprechend, Markgrafen Pallavicini beauftragt habe, der Pforte mitzuteilen, daß ich einen baldigen Abschluß der Friedensverhandlungen umsomehr als in ihrem Interesse gelegen ansehe, als mir bekannt sei, daß die italienische Regierung an der gestellten Frist festzuhalten entschlossen sei. Euer Hochwohlgeboren wollen hinzufügen, daß ich mit Absicht jeden Hinweis auf den diesbezüglich geäußerten Wunsch des italienischen Kabinettes vermieden habe, da ich mir von einem spontanen Rat unsererseits eine größere Wirkung auf die Pforte verspreche.

Berchtold.

[a]) n. 3950. — [b]) n. 3986.

Nr. 4000. Tel. nach Konstantinopel, 8. Okt. 1912 Nr. 221 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Macchio).

Im Nachhange meines Telegrammes Nr. 215 vom 6. l. M. Der französische Botschafter hat mir gestern auftragsgemäß eine Aufzeichnung überreicht, welche die bei der Pforte zu unternehmende Demarche zum Gegenstande hat. Ich habe den darin enthaltenen Vorschlag mit einem kleinen

Amendement akzeptiert, welcher in dem nachstehenden Texte aufgenommen ist: „Les Puissances informeraient la Porte qu'elles prennent acte de l'intention publiquement annoncée du Gouvernement Turc d'introduire des réformes et qu'elles discuteront immédiatement avec la Sublime Porte, dans l'esprit de l'article 23 du traité de Berlin et de la loi de 1880, les réformes que comporte l'administration de la Turquie d'Europe et les mesures propres à en assurer la réalisation dans l'intérêt des populations, étant entendu que ces réformes ne porteront pas atteinte à la Souveraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan et à l'intégrité territoriale de l'Empire Ottoman." Euer Exzellenz sind ermächtigt, die Demarche im Einvernehmen mit Ihren Kollegen auszuführen, sobald alle im Besitze gleicher Instruktionen sein werden. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 24 Nr. 41. Vgl. n. 4024, 4025.

*Nr. **4001**. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 8. Okt. 1912 Nr. 451 (eing. 6. U. 30 M. p. m.).a) Entziff.*

Die Publikation der Pforte bezüglich der Anwendung des Vilajetsgesetzes vom Jahre 1880 scheint in der hiesigen öffentlichen Meinung grosse Erregung hervorgebracht zu haben. An der Spitze der Bewegung steht zweifellos das Comité „Union et Progrès". Gestern fand vor der Pforte eine sehr stürmische Volksversammlung statt. Die heutigen Zeitungen bringen ein Regierungscommuniqué, welches erklärt, dass die einzuführenden Reformen erst „studiert" werden und das betreffende Gesetz noch Kammer und Senat passieren müsse. Dies kommt einer Zurückziehung der vorgestern den Botschaftern von Russland und Frankreich gemachten Zusicherungen gleich. Gestern wurde für die rumelischen Vilajete und Konstantinopel der Belagerungszustand proklamiert. Pallavicini.

a) Vgl. n. 4002.

*Nr. **4002**. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 8. Okt. 1912 Nr. 453 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.*

Aus meinem heutigen Telegramme Nr. 451 werden Euer Excellenz entnommen haben, dass die türkische Regierung unter dem Drucke der öffentlichen Meinung in Beziehung auf die Reformfrage wieder in eine schwierigere Lage geraten ist. Unter diesen Umständen glaube ich, Euer Excellenz darauf aufmerksam machen zu sollen, dass der französische Vorschlag, welcher hier den Eindruck machen müsste, Europa wolle zur Interventionspolitik zurückkehren, kaum geeignet erscheint, die Situation, insoferne die Türkei in Frage kommt, zu retten. Der jungtürkische Einfluss macht sich stündlich mehr fühlbar, insbesondere in Armeekreisen. Pallavicini.

*Nr. **4003**. Tel. nach London, 8. Okt. 1912 Nr. 65 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).*

Erhalten Telegramm Nr. 82 vom 7. d. M. Der englische Botschafter hat mich heute aufgesucht und sich mir gegenüber in ähnlichem Sinne ausgesprochen, wie Sir E. Grey zu Graf Trauttmansdorff. Der Botschafter

betonte namentlich, daß Sir E. Grey die Worte „prendront en main la réalisation des réformes" bedenklich gefunden habe, weil dieselben der bulgarischen Regierung die Gelegenheit zu einer Anfrage bieten könnten, was mit diesen Worten eigentlich gemeint sei. Ich habe Sir Fairfax geantwortet, daß auch ich dieselben Bedenken bezüglich der Wahl dieses Ausdruckes gehegt hätte, daß ich aber von einer Beanständung aus dem Grunde abgesehen habe, weil ich die Einmütigkeit der Mächte nicht stören und keine Verzögerung herbeiführen wollte. Es sei mir indes sehr angenehm, ihm, dem Botschafter, gegenüber auch in diesem Belange die Uebereinstimmung meiner und Sir E. Greys Auffassung konstatieren zu können. Sir F. L. Cartwright richtete sodann die Frage an mich, was wir der bulgarischen Regierung antworten würden, wenn sie sich bei uns erkundigen würde, wie wir die Durchführung der Reformen bei der Pforte sicherzustellen gedenken, ferner wie wir uns verhalten würden, wenn Bulgarien mit Gegenpropositionen hervortreten sollte. Ich erwiderte dem Botschafter, daß ich einen derartigen bulgarischen Schritt mit der Motivierung zurückweisen würde, daß ich den Balkanstaaten das Recht nicht zugestehen könne, in der Reformfrage eine Pression auf die Großmächte auszuüben und daß das Ausmaß sowie die Art und Weise der Durchführung der Reformen von den Großmächten allein festgestellt werden müsse. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Mitteilung an Sir E. Grey. Bei Besprechung dieses Themas wollen Euer Exzellenz dem Staatssekretär gegenüber bemerken, daß ich nach wie vor der Ansicht bin, daß bei Demarchen in Konstantinopel alles vermieden werden müsse, was die Stellung der türkischen Regierung im eigenen Lande gefährden und innere Komplikationen heraufbeschwören könnte. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4014.

*Nr. **4004.** Tel. aus London, 8. Okt. 1912 Nr. 84 (eing. 9. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.*

Eben Sir A. Nicolson gesehen, der Nachricht montenegrinischer Kriegserklärung erhalten hatte. Hiesige Auffassung geht dahin, zu vermuten, daß Montenegro von den anderen Balkanstaaten vorgeschoben worden ist, damit sie auf Demarche der Mächte antworten können, es sei zu spät, nachdem einer der Bundesgenossen bereits Feindseligkeiten eröffnet habe.

Mensdorff.

Tel. nach Rom, 8. Okt. 1912 Nr. 167 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 3999.

*Nr. **4005.** Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 8. Okt. 1912 Nr. 71 B (eing. 10. Okt.). Ausfert.*

Von dem Augenblicke an, in welchem die Lage auf dem Balkan einen bedrohlichen Charakter anzunehmen begann, liess das Vorgehen der italienischen Regierung deutlich die Tendenz erkennen, die Situation für die Beschleunigung der eigenen Friedensverhandlungen auszunützen, um ihr möglichst bald die volle Actionsfreiheit wieder zu gewinnen. Aus diesem

Grunde hat die italienische Regierung einerseits gegenüber der Türkei weise Mässigung walten lassen und ihre Zustimmung zu Forderungen der Pforte erteilt, welche noch vor wenigen Monaten als unannehmbar zurückgewiesen worden wären. Aus dem gleichen Grunde bekundet sie gegenüber jedem Actionsvorschlage der Mächte ein nicht leicht zu überbietendes Empressement. Auf dasselbe Motiv ist ohne Zweifel die beständige Schwarzseherei der Consulta bei der Beurteilung der Balkanlage zurückzuführen. Vielleicht mögen bei diesem Pessimismus auch gewisse Analogien der inneren Lage Italiens mit der der Balkanländer eine gewisse Rolle spielen. Italien ist ein sehr democratisiertes Land geworden, in welchem die leitenden Staatsmänner der öffentlichen Meinung in hohem Maße Rechnung tragen zu müssen glauben, und in welchem — ihrer Darstellung nach — jede Gefahr für Regierung und Staat zu einer Bedrohung des Schicksales der Dynastie werden kann. Es mag sein, dass man aus diesem Grunde hierlands für die Schwierigkeiten, vor welche namentlich König Ferdinand gestellt ist, empfänglicher ist, als in den conservativen Monarchien Europas, welche die Beruhigungsaction auf dem Balkan mit grösster Energie betreiben. Ich kann bei keinem Gespräch mit Marquis San Giuliano über den Balkan mich des Eindrucks erwehren, dass der Minister — wenn ich mich dieses Ausdruckes bedienen darf — mich als Instrument einer psychologischen Einwirkung auf Euere Excellenz benützen möchte. Hochdieselben wissen aus meiner Berichterstattung, dass der Minister des Äussern ausnahmslos jeden Vorschlag Euerer Excellenz billigte, und er zu jedem seine Zustimmung gab. Er hat auch die von Hochdenselben proponierten Amendements zu den französischerseits beantragten Erklärungen gebilligt und seine formelle Zustimmung zu denselben nur deshalb in suspenso gehalten, weil durch die Einwendungen Sir Edward Greys gegen den Ausdruck „prendre en main la réalisation des reformes" hoffentlich nur temporär eine Bresche in die Einheit des europäischen Willens geschlagen worden wäre. Aber alle Beweise des Empressements des italienischen Ministers werden zum Teile entwertet durch die constante Äusserung über den Zweifel am Erfolg der Mächte. Als ich einmal Marquis San Giuliano scherzhaft bemerkte, „je vois que vous persistez dans Votre pessimisme" erwiderte er mir, der Pessimismus liege in seiner Natur, eine Behauptung, die ich auf Grund eigener Erfahrung für unrichtig halte. Wie hätte Marquis San Giuliano den Krieg gegen die Türkei schüren und erklären können, wenn er in Wahrheit von Natur aus Schwarzseher wäre? Ich möchte daher an der Meinung festhalten, dass der Minister zwar, wie gewiss alle seine Collegen, den sich steigernden Ernst der Lage mit offenen Augen sieht, aber die Nuance absichtlich übertreibt, um hiedurch indirect bei den Cabineten, deren Vertreter er empfängt, den Wunsch zu erhöhen, dass Europa durch den baldigen Friedensschluss Italiens mit der Türkei wenigstens diese eine Sorge los werde. An diese kritische Betrachtung, mit welcher ich glaube meine nur zu ausführliche telegrafische Berichterstattung ergänzen zu sollen, möchte ich eine Constatierung durchaus sympathischer Art beifügen. Wie Euerer Excellenz bekannt, gilt in den Augen der italienischen öffentlichen Meinung die Ära der Geltung des Mürzsteger Abkommens als eine Zeit

der Demütigung Italiens. Man mag über die Berechtigung dieser Ansicht denken, wie man will. Die Tatsache steht fest. Es hat sich denn auch, als die ersten Nachrichten über den französischen Vorschlag über ein von den Mächten an uns und Russland zu erteilendes Mandat in Italien bekannt wurden, sofort in der ganzen Presse Italiens das Unbehagen geregt, welches das Wachrufen der Mürzsteger Erinnerungen hervorrufen musste. Generalsecretär Bollati hat mir auch nicht verhehlt, dass er — wenn er auch rein persönlich das Einschreiten Österreich-Ungarns und Russlands als Mandatare der Grossmächte für Erfolg versprechender halte als die Intervention aller Mächte — dem Doppelmandat kühl gegenüber stehe, weil es der öffentlichen Meinung Italiens entschieden unsympathisch ist. Im Gegensatz hiemit hat Marquis San Giuliano noch nie mit solchem Nachdruck zu erkennen gegeben, dass er sich an die Verbündeten Italiens halten wolle als in dem Augenblick, in welchem ich ihm den französischen Vorschlag mitteilte (mein gehorsamstes Telegramm Nr. 141). Der Herr Minister machte nicht nur gar keine kritisierende Bemerkung zur Tatsache des Doppelmandates, sondern ergieng sich in den lebhaftesten Ausdrücken des Bedauerns, dass er Euerer Excellenz Antwort noch nicht kenne, weil auch er sich womöglich genau an deren Wortlaut halten wolle. Im Verlaufe des Gespräches liess er die Bemerkung fallen, die er mir ähnlich schon vor Jahresfrist gemacht hatte: Aussitôt que nous serons débarassés du boulet que nous traînons par la guerre je veux agir sur tous les points dans l'harmonie la plus parfaite avec nos alliés. Zu dieser Bemerkung mag allerdings die dankesfrohe Stimmung des Ministers über die Mitteilung der Beschlüsse des türkischen Ministerrates (hohes Telegramm Nr. 165)[a] beigetragen haben. Es muss auch ohne Zweifel bei der Bewertung von Aussprüchen italienischer Minister die Impressionabilität des südländischen Characters immer in die Wagschale gelegt werden; denn so manche Erklärungen derselben erfahren nachträglich eine abschwächende Correctur. Trotzdem glaube ich, dass die Dienste, welche Euere Excellenz der italienischen Regierung in der letzten Zeit in Constantinopel erwiesen haben (hohe Telegramme Nr. 165[a] und 152)[b] auf fruchtbaren Boden gefallen. Nimmt man hiezu, dass die internationale Lage heute mehr denn je nicht nur die königliche Regierung, sondern ganz Italien den Wert des Dreibundes erkennen lässt, so gelangt man zum Ergebnisse, dass die Stimmung, mit welcher Marquis San Giuliano Euerer Excellenz Besuch in Italien erwartet, dem Verlauf dieser Zusammenkunft das denkbar beste Horoscop stellt.

Ambrózy.

[a] Vgl. n. 3975 Anm. b. — b) Vgl. n. 3827 Anm. a.

*Nr. **4006**. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 8. Okt. 1912 Nr. 71 C (eing. 10. Okt.). Ausfert.*

Ich glaube die in diesen bewegten Tagen doppelt kostbare Zeit Euerer Excellenz mit einer eingehenden Schilderung der mit der Schnelligkeit und Buntheit des Kaleidoskops wechselnden Stimmungen der öffentlichen Meinung Italiens in den letzten vierzehn Tagen nicht in Anspruch nehmen zu dürfen. Dagegen scheint es mir nötig, wenigstens einige Bilder zu fixieren,

welche erkennen lassen, aus welchen Gesichtswinkeln die heutige Lage von der Mehrzahl der ernsten Blätter und von den meisten massvollen Politikern beurteilt wird. Der Wunsch, dass der zwischen Lippe und Kelchesrand schwebende Friede mit der Türkei ehestens geschlossen werde, ist ein ganz allgemeiner. Dagegen finden die von der Regierung vielleicht mit absichtlicher Indiscretion lancierten Friedensbedingungen eine geteilte Aufnahme. Speciell im nationalistischen Lager ist die Entrüstung über die Regierung gross und aufrichtig. Es kündigt sich auch schon das Aufhören des für die Kriegsdauer stillschweigend geschlossenen Waffenstillstandes auf dem Gebiete der innern Politik an. Das Cabinet Giolitti wird sich vom Tage der Unterzeichnung des Friedens an einer scharfen Opposition gegenüber sehen. Was die Balkanlage betrifft, herrscht eine pessimistische Auffassung vor. Man hofft noch, glaubt aber nicht an die Erhaltung des Friedens. Der Gedanke der Betrauung Österreich-Ungarns und Russlands mit dem Mandat, zwischen der Türkei und den Balkanstaaten zu vermitteln, begegnet Unbehagen und Misstrauen. Man erblickt darin Ansätze zur Rückkehr der Politik des Mürzsteger Abkommens, welche hierlands als ein demütigendes Capitel der italienischen Geschichte angesehen wird. Das Interesse Italiens an der Isolierung des eventuellen Krieges auf den Balkan wird im vollen Masse gewürdigt. Die hierauf gerichteten Bemühungen Europas finden eine sympathische Aufnahme. In den ernsten politischen Kreisen escomptiert man schon den Friedensschluss als fait accompli und zieht daraus folgende nicht eben erfreuliche Bilanz. Durch den Krieg habe Italien das Vertrauen der Türkei verloren, durch den Friedensschluss die Sympathien Albaniens, der Völker Macedoniens und der Balkanstaaten verscherzt. Die Erhöhung des italienischen Prestiges auf dem Balkan lasse also trotz der Leistungen der Armee und Flotte viel zu wünschen übrig. Das Unternehmen habe sehr viel Geld gekostet und werde noch viel mehr kosten. Die noch zu pacificierenden Provinzen seien nicht viel wert. Diesen Passiven gegenüber stehe die innere Consolidierung Italiens durch einen grossen Gedanken, in welchem die Einheitlichkeit des bis dahin von regionalen Strömungen beeinflussten Pulsschlages der Nation registriert wurde. Ein weiteres sehr wertvolles Activum sei die Hebung des monarchischen Principes und des Vertrauens der Nation in ihre Wehrmacht. Die obige Bewertung der Bilanz des Krieges beweist nüchterne Selbsterkenntnis, welche meiner Ansicht nach den objectiven Tatsachen vollkommen entspricht.

Ambrózy.

Nr. 4007. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 25. Sept./8. Okt. 1912 Nr. 38 B (eing. 14. Okt.). Ausfert.

Vertraulich. Ueber das Ergebnis der Balmoraler Besprechungen verlautet wenig und die russische öffentliche Meinung erblickt in der Reise des Ministers des Aeussern nach England ein Fiasco. Das bei dieser Gelegenheit herausgegebene äusserst spärliche Kommuniqué, welches in vagen Worten die Integrität Persiens und das Zurückziehen der dort befindlichen Truppen erwähnt, Tibet ignoriert, und nur fünf noch vagere Zeilen den brennenden Balkanfragen widmet, ist in Russland wenig günstig beurteilt

worden. In der Tat scheint es gegenwärtig, trotz aller Anstrengungen der Regierungen — Herr Sazonow spricht seit einiger Zeit von „Triple-Entente", was er früher nie tat — mit der Entente zwischen Russland und Grossbritanien schlecht bestellt zu sein. Bezüglich Persiens, dieses Hauptobjektes der Vereinbarung, scheinen die Kontrahenten noch weit von einer wirklichen Einmütigkeit zu sein. Hat man von jeher sich über das bezügliche Arrangement, sowohl in London wie in St. Petersburg, als über ein schlechtes Geschäft beklagt, so ist nichts, was von den letzten Unterredungen zwischen den beiderseitigen Staatsmännern bekannt geworden, geeignet diese Klagen zum Stillschweigen zu bringen. Hier im Gegenteil hat sich die bisher so überaus anglophile „Nowoje Wremja" in den letzten Wochen mehrere scharfe Angriffe (darunter einen Artikel des Bruders des verstorbenen Premiers Stolypin) gegen die englische Politik in Persien zu veröffentlichen erlaubt. Statistische Daten werden angeführt, um die kommerziellen und sonstigen Verluste Russlands zu illustrieren, über die Aussicht einer Entfernung der Kosaken wird geklagt. Die russische Diplomatie, welche sich in Persien in die Dienste Englands gestellt hätte, wird scharf getadelt und die Rückkehr des England wenig holden Ex-Schah's präkonisiert. Der englische Botschafter sprach mir neulich über diese Frage und erwähnte, dass die englische öffentliche Meinung an der Integrität Persiens festhalte und keine Aufteilung nach Zonen zugeben würde: würde auch dabei doch Russland den Löwenanteil erhalten. Dann fügte mein Mitredner die wenig überzeugten Worte hinzu: „and Russia pretends at least not to want a partition either." Sodann erscheint die gegenwärtige Balkankrise auf die Entente nicht dieselbe günstige Wirkung wie jene vom Jahre 1908 zu haben. Im Allgemeinen wurde es von der hiesigen Presse als fast frivol empfunden, dass das gedachte Kommuniqué der aktuellsten Weltfrage nur so zu sagen en passant gedachte. Seither machen die hiesigen Blätter der englischen Regierung wegen ihrer turkophilen Haltung als grösste mohamedanische Macht die bittersten Vorwürfe. An diesen Ausfällen beteiligen sich sowohl nationalistische wie oktobristische Blätter, und da diejenigen der äusseren Rechten schon eo ipso anglophob sind, findet momentan die Entente eine rückhaltslose Unterstützung nur in der Opposition. Ich sage momentan, denn es ist klar, dass der erste Anlass gegen Deutschland auszufallen, wieder eine Änderung zu Gunsten Englands herbeiführen wird. Über interessantere dieser Artikel behalte ich mir vor noch zu berichten, und möchte nur noch hier erwähnen, dass auch die ökonomische Tätigkeit Englands in Russland den „Swjet" zu einem scharfen Angriffe veranlasst hat (17./30. September). Der eben verflossene Besuch einer englischen Escadre in Reval hat nicht die Begeisterung gezeigt, welche bei solchen Anlässen ehedem üblich war und ist fast unbemerkt geblieben. Szilassy.

*Nr. **4008**. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 25. Sept./8. Okt. 1912 Nr. 38 C (eing. 14. Okt.). Ausfert.*

Geheim. Als mir Herr Neratow seine pessimistische Auffassung der Balkansituation vor zwei Wochen schilderte, und sich namentlich mit

der Ernennung von albanesischen Valis in Janina und Monastir unzufrieden zeigte, hatte ich den Eindruck, dass er in diesen kritischen Zeiten und in Anbetracht des Prozentsatzes der christlichen Bevölkerung lieber Christen in beiden oder einem dieser verantwortlichen Posten sehen würde, und dass es sich keinesfalls bei ihm um eine Zurücksetzung des albanesischen Elementes handelte. Ich hatte mir bereits vor dieser Conversation einmal gelegentlich erlaubt, ihm gegenüber den im hohen Telegramm Nr. 111 vom 29. September enthaltenen Standpunkt motu proprio darzulegen, welchen er billigte. Infolgedessen hatte ich, wenn ich auch eine Anspielung darauf machte, es vermieden, bei diesem Anlasse diesen Standpunkt weiter zu präcisieren. Wenn ich Euer Exzellenz in meinem ergebenen Telegramme Nr. 160 vom 25./12. September und in meiner Berichterstattung überhaupt darüber keine Meldung machte, so geschah das, weil, wie es mir schien, die russische Regierung, wenn sie sich auch begreiflicherweise mehr für die Slawen als für die Albanesen interessiert, in dieser Frage korrekte Ansichten zu Tage zu legen schien. Gestern hatte ich nun die Gelegenheit, in einer Conversation mit Herrn Neratow neuerlich zu constatieren, dass diese meine Meinung gerechtfertigt war. Der Gerent sprach nämlich in ganz akademischer Weise über die in der Türkei einzuführenden Reformen und pflichtete mir vollinhaltlich bei, als ich bemerkte, dass eine vollständige Gleichstellung aller ottomanischen Nationen und Konfessionen wohl die erste Grundlage solcher Reformen bilden sollte, wollte man, dass dieselben erspriesslich seien. Ob russische Agenten am Balkan gegen die Albanesen intriguieren, ist mir unbekannt. Die russische Regierung beobachtet also jedenfalls äusserlich ein korrektes Verhalten in dieser Frage. Szilassy.

*Nr. **4009**. Tel. aus Sofia, 8. Okt. 1912 Nr. 209 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.*

Habe im aufgetragenen Sinne mit russischem Kollegen Démarche bei Herrn Geschoff soeben unternommen, wobei wir Text gleichlautender Erklärungen zurückgelassen haben. Conseilpräsident antwortete: „que la Bulgarie a toujours temoigné de la déférance aux conseils des Grandes-Puissances et que cette fois aussi elle voudrait être à même de pouvoir le faire. Malheureusement, ce qui aurait été possible pour la Bulgarie il y a dix jours, M. Guéchoff le craint, ne serait plus possible aujourd'hui". M. Guéchoff soumettra la communication à Sa Majesté le Roi et au Conseil des Ministres et nous (donnera)[b] réponse. Quant à son avis personnel le président du Conseil ne trouvait pas assez claire l'expression „prendre la réalisation en main". Il a demandé si c'est bien à un contrôle effectif des Puissances que l'on pensait, et par quel organe ce contrôle serait-il exercé? M. Guéchoff a également exprimé le doute que la Porte accepte les recommandations des Puissances, et il a demandé si ces dernières pourraient garantir cette acceptation de la part de la Turquie." Herr Geschoff fragte auch, ob Démarchen in Konstantinopel gleichzeitig unternommen werden. Mein russischer Kollege las dann Ministerpräsidenten Depeschen Herrn Sazonows vor, worin Mahnungen zum Frieden mit dem Bemerken enthalten

waren, daß, da Türkei entgegenkommende Haltung zu zeigen scheine, Krieg als Wahnsinn zu bezeichnen wäre; zumal Bulgarien auch nach glücklichem Kriege nicht mehr erreichen würde, als was Mächte jetzt verschaffen könnten. Herr Geschoff war sehr ergriffen und meinte, es wäre Glück, Krieg vorzubeugen, er müsse aber gestehen, dass ihm der Glaube fehle, daß Türkei ohne Zwang Konzessionen mache. Er bemerkte auch, daß Bulgarien keine territorialen Aspirationen habe. Er wäre uns dankbar, wenn wir ihm Antwort auf die von ihm gestellten oberwähnten Fragen und Bedenken auf Grund von Informationen der Mächte erteilen könnten. Wir versprachen Herrn Geschoff, uns diesbezüglich an unsere Regierungen zu wenden. Bevor ich mich von Conseilspräsidenten verabschiedete, richtete ich einige wohlgemeinte mahnende Worte im eigenen Namen an ihn, für die er mir dankte mit Versicherung, daß er Möglichstes tun würde, damit Ereignisse nicht überstürzt werden. Leider wären Dinge zu weit vorgeschritten und bekäme man hier auch sehr schlechte Impressionen aus Konstantinopel. Laut letzten Telegrammen Herrn Sarafows hätte Hilmi Pascha gesagt, daß jede türkische Regierung, die Konzessionen, von welchen gesprochen wird, gewähren würde, sofort fallen müsste. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 22 Nr. 38. Vgl. n. 3990, 4010, 4027 Anm. a, 4038 Anm. d, 4048 Anm. b, 4145. — [b]) Chiffre fehlt.

*Nr. **4010**. Tel. aus Sofia, 8. Okt. 1912 Nr. 210 (eing. 6 U. 15 M. p. m.). Entziff.*

Ad Telegramm Nr. 209 von heute. Mein russischer Kollege sprach gestern abends bei mir vor und zeigte Instruktion Sazonows zur Demarche. Bei näherer Prüfung des französischen Textes hatten wir gleich beide Bedenken, ob er Herrn Geschoff befriedigen würde und haben uns nicht geirrt. Ich weiss nicht, was König und Ministerrat zur Demarche sagen werden, fürchte aber, daß Versprechen Einwirkung auf Türkei ohne Bürgschaft für Erfolg der Aktion der Mächte in Konstantinopel nicht genügen kann. Ministerrat heute abends. Meinem deutschen Kollegen, mit dem in beständigen Kontakt stehe, habe von heutiger Demarche Kenntnis gegeben. Tarnowski.

Tel. nach Berlin, 9. Okt. 1912 Nr. 113 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 4016.

*Nr. **4011**. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 9. Okt. 1912 Nr. 194 (eing. 10. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Geheim. Bezug auf Telegramm Nr. 109 vom 7. d. Mts. Staatssekretär sagte mir, Herr Pansa hätte ihm eine analoge Mitteilung, wie sie Herzog von Avarna Euer Exzellenz gemacht, bisher nicht zugehen lassen. Herr von Kiderlen-Wächter würde auch großen Wert darauf legen, daß die Anerkennung der italienischen Souveränität über Libyen seitens Deutschlands und Österreich-Ungarns gleichzeitig erfolge. Er wäre vollkommen damit einverstanden, wenn Euer Exzellenz schon jetzt dem italienischen Botschafter zur Kenntnis brächten, daß die Bereitwilligkeit bestünde, unmittelbar nach der im geheimen Akkord vorgesehenen Kundgebung die Anerkennung

der italienischen Souveränität auszusprechen. Sobald Herr Pansa ihm, Herrn von Kiderlen-Wächter, gegenüber den Gegenstand vorbringen werde, werde auch er ihm dieselbe Antwort geben. Flotow.

[a]) Vgl. n. 4029.

Nr. 4012. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 9. Okt. 1912 Nr. 455 (eing. 10. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Kiamil Pascha, mit dem ich soeben eine vertrauliche Unterredung hatte, gibt mir die Versicherung, daß, falls es den Mächten gelingen sollte, Bulgarien, Serbien und Griechenland vom Krieg abzuhalten, die türkische Regierung bereit sein wird, sich den Mächten gegenüber zu verpflichten, ihnen die Ausführung der für Mazedonien notwendig erachteten Reformen in die Hände zu geben. Er fügte hinzu, er werde sofort mit dem Minister des Äußern und seinen anderen Ministerkollegen Rücksprache pflegen, um sie für diese Auffassung zu gewinnen, er glaube indessen, mir schon jetzt mit Sicherheit sagen zu können, daß ihm dies gelingen werde. Kiamil Pascha ist der Ansicht, daß die russische Regierung der eigenen öffentlichen Meinung gegenüber, welche sie eventuell zu einer Aktion im slawischen Sinne drängen könnte, gestärkt werden müsse, was seines Erachtens nur durch England und Frankreich geschehen könne. Er werde daher trachten, auf die respektiven Botschafter in dieser Richtung einzuwirken. Aus einigen Andeutungen des Präsidenten des Staatsrates konnte ich entnehmen, daß er mit der Möglichkeit rechne, falls es unter Kontrolle der Mächte zur Durchführung der Reformen käme, die Regierung zu übernehmen. Für den Fall, als es dennoch mit Bulgarien, Serbien und Griechenland zum Krieg käme, sagte mir Kiamil, daß in circa 14 Tagen die Mobilisierung der ganzen türkischen Armee vollständig beendigt sein könnte. Man glaubt, daß die Position bei Adrianopel genug stark sei, dort bis dahin zurückzuhalten. Für die Verteidigung gegenüber Montenegro und Serbien rechnet Kiamil auf die Albanesen. Schließlich sagte er mir, er glaube, daß der Friede mit Italien Samstag unterfertigt werde. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4025, 4033, 4055.

Nr. 4013. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 9. Okt. 1912 Nr. 457 (eing. 10. Okt. 9 U. p. m.). Entziff.

Der Minister des Äußern sagte mir soeben, er glaube, daß Bulgarien, Serbien und Griechenland morgen den Krieg erklären dürften; der griechische Gesandte habe bereits seine Überfahrt nach Piräus auf einem morgigen Dampfer sichergestellt. Gabriel Effendi nimmt an, daß die Bulgaren, so wie es die Montenegriner getan haben, noch vor der Kriegserklärung angreifen werden, übrigens habe bereits vorgestern an der Grenze ein Kampf stattgefunden. Den weiteren Auslassungen des Ministers konnte ich entnehmen, daß man hier für den Anfang des Krieges mit Erfolg der Gegner rechnet; wir werden uns — sagte Gabriel Effendi — zunächst darauf beschränken müssen, uns sowohl in Thrazien als in Mazedonien in befestigten Stellungen zu verteidigen, bis aus Asien genügend Truppen herangezogen

werden können, was 1 bis $1^1/_2$ Monate dauern dürfte. Wir gedenken alle Wehrpflichtigen des Reiches aufzubieten. In Bezug auf die Vermittlung der Mächte sprach sich der Minister sehr skeptisch aus. Er meinte, die Großmächte nützen sich durch Démarchen, die nicht zum Ziele führen, ab und büßen hiedurch leider ihr Prestige ein. Pallavicini.

*Nr. **4014.** Tel. aus London, 9. Okt. 1912 Nr. 85 (eing. 10. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 65 von heute. Ich habe Sir E. Grey von der Konversation Euer Exzellenz mit Sir F. L. Cartwright Mitteilung gemacht und betont, daß Euer Exzellenz dieselben Bedenken wie er gegen den Ausdruck „prendre en main etc." hatten. Staatssekretär wiederholte mir, er habe demselben zugestimmt, weil es die „finale" französische Redaktion war, die von Euer Exzellenz und Herrn Sazonow angenommen war. Was die Ansicht Euer Exzellenz betrifft, in Konstantinopel alles zu vermeiden, was Stellung türkischer Regierung erschweren würde, so stimmt Sir E. Grey darin mit Euer Exzellenz überein und bemerkte, jetzige türkische Regierung habe es mit Reformen wirklich ernst gemeint und man müsse sich bemühen, ihr deren Durchführung zu erleichtern. Für den Moment sei ja wahrscheinlich Krieg bereits ausgebrochen und der einzige Lichtpunkt der Situation sei Einmütigkeit der Mächte. Er könne nur täglich wünschen, bitten und wiederholen, daß Harmonie zwischen Wien und Petersburg nicht gestört werde. Herr Sazonow habe ihm den Eindruck gemacht, unerschütterlich auf dem Standpunkt des status quo zu stehen. Er habe mit keinem Worte berührt, ob und was Rußlands Wünsche wären, falls der status quo doch gestört würde. Von Dardanellen habe er überhaupt nicht gesprochen. Sir E. Grey bemerkte auch, wenn man status quo zu erhalten wünsche, könnte man von Eventualitäten sprechen, die durch dessen Störung eintreten würden, aber selbst dies habe Sazonow nicht getan. Vor vier Jahren habe Herr Iswolsky hier sehr viel von der Möglichkeit gesprochen, Frage der Dardanellendurchfahrt vor die Mächte zu bringen. Herr Sazonow habe kein Wort davon gesagt, ebensowenig von anderen russischen Wünschen. Dies alles sagte mir Sir E. Grey spontan, wiederholt und mit Nachdruck offenbar mit der Absicht, uns über Möglichkeit des Aufwerfens der Meerengenfrage zu beruhigen. Sir E. Grey sprach Zuversicht aus, daß wir ebensowenig wie Rußland eine Aktion zu unternehmen gedenken und daß das gute Einvernehmen zwischen Euer Exzellenz und Sazonow erhalten bleibe. Herr Sazonow hat hier allgemein sowie mir gegenüber Überzeugung ausgesprochen, daß keine Gefahr einer starken Bulgaren-freundlichen, slawophilen Bewegung in Rußland bestehe. An maßgebenden Stellen, bei Hof, im Auswärtigen Amte und unter meinen Kollegen — namentlich Herrn Cambon — wird die Befürchtung ausgesprochen, Herr Sazonow sei darin zu zuversichtlich und unterschätze Möglichkeit einer populären russischen Bewegung, die sowohl im Falle bulgarischen Sieges als auch bulgarischer Niederlage einsetzen könnte.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 4041.

*Nr. **4015**. Tel. aus London, 9. Okt. 1912 Nr. 86 (eing. 10. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.*

Sir E. Grey sagte mir, die Frage, daß Türkei infolge Operationen griechischer Flotte Dardanellendurchfahrt schließen könnte, mache ihm große Sorge. Englische Interessen (Schiffahrt, Zufuhr von Lebensmitteln aus Schwarzem Meer) würden dadurch sehr stark berührt. Man könne aber Türkei nicht das Recht absprechen, Maßregeln zum Schutze ihrer Hauptstadt zu ergreifen, außer man übernehme eine Garantie. Es scheint ihm vorzuschweben, den Griechen Operationen in den Meerengen auf irgend eine Weise zu untersagen. Grey besorgt im Kriegsfalle große Erregung gegen die Griechen in der Türkei und Christenmassakers in Kleinasien. Mensdorff.

Tel. nach Paris, 9. Okt. 1912 Nr. 81 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 4016.

*Nr. **4016**. Tel. nach Rom Nr. 170 (1), Berlin Nr. 113 (2) und Paris Nr. 81 (3), 9. Okt. 1912 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Streng vertraulich. 1.—3. Mit der Motivierung, daß Europa sich in der Zukunft mit der Regelung des Schicksals der Inseln des ägäischen Meeres zu befassen haben könnte, hat die französische Regierung hier folgende Anregung gemacht[b]): „Dans la pensée de Monsieur Poincaré, les Puissances auraient intérêt à s'adresser dès maintenant au Cabinet de Rome, en lui faisant savoir amicalement qu'elles ne doutent pas qu'elles recevront de lui communication par avance de tout accord préparé entre le Gouvernement italien et la Sublime Porte sur la restitution des îles ou sur le statut politique et le régime administratif dont l'Archipel ottoman serait doté. Cette démarche pourrait être faite sous la forme individuelle et simultanée, si le Gouvernement Impérial et Royal n'a pas d'objection à s'y associer." Ich habe Herrn Poincaré wissen lassen, daß ich bei aller Bereitwilligkeit, in einen bezüglichen Gedankenaustausch einzugehen, schon jetzt gewisse Bedenken formulieren müsse. Meiner Ansicht nach sei ein möglichst rascher Abschluß des türkisch-italienischen Krieges im Interesse ganz Europas gelegen und stehe zu besorgen, daß das Verlangen nach einer vorherigen Mitteilung der für den Friedensschluß beiderseits in Aussicht genommenen Bedingungen über das Schicksal der Inseln eine Verzögerung zur Folge haben könnte. Der Versuch einer Ingerenz Europas auf die Friedensbedingungen könnte den Abschluß der Verhandlungen überhaupt in Frage stellen. Ich wies weiters darauf hin, daß eine bezügliche Demarche in Rom dort wohl als eine Einmischung in die eigenen Angelegenheiten angesehen werden könnte, die mit dem von uns bisher streng beobachteten Neutralitätsstandpunkte im Widerspruche stünde. Schließlich schiene es mir bedenklich, wenn die Großmächte vor erfolgtem Friedensschlusse zu der zukünftigen Gestaltung der politischen Lage der Inseln und deren administrativen Verwaltung Stellung nehmen wollten, da hiedurch ein Präzedenz geschaffen werden könnte, welches in der Folge die gemeinsame Aktion der Mächte zwecks Erlangung von Reformen in den Vilajets der europäischen Türkei beeinflussen könnte.

1. Euer Hochwohlgeboren wollen Vorstehendes mit der Bitte um streng geheime Behandlung Marquis di San Giuliano zur Kenntnis bringen.

2. Euer Hochwohlgeboren wollen dem Herrn Staatssekretär von Vorstehendem streng vertraulich Kenntnis geben und hinzufügen, daß ich Wert darauf legen würde, seine Auffassung kennen zu lernen, um bei einem eventuellen Gedankenaustausche der Mächte über diesen Gegenstand mit dem Berliner Kabinette einvernehmlich vorzugehen.

3. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache Herrn Poincaré gegenüber. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4021, 4030. — [b]) Note des französ. Botschafters vom 8. Okt. 1912 (eing. 9. Okt.). Ausfert.

Nr. 4017. Tagesbericht über einen Besuch des russischen Botschafters, 9. Okt. 1912.[a]) Konz. (S. Hoyos; V. Berchtold; G. Hoyos).

Der russische Botschafter kam heute früh, eben von Berlin zurückgekehrt, zu mir, um mir im Auftrage Herrn Sazonows dessen lebhafte Befriedigung darüber zum Ausdruck zu bringen, daß es gelungen sei, ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Rußland herbeizuführen. Er halte es für die tunlichste Einschränkung des Krieges und die Vermeidung weiterer Complikationen von höchster Wichtigkeit, daß Österreich-Ungarn und Rußland im Contakt und Gedankenaustausch bleiben. Herr Sazonow wolle mich „d'une manière formelle et solennelle" versichern, daß die russische Regierung das Vorgehen der Balkanstaaten, welches den Intentionen des St. Petersburger Kabinettes schnurstracks zuwiderlaufe, aufs schärfste mißbillige. Ferner habe der Minister ihn beauftragt, mir dessen festen und unabänderlichen Entschluß mitzuteilen, wie immer der Krieg verlaufen möge, bei der schließlichen Abrechnung keinerlei territoriale Verschiebung zugeben zu wollen — „de n'admettre aucune cession territoriale, pas un pouce". Auf dieser Basis hoffe Herr Sazonow, daß eine fortlaufende Fühlungnahme zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg möglich sein werde. Eine Störung dieses vertrauensvollen Verhältnisses könnte nur von Seiten der nationalistischen öffentlichen Meinung in Rußland erfolgen, im Falle Österreich-Ungarn durch einen die Interpretation eines militärischen Eingreifens zulassenden Schritt dem Mißtrauen dieser leider in Rußland zunehmenden Faktoren Nahrung geben sollte. Herr Sazonow hoffe daher, daß Österreich-Ungarn, von dessen loyaler Haltung er überzeugt sei, nicht durch Truppenconcentrierungen an der serbischen Grenze oder durch Besetzung des Sandschaks im Falle serbischer Operationen daselbst die öffentliche Meinung in Rußland in Erregung bringen werde, wodurch die Regierung in größte Verlegenheit gebracht würde. Angesichts des festen Entschlusses aller Mächte, keinen Gebietszuwachs der Balkanstaaten zuzulassen und den status quo ante bellum nach Beendigung des Krieges wieder herzustellen, sehe er auch nicht ein, inwieferne allfällige serbische Operationen im Sandschak unsere Interessen schädigen könnten. Es habe schon die derzeitige „Truppenvermehrung" in Bosnien in Rußland Aufsehen erregt und zu Commentaren Anlaß gegeben. Ich dankte dem Herrn

Botschafter für seine Eröffnungen und fügte bei, auch ich könne mit aufrichtiger Befriedigung feststellen, daß die hergestellte Fühlungnahme der beiden Kabinette geeignet erscheine, unsere Beziehungen zu der russischen Regierung vertrauensvoller zu gestalten. Ich müsse es mit besonderer Genugtuung begrüßen, daß die russische Regierung unentwegt dieselben conservativen Ziele verfolge, welche unserer Politik vorschweben und den festen Entschluß bekunde, wie immer der Krieg verlaufe, bei der schließlichen Abwicklung keinerlei territoriale Verschiebungen auf der Balkanhalbinsel zuzugeben. Was die vom russischen Botschafter berührte Frage der leichten Erregbarkeit der öffentlichen Meinung in Rußland und des Mißtrauens, welches unserer Politik in weiten Kreisen daselbst entgegengebracht werde, anbelange, so wäre es doch bedauerlich, wenn sich die russische Regierung durch die ganz unbegründete Nervosität der nationalistischen Kreise in Rußland beeinflußen ließe und den tendenziösen Meldungen unverantwortlicher Elemente Glauben schenkte. Herr Sazonow müsse wissen, daß uns jede kriegerische Aktion ferne liege, daß wir keine Absicht hätten, auf Eroberungen auszugehen und nichts anderes anstrebten, als daß unsere spezifischen Interessen am Balkan durch diese Krise keinen Schaden erleiden. Andererseits lege ich Wert darauf zu betonen, daß wir uns in eine Discussion über jene militärischen Maßnahmen, welche uns zum Schutze unserer Grenzen und zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in unseren eigenen Provinzen erforderlich schienen, mit niemandem einlassen könnten und daß ich in dieser Hinsicht der k. u. k. Regierung vollkommen freie Hand vorbehalten müsse. Es würde sich wohl kaum ein Staat finden, der in dem Falle, als an seiner Grenze eine Conflagration ausbricht, sich von einem anderen Staate Verhaltungsmaßregeln einschränkender Art über militärischerseits zu treffende Maßnahmen vorschreiben ließe. Ich gäbe mich der Hoffnung hin, daß Herr Sazonow, in dessen Loyalität ich vollstes Vertrauen hegte, meinen Versicherungen mehr Glauben schenken werde, als den ihm von Balkan zukommenden absichtlich gefärbten Berichten der russischen Presse über unsere Pläne und daß er eine Beeinflussung der russischen Politik durch die nationalistischen Kreise in Rußland werde hintanhalten können. Herr von Giers schien durch meine entschiedene Zurückweisung jedes Versuches, unsere militärischen Schutzmaßregeln in Discussion zu stellen, sichtlich beeindruckt zu sein und erging sich in Betheuerungen, daß Herrn Sazonow der Gedanke an eine Ingerenz in unsere inneren Angelegenheiten ferneliege und der Minister zu der von uns befolgten friedlichen Politik das größte Vertrauen hege. Der freundschaftliche Hinweis auf unsere militärischen Vorkehrungen in Bosnien hätte lediglich den Zweck gehabt, uns mit den Schwierigkeiten vertraut zu machen, mit denen die russische Regierung im eigenen Lande angesichts der leicht erregbaren öffentlichen Meinung zu kämpfen habe und dürfe keinesfalls als ein Versuch aufgefasst werden, unsere Entschließungen in irgendwelcher Weise zu beeinflußen.

[a] Vgl. n. 3995, 4031.

Tel. nach Athen, 10. Okt. 1912 Nr. 44 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4033.

*Nr. **4018**. Tel. aus Athen, 10. Okt. 1912 Nr. 122 (eing. 11. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.*

Zu Telegramm Nr. 121. Ein Teil hiesiger gestriger Presse hatte auf die Uneinigkeit der Großmächte selbst im gegenwärtig so kritischen Momente hingewiesen und als charakteristisches Symptom dafür hervorgehoben, daß nach meiner und meines russischen Kollegen gemeinschaftlichen offiziellen Démarche letzterer sich noch einmal zum Minister des Äußern begeben und einen Schritt bei ihm unternommen habe. Tatsächlicher Sachverhalt ist, daß russischer Gesandter mir schon vor unserem gemeinschaftlichen Besuch beim Minister des Äußern sagte, er habe noch etwas „ganz anderes" mit ihm zu besprechen, weshalb er dann noch bei ihm verblieb. Streng vertraulich. Gleich darauf besuchte mich russischer Vertreter klagend darüber, dass Herr Coromilas ihm endlosen Vortrag gehalten habe und erzählte mir, er habe diese Gelegenheit dazu benützt, um nochmals eindringlich zum Frieden zu mahnen und vor unüberlegten Schritten zu warnen, ihm die Folgen solcher vor Augen haltend. Als ich gestern abends meinem russischen Kollegen gegenüber lächelnd und nebenhin auf die oberwähnten Preßstimmen hinwies, bestritt dieser entschieden, eine zweite Démarche gemacht zu haben, gab aber zu, daß er sich spezieller Aufträge zu entledigen hatte, die zwar direkt nicht mit unserem gemeinschaftlichen Schritt zu tun hätten, aber, wie er mir schon tags zuvor gesagt hätte, pazifikatorischen Zweck verfolgten und so weiter. Ich habe bisher keinerlei Handhabe zur Annahme, daß Herr Demidoff nicht ganz korrekt vorgegangen ist, bedauere es aber, daß einerseits durch seinen Anschlußbesuch bei Coromilas Anschein einer Divergenz zwischen unserer und der russischen Politik erweckt werden mußte und daß anderseits Eindruck unserer gemeinschaftlichen Démarche, die ernst, kurz und bündig war (ich hatte russischem Gesandten vorgeschlagen, daß wir uns nach derselben in keinerlei Polemik oder dergleichen einlassen sollten, womit er sich sehr einverstanden erklärte) durch den langen Anschlußbesuch Demidoffs bei Coromilas etwas verflachen mußte. Es scheint sich aber bei dieser Episode lediglich um das seit jeher manifestierte Streben des Petersburger Kabinetts zu handeln, auch bei gemeinschaftlichen Démarchen immer noch etwas Separates zu tun, um nur ja nicht vergessen zu lassen, daß das mächtige Russland spricht.

Braun.

Tel. nach Belgrad, 10. Okt. 1912 Nr. 46 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4033.

*Nr. **4019**. Tel. aus Belgrad, 10. Okt. 1912 Nr. 89 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.*

Kriegsstimmung nimmt hier zu und man glaubt, dass Kriegserklärung in den nächsten Tagen, vielleicht schon Sonntag unmittelbar nach Erteilung der Antwort auf unsere letzte Demarche, erfolgen wird. Beratungen über Antwort dauern fort, sie wird wahrscheinlich identisch mit der bulgarischen sein. Man will hier noch immer nicht glauben, dass Russland ganz ernstlich den Krieg verhindern wolle, und meint, es sei nur eine Finte, um Österreich-Ungarn von einem aktiven Vorgehen abzuhalten. Ugron.

Nr. 4020. Bericht aus Belgrad, 10. Okt. 1912 Nr. 103 B (eing. 11. Okt.).[a] *Ausfert.*

Ich habe in meinem letzten Berichte[b] zu melden die Ehre gehabt, daß hier ein kleiner Umschwung im Verhältnis zu Rußland zu konstatieren ist und daß man allgemein findet, daß sich das Zarenreich viel zu wenig für serbische Interessen exponiert hat und für die Erfüllung der Hoffnungen, die es seit Jahr und Tag zu erwecken bemüht war, nicht nachdrücklich genug eingestanden ist. Es war demnach zu erwarten, daß die Nachricht über die gemeinsam mit uns vorgenommene Démarche in den Zeitungen einen Entrüstungssturm hervorrufen wird. Derselbe ist aber vollkommen ausgeblieben. Im ersten Momente war man allerdings konsterniert und konnte sich die Stellungnahme Russlands nicht erklären. Man hat so wenig den diesbezüglichen Zeitungsnachrichten Glauben geschenkt, daß noch am 8. l. M. zu Mittag, also kurz bevor wir die Démarche unternommen haben, Herr Pašić durch das Pressbureau alle diesbezüglichen Gerüchte kategorisch dementieren ließ. Da sie nunmehr mit dieser Tatsache dennoch rechnen müssen, wird derselben eine ganz eigentümliche und für die serbische Mentalität charakteristische Interpretation gegeben. Man sucht sich zu überreden, daß Rußland nur aus wohlgemeintem Interesse für Serbien sich den Großmächten angeschlossen habe, da[c] nur hiedurch sei es möglich gewesen, die Monarchie von einem aktiven Eingreifen abzuhalten. Wäre Österreich-Ungarn hiedurch nicht gezwungen worden, einem Balkankriege untätig zuzusehen, hätten die Serben den Krieg nicht beginnen können und niemand hat es mehr gewünscht wie Rußland selbst, daß der Entscheidungskampf am Balkan endlich beginne, welcher nur das dauernde Bündnis der Balkanstaaten — das seit lange angestrebte Ideal der russischen Diplomatie — zur Folge haben könne. Wird Serbien im Kampfe gegen die Türkei siegreich bleiben, wird Rußland bestimmt der Erste sein, der dafür eintreten wird, daß das Land den wohlverdienten Siegespreis in der Form entsprechender Gebietsvergrößerung erhalte. An eine aufrichtige Beteiligung Rußlands an den Friedensbemühungen glaubt hier Niemand. Die Démarche halt also hier in der öffentlichen Meinung nicht den erwarteten Erfolg gehabt. Ich möchte fast sagen, daß sie das ein wenig ins Schwanken geratene Vertrauen zu Rußland wieder befestigt hat. Die russische Hypnose hat sich wieder stärker erwiesen als der gesunde Menschenverstand. Das Faktum ist, daß die Zeitungen — vorläufig wenigstens — die Frage der Démarche als eine nicht sehr belangreiche Formalität ziemlich nüchtern besprechen und sich über dieselbe nicht ereifern. Auch uns gegenüber ist die Presse eher ruhig und weniger aggressiv als wir es gewohnt waren. Man quittiert mit einer gewissen Anerkennung unser ruhiges Verhalten, was aber — ihrer Meinung nach — russischen Bemühungen gut zu schreiben ist. Für später aber soll der Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete mit der Monarchie aufgenommen werden. Es werden schon Stimmen laut, die zur Boykottbewegung gegen uns auffordern.[1] Das durch den Krieg vergrößerte Serbien darf nicht in wirtschaftlicher Abhängigkeit von Österreich-Ungarn bleiben.[2] So haben sich die Leute — die noch vor Kurzem an einen Krieg nicht gedacht haben und davon nichts wissen wollten — in eine Kriegsstimmung

hineingearbeitet und heute hat es wirklich den Anschein, daß eine Demobilisierung schwer ginge, selbst wenn es die serbische Regierung ernstlich wünschen würde. Übrigens wird hier auch die Friedensliebe des Herrn Pašić sehr angezweifelt und behauptet, daß er nur die Diplomaten beruhigen und irreführen wollte und daß er eigentlich für den Krieg und Alles zwischen ihm und Herrn von Hartwig im Vorhinein schon abgemacht und beschlossen worden sei. Auf mich und meine Kollegen hat der Ministerpräsident allerdings den Eindruck gemacht, daß er seiner großen Verantwortlichkeit bewußt und persönlich wirklich bemüht sei, den Konflikt zu vermeiden. Er ist ein viel zu kluger Staatsmann und Politiker, um nicht einzusehen, daß Serbien viel riskiert und sehr wenig Aussichten hat, etwas durch einen Waffengang zu gewinnen. Er ist auch in der Lage, die gegenwärtige Richtung der russischen Politik richtig einzuschätzen, und obgleich er durch und durch Russophile ist, wird er doch mit der aktuellen Situation rechnen müssen, wenn er auch den aus Bulgarien kommenden Vorspiegelungen und den Freundschafts- und Liebesversicherungen des Herrn von Hartwig nur zu gern Gehör schenkt. Ugron.

[1]) ! — [2]) !
[a]) Vgl. n. 4035. — [b]) n. 3994. — [c]) So!

Tel. nach Berlin, 10. Okt. 1912 Nr. 114 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4033.

*Nr. **4021**. Tel. aus Berlin, 10. Okt. 1912 Nr. 197 (eing. 11. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.*

Streng vertraulich. Antwort auf heutiges streng vertrauliches Telegramm Nr. 113. Herr von Kiderlen-Wächter bittet mich, Euer Exzellenz zu melden, daß eine gleiche Anregung von der französischen Regierung hier bisher nicht gemacht wurde. Staatssekretär teilt vollkommen Euer Exzellenz Auffassung und würde, falls Hochdieselben dasselbe tun, die französische Démarche a limine ablehnend beantworten. Szögyény.

*Nr. **4022**. Tel. aus Berlin, 10. Okt. 1912 Nr. 198 (eing. 11. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Streng vertraulich. Gleich nach meiner Rückkehr auf meinen Posten hatte ich eine lange, sehr eingehende Unterredung mit dem Staatssekretär. Euer Exzellenz an ihn gerichteten Brief[b]) habe ich ihm übergeben und bei dieser Gelegenheit im Sinne des mir erteilten Auftrages ganz offen und aufrichtig, sehr entschieden, aber in freundschaftlichem Tone mit ihm gesprochen. Der Staatssekretär wollte die von mir teilweise in eigenem Namen vorgebrachten Gravamina gegen die von ihm befolgte Politik nicht gelten lassen und beklagte sich neuerdings und dies in ziemlich aufgeregter Weise über jene Vorkommnisse der letzten Zeit, bei denen die von Euer Exzellenz unternommenen Schritte ihm erst nachträglich zur Kenntnis gebracht wurden. Deutschland, so versicherte Herr von Kiderlen-Waechter, wünsche nichts sehnlicher, als auch in der Orientkrise mit Österreich-Ungarn

Hand in Hand vorzugehen, bisher sei ihm dies nicht so, wie er es gewünscht hätte, möglich gewesen, da ihm die Euer Exzellenz vorschwebende Politik nicht gehörig bekannt war. Es sei eine Unsicherheit in den vertraulichen Beziehungen zwischen dem Wiener und Berliner Kabinett eingetreten, weil man hier unter dem Druck der Befürchtung stehe, von Wien aus zu häufig vor faits accomplis gestellt zu werden. In den von Herrn Poincaré gemachten Vorschlägen sei immer das Praeambulum enthalten gewesen, daß die Mächte territoriale Veränderungen auf dem Balkan in keiner Weise dulden werden und auch in dem definitiv festgesetzten Texte sei dies als Vorbedingung der Lokalisierung des Krieges hingestellt worden. Aus diesem Grunde war er der Überzeugung, daß er dieser Formel zustimmen könne, da ja die freie Hand Österreich-Ungarns im weiteren Verlaufe der Dinge in keiner Weise gefährdet sei. Es sei richtig, daß er mit dem hiesigen französischen Botschafter über diese Formel Verhandlungen gepflogen habe, doch sei es eine absolute Lüge, — und dies unterstrich der Staatssekretär mit besonderer Emphase — daß, wie ihm von mehreren Seiten zugekommen, der deutsche Botschafter in Paris den diesbezüglichen Verhandlungen Herrn Poincarés mit Herrn Sazonow zugezogen worden sei. Den heute an Kaiser Wilhelm abgegangenen Immediatvortrag über die hiesige Unterredung Herrn Sazonows mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär hat mir letzterer in eigenhändigem Konzepte zur Verfügung gestellt und ich werde eine Abschrift desselben mit morgiger Post Euer Exzellenz vorlegen. In Betreff des Sandschaks glaubt Herr von Kiderlen, dass die von Euer Exzellenz zu befolgende richtige Politik jene wäre, vorderhand Gewehr bei Fuß zuzusehen und dies auch in entschiedener Weise den anderen Mächten mitzuteilen, daß wir eine bleibende Besitzergreifung desselben durch Serbien oder Montenegro unter keiner Bedingung zulassen würden. Er müsse, so fügte er hinzu, es ganz außerordentlich bedauern, daß er über dieses Kapitel der Politik Euer Exzellenz gar nicht informiert sei und er müsse mir gestehen, daß er es für möglich gehalten habe, daß Österreich-Ungarn bei Einrücken Serbiens oder Montenegros im Sandschak sofort militärisch eingreifen würde. Ich habe ihm geantwortet, daß meines Wissens eine derartige Absicht nicht vorliege, daß wir aber entschlossen seien, einer definitiven Besitzergreifung des Sandschaks durch Serbien oder Montenegro mit den Waffen entgegenzutreten. Durch meine Antwort war Herr von Kiderlen beruhigt und wiederholte mir, wie sehr es in unserem gegenseitigen Interesse liege, wenigstens über die Richtlinie unserer Politik bei Zeiten informiert zu sein. Staatssekretär bat mich, Euer Exzellenz zu versichern, daß die deutsche Politik sich nach wie vor die Interessen Österreich-Ungarns genau vor Augen halten werde und daß Österreich-Ungarn, wie dies schon bei der Annexionskrise bewiesen wurde, unbedingt auf die Unterstützung Deutschlands rechnen könne. In Betreff der russischen Probemobilisierung an der deutschen und österreichisch-ungarischen Grenze habe Herr Sazonow auf das Entschiedenste erklärt, daß dieselbe in den allernächsten Tagen ihr Ende finden würde. Den Reichskanzler werde ich heute bei einem Diner zu sprechen Gelegenheit haben. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3991, 4037. — [b]) Wohl n. 3996.

Nr. 4023. Tel. aus Berlin, 10. Okt. 1912 Nr. 199 (eing. 11. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Mein russischer Kollege, den ich bisher nicht kannte, hat mir heute einen Besuch gemacht und mir bei diesem Anlasse gesagt, daß Herr Sazonow betreffend den Sandschak in Sorge sei. Der russische Minister des Äußern hoffe, die Serben und die Montenegriner würden sich nicht dazu verleiten lassen, in dieses Gebiet einzufallen, denn er befürchte, daß in diesem Falle Österreich-Ungarn sogleich militärisch vorgehen würde. Ich habe ihm geantwortet, daß wir selbstverständlich eine dauernde Besitzergreifung dieses Gebietes durch Serbien oder Montenegro unter keiner Bedingung dulden würden. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4036, 4046.

Tel. nach Bukarest, 10. Okt. 1912 Nr. 48 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4033.

Nr. 4024. Tel. nach Konstantinopel, 10. Okt. 1912 Nr. 229 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Zu meinem Telegramme Nr. 221 vom 8. l. M. Französischer Botschafter gibt mir von einer Meldung Herrn Bompards Kenntnis, wonach Euer Exzellenz gestern noch ohne Instruktionen bezüglich der bei der Pforte zu unternehmenden Reformdemarche der Mächte gewesen seien und zwischen den ihm (Bompard) zugekommenen Weisungen und jenen, die sein deutscher und russischer Kollege erhalten hätten, Differenzen bestünden. Herr Bompard sei von der französischen Regierung angewiesen worden, mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit jede Demarche mitzumachen, welche von den Vertretern aller anderen Großmächte unternommen würde. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich über geringfügige Divergenzen in den Instruktionen hinwegzusetzen und Hochderen Bemühungen darauf zu richten, daß ein Einvernehmen unter den Botschaftern erzielt werde und auf diese Weise die in Rede stehende Demarche ehetunlichst zustandekomme. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4104.

Nr. 4025. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 10. Okt. 1912 Nr. 458 (eing. 11. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Mit Bezug auf Telegramm vom 9. d. M. Nr. 221. Botschafter der fünf Mächte haben sich geeinigt, die aufgetragene Kollektivdemarche bei der Pforte in Form einer Kollektivnote zu unternehmen, welche der erste Dragoman der k. u. k. Botschaft übergeben soll. Russischer Botschafter wollte in die Note den dritten Punkt der bei den Balkanstaaten gemachten Deklaration aufnehmen, ich sowie meine Kollegen von Deutschland und England erklärten jedoch, daß wir uns striktest an den von unseren Regierungen uns mitgeteilten Text halten müßten. Herr von Giers gab schließlich nach und unterfertigte die Note. Letztere konnte jedoch bisher auf der Pforte nicht überreicht werden, da der französische Botschafter noch

ohne Instruktionen von seiner Regierung ist; er hofft indessen dieselben spätestens bis heute abends 6 Uhr zu erhalten. Legationsrat Pára habe ich dahin instruiert, auf der Pforte auf eine womöglich sofortige Antwort zu dringen. Trotz der gestern von mir gemeldeten entgegenkommenden Äußerungen Kiamil Paschas[b]) habe ich nur sehr geringe Hoffnung, daß die Antwort der Pforte befriedigend ausfallen wird. Einerseits kommen aus Sofia ungünstige Nachrichten, anderseits wird von den Jungtürken auf die öffentliche Meinung eine starke Pression dahin ausgeübt, nicht nachzugeben. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4026. — [b]) Vgl. n. 4012.

*Nr. **4026**. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 10. Okt. 1912 Nr. 461 (eing. 11. Okt. 3 U. p. m.).[a]) Entziff.*

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 458 von heute. Legationsrat Herr Pára hat heute um 7 Uhr abends die Kollektivnote dem Minister des Äußern übergeben. Gabriel Effendi nahm dieselbe mit der Bemerkung entgegen, er könne heute keine Antwort auf die Note erteilen, da dieselbe dem Ministerrat unterbreitet werden müsse, welcher mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde kaum in der Lage sein dürfte, noch heute einen Entschluß zu fassen. Der Herr Minister bemerkte aber, falls die Pforte gegen den Inhalt der Kollektivnote nichts einzuwenden haben sollte, so wäre seiner Ansicht nach eine Antwort nicht erforderlich, da dann von der Note einfach Akt genommen würde. Im entgegengesetzten Falle werde die türkische Regierung ihren Standpunkt den Botschaftern zur Kenntnis bringen. Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 24 Nr. 42. Vgl. n. 4039, 4085, 4102, 4104.

Tel. nach London, 10. Okt. 1912 Nr. 69 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4033.

Tel. nach Paris, 10. Okt. 1912 Nr. 82 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4033.

*Nr. **4027**. Tel. aus Paris, 10. Okt. 1912 Nr. 119 (eing. 11. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 80[a]) und Inhalt Herr Poincaré zur Kenntnis gebracht. Derselbe dankt Euer Exzellenz für diese Mitteilung und wird sich hinsichtlich der Herrn Geschoff zu erteilenden Antwort mit den Mächten in Verbindung setzen. Sobald er seinen Vorschlag ausgearbeitet hat, wird er ihn Euer Exzellenz mitteilen. Herr Poincaré deutete an, daß, nach seiner Ansicht, Artikel 23 des Berliner Vertrages und mehr noch das Vilajetsgesetz vom Jahre 1880 den Mächten das Recht einer Kontrolle geben; wie diese auszuüben sei, müsse allerdings erst festgestellt werden. Die Frage Herrn Geschoffs, ob die Mächte „pouvaient garantir l'acceptation par la Porte des recommandations des Puissances" könne angesichts der jüngsten Erklärungen der Pforte hinsichtlich der Einführung von Reformen wohl bejaht werden. Die Pforte werde die Ratschläge der

Mächte wohl annehmen, die Frage sei nur, ob sie sie praktisch zur Ausführung bringen werde. Herr Poincaré sprach zum Schlusse Befürchtung aus, daß Ausbruch der Feindseligkeiten weitere Besprechung vereiteln werde. Szécsen.

a) Mit Tel. Nr. 80 vom 9. Okt. 1912 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.) wurden nach Paris die Antworten aus den Balkanhauptstädten auf die österreichisch-russische Demarche mitgeteilt, insbesondere die Frage Geschows. Vgl. n. 4009.

Nr. 4028. Bericht aus Paris, 10. Okt. 1912 Nr. 42 (eing. 12. Okt.). Ausfert.

Mit meinem gehorsamsten Chiffretelegramm von gestern Nr. 118a) habe ich bereits Euerer Exzellenz über meine erste Unterredung mit Herrn Poincaré Meldung erstattet. Ich fand den Ministerpräsidenten in entschieden gehobener Stimmung über das Resultat seiner jüngsten Initiative. Er sagte mir, es scheine ihm sehr zweifelhaft, ob es gelingen werde, den Krieg der vier Balkanstaaten gegen die Türkei zu vermeiden. So bedauerlich ein solcher Krieg vom humanitären und wirtschaftlichen Standpunkte aus auch wäre, so flösse ihm derselbe doch keine grossen Besorgnisse ein, jetzt, wo es gelungen sei, ein einvernehmliches Vorgehn Österreich-Ungarns und Russlands zu sichern, und sei er Eurer Exzellenz für die Bereitwilligkeit, mit welcher Hochdieselben auf seine Vorschläge eingegangen seien, sehr dankbar. Die Besserung der Beziehungen zwischen Russland und uns sei ihm schon lange als eine der wichtigsten Garantien für Aufrechterhaltung der Ruhe in Europa erschienen, und freue er sich hiezu beigetragen zu haben. Herr Poincaré versicherte mich, dass Herr Sazonow seine Anregung einer gemeinsamen österreichisch-ungarisch-russischen Démarche gleich mit Freuden aufgegriffen habe und auf eine Besserung der Beziehungen Russlands zur Monarchie den grössten Wert lege: „Je suis convaincu", sagte der Ministerpräsident, „qu'il est absolument loyal et sincère dans ces intentions." Mit grosser Genugtuung erwähnte Herr Poincaré, dass er auch in Berlin für seine Propositionen das grösste Entgegenkommen gefunden habe. Der Minister kam sodann auf die Haltung unserer Presse zu sprechen und bedauerte, dass einzelne führende Organe, wie zum Beispiel die Neue Freie Presse, noch immer ein gewisses Misstrauen Russland gegenüber bekunden (eine Bemerkung, die mir übrigens auch Herr Iswolski machte). Ich glaubte einer Konversation über diesen Gegenstand nicht ausweichen zu sollen und wies vor Allem auf die Haltung eines grossen Teiles der russischen Presse hin, die fortfahre, unsere friedlichen Intentionen zu verdächtigen und Herrn Sazonow heftig angreife. Dass in der öffentlichen Meinung bei uns sich ein gewisses Misstrauen bemerkbar mache, sei schliesslich begreiflich. Die russische Regierung habe stets — vielleicht mehr, als es den tatsächlichen Verhältnissen entsprach — sich als Schutzmacht über die christlichen Balkanstaaten hingestellt. Letztere, speziell Serbien und Montenegro, hätten seit Jahren bei jeder Gelegenheit die völlige Übereinstimmung ihrer Politik zu jener Russlands betont. Es dürfe daher nicht Wunder nehmen, wenn die öffentliche Meinung sich schwer davon überzeugen lasse, dass die vier Balkan-Königreiche ihre kriegerische Politik gegen den directen Willen Russlands inauguriert haben. Man habe oft gesehen, dass die Haltung

gewisser russischer Diplomaten mit den Erklärungen, die in St. Petersburg abgegeben würden, nicht im Einklang standen. Herr Poincaré gab bereitwilligst zu, dass sich in der russischen Politik bedauerlicher Weise oft Nebeneinflüsse bemerkbar machen. Er meinte aber, Herr Sazonow sei energisch genug und habe genügend Autorität, um seine Politik zur Geltung zu bringen, wie dies auch der Fall Tscharykow bewiesen habe. Ich erwähnte auch die jüngste Probemobilisierung in den westlichen Provinzen Russlands, deren zeitliches Zusammenfallen mit der Action der Balkanstaaten der öffentlichen Meinung auffallen müsse. Meine hohe Regierung, sagte ich, nehme diese Massregel nicht tragisch und sei gerne bereit, die beruhigenden Erklärungen, die diesbezüglich veröffentlicht wurden, zu glauben; dass die Zeitungen sich mit der Sache beschäftigen, sei aber nicht zu vermeiden. Herr Poincaré sagte mir, ihm sei diese projectierte Mobilisierung in Russland schon zu einer Zeit bekannt gewesen, als noch Niemand an Komplikationen am Balkan dachte. Seither habe er weitere Informationen eingeholt und auch mit Herrn Sazonow darüber gesprochen, und könne er mich auf das bündigste versichern, dass dieser Massregel keinerlei aggressive Tendenzen zu Grunde liegen und dieselbe einen rein internen Charakter habe. „Frankreich" sagte der Ministerpräsident „ist eine essentiell friedliebende Macht und hat schon aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen das grösste Interesse an der Erhaltung des Status quo am Balkan. Aus den eingehenden Konversationen, die ich in St. Petersburg und hier mit Herrn Sazonow und anderen russischen Staatsmännern hatte, konnte ich mit grosser Befriedigung entnehmen, dass Russland ganz die gleichen Ziele verfolgt und jede politische oder gar kriegerische Komplikation zu vermeiden wünscht. Das einzige, was den Frieden Europas bedrohen könnte, wäre ein Missverständnis zwischen Österreich-Ungarn und Russland; darum lege ich auf ein freundschaftliches Zusammenwirken dieser beiden Staaten so grossen Wert." Bei Besprechung der eventuellen kriegerischen Actionen der Balkanstaaten machte Herr Poincaré die bereits telegraphisch gemeldete Bemerkung: „Man müsste in Belgrad verrückt sein, um in diesem Moment etwas zu unternehmen, was die Unzufriedenheit der k. und k. Regierung hervorrufen könnte", wobei er offenbar an das Sandschak von Novibazar dachte.[b)] Aus der ganzen Konversation sowie aus den Mitteilungen meiner Kollegen muss ich den Eindruck schöpfen, dass Herr Poincaré derzeit ganz aufrichtig ist, wenn er seine friedlichen Intentionen beteuert. Hiezu dürften verschiedene Factoren mitgewirkt haben. Frankreich, das seine Kapitalien in der ganzen Welt placiert hat, kann finanziell nur leiden, wenn kriegerische Komplikationen eintreten, die ein Fallen der Kurse zur Folge haben müssen. Im Falle eines aussichtsreichen Revanche-Krieges gegen Deutschland würden diese finanziellen Konsiderationen aber sofort in zweite Linie rücken. Nun hat, glaube ich, Herr Poincaré Gelegenheit gehabt, zur Überzeugung zu gelangen, dass Russland wegen Elsass und Lothringen keinen Krieg anfangen wird. Sollte es aber zu einer europäischen Konflagration wegen des Balkans kommen, so ist — wegen der bei einem solchen Anlass acut werdenden Dardanellen-Frage — ein Zusammenwirken Russlands und Englands zum mindesten fraglich. Die russischen Streitkräfte wären durch

den unvermeidlichen Konflikt mit uns so ziemlich gebunden und Frankreich würde Gefahr laufen, allein Deutschland gegenüber zu stehen, was derzeit, wo ein beträchtlicher Teil der französischen Armee in Marokko und man darf wohl auch sagen in Algerien und Tunis festgehalten ist, sehr bedenklich wäre. Im Moment aber, wo ein Revanchekrieg keine Aussicht auf Erfolg bietet, treten die finanziellen Interessen wieder entschieden in den Vordergrund. Hiezu kommt noch, dass allem Anscheine nach Herr Sazonow in England nicht viel erreicht zu haben scheint und man hier momentan gegen England etwas verstimmt ist. Die starke Baisse, die auf dem hiesigen Platze eingetreten ist (französische Rente ist unter 90 gefallen, was seit 25 Jahren nicht der Fall war) hat die massgebenden Kreise sehr impressioniert. In Frankreich, dem Kapitalistenland par excellence, ist nahezu jedermann am Börsen-Geschäfte interessiert und man fragt sich mit Schrecken, wie sich die Kurse gestalten würden, wenn es sich nicht um einen Konflikt der Balkan-Königreiche mit der Türkei, der hoffentlich lokalisiert bleiben und wegen allgemeinen Geldmangel in jenen Ländern nicht sehr lang dauern dürfte, sondern um eine europäische Konflagration handeln würde? Unter diesen Umständen können wir, glaube ich, wirklich auf die friedlichen Gesinnungen Herrn Poincarés zählen. Szécsen.

[a]) Mit Tel. Nr. 118 vom 9. Okt. 1912 (eing. 10. Okt. 9 U. a. m.) wird nur ein kurzer Vorbericht der hier ausführlich wiedergegebenen Unterredung mit Poincaré gegeben. — [b]) Vgl. n. 4106.

Nr. 4029. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Ambrózy in Rom, 10. Okt. 1912 Nr. 171 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Berchtold).

Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 142 vom 6. d. M. erhalten. Herzog Avarna hat mir in analoger Weise von einem zwischen Italien und der Türkei abzuschließenden Geheimakkord Mitteilung gemacht, dem später ein für die Öffentlichkeit bestimmter Friedensvertrag folgen soll. Der italienische Botschafter hat es bei dieser Gelegenheit als wünschenswert bezeichnet, daß die im Prinzipe von allen Kabinetten nach Friedensschluß in Aussicht gestellte Anerkennung der Souveränität Italiens über Lybien vor den anderen Mächten von uns ausgesprochen würde. Ich habe mich diesbezüglich vorerst mit dem Berliner Kabinette ins Einvernehmen gesetzt und Herrn von Kiderlen mitteilen lassen, daß ich Wert darauf legen würde, wenn die Anerkennung seitens Österreich-Ungarns und Deutschlands gleichzeitig erfolgte. Wir könnten, wenn dies der Auffassung in Berlin entspräche, schon jetzt der italienischen Regierung mitteilen, daß wir bereit seien, unmittelbar nach den im italienisch-türkischen Geheimakkord vorgesehenen Kundgebungen der beiden Teile die Anerkennung der italienischen Souveränität auszusprechen. Baron Flotow meldet mir unterm gestrigen,[b]) daß Herr von Kiderlen mit dieser Absicht vollkommen einverstanden sei. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache Marquis di San Giuliano und Herrn von Jagow gegenüber. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4044, 4115. — [b]) n. 4011.

Tel. nach Rom, 10. Okt. 1912 Nr. 172 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4033.

*Nr. **4030.** Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 10. Okt. 1912 Nr. 148 (eing. 11. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.*

Streng vertraulich. Minister des Äussern bittet mich für die ihm im Sinne Euer Exzellenz Telegramm Nr. 170 gemachten Mitteilungen seinen wärmsten Dank zu verdolmetschen. Er glaubt, dass es Herrn Poincaré bei Aufwerfen der Idee des angeregten Gedankenaustausches vor allem daran liege, bei der Regelung der Frage des politischen Status und des administrativen Regimes der Inseln die Führerrolle an sich zu reissen et de faire un beau geste de philhéllenisme. Denn aus einem Telegramm Herrn Tittonis über ein Gespräch mit dem französischen Ministerpräsidenten geht hervor, dass letzterer von der bevorstehenden Rückstellung der Inseln an die Türkei überzeugt ist, obwohl ihm nie — wie uns und Deutschland — eine offizielle Mitteilung über die einschlägigen Absichten Italiens gemacht wurde. Herr Poincaré habe sogar im Verlaufe dieses Gespräches das Interview Herrn Bertolinis, in welchem auch von Verpflichtungen Italiens, die Inseln zurückzugeben, die Rede ist, missbilligt und dahin kommentiert, dass durch diese Ennunziation des italienischen Unterhändlers die Stellung Italiens bei den Verhandlungen sich verschlechtert habe. M. San Giuliano bemerkte sodann, daß vielleicht Euer Exzellenz, ohne das Geheimnis des Poincaréschen Vorschlages preiszugeben, dem türkischen Botschafter in Wien oder der Pforte eine Andeutung darüber machen lassen könnten, daß die Türkei, falls sie sich nicht rasch entschließe, den Frieden zu unterzeichnen, das Risiko einer Aufwerfung der Frage der Verwaltung der Inseln seitens irgendeiner Großmacht laufe. Diese Gefahr sei nicht von der Hand zu weisen, denn es sei wahrscheinlich, daß das Pariser Kabinett die Démarche, die es bei uns gemacht hat, auch bei den anderen Mächten ausgeführt hat, wo sie vielleicht eine für Italien und die Türkei weniger rücksichtvolle Aufnahme finden könnte, als bei Euer Exzellenz. Ambrózy.

*Nr. **4031.** Tel. an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 10. Okt. 1912 Nr. 125 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Calice; G. Berchtold).*

Kurze Mitteilung über die Unterredung mit dem russischen Botschafter am Morgen des 9. Oktober, vergl. n. 4017.

[a]) Vgl. n. 4047, 4050.

Tel. nach St. Petersburg, 10. Okt. 1912 Nr. 126 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4033.

*Nr. **4032.** Tagesbericht über eine Unterredung mit dem russischen Botschafter, 10. Okt. 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).*

Im Laufe eines Gespräches habe ich heute Herrn von Giers gegenüber von den Äußerungen Herrn Sazonows zu Baron Flotow, welche letzterer

mir telegraphisch[b]) einberichtet hatte, Erwähnung getan. Ich hob speziell den Umstand hervor, daß der Herr russische Minister des Äußern hiebei als seine einzige Besorgnis angesichts der bevorstehenden Konflagration am Balkan jene bezeichnet, daß Österreich-Ungarn eine militärische Aktion im Sandschak unternehme, was eine bedenkliche Rückwirkung haben könnte. Diese Besorgnis — bemerkte ich zu dem Botschafter — sei eine unbegründete, denn, wie ich ihm schon kürzlich gesagt hätte, sei es nicht unsere Absicht, eine aggressive Politik zu treiben. Die formelle Versicherung Rußlands, keine territoriale Veränderung seitens der Balkanstaaten zuzugeben, genüge uns. Im übrigen müsse ich ihn — gegenüber dem Hinweise Herrn Sazonows auf die Empfindlichkeit der öffentlichen Meinung Rußlands — darauf aufmerksam machen, daß auch unsere öffentliche Meinung den Ereignissen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft gegenüber nicht gleichgiltig bleiben könnte. In diesem Belange schiene es mir sehr wünschenswert, wenn der Kriegsschauplatz nicht zu nahe an unsere Grenze verlegt würde. Herr von Giers nahm meine Bemerkung zur Kenntnis, wobei er neuerlich betonte, daß seine Regierung auf dem Standpunkte stehe, keine territoriale Veränderung am Balkan zuzulassen.

[a]) Vgl. n. 4036, 4047. — [b]) n. 3995.

Nr. 4033. Tel. nach Sofia Nr. 95 (1), Belgrad Nr. 46 (2), Athen Nr. 44 (3), Berlin Nr. 114 (4), St. Petersburg Nr. 126 (5), London Nr. 69 (6), Paris Nr. 82 (7), Rom Nr. 172 (8) und Bukarest Nr. 48 (9), 10. Okt. 1912 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1.—3. Wie wir erfahren, hat sich ein führendes Mitglied des türkischen Kabinettes dahin geäußert, daß die türkische Regierung, wenn es den Mächten gelänge, Bulgarien, Serbien und Griechenland vom Kriege abzuhalten, bereit wäre, den Großmächten die Ausführung der für Mazedonien für notwendig erachteten Reformen in die Hände zu geben.[b]) Ich stelle es Euer etc. anheim, diese — allerdings unverbindliche — Äußerung vorsichtig und gesprächsweise zu verwerten, da sie immerhin geeignet ist, die Nachrichten über eine intransigente Haltung der türkischen Regierungskreise in der Reformfrage einigermaßen zu rektifizieren.

4.—9. Ich telegraphiere wie folgt an die k. u. k. Missionen in Sofia, Belgrad und Athen: (Inseratur Telegramm sub 1—3 in extenso.) Vorstehendes zu Euer etc. persönlicher Information

4.—8. und eventueller vertraulicher Verwertung.

9. und vertraulicher Mitteilung an Seine Majestät den König.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4040, 4049, 4055. — [b]) Vgl. n. 4012.

Nr. 4034. Tel. aus Sofia, 10. Okt. 1912 Nr. 213 (eing. 9 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Soeben überbrachte mir Dobrovich Dank Seiner Majestät des Königs für rasche Durchfuhr-Bewilligung bulgarischer Munition. König hätte in dieser Angelegenheit auf mich gerechnet und liesse mir wärmstens danken.

Auch im Ministerrate wäre Eindruck sehr gut gewesen und Ordre, weitere Transporte über Russland zu dirigieren, sei zurückgezogen. Im Laufe der weiteren Konversation anvertraute mir Mitredner, dass bulgarische Regierung auf Demarche vermutlich morgen Antwort geben würde, wobei Wünsche bezüglich Reformen formuliert werden dürften. Die Mächte würden noch dann einige Tage zur Prüfung der bulgarischen Antwort haben, es sei aber aussichtslos, da nicht zu erwarten, dass Türken Konzessionen machen. Es müsse nunmehr etwas Blut fliessen; Bulgarien werde Dank allgemeinen Enthusiasmus siegen, sollte es auch unterliegen, wäre dies kleineres Übel, als wenn König jetzt zurücktreten würde, was hier Revolution in der Armee und seitens bereits bewaffneter Macedonier zur Folge hätte. Die Demarche der Mächte hätte auf König einen noch schlechteren Eindruck als auf Regierung gemacht. König Ferdinand sei „empört" gewesen speziell über Ausdruck „reprouver" und über „Drohung im Geleite erhaltener vager Versprechen." Dobrovich bemerkte retrospektiv, Bulgarien sei nicht ganz kriegsbereit und habe vor türkischer Truppenkonzentrierung an Krieg nicht gedacht. Nachdem Hoffnung auf Europa enttäuscht hätte, habe sich Kabinett — da in Verlegenheiten — mit übrigen Balkanstaaten bloss über gemeinsamen Schritt bei Mächten verständigt; alles übrige sei Folge türkischer Truppenkonzentrierung. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3977.

*Nr. **4035.** Bericht aus Belgrad, 11. Okt. 1912 Nr. 104 A (eing. 12. Okt.). Ausfert.*

In meinem gestrigen Berichte Nr. 103 B habe ich die Ehre gehabt, auf den überraschenden Umstand hinzuweisen, dass unsere gemeinsam mit Russland vorgenommene Demarche hier eigentlich keinen sehr tiefen Eindruck gemacht hat. Die Stellungnahme Russlands gegen den Krieg hat bei einzelnen serbischen Politikern und Staatsmännern allerdings Enttäuschung hervorgerufen, aber das grenzenlose Vertrauen des grossen Publikums in das Zarenreich doch nicht erschüttert. Ja, man ging sogar so weit, dass man darin ein Zeichen der Selbstlosigkeit der Petersburger Kreise erblicken wollte, da diese sich in eine gemeinsame Aktion mit der Monarchie nur deshalb eingelassen hätten, um dadurch unsere Aktionsfreiheit Serbien gegenüber zu unterbinden und uns von einer Gegenmobilisierung abzuhalten.[1]) Wie ich nun in Erfahrung gebracht habe, ist man russischerseits eifrig bemüht, diese Version hier zu verbreiten, und auch die hiesige bulgarische Gesandtschaft will durch ähnliche Argumentation die Kriegslust der Serben heben. Der bulgarische Gesandte Herr Toscheff ist über den ganzen Sommer nicht auf Urlaub gegangen und da er ein enragierter Parteigänger der Kriegsidee ist und hier sehr gute und intime Beziehungen zur politischen Welt hat, hatte er Zeit und Gelegenheit das Terrain vorzubereiten. Das offizielle Verhalten meines russischen Kollegen ist dem Anschein nach allerdings ein ganz korrektes und er wird nicht müde, mich und meine Kollegen zu versichern, wie sehr er sich bemüht, die Aussichtslosigkeit eines Kampfes den Serben nachzuweisen; er gibt sich den Anschein, mit dem grössten

Eifer den Instruktionen des Herrn Sassonow nachzukommen, was man mir auch im Ministerium des Äussern wiederholt bestätigt hat. Welche Sprache er aber unter vier Augen mit seinem Busenfreund Herrn Pašić und den anderen serbischen Politikern führt, kann schwerlich ermittelt werden. Tatsache ist es, dass er stets um den engen Anschluss Serbiens an Bulgarien eifrigst bemüht war, und dass er durch seine hier befolgte Politik die allerweitgehendsten Hoffnungen auf die bedingungslose Unterstützung Russlands bei den Serben erwecken musste. Auch jetzt hat er täglich Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten, der ihn in der Regel vor oder nach den Ministerkonferenzen aufsucht und sich bei ihm Rat holt. Es ist der einzige Gesandte, der auch mit dem König in stetem Kontakt ist. Aber auch auf weniger offiziellem Wege machen sich hier starke russische und neoslavische Strömungen geltend, und dies alles hat bewirkt, dass Serbien sein Glück und sein Heil nur von Russland erwartet. Wenn auch einzelne Politiker sich jetzt sagen müssen, dass sie vom offiziellen Russland auch diesmal im Stiche gelassen worden sind,[2] so verharrt das grosse Publikum dennoch in seiner Verblendung. Man sagt, Herr Sassonow und die russische Regierung seien noch nicht Russland, und wenn man durch diese auch etwas enttäuscht wurde, so kann dafür das grosse, das mächtige, das serbenfreundliche Russland nicht verantwortlich gemacht werden; dieses wird Serbien immer beschützen und nie gestatten, dass es nach einem siegreichen Kampfe der blutig errungenen Erfolge verlustig werde. Serbien verlasse sich nicht auf einzelne Personen, sondern nur auf das russische Volk in seiner Gesamtheit und das wird sich in seiner grenzenlosen Liebe zu den Serben immer gleich bleiben. Herr von Hartwig hat jedenfalls das grosse Verdienst, seinerseits viel dazu beigetragen zu haben, dass der Glaube an Russland trotz der Vorgänge in den Jahren 1878, 1908 etc. bei den Serben doch nicht erschüttert wurde und dass das Land noch immer sein Heil und sein Glück ausschliesslich nur vom mächtigen nordischen Bruder erwartet. Die Ernüchterung, die bei einzelnen objektiv Denkenden sich eingestellt hat, konnte in die Volkspsyche keinen Eingang finden. Es sind mir auch Gerüchte zugekommen, dass sich hier auch italienische Einflüsse geltend gemacht haben und namentlich, dass Italien nicht ganz unbeteiligt gewesen sei an der Vorbereitung der jetzigen kritischen Lage. In wie weit diese Gerüchte der Wahrheit entsprechen, habe ich nicht in Erfahrung bringen können. Ich glaube aber bestimmt nicht fehl zu gehen, wenn ich annehme, dass die von Herrn Kramarž und Konsorten in der österreichischen Delegation gehaltenen Reden hier zur allgemeinen Beruhigung nicht beigetragen haben. Sie haben der Friedensidee jedenfalls keinen guten Dienst erwiesen.

Ugron.

[1] Hartwig und Kiderlen. — [2] ?

*Nr. **4036.** Tel. nach Berlin, 11. Okt. 1912 Nr. 116 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Konz. (S. Nemes; V. Berchtold; G. Nemes).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 199 vom 10. l. M. ... *wie n. 4032* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Infor-

mation und persönlicher Orientierung. Da die Sandschakfrage, angesichts der Erklärung der Großmächte, keine territorialen Veränderungen am Balkan zulassen zu wollen, jeder aktuellen Bedeutung entbehrt, würde ich Wert darauf legen, daß Euer Exzellenz in Hochdero Gesprächen mit Ihrem russischen und Ihren anderen Kollegen diesbezüglich die größtmöglichste Zurückhaltung beobachten. Berchtold.

Nr. 4037. Tel. aus Berlin, 11. Okt. 1912 Nr. 200 (eing. 12. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Zu meinem Telegramm Nr. 198 von gestern. Dem Reichskanzler gegenüber habe ich mich ganz in demselben Sinne ausgesprochen, wie ich es dem Staatssekretär gegenüber gestern getan habe. Herr von Bethmann-Hollweg sagte mir, er sei sehr peinlich berührt, dass zwischen Wien und Berlin Misstimmung und Missverständnisse vorgekommen seien. Er habe „ein reines Gewissen" und hätte sich der Hoffnung hingegeben, dass seine und des Staatssekretärs Bemühungen in Wien richtig gewürdigt würden. Er rechne es sich als Verdienst an, dazu, wie er glaube, nicht unwesentlich beigetragen zu haben, dass zwischen Österreich-Ungarn und Russland ein vertrauensvolleres Verhältnis angebahnt werde. Dies sei und bleibe der lebhafteste Wunsch der deutschen Regierung. Die einzige Möglichkeit, ein Einverständnis aller Mächte für die Aktion zu gewinnen, hätte ihm darin geschienen, dass die zwei minder interessierten Mächte Deutschland und Frankreich sich um die Sache bemühen. Auf Basis des absoluten Ausschlusses territorialer Veränderungen lasse die Erklärung, dass der Krieg lokalisiert werden soll, Österreich-Ungarn für spätere Eventualitäten nichtsdestoweniger freie Hand und bilde das gegenwärtige Zusammengehen Österreich-Ungarns und Russlands ein grosses Beruhigungsmoment für die Weltlage. Nach seiner vollen Überzeugung habe Russland diesmal keine Hintergedanken, da es ja auch im Interesse Russlands selbst liege, größeren Komplikationen vorzubeugen. Reichskanzler beabsichtigt sich morgen nach Hohenfinow zu begeben, von dort aus zum Vortrag zu Kaiser Wilhelm nach Hubertusstock zu fahren und erst Ende nächster Woche definitiv nach Berlin zurückzukehren. Szögyény.

Nr. 4038. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus Bukarest-Sinaia, 11. Okt. 1912 Nr. 54 (eing. 4 U. p. m.).[a] Entziff.

Seine Majestät der König empfieng mich in Audienz, wobei ich Höchstdemselben Inhalt telegraphischer Weisungen 45,[b] 46[c] und 47[d] mitzuteilen die Ehre hatte. Der König beauftragte mich, Euer Exzellenz hiefür und namentlich für die geheime Mitteilung betreffend italienisch-türkischen Akkordes wärmstens zu danken, welcher sehr wichtig sei und hoffentlich wirklich das Ende dieses Krieges bedeute. Den Ausbruch des Balkankrieges hält Seine Majestät für unvermeidlich und zeigte sich besonders betreffs der möglichen europäischen Konsequenzen dieses Konfliktes etwas pessimistisch. Das Zusammengehen Österreich-Ungarns mit Russland,

welches dieser Tage so glücklich inauguriert worden sei, sei allerdings ein Lichtstrahl in der internationalen Lage. Seine Majestät beauftragte mich, Euer Exzellenz zu melden, daß Rumänien vorläufig passiv bleiben werde. Über die türkische Politik äußerte sich König Karol sehr abfällig. Die Türkei selbst habe durch ihre demonstrative Truppenkonzentrierung den letzten Anstoß zur heutigen Lage gegeben. Dies habe Seine Majestät den König dem türkischen Gesandten auch offen gesagt. Vor zehn Tagen sei nämlich Sefa Bey bei Höchstdemselben erschienen, sei in bedauernswerter deprimierter Stimmung gewesen und habe direkt um die aktive Unterstützung Rumäniens gebeten. Die Pforte scheine tatsächlich sicher auf rumänische Kooperation gerechnet zu haben. Man hätte dem König sogar zu verstehen gegeben, daß man Höchstdemselben das Oberkommando über die vereinigten Armeen antragen würde. „Hiefür habe ich mich aber bestens bedankt," sagte der König lachend. Seine Majestät der König habe dem türkischen Gesandten gesagt, das Beste, was die Türkei in ihrer jetzigen Situation tun könne, wäre Kreta ganz aufzugeben und um diesen Preis Neutralität Griechenlands zu sichern, was immerhin ein Gewinn wäre. Kreta sei verloren und werde nach dem Kriege an Griechenland oder eine Großmacht fallen. Die Türkei komme mit allem immer zu spät. Bezeichnend hiefür sei es, daß trotz der Hilferufe und des Bauens auf rumänische Unterstützung der rumänische Handelsvertrag nicht zum Abschluß zu bringen gewesen sei. Mit russischem Gesandten habe Seine Majestät sehr offen gesprochen und ihm gesagt, daß die Passivität Rumäniens sofort aufhören würde, wenn Bulgarien eine territoriale Vergrößerung erhalte, „in diesem Falle will ich auch mitsprechen." Der König hätte Herrn Schebeko darauf aufmerksam gemacht, daß ein zu mächtiges Bulgarien auch den Interessen Russlands nicht entsprechen könne, da Bulgarien dann sich vom russischen Einflusse noch mehr emanzipieren würde. Schebeko habe dem beigestimmt. Die Hauptgefahr sieht Seine Majestät der König in eventuellen inneren Unruhen in Konstantinopel im Zusammenhange mit dem Gange der Kriegsereignisse, namentlich in einer möglichen Erhebung der Griechen im Phanar. Die Lokalisierung des Krieges wäre in diesem Falle stark in Frage gestellt. Verleihung des russischen Marschallstabes streifte König Karl nur und bezeichnete es als symptomatisch, daß dies am Tage der Mobilisierungsbeschlüsse erfolgte. Zum Schlusse bat mich Seine Majestät, Euer Exzellenz zu melden, daß er für eine Mitteilung darüber dankbar wäre, wie sich Hochdieselben zu den verschiedenen Ansuchen um Durchfuhr von Kriegsmaterial stellen würden, da sich Seine Majestät der König danach richten will. Namentlich Serbien werde stark auf rumänische Durchfuhrsbewilligung angewiesen sein. Seine Majestät der König ließ durchblicken, daß es schwer wäre, differenziell vorzugehen.

Otto Czernin.

a) Vgl. n. 4120. — *b)* Mit Tel. Nr. 45, 8. Okt. 1912 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.) wurde n. 3975 von „Es würde Geheimakkord" bis „kapitalisiert würde" ausschließlich zur Mitteilung an König Karl nach Bukarest übermittelt. — *c)* Mit Tel. Nr. 46 vom 9. Okt. wurde n. 3997 nach Bukarest mitgeteilt. — *d)* Mit Tel. Nr. 47 vom 9. Okt. wurden n. 3992, 3993 und 4009 auszugsweise nach Bukarest mitgeteilt.

*Nr. **4039.** Tel. aus Konstantinopel-Pera, 11. Okt. 1912 Nr. 463 (eing. 12. Okt. 8 U. a. m.).[a] Entziff.*

Im Einvernehmen mit meinem russischen Kollegen suchte ich soeben den Minister des Äußern auf, um ihn zu bewegen, die Kollektivnote der Mächte sobald als möglich zu beantworten. Gabriel Effendi sagte mir, der gestrige Ministerrat habe beschlossen, sich nächsten Sonntag mit dieser Frage zu beschäftigen und fügte hinzu, man hätte den Eindruck, daß eine direkte Antwort vielleicht nicht erforderlich sei. Ich setzte dem Minister mit möglichstem Nachdruck auseinander, daß es sich heute vor allem darum handle, noch in letzter Stunde den Ausbruch des Krieges zu vermeiden. Man dürfe daher nicht eine Minute verlieren, um den Mächten die Möglichkeit zu bieten, noch rechtzeitig bei den Regierungen der Balkanstaaten wirksam zu vermitteln. Dies könne aber nur dann geschehen, wenn man im Besitze einer befriedigenden Antwort der Pforte sein werde. Ich fügte noch hinzu, daß selbst dann, wenn der Krieg nicht zu vermeiden wäre, es im Interesse der türkischen Regierung stünde, die Vorschläge Europas zu akzeptieren und für sich „le beau rôle" zu wahren. Es gelang mir schließlich, den Minister dazu zu bewegen, dem Großvezier sofort zu telephonieren, daß er für morgen Vormittag den Ministerrat einberufe, damit mir mit tunlichster Beschleunigung die Antwort auf die Kollektivnote übermittelt werden könne. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 4026, 4056.

*Nr. **4040.** Tel. aus London, 11. Okt. 1912 Nr. 89 (eing. 12. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 69 von heute. Ich habe Sir E. Grey streng vertraulich vom Inhalt desselben Kenntnis gegeben, der ihn sehr frappierte. Er meint, daß, wenn Pforte in ihrer Antwort an die Mächte diesen Gedanken ausführen könnte, noch Hoffnung auf Erhaltung des Friedens bliebe. Jedenfalls würde, wenn führendes Mitglied türkischer Regierung das Gesagte offiziell wiederholen würde, der k. u. k. und der russischen Regierung eine Handhabe geboten sein, noch stärkere Pression auf Balkanstaaten auszuüben. Denn damit wären ja die Forderungen der Balkanstaaten, die „nicht territoriale Aspirationen" haben, erfüllt. Selbst im Falle, daß Krieg unvermeidlich ist, würde eine derartige Zusicherung für die künftige Intervention der Mächte — auch in der Eventualität türkischer Niederlage — sehr wertvoll sein. Sir E. Grey ist der Ansicht, dass es sehr günstig wäre, wenn möglich, dieser Äußerung nachzugehen, eventuell auf den türkischen Minister, der sie fallen ließ, ermunternd einzuwirken. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 4055.

*Nr. **4041.** Bericht aus London, 11. Okt. 1912 Nr. 49 A (eing. 14. Okt.).[a] Ausfert.*

Vertraulich. Nach Allem, was ich in Balmoral und hier seit meiner Rückkehr gehört habe, scheint Herr Sazonow persönlich einen sehr guten

Eindruck gemacht zu haben. Man hält ihn für einen — wenn auch nicht brillanten — so doch sehr vernünftigen und ruhig denkenden Mann. Er hat Vertrauen erweckt, und man erblickt in ihm — wie ich meine mit Recht — einen Staatsmann, dessen Versicherungen man Glauben schenken kann. Er hat, soviel ich entnehmen kann, überall und immer die Notwendigkeit des Zusammenhaltens der Mächte und namentlich der Harmonie zwischen Wien und Petersburg hervorgehoben. Als er mich besuchte, und im Laufe des Gespräches Herr Iswolsky genannt wurde — von dem er, wie mir scheint, nicht grosse Stücke hält — berührten wir die Rivalität, in welche der Pariser russische Botschafter sich zu Grafen Aehrenthal zu stellen trachtete, und Herr Sazonow bemerkte, dass dies der Vergangenheit angehöre, „et que la situation actuelle était beaucoup trop sérieuse pour que des considerations personelles y puissent jouer un rôle quelconque." Wie ich von meinem italienischen Kollegen höre, hat er sich diesem gegenüber in ganz ähnlichem Sinne ausgesprochen. Sir Edward Grey sagte mir, er habe mit Herrn Sazonow natürlich die Lage am Balkan besprochen. Das Resultat ihres diesbezüglichen Gedankenaustausches in Balmoral sei der Vorschlag gewesen, in Konstantinopel zu raten, die Redifs nicht an die Grenze zu dirigieren, falls die Balkanstaaten nicht mobilisieren, ein Vorschlag, der durch die inzwischen eingetretene Mobilisierung gegenstandslos wurde. Im Übrigen habe Herr Sazonow dem Staatssekretär gegenüber immer nur von der Erhaltung des status quo am Balkan gesprochen. Wie ich mit Telegramm Nr. 85 vom 9. d. Mts. gemeldet, wiederholte mir Sir Edward mehrmals und mit Nachdruck, dass Herr Sazonow nicht einmal die Eventualität berührte, was zu geschehen hätte, wenn der status quo nicht erhalten bliebe. „Er hätte ja sagen können, was für Wünsche Russland in diesem unerwünschten Falle vorbringen würde, aber selbst dies hat er nicht getan und er hat während aller unserer Unterredungen auch nicht einmal die Meerengenfrage erwähnt. Herr Iswolsky hat mir vor vier Jahren sehr viel von der Möglichkeit gesprochen, die Frage der Dardanellendurchfahrt vor die Mächte zu bringen, aber Sazonow hat es diesmal mit keiner Silbe berührt." Diese Erklärungen des Herrn Staatssekretärs waren ganz spontan; ich hatte in keiner Weise das Gespräch auf die Meerengen gebracht, und Sir Edward hatte offenbar die Absicht, uns darüber zu beruhigen, dass die Meerengen nicht einen Gegenstand der Besprechungen in Balmoral gebildet haben. Der Staatssekretär sagte mir, er habe die feste Überzeugung, dass Russland nicht die Absicht habe, während der jetzigen Krise am Balkan irgend eine Aktion zu unternehmen. Sir Edward meinte gleichzeitig, er hege die Zuversicht, dass auch unsererseits Nichts unternommen werden würde, das wie eine separate Aktion der Monarchie gedeutet werden könnte „that You would also not take any action." Sir Arthur Nicolson machte mir eine ungefähr ähnlich lautende Andeutung. Ich erwiderte beiden Herren, sie wüssten, wie sehr Euer Exzellenz sich für die Erhaltung des status quo und für die Einmütigkeit der Mächte einsetzten, dass man aber naturgemäß sich nicht für alle Eventualitäten binden könnte, wenn die Gefahr von Konflagrationen an unserer Grenze entstände. Meine Bemerkung wurde von Grey und Nicolson als selbstverständlich

aufgenommen. Nicolson meinte „of course You could not bind Yourself with all the trouble going on close to Your frontier." Herr Sazonow scheint hier allgemein, wie er es mir gegenüber getan hat, die Gefahr einer starken slavophilen Bewegung in Russland zu Gunsten der Balkanstaaten als sehr gering[1]) bezeichnet zu haben. In Balmoral sowie hier namentlich seitens Sir Arthur Nicolson und Monsieur Cambons hörte ich die Vermutung aussprechen, dass Herr Sazonow zu zuversichtlich sei und die starken slavophilen Unterströmungen in seinem Vaterlande unterschätze. Mir gegenüber sagte Herr Sazonow, — wie ich telegrafisch meldete[b]) — die ungeheuere Mehrheit der Russen sei heute ganz indifferent[2]) für die Bulgaren geworden. Einige Blätter — namentlich die Nowoje Wremja — würden zwar eine derartige Sympathiebewegung schüren und aufbauschen, um der Regierung und ihm, Sazonow, Schwierigkeiten zu bereiten. „Ce n'est plus dans notre intérêt de voir une grande Bulgarie. Nous n'avons aucune intention d'aller à Constantinople mais nous ne voulons pas non plus que les Bulgares y aillent. Dans le temps nous avons fait des campagnes pour libérer ces pays slaves. Nous l'avons fait, un point, c'est tout! Maintenant nous désirons conserver le status quo." Allerdings bemerkte er, dass er die Agitation in der Presse nicht ganz werde ignorieren können. Nachdem Herr Sazonow bestrebt schien, die Gefahr einer slavophilen Bewegung nicht besonders hoch einzuschätzen, war ich umso mehr überrascht zu hören, dass während meiner Abwesenheit in Balmoral Sir A. Nicolson dem Grafen Trauttmansdorff sagte (Telegramm Nr. 78 vom 3. d. Mts.), Sazonow habe ihm nahe gelegt, auch seinerseits mir gegenüber die Hoffnung auszusprechen, die k. u. k. Regierung werde sich jeder Aktion enthalten, welche die öffentliche Meinung Russlands aufregen könnte. Ich habe vorgestern nach meiner Rückkehr aus Schottland die Sache bei Sir A. Nicolson wieder zur Sprache gebracht. Er meinte, er habe wahrscheinlich Sazonow nicht ganz richtig verstanden. Herr Sazonow habe mit ihm die Gefahr österreichisch-ungarischer Massnahmen diskutiert, welche auf die russische öffentliche Meinung eine Rückwirkung haben könnten, und er sei unter dem Eindrucke gewesen, der russische Minister des Äussern habe auch mit mir eingehend davon gesprochen. Herr Sazonow hat mir gegenüber kein Wort von einer militärischen Demonstration unsererseits, von einem Einmarsche in den Sandjak oder gar Serbien gesprochen. Wie ich von meinen Kollegen höre, ist dem hiesigen serbischen Vertreter von allen Seiten — ich denke auch von Sazonow —, die Gefahr vorgehalten worden, die dadurch entstünde, wenn serbische Truppen in den Sandjak einrücken. Es ist die Frage des Sandjaks, die offenbar sehr beunruhigt. Eine Aktion unsererseits an diesem Punkte — wenn sie auch noch so berechtigt erschiene — würde nach hiesiger Auffassung in Russland eine Aufregung hervorrufen, welche das so wichtige Einvernehmen zwischen Wien und Petersburg gefährden müsste. Diese Sorge tritt auch in der hiesigen Presse deutlich hervor. Bei allen Besprechungen der Lage in den Zeitungen klingt mehr oder weniger ersichtlich die Besorgnis durch: „Was wird Österreich-Ungarn im Sandjak oder in Serbien tun, und wie könnte die Harmonie zwischen Wien und Petersburg der Belastungsprobe einer derartigen Aktion widerstehen?" Sir

E. Grey gebrauchte mir gegenüber den Ausdruck, er könne nur das tägliche Gebet wiederholen, dass die Harmonie zwischen Euer Exzellenz und Herrn Sazonow nicht getrübt werde. „I can only pray that You will not fall out." Das scheint jetzt, wie schon gesagt, die Hauptsorge des Staatssekretärs zu sein. Ich glaube ein Misstrauen gegen die englische Politik, wie sie in manchen kontinentalen Pressorganen durchklingt, wäre jetzt wirklich nicht berechtigt. Es liegt gewiss nicht im Interesse Englands, eine allgemeine Konflagration zu sehen. Die englische Rücksichtsnahme auf die Empfindlichkeit der mohammedanischen Welt, die ich an anderer Stelle berühre, dann die verworrenen Zustände in Persien und der sehr lebhafte Wunsch, trotz aller Gegensätze die Entente mit Russland zu erhalten, endlich die permanenten grossen Handelsinteressen sprechen dafür, dass England für den Frieden und im heutigen Falle für die Lokalisierung des Krieges wirken wird. Ich glaube nicht, dass ein Grund vorliegt, an der Loyalität Sir Edward Greys zu zweifeln. Die Angriffe, die vorige Woche in der französischen Presse gegen ihn gemacht wurden, haben im Foreign Office unangenehm berührt. Der Staatssekretär war allerdings nicht in London, traf aber vorigen Samstag Abend hier ein und hat am Sonntag seine Zustimmung zu den von Euer Exzellenz etwas amendierten französischen Vorschlägen innerhalb einer Stunde nach deren Eintreffen erteilt. Sir A. Nicolson beklagte sich mir gegenüber über die Indiskretion des Quai d'Orsay. Vertrauliche Äusserungen, die er M. Cambon mache, fänden sich am nächsten Tage im Temps oder anderen Blättern. Niemand leide mehr darunter als M. Cambon, aber es sei unerhört, wie alles aus dem französischen Ministerium in die Presse gelange. Während der eben stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Mächten hätten die Pariser Blätter so viele und genaue Informationen darüber gebracht, dass die Regierungen der Balkanstaaten darüber unterrichtet waren und ihre Haltung danach einrichten konnten. Nach Ansicht Sir A. Nicolsons habe die französische Presse in diesen letzten Tagen sehr viel Schaden angerichtet und den Erfolg der Aktion der Mächte gefährdet. Graf Benckendorff sagte mir dasselbe, nur noch eindringlicher, und versicherte mir auch, nichts sei ungerechter, als Sir Edward vorzuwerfen, die Aktion der Mächte aufzuhalten. Er habe im Gegenteile sogleich zugestimmt, und es waren die Telegramme aus Paris, die verspätet waren und auf welche am Sonntag Sir Edward Grey bis 6 Uhr abends warten musste. Am Quai d'Orsay scheine man es eben eiliger zu haben, die Pariser Presse zu informieren als die eigenen Botschaften und die fremden Regierungen.

Mensdorff.

1) ? — *2)* !

a) Vgl. n. 3825, 4042. — *b)* n. 3879.

Nr. 4042. Bericht aus London, 11. Okt. 1912 Nr. 49 B (eing. 14. Okt.). Ausfert.

Streng vertraulich. Im Nachhange zu meinem heutigen Berichte Nr. 49 A erlaube ich mir noch zu melden, dass mein russischer College mir soeben, knapp vor Courier-Schluss, von den Beziehungen unserer zwei Regierungen gesprochen hat. Herr Sazonow sei erfüllt von der Noth-

wendigkeit eines Einverständnisses mit Euer Excellenz, habe aber das Gefühl, dass es für ihn schwer sei, uns Avancen zu machen wegen der Empfindlichkeit, die in Russland doch noch etwas seit der Annexionskrise gegen uns besteht. Graf Benckendorff bestätigte mir aber, dass Herr Sazonow das vollste Vertrauen zu Euer Excellenz habe. Mein russischer College fuhr fort: „Sazonow hat auch recht, wenn er meint, die ehemalige slavophile, bulgarenfreundliche Strömung in Russland habe sehr abgenommen, aber wenn die Nothwendigkeit eintreten sollte, dass Ihr in den Sandjak einmarschiert, so geht bei uns der Lärm los. Man wird die alten Schlagworte vom österreichischen Vormarsch nach Saloniki etc. wieder vorbringen und es wird eine sehr starke Erregung platzgreifen. Wäre es nicht möglich, zwischen Berchtold und Sazonow schon jetzt auszumachen, dass falls Serben oder Montenegriner während des Krieges in den Sandjak eindringen, sie bei Friedens-Schluss unbedingt hinausmüssen, so dass Ihr nicht gezwungen seid, während der Kriegsoperationen einzugreifen?“ Graf Benckendorff sagte dies nur als seine eigene Idee, ist aber sehr damit beschäftigt, dass Alles verhindert werde, was in Russland gegen uns Stimmung machen könnte. Auf Herrn Sazonow persönlich könnten wir rechnen, er ist aber schwach und kränklich und eine populäre Bewegung gegen uns könnte die wieder angebahnten guten Beziehungen empfindlich gefährden. Die Anwesenheit Euer Excellenz am Ballplatze sei ausserordentlich günstig für eine Annäherung, nachdem man Euer Excellenz in Petersburg Vertrauen und Sympathien entgegenbringt. Auch hier sei, wie mir Graf Benckendorff bestätigt, die Gefahr einer Entfremdung zwischen Wien und Petersburg das, was am meisten Besorgnis einflösst. Ich erlaube mir vorstehende Äusserungen meines russischen Collegen Euer Excellenz für alle Fälle zu unterbreiten. Mensdorff.

Nr. 4043. Privatschreiben aus London, 11. Okt. 1912 Nr. 1 (eing. 14. Okt.). Ausfert.

Vertraulich. Ich habe vorige Woche in Balmoral dem Königspaare die Grüsse überbracht, welche Seine Majestät unser Allergnädigster Herr mir für die britischen Majestäten aufzutragen geruhte. König und Königin erkundigten Sich eingehend und mit wärmsten Interesse nach dem Befinden und Aussehen Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät, und ich war in der glücklichen Lage, den Herrschaften die besten Nachrichten geben zu können. Während einer Konversation mit König Georg fand sich von selbst eine Gelegenheit, bei welcher ich bemerken konnte, der König wisse, dass unser Allergnädigster Herr stets ein Freund Englands gewesen sei und an den alten Traditionen der Interessengemeinschaft festgehalten habe. Der König ging lebhaft darauf ein „immer die beste Freundschaft zwischen den zwei Ländern, nie ein Krieg oder eine ernste Entzweiung etc.“ Ich benützte dies, um auf die Gemeinsamkeit der Interessen im Mittelmeer und europäischen Orient anzuspielen, worauf die Konversation auf das angebliche Aufgeben des Mittelmeeres durch England kam. Der König bemerkte, von einem Aufgeben des Mittelmeeres sei natürlich keine Rede — aber

„die Deutschen machen es uns immer schwerer, dadurch dass sie uns zwingen, unsere Flotte in der Nordsee zu konzentrieren." Daran anknüpfend kamen die bekannten Klagen über Deutschland. „Wir wollen nicht so viel Geld ausgeben auf Schiffe, müssen es aber tun. Die Deutschen haben natürlich das Recht, so viel zu bauen als sie wollen, nur müssen wir dann immer in derselben Proportion mehr bauen. Das Argument der Deutschen ist, sie benötigen eine Flotte zum Schutze ihrer Kolonien und ihres Handels. Ihre Kolonien sind nicht gefährdet, im Gegenteile, wir unterstützen sie und verständigen uns immer sehr gut darüber mit ihnen. Was den Handel betrifft, so schützen sie denselben ja eben nicht durch ihre Flotte, die niemals die Nordsee verlässt. Auch sind die deutschen Schiffe nur mit Rücksicht auf die Nordsee gebaut, sie haben keine Vorkehrungen, Kohle für lange Reisen zu führen und so weiter." Der König schien auch diesmal, wie so oft bei früheren Anlässen, über die Schwierigkeiten des Verhältnisses zu Deutschland recht deprimiert. Mensdorff.

*Nr. **4044.** Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 11. Okt. 1912 Nr. 150 (eing. 12. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 171. Obgleich der deutsche Botschafter noch keine einschlägigen Instruktionen erhalten, habe ich erteilten Auftrag ausgeführt. Marquis San Giuliano bat mich, Euer Exzellenz seinen Dank zu übermitteln, fügte aber zur Vermeidung jeglichen Mißverständnisses bei, daß der geheime Akkord eine Kundgebung seitens der Türkei im Sinne einer Notifizierung an die Mächte nicht vorsehe, sondern nur die Erlassung eines Firmans, welchem am nächsten Tage hier die Publizierung des königlichen Dekretes folgen würde. Ich glaubte, dem Minister antworten zu dürfen, ich müsse annehmen, daß Euer Exzellenz Mitteilungen Herzogs von Avarna sowie telegraphische Meldung über den im geheimen Akkord vorgesehenen modus procedendi im gleichen Sinne interpretieren wie ich und nicht an eine Kundgebung der Türkei an die Mächte denken. Zur vollen Sicherheit bitte ich um Weisung, ob ich dem Minister richtig geantwortet habe. Derselbe machte mir hierauf Mitteilungen, durch welche anscheinend Friedensschluß wieder ernstlich in Frage gestellt ist. Ambrózy.

[a] Vgl. n. 4059.

*Nr. **4045.** Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 11. Okt. 1912 Nr. 151 (eing. 12. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Streng vertraulich. Marquis San Giuliano las mir Konzept eines an die italienischen Botschafter in Wien und Berlin gerichteten Telegrammes vor, aus welchem hervorgeht, dass die Türkei in Ouchy hat erklären lassen, dass sie nahezu alle in Aussicht gestellten wichtigeren Konzessionen des in Verhandlung stehenden Friedensschlusses zurückzieht und für Italien unannehmbare Bedingungen vorschlägt. Italienische Regierung sehe sich im Hinblicke auf ausgebrochenen Balkankrieg veranlasst, volle Aktionsfreiheit wieder für sich in Anspruch zu nehmen. Admiral Viale sei bereits

beauftragt, nach dem Aegäischen Meere auszulaufen. Italien hoffe, dass es verbündeten Regierungen noch gelingen werde, Pforte zur Vernunft zu bringen. Minister des Äussern sagt mir, er werde sich bemühen, Herrn Giolitti zu bewegen, die der Türkei zu den Verhandlungen gewährte, morgen ablaufende Frist zu erstrecken, da seinem Gefühle nach seitens der Pforte Bluffversuch vorliege. Er verwies aber auch darauf, dass Druck der öffentlichen Meinung entschiedenes Eingreifen der Flotte im Ägäischen Meere gebieterisch verlangen werde. Ich habe mich gegenüber Marquis San Giuliano receptiv verhalten, aber Herr Bollati aufmerksam gemacht, dass die Consulta den Artikel VII nicht aus dem Auge verlieren dürfe, worauf er mit Hinweis auf Unterschied der Interpretierung dieses Artikels antwortete. Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 4053, 4059, 4060, 4075.

Nr. 4046. Tel. an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 11. Okt. 1912 Nr. 127 (chiffr. 8 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Graf Szögyény telegraphiert unter dem 10. l. M. wie folgt: ... *wie n. 4023* ... Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information. Falls die Äußerung Grafen Szögyénys zu seinem russischen Kollegen im dortigen auswärtigen Amte Euer Hochwohlgeboren gegenüber zur Sprache gebracht werden sollte, so wollen Sie, ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, bemerken, daß es sich wohl nur um eine akademische Erörterung gehandelt haben kann, welche angesichts der Erklärungen der Großmächte, keine territorialen Veränderungen am Balkan zulassen zu wollen, jeder aktuellen Bedeutung entbehrt. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4063.

Nr. 4047. Tel. an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 11. Okt. 1912 Nr. 128 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. und G. Nemes).

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramm Nr. 125. Ich habe gestern an eine mir einberichtete Äußerung Herrn Sazonows zu Baron Flotow anknüpfend dem russischen Botschafter gesprächsweise erwähnt, ... *wie n. 4032 von „daß der Herr russische Minister" bis „am Balkan zuzulassen"* ... Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Orientierung. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4061, 4063.

Nr. 4048. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 11. Okt. 1912 Nr. 178 (eing. 12. Okt. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich habe Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 124[b]) von gestern heute Herrn Sazonow mitgeteilt, welcher ganz identische Relation hatte. Minister betrachtet bulgarischerseits gestellte Fragen als nicht ernst. Dieses Verhalten Bulgariens sei seiner Ansicht nach nur ein Vorwand, um Odium

des Angriffes von sich abzulenken. Er glaubt nicht, daß durch Beantwortung dieser Fragen Frieden erhalten werden könnte, Bulgarien wie auch Serbien in einigen Tagen, letzteres wahrscheinlich übermorgen, den Krieg erklären würden. Nichtsdestoweniger wird Minister, um mit österreichisch-ungarischer Regierung einheitliches Vorgehen zu wahren, durch Herrn Iswolsky ähnliche Mitteilung wie Euer Exzellenz Herrn Poincaré zukommen lassen.

Szilassy.

[a]) Vgl. n. 4062. — [b]) Mit Tel. Nr. 124 vom 9. Okt. 1912 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.) wurden die Antworten aus den Balkanhauptstädten auf die öster.-russ. Demarche, vgl. n. 3992, 3993 und 4009, auszugsweise nach St. Petersburg mitgeteilt.

*Nr. **4049.** Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 11. Okt. 1912 Nr. 179 (eing. 12. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Ich habe Herrn Sazonow vertraulich vom Inhalte Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 126 Kenntnis gegeben. Minister wusste nichts von Äusserung dieses Mitgliedes des türkischen Kabinettes und glaubt nicht, dass Türkei es ernstlich mit Reformen nehme. Der Herr Minister betrachtet allgemeinen Balkankrieg als nur noch Sache von einigen Tagen. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 4062.

*Nr. **4050.** Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 11. Okt. 1912 Nr. 180 (eing. 12. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 125 von heute. Herr Sazonow erzählte mir heute vertraulich von seiner Konversation mit Herrn von Giers und von Telegramm, welches letzterer bezüglich seiner Konversation mit Euer Exzellenz geschickt hatte. Minister sagte mir, es sei aus dieser Depesche nicht ganz klar zu entnehmen, ob österreichisch-ungarische Truppen zur Wahrung einheimischer Interessen doch nicht in den Sandschak kommandiert werden würden. Ein solches Vorgehen würde in Russland — handle es sich selbst nur um eine temporäre Maßnahme — eine enorme Erregung hervorrufen, und seine eigene Stellung sowie die Entente mit uns unmöglich machen. Ich zeigte mich nicht informiert und erwiderte, ich hätte von solchen Plänen nichts gehört, daß es aber wohl natürlich wäre, wenn Österreich-Ungarn als Nachbar militärische Maßnahmen an seiner Grenze treffe, um eigene Interessen zu wahren. Dies gab Minister ohneweiters zu, bat aber sehr dringend und freundschaftlich, daß wenn es nötig erscheine, solche Maßnahmen an der Grenze (innerhalb der Monarchie) zu treffen, eine klare, offizielle Erklärung gemacht werde, um den Zweck dieser Maßnahme bekannt zu geben. Bericht durch den Kurier morgen. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 4061.

*Nr. **4051.** Tel. aus Athen, 12. Okt. 1912 Nr. 132. (eing. 13. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.*

Streng vertraulich. Mein englischer Kollege, Doyen des diplomatischen Korps, welcher heute von Seiner Majestät dem Könige empfangen wurde, teilt mir streng vertraulich mit, Seine Majestät habe ihm gesagt, er sehe

keinen anderen Ausweg als den Krieg. Auf vorsichtige Sondierung des englischen Gesandten bezüglich des unlängst aufgetauchten Gerüchtes über angeblichen Versuch, Griechenland von der Entente mit den übrigen Balkanstaaten durch Gewährung spezieller Vorteile abzuziehen, sagte Seine Majestät, nichts von derlei Versuchen zu wissen. Höchstderselbe äußerte aber hiebei Überzeugung, daß selbst dies nichts mehr nützen könnte. Es sei zu spät! Solidarität des Balkanakkords, dessen Führung Bulgarien hat, scheint demnach recht fest. Braun.

Nr. 4052. Bericht aus Belgrad, 12. Okt. 1912 Nr. 105 (eing. 14. Okt). Ausfert.

Streng vertraulich. Mein französischer Kollege Herr Descos, der mit dem russischen Gesandten eng befreundet ist und auch mit den serbischen Regierungskreisen die besten Beziehungen unterhält und in der Regel recht gut informiert ist, hat mir eine Mitteilung gemacht, die einen interessanten Beitrag zur Vorgeschichte der jetzigen kritischen Lage bildet. Ich habe in meiner Berichterstattung bereits darauf hingewiesen, dass Bulgarien momentan hier die treibende Kraft ist, und dass von Sofia aus für den Krieg lebhaft agitiert wird. Ich berichtete auch, dass die serbische Mobilisierung auf direktes Verlangen des bulgarischen Gesandten Herrn Toscheff schon am 30. v. M. erfolgt ist. Herr Descos teilt mir nun mit, dass Bulgarien die Mobilisierung schon für den 27. oder 28. September verlangt hat, während die Serben noch einige Tage zu gewinnen suchten und dieselbe nur in den ersten Tagen Oktober anordnen wollten. Als nun Herr Toscheff immer ungeduldiger wurde und nachdrücklicher drängte, entschloss sich Herr Pašić am 26. sich telegrafiisch nach Petersburg zu wenden und von dort sich den Rat zu holen, was Serbien tun solle. Da bis zum 29. keine Antwort kam, (Herr Sasonow war damals in Balmoral) wurde an diesem Tage auch serbischerseits die Mobilisierung beschlossen und am 30. erfolgte die Kundmachung des diesbezüglichen Dekrets. Wie mir Herr Descos versichert, ist auf diese sehr heikle Anfrage Serbiens aus Petersburg bis heute keine Antwort, weder in zu- noch in abratendem Sinne erfolgt. Ugron.

Nr. 4053. Tel. nach Berlin, 12. Okt. 1912 Nr. 117 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Geheim. Herzog Avarna hat mich heute aufgesucht und mir auftragsgemäß mitgeteilt, daß laut einer Meldung aus Ouchy die Türkei die wichtigsten der in Aussicht gestellten Konzessionen des in Verhandlung stehenden Friedensschlusses zurückgezogen und für Italien unannehmbare Bedingungen vorgeschlagen habe. Unter diesen Umständen seien die Verhandlungen abgebrochen worden und werde Italien nach einigen Tagen, die es in der Hoffnung zuwarten wolle, daß es uns und Deutschland bis dahin gelinge, die Türkei zur Vernunft zu bringen, die volle Freiheit der Aktion für seine Flotte in Anspruch nehmen. Ich habe dem Botschafter erwidert, daß ich heute bereits mit seinem deutschen sowie mit seinem türkischen Kollegen auf Grund eines Telegrammes[b] Baron Ambrózys im Sinne der

italienischen Anregung gesprochen habe. Was aber die volle liberté d'action, welche Italien sich reserviren zu müssen glaube, anbelangt, könne ich nur darauf hinweisen, daß einer solchen durch die Bestimmungen des Bundesvertrages immerhin gewisse Grenzen gezogen erscheinen und daß ich von Italien erwarte, daß diese Stipulationen nicht mißachtet werden würden. Herzog Avarna versuchte nun zu einer Feststellung der Auslegung des Artikels 7 zu gelangen und brachte das Gespräch auf die im Laufe des Sommers stattgehabten längeren Pourparlers über diesen Gegenstand, welche eine Differenz der beiderseitigen Auffassungen ergeben hatten, welche Differenz nicht überbrückt worden sei. Der Botschafter meinte hiezu, er möchte wissen, wie weit ich in concreto die oberwähnte Begrenzung der Aktionsfreiheit Italiens als zu Recht bestehend ansehe. Auf meine Bemerkung, daß ihm dies von der Zeit dieser Besprechungen her erinnerlich sein müsse und daß mir jetzt, wo unser gegenseitiges Verhältnis ein so erfreulich gutes sei, ein Eingehen in eine neuerliche Diskussion nicht wünschenswert scheine, verzichtete Herzog Avarna auf eine weitere Erörterung dieses Themas. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes zur Kenntnis des Herrn Staatssekretärs bringen und hinzufügen, daß ich der Ansicht wäre, daß wir die Türkei zur raison bringen sollten, und zwar eventuell, indem wir ihr in Aussicht stellen, daß, falls die Pforte in ihrer Halsstarrigkeit verharre, wir, das ist die Kabinette von Wien und Berlin, uns veranlaßt sehen könnten, die italienische Souveränität über Lybien anzuerkennen, welchem Beispiel die anderen Mächte zweifellos folgen würden. Euer Exzellenz wollen Herrn von Kiderlen sagen, daß ich Wert darauf legen würde, seine bezügliche Auffassung kennen zu lernen, um womöglich Markgrafen Pallavicini eine identische Weisung zukommen zu lassen, wie jene, welche eventuell an Baron Wangenheim ergeht. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4060, 4081. — [b]) n. 4045.

Nr. 4054. Tel. aus Cetinje, 12. Okt. 1912 Nr. 115 (eing. 13. Okt. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Bericht vom Gestrigen Nr. 82[b]) geheim, welcher Montag Früh Wien eintrifft: Italienischer Gesandter teilte mir eben mit, dass er gestern beim König in Podgorica war, um demselben im Auftrage seiner Regierung freundschaftlich aber dringend zu raten, jedwede Operation im Sandschak zu unterlassen. König Nikolaus habe meinem italienischen Kollegen bestimmt versichert, dass er, getreu dem schon mir gegebenen Versprechen, keine Operation im Sandschak unternehmen würde, jedoch Vorbehalt bezüglich des Bandenkrieges und für den Fall einer serbischen Einrückung in den Sandschak gemacht. Italienischer Gesandter habe auch gegen diese beiden Eventualitäten sein Veto erhoben und das letzte Wort des Königs sei gewesen: „Ich versichere Ihnen, dass ich in diesem Krieg alles unterlassen werde, was in Österreich-Ungarn Anstoss erregen könnte." Ich erfahre dagegen geheim, dass General Vukotić Bielopolje zu besetzen die Absicht hat, um seine Flanke zu decken, und dass der noch im Haupt-

quartier weilende Minister des Innern Plamenac ausersehen ist, nach Plevlje zu gehen, um mit dem Brigadier Božović den Bandenkrieg im Sandschak zu organisieren. Wenn Voraussetzung zutrifft, dass ein militärisches Vorgehen Montenegros im Sandschak von uns nicht geduldet werden würde, schiene es vielleicht angezeigt, ehe noch Gelegenheit und die Kriegslage Montenegro zu solcher Unternehmung veranlasst, respektive ein fait accompli vorliegt, König Nikolaus in unzweideutiger Weise über unseren Standpunkt zu unterrichten und ihm die Linie anzugeben, über welche hinaus montenegrinische Truppen nicht operieren dürfen. Als solche könnte nach meiner Ansicht die Linie Berane, Ibar, Mitrovitza, Priština bezeichnet werden. Organisation und Unterstützung des Bandenkrieges durch reguläre Abteilungen hätte Montenegro zu unterlassen. Giesl.

[a]) Vgl. n. 4071, 4123, 4149, 4176, 4213. — [b]) Der Bericht Nr. 82, 11. Okt. 1912 (eing. 14. Okt.) aus Cetinje enthält militärische Erwägungen zu den montenegrinischen Operationen. Augenblicklich sei eine montenegrinische Operation in Sandschak nicht geplant und nicht wahrscheinlich. Wenn aber stärkere serbische Truppen im Sandschak erscheinen oder eine türkische Offensive im Sandschak erfolge, könnte leicht aus der montenegrinischen Defensive dort eine Offensive werden.

Nr. 4055. Tel. nach Konstantinopel, 12. Okt. 1912 Nr. 233 (chiffr. 13. Okt. 12 U. 30 M. a. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Nach Erhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 455 vom 9. d. M. hatte ich nachstehendes Zirkulartelegramm an die k. u. k. Vertreter bei den Balkanstaaten und Signatarmächten gerichtet: ... *wien. 40331.* — *3.* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlicher Information und eventueller vertraulicher Verwertung. Graf Mensdorff telegraphiert mir im Gegenstande unterm 11. d. wie folgt: ... *wie n. 4040* ... Ich stelle es Euer Exzellenz anheim, sich Kiamil Pascha gegenüber im Sinne der Anregung des englischen Staatssekretärs, jedoch selbstverständlich ohne Erwähnung derselben, auszusprechen. Berchtold.

Nr. 4056. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 12. Okt. 1912 Nr. 468 (eing. 13. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Der Minister des Äußern, welchen ich soeben aus dem Ministerrat bitten ließ, sagte mir, die Beratungen über die den Mächten zu erteilende Antwort seien noch nicht abgeschlossen; der Ministerconseil befasse sich in diesem Augenblicke mit dem Studium des Vilajetsgesetzes von 1880, um festzustellen, ob dasselbe sowie es ist, anwendbar wäre, oder, ob über Abänderungen desselben weitere Beratungen erforderlich sein würden. Aus dieser Äußerung Gabriel Effendis ersehe ich, daß die Antwort auf die Kollektivnote der Mächte entweder dahin lauten wird, daß die Pforte das Gesetz von 1880 akzeptiere und dem Parlamente vorlegen werde, oder daß sie bereit sei, über Abänderungen dieses Gesetzes die Wohlmeinung der Mächte einzuholen. Ich machte Gabriel Effendi im Sinne meiner gestern gemeldeten Auslassungen (Telegramm Nr. 463 von gestern) nochmals nachdrücklichst

auf die Dringlichkeit einer umgehenden günstigen Beantwortung der Kollektivnote aufmerksam, indem ich neuerlich darauf hinwies, dass die Mächte in der Lage sein müssten, den Balkanstaaten zu erklären, die Türkei habe die Reformfrage sozusagen in die Hände der Mächte gelegt und werde mit denselben auch die für die Ausführung der Reformen erforderlich erscheinenden Maßnahmen besprechen. Bevor der Minister des Äussern in den Beratungssaal zurückkehrte, sagte er mir, er werde meinen obigen Standpunkt seinen Kollegen nochmals auseinandersetzen; ich habe indessen wenig Hoffnung, dass der Ministerrat auf diese Erwägung eingeht, sehe vielmehr voraus, dass dessen Antwort eine durchaus unbefriedigende sein wird.

Pallavicini.

Unterredung mit dem englischen Botschafter, 12. Okt. 1912. Siehe n. 4072.

Nr. 4057. Bericht aus Paris, 12. Okt. 1912 Nr. 43 A (eing. 14. Okt.). Ausfert.

Ich habe in meinen Konversationen mit Herrn Poincaré mich bisher auf den Standpunkt gestellt, dass wir den friedlichen Absichten Herrn Sazonows und seinem Wunsche die kriegerischen Verwicklungen am Balkan, wenn sie nicht ganz verhindert werden können, doch möglichst einzuschränken, volles Vertrauen entgegenbringen. Dieses Vertrauen werde noch erheblich durch den Umstand verstärkt, dass die französische Regierung durch die von ihr eingeleitete Aktion und die daran geknüpften Erklärungen gewissermassen eine Bürgschaft für die Aufrichtigkeit der Intentionen des russischen Kabinetts übernommen habe. Herr Poincaré ging auf diesen Gedankengang bereitwilligst ein und sagte mir, er habe noch vor der jetzigen Krise, anlässlich seines Besuches in Russland, Gelegenheit gehabt, sich von den absolut friedlichen Absichten des russischen Kabinetts zu überzeugen. Er zweifle nicht, dass es Herr Sazonow mit dem Wunsche nach Aufrechterhaltung des status quo am Balkan ganz ehrlich meine. Russland habe so grosse und wichtige Aufgaben im Inneren zu lösen, dass es im eigensten Interesse unbedingt für Aufrechterhaltung des europäischen Friedens eintreten müsse. Als ich die in Russland stets vorhandenen panslavistischen Strömungen und die dort herrschenden Sympathien für die stamm- und glaubensverwandten Nationen am Balkan erwähnte, sagte mir Herr Poincaré, auch er habe sich mit dieser Frage beschäftigt und sie auch mit Herrn Sazonow besprochen. Seine Überzeugung sei, dass Herr Sazonow von diesen Strömungen nichts zu fürchten habe. Die Lage in Russland sei heute ganz anders, als sie zum Beispiel in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war. Damals konnten die nationalen Gefühle sich nur in der Richtung nach dem Auslande betätigen; ambitiose Politiker konnten nur in solchen auswärtigen Fragen eine Rolle spielen. Die Agitation für die slawischen Brüder war gewissermassen das einzige Sicherheits-Ventil, aus welchem der Überschuss an nationaler Kraft ausströmen konnte. Seither haben sich die Verhältnisse in Russland stark geändert. Fragen der inneren Politik und wirtschaftliche Interessen spielen

eine viel grössere Rolle. Es gebe natürlich noch immer nationale Schwärmer, Professoren und Generäle, die sich für gewisse allslawische Ideale begeistern, doch hätten dieselben wenig Einfluss. Er (Poincaré) sei fest überzeugt, dass die massgebenden Faktoren in Russland die friedliche Politik Herrn Sazonows absolut billigen und ihn, auch etwaigen Angriffen gegenüber, stützen und halten werden. Szécsen.

Nr. 4058. Bericht aus Paris, 12. Okt. 1912 Nr. 43 B (eing. 14. Okt.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Herr Iswolski ist plötzlich ein warmer Freund Österreich-Ungarns geworden. Er schwärmt für unser Einvernehmen mit Russland und behauptet, er habe seit langer Zeit an einer Besserung der Beziehungen zwischen Wien und Petersburg gearbeitet. Es sei auf sein Zureden geschehn, dass Herr Poincaré die Initiative zu der gemeinsamen österreichisch-ungarisch-russischen Démarche bei den Balkan-Staaten ergriff. Auch über die Person Euerer Exzellenz äusserte er sich in Worten wärmster Anerkennung, indem er betonte, welch absolutes Vertrauen Herr Sazonow der erprobten Loyalität und Verlässlichkeit Euerer Exzellenz entgegenbringe. Jetzt, wo ein freundschaftliches Einvernehmen zwischen Österreich-Ungarn und Russland hergestellt sei, sehe er der Entwicklung der Dinge mit grosser Ruhe entgegen. Nur eines mache ihm Sorgen, und dies sei die Haltung unserer Presse, die noch immer von Misstrauen gegen Russland erfüllt sei und die öffentliche Meinung gegen die russische Politik aufreize. Meinen Hinweis, dass die russischen Zeitungen in dieser Beziehung nicht besser seien, ja dass diese direkt gegen jede österreichisch-ungarisch-russische Cooperation hetzen, konnte Herr Iswolski nicht widerlegen, er erklärte mir aber, dass die Regierung in St. Petersburg den Zeitungen gegenüber ganz machtlos sei, denn in Russland herrsche leider absolute Pressfreiheit (?). Bei uns hätte aber die Regierung einen sehr grossen Einfluss auf die Presse. Eine Auffassung, der ich mich natürlich nicht anschliessen konnte. Im weiteren Verlauf des Gesprächs kamen wir auf die montenegrinische Kriegserklärung zu sprechen, und bemerkte ich, es sei ziemlich begreiflich, wenn unsere öffentliche Meinung, die seit sehr vielen Jahren daran gewohnt sei, den König von Montenegro als unbedingten Anhänger der russischen Politik zu betrachten, sich schwer entschliessen könne, daran zu glauben, dass der Herrscher der schwarzen Berge es plötzlich wagen werde, sich in directen Gegensatz zu den russischen Absichten zu setzen. „Oh ce vieux fou ridicule de Nicolas“ (textuell), sagte Herr Iswolski, „on ne peut pas le prendre au sérieux“. Mir fiel die Zeit ein, wo König Nikolaus als der „einzige Freund Russlands“ bezeichnet ward, und frug ich meinen russischen Kollegen, was wohl Montenegro dazu gedrängt haben möge, ganz allein und ohne die Entschliessungen der anderen Balkanstaaten abzuwarten, der Türkei den Krieg zu erklären? Herr Iswolski meinte, ihm sei die Vorgangsweise Montenegros ganz unverständlich, eines könne er mir aber sagen, dass russischerseits schon seit Wochen in energischester Weise beschwichtigend auf Montenegro eingewirkt wurde. Vielleicht, meinte der Botschafter, habe König Nikolaus

gehofft, auf diese Weise eine Pression auf Italien auszuüben. Er mag gehofft haben, dass König Victor Emanuel sich nicht entschliessen werde, mit der Türkei Frieden zu schliessen, gerade in dem Momente, wo sein Schwiegervater diesem Lande den Krieg erklärt. Vielleicht seien aber auch prosaischere Gründe ausschlaggebend gewesen. Tags darauf hat mir dann Herr Iswolski gesagt, er habe von sonst gut unterrichteter Seite über die Vorgeschichte der Kriegserklärung folgende Version gehört, für deren Richtigkeit er natürlich nicht einstehen könne. Während Grossfürst Nikolaus Nikolajewitsch diesen Sommer den französischen Manövern beiwohnte, habe der König von Montenegro den Prinzen Mirko incognito nach Paris geschickt. Dem Grossfürsten ward damals aus St. Petersburg durch Vermittlung der Botschaft der Auftrag erteilt, dem Prinzen nachdrücklichst von jedem kriegerischen Abenteuer abzuraten. Dies sei auch geschehen. Der Besuch des Prinzen hatte aber einen anderen Zweck. Er wollte in Paris für Montenegro eine Anleihe von 10 Millionen francs aufnehmen, was ihm natürlich nicht gelang. Darauf sei der Prinz an die betreffende Bank, deren Namen aber Herrn Iswolski angeblich nicht bekannt ist, mit einer anderen Proposition herangetreten. Er sagte, der Krieg sei unvermeidlich, der Zeitpunk des Ausbruches desselben hänge aber so ziemlich von der montenegrinischen Regierung ab. Er verpflichte sich, die betreffende Bank drei Tage vorher vertraulich zu avisieren. Die Bank könne auf diese Weise einen ganz grossen Börsencoup machen, nur müsse man ihm die Hälfte des Reingewinnes zusichern. Die Bank wäre auf diese Proposition eingegangen und habe, rechtzeitig verständigt, mit sehr grossen Summen à découvert à la baisse gespielt und bei dem letzten Kurssturz enorme Gewinnste erzielt. Ich sagte Herrn Iswolski, dass mir die Sache doch sehr unwahrscheinlich erscheine, worauf er entgegnete: „Je ne sais naturellement pas si ce que l'on m'a raconté est vrai, mais ces gens sont capables de tout." Wahr oder nicht, an der ganzen Geschichte ist das merkwürdigste, dass sie Herr Iswolski erzählt.

Szécsen.

[a] Vgl. n. 4179, 4340.

*Nr. **4059.** Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Ambrózy in Rom, 12. Okt. 1912 Nr. 173 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).*

Geheim. Ich bin mit der von Euer Hochwohlgeboren laut Telegramm Nr. 150 vom 11. d. M. geführten Sprache einverstanden. Selbstverständlich kann eine weitere Erörterung dieses Themas, welches laut Euer Hochwohlgeboren gleichzeitigem Telegramme Nr. 151 derzeit keine Aktualität besitzt, unterbleiben. Auch wollen Euer Hochwohlgeboren auf die Frage der Anwendbarkeit des Artikels 7 des Dreibundvertrages auf eventuell neuerliche italienische Operationen im ägäischen Meere nicht spontan zurückkommen, sondern sich auf die Weiterleitung der Ihnen diesbezüglich gemachten Mitteilungen beschränken.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 4060, 4075.

*Nr. **4060.** Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Ambrózy in Rom, 12. Okt. 1912 Nr. 174 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Geheim. Im Verfolge meines heutigen Telegramms Nr. 173. Herzog Avarna hat mich heute aufgesucht und sich im Sinne des in Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 151 vom 11. l. M. erwähnten Auftrages seiner Regierung ausgesprochen. ... *wie n. 4053 von „Ich habe dem Botschafter" bis „dieses Thema"* ... Vorstehendes ist zu Euer Hochwohlgeboren rein persönlichen Information bestimmt und bleibt der im obcitirten Telegramme enthaltene Auftrag aufrecht. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4075.

*Nr. **4061.** Tel. an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 12. Okt. 1912 Nr. 130 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Konz. (S. Calice; G. Berchtold).*

Erhalten dortamtliches Telegramm Nr. 180. Das Ihnen inzwischen zugekommene Telegramm Nr. 128 vom 11. d. M. kann Euer Hochwohlgeboren zur Richtschnur dienen, falls man russischerseits wieder auf das Thema unserer angeblichen Absichten bezüglich des Sandjaks zurückkommen sollte. Berchtold.

*Nr. **4062.** Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 29. Sept./12. Okt. 1912 Nr. 39 A (eing. 14. Okt.).[a] Ausfert.*

Streng geheim. Wie Euer Exzellenz aus meinen gestrigen Depeschen[b] ersehen, ist Herr Sazonow sehr pessimistisch bezüglich des Aufhaltens des Krieges, und glaubt weder an den guten Glauben der Balkanstaaten, noch an jenen der Türkei. „Je crains que les conversations là-bas ne serviront plus à rien, c'est nous qui devons causer maintenant" meinte der Minister, diesen Teil unseres Gespräches beschliessend und einen neuen einleitend, welcher in vertraulichster Art, oft privat, rein akademisch und à bâtons rompus fast eine Stunde währte. Hievon erlaube ich mir Euer Exzellenz das Wesentliche im Folgenden ergebenst wiederzugeben. Über die französische Intervention sagte mir Herr Sazonow, er habe gleich bei seiner Ankunft in Paris (sic) Herrn Iswolsky gesagt, dass das „einmütige Vorgehen der Mächte" für die Welt recht schön sei, aber das Wichtige sei, eine Kooperation zwischen der Monarchie und Russland zu erzielen. Herr Iswolsky (qui a beaucoup de défauts, mais n'est pas bête) habe diese Meinung geteilt und die Idee eines europäischen Mandates aufgegriffen. In einem politischen Gespräche hätten sich nun der Botschafter und Herr Poincaré begegnet, „et Iswolsky lui aurait peut-être justement fait cette proposition s'il ne l'avait pas faite lui-même". Als ich mein Staunen über die Pariser Pressnachrichten, wonach es dem französischen Premier gelungen sei, die zwischen Österreich-Ungarn und Russland angeblich bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, ausdrückte, sagte mit Herr Sazonow, dies habe ihn auch geärgert. Als Herr Poincaré, welchen der Herr Minister als sehr begabt aber sehr eitel charakterisiert, ihm einmal zu sehr seine Freude über das

Resultat seiner eigenen Bemühungen ausgedrückt habe, hätte er, Herr Sazonow, nicht umhin können ihm zu bemerken: „Oui, c'est tres heureux, cependant je dois dire que le terrain a été tres bien préparé par mes conversations avec les représentants austro-hongrois a Pétersbourg et par tout ce qui m'est revenu de Vienne." Sodann widmete mein Mitredner der Person Euer Exzellenz die liebenswürdigsten Worte und sagte mir, dass diese für ihn schon allein eine Bürgschaft für die Loyalität der österreichisch-ungarischen Politik sei. Er bedauere, dass er jetzt Euer Exzellenz nicht habe sehen können. Wäre er nur später zum Minister des Äussern als Euer Exzellenz ernannt worden, so wäre er sicherlich jetzt auch nach Wien gefahren. Ich glaubte erwidern zu können, dass Euer Exzellenz die Absicht hegten, wenn er sich im verflossenen Sommer im Auslande aufgehalten hätte, ihn aufzusuchen. Als ich die perfiden Ausstreuungen der russischen Zeitungen gegen die Monarchie in einem so ernsten Momente erwähnte, meinte Herr Sazonow, es würde nichts nützen gegen dieselben in der Presse Stellung zu nehmen. Darüber würde sich nur noch eine unerquickliche Polemik entspinnen. Der Minister leugnete aber nicht, dass im grossen Publikum die abenteuerlichsten Märchen über österreichisch-ungarische Intentionen zirkulierten und dass in allerdings unverantwortlichen Kreisen von einem bevorstehenden Kriege zwischen den beiden Grossmächten fort geredet wird. Mein Mitredner, welcher wieder beteuerte, in die Loyalität der k. u. k. Regierung rückhaltsloses Vertrauen zu haben, brachte nun hier die Nachricht über eventuelle militärische Massnahmen Österreich-Ungarns an der serbischen Grenze und im Sandschak in privater Weise zur Sprache. Er verstand vollständig unser Recht, zur Wahrung der eigenen Interessen solche Massnahmen an der Südgrenze und innerhalb derselben zu ergreifen, wäre aber dankbar, wenn in einem solchen Falle eine offizielle Erklärung den Zweck dieser Massregeln klar feststellen würde.[1] Hingegen gewann ich den sicheren Eindruck, dass er einen Einmarsch der k. u. k. Truppen in den Sandschak, beziehungsweise ein Überschreiten der Grenze überhaupt, — selbst wenn dieses Vorgehen rein temporärer Natur wäre, — höchst bedenklich finden würde. „Cela rendrait notre position intenable, on ne manquerait de considérer pareille mesure comme une violation de la neutralité[2] et dirait que moi aussi comme d'autres j'ai été mis dedans. Il en serait fait de notre entente (er benützte mehrmals dieses Wort) et il serait bien dommage de détruire cet édifice, érigé avec tant de peine." Ihm schiene es, dass die Erklärung der Mächte, dass keine Territorialänderungen am Balkan zugegeben werden, auch die österreichisch-ungarischen Interessen schütze, vielleicht würde die k. u. k. Regierung noch ausserdem sich bestimmt fühlen, gegebenenfalls Serbien gegenüber zum Beispiel eine solche Erklärung abzugeben. Als Herr Sazonow mehrmals bemerkte, dass die Interessen Russlands und Österreich-Ungarns am Balkan nirgends kollidieren, konnte ich nicht umhin, ihm in rein akademischer Weise zu antworten, dass meiner Ansicht nach dieselben sowohl jetzt als auch die Zukunft betrachtend nicht nur nicht kollidieren, sondern parallel laufen und sich gewissermassen ergänzen. Er gab mir dies auch zu und bemerkte, dass Russland eigentlich nur ein Interesse da habe: die Meerengen. Diese

sollten in türkischen Händen bleiben, Russland würde nie zugeben, dass sie einer starken Macht gehören, wodurch eine für Russland seinerzeitige günstige Lösung der Frage unmöglich werden würde. Ich sagte ihm, dass wir da ein ähnliches Interesse an Albanien hätten. Er schien ganz zufrieden zu konstatieren „que l'Adriatique est votre intérêt essentiel dans les Balcans". Freilich bezüglich der Presse zeigte er, wie bereits gesagt, — wie die russischen Staatsmänner seit jeher — wenig Neigung dieselbe zu Gunsten einer Annäherung an die Monarchie zu beeinflussen. Doch war dies möglicherweise verursacht teilweise durch eine vielleicht übertriebene Verachtung für die Presse und teilweise durch die Erkenntnis der Hoffnungslosigkeit der Aufgabe. Mich resumierend möchte ich nun der ergebensten Meinung Ausdruck geben, wodurch ich mir erlaube Euer Exzellenz hohes Telegramm vom 20. IX. Nr. 108 nun gehorsamst zu beantworten, dass nun Herr Sazonow wohl für eine eingehendere Konversation über Balkanangelegenheiten mit dem k. u. k. Kabinete zu haben wäre, und dass der gegenwärtige Moment günstiger zu einer Annäherung zwischen der Monarchie und Russland als vor Jahren erscheint, vielleicht seit dem Kriege mit Japan. Nach der obigen Darstellung erscheint eigentlich Herr Sazonow selbst der Initiator zu der Demarche Herrn Poincarés gewesen zu sein. Dass er, Herr Sazonow, wie oben erwähnt, „sofort bei seiner Ankunft in Paris" der Notwendigkeit gewahr wurde, mit der Monarchie Hand in Hand zu gehen, hat sicherlich chronologische Gründe; vielleicht spielte dabei aber der englische Besuch auch seine Rolle, beziehungsweise die Überzeugung, dass England am Balkan andere Interessen als Russland und als erste mahomedanische Macht der Erde andere Rücksichten der Pforte gegenüber haben muss. Aus meiner Relation B *c)* von heute werden Euer Exzellenz hochgeneigtest entnehmen, dass der Minister über England nicht gerade sehr gut zu sprechen war. Freilich wird Herr Sazonow, wenn er nun an einer weiteren Annäherung an die Monarchie arbeitet, das Odium eines grossen Teiles des Publikums und nicht des am wenigsten einflussreichen — ich meine die Nationalisten und teilweise Oktobristen — auch wegen der polnischen und ruthenischen Frage auf sich nehmen müssen. Die Aufgabe wäre ihm aber sehr erleichtert, wenn zuerst unsere Presse nicht durch taktlose Bemerkungen ihn kompromittierte und zweitens und hauptsächlichst, wenn nichts unternommen wird, was hierzulande ganz besonderes Misstrauen erregen würde. Ich bin in die Absichten der k. u. k. Militär-Behörden[3] nicht eingeweiht und weiss daher nicht, ob für gewisse Fälle, oder nur als Schutzmittel, ein Überschreiten der österreichisch-ungarischen Grenzen in Aussicht genommen ist. Es ist aber meine Pflicht es zu bemerken, dass eine solche Massnahme hierzulande die grösste Erregung hervorrufen und vielleicht die Regierung zu anderweitigen Militärmassnahmen zwingen oder sie unmöglich machen würde. Würde eine solche Massnahme unsererseits noch — wie wahrscheinlich — in einen kritischen Moment fallen, wo hier die panslavistische Erregung auf ihrem Höhepunkt steht, so würde ich für die Folgen, selbst wenn sie russischerseits unsinnig sein sollten, nicht einstehen. Russland hat das Gefühl von Österreich-Ungarn mehrmals in der Geschichte übervorteilt worden zu sein. Dies ist ein état d'âme, welcher

nicht abgeleugnet werden kann, und mit welchem gerechnet werden muss. Je länger die Balkankrise dauert, ohne dass die k. u. k. Politik ihren loyalen Standpunkt verlässt, desto mehr wird dieses Gefühl in den Hintergrund treten und das Misstrauen gegen die Monarchie verschwinden. Dem eventuellen Nutzen von militärischen Massnahmen ausserhalb der Grenzen der Monarchie — besonders wenn dieselben ohne vorherige Verständigung Russlands erfolgen sollten — wäre jedenfalls der totale Verlust jeder annehmbaren Beziehung zu Russland für absehbare Zeit gegenüberzustellen. Obige Ausführungen eignen sich teilweise kaum für einen offiziellen Bericht. Die Konversation war äusserst offen und liess ich auch nicht, wo es nötig erschien, die Bemerkungen des Ministers ohne Erwiderung. Meine Prose indessen wiederzugeben, dürfte von wenig Interesse sein. Ich erlaube mir aber diese Äusserungen hier zusammen telles quelles, in Anbetracht des kritischen Momentes und des Lichtes, welches sie auf denselben werfen, ergebenst wiederzugeben. Schliesslich möchte ich noch bemerken, dass der Minister bei dieser Gelegenheit und anlässlich des bevorstehenden Abschlusses meiner Gerenz sich mir gegenüber ganz besonders liebenswürdig erwies. Szilassy.

[1]) Schutz der Grenze — Schutz der Eisenbahn — Sicherung der inneren Ruhe. — [2]) ? — [3]) !

[a]) Vgl. n. 4063. — [b]) n. 4048, 4049. — [c]) Im Berichte Nr. 39 B vom 12. Okt. 1912 (eing. 14. Okt.) wurden Äußerungen Sazonows gegen die öffentliche Meinung Englands anläßlich deren Angriffe auf ihn wegen der russischen Politik in Persien einberichtet.

*Nr. **4063**. Privatschreiben des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 29. Sept. 12. Okt. 1912 (eing. 14. Okt.).[a]) Eigh. Ausfert.*

Meine heutige Expedition war bereits fertig als die hohen Telegramme 127 und 128 über Deine Conversation mit Herrn von Giers und jene Graf Szögyénys mit Herrn von Sverbejev ankamen. Ich frühstücke morgen bei Herrn Sazonov und werde vielleicht die Gelegenheit haben mich in Deinem Sinne zu äussern. Übrigens habe ich schon gestern auf die Erregtheit der öffentlichen Meinung auch bei uns verwiesen. Aus obigem Telegramm geht nicht absolut hervor, dass wir in keinem Falle ausserhalb der Grenzen der Monarchie eine militärische Operation (zum Selbstschutze) unternehmen werden. Aus meiner Berichterstattung wirst Du meine ergebene Ansicht entnommen haben, dass, wiewohl die russische Regierung jetzt nicht daran denkt, der Fall später doch eintreten könnte, wo sie ihrerseits doch zu irgend einer Intervention gezwungen werden würde. Unter solchen Umständen, und da das Terrain jetzt günstiger erscheint als seit langer Zeit der Fall war, hielte ich die Anknüpfung von Conversationen zwecks Erzielung eines konkreten Arrangements für alle Eventualitäten als dringend geboten. Ich kann nicht umhin meine unmassgeblichste Meinung an dieser Stelle noch zu wiederholen, dass die bedauerliche Nervosität Herrn Sazonovs mir doch erklärlich erscheint: wird er doch für

seine Annäherung an Österreich-Ungarn täglich angegriffen. Deshalb perhorresziert er auch die Idee einer auch vorübergehenden österreichisch-ungarischen Expedition in den Sandschak, welches vor Allem hierzulande als der erste Schritt einer weiteren Expansion betrachtet werden würde. Für mich resumiert sich die ganze Frage dahin: Will die Monarchie die Gelegenheit zu einer, meiner ergebensten Ansicht nach verfehlten, aber immerhin denkbaren Expansion benützen? Wenn nicht, dann kann sie wenigstens Russland durch eine Kundgebung ihrer Loyalität etwas versöhnen. Wie weitgehend die Einstimmigkeit der russischen Interessen mit den unserigen geht, erhellt noch aus folgender Bemerkung Herrn Sazonovs gestern (à propos eines Gerüchtes): „D'ailleurs cela nous est parfaitement égal, ce que vous faites avec les Albanais. Aucun peuple ne nous intéresse moins." Dies erlaube ich mir als symptomatisch zu erwähnen. Es war ja selbstredend rein akademisch gemeint. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 4062, 4076.

*Nr. **4064.** Bericht aus Sofia, 12. Okt. 1912 Nr. 74 A (eing. 19. Okt.).[a]) Ausfert.*

Am 25. September habe ich in einer kurzen telegrafischen Meldung[b]) mich über die hiesige Lage dahin ausgesprochen, dass man hier friedlich zu sein scheine, zugleich aber doch befürchte durch Umstände ungewollt in Krieg hineingetrieben zu werden, weswegen man gewisse militärische Vorbereitungen treffe. Es waren selbstredend nicht die Versicherungen Herrn Geschoffs und Herrn Dobrovitschs, wie auch nicht blos das Vertrauen des türkischen Vertreters in die Friedfertigkeit der bulgarischen Regierung, die mich zu der oberwähnten Beurtheilung der hiesigen Situation veranlasst haben. Entscheidend war für mich in diesem Momente die am 24. September erfolgte Entlassung der Reservisten nach den bulgarischen Manövern. Bei der hier allgemein verbreitet gewesenen Auffassung, dass in der Politik Bulgariens alles nur auf Effecte berechnet gewesen sei und dass kein Symptom kriegerischer Absichten ernst genommen werden könnte, hat man sich bei Beurtheilung der Lage unwillkürlich viel mehr vor einer Übertreibung im pessimistischen als im optimistischen Sinne gehütet. Trotz dieser die Klarheit des Urtheiles trübenden Atmosphäre und obwohl ich auch in mein politisches Calcul die bis jetzt proverbiale Abneigung König Ferdinands gegen einen Krieg, wie auch die rumänische Mobilisierung im Falle, wenn Bulgarien gegen die Türkei mobilisieren würde, das heißt für Bulgarien einen Krieg gegen zwei Fronten in Rechnung stellte, was geeignet war mein Vertrauen in die friedlichen Absichten der hiesigen Regierung zu erhöhen, habe ich, scheint mir doch, in meiner Berichterstattung die Schwierigkeiten des Kabinettes Geschoff seit dem Massacre von Kotschane und die Gefahren der Situation nicht unterschätzt. Soweit ich aber davon entfernt war die Lage zu bagatellisieren, war ich doch auch der Meinung, dass, ausgenommen unvorhergesehene Umstände und Ereignisse während der kurzen uns von dem Winter trennenden Zeitspanne, der Frieden erhalten würde, zumal

der k. u. k. Militär-Attaché an den hiesigen militärischen Vorbereitungen bis zum 26. September nichts anormales oder beunruhigendes sah (vide gehorsamsten Bericht vom 16. IX. l. J. Nr. 71 D[c]) und gehorsamstes Telegramm Nr. 155[d]) vom 24. September.) Wenn mich die Vorbereitungen zu den grossen Manövern bei Schumen einigermassen misstrauisch gestimmt haben mochten, so wurde ich bald durch die oberwähnte Nachricht von der Beurlaubung der Reservisten in meiner Hoffnung, dass es heuer zu nichts kommen würde, umsomehr bekräftigt, als die notorisch unvollständige Kriegsbereitschaft Bulgariens und die Termine, für welche Kriegsmaterial bestellt wurden, dahin zu deuten waren, dass man hier erst im Frühjahr fertig sein wolle. Am Tage der Absendung meiner eingangserwähnten Meldung stand ich auch unter dem Eindrucke der bei den hiesigen massgebenden Financiers gerade eingetretenen Détente, wie auch unter der Impression der von derselben Seite mir zugegangenen anscheinlich sicheren Meldung, wonach die Gerüchte über Bestellungen verschiedenartigen Kriegsmaterials sich als unwahr erwiesen hätten. Unter solchen Umständen hat mich die erste Nachricht von den türkischen Manövern, an welche zuerst auch Herr Geschoff nicht glauben wollte, in meiner Hoffnung auf Erhaltung des Friedens nicht erschüttert, zumal ich damals von den türkischen Truppenverschiebungen wie auch davon keine Ahnung hatte, dass es sich um keine Manöver sondern um eine Mobilisierung handelte. In der completten Unkenntnis irgendwelcher beunruhigender Symptome in den übrigen Balkanstaaten, zweifelte ich nicht, dass das Incident der türkischen Manöver durch die Absage derselben oder durch eine Erklärung der Pforte geregelt werden und dass die kritische Zeit bald zu Ende gehen würde. Dieser Eindruck war hier am 25. September ganz allgemein. Was mich anbelangt, so war ich in dem Masse beruhigt, dass ich am selben Tage eine Eingabe an Euer Exzellenz unterschrieb, mit der Bitte, mir im Laufe Octobers, vorausgesetzt, dass sich die politische Lage nicht verschlimmert, einen kurzen Urlaub zu bewilligen. Wenn einmal alle Fäden klarliegen werden, werde ich mich von dem Grade überzeugen können, in welchem meine obgeschilderte Impression falsch war. Dass sie nicht ganz richtig sein konnte, geht schon daraus hervor, dass einige zur Beurtheilung der Lage wesentliche Momente mir unbekannt waren. Der Umstand, dass ich zu dieser Zeit von den geheimen Abmachungen der Balkanstaaten nichts Positives wusste und blos Annäherungen unter denselben verdächtigen konnte, war für meine Eindrücke weniger massgebend, da ich ohnehin überzeugt war, dass, wenn Bulgarien sich zum Kriege entschliessen sollte, ihm die übrigen Balkanstaaten automatisch folgen würden. Was mich in der richtigen Beurtheilung der Lage hinderte, war, dass ich den Plan, über den sich die Balkanstaaten verständigt hatten, um Reformen in Macedonien zu erlangen, und der einen Conflict mit der Türkei herbeiführen konnte, nicht auf die Spur zu kommen vermochte. Es ist zwar, wie ich darüber am 4. September Nr. 68 B Meldung erstattet habe, ein Gerücht zu meiner Kenntnis gekommen, dass Bulgarien und Serbien sich geeinigt hätten oder zu einigen bestrebt wären, zusammen auf diplomatischem und friedlichem Wege auf Reformen in Macedonien hinzuarbeiten, aus dieser vagen Version

aber, die eher geeignet war mich über den Character der verdächtigten Annäherung zu beruhigen, konnte ich unmöglich den Plan construieren, über welchen die bulgarische Regierung mit den anderen Balkanstaaten sich in der Wirklichkeit geeinigt hat. Wenn ich nunmehr die der türkischen Truppenconcentrierung bei Adrianopel vorangegangenen Ereignisse retrospectiv betrachte, komme ich zu der Ansicht, dass sich in der Haltung der hiesigen Regierung zwischen dem 10. und 15. September ein von Niemandem vernommener Umschwung vollzogen hat. In dieser Zeit hat mir Herr Geschoff (vide meine gehorsamsten Telegramme Nr. 145 und 150)*e)* von den inneren Schwierigkeiten wie jemand, der in Verzweiflung um Rettung fleht, gesprochen. Der Plan der gemeinsamen Action der vier Staaten dürfte bereits damals entworfen worden sein, es muss aber um diese Zeit gewesen sein, dass man hier die Hoffnung auf die Mächte definitiv verloren und sich zur Ausführung des Planes entschlossen hat. Für diese Annahme finde ich auch eine Bestätigung in dem Berichte des Markgrafen Pallavicini vom 14. September l. J. 78 E, laut welchem Herr Sarafoff plötzlich zu einem ruhigeren Tone übergegangen wäre. Der erwähnte Plan wurde hier, wie ich mich erst jetzt davon überzeugen konnte, den Führern der oppositionellen Parteien mitgetheilt, was zur Beruhigung der hiesigen Stimmung beigetragen hat, welche Erscheinung der Aussenstehende der Wirkung der Zeit zuschreiben und die Lage umso ruhiger betrachten musste. Seit der Zeit hat man es hier wie mit einem Complot zu thun gehabt, welches zu entdecken bei der Verschlagenheit und Hinterlistigkeit des hiesigen Volkscharacters ein Ding der Unmöglichkeit war. Herr Geschoff und Herr Dobrovitsch haben sich in ihren Unterredungen mit mir mit keinem Worte verrathen und da die Führer der Opposition in den Plan eingeweiht waren, war von nun auch die Sprache der Presse auf die Ablenkung der Aufmerksamkeit der Diplomaten berechnet und sogar von Personen, die mir Confidentendienste zu leisten gepflegt hatten, erhielt ich in der zweiten Hälfte September, wie es sich jetzt zeigt, falsche Informationen. Der Plan, der hier so geschickt geheim gehalten wurde und über den man sich unter den Balkanstaaten geeinigt hat, bestand offenbar darin, dass zuerst einige militärische Vorbereitungen getroffen werden würden, wonach die vier Kabinette eine gemeinsame Démarche bei den Mächten unternehmen sollten. Alles scheint dafür zu sprechen, dass die militärischen Vorbereitungen Bulgariens zuerst nur eine mesure de précaution und darauf berechnet waren, die Mächte und die Türkei zu impressionieren. Wenn auch anzunehmen ist, dass man hier bei der Durchführung dieses Planes mit allen Eventualitäten rechnen musste, scheint doch die bulgarische Regierung vor der türkischen Truppenconcentrierung bei Adrianopel den Krieg blos als die alleräusserste Alternative, die nach aller Voraussicht nicht und jedenfalls nicht vor dem Frühjahr eintreten würde, in Betracht gezogen zu haben. Auch in den ersten Tagen nach dem Bekanntwerden der erwähnten militärischen Massnahme der Türkei und zwar bis man am 27. September die Bestätigung über die Einberufung der Redifs erhalten hatte, hat man hier mit der allgemeinen Mobilisierung gezögert. Die grossen Mängel in der Kriegsbereitschaft Bulgariens, die man erst seit dem 27. September gut zu

machen getrachtet hat, werden von unparteiischen Beurtheilern als Beweis dafür angeführt, dass die Regierung in dem gegenwärtigen Momente den Krieg nicht wünschen konnte. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4065. — [b]) Tel. Nr. 156, 25. Sept. 1912 (eing. 26. Sept. 9 U. a. m.) im vorliegenden Berichte wiederholt. — [c]) Mit Bericht Nr. 71 D, 16. Sept. 1912 (eing. 18. Sept.) wurden aus Sofia Einzelheiten der militärischen Maßnahmen Bulgariens berichtet, die aber der ö.-u. Militärattaché nicht als Vorbereitung zur Mobilisierung, sondern zur Beruhigung der öffentlichen Meinung ansah. — [d]) Mit Tel. Nr. 155, 24. Sept. 1912 (eing. 7 U. 40 M. p. m.) wurde aus Sofia gemeldet, türkischer Geschäftsträger sei über die militärischen Vorbereitungen der bulgarischen Regierung nunmehr trotz der friedlichen Versicherungen Geschows beunruhigt, der ö.-u. Militärattaché sei aber noch immer der Meinung, daß aus den bisherigen militärischen Maßnahmen Bulgariens noch immer nicht auf Absicht kriegerischer Aktion geschlossen werden könne. — [e]) Mit Tel. Nr. 150, 13. Sept. 1912 (eing. 8 U. 45 M. p. m.) wurde aus Sofia über eine Unterredung mit Geschow berichtet, der sich erkundigte, ob bezüglich der Anregung Berchtolds nichts geschehen, und sagte, er warte auf das Ergebnis der Initiative des Ballplatzes. Innere Lage in Bulgarien werde schwierig, wenn in Mazedonien keine Reformen eingeführt würden und nur die Albanesen Konzessionen erhielten.

Nr. 4065. Bericht aus Sofia, 12. Okt. 1912 Nr. 74 B (eing. 19. Okt.). Ausfert.

Ende Juni[a]) hatten Euer Excellenz die Güte mich zu verständigen, dass Hochdenselben geheime Meldungen zugegangen worden sind, laut welchen zwischen Bulgarien und Griechenland ein nicht näher bezeichnetes Bündnis und zwischen Bulgarien und Serbien eine politische Annäherung zu Stande gekommen wären. Ich war von diesen Nachrichten überrascht und betrachtete dieselben mit Scepsis. Es wäre sehr einfach und aus Rücksicht auf mich selbst auch vorsichtig gewesen, meine persönliche Anschauung darüber für mich zu behalten und wenn auch gegen meine Überzeugung und ohne jedwede Anhaltspunkte und Indicien mich in diesen Fragen von Anfang an auf einen oberflächlichen und unaufrichtigen Standpunkt der Verdächtigungen zu stellen. Anstatt diese schlaue Methode zu befolgen, zog ich vor, die Sache gründlich und logisch zu prüfen und meiner diesbezüglichen Auffassung in meiner Berichterstattung offen Ausdruck zu geben. Ich stellte zwar die bulgarisch-griechische Annäherung nicht in Abrede, versuchte aber in meinem gehorsamsten Schreiben vom 6. Juli l. J. meine Zweifel durch entsprechende Argumente zu begründen. Was das Gerücht wegen der Entente zwischen Bulgarien und Serbien anbetrifft, so hat sich dasselbe damals als unwahr erwiesen und es wurde allgemein nur an einen mündlichen Meinungsaustausch zwischen diesen beiden Regierungen geglaubt, der Eventualitäten betroffen hätte, welche ohnehin natürlicher Weise eintreten würden. Seit dem Monate Juli hat sich die Lage am Balkan verändert: wir erlebten die jungtürkische Krise, die albanische Bewegung und das Massacre von Kotschane mit der darauf gefolgten Erregung in Bulgarien und auch in Serbien. Zu der Zeit tauchten Gerüchte über Ententen zwischen den Balkanstaaten wieder auf. Ich blieb auch damals bei meiner Auffassung, dass man sich zwischen Bulgarien,

Griechenland und Serbien über die nationalen Interessensphären nicht geeinigt haben dürfte, zugleich bezeichnete ich aber als wahrscheinlich, dass die erwähnten Staaten in Anbetracht der Lage in Macedonien, in Pourparlers bezüglich eines eventuellen parallelen Vorgehens gegen die Türkei getreten wären. Diesen Gedanken habe ich in meinem gehorsamsten Berichte vom 4. September Nr. 68 B ausgesprochen, in welchem ich auch Äusserungen eines meiner Collegen und des griechischen Gesandten in Wien wiedergab, die dahin lauteten, dass, wenn Bulgarien sich zum Kriege entschlösse oder die Türkei einen Balkanstaat bedrohte, die Einigung unter den Balkanstaaten sogleich zu Stande kommen und automatisch zu einer Cooperation führen würde. In demselben Berichte erwähnte ich auch eine Version, wonach man sich (zuerst nur zwischen Bulgarien und Serbien) geeinigt hätte oder bestrebt wäre sich zu einigen über eine gemeinschaftliche friedliche Action zur Erlangung von Reformen in der europäischen Türkei. Auch wies ich auf Symptome hin, aus welchen geschlossen werden müsste, dass an der Annäherung zwischen Bulgarien und Serbien gearbeitet, dass intriguiert wird und dass sich daraus, wenn nicht Bündnisse, so doch eine grössere Intimität entwickeln würde. Während ich — da ich mangels greifbarer Anhaltspunkte nicht mehr sagen konnte — nur den oberwähnten Verdacht aussprach, dürften, wie ich jetzt bei retrospectiver Betrachtung der Sache glaube, die Pourparlers der Balkanstaaten bereits damals positive Resultate gezeitigt haben, obwohl unter den hiesigen Vertretern der Mächte auch jetzt die Ansicht obwaltet, dass zwischen Serbien und Bulgarien die geheime Abmachung sehr schwierig gewesen sei und erst in der allerletzten Zeit zu Papier gebracht worden wäre. Was das Abkommen Bulgariens mit Montenegro anbelangt, so dürfte die Ende August stattgehabte Reise nach Sofia des bulgarischen Gesandten in Cetinje mit dem Anfang der diesbezüglichen Verhandlungen in Verbindung gestanden haben. Ich habe damals (vide gehorsamstes Telegramm Nr. 139) die Wahrscheinlichkeit einer Verständigung zwischen Bulgarien und Montenegro sofort als möglich bezeichnet, vermochte aber nicht (vide meine gehorsamsten Telegramme Nr. 141 und Nr. 142) einen Beweis dafür zu entdecken. Da ich an kriegerische Absichten Bulgariens nicht glaubte und abgesehen von allen anderen in meinem gehorsamsten Berichte von heute Nr. 74 A angeführten Erwägungen, schon mit Rücksicht darauf, was ich vom Grafen Aehrenthal über die Haltung Rumäniens im Falle einer bulgarischen Mobilisierung wusste, nicht glauben konnte, war ich auch durch die übrigens sehr vagen Symptome für die Annäherung Bulgariens an die anderen Balkanstaaten nicht in dem Sinne alarmiert, dass daraus eine unmittelbare Kriegsgefahr entstehen müsste. Ich forschte weiter nach und trachtete statt der bisherigen schwachen Indicien mir sichere Beweise für das Bestehen der verdächtigen geheimen Abmachungen zu verschaffen. Der Erfolg solcher Recherchen hängt leider nicht von den Bemühungen und dem guten Willen des Nachforschenden, sondern meist vom Zufall ab, der mich leider in diesem Falle, da sich die Ereignisse so überaus rasch überstürzten, nicht begünstigt hat. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3607.

*Nr. **4066**. Bericht aus Belgrad, 13. Okt. 1912 Nr. 106 (eing. 15. Okt.).[a] Ausfert.*

Im Nachhange zu meiner heutigen Depesche Nr. 109[b] beehre ich mich die soeben eingelangte Antwortnote[c] der königlich serbischen Regierung auf meine mit meinem russischen Kollegen am 8. l. Mts. vorgenommene Démarche sammt zwei Beilagen[c] im Original Euer Exzellenz unverzüglich ergebenst vorzulegen. Ugron.

[a] Oe. U. Balkan 25 Nr. 44. Vgl. n. 4078, 4086, 4128. — [b] Im Tel. Nr. 109 vom 13. Okt. nur ein kurzer Auszug der Antwortnote. — [c] Vgl. erste bis dritte Beilage.

*Erste Beilage zu n. **4066**. Verbalnote des serbischen Ministeriums des Äußern an die Gesandtschaft in Belgrad, 30. Sept. (13. Okt.) 1912. Ausfert.*

Le Gouvernement de Serbie ayant pris connaissance de la démarche des six Grandes Puissances, qui ont, par l'entremise des Gouvernements d'Autriche-Hongrie et de Russie adressé à la Serbie et s'étant entendu avec les Gouvernements des autres Etats Balkaniques, exprime sa gratitude, pour l'intérêt déployé par les six Grandes Puissances en faveur des populations de la Turquie d'Europe et pour leur promesse de prendre en main la réalisation des réformes dans l'administration, en s'appuyant sur l'article 23 du Traité de Berlin. Le Gouvernement de Serbie a néanmoins — d'accord avec ceux de la Bulgarie et de la Grèce — estimé que, après tant de promesses, si souvent et si solennellement données par la Turquie et si expressément consignées dans des actes internationaux, qu'il serait cruel de ne pas tâcher d'obtenir, en faveur des populations chrétiennes de l'Empire Ottoman, des réformes plus radicales et plus définies, pouvant réellement améliorer leur misérable sort, si ces réformes sont sincèrment et intégralement appliquées. Cest pourquoi les Etats Balkaniques ont cru devoir s'adresser directement au Gouvernement de Sa Majesté le Sultan en lui indiquant les principes sur lesquels des réformes à introduire doivent se baser et les garanties qu'il faudra accorder pour leur sincère application. Ils sont sûrs, que, si le Gouvernement Ottoman veut entrer dans cette voie, l'ordre et la tranquillité seront établis dans les provinces de l'Empire et une paix solide serait assurée entre la Turquie et les Etats Balkaniques, qui ont eu jusqu'à présent trop souvent à souffrir de l'attitude arbitraire et provocatrice, que la Sublime Porte a prise envers eux.

*Zweite Beilage zu n. **4066**. Verbalnote des serbischen Ministeriums des Äußern an die türkische Gesandtschaft in Belgrad, 30. Sept. (13. Okt.) 1912. Abschrift.*

Le soussigné, Président du Conseil des Ministres, Ministre des Affaires Etrangères, a l'honneur de prier Monsieur le Ministre de Turquie de vouloir bien faire parvenir au Gouvernement Impérial Ottoman la communication suivante, ainsi que la notice y annexée:[a] „Malgré la démarche que, par l'entremise des Gouvernements d'Autriche-Hongrie et de Russie, les six Grandes Puissances ont faite auprès des Etats balkaniques, démarche par laquelle elles promettent de prendre en main la réalisation des réformes

dans l'administration de la Turquie d'Europe, les Gouvernements de la Bulgarie, de la Grèce et de la Serbie croient, cependant, devoir s'adresser directement au Gouvernement Impérial de Sa Majesté le Sultan pour lui déclarer que des seules réformes radicales sincérement et intégralement appliquées peuvent réellement améliorer le sort misérable des populations chrétiennes des vilayets de l'Empire, garantir l'ordre et la tranquillité dans la Turquie d'Europe et assurer une paix solide entre l'Empire Ottoman et les Etats balkaniques, envers lesquels la Sublime Porte a souvent trop pris une attitude arbitraire et provocatrice que rien ne justifiait." „Les Gouvernements de la Bulgarie, de la Grèce et de la Serbie, tout en regrettant que le Gouvernement monténégrin ne puisse, à cause des événéments survenus, prendre part à cette démarche, invitent la Sublime Porte à procèder immédiatement, de concert avec les Grandes Puissances et les Etats balkaniques, à l'élaboration et à l'introduction dans la Turquie d'Europe, des réformes prévues par l'art 23 du Traité de Berlin, en les basant sur le principe des nationalités éthniques (autonomie administrative des provinces, gouverneurs généraux belges ou suisses, assemblées générales électives, gendarmerie, enseignement libre, milice) et en eu confiant l'application à un conseil supérieur composé des chrétiens et des musulmans en nombre égal sous la surveillance des Ambassadeurs des Grandes Puissances et des Ministres des quatre Etats balkaniques à Constantinople." „Ils espèrent que la Turquie pourra déclarer qu'elle accepte cette demande, s'engageant à mettre à exécution dans un délai de six mois les réformes contenues dans la note présente et dans la notice explicative annexée, et qu'elle voudra, comme preuve de son assentiment, rapporter le décret de la mobilisation de son armée." Le soussigné saisit cette occasion pour offrir à Monsieur le Ministre de Turquie l'assurance de sa considération la plus distinguée. signé Nic. P. Pachitch.

[a]) Vgl. Dritte Beilage.

Dritte Beilage zu n. 4066. „Notice explicative" zur Verbalnote des serbischen Ministeriums des Äußern an die türkische Gesandtschaft in Belgrad, 30. Sept. (13. Okt.) 1912. Abschrift.

La Bulgarie, la Grèce et la Serbie croient que les réformes demandées doivent se baser sur les principes suivants: 1. confirmation de l'autonomie ethnique des nationalités de l'Empire, avec toutes ses conséquences; 2. représentation proportionnée au Parlement Ottoman de chaque nationalité; 3. admission des chrétiens à tous les emplois publics, dans les provinces habitées par les chrétiens; 4. reconnaissance sur un pied d'égalité avec les écoles ottomanes des écoles de tous grades des communes chrétiennes; 5. engagement par la Sublime Porte de ne point tâcher de modifier le caractère ethnique des provinces de l'Empire Ottoman, en y transplantant des populations musulmanes; 6. recrutement régional des chrétiens pour le service militaire avec cadres chrétiens. Jusqu'à la formation des cadres, suspension de l'enrôlement; 7. reorganisation de la gendarmerie de la Turquie d'Europe par Vilayet sous le commandement effectif d'organisateurs Suisses ou Belges;

8. nomination dans des Vilayets, habités aussi par des chrétiens, de Valis européens, Suisses ou Belges, agrées par les Grandes Puissances et assistés de conseils généraux électifs, élus par les districts électoraux; 9. institution auprès du Grand Vézirat d'un conseil supérieur, composé de chrétiens et de musulmans en nombre égal pour surveiller l'application de ces réformes. Les Ambassadeurs des Grandes Puissances et les Ministres des Etats Balkaniques auront la mission de suivre le fonctionnement et les travaux de ces conseils.

Nr. 4067. Tel. nach Berlin, 13. Okt. 1912 Nr. 118 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Hoyos; G. Berchtold).*

Ich telegraphiere wie folgt an Grafen Szécsen: ... *wie n. 4073 in extenso* ... Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Staatssekretär von Vorstehendem Mitteilung zu machen und anzufragen, ob dem Auswärtigen Amte eine ähnliche Proposition zugekommen ist. Euer Exzellenz wollen hinzufügen, daß ich Wert darauf lege, die Auffassung Herrn von Kiderlens über den Vorschlag Herrn Poincarés zu erfahren, bevor ich dem französischen Botschafter meine Stellungnahme zu demselben bekannt gebe. Ich werde Euer Exzellenz die Antwort des Grafen Szécsen auf mein eingangs wiedergegebenes Telegramm ehetunlichst mitteilen.

[a] Vgl. n. 4069, 4082.

Nr. 4068. Tel. nach Berlin, 13. Okt. 1912 Nr. 119 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

... *Mit kleinen stilistischen Änderungen wie n. 4074 vom Anfang bis „für die Türkei abzuschließen“* ... Euer Exzellenz wollen dem Herrn Staatssekretär von Vorstehendem vertraulich Kenntnis geben und hinzufügen, daß ich vor Erteilung einer zusagenden Antwort an die italienische Regierung Wert darauf legen würde, seine bezügliche Ansicht kennen zu lernen. Berchtold.

Nr. 4069. Tel. nach Berlin, 13. Okt. 1912 Nr. 120 (chiffr. 14. Okt. 1 U. a. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramme Nr. 118. Euer Exzellenz wollen bei Mitteilung des mir vom französischen Botschafter übermittelten Textes Herrn von Kiderlen gegenüber bemerken, ich hege die Besorgnis, daß ein bedingungsloses Eingehen auf den Konferenzgedanken eine Behinderung unserer Aktionsfreiheit zur Folge haben könnte. Insbesondere scheint mir der Gedanke einer Konferenz während der Dauer eines eventuellen Balkankrieges kein glücklicher, da die Großmächte hiebei gewissermaßen unter der Pression der Balkanstaaten zu deliberieren hätten. Was die Haltung der Mächte für den Fall anbelangt, als die Pforte oder die Balkanstaaten eine Mediation verweigern sollten, würde meiner Ansicht nach ein direkter Gedankenaustausch zwischen den Kabinetten mehr Aussicht auf Erfolg bieten, als eine internationale Konferenz. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4082.

Nr. 4070. Tel. aus Bukarest-Sinaia, 13. Okt. 1912 Nr. 56 (eing. 6 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Hatte die Ehre, gestern abends von Seiner Majestät in Audienz empfangen zu werden. Seine Majestät stand ganz unter dem Eindrucke der morgens erhaltenen Nachricht des Abbruches der türkisch-italienischen Friedensverhandlungen. Höchstderselbe äusserte sich dahin, dass, falls die Pforte unter dem Drucke einer italienischen Flottenaktion die Dardanellen neuerlich sperren würde, die russische Regierung gegen ihren Willen durch Erregung der südrussischen, panslavistischen und Handelskreise sich gezwungen sehen würde, einzugreifen. In diesem Falle würden internationale ernsteste Komplikationen unausweichlich. Er habe daher seinen Vertreter in Konstantinopel beauftragt, umgehend bei der Pforte nachstehende Sprache zu führen: Le gouvernement Royal conjure le gouvernement ottoman de conclure sans retard la paix avec l'Italie prévoyant dans le cas contraire des complications et de graves conséquences pour l'Empire ottoman. Seine Majestät teilte mir auch mit, er habe den englischen Gesandten, der eben bei ihm war, ersucht, seiner Regierung diese Demarche zur Kenntnis zu bringen und derselben nahezulegen, in Konstantinopel ähnliche Vorstellungen zu machen. Seine Majestät ersuchte mich ebenfalls, in demselben Sinne an Euer Excellenz heranzutreten. Auftraggemäss drückte ich König Karl die hohe Befriedigung Euer Excellenz darüber aus, dass die rumänische Regierung gleich der österreichisch-ungarischen eine zuwartende Haltung einnehme. König Karl antwortete, er lehne sich vollkommen an die Grossmächte an und habe als einzige militärische Massnahme nur die Zurückhaltung der am ersten Oktober zu entlassenden Mannschaft verfügt. Sollte jedoch, woran er nicht glaube, ein rascher eklatanter Sieg der koalierten Königreiche erfolgen, so würde er die Besetzung einer strategischen Linie in der bulgarischen[b]) Dobrudscha zur Sicherung später zu erhebender Ansprüche seitens Rumäniens für unausweichlich halten. Ich habe während meiner Unterredung Eindruck gewonnen, dass jetzige Haltung des Königs weniger auf fremde Einflüsse sondern vielmehr auf die Erkenntnis zurückzuführen ist, dass passives Zuwarten bei heutiger politischer Lage ebenso erfolgversprechend und weniger riskant, als aktives Eingreifen. Sympathien für die Türkei scheinen bei Seiner Majestät stark im Schwinden; Höchstderselbe befürchtet, dass Kopf- und Ratlosigkeit in türkischer Armeeführung ebenso gross, wie innerhalb Regierung.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 25 Nr. 43. Vgl. n. 4083, 4120, 4166. — [b]) Amtsvermerk: sic!

Nr. 4071. Tel. nach Cetinje, 13. Okt. 1912 Nr. 79 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Antwort auf Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 115 vom 12. d. M. Ich würde Wert darauf legen, daß Euer Hochwohlgeboren in Ihren Gesprächen sowohl mit montenegrinischen Persönlichkeiten, als auch mit Ihren Kollegen einer Erörterung der auf den Sandschak

bezüglichen Fragen, soweit irgend möglich, aus dem Wege gehen. Sollte an Euer Hochwohlgeboren eine direkte Frage gestellt werden, so wollen Sie antworten, daß Ihnen keine einschlägigen Instruktionen vorliegen und Sie sohin über die gegenständlichen Absichten des Wiener Kabinettes nicht unterrichtet seien. Als Ihre persönliche Auffassung könnten Euer Hochwohlgeboren beifügen, daß der dritte Punkt der bei den Balkanstaaten abgegebenen Erklärung der Mächte (n'admettront, à l'issue du conflit, aucune modification du statu quo territorial dans la Turquie d'Europe) auch den Sandschak in sich begreife und jede dauernde Besitzergreifung desselben ausschließe; was die Eventualität von militärischen Operationen oder Bandenkämpfen daselbst anbelange, so gehe Ihre persönliche Meinung dahin, daß man es in Wien als unerwünscht ansehen dürfte, wenn der Schauplatz der kriegerischen Ereignisse unserer Grenze so nahegerückt würde. Berchtold.

a) Vgl. n. 4096.

Nr. 4072. Tagesbericht über einen Besuch des englischen Botschafters, 13. Okt. 1912. Konz. (S. Berchtold).

Der englische Botschafter sprach am 12. d. M. bei mir vor, um im Auftrage Sir Edward Greys auf eine Wiener Meldung des Times-Correspondenten zu verweisen, wonach in hiesigen politischen Kreisen die Auffassung verbreitet sei, England habe die letzte Friedensaktion der Mächte absichtlich gestört, beziehungsweise verzögert. Der englische Premier sei durch diese Meldung sehr unangenehm berührt gewesen und halte darauf festzustellen, daß die vom Times-Correspondenten einberichtete Anschauung den Tatsachen widerspreche. Die englische Regierung habe vielmehr trotz gewisser Bedenken gegen die Formulierung der in Constantinopel und den kleinen Balkanstaaten zu unternehmenden diplomatischen Demarche, dem Texte ohne Säumen und nur mit geringen Amendements zugestimmt. Sir Edward Grey würde Gewicht darauf legen, daß die fragliche Ausstreuung richtiggestellt werde. Ich erwiderte, daß ich nie an den besten Absichten der englischen Regierung, der Sache des Friedens zu dienen, gezweifelt habe. Die in Betracht gezogenen Ausstreuungen seien, meiner Ansicht nach, nicht auf hiesige, sondern auf französische Quellen zurückzuführen, da man in Frankreich mit der Haltung Englands in dieser Angelegenheit unzufrieden gewesen sei. Ich werde übrigens der Presse einen Wink geben, damit diese vom Auslande bezogene Darstellung rectifiziert werde. Bei diesem Anlasse charakterisierte Sir Fairfax Cartwright die Stellungnahme Großbritanniens zu dem Balkanbunde dahin, daß Englands Interessen dadurch nur in sekundärer Linie betroffen würden, während Österreich-Ungarn und Rußland dort in erster Linie interessiert seien. Mein Bemerken, daß doch England große Interessen in Constantinopel und den Dardanellen zu wahren habe, gab Sir Fairfax zwar vollkommen zu, definierte aber seine frühere Erklärung in dem Sinne, daß er damit nur die Stellungnahme zum Probleme der in den Vilajets der europäischen Türkei einzuführenden Reformen gemeint habe.

*Nr. **4073**. Tel. nach Paris, 13. Okt. 1912 Nr. 83 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Hoyos; G. Berchtold).*

Der französische Botschafter hat mir heute im Auftrage seiner Regierung den nachstehenden Vorschlag schriftlich übermittelt:

„1°— Si le Gouvernement ottoman accepte de discuter avec les Puissances les réformes à introduire dans la Turquie d'Europe, une conférence internationale se réunira immédiatement pour l'étude et l'application de ces réformes.

2°— Si le Gouvernement ottoman se réfuse à la discussion, et que la guerre éclate, les Puissances se concerteront aussitôt en vue d'une médiation (de sa réussite).[a]

3°— Si la médiation réussit,[b] la conférence internationale se réunira dans le plus bref délai pour l'étude et l'application des réformes.

4°— Si la médiation échoue, la conférence internationale se réunira de même pour prendre à la fin des hostilités les mesures que commanderont le souci de la paix générale et l'intérêt commun de l'Europe." Berchtold[c].

[a] Die eingeklammerte Stelle vom französischen Botschafter richtiggestellt. — [b] „Si la médiation réussit" vom französischen Botschafter am 14. Okt. hinzugefügt. — [c] Vgl. n. 4067, 4069, 4080, 4088, 4089, 4108.

*Nr. **4074**. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 13. Okt. 1912.[a] Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).*

Herzog Avarna hat mir heute im Auftrage seiner Regierung ein längeres Telegramm vorgelesen, in welchem dargelegt wird, dass die Friedensverhandlungen in Ouchy dadurch ins Stocken geraten sind, dass die Türkei von dem seitens der Unterhändler ausgearbeiteten Friedensinstrument nur die für die Türkei vorteilhaften Bestimmungen aufrechterhalten und als zum sofortigen Inkrafttreten geeignet bezeichnet hat, während sie die Herausgabe des die Autonomie Lybiens gewährenden Firmans, die Zurückziehung der türkischen Offiziere und Truppen sowie die Regelung der Inselnfrage im Sinne der italienischen Forderungen in Frage stellt. Die italienische Regierung habe unter diesen Umständen nach Ouchy mitteilen lassen, dass sie wohl geneigt sei, den Termin für das Einlangen einer befriedigenden Antwort auf den 15. l. Mts. auszudehnen, dass aber, wenn bis zu diesem Zeitpunkte das bereits ausgearbeitete Projekt von der Pforte nicht angenommen wird, die Verhandlungen definitiv abgebrochen werden und der Friede nur unter im Vergleich mit den jetzigen weit schwereren Bedingungen für die Türkei zu erzielen sein werde. Herzog Avarna richtete sodann auftragsgemäß nachstehende Frage an mich. Wenn es nur zum Abschlusse eines für die Öffentlichkeit bestimmten Übereinkommens kommen sollte, welches die Zurückziehung der türkischen Truppen aus Lybien vorsieht, während auf die Ausstellung eines Firmans — die Autonomie Lybiens betreffend — temporär aber nicht definitiv verzichtet wird, wäre Österreich-Ungarn in diesem Falle geneigt, die italienische Souveränität über Lybien anzuerkennen? Dies würde die Friedensaussichten wesentlich fördern, da es Italien gestatten würde, den Frieden unter weniger strengen Bedingungen für die Türkei

abzuschliessen. Ich habe dem Botschafter erwidert, dass ich in der Anerkennungsfrage mit Berlin in einem Gedankenaustausche stehe, dass er aber eine Antwort in den allernächsten Tagen erwarten könne.

[a]) Vgl. n. 4068, 4081, 4084, 4090.

Nr. 4075. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 13. Okt. 1912 Nr. 153 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 173 und 174, welche ich mir genauestens zur Richtschnur nehmen werde. Meinem Telegramm Nr. 151 habe ich nachzutragen, daß deutscher Botschafter gestern Auftrag erhalten hat, sich der von mir vorgestern ausgeführten Démarche anzuschließen, mir aber bemerkte, daß ihm dieselbe infolge der inzwischen eingetretenen Ereignisse vorläufig als gegenstandlos erscheine. Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 4090.

Nr. 4076. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 13. Okt. 1912 Nr. 181 (eing. 14. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Zu meinem Privatschreiben von gestern. Unser Hauptgrund, warum ich ein konkretes Arrangement mit (Russland)[a]) für dringend geboten ganz ergebenst erachte, ist, daß, wie immer der Krieg ausfalle, die Frage der in den Vilajeten einzuführenden Reformen dann aufs Tapet kommen dürfte. Handelt es sich dann auch nicht um territorialen Zuwachs, so wird es sich doch um Einflußsphären der verschiedenen nichttürkischen Balkanrassen handeln, wobei Fragen entstehen könnten, welche vielleicht besser früher wenigstens im Prinzipe geregelt werden könnten. Herr Sazonow scheint der Meinung zu sein, daß die Balkanstaaten es desto loyaler mit ihrer Erklärung, keine territorialen Erwerbungen zu beabsichtigen, meinen, als sie sich über solche unter sich nicht einigen würden. Dies entnahm ich einem heutigen rein akademischen vor seinem Kabinettschef geführten Gespräch, wobei er übrigens, besonders gegen Montenegro, dessen König sich Russland gegenüber undankbar und rücksichtslos erwiesen habe, aber auch gegen die anderen Balkanstaaten, sich tadelnd äußerte. Dies brachte mich auf die Idee, ob dann zwischen den Verbündeten statt eines Wettbewerbes um Land, ein Wettbewerb um Einfluß am Ende des Krieges nicht stattfinden wird. Szilassy.

[a]) Chiffre fehlt.

Nr. 4077. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 13. Okt. 1912 Nr. 182 (eing. 14. Okt. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Herr Sazonow hat vorgestern deutschem Botschafter gesagt, daß russische Regierung mit der Politik der non-intervention in den Balkanangelegenheiten und der Nichtzulassung Änderung status quo stehen und fallen werde. Er sei guten Mutes, daß diese Politik werde auch

gegen anderweitige Strömungen öffentlicher Meinung durchgeführt werden können. Er würde nur in dem Falle besorgen, „que le gouvernement fût débordé par l'opinion publique," wenn große Massakers türkischerseits erfolgen sollten, oder Österreich-Ungarn eine militärische Expedition in den Sandschak unternehmen würde. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 9357.

*Nr. **4078**. Tel. aus Sofia, 13. Okt. 1912 Nr. 227 bis 229 (eing. 14. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

... Mitteilung der mit der ersten, zweiten und dritten Beilage zu n. 4066 mut. mut. gleichlautenden bulgarischen Noten. ...

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4086, 4108 Anm. b.

*Nr. **4079**. Bericht aus Belgrad, 14. Okt. 1912 Nr. 107 A (eing. 15. Okt.). Ausfert.*

Vertraulich. Das Petersburger Kabinett oder wenigstens das kaiserlich russische Ministerium des Äussern scheint die Politik, die Herr von Hartwig hier verfolgt hat, nicht in Allem gut zu heissen. Ich hatte mit einem der russischen Gesandtschaftssekretäre gestern eine Unterredung, bei welcher derselbe sich mir gegenüber beklagte, dass sie von Petersburg fast keine Nachrichten hätten. Er sagte: On ne nous communique rien de St. Petersbourg et il parait que la legation de Belgrade est mise tout à fait à l'index. Er erwähnte noch, dass Herr von Hartwig Mitteilungen über die Vorgänge in China, Japan und Persien erhalte, über die Vorgänge in den Balkanstaaten aber ganz in Unkenntnis gelassen werde. Auch mein rumänischer Kollege — der mit dem russischen Gesandten sehr befreundet ist — sagte mir, dass sich Herr von Hartwig vor einigen Tagen ziemlich abfällig über Herrn Sasonow geäussert und seine Politik einer sehr scharfen Kritik unterzogen hätte. Wie es scheint, findet man in Petersburg, dass er den Serben gegenüber ein wenig zu weit gegangen ist und sich zu sehr engagiert hat und verlangt von ihm nunmehr eine massvollere Politik. Offiziell kommt Herr von Hartwig diesen Instruktionen nach, wie ich es bereits einzuberichten die Ehre hatte; dass ihm dies aber schwer fällt und seinen inneren persönlichen Gefühlen und Überzeugungen nicht entspricht, möchte ich mit Sicherheit annehmen. Ugron.

*Nr. **4080**. Tel. nach Berlin, 14. Okt. 1912 Nr. 123 (chiffr. 8 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. und G. Berchtold).*

Der deutsche Botschafter hat mir heute im Auftrage Herrn von Kiderlens mitgeteilt, daß deutsche Regierung auf den auch ihr gestern zugekommenen französischen Vorschlag antworten werde, sie wolle sich zwar nicht von den anderen Mächten trennen, halte aber den Zeitpunkt, speziell im Hinblicke auf die Haltung der Balkanstaaten weder für eine Konferenz, noch für eine Mediation geeignet. Sie würde den Gedanken,

wenn er später wieder aufgenommen würde, in Erwägung ziehen. Streng vertraulich fügte Herr von Tschirschky hinzu, daß die deutsche Regierung den Gedanken einer internationalen Konferenz nicht für unbedenklich halte, weil die Tripelentente-Mächte bei einer solchen, angesichts der Unmöglichkeit, daß Italien derzeit teilnehme, die Majorität hätten. Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Staatssekretär für diese Mitteilung zu danken und ihm zu sagen, daß auch ich die französische Anregung für verfrüht hielte und gegen eine Konferenz Bedenken hätte. Ich würde daher dem französischen Botschafter in dem von Herrn von Kiderlen vorgeschlagenen Sinne antworten. Sollte es sich jedoch in der weiteren Folge nicht vermeiden lassen, auf die Konferenzidee einzugehen, so wäre ich der Ansicht, daß bezüglich der ersten drei Punkte des französischen Vorschlages die Bedingung zu stellen wäre, daß erstens ausschließlich Vertreter der Signatarmächte des Berliner Vertrages (inklusive Italiens) Sitz und Stimme auf der Konferenz haben und zweitens, daß die Wahrung der Souveränitätsrechte des Sultans sowie die Erhaltung des territorialen status quo die Grundlagen der Verhandlungen bilden. Was den vierten Punkt anbelangt, so gedächte ich in einem solchen Falle, meine definitive Stellungnahme von der Beantwortung folgender Vorfragen abhängig zu machen, und zwar: 1. ob die ins Auge gefaßten „mesures" auch Koerzitivmaßregeln in sich begreifen, 2. ob die Sanktionierung durch den Krieg eingetretener Gebietsveränderungen aus dem Konferenzprogramme ausgeschlossen bleibt, 3. ob das Gleichgewicht auf der Balkanhalbinsel und die gleichmäßige Wahrung der Interessen aller Nationalitäten und Konfessionen, einschließlich jener, für welche die kriegführenden Balkanstaaten nicht eintreten, die unverrückbare Basis der Konferenzverhandlungen bilden wird. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Staatssekretär von Vorstehendem mit dem Bemerken Kenntnis geben, daß ich zu meiner Orientierung schon jetzt den größten Wert darauf legen würde, wenn ich gegebenenfalls bezüglich meines oben entwickelten Standpunktes auf die Unterstützung des Berliner Kabinettes rechnen könnte.

a) Vgl. n. 4073, 4082, 4093, 4094, 4095, 4110.

Nr. 4081. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 14. Okt. 1912. Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Ich habe heute den Besuch des deutschen Botschafters erhalten, der mir von einem ihm eben zugekommenen Telegramme Herrn von Kiderlens Kenntnis gab. Der Staatssecretär teilt in demselben Herrn von Tschirschky mit, daß der italienische Botschafter in Berlin (wie dies seitens Herzog Avarnas gestern mir gegenüber der Fall war)*a)* das Petit vorgebracht habe, Deutschland möge die Souveränität Italiens über Lybien anerkennen, wenn ein für die Öffentlichkeit bestimmter, die Zurückziehung der türkischen Truppen enthaltender Vertrag mit der Türkei zum Abschlusse gelangt. Herr Pansa hätte hierauf die Antwort erhalten, daß Herr von Jagow dahin instruiert sei, er könne die Anerkennung der Souveränität aussprechen, wenn die k. und k. Botschaft in Rom im Besitze eines gleichen Auftrages sei. Den Informationen Herrn von Kiderlens zufolge wäre auch die französische

Regierung bereit, die erwähnte Anerkennung auszusprechen. Der Staatssecretär beabsichtige, die Pforte von diesen Dispositionen der Mächte vertraulich zu informieren. Letztere Mitteilung dürfte sich auf die Grafen Szögyény mit Telegramm Nr. 117 vom 12. l. M. aufgetragene Aussprache beziehen.

[a]) Vgl. n. 4074.

Nr. 4082. Tel. aus Berlin, 14. Okt. 1912 Nr. 203 (eing. 15. Okt. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 118 und 120. Französischer Botschafter hat hier einen gleichlautenden Vorschlag übermittelt. Herr von Kiderlen-Waechter, der gestern erst spät abends von einem Vortrag bei Kaiser Wilhelm aus Hubertusstock wiedergekehrt ist, hat Herrn von Tschirschky telegraphisch angewiesen, Euer Exzellenz zu fragen, ob Hochdieselben damit einverstanden wären, daß er Herrn Cambon antworte: deutsche Regierung halte den Zeitpunkt speziell im Hinblick auf unfertige Zustände am Balkan nicht für opportun, den französischen Vorschlag in Betreff einer internationalen Konferenz oder einer Mediation anzunehmen. Diese Antwort solle in sehr höflicher und entgegenkommender Weise erteilt werden und hinzugefügt werden, daß deutsche Regierung den in dem französischen Vorschlag enthaltenen Gedanken nicht a limine abweise und, wenn später auf denselben zurückgekommen würde, ihn gerne in Erwägung ziehen werde. Vertraulich sagte mir Staatssekretär, er habe einige Anhaltspunkte, aus denen er schließe, daß Herrn Poincarés neuester Vorschlag auf eine vertrauliche Anregung des Petersburger Kabinettes zurückzuführen sei. Herr von Kiderlen-Waechter legt sehr großes Gewicht darauf, daß das Wiener und Berliner Kabinett ihre Antwort im gleichen Sinne erteilen und, da Herr Cambon auf die (Antwort)[b]) sehr drängt, wäre er Euer Exzellenz für eine umgehende Rückäußerung sehr dankbar. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4080, 4093. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 4083. Tel. nach Bukarest-Sinaia, 14. Okt. 1912 Nr. 52 (chiffr. 7 U. 20. M. p. m.).[a]) Konz. (S. Calice; G. Berchtold).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 56. Der Schlußpassus des vorletzten Alineas, wonach König Karl unter gewissen Umständen die Besetzung einer „strategischen Linie in der bulgarischen Dobrudscha" für unausweichlich hält, erscheint mir nicht ganz klar. Sollte damit tatsächlich ein Einmarsch in bulgarisches Gebiet gemeint sein, so wäre das ein folgenschwerer Entschluß, welcher namentlich auch die Gefahr einer russischen Intervention provociren würde. Ich ersuche Euer Durchlaucht daher, bei der nächsten Gelegenheit, jedoch ohne Seine Majestät direkt über Seine vorgestrige Äußerung zu befragen, zu trachten, vom König in Erfahrung zu bringen, ob Er in der Tat die Eventualität eines Einmarsches in Bulgarien ins Auge faßt. Euer Durchlaucht könnten die Conversation mit dem Hinweise einleiten, daß die Mächte entschlossen sind, an dem territorialen status

quo festzuhalten. Sollte Seine Majestät neuerlich den Gedanken einer Besetzung bulgarischen Territoriums aussprechen, so wollen Euer Durchlaucht darauf hinweisen, daß eine solche Sicherungsmaßregel mit Rücksicht auf den eben erwähnten Entschluß der Mächte überflüssig sein dürfte. Euer Durchlaucht hielten es jedoch für notwendig, diese Absicht des Königs Ihrer Regierung einzuberichten, welche dieselbe zweifellos zum Gegenstande eines Meinungsaustausches mit der deutschen Regierung machen werde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4111, 4120.

*Nr. **4084.** Tel. nach Konstantinopel, 14. Okt. 1912 Nr. 239 (chiffr. 15. Okt. 1 U. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).*

Laut den mir von der italienischen Regierung zugekommenen Nachrichten hat die Pforte die wichtigsten der in Aussicht gestellten Konzessionen des in Verhandlung stehenden Friedensschlusses zurückgezogen und für Italien unannehmbare Bedingungen vorgeschlagen. Da das römische Kabinett sich auf eine neuerliche Fristerstreckung über den 15. l. M. für die Annahme der in Ouchy verabredeten Bedingungen nicht mehr einlassen will, vielmehr ihre kriegerischen Aktionen auf einen für die Türkei weit gefährlicheren Schauplatz ausdehnen wird, ist es im dringenden Interesse der Türkei gelegen, den Frieden unter den angebotenen Bedingungen anzunehmen. Euer Exzellenz wollen sich mit Ihrem deutschen Kollegen ins Einvernehmen setzen und falls dieser analoge Instruktionen hat, die Pforte auf die ihr drohende Gefahr aufmerksam machen und hiebei betonen, daß sie in einem späteren Zeitpunkte mit für sie viel schwereren Friedensbedingungen zu rechnen haben werde. Weiters wäre auch darauf hinzuweisen, daß die türkische Taktik des Hinausschiebens des Friedensschlusses mit Italien dazu führen müßte, daß die Mächte ohne Rücksicht auf sie die Souveränität Italiens über Lybien anerkennen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4074, 4099.

*Nr. **4085.** Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. Okt. 1912 Nr. 476 (eing. 15. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Der Minister des Äussern übersendet mir soeben nachstehende Antwort auf die Kollektivnote vom 10. d. M.[b]) „En réponse à la communication en date du 10 courant que Leurs Excellences les ambassadeurs d'Autriche-Hongrie, d'Angleterre, de France, de Russie et d'Allemagne ont été chargés par leurs gouvernements respectifs de faire à la Sublime Porte, le soussigné, ministre des affaires étrangères de Sa Majesté Impériale le Sultan, a l'honneur de leur rappeler qu'ainsi que Leurs Excellences veulent bien le constater elles-mêmes, le gouvernement Impérial a déjà reconnu la nécessité d'introduire les réformes que comporte l'administration des vilayets de la Turquie d'Europe. Il a envisagé ces réformes avec d'autant plus de conviction qu'il entend les appliquer en dehors de toute ingérence étrangère et qu'il prévoit que dans ces conditions leur exécution ne manquera pas de contribuer à la

prospérité et au développement économique du pays en assurant dans l'esprit libéral de la constitution ottomane la concorde et la bonne harmonie entre les éléments hétérogènes qui composent la population de cette partie de l'Empire. Il est à relever que, si jusqu'à présent les différents essais d'amélioration de la situation intérieure de ces provinces n'ont pas produit tous les fruits qu'on était en droit d'attendre, une des principales causes de ces retards est incontestablement l'état de trouble et d'insécurité causé par les attentats de tout genre provenant de foyers d'agitations dont le but réel ne laisse aucun doute. Le gouvernement Impérial n'en apprécie pas moins l'intention amicale de la communication que les Grandes Puissances ont jugé à propos de lui faire en raison des circonstances présentes. Il s'associe de tout cœur aux efforts déployés par elles pour conjurer le danger d'une collision dont les conséquences entraîneraient fatalement de grandes calamités qu'il est du devoir du monde civilisé de prévenir par tous les moyens de conciliation. Le gouvernement Impérial a sous ce rapport la conscience d'avoir pris les devants pour faciliter la tâche humanitaire des Grandes Puissances en présence des redoutables problèmes dont elle cherche la solution. En effet, sans vouloir exciper du fait que maintes stipulations du traité de Berlin ont reçu une exécution non conforme tant à la lettre qu'à l'esprit qui les avait dictées et qu'ainsi les intérêts ottomans ont été gravement lésés en plusieurs cas, sans vouloir en particulier examiner jusqu'à quel point l'article 23 de ce traité a pu conserver plus que les autres articles une valeur actuelle, le gouvernement Impérial déclare qu'il vient de prendre de son propre mouvement la résolution de présenter le projet de loi de 1880 dans tout son ensemble historique dès l'ouverture de la prochaine session à l'approbation du parlement et à la sanction Impériale conformément à la charte fondamentale de l'Empire. Les Grandes Puissances peuvent être persuadées que les autorités Impériales tiendront la main à la scrupuleuse et prompte application de cette loi dès son promulgation. Il serait souverainement injuste d'inférer d'anciennes négligences et tergiversations plus ou moins systématiques et inhérentes à un autre régime que l'Empire constitutionnel ottoman d'aujourd'hui ne serait pas logiquement décidé et capable de rompre définitivement avec les errements du passé et de prendre occasion de certains doutes à cet égard pour chercher d'autres mesures que celles seules compatibles avec l'intérêt bien entendu du pays et des populations elles-mêmes. Gabriel Noradounghian." Pallavicini.

[a]) Oe.-U. Balkan 28 Nr. 46. Vgl. n. 4102. — [b]) Vgl. n. 4026.

*Nr. **4086.** Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. Okt. 1912 Nr. 477 (eing. 15. Okt. 3 U. p. m.). Entziff.*

Der Minister des Äußern teilt mir heute Inhalt der im Wege türkischer Vertreter in Sofia und Belgrad der Pforte zugekommenen Note der betreffenden Regierungen[a]) mit. Gabriel Effendi fügte hinzu, die türkische Regierung werde diese Note, welche übrigens nicht in Form eines Ultimatums abgefaßt ist, entweder ganz unbeantwortet lassen und ihre Vertreter zurückberufen, oder aber die Note dahin beantworten, daß nach Ansicht der Pforte die

Balkanstaaten nicht berufen seien, über innere Angelegenheiten der Türkei mit letzterer in Verhandlungen zu treten. Der türkische Gesandte in Athen hat die Note nicht angenommen; es wird also dieselbe wahrscheinlich durch den hiesigen griechischen Vertreter übergeben werden. Aus Sofia wird hieher gemeldet, daß man dort Beginn der Feindseligkeiten zwischen dem 16. und 18. d. M. erwarte. Die Direktion der orientalischen Eisenbahnen erhielt die Nachricht, daß bei Zibeftsche bereits seit heute früh zwischen serbischen Truppen und Banden einerseits und türkischem Militär anderseits gekämpft wird. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4066, 4078.

*Nr. **4087**. Tel. aus London, 14. Okt. 1912 Nr. 91 (eing. 15. Okt. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Französischer Botschafter sagte mir eben, er habe Sir E. Grey heute früh den auch Euer Exzellenz zugekommenen Vorschlag seiner Regierung mitgeteilt, que les puissances se concertent en vue d'une médiation future. Sir E. Grey accepte la proposition française, mais désire qu'on ajoute médiation „en temps opportun" ce qui répondrait, de l'avis de Monsieur Cambon, aux vues de Monsieur Poincaré. Mon collègue français croit que l'acceptation de la proposition sera utile pour maintenir l'échange de vues entre les puissances même si une médiation ne pouvait avoir lieu qu'au bout de quelque temps. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 30 Nr. 47.

*Nr. **4088**. Eigenhändiges Privatschreiben an den französischen Botschafter Chilhaud-Dumaine, 14. Okt. 1912. Konz. (S. Hoyos).[a])*

J'ai attentivement étudié le document que Vous avez eu l'amabilité de me transmettre hier soir par l'entremise du Comte Hoyos. Comme je sais que Votre Excellence tient à connaître aussitôt que possible notre point de vue au sujet des idées énoncées dans la pièce en question je m'empresse de Vous faire savoir que, vu l'attitude des Etats Balkaniques, le moment actuel me paraît peu favorable à une action des Puissances, soit conférence soit médiation. Je tiens cependant à Vous assurer, Monsieur l'Ambassadeur, que j'attache la plus grande importance à demeurer par rapport à la crise dans les Balkans en contacte avec les autres Puissances et à ne pas me séparer d'Elles.

[a]) Amtsvermerk (Hoyos): expediert am 14. Okt. 1912. Vgl. n. 4073, 4093.

*Nr. **4089**. Tel. aus Paris, 14. Okt. 1912 Nr. 120 (eing. 15. Okt. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.*

... Bezugnahme auf n. 4073 und Anmerkungen hiezu a und b ... Französische Proposition erscheint jetzt ganz klar. Nur Punkt 4 scheint mir weiteren Gedankenaustausch zu erheischen. Es heißt da, daß, wenn die Mediation keinen Erfolg hat, die Konferenz doch zusammentreten soll, um nach Schluß der Feindseligkeiten die nötigen Maßregeln zu ergreifen. Diese Maßregeln werden aber vielfach vom Verlaufe der Kriegsereignisse abhängen und müßte sich eigentlich die Konferenz bis zum Schlusse der

Feindseligkeiten in Permanenz erklären. Herrn Poincaré scheint vorzuschweben, daß die Konferenz jedenfalls eine Art von Reformprogramm ausarbeiten soll, das dann bei Friedensschluß der Türkei oktroyiert werden würde, wohingegen die Mächte auf Aufrechterhaltung des territorialen status quo bestehen würden. Herr Poincaré hatte mich heute früh zu sich bitten lassen, um mir seine Proposition mitzuteilen, die er als eine Folge der Anregung Euer Exzellenz (letztes Alinea des Telegrammes Euer Exzellenz Nr. 80)[b] bezeichnete. Französischer Vorschlag wurde nach Konsultierung englischer Regierung gemacht. Die durch Herrn Dumaine gemeldete vorläufige Antwort Euer Exzellenz schien den Ministerpräsidenten zu befriedigen. Aus Berlin hat er identische Antwort erhalten; man lehnt dort den Vorschlag nicht ab, will sich aber vorerst mit anderen Kabinetten, speziell mit uns, ins Einvernehmen setzen. Herr Poincaré scheint an Konferenz mit Spezialdelegierten zu denken. Balkankönigreiche wären nicht zur Teilnahme zuzulassen, könnten aber ihre Wünsche vorbringen. Türkei müßte natürlich vertreten sein. Hinsichtlich des Ortes der Konferenz machte Ministerpräsident keinerlei Vorschlag, doch denkt er offenbar an Paris. Falls der Friede zwischen Italien und der Türkei nicht zustandekomme, so würde dies nach Meinung Herrn Poincarés Konferenz sehr erschweren, da diese zwei kriegführenden Staaten schwerlich gemeinsam beraten könnten. Ministerpräsident legt größten Wert auf Kontinuität freundschaftlichen Gedankenaustausches und hofft auf baldige Antwort Euer Exzellenz. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 4093. — [b]) Vgl. n. 4027 Anm. a.

Nr. 4090. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Ambrózy in Rom, 14. Okt. 1912 Nr. 178 (chiffr. 15. Okt. 1 U. 20 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 153 vom 13. l. M. ... *Gekürzt wie n. 4074 bis „für die Türkei abzuschließen“* ... Sobald ein die Zurückziehung der türkischen Truppen aus Lybien stipulierendes Übereinkommen zwischen Italien und der Türkei publiziert sein wird, steht der Anerkennung der italienischen Souveränität über Lybien kein Hindernis entgegen. Euer Hochwohlgeboren wollen sich diesbezüglich mit Ihrem deutschen Kollegen, der eine analoge Instruktion erhalten haben dürfte, verständigen und nach erzieltem Einverständnisse die Anerkennung unter obiger Voraussetzung aussprechen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4107.

Nr. 4091. Tel. aus St. Petersburg, 14. Okt. 1912 Nr. 183 (eing. 15. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Ich fand Herrn Sazonow in einer ruhigen und freundlichen Stimmung. Er sprach seine besondere Befriedigung darüber aus, dass Österreich-Ungarn und Russland sich endlich gefunden hätten. Besorgnis vor eventuellen militärischen Operationen unsererseits im Sandschak scheint nachgelassen zu haben; und war ich auch meinerseits bemüht, ihn in dieser ruhigen Auffassung zu bestärken. Diese Besorgnis scheint mir übrigens nicht so sehr

auf das Faktum selbst sich zu beziehen, als in der gewiss richtigen Erwägung begründet zu sein, dass eine solche Aktion auf die hiesige, ohnehin sehr erregte und misstrauische öffentliche Meinung eine höchst aufregende Wirkung ausüben müsste, wodurch Stellung der Regierung sehr gefährdet werden könnte. (Ich)[a] führte Herrn Sazonow in diesem Zusammenhange aus, dass ich mir nicht vorstellen könne, welchen Zweck im jetzigen Zeitpunkte militärische Aktion unserseits im Sandschak erfüllen sollte, da wir ja eben erst mit Russland übereingekommen wären, dass der status quo durch den Krieg keine Veränderung erfahren dürfe, und wir volles Vertrauen in die russische Regierung setzen, dass sie sich auch in loyaler Weise an diese Vereinbarung halten werde. Bisher sei auch unserseits nicht die geringste militärische Maßnahme getroffen worden und ich müsse ihn aber schon jetzt darauf aufmerksam machen, dass es aller Wahrscheinlichkeit nach zur Sicherung der Ordnung innerhalb unserer eigenen Grenzen sich nötig erweisen dürfte, die gegenwärtig sehr schwachen Truppenstände in Bosnien entsprechend zu verstärken. Herr Sazonow nahm diese Mitteilung mit grosser Befriedigung entgegen und gab ohne weiteres zu, letzterwähnte Maßregeln seien ja rein interner Natur und gingen Niemand weiters etwas an und als ich ihm im weiteren Verlaufe des Gesprächs erwähnte, dass es uns natürlich nicht angenehm sein könnte, wenn sich Kriegsoperationen zu sehr in der Nähe der Grenze abspielen würden, sagte mir der Herr Minister im strengsten Vertrauen, er habe serbischer Regierung in nachdrücklichster Weise zu verstehen gegeben, dass es sehr unerwünscht und im höchsten Grade thöricht wäre, wenn sie sich einfallen ließe, Kriegsoperationen in den Sandschak zu tragen. Was die russische Probemobilisierung in Polen anbelangt, versicherte mich Herr Sazonow in der bündigsten Weise, dass dieselbe nunmehr beendigt und der normale Zustand wieder hergestellt sei. Auf meine Bemerkung, dass diese Maßregel gerade im jetzigen Momente nicht sehr opportun gewesen zu sein scheint, sagte mir Herr Minister, sie sei schon seit längerer Zeit bestimmt gewesen. Es wäre aber doch gewiss zweckmäßiger gewesen, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation von der Ausführung einer solchen abzusehen; leider (sei)[a] er diesbezüglich nichts befragt worden, sonst hätte er sich gewiss dagegen ausgesprochen. Bezüglich der inzwischen dementierten angeblich kriegerischen Rede Kriegsministers, welche er im Moskauer Automobilklub gehalten haben soll, konnte ich konstatieren, dass General Suchomlinow jetzt überhaupt nicht in Moskau war. Thurn.

[a] Chiffre fehlt.

Nr. 4092. Tel. aus Sofia, 14. Okt. 1912 Nr. 234 (eing. 15. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.

Wenn bulgarischer Minister, mit dem heute gesprochen, mir nicht Unwahrheit gesagt, hätte bulgarische Regierung Absicht, wenn Türkei vorher keine Antwort gibt, Mittwoch Ultimatum zu stellen. Dobrovič sagte mir, Türkei dürfte auf bulgarische Note überhaupt nicht antworten, Kanonen würden jetzt sprechen. König Ferdinand bis heute abends Sofia noch nicht verlassen. Auf türkischer Gesandtschaft bereitet man sich zur Abreise vor für übermorgen. Tarnowski.

*Nr. **4093.** Tel. nach Berlin, Nr. 129 (1) und Paris Nr. 88 (2), 15. Okt. 1912 (chiffr. 11 U.p.m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).*

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 203 vom 14. d. M. Entsprechend den Ausführungen meines Telegrammes vom 14. d. M. Nr. 123 habe ich Herrn Dumaine unterm 14. d. M. mittels Privatschreiben wie folgt geantwortet:

2. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 120 vom 14. d. M. Ich habe Herrn Dumaine mittels Privatschreiben vom 14. d. M. wie folgt geantwortet:

1. u. 2. ... *wie n. 4088 von „Vu l'attitude" bis Schluß.* ...

1. Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlicher Information und streng vertraulicher Mitteilung an Herrn von Kiderlen.

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und zur eventuellen Regelung Ihrer Sprache gegenüber Herrn Poincaré. Zu Hochderselben rein persönlicher Orientierung füge ich bei, daß ich im gegenwärtigen Momente noch nicht beabsichtige, mich in eine nähere Erörterung der einzelnen Punkte des französischen Vorschlages einzulassen. Dagegen kann ich Euer Exzellenz Ansicht nur beipflichten, daß die Fassung des Punktes 4 seinerzeit noch den Gegenstand eines Gedankenaustausches werde bilden müssen. Berchtold.

*Nr. **4094.** Tel. nach Berlin, Nr. 130 (1) und Paris Nr. 89 (2), 15. Okt. 1912 (chiffr. 16. Okt. 1 U. a. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).*

1. 2. Herr Dumaine hat mir heute auftraggemäß eine modifizierte Proposition seiner Regierung überreicht, welcher, wie er mir mitteilte, England und Rußland bereits zugestimmt haben. Dieselbe lautet, wie folgt:

„1° Les Puissances se concerteront immédiatement à l'effet d'interposer en temps opportun leur médiation entre la Sublime Porte et les Gouvernements des Etats Balkaniques;

2° Sie la médiation réussit, une conférence internationale se réunira dans le plus bref délai pour l'étude et l'application des réformes à introduire dans la Turquie d'Europe;

3° Si la médiation échoue, la conférence se réunira de même pour prendre à la fin des hostilités les mesures que commanderont le souci de la paix générale et l'intérêt commun de l'Europe;

4° Les Puissances s'accordent d'ailleurs à ne rien entreprendre qui soit contraire à la souveraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan et à l'intégrité de l'Empire Ottoman."

Wie der französische Botschafter bemerkte, hätte das Eintretenlassen einer Mediation der Mächte nach den ersten Zusammenstößen den Vorteil, daß einerseits das allgemeine Festhalten am territorialen status quo gesichert, anderseits Rußland ein gewisser Rückhalt gegenüber den allslavischen Treibereien geboten werde. Indem ich Herrn Dumaine ein eingehendes Studium des neuen Vorschlages und eine seinerzeitige Mitteilung über meine definitive Stellungnahme zusagte, resumierte ich dem Herrn Botschafter

gegenüber meinen ersten Eindruck dahin, ... *wie n. 4105 von „daß ich ein Eingehen" bis einschließlich „besorgen ließe."* ...

1. Vorstehendes wollen Euer Exzellenz zur vertraulichen Kenntnis des Herrn Staatssekretärs bringen und bemerken, daß ich den größten Wert darauf legen würde, ehetunlichst seine Ansicht über diesen neuesten französischen Vorschlag, sowie über die Gesichtspunkte kennen zu lernen, welche in meinem Telegramme Nr. 123 vom 14. d. M. niedergelegt erscheinen.

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und eventueller Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a]) Oe. U. 30 Nr. 49. Vgl. n. 4080, 4110, 4113, 4114, 4125, 4137.

Nr. 4095. Tel. aus Berlin, 15. Okt. 1912 Nr. 208 (eing. 16. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.

Antwort auf Euer Exzellenz gestriges Telegramm Nr. 123. Staatssekretär sagte mir, er habe gestern dem französischen Botschafter, der auf Antwort drängt, Mitteilung gemacht (die er mir in Konzept zur Verfügung stellte). „Je ne puis pas vous donner une réponse définitive tant que nous n'avons l'avis de Vienne pour répondre avec notre allié dans le même esprit. Mon opinion personnelle est que la tournure qu'ont prise les événements fait paraître une médiation tardive. Je suis sympathique à l'initiative prise par la France, mais le moment ne me paraît pas venu de donner suite à sa proposition. Si plus tard une proposition de conférence est reprise, elle sera examinée avec intérêt, mais à mon sentiment il serait utile qu'antérieurement et le plus tôt possible les cabinets échangent entre eux leurs vues sur les résolutions que le concert européen, qui devra être maintenu, aura à faire prévaloir à la fin du conflit." Heute hat der Herr von Kiderlen Herrn Cambon gesagt, daß seine gestrige Ansicht vom Grafen Berchtold gebilligt sei und daß demzufolge der französische Botschafter sie als definitiv ansehen könne. Staatssekretär bittet mich, Euer Exzellenz zu melden, daß er mit den Bedingungen, die Hochdieselben zu dem französischen Vorschlag stellen, einverstanden sei. Er ersuchte mich um eine Notiz über die von Euer Exzellenz gestellten Bedingungen, glaubt aber schon jetzt versichern zu können, daß Hochdieselben gegebenen Falles bezüglich des von Euer Exzellenz (vertretenen)[a]) Standpunktes auf die Unterstützung des Berliner Kabinettes rechnen können. Szögyény.

[a]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 4096. Bericht aus Cetinje, 15. Okt. 1912 Nr. 84 (eing. 18. Okt.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Mit Bezug auf Eurer Exzellenz Telegramm Nr. 79 vom 14. l. M., streng vertraulich, betreffend die eventuellen montenegrinischen Operationen im Sandschak, beehre ich mich Hochdenselben zu melden, dass ich mich auch schon vor Erhalt desselben im Sinne dieser Instruktion verhalten und mit keinem montenegrinischen Funktionäre die Angelegenheit diskutiert habe. Von meinen Kollegen waren es nur der italienische Gesandte, welcher anlässlich der Mitteilung seiner Demarche beim König naturgemäß

das Gespräch auf diese Eventualität brachte, und der deutsche Gesandte, welchem, wie übrigens auch dem Herrn von Giers, Baron Squitti seine Ermahnungen an den König mitgeteilt hatte. Beiden Herren konnte ich nichts Anderes mitteilen, als dass ich ohne Instruktionen sei, meine persönliche Auffassung eine eventuelle Operation seitens Montenegros im Sandschak nicht günstig beurteilen würde, ich mich aber auf das Versprechen des Königs stütze, solche Operationen nicht zu unternehmen. Auffällig bleibt immerhin, dass Herr von Giers, welcher bis zur Kriegserklärung Montenegros, mit mir in allen Details einmütig und anscheinend loyal Hand in Hand gearbeitet hat und mir zum Beispiel die von seiner Regierung erhaltenen Original-Telegramme vorwies, diesen Gegenstand im Gespräche mit mir nicht berührte, obwohl mir von Baron Squitti selbst bekannt ist, dass er unseren russischen Kollegen sofort über seine Demarche beim König unterrichtete. Seit dem 8. l. M., der Kriegserklärung Montenegros, begegne ich bei Herrn von Giers überhaupt einer bisher ungewohnten, sehr milden Auffassung der Ereignisse und Tätigkeit Montenegros und deutet in seinen unverbindlichen Ausführungen Manches darauf hin, dass der russische Vertreter — persönlich durch seinen langjährigen Aufenthalt in der Türkei ein überzeugter Gegner derselben und eingeschworen auf die traditionelle russische Politik — schon den Beginn eines Kampfes konstatiert, welcher zwischen dem offiziellen Russland, welches noch die neutrale objektive Haltung betont, und der nicht offiziellen, aber schon sehr starken Strömung in ganz Russland, welche den Balkanstaaten, insbesondere aber Serbien und Montenegro schützend zur Seite treten will, ausgebrochen ist. Herr von Giers, welcher die Entscheidung zu gunsten der volkstümlichen Strömung vorauszusehen scheint, vermeidet es seither, sich zu engagieren und bereitet ein Abschwenken vor. Ich gehe aber nicht so weit, vorauszusetzen, dass mein russischer Kollege, sei es auch nur in privater Form, Montenegro schon bis jetzt in seinen Kriegstendenzen unterstützt oder bestärkt hätte. Es scheint mehr persönlicher flair zu sein, nach dessen Eingebungen Herr von Giers handelt, aber bei der feinen Witterung, welche der König für derlei Stimmungen hat, wird ihm auch diese kaum verborgen geblieben sein. Freundschaftliche Demonstrationen der Volksmenge vor dem Ausbruche des Krieges fanden ausser vor der bulgarischen, serbischen und griechischen Gesandtschaft, auch noch vor der Wohnung des russischen Vertreters statt und vor der Abreise zur Armee, hat der König nur seine intimen Berater in jenen Angelegenheiten, welche eine objektive Beleuchtung nicht vertragen, das ist den russischen und den deutschen Gesandten besucht. Gestern hat der Generaldirektor im Ministerium des Äussern, Herr Ramadanović, meinem französischen Kollegen Aufklärungen über die militärische Situation in meiner Gegenwart gegeben, und dabei zu beweisen versucht, dass die Kolonne General Vukotić, welche Bijelopolje besetzt hat, diesen Umweg aus taktischen und Sicherheitsgründen machen musste, um die darauffolgende Operation auf Berane gesichert durchführen zu können. Obgleich diese Ausführungen augenscheinlich an meine Adresse gerichtet waren, reagierte ich auf dieselben mit keinem Worte. Giesl.

[a]) Vgl. n. 4148.

Nr. 4097. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Okt. 1912 Nr. 481 (eing. 16. Okt. 8 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Der Minister des Äussern sagte mir gestern, dass nach eingetroffenen Nachrichten Russland an der türkischen Grenze in Asien Truppen mobilisiere, er konnte mir aber noch nicht sagen, wie viele Armeekorps. Es dürfte sich hiebei um einen Druck in der persischen Grenzfrage handeln. Gabriel Effendi sagte mir diesbezüglich, die russische Regierung stehe jetzt auf dem Standpunkte, dass sie sich in dieser Angelegenheit einer eventuellen Entscheidung des Haager Schiedsgerichtes nicht unterwerfen wolle.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 4100.

Nr. 4098. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Okt. 1912 Nr. 483 (eing. 16. Okt. 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Minister des Äußern teilt mir mit, dass er heute die türkischen Vertreter bei den Großmächten beauftragt hat, den betreffenden Kabinetten mitzuteilen, die Pforte sehe sich nicht veranlaßt, auf die bekannte Note der Balkanstaaten, welche nach Ansicht der türkischen Regierung auch als eine Beleidigung der Großmächte anzusehen sei, zu antworten. Gleichzeitig habe die Pforte ihren Vertretern in Sofia, Belgrad und Athen Befehl gegeben, ihre Posten zu verlassen. Gabriel Effendi betonte, es sei dies keine Kriegserklärung, bloss Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Was speziell die Abberufung des türkischen Vertreters aus Athen betrifft, erfolgte dieselbe eigentlich aus dem Grunde, weil die griechische Regierung die Zulassung der kretensischen Abgeordneten zum Parlament gestattet hat. Gabriel Effendi sagte mir noch, dass die Türkei von morgen an fertig sei, um den Krieg beginnen zu können, sie werde jedoch nicht angreifen. Nach Ansicht des Ministers dürfte schon jetzt das türkische Heer den bulgarischen Streitkräften gewachsen sein; hingegen müsste man am westlichen Kriegsschauplatze mit der Eventualität partieller Misserfolge rechnen. Der bulgarische Gesandte hat bis jetzt von seiner Regierung keine Instruktionen erhalten, von hier abzureisen.

Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 30 Nr. 48.

Nr. 4099. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Okt. 1912 Nr. 484 (eing. 16. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz heutiges Telegramm Nr. 239. Minister des Äussern sagte mir, er habe heute türkischen Delegierten in Ouchy den Auftrag gegeben, den Friedensvertrag mit Italien zu unterzeichnen. Gabriel Effendi fügte hinzu, dass die türkischen Truppen in Libyen sofort Befehl erhalten werden, das Land zu verlassen. Die Provinz wird von der Türkei ohne Anerkennung Annexion als autonom erklärt werden.

Pallavicini.

Nr. 4100. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Okt. 1912 Nr. 485 (eing. 16. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 481. Gabriel Effendi sagte mir streng vertraulich, türkische Regierung habe beschlossen, in der persischen Grenzfrage Russland nachzugeben und ihre Streitkräfte aus dem strittigen Gebiete sukzessive zurückzuziehen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4150.

Nr. 4101. Bericht aus Konstantinopel, 15. Okt. 1912 Nr. 81 A (eing. 17. Okt.). Ausfert.

Wenngleich ich von Anbeginn der festen Überzeugung war, dass die Aktion, welche die Großmächte zwecks Beilegung der schweren Balkankrise in Angriff genommen haben, erfolglos bleiben müsse, so bot ich — wie Euere Exzellenz meiner gegenständlichen telegraphischen Berichterstattung hochgeneigtest entnommen haben werden — dennoch alles auf, um die türkischen Staatsmänner zu einer wenigstens halbwegs günstigen Antwort auf die Kollektivnote der Mächte zu bewegen. Hiebei hatte ich anfänglich bei Kiamil Pascha ein gewisses Entgegenkommen gefunden und die ausgesprochene Tendenz zu konstatieren vermocht, sich mit den Grossmächten zu verständigen. Gabriel Effendi stand dagegen von allem Anfange an auf einem intransigenten Standpunkte und wollte von einer Art Kontrolle der Mächte über die Ausführung der Reformen nichts wissen. Diese intransigente Haltung des Ministers des Äussern wurde von Tag zu Tag prägnanter und zwar einerseits unter dem Drucke der hiesigen öffentlichen Meinung, welche gegen jede weitere Einmischung der Mächte in innere Angelegenheiten der Türkei energisch Stellung nahm, andrerseits weil die türkische Regierung sich mit jedem Tage militärisch stärker fühlte. In der Tat gestaltet sich die Situation für die Türkei immer besser, da sich die Truppentransporte äusserst glatt abwickeln. Dieser Umstand bewirkt hier ein zunehmendes Gefühl der Stärke und Überlegenheit gegenüber den kleinen Balkanstaaten. Man sagt sich hier eben mit Recht, dass die Gegner jetzt ihre gesammten Kräfte aufgeboten haben und daher für einen längeren Krieg keine Ressourcen besitzen, wogegen die Türkei — sobald es ihr nur gelingt, sich einige Zeit hindurch zu verteidigen — immer mehr Material zusammenzuziehen und dadurch den Kampf bedeutend länger als ihre Feinde zu führen vermag. Wir stehen gegenwärtig — darüber kann kein Zweifel herrschen — am Vorabende des Ausbruches eines blutigen Krieges, über dessen Verlauf sich jetzt wohl nichts sagen lässt. Es handelt sich jedoch bei demselben nicht nur um einen Krieg wie seinerzeit jenen mit Griechenland, sondern vielmehr um eine Art Rassenkampf zwischen den Türken und den christlichen Balkanvölkern. Die Türken sind sich auch dessen bewusst, dass sie um ihre Existenz in Europa kämpfen, und stehen daher auf dem Standpunkte, dass es besser sei, alles zu wagen, als ihre Kräfte in einem chronisch latenten Kleinkriege zu absorbieren. Was den Ausgang dieses Kampfes anbelangt, so giebt es zunächst hiefür zwei Möglichkeiten: vollständige Niederlage der Türken oder der Balkanstaaten. In beiden Fällen entsteht

eine für Europa keineswegs leichte Situation, sobald es sich darum handelt, die Dinge angesichts vorliegender Tatsachen in einer den Interessen der Mächte entsprechenden Weise zu ordnen. Die Worte Herrn Sassonows „Europa hat sich wiedergefunden" erwiesen sich schon jetzt als leere Phrase, umsomehr dürfte dies nach dem Kriege zutreffen, wo es sich nicht darum handeln wird, sich auf einige Formeln und dahin zu einigen, Kollektivnoten durch die Vertreter unterschreiben zu lassen. Wenn sich die Grossmächte nicht zwecks Vermeidung dieses Krieges zusammenfanden, so wird dies wohl noch viel weniger dann der Fall sein, wenn faits accomplis vorliegen werden, die der Krieg geschaffen hat. Namentlich Russland wird sich in einer überaus schwierigen Lage befinden und mit der eigenen öffentlichen Meinung zu rechnen haben, sobald der Sieger in diesem Kampfe — seien es die Türken, seien es die Balkanstaaten — seinen Erfolg wird ausnützen wollen. Eine weitere dritte Möglichkeit für den Ausgang des Krieges läge in einer Schwächung beider Seiten ohne Niederlage. Es wäre dies vom Standpunkte Europas zweifellos der günstigste Fall, da eine Einigung der Mächte, um die Dinge wieder in das richtige Geleis zu bringen, verhältnissmäßig wohl am leichtesten erfolgen könnte. Wie sich indessen die Lage gegenwärtig präsentiert, scheint diese dritte Möglichkeit die wenigst wahrscheinliche. Pallavicini.

Nr. 4102. Bericht aus Konstantinopel, 15. Okt. 1912 Nr. 81 B (eing. 17. Okt.).[a] Ausfert.

Im Verfolge meiner gegenständlichen telegraphischen Berichterstattung beehre ich mich, Euer Excellenz anruhend den Text der Collectivnote der Mächte vom 10. l. M.,[b] sowie das Originale der mir gestern zugekommenen Antwort der Pforte[c] auf dieselbe ganz ergebenst zu unterbreiten. Obwohl letztere ein vollständiges Refus des von den Mächten an die Pforte gestellten Ansinnens enthält, hat dieses Operat auf die hiesigen diplomatischen Kreise dennoch keinen ungünstigen Eindruck gemacht, da dasselbe in einem würdigen Tone gehalten ist und bloss den Standpunkt fixiert, den die Pforte seit Einführung der Constitution adoptiert hat, nämlich dass die türkische Regierung bezüglich innerer Angelegenheiten nur die Controlle des Parlamentes anerkennt. Was nun diese Auffassung anbelangt, so wurde derselben seitens der Grossmächte — vielleicht mit Ausschluss Russlands — eigentlich seit vier Jahren Rechnung getragen und steht auch Euer Excellenz bekannter Vorschlag vom August laufenden Jahres auf dem Standpunkt, die Pforte in ihrer Absicht, Reformen einzuführen, bei gleichzeitigem Fernhalten störender äusserer Einflüsse zu unterstützen. Als nun jüngst die Verwicklungen entstanden, einigten sich die Mächte, um der Kriegsgefahr zu begegnen, auf die Poincarésche Formel, welche gegenüber der Türkei im Gegensatze zum geltenden Princip der Nicht-Einmischung neuerlich die Interventionspolitik und Controle sanctioniert. In diesem Lichte betrachtet besitzt die Sazonowsche Phrase „Europa hat sich wiedergefunden" allerdings eine tiefere Bedeutung, und zwar die, dass es Russland gelungen ist, die Mächte der Türkei gegenüber für den ihm genehmen alten

Standpunkt der Bevormundung und Schwächung zu gewinnen. Die russische Politik geht nämlich meiner unmassgeblichen Ansicht darauf aus, das Princip der Intervention und der Controlle der Türkei gegenüber aufrecht zu erhalten, welchen Ausgang auch der bevorstehende Krieg nehmen möge. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, dass dies indessen bloss dann gelingen kann, wenn der Kampf zwischen der Türkei und den kleinen Balkanstaaten ohne entscheidende Niederlage eines oder des anderen Theiles endet. Geht die Türkei aus dem Kriege als Siegerin hervor, so wird sie schon durch ihre Armee zu einem so bedeutenden Factor, dass ihr gegenüber eine Politik der Einmischung in deren innere Angelegenheiten kaum durchführbar sein dürfte. Tritt indessen in diesem Kriege die dritte Möglichkeit, nämlich die vollständige Niederlage der Türkei ein, dann würde es ohne Zweifel nicht nur bei der Interventionspolitik der Grossmächte bleiben, sondern auch die Controlle der Kleinstaaten einsetzen, wodurch der Fortbestand der heutigen Türkei mehr als in Frage gestellt erschiene. Diesem Zustande wäre vom Standpunkte unserer Interessen vielleicht ein rechtzeitiger Untergang der europäischen Türkei vorzuziehen. Wie immer sich nun der bevorstehende Kampf gestalten mag, an dessen Vorabend wir uns heute befinden, so scheint mir eines festzustehen, nämlich, dass in demselben die Entscheidung über wichtigeres als Reformen und dergleichen — nämlich das Sein oder Nichtsein des Osmanischen Reiches, wenigstens soweit dessen heutiger europäischer Besitzstand in Betracht kommt, fallen wird.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4026. — [b]) Vgl. Beilage. — [c]) n. 4085.

*Beilage zu n. **4102**. Kollektivnote der Botschafter des Deutschen Reiches, Frankreichs, Großbritanniens, Österreich-Ungarns und Rußlands in Konstantinopel an die türkische Regierung; Konstantinopel, 10. Okt. 1912. Abschrift.*

Les soussignés, Ambassadeurs d'Autriche-Hongrie, d'Angleterre, de France, de Russie et d'Allemagne, ont été chargés par leurs Gouvernements respectifs d'informer la Porte que les cinq Puissances prennent acte de l'intention publiquement annoncée du Gouvernement turc d'introduire des réformes, et qu'elles discuteront immédiatement avec la Sublime Porte, dans l'esprit de l'article 23 du Traité de Berlin et de la loi de 1880, les réformes que comporte l'administration de la Turquie d'Europe et les mesures propres à en assurer la réalisation dans l'intérêt des Populations, étant entendu que ces réformes ne porteront pas atteinte à l'intégrité territoriale de l'Empire ottoman. Signé: Pallavicini, Gerard Lowther, M. Bompard, Giers, Wangenheim.

*Nr. **4103**. Bericht aus Konstantinopel, 15. Okt. 1912 Nr. 81 C (eing. 17. Okt.). Ausfert.*

In hiesigen Regierungskreisen hat die Haltung Rumäniens in der Balkankrise stark verstimmt. Man rechnete damit, dass in dem Falle als der Türkei bulgarischerseits Gefahr drohte, Rumänien ein bis zwei Korps an der Donau bereitstellen und hiedurch einen nicht unbeträchtlichen

Teil der bulgarischen Streitkräfte binden würde. Diese Annahme wurde übrigens durch gelegentliche Bemerkungen des rumänischen Gesandten unterstützt, der vor Wochen auf die im Süden des Königreiches beabsichtigten Manöver sowie darauf hinwies, dass Bulgarien mit dieser Konzentrierung rechnen müsse. Indessen wurden die Manöver wegen Regen abgesagt und erwies sich die an dieselben geknüpfte Hoffnung als trügerisch. Ein weiteres Moment, das auffiel, war die Ernennung König Karols zum russischen Feldmarschall. Das Verhalten Rumäniens hat hier lebhaft enttäuscht und wird durch russische Einflussnahme erklärt; jedenfalls hat durch dasselbe das Ansehen des Königreiches stark gelitten. Es ist mir aufgefallen, dass Herr Mischu, der sonst bei mir und bei meinem deutschen Kollegen viel verkehrte, letzter Zeit eine bedeutende Zurückhaltung zeigte. Ich habe ihn jüngst aufgesucht und bei dieser Gelegenheit eine gewisse Gêne in seinem Benehmen beobachtet. Aus einzelnen Bemerkungen des Herrn Gesandten gewann ich überdies den Eindruck, dass er nicht recht wisse, was in Bukarest vorgehe, und das Verhalten seiner Regierung auf russischen Einfluss zurückzuführen geneigt sei. Ohne über die Intentionen des rumänischen Kabinetts hinsichtlich der Lage am Balkan informiert zu sein, möchte ich — soweit ich König Karol und Rumänien kenne — glauben, dass bei denselben eine gewisse Furcht vor Russland entscheidend mitspricht. Nicht ohne Interesse scheint mir hier übrigens eine Bemerkung, die der hiesige bulgarische Gesandte, Herr Sarafow, vor einigen Wochen gesprächsweise hinsichtlich Rumäniens machte und die dahin gieng, dass man sich mit dem Königreiche schon arrangieren könne. Pallavicini.

Nr. 4104. Bericht aus Konstantinopel, 15. Okt. 1912 Nr. 81 D (eing. 17. Okt.) Ausfert.

Die mit Euer Excellenz Telegramm vom 11. l. M. Nr. 229 mir hochgeneigtest bekanntgegebene Mittheilung des Herrn französischen Botschafters könnte vielleicht den Eindruck erwecken, als wenn die auf die Reformfrage bezügliche Collectivdemarche bei der Pforte durch mich verzögert worden wäre. Letzteres ist jedoch keineswegs der Fall. Am Nachmittag des 9. l. M. lud Herr Bompard mich und meine Collegen zu einer Besprechung der vorzunehmenden Collectivdemarche. Am Abend desselben Tages erhielt ich Euer Excellenz gegenständliche Instruction, worauf ich nächsten Morgen meinen französischen Collegen aufsuchte und mich bereit erklärte, die Collectivnote zu unterfertigen. Herr Bompard war indessen noch ohne definitive Instruction; dieselbe kam ihm erst am Nachmittage zu, worauf die Collectivnote auch seinerseits gefertigt wurde und noch am selben Abend zur Übergabe gelangte (ergebenstes Telegramm vom 10. d. M. Nr. 461). Aus einigen Andeutungen, die mein französischer College mir gegenüber fallen liess, entnahm ich, dass Herr Poincaré mit der vom Londoner Cabinett vorgenommenen Abänderung der Note recht wenig einverstanden war und dieselbe mit einiger Resignation angenommen hätte, da er befürchtete, dass deren neue Fassung die Action der Mächte paralysieren werde. Pallavicini.

Tel. nach Paris, 15. Okt. 1912 Nr. 88 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 4093.

Tel. nach Paris, 15. Okt. 1912 Nr. 89 (chiffr. 16. Okt. 1 U. a. m.). Siehe n. 4094.

Nr. 4105. Tagesbericht über einen Besuch des französischen Botschafters, 15. Okt. 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Herr Dumaine hat mich heute aufgesucht und die Konversation damit eingeleitet, daß er über meine — wenn auch im Prinzipe zustimmende — in merito aber ablehnende Antwort auf die Anregung Herrn Poincarés bezüglich einer Mediation respektive internationalen Konferenz einigermaßen enttäuscht gewesen sei. Herr Poincaré lege großen Wert darauf, in einem bezüglichen Gedankenaustausche mit uns zu bleiben, und habe ihn beauftragt, mir eine neue Proposition vorzulegen, welcher Rußland und England bereits zugestimmt hätten. Der Zweck des mir nun vorliegenden Vorschlages sei eine Mediation eintreten zu lassen — aussitôt que les premiers chocs auraient calmé l'ardeur des belligérants. Sein Minister erwarte sich von einer allseitigen Annahme seiner Proposition den besonderen Vorteil, daß hiedurch das allgemeine Festhalten an dem Prinzipe der Aufrechterhaltung des territorialen status quo gesichert erschiene. Auf diese Weise werde auch der russischen Regierung ein wertvoller Rückhalt gegen die panslavistischen Treibereien geboten und zugleich den kleinen Balkanstaaten, welche eine Lösung auf eigene Faust unternehmen wollen, das Handwerk gelegt. Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß ich mir ein eingehendes Studium des neuen Vorschlages vorbehalten müsse, bevor ich zu demselben definitiv Stellung nehme. Als meinen ersten Eindruck könne ich ihm sagen, daß ich ein Eingehen auf eine Mediation der Signatarmächte oder auf eine Konferenzidee insolange für unmöglich halte, als der Kriegszustand zwischen der Türkei und Italien noch anhält. Hievon abgesehen, sei ich mir auch der Schwierigkeit bewußt, mit einer Vermittlung gleich nach den ersten ernsteren Zusammenstößen einzusetzen, da diese dann wohl wirkungslos bleiben müßte. Weiters sei es mir nicht recht verständlich, wieso die Konferenz im Falle eines Mißlingens der Vermittlungsaktion doch sofort zusammentreten solle, da jedwedes Substrat für die Verhandlungen fehlen würde. Schließlich wäre ich der Ansicht, daß man sich vor einem Aufgreifen der Konferenzidee darüber Klarheit zu verschaffen trachten sollte, ob dieselbe ihre Aufgabe werde erfüllen können oder ob sie nicht vielleicht Gegensätze zeitigen könnte, die ein Scheitern derselben besorgen ließe. Ich habe Herrn Dumaine in Aussicht gestellt, daß ich ihm eine Antwort zukommen lassen würde, worauf derselbe bemerkte, daß er indessen seine Regierung über die erste Impression informieren werde, welche ihr Vorschlag bei mir hervorgerufen hat.

[a]) Vgl. n. 4094.

Nr. 4106. Bericht aus Paris, 15. Okt. 1912 Nr. 44 B (eing. 17. Okt.). Ausfert.

Herr Poincaré kam kürzlich wieder mir gegenüber auf die Sandschak-Frage zu sprechen[a]) und, indem er sagte, er habe Informationen darüber erhalten, dass Serbien und Montenegro „auraient donné des assurances

d'éviter une action militaire dans le Sandjak de Novibazar", frug er mich, ob mir diesbezüglich etwas bekannt sei und in welcher Form diese Zusicherungen erfolgt seien, direkt durch die Regierungen der erwähnten Staaten oder durch Vermittlung einer dritten Macht? Ich konnte ihm nur antworten, dass ich hierüber gar keine Informationen besitze und mir über die Sache ausser Zeitungsnachrichten nur so viel bekannt sei, als er selbst mir gesagt habe. Es war dem Ministerpräsidenten offenbar darum zu tun, in Erfahrung zu bringen, ob militärische Operationen Serbiens oder Montenegros uns schon jetzt zu einem aktiven Eingreifen veranlassen würden? Ich habe es natürlich vermieden diesfalls irgend eine Meinung zu äussern und wies Herrn Poincaré nur auf das von ihm selbst vorgeschlagene und von uns und den anderen Mächten akzeptierte Programm hin, dass an dem territorialen status quo am Balkan nichts geändert werden dürfe. Man ist sich hier vollkommen klar darüber, dass wir in nächster Nähe unserer Grenzen spezielle Interessen zu wahren haben, und man anerkennt auch, glaube ich, die Berechtigung dieses Standpunktes. Man ist aber hier sehr besorgt, dass wir durch vorzeitige Geltendmachung dieser Interessen die Susceptibilitäten Russlands wachrufen können. Szécsen.

a) Vgl. n. 4028 Anm. b.

Nr. 4107. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 15. Okt. 1912 Nr. 155 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 178. Nach Einvernahme mit deutschem Botschafter, welcher analogen Auftrag bei Herrn Bollati ausführte, habe ich aufgetragene Erklärung Marquis San Giuliano abgegeben. Derselbe telephonierte sie sofort an Ministerpräsidenten und ersuchte mich, ihrer beider wärmsten Dank Euer Exzellenz zu übermitteln. Minister des Äußern zeigte mir Konzept seiner in den letzten Tagen an die italienischen Vertreter bei den Großmächten ergangenen Instruktionen, aus welchen hervorgeht, daß alle Kabinette um Abgabe gleicher Erklärung ersucht wurden. Bisher haben außer uns und Deutschland auch Russland und Frankreich zugestimmt. Der Minister rechnet mit Sicherheit auch auf Zustimmung Englands, während Generalsekretär diesfalls Zweifel äußerte. Beide Staatsmänner sind voller Hoffnung, machen sich aber auf irgend einen neuen Versuch der Türkei. alles Erreichte umzustoßen, gefaßt ... *Formfragen.* ... Ambrózy.

Nr. 4108. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 15. Okt. 1912 Nr. 156 (eing. 16. Okt. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Ich habe Marquis San Giuliano Text der mir mit Euer Exzellenz Telegrammen Nr. 175, 176 und 177b) mitgeteilten Schriftstücke bekannt gegeben, welche er mit Dank und ohne Bemerkung entgegen nahm. Bei diesem Anlasse sprach er mir von dem auch an ihn gerichteten Vorschlag Herrn Poincarés,c) Balkanfrage jetzt in einer Konferenz der Mächte zu regeln. Er habe Herrn Barrère auf die Proposition nur in eigenem Namen und mit zahlreichen Verklausulierungen und Reserve bemerkt, daß ihm der Vorschlag dermalen einigermaßen verfrüht erscheine und daß höchstens

vielleicht in der Zukunft der Augenblick kommen könnte, in welchem eine Konferenz sich als nützlich erweisen könnte, um der Türkei Reformen aufzuzwingen und Begehrlichkeit der Balkanvölker zu zügeln. Grund zu dieser absichtlich sehr evasiven Sprache sei, daß er größten Wert darauf lege, seine Antwort womöglich ganz so zu nuancieren, wie die beiden verbündeten Regierungen. Er bittet mich daher, das Ansuchen Herzog von Avarnas um Mitteilung der Antwort, welche Euer Exzellenz Herrn Poincaré zu erteilen beabsichtigen, zu unterstützen und darauf aufmerksam zu machen, daß er Herrn Barrère Erteilung seiner Antwort für morgen Mittwoch nachmittags in Aussicht gestellt hat. Ambrózy.

a) Vgl. n. 4114. — b) Mit Tel. Nr. 175, 176 und 177, 14. Okt. 1912 (chiffr. 12 U. 15 M. p. m.) wurden Tel. Nr. 227, 228 und 229 aus Sofia, 13. Okt. 1912 (vgl. n. 4078) nach Rom mitgeteilt. — c) Vgl. n. 4073.

Nr. 4109. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 15. Okt. 1912 Nr. 157 (eing. 10 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Minister des Äussern teilt mir soeben brieflich mit, dass Friedenspräliminarien in Ouchy heute um 6 Uhr nachmittags unterzeichnet wurden. Da Marquis San Giuliano mir ausdrücklich erwähnt hatte, er würde die Nachricht nur einigen Eingeweihten gleich zukommen lassen, erlaube ich mir zu bitten, dass Euer Exzellenz von derselben nicht vor Eintreffen der bezüglichen Meldung der Agenzia Stefani Gebrauch machen. Ambrózy.

Nr. 4110. Tel. aus Berlin, 16. Okt. 1912 Nr. 214 (eing. 17. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Heutiges Telegramm Nr. 130 erhalten. Hiesiger französischer Botschafter hat auch Staatssekretär eine gleichlautende Proposition überreicht, wie jene, die Herr Dumaine Euer Exzellenz übergeben hat, aber nicht hinzugefügt, daß England und Rußland derselben zugestimmt hätten. Herr von Kiderlen-Waechter hat Herrn Cambon folgende schriftliche Antwort überreicht, deren Abschrift er mir zur Verfügung gestellt hat: J'accepte volontiers l'idée d'un concert entre les Puissances en vue d'interposer leur médiation en temps opportun entre les belligérants. L'expression „temps opportun" comporte qu'il n'y a pas lieu à médiation immédiate. En ce qui concerne l'idée de la réunion d'une conférence, j'estime qu'elle doit être examinée et ne pas faire l'objet d'une décision à l'heure actuelle. Elle devra être précédée d'une étude entre les cabinets des différentes éventualités qui pourraient se produire. Un point qui doit appeler les réflexions, est celui de savoir quelles Puissances devraient prendre part à la conférence. Monsieur Poincaré avait pensé que les Grandes Puissances „prendraient en main" l'exécution des réformes. Cette expression suffit à indiquer que les Grandes Puissances devraient seules prendre part aux délibérations finales tout en tenant compte de l'issue de la guerre. Sur le 4ième point — intégrité de la Turquie — il y a accord. Bei diesem Anlasse wiederholte mir der Staatssekretär, daß er mit den von Euer Exzellenz im Telegramm Nr. 123 vom 14. d. M. entwickelten Gesichtspunkten im großen Ganzen vollkommen einverstanden sei. Szögyény.

a) Oe. U. Balkan 31 Nr. 50.

Nr. 4111. Tel. aus Bukarest-Sinaia, 16. Okt. 1912 Nr. 57 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Bezugnehmend auf Telegramm Nr. 52 vom 15. d. M. Glaube aus dem Zusammenhange der Ausführungen Seiner Majestät des Königs mit Bestimmtheit annehmen zu können, daß Höchstderselbe die Besetzung einer strategischen Linie des bulgarischen Dobrudschagebietes nur für den Fall in Aussicht genommen hat, daß bulgarische Regierung bei vernichtender Niederlage der Türkei trotz hier abgegebener Erklärung, an Territorialvergrößerung nicht zu denken, und trotz Entschlusses der Großmächte, Änderung des status quo nicht zu gestatten, unter dem Druck des Volkswillens gezwungen würde, sich in Mazedonien festzusetzen. König äußerte, daß ihm Eventualität, zu einem Einmarsch gezwungen zu werden, sehr unwahrscheinlich scheine. Er habe jedoch dem russischen Gesandten gegenüber diesen Fall offen besprochen und demselben mit Nachdruck erklärt, daß er eine Änderung des status quo ohne Kompensation nicht dulden könne. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 4120.

Nr. 4112. Tel. aus London, 16. Okt. 1912 Nr. 95 (eing. 17. Okt. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Foreign Office Stimmung heute infolge des Friedensschlusses bedeutend besser. Vorschlag Herrn Poincarés — der als sehr fruchtbar in Vorschlägen bezeichnet wird — wird weiter so aufgefaßt, daß Mächte in Fühlung bleiben sollen für künftige Mediation und künftige Konferenz. Letztere scheint dem Unterstaatssekretär unvermeidlich zu einem späteren Zeitpunkt. Bezüglich der Stellung Herrn Sazonows sagte mir Sir A. Nicolson, der Minister des Äußern habe Stärke der slavophilen Bewegung im eigenen Land unterschätzt und müsse jetzt doch etwas auf sie Rücksicht nehmen. Er werde in Rußland sehr stark angegriffen. Ebenso sei in russischer öffentlicher Meinung gewisse Agitation gegen England bemerkbar, weil in Rußland Enttäuschung bestehe, daß Balmoral-Abmachungen nichts für Balkanstaaten brachten. Während Sir E. Grey und Herr Sazonow nur bestrebt waren zu kalmieren und, wenn möglich, Krieg zu verhindern, scheint man in gewissen russischen Kreisen sich allerlei Erwartungen gemacht zu haben. Angriffe kontinentaler, namentlich französischer Presse auf Sir E. Grey haben überrascht und verletzt. Für die rasche und entschiedene Art, in welcher das Fremdenblatt dagegen Stellung genommen hat, ist man im Foreign Office sehr dankbar. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 31 Nr. 51.

Nr. 4113. Eigenhändiges Privatschreiben des französischen Botschafters, 16. Okt. 1912 (eing. 17. Okt.).[a] Ausfert.

En faisant savoir à M. Poincaré qui y a été sensible les termes sympathiques par lesquels Votre Excellence a accueilli sa nouvelle proposition, je lui ai signalé que sur quelques points des éclaircissements pourraient peut-être faciliter les résolutions que Vous aurez à prendre. Le Président

du Conseil s'est d'autant plus empressé de répondre à cette suggestion qu'il estime comme d'une haute importance de connaître très promptement votre décision; il estime en effet que tout retard apporté à l'entente des Puissances risquerait de laisser ultérieurement se produire entre Elles de regrettables désaccords. La proposition que j'ai eu l'honneur de Vous soumettre a déjà été communiquée officieusement au Gouvernement italien qui est ainsi dès maintenant en mesure de participer à l'action des Puissances. C'est évidemment à celles ci qu'il appartiendra de fixer le „moment opportun" où elles auraient à interposer leur médiation, soit pendant une période d'hostilités encore incertaines, soit dès qu'interviendrait un armistice. En cas d'échec de la médiation, la réunion de la conférence ne serait, d'après M. Poincaré, qu'un moyen d'affirmer la solidarité des Puissances et leur commun souci de sauvegarder la paix générale; il est d'ailleurs prêt à acquiescer à toute autre procédure qui serait jugée plus efficace. Comme j'ai déjà eu l'occasion de Vous le dire, ce qui importerait surtout à mon Gouvernement, c'est qu'une décision de principe fût prise au plutôt, les questions de détail pouvont être ensuite réglées d'après les opinions que formuleraient les adhérents à l'action commune. Dumaine.

[a]) Vgl. n. 4094, 4124.

*Nr. **4114.** Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Ambrózy in Rom, 16. Okt. 1912 Nr. 179 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).*

Der in Euer Hochwohlgeboren Telegramm[b]) erwähnte Vorschlag Herrn Poincarés, welcher hier in seiner ersten Formulierung am 13. d. M. überreicht und schon damals durch die Ereignisse überholt erschien, ist von mir in ähnlicher Weise und aus analogen Gründen, wie dies seitens Marquis di San Giulianos geschah, ablehnend beantwortet worden. Der hiesige französische Botschafter hat mir nun gestern eine neue Formulierung der *... wie n. 4094 von „Proposition seiner Regierung" bis einschließlich „zur vertraulichen Kenntnis"* des Herrn königlich italienischen Ministers des Äußern bringen und bemerken, daß ich mir eine weitere Mitteilung im Gegenstande vorbehalte, nachdem ich den größten Wert auf ein einvernehmliches Vorgehen mit unseren Verbündeten in der Orientfrage lege. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4127, 4144. — [b]) n. 4108.

*Nr. **4115.** Tel. aus Rom, 16. Okt. 1912 Nr. 158 (eing. 17. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Statim. Minister des Äußern teilte mir heute die auch schon in heutiger Abendnummer der Tribuna publizierte Nachricht mit, daß Russland die italienische Souveränität über Libyen bereits anerkannt habe. Hievon unangenehm impressioniert, rückte ich dem Minister in dieser Sache auf den Leib. Aus der mir hierauf von dem Marquis di San Giuliano im Original gezeigten telegraphischen Korrespondenz ersah ich, daß an die fünf

italienischen Botschafter bei den Großmächten kurzer telegraphischer Auftrag ergangen war, den betreffenden Regierungen Tatsache der Unterzeichnung der Präliminarien mitzuteilen, daß aber italienischer Geschäftsträger in Petersburg an dieser schriftlich gemachten Mitteilung „im Namen der königlichen Regierung" das Ersuchen um Anerkennung italienischer Souveränität geknüpft und Herr Sazonow diesem Wunsch umgehend stattgegeben hat. Marquis San Giuliano versicherte mir auf das Bestimmteste, daß der Geschäftsträger dies ohne Auftrag getan habe, eine Versicherung, welche ich mit einiger Skepsis aufnahm. Da vermutlich Frankreich und England ehestens dem russischen Beispiele folgen werden und hiesige Botschaft bisher nur ermächtigt ist, (hohes Telegramm Nr. 171) nach den bisher noch nicht erfolgten Kundgebungen der beiden Teile die Anerkennung auszusprechen, ist zu besorgen, daß eventuell wir und Deutschland, statt die ersten, die letzten sein werden. Meines Erachtens kann diese inopportune Situation dermalen nur noch teilweise in dem Falle repariert werden, wenn wir nicht nur allerehestens formelle Anerkennung hier bekanntgeben, sondern wenn auch außerdem öffentlich festgestellt wird, daß wir schon vor mehreren Tagen im Prinzipe und für den Fall des Friedensschlusses unsere Anerkennung zugesagt hatten. Minister des Äußern wäre bereit, folgendes Communiqué zu publizieren: „Seit Freitag dem 11. d. M. hatten die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung der italienischen Regierung ihren Entschluß bekanntgegeben, die volle und gänzliche Souveränität Italiens über Libyen unmittelbar nach Herstellung des Einvernehmens zwischen Italien und der Türkei anzuerkennen." Marquis San Giuliano ersuchte gleichzeitig brieflich meinen deutschen Kollegen, Zustimmung des Berliner Kabinettes zu dieser Veröffentlichung einzuholen. Meinerseits bitte ich um umgehende Weisung, ob ich Anerkennung aussprechen und obigem Communiqué zustimmen darf. Mérey.

a) Vgl. n. 4126.

Nr. 4116. Tel. aus St. Petersburg, 16. Okt. 1912 Nr. 189 (eing. 17. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.

Herr Sazonow sagte mir, daß französischerseits noch in den allerletzten Tagen Versuch gemacht worden sei, weitere Aktion der Mächte im Interesse des Friedens zu unternehmen. Es sei Herrn Poincaré Idee Konferenz vorgeschwebt, die statt zu Schluß, schon jetzt zusammentreten würde. Voraussetzung wäre allerdings auch nach Ansicht französischen Ministerpräsidenten gewesen, daß Türkei zustimme, Reformfragen auf einer Konferenz mit den Mächten zu besprechen und daß Balkanstaaten sich verpflichten würden, Resultat Konferenz in Ruhe abzuwarten, was angesichts ihrer Erklärungen, bloss Reformen anzustreben, nur logisch wäre. Sazonow hält solche Aktion für verspätet und aussichtslos und sagte mir, Konferenz im gegenwärtigen Moment würde Wirkung einer später doch voraussichtlich notwendig werdenden kompromittieren und würde sich europäische Diplomatie, die über den Frieden Konferenzen abhielte, während am Balkan Kanonen sprechen, geradezu lächerlich machen. Thurn.

Nr. 4117. Bericht aus Sofia, 16. Okt. 1912 Nr. 76 (eing. 19. Okt.). Entziff.

Unter Bezugnahme auf gehorsames Telegramm vom 5. d. M., Nr. 201[a]), beehre ich mich, zu melden, daß bisheriger Unterrichtsminister, neuernannter Gesandter in Petersburg, Bobtchef mir vor seiner heutigen Abreise auf seinen Posten soeben längeren Besuch abstattete. Ohne meine Fragen und Bemerkungen zu erwähnen, möchte Sprache Mitredners kurz wiedergeben. Bobtchef hätte keine Spezialmission, nur allgemeine Instruktion, eisiges Herz Herrn Sazonows erweichen zu trachten. Er gab zu, daß Wahl auf ihn gefallen, wegen seiner Popularität in slavischer Welt. Nicht weniger wichtig für Bulgarien seien gute Dispositionen Österreich-Ungarns. Freundlicher Ton Wiener Presse hätte hier angenehm berührt. Bulgarische Regierung sei sich ihrer schwierigen Lage bewußt und wisse, welchen Gefahren sie sich aussetze. Sie hoffe, von Österreich-Ungarn, gegen dessen Interessen nichts unternommen werden würde, nicht verlassen zu werden. Friedliche Absichten und Turcophilismus Kabinettes Geschoff seien immer über jeden Zweifel erhaben gewesen. Türken hätten Lage unhaltbar gemacht und Massakers von Kočana und Nichtbestrafung Schuldiger hätten bulgarische Regierung gezwungen, Mittel zur Beruhigung hiesiger Erregung zu suchen. Es sei nicht wahr, daß Bulgarien Krieg heraufbeschwören wollte. Hiesige Regierung hätte sich nur zu einer gemeinsamen Demarche bei Mächten mit übrigen Balkanstaaten geeinigt und militärische Vorbereitungen hätten nur Zweck gehabt, Türkei zu Reformen nachgiebiger zu stimmen. Nachdem Türkei mobilisiert habe, wäre hier Revolution entstanden, wenn Mobilisierung nicht angeordnet worden wäre. König und Regierung seien in Zwangslage gewesen und seien es ebenfalls jetzt. Das Land und Armee seien in einer so erhitzten Stimmung, daß ohne Explosion nicht mehr zu beruhigen. Nach Beginn der Feindseligkeiten werde Situation ganz anders und dann in einer, zwei oder drei Wochen werde Moment für Mediation kommen. Bulgarien habe erklärt und werde noch erklären, daß es keine territorialen Vorteile suche. Rumänien würde kein Grund zu Beunruhigung gegeben und Österreich-Ungarn werde seine Freundschaft Bulgarien bezeugen können. Mitredner appellierte an mich, in Wien zugunsten Bulgariens zu wirken. Er ersuchte auch, daß ich ihn guter Aufnahme des Grafen Thurn empfehle. Sowohl vorgeschilderte Unterredung, als einige andere, die ich mit hiesigen Staatsmännern dieser Tage gepflogen, sind geeignet, Eindruck zu erwecken, daß man hier — da man anfangs Erfolge erwartet und bei längerer Kriegsdauer türkische Übermacht fürchtet — bald nach Eröffnung des Krieges durch europäische Intervention aus Gefahr gerettet werden möchte, weswegen man zugleich in Wien und in Petersburg wirkt. Ich bin überzeugt, daß dieser Wunsch von Bulgaren empfunden wird, wenn sich die Nuß gleich von Anfang an als zu hart erweisen sollte. Ob aber König Ferdinand und seine Regierung sich in gleichem Maße nach Intervention der Mächte sehnen werden, nachdem die bulgarische Armee bereits von Glück begünstigt wird, erscheint mir weniger sicher. Nach Maßgabe Erfolges wachsen auch Appetite und mit Rücksicht auf Möglichkeit verschiedener Eventualitäten dürfte auch Herr Bobtchef verschiedene

Instruktionen haben. Für den Fall, daß es schlecht gehe, wird bulgarische Diplomatie zur Aufgabe haben, auf baldige einvernehmliche Intervention der Kabinette von Wien und Petersburg hinzuarbeiten. Sollte es aber gut gehen, dürfte sich König Ferdinand mehr von einem Zwiespalt zwischen Wien und Petersburg als vom Einvernehmen dieser Kabinette versprechen und die Mission bulgarischen Gesandten in Russland würde sich diesem Ziele anpassen. Tarnowski.

a) Mit Tel. Nr. 201, 5. Okt. 1912 (eing. 6. Okt. 9 U. a. m.) wurde aus Sofia das Gerücht von der Abberufung General Paprikows und der Ernennung Bobčews zum bulgarischen Gesandten in St. Petersburg gemeldet.

Nr. 4118. Protokoll über die am 16. Okt. 1912 im Ministerium des Äußern abgehaltene Konferenz.a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Szápáry).

Anwesend: Seine Exzellenz der Herr Erste Sektionschef Freiherr von Macchio, Vorsitzender; Seine Exzellenz der Herr Sektionschef Graf Wickenburg; der Herr Sektionschef Graf Friedrich Szápáry; Seine Exzellenz der Herr Gesandte Pogatscher; der Herr Gesandte Graf Nemes; Generalkonsul Rappaport, Schriftführer.

Geheim. Die Besprechung wurde mit der Erörterung der Frage eingeleitet, ob die Balkankrise vitale Interessen der Monarchie in dem Sinne tangiere, daß zu deren Wahrung nicht bloß diplomatische Mittel anzuwenden wären, sondern von vornherein und unter allen Umständen auch zur ultima ratio gegriffen werden müßte. Hiebei wurde vor allem konstatiert, daß auf dem Gebiete der Balkanpolitik wohl nur ein Interesse dieser Kategorie zu verzeichnen ist, das ist die Notwendigkeit unserer Stellungnahme gegen die Festsetzung einer Großmacht auf dem östlichen Ufer der Adria, beziehungsweise des jonischen Meeres. Die weitere Frage, ob irgendeine territoriale Neuerwerbung am Balkan durch das Lebensinteresse der Monarchie erheischt werde, wurde — abgesehen von dem Hinweise auf die Opportunität einzelner Grenzrektifikationen (am Lovčen, an der Sandschakgrenze, Ada-Kaleh) — einstimmig negiert. An die weitere Frage, ob etwa eine dauernde Besitzergreifung des Sandschaks-Novibazar durch Serbien oder Montenegro vitalen Interessen Österreich-Ungarns zuwiderlaufe, knüpfte sich eine längere Diskussion, in deren Verlaufe die Bedeutung jenes Gebietes 1. als wirtschaftspolitisches Ausfallstor, 2. als Verbindung mit Albanien, 3. als Hindernis gegen eine Vereinigung Serbiens und Montenegros, 4. vom Standpunkte des Prestiges der Monarchie eingehend erörtert wurde.

Hiebei ergab sich: ad 1) daß der Besitz des Sandschaks durch verkehrspolitische Abmachungen ersetzt werden kann. Mag der Wert letzterer infolge ihres Widerspruches zur territorialen Tarifhoheit auch ein (wenigstens zeitlich) beschränkter sein, so läßt sich diesem Mangel auch durch eine Besitzergreifung des Sandschaks kaum abhelfen, weil derselbe Nachteil dann bezüglich der südlich vom Sandschak gelegenen Gebiete zutage träte, die im Falle einer Änderung des Status quo wohl unvermeidlicherweise dem einen oder anderen Balkanstaate zufallen müßten.

Ad 2): Der Sandschak selbst ist größtenteils von orthodoxen und mohammedanischen Slaven bewohnt. Die Albanesen wohnen wohl bloß

in einzelnen Enklaven, zum Beispiel in der Peštera. Die Verbindung mit dem katholischen Nordalbanien ist durch das Gebiet von Rugova und das slavisch-mohammedanische Kaza Gusinje abgeschnitten. Weder der Sandschak selbst noch die angrenzenden Teile Altserbiens dürften mit einiger Wahrscheinlichkeit im Falle einer Teilung der europäischen Türkei dem zu bildenden autonomen Albanien zufallen, so daß der Sandschak von diesem auf alle Fälle abgeschnitten wäre. Um diese Verbindung zu sichern, müßten wir nicht nur den Sandschak gewinnen, sondern uns auch den historischen und religiösen Ansprüchen der Serben auf Altserbien, welche von Rußland unterstützt werden, gewaltsam widersetzen und dem autonomen Albanien in Zukunft eine Gestaltung geben, wie sie mit einer gesunden wirtschafts- und verkehrspolitischen Entwicklung des Landes kaum vereinbar wäre. Auch würde eine so weitgehende territoriale Ausdehnung Albaniens und dessen unmittelbare Nachbarschaft eine starke Inanspruchnahme der Monarchie zum Schutze der Landesautonomie und zwar gegen alle Balkanstaaten mit sich bringen, also eine militärisch und finanziell höchst oneröse Aufgabe darstellen. Angesichts dieser Übelstände erscheint die jetzige Seeverbindung mit Albanien in jeder Richtung vorteilhafter als die Verbindung über das Sandschak.

Ad 3). Der Wert des Sandschaks zur Verhütung einer Verwirklichung der großserbischen Idee wird durch die Erwägung wesentlich eingeschränkt, daß bei Verfall der türkischen Herrschaft eine Vereinigung Serbiens und Montenegros auch südlich des Sandschaks möglich erscheint, wir also, um diesen Zweck zu erreichen, den trennenden Keil unserer Okkupation viel weiter nach Süden vorschieben müßten, als dies im Bereiche der praktischen Durchführbarkeit gelegen erscheint und wäre der hiebei zu begegnende Widerstand kaum geringer, als bei dem „Vormarsch nach Salonik!“ oder einem Angriffskriege gegen Serbien. Auch wäre die Kraft einer die Union Serbiens und Montenegros anstrebenden Volksbewegung und die Rückwirkung nicht zu unterschätzen, welche ein Widerstand der Monarchie hiegegen auslösen könnte, und sich in einer Verstärkung des irredentistischen Ansturmes gegen unsere südslavischen Provinzen kundgeben würde. Bei diesem Anlasse wurden auch die anderen Mittel erörtert, welche unserseits gegen die Realisierung der großserbischen Idee angewendet werden könnten und zwar die Besserung unserer strategischen Position gegen Montenegro durch eine Grenzregulierung in der Bocche (eventuell als Kompensation für unsere Zustimmung zu einer Gebietserweiterung Montenegros im Süden) sowie die Frage einer wirtschaftlichen Angliederung Montenegros oder Serbiens eventuell auch beider Königreiche an die Monarchie. Es wurde hiebei der hohe politische Wert dieser Kombinationen einstimmig konstatiert, gleichzeitig aber auch festgestellt, daß weniger vom agrarökonomischen und zollpolitischen, als vom rein veterinären Standpunkte die sonst so wünschenswerte Zollunion nicht unerhebliche Schwierigkeiten bietet. Auch wurde der Zweifel laut, ob Serbiens Interesse an der Entwicklung seiner Industrie nicht doch jenes am Viehabsatze überwiege und hiedurch die Sympathien für eine Zollunion beeinträchtigt werden könnten.

Ad 4.). Es wurde die Wichtigkeit der Sandschakfrage vom Gesichtspunkte des inneren und äußeren Prestiges der Monarchie zugegeben, die Notwendigkeit einer diesbezüglichen Aufklärungsaktion der Presse über den realen Sachverhalt betont und endlich festgestellt, daß ein Abgehen von den populären Ansichten über die Sandschakfrage es erheischen würde, daß man der Öffentlichkeit gegenüber auf ein anderes Ziel unserer Politik, etwa das Eintreten für die Interessen der Albanesen verweisen könne.

Nach endgiltiger Konstatierung, daß das künftige Schicksal des Sandschak kein vitales Interesse der Monarchie tangiere und daß dies auch bezüglich der großserbischen Aspirationen — soweit sie mit der gegenwärtigen Balkankrise in direktem Zusammenhange stehen — nicht der Fall ist, wurden noch eine Reihe von Eventualitäten territorialer Veränderungen am Balkan besprochen, welche der Krieg zeitigen könnte und deren Rückwirkung auf unsere Interessen erörtert. Es war dies insbesondere bezüglich der Möglichkeit der Fall, daß die Waffenbrüderschaft in dem bevorstehenden Kampfe und der Wunsch, der Rivalität um die mazedonische Beute ein Ziel zu setzen, eine serbo-bulgarische Union zeitigen könnte. Obwohl diese Eventualität und die sich hieran schliessende eines antidynastischen Umsturzes in beiden Königreichen nicht gerade zu den wahrscheinlichsten Ereignissen gehört, so wurde doch konstatiert, daß die nicht zu unterschätzende Tragweite der allfälligen Bildung eines so großen südslavischen Reiches sich dadurch wesentlich reduzieren würde, daß eine engere Zusammenschließung Österreich-Ungarns und Italiens gegen diese neue slavische Macht zu gewärtigen wäre. Bezüglich der Möglichkeit anderer territorialer Veränderungen am Balkan wurde festgestellt, daß dieselben kaum ein Lebensinteresse Österreich-Ungarns berühren könnten; jedoch wurden als im diplomatischen Wege anzusprechende Desiderata folgende Punkte aufgestellt: a) daß gegenüber dem russischen Wunsche, eine Erweiterung Bulgariens statt im Osten, im Westen zu erreichen, unsere Tendenz sich in der umgekehrten Richtung zu bewegen hätte; b) daß wir ein Interesse daran haben, daß nach Zerfall der Türkei die Bahnlinie Zibefdsche—Salonik womöglich das Gebiet mehrerer Balkanstaaten durchschneide; c) daß dem Tabakexport aus der Productionsgegend von Serres und Kavalla keine onerösen Bedingungen zu ungunsten unserer Regie auferlegt werden; d) daß Salonik, eventuell einschließlich der Halbinsel Chalkidike, eine gewisse autonome Stellung mindestens in zollpolitischer Hinsicht (Freihafen), gewahrt, und auf die ethnographische und religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung die tunlichste Rücksicht genommen werde; e) daß der Griechenland zu gewährende Gebietszuwachs, welcher im übrigen keine österreichisch-ungarischen Interessen tangiert, soweit als möglich die albanesische Sprachgrenze respektiere.

[a]) Vgl. n. 4128, 4140, 4170.

Nr. 4119. Tel. aus Athen, 17. Okt. 1912 Nr. 151 (eing. 18. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Seine Majestät der König empfing mich heute in üblicher Audienz. Höchstdessen lange Ausführungen gipfelten in schärfster Verurteilung der

ganz unhaltbaren Verhältnisse in der Türkei, welche Besserung absolut ausschlössen. Los der christlichen Bevölkerung verzweifelt. Der Lässigkeit der Grossmächte, hervorgerufen durch gegenseitige Eifersucht, wäre Hauptschuld an gegenwärtiger Situation zuzumessen. Denn einer ernsten starken Pression derselben hätte Pforte nachgegeben. Zusammenschluss der Balkanstaaten zwecks Selbsthilfe sei unter diesen Umständen einzig erfolgversprechend gewesen. Akkord werde sich auch künftig als solid erweisen, da über alle Eventualitäten Einvernehmen erzielt worden wäre. Im Volke herrsche allgemein ruhige Entschlossenheit und Opferwilligkeit ohne Fanfaronaden, wie nie zuvor. (Dies höre ich von allen Seiten.) Mobilisierung und Aufmarsch wären brillant gegangen. Die vier in England neu angekauften Zerstörer kämen via Algier übermorgen hier an. Dann sei Flotte gewiß überlegen. Gestrige bravoureuse Durchfahrt zweier griechischer Zerstörer knapp unter den türkischen Kanonen von Prevesa nach dem Golf von Arta beweist famosen Geist der Marine. Seine Majestät, Höchstwelcher Kriegsausbruch für imminent hält, wird sich zur Armee begeben. Wann, sagte er nicht. Für Euer Exzellenz hatte der König sehr freundliche Worte. Braun.

Nr. 4120. Bericht aus Bukarest-Sinaia, 17. Okt. 1912 Nr. 55 A (eing. 19. Okt.).[a]) Ausfert.

In meinem Chiffretelegramm vom 13. laufenden Monats Nr. 56 erlaubte ich mir bereits die markantesten Punkte der mir von Seiner Majestät dem Könige am 12. laufenden Monats gnädigst gewährten Unterredung zu melden. Im Großen und Ganzen wiederholte Seine Majestät die Äußerungen über die politische Lage, welche Höchstderselbe dem Grafen Czernin[b]) gegenüber vor einigen Tagen fallen ließ (hieramtliches Chiffretelegramm vom 11. l. M. Nr. 54), doch war Seine Auffassung durch die erhaltene Nachricht des drohenden definitiven Abbruches der türkisch-italienischen Friedensverhandlungen noch um ein Bedeutendes pessimistischer geworden. In einer eventuellen neuerlichen durch eine italienische Flottenaktion hervorgerufenen Sperrung der Dardanellen erblickte Seine Majestät eine äußerst ernste Gefahr, da in diesem Falle mit einer Intervention Rußlands gerechnet werden müßte, welche Österreich-Ungarn und die übrigen Großmächte nolens volens in den Konflikt hineinziehen würde. Zu dieser düsteren Auffassung der Situation dürfte auch die Sorge um den rumänischen Handel beigetragen haben, zumal die Sperrung der Dardanellen in dem gegenwärtigen Momente des Höhepunktes des Getreideexportes als ein vernichtender Schlag für die hiesige Finanzlage angesehen werden müßte. Den Ausbruch des Krieges am Balkan hielt Seine Majestät für eine Frage von wenigen Tagen. Die Chancen desselben schienen Ihm mit Hinblick auf eine wahrscheinliche Uneinigkeit in der obersten Leitung des türkischen Heeres zweifelhaft. Seine Majestät teilte mir dann mit, Er habe gleich nach Erhalt der Nachricht über die Mobilisierung der Balkanstaaten einen Minister-Rat einberufen und Sich gleichzeitig mit den Führern der politischen Parteien in Verbindung gesetzt. Wenn Ihm auch von mehreren Seiten

nahegelegt wurde, aktiv einzugreifen, so habe Er es doch vorgezogen, Sich abwartend an die Seite der Großmächte zu stellen, nachdem Er eine derartige Haltung Rumäniens, das vermöge seiner militärischen und finanziellen Lage über die benachbarten Königreiche bedeutend hervorrage, für würdiger und entsprechender erachtete. Rumänien dürfe sich mit den Balkanstaaten nicht identifizieren. Rumänien werde ebenso wie Österreich-Ungarn Gewehr bei Fuß den geeigneten Moment abwarten, um dann aber mit allem Nachdrucke seine Interessen zu wahren. Nur eine vernichtende, überraschende Niederlage der Türkei könnte Rumänien eventuell veranlassen, aus seiner Reserve herauszutreten und zur Sicherung späterer Kompensationsansprüche eine strategische Linie in der bulgarischen Dobrudscha zu besetzen. Seine Majestät schien jedoch sehr an der Wahrscheinlichkeit dieses Falles zu zweifeln und eher an ein fortwährendes Schwanken des Kriegsglückes zu glauben. Schließlich würde sich, so meinte mein höchster Mitredner, der finanzielle Niederbruch der beiden Gegner einstellen, worauf dann eine Intervention der Großmächte stattfände, welche wahrscheinlich zu einer europäischen Konferenz führen dürfte. Ich hoffe, so fügte Seine Majestät Seinen Ausführungen bei und legte auf diese Worte einen ganz besonderen Nachdruck, daß diese unsere friedfertige Haltung von Österreich-Ungarn und auch den übrigen Großmächten entsprechend gewürdigt werden wird und dieselben unseren Anspruch, bei einer eventuellen europäischen Konferenz zur Regelung der Balkanfragen Sitz und Stimme zu erhalten, als berechtigt anerkennen werden. Über die Verleihung des russischen Marschallstabes ließ König Carol die Bemerkung fallen, daß, so sehr Ihn auch die endliche offizielle Anerkennung der Rolle Rumäniens im Jahre 1877 gefreut habe, Er Sich doch bei Erhalt der Depesche eines Gefühls des Unbehagens nicht habe entschlagen können und Seine ersten Worte wären gewesen: „Jetzt kommt der Krieg!“ Wie ich aus unbedingt zuverlässiger Quelle erfuhr, hat der hiesige bulgarische Gesandte Herr Kalinkoff in einer Audienz, welche knapp vor der Mobilisation der Balkanstaaten stattfand, im Auftrage seines Souveräns vor König Carol die Erklärung abgegeben, daß Bulgarien auf keine territoriale Vergrößerung reflektiere, sondern den Krieg lediglich zur Besserung des Loses seiner Konnationalen unternehme. Diese Erklärung im Vereine mit der hohen Auffassung König Carols über die Stellung Rumäniens im Konzerte der Mächte, weiters die Befürchtung, von den Großmächten im Falle einer überhasteten Einmengung in denselben Kessel mit den Balkanstaaten geworfen zu werden, ebenso der Anspruch auf Zulassung zu einem eventuellen Kongreße, dies Alles dürfte ausschlaggebend auf den Herrscher eingewirkt haben, um Ihn für Seine derzeitige Stellungnahme zu gewinnen. Selbstverständlich muß auch zugegeben werden, daß die fortgesetzten russischen Bemühungen, eine gewisse moralische Aszendenz auf Rumänien zu erlangen, kaum ohne einen positiven Erfolg geblieben sein dürften, und die berechtigte Befürchtung eines heftigen Aufflackerns des russischen nationalen Chauvinismus im Falle rumänischer militärischer Maßnahmen wohl auch gewichtig in die Wagschale gefallen ist.

K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 4083, 4111, 4166. — *b)* Otto Czernin.

Nr. 4121. Bericht aus Bukarest-Sinaia, 17. Okt. 1912 Nr. 55 B (eing. 19. Okt.).a) Ausfert.

Während des dienstägigen Diplomatenempfanges erhielt Herr Maioresco die Nachricht von dem Abschlusse des türkisch-italienischen Friedens. Der Herr Minister zeigte sich ausnehmend erfreut über den Eintritt dieses Ereignisses, welchem er einen großen Einfluß auf die Gestaltung der kommenden Dinge zusprach. Wenn auch, so meinte er, der Krieg wohl kaum mehr aufgehalten werden könnte, so würde doch durch die Stärkung der türkischen Position eine eventuelle neuerliche Aktion der Großmächte bei den Balkanstaaten einen größeren Eindruck hervorzurufen geeignet sein, und die Pforte würde eine solche jetzt mit einer viel geringeren Voreingenommenheit entgegennehmen als früher. Im weiteren Verlaufe des Gespräches erging sich Herr Maioresco in Betrachtungen über die auswärtige Lage, welche vollkommen mit den einberichteten Ausführungen Seines königlichen Herrn übereinstimmen. Über eine eventuelle militärische Aktion Rumäniens äußerte sich jedoch der Minister nicht, und hielt ich es nicht für opportun, ihn auf dieses Thema zu bringen. Tags vorher hatte ich bereits Herrn Maioresco in seiner Privatwohnung aufgesucht, um bei ihm einige laufende Angelegenheiten der Regelung zuzuführen. Der Minister benützte diese Gelegenheit, um die Sprache auch auf das politische Gebiet zu bringen, und hob in längerer Ausführung hervor, daß erstens Rumänien durch seine besonnene Haltung in seiner jetzigen so schwierigen Lage urbi et orbi bewiesen habe, kein Balkanstaat zu sein, wie es im Auslande noch so oft geglaubt werde, und daß weiters Rumänien durch seine Anlehnung an die Großmächte und speziell an Österreich-Ungarn sich ein nicht geringes Verdienst um die Erhaltung des Weltfriedens erworben hätte; er glaube daher auch annehmen zu können, daß diese würdige und bedeutungsvolle Stellungnahme seines Vaterlandes gegenüber den Balkanwirren, welche hauptsächlich auf die Entschließung seines weisen Herrschers zurückzuführen sei, von den Großmächten und speziell von Österreich-Ungarn gewürdigt werden und Rumänien im Falle einer europäischen Konferenz zur Regelung der Balkanfragen Sitz und Stimme im Schoße derselben sichern wird. Für den greisen Herrscher dieses Landes wäre eine derartige Anerkennung Seiner langjährigen, uneigennützigen, stets auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Politik und Seines Sich selbst und dem Lande erworbenen Ansehens der schönste Lohn. In meiner Antwort pflichtete ich der Ansicht des Herrn Ministers vollkommen bei, daß Rumänien durch seine maßvolle Politik in der heutigen schweren Krise, wie bisher auch immer, sich als ein fester Hort des Friedens bewährt habe und niemand dieses große Verdienst Rumäniens und seines Königs in Zweifel ziehen wird. Es sei jedoch bis zu einer eventuellen Balkankonferenz noch ein sehr weiter Weg und es sei meiner Ansicht nach noch sehr zweifelhaft, ob eine solche überhaupt mit Aussicht auf Erfolg zusammentreten würde. Ich erlaube mir Obiges Euer Excellenz nur deshalb einzuberichten, weil Seine Majestät der König denselben Gedanken mir gegenüber besonders betonte, ohne sich freilich auf denselben weiter einzulassen; es beweist aber immerhin, daß die Frage der Zulassung Rumäniens zu einer europäischen Konferenz in den hiesigen

Regierungs-Kreisen bereits den Gegenstand ernster Erwägung gebildet haben muß. K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 4122.

Nr. 4122. Privatschreiben aus Bukarest-Sinaia, 17. Okt. 1912 (eing. 19. Okt.).a) Ausfert.

Zur Ergänzung meiner offiziellen Berichterstattung möchte ich noch Nachstehendes erwähnen, was sich nur für eine streng private Mitteilung eignet. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß die abwartende Haltung König Karols in der jetzigen Crise hauptsächlich der Erkenntnis zu verdanken ist, daß Er durch diese Stellungnahme in der Zukunft mehr gewinnen wird als durch actives Eingreifen, bei viel geringerem Risico! Er hat in Sein Calcul eingestellt, daß wir und Rußland keine Conflagration provociren werden, daß nach einer gewissen Dauer des Krieges die Mächte interveniren werden und dann eine Conferenz zusammentreten wird. Sich in die Händel nicht hineingemengt habend, rechnet Er mit Bestimmtheit auf eine Berufung zur Teilnahme; Bulgarien wäre geschwächt, Rumänien würde dagegen mit den Großmächten zusammen über die Ansprüche der Balkanstaaten quasi zu Gericht sitzend, einen bedeutenden Prestige Zuwachs erhalten haben und in der Lage sein, eventuellen Falles Compensationen leicht und besser beanspruchen und vertreten zu können. Abgesehen von diesen Gründen der Zweckmäßigkeit spielt bei der Entschlußfassung des Königs auch noch ein anderer Grund mit. König Karol, wie auch sein ganzes Volk, haben das stete Bestreben, sich möglichst von den Balkan Staaten zu differenzieren, eine besondere Stellung einzunehmen, eine großzügigere Politik zu machen, als die kleinen Nachbarn; mit einem Worte Rumänien will eine Stellung einnehmen, welche der einer europäischen Großmacht ähnlich ist. Das ist die Ambition an höchster Stelle, auch daher der ganzen öffentlichen Meinung!! Deshalb dieser heiße Wunsch, an der Seite der Großmächte bei einer Conferenz zu figuriren!! Unser Freund Rosetti sagte mir im Frühjahr, in seiner ersten Wuth über seine erzwungene Demission, „an höchster Stelle nehme mit dem Alter die Sucht, Großmacht spielen zu wollen, in bedenklicher Weise zu, deshalb habe er Petersburg verlassen müssen“!! Ich glaube, es ist viel Wahres daran, und wollte man in der heutigen Stunde etwas von Rumänien erlangen, so wäre ein Versprechen, die Conferenz-Aspirationen zu unterstützen, ein Köder, dem es nicht widerstehen könnte. Wer den jetzigen psychologischen Moment in der Existenz Rumäniens richtig auszunützen versteht, der wird in Hinkunft hier die erste Flöte blasen. K. E. Fürstenberg.

P. S. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend möchte ich auch glauben, daß es Seine Majestät mit dem eventuellen Einmarsche in der Dobrutscha nicht sehr ernst ist. Nach Seiner früheren heroischen Haltung wollte Er mir gegenüber nicht ganz abdiciren, und glaube ich auch, daß Er sich leicht, wenn man die Teilnahme an der Conferenz vor Seinen Augen miroitiren ließe, abhalten lassen würde. K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 4121, 4173.

Nr. 4123. Tel. aus Cetinje, 17. Okt. 1912 Nr. 126 (eing. 18. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Russischer Gesandter sagte mir gestern vertraulich, Erbprinz, welcher auf einige Stunden hier war, habe ihn gefragt, wie sich Österreich-Ungarn zur Besetzung Bjelopoljes verhalte. Herr von Giers antwortete, dass er mit mir darüber nicht (gesprochen)[b], aber annehme, dass die Monarchie stärkstes Interesse habe, diesbezüglich jede Änderung des status quo zurückzuweisen. Österreich-Ungarn verhalte sich Montenegro gegenüber sehr wohlwollend, er könne nur dringend raten, deren ...[b] im weitesten ...[b] zu respektieren. Kronprinz gab diesfalls beruhigende Versicherungen, doch entgegnete russischer Kollege, dass er noch mit dem König sprechen wolle. Daraufhin erfolgte gestern Einladung des Königs an russischen Vertreter nach Podgorica zu kommen mit dem Zusatze, auch mich zu bitten, ihn zu begleiten. Ich ersuchte Herrn von Giers mich bei Seiner Majestät entschuldigen zu wollen, weil ich es nicht für opportun hielt, in diese spontane Aktion einzugreifen. Russischer Gesandter betonte im Gespräche, dass er zur Erteilung von bezüglichen Ratschlägen an Montenegro keinerlei Instruktionen hätte, aber aus innerster Überzeugung Gelegenheit ergreife, in diesem Sinne zu wirken. Giesl.

[a] Vgl. n. 4054, 4138, 4149. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 4124. Privatschreiben an den französischen Botschafter, 17. Okt. 1912 Nr. 4445.[a] Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

En vous remerciant de la communication[b] que vous avez bien voulu me faire aujourd'hui je m'empresse de vous exposer en ce qui suit mes vues au sujet de la proposition de votre Gouvernement. J'adhère volontiers à l'idée de M. Poincaré en ce qui concerne l'ouverture de pourparlers entre les Grandes Puissances au sujet d'une médiation à entreprendre en temps opportun. Je constate aussi avec plaisir que la manière de voir du Gouvernement français concorde avec la mienne en ce qu'il appartiendra aux Grandes Puissances de fixer le moment où elles auraient à interposer leur médiation. Quant à la réunion d'une conférence internationale je suis d'avis qu'elle devrait être précédée d'une étude préparatoire entre les Cabinets. Il est entendu, et M. Poincaré s'est du reste exprimé dans le même sens vis-à-vis du Comte Szécsen, qu'au sein de cette conférence seuls les représentants des Grandes Puissances auraient voix et séance. Je partage entièrement l'opinion de votre ministre que la Souveraineté du Sultan et l'intégrité de Son empire auraient à former la base des travaux de la conférence.

[a] Telegrafisch mitgeteilt unter Nr. 90 (Paris), 135 (Berlin), 181 (Rom) und 137 (St. Petersburg) am 17. Okt. (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.). Oe. U. Balkan 32 Nr. 53. Vgl. n. 4133, 4144. — [b] n. 4113.

Nr. 4125. Tel. aus Paris, 17. Okt. 1912 Nr. 121 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm von gestern Nr. 89. Herr Poincaré sagte mir gestern, er habe bereits aus London, Petersburg und Berlin prinzipiell zustimmende Antwort auf seine jüngste Proposition erhalten und

hofft nach den Mitteilungen Herrn Dumaines, daß Euer Exzellenz seinen Vorschlägen sich anschliessen werden. Jetzt, wo der Friede zwischen Italien und der Türkei gesichert erscheint, werde wohl auch das römische Kabinett im Einvernehmen mit den Signatarmächten vorgehen können. Herr Poincaré sagte mir, er lege auf die von ihm vorgeschlagene Redaktion gar kein besonderes Gewicht und würde eventuelle Modifizierungen gerne akzeptieren. Was er anstrebe, sei, das jetzt glücklicherweise vorhandene Einvernehmen zwischen Signatarmächten zu benützen, um Entente darüber herzustellen, daß Mächte gewillt sind, im geeigneten Zeitpunkte Mediation eintreten zu lassen und zwar auf Basis des von den Mächten bereits akzeptierten Prinzipes der Erhaltung des territorialen Status quo. Zur leichteren Verständigung werde wohl internationale Konferenz das geeignetste Mittel sein. Ministerpräsident glaubt, daß ein solches prinzipielles Einvernehmen jetzt leichter herzustellen wäre als später, wo die nicht vorhersehbaren kriegerischen Ereignisse die öffentliche Meinung in einzelnen Ländern stark beeinflussen könnten. Die deutsche Antwort, die mir Herr Poincaré vorlas, beschränkt sich auf prinzipielle, allgemeine Zustimmung zur gemeinsamen Mediationsabsicht und Erhaltung des Status quo, macht aber hinsichtlich des vierten vorgeschlagenen Punktes verschiedene Reserven. Die Antwort wurde, glaube ich, nur mündlich gegeben; sie schien trotz aller Reserven Poincaré zu befriedigen. Um nicht isoliert dazustehen, schiene mir eine entgegenkommende Antwort auf den französischen Vorschlag, die uns ja nicht stark zu engagieren braucht, von Vorteil. Schon der in Punkt 1 der französischen Proposition enthaltene Ausdruck „en temps opportun" sichert uns eine gewisse Aktionsfreiheit. Szécsen.

Nr. 4126. Tel. nach Rom, 17. Okt. 1912 Nr. 180 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 158 vom 16. l. M. Euer Exzellenz wollen Marquis di San Giuliano gegenüber die Erklärung abgeben, daß die österreichisch-ungarische Anerkennung der italienischen Souveränität über Lybien in dem Augenblicke in Kraft tritt, wo ein die Rückziehung der türkischen Truppen aus Lybien enthaltendes Abkommen publiciert wird. Gegen die Veröffentlichung des von Euer Exzellenz in obcitirtem Telegramme wiedergegebenen Communiqués habe ich nichts einzuwenden. Da dessen Wortlaut aber den Gedanken aufkommen lassen könnte, daß bezüglich der Anerkennung ein besonderer Akt nachfolgen müsse, hätte ich nichts dagegen, daß der Text des Communiqués dahin ergänzt werde, daß wir die Anerkennung in obiger Form bereits ausgesprochen haben.
Berchtold.

Nr. 4127. Tel. aus Rom, 17. Okt. 1912 Nr. 160 (eing. 18. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Ich habe heute Inhalt hohen Telegrammes Nr. 179 dem Minister des Äußern mitgeteilt, welcher sich hiefür umso erkenntlicher zeigte, als französischer Botschafter ihn um eine Antwort bezüglich des neuen französischen Mediations- und Konferenzvorschlages bestürmte,

er aber — ganz wie Euer Exzellenz — in der Orientfrage im Einvernehmen mit Italiens Alliierten vorzugehen wünscht. Marquis San Giuliano unterscheidet zwischen der Mediation und der Konferenz. Erstere findet er möglich, wenn auch wenig aussichtsvoll. Die Konferenz hätte seines Erachtens Vor- und Nachteile. Die Vorteile bestünden in dem Drucke, welchen Beschlüsse einer Konferenz sowohl auf die Türkei, wie auf die Balkanstaaten ausüben könnten. Andererseits verhehlt er sich keineswegs die Nachteile und sogar Gefahren einer Konferenz. Speziell im Falle eines Mißlingens der Mediation (Punkt III) findet auch er Konferenz als absurd, insolange Kriegsereignisse nicht weiter herangereift seien. Auch teilt er vollkommen Ansicht Euer Exzellenz, daß man vor Zusammentritt der Konferenz über die voraussichtlichen Lösungen im Klaren und einig sein müßte. Er wünscht nicht Konferenz, hält dieselbe aber in einem späteren Stadium für schwer vermeidlich und vielleicht sogar nützlich und möchte außerdem Herrn Poincaré nicht durch eine schroffe Ablehnung verstimmen. Der Minister wird in vorstehendem Sinne zunächst an die italienischen Botschafter in Wien und Berlin telegraphieren. Ich glaubte dem Marquis San Giuliano raten zu sollen, in seiner seinerzeitigen Antwort an Herrn Barrère die Vorteile einer Konferenz möglichst wenig zu betonen, damit man nicht französischerseits seine Äußerung als eine halbe Annahme des Konferenzprojektes interpretiere. Mérey.

[a]) Vgl. n. 4144.

Nr. 4128. Protokoll über die am 17. und 18. Okt. 1912 im Ministerium des Äußern abgehaltenen Konferenzen.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine).

Anwesend: Seine Exzellenz der Herr Erste Sektionschef Freiherr von Macchio, Vorsitzender; Seine Exzellenz der Herr Sektionschef Graf Wickenburg (nur in der Konferenz vom 17. Oktober anwesend); der Herr Sektionschef Graf Friedrich Szápáry; Seine Exzellenz der Herr Gesandte Pogatscher; der Herr Gesandte Graf Nemes; der Herr Legations-Rat Graf Hoyos; Generalkonsul Rappaport, Schriftführer.

Geheim. Während die Konferenz vom 16. Oktober 1912 hauptsächlich jene Eventualitäten ins Auge gefaßt hatte, welche bei einem katastrophalen Ausgange der gegenwärtigen Krise für den europäischen Besitzstand der Türkei in Betracht kämen, wandte sich nunmehr die Diskussion den näherliegenden Problemen zu, welche die ganze (oder teilweise) Erhaltung des status quo zur Voraussetzung haben. Hiebei wurde von der Annahme ausgegangen, daß es hiebei zur Einführung von Reformen, eventuell zur Schaffung von Autonomien der Balkannationalitäten oder, was beinahe dasselbe ist, von Interessensphären der Balkanstaaten kommen dürfte. Die allgemeine Erörterung dieser Möglichkeiten füllte die ganze Sitzung vom 17. Oktober und einen Teil jener vom 18. aus. Insbesondere wurde die Frage zur Diskussion gebracht, ob es sich empfehlen würde, auch an die Schaffung einer Interessensphäre für Österreich-Ungarn zu denken, und zwar einer solchen, welche sich vom Sandschak Novipazar nach Altserbien herunterziehen würde und in welcher die Monarchie eine reorganisatorische

(eventuell auch pazifikatorische) Tätigkeit zu dem Zwecke zu entwickeln hätte, um ein gewisses Gleichgewicht zwischen Serben und Albanesen herzustellen.

Die Mehrzahl der Konferenzteilnehmer sprach sich gegen diese Idee aus, und zwar aus folgenden Gründen: Nach den gemachten Erfahrungen, (zum Beispiel bei dem seinerzeitigen Versuche, die mazedonische Reformarbeit unserer Offiziere auf die Kazas Preschova und Gilan auszudehnen) hätten wir auf den geeinten Widerstand der Serben und Albanesen zu rechnen. Wir würden bei beiden Nationen uns unbeliebt machen, hätten auf die diplomatische, ja selbst gewaltsame Opposition Rußlands und auf Kompensationsansprüche Italiens gefaßt zu sein; wir kämen militärisch in eine ungünstigere Lage als bei einer direkten Aktion gegen Serbien, welche nach wie vor als das relativ günstigste Mittel erscheint, wenn wir uns berufen fühlen sollten, bei einer geeigneten internationalen Situation die serbische Frage gewaltsam zu lösen. Die Erreichung einer Zustimmung Serbiens beziehungsweise Rußlands zur Schaffung einer österreichisch-ungarischen Interessensphäre in Altserbien erscheint übrigens auch deshalb im gütlichen Wege kaum erreichbar, weil dieses Gebiet eine Stätte historischer Traditionen des Serbentums und der Orthodoxie darstellt und weil eine Kompensation der Serben nur auf Kosten der Bulgaren erfolgen könnte, letztere aber wieder im Osten (im Vilajet Adrianopel) entschädigt werden müßten, wovon sie Rußland tunlichst fernhalten will.

In der Sitzung vom 18. wurde ferner in die detaillierte Erörterung der bei Ausgang des Konfliktes oder Beilegung desselben auf der Basis des status quo in der europäischen Türkei einzuführenden Reformen eingetreten. Hiebei wurde — der bisherigen Vorgangsweise der Konferenz entsprechend — a maiore ad minus vorgegangen und das weitgehendste Reformprojekt zugrunde gelegt, das ist jenes, welches die Balkanstaaten in ihrer kürzlichen Note an die Pforte aufgestellt hatten. Bei punktweiser Besprechung dieses Projektes wurde der Versuch gemacht, dasselbe in eine Form zu bringen, welche bei tunlichster Wahrung der Wünsche der Balkanregierungen der ottomanischen Souveränität, den Postulaten der Albanesen und der nationalen und religiösen Minoritäten sowie allen anderen Gesichtspunkten unserer Politik Rechnung trägt.

Das ursprüngliche Projekt der Balkanstaaten besteht aus folgenden 9 Punkten: ... *wie die dritte Beilage zu n. 4066 „1." bis „les travaux de ce conseil."* ...

Diese Punkte würden mit den von der Konferenz in Aussicht genommenen Modifikationen lauten: 1° Confirmation des autonomies éthniques existantes et création d'autonomies analogues pour les fractures de la population qui ne jouissent pas encore des prérogatives de ce genre; 2° représentation proportionnée au parlement ottoman de chaque nationalité; 3° admission égale de toutes les nationalités et confessions à tous les emplois publics; 4° reconnaissance sur le pied égal avec les écoles ottomanes des écoles de tout grade des communautés nationales ou religieuses; 5° engagement par la Sublime Porte de ne point tâcher modifier le caractère éthnologique des provinces de l'empire ottoman en y transplantant des populations musulmanes; 6° retablissement du status quo ante par la suspension de

l'enrôlement des non-musulmans; 7° réorganisation de la gendarmerie par sandjaks de la Turquie d'Europe sous le commandement effectif d'organisateurs suisses, belges, hollandais ou scandinaves; 8° nomination de Valis soit indigènes, soit étrangers agréés par les Puissances et assistés de conseils généraux élus par les districts électoraux; 9° institution auprès du Grand-viziriat d'un conseil supérieur composé de Chrétiens et de Musulmans en nombre égal pour surveiller l'application de ces réformes. Les ambassadeurs des Grandes Puissances et les représentants des autonomies ethniques auront la mission de suivre le fonctionnement et les travaux de ce conseil.

Die für diese Veränderungen maßgebenden Motive waren: ad 1) im Interesse der Albanesen, Türken, Kutzovalachen, Spaniolen etc. modifiziert, ad 2) entspricht der seinerzeitigen Initiative Seiner Exzellenz des Herrn Ministers, ad 3) wie ad 1), ad 4) wie ad 1), ad 5) erscheint billig — wäre jedoch in dem Falle zu modifizieren, als die eventuelle Abtretung von ottomanischen Gebietsteilen eine Auswanderung besorgen ließe, da man der Pforte nicht zumuten kann, mohammedanische Auswanderer aus den abgetretenen europäischen Territorien nach Asien zu verpflanzen. Ad 6) stellt die einzig praktische Lösung dieses Problems dar, da ein gemeinsamer Militärdienst von Christen und Mohammedanern für beide Teile mit den größten Übelständen verbunden ist, die Bildung rein christlicher Truppen hingegen staatsgefährlich wäre. Ad 7) Erweiterung der beizustellenden Reformoffiziere auf Angehörige aller neutralen Kleinstaaten wegen ungünstiger Erfahrung mit belgischen Offizieren. Die Reorganisation per Sandschak ermöglicht eine größere Rücksichtnahme auf die Albanesen. Ad 8) im Interesse der türkischen Souveränität und der faktischen Autorität der Valis modifiziert, ferner aus den sub 1) erörterten Gründen. Ad 9) im Interesse der Autorität der Pforte und der Großmächte, sowie der gleichmäßigen Behandlung aller ottomanischen Nationalitäten modifiziert.

[a]) Vgl. n. 4118, 4140, 4170.

Nr. 4129. Tel. nach Athen, 18. Okt. 1912 Nr. 48 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Wie mir der russische Botschafter mitteilt, hat seine Regierung in Athen den Wunsch aussprechen lassen, daß bei den Operationen der königlich hellenischen Kriegsmarine alles vermieden werde, was den Türken zu einer Schließung der Dardanellen Anlaß geben und sohin die neutrale Handelsschiffahrt, wie dies im italienisch-türkischen Kriege geschah, schädigen könnte. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich im Interesse unserer Schiffahrt bei der königlich griechischen Regierung in ähnlichem Sinne vernehmen lassen zu wollen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4141, 4143.

Nr. 4130. Bericht aus Belgrad, 18. Okt. 1912 Nr. 111 (eing. 20. Okt.). Ausfert.

Die Nachricht der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien in Lausanne ist hier in dem Momente bekannt geworden, an dem sie am empfindlichsten wirken musste. Die Antwort auf die Demarche der Monarchie

und Russlands war seitens der Balkanstaaten gegeben worden und man erwartete die Antwort der Türkei auf die an sie gerichtete Note, als die Illusion, dass Italien, angesichts der drohenden Komplikation am Balkan, über die bereits erreichten Erfolge hinausgehend den Friedensschluss verzögern würde, schwand. Die Hoffnungen, die man an die beabsichtigte Entsendung der italienischen Eskadre geknüpft hatte, das ist die erwartete Rückwirkung auf die Haltung der Türkei, der Zeitgewinn in den Verhandlungen und der Zeitverlust für die türkische Mobilisierung waren zu nichte geworden. Die Enttäuschung war um so fühlbarer, als die Demarche der beiden Mächte, die Übereinstimmung aller Regierungen in dieser Frage und am meisten vielleicht die Beurteilung derselben in der Monarchie, wie sie in den Delegationen und anderwärts zu Tage trat, bereits ernste Zweifel an der Möglichkeit eines Territorialgewinnes aus der gegenwärtigen Aktion hervorgerufen hatten. Denn alle Phrasen über das durch Reformen zu bessernde Loos der Christen in der europäischen Türkei hätten nie die Basis für die gegenwärtige Entente und Aktion der Balkanstaaten abgeben können, wenn nicht jeder einzelne derselben dabei von seinen geheimen, separaten Hoffnungen auf Erweiterung seiner Grenzen getrieben worden wäre. Gerade die Teilnahme des serbischen Kontingentes an der zwischen Bulgarien und der Türkei gewärtigten Entscheidung wird hier als Garantie dafür betrachtet, dass Bulgarien seinerzeit nicht gegen die Verwirklichung der durch die Erfolge der selbständig gegen Westen und Süden operierenden serbischen Hauptarmee zu schaffenden Territorialansprüche Stellung nehmen werde. Gegen diese dringendste Gefahr hofft man sich dadurch versichert zu haben. Wie sich aber jetzt zeigt, war es auch ein feiner Zug der Bulgaren, als die örtliche Unterstellung serbischer Truppen unter bulgarisches Kommando stipuliert wurde. Denn nach der Sprache des hiesigen bulgarischen Gesandten scheint man dort nicht mehr zurück zu können oder zu wollen und es hat den Anschein, als ob die Rolle Bulgariens als treibender Faktor der Entente gerade in den letzten Tagen sich besonders akzentuiert hätte, während man hier kaum mehr ganz taub ist gegen die Sprache, die der Friedensschluss Italiens spricht, dass die Balkanstaaten seitens keiner Macht auf offene Unterstützung ihres Beginnens gegen die Aufrechterhaltung des status quo zu rechnen haben. Die serbische Presse allerdings und die breiten Massen zeigen sich auch dieser Einsicht gegenüber unempfindlich.

Ugron.

Nr. 4131. Eigenhändiges Privatschreiben an den Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes von Kiderlen-Wächter, 18. Okt. 1912. Konz. (S. Berchtold).

Durch Grafen Szögyény, welcher mir Ihr freundliches Schreiben überbrachte, habe ich von der bedauerlichen Thatsache Kenntnis erhalten, dass ich mich — unbewusster Weise — eines Missgriffes schuldig gemacht habe, indem ich Tschirschky die mir zur Verfügung gestellte Aufzeichnung über Ihre Unterredung mit Sazonoff zur Einsicht gab.[a] Ich kann Ihnen, hochgeehrter Herr Staatssekretär, gar nicht sagen, wie leid es mir thut durch mein Vorgehen Ihren Intentionen zuwidergehandelt zu haben. Es

ist mir aber auch nicht im Entferntesten in den Sinn gekommen, dass das fragliche Schriftstück Ihrem Botschafter vorenthalten bleiben sollte, welcher Umstand, wenn er mir bekannt gewesen wäre, mich natürlich abgehalten hätte, Tschirschky gegenüber das Thema zu berühren.[b]) Die Aufzeichnung war mir kurz vorher von Berlin zugekommen und musste ich annehmen, dass sich der Botschafter entweder gleichfalls bereits im Besitze derselben befinde oder doch mittels nächster Gelegenheit dieselbe erhalten werde. Ich hatte daher nicht das geringste Bedenken Tschirschky von der Sache zu reden. Aus den Worten Szögyénys ersehe ich, dass es ein Beweis speciellen Vertrauens Ihrerseits gewesen ist, uns mit dem Inhalte des Schriftstückes bekannt zu machen. Dieser Umstand ist geeignet meine Vorgangsweise in Ihren Augen ganz besonders odios erscheinen zu lassen, und mich das Peinliche dieser Angelegenheit umso stärker fühlen zu machen. Ich kann aber nicht daran zweifeln, dass Sie, verehrtester Herr Staatssekretär, in Ansehung des Vorgesagten die Lage nicht verkennen und eine nachsichtige Beurtheilung derselben mir nicht versagen werden. Für eine gedeihliche Fortführung unserer im Zeichen engen Bundesverhältnisses stehenden Beziehungen ist gegenseitiges Vertrauen eine notwendige Vorbedingung. Ich ersuche Sie, hochgeehrter Herr Staatssekretär, mir dasselbe auch fernerhin erhalten zu wollen, wie Sie auch meinerseits auf bedingungslose Reciprocität rechnen können. Um aber für die Zukunft die Wiederkehr eines derartigen bedauerlichen Zwischenfalles auszuschliessen, möchte ich — nach dem Grundsatze „clara pacta boni amici" — bitten, mich jederzeit verständigen zu wollen ob und in welchem Maasse meiner Sprache gegenüber Ihrem Botschafter Schranken aufzuerlegen wären. Szögyény wird Ihnen hierüber noch mündlich meine Auffassung zum Ausdrucke bringen.

[a]) Liegt nicht vor. — [b]) Der Satz: „Es ist mir" bis „Thema zu berühren" mit Bleistift leicht durchstrichen.

Nr. 4132. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 18. Okt. 1912 Nr. 489 (eing. 19. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.

Mein russischer Kollege scheint über die Kriegschancen der Balkanstaaten sehr beunruhigt. Einigen Andeutungen, die er gestern mir gegenüber machte, konnte ich entnehmen, daß ihn die Frage, ob die Mächte den Kriegführenden nicht bereits jetzt in die Arme fallen könnten, lebhaft beschäftigt. Meines Erachtens hätte ein solches Unternehmen noch vor acht Tagen etwa gelingen können, heute aber dürfte sich die türkische Armee kaum mehr zurückhalten lassen, übrigens glaube ich, daß die Türkei, auch wenn sie siegreich aus dem Kampfe hervorgeht, die Situation kaum allzusehr wird ausnützen wollen. In dieser Auffassung bestärkt mich eine Äußerung Gabriel Effendis, der mir am Tage der Übergabe der türkischen Antwortnote auf die Kollektivdémarche der Botschafter gesprächsweise folgendes sagte: „Wenn wir Glück haben und namentlich gegen Bulgarien entscheidende Erfolge erringen, werde ich mich an Sie wenden und Sie fragen, was wir machen sollen; die Türkei denkt nicht an Gebietserwerbung, wir sind auch von der Notwendigkeit der Einführung von Reformen über-

zeugt und wollen nach errungenem Sieg in diesem Belange auch die Ratschläge der Großmächte einholen, doch können wir denselben unmöglich die Kontrolle einräumen. Pallavicini.

Nr. 4133. Privatschreiben des französischen Botschafters, 18. Okt. 1912. (eing. 18. Okt.).[a] Ausfert.

A mon retour chez moi, je trouve quelques explications complémentaires dont je regrette de n'avoir pu faire part à Votre Excellence. C'est en tenant compte de Votre observation sur l'utilité de faire précéder d'une étude préparatoire entre les cabinets la réunion d'une conférence internationale, que Monsieur Poincaré a cherché une formule qui ne préjugeât rien sur ce point. Mais le projet d'une médiation à entreprendre en temps opportun, projet auquel Vous avez bien voulu adhérer, est considéré par mon Gouvernement et par ceux de la Russie et de l'Angleterre, comme devant être le prélude normal d'une conférence. Cette idée n'a d'ailleurs été écartée par aucune Puissance. En raison des efforts que fait Monsieur Poincaré pour assurer le maximum d'efficacité à l'entente que Vous même avez si heureusement préparée, il serait très précieux pour mon Ministre d'obtenir de Vous une adhésion de principe sur ce second point. Si je m'abstiens d'aller Vous en entretenir de nouveau aujourd'hui, par égard pour Vos nombreuses occupations, je reste à Votre entière disposition au cas où il Vous conviendrait de me donner demain verbalement Votre réponse. Dumaine.

[a] Vgl. n. 4124, 4137, 4158.

Nr. 4134. Tel. aus Rom, 18. Okt. 1912 ohne Nr. (eing. 19. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.

Definitives Friedensinstrument wurde heute nachmittag in Ouchy-Lausanne unterzeichnet. Mérey.

Nr. 4135. Tel. aus St. Petersburg, 18. Okt. 1912 Nr. 191 (eing. 19. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.

Ministerpräsident, den ich heute aufsuchte, ist über die Treibereien hiesiger nationalistischer Presse, die in blindem Eifer, eigene Regierung anzugreifen, auch die Beziehungen zum Ausland zu vergiften droht, sehr aufgebracht. Machte mich darauf aufmerksam, daß er sich entschlossen habe, nunmehr in der Regierungspresse Gegencampagne aufzunehmen, und wies in diesem Zusammenhange auf den letzten Artikel der „Rossia"[a] hin, welcher auf seine Initiative erschienen sei und dem schon morgen weitere folgen werden. Herr Kokowzow führte aus, er halte es in der jetzigen Situation für unerlässlich, daß die namentlich in der „Nowoje Wremia" in gehässigster Weise betriebene Hetze gegen die Monarchie von Seite der Regierung nicht unwidersprochen bleibe, weil das sonst am Ende Eindruck erwecken könnte, als verurteile man dieselbe an maßgebender Stelle nicht. Ich benützte diese Gelegenheit, um den Ministerpräsidenten auf ein im Abendblatt der „Neuen Freien Presse" vom 15. d. M. reproduziertes Telegramm des hiesigen Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung" aufmerksam zu machen, worin dieser

höchst eigentümliche von „berufener amtlicher Stelle", also offenbar vom Preßdepartement des Ministeriums des Äußern erhaltene Informationen veröffentlicht, die mit Rücksicht auf deren Unterzeichner geeignet wären, im Auslande das größte Mißtrauen zu erregen. Als ich eine halbe Stunde später Herrn Sazonow aufsuchte, war er durch den Ministerpräsidenten schon hievon in Kenntnis gesetzt und sagte mir, er habe Preßchef, Herrn von Nelidow, bereits zur Rede gestellt, der absolut leugne, inkriminierte Äußerungen getan zu haben. Immerhin habe derselbe wohl nicht die im Umgange mit Zeitungskorrespondenten nötige Vorsicht bewahrt. Da Herr Nelidow ohnehin Wunsch ausgesprochen, mit dem roten Kreuze nach Griechenland zu gehen, werde er ihm unter diesen Umständen Erlaubnis hiezu erteilen und an seiner Stelle einstweilen Herrn Ewreinow mit seiner Stellvertretung betrauen. Diese Maßregel läßt wohl Schluß zu, daß der bisherige Preßchef doch nicht so ganz unschuldig sein dürfte, beweist aber andererseits guten Willen Sazonows, wenigstens im eigenen Hause Ordnung und Disziplin aufrecht zu erhalten. Thurn.

[a]) Abgedruckt im „Fremdenblatt", 16. Okt. 1912 Nr. 284 S. 3.

Nr. 4136. Tagesbericht über einen Besuch des bulgarischen Gesandten, 18. Okt. 1912. Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Der bulgarische Gesandte hat mich heute aufgesucht und mir auftragsgemäß eine Note überreicht, in welcher Bulgarien die Beweggründe zu seiner Haltung gegen die Türkei anführt, von der erfolgten Kriegserklärung Mitteilung macht und um Österreich-Ungarns wohlwollende Neutralität bittet. Ich habe Herrn Sallabaschew erwidert, daß meiner Ansicht nach kein Anlaß zur Abgabe einer formellen Neutralitäts-Erklärung vorliege. Wenn ich ihm auch nicht verhehlen könne, daß es hier ein gewisses Befremden hervorgerufen habe, zu sehen, wie Bulgarien sich über unsere Ratschläge im Sinne der Erhaltung des Friedens hinweggesetzt hat, so dürfe seine Regierung, insoferne Bulgariens Haltung der Monarchie gegenüber eine einwandfreie bleibe, doch damit rechnen, daß unsere Haltung, die — wie er es selbst wissen müsse — in letzter Zeit eine für Bulgarien sehr wohlwollende war, es auch in der Zukunft bleiben werde.

Nr. 4137. Tel. nach Berlin Nr. 137 (1) und Rom Nr. 184 (2), 19. Okt. 1912 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Calice; V. und G. Berchtold).

1.—2. Herr Dumaine hat gestern folgenden Text überreicht: 1. Les Puissances se concerteront immédiatement à l'effet d'interposer, en temps opportun, leur médiation entre la Sublime Porte et les Gouvernements des Etats Balkaniques. 2. Si la médiation réussit, les Puissances se concerteront pour l'étude et l'application des réformes à introduire dans la Turquie d'Europe. 3. Si la médiation échoue, les Puissances se concerteront pour prendre, à la fin des hostilités, les mesures que commandent le souci de la paix générale et l'intérêt commun de l'Europe. 4. Les Puissances s'accordent, d'ailleurs, à ne rien entreprendre qui soit contraire à la souveraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan et à l'intégrité de l'Empire Ottoman.

1. Gegenüber den früheren Vorschlägen Herrn Poincarés ist in dieser Fassung von einer Conferenz keine Erwähnung gethan. Ich vermuthe, daß derselbe Text auch in Berlin überreicht wurde und würde Wert darauf legen, bevor ich zu demselben Stellung nehme, die Auffassung der Berliner Regierung zu kennen.

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information. Streng vertraulich. Ich bin zunächst mit Berlin über die dortige Auffassung der zu diesem neuesten Vorschlage Herrn Poincarés einzunehmenden Haltung in Fühlung getreten.

Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 34 Nr. 55. Vgl. n. 4094, 4133, 4144, 4147, 4158.

Nr. 4138. Tel. aus Cetinje, 19. Okt. 1912 Nr. 133 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Exministerpräsident Miuschković sprach mir gestern im Hauptquartier von der Demarche des russischen Gesandten, welcher dem König entschieden von jeder Operation im Sandschak abriete. Miuschković betonte nachdrücklichst, dass von militärischer Operation oder Bandenbildung im Sandschak keine Rede sein könnte. König erwartete augenscheinlich, dass ich die Frage berühren würde. Da ich stumm blieb, sagte er mir zum Abschied ex abrupto: Ich werde nichts tun, was Österreich-Ungarn unangenehm sein könnte; dem Vorwurfe meiner militärischen Berater, warum ich Kolonne Vukotić gegen Süden statt gegen Norden instradierte, bin ich mit dem Hinweise auf die Verantwortlichkeit meiner königlichen Entschliessungen begegnet.

Giesl.

[a]) Vgl. n. 4123, 4149.

Nr. 4139. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 19. Okt. 1912 Nr. 494 (eing. 20. Okt. 3 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Kiamil Pascha besuchte mich gestern und stellte im Laufe des Gespräches an mich die Frage, ob meiner Meinung nach Österreich-Ungarn nicht geneigt wäre, im Einvernehmen mit der Türkei den Sandschak von Novibazar wieder zu besetzen. Ich antwortete, dass mir dies unter den heutigen Umständen kaum möglich erschiene, da wir, abgesehen von allen anderen Rücksichten, hiedurch den Boden der Neutralität verlassen würden. Ich hätte auf obigen Anwurf Kiamils nicht weiter reflektiert, wenn mir nicht heute mein deutscher Kollege gesagt hätte, dass ihm der Minister des Äussern gleichfalls davon gesprochen und ihm angedeutet hat, die türkische Regierung trage sich mit der Absicht, ein diesbezügliches Ansinnen an uns zu richten. Wie die Dinge heute stehen, kann wohl nicht daran gezweifelt werden, dass die Entente der Balkanländer unter Ägide Russlands zustande gekommen ist und dass diese Länder sich tatsächlich von Russland führen lassen. In meiner Berichterstattung habe ich wiederholt der Überzeugung Ausdruck gegeben, der Balkanbund sei nur dadurch zustande gekommen, weil sowohl die betreffenden Länder, als auch Russland die Etablierung eines autonomen Regimes in Albanien unter unserem Schutze befürchten. Die Aktion richte sich aber in letzter Linie gegen Österreich-

Ungarn. Unter diesen Umständen fragt es sich, ob es nicht militärisch und politisch richtig wäre, noch vor einer eventuellen Niederlage des türkischen Heeres in Thracien in irgend einer Weise, wenn auch nicht durch die Besetzung des Sandschaks, in den Gang der Dinge einzugreifen.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4152, 4164.

Tel. nach Rom, 19. Okt. 1912 Nr. 184 (chifft. 10 U. p. m.). Siehe n. 4137.

*Nr. **4140**. Protokoll über die am 19. Okt. 1912 im Ministerium des Äußern abgehaltene Konferenz.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine).*

Anwesend: Seine Exzellenz der Herr Erste Sektionschef Freiherr von Macchio, Vorsitzender; der Herr Sektionschef Graf Friedrich Szápáry; Seine Exzellenz der Herr Gesandte Pogatscher; der Herr Gesandte Graf Nemes, Generalkonsul Rappaport, Schriftführer.

Geheim. Die Konferenz beschäftigte sich mit dem Zusammenhange der allgemeinen politischen Lage, mit den Aussichten unserer Desiderata auf dem Gebiete der Balkanpolitik. Letztere werden von unserem Verhältnisse zu den slavischen Balkanstaaten und von jenem zu den Albanesen bedingt. Es wurde hiebei festgestellt, daß wir bezüglich unserer albanesischen Politik die freie Wahl haben, ob und in welchem Maße wir eine solche betreiben wollen, während wir einer Beschäftigung mit der slavischen beziehungsweise serbischen Frage nicht ausweichen können, sondern genötigt sind, zu derselben Stellung zu nehmen. Unsere Haltung in letzterer Frage dürfte vor allem von der weiteren Entwicklung des Verhältnisses zwischen Serbien und Bulgarien abhängen. Sollte der frühere Antagonismus wieder aufleben, so wird dessen Ausnützung neuerdings möglich werden. Gegenwärtig müssen wir jedoch die Eventualität einer Fortdauer, ja sogar einer Vertiefung des innigen Verhältnisses zwischen den beiden slavischen Königreichen in unser Calcul ziehen und weiters — angesichts der bevorstehenden Krise — darauf bedacht sein, daß die Zukunft der Türkei nicht mehr gar so gesichert erscheint, als es noch vor kurzem den Anschein hatte. Wir müssen uns dafür[b]) hüten, uns eventuell mit einer „cause perdue" zu identifizieren, ja sogar unsere öffentliche Meinung (natürlich in vorsichtiger Weise) darauf vorbereiten, daß sie nicht mehr einzig und allein ihr Heil in der Wahrung des Status quo erblicke. Letzterer ist zwar für uns und ganz Europa noch immer der Ausgangspunkt bei der diplomatischen Behandlung der Lage, doch darf man sich der Einsicht nicht verschließen, daß diesbezüglich eine Änderung eintreten könnte. Sollte sich der Status quo nicht erhalten lassen, so müßten wir nolens volens mit der unvermeidlichen Konsequenz eines Wachstums des slavisch-orhodoxen Einflusses am Balkan rechnen, dürfen uns jedoch wohl nicht der Illusion hingeben, als wären wir im Stande oder berufen, gleich Rußland als Vorkämpfer des Slaventums oder der Orthodoxie aufzutreten. Ohne so weit zu gehen, könnten wir immer noch ein freundschaftliches Verhältnis zu den slavischen Balkanstaaten anbahnen, was selbst in dem Falle nicht ganz ausgeschlossen wäre, daß sich Serbien und Bulgarien vereinen sollten. Diese Vereinigung

hätte allerdings eine gewisse Irredenta in unseren Grenzprovinzen zur Folge, doch würde diese Wirkung dann einigermaßen dadurch aufgehoben, daß unserem bisherigen Schwanken zwischen unserer Betätigung als okzidentalischer oder orientalischer Macht, welches soviel Unsicherheit in unsere Politik gebracht hat, ein Ende gemacht und durch entschiedene Ergreifung ersterer Richtung die Attraktion der Balkanstaaten für unsere Grenzbevölkerung herabgesetzt würde.

Im Anschlusse an diese generellen Betrachtungen wurde nun speziell das Verhältnis zu Serbien und Montenegro und die Frage erörtert, ob wir einer sich im Laufe der Balkankrise ergebenden territorialen Vergrößerung dieser Staaten passiv zusehen oder trachten sollten, zu dem einen oder anderen in ein näheres Verhältnis zu treten.

Die Konferenz kam nach längerer Diskussion zu dem Ergebnisse, daß es sich empfehlen würde, mit Montenegro eine Zollunion anzustreben, dessen Vergrößerung durch den Sandschak und andere kleinere Gebiete (Berane, Gusinje) zuzulassen, gleichzeitig aber eine Grenzberichtigung am Lovčen und an der Sandschakgrenze zu unseren Gunsten zu fordern. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß bei dem relativ lockeren Zusammenhange Montenegros mit dem Balkanbunde die Vorverhandlungen zu einem solchen Arrangement vielleicht schon bald beginnen könnten. Als Vorteile dieser Aktion im Vergleiche zu einer analogen gegenüber Serbien wären hervorzuheben: Montenegro wäre leichter als Serbien dafür zu gewinnen. Die Schwierigkeiten wirtschaftspolitischer Natur wären geringer. Die öffentliche Meinung in der Monarchie würde sich mit einem Abkommen mit Montenegro weit leichter als mit einer Zollunion mit Serbien befreunden. Die Grenzrektifikation am Lovčen würde unsere militärische Präponderanz erhöhen, die Verlegung unserer Zollgrenze nach dem Osten des Sandschaks die Realisierung großserbischer Wünsche verhüten. Diese Kombination würde ferner gestatten, daß sowohl Montenegro, als auch Serbien ihre Vergrößerung ausschließlich oder vorwiegend auf slavischem Boden ohne Einbeziehung größerer albanesischer Gebietsteile vollzögen, was für die Fortsetzung unserer albanesisch-nationalen Politik große Vorteile böte. Endlich brächte uns diese Combination in gar keinen Gegensatz zu Bulgarien und wäre wohl auch die Opposition von russischer und eventuell italienischer Seite kaum eine unüberwindliche.

[a]) Vgl. n. 4118, 4128, 4170. — [b]) So!

Nr. 4141. Tel. aus Athen, 20. Okt. 1912 Nr. 166 (eing. 21. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 48. Minister des Äußern sagte mir, er würde größten Wert darauf legen, unseren Wunsch zu erfüllen, da er vollauf begreife, welche Interessen da auf dem Spiele stehen, allein es sei griechischer Regierung unmöglich, sich diesbezüglich zu binden. Ein Versprechen, daß die griechische Flotte nichts unternehme, was Pforte veranlassen könnte, Dardanellen zu sperren, hieße ein starkes Atout aus der Hand geben. Er glaube vor Allem, daß auf die Pforte einzuwirken wäre,

um Dardanellensperre hintanzuhalten, die übrigens auch Griechenland schwer treffen würde. Mein russischer Kollege, welcher mir spontan wiederholt bei Herrn Venizelos und Coromilas von ihm unternommenen einschlägigen insistierenden Schritten Mitteilung machte, erhielt analoge ganz negative Rückäußerung, obgleich er — wie er mir streng vertraulich mitteilte — auch das Argument verwertete, daß, wenn Pforte — infolge Aktion der griechischen Flotte — die Dardanellen sperren würde, die in der nicht gering zu schätzenden russischen öffentlichen Meinung für Griechenland bestehenden sehr günstigen Dispositionen sich wesentlich verschlechtern würden. Russischer Gesandter und ich erhielten Eindruck, daß in der von unseren Kabinetten gewünschten Richtung hier Antrag (verfrüht)[b] sein wird, da griechische Regierung sehr große Hoffnung speziell in ihre Flotte setzt, deren Operationen nach keiner Richtung hin eingeschränkt werden dürfen.

Braun.

[a] Vgl. n. 4146. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 4142. Tel. nach Belgrad, 20. Okt. 1912 Nr. 57 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berchtold).

Der serbische Gesandte hat gestern hier im Ministerium die Kriegserklärung an die Türkei notifiziert. Ich habe heute Herrn Simić empfangen und ihm erklärt, daß Serbien unseren Intentionen zuwider gehandelt habe, als es ein weitgehendes, mit friedlichen Mitteln nicht durchführbares Reformprogramm aufstellte, daß wir aber dem Ansuchen Serbiens, uns neutral zu verhalten, insoferne entsprechen wollen, als Serbien uns eine solche Stellungnahme durch sein weiteres Verhalten ermöglichen wird, wobei ich auch eine Bemerkung über unsere spezielle Lage fallen ließ, ohne jedoch ausdrücklich den Sandschak zu nennen. Weiters lenkte ich die Aufmerksamkeit des serbischen Gesandten auf das Kriegsmanifest König Peters, welches einen Passus enthält, der sich als Ankündigung einer Expansionspolitik interpretiren läßt und auch in diesem Sinne von unserer Presse glossirt wurde. Diesfalls müsse ich im Hinblicke auf das von uns und Rußland aufgestellte Prinzip der Nichtzulassung territorialer Veränderungen meine Reserven machen, damit nicht etwa die irrige Anschauung aufkomme, daß wir das gedachte Prinzip fallen gelassen haben. Endlich brachte ich den jüngsten Inzidenzfall der Beschießung einer österreichisch-ungarischen Patrouille durch serbische Grenzposten zur Sprache und ersuchte den Gesandten, seine Regierung auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die aus solchen Zwischenfällen entstehen können. Herr Simić nahm meine Vorstellungen anscheinend verständnisvoll entgegen und stellte deren Unterbreitung an seine Regierung in Aussicht. Vorstehendes zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme und Regelung Ihrer Sprache.

[a] Oe. U. Balkan 34 Nr. 56.

Nr. 4143. Tel. nach Konstantinopel, 20. Okt. 1912 Nr. 247 (chiffr. 12 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Macchio).

Ich habe der griechischen Regierung durch Baron Braun[b] nahelegen lassen, daß bei den Operationen ihrer Kriegsmarine auf die Interessen

der neutralen Handelsschiffahrt Rücksicht genommen und alles vermieden werde, was die ottomanische Regierung zu einer Sperrung der Dardanellen, wie sie im italienisch-türkischen Kriege vorkam, veranlassen könnte. Ich ersuche Euer Exzellenz, Vorstehendes zur Kenntnis der Pforte bringen und sich zugunsten der weitgehendsten Rücksichtnahme auf die Interessen der neutralen Handelsschiffahrt verwenden zu wollen. Ich bemerke schließlich, daß das Petersburger Kabinett in ähnlichem Sinne in Athen und Konstantinopel vorstellig geworden ist. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4153. — [b]) Vgl. n. 4129.

Nr. 4144. Bericht aus Rom, 20. Okt. 1912 Nr. 73 D (eing. 23. Okt.) Ausfert.

Kurz vor Erhalt des hohen Telegrammes Nr. 179 hatte mir der Minister des Äußern von der ihm durch den französischen Botschafter bekanntgegebenen neuen Formulierung des Mediations- und Conferenz-Vorschlages Herrn Poincarés gesprochen und mich ersucht, die Auffassung Euerer Excellenz über diese Proposition einzuholen, da ihn Herr Barrère zu einer Antwort dränge und er in der Orientfrage ganz speziell im möglichsten Einvernehmen mit den alliierten Mächten vorzugehen wünsche. Mit meinem Telegramm Nr. 160 habe ich Euerer Excellenz über die Unterredung berichtet, welche ich mit dem Marchese di San Giuliano anläßlich der Mitteilung des ersten Eindruckes Euerer Excellenz hinsichtlich des französischen Vorschlages hatte. Der Minister hatte auch seinerseits noch kein abschließendes Urteil in der Sache. In zwei Punkten teilte er sofort rückhaltslos die Ansicht Euerer Excellenz, nämlich bezüglich der Zwecklosigkeit einer Conferenz im Falle des Punktes III der französischen Proposition, sowie hinsichtlich der Notwendigkeit, vor dem Zusammentritte der Conferenz Klarheit und Einigkeit über die voraussichtlichen Lösungen der einzelnen Fragen zu erzielen. Die Idee einer Mediation der Großmächte im richtigen Momente, das heißt nach einigen ernsteren Zusammenstößen zwischen den Kriegführenden, hält er für zweckmäßig. Die Conferenz-Idee betreffend führte er aus, daß ohne ernste und gesicherte Reformen weder die dermalige Conflagration abschließen, noch es überhaupt zu einer, auch nur temporären, Beruhigung auf dem Balkan kommen werde. Solche Reformen seien aber von der Türkei nur in dem Falle zu erwarten, wenn auf die letztere ein erheblicher Druck ausgeübt werde und hiezu eigneten sich besonders die Beschlüsse einer internationalen Conferenz. Die letzteren besäßen auch den Balkanstaaten gegenüber ein größeres Gewicht als Démarchen der Mächte. Gewiß seien auf der anderen Seite mit einer Conferenz, speziell bei dem heute so wenig einigen Europa, auch ernste Nachteile und Gefahren verbunden, vollends, wenn nicht ihr Programm und sozusagen auch ihr Resultat im vorhinein genau vereinbart wären. Herr Poincaré, ein remuanter und ambitioser Herr, habe sich in diese Idee verliebt und es wäre vielleicht nicht zweckmäßig, dieselbe schroff abzulehnen. Der Minister richtete am selben Tage Telegramme an die Botschafter in Wien und Berlin, worin er die vorstehenden Erwägungen niederlegte. Am 18. l. M. habe ich dem

Marchese di San Giuliano auftragsgemäß die Antwort Euerer Excellenz an Herrn Dumaine[a] mitgeteilt, welcher er völlig zuzustimmen schien. Im ganzen habe ich den Eindruck, daß die italienische Regierung der Conferenz-Idee vielleicht etwas sympathischer gegenübersteht, als dies der Minister des Äußern erkennen ließ. Für die Findigkeit und Geschmeidigkeit des Italieners, für seine Geschicklichkeit und Leichtigkeit im Ausdruck und für sein Talent, de ménager le chou et la chèvre, bietet ihm eine internationale Conferenz so recht die beste Betätigungs-Möglichkeit. Mérey.

P. S. Nach Fertigstellung dieses Berichtes ist mir das hohe Telegramm Nr. 184 zugekommen. Auch Marchese di San Giuliano erwähnte mir gestern abends diesen neuesten Vorschlag Herrn Poincarés. Mérey.

[a] Vgl. n. 4124.

Nr. 4145. Bericht aus Sofia, 20. Okt. 1912 Nr. 79 B (eing. 26. Okt.).[a] Ausfert.

Nach der Démarche, die ich mit meinem russischen Kollegen bei Herrn Geschoff vorgenommen hatte, sprach Herr Nekludow mir gegenüber die Hoffnung aus, daß dieser gemeinsame Schritt den Anfang einer besseren Aera bilden würde, in der wir hier einverständlich arbeiten werden. Seither kam der russische Gesandte in unseren unverbindlichen Unterhaltungen wiederholt auf die actuelle Lage zu sprechen. Er findet „très heureux que Vienne et Pétersbourg soient arrivés à s'entendre," meint aber „qu'il ne faut pour rien au monde cesser de causer." Mein russischer Kollege erwartet, daß Herr Sazonoff mit der russischen öffentlichen Meinung Schwierigkeiten haben werde. Da derselbe aber nicht allein gestürzt werden könnte, sondern mit ihm sich auch Kokowcoff zurückziehen würde, dessen Stellung sehr fest und der derzeit unersetzbar sei, stünde zu erwarten, daß der russische Minister des Äußern auch stärkeren Strömungen werde Stand halten können. Allerdings wären — laut Herrn Nekludow — die Sympathien für die Südslaven in Rußland sehr verbreitet und reichten bis an den Thron. Auch dürfte nicht übersehen werden, daß der Krieg sehr schwierige Probleme und heikle Situationen schaffen könnte. Je mehr dies zu befürchten stünde, desto rascher sollte man sich — nach der Ansicht Herrn Nekludows — mit diesen Fragen beschäftigen, um mit einer fertigen Formel, die sowohl Österreich-Ungarn als Rußland befriedigen würde, der künftigen Lage zu begegnen. Herr Nekludow sagte mir, daß er Herrn Sazonoff, dessen Freundschaft und Vertrauen er sich rühmt, geschrieben hätte, um ihm zu empfehlen, von vornherein zwei Formeln vorzubereiten, und zwar die eine für den Fall des Sieges der kleinen Staaten und die zweite für die entgegengesetzte Alternative. Mein russischer Kollege klagte sehr über den Ton der beiderseitigen Presse und bezeichnet es als sehr bedauerlich, daß gewisse russische Diplomaten sich für die Politik solcher Leute, wie Pašić echauffiren können. Die dermalige neutrale Haltung Rumäniens bezeichnet Herr Nekludow als ein wahres Glück, da eine Mobilisierung in Rumänien eine zu harte Probe für die russische öffentliche Meinung bilden würde. Herr Nekludow ist nicht nur relativ, sondern ein absolut anständiger und gut

intentionirter Mensch. Er neigt zur Aufrichtigkeit und so lange es ihm seine Instructionen gestatten werden, wird er auch aufrichtig sein. Daß der hiesige russische Militär-Attaché verdächtigt wird, auf eigene Faust Politik zu machen, habe ich bereits zu melden die Gelegenheit gehabt. Der türkische Geschäftsträger sagte mir vor seiner Abreise von Sofia, daß es zu der bulgarischen Mobilisierung nicht gekommen wäre, wenn der Oberst Romanovsky nicht seine Hand im Spiel gehabt hätte. Tarnowski.

P. S. Seit der Fertigstellung dieses gehorsamen Berichtes hatte ich wieder die Gelegenheit, mit meinem russischen Kollegen zu sprechen, der mir sagte, die Stellung Herrn Sazonoffs wäre weniger durch die russische öffentliche Meinung als durch die Strömungen in den Hofkreisen erschwert. Aus den Worten Herrn Nekludows war herauszulesen, daß er an den Einfluß gewisser Großfürsten und Großfürstinen gedacht hat. Der russische Gesandte fügte hinzu: Sazonoff est un caractère très entier et si on l'ennuie, il partira. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4009.

Nr. 4146. Tel. aus Athen, 21. Okt. 1912 Nr. 170 (eing. 22. Okt. 10 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 166. Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, daß italienischer Gesandter beauftragt wurde, analoge Schritte bezüglich Operation der griechischen Flotte zwecks Vermeidung neuerlicher Dardanellensperre zu unternehmen wie ich und russischer Kollege. Braun.

Nr. 4147. Tel. aus Berlin, 21. Okt. 1912 Nr. 215 (eing. 22. Okt. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 137 vom 19. d. M. Herr Cambon hat hier denselben Text überreicht, wie es französischer Botschafter in Wien getan. Staatssekretär sagte mir, er habe in der Überzeugung, daß Euer Exzellenz mit derselben einverstanden, folgende Antwort erteilt, die er mir im Wortlaute zur Verfügung gestellt hat: Le Gouvernement Impérial est d'accord avec le Gouvernement français sur la convenance pour les Puissances d'interposer leur médiation entre les belligérants. Les Puissances devront se concerter, au moment où il paraîtrait avoir lieu de proposer cette médiation, sur les termes dans lesquels elle pourrait se produire. Quelle que soit la réponse faite par les belligérants à la médiation des Puissances, celles-ci se concerteront sur les mesures à prendre en vue du maintien de la paix générale, de l'intérêt commun de toutes les Puissances, et de l'amélioration de l'administration de la Turquie d'Europe, ces mesures devant reposer sur le maintien de l'intégrité de la Turquie. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4156.

Nr. 4148. Bericht aus Cetinje, 21. Okt. 1912 Nr. 86 A (eing. 25. Okt.). Ausfert.

Streng vertraulich. In meinem ergebensten Berichte Nr. 84 vom 15. l. Mts., streng vertraulich, habe ich angedeutet, daß die Haltung des russischen Gesandten in der Beurteilung der politischen Situation mir auf

eine sich in naher Zukunft wahrscheinlich immer mehr akzentuierende Parteinahme für die Balkanstaaten hinzuweisen scheint. Seither sind neue Indizien hinzugekommen, welche für die Richtigkeit obiger Ansicht sprechen. Das Erscheinen des Großfürstenpaares Peter Nikolajević in Cetinje, respektive dessen heutige Abreise ins Hauptquartier, wird allgemein als Demonstration der Großfürstenpartei und der Partei der „echten Russen" gegen die offizielle Politik der russischen Regierung aufgefaßt und scheint bei Hofe die letzten Befürchtungen über eine eventuelle unfreundliche Haltung Rußlands gegenüber Montenegro, — wenn solche überhaupt bestanden, — zerstreut zu haben. Diesbezüglich sagte mir heute Herr von Giers, der Großfürst habe ihm mitgeteilt, daß er wohl mit spezieller Autorisation des Zaren, im übrigen aber als Privatperson nach Montenegro gekommen sei. Mein russischer Kollege wird nun auch, offenbar über Mitteilungen aus St. Petersburg, in Angelegenheiten nachgiebig, in welchen er bisher den Standpunkt korrekter Neutralität mit Festigkeit vertrat. Es ist Eurer Exzellenz aus den einschlägigen Berichten bekannt, daß Herr von Giers bisher der Ansicht war, daß die russische Militärmission, inklusive den Militäragenten, General Potapow, entweder abzuberufen, oder, wenn in Cetinje belassen, von jeder Tätigkeit, bei oder für die Armee, fernzuhalten sei. Diese Anschauung, welche einen Befehl der russischen Regierung an General Potapow und die Militärmission, in Cetinje zu bleiben und sich jeglicher Tätigkeit zu enthalten, zur Folge hatte, wird jetzt durchbrochen. General Potapow geht zur Armee ab, aber nicht, wie die übrigen Militärattachés, ins Hauptquartier, wo deren Stellung eine gleichartige sein müßte und leicht kontrolliert werden könnte, sondern wird der Angriffskolonne auf Skutari, General Martinović, zugeteilt, offenbar, um dort mindestens als Berater zu fungieren. Den hier als technischen Instruktor anwesenden russischen Geniehauptmann Kulakow hat der russische Gesandte nach Dulcigno delegiert, unter dem Prätexte, die Installierung des Roten Kreuzes daselbst vorzubereiten und zu organisieren. Dulcigno liegt aber in verdächtiger Nähe der mit dem technischen Angriffe auf Skutari betrauten, gegen die starke Befestigung Tarabosch vorgehenden Kolonne. Herr von Giers erwähnte mir auch heute, daß er an seinen persönlichen Freund, Herrn Kokowzew, einen Brief gerichtet habe, ausführend, es wäre schon an der Zeit, wenigstens die teoretische Lösung der wichtigsten Fragen, welche in nächster Zeit sich aufdrängen würden, vorzubereiten und zu überlegen. Zu diesen Fragen zählt mein russischer Kollege vor allem auch die Feststellung, daß das von den montenegrinischen Waffen bereits eroberte, oder noch zu erobernde Gebiet — insoferne dasselbe nicht über die Distrikte Berane, Gusinje, Plava etc. im Norden und Skutari im Südosten hinausgehe — Montenegro unter keinen Umständen mehr weggenommen würde. So scheint mir Herr von Giers auf dem besten Wege zu sein, aus einem Friedens- ein panslavistischer Apostel zu werden, mit der vorläufigen Einschränkung allerdings, daß die Erfüllung dieser und ähnlicher Wünsche nicht mit einem Kriege gegen Österreich-Ungarn bezahlt werden müßte. Die Episode, daß Herr von Giers an meiner Seite am 8. l. Mts. die Démarche im Namen der Großmächte machte, um ein letztes Mal zum Frieden zu raten, hat

man hier schon vergessen und fühlt sich unter der augenscheinlichen und wohlwollenden Patronanz Rußlands sehr wohl. Was die übrigen Mächte anbelangt, so kann, soweit die Stimmung der Regierung sich nach der Sprache ihrer hiesigen Vertreter beurteilen läßt, konstatiert werden, daß Italien, ebenso wie Deutschland, geneigt scheint, in für die Türkei günstigem Sinne zu wirken; dasselbe gilt von Frankreich, dessen Haltung von den Balkanstaaten als geldgieriger Egoismus bezeichnet wird. Über Englands Tendenzen scheint man hier noch nicht orientiert, befürchtet jedoch gleichfalls eine eher türkenfreundliche Haltung aus Rücksicht auf die vielen Millionen mohammedanischer Untertanen Englands. Der Friede zwischen Italien und der Türkei hat momentan in den Balkanländern Entrüstung gegen Italien ausgelöst, wobei auch die Befürchtung, gegenüber der Türkei zu unterliegen, eine Rolle spielt. Selbst der russische Gesandte gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Geschichte den Friedensschluß durch Italien in einem Momente, in welchem ein Kreuzzug gegen den Islam beginnt, richten würde. Das offizielle Montenegro hat seinen Groll nicht zur Schau gestellt und die italienische Regierung zum Abschlusse des Friedens beglückwünscht. Aus dem Verhalten des serbischen Gesandten, des Einzigen unter den Balkanvertretern, der sich noch nicht im montenegrinischen Hauptquartier befindet, geht hervor, daß die Genugtuung über die militärische Verbrüderung und Kooperation schon jetzt durch Neid und Eifersucht beeinträchtigt wird und daß es keineswegs lautere Freude ist, welche Herr Gavrilović bei den Meldungen über montenegrinische Erfolge empfindet. Giesl.

*Nr. **4149**. Bericht aus Cetinje, 21. Okt. 1912 Nr. 86 B (eing. 25. Okt.).[a] Ausfert.*

Streng vertraulich. In der Diskussion der Frage, ob Montenegro im Sandschak Operationen unternehmen werde, habe ich meiner ergebensten telegrafischen Berichterstattung[b] nur wenig hinzuzufügen. Die Operation der Kolonne General Janko Vukotić, welche nach der Besetzung von Bijelopolje sich nach Südost gewendet und Berane, Plava und Gusinje eingenommen hat, demonstriert die diesbezüglich vorgehabten und auch erreichten Ziele. Daß diese Kolonne, welche, abgesehen von den zum Grenzschutze zurückgelassenen Abteilungen das Um und Auf der im Nordosten Montenegros verfügbaren Streitkräfte darstellt, umkehren, wieder die Richtung Nordwest einschlagen und die jetzt gewonnenen Gebiete einer türkischen oder arnautischen Offensive preisgeben sollte, ist unter allen Gesichtspunkten wenig wahrscheinlich. Schon die Einnahme und jetzt die Sicherung dieses ziemlich ausgedehnten Gebietes dürfte die Stoßkraft der Kolonne Vukotić schon bedeutend in Anspruch genommen haben, aber dieselbe auch für das Festhalten, die Defensive, vor eine nicht leichte Aufgabe stellen. Was an Offensivkraft noch übrig, dürfte zur Besetzung von Ipek, und nur unter außerordentlich günstigen Umständen, zum Beispiel des völligen Versagens der türkischen Armee auf diesem Schauplatze oder dem siegreichen Vordringen der Serben im Arnautluk, zum Vorstoße auf

Djakova-Prizren aufgebraucht werden. Montenegrinische Operationen im Sandschak, nördlich von Bijelopolje, halte ich, solange nicht ein völliger Umschwung der Situation eintritt, aus den vorangeführten Gründen für kaum wahrscheinlich. König Nikolaus war gewiß versucht, den Serben diesbezüglich zuvorzukommen, mochte sich aber gesagt haben, daß eine dauernde Okkupation des Sandschak von Österreich-Ungarn nicht geduldet werden würde, und daß es klüger sei, Zeit, Geld und Mühe zu ersparen und dabei noch die Rolle des zartfühlenden Nachbars und Freundes zu spielen, die noch besser bezahlt werden könnte. In diesem bereits früher gefaßten Beschlusse, der noch bis zur Besetzung von Berane leicht abgeändert werden konnte, mag den König zuerst der Schritt der italienischen Regierung, dann die angeblich dessen persönlicher Initiative entsprungene Démarche des Herrn von Giers, aber auch mein komplettes Stillschweigen und vollkommene Reserve, welche Seiner Majestät ungemütlich geworden waren, bestärkt haben. Das sehr befriedigende Ergebnis der Ratschläge des russischen Gesandten, sich das Wohlwollen Österreich-Ungarns nicht zu verscherzen, um mit reinen Händen vor dem Forum Europas erscheinen zu können, ist Hochdenselben bekannt. Hinzuzufügen hätte ich noch, daß Erbprinz Danilo damals meinem russischen Kollegen erklärte, er übernehme diesbezüglich jede Garantie für seine eigene Handlungsweise und jene des Königs. Seither war ich selbst im Hauptquartier und sagte mir der König, nachdem er vergeblich auf ein Berühren der Frage meinerseits gewartet, spontan: „Ich werde nichts tun, was Österreich-Ungarn unangenehm sein könnte, deshalb habe ich, ungeachtet gegenteiliger Ratschläge, die Kolonne Vukotić von Bijelopolje nach Berane dirigiert.“ Vom Ex-Ministerpräsidenten Mišković, dem Vertrauensmanne des Königs par excellence, dem Einzigen, der bis zum letzten Momente für den Frieden eingetreten ist und im Taumel der Erfolge eine nüchterne Anschauung bewahrt hat, erfuhr ich mit der denkbar stärksten Bestimmtheit, daß der König jeden Gedanken auf eine Operation im Sandschak aufgegeben habe. Die für die Bandenorganisation an die Grenze bestimmt gewesenen Offiziere seien abberufen worden, und der Minister Plamenac, der gleichfalls nach Plevlje gehen sollte, wurde mit der Administration der besetzten Gebiete bei Tuzi betraut. Durch diese, durch die tatsächlichen Vorgänge bestätigten Informationen erscheinen auch alle alarmierenden Nachrichten des aus Bijelopolje geflüchteten Kaimakam über ein Vordringen montenegrinischer Truppen, unter Plündern und Morden, gegen Sijenica und Novipazar, und deren angebliche Kämpfe mit der Garnison von Plevlje, welche übrigens weit rascher durch unsere Grenzgarnisonen in Bosnien signalisiert worden wären, genügend widerlegt. Ich schätze die feierlichen wiederholten Versicherungen des Erbprinzen und des Königs nicht über Gebühr ein, und wäre der Fall denkbar, daß diese Entschlüsse durch eine Änderung der militärpolitischen Situation oder eine erfolgreiche serbische Aktion im Sandschak doch über den Haufen geworfen werden könnten. Gegenwärtig muß ich aber noch die Ansicht vertreten, daß eine montenegrinische Operation im Sandschak mir nicht wahrscheinlich erscheint. Giesl.

[a]) Vgl. n. 4176. — [b]) Vgl. n. 4054, 4123, 4138.

*Nr. **4150.** Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. Okt. 1912 Nr. 496 (eing. 22. Okt. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 485 vom 15. d. M. Gestriger Ministerrat beschloss Modalitäten, unter welchen Räumung des strittigen Gebietes an der persischen Grenze durch türkische Truppen vor sich gehen wird. Aus meiner einschlägigen Berichterstattung werden Euer Exzellenz ersehen, dass ich der türkischen Regierung bereits früher geraten habe, diesbezüglich russischen Forderungen nachzugeben. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4193.

*Nr. **4151.** Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. Okt. 1912 Nr. 497 (eing. 22. Okt. 10 U. 10 M. a. m.).[a]) Entziff.*

Minister des Äussern bat mich heute, Euer Exzellenz mitzuteilen, dass türkische Regierung beschlossen habe, Mavroyeni Bey abzuberufen und an seine Stelle Hussein Hilmi Pascha zum Botschafter in Wien zu ernennen. Gabriel Effendi hat die Bitte hinzugefügt, ihn baldmöglichst in Kenntnis setzen zu lassen, ob die k. und k. Regierung das Agrément geben würde. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4164.

*Nr. **4152.** Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. Okt. 1912 Nr. 498 (eing. 22. Okt. 10 U. 15 M. a. m.).[a]) Entziff.*

Heute kam Minister des Äußern mir gegenüber auf die in meinem Telegramm Nr. 494 vom 19. d. M. gemeldete Idee, betreffend provisorische Besetzung des Sandschaks unserseits, zu sprechen. Er fügte hinzu, daß Hilmi Pascha eventuell mit diesbezüglichen Instruktionen nach Wien kommen werde. Ich wiederholte dem Minister meine Zweifel an der Ausführbarkeit einer solchen Maßnahme. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4164.

*Nr. **4153.** Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. Okt. 1912 Nr. 499 (eing. 22. Okt. 10 U. 20. M. a. m.).[a]) Entziff.*

Euer Exzellenz telegraphischen Auftrag Nr. 247 habe ich ausgeführt. Gabriel Effendi nahm die Mitteilung zur Kenntnis und bemerkte, die türkische Regierung denke nicht daran, wegen Griechenlands die Dardanellen zu sperren. Pallavicini.

*Nr. **4154.** Tagesbericht über eine Unterredung mit dem englischen Botschafter, 21. Okt. 1912. Konz. (S. Matscheko; G. Macchio).*

Der englische Botschafter ist heute hier erschienen und hat auftragsgemäß mitgeteilt, von den Schutzmächten Kretas werde gegenwärtig der Gedanke ventiliert, zwischen den Mächten Verhandlungen über das endgiltige Schicksal der Insel nach Beendigung des Krieges einzuleiten und auch Oesterreich-Ungarn und Deutschland zur Teilnahme an diesen Pourparlers einzuladen. Dem Botschafter wurde erwidert, daß seine Mitteilung zur Kenntnis des Herrn Ministers gebracht werden würde. Im Uebrigen

wurde darauf hingewiesen, daß die k. u. k. Regierung ebenso wie das deutsche Kabinet, wenn auch in der Kretafrage erst in zweiter Linie interessiert, sich doch stets vorbehalten habe, bei einer Aenderung der internationalen Stellung der Insel mitzusprechen. Sir F. L. Cartwright fügte sodann hinzu, die Kretamächte würden sich während der Dauer des Krieges der Türkei mit den Balkanstaaten, was Kreta anbelangt, darauf beschränken, die mohammedanische Bevölkerung der Insel vor einer Bedrohung oder Vergewaltigung durch die christliche Majorität zu schützen.

Unterredung mit König Viktor Emanuel III. von Italien; San Rossore, 22. Okt. 1912 Siehe n. 4180.

Unterredung mit dem ital. Minister des Äußern Marchese di San Giuliano, 22. Okt. 1912. Siehe n. 4181.

Nr. 4155. Ital. Entwurf einer Zusatzerklärung zum Dreibundvertrag (am 22. oder 23. Okt. 1912 zu Pisa oder Florenz vom ital. Minister des Äußern überreicht).[a] Ausfert.

[a] Gedruckt: Pribram, I 294 Anm. 405. Vgl. n. 4180, 4181, 4220.

Nr. 4156. Tel. des Ersten Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio an Graf Berchtold in Pisa, 22. Okt. 1912 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Machio).

Im Gegenstande des jüngsten französischen Vorschlages telegrafirt Graf Szögyény unterm 21. d. wie folgt: ... *wie n. 4147 von „Herr Cambon" bis Schluss* ... Indem ich mit Rücksicht auf wiederholten Wunsch hiesigen französischen Botschafters Euer Excellenz gegenständliche Instructionen baldigst erbitte, möchte ich mir zu bemerken erlauben, dass nach hierortiger Auffassung kein Bedenken dagegen obwalten würde, die französische Proposition in analoger Weise zu beantworten wie dies seitens Herrn von Kiderlens geschehen ist. Macchio.

[a] Vgl. n. 4162.

Nr. 4157. Tel. aus Bukarest-Sinaia, 23. Okt. 1912 Nr. 58 (eing. 3 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Seine Majestät der König sagte mir gestern folgendes: Falls, wie dies nicht ausgeschlossen erscheine, die Pforte an der bulgarischen Küste und namentlich bei Varna Truppen vorrücken würde, so würde eine solche Verlegung des Kriegsschauplatzes in die Nähe der rumänischen Grenze Seine Majestät zwingen, Präventivmaßregeln an der Grenze zu treffen, um ein Überschreiten derselben durch einen der beiden Gegner zu verhindern. Bulgaren und Türken würden in gleicher Weise auf rumänischem Boden entwaffnet werden. Ähnliche Vorsichtsmaßregeln habe Rumänien auch im serbisch-bulgarischen Kriege getroffen, obwohl damals die Donau dazwischen war. Der König berührte auch die Möglichkeit bulgarischer territorialer Kompensationen an Rumänien im Falle eines bulgarischen Länderzuwachses.

König Ferdinand habe schon vor mehreren Jahren eine Gebietskompensation für diesen Fall in Anregung gebracht. An Varna mit seinem schlechten Hafen sei es Rumänien weniger gelegen, hingegen schiene eine Grenzverlegung im Allgemeinen Seiner Majestät im Bereiche einer zukünftigen Möglichkeit zu liegen. Beunruhigend schien dem König die Nachricht von neuerlicher russischer Truppenverstärkung an der russisch-türkisch-persischen Grenzzone. Hingegen seien die immer wieder auftauchenden Gerüchte von Truppenkonzentrationen in Bessarabien durchaus nicht stichhältig. Diese Nachrichten würden von hier aus sehr genau kontrolliert, hätten sich aber bisher stets als falsch erwiesen. Demgegenüber meldet mir der k. u. k. Militärattaché, daß in rumänischen militärischen Kreisen russische Truppennachschübe nach Bessarabien als tatsächlich erfolgt angesehen werden. Ministerpräsident sagte mir heute, an den in der Presse verbreiteten Nachrichten von rumänischer Neutralitätserklärung sei kein wahres Wort. K. E. Fürstenberg.

Nr. 4158. Tel. aus Paris, 23. Okt. 1912 Nr. 123 (eing. 24. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Herr Poincaré sagte mir, er sehe noch der Antwort Euer Exzellenz auf seinen letzten Vorschlag, den Herr Dumaine am 19. d. Mts.[a] Hochdenselben mitteilte, entgegen. Aus London, Petersburg und Berlin habe er bereits zustimmende Antwort erhalten. Er hoffe lebhaft, daß dieser sein letzter Vorschlag, in welchem er getrachtet hat, den von Euer Exzellenz vorgebrachten Bemerkungen Rechnung zu tragen, auch die Zustimmung Euer Exzellenz finden wird. Wenn man sich jetzt auch auf eine Periode des Zuwartens gefaßt machen müsse, so könnten doch am Balkan plötzlich Ereignisse eintreten, die eine sofortige Aktion der Mächte erheischen und wäre es sehr erwünscht, wenn man über die Basis einer solchen Aktion schon jetzt einig wäre. Auch auf die kriegführenden Staaten würde das Bekanntwerden einer Entente der Mächte beruhigend einwirken. Ich habe dem Ministerpräsidenten gesagt, daß ich nicht zweifle, daß Euer Exzellenz sofort nach der Rückkehr aus Italien seine Proposition in ernste Erwägung ziehen werden. Szécsen.

[a] Am 18. Okt. Vgl. n. 4133, 4137.

Unterredung mit dem ital. Minister des Äußern Marchese di San Giuliano, 23. Okt. 1912. Siehe n. 4181.

Nr. 4159. Communiqué der Agenzia Stefani über die Zusammenkunft mit dem ital. Minister des Äußern; Florenz, 23. Okt. 1912.[a]

[a] Gedruckt: Fremdenblatt vom 24. Okt. 1912 Nr. 292; Pol. Chron. d. ö. u. Mon. 1912, 401.

Nr. 4160. Tel. aus St. Petersburg, 23. Okt. 1912 Nr. 198 (eing. 24. Okt. 11 U. a. m.). Entziff.

Heutige Unterredung mit Herrn Sazonow bestärkt mich in dem Eindruck, daß er mit dem Ergebnis seiner Reise Spala sehr zufrieden, und daß

Kaiser Nikolaus seine Politik rückhaltslos billige. Seine Majestät, dem Herr Sazonow mitteilte, daß unser Allergnädigster Herr mir freundschaftlichen Gruß für Höchstdenselben aufzutragen geruht hatte, sprach seine Freude darüber, sowie die Bereitwilligkeit aus, mich nach Höchstdessen Rückkehr in Petersburg zu empfangen. Letztere etwas später, als ursprünglich beabsichtigt, und zwar nicht vor Mitte November neuen Stils zu gewärtigen, könnte aber bei länger dauernder Erkrankung des Thronfolgers noch weitere Verzögerung erleiden. Bezüglich der politischen Situation sprach sich Herr Minister mir gegenüber sehr ruhig und zuversichtlich aus und meinte, Hauptsache sei, daß die gegenwärtig zwischen den Mächten und insbesonders zwischen der Monarchie und Rußland bestehenden günstigen Dispositionen fortdauern, woran zu zweifeln kein Grund vorliege.

Thurn.

Nr. 4161. Bericht aus Sofia, 23. Okt. 1912 Nr. 81 A (eing. 30. Okt.). Ausfert.

Es ist bis jetzt unmöglich, über den Character des serbo-bulgarischen Verhältnisses Wahres zu erfahren. Nicht einmal ein Symptom oder eine schwache Andeutung, aus der man sich im Deductionswege eine Ansicht bilden könnte, läßt sich in der Haltung der hiesigen Regierung, in der Sprache der Presse oder in den Äußerungen der hiesigen Minister und Politiker entdecken. Wie vor der gleichzeitigen Mobilisierung dieser Staaten ist man auch jetzt bezüglich der Grundlage ihrer Einigung nur auf Suppositionen angewiesen und es kann ebenso gut vermutet werden, daß die geheime Abmachung bloß die gemeinsame kriegerische Action gegen die Türkei betrifft und daß nach dem Kriege jeder der beiden Teile seine volle Bewegungsfreiheit wieder erlangen wird, als auch, daß die Verständigung eine weitergehende ist oder, wenn sie es derzeit noch nicht ist, nach dem Kriege weiter ausgebildet werden und zu einer serbo-bulgarischen Union oder zu einer Foederation der vier Staaten führen könnte. Der Umstand, daß Bulgarien viel günstiger gestellt ist als Serbien und daß Ersteres den Vorteil hat, nicht nur auf russische Sympathien sondern auch darauf rechnen zu können, daß es bei Verwirklichung seiner Aspirationen mit unseren Interessen in keine Collision gerät, spricht sehr entschieden dafür, daß sich Bulgarien gehütet haben dürfte, sich mit Serbien auch über den Krieg hinaus das heißt dauernd zu solidarisiren und zu identificiren. Diese wichtige Consideration wie auch in nicht geringem Maße die Erwägung, daß die serbischen und bulgarischen Aspirationen in Macedonien einander zuwiderlaufen, haben mich dazu veranlaßt, in meiner Berichterstattung die Erwartung auszusprechen, daß die Beziehungen unter den Verbündeten sich nach dem Kriege lockern würden. Je mehr ich an die für uns so wichtige Frage des serbo-bulgarischen Verhältnisses denke, desto weniger bin ich — ich muß es gestehen — von der Unanfechtbarkeit meiner oberwähnten Annahme durchdrungen, und wenn mir auch die vorangeführten Erwägungen nach wie vor richtig und überzeugend erscheinen, vermag ich nicht, mich anderen Considerationen zu verschliessen, aus welchen nicht auf eine Lockerung des Bündnisses, sondern auf die Möglichkeit einer Festigung desselben

nach dem Kriege geschlossen werden kann. Ich frage mich nämlich, ob die Praemisse, daß Bulgarien in seiner Politik den Parallelismus zwischen seinen und unseren Interessen in Rechnung stellt, von welcher Praemisse wir bei Beurteilung der bulgarischen politischen Richtung seit mehreren Jahren ausgegangen sind und die wir auch unserer Haltung Bulgarien gegenüber zu Grunde legten, als noch zu Recht bestehend angesehen werden darf. Der Standpunkt, wonach „Bulgarien sich ohne uns nicht rühren könnte," hat sich bereits als unrichtig erwiesen: während König Ferdinand, als Er vor wenigen Monaten in Wien weilte, Sich noch immer den Anschein gab, als ob Er für den Fall der Liquidierung der Türkei eine combinirte Action Österreich-Ungarns und Bulgariens ins Auge faßte, hat Er, wenn nicht schon damals, so jedenfalls sehr bald nachher an andere Mittel und Wege gedacht, die Ihm ermöglichen sollten, ohne auf uns zu warten, ans Werk zu gehen. König Ferdinand hat Sich die Unterstützung der drei anderen Balkanstaaten gesichert, Er hat Seine ganze Armee gegen die Türkei mobilisirt und sowohl Rumänien, welches Bulgarien angeblich in Schach halten sollte, als auch wir, ohne deren Ermächtigung König Ferdinand Sich nicht hätte rühren sollen, schauen den bulgarischen hauts faits in der Türkei ruhig zu. Man muß sich unwillkürlich fragen, ob von den Erwägungen, von deren grundsätzlicher Richtigkeit man bis vor Kurzem überzeugt war, auch nur eine einzige sich noch als zutreffend erweist. Bulgarien ist von seiner bisherigen Politik abgeschwenkt und niemand kann sagen, wie weit es sich von seiner früheren Richtlinie entfernt hat und um wieviel weiter es noch von derselben durch den Krieg entfernt werden kann. Mag auch Bulgarien keine andere Vereinbarung mit Serbien getroffen haben als bloß eine Abmachung über die Cooperation der beiden Armeen, so ist doch mit der Wirkung, die ein gemeinsam geführter Krieg auf die beiden Völker im Sinne eines engeren Anschlusses üben muß, zu rechnen und auch die Bedeutung des russischen Einflusses nicht zu unterschätzen, dem Bulgarien jetzt besonders zugänglich ist und der sich jedenfalls in der Richtung einer Union der orthodoxen Balkanslaven geltend macht. Die Leichtigkeit, mit der die Balkanstaaten dank ihres Bündnisses die verhaßte europäische Vormundschaft abgeschüttelt, dürfte schließlich auch die Bulgaren von der Nützlichkeit einer solchen Politik überzeugt haben. Das Verhältnis der Balkanstaaten zu einander und speziell jenes Bulgariens zu Serbien dürften ihre definitive Form noch nicht angenommen haben und die weitere Entwicklung derselben wird von dem Ausgange des Krieges, von Ereignissen, die heute niemand voraussehen kann, und auch von der Haltung der Mächte, insbesondere von jener Österreich-Ungarns und Rußlands, abhängen. Unter den zahlreichen Eventualitäten, die diesfalls in Betracht zu ziehen sind, liegt auch die im Bereiche der Möglichkeit, daß König Ferdinand Seine bisherige Politik de bascule zwischen Wien und Petersburg endgültig aufgebend Sich zur Verwirklichung Seiner weiteren Pläne, die auch bei günstigstem Ausgange des Krieges nicht alle gleich in Erfüllung gehen würden, der drei übrigen Balkanstaaten bedienen und damit anfangen wird, daß Er eine Union aller vier Länder herstellt oder nur mit dem unmittelbaren Rivalen in Macedonien ein engeres Bündnis schließt. In jeder dieser Com-

binationen wäre Bulgarien in jeder Hinsicht der stärkste respektive der stärkere Factor und aus beiden könnte es sich im Wege langsamer Evolution Vorteile auf Kosten seiner Bundesgenossen versprechen. Neben der vielleicht am meisten gerechtfertigten Annahme, daß sich das serbo-bulgarische Verhältnis nach dem Kriege lockern kann, erscheint — wie dies aus dem Vorhergesagten hervorgeht — auch die entgegengesetzte Alternative nicht ausgeschlossen. Bulgarien — welches wir übrigens nie an uns sehr stark heranzuziehen versucht haben — hat sich von uns entfernt, indem es sich zu einer activen Politik bis zu der äußersten Consequenz derselben, nämlich zum Kriege entschlossen hat, während wir in unserer conservativen und friedlichen Haltung verharren. Sollte es dazu kommen, daß wir uns veranlaßt sehen würden, zur Wahrung unserer Interessen auf der Balkanhalbinsel unsere militärische Macht in die Wagschale zu werfen oder nur eine comminatorische Haltung anzunehmen, würde — glaube ich — die dem Axiom, daß die Interessen Österreich-Ungarns und Bulgariens nicht miteinander collidiren, innewohnende Wahrheit wieder zur praktischen Geltung kommen und würde König Ferdinand, vorausgesetzt, daß wir den bulgarischen Aspirationen freien Lauf lassen, wohl kaum die serbischen Kastanien aus dem Feuer ziehen wollen. Tarnowski.

*Nr. **4162**. Tel. des Grafen Berchtold aus Florenz, 23. Okt. 1912 Nr. 2 (eing. 6 U. 55 M. p. m.).[a] Entziff.*

Bezug auf Telegramm vom 22. d. M.[b] Ich ersuche Euer Exzellenz, dem französischen Botschafter die nachstehende Antwort betreffend den Vorschlag seiner Regierung zu erteilen: „Le gouvernement Impérial et Royal est d'accord avec le gouvernement français sur l'utilité pour les puissances d'interposer leur médiation entre la Turquie et les Etats balkaniques. Les Puissances devront se concerter à cet effet au moment opportun sur les termes des démarches à entreprendre auprès des belligérants. Quelle que soit la réponse faite par les belligérants le gouvernement Impérial et Royal sera prêt à se concerter avec les autres Puissances sur les mesures à prendre en vue de maintenir la paix en Europe, de sauvegarder les intérêts des Puissances et d'acheminer l'amélioration de l'administration de la Turquie d'Europe. Ces mesures devront être fondées sur le maintien de la souveraineté de Sa Majesté le Sultan et l'intégrité de l'Empire ottoman."

Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 35 Nr. 57. Vgl. n. 4169. — [b] n. 4156.

*Nr. **4163**. Bericht aus Belgrad, 24. Okt. 1912 Nr. 117 (eing. 26. Okt.).[a] Ausfert.*

Das offiziöse Organ der königlich serbischen Regierung, die „Samouprava" hat in der gestrigen Nummer einen Leitartikel veröffentlicht, der unsererseits erhöhte Beachtung verdient Die mir gegenüber seitens des Herrn Pašić und des Herrn Jovanović in letzter Zeit wiederholt gemachten Andeutungen, worüber ich schon des öfteren zu berichten die Ehre hatte, haben in diesem Artikel eine präzisere und kondensierte Form gefunden.

Die serbische Regierung gibt der ganzen Welt kund, daß sie eigentlich eine Verständigung mit der Monarchie sucht; eine solche Äußerung hätte noch vor Jahresfrist hier den größten Sturm der Entrüstung hervorgerufen und hätte sogar die Stellung der Regierung gefährdet, heute dürfte sie in der serbischen öffentlichen Meinung ohne größeren Widerspruch entgegengenommen werden. Mit Befriedigung hebt die „Samouprava" den gemäßigten und ruhigen Ton hervor, den unsere Presse in dieser kritischen Zeit Serbien gegenüber geführt hat. Das Organ des Herrn Pašić will darin ein erfreuliches Zeichen für die weitere Entwicklung der Dinge am Balkan erblicken. Sowohl in Wien wie in Budapest bringe man größere Sympathien den Freiheitsbewegungen am Balkan entgegen; hiedurch wird aus dem Balkankonflikt jenes Element ausgeschieden werden können, welches bis jetzt am meisten zur Beunruhigung Anlaß gegeben hat. Die wirtschaftlichen Interessen der Monarchie stehen nicht im Widerspruch mit der Sanierung der politischen Verhältnisse am Balkan; im Gegenteil, es kann uns und unseren nationalökonomischen und politischen Interessen nur sehr wünschenswert erscheinen, wenn hier Friede und Recht herrschen würden. Österreich-Ungarn könnte sich bei dieser Gelegenheit die allergrößten Verdienste um die Sicherung des allgemeinen Wohles am Balkan erwerben und durch seine Beweise aufrichtiger Friedensliebe sich den aufrichtigsten Dank der Balkanvölker für ewige Zeiten sichern. In ganz ähnlichem Sinne hat sich Herr Pašić dem hiesigen Vertreter des Korrespondenzbureaus und unlängst einem deutschen Redakteur gegenüber — mit dem er auf der Reise von Nisch nach Belgrad zusammengetroffen ist — geäußert. Der Herr Ministerpräsident verteidigte sich auf das Entschiedenste gegen den Vorwurf, der Monarchie gegenüber schlecht disponiert zu sein. Er habe immer eine wirtschaftliche Annäherung zu Österreich-Ungarn gewünscht, und Serbien wäre sogar zu den weitgehendsten Konzessionen geneigt (er soll sogar auf eine Zollunion angespielt haben), wenn die Monarchie in der Territorialfrage gewisse Konzessionen machen würde. Serbien müsse seinen Weg ans Meer finden; derselbe muß aber nicht um jeden Preis über den Sandjak führen, wenn Österreich-Ungarn hiezu seine Zustimmung absolut nicht geben wollte. Skutari und das Adriatische Meer können auch auf anderen Wegen erreicht werden. Ohne einen Zugang zum Meere könne Serbien aber nicht existieren; es müßte ersticken. Es würde immer von den politischen Komplikationen seiner Nachbarstaaten abhängig bleiben; jeder größere ökonomische Fortschritt wäre einfach unmöglich. Um sich aber diese Chancen zu sichern, wäre das Land zu den größten wirtschaftlichen Opfern bereit. Ugron.

a) Vgl. n. 4184.

Nr. **4164.** *Bericht aus Konstantinopel, 24. Okt. 1912 Nr. 82 C (eing. 27. Okt.).*[a] *Ausfert.*

Vertraulich. Mit meinem Telegramme vom 21. d. M. Nr. 497 hatte ich die Ehre, Euer Excellenz zu melden, daß die türkische Regierung die Absicht habe, den früheren Großvezir Hussein Hilmi Pascha zum Bot-

schafter in Wien zu ernennen. In einer Unterredung, welche ich gestern mit ihm hatte, sagte mir Hilmi Pascha, daß er sich schwer entschlossen habe, den Wiener Botschafterposten, die Erteilung des Agréments vorausgesetzt, anzunehmen, weil er nie in diplomatischer Verwendung gestanden sei. Er habe dem Drängen der Regierung nur deshalb nachgegeben, weil er in diesen schweren Zeiten derselben seine Dienste nicht verweigern könne und weil auch Seine Majestät der Sultan seine Entsendung nach Wien gewünscht hätte. Er betrachte aber den Wiener Botschafterposten quasi als eine besondere Mission und habe die Absicht, von dieser Stelle zu scheiden, sobald die Lage sich geklärt haben wird. Vielleicht ist er überzeugt, seinem Vaterlande in der internen Verwaltung bessere Dienste leisten zu können. Bei dieser Gelegenheit kam der frühere Großvezir auch auf die Sandjakfrage zu sprechen und theilte mir in strengstem Vertrauen mit, daß der Minister des Äußern ihn in den Plan, uns die militärische Besetzung des Sandjaks anzubieten, eingeweiht habe. Noradunghian Effendi soll ihm bei dieser Gelegenheit gesagt haben, daß die Anregung hiezu von Mavrogeni Bey ausgegangen sei und ließ Hilmi Pascha durchblicken, als ob der Gedanke dem Botschafter von irgend einer maßgebenden Stelle in Wien suggeriert worden sei. Ich erklärte selbstredend, nichts davon zu wissen, fügte aber hinzu, daß meiner persönlichen Auffassung nach eine solche Action mir im Hinblicke auf die Complicationen, welche die Effectuierung dieses Planes namentlich von russischer Seite nach sich ziehen könnte, unmöglich erscheine. Der Minister des Äußern hat mir in der Unterredung, die ich mit ihm im Gegenstande hatte, erklärt, der Ansicht zu sein, daß schon das bloße Bekanntwerden einer diesbezüglichen Einigung zwischen uns und der Pforte die serbische und die montenegrinische Regierung dazu bewegen würde, den Sandjak zu räumen und von jeder militärischen Action gegen denselben abzustehen. Es wäre übrigens die temporäre Besetzung einer türkischen Provinz in Kriegszeiten nicht ohne Präcedens, da ja wir selbst im Krimkriege die Walachei besetzt und nach dem Kriege wieder geräumt hätten. Pallavicini.

a) Vgl. n. 4139, 4152.

Nr. 4165. Bericht aus St. Petersburg, 11. 24. Okt. 1912 Nr. 41 (eing. 28. Okt.).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Aus meinen wiederholten Unterredungen mit Herrn Sazonow gewann ich die Überzeugung, daß die russische Regierung auch heute noch eine überzeugte Anhängerin des in den gemeinsamen Enunciationen bei den Balkanstaaten und in Konstantinopel zum Ausdrucke gekommenen Prinzipes ist, daß der territoriale Status quo am Balkan auch nach dem Kriege nicht verändert werden dürfe, daß aber wie immer dieser ausgehe, seitens der Türkei wirksame Reformen einzuführen wären, die bei Wahrung der Souveränitätsrechte des Sultans doch eine Gewähr geben, daß in jenen Gegenden endlich einmal Ruhe eintrete und nicht ganz Europa ständig vor von dort ausgehenden Komplikationen zittern müsse. Diese Auffassung kam in einer mir gegenüber ganz kürzlich gemachten Äußerung

Herrn Sazonows wieder deutlich zum Ausdrucke. Als nämlich der Herr Minister mir gegenüber die Ansicht aussprach, daß nach der nächsten größeren Schlacht vielleicht schon der Moment eintreten könnte, wo sich für Europa die Möglichkeit einer Intervention bieten würde, machte ich den Einwurf, daß dies wohl im Falle eines Sieges der Türken Geltung haben könnte, daß aber nach einem größeren Erfolge Bulgariens dieses kaum geneigt sein würde, sich so rasch einem Drucke von Seite der Mächte zu fügen. Es wäre ja in diesem Falle nach einem siegreichen Gefechte, das naturgemäß den bulgarischen Chauvinismus noch höher anspannen würde, dort angelangt, wo es vor dem Kriege stand, in welchen Gedanken es sich wohl kaum so rasch hineinfinden würde. Herr Sazonow erwiderte mir, dies werde allerdings die Lage der Bulgaren sein, „aussi" fuhr er fort, „me suis-je tué à leur dire qu'ils ne gagneraient absolument rien en faisant la guerre". Ist es nun auch gewiß sehr erfreulich zu sehen, daß der Leiter der russischen Auswärtigen Politik tatsächlich von der loyalen Absicht beseelt ist, die mit den anderen Mächten in Bezug auf die Erhaltung des Status quo eingegangenen Verabredungen zu respektieren, so enthebt uns dies meiner unmaßgeblichen Meinung nach durchaus nicht der Notwendigkeit, die Frage zu erwägen, ob der unaufhaltsame Gang der Ereignisse sich nicht als stärker erweisen könnte als der Wille der Großmächte. Insbesondere ist diese Frage mit Bezug auf die russische Regierung zu stellen, welche bis zu einem gewissen Grade mit der durch eine leidenschaftliche Hetze der Presse und der nationalistischen und panslavistischen Elemente aufgeregten öffentlichen Meinung zu rechnen genötigt sein wird. Ich glaube, daß die Frage, ob es gelingen wird, nach dem Kriege den territorialen Status quo wirklich aufrecht zu erhalten, nicht unbedingt bejaht werden kann, sondern sehr wesentlich davon abhängen wird, welche Entwicklung die kriegerischen Operationen nehmen werden. Da diese nicht vorauszusehen ist, so schiene es mir immerhin vorsichtig, sich für alle Fälle schon jetzt darüber klar zu werden, welche Haltung wir der Eventualität gegenüber einnehmen sollten, wenn zu Folge zu großer Erfolge der Balkanstaaten diese nicht mehr in ihre bisherigen Grenzen sich zurückweisen lassen würden. Für diesen Fall ist das bisher bestehende Abkommen, welches auf den Status quo basiert ist, nicht anwendbar und es stehen sich daher unsere und Rußlands Interessen frei gegenüber. Die große Frage ist nun, ob es möglich wäre, auch für diese Eventualität einen Modus zu finden, der eine friedliche Verständigung mit Rußland ermöglicht. Um für die Beantwortung dieser Frage einen Anhaltspunkt zu haben, wäre es zunächst nötig, einerseits den russischen Standpunkt zu kennen, und andererseits, ohne uns durch populäre Schlagworte beeinflussen zu lassen, zu erwägen, wie weit wir demselben ohne Preisgabe unserer vitalen Interessen eventuell Rechnung tragen könnten. Aus einzelnen, gelegentlich rein privater Gespräche fallen gelassenen Äußerungen Herrn Sazonows glaube ich dessen Standpunkt wie folgt präzisieren zu können. 1. Wenn irgend möglich Festhalten am Status quo im Sinne der unlängst erfolgten Vereinbarung der Mächte. 2. Wenn dies sich als absolut unmöglich herausstellen sollte, hat Rußland vor Allem ein Interesse daran, daß Konstantinopel nicht in andere als türkische Hände falle. Aus diesem

Grunde darf es auch nicht wünschen, daß Bulgarien zu stark werde und sich zu weit gegen Konstantinopel ausdehne. Einer Vergrößerung Bulgariens im Rahmen des Vertrages von San Stefano könnte sich Rußland, ohne inkonsequent zu erscheinen, wohl nicht widersetzen; eine darüber hinausgehende Stärkung desselben könnte hierseits aber nicht zugelassen werden. 3. Serbien müßte in diesem Falle auch ein gewisser Gebietszuwachs, vor Allem aber ein, wenn auch noch so schmaler Zugang zum Meere zugestanden werden. Letzteres ist allerdings kein unmittelbares und direktes Interesse Rußlands, doch dürfte die russische Regierung schon aus Rücksicht auf die russische öffentliche Meinung hierauf das größte Gewicht legen; auch scheint Herr Sazonow zu glauben, daß nur, wenn man Serbien durch einen Zugang zum Meere befriedige und ihm dadurch eine wirtschaftliche Entwicklung ermögliche, in jener Balkanecke dauernde Ruhe eintreten würde; dies sei aber, woran Rußland das größte Interesse habe. — Betrachtet man nun diese russischen Wünsche in der Beleuchtung unserer Interessen, so ist es wohl ohne weiteres klar, daß aus der Haltung Rußlands Bulgarien gegenüber ein ernstlicher Gegensatz nicht zu befürchten ist. Anders verhält es sich bezüglich Serbiens und ich bin mir vollkommen bewußt, daß eine solche Vergrößerung dieses Landes, insbesondere in einer Richtung, die uns den direkten Weg nach Saloniki verlegen würde, im ersten Augenblicke ernste Bedenken zu erwecken geeignet wäre. Bei näherer Überlegung scheinen mir aber doch verschiedene Momente in den Vordergrund zu treten, die ein absolutes Abweisen dieses Gedankens a limine doch nicht ohne weiteres rechtfertigen würden. Es sind da vor Allem zwei Eventualitäten ins Auge zu fassen: Entweder hat die Monarchie — eventuell auch erst in einem späteren Zeitpunkte — die Absicht, selbst territoriale Erwerbungen anzustreben und denkt sie an den vielbesprochenen Vormarsch nach Saloniki oder nicht? Ich glaube, soweit mir die Intentionen Euer Exzellenz bekannt sind, diese Frage verneinen zu können. Aber selbst in dem Falle, als in einer späteren Entwicklungsperiode die Monarchie sich dem „Drang nach Osten" nicht zu entziehen vermögen sollte, glaube ich, daß eine territoriale Expansion in der Richtung des ägaeischen Meeres unmöglich durch den dünnen Darm des Sandschaks erfolgen könnte, sondern daß einer solchen notwendigerweise die Angliederung Serbiens an die Monarchie in irgend einer Form vorangehen müßte. Ist aber diese Annahme richtig, so wäre der Umstand, daß Serbien bereits einen Zugang zum Meere hätte, durchaus irrelevant. Lassen wir aber diese, gegenwärtig doch kaum in den Bereich einer praktischen Politik fallende Eventualität bei Seite, so frägt es sich, ob unsere Interessen die in diesem Falle nicht territorialer sondern ausschließlich wirtschaftlicher Natur wären, durch Vorlagerung eines schmalen serbischen Streifens ernstlich bedroht würden. Ich sollte meinen, daß diese Frage nicht ohne weiters bejaht werden kann. Freilich müßten gewisse wirksame Cautelen gefunden werden, die unseren Erzeugnissen jeder Zeit einen gesicherten freien Durchgang in das mazedonische Wirtschaftsgebiet Gewähr leisten würden. Daß es aber unmöglich sein sollte, solche Stipulationen zu treffen, kann ich nicht glauben; auch sollte ich meinen, daß wir in dieser Beziehung, wenn wir erst im Prinzipe uns mit dem in Rede stehenden russischen Wunsche abgefunden

hätten, von Rußland selbst hierin Unterstützung finden würden. Allerdings ist es eine Frage, ob es nicht weit vorteilhafter wäre, in dieser Beziehung nicht auf die russische Vermittlung zu warten, sondern zu versuchen, uns bei Eintritt einer derartigen Eventualität mit Serbien direkt auseinanderzusetzen. Im letzteren Falle würde dieses den Zugang zum Meere nicht Rußland, sondern uns verdanken, was einen Umschwung in der Haltung Serbiens uns gegenüber herbeizuführen geeignet wäre. Es schwebt mir der Gedanke vor, daß für das großmütige Geschenk, das wir — wenn auch nicht sehr gerne — diesem Lande machen würden, von diesem außer der zu sichernden unbehinderten Durchfuhr unserer Erzeugnisse auch eine weitere entsprechende Gegenleistung zu erlangen wäre. Es könnte dies etwa in Gestalt eines Handelsvertrages geschehen, in dem einerseits unserer Industrie alle jene Vorteile gewahrt werden könnten, die uns Serbien als Absatzgebiet sichern würden, ohne daß andererseits durch die Monarchie auf agrarischem Gebiete solche Konzessionen gewährt werden müßten, welche unsere Agrarier perhorreszieren und an denen der Abschluß eines günstigen Handelsvertrages bisher scheitern mußte. Haben nämlich die Serben einen eigenen Zugang zum Meere, so sind sie für den Absatz ihrer Agrarprodukte von der Monarchie unabhängig und können daher, ohne sich zu schädigen, unserer Industrie weitgehende Zugeständnisse machen. Der Umstand, daß der den Serben eventuell zu gebende Zugang zum Meere nicht gut anders als über einen Teil albanischen Gebietes, und zwar eines von katholischen Albaniern bewohnten, führen könnte, hätte vielleicht gerade das Gute, daß uns mit Rücksicht auf die katholische Bevölkerung auch dann noch ein gewisser Einfluß in jener Gegend bleiben würde. Daß hiedurch die territoriale Verbindung zwischen der Monarchie und Albanien unterbrochen würde, schiene mir nicht allzuschwer ins Gewicht zu fallen, da sie einerseits de facto auch jetzt nicht besteht und andererseits über so unwegsames Gebiet führen würde, daß in der Praxis die Verbindung doch immer am Besten zu Schiff aufrecht erhalten werden dürfte. Aus den vorstehend ausgeführten ergebensten Erwägungen möchte ich zu dem Schlusse gelangen, daß selbst für den Fall, als der territoriale Status quo nicht aufrecht zu erhalten wäre, unsere vitalen Interessen nicht in einem unvereinbaren Gegensatze mit dem russischen Standpunkte stehen, und daß es vielleicht im Interesse eines weiteren friedlichen, ja vielleicht selbst freundschaftlichen Zusammengehens mit Rußland sich doch als möglich erweisen könnte, auf dieser Basis bei Festlegung entsprechender Cautelen, auch im äußersten Falle eine Verständigung mit Rußland zu erzielen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4257.

Nr. **4166.** *Tel. nach Bukarest, 25. Okt. 1912 Nr. 56 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.).*[a]) *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Die Nachrichten vom östlichen Kriegsschauplatz rücken die Möglichkeit einer entscheidenden Niederlage der Türkei näher. Mit Rücksicht auf die in Euer Durchlaucht Telegramme Nr. 56 vom 13. l. M. wiedergegebene und im Berichte Nr. 55 A[b]) wiederholte Äußerung König Carols

über eine eventuelle Besetzung einer strategischen Linie in der bulgarischen Dobrudscha lege ich Wert darauf, den Eindruck nicht aufkommen zu lassen, als ob unser Stillschweigen als Zustimmung aufzufassen wäre. Seiner Majestät ist es bekannt, daß wir im geeigneten Momente für die Interessen Rumäniens diplomatisch eintreten werden, jedoch schiene es uns bedenklich, wenn Rumänien während des Verlaufes des Krieges aus seiner Neutralität heraustreten würde. Euer Durchlaucht wollen sich im vorstehenden Sinne bei König Carol vernehmen lassen und beifügen, daß wir überzeugt sind, daß Seine Majestät ohne eingehende vorherige Aussprache mit dem Wiener und Berliner Kabinette keinen Entschluß in dieser Richtung fassen werde.

Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 35 Nr. 58. Vgl. n. 4187, 4212, 4225. — [b] Vom 17. Okt.

Nr. 4167. Bericht aus London, 25. Okt. 1912 Nr. 52 A (eing. 28. Okt.) Ausfert.

Ich habe Sir Edward Grey gestern besucht. Der Staatssekretär hatte keine Kriegsnachrichten und sprach die Meinung aus, daß wenn die Türken den Kampf gegen Serbien, Montenegro und Griechenland vernachlässigen und ihre ganze Aufmerksamkeit der bulgarischen Armee widmen, sie ganz recht hätten, denn in Thracien müsse die Entscheidung fallen. Was die künftige Entwicklung der Dinge betrifft, in so weit sie die Großmächte berührt, so meinte Sir Edward, es wäre von höchster Wichtigkeit, schon vor dem Moment, in welchem die Mediation eintritt, einen fertigen Plan zu haben. Jedenfalls müßten die Reformen so sein, daß unter keinen Umständen Macedonien wieder in einen Zustand zurückfalle (drift into the same position), wie er unter Abdul Hamid und der Komitéherrschaft war. Die jetzige türkische Regierung habe die ernste Absicht gezeigt, das Reformwerk aufrichtig zu beginnen. Dies genüge aber nicht, man müsse etwas haben, das nicht von dem guten Willen eines vergänglichen Kabinettes abhänge. Nach seiner Ansicht wäre es die Sache Österreich-Ungarns und Rußlands — eventuell jetzt auch mit Zuziehung Italiens — als die meist interessierten Mächte, sich darüber zu einigen, was bei Eintritt der Mediation zu geschen hätte. Er wisse sehr gut, daß es schwierig sei, schon aus dem Grunde, weil sowohl bei uns als in Rußland die öffentliche Meinung durch den weiteren Gang der Ereignisse in eine Stimmung versetzt werden kann, die sie möglicher Weise in Gegensatz zu den Entschließungen ihrer respektiven Regierungen brächte. Dennoch hält er es für das Allerwichtigste, daß eine Verständigung zwischen Wien und Petersburg erzielt werde. „Wenn Sie sich wenigstens einigen, die Punkte anzugeben, über welche Sie sich nicht einigen können," fügte er lachend bei „so wäre schon etwas gewonnen." (If you will agree on which points you cannot agree). Auf meine Bemerkung, er meine wohl, daß die anderen Mächte dem zustimmen würden, was zwischen Euer Exzellenz und Herrn Sazonow vereinbart worden sein würde, gab er keine direkte Antwort, sagte aber, nach Allem was er höre, bestünden in Paris und Berlin die besten Dispositionen dazu und gab mir mehr oder weniger zu verstehen, daß auch er keine Schwierigkeiten machen würde.

Eine positive Zusage, auf die man sich berufen könnte, gab er mir aber nicht. Ich glaube, daß er jedem Projekt, über das die k. u. k. und die russische Regierung sich verständigt haben würden, gern zustimmen wird. Auch mein russischer Kollege, über dessen Äußerungen ich an anderer Stelle berichte,[a] ist dieser Ansicht. Als ich an den Staatssekretär die Frage richtete, wie er sich eine Mediation vorstelle, wenn die Belligerenten sie nicht verlangen oder nicht wünschen, hatte er keine Antwort darauf und diskutierte nur theoretisch die Frage, ob und wie durch Zwangsmittel der gegenwärtige Krieg hätte vermieden werden können, wobei wir nur zum Schluß gelangen konnten, daß eine Pression der Mächte auf alle Beteiligten durch Gewalt- und Coercitivmaßregeln gefährlicher gewesen wäre, als der Krieg selbst. Mit Entschiedenheit sagte mir der Staatssekretär, er wolle unter allen Umständen am Ende des Krieges die Kretafrage vor alle Signatarmächte bringen. Wenn nach Allem, was jetzt vorgeht, nach einem blutigen Kriege, die Kretafrage so bliebe wie jetzt und er noch weiter damit geplagt werde, so würde er „streiken". Er werde die fundamentale staatsrechtliche Stellung Kretas vorbringen, so daß wir und Deutschland, ob wir wollen oder nicht, mitreden müssen und er die Verantwortung als Schutzmacht sich vom Halse schaffen könne. Keine Frage habe ihm mehr Plage verursacht als die kretensische und es gebe ihm Üblichkeiten, wenn man ihm nur davon spreche. Im Laufe unserer Konversation kamen wir auf die Stellung Herrn Sazonows zu sprechen, ich citierte als erfreuliches Symptom das vorgestrige Telegramm Mr. Dillons im „Daily Telegraph", und Sir Edward Grey sagte mir, er habe auch nach Allem, was er höre, den Eindruck, daß der russische Minister des Äußern die notwendige Unterstützung finde, um den Angriffen erfolgreich widerstehen zu können. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 4168.

Nr. 4168. Bericht aus London, 25. Okt. 1912 Nr. 52 B (eing. 28. Okt.)[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Mein russischer Kollege hat mir in letzter Zeit wiederholt und mit größter Insistenz von der Notwendigkeit einer Verständigung zwischen unseren zwei Regierungen gesprochen. Graf Benckendorff würde auch lebhaft wünschen, daß, falls sie zu Stande käme, wir autorisiert würden, der hiesigen Regierung vertraulich davon Kenntnis zu geben, und will in diesem Sinne bei Herrn Sazonow plädieren. Es würde nach seiner Ansicht dann die Nervosität verschwinden, die hier bis zu einem gewissen Grade hinsichtlich der Beziehungen zwischen Wien und Petersburg unzweifelhaft besteht. Mein russischer Kollege meint, Grey wolle keine Initiative während des jetzigen Krieges ergreifen, daß er aber „zu Allem zu haben wäre," über was wir uns einigen würden, jedenfalls im Wesentlichen, wenn man auch vielleicht gewisse Formulierungen England le cas échéant überlassen sollte. Benckendorff scheint über die Aktivität des Herrn Poincaré etwas ungeduldig, was aber vielleicht nur seinem persönlichen für Paris wenig Sympathie empfindenden Gefühle entspricht. Jedenfalls legt er immer wieder das größte Gewicht darauf, daß die künftige Aktion

der Mächte zwischen Wien und Petersburg vereinbart werden müsse, und ist der Ansicht, daß auch die britische Regierung erst dann über die Lage beruhigt sein würde, wenn sie von der glücklich zustande gekommenen Einigung zwischen unseren beiden Regierungen Kenntnis erhalten habe.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 4167.

*Nr. **4169.** Tel. aus Paris, 25. Okt. 1912 Nr. 124 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 91 vom 24. d. Mts.[b]) Im Ministerium des Äußern erfahre ich, daß die von Euer Exzellenz Herrn Dumaine erteilte Antwort Herrn Poincaré befriedigte, nur der Ausdruck „amélioration de l'administration" statt des in den bisherigen Enunziationen der Signatarmächte gebrauchten Wortes „réformes" scheint hier und auch in London als eine Abschwächung des bisher eingenommenen Standpunktes ausgelegt zu werden. Herr Dumaine ist beauftragt worden, bei Euer Exzellenz für Beibehaltung des Ausdruckes „réformes" einzutreten. Gleiche Instruktion erging auch an den französischen Botschafter in Berlin.

Szécsen.

[a]) Vgl. n. 4177. — [b]) Mit Tel. Nr. 91 nach Paris vom 24. Okt. (chiffr. 11 U. 50 M. a. m.) erfolgte Mitteilung von n. 4162.

*Nr. **4170.** Aufzeichnung über eine im Ministerium des Äußern abgehaltene Konferenz,[a]) ohne Datum (zwischen 25. und 30. Okt. 1912).[b]) Konz. (S. Rappaport).*

Territoriale Veränderungen.

1. Albanien. Bezüglich des künftigen Schicksales Albaniens wurde vor allem constatiert, dass ein vitales Interesse der Monarchie, zu dessen Wahrung nicht bloss diplomatische Mittel anzuwenden wären, sondern von vorneherein und unter allen Umständen auch zur ultima ratio gegriffen werden müsste, darin besteht, dass die Festsetzung einer Grossmacht (eventuell auch gewisser kleinerer Mächte zum Beispiel Serbiens) auf der östlichen Küste der Adria bezw. des jonischen Meeres hintangehalten werden muss. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend erscheint die Bildung eines autonomen oder, nach gänzlichem Aufhören der türkischen Souveränität, selbstständigen Albaniens erwünscht. Was den territorialen Umfang dieses neuen Körpers betrifft, so würde es im Interesse seiner Lebens- und Widerstandskraft gelegen sein, dass er womöglich alle auf türkischem Boden wohnenden Shkipetaren in sich schliesse und eine möglichst natürliche Abgrenzung aufweise. Auch wäre es im Interesse der Entwicklung enger wirtschaftlicher und politischer Beziehungen Albaniens zu Österreich-Ungarn gelegen, wenn sich dieser Zukunftsstaat möglichst weit nach Osten erstrecken würde. Leider erscheinen diese Desiderata infolge der complizirten ethnographischen Verhältnisse der Vilajete Kossova, Monastir und Janina überhaupt nicht leicht realisirbar, und noch viel weniger im gegenwärtigen Momente angesichts der militärischen Erfolge der Balkanstaaten. Zieht

man die gegenwärtige Situation in Betracht, so wäre betreffs des Umfanges eines möglichst lebenskräftigen Albaniens etwa folgendes anzustreben: dass vom Generalgouvernement Janina bloss der südlichste Theil (südlich vom Flusse Kalamas) und höchstens auch noch die Vilajetshauptstadt sammt Umgebung zu Griechenland geschlagen würde, dass im Vilajete Monastir der westliche Theil des Sandschaks Korča (bis zu dem östlich von der gleichnamigen Stadt verlaufenden Gebirgszuge) und Monastir (bis zur Wasserscheide zwischen dem Ohrida- und dem Presba-See), ferner der ganze Sandschak Elbassan und der überwiegende Theil des Sandschaks Dibra zu Albanien gerechnet werden; dass vom Vilajet Kossova zum mindesten die rein albanischen Gebiete des Sandschaks Prizren und Ipek (also Luma, Hassi sowie die Malzia von Djakova sammt der gleichnamigen Stadt und Umgebung) in das autonome Albanien einbezogen werden; dass endlich in dem rein albanischen Vilajete Skutari die montenegrinischen Neuerwerbungen soviel als irgend möglich, also etwa auf die katholische Malzia sowie die Stadt und Ebene von Skutari eingeschränkt bleiben. Da es bei der gegenwärtigen Situation nicht ganz feststeht, ob es gelingen wird, dem künftigen Albanien auch diese bescheidenen Grenzen zu sichern, musste auch die Frage erörtert werden, ob auch die Schaffung eines kleineren und daher minder lebensfähigen Albanien überhaupt anzustreben ist, oder nicht vielleicht in diesem Falle eine Theilung vorzuziehen wäre. In letzterer Hinsicht wurde constatirt, dass eine Theilung des Landes zwischen Österreich-Ungarn und Italien nicht leicht durchführbar wäre und ebenso wie ein Condominium den Keim eines Konfliktes zwischen den beiden Mächten in sich trüge. Da auch eine Theilung Albaniens zwischen Montenegro und Griechenland infolge der geringen Machtmittel namentlich erstern Staates als kaum realisirbar und deren politischer Werth für uns zweifelhaft erscheint, ergibt sich, dass ein autonomes Albanien selbst von minimalem Umfange und von problematischer Lebensdauer für uns deshalb vorläufig die relativ günstigste Lösung darstellt, weil sie den Konflikt mit Italien aufzuschieben und uns doch einige Zukunftsmöglichkeiten offenzuhalten geeignet erscheint. Was die Stellung des künftigen autonomen Albaniens anbelangt, so stünde ein österreichisch-ungarisches Protectorat über dasselbe mit unsern Abmachungen im Widerspruche, während ein Condominium mit Italien die früher erwähnten Gefahren in sich bergen würde. Hingegen wäre ein internationaler Schutz des Landes eventuell eine Neutralisierung von Vortheile, um Albanien vor den Begehrlichkeiten der stärkeren Nachbarn zu schützen. Bei den Eigenthümlichkeiten der Albanesen wäre es wol am besten, wenn die Schutzmächte sich auf die Erhaltung der äussern Integrität beschränken, hingegen nach innen zu jede Einmischung vermeiden würden. Eine mit Aufsichtsmassregeln verbundene Reform wäre bedenklich und nutzlos, höchstens liessen sich, aber auch nur über directen Wunsch der Bevölkerung, die Gendarmerie oder einzelne andere Verwaltungszweige durch Angehörige von Kleinstaaten reorganisiren. Nur in dieser Richtung wäre an eine Heranziehung rumänischer Reformer zu denken. Die Hauptschwierigkeit dürfte der Mangel einer über den Parteien stehenden bewaffneten Macht bilden, weshalb die Idee eines Zusammenhanges mit der

Türkei (eventuell Schaffung einer Secundogenitur im Hause Osman) vielleicht auch die zeitweilige Belassung türkischer Truppen nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Selbst wenn das albanische Problem dadurch vereinfacht würde, dass die Katholiken im Norden an Montenegro, die Orthodoxen im Süden insgesammt an Griechenland fallen sollten, wäre das verbleibende rein mohammedanische Albanien noch keineswegs davor gesichert, dass der Gegensatz zwischen Sunniten und Bektaschis, zwischen Tosken und Ghegen und die Feindschaften der einzelnen Clans nicht etwa zu blutigen Kämpfen führen, ähnliche anarchische Zustände einreissen, wie dies z. B. in dem neu befreiten Griechenlande der Fall war.

2. Gebietserweiterungen Montenegros. Das Ergebnis der einschlägigen Berathungen lässt sich dahin zusammenfassen, dass einer Ausdehnung des Königreiches auf die benachbarten ganz oder vorwiegend slavischen, ja sogar auf albanesische katholische Gebiete gegen gewisse uns zu gewährende Kompensationen zugestimmt werden könnte. Diese Kompensationen würden einerseits in einer Zollunion und anderweitigen wirtschaftlichen Abmachungen (worüber eine ausführliche Spezialstudie vorliegt),*c)* anderseits in Grenzregulirungen bestehen. Unter letzteren nimmt die Lovćenfrage den ersten Rang an, da es sich hiebei um die militärische Sicherung der Bocche di Cattaro handelt, welche bei günstiger Lösung dieses Problems in einen erstklassigen Kriegshafen verwandelt werden könnte, was unsere maritime Machtstellung in der Adria wesentlich erhöhen würde. Sollten die katholischen Landschaften Oberalbaniens zu Montenegro kommen, so wäre unser Kultusprotektorat — rein politisch genommen — wol kaum als mehr denn ein Kompensationsobjekt anzusehen. Natürlich würde es aber unser Prestige als katholische Grossmacht erfordern, im Einvernehmen mit dem Heiligen Stuhle und Montenegro dafür zu sorgen, dass die Kultusfreiheit und die materiellen Existenzbedingungen der Kirche nicht beeinträchtigt werden. (Konkordat, vielleicht auch Kultus-Subvention an Montenegro oder an die Propaganda?). Die unter unserem Schutze stehenden Schulen könnten eventuell weitergeführt werden und als culturelles Aktionsmittel erhalten bleiben, namentlich falls italienischerseits ein gleicher Vorgang beobachtet werden sollte. Eventuell wäre da eine Meistbegünstigungsabmachung mit Montenegro zu treffen.

3. Sandschak. Die Bedeutung dieser Landschaft für Österreich-Ungarn wurde von folgenden Gesichtspunkten aus erörtert: ... *wie n. 4118 von „1. als wirtschaftspolitisches Ausfallstor" bis „ad 4.) ... verweisen könne"* ... Die Berathungen ergaben das Resultat, dass das künftige Schicksal des Sandschaks kein vitales Interesse der Monarchie tangire. (Hinsichtlich der Sandschakfrage liegen überdies noch eingehende wirthschaftliche Studien sowie ein politisches Referat des Gesandten Grafen Nemes vor).*d)*

4. Gebietserweiterungen Serbiens. Die Zustimmung Österreich-Ungarns zu Gebietserweiterungen Serbiens, soweit sich dieselben auf ganz oder vorwiegend von Slaven bewohnte Landschaften erstrecken sollen, wäre an Kompensationsforderungen zu knüpfen, welche hauptsächlich auf wirthschaftlichem Gebiete liegen würden, jedoch aus technischen und inner-

politischen Gründen eine volle Zollunion nicht umfassen könnte (vgl. wirthschaftliche Specialstudie).c) Die politische Seite dieser wirthschaftlichen Annäherung bestünde in der dadurch geschaffenen Garantie für ein freundnachbarliches Verhalten des Königreiches der Monarchie gegenüber, welches Verhältnis sich eventuell im Laufe der Zeiten noch vertiefen könnte. Demselben Zwecke würde auch eine Regelung der strittigen Grenzfragen zum Beispiel an der Drina dienen. Die einzige Gebietserweiterung Serbiens, zu der Österreich-Ungarn seine Zustimmung nicht ertheilen vermöchte, wäre ein directes Übergreifen auf rein albanisches Territorium behufs Erwerbung eines an die Adria reichenden Gebietsstreifens. Eine solche Tendenz wäre in dem von Serbien verfolgten nationalistischen Prinzipe keineswegs begründet. Serbien kann, wenn es wirklich den guten Willen hat, mit der Monarchie in dauernder Freundschaft zu leben, auch keine reellen ökonomischen Motive anführen, welche den Besitz der Adriaküste als eine wirthschaftliche Nothwendigkeit erscheinen lassen, da wir ihm die freie Viehdurchfuhr durch Bosnien zur Adria bieten und es überdies — sei es gemeinsam mit uns, sei es unabhängig von uns — über die Möglichkeit verfügt, sich den Exportweg über Salonik frei zu halten. Die Tendenz territorial an die Adria zu gelangen, würde daher nicht etwa bloss das wirthschaftliche Unabhängigkeitsbestreben Serbiens (dem ja schliesslich schon durch den Bau einer Donau-Adria-Bahn Genüge geleistet würde), sondern geradezu die Abneigung darthun, freundnachbarliche Beziehung zu Österreich-Ungarn anzubahnen. Sollte Serbien etwa schon während des jetzigen Krieges durch eine militärische Expedition ins Innere Albaniens einen Vorstoss gegen das adriatische Meer in Angriff nehmen, so bliebe uns wol nichts übrig, als einem solchen Versuche a limine entgegenzutreten.

5. Gebietserweiterungen Bulgariens kommen vom Standpunkte Österreich-Ungarns wol nur so weit in Betracht, als sie Kompensationsforderungen Rumäniens auslösen. Im Übrigen geht unsere Tendenz natürlich dahin, dass wir es vorziehen müssen, wenn sich Bulgarien statt im westlichen Theile der Halbinsel im Osten erweitert, ein Punkt, in welchem die Interessen der Monarchie die entgegengesetzte Richtung verfolgen, als dies bei Russland infolge seiner althergebrachten Aspirationen auf Konstantinopel der Fall ist.

6. Ob die gegenwärtige Balkankrise auch schon eine Entscheidung bezüglich des Schicksals Konstantinopels herbeiführen wird, hängt wol in erster Linie von dem weitern Verlaufe des Krieges ab. Für Österreich-Ungarn bietet diese Frage — abgesehen vom wirthschaftlichen Standpunkte — wol nur das eine Interesse, dass deren Aufrollung einen Interessengegensatz zwischen Russland und Bulgarien — vielleicht auch zwischen ersterem und den Westmächten — schaffen dürfte. Die hiemit im Zusammenhange stehende Meerengenfrage wird wol in erster Linie durch das Verhältnis zwischen dem britischen und dem russischen Reiche bestimmt. Es ist kaum anzunehmen, dass man in London eine Veränderung der Dardanellenverträge in dem Sinne zustimmen könnte, dass das Schwarze Meer sich in ein „mare clausum“ im einseitigen Interesse Russlands verwandle. Die entgegengesetzte Eventualität einer Eröffnung dieses Meeres für alle Kriegs-

marinen würde wol auch von unserem Gesichtspunkte die acceptabelste Lösung darstellen.

7. Macedonien. a.) Salonik. Die Monarchie hätte ein Interesse daran, dass Salonik zu einem Freihafen eventuell zu einem autonomen Municipium ausgestaltet werde, weiters dass für die Sicherstellung des Bahnverkehres mit der Monarchie gewisse Abmachungen (etwa nach Art der Convention à quatre)[e] getroffen werden. Nicht ungünstig wäre es von diesem Gesichtspunkte, wenn das von der Orientbahnlinie Zibeftsché—Salonik durchschnittene Gebiet zwischen zwei oder drei Balkanstaaten getheilt würde. b) Infolge des Massenbezuges von Tabak für unsere Regien aus dem ostmacedonischen Productionsgebiete (Drama-Kavalla etc.) wäre anzustreben, dass bezüglich der Erzeugungs-, Handels- und Exportverhältnisse der status quo thunlichst bewahrt bleibe. c.) Eventuell wäre den griechisch-orientalischen Kirchen der Monarchie ein Anrecht auf Gründung eigener Mönchsniederlassungen am Berge Athos zu wahren.

8. Gebietserwerbungen Griechenlands tangiren Österreich-Ungarn nur insoferne, als sie sich auf Albanien (vgl. Punkt 1) bezw. Salonik (Punkt 7a) erstrecken sollten. Eine Annexion Kretas durch Griechenland erscheint für uns so ziemlich belanglos, wogegen eine eventuelle englische Festsetzung in der Sudabay vom Gesichtspunkte der Mittelmeerinteressen des Dreibundes zu beurtheilen und daher im Einvernehmen mit den alliirten Mächten zu behandeln wäre. Das künftige Schicksal der Ägeischen Inseln interessirt uns wol nur mit Rücksicht auf deren momentane Besetzung durch Italien (Kompensationsrecht) sowie auf die noch recht entfernte Zukunftseventualität einer Festsetzung Österreich-Ungarns an der Karamanischen Küste.

9. Eine Aufrechterhaltung der Kapitulationsprivilegien der k. k. Postämter etc. in den Balkanstaaten einzuverleibenden ottomanischen Gebieten den zum Beispiel in Rumänien gemachten Erfahrungen zufolge erscheint inopportun und aussichtslos. Höchstens wäre in Montenegro ein gewisser Vorbehalt (eventuell durch Wiederaufrollung der Idee einer Justizreorganisation durch k. k. Functionäre) ins Auge zu fassen.

10. Die Stellung der am Berliner Kongresse vergessenen Donauinsel Adakaleh wäre jedenfalls durch Angliederung derselben an Ungarn zu regeln.

[a] Die Teilnehmer sind nicht genannt. — [b] Terminus a quo: n. 4171, vgl. unten Anm. d; Terminus ad quem: Eindringen Serbiens in Albanien (30. Okt.? Einnahme von Ipek). Vgl. n. 4118, 4128, 4140, 4172, 4205. — [c] Nicht abgedruckt. — [d] Vgl. n. 4171. — [e] Vertrag zwischen Österreich-Ungarn, Serbien, der Türkei und Bulgarien über die Orientbahnen, 9. Mai 1883. Martens, N. R. G. 2. S. IX 720.

Nr. 4171. Denkschrift, betreffend die Sandschakfrage, (25.?)[a] Okt. 1912.[b] Konz. (S. Nemes; V. Berchtold).

Geheim. Sandschakfrage. Das künftige Verhalten der k. und k. Regierung zu der Sandschakfrage bildet gegenwärtig den Gegenstand intensiver Erörterungen der öffentlichen Meinung in der Monarchie und im Auslande.

Es mag vielleicht den Interessen der österreichisch-ungarischen auswärtigen Politik entsprochen haben, das Ausland in dieser Hinsicht mög-

lichst lange im unklaren zu lassen und unserer späteren Stellungnahme nicht zu praejudiciren, doch muss nunmehr damit gerechnet werden, dass die Weiterentwicklung der jetzigen Balkankrise uns unter Umständen in die Notwendigkeit versetzen kann, die Endziele unserer Politik zu präzisieren, wobei unsere Auffassung betreffend die Zukunft des Sandschaks besonders zum Ausdruck zu kommen hätte.

Die Anschauungen gehen darüber weit auseinander, ob die im Annexionsjahre erfolgte Zurückziehung der k. und k. Truppen aus dem Sandschak und das Aufgeben der uns im Berliner Vertrage diesfalls eingeräumten Rechte ein politischer Fehler war, beziehungsweise ob unsere gegenwärtige Stellung im Vergleiche zu der früher innegehabten nicht eine nachteiligere sei.

Hieran knüpft sich die Frage, ob Oesterreich-Ungarn die jetzige Krise — zumal wenn es trotz der einmütigen Erklärung der Großmächte zu einer Verschiebung des territorialen Status quo kommen sollte — nicht dazu benützen müsse, das Verlorene, respektive Aufgegebene, wieder zu erlangen und eventuell eine territoriale Vergrößerung auch über die im Berliner Vertrage uns zugestandenen Grenzen hinaus anzustreben.

Während die Sandschakfrage, insoweit es sich um die Wiederbesetzung des aufgegebenen Postens oder um eine Besetzung des ganzen Sandschak handelt, in erster Linie speziell die benachbarten serbischen Staaten, Montenegro und Serbien, interessiert, verfolgt ganz Europa mit Aufmerksamkeit die über diesen Rahmen hinausgehenden eventuellen Zukunftspläne der Monarchie. Rußland und Italien zeigen sich in dieser Hinsicht, wenn auch aus verschiedenen Motiven, von gleichem Mißtrauen gegen unsere Politik erfüllt.

Angesichts dieses Umstandes wird für die Richtung der auswärtigen Politik die Beantwortung der Frage ausschlaggebend sein, ob eine territoriale Vergrößerung der Monarchie im Süden überhaupt und gegebenenfalls in welchem Umfange wünschenswert ist und ob im entgegengesetzten Falle eine durch den weiteren Verlauf der Ereignisse notwendig werdende Lösung der Sandschakfrage in der Form einer Vereinigung desselben mit Serbien oder Montenegro oder einer Aufteilung zwischen beiden, den vitalen Interessen der Monarchie derart zuwiderläuft, daß hiegegen zu den äußersten Mitteln, selbst zu einem kriegerischen Konflikt mit den beiden kleinen Nachbarstaaten, beziehungsweise mit Rußland und Italien, gegriffen werden muß.

Eine Beantwortung dieser Frage erfordert die nähere Beleuchtung der Bedeutung des Sandschak vom handelspolitischen, vom innerpolitischen und schließlich vom aussenpolitischen Gesichtspunkte; die militärische Seite des Problems soll hier unberührt bleiben.

In handelspolitischer Beziehung könnte geltend gemacht werden, daß bei einer Neuregelung der Sandschakfrage für Oesterreich-Ungarn eine gewisse Vorzugsstellung (wie etwa Garantien für einen Bahnanschluß nach Salonich, für Tarifsätze etc.) sichergestellt und einem von uns unabhängigen Anschlusse Serbiens an die Adria vorgebeugt werden sollte. Ob aber unser handelspolitisches Interesse speziell an einem Fernhalten Serbiens von der

Adria ein so großes ist, um es mit den Waffen in der Hand zu verteidigen, muß dahingestellt bleiben. Eine solche Politik hätte eine weitreichende territoriale Vergrößerung der Monarchie, beziehungsweise ein Niederringen Serbiens und eventuell Rußlands zur Voraussetzung.

Was die innere Politik der Monarchie anbelangt, so ist die Gefahr eines Aneinandergrenzens Serbiens und Montenegros, zumal im Hinblick auf eine mögliche Vereinigung beider unter der einen oder der anderen Dynastie, oder aber als Republik in die Augen springend. Ein Großserbien an unserer Südgrenze bedeutet jedenfalls eine Gefahr, das Faktum eines zwischen Serbien und Montenegro eingekeilten, von Serben bewohnten, der Monarchie angehörenden Gebietes würde aber an sich wohl nicht genügen, um uns gegen eine serbische Irredenta zu schützen. Würde nicht im Gegenteile der Sandschak als integrierender Bestandteil der Monarchie in erster Linie das Ziel der serbischen Aspirationen werden? Würde nicht die Märtyrerpolitik der unter fremden Joche seufzenden Serben des Sandschak der serbischen Irredenta neue Nahrung geben?

Auf die außenpolitische Seite der Frage übergehend, wäre zunächst zu konstatieren, ob die Lage der Monarchie eine günstigere wäre, wenn unsere Truppen noch — wie früher — einen Teil des Sandschaks besetzt hielten und wir einen verbrieften Anspruch auf das Gebiet bis über Mitrovitza hinaus besäßen. Angenommen, wir übten heute im Vereine mit den türkischen Truppen das Besatzungsrecht im Sandschak noch aus, so wäre die Entscheidung über unser Verhalten zu dem Kriege zwischen den verbündeten Balkanstaaten und der Türkei weit weniger in unserer Hand gelegen, als dies gegenwärtig der Fall ist. Es wäre dann vielmehr für Serbien oder Montenegro ein Leichtes, uns durch Bandenbildung zu einem kriegerischen Einschreiten zugunsten der Türkei und in weiterer Folge auch Rußland zu einer aktiven Anteilnahme an dem Kriege zu zwingen.

Hingegen erlaubt uns der seinerzeitige Verzicht auf den Sandschak jetzt eine zuwartende Haltung einzunehmen und den uns zur Geltendmachung eventueller Ansprüche geeignet erscheinenden Zeitpunkt selbst zu wählen. Wenn Serbien unter den jetzigen Verhältnissen die Monarchie aus ihrer zuwartenden Stellung herausbringen wollte, müßte es uns provozieren und so die weit undankbarere Rolle des Angreifers übernehmen, wobei es auf Rußlands Hilfe und die Sympathien der Mächte kaum mehr rechnen könnte.

Andererseits könnte sich freilich Oesterreich-Ungarn heute — wenn es eine Besitzergreifung des Sandschak anstreben wollte — nicht mehr auf einen Rechtstitel berufen, auf den es freiwillig verzichtet hat. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß die Stellung der Monarchie deshalb eine ungleich ungünstigere geworden sei. Wenn man serbischer- oder montenegrinischerseits auch Rechte Oesterreich-Ungarns auf den Sandschak gewiß nicht wird anerkennen wollen, so kann man doch mit einiger Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß Europa heute noch ebenso wie vor dem Annexionsjahre den Sandschak als ein Gebiet betrachtet, gegen welches von keiner Seite ein Unternehmen gerichtet werden kann, ohne zumindest die Gefahr eines Konfliktes mit der Monarchie heraufzubeschwören. Ohne also im Sandschak

irgendwie gebunden zu sein, dürfen wir damit rechnen — bei einer territorialen Veränderung am Balkan — zumal bei einem gänzlichen Verschwinden der Türkei aus Europa — unsere Ansprüche auf die Wiedererlangung des der Türkei zurückerstatteten Gebietes, ohne auf allzu großenWiderspruch zu stoßen, geltend machen zu können.

Es muß sogar nicht als ausgeschlossen angesehen werden, daß Europa für den Fall einer Aufteilung Mazedoniens damit rechnet, Oesterreich-Ungarn mit dem Sandschak abspeisen zu können, wobei es sich allerdings fragt, ob eine solche uns ohne vorheriges Blutvergießen in den Schoß fallende territoriale Vergrößerung vom politischen Standpunkte als ein Gewinn zu betrachten wäre. Wenn man davon ausgeht, daß eine Aufteilung des europäischen Besitzstandes der Türkei ohne territorialen Zuwachs für die Monarchie deren Prestige mindern würde, so läßt sich dagegen einwenden, daß ein Festhalten an der Politik des territorialen Saturiertseins vielleicht dem Prestige der Monarchie weniger nachteilig wäre, als wenn wir uns in diesem Momente damit begnügen müßten, eben nur dasjenige wiederzuerlangen, was wir kurz vorher — als für uns wertlos — aufgegeben hatten. Die Annexion des Sandschaks wäre vielleicht ebensowenig ein Zuwachs an Prestige, als die widerspruchslose Ueberlassung dieses Gebietes an einen Balkanstaat eo ipso schon eine Minderung unseres Prestiges bedeuten müßte.

Welches wäre aber dann, von militärischen, wirtschaftlichen und innerpolitischen Fragen abgesehen, der rein politische Wert des Besitzes des Sandschaks in dem im Berliner Vertrage vorgesehenen Ausmaße?

Der Weg nach Salonich stünde uns damit noch immer nicht offen, sondern müßte durch serbisches, bulgarisches, eventuell auch griechisches Gebiet führen; eine Sicherstellung unserer handelspolitischen Interessen wäre aber auch in diesem Falle nicht leichter zu erreichen, als wenn der Sandschak zu Serbien geschlagen würde. Auch was die Verbindung mit Albanien betrifft, ist der Besitz des Sandschaks allein noch nicht hinreichend, um uns einen Zugang und einen dauernden Einfluß über dieses Land zu sichern. Hingegen müßten wir auf lange Zeit mit einer gesteigerten, vielleicht unüberbrückbaren Feindschaft Serbiens und Montenegros rechnen, welche sich im Süden des Sandschaks die Hände reichen und uns in einer noch weit ungünstigeren Stellung umklammern und von Mazedonien und Albanien abschließen könnten. Selbst unser Verhältnis zu den Großmächten würde wahrscheinlich eine wesentliche Verschlechterung erfahren, insoferne als das Mißtrauen gegen unsere Expansionspolitik gesteigert würde. Denn eine Besetzung des Sandschaks bis über Mitrovitza hinaus würde von Europa dahin gedeutet werden, daß wir die uns stets in die Schuhe geschobenen Pläne auf Salonich in Tatsachen umsetzen wollen und den Sandschak nur als eine Etappe auf diesem Wege ansehen. Mit Italien aber wären wir genötigt die leidige Compensationsfrage zu regeln, wobei wir, dank der unglücklichen Fassung des betreffenden Abkommens, vor die Alternative gestellt würden, entweder uns dem Diktate des römischen Cabinetes zu fügen oder einem Conflikte mit Italien entgegenzugehen.

Es hieße sich einer Täuschung hingeben, wenn man glauben wollte, durch den Besitz des Sandschaks einer günstigeren Lösung der Saloniker

oder der albanesischen Frage nähergerückt zu sein. Ein territorialer Zuwachs, welcher in einer dieser beiden Richtungen für die Monarchie von wirklichem Nutzen sein sollte, müßte südlich weit über die Grenzen des Sandschaks hinausreichen. Ohne die Frage näher zu berühren, welchen Widerstand wir bei einem solchen Unternehmen seitens der Bevölkerung der Balkanstaaten und Europas, namentlich Rußlands und Italiens, begegnen würden, kann wohl gesagt werden, daß der Weg zu solchen Endzielen einer österreichisch-ungarischen Politik nicht durch den Sandschak, sondern über Belgrad führt.

Um im Sinne einer Ausdehnung unserer Einflußsphäre in der Richtung von Salonich oder Albanien — ohne Heraufbeschwörung eines kriegerischen Konfliktes — vorzuarbeiten, könnten aber andere Mittel, als die Erwerbung des Sandschaks, mit mehr Aussicht auf Erfolg versucht werden. Der aufrichtige Verzicht auf jede territoriale Vergrößerung würde unsere diplomatische Stellung, insbesondere was die Westmächte anbelangt, entschieden stärken und könnten wir dann leichter auf deren wohlwollende Haltung rechnen, wenn wir beim Abschlusse der gegenwärtigen Krise auf die Neugestaltung der Dinge am Balkan unseren Einfluß geltend machen wollen.

In nicht zu ferner Zeit wird es möglicherweise zur Entscheidung kommen, ob mit einer europäischen Türkei überhaupt noch zu zählen sein wird. Sollte es schon jetzt zur Aufteilung von Mazedonien kommen müssen, so wäre es für die weiteren Ziele der Monarchie vielleicht am zweckmäßigsten, für die Vergrößerung des einen oder des anderen unserer slawischen Nachbarstaaten, sei es für Serbien, sei es für Montenegro einzutreten und mit demselben in ein dauerndes Freundschaftsverhältnis, Allianz, Zollunion oder ähnliches zu treten. Ein unserer Interessen- oder Machtsphäre angegliedertes Serbien oder Montenegro wäre der einfachste und vielleicht auch der einzig richtige Weg, um uns eine Verbindung gegen Salonik oder Albanien für die Zukunft zu sichern.

Für den Fall aber, als der territoriale Besitzstand der Türkei am Balkan noch ganz oder teilweise erhalten bleiben könnte, hätte bei Einführung von Reformen unser Streben dahin zu gehen, eine Machtverschiebung in der Richtung von Westen nach Osten tunlichst vorzubereiten, das heißt die Grenzen des albanesischen Gebietes möglichst gegen Osten auszudehnen, die serbische Einflußsphäre so viel als tunlich einzuengen, eventuell auf Kosten der bulgarischen Nation zu vergrößern und diese soweit als möglich gegen Konstantinopel und die Meerengen vordringen zu lassen. In diesem Bestreben werden wir zwar in einen diplomatischen Gegensatz mit Rußland gelangen, welches eine zukünftige Vergrößerung Bulgariens nach Westen patronisieren und Serbien auf Kosten der albanesischen Ansprüche wird vergrößern wollen; aber eben wenn wir unseren Verzicht auf jede territoriale Vergrößerung der Monarchie klar demonstriert haben werden, könnten wir in dieser unserer Balkanpolitik auf eine Unterstützung der Alliierten und vielleicht auch auf jene Englands und Frankreichs rechnen, welche die Befriedigung unserer legitimen Wünsche der Gefahr eines europäischen Konfliktes vorziehen dürften.

[a]) Amtsvermerk: copiert 25. Oktober 1912. — [b]) Vgl. n. 4170.

Nr. 4172. Tel. nach Berlin, 26. Okt. 1912 Nr. 142 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 221 von heute erhalten. Obzwar wir ebenso wie die übrigen Großmächte heute noch auf dem Standpunkte der Aufrechterhaltung des territorialen Status quo stehen, so teilen wir doch die von Herrn von Bethmann und Herrn von Kiderlen ausgesprochenen Bedenken, ob im Falle einer vollständigen Niederlage der Türkei daran festgehalten werden könne. Unter diesen Umständen halten auch wir es für angezeigt, daß ehestens eine vertrauliche Aussprache zwischen den beiden Kabinetten darüber stattfinde, welchen Veränderungen des Status quo am Balkan zugestimmt werden könnte, zumal wir den größten Wert darauf legen, im engsten Einvernehmen mit dem Berliner Kabinett vorzugehen. Euer Exzellenz wollen sich dem Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär gegenüber im obigen Sinne aussprechen und hinzufügen, daß ich mir vorbehalte, schon in den allernächsten Tagen eine nähere Präzisierung meines Standpunktes folgen zu lassen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4170, 4174, 4185, 4205.

Nr. 4173. Erlaß nach Berlin, 26. Okt. 1912 Nr. 4684.[a] Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).

Streng vertraulich. Prinz Fürstenberg berichtet mir, König Carol habe sich ihm gegenüber dahin ausgesprochen, Er hoffe, daß Rumäniens friedfertige Haltung von den Großmächten entsprechend gewürdigt werden werde und daß dieselben Rumäniens Anspruch, bei einer eventuellen europäischen Konferenz zur Regelung der Balkanfragen Sitz und Stimme zu erhalten als berechtigt anerkennen werden. Angesichts des Umstandes, daß voraussichtlich nur die Signatarmächte des Berliner Vertrages bei einer solchen Konferenz Sitz und Stimme haben werden, die vier verbündeten Balkanstaaten jedoch hievon ausgeschlossen bleiben dürften, scheint mir der übrigens leicht begreifliche und von unserem Standpunkte sympathische Wunsch König Carols ziemlich aussichtslos zu sein. Bevor ich jedoch eine bezügliche Instruktion an den k. u. k. Gesandten in Bukarest ergehen lasse, würde ich Wert darauf legen, zu erfahren, ob König Carol eine ähnliche Anregung etwa auch dem kaiserlich deutschen Gesandten gegenüber gemacht hat und wie sich das Berliner Kabinett gegebenenfalls zu einer solchen zu verhalten gedenkt. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4122, 4186, 4211, 4222.

Nr. 4174. Tel. aus Berlin, 26. Okt. 1912 Nr. 221 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Nachrichten vom Kriegsschauplatze sind zwar widersprechend, doch scheint es sicher zu sein, daß die Bulgaren und auch die anderen Balkanstaaten bisher nicht unbedeutende Erfolge aufweisen können. Reichskanzler und Staatssekretär meinen, daß sich Situation in der Folge zwar ändern könne, dennoch glauben sie, daß mit der Möglichkeit

einer entschiedenen Niederlage der Türkei gerechnet werden müsse. Unter diesen Umständen halten Herr von Bethmann und Herr von Kiderlen es für angezeigt, daß ehestens eine vertrauliche Aussprache zwischen dem Wiener und dem Berliner Kabinett stattfinde und vor allem konstatiert werde, welchen Veränderungen des Status quo am Balkan Euer Exzellenz im Falle eines Sieges der Balkanstaaten zustimmen würden. Beide Herren betonten mit Nachdruck, sie seien nach wie vor fest entschlossen, im engsten Einvernehmen mit Österreich-Ungarn vorzugehen, und aus diesem Grunde wäre die Bekanntgabe Euer Exzellenz Auffassung für sie von sehr großem Werte. Die Großmächte ständen zwar bisher auf dem Standpunkte der Aufrechterhaltung des Status quo, wenn es sich aber herausstellen würde, daß dieser nicht aufrecht zu erhalten sei, wäre es dringend notwendig, daß zwischen Wien und Berlin eine klare Situation geschaffen werde. Bisher sei Herr von Tschirschky von dieser an Euer Exzellenz gerichteten Anfrage nicht benachrichtigt und erst, wenn auf diese Vorfrage eine Antwort erfolgt, werde er beauftragt werden, an Euer Exzellenz heranzutreten. Erst nachträglich würde sich deutsche Regierung an die anderen Mächte mit einer ähnlichen Anfrage wenden. Bisher habe Herr von Kiderlen in seinen Unterredungen mit dem französischen und dem englischen Botschafter ganz im Allgemeinen die Frage gestellt, ob ihre Regierungen entschlossen seien, auch weiterhin die von ihnen proklamierte Integrität der Türkei aufrecht zu erhalten. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4172.

Nr. 4175. Tel. aus Berlin, 26. Okt. 1912 Nr. 222 (eing. 3 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Geheim. Im Laufe meiner gestrigen Unterredung mit Herrn von Kiderlen-Waechter, erzählte er mir mit der Bitte um strengste Geheimhaltung, es sei ihm zur Kenntnis gekommen, daß Kaiser Wilhelm seiner nächsten Umgebung gegenüber sich wiederholt von der Kriegführung und den Erfolgen der Bulgaren sehr impressioniert geäußert und hiebei eine große Bulgarenfreundlichkeit gezeigt habe. Staatssekretär meinte jedoch, daß dies nur momentane Stimmungen seien, die vorübergehen werden. Szögyény.

Nr. 4176. Tel. aus Cetinje, 26. Okt. 1912 Nr. 144 (eing. 27. Okt. 9 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

König drückte gestern italienischem Gesandten Bedauern aus, dessen Rat gefolgt und nicht in den Sandschak gegangen zu sein, welcher von den Serben okkupiert werde. Er mache deshalb Italien für alle daraus entspringenden Nachteile verantwortlich. Italienischer Kollege gab seiner persönlichen Meinung dahin Ausdruck, daß der König Befolgung dieses (Rates)[b]) nicht bereuen werde. Ich sprach Seine Majestät nach dieser Unterredung und machte er mir nur eine eher scherzende Anspielung, indem er sich für den Fall einer Konferenz als Anwärter auf Plevlje empfahl. Giesl.

[a]) Vgl. n. 4054, 4149. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 4177. Tel. nach Paris, 26. Okt. 1912 Nr. 92 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).*

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 124 vom 25. d. erhalten. Euer Exzellenz wollen Herrn Poincaré in meinem Namen sagen, daß ich gegen die Ersetzung der Worte „amélioration de l'administration" durch den Ausdruck „réformes"[1] nichts einzuwenden habe. Ich werde mich im gleichen Sinne auch zu Herrn Dumaine aussprechen, falls er mir den diesbezüglichen Wunsch seiner Regierung vorbringen sollte. Berchtold.

[1] Berlin mitteilen mit Beisatz, daß umsoweniger Anstand als „Reform" bereits in österreichisch-ungarischer Demarche gebraucht.

[a] Vgl. n. 4188, 4189.

Nr. 4178. Bericht aus Paris, 26. Okt. 1912 Nr. 46 B (eing. 28. Okt.). Ausfert.

Herr Poincaré schien, als ich ihn Mittwoch beim wöchentlichen Diplomatenempfang sah, die europäische Situation etwas ruhiger zu betrachten. Er sagte mir, daß er gute Nachrichten aus St. Petersburg habe. Herr Sazonow scheine das volle Vertrauen des Czaren zu besitzen, und sei von einer Erschütterung der Stellung des russischen Ministers des Äußern keine Rede. So lange aber Herr Sazonow auf seinem Posten verbleibe, könne man darüber beruhigt sein, daß Rußland von der bisherigen friedlichen Politik trotz aller Hetzereien der Panslavisten nicht abgehen werde. Es hänge, meinte der Minister, allerdings sehr viel von der Entwicklung der kriegerischen Ereignisse ab. Sollten die alliierten Königreiche wirklich große Erfolge erzielen und die bulgarische Armee bis gegen Konstantinopel vordringen, so dürfte der hiedurch hervorgerufene slavisch-orthodoxe Enthusiasmus so mächtig werden, daß Herr Sazonow kaum stark genug sein dürfte, um für unbedingte Aufrechterhaltung des territorialen status quo am Balkan eintreten zu können. Herr Poincaré scheint aber zu hoffen, daß es der Türkei gelingen wird, die gegen sie gerichteten Angriffe mit Erfolg abzuwehren. Ein durchschlagender Erfolg der Türkei, meinte Herr Poincaré, wäre weit weniger gefährlich, als ein Sieg der Bulgaren. Sollten die Balkankönigreiche den Kürzeren ziehen, so würde die russische öffentliche Meinung natürlich mit Ungestüm verlangen, daß Rußland ihnen zu Hilfe eile. Die Türkei denke aber an keine territorialen Eroberungen und werde es in diesem Falle nicht all' zu schwer sein, auf Basis des status quo den Frieden herzustellen. Eine siegreiche Türkei werde allerdings in der Reformfrage den Mächten wenig Entgegenkommen zeigen. Herr Iswolsky spricht ganz im gleichen Sinne wie Herr Poincaré, auch er hofft auf einen Sieg der Türken. Seine üble Laune richtet sich hauptsächlich gegen Bulgarien: „J'espère que le Roi Ferdinand attrapera une bonne raclée," sagte er mir neulich. Auch auf Montenegro ist er schlecht zu sprechen, wohingegen er Serbien und Griechenland scheinbar viel nachsichtiger beurteilt. Aus den Äußerungen Herrn Iswolskys zu schließen, wäre eine territoriale Vergrößerung Bulgariens in Rußland nicht erwünscht. Während der russische Botschafter einen Sieg der Türken für wahrscheinlich hält, scheint Freiherr

von Schoen entgegengesetzter Ansicht zu sein. Er befürchtet, daß die Bulgaren die Oberhand behalten dürften. Meine Frage, ob ihm diesbezügliche Informationen aus Berlin zugekommen seien, verneinte er allerdings und meinte, es handle sich nur um eine persönliche Impression. Sir Francis Bertie, der sich in seinen Äußerungen wenig Zurückhaltung auferlegt, ist auf das „befreundete" Rußland recht schlecht zu sprechen. Er sagte mir, Herr Sazonow sei allerdings jetzt friedlich gesinnt, aber an der ganzen gegenwärtigen gefährlichen Situation trage doch nur Rußland die Schuld, das mit größtem Eifer an dem Zustandekommen des Balkanbundes gearbeitet und die Balkanstaaten aufgehetzt habe und sich jetzt darüber wundere, daß die vier Königreiche versuchen, aus ihrer unter russischen Auspicien erfolgten Vereinigung einen Nutzen zu ziehen. Man habe in St. Petersburg den Balkanbund nur als eine Drohung gegen Österreich-Ungarn betrachtet und ist überrascht, daß derselbe sich auch in anderer Richtung betätigen will. Ganz abgesehen von der Dardanellen-Frage und von dem Gleichgewichte im Mittelmeere, sagte Sir Francis Bertie, könne England, das über 70 Millionen mohamedanische Untertanen habe und auf deren religiöse Gefühle Rücksicht nehmen müsse, eine Zerstückelung der Türkei nicht zugeben. Über die in Italien herrschende Auffassung der Lage sind Euer Exzellenz aus erster Quelle unterrichtet. Dieses Land hat durch den kürzlich abgeschlossenen Frieden erst jetzt seine Aktionsfreiheit in Balkanfragen wiedergewonnen und Herr Tittoni scheint noch auf Instruktionen zu warten. Er ist natürlich für ein gemeinsames Vorgehen der Großmächte zum Zwecke der Aufrechterhaltung des status quo, vermeidet es aber, seinen Gewohnheiten entgegen, sich in eine detaillierte Diskussion der Frage einzulassen. Szécsen.

Nr. 4179. Privatschreiben aus Paris, 26. Okt. 1912 Nr. 1 (eing. 28. Okt.). Ausfert.

Streng vertraulich. Wie ich schon einmal erwähnte,[a] ist die Haltung Iswolskys uns gegenüber seit Ausbruch der Orient-Wirren eine ganz merkwürdige. Ich kenne ihn seit langer Zeit, und waren unsere persönlichen Beziehungen immer ganz freundschaftlich, aber politisch herrschte, sehr begreiflicher Weise, stets eine große Reserve. Dies ist jetzt ganz anders geworden, er überschüttet mich förmlich mit seinem Vertrauen, freilich mit vielfachen Recriminationen, was die Vergangenheit betrifft. Er schwärmt für das Mürzsteger Abkommen und für eine vertrauensvolle Kooperation Rußlands mit Österreich-Ungarn. Er identifiziert sich jetzt vollkommen mit der Politik Sazonows, was früher nicht der Fall war, und versichert mich, daß sein Minister das größte Vertrauen zu Euer Exzellenz hege, und auch wir in die Friedensliebe und Loyalität Sazonows unbedingt vertrauen dürften. Iswolsky ist so verlogen und unverläßlich, daß mir angesichts dieser Beteuerungen beinahe der Zweifel auftaucht, ob Sazonow es mit seiner status quo Politik ehrlich meint, oder ob er die Dinge nur so lange hinziehen will, bis wir vor einem fait accompli stehen? Allerdings möchte ich aber Sazonow für die bekannte Unverläßlichkeit Iswolskys nicht verant-

wortlich machen. Vielleicht hat aber mein russischer Kollege für seine wenig wahrscheinlichen Freundschaftsbeteuerungen einen anderen Grund? Er rechnet eventuell mit der Möglichkeit, daß Sazonow sich zurückziehen muß, und er noch einmal in das Palais an der Sängerbrücke kommt, und versucht aus diesem Grunde bessere Beziehungen mit uns anzuknüpfen? Obschon ich Iswolsky natürlich das größte Mißtrauen entgegenbringe, kann ich seine heuchlerischen Anbiederungs-Versuche nicht schroff abweisen. Ich vermeide tunlichst jede Diskussion über die Vergangenheit und beschränke mich darauf, ihm zu sagen, daß bei uns die größte Bereitwilligkeit zu einem einvernehmlichen Vorgehen mit Rußland bestehe, vorausgesetzt, daß unsere berechtigten Interessen nicht geschädigt werden. In den jetzigen bewegten Zeiten wird am Quai d'Orsay und in diplomatischen Kreisen natürlich viel Konjektural-Politik gemacht. Poincaré steht mit einem skeptischen Auguren-Lächeln noch immer auf dem Standpunkt der Erhaltung des territorialen status quo am Balkan; ein Standpunkt, dem ich mich, allerdings mit einigen inneren Zweifeln, natürlich anschließe. Sollten die vier Könige aber wirklich entscheidende Erfolge erzielen, so meint er, werde die Aufgabe der Signatarmächte eine sehr schwere werden. Herr Paléologue, dessen Einfluß nicht unterschätzt werden darf, sagte mir, man müsse sich jetzt auf Alles gefaßt machen und alle Eventualitäten, auch die — sehr unerwünschte — Möglichkeit einer definitiven Liquidierung der europäischen Türkei ins Auge fassen. In diesem letzteren Falle würde die Frage des Besitzes von Konstantinopel, das ist der Meerengen, am schwersten zu lösen sein. Vielleicht werde man auf eine Internationalisierung und Neutralisierung von Konstantinopel verfallen. „Wir arbeiten jetzt an dem Projekt der Internationalisierung von Tanger," sagte mir Paléologue neulich, „es ist mir hiebei oft eingefallen, ob wir da nicht ein Muster für das zukünftige Statut von Konstantinopel schaffen." Ich erwähne diese Äußerung, weil Sir Francis Bertie mir kürzlich bei Besprechung der russischen Aspirationen auf die Meerengen auch die Möglichkeit einer Internationalisierung von Konstantinopel erwähnte, allerdings mit dem Beifügen, daß eine wirksame Sicherstellung der Neutralität der Meerengen eigentlich nicht denkbar sei. Die bisherigen Erfolge Bulgariens und seiner Alliierten verursachen hier wenig Freude, weil man die Schwierigkeiten voraussieht, die eine noch so bescheidene Befriedigung der Aspirationen der vier Königreiche nach sich ziehen müssen. Die militärischen succès der Balkan-Königreiche schmeicheln aber andererseits der französischen Eitelkeit, und könnte dies auf die hiesige Volksstimmung einen unerwünschten Einfluß ausüben. Bulgaren, Serben und Griechen haben nämlich französische Kanonen. Viele bulgarische und serbische Offiziere haben in Frankreich studiert, die Reorganisation der griechischen Armee war einer französischen Militärmission anvertraut. Die Türken hingegen haben Kruppsche Kanonen, und wurde ihre Armee seinerzeit von deutschen Offizieren reorganisiert. Man könnte hier leicht aus den Vorgängen im Orient den Schluß ziehen, daß die französische militärische Organisation der deutschen entschieden überlegen ist, was natürlich zu einer Stärkung der chauvinistischen Ideen führen könnte. Momentan ist hievon noch nichts zu merken. Die Börsen-

Déroute der letzten Wochen war für die französischen rentiers eine sehr ernste Warnung und man zeigt bisher keine Lust, mit der Idee eines europäischen Krieges zu spielen, wie man es hier sonst gerne tat, wenn man sicher zu sein glaubte, daß der Friede nicht bedroht sei. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 4058.

Nr. 4180. Aufzeichnung über die in San Rossore am 22. Oktober abgehaltene Unterredung mit König Viktor Emanuel III. von Italien, 26. Okt. 1912.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Am 22. Oktober, dem Tage nach meiner Ankunft in Pisa, wurde ich von Seiner Majestät dem Könige Viktor Emmanuel in San Rossore empfangen. Zu Beginn der Audienz übergab ich Seiner Majestät das Allerhöchste Handschreiben unseres Allergnädigsten Herrn, welches der König mit dem Ausdrucke lebhaftesten Dankes entgegennahm, wobei Er der Sympathiebeweise gedachte, die Oesterreich-Ungarn anläßlich des Abschlusses des Waffenganges mit der Türkei gegeben, wofür Er und das Land warm erkenntlich seien. Ich bemerkte, daß es im Momente, als die Balkanstaaten auf der Arena erschienen, doppelt erfreulich gewesen sei, den türkischen Konflikt beendet zu sehen, da andernfalls größere Komplikationen zu befürchten gewesen wären. König Viktor Emmanuel ließ Sich daraufhin in ein längeres Gespräch über den Verlauf des tripolitanischen Krieges ein, welcher trotz allem doch große Opfer an Gut und Blut gekostet, aber auch die Widerstandskraft und Zähigkeit der italienischen Truppen unter ungünstigen klimatischen und Approvisionierungsverhältnissen erwiesen habe. Besonders eingehend sprach Seine Majestät über die in Italien getroffenen Vorkehrungen für die Pflege der Verwundeten, die sich außerordentlich bewährt hätten. König Viktor Emmanuel betonte, daß es notwendig sein werde, einen großen Teil der in Tripolis und der Cyrenaika befindlichen Truppen daselbst zurückzulassen, da man den Arabern vorläufig nicht werde trauen können. Die Aufgabe, die man in dieser Richtung zu bewältigen habe, sei allerdings durch die Art der Kriegsführung der Araber erleichtert, denen eine militärische Operation nach bestimmtem Plane und unter einheitlicher Führung völlig fremd sei. In Bezug auf den nunmehr ausgebrochenen Balkankrieg besprach Seine Majestät alle vom Kriegsschauplatze eingelangten Meldungen, dahin resumierend, daß denselben, die je nach dem Ursprunge verschieden gefärbt seien, keine besondere Bedeutung beigemessen werden könne. Das Streben Italiens gehe dahin, im Einvernehmen mit den Verbündeten tunlichst dazu beizutragen, daß eine Ausbreitung der Konflagration verhütet werde. Als das Gespräch, dem auch der Minister des Aeußern beiwohnte, die Stimmung Italiens gegenüber der Monarchie streifte, betonte Seine Majestät, daß gegenwärtig mit geringer Ausnahme in ganz Italien die öffentliche Meinung sich dem Bundesgedanken gegenüber sympathisch verhalte. Zum Schlusse der Audienz übergab mir Seine Majestät die Insignien des Annunziatenordens.

[a]) Vgl. n. 3840, 4155.

Nr. 4181. Tagesbericht über die in Pisa und Florenz am 22. und 23. Okt. 1912 abgehaltenen Besprechungen mit dem ital. Minister des Äußern Marchese di San Giuliano; Wien, 26. Okt. 1912.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine u. Berchtold).

Im Verlaufe der politischen Aussprachen, welche ich mit Marchese di San Giuliano in Pisa und Florenz über die wichtigeren Fragen der internationalen Politik hatte, kamen namentlich der Friedensschluß bezüglich Libyens, die Lage am Balkan und das Bundesverhältnis Österreich-Ungarns zu Italien zur Erörterung. Durch den Frieden von Lausanne ist — nach den Äußerungen des italienischen Ministers des Äußern — das Ziel erreicht, welchem Italien auf dem Gebiete seiner Außenpolitik seit 30 Jahren zustrebt. Der Wunsch auf dem Boden Nordafrikas Wurzel zu fassen und daselbst eine zweite Heimat zu gründen, sei der Nation derartig in Fleisch und Blut übergegangen, daß die Besitzergreifung Libyens in ganz Italien ohne Unterschied der politischen Parteirichtung mit ungeteilter Begeisterung aufgenommen worden ist. Eine für die Regierung ganz besonders erfreuliche Folgeerscheinung sei das nahezu vollständige Verschwinden der republikanischen Strömung im Volke wie das merkliche Abbröckeln der sozialistischen Fraktionen im Lande. Hierin liege ein Symptom dafür, daß das monarchische System in Italien durch den glücklichen Abschluß des Krieges eine große Stärkung erfahren hat und heute beinahe ohne ernste Gegnerschaft dasteht. Außerdem habe die Stellungnahme Österreich-Ungarns zu diesem nationalen Unternehmen die Stimmung in Italien gegenüber der Monarchie in der letzten Zeit ausnehmend günstig beeinflußt und sei heutzutage die Allianz mit Österreich-Ungarn in einem Maße populär geworden, wie es nie zuvor der Fall gewesen ist. Weniger zufrieden scheint man gegenwärtig in Italien mit den Beziehungen zu Frankreich und namentlich mit der Haltung der französischen Regierung in der Richtung zu sein, daß letztere die Anerkennung der italienischen Souveränität über Tripolis und Cyrenaika von der noch ungelösten tunesisch-tripolitanischen Grenzfrage abhängig gemacht hat. Hinsichtlich der blutigen Ereignisse, die sich gegenwärtig am Balkan abspielen, präzisierte Marchese di San Giuliano seine Stellungnahme dahin, daß er es als die Aufgabe Italiens ansehe, im Vereine mit den Bundesgenossen nach Möglichkeit auf Lokalisierung und baldige Beendigung des Krieges am Balkan hinzuwirken. Zu diesem Zwecke erklärte er sich bereit, in enge Fühlungnahme mit den Kabinetten von Wien und Berlin in Betreff der von Frankreich ausgegangenen Anregung eines einheitlichen Vorgehens der Mächte zu treten, wobei er auch Gelegenheit nahm, mit mir die Antwort auf die letzte Poincarésche Proposition zu formulieren. Die nähere Besprechung des Balkanproblemes führte uns zur Erörterung der Anwendung des Reformplanes auf Albanien, was den italienischen Minister zur Bemerkung veranlaßte, die albanesischen Stämme seien ein Element der Unkultur, unter sich entzweit und nicht reformfähig. Diese Bemerkung im Zusammenhange mit einer weiteren gelegentlichen Äußerung San Giulianos, Österreich-Ungarn und Italien müßten in den Balkanfragen, hinsichtlich welcher sie innerhalb des Dreibundes die nächstinteressirten Mächte seien, in enger Fühlung bleiben, ließ mich annehmen, daß meinem italienischen

Collegen der Gedanke eines österreich-ungarisch-italienischen Condominiums in Albanien oder der Auftheilung Albaniens in Interessensphären zwischen Österreich-Ungarn und Italien vorschwebe. Aus naheliegenden Gründen habe ich mich auf eine Erörterung dieses Themas nicht eingelassen. Ebensowenig habe ich mich bemüßigt gesehen, dem italienischen Aussenminister auf das Gebiet der Stellungnahme Österreich-Ungarns zu der Besetzung des Sandschaks durch serbische Truppen Folge zu leisten, welches er allerdings nur sehr diskret und ohne Fragestellung zu berühren versuchte. Marchese di San Giuliano dürfte sich daher in dem Belange der für Italien sich ergebenden Perspectiven hinsichtlich unserer Balkanpolitik nicht viel klüger fühlen als er es zuvor gewesen. Wenn der Minister in den letzterwähnten Fragen bloss vorsichtig sondirend zu Werke ging, so bekundete er in Bezug auf die Dreibundpolitik ein größeres Maaß von francparler und Eloquenz. Ausgehend von den Unterredungen, die er im Spätherbste des vergangenen Jahres in Rom mit dem Staatssekretär von Kiderlen-Waechter hatte, stellte er fest, daß damals die Anregung vom Berliner Cabinete ausgegangen sei, den Dreibund vor dessen Kündigungstermin — 1913 — auf weitere sechs Jahre zu verlängern, wozu sich nachmals Graf Aehrenthal im Principe einverstanden erklärt hätte. Da aber mit Rücksicht auf die zu gewärtigende Erwerbung von Tripolis und Cyrenaika eine Abänderung der Artikel IX und X notwendig erschien, die Stylisirung derselben jedoch mit Rücksicht auf den damaligen Kriegszustand Schwierigkeiten aufwies, wurde die Finalisierung der Angelegenheit in suspenso gelassen. Gegenwärtig falle das Hindernis weg und könnte die nunmehrige Stellung Lybiens zu Italien in Form einer Additional-Clausel dem Vertrage angefügt werden. Außerdem wäre es der Wunsch der italienischen Regierung, daß die beiden zwischen Österreich-Ungarn und Italien bestehenden Separatabkommen, nämlich der Notenaustausch vom Jahre 1900/1901 betreffend Albanien und die Vereinbarung vom Jahre 1909 betreffend das Compensationsrecht Italiens für eine Besetzung des Sandschaks durch Österreich-Ungarn gleichfalls dem Vertrage angeschlossen werden. In meiner Entgegnung hob ich hervor, daß der Dreibundvertrag nach seinem Wortlaute weit mehr im Interesse Italiens als in jenem Österreich-Ungarns gelegen sei. Trotzdem könne ich mich nicht der Auffassung verschließen, daß diesem Allianzinstrumente vom Standpunkte der Erhaltung des Weltfriedens eine große Bedeutung zukomme. Auch würde ich mich einer Verlängerung desselben nicht widersetzen, müsse aber gegen eine Anfügung der erwähnten zwei Spezialabkommen an den Vertrag Stellung nehmen. Würde eine solche Ergänzung platzgreifen, könnte streng genommen nicht mehr von einer Erneuerung tel quel gesprochen werden. In diesem Falle müßte aber auch ich verlangen, daß unseren Interessen im Wege einer Additionalclausel Rechnung getragen werde. Marchese di San Giuliano versuchte meiner Äußerung über die Bevortheilung Italiens im Dreibundvertrage entgegenzutreten, was jedoch leicht zu widerlegen war. Im Übrigen berief er sich auf den Cabinetschef Giolitti, der als Advokat Werth darauf gelegt habe, daß alle bestehenden Abmachungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien in einem Vertrags-Instrumente vereint würden. Indem ich die

Notwendigkeit letzterer Maaßnahme bestreiten zu müssen glaubte, stellte ich dem Minister eine schriftliche Erledigung in Aussicht.

a) Vgl. n. 4155, 4203, 4271, 4281.

Nr. 4182. Tel. aus Sofia, 26. Okt. 1912 Nr. 275 (eing. 27. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.

Herr Geschoff hat heute gesprächsweise Reuter-Meldung „über regen Meinungsaustausch der Mächte" erwähnt und mich gefragt, ob ich etwas darüber wisse. Er, Conseilspräsident, habe keine Nachrichten. Einerseits wäre es günstig — gab Mitredner zu — Krieg nach einem Siege abzubrechen und keine weitere große Schlacht, zu der es kommen müßte und deren Ausgang unsicher, zu riskieren, andererseits sei es für König und Armeekommando unmöglich, sich durch eine Intervention in Operationen aufhalten zu lassen, da dadurch Türkei für weitere Truppenkonzentrierungen Zeit gelassen würde und außerdem hätte man keine Sicherheit, daß Türken jetzt Bedingungen erfüllen würden. Ob die Bedingungen darin bestehen würden, was von Türkei vor Kriegserklärung verlangt wurde, oder ob weitergehen würden, war von Herrn Geschoff nicht zu erfahren. Tarnowski.

Nr. 4183. Note an den Chef des Generalstabs, 26. Okt. 1912 Nr. 614 C. d. M. Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Geheim. In Wiederholung und Ergänzung meiner mündlichen Ausführungen beehre ich mich, mit Bezug auf die geschätzten Zuschriften Euer Exzellenz vom 5., 7. und 18. l. M.,[a] für welche ich verbindlichsten Dank sage, im Nachstehenden einige Gesichtspunkte kurz darzulegen, welche mir für unsere Haltung in der jetzigen Balkankrise massgebend scheinen. Das formelle Einvernehmen der Mächte über die Aufrechterhaltung des territorialen Status quo am Balkan muss uns bis auf weiteres in den Konversationen mit den anderen Kabinetten zur Richtschnur dienen und als prinzipieller Ausgangspunkt festgehalten werden, weil es in der gegenwärtigen Situation die einzige sichere Basis für diplomatische Negoziationen bildet. Ein vorzeitiges Aufgeben dieses Grundsatzes wäre ein folgenschwerer Fehler, der uns für die weiteren Verhandlungen ungünstig präjudizieren würde. Dies vorausgeschickt wäre andererseits festzustellen, dass wir selbstverständlich mit der Eventualität rechnen, durch nachhaltige militärische Erfolge der Balkanstaaten könnten faits accomplis geschaffen werden, welche die Wiederherstellung des status quo ante ohne gewaltsame Intervention in Frage stellen, wenn nicht unmöglich machen würden. Solche faits accomplis müssten entweder direkte territoriale Vergrösserungen der Balkanstaaten im Gefolge haben oder die Bildung von Einflusssphären jener Staaten in Form autonomer Verwaltungseinheiten als vorbereitendes Stadium der Angliederung nach sich ziehen. Eventuell wäre auch eine Lösung in der Form denkbar, dass die beiden erwähnten Modalitäten gleichzeitig zur Anwendung kämen. Einer solchen früher oder später unvermeidlichen natürlichen Entwicklung entgegentreten, beziehungsweise dieselbe gewaltsam zurückschrauben zu wollen, wäre vergebliches Beginnen und

kann nicht in unseren Intentionen liegen. Wohl aber wird es unsere Aufgabe sein, im Rate der Mächte, wenn nötig auch ausserhalb desselben, diese Entwicklung tunlichst derart zu beeinflussen, dass unsere grossen politischen und wirtschaftlichen Interessen am Balkan gewahrt werden. Dies könnte am ehesten in der Weise erfolgen, dass im Falle einer mässigen Vergrösserung Serbiens und Montenegros einerseits durch Bildung eines autonomen lebensfähigen Albaniens ein Gegengewicht gegenüber den serbischen Schwesterstaaten geschaffen würde, andererseits gewisse Sicherstellungen gegen eine feindselige Haltung jener beiden Staaten oder eine Beeinträchtigung unserer Handels- und sonstigen Belange ausbedungen würden. Auf solche Art wäre die Möglichkeit gegeben, die Interessen der Monarchie voll zu wahren, auch ohne neuerliche territoriale Erwerbungen am Balkan ins Auge zu fassen, zu welchen die gegenwärtige Krise aus äusseren und inneren Gründen keinen geeigneten Anlass bietet. Was speziell den Sandschak von Novibazar betrifft, wäre vor allem zu bemerken, dass derselbe in der Geschichte niemals die Rolle eines grösseren Verkehrsweges, wozu er mit Rücksicht auf seine orographische Beschaffenheit minder geeignet erscheint, gespielt hat; auch dann nicht, als ihm durch die politischen Abgrenzungen im Berliner Vertrage diese Aufgabe speziell zugedacht worden war. Der Sandschak kann daher wohl nur als eine minderwertige, militärisch schwer zu behauptende Verbindung mit Albanien in den Kalkul der Politik der Monarchie eingestellt werden. Wenn ich vorstehend angedeutet habe, in welcher Weise nach meiner Auffassung die Interessen der Monarchie im Verlaufe dieser Balkankrise gewahrt werden können, möchte ich nun die derzeitige diplomatische Situation in Bezug auf das uns beschäftigende Problem ein wenig beleuchten. Der Ausbruch des Orientkrieges hat zu einer gewissen Verschiebung in den Beziehungen der Mächte geführt. Die Besorgnis, Österreich-Ungarn und Russland könnten durch diese Krise in einen Krieg verwickelt werden, hat Frankreich und Deutschland, in deren Interesse es liegt, dem respektiven Bundesgenossen nicht beispringen zu müssen, einander näher gebracht, während England, welches nicht der Gefahr des Eintretens des casus foederis ausgesetzt ist, seine eigenen Wege zu wandeln gesonnen scheint. Der Abschluss des italienisch-türkischen Friedens hat einer weiteren Annäherung zwischen Italien und Russland Einhalt getan und ist Aussicht vorhanden, ersteres im weiteren Verlaufe der Krise konsequenter als früher an der Seite seiner Verbündeten zu sehen; allerdings nur unter der Voraussetzung, dass durch Verzicht auf territoriale Erwerbungen seitens der Monarchie die leidige, vertragsmässig gebundene Kompensationsfrage ausgeschaltet bleibt und dass die albanesische Frage im Sinne der diesfalls zwischen Österreich-Ungarn und Italien bestehenden Abmachung geregelt werden kann. Russland hat sich mit uns vorderhand auf den status quo verpflichtet, wird jedoch gewiss unter dem Drucke der öffentlichen Meinung für die Balkanstaaten — sei es gegen eine siegreich vordringende Türkei, sei es gegen eine Intervention von dritter Seite — Partei nehmen. Da wir nicht beabsichtigen, in den Verlauf des Krieges einzugreifen, dürfte Russland keine Gelegenheit haben, jene Staaten gegen uns zu verteidigen; es wird aber unsere Aufgabe sein, in einem geeigneten

Momente sei es im Wege einer Aussprache oder sonst wie, uns Klarheit darüber zu verschaffen, ob das Petersburger Kabinett im Falle einer Änderung des Status quo die von uns als unerlässlich angesehenen Garantien zuzulassen gesonnen ist, Garantien, für die wir uns unter allen Umständen einsetzen müssten. Auch aus diesem Grunde dürfte es sich für uns empfehlen, ein früheres Eingreifen in den Verlauf des Krieges zu vermeiden, damit wir in jenem für uns entscheidenden Momente mit freier Hand und intakten Kräften dastehen. Für diesen psychologischen Moment werden wir allerdings vorsorgen müssen, Russland gegenüber uns nicht im Zustande minderer militärischer Bereitschaft zu befinden. Was diesen letzten Punkt und im Zusammenhalte damit die von Euer Exzellenz besprochenen militärischen Vorkehrungen Russlands an der Westgrenze betrifft, so dürfte denselben vielleicht der Charakter einer Demonstration der russischen Kriegsbereitschaft (im Gegensatze zur Zeit der Annexionskrise) zuzuschreiben sein. Um jedoch in dieser Beziehung ein zuverlässigeres Urteil zu gewinnen und über allenfalls notwendig erscheinende Gegenmassregeln schlüssig zu werden, möchte ich es Euer Exzellenz vorerst anheimstellen, im direkten Wege die Auffassung des Chefs des deutschen Generalstabes in Erfahrung zu bringen, zumal jene auffallenden Vorgänge längs der deutschen Ostgrenze in höherem Masse in Erscheinung treten sollen, als an unserer galizischen Grenze. Eine Anfrage unserseits in St. Petersburg würde kein anderes Resultat ergeben, als den Hinweis auf die bereits durch die offiziöse St. Petersburger Telegraphenagentur publizierte Dementierung der fraglichen Ausstreuungen.

[a]) Sind laut Amtsvermerk nicht in das Polit. Archiv gelangt.

Nr. 4184. Tel. nach Belgrad, 27. Okt. 1912 Nr. 66 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Vertraulich. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Bericht Nr. 117 vom 24. l. M. Von der Sprache der Samouprava habe ich mit Befriedigung Kenntnis genommen. Der von Euer Hochwohlgeboren signalisierte Leitartikel ist von verschiedenen hiesigen Blättern reproduziert worden und wäre ich geneigt, wenn das genannte serbische Organ fortfährt, in ähnlichem Sinne zu schreiben, auch im Fremdenblatte darauf sympathisch reagieren zu lassen. Sollte Herr Pasić, was ich als sehr wünschenswert bezeichnen müßte, sich Euer Hochwohlgeboren gegenüber in analoger Weise wie zu dem deutschen Redakteur aussprechen, wollen Sie Ihrer persönlichen Ansicht dahin Ausdruck geben, daß Österreich-Ungarn, falls die Großmächte nicht länger auf dem territorialen Status quo bestehen sollten, sich einem gewissen Gebietszuwachse Serbiens wohl nicht widersetzen dürfte, soferne eine Garantie für die dauernde Sicherstellung unserer wirtschaftlichen Interessen serbischerseits geboten würde. Je enger das wirtschaftliche Band, das Serbien mit Österreich-Ungarn verbinden würde, gestaltet werden könnte, desto entgegenkommender dürfte sich das Wiener Kabinett in obiger Richtung zeigen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4190, 4195.

Nr. 4185. Tel. aus Berlin, 27. Okt. 1912 Nr. 225 (eing. 28. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 142. Staatssekretär läßt Euer Exzellenz verbindlichst danken für die Bereitwilligkeit, auf eine vertrauliche Aussprache zwischen dem Wiener und Berliner Kabinette darüber einzugehen, welchen Veränderungen des status quo am Balkan zugestimmt werden könnte, und erklärte bei diesem Anlasse neuerdings, daß man hier den allergrößten Wert darauf lege, im engsten Einvernehmen mit Österreich-Ungarn vorzugehen. Herr von Kiderlen sieht mit großem Interesse der in Aussicht gestellten näheren Präzisierung Euer Exzellenz Standpunktes entgegen. Szögyény.

Nr. 4186. Tel. aus Berlin, 27. Okt. 1912 Nr. 226 (eing. 28. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Antwort auf streng vertraulichen Erlaß Nr. 4684 vom 26. d. M. Eine ähnliche Anregung wurde hier weder durch den hiesigen rumänischen Gesandten noch dem deutschen Gesandten in Bukarest gegenüber gemacht. Würde dieselbe erfolgen, so wird Herr von Kiderlen, wie er mir sagte, eine gleiche Antwort erteilen, wie Euer Exzellenz sie zu geben beabsichtigen. Szögyény.

Nr. 4187. Tel. aus Bukarest-Sinaia, 27. Okt. 1912 Nr. 61 (eing. 28. Okt. 8 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Seine Majestät ist gestern abends zu mehrtägigem Aufenthalte in Bukarest eingetroffen. Wie mir Herr Majoresco mitteilte, hängt die Anwesenheit Seiner Majestät des Königs in der Hauptstadt in erster Linie mit den innerpolitischen Verhandlungen zusammen, die heute zum Abschluß gebracht werden sollen. Da bei einer Fusion der beiden konservativen Parteien sich wegen der inneren Parteiorganisation große Schwierigkeiten ergeben haben, wurde, um eine weitere Verzögerung zu vermeiden, von derselben abgesehen und vorderhand nur eine Kooperation beider Parteien vereinbart. Dienstag soll Beeidigung der neuen Minister stattfinden. Seine Majestät wird aber auch noch in Bukarest einem Ministerrat präsidieren, in welchem, wie Majoresco hervorhob, wichtige Beschlüsse betreffs der Haltung Rumäniens in Anbetracht der Ereignisse am Kriegsschauplatze gefaßt werden dürften. Andeutungen des Herrn Ministerpräsidenten ließen darauf schließen, daß die rumänische Regierung in der nächsten Zukunft ein aktives Eingreifen nicht beabsichtige, jedoch daran denke, an Österreich-Ungarn mit der Frage heranzutreten, ob und inwieweit die k. u. k. Regierung gesonnen wäre, rumänische Kompensationsansprüche bei eventueller bulgarischer Gebietserweiterung zu unterstützen. Eine Veränderung des status quo am Balkan bei weiteren Siegen der Königreiche erscheint Minister für unausweichlich. K. E. Fürstenberg.

[a] Laut telegraf. Mitteilung des Legationsrates Grafen Otto Czernin wurde Tel. Nr. 61 ohne Kenntnis von n. 4166 von dem vorübergehend in Bukarest weilenden Gesandten abgeschickt.

Nr. 4188. Privatschreiben des Ersten Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio an den französischen Botschafter, 27. Okt. 1912. Konz. (S. Rappaport; G. Macchio).

Par rapport à notre conversation de l'autre jour, je suis chargé par Son Excellence le Comte Berchtold de porter à la connaissance de Votre Excellence que rien ne s'oppose du point de vue du Gouvernement Impérial et Royal à ce que dans la réponse austro-hongroise à la dernière proposition de Mr. Poincaré le terme „amélioration de l'administration" suit remplacé par „réformes". Le Comte Szécsen a été également informé[a] que le cabinet de Vienne donne son consentement à la modification en question.

[a] Vgl. n. 4177.

Nr. 4189. Tel. aus Paris, 27. Okt. 1912 Nr. 126 (eing. 28. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes vom 26. d. M. Nr. 92 in Abwesenheit Herrn Poincarés Herrn Paléologue mitgeteilt, der über hergestelltes Einvernehmen sich sehr befriedigt zeigte. Herr Paléologue meinte, daß Mediationsaktion sehr bald einsetzen dürfte. Nach Entscheidung der jetzt im Gange befindlichen Schlacht vor Adrianopel dürften kriegführende Staaten vielleicht selbst Mediation provozieren oder wenigstens nicht ablehnen. Mein Mitredner schien Situation der Türkei heute sehr pessimistisch zu beurteilen und bezeichnete Aufrechterhaltung des status quo als aussichtslos. Szécsen.

Nr. 4190. Tel. nach Belgrad, 28. Okt. 1912 Nr. 67 (chiffr. 8 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Macchio).

Zu meinem Telegramme vom 27. d. M. Nr. 66. Im „Fremdenblatt" wird schon übermorgen, den 30. d. M.,[b] ein Artikel erscheinen, worin in Erwiderung auf die von Euer Hochwohlgeboren gemeldeten serbischen Preßstimmen eine für Serbien wohlwollende Sprache geführt, die Eventualität einer Abänderung des territorialen status quo aber selbstverständlich nicht berührt werden wird. Das Erscheinen dieses Artikels dürfte auch in Serbien nicht ohne eine gewisse Rückwirkung bleiben und Herrn Pasić den natürlichen Anlaß bieten, Euer Hochwohlgeboren gegenüber auf unser gegenseitiges Verhältnis zu sprechen zu kommen. Euer Hochwohlgeboren wollen daher abwarten, daß der Herr Ministerpräsident die Publikation des „Fremdenblatt" zum Gegenstande einer Aussprache mit Ihnen macht. Sollte Herr Pasić sich sodann in dem im gestrigen Telegramme angedeuteten Sinne zu Ihnen äußern, so wollen Euer Hochwohlgeboren in der dort skizzierten Weise replizieren, hiebei aber ausdrücklich betonen, daß Ihren Bemerkungen kein Auftrag, sondern nur Ihre persönliche Ansicht zugrunde liegt. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4235. — [b] Mit Tel. nach Belgrad Nr. 77, 30. Okt. 1912 wird mitgeteilt, daß dieser Artikel erst am 31. Okt. erscheinen wird. Er findet sich tatsächlich in Nr. 299 des „Fremdenblattes" vom 31. Okt.

Nr. 4191. Bericht aus Cetinje, 28. Okt. 1912 Nr. 89 A (eing. 1. Nov.). Ausfert.

Vertraulich. Ich habe dem Könige Nikolaus gestern in seinem Hauptquartiere in Rijeka Mitteilung über die Dispositionen Eurer Exzellenz, unsere philantropischen Gesellschaften für das Los der türkischen Kriegsgefangenen in Montenegro zu interessieren, gemacht und quittierte Seine Majestät dieselbe mit wiederholten Dankesbezeugungen so überschwenglicher Art, dass ich den König darauf aufmerksam machte, dass bis jetzt keine Zusage und nur die Absicht Eurer Exzellenz vorliege, die Sache einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Der König bemerkte bezüglich der Gefangenen, dass der grösste Teil, an 4000, bereits in der Nähe von Nikšić installiert sei und würde eine Verteilung von Lebensmitteln durch Delegierte einer humanitären Gesellschaft keinen Schwierigkeiten begegnen. Das sich an diese Mitteilung anschliessende Gespräch bot wenig Bemerkenswertes, doch war der König sichtlich bemüht, seinen Dank und Ergebenheit gegenüber der k. u. k. Regierung dick zu unterstreichen, vermutlich, weil ihn das Gewissen über die am Vortage erfolgte Besetzung von Sjenica doch drückte. Letztere wurde jedoch nicht berührt. Unsere Konversation drehte sich um die Kriegsereignisse, die wahrscheinlich rasche Beendigung des Krieges und eine bevorstehende europäische Konferenz, für welche der König, wie er einflocht, sich in jeder Beziehung „rüsten" müsse. Seine Majestät erwähnte, dass von den montenegrinischen Emigranten bereits 1000 zurückgekommen seien, während 2300, welche in einer Gruppe zurückkehren, noch erwartet würden. Der Fall von Skutari verzögere sich, Er würde sich aber nicht von Ungeduld fortreissen lassen und seine Leute schonen. König Nikolaus beklagte sich auch über den russischen Militär-Agenten, General Potapow, welcher jetzt seine Hilfe verweigere und „trop neutre" sei. Diese Äusserung schlägt der Wahrheit so sehr ins Gesicht (General Potapow befindet sich als Einziger der Militär-Attachés direkte bei der Angriffskolonne Martinović), und war deren Tendenz so durchsichtig, dass ich mir die Bemerkung erlaubte: „der Aufenthalt des Generals liesse eher auf das Gegenteil schliessen." Auf die Malissoren ist der König natürlich schlecht zu sprechen und schiebt ihnen alle vorgekommenen Exzesse, Plünderungen etc. zu. Der König hat mit diesen Anklagen sicher keine Unschuldigen verdächtigt, vielleicht lag ihm aber daran, seine eigenen Leute zu diskulpieren. Der Delegierte unseres Roten Kreuzes, Oberstabsarzt Dr. Steiner, hat vorgestern in einem verschlossenen und von montenegrinischen Soldaten bewachten Hause in Tuzi, woselbst unsere Feldambulanz eingerichtet wurde, 10 gefangene türkische Soldaten konstatiert, welchen sämtlich die Nasen abgeschnitten waren. Unter ihnen befand sich ein erst 15-jähriger Bursche; drei hatten keine andere Verletzung als die Verstümmelung. Über die militärischen Verhältnisse in Skutari zeigte sich der König gut unterrichtet. Abermals beklagte er das fast völlige Versagen des Nachschubdienstes, erging sich in Beschimpfungen gegen seine Minister, welche ihn vor Eröffnung der Feindseligkeiten irregeführt und gemeldet hätten, dass alles für einen geregelten Verpflegsdienst vorbereitet sei. König Nikolaus hat inzwischen den Präfekten von Podgorica, Drljević, einen Bruder des famosen Finanzministers, gefesselt nach Nikšić bringen lassen. Giesl.

*Nr. **4192**. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 28. Okt. 1912 Nr. 517 bis (eing. 29. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.*

Auf der Pforte findet jetzt ein Ministerrat statt, in welchem über den Rücktritt Kabinetts Ghazi Mukhtar Pascha entschieden werden soll. Gabriel Effendi teilt mir diesfalls mit, dass der Grossvezier nicht länger die Bürde der Regierung tragen will und dass wahrscheinlich Kiamil Pascha noch heute zu seinem Nachfolger ernannt werden dürfte. Der Minister des Äussern fügte hinzu, er selbst möchte auch zurücktreten, Kiamil Pascha wolle ihn jedoch zum Bleiben bewegen. Ich habe den Eindruck, dass die Berufung Kiamil Paschas zur Regierung hauptsächlich den Zweck verfolge, England zu gewinnen. In dieser Voraussetzung wurde ich auch durch den Umstand bestärkt, dass mein englischer Kollege während des Ministerrates zu einer Besprechung mit Ghazi Mukhtar Pascha respektive mit Kiamil Pascha eingeladen wurde. Pallavicini.

*Nr. **4193**. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 28. Okt. 1912 Nr. 520 (eing. 29. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Ich höre auf der Pforte, daß Rußland die Orte an der persischen Grenze, wo bis jetzt türkische Garnisonen waren, militärisch besetzt hat. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4150.

*Nr. **4194**. Tel. aus Sofia, 28. Okt. 1912 Nr. 281 (eing. 29. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.*

Der Ton unserer Presse in letzten Tagen und speziell von einigen Wiener Blättern vertretene Auffassung über Hinfälligkeit status quo Prinzipes ruft hier große Genugtuung hervor.[1]) Unser reichlicher sanitärer Beistand macht sehr guten Eindruck. Tarnowski.

[1]) Es wäre ein für alle Male dem Tarnowski zu bedeuten, daß die Haltung der hiesigen Presse, die einen Tag für die Balkanstaaten eintritt, um sie den nächsten Tag anzufeinden, absolut keine maßgebende Autorität für solche heikle Angelegenheiten wie die Aufrechthaltung oder Preisgebung des Principes des status quo ist.

*Nr. **4195**. Tel. aus Belgrad, 29. Okt. 1912 Nr. 157 (eing. 30. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.*

Generalsekretär teilt mir streng vertraulich mit, daß der Artikel der Samouprava, worauf sich Euer Exzellenz Telegramm Nr. 66 vom 27. d. M. bezieht, in Petersburg starke Mißstimmung hervorgerufen hat. Ugron.

*Nr. **4196**. Tel. aus Bukarest, 29. Okt. 1912 Nr. 62 (eing. 30. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Beim heutigen Diplomatenempfange teilte mir Minister mit, daß Ministerrat unter Vorsitz Seiner Majestät beschlossen habe, bei der bisher befolgten Richtungslinie zu beharren. Rumänien werde nicht mobilisieren und plane kein aggressives militärisches Vorgehen. Sollten jedoch türkische Streitkräfte nahe an der rumänischen Grenze Landungsversuche wiederholen

oder sich Grenzübertritte bulgarischer Staatsangehöriger, besonders Pomaken, mehren, so werde Rumänien ein Infanterie- und ein Kavallerieregiment längs der vollkommen offenen Dobrutschagrenze echelonieren, behufs Ausübung der Grenzpolizei. Herr Majoresco versicherte mir dann, daß die rumänische Regierung, bevor sie irgendwelche weittragende Beschlüsse fassen würde, zu welchen bisher kein Anlaß vorliege, bestimmt an die k. u. k. Regierung herantreten werde, und es ihr jetzt vollkommen ferne liege, allein ohne Einvernehmen mit Österreich-Ungarn irgendwie militärisch einzugreifen. Dafür gebe sich aber die rumänische Regierung der Überzeugung hin, daß ihrem Verlangen, bei einer Balkanfragen regelnden Konferenz beigezogen zu werden, von den Großmächten stattgegeben werden wird. Ich erhielt den Eindruck, daß besagte Truppenaufstellung nächster Tage stattfinden wird und daß der Nebenzweck damit verbunden ist, Bulgarien einen kleinen Wink zu geben. K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 4211.

Nr. 4197. Bericht aus Bukarest, 29. Okt. 1912 Nr. 56 A (eing. 1. Nov.). Ausfert.

In meinen Gesprächen, welche ich in den letzten Tagen mit einigen Politikern des Landes zu führen Gelegenheit hatte, konnte ich wahrnehmen, daß, wenn bisher nur die Liberalen einem tatkräftigeren Vorgehen der Regierung in der auswärtigen Politik das Wort redeten, nunmehr auch die Anhänger der konservativen Richtung, unter dem Eindrucke des siegreichen Vormarsches des Balkanbundes, sich mit der zuwartenden Haltung der Regierung nicht mehr einverstanden zeigten. Es machen sich hier Zweifel geltend, ob nicht doch etwa der günstige Zeitpunkt zur Wahrung der eigenen Interessen schon verpaßt worden ist und ob es sich nicht als nützlich erwiesen hätte, gleich anfangs sein Schäfchen ins Trockene zu bringen. Unzweifelhaft tritt eine nicht geringe Spannung und Unsicherheit im Lande zu Tage und jede bulgarische Siegesnachricht wird als ein Peitschenhieb empfunden. Zur Verschlimmerung der allgemeinen Stimmung gesellt sich noch der Umstand, daß der Ausbruch des Krieges höchst ungünstig auf die Finanzen des Landes einwirkt. Handel und Wandel stockt, die Ausfuhr der aufgestapelten Getreidemassen geht nur äußerst langsam vor sich und es macht sich eine große Geldknappheit geltend, welche teils durch die Kreditsperrung fremder Banken, aber auch dadurch hervorgerufen wird, daß zirka 100—150 Millionen Lei, welche in anderen Jahren der Getreideverkauf schon eingebracht hätte, heute noch nicht ins Land geflossen sind. Es ist also Grund genug vorhanden, um in dem leicht erregbaren rumänischen Volke eine Nervosität zu erzeugen, bei welcher nichts schwerer empfunden wird als Tatenlosigkeit. Man will also unbedingt etwas unternehmen, über das was ist sich jedoch niemand klar. In gewissen Kreisen wird von einem Einmarsche der ganzen rumänischen Armee in Bulgarien gesprochen zur Rettung der bedrohten Türkei. Andere würden sich damit begnügen, wenn eine strategische Linie in der Dobrudscha besetzt würde. Wieder andere reden sogar von einem eventuellen Mandate Europas an Rumänien, am Balkan Ordnung zu schaffen, selbstverständlich

nach Garantie eines entsprechenden Lohnes. Dabei wird immer damit gerechnet, daß Rußland sich kaum zu einem kriegerischen Eingreifen aufraffen kann, und wenn, so würde es durch Österreich-Ungarn in Schach gehalten werden. Trotz dieses Zustandes allgemeiner Nervenspannung kann doch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die Besonnenheit im Lande noch einige Zeit anhält und sich sogar sehr bald eine entschiedene Détente einstellen würde, falls die Wagschale sich nur um Geringes zu Gunsten der Türkei senken sollte. Zum Schlusse dieses Berichtes möchte ich jedoch mit ganz besonderem Nachdrucke darauf hinweisen, daß in allen rumänischen politischen Sphären mit dem größten Vertrauen und voller Zuversicht auf Österreich-Ungarn geblickt wird. Man rechnet hier in allen Kreisen mit unbedingter Sicherheit auf einen Beistand der Monarchie und hält es für vollkommen ausgeschlossen, daß Österreich-Ungarn territoriale Veränderungen am Balkan dulden könnte, ohne mit seinem ganzen Gewicht für ausgleichende Kompensationen an Rumänien einzutreten. Mit der Möglichkeit, den status quo am Balkan aufrechtzuerhalten, möge der Krieg den Ausgang nehmen, den er wolle, rechnet niemand mehr im Lande. K. E. Fürstenberg.

*Nr. **4198.** Tel. aus Cetinje, 29. Okt. 1912 Nr. 152 (eing. 7 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.*

Prinzessin Xenia übermittelt mir über Auftrag ihres Vaters folgende von König Nikolaus an den italienischen Gesandten gerichtete (verbale)[b] Communikation: Plevlje wurde gestern abends von der Colonne Božović besetzt, obwohl derselbe Befehl hatte, nach Südosten zu General Vukotić zu stossen. Božović hätte Jabuka occupiert und wäre dort von den Notablen aus Plevlje aufgefordert worden, Stadt zu besetzen, um Ordnung zu schaffen. Ob nun der Kommandant gegen seine Instruktion gehandelt oder ob der bezügliche Befehl Vukotić', ihn nicht erreichte, König Nikolaus legt Wert darauf Sachverhalt festzulegen, um nicht als wortbrüchig dazustehen. Zu bemerken ist, dass diese Mitteilung, die ich ohne Erwiederung aufnahm, weder das Vorgehen nach Sienitza noch eine Absicht erwähnt, die Truppen von Plevlje zurückzunehmen. Giesl.

[a] Vgl. n. 4213. — [b] Chiffre verstümmelt.

*Nr. **4199.** Tel. aus Konstantinopel-Pera, 29. Okt. 1912 Nr. 522 (eing. 30. Okt. 10 U. a. m.).[a] Entziff.*

Russischer Botschafter sagte mir, er habe noch keine offizielle Nachricht, daß das Petersburger Kabinett den letzten Vorschlag Herrn Poincarés angenommen hat, er zweifle aber nicht, daß dies der Fall ist, da ja die Kabinette von Petersburg und Paris bekanntlich auch in dieser Beziehung im Einvernehmen handeln. Herr von Giers hob übrigens ausdrücklich hervor, daß die russische Regierung an dem Prinzipe der Erhaltung des status quo festhalte. Allerdings müsse mit den durch den Krieg geschaffenen Tatsachen gerechnet werden. Seiner rein persönlichen Ansicht nach, sagte mir Herr von Giers weiter, könnte Prinzip der Erhaltung der Integrität der Türkei

angesichts der militärischen Erfolge der verbündeten Balkanstaaten nur so gewahrt werden, daß man der europäischen Türkei eine sehr weitgehende Autonomie geben würde. Mein russischer Kollege stellt sich Lösung der letzteren Frage folgendermaßen vor: I. Ernennung eines Gouverneurs (könnte auch Türke sein) für ganz Rumelien; II. Abgrenzung der einzelnen Sandschaks auf ethnographischer Basis; III. Ingerenz der Großmächte etwa nach dem Beispiele Libanons; IV. Errichtung einer Miliz. — Russischer Botschafter hat mir Vorstehendes als eine Idee rein persönlichen Charakters, von welcher, wie er mir sagte, seine Regierung keine Kenntnis habe, bezeichnet. Er ermächtigte mich aber, hievon Euer Exzellenz zu berichten. Meiner unmaßgeblichen Meinung nach wäre Projekt Herrn von Giers bei den gegenwärtigen Verhältnissen geeignet, um aus der jetzigen schwierigen Lage einen Ausweg zu finden. Falls die Großmächte diesen Plan akzeptieren sollten, wäre, nach Meinung Herrn von Giers' als auch nach der meinigen, keine Zeit zu verlieren und sollte Hebel sofort angesetzt werden, noch bevor eine definitive Entscheidung durch die Waffen gefallen sein wird. Baron Wangenheim, welchem ich von meinem Gespräche mit Herrn von Giers vertraulich Kenntnis gab, teilt meine Ansicht. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4214, 4238.

Nr. 4200. Tel. aus London, 29. Okt. 1912 Nr. 98 (eing. 30. Okt. 8 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Sir A. Nicolson persönlich will die Türkei noch nicht als hoffnungslos besiegt ansehen, bemerkt aber, hier allein dieser Ansicht zu sein. Der Wunsch einer Verständigung zwischen Euer Exzellenz und Herrn Sazonow, so daß die Initiative zu einer eventuellen Mediation von dem Wiener und Petersburger Kabinette ausginge — wenn der Moment gekommen sein wird — wird im Auswärtigen Amte mir und den übrigen Diplomaten gegenüber stets betont. Streng vertraulich: Sir E. Grey sagte gestern dem deutschen Geschäftsträger, er fühle sich nicht berufen, für Wiederherstellung eines durch den Krieg veränderten Besitzstandes auf dem Balkan die Machtmittel Englands zu engagieren. Konstantinopel hingegen sei eine europäische Frage ersten Ranges. Er rechne aber bestimmt darauf, daß die Frage von Konstantinopel nicht aufgeworfen wird. Mensdorff.

Nr. 4201. Bericht aus Paris, 29. Okt. 1912 Nr. 47 (eing. 31. Okt.). Ausfert.

Die Zeitungen veröffentlichen ein gestern von Herrn Poincaré und Herrn Tittoni unterfertigtes Übereinkommen, das sich auf Marokko und Lybien bezieht und dessen Text[a]) ich mir anruhend vorzulegen erlaube. In diesem Accord verpflichten sich die Regierungen von Frankreich und Italien gegenseitig, sich in ihren neuerworbenen Territorien Marokko und Lybien freie Hand zu lassen. Gleichzeitig wird Frankreich in Lybien und Italien in Marokko das Recht der Meistbegünstigung zugestanden. Wie mir Herr Tittoni sagte, modifiziert dieser Accord die bestehenden Verhältnisse eigentlich gar nicht und kann streng genommen als überflüssig

bezeichnet werden. Herr Poincaré hat aber grossen Wert auf dessen Abschluss gelegt, da er der französischen öffentlichen Meinung gegenüber durch diesen Accord die Anerkennung der italienischen Souveränität in Lybien rechtfertigen, respective zeigen wollte, dass er auch bei dieser Gelegenheit Vorteile für Frankreich herauszuschlagen wusste. Ausserdem soll das Übereinkommen ein neuerlicher Beweis für die zwischen Paris und Rom bestehenden freundschaftlichen Beziehungen sein. „Wir hatten keinen Grund" sagte mir der italienische Botschafter, „gegen den Abschluss dieses ziemlich nichtssagenden Accords Einwendungen zu erheben, geändert wird durch denselben an der Rechtslage nichts." Szécsen.

a) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 4202. Bericht aus Belgrad, 30. Okt. 1912 Nr. 122 A (eing. 1. Nov.).a) Ausfert.

Vertraulich. In meinem ergebenen Berichte vom 1. l. M. Nr. 95b) habe ich erwähnt gehabt, dass am Tage, als die Mobilisierung in Serbien angeordnet wurde, die Menge vor der englischen Gesandtschaft eine kleine Manifestation veranstaltet hat, was umso überraschender war, da Sir Ralph Paget ein ausgesprochener Türkenfreund ist und daraus gar kein Hehl macht. Schon damals gab er seinem Staunen darüber Ausdruck, dass sowohl hier wie in Sofia die Ansicht verbreitet ist, dass England gerade wie Russland eigentlich für den Krieg sei und die Aspirationen der Balkanstaaten im Geheimen unterstütze. Als die Kunde von der Einnahme von Kirk-Kilisse in Sofia bekannt wurde, haben die Bulgaren vor der russischen und vor der englischen Gesandtschaft manifestiert, wieder ein Beweis, dass die Balkanstaaten, trotz der unzweideutigen Haltung der englischen Regierung, glauben, in London wohlwollende Unterstützung ihrer Aspirationen finden zu können. Sir Ralph kam neulich auf diese Frage zu sprechen und gab seiner Meinung Ausdruck, dass ähnliche Hoffnungen nur durch den königlich englischen Gesandten in Sofia wachgerufen werden konnten, der gerne auf eigene Faust grosse Politik treibt. In diesem Falle würde er sich bestimmt im Widerspruch mit den Intentionen seiner Regierung befinden. Ich erlaube mir, auf meinen Bericht Nr. 28 B vom 29. März l. J., streng vertraulich, hinzuweisen, in welchem ich von dem etwas mysteriösen Besuch des Sir Henry Bax-Ironside in Belgrad Meldung erstattet habe. Seine Konferenzen mit Herrn Milovanović und Herrn von Hartwig, seine Audienz beim König, das ihm zu Ehren vom Kronprinzen gegebene Diner — was den hiesigen höfischen Gewohnheiten nicht entspricht —, die ihm durch Herrn Spalajković konstant erwiesenen Höflichkeiten haben mich schon damals frappiert. Die Behauptung des damaligen englischen Geschäftsträgers, dass es sich um einen harmlosen Touristenaufenthalt handle und er mit ihm nur gewisse Haushaltungsfragen in Sofia — wohin Herr Barklay von hier als Geschäftsträger gehen wollte — besprochen habe, habe ich schon damals nicht geglaubt, obgleich ich keinen Anhaltspunkt gehabt habe, anzunehmen, dass Sir Henry durch seinen Besuch weitergehende, positive Ziele verfolgen würde. Ich dachte denselben nur als einen Ausfluss

meiner schon früher gemachten und einberichteten Beobachtung ansehen zu müssen, dass nämlich England den Vorgängen in Serbien in letzter Zeit ein erhöhtes Interesse entgegenbringt und dass Sir Henry für England hier Propaganda machen wollte. Sir Ralph glaubt nun, dass sein Sofioter Kollege — der sehr unter dem Einfluss des Herrn Spalajković zu stehen scheint und durch diesen sehr bearbeitet wurde — hier und in Sofia mit Bezug auf die Stellungnahme Englands Hoffnungen wachgerufen haben dürfte, die keineswegs den Ansichten des Londoner Kabinetts entsprechen. Hier in Belgrad hat man schon angefangen, dies einzusehen. Wie es diesbezüglich in Sofia steht, kann ich von hier aus nicht beurteilen. Die vor wenigen Tagen vor der englischen Gesandtschaft stattgehabte Manifestation würde eher auf das Gegenteil schliessen lassen. Ugron.

[a]) Vgl. n. 3493, 3969. — [b]) Belangloser Situationsbericht. Nicht aufgenommen.

Nr. 4203. Tel. nach Berlin, 30. Okt. 1912 Nr. 144 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berchtold).

Geheim. Im Laufe meiner Unterredungen mit dem Marchese di San Giuliano in Pisa brachte der Minister auch die Erneuerung des Dreibundes zur Sprache. Mein italienischer College gab dem Wunsche der königlichen Regierung Ausdruck, den Vertrag bereits in nächster Zukunft erneuert zu sehen, damit es ihm möglich sein werde, im Parlamente, welches in der zweiten Hälfte November zusammentreten wird, von der Erneuerung offiziell Mittheilung machen zu können. Bezüglich des Textes sollte der alte Vertragstext tel quel beibehalten, jedoch mehrere Zusatzprotokolle als integrirende Bestandtheile dem Vertrage beigefügt werden und zwar: 1.) Abänderung der Artikel IX und X infolge Erwerbung von Tripolis und Cyrenaika unter Citirung des Annexionsgesetzes; 2.) Notenaustausch zwischen Cabineten von Wien und Rom vom Jahre 1900 1901 betreffend Albanien; 3.) Vereinbarung vom Jahre 1909 betreffend Compensationsrechte für Sandschak. Obwohl ich mich veranlaßt fühlte, Marchese di San Giuliano auf den Umstand aufmerksam zu machen, daß der Vertrag in seiner gegenwärtigen Fassung weit mehr zum Vortheile Italiens als zu dem unsrigen gereiche, habe ich doch meine principielle Zustimmung zur Erneuerung des Vertrages tel quel gegeben, mußte aber gegen die Anschließung der Abkommen von 1900/1901 und 1909 entschieden Stellung nehmen. Es liegt für uns umso weniger Anlaß vor, diese beiden Arrangements dem Vertrage einzuverleiben, als durch eine solche Ergänzung der Vertrag nicht tel quel erneuert würde und wir in diesem Falle genötigt wären, auch den Anschluß von Zusatzartikeln zur Ausgleichung von onerosen Stipulationen des Vertrages zu verlangen. Was die sub 1) verzeichnete Ergänzung des Vertrages anbelangt, bezieht sich dieselbe auf zwei Artikel, welche bloss Deutschland und Italien betreffen, daher das Berliner Cabinet diesfalls schlüßig zu werden hätte. Ich würde in dieser Richtung jeder Fassung beistimmen, welche die Anerkennung kurz und präcis zum Ausdruck bringen würde, doch sollte die Citirung des Annexionsgesetzes auf jeden Fall vermieden werden, da der Verweis auf ein bestehendes Gesetz im

Texte von Verträgen aus naheliegenden Gründen nicht üblich ist. Ich ersuche Euer Exzellenz den Herrn Staatssekretär von Vorstehendem Mittheilung machen zu wollen und zwar noch vor Ankunft des italienischen Ministers des Aeussern in Berlin.

a) Vgl. n. 4181, 4220, 4224, 4320.

Nr. 4204. Tel. nach Berlin, 30. Okt. 1912 Nr. 145 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Hoyos; G. Berchtold).

Der heute Abend mit Depeschenkasten an Euer Exzellenz abgesendete Erlaß Nr. 4780 betreffend unsere Haltung in der Balkankrise ist ausschließlich zur mündlichen Mittheilung an die deutsche Regierung bestimmt. Ich lege Werth darauf, daß Euer Exzellenz jede schriftliche Aufzeichnung vermeiden, damit das Berliner Cabinet auf keinen Fall in die Lage komme, unsere streng vertraulichen Informationen in Form einer von uns stammenden Aufzeichnung an eine andere Regierung weiterzugeben.

Nr. 4205. Erlass nach Berlin, 30. Okt. 1912 Nr. 4780.a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Streng vertraulich. Euer Exzellenz werden bereits aus meinem Telegramm Nr. 142 vom 26. l. M. ersehen haben, daß ich die Auffassung Herrn von Bethmann Hollwegs und Herrn von Kiderlens teile, daß mit der Möglichkeit einer entschiedenen Niederlage der Türkei und in der Folge damit gerechnet werden müsse, daß ein starres Festhalten an der Politik der Aufrechterhaltung des territorialen status quo am Balkan nicht mehr möglich sein wird. Unter diesen Umständen erscheint es vollkommen angezeigt, daß ein Gedankenaustausch zwischen den Dreibundmächten und in erster Linie zwischen dem Wiener und Berliner Kabinette darüber stattfinde, wie sich die bisherige Politik der Dreibundmächte der durch die Ereignisse am Balkan geschaffenen neuen Situation anpassen ließe und in welcher Weise die Nachteile, welche sich aus derselben für unsere Interessen ergeben könnten, zu paralysieren wären. Da Österreich-Ungarn infolge seiner geographischen Lage in diesem Belange am meisten interessiert ist, finde ich den Wunsch der Berliner Staatsmänner durchaus gerechtfertigt, darüber orientiert zu sein, welche Gesichtspunkte für unser Verhalten den Ambitionen der siegreichen Balkanstaaten gegenüber ausschlaggebend sein werden. Es wäre unmöglich, heute schon ein fixes Programm über die Zugeständnisse, welche wir unserer traditionellen Status quo-Politik werden machen müssen, sowie über die zu begehrenden Gegenforderungen aufzustellen, da es in erster Linie von der Weiterentwicklung der Ereignisse abhängen wird, inwieweit der europäische Besitzstand der Türkei ohne Heraufbeschwörung eines allgemeinen europäischen Krieges noch zu erhalten sein wird. Sei es nun, daß eine förmliche Aufteilung der europäischen Türkei unabwendbar wird, sei es, daß durch Einführung weitgehender Reformen oder Schaffung von autonomen Gebilden einer solchen vorgearbeitet werden soll, sei es endlich, daß die verbündeten Balkanstaaten sich mit partiellen Gebietserweiterungen werden zufrieden geben müssen, sicher können wir schon

jetzt einzelne Punkte, welche zum Schutze unserer vitalsten Interessen die Basis unserer zukünftigen Balkanpolitik bilden müssen, aufstellen. Im wesentlichen ließen sich unsere Interessen in folgenden Punkten resumieren: 1.) Die Zustimmung Österreich-Ungarns zu einem Macht- und Gebietszuwachs eines Nachbarstaates muß von ausreichenden Garantien dafür abhängig gemacht werden, daß derselbe in Zukunft keine der Monarchie direkt feindliche Politik verfolgen könne. In dieser Hinsicht kommt in erster Linie Serbien in Betracht. Sollen wir in einen Gebietszuwachs für dasselbe einwilligen, so kann dies nur geschehen, wenn wir gewisse Bürgschaften dafür besitzen, daß es nicht in die Reihe unserer Gegner tritt. Mit schönen Worten und Versprechungen könnte die Monarchie sich nicht zufrieden geben. Durch einen engeren wirtschaftlichen Anschluß, der auch für Serbien viel Vorteilhaftes enthielte, ließe sich aber eine Interessengemeinschaft schaffen, welche ein friedliches Nebeneinanderleben für lange Zeit sichern könnte. Je enger dieser Anschluß sich gestalten ließe, desto leichter würde Serbien auf ein Entgegenkommen unsererseits bezüglich seiner Vergrößerung zählen können. Dasselbe gilt auch für Montenegro, dessen Verhältnis zur Monarchie vermöge seiner Lage an der Adria für uns von besonderem Interesse ist. 2.) Ein Begehren Serbiens nach einer Gebietserweiterung bis an die Adria müßte a limine zurückgewiesen werden. Ein solches Verlangen allein könnte schon als ein sicherer Beweis dafür angesehen werden, daß dieser Staat auf ein vertrauensvolles freundliches Verhältnis zu Österreich-Ungarn auf die Dauer nicht rechnen und von einer Verbindung mit der Adria durch Bosnien keinen Gebrauch machen will. Der von Serbien eventuell ambitionierte Verbindungsstreif mit der Meeresküste könnte übrigens nur durch ein von Nichtserben bewohntes Gebiet führen, zu dessen Erwerbung dem auf dem Nationalitätenstandpunkte stehenden Serbien keinerlei Recht zuerkannt werden kann. Eine solche Gebietserweiterung würde weiters auch zu einer unmotivierten Schädigung der rechtmäßigen albanesischen Ansprüche führen. 3.) Die freie Entwicklung Albaniens. Dieselbe steht in engem Zusammenhange mit dem vitalen Interesse der Monarchie, daß an der Ostküste der Adria sich keine fremde Großmacht festsetzen dürfe. Um dies und in der weiteren Folge einen sonst unvermeidlichen Konflikt zu verhindern, ist die Schaffung eines lebensfähigen Albaniens eine Notwendigkeit. Ein von Anfang an territorial zu klein bemessenes Albanien würde aber keine Gewähr des Fortbestandes für die Zukunft bieten können. 4.) Die Befriedigung berechtigter Wünsche Rumäniens. Es wird nicht zu vermeiden sein, falls eine Verständigung zwischen Bulgarien und Rumänien nicht erfolgen sollte, daß das Wiener und Berliner Kabinett sich dafür verwenden, daß ein territorial stark vergrößertes Bulgarien den Ansprüchen des uns befreundeten Rumäniens auf eine teilweise Kompensation entgegenkomme. 5.) Grenzberichtigungen von übrigens minimalem Umfange. So müßte unsererseits Wert darauf gelegt werden, daß die völkerrechtliche Stellung der auf dem Berliner Kongresse vergessenen, von k. u. k. Truppen besetzten türkischen Donau-Insel Ada-Kaleh geregelt werde. Weiters würde auf Grenzberichtigungen und Lösung von seit Jahren strittigen Grenzfragen bestanden werden müssen. 6.) Jene

Teile der europäischen Türkei, welche bisher ein wichtiges Absatzgebiet der österreichisch-ungarischen Industrie waren, dürfen durch ihre Absorbierung seitens des einen oder des anderen Balkanstaates für dieselbe nicht gänzlich verloren gehen. Insoferne es sich nur um Abtretung geringerer Gebietsteile der Türkei an die einzelnen Staaten handelt, käme dieses Interesse nicht allzusehr in Betracht. Wenn jedoch eine Umgestaltung der Dinge am Balkan die Form einer faktischen Aufteilung der europäischen Türkei oder der Vorbereitung zu einer solchen annehmen sollte, müßte eine Berücksichtigung unseres betreffenden Petites seitens aller vier Balkanstaaten erfolgen. 7.) Sicherstellung verschiedener anderer wirtschaftlicher Interessen am Balkan. In diesem Belange wäre als ein Beispiel die Bedeutung Saloniks und des Schienenstranges dahin zu nennen. Nur wenn unsere Interessen etwa durch die Bildung eines Freihafens in Salonik unter hinlänglichen Kautelen für unseren Handel sowie eine weitgehende Sicherstellung der Bahnverbindung mit diesem Hafen durch eine Konvention voll gewahrt erscheinen, könnte Österreich-Ungarn sich mit diesem Gedanken befreunden, daß die türkische Oberhoheit in den diesbezüglich in Frage kommenden Gebieten durch eine andere ersetzt werde. — Euer Exzellenz wollen sich dem Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär gegenüber im Sinne der vorstehenden Erwägungen in streng vertraulicher Weise aussprechen und hiebei ausdrücklich bemerken, daß diese Darlegungen nicht den Charakter eines erschöpfenden, bereits fixierten Programmes besitzen, sondern nur die Grundzüge unseres Standpunktes enthalten, der den Ereignissen anzupassen sein wird; dieselben seien daher auch lediglich zur Orientierung des Berliner Kabinettes bestimmt. Hochdieselben wollen bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß ich, wie aus unserer Stellungnahme ersichtlich ist, für die Monarchie nur die Sicherstellung unserer vitalsten Interessen im Auge habe; für deren Verteidigung glaube ich aber schon mit Rücksicht auf das allgemeine Interesse an einer Lokalisierung des Krieges auf die Unterstützung aller Großmächte und in erster Linie auf jene der Alliierten zählen zu können.

[a]) Oe. U. Balkan 36 Nr. 60. Vgl. n. 4170, 4204, 4223, 4247, 4248, 4256, 4275, 4293, 4673.

Nr. 4206. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 30. Okt. 1912 Nr. 528 (eing. 31. Okt. 11 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Kiamil Pascha, welchem ich anläßlich seiner Ernennung zum Großvezir einen Besuch abstattete, teilt mir mit, daß gestern zwischen Visa und Lüle-Burgas eine Schlacht stattfand, welche mit einem Sieg der türkischen Truppen endete. Ein Korps, der linke Flügel der bulgarischen Armee, wurde mit großen Verlusten zurückgeworfen. Auf türkischer Seite sollen 800 Tote und Verwundete gewesen sein. Ich beglückwünschte den Großvezir zu diesem Erfolg und frug ihn, ob er nicht den gegenwärtigen Moment für geeignet hielte, mit den Mächten behufs Beendigung des Krieges in Fühlung zu treten. Kiamil Pascha antwortete mir, die türkische Regierung wäre bereit, sofort mit den Mächten Verhandlungen einzuleiten, es müßte dies aber auf der Basis der Erhaltung des status quo geschehen, ein Prinzip,

welches die Mächte vor Beginn des Krieges proklamiert hätten. Er fügte hinzu, daß sich die Türkei in der Frage der Reformen mit den Mächten gewiß verständigen würde, eine Ingerenz der Balkanstaaten in die inneren Angelegenheiten der Türkei müßte von Haus aus als ausgeschlossen bezeichnet werden. Pallavicini.

a) Vgl. n. 4207, 4214.

Nr. 4207. Tel. aus Paris, 30. Okt. 1912 Nr. 127 (eing. 7 U. 20 M. p. m.).a) Entziff.

Im hiesigen Auswärtigen Amte will man Informationen haben, daß türkische Regierung nur den Ausgang der bevorstehenden Schlacht der Hauptarmee abwarten will, um sodann, wie immer das Resultat derselben sei, Mediation der Mächte anzurufen. Balkankönigreiche wären wahrscheinlich bereit, Mediation zu akzeptieren. Ich erfahre vertraulich, daß falls keiner der kriegführenden Staaten Mediation anruft, Herr Poincaré diesbezüglich keine Initiative ergreifen will, angeblich weil er nicht sicher ist, daß Einigkeit der Mächte hinsichtlich des „geeigneten Zeitpunktes" erreichbar. Ich glaube aber, daß Poincaré fühlt, daß die von ihm proponierte Basis — territorialer status quo, Reformen in der Türkei — heute nicht mehr aufrechterhalten werden kann, sich aber nicht traut, seinen eigenen Vorschlag als undurchführbar zu bezeichnen. Von russischer Seite wird offenbar sehr starke Pression auf hiesige Regierung ausgeübt. Herr Paléologue sagte mir, daß Stellung Herrn Sazonows angesichts der durch die slavischen Siege hervorgerufenen nationalen Begeisterung in Rußland sehr schwierig sei. Europäische Situation wird hier momentan pessimistisch beurteilt, doch kann ich nicht sagen, ob sich diese Besorgnis auf befürchtete Divergenzen zwischen uns und Rußland oder aber auf englisch-russische Gegensätze bezieht. Möchte zur Erwägung anheimstellen, ob es nicht angezeigt, erste passende Gelegenheit zu benützen, um Herrn Poincaré, falls Mediation nicht durch kriegführende Staaten angerufen wird, vertraulich zu sagen, daß man Initiative zu derselben von ihm erwarte. Dies würde seiner Eitelkeit schmeicheln und den Kontakt zwischen unseren Kabinetten aufrechterhalten. Ohne speziellen Anhaltspunkt hiefür zu haben, habe ich die Besorgnis, daß Poincaré für eine in Petersburg gewünschte Lösung gewonnen werden könnte, besonders wenn er fühlt, daß seine Vermittlungsaktion bei den anderen Kabinetten und speziell bei uns wenig Anklang findet. Szécsen.

a) Vgl. n. 4206.

Nr. 4208. Tel. aus Sofia, 30. Okt. 1912 Nr. 285 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Russischer Gesandter hat seit Einnahme von Kirkkilisse, Kumanowa und Üsküb seine in meinem Berichte vom 26. d. M. Nr. 81 B*a)* wiedergegebene Auffassung aufgegeben und meint, daß, was Halbmond einmal abgenommen, ihm nicht mehr zurückgegeben werden könnte. Unverbindlich sagte er mir, seiner Ansicht nach wäre es für Österreich-Ungarn

ein Leichtes, wenn wir nur Serbien etwas gönnen und entsprechend behandeln würden, Serbien in unsere wirtschaftliche Einflußsphäre einzubeziehen. Tarnowski.

a) Mit Bericht Nr. 81 B, 23. Okt. 1912 (eing. 30. Okt.) wurde aus Sofia gemeldet, der russische Gesandte habe die Ansicht geäußert, daß die Balkanstaaten im Falle ihres Sieges keine Annexion der von ihren Truppen besetzten Gebiete, sondern nur eine sehr weitgehende Autonomie verlangen dürften. Bulgarien und seine Verbündeten würden mit dem Willen Europas rechnen. Wenn siegreich, würden die Balkanstaaten vermutlich günstigere Grenzregulierung, Bulgarien vielleicht Schleifung der Befestigung Adrianopels und Serbien die Bahnverbindung mit der Adria verlangen, auf eine Teilung der Türkei dürften sie aber nicht ausgehen.

Nr. 4209. Tel. aus Athen, 31. Okt. 1912 Nr. 214 (eing. 1. Nov. 9 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Minister des Äussern triumphiert natürlich über die griechischen militärischen Erfolge und über jene der Alliierten und gab mir heute deutlich zu, dass man sich nach solchen Siegen mit blossen Reformen nicht mehr begnügen könnte. Vor denselben wäre Situation eine ganz andere gewesen und man hätte sich gewiss mit ausreichenden Reformen befriedigt erklärt. Als ich dem Minister des Äussern hierauf erwiderte, meiner persönlichen Überzeugung nach wäre der Krieg seitens der Alliierten schon vor Wochen beschlossen worden und ich würde darauf wetten, dass Herr Coromilas bitter enttäuscht gewesen wäre, wenn die Türkei diese Reformen tatsächlich wirksam in die Wege geleitet hätte, widersprach er mir nicht nur nicht, sondern hatte als Erwiderung auf meine in scherzhaftem Tone gemachte Bemerkung nur ein ganz zustimmend klingendes Lachen. Braun.

Nr. 4210. Tel. nach Berlin Nr. 147 (1) und Paris Nr. 94 (2), 31. Okt. 1912 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Der französische Botschafter hat mir heute auftraggemäß mitgeteilt, Herr Poincaré sehe den Moment herannahen, wo die Mächte sich über den Ausgangspunkt einer Mediation einigen müßten. Zu diesem Zwecke schlägt uns das Pariser Kabinett die von London und Petersburg bereits angenommene Formel folgenden Wortlautes vor: ... *wie n. 4216 von „Les Puissances" bis „d'absolu désintéressement"* ... Ich habe Herrn Dumaine gegenüber zunächst bemerkt, daß es mir nicht möglich sei, der Ausdrucksweise „absolu désintéressement" zuzustimmen, da wir als unmittelbare Nachbarn der Balkanhalbinsel daselbst begreiflicherweise Interessen zu schützen hätten ... *wie n. 4216 von „Auf die Entgegnung Herrn Dumaines" bis „Änderung zu unterziehen"* ... Euer Exzellenz wollen Vorstehendes zur vertraulichen Kenntnis des Herrn Reichskanzlers beziehungsweise Staatssekretärs bringen und würde ich vor einer definitiven Antworterteilung Wert darauf legen, über die gegenständliche Stellungnahme des Berliner Kabinettes informiert zu sein.

2. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 128 vom 31. l. M. Der französische Botschafter hat die ihm aufgetragene Demarche heute bei mir ausgeführt. Inseratur Telegramm ad 1 von „Ich habe Herrn Dumaine"

bis inklusive „Änderung zu unterziehen". Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache bei der dortigen Regierung. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 39 Nr. 63. Vgl. n. 4217, 4221, 4236, 4239, 4274, 9474, 9484, 9490, 9497, 9510.

Nr. 4211. Tel. nach Bukarest, 31. Okt. 1912 Nr. 57 (chiffr. 9 U. 10 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Ich habe den in Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 62 vom 29. l. M. wiedergegebenen Äußerungen Herrn Majorescos mit Befriedigung entnommen, daß nach Ansicht der rumänischen Regierung im gegenwärtigen Augenblicke kein Anlaß zu einem militärischen Eingreifen in den Balkankonflikt vorliege und dies ohne vorheriges Einvernehmen mit uns nicht erfolgen werde. Was das Verlangen Rumäniens, bei einer Balkanfragen regelnden Konferenz beigezogen zu werden, anbelangt, so scheint mir dieser Wunsch vollkommen begreiflich. Bei dem heutigen Stande der Dinge wäre ein Eingehen auf diesen Gegenstand jedoch verfrüht, weil es überhaupt noch nicht feststeht, ob es zu einer solchen Konferenz kommen wird. Ich habe indessen schon jetzt einen Gedankenaustausch mit dem Berliner Kabinett darüber eingeleitet,[b]) wie sich die beiden Mächte gegebenen Falles zu einem Begehren Rumäniens nach Sitz und Stimme bei einer Konferenz zu verhalten hätten. Euer Durchlaucht sind ermächtigt, sich Seiner Majestät dem Könige und Herrn Majorsco gegenüber im vorstehenden Sinne auszusprechen und können Euer Durchlaucht hiebei bemerken, daß Rumänien darauf werde rechnen können, daß sowohl das Wiener als auch das Berliner Kabinett einem bezüglichen Ansuchen gegenüber in sympathischer Weise Stellung nehmen würden. Selbstverständlich könnten wir jedoch für die Haltung der anderen Mächte nicht einstehen, wenn wir auch gute Dispositionen Italiens annehmen dürfen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4264. — [b]) Vgl. n. 4173.

Nr. 4212. Tel. aus Bukarest, 31. Okt. 1912 Nr. 64 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Bei gestern stattgefundener Audienz brachte ich Seiner Majestät Inhalt hohen Telegrammes Nr. 56 vom 26. d. M. zur Kenntnis. Seine Majestät der König gab mir die Versicherung ab, dass er keine irgendwie geartete Entscheidung von größerer Tragweite fassen werde, ohne sich vorher beizeiten mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland ins Einvernehmen gesetzt zu haben. König Karl befürchtet, dass wenn Mächte nicht rasch einschreiten und dem Kampf ein Ende bereiten, Vorrücken der Bulgaren bis Konstantinopel eintreten und dortselbst Revolution ausbrechen könnte. In diesem Falle würde er wohl gezwungen werden, Mobilisierung ins Auge zu fassen, deren Durchführung ohne darauf folgende Aktion undenkbar sei. Seine Majestät beauftragte mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, dass er eine Aufrechterhaltung des status quo am Balkan unter den bestehenden Verhältnissen für vollkommen ausgeschlossen halte. Entsprechende Gebietserweiterungen

der kriegführenden Staaten werden nicht hintanzuhalten zu sein. Regelung der Gebietsfragen könnte seiner Ansicht nach nur durch eine Konferenz erfolgen, zu welcher Rumänien sich wohl das Recht erworben habe, zugezogen zu werden. Auf derselben würde Rumänien eine Grenzregulierung in der Dobrutscha verlangen, in welche jedoch Rustschuk und Varna nicht eingeschlossen wären. Seine Majestät der König stellte die Frage an mich, in welcher Richtung sich Interessen bewegen, welche Oesterreich-Ungarn am Balkan zu wahren habe; ob dieselben allein wirtschaftlicher Natur seien, oder sich auch auf territoriale Erwerbung beziehen, und in welcher Weise k. und k. Regierung gesonnen sei, die Wahrung dieser Interessen durchzuführen, des Weiteren, welche Haltung dieselbe der neuen Lage am Balkan gegenüber einnehme. Seine Majestät der König schien befremdet, dass ich ihm darüber keine irgendwie geartete Aufklärung geben konnte, sondern nur die persönliche Ansicht aussprach, dass Oesterreich-Ungarn vornehmlich wirtschaftliche Interessen im Auge habe und einen unbehinderten Weg nach Salonik anstrebe. König Karl verschließt sich nicht der Möglichkeit des Ausbruches einer großen Konflagration, ist sich der Furchtbarkeit derselben voll bewusst, blickt ihr mit hohem Ernst, aber mit ebensolcher Festigkeit entgegen. Von Echellonierung von Truppen längs der offenen Dobrutschagrenze sprach Seine Majestät als von einer beschlossenen Sache. K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 38 Nr. 61. Am selben Tage unter Nr. 146 (chiffr. 11 U. p. m.) nach Berlin auszugsweise mitgeteilt, um die Stellungnahme der deutschen Regierung zu diesen Äußerungen König Karls zu erfahren. Vgl. n. 4222, 4225, 4226, 4237.

Nr. 4213. Bericht aus Cetinje, 31. Okt. 1912 Nr. 90 (eing. 4. Nov.). Ausfert.

Vertraulich. Im Nachhange zu meinem ergebensten Telegramme Nr. 152 vom 29. l. M. beehre ich mich im Anbuge[a]) den Text der telefonischen Kommunikation des König Nikolaus an die Prinzessin Xenia vom 29. l. M., welche von Letzterer dem italienischen und russischen Gesandten, dann mir vorgelesen, und von Herrn von Giers niedergeschrieben wurde, zu unterbreiten. Die Prinzessin hatte die Message vor allem zur Kenntnis des Baron Squitti zu bringen, weil derselbe bekanntlich seinerzeit eine Démarche[b]) im Auftrage der italienischen Regierung gemacht hatte. Um über die Unaufrichtigkeit und Haltlosigkeit dieses plumpen Versuches des Königs, seine Handlungsweise zu entschuldigen und durch eine Instruktionsverletzung seitens des Komandir Božović erklären zu wollen, keinen Zweifel zu lassen, genügt der Hinweis auf die Instradierung der Kolonne Božović nach Sjenica und Jabuka und das Fehlen jeder Willensäusserung des Königs, die angeblich gegen die Instruktion erfolgte Besetzung von Plevlje durch Rückberufung Božović's zu anullieren. Man gibt auch im Kriege Kolonnenkommandanten gewöhnlich keine „recommandations", sondern Befehle. Mittlerweile sind auch serbische Truppenteile in Plevlje eingerückt. Ich bin davon überzeugt, dass das Sprichwort: „Gelegenheit macht Diebe", hier seine sinngemäße Anwendung findet. Zu

Beginn der Operationen hatte König Nikolaus noch die Absicht, an seinem Versprechen, den Sandschak nicht zu okkupieren, festzuhalten. Der Einmarsch der serbischen Truppen daselbst, welcher Montenegro mit seinen Ansprüchen in den Hintergrund stellen musste, die Eifersucht gegenüber den Erfolgen dieses Verbündeten, die Schwierigkeiten, welchen der montenegrinische Angriff auf Skutari begegnete, und last but not least, das vollständige Fehlen jedes Widerstandes seitens der Türken, haben den König veranlasst, sich über sein Versprechen hinwegzusetzen. Der zuliegende Wortlaut der Message hat als ein aufgezeichnetes telefonisches Gespräch, wohl nicht den Wert eines Dokumentes, kann aber nützlich werden, um aus den Worten des Königs selbst festzustellen, dass die Besetzung Plevljes gegen seine Absicht erfolgt ist. Giesl.

[a]) Beilage. — [b]) Vgl. n. 4054.

Beilage zu n. 4213.

„Fais venir Mr. le Baron Squitti et dis lui bien ce qui suit: La prise de Plevlje n'a pas été préméditée, elle est survenue indépendement de nos décisions. Le petit corps du commandant, Mr. Božović, après avoir rasé les blockhaus de l'autre coté de la Tara s'est dirigé à l'est vers Jabuka, qu'il a prise. De là il devait s'acheminer vers le sud-est et tâcher de rejoindre Serdar Janko Vukotić pour le renforcer en vue d'attaques sur Ipek et Djakova. Mais à Jabuka il pervint à Božović la nouvelle, que les notables de Plevlje désiraient s'aboucher avec lui. — A cette entrevue ils lui firent savoir, que les conflits entre chrétiens et musulmans, tant dans la ville de Plevlje, qu'aux alentours seraient inévitables s'il tardait à occuper la ville et à y mettre l'ordre. Sans demander des instructions Božović s'empara de Plevlje contrairement à mes recommandations. Malgré tout ce qui précède, je crains, qu'on doutera à tort de ma sincérité, les faits ayant l'air plutôt d'un procédé byzantin que d'une parole engagée par un Roi vis-à-vis d'un gentilhomme tel que le Baron Squitti. Explique, je te prie, tout cela de ton mieux à cet excellent homme, pour qu'il ne reste pas l'ombre d'un faux-fuyant de ma part dans son esprit.

*Nr. **4214.** Tel. aus Konstantinopel-Pera, 31. Okt. 1912 Nr. 534 (eing. 1. Nov. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Minister des Äussern suchte mich gestern auf. Er las mir die im Laufe des Tages von Nazim Pascha eingelangten Telegramme vor. Ich konnte aus denselben ersehen, dass der mir von Kiamil Pascha gestern erwähnte Sieg der Türken bei Viza von keiner sehr großen Bedeutung war. Immerhin schien mir der Moment günstig, um Gabriel Effendi zu fragen, ob die türkische Regierung nicht vielleicht diesen Erfolg dazu benützen wollte, um durch Vermittlung der Mächte dem Kriege ein Ende zu bereiten. Der Minister antwortete mir hierauf, seiner Ansicht nach müsse die Türkei unter den gegenwärtigen Verhältnissen an dem Prinzipe festhalten, den Kampf à outrance fortzusetzen. Hiezu bemerkte er, dass nach Ansicht aller militärischen Kreise die türkische Armee sich in der Tschataldja-Linie

monatelang halten könne, und dass es während dieser Zeit der Türkei möglich sein würde, ihre militärischen Kräfte in ihrer Gänze heranzuziehen, um dann offensiv vorgehen zu können. Wenn sie das nicht täte, würden die Anforderungen ihrer Gegner sich ins Unendliche steigern. Anders stünde jedoch die Sache, wenn die Großmächte von selbst der Türkei die Mediation anbieten würden. In einem solchen Falle wäre man je eher geneigt, mit denselben in Verhandlungen zu treten. Ich bemerkte hierauf, dass die türkische Regierung bei eventuellen Verhandlungen mit den seit dem Ausbruche des Krieges eingetretenen Tatsachen rechnen müßte und dass daher, wenn auch an dem Prinzipe der Integrität des türkischen Reiches festzuhalten wäre, sich die Notwendigkeit eines weitgehenden Entgegenkommens in der Frage der Neuordnung der Dinge in Rumelien seitens der Türkei ergeben müsste. Gabriel Effendi schien dies einzusehen. Als eine rein persönliche Idee entwickelte ich ihm dann in grossen Zügen das in meinem Telegramm 522 vom 29. d. M. skizzierte Projekt einer weitgehenden Autonomie für Rumelien. Ich hob hervor, dass es für die Türkei nur von Vorteil wäre, wenn Europa ihr bei dieser Aufgabe, welcher sie nicht gewachsen zu sein scheint, nämlich bei der Verwaltung ihrer europäischen Provinzen, zu Hilfe kommen würde. Der Minister des Äussern nahm meine Auseinandersetzungen mit Interesse entgegen und fügte hinzu, er werde über die Sache nachdenken. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 4206, 4238.

*Nr. **4215**. Tel. aus London, 31. Okt. 1912 Nr. 99 (eing. 1. Nov. 10 U. 30 M. a. m.). Entziff.*

Alles was ich höre, bestärkt den Eindruck, dass nach hiesiger Auffassung Rückkehr zum status quo ante bellum am Balkan unmöglich ist. Auch Sir Edward Grey machte einigen meiner Kollegen Bemerkung wie „was durch das Schwert genommen wurde, kann dem Sieger nicht entrissen werden". Der türkische Zusammenbruch scheint hier solchen Eindruck zu machen, dass bei Fortschreiten türkischer Niederlagen die Stimmung immer mehr die werden dürfte, Türkei aufzugeben. Von der Rücksicht auf die mohammedanischen Untertanen wird jetzt nicht mehr gesprochen. Mein russischer Kollege versicherte mir, dass Sir Edward Grey und Sir A. Nicolson, die bisher immer darauf insistierten, seit dem Beginn des Krieges kein Wort mehr von Rücksicht auf Sultan und mohammedanisches Gefühl sprachen. Der Artikel des Fremdenblattes von vorgestern hat hier große Beachtung gefunden. Sir E. Grey hat aber meinen Kollegen gegenüber erwähnt, dass er weder durch mich noch durch Sir. F. L. Cartwright etwas über die Auffassung der k. und k. Regierung unter den veränderten Verhältnissen gehört hat. Sir E. Grey hat dem italienischen Botschafter gegenüber als erfreuliches Symptom hervorgehoben, dass Konversationen zwischen hier und Berlin und zwischen Berlin und Paris freundschaftlich geführt werden. Mensdorff.

Tel. nach Paris, 31. Okt. 1912 Nr. 94 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 4210.

Nr. 4216. Tagesbericht über einen Besuch des französischen Botschafters, 31. Okt. 1912.[a]) Konz. (S. Berchtold).

Der französische Botschafter erschien heute bei mir, um mir auftraggemäß mitzuteilen, daß seine Regierung den Moment herannahen sehe, wo die Mediation der Mächte einzusetzen haben werde. Aus diesem Grunde glaube Herr Poincaré, daß es angezeigt wäre, den Ausgangspunkt der Mediation einvernehmlich festzustellen, wofür eine Formel vom Pariser Cabinete gefaßt und von den Cabineten von London und St. Petersburg angenommen worden sei. Diese Formel, deren Text mir Herr Dumaine ausfolgte, lautet nachstehend: Les Puissances reconnaissant que l'heure approche où elles pourront exercer leur médiation entre les belligérants de la Péninsule Balkanique et continuant de placer au premier rang de leurs préoccupations le maintien de la paix européenne, déclarent qu'elles s'appliqueront à leur oeuvre commune dans un esprit d'absolu désintéressement. Ich nahm diese Mitteilung mit der Bemerkung entgegen, daß es mir wohl nicht möglich sein werde, der Ausdrucksweise „absolu désintéressement" zuzustimmen, da wir als unmittelbare Nachbarn der Balkanhalbinsel begreiflicher Weise Interessen daselbst zu schützen hätten und ich somit keine Erklärung, die ein „absolutes désintéressement" ausspreche, abgeben könne. Auf die Entgegnung Herrn Dumaines, daß auch Rußland, welches gewiß große Interessen am Balkan habe, dieser Erklärung zugestimmt habe, drückte ich dem Botschafter mein Erstaunen darüber aus, daß Rußland angesichts einer diplomatischen Aktion, die sich gegebenen Falles auch mit der Frage von Constantinopel zu befassen hätte, sich desinteressirt erklärt haben könnte. Herr Dumaine meinte, daß wohl der Gedanke zum Ausdrucke kommen solle, Rußland verfolge keine Absichten territorialer Erwerbungen, was ja auch bezüglich Constantinopels zutreffe, wo es in Rußlands Interesse liege, daß die türkische Herrschaft erhalten bleiben solle. Ich verwies den Botschafter darauf, das ebenso wie Rußland — was er selbst zugebe — nicht desinteressiert sei, auch wir Interessen zu wahren hätten und daß es eigenthümlichen Eindruck machen müßte, wenn ich als Minister der nächstsituierten Großmacht ein protocole de désintéressement ausstellen würde. Meine Frage, was wohl der Zweck der fraglichen Formel sei, beantwortete Herr Dumaine dahin, daß dieselbe das Vertrauen der Kriegführenden in die geplante Vermittlungsaktion wecken solle, was mich zur Bemerkung veranlaßte, es würde sich dann eher die Ausdrucksweise empfehlen, daß die Mächte dans un esprit d'impartialité absolue an ihr Mediationswerk herantreten. Ich ließ es mir auch angelegen sein, dem Botschafter die bedenklichen Rückwirkungen zu schildern, die von einer solchen Erklärung für unsere Beziehungen mit den kleinen Balkanstaaten und in letzter Linie für den europäischen Frieden zu besorgen wären. Einerseits würde uns dadurch von vorneherein die Hand gebunden, andererseits in den Balkanstaaten die falsche Auffassung hervorgerufen, daß wir ihnen carte blanche ausstellen. Wie könnte unter diesen Voraussetzungen die Krise gedeihlich gelöst werden? Zum Schlusse unserer Unterredung sagte ich Herrn Dumaine, ich würde gewiß eine Mediation, zu der meiner Ansicht nach vom Pariser Cabinete die Initiative zu ergreifen wäre, mitmachen, könnte jedoch der beigebrachten

Formel in der gegenwärtigen Fassung nicht zustimmen und müsse mir vorbehalten, dieselbe einer redaktionellen Änderung zu unterziehen.

[a]) Vgl. n. 4210, 4217, 4229, 4240, 4274, 4338, 9497 Anm. c.

Nr. 4217. Tel. aus Paris, 31. Okt. 1912 Nr. 128 (eing. 5 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Herr Poincaré, der selbst im Ministerrat zurückgehalten war, ließ mir heute durch Herrn Paléologue Text eines Telegrammes mitteilen, das er heute nachts an französische Botschafter in Wien, Berlin und Rom richtete. Herr Dumaine dürfte dasselbe Euer Exzellenz bereits mitgeteilt haben. Herr Poincaré betonte angesichts der Ereignisse am Kriegsschauplatze Notwendigkeit baldigster Mediation. Territorialer status quo sei nicht mehr aufrecht zu erhalten. Im Einvernehmen mit Russland und England schlägt Herr Poincaré folgende Formel vor: ... *wie Nr. 4216 von „Les Puissances" bis „d'absolu désintéressement"* ... Herr Paléologue, indem er die Notwendigkeit betonte, vor einem totalen Zusammenbruch der Türkei einzugreifen, „denn sonst erobern sie noch Konstantinopel", fragte mich, was ich von dieser Formel denke. Als meine rein persönliche Ansicht sagte ich ihm, daß mir der Ausdruck „absolu désintéressement" an innerer Unaufrichtigkeit zu leiden scheine. Fortsetzung folgt. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 4210, 4218, 4228.

Nr. 4218. Tel. aus Paris, 31. Okt. 1912 Nr. 129 (eing. 7 U. 40 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 128 von heute. Wenn zum Beispiel die Bulgaren Ansprüche auf Konstantinopel erheben sollten, würde sich weder England noch Russland an der Frage desinteressieren. Auch andere Mächte, Frankreich nicht in letzter Linie, hätten im Orient wichtige Interessen, besonders wenn man von dem Prinzipe des status quo abgehe, die sie wahren müssten. Herr Paléologue gab dies zu und erklärte mir, dass nach der Idee Herrn Poincarés das désintéressement sich nur auf den Mediationsakt beziehe, wie dies nach seiner Ansicht aus den einleitenden Bemerkungen im Telegramme hervorgehe. Bei der definitiven Regelung, die nur im Einvernehmen der Mächte, eventuell auf einer europäischen Konferenz, erfolgen könne, würden natürlich alle Mächte Gelegenheit haben, ihre Interessen zu wahren. Mein Mitredner legte grosses Gewicht darauf, dass Russland und England der Formel beistimmen; hiedurch werde vermieden, dass schon bei der Mediation Russland als Anwalt der Balkan-Königreiche und England als Anwalt der Türkei auftreten. Nach Ansicht Herrn Poincarés könne man ganzen Fragenkomplex nicht in eine Formel zusammenfassen, noch auf einmal regeln, sondern müsse nur an das Dringendste denken, und dies sei Einstellung der Feindseligkeiten, die nur durch Mediation erreichbar. Man scheint hier revolutionäre Bewegung in der Türkei, Christenmassakers zu befürchten. Eine französische Eskader ist nach Syra und Beirut abgegangen. Ich fragte Paléologue, ob er glaube, dass Alliierte Mediation akzeptieren würden? Er befürchtet,

dass dieselben vorherige Zusage der Grossmächte hinsichtlich ihrer, jedenfalls sehr übertriebenen territorialen Ansprüche verlangen werden, doch werde man sie vielleicht mit allgemeinen Zusicherungen befriedigen können. Mein Mitredner schien exorbitante Forderungen, speziell von serbischer und griechischer Seite, zu befürchten. Herr Poincaré legt das grösste Gewicht auf gemeinsame Aktion aller Mächte. Ich kann aber die Befürchtung nicht ganz (verhehlen),[b] dass, falls seine Vorschläge nicht akzeptiert werden, er jetzt, wo es ihm gelungen, Russland und England für seine Proposition zu gewinnen, Mediation schlimmstenfalls namens Tripelentente in Szene setzen würde, was natürlich Gegensätze sehr verschärfen würde. Aus vertraulicher Mitteilung Baron Schoens ersehe ich, dass man in Berlin Aufrechterhaltung des status quo für unmöglich erachtet. Szécsen.

[a] Vgl. n. 4228. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 4219. Tel. aus Sofia, 31. Okt. 1912 Nr. 290 (eing. 1. Nov. 10 U. a. m.). Entziff.

Gerüchte über Mobilisierung Rumäniens erhalten sich hier und wird heute in bulgarischen Kreisen mehr davon gesprochen, wobei sich Kommentare hören lassen, daß Rumänien ohne Einverständnis mit Österreich-Ungarn sich nicht rühren würde. Es haben sich zu mir heute zwei der bulgarischen Regierung nahe stehende Personen in obigem Sinne ausgesprochen mit dem Bemerken, daß aggressive Haltung Rumäniens auf Verhältnis zwischen uns und Bulgarien ungünstigen Einfluß üben könnte, was für Bulgarien umso bedauerlicher, als dasselbe, sobald Schwierigkeiten Krieges vorüber, nur an Österreich-Ungarn Anlehnung suchen würde. Das Regierungsorgan „Mir" hat gestern zum ersten Male in einem Leitartikel gegen ausländische offizielle und halboffizielle Presse, die „noch" von status quo-Prinzip spricht, Stellung genommen. Dasselbe Blatt wendet sich scharf in seinem heutigen Leitartikel gegen den Pariser „Temps", der Balkanstaaten gewarnt hätte, österreichischen und deutschen Zeitungen, die Prinzip status quo aufgegeben hätten, zu trauen: „Sollten mächtige Staaten, die sich als Freunde Bulgariens ausgeben, es jetzt nach seinen Siegen im Stiche lassen, würde Bulgarien dort Freundschaft suchen, wo laut Bulgariens angeblicher Freunde seine Feinde gewesen wären". In allen Ortschaften des von bulgarischer Armee besetzten Territoriums wird sofort bulgarische Verwaltung eingeführt und hiesige Nationalbank errichtet in besetzten Städten Filialen. Von meinen Kollegen, Vertreter der Großmächte, sieht keiner mehr die Möglichkeit der Erhaltung des status quo. Tarnowski.

Nr. 4220. Erlaß nach Berlin, 1. Nov. 1912 Nr. 4887.[a] Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).

Geheim. Im Verlaufe der politischen Unterredungen, welche ich mit Marchese di San Giuliano in Pisa und Florenz geführt habe, kam der kgl. italienische Minister des Äussern, wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramm vom 30. October d. J. Nr. 144 bereits bekannt ist, spontan auch auf die Frage der Erneuerung des Dreibundes zu sprechen. Er erinnerte daran,

dass die Anregung vom Berliner Kabinette ausgegangen sei, den Dreibund vor dessen Kündigungstermin für eine weitere Vertragsperiode zu verlängern, wozu sich nachmals Graf Aehrenthal im Principe einverstanden erklärt hätte. Da aber mit Rücksicht auf die zu gewärtigende Erwerbung von Tripolis und Cyrenaika eine auf die Artikel IX und X bezügliche und in einem Additionalprotocoll aufzunehmende Erklärung notwendig schien, deren Stilisierung aber mit Rücksicht auf den damaligen Kriegszustand Schwierigkeiten aufwies, sei die Finalisirung der Angelegenheit in suspenso gelassen worden. Gegenwärtig falle dies Hindernis hinweg und könnte die Anerkennung der nunmehrigen Stellung Lybiens zu Italien in Form einer Zusatzclausel dem Vertrage angefügt werden. Ausserdem wäre es der Wunsch der italienischen Regierung, dass die beiden zwischen Österreich-Ungarn und Italien bestehenden Separatabkommen, nämlich der Notenaustausch vom Jahre 1900/01 betreffend Albanien und die Vereinbarung vom Jahre 1909 hinsichtlich des Compensationsrechtes Italiens für eine etwaige neuerliche Besetzung des Sandschaks durch Österreich-Ungarn gleichfalls dem Vertrage angeschlossen werden. Gleichzeitig übergab mir Marchese di San Giuliano die von ihm vorbereitete Formulirung der in Rede stehenden Zusatzbestimmungen, von welcher ich Euer Exzellenz beiliegend eine Abschrift übermittle.*b)* In meiner Erwiederung auf diese Eröffnungen habe ich dem kgl. italienischen Minister des Äussern meine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, auf die Erneuerung des Vertrages einzugehen, obwohl ich mir nicht verhehlen könne, dass einzelne Bestimmungen desselben Italien mehr zum Vortheile gereichen als uns. Hiebei aber habe ich Marchese di San Giuliano nicht im Unklaren darüber gelassen, dass mir eine auch nur zusatzweise Angliederung der beiden Abkommen vom Jahre 1900 01 und vom Jahre 1909 nicht annehmbar erscheine. Einerseits würde dadurch das bereits festgelegte Princip der Erneuerung tel quel durchbrochen, andererseits müsste eine Aufnahme dieser Abmachungen in den Vertrag auch uns dazu führen, Zusatzbestimmungen zu verlangen, die lediglich unseren Interessen dienen. Überdies sei das Abkommen über Albanien eine der Zeitdauer nach nicht limitirte specielle Vereinbarung zwischen uns und Italien, die in den Rahmen des Dreibundes nicht hineinpasse. Der Wunsch nach Angliederung der Abmachung vom 19. December 1909 sei mir übrigens schon deshalb unverständlich, weil darin ausdrücklich vorgesehen sei, dass ihr Bestand zeitlich mit der Dauer des Dreibundes zusammenfalle und dass sie also mit der Erneuerung des letztern implicite auch erneuert werde. Vielleicht legt man in Italien auf die Aufnahme der zwei fraglichen Vereinbarungen aus parlamentarisch-tactischen Gründen Wert, um nicht sagen zu müssen, der Vertrag sei tel quel erneuert worden und dadurch den Anschein zu erwecken, als ob sich die italienische Regierung gewisse über die bisherigen Bestimmungen hinausgehende Vorteile gesichert hätte. Ich habe begreiflicher Weise keinen Grund, auf diesen Gedankengang einzugehen, da es nicht in unserem Interesse liegen kann, der Deutung Raum zu geben, als enthielte der Vertrag neue einseitig zu Gunsten Italiens aufgenommene Veränderungen. Was den Wunsch Italiens betrifft, behufs Correctur der obsolet gewordenen Bestimmungen der Artikel IX und X in einem Zusatz-

artikel der nunmehr erworbenen Souveränität über Lybien zu gedenken, so könnte sich meiner Ansicht nach die italienische Regierung mit der von Seite Österreich-Ungarns und Deutschlands erfolgten formellen Anerkennung zufrieden geben. Wenn sie aber Wert darauf legt, dass diese Anerkennung vertragsmässig festgelegt werde, so habe ich nichts dagegen einzuwenden und acceptire jede von der kais. deutschen Regierung proponirte Formulirung, welche die Anerkennung der Souveränitätsrechte Italiens kurz und präcis zum Ausdruck bringt, wobei aber eine Beziehung auf das italienische Annexionsgesetz vom 25. Februar 1912 vermieden werden sollte. Der Vollständigkeit halber recapitulire ich hier jene vier Punkte, über welche im Verlaufe der Verhandlungen zwischen dem Wiener und dem Berliner Kabinett volle Einigkeit hergestellt worden ist: 1. Der Vertragstext wird tel quel erneuert; die von der italienischen Regierung gewünschten Modificationen der Artikel IX und X werden in einem Zusatzprotocoll vorgenommen. Das frühere Protocoll, beginnend mit den Worten „Au moment de procéder" und schliessend mit den Worten „articles IX et X du présent traité" wird nicht erneuert ebensowenig wie unsere Tripolis betreffende Declaration vom Juni 1902. 2. Die Laufzeit des erneuerten Vertrages hat erst mit dem Ablauf des bisherigen Vertrages, das ist im Juli 1914 zu beginnen. 3. Die Unterfertigung findet in Wien statt. 4. Die Thatsache der Erneuerung des Vertrages ist absolut geheimzuhalten und eine schriftliche Verpflichtung darüber einzugehen, dass die Veröffentlichung erst erfolgen darf, wenn alle Compaciscenten einverstanden sind.

Auch die kgl. italienische Regierung hat diese vier Bestimmungen principiell gebilligt. Euer Exzellenz werden bereits auf Grund des Eingangs citirten Telegrammes dem Herrn Staatssecretär meinen ihm übrigens bereits bekannten Standpunct in dieser Frage dargelegt haben und es erübrigt mir nur, Euer Exzellenz zu ersuchen, mir über den Verlauf der betreffenden Unterredung Meldung erstatten zu wollen.

[a]) Vgl. n. 4224, 4246, 4249. — [b]) Vgl. n. 4155.

Nr. 4221. Tel. aus Berlin, 1. Nov. 1912 Nr. 228 (eing. 2. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Antwort auf Telegramm Nr. 147 von gestern. Herr Cambon hat hier gleiche Demarche gemacht, wie französischer Botschafter in Wien. Herr von Kiderlen legt größten Wert darauf, daß die Kabinette von Wien, Rom und Berlin auf die französische Anregung eine identische Antwort erteilen. Er hat noch gestern abends Herrn von Tschirschky telegraphisch angewiesen, den Text der von ihm in Aussicht genommenen Antwort Euer Exzellenz mitzuteilen und gibt sich der Hoffnung hin, daß Euer Exzellenz ehegeneigtest ihm bekanntgeben werden, ob Hochdieselben mit diesem Texte einverstanden sind oder an demselben eine Änderung vornehmen wollen. Italienische Regierung hat heute schon ihre Zustimmung zu der deutscherseits vorgeschlagenen Antwort erteilt. Da Herr Poincaré, wie mir Staatssekretär ziemlich mißmutig sagte, sich als Mandatar der Tripleentente aufspielte, liege ihm daran, daß die Mächte des Dreibundes

eine ganz gleich lautende Antwort geben. Aus den Worten Herrn Cambons habe er entnommen, daß der in der Poincaréschen Formel enthaltene Ausdruck absolu désintéressement seine Spitze gegen Österreich-Ungarn richte, und er sei sehr befriedigt, dass Euer Exzellenz sich mit dieser Ausdrucksweise nicht einverstanden erklärt haben. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4236.

Nr. 4222. Tel. aus Berlin, 1. Nov. 1912 Nr. 229 (eing. 2. Nov. 11 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Antwort auf Telegramm Nr. 146[b]) von gestern. Hiesiger rumänischer Gesandter hat hier ganz ähnliche Äusserung König Karls mitgeteilt, wie Prinz Fürstenberg Euer Exzellenz meldet. Staatssekretär hat ihm geantwortet, dass die Frage der Zulassung Rumäniens zu einer Konferenz erst dann aktuelle Bedeutung haben werde, wenn eine solche Konferenz tatsächlich in Aussicht stehe. Was die Interessen und eventuellen Kompensationen Rumäniens betreffe, so versicherte Herr von Kiderlen dem rumänischen Gesandten, dass diese in den Händen der erprobten Freunde Rumäniens, Deutschland und Österreich-Ungarn, liegen, für welche gegebenen Falles einzutreten sie fest entschlossen seien. Bei diesem Anlasse richtete rumänischer Gesandter im Auftrage seiner Regierung die direkte Frage an den Staatssekretär, ob die deutsche Regierung es für angezeigt erachten würde, dass Rumänien mit Bulgarien in direkte Unterhandlungen eintrete, worauf Staatssekretär antwortete, dass er sich von diesen Verhandlungen zwar keinen Erfolg verspreche, doch es ganz dem Ermessen der rumänischen Regierung überlassen müsse, solche Verhandlungen zu beginnen. Er habe diese Antwort für notwendig erachtet, da sonst Rumänien Deutschland nachträglich den Vorwurf machen könnte, dass letzteres von solchen Verhandlungen abgeraten hätte. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4173. — [b]) Vgl. n. 4212 Anm. a.

Nr. 4223. Tel. aus Berlin, 1. Nov. 1912 Nr. 230 (eing. 2. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten streng vertraulichen Erlass vom 30. d. M. Nr. 4780, dessen Inhalt ich heute mündlich Staatssekretär zur Kenntnis gebracht habe. Herr von Kiderlen lässt Euer Exzellenz für die hochinteressante Mitteilung verbindlichst danken und ersucht, Hochdenselben zu melden, dass er den von Euer Exzellenz eingenommenen Standpunkt durchaus würdige und mit Hochderen Darlegungen vollkommen einverstanden sei. Szögyény.

[a]) Oe. U. Balkan 39 Nr. 64. Vgl. n. 4287.

Nr. 4224. Tel. aus Berlin, 1. Nov. 1912 Nr. 231 (eing. 2. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 144 vom 31. v. Mts. habe ich Staatssekretär mitgeteilt. Herr von Kiderlen sagte mir, er wolle sich noch den Text des Notenaustausches zwischen den Kabinetten von

Wien und Rom vom Jahre 1900/1901 betreffend Albanien und 1909 betreffs Sandjaks vorlegen lassen. Die von deutscher Regierung beabsichtigte neue Fassung der Artikel IX und X des Dreibundvertrages wird Staatssekretär nach erfolgter Unterredung mit Marquis di San Giuliano Euer Exzellenz mitteilen. Im neuen Text soll die Anerkennung kurz und präzise zum Ausdruck gebracht, aber selbstverständlicher Weise die Zitierung des Annexionsgesetzes vermieden werden. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4220, 4246.

Nr. 4225. Bericht aus Bukarest, 1. Nov. 1912 Nr. 57 (eing. 4. Nov.). Ausfert.

Wie bereits mittels hieramtlichen ergebensten Chiffretelegrammes de dato 30.[a]) Oktober 1912 Nr. 64 gemeldet, wurde ich am 29. dieses Monats von Seiner Majestät in Audienz empfangen. In besagter Relation fasste ich die Ausführungen Seiner Majestät in Kürze zusammen und erlaube mir nur zu wiederholen, dass ich bei Seiner Majestät den Inhalt des hohen Chiffretelegrammes Nr. 56 de dato 29.[b]) Oktober vorbrachte und auf die Bedenklichkeit eines einseitigen Vorgehens Rumäniens hinwies. Seine Majestät gab mir die bündigste Versicherung, dass die rumänische Regierung keine irgendwie geartete Entschliessung von grösserer Tragweite fassen werde, ohne sich beizeiten mit Österreich-Ungarn und Deutschland ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Mit Hinblick jedoch auf die in jeder Beziehung zerrüttete Lage der Türkei und auf die drohenden inneren Wirren sei es möglich, dass die Bulgaren sich in Kurzem vor den Toren Konstantinopels befinden würden. In diesem Falle befürchte Er, dass die öffentliche Meinung im Lande Ihn zwingen werde, eine Mobilisierung ernst ins Auge zu fassen; sei dieselbe einmal durchgeführt, dann wäre eine folgende Aktion unausweichlich. Seine Majestät wiederholte jedoch mit Nachdruck, Er werde, bevor es zu dieser Eventualität komme, jedenfalls an die beiden Zentralmächte herantreten. Seine Majestät sieht das Heil nur in einem möglichst baldigen Eingreifen der Grossmächte, welche den kriegführenden Staaten ein entschiedenes Halt gebieten müssen. Ein solches Eingreifen würde aber logischer Weise eine europäische Konferenz nach sich ziehen, zu der beigezogen zu werden, Rumänien sich das Verdienst erworben hätte. Da die Aufrechterhaltung des status quo zu einem Unding geworden sei, mit dessen Festhalten sogar Gefahren verknüpft wären, so müsse mit Gebiets-Erweiterungen der kriegführenden Königreiche gerechnet werden. Auf meine einschlägige Frage geruhte Seine Majestät zu antworten, dass Er sich diese Frage dahin geregelt denke, dass Albanien und Mazedonien in autonome Provinzen umgewandelt, unter der fiktiven Suzerenität des Sultans stehend, von christlichen Gouverneuren regiert würden, deren Wirkungskreis von den Mächten zu garantieren wäre. Bulgarien und Serbien würden territorialen Zuwachs erhalten, doch müsste derselbe so ausgewogen sein, dass Bulgarien kein dominierendes Übergewicht hauptsächlich über Serbien zufalle. Den eventuellen Gebietserweiterungen Griechenlands und Montenegros sprach der König nur eine geringe Bedeutung zu. Rumänien würde

sich in diesem Falle mit einer Grenzregulierung in der Dobrudscha begnügen, welche sich in dem Gebiete zwischen Oltenitza und Cavarna bewegen würde. Im weiteren Verlaufe der Konversation stellte Seine Majestät die in meinem obzitierten Telegramme erwähnten Fragen an mich, welche ich mangels Instruktionen möglichst ausweichend beantwortete. Im Anschlusse an diese Fragen erkundigte Sich Seine Majestät mit Interesse nach unserem Verhältnisse zu Bulgarien; Seinen Nachrichten zufolge erfreuten wir uns in Sofia einer viel günstigeren Position als Russland. Ich antwortete Höchstdemselben, dass, — wie Ihm bekannt — unsere Bestrebungen stets dahin gerichtet seien, mit Bulgarien ein möglichst gutes Einvernehmen aufrechtzuerhalten. Seine Majestät führte auch im weiteren Verlaufe aus, dass nicht nur die oppositionellen Liberalen für eine entschiedenere Politik Rumäniens eingetreten seien, denen Er übrigens durch ihren Führer Herrn Bratiano habe ausgiebig die Leviten lesen lassen, sondern auch im Schosse der Regierung wären bei den ersten Mobilisierungsnachrichten Stimmen für eine sofortige Besetzung der Linie Ruschtschuk—Varna laut geworden. Hätte Er, so fügte Seine Majestät hinzu, vor vier Wochen die heutigen Ereignisse voraussehen können, wer weiss, ob dann Seine Entschliessungen nicht anders ausgefallen wären. In der im Zunehmen begriffenen panslavistischen Bewegung in Russland, die sich jetzt auch in heftiger Weise gegen Seine Person und den rumänischen Staat richte, erblickt König Carol eine ernste Gefahr für den europäischen Frieden. Wenn auch Seine Majestät eine allgemeine Konflagration nicht gerade für wahrscheinlich hält, so scheint eine solche Höchstdemselben doch im Bereiche der Möglichkeit zu liegen und blickt der Herrscher einer solchen vollkommen gefasst entgegen, wenn Er Sich auch vollkommen über deren furchtbare Tragweite Rechenschaft gibt.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Irrtümlich statt 31. Okt. — [b]) Irrtümlich statt 25. Okt.

Nr. 4226. Privatschreiben aus Bukarest, 1. Nov. 1912 (eing. 4. Nov.). Ausfert.

Streng vertraulich. Nachdem ich den Zweck meines Wirkens in Rumänien darin erblicke, das Verhältnis zwischen der Monarchie und dem Königreiche möglichst zu festigen, dazu aber als eine unbedingte Voraussetzung gehört, daß hierzulande über die Haltung Österreich-Ungarns gegenüber Rumänien und seinen Interessen im Allgemeinen, und insbesondere in dieser so ausnehmend schweren Periode keine Zweifel auftauchen oder gar festen Fuß fassen, so würde ich eine schwere Schuld auf mich laden, wenn ich nicht darauf hinweisen würde, daß die Ungewißheit, welche sowohl maßgebenden Ortes als auch in der Öffentlichkeit über die Stellungnahme Österreich-Ungarns zu den jüngsten Ereignissen am Balkan herrscht, eine bedeutende Unsicherheit, ja sogar einen gewissen Grad von Mißtrauen erweckt. Im größten Teil der Presse, insoweit derselbe nicht gouvernemental ist, macht sich dieses Mißtrauen in heftigen Angriffen auf Österreich-Ungarn kund. Es wird der k. und k. Regierung vorgeworfen, daß nur auf Grund des seitens derselben ausgeübten Druckes die rumänische

Regierung bisher in Untätigkeit verharrte und den günstigen Moment versäumte, aktiv einzugreifen, wodurch die voraussichtliche Katastrophe für die Türkei hätte hintangehalten werden können. Es machen sich allenthalben Stimmen bemerkbar, welche eine Aussprache Rumäniens mit Rußland verlangen, nachdem Österreich-Ungarn, welches doch die Interessen Rumäniens kennt, teilnahmslos der Vernichtung der Türkei zusieht. Da die Aufrechterhaltung der heutigen Besitzverhältnisse am Balkan als ein vollkommen abgetaner Standpunkt betrachtet wird, so rückt ein auf dem Schlachtfelde zusammengeschweißtes übergroßes Bulgarien als ein immer wahrscheinlicheres Ergebnis der heutigen Ereignisse in den Vordergrund, ein Bulgarien, welches als eine direkte Lebensgefahr für Rumänien betrachtet wird. Auch in den Fragen (vide hieramtliches Chiffretelegramm de dato 30.[a]) Oktober l. J. Nr. 64), welche Seine Majestät in der letzten Audienz an mich zu richten geruhte, muß ich einen Ausfluß dieser Unsicherheit erblicken und genügt die wenn auch öfter wiederholte, jedoch etwas unbestimmt lautende Zusicherung der seinerzeitigen diplomatischen Unterstützung nicht, um das Gefühl der absoluten Sicherheit hier hervorzurufen, insolange man nicht weiß, wie sich die k. u. k. Regierung der Regelung des Balkanproblemes gegenüberstellt, wie sich dieselbe dem zu erwartenden endgiltigen Zusammenbruche der Türkei gegenüber benehmen wird. Car on lui fait pas l'injure nur zu vermuten, daß darüber im Schoße der k. und k. Regierung nicht schon längst absolute Klarheit herrscht. Mit gespannter Erwartung blickt Rumänien auf Österreich-Ungarn, von dort das erlösende Wort erwartend, welches Klarheit in die nächste Zukunft bringen soll. Man erwartet von Österreich-Ungarn das mot d'ordre, nach welchem man sein Verhalten richten könnte. Bleibt die Monarchie stumm, so würde dies als eine bittere Enttäuschung empfunden werden, als eine Interesselosigkeit, welche äußerst ungünstig auf unser Verhältnis zu Rumänien rückwirken müßte. Da ich vermute, daß schwerwiegende Gründe die k. und k. Regierung veranlassen, auch Rumänien gegenüber von ihrer Zurückhaltung nicht abzugehen, so liegt es mir selbstverständlich ferne, in diesem Belange irgend einen Anwurf zu machen und hielt ich es für meine Pflicht, diese meine Wahrnehmungen einzuberichten, welche gegebenenfalls von einer bedeutenden Tragweite sein könnten. K. E. Fürstenberg.

[a]) Richtig 31. Okt.

Nr. 4227. Tel. aus London, 1. Nov. 1912 Nr. 100 (eing. 2. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

Im Foreign Office wird türkische Niederlage als definitiv und entscheidend angesehen. Sir A. Nicolson glaubt kaum, dass Türkei Tschataldja-Stellung wird verteidigen können und glaubt, dass für Bulgaren Versuchung sehr stark sein wird, nach Konstantinopel zu marschieren. Wer könne sie daran hindern? Er fragte mich im Privatgespräch, wie Österreich-Ungarn es auffassen würde, Bulgaren in Konstantinopel und Griechen in Salonik zu sehen. Auf meine Gegenfrage, wie Russland erstere Eventualität hinnehmen würde, meinte er als seine persönliche Auffassung, dass Russland

bei einer Konferenz gewiss dagegen Stellung nehmen würde und das Verbleiben des Sultans vorziehen würde. Ob es aber nach einem fait accompli den Standpunkt vertreten könnte, eine slavische Macht gewaltsam aus Konstantinopel zu entfernen, um den Sultan wieder einzusetzen, sei eine andere Frage. Er begreife übrigens, dass keine Regierung sich bei der unerwarteten Raschheit der Ereignisse der letzten Woche sofort darüber schlüssig sein könne, welchen Standpunkt sie in dieser grössten und wichtigsten Frage unserer Zeit einnehme. England schickt ein Schiff nach der Besika Bai, um es gegebenenfalls zum Schutz der Sicherheit und Ordnung nach dem Bosporus zu dirigieren. Mensdorff.

Nr. 4228. Erstes Privatschreiben aus Paris, 1. Nov. 1912 (eing. 3. Nov. ?).a) Ausfert.

Vertraulich. Die Initiative, die Herr Poincaré hinsichtlich Beilegung der orientalischen Wirren ergriffen hat, bringt es mit sich, dass alle Fragen, die sich auf Beendigung des Balkankrieges beziehen, hier zuerst zur Sprache kommen. Zufolge unserer geographischen Lage sind wir in erster Linie an der Frage interessiert, wie die jetzige Krise gelöst werden wird. Wir haben sehr seriöse Interessen, sowohl politischer wie wirtschaftlicher Natur am Balkan und sind sich die Cabinete darüber klar, dass wir dieselben nicht leicht preisgeben werden. Überdies werden uns von verschiedenen Seiten sehr weitgehende ambitiöse Pläne zugemutet. Die Sprache, die unter solchen Umständen der österreichisch-ungarische Botschafter in Paris führt, ist daher von einer gewissen Wichtigkeit. Bisher konnte ich mich auf den Standpunkt stellen, dass wir dem Vorschlage Poincaré-Sazonow „Aufrechterhaltung des territorialen Status quo am Balkan und Reformen in der Türkei" vorbehaltlos zugestimmt haben und wir sicherlich keine Initiative zur Änderung dieses Programmes ergreifen werden. Der Vorschlag Herrn Poincarés vom 31. Oktober, über welchen ich mit Chiffre-Telegrammen vom selben Datum Nr. 128 und 129 berichtete, lässt aber bereits die Idee des Status quo fallen. Die Balkankönigreiche dürften durch ihre bisherigen Erfolge selbst überrascht sein und wissen die leitenden Staatsmänner in Sofia, Belgrad, Athen und Cettinje wahrscheinlich noch gar nicht, wie hoch sie ihre Forderungen richten sollen. Einen völligen Zusammenbruch der Türkei, wie er heute von gewissen Leuten schon als möglich betrachtet wird, haben König Ferdinand und seine Alliierten vielleicht nicht in ihre Calculs einbezogen. Die Zeitungen bringen die phantastischesten Pläne zur Aufteilung der Türkei und muss ich annehmen, dass Euer Exzellenz direct oder indirect in dieser Hinsicht vielfach informiert wurden. So lange solche Projecte nicht concret formuliert in officieller Form zu unserer Kenntnis gelangen, tun wir wohl am Besten daran, aus unserer Reserve nicht hervorzutreten. Um aber meine Sprache den Intentionen Euerer Exzellenz gemäss regeln zu können, wäre es für mich von grossem Wert darüber informiert zu werden, wie Hochdieselben die Situation jetzt, nach den militärischen Misserfolgen der Türkei, betrachten. Ich glaube wir würden uns im Concerte der Mächte ganz isolieren und den Anschein hervorrufen, als suchten wir

einen Conflict, wenn wir den geänderten Verhältnissen nicht Rechnung tragen und uns noch an die heute, glaube ich, unhaltbar gewordene Formel der Aufrechterhaltung des territorialen Status quo am Balkan klammern wollten. Auch eine Einflussnahme auf die Presse ist mir, solange mir die Absichten Euerer Exzellenz wenigstens in grösseren Zügen nicht bekannt sind, kaum möglich. Im Nachstehenden gestatte ich mir eine kurze Aufzeichnung über die Gesichtspunkte zu unterbreiten, die nach meiner unmassgeblichen Ansicht im gegenwärtigen Moment meine Sprache regeln sollten und wäre ich für eine telegraphische Verständigung darüber sehr dankbar, ob eine derartige Sprache die Genehmigung Euerer Exzellenz finden würde: 1.) Zugeben, dass die Poincaré-Sazonow'sche Formel (Status quo und Reformen) unhaltbar geworden ist. 2.) Wir können uns daher gewissen territorialen Vergrösserungen der siegreichen Balkankönigreiche nicht widersetzen. 3.) In dieser Beziehung können aber die Mächte kein ohne ihr Zutun geschaffenes fait accompli acceptieren. Eventuelle Änderungen des territorialen Status quo am Balkan können nur mit Zustimmung der Grossmächte erfolgen, die dort vertragsmässige Rechte und nebstbei wichtige politische und kommerzielle Interessen zu wahren haben. 4. Wir haben keine Ursache zu Forderungen der Alliierten schon jetzt Stellung zu nehmen, die uns noch unbekannt sind. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 4253.

Nr. 4229. Zweites Privatschreiben aus Paris, 1. Nov. 1912 (eing. 3. Nov.). Eigh. Ausfert.

Vertraulich. Ich benütze den Abgang Hohenlohes, um Dir in Eile einige Worte über die Situation zu schreiben, die mir nicht sehr erfreulich erscheint. Poincaré, der einen Moment eine gewisse Unabhängigkeit gezeigt hatte, ist, wie mir scheint, in Folge des durch Iswolsky auf ihn ausgeübten Hochdruckes wieder stark unter russischen Einfluß gerathen. Bei Sazonow findet er jetzt weniger Unterstützung für seine friedliche Politik als bisher, denn die überwältigenden Erfolge der Balkan-Staaten haben die panslavistisch-orthodoxe Richtung in Rußland sehr gestärkt und Sazonow muß, um sich zu halten, derselben bis zu einem gewissen Grade Rechnung tragen und Poincaré scheint ihm nolens volens auf dieses Terrain zu folgen. Die anscheinende Annäherung des hiesigen Cabinets an Berlin, einige Äußerungen Poincarés, gewisse Zeitungs-Artikel (speziell im Temps) haben die Schwärmer für die alliance franco-russe erschreckt. Trotz vieler Enttäuschungen, die diese Allianz bisher gebracht hat, wird hier doch noch jeder als Landesverräther betrachtet, der dieselbe irgendwie schwächen würde. Poincaré hat sich beeilt, in seiner Rede in Nantes und durch seine Zeitungen sich von einem solchen Verdachte rein zu waschen und war seither offenbar eifrigst bestrebt, de resserrer les liens de la triple entente. Diess geht schon daraus hervor, daß sein jüngster Mediations-Vorschlag vom 31. October[a]) nicht wie die bisherigen von ihm allein, sondern auch im Namen von Rußland und England gestellt ward. Für seine früheren Vorschläge hatte er sich sicher auch die Zustimmung von London und Peters-

burg geholt, er vermied es aber, dies zu betonen, um nicht die Tripleentente dem Dreibund entgegenzustellen. Poincaré ist schon aus Rücksichten auf die Börse sicher sehr friedlich gesinnt. Er wird alle Anstrengungen machen, um ein Einvernehmen aller Mächte herbeizuführen. Wenn er aber vor die Wahl gestellt wird, entweder die Hoffnung auf das Einvernehmen der Mächte aufzugeben oder etwas zu tun, was die Tripleentente und speciell die Beziehungen zu Rußland lockern könnte, so wird er, meiner Ansicht nach, keinen Augenblick zögern und ohne Rücksicht auf das europäische Conzert im Schoße der Tripleentente Zuflucht suchen. Seine jüngste Formel mit dem „désintéressement absolu" scheint mir ein deutlicher Wink in dieser Richtung zu sein. Es ist Poincaré offenbar gelungen, die widerstreitenden Interessen Englands und Rußlands hinsichtlich der Meerengen irgendwie zu versöhnen. Rußland verzichtet wahrscheinlich darauf, die Meerengen-Frage aufzuwerfen und dieser wichtige Verkehrsweg bleibt der Türkei erhalten. Dafür stimmt England einer weitgehenden Mutilation der Türkei zu, und die Tripleentente wird alle Wünsche der Balkan-Staaten gegen uns unterstützen. Kurz, Rußland und England verständigen sich mit Vermittlung Frankreichs auf unsere Kosten. Diess ist meine hier geschöpfte Impression, die aber vielleicht ganz falsch ist, denn die Zeitungen berichten fortwährend von Verhandlungen, die wir direct mit Rußland und den Balkan-Staaten führen. Da mir aber über dieselben nichts bekannt ist, kann ich sie nicht in den Kreis meiner Betrachtungen ziehen. Als weiteres für die Beurtheilung der Situation nicht unwichtiges Moment möchte ich hervorheben, daß die anscheinend bevorstehende Liquidation der Türkei hier auch gewisse Begehrlichkeiten wachzurufen scheint. Die Zeitungen zeigen plötzlich ein lebhaftes Interesse für Syrien und den Libanon, Drusen und Maroniten, das französische Cultus-Protectorat und die damit zusammenhängenden Anstalten. Die großen finanziellen Interessen Frankreichs in der Türkei (angeblich sind dort beinahe 3 Milliarden Francs französisches Kapital engagiert) werden lebhaft betont. Von einem désintéressement ist keine Rede, höchstens daß man hier auf territoriale Ansprüche verzichtet. Ich glaube, man sollte den Faden der Verhandlungen mit Poincaré nicht abreißen lassen; er hat entschieden viel guten Willen, der aber durch die Rücksichten auf Rußland und England vielfach behindert wird.

Szécsen.

a) Vgl. n. 4216.

Nr. 4230. Tel. aus St. Petersburg, 1. Nov. 1912 Nr. 210 (eing. 2. Nov. 11 U. a. m.).a) Entziff.

Vertraulich. In heutiger Unterredung mit Herrn Sazonow besprach dieser die Kriegslage und die ganz unerwarteten Erfolge der Verbündeten. Der Herr Minister meinte, dass wohl jetzt bald der Moment gekommen sein dürfte, wo die Mächte ihre Vermittlung eintreten lassen sollten. Auf ein diesbezügliches Ansuchen zu warten, schiene ihm nicht zweckmässig, da die Balkanstaaten insbesondere Bulgarien angesichts ihrer grossen Erfolge zu einem solchen Schritte jetzt gewiss nicht geneigt sein würden, die Türkei aber darauf hinweisen dürfte, dass der Krieg trotz allem nicht entschieden

sei, da sie aus Kleinasien noch weitere Truppen heranziehen könne. Unter diesen Umständen werde wohl die Initiative von den Mächten selbst ausgehen müssen, die allerdings, um gehört zu werden, genötigt wären, „de parler assez hautement". Zu diesem Zwecke müssten sie freilich untereinander über die zu haltende Sprache sich vorher geeinigt haben. Herr Sazonow liess durchblicken, dass mit Rücksicht auf die militärische Lage die Erhaltung des status quo ante bellum wohl zu einer Utopie geworden sei. Offiziell spreche er wohl auch noch von dem status quo, da dies ja Basis der bisherigen Einigung der Mächte sei; doch müsse man, wolle man gegen sich selbst aufrichtig sein, zugeben, dass dieser Standpunkt auf die Dauer nicht mehr aufrechtzuerhalten sei. Dieser neuen Situation werden nun auch die Mächte in ihren Konversationen Rechnung tragen müssen. Eine weitere Frage sei, in welcher Form die späteren Pourparlers zu pflegen wären. Bei einer Konferenz wäre die Schwierigkeit, dass die Balkanstaaten gewiss würden dabei sein wollen. Ein Ausweg wäre vielleicht dadurch zu finden, daß an Stelle einer Konferenz Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett treten würden, doch hätte dies wieder den Nachteil allzu grosser Schwerfälligkeit. Auf die Frage, wie die durch die militärischen Ergebnisse des Feldzuges geschaffene Situation seitens Euer Exzellenz aufgefasst werde, konnte ich dem Herrn Minister mangels einschlägiger Instruktionen keine Auskunft geben und bloss auf die anscheinend offiziösen Äusserungen des Fremdenblattes hinweisen. Aus den Äusserungen Herrn Sazonows konnte ich entnehmen, dass er nach wie vor vollstes Vertrauen in die Politik Euer Exzellenz setze und überzeugt ist, dass die Monarchie keine eigennützigen territorialen Ziele verfolge. Die berechtigten wirtschaftlichen Interessen Österreich-Ungarns aber würden russischerseits immer volle Würdigung und Berücksichtigung finden. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4231.

Nr. 4231. Tel. aus St. Petersburg, 1. Nov. 1912 Nr. 211 (eing. 2. Nov. 10 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. In einer heutigen Unterredung machte Herr Sazonow sehr bemerkenswerte Äusserungen über Rumänien. Dieses habe sich bisher ausserordentlich korrekt verhalten und es wäre daher ungerecht, wenn bei einer Veränderung des status quo seine Ansprüche übergangen würden. Es habe in diesem Falle gewiss Anrecht auf eine Kompensation. Diese könnte nach der geographischen Lage natürlich nur in Bulgarien gefunden werden, das ja bei dieser Voraussetzung auf anderen Seiten Gebietserweiterung erhalten hätte. Nach einer Bemerkung des bulgarischen Gesandten scheine Bulgarien nicht abgeneigt, gegebenenfalls Silistria abzutreten; doch zweifelt Sazonow, dass sich Rumänien hiemit begnügen würde. Allerdings wäre es wieder für Bulgarien nicht gut möglich, so weit zu gehen, wie Rumänien zu wünschen scheine, nämlich bis Varna. Da werde wohl Kompromiss eintreten müssen. Herr Sazonow pflichtet mir bei, dass es jedenfalls wünschenswert wäre, wenn gegebenenfalls seitens der Mächte Kompensationsforderungen Rumäniens rechtzeitig in Berücksichtigung gezogen

würden, schon deshalb, damit dieses nicht genötigt sei, seine Ansprüche Bulgarien gegenüber durch militärischen Druck durchzusetzen, was sonst, wie der Herr Minister bemerkte, gewiss zu erwarten wäre. König Karl habe bei Empfang des neuen russischen Gesandten diesem ganz offen erklärt, dass er, solange status quo nicht gestört werde, ruhig bleiben werde und diese Zusage loyal gehalten; gleichzeitig aber unverhohlen zu erkennen gegeben, dass er im entgegengesetzten Falle seine Rechnung mit entsprechendem Nachdrucke präsentieren würde. König Karl sei aber viel zu überlegter und ernster Politiker, als dass an dem vollen Ernste seiner Worte gezweifelt werden dürfe. Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 40 Nr. 65. Vgl. n. 4230.

Nr. 4232. Tel. aus St. Petersburg, 1. Nov. 1912 Nr. 212 (eing. 2. Nov. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Gestatte mir, Aufmerksamkeit Euer Exzellenz auf ein in der heutigen Börsenzeitung erschienenes Interview mit Herr Sazonow, in welchem Person Euer Exzellenz mit besonderer Sympathie gedacht und hervorgehoben wird, dass es töricht wäre, grosse wirtschaftliche Interessen der Monarchie am Balkan nicht anzuerkennen, welche Anspruch auf volle Berücksichtigung haben. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4241.

Nr. 4233. Tel. aus Sofia, 1. Nov. 1912 Nr. 293 (eing. 2. Nov. 11 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Geschoff richtete an mich heute Frage, ob mir über Mobilisierung und Absichten Rumäniens etwas bekannt. Ich antwortete, daß meines Wissens, Nachricht von Mobilisierung dementiert und was rumänische Politik anbelangt, so bin auf Zeitungen und mein persönliches Jugement angewiesen. Conseilspräsident sagte weiters, daß militärische Vorbereitungen Rumäniens bis jetzt allerdings unerheblich sein sollen, rumänische Haltung aber sonderbar sei und könne man sich dieselbe nur auf die Weise erklären, daß Rumänien von Oesterreich-Ungarn ermutigt; man habe hier diesen Eindruck und werde ihn auch jedenfalls der König haben, was Herr Geschoff sehr bedauere, da Bulgarien gehofft hätte, daß der Krieg, zu dem es durch die Umstände gezwungen einwilligte, an seinem bisherigen guten Verhältnisse zu der Monarchie nicht nur nichts ändern, sondern daß sich dasselbe in der Zukunft zu einem näheren gestalten würde. Ich erwiderte, daß ich, insoferne Rumänien in Betracht komme und meine eigenen Ansichten — die keine praktische Bedeutung hätten — aussprechen könnte, immerhin glaubte, daß von einer Ermutigung Rumäniens seitens Oesterreich-Ungarns keine Rede sein könnte, da dies mit unserer friedlichen Richtung unvereinbar und was das Verhältnis Bulgariens zu Oesterreich-Ungarn anbelangt, könnte ich Herrn Geschoff versichern, daß Euer Exzellenz Dispositionen für Bulgarien die freundlichsten wären und bis jetzt zur Grundlage gehabt hätten, daß unsere und bulgarische Interessen nicht kollidierten. Herr Geschoff dankte für diese Versicherung, sprach die Ueberzeugung aus, daß

sich zwischen beiderseitigen Interessen nie Kollidierung ergeben könnte und fragte, ob ich nicht authentisch erfahren könne, wie sich Euer Exzellenz zu der jetzigen Politik Rumäniens Bulgarien gegenüber verhalten. Er ersuchte mich, Euer Exzellenz sofort zu telegraphieren und ihm baldigst Antwort wissen zu lassen, da man hier von Attitude Rumäniens und von Nachrichten, daß auch Oesterreich-Ungarn mobilisiere, sehr präokkupiert und er (Herr Geschoff) nächstens ins Hauptquartier fahren werde, wo er König Ferdinand Positives melden möchte. Was wolle aber Rumänien — meinte weiters Conseilspräsident, — König Karl werde doch nicht dieselbe Rolle spielen wollen, wie König Milan, der 1885 die Verlegenheit Bulgariens ausnützen wollte? Unter Betonung, daß ich nur im eigenen Namen spreche, erinnerte ich Herrn Geschoff daran, daß er selbst immer damit gerechnet hätte, daß Rumänien Kompensationen verlangen würde, falls Bulgarien seine Grenzen erweitern wolle. Rumänien sei neutral geblieben, bemerkte ich weiter, da Bulgarien als Ziel des Krieges Autonomie Mazedoniens angegeben. Wenn Kriegsziel dasselbe bleiben werde, dürfte auch Rumänien neutrale Haltung nicht verlassen. Herr Geschoff antwortete, daß Bulgarien ohne Annexionsabsichten Krieg angefangen; nach schrecklichen Opfern aber könne es nicht auf Früchte seiner glänzenden Siege Rumänien zuliebe verzichten. Dann könnte es sich ergeben, — warf ich immer im eigenen Namen ein — daß sich Rumänien davon bedroht fühle und Konsequenzen daraus ziehen würde. Wenn nur Rumänien kein Stück bulgarischen Bodens verlangte, was hier und schon gar beim König in diesem Moment Empörung hervorrufen würde, — antwortete Herr Geschoff — könnte man ihm alle Garantien bezüglich Dobrudscha und für territoriale Integrität überhaupt geben. Für Rumänien werde ein größeres und gestärktes Bulgarien ein besserer Nachbar werden als ein schwaches, welches mit Russland rechnen müsse. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4234, 4244.

Nr. 4234. Tel. aus Sofia, 1. Nov. 1912 Nr. 295 (eing. 2. Nov. 11 U. 50 M. a. m.). Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 293. Herr Geschoff sprach Erwartung aus, daß speziell wir für den Vorteil Verständnis haben werden, mit dem für uns ein größeres und selbständiges Bulgarien verbunden wäre; „wenn wir auf Freundschaft Rumäniens Wert legen, könne uns jene künftigen Bulgariens nicht weniger wertvoll sein und werden wir doch die letztere Freundschaft der ersteren nicht opfern, zumal es auch nur von uns abhänge, zugleich Rumänien und Bulgarien zu Freunden zu haben". Ich bemerkte zu diesen Ausführungen Herrn Geschoffs, daß er da äußerst wichtige Probleme berührt hätte, ohne seinen Gedanken genug genau zu präzisieren. Conseilspräsident antwortete, er könnte nicht formeller sprechen, ohne König Ferdinand gesehen zu haben, Höchstwelcher letztes Wort hätte. Im Laufe obiger Konversation erwähnte auch Herr Geschoff, daß Bündnis Bulgariens mit Serbien nicht als Abkehrung des ersteren von uns betrachtet werden dürfe. Tarnowski.

Nr. 4235. Bericht aus Belgrad, 2. Nov. 1912 Nr. 124 A (eing. 4. Nov.).[a] Ausfert.

Geheim. Der Leitartikel des gestern eingelangten Fremdenblattes vom 31. Oktober[b] hat hier besonders in massgebenden Kreisen tiefen Eindruck gemacht. Ich begegnete zufällig im Laufe des gestrigen Nachmittags den Herrn Generalsekretär Jovanović, der auf den Artikel zu sprechen kam und seine grosse Befriedigung über den Ton und Inhalt ausgedrückt hat. Gleich daran knüpfend frug mich der Herr Generalsekretär, was ich wohl glaube, ob die Monarchie sich den serbischen Aspirationen auf Gebietserweiterungen entgegenstellen wird, worauf ich entgegnete, dass ich zwar die diesbezüglichen Intentionen meiner Regierung nicht kenne und deshalb ihm auch keinen Bescheid geben könne, dass ich jedoch persönlich der Ansicht bin, dass man in Wien, angesichts der grossen kriegerischen Erfolge der Balkanstaaten, nicht mehr starr auf dem Standpunkt des status quo stehen bleiben werde, wenn auch die anderen Kabinette sich der Frage limitierter Gebietserweiterungen gegenüber nicht ablehnend verhalten würden. Es frägt sich nur welche Ansprüche ihrerseits erhoben werden würden und auf welche wirtschaftlichen Kompensationen dabei wir rechnen können. Herr Jovanović erklärte mir kategorisch, dass Serbien das grösste Entgegenkommen in allen Fragen wirtschaftlicher Natur uns gegenüber bezeigen werde und sogar grosse Opfer zu bringen im Stande wäre, wenn wir ihnen in Bezug auf die Erweiterung ihrer Grenzen freie Hand geben und sie versichern wollten, dass wir auch in Zukunft keine Gebietserweiterungen am Balkan anstreben. Bezüglich des Letzteren glaubte ich ihn mit Bestimmtheit beruhigen zu können, während bezüglich der Gebietserweiterungen ich erklärte, die Intentionen meiner Regierung nicht zu kennen. Ich fügte aber hinzu, dass ich annehme, dass je enger sich das Band, das Serbien mit Österreich-Ungarn verbinden würde, gestalten wird, auf desto grösseres Entgegenkommen sie unsererseits rechnen könnten. Als mich sodann mein Mitredner fragte, worin eigentlich dieses wirtschaftliche Band zu bestehen hätte, erwiderte ich, dass ich selbst über die Details dieser Frage noch nicht im Klaren bin, dass ich nur im Prinzipe weiss, dass das Wiener Kabinett auf die Ausgestaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu den Balkanstaaten ein grosses Gewicht legt. Ich, für meine Person — fügte ich hinzu — würde sogar eine Zollunion gerne sehen, ohne zu wissen, ob meine Regierung diese Frage schon ins Auge gefasst hat oder nicht, übrigens sei es mir bekannt, dass auch serbischerseits diese Idee bereits angeregt worden ist. Nach einigem Nachdenken meinte Herr Jovanović, er wüsste wirklich nicht, wie die leitenden Kreise sich zur Idee einer eventuellen Zollunion mit der Monarchie verhalten würden; ich müsste diesbezüglich mit Herrn Pašić und anderen massgebenden Persönlichkeiten sprechen; er glaube aber, dass jetzt gleich mit einer Zollunion anzufangen im Lande selbst auf nicht unbedeutende Schwierigkeiten stossen würde. Ich setzte ihm sodann auseinander, dass nach meiner Idee im gegebenen Falle nicht mit Serbien allein ein diesbezügliches Abkommen abzuschliessen wäre, sondern dass auch die 3 anderen Balkanstaaten mit heran gezogen werden müssten, was auch er zweckmässig und eventuell doch leichter durchführbar bezeichnete. Auch versuchte ich

ihm die grossen Vorteile auseinander zu setzen, die eine solche wirtschaftliche Union auch für die Balkanstaaten selbst haben könnte, was er auch selbst zugab. Er kam aber immer auf die Frage zurück, bis zu welcher Grenze die Monarchie sich den serbischen Aspirationen auf Gebietserwerb wohl nicht widersetzen werde. Ich erklärte darauf, diesbezüglich nicht den geringsten Anhaltspunkt zu haben, es hienge aber in erster Linie auch davon ab, wie sich auch die anderen Grossmächte zur Frage des status quo stellen werden. Ich müsste aber gleich meine Zweifel zum Ausdruck bringen, dass zu weit gehende Aspirationen berücksichtigt werden würden. Ich glaube bestimmt nicht, fügte ich hinzu, dass die Regierungen einem Plane, der der Aufteilung der Türkei gleich käme, ihre Zustimmung geben würden. Eine allzugrosse Schwächung der Türkei dürfte auch bei England und Deutschland auf grosse Schwierigkeiten stossen. Er kenne auch unsere guten Dispositionen für das ottomanische Reich und ich glaube nicht, dass auch wir ihm den Todesstoss geben wollten. Mein Mitredner erwiderte, dass auch er nicht genau die Intentionen der serbischen Regierung kenne, aber Eines könne er bestimmt sagen, dass Serbien an einem Ausgange zum Meere festhalte und das als seine Existenzbedingung betrachte. Auf den Sandjak würde kein besonders grosses Gewicht gelegt werden, dagegen müsste aber Üsküb mit dem grössten Teile des Kossovo-Vilajets (also wahrscheinlich der Sandjak ganz oder zum Teil ausgenommen) in ihren Händen bleiben, so wie sie auch einen 40 bis 50 Kilometer breiten Weg bis zum Adriatischen Meer (wahrscheinlich nach San Giovanni di Medua) beanspruchen. Man habe — meinte er — auch ein Projekt ausgearbeitet, wonach Serbien der Zugang zum Ägäischen Meere bei Kavala gesichert worden wäre, aber das könne sie, seiner Auffassung nach, nicht befriedigen. Man halte hier fest an einem kleinen Küstenstrich an der Adria und an einer dahin führenden Landzunge, auf der eine Bahn gebaut werden könnte; Herr Jovanović scheint dabei an die Linie Mrdare—Pristina—Diakova—San Giovanni di Medua, welche ihren Handelsinteressen sehr entsprechen würde, gedacht zu haben. Ich sagte gleich, dass ich zwar die Dispositionen der Grossmächte nicht kenne, befürchte aber sehr, dass ihre Forderungen als nicht akzeptabel bezeichnet werden würden. Herr Jovanović erwiderte darauf, dass es ihnen bekannt sei, dass sie mit ihren Wünschen nicht leicht durchdringen werden, und dass nach beendetem Kriege noch schwierige Probleme zu lösen übrig bleiben. Aber gerade in dieser Beziehung rechnen sie auf unsere Unterstützung. Man wünsche hier eine bleibende und dauernde Annäherung zur Monarchie, da ein Anschluss an dieselbe für Serbien auch von wirtschaftlichem Standpunkt aus sehr wünschenswert erscheint. Durch diesen Anschluss würden die Beziehungen zu Russland automatisch lockerer werden. Man war bis jetzt gezwungen dort Rückendeckung zu suchen, aber die russische Protektion hat dem Lande Fesseln angelegt, von denen es sich ein wenig befreien wollte, sobald es die Garantien hätte, auch bei uns Unterstützung finden zu können. Ich benützte die Gelegenheit darauf hinzuweisen, welche grosse wirtschaftlichen Probleme — Ausbau von Eisenbahnen, Anlegung von Fahrstrassen, Hebung der Landwirtschaft, Errichtung von Fabriken etc. etc. — Serbien in den neuerworbenen Gebieten durchzuführen

haben wird, wozu das österreichische und ungarische Kapital ihnen sehr zu Statten kommen würde. Solche Investierungen unsererseits wären aber nur bei einem sehr engen wirtschaftlichen Anschluss möglich. Er gab zu, dass ich darin Recht haben kann und fügte hinzu, dass das Anregungen sind, die umso reiflicher und gründlicher zu erwägen sind, als jetzt die Basis für unsere Beziehungen auf viele, viele Jahre gelegt werden muss. Herr Jovanović erklärte mir endlich, dass er das grösste Gewicht darauf lege, dass wir diese begonnene Konversation fortsetzen. Er wird vom Inhalte derselben Herrn Pašić Mitteilung machen und sobald derselbe aus dem Hauptquartier zurückgekehrt sein wird — was vielleicht in 5—6 Tagen zu gewärtigen ist — wird derselbe gewiss dringend wünschen, persönlich mit mir diese Fragen zu besprechen. Sie würden sehr gerne sehen, wenn unsere Unterredungen irgend ein positives Resultat aufweisen könnten, bevor die Frage der Gebietserweiterungen mit den Grossmächten zur Diskussion gelangt, sie möchten schon früher unserer Unterstützung sicher sein. Ich habe von meiner Unterredung den Eindruck erhalten, dass Serbien grosses Gewicht darauf legt uns für seine Ziele zu gewinnen, dass es sich aber seinerseits dennoch möglichst wenig uns gegenüber binden möchte. Mit vagen Versprechungen können wir uns aber wohl nicht abfinden lassen. Wenn ich Euer Exzellenz hoher Zustimmung sicher wäre, würde ich die Idee einer anzustrebenden Zollunion mit den 4 Balkanstaaten nicht fallen lassen. Herr Jovanović ist allerdings nicht Fachmann auf diesem Gebiete und deshalb hat er sich diesbezüglich nur sehr vorsichtig geäussert, aber mit den Herrn Pašić, Protić und Paču könnte vielleicht diese aufgeworfene Frage ernstlich diskutiert werden. Ugron.

[a]) Vgl. n. 4262. — [b]) Vgl. n. 4190.

Nr. 4236. Tel. nach Berlin Nr. 148 (1) und Paris Nr. 95 (2), 2. Nov. 1912 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. u. 2. Streng vertraulich.

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 228 vom 1. l. M.

2. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 94 vom 31. v. M.

1.—2. Herr von Tschirschky hat mir mitgeteilt, daß Herr von Kiderlen der Ansicht sei, die Dreibundmächte sollten zu der französischen Anregung möglichst identisch Stellung nehmen. Da ich diese Auffassung teile, habe auch ich beschlossen, am Montag, 4. l. M., nachfolgende Antwort an Herrn Dumaine zu richten, deren Wortlaut Marquis di San Giuliano bereits akzeptiert hat. „Le Gouvernement Impérial et Royal, d'accord avec les Cabinets de Berlin et de Rome, reconnaît l'utilité d'une médiation des Puissances entre les belligérants dans l'intérêt du maintien de la paix européenne. Cette médiation ne saurait cependant être imposée, mais devrait être réclamée au moins par une des parties belligérantes. Dès qu'une pareille demande leur sera faite, les trois Gouvernements n'hésiteront pas de joindre leurs efforts à ceux de la France et des autres Gouvernements au nom desquels elle a parlé. Les trois Gouvernements pensent qu'une entente sur la manière dont la médiation s'exécutera ne pourra se faire qu'au moment où elle sera

demandée par l'un des belligérants et où la situation de ceux-ci se sera dessinée plus nettement."

1. Euer Exzellenz wollen den Herrn Reichskanzler, beziehungsweise Staatssekretär von Vorstehendem in Kenntnis setzen.

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlichen Orientierung.

Berchtold.

a) Vgl. n. 4210, 4238, 4240, 4250, 4254.

Nr. 4237. Tel. nach Bukarest, 2. Nov. 1912 Nr. 59 (chiffr. 3. Nov. 12 U. 45 M. a. m.).a) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 64 vom 31. v. M. Euer Durchlaucht wollen sich Seiner Majestät König Karol gegenüber dahin vernehmen lassen, daß ich den Wert und die Bedeutung Seiner Versicherung, keine Entscheidung von größerer Tragweite, ohne Sich vorher mit uns und Deutschland ins Einvernehmen gesetzt zu haben, fassen zu wollen, keineswegs unterschätze. Was die Frage der Teilnahme Rumäniens an einer eventuellen Konferenz anbelangt, waren Euer Durchlaucht bereits in der Lage, Seine Majestät von der sympathischen Aufnahme, die dieses rumänische Petit bei uns gefunden hat, zu unterrichten. Bezüglich des vom Könige ausgesprochenen Wunsches, für Rumänien eine Grenzregulierung in der Dobrutscha zu erlangen, wollen Euer Durchlaucht Seiner Majestät gegenüber bemerken, wenn wir auch durch die bestehenden Verträge nicht verpflichtet seien, Rumänien bei der Durchsetzung territorialer Erwerbungen zu unterstützen, besäßen wir doch volles Verständnis dafür, daß der König im Falle wesentlicher Gebietsveränderungen auf der Balkanhalbinsel auch Rumänien gewisse Vorteile sichern wolle. Bei der engen Freundschaft, die uns mit Rumänien verbindet, seien wir daher bereit, den rumänischen Kompensationsansprüchen unsere Unterstützung zu leihen. Es schiene uns jedoch im eigenen Interesse Rumäniens gelegen, seine diesbezüglichen Forderungen Bulgarien gegenüber nicht zu hoch zu spannen, da es sonst mit Sicherheit anzunehmen wäre, daß zwischen Rumänien und Bulgarien ein förmlicher Antagonismus sich entwickle und letztere Macht genötigt wäre, sich ganz in die Arme Rußlands zu werfen, was Rumänien gewiß nicht wünschen könne. Schließlich wollen Euer Durchlaucht hinzufügen, daß wir in Sofia einer den rumänischen Wünschen entgegenkommenden Haltung das Wort geredet haben.

Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 41 Nr. 69. Vgl. n. 4264, 4279.

Nr. 4238. Tel. nach Konstantinopel, 2. Nov. 1912 Nr. 275 (chiffr. 10 U. 10 M. p. m.).a) Konz. (S. Calice; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Zu Euer Exzellenz Telegrammen Nr. 522 und 534 vom 29. und 31. v. M. Das von Herrn von Giers entwickelte und von Euer Exzellenz Gabriel Effendi gegenüber zur Sprache gebrachte Autonomieprojekt muß inzwischen als durch die Ereignisse überholt gelten. Durch die schnellen und durchschlagenden Erfolge der Balkanstaaten ist eine neue Situation geschaffen, welche den Fortbestand der europäischen Türkei

bestenfalls in einem äußerst geschwächten Zustande erwarten läßt. Eine solche Türkei, deren Souveränität über ihre europäischen Provinzen nur mehr eine nominelle sein könnte, böte keinerlei Garantien der Unabhängigkeit nach außen und deren Erhaltung läge nur im Interesse Rußlands, für das wir uns einzusetzen keinen Grund haben. Was die Mediationsfrage betrifft, so kann ich Euer Exzellenz zu Hochderen streng vertraulicher Orientierung mitteilen, daß wir uns, und mit uns auch die beiden verbündeten Regierungen, den neuerlichen französischen Anregungen gegenüber auf den Standpunkt zu stellen gedenken, daß zu einer Mediation sowohl ein formelles Ansuchen einer der beiden kriegführenden Parteien als auch eine solche Situation vorliegen müßte, welche die Annahme der Mediation seitens der Gegenpartei nicht von vornherein ausschließt. Ich ersuche Euer Exzellenz daher, in dieser Frage größtmögliche Reserve zu beobachten und jeden Schritt zu vermeiden, welcher geeignet wäre, ein Mediationsansuchen zu provozieren. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4236.

Tel. nach Paris, 2. Nov. 1912 Nr. 95 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 4236.

Nr. 4239. Tel. aus Paris, 2. Nov. 1912 Nr. 131 (eing. 3. Nov. 10 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 1. d. M. Nr. 94. Im Auswärtigen Amt bedauert man, daß Euer Exzellenz der von Herrn Poincaré vorgeschlagenen Formel nicht zustimmen konnten. Ich machte darauf aufmerksam, daß französischer Botschafter in Wien nichts davon erwähnt zu haben scheint, daß désintéressement, wie mir Herr Paléologue sagte, sich nur auf Mediationsakt beziehen soll. Ich wies ferner darauf hin, daß die Ankündigung des absoluten Désinteressements der Mächte von den Balkanstaaten dahin ausgelegt werden könnte, daß die Mächte ihnen carte-blanche geben. Eine Betonung der Interessen der Mächte an Regelung der Verhältnisse erscheine daher nötig. Herr Poincaré scheint jetzt eine neue Formel zu suchen. Ich wurde befragt, wie, falls die Mediation zustandekomme, selbe effektuiert werden soll, durch Schreiben der Staatsoberhäupter oder durch die Regierungen. Ich antwortete, daß ich über diesfällige Intentionen Euer Exzellenz nicht informiert sei, daß aber nach meiner persönlichen Ansicht die erste Modalität ziemlich zeitraubend sein dürfte. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 4338.

Nr. 4240. Tel. nach Rom, 2. Nov. 1912 Nr. 189 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Von dem Gedanken ausgehend, daß die Mächte sich über den Ausgangspunkt einer Mediation, für welche die Zeit bald gekommen sein wird, einigen sollten, hat das Pariser Kabinett die von London und Petersburg bereits angenommene Formel folgenden Wortlautes vorgeschlagen: *. . . wie n. 4216 von „Les Puissances reconnaissant" bis „d'absolu*

désintéressement" ... Über Vorschlag des Berliner Kabinettes, daß die Dreibundmächte zu der französischen Anregung möglichst identisch Stellung nehmen sollten, habe ich beschlossen, nachfolgende Antwort, die im Wortlaute mit der des Berliner Kabinettes übereinstimmt und von Marquis San Giuliano gleichfalls akzeptiert worden sein soll, Montag, den 4. l. M., an Herrn Dumaine zu richten: ... *wie n. 4236 von „Le Gouvernement Impérial et Royal" bis „dessinée plus nettement"* ... Euer Exzellenz wollen Vorstehendes Marquis San Giuliano ehetunlichst zur Kenntnis bringen.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4270.

Nr. 4241. Tel. nach St. Petersburg, 2. Nov. 1912 Nr. 150 (chiffr. 3. Nov. 1 U. a. m.). Konz. (S. Berchtold).

Bezugnehmend auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 216[a]) vom 1. November. Euer Exzellenz können Herrn Sazonow versichern, dass die Worte, die er in seinem Interview meiner Person gewidmet hat, bei uns sympathisch aufgenommen worden sind; ebenso hat die Bemerkung, dass es töricht wäre, die grossen wirtschaftlichen Interessen der Monarchie am Balkan nicht anzuerkennen, hier guten Eindruck hervorgerufen. Es muss jedoch in diesem Belange hervorgehoben werden, dass der stete Hinweis der russischen Regierung, wir hätten bloss wirtschaftliche Interessen am Balkan wahrzunehmen, nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, da wir, ebenso wie es für Russland der Fall ist, auch politisch in jenen Gebieten interessiert seien. In diesem Sinne habe ich mich auch heute Herrn von Giers gegenüber ausgesprochen, unter gleichzeitiger Betonung, dass uns, wie er wisse, Pläne territorialer Erwerbung ferne lägen. Es würde sich empfehlen, im Falle sich Euer Exzellenz eine Gelegenheit hiezu ergibt, eine analoge Sprache an der Sängerbrücke zu führen.

[a]) Richtig 212, vgl. n. 4232.

Nr. 4242. Tel. nach Sofia, 2. Nov. 1912 Nr. 138 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Die glänzenden Erfolge der bulgarischen Waffen haben uns in der hohen Meinung bestärkt, die wir seit langem von der militärischen Kraft und Lebensfähigkeit Bulgariens gehegt und auch stets an den Tag gelegt haben. Die Situation, welche durch jene Erfolge geschaffen wurde, ändert nichts an dem Axiom, das bei uns immer gegolten hat, wonach unsere beiderseitigen Interessen an keinem Punkte kollidiren. Dies wäre selbst dann noch der Fall, wenn sich die bulgarischen Operationen bis Konstantinopel erstrecken sollten. Bulgarien möge aber nicht übersehen, daß diese seine Erfolge der ungeteilten Kraftentfaltung zu verdanken sind, die nur durch die ruhige Haltung des benachbarten Rumäniens möglich war. Wir haben es uns angelegen sein lassen, die rumänische Regierung hierin zu bestärken. Sollte nun aber Bulgarien als Frucht seiner Siege einen bedeutenden Macht- und Gebietszuwachs erhalten, so müßte es unserer Ansicht nach Bulgarien nicht allzu schwer fallen, das Verhalten Rumäniens

während des gegenwärtigen Krieges durch eine Grenzregulierung in der Dobrutscha zu honoriren und durch ein solches relativ unbedeutendes Opfer den Grund zu einer Dauer versprechenden Verständigung zu legen. Da dem rumänischen Wunsche nach einer Kompensation seitens einiger Kabinette und, wie der dortigen Regierung nicht entgangen sein wird, speziell seitens Rußlands eine gewisse Berechtigung zugesprochen wird, so schiene es mir im Interesse Bulgariens gelegen, schon jetzt die Initiative zu einer bezüglichen direkten Aussprache mit Bukarest zu ergreifen. Euer Hochgeboren wollen sich in vorstehendem Sinne Herrn Geschow gegenüber vernehmen lassen und hinzufügen, daß wir für Bulgarien gewiß nicht weniger freundschaftlich gesinnt sind als für Rumänien und daß wir daher, um die im beiderseitigen Interesse gelegene Verständigung herbeigeführt zu sehen, nicht verfehlen würden, in Bukarest einer möglichsten Reduzierung der rumänischen Wünsche das Wort zu reden. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 40 Nr. 67. Vgl. n. 4259, 4260, 4328.

Nr. 4243. Tel. aus Sofia, 2. Nov. 1912 Nr. 300 (eing. 3. Nov. 10 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

In hiesigen diplomatischen Kreisen erzählt man sich, dass die rumänischen Vertreter bei Großmächten Schritte unternommen hätten, um für Rumänien Zulassung zur europäischen Konferenz, die dem Kriege folgen würde, zu sichern. Rumänischer Kollege besuchte mich heute wieder und sprach lange von schwieriger Lage Rumäniens, welches im Falle Vergrößerung Bulgariens unbedingt zumindest günstigere Grenzen (einige Tausend Quadratkilometer) von Bulgarien verlangen müsste. Prinz Ghika versuchte, mich über unseren Standpunkt auszuholen, worauf ich, bei Betonung meines persönlichen Verständnisses für seine Auffassung, antwortete, dass gar nicht informiert bin. Sollte es zu keiner Konferenz kommen, bliebe Rumänien, nach Ansicht Ghikas, nichts übrig, als durch Russland, dessen Einfluss hier der grösste, zu versuchen, Bulgarien zur billigen Verständigung zu bewegen. Tarnowski.

a) Vgl. n. 4569.

Nr. 4244. Tel. aus Sofia, 2. Nov. 1912 Nr. 301 (eing. 3. Nov. 11 U. a. m.). Entziff.

Die Art, in welcher Herr Geschoff laut meines Telegrammes No. 293 vom 1. d. M. sich zu mir über Unterschied ausgesprochen, der zwischen Politik bisherigen Bulgariens und eines Groß-Bulgarien bestehen würde, kann nur dahin verstanden werden, daß ein vergrößertes Bulgarien nicht zu Rußland sondern zu uns gravitieren würde. Viele Erwägungen sprechen tatsächlich dafür, daß ein über ein gewißes Maß vergrößertes Bulgarien einerseits Rußland nicht konvenieren und anderseits sich mit letzterem nicht leicht vertragen würde. Daß Bulgarien jetzt im russischen Fahrwasser ist, läßt sich durch Krieg vollkommen erklären und kann dies, wie mir so mancher Bulgare versichert, nur vorübergehende Haltung sein. Tatsache ist auch, daß Bulgarien gegen Willen Rußlands in den Krieg gegangen und daß man

hier trotz Kriechen vor Rußland über dessen platonische Freundschaft enttäuscht. Wenn auch vorstehende Konsiderationen dafür sprechen, daß Herr Geschoff aufrichtig gewesen sein mag und künftig Bulgarien wirklich zu uns gravitieren würde, schiene mir doch — bei aller Notwendigkeit, Bulgarien an uns heranzuziehen, ihm grösstes Wohlwollen zu zeigen und es in rumänischer Angelegenheit zu schonen — Bulgarien nicht zu trauen, solange es nicht deutlicher Farbe bekennt. Mißtrauisch stimmt mich, daß Bulgarien sich mit Serbien alliierte, dessen Politik uns feindlich war und jetzige, übrigens nur in Form Konversation gemachte Ouvertüren Herrn Geschoffs, die er leicht ableugnen kann, können nur in Verlegenheiten ihren Grund haben. Wie Bulgarien zu Rußland steht und stehen will, wird daraus ersichtlich werden, auf welche und wie große Territorien Bulgarien nach siegreichem Kriege Anspruch erheben wird. Aus Haltung Bulgariens in wirtschaftlicher Hinsicht und speziell daraus, was mir Herr Geschoff bezüglich Zollunion sagen wird, werden wir auch sehen, wie Bulgarien in Zukunft seine Politik orientieren will. Ich möchte hier auch unbedingt Eindruck vermeiden, als ob uns Balkanbund in Verlegenheit versetzt hätte und wir bulgarische Freundschaft werben würden. Berichte vorstehende Betrachtungen durch den Telegraphen, da bei raschem Gange der Ereignisse Berichterstattung durch die Post wertlos. Tarnowski.

Nr. 4245. Tel. nach Belgrad, 3. Nov. 1912 Nr. 83 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 173[b] vom 2. d. M. erhalten. Die schon vor dem Einlangen Ihres Telegrammes von den Zeitungen gemeldete Besetzung von Prisren durch serbische Truppen hat mich bestimmt, im heutigen „Fremdenblatt" ein Entrefilet erscheinen zu lassen, in dem ausgeführt wird, daß ein weiteres Vordringen Serbiens über Prisren hinaus gegen Westen, also auf albanesisches Gebiet, weder durch militärische noch durch nationale Gründe motiviert wäre. Dieses Entrefilet soll einen an die Adresse der serbischen Regierung gerichteten Wink darstellen, von einer Fortsetzung des Marsches gegen Westen Abstand zu nehmen. Es liegt vorläufig nicht in meinen Intentionen, daß Euer Hochwohlgeboren diesbezüglich eine Demarche unternehmen. Gesprächsweise können sich aber Euer Hochwohlgeboren dahin aussprechen, daß das Gebiet westlich von Prisren ein rein albanesisches und somit, selbst bei der weitestgehenden Auffassung, zweifellos außerhalb der serbischen Interessensphäre gelegen sei. Im übrigen wollen Euer Hochwohlgeboren mir über bemerkenswerte einschlägige Wahrnehmungen telegraphisch berichten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4258, 4262. — [b]) Auszugsweise wiedergegeben in n. 4258.

Nr. 4246. Tel. nach Berlin, 3. Nov. 1912 Nr. 149 (chiffr. 1 U. 45 M. a. m.).[a] Konz. (S. Berchtold).

Bezugnehmend auf Telegramm Nr. 231 vom 1. d. M. Herzog Avarna hat heute abermals die von Giolitti gewünschte, von mir abgelehnte Introducirung des Abkommens, betreffend Albanien und Sandschak, in den

Dreibundvertrag zur Sprache gebracht und Versicherung von der Bereitwilligkeit seiner Regierung gegeben, öffentlich zu erklären, der Vertrag sei tel quel erneuert worden. Die italienische Regierung hoffe damit meine Bedenken zu zerstreuen. In meiner Entgegnung machte ich geltend, daß das beharrliche Begehren der italienischen Regierung nach Einschaltung der fraglichen Abkommen in den Dreibundvertrag den Eindruck erwecken müße, man zweifle in Rom an unserer Loyalität bezüglich Einhaltung der in der fraglichen Richtung eingegangenen Verbindlichkeiten. Herzog Avarna ließ darauf von weiteren Bemühungen ab, dem Auftrage seiner Regierung Geltung zu verschaffen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Kenntnisnahme und Mittheilung an den Staatssekretär.

[a]) Vgl. n. 4220, 4249, 4277, 4281, 4320.

Tel. nach Berlin, 3. Nov. 1912 Nr. 150 (chiffr. 5 U. p. m.). Siehe n. 4255.

Nr. 4247. Erlaß nach Berlin, 3. Nov. 1912 Nr. 4940.[a]) Konz. (S. und G. Nemes).

Streng vertraulich. Ich habe heute einen streng vertraulichen Erlass an Herrn von Mérey[b]) gerichtet, in welchem der Inhalt meines Erlasses an Euer Exzellenz vom 30. v. Mts. Nr. 4780, soweit er zur Mitteilung an die italienische Regierung geeignet erscheint, wiedergegeben ist, und der k. u. k. Botschafter mit einer diesbezüglichen streng vertraulichen Mitteilung an das römische Kabinet beauftragt worden ist. In der Anlage erhalten Euer Exzellenz eine Abschrift dieser Instruktion und ersuche ich Hochdieselben, den Inhalt dieser letzteren Piece mündlich dem gegenwärtig in Berlin weilenden Marquis di San Giuliano in meinem Namen zur streng vertraulichen Kenntnis zu bringen. Euer Exzellenz wollen Herrn von Kiderlen hievon mit dem streng vertraulichen Bemerken Erwähnung thun, dass in Hochdero Mitteilung an den italienischen Minister des Äussern jene Stellen der obcitierten Weisung an Euer Exzellenz ausgeschieden wurden, welche nur für das Berliner Kabinet bestimmt waren.

[a]) Vgl. n. 4276. — [b]) n. 4256.

Nr. 4248. Tel. aus Berlin, 3. Nov. 1912 Nr. 232 (eing. 4. Nov. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Herr von Kiderlen, den ich heute ganz kurz zu sprechen Gelegenheit hatte, teilt mir mit, daß Sir E. Grey sich deutschem Geschäftsträger gegenüber sehr besorgt über die Stellungnahme des Wiener Kabinettes betreffend eventuelle Veränderung des status quo am Balkan ausgesprochen habe. Auch hiesiger englischer Botschafter habe im Auftrage seiner Regierung gestern ihm, dem Staatssekretär, ähnliche Bemerkungen gemacht und darauf hingedeutet, daß die öffentliche Meinung in England sich sehr lebhaft mit der Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung in der Balkankrise beschäftige und befürchte, daß Österreich-Ungarn im weitern Verlaufe der Komplikationen eine aggressive Politik befolgen und

territoriale Erwerbungen am Balkan in Aussicht genommen habe. Herr von Kiderlen sagte mir, er habe sich darauf beschränkt, zu antworten, daß Euer Exzellenz gewiß keine aggressiven Pläne verfolge. Staatssekretär hat Vorstehendes dem kaiserlich deutschen Botschafter in Wien zur Kenntnis gebracht und ihn angewiesen, in seinem Auftrage Euer Exzellenz anheimzustellen, der englischen Regierung eine streng vertrauliche allgemein gehaltene Mitteilung über die Hauptpunkte, welche zum Schutze unserer vitalsten Interessen die Basis unserer zukünftigen Balkanpolitik bilden, zu machen (Vide streng vertraulichen Erlaß vom 30. v. Mts. Nr. 4780). Auch mir gegenüber hat sich der englische Botschafter unlängst im obigen Sinne geäußert und ich erlaube mir, auch meinerseits die Anregung Herrn von Kiderlens zu unterstützen. Staatssekretär meint, daß, falls Euer Exzellenz die in Rede stehende vertrauliche Mitteilung an das englische Kabinett machen wollten, es angezeigt erscheinen würde, den k. und k. Botschafter in London anzuweisen, den erhaltenen Auftrag selbst bei Sir E. Grey und nicht eventuell bei Lord Harding[b]), mit dessen Unverlässlichkeit gerechnet werden müsse, auszuführen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4266. [b]) So!

Nr. 4249. Tel. aus Berlin, 3. Nov. 1912 Nr. 233 (eing. 4. Nov. 9 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Geheim. Inhalt Euer Exzellenz streng vertraulichen Erlasses vom 30. v. M. Nr. 4780[a]) und heutigen Telegrammes Nr. 149 dem Staatssekretär mitgeteilt. Herr von Kiderlen würdigt vollkommen Euer Exzellenz Bedenken in Betreff der Introduzierung des Abkommens über Albanien und den Sandjak in den Dreibundvertrag. Sobald er über diesen Gegenstand mit Marquis di San Giuliano gesprochen, wird er mir weitere Mitteilung machen. Szögyény.

[a]) Irrtum! Es handelt sich wohl um Erlaß Nr. 4887, vgl. n. 4220.

Nr. 4250. Tel. aus Berlin, 3. Nov. 1912 Nr. 234 (eing. 4. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Antwort auf streng vertrauliches Telegramm von heute Nr. 148. Staatssekretär wird morgen M. Cambon die ganz gleichlautende Antwort erteilen. Szögyény.

Nr. 4251. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 3. Nov. 1912 Nr. 558 (eing. 4. Nov. 5 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äußern sagte heute meinem französischen Kollegen, der Moment sei gekommen, um die Mächte um Intervention zu bitten. Die Frage Herrn Bompards, ob dies eine offizielle Mitteilung ist und ob er in diesem Sinne nach Paris telegraphieren könne, beantwortete Gabriel Effendi bejahend und fügte hinzu, er glaube, die Mächte sollten einen Waffenstillstand vermitteln und verhindern, daß die Bulgaren Konstantinopel einnehmen. Letztere Eventualität könnte nicht nur hier sondern auch in Asien

die schlimmsten Folgen nach sich ziehen. Ich erfahre, daß Türken bei Lüle Burgas eine schwere Niederlage erlitten haben; in der Stadt (sagt)[b]) man, daß sich die Avantgarde des bulgarischen Heeres blos 30 Kilometer von der Stadt befindet. Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 41 Nr. 68. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 4252. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 3. Nov. 1912 Nr. 559 (eing. 4. Nov. 6 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 557[a]) von heute. Kiamil Pascha hat im Prinzipe Durchfahrt je eines fremden Kriegsschiffes durch die Dardanellen, respektive Bosporus, zugestanden; die definitive Antwort aber erst für heute abends in Aussicht gestellt. Großvezir hat im Laufe heutigen Gespräches mir die Notwendigkeit der Intervention der Mächte nahezulegen versucht. Ich habe mich seinen Andeutungen gegenüber völlig reserviert verhalten. Kiamil machte mir heute den Eindruck, daß er nunmehr die Sache als eine verzweifelte ansieht. Pallavicini.

[a]) Mit Tel. Nr. 557, 3. Nov. 1912 (eing. 4. Nov. 5 U. a. m.) wurde aus Konstantinopel gemeldet, daß die Botschafter sich soeben bei Pallavicini versammelt und ihn gebeten haben, bei der Pforte, die Bewilligung zur Durchfahrt durch die Dardanellen, respektive Bosporus, für je ein Kriegsschiff anläßlich des zu erwartenden Vordringens der Bulgaren gegen die Tschataldja-Linie und der Gefahren für die fremden Kolonien zu erwirken. Pallavicini beantragt Absendung eines k. u. k. Kriegsschiffes mit größter Beschleunigung in die Besika-Bai und die Ermächtigung, dasselbe nötigenfalls ebenfalls nach Konstantinopel zu rufen.

Nr. 4253. Tel. nach Paris, 3. Nov. 1912 Nr. 96 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Antwort auf Euer Exzellenz vertrauliches Privatschreiben vom 1. l. Mts.[a]) Euer Exzellenz können ohne sich auf einen Auftrag zu berufen als Hochdero persönliche Ansicht (ad 1) zugeben, dass die Poincaré-Sazonowsche Formel unhaltbar geworden ist, und weiters (ad 2), dass gewisse Vergrösserungen der Balkanstaaten Euer Exzellenz unter der Voraussetzung zulässig erscheinen, dass wir Garantien für ein freundschaftliches Verhalten unserer Nachbarstaaten erhalten. Zu diesem Punkte möchte ich aber speziell bemerken, dass ein serbisches Ansinnen auf eine territoriale Vergrösserung bis an die Adria a limine abgewiesen werden müsste, weil diese national unbegründete Forderung die Integrität Albaniens zerstören müsste und übrigens Serbiens wirtschaftliche Interessen durch die Donau-Adriabahn, der wir uns nie widersetzt haben, ohnedies hinlänglich gewahrt erscheinen. Bezüglich des Fragepunktes 3) schiene es mir bedenklich den Standpunkt allzusehr in den Vordergrund zu schieben, als ob die territorialen Veränderungen am Balkan von der einmütigen Zustimmung aller Grossmächte abhängig gemacht werden müssten. Ich gehe hiebei von der Erwägung aus, dass Umstände eintreten könnten, wo es nützlich wäre, die Möglichkeit offen zu halten, die Wahrung unserer politischen und kommerziellen Interessen im Wege einer direkten Vereinbarung, ohne Kontrolle der Mächte anzustreben. Ich teile vollkommen Euer Exzellenz Auffassung

(Punkt 4), dass, solange die Forderungen nicht konkret fomulirt sind, wir am Besten daran tun, aus unserer Reserve nicht hervorzutreten.

[a]) Vgl. n. 4228.

Nr. 4254. Tel. aus Paris, 3. Nov. 1912 Nr. 132 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm von heute Nr. 95. Ich befürchte, daß die von Euer Exzellenz in Aussicht genommene Antwort hier als fin de non-recevoir und in der Presse dahin ausgelegt werden könnte, daß die Triple-Entente in ihren Bemühungen zur Herstellung des Friedens durch die Triple-Alliance behindert. Könnte man nicht vielleicht sagen, daß nach unserer Ansicht: cette médiation ne saurait être efficace que si elle était réclamée au moins par une des parties belligérantes. Oder könnte man nicht Herrn Poincaré vorschlagen, er möge vertraulich bei den kriegführenden Staaten sondieren, ob Mediationsantrag Aussicht auf Erfolg hätte. So praktisch richtig die beabsichtigte Antwort Euer Exzellenz ist, so ist zu befürchten, daß sie hier dahin interpretiert wird, daß wir Mediation hintertreiben wollen, um im Trüben zu fischen. Szécsen.

Nr. 4255. Tel. nach Rom Nr. 190 (1) und Berlin Nr. 150 (2), 3. Nov. 1912 (chiffr. 5 U. p. m.).[a]) *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

1. Gelegentlich seines gestrigen Besuches hat Herzog Avarna die Sprache auch auf die Absichten Serbiens gebracht, einen bis an die Adria reichenden Landstreifen zu erreichen. Ich habe dem Botschafter nicht verhehlt, daß ich ein solches serbisches Petit für nicht berechtigt ansehe und einer Vergrößerung Serbiens in dieser Richtung nicht zustimmen könne, eine Auffassung, welche nach den Äußerungen Herzog Avarnas auch vom römischen Kabinett geteilt werden dürfte. Da inzwischen eine wenn auch offiziell noch nicht bestätigte Nachricht über die Einnahme Prisrens durch die serbische Armee eingelangt ist und die Gefahr nahegerückt erscheint, daß ein Vordringen derselben durch die Mirdita an die Küste uns vor ein fait accompli stellen solle, würde ich Wert darauf legen, daß auch Euer Exzellenz Marquis di San Giuliano gegenüber auf diese Frage zu sprechen kommen. Euer Exzellenz könnten hiebei auf unser Abkommen mit Italien bezüglich Albaniens Bezug nehmend bemerken, daß ein Vorstoß Serbiens von Prisren an die Adria mit einer strategischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit nicht motiviert werden könne, eine dauernde Festsetzung dieser Macht an der albanesischen Küste aber eine Zerreißung Albaniens zur Folge hätte und die Autonomie dieses Landes unmöglich machen würde, was unserer Vereinbarung zuwiderlaufen würde und wogegen meiner Ansicht nach Italien sich ebenso wie Österreich-Ungarn widersetzen müßte.

2. Streng vertraulich. Ich telegraphiere unter einem an Herrn von Mérey wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1) in extenso.) Falls Euer Exzellenz Gelegenheit dazu finden, wollen sich Hochdieselben in obstehendem Sinne zu Marquis di San Giuliano aussprechen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4258, 4276, 4342.

Nr. 4256. Erlaß nach Rom, 3. Nov. 1912 Nr. 4932.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport; G. Nemes).

Streng vertraulich. Angesichts der Situation am Kriegsschauplatze muß wohl mit der Möglichkeit einer entschiedenen Niederlage der Türkei und in der Folge damit gerechnet werden, daß ein starres Festhalten an der Politik der Aufrechterhaltung des territorialen Status quo am Balkan nicht mehr möglich sein wird. Unter diesen Umständen erscheint es vollkommen angezeigt, daß ein Gedankenaustausch zwischen den Dreibundmächten darüber stattfinde, wie sich die bisherige Politik derselben der durch die Ereignisse am Balkan geschaffenen neuen Situation anpassen ließe und in welcher Weise die Nachteile, welche sich daraus für unsere Interessen ergeben könnten, zu paralysieren wären. Ich halte daher den Moment für gekommen, um die königlich italienische Regierung darüber streng vertraulich zu orientieren, welche Gesichtspunkte für unser Verhalten den Ambitionen der siegreichen Balkanstaaten gegenüber ausschlaggebend sein werden. ... *wie n. 4205 von „Es wäre unmöglich" bis „Schädigung der rechtmäßigen albanesischen Ansprüche führen"* ... 3. Die freie Entwicklung Albaniens. Um dieses von den seinerzeitigen Abmachungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien vorgesehene Ziel zu erreichen, ist die Schaffung eines lebensfähigen Körpers eine Notwendigkeit. Ein von Anfang an territorial zu klein bemessenes Albanien würde aber keine Gewähr des Fortbestandes für die Zukunft bieten können. 4. Die Befriedigung berechtigter Wünsche Rumäniens ... *wie n. 4205 von „5. Grenzberichtigungen" bis „durch eine andere ersetzt werde"* ... Euer Exzellenz wollen sich Marquis di San Giuliano ... *mut. mut. wie n. 4205 von „gegenüber im Sinne" bis Ende.* ...

[a]) Nach Bukarest mit Erlaß Nr. 4931 vom 3. Nov. auszugsweise mitgeteilt. Vgl. n. 4247, 4266, 4456, 4504, 4855.

Nr. 4257. Tel. nach St. Petersburg, 3. Nov. 1912 Nr. 151 (chiffr. 6 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berchtold; V. und G. Szápáry).

In dem Berichte Euer Exzellenz vom 24./11. Oktober, Nr. 41, ist von dem Wunsche Serbiens, einen Zugang zum Meere zu erhalten, Erwähnung getan, welchen sich, wie es scheint, Herr Sazonow gleichfalls zu eigen gemacht hat. Ich möchte Euer Exzellenz darauf aufmerksam machen, daß wir eine Verbindung Serbiens durch albanesisches Gebiet zum adriatischen Meere keinesfalls zugeben könnten, da es 1.) dadurch im Gegensatze zu dem von den Balkanstaaten selbst aufgestellten Prinzip der ethnischen Autonomie in das unbestrittene Territorium eines anderen Balkanvolkes eindringen würde, 2.) dies den ersten Schritt bedeuten möchte zum Auftreten einer serbischen Seemacht in der Adria. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und allfälliger Verwertung des ersten Punktes, falls diese Angelegenheit Euer Exzellenz gegenüber neuerlich zur Sprache gebracht werden sollte. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4258.

Nr. 4258. Tel. nach St. Petersburg, 3. Nov. 1912 Nr. 152 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramme Nr. 151. Die von den Zeitungen gemeldete Besetzung von Prisren durch serbische Truppen hat mich bestimmt, im heutigen „Fremdenblatt" ein Entrefilet erscheinen zu lassen, in dem ausgeführt wird, daß ein weiteres Vordringen Serbiens über Prisren hinaus nach Westen, also auf albanesisches Gebiet, weder durch militärische noch durch nationale Gründe motiviert wäre. Dieses Entrefilet soll einen an die Adresse der serbischen Regierung gerichteten Wink darstellen, von einer Fortsetzung des Marsches nach Westen Abstand zu nehmen. Im selben Gegenstand telegraphiert mir übrigens Herr von Ugron unterm 2. d.[b] wie folgt: „Es heißt, daß Prisren schon vor vier Tagen genommen wurde, doch wurde darüber bis heute offiziell nichts mitgeteilt. Man scheint über die Operationen der drei Armeen nichts verlautbaren zu wollen. Wie ich streng vertraulich erfahren habe, soll angeblich eine Abteilung derselben gegen San Giovanni di Medua vorrücken, um den Zugang zum Meer zu besetzen, damit Serbien später darauf Ansprüche erheben könne." Ich habe Herrn von Ugron ermächtigt,[c] sich, ohne eine Demarche zu unternehmen, gesprächsweise dahin auszusprechen, daß das Gebiet westlich von Prisren ein rein albanesisches und somit selbst bei weitestgehender Auffassung außerhalb der serbischen Interessensphäre gelegen sei. Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlicher Information. Falls Euer Exzellenz Gelegenheit haben, sich im Sinne meines Telegrammes Nr. 151 zu äußern, können Hochdieselben auch auf die Notiz im „Fremdenblatt" hinweisen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4255, 4262. — [b] Tel. aus Belgrad, 2. Nov. 1912 Nr. 173 (eing. 3. Nov. 11 U. a. m.). — [c] Vgl. n. 4245.

Nr. 4259. Tel. aus Sofia, 3. Nov. 1912 Nr. 303 (eing. 4. Nov. 11 U. 50 M. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Nach Empfang des hohen Telegrammes Nr. 138 ließ ich Herrn Geschoff wissen, daß ich ihn sprechen möchte, worauf er mich soeben besuchte. Nachdem ich ihm Inhalt mitgeteilt, antwortete er, daß erster Teil desselben ihn mit großer Befriedigung erfülle, der zweite aber kränke ihn. Er würde nicht wagen, jetzt an König Ferdinand, der von Siegen berauscht und Zeuge so enormer Anstrengungen und Opfer des bulgarischen Volkes sei, mit Frage von Kompensationen an Rumänien heranzutreten. Der König würde einen solchen Gedanken als unerhörte Zumutung betrachten und Herrn Geschoff nicht gestatten, davon zu sprechen. Ich appelierte an Vernunft Geschoffs als Realpolitiker, der doch Opportunitätsrücksichten zugänglich sein und König Ferdinand für den Gedanken gewinnen sollte. Es ließe sich nicht leugnen, — fügte ich hinzu — daß neutrale Haltung Rumäniens für bulgarische Erfolge entscheidend gewesen und daß Rumänien eigentlich düpiert, da Bulgarien vor Krieg erklärt hätte, nur für Autonomie zu kämpfen. Rumänien habe nicht mobilisiert, antwortete Herr Geschoff, da dies wahrscheinlich unberechenbare Komplikationen zur Folge gehabt

hätte. Niemand wisse, was in dem Falle hätte geschehen können, Bulgarien hätte aber trotz rumänischer Mobilisierung seine ganze Kraft gegen Türkei gewendet und Rumänien in Nordbulgarien vorläufig freies Feld gelassen. Wenn Türkei nie zu Reformen zu bewegen gewesen sei, meinte weiters Geschoff, sondern Balkanstaaten provozierte, bis es zum Kriege gekommen, so sei dies nur Ermutigung zu verdanken, die Türkei seitens Rumäniens erhielt, welch' letzteres ostentativ seine Interessen mit den türkischen identifiziert hätte. Weder der König, noch überhaupt ein Bulgare würde gestatten, daß bulgarisches Territorium Rumänien abgetreten. Einige Botschafter in europäischen Hauptstädten hätten rumänischen Gesandten Haltung Rumäniens comme lâcheté bezeichnet. Je vous supplie — sagte weiter Herr Geschoff — de prier le Comte Berchtold de ne pas encourager la Roumanie, car votre attitude dans cette question sera pour nous la pierre de touche de votre amitié. Ich protestierte gegen solche Auffassung und wies auf freundlichsten Absichten für Bulgarien entspringende Attitude Euer Exzellenz, Hochwelche gütliche Verständigung zwischen beiden Staaten herbeiführen möchten. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4260.

Nr. 4260. Tel. aus Sofia, 3. Nov. 1912 Nr. 304 (eing. 4. Nov. 12 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 303. Wenn Rumänien mit Forderung von Kompensationen jetzt kommen würde, erwiderte Herr Geschoff, würde das einen Sturm von Entrüstung in Bulgarien hervorrufen und ganze öffentliche Meinung würde Österreich-Ungarn dafür verantwortlich machen, da man niemandem ausreden könnte, daß Rumänien mobilisieren würde, wenn es in Wien keinen Rückhalt hätte. Nous pouvons donner à la Roumanie toutes les garanties, si l'on veut, consacrées par un traité formel, quant à l'intégrité du Dobroudja que du reste personne en Bulgarie ne convoite. Cela vaudra plus que si nous cedons Silistrie ou un lopin de terrain ce qui n'aurait aucune importance pour la sécurité de la Roumanie et humilierait seulement la Bulgarie et deviendrait une source de haine éternelle entre les deux pays. Ich drückte Herrn Geschoff mein Bedauern wegen seiner unkonzilianten Haltung aus mit dem Bemerken, daß mir sehr unangenehm, Euer Exzellenz solche Antwort geben zu müssen, worauf Herr Geschoff ein wenig schwankend geworden und sagte, daß ihm zwar furchtbar schwer und aussichtslos erscheine, König Ferdinand Sache vorzutragen, daß er es sich aber noch überlegen wolle. Conseilspräsident ersuchte mich, Euer Exzellenz heute noch nicht zu berichten, daß er sich weigere, König Vortrag über rumänische Prätensionen zu unterbreiten. Er wollte, daß ich ihm schriftlichen Auszug meiner Mitteilung gebe und nachdem ich mich dazu für nicht ermächtigt erklärte, kam er noch auf einzelne Punkte meiner Eröffnungen zurück und notierte Schlagworte, worauf er versprach, mich morgen wieder zu besuchen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4242, 4261, 4273.

Nr. 4261. Tel. aus Sofia, 3. Nov. 1912 Nr. 306 (eing. 4. Nov. 11 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Im Verfolge gehorsamsten Telegrammes Nr. 304 von gestern. Ich begegnete noch gestern abends Herrn Geschoff und wir nahmen Konversation auf, die ich damit eröffnete, daß ich sagte, es hätte mich froissiert, Konseilspräsidenten von Ermutigung Rumäniens durch Österreich-Ungarn sprechen zu hören, was nicht wahr und woran Herr Geschoff selbst nicht glauben könne. Die Kompensationsfrage sei, sagte ich, Angelegenheit Rumäniens, die als bedauerliche Komplikation sich aus Ereignissen ergebe und die uns, da wir friedlich und Freunde sowohl Bulgariens als Rumäniens, doppelt unangenehm. Herr Geschoff sagte, er persönlich glaube meinen Versicherungen; sonst würden wir aber verdächtigt. Ich erwiderte, ich erwarte, Herr Geschoff werde falscher Auffassung entgegentreten, worauf mir Konseilspräsident mit Protestationen antwortete, wie Bulgarien unsere Freundschaft wünsche und wie man hier jetzt Sprache unserer Presse schätze, die uns sehr populär mache. Dann fing er wieder vom „schrecklichen" Eindruck zu sprechen an, der hierzulande hervorgerufen würde, wenn Rumänien jetzt mit Forderungen hervortreten sollte. Temperament König Ferdinands sei mir doch bekannt, es sei unberechenbar, was geschehen könnte; wir mögen — sagte Herr Geschoff — es darauf nicht ankommen lassen und Rumänien von Stellung von Forderungen abbringen, wodurch wir rumänisch-bulgarische Freundschaft begründen würden. Ich führte noch einige Argumente ins Treffen und empfahl Herrn Geschoff, alle Seiten der Frage zu erwägen, was er versprach. Der Passus meiner Mitteilung, worin Konstantinopel erwähnt, machte auf Konseilspräsidenten sichtlichen Eindruck: ich hatte Gelegenheit, denselben zweimal zu wiederholen und versuchte, Kommentar seitens Mitredners herauszufordern, er verriet aber seine Gedanken nicht. Tarnowski.

Nr. 4262. Tel. nach Belgrad, 4. Nov. 1912 Nr. 85 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Macchio).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Bericht vom 2. d. M. Nr. 124 A. Nachdem die Frage der Zollunion nach innen und außen hin ein äußerst kompliziertes Problem darstellt und es nicht wünschenswert erscheint, daß der journalistischen Erörterung dieser und ähnlicher wirtschaftlicher Kompensationen für die von Serbien angestrebten Gebietsvergrößerungen eine diplomatische Initiative unsererseits folge, ersuche ich Euer Hochwohlgeboren, sich den serbischen Staatsmännern gegenüber in dieser Richtung die weitgehendste Reserve auferlegen zu wollen. Ich behalte mir vor, Euer Hochwohlgeboren — eventuell im Wege einer mündlichen Aussprache — mit meiner einschlägigen Auffassung bekannt zu machen. Was die Frage des Vordringens Serbiens an die Adria betrifft, verweise ich Euer Hochwohlgeboren auf mein gestriges Telegramm Nr. 83 und lenke gleichzeitig Ihre Aufmerksamkeit auf einen morgen erscheinenden Artikel des „Fremdenblattes"[b] über denselben Gegenstand. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4258. — [b] Fremdenblatt Nr. 304 vom 5. Nov. 1912.

Tel. nach Berlin, 4. Nov. 1912 Nr. 153 (chiffr. 7 U. 55 M. p. m.). Siehe n. 4266.

*Nr. **4263.** Tel. aus Berlin, 4. Nov. 1912 Nr. 235 (eing. 5. Nov. 10 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.*

Staatssekretär teilt mir mit, türkischer Botschafter habe heute bei ihm vorgesprochen und im Auftrage seiner Regierung um Intervention bei den anderen Kriegführenden behufs Erlangung eines Waffenstillstandes nachgesucht. Er habe ihm geantwortet, daß er, Herr von Kiderlen, sich vor allem dessen vergewissern müsse, ob andere Kriegführende zu einem Waffenstillstand geneigt seien. Herr von Tschirschky ist beauftragt, Vorstehendes Euer Exzellenz mitzuteilen und Hochderen Meinung hierüber einzuholen.

Szögyény.

[a] Oe. U. Balkan 42 Nr. 70. Vgl. n. 4265, 4288.

*Nr. **4264.** Tel. aus Bukarest, 4. Nov. 1912 Nr. 65 (eing. 7 U. 30 M. p. m.). Entziff.*

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 57 und 59 vom 1. und 3. dieses Monats. Inhalt beider Telegramme Herrn Majoresco mitgeteilt und Audienz bei Seiner Majestät, der sich in Sinaia befindet, erbeten. Minister ersuchte mich, Euer Exzellenz wärmsten Dank für freundschaftliche Haltung des Wiener Kabinettes auszudrücken. Orientierung über dieselbe sei für Rumänien ausnehmend wertvoll und wisse er besonders zu schätzen, dass Euer Exzellenz rumänische Wünsche in Sofia besprochen hätten. Minister bemerkte weiters, dass russische Regierung, welche vom bestehenden Geheimvertragsverhältnisse keine richtige Vorstellung zu haben scheine, unterstützt von Frankreich, die grösste Anstrengung mache, um Rumänien zu umgarnen. So habe bereits russischer und französischer Gesandter hier Poincarésche Konferenzformel mitgeteilt und daran die Versicherung geknüpft, dass beide Mächte Rumänien sowohl was Vertretung auf der Konferenz als auch betreffs territorialer Kompensationen unbedingt unterstützen werden.

K. E. Fürstenberg.

*Nr. **4265.** Tagesbericht über einen Besuch des türkischen Botschafters, 4. Nov. 1912.[a] Konz. (S. Matscheko; G. Rappaport).*

Der türkische Botschafter ist heute hier erschienen und hat im Auftrage seiner Regierung folgendes mitgeteilt: Die Pforte richtet an die k. u. k. Regierung — ebenso wie an die Cabinette der anderen Großmächte — das Ersuchen, die Mächte mögen ihre Intervention eintreten lassen, um den Vormarsch der Bulgaren auf Konstantinopel aufzuhalten, den Feindseligkeiten ein Ende zu setzen und die Einleitung von Friedensverhandlungen anzubahnen. Dem Herrn Botschafter wurde erwidert, daß seine Mitteilung zur Kenntnis des Herrn Ministers gebracht werden würde.

[a] Vgl. n. 4263, 4274.

Nr. 4266. Tel. nach London Nr. 74 (1), St. Petersburg Nr. 153 (2), Paris Nr. 98 (3) und Berlin Nr. 153 (4), 4. Nov. 1912 (chiffr. 7 U. 55 M. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport; G. Nemes).

1.—3. ... *wie (mit Streichungen) Nr. 4256 vom Anfang bis „ersetzt werde“* ... Euer Exzellenz wollen sich

1. Sir Edward Grey
2. Herrn Sazonow
3. Herrn Poincaré

1.—3. gegenüber im Sinne der vorstehenden Erwägungen in streng vertraulicher Weise aussprechen und hiebei ausdrücklich bemerken, daß diese Darlegungen nicht den Charakter eines erschöpfenden, bereits fixierten Programmes besitzen, sondern nur die Grundzüge unseres Standpunktes enthalten, der den Ereignissen anzupassen sein wird; dieselben seien daher auch lediglich zur Orientierung des dortigen Kabinettes bestimmt. Hochdieselben wollen bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß ich, wie aus unserer Stellungnahme ersichtlich ist, für die Monarchie nur die Sicherstellung unserer vitalsten Interessen im Auge habe; für deren Wahrung glaube ich aber auf die Unterstützung aller Großmächte zählen zu können.

1. Ich lege besonderen Wert darauf, daß Ihre Aussprache mit dem Herrn Staatssekretär selbst und nicht mit einem Stellvertreter desselben erfolge.

4. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 232 vom 3. d. M. Ich richte heute nachstehende Weisung an Grafen Mensdorff, welche analog auch nach Petersburg und Paris ergeht: „(Inseratur Erledigung ad 1.)“ Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an Herrn von Kiderlen.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 4267, 4280, 4283, 4284, 4297, 4299, 4321, 4322, 4337, 4711, 4920 Anm. b, 4962.

Nr. 4267. Tel. nach London Nr. 1, Paris Nr. 1 und St. Petersburg Nr. 1; Budapest, 4. Nov. 1912 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Hoyos).

Die in meinem heutigen Telegramm[b] enthaltene Instruktion betreffend unsere Haltung in der Balkankrise ist ausschließlich zur mündlichen Mitteilung bei der Regierung, bei welcher Euer Exzellenz accreditiert sind, bestimmt.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 4299. — [b] Vgl. n. 4266.

Nr. 4268. Tel. aus London, 4. Nov. 1912 Nr. 101 (eing. 5. Nov. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Sir Edward Grey hat türkisches Ansuchen um Intervention erhalten und fragt sich bei den anderen Mächten an, bevor er Stellung dazu nimmt. Staatssekretär sagte mir, es sei klar, dass die Alliierten nicht ohne weiters darauf eingehen würden. Zum Schlusse unserer langen Konversation resümierte er folgendermaßen: „Persönlich scheint es mir, dass das Äußerste, was wir tun könnten, wäre, den Alliierten Mitteilung von türkischem Inter-

ventionsansuchen zu machen und sie zu fragen, unter welchen Bedingungen sie eine Zessation der Hostilitäten annehmen würden.“ Sir A. Nicolson, den ich nachher sah, glaubt, dass keine Zeit zu verlieren ist, nachdem Bulgaren schon in Sicht der Tschataldja-Linie sind und türkischer Widerstand offenbar ganz gebrochen ist. Wenn Sultan und Regierung sich nach Asien flüchten, befürchtet er Anarchie und in Kleinasien Christenmassakers. Er erwägt, ob es sich nicht empfehlen würde, im Interesse der Humanität Appel an Großmut König Ferdinands zu machen, nicht weiter zu gehen. Dem gegenüber müsste man ihm wohl garantieren, dass inzwischen keine türkischen Truppennachschübe aus Asien kämen. Mensdorff.

[a]) Oe.U. Balkan 42 Nr. 71.

Nr. 4269. Tel. aus London, 4. Nov. 1912 Nr. 102 (eing. 5. Nov. 12 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Sir E. Grey sprach mir heute eingehend über die Lage. Er begann mit der Bemerkung, „nachdem Sie offenbar keine Instruktion haben, mich zu sondieren, weiß ich nicht, inwieweit es Ihrer Regierung recht ist, wenn ich Sie sondiere“. Auf meine Erwiderung, wir könnten doch immerhin die Situation persönlich besprechen, entwickelte er, wie wünschenswert es wäre, wenn Balkanproblem jetzt definitiv geregelt werden könnte. Nachdem status quo ante ausgeschlossen ist, schiene es ihm richtig, wenn die zunächst interessierten Mächte, Österreich-Ungarn und Russland, ihre Reserven mitteilen wollten, das heißt, welche Veränderung der Landkarte sie nicht zu akzeptieren in der Lage wären. Ich antwortete daß mir persönlich eine unerläßliche Vorbedingung dazu schiene, zu wissen, was die Forderungen der Balkanstaaten wären und, ob und inwieweit dieselben sich unter einander darüber geeinigt hätten. Er mußte mir Recht geben, meinte aber, wenn man wüßte, welche unsere Wünsche, auch nur ökonomischer Natur, wären, so würden die Mächte leicht mit einander sprechen können. Er glaube, die Alliierten müssen sich wohl irgendwie geeinigt haben, kenne nicht das Ausmaß der bulgarischen Forderungen. Was Serbien betrifft, wisse er von seinem Wunsche nach San Giovanni di Medua. (Ich machte ihn an der Hand einer Landkarte auf die Schwierigkeit aufmerksam, durch albanesisches und mohammedanisches Gebiet dahin zu gelangen.) Was Salonik betrifft, wäre es ihm sympathisch, wenn es ein Freihafen würde. Als ich sondierte, ob er von russischen Reserven schon etwas wisse, gab er mir etwas zögernd zu, diese bezögen sich „mehr auf Konstantinopel“. (Ich habe Eindruck, daß von russischer Seite hier stark gedrängt wird, Konstantinopel nicht in bulgarische Hände fallen zu lassen.) Sowohl Sir E. Grey, als Sir A. Nicolson sagten mir, letzter Vorschlag Herrn Poincarés über désintéressement sei vollständig fallen gelassen worden. Mensdorff.

Tel. nach Paris, 4. Nov. 1912 Nr. 98 (chiffr. 7 U. 55 M. p. m.). Siehe n. 4266.

Tel. nach Paris; Budapest, 4. Nov. 1912 Nr. 1 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4267.

Nr. 4270. Tel. aus Rom, 4. Nov. 1912 Nr. 167 (eing. 4 U. p. m.). Entziff.

Generalsekretär Bollati, welchem ich gestern nach Erhalt des hohen Telegrammes Nr. 189 die Antwort Euer Exzellenz auf den französischen Desintéressementvorschlag mitteilte, bestätigte mir, dass deren Wortlaut auch von der hiesigen Regierung angenommen worden sei, und dass er heute Herrn Barrère eine vollkommen identische Antwort zukommen lassen werde. Marquis San Giuliano trifft am 9. d. M. aus Berlin hier ein.

Mérey.

Nr. 4271. Bericht aus Rom, 4. Nov. 1912 Nr. 75 A (eing. 7. Nov.).[a] *Ausfert.*

Der Besuch Euerer Excellenz in Italien ist im ganzen von der italienischen Öffentlichkeit mit grosser Sympathie begleitet worden. Vor und anlässlich der Ankunft Euerer Excellenz in Pisa erschienen in den meisten grösseren Blättern freundliche Begrüssungs-Artikel. Ein österreichischer Journalist, welcher seit 25 Jahren in Rom lebt, versicherte mich, dass noch nie ein österreichisch-ungarischer Minister des Äussern hierzulande so gut aufgenommen worden sei. Auch der Umstand, dass ausser dem Minister des Äussern sich sämmtliche gros bonnets der Consulta nach Pisa begeben haben, trug dazu bei, die Bedeutung des Empfanges zu erhöhen. Gegen die warme Auffassung der Entrevue haben sich von Hause aus nur jene publicistischen Organe ausgesprochen, deren dreibundfeindliche Anschauung ohnehin bekannt ist, sowie — abweichend von ihrer früheren Haltung — die socialdemokratischen Journale. Nach der Abreise Euerer Excellenz und dem Erscheinen des Communiqués hat diese günstige Stimmung etwas abgeflaut. Im Hinblick auf den nähergerückten Termin des Ablaufes des Dreibundvertrages und vollends angesichts der bereits in jenen Tagen auf dem Balkan eingetretenen Ereignisse, waren die Erwartungen in der einen und der anderen Richtung ziemlich hoch gespannt gewesen und das Ausbleiben eines irgendwie greifbaren Ergebnisses der Entrevue in jenen Belangen erzeugte eine gewisse Enttäuschung. Auch die in dem Communiqué ausgesprochene „vollständige Übereinstimmung der Ansichten" bot in dieser Beziehung keine Beruhigung, weil man sich erinnerte, dass diese Phrase auch in dem vor der Annexion Bosniens und der Herzegowina ausgegebenen Communiqué über die damalige Entrevue Aehrenthal-Tittoni enthalten war. Wie mir von verschiedenen Seiten zukommt, soll auch auf den Marchese di San Giuliano die Dürftigkeit der Unterredungen, in Pisa und Florenz sowie die Reserve, welche sich Euere Excellenz hiebei, speciell auch in der Frage der Dreibund-Erneuerung, auferlegten, einen gewissen Eindruck gemacht haben. Unter ungewöhnlich günstigen Auspicien eingeleitet, hat somit die Entrevue nicht jenen warmen Verlauf genommen, welchen man hier gewünscht hätte, und wir werden voraussichtlich bei der Lösung der schwierigen und folgenreichen Probleme, die sich für uns beim Abschlusse des Balkankrieges ergeben werden, in Italien einem etwas verminderten Vertrauen begegnen. ... *Zeitungsnachrichten.* ...

Mérey.

[a]) Vgl. n. 4181.

Tel. nach St. Petersburg, 4. Nov. 1912 Nr. 153 (chiffr. 7 U. 55 M. p. m.). Siehe n. 4266.

Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 4. Nov. 1912 Nr. 1 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4267.

Nr. 4272. Bericht aus St. Petersburg, 22. Okt./4. Nov. 1912 Nr. 43 B (eing. 7. Nov.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Im Verlauf eines Besuches, den ich schon vor einigen Tagen Herrn Sazonow gemacht habe, entwickelte sich eine ganz vertrauliche und rein academische persönliche Conversation, im Verlaufe welcher ich erkennen konnte, wie sich Herr Sazonow ungefähr die zukünftige Karte der Balkanhalbinsel vorstellt, für den Fall als es zu einer völligen Liquidation der europäischen Türkei mit Ausnahme Constantinopels und des umliegenden Gebietes käme: Die Ostgrenze Bulgariens dürfe nicht weiter ostwärts hinausgeschoben werden als die Maritza, von deren Mündung flussaufwärts bis Adrianopel und sich von dort ungefähr in östlicher Richtung abbiegen. Sollte Adrianopel selbst noch zu Bulgarien kommen, so müssten die Festungswerke jedenfalls geschleift werden. Wie die Grenze zwischen dem bulgarischen und serbischen Teile von Macedonien zu gehen hätte, scheint den Herrn Minister nicht sonderlich zu interessieren, wenigstens machte er diesbezüglich keine Andeutung. Hingegen wäre es ihm nicht sehr angenehm, wenn jener Teil der Halbinsel Chalcidice, auf welcher der Berg Athos mit seinen russischen Klöstern sich befindet, in die Hände des „schismatischen" Bulgariens fiele. Für Serbien wünscht Herr Sazonow nach wie vor einen directen Ausgang zum Meere, wobei er andeutete, es sei am Ende gleichgiltig, ob dieser Weg zum adriatischen Meere oder zum ägäischen führen würde. Darauf, dass der Monarchie nichtsdestoweniger für deren wirtschaftliche Expansion der ungehinderte und freie Zugang durch Macedonien nach Saloniki in jeder Weise gesichert bliebe, wäre auch nach den Andeutungen Herrn Sazonows die weitgehendste Rücksicht zu nehmen. Für Montenegro denkt sich Herr Sazonow eine Vergrösserung gegen den Sandschak, auf den wir selbst ja doch keinen Anspruch erheben. Griechenland, dessen Beherrscher ein Freund unseres allergnädigsten Herrn und ein naher Verwandter Kaiser Nikolaus' sei, müsste ausser Kreta eine Vergrösserung gegen Norden in Epirus erhalten. Albanien, dessen territoriale Grenzen Herr Sazonow nicht näher skizzierte, hätte seiner Ansicht nach türkisch zu bleiben und eine weitgehende Autonomie zu erhalten. Was die Inseln betrifft, so müssten nach Ansicht Herrn Sazonows wenigstens die den Dardanellen vorgelagerten, ferner jene, welche der asiatischen Küste näher liegen, unbedingt im türkischen Besitze bleiben. Saloniki endlich, meinte der Herr Minister, könnte eventuell in irgend einer Form — etwa nach Art Tangers — internationalisiert und zu einem Freihafen gemacht werden. In fast genau dem gleichen Sinne sprach sich Herr Sazonow gesprächsweise auch meinem deutschen Collegen gegenüber aus, der ihn an jenem Tage unmittelbar nach mir aufgesucht hatte. Thurn.

[a] Vgl. n. 4343.

Nr. 4273. Tel. aus Sofia, 4. Nov. 1912 Nr. 308 (eing. 5. Nov. 11 U. a. m.). Entziff.

Bezugnahme auf gehorsamstes Telegramm von gestern Nr. 304. Herr Geschoff telephonierte heute abends, ich möchte mit meinem Berichte an Euer Exzellenz über gestrige Unterredung warten, bis er mich morgen besucht, um noch mit mir zu sprechen. Tarnowski.

Nr. 4274. Tel. nach Berlin; Budapest, 5. Nov. 1912 Nr. 1 (chiffr. 9 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Ich habe gestern dem französischen Botschafter verabredungsgemäß die Antwort auf die Proposition Herrn Poincarés betreffs einer Mediation der Großmächte erteilt. Herr Dumaine bemerkte, es sei bedauerlich, daß ich die Désintéressementformel nicht angenommen hätte. Es würde dies vielleicht doch möglich sein, wenn statt „désintéressement absolu" die Ausdrucksweise „désintéressement territorial" gewählt würde. Auf meine Gegenfrage, was damit bezweckt würde, meinte der Botschafter, daß die Balkanstaaten vermutlich eher geneigt wären, unsere Mediation anzunehmen, wenn wir die Erklärung abgeben würden, keine territorialen Erwerbungen zu beabsichtigen. Ich erwiderte Herrn Dumaine, daß die Balkanstaaten unsere Mediation sicher nur in dem Falle annehmen würden, wenn ihnen dies nützlich schiene, dann aber unbekümmert um den Umstand der Beibringung oder Nichtbeibringung einer Désintéressementformel. Der Botschafter wollte wissen, wie ich mich stellen würde, wenn von einer Macht die Mediation von einer solchen Erklärung unsererseits abhängig gemacht würde, was mich zur Bemerkung veranlaßte, daß mir die Prozedur des Verlangens einer diesfälligen Erklärung diplomatisch inusuell scheine. Im weiteren Verlaufe der Konversation machte Herr Dumaine geltend, daß die Türken bereits beim französischen Botschafter in Konstantinopel um die Mediation angesucht hätten und frug mich, wie ich mich hiezu stellen würde. Ich entgegnete, daß ich noch nicht offiziell diesfalls angegangen worden sei, daß aber, im Falle diese Eventualität eintreten sollte, wohl der Moment gekommen wäre, um sich über die Art der Ausführung der Mediation zu einigen. Als seine persönliche Ansicht brachte der Botschafter den Gedanken vor, daß gegebenenfalls die Botschafter in Konstantinopel mit der Vermittlungsaktion betraut werden könnten. Mittlerweile hat der türkische Botschafter[b]) auftraggemäß das Ersuchen gestellt, die Mächte mögen ihre Intervention eintreten lassen, um den Vormarsch der Bulgaren auf Konstantinopel aufzuhalten, den Feindseligkeiten ein Ende zu setzen und die Einleitung der Friedensverhandlungen anzubahnen. Ein identisches Ansuchen ist auch an die Kabinette der andern Großmächte gerichtet worden. Ich beabsichtige, dem türkischen Botschafter zu antworten, daß ich im Prinzipe geneigt bin, dem Ansuchen im Vereine mit den andern Großmächten nachzukommen, eine Initiative hiezu aber vom Pariser Kabinette erwarte, welches bereits vor dem türkischen Schritte einen bezüglichen Gedankenaustausch eingeleitet hat. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Staatssekretär Vorstehendes mit dem Bermerken zur Kenntnis

bringen, daß ich über die bezügliche Auffassung des Berliner Kabinettes unterrichtet sein möchte. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 44 Nr. 76. Vgl. n. 4210, 4216. — [b]) n. 4265.

Nr. 4275. Tel. aus Berlin, 5. Nov. 1912 Nr. 236 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Streng vertraulich. Staatssekretär ersucht mich, Euer Exzellenz zu melden, er habe Kaiser Wilhelm von den mündlichen Mitteilungen, die ich auftragsgemäß über die Grundzüge[b]) unseres Standpunktes in der Balkanfrage hier gemacht habe, Bericht erstattet. Seine Majestät habe mit ganz außerordentlichem Interesse diese Meldung entgegengenommen, sich sehr anerkennend über Euer Exzellenz richtige Beurteilung der Frage geäussert und in ganz entschiedener Weise erklärt, dass Höchstderselbe unsere Auffassung vollkommen billige, und dass er entschlossen sei, unsere Bestrebungen zu unterstützen. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4287. — [b]) Vgl. n. 4205.

Nr. 4276. Tel. aus Berlin, 5. Nov. 1912 Nr. 237 (eing. 6. Nov. 10 U. 30 M. a. m.).[a]) *Entziff.*

Streng vertraulich. Ich hatte gestern Gelegenheit, Marquis San Giuliano, der mich gleich nach seiner Ankunft aufsuchte, Inhalt streng vertraulichen Erlasses 4940 vom 3. d. M. mündlich zur Kenntnis zu bringen. Italienischer Minister des Aeussern, der sich von meinen Mitteilungen Notizen gemacht hatte, lässt Euer Exzellenz für Hochderen interessante Ausführungen seinen verbindlichsten Dank aussprechen. Er werde sie, so versicherte er mir, noch genau studieren, könne aber schon jetzt sich dahin aussprechen, dass die italienische Regierung sich mit den Darlegungen Euer Exzellenz, welche die Grundzüge des von Oesterreich-Ungarn eingenommenen Standpunktes in der Balkanfrage enthalten, einverstanden erklären werde. Die Zurückweisung des Begehrens Serbiens nach einer sich auf das eigentliche Albanien erstreckenden Gebietserweiterung bis an die Adria finde er durchaus begreiflich. Ein derartiger Gebietszuwachs Serbiens, der gewünschte Korridor zum Adriatischen Meer durch albanesisches Gebiet, wäre auch mit Italiens Interessen nicht vereinbar und noch knapp vor seiner Abreise von Rom habe er, als ihm ähnliche Gerüchte zu Ohren kamen, die maßgebenden Persönlichkeiten in Belgrad aufmerksam machen lassen, dass schon die Aufstellung eines solchen Planes mit großen Gefahren verbunden und selbst im Interesse Serbiens nicht gelegen sei, da durch Besitznahme, wenn auch geringen albanesischen Gebietes, der national-einheitliche Typus des serbischen Staates gefährdet werden könnte. Bei diesem Anlasse habe ich Marquis San Giuliano auch von Euer Exzellenz streng vertraulichem Telegramm Nr. 150 vom 3. d. M. Kenntnis gegeben. Eine dauernde Festsetzung Serbiens an der albanesischen Küste schiene auch dem italienischen Minister inkompatibel mit unserer Vereinbarung betreffend Albanien, und er meinte, ob es nicht möglich wäre, dem serbischen

Drängen nach einem Seehafen dadurch zu entsprechen, dass Serbien einen solchen dans les parages de Salonique erhalte. Es sei dies, so betonte er, vorderhand nur ein bei ihm plötzlich aufgetauchter Gedanke, dessen Tragweite aber noch gehörig bedacht werden müsse. Szögyény.

a) Oe. U. Balkan 43 Nr. 73. Vgl. n. 4290, 4304, 4325 Anm. b.

Nr. 4277. Tel. aus Berlin, 5. Nov. 1912 Nr. 238 (eing. 6. Nov. 11 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Während meiner gestrigen langen Unterredung mit Marquis San Giuliano kam er auch auf die Erneuerung des Dreibundes zu sprechen und er wiederholte mir, wie er dies schon Euer Exzellenz gegenüber getan, wie sehr er den Wunsch hege, den Vertrag demnächst erneuert zu sehen, damit es ihm ermöglicht werde, dem italienischen Parlament, welches demnächst zusammentrete, von der Erneuerung des Dreibundes Mitteilung machen zu können. Bei diesem Anlass wolle italienische Regierung kurz und bündig erklären, der Vertrag sei tel quel erneuert worden. Die Abänderung der Artikel IX und X infolge der Erwerbung von Tripolis und der Cyrenaika werde keine Schwierigkeiten machen und es handle sich nur mehr um die Frage der Einfügung der Abkommen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien betreffend Albanien und den Sandschak in den Dreibundvertrag. Herzog von Avarna telegraphiere, dass Euer Exzellenz ihm entgegnet hätten, dass das beharrliche Begehren der italienischen Regierung nach Einstellung der fraglichen Abkommen in den Vertrag bei Hochdenselben den Eindruck hervorrufe, dass man in Rom an unserer Loyalität bezüglich der Einhaltung der in Rede stehenden Verbindlichkeiten zweifelt. Italienischer Minister ersucht mich dringendst, Euer Exzellenz zu versichern, dass von einem derartigen Misstrauen absolut keine Rede sein könne. Er gestehe mir ganz offen, dass das oberwähnte Begehren nicht von ihm, sondern vom Ministerpräsidenten, Herrn Giolitti, herstamme, der ein in jeder Beziehung ausgezeichneter Staatsmann und Rechtsgelehrter, aber kein Diplomat sei und auch in diesem Falle, den diplomatischen Standpunkt beiseite lassend, rein vom juristischen Standpunkt aus auf seinem Begehren beharre. Er werde trachten, die Bedenken Herrn Giolittis zu zerstreuen, doch müsse er fürchten, dass ihm dies schwer gelingen werde. Szögyény.

a) Vgl. n. 4246, 4281, 4320, 4324.

Nr. 4278. Tel. aus Berlin, 5. Nov. 1912 Nr. 239 (eing. 6. Nov. 11 U. 50 M. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Staatssekretär teilt mir mit, russischer Botschafter habe heute bei ihm vorgesprochen und ihm eröffnet, dass nach Ansicht seiner Regierung, eine Einmischung der Mächte in den Krieg nur dann von Erfolg wäre, wenn sie ohne Verzug stattfinden würde, da das allgemeine Interesse an dem ungestörten Fortbestand Konstantinopels die Erhaltung einer Schutzzone unter der wirklichen Souveränität des Sultans erfordere; diese Zone müsste von der Mündung der Maritza mit einer Biegung über

Adrianopel bis zum Schwarzen Meer bestimmt werden. Der ganze übrige Teil der europäischen Türkei solle nach dem Rechte des faktischen Besitzes den Verbündeten zur Verteilung zufallen. Russland wäre bereit, an die Mächte heranzutreten. Auf diese Art könnte die gegenwärtige Gefahr der Besetzung Konstantinopels durch die Verbündeten abgewehrt und entschlossen der Hauptknoten der europäischen Verwicklung „gelöst" werden. Im Prinzipe anerkennt russische Regierung die Errichtung einer albanesischen Autonomie unter der Oberhoheit des Sultans, wobei aber die Befriedigung des serbischen Wunsches wegen Zuganges zum Adriatischen Meere notwendig im Auge behalten werden müsste. Zwischen Bulgarien und Rumänien müsste eine spätere Grenzregulierung als billiger Ersatz für des Letzteren loyale Haltung erzielt werden. Russland wäre bereit, in Sofia für analoge Konzessionen einzutreten und hält es für möglich und nützlich, zwischen Österreich-Ungarn und Serbien einige wesentliche Abmachungen betreffs des freien Transits österreichisch-ungarischer Waren durch das Serbien einzuverleibende Territorium zustande zu bringen. Als orthodoxe Macht bestehe Russland auf der weiteren Aufrechterhaltung faktischer Unabhängigkeit des Berges Athos. Herr von Kiderlen sagte mir, er habe dem russischen Botschafter geantwortet: Er glaube nicht, dass Österreich-Ungarn Serbien einen Zugang zum Adriatischen Meer gewähren könne, doch könnte allenfalls Serbien auch dadurch gedient werden, wenn man es zum Ägäischen Meer zuließe. Staatssekretär wäre Euer Exzellenz sehr dankbar für Mitteilung, ob Hochdieselben es für opportun hielten, direkt oder indirekt, das heisst durch Deutschlands Vermittlung, der russischen Regierung zu verstehen zu geben, dass Österreich-Ungarn und Deutschland kein Interesse hätten, die Bulgaren vom Einrücken in Konstantinopel abzuhalten, dass in Russlands Interesse aber sein dürfte, dass es sich dem entgegensetze. Ebenso hätte Russland kein Interesse an einer Ausdehnung Serbiens nach der Adria, welche nur unter Verletzung albanesischen Gebietes geschehen könnte. Vielleicht könnte — so meinte der Staatssekretär — ein Ausgleich dahin stattfinden, dass Österreich-Ungarn mit seinen Verbündeten für die russischen Wünsche — Aufrechterhaltung der Souveränität des Sultans über Konstantinopel und Adrianopel — eintrete, während Russland auf Serbien im Sinne eines Verzichtes auf den Kanal nach der Adria, das heisst auf albanesisches Gebiet, einwirke, wofür Serbien eine Expansion nach dem Ägäischen Meere freigegeben würde. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

[a]) Oe. U. Balkan 43 Nr. 74. Vgl. n. 4289, 4290, 4477.

Nr. 4279. Tel. aus Bukarest, 5. Nov. 1912 Nr. 66 (eing. 6. Nov. 11 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Inhalt Telegrammes Nr. 59 vom 3. d. M. heute Seiner Majestät dem Könige zur Kenntnis gebracht. Höchstderselbe teilt mir mit, dass er bereits durch Mittelsperson mit Bulgarien Fühlung genommen und Versicherung erhalten habe, dasselbe werde Grenzrektifizierung in der Dobrutscha keine Schwierigkeiten bereiten. Er glaube, dass obiges Begehren

Rumäniens auf einer Konferenz von keiner Seite Widerstand begegnen werde. Türkischer Gesandter habe gestern abends rumänische Regierung um Intervention bei Balkanstaaten zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes und Verhinderung Einmarsches bulgarischer Truppen in Konstantinopel ersucht. Seine Majestät wird heute antworten lassen, dass rumänische Regierung sich außer Stande sehe, allein in dieser Richtung Schritte zu unternehmen und sich diesbezüglich mit Großmächten ins Einvernehmen setzen werde. Herrn Poincarés Formel für eventuelle Intervention wurde gestern vom russischen Gesandten rumänischer Regierung mit dem Bemerken mitgeteilt, dass Russland derselben zugestimmt habe. Seine Majestät sprach den Wunsch aus, womöglich darüber informiert zu werden, welche Haltung Wiener Kabinett Interventionsansuchen der türkischen Regierung und Poincarés Formel gegenüber einnehmen werde, behufs Regelung seines eigenen Verhaltens. Seine Majestät äußerte, die Wucht der Ereignisse zwinge ihn, seine Politik zu ändern und engere Fühlung mit Bulgarien zu suchen. Die Interessen Rumäniens forderten aber, dass bei Aufteilung türkischer Konkursmasse Bulgarien keinen unverhältnismäßig großen Anteil erhalte. Gegen die in der Poincaréschen Formel enthaltene Gebietsverteilung schien Seine Majestät keine besonderen Bedenken zu hegen. Gleichlautend Budapest. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 4291.

Nr. 4280. Tel. aus London, 5. Nov. 1912 Nr. 103 (eing. 6. Nov. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 74 von gestern. Ich habe Sir E. Grey mündlich und streng vertraulich vom Inhalt des Telegrammes ausführlich Kenntnis gegeben. Staatssekretär ist sehr dankbar für Mitteilung, da es ihm Beurteilung der Lage und der verschiedenen Anregungen sehr erleichtert, wenn er unseren Standpunkt kennt. In eine Diskussion der einzelnen Punkte ging er noch nicht ein, schien aber Verständnis für unsere Anschauung bezüglich Albaniens zu haben. Er meinte, darüber sei man wohl einig, dass Albanien autonom werden müsse. Es handle sich nur um die Ausdehnung dieser autonomen Gebiete. Die Bedingungen der alliierten Balkanstaaten kenne er noch nicht, Serbien habe wohl etwas über seine Aspirationen verlauten lassen, er wisse aber nicht, „ob es unbedingt darauf bestehen würde". Vormarsch der (Bulgaren)[b]) bis nach Konstantinopel selbst, scheint ihm nicht unwahrscheinlich. Zeitungsnachrichten, dass britische Regierung Warnung an Bulgarien gerichtet hätte, nicht in Konstantinopel einzumarschieren, dementierte Sir E. Grey heute im Parlament. Auf eine Frage meinerseits über französische Vorschläge zu einer Konferenz, bemerkte er, er habe seit zwei Tagen nichts mehr darüber von Paris gehört. Persönlich sei er stets der Ansicht, daß, wenn etwas ohne Konferenz geregelt werden kann, es vorzuziehen wäre. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 44 Nr. 75. Vgl. n. 4322, 4359. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 4281. Bericht aus Rom, 5. Nov. 1912 Nr. 76 B.a) Ausfert.

Streng geheim. Anlässlich der Besprechungen in Pisa und Florenz konnten Euer Exzellenz sich davon überzeugen, dass die italienische Regierung dermalen nicht nur bereit ist, den Dreibundvertrag tel quel — mit Ausnahme der durch den Besitz Lybiens unvermeidlich gewordenen Aufnahme eines Zusatzprotocolles zu den Artikeln IX und X — zu erneuern, sondern dass sie es in dieser Beziehung sogar recht eilig hat. Man würde hier wünschen, diese Erneuerung vor dem Zusammentritte des Parlamentes, welcher voraussichtlich am 26. l. Mts. erfolgen wird, zu vollziehen, um die politische Welt vor ein fait accompli zu stellen und allen Erörterungen über wünschenswerte Modificationen oder Erweiterungen des Vertrages vorzubeugen. Die Idee, unseren Accord mit Italien bezüglich Albaniens sowie das geheime Abkommen mit Italien vom Jahre 1909 über die Interpretation des Artikels VII des Dreibundvertrages bei dem jetzigen Anlasse in ein Zusatzprotokoll zu dem Allianzvertrage aufzunehmen, stammt — wie mir Marchese di San Giuliano anvertraute — nicht von ihm selbst, sondern von dem Ministerpraesidenten her, welcher auf diese Zusammenfassung aller zwischen Italien und Österreich-Ungarn bestehenden politischen Abmachungen grossen Wert legt. In einer unverbindlichen Conversation mit mir zeigte sich der Minister des Aeussern den von mir vorgebrachten Argumenten gegen den fraglichen Wunsch Herrn Giolittis zugänglich und suggerierte mir sogar vertraulich, letzteren aufzusuchen und zu trachten, ihn von seiner Idee abzubringen. Abgesehen davon jedoch, dass der Ministerpraesident sich dermalen in Piemont aufhält und erst in circa einer Woche nach Rom zurückkehren dürfte, könnte ich eine solche Démarche doch nicht unternehmen, ohne von Euer Excellenz hiezu autorisiert zu sein oder ohne doch mindestens den einschlägigen endgiltigen Standpunkt Euer Excellenz zu kennen. Meine persönliche Meinung gienge dahin, dass irgend eine Verknüpfung des Accordes über Albanien mit dem Dreibundvertrage weder formell noch sachlich motiviert wäre, da dieser Accord ganz unabhängig von der Allianz abgeschlossen wurde und überdies nicht befristet ist, dass es dagegen nur natürlich wäre, das geheime Akbommen vom Jahre 1909, welches sich als eine Interpretation eines Artikels des Dreibundvertrages darstellt und dessen Erneuerung ausdrücklich automatisch mit jener des Allianzvertrages eintritt, bei einer solchen Erneuerung in eine nähere äusserliche Verbindung mit dem Hauptvertrage zu bringen. Sollten übrigens nach Abschluss des jetzigen Krieges auf dem Balkan tatsächlich jene weitgehenden Veränderungen des Status quo eintreten, welche man dermalen supponieren kann, und sollten wir ferner diesen Veränderungen gegenüber zu keinerlei Action schreiten, dann dürfte meines Erachtens der wesentlichste und von unserem Standpunkte bedenklichste Inhalt des Abkommens vom Jahre 1909 für uns wohl für lange Zeit, wenn nicht für immer, gegenstandslos geworden sein und höchstens noch für Italien, zum Beispiel im aegaeischen Meere, eine Fessel bedeuten, falls nicht dann überhaupt dieses ganze Abkommen die reiche Anzahl der im Dreibundvertrage bereits enthaltenen Anachronismen vermehren wird. Was die von dem Marchese di San Giuliano Euer Excellenz in Pisa proponierte Formulierung des Zusatz-

protocolles hinsichtlich der Artikel IX und X betrifft, so scheint mir dieselbe einwandfrei und acceptabel zu sein. Der italienische Minister des Aeussern wird vermutlich anlässlich seines Aufenthaltes in Berlin die Erneuerung des Dreibundes umsomehr betreiben, als die einschlägigen Unterredungen mit Euer Excellenz ihn eher etwas désappointiert haben. Und da meines Wissens bei der deutschen Regierung gleichfalls der Wunsch vorwaltet, die Allianz ehestens zu erneuern, würde es mich nicht Wunder nehmen, wenn demnächst von Berlin aus ein gewisser Druck auf uns in diesem Sinne ausgeübt würde. Mérey.

a) Vgl. n. 4181, 4246, 4277, 4324.

Nr. 4282. Tagesbericht über einen Besuch des russischen Botschafters; Budapest, 5. Nov. 1912.a) Abschrift.

Der russische Botschafter, welcher mich vor meiner Abreise nach Budapest aufsuchte, brachte im Laufe der Konversation den Wunsch Herrn Sazonows vor, einige Daten über die Ziele unserer Balkanpolitik zu erhalten, um ein Einvernehmen herstellen zu können. Herr von Giers betonte hiebei, sein Minister habe ihm aufgetragen, mir zu sagen, daß er die betreffenden Auskünfte, falls ich überhaupt geneigt sei, solche zu geben, für sich behalten wolle und dieselben weder dem Londoner noch dem Pariser Kabinette mitteilen werde. Das Interesse Herrn Sazonows betraf namentlich folgende Punkte: 1.) Wären wir geneigt, die Bulgaren davon zurückzuhalten, bis Konstantinopel vorzudringen? Nach Auffassung des russischen Ministers wäre ein solcher Vorstoß schon deshalb bedenklich, weil dann die Bulgaren Konstantinopel als Faustpfand behandeln und nicht wieder herausgeben würden, bis nicht alle ihre Wünsche erfüllt wären. 2.) Wie würden wir uns verhalten, wenn die Balkanstaaten ihre Beute unter sich aufteilen würden? 3.) Würden wir zugeben, daß Üsküb den Serben zufalle? 4.) Rußland lege einen großen Wert darauf, daß in der speziellen Stellung des russischen Klosters „Mont Athos" keine Veränderung eintrete und dasselbe dem Patriarchate direkt unterstellt bleibe. 5.) Welches ist unsere Stellungnahme gegenüber dem serbischen Wunsche nach einem „Couloir" zu einem Seehafen im adriatischen Meere? — Ich sprach dem Botschafter meine Bereitwilligkeit aus, diesfalls einige Andeutungen zu geben, welche aber ausschließlich für Herrn Sazonow bestimmt sein sollen. ad 1.) bemerkte ich, daß die Frage des Vordringens der Bulgaren bis Konstantinopel für uns keine primordiale Bedeutung habe. ad 2.) Gegen die Aufteilung an sich hätten wir keine Bedenken, vorausgesetzt, daß unsere ökonomischen Interessen dadurch nicht tangiert würden und die albanesische Nation ebenso selbständig gestellt würde wie die übrigen. ad 3.) und 4.) Daß Üsküb serbisch würde, schiene uns unbedenklich, ebenso hätten wir nichts einzuwenden, daß die russischen Mönche des Klosters des Berges Athos in der gleichen Stellung verblieben wie bisher. ad 5.) Die Frage des serbischen Couloirs zur Adria sei sehr heikler Natur für uns. Wir könnten uns weder mit einem serbischen Gebietszuwachs auf Kosten Albaniens noch mit einer Veränderung des status quo der Adriaküste einverstanden erklären. — Der

russische Botschafter nahm meine Äußerungen mit Dank entgegen und fügte bei, seinen Minister gegenständlich informieren zu wollen.

[a]) Vgl. n. 4292, 4326.

Nr. 4283. Tel. aus St. Petersburg, 5. Nov. 1912 Nr. 214 (eing. 6. Nov. 3 U. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Ich habe gegenüber dem serbischen Wunsche in vertraulicher Weise den Standpunkt der k. u. k. Regierung gegenüber den Ambitionen der siegreichen Balkanstaaten im Sinne der mit Telegramm Nr. 153 vom 4. d. M. erteilten Instruktionen auseinandergesetzt. Ich kann Euer Exzellenz nicht verhehlen, daß Herr Sazonow über die kategorisch ablehnende Haltung gegenüber dem serbischen Wunsche nach einem Adriahafen sehr impressioniert war und mit dem Aufgebote all seiner Beredsamkeit und der gewichtigsten Argumente für eine Änderung dieser Auffassung plädiert hat. Auf meine Bemerkung, daß es sich hier doch für Russland um kein vitales Interesse handeln könne, während für uns ein solches vorliege, erwiderte der Minister, es sei ja richtig, daß Russland nicht unmittelbar daran interessiert sei, daß aber trotzdem äußerst wichtige indirekte Interessen für dasselbe vorliegen. Einerseits sei es der sehnlichste Wunsch der russischen Regierung, daß endlich am Balkan eine stabile Ordnung eintrete, was nur dadurch zu erreichen sei, daß die Balkanvölker wirklich zufrieden gestellt werden. In dieser Richtung habe auch Russland zu namhaften Konzessionen sich entschlossen. Während nämlich bisher Adrianopel als der Schlüssel zu Konstantinopel für ein Noli me tangere gegolten habe, sei die russische Regierung jetzt bereit, um allen weiteren Ausdehnungs-Velleitäten Bulgariens für die (Zukunft)[b]) vorzubeugen, auch diese Stadt dem Königreiche zu überlassen. Ferner machte mich Minister darauf aufmerksam, daß die gesamte öffentliche Meinung ganz Russlands einmütig den serbischen Wunsch zu dem seinen gemacht habe. Wenn dessen Realisierung an unserem Widerstand scheitere, so sei dies gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch seiner (Sazonows) Politik. Es habe ohnehin nie an Widersachern gefehlt, die ihm sein Streben nach einer Annäherung an die Monarchie zum Vorwurfe machten. Hätte diese nun dieses Ergebnis, so werde es allgemein heißen, dass Russland a été mise dedans und daß es abermals Serbien im Stiche gelassen habe. Dies wäre aber für seine Politik volles Débacle. Herr Sazonow stellte mir eindringlich vor, wie sehr er stets für eine Annäherung an Österreich-Ungarn gewesen sei, nous avions déjà fait beaucoup de chemin dans cette direction et déblayé bien des obstacles. Je Vous assure que nous nous trouvons dans un moment du quel nos relations futures peuvent dépendre. Nous sommes arrivés au tournant. Er wies auf die Gemeinsamkeit der Interessen hin, die wir beide als monarchische und konservative Mächte haben. Kurz, er hat in einer Deutlichkeit, wie noch niemals zuvor, die Möglichkeit einer engeren Entente durchblicken lassen und schloß mit dem geradezu pathetischen Appel, indem er mich beschwor, diese ganz günstigen Zukunftsaussichten nicht wegen eines schmalen Terrainstreifens und eines Hafens zu kompromittieren,

auf den wir ja selbst ohnehin keinen Anspruch machen. Fortsetzung folgt. Gleichlautend Budapest. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4284, 4309, 4310, 4326, 4343, 4346, 4550. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 4284. Tel. aus St. Petersburg, 5. Nov. 1912 Nr. 215 (eing. 6. Nov. 3 U. p. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 214 von heute. Herr Sazonow führte ferner aus, dass, wenn er versuche, sich in unsere Lage hineinzudenken, er nicht begreifen könne, welche wirklich stichhältigen Gründe wir haben könnten, Serbien den Zugang zum Meere abzuschneiden. Wir müssten doch ein entschiedenes Interesse daran haben, an unseren Grenzen einen befriedigten und saturierten Staat zu haben, der dann gewiss nur an seine wirtschaftliche Entwicklung denken würde und das grösste Interesse hätte, mit uns auf dem denkbar besten Fusse zu leben. Anderseits mache er mich aufmerksam, dass es eine Illusion wäre, wenn wir etwa glauben, Serbien auf eine andere Weise befriedigen zu können. Dies sei nun einmal sein Steckenpferd, und wenn wir es an der Erlangung desselben verhindern sollten, so würden wir es immer zum Feinde haben und alles andere Entgegenkommen unserseits auf anderem Gebiete würde hieran gewiss nichts ändern. Dies könne aber unmöglich in unserem Interesse sein. Mit unseren wirtschaftlichen Expansionswünschen sympathisiere er vollständig; „monopolisez tout le commerce de la péninsule; je m'en ferais un plaisir". Herr Minister bat mich inständigst, bei Euer Exzellenz der Dolmetsch seiner Auffassung zu sein und richtete einen warmen Appel an Hochdieselben, durch einen largen wahrhaft staatsmännischen Akt, durch Befriedigung der serbischen Aspirationen auf San Giovanni di Medua sich nicht nur die Sympathie und die Freundschaft Serbiens zu sichern, das so viel mehr als je zuvor unter unseren Einfluss kommen würde, sondern auch den Weg zu einem weiteren, auf solider Basis stehenden Freundschaftsverhältnisse mit Russland zu eröffnen, wozu seit Jahren keine günstigere Gelegenheit als heute gewesen sei. Die Ausführungen Herrn Sazonows, die ich in telegraphischer Kürze nicht so überzeugend wiedergeben kann als sie gesprochen waren, haben auf mich den stärksten Eindruck gemacht. Ich habe in der Tat die Impression, dass sich jetzt eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit ergeben würde, mit Russland zu einem Verhältnis zu kommen, das für uns eine enorme Stärkung bedeuten würde, zumal es, auf diese Basis aufgebaut, sogar in der sonst immer gegen uns misstrauisch und unfreundlich gesinnten öffentlichen Meinung nicht den Widerspruch finden würde, welchen es sonst unter allen anderen Umständen begegnet hätte. Ein solches Verhältnis zu Russland, welches anzustreben stets eines der wichtigsten, aber bisher unerreichbaren Ziele unserer Politik bildete, schiene mir im Vergleiche zu dem Opfer, welches es uns kosten würde, von so ausschlaggebender, ja historischer Bedeutung, dass ich es der ernstesten und wohlwollendsten Erwägung Euer Exzellenz zu unterbreiten mir gestatte, ob unter diesen Umständen von unserer Weigerung, Serbien Ausgang zur Adria zuzugestehen, nicht zurückgekommen werden könnte. Allerdings

müsste eine solche Änderung unseres Standpunktes rasch erfolgen, um den Charakter spontaner Munifizenz, die allein nach allen Richtungen vollen Erfolg versprechen würde, nicht zu verlieren. Eine wirkliche Gefahr für unsere adriatischen Interessen könnte ein serbischer Hafen ja in keinem Falle bedeuten. Was die anderen Punkte anbelangt, sprach Herr Sazonow nur bezüglich des „engeren wirtschaftlichen Anschlusses Serbiens" insofern Bedenken aus, als er meinte, falls damit eine Zollunion gemeint wäre, eine solche doch ein gewisses Misstrauen zu erwecken geeignet wäre, weil eine Zollunion leicht als erster Schritt zu einem Aufsaugen gedeutet werden könnte, und er daher auch nicht glaube, dass Serbien auf eine solche eingehen würde. Was die minimalen Grenzberichtigungen anbelangt, so meinte der Minister, dies sei eine Sache, über welche wir uns am besten mit Serbien direkt auseinandersetzen sollten, ohne sie in den Komplex der international zu regelnden Fragen einzubeziehen, damit das Prinzip nicht durchbrochen werde, dass keine Großmacht für sich irgend welche territoriale Ansprüche erhebe. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4266, 4309, 4326, 4343.

Nr. 4285. Tel. des Gesandten Hugo Freiherrn von Rhemen an Graf Berchtold in Budapest, 5. Nov. 1912 Nr. 1 (chiffr. 5 U. p. m.).[a]) Konz. (S. und G. Rhemen).

Deutscher Botschafter hat hier auftraggemäß angefragt, welche Antwort die k. u. k. Regierung auf das Vermittlungsansuchen türkischer Regierung wegen Einstellung der Feindseligkeiten zu geben gedenkt. In Berlin wurde dem türkischen Botschafter geantwortet, man müßte sich vorerst mit den anderen Mächten verständigen, würde aber an sich kein Bedenken gegen eine diesfällige Anfrage bei den Kriegführenden hegen. Herr von Tschirschky fügte bei, nach deutscher Auffassung wäre bei der Stimmung der Kriegführenden in dieser Hinsicht große Vorsicht geboten und vor allem Eindruck einer Kollektivdemarche oder gar einer Pression zu vermeiden; seine Regierung sei daher auch der Ansicht, daß sich die Mächte darauf beschränken sollten, — und zwar jede für sich, jedoch in Übereinstimmung untereinander — den türkischen Wunsch an die Balkanstaaten weiterzugeben. Ich antwortete Herrn von Tschirschky, daß ich seine Anfrage ungesäumt zu Euer Exzellenz Kenntnis bringen werde. Rhemen.

[a]) Vgl. n. 4288, 4303.

Nr. 4286. Tel. nach Athen; Budapest, 6. Nov. 1912 Nr. 1 (chiffr. 6 U. 26 M. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Macchio).

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 233 vom 4. d. M.[a]) Euer Exzellenz wollen dem Herrn Minister des Äussern nicht verhehlen, dass die Blokade des türkischen Litorales bis Valona, welche durch militärische Motive kaum gerechtfertigt erscheint und deren Verhängung mit frühern Zusagen Herrn Koromilas im Widerspruche steht, hier als ein Mangel an Rücksicht auf die Interessen unseres Handels und Schiffahrt in

unliebsamer Weise empfunden wird. Als ihre persönliche Ansicht wollen Euer Exzellenz beifügen, dass das Verharren der griechischen Regierung auf einer solchen Massnahme die hiesige Stimmung gegenüber Griechenland nachtheilig beeinflussen könnte. Berchtold.

[a]) Mit Tel. Nr. 233 vom 4. Nov. 1912 wurde aus Athen gemeldet, daß die griechische Blokade bis Valona ausgedehnt und angebliche Rücksichtnahme auf Österreich-Ungarn und seinen Handel griechischer Regierung demnach anscheinend nicht sehr am Herzen liege.

Nr. 4287. Tel. nach Berlin; Budapest, 6. Nov. 1912 Nr. 3 (chiffr. 6 U p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; G. fehlt).[a])

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramme vom 1. und 5. l. M. Nr. 230 und 236. Ich ersuche Hochdieselben, der kaiserlich deutschen Regierung meinen verbindlichsten Dank für ihre Beurteilung meiner Auffassung in den Balkanfragen auszusprechen. Ich habe unter dem 5. l. M. von Herrn von Tschirschky nachstehendes Schreiben erhalten: „Euer Exzellenz beehre ich mich im Auftrage des Herrn Reichskanzlers mitzuteilen, daß Seine Majestät, mein Allergnädigster Herr, Kenntnis von Euer Exzellenz Programm bezüglich der Balkanpolitik genommen hat. Deutschland wird dieses Programm gern unterstützen." Euer Exzellenz wollen auch den Staatssekretär bitten, Seiner Majestät Kaiser Wilhelm bekanntzugeben, wie sehr ich die gnädige Aufnahme der Meldung über die Grundzüge des von mir eingenommenen Standpunktes in der Balkanfrage zu schätzen weiß. Ich stelle es auch Euer Exzellenz anheim, eine sich bietende Gelegenheit zu benützen, um sich Kaiser Wilhelm gegenüber in vorstehendem Sinne auszusprechen.

Berchtold.

[a]) Vermerk: Gesehen. A. N[emes].

Nr. 4288. Tel. nach Berlin; Budapest, 6. Nov. 1912 Nr. 4 (chiffr. 8 U. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; G. Nemes).

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm vom 4. l. M., Nr. 235. In Übereinstimmung mit einer Mitteilung Herrn von Tschirschkys[a]) gebe ich türkischem Botschafter bekannt, daß ich mich betreffend des Vermittlungsansuchens seiner Regierung wegen Einstellung der Feindseligkeiten vorerst mit den anderen Mächten verständigen müsse, an sich aber keine Bedenken gegen eine diesfällige Anfrage bei den Kriegführenden hege. Ich teile auch vollkommen die mir durch deutschen Botschafter bekannt gegebene Auffassung seiner Regierung, daß bei der Stimmung der Kriegführenden anläßlich einer Vermittlung große Vorsicht geboten und vor allem Eindruck einer Kollektivdemarche oder gar einer Pression zu vermeiden ist und daß sich daher die Mächte darauf beschränken sollten, — und zwar jede für sich, jedoch in Übereinstimmung untereinander — den türkischen Wunsch an die Balkanstaaten weiterzugeben. Euer Exzellenz wollen sich in vorstehendem Sinne dem Herrn Staatssekretär gegenüber aussprechen.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4285, 4303.

Nr. 4289. Tel. aus Berlin, 6. Nov. 1912 Nr. 241 (eing. 7. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Staatssekretär erzählt mir, dass der französische und der englische Botschafter bei ihm vorgesprochen, und sich den Anschein gebend, von der russischen Demarche (vide mein Telegramm Nr. 239 von gestern) nicht unterrichtet zu sein, die Anfrage gestellt hätte, ob Aussicht bestehe, dass das serbische Verlangen, wegen eines Hafens am Adriatischen Meere, bei den Großmächten auf keinen Widerspruch stossen würde. Er habe beiden geantwortet, es sei ganz außer Zweifel, und dies müsse man ja in Paris beziehungsweise London wissen, dass Österreich-Ungarn einem solchen Verlangen Serbiens sich entschieden widersetzen würde, und habe hinzugefügt, dass Österreich-Ungarn in dieser Frage die volle Unterstützung Deutschlands und gewiss auch Italiens finden werde. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

Nr. 4290. Privatschreiben aus Berlin, 6. Nov. 1912 (eing. 7. Nov.).[a] Ausfert.

Mit meiner täglichen telegrafischen Berichterstattung glaube ich Euer Excellenz über alle Vorkommnisse bezüglich der Balkankrise, insoweit es sich um das hiesige Milieu handelt, Meldung erstattet zu haben. Nichts ist so lehrreich wie Tatsachen, und wie ich mich hier neuerdings überzeugen konnte, imponiert keine politische Tatsache mehr, als ein grosser militärischer Erfolg. Die Schwenkung, die Regierung und öffentliche Meinung in Deutschland von der Türkei nach der bulgarischen Seite hin durchgeführt, ist sehr bezeichnend. Angesichts des unangenehmen Eindruckes des vollkommenen Versagens der türkischen Armee, die sich ihre Instruktoren und Kanonen aus Deutschland geholt hatte, macht man hier bonne mine à mauvais jeu. Noch vor Kurzem rechneten alle hiesigen massgebenden Kreise, Kaiser Wilhelm, Reichskanzler, Staatssekretär und so weiter mit der Wahrscheinlichkeit eines kriegerischen Erfolges der Türkei, sie alle erachteten es für sehr wünschenswert, da auf diese Art die Situation sich für alle Welt und so auch für Deutschland günstiger gestaltet hätte. Jetzt haben sie in der Theorie selbst Konstantinopel als türkischen Besitz aufgegeben und, wie ich Euer Excellenz gestern telegrafisch[b] meldete, setzte mir Herr von Kiderlen auseinander, dass es weder im Interesse Deutschlands noch Österreich-Ungarns liegen würde, die Bulgaren von der Besitzergreifung Konstantinopels zurückzuhalten, da nach seiner Meinung die Aufrechterhaltung der Souverainität des Sultans am Goldenen Horn nur ein russisches, oder weitgehend, nur ein Interesse der Triple-Entente bilde. Nach Ansicht des Staatssekretärs wäre es unter diesen Umständen für Deutschland und Österreich-Ungarn angezeigt, ein Compensationsobjekt zu schaffen und der russischen Regierung nahe zu legen, dass wir nur in dem Falle für die Aufrechterhaltung der türkischen Souverainität in Konstantinopel und Adrianopel eintreten würden, wenn Russland einen entsprechenden Druck auf Serbien dahin ausüben würde, dass es auf seinen Plan, sich durch albanesisches Gebiet einen Zugang zur Adria zu erwerben, verzichte. Wie sich

der Staatssekretär eine Expansion Serbiens nach dem ägäischen Meere denkt, ist mir nicht klar. Es ist dies eine Idée, die auch in den Zeitungen wiederholt ventiliert wurde, jetzt hat sie Marquis San Giuliano (vide mein streng vertrauliches Telegramm Nr. 237 von gestern) aufgegriffen, und Herr von Kiderlen scheint diesen Gedanken als einen Ausweg aus der schwierigen Lage zu betrachten. Die Haltung Russlands in dieser grossen Frage ist der deutschen Regierung, wenn auch nicht überraschend, so doch im hohen Grade unangenehm. Marquis San Giuliano ist seit zwei Tage in Berlin. Ich habe ihn schon wiederholt gesprochen und werde ihn vor seiner Abreise jedenfalls noch sehen. Kaiser Wilhelm hat dem Marquis, der gestern in Potsdam zur Hoftafel eingeladen war, den Schwarzen Adler-Orden verliehen. Vorgestern speiste der Minister beim Staatssekretär und heute veranstaltet ihm zu Ehren der Reichskanzler ein grosses Diner. Zu diesen beiden Festlichkeiten ist ausser dem italienischen Botschafter und mir keiner von den fremden Botschaftern eingeladen. Offenbar wollte man hiedurch die Triple-Alliance accentuiren. Lachend sagte mit Herr von Kiderlen, bei dem Besuche Poincarés in St. Petersburg sei auch nur der englische Botschafter den festlichen Veranstaltungen beigezogen worden, und somit müsse, wie dort die Triple-Entente, nun hier die Triple-Alliance zur Geltung kommen! Zum Diner beim Staatssekretär hatte auch der rumänische Gesandte eine Einladung erhalten, was hier vielfach commentiert wurde. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4319. — [b]) n. 4278.

*Nr. **4291.** Bericht aus Bukarest, 6. Nov. 1912 Nr. 58 A (eing. 9. Nov.). Ausfert.*

Streng vertraulich. Meinem Ansuchen entsprechend wurde mir die Ehre zuteil, gestern von Seiner Majestät dem Könige in Sinaia empfangen zu werden. Von einer höchsten Erlaubnis Gebrauch machend stellte ich Seiner Majestät nach der Audienz den Legationsrat Baron Haymerle vor, welcher die Gelegenheit benützte, König Carol über den Verlauf seiner Audienz bei unserem Allergnädigsten Herrn zu berichten und sich seines ihm von Euer Excellenz gewordenen Auftrages zu entledigen. Meinem diese Audienz betreffenden ergebensten Chiffretelegramm Nr. 66 werden Euer Excellenz geneigtest entnommen haben, daß Seine Majestät bereits nahezu die Gewißheit erlangt hatte, einer etwaigen künftigen Konferenz Rumänien zugezogen zu sehen und auf derselben in Betreff seiner territorialen Ansprüche keiner Schwierigkeit zu begegnen. Aus dem Zusammenhange der Ausführungen Seiner Majestät und denen Seines ersten Ministers kann mit Bestimmtheit geschloßen werden, daß die russische Regierung, sobald sie von den oberwähnten Wünschen Rumäniens Kenntnis erhielt, sogleich hier die bündige und uneingeschränkte Versicherung abgeben ließ, beide Postulate Rumäniens bei den Mächten der Tripelentente und Bulgarien durchsetzen zu wollen. Dieses Vorgehen gehört mit zu dem Komplex der in der letzten Zeit sich häufenden Schachzüge, Rumänien möglichst in seine Netze zu locken. Dieses Bestreben Russlands wurde mir gegenüber

von König Carol dahin gedeutet, daß in den Augen des Zarenreiches Bulgarien sich immer mehr zu einem unsicheren Kantonisten heranbilde. Es darf daher nicht Wunder nehmen, daß die vom Wiener und Berliner Kabinette in Ansehung der rumänischen Wünsche abgegebenen außerordentlich vorsichtig gefaßten Erklärungen nach der positiven russischen Sprache nur einen sehr verminderten Eindruck machten, zumal wahrscheinlich in den hiesigen Regierungskreisen erwartet wurde, daß die Zentralmächte vorbehaltlos die Ansprüche Rumäniens sich zu eigen machen würden. In Angelegenheit der türkischen Bitte um Intervention erklärte Seine Majestät, daß Rumänien selbstverständlich nicht daran denken könne selbstständig vorzugehen, sondern sich ganz und gar in diesem Belange an die Zentralmächte halten werde. In diesem Sinne werde die Antwort an die Türkei lauten, nur würde der Ausdruck Zentralmächte durch Großmächte ersetzt werden. König Carol bemerkte des Weiteren, daß der vollkommene Zusammenbruch der Türkei Ihn zwinge, Seine auswärtige Politik, was Bulgarien anbelange, einer vollkommenen Revision zu unterziehen. Er zerdrücke zwar eine Träne in Seinem Auge, doch könne Er nicht mehr anders als nur zusehen, wie die Türkei ihrem Untergange entgegengehe. Es würde sich jetzt hauptsächlich darum handeln, den Beziehungen zu Bulgarien eine festere Grundlage zu geben. Wie ich es heute feststellen konnte und in meinem Berichte Nr. 58 B näher zu erklären mir erlaube, haben sich bei der Berichterstattung an König Carol über die letzte Formel Herrn Poincarés Irrtümer eingeschlichen und dürfte Seine Majestät, sobald dieselben richtiggestellt sein werden, zu einer andern Ansicht gelangen, als zu der, welche ich in meinem obzitierten Chiffre-Telegramme erwähnte. K. E. Fürstenberg.

Nr. 4292. Bericht aus Bukarest, 6. Nov. 1912 Nr. 58 B (eing. 9. Nov.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Mein russischer Kollege Herr Schebeko, mit dem mich eine langjährige Freundschaft verbindet, hatte heute die Güte, mir den Inhalt der am 4-ten dieses bei Herrn Maioresco vorgebrachten Depesche seiner Regierung vorzulesen. Dieselbe zerfällt in zwei Teile. In dem ersten wird die jüngste Interventionsformel Herrn Poincarés wiedergegeben; der zweite Teil enthält den daran geknüpften Kommentar des russischen auswärtigen Amtes. In letzterem wird die nachfolgende Verteilung der europäischen Türkei ins Auge gefasst: 1. Der Türkei verbleibt Konstantinopel mit einem Landstriche, welcher sich von der Mündung der Maritza nach Adrianopel und von dort in nordöstlicher Richtung an das Schwarze Meer erstreckt. 2. Den siegenden Staaten fallen Landstrecken zu, über deren Ausmaß sie sich untereinander zu einigen haben. 3. Albanien wird eine autonome Provinz unter der Suzeränität des Sultans, jedoch wird von derselben ein Couloir zum Adriatischen Meere abgetrennt, der Serbien zufällt. 4. Die Ansprüche Österreich-Ungarns auf einen unbehinderten Zugang nach Saloniki werden entsprechend berücksichtigt. 5. Der Berg Athos muß in jeder Beziehung unangetastet bleiben.

Aus der schriftlichen Relation Herrn Maiorescos über diese mündlich vorgebrachte russische Depesche, welche Seine Majestät mir vorzulesen gestern die Gnade hatte, geht hervor, daß der Herr Minister den russischen Kommentar als integrierenden Teil des Poincaréschen Vorschlages auffaßte und nebstdem in seiner summarischen Wiedergabe des Inhaltes der bewußten Depesche den von der russischen Regierung ins Auge gefaßten Zugang Serbiens zum Meere nicht erwähnte. Ich vermute, daß diese irrtümliche Auffassung Herrn Maiorescos und die Weglassung des so wichtigen Passus' auf die, wie ich mich selbst überzeugen konnte, sehr unverständliche Fassung besagter Depesche zurückzuführen ist oder auch darauf, daß der Herr Minister des Äussern an einer die Konversation behindernden Schwerhörigkeit leidet. Ich werde mir erlauben, den Herrn Minister morgen in vertraulichster Form auf den unterlaufenen Irrtum und die Weglassung der wichtigen Serbien betreffenden Stelle aufmerksam zu machen behufs Informierung Seiner Majestät des Königs. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 4282, 4291.

Nr. 4293. Tel. nach Konstantinopel, 6. Nov. 1912 Nr. 287 (chiffr. 8 U. p. m.). Konz. (S. Schreibmaschine; G. Szápáry).

Streng vertraulich. Angesichts der Situation am Kriegsschauplatze erscheint ein Festhalten an der Politik der Aufrechterhaltung des territorialen status quo am Balkan kaum mehr möglich. Ich habe daher die Kabinette der Großmächte darüber streng vertraulich orientiert, welche Gesichtspunkte für unser Verhalten den Ambitionen der siegreichen Balkanstaaten gegenüber ausschlaggebend sein werden. Meine einschlägigen Depeschen an die Botschafter bei den fünf Mächten besagen im wesentlichen folgendes: *... Auszug aus n. 4205 von „Es wäre unmöglich" bis „durch eine andere ersetzt werde" ...* Die k. u. k. Botschafter sind beauftragt, sich bei den Kabinetten im Sinne der vorstehenden Erwägungen in streng vertraulicher Weise auszusprechen und hiebei ausdrücklich zu bemerken, daß diese Darlegungen nicht den Charakter eines erschöpfenden, bereits fixierten Programmes besitzen, sondern nur die Grundzüge unseres Standpunktes enthalten, der den Ereignissen anzupassen sein wird. Dieselben seien daher auch lediglich zur Orientierung des dortigen Kabinettes bestimmt. Wie aus unserer Stellungnahme ersichtlich ist, hätte ich für Monarchie nur die Sicherstellung unserer vitalsten Interessen im Auge; für deren Wahrung glaube ich aber auf die Unterstützung aller Großmächte zählen zu können. Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Orientierung.

Nr. 4294. Tagesbericht über einen Besuch des türkischen Botschafters, 6. Nov. 1912.[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Szápáry).

Anläßlich der Überreichung der Copie seines Akkreditives hat der neue türkische Botschafter Hussein Hilmi Pascha einen Appell an die k. u. k. Regierung in dem Sinne gerichtet, daß die Pforte auf die Unterstützung Österreich-Ungarns in der gegenwärtigen schwierigen Situation rechne. Er wies hiebei auf die Eventualitäten hin, welche sich in der türkischen

Hauptstadt einstellen und auch für die dortigen europäischen Kolonien von bedenklichen Folgen begleitet sein könnten. Die von ihm vorgebrachte Bitte um Mediation hat denselben Wortlaut, wie das in Paris gestellte Ansuchen der Pforte und lautet: „Le Gouvernement ottoman demande aux Puissances leur médiation collective en vue de la cessation des hostilités et de la fixation des conditions de la paix." Der Herr Botschafter schloß seine Ausführungen mit dem Bemerken, es sei seiner Regierung sehr viel daran gelegen, daß in kürzester Zeit eine Einigung zwischen den Kabinetten zustande komme, um dem Blutvergießen und dem Vormarsche der Bulgaren nach Konstantinopel ein Ziel zu setzen. Die Mitteilungen Hilmi Paschas wurden mit der Zusage entgegengenommen, sie unverzüglich zur Kenntnis des Herrn Ministers zu bringen. Bezüglich seines Hinweises auf die Situation in Konstantinopel wurde ihm erwidert, daß man auch hier diese Frage vor Augen habe, wie ja aus dem an die Pforte gestellten Ansuchen um Zulassung eines zweiten Stationärs hervorgehe, welchem türkischerseits bereits stattgegeben worden sei. Im übrigen werde auch die k. u. k. Regierung ihre Bemühungen mit jenen der anderen Mächte vereinen, um unnützes Blutvergießen zu verhindern, doch müsse dies natürlich im Rahmen der völkerrechtlichen Grundsätze und unter Beobachtung der striktesten Neutralität geschehen. Der Herr Botschafter nahm diese letztere Antwort mit Dank entgegen.

[a]) Vgl. n. 4300.

Nr. 4295. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 6. Nov. 1912 Nr. 572 (eing. 7. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Französischer Botschafter teilt mir mit, dass er gestern im Auftrage seiner Regierung Minister des Äussern erklärt hat, Mächte könnten Intervention bei Kriegführenden, wie von Pforte beantragt, nicht übernehmen, hingegen wären sie gewiss bereit, ihre Mediation eintreten zu lassen. Hierauf verfasste Gabriel Effendi in Gegenwart meines französischen Kollegen ein Telegramm an türkischen Botschafter in Paris folgenden Inhalts: „Pforte bittet die Mächte um Mediation zum Zwecke der sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten und Fixierung der Friedensbedingungen". Gleiche Instruktionen dürften die anderen türkischen Botschafter erhalten haben.

Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 46 Nr. 78.

Nr. 4296. Tel. des Sektionschefs Grafen Friedrich Szápáry über eine Unterredung mit dem französischen Botschafter an Graf Berchtold in Budapest, 6. Nov. 1912 Nr. 3 (chiffr. 2 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Szápáry).

Französischer Botschafter hat hier heute folgende Mitteilung gemacht: Die ottomanische Regierung habe sich an die Mächte gewendet mit der Bitte um „leur médiation collective en vue de la cessation immédiate des hostilités et de la fixation des conditions de la paix." Herr Poincaré habe geantwortet, er wolle das Einvernehmen mit den Mächten pflegen und beigefügt, „que, dans sa pensée, le mot médiation excluait toute idée de pression," weshalb er seinerseits keinen Anstand nehmen würde, das

Ansuchen an die Kriegführenden weiterzuleiten. Da Herr Dumaine auftragsgemäß eine dringende Mitteilung über Euer Exzellenz Stellungnahme zu der Frage erbat, antwortete ich ihm, daß meiner persönlichen Ansicht nach die k. u. k. Regierung wohl keinen Anstand nehmen dürfte, sich an der von Herrn Poincaré vorgeschlagenen Aktion, deren Erfolg allerdings von den bei den Balkanstaaten vorhandenen Dispositionen abhängen werde, zu beteiligen, daß ich jedoch selbstverständlich nicht in der Lage sei, den Entschließungen Euer Exzellenz vorzugreifen, welche Hochdieselben jedenfalls im Einvernehmen mit den alliierten Mächten fassen dürften. Szápáry.

[a]) Vgl. n. 4300, 4334, 4356.

Nr. 4297. Tel. aus Paris, 6. Nov. 1912 Nr. 133 (eing. 7. Nov. 8 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Habe Euer Exzellenz Telegramm vom 4. d. M. Nr. 98 Herrn Poincaré mitgeteilt. Mit Rücksicht auf streng vertraulichen Charakter dieser Mitteilung bat mich Ministerpräsident, Euer Exzellenz telegraphisch zu fragen, ob diese Informationen ausschließlich für französische Regierung bestimmt, oder ob er selbe mit anderen Kabinetten, speziell Petersburg und London, besprechen könne. Über Aufnahme meiner Demarche telegraphiere ich separat.[b]) Gleichlautend Budapest. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 4308. — [b]) Vgl. n. 4299.

Nr. 4298. Tel. aus Paris, 6. Nov. 1912 Nr. 134 (eing. 7. Nov. 11 U. a. m.). Entziff.

Türkischer Botschafter hat gestern bei Herrn Poincaré Mediation der Mächte behufs Herbeiführung Waffenstillstandes und Friedens erbeten. Ministerpräsident hat ihm geantwortet, dass er sich diesbezüglich mit anderen Kabinetten in Verbindung setzen werde. Herr Dumaine dürfte bereits Euer Exzellenz einschlägige Mitteilung gemacht haben. Ich frug Herrn Poincaré, wie er sich weitere Vorgangsweise denke. Der Minister, der sich den Anschein gibt, durch unsere gemeinsame Antwort auf seinen Desinteressementvorschlag etwas verstimmt zu sein, sagte: „Ich habe den Schritt der Türkei zur Kenntnis der Mächte gebracht, gedenke aber weiter keine Initiative zu ergreifen." „Graf Berchtold sagt in seiner Note: Une entente sur la manière dont la médiation s'exécutera ne pourrait se faire qu'au moment où elle sera demandée. Ce moment est venu, notre formule a été écartée, peut-être votre Gouvernement peut en proposer une autre." Ich sagte Herrn Poincaré zu, dies Euer Exzellenz zu melden. Als meine persönliche Ansicht sagte ich, dass gegenwärtig jede Formel überflüssig erscheine. Die Türkei habe bedingungslos um Mediation gebeten, die Mächte könnten diesen Wunsch der Türkei einfach zur Kenntnis der Verbündeten bringen und letztere fragen, ob sie zu Waffenstillstand respektive Frieden geneigt. Die vier Königreiche würden darauf wahrscheinlich mit ihren Bedingungen herausrücken. Poincaré meinte, er hätte gegen eine solche Vorgangsweise nichts einzuwenden, doch müsste der Vorschlag dazu von anderer Seite kommen. Gleichlautend Budapest. Szécsen.

Nr. 4299. Tel. aus Paris, 6. Nov. 1912 Nr. 135 (eing. 7. Nov. 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 98 vom 4. d. Mts. und Telegramm aus Budapest vom 5. d. Mts.[b] Inhalt des ersteren Herrn Poincaré mitgeteilt. Ad Punkt 1 gab Ministerpräsident Berechtigung unseres Standpunktes zu. Er schien zu vermuten, daß wir den politischen Anschluß Serbiens an Dreibund verlangen, auf welches Thema ich nicht einging. Hinsichtlich eines engeren wirtschaftlichen Anschlusses Serbiens an uns frug er mich, ob wir Zollunion mit sämtlichen Balkanstaaten im Auge hätten, worauf ich erwiderte, daß die näheren Modalitäten dieses Anschlusses heute noch nicht präzisiert werden könnten. Punkt 2 erregte die lebhafteste Aufmerksamkeit Herrn Poincarés. Er frug, ob sich unsere ablehnende Haltung auf die ganze albanesische Küste erstrecke. Ob nicht ein schmaler serbischer Streifen längs der montenegrinischen Grenze gegen San Giovanni di Medua zu erreichen wäre. Ich ließ ihm keinen Zweifel, daß wir diesbezüglich keine Konzessionen machen könnten. Ad 3 machte Herr Poincaré keine Einwendungen und konstatierte, daß wir ein tunlichst ausgedehntes Albanien wünschen, was für künftige Entwicklung dieses Landes allerdings nützlich wäre. Mit Punkt 4 war er ganz einverstanden, präzisierte die Wünsche Rumäniens: Silistria und Grenzberichtigung in der Dobrudscha; dies werde keine Schwierigkeiten machen. Punkt 5 schien den Minister zu impressionieren. Er meinte, der Ausdruck minimal sei sehr dehnbar. Ich sagte ihm, ich vermute, daß es sich hauptsächlich um durch lokale Rücksichten wünschenswert erscheinende Grenzberichtigung handeln dürfte. Er wollte wissen, um welche Grenzen es sich handle, Serbien, Sandschak, Montenegro? Worauf ich ihm keine Antwort geben konnte. Ad 6 machte Herr Poincaré keine Einwendungen, auch hinsichtlich des Punktes 7 zeigte er sich entgegenkommend. Er schien nicht recht zu wissen, was mit Salonik geschehen könnte, frug mich, ob ich es für möglich halte, daß Serbien irgend einen Hafen am ägäischen Meer erhälte. Dies hätte, so meinte er, den Nachteil, daß ethnographisch überwiegend bulgarische Distrikte in serbische Hände kämen. Ich erwiderte, daß bei einem Vordringen Serbiens gegen die Adria ausschließlich albanesisches Gebiet in Frage käme. Ich hatte Impression, daß nach Herrn Poincarés Ansicht Serbien sich vielleicht mit Freihafen in Salonik und entsprechend gesicherter Bahnverbindung dorthin begnügen würde. — Ministerpräsident bat mich zum Schlusse, Euer Exzellenz für deren sehr wichtige Mitteilungen seinen wärmsten Dank zu sagen. Er verkenne nicht unsere großen berechtigten Interessen, besonders wirtschaftlicher Natur und werde trachten, denselben tunlichst Rechnung zu tragen. Der Eindruck, den unsere Informationen auf Herrn Poincaré machten, schien mir ein günstiger zu sein. Von großer Wichtigkeit schiene mir, daß Herr Sazonow tunlichst bald unseren Wünschen soweit als möglich zustimme, denn Herr Iswolsky hat sich scheinbar ganz in die Idee eines serbischen Adriahafens verrannt und wird sicherlich hier gegen unsere Wünsche arbeiten. Gleichlautend Budapest. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 4297, 4335, 4337. — [b]) n. 4267.

Nr. 4300. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 6. Nov. 1912. Konz. (S. Matscheko; G. Szápáry).

Der italienische Botschafter hat heute auftragsgemäß angefragt, welche Stellung die k. u. k. Regierung zu dem türkischen Mediationsansuchen einzunehmen gedenke. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß er nicht über die letzte, sondern nur über eine frühere, hier nicht zur Sprache gebrachte Fassung des französischen Mediationsvorschlages informiert war, worin von Einstellung der Feindseligkeiten und Erzielung eines Waffenstillstandes die Rede war. Die Antwort Herrn von Kiderlens auf das türkische Ansuchen hätte, wie Herzog Avarna vertraulich mitteilte, dahin gelautet, daß er (Kiderlen) sich mit den Kabinetten ins Einvernehmen setzen werde und — soweit es auf ihn ankomme — geneigt sei, das Ansuchen der Pforte weiterzuleiten. Er glaube aber, daß es mit Rücksicht auf die Stimmung der Balkanstaaten notwendig sein werde, die Form einer Kollektivdemarche und jeden Anschein einer Pression zu vermeiden. Dem Herrn Botschafter wurde hierauf von der heute durch Hussein Hilmi Pascha übermittelten neuen Formulierung des türkischen Mediationsansuchens *a)* sowie von dem ebenfalls heute vorgebrachten neuesten Vorschlage Herrn Poincarés *b)* Mitteilung gemacht. Zu letzterem bemerkte Herzog Avarna, er habe den Eindruck, daß dieser der nötigen Präzision entbehre. Bezüglich seiner eingangs erwähnten Anfrage wurde Herzog Avarna in Aussicht gestellt, daß er ehetunlichst von der Antwort des Herrn Ministers in Kenntnis gesetzt werden würde.

Szápáry.

a) n. 4294. — *b)* n. 4296.

Nr. 4301. Tel. aus Sofia, 6. Nov. 1912 Nr. 315 (eing. 7. Nov. 5 U. a. m.).a) Entziff.

Es besuchte mich soeben Kammerpräsident Danew. Er sprach von Wichtigkeit guten Einvernehmens zwischen Monarchie und Bulgarien, über unsere wirtschaftlichen Interessen am Balkan und schließlich über rumänische Angelegenheit, die er als sehr schwierig für Bulgarien bezeichnete, da sie durch Schnitt ins bulgarische Fleich gelöst werden soll. Nach dieser Einleitung richtete Herr Danew an mich Frage, ob ich nicht glaube, daß es nützlich wäre, wenn er mit Euer Exzellenz Unterredung haben würde. Er habe keine Spezialmission von König Ferdinand oder von bulgarischer Regierung erhalten, aber sowohl Seine Majestät der König als Regierung hielten es für nützlich, daß in dieser kritischen Zeit ein Bulgare, der im Namen des Landes sprechen kann, mit Euer Exzellenz in direkten Meinungsaustausch tritt. Kammerpräsident fügte hinzu, daß dies umso notwendiger erschiene, als Herr Salabascheff nicht das volle Vertrauen der gegenwärtigen bulgarischen Regierung besitze. Herr Danew wolle selbstredend auch rumänische Frage mit Euer Exzellenz besprechen, das sei aber nicht einziger Zweck beabsichtigten Besuches. Ich antwortete Herrn Danew, daß ich seinen Wunsch Euer Exzellenz sofort bekannt geben würde. Kammerpräsident fragte dann, ob es nicht möglich wäre, daß er von Seiner k. u. k. Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Thronfolger empfangen wird. Seine Majestät der König hielte diese Audienz für sehr wichtig und ließe mich

ersuchen, dieselbe für Herrn Danew zu erwirken. Kammerpräsident fügte hinzu, daß er Seiner k. u. k. Hoheit gar keine Bitte zu unterbreiten haben wird, sondern er möchte nur das Glück haben, Höchstdenselben „von Bulgarien sprechen zu können". Danew ersuchte mich, ihm ehetunlichst Antwort zu geben, damit er morgen abends von hier nach Budapest respektive Wien abreisen kann. Gleichlautend Budapest. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4302, 4312.

Nr. 4302. Tel. aus Sofia, 6. Nov. 1912 Nr. 316 (eing. 7. Nov. 5 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Streng vertraulich. Bezugnehmend auf mein heutiges Telegramm 315. Ich beehre mich, Euer Exzellenz ergebenst zu bitten, Herrn Danew, wenn dies mit anderen politischen Rücksichten vereinbar, eine Unterredung zu gewähren. Vor einigen Tagen erlaubte ich mir zu melden, daß mir die zu vagen Äußerungen Herrn Geschoffs nicht befriedigend erschienen; durch den Besuch Danews bei Euer Exzellenz dürften wir jedenfalls alles, was uns Bulgarien zu sagen hat, erfahren. Kammerpräsident Danew war während des ganzen Krieges im Hauptquartier an der Seite König Ferdinands und niemand ist jetzt maßgebender als er. Mit Rücksicht speziell auf König Ferdinand wäre eine Audienz Danews bei Seiner k. u. k. Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand von allergrößter Wichtigkeit. Aus allem, was mir Herr Danew gesagt, scheint dem Könige sehr daran zu liegen. Wie ich König Ferdinand kenne, würde er Verweigerung Audienz als persönliche Beleidigung auffassen. Herr Danew ist ein anständiger und integrer Mensch. Er ist Chef der russophilen Partei. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4312.

Nr. 4303. Tel. des Grafen Berchtold an den Gesandten Hugo Freiherrn von Rhemen; Budapest, 6. Nov. 1912 Nr. 1 (eing. 7. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 1 von gestern. Ich ersuche Euer Exzellenz türkischem Botschafter bekanntzugeben, dass ich mich, betreffend das Vermittlungsansuchen seiner Regierung wegen Einstellung der Feindseligkeiten, vorerst mit den anderen Mächten verständigen müsse, an sich aber kein Bedenken gegen eine diesfällige Anfrage bei den Kriegführenden hege. Unter Einem telegraphiere[a]) ich in vorstehendem Sinne an Graf Szögyény und verständige ihn, dass ich den im obzitierten Telegramm wiedergegebenen Äußerungen Herrn von Tschirschkys beipflichte. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4288.

Nr. 4304. Tel. aus Berlin, 7. Nov. 1912 Nr. 243 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Streng vertraulich. Gestern habe ich einer Unterredung beigewohnt, welche in der hiesigen italienischen Botschaft zwischen Marquis San Giuliano und dem französischen Botschafter stattgefunden hat. Der italienische Minister des Aeussern setzte auseinander, dass bekanntlich Oesterreich-

Ungarn eine Festsetzung Serbiens an der Adria nicht dulden werde. Auch Italien werde gegen diese serbischen Aspirationen Einsprache erheben. Dies könne übrigens die französische Regierung nicht überraschen; dabei fügte Marquis San Giuliano zu meinem Erstaunen hinzu, es sei zwar ein Geheimnis, doch gewiss in Paris bekannt, dass zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn, in Betreff der freien Entwicklung Albaniens, seit mehreren Jahren ein geheimes Abkommen bestehe. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4276.

Nr. 4305. Tel. aus Berlin, 7. Nov. 1912 Nr. 245 (eing. 8. Nov. 8. U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Staatssekretär teilt mir mit, serbischer Geschäftsträger hätte sich heute bei ihm darüber beklagt, dass Wiener Zeitungen die Behauptung aufstellen, Oesterreich-Ungarn werde eine Besetzung von Gebietsteilen Albaniens durch Serbien und ein Festsetzen Serbiens an der Adria nicht dulden. Er, von Kiderlen, habe ihm geantwortet, dass diese vom serbischen Geschäftsträger beanständete Sprache der Wiener Blätter seines Wissens den Tatsachen vollkommen entspreche, worauf Herr Bogićević erwiderte, dies sei umso bedauerlicher als die vier kriegführenden Balkanstaaten ein Abkommen geschlossen hätten, wonach der Besitz von nahezu ganz Albanien an Serbien fallen solle. Wie der serbische Geschäftsträger meine, sei Russland hievon verständigt und billige vollkommen dieses Abkommen. Geschäftsträger fügte hinzu, dass wenn in diesem Falle Oesterreich-Ungarn Serbien mit Waffengewalt von seinem Vorhaben abhalten wollte, Russland seinerseits Oesterreich-Ungarn den Krieg erklären würde. Staatssekretär sagte mir, er habe bei dieser vom serbischen Geschäftsträger im Auftrage seiner Regierung geführten impertinenten Sprache die Geduld verloren und demselben kurz und bündig erklärt, falls die von ihm gemachten Behauptungen richtig seien und nicht nur Serbien sondern auch Russland den Krieg haben wollen, „sie denselben haben könnten"; jedenfalls würde dann aber nicht nur Deutschland sondern auch Italien mit voller Kraft an der Seite Oesterreich-Ungarns stehen. Serbischer Geschäftsträger scheint von dieser energischen Sprache sehr impressioniert gewesen zu sein und habe Herrn von Kiderlen gesagt, daß er diese seine Worte sofort nach Belgrad melden werde. Staatssekretär beabsichtigt noch heute den französischen und den englischen Botschafter auf die Kriegsgefahr aufmerksam zu machen, welche infolge der angeblichen Stellungnahme Russlands so wohl ganz Europa drohe, was er für umso notwendiger halte als der deutsche Botschafter in Paris heute telegraphisch meldet, Herr Iswolsky hätte ihm versichert, dass die russische Regierung eine Festsetzung Serbiens an der Adria ihrerseits nachdrücklichst zu unterstützen gesonnen sei. Herr von Kiderlen meine, dass Herr Iswolsky auch in diesem Falle auf eigene Faust Politik treibe und habe deshalb Grafen Pourtalès beauftragt, bei Herrn Sazonow anzufragen, ob diese Sprache seines Botschafters in Paris sich mit der Auffassung der russischen Regierung decke. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4327, 4371.

Nr. 4306. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 7. Nov. 1912 Nr. 580 (eing. 8. Nov. 12 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Kiamil Pascha hat soeben einen Vertrauensmann zu mir geschickt, um mich zu bitten, ihm einen Rat zu geben, ob die Türkei den Widerstand bei der Čataldjalinie fortsetzen oder trachten solle, direkt mit den Balkanländern Frieden zu schliessen, so wie seinerzeit mit Russland. Derselbe könnte dann so wie jener von San Stefano von den Mächten revidiert werden. Ich ließ dem Großvezier sagen, ich hätte in den letzten Jahren vielfach Gelegenheit gehabt, den türkischen Staatsmännern Ratschläge zu geben, kürzlich auch ihm selbst; leider seien dieselben nicht befolgt worden. Heute sei es mir unmöglich, irgend welche Ratschläge zu geben. Nazim Pascha soll, wie ich höre, dringend zum Frieden geraten haben. Von einer anderen Seite erfahre ich, daß ein eventueller Widerstand bei Čataldja nicht länger als höchstens zehn Tage währen könnte. Gleichlautend Budapest 2. Pallavicini.

Nr. 4307. Tel. aus London, 7. Nov. 1912 Nr. 105 (eing. 8. Nov. 11 U. a. m.). Entziff.

Sir A. Nicolson bezeichnet mir heute die Frage von Konstantinopel als die wichtigste und weitaus dringendste. Wenn der Sultan und seine Regierung sich nach Kleinasien begeben, wer solle sie dann zurückbringen und wer zwischen Abmarsch der Bulgaren und Rückkehr türkischen Regimes Ordnung in Konstantinopel aufrechterhalten? Dies sei Frage von weitgehender politischer Bedeutung. Er hofft, dass Türken doch durch zwei bis drei Wochen sich in Tschataldja-Linie halten könnten und in der Zwischenzeit Drang der Bulgaren sich abkühle. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

Nr. 4308. Tel. nach Paris; Budapest, 7. Nov. 1912 Nr. 2 (chiffr. 8 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 133 vom 6. l. M. Eine ähnliche streng vertrauliche Mitteilung wie seitens Euer Exzellenz an Herrn Poincaré ist auch an Sir E. Grey und Herrn Sazonow erfolgt. Hochdieselben können somit Minister des Äußern unter dem Ausdrucke meines Dankes für seine Anfrage sagen, daß gegen eine Besprechung mit den anderen Kabinetten kein Bedenken vorliegt. Euer Exzellenz wollen aber bei dieser Gelegenheit neuerlich nachdrücklichst betonen, daß ich die Kabinette von Paris, London und Petersburg nur von den Grundzügen meines Standpunktes unterrichten wollte, daß aber die an dieselben erfolgte Mitteilung durchaus nicht als ein erschöpfendes Programm angesehen werden kann. Ich ersuche Euer Exzellenz, ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, bei Hervorhebung des streng vertraulichen Charakters der fraglichen Mitteilung auch auf die Bedeutung hinzuweisen, daß jedwede Besprechung in der Presse unterbleibe. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4323.

Nr. 4309. Telephonische Mitteilung aus Wien über einen Besuch des russischen Botschafters; Budapest, 7. Nov. 1912.[a]) (S. Hohenlohe).

Russischer Botschafter war heute bei Sektionschef Grafen Szápáry und hat ihn, da heute russischer Kurier-Abgang nach Petersburg ist, gefragt, ob bereits eine Entscheidung gefallen ist über den Gegenstand des Gespräches Herrn Sazonows mit Grafen Thurn (Ausführungen unseres Standpunktes zur Lösung der Balkankrise). Graf Szápáry hat dahin geantwortet, dass ihm eine Entscheidung nicht bekannt ist. Im Laufe des Gespräches hat Herr von Giers beiläufig dieselben Desiderata vorgebracht, welche der russische Minister des Äussern unserem Botschafter in Petersburg gegenüber entwickelt hatte; insbesondere sprach Herr von Giers von dem Verlangen Serbiens bis an die Adria zu gelangen. Graf Szápáry hat als seine persönliche Ansicht alle ihm bekannten Gegenargumente ins Treffen geführt und bei dieser Konversation die Wahrnehmung gemacht, dass Herr von Giers diesen serbischen Wunsch nicht mit derselben Wärme vertreten hat, als dies nach den Meldungen Grafen Thurns zu erwarten gewesen wäre.

[a]) Vgl. n. 4283, 4284.

Nr. 4310. Tel. aus St. Petersburg, 7. Nov. 1912 Nr. 216 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erfahre soeben aus journalistischen Kreisen, dass in der heute abends herauskommenden Nummer der Börsenzeitung (Artikel)[b]) erscheinen wird, der unter der Aufschrift „die Zeiten ändern sich" ziemlich scharfe Ausfälle gegen die Monarchie enthalten wird. Dieser Artikel soll, wie mir versichert wird, von hiesiger massgebendster Stelle inspiriert sein. Ob dies Wahrheit genau entspricht kann ich nicht garantieren, doch gibt der weiter unten skizzierte angebliche Inhalt fraglichen Artikels jedenfalls Anschauung massgebender Kreise wieder. Dieser Artikel werde zuerst Hinweis darauf enthalten, dass Russland nicht in dem Zustand sich befinde wie 1908, sondern wohl gerüstetes Heer besitze, das für alle Eventualitäten bereit sei. Sodann werde ausgeführt werden, dass Serbien unbedingt Hafen an der Adria erhalten müsse. Diese Zusammenstellung lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und scheint Richtigkeit meiner Auffassung zu beweisen, dass die Frage unserer zukünftigen Beziehungen zu Russland mit unserer Haltung dem in Rede stehenden serbischen Wunsche gegenüber auf das engste verknüpft ist. Ich weiss nicht, auf welchem Wege Verhinderung Serbiens an einem weiteren Vormarsche gegen das Adriatische Meer, beziehungsweise Erzwingung seines Rückzuges von dort nach dem Friedensschlusse geplant ist. Wenn hiezu aber die Anwendung oder auch Androhung von Gewaltmassregeln beabsichtigt sein sollte, so halte ich es für meine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, dass meiner vollen Überzeugung nach Russland einer solchen Massregel gegenüber nicht passiver Zuschauer bleiben, sondern auch seinerseits zur Anwendung militärischen Gegendruckes schreiten würde, so dass grösste Gefahr bestünde, dass ein bewaffneter Konflikt auch mit Russland sich entwickeln würde. Keine russische Regierung könnte sich in diesem Falle dem übermächtigen Drucke allgemeiner öffentlicher Meinung widersetzen. Dass selbst Herr Sazonow dies auch

gar nicht versuchen könnte, geht wohl aus seiner mir gegenüber letzthin gemachten Bemerkung[c]) hervor, ein Widerstand unsererseits gegen serbischen Wunsch nach einem Adriahafen würde Zusammenbruch seiner bisherigen, auf ein freundschaftliches Einvernehmen mit der Monarchie gerichteten Politik bedeuten. Ob Russland wirklich so vorzüglich gerüstet ist, wie hier behauptet wird, vermag ich nicht zu beurteilen. Aber selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte, ist es meine Überzeugung, dass die russische Regierung — wer immer an deren Spitze steht — eher eine militärische Niederlage riskieren würde, als eine Wiederholung erzwungenen Nachgebens im Jahre 1909 auf sich zu nehmen. Gleichlautend Budapest. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4311, 4394. — [b]) Chiffre fehlt. — [c]) Vgl. n. 4283.

Nr. 4311. Tel. aus St. Petersburg, 7. Nov. 1912 Nr. 217 (eing. 8. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Der mit heutigem Telegramm Nr. 216 avisierte angeblich inspirierte Artikel der Börsenzeitung ist soeben erschienen. Derselbe enthält keine feindseligen Ausfälle gegen die Monarchie und ist in ruhigem, aber ernsten Ton gehalten. Er nimmt Bezug auf das gegen die Ansprüche Serbiens gerichtete Entrefilet des Fremdenblattes und entspricht im Übrigen sein Inhalt dem im eingangserwähnten Telegramm angekündigten. Gleichlautend Budapest. Thurn.

Nr. 4312. Tel. nach Sofia; Budapest, 7. Nov. 1912 Nr. 3 (chiffr. 11 U. 50. M. a. m.).[a]) Konz. (S. und G. Nemes).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 1 und 2[b]) vom 6. l. M. Euer Hochgeboren wollen Kammerpräsident Danew verständigen, daß ich mich sehr freuen würde, ihn hier oder in Wien zu sehen; ich bleibe vermutlich bis Samstag, den 9. l. M. abends in Budapest. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4362. — [b]) Richtiger Nr. 315 u. 316, 1 u. 2 waren die Nummern der gleichlautend nach Budapest gerichteten Telegramme.

Nr. 4313. Tel. aus Sofia, 7. Nov. 1912 Nr. 320 (eing. 8. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Mein rumänischer Kollege besuchte mich heute und drückte Freude über Euer Exzellenz Exposé aus, welches weniger angenehmen Eindruck, den ihm unsere Presse letzterer Zeit gemacht, gänzlich verwischte. Prinz Ghika gebe Hoffnung auf vernünftigen Standpunkt Bulgariens Rumänien gegenüber nicht auf. Herrn Geschoff hätte er noch nicht sondiert, aus Unterredungen mit Eingeweihten aber Eindruck, dass Bulgarien mit sich sprechen lassen würde. Dieser Eindruck datiere allerdings aus der Zeit vor Lüle Burgas. Rumänischer Kollege befürchtet, dass solange Krieg dauere und Armee maßgebend, Bulgarien sich intransigent zeigen würde. Nach dem Kriege würde aber ökonomische und militärische Erschöpfung des Landes Vernunft einflössen und dann würde geeigneter Moment für Regelung rumänisch-bulgarischer Angelegenheit kommen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4396, 4569.

Nr. 4314. Tel. aus Sofia, 7. Nov. 1912 Nr. 322 (eing. 8. Nov. 11 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge gehorsamen Telegrammes Nr. 321[b] vom 7. d. Mts. Den Verlauf meiner langen Unterredung mit Herrn Danew glaube ich nicht ausführlich berichten zu sollen, da Kammerpräsident nur solche Fragen besprach, die Gegenstand seines Meinungsaustausches mit Euer Exzellenz bilden sollen. Er streifte Möglichkeiten wirtschaftlichen Anschlusses der Monarchie an Bulgarien und Serbien, rumänische Kompensationen, Frage, was nach unseren Wünschen mit Salonik zu geschehen hätte, Wunsch Serbiens nach einem Korridor zur Adria und Verhältnis Bulgariens zu Serbien. Bezüglich Rumäniens äußerte sich zwar Danew zurückhaltend, ich hatte aber Eindruck größerer Versöhnlichkeit. Was Serbien anbelangt, so betonte Herr Danew, daß Bulgarien sich zwar mit einzelnen Interessen Serbiens solidarisieren müsse, werde sich aber in seiner Politik uns gegenüber, die auf dem Prinzipe, daß beiderseitige Interessen nicht kollidieren, durch seinen viel schwächeren Verbündeten nicht hindern lassen. Serbien müsse zur Einsicht kommen, daß es, wenn es sich auch territorial vergrößere, auf Monarchie angewiesen bleiben werde. Wir hätten bis jetzt am Balkan auf Türkei gebaut und sollten künftighin diese Politik auf Bulgarien übertragen. Herr Danew erkundigte sich über Aussicht Audienz bei Seiner k. u. k. Hoheit Erzherzog Thronfolger, worauf ich ihm antwortete, daß er Bescheid von Euer Exzellenz erhalten wird. Zum Schluß erwähnte Herr Danew eventuelle Mediation mit Bemerkung, daß Bulgarien vorerst Sicherheit haben müßte, daß Türkei Bedingungen Bulgariens annehmen würde. Waffenstillstand vor vollständiger Besiegung der Türken wäre sehr schwierig, da er Türkei militärisch zu Gute kommen würde. Sollte sich türkische Armee von Čataldja nach Konstantinopel zurückziehen, könnten auch Bulgaren bei Čataldja nicht halt machen. Auf Frage, ob Bulgaren eventuell in Konstantinopel einmarschieren würden, gab Herr Danew keine ganz klare Antwort. Gleichlautend Budapest. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 4362. — [b] Mit Tel. Nr. 321, 8. Nov. 1912 (eing. 4 U. p. m.) wurden aus Sofia Einzelheiten des Reiseprogrammes Danews nach Budapest gemeldet.

Unterredung mit dem griechischen Gesandten, 8. Nov. 1912. Siehe n. 4329.

Nr. 4315. Tel. aus Athen, 8. Nov. 1912 Nr. 248 (eing. 9. Nov. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Minister des Aeussern, mit welchem ich gestern abends lange Konversation hatte, war bemüht, mich von den enormen, namentlich kommerziellen Vorteilen zu überzeugen, welche den Grossmächten und speziell Oesterreich-Ungarn aus der Neugestaltung der Dinge auf dem Balkan erblühen würden. Die bisher im Besitze der unverbesserlichen Türkei gewesenen Länder würden in den Händen der christlichen Balkanstaaten einen ungeahnten kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwung nehmen und eine Aera des Friedens würde auf dem Balkan an Stelle des bisherigen desolaten Zustandes treten. Die Mächte müssten den vier Balkan-

staaten deshalb dankbar dafür sein, dass letztere das angebahnt hätten und durchführen würden, was erstere seit so langer Zeit angestrebt und so weiter. Oesterreich-Ungarn könne dessen sicher sein, dass die Alliierten, speziell aber Griechenland und Serbien alles in ihrer Macht Liegende tun würden, um der Monarchie die Wege in wirtschaftlicher Beziehung zu ebnen, denn dies liege im eigenen Interesse der Balkanstaaten, in welche die hohe Kultur der Monarchie verpflanzt würde, und dergleichen mehr; es sei erfreulich, zu konstatieren, welch' starker Umschwung auch in Oesterreich-Ungarn in der Beurteilung der Situation in der letzten Zeit eingetreten, und auch die kürzlichen Aeusserungen Euer Exzellenz in den Delegationen wiesen auf diesen Umschwung hin. Ich verhielt mich diesem langen Exkurs Herrn Coromilas gegenüber streng rezeptiv, glaubte aber doch, diese Gelegenheit nicht vorüber gehen lassen zu sollen, ohne ihn darüber zu sondieren, was die Alliierten eigentlich anstreben. Der Herr Minister zeigte sich auch in dieser Beziehung ziemlich offenherzig. Ohne es ausdrücklich zu sagen, ging aus seinen Ausführungen hervor, dass Griechenland das behalten wolle, was es durch Besitzergreifung erlangt hätte, respektive erlangen würde, also unter anderem Salonik, sowie die besetzten Teile Mazedoniens und Epirus. (Kreta erwähnte er nicht ausdrücklich, aber das gilt ja hier jetzt als selbstverständlich.) Ausserdem liess er durchblicken, dass Griechenland im Epirus jene Gebiete ambitioniert, welche südlich jener Linie liegen, die im Westen von der Chimara, respektive von Valona beginnt (vielleicht soll die Ausdehnung der Blockade auf Valona diese Ansprüche schon jetzt markieren) und ostwärts über Prenati nach Mazedonien verläuft. Die Desiderata Bulgariens spezifizierte Herr Coromilas nicht näher. Aber er äusserte, Rodosto, wie überhaupt die beiderseitigen Ufer des Marmara-Meeres und dieses selbst, ferner die Dardanellen, Konstantinopel und der Bosporus nebst den angrenzenden Landstrichen in Europa und Asien würden wohl internationalisiert und neutralisiert werden. Serbien strebt vor allem Zugang zum Meer, Montenegro den Besitz von Ebene an. Ueber die Zukunft Albaniens schwieg Seine Exzellenz. Die Türkei müsse aber nach ihm jedenfalls aus Europa hinaus. Ich erhielt Eindruck, dass über all dies bereits Einvernehmen zwischen den Alliierten, die solidarisch sind. Die Interventions-, respektive Mediationsfrage habe ich Herrn Coromilas gegenüber vorsichtshalber nicht berühren zu sollen geglaubt. Er selbst sprach nicht davon. Da ich aus Ersparungsrücksichten vorliegendes Telegramm nicht auch nach Budapest schicke, bitte ich, es Seiner Exzellenz dem Herrn Minister ehetunlichst zur Kenntnis bringen zu wollen. Braun.

[a]) Vgl. n. 4329, 4410.

Nr. 4316. Tel. nach Belgrad, 8. Nov. 1912 Nr. 87 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) *Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Szápáry).*

Der hiesige serbische Gesandte machte hier heute im Auftrage seiner Regierung die Mittheilung, daß auf Grund angeblich verläßlicher Informationen aus dem serbischen Hauptquartier die Haltung des k. u. k. Konsuls in Prisren vor und nach Einnahme der Stadt eine solche gewesen sei, daß

sie die serbische Armee erbittern mußte. Er habe die Türken und Albanesen zum Kampfe gegen die Serben aufgerufen und ihnen zugeredet, sich nicht zu ergeben, sondern zu kämpfen. Vom Dachboden des Konsulates aus sei auf serbische Truppen geschossen worden. Herr Simitsch übermittelte im Anschluße hieran das Ersuchen seiner Regierung um sofortige Abberufung des k. u. k. Konsuls in Prisren behufs Vermeidung peinlicher Zwischenfälle. Es wurde dem Gesandten erwidert, daß es sich hier um schwere Anklagen handle, für deren Stichhältigkeit die königlich serbische Regierung beziehungsweise deren Organe die Verantwortung tragen müßten. Obwohl man die Verläßlichkeit der letzteren nicht in Zweifel ziehen wolle, müsse man ein solches Verhalten eines k. u. k. Konsuls für durchaus unwahrscheinlich halten. In unruhigen Zeiten tauchten häufig Nachrichten auf, die näherer Prüfung nicht Stand zu halten vermögen. Auch müsse bemerkt werden, daß wir seit dem serbischen Einmarsche ohne jede Verbindung mit unseren Konsulaten in jener Gegend sind, so daß es bisher noch nicht einmal möglich war, sie mit Instructionen bezüglich ihres Verhaltens in der neuen Situation zu versehen, wofür natürlich nicht wir, sondern die serbische Regierung verantwortlich sei. Jedenfalls müßten wir, bevor wir zu der serbischen Klage Stellung nehmen könnten, vorerst mit unserem Konsul in Verbindung treten. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, sich der dortigen Regierung gegenüber in analogem Sinne auszusprechen und mit Nachdruck beizufügen, daß behufs sachgemäßer Behandlung der von Herrn Simitsch vorgebrachten Beschwerde der k. u. k. Konsul in Prisren seitens des k. u. k. Ministeriums zur Äußerung verhalten werden müßte. Zu diesem Zwecke sowie zur Ertheilung der oben erwähnten Instructionen erscheine die ehethunlichste Wiederherstellung des Chiffretelegramm- und Kurierverkehres mit den k. u. k. Konsulaten in Üsküb, Prisren und Mitrowitza erforderlich. In letzterem Belange sehe ich Euer Hochwohlgeboren Meldung über die Verfügungen der serbischen Regierung entgegen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4380, 4730, 4968, 4987.

Nr. 4317. Tel. nach Belgrad; Budapest, 8. Nov. 1912 Nr. 2 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Hohenlohe u. Pogatscher; G. Berchtold).

Seit dem Ausbruch des Balkankrieges hat Österreich-Ungarn durch seine Haltung bewiesen, daß es den Balkanstaaten und speziell auch Serbien das größte Wohlwollen entgegenbringt. In dieser Beziehung braucht bloß darauf hingewiesen zu werden, daß wir die Lieferung und Durchfuhr von Kriegsmaterial anstandslos bewilligt haben, ferner daß wir die militärischen Operationen Serbiens, die sich im Sandschak bis ganz in die Nähe unserer bosnischen Grenze erstreckten, in keiner Weise gestört haben. In meinen jüngsten Erklärungen vor den Delegationen habe ich auch diesen wohlwollenden Standpunkt präzisiert und erklärt, daß wir der durch die Siege der Balkanstaaten geschaffenen neuen Situation in weitgehendem Maße Rechnung tragen wollen. In diesem Sinne beabsichtigen wir, einer auch bedeutenden Ausdehnung Serbiens weder im Sandschak noch in den aus-

gedehnten Gebieten Altserbiens respektive Mazedoniens unserseits Hindernisse in den Weg zu legen, unter der Voraussetzung, daß unsere kommerziellen und Verkehrsinteressen gewahrt und durch ein Dauer versprechendes wirtschaftliches Übereinkommen, welches ja ebenso sehr Serbien wie der Monarchie zu Gute kommen würde, gesichert erscheinen; in einem solchen engeren wirtschaftlichen Verhältnisse wäre auch die Gewähr für ein dauerndes freundschaftlich-nachbarliches Verhältnis zu erblicken. Die wirtschaftliche Selbständigkeit Serbiens würde dadurch in keiner Weise tangiert werden und wir anerkennen die Berechtigung seines Wunsches, eine gesicherte Verbindung nach dem Meere als débouché seines Handels zu besitzen. In dieser Beziehung weisen wir auf die von uns bereits ausgebaute Transversalbahn von Serbien durch Bosnien an die dalmatinische Küste hin, sowie auf die Verbindung durch den Sandschak und Montenegro zur Adria und auf den möglichen Ausbau der Donau-Adria-Bahn durch albanesisches Gebiet. Was den in Serbien laut gewordenen Wunsch betrifft, territorial an die Adria zu gelangen, so muß bemerkt werden, daß die hiebei in Betracht kommenden Gebiete an der Küste und im Innern ausschließlich von Albanesen bewohnt sind; ihre Inkorporierung in Serbien würde daher dem von den Balkanstaaten selbst aufgestellten Prinzipe der ethnischen Autonomie widersprechen und die dadurch herbeigeführte Zerstückelung des albanesischen Gebietes würde die von Österreich-Ungarn und Italien in Aussicht genommene Selbstständigkeit dieses Landes verhindern. Serbien könnte sich zudem ein kommerzielles débouché an der Adria auch auf andere Weise sichern, als durch territoriale Erwerbung, indem es sich für die Benützung der früher erwähnten Verkehrslinien durch Bosnien respektive Albanien gewisse Garantien verschafft. So sucht auch Österreich-Ungarn die Sicherung seines bedeutenden Handels nach dem ägäischen Meere nicht im Wege territorialer Erwerbungen sondern anderweitiger Garantien. Übrigens dürfte sich Serbien den Weg zum ägäischen Meere ohne Schwierigkeiten sicherstellen können. Wir hätten sogar, falls Serbien auf den Besitz eines eigenen Hafens daselbst besonderen Wert legen sollte, gegen eine solche Erwerbung nichts einzuwenden. Falls die serbischen Staatsmänner für die Herstellung eines engeren wirtschaftlichen Verhältnisses Verständnis zeigen, würden wir gerne bereit sein, in eine Konversation über die näheren Modalitäten desselben einzutreten. So wie wir großen Wert darauf legen, auf der angedeuteten Basis ein wirklich freundschaftliches Verhältnis zu Serbien herzustellen, so möchten wir annehmen, daß auch für das Königreich ein solches gutes Verhältnis nicht ohne Wert sein dürfte. Euer Hochwohlgeboren wollen sich in vorstehendem Sinne dem Herrn Ministerpräsidenten gegenüber aussprechen und mir über das Ergebnis Ihrer Unterredung berichten. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 47 Nr. 81. Vgl. n. 4318, 4351, 4365.

Nr. 4318. Tel. nach Berlin; Budapest, 8. Nov. 1912 Nr. 7 (chiffr. 9. Nov. 2 U. 40 M. a. m.).a) Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 6 von heute.b) Euer Exzellenz wollen Herrn von Kiderlen in streng vertraulicher Weise von der Sprache

Kenntnis geben, welche Graf Thurn zu Herrn Sazonow zu führen beauftragt ist. Der Herr Staatssekretär wird daraus entnehmen, daß wir uns seine Gedanken, insbesondere was eine Zulassung Serbiens an das Ägäische Meer anbelangt, zu eigen gemacht haben. Ich ersuche Euer Exzellenz Herrn von Kiderlen bei obiger Mitteilung zu sagen, daß ich unter einem eine Weisung *c)* an den k. und k. Gesandten in Belgrad richte, um im Wege einer direkten Aussprache zu einem Einverständnis mit Serbien zu gelangen und daß es mir in hohem Grade daran gelegen wäre, wenn der dortige kaiserlich deutsche Gesandte sich beiläufig in folgendem Sinne vernehmen lassen wollte. Serbien habe sich anläßlich seines Konfliktes mit der Türkei, in dessen Laufe es einen Teil des Sandschak und weite Gebiete in Mazedonien besetzt habe, davon überzeugen können, daß Österreich-Ungarn sich keineswegs von feindlichen oder selbst nur unfreundlichen Gefühlen habe leiten lassen, vielmehr durch seine friedfertige und bezüglich der Munitionsdurchfuhr sogar wohlwollende Haltung den Beweis großen Entgegenkommens erbracht habe. Wenn nun die Monarchie gegen einen bedeutenden Gebietszuwachs Serbiens keinen Einspruch erhebt und die Herstellung eines besseren wirtschaftlichen Verhältnisses wünscht, wäre es eine falsche Politik, wenn Serbien durch übertriebene, fremde Interessen störende Ansprüche die Aussichten auf ein dauernd gutes Verhältnis mit der Monarchie in Frage stellen wollte. Österreich-Ungarn anerkenne Serbiens Wunsch, seine Unabhängigkeit in jeder Richtung gewahrt zu sehen und sich hiezu einen Verbindungsweg mit dem Meere zu sichern. Derselbe setze aber nicht durchaus eine territoriale Vergrößerung bis an die Adria voraus, welche die Schaffung eines lebensfähigen autonomen Albaniens unmöglich machen würde. Serbien könne seinen Zweck der Sicherstellung seiner Verbindung mit dem Meere auch auf andere Weise erreichen und wenn es in dem Besitze einer eigenen Küste ein vitales Interesse erblicken zu müssen glaubt, dessen Befriedigung in dem Erwerbe eines Hafens des Ägäischen Meeres finden. Durch die eventuelle Koncedirung eines Hafens am Ägäischen Meere würde den russischen Wünschen bereits in gewissem Grade entgegengekommen. Im übrigen schiene es mir aber nicht unbedenklich, die Intervention Rußlands in Belgrad in Anspruch zu nehmen, nachdem wir mit Serbien direkt verhandeln wollen. Anderseits haben wir und Deutschland, wie Herr von Kiderlen sehr richtig bemerkt hat, kein Interesse daran, den Bulgaren auf dem Wege nach Konstantinopel entgegenzutreten, zumal die Türkei mit einem auf Konstantinopel und Umgebung beschränkten europäischen Besitz ein gefügiges Werkzeug in den Händen Rußlands werden müßte. Hingegen haben wir alles Interesse daran, das angebahnte freundschaftliche Verhältnis zu Bulgarien, dem führenden Staate des Balkanbundes, zu pflegen und zu vertiefen, wobei auch die Erwägung mitspielt, durch letzteres vielleicht einen Druck auf Serbien ausüben zu können. Jedenfalls wäre meiner Ansicht nach zu vermeiden, daß in Sofia der Eindruck erweckt werde, als wollten wir Bulgarien dem russischen Einflusse gänzlich ausliefern. Dies scheint mir umso gebotener, als wir bereits behufs Vertretung der rumänischen Wünsche eine Einwirkung in Sofia eintreten lassen, die dort nicht angenehm berühren konnte. Bezüglich der künftigen Stellung des „Mont Athos“ habe ich mich

zu Herrn von Giers dahin ausgesprochen, daß wir nichts dagegen einzuwenden hätten, daß die russischen Mönche daselbst in gleicher Stellung verbleiben wie bisher. Das Begehren nach faktischer Unabhängigkeit des Berges Athos scheint mir jedoch insoferne nicht unbedenklich, als dieselbe leicht in eine volle Abhängigkeit von Rußland umgewandelt und die Errichtung eines Kriegshafens daselbst ins Auge gefaßt werden könnte. Euer Exzellenz wollen sich auch in diesem Sinne in streng vertraulicher Weise zu dem Herrn Staatssekretär aussprechen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4319, 4367, 4416. — [b]) Mit Tel. Nr. 6, Budapest 8. Nov. 1912 (chiffr. 9. Nov. 12 U. 50 M. a. m.) wurde n. 4326 nach Berlin mitgeteilt. — [c]) Vgl. n. 4317.

Nr. 4319. Notiz für den deutschen Botschafter von Tschirschky; Budapest, 8. Nov. 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Hoyos).

Graf Thurn wurde angewiesen, Herrn Sasonow zu sagen, daß wir allen Balkanstaaten, also auch Serbien, durchaus wohlwollend gegenüberstehen, dessen Interesse an einem wirtschaftlichen débouché nach dem Meere wir begreifen. Serbien könne die Sicherstellung desselben auch ohne territoriale Erwerbung durch Bosnien, Montenegro oder durch den Ausbau der Donau-Adria-Bahn mit gewissen Garantien erreichen. Dies gelte auch von einem freien Handelswege nach dem ägäischen Meere, wo ihm übrigens, wenn es auf den Besitz einer eigenen Küste besteht, ein solcher zuerkannt werden könnte. Herr von Kiderlen wolle daraus entnehmen, daß wir uns seinen Gedanken bezüglich der Befriedigung des serbischen Wunsches nach einem Hafen zu eigen gemacht haben. Hiedurch sind wir auch Russland einigermaßen entgegengekommen. Indessen schiene es uns mit unserer Politik nicht übereinstimmend, Russlands Unterstützung in Belgrad anzusprechen. Anderseits hat Herr von Kiderlen sehr richtig bemerkt, daß es nicht unser Interesse sei, Bulgarien in Konstantinopel entgegenzutreten, vielmehr müßten wir darauf bedacht sein, unser Verhältnis mit Bulgarien, als dem Führer des Balkanbundes, zu vertiefen. In dieser Angelegenheit ergeht an den k. u. k. Botschafter in Berlin eine ausführlichere Instruktion.[b])

[a]) Vgl. n. 4290, 4326. — [b]) n. 4318.

Nr. 4320. Tel. aus Berlin, 8. Nov. 1912 Nr. 246 (eing. 9. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Bezug auf Euer Exzellenz Telegramme Nr. 144 vom 31. v. Mts. und 149 vom 3. d. Mts. Herr von Kiderlen und Marquis San Giuliano ersuchen mich, Euer Exzellenz zu melden, dass sie nach längerer Beratung das Projekt eines Textes einer Erklärung vereinbart hätten, welchem auch Herr Giolitti zugestimmt habe. Diese in ein Protocole additionnel zum neuen Dreibundvertrag aufzunehmende Erklärung soll folgendermassen lauten: „Il est entendu que le statu quo territorial dans les régions nord-africaines sur la Méditerranée mentionnées dans l'article IX du traité du etc. implique la souveraineté de l'Italie sur la Tripolitaine et la Cyrénaique. Il est également entendu que l'article X du même traité a pour base le statu quo territorial

existant dans les régions nord-africaines au moment de la signature du traité. Il est entendu que les arrangements spéciaux concernant l'Albanie et le Sandjak de Novi-Bazar convenus entre l'Italie et l'Autriche-Hongrie le etc. et le etc. ne sont pas modifiés par le renouvellement du traité d'alliance entre l'Italie et l'Autriche-Hongrie et l'Allemagne." Italienischer Minister des Aeussern bittet mich, Euer Exzellenz zu versichern, dass es ihm nur durch diese Textierung gelungen sei, die Bedenken Herrn Giolittis zu zerstreuen. Herr von Kiderlen lässt Euer Exzellenz dringend bitten, den obgenannten Vorschlag anzunehmen und gibt sich der Hoffnung hin, dass dieser Text, welcher — wie eben erwähnt — in einem Protocole additionnel enthalten sein soll, Euer Exzellenz unbedenklich erscheinen wird. Marquis San Giuliano wiederholte mir, dass die italienische Regierung sich gerne verpflichtet, öffentlich zu erklären, der Vertrag sei tel quel erneuert worden.

Szögyény.

a) A. F. Pribram, I 296. Vgl. n. 4277, 4324, 4415, 4424, 4439.

Nr. 4321. Bericht aus London, 8. Nov. 1912 Nr. 53 A (eing. 11. Nov.).[a] *Ausfert.*

Streng vertraulich. Mit gestrigem Telegramm Nr. 104[b] habe ich meine vorgestrige vertrauliche Konversation mit Seiner Majestät König Georg zu melden die Ehre gehabt. Der König, der jetzt nicht nach London kommt, jagt in dieser Woche bei Lord Iveagh in Elveden. Ich war seit Monaten zu diesem Sejour eingeladen, musste aber Montag und Dienstag abtelegrafiren, da ich im gegenwärtigen Augenblicke mich nicht berechtigt fühle, London zu verlassen, fuhr aber Mittwoch über den Tag nach Elveden, weil ich mir dachte, dass es von Wert wäre, mit Seiner Majestät über die Situation zu sprechen. Der König dankte mir, dass ich gekommen sei, da Er mit mir zu reden wünsche, und berief mich nach Rückkehr von der Jagd auf Sein Zimmer. Wie ich bereits gemeldet, legt Seine Majestät grosses Gewicht darauf, dass, was immer geschehe, die jetzige Lösung der Balkanfrage eine definitive sei. „Endigen wir es um Gottes willen ein für allemal, es wäre das grösste Glück für Europa, diese Frage los zu sein. Die Leute haben sich grossartig geschlagen, und es ist nur gerecht, wenn sie die Früchte ihrer Siege geniessen. Uebrigens würde die öffentliche Meinung hier in England keinen Versuch, sie daran zu hindern, dulden." Bevor Er an mich Fragen stellte, wollte der König — wie Er sagte — mir mitteilen, was Er wisse. Er erwartet und befürchtet den Einmarsch der Bulgaren in Constantinopel, sie hätten aber versprochen „nicht zu bleiben". Für die Ambition und den historischen Sinn König Ferdinands — König Georg nennt es Eitelkeit und theatralische Neigung „of your friend Ferdinand", über den Er es auch jetzt nicht lassen kann, einige abfällige und spöttische Bemerkungen zu machen — wäre die Versuchung unwiderstehlich, in Constantinopel einzuziehen und in St. Sofia eine Messe lesen zu lassen. Wenn nun das Kreuz auf St. Sofia aufgepflanzt wird, so würden die Mohammedaner die Moschee oder Kirche in die Luft sprengen. Es würden Christenmassacres in Kleinasien stattfinden und auf der ganzen Welt würde sich der Moslems eine

grosse Aufregung bemächtigen. Alle Staaten mit mohammedanischer Bevölkerung — also auch Frankreich und Russland — würden darunter leiden, aber vor allem England in Indien und im Sudan „ich habe 80 Millionen mohammedanischer Untertanen". Ich erkannte die Argumentation Sir A. Nicolsons, der eben telephonisch dem König Bericht erstattet hatte. Der König meinte, nur Constantinopel und ein schmaler Rayon um die Stadt sollte den Türken belassen werden. Nach Seiner Ansicht sollten die Bulgaren Adrianopel erhalten, „obwohl man in Russland dagegen ist." Für Salonich schiene Ihm am besten für die englischen und die allgemeinen europäischen Interessen, wenn es ein Freihafen würde, vielleicht eine Internationalisierung, wie man sie in Tanger jetzt kreiert. (Er fragte mich dabei, es sei wohl bei uns keine Absicht vorhanden, einen dünnen Streifen Landes bis Salonich für die Monarchie beanspruchen zu wollen.) Der König machte mir die interessante Mitteilung, man habe — er glaube die Bulgaren und Serben — den Vorschlag gemacht, Salonich solle unter britische Souveränität gestellt werden, was Er durchaus nicht wünschen würde. „We do not want anything of the sort." Seine Majestät bezeichnete als momentan die Hauptschwierigkeit die Ihm übrigens nicht bekannten Ansprüche Rumäniens. Es sei doch schwer und nicht ganz billig, wenn ein Land, das sich nicht gerührt hat, von einem anderen Lande, das ungeheuere Opfer gebracht hat und wohl auch von seinen Siegen berauscht ist, Gebietsabtretungen verlange. Nach Ansicht Seiner Majestät sei die k. u. k. Regierung mehr als irgend Jemand dazu berufen, zwischen Rumänien, mit dem wir befreundet sind, und Bulgarien zu vermitteln. Schliesslich sei doch auch König Ferdinand für Wiener Einflüsse sehr zugänglich! „Ferdinand is Austrian at heart." Hoffentlich könnten auch darüber Euer Exzellenz und Herr Sazonow sich verständigen. Über Letzteren sprach sich Seine Majestät sehr günstig aus. Auf meine Frage, wie dessen Stellung bei seinem kaiserlichen Herrn sei, sagte mir der König, Er glaube bestimmt, sie sei sehr fest. In dem Briefe, den der Kaiser von Russland an den König schrieb, als Herr Sazonow nach Balmoral kam, empfahl der Kaiser Höchstseinen Minister dem Könige mit den Worten an: „Ich habe ihn sehr gern, er ist durchaus ehrlich und vertrauenswürdig." König Georg betonte weiters, England und Frankreich arbeiten jetzt sehr gut mit Deutschland zusammen — „ein wahres Glück, dass wenigstens einmal wieder wir und Berlin uns verstehen" — und Er sei überzeugt, dass alle drei Mächte Alles acceptieren würden, worüber man sich in Wien und Petersburg verständigen könnte. Als der König endlich auf Serbien zu sprechen kam, dessen sehr wesentliche militärische Erfolge Er hervorhob, und die Frage an mich richtete, wie wir uns zu den serbischen Aspirationen stellten, teilte ich dem König in grossen Zügen streng vertraulich den im hohen Telegramm Nr. 74 vom 4. l. M. niedergelegten Standpunkt der k. u. k. Regierung mit, von dem ich Tags zuvor Sir E. Grey Kenntnis gegeben hatte und worüber dem Könige die Meldung des Staatssekretärs noch nicht vorlag. Ich legte grosses Gewicht auf die Unmöglichkeit, zuzugeben, dass Serbien durch albanesisches Gebiet an die Adria vordringe, und auf die Notwendigkeit der Schaffung eines lebensfähigen autonomen Albaniens. Ich wies dabei immer wieder darauf hin, dass der von Seiner

Majestät und auch von Sir Edward so lebhaft gehegte und durchaus richtige Wunsch nach einer definitiven Lösung der Balkanschwierigkeiten vereitelt würde, wenn die berechtigten Ansprüche der Albanesen ignoriert würden. Ein Ueberlassen albanesischen Gebietes an andere Staaten würde innere Kämpfe und Konvulsionen auf Jahrzehnte hinaus zur Folge haben. Seine Majestät suchte eine Landkarte hervor, und ich versuchte, Ihm an der Hand derselben so gut ich konnte die geografischen und ethnografischen Verhältnisse Albaniens zu erklären. Der König konnte unserem Standpunkte keine Argumente entgegensetzen, machte aber darauf aufmerksam, dass wir auf eine gewisse Unterstützung der serbischen Wünsche seitens Russlands gefasst sein müssten. Seine Majestät trat warm für die Ueberlassung Scutaris an Montenegro ein. Die Konferenzidee ist auch dem König nicht sympathisch. Seine Majestät hob die Schwierigkeit hervor, die kleinen Staaten zuzulassen und andererseits die Unmöglichkeit, sie auszuschliessen. Die Poincarésche Anregung über désinteressement hielt auch der König für inopportun und schien überhaupt den französischen Ministerpräsidenten als einen an Ideen etwas zu fruchtbaren, vielleicht übereifrigen Advokaten anzusehen. Interessant war es — wenn man sich daran erinnert, wie Herr Iswolsky als Minister seiner Zeit hier gefeiert wurde, — dass der König mir ganz spontan sagte, es würde Ihn nicht wundern, wenn Iswolsky hinter manchen Anwürfen Herrn Poincarés stecke. Ueberhaupt seien die zahlreichen Exminister des Aeussern, die sich als Botschafter in Paris befinden, kein Segen. Herr Iswolsky hasse Oesterreich und sei ein unverbesserlicher Intrigant. Ich konnte nicht umhin, zu antworten, dass mir das nichts Neues sei, dass aber Seine Majestät erst im Laufe der Zeit zu dieser Erkenntnis gekommen zu sein scheine. Ich erlaubte mir auch, Seine Majestät darauf aufmerksam zu machen, wie sehr die jetzige Situation die Richtigkeit der Annexionspolitik des Grafen Aehrenthal rechtfertige, und um wieviel schwieriger die heutige Entwicklung der Dinge wäre, wenn im Jahre 1908 Bosnien und die Herzegowina nicht endgiltig in die Monarchie incorporiert worden wären. Der König war davon frappiert und gab die Richtigkeit meiner Bemerkung zu.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 4359 Anm. b. — [b]) Mit Tel. 104 vom 7. Nov. 1912 (eing. 8. Nov. 10 U. a. m.) gab Mensdorff einen kurzen Vorbericht über die hier ausführlich behandelte Konversation mit König Georg.

Nr. 4322. Bericht aus London, 8. Nov. 1912 Nr. 53 B (eing. 11. Nov.). Ausfert.

Vertraulich. Nach Empfang des hohen Telegrammes Nr. 74, vom 4. l. Mts. habe ich mich gleich bei Sir Edward Grey anmelden lassen und ihm, wie mit meinem Telegramm Nr. 103 vom 5. l. Mts. gemeldet, vertraulich von den Gesichtspunkten Kenntnis gegeben, welche für das Verhalten der k. und k. Regierung bei Beurteilung der Ambitionen der siegreichen Balkanstaaten massgebend sein würden. Sir Edward machte sich im Verlaufe meiner Ausführungen zahlreiche Notizen und sagte mir zunächst, dass er für meine Mitteilung sehr dankbar sei und sie als vertraulich ansehen werde. Jedenfalls erleichtere ihm die Kenntnis unseres Standpunktes die Beurteilung der Vorschläge und Anregungen, die von anderen

Seiten kommen. Auf eine Diskussion ging er vorläufig nicht ein, zeigte aber Interesse für die Frage, welcher Art die Bürgschaften wären, welche wir von Serbien dafür verlangen würden, keine der Monarchie feindselige Politik zu verfolgen. Darüber, dass Albanien autonom sein müsse, sei wohl jedermann einig. Es scheine ihm, dass nur über die Ausdehnung dieses autonomen Gebietes divergierende Ansichten bestehen könnten. Ich betonte dem Staatssekretär gegenüber — eben so wie in meiner Unterredung mit dem Könige — dass der Wunsch einer definitiven Lösung des Balkanproblems unrealisirbar wäre, wenn albanisches Gebiet in andere Hände gelangen würde. Dies wäre gleichbedeutend mit jahrelangen, heftigen und blutigen inneren Kämpfen. Ich habe ihm bereits zum zweitenmale an der Hand der Landkarte auseinandergesetzt, wie ein Vordringen Serbiens an die Adria ohne Verletzung rein albanischen Gebietes unmöglich sei. Seit Dienstag habe ich Sir Edward nicht wiedergesehen, war aber gestern bei Sir Arthur Nicolson, der mir sagte, er habe kaum noch mit dem Herrn Staatssekretär über meine Mitteilungen sprechen können, da er vollauf mit der Frage von Konstantinopel beschäftigt sei. Dies wäre jetzt das wichtigste und einzig wirklich dringende. Alles Andere könne füglich einer späteren Diskussion vorbehalten bleiben, in Konstantinopel sei aber keine Zeit zu verlieren. Mehr als Sir Edward Grey scheint mir Sir Arthur Nicolson mit dieser Frage beschäftigt. Er besorgt grosse Christenmassacres in Kleinasien, den contre coup des Falles von Konstantinopel in der ganzen Welt des Islams, und betont ganz besonders die Schwierigkeit, wie und durch wen der Sultan nach seiner Hauptstadt zurückgebracht werden soll, wenn er sie einmal verlassen hat, und wer in Konstantinopel zwischen Abmarsch der Bulgaren und Rückkehr der Türken die Ordnung aufrechterhalten soll. Dies wären Fragen von weitgehender politischer Bedeutung. Die Frage „wer soll den Sultan zurückbringen" scheint ihn besonders zu beunruhigen. Ob dies Erwägungen rein englischer Interessen oder Rücksicht auf die russische Freundschaft sind, die dem Unterstaatssekretär besonders ans Herz gewachsen ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Gestern Nachmittag waren im Foreign Office Depeschen aus Konstantinopel eingelaufen, welche die Aussichten einer längeren Verteidigung der Tschataldja Linien günstiger schilderten und Sir Arthur hoffen liessen, die Türken könnten sich vielleicht durch zwei bis drei Wochen halten. In der Zwischenzeit würden die Bulgaren sich vielleicht in ihrer „ardeur" etwas beruhigen. Mein russischer Kollege ist täglich im Foreign Office und scheint etwas nervös. Sowohl Benckendorff wie Nicolson machen mir den Eindruck, die unermüdliche Tätigkeit Herrn Poincarés in letzterer Zeit nicht zu billigen. Auch die englische Presse hat, wie Euer Exzellenz bekannt, die französische Anregung über „désinteressement" recht ungünstig beurteilt. Mensdorff.

Nr. 4323. Tel. aus Paris, 8. Nov. 1912 Nr. 136 (eing. 5 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 2 ddo. Budapest vom 7. d. M. und Herrn Poincaré mitgeteilt. Derselbe zeigte sich über Meldungen Herrn

Bompards sehr beunruhigt, Massakres in Konstantinopel und ganz Kleinasien zu befürchten. Er möchte gerne Mediationsversuch unternehmen, doch sei hiezu Einmütigkeit der Mächte nötig. Türkische Regierung hat hier und in London um Mediation angesucht, in Berlin wäre dies noch nicht geschehen, dort liegen nur erste Schritte der Türkei wegen Einstellung der Feindseligkeiten vor. Ob sich türkische Regierung an Wiener Kabinett gewendet, ist ihm unbekannt. Herr Poincaré scheint zu hoffen, dass ein Mediationsversuch der Mächte, der sich natürlich nur auf Mitteilung Friedenswünsche der Türkei beschränken müsste, auf muselmannische Bevölkerung beruhigend wirken könnte. Er wolle aber keine Initiative ergreifen, die Türkei müsste ihre Bitte um Mediation in gleicher Weise an alle Mächte richten. Ich vermute, dass Herr Poincaré eine Anregung erwartet, um aus seiner Reserve herauszutreten. Gleichlautend Budapest. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 4334.[1]

Nr. 4324. Tel. nach Rom; Budapest, 8. Nov. 1912 Nr. 2 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).

Streng geheim. Graf Szögyény telegraphiert wie folgt: ... *wie n. 4277* ... Ich hoffe, dass die Bemühungen des Marquis di San Giuliano in dieser Richtung von Erfolg sein werden, da ich nicht gewillt bin, den italienischen Wünschen hinsichtlich der Aufnahme der beiden fraglichen Vereinbarungen zu willfahren. Ich stehe hierüber noch mit der deutschen Regierung in Verhandlung und werde Euer Exzellenz demnächst entsprechende Instructionen zukommen lassen. Heute ersuche ich Euer Exzellenz nur, Marquis di San Giuliano darauf aufmerksam zu machen, dass es ihm nicht freisteht, dem italienischen Parlament die bis zu seinem Zusammentritt etwa erfolgte Erneuerung des Dreibundes ohne weiters mitzutheilen, da bekanntlich eine Vereinbarung darüber besteht, dass diese Thatsache nur im gemeinsamen Einverständnisse aller drei beteiligten Mächte der Öffentlichkeit zu übergeben ist. Wir werden zwar einem solchen Wunsche des italienischen Ministers des Äussern nicht entgegentreten, müssen jedoch daran festhalten, daß er hiezu vorher unsere und der deutschen Regierung Zustimmung einhole. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4281, 4320, 4373.

Nr. 4325. Tel. nach Rom; Budapest, 8. Nov. 1912 Nr. 3 (chiffr. 6 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; V. und G. Macchio).

Ich ersuche Euer Exzellenz, Marquis di San Giuliano nach seiner Rückkehr mitzuteilen, wie sehr mich sein Gespräch mit Grafen Szögyény (vide mein Telegramm Nr. 1, de dato Budapest, 7. November 1912)[b]) mit Befriedigung erfüllt hat, speziell was seine Äußerung anbelangt, daß auch ihm eine dauernde Festsetzung Serbiens an der albanesischen Küste mit unserer Vereinbarung betreffend Albanien inkompatibel erscheine. Euer Exzellenz wollen hinzufügen, daß laut einer uns zugekommenen Nachricht

eine serbische Kolonne unter General Zivkovic schon in den nächsten Tagen in Durazzo eintreffen dürfte. Die gestern erfolgte Besetzung von San Giovanni di Medua und Alessio durch Montenegro soll eine zu Gunsten Serbiens unternommene Aktion sein. Ich hätte daher die Absicht, der königlich serbischen Regierung, sobald mir die Nachricht vom Eintreffen serbischer Truppen an der Adria zukommt, mitzuteilen, daß wir die serbischen Kriegsoperationen in keiner Weise hindern wollen, jedoch eine dauernde Besitzergreifung der albanesischen Küste durch Serbien mit der von uns ins Auge gefaßten Schaffung eines autonomen Albaniens nicht in Einklang zu bringen wäre. Ich nehme an, bei Ausführung des beabsichtigten Schrittes im Sinne des Herrn italienischen Ministers des Äußern zu handeln und würde es begrüßen, wenn die königlich italienische Regierung im Falle des Erscheinens der Serben an der adriatischen Küste einen analogen Schritt in Belgrad zu unternehmen geneigt wäre. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 47 Nr. 80. Vgl. n. 4359, 4360, 4374, 4724. — [b]) Mit Tel. Nr. 1 aus Budapest, 7. Nov. 1912 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde n. 4276 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 4326. Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 8. Nov. 1912 Nr. 2 (chiffr. 9. Nov. 12 U. 40 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Wie ich Euer Exzellenz Meldungen[b]) und der Sprache Herrn von Giers[c]) entnahme, legt Herr Sazonow Wert darauf, daß dem in Serbien lautgewordenen Wunsche nach einer territorialen Vergrößerung bis an die Adria Rechnung getragen werde. Es muß dem russischen Kabinette aus meiner bisherigen, den Balkanstaaten gegenüber beobachteten, durchaus wohlwollenden Haltung, sowie aus meinen Erklärungen in den Delegationen klar sein, daß wir den Expansionsbestrebungen derselben, soweit sie irgendwie berechtigt sind, in weitgehendem Maße Rechnung tragen wollen. Dies gilt speziell auch von Serbien, dessen kriegerische Operationen im Sandschak von unserer Seite keinerlei Störungen erfahren haben und dessen territorialen Aspirationen wir weder dort noch in Altserbien Hindernisse in den Weg legen wollen, insoferne unsere berechtigten wirtschaftlichen Interessen gewahrt bleiben. Herr Sazonow braucht gewiß nicht zu befürchten, daß Serbien eines Schutzes gegen uns bedürfe, da wir seinen ohnedies sehr weitgehenden berechtigten Ansprüchen volles Verständnis entgegenbringen. Als solche könnten wir aber eine territoriale Ausdehnung Serbiens durch Albanien bis an die Adria nicht ansehen, welche nur auf Kosten anderer legitimer Interessen erfolgen könnte. Nachdem für den Hafen und den diesen mit Serbien verbindenden Landstreifen nur ausschließlich von Albanesen bewohnte Gebiete in Betracht kämen, wäre eine Erfüllung des serbischen Wunsches mit der Schaffung eines autonomen Albaniens unvereinbar. Eine Zerstückelung oder Reduzierung desselben könnte keine Gewähr für seinen Bestand bieten, an welchem — wie Herrn Sazonow bekannt — Österreich-Ungarn und Italien lebhaftes Interesse haben. Was aber den legitimen Anspruch Serbiens auf ein wirtschaftliches débouché ans Meer anbelangt, so könnte derselbe auch auf andere, keine fremden Interessen

störende Weise erreicht werden. Serbiens Ausfuhr an die Adria könnte eben so gut durch Bosnien als durch den Sandschak und Montenegro oder durch den Ausbau der Donau-Adriabahn sichergestellt werden. Weiters stellen sich einer Garantie für die wirtschaftliche Verbindung des Königreiches mit dem Ägäischen Meere keinerlei unüberbrückbare Hindernisse in den Weg. Sollte aber Serbien auf die Erfüllung seines Wunsches, eine eigene Küste zu besitzen, besonderen Wert legen, so könnte eine Lösung dieser Frage auch dadurch erzielt werden, daß demselben ein bis an einen Hafen des Ägäischen Meeres reichender Kouloir zuerkannt werde. Übrigens kann meiner Ansicht nach die Sicherstellung kommerzieller Verkehrswege auch auf andere Weise als im Wege territorialer Acquisitionen erfolgen. So sucht Österreich-Ungarn die Sicherung der bedeutenden Interessen, welche sein Handel an der freien Verbindung mit dem Ägäischen Meere hat, nicht auf dem Wege territorialer Erwerbungen, sondern anderweitiger Garantien zu erreichen, was somit wohl auch Serbien genügen müßte. Der von Herrn Sazonow Euer Exzellenz ausgesprochene (vide Telegramm Nr. 214 vom 5. l. M.) „sehnlichste Wunsch der russischen Regierung, daß endlich am Balkan eine stabile Ordnung eintrete", deckt sich vollkommen mit meiner Auffassung, doch muß ich eben mit Rücksicht auf diesen unseren gemeinsamen Wunsch darauf hinweisen, daß ich in der künstlichen Konstruktion eines engen serbischen Kuloirs durch albanesisches Gebiet ein neues Moment für künftige Verwicklungen erblicke. Ich glaube mit Bestimmtheit annehmen zu können, daß eine solche serbische Neuerwerbung den Keim der natürlichen Tendenz nach einer fortschreitenden Ausbreitung auf Kosten der Albanesen in sich bergen würde. Ich gebe mich der Erwartung hin, daß das bisherige wohlwollende Verhalten der Monarchie und die bei uns herrschende Disposition, eine freie Entwicklung Serbiens und eine Besserung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern, in Belgrad entsprechend gewürdigt werden und eine direkte Aussprache zwischen Wien und Belgrad zu dem auch in Petersburg gewünschten Einverständnis führen wird. Euer Exzellenz wollen sich in der obskizzierten Weise bei Herrn Sazonow vernehmen lassen und hiebei bemerken, daß ich mit großer Befriedigung die Übereinstimmung unserer beiderseitigen Auffassung in den Hauptpunkten unserer Politik konstatiert habe, welche in einer allen Balkanstaaten gegenüber einzunehmenden wohlwollenden Haltung gipfelt. Ich hoffe, daß sich Herr Sazonow aus den vorstehenden Konsiderationen überzeugen wird, daß wir auch in der Frage des serbischen Wunsches, territorial an die Adria zu gelangen, durchaus nicht von Übelwollen geleitet werden, sondern den berechtigten serbischen Wünschen vollauf Rechnung tragen wollen.

Berchtold.[1]

[1]) Auf einer Abschrift dieses Tel.: Thurn könnte anknüpfen an die seinerzeitige Conversation Szilassy mit Sazonoff, wo Letzterer zu verstehen gab, Rußland habe kein anderes Interesse als die Dardanellendurchfahrt und Szilassys Bemerkung bezüglich unseres Interesses an Albanien ohne Widerrede zustimmte. Sollte Sazonoff auf die Conversation eingehen, wäre der Versuch zu machen, die Idee einer gegenseitigen Neutralitätszusicherung im Mittelmeer anzuregen. (Vgl. n. 4062).

[a]) n. 4318 Anm. b, n. 4319, 4345, 4359, 4375. — [b]) n. 4283, 4284. — [c]) n. 4282.

Nr. 4327. Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 8. Nov. 1912 Nr. 4 (chiffr. 9. Nov. 3 U. 25 M. a. m.).[a] *Konz. (S. Hohenlohe; G. Nemes).*

Graf Szögyény telegraphiert unterm 7. l. M. wie folgt: ... *wie n. 4305* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlicher Kenntnisnahme. Ich entnehme aus obigem Telegramm mit Befriedigung die entschiedene Stellungnahme Herrn von Kiderlens. Bemerkenswert scheint mir auch, daß diesmal Serbien bereits von einem Abkommen spricht, wonach fast ganz Albanien ihm zufallen soll; dies scheint darzutun, daß die Ansprüche offenbar dank der russischen Aufmunterung mit jedem Tage wachsen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4344, 4346, 4375, 4391.

Nr. 4328. Tel. aus Sofia, 8. Nov. 1912 Nr. 324 (eing. 9. Nov. 10 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Seit Mobilisierung und Ausbruch des Krieges hat sich hiesige Stimmung ganz geändert. Anfangs war man Feuer und Flamme für Russland. Jetzt habe ich Eindruck, als ob These von Inkompatibilität Großbulgariens mit russischer Freundschaft sich schon anticipando als wahr erweisen sollte. Was ich hier höre, deutet auf Verstimmung gegen Russland hin. Bulgaren beglückwünschen sich, im jetzigen Kriege (Russland)[b] nichts zu verdanken zu haben. Der angebliche Protektor scheint zum Gegner bulgarischer Aspirationen geworden zu sein. Entsendung Herrn Danews zu Euer Exzellenz und Umstand, dass König Ferdinand Chef Russophiler dazu gewählt, ist vielsagendes Symptom. Der kühle und reservierte Herr Geschoff sprach mir heute mit Wärme von Erwartungen, die er an Reise Danews knüpft. Er erwähnte ablehnende Haltung unserer Presse gegenüber serbischen Wünschen nach Hafen in Adria und sprach Erwartung aus, wir würden doch Mittel und Wege finden, Serbien in dieser Hinsicht zu befriedigen. Ich wich Frage aus und meinte, Herr Danew hätte weisen Ausspruch mir gegenüber gemacht, wonach nicht zulässig, dass serbische Interessen Bulgariens Verhältnis zur Monarchie stören. Hoffentlich sei auch Herr Geschoff — fügte ich hinzu — selber Ansicht. Konseilspräsident antwortete bejahend, bemerkte aber, dass rumänische Frage schlechte Stimmung unter seinen Kollegen mache und Rolle Geschoffs erschwere, welche wir ihm erleichtern sollten. Wir würden uns in der Zukunft überzeugen, meinte er, dass Bulgarien viel mehr geeignet, unser treuer Freund zu sein, als Rumänien. Ich wies auf Erklärung hin, die ich Herrn Geschoff im Auftrage Euer Exzellenz abgegeben, wonach Hochdieselben einer möglichsten Reduzierung rumänischer Wünsche in Bukarest das Wort reden würden. Gleichlautend Budapest. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 4242. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 4329. Tagesbericht über einen Besuch des griechischen Gesandten, 9. Nov. 1912. Konz. (S. Berger; V. und G. Szápáry).

Der hiesige griechische Gesandte hat gestern hier vorgesprochen und eine Konversation eingeleitet, die im großen und ganzen denselben Verlauf nahm, wie die im Telegramm Nr. 248 aus Athen vom 8. l. M. geschilderte Unterredung zwischen Herrn Coromilas und Baron Braun. Herr Streit hob

in seinen Ausführungen insbesondere die Vorteile hervor, welche eine Erwerbung Saloniks durch Griechenland gegenüber einer etwaigen Internationalisierung dieses Hafens für unseren Handel im Gefolge hätte, da das Athener Kabinet diesfalls bereit wäre, der Monarchie eine kommerzielle und eisenbahnpolitische Vorzugsstellung einzuräumen. Es sei dies vorläufig zwar nur eine akademische Erörterung, doch lege er Wert darauf, daß dieses Wort im Ministerium des Äußern einmal tatsächlich gefallen sei. Diese Bemerkung wurde mit dem Hinweise quittiert, daß wir, wie immer die Dinge sich entwickeln würden, die sichere Erwartung hegten, daß unsere wirtschaftlichen Interessen gewahrt werden würden. Es sei aber jedenfalls sehr erfreulich, wenn wir bei einer akademischen Besprechung dieser Frage konstatiren konnten, daß sich unter gewissen Umständen die Angelegenheit zum besonderen Vorteile beider Teile regeln lassen würde. Als Herr Streit hierauf das Gespräch auf den serbischen Wunsch nach einem Adriahafen brachte, wurde ihm gegenüber aus dem bekannten Standpunkte der k. und k. Regierung in dieser Frage kein Hehl gemacht und dieser Standpunkt mit dem Prinzipe „der Balkan den Balkanvölkern" und mit der Gleichberechtigung des albanischen Volkes motiviert. Der griechische Gesandte, welcher über die volle Anwendbarkeit dieser Darlegungen auch auf die griechischen Aspirationen in Albanien wohl nicht im Zweifel sein konnte, nahm dieselben nicht nur widerspruchslos zur Kenntnis, sondern bemerkte sogar, daß nicht nur er persönlich stets ein Anhänger der Autonomie Albaniens gewesen sei, sondern daß man überhaupt in Griechenland mit der Idee sympathisiere, der „verwandten" albanischen Nation die ihr gebührende Sonderstellung einzuräumen.

Nr. 4330. Tel. aus Athen, 9. Nov. 1912 Nr. 252 (eing. 10. Nov. 11 U. 50 M. a. m.). Entziff.

Mon collègue anglais vient de recevoir de (Sir E. Grey)[a] la dépêche suivante: „Gouvernement français nous propose de demander conjointement aux Etats balkaniques s'ils seraient disposés à accepter une médiation aujourd'hui que la Turquie l'a demandée. J'ai répondu que je suis prêt à m'y associer à la condition que toutes les autres Puissances soient d'accord pour informer Etats balkaniques de l'appel de la Turquie et pour demander, si et à quelles conditions ils seraient disposés à accepter médiation. On aurait garde d'employer une pression quelconque, même en apparence. Veuillez faire une communication dans le sens de ce qui précède au Gouvernement hellénique dès que vos collègues de France, Russie, Allemagne, Autriche-Hongrie et Italie auront reçu instructions analogues. L'appel turc est ainsi conçu: Le Gouvernement Impérial ottoman demande la médiation collective des Grandes Puissances en vue d'une cessation immédiate des hostilités et d'un accord sur les conditions de la paix." Wie mir mein englischer Kollege mitteilt, hätte russischer Gesandter gestern ähnliche Instruktionen erhalten, jedoch mit der Massgabe, dass vor der eventuellen Collectiv-Démarche individuelle Sondierung durch die Grossmächte-Vertreter erfolge. Gleichlautend Budapest. Braun.

[a] Amtsvermerk: Chiffre heißt: Sir E. Goschen.

Nr. 4331. Tel. aus Bukarest, 9. Nov. 1912 Nr. 68 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Minister des Aeussern teilte mir heute im Auftrage des Königs von Rumänien mit, dass in gestern stattgefundenem Ministerrate beschlossen wurde, bisherigen Kurs der auswärtigen Politik beizubehalten, infolgedessen am 1. 14. d. M. Reservisten nach Massgabe Rekruteneinrückung entlassen werden. Vorbereitungen zu einer eventuellen Mobilisierung seien vollkommen beendigt und könne dieselbe in 7 Tagen klaglos durchgeführt werden. Seine Majestät kehrt am 1./14. d. M. zu ständigem Aufenthalt nach Bukarest zurück. Möglichkeit des Scheiterns der Interventionsbestrebungen der Grossmächte und Absicht des Vierbundes, direkt mit der Pforte zu verhandeln, ruft hier Besorgnis hervor, da man in Unkenntnis darüber ist, wie Wiener Kabinett sich dieser Eventualität gegenüber stellen würde. Inhalt hoher Weisung vom 3. d. M. Nr. 4931[a]) Seiner Majestät schriftlich zur Kenntnis gebracht. Minister äusserte sich mit grösster Befriedigung über den Rumänien betreffenden Passus des Exposés. Gleichlautend Budapest. K. E. Fürstenberg.

[a]) Mit Erlaß Nr. 4931 vom 3. Nov. 1912 erfolgte eine auszugsweise Mitteilung von n. 4205 nach Bukarest.

Nr. 4332. Notiz des türkischen Geschäftsträgers, ohne Datum (dem Sektionschef Grafen Friedrich Szápáry übergeben, 9. Nov. 1912). Ausfert.

Le Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté Impériale le Sultan croit devoir signaler aux Représentants Ottomans à l'étranger l'objet de l'entretien que Son Altesse le Grand Vézir et lui ont eu avec les Ambassadeurs des Grandes Puissances à Constantinople. Cet entretien s'est déroulé sur la gravité de l'éventualité de l'entrée du Roi Ferdinand et de ses alliés à Constantinople, éventualité dont le seul bruit a déjà provoqué une grande agitation dans les esprits de la Capitale. Or, le seul fait que le Roi Ferdinand, qui à la face du monde, n'a pas craint de proclamer la présente guerre comme une nouvelle croisade et opposer la Chrétienneté à l'Islamisme, mettrait ainsi le comble à sa coupable imprudence suffisante pour exciter et déchaîner les passions populaires que nous avons déjà peine à empêcher à se manifester. La calamité, qui en serait la conséquence prendrait fatalement des proportions dont la pensée seule fait frémir. Une pareille calamité serait d'autant plus grande, que les nouvelles de massacres opérés par les bandes bulgares sur les Musulmans de la Thrace et de la Macédoine, ont trouvé écho et retentissement dans toutes les couches sociales de l'Empire. Constantinople est sinon un lieu unique de l'Islame, du moins son centre politique universellement reconnu comme tel dans le monde musulman. Y entrer en conquérant, ce serait soulever l'Islame sans même qu'il fut nécessaire de proclamer la guerre sainte. Qui pourrait alors empêcher des désordres épouvantables à Constantinople et dans le reste de l'Empire où des milliers de familles chrétiennes ottomanes et européennes habitent mêlées aux Musulmans? Tous les efforts du Gouvernement pour refréner l'indignation et la colère de ceux-ci se tourneraient contre lui qu'on accuserait de trahison à la foi

islamique. Des massacres s'en suivraient malgré toute la diligence de notre part pour en empêcher l'éclosion. Dans ce cas, il serait à craindre de voir arriver en plein vingtième siècle le retour à des luttes sanglantes entre deux grandes portions de l'humanité. En présence donc d'un tel danger qui peut éclater d'un moment à l'autre, si par malheur les armées des ennemis sont victorieuses, il est de tout nécessité que les Gouvernements des Grandes puissances fassant entendre d'avance au Roi Ferdinand qu'elles s'opposeront énergiquement à la réalisation du projet qu'on lui attribue. Nul doute que l'armée Ottomane opposera à l'ennemi une défense énergique à Tchataldja, mais il est de notre devoir quand même d'envisager l'éventualité où ce rempart viendrait à céder.

Nr. 4333. Tel. aus London, 9. Nov. 1912 Nr. 106 (eing. 10. Nov. 11 U. 50 M. a. m.).[a] Entziff.

Sir Edward Grey sagte mir soeben, er könne mir nur wiederholen, was er bereits in Berlin und Petersburg habe sagen lassen, nämlich, dass er es für bedauerlich halte, Fragen wie Stellung Albaniens, adriatischer Hafen für Serbien etz. schon jetzt zu diskutieren. Nach seiner Meinung sollte, solange der Krieg dauert, alles was die Alliierten tun, als Kriegsoperation angesehen werden. Wenn sie einmal ihre Friedensbedingungen stellen, sei der Moment gekommen, sie zu diskutieren und er bezweifle nicht, dass friedliche Einigungen erzielt werden können. Es liege ihm ferne, uns irgend eine Verantwortung für diese verfrühte Diskussion beizumessen, die in Belgrad begonnen, wo man sehr „tête montée" sei. Es sei momentan auch nicht mit den Serben zu reden, bis sie sich etwas kalmiert hätten. Er habe auch in Belgrad gar nichts gesagt, aber mit Bulgarien gesprochen, hoffe, dass bulgarischer Einfluss auf serbische Regierung ausgeübt werden kann. Russischer Gesandter in Belgrad habe versucht „zu hetzen", italienischer zu beruhigen. Ich relevierte, dass hoffentlich Herr von Hartwig nicht im Sinne der Instruktionen Herrn Sazonows gehandelt habe. Ich legte Sir Edward Grey nahe, dass eine Warnung seinerseits an serbische Regierung vor übertriebenen Forderungen doch nützlich sein könnte. Ich akzentuierte, dass unserseits keine Diskussion über serbische Forderungen begonnen wurde, verwies auf unser Entgegenkommen, Euer Exzellenz Exposé und vertrauliche Mitteilung an die Mächte. Grey betonte, dass seit er sah, dass wir keine territoriale Ansprüche erheben, er überzeugt ist, dass friedliche Regelung zustande komme. Er habe verstanden, dass die Alliierten ihre beabsichtigten Gebietserweiterungen bei Bekanntgabe der Friedensbedingungen anmelden würden, mit Ausnahme von Konstantinopel und einem kleinen Streifen und vielleicht Salonik. Ich warf ein, dass auch die Autonomie Albaniens gleichzeitig sichergestellt werden müsste und insistierte wieder auf die undiskutierbare Wichtigkeit dieser Frage, betonte, dass ich stets angenommen habe, auch er rechne mit der künftigen Autonomie Albaniens. Er erwiderte, allerdings habe er immer verstanden, dass eine Autonomie Albaniens zustande kommen müsse und rechne auch jetzt darauf. Eine Divergenz der Ansichten könne nur über die Grösse dieses autonomen Territoriums bestehen. Er

sei überzeugt, dass man sich darüber verständigen werde können, ebenso wie über irgend eine Möglichkeit bezüglich der serbischen Wünsche an die See zu gelangen. Nach allem was ich von Kollegen und Anderen höre, war man gestern hier an massgebender Stelle über die Situation besorgt. Mein Eindruck ist, dass hier für unseren Standpunkt, bezüglich der Autonomie Albaniens, ein gewisses Verständnis herrscht, man aber gerne auf irgend eine Weise Serbien an das Meer gelangen lassen möchte. Der in Blättern akzentuierte Wunsch einer Zollunion mit Serbien mag vielleicht etwas Misstrauen erwecken. Rücksicht auf Russland wird hier immerhin gewisse Rolle spielen. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 49 Nr. 83. Vgl. n. 4369, 4370.

Nr. 4334. Tel. nach Paris; Budapest, 9. Nov. 1912 Nr. 3 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. und G. Nemes).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 136 vom 8. l. M. Der letzte türkische Schritt bei uns war folgenden Inhaltes: „Le Gouvernement ottoman demande aux Puissances leur médiation collective en vue de la cessation des hostilités et de la fixation des conditions de la paix." Ich habe dem türkischen Botschafter antworten lassen, daß ich die Erzielung eines Einverständnisses der Mächte für notwendig erachte, an sich aber kein Bedenken gegen eine diesfällige Anfrage bei den Kriegführenden hege. In Übereinstimmung mit dem Berliner Kabinett bin ich der Ansicht, es wäre vorzuziehen, daß diese Anfrage der Mächte zwar gleichlautend aber nicht kollektiv erfolge, wobei besonders darauf Rücksicht zu nehmen wäre, daß jeder Eindruck einer Pression vermieden werde. Über ein späteres Mediationsansuchen der Pforte, respektive über dessen Inhalt ist mir nichts bekannt. Vorstehendes zur Regelung Euer Exzellenz Sprache, wobei ich zu Hochdero persönlichen Kenntnisnahme beifüge, daß mir die in Rede stehende Anfrage bei den vier Balkanstaaten heute keine Aussicht auf Erfolg verspricht und daß ich keinesfalls gesinnt bin, die Initiative hiezu zu ergreifen. Sollte Herr Poincaré sich mit der Absicht tragen, die Initiative zu ergreifen, wäre ich bereit, in obstehendem Sinne einer Demarche bei den Kriegführenden zuzustimmen, doch steht es mir ferne, sei es das Pariser oder ein anderes Kabinett aufzufordern, eine Anregung zu einem Schritte zu ergreifen.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4296, 4356.

Nr. 4335. Tel. nach Paris; Budapest, 9. Nov. 1912 Nr. 4 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. und G. Nemes).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 135 vom 6. l. M. habe ich mit Befriedigung entnommen, daß der Eindruck, den Euer Exzellenz Mitteilungen auf Herrn Poincaré machten, ein günstiger war und daß der Minister sich der Erkenntnis der Existenz großer, berechtigter Interessen der Monarchie, besonders wirtschaftlicher Natur, nicht verschließt. Zur eventuellen Regelung Euer Exzellenz Sprache füge ich bei, daß ein engerer wirtschaftlicher

Anschluß Serbiens an die Monarchie keineswegs in der Art gedacht ist, daß Serbiens wirtschaftliche und in der Folge politische Selbständigkeit durch denselben in Frage gestellt würde. Der Wunsch Serbiens nach einem wirtschaftlichen débouché zum Meere erscheint uns durchaus begreiflich. Seine bezüglichen Interessen könnten jedoch eine Sicherstellung auch ohne territoriale Erwerbung einer Küste erfahren und zwar auf dem Wege durch Bosnien, durch Montenegro oder durch den Ausbau der Donau-Adriabahn mit den erforderlichen Garantien. Dies gilt auch von einem freien Handelswege nach dem ägäischen Meere, wo Serbien übrigens, wenn es auf den Besitz einer eigenen Küste besteht, ein solcher zuerkannt werden könnte. Was unsere eventuelle Forderung nach Grenzberichtigungen anbelangt, so liegt es mir ferne, an eine territoriale Vergrößerung zu denken und kann es sich nur darum handeln, daß bereits zwischen uns einerseits und Serbien respektive der Türkei und Montenegro andererseits bestehende Grenzstrittigkeiten eine uns zufriedenstellende Erledigung finden. Im übrigen käme nur die Lösung der völkerrechtlichen Stellung der Donauinsel Ada Kaleh oder uns wünschenswerte Grenzregulierungen in Frage. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4372.

Nr. 4336. Bericht aus Paris, 9. Nov. 1912 Nr. 51 A (eing. 11. Nov.). Ausfert.

Die Stimmung in der öffentlichen Meinung Frankreichs ist, soweit ich sie zu beurteilen in der Lage bin, eine recht nervöse. Die Möglichkeiten eines europäischen Krieges werden lebhaft erörtert und kann ich nur mit Bedauern konstatieren, dass auch die der Regierung nahestehenden Journale nichts tun, um beruhigend auf die öffentliche Meinung einzuwirken. Man hätte glauben sollen, dass gerade nach all den absurden und tendenziösen Allarm-Nachrichten, die von unseren kriegerischen Vorbereitungen, unseren Absichten den Sandschak zu besetzen, nach Saloniki zu marschieren und so weiter erzählten, die absolut friedliche Haltung der Monarchie und die so beruhigenden Erklärungen Euerer Exzellenz in der Delegation — die wie mir Herr Poincaré selbst sagte, weiter giengen als die von ihm vorgeschlagene Désintéressements-Klausel — beruhigend gewirkt hätten. Dies ist leider nicht der Fall. Die Thronrede Seiner Majestät und das Exposé Euerer Exzellenz wurden einfach todtgeschwiegen und die Verdächtigungen unserer Absichten ruhig fortgesetzt. Ich habe Herrn Poincaré diesbezüglich mein Befremden ausgedrückt indem ich darauf hinwies, dass nach den letzten vertraulichen Aufklärungen, die ich ihm Auftrage Euerer Exzellenz machte, er wahrlich keine Ursache hätte, diese Verhetzungs-Campagne weiter andauern zu lassen. Herr Poincaré meinte, er sei vielleicht teilweise selbst schuld an dieser Sachlage, denn er habe, um Zeitungs-Polemiken zu vermeiden, der Presse das Mot d'ordre gegeben, sich tunlichst wenig mit den Vorgängen bei uns zu befassen. Meine Mitteilungen könne er mit Hinblick auf deren vertraulichen Charakter in der Presse nicht verwerten. Ich sagte ihm, dass so feierliche öffentliche Erklärungen wie die Thronrede Seiner Majestät und das Exposé Euerer Exzellenz nicht ignoriert werden könnten,

ausser man wolle, de parti pris, die öffentliche Meinung verhetzen. Da er immer behaupte, versöhnlich und beruhigend wirken zu wollen, müsste er trachten, die Journalisten über die Bedeutung dieser Enuntiation aufzuklären. Der Ministerpräsident meinte hierauf, er würde sogleich gefragt werden, ob er amtliche Zusicherungen habe? Hierauf könne er, sagte ich ihm, mit einem Hinweis auf die öffentliche Erklärung Euerer Exzellenz in den Delegationen antworten und, wenn er wolle, auch hinzufügen, dass er alle Ursache habe, an die Aufrichtigkeit derselben zu glauben. Wenn die offiziöse Presse fortfahre, nach allem was vorgefallen ist, von unseren Eroberungsplänen am Balkan zu sprechen, so müsste ich annehmen, dass man hier mit Absicht eine Verhetzungs-Campagne gegen uns unterstütze. Herr Poincaré sagte mir, dies sei keineswegs seine Absicht und versprach mir beruhigend auf die Presse einzuwirken. Ich wünsche, dass ihm das gelingen möge, denn die Stimmung hierzulande erscheint mir nicht unbedenklich. Die chauvinistische Tendenz in Frankreich, die ich schon seit mehr als einem Jahre signalisierte, hat durch die Siege der Balkanstaaten neue Nahrung gewonnen. Die Niederlagen der Türkei haben hier die Ueberzeugung gezeitigt, dass die deutschen Kanonen und die deutsche Strategie nichts wert sind. Die militärische Kraft des Balkanbundes wird unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse sehr hoch eingeschätzt. Man meint, dass die Armeen der vier Balkan-Königreiche genügen um unsere Kräfte ganz lahmzulegen. Im Falle eines europäischen Krieges hätte es Deutschland demnach allein mit Frankreich und Russland aufzunehmen. Russland sei aber jetzt militärisch viel stärker als zur Zeit der Annexionskrisis. Es sei daher der Moment für den langersehnten Revanche-Krieg sehr günstig. Ich will nicht behaupten, dass Herr Poincaré und die französische Regierung diese Ansichten teilen. Im Lande sind sie sehr verbreitet und man darf dieselben nicht ignorieren. Hiezu kommt noch ein anderer Factor. Die sehr begreiflichen Sympathien des französischen Publikums für die aufstrebenden und militärisch so erfolgreichen Balkanstaaten verbinden sich mit der traditionellen Begeisterung für den russischen Alliierten, man ist jetzt in Frankreich beinahe panslavistischer gesinnt als in Russland. Jeder französische Staatsmann, der beschuldigt werden könnte etwas getan zu haben, was „die Allianz“ schwächen könnte, wäre hierzulande ein verlorener Mann. Nun ist Herr Poincaré sehr ambitios und hat hochfliegende Pläne. Herr Iswolsky, der schon durch seine Stellung als ehemaliger Minister ein grosses Ansehen in der Presse geniesst, in welcher er auch zahlreiche Verbindungen hat, übt jetzt, glaube ich, eine Art von Erpressung auf Herrn Poincaré aus, indem er ihn fühlen lässt, dass jedes Schwanken in der russophilen Politik Frankreichs die Stellung des Ministerpraesidenten und seine Aussichten auf die Nachfolge Herrn Fallières schwer schädigen müsste. Aus Quai d'Orsay-Kreisen höre ich, dass Frankreich im gegenwärtigen Interessenkonflikt nicht, wie zur Zeit der Annexionskrise, vermittelnd eingreifen, sondern sich entschieden auf Seite Russlands stellen könnte. Die Sprache Herrn Poincarés mir gegenüber ist noch immer versöhnlich und korrekt, doch bin ich von der Aufrichtigkeit derselben nicht ganz überzeugt.

Szécsen.

Nr. 4337. Bericht aus Paris, 9. Nov. 1912 Nr. 51 B (eing. 11 Nov.).[a] *Ausfert.*

Mit meinem gehorsamsten Telegramme vom 6. l. M. Nr. 135 habe ich bereits darüber berichtet, wie Herr Poincaré meine Mitteilungen über unsere Absichten den Ambitionen der Balkanstaaten gegenüber aufnahm. Ich hatte zuerst mit dem Ministerpraesidenten die Désintéressement-Frage besprochen und demselben unseren Standpunkt klar zu machen gesucht, als derselbe mir sagte, er möchte die Bitte an mich richten, ihm, wenigstens soweit dies tunlich sei, meine rein persönliche Ansicht über die Intentionen Euerer Exzellenz mitzuteilen. Als ich ihm hierauf erwiderte, ich sei beauftragt, ihm streng vertraulich die Gesichtspunkte Euerer Exzellenz zu seiner Orientierung zur Kenntnis zu bringen, zeigte sich Herr Poincaré sehr erfreut. Er verfolgte mit grosser Aufmerksamkeit meine mündlichen Mitteilungen und notierte sich die einzelnen Punkte, wobei er jeden Punkt kurz besprach. Als ich bei Punkt 1 erwähnte, wir müssten das grösste Gewicht darauf legen, dass die vergrösserten Balkan-Staaten in Hinkunft keine feindselige Politik gegen uns verfolgen, stimmte Herr Poincaré dieser Auffassung vollkommen zu, frug mich aber, ob dies bedeute, dass Serbien sich in der Zukunft einer anderen Interessen-Gruppe, das ist dem Dreibunde anschliessen müsse? Ich sagte ihm dass Euer Exzellenz nur von wirtschaftlicher Annäherung Serbiens an die Monarchie sprachen und von einem direkten Anschluss Serbiens an den Dreibund keine Erwähnung getan hätten, ich überdies bisher der Ansicht gewesen sei, dass die Triple-Entente ne poursuivait pas une politique hostile envers l'Autriche-Hongrie, worin mir Herr Poincaré natürlich eifrigst zustimmte. Hierauf frug Herr Poincaré, ob wir eine Zollunion mit sämmtlichen Balkan-Staaten anstrebten, worauf ich ihm antwortete, dass mir die näheren Intentionen Euerer Exzellenz in dieser Hinsicht nicht bekannt seien, ich aber annehmen müsse, dass die mir aufgetragenen Mitteilungen sich nur auf die prinzipielle Seite der Frage beziehen. Die Détails müssten später besprochen werden und gebe es sicher verschiedene Arten, wie das angestrebte Ziel einer intimeren wirtschaftlichen Annäherung erreicht werden könnte. Betreffs der Punkte 2, 3 und 4 darf ich mich auf mein oberwähntes Telegramm Nr. 135 beziehen. Die im Punkt 5 erwähnten Grenzberichtigungen schienen dem Minister gewisse Besorgnisse einzuflössen. Er meinte der Ausdruck „minimal" sei sehr dehnbar, worauf ich antwortete, dass wenn man die Bedeutung dieses Wortes auch noch so sehr ausdehne, die Grenz-Regulierungen niemals bedeutend sein könnten. Die Punkte 6 und 7 schienen bei Herrn Poincaré keine weiteren Bedenken hervorzurufen. Auch meine sehr praezisen Erklärungen hinsichtlich der Unzulässigkeit der serbischen Wünsche nach einem Hafen in der Adria begegneten damals keinen Widerspruch beim Ministerpraesidenten. Seither hat Herr Vesnić, wie ich vertraulich erfahre, die serbischen Praetentionen gleich auf 3 Adria-Häfen gewissermassen offiziell bei Herrn Poincaré angemeldet und erblickt derselbe in dem Gegensatze zwischen uns und Serbien einen der heikelsten Punkte der Lage im Orient. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 4266.

Nr. 4338. Bericht aus Paris, 9. Nov. 1912 Nr. 51 C (eing. 11. Nov.).[a] Ausfert.

Die Poincarésche Formel betreffend die Mediation der Mächte und deren absolutes Désintéressement in den Balkanfragen ist durch die Antwort der Dreibundmächte abgetan und durch die Ereignisse überholt, nichtsdestoweniger ist es nicht ohne Interesse diese Episode kurz zu beleuchten. Herr Poincaré hatte bekanntlich seinen Vorschlag im Namen der Tripleentente gemacht. Herr Tittoni, der meine Ansicht teilte, dass dies ein taktischer Fehler sei, sagte Herrn Poincaré ganz offen, er bedauere, dass bei dieser Gelegenheit die Initiative nicht von Frankreich allein ausgegangen sei. In Fragen gemeinsamen europäischen Interesses, meinte der italienische Botschafter, wäre es besser, wenn Vorschläge nicht Namens einer Mächte-Gruppe gestellt würden. Man sollte vermeiden, die Triple-entente dem Dreibund gegenüberzustellen. Herr Poincaré stimmte dieser Auffassung vollkommen bei und sagte Herrn Tittoni, die in Rede stehende Proposition gehe allein von Frankreich aus, er habe sich nur nachträglich die Gewissheit verschafft, dass England und Russland derselben zustimmen. Heute verkünden alle Zeitungen, dass es sich um eine russische Proposition gehandelt hat und auch Herr Poincaré giebt dies unumwunden zu! Ob der Vorschlag von Herrn Sazonow oder von Herrn Iswolsky gemacht ward, konnte ich bisher nicht feststellen. Die unverhüllte üble Laune, die mein russischer Kollege seit dem Bekanntwerden unserer Antworten zur Schau trägt, lässt mich eher vermuten, dass die angeblich Poincarésche Formel auf der hiesigen russischen Botschaft konzipiert ward. Ich habe diese „Formel" mit Herrn Poincaré erst besprochen, als unsere Antwort ihm bekannt ward. Die naheliegenden Einwendungen die ich gegen dieselbe anführte: Unaufrichtigkeit, Engagement ins Blaue hinein, Carte-blanche, die wir auf diese Weise den Balkanstaaten geben würden, suchte Herr Poincaré mit dem Hinweis zu entkräften, wie unendlich wichtig es sei, dass Russland sich bereit erkläre, auf territoriale Expansion zu verzichten. Ich bemerkte hierauf, dass ich nicht recht sehe, wo Russland solche Aspirationen erheben könne, es könne sich höchstens um die Meerengen handeln und dies würde das Ende der englisch-russischen Entente bedeuten und sei daher wenig wahrscheinlich. Herr Poincaré meinte hierauf, Russland könne eventuell in Kleinasien territoriale Ansprüche erheben, durch die Désintéressements-Erklärung würde es auf solche verzichtet haben. Im Laufe des Gespräches sagte ich Herrn Poincaré, dass selbst Frankreich, das doch vom Balkan sehr fern liege, in der jetzigen Krise sich sicher nicht desinteressieren könne, schon mit Hinblick auf die grossen finanziellen Interessen, die es dort habe. Die Kapitulationen, das religiöse Protektorat Frankreichs im Orient, sind lauter Fragen, deren Regelung nicht den Balkankönigreichen allein überlassen werden kann. Auch lenkte ich weiters die Aufmerksamkeit des Ministers auf die Sprache der hiesigen Zeitungen, die plötzlich ein auffallendes Interesse für Syrien und den Libanon zeigen. „Il va sans dire," sagte mir der Ministerpräsident, „que la France doit sauvegarder ses intérêts en Orient et que s'il s'agissait d'un partage de l'Empire ottoman, nous devrions aussi faire valoir nos droits." Ich beantwortete diese Erklärung mit der Frage, wo

da das absolute Désintéressement Frankreichs bleibe; hierauf blieb mir Herr Poincaré die Antwort schuldig. Der Ministerpräsident, der persönlich ziemlich eitel ist, ist durch den Misserfolg seiner letzten Proposition eher gegen uns und unsere Verbündeten verstimmt, da er aber ein klarer Kopf ist, und die Richtigkeit gewisser von uns vorgebrachter Argumente nach ruhiger Ueberlegung einsehn[b]) dürfte, erscheint es mir nicht ausgeschlossen, dass seine Verstimmung sich auch auf denjenigen ausdehnen könnte, der ihn in diesen Échec hineingeritten hat. Bei einigen unabhängigen französischen Politikern habe ich schon die Ansicht begegnet, dass die russische Allianz, so wertvoll sie auch sei, doch nicht bedeute, dass Frankreich sich für alle persönlichen Rancunen Herrn Iswolskys einsetzen müsse. Vielleicht kommt Herr Poincaré mit der Zeit auch zu dieser Einsicht? Szécsen.

[a]) Vgl. n. 4216, 4239. — [b]) So!

Nr. 4339. Bericht aus Paris, 9. Nov. 1912 Nr. 51 D (eing. 11. Nov.). Ausfert.

Es ist eher auffallend, wie wenig sich die französische Presse verhältnismässig mit der Frage der Dardanellen beschäftigt. Es mag ein mot d'ordre sein, diese so heikle Frage nicht zu berühren. Aber auch Herr Poincaré vermeidet es bei Erörterung der Situation auf dieses Thema näher einzugehen. Man könnte beinahe den Eindruck haben, dass diesbezüglich bereits geheime Verabredungen bestehen, die die Frage in einem sowohl für Russland wie für England acceptablen Sinne regeln. Sir F. Bertie sagte mir neulich, so unbequem auch die Besetzung Konstantinopels durch die Bulgaren wäre, so würde die englische Regierung doch nicht daran denken, mit Gewaltmitteln zu intervenieren, wie sie dies nach dem Frieden von San-Stefano getan habe. Die öffentliche Meinung in England sei entschieden für die Balkanstaaten, und man könne nicht daran denken, die vollkommen zusammengebrochene Türkei zu neuem Leben zu galvanisieren. Man müsse eben mit den Tatsachen rechnen. Vielleicht werde man daran denken, die Meerengen zu neutralisieren und sie unter internationalen Schutz zu stellen. Die Befestigungen müssten rasiert werden, damit sich Niemand derselben durch einen Handstreich bemächtigen könne. Das scharfe Misstrauen, das der Botschafter bei dieser Gelegenheit Russland gegenüber zum Ausdruck brachte und sein wiederholter Hinweis darauf, dass es auch uns nicht gleichgiltig sein könne, die russische Pontusflotte im Mittelmeer zu sehen, liesse den Schluss zu, dass es doch noch zu keiner anglo-russischen Verständigung in dieser Frage gekommen ist. Szécsen.

Nr. 4340. Bericht aus Paris, 9. Nov. 1912 Nr. 51 E (eing. 11. Nov.). Ausfert.

Mit meinem gehorsamsten Bericht vom 12. Oktober d. J. Nr. 43 B habe ich mir erlaubt, Euer Exzellenz von einem Gespräch Mitteilung zu machen, das ich mit Herrn Iswolsky hatte. Der russische Botschafter führte im Laufe desselben aus, dass die vorzeitige Kriegserklärung Montenegros mit einem Börsenmanöver erklärt werden könnte, an welchem sich Kronprinz

Danilo und eine Pariser Bank an leitender Stelle beteiligt hätten. Der beiliegende Artikel der libre Parole scheint die Version Herrn Iswolskys zu bestätigen. In Börsenkreisen heisst es, dass die Unterstützung Montenegros durch das Wiener Bankhaus Reitzes ermöglicht wurde, welches dem König Nikolaus den Vorschuss von 10 Millionen durch seine Succursale O. Rosenberg in Paris auszahlen liess. Nachdem es sich im vorliegenden Falle um österreichische Staatsbürger handelt und die Sache sowohl im Parlamente als auch vor den Gerichten ein Nachspiel haben könnte, habe ich mir erlaubt, die Aufmerksamkeit Euer Exzellenz auf die in Frage stehenden Artikel zu lenken. Szécsen.

Beilage zu n. 4340.

Aus einem Artikel der „Libre parole" vom 9. November 1912. Le requins. Quels furent les „sanglants" exploits de la bande judéo-maçonnique. ... On a, à l'heure actuelle, des précisions sur ce qui s'est passé. On dit qu'un syndicat austro-allemand s'est formé, au capital de 400 millions, pour créer la panique. On cite couramment les noms des financiers intéressés dans ce syndicat. Mais, ce qu'on n'a pas encore dit, c'est que l'auteur responsable de la guerre balkanique n'est autre qu'un desdits flibustiers. Comment? Oh! s'est bien simple. Le prince de Monténégro, à court d'argent, envoie en France un émissaire chargé de négocier un emprunt. Cet émissaire s'adresse, sans succès, aux grands établissements de crédit. Aucun ne marche. Notre homme ne se tient pas pour battu. Ce que les grands établissements n'ont pas fait, les maisons de second ordre le feront peut-être. Et il s'adresse à un banquier, sujet autrichien, fonctionnant à Paris, et membre du syndicat de baisse dont nous parlions. Les requins, parait-il, ont ce qu'on pourrait appeler le „flair" du naufrage. Ils suivent, patiemment, le sillage des navires destinés à la catastrophe. Les requins de la finance, eux aussi, ont le flair de la catastrophe qui leur donnera des cadavres à dépouiller. Donc, le banquier répondit: Vous prêter 10 millions? Impossible. Mais je puis vous les faire gagnes. Je suis fortement engagé à la baisse. Je double ma position. Et sur le bénéfice, je donne, au prince de Monténégro, 50%. Mais il faut que je sois prévenu quarante-huit heures d'avance de l'ouverture des hostilités. Tope-là! Le marché fut conclu et l'intermédiaire s'en alla avec le sourire. Il avait arraché à son interlocuteur une avance de 2 millions pour son prince, et, pour lui-même, la promesse-écrite d'une honnête „gomission" de 50%! ...

Nr. 4341. Privatschreiben aus Paris, 9. Nov. 1912 (eing. 11. Nov.). Ausfert.

In meiner Berichterstattung habe ich auf die uns wenig freundliche Haltung der französischen Presse hingewiesen. Dieselbe findet jedenfalls zum Teil ihre Erklärung in Einflüssen, die von der russischen Botschaft und den in dieser Richtung sehr tätigen Vertretungen der Balkanstaaten ausgehen. Die grossen Finanzoperationen, die diese Länder hier in den letzten Jahren durchführten, haben naturgemäß sehr intime Beziehungen

zwischen der Presse und den betreffenden Missionen geschaffen. Die scharfe Kritik, die unsere Zeitungen an dem Poincaréschen Désintéressement-Vorschlag übten, hat hier umsomehr verstimmt, weil man einsehen musste, dass sie berechtigt war. Frankreich hat am Balkan sehr grosse wirtschaftliche Interessen. Trotz allem nationalen Chauvinismus und Russen-Schwärmerei werden die Franzosen, die sehr gute Rechner sind, diese Interessen nicht vernachlässigen. Ich glaube es würde hier guten Eindruck machen, wenn unsere Zeitungen — ohne boshafte Nebenbemerkungen auf das angebliche französische Désintéressement — die Solidarität der wirtschaftlichen Interessen Europas am Balkan hervorheben und betonen würden, dass zur Wahrung dieser Interessen ein Zusammenschluss der Mächte notwendig ist und Frankreich in dieser Hinsicht bei uns auf eine Unterstützung rechnen kann. Szécsen.[a]

[a]) Amtsvermerk: Wurde veranlaßt 14. 11. 12. Szápáry.

Nr. 4342. Tel. aus Rom, 9. Nov. 1912 Nr. 173 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Mit Bezugnahme auf mein Telegramm Nr. 168.[b] Im Auftrage des Ministers des Aeussern teilt mir Herr Bollati mit, auch Italien betrachte die Eventualität des Vordringens Serbiens durch Albanien an die Adria als unvereinbar mit dem Prinzipe der Autonomie und Integrität Albaniens und als unseren gemeinsamen Interessen und unserem bestehenden Akkord zuwider. Der Generalsekretär fügte hinzu, dass hiesige Regierung gegen jene Eventualität in Belgrad bereits gewirkt habe und noch wirke und auch in Petersburg, zum grossen Missvergnügen der dortigen Regierung, diesen Standpunkt vertrete. Persönlich bemerkte Herr Bollati, es sei auffallend, dass wir nur von Serbien sprächen, da doch auch Montenegro und Griechenland Teile Albaniens beanspruchen. Gleichlautend Budapest.

Mérey.

[a]) Oe. U. Balkan 48 Nr. 82. Vgl. n. 4255, 4464 Anm. b. — [b]) Mit Tel. Nr. 168, 5. Nov. 1912 (eing. 5 U. p. m.) wurde aus Rom über eine Unterredung mit dem Generalsekretär Bollati berichtet, bei der Bollati sagte, daß er persönlich der Ansicht sei, daß Italien sich einem Vordringen Serbiens an die Adria widersetzen werde; er werde darüber San Giuliano nach Berlin telegrafisch berichten.

Nr. 4343. Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 9. Nov. 1912 Nr. 6 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Bericht vom 4. l. M., Nr. 43 B. Ich entnehme demselben mit großem Interesse, daß Herr Sazonow vor seiner durch Euer Exzellenz Telegramme vom 5. l. M., Nr. 214 und 215, gemeldeten Unterredung mit Hochdenselben für den Fall einer völligen Liquidierung der europäischen Türkei für Serbien zwar einen direkten Ausgang zum Meere wünschte, jedoch hiebei andeutete, es sei gleichgiltig, ob dieser Weg zum adriatischen oder zum ägäischen Meere führen würde. Diese Äußerung des Herrn russischen Ministers des Äußern steht in einem auffallenden Kontraste zur großen Insistenz, mit der derselbe seither laut obzitierten Telegrammen sich dafür einsetzte, daß Serbien einen Adriahafen erhalte.

Laut Euer Exzellenz Bericht vom 4. l. M. ist Herr Sazonow auch für eine weitgehende Autonomie Albaniens eingetreten. Dieselbe wäre jedoch wohl nicht durchführbar in dem Falle einer Zerstückelung des albanesischen Gebietes durch serbischen Landerwerb an der adriatischen Küste, für welchen der Herr Minister seither eingetreten ist. Ich stelle es Euer Exzellenz anheim, bei sich bietender Gelegenheit Herrn Sazonow gegenüber den Umstand gesprächsweise zu verwerten, daß seine gegenwärtige Sprache mit seiner früheren nicht übereinstimme. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4361, 4376.

Nr. 4344. Tel. aus St. Petersburg, 9. Nov. 1912 Nr. 218 (eing. 10. Nov. 12 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Zu Euer Exzellenz heutigem Telegramm Nr. 4 aus Budapest. Graf Pourtalès, den ich heute sprach, las mir zwei die Sprache des serbischen Geschäftsträgers in Berlin betreffende Telegramme seiner Regierung vor. Aus denselben geht hervor, dass mein deutscher Kollege beauftragt ist, gelegentlich sich bei Herrn Sazonow zu erkundigen, ob Serbien in seinen weitgehenden Plänen bezüglich Albaniens die Unterstützung Russlands finde. Graf Pourtalès wird sich voraussichtlich noch heute dieses Auftrages entledigen und versprach, mir über die Antwort ersteren Mitteilung zu machen. Der Inhalt der dem deutschen Botschafter zugekommenen Telegramme deckt sich ziemlich genau mit jenen Grafen Szögyénys vom 7. d. Mts., nur mit dem Unterschied, dass Graf Pourtalès von der seitens des Staatssekretärs dem serbischen Geschäftsträger erteilten Antwort nicht informiert wurde. Eine weitere, nicht unwesentliche Abweichung liegt darin, dass nach der deutschen Depesche Herr Bogičević nur bemerkt hätte, dass Russland von dem Teilungsplane in Kenntnis gesetzt worden sei und dessen Zustimmung serbischerseits erwartet werde, während Graf Szögyény von der bereits erfolgten Billigung desselben spricht. Im Hinblicke hierauf und unter Bezugnahme auf das letzte Alinea[b]) Euer Exzellenz bezogenen Telegrammes möchte ich bemerken, dass sowohl deutscher Botschafter als ich der Ansicht sind, dass russische Regierung sich mit dem serbischen Wunsche vorläufig nur im Rahmen des von Herrn Sazonow so oft erwähnten ...[c]) Zugangs zur Adria identifiziere. In dieser Hinsicht gestatte ich mir, auf meinen heutigen Bericht Nr. 44 A zu verweisen. Gleichlautend Budapest. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4345, 4346. — [b]) Letztes Alinea von n. 4327 beginnt mit „Ich entnehme aus". — [c]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 4345. Tel. aus St. Petersburg, 9. Nov. 1912 Nr. 219 (eing. 10. Nov. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Zu Euer Exzellenz Telegramm von heute Nr. 2 und im Nachhange zu meinem heutigen Telegramm Nr. 218. Graf Pourtalès hat sich des ihm gewordenen Auftrages entledigt. Er fand Sazonow bereits durch den hiesigen italienischen Geschäftsträger über die sonderbare Sprache

des serbischen Vertreters in Berlin im Allgemeinen unterrichtet. Als mein deutscher Kollege ihm die geradezu drohenden Aeusserungen dieses letzteren vorhielt und hinzufügte, derselbe habe zu verstehen gegeben, dass hinter Serbien in diesem Falle auch Russland stehe, habe Sazonow sehr erregt ausgerufen: „Il n'avait aucun droit de parler ainsi; je le désavoue. Il est vrai que je me fais l'avocat de la Serbie dans son désir d'avoir un port sur l'Adriatique, mais rien de plus." Bezüglich der von Herrn Bogičević ausgesprochenen Ansprüche auf fast ganz Albanien mit Durazzo, sagte Sazonow, dies sei lächerlich. Im weiteren Verlaufe des Gespräches meinte Sazonow, es sei jetzt nötig, ruhiges Blut zu bewahren und nicht zuviel zu sprechen, dann werde sich schon ein Ausweg finden lassen. Graf Pourtalès stellte sodann dem Herrn Minister vor, dass die Monarchie in der ganzen Balkankrise ohnehin grosse Mässigung und Zurückhaltung beobachtet habe, wie zum Beispiel in der Sandschakfrage. Hier aber handle es sich um wichtige Interessen der Monarchie ebenso wie Italiens und da seien diese Mächte wohl allein kompetent, zu beurteilen, wie diese geschützt werden müssten. Oesterreich-Ungarn sei übrigens bereit, Serbien in jeder vernünftigen Weise entgegenzukommen, und hätte, soviel ihm bekannt, zum Beispiel gegen eine Ausdehnung desselben an das Aegäische Meer nichts einzuwenden. Sazonow wollte aber diese Lösung jetzt nicht mehr gelten lassen, da, wie er meinte, das in Betracht kommende Gebiet von Bulgarien beansprucht werde. Hingegen gab Minister, als Graf Pourtalès die Möglichkeit eines ähnlichen Verhältnisses für die Donau-Adria Bahn und deren Endhafen, wie es die Monarchie für ihre Verbindung mit Salonik wünsche, besprach, wenn auch widerstrebend, zu, dass in dieser Richtung vielleicht die Lösung gefunden werden könnte, si toutefois la Serbie l'accepte. Im Ganzen fand Pourtalès Sazonow in einer verhältnismässig ruhigen und konzilianten Stimmung. Ich werde den Minister morgen aufsuchen und mich ihm gegenüber im Sinne eben eingelangten Telegrammes von heute Nr. 2 aus Budapest vernehmen lassen. Gleichlautend Budapest. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4361.

Nr. 4346. Bericht aus St. Petersburg, 27. Okt./9. Nov. 1912[a]) Nr. 44 A (eing. 11. Nov.).[b]) Ausfert.

Die ausserordentlichen und in diesem Ausmasse gewiss im Vorhinein von niemandem erwarteten Erfolge der Balkanstaaten in ihrem Waffengange mit der Türkei sind nicht ohne einen sehr fühlbaren Einfluss auf die hiesige Stimmung geblieben. Diese Rückwirkung ist vielleicht bei der von jeher für die „slavischen Brüder" stark enthusiasmierten öffentlichen Meinung, wie sie namentlich in den Aeusserungen gewisser Journale und in slavischen Versammlungen schon früher zum Ausdruck kam, weniger in die Augen fallend als in den Kreisen ernsterer Politiker, — ja sogar der Regierung. Während man noch vor nicht viel mehr als einer Woche an massgebenden Stellen Aeusserungen hören konnte, welche die Kriegserklärung, als gegen den Willen Russlands erfolgt, scharf tadelten und der Ansicht Ausdruck verliehen, die Balkanslaven gingen Russland eigentlich nichts mehr an und

sie mögen nur selbst das Bad ausgiessen, das sie sich bereitet haben, ist gegenwärtig von einem derartigen Désintéressement nichts mehr zu bemerken. Jetzt scheint Russland die Sache der Balkanstaaten und insbesondere Serbiens zu der seinigen gemacht zu haben und vertritt mit einer geradezu auffallenden Insistenz die weitgehenden Wünsche dieses Letzteren. Dieser Stimmungswechsel ist zeitlich mit einem Umschwunge zusammengefallen, der auch in der Sprache Frankreichs bemerkbar wurde. Das erste Symptom eines solchen Wechsels der Stimmung in Frankreich ist in der Rede Herrn Poincarés in Nantes bemerkbar gewesen, in der die bisher von diesem angeschlagene Note, es müsse der Orientkrise gegenüber die Gruppenpolitik in den Hintergrund treten und einer europäischen Politik Platz machen, über Bord geworfen wurde. Der Hinweis Herrn Poincarés darauf, dass Frankreich unter allen Umständen seinen Allianzen und Ententen treu bleiben müsse und keine passagèren Freundschaften suchen dürfe, ist in dieser Beziehung wie mir scheint symptomatisch. Ich möchte mir diese Erscheinung so erklären, dass die französische Regierung, so lange eine Erhaltung des Status quo möglich erschien, alles daran setzte, die Türkei, wo grosse französische Finanz-Interessen engagiert waren, zu erhalten. Als sie aber die Unmöglichkeit hiezu erkannte, erfolgte die Volte-face und nunmehr scheint sie mit Russland durch dick und dünn gehen zu wollen. Dass die Intriguen Herrn Iswolskys dabei mit im Spiele gewesen sein mögen, erscheint mir nur zu wahrscheinlich. Was nun auch der letzte Grund zu dieser veränderten Haltung Frankreichs gewesen sein mag, ist sie jedenfalls eine Tatsache, mit der für den weiteren Verlauf der Krise ernstlich gerechnet werden muss. Die Tournure, welche diese in den letzten Tagen genommen hat, ist jedenfalls eine sehr ernste und habe ich mir bereits erlaubt in meinem ergebensten Telegramme vom 6.*c)* l. M. Nr. 214 darauf hinzuweisen. Die russische Regierung befindet sich auf dem besten Wege dazu, ähnlich wie 1908, aus einer Angelegenheit, die gewiss kein unmittelbares vitales Interesse Russlands bedeutet, eine Prestige-Frage zu machen, wodurch deren Lösung ungemein erschwert und die bezüglichen Verhandlungen vergiftet werden könnten. Hier hört aber leider die Analogie mit der Annexionszeit auf. Einerseits ist das Bestreben Russlands, Serbien einen Ausgang zum Meere zu beschaffen, doch weniger bei den Haaren herbeigezogen als seine Unterstützung der serbischen Machinationen im Jahre 1908 in einer Sache, in der ja Russland durch alte Abmachungen mit der Monarchie längst gebunden war. Andererseits befindet sich auch Russland ansonsten in einer von damals wesentlich verschiedenen Lage. Seine militärische Position ist eine sehr viel bessere als unmittelbar nach dem verlustreichen japanischen Kriege und, wenn auch vielleicht heute noch nicht alle Schäden jener Zeit völlig ausgebessert sein sollten, worüber mir aber kein Urteil zusteht, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, dass seine Armee unvergleichlich besser auf einen eventuellen Kriegsfall vorbereitet ist, als zu jener Zeit. Ein allerdings nur moralisches Moment darf, glaube ich, hier ebenfalls nicht ganz ausser Acht gelassen werden: Es ist dies die hier ganz allgemein verbreitete Ansicht, dass auf den türkischen Schlachtfeldern auch die deutsche Kriegskunst eine vernichtende Niederlage erlitten

habe. Ist dieses Raisonnement auch gewiss grundfalsch, so besteht es immerhin und hat die sehr unerwünschte Wirkung, dass man hier in weitesten Kreisen nicht mehr an die Ueberlegenheit der deutschen und daher auch nicht an jene der auf den gleichen Prinzipien aufgebauten österreichisch-ungarischen Armee glaubt. Dieser auf die öffentliche Meinung gewiss stark einwirkende Umstand ist aber geeignet die hiesige Haltung nicht unwesentlich zu beeinflussen, wenn es sich darum handeln sollte, unserem Standpunkte durch Anwendung eines entsprechenden Druckes, wie dies 1909 geschehen ist, Geltung zu verschaffen. Aber auch ohne diesen neuerdings dazugekommenen Umstand wäre meiner Ueberzeugung nach keine russische Regierung in der Lage, in einer Angelegenheit, die einmal, à tort ou à raison, den Charakter einer Prestige-Frage angenommen hätte, einem, wenn auch noch so starken Drucke von Aussen zu weichen. Es ist meine feste Ueberzeugung, dass Russland, ehe es sich ein zweites Mal zu einem Zurückweichen unter solchen Umständen aussetzen würde, lieber alles riskieren und sich eher den Gefahren eines selbst hoffnungslosen Feldzuges aussetzen würde, als ein zweites Mal unter das caudinische Joch sich zu beugen. Diesen psychologischen Zustand in unserem Kalkül bei Seite zu lassen, schiene mir ausserordentlich gefährlich. Ob dies uns von einer festen, ja intransigenten Haltung den serbischen Adria-Wünschen gegenüber abhalten soll oder nicht, vermag ich natürlich nicht zu beurteilen und entzieht sich diese Seite der Frage selbstverständlich vollständig meiner Kompetenz. Ich halte es aber für meine Pflicht, heute, wo eine folgenschwere Entscheidung nicht mehr lange aufgeschoben werden kann, nochmals auch auf die äussersten Konsequenzen hinzuweisen, mit denen meiner Ueberzeugung nach bei der gegenwärtigen Situation unter gewissen Umständen mit allergrösster Wahrscheinlichkeit gerechnet werden muss. Eine Erwägung, welche sich mir in diesem Zusammenhange auch aufdrängt und welche der hochgeneigten Beurteilung Euer Exzellenz unterbreiten zu dürfen, ich Hochdero gütige Erlaubnis erbitte, ist die nachstehende: Soweit ich von hier aus ersehen kann, und wie mir auch mein deutscher Kollege bestätigt, stimmt das italienische Kabinett vollkommen mit der k. u. k. Regierung darin überein, dass Serbien der Ausgang an die Adria, der nach der geographischen Lage über albanisches Gebiet führen müsste, nicht gestattet werden soll. Timeo Danaos et dona ferentes! Ist es nicht möglich, dass Italien bei dieser scheinbaren Unterstützung unseres Standpunktes sehr eigennützige und perfide Zwecke verfolgt? Ich könnte mir ganz gut vorstellen, dass uns Italien mit Vorbedacht hier unterstützt, in der Hoffnung, uns hiedurch in einen Konflikt mit Russland zu hetzen? Während eines solchen würde es vertragsgemäß eine „wohlwollende" Neutralität beobachten und uns dann, wenn wir, selbst nach einem siegreichen Waffengang mit Russland und den Balkanstaaten, doch durch die Kraftanstrengung geschwächt sind, seine Rechnung für seine „loyale" Haltung präsentieren, die wohl als pièce de resistance einen albanischen Hafen für sich enthalten könnte. Dann wären wir zu einer Abrechung mit Italien unter für uns sehr ungünstigen Umständen gezwungen. Vielleicht tue ich hierin unserem Verbündeten Unrecht, aber ein gewisses Misstrauen erscheint bei der zweifelhaften Haltung mancher

italienischer Stellen doch begreiflich und gestatte ich mir in diesem Zusammenhange auch auf den mit meinem heutigen ergebenen Privatschreiben vorgelegten Bericht des hiesigen k. u. k. Militär-Attachés[d] ergebenst hinzuweisen.[e] Thurn.

P. S. Ich erhalte soeben nach Fertigstellung dieses Berichtes das hohe Telegramm von gestern Nr. 4. Dass Herr von Kiderlen dem serbischen Geschäftsträger gegenüber ein so deutliche Sprache geführt und schon jetzt spontan erklärt hat, dass im Falle Russland uns wegen Serbiens angreifen würde, es nicht nur mit uns, sondern auch mit Deutschland und Italien zu tun haben würde, ist gewiss sehr erfreulich. Wäre diese Tatsache an hiesiger massgebender Stelle schon jetzt bekannt, so wäre es ja immerhin möglich, dass die russische Regierung rechtzeitig einlenken und es vermeiden würde, eine Prestige-Frage für sich daraus zu machen. Wäre letzteres aber einmal geschehen, so fürchte ich, dass auch das Bewusstsein in einem eventuellen Kriege mit der Monarchie auch Deutschland und vielleicht sogar Italien auf Seiten ersterer zu finden, sie nicht mehr zurückzuhalten vermögen würde. Wenn daher die bundesfreundliche Stellungnahme Deutschlands eine Wirkung im Sinne der Aufrechterhaltung des Friedens haben soll, wäre es meiner Meinung nach unerlässlich, dass die russische Regierung schon jetzt über dieselbe in einer über alle Zweifel erhabenen Weise aufgeklärt werde. Dass dieses im Wege über Serbien nicht erfolgen dürfte, ist wohl anzunehmen, da dieses ja ein Interesse daran hat, dass Russland nicht von seiner serbenfreundlichen Haltung abgeschreckt werde. Die am Schlusse Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 4 enthaltene Bemerkung, dass diese Ansprüche Serbiens täglich wachsen, ist gewiss sehr interessant. Ich möchte mir aber doch zu bezweifeln erlauben, ob dies tatsächlich eine Folge russischer Ermunterung ist. Herr Sazonow hat, so oft er mit mir diese Angelegenheit besprach, immer nur von einem schmalen Korridor zum Meere gesprochen. Ich sollte daher meinen, dass, insoweit Russland in Betracht kommt, eine Verständigung auf dieser letzterwähnten Basis wohl auch heute noch möglich wäre. Selbst die chauvinistischesten hiesigen Blätter haben die Idee einer Annexion fast ganz Albaniens durch Serbien bisher noch nicht in Betracht gezogen. Thurn.

[a] Unter dem Datum Bleistiftvermerk Kaiser Franz Josefs: „Siehe meine Randbemerkung. F." Vgl. Anm. d. — [b] Vgl. n. 4344, 4347. — [c] n. 4283. — [d] Eigh. Randbemerkung Kaiser Franz Josefs: Der Bericht des Militärattachés ist mir vorzulegen. F. — [e] Vgl. Beilage.

Beilage zu n. 4346. Bericht des Militärattachés in St. Petersburg an den Chef des Generalstabes; St. Petersburg, 3. Nov. 1912 Res. Nr. 217 (eing. 11. Nov.). Abschrift.

Streng vertraulich. Wenn ich heute Euerer Exzellenz über einige Äusserungen und über die politische Gesinnung des Oberstleutnants Abati, meines italienischen Kollegen am hiesigen Posten, berichte, so glaube ich pflichtgemäss dies tun zu müssen, nicht so sehr, weil ich diesen mir aus sehr sicherer Quelle zugekommenen Äusserungen an sich eine übermässige

Bedeutung beimesse, sondern weil sie auf die bei manchen Mitgliedern der italienischen Botschaft zu Tage tretende russophile Gesinnung ein Streiflicht zu werfen geeignet erscheint. Ich muss hiebei vorausschicken, dass ich über die offizielle italienisch-russische Politik nicht orientiert bin und mir daher auch kein Urteil erlauben kann, in wieweit der von Oberstleutnant Abati eingenommene Standpunkt sich mit den Ideen des italienischen Botschafters oder vielmehr des Geschäftsträgers am hiesigen Posten deckt. (Der italienische Botschafter ist seit circa $^3/_4$ Jahren auf Urlaub.) Um die Äusserungen des italienischen Militärattachés richtig zu würdigen, muss ich vorerst eine kurze Personalcharakteristik einfliessen lassen. Als ich vor circa $1^3/_4$ Jahren auf den hiesigen Posten versetzt wurde, wurde mir Oberstleutnant Abati von sehr verlässlicher Seite als ein sehr eigenartiger, etwas verschrobener und fanatischer Mensch mit russophilen Anwandlungen geschildert. Ein direkter von meiner Seite „gesuchter" Umgang mit demselben schien mir nach einigen Begegnungen weder erspriesslich, noch notwendig, und die zufälligen Begegnungen mit dem sehr scheuen, verschlossenen und wenig österreichfreundlich gesinnten Offizier haben mich in meinen ersten Erfahrungen und Beobachtungen bestärkt, so dass ich es nicht für unnötig hielt, demselben und seiner Tätigkeit eine gewisse Aufmerksamkeit zu schenken. Die auffallend russenfreundliche Gesinnung des Oberstleutnants zeigt sich bei manchen Gelegenheiten, wobei sich der für gewöhnlich sehr verschlossene Mann manchmal mit etwas südlichem Feuer zu Äusserungen seiner Sympathien und Antipathien anderen Leuten gegenüber hinreissen liess, die mit dem notwendigen Takt, den man bei einem Offizier einer Dreibundmacht der Monarchie gegenüber voraussetzen müsste, in auffallendem Kontrast stehen. Auch anlässlich des jetzigen Balkankrieges kam dies neuerlich zum Vorschein. Aus ganz verlässlicher und streng vertraulicher Quelle erfuhr ich, dass Oberstleutnant Abati seine Anschauungen, die mit der Politik der k. und k. Monarchie keineswegs sympathisieren, in etwas zu unverkennbarer Weise geäussert hat. Bei diesen Gelegenheiten hat sich Oberstleutnant Abati meinem Gewährsmann gegenüber, um seinen slavophilen Ideen grösseren Nachdruck zu verleihen, auf seine grosse Orientiertheit in Sachen des Balkanbundes vor Ausbruch des Krieges hingewiesen. Diese Informationen will Oberstleutnant Abati nicht nur seiner Botschaft, mit der er in engster Fühlung steht, verdanken, sondern auch aus bulgarischen Quellen geschöpft haben. So liess er bei einer Gelegenheit durchblicken, dass er mit dem bulgarischen Chef des Generalstabes, der die Kriegsschule in Italien absolviert hat, in Fühlung sei. Über den Balkanbund und den Ausbruch des Krieges äusserte sich der italienische Militärattaché dahin, dass schon 2 Monate vor Ausbruch des Krieges ihm die Tatsache bekannt gewesen sei, dass man in Italien von der Bildung des Bundes orientiert und damit einverstanden gewesen sei, dass man seitens der Balkanländer, nachdem man sich des Wohlwollens Italiens versichert habe, und zwar zur Zeit der heurigen Borodino-Feier mit dem russischen Hof direkt ins Einvernehmen gesetzt habe, um auch in Livadia auf eine wohlwollende Stimmung rechnen zu können. Dass vielleicht Herr Sazonow von den Ereignissen einigermassen überrascht worden sei, gibt Oberstleutnant Abati zu,

an Allerhöchster Stelle sei man aber orientierter gewesen, als im Palais an der Sängerbrücke. Ein anderesmal sagte Oberstleutnant Abati auf die direkte Frage, wie sich Italien in einem eventuellen Kriege zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und den Mächten der Triple-Entente in der Zukunft stellen werde, dass Italien an einem solchen Kampfe nie aktiv teilnehmen werde; wenn es neutral bleibe, so sei dies schon das Maximum, was aus dem Dreibundverhältnis für die anderen Bundesteilnehmer zu erwarten sei. Dass diese Aussprüche seitens meines italienischen Kollegen gefallen sind, ist ausser jedem Zweifel. Was daran wahr ist, was auf Rechnung eines südländischen Bramarbarismus[a]) zu setzen ist, ist schwer festzustellen. Alle diese Ausführungen des Oberstleutnants Abati waren stets von nicht misszuverstehenden Antipathiekundgebungen gegen die Monarchie begleitet. Über seine Stellung im kaiserlich russischen Kriegsministerium und beim Generalstab hat sich Oberstleutnant Abati dahin ausgesprochen, dass ihm infolge seiner anerkannten russophilen Gesinnung manches mitgeteilt werde, was andern verweigert werde. Zur Illustration dafür diene, dass ihm bei einem kürzlich erfolgten Besuch beim Chef des Generalstabes auf eine Anfrage seinerseits geantwortet worden sei, dass man ihm die gewünschte Antwort nicht geben könne, da er (Abati) nicht Franzose sei. Auf eine „Allusion" von seiten Abatis habe ihm aber der Chef freundschaftlichst auf die Schulter geklopft und habe sofort die nötigen Befehle erteilt, damit ihm die gewünschte Aufklärung erteilt werde. Vor Abschluss des italienisch-türkischen Friedens hat sich Oberstleutnant Abati einmal dahin geäussert, dass er ganz sicher wisse, dass Russland die erste Macht sein werde, die die Souverenität (!) Italiens in Tripolis anerkennen werde, um dadurch das bestehende gute Einvernehmen, das jetzt bestehe, und das wie er hoffe, sich in Zukunft enger gestalten würde, zu dokumentieren. Ich bitte Euer Exzellenz mit Rücksicht auf meinen Gewährsmann diese meine Meldung als eine streng vertrauliche behandeln zu lassen. Ich glaube, dass ein fernerer vorsichtiger und indirekter „Verkehr" mit meinen italienischen Kollegen, vielleicht schon mit Rücksicht auf dessen gute Stellung im hiesigen Kriegsministerium in der nächsten Zeit von Nutzen sein könnte. Ich wäre daher auch speziell im Interesse meines Gewährsmannes der Ansicht, dass von dieser meiner Meldung kein Gebrauch gemacht werde, obwohl es für das Prestige unseres Bundesverhältnisses mit Italien gewiss nicht von Vorteil ist, wenn seitens des italienischen Militärattachés hier derartige Äusserungen gemacht werden. Franz Hohenlohe.

[a]) So!

Nr. 4347. Bericht aus St. Petersburg, 27. Okt. 9. Nov. 1912 Nr. 44 B (eing. 11. Nov.). Ausfert.

Die sich mit rasender Geschwindigkeit überstürzenden Ereignisse der letzten Wochen konnten — wie ich Euer Exzellenz mit meiner heutigen Relation Lit. A zu berichten mir erlaube — nicht verfehlen, auf die an und für sich sehr empfindsame russische Volksseele mächtig zu wirken. Vor und beim Ausbruche des Krieges war Besorgnis hierzulande die note

dominante: Besorgnis der öffentlichen Meinung wegen der Haltung Österreich-Ungarns, Besorgnis der Regierung durch Niederlagen der Balkanvölker zu einer unerwünschten Intervention gezwungen zu werden. Hiebei trat sofort die Sympathie für die Balkanslaven in Aktion und wurde ihre Sache von allen slavischen Vereinen Russlands zur eigenen gemacht. Als nun die Hetze und das Misstrauen gegen Österreich-Ungarn einen fast gefährlichen Punkt erreichten, fand sich die Regierung bestimmt derselben in der Presse entgegenzutreten. Dies und noch viel mehr das Ausbleiben des erwarteten Einmarsches der k. u. k. Truppen in den Sandschak, bewirkten eine erhebliche Detente in der Agitation gegen die Monarchie. Letztere erfreuliche Erscheinung war besonders in den Tagen zu bemerken, wo die Wiener und Budapester Presse der brillanten Siege der Verbündeten mit Sympathie gedachten. Die hiesige chauvinistische Presse wusste nicht, was dazu zu sagen und konnte nur die russische Diplomatie beschuldigen, sie habe Österreich-Ungarn le beau rôle durch Ungeschicklichkeit überlassen. Man tröstete sich damit, dass man die Erfolge der Balkanbrüder für das Zarenreich vindizierte. Dieselben liefern den Beweis der Überlegenheit des russischen Unteroffiziers über den den Türken als Lehrmeister dienenden deutschen Offizier. Dieser Seelenzustand dauert fort und hat das russische Selbstbewusstsein merklich gehoben. Siege und Wünsche der Balkanslaven werden zu eigen[a] gemacht. Hiefür liefern die zahlreichen Sitzungen der slavischen Gesellschaften, Feste, Zusammenkünfte etc., wo manchmal der Monarchie und Deutschlands in den stärksten Ausdrücken gedacht wird, einen eklatanten Beweis. Ist diese Stimmung uns schon an und für sich nicht hold, so erhält sie eine noch gefährlichere Nahrung durch die bisher noch in unbestimmter Form verbreitete Nachricht, die Monarchie wolle Serbien einen Adria-Hafen nicht zugeben. Instinktiv fühlt dabei die öffentliche Meinung, dass die Regierung in dieser Beziehung — was beim Ausbruch des Krieges vielfach nicht der Fall war — mit ihr eins ist. Dieses Gefühl wirkt auf sie ermunternd und andererseits wirkt die öffentliche Meinung wieder auf die Regierung. Herr Sazonow liess mir gegenüber neulich ziemlich klar durchblicken, dass er sich nun gegen einen Einmarsch der Bulgaren in Konstantinopel nicht widersetzen würde. Unter solchen Umständen erscheint es mir klar, dass, wenn nun die k. u. k. Diplomatie in logischer Weise zum nächsten Schritte in ihrer Politik, Serbien vom Adriatischen Meere fernzuhalten, schreiten wird, — oder wenn diese Absicht nur bekannt sein wird — dies einen Sturm der Entrüstung gegen die Monarchie in der russischen öffentlichen Meinung auslösen wird. Es wird sich dann zeigen, ob die kaiserliche Regierung dieser Tendenz wieder entgegentreten wird, oder ob sie nicht vielmehr dieselbe zur Grundlage ihrer weiteren Politik Österreich-Ungarn gegenüber nehmen wird. Thurn.

[a] So!

Unterredung mit dem bulgarischen Kammerpräsidenten Danew, 9. Nov. 1912. Siehe n. 4362.

Nr. 4348. Tel. aus Sofia, 9. Nov. 1912 Nr. 328 (eing. 4 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Mein russischer Kollege hat mich schon gestern abends gefragt, ob keine Instruktion betreffend Mediation erhalten hätte. Er habe Auftrag — si omnes — bulgarische Regierung fragen, unter welchen Bedingungen Mediation annehmen würde. Bis heute Früh waren übrige Vertreter Grossmächte noch ohne Instruktion. Streng vertraulich. Erfahre ganz sicher, russischer Gesandter hat unoffiziell Regierung aufmerksam gemacht, dass Einmarsch Bulgaren in Konstantinopel vorhandene gute Stimmung Europas für Bulgarien ungünstig beeinflussen würde. Gleichlautend Budapest.

Tarnowski.

[a] Vgl. n. 4364.

Nr. 4349. Tel. aus Sofia, 9. Nov. 1912 Nr. 330 (eing. 10. Nov. 11 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Ich erfahre aus sicherer Quelle, hiesiger serbischer Gesandter spricht mit grösster Animosität von uns und meint, Serbien werde, ob es Österreich-Ungarn und Italien passe oder nicht, Hafen an Adria bekommen; hinter Serbien stünden Balkanstaaten und Russland und, wenn Österreich-Ungarn opponiere, werde Serbien vor Krieg nicht zurückschrecken. Italienischer Kollege fürchtet, diese Frage sei sehr heikel, da, wie er aus Rom wisse, Russland serbischen Standpunkt zu seinigem mache. Italienische Regierung sei diesbezüglich eines Sinnes mit Österreich-Ungarn, wenn auch Frage weniger vital für Italien als für uns.

Tarnowski.

[a] Vgl. n. 4395.

Nr. 4350. Tel. aus Belgrad, 10. Nov. 1912 Nr. 186 (eing. 6 U. 45 M. p. m.). Entziff.

... Vorbericht wie n. 4353. ...

Nr. 4351. Tel. aus Belgrad, 10. Nov. 1912 Nr. 187 (eing. 11. Nov. 11 U. 30 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Ich hatte heute nachmittags eine einstündige Unterredung mit Herrn Pašić, und ich habe mich genau im Sinne des erhaltenen mündlichen und telegraphischen Auftrages[b] ausgesprochen. Der Herr Ministerpräsident nahm meine Mitteilungen dankend zur Kenntnis und ersuchte mich nachdrücklichst, Euer Exzellenz seine tiefste Dankbarkeit für die zahlreichen Beweise uneigennützigen Wohlwollens Serbien gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Serbien werde nie vergessen, dass Euer Exzellenz als erster die Erklärung öffentlich abgegeben haben, der territorialen Erweiterung der Balkanstaaten nicht im Wege stehen zu wollen. Er hofft, dass sich die politischen Beziehungen zur Monarchie sehr günstig gestalten werden. Eine wirtschaftliche Annäherung sei auch im Interesse Serbiens; die serbische Regierung werde alles aufbieten, damit sowohl kommerzielle wie auch die Verkehrsinteressen der Monarchie die weitgehendste Berücksichtigung finden. Nur der Hinweis darauf, dass Serbien sich bei seinen

territorialen Erwerbungen an seine ethnographischen Grenzen halten müsse, erfülle ihn mit grösster Besorgnis. Serbien könne auf einen Hafen am Adriatischen Meere absolut nicht verzichten, dies sei für es eine Existenzbedingung. Wenn er selbst als besonnener Staatsmann diese Einschränkung annehmen wollte, würde ihn der Volkswille einfach wegfegen. Das Militär könne bestimmt nicht mehr bewogen werden, darauf Verzicht zu leisten. Er wende sich als der schwache Nachbar bittend zur mächtigen Monarchie, dass der gegebenen Situation Rechnung getragen und durch diesen letzten Akt hochherzigen Entgegenkommens die Basis zu einem dauernden, ungestörten guten Einvernehmen gelegt werde. Der Balkan würde nie zur Ruhe kommen, wenn Albanien ein selbständiges Staatengebilde formen würde. Die staatlichen und wirtschaftlichen Interessen erfordern mit zwingender Notwendigkeit, dass Serbien zum Meer gelange. Als ich ihn auf die bosnische Transversalbahn, ferner auf eine eventuelle Bahn durch den Sandschak und Montenegro und auf den möglichen Ausbau der Donau-Adriabahn verwies, erklärte er, dass dieselben Serbien ebenso wenig befriedigen können, wie ein Hafen am Ägäischen Meere, wogegen die verbündeten Staaten selbst Einsprache erheben würden. Ich erklärte ihm, dass Serbien sich an das von ihm aufgestellte Programm ethnographischer Abgrenzung halten müsse und wir die Zerstückelung Albaniens unter keiner Bedingung zugeben könnten. Ich versprach seine diesbezügliche dringende Bitte Euer Exzellenz zu übermitteln, fügte aber hinzu, dass er sich keinen Illusionen hingeben dürfe, dass dieselbe Euer Exzellenz umstimmen könnte. Ich glaube, fügte ich hinzu, dass der von mir präzisierte Standpunkt unabänderlich sei. Schliesslich sagte Herr Pašić, er werde sofort die verbündeten Regierungen und auch den König von meinen Mitteilungen in Kenntnis setzen. Er werde wahrscheinlich schon morgen ins Hauptquartier reisen und würde erst nach mehreren Tagen die Konversation mit mir wiederaufnehmen können. Er wolle aber nochmals betonen, dass er bestimmt annehme, dass Serbien auf seiner Forderung bestehen müsse. Der Herr Ministerpräsident war sichtlich bemüht, in seinen Ausführungen alles zu vermeiden, was uns unangenehm berühren könnte. Gleichlautend Budapest. Ugron.

[a]) Oe. U. Balkan 50 Nr. 87. Vgl. n. 4476, 4573. — [b]) Vgl. n. 4317.

Nr. 4352. Tel. aus Belgrad, 10. Nov. 1912 Nr. 188 (eing. 11. Nov. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Der italienische Geschäftsträger hat vor einigen Tagen Herrn Pašić aufgesucht und im Namen seiner Regierung erklärt, dass Italien die Erwerbung eines adriatischen Hafens durch Serbien keinesfalls zugeben werde. Der Ministerpräsident nahm diese Erklärung sehr ungehalten entgegen und erwiderte ganz erregt: „Jamais, à aucun prix nous ne renoncerons à notre projet et nous avons tous les Etats balkaniques derrière nous." Sein Benehmen zeigte unvergleichlich weniger Entgegenkommen als mir gegenüber und seine Sprache war viel intransigenter. Herr von Hartwig suchte auf den italienischen Geschäftsträger einzuwirken, damit sich dieser in Rom verwende, dass den Ansprüchen Serbiens Rechnung getragen werde. Es scheint sehr

wahrscheinlich, dass die Idee des Adriahafens durch den russischen Gesandten suggeriert wurde. Gleichlautend Budapest. Ugron.

[a] Vgl. n. 4387, 4463.

Nr. 4353. Bericht aus Belgrad, 10. Nov. 1912 Nr. 129 A (eing. 12. Nov.) Ausfert.

Streng vertraulich. Ich habe bereits heute telegrafisch[a] Euer Exzellenz über einen Besuch des kaiserlich russischen Militärattachés Oberst Artamanoff beim kaiserlich deutschen Gesandten Baron Griesinger Meldung zu erstatten die Ehre gehabt. Diesem Besuch ist der symptomatische und tendenziöse Charakter wohl nicht abzusprechen. Die Beziehungen des russischen Militärattachés zu meinem deutschen Kollegen sind sehr oberflächlicher Natur, so dass ein längerer Besuch an und für sich als etwas seltenes bezeichnet werden muss. Diesmal suchte Herr Artamanoff denselben auffallend in die Länge zu ziehen und man merkte ihm an, dass er eine bestimmte Angelegenheit aufs Tapet bringen wolle. Er rückte schliesslich auch damit heraus und apostrophierte Baron Griesinger direkt, was er über einen Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Russland halte. Als der deutsche Gesandte auf diese Frage nicht recht eingehen wollte, fing er selbst an unsere militärische Lage einer recht unfreundlichen Kritik zu unterziehen und machte die in meiner Depesche bereits einberichteten abfälligen Bemerkungen.[b] Baron Griesinger hörte ruhig zu und schloss die Konversation mit der Bemerkung: Faites seulement attention que vos informations ne vous trompent pas, cela pourrait vous couter cher. Diese ganze Unterredung hat insoweit eine Bedeutung, da es mit Bestimmtheit anzunehmen ist, dass Oberst Artamanoff im direkten Auftrag des Herrn von Hartwig — dessen persönliche Beziehungen zu Baron Griesinger sehr kalt sind — den Besuch gemacht und die Frage aufgeworfen hat. Es ist auch anzunehmen, dass Herr von Hartwig nicht nur in diplomatischen Kreisen aber noch viel mehr bei den Serben unsere Armee einer solchen unfreundlichen Kritik unterzieht und dadurch den Beweis zu erbringen sucht, dass sich die Serben vor unseren eventuellen kriegerischen Drohungen nicht zu fürchten brauchen. Dass er dabei mehr oder weniger offen die russische Unterstützung in Aussicht stellt, möchte ich mit Bestimmtheit annehmen und diesem Umstande dürfte man auch zuschreiben müssen, dass die Serben wieder seit einigen Tagen anfangen eine provokatorischere Haltung einnehmen zu wollen und ihre Forderung nach dem Zugang zur Adria immer lauter und bestimmter betonen. Herr von Hartwig scheint seinem Prinzipe treu zu bleiben, ohne Rücksicht auf die Stimmung des offiziellen Russland, im Geheimen unentwegt seine gegen die Monarchie gerichteten Wege weiterwandeln zu wollen. In dem gegenwärtigen Momente kann sein Intriguenspiel uns sehr unangenehm werden. Ugron.

[a] Vgl. n. 4350. — [b] „Die Artillerie sei veraltet, seit 20 Jahren seien keine modernen Anschaffungen gemacht worden. Die Kadres seien unvollständig und schwer auffüllbar, da alles in Umbildung begriffen ist. Die Monarchie solle sich derzeit hüten vor einem Kriege."

Nr. 4354. Bericht aus Belgrad, 10. Nov. 1912 Nr. 129 B (eing. 12. Nov.). Ausfert.

In der gestrigen „Samouprava" ist ein Leitartikel veröffentlicht worden, der besondere Beachtung verdient, da er eine Art programmatische Erklärung der königlich serbischen Regierung zu enthalten scheint. Es wird daselbst behauptet, dass alle Grossmächte mit sympathischem Interesse die Waffenerfolge Serbiens verfolgen und nur Österreich-Ungarn mache eine Ausnahme. Unsere Presse nehme Stellung gegen die Erwerbung eines Hafens am adriatischen Meere, verlange wirtschaftliche Garantien und ereifere sich für die Autonomie Albaniens. Alle diese Forderungen können durch Serbien nicht akzeptiert werden. Nicht die Haltung Serbiens, sondern vielmehr die bis jetzt verfolgte verfehlte Politik der Monarchie dem kleinen Nachbarstaate gegenüber sei die Ursache gewesen, dass das gegenwärtige Verhältnis so viel zu wünschen übrig gelassen hat. Es gibt allerdings einzelne Organe, so zum Beispiel der österreichische „Volkswirt", dessen gute Dispositionen für Serbien hier anerkannt und gewürdigt werden, aber die massgebenden Blätter, wie das „Fremdenblatt", der „Pester Lloyd", die „Reichspost" und das „Neue Wiener Tagblatt" verfolgen Tendenzen, welche Serbien beängstigen müssen. Das Verlangen der Monarchie nach politischen und wirtschaftlichen Garantien seitens Serbiens muss den Verdacht erregen, dass man etwas gegen die Selbständigkeit des Landes im Schilde führt. Die Postulate werden nicht näher präzisiert, in ihrer Allgemeinheit erscheinen sie für die Fernerstehenden ganz belanglos, während die Näherinteressierten darin grosse Gefahren erblicken. Die österreichisch-ungarische Journalistik scheint auf die alten Abmachungen zu Zeiten König Milans zurückgreifen zu wollen, von denselben soll sogar Piročanac selbst seiner Zeit gesagt haben, sie würden zwischen der Monarchie und Serbien ein Verhältnis schaffen wie zwischen Frankreich und Tunis. Der Artikel bespricht in 5 Punkten die Grundprinzipien, welche angeblich die österreichisch-ungarische Monarchie bei der Beurteilung der serbischen Politik leiten. 1) Österreich-Ungarn verlangt freien Zutritt zum Meere, wogegen Serbien natürlich keine Einwendung erheben kann. Übrigens besitzen beide Reichshälften eine Küste und wenn sie zum aegäischen Meere kommen wollen, so steht ihnen der Weg Wien-Budapest-Belgrad-Salonik frei, der kürzer und besser ist wie jener, der durch den Sandjak führen würde. Warum verlangt Österreich-Ungarn für diesen Weg spezielle Garantien? Dieser Weg steht allen Staaten offen und Serbien verfolge das Prinzip der „offenen Türen". Serbien wisse wohl, dass Österreich-Ungarn es auf eine wirtschaftliche Präponderanz abgesehen habe und das hat hier sehr schlechten Eindruck gemacht. 2) Da Serbien das Recht des freien Zuganges zum Meer für Österreich-Ungarn anerkennt, würde es auch für sich dasselbe beanspruchen. Warum will Österreich-Ungarn dieses Recht nicht anerkennen? Dieser Zugang sei eine Lebensfrage für Serbien, von der es nicht mehr abstehen könne. Die Erklärung für die Weigerung Österreich-Ungarns ist nur darin zu finden, dass es Serbien auch in politische Abhängigkeit von sich bringen will. Das Interesse für Albanien sei nur fiktiv und birgt versteckte gegen Serbien gerichtete Tendenzen, und deshalb müssen

sie besonders auf der Hut sein. 3) Österreich-Ungarn wünsche ein autonomes Albanien, weil es sich in dieser Frage in direktem Gegensatz zu Italien befindet und befürchtet, dass Italien selbst die Hand nach diesem Gebiet ausstrecken könnte, ein autonomes Albanien sei aber ein Ding der Unmöglichkeit und würde den Balkan nie zu Ruhe kommen lassen. 4) Österreich-Ungarn geht auf die Einbeziehung Serbiens in eine Zollunion aus, dies ist heute unmöglich und wird es wahrscheinlich noch lange bleiben. Die Zollunion müsste Serbien in politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von der Monarchie führen. 5) Die öffentliche Meinung in Österreich-Ungarn glaubt, dass hinter Serbien immer Russland steckt; das sei aber nicht richtig, Serbien will ganz selbständig sein, selbst Russland gegenüber. — Der Artikel schliesst mit der Versicherung, dass Serbien zu jedem Übereinkommen mit uns gut disponiert sei, das seine politische und wirtschaftliche Selbständigkeit berücksichtigt. Auf aufrichtige Freundschaft seitens der Monarchie werde Serbien immer mit gleichen Gefühlen antworten. Ugron.

Nr. 4355. Tel. nach Cetinje; Budapest, 10. Nov. 1912 Nr. 3 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Die von Euer Hochwohlgeboren unter dem 6. l. M.[b] telegraphisch einberichtete Besetzung Alessios und San Giovanni di Medua durch montenegrinische Truppen wäre einer mir zugekommenen Nachricht zufolge als eine zugunsten Serbiens unternommene Aktion anzusehen. Wie dem auch sei, wollen Euer Hochwohlgeboren König Nikolaus in meinem Namen darauf aufmerksam machen, daß wir die montenegrinischen Kriegsoperationen in keiner Weise stören wollen, daß aber eine dauernde Besitzergreifung der albanesischen Küste durch Montenegro oder Serbien mit der von uns ins Auge gefaßten Schaffung eines autonomen Albaniens nicht in Einklang zu bringen wäre. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 49 Nr. 84. Vgl. n. 4360, 4386, 4401, 4402, 4648. — [b] Mit Tel. ohne Nr., 6. Nov. 1912 (eing. 1 U. 30 M. p. m.), wurde aus Cetinje die Besetzung von Alessio und San Giovanni di Medua am 5. Nov. durch montenegrinische Truppen gemeldet.

Tel. nach London; Budapest, 10. Nov. 1912 Nr. 3 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 4359.

Nr. 4356. Tagesbericht über einen Besuch des französischen Botschafters, 10. Nov. 1912. Konz. (S. Matscheko; V. und G. Szápáry).

Der französische Botschafter hat heute hieramts neuerdings vorgesprochen, um die Antwort der k. und k. Regierung auf die am 6. d. M. gestellte Anfrage Herrn Poincarés[a] betreffend die Stellungnahme des k. und k. Kabinets zu dem letzten türkischen Mediationsansuchen einzuholen. Konform mit dem Tenor des Telegrammes ddo. Budapest, 9. d. M. Nr. 3 nach Paris, wurde dem Herrn Botschafter erwidert, daß das Wiener Kabinet

die Erzielung eines Einverständnisses der Mächte für notwendig erachte, daß es jedoch an und für sich gegen eine Anfrage an die Kriegführenden hinsichtlich der Mediation kein Bedenken trage. Es schiene jedoch wünschenswert, daß diese Anfrage der Mächte zwar gleichlautend, aber nicht kollektiv erfolge und daß hiebei der Eindruck einer Pression vermieden werde.

[a]) Vgl. n. 4296.

Nr. 4357. Tel. aus Paris, 10. Nov. 1912 Nr. 137 (eing. 11. Nov. 8. U. a. m.). Entziff.

In heutigen massgebenden Regierungsblättern ist relativ freundlichere Sprache für uns zu konstatieren, was offenbar auf mot d'ordre des Quai d'Orsay zurückzuführen. Berechtigung unserer Interessen am Balkan wird anerkannt, auch wird zugegeben, dass albanesische Ansprüche auf Autonomie nicht ungerechtfertigt. Hinsichtlich des serbischen Adriahafens werden vornehmlich serbische Handelsinteressen betont und Hoffnung ausgesprochen, dass Frage im Wege gegenseitiger Konzessionen geregelt werden könne. Hiezu sei vor Allem Zeit nötig und deshalb hofft man hier, dass kein fait accompli geschaffen wird. Serbien steht im Kriegszustand mit der Türkei und hat daher unbestreitbar das Recht, jedwedes türkische Territorium, also auch Adriahafen zu besetzen, woraus noch gar nicht folgt, dass es selben bei dem Friedensschlusse behalten muss. Indessen aktives militärisches Eingreifen Österreich-Ungarns, um die serbische Besetzung Albaniens und der Häfen zu hintertreiben, wäre eine Verletzung der Neutralität und dürfte Einschreiten anderer Mächte zur Folge haben. Herr Poincaré hat sich in ähnlichem Sinne, aber lange nicht so eingehend, Herrn von Schoen gegenüber geäussert. In einzelnen Blättern kommt auch zum Ausdruck, dass die serbische Hafenfrage im allgemeinen, ganz speziell aber für Frankreich nicht genug Wichtigkeit besitzt, einen europäischen Krieg zu rechtfertigen. Gleichlautend Budapest. Szécsen.

Nr. 4358. Tel. aus Paris, 10. Nov. 1912 Nr. 138 (eing. 11. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Der Euer Exzellenz aus Petersburg bekannte Herr Davidoff weilt derzeit angeblich in finanziellen Angelegenheiten in Paris. Er soll aber auch beauftragt sein, auf Herrn Iswolsky beruhigend einzuwirken. Wie mir Dr. Stein, Herausgeber von „Nord und Süd", der mit Davidoff sehr befreundet ist, vertraulich mitteilte, hat Herr Davidoff dem russischen Botschafter gesagt, man wolle in Petersburg keine serbische und auch keine Gefühlspolitik machen, sondern nur russische Realpolitik. Sowohl Herr Sazonow als auch Kokowzow seien entschieden friedlich gesinnt und geniessen das volle Vertrauen des Zaren. Herr Poincaré soll von diesem Schritte Herrn Davidoffs bereits informiert sein. Ich war bisher nicht in der Lage, diese Nachrichten anderweitig zu kontrollieren. Gleichlautend Budapest. Szécsen.

Nr. 4359. Tel. nach Rom Nr. 6 (1) und London Nr. 3 (2); Budapest, 10. Nov. 1912 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

1. Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 3 vom 8. l. M.

2. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 103 und 104[b] vom 5., beziehungsweise 7. l. M.

1.—2. Zu der Frage einer territorialen Ausdehnung Serbiens durch Albanien bis an die Adria bemerke ich, daß mir dieselbe nicht berechtigt erscheint und eine solche überdies ... *wie n. 4326 von „nur auf Kosten anderer legitimer Interessen" bis „Couloir zuerkannt werde"* ... Gegen die Ausbreitung Serbiens bis an die Adria spricht auch vom Standpunkte der so wünschenswerten Herstellung stabiler Verhältnisse am Balkan die Konsideration, daß ... *wie n. 4326 von „in der künstlichen Konstruktion eines engen serbischen Couloirs" bis „in sich bergen würde"* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulichen Information und Regelung Ihrer Sprache

1. Marquis di San Giuliano
2. Sir E. Grey
1. und 2. gegenüber. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4370. — [b]) Vgl. n. 4321 Anm. b.

Nr. 4360. Tel. nach Rom; Budapest, 10. Nov. 1912 Nr. 8 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 3 vom 8. l. M. Ich telegraphiere unter einem an Freiherrn von Giesl wie folgt: ... *mit stilistischen Änderungen wie n. 4355 von „Euer Hochwohlgeboren wollen" bis Schluß* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlicher Information und streng vertraulichen Mitteilung bei der dortigen Regierung, wobei Euer Exzellenz hinzufügen wollen, daß ich es begrüßen würde, wenn sich die italienische Regierung in demselben Sinne in Cetinje vernehmen lassen wollte. Euer Exzellenz könnten hiebei durchblicken lassen, daß diese Sprache mit der Besetzung von San Giovanni di Medua und Alessio im Zusammenhange steht, daß aber unserseits gegen eine anderweitige Vergrößerung Montenegros kein Widerspruch beabsichtigt ist. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4388.

Nr. 4361. Tel. aus St. Petersburg, 10. Nov. 1912 Nr. 221 (eing. 11. Nov. 11 U. 30 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Ich habe heute Herrn Sazonow im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes vom 10. d. Mts. Nr. 6 gesprochen. Ich fand auch ihn ruhig und verhältnismässig konziliant, wenngleich er sich noch nicht so weit wie Herr Kokowzow mit dem Gedanken abgefunden zu haben scheint, dass Serbien doch nicht an die Adria kommen solle. Er wiederholte seine früheren Argumente und wies auf seine schwierige Stellung der öffentlichen Meinung gegenüber hin. Als ich erwähnte, der Ministerpräsident habe mir als ein seiner Meinung nach mögliches Kompromiss die Gewährung ähnlicher Vorteile für Serbien auf einer zu erbauenden Adriabahn und in korrespondierendem Hafen

angeregt, wie wir sie für uns dem ägäischen Meer zu anstreben, gab Herr Sazonow, wenn auch widerstrebend, zu, dass auf diesem Wege vielleicht eine Lösung gefunden werden könnte, doch werde es schwer sein, dies Serbien mundgerecht zu machen. Ich erwiderte, dass ich hiezu gerade auf seine Mitwirkung rechne, da Serbien hiemit wirklich alles erlangen würde, was es billigerweise anstreben könne. Übrigens wäre eine solche Einwirkung umso nützlicher, als man in Belgrad alles Mass verloren zu haben scheint, wie aus der eigentümlichen Sprache des serbischen Geschäftsträgers in Berlin hervorgehe. Herr Sazonow antwortete ganz ähnlich, wie er es gestern meinem deutschen Kollegen[b]) gegenüber getan und fügte hinzu, Russland habe eigene Botschafter und es haben daher serbische Diplomaten kein Recht, in seinem Namen zu sprechen; es sei auch bereits ein Telegramm nach Belgrad abgegangen, über das man sich dort nicht freuen werde. Herr Sazonow sagte mir schliesslich zu, bei der serbischen Regierung seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass diese sich mit einem rein wirtschaftlichen Ausgang zur Adria, in dem Sinne, wie Herr Kokowzow es angeregt, begnüge; es werde aber nicht leicht sein, eine solche Lösung dort und insbesonders hier der Öffentlichkeit mundgerecht zu machen. Auch von unserem Standpunkte sei dies seiner Überzeugung nach kein glücklicher Ausweg. Croyez moi, vous faites une grande faute, en vous opposant au désir des Serbes qu'ils considèrent à tort ou à raison comme d'un intérêt vital." Zum Schluss meinte der Herr Minister, es sei jetzt die Hauptsache, die Ruhe zu bewahren; auch sollte diese Frage nicht von dem Komplex der übrigen, von den Mächten einverständlich zu regelnden getrennt werden. Sehr wichtig wäre auch, dass unserseits in dem jetzigen Stadium nichts unternommen werde, um Serbien mit Gewalt entgegenzutreten, weil dies die Sache ungemein komplizieren würde. Wäre es aber, so schloss Herr Sazonow, nicht vielleicht doch möglich, den Adriahafen zuzugestehen, unter der Bedingung, dass er nicht befestigt und dass Serbien keine Kriegsflotte halten dürfe? Ich machte ihm aber keine Hoffnung, dass dies unserseits angenommen werden könne, da auch hiedurch die meisten Bedenken nicht beseitigt würden. Gleichlautend Budapest. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4375, 4406 Anm. c, 4426, 4483, 4550. — [b]) Vgl. n. 4345.

Nr. 4362. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem bulgarischen Kammerpräsidenten Danew; Budapest, 10. Nov. 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; V. Berchtold).

In einer nahezu zweistündigen Unterredung, welche ich am gestrigen Tage mit dem bulgarischen Kammerpräsidenten hatte, ist derselbe nach einigen einleitenden Phrasen der Frage der rumänischen Kompensationsansprüche nähergetreten, welche er sehr eingehend und breitspurig behandelte. Mein Mitredner war sichtlich bemüht mich zu überzeugen, dass Rumänien ein Recht nach einer territorialen Kompensation nicht zustehe, dass die Erfüllung seines diesfälligen Wunsches ein übergrosses bulgarisches Opfer voraussetze und dass er hoffe, Österreich-Ungarn und die anderen Mächte werden einsehen, dass es Bulgarien schwer fallen würde, ein seit Jahrzehnten

von Bulgaren bewohntes und kultiviertes Gebiet nach einem siegreichen Kriege sich sozusagen aus dem Leibe zu schneiden und weg zu geben. In ersterer Hinsicht wies Herr Danew unter anderem darauf hin, dass Rumänien noch vor Kriegsausbruch von Bulgarien aufgefordert worden sei, sich an dem Kampfe gegen die Türkei zu beteiligen. Rumänien habe diese Aufforderung abgelehnt und sich damit die Gelegenheit, begründete Ansprüche nach Beendigung des Krieges zu erheben, entgehen lassen. Auch nach erfolgter Kriegserklärung habe Rumänien nichts mehr von sich hören lassen. Sein passives Verhalten allein könne aber bei der Schlussabrechnung nicht in die Wagschale geworfen werden. Es könne doch nicht als ein Verdienst angesehen werden, dass Rumänien sich enthalten habe, den für die Freiheit der unterdrückten christlichen Brüder kämpfenden Staaten nicht in den Rücken gefallen zu sein! Hiebei wäre auch noch zu erwägen, ob Rumänien nicht andere Gründe gehabt habe, die Zuschauerrolle zu wählen, für welche es sich nun bezahlt machen wolle. Indessen stehe für Rumänien der Weg auch heute noch offen, das Versäumte wieder gut zu machen. Die einzige Möglichkeit, sich ein Recht auf Kompensation zu erwerben, bestände darin, dass Rumänien durch eine erfolgreiche Vermittlung und Herbeiführung des Friedens bei dessen Abschlusse sich einen Vorteil zusichern liesse. Durch eine erfolgreiche Vermittlung könnten Bulgarien schwere Opfer erspart bleiben; denn mit solchen müsste wohl noch gerechnet werden, wenn die Türkei — wie anzunehmen — sich zum Friedensschlusse nicht entschliesse und der Vormarsch nach Konstantinopel zur Notwendigkeit würde. Der Kammerpräsident kam nun auf Konstantinopel zu reden und sprach von den grossen Schwierigkeiten, die noch zu überwinden wären; die Einnahme der Tschataldschalinie könnte Bulgarien noch an 20.000 Mann kosten; er wies sodann auf die weiteren Folgen hin, auf die zu erwartenden Gemetzel und die zahllosen Menschenleben, die geopfert werden müssten. Dies zu verhindern, sei nicht allein das Interesse Bulgariens, sondern jenes der ganzen zivilisierten Menschheit. Ein rascher Friedensschluss, den Bulgarien, welches die Besetzung Konstantinopels gar nicht anstrebe, lebhaft wünsche, sei überdies auch im eigenen Interesse der Monarchie gelegen, da mit jedem weiteren Tage die Verbündeten in der Besetzung albanesischen Gebietes weitere Fortschritte machen. Die Wiederherausgabe eines bereits in Besitz genommenen Gebietes werde aber gewiss mit grösseren Schwierigkeiten verbunden sein, da ein solches Vorgehen der öffentlichen Meinung nicht leicht verständlich gemacht werden könnte. Österreich-Ungarn sollte mit den anderen Mächten auf die Türkei einwirken, dass sie sich zu einem Waffenstillstand entschliesse. Die Tschadaldscha-Linie müsste den Bulgaren überlassen bleiben, bulgarischer- und türkischerseits sollten Truppen zurückbleiben im Ausmaasse von je 20.000 Mann, den belagerten Festungen (Skutari u. Adrianopel) dürfte weitere Proviantzufuhr entzogen und Truppennachschübe aus Kleinasien müssten unter Garantie der Mächte eingestellt werden. Zu einem Friedensschlusse, bei welchem die europäische Türkei nahezu vollständig aufgetheilt werden müsste, würde sich die Pforte nie bereit finden. Es schiene daher auch hiefür die Intervention der Mächte notwendig. Auf unser Verhältnis zu Serbien

übergehend, meinte mein Mitredner, dass letzteres sicher ein grosses Interesse daran habe, dies möglichst freundschaftlich zu gestalten. In Serbien ebensowie in Bulgarien sei nach dem siegreichen Feldzuge und dem bedeutenden Landerwerb ein immenser wirtschaftlicher Aufschwung zu erwarten und bei dem grossen Handelsverkehr, der sich in der Folge zwischen diesen beiden Staaten und der Monarchie entwickeln könnte, läge es im beiderseitigen Interesse, der Monarchie wie Bulgariens und Serbiens, dass die Beziehungen die möglichst besten seien. Bulgarien müsse in politischer Beziehung mit Russland rechnen; ökonomische Verbindungen habe es aber mit demselben nicht; in dieser Hinsicht solle Österreich-Ungarn der erste Platz eingeräumt bleiben und werde das Königreich auf die Wünsche und Interessen Österreich-Ungarns Rücksicht nehmen, wobei Herr Danew beispielsweise die Bahnverbindung mit Cavalla und die Schaffung eines Freihafens in Salonik erwähnte. Der Kammerpräsident kam sodann speziell auf Serbien zu sprechen und schickte die Bemerkung voraus, dass von einer Zollunion zwischen den vier Balkanstaaten keine Rede sei, die Abmachungen derselben unter einander bezögen sich lediglich auf den gegenwärtigen Accord. Was Serbien betrifft, habe es nur die Wahl eines engen Anschlusses an Bulgarien oder eines solchen an die Monarchie; wenn es sich aber widerspenstig zeigen wolle — et les Serbes sont capables de tout — dann würden wohl wir ebensowenig wie Bulgarien auf sie Rücksicht zu nehmen Anlass haben. Die Prätentionen Serbiens scheinen Herrn Danew etwas allzu weitgehende zu sein. Dessenungeachtet kam er — offenbar um eine pro foro interno nicht sympathische Pflicht in korrekter Weise zu erfüllen — wiederholt auf den serbischen Wunsch nach einem Adriahafen zurück, jedesmal an unsere Grossmut appellierend. Dies hinderte meinen Mitredner aber nicht, alle meine Gegeneinwürfe als richtig anzuerkennen. Herr Danew ging hiebei so weit, dass er schliesslich bemerkte, er halte den Wunsch der Serben, die er „enfants" nannte, für sehr unpraktisch, da sie sich ein Gebiet inkorporieren wollten, in welchem wir ein Kultusprotektorat ausüben, welches uns in der Zukunft eine Handhabe zur Einmischung in interne Angelegenheiten des Königreiches bieten würde, was für Serbien gewiss von keinem Vorteile werde sein können. Über die Ansprüche Griechenlands, besonders Salonik betreffend, sprach sich der Kammerpräsident dahin aus, dass diese Forderung in keinem Verhältnisse zu den Kriegsleistungen stehe. Die Griechen seien einer Gesamtzahl von bloss 15.000 Türken gegenübergestanden und hätten im ganzen Feldzuge nicht so viel Verluste erlitten als Bulgarien in einer einzigen Schlacht. Sie hätten Salonik genommen, aber dort überhaupt keinen Gegner gefunden; die bulgarischen Truppen stünden auf zwei Tagesmärschen von dieser Hafenstadt, deren Umgebung übrigens von Bulgaren bewohnt sei. Aus den Ausführungen Herrn Danews war deutlich zu entnehmen, dass die Allianz mit Serbien und Griechenland nicht frei von Schlacken sei und Bulgarien sich die präponderierende Stellung am Balkan sichern wolle. Hinsichtlich des Verhältnisses zu unserer Monarchie war der Kammerpräsident sichtlich bemüht, die hohe Wichtigkeit eines auf dauernder solider Grundlage aufruhenden Freundschaftsverhältnisses zu betonen, welches mit einer rationellen Handels-

politik Hand in Hand zu gehen hätte. Ob der bulgarische Staatsmann auch ein diplomatisches Tauschgeschäft in indirekter Weise anbieten wollte: Verzicht unserseits auf das Verlangen nach einer Kompensation für Rumänien gegen Preisgabe der serbischen Adria-Wünsche seitens Bulgariens — muss bis auf weiteres dahingestellt bleiben.

[a]) Vgl. n. 4312, 4314, 4363, 4378, 4596 Anm. b.

Nr. 4363. Notiz über eine Unterredung des Gesandten Rudolf Pogatscher mit dem bulgarischen Kammerpräsidenten Danew; Budapest, 10. Nov. 1912.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine).

In einer längeren Unterredung, die ich heute mit Herrn Danew hatte, sprach sich derselbe im allgemeinen ähnlich aus wie gegenüber Seiner Exzellenz dem Herrn Minister. Nachstehend sind nur die Punkte berührt, in welchen der Herr Kammerpräsident jene Ausführungen ergänzt oder in welchen er seine Ansicht präziser formuliert hat. In der Mediationsfrage ging Herr Danew davon aus, dass die Pforte auch nach weiteren Niederlagen einen Friedensschluss, welcher den Verlust fast ihrer gesamten europäischen Provinzen involvierte, nicht unterzeichnen würde, wenn sie sich nicht gegenüber der mohammedanischen Welt auf einen Druck seitens der Grossmächte ausreden könnte. Eine Intervention der Mächte in diesem Sinne scheine ihm daher früher oder später unumgänglich. Wenn heute infolge des türkischen Mediationsansuchens an Bulgarien seitens der Mächte eine Anfrage wegen Einstellung der Feindseligkeiten erfolgen würde, so glaube er, dass Bulgarien nicht ablehnen, wohl aber militärische Bedingungen stellen werde, (Räumung der Tschataldscha-Linie, Einstellung der Truppentransporte aus Anatolien, Verhinderung jeder Zufuhr nach Adrianopel). Bei dieser Gelegenheit sagte Herr Danew, Adrianopel sei une épine dans notre chair, Bulgarien müsste jedenfalls auf den definitiven Besitz Adrianopels bestehen. Er wisse nicht, ob es vom militärischen Standpunkte notwendig sei, in Konstantinopel selbst einzumarschieren, was jedenfalls erst nach neuen blutigen Kämpfen möglich sein werde. Den dauernden Besitz dieser Metropole strebe Bulgarien nicht an, zu viele internationale Interessen kreuzen sich dort und an den Meerengen, es wäre für Bulgarien gefährlich de mettre le pied dans ce guêpier. Allerdings sei vorauszusehen, dass der Sultan, wenn ihm in Europa nichts anderes bleibe als diese Stadt und Umgebung, wohl ein schwacher Herr wäre, der seine Unabhängigkeit schlecht bewahren werde et qui sera un gardien peu sûr des détroits, — eine Situation, die für das unmittelbar benachbarte Bulgarien allerdings auch eine unsichere Perspektive eröffne. Hiebei spielte Herr Danew unzweideutig auf Russland an. Seine Befürwortung des serbischen Wunsches nach einem Adria-Hafen machte auch mir den Eindruck, mehr durch ein Gebot des politischen Anstandes gegenüber den alliierten Serben eingegeben zu sein. Von den Gegenargumenten schienen ihm unsere Zusagen von Garantien für die Benützung der bosnischen, eventuell der Donau-Adria-Bahn sowie die Erwägung, dass ein serbischer couloir sehr bald die Quelle von Friktionen zwischen Serbien und dem autonomen Albanien und daher

von neuen Komplikationen am Balkan werden könnte, am meisten Eindruck zu machen. Meiner Bemerkung, dass dieses rein serbische Interesse jedenfalls keinen Einfluss auf das freundschaftliche Verhältnis zwischen Bulgarien und der Monarchie ausüben dürfe, stimmte er lebhaft zu und sagte schliesslich vous pouvez être sûr que nous ferons notre possible pour calmer et apaiser les Serbes — comptez là dessus. Über das Verhältnis Bulgariens zu Russland, respektive zur Monarchie äusserte er sich beiläufig folgendermassen. Bulgarien müsse selbstverständlich Russland dafür dankbar sein, dass es durch dasselbe in einem blutigen Kriege befreit wurde. Nous serions des monstres si nous ne ressentions pas un peu de reconnaissance. Die bisherige politische Interessengemeinschaft zwischen Russland und Bulgarien gegenüber der Pforte werde aber in dem Momente gegenstandslos, in welchem alle bulgarischen Länder am Balkan im Königreiche vereint würden. Ökonomische Beziehungen mit Russland seien gar nicht vorhanden; hingegen sei Bulgarien in ökonomischer und kultureller Beziehung zum allergrössten Teile auf die Monarchie angewiesen. Nach Beendigung des jetzigen Krieges müsse Bulgarien alle seine Kräfte der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung widmen und hierin wendeten sich die Augen Bulgariens nicht nach Russland sondern nach Österreich-Ungarn. Dies werde aber eine solide Basis für die politische Freundschaft abgeben, die umso natürlicher sei, als auf keinem Punkte die Interessen der Monarchie mit denen Bulgariens im Widerspruche stünden. Die geographische Lage, die Machtstellung, aber auch die ganze Zusammensetzung der Monarchie sichern ihr ein natürliches Übergewicht auf dem Balkan. La presqu'île balcanique n'est qu'une prolongation de l'Autriche-Hongrie — je passe pour un russophile et pourtant je vous parle ainsi!

[a]) Vgl. n. 4362, 4378, 4693.

Nr. 4364. Tel. aus Sofia, 10. Nov. 1912 Nr. 331 (eing. 8 U. 45 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Kriegsminister sagte mir, Angriff bulgarischer Armee auf Tschataldja habe noch nicht angefangen. Bulgarische Armee sei noch nicht so weit. General Nikiforoff sprach „persönliche Ansicht" aus, dass territoriale Forderungen Bulgariens in Richtung Konstantinopel über Gegend zwischen Corlu und Tschataldja, in der sich bulgarische Armee jetzt befindet, nicht hinausgehen würden, auch würde Bulgarien mit Dardanellen nichts zu tun haben wollen. Russischer Gesandter drückte mir gesprächsweise Erwartung aus, dass Bulgaren keine unvernünftigen Prätensionen haben würden; auf das Gebiet jetziger militärischer Operationen dürfte Bulgarien keinen Anspruch erheben. Rumänischer, italienischer und deutscher Kollege sind nicht dieser Ansicht, sondern meinen, dass Bulgarien den Russen durchgegangen und dass man russischerseits unzufrieden und hier gegen Russland verstimmt. Ob diese Impression, die sich auch mir seit einigen Tagen aufdrängt, nicht täuscht, wird sich aus Herrn Danews Sprache Euer Exzellenz gegenüber, die endlich deutlich sein dürfte, zeigen. Reise Herrn Danews scheint hier noch nicht bekannt zu sein. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4348.

Nr. 4365. Tagesbericht über einen Besuch des serbischen Gesandten, 11. Nov. 1912. Konz. (S. Berger; V. u. G. Szápáry).

Der hiesige serbische Gesandte ist heute hier erschienen und hat im Auftrage seiner Regierung zur Orientierung des k. u. k. Kabinetts über den serbischen Standpunkt, betreffend Albanien und die Besetzung eines Teiles der albanesischen Adriaküste, folgenden Gedankengang entwickelt: Altserbien umfasse außer dem Gebiete von Kossowo und dem Sandschak auch die Adriaküste von unterhalb Durazzo bis San Giovanni di Medua. Der Krieg müsse andauern, bis Serbien, für welches der Zutritt zum Meere eine Lebensfrage darstelle, diese Punkte besetzt haben werde. Serbien könne nicht von allen Seiten abgesperrt bleiben, sondern müsse, wie schon im Mittelalter, über Durazzo, Alessio etc. in den europäischen Handelsverkehr eintreten können. Eine Verwehrung dieses notwendigen Zutrittes zum Meere würde die endgiltige Lösung der Balkanfrage verhindern und immer neue Wirren hervorrufen. Die Grundlage für freundschaftliche Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien könnte sowohl bei diesem als bei den anderen Balkanstaaten geschaffen werden, wenn sich die Monarchie zu den territorialen Wünschen derselben, zu welchen auch der Zutritt Serbiens nach Durazzo und Alessio gehöre, entgegenkommend und unterstützend verhalten wollte, was sogar das Terrain für eine Zollunion sowohl Serbiens als auch der übrigen Balkanstaaten mit Österreich-Ungarn vorzubereiten geeignet wäre. Serbien wolle Freiheit und bürgerliche Rechte für die Serben, Türken und Albanesen in Altserbien erkämpfen. Nach einem Hinweise auf angebliche historische, religiöse und ethnographische Bande zwischen dem Serben- und Albanertume wies der Herr Gesandte auf die heutige Zersplitterung des letzteren Volkes hin und meinte, eine Emanzipierung desselben sei nur innerhalb des Staatsverbandes Serbiens und Griechenlands denkbar. Eine Autonomisierung Albaniens wäre die Schaffung eines Herdes innerer Unruhen und internationaler Konflikte, was nicht im Interesse der Monarchie gelegen sei. Europa und die Balkanstaaten müßten vielmehr die Aufteilung Albaniens und somit die Beseitigung dieses Keimes künftiger Verwicklungen wünschen. Herr Simić schloß seine in sehr angemessenem Tone gehaltenen Ausführungen mit dem nochmaligen Hinweise auf den serbischerseits bestehenden lebhaften Wunsch, zu einem dauernden freundschaftlichen Verhältnisse zu Österreich-Ungarn zu gelangen. An letztere Versicherung anknüpfend, wurde dem Herrn serbischen Gesandten gegenüber das Vorhandensein des gleichen Wunsches auf österreichisch-ungarischer Seite hervorgehoben und sodann dieselben Gesichtspunkte entwickelt, welche in der telegraphischen Instruktion an Herrn von Ugron, ddo. Budapest, 8. l. M. Nr. 2, enthalten sind. Bezüglich der den Albanesen innerhalb des serbischen Staatsverbandes in Aussicht gestellten Freiheiten wurde bemerkt, daß man an dem guten Willen der serbischen Regierung, ein wahrhaft liberales Regiment walten zu lassen, zwar nicht zweifeln wolle, jedoch gleichzeitig aber auf den natürlichen Wunsch eines jeden Volkes hinweisen müsse, die von ihm angestrebten Freiheiten im Rahmen seiner nationalen Selbständigkeit zu genießen, eine Auffassung, welche dem albanesischen Volke bei seinem bekannten Freiheitsdrange

wohl ganz besonders eigen sein dürfte. Wir stimmten mit Serbien sowohl hinsichtlich der ethnographischen Grundlage für eine Neuregelung der Dinge am Balkan als auch bezüglich des Wunsches nach Schaffung dauernder Ruhe auf der Halbinsel überein, kämen aber gerade im Hinblicke auf letzteres Moment zur entgegengesetzten Konklusion, daß eben zur Vermeidung beständiger Unruhe auf dem Balkan die Autonomisierung Albaniens nötig erscheine. Schließlich wurde dem Herrn Gesandten mitgeteilt, daß seine Ausführungen zwar ungesäumt zur Kenntnis Seiner Exzellenz des Herrn Ministers gebracht werden würden, ihm jedoch gleichzeitig zu verstehen gegeben, daß auf eine Änderung des ihm dargelegten Standpunktes wohl nicht gerechnet werden könne. Herr Simić sprach hierauf von verschiedenen Eventualitäten hinsichtlich der Verkehrswege am westlichen Balkan und warf insbesondere die Frage auf, ob Österreich-Ungarn überhaupt dagegen sei, daß Serbien irgendeinen Hafen an der Adriaküste erwerbe. Diese Frage wurde durch den Hinweis darauf ausweichend beantwortet, daß der ethnographischen Lage nach der Besitz einer territorialen Verbindung Serbiens mit einem Adriahafen ohne Verletzung albanischen Gebietes nicht möglich sei.

Nr. 4366. Tel. aus Belgrad, 11. Nov. 1912 Nr. 190 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.

Hiesige Regierung scheint über die zurückhaltende Stellungnahme Englands in der Adriafrage besorgt zu sein. Generalsekretär Herr Jovanović befragte unlängst englischen Gesandten über Ansichten seiner Regierung, worauf dieser antwortete, nicht informiert zu sein, gab aber seiner ganz persönlichen Ansicht dahin Ausdruck, dass England für die Adriafrage wohl kein besonderes Interesse habe und sich in dieselbe kaum einmischen dürfte. In dem Sinne hat mein englischer Kollege auch nach London stets berichtet und die Auffassung vertreten, dass die Angelegenheit ausser die Balkanstaaten nur Österreich und Russland interessieren sollte. Sir Ralph ist übrigens grosser Türkenfreund und hat Sympathien für die Albanesen und würde es sehr ungern sehen, wenn dieselben den Serben geopfert würden. Gleichlautend Budapest. Ugron.

Nr. 4367. Tel. aus Berlin, 11. Nov. 1912 Nr. 253 (eing. 12. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Antwort auf Telegramme Nr. 6*a)* und 7 de dato 9. d. M. aus Budapest. Herrn von Kiderlen habe ich von der Sprache, welche Graf Thurn Herrn Sazonow gegenüber zu führen beauftragt wurde, Kenntnis gegeben. Staatssekretär, der auf zwei Tage Berlin verlassen, lässt mir durch Unterstaatssekretär sagen, dass deutscher Gesandter in Belgrad Instruktion erhalten, sich beiläufig im gleichen Sinne der serbischen Regierung gegenüber auszusprechen wie der k. und k. Gesandte. Hiesiger serbischer Geschäftsträger hat mich heute aufgesucht und mir auseinandergesetzt, er ersehe hauptsächlich aus Zeitungsnachrichten, dass Österreich-Ungarn zwar die Festsetzung Serbiens am Adriatischen Meere nicht dulden, hingegen dessen Zulassung an das Ägäische Meer allenfalls zugeben würde.

Serbischer Geschäftsträger versichert mir, eine derartige Lösung der obschwebenden schwierigen Frage würde seiner Ansicht nach der serbischen Regierung ganz erwünscht sein und den serbischen Interessen besser entsprechen als der Zugang zum Adriatischen Meer, doch befürchte er, dass infolge der Abmachungen zwischen den vier Balkanverbündeten, deren Inhalt er übrigens nicht kenne, Bulgarien und Griechenland dies nicht zulassen würden. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

a) Vgl. n. 4318 Anm. b.

Nr. 4368. Tel. nach Bukarest; Budapest, 11. Nov. 1912 Nr. 3 (chiffr. 12. Nov. 2 U. 20 M. a. m.).a) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Die Reise des bulgarischen Kammerpräsidenten Danew und der Umstand, dass derselbe auch von unserem Allergnädigsten Herrn in Audienz empfangen worden ist, wird der Presse reichlich Gelegenheit bieten, ihre Phantasie ins Unermessliche schweifen zu lassen. Der Genannte war mit keiner speziellen Mission betraut, sondern ist nur zu dem Zwecke hiehergekommen, um sich über die hiesige Stimmung Bulgarien gegenüber zu informieren. Eine Audienz bei unserem Allergnädigsten Herrn war mit Rücksicht auf die hohe Stellung, die er in seinem Lande einnimmt, natürlich. Meine Konversationen mit Herrn Danew waren unverbindlicher und rein informativer Natur. Ich habe diese Gelegenheit benützt, um auch von den rumänischen Kompensationsansprüchen zu sprechen und ein Einverständnis zwischen Rumänien und Bulgarien als im beiderseitigen Interesse gelegen zu bezeichnen. Herr Danew wollte meine ins Treffen geführten Argumente für die Berechtigung des rumänischen Anspruches zwar nicht anerkennen, meinte aber in der Folge, eine Möglichkeit für Rumänien, sich ein Recht auf Kompensationen zu erwerben, könnte sich ergeben, wenn dieses auf die Türkei zwecks Herbeiführung des Friedens Einfluss nehmen und sich hiebei einen Vorteil zusichern liesse. Vorstehendes zu Euer Durchlaucht persönlicher Orientierung und Regelung Ihrer Sprache Seiner Majestät dem Könige Carol und dem Minister des Äussern gegenüber für den Fall, als Euer Durchlaucht über den Besuch Herrn Danews in Budapest befragt werden sollten. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 53 Nr. 94. Vgl. n. 4400, 4441.

Nr. 4369. Tel. nach London; Budapest, 11. Nov. 1912 Nr. 5 (chiffr. 12. Nov. 2 U. a. m.).a) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Tel. Nr. 106 vom 9. l. Mts. Gleich Sir E. Grey bin auch ich der Meinung, dass so lange der Krieg dauere, alles, was die Alliierten tun, als Kriegsoperation angesehen werden müsse und liegt eine Störung deren militärischer Operationen keineswegs in unserer Absicht. Andererseits fände ich es im Gegensatze zu der Auffassung des Staatssecretärs für bedenklich, wenn die Diskussion über unsere Interessen berührende Fragen auf den Termin hinausgeschoben würde, wo Europa sich mittlerweile geschaffenen fait accomplis gegenüber gestellt sehen würde. Indem gewiss auch von dem Londoner Kabinette geteilten Interesse der

friedlichen Lösung aller in Folge des gegenwärtigen Krieges aufs Tapet gelangenden Fragen schiene es mir wünschenswert, dass die Schaffung eines autonomen Albaniens, die von uns und Italien übereinstimmend gewünscht wird, und auf dessen Zustandekommen — wie ich mit Befriedigung konstatire — Sir E. Grey gleichfalls rechnet, nicht durch eine Besetzung eines Teiles Albaniens seitens serbischer Truppen ohne einer vorherigen Warnung praejudicirt werde. Euer Exzellenz wollen sich in vorstehendem Sinne bei sich darbietender Gelegenheit Sir E. Grey gegenüber vernehmen lassen und auch darauf hinweisen, dass nicht wir, sondern Russland und Serbien die Diskussion angefangen habe. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4405.

Nr. 4370. Tel. aus London, 11. Nov. 1912 Nr. 107 (eing. 12. Nov. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Telegramm Nr. 3 von gestern. Bei meinem heutigen Besuche bei Sir E. Grey Ausführungen des Telegrammes verwertet. Staatssekretär anerkennt Notwendigkeit eines lebensfähigen Albaniens, will sich aber nicht darauf einlassen, das territoriale Ausmass dieses Gebietes anzuerkennen oder zu definieren, spricht jedoch die Zuversicht aus, dass man sich darüber einigen werde, ebenso wie über wirtschaftlichen Debouchés für Serbien. Sir E. Grey ist heute hoffnungsvoller als vorige Woche, weil er glaubt, dass sein Gedanke allgemein angenommen wird, einzelne Punkte nicht jetzt zu diskutieren, sondern dem Zeitpunkte zu überlassen, wenn alle Friedensbedingungen bekanntgegeben werden. Er bedauert lebhaft die serbische Sprache und sagte mir, dass von allen Seiten kalmierend auf sie eingewirkt wird. Er rechnet dabei stark auf Einfluss Bulgariens auf den Alliierten. Mein russischer Kollege sagte mir vertraulich, er habe den Eindruck, seine Regierung werde sich für einen adriatischen Hafen Serbiens nicht besonders erwärmen. In Petersburg glaube man, wie hier, es sei besser, jetzt nicht einzelne Fragen zu diskutieren, und man bemühe sich, in Belgrad zu kalmieren. Auf meinen Einwurf „und Herr von Hartwig", antwortete Graf Benckendorff, „es ist über ihn hinaus, er kann keinen Unfug mehr stiften". Mein französischer Kollege sprach sich abfällig über Herrn Pašić und sein Interview und überhaupt über Serbien aus. Als seine persönliche Idee suggerierte er: „Ne serait-il pas possible de satisfaire les Serbes en leur donnant accès à un port libre qu'on pourrait créer, peut-être San Giovanni di Medua, par un chemin de fer que ne serait pas nécessairement serbe, mais dont on garantirait la liberté. On ne leur donnerait pas un pouce du territoire albanais ni un port à eux, mais leur libre accès à l'Adriatique leur serait assuré." Hiesige ernste Presse nimmt im allgemeinen bezüglich Autonomie Albaniens richtigen und billigen Standpunkt ein. Um wärmere Sympathien dafür zu erwecken, schiene es mir günstig, wenn irgend eine Manifestation der Albanesen selbst bald stattfinden könnte, welche als der Willensausdruck dieser Nation hier Widerhall finden sollte. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 52 Nr. 91. Vgl. n. 4333.

Nr. 4371. Tel. aus Paris, 11. Nov. 1912 Nr. 140 (eing. 7 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Wie mir Baron Schoen erzählte, hat der serbische Geschäftsträger in Berlin kürzlich dort die serbischen Aspirationen auf einen Adriahafen zur Sprache gebracht und peremptorisch erklärt, Serbien könne in diesem Punkte nicht nachgeben. Sollte Österreich-Ungarn sich diesem Wunsche widersetzen, so könne Serbien bestimmt auf die militärische Unterstützung Russlands zählen. Hieran anknüpfend fragte der Geschäftsträger Herrn von Kiderlen-Wächter direkt, ob Deutschland in einem solchen Falle an Seite Österreich-Ungarns kämpfen würde, worauf ihm Herr von Kiderlen prompt geantwortet haben soll, dass dies selbstverständlich sei. Mein deutscher Kollege ist, wie er mir sagte, beauftragt worden, Herrn Poincaré auf die „freche" Haltung der serbischen Regierung aufmerksam zu machen und die Notwendigkeit zu betonen, dass Frankreich, wie man dies auch in Berlin tue, auf das Belgrader Kabinett beruhigend und mässigend einwirke. Herr Poincaré soll zugesagt haben, in diesem Sinne wirken zu wollen. Szécsen.

[a] Vgl. n. 4305.

Nr. 4372. Tel. aus Paris, 11. Nov. 1912 Nr. 141 (eing. 12. Nov. 10 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Ich hatte heute Gelegenheit, mich im Sinne Telegrammes Nr. 4 vom 10. d. M. Herrn Poincaré gegenüber zu äussern, der sich über meine Mitteilungen befriedigt zeigte. Betreffs serbischen Adriahafens werde sich, meinte er, sicher eine Verständigung erzielen lassen, man müsse nur alles vermeiden, was bestehende Aufregung vermehren könnte. Selbst wenn kriegerische Aktion Serbiens zur Besetzung eines Adriahafens führen sollte, bedeute dies keineswegs, dass es denselben bei Friedensschluss auch behalten werde. Ich nahm von dieser Erklärung Akt und sagte dem Minister, es schiene mir nützlich, wenn er eine ähnliche Sprache auch in Belgrad führen würde. Wenn Serbien wisse, dass eine einfache Besetzung eines Hafens noch keinen Rechtstitel auf den Besitz desselben bilde, werde es vielleicht vorsichtiger sein. „Je puis vous assurer que je ne cesse de leur prêcher la prudence et la modération", antwortete mir der Minister. Die Frage des Adriahafens, sagte Herr Poincaré, falle unter dieselbe Beurteilung wie die Frage von Konstantinopel. Es sei sehr wahrscheinlich, dass die Bulgaren Konstantinopel besetzen werden und doch sei kein Zweifel, dass sie diesen Ort wieder räumen werden müssen. Betreffs eines serbischen Hafens am Ägäischen Meer, meinte Herr Poincaré, dass in jenen Gegenden die Majorität der Bevölkerung bulgarisch sei, worauf ich erwiderte, dass in Albanien die nationalen Verhältnisse für Serbien noch viel ungünstiger wären. Gleichlautend Budapest. Szécsen.

[a] Oe. U. Balkan 51 Nr. 90.

Nr. 4373. Tel. aus Rom, 11. Nov. 1912 Nr. 174 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng geheim. Mit Beziehung auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 2.[b] Minister des Äußern ist sich vollkommen bewußt, daß Bekanntgabe der

Wiedererneuerung des Dreibundes nur nach vorherigem Einvernehmen unter den Compaciscenten erfolgen könne, behält sich daher einschlägige Rücksprache mit Wien und Berlin im gegebenen Momente vor und hat dies nur weil selbstverständlich, nicht gegenüber Grafen Szögyény eigens erwähnt. Marquis San Giuliano bemerkte ferner, es sei ihm vorläufig nicht gelungen, Herrn Giolitti von seinem Wunsche hinsichtlich des Anschlusses unserer beiden anderen Abkommen mit Italien an den Dreibundvertrag abzubringen, welcher Wunsch übrigens in Berlin vollem Verständnisse begegne. Er bat mich, ich möge, ebenso wie Graf Szögyény, dieses Petitum in Wien unterstützen. Ich lehnte dies im Sinne Euer Exzellenz bisherigen Standpunktes ab, für welchen ich nebst anderen Argumenten auch noch den Umstand geltend machte, daß auch unser Vertrag mit Deutschland trotz seines Fortbestandes nicht bei Erneuerungen des Dreibundes in eine äußere Verbindung mit letzterem gebracht worden sei. Mérey.

[a]) Vgl. n. 4414, 4415, 4424, 4524. — [b]) Vom 8. Nov.

Nr. 4374. Tel. aus Rom, 11. Nov. 1912 Nr. 175 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Ich habe mich dem Minister des Äußern gegenüber im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 3 ausgesprochen. Marquis San Giuliano ist gleichfalls der Ansicht, daß es richtig sei, Serbien je eher von unserem identischen Standpunkt zu verständigen. Er sagte mir zu, analog wie Euer Exzellenz, sobald die serbischen Truppen an der albanesischen Küste eintreffen würden, in Belgrad wissen zu lassen, daß eine dauernde serbische Besitzergreifung an jener Küste als mit der von Italien beabsichtigten Schaffung eines autonomen Albaniens inkompatibel wäre. Bei diesem Anlasse erwähnte Minister des Äußern, nach den letzten Nachrichten scheine man sich in Paris und London mit unserem obigen Standpunkt allmählich abzufinden „falls nur Österreich-Ungarn während des jetzigen Krieges nicht materiell einschreite". Gleichlautend Budapest. Mérey.

[a]) Oe. U. Balkan 51 Nr. 88. Vgl. n. 4387, 4724.

Nr. 4375. Tel. aus St. Petersburg, 11.[a]) Nov. 1912 Nr. 220 (eing. 6 U. p. m.).[b]) Entziff.

Streng geheim. Soeben Besuch Herrn Kokowzows. Nachdem wir Kriegsereignisse besprochen hatten, kam Gespräch auf die künftige Gestaltung der Verhältnisse am Balkan. Ministerpräsident meinte, es kämen hiebei nur zwei Punkte in Betracht, deren Lösung ernstere Schwierigkeiten bieten könnten. Der eine sei Fixierung des Begriffes Albanien und die Festsetzung der diesem künftig autonomen Gebilde zu gebenden Grenzen. Hierüber aber werde sich wohl ein Einverständnis der Mächte finden lassen. Ernster sei die zweite Frage, nämlich der Wunsch Serbiens nach einem Hafen an der Adria. Diesem scheine sowohl Österreich-Ungarn als auch Deutschland und Italien ihre Zustimmung unter keinen Umständen geben zu wollen. Ich erwiderte, dass in der Tat wichtige eigene Interessen der Monarchie ebenso wie Italiens sich diesem Wunsche widersetzen. Diese allein, nicht

aber ein Übelwollen gegen Serbien seien es, welche für die Haltung der Monarchie in dieser Frage massgebend seien. Ich entwickelte sodann die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 2 von gestern ausgeführten Argumente. Ich wies bei dieser Gelegenheit auf den Kontrast zwischen der konzilianten Haltung Euer Exzellenz und der Sprache des serbischen Geschäftsträgers in Berlin hin, der Serbiens Revindikation in einer geradezu drohenden Form mit Hinweis auf die russische Unterstützung vorbrachte. Ministerpräsident erwiderte, er könne mir in seiner Eigenschaft als Chef der russischen Regierung, der auch die Verantwortung für die auswärtige Politik zum grossen Teile trage, und in voller Übereinstimmung mit Herrn Sazonow versichern, dass Serbien in keiner Weise berechtigt sei, eine solche Sprache zu führen: „c'est du chantage." Kokowzow sprach sodann von dem Friedensbedürfnis aller Mächte in nachdrücklicher Weise und bezeichnete es geradezu als ein Verbrechen, leichtsinnig von Kriegsmöglichkeit zu reden. Auf das (Verlangen)*c)* Serbiens zurückkehrend, sagte Kokowzow, dass, wenn er sich in die Lage der Monarchie und Italiens hineindenke, er unseren Standpunkt schliesslich begreifen könne, dass wir nicht wünschen, eine neue Adriamacht entstehen zu sehen, wenngleich Serbien auch mit einem Adriahafen wohl noch für viele Jahrzehnte noch nicht als solche gelten könnte. Aber anderseits müsse er Serbien doch das Recht zuerkennen, einen wirtschaftlichen Weg zur Adria anzustreben. Dieser Ansicht dürfte übrigens nach der Sprache Euerer Exzellenz und den Äusserungen unserer Presse auch in Wien nicht widersprochen werden. Er frage sich nun, ob es nicht möglich wäre, dass Serbiens berechtigter Wunsch nach einer handelspolitischen Bewegungsfreiheit auf diese Weise gesichert werden könnte, dass die ohnehin schon lange projektierte Donau-Adriabahn ausgebaut und auf ihr irgendein internationales Regime eingeführt werde und dass in dem als deren Endpunkt gewählten Hafen ebenfalls eine Art internationales Regime eingeführt werde, ähnlich wie die Monarchie es für sich bezüglich Saloniks anstrebt. Ich erwiderte, dass, soweit mir die Intentionen Euer Exzellenz bekannt sind, eine Einigung auf einer derartigen Basis sehr wohl möglich scheine. Doch wies ich auf die Schwierigkeiten hin, die entstehen könnten, wenn Serbien ohne sich um unsere Warnung zu kümmern, seinen Vormarsch in Albanien fortsetzen sollte und es sich darum handeln würde, es von dort wieder wegzubekommen. Kokowzow meinte lächelnd, dass diese Seite der Frage ihm keinerlei Besorgnis verursache; die Hauptsache sei, dass Österreich-Ungarn und Russland sich über den Gegenstand verständigen; das Übrige werde sich dann schon finden. Kokowzow betonte im Laufe des Gespräches wiederholt, dass er mit Herrn Sazonow ganz solidarisch sei und erwähnte auch, dass er des Einverständnisses seines Allergnädigsten Herrn mit seiner Politik sicher sei. Die äusserst konziliante Sprache des Ministerpräsidenten, der, ebenso wie gestern Herr Sazonow, meinem deutschen Kollegen gegenüber, so nachdrücklich leugnete, dass sich Russland mit den serbischen Wünschen so völlig identifiziere, kann wohl eine Folge der energischen Erklärung Herrn von Kiderlens sein, der es der russischen Regierung, die wirklich nicht kriegerisch gesinnt zu sein scheint, ratsam erscheinen lässt, einen gedeckten Rückzug anzutreten, bevor die Angelegenheit den Charakter

einer Prestigefrage annimmt, wodurch ihr dann ein Nachgeben unmöglich gemacht würde. Gleichlautend Budapest. Thurn.

[a]) Vorliegendes Telegramm wurde, wie aus seinem Inhalte hervorgeht, bereits am 10. Nov. verfaßt; Nummernfolge gestört. — [b]) Oe. U. Balkan 52 Nr. 92. Vgl. n. 4327, 4361, 4406 Anm. b, 4483, 4550. — [c]) Chiffre fehlt.

Nr. 4376. Tel. aus St. Petersburg, 11. Nov. 1912 Nr. 222 (eing. 4 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 6 von gestern. Ich fand bei gestriger Unterredung auch Gelegenheit, Herrn Sazonow darauf aufmerksam zu machen, dass er noch vor Kurzem kein Interesse dafür gezeigt hatte, ob von ihm befürwortete Ausdehnung Serbiens zum Meere an die adriatische oder ägäische Küste führe, während er jetzt von letzterem nichts mehr wissen wolle. Herr Minister erwiderte, gerade seine Stellungnahme in dieser Frage beweise sein konziliantes Streben. Persönlich wäre es ihm auch heute noch gleichgiltig, doch habe er sich überzeugt, dass der Weg zum Ägäischen Meer ungangbar sei teils wegen geographischer Schwierigkeiten teils wegen Bulgariens, das jene Gebietsteile für sich beanspruche, die in diesem Falle Serbien gegeben werden müssten. Ich liess mich auf eine weitere Diskussion dieser Argumente nicht ein und bemerkte bloss, dass solche serbisch-bulgarische Abmachungen doch für die Grossmächte dort, wo deren eigene Interessen in Frage kommen, nicht massgebend sein können. Gleichlautend Budapest. Thurn.

Nr. 4377. Tel. aus St. Petersburg, 11. Nov. 1912 Nr. 224 (eing. 12. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

Im Laufe unserer gestrigen langen Konversation sprach Herr Sazonow unter Anderem die Meinung aus, dass vielleicht auch Bulgarien in der Lage wäre, in unseren Differenzen mit Serbien eine vermittelnde Rolle zu spielen und Serbien zur Herabsetzung seiner Ansprüche bewegen zu helfen. In diesem Zusammenhange erwähnte er ferner, dass, wie ihm bekannt, der bulgarische Kammerpräsident, Herr Danew, demnächst Euer Exzellenz aufzusuchen beabsichtige, was er, Herr Sazonow, für eine ausserordentlich glückliche Idee halte. Er ersuchte mich, die besonders wohlwollende Aufmerksamkeit Euer Exzellenz auf Herrn Danew zu lenken, der vielleicht der klügste gegenwärtige bulgarische Politiker sei. Auch ich kenne Herrn Danew als einen sehr klugen Mann, der, wenn er auch der Chef der russophilen Partei in Bulgarien ist, vor allem Bulgare bleibt und vernünftigen Argumenten durchaus nicht unzugänglich ist. Thurn.

Nr. 4378. Tel. nach Sofia; Budapest, 11. Nov. 1912 Nr. 7 (chiffr. 12. Nov. 12 U. 40 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Nemes; G. Berchtold).

Herr Danew hat sich hier im allgemeinen im gleichen Sinne wie Euer Hochgeboren gegenüber ausgesprochen. Mit großem Nachdrucke sprach er von den rumänischen Kompensationsansprüchen, die er als unberechtigt

bezeichnete. Die einzige Möglichkeit, sich ein Recht auf Kompensationen zu erwerben, bestände darin, daß Rumänien durch eine erfolgreiche Vermittlung und Herbeiführung des Friedens bei dessen Abschlusse sich einen Vorteil zusichern ließe. Par acquit de conscience, aber sichtlich nicht aus innerer Überzeugung trat Herr Danew für einen serbischen Adriahafen ein. Von meinen Gegenargumenten schienen ihm jene am meisten Eindruck zu machen, daß wir bereit seien, Serbien für seine freie kommerzielle Verbindung an die Adria via Bosnien Garantien zu geben, sowie daß ein serbischer territorialer Couloir eine Quelle von Friktionen zwischen Serben und Albanesen und daher von neuen Komplikationen am Balkan sein werde. Herr Danew machte schließlich eine Art Zusage, daß Bulgarien versuchen würde, auf Serbien mäßigend einzuwirken. Von der künftigen Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen sprechend, bemerkte der Kammerpräsident ausdrücklich, daß eine Vereinbarung betreffend einer die vier Balkanstaaten verbindenden Zollunion nicht bestehe. Serbien habe nur die Wahl eines engen Anschlusses an Bulgarien oder eines solchen an die Monarchie; wenn es sich aber widerspenstig zeigen wolle — et les Serbes sont capables de tout — dann würden wohl wir ebensowenig wie Bulgarien auf sie Rücksicht zu nehmen Anlaß haben. Über das Verhältnis Bulgariens zu Rußland respektive zur Monarchie äußerte sich Danew dahin, daß die bisherige politische Interessengemeinschaft zwischen Rußland und Bulgarien gegenüber der Pforte in dem Momente gegenstandslos werde, in welchem alle bulgarischen Landesteile am Balkan im Königreiche vereint würden. Ökonomische Beziehungen mit Rußland seien gar nicht vorhanden, hingegen sei Bulgarien in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung fast ganz auf die Monarchie angewiesen, was eine solide Basis für die politische Freundschaft abgebe, umsomehr, als die Interessen beider Länder auf keinem Punkte im Widerspruche stünden. Das Königreich werde auf die Wünsche und Interessen Österreich-Ungarns Rücksicht nehmen, wobei Herr Danew beispielsweise die Bahnverbindung mit Cavalla und die Schaffung eines Freihafens in Salonik erwähnte. Im Übrigen hatte ich den Eindruck, daß er diesen Hafen eher für Bulgarien reklamiere als ihn Griechenland überlassen wolle. Konstantinopel betreffend, scheint Herr Danew eine Besetzung desselben, wohl mit Rücksicht auf die großen Opfer an Menschenleben, im Laufe dieses Krieges nicht zu wünschen und meinte, die bulgarische Armee würde nur im Falle militärischer Notwendigkeit daselbst einmarschieren. Einen dauernden Besitz Konstantinopels strebe Bulgarien gegenwärtig nicht an, weil es wohl wisse, daß sich daselbst viele internationale Interessen kreuzen. Da mein Mitredner besonders von dem Widerstande Englands sprach und meine Auffassung kennen wollte, wies ich darauf hin, daß wir wohl auch große Interessen hätten, Bulgarien aber keine Hindernisse in den Weg legen würden. Charakteristisch war sein Ausspruch „nous serions des gardiens des détroits plus sûrs que les Turcs", hingegen rechnet er auf eine territoriale Vergrößerung mit Adrianopel inbegriffen. Eine Mediationsaktion stellte er als wünschenswert hin, wobei er von der Erwägung ausgeht, daß die Pforte sich ohne Eingreifen der Mächte nie zu einem Friedensschlusse

bereitfinden werde, bei welchem die europäische Türkei nahezu vollständig aufgeteilt würde. Gegen die Schaffung eines autonomen Albaniens hat Herr Danew offenbar keine Bedenken; Bulgaren und Albanesen hätten sich immer gut verstanden und befürchte er von einer solchen Nachbarschaft keinerlei Schwierigkeiten. Aus den Ausführungen Herrn Danews war deutlich zu entnehmen, daß die Allianz mit Serbien und Griechenland nicht frei von Schlacken sei und Bulgarien sich die präponderierende Stellung am Balkan sichern wolle. Hinsichtlich des Verhältnisses zu unserer Monarchie war der Kammerpräsident sichtlich bemüht, die hohe Wichtigkeit eines auf dauernder solider Grundlage aufruhenden Freundschaftsverhältnisses zu betonen, welches mit einer rationellen Handelspolitik Hand in Hand zu gehen hätte. Ob der bulgarische Staatsmann auch ein diplomatisches Tauschgeschäft in indirekter Weise anbieten wollte: Verzicht unserseits auf das Verlangen nach einer Kompensation für Rumänien gegen Preisgabe der serbischen Adriawünsche seitens Bulgariens — muß bis auf weiteres dahingestellt bleiben. Herr Danew wurde sowohl von unserem Allergnädigsten Herrn als auch vom Thronfolger in Audienz empfangen und zeigte sich hocherfreut über die gnädige Aufnahme seitens Seiner Majestät sowie über die huldvolle Art, in welcher sich Seine k. u. k. Hoheit über Bulgarien und dessen Herrscher aussprach. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren rein persönlicher Information. Es muß Euer Hochgeboren anheimgestellt bleiben, das Geeignete Herrn Guéchow gegenüber streng vertraulich zu verwerten.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4362, 4363, 4407, 4408, 4428, 4429, 4430.

Nr. 4379. Tel. aus Athen, 12. Nov. 1912 Nr. 259 (eing. 13. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Herr Coromilas sagte mir soeben spontan, Österreich-Ungarn habe einen „sehr feinen Coup" ausgeführt, indem es Serbien am Zugang zur Adria unter dem Vorwande verhindern wolle, dass Albanien dadurch zu Schaden käme. Ein anderer, ebenso feiner Coup unserseits bestehe in dem Anbot Saloniks an Serbien an Stelle eines Hafens im adriatischen Meer. Griechenland werde aber Salonik nicht mehr herausgeben. Mangels jedweder Instruktion zur Regelung meiner Spache habe ich mich den Äusserungen Herrn Coromilas gegenüber lediglich rezeptiv verhalten. Gleichlautend Budapest.

Braun.

[a]) Vgl. n. 4399, 4409.

Nr. 4380. Tel. nach Belgrad, 12. Nov. 1912 Nr. 92 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Macchio).

Im Verfolge meines Telegrammes vom 9. l. M., Nr. 90.[b]) Falls serbischerseits die Wiederherstellung des Kurierverkehres mit den k. u. k. Konsulaten Uesküb, Mitrovitza und Prisren noch nicht zugestanden worden sein sollte, ersuche ich Euer Hochwohlgeboren hierauf in freundschaftlicher, aber entschiedener Weise und unter Berufung auf die völkerrechtlichen Fundamentalbefugnisse jeder Vertretungsbehörde zu bestehen. Gesprächsweise wollen Euer Hochwohlgeboren bei die em Anlasse der dortigen

Regierung zu verstehen geben, daß die Schwierigkeiten, welche diesbezüglich gemacht werden, den Verdacht wachrufen könnten, und in manchen Organen der europäischen Presse auch thatsächlich bereits erweckt haben, als ob man serbischerseits irgendwelche Vorgänge in den besetzten Gebieten zu verheimlichen hätte. Was die Beschwerde der Belgrader Regierung gegen den k. u. k. Konsul Prochaska in Prisren anbelangt, so wollen Euer Hochwohlgeboren Herrn Jovanović eröffnen, daß Sie ermächtigt sind, den Sachverhalt durch einen via Uesküb nach Prisren zu entsendenden Funktionär erheben zu lassen und daher die Bitte stellen, daß serbischerseits die nöthigen Aufträge ertheilt werden, damit sich dessen Hin- und Rückreise anstandslos vollziehe. Indem ich Euer Hochwohlgeboren telegraphischer Berichterstattung über die Aufnahme entgegensehe, welche Ihre vorstehend skizzierten Démarchen bei der Belgrader Regierung finden werden, beauftrage ich Sie, den k. u. k. Konsul Wildner, oder, falls dessen Gesundheit die Reise nicht zulassen sollte, den Ministerialconcipisten von Nickl sofort nach Prisren zu entsenden, sobald die serbische Zustimmung zu dieser Reise eintrifft. Geheim! Der Betreffende wäre dahin zu instruieren, daß er sich nach außen hin, das ist den Serben gegenüber als mit der Untersuchung des Prisrener Zwischenfalles betrauter Delegierter der k. u. k. Gesandtschaft zu benehmen habe; pro foro interno bestünde aber seine Aufgabe ausschließlich darin, eine schriftliche Äußerung Herrn Prochaskas über die ihm zur Last gelegten Vorgänge einzuholen, sich über die Situation der k. u. k. Konsulate in Uesküb und Prisren (womöglich auch Mitrovitza) zu informieren und deren politische Meldungen nach Belgrad zu bringen, von wo sie samt dem übrigen Materiale ungesäumt anher vorzulegen wären.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4316, 4435, 4471, 4492 Anm. b. — [b]) Mit Tel. Nr. 90, 9. Nov. 1912 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde eine Konsulatsmeldung aus Üsküb, daß die serbischen Militärbehörden die aus den Kapitulationen entspringenden Rechte der Konsuln anzuerkennen sich weigern, nach Belgrad mit der Weisung übermittelt, Ugron solle bei der serb. Regierung darauf dringen, daß der Kurierverkehr sichergestellt werde.

Nr. 4381. Tel. aus Belgrad, 12. Nov. 1912 Nr. 191 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Mein rumänischer Kollege teilt mir mit, dass Herr von Hartwig kürzlich ihm gegenüber ganz offen eingestanden hat, Russland werde die Serben bestimmt nicht im Stiche lassen. Jetzt wird die Türkei aufgeteilt, bald wird dasselbe Los Österreich-Ungarn treffen. Rumänien täte gut, sich auf diese Eventualität gefasst zu machen. Er sprach von einem mächtigen serbischen Reiche, das auch Montenegro, Bosnien und Süd-Ungarn umfassen würde. Rumänien könnte seinen Teil in Siebenbürgen nehmen. Mein russischer Kollege scheint aus der bisher noch teilweise beobachteten Reserve herausgetreten zu sein und betreibt lebhaft die Agitation gegen uns. Er stellt unsere Kriegsbereitschaft absolut in Abrede und will glauben machen, dass Italien gegen uns sei und Deutschland sich ganz passiv verhalten werde. Solche Reden in diesem Augenblicke können unberechenbare Folgen hervorrufen. Gleichlautend Budapest. Ugron.

[a]) Vgl. n. 4417, 4426, 4464.

Nr. 4382. Tel. aus Belgrad, 12. Nov. 1912 Nr. 192 (eing. 8 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Mein englischer Kollege hat heute mir gegenüber eine Idee angeregt, die er auch in London vertreten will. Da wir die Zession eines Korridors am Adriatischen Meer den Serben nicht zulassen wollen, glaubt er den Zugang ihnen dadurch zu ermöglichen, dass die Eisenbahnlinie dahin (der Bahnkörper und die Station) neutralisiert wird. Der Hafen von Medua müsste ein freier, neutraler, albanesischer Hafen bleiben und unter Garantie der Grossmächte gestellt werden. Er hofft, dass sowohl England als auch Serbien diese Lösung als akzeptabel ansehen werden. Gleichlautend Budapest.

Ugron.

[a] Vgl. n. 4453.

Nr. 4383. Tel. aus Belgrad, 12. Nov. 1912 Nr. 194 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Der Wunsch der Balkanstaaten ist nicht mehr auf einzelnen Hafen an der Adria gerichtet, sie beanspruchen schon ganz Albanien für sich. Man pocht immer mehr auf unsere Friedensliebe und Abneigung vor bewaffneter Komplikation. Es wäre vielleicht angezeigt, auch unsererseits etwas bestimmtere Sprache zu führen. Gleichlautend Budapest. Ugron.

Nr. 4384. Tel. aus Belgrad, 12. Nov. 1912 Nr. 195 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Herr Danew hat sich auf der Durchreise nach Budapest in Belgrad aufgehalten und hatte eine dreistündige Unterredung mit Herrn von Hartwig.

Ugron.

Nr. 4385. Bericht aus Bukarest, 12. Nov. 1912 Nr. 59 (eing. 15. Nov.). Ausfert.

Nachdem ich es nicht für angebracht hielt, mir neuerlich eine Audienz bei Seiner Majestät dem König in Sinaia zu erbitten, zumal Höchstderselbe am 15ten laufenden Monats hier eintrifft, so konnte ich mich bisher nicht darüber orientieren, welche Stellung König Carol in den letzten Tagen der stets wechselnden Lage am Balkan gegenüber einnimmt, vornehmlich in Hinsicht auf den im hohen Erlass vom 3. November laufenden Jahres, Nr. 4931[a] gekennzeichneten Standpunkte des Wiener Kabinettes. Ich hatte aber mehrfach Gelegenheit, mich sowohl mit Herrn Maiorescu als mit Herrn Take Jonescu über die äussere Lage auszusprechen und konnte Nachstehendes feststellen. Ehe ich jedoch in die Einzelheiten der erwähnten Gespräche eingehe, möchte ich noch vorausschicken, dass Herr[b] Take Jonescu vermöge seiner bedeutenden Fähigkeiten, seiner internationalen Verbindungen und seiner seit jeher zur Schau getragenen Bulgarenfreundlichkeit heute einen bedeutenden[b] Einfluss auf die äussere Politik Rumäniens zusteht, das uneingeschränkte Vertrauen seines königlichen Herren geniesst und in alle Einzelheiten der rumänischen auswärtigen Politik eingeweiht ist. Den Sitzungen des Ministerrates unter Vorsitz Seiner Majestät, bei welchen über die äusseren Angelegenheiten Beschlüsse gefasst werden, werden jetzt nur die beiden obigen Minister zugezogen. Nachdem die Ansichten der

beiden genannten Herren im Grossen Ganzen übereinstimmen, so kann ich annehmen, dass sie der an höchster Stelle vorherrschenden Meinung entsprechen. Es wurde vor Allem anerkannt, dass die Monarchie ein vitales Interesse an der Kreierung eines autonomen Albaniens besitze. Herr Take Jonescu machte nur einige Reserven bezüglich der Möglichkeit geltend, aus Albanien ein einheitliches Staatsgebiet zu formen. Des Weiteren wurde zugestanden, dass die Zubilligung eines durch albanisches Gebiet an das adriatische Meer führenden Landstreifens an Serbien, — weil es eine Zerreissung Albaniens hervorrufen und seine Lebensfähigkeit unterbinden würde — ausgeschlossen sei. Dagegen schien das in österreichisch-ungarischen Presse betonte unbedingte Festhalten des Wiener Kabinettes, Serbien unter keiner Bedingung einen Zugang zum adriatischen Meere zu gewähren, bei meinen Mitrednern nicht auf volles Verständnis zu stossen. Wenn auch, so wurde mir entgegengehalten, Serbien kein eigener Hafen mit einem albanesischen Hinterlande gewährt werden könne, so würde sich doch die Möglichkeit bieten, diesem einen Zutritt zum Meere durch Montenegro zu gestatten, nachdem eine Erweiterung des montenegrinischen Küstenbesitzes bis eventuell nach Giovanni di Medua schwer zu behindern sein werde. Diese Ansicht vertrat besonders der Herr Minister des Innern und führte als Gründe seiner Ansicht an, dass dieser Weg bei der zukünftigen Grenznachbarschaft der beiden Staaten im Sandschak ohnehin nicht verwehrt werden könne, und dass voraussichtlicher Weise in wenigen Jahren nur eine Dynastie dazu berufen sein würde, über die beiden Länder zu herrschen. Ich glaube aber nicht fehl zu gehen, wenn ich annehme, dass der leitende Gedanke, welcher die beiden Minister zu dieser für Serbien entgegenkommenden Auffassung veranlasste, in dem Wunsche zu suchen ist, Serbien zu einem möglichst kräftigen Staate ausgebildet zu sehen, welcher im Stande wäre, Bulgarien am Balkan ein Gegengewicht zu bieten und dessen man sich in der Zukunft als beachtenswerten Faktor bedienen könnte. Was die von Rumänien beanspruchte Grenzregulierung anbetrifft, so schien sich der beiden Minister die Besorgnis bemächtigt zu haben, dass Bulgarien, durch seine Erfolge berauscht, trotz der Rumänien zugedachten Unterstützung seitens der Grossmächte nicht gesonnen sein könnte, dieselbe zu gewähren. Die Herren äusserten sich dahin, dass Rumänien sein Postulat offiziell nicht formuliert hätte, um Bulgarien, an welches es noch nicht direkt herangetreten sei, nicht vor den Kopf zu stossen. Die hier durch Mittelspersonen eingelaufenen Nachrichten lauteten für die Aspirationen Rumäniens nicht günstig; man vermeide es aber, mit den massgebenden Faktoren in Bulgarien in diesem Belange in Kontakt zu treten, um sich nicht einem Refus auszusetzen, der ernste Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Andrerseits lägen auch materielle Hindernisse zu einer prinzipiellen Aussprache vor, da König Ferdinand sich auf dem Kriegsschauplatze befinde und vollkommen unnahbar sei. Dies sind, in Kürze wiedergegeben, die wichtigsten Punkte meiner in den letzten Tagen mit den massgebenden Ministern gepflogenen Unterredungen. Ich werde jedoch nicht verfehlen, sobald König Carol in Seine Hauptstadt zurückkehrt, eine Bitte um Gewährung einer Audienz zu stellen und mir erlauben, bei dieser Gelegenheit

die Sprache auf den Inhalt des erwähnten Erlasses zu lenken. Zur Orientierung über die Auffassung der Lage in den hiesigen politischen Kreisen sei es mir gestattet, diesem Berichte noch Folgendes hinzuzufügen. Die Furcht vor Bulgarien wächst hier sozusagen täglich und mit schwerster Sorge betrachtet man den nunmehr unabänderlichen Zuwachs an Ansehen, Macht und territorialer Grösse, welcher dem benachbarten Staate zufällt. Bis jetzt stützte sich die auswärtige Politik Rumäniens auf zwei Säulen: die Zentralmächte und die Türkei, welche wenn auch von ungleichem Werte doch eine gesicherte Basis boten. Nun, da sich die eine als vollkommen morsch erwies und zusammenstürzte, so m cht sich das Gefühl der Unsicherheit geltend, des teilweise-in-der-Luft-Schwebens. Dies macht es begreiflich, dass die leitenden Kreise sich nach einem Ersatz für den verschwundenen Stützpunkt umsehen. Ein selbstbewusstes starkes Bulgarien seine eigenen Wege wandelnd, wäre dazu jedenfalls das geeignetste Objekt, doch dürfte es nicht durch die jetzigen territorialen Gewinne zu einem sozusagen überlebensgrossen Gebilde werden, zu einer Macht, welche die Hegemonie am Balkan besitzend, in Rumänien kaum mehr einen gleichwertigen Faktor erblicken würde. Deshalb macht sich der dringende Wunsch geltend, dass neben Bulgarien die anderen kriegführenden Staaten einen verhältnismässig grossen Machtzuwachs erhielten. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend empfindet man jetzt Sympathien für Serbien, aber auch für Griechenland hat man plötzlich sein Herz entdeckt, und ein leitender Staatsmann hob mir gegenüber hervor, wie nützlich für Österreich-Ungarn ein grosses starkes Griechenland wäre, in dessen Machtbereich Saloniki fallen würde, und mit dem die Monarchie rasch und leicht die intimsten Beziehungen anknüpfen könnte. Der lebhafteste Wunsch aller politischen Kreise Rumäniens richtet sich auf eine Konferenz, in welcher voraussichtlich die rumänischen Aspirationen eine allgemeine Anerkennung finden würden. Da nun die Beziehungen der Monarchie zu Serbien als derart betrachtet werden, dass von denselben vielleicht ein unheilvoller Einfluss auf den Zusammentritt einer solchen ausgeübt werden und dadurch die Erfüllung der eigenen Postulate eine Hemmung erfahren könnte, so sieht man der Begleichung der österreichisch-ungarischen-serbischen Differenzen mit Sehnsucht entgegen. Dies Alles behindert jedoch nicht, dass, wenn die Machtfrage gestellt werden sollte, wir Rumänien unbedingt an unserer Seite finden würden. Die Forderungen aber, welche das Königreich in diesem Falle dann stellen würde, überträfen selbstverständlich das heute verlangte Mass um ein Beträchtliches. K. E. Fürstenberg.

[a]) Mit Erlaß Nr. 4931 vom 3. November erfolgte eine auszugsweise Mitteilung von n. 4205 nach Bukarest. — [b]) So!

Nr. 4386. Bericht aus Cetinje, 12. Nov. 1912 Nr. 93 A (eing. 18. Nov.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Wie ich Hochdenselben heute telegrafisch[b]) zu berichten mich beehrte, konnte ich mich gestern abend und heute früh der mir aufgetragenen Mitteilung an König Nikolaus: „dass die dauernde Besitznahme der albanischen Küste durch Montenegro oder Serbien mit

der von uns ins Auge gefassten Schaffung eines autonomen Albanien nicht in Einklang zu bringen sei", entledigen. Gestern abends kam der König, welcher nach einem 12stündigen Ritte gegen den Tarabosch die Nacht in Topolica (Antivari) verbrachte, trotz eines verstauchten Fusses selbst ans Telefon und nahm die Mitteilung entgegen. Da der Apparat aber schlecht funktionierte und manche Worte nicht gut verständlich waren, bat ich Seine Majestät um eine Unterredung für heute früh, welche der König auch für 9 Uhr Vormittag in Virpazar anberaumte. Auf der Fahrt von Virpazar nach Rijeka wiederholte ich dem Könige die Kommunikation und überlas dann Höchstderselbe meine Aufzeichnung noch einmal, indem er mich ersuchte, ihm diese zu überlassen. Nach einer Pause, welche den Anschein erwecken sollte, als überlege der König erst die Antwort, erklärte Seine Majestät: „Ich bin für die wohlwollende Neutralität Ihrer Regierung sehr dankbar und werde selbe nie vergessen; aber ich kann Ihnen keine Antwort geben, da wir zu Vieren handeln." „S. Giovanni di Medua ist die Lunge Skutaris, Beide können von einander nicht getrennt werden." „Weiss übrigens Ihr russischer Kollege von dieser Mitteilung?" Ich verneinte mit der Bemerkung, dass ich mit niemand darüber gesprochen habe. Die Konversation nahm dann eine andere Wendung und erwähnte mir der König, dass die nördliche Kolonne unter General Vukotić von Dečani abberufen sei, heute bei Velika und in drei weiteren Tagen vor Skutari eintreffen dürfte. Daselbst würden auch die Spitzen von drei serbischen Divisionen, deren eine den Weg über Djakova—Selce auf das Gebiet der Dukagjin nehme, schon Donnerstag, den 14. l. M., erwartet. Dann müsse Skutari energisch angegriffen werden und fallen. Von einer Räumung Allesios und S. Giovannis di Medua durch die montenegrinischen Truppen, von welcher man hier seit mehreren Tagen spricht und welches Gerücht mir gestern vom italienischen Gesandten auf Grund einer Meldung des italienischen Vize-Konsul in Antivari bestätigt wurde, erklärte der König nichts zu wissen, verbesserte sich aber rasch mit der ganz unaufrichtigen Bemerkung: „Ich weiss überhaupt nicht, ob Montenegriner diese Punkte besetzt hatten, vielleicht waren es die Malissoren." „Letztere werden mir noch viel zu schaffen geben, — doch habe ich meinen Plan!" In Rijeka angekommen, liess sich der König, der über starke Schmerzen im Fusse klagte, aus dem Automobil heben und in das Haus tragen, nötigte mich aber, noch eine Zeit bei ihm zu verweilen. Als ich mich zurückziehen wollte, warf der König, der die ganze Zeit über augenscheinlich nach einem Auswege gesucht hatte, leicht und plötzlich hin, dass er meine Note, solange sie nicht in aller Form ausgestellt und signiert sei, nicht annehmen könne und die Mitteilung als nicht gemacht betrachte. Ich entgegnete sofort und mit aller Bestimmtheit dem Könige, dass es sich nicht um eine Note handle und ich Höchstdemselben nur über sein Ersuchen meine Aufzeichnungen überlassen hätte, wohl aber um eine persönliche, mündliche und offizielle Mitteilung, welche Seine Majestät dreimal, und zwar gestern durch das Telefon und heute durch mich und durch das nochmalige Überlesen, zur Kenntnis genommen hätte. Der König sah, dass ich mich durch seinen plumpen Versuch, sich der Annahme der Message zu entwinden, nicht überrumpeln liess, und verabschiedete mich mit einem kurzen:

„alors, c'est bien", — nachdem Höchstderselbe mir meine Aufzeichnung zurückgegeben und wiederholt hatte, dass er mir keine Antwort zu geben hätte. Persönlich möchte ich die Möglichkeit offen lassen, dass König Nikolaus schon heute Nacht die Prinzessin Xenia, seine politische Beraterin und Geheimsekretär, von der Mitteilung telefonisch in Kenntnis setzte, und diese heute den russischen Gesandten um seine Meinung befrug. Ich begegnete die Prinzessin nachmittags auf dem Wege nach Rijeka. Ganz sicher scheint mir zu sein, dass für das weitere Verhalten des Königs der Rat des russischen Gesandten, respektive dessen Regierung, von bestimmendem Einflusse sein wird. Giesl.

[a]) Vgl. n. 4355, 4402. — [b]) Mit Tel. Nr. 165 aus Cetinje, 12. Nov. 1912 (eing. 13. Nov. 10 U. a. m.) berichtete Giesl kurz über die Audienz bei König Nikolaus, worüber vorliegender Bericht ausführlich handelt. Vgl. Oe.-U. Balkan 53 Nr. 93.

Nr. 4387. Tel. nach Rom Nr. 10 (1) und St. Petersburg Nr. 8 (2); Budapest, 12. Nov. 1912 (chiffr. 9 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 175 vom 11. d. M. erhalten. Herr von Ugron telegraphiert mir unterm 10. d. M.,[b]) der italienische Geschäftsträger habe vor einigen Tagen Herrn Pašić aufgesucht und im Namen seiner Regierung erklärt, daß Italien die Erwerbung eines adriatischen Hafens durch Serbien keinesfalls zugeben werde. Ferner meldet Herr von Ugron, Herr von Hartwig habe auf den italienischen Geschäftsträger einzuwirken versucht, damit sich dieser in Rom verwende, daß den Ansprüchen Serbiens Rechnung getragen werde. Ugron hält es für sehr wahrscheinlich, daß die Idee des Adriahafens durch den russischen Gesandten suggeriert wurde. Euer Exzellenz wollen Marquis di San Giuliano von dem Inhalt dieser Meldungen Kenntnis geben und hinzufügen, daß ich von unserer übereinstimmenden Sprache in Belgrad sehr befriedigt sei. Was die von Marquis di San Giuliano berührte Eventualität anbelangt, daß Österreich-Ungarn während des Krieges einschreiten könnte, so wollen Euer Exzellenz dem Herrn Minister sagen, daß wir nicht die Absicht haben, in den Lauf der militärischen Operationen störend einzugreifen.

2. Herr von Ugron telegraphiert mir unterm 11. d. M. (inseratur ex Telegramm sub 1 von: „der italienische Geschäftsträger ... bis ... suggeriert wurde"). Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4392, 4501. — [b]) Vgl. n. 4352.

Nr. 4388. Tel. aus Rom, 12. Nov. 1912 Nr. 177 (eing. 7 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Antwort auf Telegramm Nr. 8. Minister des Äussern hat sich auch bezüglich der Démarche in Cetinje vollständig dem Standpunkte Euer Exzellenz angeschlossen und noch gestern abends dem dortigen italienischen Gesandten völlig analoge Instruktionen, wie die von Euer Exzellenz dem Baron Giesl erteilten, zukommen lassen. Gleichlautend Budapest. Mérey.

Nr. 4389. Tel. aus Rom, 12. Nov. 1912 Nr. 178 (eing. 7 U. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Russischer Botschafter, mit welchem ich enge Fühlung unterhalte und der in letzter Zeit seinem sanguinischen Temperament gemäss katastrophale ...[b] unserer Haltung gegenüber Serbien verkündete sowie italienische Regierung für russische Auffassung zu kapazitieren bemüht war, hat in gestriger Unterredung mit mir, bei welcher ich alle Argumente zu Gunsten des Standpunktes Euer Exzellenz erschöpfte und Zusammenhalten der grossen Monarchien in Europa für wichtiger als alle Kaprizen eines Balkanstaates demonstrierte, wesentlich eingelenkt. Ich habe Eindruck, dass Russland angesichts unseres engen Zusammengehens mit Italien, der Annäherung Englands an unseren Standpunkt, des dringenden Friedensbedürfnisses Frankreichs (vollends vor der in zwei Monaten bevorstehenden Präsidentenwahl) und bereits durchsickernder Meinungsverschiedenheiten zwischen Bulgarien und Serbien langsam den Rückzug als Sekundant Serbiens antritt und die Stellungnahme Euer Exzellenz siegreich bleiben wird. Mérey.

[a] Vgl. n. 4425. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 4390. Tel. aus Rom, 12. Nov. 1912 Nr. 179 (eing. 7. U. p. m.).[a] Entziff.

Italienische Zeitungen bringen Nachrichten über neueste auffällige militärische Vorbereitungen speziell Artillerievermehrung an unserer Grenze gegen Italien. Eindruck dieser Nachrichten, besonders im gegenwärtigen Momente, wo hiesige Regierung nicht ohne Schwierigkeit und ...[b] Kritik in dermaliger Balkankrise sich so vollständig an unserer Seite befindet, doppelt unliebsam. Falls jene Nachrichten unwahr, erschiene mir baldiges entschiedenes Dementi am Platze. Mérey.

[a] Vgl. n. 4451. — [b] Chiffre verstümmelt.

Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 12. Nov. 1912 Nr. 8 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 4387.

Nr. 4391. Tel. aus St. Petersburg, 12. Nov. 1912 Nr. 225 (eing. 13. Nov. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Dr. Poly teilt mir mit, dass er eben im Auswärtigen Amte ermächtigt wurde, Folgendes ins Ausland zu telegraphieren: Es sei dem serbischen Gesandten erklärt worden, dass die russische Regierung zwar den serbischen Wunsch nach einem Adriahafen unterstütze und hiebei eine vermittelnde Rolle spiele, sich aber mit diesem Plan keineswegs identifiziere und wegen desselben keine internationalen Komplikationen, besonders nicht mit der Monarchie, mit welcher man sich die Beziehungen nicht verschlechtern wolle, auf sich zu nehmen gesonnen sei. Die albanesische Frage sei eine ganz offene, welche erst später geregelt werden würde. Herr Poly behauptet zu wissen, dass Russland nur dann gegen Österreich-Ungarn Stellung nehmen würde, wenn die Monarchie selbst territoriale Aspirationen am

Balkan realisieren oder Serbien an einer gerechtfertigten Expansion verhindern wollte. Obwohl im Allgemeinen Informationen Polys mit Vorsicht aufzunehmen sind, scheint mir Nachricht von einem solchen Umschwung in der Auffassung hiesiger Regierungskreise, welcher mit dem Auftreten serbischen Geschäftsträgers in Berlin koinzidiert und der auch mit der Stellungnahme Deutschlands, Italiens und Englands zusammenhängen dürfte, auch aus anderen mir vorliegenden Indizien durchaus nicht unwahrscheinlich. Gleichlautend Budapest. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4327, 4392.

Nr. 4392. Bericht aus St. Petersburg, 30. Okt. 12. Nov. 1912 Nr. 45 A (eing. 18. Nov.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Die allzu hohe Anspannung der Ansprüche Serbiens, die mit dem Verlangen nach Durazzo und einem grossen Teile Albaniens weit über das Mass dessen hinausgehen, was die hiesige Regierung, — ja selbst die öffentliche Meinung, — als einen berechtigten Wunsch betrachtete und demgemäss zu unterstützen und sogar auch mit Nachdruck zu vertreten geneigt war, scheint im Vereine mit der allzu scharfen Sprache serbischer Diplomaten, die ohne eine ausdrückliche Ermächtigung hiezu zu besitzen, sogar mit der bewaffneten Unterstützung Russlands prahlten, an der Sängerbrücke einigermassen ernüchternd gewirkt zu haben. Nicht ohne Einfluss dürfte hiebei wohl auch die rechtzeitige energische Sprache des deutschen Staatssekretärs sowie die Haltung Italiens gewesen sein. Wie der italienische Geschäftsträger sowohl mir als meinem deutschen Kollegen sagte, habe er sich im hiesigen Auswärtigen Amte sehr nachdrücklich gegen die serbischen Prätensionen vernehmen lassen, eine Sprache, die gerade vom so russenfreundlichen Marchese Torretta kommend, besonderen Eindruck machen musste. Hiezu kam noch die Erkenntnis, dass weder in Frankreich noch insbesondere in England ein bewaffneter Konflikt, der ganz Europa in Brand zu setzen drohte, gewünscht werde. Alle diese Umstände zusammengenommen dürften die auffallende Änderung in der Haltung der hiesigen Regierung bewirkt haben, die jetzt die Note ausgibt, den Wunsch Serbiens nach einem Adriahafen zwar wohlwollend zu unterstützen, dabei aber gleichzeitig durchblicken lässt, dass diese Frage an sich doch weder für Russland, noch auch für Serbien eine derart wichtige sei, dass sie einen Bruch in den österreichisch-ungarisch-russischen Beziehungen herbeiführen dürfe; dass daher nach einem Mittel gesonnen werden müsse, das die berechtigten serbischen Wünsche nach einem wirtschaftlichen Ausgange zur Adria mit den Bedenken der beiden Adria-Mächte in Einklang zu bringen geeignet sei. Dass die russische Regierung sich so rasch zu dieser milderen Auffassung bekehrt hat, scheint mir zu beweisen, dass auch sie sich der Gefahr vollkommen bewusst ist, die daraus entstehen würde, wenn man es zuliesse, dass man sich hier derart in diese Frage hineinmontiere, dass sie den Charakter einer Prestigefrage annehmen würde, wozu man in den letzten Tagen der vorigen Woche auf dem besten Wege war. Wäre diese fatale Wendung aber einmal eingetreten, so hätte die

hiesige Regierung, selbst wenn sie gewollt hätte, unter dem Drucke der öffentlichen Meinung nicht mehr zurückgekonnt und selbst der stärkste Druck hätte nicht die gleiche Wirkung haben können, wie im Jahre 1909. Wenn aber auch jetzt seit einigen Tagen eine sehr fühlbare Abspannung eingetreten ist, scheint mir die Frage, insolange es nicht gelingen sollte, Serbien zum gutwilligen Aufgeben seines Anspruches auf einen eigenen Adriahafen zu bewegen, immer noch durchaus nicht jeder Gefahr entkleidet zu sein, da die grosse Frage bestehen bleibt, wie Serbien, wenn es aller Proteste und Ratschläge ungeachtet seinen Marsch an die Adria fortsetzt, von dort wieder vertrieben werden soll. Ein bewaffnetes Eingreifen unsererseits während der Dauer des Krieges, etwa in der Form der Besetzung von Durazzo durch uns im Vereine mit Italien, würde wieder hier alle Schleusen der panslavistischen Entrüstung öffnen und vielleicht die Regierung mit sich fortreissen. Besser wäre allerdings die Situation, wenn auf einer eventuellen Konferenz den Serben der Besitz eines albanischen Hafens abgesprochen werden würde, weil es dann für Russland doch schwieriger wäre, sich der, wenn auch gewaltsamen Durchführung eines von ihm selbst gut geheissenen Konferenzbeschlusses zu widersetzen. Eine gewisse Erschwerung, mit Serbien auf einer vernünftigen Basis zu einem gütlichen Einverständnis zu gelangen, dürfte wohl in der Persönlichkeit des dortigen russischen Vertreters gelegen sein, von dem nach seiner ganzen Vergangenheit kaum erwartet werden kann, dass er, selbst wenn er hiezu den Auftrag seiner Regierung erhielte, in Serbien wirklich in kalmierender Weise wirken würde. Hiefür scheint mir auch das von Herrn von Ugron unterm 11. d. M. gemeldete gegenwärtige Verhalten Herrn von Hartwigs in dieser Frage symptomatisch.

Thurn.

a) Vgl. n. 4387, 4391.

Nr. 4393. Bericht aus St. Petersburg, 30. Okt./12. Nov. 1912 Nr. 45 B (eing. 18. Nov.). Ausfert.

Streng vertraulich. In einer meiner letzten Konversationen mit Herrn Sazonow erwähnte derselbe auch unter anderem das Kommuniqué, welches über den Besuch des Marquis San Giulano in Berlin veröffentlicht worden war. Dasselbe schien ihm nicht besonders gefallen zu haben, da er meinte, es sei nicht gut im gegenwärtigen Zeitpunkte, wo angesichts der Balkankrise eine europäische Politik gemacht werden sollte, die beiden Mächtegruppierungen zu stark zu akzentuieren. Ich erwiderte dem Herrn Minister mit dem Hinweis auf die Rede des Herrn Poincaré in Nantes, wo dies gerade von der Seite der Triple-Entente zuerst geschehen sei. Herr Sazonow entgegnete mir, die Rede Herrn Poincarés sei erst die Antwort auf einen eigentümlichen Schritt Herrn von Kiderlen-Wächters gewesen; er wolle mir die Vorgeschichte im strengsten Vertrauen erzählen, müsse mich aber bitten, speziell meinem deutschen Kollegen gegenüber hievon keine Erwähnung zu tun. Einige Tage vor dem Bankett in Nantes habe der deutsche Staatssekretär die Botschafter Englands und Frankreichs zu sich bitten lassen und diesen auseinandergesetzt, diese beiden Mächte hätten ebenso

wie Deutschland ein ganz spezielles Interesse, die Stellung der Türkei in Konstantinopel zu schützen, und habe vorgeschlagen, über die Frage, wie dies am besten geschehen könnte, sich mit ihm zu beraten. Herr Cambon habe darauf entgegnet, dass doch auch Russland in Konstantinopel sehr wichtige Interessen habe, warum er also dieses von den Beratungen ausschliessen wolle. Herr von Kiderlen habe dies damit erklärt, dass er mehr die finanziellen und wirtschaftlichen Interessen im Auge habe, welche Deutschland, Frankreich und England in Konstantinopel in viel höherem Masse besitzen als Russland. Dieser Versuch, den russischen Alliierten bei Seite zu schieben, habe in Frankreich ungemein verstimmt und den Verdacht erweckt, Herr von Kiderlen wolle es versuchen, auf diesem Wege einen Keil in das franko-russische Bündnis zu treiben. Die Antwort sei eben die Rede Herrn Poincarés in Nantes und der Umschwung in der französischen Presse gewesen. Indem ich Euer Exzellenz bitten darf, den Inhalt dieses Berichtes als besonders vertraulich behandeln zu wollen, etc. etc. Thurn.

Nr. 4394. Bericht aus St. Petersburg, 30. Okt./12. Nov. 1912 Nr. 45 D (eing. 18. Nov.). Ausfert.

Streng vertraulich. So weit man sich auf dieser Botschaft erinnern kann, ist das Erscheinen des Euer Exzellenz bekannten Dr. Polly mit besonders ernsten und staatsmännischen Alluren in der Serguievskaja ein sicheres Begleitmerkmal jeder „Krise". Dass bei diesen Gelegenheiten dieser Famulus der Botschaft vornehmlich als Emissär des russischen Auswärtigen Amtes auftritt, gehört auch, wie Euer Exzellenz wissen, zu den hiesigen Traditionen. Gestern hatte ich also das Vergnügen, Herrn Polly zu empfangen und leitete derselbe seine Konversation mit mehr oder weniger kontrollierbaren Gerüchten über russische Militärmassregeln und Mobilisierungen ein. Sodann schlug er wacker in medias res hinein, in diesem Falle in die Frage des „serbischen Hafens an der Adria". Hierin, behauptete mein Mitredner, würde Russland nicht nachgeben, denn die ganze öffentliche Meinung des Zarenreiches verlange diesen Hafen. Er wisse ganz bestimmt, dass der neulich in den „Birshewija Wjedomosti" erschienene Artikel (vide hierämtliches Telegramm Nr. 216 vom 7. d. M.) von Herrn Sazonow selbst diktiert worden sei. Herr Polly behauptet zu wissen, dass auch Seine Majestät der Kaiser, welcher bis vor Kurzem unbedingt eine friedliche Lösung verlangt habe, seit dem jüngsten Aufenthalte des Grossfürsten Nikolaus Nikolajewitsch in Spala umgestimmt und nun auch bereit sei, eventuell sogar, wenn nötig, mit Gewalt diesen Punkt durchzusetzen. General Suchomlinow hätte seinem Kollegen des Äussern erklärt, er könne was immer für eine Politik machen, denn Russland sei vollständig bereit. Ich konnte nur entgegnen, dass ich eine viel zu hohe Meinung von den mir gut bekannten leitenden russischen Staatsmännern hätte, als dass ich sie für fähig hielte, wegen einer solchen Lappalie, welche übrigens Russland nicht einmal direkte interessiere, den Weltkrieg zu entfesseln, dass übrigens, wenn man die legitimen Interessen der so äusserst konzilianten Monarchie nicht berück-

sichtigen wolle, man den Krieg — wenn man ihn à tout prix wolle — auch haben könnte. Um mir nun noch mehr Schrecken einzuflössen, erwiderte nun dieser Diplomat ad hoc, man rechne hier bestimmt mit einer „Lokalisierung" eines eventuellen Krieges zwischen Österreich-Ungarn, Serbien und Russland!! (worüber ich mir starke Zweifel auszudrücken erlaubte) — und endete nun mit der Versicherung, dass die Beziehungen zwischen St. Petersburg und Berlin und St. Petersburg und Rom in diesem Momente ganz besonders gute seien! Diese letzten Worte wurden aber in so lächerlich-plumper Art zum Besten gegeben, dass ich und der anwesende Herr von Szilassy uns unwillkürlich ansahen und zulächelten, worauf dem Emissär des russischen Auswärtigen Amtes nichts anderes übrig blieb, als sich diesem sein ganzes Spiel aufdeckenden Lächeln anzuschliessen. Wenn ich mir erlaube, in einem so ernsten Momente Euer Exzellenz wertvolle Zeit mit der Schilderung der obigen tragikomischen Szene auch nur für einen kurzen Augenblick in Anspruch zu nehmen, so ist es nicht, weil ich den Äusserungen des Dr. Polly eine besondere Bedeutung beimesse, aber weil es mir immerhin symptomatisch erscheint, dass das Auswärtige Amt — jetzt das erste Mal seit dem Amtsantritt Herrn Sazonows — es wieder nötig gefunden hat, diesen hervorragenden Journalisten in „ausserordentlicher Mission" an die Botschaft zu delegieren!! Thurn.

Nr. 4395. Tel. aus Sofia, 12. Nov. 1912 Nr. 339 (eing. 13. Nov. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Italienischer Kollege sagte mir, Serben hätten Kopf verloren, Herr Spalajković habe ihm gestern gesagt, Serbien und Griechenland gingen auf Teilung ganz Albaniens aus. Auf meine Frage, was der italienische Standpunkt diesbezüglich, antwortete Bosdari, dass Italien eines Sinnes mit Österreich-Ungarn. Auf meine weitere Frage, ob unter Gesichtspunkt rein italienischer Interessen Autonomie Albaniens einer Teilung desselben vorzuziehen, antwortete Bosdari, er wisse es nicht, Problem sei schwierig und ihm fremd. Es sei eher aus Gründen höherer Politik, dass sich Italien in Frage Albaniens und serbischen Hafens mit uns solidarisiere. „Vous n'avez pas encore precisé votre point de vue et nous l'avons épousé sans le connaître. Nous préférerions évidemment que la question puisse être réglée à l'amiable." Unterredung war unverbindlich. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 4349.

Nr. 4396. Tel. aus Sofia, 12. Nov. 1912 Nr. 341 (eing. 13. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich sprach rumänischen Gesandten gestern und heute und fand ihn viel weniger zuversichtlich: Les dispositions bulgares ne lui plaisent pas. Aus meinen letzten Unterredungen mit bulgarischen Politikern und heute mit Herrn Geschoff hatte ich Eindruck grösserer Unnachgiebigkeit.
Tarnowski.

[a] Vgl. n. 4313.

Nr. 4397. Tel. aus Sofia, 12. Nov. 1912 Nr. 342 (eing. 13. Nov. 10 U. a. m.). Entziff.

Im offiziellen Bulletin von heute abends wird ein vom 9. d. M. datiertes Telegramm bulgarischen kommandierenden Generals aus Salonik an König Ferdinand veröffentlicht, welches wie folgt lautet: „La ville de Salonique à partir d'aujourd'hui se trouve sous le sceptre de Votre Majesté." Schon gestern zeigte man sich hier über Griechen, „die versucht hätten, Bulgaren zuvorzukommen", ungehalten und wird bulgarischerseits behauptet, dass bulgarische Armee vor der griechischen vor Salonik stand. Dass man hier Salonik den Griechen nicht gönne, habe ich aus Sprache Herrn Geschoffs, Danews, Kriegsministers und jedes Bulgaren entnommen: bulgarisch oder Freihafen hiess es. Heute abends sagte mir griechischer Gesandter, das oberwähnte Telegramm des bulgarischen Generals sei unerhört; die Griechen hätten Salonik zuerst okkupiert und Salonik werde auch griechisch bleiben. Herr Panas scheint auch auf Monastir Anspruch erheben zu wollen. Anderseits sagten mir dieser Tage Kriegsminister und Exministerpräsident Tontscheff, dass Üsküb bulgarische Stadt. Auf meine Frage, ob Bulgarien Üsküb Serbien abgetreten, erhielt ich Antwort, dass Bulgaren nicht alles selbst besetzen hätten können und dass es sich vorläufig um Hinaustreiben der Türken handle. Dies sind immerhin interessante Symptome.

Tarnowski.

Nr. 4398. Tagesbericht über einen Besuch des albanischen Notablen Ismail Kemal, 12. Nov. 1912. Konz. (S. Berger; V. Rappaport u. Szápáry; G. Szápáry).

Der albanische Notable Ismail Kemal Bey aus Valona ist heute hier erschienen, um die bekannten nationalen Aspirationen der Albanesen darzulegen und dieselben der Unterstützung der k. u. k. Regierung zu empfehlen. Derselbe versuchte auch, Informationen darüber einzuholen, welches die Intentionen der k. u. k. Regierung bezüglich der künftigen Organisation eines autonomen Albaniens wären und wie man sich hierseits zu seiner Absicht verhalte, durch eine einzuberufende Notablenversammlung und an die Mächte zu richtende Memoranden die nationalen Wünsche der Albanesen formulieren zu lassen, ferner die türkische Regierung dazu zu bewegen, auf ein einmüthiges Zusammengehen ihrer Militär- und Zivilbehörden in Albanien mit den Führern der nationalen Bewegung hinzuwirken. Ismail Kemal Bey gegenüber wurde unter Hinweis auf unsere offiziösen Preßstimmen kein Hehl daraus gemacht, daß die k. u. k. Regierung nach wie vor die weitgehendsten Sympathien für die nationale Entwicklung des albanischen Volkes und den Wunsch hege, daß es aus den gegenwärtigen Balkanwirren als ein seine nationale Integrität bewahrender, mit den übrigen Balkanvölkern gleichberechtigter Körper hervorgehe, was unserer Auffassung nach nöthig sei, um die dauernde Ruhe auf der Balkanhalbinsel zu sichern. Mit Rücksicht auf die geringe Verläßlichkeit des genannten albanischen Notablen glaubte man sich indes ihm gegenüber auf diese allgemeinen Darlegungen beschränken zu müssen und wurde ein Eingehen in

Detailfragen mit dem Hinweise auf die uns durch die Neutralität auferlegten Pflichten sowie auf den Umstand abgelehnt, daß die Erörterung solcher Fragen im Hinblick auf die Fortdauer des Kriegszustandes gegenwärtig noch verfrüht erscheine.

Nr. 4399. Tel. aus Athen, 13. Nov. 1912 Nr. 263 (eing. 14. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 259 von gestern. Mehrzahl der hiesigen Blätter griff in den letzten Tagen Österreich-Ungarn an wegen seiner angeblich drohenden Gegnerschaft gegen die Forderungen Serbiens nach einem Hafen an der Adria und kritisierte scharf unsere angebliche Tendenz, durch Hindrängen Serbiens nach dem ägäischen Meere, Serbien in einen Gegensatz zu seinen Verbündeten, namentlich Griechenland zu bringen. Stets wiederkehrender Refrain: Salonik wurde von Griechenland erobert und wird griechisch bleiben. Die Verteilung des eroberten Gebietes sei Sache der solidarisch verbündeten Alliierten, es möge sich kein Unbefugter da hinein mischen und so weiter." Im allgemeinen spricht sich griechische Presse in letzter Zeit gereizt gegen die Monarchie aus. Auch höre ich zuverlässig, dass breite hierländische Kreise schon stark davon influenziert sind. Es soll sogar das Wort „Boykott" in diesem Zusammenhange gefallen sein. Die gegen uns gerichtete Kampagne russischer und französischer Zeitungen (Temps) hat Schule gemacht. Ich telegraphiere Obiges nicht nach Budapest. Braun.

Nr. 4400. Tel. aus Bukarest, 13. Nov. 1912 Nr. 69 (eing. 8 U. p. m.).[a] Entziff.

Unter Bezugnahme auf Depesche Nr. 3 vom 12. d. M. Russischer Gesandter Schebeko hat gestern Herrn Majoresco mitgeteilt, dass Herr Danew mit der Mission sich nach Budapest begeben habe, um im Namen des Vierbundes Besprechungen zu beginnen. Russischer Gesandter fügte hinzu, Herr Danew habe sich in Belgrad behufs Besprechung mit Herrn Pašić aufgehalten, welcher sich in schroffer Weise gegen Stellungnahme Wiener Kabinetts ausgesprochen hätte. Da Herr Schebeko beauftragt schien, diese Mitteilung mir zu machen, so vermutet Herr Majoresco falsche Information russischen Kabinetts, betreffs Mission Herrn Danews, seitens Herrn von Hartwigs. Gleichlautend Budapest. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 4441.

Nr. 4401. Tel. aus Cetinje, 13. Nov. 1912 Nr. 168 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 3 aus Budapest vom 11. d. M. Italienischer Kollege sagte mir, dass er identischen Auftrag erhalten und denselben womöglich heute durchführen werde. Gleichlautend Budapest 4. Giesl.

[a] Vgl. n. 4402.

*Nr. **4402.** Tel. aus Cetinje, 13. Nov. 1912 Nr. 169 (eing. 14. Nov. 8 U. a.m.).[a] Entziff.*

Italienischer Gesandter hat soeben dem Könige identische Kommunikation jedoch mit der Erweiterung gemacht, dass die Integrität und Autonomie Albaniens Basis italienischer Politik bilde. König erwiderte, dass er diese Mitteilung als nicht geschehen betrachte. Er werde in den besetzten Gebieten nur der Gewalt weichen. Montenegrinisches Pressbureau hat meine gestrige Mitteilung mit dem Zusatze, dass sie als nicht geschehen betrachtet werde, der Presse übermittelt. Gleichlautend Budapest 5. Giesl.

[a]) Oe.-U. Balkan 55 Nr. 98. Vgl. n. 4355, 4386, 4401, 4443.

*Nr. **4403.** Tel. aus Konstantinopel-Pera, 13. Nov. 1912 Nr. 601 (eing. 14. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Minister des Äussern lässt mir sagen, dass die türkische Regierung, nachdem sie zur Überzeugung gekommen ist, dass Mediation der Mächte zu viel Zeit in Anspruch nehmen würde, sich direkt an die verbündeten Balkanstaaten gewendet hat; Gabriel Effendi liess mir ferner andeuten, dass, wenn Österreich-Ungarn an der Wahrung seiner eigenen Interessen mit Entschiedenheit festhalte, dies auch für die Position der Türkei von grosser Bedeutung sein würde. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

[a]) Oe.-U. Balkan 54 Nr. 96. Vgl. n. 4421.

*Nr. **4404.** Tel. aus London, 13. Nov. 1912 Nr. 109 (eing. 14. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Sir E. Grey hat mir soeben Instruktion vorgelesen, die er heute an britischen Gesandten nach Belgrad zur Mitteilung an serbische Regierung telegraphiert: „Ich verstehe vollständig, wie wichtig es für Serbien ist, sich für seinen Handel ein Debouché zur Adria zu sichern; es gibt aber mehr als ein Mittel, dies zu erreichen. Sollte jedoch Serbien peremptorisch und im voraus jede Erwägung, jeden möglichen Vorschlag, ausser seinen eigenen, ablehnen, welcher zur Erreichung des Wesentlichen dessen was Serbien bedarf, angeregt werden kann, so würde Serbien die Sympathien derjenigen sich entfremden, welche es zu unterstützen wünschen und „weaken their hands". Ich dankte Sir E. Grey für Mitteilung und sprach Zuversicht aus, dass britischer Gesandter in Belgrad Akzent auf „Debouché für Handel" legen würde, was er mir zusagte. Staatssekretär versicherte mir, dass russische Regierung ganz ähnliche Sprache in Belgrad führe und er ist zuversichtlich, dass friedliche Lösung aller Fragen gefunden werden wird, wenn nichts ganz Unerwartetes eintritt, was plötzlichen Konflikt zwischen uns und Serbien hervorbrächte. Sowohl Sir E. Grey als Sir A. Nicolson betrachten jetzt einzige Gefahr für Frieden, wenn Serbien eine derartige Haltung einnehmen würde, die Österreich-Ungarn zu ganz ernsten Massregeln provozieren könnte, was auch an anderer Stelle Widerhall haben müsste. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

[a]) Oe.-U. Balkan 54 Nr. 97. Vgl. n. 4542, 4565.

Nr. 4405. Tel. aus London, 13. Nov. 1912 Nr. 110 (eing. 14. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Unter Bezugnahme Telegramm Nr. 5 vom 11. d. M. Ich habe Sir E. Grey im Sinne der telegraphischen Weisung gesprochen. Er machte sich Notiz und ist sehr erfreut, dass Euer Exzellenz geneigt sind, Aktion der Alliierten, solange der Krieg dauert, als Kriegsoperation anzusehen, worauf er grossen Wert zu legen schien. Unseren Standpunkt, Europa nicht vor fait accomplis gestellt zu sehen und Besetzung albanesischen Gebietes nicht ohne vorherige Warnung hinzunehmen, schien er ganz gut zu begreifen. Autonomie Albaniens gibt er zu, macht aber immer noch Reserve, dass man über die Grösse des autonomen Gebietes verschiedener Meinung sein könne; diesmal sprach er vom Süden Albaniens und möglichen griechischen Ansprüchen auf Epirus. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

Nr. 4406. Tel. aus Paris, 13. Nov. 1912 Nr. 143 (eing. 14. Nov. 9 U. 15 M. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 6[b] und 7[c] vom 13. v. Mts. aus Budapest. Herr Poincaré, den ich soeben sah, zeigte sich über Lage beruhigter und sprach die Hoffnung aus, dass auch die Differenzen zwischen uns und Serbien sich gütlich beilegen lassen werden. Solange die Mächte ihre Ruhe bewahren, könnten auch die serbischen Hetzereien die Situation nicht endgiltig verderben. Der Ministerpräsident konnte nicht umhin, anzuerkennen, dass die Haltung der k. u. k. Regierung während der Krise eine massvolle und konziliante war, leider könne er nicht dasselbe von Serbien sagen. Herr Poincaré erzählte mir vertraulich, als ich ein höchst unpassendes Interview des hiesigen serbischen Gesandten erwähnte, er habe bereits spontan Herrn Vesnić gesagt, dass solche Äusserungen sehr bedauerlich seien. Auch die verschiedenen Unterredungen mit Journalisten mit allen ihren Übertreibungen könnten der serbischen Sache nur schaden. „Ich habe in Belgrad dringend zur Vorsicht gemahnt", sagte der Minister „und ich weiss, dass Russland sich in gleicher Weise bemüht." Als ich hierauf die in den Zeitungen veröffentlichte Erklärung des Herrn von Hartwig erwähnte, bezeichnete er die Haltung des russischen Gesandten in Belgrad, der auf eigene Faust Politik mache, als eine unmögliche. Herr Sazonow werde ihn wohl zur Ordnung rufen. Bezüglich der Meerengenfrage sagte mir Herr Poincaré, dass die Bulgaren wohl selbst nicht wünschen, definitiv in Konstantinopel zu bleiben. Die Türken dürften daher in Europa einen Landstreifen vom Schwarzen zum Ägäischen Meer behalten. Russland verlangt keinerlei Änderung der Reglements wegen der Durchfahrt, mit deren Aufrechterhaltung England und wohl auch alle anderen Mächte einverstanden sein dürften. Gleichlautend Budapest. Szécsen.

[a] Vgl. n. 4455. — [b] Mit Tel. Nr. 6, Budapest 12. Nov. 1912 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 4375 nach Paris mitgeteilt. — [c] Mit Tel. Nr. 7, Budapest 12. Nov. 1912 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.) wurde n. 4361 nach Paris mitgeteilt.

Nr. 4407. Tel. aus Sofia, 13. Nov. 1912 Nr. 343 (eing. 14. Nov. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Hohes Telegramm Nr. 7 vom 12. d. Mts. erhalten. Ich hätte seitens Herrn Danews eine viel präzisere Sprache gewünscht, unterschätze aber Bedeutung seiner Reise nicht. Wert der Reise besteht in der stattgehabten Fühlungnahme an und für sich, vor allem aber darin, dass Reise und Sprache Herrn Danews als Beweis aufrichtigen Wunsches und vielleicht auch positiven Bedürfnisses Bulgariens nach bleibender Freundschaft mit uns angesehen werden kann. Unmittelbar greifbaren Erfolg scheint Reise nicht zu haben, speziell nicht in den zwei einzigen Punkten, die eine Schwierigkeit zwischen uns und Bulgarien darstellen, nämlich rumänische Kompensationen und serbischer Korridor. Herr Danew dürfte in hohem Telegramm erwähntes Tauschgeschäft nicht proponiert haben, da er vielleicht bloss zum Sondieren ermächtigt gewesen ist, wohl aber auch deswegen, da Bulgarien zumindest jetzt — serbische Armee belagert ja Adrianopel — Serbien nicht im Stiche lassen kann und nicht erwartet, dass wir dies mit Rumänien tun. Für den Fall, dass Herr Danew nach seiner Rückkehr oder Herr Geschoff mir Tauschgeschäft proponieren oder andeuten sollte, erbitte Instruktion, was antworten. Ich hatte Unterredung mit Herrn Geschoff, der mir sagte, er habe bis jetzt nur kurzes Telegramm von Herrn Danew, der mit Reise sehr zufrieden schien. Unter anderem sprachen wir auch unverbindlich von serbischen Prätensionen. Herr Geschoff sei gegen Teilung Albaniens, er wünsche Autonomie Albaniens. Den Wunsch Serbiens nach einem Hafen in Adria finde Herr Geschoff legitim und begreife nicht Gründe, die uns veranlassen, dagegen zu sein, daß Serbien einen Streifen Landes entlang Montenegros erhalte. Russland würde ja nicht mehr serbischen als montenegrinischen Hafen benützen. Bulgarien müsse diese Forderung Serbiens unterstützen, umsomehr, als Bulgarien nicht gestatten könnte, einen serbischen Hafen im ägäischen Meer. Opposition Österreich-Ungarns treffe auch Bulgarien und kompliziere Lage. Fortsetzung folgt. Gleichlautend Budapest.

Tarnowski.

[a] Vgl. n. 4408, 4427, 4428.

Nr. 4408. Tel. aus Sofia, 13. Nov. 1912 Nr. 344 (eing. 14. Nov. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 343. Ich antwortete, dass mir davon, als ob wir Serbien nach ägäischem Meer ablenken möchten, nichts bekannt, ich wüsste aber, dass Euer Exzellenz Herrn Danew gesagt hätten, Monarchie wäre bereit, Serbien freie kommerzielle Verbindung zu Adria via Bosnien zu garantieren. Herr Geschoff meinte zuerst, dass Serbien eine solche Lösung nicht annehmen würde. Nach weiterer Argumentation meinerseits, wobei ich auch hervorgehoben, dass es freundschaftlicher Richtung Bulgariens uns gegenüber und dem beiderseitigen Verhältnisse nicht entsprechend, wenn sich Herr Geschoff mit jeder Prätension Serbiens solidarisieren wolle, liess Entschlossenheit, mit der Conseilspräsident zuerst

serbischen Standpunkt vertreten hatte, nach. Man müsste Rückkehr Herrn Danews abwarten — meinte er — dann würde man sprechen und sehen. Es wäre aber so schwer, jetzt, wo der Krieg der bulgarischen Regierung soviel zu schaffen gebe, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, und König Ferdinand hätte jetzt auch noch zu viel Kriegssorgen. Herr Geschoff fragte wiederholt, was mit rumänischen Prätensionen sein würde und bemerkte wieder, dass wir auf die Dauer rumänischer Freundschaft nicht trauen sollten. Gleichlautend Budapest. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4378.

*Nr. **4409**. Tel. aus Athen, 14. Nov. 1912 Nr. 264 (eing. 15. Nov. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Gelegentlich heutigen Diplomatenempfanges kam Minister des Äussern auf die Frage eines serbischen Hafens an der Adria zurück und äusserte, er begriffe nicht, warum Österreich-Ungarn dermassen für Albanien eintrete; er liess durchblicken, dass eine Aufteilung desselben zwischen Montenegro, Serbien und Griechenland doch auch in unserem Interesse liege, da dann alle Komplikationen auf dem Balkan ein für allemal beseitigt wären. Unsere gegenwärtige, angeblich ihn, Coromilas, überraschende Stellungnahme bezüglich Albaniens kompliziere Situation in höchst unerwünschter Weise. Minister teilte mir mit, k. und k. Regierung habe bei Montenegro ein Veto gegen die Besetzung eines Adriahafens, ja sogar Skutaris eingelegt und beurteile auch dies unter dem oben dargelegten Gesichtspunkte. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, antwortete ich Seiner Exzellenz, es müsse ihm doch längst bekannt sein, dass uns das Schicksal Albaniens, dessen Bevölkerung zum grössten Teile weder der slavischen noch der hellenischen Rasse angehöre, nicht gleichgiltig sei. Herr Coromilas erwähnt dann noch, unsere Desiderata bezüglich Albaniens wären ganz verschieden von jenen Italiens. Dagegen teilt mir soeben mein italienischer Kollege hocherfreut mit, dass auch heute diesfalls vollständige Übereinstimmung zwischen unseren beiderseitigen Regierungen bestünde. Ich bitte um Übermittlung dieses Telegrammes nach Budapest.[b]) Braun.

[a]) Vgl. n. 4379, 4431. — [b]) Amtsvermerk: Wurde veranlasst.

*Nr. **4410**. Tel. aus Athen, 14. Nov. 1912 Nr. 267 (eing. 15. Nov. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Zu Telegramm Nr. 248 vom 8. d. M. Herr Coromilas wies heute mir gegenüber mit Insistenz darauf hin, dass die am Eingang der Bucht von Valona gelegene Insel Saseno zu Griechenland gehöre. Denn diese Insel sei eine Dependenz der Jonischen Inseln, die durch den Vertrag von 1863 aus englischem in griechischen Besitz übergingen. Herr Coromilas deutete hiebei an, dass Griechenland auch auf Valona selbst Ansprüche erhebe. Gleichlautend Budapest. Braun.

[a]) Vgl. n. 4432, 4667, 4779.

Nr. 4411. Tel. aus Belgrad, 14. Nov. 1912 Nr. 202 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Nach aussen hin wird die feste Einigkeit unter den Balkanverbündeten und die Unerschütterlichkeit ihrer Allianz mit Nachdruck betont, es sollen aber bereits grössere Dissonanzen bemerkbar sein. Namentlich soll Salonik den Zankapfel bilden. Es sickern auch Gerüchte durch, aus welchen man auf grosse und schwere Verluste der serbischen Armee schliessen kann. Train und Nachschub sollen nicht mehr immer gut funktionieren. Symptome der Übermüdung und Erschöpfung sollen angeblich bereits wahrnehmbar sein. Kann jedoch Wahrheit der Gerüchte nicht kontrollieren. Gleichlautend Budapest. Ugron.

Nr. 4412. Tel. aus Belgrad, 14. Nov. 1912 Nr. 204 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Serben wollen als Kompensation für Salonik Ansprüche auf Valona erheben. Mitglieder der Regierung haben im Privatgespräche mitgeteilt, dass Durazzo schon seit drei Tagen sich in serbischen Händen befindet, offiziell wird es aber noch nicht zugegeben. Die Forderungen gehen immer weiter und die serbische Regierung macht nichts, die Leute zur Besinnung zu bringen. Gleichlautend Budapest. Ugron.

Nr. 4413. Tel. aus Belgrad, 14. Nov. 1912 Nr. 209 (eing. 15. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

Herr Jovanović teilt mir mit, daß serbische Regierung sehr peinlich berührt sei durch die Nachricht, daß unserseits bedeutende Truppenkonzentrierung an der Drinagrenze zwischen Vischegrad und Ratscha erfolge. Serbien habe zu solchen Vorsichtsmaßregeln keinen Anlaß gegeben. Ich erwiderte, von militärischen Vorkehrungen nichts zu wissen, seine Mitteilung aber Euer Exzellenz einzuberichten. Der Herr Generalsekretär fügte hinzu, daß wenn diese Maßregeln hier bekannt werden, in der Presse ein förmlicher Sturm ausbrechen wird. Als ich diese Gelegenheit benützte, darauf hinzuweisen, daß schon jetzt die Zeitungen anfangen, sehr aufreizende Sprache zu reden, antwortete er, daß serbische Regierung alles versucht habe, die hiesige Presse beruhigend zu beeinflussen, aber erfolglos, da die gegen Serbien gerichtete Sprache namentlich der Budapester Blätter, hier große Erbitterung hervorgerufen hat. Gleichlautend Budapest. Ugron.

Nr. 4414. Tel. nach Berlin; Budapest, 14. Nov. 1912 Nr. 15 (chiffr. 10 U. 10 M. p. m.).[a] Konz. (S. und G. Biegeleben).

Geheim. Telegramm Nr. 255 erhalten. Ich beauftrage Herrn von Mérey[a], Marquis di San Giuliano mitzutheilen, ich sei unter Zurückstellung meiner bisher geltend gemachten Bedenken mit der nunmehrigen Textierung des Zusatzprotokolles unter der Voraussetzung einverstanden, dass die italienische Regierung nach der Unterzeichnung des Vertragsinstrumentes

öffentlich erkläre, der Bündnisvertrag sei tel quel erneuert worden. Auch hätte ich nichts dagegen einzuwenden, dass die Thatsache der Erneuerung des Dreibundes zuerst vom italienischen Cabinet in der eben besprochenen Weise öffentlich bekannt gemacht werde. Ich ersuche Euer Exzellenz, Herrn von Kiderlen hievon unverzüglich in Kenntniss zu setzen.

Berchtold.

a) Vgl. n. 4373, 4415, 4424, 4439.

*Nr. **4415**. Tel. aus Berlin, 14. Nov. 1912 Nr. 255 (eing. 4 U. 50 M. p. m.).a) Entziff.*

Geheim. Bezug auf mein Telegramm Nr. 246 geheim vom 8. d. M. Herr von Kiderlen-Waechter bittet mich, Euer Excellenz zu ersuchen, in Betreff der in ein protocole additionnel zum neuen Dreibundvertrage vorgeschlagenen Erklärung ehetunlichst Antwort erteilen zu wollen. Italienische Regierung beabsichtige, sobald Euer Excellenz diesbezügliche Antwort einlangt, sofort mit einem formellen Antrag an Hochdieselben heranzutreten.

Szögyény.

a) Vgl. n. 4373, 4414.

*Nr. **4416**. Tel. aus Berlin, 14. Nov. 1912 Nr. 256 (eing. 6 U. 15 M. p. m.).a) Entziff.*

Mein russischer Kollege setzte mir gestern auseinander, dass er zwar ohne Auftrag seiner Regierung sich begreiflicherweise mit der Lösung der Frage des gewünschten serbischen Adriahafens beschäftige und zu dem Gedanken gekommen sei, ob die k. u. k. Regierung sich nicht dennoch entschliessen könnte, den Hafen von San Giovanni di Medua Serbien zuzugestehen. Da nach den Abmachungen der verbündeten Balkanstaaten, von welchen er, wie er versicherte, keine amtliche Kenntnis habe, Skutari Montenegro zufallen sollte, wäre es ja allenfalls möglich, dass Österreich-Ungarn den genannten Hafen, der ganz in der Nähe von Skutari liege, Serbien als reinen Handelshafen überlasse, wobei stipuliert werden könnte, dass Serbien weder jetzt noch in Hinkunft diesen in einen Kriegshafen umwandeln dürfe und auch noch andere den Interessen Österreich-Ungarns entsprechende Verpflichtungen auf sich nehmen müsste. Staatssekretär sagte mir, Herr von Swerbejew habe sich auch ihm gegenüber ganz im gleichen Sinne ausgesprochen. Herr von Kiderlen habe dem russischen Botschafter geantwortet, sowie auch ich es getan habe, dass Österreich-Ungarn auf dem Standpunkt stehe, Serbien in keinem Falle einen Zugang an die adriatische Küste zuzugestehen. Swerbejew wiederholte, er habe von seiner Regierung keinen Auftrag, diese Frage jetzt hier aufzuwerfen und wolle nur im eigenen Namen das Terrain sondieren, da er zu wissen glaube, dass diese von ihm ins Auge gefasste Lösung der Frage seiner Regierung genehm wäre und gewiss auch in Belgrad gern akzeptiert würde. Gleichlautend Budapest.

Szögyény.

a) Vgl. n. 4318.

Nr. 4417. Tel. aus Bukarest, 14. Nov. 1912 Nr. 70 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Minister des Äussern las mir eben ein telegraphisch wiedergegebenes Gespräch des rumänischen Gesandten in Belgrad mit Herrn von Hartwig vor. Russischer Gesandter erklärte, er wisse bestimmt, Seine k. und k. Apostolische Majestät wolle um keinen Preis kriegerische Verwicklung, österreichisch-ungarische Artillerie sei vollkommen minderwertig und sei die Monarchie von einem Aufstand der Südslaven bedroht. Ein Kataklisma Österreich-Ungarns sei in Bälde zu erwarten und würde er Rumänien raten, beizeiten seine austrophile Politik zu ändern; bei einem Anschluss an Russland würde ihm Siebenbürgen wie eine reife Frucht in den Schoss fallen. Gleichlautend Budapest. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 4381, 4419, 4448.

Nr. 4418. Bericht aus Bukarest, 14. Nov. 1912 Nr. 60 (eing. 17. Nov.).[a] Ausfert.

Geheim. Aus den Aufzeichnungen der Gespräche, welche Graf Aehrenthal in den Jahren 1909 und -10 mit dem damaligen rumänischen Minister-Präsidenten Herrn Bratianu zu führen, Gelegenheit hatte — (hohe Erlässe vom 12/VIII 1909, Nr. 2732;[b]) 10/IX 1909, Nr. 2994,[c]) 29/IX 1909, Nr. 3120[d]) und 3/II 1910 Nr. 254)[e]) und aus den einschlägigen Berichten des Prinzen Schönburg geht hervor, dass sowohl das Wiener als auch das Berliner Cabinet die hiesige Regierung darüber nicht im Zweifel liessen, dass die Central-Mächte absolut nicht gewillt seien, bei einer eventuellen Gebietserweiterung Bulgariens territoriale Ansprüche Rumäniens anders als nur moralisch zu unterstützen. Besonders markant tritt dies in dem dem hohen Erlasse vom 10. September 1909, Nr. 2994[c]) beiliegenden Gespräche hervor, in welchem der verblichene k. u. k. Minister des Aeussern Herrn Bratianu gegenüber hervorhob, er könne die Verpflichtung nicht eingehen, dass die Monarchie für Rumänien in dem Herrn Bratianu vorschwebenden Falle eine Gebietserweiterung auf Kosten Bulgariens, welche als Compensation einer eventuellen Vergrösserung dieses Königreiches gedacht sei, durchsetzen werde. In ähnlicher Weise sprach sich auch zu dieser Zeit Herr von Kiderlen-Wächter hier aus. Fügt man diesen damaligen und seither wiederholten Feststellungen noch hinzu, dass laut § 2, des uns mit Rumänien verbindenden Vertrags-Instrumentes[f]) Oesterreich-Ungarn nicht verpflichtet erscheint, falls Rumänien seinen Ansprüchen Bulgarien gegenüber mit den Waffen Geltung verschaffen wollte, militärische Hilfe zu leisten, so ist es nur zu begreiflich, dass sich bei den hiesigen leitenden Factoren mit Hinblick auf die bereits eingetretene Machtvergrösserung Bulgariens und seiner bisherigen ablehnenden Haltung Rumänischen Wünschen gegenüber, ein sehr banges Gefühl der Unsicherheit und grosses Unbehagen geltend macht. Für die grosse Oeffentlichkeit kommt anderenteils in Betracht, dass Herr Bratianu, der damals diese entschiedene Abfuhr seiner Bestrebungen in Wien und Berlin erfuhr, Führer der in der Opposition befindlichen Liberalen ist und, ob des jüngsten Partei-Kampfes mit tiefem Groll gegen Krone und Regierung erfüllt, nur wegen der

äusseren Crise für den Moment seine intransigente Haltung aufgab. In seiner Partei und deren Organen tritt jedoch immer mehr der Antagonismus gegen die Politik der Krone und der Conservativen zu Tage. Immer mehr greift die Tendenz um sich, Oesterreich-Ungarn, welches Rumänien von einem activen Eingreifen abhielt, die Schuld aufzubürden, wenn dieses unbefriedigt aus der heutigen Situation hervorgehen würde. Emsig sind mein russischer und französischer College am Werke, in der Absicht den Einfluss der Centralmächte zu discreditiren, allen politischen Kreisen zu suggeriren, dass die türkische Catastrophe hätte vermieden werden können, wenn Rumänien bei Zeiten militärische Vorkehrungen getroffen hätte und Russland, das nie aus seiner Reserve herausgetreten wäre, eine gewisse Behinderung Bulgariens nicht ungern gesehen hätte. Der günstige Moment sei freilich jetzt für immer verpasst! So wird mit allen Mitteln Stimmung gemacht und nicht mit geringem Erfolg, da die Oeffentlichkeit gegen ihre Erwartung bisher keine greifbaren Früchte der traditionellen äusseren Politik zu sehen bekam. Die Russophilen, deren es nicht wenig im Lande gibt, nützen diese Stimmung weidlich aus, und man kann kaum ein hiesiges Blatt öffnen ohne einen einschlägigen, gehässigen Artikel oder Passus zu finden. Als Beispiel unter vielen diene anruhender Artikel des „Universul“*g)* von einem Anhänger der Takisten Partei verfasst und ein in der Indépendance Roumaine erschienenes Telegramm.*h)* Aus Vorstehendem dürfte zur Genüge erhellen, dass ein entschiedener Schritt des Wiener Cabinets am hiesigen Platze sich nicht nur als nützlich sondern auch als notwendig erweisen würde. Derselbe müsste sowohl dazu dienen der hiesigen Regierung eine volle Beruhigung über das Schicksal der angestrebten Grenzregulirung zu schaffen, als auch ihr die Möglichkeit und die Handhabe bieten, der, gegen die bisherige Politik gerichteten Campagne mit Erfolg entgegen treten zu können. Ich erlaube mir diese meine Ansicht mit solchem Nachdrucke zu vertreten, weil die Monarchie sonst Gefahr läuft an politischem Terrain in Rumänien in uneinbringlicher Weise zu verlieren. Heute ist es noch nicht zu spät und manches könnte noch gut gemacht werden. Auf die Loyalität der massgebenden Factoren im Lande ist bisher unbedingter Verlass, doch darf nicht übermenschliches verlangt werden. Im eigenen Vorteil findet in der Politik auch die Loyalität ihre Grenzen. Wenn heute seitens Russlands, diesem ewig drohenden Gespenst, Rumänien eine Vergrösserung über die Carpathen hinaus in sichere Aussicht gestellt würde oder auch nur eine solche gegen die Dobrudscha, jedoch in ausgiebigem Masse, als Belohnung für einen gemeinsamen glücklich überstandenen Feldzug oder für die Wahrung der Neutralität, so würde dieser Lockung kein Politiker im Lande widerstehen können. Die Bewegungsfreiheit Rumäniens ist vor der Hand durch unseren Vertrag gebunden, dieser wird sich aber nur dann als jeder Probe gewachsen zeigen, wenn beide Contrahenten aus demselben einen materiellen Nutzen ziehen, sonst bleibt er eben nur Papier. Die Türkei, welche bisher sozusagen einen integrirenden Bestandteil des Rüstapparates der auswärtigen Politik Rumäniens bildete, ist weggefegt, Bulgarien hebt sich drohend an den Grenzen des Königreiches empor, was Wunder, dass Rumänien für seine heutigen und eventuell späteren Postulate eine grössere Sicherheit in seinen

bestehenden Verbindungen sucht und wenn es dieselben nicht findet nach anderen, seinen Interessen besser dienenden und lucrativeren greift. Die Lage ist eine solche geworden, dass Rumänien, an einem Wendepunkt seiner äusseren Politik zu stehen scheint, es wäre gut wenn die Monarchie in diesem critischen Momente seinem heutigen Verbündeten den Weg weisen würde. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 4515. — [b]) Vgl. n. 1689. — [c]) Vgl. n. 1731, 1732. — [d]) Vgl. n. 1746. — [e]) Vgl. n. 1978. — [f]) Vgl. A. F. Pribram, Politische Geheimverträge I 87; Martens, N. R. G. 3. S. X 70. — [g]) Beilage. — [h]) Wurde Raummangels wegen nicht aufgenommen.

Beilage zu n. 4418. Deutsche Übersetzung eines Artikels des „Universul" vom 31. Okt. (13. Nov.?) 1912 betreffend Rumäniens Haltung Bulgarien gegenüber.

Da die bulgarischen Truppen auf dem Punkte stehen, in Constantinopel einzumarschieren und ihr König die Stufen des byzantinischen Trones zu besteigen, entsteht die Frage, welche Haltung Rumänien diesen Ereignissen gegenüber einzunehmen hat. Unser Interesse, sowie das der übrigen Staaten besteht darin, alle Völker derselben Nationalität unter einem einzigen Szepter zu vereinigen. Dadurch könnte aber das stets beobachtete Gleichgewicht gestört werden, welches immer, wenn es nicht aufrechterhalten werden konnte zu blutigen Kriegen geführt hat. So zum Beispiel ist es sicher, dass die Vereinigung aller Bulgaren dieses Gleichgewicht, u. z. zu unserem Nachteil, stören wird. Die uns drohende Gefahr ist leicht zu ersehen, wenn man bedenkt, dass die Bulgaren ein junges Volk sind, voll Leben, voll Ambition, aufgewachsen im Ideal eines Gross-Bulgarien und im Besitze grosser moralischer Autorität. Diese Gefahr hätte natürlich durch eine teilweise Mobilisierung beseitigt werden müssen. Russland hätte sich nicht beklagen können, da es laut und deutlich zu verstehen gab, dass es den Frieden will. Unsere Mobilisierung nun hätte keinen anderen Zweck verfolgt. Die Bulgaren müssten überzeugt werden, dass der erwartete Tag noch nicht gekommen ist. Diese Bewegung an der südlichen Donau darf erst dann vor sich gehen, wenn es uns möglich wäre, nach dem Norden der Karpaten zu ziehen. Dass wir nicht mobilisierten und die Bulgaren nicht hinderten in den Krieg zu ziehen, war derselbe Fehler, den Frankreich bei Sadova den Preussen gegenüber beging; wir haben an unserer Grenze einen mächtigen Staat sich formieren lassen, der im gegebenen Moment, die Realisierung unseres nationalen Ideales wird verhindern können. Man sagt, ohne hiefür einen Beweis zu haben, dass uns Bulgarien das sogenannte „Quadrilater" abtreten wird; wir zweifeln aber sehr daran, dass Bulgarien auf einen Teil seines Territoriums verzichten wird. Auch Preussen versprach Frankreich das Grossherzogtum Luxemburg, um sich seine Neutralität zu sichern. Nach dem Friedensschluss erhielt Frankreich aber nichts. Einige sagen, dass, falls unsere Mobilisierung den Krieg nicht hätte verhindern können, wir an der Seite der Muselmann nicht gegen Christen hätten kämpfen können. Darauf antworteten wir, dass es in der internationalen Politik keine Sentimentalität gibt; dass Napoleon III. der eine derartige

Politik verfolgte, der erste war, der darunter zu leiden hatte; dass eine Allianz mit dem Muselmann von einem sehr christlichen König geschlossen wurde und zwar von Franz I. von Frankreich gegen Charles Quint. Die von uns nach dem Kriege von 1877 beobachtete Politik hat sich von unserer traditionnellen Politik mit Russland ganz und gar entfernt. Es ist wahr, dass Russland uns 1812 Bessarabien bis zum Dnjestr genommen hat, ebenso die drei Distrikte, die uns durch den Pariser Vertrag von 1856 zurückgegeben wurden; aber 1812 waren wir noch kein einheitlicher Staat. Hingegen (so schien es wenigstens) offerierte es uns gerade das Territorium, welches wir heute in Bulgarien beanspruchen. Russland hat uns übrigens gegen die Türken verteidigt und schliesslich, als sein Alliierter, erreichten wir unsere Unabhängigkeit. Russland beging einen einzigen Fehler: Nach Abtretung Bessarabiens hätte es uns dasselbe zum Geschenk machen sollen. Dafür wäre wohl jeder Rumäne dankbar gewesen. Durch eine Frage schlecht gedeuteter Ambition wurden wir in die Arme Oesterreich-Ungarn's geworfen, des Unterdrückers unserer Brüder, in die Arme jenes Landes, welches Herr über unsere Donau werden wollte und die Absicht hatte, uns inmitten unserer fruchtbaren Felder zu ersticken, ebenso wie es dasselbe mit Serbien zu tun die Absicht hatte und noch hat. Haben wir aus der engen Verbindung mit Oesterreich-Ungarn wenigstens einen Vorteil gehabt? Keinen einzigen. Wir sind nahe daran zu glauben, dass es den Balkankrieg heraufbeschworen hat, denn sonst hätte Serbien nie gewagt, in den Krieg zu ziehen. Die Abtretung des Sandschaks war für Oesterreich schmerzlich und um denselben zurückzugewinnen, hat es diesen Krieg provoziert. Seine Politik uns gegenüber zielt darauf ab, unsere Blicke von dem Territorium abzulenken, das zwischen den Karpaten und der Theiss liegt und von Rumänen bewohnt ist und um dies durchzusetzen, hat es die Frage der Macedo-Rumänen erfunden, um zwischen uns und den Balkanstaaten Uneinigkeiten zu säen und um aus diesen Uneinigkeiten Gewinn zu ziehen und sich zu heben. Was haben wir in Macedonien zu suchen, wenn wir an den Toren unseres Landes Territorien haben, die von Vollblut-Rumänen besetzt sind, die keinerlei fremden Einfluss gelitten haben? Was haben wir von einem Volke zu erwarten, welches in der Person des Grafen Apponyi erklärt, wir hätten kein Recht auf Compensation und müssten daher ruhig bleiben, während er, dieser Staat sich vergrössert. Alle unsere Tendenzen, alle unsere Aspirationen, alle unsere Gedanken müssen auf unsere jenseits der Karpaten wohnenden Brüder gerichtet sein. Zwischen Donau, Theiss und Dnjester muss ein Gross-Rumänien entstehen und unser König muss in Alba-Julia (Gyulafehérvár) zum Könige aller Rumänen gekrönt werden! Wenn wir aber unsere Politik mit Oesterreich-Ungarn fortsetzen, ist dies unser Ideal verloren. Wir glauben sogar, dass es in seiner Perfidie so weit gehen könnte, ein Gross-Bulgarien zu schaffen, um uns zu ersticken und uns zu zwingen von ihm unsere Annexion gleichsam als Gnade zu verlangen. Das einzige Mittel, um aus dieser Lage herauszukommen, ist zu unserem alten Verbündeten, zu Russland zurückzukehren oder in eine Verbindung mit den Balkanstaaten zu treten. Nur dann, wenn wir uns alle vereinen, werden wir der unersättlichen Politik unseres schlauen Nachbars widerstehen können.

Nr. 4419. Bericht aus Bukarest, 14. Nov. 1912 Nr. 61 A (eing. 17. Nov.).[a] Ausfert.

Streng vertraulch. Bei einem Besuche, den ich heute Herrn Maioresco in seiner Privatwohnung abstattete, brachte ich das Gespräch auf die von meinen russischen und französischen Kollegen betriebene gegen Österreich-Ungarn gerichtete Agitation. Ich erzählte ihm, dass mir von befreundeter Seite die Mitteilung zugekommen sei, dass beide Herren offen mit Genugtuung konstatierten, Österreich-Ungarn sei hier dadurch, dass es Rumänien von der Mobilisation abgehalten, vollkommen diskreditiert und es komme nunmehr die bisher befürchtete Unterstützung Österreich-Ungarns durch Rumänien in Wegfall. Ich lenkte die Aufmerksamkeit Maiorescos auch darauf, dass diese Ansichten durch die liberale Presse sehr gefördert würden und denselben von den conservativen Organen nur sehr sanft entgegengetreten würde, hauptsächlich seien die takistischen Organe von einer merkwürdigen Neutralität. Ich bemerkte schliesslich, dass wenn Rumänien in entsprechender Weise seinen Standpunkt und seine künftige Stellungnahme darstellen würde, nicht nur die ardeur belliqueuse gewisser russischer Kreise vielleicht gedämpft werden könnte, sondern auch die hiesige öffentliche Meinung eine heilsame Korrektur erführe und den genannten Kollegen das Handwerk erschwert werde. Herr Maioresco dankte mir für meine offenen Darlegungen und versprach denselben Rechnung zu tragen. Dann versicherte er mich — meine Anspielung wohl verstehend — in feierlichster Weise, dass nicht nur die konservativen Führer sondern auch Herr Take Jonescu vollkommen auf der Basis der altbewährten Politik stünden. Letzterer habe im ersten Kronrat des neuen Ministeriums sich als unbedingter Anhänger der bisherigen äusseren Politik erklärt und sei mit seinem Kollegen Maioresco in der weitesten Interpretation des bestehenden Verhältnisses solidarisch. Leider sei die Partei- und Pressdisciplin eine schlechte, daher einer Agitation schwer beizukommen, hauptsächlich in einer so gespannten und sensationslüsternen Zeit. Wohl als Beweis seines Vertrauens und um eventuellen Verdacht irgendwelcher Art bei mir zu ersticken, las mir der Herr Minister den ganzen für Seine Majestät König Karol bestimmten Einlauf vor, in welchem sich unter Anderem auch die von mir heute telegrafisch unter Nr. 70 einberichtete Relation eines Gespräches Herrn Filalitis mit Herrn Hartwig befand. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 4515.

Nr. 4420. Tagesbericht über einen Besuch des türkischen Botschafters, 14. Nov. 1912.[a] Konz. (S. Berger; G. Rappaport).

Der türkische Botschafter ist heute hier erschienen, um im Auftrage der Pforte eine Zirkulardepesche folgenden Inhaltes zur Kenntnis zu bringen: Da das an die Mächte gerichtete Mediationsansuchen der ottomanischen Regierung noch zu keinem Ergebnisse geführt habe, sei die Pforte zu dem Entschlusse gelangt, sich direkte an die bulgarische Regierung und durch deren Vermittlung auch an Griechenland, Serbien und Montenegro zu dem Zwecke zu wenden, um den Abschluß eines Waffenstillstandes beziehungsweise

die Einleitung von Friedensverhandlungen zu erreichen. Die Pforte danke den Regierungen der Großmächte für deren Bemühungen und behalte sich gegebenenfalls vor, neuerdings an das Wohlwollen der Kabinette zu appellieren.

[a]) Vgl. n. 4423.

Nr. 4421. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. Nov. 1912 Nr. 605 (eing. 15. Nov. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 601. Minister des Äussern teilt mir mit, dass sich die türkische Regierung direkt an König Ferdinand gewendet hat. Die Antwort dürfte morgen nachmittag eintreffen. Gabriel Effendi sagte mir, er hoffe Thrakien mit Adrianopel für die Türkei retten zu können. Ausserdem glaubt er, dass es möglich sein werde, aus Albanien sowie aus der Stadt Salonik mit entsprechendem Hinterland autonome Gebiete zu bilden. In letzterer Beziehung meinte er, dass auf diese Weise die kutzowalachische und die in der Stadt Salonik lebende gemischte Bevölkerung eines autonomen Regimes teilhaft werden könnte. Albanien betreffend bemerkte er, dass es notwendig wäre, wenn man dieses Land lebensfähig erhalten wolle, demselben eine möglichst grosse Ausdehnung zu geben. Der Minister fügte noch hinzu, dass ihm von verschiedenen Seiten Nachrichten zugekommen seien, aus welchen hervorginge, dass eine energische Haltung Österreich-Ungarns in der albanesischen Frage ohne Zweifel zum Ziele führen würde. Die bulgarische Armee soll, wie der Minister mir weiter erzählte, sich in einem äusserst geschwächten Zustande befinden. Bisher seien bloss die Vorposten in die Nähe von Tschataldja gekommen. Die dort stehende ottomanische Armee betrage bereits gegen 100.000 Mann. Ausserdem hätte die Türkei noch an der russisch-türkischen Grenze 180.000 Mann stehen. Unter den Truppen bei Tschataldja ist eine starke Choleraepidemie ausgebrochen. Bisher sollen schon 500 Mann an Cholera gestorben sein. Gleichlautend Budapest 8. Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 55 Nr. 99.

Nr. 4422. Bericht aus Konstantinopel, 14. Nov. 1912 Nr. 86 B (eing. 16. Nov.). Ausfert.

Wenn dieser Bericht Eurer Exzellenz vorliegt, könnte die siegreiche bulgarische Armee möglicherweise schon in Konstantinopel eingezogen sein; wie hier nämlich verlautet, sind vorgestern die Vorposten des linken bulgarischen Flügels bereits an der Tschadaldja-Linie angekommen und kann daher damit gerechnet werden, dass der Angriff auf dieselbe in den allernächsten Tagen beginnt; es sei denn, dass die türkische Regierung bis dahin sich mit den Kriegführenden in Bezug auf einen Waffenstillstand direkt verständigt haben sollte. Niemand bezweifelt dass, wenn es noch zum Kampfe kommt, die Türken die Tschataldja-Position ebensowenig werden halten können, wie ihre früheren. Sie besitzen zwar dort noch circa 60.000 Mann, doch soll deren Moral seit den fünftägigen Kämpfen vor Lüle-Burgas sehr gesunken sein. Diese Schlacht, welche den Türken, bulgarischen Nachrichten zufolge, etwa 40.000 Mann gekostet haben soll, bedeutet aller-

dings einen Schlag, von dem sich eine Armee wohl kaum rasch erholen kann. Tatsächlich ist das türkische Heer bei Lüle-Burgas derart mitgenommen worden, dass eigentlich blos Trümmer desselben bei Tschataldja anlangten, zu deren Ergänzung und Auffrischung sich die aus Asien eintreffenden Truppen als ungenügend erweisen. Hiezu kommt, dass den Türken ein neuer Feind, die Cholera, entstand, die im Lager von Hademköj sehr stark aufgetreten sein soll, und rasch um sich greifen dürfte. Nach diesem Kriege wird also die Türkei sozusagen ohne Armee dastehen und bleibt daher die Frage offen, ob sie sich als Staat überhaupt wird erhalten können. Der Türke entwickelt bei Schicksalsschlägen keine Widerstandskraft und besitzt die moralische Kraft nicht, sich nach denselben wieder aufzuraffen. Er wird, wie dies auch hier zu beobachten ist, im Gegenteil apathisch und entmutigt, was im gegenwärtigen Falle nur dazu beitragen kann, die Entscheidung über die Zukunft Konstantinopels zu beschleunigen. Es ist übrigens recht fraglich, ob die geschwächten Türken diese nahezu eine halbe Million Christen fassende Stadt überhaupt noch längere Zeit werden zu halten vermögen; jedenfalls wird die Türkei nach Beendigung dieses Krieges eine ausschliesslich asiatische Macht. In der öffentlichen Meinung Europas ist vielfach die Ansicht verbreitet, dass das neue Régime den Zusammenbruch des osmanischen Reiches verursacht habe. Es kann zwar keinem Zweifel unterliegen, dass die Jungtürken viele und schwere Fehler begangen haben, wodurch alles, was sie unternahmen, sich als misslungener Versuch darstellt, aus der Türkei einen europäischen Staat zu machen, doch trifft die Schuld für den Zusammenbruch nicht sie allein. Will man gerecht sein, so muss man zugeben, dass Europa selbst es der Türkei unmöglich gemacht hat, sich zu regenerieren. Einerseits verhinderte die Eifersucht der Mächte die Entstehung der für die wirtschaftliche Entwicklung des Reiches so notwendigen Schienen-Stränge im Schwarzen-Meer-Becken, Mesopotamien etc., andrerseits wurden ihm in Angelegenheit der Zollerhöhung, welche vielleicht geeignet gewesen wäre, die Sanierung der Finanzen zu erleichtern, Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Hiezu kam der lange Krieg mit Italien, der für das Khalifenreich mit einer territorialen Einbusse endete, und — last but not least — dass die Nachbar-Staaten der Türkei systematisch gearbeitet haben, um eine Ordnung der Dinge in deren europäischen Provinzen unmöglich zu machen. Speziell auch die Misserfolge der Armee werden in der europäischen öffentlichen Meinung ausschliesslich auf das Konto der jungtürkischen Regierung gesetzt. Dies scheint mir indess nicht ganz richtig. Gewiss hat die neue Ära auch in dieser Richtung Fehler begangen — auf die ich in meiner ergebensten Berichterstattung ebenfalls verschiedentlich hinzuweisen Gelegenheit nahm — und wurden deren Verbesserungen überschätzt, doch darf man nicht vergessen, dass dem jetzigen konzentrischen Angriffe die Armee zu Hamids Zeiten wohl noch weniger Widerstand hätte entgegensetzen können. Wie ich von Leuten höre, die diesen Feldzug mitgemacht haben, ist der Hauptgrund der türkischen Niederlage ein zweifacher, erstens die quantitative und qualitative Inferiorität der türkischen Artillerie und zweitens die äusserst mangelhafte Organisation des Verpflegsnachschubes. Infolge des letzteren Umstandes sollen die Mannschaften

vier bis fünf Tage ohne Nahrungsmittel gewesen sein, wiewohl für Proviant reichlich vorgesorgt war. Unter der hamidischen Regierung wäre der Türkei vielleicht all das erspart geblieben, weil der Ex-Sultan es verstanden hätte, auf Tripolis rechtzeitig zu verzichten und hinsichtlich Mazedoniens sich mit den Mächten zu verständigen. Im neuen Régime fehlte indessen ein über den Parteien stehender Faktor und liess sich jede Regierung blos von Parteipolitischen Interessen und Erwägungen leiten. So kam es, dass die Jungtürken aus Furcht, die Herrschaft zu verlieren, mit Italien nicht Frieden schliessen wollten, deren Nachfolger aus dem gleichen Grunde von einer zeitgerechten Verständigung mit den Mächten absahen und nun der Zusammenbruch des osmanischen Reiches erfolgt. An Stelle der europäischen Türkei werden jetzt junge, kräftige Staaten treten; ob dieselben mit einander auf die Dauer in enger Verbindung bleiben, ist heute noch nicht abzusehen, jedenfalls wird man aber in Europa unter allen Umständen mit einem neuen bedeutenden militärischen Faktor sowie dem Bestreben dieser Staaten rechnen müssen, sich wirtschaftlich von Europa mehr zu emanzipieren, als dies die Türkei tun konnte. Pallavicini.

Nr. 4423. Tagesbericht über eine Mitteilung des französischen Botschafters, 14. Nov. 1912. Konz. (S. Berger; G. Szápáry).

Der französische Botschafter hat heute auftraggemäß mitgeteilt, die Pforte habe seiner Regierung angekündigt, daß sie sich nunmehr direkt an Bulgarien beziehungsweise durch dasselbe an die anderen Balkanstaaten wende, um zum Abschlusse eines Waffenstillstandes und zur Einleitung von Friedensverhandlungen zu gelangen. (Über den analogen Schritt der türkischen Regierung in Wien liegt ein heutiger Tagesbericht[a]) vor.) Herr Dumaine fügte bei, der Herr französische Ministerpräsident sei der Ansicht, daß die Mächte sich durch diese türkische Demarche nicht davon abhalten lassen sollten, ihre Mediationstätigkeit fortzusetzen. Die Mitteilungen des Herrn Botschafters wurden mit dem Bemerken zur Kenntnis genommen, daß über dieselben Seiner Exzellenz dem Herrn Minister ungesäumt Meldung erstattet werden wird.

[a]) Vgl. n. 4420.

Nr. 4424. Tel. nach Rom; Budapest, 14. Nov. 1912 Nr. 13 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Biegeleben).

Geheim. Graf Szögyény telegrafiert mir unterm 8. d. M. wie folgt: ... *n. 4320* ... Ich ersuche Euer Exzellenz, Marquis di San Giuliano mitzuteilen, ich sei unter Zurückstellung meiner bisher geltend gemachten Bedenken mit der nunmehrigen Textierung des Zusatzprotokolls unter der Voraussetzung einverstanden, dass die italienische Regierung nach der Unterzeichnung des Vertragsinstruments öffentlich erkläre, der Bündnisvertrag sei tel quel erneuert worden. Euer Exzellenz wollen hinzufügen, ich hätte nichts dagegen einzuwenden, dass die Tatsache der Erneuerung des Dreibundes zuerst vom italienischen Kabinet in der eben besprochenen Weise öffentlich bekannt gemacht werde.

[a]) Vgl. n. 4373, 4414, 4521, 4522.

Nr. 4425. Tel. aus Rom, 14. Nov. 1912 Nr. 181 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Meine gestrigen Rücksprachen mit dem Minister des Äussern, Scalea und Herrn Bollati haben den in meinem Telegramm Nr. 178 gemeldeten Eindruck verstärkt, dass ausser Frankreich und England auch Russland in der Frage des serbischen Adriahafens abgewiegelt und sogar Serbien selbst Undurchführbarkeit dieses Gedankens einzusehen beginne. Da dermalen alle Mächte auf serbische Regierung ernüchternd einwirken und man überall die äusserste Bescheidenheit unserer gesamten Stellungnahme gegenüber der Balkankonflagration anerkennt, erscheint mir Möglichkeit eines Konfliktes über diese Frage nunmehr ausgeschlossen, ohne dass wir — wie 1909 — einer grossartigen Geste Deutschlands zu unseren Gunsten bedürfen. Dagegen scheint, wenn ich Situation richtig beurteile, Frage unserer wirtschaftlichen Vorzugsrechte grösseren Schwierigkeiten entgegenzugehen, teils weil die bisher mangelnde Definition derselben Misstrauen erzeugt, teils weil Russland befürchtet, dass wir Serbien wirtschaftlich drosseln wollen, und die anderen Mächte besorgen, dass ihr eigener Balkan- und Orienthandel durch Privilegien des unsrigen leiden könnte. Gleichlautend Budapest. Mérey.

[a]) Vgl. n. 4470, 4817.

Nr. 4426. Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 14. Nov. 1912 Nr. 9 (chiffr. 9 U. p. m.).[a]) *Konz. (S. Maschinschrift; V. Matscheko; G. Berchtold).*

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 221 vom 10. d. M. Euer Exzellenz wollen Herrn Sazonow in meinem Namen mitteilen, ich hätte von seiner Zusage, seinen Einfluß in Belgrad geltend zu machen, damit sich Serbien mit einem rein wirtschaftlichen Ausgang zur Adria begnüge, mit lebhafter Befriedigung Kenntnis genommen. Euer Exzellenz wollen hinzufügen, Herr Sazonow wisse, daß wir gegen eine Befriedigung des serbischen Wunsches nach einem wirtschaftlichen débouché in der Adria, sei es über Bosnien, sei es durch den Ausbau der Donau-Adria-Bahn, von allem Anfang an nichts einzuwenden hatten und unter der Voraussetzung, daß auch unsere wirtschaftlichen Interessen volle Berücksichtigung finden, bereit seien, Serbien für die freie Benützung der Verkehrswege durch Bosnien sichere Garantien zu geben, beziehungsweise dafür einzutreten, daß ähnliche Garantien, was die künftige Donau-Adria-Bahn anbelangt, geschaffen werden. Euer Exzellenz wollen weiter bemerken, ich wäre davon sehr angenehm berührt gewesen, daß Herr Sazonow mit seiner Mißbilligung der Sprache, die der serbische Vertreter in Berlin geführt hat, der serbischen Regierung gegenüber nicht zurückgehalten habe. Mit den Bemühungen des Herrn Ministers, Serbien zu einer mäßigen und vernünftigen Haltung zu veranlassen, steht nach den mir vorliegenden Informationen das Verhalten des russischen Gesandten in Belgrad keineswegs in Einklang. Ich habe erfahren, daß Herr von Hartwig sich lebhaft zugunsten der Idee eines serbischen Adriahafens ausgesprochen und einem seiner Kollegen versichert hat, Rußland werde Serbien bestimmt nicht im Stiche lassen. Jetzt, so habe Herr von Hartwig weiter bemerkt, werde die Türkei aufgeteilt, bald würde

dasselbe Los Österreich-Ungarn treffen; es würde ein großes serbisches Reich entstehen, das auch Montenegro, Bosnien und Südungarn umfassen würde, während Siebenbürgen Rumänien zufiele. Euer Exzellenz wollen Herrn Sazonow von den mir zugekommenen Meldungen über Herrn von Hartwig vertraulich Mitteilung machen und betonen, daß eine solche Sprache des russischen Vertreters in Belgrad, die er wohl auch den serbischen Staatsmännern gegenüber führen dürfte, es mir begreiflich erscheinen lasse, daß Serbien sich für berechtigt gehalten habe, in solcher Weise aufzutreten, wie dies in Berlin geschehen sei.

[a]) Vgl. n. 4381, 4448, 4449, 4458, 4459.

Nr. 4427. Tel. aus Sofia, 14. Nov. 1912 Nr. 348 (eing. 15. Nov. 10 U. a. m.). Entziff.

Mit Herren Geschoff und Danew Unterredungen gehabt, über die, da Danew noch zweites Mal heute abends sehen soll, erst später telegraphisch berichten werde. Da Eindruck gewonnen, dass in meinem Telegramm Nr. 343 vom 13. d. Mts. erwähntes diplomatisches Tauschgeschäft mir derzeit nicht proponiert werden dürfte, bitte mein Ersuchen um diesbezügliche Instruktionen bis auf weiteres als gegenstandslos ansehen zu wollen. Gleichlautend Budapest. Tarnowski.

Nr. 4428. Tel. aus Sofia, 14. Nov. 1912 Nr. 350 (eing. 15. Nov. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Geschoff sagte mir, Herr Danew sei von Reise höchst befriedigt. Speziell huldvolle Art, in der er von unserem Allergnädigsten Herrn und von Seiner k. und k. Hoheit dem Erzherzog-Thronfolger empfangen wurde, hätte Danew tief und besonders angenehm impressioniert. Auf meine Frage, welchen Eindruck sachlich Herr Geschoff selbst hätte, antwortete er, er sei sehr zufrieden. Die Unterredungen Herrn Danews mit Euer Exzellenz hätten ergeben, dass politische Interessen in keinem Punkte divergieren und dasselbe sei in ökonomischer Hinsicht durch Gespräche mit Euer Exzellenz und Graf Wickenburg festgestellt worden. Da ich Danew sehen sollte, gingen wir mit Konseilspräsidenten nicht auf einzelne Fragen näher ein. „Monsieur Danew vous en référera le détail et quant à moi je vous dirai seulement que je suis affermi plus que jamais dans ma conviction que la Bulgarie doit être l'amie de l'Autriche-Hongrie. Nous pouvons marcher avec vous." Gleichlautend Budapest. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4378, 4407, 4429.

Nr. 4429. Tel. aus Sofia, 14. Nov. 1912 Nr. 351 (eing. 15. Nov. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erst jetzt nach ausführlicher Unterredung mit Herrn Danew habe wahren Eindruck von Bedeutung seiner Reise und dieser Eindruck ist ausgesprochen günstig. Die Wirkung der Reise scheint ebenso stark als wohltuend zu sein. Von dem Mißtrauen und der Reserve, die ich im Verkehre Danews mit mir bis jetzt stets gespürt habe, war heute nichts zu merken.

Er sprach wie jemand, der zu uns Vertrauen hat und ich hatte Impression seiner Aufrichtigkeit. Er sagte mir, Bulgarien habe Österreich-Ungarn bis jetzt verkannt und er könne sich zu seiner Reise, die ihm erlaubte, das wahre Österreich-Ungarn zu entdecken, nicht genug beglückwünschen. Mit großer Befriedigung aber ohne Phrase, nur einfach, erzählte mir Herr Danew seine Audienzen bei unserem Allergnädigsten Herrn und bei Seiner k. u. k. Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog-Thronfolger. Danew sei nach Pest gefahren, um vor dem Entstehen des neuen Bulgarien — dessen Politik nicht dieselbe sein könnte, als jene des bisherigen — zu prüfen, ob Grundlage für dauernde Freundschaft Bulgariens mit Monarchie vorhanden und hätte diese Basis gefunden. Er hätte von Euer Exzellenz erfahren, daß Bulgarien sich bis zur äußersten Grenze seiner nationalen Sphären territorial vergrößern könne, ohne daß wir dagegen etwas einzuwenden hätten. In wirtschaftlicher Hinsicht schien Danew — und denselben Eindruck hatte ich von Geschoff — speziell darüber befriedigt, daß Bahnprojekte, die uns konvenieren würden, auch bulgarischen Intentionen entsprechen. Wir sprachen von Serbien, wobei er mir seine diesfällige Unterredung mit Euer Exzellenz erzählt hat. Er zeigte sich gegen Griechen sehr montiert und sagte, Bulgarien könne und werde unter keiner Bedingung auf Salonik verzichten. Bezüglich rumänischer Kompensationen habe Danew Eindruck, daß Seine k. u. k. Apostolische Majestät Allerhöchst sich hiebei von Freundschaft für König Karol leiten ließen und wünschen würden, daß Rumänien nicht leer ausgehe. Seine k. u. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog-Thronfolger lege — so schien es Danew — kein so großes Gewicht darauf, daß Rumänien Kompensationen bekomme. Euer Exzellenz wüßten nicht genau, meinte Kammerpräsident, was Rumänien eigentlich verlangt, wären aber der Ansicht, daß Grenzregulierung notwendig und daß beide Staaten sich diesbezüglich direkt verständigen sollten. Auf meine Frage, ob Herr Danew jetzt Anschauung Euer Exzellenz teile, antwortete er, daß Sache sehr schwierig, hauptsächlich für König Ferdinand, der sich durch Abtretung bulgarischen Territoriums unpopulär in Armee und Land machen würde. Ich redete Danew zu, er selbst sollte König Ferdinand von Notwendigkeit einer Kompensation an Rumänien überzeugen trachten, worauf er erwiderte, er sehe ein, daß Angelegenheit dringender Regelung bedürfe, da böses Blut entstehe. Mitredner fahre heute Hauptquartier, werde König referieren und mich in drei Tagen Entscheidungen Seiner Majestät wissen lassen können. Fortsetzung folgt. Gleichlautend Budapest. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4378, 4428, 4430, 4554.

Nr. 4430. Tel. aus Sofia, 14. Nov. 1912 Nr. 352 (eing. 15. Nov. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung des Telegramms Nr. 351 von heute. Eingehend besprach mit mir Herr Danew serbische Forderungen. Prätention, Albanien zu teilen, sei nicht ernst zu nehmen, einen freien Zugang zum Meer brauche aber Serbien. Er fragte mich, ob wir wirklich entschlossen, in letzterem Punkte nicht nachzugeben, worauf ich antwortete, dass, soviel mir bekannt, Korridor

zur Adria unzulässig. Herr Danew plädierte Korridor und erwähnte, Seine k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Franz Ferdinand wären zwar dagegen, hätten aber gesagt, que ce ne serait pas un cas de guerre. Kammerpräsident habe alles in Allem genommen Eindruck, dass wir in diesem Punkte unser letztes Wort noch nicht gesagt hätten. Ich wendete ein, dass mir Herausschneidung Streifen Albaniens unmöglich scheine und erinnerte Herrn Danew, dass er Euer Exzellenz versprochen, auf Serbien mäßigend zu wirken. Mitredner versicherte, dass er dies bereits getan und weiter tun würde. Herrn Pašič hätte er leider in Belgrad nicht gefunden, Herrn Spalajković habe er aber hier schon gesprochen und ihn auf Ungehörigkeit und Zwecklosigkeit serbischer Haltung Monarchie gegenüber aufmerksam gemacht, wie auch darauf, dass Serbien von Monarchie Avancen nicht erwarten dürfe, sondern selbst trachten müsse, uns freundlich zu disponieren. Herr Danew hätte auch serbischen Gesandten Gedanken bloßer Bahnverbindung via Bosnien erwähnt, was schweigend zur Kenntnis genommen worden wäre. Herr Danew drückte sich wiederholt abfällig über Serben aus und sagte, Bulgarien würde einen unruhigen Nachbar nicht dulden. Herr Danew wird in wenigen Tagen aus Hauptquartier zurückkommen und werde ich trachten, dass er und Herr Geschow weiterhin auf Serbien mäßigend wirken. Gleichlautend Budapest. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4378, 4460, 4472, 4486, 4554, 4644.

Nr. 4431. Tel. aus Athen, 15. Nov. 1912 Nr. 269 (eing. 16. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Minister des Äussern sagte mir heute, griechische Regierung müsse Anspruch Serbiens auf einen Adriahafen schon deshalb unterstützen, weil die Alliierten einen „Block" (sic!) bilden; auch ginge es nicht an „de frustrer" die serbischen Errungenschaften. Dasselbe gelte bezüglich Montenegros, dessen König „sauf le respect dû à l'Autriche-Hongrie" ganz recht daran getan habe, unser Veto als nul et non avenu zu betrachten. Zu meinem deutschen Kollegen hat sich Herr Coromilas scharf über unsere Haltung ausgesprochen und ihm auf dessen vorsichtige Sondierung darüber, wie weit die griechische Unterstützung der serbischen Prätensionen nach einem Adriahafen eventuell gehen würde, unumwunden erklärt, dass Griechenland es sogar auf einen Krieg mit der Monarchie ankommen lassen würde. Diese Äußerung ist vielleicht nur ein Bluff und jedenfalls charakteristisch für das hitzige und chauvinistische Temperament Herrn Coromilas' sowie für die hier herrschende Stimmung, ist aber doch bis zu einem gewissen Grade auch bezeichnend für das Allianzverhältnis der Balkanstaaten. Gleichlautend Budapest. Braun.

[a]) Vgl. n. 4409, 4478 Anm. a, 4489, 4490, 4666.

Nr. 4432. Tel. aus Athen, 15. Nov. 1912 Nr. 270 (eing. 16. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Zu Telegramm Nr. 267 von gestern. Coromilas sagte mir heute klipp und klar, Griechenland werde Anspruch auf Valona und das ganze Gebiet

östlich davon erheben, denn dies sei griechisch und gehöre nicht mehr zu Albanien. In Albanien würden sich Serbien und Montenegro teilen, welch' letzteres an seinen Grenzen sehr viel slavisch sprechende Albaner habe. Coromilas hielt mir neuerlich Vortrag über die angeblich enormen Vorteile, welche Aufteilung Albaniens, sowie Besitzergreifung Valonas und des Epirus durch Griechenland speziell für uns hätte. Gleichlautend Budapest.

Braun.

Nr. 4433. Tel. aus Athen, 15. Nov. 1912 Nr. 271 (eing. 16. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Kaiser Wilhelm telegraphierte seiner Schwester, der Kronprinzessin, auf deren Mitteilung über die Einnahme von Salonik: „Three cheers for Salonik." Herr Coromilas hat meinem deutschen Kollegen gegenüber sofort Kapital aus diesem Telegramm geschlagen, indem er es als unverkennbares Symptom dafür bezeichnete, dass deutsche Regierung mit der Inkorporierung Saloniks in Griechenland ganz einverstanden sei. Gleichlautend Budapest.

Braun.

[a] Vgl. n. 4894.

Nr. 4434. Tel. aus Athen, 15. Nov. 1912 Nr. 273 (eing. 16. Nov. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Coromilas hat meinem deutschen Kollegen mitgeteilt, dass der Plan der Internationalisierung Konstantinopels nebst beiden Ufern des Marmarameeres, Bosporus und Dardanellen auf seinem Vorschlag basiere.

Braun.

[a] Vgl. n. 4528.

Nr. 4435. Tel. aus Belgrad, 15. Nov. 1912 Nr. 210 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Konsul von Heimroth schickte einen Vertrauensmann an das hiesige k. und k. Konsulat, der geradezu schreckliche Details über die seitens der Serben an den Albanesen verübten Grausamkeiten einzuberichten wusste. Es soll die Parole ausgegeben worden sein, alle Albanesen über das 8. Lebensjahr zu ermorden und die ganze Nation auszurotten. Serben hatten sich an Kranken, Frauen und Kindern vergriffen und bei einer Gelegenheit in Kumanova 400 zurückgebliebene türkische Soldaten mit Fusstritten und Kolbenstössen getötet. Ganze Dörfer wurden niedergebrannt, Moscheen zertrümmert, geradezu unglaubliche Greueltaten verübt. 500 Türken wurden in Verisović ermordet und Leichen in den Vardar geworfen. Ich habe Vizekonsul Adamkiewicz beauftragt, sich an Ort und Stelle unauffällig genaue Informationen einzuholen, da ich diese Schilderung für übertrieben halte. Die Verzweiflung unter den Albanesen soll grenzenlos sein und man erwartet Rettung nur von Österreich-Ungarn. Issa Boljetinac soll trotz aller entgegengesetzten Gerüchte noch leben und rüste sich zum Kampf. Die Hetze gegen Prochaska ist auf den Umstand zurückzuführen, dass sein Kawass gefangen und bei demselben ein Privatbrief des Konsuls vorgefunden

wurde, in dem dieser die serbischen Greueltaten in lebhaften Farben schildert. Konsul von Heimroth soll sich in den kritischen Tagen sehr korrekt benommen und sich der Kolonie warm angenommen haben. Die Erlaubnis für die Entsendung des Kuriers ist noch immer nicht eingetroffen, obwohl sie heute zweimal telegraphisch urgiert wurde. Ugron.

a) Vgl. n. 4380, 4437, 4461, 4545.

Nr. 4436. Tel. aus Belgrad, 15. Nov. 1912 Nr. 211 (eing. 5 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Die in der auswärtigen Presse verbreiteten Nachrichten, dass auch hier eine gewisse Beruhigung eingetreten sei, kann ich nicht konstatieren. Die Zeitungen fahren fort aggressive Sprache zu reden und von einem Nachlassen in den Forderungen ist nichts zu merken. Ein Umschwung wäre vielleicht nach der Rückkehr des Herrn Pašić zu erwarten, da bis dahin für die öffentliche Meinung jede Orientierung fehlt. Kadettenführer[a] Gutschkow hielt sich hier zwei Tage auf und ist nach Uesküb weitergereist, um den Ministerpräsidenten zu sprechen. Herr Masaryk weilt auch hier und konferiert mit den Politikern. Gleichlautend Budapest. Ugron.

a) Richtig: Oktobristenführer.

Nr. 4437. Bericht aus Belgrad, 15. Nov. 1912 Nr. 136 A (eing. 17. Nov.). Ausfert.

Die vorgestrige „Samouprava" hat in ihrem Abendblatte einen langen „Österreich-Ungarn und Serbien" betitelten Leitartikel gebracht, dessen Übersetzung ich Euer Exzellenz in Vorlage zu bringen mir erlaube.[a] Mit Genugtuung wird hervorgehoben, dass ganz Europa den Balkanstaaten grossen Dank schulde, denn die wohltätigen Folgen des gegenwärtigen Balkankrieges kommen ganz Europa zugute. Tatsächlich anerkennen dies alle Staaten und bringen dem Balkan grösste Sympathien entgegen, nur Österreich-Ungarn mache hievon eine Ausnahme; nur für uns seien die Erfolge „der christlichen Heere eine unangenehme Überraschung." Serbien verkenne keineswegs, dass die Monarchie grosse Interessen am Balkan habe, aber „die neue Ordnung am Balkan" erscheint ganz besonders geeignet, diese Interessen Österreich-Ungarns zu schützen. Es sei unsererseits ganz unberechtigt von den Serben ausserordentliche Garantien für die Wahrung unserer Interessen zu fordern. Diese Forderung könne der Deckmantel sein für feindliche gegen die Selbständigkeit Serbiens gerichtete Tendenzen. Auch das ausdrückliche Verlangen nach „besonderen Zollbegünstigungen" und die „Garantie der Freiheit des Weges zum adriatischen Meere" wird im Prinzipe seitens Serbiens zurückgewiesen. Serbien verfolge das Prinzip „der offenen Türe" und wird dasselbe Österreich-Ungarn geradeso zugute kommen wie den anderen Staaten Europas. Der Weg nach Salonik werde auch ohne spezielle Garantien frei bleiben. Da diese unsererseits durch mich nicht aufgestellten Gegenforderungen auch in der übrigen Presse heftig angegriffen worden sind, habe ich es für zweckmässig erachtet, gestern

gelegentlich der Démarche, die ich in der Mediationsfrage gemacht habe, Herrn Jovanović aufmerksam zu machen, dass ich Herrn Pašić gegenüber weder von „Garantien" noch von „besonderen Zollbegünstigungen oder irgendwelcher Forderung nach einer Vorzugsstellung" gesprochen habe. Bezüglich der ökonomischen Fragen hätte ich ausdrücklich gesagt, dass wir die wirtschaftliche Selbständigkeit Serbiens keineswegs tangieren wollen, dass wir die Berechtigung seines Wunsches, eine gesicherte Verbindung nach dem Meere anerkennen, und habe auf die Euer Exzellenz bekannten 3 Modalitäten, welche diesbezüglich den Serben offen stehen, hingewiesen. Ich habe gar keine Gegenleistung von Serbien verlangt, sondern lediglich die Erwartung ausgesprochen, dass unsere kommerziellen und Verkehrsinteressen gewahrt bleiben, was durch ein Dauer versprechendes wirtschaftliches Übereinkommen leicht zu erreichen sein wird; ich fügte noch hinzu, dass in einem engen wirtschaftlichen Verhältnis auch eine Gewähr für ein dauerndes gutes, freundschaftlich nachbarliches Verhältnis liege. Ich erklärte Herrn Jovanović gegenüber, dass ich Wert darauf lege, diesen unseren Standpunkt nochmals zu präzisieren, da der serbischen Presse nicht richtige Informationen in diesem Belange zugekommen zu sein scheinen. — In seiner weiteren Ausführung greift der oberwähnte Artikel des Regierungs Organs unsere auf Albanien gerichtete Politik an. Es wird ein Artikel des „Journal des Débats" zitiert, wonach wir am Balkan nur Unruhe stiften wollen. Der Artikel verspricht den Albanern Himmel und Erde und entwirft ein geradezu idyllisches Zukunftsbild, wie gut sie es unter serbischer Oberhoheit haben werden. Eine ganz analoge Sprache hat auch Herr Pašić mir gegenüber geführt; sie steht aber in grellem Widerspruch mit den aus Üsküb[b]) kommenden Nachrichten. Bei dieser Gelegenheit habe ich Herrn Jovanović gegenüber meinem Bedauern Ausdruck gegeben, dass die serbische Presse wieder in ihren früheren aggressiven Ton verfällt. Der Herr Generalsekretär erwiderte mir, dass es ihn auch sehr peinlich berührt habe, diesen Stimmungswechsel zu unseren Ungunsten konstatieren zu müssen. Er habe direkt und indirekt die serbische Redaktionen beeinflussen wollen, eine vorsichtigere und ruhigere Sprache zu führen, was ihm aber leider nicht gelungen sei, da die serbische Presse durch die Auslassungen unserer Presse, namentlich durch jene der Budapester Organe, ausserordentlich verstimmt sei. Ugron.

[a]) Nicht abgedruckt, da der Inhalt im wesentlichen oben wiedergegeben erscheint. — [b]) Vgl. n. 4435.

Nr. 4438. Bericht aus Belgrad, 15. Nov. 1912 Nr. 136 B (eing. 17. Nov.). Ausfert.

In ihrer gestrigen Morgenausgabe bringt die „Samouprava" einen langen Artikel, in welchem das Regierungsorgan zu der Frage des Adriahafens Stellung nimmt. Von der Vorlage dieser Presstimme glaube ich ihrer Weitschweifigkeit wegen absehen zu sollen und gestattete mir bloss im Nachstehenden Euer Exzellenz eine kurze Inhaltsskizze zu unterbreiten: „Nach den entscheidenden Siegen der verbündeten Armeen musste Österreich-Ungarn den Gedanken an der Erhaltung des status quo fallen lassen,

dessen eifrigster Förderer es immer gewesen war. An dessen statt verlange nun die Nachbarmonarchie Entschädigungen, angeblich um ihre ökonomischen Interessen am Balkan zu schützen, hinter welcher Maske aber Aspirationen auf territoriale Erwerbungen verborgen sein dürften. Welcher Art diese Entschädigungen sein sollten, sei bisher nicht klar geworden. Auch die von der Presse aufgeworfenen Fragen über „immerwährende" Privilegien, Zollunion, Neutralisation der Novi Pazar-Bahn, Autonomie Albaniens etc. seien so wenig präzis gehalten, dass es schwer werde zu unterscheiden, ob Wünsche oder Forderungen ausgesprochen werden. Eine Ausnahme hievon bilde lediglich die „Neue Freie Presse", die erklärt habe, dass Österreich-Ungarn sich mit allen Mitteln, also auch mit bewaffneter Hand, dem Vordringen Serbiens an die Adria widersetzen werde. Begründet werde diese Forderung damit, dass Österreich-Ungarn eine Behinderung seines Handels durch serbische Kriegsschiffe befürchte, wobei jedoch die „Presse", um nicht den Anschein zu erwecken, dass sie eine territoriale Vergrösserung Serbiens befürchte, gleich hinzufügte, dass kein Hindernis obwalte, dass Serbien einen Hafen am ägäischen Meere erhalte. Gegen diese fehlerhafte Auffassung lasse sich nur Folgendes erwidern: Erstens, wenn Serbien den Adriahafen nicht bekäme, wer sollte ihn dann erhalten? Etwa einer der Verbündeten? Dies sei unmöglich, denn es wäre gegen die zwischen diesen getroffenen Abmachungen. Und die Furcht vor Kriegsschiffen bestünde ja auch in diesem Falle weiter. Auch dann, wenn er einem dritten Staate — etwa Italien — überlassen würde, bliebe diese Gefahr weiter bestehen. Also sollte ihn etwa ein autonomes Albanien erhalten? Auch das sei undenkbar. Ein souveränes Albanien könne der Balkanbund nie und nimmer akzeptieren; es wäre dies nur ein ständiger Herd für neue Unruhen. Und Albanien als autonomes Gebilde unter dem Protektorate einer dritten Macht sei ein Absurdum. Nicht nur der Balkanbund würde dagegen Stellung nehmen; ein Dreibundstaat, der dieses Protektorat sich anmassen wollte, hätte auch mit dem schärfsten Widerstande der Tripleentente zu rechnen. Zweitens, was sollte wohl das Äquivalent für den Verzicht auf diesen Hafen sein? Etwa der Hafen im ägäischen Meere? Nicht bloss dessen geographische Lage spreche vollkommen gegen diese Erwerbung. Sie sei auch unmöglich, denn auf diesen Hafen erhöbe Bulgarien Anspruch. Oder wollte man etwa Serbien den Zugang zu einem griechischen oder bulgarischen Hafen versprechen? Das wäre doch kein annehmbarer Ersatz! Denn ein derartiges Servitutsrecht könnte jederzeit abgesprochen werden, und überdies würde in einem solchen fremden Hafen den Bedürfnissen Serbiens gewiss nicht Rechnung getragen werden. Keinesfalls benötige man aber Österreich-Ungarns Einwilligung zu einem solchen Servitutsrecht. Und drittens, was solle wohl diese „Furcht" vor Kriegsschiffen bedeuten? Sind es Symptome, dass man uns — die immer Unterschätzten — nun ernst zu nehmen beginnt? Oder bloss nichtige Argumente, mit denen man uns den Zugang zum Meere verlegen möchte? Die Frage sei nicht zu beantworten. Aber die Ziele der Wiener Politik seien deutliche! Den Adriahafen wolle man Serbien nicht lassen, damit die beinahe koloniale Abhängigkeit seines Handels der Monarchie auch weiter zugute komme. Grossalbanien wolle man

gründen, damit dieser Herd der Unruhen die Balkanstaaten in ihrer Entwicklung hemme. Und an das ägäische Meer wolle man uns senden, um Zwietracht unter den Verbündeten zu säen. „Divide et impera" unter diesem Zeichen sei die Monarchie gestanden und diesen Wahlspruch scheine sie auch weiterhin auf ihre Fahne geschrieben zu haben." Die Sprache des Regierungs-Organs ist mehr wie befremdend und ich werde auf dieselbe Herrn Jovanović gegenüber noch heute zurückkommen. Ugron.

Nr. 4439. Tel. aus Berlin, 15. Nov. 1912 Nr. 259 (eing. 16. Nov. 8 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Geheim. Antwort auf Telegramm ddo. Budapest Nr. 15. Staatssekretär läßt Euer Exzellenz für die gütige Mitteilung bestens danken. Er ist ganz besonders erfreut, daß Hochdieselben mit der vorgeschlagenen Textierung einverstanden sind. Marquis San Giuliano hatte dem Staatssekretär und auch mir versichert, (vide mein Telegramm 246 vom 8. d. Mts.) daß italienische Regierung öffentlich erklären werde, der Bündnisvertrag sei tel quel erneuert worden. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4414, 4505, 4521.

Nr. 4440. Tel. aus Berlin, 15. Nov. 1912 Nr. 260 (eing. 9 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Vertraulich. Herr von Kiderlen teilt mir mit, Fürst Lichnowsky telegraphiere, dass Sir E. Grey ihm bei seinem Antrittsbesuch sagte, er habe den englischen Gesandten in Belgrad angewiesen, bei der serbischen Regierung mässigend einzuwirken und zu erklären, dass Serbien alle Sympathien der europäischen Grossmächte verscherzen würde, falls es eigensinnig auf seinem Verlangen nach einer Gebietserweiterung in der Richtung des Adriatischen Meeres beharren sollte. Er, Grey, wisse ganz bestimmt, dass auch russische Regierung im gleichen Sinne in Belgrad eingewirkt habe, so daß Serbien sich darüber klar sein müsse, auf eine Unterstützung von aussen nicht rechnen zu können. Im weiteren Verlaufe der Unterredung habe der englische Minister des Äussern versichert, dass auch England für die Autonomie Albaniens eintreten und die serbische Regierung wissen lassen werde, dass Besitzergreifungen im albanesischen Gebiete keinesfalls ein fait accompli schaffen würden, da ja die neue Grenze Serbiens ohne Zustimmung der Grossmächte nicht bestimmt werden könnte. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4483 Anm. b.

Nr. 4441. Tel. nach Bukarest; Budapest, 15. Nov. 1912 Nr. 4 (chiffr. 9 U. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 69 vom 13. d. M. Wie Euer Durchlaucht aus meinem Telegramme Nr. 3 vom 12. d. M. ersehen haben, ist Herr Danew hieher gereist, um sich über die hiesige Stimmung Bulgarien gegenüber und um uns über die gegenwärtige Stimmung in

Bulgarien zu informieren. Er hat jedoch in keiner Weise im Namen des Vierbundes gesprochen oder Mitteilungen entgegengenommen. Vorstehendes zu Euer Durchlaucht Information und allfälligen gesprächsweisen Verwertung Herrn Majoresco gegenüber. Berchtold.

Nr. 4442. Bericht aus Bukarest, 15. Nov. 1912 Nr. 62 (eing. 18. Nov.).[a] Ausfert.

Gestern nachmittag suchte mich der ehemalige Ministerpräsident Herr Bratiano auf und brachte in längerer Ausführung seine tiefen Besorgnisse zum Ausdruck, dass es nicht gelingen könnte, Bulgarien zu einer territorialen Abtretung an Rumänien zu bewegen. Wenn dies nicht — so meinte Herr Bratiano — erreicht wird, insolange die bulgarische Armee vor den türkischen Kanonen stünde, so würde es auf friedlichem Wege nie mehr zu erlangen sein; er kenne die bulgarische Natur genügend aus Erfahrung, um zu wissen, wie zähe und hartnäckig dieselbe sei, wie schwer es wäre, mit Sofia zu verhandeln. Herr Bratiano hob weiters hervor, dass eine ungemein starke Strömung gegen Österreich-Ungarn hier bestehe, nachdem der Monarchie die Schuld aufgebürdet wird, dass Rumänien keine aktivere Politik befolgt habe, und sich nicht gleich bei Beginn des Krieges seinen Anteil gesichert hätte. Sollte nun tatsächlich Rumänien unbefriedigt aus den heutigen Verhandlungen hervorgehen, so würde die bisherige äussere Politik Rumäniens, welche, hauptsächlich wegen der magyaro-rumänischen Frage, nie sehr populär war, vollkommen in Misskredit geraten und kaum mehr aufrecht zu halten sein. Ich replicierte, dass er aus seinem Gespräche mit Graf Aehrenthal genau wissen müsse, wie wir uns der Compensations-Angelegenheit gegenüber verhielten; unser Standpunkt habe sich seither nicht geändert; Rumänien wäre es stets frei gestanden, auf eigenes Risiko seine Interessen nach eigenem Gutdünken zu wahren. Ich fügte hinzu, dass man bei uns sogar eine Zeitlang geneigt war, zu glauben, die neutrale Haltung Rumäniens wäre auf eine Einschüchterung seitens Russlands zurückzuführen, wogegen sich wieder mein Mitredner verwahrte. Aus den weiteren Ausführungen des Führers der Liberalen ging hervor, dass er das Erstehen einer Balkan-Confederation für wahrscheinlich hält, und dass seiner Ansicht nach eine solche sich nicht gegen sondern nur mit Rumänien bilden dürfe. Ein Antagonismus zwischen den Balkanstaaten schien Herrn Bratiano nicht schwer zu beseitigen, dagegen hielt er die Entstehung einer Unstimmigkeit zwischen Russland und Bulgarien und eine mit der Zeit eintretende Vertiefung derselben für möglich. Diese meine Unterredung mit Herrn Bratiano, der als Führer der Liberalen eine der mächtigsten Persönlichkeiten im Lande ist, hat mich neuerdings davon überzeugt, dass es für Österreich-Ungarn, wenn es nicht seinen Einfluss in Rumänien vollkommen einbüssen will, ein Gebot der Notwendigkeit darstellt, baldmöglichst kategorisch und öffentlich zu erklären, keiner definitiven Regelung der Balkan-Frage seine Zustimmung zu geben, falls in derselben nicht die von Rumänien gewünschte Grenzregulierung mitinbegriffen ist. Die Abgabe eines derartigen Versprechens und die Durchführung desselben ist eine

Lebensfrage für unsere Politik in Rumänien; doch auch die dynastischen Gefühle des Landes würden eine schwere Einbusse erleiden, wenn die nahezu 30-jährige Politik der Krone sich als zu schwach erweisen würde, um dem Lande einen schmalen Streifen Landes zu gewinnen. Mein deutscher Kollege berichtet von seinem Standpunkte in ähnlicher Weise nach Berlin. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 4515.

Nr. ~~4443~~. Tel. nach Cetinje; Budapest, 15. Nov. 1912 Nr. 4 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 169 vom 13. l. M. Euer Hochwohlgeboren wollen König Nikolaus darauf aufmerksam machen, daß mir die Publicierung der von Ihnen auftragsgemäß gemachten Mitteilung seitens des montenegrinischen Preßbureaus kein glücklicher Vorgang zu sein scheint. Der Zusatz, daß die Mitteilung als nicht geschehen betrachten werde, ändert an der Tatsache nichts, ist im Gegenteil ein öffentlicher Beweis, daß dieselbe erfolgt ist. Welche Aufnahme unsere und der italienischen Regierung Sprache in Montenegro findet, ist die Sache dieses Landes und wird von entscheidender Rückwirkung auf unser weiteres, bisher äußerst wohlwollendes Verhalten sein.

[a]) Vgl. n. 4454.

Nr. ~~4444~~. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Nov. 1912 Nr. 607 (eing. 16. Nov. 10 U. a. m.). Entziff.

Seit einigen Tagen sieht man in hiesigen Regierungskreisen mit größerer Zuversicht in die Zukunft. Der Grossvezier, der mich heute besuchte, sagte mir, die Antwort aus Sofia sei bisher nicht eingelangt. Wenn die von den Alliierten zu stellenden Friedensbedingungen halbwegs annehmbar sein werden, werde die Pforte in Verhandlungen eingehen; sie sei aber entschlossen, unter allen Umständen darauf zu bestehen, dass Adrianopel türkisch bleibe. Fernere Forderungen wären: Salonik mit entsprechendem Hinterland und Kreierung eines genügend grossen Albanien. Sowohl Kiamil Pascha als auch Gabriel Effendi sagten mir, sie hätten sichere Nachrichten, dass die bulgarische Armee in Thrazien ungeheuer geschwächt und von Cholera heimgesucht sei. Unter den türkischen Truppen bei Tschataldja breitet sich die Cholera rapid aus. Gestern sollen 500 Mann gestorben sein. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

Nr. ~~4445~~. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Nov. 1912 Nr. 608 (eing. 16. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Minister des Äussern liess im Laufe eines vertraulichen Gespräches durchblicken, die türkische Regierung habe englischerseits Versicherungen erhalten, dass nicht bloss Konstantinopel sondern auch die Inseln des Ägäischen Meeres — Kreta nicht eingerechnet — im Besitze der Türkei bleiben werden. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

Nr. 4446. Tel. aus London, 15. Nov. 1912 Nr. 111 (eing. 16. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

Im Gegensatz zu den bisherigen Äusserungen Sir E. Greys sagte mir Sir A. Nicolson heute, dass er persönlich glaube, eine Konferenz erscheine höchst wünschenswert, um die zahlreichen Fragen von Grenzbestimmungen, Freihäfen, Übernahme von Quote türkischer Staatsschuld etc. zu regeln und einen bleibenden internationalen bindenden Vertrag darüber zu schaffen. Die vier verbündeten Balkanstaaten und Rumänien müssten nach seiner Meinung zugelassen werden. Er betonte ausdrücklich, dass er nur für sich spreche und Sir E. Grey bis jetzt nicht für die Konferenzidee eingenommen ist. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

Nr. 4447. Tel. aus Paris, 15. Nov. 1912 Nr. 144 (eing. 16. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Mit Hinblick auf die von der Pforte begonnenen Waffenstillstandverhandlungen hat deutscher Botschafter hier mitgeteilt, dass deutsche Vertreter bei Balkankönigreichen angewiesen wurden, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, dass bei Friedensschluss die Rechte der Staatsgläubiger der Türkei entsprechend sichergestellt werden müssten. Dieser Frage wird hier natürlich grosse Bedeutung beigemessen und werden die Modalitäten eifrig studiert. Betreff der eventuellen Schaffung eines unabhängigen Albanien wird am Quai d'Orsay hervorgehoben, dass dasselbe nicht im Stande wäre, eine Quote türkischer Staatsschuld zu übernehmen. Szécsen.

Nr. 4448. Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 15. Nov. 1912 Nr. 10 (chiffr. 12 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 9. Über die Aussprache Herrn von Hartwigs zu einem seiner Kollegen sind mir von der Regierung des letzteren vertrauliche Mitteilungen zugekommen, welche die diesbezüglichen Ausführungen meines gestrigen Telegrammes vollkommen bestätigen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlicher Information und Regelung Ihrer Sprache für den Fall, daß Herr Sazonow die Richtigkeit unserer Informationen in Zweifel ziehen sollte. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4417, 4449, 4459.

Nr. 4449. Tel. aus St. Petersburg, 15. Nov. 1912 Nr. 226 (eing. 16. Nov. 11 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 9 von gestern. Es war mir nicht möglich, Herrn Sazonow heute zu sehen; hingegen hatte ich eine Unterredung mit Ministerpräsidenten, welche ich benützte, um diesen auf die höchst eigentümliche Sprache Herrn von Hartwigs aufmerksam zu machen. Herr Kokowzow, der an die Möglichkeit solcher Äusserungen seitens eines russischen Diplomaten gar nicht glauben wollte, erklärte aber

unumwunden, dass, wenn sie wirklich gefallen seien, dies ein unqualifizierbares Benehmen wäre und der Täter eine ernste Verwarnung erhalten müsste. Kokowzow sagte mir im übrigen, ich möchte Sache Sazonow mitteilen, der gewiss Hartwig zu einer Äusserung, beziehungsweise Rechtfertigung auffordern werde. Ich erwiderte, das sei selbstverständlich meine Absicht und ich habe nur deshalb ihm früher als dem Minister des Äussern von der Angelegenheit (gesprochen)[b] weil ich letzteren heute nicht hatte antreffen können. Ersuchte gleichzeitig Herrn Kokowzow, seinem Kollegen des Äussern hievon solange nicht zu sprechen, als ich nicht Gelegenheit gehabt hätte, dies meinerseits zu tun. Erwähnte im weiteren Verlaufe des Gespräches dass ich Euer Exzellenz die von ihm ausgehende Proposition, Serbien durch Neutralisierung einer zu erbauenden Bahnlinie und eines korrespondierenden Hafens ökonomische Débouché zur Adria zu sichern, gemeldet und aus Dero Antwort ersehen habe, dass Euer Exzellenz gegen eine derartige Lösung keine Bedenken hätten, soferne auch unserem Débouché gegen das ägäische Meer analoge Sicherheit geboten würde. Ministerpräsident hob hervor, dass es sich nicht um einen formellen Vorschlag seinerseits gehandelt habe, sondern dass er bloss seiner persönlichen Ansicht über eine eventuell mögliche Art der Lösung Ausdruck gegeben habe. Jedenfalls hoffe er bestimmt, dass man zu irgend einer allseitig befriedigenden Lösung kommen würde, da die ganze Frage doch nicht „die Knochen eines Grenadiers" wert sei. Kokowzow wandte sich sodann gegen die Presse, die mit Sensationsnachrichten die ganze Atmosphäre vergifte, und führte als Beispiel die Nowoje Wremja an, die von einer Art Ultimatum der russischen Regierung an die Monarchie zu melden gewusst hatte, verwies aber auf das sofort in schärfster Tonart erschienene Dementi im Regierungsblatt. Bei diesem Anlasse erwähnte er auch eigentümliche Haltung unserer Presse, welche die Fabel auftischte, dass Russland bei der Unterstützung der serbischen Wünsche von dem Gedanken ausgehe, sich selbst einen Stützpunkt in der Adria zu schaffen. Er könne mich auf das allerbündigste versichern, dass dieser Gedanke der russischen Regierung niemals gekommen sei. Es wäre auch ganz unsinnig, denn einerseits sei die russische Seemacht noch sehr lange nicht in der Verfassung, sich in so weitgehende Pläne einzulassen, auch habe Russland für die nächsten Dezennien so unendlich viel im eigenen Lande zu tun, dass es an derartige Pläne, selbst wenn es wollte, gar nicht denken könnte, ausserdem habe es in der Adria keinerlei Interessen. Schliesslich, fügte Ministerpräsident hinzu, könnte Russland, wenn es wirklich einen Hafen in der Adria benützen wollte, dies viel einfacher und billiger mit dem montenegrinischen Antivari erreichen; es würde, wie er lächelnd meinte, bloss ein Trinkgeld kosten. Es wäre, fuhr mein Mitredner fort, im Interesse der so wünschenswerten allgemeinen Beruhigung sehr zu begrüssen, wenn man bei uns sich dieses ganz unbegründeten Verdachtes entschlagen wollte. Die in den letzten Tagen allseits auftauchenden Mobilisierungsgerüchte verwies Ministerpräsident in den Bereich der Fabel. Letztere treten aber in einer solchen Insistenz auf und werden von so verschiedenen Seiten mir hinterbracht, dass ich dieselben Euer Exzellenz nicht ganz verschweigen kann. Wenn ich auch nicht glaube, dass hier eine wirkliche

Mobilisierung in nächster Zeit bevorsteht, so kann doch kaum ein Zweifel bestehen, dass gewisse militärische Vorsichtsmassregeln getroffen werden. Zu diesen gehören die tatsächlich nicht erfolgte übliche vorzeitige Entlassung der ausgedienten Mannschaften. Interessant schien mir eine hingeworfene Bemerkung des Ministerpräsidenten, er freue sich über die demnächstige Rückkehr Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus, weil ihm dadurch die Möglichkeit gegeben werde, wieder direkt mit ihm zu verkehren. Es dürften sich somit doch in letzter Zeit bei Seiner Majestät in Spala verschiedene Einflüsse geltend gemacht haben, die Herrn Kokowzow vom Standpunkte seiner ...[b] unerwünscht sind und die er bei persönlichem Kontakt contrecarrieren zu können hofft. (Grossfürst Nikolaus Nikolajewitsch, der durch die montenegrinische Grossfürstin vorgeschobene Rasputin und dergleichen). Herrn Sazonow werde ich morgen sehen und Euer Exzellenz sodann berichten. Hohes Telegramm Nr. 10 von heute habe ich erst nach meiner Unterredung mit Ministerpräsidenten erhalten. Gleichlautend Budapest.

Thurn.

[a] Vgl. n. 4526, 4550, 4588. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 4450. Tel. aus Sofia, 15. Nov. 1912 Nr. 354 (eing. 16. Nov. 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Geschoff erhielt durch russische Botschaft in Konstantinopel nachstehendes Telegramm des Grossveziers an König Ferdinand: „Majesté, Désireux de mettre fin aux calamités de la guerre, nous avons eu recours à médiation des Grandes Puissances en vue d'amener un accord avec Votre Majesté et ses alliés pour la conclusion de la paix. M'autorisant cependant des anciens rapports que j'avais eu l'honneur d'avoir avec Votre Majesté, j'ai pensé que ce résultat serait plus facile à atteindre en m'adressant directement à Elle dans ces graves circonstances. Je viens donc prier Votre Majesté au nom du Gouvernement Impérial de vouloir bien en s'entre-mettant auprès ses alliés autoriser le commandant en chef de Son armée à s'entendre avec le généralisme de l'armée Impériale en vue conclusion d'un armistice ainsi que des préliminaires de la paix." Conseilspräsident sagte mir, König habe Regierung und Armeekommando konsultiert, die sich beide gegen Fortsetzung Krieges ausgesprochen, worauf Türkei geantwortet worden sei, dass man nach Verständigung mit Alliierten ihr Bedigungen des Waffenstillstandes mitteilen werde. Herr Geschoff meinte, Bulgarien sei vernünftig und wisse sich zu mässigen. Ob wirklich von Mässigung gesprochen werden kann, muss erst abgewartet werden. Vorläufig kenne man nicht Lage bei Čataldja. Abgesehen davon, dass Türkei dort unterliegen könne, bevor sich Bulgarien über Antwort an Türkei mit Alliierten verständigt haben wird, könnten auch Bedingungen Waffenstillstandes für Türkei unannehmbar sein. Sollte man es bulgarischerseits mit Waffenstillstand dennoch ernst meinen und bei Čataldja halt machen, würde Vermutung naheliegen, dass man sich dazu aus Rücksicht [auf] Russland entschliesse. Gleichlautend Budapest.

Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 57 Nr. 104. Vgl. n. 4506.

Nr. 4451. Tel. des Sektionschefs Grafen Friedrich Szápáry an den Minister des Äußern in Budapest, 15. Nov. 1912 Nr. 6 (chiffr. 4 U. p. m.). Konz. (S. u. G. Kinsky).

Geheim. Verfolg meiner heutigen telephonischen Meldungen. Erzherzog Franz Ferdinand beauftragt mich Euer Exzellenz zur Kenntnis zu bringen, dass die beiden nach Albanien zu entsendenden Emissäre in zwei bis drei Tagen reisebereit sein werden; es erübrige nunmehr, dass das nötige Geld für die Betreffenden im Ministerium des Aeussern flüssig gemacht werde. Auch wünscht Seine k. u. k. Hoheit, dass die in Betracht kommenden Konsularämter aus diesem Anlasse die nötigen Instructionen erhalten. Da mir vorstehende Angelegenheit unbekannt und ich aus den Ausführungen des Herrn Erzherzogs zu entnehmen glaubte, dass dieselbe auf mündlicher Rücksprache mit Euer Exzellenz beruht, konnte ich hiezu nicht Stellung nehmen und erbitte Weisung betreffend Ausführung Höchster Wünsche. Seine k. u. k. Hoheit lässt Euer Exzellenz weiters ersuchen, das Ihrige dazu beizutragen, damit Angelegenheit Cuvaj, auf deren rasche Erledigung Höchstderselbe grössten Wert legt, tunlichst beschleunigt werde. Über das Telegramm[a]) Herrn von Mérey's betreffend die in Italien über unsere angeblichen kriegerischen Vorbereitungen verbreiteten Gerüchte äusserte sich Seine k. u. k. Hoheit ungehalten. Auf meine Meldung, dass von seiten des Ministeriums des Aeussern ein Dementi bereits erfolgt sei, drückte Höchstderselbe nur den Wunsch aus, dass der Botschafter auf die unseren militärischen Stellen vorliegenden Nachrichten, wonach Italien seine Festungsbauten forciere und Truppenaufstellungen — etwa behufs Verwendung in Albanien — vornehme, vertraulich aufmerksam gemacht werde. Die Mediationsaktion betreffend betonte der Herr Erzherzog, dass ihm ein möglichstes Hinausschieben derselben angezeigt erscheine. Ich erwähnte, dass dies auch unser Bestreben gewesen sei, dass aber völlige Obstruirung nicht tunlich schien und die inzwischen eingeleiteten direkten Verhandlungen zwischen der Türkei und den Balkanstaaten die Vermittlungsaktion der Mächte ohnedies in den Hintergrund drängen. Szápáry.

[a]) Vgl. n. 4390.

Nr. 4452. Tel. aus Belgrad, 16. Nov. 1912 Nr. 216 (eing. 17. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Ich habe heute mit Herrn Jovanović eine lange Aussprache gehabt. Er teilte mir mit, dass Herr Pašić ihm schon gestern aus Uesküb telegraphisch die Situation äusserst ernst geschildert hat und heute zurückgekehrt, sich noch sorgenvoller und bekümmerter geäussert habe. Die Militärpartei wolle von einem Nachgeben nichts wissen, sie sei entschlossen, den Kampf für den Adriahafen selbst ohne die Unterstützung Russlands aufzunehmen. Die öffentliche Meinung — wie ich es aus der Presse entnehmen konnte — unterstütze diesen Standpunkt und an ein Einlenken wolle niemand denken. Herr Pašić ist sich bewußt, dass — falls er für ein Zurückgehen eintreten wollte — er demissionieren müsste. Dem König würde dann nichts übrig bleiben, als sich der Kriegspartei

anzuschliessen (meinem italienischen Kollegen gegenüber fügte Herr Jovanović in einer gestrigen Konversation noch hinzu, der König müsste eventuell die Fortschrittler berufen, die eine Annäherung an Österreich-Ungarn zu bewerkstelligen hätten, mir gegenüber sprach er von dieser Alternative nichts). Ich entnahm den Ausführungen des Herrn Generalsekretärs, dass sie schon bewusst sind, auf Russlands Hilfe nicht unter jeder Bedingung rechnen zu können. Er sagte aber, dass Serbien unter dem Drucke der Militärpartei entschlossen sei, auch allein den Kampf gegen uns aufzunehmen, obgleich sich niemand über den Ausgang des Waffenganges grosse Illusionen mache. Plötzlich unterbrach er die Konversation und apostrophierte mich: „und ist Österreich-Ungarn wirklich entschlossen den Krieg zu machen, wenn wir nicht nachgeben?". Ich erwiderte ihm lächelnd, dass seine Frage nicht sehr diplomatisch sei, dass ich darauf als Gesandter auch keine Antwort geben könne, wenn er mich aber als guten Bekannten und Freund frage, könne ich meiner rein persönlichen und individuellen Überzeugung dahin Ausdruck geben, dass die Monarchie nicht zögern würde, ihren berechtigten Wünschen unter allen Umständen Geltung zu verschaffen. Er fragte mich nochmals, „ist das wirklich Ihre Überzeugung?", worauf ich nochmals erwiderte, dass dies meine feste, aber rein persönliche Auffassung sei. Herr Jovanović verhehlte gar nicht, sehr besorgt zu sein und kummervoll der Entwicklung der Dinge entgegenzusehen. Er sagte, die Regierung könne nicht zurück, selbst wenn sie wollte, die öffentliche Meinung ist zu sehr alarmiert, worauf ich mir die Bemerkung erlaubte, dass vielleicht die serbische Regierung nicht genügend bestrebt war, die öffentliche Meinung in ruhigere Bahnen zu lenken. Er sagte beim Abschied, er möchte noch gerne mit mir über diese Angelegenheit reden, er befürchte sehr, dass es eventuell nicht mehr in ihrer Macht sein werde, die Katastrophe zu verhüten. Es ist allerdings möglich, dass es seitens Generalsekretär bei dieser ernsten Schilderung der Lage auf einen kleinen Bluff abgesehen war, aber höchst kritisch ist dieselbe bestimmt. Gleichlautend Budapest. Ugron.

[a]) Vgl. n. 4474, 4476.

Nr. 4453. Tel. aus Belgrad, 16. Nov. 1912 Nr. 217 (eing. 17. Nov. 11 U. 50 M. a. m.). Entziff.

Englischer Gesandter hat Auftrag, auf serbische Regierung beruhigend einzuwirken. Auch Stellungnahme der russischen und französischen Regierung sind hier bekannt, was auf Regierung entschieden sehr deprimierend gewirkt hat. Herr von Hartwig hatte eine längere Aussprache mit italienischem Geschäftsträger und sagte, dass Serbien wohl auf Albanien Verzicht leisten und sich mit einem schmalen, zum Meere führenden Streifen an der montenegrinischen Grenze begnügen würde. Er vertritt noch immer das Prinzip, dass die Autonomie Albaniens ein Ding der Unmöglickkeit sei. Er ist wenigstens in diplomatischen Kreisen viel ruhiger in seiner Sprache; welche Reden er Herrn Pašić gegenüber führt, ist unbekannt. Gestern und heute war fortwährend Ministerrat, wahrscheinlich bezüglich der uns zu

erteilenden Antwort. Wenn alle Vertreter der Mächte jetzt fortfahren, sich nachdrücklich einzusetzen, damit Serbien sich beruhige und nachgebe, könnte vielleicht ein Erfolg erzielt werden. Bis jetzt hat noch deutscher Vertreter keinen analogen Auftrag erhalten. Wenn die zwischen englischem Gesandten und mir besprochene Idee der Neutralisierung der Bahnlinie bis zur Adria und eines freien albanesischen Hafens, vide Telegramm Nr. 192 vom 12. d. Mts., unserseits annehmbar erklärt werden würde, so würde vielleicht auf dieser Basis eine Lösung gefunden werden können. Gleichlautend Budapest. Ugron.

Nr. 4454. Bericht aus Cetinje, 16. Nov. 1912 Nr. 95 (eing. 22. Nov.). Ausfert.

Geheim. Wie ich Hochdenselben telegrafisch[a)] zu berichten die Ehre hatte, habe ich mich heute Früh in Rijeka des mir mit hoher telegrafischer Weisung Nr. 4 vom 15. l. M. gewordenen Auftrages bei König Nikolaus entledigt. Seine Majestät brachte sofort, nach dem ich geendet, seine Entschuldigung über die Publikation meiner damaligen Mitteilung an, dieselbe mit der Aufregung erklärend, in welche ihn mein Schritt, er habe damals starke Fusschmerzen und Fieber gehabt, — versetzen musste. Ich hielt dem Könige die Unstichhältigkeit seiner Ausrede vor und wies auf den Artikel im Cetinjski Vjesnik, welcher, abgesehen von der Tatsache der Veröffentlichung, die Antworten des Königs an mich und den italienischen Gesandten aufs gröbste entstellt, und kaum ein Wort enthält, welches der König in diesem Zusammenhange wirklich gesprochen hätte. So wird dem Könige die Ablehnung der Mitteilung mit der Phrase: „je la considère comme nulle et non avenue" in seiner Antwort an mich, in den Mund gelegt, — während er diese Worte tatsächlich erst am nächsten Tage zu Baron Squitti gesprochen hat. Nachdem König Nikolaus abermals seinem lebhaften Bedauern über die Unterstellung Ausdruck gab, glaubte ich nicht weiter insistieren zu sollen. Seither, das ist nach meiner Unterredung mit dem Könige, ist auch das Amtsblatt, der „Glas Crnogorca" erschienen, welcher, trotz der vom Könige vorgebrachten Entschuldigung, dasselbe Communiqué enthält, wie der Cetinjski Vjesnik. Im Laufe des weiteren circa halbstündigen Gespräches bemühte sich der König, den Beweis zu führen, dass er immer ein treuer und ergebener Anhänger Österreich-Ungarns gewesen sei und sich von dieser Leitlinie seiner Politik auch in Zukunft nicht entfernen würde. Der Schlusspassus meiner Message, „dass die Aufnahme, welche unsere und Italiens Stimme in Montenegro finden würde, auf das weitere Verhalten unserer Regierung von bestimmendem Einflusse sein würde," — hatte offenbar seinen Eindruck nicht verfehlt, und unter dem Drucke dieser Äusserung drehte und wand sich der König, welchem die oberwähnte Beweisführung nicht gelingen wollte, und musste in seiner Hilflosigkeit Mitleid erwecken. Er brachte die phantastischesten Beteuerungen und Projekte vor, welche ich sogleich als schlechte Witze charakterisierte, um mich einerseits einzuspinnen und Vertrauen zu erwecken, anderseits aber, um von einem reellen Versprechen oder Entschlusse, welcher für uns Wert haben könnte, nicht

sprechen zu müssen. Zu diesen Kuriosa gehört sein Vorschlag, mit einem österreichisch-ungarischen Kriegsschiffe nach Valona zu gehen, und sich dort als König von Albanien zu proklamieren und unter das österreichisch-ungarische Protektorat zu stellen, — weiters ein Heiratsprojekt zwischen dem Prinzen Peter und einer Tochter der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Blanka, welches er angeblich seit seiner Wiener Reise nähre und worüber er um spezielles Stillschweigen bat, was ich ihm sofort zusagen konnte. Um eine Nuance ernster scheint das Geständnis des Königs, dass nur die Monarchie imstande sei, die albanische Frage definitiv zu lösen, — allerdings mit der Einschränkung, dass Montenegro dabei mittun müsste, (wozu er sich anbot), — und seine Anregung, ich möchte nach Wien fahren, um die Angelegenheit zu besprechen. Er dürfe zwar, ohne Zustimmung der Alliierten keine Sonderverhandlungen führen, aber diesbezüglich würde er doch eine Ausnahme machen! Der König gab weiters zu, dass Serbien nicht imstande sein würde, Albanien mit Gewalt zu unterwerfen, ferner, dass er nicht glaube, dass die Albanesen die Angliederung an Serbien ohne schwere Kämpfe hinnehmen würden. Er, für seine Person und für sein Land, bäte um eine glimpfliche und gnädige Behandlung seitens der Monarchie, und, — hier kam der Pferdefuss zum Vorschein, — dass man ihm die notwendigsten Lebensbedingungen gewähre, das heisst in die Ebene herabsteigen lasse, damit er seinem Volke Verdienst und Lebensunterhalt geben könne. Seine Dankbarkeit würde eine unbegrenzte sein und Er verlange nichts Besseres, als sich, wie ein Kind an den Vater, an Österreich-Ungarn anschmiegen und unter dessen mächtigem Schutze leben zu dürfen. Da er in Hinkunft fruchtbares, erträgnisreiches Land besitzen würde, so könnte ihm Österreich-Ungarn auch beruhigt eine grössere Anleihe gewähren. (!) Auf diesen Sermon, der ein Gemisch von Naivität, Heuchelei und Unverfrorenheit darstellt, und von welchem ich nur die markanteren Stellen angeführt habe, antwortete ich kurz mit dem Hinweise darauf, dass die k. u. k. Regierung einmal die Taten sehen möchte, welche diesen Worten des Königs entsprechen würden. Seine Majestät möge mir verzeihen, aber weder Serbien, noch Montenegro hätten bisher eine unabhängige Politik getrieben und die Fäden, welche Letztere leiten, liegen ziemlich offen zu Tage. Nach der Art und Weise wie sich die Besetzung des Sandschaks abgespielt, nachdem sich der König, ohne von Österreich-Ungarn dazu aufgefordert worden zu sein, dreimal mit heiligen Schwüren dagegen verwahrt, dürfe er sich nicht wundern, wenn mir und meiner Regierung jedes Vertrauen in seine Beteuerungen fehlt, und ein solches als sträflicher Leichtsinn gekennzeichnet werden müsste. Der König nahm auch diesen schweren Vorwurf ohne Gegenrede auf und benützte ihn sogar, um Serbien einen Hieb zu versetzen, dessen Politik er, im Gegensatz zu seiner (!) als russischen Satrapendienst bezeichnete. Diese Wendung allein muss genügen, um die in der Not und der Zwangslage, in welcher sich der König befindet, gemachten Versprechen als unaufrichtig und hinterhältig zu brandmarken. Beim Abschiede bemerkte der König: „Ich habe Ihnen heute weitgehende Konfidenzen gemacht, welche mich bei meinen Alliierten kompromittieren", worauf ich mir, auf die perfide Entstellung der Tatsachen bei Publizierung

meiner und der italienischen Mitteilung anspielend, mit Bezugnahme auf diese Konfidenzen zu erwidern gestattete: „Soyez tranquille, Sire, je les considère comme nulles et non avenues." Der König wird weiter Skutari belagern und Alessio und San Giovanni di Medua, aus dem die Montenegriner herausgeworfen wurden, zu besetzen suchen. Er spürt aber schon, und hat es gestern wahrscheinlich auch vom russischen Gesandten schon gehört, dass von Seite der Tripleentente ein entscheidendes Eingreifen zugunsten der serbischen Aspirationen nicht zu erwarten ist, ja, dass wahrscheinlich auch Bulgarien und Griechenland in der Unterstützung dieser Fragen nur bis zu einer gewissen Linie gehen werden. Serbien im Stiche zu lassen, ist er jeden Moment bereit, sobald dieses nur die eigenen Kastanien aus dem Feuer geholt haben würde, — und es gilt ihm jetzt nur, wie ich dies schon in früheren Berichten auszuführen mir erlaubte, so viel Territorium als möglich zu besetzen und von diesem in einer Konferenz das grösstmöglichste Stück zu retten. Daher die Unterwürfigkeit, die Demut, welche bei Festhalten an den eigenen Absichten, diese dem mächtigen Nachbar verhüllen und denselben noch günstig stimmen soll. Der König fürchtet das Anlaufen von San Giovanni di Medua und Durazzo durch österreichisch-ungarische und italienische Kriegsschiffe, welche die Okkupation dieser Punkte durch montenegrinisch-serbische Truppen verhindern würden. Die Sprache der k. u. k. Regierung hatte bisher nicht die Wirkung, den Gospodar zu bestimmen, einen sinnfälligen Beweis zu erbringen, dass er sich dem Spruche der beiden Grossmächte füge, im Gegenteile, er antwortete dem italienischen Gesandten mit der bekannten Phrase: „j'y suis, j'y reste", und werde nur der Gewalt weichen, aber sie hat den bisherigen herausfordernden Ton schon auf einen demütig bittenden herabgedrückt und ich halte dafür, dass unsere eigene Haltung und Sprache und zwar dies ohne eine Kriegsgefahr heraufzubeschwören, im Bedarfsfalle noch beliebig verschärft werden kann. Giesl.

[a]) Tel. Nr. 172, Cetinje 16. Nov. 1912 (eing. 17. Nov. 3 U. p. m.) nur kurzer Vorbericht vorliegenden Berichtes.

Nr. 4455. Bericht aus Paris, 16. Nov. 1912 Nr. 53 A (eing. 18. Nov.).[a]) *Ausfert.*

Man ist momentan am Quai d'Orsay auf Serbien nicht sehr gut zu sprechen. Herr Poincaré hält es zwar für seine Pflicht alle russischen Wünsche zu unterstützen, kann sich aber für serbische desiderata nicht recht begeistern und würde es sehr ungern sehn, wenn Russland sich durch Serbien in einen Conflict hineinhetzen liesse, an dem sich dann schliesslich auch Frankreich beteiligen müsste, wozu es gar keine Lust hat. Nun ist man hier davon unterrichtet, dass Russland sehr energische Mahnungen nach Belgrad gerichtet hat, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, diesen Mahnungen hätten sich Frankreich und England angeschlossen. Die serbische Regierung tue aber noch immer dergleichen, als ob sie bestimmt auf die volle militärische Unterstützung Russlands für alle ihre Wünsche rechnen könne. Serbien scheine noch immer zu hoffen, dass es im letzten Momente doch auf die Hilfe Russ-

lands rechnen könne, welche Illusion, wie mir Herr Paléologue sagte, durch die ganz unmögliche Haltung des russischen Gesandten in Belgrad genährt werde. In ähnlichem Sinne hatte sich bereits wie ich dies mit meinem Telegramme vom 13. l. M. Nr. 143 meldete, Herr Poincaré mir gegenüber geäussert. „Le cabinet de St. Pétersbourg," sagte Herr Paléologue, „nous a communiqué les instructions données à Monsieur Hartwig, je ne vous cacherai pas que vis-à-vis d'un Etat indépendant, j'ai trouvé le ton de cette dépêche presque trop dur et comminatoire. En tout cas, il est incompréhensible comment Monsieur Hartwig en possession de ces instructions pouvait tenir un langage qui se trouve en contradiction flagrante avec les intentions de son Gouvernement." Ich benützte diesen Anlass, um meinem Mitredner zu sagen, dass eben diese Widersprüche die zwischen den Erklärungen der Regierung in St. Petersburg und der Haltung einiger ihrer Agenten zu Tage treten, das Misstrauen unserer Presse Russland gegenüber erklärlich erscheinen lassen, das ihr so vielfach vorgeworfen werde. Herr Paléologue meinte, Herr Hartwig werde trotz alledem die Instructionen seiner Regierung wohl zur Kenntnis des serbischen Cabinets gebracht haben. Jedenfalls sei dasselbe durch den französischen und den englischen Gesandten, die sich direkt auf den Wortlaut der russischen Depesche beriefen, von dem Inhalt derselben in Kenntnis gesetzt worden. ... *Übermittlung des Interview Vesnić im „Petit Parisien."* ... Szécsen.

[a]) Vgl. n. 4732, 4820.

Nr. 4456. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 16. Nov. 1912. Konz. (S. Berger; V. und G. Szápáry).

Der italienische Botschafter ist heute hier erschienen, um auftragsgemäß die Antwort seiner Regierung auf die in dem streng vertraulichen Erlasse nach Rom vom 3. l. M., Nr. 4932, aufgezählten Gesichtspunkte bezüglich unserer Stellungnahme zur Balkankrise bekanntzugeben, welche Antwort gleichzeitig auch seitens der Consulta Herrn von Mérey erteilt worden sei. Hienach stimme die italienische Regierung hinsichtlich der politischen Fragen und Grenzberichtigungen, bei welch letzteren es sich wohl nur um ganz geringfügige Veränderungen handle (Punkt 2—5 des oben zitierten Erlasses), dem Standpunkte des Wiener Kabinettes zu und werde demselben ihre Unterstützung gewähren. Bezüglich der wirtschaftlichen Fragen (Punkt 1, 6 und 7) müsse die Consulta im Hinblick auf den Umstand, daß diese nur in allgemeinen Umrissen angeführt seien, ihre definitive Stellungnahme bis zur näheren Präzisierung unserer Wünsche vorbehalten. Angesichts der weitgehenden Mäßigung, welche die Haltung der k. und k. Regierung in jeder Beziehung aufweise, gebe sich Marquis di San Giuliano der sicheren Erwartung hin, daß dies auch in diesem Belange der Fall sein werde, und vorausgesetzt, daß die ökonomischen Desiderata Österreich-Ungarns mit den Interessen Italiens nicht im Widerspruche stehen, hoffe er bestimmt, daß es Italien möglich sein werde, die Monarchie auch in dieser Hinsicht zu unterstützen. Als in der sich anschließenden Konversation Herzog Avarna das Projekt einer Zollunion mit Serbien (von

Montenegro war hiebei nicht die Rede) zur Sprache brachte, wurde ihm erwidert, daß hier noch keine endgültigen Beschlüsse über die Form des wirtschaftlichen Anschlusses Serbiens bekannt seien, daß jedoch die Durchführung dieser Idee in Gestalt einer Zollunion angesichts der dem Herrn Botschafter bekannten, auf dem Gebiete unserer eigenen Wirtschaftspolitik liegenden Bedenken wohl nicht in Betracht komme.

Nr. 4457. Tel. aus Rom, 16. Nov. 1912 Nr. 182 (eing. 17. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

In den letzten Tagen macht sich in der italienischen Presse, welche für Balkanstaaten begeistert Partei nimmt und schon seit einiger Zeit sowohl uns wie hiesige Regierung in Frage des serbischen Adriahafens sowie der von uns angeblich angestrebten wirtschaftlichen Privilegien auf dem Balkan angreift, ein starker und systematischer Vorstoss der Organe der äussersten Linken (Radikalen, Sozialisten und Republikaner) bemerkbar. Wir werden als die einzigen Störenfriede in der Balkankrise hingestellt und hiesige Regierung wegen Zusammengehens mit uns scharf getadelt. Heute wurde nachmittags ein von den drei oberwähnten Parteien unterfertigtes Manifest in den Straßen affichiert, welches im Namen der Demokratie für die Balkanvölker eintritt und dagegen protestiert, dass deren legitime Ansprüche „durch Vereinbarungen mit anderen" (soll heissen: Österreich-Ungarn) beeinträchtigt und dadurch Kriegsgefahr heraufbeschworen werde. Manifest kündigte für heute abends Versammlung an, bei welcher Vertreter jener drei Parteien sprechen würden. Um 6 Uhr Nachmittag war ich bei dem Minister des Äussern, sprach ihm besorgt von allen diesen Erscheinungen und erwähnte ihm sogar, ohne dass ich irgend eine konkrete Information besaß, dass ich, wie ich hiesige Mentalität kenne, demnächst Demonstration vor dem Palazzo Chigi erwarte. Marquis di San Giuliano gab zu, dass Vorstoss der extrem linken Presse auffällig sei und organisiert scheine, er meinte, es müsse sich um einen coup monté handeln, wusste mir aber nicht zu sagen, von welcher Seite. Als ich um halb elf Uhr abends von einem kleinen Diner, an welchem auch Marquis San Giuliano teilgenommen hatte, nach Hause kam, erfuhr ich, dass nach Schluss der erwähnten Versammlung eine Gruppe von Journalisten Flugschriften etz. vor dem Palazzo Chigi ...[b] demonstrieren wollte. Polizei und Carabinieri, welche in der Nähe Bereitschaft hielten, hätten die Demonstranten schon in einer gewissen Entfernung aufgehalten und zerstreut. Ein einziger Demonstrant, welcher „abbasso Austria" rief, sei arretiert worden. Vorstehende Auskünfte erhielt ich von dem betreffenden Polizeikommissär und meinem Dienstpersonal. Angesichts vorgerückter Nachtstunde kann ich Details erst morgen feststellen. Nach meinem Eindruck handelt es sich bei diesem Komplexe von Vorkommnissen um eine internationale Aktion der Sozialisten und verwandten Parteien gegen die Eventualität eines Krieges, also mit antimilitaristischer Tendenz und vielleicht mit einem französischen Einschlag. Hiefür spräche eine mir zugekommene Information, wonach unsere Sozialisten sich mit den

Gesinnungsgenossen im Auslande in dieser Richtung verständigt hätten, sowie heute erhaltene Nachricht, dass der bekannte französische Antimilitarist Hervé heute hier eingelangt ist, morgen eine Rede hätte halten sollen, aber sofort verhaftet wurde. Gleichlautend Budapest. Mérey.

[a]) Vgl. n. 4504, 4532. — [b]) Es scheinen einige Chiffres zu fehlen.

Nr. 4458. Tel. aus St. Petersburg, 16. Nov. 1912 Nr. 227 (eing. 17. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Habe heute Herrn Sazonow im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 9 vom 15. d. M. gesprochen. Wenngleich Minister nochmals betonte, dass er sowohl Herrn Popović gegenüber wie auch in Instruktionen nach Belgrad auf Serbien mässigend einzuwirken bestrebt war, ging Sazonow doch auf dieses Thema nicht weiter ein, vertrat aber im Gegenteil mit grösster Insistenz serbische Wünsche bezüglich eigenen Adriahafens. Er wiederholte nochmals alle schon angeführten Argumente und meinte, es müsste auch in unserem Interesse sein, Serbien zu Dank zu verpflichten und diese Frage, welche sonst nie zur Ruhe kommen würde, ein für allemal aus der Welt zu schaffen. Auf meinen Einwand, dass Serbien, dessen Ansprüche täglich in das Uferlose wachsen, überhaupt nicht zufrieden zu stellen sei, erwiderte Herr Minister, dies sei nur ein „marchandage oriental" und Serbien würde sich gern mit einem eigenen reinen Handelshafen mit schmaler Verbindung zufrieden geben. Es kann sein, dass die Serben hier zu verstehen gegeben haben, dass sie sich hiemit bescheiden würden und dieses Moment Verstimmung Russlands über die allzu grosse Unbescheidenheit Serbiens beseitigt hat. Jedenfalls habe ich Eindruck, dass man sich hier wieder stärker als vor einigen Tagen für die Erfüllung serbischer Wünsche punkto Adriahafen einsetzt. Herr Sazonow erwähnte auch die Sprache einiger österreichisch-ungarischer Blätter, wonach zukünftiger serbischer Adriahafen vor Allem Russland dienen sollte und stellt mir gerade so nachdrücklich, wie Herr Kokowzow gestern, eine solche Auslegung mit Entrüstung in Abrede. Gleichlautend Budapest. Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 58 Nr. 106. Vgl. n. 4459.

Nr. 4459. Tel. aus St. Petersburg, 16. Nov. 1912 Nr. 228 (eing. 17. Nov. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung meines Telegrammes 227 von heute. In meiner Unterredung mit Herrn Sazonow brachte ich auch die eigentümliche Sprache Herrn von Hartwigs vor. Herr Sazonow leugnete kategorisch, dass russischer Gesandter in Belgrad so gesprochen haben könnte. Er sei ein viel zu kluger Mann, um so törichtes Zeug zu schwätzen. Meine Bemerkung, dass es sich nicht bloss um eitle Gerüchte handle, sondern dass die bezügliche Nachricht auf ganz authentischen Informationen basiere, liess der Herr Minister absolut nicht gelten und verwies sie in den Bereich diplomatischen Klatsches. Er habe übrigens von dieser Angelegenheit bereits vor einigen Tagen gehört und Herrn von Hartwig diesbezüglich zur Rede gestellt, der die Anschuldigung mit Entrüstung zurückwies. Dass Herr von Hartwig

Sympathie für die Serben habe und dies auch gelegentlich zum Ausdrucke bringe, sei durchaus natürlich. Er werde hierin aber gewiss nie die gebotenen Grenzen überschritten haben. Auch anderweitig, bemerkt Minister, haben die diplomatischen Vertreter die Tendenz, mit den Ländern, wo sie beglaubigt sind, besonders zu sympathisieren — so haben zum Beispiel Graf Tarnowski, wie er aus bulgarischer Quelle wisse, die Bulgaren offen angeeifert, in Konstantinopel einzuziehen und ihnen sogar Geld, Waffen und Munition angeboten — als ich dies zu bezweifeln mir erlaubte, erwiderte Minister, er wolle durchaus nicht die Richtigkeit dieser Nachricht behaupten, aber ebensowenig habe Herr von Hartwig die ihm in den Mund gelegten Äusserungen getan. Gleichlautend Budapest. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4426, 4448.

Nr. 4460. Tel. nach Sofia, 16. Nov. 1912 Nr. 148 (chiffr. 9 U. 10 M. p. m.).[a]) *Konz. (S. Berger; G. Szápáry).*

Im Auftrage Seiner k. u. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand, Höchstwelchem Euer Hochgeboren telegraphische Meldung vom 14. l. M., Nr. 352, unterbreitet worden ist, wurde dem k. u. k. Ministerium des Äußern heute eröffnet, daß Seine k. u. k. Hoheit bezüglich des serbischen Korridors zur Adria keineswegs die Höchstdemselben von Herrn Danew zugeschriebene Bemerkung „que ce ne serait pas un cas de guerre" fallen gelassen, Sich vielmehr dem bulgarischen Kammerpräsidenten gegenüber gerade im entgegengesetzten Sinne ausgesprochen habe. Auch sei es gänzlich verfehlt, wenn Herr Danew aus dem Umstande, daß in der Audienz die Frage der rumänischen Kompensationen nicht ausdrücklich besprochen worden ist, den Schluß ziehe, daß Seine k. u. k. Hoheit kein großes Gewicht darauf lege, daß Rumänien Kompensationen erhalte. Es sei vielmehr das gerade Gegenteil der Fall, was übrigens der Herr Kammerpräsident aus einer Konversation mit dem Chef der Militärkanzlei des Herrn Erzherzogs habe entnehmen können. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache mit dem Bemerken, daß Euer Hochgeboren selbstverständlich eine direkte Richtigstellung der Äußerungen Herrn Danews zu vermeiden hätten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4472, 4527, 4825.

Nr. 4461. Tel. nach Belgrad Nr. 98 (1), Berlin Nr. 158 (2), Rom Nr. 195 (3), London Nr. 76 (4), Paris Nr. 101 (5) und St. Petersburg Nr. 155 (6), 17. Nov. 1912 (chiffr. 18. Nov. 1 U. a. m.).[a]) *Konz. (S. Berger; V. u. G. Szápáry).*

1. Der Gerent des k. u. k. Konsulates Mitrovitza, Herr von Tahy, welcher gestern in Budapest eingetroffen ist, meldet, daß der serbische Truppenkommandant in der genannten Stadt seine persönliche Freiheit beschränkt, ihn in die Unmöglichkeit versetzt habe, mit irgendjemandem zu verkehren, ja ihm sogar erklärt habe, daß er (der Kommandant) aus eigenem Rechte jederzeit befugt sei, das k. u. k. Konsulat zu betreten. Aus

diesen Gründen hat sich Herr von Tahy genötigt gesehen, von seinem Posten unter Zurücklassung eines Kanzleibeamten abzureisen und hat sein Vorgehen meine volle Billigung gefunden. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, im Anschlusse an ihre bisherigen Démarchen bezüglich der Beschwerde des Uesküber Konsularkorps und der Behinderung des Kurierverkehres mit unseren Vertretern in den von den serbischen Truppen besetzten Gebieten, den vorstehenden Fall, welcher eine weit ärgere Verletzung des Völkerrechtes darstellt und in welchem wir eine weitere Unfreundlichkeit der serbischen Militärbehörden gegen Österreich-Ungarn erblicken müssen, bei der dortigen Regierung nachdrücklichst zur Sprache bringen und der bestimmten Erwartung Ausdruck verleihen zu wollen, daß die königliche Regierung den Kommandanten von Mitrovitza desavouieren und eine eheste Remedur der unhaltbaren Situation unserer drei Konsularvertretungen im besetzten Gebiete eintreten lassen werde.

2.—6. Ich telegraphiere an Herrn von Ugron wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1) in extenso.) Vorstehendes zur Mitteilung an die dortige Regierung. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4435, 4471, 4476, 4493.

Nr. 4462. Tel. aus Belgrad, 17. Nov. 1912 Nr. 222 (eing. 18. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Das in der gestrigen Neuen Freien Presse Nr. 17.325 wiedergegebene Interview des Herrn Spalajković entspricht vollkommen den Äusserungen, die der serbische Gesandte in Sofia vor einigen Tagen einer mir befreundeten Persönlichkeit gemacht hat. Ich möchte dieselben nicht als Zeichen erfreulicher Veränderung in der Auffassung des uns höchst unfreundlich gesinnten Herrn Spalajković, als vielmehr als einen Beweis dafür halten, wie wenig man den Enunziationen der serbischen Politiker Vertrauen entgegenbringen kann. Herr Spalajković hat viel zu oft redende Beweise seiner schlechten Disposition uns gegenüber gegeben, als dass so weit gehender, plötzlicher Sinnesänderung Vertrauen entgegengebracht werden könnte. Er gibt sich den Anschein, jetzt sogar eine Zollunion mit uns zu wollen, welche Idee auch mir gegenüber hier zuerst angeregt und dann geradezu perhorresziert wurde. Herr Jovanović sprach mit mir heute über dieses Interview und sagte, Herr Spalajković habe ohne besondere Überzeugung geredet und dürfte in diesen Aeusserungen zu weit gegangen sein. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6138, 7489.

Nr. 4463. Tel. aus Belgrad, 17. Nov 1912 Nr. 223 (eing. 18. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. In meinem Telegramm vom 10. d. M., Nr. 188, meldete ich, dass italienischer Geschäftsträger bei Herrn Pašić im Auftrage seiner Regierung wegen Adriahafens Erklärungen abgegeben hat. Über diese Demarche brachte Abendblatt der Neuen Freien Presse vom 12. d. M. ausführlichen Bericht, der der Wahrheit (mit Ausnahme des Zeitpunktes des Besuches) ganz zu entsprechen scheint und hier unliebsames Aufsehen

erregt hat. Gestriges Bulletin des hiesigen Pressbureaus bringt an erster offizieller Stelle die Mitteilung: La nouvelle publiée dans la presse étrangère suivant laquelle le Chargé d'affaires d'Italie à Belgrade aurait fait auprès du Gouvernement serbe une démarche tendant à appuyer l'action de l'Autriche-Hongrie est dénuée de fondement. Eine solche öffentliche Erklärung, die auch den Vertretern der ausländischen Presse mitgeteilt wurde, ist geeignet, den Eindruck hervorzurufen, dass in der Adriafrage keine Solidarität zwischen Italien und Österreich-Ungarn besteht, was seitens der nichtoffiziellen serbischen Presse ohnehin fortwährend mit Nachdruck behauptet wird. Diese Erklärung hat hier grossen Eindruck gemacht und erhält eine für die Trippelallianz ungünstige Deutung. Geheim. Wie ich aus ganz bestimmter Quelle erfahre, hat italienischer Geschäftsträger selbst dieses Dementi von serbischer Regierung verlangt. Mir gegenüber hat er hievon keine Mitteilung gemacht. Als ich ihm heute sagte, wie unangenehm ich durch diese Erklärung berührt bin und wie sehr ich befürchte, dass derselben eine uns unerwünschte Deutung gegeben werden könnte, antwortete er mir nur: la publication à été faite à mon insu et sans mon consentement, mais je télégraphierai à mon Gouvernement les craintes que vous venez de m'exprimer. Da der Artikel der Neuen Freien Presse am 13. d. M. hier eingelangt ist und Herr Rinella erst am 15. d. M. abends im hiesigen Ministerium des Aeussern den Wunsch nach einem Dementi ausgesprochen hat, so liegt der Verdacht nahe, dass er hiezu die Zustimmung seiner Regierung eingeholt hat. Es ist auch nicht sehr wahrscheinlich, dass er einen im Auftrage seiner Regierung unternommenen Schritt ohne die Zustimmung derselben öffentlich dementieren lassen würde. Ob nun die Einzelheiten der in der Neuen Freien Presse enthaltenen Schilderung der Wahrheit entsprechen oder nicht, ist irrelevant, Herr Rinella hat aber mir und meinem deutschen Kollegen ausdrücklich gesagt, dass er einen solchen Schritt bei serbischer Regierung gemacht hat. Die Nachricht der Neuen Freien Presse stammt aus unbekannter Quelle, jedenfalls nicht vom Korrespondenzbureau. Als auffällige Tatsache möchte ich noch erwähnen, dass, obgleich wir in der Adriafrage eine ganz analoge Erklärung abgegeben haben wie Italien, keine einzige Presstimme in Belgrad sich gegen die italienische Regierung ausgesprochen hat, während wir aus diesem Anlasse in allerheftigster Weise angegriffen und gehässig angefeindet werden. Gleichlautend Budapest. Ugron.

[a]) Vgl. n. 4464, 4491, 4501, 4732.

Nr. 4464. Bericht aus Belgrad, 17. Nov. 1912 Nr. 139 (eing. 19. Nov.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Im Nachhange zu meiner heutigen Depesche Nr. 223 beehre ich mich Euer Exzellenz ergebenst zu melden, dass, obgleich der italienische Geschäftsträger mir und auch meinem deutschen Kollegen gegenüber behauptet, dass das Dementi in den Mitteilungen des serbischen Pressbureaus und in der offiziösen Samouprava ohne sein Mitwissen publiziert wurde, ich das Gegenteil behaupten zu können glaube. Vor Allem hat

Herr Rinella gestern einem Kollegen gegenüber selbst eingestanden, dass er das Dementi verlangt habe, ohne vielleicht damals noch die Bedeutung dieses eventuell nur unüberlegten Schrittes zu erwägen. Da mir mein Kollege dies unter der aller strengsten Diskretion gesagt hat, kann ich mich nur schwer auf ihn berufen. Ich habe aber auch andere Beweismittel, die die Wahrheit dieser Mitteilung bekräftigen können. Herr Lončarević, der hiesige Vertreter des Korrespondenzbureaus, ein vollkommen verlässlicher Mann, erzählt mir, dass er Freitag den 15. Abends mit vielen Journalisten im Pressbureau des Ministeriums des Aeussern erschienen war, bei welcher Gelegenheit der Stellvertreter des Pressleiters ihnen zur Weiterleitung das in meinem Telegramm erwähnte Dementi mitgeteilt hat, wonach seitens der königlich serbischen Regierung formell geleugnet wird, dass der italienische Geschäftsträger unsere Aktion bezüglich Albaniens unterstützt hätte. Der anwesende Korrespondent der Zeit erwiderte hierauf, dass er bestimmte Kenntnis habe, dass Herr Rinella am 12. oder am 13. l. M. im Ministerium tatsächlich konferiert habe, was also im Widerspruch stünde mit der verlangten Publikation. Hierauf erklärte der Stellvertreter des Pressleiters, dass der italienische Geschäftsträger selbst das Dementi wünsche. Als nun derselbe Korrespondent sagte, er würde diesen Umstand in seiner Mitteilung erwähnen, erwiderte der Beamte des serbischen Auswärtigen Amtes, dies sei nicht zulässig, da dies „ein tückisches Dementi" sein würde. Man soll die Publikation in der von ihm vorgeschriebenen Form weitergeben. Die offiziellen Mitteilungen des Pressbureaus brachten auch das Dementi den nächsten Tag an hoch offizieller Stelle, am Kopfe des Blattes vor allen anderen Depeschen und die Samouprava veröffentlicht eine analoge Mitteilung. Offenbar war die serbische Regierung äusserst zufrieden durch dieselbe hier und im Auslande den Anschein erwecken zu können, dass in der albanesischen Frage keine absolute Solidarität zwischen Italien und Österreich-Ungarn besteht und es wurde auch selbstverständlich dem Dementi hier diese Deutung gegeben. Ich würde eventuell auch geneigt sein anzunehmen, dass die königlich serbische Regierung wieder einmal zu dem ihr beliebten Mittel greifen wollte zwei Staaten gegen einander auszuspielen und deshalb selbst das Dementi ersonnen hat, wenn nicht das bereits einberichtete gestrige Geständnis Herrn Rinellas dagegen sprechen würde. Als ich Herrn Rinella heute von der Publikation sprach und meiner Befürchtung Ausdruck gab, dass dieselbe in einer uns sehr unliebsamen Weise gedeutet werden könnte, fügte ich hinzu, dass ich an seiner Stelle sofort zu Herrn Jovanović gehen und ihn fragen würde, mit welchem Rechte der von ihm unternommene Schritt offiziell in Abrede gestellt wird und zwar in einer Weise, welche die Vermutung wachrufen muss, dass Italien und Oesterreich-Ungarn in dieser Frage nicht ganz eines Sinnes seien. Herr Rinella erwiderte mir, dass die Publikation — der er übrigens fern stand — insoweit eine gewisse Berechtigung habe, da er keine offizielle „Demarche" bei der serbischen Regierung gemacht und sich nur in eine „Konversation" eingelassen habe, deshalb könne er auch im Ministerium des Aeussern dagegen nicht protestieren, er werde aber seiner Regierung telegrafieren, welche Bedenken und Befürchtungen in mir durch das Dementi wachgerufen sind.

Dieses Spielen mit Worten ist aber nicht recht angebracht, da man im grossen Publikum, in welchem man durch das Dementi Stimmung machen wollte, den Unterschied zwischen Demarche und diplomatischer Konversation nicht kennt, und man aus der Publikation nur das Eine entnimmt, dass Österreich-Ungarn auf die Unterstützung Italiens eventuell nicht recht rechnen kann. Übrigens stand im Artikel der Neuen Freien Presse — worauf die Publikation die Antwort bildete — kein Wort von einer Demarche, er enthielt nur die Mitteilung über die Erklärung, welche Herr Rinella abgegeben haben soll, und die sehr analog war mit den Ausführungen, die auch ich Herrn Pašić gegenüber getan habe. Auch ich habe ja eigentlich keine „Demarche" gemacht und — wie ich es hier nachdrücklich betont habe — auf Grund der in Budapest eingeholten Informationen nur eine „Konversation" mit Herrn Pašić begonnen. Ich neige demnach der Ansicht zu, dass Herr Rinella — trotzdem er dies in Abrede stellt — faktisch sich für die Publikation des fraglichen Dementis ausgesprochen habe. Ich besitze aber keine Anhaltspunkte dafür, welche Motive ihn hiezu veranlasst haben können. Er hat vielleicht bemerkt, dass die erwähnten Mitteilungen der Neuen Freien Presse ein zu grosses und unliebsames Aufsehen erregt haben und deshalb ist er als übereifriger und unerfahrener Geschäftsträger in den Fehler verfallen das Geschehene in Abrede stellen zu wollen, nur nachträglich sieht er denselben ein und will ihn ableugnen. Es ist auch unbegreiflich, dass die königlich italienische Regierung in so kritischen Zeiten schon seit Monaten hier nur einen Geschäftsträger lässt. Tatsache ist es, dass Herr Rinella nach der noch immer unerklärlichen, ganz plötzlichen Abberufung Herrn Barolis im Hochsommer bis jetzt als Geschäftsträger geblieben ist. Er, der früher wenig im Hause Herrn von Hartwigs verkehrt hat, fieng gleich an ein häufiger Besucher desselben zu sein. Es ist allerdings möglich, dass er dies nur tat, um aus der bestinformierten Quelle direkt schöpfen zu können. Es ist auch wahr, dass er mit Herrn von Hartwig sehr häufig politische Diskussionen führt, während derselbe mir gegenüber solche Fragen nie berührt, obgleich wir äusserlich auf recht gutem Fusse stehen. Es wird, angeblich von absolut gut informierter Seite, behauptet — ich kann jedoch für diese Nachricht die Verantwortung nicht übernehmen — dass Herr Rinella, gleich nachdem er zum Chargé d'Affaires en pied bestellt wurde, die Weisung aus Rom erhalten habe, Anschluss an die russische Gesandtschaft zu suchen und enge Fühlung zu nehmen. Aus derselben — ebenfalls nicht kontrollierbaren — Quelle höre ich, dass er sogar seine Instruktionen Herrn von Hartwig gezeigt hätte. Jedenfalls hat er es verstanden mit der russischen Gesandtschaft und mit der serbischen Regierung sehr enge Beziehungen anzuknüpfen. Täglich geht er ins auswärtige Amt und bringt Stunden und Stunden bei Herrn Jovanović zu, was umso auffallender ist, da die italienische Gesandtschaft mit wenig administrativen Fragen belästigt sein dürfte, infolge dessen die ganze Zeit dieser endlosen Konversation politischen Erörterungen gewidmet werden muss. Tatsache ist es, dass Italien einen ganz analogen Schritt bei der serbischen Regierung gemacht hat, derselbe ihm aber gar nicht verargt wird, während wir auf die gehässigste Weise angegriffen werden. Man meint, dass Italien es mit

seinem Proteste nicht sehr ernst nehme und nur der Form nach mittue, es suche Anschluss an Russland und werde im kritischen Momente sich vom Dreibund loslösen. Diese Version soll insbesondere durch Herrn von Hartwig propagiert worden sein, und das vielleicht unverschuldete aber nicht genug vorsichtige Benehmen Herrn Rinellas hat diesen Gerüchten gewiss Nahrung zugeführt. Mir gegenüber hat er sich stets korrekt und einwandfrei benommen. In letzter Zeit hat er sogar mit einer gewissen Auffälligkeit und ostentativ betont, dass wir einheitlich in der albanischen Frage vorgehen und im steten Kontakte mit einander bleiben müssen. Im Sinne des hohen telegrafischen Erlasses d. D. Budapest 11. November Nr. 5[b]) habe ich mich mit Herrn Rinella bezüglich der Frage des Vordringens Serbiens an die Adria ins Einvernehmen gesetzt, habe aber doch gewisse Reserve ihm gegenüber beobachtet. Ich habe ihm lediglich den Inhalt meiner Depesche vom 12. l. M. Nr. 191 mitgeteilt, weil ich ihn aufmerksam machen wollte auf die von Herrn von Hartwig gegen den Dreibund unternommenen Intriguen. Ich habe diesem Inzidenzfall aus dem Grunde eine erhöhte Bedeutung beigemessen, weil ich seit 2—3 Tagen wiederholt vertraulich darauf aufmerksam gemacht worden bin, dass es den Anschein hat, als ob Italien in der serbischen Frage hier ein doppeltes Spiel treiben würde. Ich habe bis jetzt keinen Grund gehabt diese Ansicht zu teilen, da ich aber weiss, dass sowohl serbischer- als auch russischerseits man gerne diese Auffassung aufkommen lassen möchte, glaubte ich Euer Exzellenz hohe Aufmerksamkeit auf diesen Fall lenken zu müssen, da derselbe die Festigkeit des Dreibundes hier diskreditieren könnte. Der serbischen Regierung gegenüber habe ich selbstverständlich die Angelegenheit gar nicht berührt.

Ugron.

[a]) Vgl. n. 4475, 4732. — [b]) Mit Tel. Nr. 5, Budapest, 10. Nov. 1912 erging nach Belgrad die Mitteilung von n. 4342.

Tel. nach Berlin, 17. Nov. 1912 Nr. 158 (chiffr. 1 U. a. m.). Siehe n. 4461.

Nr. 4465. Tel. nach Bukarest, 17. Nov. 1912 Nr. 60 (chiffr. 4 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berchtold; V. u. G. Szápáry).

Streng geheim. Über Befehl Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn soll General der Infanterie Freiherr Conrad von Hötzendorf im Laufe allernächster Tage, wenn möglich morgen abends, mit Allerhöchstem Handschreiben für König Carol nach Bukarest fahren. Wesentlicher Inhalt des Handschreibens: Versicherung Bestrebens, darauf hinzuwirken, daß Rumäniens Interesse in der gegenwärtigen Krise gewahrt bleiben werde. Freiherr von Conrad ferner beauftragt, Inhalt der Conversationen mit Herrn Daneff mitzuteilen und streng geheim bevorstehende Erneuerung des Dreibundes unter gleichzeitigem Ausdruck des Wunsches, daß Verhältnis mit Rumänien pari passu fortgeführt werde, bekanntzugeben. Ersuche Euer Durchlaucht um umgehende Mittheilung etwaiger Bedenken, die sich eventuell hiegegen aus dortiger Situation ergeben könnten.

[a]) Vgl. n. 4466, 4479, 4516, 4517.

Nr. 4466. Tel. des Legationssekretärs Grafen Franz Kinsky nach Bukarest, 17. Nov. 1912 Nr. 61 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Konz. (S. u. G. Kinsky).

Der Herr Minister bittet Dich mit Rücksicht auf das heutige Telegramm Nr. 60 Deine Abreise vorläufig zu verschieben.[a] Kinsky.

[a] Prinz Fürstenberg hatte am 17. November telegraphisch um einen fünftägigen Urlaub ab 19. November behufs mündlicher Berichterstattung angesucht.

Nr. 4467. Tel. nach Cetinje, 17. Nov. 1912 Nr. 115 (chiffr. 8 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).

Die in Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 165[b] vom 12. l. M. gemeldete Sprache König Nikolaus giebt der Vermutung Raum, daß Seine Majestät mit dem definitiven Erwerbe Skutaris als mit einer Tatsache rechnet, die von keiner Seite auf einen Widerspruch stoßen könnte. Wenn mein im letzten Exposé gefallener Ausspruch weitgehenden Entgegenkommens auch auf die territoriale Ausbreitung Montenegros Anwendung findet, so scheint es mir doch von Wichtigkeit, daß montenegrinischerseits nicht vergessen werde, daß wir in Skutari wichtige Interessen, unter anderem infolge des Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn zustehenden katholischen Kultusprotektorates, zu vertreten haben und das Schicksal dieser albanesischen Stadt uns keineswegs gleichgiltig bleiben kann. Gegebenenfalls könnten Euer Hochwohlgeboren, vorausgesetzt, daß Ihrerseits kein Bedenken entgegensteht, eine passende Gelegenheit benützen, um sich in obigem Sinne bei Seiner Majestät dem Könige vernehmen zu lassen, wobei Euer Hochwohlgeboren durchblicken lassen wollen, daß uns der Verbleib Skutaris bei dem zu schaffenden autonomen Albanien von großer Bedeutung zu sein scheint, und daß ein Abkommen von diesem unserem Standpunkte ein Beweis des größten Wohlwollens wäre, welches unbedingt auch montenegrinischerseits ein Entgegenkommen in uns interessierenden Fragen voraussetzen würde. Hiezu möchte ich zu Euer Hochwohlgeboren Orientierung und eventuellen Regelung Ihrer Sprache bemerken, daß wir als mindesten Beweis einer künftigen freundlichen und von aggressiven Plänen absehenden Politik Montenegros dessen Einwilligung zu einer Grenzregulierung ansehen müssen, welche uns in den Besitz der Höhen von Lovcen brächte, die für Österreich-Ungarn einen defensiven Wert haben, während sie für Montenegro von rein offensiver Bedeutung sind. Was die wirtschaftlichen Fragen anbelangt, deren Regelung uns wünschenswert schiene, lege ich Wert darauf, daß Euer Hochwohlgeboren Seiner Majestät dem König gegenüber bei diesem Anlasse darauf hinweisen, daß es uns ganz ferne steht, Montenegro irgendwie auch nur in seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit einschränken zu wollen, daß wir aber im beiderseitigen Interesse gewisse Vereinbarungen für angezeigt halten. Ein wenn auch nicht erschöpfendes Programm unserer handels- und verkehrspolitischen Vorschläge erhalten Euer Hochwohlgeboren in einem separaten Telegramme.[c] An dieser Stelle will ich nur bemerken, daß ich es Ihrem Ermessen überlassen muß, zu dessen Verwertung den geeignet erscheinenden Zeitpunkt zu wählen. Euer

Hochwohlgeboren werden sich hiebei von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß es angesichts der gegenwärtig noch bestehenden politischen Spannung und namentlich mit Rücksicht auf Italien von Wichtigkeit ist, daß der Anschein vermieden werde, als wollten wir Montenegro in ein politisches und wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis bringen. Die Annahme unserer Vorschläge würde im Gegenteil die Wirkung haben, Montenegro allmählich von dem bisherigen dominierenden russischen Einflusse zu befreien. Ich stelle es Euer Hochwohlgeboren frei, falls Sie es für nützlich erachten, vor einer Besprechung mit dem Könige eine Fühlung mit dem Erbprinzen zu suchen, dessen Einfluß auf Seine Majestät vielleicht von Vorteil sein könnte.

[a]) Vgl. n. 4468, 4482, 4539. — [b]) Vgl. n. 4386 Anm. b. — [c]) n. 4468.

Nr. 4468. Tel. nach Cetinje, 17. Nov. 1912 Nr. 116 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Joannovićs; V. Nemes; G. Berchtold).

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 115 von heute. In handelspolitischer Beziehung wäre der Abschluß einer Zollunion mit Montenegro wünschenswert. Euer Hochwohlgeboren hätten jedoch Ihre Sprache derart zu regeln, daß König Nikolaus vorerst die Idee eines möglichst engen wirtschaftlichen Anschlusses Montenegros an die Monarchie suggerirt werde. Ich würde Wert darauf legen, daß Euer Hochwohlgeboren bei Vermeidung des Wortes „Zoll-Union" beim Könige sondiren, inwieweit Ihm diese Idee sympathisch ist, und daß Euer Hochwohlgeboren, nur insoweit Sie beim Könige auf günstige Dispositionen stoßen und auf Seine Diskretion dem Auslande gegenüber rechnen zu können glauben, Schritt für Schritt im Sinne des folgenden Gedankenganges vorgehen. Anknüpfend an die Tatsache, daß schon in unserem geltenden Handelsvertrage mit Montenegro ein engeres wirtschaftliches Verhältnis durch die Gewährung der Zollfreiheit für die Einfuhr montenegrinischer Tiere nach den Bocche di Cattaro angebahnt wurde, wäre der Auffassung Ausdruck zu geben, daß wir bei den regen Beziehungen, die nicht nur die beiderseitigen Grenzgebiete, sondern auch weitere wirtschaftliche Kreise der Monarchie zu Montenegro haben, es als im beiderseitigen Interesse gelegen erachten, das zwischen Montenegro und der Monarchie bestehende wirtschaftliche Verhältnis noch enger auszugestalten. Ein gewöhnlicher, auf der Grundlage gegenseitiger Tarifkonzessionen aufgebauter Handelsvertrag erschiene uns nicht genügend, um dieses Ziel zu erreichen, da unsererseits zugunsten Montenegros hiebei nicht über das Ausmaß der üblichen Grenzbegünstigungen hinausgegangen werden könnte, während die auf dem Systeme des Maximal- und Minimaltarifs aufgebaute Handelspolitik Montenegros sich im großen und ganzen nur im Rahmen von Meistbegünstigungsverträgen bewegt. Wenn der Gedanke eines engeren wirtschaftlichen Anschlusses Montenegros an die Monarchie daher weiter verfolgt werden soll, so erschiene es notwendig, den gegenseitigen Verkehr, wie dies vorläufig nur zum Teile rücksichtlich der Vieheinfuhr nach den Bocche geschehen ist, möglichst von den Zollschranken zu befreien. Bei der Schwierigkeit der Grenzkontrolle hielten

wir dies auch für die geeignetste Maßregel, um den zum Nachteile unserer freundnachbarlichen Beziehungen betriebenen und als illegalen Verkehr bekämpften Schmuggel zu beseitigen. Falls diese gegenseitige Zollbefreiung im weitesten Umfange eintreten könnte, wären wir bereit, Montenegro für den Entgang eigener Zolleinnahmen ein der zu erwartenden Entwicklung seines Handels entsprechendes, reichlich bemessenes Zollaversum zu gewähren, dessen Berechnung, im Falle sich Montenegro unseren Zolltarif zu eigen macht, auf Grundlage desselben erfolgen und somit einen viel höheren Ertrag abliefern würde, als es die heutigen Zolleinnahmen Montenegros auf Grund des geltenden montenegrinischen Zolltarifs vermöchten. Die Erwähnung des Zollaversums dürfte dem Könige wohl die Frage in den Mund legen, ob unsererseits eine Zollunion beabsichtigt werde, was Euer Hochwohlgeboren, wenn die Konversation schon so weit gediehen sein wird, mit der Motivierung bejahen können, daß die Inanspruchnahme der zwischen Österreich-Ungarn und Montenegro zu vereinbarenden besonderen Erleichterungen durch andere Staaten im Wege der Meistbegünstigung wohl nur auf diese Weise ausgeschlossen bliebe. Ist das Gespräch einmal auf dieses Thema gebracht, so wollen Euer Hochwohlgeboren Seiner Majestät die besonderen Vorteile, die eine Zollunion mit der Monarchie für Montenegro hätte, eingehend vor Augen führen. In wirtschaftlicher Beziehung wäre Montenegro das ganze weite Absatzgebiet der Monarchie erschlossen, seine Landwirtschaft, seine Viehzucht und sein Forstwesen könnten einer blühenden Zukunft entgegensehen, weil sie in die Lage versetzt würden, für den Export unter wesentlich günstigeren Bedingungen und unter dauernden Garantien zu arbeiten. Auch für industrielle Unternehmungen im Lande, insoweit sie sich mit der Verarbeitung der in Montenegro gewiß vorhandenen und noch kaum zu verwerten gewesenen Rohmaterialien (Holz) befassen würden, wäre eine aussichtsvolle Zukunft gegeben, da das Vertrauen des Unternehmungsgeistes durch die Union mit uns wachsen und sich befestigen würde. Dieses Moment sei besonders wichtig, weil es zu einer raschen Verschmelzung der neu erworbenen Gebiete mit Montenegro beitragen werde, denen hiedurch gewiß weit günstigere Entwicklungsbedingungen verschafft würden, als sie sonst je erwarten durften. Politisch hätte dies für Montenegro den nicht hoch genug einzuschätzenden Wert, daß etwaige künftige Bestrebungen, ihm die neu erworbenen Territorien streitig zu machen oder den Prozeß ihrer Angliederung und Einverleibung in das Königreich zu stören, in diesen Gebieten nicht festen Fuß fassen könnten. Es wären somit durch die Zollunion alle Garantien für eine wirtschaftliche und politische Erstarkung des Königreichs gegeben. Endlich wäre der Wert des Montenegro zugedachten Zollaversums sehr zu betonen, durch welches seinen Finanzen eine unter allen Umständen sichere beträchtliche Einnahme zugeführt würde, welche es finanziell stärken und auch in dieser Beziehung unabhängiger machen würde. In verkehrspolitischer Beziehung wünschen wir, was die Schiffahrt anbelangt, eine eingehende vertragsmäßige Regelung der Schifffahrtsverhältnisse längs der montenegrinischen Seeküste etwa im Sinne der großen, von uns mit anderen Staaten, zum Beispiel mit Italien abge-

schlossenen Handelsverträge und überdies die Festlegung für unsere Nationalen des Rechtes der Cabotage sowie der Fischerei an der montenegrinischen Küste, ferner die Zulassung unserer Handelsflagge auf der Bojana und dem Skutarisee ohne jede Beschränkung. Was endlich die Eisenbahnfrage anbelangt, so legen wir größten Wert auf die Vorbereitung eines Anschlusses unseres Bahnnetzes über Montenegro nach Albanien. Diese Verbindungslinie kann nur eine dalmatinisch-montenegrinisch-albanische Küstenbahn sein, die im Anschlusse an die Bahnlinie Gabela-Zelenika von den Bocche di Cattaro nach Sutomore führt. Montenegro hätte sich demnach zu verpflichten, daß von diesem Orte auf seinem Gebiete eine Anschlußbahn gegen Skutari und jenseits der künftigen montenegrinischen Grenze in einer solchen Richtung fortgesetzt werde, um an die eventuell aus dem Innern Albaniens gegen die Adria zu führende Zukunftsbahn einen Anschluß zu finden. Endlich behalten wir uns vor, falls die projektierte Sandschakbahn auch zukünftiges montenegrinisches Territorium durchlaufen sollte, diesbezüglich unsere Wünsche bekannt zu geben. Da von den im Vorstehenden erörterten wirtschaftlichen Fragen zunächst die Zollunion der sorgfältigsten Vorbereitung bedarf, die verkehrspolitischen Fragen aber auch unsererseits noch eingehender geprüft werden müssen, so wollen sich Euer Hochwohlgeboren rücksichtlich dieser letzteren vorläufig mehr auf die Anmeldung unserer Ansprüche beschränken, dagegen das Hauptgewicht Ihrer Verhandlungen mit Seiner Majestät auf die Förderung des Zollunionprojektes legen. Auch wäre zu erwägen, ob nicht wegen Verhandlung der wirtschaftlichen Fragen die Entsendung eines geeigneten Vertreters der montenegrinischen Regierung nach Wien angezeigt erschiene.

[a]) Vgl. n. 4539.

Tel. nach London, 17. Nov. 1912 Nr. 76 (chiffr. 1 U. a. m.). Siehe n. 4461.

Tel. nach Paris, 17. Nov. 1912 Nr. 101 (chiffr. 1 U. a. m.). Siehe n. 4461.

Nr. 4469. Tel. nach Rom; Budapest, 17. Nov. 1912 Nr. 194 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Ich ersuche Euer Exzellenz, sich zu Marquis di San Giuliano zu begeben und sich ihm gegenüber im Sinne der nachstehenden Ausführungen auszusprechen. Ich empfinde lebhafte Befriedigung darüber, daß das italienische Kabinett im Geiste unseres Akkords und in voller Übereinstimmung mit uns durch die in Belgrad und Cetinje geführte Sprache unseren Standpunkt bezüglich der künftigen autonomen Gestaltung Albaniens zum Ausdruck gebracht hat. Der Augenblick scheint mir nunmehr gekommen, um im Wege eines Gedankenaustausches zwischen den beiden Kabinetten darüber klar zu werden, welche Begrenzung und innere Gestaltung des autonomen Albaniens wir anstreben wollen. Bei der Fixierung des diesbezüglichen Programmes müßte einerseits die möglichste Sicherstellung der Lebensfähigkeit des künftigen albanesischen Staatswesens angestrebt,

andererseits aber auch auf die Ergebnisse der kriegerischen Operationen Rücksicht genommen werden. Marquis di San Giuliano dürfte mit mir darin übereinstimmen, daß die Existenz Albaniens desto gesicherter wäre, je mehr von den ausschließlich oder wenigstens vorwiegend von Albanesen bewohnten Gebieten in das neue Staatswesen einbezogen werden. Andererseits wird aber infolge des Verlaufes des Krieges mit Ausnahmen vom obigen Grundsatze gerechnet werden müssen. In Berücksichtigung dieser beiden Gesichtspunkte ergeben sich im einzelnen folgende Konsiderationen. Im Nordosten: Die von den Serben besetzten Orte Djakova, Ipek und Prisren sind ebenso wie ihr Gebiet zum größten Teil von Albanesen bewohnt; ihre Einbeziehung in das künftige Albanien wäre daher ebenso erwünscht wie gerechtfertigt. Indessen schiene es mir nicht opportun, auf der Einbeziehung dieser Gebiete in das künftige Albanien zu bestehen, da dies die Legende von unserem Übelwollen gegen Serbien bestätigen könnte. Ich würde es vorziehen, durch ein Entgegenkommen in dieser Frage ähnlichen Verdächtigungen den Boden zu entziehen. Im Südosten: Größere militärische Erfolge Griechenlands im weiteren Verlaufe des Krieges vorausgesetzt, wird einer Vergrößerung des Königreiches etwa bis zum Kalamas wohl zugestimmt werden müssen. Im Nordwesten: Auch hier würde ich auf die möglichst unversehrte Erhaltung des albanesischen Gebietes Wert legen. Da aber der Wunsch Montenegros nach Einverleibung der fruchtbaren Ebene von Skutari angesichts der besonderen Verhältnisse eine gewisse Berechtigung besitzt, wären wir bereit, im Falle der Einnahme dieser Stadt der Erwerbung jenes Gebietes durch Montenegro zuzustimmen. Allerdings würden wir aber angesichts dieses Entgegenkommens erwarten, daß Montenegro zur Vermeidung stetiger Grenzstreitigkeiten in eine Rektifizierung der Grenze bei Cattaro zur Sicherung unserer defensiven Stellung einwillige, worüber seit Jahrzehnten resultatlos verhandelt wird. Nach unserer Ansicht dürfte es notwendig sein, die internationale Stellung Albaniens in besonderer Weise zu regeln, um das im Entstehen begriffene Staatswesen vor Störungen von außen zu schützen. In dieser Hinsicht sind zwei Eventualitäten in Erwägung zu ziehen. Eine internationale Garantie des albanesischen Besitzstandes oder eine Neutralisierung Albaniens. Ohne mich hierüber jetzt schon definitiv auszusprechen, möchte ich der zweiten Modalität den Vorzug geben. Über die innere Gestaltung des künftigen albanesischen Staatswesens zu sprechen, schiene mir heute noch verfrüht, doch schwebt mir als vorteilhafteste Lösung die Berufung eines Prinzen vor, der einem europäischen Fürstenhause entstammt, welches keiner der in Albanien vertretenen drei Konfessionen angehört. Ich lege den größten Wert darauf, sobald als möglich die Ansichten Marquis di San Giulianos über diesen Fragenkomplex kennen zu lernen und ersuche Euer Exzellenz um diesbezügliche telegraphische Berichterstattung. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 59 Nr. 107. Vgl. n. 4503.

Tel. nach Rom, 17. Nov. 1912 Nr. 195 (chiffr. 1 U. a. m.). Siehe n. 4461.

Nr. 4470. Tel. nach Rom; Budapest, 17. Nov. 1912 Nr. 16 (chiffr. 8 U. p. m.).[a] Konz. (S. Hohenlohe; G. Nemes).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 181 vom 14. l. M. Mit Bezug auf Alinea zwei[b] desselben teile ich Euer Exzellenz zur eventuellen Regelung Ihrer Sprache mit, daß wir durchaus nicht daran denken, Serbiens wirtschaftliche Selbstständigkeit irgendwie zu behindern. Was wir wollen, ist lediglich, daß unser gegenwärtiger Warenabsatz in der europäischen Türkei durch die territoriale Neugestaltung nicht wesentlich verkürzt werde und weiters, daß die wirtschaftlichen Beziehungen, die sich aus unserer Nachbarschaft mit Serbien ergeben, sich zu möglichst regen gestalten und tunlichst gefördert werden. Bezüglich der durch das Königreich führenden Verkehrswege ist es unsere Absicht, uns die Durchfuhr zu sichern. Die Sprache eines Teiles der italienischen Presse, welche unsere wirtschaftlichen Absichten am Balkan in einem falschen Lichte darstellt, wäre meiner Ansicht nach ein natürlicher Anlaß, Vorstehendes in Euer Exzellenz Konversationen mit italienischen Staatsmännern zu verwerten. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4855. — [b] Alinea 2 von n. 4425 reicht von „Dagegen scheint" bis Schluß.

Tel. nach St. Petersburg, 17. Nov. 1912 Nr. 155 (chiffr. 1 U. a. m.). Siehe n. 4461.

Nr. 4471. Tel. nach Sofia, 17. Nov. 1912 Nr. 150 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Aus dem mir zugekommenen Meldungen ersehe ich, daß in den von serbischen Truppen besetzten Gebieten der Türkei unsere Konsuln seitens der serbischen Machthaber in der Ausübung ihrer amtlichen Funktionen sowie in der Wahrnehmung der ihnen anvertrauten Interessen gehindert werden. Sogar der schriftliche Verkehr mit ihren vorgesetzten Behörden wurde ihnen total verwehrt. Speziell in Mitrovitza war dies in einem solchen Maße der Fall, daß sich der Titulär des dortigen k. u. k. Konsulates veranlaßt gesehen hat, Mitrovitza zu verlassen. Ich ersuche Euer Hochgeboren, Herrn Geschoff hievon mit dem Beifügen Mitteilung zu machen, daß wir in diesem Vorgehen der serbischen Kommandanten nicht nur eine Verletzung des Völkerrechtes, sondern auch den Beweis einer so unfreundlichen Gesinnung Serbiens der Monarchie gegenüber erblicken, daß ich Wert darauf lege, die bulgarische Regierung von diesem Verhalten ihres Bundesgenossen im gegenwärtigen Kriege zu informiren. Berchtold.

[a] Vgll n. 4380, 4461, 4486.

Nr. 4472. Tel. nach Sofia, 17. Nov. 1912 Nr. 151 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. und G. Szápáry).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 148 vom 16. d. M. Ich würde Wert darauf legen, daß Euer Hochgeboren bei sich bietender Gelegenheit, jedoch ohne Berufung auf einen Auftrag, Herrn Danew, eventuell auch Herrn Geschoff in Betreff der beiden von ersterem anläßlich dessen Audienz

beim Herrn Erzherzog Franz Ferdinand mißverstandenen Punkte entsprechend aufklären. Was die Aufforderung Euer Hochgeboren an Herrn Danew anbelangt, er selbst möge König Ferdinand von der Notwendigkeit einer Kompensation an Rumänien überzeugen, so billige ich dieselbe vollkommen und ersuche Euer Hochgeboren, auch weiterhin in diesem Sinne auf die bulgarischen Staatsmänner einzuwirken. Bezüglich der mir übrigens sehr erwünschten mäßigenden Sprache Herrn Danews Herrn Spalajković gegenüber möchte ich jedoch bemerken, daß ich mir von derselben angesichts der bekannten feindseligen Gesinnung dieses serbischen Diplomaten gegen Österreich-Ungarn wenig Erfolg verspreche; um von Erfolg zu sein, müßte die bulgarische Einwirkung auf anderem Wege erfolgen.

[a]) Vgl. n. 4430, 4527.

Nr. 4473. Tel. aus Sofia, 17. Nov. 1912 Nr. 360 (eing. 18. Nov. 3 U. p. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Gestern abends hat mich Herr Spalajković nach vorangegangener telephonischer Anfrage besucht. Er eröffnete Gespräch mit Bemerkung, dass es ein historischer Moment sei, der einen Wendepunkt in der Politik und den Beziehungen der Monarchie und Serbiens bilden sollte. Herr Spalajković hätte nach einer Basis, auf der freundschaftliches Verhältnis der beiden Staaten aufgebaut werden könnte, gesucht und habe Gedanken gefunden, den er Herrn Pašić unterbreitet und Ermächtigung erhalten hätte, seine Idee vertraulich vor mir zu entwickeln. Ich machte serbischen Gesandten aufmerksam, dass serbische Angelegenheiten nicht in mein Ressort fielen, dass ich diesbezüglich weder gut informiert noch auch ermächtigt sei, mich zu äussern. Mitredner erwiderte, er bitte mich nur, ihm Gehör zu schenken und seine Idee in konfidenzieller Weise zu Euer Exzellenz Kenntnis zu bringen, da diese — wie Herr Spalajković hoffe — zur Beseitigung Schwierigkeiten helfen dürfte. Nun hielt mir Mitredner einen endlosen Vortrag über Krieg, über Beziehungen Serbiens zu uns in letzten Jahren, über Albanien, über Ziele unserer und serbischer Politik, über Aspiration Serbiens, einen freien Zugang zum Meer zu besitzen und so weiter. Nach dieser Einleitung fieng Herr Spalajković an, seinen Gedanken in recht verwickelter Weise zu formulieren, bis sich daraus allmählich entsponnen hat, dass Serbien einen Streifen Albaniens mit Durazzo haben wolle und dass es mit autonomem Albanien einverstanden sei, nur müsste das wilde Albanien dazu erst erzogen werden. Österreich-Ungarn habe in Albanien berechtigte Interessen, da es aber — wegen Opposition anderer Grossmächte — Albanien nicht selbst administrieren könnte, sollte es sich mit Serbien verständigen und ihm unter Mitwirkung der Monarchie die Administration Albaniens anvertrauen, bis sich Zustände in Albanien bessern und Autonomie gestatten. Der ganze Gedankengang war so verschwommen, dass man nicht gleich entdecken konnte, wohin Herr Spalajković zielte. Sobald ich zum Wort kommen konnte, wendete ich — unter Betonung dass ich nur in eigenem Namen spreche — ein, dass ein Gedanke, dessen wesentlichsten Teil ein Korridor durch Albanien bilden würde, unannehmbar sei.

Bezüglich Albaniens fügte ich hinzu, dass mir Idee Herrn Spalajković' nicht ganz klar, dass aber dieselbe mit Solidarität der Politik der Monarchie und des alliierten Italien unvereinbar ist. Herr Spalajković ersuchte mich, ihn weiter anzuhören und zu erlauben, dass er mir einige Punkte diktiere, die er diesbezüglich zusammengefasst. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4484, 4553.

Nr. 4474. Tel. aus Belgrad, 18. Nov. 1912 Nr. 227 (eing. 19. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Ich hatte heute neuerlich mit Herrn Jovanović über seine Bitte eine fast zweistündige, sehr freundschaftliche Aussprache. Er suchte mich zu überreden, mich Euer Exzellenz gegenüber dafür zu verwenden, dass Serbien einen schmalen Korridor zur Adria und einen Hafen daselbst erhalte, dadurch würde die serbische Frage ein für allemal aus der Welt geschafft werden und nichts würde im Wege stehen, dass Serbien ganz analoge gute Beziehungen mit Österreich-Ungarn unterhalte, wie jetzt mit Russland. Er will wissen, dass die allgemeine Stimmung in Serbien mit grösserem Nachdruck den Adriahafen verlangt und hievon nicht abzubringen sein wird. Ich erwiderte, dass ich den von Euer Exzellenz in dieser Frage eingenommenen Standpunkt bereits gekennzeichnet habe und jeder Versuch, Hochdieselben von demselben abzubringen, aussichtslos sei. Herr Jovanović gab zu, dass das Verhalten der k. und k. Regierung und die Reden in den Delegationen auch hier angefangen haben, die Überzeugung aufzubringen, dass die Monarchie keine weiteren Aspirationen am Balkan habe, und das habe hier sehr beruhigend gewirkt, man wolle nur nicht einsehen und man könne nicht begreifen, weshalb die Monarchie in ihrem Entgegenkommen den Serben gegenüber auf halbem Wege stehen bleibe und nicht auch diese letzte Konzession machen wolle. Herr Jovanović war heute etwas ruhiger als vorgestern,[a]) er erklärte aber mit derselben Entschlossenheit und festen Resignation, dass Serbien von seinen Forderungen nicht abstehen könne. Gleichlautend Budapest. Ugron.

[a]) Vgl. n. 4452.

Nr. 4475. Bericht aus Belgrad, 18. Nov. 1912 Nr. 140 A (eing. 20. Nov.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Im Nachhange zu meinem gestrigen Berichte Nr. 139 habe ich die Ehre Euer Exzellenz zu melden, dass der italienische Geschäftsträger mich heute wieder aufgesucht und mir mitgeteilt hat, er habe über unsere Unterredung lange nachgedacht und sei nunmehr anderen Sinnes geworden, er teile jetzt auch meine Befürchtungen, dass das offizielle Dementi der serbischen Regierung ungünstig für die Festigkeit des Dreibunds ausgelegt werden könnte (ich habe bereits Beweise, dass dies der Fall ist) und deshalb habe er heute Herrn Pašić aufgesucht, ihm nochmals den Standpunkt seiner Regierung präzisiert und beschwerte sich über das angeblich ohne sein Vorwissen publizierte Dementi, welches den Tatsachen nicht entspricht. Herr Pašić habe sich ausgeredet, dass er abwesend und

der Pressleiter krank gewesen sei, die Publikation ist also auf einen bedauerlichen Irrtum zurückzuführen. Ich habe es nicht für nötig erachtet Herrn Rinella mitzuteilen, welche Beweise ich in Händen habe, dass er zu dem Dementi im Vorhinein zugestimmt habe und sagte nur, es würde sehr wünschenswert sein, dass das serbische Pressbureau einfach konstatiere, dass er bei Herrn Pašić eine ganz analoge Sprache geführt hat wie ich, dies wäre nur die Konstatierung einer wirklichen Tatsache und würde allen müssigen Kombinationen die Spitze brechen. Herr Rinella sichtlich betroffen durch die Wendung, die diese Angelegenheit für ihn haben könnte, erklärte sofort ins Ministerium des Äussern zu gehen und dort zu erwirken, dass eine ähnliche Publikation veranlasst werde. Es ist mir nur aufgefallen, dass der italienische Geschäftsträger heute gesprächsweise zwei Momente erwähnte, die fast als eine beabsichtigte Widerlegung der mir zugekommenen Informationen — worüber ich gestern berichtet habe — aufgefasst werden könnten. Er fing an die agitatorische Tätigkeit des Herrn von Hartwig einer sehr scharfen Kritik zu unterziehen und sagte, er sei von seiner Regierung direkt vor ihm gewarnt worden, da seine Politik von allen Kabinetten streng verurteilt wird. Ferner sagte er — quasi um seine häufigen und langen Besuche im Ministerium des Äussern zu entschuldigen —, dass er stets sich bemühe Herrn Jovanović von der zwischen Italien und Österreich-Ungarn bestehenden festen Solidarität zu überzeugen und dass er bei seinen häufigen Besuchen immer die Einheitlichkeit in unseren Bestrebungen betone. Er hat sogar gestern einen analogen Erlass seiner Regierung meinem deutschen Kollegen gezeigt, um den Beweis zu bringen, wie bundestreu die Consulta auch in der serbischen Frage vorgehe. Man würde fast den Eindruck haben: qui s'excuse s'accuse. Ich liess mich nicht in weitere Details ein und sagte ihm nur, er müsse sich sehr in Acht nehmen, da man hier sehr geneigt sei, seinen Worten und Taten eine solche Deutung zu geben, als ob er durch die serbische Regierung oder die russische Gesandtschaft beeinflusst wäre. Dies könnte seiner Regierung nicht angenehm sein und für ihn selbst nicht sehr angenehme Folgen haben. Ich fügte noch hinzu, dass ich bereits von mehreren Seiten mit Bezug auf das Dementi apostrophiert wurde: Comment l'Italie lâche déjà l'Autriche-Hongrie? On le dirait d'après la publication officielle du bureau de la presse. Er müsse Acht geben, solche Eindrücke nicht aufkommen zu lassen. Ugron.

[a]) Vgl. n. 4732.

Nr. 4476. Tel. nach Berlin; Budapest, 18. Nov. 1912 Nr. 18 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Nach den uns zuletzt zugekommenen Berichten[b]) aus Belgrad unterliegt es kaum noch einem Zweifel, daß die serbische Regierung, vollkommen unter dem Einflusse der Militärpartei, auf dem intransigenten Standpunkte in der Hafenfrage beharrt. Zumindest hat die serbische Regierung unzweideutig zu verstehen gegeben, daß sie hiefür selbst mit den Waffen in der Hand eintreten wolle. Überdies ist die Vorgangsweise der serbischen Behörden gegenüber unseren Konsularvertretern[c]) in der letzten Zeit eine allen Grundsätzen des Völkerrechtes zuwiderlaufende, indem Letzteren

der Verkehr mit der k. u. k. Regierung verwehrt wird, offenbar um die Art und Weise der Durchführung der serbischen Okkupation in den von Albanesen bewohnten Gebieten zu verschleiern. Es ist uns wohl bekannt, daß die Tripleentente die Ansicht vertritt, daß alle zu regelnden Balkanfragen erst nach Abschluß des Krieges und im Konzert der Mächte auszutragen wären, eine Auffassung, welcher wir bisher, um unsere Friedensliebe zu beweisen, Rechnung getragen haben, was wir auch weiter so lange tun möchten, als dies mit der Wahrung der Würde und der Interessen der Monarchie vereinbar erscheint. Inzwischen mehren sich die Anzeichen ziemlich ansehnlicher russischer militärischer Vorbereitungen, während auf unserer Seite — in Galizien — der Truppenstand derzeit infolge Beurlaubung der ausgedienten Mannschaften und des Überganges von der dreijährigen zur zweijährigen Dienstpflicht so unzulänglich ist, daß wir einem überraschenden Angriffe nicht gewachsen wären. Wir laufen daher Gefahr, die angesichts der serbischen Provokationen eventuell notwendig werdenden Entschließungen unter dem Drucke der überlegenen russischen militärischen Position fassen zu müssen. Aus dem Gesagten ergibt sich die gebieterische Notwendigkeit, unsere in Galizien aufgestellten Truppen in möglichst unauffälliger Weise auf einen erhöhten Friedensstand zu bringen, wodurch das vorhandene militärische Mißverhältnis einigermaßen ausgeglichen wird. Angesichts des möglichen Versuches, die erwähnten Maßnahmen in einem falschen Lichte erscheinen zu lassen und ihnen einen aggressiven Charakter zu unterschieben, sowie im Hinblicke auf die Notwendigkeit, politisch und militärisch im größten Einvernehmen mit dem Berliner Kabinette vorzugehen, würde ich Wert darauf legen, daß Euer Exzellenz sich im vorstehenden Sinne dem Herrn Staatssekretär gegenüber aussprechen. Zu Euer Exzellenz Information füge ich bei, daß die in Rede stehenden Maßnahmen noch nicht eingeleitet sind, dies aber unmittelbar bevorsteht. Ersuche umgehende Drahtantwort. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4495. — [b]) Vgl. n. 4351, 4452. — [c]) Vgl. n. 4461.

Nr. 4477. Tel. aus Berlin, 18. Nov. 1912 Nr. 264 (eing. 19. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Staatssekretär gab mir Einsicht in einen soeben eingetroffenen telegraphischen Bericht Herrn von Tschirschkys über eine Unterredung, die dieser mit Euer Exzellenz hatte. Was den darin berührten Gedanken einer Spezialmission nach Petersburg mit einer Allerhöchsten Message an Kaiser Nikolaus betrifft, versichert Herr von Kiderlen, dass, selbst wenn er von Euer Exzellenz um seine Meinung gefragt würde, er kaum in der Lage wäre, eine solche zu äussern. Dennoch glaube er sich dahin äussern zu dürfen, dass, wenn diese Mission was immerhin möglich, keinen Erfolg hätte und dies bekannt würde, die ohnehin nicht ganz geklärte Situation zwischen Wien und Petersburg nur noch schwieriger würde. Staatssekretär meint, unter den gegebenen Verhältnissen wäre es angezeigt, dass die k. und k. Regierung im Einvernehmen mit Italien eine Demarche in Belgrad unternehme, in welcher erklärt würde, dass Österreich-Ungarn

und Italien zwar gegen das kriegsmässige Vorgehen in Albanien keinen formellen Einspruch erheben, doch schon jetzt darauf hinweisen, dass die serbischen Besitzergreifungen in Albanien nicht als fait accompli gelten können, sondern der seinerzeitigen Entscheidung der Grossmächte vorbehalten bleiben. Selbstredend würde deutscherseits diese Demarche in Belgrad gern unterstützt werden, doch müsste dieselbe vor Allem von Österreich-Ungarn und Italien, welche beide Mächte in Albanien hauptsächlich interessiert sind, gemacht werden. Bezüglich der Haltung Italiens habe er, Staatssekretär, ebenso wie Euer Exzellenz manche Bedenken, (doch)[b] sei er der Überzeugung, dass die italienische Regierung in der jetzigen Phase der Balkankomplikationen treu an der Seite Österreich-Ungarns aushalten werde. Die in Belgrad von Österreich-Ungarn und Italien zu unternehmende Demarche sollte nach Ansicht Herrn von Kiderlens den anderen Mächten vertraulich mitgeteilt werden und zugleich seitens des Wiener Kabinetts eine Konversation mit ihnen initiiert werden. Diese sollte vor Allem dazu führen, Russland zu veranlassen, seine Petita bekanntzugeben, da ja Russland ausser dem Berge Athos (vide mein Telegramm Nr. 239 vom 5. d. M.) gewiss auch noch andere Wünsche haben dürfte. Österreich-Ungarn selbst sollte hiebei auch möglichst präzis das Minimum seiner Forderungen auseinandersetzen. In dieser Beziehung wüssten ja die anderen Grossmächte nur soviel, dass Österreich-Ungarn eine Festsetzung Serbiens an der Adria nicht zugeben könne. Doch liesse sich vielleicht ein Kompromiss finden, wenn Serbien einen Handelshafen an einem Punkte des Adriatischen Meeres ohne den Besitz eines Landstreifens auf albanesischem Gebiet zugestanden würde. Für einen solchen Handelshafen müssten ausreichende Kautelen gefunden werden, jedenfalls müsste er unter internationaler Kontrolle stehen. Die Handelsverbindung von Serbien nach der adriatischen Küste — etwa durch Bosnien oder durch eine zu internationalisierende Donau-Adria Bahn— müsste wohl bei der Lösung dieser Frage in Betracht gezogen werden. Zum Schlusse versicherte mich Staatssekretär, es falle ihm nicht bei, Euer Exzellenz Ratschläge geben zu wollen, es seien dies nur Gedanken, die der Bericht Herrn von Tschirschkys in ihm geweckt hätte und die er mich bat, Euer Exzellenz zur Erwägung zu stellen. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4509, 4510, 4533, 5619. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 4478. Tel. aus Berlin, 18. Nov. 1912 Nr. 266 (eing. 19. Nov. 10 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 156[a]) von heute. Staatssekretär sagte mir, dass deutscher Gesandter in Athen über eine Unterredung griechischen Ministers des Aeussern ganz ähnlich berichtet habe, wie Baron Braun. Herr von Kiderlen ist ebenfalls der Ansicht, dass die Äusserung griechischen Ministers für einen Bluff zu halten sei, jedenfalls sei dieselbe aber bezeichnend für das Allianzverhältnis der Balkanstaaten. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

[a]) Mit Tel. Nr. 156, 17. Nov. 1912 wurde n. 4431 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 4479. Tel. aus Bukarest, 18. Nov., 1912 Nr. 70 bis (eing. 6 U. 25 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm Nr. 60. Eingelaufenen Nachrichten zufolge dürfte Herr Danew im Auftrage König Ferdinands im Laufe dieser Woche hier eintreffen. Nach Fühlungnahme mit kompetenter Stelle glaube ich mit Bestimmtheit annehmen zu können, dass man es hier lieber sehen würde, wenn Allerhöchstes Handschreiben vom General der Infanterie Konrad von Hötzendorf nach Abreise des bulgarischen Kammerpräsidenten übergeben werden würde, da dann eine Klärung eingetreten sein dürfte. Zur Orientierung an Höchster Stelle vor Konversation mit Herrn Danew wäre es vielleicht angezeigt, umgehend schriftliche Aufzeichnung über Budapester Unterredung mit Herrn Danew zur Mitteilung an König Karl anhergelangen zu lassen. Ankunft bulgarischen Kammerpräsidenten wird hier mit grösster Hoffnung und Genugtuung entgegengeblickt. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 4496, 4515.

Nr. 4480. Bericht aus Bukarest, 18. Nov. 1912 Nr. 64 A (eing. 20. Nov.).[a] Ausfert.

Verflossenen Samstag wurde mir die hohe Auszeichnung zuteil, von Seiner Majestät in Audienz empfangen zu werden. Seine Majestät brachte das Gespräch sogleich auf den Inhalt des hohen Erlasses vom 3. November laufenden Jahres Nr. 4931,[b] der ein vollkommen klares Bild von der Stellungnahme des Wiener Kabinettes zu der Neuordnung der Dinge am Balkan entwerfe. Seine Majestät bezeichnete die sub 3 aufgestellte Forderung eines unantastbaren autonomen Albaniens als eine Kardinalfrage für die Monarchie; aus dieser Forderung ergäbe sich der Standpunkt betreffs eines serbischen Hafens an der Adria von selbst. Als im Interesse der Monarchie gelegen bezeichnete König Carol ein möglichst starkes Vorschieben Italiens in dieser Frage. Auf den Wunsch Rumäniens nach einer Grenzregulierung in der Dobrudscha übergehend, bemerkte König Carol, dass der Realisierung desselben noch grosse Schwierigkeiten gegenüberstünden. Die bulgarische Armee, welcher jedenfalls das ausschlaggebende Wort zukommen wird, dürfte nur äusserst widerwillig zur Abtretung der Festung Silistria zu bewegen sein, zumal sich auch noch das in der dortigen Gegend rekrutierte Regiment grosse Verdienste während des Krieges erwarb und bedeutende Verluste erlitt. Aus den weiteren Ausführungen Seiner Majestät glaube ich entnehmen zu können, dass Höchstderselbe aus dieser Angelegenheit keine Frage des Kriegs oder Friedens zu machen beabsichtige. König Carol wünscht dringend die Sache auf friedlichem Wege, womöglich noch vor einer Konferenz zu ordnen, damit keine Animosität daraus zwischen Rumänien und Bulgarien entstehe. König Carol gab der Meinung Ausdruck, dass Bulgarien die Konversation beginnen müsse. Rumänien werde es nicht tun, um sich nicht ein Refus abzuholen, das eine schwere Athmosphäre hervorrufen würde. Kurz gesagt, ich konnte den Worten Seiner Majestät entnehmen, dass Er den Wert einer künftigen Freundschaft mit Bulgarien überaus hoch einschätzt. Gewisse Schwierigkeiten erwartet Sich der höchste Herr auch wegen der Regelung der kutzowalachischen Frage, hauptsächlich

deshalb, weil in Athen die Existenz von Kutzowalachen überhaupt negiert wird. Ich erlaubte mir die Aufmerksamkeit Seiner Majestät auf die in den hiesigen politischen Kreisen, hauptsächlich auf russischen Einfluss zurückzuführende Hetze gegen die Monarchie zu lenken. Seine Majestät geruhte Sich dahin auszusprechen, dass während der Annexionskrise ein Gleiches der Fall gewesen wäre. Sobald für Österreich-Ungarn am Balkan Schwierigkeiten entstünden, erscheine der russische Rubel und russische Emissäre in Rumänien, die Presse werde in Kontribution gesetzt und russische Spitzeln machten die Stadt unsicher. Dies Alles aber könne an der Sachlage nichts ändern. Alle Parteihäupter seien mit der heutigen auswärtigen Politik des Landes einverstanden, und den Verpflichtungen werde unbedingt nachgekommen werden. Betreffs des zukünftigen Verhaltens der Balkanstaaten zu einander schien Seine Majestät eine Zollunion für wahrscheinlich zu halten, eine Konföderation derselben jedoch nicht für durchführbar. Schliesslich geruhte mich Seine Majestät auf das in der Presse erschienene Interview Take Jonescus mit Mr. Dillon zu verweisen, welches mit seiner Zustimmung veröffentlicht in vollkommen richtiger Weise den rumänischen Standpunkt kennzeichne. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 4481. — [b]) Vgl. n. 4385 Anm. a.

Nr. 4481. Bericht aus Bukarest, 18. Nov. 1912 Nr. 64 B (eing. 20. Nov.). Ausfert.

Im Verlaufe meiner letzten Audienz (hieramtlicher Bericht vom Heutigen, Nr. 64 A—B) hatte Seine Majestät die Gnade, mir einen Bericht des rumänischen Gesandten in Paris vom 9-ten laufenden Monats vorzulesen, in welchem derselbe über eine Konversation mit Herrn Isvolski relationiert. Der Herr russische Botschafter führte, in Kürze wiedergegeben, folgende Sprache: „Die Situation sei eine ernste, da es jedem Eingeweihten klar sein müsse, dass Österreich-Ungarn durch seine hinterhältige Politik Serbien gegenüber dieses mit Güte oder mit Gewalt unter sein Joch bringen wolle, um es dann umso sicherer zu ersticken. Diesem Vorgehen könne Russland nicht untätig zusehen. Er wisse, Rumänien sei an die Zentralmächte gekettet und im Ernstfalle würde es sich unter Russlands Feinden befinden; es sei dies ungemein bedauerlich, da man im Zarenreiche von den besten Intentionen gegen das benachbarte Königreich erfüllt sei und eine Verbindung zwischen dem Prinzen Carol und einer Tochter des Kaisers ein dauerndes für Rumänien sehr vorteilhaftes politisches Zusammenwirken hervorbringen könnte. Bei dieser Gelegenheit sprach Sich Seine Majestät in äusserst abfälliger Art über die Vertreter Russlands in Paris und Belgrad aus, dieselben nicht als Diplomaten, sondern als unverantwortliche Agitatoren bezeichnend. K. E. Fürstenberg.

Nr. 4482. Tel. aus Cetinje, 18. Nov. 1912 Nr. 172 (laut Telegrammprotokoll Cetinje, eing. 19. Nov. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 115 von heute, wozu ich mir erlaube zu bemerken: König wird wahrscheinlich

Zession des Lovcen aus Tradition und wegen voraussichtlich sofortigen Verlustes russischer Subvention energisch zurückweisen, unsere Geneigtheit zu Verhandlungen bei seinem indiskreten Wesen den Alliierten preisgeben, sicher aber Russland konsultieren. Wenn der König nur ahnt, daß unsere Zustimmung zu dem Behalten Skutari's möglich, wird er sich des Besitzes sicher glauben, jede Kompensation verweigern oder ein bezügliches Versprechen nicht halten. Ich bitte Euer Exzellenz deshalb Genehmigung zu einer Vorgangsweise, welche die Verantwortlichkeit und Odium eines Refus von der k. u. k. Regierung abzieht und auf mich wirft. Ich würde König nur unseren energischen Einspruch gegen eine dauernde Besetzung Skutari's und der Küste, immer unter Berufung auf Autonomie Albaniens, mitteilen und ihm überlassen, die Konsequenzen daraus zu ziehen, das ist, zwischen der späteren Räumung Skutaris und einem Konflikt mit Österreich-Ungarn zu (wählen).[b] Später und vielleicht nicht einmal in der Audienz würde ich als meine Idee und als ob Euer Exzellenz keine Kenntnis von der Sache hätten, Grenzregulierung mit der Verschiebung der Grenzlinie über den Lovcen, als eine eventuell mögliche Kompensation für das Verbleiben in Skutari anregen und dies als meinen Vorschlag, an dessen Erfolg ich aber stark zweifeln müßte, vorbringen. Im Falle, daß König prinzipiell geneigt, darauf einzugehen, würde ich mir dies unter Präzisierung unserer militärischen Forderung von dem Könige von Montenegro schriftlich geben lassen. Verweigert dieser, wie ich voraussetze, Zustimmung, so fällt Refus auf mich und die k. u. k. Regierung erscheint nicht kompromittiert. Es könnte dann ohne Verzug, wenn nicht schon früher, eine Demonstration österreichisch-ungarischer Kriegsschiffe vor Medua stattfinden und gleichzeitig gleichfalls als eine Demonstration der Krstac nach geheimer Vorbereitung von österreichisch-ungarischen Truppen, welche bei Tagesanbruch am Krstac einzutreffen hätten, besetzt werden. Dieses fait accompli würde es König ermöglichen, diese Besetzung gegen eine Zusage des Verbleibens Skutari zu sanktionieren. Ich bitte um telegraphische Weisung, wenn Euer Exzellenz angesichts der Sachlage sich nicht bestimmt fühlen sollten, mich zur mündlichen Berichterstattung und Entgegennahme Instruktionen zu zitieren. Gleichlautend Budapest. Giesl.

[a] Vgl. n. 4537, 4539, 5383. — [b] Chiffre fehlt.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 18. Nov. 1912. Siehe n. 4502.

Nr. 4483. Tel. aus St. Petersburg, 18. Nov. 1912 Nr. 230 (eing. 19. Nov. 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 13 vom 17. d. M.[b] Heutige Konversation mit Herrn Sazonow bestärkt mich in der Überzeugung, dass die Mitteilung Sir E. Greys, er wisse, dass russische Regierung in der serbischen Hafenfrage beschwichtigend in Belgrad gewirkt habe, sich auf ein früheres Stadium der Angelegenheit (meine Telegramme 220 und 221 vom 11. d. M.) bezieht. Heute steht russische Regierung zweifelsohne auf dem Standpunkte, den serbischen Wunsch, insoweit er sich auf Erlangung

eines eigenen unbefestigten Handelshafens in San Giovanni di Medua mit entsprechendem Zugange bei Verbot der Haltung einer Kriegsflotte beschränkt, nachdrücklichst zu unterstützen. Darüber hinaus gehende Prätensionen aber würden derzeit keinerlei Sympathie bei der russischen Regierung begegnen. Herr Sazonow plädiert heute neuerdings diese cause in zwar sehr freundschaftlicher, aber doch sehr eindringlicher Weise. Er liess durchblicken, dass, wenn k. und k. Regierung in dieser Frage eine konziliante Haltung einnehmen würde, dies den Mächten erleichtern würde, ihrerseits speziell in der leicht zu Kontroversen Anlass bietenden Frage der Abgrenzung eines zu schaffenden autonomen Albaniens den Interessen der Monarchie entgegenzukommen. Ich bin überzeugt, dass, wenn möglich sein sollte, in diesem einen Punkte den Wünschen Russlands gerecht zu werden, dies seitens der russischen Regierung nicht als eine Niederlage unserseits, sondern als ein besonderes, zur friedlichen und definitiven Lösung der Balkankrise wesentlich beitragendes Entgegenkommen Euer Exzellenz aufgefasst und gebührend eingeschätzt werden würde. Gleichlautend Budapest. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4601. — [b]) Mit Tel. Nr. 13, 17. Nov. 1912 (chiffr. 7 U. p. m.) wurde n. 4440 nach Petersburg mitgeteilt.

Nr. 4484. Tel. aus Sofia, 18. Nov. 1912 Nr. 361 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Fortsetzung des Telegrammes Nr. 360 vom 17. d. M. Erster Punkt räumt Serbien zum Zwecke progressiver Einführung der Autonomie in Albanien Okkupation und Verwaltung dieser Provinz ein; der zweite stipuliert, dass eine Zone Albaniens mit Durazzo in das Eigentum Serbiens übergehen würde; der dritte sagt, dass Österreich-Ungarn Serbien in Verwaltung Albaniens finanziell und sonst unterstützen würde; der vierte sichert uns Zollfreiheit in dem von Serbien verwalteten Albanien und der fünfte enthält Zusage Serbiens, uns in wirtschaftlicher Hinsicht überhaupt freundschaftlich zu behandeln. Höflichkeitshalber und als Kuriosum notierte ich diese Punkte, bemerkte aber gleich bei dem ersten, dass nicht ernst zu nehmen, und nachdem ganzes Diktat fertig war, erklärte ich, Euer Exzellenz so etwas überhaupt nicht vorlegen zu können. Herr Spalajković insistierte, meinte, dass Arrangement im Wege geheimer Pourparlers nach unserem Geschmack modifiziert werden könnte und dass in unserem Interesse, uns über Albanien mit Serbien und nicht mit Italien, welches unser Rival, zu verständigen. Nach diesem letzten Argument hat sich mein Verdacht einer Intrigue verdichtet und ich wiederholte, dass ich Anregung unserer Kooperation mit Serbien in Albanien Euer Exzellenz nicht unterbreiten würde, sondern höchstens nur jenen Teil der Eöffnungen Herrn Spalajković meiner Regierung melden könnte, worin er im allgemeinen von notwendiger Besserung der Beziehungen zwischen uns und Serbien sprach. Herr Spalajković blieb bei mir mehrere Stunden, worauf ich, seine Ausführungen in Gedanken rekapitulierend, zur Überzeugung gelangte, dass Zweck der Serben war, uns zu einer Italien gegenüber deloyalen Kon-

versation mit Serbien zu bewegen, wobei schon das Faktum, dass ich Euer Exzellenz unterbreitet hätte,[b]) von Herrn Pašić ausgenützt werden könnte. Heute Früh erwiderte ich Herrn Spalajković Besuch und erklärte mit Nachdruck, ich würde seine Mitteilungen Euer Exzellenz überhaupt gar nicht vorlegen, da wir dieselben mit Rücksicht auf Italien nicht in Betracht ziehen könnten und ausserdem hätte ich heute aus Presse erfahren, dass meine Regierung durch Demarche in Cetinje ihren Standpunkt in Frage albanesischer Küste definitiv zum Ausdruck gebracht. Serbischer Gesandter versuchte mich noch immer zur Vorlage seines Gedankens, „der mit Rücksicht auf wirtschaftliche Vorteile meine Regierung interessieren könnte", zu bewegen, und nachdem ich mich nicht überreden liess, ersuchte er, dass ich über Unterredung auch informatorisch nicht berichte, da es ihm persönlich unangenehm wäre, wenn eine Indiskretion begangen würde, und würden er und Herr Pašić in diesem Falle alles offiziell dementieren. Diese louche Art des serbischen Gesandten liess mich befürchten, dass er, um sich zu decken, gleich eine verdrehte Darstellung dem italienischen Gesandten geben könnte, welch letzterer, wenn ich geschwiegen, Eindruck meiner Unaufrichtigkeit hätte. Mit Rücksicht darauf habe ich meinen italienischen Kollegen von Unterredung mit Herrn Spalajković informiert. Graf Bosdari war ebenfalls der Meinung, dass Intrigue beabsichtigt war, er dankte mir sehr und versprach, serbischem Gesandten nichts zu sagen. Da Spalajković mir „Indiskretion" nicht verzeihen, sondern sich mit Anwendung skrupelloser Mittel rein zu waschen und zu rächen suchen würde, bitte ich Euer Exzellenz ergebenst um geheime Behandlung der Angelegenheit.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4485, 4553. — [b]) So!

Nr. 4485. Tel. aus Sofia, 18. Nov. 1912 Nr. 362 (eing. 9 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Streng geheim. Bezugnahme auf mein gehorsames Telegramm Nr. 361 von heute. Ich habe es auf mich genommen, meinem italienischen Kollegen einen Beweis unserer Aufrichtigkeit zu geben und kann nur hoffen, dass diese meine Haltung, die ich in dem jetzigen ernsten Momente, während Italien gemeinsam Demarchen bezüglich albanesischer Küste mit uns vornimmt, ohne Zögern einnehmen zu sollen glaubte, den Intentionen Euer Exzellenz entspricht. Die Eröffnungen Herrn Spalajković, die unter anderem Forderung einer 70 Kilometer langen Seeküste enthielten, konnte ich nicht ernst nehmen und die Gefahr, die ich darin für unser Verhältnis zu Italien erblicke, schien mir zu gross, als dass ich erst um Instruktionen gebeten und riskiert hätte, dass der serbische Gesandte vor mir mit italienischem Gesandten spricht, was bei letzterem sofort Misstrauen erweckt hätte. Graf Bosdari war heute bei mir und wir besprachen Angelegenheit, wobei ich meinem Mitredner mein eingangs erwähntes Telegramm vorgelesen und er mir die konfidenzielle Depesche zeigte, die er diesfalls an Marquis San Giuliano abgesendet. Italienischer Gesandter sagte unter Anderem: „Pour les hommes d'Etat italiens sérieux la solidarité avec l'Autriche-Hongrie dans

les questions de l'Adriatique est un dogme, mais il y a des courants qui s'opposent à cette politique de San Giuliano et sa tâche deviendrait impossible du moment où l'Autriche-Hongrie commencerait à traiter la question albanaise directement avec les Etats balkaniques. San Giuliano pourra se servir de ma dépêche comme d'une arme contre ceux qui se montrent contraires à la fidélité de l'Italie à la Triplice." In der Depesche des Grafen Bosdari hiess es zum Schlusse: „J'ai remercié vivement le Comte Tarnowski de sa courtoisie et je l'ai assuré que par son procédé loyal il aura grandement contribué à faciliter à Votre Excellence de poursuivre la politique de solidarité avec l'Autriche-Hongrie relativement à la Mer Adriatique." Bosdari meinte auch im Laufe des Gespräches, Euer Exzellenz dürften jedenfalls Herzog von Avarna gleich von Intriguen Herrn Spalajković Kenntnis geben. Bosdari ersuchte Marquis San Giuliano um Diskretion und Schonung meiner Person. Gleichlautend Budapest. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4487, 4553.

Nr. 4486. Tel. aus Sofia, 18. Nov. 1912 Nr. 363 (eing. 19. Nov. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Seit meiner letzten Unterredung mit Herrn Danew (vide Telegramm Nr. 352 vom 15. d. M.) habe ich Herrn Geschoff schon dort gesprächsweise erwähnt, dass Danew Euer Exzellenz versprochen hätte, auf Serbien mässigend zu wirken, und dass es so wichtig wäre, dass sich auch Konseilspräsident im selben Sinne verwende. Von den Antworten Herrn Geschoffs, mit dem sich überhaupt weniger leicht reden lässt als mit Herrn Danew, war ich nicht ganz befriedigt. Er ging nicht recht auf Thema ein meinte, dass serbischer Adriahafen zu dem ganzen Fragenkomplex gehöre, der erst nach Krieg geregelt werden würde und wiederholte mir, dass ihm Grund, warum wir Serbien Hafen an Adria verweigern, nicht verständlich. Heute besuchte ich Herrn Geschoff, um ihm Inhalt hohen Telegrammes Nr. 150 vom 18. d. M. mitzuteilen, wobei ich letztes Alinea[b]) mit Nachdruck betonte. Ich ergriff diese Gelegenheit, um Konseilspräsidenten nahezulegen, dass es doch direkt Pflicht Bulgariens uns gegenüber sei, seinen Verbündeten zur Vernunft zu mahnen. „Vous ne devez pas douter," antwortete Mitredner, „que nous tenons très sérieusement à notre bonne entente avec l'Autriche-Hongrie; les faits dont vous me parlez sont très regrettables ainsi que l'ont été ceux qui se sont passés à Salonique, malheureusement il ne dépend pas de nous d'empêcher des abus et procédés pareils. Dans tous les cas nous tâcherons d'user de notre influence pour calmer les esprits serbes." Ich warf ein, dass Vorfälle in Salonik lokalen Charakter hatten, wogegen Vorgehen der Serben politische Bedeutung hätte. Es würde wenig helfen — meinte ich weiter — wenn sich Herr Geschoff darauf beschränken sollte, einem Exaltados wie Herrn Spalajković eine Bemerkung zu machen. „Nous avons notre représentant à Belgrade et nous n'avons pas besoin nous adresser à Spalajković pour nous communiquer avec le Gouvernement serbe," antwortete Mitredner und versprach durch Toscheff, „der ein ruhiger Mensch wäre," mässigenden Ratschlag zu geben. Im Laufe der

Konversation fragte mich Herr Geschoff, ob ich Herrn von Ugron kenne; „on dit qu'il est aussi un peu vil." Ich sprach heute Herrn Geschoff kurz während Ministerrates und es hatte sich keine gute Gelegenheit ergeben, ihm Punkte aufzuklären, die Herr Danew in Audienz bei Seiner k. und k. Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand missverstanden. Ich möchte dies in geschickter Weise planieren. Danew aus Hauptquartier noch nicht zurückgekehrt. Gleichlautend Budapest. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4554. — [b]) Letztes Alinea von n. 4471 beginnt mit „Ich ersuche Euer Hochgeboren".

Nr. 4487. Tel. aus Sofia, 18. Nov. 1912 Nr. 364 (eing. 19. Nov. 12 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 362 vom 18. d. M. möchte ich noch hinzufügen, daß ich Herrn Spalajković in keiner Weise brüskiert habe; er war enttäuscht, aber persönlich nicht froissiert. Sollten es Euer Exzellenz wünschen, könnte ich unter Voraussetzung, daß von Italien keine Indiskretion gemacht wird, mit Spalajković Konversation jederzeit anknüpfen. Er sagte mir, er würde Herrn Pašić melden, daß bei mir keine Neigung zur Vermittlung gefunden und Pašić, wenn wolle, anderen Weg finden könnte, um Gedanken Spalajković's zu Euer Exzellenz Kenntnis zu bringen. Gleichlautend Budapest. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4553.

Nr. 4488. Bericht des Leiters des Generalkonsulates Legationsrates Leopold Freiherrn von Andrian aus Warschau, 18. Nov. 1912 Nr. 36 pol. (eing. 22. Nov.).[a]) Ausfert.

Seine Majestät der Czar haben gestern nach 7-wöchentlichem Aufenthalte zusammen mit Ihrer Majestät der Kaiserin und Höchstdero Kindern Spała verlassen. Der Höchste Herr hatte, trotz der politisch bewegten Zeit, den Spałaer Aufenthalt als einen vor allem der Ruhe und Erholung gewidmeten betrachtet und sich während desselben möglichst von Staatsgeschäften fern gehalten, was Er auch den bei Ihm erschienenen Persönlichkeiten gegenüber betonte. Durch diese Haltung, sowie durch Seine unverhohlen an den Tag gelegte friedliche Gesinnung hat Seine Majestät sehr günstig auf die hier so zahlreich vertretene lebhaft politisch interessirte Schichte eingewirkt, welche sich in Russland die Rolle der öffentlichen Meinung zu arrogiren pflegt, nämlich auf die das Lesepublicum der „Nowoje Wremja" bildenden Gutsbesitzer, höheren Popen, Beamten und Officiere aller Grade. Diese von der Regierung aus Furcht vor den das Grosstheil der Intelligenz bildenden Cadetten in der Rolle als öffentliche Meinung Russlands anerkannte und sogar, wenn sie in der Opposition befindlich ist, berücksichtigte und verhätschelte Schichte hatte sich eine so feindselige Stimmung gegen die Österreich-Ungarische Monarchie ansuggerirt und sich in die Idee der Nothwendigkeit eines Austro-Russischen Krieges so sehr hineingedacht, dass allerlei absonderliche Gerüchte und wohl auch Sicherheits-Massnahmen militärischer Natur dieser überreizten communis opinio der höheren Militärs

und Beamtenschaft entsprangen. Recht characteristisch für diese Stimmung war, dass kürzlich zu einem grossen Wohltätigkeitsfest für die Balkan-Staaten meine hier accreditirten Collegen gebeten wurden, ich aber nicht, und dass der meinen Deutschen Collegen einladende General demselben gegenüber betonte, wie sehr die öffentliche Meinung zwischen Österreich-Ungarn, dem Erbfeinde des Slaventhums und dem Deutschen Reiche, für welches die russische Gesellschaft nur Sympathien hege, zu unterscheiden wisse!! Diesem Vorfall kommt natürlich keine weitere Bedeutung zu, aber ich möchte mir erlauben in diesem Zusammenhange meine mehrmals geäusserte Ansicht zu wiederholen, dass die Stimmung in der Armee, welche natürlich unabhängig ist von der jeweiligen vom Minister des Äussern verfolgten Politik, allein manche der seit Anfang dieses Jahres successive von mir einberichteten militärischen Vorkehrungen gegen uns veranlasst hat. Leider musste ich auf dem hiesigen Posten, wo so viele massgebende Russische Officiere beisammen sind, wie vielleicht in keinem Theile des Reiches, in meiner schon vorher gemachten Wahrnehmung neuerdings bestärkt werden, dass sich in der Russischen Armee der Gedanke hartnäckig eingenistet hat, die Scharte des letzten japanischen Krieges müsse in einem Feldzuge gerade gegen unsere Monarchie wieder ausgewetzt werden. Zum Schlusse möchte ich mir noch ergebenst zu bemerken erlauben, dass, wie mir eine mit den Russischen Hofkreisen in enger Verbindung stehende Persönlichkeit der hiesigen polnischen Gesellschaft mittheilte, zu der so ganz ausgesprochen kriegerischen Verwicklungen abgeneigten Gesinnung Seiner Majestät Kaiser Nicolaus ausser Höchstdessen angeborener Friedensliebe, noch folgende Umstände beitragen sollen: Erstens die Erkrankung des Czarewicz, welche begreiflicher Weise auf Seine Majestät einen tiefen Eindruck gemacht hat und die bei Höchstseiner stark religiösen Natur in einer besonderen Aversion gegen jede kriegerische Unternehmung nachwirken soll. Zweitens scheinen die nun schon seit Monaten stattfindenden Processe gegen die Theilnehmer an revolutionären Verbindungen in der Landarmee und in der Marine doch gewisse Zweifel an der Verlässlichkeit der Mannschaften geweckt zu haben. Drittens soll die sogenannte Sibirische Frage, das heißt die Opposition und die Selbständigkeits-Velleitäten der sibirischen Bevölkerung russischer Zunge, neuerdings sich bedenklich bemerkbar gemacht und die massgebenden Kreise peinlich berührt haben. Andrian.

[a]) Vgl. n. 4591.

Nr. 4489. Tagesbericht über einen Besuch des griechischen Gesandten, 19. Nov. 1912.[a]) Konz. (S. Berger; V. und G. Szápáry).

Der griechische Gesandte ist heute hier erschienen und hat mitgeteilt, der hiesige deutsche Botschafter habe ihm von Äußerungen Herrn Coromilas Kenntnis gegeben, welche geeignet seien, eine Verstimmung hervorzurufen (und deren Inhalt sich mit dem Telegramme Nr. 269 aus Athen vom 15. l. M. deckt). Obwohl Herr Streit nicht im Besitze einschlägiger Aufträge seiner Regierung sei, lege er doch Wert darauf, sich dahin zu äußern, daß bezüglich der in Rede stehenden Bemerkungen ein Mißverständnis

unterlaufen sein dürfte, welches sich — wie er annimmt — aus der Impulsivität Herrn Coromilas erkläre. Der Herr Gesandte sei in der Lage zu versichern, daß Griechenland den größten Wert auf freundschaftliche Beziehungen zu Österreich-Ungarn lege. Eben habe er ein direktes Telegramm seines Souveräns aus Salonik erhalten, in welchem der König mit besonderem Nachdruck seinen festen Entschluß hervorhebt, mit Österreich-Ungarn die bestmöglichen Beziehungen zu pflegen. Es wurde Herrn Streit erwidert, daß seine Eröffnungen mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wurden und deren Inhalt unverzüglich Seiner Exzellenz dem Herrn Minister gemeldet werden wird. Nach einem längeren Exkurse über die mazedonische Frage, in welchem der bekannte griechische Standpunkt von den bulgarisch, kutzowalachisch, und so weiter sprechenden „Hellenen" vertreten wurde, kam Herr Streit auf die Frage der Zukunft Saloniks zurück und bemerkte, die griechische Regierung sei, falls diese Stadt in ihre Machtsphäre fallen sollte, sehr wohl in der Lage, die österreichisch-ungarischen Interessen wahrzunehmen. Es wurde dem Herrn Gesandten erwidert, daß wir bezüglich Saloniks die feste Überzeugung hätten, daß unsere dortigen bedeutenden kommerziellen und verkehrspolitischen Interessen auf jeden Fall voll gewahrt werden würden; die Frage der Souveränität über Salonik sei in erster Linie Sache einer Vereinbarung unter den Balkanstaaten selbst. Daher fühlten wir uns nicht berufen, mit konkreten Vorschlägen bezüglich der künftigen Stellung Saloniks hervorzutreten. Andererseits könnten wir uns natürlich auch nicht darauf einlassen, eine Sonderpolitik zu betreiben, falls das europäische Konzert die Tendenz kundgeben sollte, sich für die eine oder andere Lösung dieser Frage zu entscheiden. Auf alle Fälle sei es sehr erfreulich, wie schon einmal jetzt wieder feststellen zu können, daß bezüglich jener Hafenstadt unter gewissen Voraussetzungen die Interessen Österreich-Ungarns und Griechenlands in Einklang gebracht werden könnten.

[a]) Vgl. n. 4572, 4666.

Nr. 4490. Tel. aus Athen, 19. Nov. 1912 Nr. 298 (eing. 9 U. p.m.).[a]) *Entziff.*

Streng vertraulich. Herr Venizelos sagte gestern meinem deutschen Kollegen, er stehe prinzipiell vollkommen auf dem Standpunkte des serbischen Adriahafens und gehe mit Serbien durch Dick und Dünn. Von Graf Quadt auf die aus einer solchen Haltung sich eventuell ergebenden weittragenden Konsequenzen eindringlich hingewiesen, hätte Venizelos schliesslich angedeutet, er wirke trotz seines obigen prinzipiellen Standpunktes in Belgrad kalmierend. Gleichlautend Budapest. Braun.

[a]) Vgl. n. 4431.

Nr. 4491. Tel. aus Belgrad, 19. Nov. 1912 Nr. 228 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zum Telegramm Nr. 223 vom 17. d. M. Über meinen dringenden Rat hat italienischer Geschäftsträger Richtigstellung des falschen Dementis veranlasst. Die heutige Publikation des serbischen Pressbureaus enthält an offizieller Stelle die Mitteilung: „Le Ministre d'Allemagne le baron Griesinger et le chargé d'affaires Rinnella se sont rendus chez le

Président du Conseil et lui ont fait une déclaration identique à celle que fit le Ministre d'Autriche Hongrie il y a 8 jours sur la question du littoral de la Mer Adriatique. Le Président du Conseil a répondu qu'il faudra traiter cette question plus tard lorsque les résultats définitifs du conflit serbo-turque seront connus." Allerdings wird (dabei nur)[a] von dem gestern nachträglich mit deutschem Gesandten gemachten Schritt Rinellas gesprochen und die erste vor 8 Tagen unternommene und dementierte Demarche wird mit Stillschweigen übergangen. Ich verharre bei meiner Meinung, dass sie gemacht und nachträglich mit Einverständnis des Geschäftsträgers in Abrede gestellt wurde. Die jetzige Erklärung des Pressbureaus erscheint aber geeignet die falsche Interpretation in der ausländischen Presse richtig zu stellen. Gleichlautend Budapest. Ugron.

[a] Chiffre verstümmelt.

Nr. 4492. Tel. aus Belgrad, 19. Nov. 1912 Nr. 231 (eing. 7 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Ad Telegramm Nr. 95[b] vom 14. d. M. Soeben teilt mir Herr Pašić mit, dass Militärbehörden zugestimmt hätten, dass Konsul Edl nach Prisren und so weiter sich begibt. Bitte Zeitpunkt seines Eintreffens telegrafisch mitzuteilen. Ugron.

[a] Vgl. n. 4380, 4493, 4625. — [b] Mit Tel. Nr. 95, 14. Nov. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde nach Belgrad mitgeteilt, daß man sich entschlossen habe, den im Konsulardepartement des Ministeriums in Verwendung stehenden Konsul Edl zu dem in n. 4380 erwähnten Zwecke zu entsenden.

Nr. 4493. Bericht aus Belgrad, 19. Nov. 1912 Nr. 142 (eing. 21. Nov.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Wie ich bereits heute Euer Exzellenz telegrafisch[b] zu berichten die Ehre hatte, hat mir Herr Pašić endlich, nach ungezählten, sehr nachdrücklichen Urgenzen mitgeteilt, dass die königlich serbischen Militärbehörden keine weiteren Einwendungen erheben, dass Konsul Edl sich nach Üsküb, Prisren und Mitrovitza begebe und dass alle entsprechenden Vorkehrungen gemacht werden, damit er auf seiner Reise nicht behelligt werde. Wie es Euer Exzellenz erinnerlich sein dürfte (vide Telegramm Nr. 215[c] vom 16. d. M.) hat mir Herr Pašić am 16., unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Üsküb mitgeteilt, dass der Generalstab nicht zu bewegen sei, die von uns verlangte Zustimmung zu dieser Reise zu geben. In der entgegenkommendsten aber nachdrücklichsten Weise habe ich dem Herrn Ministerpräsident erklärt, dass ich mich mit dieser Antwort keinesfalls zufrieden stellen könne und wies auf die völkerrechtlichen Fundamentalbefugnisse jeder Regierung mit ihren Vertretungsbehörden in Kontakt zu bleiben. Ich betonte auch, dass diese Antwort in Wien und Budapest den allerschlechtesten Eindruck machen und zu allerlei für Serbien höchst unliebsamen Kommentaren Anlass geben würde, um so mehr, da in der englischen Presse bereits schwerwiegende Anschuldigungen gegen die serbischen Soldaten wegen ihrer den Albanesen gegenüber betätigten Grausamkeiten erhoben worden sind. Herr Pašić zeigte sich zugänglich für meine

Argumentation und versprach unverzüglich im Hauptquartier nochmals vorstellig zu werden und wollte mir den nächsten Tag (den 17.) definitive Antwort geben. Da ich aber dieselbe am 17. vergebens urgierte und selbst am 18. keine Verständigung noch erhielt, suchte ich nochmals Herrn Jovanović auf und hielt ihm in sehr ernster Weise die Unzulässigkeit ihrer Vorgangsweise vor. Ich sagte, dieselbe müsse fast den Eindruck machen, dass sie provokatorisch gegen uns vorgehen wollen. Ich wüsste bestimmt, dass der russische Generalkonsul in Üsküb vor mehreren Tagen nach Belgrad gekommen und den Tag vorher ungehindert auf seinen Posten zurückgekehrt sei. Eine solche differenzielle Behandlung muss auf uns den allerschlechtesten Eindruck machen. Ich sagte, wenn ich nicht in allerkürzester Zeit eine befriedigende Antwort erhalte, werde ich über die ganze Vorgangsweise mit allen Details Euer Exzellenz Bericht erstatten. „Vous jouez avec le feu — fügte ich hinzu — faites attention de ne pas vous brûler les doigts." 24 Stunden später erklärte mir Herr Pašić, dass Konsul Edl seine Reise antreten könne. Auch bezüglich des bedauernswerten Inzidenzfalles in Monastir[d] habe ich ernste Vorstellungen erhoben. Herr Pašić erklärte vorerst Erkundigungen vom dortigen Kommandanten einziehen zu müssen und dann erst werde er mir Antwort geben können. Jedenfalls bedauere er aufrichtig diese und ähnliche unangenehmen Vorfälle, welche im gegenwärtigen ernsten Momente die Entwirrung noch schwerer machen. Ich erklärte, dass Euer Exzellenz mit Bestimmtheit erwarten, dass auch in dieser Frage ehetunlichst eine uns befriedigende Antwort uns zukommen wird. Ugron.

[a] Vgl. n. 4461, 4896. — [b] Vgl. n. 4492. — [c] Tel. Nr. 215, 16. Nov. 1912 (eing. 8 U. p. m.) im vorliegenden Berichte wiederholt. — [d] Wohl Mitrovica.

Nr. 4494. Tel. nach Berlin; Budapest, 19. Nov. 1912 Nr. 19 (chiffr. 6 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berchtold).

Der deutsche Botschafter hat mir von einem Projekte Erwähnung getan, welches der russische Botschafter in Berlin vorbrachte, dahin lautend, Montenegro könnte einen Gebietsstreifen an Albanien grenzend Serbien abtreten und letzteres auf diese Art zum Hafen von San Giovanni die Medua auf eigenem Terrain gelangen. Da dieses Projekt den Besitzübergang San Giovanni di Meduas an Montenegro, beziehungsweise Serbien voraussetzt, einer Veränderung des territorialen Status von San Giovanni di Medua aber bisher von uns nicht zugestimmt worden ist und auch vor der definitiven Regelung der Machtverschiebung am Balkan nicht zugestimmt werden kann, erscheint es nicht möglich, dieser Proposition näherzutreten. Vom italienischen Botschafter wurde eine andere, angeblich von Herrn Zimmermann suggerierte Idee hier verdolmetscht, wonach der Endpunkt der serbischen Adriabahn der montenegrinische Hafen Antivari sein würde, wogegen wir keine Einwendung zu machen hätten, ebensowenig wie gegen einen Ausbau der Donau-Adriabahn über albanesisches Gebiet nach San Giovanni di Medua und Erklärung des letzteren als internationalen Hafen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache falls diese Projekte deutscherseits wieder besprochen werden sollten.

[a] Oe. U. Balkan 61 Nr. 111. Vgl. n. 4531, 4560.

Nr. 4495. Tel. aus Berlin, 19. Nov. 1912 Nr. 267 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Antwort auf Telegramm ddo. Budapest Nr. 18 von gestern. Staatssekretär ist der Ansicht, daß die russischen Militärvorbereitungen hauptsächlich darauf zurückzuführen seien, daß Rußland einer eventuellen revolutionären Propaganda, welche aus Galizien nach Russisch-Polen übertreten könnte, gewachsen sein möchte. Russischerseits sei dies wiederholt mit großem Nachdrucke behauptet worden. Er, Staatssekretär, sei zwar weit entfernt davon, allen russischen Versicherungen unbedingten Glauben zu schenken; im vorliegenden Falle glaube er jedoch, daß Rußland tatsächlich eine aggressive Politik nicht beabsichtige. Trotz alledem, so versichert Kiderlen, finde er es der Situation vollkommen angemessen, daß Oesterreich-Ungarn in Galizien in der angedeuteten Weise vorgehe. Staatssekretär wird Kaiser Wilhelm, der erst heute von Kiel hieher zurückkehrt, von den bevorstehenden Maßnahmen der k. u. k. Regierung Bericht erstatten. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

Nr. 4496. Tel. nach Bukarest; Budapest, 19. Nov. 1912 Nr. 5 (chiffr. 9 U. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 70 bis vom 18. d. M. Die Abreise des mit der Überreichung eines Allerhöchsten Handschreibens betrauten Generals von Konrad, wurde bis auf Weiteres verschoben. Die Aufzeichnung über meine Unterredung mit Herrn Danew wird Euer Durchlaucht demnächst zukommen. Berchtold.

Nr. 4497. Tel. aus Bukarest, 19. Nov. 1912 Nr. 73 (eing. 20. Nov. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bei heutiger Rücksprache mit Herrn Majorescu konnte ich wahrnehmen, dass man Hoffnung trägt, mit Herrn Danew, dessen Ankunftstag noch nicht feststeht, wenn nicht zu definitiver Abmachung, so doch zu einer weitgehenden Klärung in Angelegenheit der Grenzregulierung zu gelangen. Sollte es wider Erwarten zu einer Konferenz kommen, so erhofft Rumänien, dass Dreibund als Bedingung des Zusammentrittes prinzipielle Anerkennung des Anspruches Rumäniens auf Grenzregulierung aufstellen wird. Weitgehendes Bestreben rumänischer Regierung, sich mit Bulgarien zu einigen, geht daraus hervor, dass Generalstab vier Modalitäten der Grenzregulierung ausarbeitete (auf die sich Minister nicht näher einlassen zu wollen schien), welche grosses Verhandlungsfeld bieten. In Betreff Entsendung Freiherrn Conrad von Hötzendorf habe ich das Gefühl, dass hier Befürchtungen platzgreifen könnten, Mission dieses markanten Generals würde eventuellen Falles von öffentlicher Meinung als Demonstration in der Richtung irgendwelcher kriegerischer Absichten aufgefasst werden. Gleichlautend Budapest.
K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 4515, 4518.

Nr. 4498. Tel. an den Vizekonsul Ludwig von Rudnay in Durazzo, 19. Nov. 1912 Nr. 26 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.). Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Szápáry).

Streng vertraulich. Ismail Kémal Bey schifft sich heute in Triest nach Durazzo ein. Euer Wohlgeboren wollen dem Genannten ebenso wie selbstverständlich anderen albanischen Patrioten gegenüber ein entgegenkommendes Verhalten an den Tag legen und denselben, falls sie in irgend einer Weise in eine bedrängte Lage kommen sollten, zur Einschiffung auf den „Graf Wurmbrandt" beziehungsweise die Durazzo berührenden Lloyddampfer behilflich sein. Es schließt dies natürlich nicht aus, daß Euer Wohlgeboren gegenüber Ismail Kémal Bey, dessen politische Verläßlichkeit bekanntlich nicht über jeden Zweifel erhaben ist, große Vorsicht beobachten. Sollte derselbe Euer Wohlgeboren gegenüber politische Themata zur Sprache bringen, so wollen Sie sich darauf beschränken, unseren bekannten, auch von Italien getheilten Standpunkt betreffs der Erhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Albaniens zu vertreten, sich im übrigen jedoch rein rezeptiv verhalten. Da zwischen Ismail Kémal Bey und anderen albanischen Politikern gewisse Gegensätze bestehen, wird es sich empfehlen, sich weder in die diesbezüglichen Differenzen noch auch in eine Erörterung der künftigen Regierungsform Albaniens einzulassen, sondern immer wieder zu betonen, daß in diesen ernsten Zeiten die volle Einigkeit aller Albanesenführer unbedingt erforderlich ist. Bei sich ergebender Gelegenheit wollen Euer Wohlgeboren vorstehende Weisung nach Valona und Janina chiffrirt weitergeben. Berchtold.

Nr. 4499. Bericht des Militärattachés in London an den Chef des Generalstabes, 19. Nov. 1912 Nr. 134 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabes vom 29. Nov. 1912 Nr. 5031 am 12. Dez.). Abschrift.

Herr Miatović, der noch zur Zeit der Obrenović-Dynastie Gesandter Serbiens in London war und eher als ein gemässigter, durchaus nicht österreichfeindlicher Mann betrachtet wird, sagte mir vor kurzem, dass er der Überzeugung ist, dass Russland diesmal nicht in der Lage sei, Serbien in seinen Bestrebungen nach den adriatischen Häfen mit den Waffen zu unterstützen, daher Serbien — wenn Österreich-Ungarn auf seinen Forderungen mit Nachdruck besteht — schliesslich nachgeben wird müssen. Wirtschaftliche Rekompensationen welch immer für einer Art werden aber Serbien nicht beruhigen und bei nächster Gelegenheit wird die Frage seitens Serbiens wieder aufgerollt werden. Es sei ja ein blosser Vorwand, ein „Humbug" wie Miatović sagte, wenn man serbischerseits behauptet, die wirtschaftliche Existenz des Staates zwinge sie zu dieser Forderung. Die Zollunion der Balkanstaaten ist eine beschlossene Sache und da hätte Serbien genug Wege zum Meer und brauche nicht die adriatischen Häfen. Dieselben strebt sie rein aus politischen und militärischen Gründen an, um Russland gegen uns gute Dienste zu leisten. Russland sporne Serbien beständig zu dieser Forderung an, und kommt es einmal unter günstigen Bedingungen

zu einem Kriege mit Österreich-Ungarn, so wird Serbien gewiss nicht zurückbleiben, da Russland ihnen den Besitz Bosniens in Aussicht stellt und dieses Land bleibe nach wie vor das Endziel ihrer politischen Bestrebungen. Miatović sprach überaus freimütig, wahrscheinlich deshalb, weil er nicht wusste, dass ich der Militärattaché bin. Aus seinen Worten klang kein Hass gegen die Monarchie, aber auch keine sentimentalen Gefühle für Russland. Er gab sogar zu, dass Österreich-Ungarn in seinem wohlverstandenen Interesse handle, wenn es Serbien den Zutritt zur Adria verwehre, denn gelingt es ihnen, einen Hafen zu bekommen, so werden sie ihn auch unbedingt befestigen, militärisch stark besetzen und so festen Fuss in der Adria — für Russland — fassen. Er sagte, es sei fatal, dass Österreich-Ungarn und Serbien durch die Macht der Verhältnisse zu einem Antagonismus getrieben werden, dies sei aber eine unabweisliche Tatsache und selbst der nüchternste Serbe müsse damit rechnen. Seine Behauptung, dass dem Kriege unmittelbar eine Zollunion der Balkanstaaten folgen wird, fand einigermassen ihre Bestätigung in den Worten des Sekretärs der griechischen Legation, mit dem ich darüber sprach und der — trotz ausweichender Antworten auf meine Fragen — die Wahrscheinlichkeit durchaus nicht in Abrede gestellt hat. Meine Frage, ob Salonik eventuell zu einem Freihafen erklärt wird und wie sich Griechenland hiezu stellen würde, erfüllte ihn sichtlich mit Unbehagen und er behauptete, sie seien über die Intentionen der Regierung nicht orientiert. In Finanzkreisen zweifelt man daran, dass Russland seiner Politik eventuell mit den Waffen Nachdruck verleihen würde. Der Direktor der hiesigen Filiale der Deutschen Bank, der gute Beziehungen zum russischen Finanzministerium hat, sagte, Russland wäre in zu grossen finanziellen Unternehmungen in Turkestan und in Mongolei interessiert als dass es die gegenwärtige wirtschaftliche Prosperität durch einen Krieg für serbische Interessen aufs Spiel setzen würde. Indes hört man von serbischer Seite nach wie vor die Betonung ihres festen Entschlusses, die Forderung nach mindestens einem Adriahafen um keinen Preis aufzugeben. So sagte mir der rumänische Gesandte, dass ihm in seiner letzten Unterredung der serbische Geschäftsträger abermals versicherte, dass Serbien bereit ist, für diese Frage des Seins oder Nichtseins alles aufzubieten. England hat zwar Serbien gewarnt, dass das hartnäckige Verharren auf seinen Forderungen und das Heraufbeschwören schwerer Konflikte geeignet sei, die Sympathien, die seitens der Freunde Serbiens für dessen Interessen gehegt werden, zu erschüttern, die regierungsfreundliche Presse ist aber noch immer auf Seite der serbischen Forderungen. Ich habe deshalb noch immer den Eindruck, dass die Verwicklungen am Balkan, sowohl zur Zeit, als sie zum Kriege führten, als auch jetzt, wo der Konflikt zwischen unserer Monarchie und Serbien im Vordergrunde steht, zum Teil auf englische Machinationen zurückzuführen sind. Die Erklärung, die ich mir hiefür gebe, ist, dass Russlands Aktionen in Persien und der Mongolei England immer mehr und mehr unbequem geworden sind (in nichtoffiziellen Kreisen macht man kein Hehl daraus) und dass man Russlands Aufmerksamkeit durch Schüren der ohnehin ausbruchsreifen Balkankrise in Europa binden, zumindest die politische Aktivität des Zarenreiches von Asien gegen den

Balkan ablenken wollte. Leute, die an der Erhaltung des europäischen Friedens ein Interesse haben, bauen ja ihre Hoffnungen darauf, dass Russland seine asiatischen Interessen einem Kriege mit Österreich-Ungarn nicht zum Opfer bringen wird. Daraus könnte man aber auch den Rückschluss ziehen, dass England, welches ein Interesse daran hat, Russland in seinem politischen und wirtschaftlichen Vordringen in Asien zu hemmen, Verwicklungen in Europa gerne fördert, die auch Russland in Mitleidenschaft ziehen. Ein Krieg selbst ist vielleicht nicht im Interesse Englands, dies zu verhindern stehen ihnen auch genug Mittel zur Verfügung, die friedenserhaltende Tendenz der englischen Politik mag ja auch somit glaubwürdig erscheinen und doch kann man sich sagen, dass die gegenwärtige Spannung als ein gutes Mittel, um Russland und Österreich-Ungarn zu binden, England recht willkommen sein muss.

*Nr. **4500.** Privatschreiben aus Paris, 19. Nov. 1912 (eing. 21. Nov.).[a] Ausfert.*

Streng vertraulich. Tittoni, der bekanntlich mit Iswolsky viel verkehrt, obschon ich nicht glaube, dass er, wie manche Leute behaupten, der Inspirator aller Intriguen meines russischen Kollegen ist, sagte mir gestern, er sei der Ansicht, dass eine Präcisierung unserer wirtschaftlichen desiderata Serbien gegenüber, viel zur Aufklärung der Lage beitragen könnte. Jetzt wisse die Welt nur, dass wir ziemlich weitgehende Wünsche in dieser Richtung haben, wie weit dieselben gehen, sei nicht bekannt. Dieser Umstand werde von der Tagespresse ausgebeutet um zu behaupten, dass wir die wirtschaftliche und damit, indirekt, auch die politische Knechtung Serbiens anstreben; dass wir uns dort, zum Schaden des freien Handelsverkehrs der anderen Staaten ein wirtschaftliches Monopol schaffen wollen und so weiter. Weder er noch seine Regierung glaubten an solche Pläne unsererseits. Alle Elemente aber, die uns Schwierigkeiten bereiten wollen, nützen diese These aus. Speziell in Italien sei dies der Fall. Das Gespenst einer wirtschaftlichen Absorbtion[b)] der Balkanstaaten durch Österreich-Ungarn werde stark gegen uns ausgebeutet und wir tragen das Odium für egoistische Pläne die wir gar nicht haben. Herr Sazonow, dessen Stellung bekanntlich angesichts der Agitationen der Panslavisten sehr schwierig sei, wäre nur zu glücklich unsere gerechtfertigten Wünsche zu unterstützen, wenn er gleichzeitig darauf hinweisen könnte, dass die uns zugemuteten weitgehenden Pläne tatsächlich nicht bestehn.[b)] Ich habe Tittoni aufmerksam gemacht, dass so lange die territorialen und sonstigen Prätensionen der Balkanstaaten nicht bekannt sind, es sehr schwer sei, ein Programm zu entwerfen. Wir wüssten heute zum Beispiel noch gar nicht, welche Absichten betreffend Saloniki bestünden. Ein Handelsvertrag liesse sich nicht einseitig festsetzen, denn die Konzessionen, die man machen kann, hängen von den Gegenkonzessionen ab, die der andere vertragschliessende Teil zu bewilligen geneigt ist. Tittoni meinte, dass, wenn es zum Beispiel authentisch bekannt würde, dass wir nur eine vertragsmässig gesicherte freie Bahnverbindung mit Saloniki wünschen, das internationalisiert werden könnte, damit die Legende von unseren noch immer bestehenden Absichten schliesslich doch nach Saloniki

zu marschieren, zerstört werden würde. Ebenso würde die Erklärung, einen Handelsvertrag mit Serbien anzustreben und nicht ein Handelsmonopol, sicher sehr beruhigend wirken. Stünden diese Punkte einmal fest, so würde Sazonow viel leichter den Serben erklären können, dass sie sich mit einem garantierten freien Exportweg nach der Adria ohne territoriale Acquisition an jener Küste zufrieden geben müssen. Der freie Weg nach Saloniki sei ein ganz natürlicher Wunsch; die Internationalisierung dieses Hafens entspreche den Interessen aller Mächte und gegen einen Handelsvertrag, der die Rechte anderer Staaten nicht schädige, könne Niemand etwas einwenden. In diesen Äusserungen Tittonis tritt natürlich in erster Linie der italienische Parlamentarier zu Tage, dem die Angriffe der Herr[b)] Bissolati, Barzilai und Genossen, des Corriere de la Sera, Messagero, und so weiter unangenehm sind. Ich muss aber zugeben, dass seine Argumente mir einer Erwägung wert erscheinen. Es werden uns, ohne unser Zutun, noch immer die weitgehendsten Pläne zugemutet. Wenn diese Pläne nicht bestehn,[b)] haben wir keine Ursache uns das Odium für dieselben aufhalsen zu lassen. Es ist natürlich nicht möglich, urbi et orbi zu verkünden, was das Minimum ist, mit dem wir uns zufrieden geben können, aber betreffs Salonikis zum Beispiel könnte man vielleicht zugeben, dass man nichts anderes will als den gesicherten freien Handelsweg dorthin; ob Internationalisierung oder Freihafen, könnte man ja in Schwebe lassen. In unseren Zeitungen sind vielfach wahrscheinlich inspirierte Artikel erschienen, die unsere eventuellen Ansprüche in einem sehr gemässigten Sinne darlegen, doch sind dies eben nur Zeitungsartikel. Wenn wir die Mächte, die sich mehr oder weniger für Serbien interessieren, darüber beruhigen würden, dass wir die wirtschaftliche Unabhängigkeit Serbiens nicht antasten wollen, würden diese Mächte vielleicht weniger das Bedürfnis haben, diese Unabhängigkeit zu verteidigen. Auch Poincaré meinte, als er unsere desiderata besprach, er finde unseren Wunsch auf wirtschaftlichem Gebiete gewisse Garantien und Vorteile von Serbien zu erlangen, ganz natürlich. Alles hänge aber davon ab, worin dieselben zu bestehn[b)] hätten. Szécsen.

[a)] Vgl. n. 4502, 4532. — [b)] So!

Nr. 4501. Tel. nach Rom; Budapest, 19. Nov. 1912 Nr. 17 (chiffr. 10 U. p. m.).[a)] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 10 vom 12. l. M. Zu der Meldung Herrn von Ugrons, daß italienischer Geschäftsträger bei Herrn Pašić im Auftrage seiner Regierung wegen Adriahafens Erklärungen abgegeben hat, meldet mir der k. u. k. Gesandte wie folgt: ... *wie n. 4463 von „Über diese Demarche" bis „ungünstige Deutung"* ... Dieses Dementi kann dahin aufgefaßt werden, daß der italienische Geschäftsträger nicht die Erklärung abgegeben habe, die Aktion Österreich-Ungarns zu unterstützen, sondern daß er ohne jeden Bezug auf die Monarchie im Namen der italienischen Regierung die im eingangs zitierten Telegramme wiedergegebene Sprache geführt hat. Immerhin muß aber in der öffentlichen Meinung der Eindruck entstehen, als ob die italienische Regierung überhaupt keine mit der unsrigen

übereinstimmende Erklärung betreffend Albaniens abgegeben hätte. Es wäre uns daher erwünscht, daß in autoritativer Weise seitens der italienischen Regierung die Öffentlichkeit darüber aufgeklärt werde, daß Italien in Belgrad eine analoge Mitteilung betreffend Albaniens abgegeben hat. Euer Exzellenz wollen sich in vorstehendem Sinne Marquis di San Giuliano gegenüber vernehmen lassen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4587.

Nr. 4502. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters; Budapest, 19. Nov. 1912.[a]) Konz. (S. Nemes, V. u. G. Berchtold).

Herzog Avarna, der mich gestern abends aufsuchte, zeigte sich über die der Monarchie zugeschriebene Balkanpolitik sehr präokkupiert. Der Botschafter sagte mir, in Russland, ganz besonders aber in Frankreich, breite sich die Auffassung aus, Österreich-Ungarn wolle den ganzen Balkan erdrosseln; selbst in Italien habe diese Beurteilung unserer Politik an Raum gewonnen. Marquis di San Giuliano habe ihn, den Botschafter, beauftragt, mich auf die gegen uns geführte internationale Kampagne aufmerksam zu machen, zu welcher auch er von einem großen Teile der öffentlichen Meinung seines Landes gedrängt werde. Man werfe der Monarchie die Absicht vor, die Balkanstaaten wirtschaftlich vergewaltigen und in der Folge politisch entmannen zu wollen. Dem gegenüber sei bereits der Gedanke lancirt worden, in Analogie der Formel des „désintéressement absolu" eine solche zu finden, welche die wirtschaftliche und ökonomische Selbständigkeit der Balkanstaaten garantieren soll. Die hinsichtlich unserer Politik entstandene Beunruhigung, welche auch in einem jüngst erschienenen Artikel des serbischen Regierungsorganes zum Ausdrucke gebracht worden ist, sucht Herzog Avarna mit den Kommentaren zu erklären, welche an die Punkte 1, 6 und 7 des den Großmächten bekannt gegebenen Programmes unserer Desiderata geknüpft werden. Insbesondere jene Stelle habe vielfach beunruhigt, in welcher es heißt, daß je enger der wirtschaftliche Anschluß sich gestalte, zu desto größeren territorialen Erwerbungen die Zustimmung gegeben werden könne. Meine Erwiderung, daß wir den Abschluß einer Zollunion mit den Balkanstaaten nicht beabsichtigen, sondern nur bessere Handelsverträge sowie eine Sicherstellung wünschen, daß unser Handel in den bisher türkischen Gebieten nicht zu Schaden komme, schien auf meinen Mitredner einen starken erleichternden Eindruck zu machen und bat mich der Botschafter, im Interesse einer allgemeinen Entspannung diese unsere Stellungnahme durch unsere Presse verbreiten zu wollen. Bezüglich der Zukunft Albaniens sagte mir Herzog Avarna, seine Regierung hoffe, daß dortselbst ein Regime eingeführt würde, in welchem der Einfluß Österreich-Ungarns und Italiens ein gleichwertiger sein und keinem der beiden Staaten eine prädominierende Stellung eingeräumt werden würde. Der Botschafter wollte sodann meine Ansicht darüber hören, wie ich mir die kulturelle Bearbeitung Albaniens, namentlich bezüglich Straßenbau und Schulen, vorstelle und ob wir dieses Land gemeinsam mit Italien sous notre tutelle nehmen wollen. Der Gedanke der Neutralisierung Albaniens sei auch Marquis di San Giuliano sympathisch; er

verstehe aber nicht, wie wir uns den internationalen Schutz desselben vorstellen und befürchte er, daß einzelne Mächte sich auf diesen Gegenstand nicht würden einlassen wollen. Ich habe es vermieden, auf eine eingehendere Diskussion dieser Fragen schon jetzt einzugehen und mich darauf beschränkt, bezüglich des Kostenpunktes zu bemerken, daß das Land, dessen Einwohner sich bisher stets geweigert haben, den türkischen Staatsschatz zu bereichern, wohl selbst dazu beitragen würden, durch Steuerzahlung die Mittel für den eigenen Zwecken dienende Auslagen aufzubringen. Herzog Avarna sprach sodann von der künftigen Abgrenzung Albaniens, die, wie ich bemerkte, wohl einer internationalen Kommission zu überlassen wäre, wogegen der Botschafter nicht opponierte. Über die Wahl eines künftigen Herrschers bemerkte mein Mitredner nur, es sei auch von Prinzen aus dem egyptischen Hause gesprochen worden, wogegen eventuell italienischerseits Einspruch werde erhoben werden müssen, da mehrere egyptische Prinzen während des libyschen Krieges eine derart italophobe Haltung eingenommen hätten, daß das Königreich keinen von diesen auf dem albanesischen Throne dulden könnte. Auch die Frage des serbischen Adriahafens berührte der Botschafter im Laufe der Unterredung. Von den drei diesbezüglich in Frage kommenden Projekten werde Serbien das eine, nämlich die Benützung eines bosnischen respektive dalmatinischen Hafens nicht akzeptieren können. Annehmbarer schiene Marquis di San Giuliano jenes der Schaffung eines Freihafens in San Giovanni di Medua. Schließlich käme noch die Möglichkeit einer Bahn durch serbisch-montenegrinisches Gebiet nach Antivari in Frage. Endlich erwähnte der Botschafter noch die Frage, ob die Donau-Adriabahn mit dem Endhafen in Durazzo als Freihafen nicht realisierbar wäre, was mich zur Bemerkung veranlaßte, daß diese Lösung wegen der Situation von Durazzo inmitten der albanesischen Küste vielleicht weniger sympathisch wäre.

[a]) Vgl. n. 4500, 4532.

Nr. 4503. Tel. aus Rom, 19. Nov. 1912 Nr. 187 (eing. 8 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Gestern abends habe ich mich dem Minister des Äussern im Sinne des Telegrammes Nr. 194 ausgesprochen. Der erste Eindruck war günstig. Marquis San Giuliano zeigte sich im Ganzen mit den Grundideen Euer Exzellenz einverstanden, obgleich auch diesmal Skepsis bezüglich Lebensfähigkeit und hinlänglicher Reife dieses primitiven, armen und von allen Seiten zu amputierenden Landes für eine Autonomie durchdrang. Ausschluss der Gebiete von Diakova, Ipek und Prisren bedauert er, hält ihn aber auch für unvermeidlich. Im Südosten bezweifelt er sehr, dass sich Griechenland mit der Grenze bei Kalamas begnügen werde. Griechenlands Aspirationen gingen überhaupt sehr weit und begriffen Valona sowie die Internationalisierung Konstantinopels in sich. Im Nordwesten fragt er sich, wie man die Ebene von Skutari Montenegro zuweisen könne, ohne demselben auch San Giovanni di Medua und Alessio zu geben, welch letztere Küstenorte sonst von Albanien beinahe abgeschnitten wären. Zur

Grenzrektifikation bei Cattaro sagte er nichts, machte aber ein verdutztes Gesicht. Hinsichtlich internationaler Stellung Albaniens erwähnte er, vielleicht wäre beides: internationale Garantie und Neutralisierung das Beste. Zur Frage des Prinzen bemerkte er, da mehr als drei Viertel der Bevölkerung Mohammedaner seien, wäre auf den ersten Blick ein mohammedanischer Albanese (aber nicht etwa der ganz diskreditierte Ismail Kemal Bey) die natürlichste Wahl. Die Frage, ob wir schon einen bestimmten Prinzen in Aussicht hätten, verneinte ich mit dem Beifügen, es handle sich offenbar um einen Protestanten. Minister des Äussern betonte schliesslich wiederholt, seine Äusserungen bezögen sich nur auf seinen ersten flüchtigen Eindruck und seien keine definitive Antwort. Als ich bezüglich letzterer drängte, erwiderte er, derlei Fragen von so weittragender Bedeutung, wie die Bildung, Abgrenzung und Konstruktion eines neuen für Italien und uns so wichtigen Staatswesen könnten nicht telegraphisch in 24 Stunden erledigt, sondern müssten gründlich studiert und erwogen werden. Auch müsse er mit dem erst heute nach Rom zurückkehrenden Ministerpräsidenten sich konsultieren und Angelegenheit dem König in San Rossore unterbreiten, bevor er sich definitiv aussprechen könne. Gleichlautend Budapest. Mérey.

[a]) Vgl. n. 4638, 4882.

Nr. 4504. Bericht aus Rom, 19. Nov. 1912 Nr. 79 B (eing. 22. Nov.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Der hohe Erlass vom 3. l. Mts. Nr. 4932 über die Grundzüge unseres Standpunktes gegenüber der durch den Balkankrieg geschaffenen Situation ist mit während der Abwesenheit des Ministers des Äussern von Rom zugekommen. Aus dem hohen Telegramme Nr. 1[b]) habe ich ersehen, dass Euer Excellenz im Hinblicke auf den obigen Umstand die betreffende Conversation mit dem Marchese di San Giuliano durch den k. u. k. Botschafter in Berlin entrieren liessen und dass sich der italienische Minister des Äussern vorbehaltlich einer genauen Prüfung unserer Ausführungen mit den letzteren im Grossen und Ganzen einverstanden erklärte. Nach der Rückkehr des Marchese di San Giuliano nach Rom hatte ich in mehreren Unterredungen Gelegenheit, mit demselben den Inhalt des in Rede stehenden hohen Erlasses eingehend zu erörtern. Im Folgenden gestatte ich mir, das Ergebnis dieser Unterredungen Euer Excellenz zu melden, indem ich mich hiebei an die Reihenfolge der einzelnen von Euer Excellenz aufgeführten Punkte halte. Vorausschicken möchte ich, dass der Minister des Äussern betonte, er begreife zwar, dass die meisten dieser Punkte dermalen vielleicht noch nicht näher detailliert werden konnten, es folge aber daraus auch für ihn die Notwendigkeit einer gewissen Reserve, beziehungsweise die Unmöglichkeit, sich präcis und definitiv zu äussern. Das ganze mache ihm, wie er sich scherzend äusserte, etwas den Eindruck, als ob man ihm ein Ménu zur Begutachtung vorlegen würde, das lautete: Potage à la ..., Poisson ..., Filet de Boeuf ..., Poularde à la ... etc. Er sei geneigt, anzunehmen und hoffe, dass die von uns so generell und vag skizzierten Ansprüche sich in concreto in möglichen und acceptablen Grenzen

halten würden. An diese Voraussetzung müsse aber bezüglich fast aller Punkte seine Zustimmung gebunden sein. Punkt 1. Wirtschaftlicher Anschluss Serbiens und eventuell Montenegros an die Monarchie. Hierauf bezieht sich in allererster Linie die vorstehende Reserve des Ministers des Äussern. Er war in diesem Punkte zu keinerlei positiven Zusagen zu bewegen. Wohl aber hat er wiederholt und mit Nachdruck bemerkt, dass nicht nur selbstverständlich jede Modalität ausgeschlossen bleiben müsse, welche entweder die wirtschaftliche Freiheit und Unabhängigkeit jener Länder beeinträchtigen oder eine Art von wirtschaftlichen Monopol zu Gunsten Österreich-Ungarns herstellen würde, sondern dass auch Italien — wie wohl alle am Balkan-Handel interessierten Staaten — keinerlei Eventualität zustimmen könnte, welche seinen einige hundert Millionen Lire jährlich betragenden Export nach dem Balkan zu benachteiligen geeignet wäre. Diesen Standpunkt müsse er nicht nur pflichtgemäss zur Wahrung der Interessen seines Landes einnehmen, sondern in dieser Beziehung sei auch die gesammte öffentliche Meinung Italiens unerschütterlich. Les affaires sont les affaires und schon Bismarck habe die Ansicht vertreten, man könne politisch eines Sinnes sein und sich ökonomisch bekämpfen, und das Princip der offenen Tür komme heute sogar bei Protectorats-Ländern zur Geltung. In der Tat bildet ja auch das Tema unserer wirtschaftlichen Ansprüche, wie ich dies Euer Excellenz telegrafisch[c)] zu signalisieren die Ehre hatte, einen der hauptsächlichsten Anlässe des in der hiesigen öffentlichen Meinung in der letzten Zeit lebhaft gewordenen Misstrauens. Es mag paradox erscheinen und es ist gewiss sehr bedauerlich, dass jene wirtschaftlichen Vorteile auf dem Balkan, auf welche wir uns nach dem Verzichte auf alle territorialen oder politischen Errungenschaften oder Compensationen zurückgezogen und welche scheinbar mit der äussersten Mässigung und Bescheidenheit, die wir uns auferlegten, so gut vereinbar schienen, in Wirklichkeit vielleicht den grössten und allseitigsten Schwierigkeiten begegnen werden. Soweit Italien in Betracht kommt, sehe ich aber für die Regierung nicht die Möglichkeit, uns in dieser Hinsicht nennenswerte Concessionen zu machen. Meines Erachtens dürften aber auch die anderen Grosstaaten, Deutschland vielleicht nicht ausgenommen, kaum zu wesentlichen Verzichten auf die Meistbegünstigung zu bewegen sein, umsoweniger als man allgemein nach Ablauf der Krise und des derselben folgenden temporären Erschöpfungs-Stadiums der Balkanstaaten mit einem Aufschwunge derselben und daher mit gesteigerten Absatzmöglichkeiten rechnet. Kommt es vollends zur Ausführung der Donau-Adria-Bahn, so wird Italien dieses neue bequeme Einfallstor nach dem Balkan für seine Industrie verdoppelt in Anspruch nehmen wollen. Ich fasse daher meinen Eindruck bezüglich dieses Punktes dahin zusammen, dass uns Italien auf diesem Gebiete wohl nur unwesentliche Concessionen wird machen können und dass eine baldige Praecisierung unserer einschlägigen Wünsche zur Behebung des hier sich crescendo geltend machenden Misstrauens, von welchem mir auch die Regierung nicht ganz frei zu sein scheint, opportun wäre. Punkt 2. Gebietserweiterung Serbiens an die Adria. Ich möchte an dieser Stelle nur constatieren, dass Italien sich in dieser Beziehung, wenigstens vorläufig, ganz auf gleicher

Linie mit uns bewegt. Dasselbe gilt von der seither erfolgten Ausdehnung unseres Vetos hinsichtlich der dauernden Besetzung albanesischen Gebietes auf Montenegro. Punkt 3. Freie Entwicklung Albaniens. Auch in dieser Hinsicht stellt sich der hiesige Minister des Äusseren ganz auf unseren Standpunkt. Er will gleichfalls das Prinzip: Der Balkan den Balkanvölkern auch auf die Albanesen angewendet sehen und erblickt überdies in der Schaffung eines autonomen Albaniens, ganz wie Euer Excellenz, die der jetzigen Situation entsprechende loyale Ausführung unseres seinerzeitigen albanesischen Accords. Allerdings glaube ich, dass er im Inneren gewisse — wohl berechtigte — Zweifel über die dauernde Lebensfähigkeit dieses äusserst primitiven, regional und confessionell zerklüfteten, von der Türkei abgeschnittenen und rings von Anwärtern umgebenen Staatswesens hegt und darin nur einen Notbehelf sieht bis zur nächsten, endgiltigen Liquidierung des Balkanproblemes. 4. Punkt. Befriedigung berechtigter Wünsche Rumäniens. Marchese di San Giuliano hat im Prinzipe gegen eine mässige Vergrösserung Rumäniens nichts einzuwenden. In praxi werde es sich um den Umfang der Ansprüche Rumäniens handeln, sowie die Frage, ob es darüber zu keinem Conflicte mit Bulgarien kommen werde. Wenn es auch schwer sei, einem Staate nach glänzenden Siegen zuzumuten, einen Teil seines eigenen Territoriums abzutreten, so hoffe er persönlich doch, dass Bulgarien sich generos zeigen und Rumänien einen Lohn für seine so massvolle Haltung ernten werde. 5. Punkt. Grenzberichtigungen von minimalem Umfange. In der Annahme, dass es sich hiebei nur um die Lösung von Fragen ohne internationale Bedeutung handelt, stimmt der Minister des Äusseren ohne Weiters zu. 6. Punkt. Erhaltung unseres Absatzgebietes in der bisherigen europäischen Türkei. Abgesehen davon, dass ich bei der ganz generellen Fassung dieses Punktes nicht in der Lage war, darzulegen, was darunter eigentlich in concreto gemeint sei, gilt hier das zum Punkt 1 Gesagte. 7. Punkt. Sicherstellung gewisser wirtschaftlicher Interessen auf dem Balkan. Auch diesbezüglich muss ich auf meine Ausführungen zu Punkt 1. verweisen. Über das definitive Schicksal Salonichs schien der Minister des Äusseren noch nicht im Klaren zu sein, aber die Idee des Freihafens zu billigen. Hinsichtlich der Bahn bemerkte er nur noch ausdrücklich, es könnte zum Beispiel von Tarifen, welche unseren Export zum Nachteile des italienischen begünstigen würden, nicht die Rede sein. — Meine allgemeine Bemerkung, dass dies nur die, eventuell noch mancher Modification unterliegenden Grundzüge unserer Stellungnahme zu den voraussichtlichen Ergebnissen des Balkankrieges seien, quittierte Marchese di San Giuliano mit der Erklärung, dass auch ihm dermalen, wo die Ereignisse noch im Flusse seien, eine Festlegung auf bestimmte Programmpunkte nicht möglich erscheine. Auch bei diesem Anlasse anerkannte er ausdrücklich, welch' grosse Mässigung wir uns bisher auferlegt hätten und wie hieraus in erster Linie die Hoffnung auf die Vermeidung eines ernsten Conflictes abzuleiten sei. Das da und dort, besonders auch in einem Teile der italienischen öffentlichen Meinung, hervortretende Misstrauen gegen unsere Stellungnahme gegenüber Serbien, gegen unsere angeblichen Hintergedanken und Zukunftspläne bezüglich Albaniens und gegen unsere wirt-

schaftlichen Forderungen werde in dem Masse abnehmen, als das Vage, Ungewisse hinsichtlich aller dieser Punkte schwinden und als unsere bisherige Mässigung auch in der Folge vorhalten werde. Mérey.

[a]) Vgl. n. 4882. — [b]) Vgl. n. 4325 Anm. b. — [c]) Vgl. n. 4457.

Nr. 4505. Privatschreiben des ital. Ministers des Äußern Marchese di San Giuliano an den Botschafter in Rom, 19. Nov. 1912 (eing. mit Bericht aus Rom, 20. Nov. 1912 Nr. 80 am 22. Nov.).[a]) Ausfert.

En me rapportant à nos derniers entretiens, et après avoir pris les ordres de Sa Majesté le Roi, j'ai l'honneur de faire connaître à Votre Excellenze que nous sommes prêts à procéder à la signature du renouvellement du Traité de la Triple Alliance, et du protocole additionnel dans la rédaction concordée. Nous sommes également prêts à faire publier, de notre côté, que le Traité de la Triple Alliance a été renouvelé tel quel sans aucune modification. La date et la forme, sous lesquelles cette publication aura lieu de la part des trois Gouvernements, devront être concertées ultérieurement entre eux. A. di San Giuliano.

[a]) A. F. Pribram, I 297 Anm. 412. Vgl. n. 4439, 4522, 4523, 4524.

Nr. 4506. Tel. aus Sofia, 19. Nov. 1912 Nr. 368 (eing. 20. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Zwei Kabinettsminister sagten mir heute, Bulgaren würden — ausgenommen militärischer Notwendigkeit — über Tschataldja hinaus nicht gehen, angeblich wegen Cholera und da Einmarsch in Konstantinopel Ausschreitungen gegen Christen hervorrufen könnte. Als Grenze würde Bulgarien ungefähr Ergene Fluss-Maritza-Mündung verlangen. Einer der Minister meinte, Bulgarien wolle Grenze nicht weiter südlich ziehen, da sonst Konstantinopel nicht türkisch bleiben könnte, sondern internationalisiert würde. Wenn Konstantinopel türkisch, könne Bulgarien hoffen, dass es in Zukunft in seine Hände fallen werde. Rücksicht auf Russland wird nicht zugegeben. Bezüglich Tschataldjas haben mir Mitredner gesagt, dass dort schwere und für Bulgaren verlustreiche Kämpfe. Über Adrianopel wird ausweichend gesprochen. Gerüchtweise verlautet, dass Bulgaren dort keine Fortschritte machen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4450.

Nr. 4507. Tel. aus Sofia, 19. Nov. 1912 Nr. 369 (eing. 20. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Hatte längere Unterredung mit Finanzminister, dessen Stimme wichtig. Es sprach von Serben ähnlich wie Herr Danew und meinte, wenn sie gegen Monarchie provokant, würde sie Bulgarien im Stich lassen. Wunsch Serbiens nach Adriahafen habe sich Bulgarien vor dem Kriege verpflichtet, zu unterstützen. Da wir mit seinerzeitigem Donau-Adria Bahnprojekt einverstanden gewesen wären, habe Bulgarien geglaubt, dass wir uns auch jetzt Zutritt Serbiens zum Meere nicht widersetzen würden. Bulgarien

werde auf Serbien mäßigend einwirken, Österreich-Ungarn sollte aber wenigstens ganz schmalen Streifen Landes mit Alessio als Hafen mit Garantien gegen Kriegshafen konzedieren. Sollten Serben mehr verlangen, würde sie Bulgarien nicht sekundieren. Bezüglich Rumäniens sprach Finanzminister sehr entschieden gegen Abtretung Territoriums, was Demütigung Bulgariens und Quelle von Hass wäre. Grenzregulierung würde Rumänien nichts helfen, wenn es sich mit Bulgarien verfeinde. Die einzige Sicherheit für Rumänien läge in bulgarischer Freundschaft, die es sich jetzt sichern könne. Bulgarien werde, sobald Krieg beendigt, freie Hand haben und wäre naher Anschluss an Rumänien möglich. Beide Staaten könnten sich Besitz garantieren und Besitz Dobrudscha könnte speziell gesichert werden, eventuell durch Neutralisierung dieser rumänischen Provinz. Es war nicht möglich, Mitredner bezüglich Rumäniens nachgiebiger zu stimmen. Finanzminister zeigte sich sowie auch Herr Geschoff weniger konziliant als Herr Danew. Bleibt abzuwarten, wie letzterer nach Rückkehr aus Hauptquartier sprechen wird. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4552.

Nr. 4508. Tel. aus Belgrad, 20. Nov. 1912 Nr. 235 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.

Die von Herrn Pašić dem deutschen Gesandten gemachte Eröffnung, dass Serbien in der Adriafrage Zeit zu reiflicher Überlegung zu haben wünsche und dass die Antwort erst in einem späteren Zeitpunkte, wahrscheinlich nach definitiver Austragung des Konfliktes mit der Türkei erfolgen wird, wurde amtlich kundgemacht und hat hier grosse Befriedigung hervorgerufen. Man will einen sehr geschickten Schachzug der serbischen Regierung darin erblicken, dass die Angelegenheit bis nach dem Friedensschluss in Schwebe gelassen werden soll, da man annimmt, dass Serbien den verlangten Zugang zum Meere und den Adriahafen von der Türkei direkt leicht wird erlangen können und man hofft, dass Österreich-Ungarn dem fait accompli Rechnung tragen wird. Es verlautet, dass in den Ministerratssitzungen über die mir zu erteilende Antwort diese dilatorische Behandlung zur Geltung gekommen sei. Die Ansprüche auf Albanien dürften bereits fallen gelassen worden sein. Auf dem Korridor und dem Hafen dagegen bestehe man weiter unentwegt. Gleichlautend Budapest. Ugron.

Nr. 4509. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters; Budapest, 20. Nov. 1912.[a]) Konz. (S. u. G. Alexander Hoyos).

Der deutsche Botschafter hat mich heute aufgesucht und mir im Auftrage des Staatssekretärs von Kiderlen-Wächter nachstehendes mitgeteilt: Herr von Kiderlen habe nicht die Absicht, uns hinsichtlich der Entsendung einer Spezialmission nach St. Petersburg irgend einen Rat zu erteilen, zumal er über die näheren Beweggründe dieser Mission nicht genau informiert sei. Er möchte mich aber doch als objektiver Beobachter der gegenwärtigen Situation auf die ernsten Gefahren aufmerksam machen, welche aus einem Fehlschlagen einer solchen Mission seiner Ansicht nach

sich ergeben könnten. Man müsse mit dem schwachen Charakter Seiner Majestät des Zaren rechnen, Höchstwelcher voraussichtlich auf die ihm zukommende Allerhöchste Message keine präcise Antwort erteilen würde, die für eine weitere Beurteilung der Haltung Rußlands gegenüber der Balkankrise eine sichere Grundlage bilden würde. Hierauf dürfte man sich in St. Petersburg mit den Kabinetten von Paris und London in Verbindung setzen und von den beiden befreundeten Regierungen, welche vermutlich die Entsendung unserer Spezialmission nicht gerne sehen würden, zu einem weitergehenden Widerstande ermutigt werden. So wäre die Möglichkeit vorhanden, daß das Allerhöchste Handschreiben Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät nicht nur seinen Zweck verfehlen, sondern in der Folge sogar zu einer wesentlichen Verschärfung der Lage beitragen könnte. Abgesehen hievon, möchte er es dahingestellt sein lassen, ob unsere Initiative nicht russischerseits als ein Zurückweichen von der von uns eingenommenen Stellung angesehen werden würde. Ich dankte dem Herrn Botschafter für diese Mitteilung und sagte ihm eine weitere Verständigung über die im Gegenstande getroffene Entscheidung zu.

[a]) Vgl. n. 4477, 5619.

Nr. 4510. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen und des ital. Botschafters; Budapest, 20. Nov. 1912.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Berchtold; G. Alexander Hoyos).

Sowohl der deutsche wie der italienische Botschafter haben mir heute von einer Konversation des Grafen Pourtalès mit Herrn Sazonow über die Frage des serbischen Adriahafens Mitteilung gemacht. Herr Sazonow habe den deutschen Botschafter in St. Petersburg gebeten, bei seiner Regierung anzuregen, sie möge sich in Wien dafür verwenden, daß wir auf die serbischen Wünsche nach einem Gebietsstreifen durch Albanien und einem eigenen Hafen an der Adria unter der Voraussetzung eingehen, daß Serbien Garantien dafür biete, daß der Hafen nicht befestigt werden und fremden Flotten nicht als Stützpunkt dienen würde. Graf Pourtalès habe hierauf erwidert, er müsse es stark bezweifeln, daß seine Regierung sich herbei lassen werde, einen Wunsch Serbiens, welcher vitale Interessen Österreich-Ungarns tangieren könne, bei der alliierten Macht zur Sprache zu bringen. Der deutsche Botschafter habe Herrn Sazonow auch sein Befremden nicht verhehlt, daß der Minister von seinem kurze Zeit zuvor eingenommenen Standpunkte abgegangen sei, wonach sich Serbien wohl mit einem débouché commercial ohne territoriale Zession begnügen könnte. In seinem Berichte nach Berlin habe Graf Pourtalès seiner lebhaften Besorgnis über diese Wetterwendigkeit Herrn Sazonows Ausdruck gegeben, da hierin der Einfluß der nationalistischen Hetzer zu sehen sei, welche gegenwärtig, namentlich auch infolge der Einwirkung des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch auf Seine Majestät den Zaren, in erhöhtem Maße Gehör fänden. In dem Berichte des Grafen Pourtalès fand sich außerdem auch noch die vielsagende Bemerkung Sazonows, wonach die russische Regierung, im Falle Österreich-Ungarn aus Anlaß des Erscheinens serbischer Truppen

an der Adria Hostilitäten gegen dieselben eröffnen sollte, dem Ansturme der Nationalisten nicht standhalten könnte, die einen solchen Akt als eine Stellungnahme Österreich-Ungarns zugunsten der Türkei im Kampfe der letzteren gegen die christlichen Balkanstaaten auslegen würden.

[a]) Vgl. n. 4477.

Nr. 4511. Tel. aus Berlin, 20. Nov. 1912 Nr. 269 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Geheim. Herr von Kiderlen-Wächter erzählt mir mit der Bitte um strenge Geheimhaltung, er habe soeben ein Privatschreiben Herrn von Tschirschkys erhalten, in welchem der Botschafter meldet, dass Fürst Fürstenberg ihn vor kurzem um eine Unterredung ersuchte. In dieser hätte ihm der Fürst mitgeteilt, er habe an einem Jagdséjour beim Grafen Heinrich Clam teilgenommen, bei welchem noch Fürst Karl Schwarzenberg, Graf Ottokar Czernin und Graf Erwein Nostitz zugegen waren. Diese Herren hätten einstimmig die Behauptung aufgestellt, es seien ihnen, laut ihrer Ansicht, authentische Nachrichten zugekommen, dass in dem intimen Bundesverhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland seit Baltisch-Port ein nicht unbedenklicher Riss entstanden sei. Da aus dem Brief des deutschen Botschafters hervorgeht, dass Fürst Fürstenberg nicht energisch genug diesen böswilligen Ausstreuungen entgegengetreten sei, habe er — Staatssekretär — es für notwendig erachtet, Herrn von Tschirschky telegrafisch anzuweisen, er möge Fürst Fürstenberg ehetunlichst in seinem, Herrn von Kiderlen-Wächters, Namen dringend ersuchen, seinen in Rede stehenden Standesgenossen in der entschiedensten Weise zu erklären, dass das intime Bundesverhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn nach wie vor in voller Kraft bestehe und dass Deutschland seine wohlverstandene Bundespflicht auch diesmal, sowie es bei der Annexionskrise der Fall war, treu erfüllen werde. Herr von Kiderlen-Wächter sagte mir bei diesem Anlasse, dass, obwohl er bekanntlich der Entrevue in Baltisch-Port nicht zugezogen gewesen sei, er mir doch versichern könne, dass die k. u. k. Regierung über das dort Besprochene genau informiert worden sei und fügte hinzu, dass er oberwähnte Insinuationen allenfalls auf tschechische Intriguen zurückzuführen zu können glaubt. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

Nr. 4512. Tel. aus Berlin, 20. Nov. 1912 Nr. 270 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Staatssekretär sagte mir heute, er höre nicht durch den deutschen Botschafter in Petersburg sondern aus anderer absolut sicherer Quelle, dass Herr Sazonow den russischen Gesandten in Belgrad neuerdings wieder beauftragt habe, serbische Regierung zur Mässigung insbesondere in der Frage des Adriahafens dringend zu ermahnen. Zugleich habe der russische Minister des Äussern auch dem russischen Vertreter in Sofia Auftrag erteilt, der dortigen Regierung ebenfalls ernste Ratschläge zur Mässigung zu erteilen. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

Nr. 4513. Bericht aus Berlin, 20. Nov. 1912 Nr. 46 A (eing. 21. Nov.).[a] *Ausfert.*

Vertraulich. Im Verlaufe einer Unterredung, die ich vor Kurzem mit dem Staatssekretär hatte, kam dieser auch auf die Conferenz-Idée zu sprechen. Dieselbe werde, so meinte Herr von Kiderlen, ganz besonders von französischer Seite propagirt. Herr Poincaré ambitionire bekanntlich der Nachfolger Herrn Fallières in der Würde des Präsidenten der Republik zu werden und glaube, dass ihm dies erleichtert würde, wenn er sich bei einer in Paris abzuhaltenden Friedens-Conferenz als Präsident derselben besondere Lorbeeren holen würde. Herr von Kiderlen ist der Meinung, dass Herr Poincaré als Minister des Äußern sich Deutschland und auch Österreich-Ungarn gegenüber tant bien que mal bewährt habe. Aus diesem Grunde möchte er, Kiderlen sich ihm ganz gern entgegenkommend erweisen; und sollte es tatsächlich zu einer Conferenz kommen, die aber nur eine Registrier-Conferenz sein könnte, so glaube er, dass weder die deutsche noch die österreich-ungarische Regierung dagegen etwas einzuwenden haben dürfte, dass dieselbe in Paris zusammentrete. Dies sei Alles, so äusserte sich der Staatssekretär, eigentlich nur Zukunftsmusik; doch habe er es für nützlich erachtet, seine diesbezüglichen Ideen mit mir vertraulich zu besprechen. Szögyény.

[a] Vgl. n. 4595.

Nr. 4514. Bericht aus Berlin, 20. Nov. 1912 Nr. 46 B (eing. 21. Nov.) Ausfert.

Vertraulich. Herr Nenadowitsch, der bekannte, gewesene serbische Gesandte in Konstantinopel, ist vor einigen Tagen hier eingetroffen und gestern direkt nach Belgrad zurückgekehrt. Die Blätter haben sich mit diesem Besuche des serbischen Politikers in Berlin viel beschäftigt und die Behauptung aufgestellt, es sei ihm eine politische Mission anvertraut gewesen. Wie ich konstatiren konnte, hat Herr Nenadowitsch während seines mehrtägigen hiesigen Aufenthaltes nicht einmal den Versuch gemacht, im Auswärtigen Amte empfangen zu werden oder hier mit einer der leitenden Persönlichkeiten in Berührung zu treten; er hat nur Herrn Geschow, den hiesigen bulgarischen Gesandten, aufgesucht, den er aus früheren Jahren von Konstantinopel her gut kennt. Der hiesige serbische Geschäftsträger versicherte mich, dass Herr Nenadowitsch ausschliesslich nur in Privatangelegenheiten in Berlin geweilt habe. Herr Boghitschewitsch meinte aber, es sei ihm dieser Besuch ganz recht gewesen, denn Herr Nenadowitsch scheine während seines, wenn auch kurzen hiesigen Aufenthaltes die Überzeugung gewonnen zu haben, dass Deutschland in den Balkanfragen insbesondere hinsichtlich der schweren Differenzen zwischen der k. u. k. und der serbischen Regierung ganz an der Seite Österreich-Ungarns stehe und — wie sich der serbische Geschäftsträger ausdrückte — „durch Dick und Dünn" zu Österreich-Ungarn halten werde. Es sei dies von grossem Werte, da man in Belgrad anscheinend in manchen Kreisen anderer Meinung sei. Herr Boghitschewitsch — ich muss ihm diese Gerechtigkeit wieder-

fahren lassen — tritt hier sehr besonnen und vernünftig auf; es war ihm, so sagte er mir wiederholt, höchst peinlich, hier im Auftrage seiner Regierung in Betreff des Adriahafens und Albaniens eine so schroffe Sprache führen zu müssen. In Belgrad seien die unerwartet grossen serbischen kriegerischen Erfolge Gross und Klein zu Kopf gestiegen, er zweifle aber nicht daran, dass seine Landsleute sich in der Folge wieder beruhigen werden. Nach seiner Meinung wäre die Hauptfrage des Adriahafens so zu lösen, dass Serbien durch Gewährung gewisser Konzessionen, die sich mit den Interessen Österreich-Ungarns vereinbaren liessen, bezüglich seiner weiteren Prätentionen der Welt gegenüber ins Unrecht gesetzt werde! Selbstverständlich habe ich mich in eine Diskussion mit Herrn Boghitschewitsch nicht eingelassen und nur auf die Erklärungen, welche unser Gesandte in Belgrad wiederholt abgegeben hat, hingewiesen. In Betreff des völkerrechtswidrigen Vorgehens der serbischen Behörden unseren Konsularvertretern in Albanien gegenüber, das ich ihm sehr entschieden vorgehalten habe, gibt sich der serbische Geschäftsträger der bestimmten Hoffnung hin, dass seine Regierung die von uns verlangte Genugtuung jedenfalls und zwar ehestens geben werde. Szögyény.

Nr. 4515. Tel. nach Bukarest; Budapest, 20. Nov. 1912 Nr. 6 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Maschinschrift; V. u. G. Berchtold).

Euer Durchlaucht jüngster Berichterstattung[a] entnehme ich, daß in Rumänien sich neuerlich russischer und französischer Einfluß in der Richtung wieder stärker geltend macht, das Königreich von seiner bisherigen dreibundfreundlichen politischen Richtlinie abzubringen. Gleichzeitig plädieren Euer Durchlaucht für eine energische Stellungnahme Österreich-Ungarns für die Wünsche Rumäniens gegenüber Bulgarien. Wie Euer Durchlaucht bekannt, habe ich in meinem Exposé für eine Berücksichtigung Rumäniens bei der definitiven Regelung der Balkanfrage Stellung genommen und auch die Anwesenheit Herrn Danews in Budapest dazu benützt, um mit Nachdruck für die Zuerkennung territorialer Vorteile an Rumänien einzutreten. Überdies sollte F. Z. M. Conrad von Hötzendorf sich mit einem Allerhöchsten Handschreiben für König Carol nach Bukarest begeben, wovon jedoch mit Rücksicht auf Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 70[b] vom 18. l. M. Abstand genommen wurde. Es ist selbstverständlich, daß Rumänien bezüglich seiner Kompensationsansprüche auf unsere weitgehende diplomatische Unterstützung rechnen kann. Der k. und k. Gesandte in Sofia hat den Auftrag erhalten, in diesem Sinne in Sofia auf eine entgegenkommende Haltung hinzuwirken und ergeht an denselben eine neuerliche Instruktion, sich in diesem Belange bei Herrn Guéchow vernehmen zu lassen. Sollte es zu einer internationalen Konferenz kommen, so wäre ich jedenfalls bereit (Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 73, vom 20.[c] l. M.) noch vor deren Zusammentritt mit dem Berliner und Römischen Kabinette für die prinzipielle Anerkennung der Ansprüche Rumäniens auf eine Grenzregulierung einzutreten. Was die im Berichte vom 15. d. M., Nr. 62, angeregte Erklärung anbelangt, so

möchte ich zunächst darauf hinweisen, daß ich mich ja, wie eben erwähnt, bereits in meinem letzten Exposé und zwar vor allen anderen Kabinetten für die Berechtigung der rumänischen Wünsche öffentlich ausgesprochen habe und daß die Befriedigung dieser Wünsche einen der Punkte unseres den Mächten mitgeteilten Programmes gebildet hat. Im übrigen hat uns Rumänien seine Forderungen bisher in concreto nicht bekanntgegeben. Herr Danew hat mir gegenüber erklärt, es würde Bulgarien schwer fallen, in eine territoriale Zession einzuwilligen. Allenfalls würde sich Bulgarien, dem jede agressive Absicht gegen die Dobrutscha ferne liegt, bereit finden, bindende Verpflichtungen in dieser Hinsicht einzugehen und überdies die Festungen an der rumänischen Grenze zu schleifen. Ich habe den bulgarischen Staatsmann aufmerksam gemacht, daß Rumänien auf diese Bedingungen unmöglich werde eingehen können. Ich würde der rumänischen Regierung verbunden sein, wenn sie mir ihre Wünsche in concreto bekanntgeben und mich dadurch in die Lage versetzen wollte, den k. und k. Gesandten in Sofia mit entsprechenden Instruktionen zu versehen. Euer Durchlaucht wollen sich in obigem Sinne Seiner Majestät dem Könige und Herrn Majoresco gegenüber aussprechen und auch darauf hinweisen, daß wir ebenso wie Italien bekanntermaßen eine autonome Gestaltung Albaniens in Aussicht genommen haben und daß ich mit Rücksicht auf das lebhafte Interesse für die Macedo-Rumänen mich für die möglichste Erhaltung der Nationalität und Sprache dieses in jenen Gebieten zahlreich vertretenen Volksstammes einsetzen würde. Zu Euer Durchlaucht persönlicher Information. In jüngster Zeit hat sich eine Deputation von Albanesen aus Rumänien nach Durazzo begeben, um sich daselbst Ismail Kemal anzuschließen. Euer Durchlaucht wollen sich in unauffälliger Weise Kenntnis darüber zu verschaffen suchen, ob diese Deputation in Fühlung mit der rumänischen Regierung stehe und inwieweit letztere gegebenenfalls entschlossen wäre, sich für die Bildung eines selbständigen Albaniens zu interessieren.

[a]) Oe. U. Balkan 62 Nr. 115. Vgl. n. 4418, 4419, 4442, 4562. — [b]) Nr. 70 bis. Vgl. n. 4479. — [c]) Richtig 19. Nov.

Nr. 4516. Tel. aus Bukarest, 20. Nov. 1912 Nr. 74 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Bezugnehmend auf Telegramm Nr. 60.[a]) Ersuche um Instruktion, ob eventuellen Falls Seiner Majestät dem König Karl und Herrn Majoresco über Inhalt zu übersendenden Allerhöchsten Handschreibens und sonstigen Auftrag Freiherrn von Conrads Mitteilung machen kann.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vom 17. Nov.

Nr. 4517. Bericht aus Bukarest, 20. Nov. 1912 Nr. 65 A (eing. 23. Nov.).[a]) Ausfert.

Geheim. Gleich nach Erhalt des hohen Chiffre-Telegrammes Nr. 60,[b]) begab ich mich in das Auswärtige Amt um mich über die mir tags vorher von meinem russischen Collegen angekündigte Ankunft Herrn Danews

zu informiren. Ich teilte dem Herrn Minister des Äussern mit, dass die Absicht bestünde, Freiherrn Conrad von Hötzendorf mit einer Allerhöchsten Mission an Seine Majestät den König zu entsenden, äusserte mich jedoch weder über den Inhalt des Allerhöchsten Handschreibens noch über den sonstigen Auftrag des genannten Generals. Ich erwähnte nur, dass er jedenfalls über die mit Herrn Danew gepflogenen Unterredungen Aufschlüsse werde geben können. Herr Majoresco bemerkte sogleich, dass Seine Majestät König Karol sehr glücklich sein werde durch Freiherrn Conrad von Hötzendorf ein Allerhöchstes Handschreiben zu empfangen, er überlasse es aber meiner Beurteilung, ob nicht die eventuelle gleichzeitige Anwesenheit Herrn Danews und des hohen österreichisch-ungarischen Generals der Presse Anlass zu den weitgehensten Combinationen geben könnte. Nach einer Auseinandersetzung mit dem bulgarischen Kammerpräsidenten werde unbedingt eine klarere Lage geschaffen sein und Rumänien wissen, woran es sei und was es zu machen habe. Jedenfalls würde man hier den grössten Wert darauf legen, über die mit Herrn Danew in Budapest gepflogenen Unterredungen vor dessen Ankunft informirt zu sein. Beim gestrigen Diplomaten-Empfang kam Herr Majoresco auf die Angelegenheit der Entsendung Freiherrn Conrad von Hötzendorfs zurück und äusserte sich dahin, dass die Mission dieses markanten österreichisch-ungarischen Generals nach Bukarest auf die Öffentlichkeit einen grossen Eindruck machen werde, und dass derselben möglicherweise in Europa der Zweck imputirt werden könnte, Rumänien zu einem agressiven Vorgehen zu veranlassen. Da ich mich nicht autorisirt glaubte über den Inhalt des Allerhöchsten Handschreibens etwas zu verlautbaren, ebenso wie über den weiteren dem Freiherrn Conrad von Hötzendorf gewordenen Auftrag, so beschränkte ich mich zu erwidern, dass man ja die Öffentlichkeit leicht orientiren könnte, falls es notwendig erschiene. Vom Standpunkte unserer Politik in Rumänien aus betrachtet, neige ich der Ansicht zu, dass die Überbringung eines Allerhöchsten Handschreibens an König Karol nur dann eine günstige Wirkung auf unsere künftige Stellung hier im Lande ausüben dürfte, wenn Rumänien tatsächlich die erhoffte Grenzregulierung erlangt. Im gegentheiligen Falle müsste eine sehr arge Enttäuschung Platz greifen, nachdem an die Mission eines österreichisch-ungarischen Generals jedenfalls die grössten Hoffnungen geknüpft würden. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 4627. — [b]) Vom 17. Nov.

Nr. 4518. Bericht aus Bukarest, 20. Nov. 1912 Nr. 65 B (eing. 23. Nov.). Ausfert.

Als Ergänzung zu meinem ergebensten Chiffretelegramm Nr. 73,[a]) mittels welchem ich mir erlaubte, meine letzte Unterredung mit Herrn Maioresco in ihren wichtigsten Punkten wiederzugeben, möchte ich noch erwähnen, dass der bulgarophile Einfluss Herrn Take Jonescus, der mir auch schon aus den Worten Seiner Majestät des Königs während meiner jüngsten Audienz entgegentrat, sich jetzt ebenfalls beim Herrn Ministerpräsidenten in stärkerem Masse geltend macht. Man merkt aus jedem Worte des Herrn

Ministers, welch' schwere Sorge ihm die Lösung der Frage bereitet, die gewünschte Grenzregulierung zu erhalten, ohne jedoch dabei Bulgarien zu verstimmen. Wenn auch Herr Maioresco von einem Echec in der Grenzfrage sich keine so schweren Folgen für die bisherige auswärtige Politik Rumäniens zu erwarten scheint, wie solche in diesem Falle sein Kollege, der Finanzminister Marghiloman voraussieht, der mir gegenüber dieselben Ansichten aussprach, wie sein politischer Antipode Herr Bratianu, so dürfte er sich doch darüber Rechenschaft geben, dass ein vollkommenes Leerausgehen Rumäniens vor Allem des Herrschers wegen vermieden werden müsste. Hauptsächlich auch schon deshalb, weil seit jeher von allen verantwortlichen Faktoren der Träger der Krone als der alleinige Lenker der auswärtigen Politik des Landes bezeichnet wurde. Andernteils gewinnt es aber immer mehr an Anschein, dass bei den regierenden Faktoren die Ansicht die Oberhand gewinnt, dass für eine dauernde Verständigung mit Bulgarien manches geopfert werden könnte. Sehr bekümmert sprach sich Herr Maioresco über die Haltung Herrn von Kiderlen-Wächters gegenüber Rumänien aus. Er boudiere, so sagte mein Mitredner, weil König Carol ihm Seine Unzufriedenheit über die plötzliche Abberufung Dr. Rosens habe zu verstehen gegeben und weil er nicht ebenfalls eine Einladung nach Sinaia erhalten hatte. Der rumänische Vertreter in Berlin Herr Beldiman werde vom Staatssekretär in ostentativer Weise ignoriert, und der Bukarester deutsche Gesandte, der aus Südamerika kommend, nicht die geringsten Kenntnisse über die Balkanpolitik besitze, werde prinzipiell ohne Nachricht und Instruktionen gelassen. Seit Beginn der Krise wisse man hier über die Haltung Deutschlands fast nichts, und Seine Majestät König Carol empfinde dies ungemein peinlich. Auf den Gedanken einer Konferenz übergehend äusserte Herr Maioresco, dass dieser an den französischen und russischen Gesandten eifrige Förderer finde, welche keine Gelegenheit versäumen, hier auf die Nützlichkeit einer solchen hinzuweisen.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vom 19. Nov.

Nr. 4519. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 20. Nov. 1912 Nr. 625 (eing. 21. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern teilt mir mit, dass gestern die bulgarische Antwort eingetroffen, derzufolge die Verbündeten Bevollmächtigte ermächtigen werden, welche mit Nazim Pascha wegen Abschlusses eines Waffenstillstandes und Festsetzung der Bedingungen für den definitiven Frieden, also nicht, wie türkischerseits vorgeschlagen wurde, wegen eines Präliminarfriedens zu verhandeln haben werden. Gabriel Effendi fügte hinzu, die türkische Regierung werde Nazim Pascha und noch zwei weitere Personen wahrscheinlich ...[b]) zu Bevollmächtigten ernennen. Man erwarte hier, dass man nunmehr von Seite der Verbündeten mit Nazim Pascha Fühlung nehmen wird. Der Minister deutete mir an, dass die türkische Regierung auf die Bedingung der Übergabe der noch in türkischen Händen befindlichen festen Plätze von Adrianopel und Skutari nicht eingehen werde. Ferner

sagte er mir, dass Verstärkungen jeden Tag eintreffen und noch zwei Divisionen sich am Wege befinden. Die Cholera nehme seit zwei Tagen unter den Truppen bei Tschataldja ab. Gleichlautend Budapest 19. Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 62 Nr. 114. — [b]) Chiffres verstümmelt.

Nr. 4520. Tel. aus London, 20. Nov. 1912 Nr. 113 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Fast die gesamte Londoner Presse nimmt erfreulicher Weise entschieden Stellung gegen die serbischen Prätensionen. Ich erlaube mir Euer Exzellenz Aufmerksamkeit besonders auf den gestrigen und heutigen Leitartikel der Times, den in der Westminster Gazette von gestern abends und den ausgezeichneten Leitartikel des heutigen Daily Telegraph zu lenken. In allen diesen Blättern werden ernste Mahnungen an die Belgrader Hitzköpfe gerichtet, die Mässigung Euer Exzellenz Sprache hervorgehoben und stark betont, dass England sich nicht in einen Konflikt wird hineinziehen lassen. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

[a]) Oe.-U. Balkan 62 Nr. 113.

Nr. 4521. Tel. nach Rom; Budapest, 20. Nov. 1912 Nr. 18 (chiffr. 1 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Biegeleben; G. Macchio).

Geheim. Da mir eine Meldung über den Vollzug der im Tel. Nr. 13 vom 14. d. M. aufgetragenen Demarche noch nicht vorliegt, ersuche ich Euer Exzellenz mir das Ergebniss Ihrer hierauf bezüglichen Unterredung mit Marquis di San Giuliano telegraphisch einzuberichten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4439, 4523.

Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters; Budapest, 20. Nov. 1912. Siehe n. 4510.

Nr. 4522. Tel. aus Rom, 20. Nov. 1912 Nr. 192 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 13. Italienische Regierung ist bereit, erneuerten Dreibundvertrag und vereinbartes Zusatzprotokoll zu unterzeichnen und öffentlich bekanntzugeben, dass der Vertrag tel quel ohne jede Modifikation erneuert worden ist. Datum und Form dieser Erklärung wäre zwischen den drei Kabinetten zu vereinbaren. Bericht durch den Courier. Gleichlautend Wien. Mérey.

[a]) Vgl. n. 4505, 4524.

Nr. 4523. Tel. aus Rom, 20. Nov. 1912 Nr. 193 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Mit Beziehung auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 18. Da mir Antwort des Ministers des Aeussern erst gestern abends zukam,[b]) konnte ich erst heute Früh deren Inhalt telegraphisch melden. Mérey.

[a]) Vgl. n. 4524. — [b]) Vgl. n. 4505.

Nr. 4524. Bericht aus Rom, 20. Nov. 1912 Nr. 80 (eing. 22. Nov.).[a] *Ausfert.*

Streng geheim. Dem mir mit dem hohen Telegramme Nr. 13 erteilten Auftrage gemäss habe ich dem Minister des Aeussern mitgeteilt, dass Euere Excellenz den bisherigen Widerstand gegen den Anschluss unserer beiden Abkommen mit Italien an den Dreibundvertrag fallen gelassen haben und der Hochdenselben via Berlin vorgeschlagenen Textierung des betreffenden Zusatz-Protokolles zustimmen. Voraussetzung sei natürlich, dass italienischerseits nach der Unterzeichnung des Vertrages öffentlich erklärt werde, die Allianz sei telle quelle erneuert worden. Hinsichtlich dieser Erklärung sei man auch bereit, der italienischen Regierung die Priorität zuzugestehen. Von mir aus glaubte ich vorsichtshalber noch hinzufügen zu sollen, wir müssten darauf rechnen können, dass die italienische Regierung nicht nur im gegebenen Momente spontan die obige Erklärung abgebe, sondern daran auch unter allen Umständen, gegenüber Politikern und Journalisten, in- und ausserhalb des Parlamentes, anlässlich von Interpellationen, Debatten oder privaten Konversationen festhalte. Es stände nämlich sonst meines Erachtens zu befürchten, dass die hiesige Regierung, sei es unter der Hand, sei es im Parlamente oder in der Presse im Falle von Kritiken der unveränderten Erneuerung des Dreibundes sich in einem späteren Zeitpunkte zu irgend einer Aeusserung verleiten lasse, durch welche die Tatsache, dass die Erneuerung nicht vollständig telle quelle erfolgt sei, durchsickern könnte. Marchese di San Giuliano zeigte sich sehr befriedigt darüber, dass Euere Excellenz dem Zusatzprotokolle zustimmen, wodurch virtuell die demnächstige Erneuerung der Allianz gesichert sei. Er müsse sich nur noch mit dem von Rom abwesenden Ministerpraesidenten ins Einvernehmen setzen und dem Könige Vortrag erstatten. Die italienische Regierung werde nach der Unterzeichnung des Vertrags-Instrumentes, sei es durch ein offizielles Communiqué, sei es durch eine Erklärung im Parlamente, bekanntmachen, dass der Vertrag tel quel erneuert worden sei. Von dieser Erklärung werde die Regierung auch nach keiner Seite und in keinem späteren Zeitpunkte abweichen. Auf die Priorität Italiens bezüglich der Abgabe jener Erklärung schien der Minister keinen Wert zu legen, vermutlich weil das Parlament schon am 26. zusammentritt und die Unterzeichnung kaum früher wird erfolgen können. Er meinte, man müsse, wie ich dies schon mit Telegramm Nr. 174[b]) gemeldet hatte, Datum und Form der gleichzeitigen Bekanntgabe der Vertrags-Erneuerung in Rom, Wien und Berlin einer Vereinbarung der drei Kabinette überlassen. Gestern erhielt ich das beiliegende Schreiben des Ministers,[c]) welches sich als die offizielle Wiederholung seiner obigen Aeusserungen darstellt. Es bedarf somit nur mehr der Aufforderung Euerer Excellenz an den Herzog von Avarna und Herrn von Tschirschky zur Unterzeichnung des Vertrages sowie einer genauen Vereinbarung des Tages und Wortlautes der Veröffentlichung der Tatsache der unveränderten Erneuerung der Allianz.

Mérey.

[a]) Vgl. n. 4505, 4522, 4523, 4793. — [b]) Vom 11. Nov. — [c]) Vgl. n. 4505.

Nr. 4525. Privatschreiben aus Rom, 20. Nov. 1912 (eing. 22. Nov.). Ausfert.

Während ich in meinen heutigen officiellen Berichten die dermalen auf dem Tapet befindlichen Fragen einzeln behandle, möchte ich mir gestatten, an dieser Stelle einige allgemeine Eindrücke und Reflexionen wiederzugeben. Von den verschiedensten Seiten, sowohl aus italienischen Kreisen wie von mehreren ausländischen Kollegen, kommt mir die Information zu, es sei dermalen bei den meisten Kabinetten, darunter auch jenem von Rom, die Ansicht vorherrschend, unsere so überraschend gemässigte Haltung in der jetzigen Balkankrise habe darin ihren Grund, dass die Monarchie durch den Slavismus zur Inaktivität verurteilt sei und daher aus der Not eine Tugend mache. Diese Annahme gründet sich offenbar auf alle jene Erscheinungen, in welchen die weitgehenden Sympatien unserer Slaven für die siegreichen Balkanstaaten sowie überhaupt die beinahe vorwiegende Rolle, welche die Slaven in unserem staatlichen Leben spielen, zum Ausdruck kommen. Hierher gehören die Obstruktion der Slovenen, die Reden der Czechen, speciell der Abgeordneten Kramař, Klofač und Masaryk, die Schwierigkeiten in Kroatien, die Beschwerden der Polen gegen Deutschland, die Vorgänge im Landtage von Serajewo, ganz besonders aber die, an Hochverrat grenzenden Demonstrationen in Dalmatien. Viel bemerkt wird auch die kühle Zurückhaltung Deutschlands und ein Artikel eines Berliner Blattes, welcher ausführte, dass die Monarchie immer slavischer und klerikaler werde und sich dadurch automatisch von Deutschland entferne. Es bedarf wohl keiner Erwähnung, dass ich dieser Auffassung, als wären wir durch unsere Slaven in unserer Handlungsfähigkeit paralysirt, mit entsprechenden Argumenten und nicht zuletzt mit dem Hinweis auf die Haltung unserer Bevölkerung in der Annexionskrise und bei der damaligen partiellen Mobilisierung entgegentrete. In der Frage der Autonomie Albaniens und des serbischen Adria-Hafens kämpfen wohl zwei Seelen in der Brust auch des korrektesten Italieners. Für die Schaffung des autonomen Albaniens sprechen der Accord mit uns, die in letzterer Zeit allerdings etwas verblassten albanesischen Sympatien[a)] in Italien, und vor Allem der Wunsch, es jetzt über diese Frage zu keinem europäischen Konflikte kommen zu lassen. Aus eben diesem Grunde wäre man froh, wenn Serbien nachgeben oder man irgend einen glücklichen Ausweg aus der Schwierigkeit finden würde. Aber man verhehlt sich nicht, dass das zu schaffende Albanien, von welchem Montenegro, Serbien und Griechenland sozusagen die besten Brocken vorwegbekommen, schon deshalb eine Missgeburt sein werde und dass diesem armen, rudimentären, zu mehr als drei Viertteilen mohammedanischen aber doch konfessionell zerklüfteten, jeder normalen Administration widerstrebenden und in ewigem inneren Hader befindlichen Volke, jedwede Voraussetzung für die Bildung eines autonomen Staatswesens fehlt. Im Innern dürfte sich daher auch die italienische Regierung keine Illusion darüber machen, dass diese Schöpfung keine dauernde sein, sondern vermutlich nur bis zu der nächsten Etappe: der endgiltigen Liquidirung des Balkan-Problemes, vorhalten wird. Für diese nächste und letzte Etappe dürfte in den Augen der Italiener die bisherige stete Besorgnis, dass wir uns einmal in Albanien festsetzen könnten, nunmehr wesentlich vermindert sein und man vermutlich damit rechnen,

dass dann Montenegro, Serbien und Griechenland die jetzt begonnene Verspeisung Albaniens vollenden werden. Für die grosse Mehrzahl der Italiener ist diese Perspektive nicht gerade beunruhigend. Ungleich lieber als in unserem Besitze würde man hier das östliche Ufer der Adria in den Händen der Balkanstaaten sehen, mit welchen es Italien relativ leicht fallen wird, ein gutes Verhältnis herzustellen. Nur ganz vereinzelt tritt hier die Befürchtung auf, die Balkan-Slaven würden sich, ähnlich wie die Südslaven innerhalb der Monarchie, als ein Italien feindliches Element erweisen. Die momentane italienische Regierungs-Politik, das enge Zusammengehen mit uns gegen Serbien und Montenegro, hat daher im Grunde etwas Künstliches an sich. Es ist ein Gegen-den-Strom-Schwimmen und eine starke Belastungsprobe für die Kraft der Regierung, populären Strömungen zu widerstehen. Die Siege der Balkanstaaten, das Klappen ihrer sämmtlichen Aktionen hat ihre Aktien hier mächtig steigen gemacht, und die hiesige öffentliche Meinung sucht ihre Freundschaft, in der Hoffnung, dann wirtschaftlich festeren Fuss auf dem Balkan fassen zu können. Daher begegnet auch Alles, was als eine ökonomische Vorzugsstellung der Monarchie in jenen Ländern gedeutet werden könnte, hier einer so allgemeinen und entschiedenen Einsprache. Bei der Besprechung der militärischen Erfolge der Balkanstaaten über die Türkei dringt auch hier, ähnlich wie in Frankreich, eine sehr abfällige Beurteilung der Leistungen der deutschen Instruktoren der türkischen Armee durch. Die volle Schale des Hohnes ergiesst sich speziell über den Feldmarschall von der Goltz, dem man auf diese Art seine allerdings nicht einwandfreie Haltung während des italienisch-türkischen Krieges heimzahlt. Mit grosser Selbstgefälligkeit wird dagegen der Umstand hervorgehoben, dass eine ganze Anzahl bulgarischer, serbischer, griechischer und montenegrinischer Offiziere, darunter auch die bulgarischen Heerführer Dimitrieff und Fitscheff, die Kriegsschule in Turin absolviert haben.

Mérey.

[a]) So!

Nr. 4526. Tel. aus St. Petersburg, 20. Nov. 1912 Nr. 232 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Englischer Kollege erzählte heute Grafen Pourtalès unmittelbar nach einer Unterredung mit Herrn Sazonow, dieser habe sich geäussert, dass wenn Österreich-Ungarn in der Frage von San Giovanni di Medua auf seinem intransigenten Standpunkt verharre, Russland keinen Anlass hätte, Wünschen der Monarchie auf Schaffung autonomen Albaniens entgegenzukommen. Es gebe hier viele Leute, die der Ansicht seien, dass Albanien zwischen Griechenland und Serbien aufzuteilen sei! Sir George Buchanan äusserte sich überhaupt sehr pessimistisch über die Lage und sprach Überzeugung aus, dass, wenn die Monarchie sich nicht bezüglich Zuerkennung erwähnten Hafens an Serbien nachgiebig zeige, bewaffneter Konflikt mit Russland kaum zu vermeiden sein werde. Dass diese Äusserung mit irgend einer versteckten Nebenabsicht getan worden sei, ist nach dem Charakter englischen Botschafters nicht anzunehmen und dürfte sie vielmehr seiner tatsächlichen Meinung entsprechen. Der sich seit der vorigen Woche

immer deutlicher prononzierende Umschwung in der Auffassung hiesiger leitender Kreise über die Hafenfrage, hinsichtlich welcher sich russische Regierung immer stärker mit den serbischen Wünschen — vorläufig allerdings nur mit Bezug auf Handelshafen in San Giovanni di Medua und dessen Verbindung — identifiziert, lässt allerdings pessimistische Auffassung englischen Kollegen leider durchaus gerechtfertigt erscheinen. Auch die intensiven militärischen Vorbereitungen, welche hier zweifellos auf allen Gebieten getroffen werden und über die Euer Exzellenz durch die telegraphischen Berichte des k. und k. Militärattachés an den Chef des Generalstabes unterrichtet sind, lassen Schluss zu, dass die russische Regierung bei aller Friedensliebe, speziell Ministerpräsidenten und Ministers des Aeussern, sich ernstlich mit der Eventualität kriegerischer Austragung bestehender Differenzen beschäftigt. Angesichts des unleugbaren Ernstes der Lage halte ich es für meine Pflicht, hohe Aufmerksamkeit Euer Exzellenz neuerdings darauf zu lenken, dass hiesige Regierung die sich unter dem Eindrucke der durch Siege der Balkanvölker erhitzten öffentlichen Meinung sowie verschiedener anderer Einflüsse in der Hafenfrage viel weiter avanciert hat (vergleiche zum Beispiel meine mit Telegramm Nr. 226 vom 15. d. M. gemeldete Unterredung mit Herrn Kokowzow) als sie vielleicht vor zehn Tagen noch selbst gewollt hatte, auf gütlichem Wege zu einer Nachgiebigkeit hierin nicht zu bewegen sein dürfte; einem Druck von aussen aber, ähnlich wie 1909, würde sie, selbst wenn sie wollte, unter keinen Umständen nachgeben können und eher das Äusserste riskieren. Graf Pourtalès, mit dem ich die Lage eingehend besprach, teilt vollkommen meine oben geschilderte Auffassung. Dieser Zustand, auf den ich bereits wiederholt hinzuweisen mir erlaubte, darf meiner unmassgeblichen Meinung nach bei unserem Kalkül nicht ausser Acht gelassen werden. Gleichlautend Budapest. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4588, 4601.

Nr. 4527. Tel. aus Sofia, 20. Nov. 1912 Nr. 373 (eing. 21. Nov. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf hohe Telegramme Nr. 148 und 151 vom 17. und vom 18. d. Mts. Im Verlaufe heutiger Unterredung mit Herrn Geschoff kam er auf Herrn Danews Besuch in Pest zu sprechen und ich fand Gelegenheit, zu erwähnen, dass ich zwischen dem, was mir Herr Danew nach Rückkehr aus Pest erzählt hat und den Mitteilungen, die mir seither über dessen dortigen Aufenthalt zugegangen, eine Divergenz konstatiert hätte, aus der hervorgehe, dass Kammerpräsident die Auffassung Seiner k. u. k. Hoheit des Herrn Erzherzog-Thronfolgers in der rumänischen und serbischen Frage missverstanden hat. Ich hätte die Absicht — fügte ich hinzu — Herrn Danew, wie er zurückkommen wird, auf das Missverständnis aufmerksam zu machen, möchte aber — da letzterer noch immer abwesend — auch Herrn Geschoff diesbezüglich richtig informieren. Hierauf habe ich die beiden Punkte entsprechend aufgeklärt und es ist mir nicht entgangen, dass Conseilspräsident dieser Mitteilung mit grösstem Interesse folgte. Anknüpfend appellierte ich erneuert an Herrn Geschoff, dass er auf Serben

mässigend einwirke, und dass sich Bulgarien Rumänien gegenüber entgegenkommend zeige und direkte Verständigung suche. Herr Danew hätte mir versprochen — bemerkte ich — sich bei König Ferdinand im Sinne des Entgegenkommens zu verwenden. „Nous désirons nous entendre avec la Roumanie“ — antwortete Herr Geschoff — „et nous avons, je vous le dis confidentiellement, soumis au Roi la proposition d'envoyer Monsieur Danew à Bukarest. J'espère que Sa Majesté approuvera cette idée et que les conversations avec la Roumanie commenceront bientôt. Quant à une cession de territoire je doute que le Roi puisse s'y décider.“ Bezüglich Serbiens sagte Herr Geschoff im Wesentlichen, dass es gegen bulgarische und griechische Interessen gerichtet wäre, Serbien zu zwingen, zum ägäischen Meer Zugang zu suchen; Serben würden sich mit weniger zufrieden stellen, als das, was sie jetzt verlangen. Gleichlautend Budapest. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4552, 4561.

Nr. 4528. Tel. aus Athen, 21. Nov. 1912 Nr. 307 (eing. 22. Nov. 10 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 273 vom 15. d. Mts. Wie ich erfahre, hätte bei Kabinett von Rom missverständliche Auffassung bestanden, dass Herr Coromilas bei den Grossmächten Internationalisierung Konstantinopels und so weiter beantragt, während er deutschem Gesandten sagte, er habe dies bei den alliierten Balkanstaaten angeregt. Man sagt mir übrigens, dass Coromilas selbst mit Hinblick auf gegenwärtige politische und kriegerische Situation Durchführung dieses Planes nicht mehr für wahrscheinlich hält. Braun.

Nr. 4529. Tel. aus Belgrad, 21. Nov. 1912 Nr. 241 (eing. 6 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Man beschäftigt sich hier in politischen Kreisen mit einer neuen Idee, man will eventuell den nördlichen Teil Albaniens von der Türkei kaufen, beziehungsweise gegen Geldentschädigung okkupieren und Verwaltung einführen, wie seinerzeit wir in Bosnien. Regierung will in dieser oder einer anderen Weise territoriale Frage mit Pforte regeln, bevor Antwort mir erteilt wird. Gleichlautend Budapest. Ugron.

Nr. 4530. Tel. aus Belgrad, 21. Nov. 1912 Nr. 242 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Die etwas kriegerische Sprache unserer Zeitungen der letzten Tage hat hier tiefen Eindruck gemacht. Das gestrige Abendblatt der „Samouprava“ schlägt schon den Ton trauriger Resignation an und rechnet bereits mit der Autonomie Albaniens. Auch bezüglich der Hafenfrage ist die Sprache nicht mehr sehr optimistisch. Es heisst, dass man hier die weitgehendste Boykottierung gegen österreichisch-ungarische Waren einführen will, wenn Serbien gezwungen sein sollte, auf Ansprüche zu verzichten. Man hofft diesbezüglich Unterstützung seitens Verbündeter zu finden. Durch solche Gerüchte scheint man auf uns eine Pression ausüben zu wollen. Gleichlautend Budapest. Ugron.

Nr. 4531. Tel. nach Berlin, 21. Nov. 1912 Nr. 160 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Szápáry).

Die Stilisierung des zweiten Alineas[b] meines Telegrammes Nr. 19 de dato Budapest, 19. d. M. könnte die irrige Auffassung aufkommen lassen, als ob wir in einem späteren Zeitpunkte geneigt wären, einer Erwerbung San Giovanni di Meduas durch Serbien zuzustimmen, oder als ob wir uns überhaupt mit der Lostrennung jenes Hafens von Albanien bei der seinerzeitigen Neuregelung der Dinge am Balkan abgefunden hätten. Da dies den hierortigen Intentionen durchaus nicht entsprechen würde, ersuche ich Euer Exzellenz, vorstehende Erläuterung bei allfälliger Besprechung der Frage mit dem Herrn Staatssekretär im Auge zu behalten, beziehungsweise, falls eine solche bereits stattgefunden haben sollte, Ihre gegenständlichen Äusserungen nötigenfalls richtigzustellen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4560. — [b] Zweites Alinea von n. 4494 reicht von „Da dieses Projekt" bis einschließlich „näherzutreten".

Nr. 4532. Tel. nach Berlin Nr. 20 (1), Paris Nr. 9 (2), London Nr. 10 (3) und St. Petersburg Nr. 14 (4); Budapest, 21. Nov. 1912 (chiffr. 3 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Macchio).

Die internationale Presse[b] hat in jüngster Zeit vielfach davon gesprochen, daß Österreich-Ungarn die wirtschaftliche Selbständigkeit der Balkanstaaten, namentlich Serbiens, behindern wolle. Diese Sprache der Blätter, welche zum Teil die Befürchtungen der betreffenden Regierungen widerzuspiegeln scheint, stellt unsere wirtschaftlichen Absichten am Balkan in ein falsches Licht. Was wir wollen, ist lediglich, daß unser gegenwärtiger Warenabsatz in der europäischen Türkei durch die territoriale Neugestaltung nicht wesentlich verkürzt werde und weiters, daß die uns als Nachbarmacht besonders wichtigen wirtschaftlichen Beziehungen mit den Balkanstaaten sich zu möglichst regen gestalten und tunlichst gefördert werden. Bezüglich der durch die Balkanstaaten führenden Verkehrswege ist es unsere Absicht, uns die Durchfuhr zu sichern. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache.

[a] Vgl. n. 4612, 4613. — [b] Vgl. n. 4457, 4500, 4502.

Tel. nach Berlin; Budapest, 21. Nov. 1912 Nr. 21 (chiffr. 6 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 4545.

Nr. 4533. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen und des ital. Botschafters; Budapest, 21. Nov. 1912.[a] Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Der deutsche Botschafter hatte mir von der Anregung seiner Regierung gesprochen, wonach wir und Italien in Belgrad hinsichtlich der Unzulässigkeit der dauernden Besitzergreifung der albanesischen Küste durch Serbien eine Demarche unternehmen und hievon die anderen Mächte vertraulich in Kenntnis setzen sollten. Als ich Herzog Avarna, der mich nach Herrn von Tschirschky aufsuchte, von dieser Anregung sprach, meinte er, daß eine Wiederholung der Démarche in Belgrad, wie sie Herrn von Kiderlen

vorzuschweben scheine, nicht recht tunlich wäre, da dies die ohnehin sehr erregte öffentliche Meinung neuerlich irritieren würde; auch schiene ihm kein Anlaß zu einer neuerlichen Démarche vorzuliegen. Auf meine Frage, ob seine Regierung bereit wäre, den Inhalt der von uns und Italien vor kurzem in Belgrad unternommenen Démarche den anderen Kabinetten vertraulich mitzuteilen, antwortete Herzog Avarna, daß er diesbezüglich bei seiner Regierung anfragen wolle; persönlich sei er der Ansicht, dies könnte in der Weise geschehen, daß den Mächten bekanntgegeben würde, wir wollten die kriegerischen Operationen zwar nicht stören, müßten uns aber für den Zeitpunkt, da die mit der Balkankrise im Zusammenhang stehenden Fragen zur Verhandlung gelangen werden, vorbehalten, auch diese Angelegenheit zur Sprache zu bringen.

[a]) Vgl. n. 4477, 4655.

Nr. 4534. Tel. aus Berlin, 21. Nov. 1912 Nr. 272 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Hiesiger türkischer Botschafter hat von seiner Regierung Auftrag erhalten, sofort nach Konstantinopel zu kommen und an den Waffenstillstandverhandlungen teilzunehmen. Nizamy Pascha, der morgen die Reise antritt, hat heute dem Staatssekretär, wie mir letzterer mitteilt, gesagt, er habe soeben ein Telegramm türkischen Ministers des Äussern erhalten, laut welchem die verbündeten Balkanstaaten der Pforte erklärt hätten, dass sie nicht nur über einen Waffenstillstand, sondern sofort auch über den Frieden „im Hauptquartier des Siegers", verhandeln und denselben abschliessen möchten, bevor sich die Grossmächte hineinmischen könnten. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4535.

Nr. 4535. Tel. aus Berlin, 21. Nov. 1912 Nr. 273 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 272 von heute. Mein türkischer Kollege beabsichtigt, auf der Reise nach Konstantinopel sich übermorgen, Samstag, einige Stunden in Wien, respektive in Budapest aufzuhalten, wo er bittet, von Euer Exzellenz empfangen zu werden, um dann seine Reise sofort fortzusetzen. Erbitte Drahtantwort, ob und wo Euer Exzellenz türkischen Botschafter empfangen wollen. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

Nr. 4536. Tel. aus Bukarest, 21. Nov. 1912 Nr. 75 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Ankunft Herrn Danews hat Verzögerung erfahren, deren Grund hier unbekannt und Beunruhigung hervorruft. Im grössten Interesse unserer hiesigen Politik schiene es mir gelegen, auf baldige Entsendung bulgarischen Kammerpräsidenten in Sofia zu drängen und eventuellen Erfolg in dieser Beziehung dann hier zu verwerten, da Grund zu Vermutung habe, dass seitens russischer Regierung in diesem Sinne in Sofia gewirkt wird. Es sollte vermieden werden, dass Reise Danews hier russischem Einfluss verdankt wird. Gleichlautend Budapest. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 4561, 4563, 4567.

Nr. 4537. Tel. nach Cetinje; Budapest, 21. Nov. 1912 Nr. 5 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Hochwohlgeboren Telegramm vom 18. l. M.[b] erhalten. Ich bin im Sinne Ihrer Ausführungen damit einverstanden, daß Euer Hochwohlgeboren zunächst im eigenen Namen und ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, den König auf das von uns und Italien aufgestellte Postulat einer Autonomie Albaniens, mit welcher die Erwerbung Skutaris durch Montenegro unvereinbar sei, aufmerksam machen und erst in einem späteren Moment als eine von Ihnen ausgehende Idee die Frage besprechen, ob die k. u. k. Regierung nicht durch eine Grenzregulierung am Lovčen zu einem gewissen Entgegenkommen bezüglich Skutaris bestimmt werden könnte. Zu Ihrer persönlichen Orientierung bemerke ich, daß es sich uns nicht um den Besitz der Kammlinie des Lovčen handelt, — ein Wunsch, dem aggressive Tendenzen unterschoben werden könnten, — sondern nur um die Verlegung der heutigen Grenze bis unter die Kammlinie soweit dies eben zur völligen Sicherung Cattaros nötig ist. Ferner möchte ich noch beifügen, daß auch im Falle einer ablehnenden Antwort des Königs eine maritime Demonstration oder die Besetzung des Krstac einstweilen nicht in unserer Absicht liegt. Ich sehe Ihrer telegraphischen Berichterstattung über Ihre Unterredung mit König Nikolaus entgegen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4576. — [b] Vgl. n. 4482.

Nr. 4538. Tel. nach Cetinje; Budapest, 21. Nov. 1912 Nr. 6 (chiffr. 9 U. p. m.). Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Falls in Euer Hochwohlgeboren Gesprächen mit König Nikolaus oder mit dem Erbprinzen von dem serbischen Verlangen eines territorialen Korridors nach dem Meere die Rede sein sollte, schiene es mir wünschenswert, daß Sie als Ihre persönliche Ansicht äußern, daß ein solcher serbischer Kouloir nicht im Interesse Montenegros gelegen wäre, da letzteres dadurch für immer gegen Süden abgeschnitten wäre. Berchtold.

Nr. 4539. Bericht aus Cetinje, 21. Nov. 1912 Nr. 96 A (eing. 25. Nov.). Ausfert.

Streng vertraulich. In meinem ergebensten Berichte Nr. 96 B[a] vertraulich, von heute, wollte ich gelegentlich einer generellen Schilderung der montenegrinischen Operationen meiner Auffassung von dem Verhältnisse Montenegros zur Monarchie, respektive den Dispositionen, welche König Nikolaus unserer Politik und unseren Ansprüchen entgegenbringt, dahin Ausdruck geben, dass den bisherigen Eindrücken und Tatsachen zufolge, die Handlungen des Königs, die durch die Machtverhältnisse gebotene Deferenz für die Nachbarmonarchie vermissen lassen, dessen Versprechungen von Unaufrichtigkeit eingegeben sind, und die ganze Haltung Montenegros der Rücksicht auf die militärischen, politischen und handelspolitischen vitalen Interessen Österreich-Ungarns Hohn spricht und denselben entgegenarbeitet. Mit Nachstehendem sei mir gestattet, diese Auffassung zu motivieren und mich zu der, mir mit hohem Telegramme Nr. 115 und 116 vom 18. l. M. aufgetragenen grosszügigen, handelspolitischen, teilweise

auch politischen Aktion zu äussern, respektive die Gesichtspunkte zu erörtern, welche mich zur Abfassung meines ergebensten Telegrammes Nr. 192*b)* vom 18. l. M., streng geheim, bestimmt haben. Es kann kaum zweifelhaft sein, dass wir von König Nikolaus, welchem jedes Verständnis für eine metodische, gedeihliche Entwicklung seines Landes, welche naturgemäss nur langsam ihre Früchte tragen könnte, fehlt, und welcher jeden augenblicklichen materiellen Vorteil, einem Systeme, welches die allmähliche und gut basierte Prosperität zum Ziele hat, unbedingt vorzieht, im Wege von Verhandlungen und Kaptivierungsversuchen keinerlei Entgegenkommen für unsere volkswirtschaftlichen Forderungen zu erwarten haben. Ich bin von der Überzeugung durchdrungen, dass jeder derartige Versuch unsererseits vom Könige als politische und militärische Schwäche gedeutet würde, negativen Erfolg hätte und den König nur in seiner intransigenten und respektlosen Haltung bestärken müsste. Der König, welcher in erster Linie für die eigene Tasche und die nächsten Bedürfnisse zu sorgen gewöhnt ist, erhofft nach wie vor alles Heil von Russland und wird die russische Subvention, — circa 2 Millionen Kronen, — gewiss nicht gegen eine wenn auch rationelle, aber sich nur langsam fühlbar machende ökonomische Unterstützung Österreich-Ungarns preisgeben. Hier möchte ich mir die Bemerkung erlauben, dass die Aussichten, Montenegro für den Abschluss einer Zollunion im Wege der Überredung und besseren Einsicht zu gewinnen, mir minimale zu sein scheinen. Dem Könige ist bekannt, dass Serbien diesen Gedanken weit von sich weist, und es ist möglich, wenn schon nicht wahrscheinlich, dass die 4 Balkanstaaten sich ihrerseits zu einer Zollunion vereinigen werden, deren Durchführung die Wahrnehmung unserer handelspolitischen Interessen illusorisch machen müsste. Die Idee einer dalmatinisch-montenegrinisch-albanesischen Küstenbahn von der Bocche di Cattaro über Antivari nach Skutari, respektive San Giovanni di Medua, wurde dem Könige schon vor Jahren anlässlich eines Besuches in Wien durch Graf Goluchowski suggeriert und, wie mir der König selbst wiederholt erzählte, von ihm mit Sympathie aufgenommen. In sein Land zurückgekehrt, hätten ihn seine Ratgeber über die „gaffe", die er begangen, aufgeklärt und seither, so schloss der König: „lasse ich mich in handelspolitische Besprechungen, von welchen ich gar nichts verstehe, nicht mehr ein." Den Versuch, den König durch den Erbprinzen Danilo vorbereiten zu lassen und für unsere Forderungen günstig zu stimmen, halte ich aus mehrfachen Gründen für wenig aussichtsreich. Der Erbprinz hat sich schon vor Kriegsbeginn ostentativ von allen politischen Manifestationen zurückgezogen und, wie ich schon damals vertraulich erfuhr, nicht mehr den Standpunkt vertreten, dass alle politischen Aktionen Montenegros nur im Einvernehmen und mit Zustimmung Österreich-Ungarns zu erfolgen hätten. Er hat sich vollkommen der russophilen Kriegspartei zugewendet, und das Ministerium Martinović gestützt, ja sogar selbst zum Kriege gehetzt. Seither hat er jede Verbindung mit mir vermieden, ist im Lager von Gruda unerreichbar und unnahbar, und, wie ich höre, ganz unter dem Einflusse des im Hauptquartier befindlichen Grossfürsten, dem es gelungen sein soll, den Erbprinzen völlig zu einer russischen Politik zu bekehren. Die Anwesenheit

des Grossfürsten im Lager ist ja die Erklärung für die herausfordernde Haltung Montenegros und gibt dem Könige die Gewähr, unter dem Schutze Russlands zu stehen. Österreich-Ungarn ist nur gut, um ausgenützt zu werden, und jede Seite der Geschichte Montenegros der letzten Jahre bringt Beweise für diese Behauptung. Dass in den letzten 3 Jahren wichtige handelspolitische Abmachungen getroffen werden konnten, — ich nenne nur den Handelsvertrag, die Münzkonvention, die Anleihe und den Strassenbau Risano-Nikšić, — kann diese Auffassung nicht widerlegen. Alle diese Vereinbarungen dienten dem Interesse beider Länder, zum Teile, wie die Münzkonvention und die Anleihe, vorwiegend dem montenegrinischen Interesse. Wir wurden dazu veranlasst, weil es das Ziel unserer Politik war und ja auch noch heute ist, dem notleidenden Montenegro auf finanziellem und handelspolitischem Gebiete zu helfen, in militärpolitischer Freundschaft zu leben, und unsere Handelsinteressen zu fördern. Ich selbst habe in dem bescheidenen Rahmen meines Wirkungskreises an dieser Politik mitgearbeitet, nicht nur, weil meine Instruktionen so lauteten, sondern auch, weil dieser Politik eine vielversprechende und Montenegro in seiner Misère ökonomisch auf Österreich-Ungarn angewiesen war. Alle Postulate dieser Politik treffen noch heute zu, die Richtlinien unserer handelspolitischen Bestrebungen sind dieselben geblieben, aber unser Partner von heute ist nicht mehr der Bettler von gestern, und unsere Interessen sind durch die Evolution am Balkan bedroht. Siegesrausch und Grössenwahn, das Gefühl der gründlichen Emanzipation von Europa, und uferlose Präpotenz beherrschen die Köpfe der serbischen und montenegrinischen Politiker, und meiner unmassgeblichen Meinung nach, kann nur die Aufwerfung der Machtfrage die Leute zur Raison zurückführen. Wir werden unsere handelspolitischen Interessen — hier wenigstens — nur unter dem Drucke einer von der militärischen Kraft gestützten Sprache zur Geltung bringen können. Die Anmeldung der albanesischen Autonomie hat der König, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, abgesehen von der ganz entstellten und lügenhaften Darstellung in der amtlichen Zeitung, mit der Wiederbesetzung und der geplanten Befestigung von San Giovanni di Medua und Alessio beantwortet und dem italienischen Gesandten rundweg, in Bezug auf die besetzten und noch zu erobernden Gebiete erklärt: „j'y suis, j'y reste." Schon der Zeitpunkt der Besetzung des Sandschak zeigt die Denkweise des Königs. Er dachte so lange nicht daran, in den Sandschak einzurücken, und konnte bona fide die bezüglichen Versprechen geben, als er mit einem Proteste und dem bewaffneten Einschreiten Österreich-Ungarns rechnete. Als aber die Monarchie beim Einmarsche der Serben ruhig blieb, bestand bei König Nikolaus keine andere Rücksicht mehr, als die verlorene Zeit einzubringen und den Serben noch so viel Land als möglich wegzuschnappen. Genau so, wie Serbien die Konsularrechte vergewaltigt zu haben scheint, hat auch Montenegro, obwohl infolge Einstellung des Feuerangriffes keinerlei militärische Rücksichten dies notwendig machten, das Passieren unserer 2 Aerzte und 8 Krankenschwestern von Medua nach Skutari brüske verweigert. Der König hofft zwischen der Monarchie und Italien in der albanesischen Frage Zwietracht zu stiften und versucht, eine Macht gegen die andere auszu-

spielen. Er sucht sich an Österreich-Ungarn anzubiedern, um dessen Schutz und Fürsprache zu erlangen, vermeidet es aber ängstlich, sich auch nur in einem Falle zu engagieren, oder eine Verpflichtung einzugehen. Gegen wirtschaftliches Entgegenkommen wird er uns nicht einen Fusstritt Landes konzedieren und bei dem geringsten Anzeichen unserer Bereitwilligkeit, sein Verbleiben in Skutari zu diskutieren, Letzteres als unabänderliche Tatsache quittieren und selbst den Gedanken an Kompensationen von sich weisen. Er dürfte den nicht ganz falschen Kalkül machen: Habe ich nur zuerst das Land und die Macht, so können mir später die handelspolitischen Vorteile auch nicht entgehen. Der König müsste zuerst die Überzeugung haben, dass er aus Skutari heraus muss, und diese Überzeugung muss ihm durch Entfaltung militärischer Machtmittel mit Ausschluss aller Zweifel über die Konsequenz und Festigkeit unserer Haltung beigebracht werden. Erst wenn er sehen würde, dass er vor einer Mauer steht, welche er mit seinen schwachen Kräften nicht einrennen kann, würde er zum Verhandeln und zu Kompensationen geneigt sein, und dann wäre, nach meiner unvorgreiflichen Auffassung, der Moment, dem König den Vorschlag über die Grenzregulierung und unser handelspolitisches Programm mundgerecht zu machen, respektive nach dem Grundsatze do ut des zu fordern und zu bieten. Dabei wird König Nikolaus nicht nur bis zum letzten Momente bei Russland Hilfe und Rückgrat suchen, sondern auch nach Serbien hinüberschielen, dessen Widerstand deshalb früher, oder wenigstens gleichzeitig gebrochen werden müsste. Mit vorstehenden Ausführungen wollte ich die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf die Gefahr lenken, welche eintreten müsste, wenn wir König Nikolaus in unsere Karten blicken liessen. Nicht wir sollen die Bietenden sein, sondern er, um aus der Klemme herauszukommen, keinen anderen Ausweg erblicken, als sich Österreich-Ungarn zu überantworten und unsere Unterstützung mit reellen und für uns nützlichen Verpflichtungen erkaufen. Machen wir das Anbot zu früh, so wird der König die öffentliche Meinung in ganz Europa gegen uns mobilisieren, auf das interessierte Vorgehen der Monarchie und ihre Geneigtheit, die festgelegten Prinzipien aus Sonderinteressen umzustossen, hinweisen und vielleicht Erfolg damit haben. Auf Diskretion ist beim Könige, wie ich schon letzthin anzudeuten mir erlaubte, unter keinen Umständen zu rechnen. Jedes Wort, welches ich zu ihm spreche, wird an Russland rapportiert und es liegt in seiner Gewohnheit, die Mächte gegen einander auszuspielen und zu verhetzen. Damit Russland die montenegrinische Subvention erhöhe, sollen wir politisch, militärisch und ökonomisch umklammert, unsere Handelsinteressen durch Konstruktion der Adriabahn und ähnlicher Linien, durch den Ausbau serbischer Häfen an der Adria und schliesslich durch eine Zollunion vernichtet werden. Um dieses Netz feindseliger Projekte und Tendenzen zu zerreissen, bliebe als wirksamstes Mittel die Schaffung eines autonomen Pufferstaates, welcher möglichst ganz Albanien umfassen *c)* und die Erzwingung der Anerkennung dieser Schöpfung von Anbeginn an durch den Druck der Machtmittel. Giesl.

a) Wurde wegen seines rein militärischen Inhaltes nicht aufgenommen. — *b)* Laut Telegrammprotokoll Cetinje Nr. 172, vgl. n. 4482. — *c)* So!

Nr. 4540. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. Nov. 1912 Nr. 628 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Die alliierten vier Balkanstaaten haben gestern durch die hiesige russische Botschaft der türkischen Regierung ihre Bedingungen für Abschluss eines Waffenstillstandes mitgeteilt. Dieselben lauten: 1. Übergabe Adrianopels mit Garnison an die Bulgaren; 2. Räumung der Tschataldja-Linie und Übergabe der Forts an die Bulgaren; 3. desgleichen Janinas samt Garnison an die Griechen; 4. Durazzos und Dibras an die Serben; 5. Skutaris mit Garnison an Montenegro; 6. Zurückziehung sämtlicher westlich der Tschataldja-Linie in der europäischen Türkei befindlichen Truppen. Minister des Äussern, der mir soeben von dem Vorstehenden Kenntnis gab, sagte mir, der Ministerrat werde noch heute Vormittag über die den Alliierten zu gebende Antwort beraten. Auf seine Frage, ob ich ihm einen Rat geben könnte, antwortete ich, nicht in der Lage zu sein, dies zu tun. Es sei meiner Ansicht nach Sache der bei Tschataldja kommandierenden Generäle sich darüber zu äussern, ob ein weiterer Widerstand möglich ist. Gabriel Effendi deutete mir an, dass der Entschluss der Regierung, seiner Ansicht nach, hauptsächlich von der Frage abhängig gemacht sein müsste, ob die Mächte oder einige derse ben im Falle einer Niederlage des türkischen Heeres in der Tschataldja-Linie den Verlust Konstantinopels hintanhalten würden. Er liess dabei durchblicken, dass seines Erachtens die Türkei nur in letzterem Falle Widerstand fortsetzen sollte, weil sie sonst selbst Konstantinopel zu verlieren riskieren würde. Der Minister fragte um meine Ansicht, wie sich die Dreibundmächte zu letzterer Frage stellen würden. Ich antwortete, dass ich ihm hierüber keinen Aufschluss geben könne. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 64 Nr. 119. Vgl. n. 4580.

Nr. 4541. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. Nov. 1912 Nr. 629 (eing. 22. Nov. 10 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Auf der Pforte erfahre ich, dass die türkische Regierung die Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten als unannehmbar bezeichnet; es wurde beschlossen, den Krieg fortzusetzen, falls es den beiderseitigen Delegierten nicht gelingen sollte, für die Türkei günstigere Bedingungen zu vereinbaren. Türkische Bevollmächtigte sind: Kriegsminister Nazim Pascha, Generalstabschef Izzet Pascha, welcher kürzlich aus Yemen zurückgekehrt ist, der Berliner Botschafter Nizami Pascha und Staatsrat Tschadan Bey. Heute wird an der Tschataldja-Linie gekämpft. Kreuzer Hamidjé hat bei Varna zwei bulgarische Torpedoboote in den Grund gebohrt, ein anderer, stark beschädigt, musste sich vorderhand selbst wegen Havarie nach Kawak zurückziehen. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 4580.

Tel. nach London; Budapest, 21. Nov. 1912 Nr. 10 (chiffr. 3 U. p. m.). Siehe n. 4532.

Tel. nach London; Budapest, 21. Nov. 1912 Nr. 11 (chiffr. 6 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 4545.

Nr. 4542. Tel. aus London, 21. Nov. 1912 Nr. 114 (eing. 22. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe eben Sir E. Grey gesehen, der sich sehr befriedigt darüber ausspricht, dass Serbien in der Konsularfrage seine provokatorische Haltung aufgegeben hat. Konfidentiell in unserer allgemein gehaltenen Konversation bemerkte der Staatssekretär, dass die serbischen Ansprüche auf einen eigenen Hafen in der Adria sich vielleicht schliesslich darauf reduzieren liessen, dass man ihnen einen schmalen Landstreifen, natürlich nicht mitten durch Albanien, sondern die montenegrinische Grenze entlang, konzedieren könnte bis an einen Hafen, der neutralisiert würde und der unter Garantie der Mächte kein Kriegshafen werden dürfte. Würde auch dies der k. u. k. Regierung unmöglich erscheinen? Wenn der Bau einer Eisenbahn dahin kostspielig und schwierig wäre, c'est leur affaire. In meinen Gegenbemerkungen machte ich unter anderem auf die Gefahren aufmerksam, dass Serbien zum Schutze dieser Eisenbahn immer weitere territoriale Ansprüche machen und darin die Elemente zu künftigen Friktionen liegen würden. Sir E. Grey hat seit seiner nach Belgrad gerichteten Warnung (mein Telegramm Nr. 109 vom 13. d. M.) keine weitere Mitteilung an serbische Regierung gemacht. Von Friedensbedingungen sprechend, meinte Sir E. Grey, dass, wenn diese angenommen werden, die Ingerenz der Mächte in territorialen Fragen sich auf drei Punkte beschränken dürfte: Erstens: Autonomie Albaniens. Zweitens: Ob und inwieweit Serbien einen Hafen erhält, drittens: Die Inseln im ägäischen Meere. Nachdem Bulgarien von Konstantinopel nicht spricht, ist nicht zu erwarten, dass Russland Fragen betreffs Konstantinopel aufwerfen wird, so dass Konstantinopel nicht in die Diskussion der Mächte gezogen zu werden braucht. Als ich einwarf „Salonik", meinte er wieder, es wäre ihm am sympathischesten, wenn es ein Freihafen würde, worin er sich mit meinen Anschauungen zu begegnen glaubt. Staatssekretär meinte, Gedankenaustausch zwischen den Mächten über die verschiedenen Punkte ohne Aufwerfung positiver Programme schiene ihm jetzt am zweckmässigsten. Auf eine Frage meinerseits, ob Kongress, Konferenz, oder keines von beiden ihm wahrscheinlich erscheine, schien er am ehesten für eine Botschafterkonferenz zu sein, nicht für den grossen Apparat eines Kongresses. Der Berliner Kongress verschwinde, aber wir brauchen nicht einen neuen derartigen Kongress aufzurichten. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 64 Nr. 118. Vgl. n. 4565, 4581.

Tel. nach Paris; Budapest, 21. Nov. 1912 Nr. 9 (chiffr. 3 U. p. m.). Siehe n. 4532.

Tel. nach Paris; Budapest, 21. Nov. 1912 Nr. 10 (chiffr. 6 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 4545.

Nr. 4543. Tel. aus Paris, 21. Nov. 1912 Nr. 150 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Herr Poincaré besprach heute die Frage eines serbischen Adriahafens und frug mich, ob es uns nicht möglich wäre, den serbischen Wünschen nach einem eigenen Hafen Rechnung zu tragen. Als rein persönliche Idee

erwähnte er folgende Kompromissmöglichkeit: Serbien erhält als Eigentum den Hafen von San Giovanni di Medua mit einem ganz schmalen Streifen Land, der Montenegro von Albanien trennen und an einem zu bestimmenden Punkte das neue serbische Gebiet erreichen würde. Der Hafen und der erwähnte Streifen müssten unter europäischer Garantie neutralisiert werden, daher keinerlei Befestigungen und keine militärischen Massnahmen, mithin auch keine serbische Kriegsflotte. Würde Serbien diesen Vorschlag, der seinen kommerziellen Bedürfnissen vollauf Rechnung trage, nicht akzeptieren, so würde es sich ins Unrecht setzen und die Unterstützung sämtlicher Mächte verlieren. Ich frug zuerst Herrn Poincaré, ob dies ein formeller Vorschlag sei und ob er von serbischer Seite ausgehe. Er verneinte dies entschieden, meinte aber, dass, wenn wir die Idee akzeptieren, Frankreich und England mit allem Nachdruck auf Serbien einwirken würden und sich Russland diesen Schritten anschliessen würde. Da Deutschland und Italien sicher einverstanden wären, könnten Serben diesem Druck nicht widerstehen. Ich sagte Herrn Poincaré, dass ich nicht in der Lage sei zu sagen, wie Euer Exzellenz über ein solches Projekt dächten. Der Standpunkt meiner Regierung sei ihm bekannt und hätte ich keinerlei Informationen, dass derselbe sich modifiziert habe. Als meine persönliche Ansicht sagte ich, dass ein so langer und schmaler serbischer Landstreifen wohl zu vielen Unzukömmlichkeiten führen würde, Schmuggel, Grenzüberschreitungen und so weiter. Herr Poincaré meinte, dass dies Sorge für Serbien und seine Nachbarn wäre. Ich machte ferner Herrn Poincaré aufmerksam, dass wir mit Serbien noch andere wichtige Fragen zu regeln hätten, Handelsbeziehungen, Verkehr mit Salonik etc. und dass diese Fragen nicht getrennt verhandelt werden könnten. Einen neutralisierten Hafen mit gesicherter Bahnverbindung ohne Landstreifen würden die Serben nach Ansicht Herrn Poincarés nicht akzeptieren. Der Gedanke, der den Ausführungen Herrn Poincarés zugrunde liegt, ist, wie ich indirekt vertraulich erfahre, italienischen Ursprungs. Als wichtig möchte ich hervorheben, dass Herr Poincaré die Idee eines einheitlichen Albaniens akzeptiert zu haben scheint. Er sagte, Durazzo würde ich nie als serbischen Hafen proponieren, denn damit wäre Albanien entzweigeschnitten. Bemerkenswert ist auch seine Erklärung, dass auch Russland bereit wäre, diese Lösung in Belgrad zu befürworten. Ich habe Herrn Poincaré zugesagt, dass ich seine Idee, er betonte, es sei kein Vorschlag, Euer Exzellenz unterbreiten werde und ich bitte um Weisung, was ich ihm sagen soll, falls er auf den Gegenstand zurückkäme. Gleichlautend Budapest. Szécsen.

a) Oe. U. Balkan 63 Nr. 117. Vgl. n. 4566, 4574, 4581, 4582, 4583, 4586.

Nr. 4544. Tel. nach Peking, 21. Nov. 1912 Nr. 51 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).a) Konz. (S. Musulin; G. Szápáry).

Streng vertraulich. Laut Zeitungsmeldungen hat der Abschluß des russisch-mongolischen Vertrages in Peking große Erregung gezeitigt und soll in Regierungskreisen ein bewaffneter Zusammenstoß mit Rußland in Rechnung gezogen werden. Ersuche Euer Hochwohlgeboren, mir Ihre Ansicht über die Situation und militärische Stärke Chinas zu telegraphieren. Berchtold.

a) Vgl. n. 4555, 4585.

Nr. 4545. Tel. nach Rom Nr. 19 (1), Berlin Nr. 21 (2), Paris Nr. 10 (3), London Nr. 11 (4) und St. Petersburg Nr. 15 (5); Budapest, 21. Nov. 1912 (chiffr. 6 U. 40 M. p. m.). Konz. (S. Nemes; G. Macchio).

An alle. Der italienische Geschäftsträger ist am 19. l. M. im k. und k. Ministerium des Äußern erschienen und hat im Auftrage seiner Regierung eine Meldung des königlichen Konsuls in Uesküb, der vor wenigen Tagen auf seinen Posten zurückgekehrt ist, mitgeteilt. Hienach weise das Verhalten der serbischen Zivil- und Militärbehörden gegenüber den fremden Vertretern eine stets unerträglicher werdende Arroganz auf. Die serbischen Truppen ergehen sich in Grausamkeiten gegenüber der mohammedanischen Bevölkerung. Serbische Rajahs veranstalten unter aktiver Mitwirkung des serbischen Militärs ein systematisches Gemetzel unter der nichtserbischen Bevölkerung. In Uesküb, Kumanova und Verisović sei eine große Anzahl von Mohammedanern niedergemacht und in den Fluß geworfen worden. Je weiter sich die militärischen Operationen der Serben ins Innere und in diejenigen Gebiete erstrecken, wo jede nationale Veranlassung für ihr Vordringen fehlt und je geringer der Widerstand ist, welchem die serbischen Truppen begegnen, desto ärgere Gewalttaten werden gegenüber der Bevölkerung verübt. Herr Cerruti fügte seiner Mitteilung die Bemerkung bei, daß er beauftragt sei anzufragen, ob diese Nachrichten mit unseren Informationen übereinstimmten. Dem Geschäftsträger wurde geantwortet, daß hier zwar keinerlei offizielle Nachrichten vorliegen, da der amtliche Verkehr mit unseren Konsulaten in den von Serben besetzten türkischen Territorien uns bekanntlich nicht offen stehe, daß aber die Informationen, welche ein in Belgrad eingetroffener Vertrauensmann des k. und k. Konsuls in Uesküb unserer dortigen Gesandtschaft geliefert habe,[a] mit der Meldung des italienischen Konsuls im vollen Einklange stehen.

2., 3., 4., 5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information mit dem Bemerken, daß es uns nur erwünscht sein kann, wenn die serbische Vorgangsweise den Arnauten gegenüber möglichst bekannt würde, wobei jedoch der Eindruck zu vermeiden wäre, als ob diese Nachrichten auf unseren Informationen basierten, und von uns tendenziös verbreitet würden.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 4435.

Nr. 4546. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters; Budapest, 21. Nov. 1912. Konz. (S. Schreibmaschine; V. und G. Berchtold).

Im Laufe unserer heutigen Unterredung machte mir der italienische Botschafter ausführliche Mitteilungen über eine lange Aussprache, die der italienische Geschäftsträger in St. Petersburg in der Frage des serbischen Adriahafens vor kurzem mit Herrn Sazonow gehabt habe. Der russische Minister des Äußern sei davon ausgegangen, daß Serbien erklärt habe, auf das Projekt einer Aufteilung Albaniens verzichten zu wollen; andererseits müsse Serbien aber auf der Abtretung eines Gebietsstreifens bestehen, welcher ihm die Möglichkeit einer Verbindung und eines débouché commercial zum Meere böte. Der Krieg sei nur dieses Prinzipes wegen geführt worden und die anderen Alliierten seien entschlossen, Serbien bei der

Verwirklichung dieser Forderung zu unterstützen. Rußland, England und Frankreich hätten in Belgrad zu verstehen gegeben, es komme Serbien nicht zu, diese Frage jetzt zur Diskussion zu stellen. Nach der Auffassung Herrn Sazonows sollte Serbien ein Gebietsstreifen konzediert werden, welcher längs der montenegrinischen Grenze nach San Giovanni di Medua führen würde; allerdings müßte sich Serbien verpflichten, auf diesem Territorium keinerlei Befestigungen zu errichten. Die Abtretung eines solchen Landstriches an Serbien wäre nach Ansicht Herrn Sazonows auch vom ethnischen Standpunkte aus unbedenklich, da jene Gegend nicht von Albanesen, sondern von Serben bewohnt sei. Allerdings würde diese Lösung der Frage bedeuten, daß das restliche Albanien Österreich-Ungarn und Italien vollkommen überlassen werde, was für Rußland ein umso größeres Opfer darstelle, als hiedurch die zahlreiche in jenen Gebieten wohnende orthodoxe Bevölkerung preisgegeben würde. Sollte Österreich-Ungarn den Versuch unternehmen, diese Lösung zu verhindern, so müßte dies so aufgefaßt werden, als ob Österreich-Ungarn für die Türkei und gegen die christlichen Balkanstaaten Partei nehmen wollte. Auf die Bemerkung des italienischen Geschäftsträgers, daß Österreich-Ungarn der projektierten Lösung der Frage kaum zustimmen werde, habe Herr Sazonow erwidert, der Entschluß Rußlands sei unabänderlich, die russische Regierung müsse ihre Zustimmung zur Abtretung Albaniens an Österreich-Ungarn und Italien von der Zession jenes Gebietsstreifens an Serbien abhängig machen.

Nr. 4547. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters; Budapest, 21. Nov. 1912. Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Herzog Avarna hat mir heute, als ich das Gespräch der Frage der internationalen Stellung Albaniens zuwandte, mitgeteilt, Marquis di San Giuliano habe ihn, was das künftige Staatsoberhaupt Albaniens anbelangt, kürzlich dahin informiert, daß für Italien weder ein Prinz aus dem türkischen Kaiserhause noch ein Mitglied der Familie des Khediven, welch letztere den Italienern in Libyen Schwierigkeiten bereitet hätten, akzeptabel wäre. Herr Barrère habe dem italienischen Minister die Idee nahegelegt, er möge auf den Anschluß des zu kreierenden albanesischen Staates an den Balkanbund hinwirken. Auf die Frage Herzog Avarnas, wie ich mich zu diesem Gedanken verhalte, erwiderte ich, daß die von uns in Aussicht genommene Neutralisierung Albaniens einen solchen Anschluß wohl ausschließe.

Nr. 4548. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters; Budapest, 21. Nov. 1912.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Herzog Avarna hat mich heute nochmals aufgesucht, um mir im Auftrage Marquis di San Giulianos mitzuteilen, daß der Minister mit Befriedigung von unserer Auffassung und unseren Intentionen betreffend Albanien Kenntnis genommen habe und mit ihnen einverstanden sei. Ebenso finde er, daß die von uns in Aussicht genommenen Modalitäten, um Serbien einen wirtschaftlichen débouché an der Adria zu sichern (bosnische Transversalbahn — Metković, Donau-Adriabahn — Antivari oder San Giovanni

di Medua, letzteres als Freihafen), eine ausgezeichnete Basis für weitere Verhandlungen abgeben. Speziell im Vergleiche zu der von dem italienischen Geschäftsträger in St. Petersburg gemeldeten Sprache Herrn Sazonows könne San Giuliano die große Mäßigung und Konzilianz unserer Haltung nur anerkennen. San Giuliano sei gerne bereit, so viel an ihm liege beizutragen, damit eine Spannung vermieden werde und stelle sich uns zu diesem Zwecke zur Verfügung. Ich dankte dem Botschafter vorläufig für diese Mitteilungen und stellte ihm in Aussicht, nach meiner Rückkehr nach Wien darauf zurückzukommen. Herzog Avarna erwähnte schließlich noch, der italienische Gesandte in Belgrad habe im Auftrage Marquis di San Giulianos der serbischen Regierung nahegelegt, angesichts der großen Mäßigung und des Entgegenkommens Österreich-Ungarns eine entsprechende Haltung einzunehmen und vor allem in der Frage der Konsuln größte Konzilianz und Rücksicht zu zeigen, da die Monarchie sonst von vorneherein sich nicht auf irgendwelche Pourparlers einlassen könnte.

[a]) Vgl. n. 4616.

Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters; Budapest, 21. Nov. 1912. Siehe n. 4533.

Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 21. Nov. 1912 Nr. 14 (chiffr. 3 U. p. m.). Siehe n. 4532.

Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 21. Nov. 1912 Nr. 15 (chiffr. 6 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 4545.

Nr. 4549. Tel. aus St. Petersburg, 21. Nov. 1912 Nr. 233 (eing. 22. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Wie Euer Exzellenz sich erinnern werden, habe ich Herrn Sazonow gleich nach meiner Rückkehr vom Urlaub gesagt, Seine k. u. k. Apostolische Majestät habe mich zu beauftragen geruht, im Falle dass ich Gelegenheit hätte, Seine Majestät den Kaiser Nikolaus zu sehen, Höchstdemselben Grüsse unseres Allergnädigsten Herrn zu überbringen. Herr Sazonow hat diese Mitteilung damals mit Freuden begrüsst und mir zugesagt, Kaiser Nikolaus hievon zu verständigen, der mich nach seiner Rückkunft gewiss gleich empfangen werde, um mir Gelegenheit zu geben, mich dieser Allerhöchsten Message zu entledigen. Heute, nachdem der Zar seit zwei Tagen in Zarskoeselo zurück ist, teilt mir Herr Sazonow, ohne dass ich ihm gegenüber seither auf den Gegenstand zurückgekommen wäre, mit, dass Höchstderselbe mich Dienstag den 13./26. d. M. mittags empfangen werde. Aus Vorstehendem scheint mir klar hervorzugehen, dass, wie immer die Stimmung des Kaisers in letzter Zeit in Spala gewesen sein mag, (vide meinen heutigen Bericht Nr. 46 A) er gegenwärtig jedenfalls friedlich gesinnt ist; dies dürfte wohl dem seit seiner Rückkehr wieder möglich gewordenen direkten Einfluss Ministerpräsidenten und Sazonows zum grossen Teil zu danken sein. In Anbetracht des Umstandes, dass seit dem Zeitpunkt, wo unser Allergnädigster Herr mir seine Grüsse für Kaiser Nikolaus aufzutragen geruht hatte, bereits ein an politischen Ereignissen überaus reicher

längerer Zeitraum verflossen ist, gestatte ich mir die Anfrage, ob Euer Exzellenz nicht eventuell neuerlich Allerhöchste Befehle Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät im Gegenstande einholen wollen. Gleichlautend Budapest. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4550, 4600.

Nr. 4550. Bericht aus St. Petersburg, 8./21. Nov. 1912 Nr. 46 A (eing. 23. Nov.).[a]) Ausfert.

Die Haltung der hiesigen Regierung gegenüber der durch den Balkankrieg geschaffenen Lage hat im Laufe der Zeit verschiedene Wandlungen erfahren. Während zu allem Anfange eine gewisse Unzufriedenheit mit den Balkanstaaten unverkennbar war, die ohne die Erlaubnis, ja gegen den Rat Russlands, den Krieg erklärt hatten, hat diese Stimmung unter dem Eindrucke der beispiellosen Erfolge der „slavischen Brüder", welche in der ganzen öffentlichen Meinung Russlands ein lautes Echo fanden, sehr rasch ins Gegenteil umgeschlagen. Während es früher hiess, die Balkanstaaten sollen das Bad nur selbst ausgiessen, das sie sich bereitet hatten, lautet die Parole jetzt, man dürfe den Siegern nicht die Früchte ihrer Siege streitig machen. Da aber gerade die Interessen der Monarchie, die für die Errichtung eines autonomen Albaniens und gegen die Zulassung der Serben an die Adria sprechen, sich der vollen Ausnützung der Siege der Balkanstaaten hindernd in den Weg stellen, hat sich hier nach und nach eine immer wachsende Animosität gegen die Monarchie herausgebildet. Anfangs schien die Regierung sich von dieser populären Strömung nicht mitreissen lassen zu wollen, sondern nach einem Ausweg zu suchen, wie die berechtigten Wünsche Serbiens mit den Interessen der Monarchie in Einklang gebracht werden könnten. Herr Sazonow glaubte und ist auch heute noch der Überzeugung, dass die Lebensinteressen der Monarchie dadurch nicht geschädigt würden, wenn Serbien der Hafen von San Giovanni di Medua mit einem schmalen Zugangsstreifen überlassen würde; besonders wenn an diese Cedierung die Bedingung geknüpft würde, dass dieser Hafen nicht befestigt werden dürfe und auch den Serben die Haltung einer Kriegsflotte vertragsmässig untersagt werde. Auf dieser Basis, meint Herr Sazonow, dass ein Ausgleich zwischen den viel weiter gehenden serbischen Wünschen, die sich auf Erwerbung eines grossen Teiles von Albanien mit mehreren Häfen erstrecken, und dem Standpunkte der Monarchie, welche den Serben überhaupt keinen eigenen Zugang zum Meere zuerkennen will, gesucht werden sollte. Diesen Standpunkt hat Herr Sazonow schon seit längerer Zeit verfochten und kam er in allen seinen Unterredungen mit mir immer wieder hierauf zurück; auch liess er gelegentlich durchblicken, dass von der Art und Weise, wie sich die Monarchie dieser Frage gegenüber stellen würde, die weitere Entwicklung unserer gegenseitigen Beziehungen wesentlich abhängen würde. (vide mein gehorsamstes Telegramm vom 5. November/23. Oktober l. J. Nr. 214.) Dann kam ganz unvermittelt und plötzlich eine nachgiebige Stimmung bei der russischen Regierung zum Durchbruch, die sich aber nur einige wenige Tage erhielt. Es war dies nach der

taktlosen Äusserung des serbischen Geschäftsträgers in Berlin, die hier geärgert hatte. Es wurde nicht nur die Sprache des erwähnten Diplomaten hier in der nachdrücklichsten Weise desavouiert, sondern man gieng sogar so weit, auch der Presse gegenüber in offiziöser Form durchblicken zu lassen, dass Russland sich mit den serbischen Hafenwünschen keineswegs so weit identifiziere, dass hiedurch eine Spannung in den russischen Beziehungen zur Monarchie eintreten könnte. In diese Phase fällt auch meine mit Telegramm vom 10. d. M./28. v. M. Nr. 220 gemeldete Unterredung mit Herrn Kokowzow, in der der Herr Ministerpräsident mir geradezu als von sich ausgehend den Vorschlag machte, die Lösung der Differenzen in der Weise zu suchen, dass Serbien der wirtschaftliche Ausgang zum Meere durch Errichtung eines Freihafens in San Giovanni di Medua und Gewährung gewisser Garantien für Serbien auf der dahin zu erbauenden Bahnstrecke gewährt würde. Auch Herr Sazonow gab in einer Unterredung, die er mit mir am selben Tage hatte, ebenso wie in einer Konversation mit meinem deutschen Kollegen, wenn auch sichtlich ungern, zu, dass vielleicht auf dieser Basis eine Lösung gefunden werden könnte, — allerdings mit der Einschränkung: „si toutefois la Serbie l'accepte". (Mein Telegramm vom 10. November/28. Oktober l. J. Nr. 221.) Auch sagte mir der Herr Minister des Äussern damals zu, bei der serbischen Regierung seinen Einfluss in dieser Richtung geltend zu machen. Ich habe auch Grund zu glauben, dass Herr Sazonow dem hiesigen serbischen Gesandten in diesem Sinne gesprochen hat und wohl auch entsprechende Instruktionen an die eigene Gesandtschaft hat ergehen lassen. Aber schon wenige Tage später war bei Herrn Sazonow eine völlige Änderung der Auffassung eingetreten. Was hiezu die unmittelbare Ursache gewesen sein mag, ist schwer mit einiger Sicherheit zu sagen. Es dürften da aber sehr verschiedene Umstände mitgewirkt haben. Zunächst ist es nach allem, was über die Person Herrn von Hartwigs bekannt ist, ausserordentlich wahrscheinlich, dass dieser nicht blos keineswegs versucht hat, auf die serbischen Staatsmänner beruhigend und mässigend einzuwirken, sondern dass er auch durch seine Berichterstattung Herrn Sazonow zu überreden gewusst hat, dass es im Interesse des Prestiges Russlands in Serbien notwendig sei, dieses stärker zu unterstützen. Jedenfalls kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die russische Regierung gegenwärtig jenen Kompromiss, der mir von Herrn Kokowzow geradezu als dessen eigener Vorschlag präsentiert wurde, durchaus nicht mehr als genügend ansieht. Herr Kokowzow selbst wollte seinen Vorschlag nicht mehr als solchen gelten lassen und stellte mir denselben in unserer Konversation vom 15. 2. d. M. als eine blos rein persönliche und durchaus unverbindliche Idee hin (mein Telegramm vom 15./2. d. M. Nr. 226.) Herr Sazonow, der von Anfang an dieser Art der Lösung weniger sympathisch gegenüber gestanden war, bezeichnete sie nun dem deutschen Botschafter als ganz ungangbar und erwiderte auf dessen Bemerkung, er, Sazonow, selbst habe sie als den vielleicht möglichen Ausweg bezeichnet: „que voulez vous, il n'y a rien à faire puisque les Serbes ne l'acceptent pas". Einen besonders gefährlichen Charakter nimmt diese Wendung der Angelegenheit durch die seit Wochen hier betriebenen intensiven militärischen

Vorsichtsmassregeln an. Wenngleich auch von einer Mobilisierung im eigentlichen Sinne des Wortes noch nicht gesprochen werden kann, lassen es die verschiedenen Meldungen über teils kontrollierbare, teils allerdings auch unkontrollierbare Gerüchte, welche alle auf intensive militärische Vorbereitung schliessen lassen, keinen Zweifel darüber bestehen, dass Russland für alle Fälle militärisch parat sein will, um gegebenen Falles seinem Worte den entsprechenden Nachdruck geben zu können. Hieraus den Schluss ziehen zu wollen, dass die russische Regierung direkt auf einen Krieg mit der Monarchie hinarbeitet, wäre gewiss zu weit gehend; aber andererseits ist es leider war, dass man sich hier immer mehr mit diesem Gedanken als mit einer durchaus nicht unwahrscheinlichen Eventualität auch in solchen Kreisen zu befreunden beginnt, die noch vor Kurzem diesen Gedanken mit Entrüstung zurückgewiesen hätten. Herr Kokowzow ist gewiss auch heute noch ein eifriger Advokat einer friedlichen Lösung, und auch Herr Sazonow wäre zweifelsohne glücklich, wenn die gegenwärtige Krise auf friedlichem Wege bereinigt werden könnte. Es gibt aber, wie ich schon wiederholt auszuführen mir erlaubte, gewisse Eventualitäten, denen gegenüber es verhängnisvoll wäre, auf die Friedensliebe der russischen Regierung zu sehr zu rechnen. Ein wertvoller Bundesgenosse des Friedens ist hier allerdings der Minister des Innern, der aus Furcht vor inneren Unruhen, welche im Gefolge eines äusseren Krieges ausbrechen könnten, einen solchen für sehr gefährlich hält. Ob er aber gegenüber den anderen Stimmen sich unter gewissen Eventualitäten würde durchsetzen können, erscheint mir ausserordentlich fraglich. Ausserdem werden gerade jetzt mit ziemlicher Insistenz Nachrichten kolportiert, welche im Zusammenhange mit dem Ausfalle der Dumawahlen, von seinem demnächst bevorstehenden Rücktritt wissen wollen. Einen bestimmten Schluss zu ziehen, ist aber auch schon deshalb nicht möglich, weil über die gegenwärtige Stimmung des einzig wirklich massgebenden Faktors, Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus, eine authentische Information nicht zu erlangen ist. Gewisse unverbürgte Nachrichten, die mir ebenso wie meinem deutschen Kollegen von verschiedener Seite zugekommen sind, liessen aber darauf schliessen, dass der Zar, welcher bis vor Kurzem unbedingt auf einer friedlichen Lösung der Krise bestanden haben soll, nunmehr einigermassen umgestimmt worden sei. Hiezu hätte in erster Linie der Aufenthalt des Grossfürsten Nikolaus Nikolajewitsch in Spala sowie eine Audienz des Kriegsministers beigetragen, der erklärt haben soll, die Armee sei vollständig fertig und es könne, insoweit diese in Betracht komme, jede Politik gemacht werden. Einen sehr üblen Einfluss dürfte auf Seine Majestät auch die Anwesenheit des berüchtigten Rasputin ausgeübt haben, der anlässlich der Erkrankung des Thronfolgers aus seiner Verbannung wieder an den Hof berufen wurde, und dessen Gebeten Ihre Majestät die Kaiserin die Genesung Höchstihres einzigen Sohnes zweifellos zu verdanken wähnt. Dass Rasputin sich schon wiederholt zu allerlei Intriguen hergegeben hat und dass er namentlich von den beiden montenegrinischen Grossfürstinnen wiederholt benützt zu werden pflegte, um im Wege der Kaiserin auf den Zaren einzuwirken, ist Euer Exzellenz ja bekannt. Es wird nun erzählt, Rasputin hätte vor Kurzem einen Traum

gehabt, in welchem ihm die „Rossyja“ in voller Rüstung erschienen sei; plötzlich habe sie ihr Schwert gezogen und damit begeistert nach allen Richtungen herumgeschlagen. Dass angebliche Träume intriganter Fanatiker einen Einfluss auf die politischen Entschliessungen eines mächtigen Monarchen ausüben können, erscheint einem westlichen Verstand vielleicht unbegreiflich, aber dass dem in Russland so sein kann, werden Euer Exzellenz aus Hochdero hiesigen Erfahrungen gewiss bestätigen. Eine Bürgschaft für die Authentizität der erwähnten Meldungen über eine angebliche Erschütterung der friedlichen Stimmung des Kaisers Nikolaus, sowie insbesondere über die Rolle, die hiebei angeblich Rasputin gespielt haben soll, vermag ich allerdings nicht zu bieten, doch haben sie zum Mindesten eine gewisse innere Wahrscheinlichkeit für sich. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4549, 4588.

Nr. 4551. Privatschreiben an den Sektionschef Grafen Friedrich Szápáry aus St. Petersburg, 8./21. Nov. 1912.)[a]) Ausfert.

Wenn ich auch vollständig begreife, dass der Minister in der jetzigen ernsten Zeit, in der ausserdem noch die Delegationen ihr Unwesen treiben, so beschäftigt ist, dass ihm zu einer Correspondenz mit seinen Botschaftern keine Zeit bleibt, so ist es doch für diese, und unter ihnen vielleicht am meisten für mich hier in Petersburg, ausserordentlich unangenehm und versetzt mich alle Augenblicke in die peinlichste Lage, dass ich über die jeweilige politische Lage sowie über die Absichten des Ministers und der Regierung so gar nicht auf dem Laufenden erhalten werde. Um einige concrete Beispiele anzuführen, habe ich nie die geringste Andeutung über das Ergebnis der Entrevue in San Rossore und über die dort etwa getroffenen Abmachungen, die doch gerade mit Bezug auf die serbische Hafenfrage von grosser Wichtigkeit sein dürften, noch über den Budapester Besuch des Herrn Danew erhalten, etc. etc. etc. Auch auf meine Berichterstattung ist nie in irgend einer Weise reagiert worden und ich tappe diesbezüglich vollständig im Dunkeln herum. Seit meiner Rückkehr habe ich überhaupt weder einen politischen Erlass noch ein orientirendes Privatschreiben erhalten, und die einzige Directive war ein Circulartelegramm über unsere Haltung in der albanischen Frage, das aber auch schon 14 Tage alt ist und in dem daher alles seither passirte keine Berücksichtigung finden konnte; einige, specielle Angelegenheiten behandelnde Telegramme konnten mir über die allgemeine Lage auch kein Bild geben. Was endlich die mit den Courieren einlangenden politischen Mitteilungen anbelangt, so sind sie meistens de l'historie ancienne und haben höchstens ein gewisses historisches Interesse. Wie können auch an sich vielleicht ganz interessante Berichte actuelles Interesse bieten, wenn in einer Zeit, wo die Ereignisse sich derart überstürzen, zum Beispiel am 18. November hier einlangende Mitteilungen durchschnittlich aus der Zeit um den 26. October stammen?! Da wie gesagt der Minister selbst viel zu beschäftigt ist, um an solche Dinge denken zu können, wäre ich Dir ungeheuer dankbar, wenn Du, der Du ja in seine Absichten und Gedanken am Besten eingeweiht bist, mir ab und zu, ent-

weder selbst oder durch einen der Herren aus dem Cabinet, einige Nachrichten auf privatem Wege zukommen lassen wolltest. Ich wäre auch darüber sehr interessirt, wie meine bisherige Berichterstattung von der ich sehr gut weiss, dass sie nicht immer von denselben Voraussetzungen ausgeht, die im hohen Ministerium Geltung haben, dort aufgenommen wurde. Bitte sich diesbezüglich gar nicht zu geniren und mir crûment die Wahrheit zu sagen; ich habe diesbezüglich eine sehr dicke Haut. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4711.

Nr. 4552. Tel. nach Sofia; Budapest, 21. Nov. 1912 Nr. 10 (chiffr. 4 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Macchio).

Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 369 vom 19. l. M. erhalten. Euer Hochgeboren wollen fortfahren, in Ihren Gesprächen mit den bulgarischen Ministern für eine Verständigung mit Rumänien auf der Basis einer Grenzregulierung einzutreten und speziell betonen, daß ein freundschaftliches Verhältnis zum benachbarten Königreiche wohl die im Verhältnis zu dem bevorstehenden Gebietszuwachs minimalen territorialen Konzessionen, die hiefür notwendig seien, wert wäre. Euer Hochgeboren können hinzufügen, daß wir auch in Bukarest stets für eine freundliche Regelung der Frage eintreten. Wir hoffen, daß die Mission Herrn Danews zu diesem im beiderseitigen Interesse gelegenen Resultat führen werde. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 65 Nr. 120. Vgl. n. 4527, 4567, 4568.

Nr. 4553. Tel. nach Sofia; Budapest, 21. Nov. 1912 Nr. 11 (chiffr. 4 U. 20. M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Macchio).

Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 360—362[a]) und 364[a]) erhalten. Ich billige vollkommen die Sprache, die Euer Hochgeboren Herrn Spalajković gegenüber geführt haben und bin auch mit Ihren diesbezüglichen Mitteilungen an Grafen Bosdari durchaus einverstanden. Eine Wiederanknüpfung der Konversation mit dem serbischen Gesandten von Seite Euer Hochgeboren halte ich nicht für wünschenswert; Euer Hochgeboren wollen sich daher unter Aufrechterhaltung Beziehungen Herrn Spalajkovic gegenüber rein rezeptiv verhalten. Berchtold.

[a]) Vom 17. u. 18. Nov.

Nr. 4554. Tel. nach Sofia; Budapest, 21. Nov. 1912 Nr. 12 (chiffr. 8 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 363 vom 18. l. Mts. Mit Rücksicht auf den Umstand, dass Herr Danew sich demnächst nach Bukarest begeben soll und sich möglicherweise im Sinne Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 351 und 352 vom 14. l. Mts. über seine Eindrücke bezüglich der Auffassungen S. k. u. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Franz Ferdinand aussprechen könnte, schiene es mir wünschenswert, daß Euer Hochgeboren eine Gelegenheit finden, um den Kammerpräsidenten noch vor seiner Abreise und ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, in Betreff

der beiden von ihm anlässlich der Audienz bei dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Thronfolger missverstandenen Punkte entsprechend aufklären.

Berchtold.

a) Vgl. n. 4567, 4570, 4778, 4825.

Nr. 4555. Tel. nach Tokio, 21. Nov. 1912 Nr. 18 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Musulin; G. Szápáry).*

Streng vertraulich. Hiesige Zeitungen bringen Nachrichten über große Erregung in China wegen Abschlusses des mongolisch-russischen Vertrages; angeblich bereite man sich in China auf bewaffneten Zusammenstoß vor. Ersuche Euer Exzellenz, mir Ihre Ansicht über die Stellungnahme Japans bei einem eventuellen russisch-chinesischen Kriege, der wohl in der Mandschurei ausbrechen würde, zu telegraphieren. Berchtold.

a) Vgl. n. 4544, 4590.

Nr. 4556. Tel. aus Belgrad, 22. Nov. 1912 Nr. 247 (eing. 6 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Aus einer Besprechung mit meinem bulgarischen Kollegen entnehme ich, daß in Sofia lebhafte Verstimmung gegen Russland herrscht. Man will russischem Einfluß zuschreiben, wenn nicht alle bulgarische Wünsche befriedigt werden können. Herr Toscheff glaubt, daß im Friedensschlusse der Türkei ein größeres Gebiet (vielleicht bis zur Linie Kirkkilisse—Dedeagatsch) wird belassen werden müssen. Die Reibungen unter den Verbündeten dauern fort, namentlich zwischen Bulgaren und Griechen. Mit Serben hoffen die Ersteren leichter fertig zu werden. Eine bessere Disposition für dieselben könnte ich nicht konstatieren; die Serben ihrerseits besprechen anscheinend mit Neid das immer besser werdende Verhältnis zwischen Wien und Sofia. Ugron.

a) Oe. U. Balkan 66 Nr. 122. Vgl. n. 4557.

Nr. 4557. Tel. aus Belgrad, 22. Nov. 1912 Nr. 248 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm No. 247 von heute. Nach dem russischen Plan soll angeblich die Maritza die Grenze des neuen Bulgarien werden. Adrianopel würde eventuell türkisch bleiben oder geschleift werden. Es heißt, daß in St. Petersburg ein Umschwung zu Gunsten der Türkei eingetreten sei und man dort auch die von Griechen besetzten Inseln denselben nicht belassen will. Bulgaren und Griechen sind sehr besorgt, weil man ernstlich an die Neutralisierung Saloniks denkt. Ugron.

Nr. 4558. Tel. aus Belgrad, 22. Nov. 1912 Nr. 249 (eing. 6 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Für Informationsbureau. Der russische Journalist Nicolas Gasfeld-Chevalier hat mir seine Dienste angetragen, beruft sich auf seine Beziehungen zu Petersburger Botschaft, namentlich auf Seine Exzellenz Herrn Minister und Herrn von Szilassy. Ich bitte um telegraphische Information.

Ugron.

a) Vgl. n. 4604.

Nr. 4559. Tel. aus Berlin, 22. Nov. 1912 Nr. 274 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Seine k. u. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Franz Ferdinand, Höchstwelcher heute bei seiner Ankunft von Kaiser Wilhelm am Bahnhof feierlich empfangen wurde, ersuchte mich, Euer Exzellenz zu melden, dass er von seiner Unterredung, welche Höchstderselbe gleich nach seinem Eintreffen mit Kaiser Wilhelm hatte, in jeder Beziehung außerordentlich befriedigt sei. Er hätte sich neuerdings überzeugen können, dass wir auch diesmal auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen können. Kaiser Wilhelm habe ihn versichert, dass, wenn es sich um das Prestige Österreich-Ungarns handle, er sich nicht einmal vor einem Weltkrieg fürchten würde und bereit wäre, in einen Krieg mit sämtlichen drei Ententemächten einzutreten. Über Serbiens Verhalten habe sich deutscher Kaiser in den schärfsten Ausdrücken ausgesprochen. Seine k. u. k. Hoheit habe hiebei betont, dass Österreich-Ungarn unter keiner Bedingung diesem Lande einen Adriahafen zugestehen könne. Auch die Konferenzidee wurde von den beiden höchsten Herrn besprochen. Kaiser Wilhelm hätte sich in dieser Beziehung dahin ausgesprochen, dass er im äußersten Falle nur einer Registrierungskonferenz und auch einer solchen nur ungern zustimmen würde. Nach der Rückkehr von der Jagd in Springe werde ich den Herrn Erzherzog noch sprechen. Szögyény.

[a] Vgl. n. 4594, 4606.

Nr. 4560. Tel. aus Berlin, 22. Nov. 1912 Nr. 275 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Vertraulich. Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm No. [b] de dato Budapest, 19. d. M. und Nr. 160 vom 22. d. M. Eine Richtigstellung habe ich nicht für notwendig erachtet, da ich in meinen Unterredungen mit dem Staatssekretär immer den Standpunkt vertreten habe, dass wir weder jetzt noch in einem späteren Zeitpunkte geneigt wären, einer serbischen Erwerbung San Giovanni di Meduas oder einer Lostrennung dieses Hafens von Albanien bei der seinerzeitigen Neuregelung der Dinge am Balkan zuzustimmen. Auch heute habe ich diese Frage wiederum mit Herrn von Kiderlen besprochen, bei welcher Gelegenheit er mir versicherte, dass ihm der von uns eingenommene Standpunkt genau bekannt sei, dass er es aber für sehr angezeigt hielte, wenn Euer Exzellenz hierüber den Kabinetten von London, von Paris, von Petersburg und auch von Rom eine kategorische Erklärung ehestens zukommen ließen. Nach hier eingetroffenen Nachrichten sei man insbesonders in London und in Paris im Zweifel darüber, ob die k. u. k. Regierung nicht dennoch in dieser Frage nachgeben würde. Selbstverständlich werde Deutschland uns in dieser Angelegenheit, welche nach Auffassung des Staatssekretärs für Österreich-Ungarn eine Frage des Prestiges sei, nachdrücklichst unterstützen. Szögyény.

[a] Vgl. n. 4581. — [b] Chiffre fehlt. Wohl Nr. 19; vgl. n. 4494.

Nr. 4561. Tel. nach Bukarest; Budapest, 22. Nov. 1912 Nr. 8 (chiffr. 4 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 75 vom 21. l. M. Graf Tarnowski telegraphiert mir unter dem 20. l. M. wie folgt: „Ich appellierte erneuert an Herrn Guéchow, daß ... *wie n. 4527 von „Bulgarien Rumänien gegenüber" bis „s'y decider"* ... Ich teile vollkommen die in Euer Durchlaucht obzitiertem Telegramme wiedergegebene Auffassung und habe den k. u. k. Gesandten in Sofia beauftragt, auch weiter in seinen Gesprächen mit den bulgarischen Ministern für eine Verständigung mit Rumänien auf der Basis einer Grenzregulierung einzutreten und speziell zu betonen, daß freundschaftliche Beziehungen zum benachbarten Königreiche wohl die im Verhältnis zu dem bevorstehenden Gebietszuwachs minimalen territorialen Konzessionen, die hiefür notwendig seien, wert wären. Graf Tarnowski wurde weiters angewiesen dahin zu wirken, daß die projektierte Reise Herrn Danews nach Bukarest, von welcher wir ein im beiderseitigen Interesse gelegenes Resultat erhoffen, keine allzugroße Verzögerung erleide. Vorstehendes zu Euer Durchlaucht streng vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache Seiner Majestät König Carol und dem Minister des Äußern gegenüber. Berchtold.

Nr. 4562. Tel. aus Bukarest, 22. Nov. 1912 Nr. 76 (eing. 7 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 6 vom 20. dieses Monats. Inhalt desselben Seiner Majestät König Karl entsprechend durch Herrn Majoresco mitteilen lassen. Minister des Äußern stellte mir in Aussicht, nach Rücksprache mit Seiner Majestät dem König mir die Wünsche Rumäniens betreffs Grenzregulierung näher zu präzisieren, sprach aber gleich Ersuchen aus, Euer Exzellenz mögen in Sofia keinen Gebrauch von diesen genauen Informationen machen, da er befürchtet, bulgarische Regierung würde es falsch auffassen, in erster Hand darüber durch Dritten aufgeklärt zu werden. Eingeholten Erkundigungen zufolge ist Deputation hier ansässiger Albanesen Durazzo abgegangen, dieselbe soll keine Fühlung mit Regierung gehabt haben. Rumänische Regierung hat allerlebhaftestes Interesse an Bildung selbständigen Albaniens wegen der dort ansässigen Macedo-Walachen, die hier von Regierung patronisierte Komitees besitzen und deren Schulen und Bestrebungen Regierung jährlich mit 7—800.000 Lei unterstützt. Rumänischer Generalkonsul in Monastir ist mit Vertretung macedo-rumänischer Interessen betraut. K. E. Fürstenberg.

Nr. 4563. Tel. aus Bukarest, 22. Nov. 1912 Nr. 77 (eing. 23. Nov. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Minister des Äußern teilt mir eben mit, dass Herr Danew, unter Vorbringung von Entschuldigung wegen Verspätung seines Kommens, seine Ankunft für die allernächsten Tage in Aussicht gestellt hat. Für Montag hat sich türkischer Botschafter in Berlin und designierter Friedensunterhändler bei Seiner Majestät zur Audienz gemeldet. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 4536.

Nr. 4564. Tel. aus Cetinje, 22. Nov. 1912 Nr. 176 (eing. 23. Nov. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Es ist hier aufgefallen und wird kommentiert, dass Deutschland bisher unsern und italienischen Schritt bezüglich Albaniens nicht unterstützt hat. Bei der ausgesprochen serbophilen Gesinnung des hiesigen deutschen Gesandten, der ganz unter dem Einflusse des Königs steht, schiene es wünschenswert, daß derselbe einschlägige Instruktionen seiner Regierung erhielte. Giesl.

[a]) Vgl. n. 4648, 4703, 5979.

Nr. 4565. Bericht aus London, 22. Nov. 1912 Nr. 56 A (eing. 25. Nov.). Ausfert.

Wie mit Telegramm Nr. 114 vom 21. l. Mts. gemeldet, hatte ich gestern Nachmittag wieder eine Unterredung mit Sir E. Grey. Der Staatssekretär sprach sich sehr erfreut darüber aus, dass nunmehr die serbische Regierung in der Frage des k. u. k. Konsuls in Üsküb zur Einsicht gekommen zu sein scheint. Die serbischerseits bisher eingenommene Haltung bezeichnete er als unbegründet und provokatorisch. Sir Edward anerkennt vollständig die ausserordentlich massvolle Vorgangsweise, welche Euer Exzellenz darin, wie überhaupt während der gegenwärtigen Krise befolgt haben. Von einzelnen meiner Kollegen höre ich, dass auch ihnen gegenüber im Foreign Office der weisen Mässigung und dem konzilianten Tone der k. u. k. Regierung volle Anerkennung gezollt wird. Der Premierminister, den ich vor 2 Tagen begegnete, sprach mir in ähnlicher Weise und machte die Bemerkung „Es ist ein wahres Glück für uns Alle, dass Graf Berchtold so viel kluge Zurückhaltung und Geduld zeigt." Als Mr. Asquith mir von seiner bekannten Rede in der Guildhall (keine vereinzelten Fragen schon jetzt in die Discussion zu ziehen) sprach, sagte ich ihm, dass ich von den friedlichen Absichten überzeugt sei, die seinen Erklärungen zu Grunde lagen, dass dieselben aber leider an gewissen Stellen unrichtig interpretiert und als eine Ermunterung angesehen werden könnten. Er schien davon überrascht und meinte, es sei doch unmöglich, seiner Rede einen anderen Sinn beizulegen als den der Beruhigung. Ich war in der Lage, dem Premierminister eine mir wiedergebrachte Äusserung des serbischen Vertreters Herrn Gruitch mitzuteilen. Derselbe hat bei dem Banquet in der Guildhall, als ihn Jemand — der es mir wiederholte — auf die Rede Mr. Asquiths aufmerksam machte, geantwortet „das bezieht sich nicht auf uns, das bedeutet eher eine Warnung an Österreich-Ungarn". Der Premierminister schien davon frappiert und meinte, in Belgrad müsse man wissen, dass Sir E. Grey die dortigen Strömungen, welche auf Friedensstörungen gerichtet sind, nicht unterstützen werde. Ich erwiderte, dass ich mit Genugtuung vom Herrn Staatssekretär selbst wisse,[a]) dass er in warnender Weise in Belgrad gesprochen habe. Meine gestrige Konversation mit Sir E. Grey war allgemeiner Natur, da ich, seitdem ich in der Lage war, ihm die Gesichtspunkte mitzuteilen, welche für die fernere Gestaltung unserer Balkanpolitik massgebend sein würden, keine weiteren Instruktionen erhalten

hatte, die mir Anlass zu einer näheren Erörterung einzelner Punkte bieten würden. Ich legte nach wie vor das grösste Gewicht auf die Autonomie Albaniens und auf die Sicherung unserer wirtschaftlichen Interessen unter den veränderten Umständen am Balkan. Der Herr Staatssekretär sprach wieder von den serbischen Aspirationen nach einem Hafen am adriatischen Meere und meinte, diese Frage würde sich vielleicht darauf reduzieren lassen (would narrow down), dass Serbien sich zufrieden geben würde, einen schmalen Landstreifen — natürlich nicht mitten durch Albanien — aber eventuell der montenegrinischen Grenze entlang zu besitzen, der zu einem neutralisierten Hafen führen würde, welcher unter Garantie der Mächte niemals in einen Kriegshafen umgewandelt werden könnte. Eine Eisenbahn könnte über diesen schmalen Landstreifen geführt werden. Wenn der Bau derselben kostspielig und schwierig wäre, so sei dies schließlich Sache der Serben. Würde eine derartige Lösung in Wien als ganz unannehmbar angesehen werden? Ich erwiderte, indem ich auf die Gefahr hinwies, dass Serbien zum Schutze dieser Eisenbahn immer weitere territoriale Ansprüche erheben könnte, dass dies eine Quelle fortwährender Friktionen bilden würde etc. Auch verfehlte ich nicht, abermals zu betonen, dass wir nicht zugeben könnten, dass die Serben jetzt Hafenplätze an der Adria besetzen, um damit faits accomplis zu schaffen und sich auf das droit de conquête zu berufen, ohne rechtzeitig uns dagegen zu verwahren. Diese Idee des schmalen Landstreifens zur Adria taucht immer wieder auf, und kann man sich des Gedankens nicht erwehren, dass die englische und wohl auch die französische Regierung für diese Lösung der Schwierigkeit gewonnen worden sind. Ob durch russischen Einfluß dafür gewonnen oder von selbst daraufgekommen, vermag ich nicht zu beurteilen. Jedenfalls werden wir mit einem derartigen Vorschlag und dessen Unterstützung durch die Ententemächte rechnen müssen. Auch Fürst Lichnowsky, der über Auftrag des Herrn von Kiderlen-Wächter beim Staatssekretär sondierte, ob man sich nicht im Voraus schon jetzt über einzelne Fragen einigen könnte, war frappiert, wie Sir Edward stets wieder auf die Idee des schmalen Landstreifens zur Adria zurückkam. Mein deutscher Kollege hatte dabei den Eindruck, dass Sir E. Grey die Frage als solche ziemlich einerlei sei, dass er vor allem jede Friedensstörung verhindert sehen möchte, aber offenbar von irgend einer — wahrscheinlich russischer — Seite im Sinne des „narrow strip of land to the Adriatic" beeinflusst worden ist. Wie ich zu melden die Ehre hatte, meinte Sir E. Grey bei Besprechung der Friedensbedingungen, dass die Mächte eigentlich nur in drei Punkten mitzureden haben dürften: 1. Autonomie Albaniens, 2. Frage der serbischen Aspirationen nach einem adriatischen Hafen und 3. die Inseln im Ägäischen Meere. — Konstantinopel sei ja eigentlich ausgeschaltet, nachdem Bulgarien in den Friedensbedingungen gar nicht davon spricht. Es sei somit nicht anzunehmen, dass Russland Fragen über Konstantinopel aufwerfe. (Die Meerengen berührte Sir Edward nicht.) Sollten betreffs Adrianopel Meinungsverschiedenheiten zwischen Russland und Bulgarien bestehen, so müssten sich die anderen Mächte bemühen, dieselben zu schlichten, sonst sei aber wohl keine Veranlassung für eine Ingerenz der Mächte bei den zwischen

der Türkei und Bulgarien zu vereinbarenden arrangements in diesen Gegenden. Als ich eine Bemerkung über Salonik machte, sagte Sir Edward, er habe mit obigen drei Punkten die territorialen Fragen gemeint, bei welchen die Mächte mitzureden hätten. Wem Salonik schließlich gehören würde, darüber schien er sich auch nicht ganz klar, betonte aber abermals, dass es ihm am sympatischesten wäre, wenn Salonik ein Freihafen würde, was ja auch unserer Auffassung entsprechen dürfte. Sir Edward sprach davon, dass, obwohl er ein Aufstellen bestimmter Punkte und eines ausgearbeiteten Programmes schon jetzt für inopportun hielte, es ihm doch nützlich schiene, wenn die Regierungen auch weiter in Verbindung blieben und einen unverbindlichen Gedankenaustausch pflegen würden. Unsere Konversation berührte die Konferenzfrage. Sir Edward ist noch immer der Ansicht, dass, wenn man sich über Alles ohne Konferenz einigen könnte, es vorzuziehen wäre. Es scheint aber doch schon mehr als vor 14 Tagen mit der Möglichkeit zu rechnen, dass dies nicht realisierbar sein dürfte. Jedenfalls schien ihm aber dann irgend eine Botschafterkonferenz dem grossen Apparat eines europäischen Kongresses mit Teilnahme aller Minister des Äußern vorzuziehen. Ich sagte ihm lachend, ich sei überzeugt, er persönlich würde sich mit aller Gewalt dagegen wehren, an einem grossen Kongresse teilnehmen zu müssen, worin er mir auf das Allerlebhafteste zustimmte. (Da er nicht in der Lage wäre, französisch zu sprechen, würde seine Beteiligung allerdings sehr unbequem sein.) Er meinte schließlich, der Berliner Kongress würde jetzt definitiv begraben werden. Man brauche aber nicht ein neues grosses internationales Instrument, wie es der Berliner Vertrag war, wieder aufzurichten. Zum Schlusse erlaube ich mir noch zu bemerken, dass ich heute Nachmittag Sir Arthur Nicolson besucht habe. Der Unterstaatssekretär bezeichnete spontan die Haltung Euer Exzellenz in der jetzigen Krise als so würdig und konziliant wie nur möglich. „Nobody could have acted with more dignity and moderation than Count Berchtold." Er sprach die Hoffnung aus, dass die Serben jetzt, wo sie ihren provokatorischen Standpunkt in der Frage unserer Konsuln aufgegeben haben, auch sonst eine vernünftige Haltung einnehmen würden. Sir Arthur meint, es sei jetzt vor Allem wünschenswerth, dass bald Friede geschlossen werde. Dann würden die Leute zur Vernunft kommen, sich über la note à payer klar werden, das allgemeine Friedensbedürfnis würde sich stärker fühlbar machen, und das Gerede von Kriegsgefahr und Kriegsmöglichkeiten abnehmen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 4404.

Nr. 4566. Tel. aus St. Petersburg, 22. Nov. 1912 Nr. 234 (eing. 23. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Mein deutscher Kollege, welcher eben bei Herrn Sazonow war, suchte mich auf, um mir mitzuteilen, daß er beim Minister einen wesentlichen Stimmungswechsel zu bemerken geglaubt habe. Sazonow schien unter dem günstigen Eindrucke einer Konversation zwischen Herrrn Poincaré einerseits und Grafen Szécsen,[b]) beziehungsweise Baron Schön anderseits

zu stehen, in welcher nach seiner Meinung vielleicht Ausgangspunkt zu einer Lösung serbischer Hafenfrage gefunden worden sein könnte; Konversation, über welche ich annehmen darf, daß Euer Exzellenz durch den k. u. k. Botschafter in Paris bereits informiert sind. Als Graf Pourtalès Bemerkung fallen gelassen, daß bei der intransigenten Haltung Serbiens sehr zweifelhaft sei, ob dieses auf einen derartigen Kompromiß eingehen werde, erwiderte Herr Sazonow, entgegen seiner bisherigen bezüglichen Sprache, Serbien werde sich schließlich mit einem Kompromiß wohl bescheiden müssen. Bemerkenswert erschien meinem deutschen Kollegen auch, daß von der geringen Brauchbarkeit albanischer Häfen für Schifffahrt im größeren Stile die Rede war, Sazonow nur achselzuckend bemerkte: „Tant pis pour eux" (die Serben)! Es bleibt abzuwarten, ob dieser scheinbar erfolgte neuerliche Stimmungswechsel bei Herrn Sazonow von längerer Dauer sein wird, als der letzte, oder ob es vielleicht nur ein Niederschlag des Mißmutes über die allzu arrogante Haltung Serbiens insbesonders in der Konsularfrage und über serbische Greueltaten war. In ersterem Falle würde ich mir diesen eher merkwürdigen Wechsel am ehesten so erklären, daß Kaiser Nikolaus, der unter verschiedenen unverantwortlichen Einflüssen in letzter Zeit in Spala vielleicht eine schärfere Tonart in der Politik angeordnet haben mochte, nunmehr hier wieder durch Herrn Kokowzow, Herrn Sazonow und andere verantwortliche Ratgeber zu einer konzilianteren Auffassung bekehrt wurde und sich diese nunmehr auch in der Sprache Sazonows kundgibt. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4581, 4588. — [b]) Vgl. n. 4543.

Nr. 4567. Tel. nach Sofia; Budapest, 22. Nov. 1912 Nr. 13 (chiffr. 3 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 12 von gestern. Prinz Fürstenberg telegraphiert mir unter dem 21. l. M. wie folgt: ... *wie n. 4536 in extenso* ... Vorstehendes zu Euer Hochgeboren rein persönlichen Kenntnisnahme. Ich teile vollkommen die Ansicht des k. und k. Gesandten in Bukarest und ersuche Euer Hochgeboren daher im Sinne meines gestrigen Telegrammes Nr. 10 auch dahin wirken zu wollen, daß die projektierte Reise Herrn Danews nach Bukarest keine allzugroße Verzögerung erleide. Hiebei wollen Euer Hochgeboren betonen, daß wir auf die Entschließungen der bulgarischen Regierung gewiß keinen Einfluß nehmen wollen, eine direkte Verständigung Bulgariens und Rumäniens aber als im beiderseitigen Interesse gelegen, mit Freude begrüßen würden. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4569, 4603.

Nr. 4568. Tel. aus Sofia, 22. Nov. 1912 Nr. 376 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Hohes Telegramm Nr. 10 de dato Budapest 21. d. M. erhalten und habe mich soeben erneuert in rumänischer Angelegenheit beim Konseilspräsidenten wärmstens verwendet. Ich betonte, dass es kleinlich wäre, eine im Vergleiche mit bevorstehendem Gebietszuwachse minimale terri-

toriale Konzession zu verweigern, die der rumänischen Freundschaft jedenfalls wert wäre. Auch sagte ich, dass wir unaufhörlich in Bukarest für freundliche Regelung der Frage eintreten und Mission Herrn Danews mit Hoffnungen in diesem Sinne begleiten. Herr Geschoff erwiderte, König Ferdinand hätte projektierte Reise Danews nach Bukarest genehmigt, was Absicht Bulgariens, sich mit Rumänien zu verständigen, beweise. Bulgarien werde sich in jeder Hinsicht entgegenkommend zeigen, alle Garantien für Integrität rumänischer Dobrutscha geben, sich eventuell zur Auflassung Befestigung Silistria verpflichten, zur Abtretung bulgarischen Bodens könne sich aber Bulgarien nicht entschließen. Unter anderem bemerkte Konseilspräsident, er hätte während jungtürkischer Krise heuer im Sommer Fühlung mit Herrn Majoresco gesucht, ohne Echo gefunden zu haben. Jetzt scheine man dies in Rumänien zu bedauern. Ich habe insistiert und an politischen Sinn Herrn Geschoffs appelliert, hatte aber nicht Eindruck, dass meine Argumente an seiner Abneigung gegen Abtretung auch nur kleinsten Stückes Territoriums etwas geändert hätten. Über Silistria sagte er, c'est une ville historique ... Ob intransigente Sprache hiesiger Regierung nur Taktik und ob Herr Danew schließlich doch von König Ferdinand ermächtigt wird, im äußersten Falle kleine territoriale Konzession zu gewähren, unmöglich zu erraten; ich muss daran zweifeln, da ich nachgiebige Dispositionen hier gar nirgends gefunden habe und dürften dieselben in Armee, mit der König jetzt speziell rechnen muss, am wenigsten vorhanden sein. Herr Geschoff sagte mir, Herr Danew sei noch durch Verhandlungen über Waffenstillstand Hauptquartier zurückgehalten, er werde mich aber jedenfalls vor Abreise Bukarest sehen. Da mir aufgefallen, dass rumänischer Gesandter durch Reise Danews nach Budapest präokkupiert war und da mir auch Äußerungen des rumänischen Sekretärs hinterbracht wurden, die von Beunruhigung wegen unserer Haltung zeugten, habe Prinz Ghika nicht in Unkenntnis lassen zu sollen geglaubt, dass ich mich hier in rumänischer Angelegenheit verwende. Rumänischer Gesandter habe beabsichtigte Reise Herrn Danews nach Bukarest vom Kammerpräsidenten erfahren und erblicke darin, wenn er sich auch großer Schwierigkeiten bewusst sei, gutes Zeichen. Zukunft der Kutzowalachen wäre für Rumänien wichtige Frage, in der Bulgarien Gelegenheit haben würde, sich konziliant zu zeigen. Persönliche Ansicht Prinzen Ghikas sei, dass es ein Unglück wäre, wenn Rumänien, coûte que coûte, auf territorialen Kontessionen bestehen würde.

Tarnowski.

a) Oe. U. Balkan 65 Nr. 121. Vgl. n. 4569, 4589.

Nr. 4569. Tel. aus Sofia, 22. Nov. 1912 Nr. 378 (eing. 23. Nov. 10 U. 5 M. a. m.).[a] Entziff.

Hohes Telegramm Nr. 13 vom 22. d. Mts. erhalten. Aus meinem Telegramme Nr. 376 vom 22. d. Mts. haben Euer Exzellenz ersehen, daß Reise Herrn Danews nach Bukarest verzögert, da er als Unterhändler an Waffenstillstandsverhandlungen teilnimmt. Im Sinne des letzten Alineas[b] eingangs bezogenen hohen Telegrammes habe ich mich wiederholt und

auch gestern zu Herrn Geschoff ausgesprochen und werde es weiterhin tun. Dafür, daß russischer Gesandter sich hier zu Gunsten Rumäniens verwendet, habe ich keine Anhaltspunkte, nachdem aber Russland in Bukarest intrigiert, erscheint es wahrscheinlich, daß es auch hier eine Attitüde hat, aus der es in Rumänien Kapital zu schlagen hofft. Mein rumänischer Kollege, mit dem ich in beständiger Füllung stehe, verkehrt mit mir anscheinend sehr vertrauensvoll. Wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramme Nr. ... *c)* vom 3. d. Mts. entnommen, hat mir Prinz Ghika Tags zuvor von seinen Präokkupationen gesprochen, die erst durch das Exposé Euer Exzellenz (vide mein Telegramm Nr. 320 vom 7. d. Mts.) zerstreut worden wären. Es sei der Ton unserer Presse gewesen, der den rumänischen Gesandten nicht befriedigt hätte und, wie er mir erst gestern anvertraut, ihm auch langes Schweigen des Ballplatzes bis zum Exposé zu denken gegeben. Seit dem Exposé Euer Exzellenz schien rumänischer Gesandter ganz ruhig zu sein, bis ich wieder nach Rückkehr Herrn Danews aus Pest ein Enervement bei ihm konstatierte, was mich veranlaßt hat, ihm anzuvertrauen, wie warm wir uns der rumänischen Sache Danew gegenüber angenommen hätten und wie ich mich hier im Aufrage Euer Exzellenz beständig darum bemühe. Seit Abgang meines Telegrammes Nr. 376 von gestern habe ich Ghika wieder gesehen und über Reise Danews nach Bukarest gesprochen. Rumänischer Gesandter knüpfe Erwartungen an diese Reise, würde wünschen, daß sie baldigst erfolge, er sehe aber ein, daß Waffenstillstandsverhandlungen abgewartet werden müssten. Im Laufe gelegentlicher Unterredungen hat mir Prinz Ghika wiederholt von russischen Werbungen an rumänische Adresse „scherzend" gesprochen und schien sagen zu wollen, daß dies seitens Russlands verlorene Mühe. Ob diese Sprache aufrichtig und ob rumänischer Kollege nicht auch mit russischem Gesandten Fühlung sucht, kann ich nicht verantworten. Mir schwebt Gedanke vor, ob Rumänien nicht den von Herrn Danew im Gespräch mit Euer Exzellenz angeregten Weg betreten könnte, falls sich in Friedensverhandlungen Schwierigkeiten ergeben sollten. Vielleicht haben Euer Exzellenz bereits in diesem Sinne Rumänien Rat erteilt. Tarnowski.

a) Vgl. n. 4622, 4624, 4694. — *b)* Letztes Alinea von n. 4567 beginnt mit „Ich teile vollkommen". — *c)* Nr. 300, vgl. n. 4243.

Nr. 4570. Tel. aus Sofia, 22. Nov. 1912 Nr. 380 (eing. 23. Nov. 11 U. a. m.).a) Entziff.

Hohes Telegramm Nr. 12 vom 21. d. Mts. erhalten. Herr Geschoff hat mir versichert, Herr Danew würde sich jedenfalls vor Reise nach Bukarest in Sofia aufhalten. Außerdem habe ich heute Danew gedrahtet, mich von seiner Ankunft hier zu verständigen. Ich erwarte sohin, in Lage zu kommen, mich Herrn Danew gegenüber vor seiner Reise nach Bukarest im angeordneten Sinne auszusprechen. Gestatte mir Anfrage, ob Euer Exzellenz nichts dagegen hätten, daß rumänischen Gesandten über wahre Auffassung Erzherzog-Thronfolgers in rumänischer Frage informiere.

a) Vgl. n. 4589. Tarnowski.

Nr. 4571. Tel. des Thronfolgers Erzh. Franz Ferdinand; Hannover, 22. Nov. 1912. Entziff.

Besprechung mit Kaiser Wilhelm vorzüglich ausgefallen. Kaiser Wilhelm besonders gnädig erklärte, uns in allen unterstützen zu wollen. Vollkommene Sicherheit in dieser Beziehung. Absolut gegen Konferenz der Mächte. Habe unseren Standpunkt genau präzisiert. Kaiser Wilhelm sagt, sobald es unser Prestige verlangt, sollen wir energisch in Serbien auftreten und können Seiner Unterstützung sicher sein. Nach seiner und Kiderlens Meinung wäre es notwendig, Mächten unseren Standpunkt genau zu präzisieren, besonders England vis-à-vis, dass wir Hafen und Couloir absolut nicht gestatten. Traf hier grosses Verständnis und Entgegenkommen; gegen Russland eher gereizte Stimmung. Nähere Details Sonntag mündlich.

Nr. 4572. Tagesbericht über einen Besuch des griechischen Gesandten, 23. Nov. 1912.[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Der griechische Gesandte ist heute hier erschienen und hat mir auftraggemäß mitgeteilt, es scheine, daß die jüngsten Äußerungen Herrn Coromilas zu Baron Braun mißverständlich so aufgefaßt worden seien, als ob Griechenland Serbien unbedingt und selbst um den Preis eines kriegerischen Konfliktes mit der Monarchie unterstützen wollte. Dies entspreche jedoch in dieser Weise nicht den Tatsachen. Das Verhältnis zwischen Griechenland und Serbien sei durch das Bundesverhältnis gegeben: ein Defensivbündnis gegen die Türkei. Griechenland müsse naturgemäß bis zu einem gewissen Grade auf Serbien Rücksicht nehmen; man habe sich aber in Athen vorbehalten, die Aspirationen Serbiens einvernehmlich mit den Alliierten zu prüfen und keinesfalls habe Griechenland die Absicht, serbische Wünsche zu unterstützen, die gegen uns gerichtet wären. Nachdem ich diese Mitteilungen zur Kenntnis genommen hatte, ging Herr Streit auf das Thema „Salonik" über. Er bemerkte, die Lösung dieser Frage sollte weder in einer Municipalisierung noch in einer Internationalisierung Saloniks gesucht werden. Die Stadt selbst müßte griechisch werden, bezüglich des Hafens könnte ein Arrangement zwischen Österreich-Ungarn und Griechenland mit Ausschluß der anderen Mächte getroffen werden. Was die Bahnen anbelangt, so sollte die Linie Salonik—serbische Grenze wieder von einer österreichischen oder deutsch-österreichischen Gesellschaft betrieben werden; hinsichtlich der Erstellung der Tarife könnten ausreichende Sicherheiten geboten werden und vielleicht ließe sich auch bezüglich des Heimfallrechtes ein unsere Interessen wahrendes Abkommen treffen. Der Gesandte besprach sodann die territorialen Aspirationen Griechenlands und meinte, daß das Gebiet bis Chimara an Griechenland fallen müßte. Was die Jnsel Saseno anbelange, so gehöre sie eigentlich zu den jonischen Inseln und müßte daher auch griechisch werden. Ich beschränkte mich darauf zu erwidern, daß wir als nördlichste Grenze der Gebietserweiterung Griechenlands in Albanien den Kalamas in Aussicht genommen haben.

[a] Vgl. n. 4489, 4666.

Nr. 4573. Tel. aus Belgrad, 23. Nov. 1912 Nr. 255 (eing. 24. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Seit meiner ersten Konversation mit Herrn Pašić bin ich ihm gegenüber auf die Frage Albaniens und des Adriahafens nicht mehr zurückgekommen. Ich hielt es für angezeigter, ihnen zur Beruhigung und ernstlicher Überlegung Zeit zu lassen. Während der durch den Konsularstreit entstandenen Spannung glaubte ich dieselbe Reserve beobachten zu müssen, da eine ruhige Behandlung der Sache ganz ausgeschlossen war. Herr Pašić hat allerdings meinem deutschen Kollegen mitgeteilt, dass serbische Regierung Antwort erst in einem späteren Zeitpunkte erteilen wolle, mir hat er aber eine solche Erklärung nicht abgegeben. Da inzwischen bereits 14 Tage verstrichen sind und heute eine etwas nüchterne Beurteilung der Frage Platz zu greifen scheint, glaube ich unoffiziell auf den Gegenstand zurückkommen zu können und Herrn Jovanović zu fragen, wann ich eigentlich eine Antwort zu gewärtigen hätte. Die Autonomie Albaniens wird bereits viel lauer bekämpft, aber am Zugang zur Adria wird weiter festgehalten. Wie ich höre, sollen die Beziehungen zwischen Pašić und dem Oberkommandanten Putnik ziemlich gespannt sein und sind Reibungen zwischen Regierungs- und Militärbehörden, welche immer mehr eine politische Rolle spielen wollen, was hier sogar zur Besorgnis Anlass gibt. Ugron.

[a]) Vgl. n. 4351, 4592.

Tel. nach Berlin, 23. Nov. 1912 Nr. 164 (chiffr. 24. Nov. 1 U. a. m.). Siehe n. 4581.

Nr. 4574. Tel. aus Berlin, 23. Nov. 1912 Nr. 277 (eing. 24. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Staatssekretär erzählt mir, Graf Pourtalès telegraphierte, Herr Sazonow habe ihm mitgeteilt, daß Herr Iswolsky melde, Herr Poincaré beabsichtige, einen neuen Vorschlag in der serbischen Adriahafenfrage zu machen. Diesem zufolge sollte Serbien den Hafen von San Giovanni di Medua erhalten, unter der Bedingung, daß es weder Befestigungen dort anlegen, noch Kriegsschiffe halten dürfe. Dieser Hafen würde durch einen schmalen, an der Nordgrenze des autonomen Albanien entlang laufenden neutralen Streifen mit Serbien verbunden werden. Herr Sazonow sei mit diesem Projekt umsomehr einverstanden, als nach der Behauptung Herrn Iswolskys der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Szécsen dasselbe — allerdings nur für seine Person — sehr sympathisch begrüßt hätte. Ich habe dem Staatssekretär geantwortet, daß nach meiner Kenntnis der Sachlage dieser Vorschlag für Euer Exzellenz unannehmbar wäre. Herr von Kiderlen versicherte mir, auch er teile vollkommen meine Ansicht und könne nicht glauben, daß die k. u. k. Regierung von ihrem bisher eingenommenen Standpunkt abweichen werde. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4543.

Nr. 4575. Tel. nach Bukarest, 23. Nov. 1912 Nr. 62 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Der türkische Botschafter in Berlin, welcher als Vertreter bei den Friedensverhandlungen ausersehen ist, hat mich auf der Durchreise nach Konstantinopel heute aufgesucht. Osman Nizami Pascha versuchte mir den Gedanken zu suggerieren, daß der Abschluß eines provisorischen Friedens oder Waffenstillstandes mehr in unserem Interesse gelegen wäre, als ein definitiver Friede, da es uns leichter wäre in der Zwischenzeit unsere desiderata durchzubringen, als geschaffene faits accomplis rückgängig zu machen. Der Botschafter begibt sich von hier nach Bukarest. Seine Mission geht dahin, Rumänien für die Idee zu gewinnen, ein Mahnwort nach Sofia zu richten und durch die eventuell daran geknüpfte Drohung einen Druck auf die bulgarische Regierung auszuüben. Die Nizami Pascha vorschwebende Idee scheint mir eine sowohl von uns wie von Rumänien auf die bulgarische Regierung auszuübende freundschaftliche Pression zu sein, der Türkei in Thrazien Konzessionen zu machen, während wir und Rumänien die Bulgaren dahin unterstützen würden, auf einer Basis, wie etwa jene von San Stefano, sich auf Kosten der serbischen und griechischen Aspirationen schadlos zu halten. Euer Durchlaucht wollen Seiner Majestät dem König Carol sowie Herrn Maioresco von Vorstehendem Kenntnis geben und hinzufügen, daß mir der Gedanke richtig erscheint, daß ein Waffenstillstand oder provisorischer Frieden unseren und Rumäniens Interessen mehr entsprechen würde als ein definitiver Friedensschluß, der mit Rücksicht auf darin eventuell enthaltene Bestimmungen von uns nicht als definitive Lösung anerkannt werden und in der weiteren Folge einen Weltkrieg heraufbeschwören könnte. Was aber die weiteren Ideen des türkischen Botschafters anbelangt, so schiene mir der umgekehrte Weg zur Erreichung obigen Zieles der geeignetere. Auf Grund eines rumänisch-bulgarischen Einverständnisses, könnte ein Druck in Konstantinopel ausgeübt werden. Bulgarien, welches für diese Mitwirkung Rumänien die angestrebte Grenzregulierung zugestehen müßte, könnte dann bei der dem provisorischen Frieden folgenden definitiven Regelung auf die Unterstützung Österreich-Ungarns und Rumäniens hinsichtlich des dauernden Erwerbes der ihm abgetretenen türkischen Gebietsteile rechnen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4578, 4596, 4621, 4626.

Nr. 4576. Tel. aus Cetinje, 23. Nov. 1912 Nr. 177 (eing. 24. Nov. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 5, Budapest 21. d. M. Habe gestern in Audienz König mitgeteilt, dass Montenegro nicht definitiv im Besitze Skutaris verbleiben würde. König antwortete: „Wenn die Monarchie versucht, mich mit Gewalt zu vertreiben, werde ich bis zur letzten Ziege und letzten Patrone kämpfen." Nachdem dann Seine Majestät im Laufe des Gespräches die Möglichkeit eines Arrangements berührte, hatte ich gute Gelegenheit, die Grenzregulierung und die handelspolitischen Fragen zu erörtern, und zwar unter strikter Betonung, dass dies meine persönlichen Ideen wären, für

deren Annahme in Wien ich fast keine Hoffnung hege und die ich nur als letzten persönlichen Versuch eines Ausgleiches der Gegensätze vorbringe. Fortsetzung folgt. Giesl.

[a]) Vgl. n. 4577, 4609.

Nr. 4577. Tel. aus Cetinje, 23. Nov. 1912 Nr. 178 (eing. 24. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 177 von heute. König nahm Eröffnung sympathisch auf, versprach strengste Diskretion, erklärte jedoch, da er von volkswirtschaftlichen Fragen nichts verstehe, mir nächster Tage Vertrauensmann zu senden. Dieser, Exminister Miušković, erschien heute bei mir. Ich werde über das fast ausschließlich negative Resultat, um hier nicht Aufmerksamkeit zu erregen, morgen telegraphische Berichterstattung fortsetzen. Giesl.

[a]) Vgl. n. 4597, 4609, 5383.

Nr. 4578. Tagesbericht über einen Besuch des Berliner türkischen Botschafters, 23. Nov. 1912.[a]) Konz. (S. und G. Berchtold.).

Der türkische Botschafter in Berlin, Osman Nizami Pascha, hat auf der Durchreise von Berlin nach Constantinopel bei mir vorgesprochen und Erwähnung getan, daß er von seiner Regierung aufgefordert worden sei, bei den Friedensverhandlungen die Pforte zu vertreten. Nizami Pascha bezeichnete es als dringend wünschenswert, daß die Mächte bereits jetzt ihre Wünsche beziehungsweise die Einwendungen, die sie gegen die von den vier Balkanstaaten gestellten Bedingungen geltend zu machen hätten, formulieren und wohlmeinende Ratschläge in der Richtung der bulgarischen Regierung zukommen lassen würden, daß letztere hierauf Rücksicht nehme und die Bedingungen entsprechend modificiere. Nach Ansicht des Botschafters wäre es von ungleich größerer Schwierigkeit seinerzeit, das ist nach Abschluß des Friedens, diesen Wünschen Durchbruch zu verschaffen, daher sollte jetzt bloß ein provisorischer Frieden oder ein Waffenstillstand geschlossen werden, wo den Mächten Gelegenheit geboten wäre, in der, eventuell Monate lange währenden Zwischenzeit zwischen dem provisorischen und dem definitiven Frieden, ihre Desiderata durchzubringen. Nizami Pascha beabsichtigt, sich von hier über Bukarest nach Hause zu begeben, um König Carol für die Idee zu gewinnen, ein Mahnwort nach Sofia zu richten und durch die eventuell daran geknüpfte Drohung einen Druck auf die bulgarische Regierung auszuüben. Was somit Nizami Pascha vorschwebt, scheint eine, sowohl von uns wie von Rumänien auf die bulgarische Regierung ausgeübte freundliche Pression zu sein, der Türkei in Thracien Conzessionen zu machen, während wir und Rumänien sie dahin unterstützen würden, auf einer Basis — wie etwa jene von San Stefano — sich auf Kosten der serbischen und griechischen Aspirationen schadlos zu halten. Hiebei verwies der türkische Diplomat auch auf den Umstand, daß ein nicht nach dem Geschmacke der Mächte, namentlich Österreich-Ungarns oder Rußlands geschlossener Frieden, nachträglich leicht den Anlaß zu einem Welt-

kriege geben würde, indes es kaum anzunehmen sei, daß die Basis von San Stefano, welche wohl auch uns konvenieren würde, einem ernsten Widerspruche seitens Rußlands begegnen möchte.

a) Vgl. n. 4575, 4621.

Nr. 4579. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 23. Nov. 1912 Nr. 635 (eing. 8 U. a.a) m.).b) Entziff.

Minister des Äussern teilt mir mit, dass Herr Danew, General Savov und noch ein General zu Bevollmächtigten für die bevorstehenden Waffenstillstands- respektive Friedensunterhandlungen ernannt worden seien. Die beiderseitigen Bevollmächtigten sollen in Tschataldja zusammentreffen. Gabriel Effendi sagte mir bei diesem Anlasse, seiner Ansicht nach könnte von Waffenstillstand nur dann die Rede sein, wenn beide Teile auf Basis „uti possidetis" während der Friedensverhandlungen zu verbleiben hätten. Im entgegengesetzten Falle könnten aber blos Verhandlungen zwecks Abschlusses Friedens stattfinden. In Bezug auf Friedensverhandlungen bemerkte der Minister, seiner persönlichen Ansicht nach wäre türkischerseits an folgendem Standpunkte festzuhalten: Die Vilajete Konstantinopel und Adrianopel müssen der Türkei bleiben. Aus den 5 Vilajets Salonik, Monastir, Kossowo, Skutari und Janina wären nach Abtrennung der Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland abzutretenden Gebiete ein autonomes Mazedonien mit Salonik als Hauptstadt und ein autonomes Albanien zu bilden. Gabriel Effendi behauptet, dass die Türkei binnen 2 bis 3 Wochen ein Heer von 200.000 Mann an der Tschataldja-Linie zu versammeln im Stande wäre.

a) So! — b) Vgl. n. 4610. Pallavicini.

Nr. 4580. Bericht aus Konstantinopel, 23. Nov. 1912 Nr. 89 B (eing. 25. Nov.). Ausfert.

Vor beiläufig 14 Tagen glaubte man allgemein, dass das siegreiche bulgarische Heer, ohne grossen Widerstand zu finden, in der türkischen Hauptstadt einziehen werde. Es wäre auch tatsächlich dazu gekommen, wenn die bulgarische Armee in diesem Momente vermocht hätte vorzurücken, denn sie würde an der Tschataldja-Linie kaum auf ein nennenswertes Hindernis gestossen sein. Alle türkischen Staatsmänner gestehen dies ein und geben zu, dass, als sie damals die Botschafter zu einer Besprechung luden, sie die lebhaftesten Befürchtungen gehegt hatten. Seither stellt es sich heraus, dass die Siege den Bulgaren teurer zu stehen kamen, als dies angenommen wurde und dass speziell jener bei Lüle Burgas ungeheuere Opfer erforderte. Türkischerseits wird auch behauptet, dass der Misserfolg in Lüle Burgas lediglich durch Abdullah Pascha verschuldet worden sei. Wie feststeht, waren nämlich die Türken in dieser Schlacht während der ersten drei Tage im Vorteil und war der rechte türkische Flügel selbst am letzten Tage noch siegreich. Abdullah Pascha scheint jedoch beim Zurückweichen des linken Flügels den Kopf verloren zu haben und hat den allgemeinen Rückzug angeordnet. Jedenfalls kann nicht geleugnet werden, dass die Bulgaren in diesem Kampfe sehr geschwächt wurden und nach demselben blos langsam vorzurücken vermochten. Die Türken gewannen hiedurch

14 Tage, die sie gut ausnützten, denn heute sollen an der Tschataldja-Linie etwa 120.000 Mann, darunter viele auch frische Truppen stehen. Von einem deutschen Offizier, der diesen Feldzug mitgemacht hat, höre ich, dass die Stellung bei Tschataldja günstig sei und dass die Türken sich dort zu halten vermöchten. Was jedoch für dieselben bös und gefährlicher werden könne, als die Bulgaren, sei die Cholera. Der erwähnte Offizier sprach sich diesfalls mir gegenüber dahin aus, dass seines Erachtens die Türken den gegenwärtigen Moment, wo es ihren Truppen gelungen ist, sich gegen den bulgarischen Angriff erfolgreich zu verteidigen, benützen sollen, um Frieden zu schliessen. Tatsächlich ist die türkische Regierung bereit, den Verbündeten bis aufs Äusserste entgegenzukommen, möchte jedoch, wie ich gelegentlich meines jüngsten Gespräches mit dem Minister des Äussern dessen Andeutungen entnahm und dies zu melden die Ehre hatte (ergebenstes Telegramm Nr. 628 vom 21. d. M.), wenigstens den Besitz Konstantinopels retten. Nun sind jedoch die im bezogenen Telegramme einberichteten Bedingungen der Alliierten für den Abschluss eines Waffenstillstandes derartige, dass sie der Türkei vollständig die Hände binden. Wenn die Türken Adrianopel und die Tschataldja-Linie aufgeben, sind sie eben vollkommen entwaffnet und können unter Umständen ohne weiteres gezwungen werden, Konstantinopel zu räumen. Die türkische Regierung bezeichnete daher (ergebenes Telegramm Nr. 629 vom 21. d. M.) die mitgeteilten Bedingungen als unannehmbar, fügte jedoch hinzu, dass sie bereit wäre, durch ihre Bevollmächtigten weiter zu verhandeln, vorläufig aber entschlossen sei, die Verteidigung fortzusetzen. Tatsächlich habe ich mich überzeugt, dass Truppen-Nachschübe aus Asien einlangen und erwähnte mir gegenüber Gabriel Effendi, dass noch zwei Divisionen am Wege hieher seien. Wie ich im erstbezogenen Telegramm zu erwähnen Gelegenheit nahm, versuchte Gabriel Effendi, mich dazu zu veranlassen, ihm hinsichtlich der Haltung der Regierung zu den Bedingungen der Verbündeten einen Rat zu erteilen. Ganz abgesehen davon, dass man unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt einem solchen Ansinnen kaum entsprechen kann, würde dies für mich noch dadurch erschwert werden, dass ich mir keine rechte Idee darüber zu machen vermag, was vom Standpunkte unserer Interessen nützlicher wäre. Die zwischen der Monarchie und Serbien eingetretenen Schwierigkeiten sind mir nämlich mehr oder weniger blos aus den Zeitungen bekannt und kann ich daher nicht beurteilen, wie weit dieselben reichen, beziehungsweise ob wir nicht etwa am Vorabende eines Konfliktes mit dem Königreiche stehen. Sollte letzteres der Fall sein, dann wäre es für uns wohl wünschenswert, dass die Türkei den Kampf gegen die Verbündeten fortsetze. Allerdings weiss ich auch nicht, wie sich Bulgarien im Falle eines Krieges zwischen uns und Serbien uns gegenüber verhalten würde; wie die Dinge jedoch heute liegen, muss, glaube ich, damit gerechnet werden, dass sich das Königreich auf die Seite seines Verbündeten stellen würde, weshalb es für uns vorteilhaft wäre, dass dessen Kräfte noch gebunden blieben. Ich habe natürlich vermieden, mich Gabriel Effendi gegenüber diesfalls auszulassen und nur bemerkt, dass blos die türkischen Generäle berufen erscheinen, die Regierung darüber aufzuklären, ob ein Widerstand

an der Tschataldja-Linie möglich sei. Was die Stimmung hier betrifft, so war dieselbe vor 14 Tagen durch eine vollständige Apathie charakterisiert; in der letzten Woche, namentlich aber nach den erfolgreichen Kämpfen am Sonntag und Montag besserte sich dieselbe einigermassen und gestaltete sich etwas hoffnungsvoller. Immerhin herrscht hier, wie mir der Herr Minister des Äussern jüngst gesprächsweise erwähnte, das Gefühl vor, dass man von allen verlassen sei, doch würde sich die Stimmung wahrscheinlich total ändern, wenn der geringste Hoffnungsstrahl erschiene, dass man von irgend einer Seite auf eine Unterstützung rechnen könne. Pallavicini.

Tel. nach London, 23. Nov. 1912 Nr. 78 (chiffr. 24. Nov. 1 U. a. m.). Siehe n. 4581.

Nr. 4581. Tel. nach Paris Nr. 104 (1), St. Petersburg Nr. 159 (2), London Nr. 78 (3), Rom Nr. 199 (4) und Berlin Nr. 164 (5), 23. Nov. 1912 (chiffr. 24. Nov. 1 U. a. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

1. Aus Euer Exzellenz Telegramm Nr. 150 vom 21. d. M. und analogen Meldungen aus London und St. Petersburg entnehme ich, daß die Tripleentente-Mächte zwar die Möglichkeit einer dauernden Besitzergreifung von Durazzo durch Serbien erfreulicherweise aus dem Kalkul ausgeschieden haben, hingegen der Ansicht zu huldigen scheinen, als ob der Hafen von San Giovanni di Medua den Gegenstand einer Transaktion bilden könnte, indem derselbe nebst einem schmalen Verbindungsstreifen Serbien zufallen, unseren Wünschen und der Integrität Albaniens jedoch durch Neutralisierung jenes Hafens und des Korridors Rechnung getragen werden würde. Man geht hiebei offenbar von der irrigen Auffassung aus, als ob wir in einem späteren Zeitpunkte geneigt wären, einer territorialen Erwerbung San Giovanni di Meduas durch Serbien zuzustimmen, oder als ob wir uns überhaupt mit der Lostrennung jenes Hafens von Albanien bei der seinerzeitigen Neuregelung der Dinge am Balkan abgefunden hätten. Da dies den hierortigen Intentionen durchaus nicht entsprechen würde, ersuche ich Euer Exzellenz, vorstehende Erläuterung unseres Standpunktes zur Kenntnis des Ministers des Äußern bringen zu wollen.

2. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 234 vom 22. d. M. und analogen Meldungen aus Paris und London (Inseratur Text des Telegrammes sub 1 von: ... „entnehme ich“ ... bis zum Schlusse).

3. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 114 vom 21. November d. J. und analogen Meldungen aus Paris und St. Petersburg (Inseratur Text des Telegrammes sub 1 von: ... „entnehme ich“ ... bis zum Schlusse).

4. Übereinstimmenden Meldungen aus Paris, London und St. Petersburg ...*wie sub 1 von „entnehme ich“ bis „nicht entsprechen würde“*... lade ich unter einem die k. und k. Botschaften in St. Petersburg, Paris und London ein, vorstehende Erläuterung unseres Standpunktes zur Kenntnis der Regierung, bei welcher sie akkreditiert sind, zu bringen. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an Marquis di San Giuliano.

5. Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 275 vom 22. d. M. Ich richte heute nachstehendes Telegramm nach Rom: „(Inseratur Text

des Telegrammes sub 4 in extenso.)“ Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an den Herrn Staatssekretär mit dem Beifügen, daß ich diesen Schritt im Hinblicke auf den von ihm geäußerten Wunsch und die uns in so dankenswerter Weise in Aussicht gestellte Unterstützung Deutschlands unternehme.

[a]) Oe. U. Balkan 67 Nr. 125. Vgl. n. 4601, 4612, 4613, 4617, 4620, 4633.

Nr. 4582. Bericht aus Paris, 23. Nov. 1912 Nr. 54 A (eing. 25. Nov.). Ausfert.

Im Laufe der Konversation mit Herrn Poincaré, über welche ich mit meinem gehorsamsten Chiffre-Telegramm vom 20.[a]) d. M., Nr. 150 berichtete, erwähnte ich, dass jedes Entgegenkommen, das wir Serbien eventuell zeigen könnten, naturgemäss auch von den Gegenkonzessionen abhänge, die dieses Land uns zu bieten bereit wäre. Herr Poincaré griff diese Bemerkung gleich auf und sagte, dass nach seiner Auffassung es kaum möglich sein dürfte einzelne Fragen herauszugreifen und separat zu regeln, sondern dass die durch die jüngsten Ereignisse auf dem Balkan aufgeworfenen Fragen derart zusammenhängen, dass sie nur zusammen geregelt werden könnten. „Schon als ich vor einiger Zeit, sagte Herr Poincaré, die Idee einer europäischen Konferenz anregte, schien mir eine simultane Erledigung der uns vorliegenden Fragen unerlässlich. Ihre Regierung hat damals meinen Vorschlag einer Konferenz als nicht zeitgemäss und verfrüht bezeichnet, und ich muss zugeben, dass sie nicht ganz Unrecht hatte. Ich habe aber meine Proposition nicht zurückgezogen und sie ist von den Mächten auch nicht abgelehnt worden. Vielleicht ist der Moment nicht ferne, wo man auf diese Idee wird zurückkommen können.“ Szécsen.

[a]) n. 4543.

Nr. 4583. Bericht aus Paris, 23. Nov. 1912 Nr. 54 B (eing. 25. Nov.). Ausfert.

Mit meinem gehorsamsten Telegramme vom 20.[a]) l. M., Nr. 150 habe ich Euer Exzellenz bereits darüber berichtet, wie Herr Poincaré glaubt, dass die serbische Hafen-Frage gelöst werden könnte. Der Herr Ministerpräsident hat auch versucht mir sein Project auf der Landkarte zu erklären. Er schien von der Voraussetzung auszugehen, dass Montenegro jedenfalls Scutari und eine Grenzberichtigung bis gegen Gusinje bekommen und Ipek serbisch werden würde. Der Serbien zuzuerkennende Landstreifen würde von San Giovanni di Medua ausgehend längs der neuen montenegrinischen Grenze gegen Ipek zu verlaufen, eine Breite von wenigen Kilometern haben und Montenegro von Albanien trennen. Serbien könnte daher auf eigenem Gebiete eine Bahn nach seinem Adria-Hafen bauen. San Giovanni und der ganze Corridor bis zu dem eigentlichen serbischen Gebiet müssten neutralisiert werden. Es könnten daher weder im Hafen noch sonst wo Befestigungen errichtet werden, sondern dürfte der Hafen nur kommerziellen Zwecken dienen, worauf Herr Poincaré grosses Gewicht legte. Diesbezüglich möchte ich mir die Bemerkung erlauben, dass falls Serbien in Kriegszeiten über San Giovanni Kriegsmaterial einführen wollte, wir einen europäisch neutralisierten Hafen vielleicht gar nicht blockieren, geschweige denn besetzen könnten. Die practischen Schwierigkeiten, einen

so langen schmalen Landstreifen effectiv zu bewachen, Grenzverletzungen und Schmuggel zu verhindern, schien Herr Poincaré leicht zu nehmen. Auch die geographischen und Terrain-Schwierigkeiten, die sich in einem so gebirgigen Lande der Festsetzung der Grenzen und der Tracierung einer Bahn entgegenstellen, schienen ihm keine weiteren Sorgen zu bereiten. Freiherr von Schoen, dem Herr Poincaré sein Project auch erwähnte, sagte mir, dass er einer Andeutung des Ministerpräsidenten entnehme, dass der ursprüngliche Gedanke dieses Projectes italienischen Ursprungs sei. Seither hat Herr Tittoni meinem deutschen Kollegen gegenüber eine Art von Programm entwickelt, das vielleicht dem Project Herrn Poincarés zu Grunde gelegen haben mag, sich aber von demselben in vielen Punkten unterscheidet, hauptsächlich darin, dass nach den Ideen Herrn Tittonis Serbien keinen eigenen Hafen an der Adria haben soll. Der Gedankengang des italienischen Botschafters, den derselbe in fünf Punkten resumierte wäre nach Angabe Baron Schoens folgender: 1.) Politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Serbiens. (Dieser an und für sich ganz überflüssige Punkt ist offenbar zur Beruhigung gewisser Leute und ad captandam benevolentiam gedacht.) 2.) Schaffung eines unabhängigen oder autonomen Albaniens das unter europäischer Garantie neutralisiert würde. Die Grenzen müssten im gemeinsamen Einvernehmen festgesetzt werden. 3.) Gesicherter freier Handelsverkehr Serbiens, auch in Kriegszeiten, durch Albanien mit gewissen Häfen vermittelst einer Bahn, die von Prisren, das serbisch wäre, nach dem montenegrinischen Scutari und Antivari führen würde, mit Abzweigung nach einem albanesischen Hafen (Serbien hätte also keinen eigenen Adriahafen.) 4.) Den alliierten Königreichen wird volle Freiheit eingeräumt, das von den Türken abgetretene Gebiet nach Gutdünken unter sich aufzuteilen. (Dieser Punkt dürfte meiner Ansicht nach die Einigkeit unter den Alliierten kaum fördern.) 5.) Berücksichtigung der Wünsche Österreich-Ungarns betreffs ungehinderten Handelverkehrs via Mitrovica nach Saloniki, wo wenigstens ein Freihafen zu errichten wäre. — Herr Tittoni behauptet, dass ein solches Programm auf Zustimmung Frankreichs und Englands zählen könnte. Russland allerdings bestehe noch auf einem serbischen Adriahafen mit schmalem Landstreifen. Mein italienischer Kollege hat mir gegenüber dieses Project noch nicht erwähnt. Ich glaube es handelt sich da mehr um eine im Laufe der Konversation hingeworfene Idee als um ein durchdachtes Programm. Wenn der freie Handelsverkehr Serbiens so gedacht ist, dass dieses Land auch in Kriegszeiten durch das neutralisierte albanesische Territorium Kriegsmaterial einführen dürfe, so schiene mir dies nicht unbedenklich, da wir die Küste des neutralen Albaniens nicht blockieren könnten. Vielleicht liesse sich aber ein modus finden, um diesem Übelstande abzuhelfen. Wenn, wie Herr Tittoni behauptet, Frankreich und England sich mit einem solchen Project einverstanden erklären, so könnte, falls dasselbe uns konvenieren würde, Russland allein sich schwerlich demselben lange widersetzen. Freiherr von Schoen schien den Ausführungen Herrn Tittonis eine gewisse Bedeutung beizumessen, weshalb ich mir erlaube sie Euer Exzellenz einzuberichten. Szécsen.

[a]) n. 4543.

Nr. 4584. Bericht aus Paris, 23. Nov. 1912 Nr. 54 C (eing. 25. Nov.). Ausfert.

Herr Poincaré kam kürzlich bei Besprechung des zu erhoffenden Friedensschlusses auf die türkischen Inseln und deren künftiges Schicksal zu sprechen. Die Kreta-Frage, meinte er, werde wohl durch den Anschluss dieser Insel an Griechenland ihre natürliche Lösung finden oder habe sie eigentlich schon gefunden. Was werde aber mit den anderen Inseln geschehen? Einige derselben seien noch von Italien besetzt und müssten seinerzeit im Sinne des italienisch-türkischen Friedens-Tractates der Türkei übergeben werden. Würde sich die nahezu ausschliesslich griechische Bevölkerung dieser Inseln bereit finden, wieder in das türkische Joch zurückzukehren? Griechenland habe bereits einige Inseln besetzt und wird wahrscheinlich diese militärisch ungefährlichen Eroberungen fortsetzen. Bulgarien soll auch Ansprüche auf gewisse Inseln erheben ohne Rücksicht darauf, dass dort überhaupt keine Bulgaren existieren. Einige dieser Inseln hätten eine grosse militärisch-maritime Bedeutung und könne es den Grossmächten nicht gleichgiltig sein, in was für Hände diese Punkte, die als der Schlüssel der Meerengen bezeichnet werden, geraten. Herr Poincaré meinte, ob man nicht vielleicht an eine Art von Konfoederation dieser unabhängig zu erklärenden Inseln denken könnte? Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass eine solche Konfoederation höchstwahrscheinlich binnen kürzester Zeit, dem Beispiele Kretas folgend, ihren Anschluss an Griechenland proklamieren würde. Die Idee einer so ansehnlichen Verstärkung Griechenlands, das auf diese Weise auf maritimen Gebiet ein starker Machtfactor im Mittelländischen Meere werden müsste, schien Herrn Poincaré wenig zu behagen. Die hiesigen Zeitungen beschäftigen sich ziemlich eifrig mit angeblichen Absichten Englands, sich in Syrien festzusetzen und eifern die Regierung an, die alten Vorrechte Frankreichs in jenen Gegenden nicht zu vernachlässigen. Vielleicht ist es dieser Agitation zuzuschreiben, dass Herr Poincaré kürzlich, wie die Zeitungen meldeten, dem türkischen Botschafter das Frankreich zustehende Schutzrecht über die Christen in der Türkei ins Gedächtnis rief und betonte, dass man hierzulande die Verpflichtungen, die das Protectoratsrecht auferlege, nicht vernachlässigen werde. An Unruhen, die einem allfälligen activen Eingreifen Frankreichs zum Vorwand dienen könnten, wird es sicherlich nicht fehlen. Szécsen.

Nr. 4585. Tel. aus Peking, 23. Nov. 1912 ohne Nr. (eing. 5 U. 20 M. p. m.).[a] Entziff.

Trotz kriegerischer Stimmung im Lande will Präsident mongolische Frage mit Rußland verhandeln. Kabinettskrise und Demonstrationen nicht ausgeschlossen, doch bewaffneter Zusammenstoß höchst unwahrscheinlich. Sollte sich Situation ändern, werde ich telegraphisch berichten. (Rosthorn).[b]

[a]) Vgl. n. 4544, 4737. — [b]) Amtsvermerk: Ohne Unterschrift.

Tel. nach Rom, 23. Nov. 1912 Nr. 199 (chiffr. 24. Nov. 1 U. a. m.). Siehe n. 4581.

Nr. 4586. Tel. aus Rom, 23. Nov. 1912 Nr. 195 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Mit der erkennbaren Absicht, daß ich Euer Exzellenz entsprechende Meldung erstatte, teilte mir Minister des Äußern mit, Monsieur Poincaré scheine sich mehreren Botschaftern gegenüber dahin geäußert zu haben, als ob italienische Regierung Überlassung eines albanesischen Hafens samt einem albanesischen Korridor an Serbien sowie Neutralisierung der betreffenden Territorien proponiert hätte. Italien habe niemals derartigen Vorschlag gemacht und stets daran festgehalten, daß Serbien sich zwar aller zugänglichen Häfen für seinen Handel bedienen könne, ihm aber der Besitz eines albanesischen Hafens zu verweigern sei. Mérey.

[a] Vgl. n. 4543.

Nr. 4587. Tel. aus Rom, 23. Nov. 1912 Nr. 196 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Am 20. d. Mts. habe ich mich dem Minister des Äußern gegenüber im Sinne hohen Telegrammes Nr. 17 dahin ausgesprochen, daß angesichts des Dementis des serbischen Preßbureaus ein offizielles Communiqué hiesiger Regierung am Platze wäre, welches tatsächlich die von Italien, analog wie von uns, in Belgrad gegen eine eventuelle Festsetzung in einem albanesischen Hafen gemachte Demarche konstatieren würde. Marquis San Giuliano entgegnete, jene Demarche sei ohnedies seinerzeit hier publiziert worden und habe einen Teil der hiesigen Presse indisponiert. Es schiene ihm daher nicht opportun, nach zehn Tagen Angelegenheit aufzuwärmen. Schließlich behielt er sich nochmalige Erwägung und Rücksprache mit Herrn Giolitti vor. Als ich gestern auf Angelegenheit zurückkam, sagte Minister des Äußern, Ministerpräsident halte fragliches Communiqué für unnötig und schädlich, umsomehr als er eben jetzt in der Presse eine Aktion zu Gunsten Regierungsstandpunktes in der Balkanfrage eingeleitet habe. Da ich tatsächlich in verschiedenen Blättern eine gewisse günstige Wirkung dieser Aktion konstatiere und Regierung momentan behutsam operieren muß, um die albanophile Strömung gegen die serbophile zu stärken, habe ich weitere Insistenz unterlassen. Mérey.

Tel. nach St. Petersburg, 23. Nov. 1912 Nr. 159 (chiffr. 24. Nov. 1 U. a. m.). Siehe n. 4581.

Nr. 4588. Bericht aus St. Petersburg, 10./23. Nov. 1912 Nr. 47 (eing. über Berlin 5. Dez.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. In meinem mit der letzten Kuriersexpedition abgegangenen Berichte Nr. 46 A habe ich es versucht, die verschiedenen Wandlungen zu kennzeichnen, die die Stimmung in den massgebenden Regierungskreisen seit Beginn des Balkankrieges durchgemacht hat: Anfangs eine gewisse Verdrossenheit mit der Unfolgsamkeit der Balkanstaaten und ziemliche Gleichgiltigkeit ihnen gegenüber; sodann unter dem Eindrucke ihrer Siege und deren Wirkung auf die hiesige öffentliche Meinung ein gesteigertes Interesse und eine zunehmend intensive Unterstützung, namentlich

der serbischen Wünsche auf einen faktischen eigenen Zugang zur Adria. Dann machte sich durch einige Tage ein deutlicher Rückschlag fühlbar, indem Herr Kokowzow mir direkt eine im Wesentlichen auf blos wirtschaftliche Zulassung Serbiens zur Adria basierte Lösung als gangbaren Kompromiss bezeichnete, den der Minister des Äussern allerdings nur mit der Einschränkung gelten liess, dass Serbien dies annehmen sollte; dabei versprach letzterer allerdings gleichzeitig, auf Serbien in mässigendem und versöhnlichem Sinne einwirken zu wollen. Dies scheint Herr Sazonow auch tatsächlich bis zu einem gewissen Grade versucht zu haben, indem er — wie ich bestimmt weiss — dem hiesigen serbischen Vertreter ziemlich scharf die Leviten las, und, wie anzunehmen ist, auch an Herrn Hartwig entsprechende Instruktionen ergehen liess. Es geschah dies Alles kurz nachdem die taktlose Sprache des serbischen Geschäftsträgers in Berlin bekannt geworden war, die hier sehr geärgert und daher eine für Serbien momentan ungünstigere Stimmung hervorgerufen hatte. Dann folgte wenige Tage darauf wieder ein Umschwung in peius. Herr Kokowzow wollte den doch von ihm selbst ausgehenden Vorschlag nicht mehr als solchen gelten lassen und Herr Sazonow bezeichnete jeden nicht auf der Gewährung eines eigenen Hafens mit eigenem Zugang basierten Vorschlag als ungangbar, mit der Begründung: „que voulez-vous, il n'y a rien à faire puisque les Serbes ne l'acceptent pas." Die unmittelbare Ursache für dieses neuerliche stärkere Eintreten der russischen Regierung für die serbischen Wünsche weiss ich nicht in erschöpfender Weise zu erklären, doch sollte ich meinen, dass hieran die Berichterstattung Herrn Hartwigs einen grossen Teil der Schuld trägt, der sich ja selbst vollständig mit den weitgehendsten Aspirationen der Serben identifiziert und der es verstanden haben dürfte, seinen Chef dazu zu überreden, dass es im Interesse des Prestiges Russlands bei den Balkanvölkern unbedingt notwendig sei, dieselben in einer stärkeren Weise zu unterstützen. Von ausschlaggebendem Einflusse auf die Haltung sowohl Herrn Sazonows als auch des Ministerpräsidenten dürften gewisse Wandlungen in der Stimmung Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus gewesen sein, über welche in den letzten Zeiten allerlei mehr oder weniger unkontrollierbare Gerüchte kursierten und die mit der Anwesenheit des Grossfürsten Nikolaus Nikolajewitsch und des berüchtigten Rasputin in Spala in Verbindung gebracht worden waren. Dass selbst Herr Kokowzow diese Nebeneinflüsse durchaus nicht unterschätzte, geht aus einer mir gelegentlich hingeworfenen Bemerkung desselben hervor, es sei ein wahres Glück, dass der Kaiser nun bald zurückkehre, so dass ein direkter Verkehr mit Ihm wieder möglich werde. (Mein Telegramm Nro. 226 vom 15. d. M.). Um Herrn Sazonow gerecht zu werden, muss aber hervorgehoben werden, dass er sich zu keiner Zeit für die auch nach seiner Ansicht übertriebenen weiteren Ansprüche Serbiens jemals eingesetzt hat, auch damals nicht, als er sich mir gegenüber in der nachdrücklichsten Weise für die Gewährung eines eigenen Hafens mit eigenem Zugange einsetzte und dabei durchblicken liess, dass von der Art, wie diese Frage gelöst werden würde, die Entwicklung unserer zukünftigen Beziehungen wesentlich abhängen würde. Er hob vielmehr immer hervor, dass, wenn die Monarchie sich zu den oben erwähnten

Konzessionen entschliessen könnte, welche die nach seiner Ansicht gerechtfertigten Aspirationen Serbiens zur Genüge erfüllen würden, ohne — wie er glaubt — unsere wahren Interessen ernstlich zu schädigen, Serbien sich schliesslich werde bescheiden müssen, da es darüber hinaus von keiner Seite irgend welche Sympathie oder gar Unterstützung finden würde. Allerdings hat Herr Sazonow vor einigen Tagen sowohl mir als in einer schärferen Form meinem englischen Kollegen[b]) gegenüber durchblicken lassen, dass im anderen Falle, wenn unsererseits keinerlei Konzessionen gemacht werden sollten, auch Russland gar keinen Anlass habe, den weiter gehenden serbischen Aspirationen entgegenzutreten und namentlich unseren Wunsch nach Kreierung eines autonomen oder unabhängigen Albaniens zu berücksichtigen. Bei allen seinen Konversationen mit mir und soweit mir bekannt auch mit meinen Kollegen, hat es Herr Sazonow bisher sorgfältig vermieden, das ganze Thema auf das persönliche Gebiet hinüberzuspielen, wie dies sein Vorgänger vermutlich gemacht hätte, oder daraus eine Prestige-Frage zu machen. Selbst einige in ernsterem Tone gehaltene diesbezügliche offiziöse russische Pressäusserungen vermieden ebenfalls jede Gehässigkeit gegen die Monarchie. Es ist daher die Sache, so weit unser Verhalten wenigstens zu Russland in Betracht kommt, noch nicht „vergiftet" und das Terrain einer objektiven und ganz freundschaftlichen Diskussion noch nicht verlassen worden, so dass der Weg eines Kompromisses und einer friedlichen Lösung immer noch offen geblieben ist. Dass letztere von allen massgebenden hiesigen Faktoren gewünscht wird, darüber kann wohl kein Zweifel bestehen; aber andererseits ebensowenig, dass die hiesige Friedensliebe keine absolute und bedingungslose ist. Gelingt es — in Folge unserer Weigerung, Serbien solche Konzessionen zu gewähren, die man hier für gerechtfertigt und à tort ou à raison für unsere Interessen unbedenklich hält, — nämlich nicht zu einem Kompromisse zu gelangen, und wird es unter solchen Umständen für uns notwendig ein serbischerseits etwa geschaffenes fait accompli gewaltsam rückgängig zu machen, dann bin ich überzeugt, dass Russland mit Serbien gemeinsame Sache machen würde. Anders dürfte es sich aber wohl verhalten, wenn wir uns jetzt noch zu solchen Konzessionen herbeilassen sollten, welche die russische Regierung als für Serbien genügend ansieht, selbst wenn dieses trotzdem auf seinen weiter gehenden Aspirationen beharren sollte. Unter diesen Umständen erschiene es eigentlich wichtiger mit Russland zu einem Kompromiss über die den Serben zu gewährenden Maximal-Konzessionen zu gelangen, als mit Letzterem. Kann nämlich die russische Regierung darauf hinweisen, dass es für Serbien das erreicht hat, was Letzteres vernünftiger Weise verlangen konnte und scheitert eine Verständigung mit Letzterem nur daran, dass es sich mit den russischerseits für genügend erachteten Vorteilen nicht zufrieden gibt, so wäre die russische Regierung der öffentlichen Meinung ihres Landes gegenüber gedeckt, und hierauf scheint es ihr vor Allem anzukommen. In den allerletzten Tagen scheinen die Chancen, dass man sich hier mit einem etwas billigeren Kompromiss zufrieden geben würde, wieder etwas gestiegen zu sein. Als Symptome hiefür möchte ich den Umstand ansehen, dass Seine Majestät Kaiser Nikolaus, ohne dass ich irgend eine

weitere bezügliche Demarche gemacht hätte, mich nächsten Dienstag empfangen wird, sowie auch die auffallend ruhige und versöhnliche Sprache, die Herr Sazonow gestern meinem deutschen Kollegen gegenüber gehalten zu haben scheint. (Mein gestriges Telegramm Nr. 234.) Herr Sazonow nahm hiebei Bezug auf Konversationen Herrn Poincarés mit unserem und dem deutschen Botschafter, in welchen ein neuer Kompromiss-Vorschlag aufgetaucht sei. Ob es sich hier um eine Idee Herrn Poincarés handelt, weiss ich nicht, doch sollen sowohl Graf Szecsen als Herr von Schoen, allerdings natürlich nur als ihre private Meinung, sich dem neu angeregten Gedanken gegenüber sympathisch ausgesprochen haben. Soweit mein deutscher Kollege Herrn Sazonow verstanden hat, würde es sich um die Idee handeln, Serbien zwar einen eigenen reinen Handelshafen zu gewähren, die dahin reichende schmale Verbindungslinie aber, die sich an die künftige montenegrinische Grenze anzuschmiegen hätte, zu neutralisieren. Endlich glaube ich, hier bemerken zu sollen, dass zwar der gegenwärtige Moment mir für ein österreichisch-ungarisch-russisches Arrangement bezüglich der den Serben zu gewährenden Rechte besonders geeignet erscheint, es aber meiner Ansicht nach nicht ausgeschlossen ist, dass diese relativ günstigen hiesigen Dispositionen schon in einer näheren Zukunft in Folge von neu eintretenden politischen Momenten sich ändern könnten. Stimmungswechsel in Paris und London, unerwartete Geschehnisse im Auslande, welche, à tort ou à raison, die russische öffentliche Meinung wieder erregen könnten, und den Reiz der Neuheit besitzen würden, Reden in der in Bälde zusammentretenden Reichsduma etc. könnten wieder auf die kaiserliche Regierung in einem für uns ungünstigen Sinne wirken. Neben diesen äusseren und inneren politischen Momenten spielen auch Konsiderationen persönlicher Natur mit. Euer Exzellenz sind die verschiedenartigen Einflüsse bekannt, welche auf Kaiser Nikolaus zu wirken trachten, sowie der Mangel an Disziplin, welcher sich zuweilen im russischen Auswärtigen Dienste offenbart. Erst kürzlich waren alle Zeitungen hier von der Nachricht von Differenzen zwischen Herrn Sazonow und Hartwig und widersprechenden Erlässen des Ersteren voll. Diese Mitteilung wurde zwar offiziell dementiert; sie würde aber, wenn sie trotzdem wahr wäre, die bisherigen Schwankungen der russischen Politik ausgezeichnet illustrieren. Herr Sazonow hat eben trotz Vernunft und Friedensliebe nicht immer die nötige Autorität, um seinen Willen durchzusetzen. Dies sind Momente, welche meiner Ansicht nach dafür sprechen, ein Arrangement mit Russland dem Versuche zu einer Vereinbarung mit dem alles Mass verlierenden Serbien vorangehen zu lassen. Die Stellung Serbiens ist momentan nach seiner Behandlung der fremden Konsuln und der Arnauten international nicht so stark wie vor Kurzem, und sollte, wie mir scheint, dieser Moment — ehe er vorüber geht — zu einer Verständigung mit Russland ausgenützt werden. Der erlauchte Initiator der Friedenskonferenzen dürfte über die serbischen Barbareien und Brüche des Völkerrechtes seitens Seines Schützlings wenig erbaut sein. Aber Serbien bleibt doch trotz alledem der Protegé Russlands und irgend eine nach hiesiger Auffassung unmotivierte Handlung gegen denselben, würde momentane Verstimmungen des offiziellen Russlands wieder beseitigen. Thurn.

P. S. Ich hatte nach Fertigung dieses Berichtes eine Konversation mit Herrn Sazonow, welche mich in meiner ergebenst ausgedrückten Meinung bestätigt. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4601. — [b]) Vgl. n. 4526.

Nr. 4589. Tel. nach Sofia, 23. Nov. 1912 Nr. 156 (chiffr. 10 U. p. m.). Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 376 und 380 vom 22. l. Mts. Ich bin ganz einverstanden, dass Euer Hochgeboren Ihren rumänischen Kollegen davon in Kenntnis gesetzt haben, dass Sie sich bei dortiger Regierung im Interesse Rumäniens verwendet haben. Von einer spontanen Informierung des Prinzen Ghika über die Auffassung des durchlauchtigsten Herrn Erzherzog-Thronfolgers in der rumänischen Frage wollen Euer Hochgeboren jedoch absehen und nur für den Fall als Ihr rumänischer Kollege auf die Seiner k. u. k. Hoheit fälschlich zugesprochene Auffassung zu reden käme, hätten Euer Hochgeboren auf Grund der Ihnen zugekommenen Mitteilungen über den Budapester Aufenthalt Herrn Danews irrige Behauptungen richtig zu stellen. Berchtold.

Nr. 4590. Tel. aus Tokio, 23. Nov. 1912 ohne Nr. (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Telegramm Euer Exzellenz Nr. 18 erhalten. Hiesige Zeitungsnachrichten sprechen nur von chinesicher Absicht militärischer Aktion gegen Mongolenfürsten. Heutige militärische Meldungen friedlich, Disposition Chinas zu Verhandlungen mit Russland. Hier wurde Urga-Vertrag sehr ruhig aufgenommen. Abgesehen davon, daß Japan aus finanziellen Gründen militärische Aktion scheuen dürfte, glaube ich, da sein Verhältnis zu Rußland zweifellos besser als zu China, daß Japan gegebenenfalls nicht gegen ersteres Stellung nehmen würde. Aus Aeußerung russischen Botschafters vom 17. d. M. entnahm ich, daß er bezüglich der Haltung Japans in der Mongoleifrage keine Besorgnis hege. K. u. k. Militärattaché hält militärische Zeitungsnachrichten für Nachrichten, welche Börsen Europas fruktifizieren. Müller.

Nr. 4591. Bericht des Leiters des Generalkonsulats Legationsrates Leopold Freiherrn von Andrian aus Warschau, 23. Nov. 1912 Nr. 38 pol. (eing. 27. Nov.). Ausfert.

Vertraulich. Zu wiederholten Malen und zuletzt sub Nr. 36 vom 18. d. Mts. hatte ich die Ehre, Euerer Excellenz über die friedlichen Äusserungen Seiner Majestät des Czaren zu den Personen Seiner Umgebung während Höchstdessen Spalaer Aufenthaltes zu berichten. Schon vor einiger Zeit war mir eine nicht lange vor der Abreise des Monarchen gegenüber dem Fürsten Wladimir Czetwertynski gefallene Äusserung Seiner Majestät mitgetheilt worden, ich wollte dieselbe aber nicht zur Kenntnis Euerer Excellenz bringen, bevor ich sie als authentisch constatirt hätte.

Da ich nunmehr Gelegenheit hatte dies zu thun, nehme ich mir die Freiheit, sie Euerer Excellenz einzuberichten. Seine Majestät hatte im Gespräche mit dem genannten Polnischen Herrn dem Abscheu Ausdruck gegeben, den Er für kriegerische Verwicklungen empfinde. Er schloss das auf den Gegenstand bezügliche Gespräch mit den Worten ab: „J'ai pleine confiance dans le Comte Berchtold. Soyez sûr, que nous n'aurons pas de guerre."
Andrian.

Tel. nach Athen, 24. Nov. 1912 Nr. 71 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4599.

Tel. nach Belgrad, 24. Nov. 1912 Nr. 108 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4599.

Nr. 4592. Tel. nach Belgrad, 24. Nov. 1912 Nr. 109 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 255 vom 23. d. M. Es ist nicht in meinen Intentionen gelegen, daß Euer Hochwohlgeboren den serbischen Staatsmännern gegenüber spontan auf die Frage des Adriahafens zurückkommen. Euer Hochwohlgeboren wollen sich vielmehr darauf beschränken, eventuell einschlägige Äußerungen der Herren Pašić und Jovanović zu meiner Kenntnis zu bringen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4669, 4930.

Nr. 4593. Tel. aus Belgrad, 24. Nov. 1912 Nr. 259 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Situation unverändert. Serbien glaubt unentwegt, selbst auf militärische Unterstützung Russlands rechnen zu können und man bringt weiter den vertraulichen Versicherungen Herrn von Hartwigs größtes Vertrauen entgegen. Man meint, wenn der Zar und Herr Sazonow wirklich für Serbien nicht selbst mit den Waffen eintreten wollten, würde der russische Gesandte bestimmt nicht auf seinem Belgrader Posten belassen bleiben. Ugron.

Tel. nach Berlin, 24. Nov. 1912 Nr. 165 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4599.

Nr. 4594. Tel. aus Berlin, 24. Nov. 1912 Nr. 278 (eing. 2 U. 20 M. p. m.).[a] Entziff.

Seine k. u. k. Hoheit der Erzherzog Franz Ferdinand, Höchstwelchen ich gestern abends bei Seiner Rückkehr von der Jagd in Springe auf der Fahrt von Potsdam nach Berlin lang gesprochen habe, ist mit dem Nachtzuge nach Wien weitergereist. Der Durchlauchtigste Herr Erzherzog wird gleich nach Seiner dortigen Ankunft Euer Exzellenz zu sich bitten lassen und sodann auch Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn über Seinen hiesigen Sejour, mit dem Er in jeder Beziehung ganz ausserordentlich zufrieden war, Bericht erstatten. Szögyény.

[a] Vgl. n. 4559, 4606.

Nr. 4595. Bericht aus Berlin, 24. Nov. 1912 Nr. 47 (eing. 25. Nov.). Ausfert.

Herr von Kiderlen hat gestern mir gegenüber neuerdings die Konferenz-Idee zur Sprache gebracht, wobei er mir wiederholte, es sei dies zwar „Zukunftsmusik", französischerseits benütze man aber jede Gelegenheit, um auf diesen Gedanken zurückzukommen. Hoffentlich werde es möglich sein, einer Konferenz auszuweichen. Zur Zeit der Annexion Bosniens und der Herzegowina und auch anlässlich der Marokkokrise habe der hiesige französische Botschafter immer wieder darauf hingedrängt. Es sei beide Male gelungen, die Dinge ohne Konferenz in Ordnung zu bringen. Auch diesmal bemühe sich Herr Cambon sichtlich, dem Konferenzgedanken die Wege zu ebnen; er — Kiderlen — hätte mir nun neulich erwähnt (siehe meinen Bericht vom 20. d. M., Nr. 46 A—D), dass falls es zu einer Konferenz kommen sollte, die allerdings nur eine Registrirkonferenz sein könnte, diese wohl in Paris zusammentreten würde. Nach reiflicher Überlegung hätten sich in ihm nicht nur die schon vorhandenen Bedenken gegen eine Konferenz überhaupt noch mehr accentuirt, aber speziell was die Einberufung einer Konferenz in Paris anlange, sei es ihm klar geworden, dass das Paar Iswolsky-Bertie eine solche dort wohl von vornherein unmöglich annehmbar erscheinen liesse. Wie gesagt, sei die Frage noch nicht aktuell; um aber von vornherein allen Missverständnissen vorzubeugen, habe er es für angezeigt erachtet, mir gegenüber nochmals darauf hinzuweisen, dass er den Konferenzgedanken am Liebsten schon a priori abweisen würde und dass er, speziell was seine Ansicht betreffend eine etwaige Konferenz in Paris anlange, sich eines Anderen besonnen habe. Szögyény.

Nr. 4596. Tel. aus Bukarest, 24. Nov. 1912 Nr. 78 (eing. 25. Nov. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Erlaß 21. d. Mts. Nr. 5374[b] und Depesche Nr. 62 von heute. Beides in eben stattgehabter Audienz Seiner Majestät König Karl zur Kenntnis gebracht. Gedanke eines Druckes auf die Türkei behufs Friedensschlusses und gleichzeitiger Sicherung einer bulgarischen Kompensation begegnete bei Seiner Majestät dem Könige lebhaftem Interesse und ungeteilter Zustimmung. Abschluß eines provisorischen Friedens hält Seine Majestät im Hinblick auf bulgarische Absicht, nur definitiven Frieden zu schließen, für ungemein schwer durchzusetzen, so wünschenswert ein solcher auch im Interesse Rumäniens und Österreich-Ungarns wäre. Resultat seiner Besprechung mit Nizami Pascha wird mir durch Minister des Äußern mitgeteilt werden. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 4608, 4621, 4626. — [b] Mit Erl. 5374, 21. Nov. 1912, erfolgte die auszugsweise Mitteilung von n. 4362 nach Bukarest.

Tel. nach Cetinje, 24. Nov. 1912 Nr. 122 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4599.

Nr. 4597. Tel. aus Cetinje, 24. Nov. 1912 Nr. 179 (eing. 25. Nov. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 178 von gestern. Herr Miušković begann mit der Erklärung, dass der König zu jedem Entgegenkommen auf handelspolitischem Gebiete bereit sei, unter der Voraussetzung, dass es die ökonomische Selbständigkeit Montenegros in keiner Weise beeinträchtige und dass alle Verhandlungen auf Basis der Gleichwertigkeit beiderseitiger Interessen geführt werden. Damit sind alle Konzessionen, zu welchen Montenegro bereit ist, erschöpft. Die Frage einer Grenzregulierung am Krstac bezeichnete Mitredner als undiskutierbar. Selbst gegen Abtretung der Herzegowina dürfte König eine solche nicht wagen, da er sonst mit seiner Dynastie weggefegt würde. Die Angelegenheit der Schiffahrt auf der Bojana und dem Skutarisee und jene der Eisenbahnen müssten, allerdings mit Entgegenkommen für Österreich-Ungarn, gemäss den Interessen Montenegros entschieden werden. An eine innigere Ausgestaltung handelspolitischer Beziehungen mit der Monarchie und deren Endziel, eine Zollunion, könne man hier jetzt nicht denken, weil dem bereits Engagement mit den Balkanstaaten entgegenstände. König wäre aber bereit, auf einer Konferenz als Vermittler aufzutreten, damit Österreich-Ungarn mit dem Balkanbunde in ein solches Verhältnis treten könne. Was Montenegro bietet, ist demnach praktisch wertlos, respektive selbstverständlich. Deshalb bin ich sehr befriedigt, durch meine Vorgangsweise, die k. u. k. Regierung nicht im geringsten engagiert und ihrer weiteren Entschliessung in keiner Weise vorgegriffen zu haben. Giesl.

[a]) Vgl. n. 4609.

Tel. nach Konstantinopel, 24. Nov. 1912 Nr. 322 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4599.

Nr. 4598. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 24. Nov. 1912 Nr. 643 (eing. 25. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Minister des Äussern sagte mir heute, Nazim Pascha werde nur nominell als erster Delegierter bei den Friedensverhandlungen fungieren. Endgiltig sind zu Delegierten ernannt worden: ehemaliger Botschafter in Wien Reschid Pascha, Berliner Botschafter Nizami Pascha und an Stelle Izzet Paschas Generalstabschef Hamdi Pascha. Reschid Pascha wird sich heute ins Hauptquartier begeben und morgen dürften Verhandlungen bereits beginnen. Ort derselben bisher unbestimmt. Aus Auslassungen des Ministers konnte ich entnehmen, dass man hier in Bezug auf Friedensverhandlungen weniger entgegenkommend sein dürfte, als dies noch vor wenigen Tagen der Fall gewesen wäre, da man zur Überzeugung gekommen ist, dass die Tschataldja-Linie gehalten werden kann. Pallavicini.

Tel. nach London, 24. Nov. 1912 Nr. 79 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4599.

Nr. 4599. Tel. nach Paris Nr. 105 (1), London Nr. 79 (2), St. Petersburg Nr. 160 (3), Berlin Nr. 165 (4), Rom Nr. 200 (5), Konstantinopel Nr. 322 (6), Sofia Nr. 158 (7), Athen Nr. 71 (8), Cetinje Nr. 122 (9) und Belgrad Nr. 108 (10), 24. Nov. 1912 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1.—5. Wie verlautet, sind die Balkanstaaten mit der Türkei in Verhandlungen über einen definitiven Friedensschluß eingetreten. Ich ersuche Euer Exzellenz, der dortigen Regierung mitzuteilen, daß wir in Gemäßheit des auch von anderen Kabinetten eingenommenen Standpunktes den allenfalls zwischen den Kriegführenden zustandekommenden Friedensschluß für uns selbstverständlich nicht als definitiv ansehen können.

6.—10. Ich telegraphiere unter einem an die k. u. k. Botschafter bei den Signatarmächten wie folgt: „(Inseratur Text des Telegrammes sub 1—5 in extenso.)" Vorstehendes zu Euer etc. vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache den Vertretern der Großmächte gegenüber. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 67 Nr. 126. Vgl. n. 4611, 4615, 4632, 4637.

Tel. nach Rom, 24. Nov. 1912 Nr. 200 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4599.

Tel. nach St. Petersburg, 24. Nov. 1912 Nr. 160 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4599.

Nr. 4600. Tel. nach St. Petersburg, 24. Nov. 1912 Nr. 161 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 233 vom 21. l. M. Wenn Euer Exzellenz am 26. l. M. sich der Hochdenselben mündlich aufgetragenen Allerhöchsten Message bei Kaiser Nikolaus entledigen werden, wollen Euer Exzellenz, sich auf einen neuerlichen Allerhöchsten Auftrag berufend, Nachstehendes hinzufügen. Seine k. u. k. Apostolische Majestät hätten in der jüngsten an politischen Ereignissen so reichen Zeit mit aufrichtiger Freude konstatiert, daß die beiden Kabinette von Wien und St. Petersburg nicht aufgehört haben, im gegenseitigen Einvernehmen vorzugehen. Unser Allergnädigster Herr hege die Hoffnung, daß bei der Behandlung aller jener Probleme, welche sich aus dem gegenwärtigen Balkankriege ergeben, die beiden Regierungen in steter Fühlung bleiben und daß es ihnen gelingen werde, alle Fragen einverständlich zu regeln. Für den Fall, als Kaiser Nikolaus Euer Exzellenz gegenüber auf das serbische Verlangen, an die Adria zu gelangen, zu sprechen kommen und der Erfüllung dieses Wunsches das Wort reden sollte, wollen Hochdieselben, ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, auf das dem Königreiche bisher bewiesene Entgegenkommen hinweisen. Obwohl das serbische Gebahren in der Vergangenheit der Monarchie gegenüber ein keineswegs freundliches war, seien wir vom Tage des Kriegsausbruches an dem Nachbarstaate wohlwollend gegenübergestanden. Unsere neutrale Haltung habe Serbien ermöglicht, mit dem Aufwande aller seiner Kräfte gegen die Türkei vorzugehen und hätten wir durch Gewährung der Durchfuhr von Munitionstransporten demselben einen Beweis großer Rücksichtnahme geliefert. Bedauerlicherweise habe unsere Haltung in Belgrad

nicht die entsprechende Würdigung gefunden, was in der Sprache der dortigen Presse und in der Behandlung unserer Konsularvertreter zum Ausdruck gekommen sei. Dessenungeachtet wolle die Monarchie — natürlich bei voller Wahrung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen — den bedeutenden territorialen Zuwachs Serbiens, insoweit es sich um von Serben bewohnte Gebiete handelt, keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legen. Bedauerlicherweise habe Serbien aber seine Augen auf Gebiete geworfen, welche aussschließlich von Albanesen bewohnt werden und wirtschaftliche Interessen vorgeschoben, um einen territorialen Zuwachs bis an die Adria zu erhalten. Österreich-Ungarn denke ebensowenig daran, die wirtschaftliche Selbständigkeit Serbiens zu bedrohen, als der Erlangung eines garantierten wirtschaftlichen débouchés an die Adria entgegenzutreten.

[a]) Vgl. n. 4619, 4639.

Nr. 4601. Tel. aus St. Petersburg, 24. Nov. 1912 Nr. 235 (eing. 8 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Mit heutigem Telegramme Nr. 159 konstatieren Euer Exzellenz, dass die Tripleentente-Mächte erfreulicherweise die Möglichkeit einer dauernden Besitzergreifung von Durazzo durch die Serben aus dem Calcul ausgeschieden haben. Ich möchte mir gestatten, unter Bezugnahme auf meine einschlägige Berichterstattung (Telegramme Nr. 230 und 232 vom 18. und 19.[a]) dieses Monats und Bericht Nr. 47 vom 23. dieses Monats) ergebenst darauf hinzuweisen, dass, wenigstens insoweit Russland in Betracht kommt, dies wohl nur eine beschränkte Giltigkeit haben dürfte, nämlich nur in dem Fall, als ein Kompromiss zustandekäme, welches die russischerseits für berechtigt gehaltenen serbischen Ansprüche berücksichtigen würde. Als Minimum dürfte in dieser Beziehung hier wohl der letzte Vermittlungsvorschlag Herrn Poincarés, wie ich in meinem Berichte von gestern auszuführen mir erlaubte, anzusehen sein. Ich erlaube mir in diesem Zusammenhange, auf die Euer Exzellenz gemeldete Bemerkung Herrn Sazonows mir und meinem englischen Kollegen gegenüber nochmals hinzuweisen, dass Russland, falls es unsererseits gar kein Entgegenkommen findet, auch seinerseits keinen Anlass habe, unseren Wünschen bezüglich der zukünftigen Gestaltung eines autonomen Albanien, die hier in vielen Kreisen ernste Gegner haben, entgegenzukommen. Euer Exzellenz im eingangs erwähnten Telegramme erteilten Auftrag werde ich erst morgen nachmittags bei Herrn Sazonow auszuführen Gelegenheit haben. Thurn.

[a]) n. 4526.

Tel. nach Sofia, 24. Nov. 1912 Nr. 158 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4599.

Nr. 4602. Tel. aus Sofia, 24. Nov. 1912 Nr. 385 (eing. 25. Nov. 10 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Im Laufe der gestrigen Unterredung mit Herrn Geschoff kamen wir auf Leitartikel des Fremdenblattes betreffend Serbien (zu sprechen.)[b])

Conseilspräsident wolle hoffen, daß wir trotz dieser intransigent klingenden Enunziation Mittel finden würden, uns mit Serbien zu verständigen, da sonst Bulgarien in Mitleidenschaft gezogen würde. Ich wisse — fuhr Geschoff fort — wie sehr er auf bestes Verhältnis zu Österreich-Ungarn halte; auch spreche er nicht, um serbische Interessen zu verteidigen, sondern lediglich, um bulgarische zu schützen, die geschädigt würden, wenn wir Serbien zum ägäischen Meere abdrängen. Ich erwiderte, daß mir unverständlich, warum Herr Geschoff diese Eventualität ins Auge fasse, da, wie er aus Äußerungen Euer Exzellenz zu Herrn Danew wissen müsse, es sich für Serbien nicht um Alternative ägäisches Meer, sondern um Bahnverbindung zur Adria handle. Übrigens sollte Serbien — sagte ich — sich mit der letzteren, für seine wirtschaftlichen Interessen genügenden Lösung zufrieden geben. Herr Geschoff sagte mir vertraulich, seine Apprehension bezüglich Tangierung bulgarischer Interessensphäre beruhe auf einer von Herrn von Ugron angeblich gemachten Äußerung „Serbien solle nach Salonik", Äußerung, die hier sehr unangenehm berührt hätte. Ich antwortete, daß ich über Ausführungen Herrn von Ugrons nicht informiert, daß ich aber an einen solchen Ausspruch unseres Gesandten in Belgrad schwerlich glauben könne, da derselbe nicht im Einklange mit dem Herrn Danew in Budapest Eröffneten. Geschoff dankte für beruhigende Versicherungen und meinte, die Herrn von Ugron in den Mund gelegte Äußerung sei vielleicht auf Intriguen zurückzuführen. Zum Schlusse betonte nochmals Conseilspräsident, welch' hohen Wert Bulgarien auf unsere Freundschaft lege, und meinte, wir könnten nach verschiedenen Seiten, jedoch niemals mit Bulgarien Schwierigkeiten haben.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4643, 4644. — [b]) Chiffre fehlt.

*Nr. **4603.** Tel. aus Sofia, 24. Nov. 1912 Nr. 386 (eing. 25. Nov. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Bezug auf Telegramm Nr. 13 ddo. Budapest 22. d. M. Ich fragte heute Herrn Geschoff, wann Herr Danew nach Bukarest reisen wird und betonte, wie erwünscht es wäre, daß dieser Besuch bald erfolge. Conseilspräsident erwiderte, daß Waffenstillstandsverhandlungen Verzögerung erleiden, da man noch auf Berliner türkischen Botschafter, der zum Unterhändler ernannt, warte. Sobald Verhandlungen beendigt, werde Herr Danew Bukarest fahren. Von dieser Antwort Herrn Geschoffs verständigte ich vertraulich meinen rumänischen Kollegen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4622.

*Nr. **4604.** Tel. aus Belgrad, 25. Nov. 1912 Nr. 260 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.*

Nicolas Garsfeld, auf den sich mein Telegramm Nr. 249 vom 22. d. M. bezog, machte mir mehrere interessante Mitteilungen. Herr Pašić habe ihm selbst gesagt, dass Serbien schmerzlich berührt sei, dass es nunmehr das dritte Mal von Russland im Stiche gelassen wird. Aber auch in diesem Falle

könne man auf den Adriahafen nicht verzichten. Serbien müsse dann an eine europäische Konferenz appellieren und würde dort bestimmt zu seinem unanfechtbaren Rechte kommen. Die Stellungnahme Herrn Sazonows habe hier große Depression und Ernüchterung verursacht. Herr von Hartwig versuche das Vertrauen zu Russland weiter wach zu halten, sei aber selbst verstimmt und entmutigt. Er habe ihm gesagt, dass er von Petersburg beauftragt werde, hier beruhigend zu wirken und Serbien von unüberlegten Schritten abzuhalten, während Herr Iswolsky ihn im entgegengesetzten Sinne bearbeite (auch von anderer Seite höre ich, dass Herr von Hartwig mit dem Pariser Botschafter in regem Kontakt stehe). Er selbst sei der Ansicht, dass Serbien einen Hafen an der Adria haben müsse und Russlands Pflicht sei es, dies durchzusetzen. In Petersburg hätte man die Direktive verloren und man wisse angeblich nicht, was man wolle. In serbischen militärischen Kreisen werde man immer herausfordernder, doch sei dies — nach Auffassung meines Berichterstatters — zum großen Teile nur Bluff. Die Armee würde einen neuen Krieg bestimmt nicht wünschen, man begnüge sich mit den erreichten Lorbeeren. Die serbische Armee habe bis auf wenige Punkte ihre Aufgabe gelöst und werde jetzt wahrscheinlich den Bulgaren bei Tschataldja und den Griechen bei Janina Hilfe bringen (dies wird auch von anderer Seite bestätigt). Auch die Kriegsvorbereitungen Russlands seien nicht allzu ernst zu nehmen. Auch dort wünsche man den Krieg nicht, man wolle den panslavistischen Strömungen nur Konzessionen machen und deshalb unterstützt man, aber nur diplomatisch, die Aspirationen Serbiens. Herr von Hartwig betone zwar immer, dass Russland bereit sei, für den Adriahafen zu Feld zu ziehen, aber selbst die Mitglieder seiner Gesandtschaft behaupten, dass er dies sich selbst nur einzureden suche. Für die Verlässlichkeit meines Berichterstatters kann ich keine Garantien übernehmen, da ich ihn nicht kenne, und habe mich mit ihm überhaupt nur eingelassen, weil er behauptete, in stetem Kontakt mit unserer Petersburger Botschaft gestanden zu sein. Ich verhielt mich sehr ablehnend ihm gegenüber.

Ugron.

Nr. 4605. Bericht aus Belgrad, 25. Nov. 1912 Nr. 150 (eing. 27. Nov.). Ausfert.

Aus einem Gespräch, das ich vorgestern mit dem Führer der Fortschrittspartei Herrn Stojan Novaković gehabt habe, entnahm ich mit Bedauern, wie tief die Idee der Notwendigkeit eines Adriahafens in die Mentalität des ganzen serbische Volkes eingedrungen ist. Selbst dieser ruhige und besonnene Politiker erklärte mit einer gewissen Emphase, dass Serbien ohne Zugang zum Meere nicht mehr existieren könne und fügte hinzu: Vielleicht übertreiben wir die Bedeutung dieser Frage, aber sie ist in das Nationalgefühl eingedrungen und man muss damit rechnen. Das Militär würde es nie begreifen, wenn die Regierung aus Rücksichten auf das Ausland die besetzten Küstenstriche wieder aufgeben sollte. Übrigens sagte Herr Novaković, dass, wenn Serbien dennoch gezwungen sein würde, fremden Impulsen Rechnung tragend auf den Besitz eines Adriahafens zu verzichten, so würde dies das ganze Land der Monarchie so entfremden,

dass viele, viele Jahre hindurch von einem gut nachbarlichen Verhältnis nicht die Rede wird sein können. Österreich-Ungarn würde einfach verhasst sein und man müsste mit einer sehr feindlichen Bewegung auch in wirtschaftlicher Beziehung rechnen. Der grosse politische Einfluss und die ökonomische Präponderanz, die der Monarchie schon durch die geografische Lage zukommen müssten, würde auf sehr, sehr lange in Frage gestellt, wenn nicht auf immer ausgeschlossen erscheinen. Croyez moi — fügte er hinzu — s'est aussi dans votre intérêt de faire le généreux et de laisser à la Serbie le moyen de développer ses forces. Das Militär würde nach dem Kriege hier noch lange das grosse Wort reden und gerade die Armee könnte den Einspruch der Monarchie als eine grosse Beleidigung, als eine Verletzung der Kriegsehre betrachten. Es müsste daraus ein gespanntes Verhältnis entstehen, das lähmend auf die Ausgestaltung besserer Beziehungen wirken müsste. Herr Novaković sprach auch von dem schlechten Eindruck, den die nicht genügend motivierte und keineswegs verstandene unfreundliche Stellungnahme der Monarchie auch bei unserer slavischen Bevölkerung hervorrufen müsste. Durch ein grossherziges Auftreten den Serben gegenüber, würden wir unsere eigenen Südslaven zum grössten Dank verpflichten, was sehr zu ihrer Beruhigung beitragen müsste. Herr Novaković bezeichnete die Befürchtung, dass Serbiens Aspirationen noch immer auf den Erwerb Bosniens und der Herzegowina gerichtet seien, einfach als Ausgeburt einer erregten Phantasie. Ich bin leider heute nicht mehr ganz dieser Ansicht. Noch vor wenigen Wochen habe ich dies selbst behauptet und gesagt, dass wenigstens unter den vernünftigen Männern niemand solche Ideen habe. Heute nach den unerwarteten grossen kriegerischen Erfolgen der serbischen Armee ist es schon anders geworden. Ernstere Politiker und nüchternere Staatsmänner haben die Erwerbung der von Serben bewohnten Gebiete unserer Monarchie allerdings noch nicht in ihr Programm aufgenommen, aber in der Presse hört man schon oft, dass Serbien auch an die Befreiung der noch immer unter fremden Joche seufzenden Stammesbrüder im Norden wird denken müssen. Das sind Schlagworte, die von der Gasse leicht aufgegriffen werden und woran noch vor Kurzem nur Phantasten und Idealisten gedacht haben, kann bald Gemeingut der weiteren Schichten der sehr chauvinistisch angelegten Bevölkerung werden. Das Militär hat sich bereits für diese Idee sehr zugänglich gezeigt und man spricht in militärischen Kreisen mit einer gewissen Begeisterung von der Möglichkeit einmal mit dem Schwaba (das sind wir) gerade so fertig zu werden, wie es diesmal mit den Türken der Fall war. Momentan wird der Krieg mit der Monarchie nicht gewünscht, und wenn man den Zugang zum Meere auf friedlichem Wege erreichen könnte, würde dies hier allgemeine Befriedigung hervorrufen. Aber die Idee, dass die grosse Abrechnung mit der Monarchie früher oder später erfolgen muss und dass dieselbe mit Russlands Unterstützung ausgefochten wird, fängt an immer mehr in die Mentalität der Serben einzudringen und darin besteht eine Gefahr, mit der noch vor wenigen Wochen nicht gerechnet werden musste, die aber bei der Beurteilung unseres zukünftigen Verhältnisses zu Serbien nunmehr in Berechnung gezogen werden muss.

Ugron.

Nr. 4606. Tel. aus Berlin, 25. Nov. 1912 Nr. 280 (eing. 5 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Reichskanzler und Staatssekretär sprechen sich mir gegenüber über die Unterredungen, welche sie während des Aufenthaltes des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand in Berlin und Springe mit Höchstdemselben gehabt, im Tone aufrichtiger Freude und Genugtuung aus. Auch Kaiser Wilhelm sei mit der ganzen Auffassung und Beurteilung der jetzigen Lage durch Seine k. u. k. Hoheit vollkommen einverstanden. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4559, 4594.

Nr. 4607. Bericht aus Bukarest, 25. Nov. 1912 Nr. 66 A (eing. 28. Nov.). Ausfert.

Heute suchte mich Herr Take Jonescu auf, um mir Mitteilungen über Gespräche zu machen, welche er mit meinen bulgarischen und russischen Kollegen zu führen Gelegenheit hatte. Ersterer habe zum erstenmale im Zusammenhange mit dem zu erwartenden Besuche Herrn Danews die Möglichkeit einer Diskussion über Grenzregulierungen ins Auge gefaßt, und seinen Mitredner zu sondieren gesucht. Der Herr Minister des Innern faßte dies als ein günstiges Zeichen auf, was darauf deute, daß man in Sofia nicht mehr so intransigent sei wie bisher. Ich ließ in meinen diesbezüglichen Rückäußerungen durchblicken, daß wir dieser Wendung in der Sofioter Auffassung jedenfalls nicht ferne stünden. Herr Schebeko, der Herrn Take Jonescu aufgesucht hatte, um seine Rolle als Protektor eines rumänisch-bulgarischen Ausgleiches weiter zu spielen und neuerlich die bereits bekannte Ankunft Herrn Danews anzeigte, kam auch auf die allgemeine Lage zu sprechen. Er äußerte sich dahin, daß seit acht Tagen eine Verdüsterung des Horizontes eingetreten sei, welche darauf zurückzuführen wäre, daß der deutsche Botschafter in St. Petersburg geglaubt habe, dieselbe Sprache führen zu können, wie zur Zeit der Annexionskrise. Er habe in einer etwas zu drastischen Weise auf die Solidarität Deutschlands und Österreich-Ungarns hingewiesen, was Herrn Sazonow und auch höheren Ortes verstimmt hätte. Da Herr Schebeko sich bisher immer als sehr gut informiert erweise und auch in der Lage ist, durch seine Verwandten an der Newa über die Stimmung am Hofe unterrichtet zu sein, so glaube Obiges einberichten zu sollen. K. E. Fürstenberg.

Nr. 4608. Bericht aus Bukarest, 25. Nov. 1912 Nr. 66 B (eing. 28. Nov.).[a] *Ausfert.*

Vertraulich. Während meiner letzten Audienz (hieramtliches Chiffretelegramm Nr. 78 vom 24. laufenden Monats) geruhte mir Seine Majestät Aufzeichnungen zu zeigen, welche Ihm in vertraulicher Weise vor circa vierzehn Tagen durch eine Mittelsperson von seiten Herrn Geschows übermittelt wurden. Dieselben enthalten eine genaue Darstellung der von den vier Balkanstaaten vereinbarten Verteilung der europäischen Türkei. Im Großen und Ganzen dürfte dieselbe den allgemein bekannten Aspirationen

der vier Königreiche entsprechen, was jedoch auffällt, war die Phrase: „Pour menager l'Autriche-Hongrie il est prevu pour la Serbie un accès à la mer à travers le Montenegro" und die Bestimmung, daß Salonik „tombera dans le lot Grec", was nach den letzten Zwischenfällen unter den Kriegführenden nicht als vollkommen feststehend zu betrachten ist. Rumänien äußerte Sich König Carol, werde unbedingt für ein autonomes Albanien einstehen und sei bereit, auch materielle Opfer für dasselbe zu bringen. Höchstderselbe ließ sogar auch die Bemerkung fallen, daß die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendige Gendarmerie eventuell aus den mazedorumänischen Elementen gebildet werden könnte. Als geeignetes Oberhaupt für ein zukünftiges Albanien bezeichnete der König einen egyptischen Prinzen. Dieselben seien klüger und gebildeter als die aus dem türkischen Herrscherhause. Die allgemeine Weltlage schien Seiner Majestät ausnehmend gespannt, und die russischen Truppenkonzentrierungen erfüllten den Monarchen mit ernster Sorge. Die Athmosphäre über Europa, bemerkte der höchste Herr, sei Unheil drohend, die französischen und russischen Militärkreise verlangten nach dem Krieg, und das könne weit führen. Auch hier in Rumänien sei eine starke Partei, welche zu einem Krieg mit Russland einrate, der in Zukunft unausweichlich sei und nie mehr unter so günstigen Premissen geführt werden könne wie heute. K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 4811.

Nr. 4609. Bericht aus Cetinje, 25. Nov. 1912 Nr. 98 A (eing. 29. Nov.). Ausfert.

Streng geheim. In Ergänzung meiner ergebensten telegrafischen Berichterstattung vom 23. und 24. l. M.a) habe ich über meine Unterredung mit König Nikolaus und Herrn Miušković in Angelegenheit unserer Haltung gegenüber dem Verbleiben der Montenegriner in Skutari, noch, wie folgt, Euer Exzellenz zu berichten. König Nikolaus nahm meine Mitteilung, dass eine definitive Besitznahme nicht nur der albanischen Küste, sondern auch der Stadt und des Gebietes von Skutari mit der Schaffung eines autonomen Albaniens unvereinbar sei, mit Ruhe entgegen und erwiderte: „Ich war darauf gefasst, Skutari werde ich in einigen Tagen, ob so oder so, nehmen, Sie sollen aber wissen, dass, wenn mich Österreich-Ungarn mit Gewalt aus den besetzten Gebieten vertreiben wollte, ich mich bis zur letzten Ziege und bis zur letzten Patrone verteidigen werde, und dies auch, wenn mich meine Alliierten und Russland verlassen würden!" Das Gespräch drehte sich dann um die politische Lage im allgemeinen, und um die Schaffung eines autonomen Albaniens im besonderen, wobei ich Gelegenheit nahm, auf das besondere Interesse hinzuweisen, welches wir, abgesehen von allen anderen Gesichtspunkten, schon deshalb an Skutari nehmen müssten, weil diese Stadt nicht nur der grösste und wichtigste Ort in ganz Albanien, sondern auch das Zentrum des katholischen Albaniens (Mirditen und Malissoren) sei, über welches das Kultusprotektorat Seiner Majestät, unserem Kaiser und König zustehe. König Nikolaus reagierte erst später auf diese Äusserung und bemühte sich, mich zu überzeugen, dass in allen schwebenden Fragen

die Tripelentente — „und vielleicht auch noch Andere“ — geschlossen auf der Seite der Balkanstaaten stehen und diese Letzteren mit 650.000 Bajonetten solidarisch bis zur Erledigung auch des letzten strittigen Punktes auftreten würden. Ich entgegnete Seiner Majestät einfach, dass nach den mir durch die Presse zugänglichen Informationen die Lage doch etwas von Höchstdesselben Schilderung abweiche, die Notwendigkeit der Schaffung eines autonomen Albaniens so ziemlich von allen Grossmächten bereits anerkannt zu sein scheine, dass vor allem die Albanesen selbst sich nur durch jahrelange, blutige Kämpfe unter eine slavische Herrschaft beugen würden, was wieder kaum die Rechnung Europas machen könnte, und dass insbesondere Frankreich und England an den lokalen serbo-montenegrinischen Fragen, wie jene der Häfen, oder des Besitzes von Skutari, kaum jenes Interesse aufbringen würden, um sich einen Krieg aufdrängen zu lassen. Was die Anspielung des Königs, dass auch „noch Andere mittun würden,“ anbelangt, so müsse ich diesen Kalkül, wenn er etwa auf die österreichischen und ungarischen Slaven abziele, als ganz falsch bezeichnen. Als Seine Majestät mir nach einigem markierten Nachdenken — denn jede Geste ist bei ihm Berechnung — hinwarf: „Wenn ich mit Ihrem Kaiser sprechen könnte, so würde sich leicht ein Arrangement finden lassen,“ benützte ich diese Wendung, um in sehr vorsichtiger, ängstlicher Weise, und nachdem mich der König seiner strikten Diskretion bestimmt versichert hatte, die leitenden Gesichtspunkte über ein mögliches Arrangement, — also eine Grenzregulierung mit Einbezug des Krstac und Konzessionen auf handelspolitischem Gebiete zu entwickeln und dem Könige durch einfache, prägnante Darstellung der für Montenegro zu erwartenden Vorteile, — immer unter Betonung, dass ich der Autor dieser Ideen sei, und ich für deren Erfolg fast keine Hoffnung hätte, — mundgerecht zu machen. Der Umstand, dass ich schon vor zwei Jahren und auch seither die mögliche Ablösung des Lovćen, dann eine Zollunion zwischen Montenegro und der Monarchie des öfteren im Laufe der letzten Jahre mit dem Könige besprochen hatte, kam mir dabei sehr zu statten, und liess meine Behauptung, dass die k. u. k. Regierung von diesen Propositionen keinerlei Kenntnis habe, und ich mich damit vielleicht um meinen Hals rede, wie ich annehmen darf, plausibel und glaubwürdig erscheinen. Die Antwort des Königs war auch keine ablehnende. Er bekreuzte sich, als ich von der Möglichkeit eines offensiven Vorgehens Montenegros gegen Cattaro sprach, und bemerkte aber sogleich, dass er, was mir ja bekannt war, von volkswirtschaftlichen Fragen gar nichts verstehe, und er mir am nächsten Tage seinen Vertrauensmann, den Exminister Miušković, senden würde, mit dem ich mich auseinandersetzen möge. Würde eine Übereinstimmung der Anschauungen konstatiert werden können, dann möge ich nach Wien fahren und die k. u. k. Regierung für meine Ideen zu gewinnen suchen. Anderenfalls erwarte er mich in Skutari „l'epée à la main,“ auf welche Fanfaronade ich keine Antwort mehr gab. Herr Miušković besuchte mich am 23. l. M. und entwickelte in einem fast zweistündigen Gespräche die montenegrinischen Ansichten, wobei in seiner Sprache, bei ausgesuchter Höflichkeit und Liebenswürdigkeit der Redewendungen, die jetzt hier schon gewohnte Präpotenz den Grundton

bildete. Ausser seiner gleich eingangs gebrauchten Mitteilung, dass mir der König sagen liesse, er würde auf handelspolitischem Gebiete Österreich-Ungarn das weitgehendste Entgegenkommen beweisen, vorausgesetzt, dass unsere Forderungen weder die Würde, noch die volkswirtschaftliche Selbständigkeit Montenegros, noch auch in der nächsten Zukunft einzugehende Engagements (!) tangieren, war die Rede Miušković' eine eindeutige, manchmal geringschätzende Ablehnung auf der ganzen Linie. Herr Miušković, welcher sonst der einzige Mann in Montenegro ist, mit dem man wirtschaftliche Fragen vernünftig besprechen kann, zeigte in allen Hauptfragen eine intransigente Haltung und stellte mir auch die ironische Frage: „wie ich hoffen könne, dass die k. u. k. Regierung sich bereit finden würde, aus ihrem Plane für ein autonomes Albanien gerade die katholischen Albanesen auszuschalten, gegen wirtschaftliche Konzessionen? Um diesen Hieb zu parieren, hatte ich nur die Entgegnung, dass es eben ein Versuch meinerseits sein sollte, die Interessengegensätze beider Länder auszugleichen. Mein Mitredner eröffnete mir weiter, die Krstac-Frage sei überhaupt nicht diskutierbar, an jedem anderen Punkte der Grenze liesse sich, wohlgemerkt, unter der Bedingung eines gleichwertigen Austausches, über eine Grenzregulierung reden; von diesem Punkte aber nicht. Die Monarchie sei eine so starke Militärmacht, und selbst eine montenegrinische Offensive über den Krstac gegen Cattaro könnte die Entscheidung in einem Kriege nicht im entferntesten beeinflussen, der Besitz dieses Sattels sei daher für Österreich-Ungarn keinesfalls von grosser Wichtigkeit, bedeute aber im Gegenteil die einzige gute Defensivstellung für Montenegro, ausserdem seien diese Höhen durch die Tradition heilig. Es sei mir sicher bekannt, dass die Serben vor einem Jahre behaupteten, König Nikolaus habe den Lovćen für 50 Millionen Österreich-Ungarn verkauft, gerade in dieser kritischen Zeit würde das ganze Serbentum gegen die Dynastie aufstehen und, wenn der König es wagen sollte, eigenmächtig diesbezüglich zu entscheiden, ihn und die Dynastie wegfegen. In den einzelnen handelspolitischen Fragen zeigte sich Herr Miušković wohl etwas toleranter, seine Reserven und Schlussfolgerungen negieren aber trotzdem die Möglichkeit jedes Sonderabkommens zwischen der Monarchie und Montenegro auch auf diesem Gebiete. Die Schiffahrt auf der Bojana und am Skutari-See würde wohl in einer der Monarchie konvenierenden Weise, jedoch, da diese Gewässer dann ausschliesslich montenegrinische Binnenwässer wären, in erster Linie nach den montenegrinischen Interessen geregelt werden. Das Gleiche gelte von der Konstruktion von Strassen und Eisenbahnen, welche in allen Richtungen zu erbauen sein würden. Wollte sich österreichisches oder ungarisches Kapital an diesen und ähnlichen grossen Arbeiten, wie die teilweise Entwässerung des Skutari-Sees, beteiligen, so würde dies natürlich mit Vergnügen akzeptiert werden! Weiter gehende Abmachungen, deren letztes Ziel die Zollunion wäre, schienen schon deshalb ausgeschlossen, weil derartige Vereinbarungen der Balkanstaaten untereinander, selbst in dem noch keineswegs kompletten und noch viel Lücken aufweisenden Bündnisvertrage bereits vorgesehen seien. Montenegro würde daher durch ein Sonderabkommen mit der Monarchie in eine Kollision mit seinen Pflichten gegenüber

den Alliierten geraten. Abgesehen von diesem prinzipiellen Hindernisse könne Herr Miušković mir nicht verhehlen, dass nach seiner Auffassung jede Zollunion die wirtschaftliche Knebelung des schwächeren Landes durch das Stärkere bedeute, und die Schaffung einer montenegrinischen Industrie verhindern würde. Nachdem aber Montenegro voraussehe, dass Österreich-Ungarn, um seine kommerziellen Interessen zu schützen, sich gezwungen sehen würde, mit den vier Balkanstaaten, diese als Einheit betrachtet, in spezielle Verhandlungen zu treten, biete sich der König gerne als Vermittler an, um für die Monarchie die Wege bei den Alliierten zu ebnen. Diese mit der Miene des Gönners vorgebrachte Tirade bildete den Schluss unseres Gespräches. Ich erklärte Herrn Miušković, dass seine Mitteilungen mir leider gar keine Basis böten, um an die k. u. k. Regierung mit dem Ansinnen heranzutreten, das Verbleiben Montenegros in Skutari auf einer Konferenz zu unterstützen. Die diesbezüglich in meinem Kopfe entstandene Idee habe sich als nicht durchführbar erwiesen und ich empfände, um aufrichtig zu sein, eine gewisse Erleichterung, dass mir dieser, wahrscheinlich aussichtslose und für mich bedenkliche Schritt, erspart bleibe. Es erscheint mir überflüssig, Hochdenselben zu betonen, dass der Bewegungs- und Entschlussfreiheit der k. u. k. Regierung durch meine Unterredungen mit dem Könige und Herrn Miušković in keiner Richtung präjudiziert wurde, indem von denselben offizielle Spuren nicht zurückbleiben können. Die k. u. k. Regierung kann, wenn dies in den Rahmen unserer Politik fällt, nach wie vor auf der Schaffung eines selbständigen ethnografisch, wie konfessionell ungeteilten Albanien — Skutari inbegriffen — bestehen.[1] Giesl.

[1]) bravo!

[a]) Vgl. n. 4576, 4577, 4597.

Nr. 4610. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 25. Nov. 1912 Nr. 651 (eing. 26. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Großvezier sagte mir, er erwarte heute abends Nachrichten aus dem Hauptquartier, ob die Verbündeten ihre Bedingungen derart modifiziert haben, dass eine Diskussion möglich wäre. Türkische Regierung könne auf einen Waffenstillstand nur dann eingehen, wenn die Friedensbedingungen der Verbündeten halbwegs diskutierbar erscheinen. Kiamil Pascha steht auf dem mir von Gabriel Effendi auseinandergesetzten Standpunkte (mein Telegramm 635 vom 23. d. M.). Betreffend Albanien sagte mir Großvezier, die Türkei werde auf die Schaffung eines autonomen Albanien unter einem Prinzen des kaiserlich osmanischen Hauses bestehen. Es treffen fortwährend aus Asien Truppen hier ein, welche an die Tschataldja-Linie dirigiert werden, 10.000 Mann. Mein russischer Kollege suchte mich heute auf und setzte mir auseinander, wie notwendig es für die Türkei wäre, sobald als möglich Frieden zu schließen. Er verwies hiebei auf die Gefahr, welche sich für die Türkei in ihren asiatischen Provinzen ergeben könnte, da sich, wie er behauptet, dort vielfach Unruhe bemerkbar mache. Herr von Giers wollte hiedurch augenscheinlich auf die Eventualität hinweisen, dass Russland sich veranlasst sehen könnte, dortselbst einzugreifen. Pallavicini.

Nr. 4611. Tel. aus London, 25. Nov. 1912 Nr. 116 (eing. 26. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

In Befolgung des Telegrammes Nr. 79 von heute habe ich Sir E. Grey mitgeteilt, dass Euer Exzellenz einen allenfalls zwischen den Kriegführenden geschlossenen Friedensschluss als für uns nicht definitiv ansehen könnten. Staatssekretär teilt Euer Exzellenz Ansicht, meint, die Türkei müsste die Friedensbedingungen den Mächten mitteilen, und resümierte seinen Standpunkt in folgenden Worten, die ich vor ihm notierte: „Man kann nicht erwarten, dass die größten Veränderungen der Landkarte Europas, die jemals plötzlich stattgefunden haben, vor sich gehen können, ohne dass die Großmächte, namentlich die zunächst interessierten, in dieser Sache mitzureden hätten, jedenfalls wenigstens in gewissen Punkten." Der Privatsekretär Sir E. Greys sagte mir nachher, wie opportun es wäre, möglichst bald eine Art von Präliminarkonferenz der Großmächte ohne Zuziehung der Kriegführenden zu halten, um diejenigen Fragen festzustellen, über welche bei den Friedensbedingungen die Mächte mitzureden hätten. Diese Konferenz hätte den Vorteil, die Fragen zu fixieren, bevor die Balkanstaaten zugezogen werden. Sir E. Grey würde nicht selbst eine derartige Proposition machen, derselben aber zustimmen, wenn sie von anderer Seite vorgebracht würde. Französischer Botschafter sprach mir in ähnlichem Sinne: „Nous pataugeons et perdrons du temps par l'échange de vues des puissances par télégrammes et courriers. Une conférence pour établir la procédure! Cela correspondrait à une ancienne proposition de Poincaré et à une idée émise l'autre jour par Monsieur de Kiderlen-Waechter." Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 69 Nr. 129. Vgl. n. 9516.

Nr. 4612. Tel. aus London, 25. Nov. 1912 Nr. 117 (eing. 26. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 78 vom 23. d. M. Ich habe bei meinem heutigen Besuch Sir E. Grey darüber aufgeklärt, daß es unseren Intentionen nicht entsprechen kann, einer territorialen Erwerbung San Giovanni di Meduas durch Serbien und der Lostrennung dieses Hafens von Albanien zuzustimmen. Staatssekretär meinte wieder, ob es nicht möglich wäre, Serbien den Zugang zu einem neutralen Hafen zu konzedieren. Ich erwiderte, daß wir jede serbische territoriale Erwerbung an der Adria abweisen müßten. Ich verwies auf die weitgehenden Aspirationen der Serben, die in der heutigen Erklärung Herrn Pašić's in der Times unverhohlen zum Ausdruck kommen. Dies sei nicht die Meinung eines unverantwortlichen Politikers oder Journalisten, sondern des Premierministers Serbiens, der sich durch das größte Blatt der Welt an die gesamte Öffentlichkeit wende. Sir E. Grey erklärte mir, die darin enthaltenen Ansprüche Herrn Pašić's könnten nirgends und von niemand unterstützt werden. Wenn er damit englische Sympathie zu erwerben hoffe, täusche sich der serbische Premier gewaltig. Sir E. Grey verwies mit Befriedigung auf abweisenden Leitartikel der heutigen Times. Im Laufe unserer weiteren Konversation

gab Staatssekretär zwar Notwendigkeit zu, auf Serbien beruhigend einzuwirken, sprach aber doch wieder Hoffnung aus, daß wir nicht gar zu intransigent für bescheidene serbische Wünsche sein werden. Ich verwertete deswegen in meiner Konversation die in Telegramm Nr. 10 vom 21. d. M. aus Budapest niedergelegten Ausführungen bezüglich wirtschaftlicher Absichten am Balkan und verwies wieder auf die große Mäßigung der k. u. k. Regierung, die er auch in keiner Weise in Abrede stellte. Von den heute mehr beunruhigenden Zeitungsmeldungen sprechend, antwortete er mir, er habe keine Information, welche auf eine wärmere Unterstützung Serbiens durch Rußland schließen ließe. Im Auswärtigen Amte, aber nicht bei Sir E. Grey selbst, merkte ich eine gewisse Präokkupation über die Rückberufung unseres Kriegsschiffes von Konstantinopel. Man scheint zu befürchten, daß diese Nachricht in Verbindung mit den Gerüchten gebracht werden könne, daß Österreich-Ungarn und Deutschland die Türkei zu weiterem Widerstand ermuntern, welche von der sensationslustigen Presse zu Alarmnachrichten ausgebeutet werden. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 68 Nr. 128.

Besuch des französischen Botschafters, 25. Nov. 1912. Siehe n. 4631.

Nr. 4613. Tel. aus Paris, 25. Nov. 1912 Nr. 152 (eing. 5 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Ich habe heute Inhalt Euer Excellenz Telegrammes vom 23. d. M., Nr. 104 Herrn Poincaré mitgeteilt, der sichtlich unangenehm berührt war, dass sein (Plan)[b]) bei uns keinen Anklang gefunden hat. Er meinte, Serbien werde unbedingt auf eigenem Adriahafen bestehen und er sehe nicht, wie es möglich sein werde, die Serben von diesem Wunsche, in den sie sich ganz festgerannt haben, abzubringen, er bezweifle sogar, dass Serbien seinen Plan akzeptiert hätte. Poincaré versuchte nochmals, die Vorteile seiner Idee darzulegen und mir zu erklären, wie durch Neutralisation von Hafen und Landstreifen unsere Interessen vollkommen gewahrt wären. Ich konnte mich natürlich nur auf meine Instruktionen berufen und lenkte die Aufmerksamkeit Herrn Poincarés ausserdem auf die zahlreichen praktischen Schwierigkeiten, die sich seinem Plane entgegenstellen. Ministerpräsident erwähnte hierauf die Möglichkeit einer direkten, gesicherten, kommerziellen Verbindung Serbiens mit einem albanesischen Hafen, der neutralisiert werden müsste. Er betonte, dass Serbien die Möglichkeit haben müsste, über diesen Hafen in Friedenszeit auch Kriegsmaterial einzuführen. Er fürchte aber, dass Serbien sich mit einer solchen Kombination nicht zufrieden geben wird. Bei diesem Anlasse habe ich mich Poincaré gegenüber auch im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 9 vom 21. d. M. aus Budapest ausgesprochen. Ministerpräsident bezeichnete unsere Wünsche auf handelspolitischem Gebiete als ganz gerechtfertigt, vorausgesetzt, dass wir keine Monopolstellung anstreben und gleiches Recht für Alle herrsche.

Szécsen.

[a]) Vgl. n. 5015, 5139, 5164. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 4614. Tel. aus Paris, 25. Nov. 1912 Nr. 153 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Hiesige Zeitungen melden aus Konstantinopel, daß wir und Deutschland die Türkei zur Fortsetzung des Krieges drängen. Einer Bemerkung Herrn Poincarés entnehme ich, daß er diese Ansicht teilt und daß türkische Minister behaupten, daß wir ihnen vom Friedensschluß abraten. Die bulgarische Forderung nach Übergabe der Befestigungen von Tschataldja bezeichnete Herr Poincaré als für Türkei inacceptabel. Szécsen.

[a] Vgl. n. 4654.

Nr. 4615. Tel. aus Paris, 25. Nov. 1912 Nr. 154 (eing. 26. Nov. 8 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 105 vom 25. d. M. Ich habe mich im Sinne desselben Herrn Paléologue gegenüber ausgesprochen, der mir zusagte, meine Mitteilung zur Kenntnis des Ministerpräsidenten zu bringen. Wie mir der politische Direktor sagte, steht die französische Regierung, was die Friedensfrage betrifft, auf dem gleichen Standpunkte wie wir. Herr Paléologue benützte diesen Anlass, um darauf hinzuweisen, dass, wenn die Mächte an eventuelle Superrevision des künftigen Friedenstraktates dächten, diese mit Hinblick auf verschiedene politische und wirtschaftliche Interessen so komplizierte Aufgabe doch noch am besten auf europäischer Konferenz gelöst werden könnte. Konferenzidee tritt wieder mehr in den Vordergrund. Baron Schoen, der die Situation für recht ernst hält, sagte mir, man glaube am Quai d'Orsay, dass, wenn sich die Mächte im Prinzipe über Abhaltung einer Konferenz einigen könnten, die Ankündigung dieses Faktums sehr ernüchternd auf Kriegführende wirken würde und auch Serbien durch ein solch gemeinsames Auftreten der Mächte zur Vorsicht gemahnt werden würde. Herr Poincaré scheut sich aber mit Konferenzproposition herauszurücken, doch würde eine kleine Ermunterung wohl genügen, um ihn zu bestimmen, diesfalls Initiative zu ergreifen. Ein sonst ziemlich verlässlicher Journalist hat mir heute erzählt, Herr Iswolsky habe ihm gesagt, er hoffe auf Aufrechterhaltung des Friedens. Die serbischen Eroberungen in Albanien hätten keinen definitiven Charakter, und wenn Österreich-Ungarn Serbien jetzt nicht angreife, könne nach Friedensschluss auf einer Konferenz die Situation zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt werden. Szécsen.

[a] Oe. U. Balkan 68 Nr. 127.

Nr. 4616. Tel. nach Rom, 25. Nov. 1912 Nr. 201 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Herzog Avarna hat mich kurz vor meiner Abreise von Budapest aufgesucht, ... *wie n. 4548 von „um mir im Auftrage" bis „darauf zurückzukommen."* ... Ich habe nun Herzog Avarna heute gesehen und ihn gebeten, seinem Minister meinen aufrichtigen Dank für die mir zum Ausdruck gebrachten freundlichen Gesinnungen zu vermitteln und ihm auch

zu melden, wie sehr ich davon befriedigt sei, daß Österreich-Ungarn und Italien in der albanesischen Frage Hand in Hand vorgehen. Meiner Ansicht nach, fuhr ich zum italienischen Botschafter fort, müßten die beiden Kabinette alles zu vermeiden trachten, was den Eindruck entstehen ließe, als ob der eine in größerem oder geringerem Maße an der Lösung der albanesischen Frage interessiert sei, als der andere. Nur auf diese Art wäre es möglich, den von uns beiden vertretenen Standpunkt betreffs Albaniens und der Hafenfrage bei den Mächten und gegenüber den widerstrebenden Balkanstaaten durchzusetzen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis di San Giuliano. Berchtold.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 25. Nov. 1912. Siehe n. 4634 und 4635.

Nr. 4617. Tel. aus Rom, 25. Nov. 1912 Nr. 198 (eing. 7 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Als ich dem Minister des Äussern gegenüber mich auftraggemäss im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 199 aussprach, wonach wir keineswegs, auch nicht in einem späteren Momente, der Erwerbung San Giovanni di Meduas durch Serbien zustimmen, „noch überhaupt uns mit der Lostrennung dieses Hafens von Albanien abfinden" würden, erklärte sich Marquis di San Giuliano mit diesem Standpunkte nach wie vor ganz solidarisch. Er fügte aber bei, es scheine ihm in dieser Frage doch ein Missverständnis vorzuliegen. Nach einem Telegramme des Herzogs von Avarna hätten nämlich Euer Exzellenz sich zu demselben dahin geäussert, Hochdieselben würden der Besitznahme San Giovanni di Meduas und Alessios durch Montenegro zustimmen und als Kompensation hiefür das uns durch den Berliner Vertrag zugesprochene Recht des Strassenbaues in Montenegro in Anspruch nehmen. Abgesehen davon, dass dies mit unserem bisherigen gemeinsamen Standpunkte, mit der Integrität Albaniens, mit der von Euer Exzellenz proponierten Grenze desselben und schliesslich mit unserer Demarche in Cetinje in Widerspruch stände, schiene es dem Minister richtiger, keine „egoistischem Interesse" (entspringenden)[b] Kompensationen zu verlangen, sondern gegebenen Falls, wenn nämlich Euer Exzellenz tatsächlich den bisherigen Standpunkt verlassen und die Abtretung jener beiden Orte an Montenegro befürworten wollen, sich dafür von letzterem auszubedingen, dass es auf Serbien im Sinne gütlicher Lösung dieses Fragenkomplexes einwirke. Da ich von der fraglichen Unterredung Euer Exzellenz mit dem italienischen Botschafter, sowie von einer Abänderung unseres bisherigen Standpunktes keine Kenntnis habe, konnte ich diesen Widerspruch nicht aufklären. Bei diesem Anlasse gestatte ich mir, darauf aufmerksam zu machen, dass neuestens nicht nur bei der Regierung, sondern auch in der Presse (zum Beispiel Corriere della Sera vom 23. dieses Monats) unsere differenzielle Stellungnahme in der albanesischen Frage gegen Serbien und zu Gunsten Montenegros immer mehr auffällt und begreifliches Misstrauen erzeugt. Mérey.

[a] Vgl. n. 4633, 4638. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 4618. Tel. aus Rom, 25. Nov. 1912 Nr. 199 (eing. 5 U. p. m.).[a] *Entziff.*

In der Meinung ich sei hievon informiert, sprach mir Minister des Äussern von einem „Vorschlag" Euer Exzellenz dahin gehend, dass unser Standpunkt bezüglich des Ausschlusses Serbiens und Montenegros von der albanesischen Küste den übrigen Mächten mitgeteilt und Lösung dieser Fragen dem Zeitpunkte überantwortet werden sollte, wo gesamtes Balkanproblem zur Entscheidung komme. Da ich mangels einschlägiger Informationen auf das Thema nicht eingehen konnte, beschränkte sich Marquis San Giuliano darauf, fraglichen Vorschlag als weiteres Symptom unserer ganz friedfertigen Haltung zu bezeichnen. Mérey.

[a] Vgl. n. 4655.

Nr. 4619. Tel. nach St. Petersburg, 25. Nov. 1912 Nr. 163 (chiffr. 2 U. 15 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).*

Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 161. Falls Seine Majestät der Zar im Laufe der morgigen Audienz den serbischen Wunsch nach einem Adriahafen Euer Exzellenz gegenüber nachdrücklich vertreten und etwa hiebei — wie dies russischerseits in der jüngsten Zeit bereits geschehen — darauf hinweisen sollte, daß das für einen serbischen Korridor in Betracht kommende Gebiet von Serben bewohnt sei, wollen Euer Exzellenz demgegenüber bemerken, daß authentischen Daten zufolge die Bevölkerung im Raume westlich von Prisren rein albanesischer Nationalität sei. Zu einem Begehren, wir sollten Serbien einen Hafen unter der Bedingung, daß derselbe nicht befestigt würde, zugestehen, können Euer Exzellenz auf ähnliche Versprechungen (Donaufestungen etc.) verweisen und hinzufügen, daß erfahrungsgemäß in solchen Fällen aus militärischen Gründen eine starke Versuchung besteht, sich über derartige Beschränkungen nach einiger Zeit hinwegzusetzen. Wenn es sich für Serbien aber wirklich nur um eine wirtschaftliche Notwendigkeit handelt, wäre diesem Argument gegenüberzustellen, daß das Königreich über einen Weltstrom, die in das schwarze Meer mündende Donau, verfügt und außerdem von uns sowie seinen anderen Nachbarstaaten die weitgehensten Garantien erhalten kann, um sich die wirtschaftliche Verbindung mit mehreren Häfen des ägäischen und adriatischen Meeres sicherzustellen. Vorstehende Konsiderationen können Euer Exzellenz gegebenenfalls auch den russischen Staatsmännern gegenüber dienen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4639.

Nr. 4620. Tel. aus St. Petersburg, 25. Nov. 1912 Nr. 237 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Ein Privatbesuch, den mir Herr Sazonow gestern machte, gab mir Gelegenheit, mich ihm gegenüber im Sinne Euer Exzellenz gestrigen Telegrammes Nr. 159 vernehmen zu lassen. Herr Minister sagte mir, er könne nicht begreifen, weshalb (sich)[a] Monarchie gegen die Zulassung Serbiens auch nur an einem Punkt der Adria so intransigent verhalte. Selbst Einwand,

dass Albanien durch den vielgenannten Korridor in zwei Teile zerrissen würde, hätte bei Annahme letzten Poincaréschen Vorschlages keine Geltung mehr, da sich nach diesem erwähnter Streifen unmittelbar an die neu zu ziehende montenegrinische Grenze anschmiegen und daher nur Unterschied von wenigen Kilometern in der Breite machen würde; Montenegro aber werde doch unter allen Umständen Gebietserweiterung auch nach Süden erlangen müssen und es erscheint ihm, Sazonow, ganz ausgeschlossen, dass man diesem Erwerbung Skutaris verwehren könnte, was übrigens bisher auch von keiner Seite angedeutet worden sei. Erhalte aber Montenegro diese Stadt, so sei es doch wirklich nicht in das Gewicht fallend, ob die Grenze künftigen Albaniens noch um die wenigen Kilometer bis Medua zurückgeschoben werde. Ich bemühte mich, Herrn Sazonow vom Gegenteil zu überzeugen. Im Verlaufe unseres Gespräches wies ich darauf hin, dass der letzte Vorschlag Herrn Poincarés, den ja Sazonow für annehmbar zu halten scheine, sich von unserem Standpunkt meinem unmaßgeblichen Dafürhalten nach eigentlich nur dadurch unterscheide, dass ersterer Neutralisierung des Serbien zuzusprechenden Hafens samt Verbindungsstück in Aussicht nehme, während wir über eine Art Internationalisierung eines für die serbischen Exportzwecke bestimmten, Serbien nicht gehörenden Hafens samt der dahin zu bauenden Bahn nicht hinausgehen könnten. Dem faktischen Zwecke würde aber auf letzterem Wege mindestens ebenso gut gedient, wie durch den Vorschlag französischen Ministerpräsidenten. Meine Argumente scheinen auf Herrn Sazonow keinen besonderen Eindruck gemacht zu haben, da er mir zum Schlusse sagte, unserer Absicht, Serbien von der Adria fern zu halten, hafte seiner Überzeugung nach derselbe Fehler an, den Europa nach dem Frieden von San Stefano gemacht habe, als es Bulgarien vom Ägäischen Meere zurückdrängte, wodurch alle Balkanschwierigkeiten der letzten Jahrzehnte zum großen Teile verursacht worden seien. Russland aber habe das größte Interesse, dass dieser Fehler nicht wiederholt werde und dass jetzige Liquidation eine Balkanstaaten wirklich befriedigende, definitive sei, die somit jeden Keim späterer Verwicklungen ausschließe. Ein anderes direktes Interesse habe Russland an der serbischen Hafenfrage nicht, und wenn daher Serbien sich gutwillig damit zufrieden gebe und auf seine Hafenaspirationen verzichten sollte, so hätte russische Regierung keinen Anlass sich ihrerseits dafür einzusetzen. Herr Minister bemerkte noch, es sei höchst erfreulich, dass die ganze Behandlung dieser Frage beiderseits bisher eine vollkommen sachliche geblieben sei und nicht auf das gefährliche Gebiet Prestige-Politik übergegriffen habe; er hoffe zuversichtlich, dass die Angelegenheit auch weiterhin diesen Charakter beibehalten werde.

[a]) Chiffre fehlt.

Thurn.

Nr. 4621. Tel. nach Sofia, 25. Nov. 1912 Nr. 160 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Einem Gespräche des türkischen Botschafters in Berlin,[b]) welcher sich auf der Durchreise nach Bukarest beziehungsweise Konstantinopel

hier aufgehalten hat, entnahm ich, daß seine Mission bei König Carol dahin gehe, Rumänien für die Idee zu gewinnen, ein Mahnwort nach Sofia zu richten und durch eine eventuell daran geknüpfte Drohung einen Druck auf die bulgarische Regierung auszuüben. Ich habe König Carol hievon mit dem Bedeuten in Kenntnis setzen lassen,[c] daß ein Eingehen auf eine solche türkische Insinuation der Richtschnur unserer Politik nicht entsprechen würde und daß es mir im Gegenteil wünschenswert schiene, wenn auf Grund eines rumänisch-bulgarischen Einverständnisses ein Druck in Konstantinopel ausgeübt werden könnte. Ich bin hiebei von der Anschauung ausgegangen, daß jetzt vielleicht der Zeitpunkt gekommen wäre, wo Rumänien — wie mir dies Herr Danew in Budapest suggerierte — Bulgarien einen so wertvollen Dienst leisten könnte, daß letzteres Rumänien die von ihm angestrebte Grenzregulierung als Gegenleistung für seine Mitwirkung zugestehen könnte. Einer telegraphischen Meldung Prinz Fürstenbergs[d] entnehme ich, daß der Gedanke eines Druckes auf die Türkei behufs Friedensschlusses und gleichzeitiger Sicherung einer bulgarischen Kompensation lebhaftes Interesse und ungeteilte Zustimmung bei König Carol, der Nizami Pascha noch nicht gesehen hatte, begegnet habe. Euer Hochgeboren wollen Vorstehendes zur streng vertraulichen Kenntnis Herrn Guechows bringen und sich sodann in nachfolgendem Sinne vernehmen lassen. Wenn es dem Kabinett von Sofia gelingt, sich mit Rumänien zu verständigen und seinen Einfluß in Belgrad dahin geltend zu machen, daß Serbien seine Ambitionen auf einen territorialen Zuwachs bis zur Adria, die es mit uns in Gegensatz bringen müßte, aufgebe, so könnte Bulgarien bei der definitiven Regelung der Balkanfragen auf unsere und Rumäniens Unterstützung rechnen. Es erscheine uns im Interesse Bulgariens, daß, wenn es jetzt oder später zur Einstellung der Feindseligkeiten kommt, dies nicht auf Grund eines endgültigen Abkommens, sondern bloß einer revisionsfähigen Vereinbarung erfolge. Der Kriegsverlauf habe es mit sich gebracht, daß Bulgarien, obwohl es die größten Siege mit den größten Opfern erfochten habe, doch einen unverhältnismäßig geringeren Besitzstand an faktisch okkupiertem Territorium als Griechenland und Serbien aufweist. Dies könnte es mit sich bringen, daß Bulgarien einer Teilung zustimme, welche weit davon entfernt wäre, die berechtigten Ansprüche der Nation zu befriedigen. Es dürfte sich sohin für Bulgarien der Wunsch nach einer Revision einstellen, bei welcher wir seinerzeit umsomehr dem bulgarischen Standpunkte unsere Unterstützung angedeihen lassen könnten, als wir bekanntlich unter keinen Umständen die sich im Laufe des Krieges ergebenden militärischen Okkupationen an der albanesischen Küste als Basis für die definitive Regelung akzeptieren. Aus Vorstehendem dürfte Herr Guechow ersehen, daß, wenn Bulgarien auf unseren Standpunkt entsprechend Rücksicht nimmt, wir bereit wären, dem Königreiche sowohl direkt als auch durch Einwirkung in Bukarest, sei es im jetzigen Zeitpunkt, sei es im weiteren Verlaufe der Ereignisse, eine wertvolle Unterstützung zu leihen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4644, 4645, 4713, 4714, 4729, 4747, 4790, 4825, 5117. — [b] Vgl. n. 4578. — [c] Vgl. n. 4575. — [d] Vgl. n. 4596.

Nr. 4622. Tel. aus Sofia, 25. Nov. 1912 Nr. 388 (eing. 26. Nov. 8 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge gehorsamen Telegrammes Nr. 386 von heute nachts. Soeben Herrn Geschoff begegnet, der mir sagte, Waffenstillstandsverhandlungen fingen heute mittags an und dürften vermutlich zwei bis drei Tage dauern. Ich lenkte erneuert Aufmerksamkeit Conseilspräsidenten darauf, daß baldigste Reise Herrn Danews nach Bukarest erwünscht. Herr Geschoff teilt diese Ansicht und hätte rumänischen Gesandten heute gesprochen und bezüglich Bukarester Besuches Danews beruhigt. Rumänischer Kollege bestätigt mir dies. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 4569.

Nr. 4623. Tel. aus Sofia, 25. Nov. 1912 Nr. 392 (eing. 26. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Der offiziöse „Mir" widmet heutigen Leitartikel Rumänien und freut sich über Stimmen, die sich in rumänischer Presse und Publizistik letzter Zeit hören ließen und für neue Richtung in rumänischer Politik eingetreten sind. Bulgarien, welches selbst gute Beziehungen zu allen Großmächten unterhält, begrüßt mit Befriedigung, daß seine Schwester und Freundin, Rumänien, denselben Weg betrete und bei Wahrung freundlichen Verhältnisses zu Österreich-Ungarn und Deutschland auch alte Freundschaft mit Russland erneuere. Eine solche Politik werde bulgarisch-rumänische Beziehungen festigen und beiden Staaten erlauben, eine große Rolle am Balkan zu spielen und größeren Einfluß auf internationale Politik zu üben. Nach der Art, wie Herr Danew in Budapest und Herr Geschoff seit Wochen, bis vor wenigen Tagen, über Rumänien gesprochen habe, ist obiger Artikel im höchsten Grade überraschend. Daß diese Schwenkung russischem Einflusse entspringt, ist selbstverständlich. Herr Danew, obwohl er uns nur angenehme Sachen in Budapest sagen wollte, hat uns doch nicht verheimlicht, daß „Bulgarien in politischer Beziehung mit Rußland rechnen müsse." Tarnowski.

[a] Vgl. n. 4661, 4694, 4696.

Nr. 4624. Bericht aus Sofia, 25. Nov. 1912 Nr. 88 B (eing. 2. Dez.).[a] Ausfert.

In häufigen Gesprächen, die ich in letzter Zeit mit meinem rumänischen Collegen gepflogen habe, habe ich ihn freundschaftlich über seine in meiner Berichterstattung wiederholt erwähnte Präoccupation bezüglich unserer Haltung Rumänien gegenüber näher ausgefragt. Er versicherte mir, dass es nicht seine persönlichen Stimmungen und Einbildungen gewesen seien, sondern sei er das Echo der Bucarester Stimmungen gewesen, wo man während der Zeit zwischen der bulgarischen Mobilisierung bis zum Exposé Euer Excellenz in den Delegationen in Unsicherheit bezüglich unserer Haltung gelassen worden wäre. Man hätte sich in Rumänien sich selbst überlassen und unbehaglich gefühlt und dieses Unbehagen sei nach dem Falle Kirklisses, wodurch, wie man annehmen hätte müssen, der Status quo begraben wurde, sehr groß geworden. „Il y a eu évidemment une perte de contact entre

Vienne et Bucarest très regrettable et le ton de Votre presse aidant, cela a eu une fâcheuse influence sur notre opinion publique, ce dont la Russie s'est empressée de profiter."[1] Das Exposé Euer Excellenz habe zwar diese Zweifel zerstreut, der Eindruck dieser Enunciation sei aber dadurch geschwächt, dass in Bucarest vielfach geglaubt werde, sie sei von König Carol hervorgerufen, auch sei Rumänien von vielen Rednern in den Delegationen kühl behandelt worden. Der Zweck der Reise Daneffs nach Pest sei auch zuerst in Bucarest missverstanden worden und habe daher ungünstigen Eindruck gemacht. Ghika hätte zwar keine officiellen Correspondenzen aus Bucarest erhalten, in welchen die oberwähnten Impressionen und Empfindungen zum Ausdruck gebracht worden wären, aus Briefen von Eingeweihten und Stimmungsbildern, die er aus Bucarest erhalten hätte, habe er aber auf das Vorgesagte unbedingt schliessen müssen. „Dans les cercles gouvernementaux cela n'a été qu'un malaise passager qui disparaîtra probablement. Quant à l'opinion publique il semblerait qu'il s'y est produit dernièrement un virement et que le nouveau mouvement est assez fort. Cela s'explique par le fait que du côté où s'orientait notre politique extérieure jusqu'à présent, il n'y a plus rien à chercher. On ne pourra plus se servir des Koutzovalaques comme de dérivatif pour nos aspirations nationales et ces aspirations devront se tourner nécessairement d'un autre côté. Vu l'influence décisive que le Roi exerce sur notre politique extérieure, il est peu probable que celleci change de Son vivant." Tarnowski.

[1] Presse dirigieren.

[a] Vgl. n. 4569, 4739.

Nr. 4625. Tel. des Konsuls Maryan von Heimroth aus Üsküb, 25. Nov. 1912 Nr. 103 (eing. 26. Nov. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Konsul Prochaska traf heute mittags aus Prisren hier ein und hatte mit Konsul Edl[b] eine Unterredung, worauf sich Edl, dessen Zug nach Verisović bereit stand, nach Mitrovica begab, von wo er übermorgen hieher zurückzukehren beabsichtigt. Im nächsten Telegramme werde ich die Angaben Konsul Prochaskas melden. Gleichlautend Belgrad. Heimroth.

[a] Vgl. n. 4646. — [b] Vgl. n. 4492 Anm. b.

Nr. 4626. Tel. aus Bukarest, 26. Nov. 1912 Nr. 81 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Minister des Äußern teilte mir eben mit, daß sich Konversation Nizami Paschas mit Seiner Majestät König Karl und ihm in dem von Euer Exzellenz bezeichneten Rahmen bewegte. Es wurde genanntem Botschafter in Aussicht gestellt, auf Abschluß eines Präliminarfriedens hinzuwirken, als im Interesse der Türkei und Rumäniens gelegen. Auf Forderung nach Ausübung von Pression in Sofia wurde nicht eingegangen, dagegen in stattgehabtem Ministerrate unter Vorsitz Seiner Majestät beschlossen, in Sofia gute Dienste in Betreff des Friedensschlusses anzubieten unter Konnex mit Grenzregulierungsfrage. Es wurden dementsprechende Instruktionen nach Sofia erlassen. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 4575, 4596, 4660 Anm. b.

Nr. 4627. Tel. aus Bukarest, 26. Nov. 1912 Nr. 82 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Seine Majestät König Karl liess mich wissen, dass einer Entsendung Freiherrn Conrads von Hötzendorf nichts mehr im Wege stünde, nachdem dem Anscheine nach Ankunft Herrn Danews, welcher sich zu Friedensverhandlungen begab, jedenfalls sich noch um einige Tage verzögern würde. Seine Majestät ladet Conrad ein, im königlichen Palais abzusteigen und sprach Wunsch aus, wegen Festsetzung eines Programmes über Dauer seines Aufenthaltes informiert zu werden. Minister des Äussern beabsichtigt, zu Ehren des Generals Diner zu veranstalten. Da sich Aussichten auf eine entgegenkommende Haltung Bulgariens in Grenzregulierungsfrage, nach hier eingelaufenen Nachrichten, gebessert zu haben scheinen, kämen meine seinerzeit geäusserten Bedenken[b] in Wegfall.

K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 4650. — [b] Vgl. n. 4517.

Nr. 4628. Bericht aus Cetinje, 26. Nov. 1912 Nr. 99 (eing. 29. Nov.). Ausfert.

Streng vertraulich. Ich hatte in diesen Tagen eine Unterredung mit dem russischen Gesandten von Giers und empfing gestern den Besuch meines bulgarischen Kollegen Koluchеff. Herr von Giers suchte mich über die Intention der k. u. k. Regierung in der albanesischen und Hafenfrage zu sondieren, wobei er sich besonders für die künftigen Grenzen Albaniens, — als der seiner Meinung nach zuerst zu lösenden Frage, — interessierte. Mein Mitredner vertrat den Standpunkt, dass man jetzt die Gelegenheit benützen müsse, um die Balkanangelegenheit radikal zu regeln, und die orientalische Frage aus der Welt zu schaffen, das heißt die Türken müssten aus Europa heraus. Herr von Giers teilt die Auffassung, dass Albanien unter den Balkanstaaten nicht aufgeteilt werden könne, da jedoch der Suzerän für ein autonomes Albanien fehlen dürfte, würde man sich gezwungen sehen, Albanien selbständig zu machen. Was die Haltung Russlands anbelangt, erklärte mir der Gesandte unaufgefordert, dass er „instruktionsgemäss" zur Mässigung rate. Russland habe gewiss viele Sympathien für die Balkanvölker und deren Forderungen; von dieser Tatsache bis zu der Unterstützung exorbitanter Forderungen, welche zu einem Konflikte zwischen den Grossmächten führen müsste, sei aber ein weiter Weg, — und er halte es für Wahnsinn, dieserhalb an einen Krieg zu denken. Herr Koluchеff, der mit dem Könige auf einige Stunden hieher kam, bestätigte mir die gemässigte Haltung, die der russische Gesandte kürzlich in einem Gespräche mit König Nikolaus bekundete. Mein Mitredner kam dann auf die Lage Bulgariens im Balkanbunde zu sprechen und äusserte sich mit grosser Schärfe und Bitterkeit über die ungerechtfertigten Aspirationen der Alliierten, welche schon mehrfach zu Konflikten geführt hätten, die nur notdürftig und provisorisch ausgeglichen wurden. Koluchеff wies darauf hin, dass Bulgarien die schwersten Opfer gebracht (60—80.000 Tote und Verwundete!), während sich die Verbündeten mit geringen Verlusten ausgedehnter

Landstriche bemächtigt hätten, in welchen sich die Bulgaren in unzweifelhafter Majorität befinden und die daher Bulgarien zufallen müssten. Er erwähnte, dass dies von Gebieten von Uesküb, Monastir, Ochrida, Salonik etc. gelte. Koluchefff sieht bei Regelung dieser Fragen schwere Misshelligkeiten zwischen den Verbündeten voraus. Die Schaffung eines autonomen Albanien bezeichnet mein bulgarischer Kollege als gerechtfertigt und selbstverständlich, und interessiert sich nur für die zwischen Bulgarien und Albanien zu fixierende Grenze. Interessant ist seine Behauptung, dass in dem Vertrage der Balkanstaaten die Verpflichtung derselben, sich gegenseitig zu unterstützen, nur bis zum Friedensschlusse bestehe, darüber hinaus aber jeder Staat seine Aktionsfreiheit wieder gewinne. Herr Koluchefff wollte mir damit zu verstehen geben, dass die solidarische Aktion Bulgariens für die Alliierten mit dem Abschlusse des Friedens sein Ende finden würde. Mein Mitredner erwähnte auch der intendierten Zollunion unter den Balkanstaaten und hält eine solche wohl zwischen Bulgarien und Serbien, nie aber zwischen Serbien und Montenegro — aus Gründen der Rivalität — für möglich. Das kulturell und industriell viel weiter fortgeschrittene Serbien würde Montenegro bald zu seiner Provinz gemacht haben. Hier sehe man die Gefahr, und würde der alte Hass und die nicht auszugleichende Feindschaft zwischen den beiden serbischen Völkern und ihren Dynastien bald wieder auflodern. Russlands Haltung werde von Bulgarien gebührend eingeschätzt, man wisse in Sofia, dass von Russland keine ehrliche Freundschaft und keine Unterstützung zu erwarten sei, verlange aber auch diese gar nicht. Bulgarien hätte immer getrachtet, sich seine politische Selbständigkeit zu erhalten und würde sich von diesem Programme nicht entfernen. Es wird jetzt Frieden schliessen, um seine Kräfte zu sammeln, vielleicht auch, um später mit Einem seiner gegenwärtigen Verbündeten abzurechnen. Die Ausführungen Herrn Koluchefffs klangen wie eine Absage an die Alliierten und Ankündigung der Anlehnung der bulgarischen Politik an jene des Dreibundes. Die Intelligenz und Schlauheit meines bulgarischen Kollegen lässt den Schluss gerechtfertigt erscheinen, dass dessen Eröffnungen nicht ohne Absicht vorgebracht wurden und über eine private Meinungsäusserung hinausgehen. Giesl.

Nr. 4629. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 26. Nov. 1912 Nr. 652 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Minister des Äussern sagte mir, dass gestern die beiderseitigen Bevollmächtigten in der Nähe von Tschataldja zum erstenmal zusammentrafen. Türkischerseits wurde auftraggemäss erklärt, dass die von den Verbündeten gestellten Waffenstillstandsbedingungen nicht annehmbar seien. Die bulgarischen Bevollmächtigten erwiderten, trotzdem in Verhandlungen eintreten zu wollen und verlangten, dass auch noch ein Sekretär der türkischen Kommission beigegeben werde, wie dies auf bulgarischer Seite der Fall ist, damit man in regelrechte Verhandlungen eintreten könne. Diesem Wunsche wurde türkischerseits entsprochen und findet die erste Sitzung ...[b] statt. Ich habe den Eindruck, dass man sich türkischerseits wenig nachgiebig zeigen wird. Gabriel Effendi sagte mir, die Türkei habe gegenwärtig

150.000 Mann guter Truppen auf Tschataldja-Linie stehen, ausserdem 35.000 bei Gallipoli, die Streitkräfte in Adrianopel dürften zirka 30.000 Mann betragen. Man fühlt sich daher stark genug, um eventuell den Kampf fortzusetzen, umsomehr als man aus Asien Truppen nachschieben kann.

Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 70 Nr. 132. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 4630. Tagesbericht über einen Besuch des französischen Botschafters, 26. Nov. 1912. Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).

Herr Dumaine, der mich gestern aufgesucht hat, zeigte sich sehr besorgt wegen der Differenz, die sich zwischen unserem und dem serbischen Standpunkte in der Frage des Adriahafens geltend mache. Man könne es, bemerkte mein Mitredner, in Frankreich nicht verstehen, daß wegen eines Hafens im adriatischen Meere ein Weltkrieg entbrennen solle. Soweit er, der Botschafter unterrichtet sei, würde Serbien sich nur dann zufrieden geben, wenn es einen seiner Souveränität unterstellten Hafen erlange, der durch einen serbischen Gebietsstreifen mit dem Königreiche verbunden wäre. Auf meine Bemerkung, daß wir verschiedene Modalitäten vorgeschlagen hätten, um den Serben zu einem wirtschaftlichen débouché an das Meer zu verhelfen und daß die serbische Prätention nach einer territorialen Souveränität an der Küste der Adria durch keine praktische Konsideration begründet sei, erwähnte der Botschafter, er habe einem Gespräche mit Herrn Simić entnommen, daß dieser einen Zugang nach San Giovanni di Medua durch montenegrinisches Gebiet als den Interessen seines Landes genügend Rechnung tragend ansehe, daß seine Regierung dies aber nicht akzeptieren wolle. Herr Dumaine fügte hinzu, daß Serbien sich mit einem Zugange zu einem Adriahafen durch albanesisches Gebiet absolut nicht begnügen wolle und dies mit der traditionellen hostilen Haltung der Arnauten begründe. Ich wies dem Botschafter gegenüber darauf hin, daß, wenn die Benützung der bosnischen Ostbahn unter den weitgehendsten Kautelen Serbien nicht genüge, der Ausbau einer Bahnverbindung nach Antivari der beste Ausweg wäre. Herr Dumaine ließ diese meine Bemerkung unwidersprochen und machte sogar eine Anspielung, daß eine solche Verbindung von serbischem Standpunkte viel vorteilhafter wäre, als der Bau einer Bahn nach San Giovanni di Medua, dessen Hafen versandet und schlecht sei; überdies führe der Zugang zu demselben durch sumpfiges Terrain und wäre nur mit Aufwand bedeutender Kosten herzustellen. Zum Schlusse kam Herr Dumaine nochmals auf Albanien zu sprechen; Frankreich wünsche, daß die zwischen uns und Serbien bestehende Differenz, wenn irgend möglich, ohne kriegerische Komplikation beglichen werde und sei bereit, das seinige beizutragen, um einen für beide Teile annehmbaren Ausweg zu finden. Ich erwiderte dem Botschafter, was Albanien betreffe, hätten wir, wie er wohl wisse, ein Arrangement mit Italien geschlossen und sei es mir daher nicht möglich, diesbezüglich selbständig vorzugehen und Stellung zu nehmen. Was übrigens die Bemühungen seiner Regierung anbelange, auf eine friedliche Lösung hinzuwirken, so könne ich nur mit Befriedigung konstatieren, daß sie von den besten Intentionen eingegeben seien.

Nr. 4631. Tagesbericht über einen Besuch des französischen Botschafters, 26. Nov. 1912. Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Der französische Botschafter hat mir gelegentlich seines gestrigen Besuches ein Telegramm seiner Regierung vorgelesen, worin ihm mitgeteilt wird, daß Herr Pasić trotz der viel weitgehenderen Ansprüche der gegenwärtig äußerst einflußreichen Militärpartei geneigt wäre, dem Standpunkte Österreich-Ungarns bis zu einem gewissen Grade Rechnung zu tragen. Der serbische Ministerpräsident hätte nämlich erklärt, daß die serbische Regierung bereit wäre, die Frage der Schaffung eines autonomen Albaniens dem Verdikte einer internationalen Konferenz unter der Voraussetzung anheimzustellen, daß der Hafen von Durazzo Serbien zugesprochen werde. Ich erwiderte Herrn Dumaine, daß diese Prätension Serbiens weitergehe, als es die noch vor einigen Tagen erfolgten Kundgebungen des serbischen offiziellen Organes glauben ließen und daß dieselbe daher nicht geeignet sei, in Erwägung gezogen zu werden.

Nr. 4632. Tel. aus Paris, 26. Nov. 1912 Nr. 155 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 25. d. M. Nr. 105. Auf meine gestern gemachte mündliche Mitteilung, dass wir allfälligen Friedensschluss nicht als definitiv betrachten könnten, liess mir heute Herr Poincaré nachstehende schriftliche Antwort zukommen, die, wie mir gesagt wurde, im Ministerkonseil approbiert ward: „Le gouvernement de la République a toujours pensé comme le gouvernement Impérial et Royal que les questions pendantes devaient faire l'objet d'un réglement général. C'est la raison pour laquelle il a, dès le 15 octobre, pris l'initiative d'une proposition de conférence. Cette idée n'a été à cette date écartée par aucune Puissance; elle a seulement été réservée et la France n'a jamais abandonné le point de vue auquel elle s'est placée pour faire cette proposition." Szécsen.

[a] Oe. U. Balkan 69 Nr. 131.

Nr. 4633. Tel. nach Rom, 26. Nov. 1912 Nr. 203 (chiffr. 9 U. 30 M.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 198 vom 25. d. M. erhalten. Wie ich aus dieser Meldung entnehme, scheint Herzog Avarna in einer Konversation mit mir einen irrtümlichen Eindruck über meine Absichten bezüglich Alessios und Meduas gewonnen zu haben. Ich habe dem Herrn Botschafter vor kurzem allerdings davon gesprochen, daß zwischen Medua und der Malcia von Skutari infolge besonderer lokaler Verhältnisse ein gewisser Zusammenhang bestehe, so daß eine Trennung der beiden Gebiete mit praktischen Unzukömmlichkeiten verbunden sei. Damit wollte ich jedoch keineswegs sagen, daß eine Trennung hiedurch unmöglich sei. Bei derselben Gelegenheit habe ich Herzog Avarna gegenüber von unserem Interesse an dem Ausbau der Straße beziehungsweise Eisenbahn Erwähnung getan, die, der Küste entlang gehend, Dalmatien mit dem Süden verbinden würde, — ohne diese Frage jedoch durch ein Junktim mit der Frage von Medua zu

verknüpfen. Wenn ich in meinem Telegramme Nr. 199 nur davon gesprochen habe, daß wir einer Erwerbung Meduas durch Serbien nicht zustimmen könnten und hiebei Montenegro nicht speziell erwähnt habe, so geschah dies deshalb, weil gegenwärtig eben die Erwerbung eines Hafens an der Adria durch Serbien im Vordergrund der Diskussion steht. Unser Standpunkt bezüglich Montenegros ist auch heute noch derselbe, den wir erst vor kurzem gemeinsam mit Italien in Cetinje kundgegeben haben. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne zu Marquis di San Giuliano aussprechen.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4635.

Nr. 4634. Tel. nach Rom, 26. Nov. 1912 Nr. 204 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Calice; V. u. G. Berchtold).

Bei seinem gestrigen Besuche regte der italienische Botschafter über Auftrag die Erlassung einer gemeinsamen Instruktion an die beiderseitigen Consuln in Albanien betreffs der Sprache an, welche dieselben gegenüber den albanesischen Chefs und Notabeln zu führen hätten. Indem ich diesen Gedanken sympathisch begrüßte, führte ich aus, daß diese Instruktion meiner Meinung nach etwa in folgendem bestehen könnte: Die Consuln wären anzuweisen, im gegenseitigen Einvernehmen vorzugehen und den albanesischen Notabeln gegenüber vor allem zu betonen, daß Österreich-Ungarn und Italien bezüglich der Autonomie und Selbständigkeit Albaniens eines Sinnes seien. Wo es die localen Verhältnisse angezeigt erscheinen lassen, könnten sie die Schaffung von Organen anempfehlen, welche für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen hätten und die gleichzeitig als Repräsentanten der albanesischen Bevölkerung angesehen werden könnten. Der Botschafter, der meinen Ideen zustimmte, sagte, daß er hierüber die Meinungsäußerung Marquis di San Giulianos einholen und mir seinerzeit die Antwort mitteilen werde.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4684.

Nr. 4635. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 26. Nov. 1912.[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Gelegentlich seines gestrigen Besuches hat Herzog Avarna an eine Budapester Konversation anknüpfend bemerkt, ich hätte damals die Eventualität der Erwerbung San Giovanni di Meduas durch Montenegro erwähnt. Ich fiel dem Botschafter in die Rede und wies darauf hin, daß ich im Laufe einer unverbindlichen Konversation die Bemerkung gemacht hätte, daß eine Trennung Skutaris von San Giovanni di Medua auf gewisse praktische Schwierigkeiten stoßen müßte, da ein Teil der Bevölkerung jener Gebiete gewohnheitsgemäß den Sommer auf den Weiden nächst Skutari zubringe, um sich im Winter wieder an die Küste zurückzubegeben. Eine Trennung dieser von denselben Stämmen je nach der Jahreszeit bewohnten Gebiete würde zweifellos gewisse Unannehmlichkeiten im Gefolge haben. Indessen hätte ich nie behauptet, daß dies ein Grund sein müsse, um San Giovanni di Medua mit Skutari vereint zu lassen, ich müsse vielmehr darauf hinweisen, daß jede Abbröckelung albanesischen Gebietsstandes Konsequenzen nach

sich ziehen könnte, die für den künftigen Bestand eines autonomen Albaniens bedenklich werden könnten. Dieses Thema weiterspinnend, meinte Herzog Avarna, daß es wohl nicht anginge, die Abtretung von Gebietsteilen an Montenegro an Kompensationen zu knüpfen, es sei denn, daß auch Italien Kompensationen erhalte und daß Montenegro Serbien Durchfuhrserleichterungen gewähre. Der Botschafter kam sodann auf die Zukunft Albaniens zu sprechen und regte, um irrtümlichen Darstellungen entgegenzutreten, eine Publizierung unserer und Italiens gemeinschaftlicher Wünsche in dieser Richtung an. Herzog Avarna frug, ob meiner Ansicht nach der Moment zu einer solchen Veröffentlichung nicht bereits gekommen sei. Ich habe dem Botschafter erwidert, daß eine eingehendere Darstellung unserer Auffassung über die künftige Gestaltung Albaniens gegenwärtig auf die große Schwierigkeit stoßen müßte, daß wir der dort noch bestehenden türkischen Souveränität Rechnung zu tragen hätten. Eine einfache Mitteilung, daß Italien und wir uns für die Autonomie Albaniens einsetzen wollten, schiene mir allerdings unbedenklich. Herzog Avarna vertrat die Ansicht, daß eine solche Veröffentlichung nichts Neues bringen würde, da diese Thatsache ohnehin allgemein bekannt sei. Im weiteren Verlaufe unserer Unterredung frug Herzog Avarna — sich auf einen Auftrag seiner Regierung berufend — wie wir uns den albanesischen Chefs gegenüber zu verhalten gedenken, da die Besorgnis nahe liege, daß dieselben durch russisches oder selbst serbisches Geld gegen uns ausgespielt werden könnten. Ich entgegnete dem Botschafter, daß wir uns bisher mit keinem derselben näher eingelassen hätten und der Ansicht wären, daß als Grundlinie angenommen werden sollte, daß weder Italien noch wir in dieser Beziehung separat vorgehen sollten. Herzog Avarna stimmte dem bei. Bei dieser Gelegenheit erwähnte ich, daß Ahmed Fuad, ein Onkel des Khedive mich aufgesucht und sich als Kandidat für den albanesischen Thron angemeldet habe. Ich hätte ihm geantwortet, daß ich ihm mit Rücksicht auf Italien keine Antwort geben könne. Der Genannte habe mir sodann gesagt, daß, wenn er unserer Zustimmung sicher sei, er auch das Seinige tun werde, um italienischerseits seine Anerkennung zugesichert zu erhalten.

[a]) Vgl. n. 4633.

Nr. 4636. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 26. Nov. 1912. Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Einer heutigen Mitteilung des Herzogs Avarna entnehme ich, daß Herr Jovanović sich kürzlich zu dem italienischen Geschäftsträger über die diplomatische Situation Serbiens folgendermaßen geäußert hat: Rußland lasse Serbien seine diplomatische Unterstützung angedeihen, Bulgarien sei hiezu weniger geneigt. Serbien fühle sich isoliert und glaube der Generalsekretär daher, daß es zu einer direkten Verständigung mit Österreich-Ungarn werde kommen müssen. Seine Auffassung gehe dahin, daß Serbien auf den Adriahafen verzichten würde, wenn es in jeder Hinsicht auf Österreich-Ungarns Unterstützung rechnen könnte, wobei es ihm insbesondere auf die Ausgestaltung Saloniks zu einem Freihafen ankomme. Herr Pašić habe Herrn Rinella gegenüber obige Äußerungen Herrn Jovanović' bekräftigt.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 26. Nov. 1912. Siehe n. 4657.

Nr. 4637. Tel. aus Rom, 26. Nov. 1912 Nr. 202 (eing. 4 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Ich erhalte vom Minister des Äussern, welchem ich brieflich mit hohem Telegramme Nr. 200 aufgetragene Mitteilung hinsichtlich des eventuellen Friedensschlusses zwischen der Türkei und den Balkanstaaten gemacht habe, die Antwort, dass er die einschlägige Auffassung Euer Exzellenz vollständig teile. Mérey.

[a] Oe. U. Balkan 69 Nr. 130.

Nr. 4638. Bericht aus Rom, 26. Nov. 1912 Nr. 82 (eing. 28. Nov.). Ausfert.

Im Verfolge meines Telegrammes vom 19. l. M. Nr 187 beehre ich mich, Euerer Excellenz in der Anlage[a] die mir soeben zugekommene Antwort des Ministers des Äussern auf unsere Vorschläge hinsichtlich der Bildung des autonomen Albaniens zu unterbreiten. In den diese Pièce einbegleitenden Zeilen bittet mich Marchese di San Giuliano, — offenbar, weil meine seinerzeitigen einschlägigen Mitteilungen mündlich erfolgt waren — seine Antwort als mündlich erteilt zu betrachten. Die nunmehr officielle Stellungnahme der italienischen Regierung deckt sich, wie Euere Excellenz aus der Beilage entnehmen werden, mit jenen Meldungen, welche ich mit meinen Telegrammen Nr. 187 und 198 auf Grund der ersten mündlichen Bemerkungen des Ministers des Äussern zu machen in der Lage war. Neu erscheinen mir darin nur zwei Punkte: die Tendenz, sämmtliche Inseln des ägäischen Meeres und Creta Griechenland zu überlassen, sowie die — allerdings nur hypothetisch aufgestellte — Eventualität, dass Griechenland das südliche Albanien bis einschliesslich Valona abgetreten werde. Abgesehen davon, dass bei Eintritt dieser letzteren Eventualität das künftige Albanien auf einen geradezu lächerlich kleinen Umfang reduciert wäre, würde es auch durch Valona einen seiner vitalsten Punkte verlieren. Es würde aber auch der für uns und Italien eine gleich capitale Wichtigkeit besitzende Hafen der altra sponda, jener Punkt, welcher mit Recht als der Schlüssel des Mittelmeeres gilt, in die Hände eines selbständigen Balkanstaates kommen. Da der von uns seit Decennien hinsichtlich Albaniens eingenommene Standpunkt sich in der Bedeutung Valonas am klarsten ausdrückt, erschiene mir somit die in Rede stehende Eventualität als für uns inacceptabel. Italien, welches schon in den beiliegenden Vorschlägen die Tendenz verrät, Griechenland stark zu begünstigen, könnte sich im weiteren Verlaufe der Zeit als dessen Gönner und Freund aufspielen und so allmählig, direct oder indirect, Valona in die Hand bekommen. Valona, nur auf 40 Seemeilen von Otranto entfernt, ist für uns und Italien die Kehle. Schnürt dieselbe der eine zu, so muss der andere ersticken, wobei allerdings Italien noch den Vorteil hat, den tyrrhenischen Lungenflügel zu besitzen. Folglich kann Valona, sobald die in dieser Beziehung neutrale Türkei von der Ostküste der Adria verschwindet, weder uns noch Italien noch etwa einem kleinen Balkanstaat, dessen künftige politische Orientierung ungewiss ist, gehören, sondern muss unter eine internationale Garantie gestellt werden. Mérey.

[a] Beilage.

Beilage zu n. 4638.

Le Gouvernement italien reconnaît, ainsi que le Gouvernement Impérial et Royal, qu'il faut, autant que possible, comprendre dans l'Albanie autonome ou indépendante les régions habitées, entièrement ou principalement, par des Albanais. Il pense de même que, dans le but suprême d'éviter des complications européennes, il faut consentir à des exceptions dans l'application pratique de ce principe, vu la nécessité de tenir compte des résultats des opérations militaires et des aspirations des Etats balcaniques. On peut donc laisser à la Serbie les régions de Djakova, Ipek et Prizrend, et on peut examiner si et dans quelle mesure on peut consentir à d'autres agrandissements du royaume. Le Gouvernement italien croit difficile de séparer le sort de San Giovanni di Medua de celui de Scutari. Puisque on peut considérer comme assuré que Scutari restera au Monténégro, le Gouvernement italien pense que, par nécessité d'ordre géografique et économique, le Gouvernement Impérial et Royal reconnaîtra qu'on peut laisser au Monténégro, sous certaines conditions, aussi San Giovanni di Medua et peut-être Alessio. Cela pourrait aussi faciliter la solution des difficultés avec la Serbie pour la liberté de ses communications avec l'Adriatique, d'autant plus qu'il faut des dépenses bien supérieures aux moyens dont peut disposer le Monténégro pour faire de la rade de San Giovanni di Medua un port utilisable par le commerce. Le Gouvernement Italien pense qu'il serait désirable de persuader la Grèce à accepter la frontière du Kalamas, mais il ne le croit pas probable. Peut-être pourrait-elle limiter ses demandes territoriales en Epire et en Albanie si on satisfaisait ses aspirations dans la question des îles, et notamment dans la question de Crète, ce qui aurait aussi l'avantage de donner une solution définitive et conforme au principe de nationalité à une question qui a causé pendant de longues années bien des difficultés à l'Europe et pourra en causer encore si elle ne sera pas résolue en cette occasion d'une manière conforme aux voeux légitimes de l'hellénisme. L'Italie est d'autant plus intéressée à cette solution que son occupation militaire de la plupart des Sporades a empêché la Grèce de créer le fait accompli en sa faveur, et elle a par conséquent le devoir moral de s'efforcer d'assurer à leurs habitants une amélioration sensible de leur sort. Quant à la situation internationale de l'Albanie si tout lien, même nominal, avec le Sultan, doit être rompu, l'Italie ne voit pas d'incompatibilité entre la neutralisation et une forme quelconque de contrôle international ou de garantie internationale. On ne peut pas se cacher que de plusieurs côtés on a exprimé quelque doute sur la probabilité pour l'Albanie, à cause de sa pauvreté et de la mentalité de ses habitants, de vivre indépendante ou autonome sans de graves difficultés qui pourraient présenter aussi des dangers pour les rapports entre les puissances intéressées à l'équilibre et à la liberté de l'Adriatique. Il faut, donc, dès le début, prendre les mesures nécessaires pour écarter ces dangers, et c'est surtout à ce point de vue qu'une forme quelconque de garantie internationale semble désirable. La neutralisation est certainement une des garanties les plus importantes, et elle donne l'assurance qu'aucun des ports de l'Albanie ne pourra servir comme base navale militaire. Cette neutralisation devrait s'appliquer au port de Valona,

même s'il était cédé à la Grèce, ou si l'on permettait à la Grèce de porter sa frontière jusqu'au cap Glossa (Linguetta), ce qui équivaut pratiquement à la possession de Valona. Le choix du Prince présente aussi quelque difficultés. La majorité de la population étant musulmane, il semble, à première vue, qu'un Prince chrétien, même s'il n'était ni catholique ni orthodoxe, aurait à l'intérieur une tâche plus difficile qu'un Prince musulman. C'est donc parmi les Princes musulmans, qu'il serait préférable de chercher le nouveau Prince de l'Albanie autonome ou indépendante. L'Italie n'a pas d'objections à la légère rectification de frontière, entre l'Autriche-Hongrie et le Monténégro près de Cattaro, et elle pense que le droit relatif à la route découlant de l'article 29 du traité de Berlin ne peut pas être préjugé par le fait qu'on n'en parlerait pas à l'occasion de cet arrangement. Les rapports économiques et politiques entre le Monténégro et l'Autriche-Hongrie fourniront aussi plusieurs occasions de règler la question de frontière susmentionnée. Mais le Gouvernement italien pense que l'Autriche-Hongrie ne devrait pas formuler ces deux demandes comme compensation dans l'occasion actuelle, parceque le Gouvernement Italien devrait dans ce cas demander à son tour des compensations, les engagements réciproques sur l'Albanie étant identiques, ou bien, s'il s'en abstenait, l'impression dans l'opinion publique italienne serait de nature à lui créer des difficultés, et on donnerait des arguments à ceux, qui veulent semer la discorde et la méfiance entre les deux alliés et qui veulent faire retomber sur l'Autriche-Hongrie la responsabilité des éventuelles complications européennes. La compensation, qu'il faudrait demander aux Monténégro, serait plutôt de consentir aux accords nécessaires pour assurer la liberté des relations commerciales entre la Serbie etl'Adriatique.

Nr. 4639. Tel. aus St. Petersburg, 26. Nov. 1912 Nr. 238 (eing. 27. Nov. 6 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Ich hatte heute die Ehre, von Seiner Majestät Kaiser Nikolaus empfangen zu werden. Nachdem ich mich der seitens Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät mir Allerhöchst persönlich aufgetragenen Message sowie des mir mit Euer Exzellenz Telegramm Nr. 161 vom 25. d. M. zugekommenen Allerhöchsten Auftrages entledigt hatte, glaubte ich hinzufügen zu dürfen, dass unser Allergnädigster Herr mit lebhafter Teilnahme die Erkrankung des Grossfürsten-Thronfolgers verfolgt habe und auch jetzt die Freude Ihrer Majestäten über die erfolgte Genesung Höchstdesselben teile. Seine Majestät der Kaiser ersuchte mich zunächst, unserem Allergnädigsten Herrn seinen und Ihrer Majestät der Kaiserin tiefgefühlten Dank für Allerhöchstdessen wohltuende Teilnahme auszusprechen und sprach auch seinerseits lebhafte Befriedigung darüber aus, dass die beiderseitigen Regierungen bisher all den wichtigen politischen Ereignissen der letzten Zeit gegenüber in freundschaftlichem Kontakt geblieben sind, was, wie er zuversichtlich hoffe, auch in der Zukunft der Fall sein werde. Sodann lud mich Kaiser Nikolaus ein, Platz zu nehmen „pour causer tranquillement". Seine Majestät besprach zunächst die Kriegsereignisse und die verblüffenden Erfolge der Verbündeten und äusserte die Hoffnung, dass es nun bald zu einem Friedensschluss kommen werde,

der allerdings noch einer gewissen Revision durch die Grossmächte bedürfen werde. Seine Majestät der Kaiser sagte weiter, man sei hier im Anfange sehr besorgt gewesen, dass Monarchie aktiv in den Balkankonflikt eingreifen werde, eine Besorgnis, die aber durch das ruhige und konziliante Verhalten derselben zerstreut worden sei. Kaiser Nikolaus kam sodann auf die mutmasslichen Ergebnisse des Krieges und insbesonders die Wünsche der Serben zu sprechen. Ich führte hier im Sinne Euer Exzellenz Telegramme 161 und 163 vom 25. d. M. die Gründe aus, welche es uns bei allem Wohlwollen für Serbien und aller Anerkennung seiner berechtigten Wünsche nach einem wirtschaftlichen Débouché unmöglich machen, der Besitzergreifung eines albanesischen Hafens oder eines dahinführenden Terrainstreifens durch Albanien zuzustimmen. Auf die Frage, ob diese Bedenken sich auch auf einen unbefestigten, neutralisierten Handelshafen erstrecken würden, erwiderte ich mit dem Hinweise auf die vertragsmässig verbotenen und doch bestehenden Donaufestungen. Territorium mit rein albanesischer Bevölkerung Serbien zuzugestehen, wäre aber auch aus dem Grunde untunlich, weil dies ein beständiger Herd von Unruhen wäre, zumal nach den uns zwar nicht direkt — denn unseren Konsuln war bisher jeder Verkehr mit ihrer Regierung unterbunden — aber aus Mitteilungen einer anderen befreundeten Regierung zugekommenen Nachrichten, die Serben unter der albanesischen Bevölkerung in einer Weise wüten, die es schon vom Standpunkte der Humanität höchst bedenklich erscheinen liesse, letztere der serbischen Herrschaft auszuliefern. Seine Majestät insistierte sodann nicht weiter, sondern bemerkte, dass Russland an dieser Frage kein unmittelbares Interesse habe, sondern nur jenes, welches ihm die natürliche Sympathie für Serbien eingebe und welches zur Folge habe, dass Russland wünschen müsse, dass ersterem die ihm unbedingt nötige wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht werde; ein Streben von dem ich dem Kaiser versicherte, dass ihm seitens der Monarchie keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden. Seine Majestät resumierte, indem er sagte, die Frage, wie dies Ziel zu erreichen sei, müsse eben den Gegenstand ruhiger und leidenschaftsloser Besprechung bilden. Höchstderselbe legte grossen Nachdruck darauf, dass jetzt von keiner Seite irgend etwas unternommen werde, das diese ruhige und freundschaftliche Besprechung stören könnte. Die serbische Hafenfrage sei übrigens nicht die einzige, die Gegenstand eines Einverständnisses zwischen den Grossmächten bilden müsse, sei es auf einer Konferenz, sei es ohne eine solche. Es gebe da die Frage der künftigen Gestaltung Albaniens, ob dieses zum Beispiel als selbständiger Staat oder autonome Provinz unter türkischer Suzeränität eingerichtet werden soll. Seine Majestät frug mich, wie sich die k. und k. Regierung diesen verschiedenen Eventualitäten gegenüber stelle. Ich erwiderte, dass mir diesbezüglich nichts bekannt ist, dass ich aber annehmen sollte, dass der Monarchie jede Lösung, welche bei Wahrung des einheitlichen Charakters Albaniens eine Gewähr dauernder Beruhigung geben würde, akzeptabel wäre. Als weitere Gegenstände, die eine Konferenz beschäftigen müssten, bezeichnete mir Seine Majestät auch (Frage)[b] der Inseln, sowie verschiedene wirtschaftliche und namentlich finanzielle Fragen, welche sich bei der Liquidation der europäischen Türkei

ergeben dürften. Auch Salonik werde vielleicht noch Schwierigkeiten machen, da sich Griechen und Bulgaren über dessen Besitz nicht einigen zu können scheinen. Eine im Laufe der Konversation seitens des Kaisers fallen gelassene Bemerkung scheint mir noch der Erwähnung wert, in welcher Höchstderselbe zwar zugab, dass sich die russische Diplomatie seit Jahren bemüht habe, eine Annäherung der Balkanstaaten untereinander herbeizuführen, jedoch versicherte, man sei hier von der in so weitem Masse erfolgten Einigung vollständig überrascht worden. Zum Schlusse der Unterredung, die fast eine Stunde dauerte, und während welcher Kaiser Nikolaus ausserordentlich gnädig war, erneuerte er sein Ersuchen, unserem Allergnädigsten Herrn seinen wärmsten Dank für Allerhöchstdessen freundschaftliche Message zu unterbreiten. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4727, 4762 Anm. a, 4820. — [b]) Chiffre verstümmelt.

*Nr. **4640**. Tel. aus St. Petersburg, 26. Nov. 1912 Nr. 239 (eing. 27. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Streng vertraulich. Mein italienischer Kollege erzählte mir gestern im strengsten Vertrauen, er habe soeben eine Unterredung mit Herrn Sazonow gehabt, in welcher derselbe sich über alle Erwartung konziliant ausgesprochen habe. Herr Minister habe darauf hingewiesen, dass es für Serbien vor allem eine gebieterische Notwendigkeit sei, sich den wirtschaftlichen Ausgang auch zur Adria zu sichern. Es sei ja vielleicht möglich, dass dies in einer besseren Weise zu erreichen sei, wenn Serbien die Benützung eines internationalisierten Hafens und einer garantierten Eisenbahnverbindung gesichert werde, als durch die Erwerbung des für die Schiffahrt wie es scheint ziemlich unbrauchbaren Medua ins Eigentum. Im Verlaufe des Gespräches erwähnte Herr Minister dem italienischen Geschäftsträger, dass Serbien hier um Rat gebeten habe, welche Haltung es in dieser Frage einnehmen soll. Herr Sazonow habe antworten lassen, dass seiner Ansicht nach das Bestreben Serbiens auf die Sicherung eines wirtschaftlichen Débouchés gerichtet sein müsse, dass es aber vermeiden sollte, dies in einer Weise zu tun, welche durch zu weit gehende Forderungen die Erreichung dieses Zieles zu kompromittieren geeignet wäre. Italienischer Geschäftsträger war über diesen unerwarteten Umschwung in der Sprache Sazonows so überrascht, dass er seinen Ohren gar nicht traute und liess sich den Ausspruch Herrn Sazonows über den Serbien gegebenen Rat ein zweites Mal wiederholen. Hiezu bemerkte italienischer Geschäftsträger sehr richtig, es werde viel darauf ankommen, ob Herr von Hartwig diesen Auftrag Sazonows nicht ebenso wie die früheren verdrehe und ob die gegenwärtige konziliante Stimmung diesmal von Dauer sein würde. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4641.

*Nr. **4641**. Tel. aus St. Petersburg, 26. Nov. 1912 Nr. 240 (eing. 27. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Unmittelbar nach meiner Audienz bei Kaiser Nikolaus suchte ich Herrn Sazonow auf, um ihn von dem Verlaufe derselben zu informieren.

Fand Herrn Minister in sehr guter und konzilianter Stimmung und bestätigen meine heutigen Eindrücke vollständig die mir gestern vom italienischen Geschäftsträger gemachten von einem sehr merklichen günstigen Umschwunge zeugenden Mitteilungen.[b] Mit Bezug auf serbische Wünsche sagte mir Herr Sazonow, russische Regierung habe diesbezüglich von Anfang an den gleichen Standpunkt eingenommen. Sie verfolge hiebei Ziel, dauernde Ordnung auf der Balkanhalbinsel zu schaffen; hiezu gehöre auch die Befriedigung des serbischen Bedürfnisses nach einem wirtschaftlichen Débouché. Über die zu diesem Zwecke einzuschlagenden Wege habe sich Regierung niemals festgelegt, auch nicht als sie bestrebt war, Serbien bei Erreichung dieses Zieles in der diesem selbst vorschwebenden Weise zu unterstützen. Es sei eben Sache einer gegenseitigen, unverzüglichen und sachlichen freundschaftlichen Aussprache über die zur Erreichung des erwähnten, auch den Interessen und Absichten der Monarchie keineswegs zuwiderlaufenden Zieles geeigneten Mittel eine Einigung zu erreichen. Herr Sazonow trat sodann den alarmierenden Meldungen der in- und ausländischen Presse entgegen und sagte mir, er habe bereits dafür Sorge getragen, dass in den russischen offiziösen Blättern diesen gefährlichen Ausstreuungen entgegengetreten werde. Tatsächlich ist bereits ein energischer bezüglicher Artikel in der heutigen „Rossija" erschienen. Demnach schiene mir vielleicht nicht überflüssig, auch auf unsere Presse, die gerade in den letzten Tagen, in denen hier der auffallende Umschwung zum Bessern zu verzeichnen ist, eine besonders aufgeregte Sprache führte, beruhigend einzuwirken. Im weiteren Verlaufe des Gespräches erwähnte der Herr Minister auch, dass er in Serbien nachdrücklich zur Mässigung habe mahnen lassen. Auf meine Bemerkung, dass die Persönlichkeit Herrn von Hartwigs leider geringe Gewähr gebe, dass die Mahnung ungeschwächt an ihre Adresse gelange, versicherte mir der Minister, er habe an den russischen Gesandten sehr nachdrückliche Instruktionen erlassen und fügte hinzu: „je vous assure, je le tiendrai en main." Es ist nur zu hoffen, dass diese nach der Stimmung in der vergangenen Woche ganz unverständlich milde und konziliante Haltung der Regierung länger andauert als die günstige Periode vor etwa vierzehn Tagen. Vielleicht gestattet die überaus gnädige Aufnahme, welche ich heute bei Seiner Majestät Kaiser Nikolaus gefunden habe, dies zu erwarten. Thurn.

[a] Vgl. n. 4762 Anm. a. — b) Vgl. n. 4640.

Nr. 4642. Tel. aus St. Petersburg, 26. Nov. 1912 Nr. 241 (eing. 27. Nov. 11 U. a. m.). Entziff.

Bei meiner heutigen Unterredung mit Herrn Sazonow sagte mir dieser im strengsten Vertrauen, es seien zwischen Bulgarien und Griechenland bezüglich des künftigen Besitzes von Salonik ernste Meinungsdifferenzen entstanden. Minister habe dem bulgarischen Gesandten klar zu machen versucht, dass die Griechen als die zuerst Angekommenen das erste Anrecht auf den eroberten Platz hätten und den Bulgaren dringend geraten, diesem Prioritätsrechte Rechnung zu tragen. Bulgarischer Vertreter habe aber

erklärt, dass Bulgarien dies unter keinen Umständen tun könnte und als seine persönliche Meinung geäussert, im Falle die Griechen nicht nachgeben sollten, wäre es noch am besten, Salonik zu internationalisieren. Ich bemerkte hiezu, dass mir dies eine sehr günstige Lösung zu sein scheine, weil dadurch ja auch Serbien den freien Zugang zu diesem Hafen erlangen würde, ganz abgesehen davon, dass dies auch für unseren Export dahin günstig wäre. Im weiteren Verlaufe erwähnte Herr Sazonow noch, dass Russland es nicht zugeben könnte, dass der Berg Athos mit seinen russischen Klöstern an die schismatischen Bulgaren falle; aber auch in griechischen Händen würde die russische Regierung diesen Ort nicht gerne sehen. Der Minister trage sich daher mit dem Gedanken, vorzuschlagen, dass dort eine Art Klosterrepublik gebildet werde und sprach die Hoffnung aus, dass Euer Exzellenz vom Standpunkte der Monarchie gegen ein derartiges Arrangement keine Bedenken hegen werden. Thurn.

Nr. 4643. Tel. nach Sofia, 26. Nov. 1912 Nr. 162 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).*

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 385 vom 24. d. M. Ich bin mit der von Euer Hochgeboren geführten Sprache einverstanden. Die Herrn von Ugron zugeschriebene Äußerung, daß Serbien nach Salonik gehen solle, geht offenbar auf ein Mißverständnis oder eine absichtliche Verdrehung unseres Standpunktes zurück, wonach wir Serbien zwar die territoriale Erwerbung eines Adriahafens nicht zugestehen können, jedoch durchaus nichts dagegen haben, daß es eine verkehrspolitische Verbindung sei es zum Adriatischen, sei es zum Aegäischen Meere erhalte. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren Information und Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4691.

Nr. 4644. Tel. aus Sofia, 26. Nov. 1912 Nr. 393 (eing. 10 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 160 vom 26. d. M. erhalten und werde heute abends Herrn Geschoff sprechen. Inhalt hohen Telegrammes drängt mir einige Erwägungen auf, die mich bezüglich Erfolges vorzunehmender Demarche nicht ohne Sorge lassen. Für serbische Aspirationen haben sich bis jetzt alle bulgarischen Staatsmänner, Herr Danew inbegriffen, mehr oder minder intensiv eingesetzt. Herr Danew ist unter Eindruck aus Budapest zurückgekehrt (mein Telegramm Nr. 352 vom 15. d. M.), dass bezüglich Serbiens unser letztes Wort noch nicht gesprochen, und Herr Geschoff hat trotz Fremdenblattartikels (mein Telegramm Nr. 385 vom 25. d. M.) mir gegenüber noch immer Serbiens Korridor und Hafen plädiert. Es ist leider damit zu rechnen, dass Hälfte Kabinetts und Danew russophiler Partei angehören, und dass russischer Einfluss durch Vertretung bulgarischer Interessen in Türkei und durch russische Aktion bei Friedensvermittlung im Wachsen, was Aussicht vermindert, dass sich Bulgarien russischem Einfluss in serbischer Frage entziehen könnte. Abgesehen vom Umstand, dass serbische Truppen bei Adrianopel, kommt immer in Betracht, dass Bulgarien — wie mir Herr Geschoff so oft wiederholte — Serbien zum Ägäischen

Meere nicht zulassen will und es unbekannt ist, ob in Abmachungen zwischen Bulgarien und Serbien nicht für ersteres Verpflichtung enthalten, Serbien ägäischen Hafen zu geben, falls Adriahafen an unserem Widerstande scheitern sollte. Was Rumänien anbelangt, so wird, fürchte ich, Dienst, zu dem dasselbe bereit, für Bulgarien keinen grossen Wert haben. Ich hoffe, dass meine Bedenken sich als unbegründet erweisen werden, wollte sie aber für alle Fälle erwähnen, da befürchte, dass Bulgarien oberwähnte und andere Gründe haben kann, auf unser Anbot nicht einzugehen, was unsere Stellung schwächen würde. Seitdem Bulgarien nach Konstantinopel nicht gehen will, bin pessimistisch, und jetzt frage ich mich auch, ob Nachrichten über russische Mobilisierung auf Haltung Bulgariens ohne Einfluss bleiben werden. Es stünde von unserem Standpunkte zu wünschen, dass man sich über Waffenstillstand nicht verständige. Weitere Erschöpfung Bulgariens und militärische Notwendigkeit, dass es bis Konstantinopel gehe, würde unsere Situation günstiger gestalten. Tarnowski.

a) Vgl. n. 4645, 4693.

Nr. 4645. Tel. aus Sofia, 26. Nov. 1912 Nr. 394 (eing. 27. Nov. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Zum hohen Telegramme Nr. 160 und im Verfolge des gehorsamen Telegrammes Nr. 393 vom 26 d. M. Herr Geschoff hörte meiner geheimen Mitteilung mit grösster Aufmerksamkeit zu und machte sich Notizen. Die Mission Osman Nizami Paschas bei König Karol schien auf Konseilspräsidenten keinen starken Eindruck zu machen; quelle est la pression que la Roumanie pourrait exercer sur la Bulgarie à moins de mobiliser, ce qu'elle ne fera donc pas au moment où nous voulons nous entendre avec elle. Mais dans tous les cas je vous prie remercier le Comte Berchtold de ses intentions. Die nächste Bemerkung Geschoffs galt dem Euer Exzellenz von Herrn Danew suggerierten Gedanken, dass Rumänien, um Kompensationen zu verdienen, Bulgarien einen Dienst erweise. Konseilspräsident war überrascht zu hören, dass Herr Danew die Idee angeregt, und versicherte mir, er und die Regierung hätten davon bis jetzt nichts gehört. Herr Danew dürfte in Pest missverstanden worden sein, er habe wahrscheinlich gemeint — sagte Herr Geschoff — dass Rumänien Anspruch auf Kompensationen hätte erheben können, wenn es sich am Krieg gegen Türkei beteiligt oder Krieg verhindert hätte, und wir hätten verstanden, dass es noch jetzt für Rumänien Gelegenheit geben könnte, sich Verdienste zu erwerben. Ich habe dem Konseilspräsidenten genau den Gedankengang Danews, wie er vor Euer Exzellenz entwickelt wurde, wiederholt, worauf Mitredner seine Zweifel aufgab und auf das Meritum des Gedankens übergehend bemerkte, dass er nicht begreifen könne, welchen praktischen Wert jetzt eine Intervention Rumäniens haben würde, da laut Ansicht des bulgarischen Armeekommandos die Türken, falls sie nicht gleich Waffenstillstand schliessen, dies in 2 oder 3 Wochen doch tun müssten. Ich warf ein, dass es für Bulgarien Wert hat, dass Rumänien sich zu keiner Pression und Drohung gegen Bulgarien hergebe, sondern zur Pression in Konstantinopel bereit wäre, die Bulgarien die Fortsetzung des Krieges, sei es nur während „2 oder 3 Wochen“ und

die damit verbundenen Opfer ersparen könnte. Letzteres sei — betonte ich — nicht Gedanke Euer Exzellenz, sondern Herrn Danews gewesen, und Euer Exzellenz griffen bloss die Idee auf, in Erwartung, dass sie Verständigung zwischen Bulgarien und Rumänien erleichtern würde. Herr Geschoff und Herr Danew hätten ja von ihrer Geneigtheit zur Einigung mit Rumänien stets gesprochen — fügte ich hinzu — und befürchteten bloss den schlechten Eindruck, den eine Grenzregulierung auf öffentliche Meinung Bulgariens machen würde. Wenn bulgarische Regierung sich vor dem Lande darauf werde berufen können, dass Rumänien zur Beendigung des Krieges beigetragen, werde dies Stellung der Regierung erleichtern und kleine territoriale Konzessionen an Rumänien gestatten. Herr Geschoff schien nicht sehr überzeugt, sagte aber, dass er für Intentionen Euer Exzellenz sehr dankbar; er werde Sache König vorlegen, im Ministerrat zur Sprache bringen und sich mit Herrn Danew verständigen. Ob sich Gedanke Herrn Danews praktisch werde anwenden lassen, zweifle Konseilspräsident, jedenfalls werde er aber nichts unterlassen, um Verständigung mit Rumänien herbeizuführen, und Herr Danew werde, sobald von Tschataldja zurückgekehrt, nach Bukarest reisen. Bezüglich des zweiten Teiles meiner Mitteilung richtete Konseilspräsident zuerst Frage an mich, ob es zu einer europäischen Konferenz kommen würde, da, soviel ihm bekannt, England dagegen sei. Anfangs schienen ihn meine Eröffnungen nicht sehr zu interessieren; er gab zu, dass es mit Verbündeten Schwierigkeiten gebe, sagte aber, dass Bulgarien hoffe, die Differenzen direkt mit Alliierten zu regeln. Was Serbien anbetrifft, so bilde unser intransigenter Standpunkt grosse Komplikationen für Bulgarien. Es sei Bulgarien unmöglich, Serbien im Stiche zu lassen, wo doch serbische Truppen vor Adrianopel stünden. Ich hatte Eindruck, dass Herr Geschoff Sinn und Bedeutung der Mitteilung nicht gleich vollständig erfasste. Nach längerem Kommentieren und Argumentieren meinerseits schien er einzusehen, dass bei definitiver Regelung der Balkanfrage enorme Schwierigkeiten bevorständen, dass es für Bulgarien nicht leicht sein dürfte, mit Alliierten fertig zu werden, und dass ein provisorisches Arrangement, welches nachträglich revidiert werden würde, im Interesse Bulgariens stünde. „Il m'est impossible de me prononcer sur des questions aussi importantes", schloss Herr Geschoff, „je les soumettrai à la décision du Roi et en attendant je vous prie seulement de remercier le Comte Berchtold." Tarnowski.

a) Vgl. n. 4660.

Nr. 4646. Tel. des Konsuls Maryan von Heimroth aus Üsküb, 26.a) Nov. 1912 Nr. 104 (per Post von Belgrad eing. 29. Nov. 11 U. a. m.).b) Entziff.

Konsul Prochaska ersucht mich folgenden vom 13. November datierten Bericht Euer Exzellenz zu telegraphieren: „Am 21. Oktober zogen Bairaks Ostrozub und Podrima gegen Pristina. Ab 25. besetzten von hier beide Mustafizbataillone Prisren und Gora, drei von Ipek eingetroffene Redifbataillone, 4000 Lumesen und hiesige Baschibozuks, zusammen wenigstens 1000c) Mann Höhen von Cerna Leva und kämpften erfolgreich gegen die serbische Vorhut. Am 26. traf Redifdivision Prisren aus Ipek hier ein.

Gänzlich grundlos liess Jahia Aga am 27. abends Stellung Cerna Leva räumen, worauf Alles heimkehrte und die Strasse frei war. Redifdivision und Mustafiz lösten sich auf. Am selben Tage Bachtiar Pascha mit drei Bataillonen und vier Gebirgsgeschützen eingetroffen. Anstatt nach Cerna Leva zu gehen, zog er westlich, blieb einige Tage in Hoca und marschierte dann durch Luma gegen Dibre. Grund des allgemeinen Versagens der Behörden, Truppen und der Bevölkerung bis nun rätselhaft. Niemand hat seine Pflicht getan. Alle Mohammedaner, Notable, Hodjas und Volk von Prisren, Djakova bestürmten mich mit Bitte österreichisch-ungarischer Okkupation. Dann trat Anarchie ein. Am 29. plünderte Pöbel den Konak, Kaserne und Depots. Am 30. abends erschienen feindliche Reiter vor der Stadt. Hiesige Serben hissten am folgenden Tage serbische Fahne auf der Festung. 2. November Dorf Nasec geplündert und verbrannt. Serbischer Einmarsch äussert langsam; den 5. Eintreffen des Armeegenerals Janković mit dem Gros der 3. Schumadia-Armee, Infanterieregimentern 10, 11, 12, 19, 20 (schwache Stände), Feldartillerieregiment 4, etwa 60 Gebirgsgeschütze, 1 Regiment Kavallerie, dazwischen zahlreiche Freiwillige, sowie zirka 1000 Komitatschis vielfach ottomanische Serben. Die konfiszierten Waffen werden unter die hiesigen Serben verteilt. Nach dem Falle Ipeks wurde von anderen serbischen Truppen der Drina-Division am 4. nach heftigem Kampfe Djakova genommen. Daselbst der frühere Metropolit Nikifor als Komitatschi. Zugleich zogen dort Montenegriner unter Prinzen Mirko ein. Dies war nur dadurch möglich, dass Djavid Pascha, der niemals ernstlich gekämpft hatte, aus unbekannten Gründen am 1. November via Has und Luma gegen Dibre abgezogen war. Riza Bey und Bajram Zur in Has, Issa Bolletin in Luma. Hiesige serbische Armee soll bis Medua gehen. Gegen Luma schon am 5. vorgeschobene Truppen kehrten wegen starken Schneefalles am 7. wieder um. Den 8. begann bei Tauwetter langsamer Vormarsch; bis jetzt 12 Bataillone und etwas Kavallerie abgegangen. Bis zum gestrigen Einzug in Bica kein Widerstand. Hiesige Mirdita will sich über Rat Prenk Paschas ergeben. Serbische Erfolge dadurch zu erklären, dass kein Gegner, Zustand der Armee sehr schlecht, für Winterfeldzug nicht ausgerüstet, Opanken im Schnee unpraktisch, Verpflegung macht enorme Schwierigkeiten, selbst in Prisren bleibende Truppen tagelang ohne Brot und betteln von Haus zu Haus. Erst am 2.ten zwanzig Backöfen angekommen, doch fehlt Mehl. Fast kein Bargeld, alles wird mehr oder (weniger)[d] mit Gewalt requiriert. Unordnung und Disziplinlosigkeit, was zu Ausschreitungen, nächtlichen Einbrüchen führt. Mit Bomben versehene Komitees (!) plündern albanesische Dörfer total aus, massakrieren Gefangene und selbst harmlose Personen. Beständige Suche nach Spionen und „Schwabski agitatori". Auf der Strasse nach Verisović werden Reisende beraubt und ermordet. Angesichts dieser Schreckensherrschaft wagen Mohammedaner und Katholiken sich kaum mehr aus dem Hause, Prisren wie ausgestorben. Allgemeiner Unwille der Mohammedaner, doch keinerlei Widerstand, sind gänzlich demoralisiert, ihre einzige Hoffnung die Intervention Österreich-Ungarns. Post und Telegraph dienen nur Militärzwecken. Hiesiger russischer Vertreter Emelianov erwiderte mir drei konsekutive Besuche nicht, ignoriert dieses

Amt nunmehr vollständig und scheint sich nicht als russischen Vertreter sondern ausschliesslich als serbischen Agenten zu betrachten. Er bewirkte Übergabe der Stadt an eine serbische Bande, liess sich die Regierungsgelder ausfolgen, weigerte sich sodann sie zurückzustellen und folgte sie schliesslich den Serben aus, zitierte türkische Offiziere ins Amt, forderte von ihnen Auslieferung ärarischer Gelder, liess sie im Weigerungsfalle in das Gefängnis sperren und dergleichen. Mein nach Verisović reisender Postkawass wurde am 24. Oktober bei Cerna Leva von einer serbischen Patrouille angehalten und ihm ein an das Konsulat Uesküb adressierter versiegelter Postsack (ohne wichtigen Inhalt), Mannlicherkarabiner und Revolver abgenommen. Am 2. November wurde von serbischem Reiter ein mir gehöriges Fohlen weggenommen. Auf meine dreimalige Reklamation bezüglich beider Fälle (zweimal beim Platzkommandanten, das letztemal bei dem Adjutanten des Armeegenerals) ist nichts erfolgt, im Gegenteile werden gehässige Verleumdungen gegen mich ausgestreut: Der serbische Polizeichef droht mir offiziell mit Demonstrationen und Pöbelangriffen und umstellt seit 10. das Amtsgebäude mit militärischer Wache. Dass es zu Angriff bisher nicht kam, ist den Serben der Stadt zu verdanken. Die stets betrunkenen Offiziere, unter denen sich auch allerhand dunkle Existenzen anderer Nationen befinden, hetzen unaufhörlich und neben ihren Erzählungen über wahre Schandtaten im Kossowo und Vernichtungsplänen gegen Türken und Albanesen prahlen sie mit der bevorstehenden Eroberung Bosniens. Wie allgemein von glaubwürdiger Seite erzählt wird, feierte Armeekommandant am 10. in einem Toast den nahen Krieg gegen die Monarchie, der sowie Deutschland er ein pereat brachte. Falls die Vernichtung der nichtserbischen Elemente vermieden werden soll, ist es hohe Zeit diese sogenannte Armee mit ihren Offizieren von hier zu entfernen". Berichte über die späteren Ereignisse folgen. Heimroth.

[a]) So auch im Protokollbuch. Ausstellungs- und Aufgabedatum differieren offenbar. Vgl. n. 4647 Anm. b. — [b]) Vgl. n. 4625, 4647. — [c]) 10.000? — [d]) Chiffre fehlt.

Nr. 4647. Tel. des Konsuls Maryan von Heimroth aus Üsküb, 26. Nov. 1912 Nr. 106 (eing. 27. Nov. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Konsul Prochaska meldet im Nachhange zu gestrigem[b]) Telegramme Nr. 104: Am 14. d. Mts. erschien Hauptmann Petrović (11. Infanterieregiment) bei mir und erklärte, Befehl zu haben, die Bewachung des k. u. k. Konsularamtes zu übernehmen und niemand ausser den Beamten sowie dem Dienstpersonal einzulassen. Ich erwiderte, dass dies die gänzliche Aufhebung meiner Amtstätigkeit bedeute, ersuchte um Aufklärung darüber, ob Massregel auch gegen das von mir versehene italienische, sowie das russische Amt ergriffen werde und bemerkte, dass ich nach Erhalt einer Antwort wahrscheinlich zum Protestieren gezwungen sein würde. Hauptmann Petrović sagte Antwort für den folgenden Tag zu, hat dieselbe aber nicht überbracht und war nicht mehr zu finden. Das Konsulat wurde nun noch mit Wache umstellt, welche sich, für eine Nacht mit meiner Erlaubnis, später gegen meinen Willen im Kawassenhaus einquartierte, dann aber über Anordnungen gelegentlich eintretenden Offiziers vom Hofe des Hauses

Besitz ergriff und mich als Gefangenen betrachtete. Ich sah angesichts der steigenden persönlichen Gefahr und Pression, die sich in vielfachen Drohungen manifestierte, die dringende Notwendigkeit meiner Abreise gegeben und sandte am 17. November den Dragoman zum Načelnik Stanković, um Eskorte und Geleitschein für die Reise nach Uesküb zu erwirken. Stanković war sehr brüsk und verwies an den Armeegeneral. Dieser sagte dem Dragoman, er ersuche mich, persönlich mit ihm zu sprechen. Ich hatte General Janković bis dahin keinen Besuch gemacht, weil keine Einladung zu einem solchen erfolgt war. Ich wollte mich möglichst lang reserviert verhalten und unterhielt nur durch den Dragoman Beziehungen zu den Zivilbehörden. Ohne Einladung wollte ich den General erst dann besuchen, bis meine Reklamation bezüglich des Amtspostens befriedigend erledigt worden wäre. Über die erwähnte Aufforderung begab ich mich nun am 17. l. Mts. zu General Janković. Die Besuchsfrage wurde über Wunsch des Generals besprochen und erledigt. Im Übrigen leugnete der General alles; er habe nie von meiner Reklamation gehört, er wisse nichts von den Pressionen durch die Wache, er habe nur mir eine Ehrenwache vor das Tor stellen lassen, wie dem russischen Vertreter (tatsächlich geschah dies erst nach dieser Unterredung), er versprach in bestimmtester Form die sofortige Zurückziehung der Soldaten aus dem Konsulate (was er nicht eingehalten hat), er verstieg sich zu der Behauptung, die gänzliche Absperrung des Konsulates könne nur ein Missgriff subalterner Organe sein. Die unwahren Behauptungen waren so zahlreich, dass er sich selbst in Widersprüche verwickelte. Er bat mich um schriftliche Formulierung meiner Reklamationen und als ich auf seine Frage, ob ich noch auf der Abreise bestehe, bejahend antwortete, beauftragte er den Reservehauptmann (ehemaligen Konsul) Avramović, die Details derselben mit mir zu regeln. Am selben Abend drang eine Patrouille von zehn Soldaten unter Führung eines Korporals in den Hof der katholischen Kirche ein und erklärte, eine Durchsuchung vornehmen zu müssen. Der Korporal stellte den beiden Geistlichen in rüdem Tone zahlreiche Fragen lärmend und fluchend, wollte mit Gewalt in das Schwesternhaus eindringen, so dass die Geistlichen in die grösste Angst gerieten. Als der Pfarrer Don Michael Tarabulusi sich in die erzbischöfliche Residenz begab und die Soldaten mit dem Kooperator Krasnić zurückblieben, rief der Korporal: „Wo ist der andere Pope, warum habt ihr ihn nicht sofort erschossen?“ und konnte nur mit Mühe davon abgehalten werden, das Tor der Residenz zu erbrechen. Schliesslich übernachteten die Soldaten in der Schule. Am folgenden Tage wurde niemand in den Kirchhof eingelassen, die Geistlichen gewaltsam verhindert, die Messe zu lesen, der Pfarrer überdies, als er aus der Residenz trat, vom Korporal verhaftet und in einen anderen Teil des Kirchhofes abgeführt, nach einiger Zeit wieder freigelassen. Auch die Schulkinder konnten nicht zum Unterricht kommen. Die Durchsuchung der Pfarrkirche, erzbischöflichen Residenz etc. wurde dann von 60 Soldaten mit drei Offizieren und dem Platzkommandanten Radonić fortgesetzt, und zwar äusserst gründlich, selbst die Altäre wurden durchsucht. Die Serben behaupten, dass in der Kirche eine grosse Menge Munition versteckt sei. Gefunden wurde gar nichts als ein Zimmer-

gewehr und eine uralte albanesische Flinte. Trotzdem der Kooperator darauf aufmerksam machte, dass das Schwesternhaus, auf dem die Konsularflagge wehte, Eigentum eines kroatischen Ordens und von Staatsangehörigen bewohnt sei, wurde auch dieses Gebäude durchsucht. Sobald ich am Morgen des 18. die erste Nachricht von den Vorgängen im Kirchhofe erhielt, sendete ich sofort den Dragoman zum Armeekommandanten, um unter Berufung auf unser Schutzrecht die Freilassung des Pfarrers zu verlangen. Der General erwiderte, er wisse nichts und werde den Vorfall untersuchen lassen. Am Nachmittag liess mir der General sagen, er halte Vorfall für sehr ernst, habe strenge Untersuchung angeordnet und werde die Schuldigen bestrafen. Zugleich liess er mir sagen, ich möge mich nicht mehr durch den Dragoman sondern persönlich oder schriftlich an ihn wenden. Derselbe Offizier ersuchte mich später um eine sofortige schriftliche Darstellung, die ich ausfertigte und ihm übergab. Fortsetzung folgt. Gleichlautend Belgrad 1411. Heimroth.

a) Vgl. n. 4664. — b) Vgl. n. 4646 Anm. a. — c) Wohl „der Amtspost".

Nr. 4648. Tel. nach Berlin, 27. Nov. 1912 Nr. 168 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.).a) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Unterm 10. d. M. war nachstehende Instruktion an Baron Giesl erlassen worden: ... *wie n. 4355 von „Euer Hochwohlgeboren wollen" bis „zu bringen wäre"* ... Der italienische Gesandte hat von seiner Regierung eine analoge Instruktion erhalten. Eine Unterstützung dieses Schrittes der beiden Gesandten durch deren deutschen Kollegen wurde damals aus dem Grunde nicht in Aussicht genommen, weil Montenegro in der albanesischen Küstenfrage gegenüber Serbien in den Hintergrund tritt und es daher nicht a priori nötig erschien, diesem Kleinstaate gegenüber den ganzen Dreibund hervortreten zu lassen. Nach Ausführung jener Demarche, der sich König Nikolaus trotz seines Sträubens schließlich doch nicht entziehen konnte, ist es jedoch, wie Baron Giesl meldet,b) in Cetinje vielfach aufgefallen und kommentiert worden, daß Deutschland unseren und den italienischen Schritt nicht auch formell unterstützt hat. Ich würde daher Werth darauf legen, daß der deutsche Gesandte in Cetinje dahin instruirt werde, daß er König Nikolaus beziehungsweise der montenegrinischen Regierung keinen Zweifel darüber lasse, daß Deutschland auch in dieser Frage auf der Seite seiner Verbündeten stehe und ersuche Euer Exzellenz, ein diesbezügliches Ansuchen an Herrn von Kiderlen richten zu wollen.

a) Vgl. n. 4674. — b) Vgl. n. 4564.

Nr. 4649. Tel. aus Berlin, 27. Nov. 1912 Nr. 282 (eing. 10 U. p. m.).a) Entziff.

Das hiesige „Kleine Journal", ein zwar ziemlich viel gelesenes, aber nicht ernstes Blatt, bringt in seiner heutigen Nummer unter der Spitzmarke „Österreichische Botschaft gegen Wilhelmstrasse" eine längere Auseinandersetzung, laut welcher man österreichisch-ungarischerseits mit dem offiziösen Communiqué der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 25. d. Mts. keinesfalls einverstanden sei. Das obbenannte Blatt beruft sich hiebei auf eine angebliche Unterredung eines seiner Mitarbeiter „mit der österreichischen

Botschaft". Diese Behauptung ist vollkommen aus der Luft gegriffen, da kein einziges Mitglied der k. u. k. Botschaft einen Vertreter des mehrerwähnten Blattes empfangen hat. Was das erwähnte Communiqué der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" betrifft, so sagte mir der Staatssekretär wiederholt, dass er die Veröffentlichung desselben mit Rücksicht auf die grosse Aufregung der hiesigen Börse für notwendig erachtet hat; die gewünschte Beruhigung sei hiedurch auch eingetreten. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4658, 4671, 4675.

Nr. 4650. Tel. nach Bukarest, 27. Nov. 1912 Nr. 64 (chiffr. 4 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; V. Rappaport; G. Nemes).

Erhalten Euer Durchlaucht Tel. Nr. 82 vom 26. d. M. Freiherr Conrad von Hötzendorf fährt mit seinem Adjutanten Major Rudolf Kundmann Donnerstag 28. früh 8 Uhr 50 vom Staatsbahnhof ab und trifft Freitag Mittags in Bukarest ein. Er wünscht dass der k. u. k. Militär-Attaché ihn am Bahnhof erwarte. Die gnädige Einladung König Carols im Palais abzusteigen nimmt der General dankbarst an. Da anzunehmen ist, dass Seine Majestät ihn noch Freitag in Audienz empfangen wird, beabsichtigt Conrad Samstag Vormittag Visiten zu machen und am gleichen Tage Nachmittags um 5 Uhr hierher zurückzukehren, da er wie ich zu Euer Durchlaucht streng vertraulichen Orientierung bemerke, aus naheliegenden Gründen seinen Aufenthalt nicht in die Länge ziehen will. Es muss Euer Durchlaucht anheimgestellt bleiben allfällige nötige Änderungen dieses Programmes vorzunehmen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4677.

Nr. 4651. Erlaß nach Bukarest, 27. Nov. 1912 Nr. 5498. Konz. (S. Rappaport; G. Nemes).

Streng vertraulich. Seine Exzellenz der Herr General der Infanterie Conrad von Hötzendorf, welcher sich morgen nach Bukarest begiebt, ist beauftragt, ein Allerhöchstes Handschreiben,[a]) dessen Abschrift zu Euer Durchlaucht streng vertraulicher Kenntnisnahme hier mitfolgt, Seiner Majestät König Karol zu überreichen. Der genannte Herr General wurde anlässlich seiner Mission mit einer speziellen Instruktion[b]) versehen, deren Abschrift im weiteren Anbuge mitfolgt. Letztere Pièce ist zu Euer Durchlaucht streng vertraulichen Information sowie zur Regelung Ihrer Sprache Seiner Majestät dem König und mit Ausschluss des streng geheimen Punktes 3 auch dem Herrn Minister des Äussern gegenüber bestimmt.

[a]) Vgl. n. 4652. — [b]) Vgl. n. 4698.

Nr. 4652. Handschreiben Kaiser Franz Josefs I. an König Karl von Rumänien, 27. Nov. 1912.[a]) Konz. (S. Berger; V. Musulin).

Es ist mir in den ereignisreichen Zeiten, die wir durchleben, ein Bedürfnis, Dir gegenüber auszusprechen, welch' lebhafte Genugthuung ich darüber empfinde, daß unsere Staaten angesichts der kriegerischen Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel, die zu dem Zusammenbruche

der Türkei geführt haben, eine vollkommen identische Haltung einnahmen und die gleiche ruhige und zuwartende Politik befolgten. General der Infanterie Freiherr Conrad von Hötzendorf, der Dir diesen Brief überbringt, wird in der Lage sein, Dir über die militärischen Vorbereitungen defensiver Natur, die wir seither infolge der zu unserer Kenntnis gelangten umfangreichen russischen Rüstungen zu treffen uns genötigt sehen, mündlich eingehend Bericht zu erstatten. Mit aufrichtiger Befriedigung habe ich davon Kenntnis genommen, daß Deine Regierung unsere Anregung so bereitwillig angenommen hat, in der Frage des Friedensschlusses auf die Türkei einzuwirken; ich verspreche mir von dieser Bethätigung den besten Erfolg für die Beziehungen Deines Königreiches zu den aufstrebenden Balkanstaaten und sehe voraus, daß es Deinen zielbewußten Bemühungen, die unserer Unterstützung jederzeit sicher sein können, gelingen wird, Deinem Lande auch in Zukunft die ihm zukommende hervorragende Rolle zu sichern.

[a]) Vgl. n. 4651, 4676, 4719.

Nr. 4653. Tel. aus Cetinje, 27. Nov. 1912 Nr. 186 (eing. 28. Nov. 11 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Vertrauensmann des Königs, Herr Miušković, erschien heute bei mir, um Idee zu lancieren, dass Albanien ein unabhängiger Staat unter Garantie aller Grossmächte ähnlich wie früher Kreta werden soll. Mächte müssten dann Geld- und Machtmittel dem Staatsoberhaupt zur Verfügung stellen, welches nur Figurant der Grossmächte wäre. Für diese Rolle als König von Albanien sei aber sein Souverän besonders geeignet, da er von Albanesen (!) und Balkanstaaten als der Schwächste gern akzeptiert werden würde ...[b]) Ich erwiderte Miušković, dass mir gegen Möglichkeit einer solchen Proposition alle Faktoren, das ist Wille der Arnauten, Aspirationen der Verbündeten und auch Tendenz der Grossmächte, die ein selbständiges Albanien wollen, zu sprechen scheinen. Giesl.

[a]) Vgl. n. 4678. — [b]) Einige Chiffres verstümmelt.

Nr. 4654. Tel. nach Paris, 27. Nov. 1912 Nr. 109 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 153 vom 25. d. M. Ich ermächtige Euer Exzellenz, Herrn Poincaré zu erklären, daß die Behauptung, daß Österreich-Ungarn und Deutschland die Türkei zur Fortsetzung des Krieges drängen, gänzlich aus der Luft gegriffen ist, nachdem wir es sorgfältig vermieden haben, zu dieser Frage irgendwie Stellung zu nehmen.

[a]) Vgl. n. 4682. Berchtold.

Nr. 4655. Tel. nach Rom, 27. Nov. 1912 Nr. 205 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Rappaport; V. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 199 vom 25. d. M. Herzog Avarna ist gestern mir gegenüber auf den von Euer Exzellenz erwähnten „Vorschlag“[a]) zurückgekommen, welcher einem früheren Stadium der Pourparlers angehört und über dessen Ursprung eine Euer Exzellenz per

Kurier zugehende Aufzeichnung vom 21. d. M. Aufschluß gibt. Er übergab mir auftragsgemäß folgenden Entwurf einer an die Kabinette zu richtenden Erklärung: „A l'occasion de l'intention attribuée à l'armée serbe d'occuper Durazzo, le Gouvernement italien avait chargé son représentant à Belgrade de faire remarquer au Gouvernement serbe que la possession permanente de Durazzo de la part de la Serbie aurait été incompatible avec le principe, toujours proclamé et fait valoir par l'Italie, de l'autonomie et de l'intégrité de l'Albanie. Le Gouvernement italien est d'avis que la solution de cette question doit être reservée au moment où seront réglées les autres questions soulevées par la guerre balkanique." Da in dieser Erklärung anstatt der albanesischen Küste im allgemeinen, wie dies bei unseren Demarchen in Belgrad und Cetinje geschah, bloß Durazzo genannt wird, wollen Euer Exzellenz Marquis di San Giuliano auf diesen Umstand aufmerksam machen und bemerken, daß wir denselben auf ein Versehen zurückführen zu sollen glauben. Zur Regelung Ihrer Sprache bemerke ich weiters, daß nach der Mitteilung des italienischen Botschafters Österreich-Ungarn und Italien jene Erklärung zwar nicht kollektiv, aber in identischer Form abzugeben hätten und daß ich in meiner Erwiderung betont habe, daß es Fragen gebe, welche bis zur seinerzeitigen gemeinsamen Regelung durch alle Großmächte offen gelassen werden können, aber außerdem auch solche, in welchen wir es für notwendig erachten, unseren Standpunkt schon jetzt endgiltig darzulegen. In letztere Kategorie gehöre auch jene der territorialen Ausdehnung Serbiens bis an die Adria. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4533.

Nr. 4656. Tel. nach Rom, 27. Nov. 1912 Nr. 207 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; V. Nemes; G. Berchtold).

Der italienische Botschafter hat mir gestern erzählt, daß Herr Coromilas sich zum deutschen Gesandten in Athen dahin geäußert habe, daß Valona unbedingt an Griechenland fallen müsse; Konstantinopel müsse internationalisiert werden; Griechenland werde die serbischen Wünsche jusqu'au bout vertreten. Herr Coromilas habe hinzugefügt, die zukünftigen Grenzen Griechenlands gegen Norden müßten sich ziehen vom Golf von Valona nördlich von Tepelen über das Dangli- und Panareti-Gebirge, einschließend Moskopolje. Ich habe dem Herzog Avarna geantwortet, daß derartige Prätensionen unsere lebhafteste Opposition hervorzurufen geeignet wären und daß ich dies auch von Seiten Italiens erwarte. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache San Giuliano gegenüber.

[a]) Vgl. n. 4659. Berchtold.

Nr. 4657. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 27. Nov. 1912. Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Der italienische Botschafter hat mich gestern aufgesucht und mir mitgeteilt, daß der deutsche Botschafter in Rom, Herr von Jagow, Marquis di San Giuliano folgenden Vorschlag zur Lösung der österreichisch-ungarisch-serbischen Differenzen gemacht habe. 1. Garantie d'une communication de chemin de fer qui, étant en certaines limites indépendante de

la souveraineté albanaise, conduirait à un port adriatique lequel serait garanti à l'exportation serbe sans constituer cependant une vraie acquisition territoriale pour la Serbie. 2. Garantie du transit pour la Serbie sur les chemins de fer de la Bosnie. 3. Garantie du transit à Salonique pour l'Autriche-Hongrie sur les chemins de fer serbes et du Sandjak dans le cas où il serait construit. Ich habe dem Herzog Avarna geantwortet, daß ich von diesem deutschen Vorschlag schon gehört hätte, hiezu jedoch keine Stellung genommen habe, da insbesondere der Punkt 1 an Klarheit viel zu wünschen übrig lasse.

Nr. 4658. Tel. aus Rom, 27. Nov. 1912 Nr. 204 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Das Communiqué der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung[b] wird von der italienischen Presse fast durchwegs als eine Absage an uns aufgefasst. Die Blätter extrem linker Färbung jubilieren darüber und bezeichnen es als eine „kalte Douche für Wien". Man interpretiert es dahin, dass Deutschland uns nicht militärisch unterstützen würde, weshalb es unsere angebliche Mobilisierung dementiert, und dass es den von den Westmächten und Russland eingenommenen Standpunkt teilt, wonach auch unsere Differenz mit Serbien nicht von uns jetzt entschieden, sondern für den Zeitpunkt der Regelung gesamter Fragen (eventuell durch einen Kongress) vorbehalten werden soll. Aus alledem wird Folgerung gezogen, dass Tripelallianz nicht einig sei und dass italienische Regierung nicht österreichischer sein soll, als Deutschland. Ein im heutigen „Messaggero" erschienenes Interview des russischen Botschafters ist voll Anerkennung für das erwähnte Communiqué und bekräftigt hiedurch die obigen Kommentare über dessen Inhalt und Bedeutung. Mérey.

[a] Vgl. n. 4649, 4671. — [b] Über dieses Communiqué erschien in der Neuen Freien Presse vom 26. Nov. 1912 Nr. 17.336 folgende Notiz:

Berlin, 25. November. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt heute: Die hiesige Börse war heute ungünstig beeinflußt durch einen Artikel der „Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz", der sich auf eine besonders vorzüglich unterrichtete Seite beruft. Er enthält folgende tatsächliche Behauptungen: 1. Der russische Minister Sasonow habe vor vier Tagen seinen Standpunkt in der serbischen Hafenfrage geändert. Dies ist schon deshalb unrichtig, weil die Mächte übereingekommen sind, sich in keinen einzelnen Fragen aus dem Balkanproblem zum voraus festzulegen. 2. Österreich-Ungarn hat fünf Armeekorps mobilisiert. Dies entspricht nicht den Tatsachen, wie sich jedermann aus den offiziellen Wiener und Budapester Darlegungen überzeugen kann. 3. Österreich-Ungarn beabsichtigt, in wenigen Tagen ein Ultimatum in Belgrad zu überreichen. Auch diese Behauptung ist unwahr. Wie schon oben gesagt, sollen die albanesische und die adriatische Frage erst im Verein mit den anderen aus den Vorgängen am Balkan entstandenen Fragen diskutiert und geregelt werden. Es ist besonders unverantwortlich, durch derartige unlautere Nachrichten die öffentliche Meinung in einem Augenblick zu beunruhigen, in dem die Regierungen aller Großmächte ernsthaft bemüht sind, für immerhin schwierige Fragen eine friedliche Lösung zu finden.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau veröffentlicht das Communiqué der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" in folgender Form:

Berlin, 25. November. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wendet sich gegen die von einer hiesigen Korrespondenz heute veröffentlichten beunruhigenden Mitteilungen und sagt: Es ist besonders unverantwortlich, durch unlautere Nachrichten die öffentliche Meinung in einem Augenblick zu beunruhigen, wo die Regierungen aller Großmächte ernsthaft bemüht sind, für immerhin schwierige Fragen eine friedliche Lösung zu finden.

Nr. 4659. Tel. aus Rom, 27. Nov. 1912 Nr. 205 (eing. 28. Nov. 10 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Ministre des affaires étrangères vient de m'écrire ce qui suit: „Nous sommes d'accord avec Berchtold que Valona ne doit pas appartenir à la Grèce, mais à l'Albanie autonome et neutralisée; elle ne doit pas devenir une base navale militaire. Je crois très utile de faire connaître à l'opinion publique italienne cet accord entre les deux Gouvernements et je Vous prie d'en demander l'autorisation à Berchtold. J'ai télégraphié aussi au Duc d'Avarna mais je pense que Votre télégramme parviendra au Comte Berchtold avant la visite d'Avarna et dans un pareil cas on obtient double effet si on fait vite. Si le Comte Berchtold le préfère, on pourrait ne pas donner à cette publication une forme officielle." Je prie Votre Excellence de m'informer par le télégraphe de ce que je dois répondre au Marquis San Giuliano. A mon humble avis notre réponse pourrait être affirmative et il me semblerait indiqué que la publication en question eût un caractère officieux. Mérey.

[a]) Vgl. n. 4656, 4683.

Nr. 4660. Tel. aus Sofia, 27. Nov. 1912 Nr. 395 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Es ist wirklich mehr als erwarten konnte, dass Herr Danew in Budapest ohne Einverständnis mit Herrn Geschoff Erklärungen abgegeben. Geschoff ist diesbezüglich guten Glaubens: dass ich ihm einmal Idee Danews bezüglich Rumäniens erwähnte, erinnert er sich nicht, und Herr Danew muss wirklich auf eigene Faust oder mit Zustimmung König Ferdinands, wovon Herr Geschoff nichts wusste, gesprochen und dann vergessen haben, Geschoff darüber zu berichten. Ich sagte Conseilspräsidenten, ich lege Wert darauf, ihm Inhalt Eröffnungen Herrn Danews ganz genau bekannt zu geben und heute nach Erhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 161 vom 27. d. Mts.[b]) teilte ihm telephonisch Wunsch mit, ihn sofort zu sehen, worauf er eben bei mir vorsprach und ich ihm entsprechenden Passus aus Gespräch Euer Exzellenz mit Danew vorgelesen und diktiert. Herr Geschoff denkt nicht daran, irgend etwas, was Herr Danew in Budapest gesagt, zu desavouieren, bedauert aber, dass Danew ihn nicht informierte. Fortsetzung folgt.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4645, 4661. — [b]) Mit Tel. Nr. 161, 26. Nov. 1912 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 4626 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 4661. Tel. aus Sofia, 27. Nov. 1912 Nr. 396 (eing. 6 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung Telegrammes Nr. 395. Conseilspräsident konnte nicht begreifen, worin Vermittlung Rumäniens jetzt bestehen könnte, nachdem es zur Mediation der Grossmächte nicht gekommen und Bulgarien direkt mit der Türkei verhandelt. Ich antwortete, dass sich in Verhandlungen Schwierigkeiten ergeben können, oder können dieselben abgebrochen werden, in welchen Fällen Intervention Rumäniens von Nutzen für Bulgarien sein würde. Mais alors les conseils roumains à Constantinople ne suffiraient

pas et il faudrait peut-être plus que des paroles, bemerkte Herr Geschoff, worauf ich erwiderte, dass bezüglich der Mittel er sich mit rumänischem Vertreter verständigen könne. Wir hätten das Unsere getan, indem wir erreicht haben, dass sich Rumänien entschlossen auf Seite Bulgariens stelle. Ich deutete gleichzeitig Inhalt hohen Telegrammes Nr. 161[b]) an, was auf Conseilspräsidenten Eindruck zu machen schien. Alors Monsieur Ghika m'en parlera probablement encore aujourd'hui car il s'est annoncé chez moi, bemerkte Ministerpräsident, worauf ich erwiderte que ce ne serait pas raisonnable de ne pas profiter de l'occasion de s'entendre avec la Roumanie et que pourvu que Monsieur Guéchoff montre de la bonne volonté, nous tâcherions de notre côté de faire tout pour faciliter l'entente. Ob sich Bulgarien mit Rumänien verständigt oder nicht, erachte als wertvoll, dass bulgarische Regierung Eindruck unseres ungeschwächten Einflusses in Bukarest bekomme, woran man hier — wie mein gehorsames Telegramm Nr. 392 vom 26. d. Mts. und Äusserungen hiesiger Staatsmänner beweisen — letzter Zeit zu zweifeln anfing. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4662. — [b]) Vgl. n. 4660 Anm. b.

Nr. 4662. Tel. aus Sofia, 27. Nov. 1912 Nr. 398 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

ImVerfolge gehorsamsten Telegrammes Nr. 396 von heute. Rumänischen Kollegen gesprochen und konstatiert, dass er von Absichten seiner Regierung noch nicht informiert. Er hat bloss Auftrag, sich bei Herrn Geschoff über Stand der Waffenstillstandsverhandlungen zu erkundigen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4663.

Nr. 4663. Tel. aus Sofia, 27. Nov. 1912 Nr. 401 (eing. 28. Nov. 11 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge gehorsamen Telegrammes Nr. 398 vom 27. d. Mts. Rumänischer Gesandter sagte mir, er habe — seitdem wir heute mittags gesprochen — Instruktionen zu einer Demarche erhalten und habe sich im Sinne derselben im wesentlichen folgendermassen zu Herrn Geschoff ausgesprochen: „Osman Nizami est venu à Bucarest prendre conseil du Roi Charles et il a émis l'idée qu'il vaudrait mieux à Cataldja traiter conjointement, non seulement la paix entre belligérants, mais aussi les questions austro-serbes et roumaines-bulgares afin qu'après réglement des tous ces points la conférence européenne n'ait qu'à en prendre acte. Autrement, après la paix entre belligérants, on risquerait une nouvelle guerre sur d'autres points qui mettrait en péril les stipulations conclues. Il a été répondu à Osman Nizami que, puisqu'il demandait conseil, celui que la Roumanie avait à donner — et pressant — était que la Turquie fît la paix au plus tôt. Le Gouvernement roumain tenait à informer de ce qui précède le Gouvernement bulgare afin que visite de Nizami Pacha à Bucarest ne donnât pas lieu à des interprétations erronées. Le Gouvernement roumain, en assurant de ses dispositions amicales le Gouvernement bulgare, tient aussi à faire savoir qu'il s'emploiera toujours pour que la Turquie invoque l'autorité de

la Roumanie et de son Souverain pour que la paix aboutisse vite et qu'il serait prêt à agir à Constantinople pour aplanir toutes les difficultés qui pourraient se produire et que le Gouvernement bulgare signalerait." Herr Geschoff soll Mitteilung ohne andere Antwort zur Kenntnis genommen haben als nur Ausdruck warmen Dankes, den er rumänischen Gesandten ersucht hätte, Herrn Majorescu zu vermitteln. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4691.

Nr. 4664. Tel. des Konsuls Maryan von Heimroth aus Üsküb, 27. Nov. 1912 Nr. 107 (eing. 28. Nov. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Konsul Prochaska meldet im Nachhange zu gestrigem Chiffretelegramm:[b]) „Mit den Geistlichen und ihrem Personal wurden dann serbischerseits Protokolle aufgenommen. Am 19. November richtete ich zwei Noten an den ...[c]); die eine betraf den Vorfall mit der Amtspost und meinem ...[c]), die (zweite)[c]) das Kultusprotektorat. In dieser machte ich ihn zunächst auf das Bestehen des Schutzrechtes aufmerksam, führte einen Zwischenfall in Diakova an, erklärte, dass ich gegenwärtig nicht auf der Einhaltung der sämtlichen Gebräuche, sondern blos darauf bestehe, dass Ehre und Leben des Klerus nicht dem Belieben jedes gemeinen Soldaten überlassen bleiben können, ersuchte um die Verwendung von Offizieren in notwendigen Fällen. Ich dankte für die rasche Einleitung einer Untersuchung im Falle Prisren und sagte endlich, angesichts der Schwere des Falles sähe ich mich gezwungen, als Satisfaktion die Entsendung eines Offiziers in die Pfarre zu verlangen, um dem beleidigten Pfarrer das Bedauern auszusprechen. Die Note ist in gemässigtem Tone gehalten. Am Abend desselben Tages drangen ein Offizier und 40 Mann mit aufgepflanztem Bajonnette in den Kirchhof und suchten nach angeblich dort versteckten Leuten — wie stets mit einem ungehörigen Benehmen. Schliesslich verlangte er, dass die Türen in den Hof geschlossen zu halten und niemand einzulassen sei, was aber der Kooperator verweigerte. Bei allen diesen Anlässen wurde „Dolje Austria, dolje Schwaba" gerufen. Am 20. kam Reservehauptmann Avramović und teilte mir namens des Generals Folgendes mit: Die Untersuchung in der Kirchenaffaire habe die Unwahrheit meiner Angaben ergeben, die auch aus den protokollarischen Aussagen der Geistlichen hervorgehe. Der General sei sehr aufgebracht darüber, dass ich an ihn Reklamationen richtete, ohne sie zuvor verifiziert zu haben. Er sehe, dass ich nach Vorwänden suche, um ihm Schwierigkeiten und unnütze Arbeiten zu machen, während er seine Zeit zu wichtigeren Dingen brauche, er werde daher von mir keinerlei Reklamationen mehr annehmen. König Peter habe übrigens von Uesküb aus angeordnet, dass alle Kapitulationen und Schutzrechte, wie unser katholisches Protektorat, aufgehoben seien. Was meine Beschwerden über Amtspost und Pferderaub betreffen, so müsse der General meine Reklamation betreffs solcher Nichtigkeiten, die im Kriege eben vorkommen, als reinen Mutwillen betrachten. Der General sei sehr aufgebracht, weil er auch Beweis, angeblich Briefe, in Händen habe, aus dem hervorgehe, dass ich der serbischen Armee feindselig gegenüberstehe

und mit den Albanesen paktiere, weiters weil ich noch nicht abgereist sei und so weiter. Ich hielt es angesichts dieser perfiden Verdrehungen und Verdächtigungen für geboten, unter Betonung hinsichtlich der guten Absicht, in energischer Weise gegen dieses Vorgehen zu protestieren; ich fügte hinzu, dass der General wohl nicht im Interesse seiner Regierung handle, wenn er einen Konsul derart drangsaliere, dass ich nunmehr unmöglich hier bleiben könne, um das Spielzeug der Launen eines serbischen Generals zu sein, dass ich mein Recht anderweitig finden werde. Ich schloss mit der Erklärung, dass mir nun schon alle mögliche Gewalt angetan worden sei, ausser der Verhaftung, dass ich aber Allem ruhig entgegensehe und den General nicht fürchte. Ich beschloss hierauf sofort zu packen und am 23. abzureisen, und zwar mit Dragoman Vucai und dem Kawassen Ibrahim, welche beide mit der Ermordung bedroht sind, und mit Überwachung des k. und k. sowie des italienischen Amtsgebäudes, der Archive und der zurückbleibenden Effekten den Honorarbeamten Sanzin zu betrauen, der im Konsulat wohnen werde. Die Flagge, welche ich schon am vorherigen Sonntag nicht mehr gehisst hatte, sperrte ich in die Kassa, beliess dagegen das Wappenschild am Tor. Chiffrematerial wurde verbrannt. Da von serbischer Seite verbreitet wurde, dass man demnächst die Kawassen entwaffnen und das Konsulat plündern werde, erteilte (ich) *c)* Sanzin die Weisung, so lange als möglich zu bleiben, im Augenblick aber, wo man darangehe, die Kisten oder Kasse aufzubrechen, sofort abzu(reisen). *c)* Gründe meiner .... *c)*: Unterbindung der Amtstätigkeit durch Mangel von Post und Telegraph, feindselige Haltung und Gewalttätigkeit seitens der Serben, amtliche und private Beleidigungen, Einstellung des Kultusprotektorates, persönliche Gefahr, Greueltaten im ganzen Lande, Vorgänge, deren Zeugen die österreichisch-ungarische Flagge und ein kaiserlich und königlicher Konsul in so demütigender Situation nicht sein können. Am 22. teilte mir Reservehauptmann Avramović mit, er sei zu meiner Begleitung nach Uesküb bestimmt, fühle sich aber krank und könne erst am 24. reisen. Da der General keinen anderen Offizier senden wollte, musste ich in den Aufschub einwilligen, dessen Grund ich erst bei meiner Abreise sehen sollte. Am 23. richtete ich über Verlangen des Generals eine Note über meine Abreise, meine Begleitung und das zurückbleibende Personal an ihn. Er bestimmte nun zu meiner Begleitung den als Soldaten eingerückten Konsulatssekretär Dimitrievič mit 6 Kavalleristen, gab ferner 2 Infanteristen dem Karren mit meinem Gepäck bei. Am Sonntag, 24. morgens verzögerte sich die für 7 Uhr festgesetzte Abreise durch die Schuld der Eskorte bis 10 Uhr. Als ich endlich abreisen konnte, hatte man in der Hauptstrasse von der katholischen Kirche bis zur steinernen Bistricabrücke die serbische Bevölkerung als Spalier aufgestellt, darunter auch Soldaten und Komitatschis, die auf einen Revolverschuss als Signal mit Blechkannen einen ohrenbetäubenden Lärm machten und das Geschrei erhoben „dolje Austria, dolje svinje Schwaba, živila naša Bosna“. Halbwüchsige Burschen liefen meinem Wagen nach und warfen Blechkannen, Kupferkessel, Stöcke, Steine, Krautköpfe und dergleichen. Auch gegen den folgenden Wagen des Dragomans wurde demonstriert. Vor meinem Wagen ritten zwei Soldaten, die nichts taten,

um die Demonstrationen zu verhindern, sondern vielmehr meinen Wagen am raschen Weiterfahren hinderten. Die übrige Eskorte hielt sich weit zurück. Erst als jenseits der Brücke die Demonstration zu Ende war, kam ein Reiter nach vorne. Ich bin sicher, dass dieser Skandal von den Offizieren arrangiert wurde und General Janković dafür verantwortlich ist, der nichts getan hat, um die Manifestationen zu verhindern. Mit den Serben Prisrens war ich stets in gutem Einvernehmen und bei ihnen beliebt, da ich so manchen von ihnen, besonders während der Reformaktion, Gutes erwiesen habe. Nur die geradezu unglaubliche Hetze, die gegen mich inszeniert wurde, sowie direkter Zwang konnten sie zu solchem Vorgehen veranlassen. Auf der Strasse nach Verisović, wo ich am Abend eintraf, war ausser Militärpersonen und Komitatschis kein einziger Reisender zu sehen, auch niemand in den Feldern und Dörfern. Am folgenden Vormittag fuhr ich mit einem Lastzuge nach Uesküb, wo ich um 2 Uhr nachmittags eintraf und den eben nach Mitrovitza abreisenden Konsul Edl kurz sprach. Hinsichtlich der Reise des genannten Funktionärs nach Prisren geht meine unmassgebliche Meinung dahin, dass dieselbe nunmehr besser ganz unterbliebe, zumal mir die Ankunft eines k. u. k. Konsularfunktionärs in Prisren, ohne gleichzeitige Gewährung einer eklatanten Satisfaktion in loco, unserem Prestige höchst abträglich erscheint. Von sonstigen Ereignissen aus der letzten Zeit erlaube ich mir noch nachzutragen: Nachdem die serbischen Truppen von Djakova aus Mirdita durchquert und die Truppen der Schumadia-Division von Prisren bis Bica vorgerückt waren, erhoben sich am 15. plötzlich die Lumesen unter Führung des Issa Boletinac, der auch 4 Geschütze besitzt, und dauert seitdem ein hartnäckiger und für die Serben, welche nach und nach ihre ganzen Kräfte heranziehen mussten, verlustreicher Kampf bei meinerAbreise noch fort. Gekämpft wurde bei Kolešjon, Kula Lums, am 18. auch bei Dzuri, nahe Prisren. Bei einem Empfang der katholischen Geistlichkeit am 21. l. M. erklärte der General bezüglich der Lumesen, er habe Befehl gegeben, „dass der ganze Stamm, auch Frauen und Kinder, gänzlich ausgerottet werde". Die Schreckensherrschaft in Prisren dauert fort. Täglich werden zahlreiche Personen verhaftet und abends ohne jegliche Formalität an den Stadtgrenzen erschossen, wo Hunderte unbegrabener Leichen liegen. Die Komitatschis wüten indessen in den Dörfern. Die Disziplin lockert sich soweit, dass gemeine Raubanfälle an der Tagesordnung sind. Trotz solcher Zustände erzwang der Platzkommandant, den Revolver in der Hand, im Gemeinderate die Absendung eines Danktelegrammes für „Befreiung" des Landes an König Peter. Ein Gleiches mussten auch die Katholiken tun. Auch mussten sie am Tage meiner Abreise einen Dankgottesdienst abhalten lassen, bei welchem der General im Presbyterium sass. Ich bleibe vorläufig hier und warte die Befehle Euer Exzellenz ab. Prohaska." Der heute aus Mitrovitza hier eingetroffene Konsul Edl bittet nach Kenntnisnahme der Depesche Konsul Prohaskas um dringende telegraphische Instruktionen, ob er sich noch nach Prisren begeben soll oder zur mündlichen Berichterstattung nach Belgrad und Wien zurückkehren darf. Gleichlautend Belgrad 1412. Heimroth.

a) Vgl. n. 4730. — *b*) n. 4647. — *c*) Chiffre fehlt.

Nr. 4665. Tel. aus Athen, 28. Nov. 1912 Nr. 332 (eing. 29. Nov. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Es ist unverkennbar, dass die griechischen leitenden Staatsmänner dermalen Serbien und dessen Aspirationen viel mehr sympathisches Verständnis entgegenbringen als Bulgarien, mit welchem sie zahlreiche Reibungsflächen haben und welches sie fürchten. Braun.

[a] Oe. U. Balkan 72 Nr. 138.

Nr. 4666. Tel. aus Athen, 28. Nov. 1912 Nr. 333 (eing. 29. Nov. 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Venizelos, den ich heute zufällig begegnete, war exuberant liebenswürdig und fand nicht Worte genug, um zu betonen, welch' hohen Wert griechische Regierung auf die allerintimsten Beziehungen mit Österreich-Ungarn lege. Er sprach Hoffnung aus, dass die Monarchie in der Frage des serbischen Adriahafens ein Einsehen haben und dank ihrer friedliebenden Tendenzen den bestehenden Schwierigkeiten gewiss Rechnung getragen werde. Der zu ordnende Fragenkomplex sei übrigens so gross, dass der Gedanke an eine Konferenz wohl berechtigt sei. In der Prisrener Konsulfrage verurteilte Venizelos serbische Vorgangsweise ziemlich rückhaltlos und anerkannte unsere grosse einschlägige Mässigung. Auch Herr Coromilas äusserte sich in dieser Frage analog. Er machte Österreich-Ungarn durch mich heute gleichfalls eine förmliche Liebeserklärung, indem er auch auf Instruktionen des Herrn Streit[a] hinwies, der beauftragt war, „gewisse Missverständnisse" über die Gesinnungen und die Haltung Griechenlands uns gegenüber radikal aus der Welt zu schaffen. Ich hielt es nicht für opportun, Herrn Coromilas bei diesem Anlasse an seine früheren Äusserungen[b] mir gegenüber zu erinnern, die zu anderen Schlüssen berechtigten, und habe selbstverständlich weder jetzt noch irgend wann auf das angespielt, was er dem deutschen Gesandten gesagt. Herr Coromilas benützte unsere heutige Unterredung aber auch, um abermals seiner „ehrlichsten Überzeugung" Ausdruck zu geben, dass es in unserem eigensten Interesse liege, Serbien, welches stets der Ansicht sei, dass Österreich-Ungarn ihm unfreundlich gesinnt, durch Entgegenkommen in der Hafenfrage (für Serbien ein Lebensinteresse) an uns zu ketten. (Russland sei weit und Österreich-Ungarn so nahe). Und Montenegros Aspirationen auf Skutari und ebenen Landstrich seien doch auch gerechtfertigt. Was Albanien und Epirus im allgemeinen betreffe, so sei es doch klar, dass diese Länder im Besitze Montenegros, Serbiens und Griechenlands nicht mehr gefährlich werden können und auch aufhören, ein Zankapfel zwischen Österreich-Ungarn und Italien zu sein, was einmal unvermeidlich. Wir möchten doch einsehen, dass unser albanesisches Kultusprotektorat uns nur Verlegenheiten bereite. Und was die Albanesen selbst betreffe, so würden sie sich unter den neuen Machthabern mit der Zeit gewiss ganz wohl fühlen (!?), ein kleines beschnittenes Albanien wäre eine Missgeburt und ein grosses unmöglich. Also besser reinen Tisch machen. Österreich-Ungarn werde dann sehen, wie intim sich seine Beziehungen mit den

Balkanländern gestalten und wie gross auch die wirtschaftlichen Vorteile für dasselbe sein werden, in welcher Hinsicht speziell Griechenland in Lieferungen und dergleichen Angelegenheiten grösstes Entgegenkommen verspreche. Coromilas drückte schließlich sein lebhaftes Bedauern aus, dass Griechenland nicht an Österreich-Ungarn grenze und dass es daher nicht unmittelbar von dessen hoher Zivilisation profitieren könne. Braun.

[a]) Vgl. n. 4489, 4572. — [b]) Vgl. n. 4431.

Nr. 4667. Tel. aus Athen, 28. Nov. 1912 Nr. 339 (eing. 29. Nov. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 267 vom 14. d. M. Insel Saseno (bei Valona), welche, obwohl zu Griechenland rechtlich gehörig, bisher nicht faktisch okkupiert war, wurde unlängst griechischerseits besetzt. Braun.

[a]) Vgl. n. 4751.

Nr. 4668. Tel. aus Belgrad, 28. Nov. 1912 Nr. 269 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Trotz beruhigender Nachrichten aus Petersburg hält man hier an der Idee fest, dass es sich in der Frage des Adriahafens lediglich um eine Machtprobe zwischen Russland und der Monarchie handelt, es sei aber auch gleichzeitig ein Ringen um die Vorherrschaft in Serbien. Nach meiner unvorgreiflichen Ansicht würde jetzt ein Einlenken unserseits hier schwerwiegende politische Folgen haben können und in der Zukunft für unsere südslavischen Provinzen Gefahren involvieren. Gelingt es den Serben, jetzt ihren Willen gegen unseren Widerstand durchzusetzen, würden sie gewiss später viel weitergehende Aspirationen auch nicht mehr als ausserhalb des Bereiches der erreichbaren Möglichkeit liegend betrachten. Ugron.

Nr. 4669. Tel. aus Belgrad, 28. Nov. 1912 Nr. 272 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Ich hatte heute mit Generalsekretär Jovanović über seine Bitte eine lange Unterredung, in welcher er in ganz inoffizieller Weise die Hafenfrage besprach. Er erklärte, dass Serbien auf dem Hafen von Durazzo bestehen müsse, sowie auch auf einen schmalen, dahin führenden Landweg. Würde Österreich-Ungarn sich nicht diesem Wunsche entgegenstellen, so könne es von Serbien die weitestgehenden Konzessionen verlangen; wir sollen nur unsere Forderungen bekanntgeben, sie würden eventuell alle gegenwärtigen Handelsverträge kündigen, mit uns zuerst einen uns konvenierenden neuen Vertrag schliessen und jene mit den anderen Staaten diesem anpassen; Serbien würde uns für alle Zeit das grösste Entgegenkommen beweisen. Er führte aus, dass wir uns durch unsere Nachgiebigkeit einen grossen politischen und kommerziellen Einfluss sichern würden, während wir, wenn Serbien jetzt nachgeben müsste, mit einer andauernden feindlichen Stimmung zu rechnen hätten. Wenn wir diesem Schritt noch

entgegenkommen würden, würde die südslavische Frage für uns nicht mehr existieren. Ich erwiderte, dass Euer Exzellenz sich stets durch weitgehendes Wohlwollen in Ihrer Politik Serbien gegenüber haben leiten lassen und hievon zahlreiche Beweise gegeben haben. Die Grenzen, bis wohin die Monarchie in ihrem Entgegenkommen gehen kann, seien nach reiflicher Überlegung gezogen worden, ich sei überzeugt, dass Euer Exzellenz bezüglich der Hafenfrage keinen anderen Standpunkt einnehmen werden, wie ich ihn Herrn Pašić gegenüber gekennzeichnet habe. Herr Jovanović machte mir den Eindruck, niedergeschlagen und nicht sehr hoffnungsvoll zu sein, er sagte mehrmals, dass er überzeugt sei, dass sich schliesslich ein Ausweg finden lassen wird. Ugron.

[a]) Oe. U. Balkan 73 Nr. 139. Vgl. n. 4592.

Nr. 4670. Tel. nach Berlin Nr. 170 (1) und Rom Nr. 211 (2), 28. Nov. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1.—2. Streng vertraulich. Wie Euer Exzellenz aus den Zeitungen bereits bekannt sein dürfte, hat sich der General der Infanterie Freiherr Conrad von Hötzendorf heute als Träger einer Allerhöchsten Message an König Karol nach Bukarest begeben. Da ich Wert darauf lege, die verbündeten Regierungen über Zweck und Inhalt dieser Mission keinen Moment im Unklaren zu lassen, ersuche ich Euer Exzellenz,

1. Herrn von Kiderlen

2. Marquis di San Giuliano

1.—2. ehestens aufzusuchen und ihm folgendes mitzuteilen: General von Conrad wird König Karol ein Allerhöchstes Handschreiben überbringen, in welchem der Befriedigung über die mit der unseren übereinstimmenden, ruhigen und abwartenden[b]) Politik Rumäniens Ausdruck gegeben und die sichere Hoffnung ausgesprochen wird, dass König Karol seinem Lande auch für die Zukunft die ihm gebührende hervorragende Rolle sichern werde. General von Conrad ist weiters beauftragt, sich zu Seiner Majestät dem König mündlich im folgenden Sinne auszusprechen: I. Es sei der Wunsch unseres Allergnädigsten Herrn, dass Rumäniens Interessen in der gegenwärtigen Krise vollkommen gewahrt bleiben und Allerhöchstsein Bestreben, hiezu nach Möglichkeit beizutragen. II. Es werde hier lebhafte Genugtuung darüber empfunden, dass der König sich entschlossen habe, Bulgarien in den Verhandlungen mit der Türkei zu unterstützen. Wir erwarten mit Sicherheit, dass die Superrevision, welcher ein mit Unterstützung Rumäniens erlangter, für Bulgarien günstiger Präliminarfriede durch die Mächte wird unterzogen werden müssen, uns Gelegenheit geben werde, den berechtigten Interessen Rumäniens zur Anerkennung zu verhelfen. III. Wir seien davon überzeugt, dass Rumänien so wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft in dem Verhältnis enger Anlehnung an den Dreibund verbleiben werde. Bei diesem Anlasse wäre streng vertraulich anzudeuten, dass mit der Erneuerung des Dreibundes gerechnet werden könne.

1. IV. Besprechung der militärischen Situation.

1.—2. Euer Exzellenz können abschliessend bemerken, dass uns bei der Entsendung Generals von Conrad das Ziel vorschwebte, Rumänien gegenüber den Lockungen und Köderungsversuchen Russlands und der Ententemächte durch ein weithin sichtbares Zeichen unserer unveränderten Freundschaft einen moralischen Rückhalt zu geben und gleichzeitig in wirksamer Weise in Bukarest auf eine Verständigung mit Bulgarien hinzuwirken. Ein analoger Auftrag ergeht gleichzeitig an

1. Herrn von Mérey.
2. Grafen Szögyény.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4676, 4700, 4761. — [b]) So!

Nr. 4671. Tel. nach Berlin, 28. Nov. 1912 Nr. 172 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Szápáry).

Herr von Mérey telegraphiert: ... *wie n. 4658* ... Ich ersuche Euer Exzellenz, den Herrn Staatssekretär von Vorstehendem mit dem Bemerken in Kenntnis zu setzen, wir hätten, als das in Rede stehende Communiqué erschien, uns der Besorgnis nicht entschlagen können, dass es zu missverständlichen Interpretationen Anlass geben werde, hätten uns aber selbstverständlich dessen enthalten, eine offiziöse aufklärende Kommentierung vorzunehmen. Mit Rücksicht auf die höchst bedauerlichen Konsequenzen, welche nunmehr laut Telegramm Herrn von Méreys sich in Italien bereits eingestellt haben und sich voraussichtlich in ähnlicher Weise alsbald auch anderwärts fühlbar machen dürften, müssten wir die deutsche Regierung jedoch ersuchen, die mehrerwähnte Publikation nunmehr offiziös dahin zu kommentieren, dass bei allen Mächten zwar der gute Wille vorhanden ist, einzelne zu dem Komplex der Balkanfragen gehörige Angelegenheiten nicht herauszugreifen und eine einseitige Regelung derselben tunlichst zu vermeiden, dass aber Pourparlers in diesem Sinne zwischen den Mächten nicht stattgefunden haben und dass somit umsoweniger behauptet werden kann, die Mächte hätten sich ihrer Aktionsfreiheit zur Wahrung ihrer Interessen irgendwie begeben. Ich ersuche um telegraphischen Bericht über diese Unterredung.

[a]) Vgl. n. 4649, 4672, 4675, 4702.

Nr. 4672. Tel. nach Berlin, 28. Nov. 1912 Nr. 173 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Szápáry).

Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 172. Die heutigen Abendblätter publizieren eine offiziöse Note des Reuterschen Bureaus, in welcher die deutscherseits erfolgte „enthusiastische" Aufnahme der von der englischen Regierung kundgegebenen Politik, welche das Aufwerfen von Nebenfragen im gegenwärtigen Stadium ablehnt, hervorgehoben wird und von einem diesbezüglich englisch-deutschen Akkord die Rede ist. In der Note heisst es weiter, dass Deutschland gleich Italien und Österreich-Ungarn in einem autonomen Albanien nichts sieht, was mit der Befriedigung der serbischen Aspirationen unvereinbar wäre. Euer Exzellenz wollen auch diese wohl kaum gegen den Willen Deutschlands erfolgte

Kundgebung dem Herrn Staatssekretär gegenüber mit dem Bemerken zur Sprache bringen, wir müssten, ohne die besten Absichten der kaiserlich deutschen Regierung in Zweifel ziehen zu wollen, befürchten, eine solche Sprache werde nicht zur Entspannung, sondern vielmehr zu einer Verschärfung der Situation beitragen, welche die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes mit Serbien näher rücken müsste. Auf diese Weise werde nicht nur der Eindruck der vollen Solidarität des Dreibundes geschmälert, sondern der inzwischen durch die schärfere Akzentuierung der Dreibundpolitik etwas gesunkene Mut unserer Gegner geradezu aufs neue gehoben. Dies äussere sich bereits in den wieder zunehmenden Herausforderungen der serbischen Presse und in einer erheblichen Erweiterung der serbischen Okkupationen im albanesischen Binnenlande.

[a]) Vgl. n. 4702.

Nr. 4673. Erlaß nach Berlin, 28. Nov. 1912 Nr. 5527.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. und G. Berchtold).

Streng vertraulich. Die kaiserlich deutsche Regierung hat sich wiederholt mit dem dringenden Ersuchen an uns gewendet, wir möchten das Minimum unserer aus der gegenwärtigen Balkankrise sich ergebenden Forderungen so präzise als möglich formulieren. Die k. u. k. Regierung kann sich diesem Wunsche des Berliner Kabinettes umsoweniger verschließen, als unsererseits die vor einiger Zeit an die deutsche Regierung gerichtete bezügliche Mitteilung[b]) als eine in großen Zügen gehaltene Orientierung bezeichnet wurde, deren Präzisierung im Hinblicke auf die noch im Flusse befindlichen Ereignisse erst später wird erfolgen können. Die seitherige Entwicklung der Dinge läßt nunmehr sowohl die tatsächlichen Resultate des Krieges, wie auch die in dessen Gefolge sich ergebenden Aspirationen der Balkanstaaten so weit überblicken, daß nunmehr der Versuch einer Präzisierung unsererseits unternommen werden kann. Bevor ich jedoch zu diesem Behufe in die Besprechung unserer einzelnen Petite eingehe, möchte ich vorausschicken, daß die in der erwähnten Orientierung entwickelten Gesichtspunkte von Hause aus nicht mit der Absicht aufgestellt wurden, Kompensationsobjekte zur Erzielung eines Kompromisses zur Verfügung zu haben. Gegenüber den der Monarchie zugeschriebenen abenteuerlichen Plänen und im Hinblicke auf die in Europa am Beginne der Balkankrise wahrnehmbare Tendenz, ihre Aktionsfreiheit einzuengen, war es das Hauptbestreben Österreich-Ungarns, Europa den Beweis seiner außerordentlichen Mäßigung zu liefern, zugleich aber auch an dem vollen Ernste keinen Zweifel aufkommen zu lassen, daß es entschlossen sei, sich in seinen maßvoll umschriebenen, aber berechtigten Interessen nicht verkürzen zu lassen. Gegenwärtig steht die Frage einer territorialen Erwerbung Serbiens an der Adriaküste im Vordergrunde der politischen Situation. Über diese glauben wir das Berliner Kabinett hinlänglich orientiert zu haben und kann der österreichisch-ungarische Standpunkt kurz dahin zusammengefaßt werden, daß wir ein territoriales Vordringen auf rein albanesischem Gebiete und die Erwerbung der Souveränität an irgend

einem Punkte der Adriaküste seitens Serbiens als undiskutierbar ansehen, da sowohl eine Besetzung rein albanesischen Gebietes durch diesen national fremden Staat als auch die Verschiebung der gegenwärtigen Souveränitäts- und Machtverhältnisse an der Adria für die Monarchie nicht akzeptabel ist. Wenn auch die kurz als „Hafenfrage" bezeichnete Angelegenheit die allgemeine Aufmerksamkeit weitaus in größtem Maße auf sich gezogen hat, können wird nicht umhin, auf die außerordentliche Wichtigkeit des nicht ohne Grund an die erste Stelle gesetzten Punktes unserer Orientierung zu verweisen, laut welchem „die Zustimmung Österreich-Ungarns zu einem Macht- und Gebietszuwachs eines Nachbarstaates von ausreichenden Garantien dafür abhängig gemacht werden muß, daß derselbe in Zukunft keine der Monarchie direkt feindliche Politik verfolgen könne." Dieses Petit erscheint umso natürlicher, als wir, wie bekannt, nunmehr im Verlaufe von dreieinhalb Jahren schon zum zweiten Male von dem kleinen Serbien in unseren Interessen angegriffen, durch ein unangemessenes Verhalten provoziert und geradezu mit einem bewaffneten Angriffe bedroht werden. Es würde allen das Völkerleben regelnden Grundsätzen widersprechen, wenn wir angesichts solcher Verhältnisse die uns vertragsmäßig zustehende Zustimmung zur Vergrößerung dieses kleinen Nachbarstaates erteilen würden, bevor dieser unzweideutige Beweise seiner festen Absicht gegeben hat, in Hinkunft mit uns in Frieden und Freundschaft leben zu wollen. Wie dies in unserer Orientierung andeutungsweise enthalten war, hatte man unsererseits diese Beweise auf wirtschaftlichem Gebiete zu erlangen gedacht, da intensivere wirtschaftliche Beziehungen nicht nur an sich die allmähliche Erstarkung der freundnachbarlichen Gefühle zu gewährleisten schienen, sondern auf diese Art auch den berechtigten Gefühlen Serbiens in Betreff seiner vollen Unabhängigkeit und der Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit befreundeter Großmächte Rechnung getragen werden konnte. Zu unserem lebhaften Bedauern haben aber gerade die Bestrebungen Österreich-Ungarns, mit Serbien eine wirtschaftliche Annäherung anzubahnen, nicht nur bei den Triple-Ententemächten, sondern auch bei dem verbündeten Italien Bedenken wachgerufen, welche infolge einer behufs Verhetzung Österreich-Ungarns mit Italien und anderen Mächten angezettelten gehässigen publizistischen Aktion in Italien wie anderwärts den Charakter einer nachdrücklichen Ablehnung durch die öffentliche Meinung angenommen haben. Leider hat sich diese Auffassung sogar in einzelnen deutschen Kreisen verbreitet. Wir haben uns veranlaßt gesehen, den Kabinetten diesbezüglich beruhigende Aufklärungen zu erteilen, laut welchen Österreich-Ungarn keine Sonderprivilegien anstrebe. Inzwischen hat die infolge der in Serbien vorgekommenen konsularischen Zwischenfälle und mit Rücksicht auf unsere Stellungnahme in der sogenannten Hafenfrage dortselbst erzeugte Stimmung die Verfolgung unserer wesentlich auf den Abschluß eines verbesserten Handelsvertrages gerichteten Bestrebungen einstweilen allerdings aussichtslos gemacht. Es muß jedoch bemerkt werden, daß wir jedweden vollgiltigen Beweis freundschaftlicher Gesinnungen Serbiens gerne annehmen würden und vollkommen bereit wären, statt handelspolitischen Garantien andere ins Auge zu fassen, wenn dies

seitens der anderen Mächte vorgezogen werden sollte. (Solche Garantien könnten beispielsweise unter gewissen Umständen in der seinerzeitigen vollständigen Demobilisierung, Konzedierung gewisser Grenzregulierungen, in der ausdrücklichen Anerkennung des in Albanien zu schaffenden Zustandes und anderen handgreiflichen Beweisen freundnachbarlicher Intentionen gefunden werden.) Jedenfalls müßte sich aber Österreich-Ungarn in die Lage versetzt sehen, darauf rechnen zu können, daß die sich in kurzen Abständen wiederholenden Versuche, den Frieden zu stören, von Seiten Serbiens aufgegeben werden. Es verträgt sich weder mit dem Prestige der Monarchie, noch kann es ihr vom finanziellen und militärischen Gesichtspunkte zugemutet werden, daß sie sich noch einmal der Eventualität ausgesetzt sieht, wegen Serbiens außergewöhnliche militärische Maßnahmen ergreifen zu müssen. Der gegenwärtige Moment erscheint umso geeigneter, die Monarchie und damit auch den europäischen Frieden vor Aggressionen solcher Art sicherzustellen, als alle europäischen Mächte das größte Interesse daran haben, daß die nunmehr von den Mächten vorzusehende Gestaltung der Territorialgrenzen am Balkan nicht etwa nur als eine Etappe auf dem Wege zur endgiltigen Liquidierung des Balkanproblems angesehen werde und daß dauernde Ruhe und Ordnung auf dem Balkan einkehre. Zu diesem Behufe müssen aber die Balkanstaaten — vor allem Serbien — dazu veranlaßt werden, ihre neuen Grenzen als definitive und für absehbare Zeit unabänderliche anzusehen. Eine Stabilisierung der Verhältnisse wäre ferner nicht denkbar, ohne vorgängige Befriedigung der berechtigten Wünsche Rumäniens seitens Bulgariens. Da uns diese jedoch im Detail nicht bekannt sind, ist eine Präzisierung dieses Petites von unserer Seite heute untunlich. Bezüglich Albaniens ist der von der k. u. k. Regierung in voller Übereinstimmung mit Italien eingenommene Standpunkt dem Berliner Kabinett hinlänglich bekannt. Der in unsere orientierende Mitteilung aufgenommene Punkt, betreffend Grenzberichtigungen, ist heute noch nicht näher präzisierbar, weil diese erst im Verlaufe der Detailverhandlungen mit den einzelnen in Betracht kommenden Staaten nach Ausmaß und Umfang fixiert werden könnten. Keinesfalls wird die k. u. k. Regierung jedoch unter dem Titel von Grenzberichtigungen solche territoriale Erwerbungen ins Auge fassen, welchen eine internationale Bedeutung zukommen würde. Die wirtschaftlichen Postulate Österreich-Ungarns, welche, abgesehen von der aus politischen Gründen erwünschten wirtschaftlichen Annäherung Serbiens und Montenegros an die Monarchie von der letzteren angestrebt werden, sind gleichfalls nicht als solche gedacht, welche die Interessen anderer Mächte verletzen könnten. Das Wesentlichste unter diesen bildet die Sicherung unseres Verkehrs und Handels nach Salonik, ein Bestreben, welches bisher von keiner Seite Widerspruch erfuhr. Wenn ich somit die vorstehenden Darlegungen resümiere, besteht das Minimum der von Österreich-Ungarn als Voraussetzung der von uns zu gewährenden Zustimmung zur Neuordnung der territorialen Gestaltung des Balkans aufgestellten Forderungen in folgendem: 1. Garantien, daß Serbien mit uns in Frieden und Freundschaft leben werde. 2. Ausdrücklicher Verzicht Serbiens auf Gebietserweiterung

in Albanien oder an der adriatischen Küste und Anerkennung des einzuführenden Zustandes in Albanien. 3. Die freie Entwicklung Albaniens. 4. Die Befriedigung berechtigter Wünsche Rumäniens. 5. Sicherstellung unserer kommerziellen und verkehrspolitischen Interessen in Salonik. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich im vorstehenden Sinne dem Herrn Staatssekretär gegenüber auszusprechen und der kaiserlich deutschen Regierung keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir an dem Wesen der vorstehenden Punkte unabänderlich festhalten und nur bezüglich der Form ihrer Durchführung zu einem etwa ohne Schädigung der Sache möglichen Entgegenkommen bereit seien und daß bezüglich dieser Angelegenheiten für uns das Betreten eines Kompromißweges vollkommen ausgeschlossen ist.

[a]) Vgl. n. 4711. — [b]) Vgl. n. 4205.

Nr. 4674. Tel. aus Berlin, 28. Nov. 1912 Nr. 283 (eing. 10 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 168 von heute. Staatssekretär wird noch heute gewünschte Instruktion an den deutschen Gesandten in Cetinje telegraphisch erteilen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4703.

Nr. 4675. Tel. aus Berlin, 28. Nov. 1912 Nr. 286 (eing. 9 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Vertraulich. Während einer Unterredung, die ich heute mit dem Staatssekretär hatte, machte ich ihn darauf aufmerksam, dass die Frankfurter Zeitung und auch andere reichsdeutsche Blätter das Communiqué der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 25. d. M. stark kritisieren und die Behauptung aufstellen, dass dasselbe, wenn auch indirekt, so doch für eine Konferenz eintritt und den Rückzug Österreich-Ungarns in der albanesischen- und der Adriafrage in Aussicht stellt. Herr von Kiderlen-Wächter wiederholte mir, dass das in Rede stehende Communiqué lediglich zur Beruhigung der hiesigen aufgeregten Börse bestimmt war. Wie man aus demselben die Befürwortung der Konferenzidee, der Deutschland nach wie vor in hohem Grade abgeneigt sei, heraus lesen könne, sei ihm ganz unerklärlich. Ebenso versteht er es nicht, wie die in Rede stehenden Zeitungen an der Versicherung etwas auszusetzen hätten, dass die albanesische — und die Adriafrage erst im Vereine mit den anderen aus den Vorgängen am Balkan entstandenen Fragen geregelt werden können. Der Standpunkt, den Österreich-Ungarn in diesen beiden Fragen einnimmt, sei hier und nunmehr auch bei den anderen Mächten vollauf bekannt und werde von hier aus vollkommen gebilligt. Eine definitive Regelung dieser Angelegenheiten könne aber wohl erst nach dem Friedensschluss erfolgen. Reichskanzler hat heute an das Ober-Präsidium in Königsberg eine Depesche gerichtet, in welcher der Ober-Präsident ersucht wird, der dort herrschenden Kriegsaufregung, die durch nichts gerechtfertigt sei, entgegenzutreten. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4649, 4671.

Nr. 4676. Tel. nach Bukarest, 28. Nov. 1912 Nr. 67 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Durchlaucht wird durch Vermittlung General von Conrads eine Kopie des Allerhöchsten Handschreibens an König Karol[b] sowie jener geheimen Notiz[c] zukommen, welche die Grundlage einer ergänzenden mündlichen Aussprache Freiherrn von Conrads mit Seiner Majestät dem König bilden wird. Dieser letzteren Notiz ist nachträglich noch der folgende fünfte Punkt hinzugefügt worden. „5. Falls die Verhandlungen von Tschataldja zu keinem Resultat führen, wäre König Karol der Gedanke nahe zu legen, in konsequenter Verfolgung der sub 2.) dargelegten Politik, mit Bulgarien militärisch zu kooperieren." Es wurde General von Conrad anheimgestellt, sich je nach dem Verlauf der Konversation im Sinne dieses letzten Punktes König Karol gegenüber auszusprechen. Vorstehendes zu Euer Durchlaucht rein persönlicher Information mit dem Bemerken, dass ich die Kabinette von Berlin und Rom über die Mission General von Conrads zwar im Wesentlichen informiert habe, dass Euer Durchlaucht aber immerhin, namentlich hinsichtlich der Punkte 3—5 der erwähnten Notiz Ihrem deutschen und Ihrem italienischen Kollegen gegenüber grösste Vorsicht beobachten wollen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4670, 4689. — [b] n. 4652. — [c] n. 4698.

Nr. 4677. Tel. aus Bukarest, 28. Nov. 1912 Nr. 83 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 64. Freiherr Conrad von Hötzendorf wird im Palais mit seinem Adjutanten absteigen, 12½ Uhr von Seiner Majestät empfangen und einem ganz intimen Frühstücke beigezogen werden. Abends veranstaltet Minister des Aeussern kleines Diner, Samstag Mittag werde ich General zu mir bitten, wozu auch Minister des Aeussern und Generalstabschef einladen werde. Programm musste wegen tiefer Hoftrauer und auf Samstag fallendes Requiem für weiland Gräfin von Flandern auf ein Minimum reduziert werden. K. E. Fürstenberg.

Nr. 4678. Bericht aus Cetinje, 28. Nov. 1912 Nr. 100 A (eing. 2. Dez.). Ausfert.

Geheim. Aus der Unterredung, die ich gestern mit Herrn Miušković hatte, und welche seinerseits den Zweck verfolgte, die Kandidatur des Königs Nikolaus für die durch die Grossmächte wahrscheinlich zur Ausschreibung gelangende Stelle eines Königs von Albanien, — wenn auch in ganz inoffizieller Weise, — anzumelden, möchte ich, in Ergänzung meiner kurzen telegrafischen Berichterstattung,[a] noch einiges Bemerkenswerte hervorheben. Herr Miušković bemühte sich, mir die wahrscheinliche Entwicklung der albanischen Frage mit mehr Beredsamkeit als Logik darzulegen, um zu dem Schlusse zu kommen, dass die natürlichste und allen Interessenten willkommenste Lösung die Bekleidung des Gospodar mit der albanesischen Königswürde wäre. Seine Ausführungen gingen von der Annahme aus, dass als Oberhaupt des neuen Staates weder ein italienischer, noch russischer oder österreichisch-ungarischer Prinz möglich, und auch ein solcher aus einer

anderen europäischen Fürstenfamilie nicht opportun wäre. Albanien würde wahrscheinlich unter die Garantie und Kontrolle aller Grossmächte gestellt, welche ein Statut ausarbeiten und Albanien nach ihren Instruktionen verwalten lassen würden. Zur Installierung der neuen Administration, zur Respektierung der neuen Gewalt, Organisierung einer Gendarmerie, Miliz, zur Hebung des kulturellen Niveau und volkswirtschaftlichen Wohlstandes, Schaffung von Kommunikationen, etc. werden anfänglich bedeutende Geldmittel nötig sein, welche von den Grossmächten gegeben werden müssten. Aber auch die vier Balkanstaaten, als die zunächst Interessierten, müssten nicht nur über die Neuordnung der Dinge befragt werden, ja man würde wahrscheinlich, — und dies auf Verlangen der Mächte der Tripelentente, — nur unter den vier Balkankönigen zu wählen haben. Unter solchen Umständen, und nachdem auch kein seriöser und möglicher albanischer Kandidat vorhanden, dränge sich die Wahl König Nikolaus' als die natürlichste und praktischeste Lösung ganz von selbst auf. Die Grossmächte hätten den König nur um die Annahme dieser Würde zu ersuchen, und er zweifle nicht, dass der König sie annehmen würde! Zur besseren Motivierung dieser Behauptung führte mein Mitredner aus, dass, abgesehen von den, schon jetzt mit Montenegro alliierten albanischen Stämmen, den Malissoren, auch die Mirditen, und alle anderen, ob Christen oder Mohammedaner, Montenegro mit Begeisterung (!) oder wenigstens Sympathie als Herrn anerkennen würden. Bezüglich der Stimme der Balkanstaaten sei es unzweifelhaft, dass dieselbe zu gunsten Montenegros, als des schwächsten und ungefährlichsten unter den Balkanländern abgegeben würde. Was die Grossmächte betrifft, so würde der König von der Tripelentente, speziell von Russland, gestützt, und unter den Dreibundmächten sei ihm Italien durch die nahe Verwandtschaft hold, während Österreich-Ungarn, wenn es dessen Kandidatur unterstütze, auf ein weitgehendes Entgegenkommen des neuen Titulars rechnen könnte! Nachdem der König von Albanien nur als Statist der Grossmächte und nach deren Instruktionen zu handeln hätte, wäre auch jede Besorgnis vor Extravaganzen müssig. Als Herr Miušković, ganz erschöpft von dieser schlagenden Beweisführung, geendet, frug ich ihn, ob ihn Seine Majestät entsendet, um Höchstseine Kandidatur gewissermassen offiziös in Wien anzumelden, was mein Mitredner verneinte und bemerkte, der König habe ihn zu mir geschickt, um sich über die Aufnahme, welche diese Idee finden würde, zu informieren. Ich erwiderte nun dem Vertrauensmanne Seiner Majestät, dass ich ihm keinerlei Auskunft, wohl aber meine persönliche Ansicht geben könne. Diese laute dahin, dass die Schlüsse, die Herr Miušković gezogen, auf irrigen Prämissen beruhen, und sich bei anderer Beleuchtung in Gegenbeweise verkehren. Nach meiner Kenntnis, und ich hätte schliesslich durch 20 Jahre mit diesen Angelegenheiten zu tun, würden sich nicht nur die mohammedanischen Albanesen, und zwar sowohl im Süden wie im Norden, weigern, unter die Herrschaft eines slavischen Fürsten zu kommen, sondern auch die jetzt verbündeten Malissoren, selbstredend auch die Mirditen, würden jede Gemeinschaft mit Montenegro kündigen, sobald das Geschäft der Vertreibung der Türken besorgt und ein selbständiges Albanien in Aussicht sei. Was die drei anderen Balkanstaaten

betrifft, erlaube ich mir zu zweifeln, dass dieselben, und in erster Linie Serbien, jemals zustimmen würden, dass König Nikolaus seiner Würde noch jene eines Königs von Albanien zufüge. Bezüglich der Wahl endlich, welche die Grossmächte treffen würden, müsse ich betonen, dass Gefühlsmomente und der Einfluss der Verwandtschaft bei Regelung dieser Frage kaum mitsprechen würden, dieselbe vielmehr nach den Forderungen der Gerechtigkeit und der praktischen Interessen und mit Hinblick auf eine dauernde und Erfolg versprechende Lösung entschieden werden dürfte. Die Grossmächte würden vor allem ein politisch selbständiges Albanien schaffen wollen, welches die Gewähr böte, seine eigenen, durch die nationalen Interessen gebotenen Wege zu gehen, — welche Gewähr, wie mein Mitredner mir wahrscheinlich zugeben würde, — die Person Seiner Majestät kaum bieten würde! Ich könnte schliesslich nicht umhin, darauf aufmerksam zu machen, dass ich dem Könige vor nicht langer Zeit mitgeteilt habe, dass die Aufnahme, welche die Erklärungen der österreichisch-ungarischen und der italienischen Regierung bei ihm finden würden, bestimmend auf die weiteren Dispositionen in Wien und Rom einwirken würden. Welcher Art diese Aufnahme gewesen sei, und welche Antwort unsere Mitteilungen gefunden, wäre zur Genüge bekannt. Seither habe der König es für gut befunden, uns einige Nadelstiche zu versetzen, wie die Verhinderung des Passierens der Krankenschwestern, der konsularischen Post in Skutari, etc. Obwohl das weitgehendste Entgegenkommen seitens der k. u. k. Regierung gegenüber Montenegro bekannt und durch eine Reihe von Fakten belegt sei, würde ich doch nicht mit Bestimmtheit annehmen können, dass die Haltung Montenegros, oder präziser gesagt, seines Königs in der Monarchie gänzlich unbemerkt und ohne Folgen geblieben sei. Nachdem ich dergestalt die Angelegenheit gleich an Ort und Stelle mit meinem Mitredner bereinigt, scheint es mir kaum mehr nötig, Hochdenselben noch einen Kommentar zu der Anregung des Königs zu geben. Seine Majestät beginnt augenscheinlich über die Wendung, welche die Dinge noch nehmen könnten, nachzudenken, und ich dürfte Herr Miušković noch öfters bei mir sehen. Darüber, dass König Nikolaus triftige Gründe hat, aus einem verbohrten Chauvinismus herauszutreten und eine sanftere Sprache anzuschlagen, äussere ich mich an besonderer Stelle.[b] Verblüffend kann nur die naive Unverfrorenheit wirken, mit welcher der König unerreichbare Ziele mit einer herablassenden Geste zu fassen glaubt, und welche bei seiner hohen Intelligenz und Routine Staunen erwecken muss. Ich erlaube mir, bei dieser Gelegenheit zu erinnern, dass mir König Nikolaus schon vor Wochen, zu Beginn des Krieges, seinen Sohn Mirko, als Fürst eines autonomen Albaniens empfahl, — welche Empfehlung ich damals mit einem wenig respektvollen Lachen quittierte. Giesl.

[a] Vgl. n. 4653. — [b] Vgl. n. 4679.

Nr. 4679. Bericht aus Cetinje, 28. Nov. 1912 Nr. 100 B (eing. 2. Dez.).[a] *Ausfert.*

Geheim. Der politische Horizont verdüstert sich für König Nikolaus, und die Aussichten, dass Montenegro aus diesem Kriege reichen Gewinn

an Prestige, Machtzuwachs und Ressourcen heimbringen werde, sind wenig günstige. Seinen militärischen Ruhm konnte Montenegro bisher kaum vermehren. Die Erfolge, welche General Vukotić im Norden, und die Mittelkolonne anfänglich vor Šipčanik errang, waren entweder durch den Mangel jedes Widerstandes, wie im Sandschak und bei Berane, oder durch die Desorganisation der türkischen Truppen, wie bei Šipčanik, leicht gemacht. Die Führung des Heeres, all die Vorsorgen, welche eine gute Organisation der Armee kennzeichnen, haben komplett versagt, und proportional enorme Verluste wurden ohne jeden Erfolg aus militärischer Nachlässigkeit oder Ignoranz der Führer, erlitten. Das Hauptobjekt des Feldzuges, Skutari, dessen Wegnahme das Ziel eines militärischen Spazierganges sein sollte, hält nun seit Wochen stand, und der schliessliche Erfolg, der gerade jetzt um jeden Preis angestrebt wird, erscheint noch keineswegs sichergestellt. Zur Besetzung von Ipek, St. Giovanni di Medua und Alessios musste serbische Hilfe in Anspruch genommen werden. Selbst wenn Skutari fällt, was wird Montenegro an Land und Ressourcegewinn bleiben? Ein Streifen des Sandschak und, wenn überhaupt, ein minimaler Gebietszuwachs in Albanien, mit einer unzufriedenen, armen, den Montenegrinern heterogenen Bevölkerung. Dementgegen stehen die an Kriegstaten und Landgewinn so reichen Erfolge der Alliierten, besonders des stammverwandten, aber verhassten Serbien, dessen Eroberung und Absorbierung der langjährige Traum König Nikolaus und die Ursache der Todfeindschaft der beiden Dynastien ist. Bis jetzt nannte sich der Gospodar mit Stolz und einem gewissen Rechte: „die Leuchte des Serbentums", und der Gedanke, dass das Letztere erst unter der Dynastie Petrović-Njegoš zur Einigkeit und Blüte gelangen könnte, hatte auch in Serbien grossen Anhang. Die Verhältnisse haben sich gründlich geändert. Heute wird König Peter von allen Serben umjubelt, und die Erfolge und die Organisation der serbischen Armee erregen hier in Montenegro fast ungeteilte Bewunderung. Die nationale Anziehungskraft kann in Zukunft nicht mehr bei dem armen, in der Kultur zurückgebliebenen Lande von, selbst nach dem Gebietszuwachse, höchstens 300.000 Seelen, bleiben, sondern wird an das vergrösserte menschen- und erfolgreiche Serbien übergehen. Die Anzahl der montenegrinischen Malkontenten, der sogenannten „Klubaši", hat sich während des Krieges bedeutend vermehrt, und wagen sie es jetzt allerorts offen, ihre Meinung auszusprechen. Durch die von Amerika herübergekommenen, mit fortschrittlichen Ideen gesättigten 3000 Rückwanderer verstärkt, und mit dem Gange des Krieges und seiner Aussichten unzufrieden, beginnen sie für die Annexion durch Serbien Propaganda zu machen. Man hört schon häufig die Ansicht, dass die Dynastie vertrieben werden soll, weil Montenegro neben dem weit stärkeren Serbien keine Zukunft haben könne und in seinen nationalen Aspirationen verkümmern müsse. Heute ist man allerdings nicht so weit, um ein so schlechtes Prognostikon für die nächste Zukunft zu stellen, aber diese Ideen haben seit längerem hier Wurzel gefasst, sich durch die Misserfolge der Politik in den letzten zwei Jahren und jene des Krieges vertieft und scheinen den Stoff in sich zu haben, sich bis zu realen Bestrebungen zu verdichten. Man kann heute schon voraus-

sehen, dass dieser Krieg wahrscheinlich den Verlust der politischen und volkswirtschaftlichen Selbständigkeit Montenegros zur Folge haben dürfte. Es wird dem Könige kaum ein anderer Ausweg übrig bleiben, als sich von dem stärkeren Rivalen, Serbien, mit welchem Montenegro gemeinsame Grenzen, Kommunikationen, und Häfen haben dürfte, ausbeuten, kulturell und kommerziell erdrücken zu lassen, — wobei es auch als politischer Faktor bald ausgespielt haben dürfte, oder engsten Anschluss und Schutz bei Österreich-Ungarn zu suchen, aber unter Bedingungen, über welche sein Hochmut heute nicht einmal zu sprechen erlaubt. In beiden Fällen wird der König, im Ersteren von den Montenegrinern, im Letzteren von den Serben, als Verräter behandelt werden. Die Aussichten für die Dynastie Petrović sind, — jetzt am Ausgangspunkte eines glücklichen Krieges, — nicht eben rosige. Giesl.

a) Vgl. n. 4678, 4733.

Nr. 4680. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 28. Nov. 1912 Nr. 661 (eing. 9 U. p. m.).a) Entziff.

Gestrige Verhandlungen verliefen, wie mir Minister des Äussern sagte, resultatlos, wurden jedoch nicht abgebrochen. Verbündete verlangten Übergabe Skutaris und Adrianopels, was türkische Delegierte ablehnten; die Vertreter der Alliierten nahmen dies ad referendum. Gabriel Effendi bemerkte ferner, dass angesichts der gebesserten militärischen Lage die Türkei auf einen Waffenstillstand nur dann eingehen werde, wenn Aussicht auf annehmbare Friedensbedingungen vorhanden wäre, er fügte hinzu, seiner Ansicht nach müsste der grösste Teil Thraziens, Dedeagatsch und Adrianopel inbegriffen, im Besitze der Türkei verbleiben. Bezüglich Albaniens streifte der Minister diesmal nur die Frage, welche natürliche und ethnographische Grenze für ein autonomes Albanien sich festsetzen liesse. Pallavicini.

a) Vgl. n. 4705.

Nr. 4681. Tel. aus London, 28. Nov. 1912 Nr. 119 (eing. 29. Nov. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. König Georg sprach mir gestern wieder eingehend über Situation, die er für etwas günstiger hält. Seine Majestät schien namentlich erfreut durch eine Nachricht seines Petersburger Botschafters von dem günstigen Verlauf der Audienz des Grafen Thurn bei Kaiser Nikolaus. Mit grosser Heftigkeit tadelte Seine Majestät das Verhalten Herrn von Hartwigs, der seinerzeit in Teheran mit ähnlichen Methoden wiederholt Gefahr eines anglo-russischen Konfliktes heraufbeschworen. Man habe Beweise, dass Herr von Hartwig bei Ausführung seiner Instruktionen solche persönliche Bemerkungen hinzufügt, dass dadurch der Effekt der Erklärungen des Herrn Sazonow annulliert wird. Es wäre ein Glück, wenn er entfernt werden könnte. Ich stimmte lebhaft bei und machte Seine Majestät eindringlich auf die grosse Gefahr aufmerksam, welche das Gebahren eines derartigen russischen Vertreters heraufbeschwören könnte. Nachdem wir seine Rückberufung nicht verlangen könnten, legte ich Seiner

Majestät nahe, ob nicht seine Regierung in freundschaftlicher Weise in Petersburg auf die Schädlichkeit des Verbleibens Herrn von Hartwigs aufmerksam machen könnte. Dies könnte Herrn Sazonows Vorgehen gegen seinen Belgrader Agenten vielleicht nur stärken etc. Seine Majestät schien zu beabsichtigen, dem Foreign Office einen Wink in dieser Richtung zu geben. Über die serbischen Aspirationen nach der Adria meinte Seine Majestät, man öffne in Belgrad den Mund sehr weit, werde sich aber schliesslich auch mit wenig zufrieden geben. Seine Majestät sprach wieder von neutralem Hafen und Eisenbahnverbindung. Ich erklärte, dass irgend ein territorialer Erwerb Serbiens an der adriatischen Küste und dahin ausgeschlossen sei. König schien es zu verstehen und sprach nur mehr von der Benützung irgend eines neutralen Hafens durch Serbien und eine gesicherte Verbindung dahin, gegen welche wir uns ja nicht abgeneigt gezeigt hätten. Von der allgemeinen Lage sprechend, meinte der König wieder, es sollte vor Allem jetzt eine getrennte Gruppierung der Mächte vermieden werden. In Herrn Sazonow und in Euer Exzellenz setzt der König das grösste Vertrauen und hofft zuversichtlich, dass in Wien wie in Petersburg die Stellung des Ministers des Äussern fortdauernd stark bleibe. Seine Majestät meinte, die Inseln im Ägäischen Meer würden auch noch Schwierigkeiten machen. Italien wolle Rhodus erwerben, er glaube aber nicht, dass das gelingen werde. Russland habe jetzt keine Absichten oder Wünsche bezüglich Konstantinopel. Was die Meerengenfrage betrifft, so habe Herr Sazonow bei Beginn des Krieges zu verstehen gegeben, es sei nicht der Moment, diese Frage aufzuwerfen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 4706.

Nr. 4682. Tel. aus Paris, 28. Nov. 1912 Nr. 159 (eing. 9 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes vom 28. d. M. Nr. 109 Auswärtigem Amt mitgeteilt, wo meine Eröffnungen umso günstigeren Eindruck machten, als die in meinem gestrigen Telegramm Nr. 157[b]) signalisierten neuerlichen Nachrichten des „Matin", wonach wir Türkei zur Fortsetzung des Krieges aneifern, hier starken Eindruck gemacht hatten. Herr Poincaré sprach mir gestern recht besorgt von der Sache und bezeichnete ein Dementi als sehr erwünscht, worauf ich ihn auf die betreffende Notiz im Abendblatt der Neuen Freien Presse vom 25. d. M. verwies, die merkwürdigerweise der hiesigen Presse nicht telegraphisch mitgeteilt ward. Ich habe heute auch das im Morgenblatt der Neuen Freien Presse vom 26. d. M. erschienene Dementi Hilmi Paschas Herrn Poincaré zur Kenntnis gebracht. Von Herrn Paléologue erfahre ich vertraulich, dass Herr Bompard, ohne sich auf Hilmi Pascha oder sonstige amtliche Stelle zu berufen, gemeldet hat, dass in türkischen Kreisen die Nachricht, dass Österreich-Ungarn und Deutschland die Türkei zur Fortsetzung des Krieges aneifern, sehr verbreitet sei und dass deutsche in türkischen Diensten stehende Offiziere diese Gerüchte bestätigen. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 4690, 4704. — [b]) Mit Tel. Nr. 157, 27. Nov. 1912 (eing. 5 U. p. m.) wurde aus Paris auf obige Meldungen des Matin vom 27. Nov. 1912 verwiesen.

Nr. 4683. Tel. nach Rom, 28. Nov. 1912 Nr. 210 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 205 vom 27. d. M. Euer Exzellenz sind ermächtigt, Marquis di San Giuliano mitzutheilen, daß ich der von ihm bezüglich Valonas angeregten Publication zustimme und auch keine Einwendung dagegen erhebe, daß dies in officieller Form geschehe. Berchtold.

Tel. nach Rom, 28. Nov. 1912 Nr. 211 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 4670.

Nr. 4684. Tel. nach Rom, 28. Nov. 1912 Nr. 212 (chiffr. 10 U. p. m.). Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 204 vom 26. d. M. Herzog Avarna übergab mir gestern im Auftrage seiner Regierung den Text einer an die beiderseitigen Konsularämter in Albanien zu richtenden Instruktion. Derselbe lautet folgendermaßen: „Vous devrez faire entendre aux chefs albanais, avec la plus grande prudence et sans compromettre Votre situation d'agent étranger accrédité en ce moment auprès du Gouvernement Ottoman, le vif intérêt que les Gouvernements Italien et Austro-Hongrois portent à l'autonomie et indépendence de l'Albanie. Vous devrez saisir cette occasion pour engager les chefs albanais à constituer au plus tôt un comité, composé des personnes les plus éminentes, appartenant à la nationalité albanaise, qui puisse être considéré comme représentant le Gouvernement de fait du Pays, auquel les Gouvernements Italien et Austro-Hongrois pourraient, le cas échéant, s'adresser. Vous devrez par conséquent Vous tenir à cet effet en rapport constant avec Votre collègue d'Autriche-Hongrie." Indem mir der Botschafter hievon Mitteilung machte, stellte er die Anfrage, wann und an welche Konsulate die bezügliche Weisung ergehen sollte. Ich ersuche Euer Exzellenz, Marquis di San Giuliano zu verständigen, daß ich der von ihm vorgeschlagenen Instruction an die beiderseitigen Konsulate in Albanien zustimme. Meines Erachtens kämen hiebei vor allem Janina, Valona, Durazzo und Skutari in Betracht, doch bin ich auch damit einverstanden, daß die Weisung an die Konsulate der beiden Mächte in anderen Orten Albaniens ergehe, falls dies Marquis di San Giuliano wünschen sollte. Was den Zeitpunkt betrifft, so könnte die Instruction sofort nach Herstellung unseres Einvernehmens mit der italienischen Regierung abgehen, wobei angesichts der bis über Valona hinausreichenden griechischen Blockade und des bevorstehenden Einmarsches der Serben in Durazzo auch der Modus der gleichzeitigen Zustellung an die beiderseitigen Konsulate zu verabreden wäre. Berchtold.

Nr. 4685. Tel. nach Rom, 28. Nov. 1912 Nr. 213 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Beim gestrigen Diplomatenempfange brachte Herzog Avarna eine seiner Regierung zugekommene Meldung aus Durazzo zur Sprache, wonach einige dortige albanesische Notabeln die Unabhängigkeit und Unterstellung Albaniens unter österreichisch-ungarisches Protektorat erklärt hätten. Er — Herzog Avarna — sei nun beauftragt, mich zu befragen, ob mir hierüber etwas bekannt sei und mich zu ersuchen, eine albanesische Erklärung, sich

unter das Protektorat Österreich-Ungarns stellen zu wollen, zu verhindern, da das Bekanntwerden eines solchen Schrittes in der öffentlichen Meinung Italiens den denkbar schlechtesten Eindruck hervorrufen würde. Wenn aber, so meinte der Botschafter, eine Proklamierung der albanesischen Unabhängigkeit mit dem erwähnten Beisatz erfolgt sein solle, so würde seine Regierung Wert darauf legen, daß unsere Presse unzweideutig erkläre, daß Velleitäten einzelner albanesischer Notabeln an den zwischen uns und Italien getroffenen Abmachungen nichts zu ändern vermöchten. Nachdem ich dem Herrn Botschafter in Aussicht gestellt hatte, mich im Gegenstande vorerst zu informiren, ist mir unmittelbar nach der Unterredung die Euer Exzellenz mit meinem gestrigen Telegramme Nr. 206[a]) mitgeteilte Konsularmeldung zugekommen, durch welche die italienischerseits gehegte Besorgnis gegenstandslos erscheint. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a]) Mit Tel. Nr. 206, 27. Nov. 1912 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.) wurde eine Konsulatsmeldung aus Durazzo, drei Notable hätten eine für Graf Berchtold und die italienische Regierung bestimmte Mitteilung von der erfolgten Unabhängigkeitserklärung in der Nacht vom 26. auf den 27. Nov. übergeben, nach Rom mitgeteilt.

Nr. 4686. Tel. aus St. Petersburg, 28. Nov. 1912 Nr. 242 (eing. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Herr Sazonow sagte mir heute, Sir Edward Grey habe ihm gegenüber die Idee angeregt, ob es nicht zweckmässig wäre, dass schon jetzt und zwar ohne die weitere Entwicklung der Kriegslage oder eventuelle Verhandlungen zwischen den Kriegführenden abzuwarten, die Grossmächte in einen vertraulichen Präliminarmeinungsaustausch über die wichtigsten sie interessierenden Fragen (insbesonders über Albanien, serbisches Débouché zur Adria, Inseln etc.) treten sollten. Herr Minister sagte mir, diese Idee sei ihm sehr sympathisch, weil dadurch das Terrain für eine eventuell später notwendig werdende Konferenz vorbereitet wäre. Den Vorgang bei dieser vorläufigen Besprechung würde er sich so denken, dass die Botschafter in Paris mit entsprechenden Vollmachten versehen werden, um die in Betracht kommenden Fragen miteinander zu besprechen und die Standpunkte ihrer respektiven Regierungen zu erörtern. Dieser Vorgang scheint ihm Diskussionen von Kabinett zu Kabinett vorzuziehen zu sein, weil solche bei den vielen in Betracht kommenden Stellen allzu kompliziert und zeitraubend wären. Herr Sazonow ist der Ansicht, dass, um ein praktisches Resultat zu erzielen, den Botschaftern gegebenenfalls sachverständige Beiräte etwa in Gestalt von mit den orientalischen Verhältnissen vertrauten Konsuln beigegeben werden sollten. Dieser modus procedendi scheint Herrn Sazonow auch den Vorteil zu bieten, dass er ohne besonderes Aufsehen und Apparat in Szene gesetzt werden könnte. Obwohl der Minister dem zu erwartenden englischen Vorschlage nicht vorgreifen will, scheint er doch Wert darauf zu legen, Euer Exzellenz hievon schon jetzt in vertraulicher Weise in Kenntnis zu setzen und ersuchte mich, Hochdero Wohlmeinung über denselben zu erbitten. Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 72 Nr. 137. Vgl. n. 4701, 4712, 4735.

Nr. 4687. Tel. aus St. Petersburg, 28. Nov. 1912 Nr. 243 (eing. 29. Nov. 11 U. a. m.). Entziff.

Mein deutscher Kollege sagte mir, er habe gelegentlich jetziger milder Auffassung, die sich in der jüngsten Sprache Herrn Sazonows fühlbar machte, in Berlin aufmerksam machen zu sollen geglaubt, dass es im Interesse der Aufrechterhaltung dieser Stimmung geboten erscheint, dass die deutsche Presse es vermeide, von einem Umschwung oder gar von Nachgeben russischer Regierung zu sprechen. Er würde im Gegenteile es für opportun halten, wenn in einschlägigen Pressäusserungen die Note angeschlagen würde, dass, wie Sazonow auch mir gegenüber betonte, seine Politik von Anfang eine kontinuierlich konziliante war, und er sich niemals auf irgend eine bestimmte Lösung von ihm von Anfang angestrebten und auch jetzt noch aufrechterhaltenen Zieles kapriziert. Graf Pourtalès ist der Meinung, dass eine solche Haltung deutscher Presse Stellung russischer Regierung gegenüber ausländischen Hetzereien und inländischem Chauvinismus wesentlich erleichtern würde. Ich teile vollständig diese Ansicht meines deutschen Kollegen und glaube ich, dass sie auch für unsere Presse Geltung hätte. Thurn.

Nr. 4688. Tel. aus St. Petersburg, 28. Nov. 1912 Nr. 244 (eing. 29. Nov. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Die unerwartete Abberufung des „Admiral Spaun" aus Konstantinopel hat hier großes Aufsehen hervorgerufen, weil man darin vielfach ein Anzeichen einer seitens der Monarchie beabsichtigten maritimen Aktion in der Adria vermutet. Auch Herr Sazonow erwähnte mir gegenüber gesprächsweise diese Rückberufung und konnte ich seinen Worten entnehmen, daß auch er diese Besorgnis teilt. Ich wäre Euer Exzellenz für eine Weisung dankbar, ob ich nicht Herrn Sazonow eine entsprechende Erklärung hiefür geben könnte. Der Herr Minister brachte die Sprache auch auf die sich immer mehrenden Nachrichten über österreichisch-ungarische Rüstungen und erwähnte, daß, wie ihm berichtet worden sei, tatsächlich mehrere in Russisch-Polen lebende Österreicher Einberufungskarten erhalten haben. Ich erwiderte, daß mir hierüber Umgekehrtes bekannt sei; doch erinnerte ich den Herrn Minister an die seinerzeit, wenn ich nicht irre, sogar in den Delegationen abgegebene Erklärung daß es möglicherweise notwendig sein werde, die sehr niederen Friedensstände etwas zu kompletieren; dies könne aber natürlich nur auf dem Wege der Einberufung von Reservisten geschehen. Ähnliches habe aber schon vorher die russische Regierung durch die Zurückbehaltung des letzten Jahrganges getan. Was immer aber unserseits verfügt worden sein möge, könne ich ihm versichern, daß der Monarchie jede aggressive Tendenz fernliege. Herr Sazonow erwiderte, daß dies auch für Russland gelte, daß bisher außer der erwähnten Zurückhaltung des dritten Jahrganges bis ersten Jänner, die eigentlich nicht als außerordentliche Maßregel anzusehen sei und wahrscheinlich in Zukunft regelmäßig erfolgen werde, nicht einmal irgend welche defensive Maßregel getroffen worden sei und daß bisher nicht ein Mann gerührt worden sei. Ich hielt mich nicht berufen, meine Zweifel an der absoluten Genauigkeit dieser Behauptung auszusprechen. Thurn.

[a] Vgl. n. 4725.

*Nr. **4689.** Tel. nach Sofia, 28. Nov. 1912 Nr. 164 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. Nemes u. Berchtold; G. Berchtold).*

General der Infanterie Freiherr von Conrad trifft morgen in Bukarest ein, um Seiner Majestät dem Könige von Rumänien ein Allerhöchstes Handschreiben zu überreichen, in welchem Seine k. und k. Apostolische Majestät Allerhöchstihrer Befriedigung darüber Ausdruck verleihen, dass es den beiden Regierungen bisher gelungen ist, während des Balkankrieges eine ruhige und friedliche Haltung einzunehmen. Unser Allergnädigster Herr spricht weiter die Hoffnung aus, dass bei der definitiven Regelung der berechtigten Interessen Rumäniens Rechnung getragen werden wird. Baron Conrad ist auch beauftragt, sich dahin zu aeussern, die k. u. k. Regierung sehe mit Befriedigung, dass Rumänien in Gemässheit der von Wien aus ertheilten Rathschläge die Geneigtheit an den Tag legt, behufs des Zustandekommens eines Friedensschlusses eine entsprechende Pression in Konstantinopel auszuüben. Vorstehendes zur vertraulichen Mittheilung an Herrn Geschow, wobei Euer Hochgeboren beifügen wollen, dass ich der Ansicht bin, die von Baron Conrad geführte Sprache werde dazu beitragen, Herrn Danew bei Erfüllung seiner Bukarester Mission die Wege zu ebnen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4676, 4714.

*Nr. **4690.** Tel. aus Sofia, 28. Nov. 1912 Nr. 403 (eing. 3 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Es wird hier unter Diplomaten tendenziöse, der Stimmung für uns schädliche Version kolportiert, als ob wir und Deutschland die Türkei zum weiteren Widerstande ermutigen würden. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4682, 4691, 4713.

*Nr. **4691.** Tel. aus Sofia, 28. Nov. 1912 Nr. 404 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.*

Soeben Herrn Geschoff gesprochen. Er berührte kurz gestrige Demarche des rumänischen Kollegen, von der er guten Eindruck gehabt hätte. Es sei ein Freundlichkeitsakt seitens Rumäniens gewesen. Dann bemerkte Konseilspräsident, dass Nachrichten aus Tschataldja nicht ungünstig lauteten. In der gestrigen Sitzung der Unterhändler, der Nizami Pascha noch nicht beigewohnt hätte, hätten Türken Wunsch sich zu verständigen gezeigt. Heute verhandelt man weiter und soll auch schon Nizami Pascha an Verhandlungen teilnehmen. Diesbezüglich möchte mich Konseilspräsident aufmerksam machen, dass ihm Nachrichten zugegangen, laut welchen wir unseren Einfluss in Türkei nicht im Sinne des Friedens geltend machen würden. Ich erwiderte, dass ich solchen tendenziösen Ausstreuungen speziell auch in Presse bereits begegnet hätte und mich nur wundern könnte, dass Herr Geschoff ihnen Glauben schenken könne. Diese Informationen, die uns eines Doppelspieles beschuldigen, stammten nicht aus Zeitungen — warf Konseilspräsident ein — sondern kämen ihm auf diplomatischem Wege.

Es seien Intriguen, antwortete ich, deren es jetzt so viele gibt und noch geben wird, und ich verwies Herrn Geschoff auf die geheime Mitteilung, die ich ihm über Mission Nizami Paschas in Bukarest und unsere diesbezügliche Haltung kürzlich gemacht habe. „Vous comprenez," lautete Antwort Geschoffs, „qu'il est très important pour nous dans le moment actuel de savoir à quoi nous en tenir au sujet de l'attitude des puissances et de savoir sur qui nous pouvons compter. J'espère que cette question sera mise au clair et que nous nous convainquerons que les bruits qu'on répand, sont faux." Anknüpfend sagte ich, dass Herr Geschoff kürzlich von angeblichen Äusserungen Herrn von Ugrons gesprochen, laut welchen wir Serbien nach dem Ägäischen Meer abdrängen möchten. Ich hätte dies sofort in Abrede gestellt und könnte nun auf Grund offizieller Informationen[b]) wiederholen, dass ich mich nicht geirrt habe, da wir an eine territoriale Erweiterung Serbiens zum Ägäischen Meere nie gedacht, sondern nur verkehrspolitische Verbindung für Serbien, sei es zur Adria, sei es zum Ägäischen Meere, in Betracht zögen. Wie diesfalls würde sich auch bezüglich der von Herrn Geschoff heute zur Sprache gebrachten Nachricht erweisen, dass bloss Intriguen. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4663, 4690, 4692, 4713, 4714. — [b]) Vgl. n. 4643.

Nr. 4692. Tel. aus Sofia, 28. Nov. 1912 Nr. 405 (eing. 8 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 404. Herr Geschoff richtete dann an mich Frage, welcher Art Autonomie wir für Albanien ins Auge fassten; werde autonomes Albanien unter türkischer Souveränität oder Suzeränität bleiben? Werde es zur Türkei im Verhältnis wie Ostrumelien oder wie seinerzeit Fürstentum Bulgarien stehen? Es sei für Verbündete anlässlich Friedensverhandlungen von grösster Wichtigkeit, bezüglich Zukunft Albaniens im Klaren zu sein, da es Verhandlungen wesentlich erleichtern dürfte, wenn Türkei gleich gesagt werden könnte, dass Türkei Albanien nicht, respektive nicht ganz verlieren würde. Ich verhielt mich rezeptiv; Konseilspräsident sagte, er wäre mir dankbar für Information, falls ich welche hätte. Herr Geschoff meinte dann, dass Bulgarien Möglichstes tue, um Serbien zu kalmieren und habe erreicht, dass Serbien und Griechenland auf Teilung Albaniens verzichten. Die Serben dazu zu bewegen, dass sie auch auf selbstständige Verbindung mit Adria verzichten, sei unmöglich. Wir sollten doch einen geste généreux machen und die Serben mit einem Hafen und einem schmalen Streifen Land, auf dem sie eine Bahn bauen würden, abfertigen. An Existenz Albaniens würde das nichts ändern und die Serben würden auf Durazzo nicht bestehen, wenn sie nur überhaupt einen Hafen bekommen. Ich antwortete, dass ich über Standpunkt meiner Regierung in dieser Frage Geschoff bereits informiert hätte. In diesem Punkte würde aber Serbien nicht nachgeben — erwiderte Konseilspräsident — und es liege darin Gefahr grösster Komplikationen. Auch König Ferdinand hätte Herrn Geschoff aufgefordert, mich zu ersuchen, mein Möglichstes zu tun, dass wir Serbien konziliant behandeln, damit diese

Schwierigkeit beseitigt werde. Seine k. und k. Apostolische Majestät seien doch einem Krieg abgeneigt und König wünsche auch, dass jetzigem Krieg, den er beendigen wolle, kein anderer folge. „Nous voulons être vos amis et vous prions de nous le rendre possible. Nous le serons dans l'avenir plus que jusq'à présent." Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4693, 4713, 4714, 4747.

Nr. 4693. Tel. aus Sofia, 28. Nov. 1912 Nr. 406 (eing. 10 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Herr Danew hat sich zwar anscheinend in Budapest für serbischen Hafen nicht sehr warm eingesetzt, auf Bemerkung Seiner Exzellenz Herrn Pogatscher aber, dass dieses rein serbische Interesse auf gute Beziehungen zwischen Monarchie und Bulgarien keinen Einfluss üben würde, antwortete Kammerpräsident ausweichend mit blosser Versicherung, dass Bulgarien auf Serbien mässigend wirken würde. Herr Geschoff und andere Staatsmänner haben sich laut meiner Berichterstattung mir gegenüber stets für serbische Forderungen eingesetzt und betont, Bulgarien müsse Serbien in dieser Frage unterstützen. Wie weit diese Unterstützung gehen würde, haben Bulgaren stets vermieden anzugeben und wozu Bulgarien laut geheimer Abmachung mit Serbien verpflichtet, ist uns unbekannt, wie wir auch nicht wissen, welchen Einfluss russische Mobilisierung — wie bereits in meinen Telegrammen[b]) hervorgehoben — auf Entschlüsse Bulgariens üben wird. Ich glaube hohe Aufmerksamkeit Euer Exzellenz auf die in meinem heutigen Telegramme 405 wiedergegebenen Worte lenken zu sollen, die Herr Geschoff heute am Schlusse der Unterredung an mich gerichtet und nach welchen ich nicht wagen würde, Frage, ob Bulgarien Serbien in einem Kriege gegen uns aktiv unterstützen würde, zu verneinen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4363, 4766. — [b]) Vgl. n. 4644, 4694.

Nr. 4694. Tel. aus Sofia, 28. Nov. 1912 Nr. 407 (eing. 29. Nov. 10 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Ich bin nicht in der Lage zu beurteilen, inwiefern Russland Aussicht hat, Rumänien von uns abzuwenden. Jedenfalls frage ich mich, ob russische Mobilisierung, die nicht ohne Einfluss auf bulgarische Politik bleiben dürfte, auch nicht diese Konsequenz haben könnte, dass Bulgarien unter Druck russischer Diplomatie Russland hilft, Rumänien von uns abzukehren, wozu begonnene direkte Verhandlungen zwischen Rumänien und Bulgarien gute Gelegenheit bieten würden. Dass russischer, französischer und englischer Gesandter dem rumänischen Avancen machen, hat mir letzterer selbst gestanden und besonders in letzten Tagen entgeht nicht meiner Aufmerksamkeit, dass russischer rumänischem Kollegen viel zu sagen hat. Artikel im „Mir" (mein Telegramm 392 vom 26. d. M.) war bezeichnend.
Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4569, 4693, 4696, 4715.

Nr. 4695. Tel. aus Sofia, 28. Nov. 1912 Nr. 408 (eing. 29. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

Der russische Gesandte sagte heute einem Kollegen, er hätte von Herrn Sazonow ein beunruhigendes Telegramm erhalten, in dem Befürchtung ausgesprochen, dass Regierung Frieden gefährdenden Strömungen nur schwer Stand halten könnte. Tarnowski.

Nr. 4696. Tel. aus Sofia, 28. Nov. 1912 Nr. 409 (eing. 29. Nov. 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezugnahme auf gehorsamstes Telegramm Nr. 392 vom 26. d. M. und 407 vom 28. d. M. Offiziöser „Mir" bringt heute wieder einen Leitartikel über Verhältnis Rumäniens zu Bulgarien; Rumänien solle sich von „fremden" Einflüssen, „die zwischen Bulgarien und Rumänien Zwietracht säen" (emanzipieren. Wer damit gemeint wird),[b] ist daraus zu ersehen, dass es dieselben Intriguen wären, „die 1886 Serbien zum brudermörderischen Kampf gegen Bulgarien aufgereizt hätten." Dieser Artikel bekräftigt mich in der in meinem Telegramm Nr. 407 ausgesprochenen Befürchtung. Von dem Momente, wo ich hier mit Wirkung russischer Mobilisierung und Überhandnehmen russischen Einflusses zu rechnen habe — was seit einigen Tagen der Fall — muss jede Intrigue und insbesonders auch die für möglich halten, dass Herr Geschoff durch tendenziöse Schilderung meiner Demarche bezüglich rumänischer Kompensationsfrage im Konnexe mit unserem différend mit Serbien Misstrauen Rumäniens gegen uns zu erwecken sucht. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 4728. — [b] Chiffres fehlen.

Nr. 4697. Tel. in claris des Präsidenten der provisorischen albanischen Regierung Ismail Kemal Bey aus Valona, 28. Nov. 1912 (eing. 29. Nov. 9 U. a. m.).[a] Ausfert.

L'assemblée nationale composée des délégués de toutes les contrées albanaises sans distinction de religion réunis aujourdhui dans la ville de Valona vient de proclamer (la constitution du)[b] Gouvernement provisoire chargé de défendre les droits d'existence du peuple albanais menacé d'extermination pas les armées serbes et de délivrer le sol national envahi par les armées des Etats alliés. En portant à la connaissance de Votre Excellence ce qui précède j'ai l'honneur de prier le Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale de vouloir bien reconnaître ce changement de vie politique de la nation albanaise. Les Albanais entrés dans la famille des peuples de l'Europe orientale dont ils se flattent d'être les aînés, ne poursuivant qu'un seul et unique but de vivre en paix avec tous les Etats balkaniques et en devenir un élément d'équilibre, sont convaincus que le Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale ainsi que tout le monde civilisé leur accorderont un bienveillant accueil en les protégeant contre toute atteinte à leur existence nationale et contre tout démembrement de leur territoire. Ismail Kemal.

[a] Oe. U. Balkan 71 Nr. 136. Vgl. n. 4740. — [b] Verstümmelt.

Nr. 4698. Instruktion für den Armeeinspektor Franz Conrad Freiherrn von Hötzendorf, 28. Nov. 1912.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Szápáry).

Streng geheim. 1. Versicherung des Wunsches Seiner Majestät, daß Rumäniens Interessen in der gegenwärtigen Krise vollkommen gewahrt bleiben und Bestreben des Allergnädigsten Herrn, hiezu nach Möglichkeit beizutragen. 2.) Ausdruck der hier empfundenen Genugtuung, daß der König mit Hintansetzung aller Bedenken seiner bisherigen turkophilen Politik den Rücken zu kehren sich entschlossen habe, Bulgarien in den Verhandlungen mit der Türkei zu unterstützen und dabei auf Bulgarien in dem Sinne einzuwirken, daß dieses keinen definitiven, sondern einen Präliminar-Frieden schließe. Wir geben uns der sicheren Erwartung hin, daß die Superrevision, welcher ein mit Unterstützung Rumäniens erlangter für Bulgarien günstiger Präliminarfrieden durch die Mächte wird unterzogen werden müssen, uns Gelegenheit geben wird, den berechtigten Interessen Rumäniens zur Anerkennung zu verhelfen, falls dies uns nicht schon vorher gelungen sein sollte. 3.) Streng geheime Mitteilung, daß Dreibund gegenwärtig erneuert werden soll und Hoffnung gehegt wird, daß, so wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft, Verhandlung mit Rumänien pari passu mit Dreibund fortgeführt werden wird. 4.) Aufklärung über unsere militärischen Maßnahmen und Versuch, unser Verhältnis zu Rumänien in militärischer Hinsicht klarzustellen und womöglich schriftlich zu fixieren.

[a]) Amtsvermerk des Vorstandes des Politischen Archivs Hof- u. Ministerialrats Theodor Freiherrn von Pirquet: „März 1918 wurde die Frage aufgeworfen, ob wir denn nichts von einer „Militärconvention zwischen uns u. Rumänien" haben? Es wurde konstatirt, dass wir hierüber nur insoferne eine Spur haben, dass Baron Conrad anno 1912 laut Notiz vom 28. Nov. (Punkt 4) dieselbe zur Sprache bringen sollte. Laut Mitteilung des General-Quartiermeisters Baron Waldstätten an Herrn von Wiesner wurde uns (8. März 1918) folgendes bekannt: Gelegentlich der Entsendung Baron Conrads nach Bukarest Herbst 1912, haben Besprechungen mit General Avarescu stattgefunden, welche zu einem schriftlichen Abkommen zwischen den beiden Generalstäben geführt haben, mit denen festgestellt wurde, welche militärische Aufgabe Rumänien im Kriegsfalle zu übernehmen hätte (Zahl der ins Feld zu stellenden Divisionen, Aufmarsch, Cooperation mit uns und so weiter). Von diesen Vereinbarungen erhielt der deutsche nicht aber der italienische Generalstab Kenntniss. Dem Archive ist über eine solche Abmachung niemals etwas zugekommen, doch mag es unzweifelhaft erscheinen, dass Baron Conrad den Minister Gf. Berchtold mündlich davon unterrichtet hat. 9. März 1918." Vgl. n. 4651, 4676.

Nr. 4699. Bericht aus Belgrad, 29. Nov. 1912 Nr. 155 A (eing. 2. Dez.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Unsere militärischen Vorkehrungen sind hier nicht unbekannt, sie werden noch übertrieben dargestellt. Nichtsdestoweniger muss ich berichten, dass dieselben hier nicht das Gefühl der Beunruhigung ausgelöst haben. Herr Pašić und Herr Jovanović scheinen allerdings die Situation sehr ernst aufzufassen, aber die breiten Schichten legen eine geradezu unverständliche Sorglosigkeit an den Tag. Von einer Kriegsfurcht ist keine Spur, obgleich sich jeder sagen muss, dass Serbien uns derzeit absolut keinen militärischen Widerstand wird entgegenstellen können. Man gibt sich der Überzeugung hin, dass wir den Frieden nicht stören

werden und dass von unserer Seite Serbien nichts zu befürchten habe. Diese Sorglosigkeit dürfte selbstverständlich nur auf russische Einflüsse zurückzuführen sein. Es erscheint geradezu unglaublich, dass in einem so kritischen Momente, wie der jetzige ist, angesichts unserer hier keineswegs unbekannten militärischen Vorkehrungen Serbien ruhig den kommenden Ereignissen entgegensieht, seinen Eroberungszug ungestört an der Adria fortsetzt und gar nicht ernstlich daran denkt, seine Nordgrenze militärisch sicher zu stellen. Man sprach allerdings von der Rückberufung einzelner Regimenter, doch bis heute ist dieselbe nicht erfolgt. Man hat auch alle Nichteinberufenen des dritten Aufgebotes, sogar die untauglichen herangezogen und es heisst, dass aus den Ersteren 5 neue Regimenter gebildet werden, die auf den Kriegsschauplatz entsendet werden sollen, während die letzteren zu Polizeidiensten Verwendung finden dürften. Man sprach auch von der Rückberufung des ersten Aufgebotes, da nach der Einnahme Dibras und Durazzos alle aggressiven militärischen Aufgaben der serbischen Armee gelöst erscheinen. Aber das waren und sind nur unkontrollierbare Gerüchte. Jedenfalls liegen bis heute keine Vorkehrungen vor, die als Massnahmen zur Sicherung der Nordgrenze aufgefasst werden könnten. Im Gegenteil, es wird vielfach behauptet, dass Serbien grössere Truppenkontingente nach Tschataldja entsenden will und man sprach sogar davon, dass es die griechischen Operationen unterstützen werde. In letzter Zeit habe ich sogar gerüchtweise gehört, dass die serbischen Truppen nach der Einnahme Durazzos bis nach Valona vordringen sollen, um den dortigen militärisch sehr wichtigen Hafen zu besetzen. Jedenfalls deuten diese Gerüchte nicht darauf hin, dass Serbien an die unmittelbare Zurückziehung seiner Truppen denken würde, und diese ruhige Kaltblütigkeit und Untätigkeit uns gegenüber ist umso auffallender, da ja die serbische Presse uns als den einzigen Störefried in Europa stygmatisiert und uns allerlei feindliche und aggressive Tendenzen zuschreibt. Vor zwei Tagen hat ein serbischer Minister — ich glaube es war Herr Protić — einem Vertrauensmanne gegenüber sich geäussert, dass Serbien keine Vorkehrungen gegen Österreich-Ungarn treffe, da es die Überzeugung habe, dass wir „ruhig bleiben werden". Serbien setze die Ausführung seines militärischen Programmes ruhig fort. Die Austragung der Differenzen mit der Monarchie werde auf einer europäischen Konferenz erfolgen und dort werde Serbien ganz gewiss zu seinem Rechte verholfen werden. Herr Pašić habe die Regelung der Frage mit Österreich-Ungarn absichtlich auf die lange Bank geschoben, denn auf der Konferenz würden die Entente-Mächte ihrerseits mit grossen Forderungen auftreten und dann werde Österreich-Ungarn keine Aussicht haben, dass es seine „unbegründeten Wünsche" durchsetzt. Russland, Frankreich und England haben noch nicht bekannt gegeben, was sie ihrerseits beanspruchen, aber auch sie werden nicht leer ausgehen wollen. Serbien aber werde ganz bestimmt einen Adriahafen haben und zwar wird derselbe Durazzo sein. Merkwürdigerweise rechnet man hier allgemein mit dieser Lösung der Frage. Man glaubt den Besitz Durazzos sich bereits gesichert zu haben und gibt sich den Anschein, als ob Europa sich damit schon abgefunden hätte. Nur die Herren Pašić,

Jovanović und noch wenige ruhig denkende Leute wissen, dass diese Frage noch keineswegs gelöst ist. Mit der Autonomie Albaniens hat sich die öffentliche Meinung im Prinzip bereits abgefunden. Nur gehen die Meinungen sehr auseinander, was unter Albanien zu verstehen sei. Man nimmt hier an, dass das autonome Albanien nur den limitierten Landstrich südlich von Elbassan bis zum neu eroberten griechischen Gebiet und westlich von Ochridasee bis zum Meere (wahrscheinlich aber mit Ausschluss von Valona) umfassen würde. Die nördliche Hälfte wird hier als serbisches Gebiet bezeichnet und als solches beansprucht. Es bleiben demnach noch grosse Fragen zu lösen, was bestimmt nicht ohne grosse Schwierigkeiten gehen wird, deshalb ist der serbische Optimismus geradezu unbegreiflich. Dass wir an unseren Forderungen wirklich und ernst festhalten, will hier niemand glauben. Ugron.

[a]) Vgl. n. 4834.

Nr. 4700. Tel. aus Berlin, 29. Nov. 1912 Nr. 287 (eing. 10 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Antwort auf Telegramm Nr. 170 von heute. Staatssekretär lässt für die freundliche Mitteilung der Mission des Generals von Conrad nach Bukarest verbindlichst danken. Deutsche Regierung sei mit den Instruktionen, die derselbe erhalten, vollkommen einverstanden und werde ihren Gesandten in Rumänien beauftragen, sich gegebenen Falles in demselben Sinne auszusprechen. Szögyény.

Nr. 4701. Tel. aus Berlin, 29. Nov. 1912 Nr. 288 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Staatssekretär teilt mir mit, englischer Botschafter habe heute bei ihm vorgesprochen und ihm zur Kenntnis gebracht, daß Sir E. Grey die Absicht habe, den Kabinetten der Dreibund- und der Entente-Mächte die Einberufung einer Botschafterkonferenz vorzuschlagen. Bevor dies erfolge, sei er beauftragt, die deutsche Regierung streng vertraulich zu ersuchen in Wien zu sondieren, ob das k. und k. Kabinett auf einen solchen Vorschlag eingehen würde. Nach der Meinung des englischen Ministers des Äussern würde sich diese Konferenz nur mit drei Gegenständen befassen, und zwar mit Albanien, den ägäischen Inseln und dem Wunsche Serbiens zur Zulassung an die Adria. Die Konferenz sollte in einer der Hauptstädte der beteiligten Grossmächte stattfinden und sich möglichst unformell gestalten. Herr von Kiderlen hat Sir E. Goschen geantwortet, dass deutsche Regierung die englische Anregung sympathisch begrüsse und gerne in Wien die gewünschte Anfrage stellen werde. Deutscher Botschafter in Wien werde, so sagte mir Staatssekretär, beauftragt werden, diese Angelegenheit bei Euer Exzellenz streng vertraulich zur Sprache zu bringen. Was den Ort der geplanten Konferenz beträfe, habe der hiesige englische Botschafter im Auftrage seiner Regierung Paris vorgeschlagen. Er, Herr von Kiderlen, habe hiegegen sogleich Stellung genommen und erklärt, dass ihm jede andere Hauptstadt, speziell auch London, genehm

wäre mit Ausnahme von Paris, wo Herr Iswolsky und auch Herr Tittoni als Teilnehmer an einer solchen Konferenz ihm in hohem Grade unerwünscht wären. Die heutigen hiesigen Morgenblätter besprechen schon diesen Vorschlag Sir E. Greys. Wie mir Staatssekretär sagt, scheint diese Indiskretion auf Paris zurückzuführen sein[b]. Szögyény.

[a] Oe. U. Balkan 73 Nr. 140. Vgl. n. 4686, 4707, 4708, 4717, 4735. — [b] So!

Nr. 4702. Tel. aus Berlin, 29. Nov. 1912 Nr. 289 (eing. 30. Nov. 8 U. a. m.). Entziff.

Vertraulich. Antwort auf Telegramme Nr. 172 und 173 von heute. Staatssekretär ersucht mich, Euer Exzellenz zu bitten, gütigst in Betracht ziehen zu wollen, dass eine nachträgliche Kommentierung des Kommuniqués der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 25. d. M. nur Wasser auf die Mühle jener wäre, die aus naheliegenden Gründen bei jeder Gelegenheit Differenzen zwischen der deutschen und der österreichisch-ungarischen Politik wittern und welchen es ein gefundener Handel wäre, aus eben dieser Kommentierung den Schluss zu ziehen, dass das in Rede stehende Kommuniqué österreichisch-ungarischerseits als ein unfreundliches gedeutet wurde. Aus diesem Grunde könne sich Herr von Kiderlen zu seinem lebhaften Bedauern nicht entschliessen, Euer Exzellenz Wunsch zu entsprechen. Nach Ansicht des Staatssekretärs war es ein Fehler, dass das offiziöse k. k. Korrespondenzbureau nicht den ganzen Wortlaut des erwähnten Kommuniqués, sondern nur den Schlußsatz desselben publizierte; hiedurch seien missverständliche Interpretationen hervorgerufen worden; wäre der gesamte Text veröffentlicht worden, so hätte man einsehen müssen, dass das Kommuniqué keinerlei Unfreundlichkeit für Österreich-Ungarn enthielt und bloss Tatsachen konstatiert, die übrigens dem von Euer Exzellenz eingenommenen Standpunkte entsprechen. In Betreff der offiziösen Mitteilung Reuterischen Bureaus versichert mir Herr von Kiderlen, dass die deutsche Regierung von dieser Kundgebung erst nach ihrem Erscheinen Kenntnis erhalten habe, von einem diesbezüglichen deutsch-englischen Akkord sei keine Rede. Das Reuterische Bureau sei ja übrigens als ein aggressives deutschfeindliches Organ bekannt. Szögyény.

Nr. 4703. Tel. nach Cetinje, 29. Nov. 1912 Nr. 125 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Calice; G. Nemes).

Mit Rücksicht auf Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 176 vom 22. d. M. habe ich der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht, daß ich Wert darauf legen würde, daß der deutsche Gesandte in Cetinje dahin instruiert werde, der montenegrinischen Regierung keinen Zweifel darüber zu lassen, daß Deutschland auch in der Frage der albanesischen Küste auf Seite seiner Verbündeten stehe. Wie Graf Szögyény unter dem 28. l. M.[b] anher meldet, ist eine solche Instruktion noch am selben Tage an Ihren deutschen Kollegen abgegangen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4720, 4734. — [b] Unter Nr. 283.

Nr. 4704. Tagesbericht über einen Besuch des türkischen Botschaftsrates, 29. Nov. 1912.[a]) Konz. (S. Hohenlohe; V. und G. Macchio).

Der türkische Botschaftsrat ist heute hier erschienen und hat im Auftrage Hilmi Paschas erklärt, der Herr türkische Botschafter habe die vom „Matin" gebrachten Nachrichten über angebliche Äußerungen des k. und k. Ministers des Äußern zu demselben, wonach ersterer die Türkei zur Fortsetzung des Krieges encouragiert habe, in der Neuen Freien Presse dementieren lassen. Hilmi Pascha habe diesbezüglich auch nach Konstantinopel berichtet und der Herr türkische Minister des Äußern daraufhin ein Dementi seitens des Correspondenzbureaus veranlaßt, sowie dem Markgrafen Pallavicini gegenüber bemerkt, daß die Veröffentlichungen des Pariser Blattes diesem von einem russischen Journalisten suggeriert worden sein dürften. Es wurde das Ersuchen ausgesprochen, Hilmi Pascha für diese Mitteilungen, welche sogleich zur Kenntnis Seiner Exzellenz des Herrn Ministers gebracht werden würden, den Dank auszusprechen.

[a]) Vgl. n. 4682.

Nr. 4705. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 29. Nov. 1912 Nr. 665 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 661 von gestern. Minister des Äußern, den ich nur flüchtig sprechen konnte, sagte mir, dass die Delegierten der Balkanstaaten für heute neue Propositionen (Minister sagte, ein Mémoire betreffs Adrianopel) in Aussicht gestellt. Es scheint mir, dass es der türkischen Regierung hauptsächlich darum zu tun ist, ausser Konstantinopel ein möglichst grosses Stück von Thrazien mit Adrianopel zu retten, während sie das Schicksal Mazedoniens und Albaniens weniger interessiert. Botschafter der Ententemächte arbeiten mit Hochdruck daran, die Pforte zum Abschluss Waffenstillstandes zu bestimmen, einerseits weil sie durch ihre eigenen Militärattachés davon informiert sind, dass sich militärische Lage für die Türken wesentlich gebessert hat und der Krieg daher in eine ganz andere Phase treten könnte, anderseits augenscheinlich darum, um die Streitkräfte der Balkanstaaten für den Fall eines Konfliktes mit uns disponibel zu machen. Pallavicini.

Tel. nach London, 29. Nov. 1912 Nr. 82 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 4709.

Nr. 4706. Tel. aus London, 29. Nov. 1912 Nr. 120 (eing. 9 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 119. Vor meiner Abreise aus Welbeck sagte mir König Georg, er habe Sir E. Grey nahelegen lassen, ob er nicht bei Herrn Sazonow vertraulich das Verhalten Herrn von Hartwigs zur Sprache bringen könnte. Ich sollte aber im Foreign Office ja nichts merken lassen, dass wir es besprochen hätten. Ich versicherte Seiner Majestät, dass ich niemals im Foreign Office von dem spreche, was ich Höchstseinen Mitteilungen verdanke, dass ich mir übrigens nicht erlaubt hätte, etwas bei ihm anzuregen,

wenn er nicht selbst daran gedacht hätte etc., und es gelang mir, Seine Majestät zu überzeugen, dass eine vertrauliche englische Aktion in St. Petersburg, betreffend Herrn von Hartwig, seine Höchsteigene Idee war. König Georg erzählte mir, Buchanan telegraphierte gestern, dass Herr Sazonow, als er ihm sagte, Graf Thurn sei höchst befriedigt über seine Audienz in Zarskoje selo, ein gewisse Erstaunen zeigte (!). „Warum sollte Sazonow erwartet haben, dass der Kaiser euerem Botschafter etwas sagt, was er dann nicht tut! Ich verstehe es gar nicht." Seine Majestät erklärte mir wieder, er sei überzeugt, dass Kaiser Wilhelm sich sehr eifrig für den Frieden bemühe. Die Balkanalliierten und Russland sind aber unter dem Eindrucke, dass Österreich-Ungarn und Deutschland die Türkei zu weiterem Widerstand ermuntern. Von Belgrad hört Seine Majestät, dass Serbien jetzt nicht weiter von seinen Prätensionen sprechen will, jedoch keine derselben aufgibt. Sir F. L. Cartwright berichtet, dass man in Wien noch sehr auf französische Regierung gereizt ist, dass neuer französischer Botschafter sehr unglücklich vorgehe und Euer Exzellenz ihn überhaupt nicht mehr sprechen wollen. Sir F. L. Cartwright wolle mit Hilfe Herrn Croziers, der sich in Wien befindet, versuchen, wieder gut zu machen, was Dumaine verdorben! Bitte Euer Exzellenz dringend, jede Meldung, die ich auf Grund Mitteilung Seiner Majestät sende, als absolut geheim behandeln zu wollen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 4744.

Nr. 4707. Tel. aus London, 29. Nov. 1912 Nr. 121 (eing. 30. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich habe eben Sir E. Grey gesehen, der sehr ungehalten darüber ist, dass seine Anregung über eventuelle Besprechungen zwischen Botschaftern in die Presse gelangt und als ein Konferenzvorschlag dargestellt wurde. Sein Gedanke war, so wie früher die Botschafter in Konstantinopel sich häufig zu Besprechungen versammelten, dass in irgend eine europäische Hauptstadt, zum Beispiel Paris, die Botschafter der sechs Mächte sich vereinigen könnten, um festzustellen, erstens welche die Fragen sind, die man bei den Friedensverhandlungen den Kriegführenden überlassen könne, zweitens welche sind die Punkte, bei welchen die Mächte mitzureden haben und drittens können sich die Mächte über diese Punkte untereinander einigen. Er glaubt damit einen Gedanken Herrn von Kiderlen-Waechters aufzunehmen und meinte, es würde dadurch viel Zeit und manche Missverständnisse erspart werden. Er habe der deutschen Regierung zunächst davon Mitteilung gemacht, in der Absicht, dass dieselbe in Wien sondiere, ob wir darauf einzugehen bereit wären. Nachdem es aber nun in die Presse gedrungen ist, spreche er auch mir davon. Es sei keine Proposition, nur eine ganz unoffizielle „Suggestion"; auch wolle er das Wort Konferenz vermeiden. Unter dem sub zwei gedachten Punkte hätte er drei erwähnt, es stünde aber jeder anderen Macht frei, andere beizufügen. Seine Punkte wären erstens Status von Albanien, zweitens Access Serbiens an die Adria, drittens Inseln im Ägäischen Meer. Als ich einwarf „kommerzieller Access"

meinte er, er habe das Wort Access gewählt, weil da jede Diskussion offen bliebe. Er könne territorial sein, ebenso gut aber auch ein kommerzieller Access wie der, den wir uns nach Salonik offen halten wollen. Auf eine Frage meinerseits über Ägäische Inseln bemerkte er, es wäre wohl jedenfalls wichtig, dass keine Grossmacht daselbst sich eine navale Basis schaffe. Streng vertraulich. Meinem deutschen Kollegen sagte Sir Edward Grey, England habe keinerlei Aspirationen auf eine Insel ausser wenn eine andere Grossmacht eine derselben erwerben würde. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 74 Nr. 141. Vgl. n. 4701, 4735, 4742 Anm. a, 4924.

Nr. 4708. Note der englischen Botschaft an das deutsche Auswärtige Amt; Berlin, 29. Nov. 1912 (eing. ?.).a) Abschrift.

The German Ambassador in London has impressed on Sir Edward Grey the wish of the Imperial Government for peace and their hope that His Majestys Government will cooperate with them to preserve it, and Sir Edward believes that the two Governments have the same feeling on the subject. Neither Government is directly interested in promoting or preventing the acquisition by Servia of a port on the Adriatic, and neither considers that this question is a sufficient reason for war between the Great Powers. If, however, two Great Powers were to go to war, no one of the others could be sure of not being drawn into it, for the original cause of the war might be merely merged into and lost in other issues arising out of the complication that would ensue. This must, in Sir Edward Greys opinion, redouble the anxiety of the two Governments to preserve peace. The communications passing between all the Powers are, he states, still friendly but they are very vague and the military precautions adopted in Austria-Hungary and Russia are becoming an increasing source of anxiety. In these circumstances, Sir Edward Grey is anxious to ascertain how the Imperial Government would view a proposal that instructions should be sent to the six Ambassadors at one of the capitals — Sir Edward Grey suggests Paris if that would be generally agreeable — to consult together and submit to their Governments propositions on three points: 1. To what extent are the Allies free to change the map of Europe without any stipulations being made by the Great Powers? 2. On what point must the Great Powers reserve their right to have some say in the settlement? Albania, the access of Servia to the Adriatic, and the Aegean Islands are the points of greatest importance that occur to Sir Edward Grey, assuming that the Allies do not attempt to claim the Constantinople Straits. 3. What settlement on each of these points would secure the assent and support of the six Powers? — Sir Edward Grey does not desire to make any proposal that would not be acceptable and Sir Edward Goschen has therefore been instructed to ascertain first the view of His Excellency, Herr von Kiderlen-Waechter, confidentially on this question, and, if he shares the same view, to ask whether His Excellency will sound the Austro-Hungarian Government. Sir Edward thinks that the other three will all accept. He considers that the risk is that a Conference might bring out an irreconcilable divergency

between Austria-Hungary and Russia, but that this risk would be minimized if the consultation of the Representatives of the Powers were to be as informal as possible, and that without some such consultation the views of Austria-Hungary and Russia cannot be reconciled or even definitely ascertained and there is danger that they may drift through mobilisation into an irreconcilable attitude.

[a]) Vgl. n. 4701.

Nr. 4709. Tel. nach Paris Nr. 111 (1) und London Nr. 82 (2), 29. Nov. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Calice; V. Pogatscher; G. Berchtold).

1. u. 2. Aus Euer Exzellenz Meldungen der letzten Tage ist zu ersehen, daß der Gedanke, Serbien einen „Corridor" an die Adria einzuräumen, bei der dortigen Regierung noch immer einigermaßen Anklang findet. Die Gründe, welche uns — und ebenso auch Italien — mit Rücksicht auf die Constituierung Albaniens veranlassen, diese Lösung unannehmbar zu finden, sind Euer Exzellenz bekannt. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß dieselbe auch nicht den von Frankreich und England ebenso wie von den übrigen Mächten angestrebten Zweck, definitiv Ruhe und Ordnung in jenen Gebieten zu sichern, zu erreichen imstande wäre. Ein Streifen von wenigen Kilometern Breite, der sich von Altserbien bis an die Adria zöge, wäre — selbst wenn er sich an die montenegrinische Grenze anlehnt — ein absolut künstliches Gebilde, welches ständig zu den verschiedensten Reibungen, Grenzkonflikten und so fort Anlaß bieten müßte. Ebenso wäre die Sicherung dieses Corridors gegen Raub und Schmuggeleinfälle und dergleichen eine ständige Quelle der Unordnung. Was aber noch mehr ins Gewicht fällt, ist der Umstand, daß es höchst zweifelhaft erscheinen muß, ob ein derartiger Gebietsstreifen, dessen Lage sich ja notgedrungen nach dem Zuge der neu zu bestimmenden montenegrinischen Grenze und nicht nach eisenbahntechnischen Rücksichten richten müßte, in einem Hochgebirgsland wie Nordalbanien den Bau einer Eisenbahn überhaupt gestatten würde. Wäre dies nicht der Fall, so würde Serbien nicht ohne eine gewisse Berechtigung in kürzester Zeit eine Verlegung beziehungsweise Erweiterung des ihm zugesprochenen Territoriums anstreben — kurz, es wäre der Keim zu neuen Complikationen gelegt, die zu vermeiden der gemeinsame Wunsch unser aller ist. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich obiger Argumente.

1. Herrn Poincaré
2. Sir Edward Grey

1.—2. gegenüber zu bedienen, falls die „Corridor"-Frage wieder zur Erörterung kommen sollte. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 74 Nr. 142.

Nr. 4710. Erlaß nach St. Petersburg, 29. Nov. 1912 Nr. 80215 7.[a]) Konz. (S. Wiesner; V. Sonnleithner; G. Macchio).

Streng geheim. Da es bei der Ungeklärtheit der gegenwärtigen äusseren Situation immerhin nicht ausserhalb des Bereiches der Möglichkeit

liegt, dass es im Verlaufe der weiteren Entwicklung der Dinge zu einer Konflagration zwischen uns und Russland komme, halte ich es für geboten, Euer Exzellenz schon jetzt einige Direktiven für gewisse Vorkehrungen an die Hand zu geben, welche zum Teile erst bei Eintritt der angedeuteten Eventualität, zum Teile aber vorsichtshalber sogleich zu treffen sein werden. Im Falle des Ausbruches der Feindseligkeiten, eventuell im Falle der früheren Abberufung Euer Exzellenz von Ihrem gegenwärtigen Posten hätten Hochdieselben unsere diplomatische Vertretung und den Schutz unserer Nationalen in Russland an den dortigen Repräsentanten jener Macht zu übertragen, die ich Euer Exzellenz zeitgerecht bekanntgeben würde. Was die Sicherstellung des dortigen Archives anbelangt, so wollen Euer Exzellenz die wichtigsten geheimen Akten und Korrespondenzen, welche von besonderer politischer oder historischer Bedeutung sind, schon jetzt verpacken lassen und dieselben dann anlässlich Ihrer eventuellen Abreise unter Ihrer persönlichen Obhut mit sich nehmen und hieher einliefern. Die übrigen geheimen Akten und die Mobilisierungsbehelfe wären gleichfalls schon jetzt zusammenzustellen; diese Dossiers ebenso wie Chiffre, Chiffrebehelfe und Telegrafenbücher wären dann im Falle Ihrer Abreise sicher zu vernichten. Die sohin noch verbleibenden Akten politischer Natur wären von Euer Exzellenz im gegebenen Momente versiegelt dem Vertreter jener Macht zu übergeben, welche mit unserer Vertretung betraut sein wird. Der sonstige Archivbestand — administrative Korrespondenzen unverfänglicher Natur — könnte seinerzeit offen dem unsere Vertretung übernehmenden fremden Diplomaten übergeben werden. Sollte Letzterer gelegentlich der Uebernahme unserer Agenden den Wunsch aussprechen, dass ihm nach Euer Exzellenz und des Botschaftskonzeptspersonales Abreise ein oder zwei Kanzleibeamte der k. u. k. Mission zur Dienstleistung zurückgelassen werden, oder sollten etwa Euer Exzellenz selbst eine derartige Massnahme für wünschenswert erachten, so könnte dies von Hochdenselben unbedenklich verfügt werden. Es versteht sich, dass die betreffenden zugeteilten Kanzleibeamten, als provisorisch der unsere Vertretung führenden fremden Mission attachirt, der russichen Regierung zu notifiziren wären, damit ihnen auf diese Weise das Privilegium der Exterritorialität gesichert werde. Unseren eventuell zurückgelassenen Kanzleibeamten wird zu ihrer Beruhigung bedeutet werden können, dass wir für den materiellen Schaden, den sie etwa durch die Ereignisse erleiden möchten, aufkommen würden. Sobald unsere diplomatische Vertretung in St. Petersburg zu funktioniren aufhört, wäre von unserem Missionsgebäude jedes etwa dort angebrachte Hoheitszeichen (Wappen, Flagge) zu entfernen und auch das Gebäude selbst samt Inventar unter den Schutz der unsere Vertretung übernehmenden Macht zu stellen, deren Flagge auf dem Missionsgebäude zu hissen wäre. Soferne es tatsächlich zur Uebertragung unserer diplomatischen Vertretung käme, hätte, was unsere konsularischen Vertretungen in Russland anbelangt, deren Tätigkeit sogleich suspendirt zu werden. Aber jetzt schon wären die geheimen Akten, Mobilisirungsbehelfe, Chiffre und Chiffrebehelfe sowie die Telegrafenbücher unserer in Russland etablirten Konsularämter in einer Weise zu sichten,

dass sie vor der Abreise der Konsularfunktionäre sofort vernichtet werden können. Die sonstigen Akten der k. u. k. Konsularämter wären von dem am Sitze derselben etwa befindlichen konsularischen Vertreter jener Macht zu übernehmen, welcher der Schutz unserer Nationalen übertragen werden würde. An jenen Orten, an welchen sich solche fremde Konsularvertreter nicht befinden, müssten die k. u. k. Konsularamtschefs für eine entsprechend sichere Verwahrung dieser Akten nach ihrem eigenen Gutdünken Vorsorge treffen. Die auf den Konsularamtsgebäuden angebrachten Hoheitszeichen (Wappen, Flagge) wären von den Amtsvorständen vor ihrem Weggange entfernen zu lassen. Die Amtsgelder, Depositen und Depositenbücher wären von Euer Exzellenz und von den Chefs der Konsularämter bei der Abreise mit sich zu nehmen. Ferner ersuche ich Euer Exzellenz veranlassen zu wollen, dass sich für den Fall des Abbruches der Beziehungen sämmtliche zugeteilten Konzeptsbeamten und die nicht zurückbleibenden Kanzleibeamten der Botschaft, ferner alle Konzepts- und effektiven Kanzleibeamten unserer Konsularämter in Russland, insoweit die erwähnten Funktionäre nicht zur Kriegsdienstleistung herangezogen werden, behufs Entgegennahme der Weisungen über ihre weitere Verwendung hierorts melden. Die bei den effektiven Konsularämtern verwendeten Honorarbeamten österreichischer oder ungarischer Staatsangehörigkeit haben sich gleichfalls in die Monarchie zu begeben und, soferne sie nicht zur Kriegsdienstleistung herangezogen werden, ihre Adressen dem Ministerium des Aeussern bekanntzugeben. Entsprechende Reisevorschüsse können den Amtskassen entnommen werden. Die unterstehenden effektiven Konsularämter wollen Euer Exzellenz in chiffrirten Erlässen und auf dem sichersten Wege von Vorstehendem sinngemäss in Kenntnis setzen. Die Honorarkonsularämter wären hievon erst vor der Abreise Euer Exzellenz entsprechend zu verständigen. Insoferne die Vorsteher und Beamten der Honorarkonsularämter österreichische oder ungarische Staatsangehörige sind und zur Kriegsdienstleistung nicht herangezogen werden, muss es denselben überlassen bleiben, ob sie, nach Einstellung der konsularischen Funktionen, in Russland weiter verbleiben wollen. Im Vorstehenden habe ich mich naturgemäss darauf beschränkt, meine gegenständlichen Weisungen in allgemeinen Zügen zu halten, und wird es, was deren Durchführung im Einzelnen anbelangt, selbstredend Euer Exzellenz Beurteilung überlassen bleiben müssen, gegebenenfalls innerhalb des skizzierten Rahmens jene Detailanordnungen zu treffen, welche Euer Exzellenz im Hinblicke auf die lokalen Verhältnisse und mit Rücksicht auf etwa eintretende besondere Umstände am geeignetsten und praktischesten erscheinen, um den angestrebten Zweck zu erreichen. Jedenfalls wollen Euer Exzellenz speziell darauf Bedacht nehmen, dass die zu treffenden Massnahmen insbesondere die gegenwärtig zu veranlassenden, so eingeleitet werden, dass sie, vor Allem dem untergeordneten Personale gegenüber, eine plausible Erklärung finden, um jedes Aufsehen zu vermeiden. Selbstverständlich ist den Konsularämtern bei Hinausgabe der erforderlichen Weisungen die unbedingte und strengste Geheimhaltung einzuschärfen. Besondere Vorsicht ist jenen effektiven Konsularämtern zu empfehlen, bei denen fremde, insbesondere

russische Staatsangehörige als Honorarbeamte und Diener im Dienste stehen. Indem ich Euer Exzellenz ersuchen darf, den Empfang dieses Erlasses bestätigen zu wollen, erneuere ich etc.

[a]) Ähnliche Weisungen ergingen mit Erlässen vom 28. Nov. 1912 Nr. 80215/7 nach Belgrad, Cetinje und Durazzo. Vgl. n. 8892 Anm. a, 8924, 10229, 10396.

Nr. 4711. Privatschreiben des Sektionschefs Grafen Friedrich Szápáry nach St. Petersburg, 29. Nov. 1912. Konz. (S. Schreibmaschine; V. Szápáry).

Streng vertraulich. Ich benütze den heute abgehenden Kurier um Dir für Deinen freundlichen Brief vom 8. d. M. zu danken und zugleich Deinem Wunsche gemäss einige orientierende Zeilen über die gegenwärtige politische Lage an Dich zu richten. Aus Deiner Berichterstattung sowie aus anderen uns zugegangenen Informationen haben wir den Eindruck gewonnen, dass die russische Regierung nicht gesonnen zu sein scheint, die Unterstützung der serbischen Wünsche zu einer Prestigefrage zu machen, dagegen scheint man in Serbien an dem Gedanken festzuhalten, dass die Frage des Adriahafens eine Machtfrage zwischen Russland und der Monarchie darstellt. Gelingt es daher den Serben, jetzt ihren Willen durchzusetzen, so werden sie in Hinkunft auch die Erfüllung viel weitergehender Aspirationen in den Bereich der Möglichkeit ziehen. Ein Einlenken unsererseits könnte daher von schwerwiegenden politischen Folgen begleitet sein und unsere südslavischen Provinzen ernsten Gefahren aussetzen. Die von uns aufgestellten Forderungen — sowohl was die Hafenfrage als auch was die Wahrung unserer Interessen bei der Neuregelung der Verhältnisse auf dem Balkan überhaupt betrifft, stellen ein Minimum dar von dem wir nichts ablassen können und welches demnach nicht den Gegenstand von Kompromissen bilden kann ... *wie n. 4673 von „Es verträgt sich weder mit dem Prestige des Monarchie“ bis „unabänderliche anzusehen.“*... Ich glaube Dich daher nicht im Zweifel lassen zu sollen, dass wir, soweit ich die hiesigen Dispositionen beurtheilen kann, im gegenwärtigen Falle keineswegs bluffen, sondern entschlossen sind, den am Spiele stehenden vitalen Interessen unter allen Umständen — wenn nötig auch mit Waffengewalt — Geltung zu verschaffen. Was Deine bisherige Berichterstattung anbelangt, erlaube ich mir zu bemerken, dass dieselbe den Anschein erweckt, als hättest Du Dich vielleicht eben von der Voraussetzung ausgehend, dass es uns mit unseren Forderungen nicht ernst ist, für den russischen Standpunkt einigermassen gewinnen lassen und Sasonow gegenüber die im Telegramm vom 4. d. M. Nr. 153 enthaltenen Argumente nicht immer mit voller Entschiedenheit verwertet. Wir müssen ein territoriales Vordringen Serbiens auf rein albanesischem Gebiete und die Erwerbung der Souveränität an irgend einem Punkte der Adria seitens dieses Staates als undiscutierbar ansehen, und überdies die Erteilung unserer Zustimmung zu einem Gebietszuwachs Serbiens anlässlich der territorialen Neuordnung am Balkan von dessen Verhalten uns gegenüber abhängig machen. Übrigens habe ich den Eindruck, dass der Verlauf Deiner Audienz bei Kaiser Nikolaus ebenso wie

Deine sich daran schliessende Konversation mit Sasonow es erfreulicherweise doch nicht als ganz ausgeschlossen erscheinen lässt, dass man russischerseits das territoriale Moment in den serbischen Aspirationen doch in den Hintergrund zu stellen sich anschickt. Sollte dies auf die Erkenntnis zurückzuführen sein, dass wir thatsächlich nicht bluffen?

Nr. 4712. Tel. aus St. Petersburg, 29. Nov. 1912 Nr. 245 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 242 möchte ich mir gestatten, meiner unmassgeblichen Meinung dahin Ausdruck zu geben, dass der Greysche, von Sazonow ergänzte Vorschlag Präliminar-Botschafter-Besprechung in Paris grossen Vorteil bieten würde, momentan günstigere Dispositionen hiesiger Regierung, welche in der in den letzten Tagen durch Sazonow wiederholt angeschlagenen Note zum Ausdruck kommt, das Ziel russischer Politik in der Balkanfrage sei Erreichung eines wirtschaftlichen Débouchés für Serbien (über die Wege hiezu könne gesprochen werden), auszunützen und die russische Regierung hierauf festzulegen, ehe immerhin mögliche unerwartete Ereignisse wieder Umschwung herbeiführen. Abgesehen davon glaube ich darauf hinweisen zu sollen, dass ein Ablehnen unserseits, jetzt in eine solche Konversation einzugehen, hier den allerschlechtesten Eindruck hervorrufen und das grösste Misstrauen erregen würde. Thurn.

Nr. 4713. Tel. nach Sofia, 29. Nov. 1912 Nr. 166 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 404 und 405 vom 28. l. M. Ich bin mit Euer Hochgeboren Sprache zu Herrn Geschoff einverstanden, würde aber Wert darauf legen, daß Sie, auf das Gespräch zurückkommend, sich dem Minister gegenüber in folgendem Sinne, und zwar bei Betonung des Umstandes, daß dies auftragsgemäß erfolge, aussprechen. Die in der Presse verbreiteten und dem Conseilspräsidenten auch auf diplomatischem Wege zugekommenen Nachrichten, wonach wir unseren Einfluß in der Türkei nicht im Sinne des Friedens geltend machen, sind gänzlich aus der Luft gegriffen, da wir es sorgfältig vermieden haben, zu dieser Frage anders Stellung zu nehmen, als indem wir in Bukarest darauf hinwirkten, daß Rumänien sich im Sinne eines Friedensschlusses in Konstantinopel, eventuell sogar durch Ausübung einer Pression betätige. Herr Geschoff solle seine Informationen auf ihren wahren Wert prüfen und einen tatsächlichen Anhaltspunkt für deren Richtigkeit suchen. Er möge auch erwägen, welches Interesse Österreich-Ungarn im gegenwärtigen Momente daran haben könnte, der von Rußland unterstützten Türkei zur Hilfe zu kommen. Was den Ausspruch des Ministers anbelangt, Bulgarien müsse sich über die Haltung der Mächte Gewißheit verschaffen und wolle wissen, auf wen es zählen könne, wollen Euer Hochgeboren bemerken, Bulgarien könne schon aus unserer jahrzehntelang beobachteten Politik und vollends aus unserer Haltung in der allerjüngsten Zeit ersehen, daß es

auf uns rechnen könne. Nebst unserer seit Kriegsausbruch eingenommenen wohlwollenden Stellungnahme wäre hiebei auf die Herrn Danew gegenüber geführte Sprache zu verweisen, der sich in Budapest davon hatte überzeugen können, daß wir nicht den geringsten Anstand daran erblickt hätten, wenn Bulgarien nach Konstantinopel gehen wolle und daß wir überhaupt (vide Telegramm Nr. 160, vom 25. l. M.) dem Gedanken einer vollen Befriedigung der territorialen Aspirationen Bulgariens freundschaftlich gegenüberstehen. Darüber aber wollen Euer Hochgeboren den Konseilspräsidenten nicht im unklaren lassen, daß von einer weitgehenderen Freundschaft zwischen uns und Bulgarien insolange keine Rede werde sein können, als letzteres Serbien bezüglich seiner — über den wirtschaftlichen Rahmen hinausgehenden — Adriaprätentionen unterstützen wolle. Puncto zukünftigen intimeren Freundschaftsverhältnisses sei es vielmehr von Wichtigkeit, daß wir darüber Klarheit gewinnen — und wollen Euer Hochgeboren auf den Wunsch König Ferdinands (vorletztes Alinea Ihres Telegrammes Nr. 405)[b] hinweisen — bis zu welchem Punkte Bulgarien sich mit den Aspirationen Serbiens identifiziere und ob es letzteres auch dann noch unterstützen wolle, wenn dessen territoriale Aspirationen mit dem von uns eingenommenen Standpunkte kollidiren. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4690, 4729, 4825, 4983, 5001, 5002. — [b] Vorletztes Alinea von n. 4692 reicht von „Seine k. u. k. Apostolische Majestät" bis „kein anderer folge".

Nr. 4714. Tel. aus Sofia, 29. Nov. 1912 Nr. 411 (eing. 30 Nov. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Soeben Herrn Geschoff gesprochen und Inhalt hohen Telegrammes Nr. 164 vom 29. d. M. entsprechend mitgeteilt. Anknüpfend an diese Mitteilung bemerkte ich, dass Konseilspräsident in derselben einen Beweis mehr dafür erblicken möge, wie unbegründet das Misstrauen war, welches ich gestern bei ihm gefunden und gegen welches ich nicht genug entschieden protestieren könne. Ausserdem hätte auch — fügte ich hinzu — Fremdenblatt Ausstreuungen dementiert, laut welchen Österreich-Ungarn die Türkei zum Widerstand ermutigen würde. All dies seien nur perfide Intriguen, bemerkte ich. Herr Geschoff — der heute viel ruhiger war als gestern — dankte mir für Versicherung, die ihn völlig befriedige, zumal er auch von Berlin Informationen erhalten hätte, die ihn bezüglich Haltung Deutschlands beruhigen. Er entschuldigte seine gestrige Erregtheit und Misstrauen damit, dass er gerade unter dem Eindruck gewisser ihm aus Konstantinopel und aus hiesigen diplomatischen Kreisen zugegangener Nachrichten gestanden wäre. Es sei möglich, dass Türken absichtlich tendenziöse Nachrichten über unsere Haltung verbreiten. Ich bemerkte weiter, dass ich das, was mir Konseilspräsident gestern bezüglich Serbiens — wie ich glaubte, in Erregung — gesagt hat (vide gehorsames Telegramm Nr. 405 von gestern) nicht als Antwort auf meine bei ihm kürzlich unternommene Démarche (hohes Telegramm Nr. 160 vom 25. d. M.) betrachten wolle. Herr Geschoff antwortete, dass er Gegenstand fraglicher Démarche König Ferdinand unterbreitet hätte und mir in wenigen Tagen Antwort geben würde. Es

dauere lange, bevor man sich mit dem Hauptquartier verständige. Hoffentlich werde Herr Danew Antwort bringen, da Verhandlungen in Tschataldja bis Montag fertig sein dürften. Vor Allem sei es notwendig, Waffenstillstand zu schliessen; dann würde Bulgarien nicht mehr von Verbündeten und speziell von Serben, die jetzt vor Adrianopel mitkämpfen, abhängen und in seinen Entschliessungen frei sein. An der Aufrichtigkeit dieser letzten Bemerkung zweifle ich. Bezüglich Verhandlungen, sagte Konseilspräsident, dass Türken Schwierigkeiten machten, dass aber Möglichkeit Verständigung ihm nicht ausgeschlossen schiene. Türken wollten Tschataldja nicht räumen und vielleicht werde man ihnen in diesem Punkte nachgeben. Es sei nicht wahr, sagte Konseilspräsident, dass über andere als bloss militärische Fragen verhandelt werde. Es handle sich vorläufig nur um Waffenstillstand und nicht um Friedensverhandlungen. Ich lenkte auch Gespräch auf Serbien, wobei ich mit Nachdruck betonte, Herr Geschoff sollte sich weiter bemühen, Serben von unerfüllbaren Prätensionen abzubringen. Garantien für freien wirtschaftlichen Zugang zur Adria oder zum Ägäischen Meer ohne territorialen Besitz sollen Serbien genügen. Konseilspräsident meinte, dass es leichter sein würde, diese Frage zu diskutieren, wenn Waffenstillstand schon geschlossen. Herr Geschoff sprach auch von Salonik, wobei er Freihafen nicht auszuschliessen schien. Über Inhalt eingangs bezogenen hohen Telegrammes machte er keine erwähnenswerte Bemerkung. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4691.

Nr. 4715. Tel. aus Sofia, 29. Nov. 1912 Nr. 412 (eing. 30. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug mein Telegramm Nr. 407 vom 28. d. Mts. Ich sprach mit rumänischem Kollegen und sagte ihm unverbindlich und freundschaftlich, in diesen erregten Zeiten, wo es an Intriguen nicht fehlt, könnte man auch versuchen, ihn gegen mich misstrauisch zu stimmen. Wie ich das bereits früher wiederholt getan, habe ich Herrn Ghika auch heute einige Absätze aus Telegrammen vorgelesen, die ihn über Charakter meiner Aufträge und meine Sprache hier in rumänischen Angelegenheiten informierten. Wie immer, zeigte sich rumänischer Kollege auch heute von meiner Aufrichtigkeit sehr gerührt. Ob aber er mit mir jetzt ganz aufrichtig, möchte nicht Hand ins Feuer legen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4769.

Nr. 4716. Bericht des Konsuls Wenzel Lejhanec aus Valona, 29. Nov. 1912 Nr. 70 (eing. 11. Dez.). Ausfert.

Vertraulich. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Lage entschloss sich Ismail Kemal Bey, welcher hier am 26. d. M. abends aus Fjeri mit zirka 27 Delegierten verschiedener albanischer Städte eingetroffen war, das Eintreffen der restlichen Delegierten nicht abzuwarten, sondern unverzüglich, noch im Laufe des 28. d. M., zur Proklamierung der Unabhängigkeit Albaniens zu schreiten. Die ausserordentliche Nationalversammlung trat

gestern um 2 Uhr nachmittags im Hause des Exbürgermeisters Djemil Bey Vlora zusammen und beschloss, nachdem die Mandate der erschienenen Delegierten geprüft und anerkannt wurden, auf Vorschlag Ismail Kemal Beys, welcher die Lage kurz schilderte und die Notwendigkeit einer raschen Entscheidung zur Wahrung der Landesinteressen hervorhob, einstimmig, die volle Selbständigkeit ganz Albaniens zu proklamieren und letztere unverzüglich sowohl den Grossmächten als den Kriegführenden zu notifizieren. Gleichzeitig wurde Ismail Kemal Bey zum Präsidenten der provisorischen albanischen Regierung gewählt und mit der Zusammenstellung des Kabinetts, beziehungsweise Exekutivkommitees, betraut. Auf Antrag des Veli Effendi aus Argyrokastro wurde Monsignore Kaciorri, der Pfarrer von Durazzo, welcher neben Ismail Kemal Bey der Nationalversammlung präsidierte, zu dessen Stellvertreter per acclamationem gewählt. Hierauf wurde, ungefähr um 4 Uhr nachmittags, die nationale Fahne — ein schwarzer, zweiköpfiger Adler in rotem Felde — am Thore des Hauses Djemil Beys gehisst und die Proklamation der Unabhängigkeit Albaniens dem draussen harrenden Volke bekanntgegeben, welches diese Nachricht mit Freude und Begeisterung aufnahm. Eine Menschenmenge durchzog sodann unter Gesang und Freudenrufen die Strassen der Stadt. Sie machte zuerst vor unserem Konsulate halt und brach in stürmische Rufe: „Rroft Shqypënija," „Rroft Austrija" („Es lebe Albanien", „Es lebe Österreich") aus, welche Rufe mit Händeklatschen begleitet wurden. Ich dankte dem Zuge aus dem Fenster durch Hutschwenken und den Ruf „Rroft Shqypënija". Hierauf begab sich der Zug vor das italienische Konsulat, wo eine ähnliche Sympathiekundgebung stattfand. Herr Defacendis erschien ebenfalls am Fenster und dankte mit einem dreimaligen Ruf: „Evviva l'Albania". Vor dem russischen Vizekonsulate wurde keine Kundgebung veranstaltet; bloss einzelne Rufe „Rroft drejtsija" („Es lebe die Gerechtigkeit") sollen vernommen worden sein. Ismail Kemal Bey, der gleich am Tage nach seiner Ankunft im hiesigen k. und k. Konsulate und im italienischen Konsulate Besuche abgestattet hatte, unterliess es bis heute, dem russischen Honorarvizekonsul, Herrn Tchicas, einem einheimischen orthodoxen Albanesen, trotzdem er ihn privat kennt, die gleiche Aufmerksamkeit zu erweisen, weshalb zwischen beiden bis heute kein Verkehr stattgefunden hat. Am Abend des 28. d. M. begab ich mich, ebenso wie mein italienischer Kollege, über Einladung Ismail Kemal Beys in seine Wohnung (im Hause des Grosskaufmannes Hassan Schara), wo er uns den Hergang der Beratungen der Nationalversammlung schilderte und das vorläufige Ergebnis mit der Bitte mitteilte, unsere Regierungen hievon zu verständigen und ihre wohlwollende Unterstützung für das junge albanische Staatswesen zu erbitten. Bei dieser Gelegenheit erwähnte er auch seine Sorgen bezüglich des weiteren Vormarsches der serbischen Truppen, welche ungeachtet der ihnen mitgeteilten Proklamation der Unabhängigkeit Albaniens albanische Städte, wie: Tirana, Durazzo, Elbassan und andere besetzen. Er lobte hingegen die Griechen in Himara, welche angeblich sofort bei Ansichtigwerden der albanischen Fahne das Feuer einstellten und den albanischen Parlamentär, welcher ihnen eine schriftliche Verständigung von der Proklamierung der Selbständigkeit

Albaniens überbrachte, empfingen und sodann vom Kampfe definitiv abliessen. Eine weitere Sorge dürfte der neuen albanischen Regierung aus dem Umstande erwachsen, dass grössere Kontingente geschlagener türkischer Truppen, angeblich in einem äusserst desolaten Zustande, in den Sandschak Berat — nach Berat und nach Lushnja — hereinströmen. Die Frage ihrer Verköstigung dürfte grosse Schwierigkeiten bereiten. Heute früh wurde die Nationalflagge auch am Regierungsgebäude, am Bürgermeisteramt und am Zollamt im Hafen gehisst. Zum Schlusse erlaube ich mir, Euerer Exzellenz anruhend eine Liste[a]) der Delegierten, welche an den Verhandlungen der gestrigen Nationalversammlung teilgenommen haben, ergebenst zu unterbreiten. Den nicht anwesenden Delegierten wurde das Recht gewahrt, dem Beschlusse nachträglich beizutreten und ihre Unterschriften auf dem Protokolle beizusetzen. Die Ankunft Issa Boletinatz' mit Gefolge und diversen Delegierten, die gestern in Fjeri angekommen sind, wird für heute nachmittags erwartet. Gleichlautend berichte ich unter einem sub Nr. 64 nach Konstantinopel, sub Nr. 60 nach Janina. Lejhanec.

[a]) Beilage.

Beilage zu n. 4716.

Liste der albanischen Delegierten, welche an der Nationalversammlung zu Valona, am 28. November 1912, teilgenommen haben.

Für Valona: Ismail Kemal Bey Vlora, zugleich als Vorsitzender der Versammlung; Ekrem Bey Vlora (abwesend, in Himara), Kjazim Kokoschi, Zihni Nuri Effendi Kanina, Lehrer Johann Minga, Aristidi Rutsi;

für Argyrokastro: Veli Effendi, Elmas Effendi und Aziz Effendi;

für Premet: Veli Bey Premeti (abwesend), provisorisch: Sureya Bey Vlora (abwesend), Midhat Bey Frasheri;

für Tepelen: Seidullah Effendi (abwesend);

für Kortscha: provisorisch: Dimitri Zografi und Pandeli Tsale, beide aus Bukarest, jedoch aus Kortscha gebürtig;

für Berat: Aziz Pascha Vrioni (abwesend), Elias Bey Vrioni, Georg Karbonara, Haireddin Bey Tsakrani (abwesend);

für Fjeri: Sami Bey Vrioni (abwesend), Kemal Bey Vrioni (abwesend);

für Lushnja: Kemal Bey, Ferid Bey, Nebi Effendi;

für Schjak: Omer Bey, Djemal Bey;

für Durazzo: Abbas Effendi, Mustafa Ibrahim Effendi, Jahja Effendi; Monsignore Nicolò Kaciorri, als Delegierter des Erzbischofs Monsignore Bianchi;

für Kruja: Mustafa Assim Effendi;

für Tirana: Abdi Bey Toptan, Murad Bey Toptan;

für Elbassan: Schefket Daji, Kemal Bey, Lef Notsi, Derwisch Bey (abwesend);

für Ohrida und Struga: Nuri Effendi Bakali, Dr. Murteza Effendi, Zuhdi Bey;

für Dibra: der Mufti;

für Skutari: provisorisch: Luigi Guracucchi (Sekretär Ismail Kemal Beys);

für Vilajet Kossovo: Salih Djuka, Bedri Bey, Redjeb Bey, Midhat Bey Frasheri, Issa Boletini (abwesend), Riza Bey Djakova (abwesend), Ali Bey Draga (abwesend), Mehmed Pascha Kalkandelen (abwesend);

für die Gesellschaft „Bashkimi" in Bukarest: Dimitri Zografi, Pandeli Tsale, Christo Meksi, Dimitri Mboria, Pandeli Mboria, Dimitri Berati.

Nr. 4717. Tel. aus Berlin, 30. Nov. 1912 Nr. 291 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Zu meinem Telegramm Nr. 288 von gestern. Staatssekretär sagte mir heute nachträglich, er habe dem englischen Botschafter erklärt, dass deutsche Regierung die englische Anregung einer sogenannten Botschafterkonferenz unter der Bedingung begrüsst, dass dieselbe eine ganz unformelle sei, bei welcher es sich lediglich um einen unverbindlichen Gedankenaustausch handeln würde. Aus diesem Grunde sei er auch entschlossen, falls diese Botschafterbesprechung in London stattfinden sollte, dem dortigen deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky einen von ihm schon angesuchten Urlaub ohne Bedenken zu erteilen und dann den dortigen Geschäftsträger mit der Teilnahme an den Konferenzen zu betrauen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4876, 4897.

Nr. 4718. Tel. aus Bukarest, 30. Nov. 1912 Nr. 84 (eing. 1. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Freiherr Conrad von Hötzendorf eben abgereist. Wie er mir mitteilte, ist seine Mission ganz nach Wunsch verlaufen und Resultat befriedigt ihn vollkommen. K. E. Fürstenberg.

Nr. 4719. Handschreiben König Karls von Rumänien an Kaiser Franz Josef I.; Bukarest, 17./30. Nov. 1912. Ausfert.

General der Infanterie Conrad von Hötzendorf hat mir Deinen inhaltsreichen Brief[a]) überbracht, und ich kann ihn nicht abreisen lassen ohne denselben durch ihn zu beantworten. Vor allem spreche ich meinen tiefgefühlten Dank aus, dass Du in diesen ernsten Zeiten die Güte hattest, freundschaftlich an mich zu schreiben, ich erblicke darin einen neuen Beweis Deines Vertrauens, den ich nicht hoch genug zu schätzen weiss. Es gereicht mir zu besonderer Genugtuung, dass meine Regierung über die politische Lage sich in vollem Einklange mit der Deiner Monarchie befindet. Die unerwarteten Ereignisse auf der Balkanhalbinsel, die einen ebenso unerwarteten Verlauf genommen, haben eine neue Situation geschaffen, von der unsere Staaten nicht unberührt bleiben können. Selbstverständlich werden sich die Ansprüche der siegesbewussten Länder in einem solchen Grade steigern, dass weiteren Verwicklungen bei Zeiten vorgebeugt werden muss. Unter diesen Umständen und bei dem Zusammenbruch der Türkei liegt es im Interesse der Politik Rumäniens, im vollen Einverständnis mit der befreundeten Nachbarmonarchie zu handeln und durch weise Ratschläge in

Constantinopel die Friedenspräliminarien zu fördern. Sollte es, was Gott verhüten möge, zu einem europäischen Kriege kommen würde Rumänien als treuer Verbündeter daran Teil nehmen. Ich habe demnach den General von Hötzendorf gebeten, sich mit dem Chef des Generalstabes meiner Armee über die in diesem Falle zu ergreifenden Massregeln zu besprechen. Ich hege noch immer die Hoffnung, dass man von allen Seiten bemüht sein wird den Frieden zu erhalten und den berechtigten Ansprüchen Rechnung tragen werde. Mit diesem aufrichtigen Wunsch bitte ich die Versicherung meiner unwandelbaren Anhänglichkeit und treuer Freundschaft entgegen zu nehmen.

Carl.

[a]) Vgl. n. 4652.

Nr. 4720. Tel. aus Cetinje, 30. Nov. 1912 Nr. 190 (eing. 1. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Deutscher Gesandter hat heute die mit hohem Telegramm Nr. 125 von heute mitgeteilte Démarche in Rijeka gemacht. Dieselbe wurde an den König ins Hauptquartier weitergeleitet. Giesl.

Nr. 4721. Tel. aus Cetinje, 30. Nov. 1912 Nr. 191 (eing. 1. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich erfahre, dass russischer Gesandter gestern Regierung und heute König erklärt hätte, dass Russland etwaige Abmachungen zwischen Balkanstaaten und der Türkei nicht als definitiv (betrachte).[b]) Giesl.

[a]) Vgl. n. 4734. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 4722. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 30. Nov. 1912 Nr. 667 (eing. 1. Dez. 1 U. 15 M. a. m.).[a]) Entziff.

Grossvezier sagte mir soeben, dass der Waffenstillstand wahrscheinlich morgen unterzeichnet werden dürfte; bloss der griechische Bevollmächtigte, der erst gestern hier angekommen, erwarte noch telegraphische Ermächtigung seiner Regierung. Waffenstillstand würde auf Basis des uti possidetis abgeschlossen werden und die befestigten Plätze wie Adrianopel etc. würden sich bis zum Abschluss Friedens neu verproviantieren können. Die definitiven Friedensverhandlungen dürften auf neutralem Boden, etwa in Brüssel stattfinden; sollten indessen für dieselben keine besonderen Schwierigkeiten zu gewärtigen sein, so wäre es, wie Kiamil Pascha sagte, auch möglich, dass die Verhandlungen hier beendigt werden, da es schwer fallen dürfte, die Truppen der Verbündeten noch länger ausser Land zu behalten. Der Grossvezier scheint damit zu rechnen, dass es Türkei leicht sein wird, mit Bulgarien ins Reine zu kommen und sagte mir, er habe Grund zur Annahme, dass Bulgarien in der Hafenfrage auf Serbien in dem Sinne einwirken werde, dass dasselbe sich zwecks Vermeidung weiterer Konflagrationen mit einer Eisenbahn an die Adria begnüge. Kiamil Pascha erwähnte auch die Unabhängigkeitserklärung Albaniens durch Ismail Kemal und meinte, dass dieselbe nicht ernst zu nehmen sei, da Albanien allerdings Autonomie erhalten werde,

jedenfalls aber eine Provinz des Reiches bleiben müsse. In demselben Sinne sprach sich heute mir gegenüber auch Ferid Pascha aus. Pallavicini.

a) Vgl. n. 4754.

Nr. 4723. Tel. nach Rom, 30. Nov. 1912 Nr. 218 (chiffr. 6 U. 45 M. p. m.). Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Herzog Avarna hat mich gestern aufgesucht und mir den Inhalt eines Telegrammes mitgeteilt, in welchem Marquis San Giuliano auf ein Gespräch reflektirt, welches ich kürzlich mit dem Botschafter über das künftige Schicksal San Giovanni di Meduas gehabt habe. Marquis di San Giuliano stimmt mir bei, daß die Loslösung San Giovanni di Meduas von dem zu schaffenden Albanien eine starke Schädigung für Letzteres bedeute. Der Minister wünscht aber meine Aufmerksamkeit auf den Umstand zu lenken, daß es schwer möglich sein wird, den Montenegrinern den Besitz dieses von ihnen okkupirten Ortes, der als der eigentliche Hafen Skutaris anzusehen ist, vorzuenthalten. Freiwillig würden die Montenegriner diesen Küstenpunkt nicht verlassen und müsse die italienische Regierung den Gedanken ausschließen, wegen einer so geringfügigen Frage einen Krieg zu führen, wobei man auch mit Rußland werde rechnen müssen. Andererseits werde man angesichts des sehr bedeutenden Gebietszuwachses Montenegros auf albanesischem Gebiete vom Königreiche verlangen können, den Serben den Bau einer Bahn auf montenegrinischem Gebiete zu bewilligen und ihnen einen montenegrinischen Hafen zur Verfügung zu stellen, wodurch die serbische Hafenfrage einer befriedigenden Lösung zugeführt werden könnte. Ich habe dem Botschafter erwidert, daß es sich nicht allein um den Erwerb San Giovanni di Meduas, sondern auch um jenen von Skutari selbst handle und daß man erwägen müsse, ob die Lostrennung dieser beiden Punkte von dem zu schaffenden Albanien nicht mit dem von uns angestrebten Ziele, ein lebensfähiges Albanien zu bilden, im Widerspruche stünde. Ich wolle mir nicht anmaßen, über Albanien und dessen Lebensfähigkeit ein sicheres Urteil fällen zu können, glaube dies aber auch von ihm, dem Botschafter, nicht mit Bestimmtheit annehmen zu können. Meiner Ansicht nach wäre über diese Frage noch ein Einvernehmen mit Jenen zu pflegen, die zur Regierung des künftigen Albaniens berufen werden, in erster Linie also mit der provisorischen Regierung und in der Folge mit dem zu designierenden Staatsoberhaupte. Indessen müsse ich bemerken, daß Skutari wohl eine große Bedeutung aus dem Grunde zukomme, weil dasselbe bei allen Nordalbanesen als das Centrum gilt, welches eine große Attraktion auf die umliegenden Stämme ausübt. Mit der Loslösung Skutaris sei der Abfall fast der ganzen albanesischen Katholiken zu besorgen. Auf einen Hinweis des Botschafters, ich hätte in meiner Antwort auf den Beisatz Marquis di San Giulianos bezüglich der Kriegsgefahr nicht reagiert, antwortete ich, daß ich Rußlands vitales Interesse an dieser Frage nicht wahrnehmen könne, wogegen alle auf Albanien bezugnehmenden Fragen für uns von vitaler Bedeutung seien. Herzog Avarna schloß mit der Bemerkung, im Sinne meiner Ausführungen nach Rom berichten zu wollen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information. Berchtold.

Nr. 4724. Tel. aus Rom, 30. Nov. 1912 Nr. 215 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Da Eintreffen der serbischen Truppen in Durazzo entweder schon erfolgt ist oder unmittelbar bevorsteht, habe ich Minister des Äussern an die auf Vorschlag Euer Exzellenz für diesen Fall vereinbarte weitere Démarche unserer Vertreter in Belgrad erinnert (Vide hohes Telegramm Nr. 3 und mein Telegramm Nr. 175 vom 12. d. Mts.) Marquis di San Giuliano erwiderte, er habe aus der Berichterstattung des italienischen Botschafters in Wien den Eindruck, dass Euer Exzellenz jenen Vorschlag seither zurückgezogen hätten.

Mérey.

[a] Vgl. n. 4738.

Nr. 4725. Tel. nach St. Petersburg, 30. Nov. 1912 Nr. 169 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 244 vom 28. l. M. Ihre Sprache Herrn Sazonow gegenüber hat meine volle Billigung gefunden. Sollte der Herr Minister neuerlich auf die Frage der Rüstungen zu sprechen kommen und außerordentliche militärische Maßnahmen russischerseits in Abrede stellen, so wollen sich Euer Exzellenz darüber einigermaßen überrascht stellen und bemerken, daß diesbezüglich verschiedene, wesentlich anders lautende Nachrichten mit Insistenz wiederkehren. Berchtold.

Nr. 4726. Tel. aus St. Petersburg, 30. Nov. 1912 Nr. 246 (eing. 1. Dez. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Kokowzow, dem Herr von Szilassy, welcher heute nach Wien reist, soeben Abschiedsbesuch machte, zeigte sich sehr präokkupiert über eine ihm angeblich aus besonders guter Quelle zugekommene Nachricht, wonach k. u. k. Regierung Absicht hätte, in der nächsten Woche Emission von 500 Millionen Kronen Schatzscheinen vorzunehmen. Minister zweifle nicht an der Loyalität unserer Regierung, könne sich aber als Finanzmann eine so ausserordentliche Massregel im gegenwärtigen kritischen Zeitpunkt nicht erklären, wenn nicht damit hostile Absichten gegen Russland in den Bereich der Möglichkeit gezogen werden. Der Herr Minister hob Szilassy gegenüber ausdrücklich hervor, dass Russland jedwede aggressive Absicht gegen die Monarchie ferne liege und dass es der russischen Regierung insbesonders nicht einfalle, Serbien gegen die Monarchie aufzuhetzen, sondern im Gegenteile bestrebt sei[b], in Belgrad beschwichtigend zu wirken. Ich bitte um eventuelle Weisung, ob ich Ministerpräsidenten bezüglich der angeblich geplanten Emission beruhigen kann. Herr Sazonow, welchem Herr von Szilassy gleichfalls heute seine Abschiedsaufwartung machte, erwähnte obiges Thema mit keinem Worte, sprach sich im Gegenteil über die Lage infolge der bisher seitens Euer Exzellenz eingenommenen konzilianten Haltung ziemlich optimistisch aus und gab der Hoffnung Ausdruck, dass es dem guten Willen Österreich-Ungarns und Russlands gelingen werde, einen Krieg zu vermeiden, in welchen ohne allen Zweifel alle Grossmächte hineingezogen werden würden. Thurn.

[a] Vgl. n. 4763. — [b] So!

Nr. 4727. Privatschreiben aus St. Petersburg, 17./30. Nov. 1912 (eing. 2. Dez.). Ausfert.

... *Personalangelegenheiten der Botschaft* ... Die allgemeine Stimmung ist in den letzten Tagen entschieden eine bessere und die Sprache Herrn Sazonows insbesondere mit Bezug auf die Hafenfrage eine konziliantere geworden. Es schiene mir daher ausserordentlich günstig, wenn es möglich wäre, die gegenwärtige Stimmung auszunützen, um die Regierung auf ihre momentane Note festzulegen, dass sie nämlich in der Hafenfrage nur das allerdings unverrückbare Ziel verfolge, Serbien ein wirtschaftliches Débouché zu verschaffen, dass sie aber über die Art, wie dieses Ziel erreicht werden könne, mit sich reden lasse. Hiezu bietet sich, wie mir scheint, in dem Greyschen Vorschlag präliminarer Botschafter-Konversationen in Paris eine sehr günstige Gelegenheit, welche wir zu benützen uns beeilen sollten. Man kann nämlich gar nicht wissen, ob nicht wieder, wie schon zweimal im Laufe weniger Wochen, ein Umschlag eintritt. Es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die öffentliche Meinung, — ich spreche hier nicht blos von den Zeitungen, — doch sehr echauffiert ist und es der Regierung unter Umständen sehr schwer werden wird, Serbien nicht bis zum Ende zu unterstützen, wenn dieses nicht selbst von seinen unerfüllbaren Forderungen ablässt. Gegenwärtig dürfte das Bestreben Herrn Sazonows dahin gehen, in Belgrad zum Einlenken zu mahnen. Leider verfügt er in Gestalt Hartwigs über ein für diesen Zweck nur sehr ungeeignetes Werkzeug. Ob es Sazonow gelingt, diesen letzteren dazu zu bringen, dass er den Intentionen seines Ministers wirklich entsprechend handelt, ist nach Hartwigs ganzer Natur leider sehr fraglich. Allerdings scheint Herr Sazonow ihm gegenüber es an der wünschenswerten Deutlichkeit nicht haben fehlen zu lassen. Ich erinnere diesfalls an seinen mir gegenüber getanen Ausspruch: „je le tiendrai en main." Meinem deutschen Kollegen gegenüber, der ebenfalls auf die Unverlässlichkeit Herrn Hartwigs hingewiesen hat, sagte Sazonow vorgestern, er bedauere nur, dass er Pourtalès nicht die Erlässe lesen lassen könne, die er nach Belgrad gerichtet habe. Diese erst seit kurzem bestehenden günstigeren Dispositionen, über deren ursächliche Entstehung vorläufig nur Mutmassungen möglich sind, müssten, wie mir scheint, möglichst rasch ausgenützt werden, wozu sich in den jetzt vorgeschlagenen Pariser Konversationen, wie oben erwähnt, eine unerwartet günstige Gelegenheit bietet, die wir, wie ich meine, nicht versäumen dürften. Gelingt es nämlich nicht, die Serben zum Zurückstellen ihrer Forderungen zu bewegen, und ist nicht, ehe hiezu jede Hoffnung geschwunden ist, die russische Regierung durch die Pariser Aussprache auf ihren jetzigen Standpunkt offiziell festgelegt, so würde sie, selbst beim besten Willen, der chauvinistisch erregten öffentlichen Meinung gegenüber einen so schweren Stand haben, dass ich bezweifle, ob sie nicht wieder umsatteln würde. Dass auch an höchster Stelle mit der öffentlichen Meinung stark gerechnet wird, beweist auch eine Äusserung Kaiser Nikolaus', die ich, um nicht allzu weitläufig zu werden, in meinem telegraphischen Audienzbericht[a]) nicht erwähnt hatte, und in der Er ausdrücklich darauf hinwies, dass in der russischen Gesellschaft ganz allgemein grosse Sympathieen mit den Balkan-

slaven und speziell mit Serbien herrschen, und dass mit dieser Stimmung, die Seine Majestät in scharfem Gegensatz zu dem nicht ins Gewicht fallenden Zeitungsgeschmier als die öffentliche Meinung Russlands bezeichnete, gerechnet werden müsse. Dass Seine Majestät Kaiser Nikolaus keinen Krieg wünscht, darüber kann füglich kein Zweifel sein. Aber auch die Regierung hat vermutlich allen Grund eine friedliche Lösung anzustreben. In dieser Hinsicht dürfte, wie ich schon in meiner Berichterstattung erwähnt habe, die innere Lage wesentlich mit ins Gewicht fallen. Wenn nämlich nur ein geringer Teil dessen wahr ist, was mir von den verschiedensten Seiten in dieser Beziehung hinterbracht wird, so besteht tatsächlich die ernste Gefahr, dass im Falle äusserer Verwickelungen im Innern ernste Unruhen ausbrechen würden. Wenn aber auch diese Aussicht für die Friedensliebe der Regierung zu sprechen scheint, so wäre es doch wohl gefährlich, hierauf allzusehr zu bauen, da es ja auch Leute gibt, die gerade in einem populären äusseren Kriege, und dies wäre bei einem Kriege mit der Monarchie mehr als bei irgend einem anderen der Fall, eine erwünschte Ablenkung erblicken würden. Zum Schlusse möchte ich Dir noch im strengsten Vertrauen von einer Nachricht Meldung erstatten, die Herr von Lucius Szilassy mitgeteilt hat, die mir aber Pourtalès verschwieg. Danach hätte der deutsche Militär-Attaché, der dieser Tage vom Urlaub zurückgekommen ist, und der vor seiner Abreise von Kaiser Wilhelm empfangen wurde, erzählt, dass Letzterer gegenwärtig recht kriegerisch gesinnt zu sein scheine und der Meinung Ausdruck gegeben habe, dass — wenn Serbien und hinter demselben Russland sich à tout prix unvernünftig erweisen wollten — der jetzige Moment vielleicht doch kein ungünstiger wäre, um die vielen Gegensätze, die sich nach und nach von allen Seiten aufgetürmt haben und die eine beständige Kriegsgefahr für Europa bilden, durch Gewalt ein für alle Mal aus der Welt zu schaffen. Welchen Vorteil aber speziell Österreich-Ungarn aus einem selbst siegreichen Kriege mit Russland ziehen könnte, will mir absolut nicht eingehen![1] Thurn.

[1]) Vortheil besteht in der Austragung der Südslavischen (Serbischen) Frage!

[a]) Vgl. n. 4639.

Nr. 4728. Tel. nach Sofia, 30. Nov. 1912 Nr. 168 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 409 vom 28. l. M. Euer Hochgeboren wollen Herrn Geschoff die von Ihnen signalisierten Artikel des „Mir" zur Sprache bringen und bemerken, dass dieselben in Wien einen äusserst unangenehmen Eindruck hervorgerufen haben. Angesichts unserer der bulgarischen Regierung bekannten Bemühungen eine freundschaftliche Aussprache zwischen Sofia und Bukarest zu fördern, sei es im höchsten Grade befremdend, dass die Monarchie verdächtigt werde zwischen den beiden Kabinetten Zwietracht zu säen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4747, 4765.

Nr. 4729. Tel. aus Sofia, 30. Nov. 1912 Nr. 416 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Hohes Telegramm Nr. 166 vom 30. d. Mts. erhalten und mich bereits instruktionsgemäss Herrn Geschoff gegenüber ausgesprochen, wobei ich

nicht unterlassen, hervorzuheben, dass ich dies im Auftrage tue. Meiner Mitteilung bezüglich Verdächtigungen unserer Attitude gab ich — unter Berufung auf Wendungen, die Herr Geschoff gebraucht hatte — einen energischeren Charakter; betonte Vernunftwidrigkeit Supposition, dass wir Interesse haben könnten, von Russland unterstützter Türkei zu Hilfe zu kommen, und wies in längerer Ausführung auf unsere seit Jahren konsequent freundliche Politik Bulgarien gegenüber, wie auch auf zahlreiche Beweise derselben und schliesslich auf Haltung hin, die wir seit Ausbruch Krieges beobachten, die für Bulgarien eminent und speziell freundlich ist und in Erklärungen, die ich Herrn Geschoff abgegeben und die Herrn Danew bezüglich Konstantinopels und erweiterter Grenzen Bulgariens in Budapest gemacht worden, Ausdruck fanden. Notre attitude envers vous a toujours été et est à présent, dans tous les points et aussi dans la question roumaine, si claire et si franche, qu'elle ne peut vous donner lieu au moindre doute. Dann erinnerte ich Herrn Geschoff an seine und Herrn Danews Sprache, betreffend angebliche Neigung Bulgariens zu näherer Freundschaft mit uns und sagte, dass von einer solchen Freundschaft keine Rede sein könne, wenn Bulgarien, obwohl es unseren Standpunkt bereits kenne, Serbien in dessen über wirtschaftlichen Rahmen hinausgehenden Adria-Aspirationen unterstützen wollte. Des Weiteren bezog ich mich auf das, was mir Geschoff vorgestern im Auftrage König Ferdinands bezüglich Serbiens gesagt hat, und bemerkte, dass es im Interesse intimerer Freundschaft unentbehrlich ist, que, comme la Bulgarie, nous puissions aussi savoir à quoi nous en tenir, et qu'en particulier nous sachions jusqu'à quel point la Bulgarie s'identifie avec les aspirations serbes, notamment si elle est décidée de soutenir son alliée même dans le cas où les aspirations serbes entreraient en collision avec le point de vue adopté par nous. Geschoff schien von meinen Eröffnungen keinen unangenehmen Eindruck zu haben. Konseilspräsident sagte zuerst, er müsse mir vor Allem im Auftrage Dank König Ferdinands für Mitteilung bezüglich Reise Freiherrn von Conrads nach Bukarest übermitteln. Dann drückte Herr Geschoff Bedauern wegen Missverständnisses bezüglich unserer Haltung in Konstantinopel aus. Er hätte laut seiner Überzeugung an unserer Aufrichtigkeit nicht gezweifelt, habe aber so positiv lautende Informationen von einer Konstantinopler Botschaft — es sei nicht die russische gewesen — erhalten, wonach Markgraf Pallavicini die Türkei zum Widerstande ermutigen würde, dass er davon impressioniert worden sei. Schon meine gestrigen Versicherungen hätten Geschoff genügt und er danke für die heutige, wie er auch dafür, was ich ihm im Allgemeinen über Dispositionen Österreich-Ungarns für Bulgarien gesagt, sehr dankbar sei. Bezüglich der Haltung Bulgariens zu serbischen Aspirationen werde Herr Geschoff meine diesfällige Frage beantworten, sobald er Standpunkt König Ferdinands zu meiner kürzlichen Démarche (hohes Telegramm Nr. 160 vom 26. d. M.) kennen wird. Antwort auf erwähnte Démarche werde zugleich meine heutige Frage beantworten. Ich warf ein, dass Konseilspräsident jedenfalls auch von meinen heutigen Eröffnungen König Ferdinand verständigen sollte, was Geschoff — wie er erwiderte — selbstredend tun würde. König dürfte wünschen, vor Entscheidung Ansicht Herrn Danews zu hören, welch letzterer,

sobald Verhandlungen in Tschataldja, vermutlich Montag, beendet, König sehen und dann sogleich nach Sofia kommen und Antwort bringen werde. Konseilspräsident bemerkte weiter, er hätte sich in Gesprächen mit mir stets für serbische Forderungen eingesetzt, Herr Danew hätte dies allerdings weniger warm getan. Ich gab dies zu, meinte aber, dass weder aus Sprache Herrn Geschoffs noch Danews Standpunkt Bulgariens ganz klar zu ersehen war, und gerade darum handle es sich. Es sei aber für Bulgarien so schwierig— erwiderte Herr Geschoff — sich jetzt darüber zu äussern, wo Serben Bulgaren im Kriege unterstützen und wo Friede noch nicht geschlossen. Ich sehe diese Schwierigkeit nicht ein, antwortete ich, da Bulgarien doch seine Engagements Verbündeten gegenüber kenne und wisse, wozu es jetzt und wozu es nach Ende gegenwärtigen Krieges Serbien gegenüber verpflichtet sei. Ich gab Herrn Geschoff zu verstehen, dass wir auf gutes Verhältnis zu Bulgarien Wert legen und deswegen klare Frage stellen, auf die wir klare Antwort erwarten. Vous ne croyez donc pas à la possibilité d'une guerre entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie, warf Geschoff ein, worauf ich erwiderte, dass ich zwar nicht genau informiert, dass mir aber Lage immerhin nicht ungefährlich schien. Nur der König selbst könnte Frage, die ich heute gestellt, beantworten — schloss Herr Geschoff. Es hat den Anschein, als ob uns Bulgarien absichtlich in Unsicherheit bezüglich seiner Haltung Serbien gegenüber bis jetzt gelassen hätte und zögern würde, Farbe zu bekennen, bis Krieg mit Türkei beendet. Es sind zwei Möglichkeiten: Entweder fasst Bulgarien bei diesem Zögern ins Auge, dass es nach Ende des Krieges von Verpflichtungen Serbien gegenüber befreit wird, oder sagt es sich, dass es sich dann, ebenso wie auch Serbien, militärisch frei bewegen kann. Russlands Mobilisierung und weitere Haltung dürfte für Entschlüsse Bulgariens von entscheidendem Einflusse sein. Ich habe Geschoff um baldigste Antwort ersucht. Tarnowski.

Nr. 4730. Tel. des Konsuls Maryan von Heimroth aus Üsküb, 30. Nov. 1912 Nr. 111 (eing. 1. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Konsul Edl telegraphiert über Anfrage Herrn von Ugrons: Konsul Prochaska erklärt mir auf das Bestimmteste, dass er nicht nur nicht gegen die heranziehenden Serben gehetzt, sondern im Gegenteile beruhigend gewirkt habe. Dass vom Dachboden des Konsulates auf die einziehenden serbischen Truppen geschossen worden sei, ist ein Märchen. Dragoman und Kawass bestätigen diese Angaben. Animosität der Serben gegen Prochaska ist anscheinend darauf zurückzuführen, dass in einem der seinem Postkawassen abgenommenen, an seine Familie gerichteten Brief von bevorstehenden Greueltaten die Rede ist, welche Bemerkung die Serben auf sich bezogen. Dieser missverstandene Passus, welcher sofort in der serbischen Armee Verbreitung fand, war die erste Veranlassung zu der feindseligen Haltung serbischen Militärs gegen Prochaska. Der Konflikt in Mitrovitza ist auf die mangelhafte, jedes juristischen Beigeschmackes bare Erziehung Kapitän Pantić's und die Ausserachtlassung gesellschaftlicher Formen seitens der dortigen serbischen Offiziere zurückzuführen sowie auf die allzu

scharfen, ins Chikanöse ausartenden Instruktionen, nach welchen die Konsulatswache vorging. Seit Tahys Abreise ist, wie Umlauf bereits gemeldet hat, nichts Bemerkenswertes vorgefallen. Mit General Živković habe ich Karte gewechselt, den Pfarrer den hohen Weisungen gemäss instruiert und durch ihn Monsignore Glasnović von seiner Bestellung zum Delegaten verständigen lassen. Ich würde Wert darauf legen, Euer Exzellenz sowie Herrn von Ugron über meine hiesigen Erfahrungen sobald als möglich mündlich berichten zu können, da ich hievon eine raschere Klärung der obschwebenden Fragen erhoffe. Schliesslich erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, dass meine guten Beziehungen mit Herrn Rakić durch allzugenaue Wiedergabe meiner Meldungen in der Presse Einbusse erleiden könnten. Edl.“ Gleichlautend Belgrad 1423. Heimroth.

a) Vgl. n. 4316, 4664, 4750, 4896.